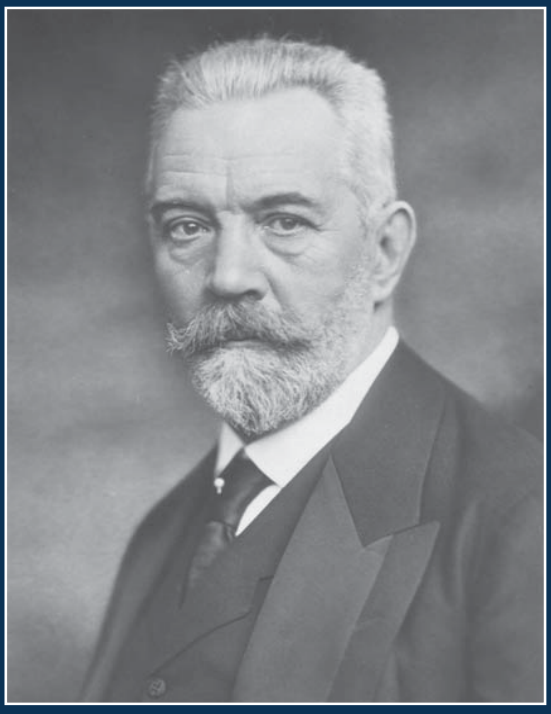
HISTORISCHE KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN
DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921

Rekonstruktion seines verlorenen Nachlasses

Herausgegeben und bearbeitet
von Winfried Baumgart

Teilband I & II



Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg
1909–1921

HiKo
HISTORISCHE
KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

HERAUSGEGEBEN
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN
DURCH HANS-CHRISTOF KRAUS

BAND 78

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921

Rekonstruktion seines verlorenen Nachlasses

Herausgegeben und bearbeitet
von Winfried Baumgart

Teilband I

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlagabbildung: Porträt Theobald von Bethmann Hollweg
(© Deutsches Historisches Museum)

Alle Rechte vorbehalten
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0344-1687
ISBN 978-3-428-18197-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ♾

Internet: http://www.duncker-humblot.de

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Geleitwort

Nach Otto von Bismarck ist Theobald von Bethmann Hollweg wohl der bedeutendste Kanzler des deutschen Kaiserreichs gewesen. Seine achtjährige Amtszeit (1909–1917) umfasst grundlegende Entscheidungen und zentrale innen- wie außenpolitische Weichenstellungen, die für die weitere Geschichte Deutschlands bestimmend werden sollten. Obwohl seine Persönlichkeit, seine Amtsführung und seine Politik seit etwa einem halben Jahrhundert vergleichsweise gut erforscht worden sind, ist er den Ruf einer auch im Nachhinein nur schwer greifbaren historischen Gestalt nicht losgeworden; die ihm gewidmeten Bezeichnungen als politische Sphinx, als Kanzler ohne Eigenschaften oder auch als „enigmatic chancellor" (Konrad H. Jarausch) belegen dies. Worauf ist das zurückzuführen? Zuerst wohl einmal darauf, dass ein eigentlicher persönlicher Nachlass – im Gegensatz etwa zu den zahlreichen von Bismarck hinterlassenen Papieren – nicht überliefert ist; was nach Bethmann Hollwegs Tod Anfang 1921 noch vorhanden war, wurde gegen Ende des Zweiten Weltkriegs durch militärische Einwirkung bis auf nur sehr wenige Reste vernichtet. Sodann erschienen die von ihm gleich nach Kriegsende mit Hilfe des jungen Historikers Peter Rassow verfassten Memoiren unter dem etwas irreführenden Titel „Betrachtungen zum Weltkriege" (1919–1921), denn sie waren allzu sehr als Rechtfertigungsschrift und als Auseinandersetzung mit seinen Gegnern innerhalb der deutschen militärischen Führung – vor allem Tirpitz und Ludendorff – angelegt, um in die Breite wirken zu können; zudem lieferten sie nur ein unzureichendes Bild der Herkunft Bethmann Hollwegs, seines Bildungsgangs und seines beruflichen Weges bis zum Aufstieg an die Spitze der deutschen Politik. Der verschlossene Mann gab eben nur so viel von sich selbst preis, als er es im Kontext der eigenen Rechtfertigungsbestrebungen tun musste.

Deshalb bot es sich an, möglichst viele der bis heute in verschiedenen Archiven und Sammlungen vorhandenen persönlichen Dokumente des Kanzlers, vor allem seine bislang noch nicht wissenschaftlich erschlossenen Briefe, zu erfassen und im Rahmen einer breit angelegten Quellenedition zu präsentieren, um sie auf diese Weise der Forschung zugänglich zu machen. Und gleichzeitig erschien es erforderlich, auch die bereits früher im Rahmen älterer Editionen gedruckten Quellendokumente hier noch einmal wenigstens in Regestenform zu präsentieren, um ein annähernd vollständiges Bild von den trotz des Nachlassverlustes noch vorhandenen Hinterlassenschaften Bethmann Hollwegs bieten zu können. Winfried Baumgart hat als ein seit Jahrzehnten erfahrener und vielfach einschlägig ausgewiesener Editor wichtiger historischer Quellen zur deutschen und internationalen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts dieses Vorhaben in vorbildlicher Weise durchgeführt. Man darf sagen, dass gerade die von ihm neu ans Licht gebrachten Dokumente, dar-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unter die bisher nicht bekannten Briefe des Kanzler an enge Freunde und Vertraute, das Bild seiner Persönlichkeit zwar nicht vollkommen neu zu konturieren, aber eben doch wesentlich zu differenzieren vermögen.

Der Kanzler erscheint in diesen Texten als ein durchaus leidenschaftlich Anteil nehmender, gleichfalls jedoch zu differenzierter Reflexion fähiger Mann, als ein hochgebildeter, intellektuell weit über dem Durchschnitt stehender Politiker, der gleichwohl zwischen den amtlichen Zwängen seiner Stellung, zwischen den verfassungsrechtlich gezogenen Grenzen seiner Position und den in gewisser Weise institutionalisierten „checks and balances" seiner miteinander kombinierten, ja ineinander verschränkten Ämter als Reichskanzler, preußischer Ministerpräsident, Vorsitzender im Bundesrat und verantwortlicher Leiter der deutschen Außenpolitik zerrieben worden ist. Seine Stärken wie seine Schwächen, seine Leistungen wie seine Fehler, sein beständiger Kampf mit den Tücken einer „Politik der Diagonale", wie er es nannte, liegen inzwischen offen zu Tage; sein in der Sache ehrenhafter, letzten Endes jedoch vergeblicher Kampf gegen politische und militärische Fehlentscheidungen, der ihn schließlich auf dem Höhepunkt des Ersten Weltkrieges sein Amt kosten sollte, ist bekannt. Aus der Rückschau und in Kenntnis mancher früher unbekannter Dokumente stellt sich inzwischen vieles etwas anders dar als für seine Zeitgenossen, von denen ihn nicht wenige – auf der politischen Linken ebenso wie auf der Rechten – scharf angegriffen und gelegentlich auch verunglimpft haben. Es mag deshalb sein, dass Theobald von Bethmann Hollweg, ungeachtet der auch von ihm begangenen und zu verantwortenden Fehler seiner Politik, dennoch mit einem Wort des britischen Historikers George Peabody Gooch als einer jener „great gentlemen" der internationalen Politik vor der „Urkatastrophe Europas" gelten kann. Denn welcher Politiker wollte und könnte den ersten Stein auf ihn werfen?

Passau, November 2020 *Hans-Christof Kraus*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwort

Theodor von Bethmann Hollweg (1856–1921) ist eine der umstrittensten Figuren der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Sein Vorgänger, Bernhard Fürst von Bülow, hat ihn dem Kaiser als seinen Nachfolger empfohlen und ihm innen- wie außenpolitisch ein schweres Erbe hinterlassen. Für die innenpolitischen Aufgaben war Bethmann Hollweg bestens ausgewiesen. Nach Stellungen als Regierungspräsident in Bromberg und Oberpräsident der Mark Brandenburg wurde er 1905 preußischer Minister des Innern. Er war also ein hoher Verwaltungsbeamter ohne außenpolitische Erfahrung. In diesen Bereich hat er sich erstaunlich schnell eingearbeitet. Das beweisen sowohl die in der Aktenedition „Die Große Politik der Europäischen Kabinette" veröffentlichten Archivalien für die Jahre von 1909 bis zum Kriegsausbruch als auch die Quellen für die Kriegsjahre 1914–1917, die hier zusammengestellt sind.

Von seinen Zeitgenossen und in der Geschichtsschreibung ist Bethmann Hollweg kontrovers beurteilt worden. Walter Rathenau hat ihn in seinem Tagebuch als den „schweren Pflüger" bezeichnet. Der Alldeutsche Wolfgang Kapp hat den Stab über ihn gebrochen mit dem bösen Wort vom „Totengräber des Reiches". Der englische Historiker George P. Gooch charakterisierte ihn als „the Hamlet of modern Germany, the philosopher of Hohenfinow". In den Vorkriegsjahren mußte sich Bethmann Hollweg mit den Themen Imperialismus, Verteidigung der Großmachtstellung des von Bismarck gegründeten Reiches, mit der Verhärtung der beiden europäischen Bündnisgruppen Entente und Dreibund, mit dem Rüstungswettlauf der großen und der kleinen Mächte beschäftigen, aber auch mit großen innenpolitischen Themen wie der preußischen Wahlrechtsreform, dem sozialen Ausgleich, der Einbindung der Arbeiterschaft in den monarchischen Staat, der Finanzreform. Der Weltkrieg hat dann eigene Aufgaben aufgetürmt: die Kriegsziele, die damit verbundenen Probleme Belgien und Polen; die Gewinnung von neuen Verbündeten (Türkei und Bulgarien) und den Kampf gegen die Schaukelpolitik Italiens und Rumäniens, die bald Kriegsgegner wurden; die Auseinandersetzung um den verschärften Ubootkrieg und damit den Eintritt der USA in den Weltkrieg. Alle diese großen Themen und eine Vielzahl von weiteren finden ihre Widerspiegelung in den hier zusammengestellten fast 2000 Quellen.

Bethmann Hollweg hat ein Privatarchiv unbekannten Umfangs hinterlassen, aus dem die Edition hätte schöpfen können. Es wurde jedoch 1945 beim Einmarsch der sowjetischen Truppen bis auf einen kleinen Rest, den sein Sohn Felix aus der Asche gerettet hat, mit seinem Schloß Hohenfinow vernichtet. Dieser kleine Rest wird heute im Bundesarchiv Koblenz unter der Rubrik „Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg" verwahrt. Ein etwas höherer Prozent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

satz von Stücken aus dem Nachlaß findet sich im Nachlaß Friedrich Thimme. Dieser, Mitherausgeber der 54-bändigen „Großen Politik", plante in den 1930er und 1940er Jahren eine Biographie Bethmann Hollwegs und hat sich dafür Abschriften aus dem Hohenfinower Schatz angefertigt, leider aber in indirekter Rede, so daß in diesen „Sekundärquellen" die originale Ichform verloren gegangen ist. So weit wie möglich sind diese Thimme-Quellen bei den Archivrecherchen durch die amtlichen Originale oder amtlichen Abschriften ersetzt worden. Bei einem kleinen Prozentsatz gelang das nicht, so daß die Thimme-Quellen hier mit herangezogen worden sind.

Für den Herausgeber dieser Edition stellte sich also die Aufgabe, den verlorengegangenen Nachlaß, soweit politisch relevante Stücke in Frage kamen, zu rekonstruieren. Das gestaltete sich zwar als aufwendige Detektivarbeit, war aber für amtliche Schriftstücke durch die in der modernen Verwaltung übliche Doppel- oder Mehrfachausfertigung nicht allzu schwer zu lösen. Bei den privaten, von Bethmann Hollweg selbst stammenden Stücken – in der Regel Briefen – konnte sogar auf die Originale zurückgegriffen werden, soweit die Nachlässe seiner Briefpartner erhalten sind. Das gilt in erster Linie für Privatbriefe an seinen Jugendfreund Wolfgang von Oettingen und an seinen engen Freund im diplomatischen Dienst, Carl von Eisendecher. Diese Privatbriefe sind ein hervorragender Kommentar zu amtlichen Schriftstücken; sie geben oft viel aufschlußreichere Einblicke in die Handlungsmotive und die innersten Überlegungen des Autors als die amtlichen Quellen.

In der modernen Geschichte ist es nicht unüblich, daß Spitzenpolitiker amtliche Schriftstücke – zumeist in Abschrift – ihrem Privatarchiv einverleiben. Obwohl wir nicht wissen, in welchem Umfang das auf Bethmann Hollwegs Nachlaß zutrifft, darf von der Tatsache an sich aber ausgegangen werden. Daher kamen für die Recherchen zu dieser Edition die Amtsarchive in Frage, soweit sie von Bethmann Hollweg stammende oder von ihm unterschriebene Stücke enthalten. Das reichhaltigste Archiv in dieser Hinsicht ist das Politische Archiv des Auswärtigen Amtes in Berlin. Das zweitwichtigste Archiv ist das Bundesarchiv Berlin, da es die Akten der Reichskanzlei aufbewahrt. Im Bundesarchiv Koblenz konnten mehrere Nachlässe für Bethmannia angezapft werden. Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem werden neben einzelnen Stücken die Staatsministerialprotokolle aufbewahrt, aus denen hier die Reden Bethmann Hollwegs extrahiert wurden. Einzelne Stücke konnten aufgespürt werden: im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, in der Yale University Library (Nachlaß Kiderlen-Wächter), im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg und in der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek Jena (Nachlaß C. Delbrück).

Eine Vielzahl von Bethmann-Hollweg-Stücken ist in einschlägigen Editionen und in der Forschungsliteratur bereits veröffentlicht. Hätte der Bearbeiter sie in diese Edition in vollem Wortlaut aufgenommen, wäre ein drei- bis vierbändiges Werk herausgekommen. Um den Umfang nicht derart anschwellen zu lassen, wurde das Gros dieser Bethmannia in der Form von Regesten in einen zweiten Teil mit aufgenommen. Eine sehr kleine Zahl schon veröffentlich-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ter Stücke wurde indes im ersten Teil im vollen Wortlaut übernommen, wenn sie für das bessere Verständnis der dazugehörigen Bethmann-Stücke von besonderer Aussagekraft waren.

*

Zu den *editorischen Grundsätzen* sei folgendes bemerkt:

1. Die Edition will alle von Bethmann Hollweg stammenden Schriftstücke amtlicher und privater Natur in möglichster *Vollständigkeit* bringen. Grundsätzlich wurden daher sämtliche Stücke, die Bethmann Hollwegs Unterschrift tragen, herangezogen. Beim Gros dieser Stücke ist von der Autorschaft Bethmann Hollwegs selbst auszugehen. In wenigen Fällen stammen sie von Mitarbeitern und wurden lediglich von Bethmann Hollweg unterschrieben. Bethmann Hollweg hat in den meisten Fällen Schriftstücke eigenhändig konzipiert oder geschrieben. Nicht aufgenommen wurden amtliche Quellen wie Gesetzestexte, die zwar seine Unterschrift tragen, aber tatsächlich von seinen Mitarbeitern stammen. In einigen wenigen Fällen wurden auch Schriftstücke aufgenommen, die nicht von Bethmann Hollweg selbst, sondern von seinen Korrespondenzpartnern stammen. Sie dienen dazu, Bethmann Hollwegs Verhalten besser zu verstehen.

2. Die *Orthographie* bleibt unangetastet. Dabei ist in Kauf zu nehmen, daß die Bethmannsche Orthographie unterschiedlich ausfallen kann (z. B. verifiziren/verifizieren), je nachdem, ob Schriftstücke eigenhändig oder in Abschrift durch Mitarbeiter überliefert sind.

3. Die *Interpunktion* wurde nach den Regeln der 19./20. Auflage des Duden von 1986/91 vereinheitlicht, um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten. In den Originalen herrscht in dieser Hinsicht mitunter Regellosigkeit.

4. *Unterstreichungen* oder Hervorhebungen jeder Art sind hier durch Sperrdruck wiedergegeben.

5. Der *Anmerkungsapparat* erläutert Sachfragen und Personennamen. Er nimmt die wichtigsten einschlägigen Forschungen auf. Wird ein Forschungstitel nur einmal ad hoc genannt, wird er an Ort und Stelle vollständig bibliographiert, ansonsten abgekürzt. Die vollständigen Titel finden sich im Quellen- und Literaturverzeichnis. Bezugnahmen von einer Quelle zu einer anderen werden in den Anmerkungen nur vermerkt, wenn beide Quellen in dieser Edition aufgenommen sind; sonst unterbleibt ein Hinweis.

6. Die *Regesten* im zweiten Teil haben keinen Anmerkungsapparat. Alle Äußerungen, die von Bethmann Hollweg selbst herrühren, werden in den Regesten im Indikativ wiedergegeben. Werden sie von einer anderen Person wiedergegeben oder sind es Bemerkungen anderer Personen über ihn, gelten die üblichen Regeln des Konjunktivs.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Danksagung

Den Archivaren des Politischen Archivs des Auswärtigen Amtes, Berlin, der Bundesarchive Berlin-Lichterfelde und Koblenz und des Hauptstaatsarchivs Stuttgart danke ich für die freundliche Betreuung; der Yale University Library danke ich für die unkomplizierte Bereitstellung von Bethmannia. Im Falle von Bethmannia im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg und der Thüringischen Universitäts- und Landesbibliothek Jena konnten Digitalisate am eigenen Computer benutzt werden. Digitalisate aus dem Bundesarchiv Berlin waren am Heimcomputer aus technischen Gründen leider nicht benutzbar, sondern mußten im Dienstcomputer an Ort und Stelle eingesehen werden. – Herrn Jonas M. Klein, Bonn, danke ich für die Überlassung einiger Briefe Bethmann Hollwegs an Hans Delbrück. Herrn Dr. Wolfgang Elz, Mainz, bin ich zu Dank verpflichtet für die kritische Durchsicht der Einleitung, Frau Heike Frank für die umsichtige redaktionelle Bearbeitung.

Mainz, November 2019 *Winfried Baumgart*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Erster Teilband

Einleitung 1
Verzeichnis der weniger gebräuchlichen Abkürzungen 48
Dokumentenverzeichnis 51
Bisher unpublizierte Schriftstücke (Juli 1909–April 1916) 117

Zweiter Teilband

Bisher unpublizierte Schriftstücke (Mai 1916–Dezember 1933) 729
Regesten bereits veröffentlichter Schriftstücke 1181
Verzeichnis der Quellen und der Literatur 1467
Register 1488

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einleitung

Bei der Fülle der Einsichten, die aus dem umfangreichen Quellenkorpus zu gewinnen sind, das Theodor von Bethmann Hollweg für seine Zeit als Reichskanzler 1909–1917 und seine kurzen Jahre im Ruhestand hinterlassen hat, können hier nur die allerwichtigsten herauskristallisiert werden. Ein besonderes Augenmerk soll dabei auf Einblicke gerichtet werden, die in der bisherigen Forschung überhaupt nicht oder unzureichend erkannt worden sind.

1. Bethmann Hollweg als Mensch und als Politiker

Über Bethmann Hollweg sind mehrere fundierte Studien geschrieben worden. Die beste und reichhaltigste stammt von dem deutsch-amerikanischen Historiker Konrad H. Jarausch: „The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany“ (1973). Auf rund 550 Seiten wird Bethmann Hollwegs Kanzlerschaft beschrieben, geschöpft aus einer riesigen Menge an Archivalien. Mit dieser Studie wäre Jarausch prädestiniert gewesen, auch eine Edition zu Bethmann Hollweg zusammenzustellen, die mindestens so umfangreich gewesen wäre wie die hier vorgelegte. Bedauerlicherweise ist sein Buch nicht auf Deutsch erschienen. Eine Übersetzung würde sich in der heutigen Forschungslandschaft ohne weiteres lohnen. Ein kaum befriedigendes Manko wäre allerdings die Übersetzung und Ordnung des über 120 Seiten umfassenden Apparats von kumulativen und summarischen Anmerkungen, die zu entflechten nur der Autor selbst in der Lage wäre. – Die zweitwichtigste Studie zu Bethmann Hollweg ist die Biographie von Eberhard von Vietsch: „Bethmann Hollweg. Staatsmann zwischen Macht und Ethos“ (1969). Als Archivar des Bundesarchivs Koblenz hatte Vietsch den Vorteil, zentrale Quellen im eigenen Archiv parat zu haben. Im Gegensatz zu Jarausch geht Vietsch auf die Lebensjahrzehnte seines Protagonisten vor 1909 – auf immerhin 100 Seiten – zurück. – Ein kürzere neuere Biographie stammt von dem deutschen Historiker Günter Wollstein: „Theodor von Bethmann Hollweg. Letzter Erbe Bismarcks, erstes Opfer der Dolchstoßlegende“. Sie ist mit Empathie geschrieben und vermag sich in die vielschichtige Persönlichkeit des Kanzlers mit großer Fairneß einzufühlen.

Über die zahlreichen, ein sehr breites Spektrum einnehmenden Urteile über den Kanzler von Zeitgenossen und Historikern bringt der Essay von Klaus Hildebrand ein farbiges Kaleidoskop: „Bethmann Hollweg. Der Kanzler ohne Eigenschaften? Urteile der Geschichtsschreibung. Eine kritische Bibliographie“ (1970). Die Urteile liegen in der Spannweite von „machtverfallenem Teufel“ zu „feinsinnigem Philosophen“, von „Totengräber des Reiches“ zu

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Hamletnatur, angekränkelt von des Gedankens Blässe“. Es genügt daher, aus dem jetzigen Quellenkorpus einige Urteile, die in der Blütenlese Hildebrands noch nicht enthalten sein konnten, eine Auswahl zusammenzustellen.

Kaiser Wilhelm, der natürlich in häufigem persönlichem Kontakt zu seinem Kanzler stand, äußerte sich einmal über ihn gegenüber seinem Admiralstabschef Holtzendorff[1]: „Bethmann bedenkt alles vortrefflich, aber zu den guten Entschlüssen muß man ihn immer schieben.“ Der Kaiser hat immer wieder zu seinem Kanzler gehalten, selbst in den schwierigsten Momenten der Reichspolitik. Als Bethmann Hollweg am Schluß der Marokkokrise von 1911 nach nur zwei Jahren der Kanzlerschaft sein Entlassungsgesuch einreichte, hat der Kaiser es nicht angenommen, wohl weil er wußte, daß er einen so fähigen Kanzler wie Bethmann Hollweg kaum würde finden können, und genau so dachte wie sein Großvater Wilhelm I., der bei tiefen Meinungsverschiedenheiten mit Bismarck auf dessen Entlassungsvorhaben nur antwortete, er müsse bleiben, da er wichtiger sei als er selbst. Für Wilhelm II., den erratischen, sprunghaften und kurzsichtigen Kaiser war der schwerblütige, tief- und weitblickende Kanzler das beste Pendant. Für das von hoher Emotionalität aufgeladene Naturell des Kaisers (das hinreichend bekannt ist) bieten die dargebotenen Quellen ein paar zusätzliche Nuancen. Als Wilhelm II. am 30. November 1911 in einem Telegramm an den Kanzler eine Rede Lloyd Georges kommentierte, fügte er in infantiler Manier die Bemerkung hinzu[2]: „Ich erlegte in zwei Tagen 1670 Kreaturen mit 1924 Schuß. Waidmanns Heil.“ Obwohl der Kaiser in der gefährlichen Ubootfrage mitten im Weltkrieg sich von den Argumenten des Kanzlers immer wieder überzeugen ließ, polterte er diesem gegenüber los, er werde im Ärmelkanal „mit seinen Ubooten den great swoop machen und damit die englische Offensive an der Somme zum Zusammenbruch führen“[3].

Bethmann Hollweg war sich der Grenzen seiner politischen Fähigkeiten wohlbewußt. Als er im August 1916 zum entscheidenden Versuch ansetzte, Generalstabschef Erich von Falkenhayn aus dem Amt zu drängen und dies mit dem preußischen Kriegsminister Wild von Hohenborn besprach, warf dieser ein, Falkenhayn sei kein Moltke, worauf Bethmann Hollweg antwortete[4]: „Und ich kein Bismarck, man muß eben auskommen mit dem, was man hat.“ Derselbe Wild von Hohenborn, der an sich dem Kanzler kritisch gegenüberstand und wegen dessen Friedensangebots vom Dezember 1916 das Handtuch warf, charakterisiert Bethmann Hollweg in seinem Tagebuch mit den Worten[5]: „Dieser schwerblütige, charaktertiefe, immer mit Bedenken kämpfende und die Last der Verantwortung so unendlich schwer tragende Mann.“ Kurt Riezler, langjähriger Sekretär des Kanzlers und wie dieser ein philosophischer Kopf, der über den Tag hinaus denken konnte, war von der Persönlichkeit Bethmann

1 Nr. 802.
2 Nr. 63.
3 Nr. 627.
4 Nr. 807*.
5 Nr. 719*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hollwegs gefesselt. Wenige Monate nach dessen Berufung zum Kanzler notierte er in seinem Tagebuch[6]: „Nach dem seelenlosen Bülow eine Erlösung." Fünf Jahre später, 1915, lautete sein Urteil: „Als politischer Kopf ersten Ranges, als Temperament beinahe unmöglich. Seltsames Gemisch." Als Harry Graf Kessler, der große zeitgenössische Chronist, die Reichstagsrede Bethmann Hollwegs vom 19. August 1915 las, schrieb er in sein Tagebuch[7]: „Es ist ein großes Glück, dass Deutschland in dieser Zeit mit einer so ernsten, zugleich volkstümlichen und philosophischen Stimme redet."

Zwei ganz anders lautende Urteile stammen von Parlamentariern. Der sozialdemokratische Abgeordnete Eduard David, der die Kanzlerkrise vom Sommer 1917 miterlebte, in der Bethmann Hollweg von allen Seiten angegriffen wurde, notierte in seinem Tagebuch bündig[8]: „Ein unentschiedener bürokratischer Kleber." Der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Gustav Stresemann, der in seiner späteren Verständigungspolitik als Außenminister der Weimarer Zeit so vieles mit Bethmann Hollweg gemeinsam hat, goß in den Weltkriegsjahren immer wieder seinen Spott über den Kanzler aus. Als er im September 1917, zwei Monate nach dem Kanzlersturz, vor dem Zentralvorstand seiner Partei einen Bericht zur politischen Lage gab, bezeichnete er die Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs als „eine Unmöglichkeit"[9]. Das Wort des Kanzlers in dessen Reichstagsrede vom 4. August 1914 vom Unrecht an Belgien sei unglücklich gewesen, noch mehr der weitere Satz, daß Deutschland Milliarden zum Wiederaufbau Belgiens aufbringen müsse. Auch seine Politik gegenüber Amerika und gegenüber Polen sei „der Niederbruch seiner staatsmännischen Begabung". In der Innenpolitik habe er ebenfalls versagt, so in der Frage des gleichen Wahlrechts, „das Bethmann noch hineinwarf […], um sich zu halten", und in der Frage der Parlamentarisierung.

Zu beachten ist dabei, daß Stresemann im Weltkrieg noch ein strammer Nationalist war, der sich erst nach dem deutschen Zusammenbruch vom Saulus zum Paulus wandelte und später mit seiner Versöhnungspolitik pikanterweise in die Fußstapfen Bethmann Hollwegs trat. Wesentlich gerechter äußerte sich im Weltkrieg just ein prominenter Politiker auf der Gegenseite Deutschlands, nämlich David Lloyd George. Aus dem Nachlaß des amerikanischen Präsidenten Wilson ist eine Unterredung zwischen dem englischen Premierminister und dem amerikanischen Botschafter in London, Walter H. Page, vom 24. Dezember 1916, als gerade das deutsche Friedensangebot abgelehnt wurde, überliefert[10]. Lloyd George sprach vom philosophischen deutschen Kanzler, der nach seiner Überzeugung den Krieg nicht gewollt habe und der sich, so gut er könne, dem ungestümen Kriegswillen seines Volkes entgegenstemme. Er glaube auch nicht, daß der Kaiser diesen Krieg gewollt habe. Das Verbrechen

[6] Nr. 609*.
[7] Nr. 690*.
[8] Nr. 970*.
[9] Nr. 986*.
[10] Nr. 890*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liege an der großen und starken Militärkaste, die vernichtet werden müsse, damit man überhaupt zum Frieden gelange. In diesem Urteil liegt nicht nur ein Körnchen, sondern eine Menge Wahrheit. Nur war diese Militärkaste, die England in seiner Weltkriegspropaganda mit Stumpf und Stiel auszurotten vorgab, längst nicht gleichförmig zusammengesetzt. Ein höherer Offizier in der Obersten Heeresleitung (OHL), Hermann Mertz von Quirnheim, stellte auf dem Höhepunkt der Kanzlerkrise einen grenzenlosen innenpolitischen Haß gegen Bethmann Hollweg fest[11]. Man betrachte die Osterbotschaft (die eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts ankündigte) als die Tat eines Schurken. Der wirkliche Grund, den Kanzler zu stürzen, liege bei der Obersten Heeresleitung selbst, besonders bei Oberst Bauer. Bethmann Hollweg sei ein „hoch bedeutender Mann von selten tiefem Blick in die Bewegungen der Zeit". Aber ihm fehle „das Zeug zu einer Gewaltnatur, wie Ludendorff es ist".

Dieses Urteil traf direkt ins Schwarze. Die Tragik ist, daß Bethmann Hollweg, der an sich Monate voraus denken konnte, im August 1916 entscheidend dazu beigetragen hatte, Generalstabschef Falkenhayn zu entmachten und Hindenburg/Ludendorff an dessen Stelle zu setzen. Das war ein Kardinalfehler, wie ihn auch der damalige österreichisch-ungarische Botschafter, Prinz Hohenlohe, erkannte. In einem Bericht vom Januar 1917 bezeichnet er Bethmann Hollweg als einen „absolut verläßlichen, ehrlichen gescheiten Partner"[12]. Seinem „zur Konzilianz neigenden Naturell" sei das maßlose Anwachsen der Autokratie vor allem zuzuschreiben. „Gegen einen Ludendorff konnte er nicht ankommen." In dem damaligen Parallelogramm der Kräfte – zwischen der „Militärkaste", dem erratischen Kaiser, den Parteien, dem Reichstag, dem preußischen Landtag – war Bethmann Hollweg auf eine Politik der Diagonale angewiesen. Sie stieß an ihre Grenzen, sobald eine dieser Einzelkräfte – und das war in der besonderen Situation des Krieges die 3. OHL – die Seiten des Parallelogramms bis zur Unkenntlichkeit verbog.

Eines hatte Bethmann Hollweg seinen Zeitgenossen weit voraus, den „tiefen Blick in die Bewegungen der Zeit", wie es Mertz von Quirnheim bezeichnet hat. In allen fundamentalen Fragen der damaligen deutschen Geschichte hatte er einen Weitblick und einen Durchblick wie keiner seiner Zeitgenossen. Seit Kriegsbeginn wußte er, daß das Anwachsen der deutschen Arbeiterpartei, der SPD, die er zuvor noch hartnäckig bekämpft hatte, eine tiefe Veränderung in der Parteienlandschaft bewirken würde, der er Rechnung tragen mußte und Rechnung trug. Er spürte zutiefst, daß die maßlose deutsche Flottenpolitik der Vorkriegszeit England nun an die Entente mit Frankreich und Rußland ketten würde. Und er ahnte nicht nur, sondern rechnete fest damit, daß der unbeschränkte Ubootkrieg die Vereinigten Staaten in den Krieg mit Deutschland verwickeln und die Berechnungen der Marinefachleute Lügen strafen würde. Und das wurde ihm auch noch von einem Gutteil der öffentlichen Meinung und der Militärs als „Verbrechen" angerechnet. Diesen ausgeprägten Voraus-

[11] Nr. 977*.

[12] Nr. 901*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

blick hatten in der neueren deutschen Geschichte nur ganz wenige Kanzler wie Bismarck und Adenauer. Aber wie Bethmann Hollweg selbst sagte und spürte: Die Gewaltnatur eines Bismarck besaß er nicht, um im Weltkrieg das von ihm für richtig Gehaltene durchzusetzen.

2. Bethmann Hollwegs Verantwortungsbewußtsein

Wenn Bethmann Hollweg gemeinhin als Fabius Cunctator gilt, so trifft dieses Verdikt auf einen Bereich seines staatlichen Handelns überhaupt nicht zu – auf den Kreis seiner staatsrechtlichen Verantwortlichkeit. Es ist durchaus möglich, daß er sich dabei das entsprechende Verhalten Bismarcks zum Vorbild genommen hat, obwohl die Quellen dazu keinen Anhaltspunkt hergeben. Einige Beispiele aus den hier zusammengetragenen Stücken sollen dafür herangezogen werden.

Im Juni 1910 wurde Alfred von Kiderlen-Wächter zum neuen Staatssekretär des Auswärtigen berufen. Ihm ging der Ruf eines Cholerikers voraus. Er war eitel und empfindlich und konnte im diplomatischen und dienstlichen Verkehr brüsk und anmaßend reagieren. Der französische Botschafter in Berlin, Jules Cambon, verglich ihn mit einem spanischen Hidalgo. Im August 1912 beschwerte sich Kiderlen-Wächter auf massive Weise bei Bethmann Hollweg, daß dieser ein Schreiben des französischen Botschafters wegen einer recht belanglosen Angelegenheit – Organisation marokkanischer Zollfragen – direkt, ohne Hinzutritt des Staatssekretärs des Auswärtigen, beantwortet habe. Er forderte den Reichskanzler auf, die Korrespondenz mit fremden Diplomaten, die seiner Meinung nach häufig stattfände, in Zukunft zu unterlassen, ansonsten werde er seinen Rücktritt einreichen. Nachdem Bethmann Hollweg sich in seiner Antwort über den konkreten Anlaß geäußert hatte, ging er auf das allgemeine Feld der Verantwortlichkeit über und machte klar, daß er „die Oberleitung der Geschäfte“ in der Hand zu behalten und gegebenenfalls persönlich mitzuwirken wünsche. So wie er – Kiderlen-Wächter – auf die Wahrung seiner Autorität unbedingten Wert lege, so erblicke auch er – Bethmann Hollweg – „in der Autorität des Reichskanzlers als des obersten verantwortlichen Leiters der gesammten Reichspolitik ein Gut von nicht minderem Wert“[13].

In der Zeit des Weltkrieges, als es oft genug auf schnelles Reagieren und Entscheiden ankam, häuften sich die Möglichkeiten von Kompetenzüberschreitungen und -überschneidungen. Nach Kriegsbeginn hielt sich Bethmann Hollweg mehrere Wochen im Großen Hauptquartier – zunächst in Koblenz und dann in Luxemburg – auf, war also von den Berliner Routinegeschäften räumlich abgeschnitten und kehrte in diesen Monaten nur für jeweils kurze Zeit nach Berlin zurück. Um die Arbeit des Preußischen Staatsministeriums, dem er als preußischer Ministerpräsident vorstand, nicht zu unterbrechen, ließ er über den Kaiser Innenminister Clemens Delbrück zum Vizepräsidenten des

[13] Nr. 92.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Staatsministeriums ernennen, so daß dieser dessen Sitzungen leiten konnte. Er schärfte Delbrück aber prophylaktisch ein, „in allen wichtigen Angelegenheiten, soweit es die Zeit gestattet, seine Entscheidung einzuholen, auch als Stellvertreter des Reichskanzlers".

Während des Krieges stand die öffentliche Meinung in Deutschland, und das hieß in erster Linie die Presse, unter Zensur. Sie wurde ausgeübt vom Stellvertretenden Generalstab, der sie in der Praxis an die einzelnen Stellvertretenden Generalkommandos delegierte. Bei der Marine unterstand die Pressezensur dem Reichsmarineamt. Dieses hatte unter Tirpitz ein eigenes Nachrichtenbüro, dem der Kapitän z.S. Heinrich Löhlein vorstand. Bereits im Dezember 1914 kam es auf einer Sitzung von Vertretern verschiedener Reichsressorts zu einem Vorfall, bei dem Löhlein den Vertreter des Auswärtigen Amtes daran hinderte, eine Erklärung des Reichskanzlers zur Zensurpraxis abzugeben. Bethmann Hollweg beschwerte sich sogleich bei Tirpitz, daß es „mit dem Staatsinteresse unvereinbar" sei, daß Löhlein „weiter mit der Aufgabe betreut bleibt, die ihn in Verbindung mit der Presse und öffentlichen Meinung" bringe[14]. Der Zwischenfall wurde dahin erledigt, daß Löhlein den Vorsitz in Pressesitzungen an Major Erhard Deutelmoser vom Stellvertretenden Generalstab abgeben mußte.

Als der preußische Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell im Oktober 1914 den Plan ventilierte, im Innenministerium eine eigene Presseorganisation einzuführen, schärfte ihm Bethmann Hollweg in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident ein, „in dieser Frage nichts ohne vorherige Verständigung mit mir über Garantien einheitlicher Zusammenarbeit der betreffenden Organisation zu tun".

Die Nachrichtenhandhabung der Marine blieb für Bethmann Hollweg ein ständiger Stein des Anstoßes. Als im November 1914 deutsche Kriegsschiffe eine ostenglische Hafenstadt beschossen, erfuhr Bethmann Hollweg davon aus der „Frankfurter Zeitung". Beim Chef des Admiralstabs, Admiral Hugo von Pohl, beschwerte sich der Kanzler, daß er darüber nichts von der Marineleitung erfahren habe. Daß die Bombardierung „dem obersten für die Gesammtpolitik des Reiches verantwortlichen Reichsbeamten nicht mitgeteilt wird, bedeutet einen mit der Politik und dem geltenden Staatsrecht nicht vereinbaren Zustand". Pohl wurde ersucht, derartige Vorkommnisse in Zukunft „gefälligst ohne jeden Zeitverlust" ihm zu melden.

Die Verschärfung des Ubootkriegs wurde trotz der Zensur immer wieder in der Presse besprochen, besonders von nationalistischen Organen. Im September 1915 meldete sich der Kanzler wieder einmal bei Tirpitz, daß Artikel mehrerer Zeitungen zwar vom Reichsmarineamt vor ihrem Erscheinen geprüft und zur Veröffentlichung freigegeben worden seien, obwohl darin abfällige Kritik über die Ubootkriegführung enthalten sei. In den Quellen gibt es Anhalts-

[14] Nr. 218. – Zu einer weiteren scharfen Auseinandersetzung in Sachen Presse und Verantwortlichkeit des Reichskanzlers kam es zwischen Bethmann Hollweg und der dritten OHL (Hindenburg/Ludendorff) in der zweiten Märzhälfte 1917. Vgl. unten die Nummern 779–785.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

punkte dafür, daß Bethmann Hollweg fürchtete, einmal von Tirpitz als Reichskanzler beerbt zu werden. Im Mai 1916 hatten sich die Beschwerden des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei über die kritischen Zeitungskommentare zur Ubootkriegführung derart gehäuft, daß Bethmann Hollweg den Kaiser veranlassen konnte, das Nachrichtenwesen aus dem Reichsmarineamt herauszulösen und es dem Admiralstab unter Holtzendorff, der in Ubootfragen mehr Rücksicht walten ließ, zu übertragen. Erwartungsgemäß reichte Tirpitz ob dieser Kompetenzbeschneidung seinen Rücktritt ein, der vom Kaiser angenommen wurde. Doch außer Dienst machte der populäre Großadmiral dem Reichskanzler das politische Leben erst recht schwer; und noch nach dem Krieg griff Tirpitz seinen Widersacher auf die gehässigste Weise in seinen Erinnerungsbüchern an.

Auch gegen den höchsten General der Armee, Generalstabschef Erich von Falkenhayn, mußte Bethmann Hollweg einen monatelangen Kampf um Kompetenzen führen, der auch hier zu dessen Entlassung führte. Darauf wird an anderer Stelle noch zurückzukommen sein.

Noch eine andere Institution überschritt nach Bethmann Hollwegs Meinung ihre Befugnisse gegenüber dem Reichskanzler. Auch hier ging es um Fragen des Ubootkrieges, also um eine hochpolitische Angelegenheit. Es war die Haushaltskommission des Preußischen Abgeordnetenhauses. Sie hatte sich im Februar 1916 in einem Beschluß gegen die Einschränkung der deutschen Kriegführung und für den verschärften Ubootkrieg ausgesprochen und obendrein davon die Öffentlichkeit unterrichtet[15]. Bethmann Hollweg reagierte prompt gegen den darin zum Ausdruck gebrachten Anspruch, auf Fragen der auswärtigen Politik einzuwirken. Dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses schrieb er, daß die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung „ausschließlich verfassungsmäßiges Recht des Deutschen Kaisers“ sei. Im Staatsministerium wurde er noch deutlicher und bezeichnete den Vorfall als „Vorstoß gegen ihn und seine auswärtige Politik“[16]. Wenn man das Gebaren der Kommission durchgehen lasse, führe das zur Verschiebung der Gewalten im Reich und schließlich zur „Auflösung der staatsrechtlichen Verhältnisse“.

Alle diese Vorkommnisse zeigen deutlich, daß Bethmann Hollweg auf Versuche, seine Kompetenzen zu schmälern, prompt und scharf reagierte und alles andere als ein ewiger Bedenkenträger war.

3. Außenpolitik 1909–1914

Die deutsche Außenpolitik der Vorkriegsjahre während der Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs ist in einmaliger Dichte in den Nachkriegseditionen der am Krieg beteiligten Mächte dokumentiert worden, allen voran in der „Großen Politik der Europäischen Kabinette“[17]. Die deutschen Quellen für die Jahre ab

[15] Nr. 727* und Nr. 480.

[16] Nr. 480.

[17] Vgl. Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit II S. 261–316.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1909 umfassen allein 28 Bände. Es genügt daher, auf zwei entscheidende Krisenmomente in der deutschen Außenpolitik dieser Jahre in aller Kürze einzugehen, um so die parallel laufende Innenpolitik verständlicher zu machen.

Die deutsch-englischen Beziehungen sind dabei das Pivot der deutschen Vorkriegspolitik genauso wie dann im Krieg selbst die Auseinandersetzung zwischen Deutschland und England den alles entscheidenden Faktor bildete, die von jeder Seite bald nach der Marneschlacht als Erschöpfungskrieg empfunden wurde, in dem eine von beiden Seiten zuerst am Boden liegen mußte. In Abwandlung des Bildes, das Bethmann Hollweg einmal im September 1915 privat schilderte[18], waren es zwei Bulldoggen – England und Deutschland –, die sich ineinander verbissen hatten, bis eine überwältigt war.

Bethmann Hollweg arbeitete vor dem Krieg hartnäckig an einer deutsch-englischen Verständigung. Dafür unternahm er wie Sisyphus mehrmals einen neuen Anlauf, mußte aber immer wieder wegen der forcierten deutschen Flottenpolitik aufgeben. Im Grunde genommen bewegten sich beide Seiten von 1909 bis 1912 im Kreis, bis sie auf eher unwichtigen Nebenschauplätzen (Gespräche über Kolonialfragen und die Bagdadbahn) zentimeterweise vorankamen.

Bereits im August 1909, als Bethmann Hollweg sein Amt als Reichskanzler gerade angetreten hatte, bekam er aus London einen Wink zu Gesprächen über den Umfang der maritimen Rüstungen. Bethmann Hollweg griff den Wunsch umgehend auf und stellte dafür zwei Vorbedingungen: Die Verhandlungen sollten in Berlin (also unter seiner Führung) stattfinden und England müsse die Verpflichtung eingehen, „daß es seine uns in den letzten Jahren feindliche Politik aufgibt und verspricht, eine deutschfreundliche Politik zu führen“[19]. Die erste Bedingung war leicht zu erfüllen; die zweite war viel zu hochgegriffen, als daß sie englischerseits überhaupt ernsthaft diskutiert werden konnte. Bethmann Hollweg wußte das und mußte es wissen, trotzdem stellte er sie. Der Grund dafür geht aus einer österreichischen Quelle hervor[20]. Im März 1910 traf er sich mit dem österreichisch-ungarischen Außenminister, Graf Lexa von Aehrenthal, dem er andeutete, daß er auf ein freundschaftliches Verhältnis zu England nicht zuletzt aus Gründen der inneren Politik hinsteuern müsse. Was bedeutet dieser Fingerzeig? Bethmann Hollweg wollte durch eine Annäherung an England seine zahlreichen inneren Widersacher in Schranken weisen (den eigenen Flottenkaiser, Tirpitz, die Konservativen, den laut trommelnden Flottenverein) und ein langsameres Tempo im Flottenbau erreichen, um das unselige Flottenwettrüsten aufzuhalten. Bethmann Hollweg hat das selbst einmal intern im Sommer 1918, als er schon außer Amt war, so gedeutet, als er die deutsche Marinepolitik als einen fundamentalen Fehler bezeichnete. Solche Überlegungen konnte er seinerzeit angesichts der deut-

[18] Nr. 401.

[19] Nr. 5.

[20] Nr. 69*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Flottenbegeisterung natürlich nicht nach außen tragen; er wäre sonst sofort davongejagt worden.

Deutsch-englische Flottengespräche kamen im August 1909 auch sofort in Gang, stockten aber, als Bethmann Hollweg zunächst forderte, daß einem Flottenabkommen ein Neutralitätsvertrag vorangehen müsse. In ihm sollte England zusagen, im Falle eines französisch-russischen Angriffs neutral zu bleiben. Dieses für England unerfüllbare Junktim lockerte Bethmann nur unwesentlich, als er zu verstehen gab, er könne sich auch mit parallel laufenden Verhandlungen über das allgemeine und das spezielle Abkommen abfinden. Und noch eine geringfügige Konzession machte er, als er der englischen Seite zusagte, er werde sich für ein langsameres Tempo im deutschen Flottenbau einsetzen.

Die Gespräche wurden unterbrochen, als Anfang 1910 anstehende Parlamentswahlen in England eine unsichere Kabinettsbildung voraussehen ließen. Sie wurden im Herbst 1910 wiederaufgenommen, erbrachten aber nur einen minimalen Fortschritt. Memoranden wurden hin und her mitgeteilt, die immerhin den Austausch von Daten über die beiderseitige Flottenrüstung in Aussicht stellten. Ein Rückschritt ergab sich, als Bethmann Hollweg der englischen Seite mitteilen mußte, daß das deutsche Flottengesetz von 1912 aus jeder Vereinbarung ausgeklammert werden müsse. Das war eine Zwangsjacke, die Bethmann Hollweg von der eigenen Seite verpaßt wurde. Kiderlen-Wächter teilte er privatim mit, er wolle wegen der dermaligen Politik am liebsten aus dem Amt scheiden. Er wußte, daß England zu Verhandlungen auf dieser Basis nicht bereit sein werde. Trotzdem kam es im Frühjahr 1912 zu einem neuen Anlauf, und zwar auf englische Initiative hin. Kriegsminister Lord Haldane reiste nach Berlin, um mit Bethmann Hollweg den Verhandlungsfaden wiederaufzunehmen. Dieser mußte seinem Gegenüber klarmachen, daß von der deutschen Flottennovelle keine Abstriche gemacht werden könnten, worauf er zur Antwort bekam, daß für jedes deutsche Schiff zwei englische gebaut würden. Aus Haldanes Tagebuch geht hervor, daß Bethmann Hollweg mit dem Rücken an der Wand stand: Die Hindernisse, mit denen er intern zu kämpfen habe, seien unüberwindlich[21]. Wieder waren die Verhandlungen in der Hauptsache ohne Ergebnis. Nur auf den Nebenschauplätzen der Bagdadbahn und des Kolonialaustauschs (u. a. Beerbung der portugiesischen Kolonien) blieb man weiter im Gespräch.Wenigstens in den deutsch-russischen Beziehungen gab es im Sommer 1912 atmosphärische Verbesserungen. Bethmann Hollweg bezeichnete in einem Privatbrief die Kaisertreffen von Potsdam und Baltischport als „mühselige Kleinarbeit ohne schimmernde Erfolge“[22].

Noch mit einem zweiten außenpolitischen Problem hatte sich Bethmann Hollweg in den Vorkriegsjahren herumzuschlagen – mit der zweiten Marokkokrise 1911. Als im April des Jahres französische Truppen zum Schutz von Europäern in die marokkanische Stadt Fes entsandt wurden, reagierte die deut-

[21] Nr. 264*.

[22] Nr. 317*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sche öffentliche Meinung mit großer Erregung. In Unterredungen mit dem französischen Botschafter in Berlin, Jules Cambon, bedauerte Bethmann Hollweg die Aufgeregtheit der beiderseitigen Presse[23]. Er machte aber klar, daß es ihm in Marokko in erster Linie um wirtschaftliche Ziele – die Open Door – gehe, also nicht um ein deutsches territoriales Fußfassen dort. Als die französische Seite in den folgenden Wochen deutlich machte, daß der Status quo ante in Marokko nicht wiederhergestellt werden könne, übernahm auf deutscher Seite der ungestüme Staatssekretär Kiderlen-Wächter das Ruder. Dies zuzulassen war ein Fehler Bethmann Hollwegs und offenbart seine Neigung zum Zaudern und Zagen. Als Cambon auf die Frage Kiderlens nach Kompensationen für Deutschland die Worte „Kongo" und „Togo" ohne nähere Erläuterung fallenließ[24], schwoll Kiderlen der Kamm, und er forderte schließlich den gesamten Französischen Kongo. Intern unterstrich er die Forderung mit der Bemerkung, Deutschland müsse dafür notfalls „fechten". Das hat nach Aussage einer Quelle[25] Bethmann Hollweg eine schlaflose Nacht bereitet. Aus dem Riezler-Tagebuch geht hervor, daß er gewillt war, dem Kaiser seinen Rücktritt anzubieten. Erst als Kiderlen-Wächter ihn beruhigte, er habe mit Fechten nur gemeint, man müsse auf das äußerste vorbereitet sein, ließ er von seinem Plan ab.

Am 4. November 1911 wurde schließlich das Marokko-Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich unterzeichnet, in dem Marokko französische Interessensphäre blieb, Deutschland dort die Offene Tür zugesichert bekam und Teile des Französischen Kongo als Kompensation erhielt.

Bethmann Hollweg hatte die Aufgabe, das Abkommen im Reichstag in erhitzter Atmosphäre zu verteidigen. Aus Berichten der französischen Botschaft wissen wir, daß sein Plädoyer kühl aufgenommen und durch häufiges Gelächter unterbrochen wurde. Nur die Linke habe ihm applaudiert. Der Kanzler sah sich nun innenpolitisch einer gewaltigen gegnerischen Koalition gegenüber: Die Konservativen und Nationalliberalen kündigten ihm endgültig die Unterstützung auf und schwammen auf der nationalistischen Welle, um in den nächsten Wahlen die Sozialisten zu schwächen. Der Flottenverein und Tirpitz trommelten für ein neues Flottengesetz. Zu diesen innenpolitischen Gegnern gesellten sich noch die Schwerindustriellen. Bethmann Hollweg machte seinem Verdruß in einem Privatbrief an seinen Freund Eisendecher Luft[26]: „Krieg für den Sultan von Marokko, für ein Stück […] Kongo oder für die Gebrüder Mannesmann wäre ein Verbrechten gewesen. Aber das deutsche Volk hat diesen Sommer so leichtfertig mit dem Krieg gespielt." In einer Unterredung mit Jules Cambon bedauerte er die lautstarke Unterstützung Englands für Frankreich: Bisher hätten der Dreiverband (die Entente) und der Dreibund wie aus-

[23] Nr. 164*, 168* und 169*.

[24] Nr. 188*. Zum folgenden Nr. 190* und 192*.

[25] Nr. 196*.

[26] Nr. 61. Das folgende Zitat in Nr. 242*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tarierte Gewichte gewirkt; nun aber sei „ein Gleichgewicht des Friedens in permanente Konfliktsursachen“ umgeschlagen.

4. Kriegsrüstung und Kriegsausbruch (1914)

Seit dem Jahr 1911 beschleunigte sich die Abfolge der europäischen Krisen. Italien nutzte die Marokkokrise aus, um der Türkei den Krieg zu erklären und ihr Tripolis zu entreißen. Auf dem Balkan formierte sich unter russischem Schutz ein Bund zwischen Bulgarien, Serbien und Griechenland, der zusammen mit Montenegro im Sommer 1912 das Osmanische Reich mit Krieg überzog (Erster Balkankrieg). Am Jahresende drohte der Krieg sich zu einem gesamteuropäischen Waffengang auszuweiten, da Österreich-Ungarn entschlossen war, eine Vergrößerung Serbiens (das einen Zugang zur Adria erstrebte) zu verhindern. Der europäische Brand wurde indes nicht entfacht, da auf der einen Seite Deutschland und Österreich-Ungarn und auf der anderen Seite England und Frankreich die Forderungen der Balkanstaaten nicht unterstützten. Im Sommer 1913 kam es unter diesen zu Auseinandersetzungen über die Aufteilung der türkischen Beute, die in den Zweiten Balkankrieg (Bulgarien contra Serbien, Montenegro, Griechenland und Rumänien) mündeten, aber durch europäische Vermittlung lokalisiert blieben. Bei allen europäischen Staaten setzte nun ein beschleunigtes Wettrüsten ein, um bei der nächsten großen Krise besser gewappnet zu sein.

In dieser aufgeheizten Atmosphäre kam es am 8. Dezember 1912 zu dem in der Forschung vieldiskutierten „Kriegsrat“ unter Vorsitz des Kaisers, an dem Generalstabschef Moltke, Tirpitz, Admiralstabschef Heeringen und der Marinekabinettschef Müller teilnahmen[27]. Die politische Leitung war zu der Besprechung nicht dazugeladen. Der Kaiser forderte sowohl den nicht anwesenden Kriegsminister als auch den Staatssekretär des Reichsmarineamts zu neuen Rüstungsschritten auf. Als Bethmann Hollweg davon erfuhr, drang er in den Kaiser, daß Deutschland sich jeglicher Provokation enthalten müsse und deutsche Pläne zu Heeres- und Flottenvermehrungen nicht nach außen getragen werden dürften. Tatsächlich erhöhte Deutschland durch eine neue Wehrvorlage vom Sommer 1913 sein Heer auf eine Friedensstärke von 748.000 Mann. Das französische Landheer erreichte damals dieselbe Stärke, das russische beinahe das Doppelte.

Seinem Freund Eisendecher vertraute Bethmann Hollweg im März 1913 an[28]: „Am schwersten hat mich der Einblick belastet, den mich die Militärs in unsere Stärkeverhältnisse im Falle eines Krieges haben tun lassen. Man muß schon einen guten Teil von Gottvertrauen haben und auf die russische Revolution als Bundesgenossen rechnen, wenn man einigermaßen ruhig schlafen soll. Ob der Flotte haben wir die Armee vernachlässigt und uns mit der ‚Flottenpolitik‘ gleichzeitig Feinde ringsum geschaffen.“

[27] Nr. 101. Zum folgenden Nr. 331*.

[28] Nr. 112. Vgl. auch Nr. 116.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Als Ende Juni 1913 die neue Wehrvorlage beinahe unter Dach und Fach war, schrieb er wieder an Eisendecher[29]: „Von Krieg und Kriegsgeschrei und von den ewigen Rüstungen habe ich nun nachgerade genug. Es ist höchste Zeit, daß sich die großen Nationen wieder beruhigen und friedlicher Arbeit nachgehen. Sonst kommt es doch zu der Explosion, die keiner will und die allen schadet." Fast genau auf den Tag ein Jahr später kam es in Sarajewo zu der Explosion, die Bethmann Hollweg so sehr fürchtete.

In der bisherigen Forschung über den Kriegsausbruch ist zu wenig beachtet worden, daß Bethmann Hollweg von Anbeginn seiner Kanzlerschaft bis zur Julikrise 1914 die Wiener Regierung unablässig ermahnt, ja geradezu gezügelt hat, ihre Interessen auf dem Balkan, vor allem gegenüber Serbien, nicht mit Gewalt zu verfolgen, da er weitsichtig damit rechnete, daß daraus ein Weltkrieg entstehen könnte. Aus der langen Kette der Belege seien nur einige wenige hervorgehoben. Als sich Bethmann Hollweg im November 1909 zum erstenmal mit dem russischen Außenminister Sazonov in Potsdam traf, gab er ihm das formelle Versprechen, daß Deutschland im Falle einer Expansionspolitik Österreich-Ungarns auf dem Balkan „weder vertragsmäßig verpflichtet noch willig sei, es zu unterstützen"[30]. Als ein Jahr später, wiederum in Potsdam, der Zar zu Besuch war, wiederholte Bethmann Hollweg die Versicherung, „daß sich Deutschland niemals verpflichtet hätte, expansive Pläne Österreich-Ungarns auf dem Balkan zu unterstützen". Ein drittes Mal wiederholte Bethmann Hollweg die Zusage beim Monarchentreffen in Baltischport im Sommer 1912.

Daß diese Versprechen keine leeren Worte waren, ergibt sich aus den vielfältigen Mahnungen Bethmann Hollwegs an die Wiener Adresse[31]. Im Januar 1913 hat er dem österreichischen Botschafter in Berlin zu verstehen gegeben, daß die österreichischen Rüstungen „einen möglichen Keim von Konflagrationen in sich bergen", denen im europäischen Interesse beizeiten vorgebeugt werden solle[32]. Im Zweiten Balkankrieg forderte er Wien auf, sich ruhig und zuwartend zu verhalten. Die österreichischen Besorgnisse über das Zustandekommen eines Großserbien seien übertrieben. Er hoffe, daß Österreich-Ungarn in die Balkanwirren nicht eingreife, „was […] eine europäische Konflagration zur Folge haben würde". Im Mai 1914 ermahnte er seinen Staatssekretär Jagow, Wien emanzipiere sich zu stark von Deutschland und müsse rechtzeitig am Zügel gehalten werden[33].

Diese Zeugnisse müssen zusammengesehen werden mit den entsprechenden Mahnungen an die Wiener Adresse vom Juli 1914, den Konflikt mit Serbien lokalisiert zu halten. Derlei Vorhaltungen wurden nicht ausgesprochen, um sie in einer künftigen Rechtfertigungsschrift (in einem Weißbuch etwa)

[29] Nr. 120.

[30] Nr. 42*. Das folgende Zitat in Nr. 129*.

[31] Nr. 335*, auch Nr. 349*.

[32] Nr. 335*. Das folgende Zitat in Nr. 370*.

[33] Nr. 419*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

öffentlich als Beweis für Deutschlands Friedfertigkeit hinzustellen. Obwohl Bethmann Hollweg Österreich-Ungarn zugestand, seine Entschlüsse selbst zu fassen, müsse der Konflikt mit Serbien lokalisiert bleiben (5. Juli 1914)[34]. Und noch zweimal am 30. Juli wurde der deutsche Botschafter in Wien aufgefordert, die Regierung dort zu ermahnen, sie dürfe sich einem Meinungsaustausch mit Petersburg nicht verweigern und Deutschland nicht leichtfertig in einen Weltbrand hineinziehen. Und es gehe nicht an, die abwiegelnde englische Intervention in Paris und Petersburg durch Intransigenz zu konterkarieren und Deutschland in einen Krieg zu verwickeln, den Wien beginne.

Was allerdings für ein künftiges Weißbuch gedacht sein dürfte, war der mehrmalige Versuch, Rußland von vornherein die Schuld für den Kriegsausbruch zuzuschreiben. Durch die russische Gesamtmobilmachung vom 31. Juli 1914 wurde das der deutschen Regierung denkbar leichtgemacht.

Was die Forschung über den Kriegsausbruch inzwischen wohl eindeutig festgestellt hat, ist, daß die deutsche Regierung, und das heißt in erster Linie auch Bethmann Hollweg, wie auch die Gegenseite das Risiko eines Weltkrieges in Kauf genommen haben. Die hier veröffentlichten Quellen machen aber auch deutlich, daß Bethmann Hollweg unter dem Geschehen unendlich litt. Schon die seit langem veröffentlichten Tagebucheintragungen seines Vertrauten Kurt Riezler haben das offengelegt. Am bekanntesten ist das Wort des Kanzlers, daß der Ablauf der Julikrise ein „Sprung ins Dunkle“ sei (14. Juli). Sprechender ist Riezlers Vermerk, daß der Kanzler „mit einer gewissenhaften Selbstzermarterung über alle möglichen Fehler“ nachdenke (20. Juli). Das Wort „Weltkrieg“ hat Bethmann Hollweg auf dem Höhepunkt des Rüstungswettlaufs – 1913 – mehrmals geäußert. So erklärte er dem französischen Botschafter Jules Cambon[35]: „Sollte der Krieg in Europa ausbrechen, wäre es ein schreckliches Unglück für die ganze Welt […], und die Nachwelt würde uns alle für Narren halten, wenn es uns nicht gelänge, ihn zu vermeiden“. Als Anfang August 1914 die Würfel gefallen waren, sollte der deutsche Botschafter in London dem dortigen Außenminister erklären, er – Bethmann Hollweg – habe seine ganze Arbeit daran gesetzt, „in Gemeinschaft mit England […] einen Zustand herbeizuführen, der den Wahnsinn der Selbstzerfleischung der europäischen Kulturnationen unmöglich machte“.

Noch bevor der Krieg 1918 zu Ende war, bekannte sich Bethmann Hollweg in der Zurückgezogenheit in Hohenfinow zur Mitschuld Deutschlands am Krieg. Der Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann besuchte ihn im Februar 1918 und hielt die Äußerungen des Exkanzlers wörtlich fest[36]: „Dieser Krieg wühlt in mir. Ich frage mich immer wieder, ob er sich hätte vermeiden lassen, was ich hätte anders machen können. Alle Völker haben eine Schuld, auch Deutschland hat eine große Mitschuld.“ Am Ende des Krieges, als Deutschland am Boden lag und von den Besserwissern mit erhobenem Zeigefinger auf die

[34] Nr. 427*. Auch Nr. 437*. Zum folgenden vgl. Nr. 492*.

[35] Nr. 347*. Vgl. auch Nr. 363*.

[36] Nr. 835. Das folgende Zitat in Nr. 847.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verantwortlichen von 1914 gewiesen wurde, schrieb er in einem Zeitungsartikel, daß Pazifismus damals kein Allgemeingut gewesen sei, daß „nationale Selbstbeschränkung im Interesse des Friedens durchaus noch nicht als allgemeines Gebot internationaler Moral angesehen wurde, daß noch mehr vielen ungehemmter Machtwille als nationale Tugend und der Krieg als legales Mittel zu seiner Betätigung galt".

Ein markantes Zeichen für Bethmann Hollwegs Bewußtsein von der deutschen Mitschuld am Kriegsausbruch und für sein hochentwickeltes Verantwortungsgefühl ist, daß er sich sofort nach Bekanntwerden der alliierten Friedensbedingungen im Mai 1919 bereit erklärte, vor einem internationalen Gericht zu erscheinen. Zunächst schrieb er dem damaligen deutschen Außenminister Müller am 20. Mai 1919[37], daß nicht Kaiser Wilhelm II. nach Artikel 227 der Friedensbedingungen „wegen angeblicher schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der geheiligten Macht der Verträge" unter öffentliche Anklage gestellt werden solle, sondern er als damaliger Reichskanzler, der nach dem deutschen Staatsrecht die Verantwortung trage. Die Reichsregierung lehnte indes die Weitergabe seines Schreibens nach Paris ab. Sie wies es grundsätzlich zurück, einen Deutschen einem von den Feindmächten eingesetzten Gerichtshof zu überliefern. Würde man das Angebot übermitteln, würde das dahin gedeutet werden, daß die Reichsregierung mindestens stillschweigend der Aburteilung des Exkanzlers durch einen alliierten Gerichtshof zustimme. Bethmann Hollweg ließ nicht locker. Kurz vor Unterzeichnung des Versailler Vertrags richtete er ein Schreiben an den französischen Ministerpräsidenten Georges Clemenceau[38], in dem er sich wiederum gemäß Artikel 227 den Alliierten zu Verfügung stellte und sie ersuchte, das gegen Kaiser Wilhelm II. beabsichtigte Verfahren gegen ihn stattfinden zu lassen. Vor allem wollte sich der Exkanzler damit vor seinen Kaiser stellen und Holland, wohin dieser geflohen war, den Rücken stärken, Wilhelm II. nicht auszuliefern. Aus den englischen Quellen wissen wir heute, daß der Oberste Rat in Paris Ende Juni 1919 beschloß, Bethmann Hollwegs Brief nicht zu beantworten.

5. Der Kriegseintritt Italiens und Rumäniens (1914–1916)

Italien war durch den Dreibund von 1882, der hernach mehrfach (zuletzt 1912) erneuert worden war, Verbündeter Österreich-Ungarns und Deutschlands. Zum Eingreifen in den Krieg war es im August 1914 nicht verpflichtet, da seine beiden Vertragspartner von deren Feindmächten nicht angegriffen worden waren. Es ging also darum, von Berlin und Wien aus gesehen, Italien zunächst neutral zu halten, sodann es aber auf die eigene Seite zu ziehen. Aufgrund der historischen österreichisch-italienischen Auseinandersetzungen war offensichtlich, daß Italien auf die Angebote des Meistbietenden warten

[37] Nr. 861.

[38] Nr. 866.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würde. Auf seiten der Mittelmächte wurde aber von vornherein mit dem Eingreifen der Italiener gegen Österreich gerechnet. Generalstabschef Moltke machte bereits Mitte August 1914 klar, daß er eine Kriegsdrohung Italiens gegenüber Österreich erwarte und deutsche Truppen an diese künftige Front unter keinen Umständen abgeben könne[39]. Die Reichsleitung solle Wien raten, italienische Truppen unter Protest nach Südtirol einrücken zu lassen. Selbst wenn Italien nicht nur Triest nehmen, sondern auch den Marsch auf Wien antreten würde, könne Deutschland auch in einem solchen Falle Italien unmöglich den Krieg erklären. Die Reichsleitung drängte die Wiener Regierung bereits im selben Monat, sich den italienischen Wünschen offen zu zeigen und Kompensationen auf dem Balkan in Aussicht zu stellen; Südtirol könne dabei aus dem Spiel bleiben[40]. Im November wurde der Radius auf Nordafrika ausgeweitet. Aus italienischer Quelle wurde aber sehr bald klar, daß in Rom das Augenmerk in erster Linie auf Südtirol gerichtet war[41]. Als deutsche diplomatische Mahnungen in Wien nichts fruchteten, schickte man mehrere Sondergesandte in besonderem Auftrag zu Kaiser Franz Joseph. Doch in Wien bewegte man sich nicht. Anfang Mai 1915 erbot sich die Berliner Regierung, den deutschen Botschafter in Rom zu Verhandlungen zu autorisieren, der „Desinteressement in Albanien ohne Reserve, Gewährung der munizipalen Autonomie in Triest […], die Sprachgrenze im Trentino und Zugeständnisse am Isonzo“ versprechen sollte[42].

Wie drängend Bethmann Hollweg persönlich die Lage sah, geht aus einem Angebot „von großer wirtschaftlicher Bedeutung“ hervor, das er Italien deutscherseits machen wollte[43]. Deutschland würde sich verpflichten, einen Teil des belgischen Kohlenbeckens für Italien „zu expropriieren“ und damit „den Bedarf an Kohlen (ca. 10–12 Millionen Tonnen) aus Gruben, die dem italienischen Staat gehören würden, zu decken“. Selbst in der Türkei wollte Bethmann Hollweg fündig werden und lockte mit der Möglichkeit, den Dodekanes vor der westtürkischen Küste, den Italien vorübergehend während des Tripoliskrieges besetzt gehalten hatte, und obendrein Konzessionen am Golf von Adalia als türkische Morgengabe in Aussicht zu stellen[44]. Ende April 1915 erwog er noch die Möglichkeit, die österreichisch-italienischen Verhandlungen ganz in deutsche Hände zu legen – in die Hand des deutschen Botschafters in Rom, des Exkanzlers Fürst Bülow[45].

Es war alles zu spät. Bereits am 25. April 1915 hatte sich Rom der viel mehr bietenden Entente in London durch einen Vertrag ergeben und heimste an Territorialversprechungen wesentlich mehr ein, als Österreich-Ungarn (und

[39] Nr. 148.
[40] Nr. 154.
[41] Nr. 203 und 206.
[42] Nr. 300.
[43] Nr. 279.
[44] Nr. 281.
[45] Nr. 296.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Deutschland) äußerstenfalls gewillt war, ihm abzutreten. Am 4. Mai 1915 sagte sich Italien durch Überreichung einer Note in Wien formell vom Dreibund los, und am 23. Mai erklärte es Österreich-Ungarn den Krieg, nicht aber Deutschland.

In dieser Stunde der Not hielt Deutschland seinem Bundesgenossen die Treue, indem es die italienische Regierung wissen ließ[46], daß im bisherigen Verlauf des Krieges die österreichisch-ungarischen Heeresverbände mit deutschen Truppen durchsetzt worden seien und daher Italien, wenn es die österreichischen Truppen angreife, auf deutsche Truppen stoßen, also Deutschland angreifen werde. Darin liege keine ausdrückliche Kriegserklärung. In den folgenden 14 Monaten gab es zwischen Deutschland und Italien einen völkerrechtlichen Schwebezustand. Erst am 27. August 1916 erklärte Italien dem Deutschen Reich den Krieg.

*

Das Verhalten Italiens war aufs engste mit der entsprechenden Haltung Rumäniens verknüpft. Auch dieses Land war mit Österreich-Ungarn (und durch eine Akzessionserklärung mit Deutschland) durch den Allianzvertrag von 1883 verbunden, der 1892 erneuert worden war. Nach Kriegsbeginn ging es den beiden Mittelmächten darum, Rumänien – wie Italien – neutral zu halten. Wiederum mußten Anerbietungen gemacht werden, die nur von Österreich und Ungarn zu leisten waren. Deshalb drückte Bethmann Hollweg in Wien auf baldige und große Opfer. In Frage kamen in erster Linie Teile des österreichischen Kronlandes Bukowina. In Siebenbürgen wurden seitens Ungarns Gebietsabtretungen strikt abgelehnt, höchstens gewisse Autonomierechte intern erwogen.

Das rumänische Problem hing wiederum mit dem serbischen Problem zusammen. Die in den Quellen immer wieder vorkommende „Nordostecke Serbiens“ (der sogenannte Negotiner Kreis) blockierte einen Teil der Donau. Der Reichskanzler drang daher im Frühjahr 1915 unablässig in die Oberste Heeresleitung, Serbien zu besetzen. Das konnte nur mit deutschen Truppen bewerkstelligt werden, da österreichische Truppen dort überhaupt nicht vorangekommen waren. Falkenhayn ließ den Reichskanzler wiederholt wissen, daß für einen Serbienfeldzug zunächst nicht genügend Truppen, nämlich 100.000 Mann, bereitgestellt werden könnten; die Reichsleitung solle sich erst einmal um ein Bündnis mit Bulgarien kümmern. Der Ball ging hin und her. Mitte Mai platzte Falkenhayn der Kragen: Er formulierte für die Reichsleitung ein Ultimatum an Bukarest, in dem Rumänien aufgefordert werden sollte, „Transporte“ von und nach Bulgarien über die rumänischen Bahnen zuzulassen[47]. Bethmann Hollweg hielt das für aussichtslos. Bulgarien werde erst dann auf seiten der Mittelmächte eingreifen, wenn deutsche Truppen in Serbien vor-

[46] Nr. 319.

[47] Nr. 306.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

marschieren würden. Sein Ceterum censeo war: Er erblicke in der serbischen Expedition „das einzige Mittel, um Rumänien neutral zu halten, eventuell sogar zu uns herüberzuziehen“[48]. Die Retourkutsche Falkenhayns kam umgehend. Da die Österreicher gegen Serbien unter keinen Umständen vorgehen würden, wenn Bulgarien nicht mitmache, müßten ausschließlich deutsche Truppen eingesetzt werden. Die seien aber weder an das vom Flecktyphus durchseuchte Land gewöhnt noch für den Krieg dort ausgerüstet. Falkenhayn gab aber insofern nach, als er die Politik aufforderte, der Armee noch sechs Wochen Zeit zu verschaffen, und zwar durch „Verhandlugnen mit Rumänien auf Grund der Abtretung der Bukowina und Bessarabiens, mit Bulgarien auf Grund der Erwerbung von Makedonien, der Dobrudscha und des türkischen Gebiets bis zur Maritza“.

Sowohl Falkenhayn als auch Bethmann Hollweg wußten die große Bedeutung Rumäniens einzuschätzen, da vorerst nur durch dieses Land dringend benötigte Munitionstransporte in die Türkei geschafft werden konnten. Das war aber ohne Niederwerfung Serbiens nicht möglich. Bethmann Hollweg kam daher im Juni 1915 auf die bizarre Idee, mit Zeppelinen und „Luftfahrzeugen“ schleunigst Munition nach der Türkei zu schaffen[49]. Das bedeutete 1000 km Lufttransport. Er rechnete den Militärs vor, das ja Zeppeline von Wilhelmshaven bis zur englischen Hafenstadt Gravesend und zurück fliegen könnten (ebenfalls 1000 km). Für den Rückflug aus der Türkei könnten die „Luftfahrzeuge“ Betriebsstoff in Adrianopel aufnehmen. Diese skurrile Idee beweist, wie verzweifelt man auf deutscher Seite inzwischen war, da nun im Südosten alliierte Truppen nicht nur die Dardanellen angegriffen hatten, sondern auch in Saloniki zu landen drohten. Bethmann Hollweg drückte auf Wien, den Rumänen schmackhafte Angebote zu machen, nicht nur in der Bukowina, sondern auch in Siebenbürgen. Ende Januar fuhr er sogar mit Staatssekretär Jagow selbst nach Wien, um dort Konzessionen für Rumänien abzupressen[50]. Doch er kehrte resultatlos zurück. Zwei weitere Eisen schmiedete er. In Konstantinopel wurde er vorstellig, an Bulgarien Gebiete auf der Linie Enos – Midia abzutreten, um dafür „sofortige Lieferung schwerer Artillerie und Munition aus bulgarischen Beständen einzuhandeln“. Und an König Ferdinand in Sofia richtete er gleichzeitig ein Telegramm mit der dringenden Bitte, aus bulgarischen Beständen schwere Artillerie und Munition an die Türkei abzugeben mit der Aussicht, damit die laufenden griechisch-bulgarischen Grenzverhandlungen günstig zum Abschluß zu bringen.

In der Zwischenzeit hatte Falkenhayn der Reichsleitung Vorwürfe gemacht, daß sie nicht in der Lage sei, die Haltung Rumäniens und Bulgariens zu ändern[51]. Die Aussichten dazu würden auch durch ein „Vorgehen gegen Serbien“ nicht besser, sondern nur durch „ein völliges Niederwerfen Serbiens“.

[48] Nr. 313. Zum folgenden Nr. 318.

[49] Nr. 335.

[50] Nr. 352. Zum folgenden Nr. 358.

[51] Nr. 359. Zum folgenden Nr. 363 und 364.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dazu würde er aber 10 bis 12 Monate Zeit benötigen. Und wieder forderte er den Reichskanzler auf, Rumänien für die Munitionsdurchfuhr ein Ultimatum zu stellen. Dieser replizierte, er sei dazu bereit, es müsse aber „durch genügende und den rumänischen Staatsmännern imponierende Machtmittel, also durch Truppenaufstellungen in der Bukowina u. bei Orsowa“ (an der Donau) unterstützt werden. Man drehte sich im Kreise.

Unterdessen war die Lage an der Ostfront dadurch inzwischen etwas entspannt, daß deutsche Truppen Warschau eingenommen hatten; auch im Südabschnitt war in Galizien schon im Mai bei Gorlice-Tarnów ein strategischer Durchbruch gelungen. Die diplomatischen Verhandlungen mit Bulgarien kamen im Sommer gut voran; sie endeten am 6. September 1915 mit einem Bündnisvertrag, der Bulgarien neben Geldhilfe aus Berlin Serbisch-Mazedonien und den Negotiner Kreis zusicherte[52]. Damit war der diplomatische Durchbruch im Südosten gelungen. Er wurde erhöht durch einen massiven deutsch-österreichischen Feldzug gegen Serbien, der in weniger als vier Wochen die serbische Armee zerschlug. Der dringend erforderliche Weg in die Türkei war nun geöffnet. Man war nicht mehr auf die Durchfuhr durch Rumänien angewiesen. Deshalb spielte in Bethmann Hollwegs Korrespondenz Rumänien fortan keine Rolle mehr. Wegen der Hartnäckigkeit Österreichs und vor allem Ungarns konnte Rumänien mit wesentlich günstigeren Anerbietungen seitens der Entente rechnen. Zur rumänischen Kriegserklärung an Österreich-Ungarn kam es dann Ende August 1916; Deutschland folgte stehenden Fußes mit einer Kriegserklärung an Rumänien, so daß eine zusätzliche Front bevorstand.

6. Kriegsziele 1914–1917 und Friedensangebot vom 12. Dezember 1916

Es geht in diesen resümierenden Bemerkungen nicht um die deutschen Kriegsziele im allgemeinen – hier müßte ein sehr breites Spektrum ausgebreitet werden –, sondern allein um die von Bethmann Hollweg formulierten Ziele. Und hier muß deutlich unterschieden werden, zu welchem Zeitpunkt des Krieges er sie – zuweilen nur aus taktischen Gründen – aufgestellt und vor welcher Person oder welchem Personenkreis er sie ausgesprochen hat, um zu ermessen, ob er sich innerlich damit identifizierte oder nicht; und schließlich zu welchem Zweck er sich darüber ausgelassen hat. Zwischen diesen Feldern gibt es noch verschiedene Übergänge. Zum Kern der Sache dringt man vor, wenn Bethmann Hollwegs diesbezügliche Ausführungen in denkbar vertraulicher Weise gemacht worden sind.

In der neueren Kriegszieldiskussion hat das sogenannte Septemberprogramm vom 9. September 1914 eine besondere Rolle gespielt. Mit Hilfe der hier vorgelegten Quellen kann es als ephemere Episode abgetan werden, die

[52] Nr. 442.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine „Kontinuität“ Bethmannscher Kriegsziele bietet.

In diesem „Programm“[53] äußert sich der Kanzler zu Rußland nur allgemein: Es müsse von der deutschen Grenze abgedrängt werden. Frankreich solle das Erzbecken von Briey abtreten und eine hohe Kriegsentschädigung zahlen. Belgien müsse Lüttich und Verviers abgeben und „zu einem Vasallenstaat herabsinken“. Quellenkritisch wichtig ist, daß er das „Programm“ gar nicht selbst formuliert (es stammt von seinem Adlatus Riezler), sondern nur mit seiner Paraphe (zum Zeichen, daß er davon Kenntnis genommen hat) versah. Wenn man sich die drei Hauptpunkte Ostgrenze, Frankreich und Belgien anschaut, so gibt es für die Kriegsjahre 1914–1917 genügend andere Belege, die darüber eine Menge Unterschiedliches aussagen. Über Belgien und die deutsche Ostgrenze (Polen) wird in einem späteren Abschnitt Näheres zu sagen sein.

Zur Hauptsache: Von dem „Programm“ hat sich Bethmann Hollweg zwei Monate später in aller Deutlichkeit in einem Privatbrief an seinen Pressechef Otto Hammann losgesagt[54]: „Ich habe anfangs die Phrase vom halbsouveränen Tributärstaat [Belgien] nachgeschwatzt. Jetzt halte ich das für eine Utopie […]. Ein Ägypten ist im kontinentalen Europa doch wohl nicht möglich. Militärisches Besatzungsrecht […] in diesem Lande, das uns hundert Jahre hassen wird, wie man nur hassen kann, würde Batholomäusnächte geradezu heraufbeschwören.“

In denselben Tagen, am 19. November 1914, hatte auch Generalstabschef Erich von Falkenhayn längst von einem Siegfrieden Abschied genommen. Von nun an spricht er nur noch von einem Erschöpfungsfrieden[55]. Ein solcher konnte naturgemäß nicht mit hohen Kriegszielforderungen verbunden werden. In puncto Frankreich geht er sogar über die Überlegungen Bethmann Hollwegs hinaus: Von ihm seien keine Territorialabtretungen zu fordern, und die belgische Frage könne nur nach der Niederwerfung Englands erörtert werden. In Bethmann Hollwegs Brief an Hammann wird hinsichtlich Belgiens zum erstenmal der Begriff „Faustpfand“ verwendet. Er kommt in den Quellen mehr als zwanzigmal vor und wird später auf alle von deutschen Truppen besetzte Gebiete angewendet. Das kann nur bedeuten, daß Deutschland die besetzten Territorien erst herausgebe, wenn es dafür ein Quid pro quo bekomme, das im einzelnen indes nicht spezifiziert wird.

Vor einem öffentlichen oder halböffentlichen Forum hat sich Bethmann Hollweg über die Kriegsziele natürlich anders ausgelassen als in privater Unterhaltung. Er konnte nach Kriegsbeginn etwa im Reichstag schlechterdings nicht mit dem Bekenntnis auftreten: Wir sind in den Krieg eingetreten, bringen ungeheure Opfer an Gut und Blut und verlangen im Frieden, der nun einmal einen Krieg beendet wird – nichts. Er wäre sofort davongejagt worden. Er

[53] Nr. 549*.

[54] Nr. 209.

[55] Nr. 565*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

konnte sich auch nicht mit den Kriegszielforderungen der extremen Nationalisten, der Alldeutschen, identifizieren, sonst hätte er seine Position nach einem Erschöpfungskrieg, den er und Falkenhayn wenige Monate nach Kriegsbeginn erwarteten, von vornherein unmöglich gemacht. Alldeutsche Kriegsziele hat er intern und öffentlich als Provokation und irrsinnig abgetan. In einer privaten Unterredung mit dem Journalisten Theodor Wolff im Februar 1915 hat er die Stimmung gleich nach Ausbruch des Krieges als „eine Hybris" bezeichnet, „als müßten wir nun die ganze Welt erobern, als gebe es nur noch uns"[56]. Die deutschen Professoren mit ihrer Kriegszieldenkschrift hätten ganz versagt; die Großindustriellen seien fürchterlich, „die möchten ja auch die halbe Welt". Das „Kreuznacher Kriegszielprogramm" vom 23. April 1917, das von der OHL stammte und von ihm – Bethmann Hollweg – abgezeichnet wurde, hat in der Forschung der letzten Jahrzehnte mehrfach eine besondere Rolle gespielt. Bethmann Hollweg hat sich intern sofort durch eine Aktennotiz davon losgesagt[57]: „Ich habe das Protokoll mitgezeichnet, weil mein Abgang über Phantastereien lächerlich wäre. Im übrigen lasse ich mich durch das Protokoll natürlich in keiner Weise binden." Die OHL hätte wahrscheinlich versucht, ihn jetzt schon zu beseitigen, wenn er sich gegen eine Festlegung der Kriegsziele gesträubt hätte.

Neben seiner Unterschrift unter das Kreuznacher „Programm" ließen sich weitere Belege dafür finden, daß Bethmann Hollweg doch weitergehende Kriegsziele verfolgt habe. Aber die Umstände, unter denen er sich geäußert, und das Publikum, vor dem er sich verbreitet hat, müssen berücksichtigt werden. Nur ein Beispiel von vielen: Als er Mitte März 1916 in Berlin Vertreter der Presse empfing, um ein Bild der Gesamtlage zu entwerfen, äußerte er sich über die deutschen Kriegsziele so[58]: „Ausschaltung der Einfallstore Polen und Belgien – bessere Grenzen an den übrigen Stellen. Freiheit der wirtschaftlichen Entwickelung […]. Aufbau eines unantastbaren starken Deutschlands in der Mitte Europas – […] ein von Deutschland geordnetes Europa." Konnte er sich vor Pressevertretern, die Vorstellungen der Reichsleitung in ganz Deutschland verbreiten würden, in defätistischen Wendungen verbreiten? Er hätte früher, als er es getan hat, seinen Abschied nehmen müssen, und eine Marionette wäre an seine Stelle getreten. Zu beachten ist auch, daß er Mitte März 1916 in schwerem Kampf – öffentlich und intern (gegenüber der Marineleitung) – um die Erklärung des unbeschränkten Ubootkrieges stand.

In aller Regel hat sich Bethmann Hollweg im großen Kreis und in der Öffentlichkeit nur mit allgemeinen Formeln über die deutschen Kriegsziele verbreitet. Da Deutschland nach seiner und nach der Meinung Falkenhayns einen Erschöpfungskrieg führte, war er zu solcher Vorsicht geradezu gezwungen. Nur wenige Beispiele unter einer Vielzahl müssen genügen. Als er Anfang September 1914 eine Denkschrift des Zentrumsabgeordneten Matthias Erzberger er-

[56] Nr. 607*.
[57] Nr. 948*.
[58] Nr. 509.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hielt – also kurz vor Formulierung des Riezlerschen „Septemberprogramms“ –, antwortete er darauf, alle Entschlüsse über das Ende des Krieges hingen „doch noch ganz von der weiteren Entwicklung“ ab[59]. Vierzehn Tage später schrieb er aus dem Großen Hauptquartier nach Berlin: „Die tatsächliche Bedeutung unserer ersten Erfolge war wohl überschätzt worden.“ Im Dezember 1914 formulierte er – nach einer Aufzeichnung Gustav Stresemanns – vor dem Kriegsausschuß der deutschen Industrie: 1. „Die Koalition der drei Großmächte für die Zukunft unmöglich zu machen“; 2. einen Frieden, der mindestens 50 Jahre Ruhe gebe; 3. endlich die jahrhundertealten Streitigkeiten mit Frankreich zu begraben (das ist ziemlich genau die spätere Politik Stresemanns, der Bethmann Hollweg zu der Zeit als unfähig bekämpfte).

Im kleinen Kreis und gegenüber engen Vertrauten hat sich Bethmann Hollweg sehr eindeutig über die deutschen Kriegsziele ausgelassen. Es ist dabei immer davon auszugehen, daß er, in Übereinstimmung mit Generalstabschef Falkenhayn, schon bald nach der verlorenen Marneschlacht Anfang September 1914 nur noch einen Erschöpfungsfrieden für möglich hielt. Am 2. Januar 1915 schrieb er seinem preußischen Innenminister Friedrich Wilhelm von Loebell[60]: Die großen Kriegsziele, die sich das Volk vorstelle, seien ein Traum, „nicht einmal ein schöner“. Die siegreiche Abwehr der feindlichen Koalition wäre schon ein großer Erfolg, „Hierauf das Volk zur rechten Zeit vorzubereiten wird schwer sein.“ Spricht hieraus der verkappte machiavellistische Annexionist, wie er in der neueren Forschung teilweise gesehen wird? Gegenüber Falkenhayn äußerte er sich im Juni 1915 zu den Zielen im Osten[61]: Eine Annexion Kurlands und Livlands sei aus politischen, wirtschaftlichen und ethnischen Gründen entschieden abzulehnen; in diesen Provinzen gebe es nur eine ganz dünne deutsche Oberschicht. Hinsichtlich eines anderen im Osten besetzten Gebietes – Polen – heißt es im Dezember 1915 in einer internen Besprechung vor Parteiführern[62]: Komme morgen Rußland und wolle Polen zurückhaben, „so werden Oesterreich und wir wohl Frieden schließen“. Im Mai 1916 bezeichnete er gegenüber dem württembergischen Militärbevollmächtigten in Berlin das Drängen, im voraus den Siegespreis zu bezeichnen, als „eine Herausforderung Gottes“[63]. Wenig später äußerte er sich zu den Kriegszielen im Westen gegenüber dem Marinekabinettschef: Deutschland müsse bald Frieden machen, selbst gegen Abtretung von Teilen Lothringens und des Oberelsaß. Das ist sogar schon ein Zeugnis für die prinzipielle Bereitwilligkeit, deutsches Land abzutreten. Gegenüber dem neuen Generalstabschef Hindenburg heißt es Anfang Januar 1917, die Erwerbung des Erzbeckens von Longwy und Briey, die im deutschen Kriegszielprogramm stets als feststehend erscheint, sei keine

[59] Nr. 165. Zum folgenden Nr. 181 und 579*.

[60] Nr. 594*.

[61] Nr. 650*.

[62] Nr. 444.

[63] Nr. 756*. Zum folgenden Nr. 811*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Conditio sine qua non für den Friedensschluß[64]. Kurz vor seinem Sturz hat sich Bethmann Hollweg, als der päpstliche Nuntius in Berlin, Pacelli, bei den Kriegführenden wegen einer Friedensanbahnung sondierte, auf dessen Fragen zu den deutschen Kriegszielen im Westen geäußert: Hinsichtlich Belgiens sage er die volle Unabhängigkeit zu, wenn das Land nicht unter die Herrschaft Englands und Frankreichs gerate; an der Rückgabe der französischsprachigen Teile Elsaß-Lothringens werde der Friede nicht scheitern. Anfang Juli 1917 rief er seinen Kollegen im Preußischen Staatsministerium mit vorausschauender Erwartung entgegen[65]: „Wir müssen und werden durchhalten, weil wir sonst zu einem Helotendasein verurteilt würden." Alle Hinweise auf Kurland, Litauen, Belgien, Briey usw. seien „nur vom Übel". Das war also, wenige Tage vor seinem Abgang, sein wahres Bild von den deutschen Kriegszielen.

*

Am Schluß dieses kurzen Abschnitts muß noch einiges zum deutschen – das heißt Bethmann Hollwegs – Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 im Lichte der hier dargelegten Quellen gesagt werden.

Dieses Friedensangebot muß im Zusammenhang der scharfen Auseinandersetzung zwischen Bethmann Hollweg und der militärischen Oberleitung um den rücksichtslosen Ubootkrieg gesehen werden, der im Frühjahr im Großen Hauptquartier 1916 ausgetragen wurde. Als Ergebnis wurde der verschärfte Ubookrieg nur aufgehoben, gleichzeitig der Reichskanzler beauftragt, mit den Vereinigten Staaten zu verhandeln, um sie von der Teilnahme am Krieg möglichst abzuhalten. Zu diesen Verhandlungen gehörte auch das Bestreben, den amerikanischen Präsidenten Wilson seinerseits zu einer Friedensvermittlung zu veranlassen. Deutsches Friedensangebot und amerikanische Friedensvermittlung erfolgten dann Ende des Jahres und müssen in dieser Verschränkung gesehen werden. Wenn das Friedensangebot scheiterte, war Bethmann Hollweg der letzte Trumpf aus der Hand geschlagen, den er im Kampf um den unbeschränkten Ubootkrieg noch hatte.

Anfang Mai 1916 war die deutsche Regierung damit beschäftigt, auf amerikanische Beschwerden über die deutsche Ubootkriegführung eine Antwortnote zu entwerfen und sie abzusenden. In der Note wurde einerseits die deutsche Friedensbereitschaft betont, andererseits Wilson aufgefordert, auf England zu drücken, seine völkerrechtswidrige Praxis der Seeblockade aufzugeben und von sich aus einen Friedensschritt zu unternehmen. Wilson befand sich damals im Kampf um seine Wiederwahl als Präsident. Daher sah Bethmann Hollweg in der Antwortnote einen Hebel, um den Präsidenten zu drängen, sich für den Frieden in Europa einzusetzen; nach seiner Ansicht war das amerikanische Volk noch friedlich gesinnt, und unter den Präsidentschaftskandidaten schien ihm nur Wilson als friedensbereit und friedensvermittelnd.

[64] Nr. 896*. Zum folgenden Nr. 1000*.

[65] Nr. 808.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gleichzeitig mit der Note nach Washington ließ Bethmann Hollweg in Stockholm andeuten, Schweden möge sich als neutrale Macht bei Wilson dafür einsetzen, daß dieser seiner Friedensbereitschaft Taten folgen lasse[66]. Auch der amerikanische Botschafter in Berlin wurde darauf hingewiesen, daß Amerika gegenüber der englischen Blockadepraxis nicht untätig bleiben dürfe. In den folgenden Monaten wurde die amerikanische Regierung mehrfach vom deutschen Botschafter in Washington durch die Blume aufgefordert, Wilson solle seine Friedensaktion bald starten. Es wurde in Washington auch zu verstehen gegeben, daß sonst England mit dem verschärften Ubootkrieg rechnen müsse.

Ende Oktober hatte Bethmann Hollweg seine eigene Friedensnote im Entwurf fertig[67]. Es hieß darin: Deutschland und seine Verbündeten bieten an, „alsbald in Verhandlungen einzutreten, um Bedingungen festzustellen, unter denen der Welt der Frieden wiedergegeben werden kann“. Im Preußischen Staatsministerium erläuterte der Kanzler seine Beweggründe für den deutschen Friedensschritt: Aus der Kriegssituation zog er den Schluß, daß die Lage Deutschlands und die Zustände bei den Bundesgenossen ihm nicht die Zuversicht gäben, „daß die Fortsetzung des Krieges bis in das nächste Jahr hinein uns in eine bessere Lage als die jetzige bringen werde“. Gemeint ist damit wieder einmal das Eingeständnis, daß der Krieg nicht siegreich beendet werden könne. Drittens wollte Bethmann Hollweg durch das Friedensangebot den Neutralen die Augen über den deutschen Standpunkt öffnen. Viertens sei es nicht unwahrscheinlich, daß bei Ablehnung des Friedensschrittes „Uneinigkeit zwischen den Regierungen und den Völkern entstehe und der Friedenswille zum Siege gelange“. Zur Opportunität der Friedensaktion wies Bethmann Hollweg mit Recht auf die günstige strategische Situation hin: Der Versuch der Entente, von Saloniki aus nach Bulgarien vorzustoßen, sei gescheitert; und der Feldzug gegen Rumänien mache gute Fortschritte. „Alles in allem“, so schloß er sein Plädoyer im Staatsministerium, halte er es nicht für ausgeschlossen, „daß ein Friedensantrag nicht auf ein glattes Nein stoßen werde, wenn doch, so könnten und müßten wir die letzte Kraft aus Deutschland herausholen, um bis zum bitteren Ende durchzukämpfen“. Ein Scheitern wäre also für Bethmann Hollweg der Ausweg, seine Opposition gegen den rücksichtslosen Ubootkrieg aufzugeben, mit der er inzwischen völlig isoliert dastand.

Die Abgabe der deutschen Friedensaktion verzögerte sich, da die Verbündeten darüber ins Bild gesetzt werden mußten. Mit Österreich-Ungarn mußten noch Dissenspunkte ausgeräumt werden. Wien wollte im Angebot konkrete Friedensbedingungen nennen[68], während der Kanzler kein detailliertes Programm wünschte. Er setzte sich schließlich durch. Aus den Quellen geht hervor, daß Bethmann Hollweg dem Gelingen des Friedensschritts nur mäßige Aussichten zusprach. Trotzdem war der psychologische Moment außerordentlich günstig, da mit der Einnahme von Bukarest am 6. Dezember 1916 der Ru-

[66] Nr. 554.

[67] Nr. 846* und 726.

[68] Nr. 852*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mänienfeldzug abgeschlossen wurde. Am 12. Dezember verkündete Bethmann Hollweg vor dem Forum des Reichstags die Abgabe des deutschen Angebots[69]. Darin wurde seitens der verbündeten Mächte den Gegnern vorgeschlagen, „alsbald in Friedensverhandlungen" einzutreten. Die Vorschläge, die sie mitbringen würden, sollten „Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker" sichern.

Am 19. Dezember 1916 lehnte der gerade zum englischen Premierminister ernannte Lloyd George das deutsche Friedensangebot klipp und klar ab. Auch die Friedensvermittlung des amerikanischen Präsidenten, die dieser am 18. Dezember – nach außen hin unabhängig von der deutschen Aktion – an alle Kriegführenden richtete und in der sie aufgefordert wurden, Friedensbedingungen zu bezeichnen, aufgrund derer dann Verhandlungen eingeleitet werden könnten, wurde seitens der Entente zurückgewiesen. Interessant ist, daß im Anschluß an den doppelten Fehlschlag – Ende Januar 1917 – Deutschland auf Anforderung von Washington die deutschen Kriegsziele dem wiedergewählten Präsidenten Wilson vertraulich mitteilte[70]. Sie wären bei Annahme des deutschen Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 gewesen: Wiederherstellung Belgiens „unter bestimmten Garantien" und Rückgabe der von Deutschland besetzten französischen Gebiete „unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen". Der Mitteilung fügte Bethmann Hollweg hinzu: Wäre Wilsons Anfrage früher gekommen, hätte der Beginn des neuen Ubootkriegs vertagt werden können; jetzt sei das aus technischen Gründen – die Uboote waren schon ausgelaufen – nicht mehr möglich. Bevor darauf eingegangen wird, müssen noch die besonderen Probleme Belgien und Polen im Lichte der neuen Quellen Bethmann Hollwegs angerissen werden.

7. Belgien und Polen

Bethmann Hollweg hat einmal Belgien als „harte Nuß" bezeichnet, die man kaum knacken könne[71]. Im Oktober 1914 hielt Riezler in einer Unterredung mit dem Kanzler dessen Ansicht fest[72]: Das belgische Problem sei kaum lösbar. Und ähnlich äußerte sich Bethmann Hollweg in einem Privatbrief an den württembergischen Ministerpräsidenten: „Belgien ist ein schauderhaftes Problem, das reinlich nicht gelöst werden kann […]. Es ist keine beneidenswerte Aufgabe, alle verschiedenen Möglichkeiten, die sich allein nach unserer militärischen Stärke beim Friedensschluß richten, im Voraus zu berechnen". Mit dem Begriff Schauderhaftigkeit sind in den Augen Bethmann Hollwegs vor allem zwei Aspekte gemeint. Zum einen beschwor er im Fall Belgien – meistens auch gleichzeitig im Fall Polen im Osten – immer wieder die Zukunftsgefahr, die an den deutschen Grenzen auch nach Friedensschluß bestehen blei-

[69] Nr. 885*.
[70] Nr. 909*.
[71] Nr. 209.
[72] Nr. 556*. Zum folgenden Nr. 205.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ben werde[73]: „Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, die uns von morgen ab […] schärfer bedrohen als bisher." Es war weniger das wirtschaftliche Interesse, das Deutschland an Belgien haben konnte, als der Defensivaspekt, der in der deutschen Angst vor Einkreisung die Hauptrolle spielte. Zum andern wurde Bethmann Hollweg von den Militärs wie von der Marineführung mit dem Argument konfrontiert, man brauche Lüttich (als große Festung) und Seebrügge (als Flottenstützpunkt), um für einen künftigen Krieg (an den man damals immer dachte) gewappnet zu sein. Das ist damit gemeint, wenn der Kanzler an Hindenburg, der noch nicht an der Spitze der OHL stand, schrieb[74]: „Was die Lösung der belgischen Frage betrifft, so wird dieselbe so wesentlich von unserer militärischen Gesamtsituation bei der Schlußliquidation abhängen, daß ich mich enthalten möchte, eine Ansicht darüber zu äußern. Ich nehme aber an, daß selbst England sich schließlich mit dem Übergang von Lüttich in deutschen Besitz abfinden würde, wie Euere Exzellenz dies als militärisch notwendig bezeichnen."

Zum einen also wieder das abwiegelnde Argument: Warten wir doch erst einmal das Kriegsende ab, bevor wir mit detaillierten Forderungen kommen! Zum andern ist der Hinweis auf Lüttich doch wieder nur ad usum Delphini zu verstehen. Dafür bürgt eine Aufzeichnung, die Bethmann Hollweg zur selben Zeit niederschrieb[75], als er über einer Rede Sir Edward Greys, des englischen Außenministers, sinnierte. Darin scheinen die Grundlagen durch, auf denen England zum Frieden mit Deutschland bereit sein würde: „Wiederherstellung Belgiens in dem Zustand, in dem es sich vor dem Kriege befand, und wenn möglich – diesen Punkt scheint man nicht als Conditio sine qua non anzusehen – Zahlung einer Entschädigung an das Land durch Deutschland." Also England sei doch zum Frieden bereit gegen die Sicherheit, daß sich Deutschland an der belgischen Küste nicht festsetze. Und umgekehrt werde es bis zum äußersten fechten, wenn Deutschland die belgische Küste beherrsche. In einer etwas späteren Aufzeichnung Bethmann Hollwegs heißt es[76]: Die belgische Frage könne nach dem Krieg nicht nach deutschem Gutdünken gelöst werden. Mitte 1916, als sich die Friedensvermittlung des amerikanischen Präsidenten am Horizont abzeichnete, heißt es im Tagebuch des Marinekabinettschefs Müller, Bethmann Hollweg wolle für die Friedensaktion Wilson unter Umständen die Wiederherstellung Belgiens anbieten[77]. Soweit schien der Kanzler kurz vor seinem Abgang tatsächlich gehen zu können, als er in der sich anbahnenden päpstlichen Friedensvermittlung Mitte 1917 die Wiederherstellung Belgiens in den Status quo von 1914 einbrachte.

*

[73] Nr. 705*.

[74] Nr. 274.

[75] Nr. 269. Vgl. auch Nr. 652*.

[76] Nr. 710*. Zum folgenden Nr. 791*.

[77] Nr. 791*. Zum folgenden Nr. 1000*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Problem Polen im Osten ist gewissermaßen das Spiegelbild zu Belgien im Westen.

Das polnische Problem stellte sich, sobald 1915 zunächst große Teile von Russisch-Polen in deutsche und österreichisch-ungarische Hand gelangt und zwei getrennte Verwaltungsbezirke (Generalgouvernements) gebildet worden waren. Noch im November des Jahres war die deutsche Seite, also vor allem auch Bethmann Hollweg, damit einverstanden, daß nach Friedensschluß Polen ein besonderes österreichisches Kronland bilden solle, das mit Galizien verbunden und einen eigenen Landtag erhalten würde. Zu dem Zeitpunkt war noch daran gedacht, Deutschland und Österreich-Ungarn nach dem Krieg in einer Zollunion zusammenzuschließen, in der Polen auch für die deutschen wirtschaftlichen Belange wertvoll sein würde. Nur an der deutschen Ostgrenze sollten gewisse Grenzberichtigungen zugunsten Deutschlands vorgenommen werden (das ist der in der Forschung vielbeschriebene „polnische Grenzstreifen").

Nachdem die österreichisch-ungarischen Truppen an der Ostfront immer wieder Niederlagen hatten einstecken müssen, verlagerten sich die deutschen Vorstellungen bezüglich Polens. Zuerst Falkenhayn, dann auch Bethmann Hollweg selbst hielten nun die Einverleibung Polens ins Habsburgerreich für schädlich[78]: Der Schutz im Osten könne militärisch nicht mehr in die Hände Österreichs gelegt werden. Außerdem würde Österreich einen erheblichen slawischen Zuwachs erhalten, somit immer stärker slawisiert werden und für Deutschland an „Bundeswert" einbüßen[79]. Das neue Polen müsse vor allem militärisch, aber auch politisch und wirtschaftlich an Deutschland angeschlossen werden und gegenüber Rußland künftig als Pufferstaat fungieren. Damit war die Selbständigkeit Polens auf die Tagesordnung gesetzt.

Die neue dritte OHL unter Hindenburg und Ludendorff, die dringend nach militärischen Ressourcen Ausschau hielt, glaubte jetzt in dem zu formierenden polnischen Staat ein Rekrutenreservoir zu entdecken. Im Oktober 1916 mußte nun alles schnell gehen, obwohl Bethmann Hollweg retardierend eingriff und vor einer Proklamierung eines neuen Polen die am Horizont erscheinende Möglichkeit eines Separatfriedens mit Rußland abwarten wollte[80]. In drei bis vier Wochen, schrieb er Hindenburg, werde er klarer sehen. Außerdem hielt es die deutsche Seite für nötig, unmittelbar nach der Proklamierung des neuen Staates die beiden Verwaltungsgebiete zu verschmelzen und dann natürlich die deutsche Verwaltung als tonangebend einzurichten. Darüber kam es noch im Oktober zu zwei Konferenzen zwischen den deutschen und österreichisch-ungarischen Sommitäten[81]. Bethmann Hollweg versuchte die Wogen zu glätten, damit die Österreicher ihr Gesicht wahren konnten. Für Hindenburg und Ludendorff war das neu zu kreierende Polen nur von Interesse, wenn aus ihm

[78] Nr. 466 und 597.

[79] Ebenda und Nr. 639.

[80] Nr. 662. Zum folgenden Nr. 691.

[81] Nr. 718 und 719.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine ansehnliche Zahl von Rekruten für den Krieg zu gewinnen wäre. Der dafür zuständige Fachmann, der deutsche Generalgouverneur Hans von Beseler, betonte, es dürften keine polnischen Soldaten „ausgehoben", sondern nur geworben werden, da die Polen eine Aushebung als Vergewaltigung ansehen würden. Die Zahlen, die über eine eventuelle polnische Armee in den Quellen geistern, variieren zwischen vier Divisionen und 800.000 Mann. Im Ergebnis wurde im wesentlichen zwischen Berlin und Wien beschlossen: 1. baldigst die Proklamation des neuen polnischen Staates zu erlassen; 2. Werbungen schleunigst zu beginnen; 3. Aufstellung eines Heeres unter einem deutschen General; 4. allmähliche Verschmelzung der beiden bisherigen Verwaltungsbezirke. Hindenburg und Ludendorff drängten nun mit „äußerster Entschiedenheit"[82], daß in der Sache sofort vorgegangen werden müsse. Da Bethmann Hollweg jetzt Gewißheit hatte, daß mit Rußland ein Separatfrieden derzeit unmöglich sei, stellte er die Bedenken zurück, die von seiten der konservativen Parteien und des Staatsministeriums gegen die Proklamierung erhoben worden waren, und gab dem Drängen der OHL nach.

Am 5. November 1916 wurde durch eine feierliche Proklamation in Warschau und Lublin unter Anwesenheit einer polnischen Delegation der neue polnische Staat aus der Taufe gehoben. In militärischer Hinsicht war die Proklamation ein kompletter Fehlschlag (daher verliert Ludendorff in seinen Erinnerungen darüber auch kaum ein Wort). Im Laufe der Monate meldeten sich nur wenige Tausend polnische Rekruten. Hindenburg teilte deshalb dem Reichskanzler noch vor Jahresschluß mit[83]: Da die Bildung des polnischen Heeres sich verzögere und keine Aussicht bestehe, bis Ende April 1917 polnische Divisionen zu bekommen, habe die polnische Sache für ihn jeden Wert verloren.

8. Der Ubootkrieg

Nach allem was man für und wider den deutschen (rücksichtslosen) Ubootkrieg 1914–1918 sagen kann, muß er als der entscheidende Faktor dafür angesehen werden, daß Deutschland den Krieg verloren hat. Bethmann Hollweg hat das vorausgesehen.

Am 4. Februar 1915 erklärte der deutsche Admiralstab als Antwort auf die völkerrechtswidrige Hungerblockade der Briten die Gewässer rings um Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten Ärmelkanals zum Kriegsgebiet. Vom 18. Februar an sollte jedes in diesem Gebiet angetroffene Handelsschiff zerstört werden. Bethmann Hollweg warnte, er befürchte ein scharfes Vorgehen der USA, wenn amerikanische Schiffe infolge der Ubootaktion zu Schaden kommen würden[84]. Der Fall, der am meisten Aufsehen erregte, war die Torpedierung des englischen Passagierdampfers „Lusitania" am 7. Mai

[82] Nr. 723.

[83] Nr. 761.

[84] Nr. 244.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1915, der unter neutraler Flagge fuhr und amerikanische Passagiere an Bord hatte, von denen 139 ertranken. Bethmann Hollweg wurde erneut beim Admiralstab vorstellig[85]: Die Vereinigten Staaten stünden kurz vor dem Abbruch der Beziehungen. Er erklärte, er könne „bei einer Fortdauer des Ubootkriegs in seinen gegenwärtigen Formen eine Gewähr für die Haltung der Neutralen nicht länger übernehmen". Er bekam sofort Schützenhilfe von Falkenhayn, der den Kaiser zum Befehl an die Marine veranlaßte, Maßnahmen zu ergreifen, „die den amerikanischen Forderungen unter allen Umständen Rechnung" trügen. Der Befehl wurde umgehend erlassen, traf aber auf unerwarteten Widerstand seitens des Admiralstabs (Bachmann) und des Reichsmarineamts (Tirpitz); diese stellten ihre Ämter zur Verfügung für den Fall, daß sie den Befehl ausführen müßten[86]. Falkenhayn war empört über die „Weigerung hoher Offiziere, jetzt im Kriege eine von Seiner Majestät ihnen zugeschobene Verantwortung zu übernehmen", so daß der Kaiser seinen Befehl wiederholte. Bethmann Hollweg bestand auf Konzessionen in der deutschen Antwortnote wegen des Lusitania-Vorfalls, da sonst der Krieg mit den USA komme; es sei verbrecherisch, wie die öffentliche Meinung „hochgepeitscht" werde[87]. Im August kam es zur warnungslosen Torpedierung des englischen Passagierdampfers „Arabic", bei dem zwei Amerikaner ums Leben kamen. Bethmann Hollweg intervenierte scharf und fuhr ins Große Hauptquartier nach Pleß[88]. Er erklärte den Zustand für unhaltbar, „bei dem es von der Handlungsweise eines einzigen U-Bootskommandanten abhängt, ob uns Amerika den Krieg erklärt oder nicht". Der Ubootkrieg müsse gegen Passagierdampfer strikt nach den Regeln des Kreuzerkriegs geführt werden. Nach Aussage von Tirpitz erklärte er wütend, er gehe nicht früher aus dem Großen Hauptquartier, bis eine Entscheidung in seinem Sinne gefallen sei. Tatsächlich wurde befohlen, daß sämtliche Passagierdampfer, nicht nur große, nur nach der Prisenordnung (warnen, durchsuchen, retten) versenkt werden dürften.

Die Verhandlungen mit den USA gingen weiter. Der deutsche Botschafter in Washington wurde ermächtigt, wegen des Schadensersatzes für die Opfer der „Lusitania" und eventuell auch der „Arabic" schiedsgerichtliche Regelung anzubieten. An der Jahreswende 1915/16 verlor Bethmann Hollweg seinen wichtigsten Mitkämpfer, den Generalstabschef. Dieser forderte nun seinerseits aufgrund der verschlechterten militärischen Lage den rücksichtslosen Ubootkrieg; der Bruch mit Amerika sei nicht mehr nachteilig. England werde in zwei Monaten auf den Knien sein. Damit blies er in das Horn Tirpitz' und des neuen Admiralstabschefs Henning von Holtzendorff, der allerdings bis zum 1. März noch warten und dann neu entscheiden wollte[89]. Bethmann Hollweg hielt nun nicht nur Tirpitz, sondern auch Falkenhayn für einen Abenteurer; dieser Ruf

[85] Nr. 327. Zum folgenden Nr. 328.

[86] Nr. 334.

[87] Nr. 657*.

[88] Nr. 389 und 686*.

[89] Nr. 715*. Zum folgenden Nr. 460 und 461.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ging dem General in eingeweihten Kreisen ohnehin voraus. Da der Kanzler den Ubootkrieg für „ein unsicheres Spiel um Kopf und Kragen“ hielt, fragte er sich, ob er nicht die Pflicht habe, „vorher England in ausgesprochener Weise über seine Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen zu sondieren“. Es würde aber nur „ein sehr magerer Frieden herauskommen“, für den er dann verantwortlich gemacht werden würde. Intern wollte er aber mit aller Macht kämpfen. Er beauftragte die Staatssekretäre des Innern (Clemens Delbrück) und des Reichsschatzamts (Karl Helfferich), Gutachten darüber auszuarbeiten, wie lange Deutschland die völlige Abschnürung von der Welt ertragen könne. Denn er setzte voraus, daß England mit der totalen Blockade reagieren würde, so daß Deutschland von Zufuhren über Holland und die skandinavischen Länder gänzlich abgeschnitten würde[90]. Von Tirpitz verlangte er eine statistische Aufstellung über den Bestand der englischen Handelstonnage zu Beginn des Krieges, über die inzwischen erlittenen Verluste und die England damit noch zur Verfügung stehende Handelstonnage. Gegenüber Holtzendorff operierte er mit der Absicht zurückzutreten, da er die Verantwortung für einen Ubootkrieg, der zum Bruch mit Amerika führe, nicht werde übernehmen können.

Auf der anderen Seite blieb Falkenhayn hart. Er wies auf die Aussichtslosigkeit der deutschen Kriegführung hin, wenn sie nicht das einzige Kriegsmittel anwende, durch das England in seinen Lebensbedingungen getroffen werden könne[91]. Er sprach der Kriegsleitung – also sich selbst – das Recht ab, auf den Ubootkrieg zu verzichten, ebenso aber auch der politischen Leitung das Recht, die Kriegsleitung an der Anwendung des einzigen zum Siege noch verbliebenen Kriegsmittels zu hindern. Bethmann retournierte mit einem Arsenal von Gegenargumenten: Die in wissenschaftlicher Aufmachung zusammengestellten Berechnungen der Marine seien willkürlich; Tirpitz wolle monatlich über 300.000 Tonnen versenken und damit „bis zum Herbst“ England niederzwingen. „Holtzendorff vernichtet monatlich 630.000 Tonnen“ und taxiere für Englands Niederlage sechs bis acht Monate. Beide nähmen keine Rücksicht auf den Ersatz, den England sich beschaffen könne, z. B. durch Zugriff auf die deutsche Tonnage in neutralen Häfen (zusammen 1,7 Mio. Tonnen); gänzlich absperren und aushungern könne man England nicht mit 42 Ubooten, die im übrigen bei Nacht nicht operieren könnten; der Bruch mit Amerika werde unvermeidlich; dadurch erhalte England vermehrte Munitionslieferungen, vor allem aber unbegrenzte Finanzhilfe. Seine Schlußfolgerung war: Der Bruch mit Amerika wäre nur zu ertragen „bei entscheidenden Fortschritten auf Landkriegsschauplätzen“.

Militärische und politische Leitung waren in einer Sackgasse gelandet. Die Entscheidung des „Obersten Kriegsherrn“, des Kaisers, mußte angerufen werden. Dafür arbeitete Bethmann Hollweg eine umfangreiche Denkschrift aus[92], in der auch die Ergebnisse der Recherchen Delbrücks und Helfferichs

[90] 714*. Zum folgenden Nr. 465 und 470.

[91] Nr. 478. Zum folgenden Nr. 491.

[92] Nr. 731.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einflossen. In ihr stellte er eine Vielzahl alter und neuer Argumente zusammen. Die Schätzungen Holtzendorffs und Tirpitz' über die zu vernichtende englische Tonnage seien unterschiedlich. Unberücksichtigt dabei seien die Wirkung neuer Abwehrmittel, der Neubau von Schiffen und der Rückgriff auf die in neutralen Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe. England könne so viel Tonnage dazugewinnen, daß der Verlust durch die Uboote ausgeglichen werden könne; es werde also bis zum Herbst nicht zum Frieden gezwungen werden können. Der Bruch mit Amerika und dessen Kriegseintritt seien unzweifelhaft. Das habe gravierende Folgen: Die Entente bekomme eine ungeheure moralische Unterstützung; die Neutralen würden sich ihr zuwenden; Österreich werde gegen den Ubootkrieg Einspruch erheben. Neben den moralischen und politischen gebe es materielle Konsequenzen: Die Entente bekomme von den USA deren finanzielle Ressourcen; Belgien und Nordfrankreich erhielten kein amerikanisches Getreide mehr (durch das Hoover-Hilfswerk); die Entente profitiere von amerikanischer Waffenhilfe und von einigen Hunderttausend Soldaten; Rumänien werde sich der Entente anschließen. Aus diesen massiven Gegengründen zog Bethmann Hollweg den Schluß: Um den Bruch mit Amerika zu vermeiden, müsse der Ubootkrieg in den Grenzen des Völkerrechts geführt werden, also als Kreuzerkrieg gegen feindliche und neutrale Handelsschiffe; durch Minenkrieg; durch rücksichtslosen Ubootkrieg gegen bewaffnete und unbewaffnete feindliche Schiffe.

Nach einer Vorbesprechung zwischen Bethmann Hollweg, Holtzendorff und Falkenhayn am 3. März kam es tags darauf zum Immediatvortrag beim Kaiser. Zuvor hatte dieser Bethmann Hollweg schon wissen lassen, er werde doch nicht die „Dummheit" begehen, den Krieg mit Amerika zu provozieren. Nach dem Vortrag am 5. erklärte er, die deutschen Ubootstreitkräfte seien ungenügend, um England niederzuzwingen; England könne überhaupt nicht niedergezwungen werden. Bethmann Hollweg verwies beim Vortrag auf seine Denkschrift und bemerkte mehrmals, er könne bei Proklamierung des rücksichtslosen Ubootkrieges die Verantwortung nicht übernehmen. Die Entscheidung des Kaisers ging zugunsten des Reichskanzlers aus: Die sofortige Ankündigung des neuen Ubootkrieges lehnte er ab; der Kanzler solle im Verlauf des Monats März das Terrain abklären, damit Anfang April unter Vermeidung des Bruches mit Amerika der unbeschränkte Ubootkrieg dann doch erklärt werden könne; die endgültige Entscheidung behalte er sich aber vor[93].

Es war allerdings zu vermuten, daß in drei bis vier Wochen die dem Kanzler aufgetragene Klärung des diplomatischen Terrains nicht erreicht werden konnte. Bethmann Hollweg trug noch einen zweiten Sieg davon. In der Vorbesprechung mit dem Kaiser klärte er diesen über die Treibereien des Pressebüros des Reichsmarineamts auf, ferner über die irreführenden Auslassungen des Kapitäns z.S. Löhlein über die Zahl der frontbereiten Uboote. Der Kaiser erteilte sofort Befehl, die Pressearbeit der Marine nunmehr dem Admiralstab zu übertragen. Erwartungsgemäß reichte, wie oben bereits erwähnt, Tirpitz seinen

[93] Nr. 505.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abschied ein, den der Kaiser „in Gnade“ annahm. Der Kanzler war einen seiner schärfsten internen Widersacher los, der ihm aber auch außer Dienst in den folgenden Monaten das Regieren schwermachte.

In der dem Reichskanzler gegebenen Karenzzeit für die diplomatische Abklärung mit Amerika kam ihm ein Kriegsfall „zu Hilfe“, als am 24. März 1916 der englische Passagierdampfer „Sussex“ torpediert wurde. Auf ihm befanden sich auch amerikanische Staatsbürger, die allerdings nicht zu Schaden kamen. Der Vorfall erregte trotzdem in der amerikanischen Öffentlichkeit scharfe antideutsche Reaktionen[94]. Am 26. trafen sich Bethmann Hollweg, Falkenhayn und Holtzendorff im Großen Hauptquartier erneut zu einer Besprechung. Falkenhayn gerierte sich weiterhin als Antreiber, der Reichskanzler als Bremser. Überraschenderweise lenkte Holtzendorff ein und äußerte, nach den bisherigen Erfahrungen erbringe der Kreuzerkrieg wenn auch geringere, so doch in Verbindung mit dem Minenkrieg recht günstige Ergebnisse; er wolle daher den Bruch mit Amerika nicht provozieren. Falkenhayn beharrte verbissen auf seinem Standpunkt. Er stellte sogar ein Junktim zwischen dem Stellungskrieg bei Verdun und dem Ubootkrieg her; wenn dieser nicht rücksichtslos geführt werden könne, bleibe für Deutschland nur noch Krieg bis zur Erschöpfung übrig[95].

In den folgenden Wochen nahm die öffentliche Hetze gegen Bethmann Hollweg immer bösartigere Formen an. Es erschienen Broschüren für den Ubootkrieg und gegen den Reichskanzler. In evangelischen Kirchen wurde für den Ubootkrieg gegen England Stimmung gemacht. Selbst vor der Person des Kaisers wurde nicht haltgemacht. Es wurde behauptet[96], er leide an religiösen Wahnvorstellungen und bete den ganzen Tag mit seinem Marinekabinettschef; er wolle keinen Ubootkrieg gegen England und keine Zeppelinangriffe wegen seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zur englischen Krone und weil er ein Vermögen von 500 Mio. Mark in der Bank von England deponiert habe.

Als Ende August 1916 Falkenhayn entlassen wurde und das Zweigespann Hindenburg und Ludendorff die OHL übernahm, auf die Bethmann Hollweg größtes Vertrauen setzte, überließ er dieser die Entscheidung über den verschärften Ubootkrieg[97]. Das war angesichts des öffentlichen Kesseltreibens gegen ihn sein erster Rückzieher in der Ubootdiskussion. Obwohl er an seiner Lagebeurteilung nichts änderte, ja diese mit Hinweis auf den möglichen Kriegseintritt Hollands (dieses mit 700.000 Mann) und Dänemarks unterfütterte[98], ließ sein Widerstand merklich nach. Er wies nun noch auf die Vorbereitung der Friedensvermittlung Präsident Wilsons und der eigenen Friedensaktion hin, die abgewartet werden müßten. Zweimal ließ er sich im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags – also vor einem größeren Forum – vernehmen[99],

[94] Nr. 527. Zum folgenden Nr. 535 und 536.

[95] Nr. 542 und 549.

[96] Nr. 639.

[97] Nr. 816*.

[98] Nr. 685.

[99] Nr. 826* und 836*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß, wenn er in Übereinstimmung mit der OHL zu der Überzeugung komme, „uns der rücksichtslose U-Boot-Krieg dem siegreichen Frieden nähert, dann wird der U-Boot-Krieg gemacht werden“. Nachdem das deutsche Friedensangebot abgegangen war, teilte Bethmann Hollweg Hindenburg mit[100]: Falls die OHL in der Lage sei, an der holländischen wie an der dänischen Grenze Truppen zu versammeln, wäre der Augenblick gekommen, den uneingeschränkten Ubootkrieg „in Erwägung zu ziehen“. Inzwischen kannte Bethmann Hollweg die ablehnende Antwort Lloyd Georges. Am 30. Dezember erging die entsprechende Antwortnote der Entente auf die deutsche Friedensnote.

Über die folgenreiche Entscheidung vom 9. Januar 1917 für den unbeschränkten Ubootkrieg ist keine direkte Quelle aus der Hand Bethmann Hollwegs überliefert; wohl gibt es Quellen aus zweiter Hand. Danach habe der Kanzler den Ubootkrieg als „die letze Karte“ bezeichnet[101]. Wenn die militärischen Stellen den Ubootkrieg für notwendig hielten, so sei er nicht in der Lage zu widersprechen. Bethmann Hollweg hatte damit, nach Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die alliierten Mächte, die Segel gestrichen. Er war nun vollkommen isoliert. Alle maßgebenden militärischen Stellen plädierten für die letzte Karte. Auch der Kaiser stellte sich jetzt auf deren Seite. Die öffentliche Meinung hatte ohnehin monatelang dafür getrommelt. Was hätte Bethmann Hollweg tun können? Er hätte nur zurücktreten können. Die militärische Lage war damals nicht aussichtslos. Rumänien war niedergeworfen. Mit Holland und Dänemark glaubten die Herren der OHL leichtes Spiel zu haben. An einen Einsatz der USA in irgendeiner größeren Dimension, wie Bethmann Hollweg sie vorausgesagt hatte, glaubten sie einfach nicht. Bethmann Hollweg resignierte zwar, bereitete sich nun aber auf die große innenpolitische Aufgabe der preußischen Wahlreform vor, die ihn in den verbliebenen Monaten voll und ganz beherrschte. Nach der Konferenz vom 9. Januar blickte er im Gespräch mit dem ihm kongenialen Marinekabinettschef Müller auf die deutsche Geschichte zurück[102]: Der Kaiser habe das deutsche Volk in den letzten zwanzig Jahren von Grund auf verdorben und Eitelkeit und Chauvinismus großgezogen. Zur fatalen Entscheidung des Tages bemerkte er: Er habe sich den militärischen Erwägungen fügen müssen; am Schluß werde Deutschland gezwungen sein, „einen sehr bescheidenen Frieden zu schließen“. Bethmann Hollweg konnte nicht nur mit feinem Gespür zurückschauen, sondern auch mit seltener Klugheit in die Zukunft blicken.

Diesen scharfen Blick behielt der Kanzler in den folgenden Wochen bei. Nach dem Ausbruch der russischen Februarrevolution 1917 erklärte er seinem übernächsten Nachfolger, dem Grafen Hertling, man würde wahrscheinlich heute dem Frieden näher sein, wenn man am 1. Februar nicht den rücksichtslosen Ubootkrieg erklärt hätte[103]. Und Hindenburg schrieb er, es sei ausge-

[100] Nr. 758.

[101] Nr. 898*.

[102] Nr. 899*.

[103] Nr. 964*. Zum folgenden Nr. 965*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schlossen, daß England durch den Ubootkrieg zur Kapitulation gezwungen werden könne. Inzwischen waren die USA tatsächlich in den Krieg eingetreten. Der unmittelbare Anlaß dazu war das berühmte Zimmermann-Telegramm vom Januar 1917, in dem der deutsche Staatssekretär Mexiko ein Bündnis mit Deutschland und den Kriegseintritt gegen die USA vorschlug. Das Telegramm lief über die amerikanische Botschaft in Berlin und wurde einige Wochen später entziffert. Am 1. März wurde es in der amerikanischen Öffentlichkeit bekannt und gab Präsident Wilson die letzte Handhabe, um mit Unterstützung der öffentlichen Meinung in den USA Deutschland den Krieg zu erklären (6. April 1917). Es ist eine List der Geschichte, daß Bethmann Hollweg im Dezember 1915 die amerikanische Botschaft gebeten hatte, für die Erledigung der „Ancona-" und „Lusitaniafälle" deren Chiffre-Telegraphen benutzen zu dürfen[104]. Das könnte die Möglichkeit geliefert haben, den deutschen Code sich fortan näher anzuschauen.

9. Zweite und dritte Oberste Heeresleitung (1914–1917)

Über die Auseinandersetzung zwischen Bethmann Hollweg und Generalstabschef Falkenhayn ist die Forschung durch die Studien von Karl-Heinz Janßen und Holger Afflerbach recht gut unterrichtet, so daß sich hier anhand der vorliegenden Quellen das Thema in aller Kürze umreißen läßt.

Zum Nachfolger des Generalstabschefs Helmuth von Moltke, der wegen der verlorenen Marneschlacht bald von seinem Posten zurücktrat, wurde Kriegsminister Erich von Falkenhayn ernannt, ohne daß er seinen Posten als Kriegsminister aufgeben mußte. Bethmann Hollweg spürte rasch die Eingriffsversuche Falkenhayns in seine Politik; besonders dessen Besserwisserei war ihm unangenehm. Der früheste Beleg, daß Bethmann Hollweg Falkenhayn aus dem Amt des Generalstabschefs drängen wollte, stammt von Anfang Dezember 1914. Sein Vertrauter Riezler schrieb am 5. Dezember in sein Tagebuch, daß der Kanzler sich im klaren sei, daß Falkenhayn gehen müsse. Da der Kaiser aber Falkenhayn schätzte, war das kein leichtes Unterfangen. Seine Vorstöße gegen Falkenhayn kleidete er deshalb in den Vorwurf der „Ämterhäufung"[105]. Damit war natürlich gemeint, daß Falkenhayn sein wichtigeres Amt als Generalstabschef, nicht das weniger wichtige des Kriegsministers, aufgeben müsse. Der stellvertretende Kriegsminister, Adolf Wild von Hohenborn, brachte es auf den Punkt[106], der Grund für Bethmann Hollwegs Vorgehen liege darin, daß dieser in Falkenhayn seinen Nachfolger fürchte. Einen Mitstreiter fand der Kanzler in der Person Hindenburgs. Dieser konnte in der Sache nicht ohne weiteres direkt an den Kaiser herantreten. Daher schlug er den Weg über den Reichs-

[104] Nr. 709*.

[105] Nr. 598*.

[106] Nr. 595* und 223.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kanzler ein. Bethmann Hollweg schrieb am 14. Januar 1915 dem Kaiser[107], daß Hindenburg die Entlassung Falkenhayns verlange; andernfalls bäte er um die eigene Entlassung. Das konnte nun der Kanzler angesichts des Mythos Hindenburg nicht zulassen und drohte nun seinerseits mit Rücktritt. Die Entscheidung des Kaisers fiel bald, aber nicht im Sinne Bethmann Hollwegs und Hindenburgs. Vielmehr mußte Falkenhayn sein Amt als Kriegsminister aufgeben und verblieb auf seinem Posten als Generalstabschef. Zum Kriegsminister wurde am 20. Januar 1915 Wild von Hohenborn ernannt.

Reibungspunkte zwischen Kanzler und Generalstabschef ergaben sich bald in der Frage Serbien, wie oben schon einmal angedeutet. Bethmann Hollweg forderte im März 1915 ein rasches Vorgehen gegen Serbien[108], um eine direkte Landverbindung mit der Türkei herzustellen, die unter Munitionsmangel litt. Falkenhayn reagierte bissig, daß davon keine Rede sein könne, solange im Osten Ungarn von russischer Seite bedroht sei. Er gab den Ball zurück: Erst müsse die Politik Bulgarien (das noch in Neutralität verharrte) zur Kriegsteilnahme bewegen. Bethmann Hollweg reagierte in Weltuntergangsstimmung[109]: Sollte nach der Einnahme von Przemyśl (das von den Russen am 22. März 1915 eingenommen war) der Fall der Dardanellen folgen, so würde das unter den Balkanstaaten und in Italien ungeheuer wirken. Nicht nur Rumänien, sondern auch Griechenland und Bulgarien seien dann für Deutschland verloren und der Fall von Konstantinopel stehe bevor; die Türkei sei somit der „lauernden Schakalpolitik dieser Staaten“ ausgeliefert. Er sah in der rechtzeitigen Öffnung des Weges zur Türkei durch Serbien nach wie vor „einen entscheidenden Moment für den Ausgang des ganzen Krieges“. Wie oben dargelegt, konnte Falkenhayn gegen Serbien erst vorgehen und so der Türkei in ihrer Not an den Dardanellen die Hand reichen, als sich die Front in Galizien stabilisiert hatte und Bulgarien Anfang September 1915 für die Mittelmächte als Bündnispartner gewonnen war.

Kurz davor nahm sich Falkenhayn der Kriegführung allgemein und speziell im Südosten mit aller Grundsätzlichkeit an. Er bemühte angesichts der nach seiner Einschätzung ausweglosen Gesamtlage den Topos „Erschöpfungskrieg“, den die Entente und darunter besonders England gegen Deutschland führe. Wie könne sich Mitteleuropa gegen den Untergang wehren? In seiner apodiktischen Vorgehensweise meinte er eine Lösung gefunden zu haben[110]: „Ein solches Mittel glaube ich in der Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenbundes erblicken zu dürfen.“ Dieser solle zunächst aus einem Zusammenschluß des Deutschen Reiches, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei bestehen, dem sich noch andere Staaten, „z. B. Schweden, die Schweiz, vielleicht auch Griechenland“, anschließen würden. Bethmann Hollweg folgte

[107] Nr. 600*.
[108] Nr. 257.
[109] Nr. 258.
[110] Nr. 395.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihm nicht auf diesem Weg[111]. Falkenhayns Plan stünden große Schwierigkeiten entgegen: Die skandinavischen Reiche und Holland wären stärkstem englischem Druck ausgesetzt; langfristige Verträge, wie diejenigen mit Italien und Rumänien (von 1882 und 1883) jetzt im Kriege bewiesen, erzeugten keine langfristige Bindekraft. Fazit: Die Kriegslage könne durch erweiterte Bündnisse gegenwärtig nicht gefördert werden, ja sie geradezu schädigen. Falkenhayn verteidigte entschieden seinen Mitteleuropa-Plan[112]. Zunächst müßten Deutschland und die Donaumonarchie zu einem Staatenbund vereinigt werden, in dem Deutschland als Präsidialmacht die Führung zu übernehmen habe. Dafür müsse Österreich-Ungarn seine Souveränität aufgeben. Da es dies nicht freiwillig tun werde, müsse es spätestens beim Friedensschluß dazu gezwungen werden. Erst dann könne man an eine Militärkonvention denken, auf die Bethmann Hollweg Falkenhayns Plan schon zurechtgestutzt hatte. Aber nach dieser Konvention, so der Generalstabschef, müsse der Oberbefehl im Krieg an den Deutschen Kaiser übergehen, die österreichisch-ungarische Armee die deutschen Ausbildungsvorschriften übernehmen und der gemeinsame Generalstab dem preußischen Generalstab unterstellt werden. Das war nun wirklich ein aberwitziger Plan. Deswegen hatte es Bethmann Hollweg leicht, ihn als „politische Unmöglichkeit“ abzutun[113]. Bethmann Hollweg reduzierte ihn in militärischer Hinsicht auf eine Zusammenarbeit der Generalstäbe beider Armeen, auf eine gleichartige Ausbildung und ähnliche Formsachen, in wirtschaftlicher Hinsicht auf ein Zollbündnis (nicht Zollunion) mit gegenseitiger Zollbevorzugung. An einen solchen „Wirtschaftskern“ könnten sich später andere Staaten des Kontinents ankristallisieren und so ein Gegengewicht gegen England und Rußland abgeben.

Falkenhayn blieb in seiner Weltuntergangsstimmung verpuppt. Er warf dem Reichskanzler „völlige Verkennung des ungeheuren Geschehens“ vor[114]: „Es handelt sich nicht mehr um einen Krieg, wie wir ihn früher kannten, sondern der Krieg ist für alle Beteiligten mittlerweile zum Kampf um das Dasein im eigentlichen Sinne geworden.“ Die Korrespondenz endete mit diesem Diktum. An der Jahreswende 1915/16 sah Falkenhayn keine Aussicht mehr, durch militärische Schläge zu Lande den Gegner zum Frieden zu zwingen. Das Heil sah er jetzt im rücksichtslosen Ubootkrieg: „Wir können gar nicht mehr wählen […], wir sind einfach dazu gezwungen […]. Um unsere Existenz kämpfen wir unter allen Umständen.“

In den Sommermonaten 1916 verschlechterte sich die Lage der österreichisch-ungarischen Truppen am Südabschnitt der Ostfront. Für Bethmann Hollweg war dies Anlaß, um Falkenhayn von seinem Stuhl zu stoßen und Hindenburg daraufzusetzen[115]. Seit Mitte Juni, als die russischen Truppen im Zuge

111 Nr. 689* und 693*.

112 Nr. 695*, 417 und 428.

113 Nr. 429 und 434.

114 Nr. 440. Zum folgenden ebenda Nr. 458.

115 Nr. 775*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Brusilov-Offensive in die Bukowina eingebrochen waren, drängte der Kanzler den Kaiser, Hindenburg zum Oberbefehlshaber der gesamten Ostfront, also auch der österreichisch-ungarischen Truppen, zu machen. Doch Falkenhayn ließ bei der neuen Befehlsstruktur Hindenburg unberücksichtigt. Darauf erhöhte Bethmann Hollweg den Druck[116]: Das deutsche Volk würde es nicht verstehen, wenn Hindenburg beiseite geschoben werde; der Name Hindenburg sei der Schrecken der Feinde; er elektrisiere Heer und Volk. Als das nicht fruchtete, holte sich Bethmann Hollweg Schützenhilfe vom bulgarischen Gesandten in Berlin und aus Wien. Von dort meldete der deutsche Botschafter: Alle riefen nach der deutschen Hand; wenn Hindenburg den Oberbefehl im Osten erhielte, so würde das in Wien als Erlösung betrachtet. Hindenburg bekam zunächst eine Befehlserweiterung an der Südost-Front, kurz darauf dann doch den Oberbefehl über die gesamte Ostfront. Als Ende August 1916 Italien Deutschland und Rumänien Österreich-Ungarn den Krieg erklärten, waren Falkenhayns Tage gezählt. Am 29. August kamen nicht nur der Reichskanzler ins Große Hauptquartier nach Pleß, sondern auch Hindenburg. Das war für Falkenhayn das Signal, daß er das Vertrauen seines Obersten Kriegsherrn verloren hatte, so daß er seine Entlassung erbat und bekam. An seine Stelle trat nun Hindenburg mit seinem Alter ego Ludendorff. Tags darauf vermerkte der Marinekabinettschef in sein Tagebuch, daß Bethmann Hollweg voll „großer Seligkeit“ über Hindenburg sei[117]. Der Kanzler konnte zufrieden sein, daß er nun nach Tirpitz einen zweiten potenten Widersacher beseitigt hatte.

Aber welches Kuckucksei hatte sich Bethmann Hollweg da ins Nest gesetzt! Er hatte sich zwar nicht in der Person Hindenburgs getäuscht, doch um so mehr in der seines „Ersten Generalquartiermeisters“ Ludendorff. Dieses Gespann war es schließlich weniger als ein Jahr später, das – zusammen mit anderen Kräften – den Reichskanzler zum Gehen zwang. Zunächst noch feierte Bethmann Hollweg einen weiteren Personaltriumph. Schon lange mißfiel ihm die Zusammenarbeit mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Baron Burián[118]. Ende September 1916 wurde er bei seinem Kaiser vorstellig, daß „die Beseitigung Baron Burians für unsere Interessen dringend erwünscht“ sei. Sogar Hindenburg spannte er in seinem Kampf gegen Burián ein. Dieser pflege sich in „endlosen Deduktionen“ zu verlieren, eigensinnig auf seiner Ansicht zu verharren, und sei Vernunftgründen unzugänglich. In der nun folgenden Auseinandersetzung um den neu zu gründenden polnischen Staat machte die deutsche Seite klar, daß mit diesem Außenminister nicht zu arbeiten sei. Im Dezember mußte er seinen Posten aufgeben. Ottokar Graf Czernin wurde sein Nachfolger.

Bethmann Hollweg kam mit Hindenburg zunächst reibungslos aus. Von Falkenhayn hatten beide noch den Plan eines mitteleuropäischen Bundesverhältnisses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn geerbt, Hindenburg

[116] Nr. 574 und 776*. Zum folgenden Nr. 612 aund 635.

[117] Nr. 813*.

[118] Nr. 828*. Zum folgenden Nr. 678, 691 und 695.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

reduzierte ihn fürs erste auf die militärische Zusammenarbeit, was Bethmann Hollweg mit Nachdruck begrüßte. Danach könne zu gegebener Zeit ein Bündnis auf wirtschaftlicher und politischer Ebene besprochen werden. Das im Herbst 1917 fällige Auslaufen des alten Zweibundvertrags und dessen Erneuerung könnten als Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen vorgesehen werden. Dazu kam es tatsächlich nicht mehr. Auch in der Ubootfrage hielt sich Hindenburg zurück und überließ es der politischen Leitung, die Vorbedingungen für einen rücksichtslosen Ubootkrieg auszuloten. Nachdem allerdings das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916, das die OHL gutgeheißen hatte, gescheitert war, schaltete sie sich – Ende Dezember –, und zwar in der herrischen Person Ludendorffs, in dieser Schicksalsfrage gebieterisch ein. Als Bethmann Hollweg seit Beginn des Jahres 1917 die Reform des preußischen Wahlrechts energisch in Angriff nahm, gelang es im Juli 1917 der unheiligen Allianz zwischen OHL und Reichstagsparteien, den Sturz Bethmann Hollwegs zu bewerkstelligen. Ohne das Gewicht Hindendurgs und Ludendorffs, das die Parteien bei der Beseitigung des Reichskanzlers in die Waagschale warfen, hätte Bethmann Hollweg nicht gehen müssen. Aber nun setzte für über ein Jahr die Dominanz der 3. OHL ein, die fortan die deutsche Politik bestimmte. Von Bethmann Hollwegs Nachfolgern war Georg Michaelis eine Null, der dann folgende Graf Hertling ein Kanzler ohne Format und Kraft, um sich der Diktatur wirksam entgegenstellen zu können.

10. Die Parteien 1909–1917

Wenn soeben formuliert wurde, Bethmann Hollweg sei durch die unheilige Allianz zwischen OHL und Parteien Ende Juli 1917 gestürzt worden, so muß das Verhältnis zwischen Bethmann Hollweg und den Parteien während seiner gesamten Kanzlerschaft anhand der neuen Quellen kurz zusammengefaßt werden.

In den Vorkriegsjahren stützte sich Bethmann Hollweg in dem aus der vorangehenden Geschichte geerbten Fünf-Parteien-System weder auf eine bestimmte Partei noch auf irgendein Parteienbündnis. Gesetzesvorhaben mußten durch wechselnde Mehrheiten durchgebracht werden (so die Heeres- und Marinevorlagen) oder scheiterten (so die Reform des preußischen Wahlrechts). Die Konservativen, auf die der Kanzler von Hause aus als konservativer Regierungschef anfänglich zu bauen hoffte, sah er unter der Führung Ernst von Heydebrands bald auf „verhängnisvollem“ Wege. Statt sich vertrauensvoll an die Regierung anzulehnen, suche Heydebrand die Rettung seiner Partei in „diktatorischer Parteipolitik“ nach parlamentarischem Muster[119]. Mit Parlamentarismus meinte Bethmann Hollweg offenbar in diesem Zusammenhang, daß die Konservativen sich mit einer Partei oder mehreren zu Zweckkoalitionen zusammenfänden. Der endgültige Bruch mit der Heydebrand-Partei, nach

[119] Nr. 45.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem der Kanzler die Konservativen in beständiger Opposition sehen mußte, erfolgte bei der parlamentarischen Behandlung des Marokkovertrages vom November 1911. Ein unauslöschliches Erlebnis in seinem Verhältnis zu den Konservativen war seine Reichstagsrede bei Ausbruch des Krieges am 4. August 1914[120]. Nach seiner Rechtfertigung des kaiserlichen Satzes, daß es „keine Parteien mehr" gebe, hätten sich, so sagte er später, die Konservativen von der allgemeinen vaterländischen Stimmung ausgeschlossen. Sein Blick auf die stillschweigenden Konservativen, die im Reichstag eiskalt dagesessen hätten, sei ihm „ein furchtbarer Moment seines Lebens" gewesen.

Das Zentrum erwähnt Bethmann nur gelegentlich; er wußte aber um dessen Macht als stabile katholische Partei. Um so häufiger beschäftigte er sich mit den Sozialdemokraten. Seine Reaktion auf den stupenden Wahlerfolg der SPD im Januar 1912 ist nicht unmittelbar überliefert. Als es zwei Jahre zuvor während eines Streiks in Berlin-Moabit zu Krawallen kam, weil die Polizei Arbeitswillige schützte, schob er der Sozialdemokratie die Schuld dafür in die Schuhe[121]. Noch im Februar 1914 bezeichnete er die SPD als die Partei, welche versuche, „die Fundamente des Reichs und unserer Monarchie zu unterhöhlen"[122]. Er stand weiter unter dem Schock der Wahlerfolge der Partei. Im Juni 1914 prophezeite er, daß ein Weltkrieg die Macht der Sozialdemokratie gewaltig steigern werde.

Das war indes das erste Anzeichen, daß Bethmann Hollweg ihr nicht mehr fundamental gegenüberstand. Die völlige Kehrtwende ergab sich dann während der Julikrise 1914. Bethmann Hollweg muß tief beeindruckt davon gewesen sein, daß die SPD sich in die nationale Front einreihte und die Kriegskredite anstandslos bewilligte. Doch eigentlich wandelte er sich nicht in seinen Anschauungen, sondern wollte umgekehrt die Sozialdemokratie auf „eine nationale und monarchische Grundlage" stellen und eine Neuorientierung der ganzen inneren Politik herbeiführen[123]. Mit dem Reichstagsabgeordneten Albert Südekum begann er Anfang 1915 einen schriftlichen Gedankenaustausch, der in den folgenden Kriegsjahren gelegentlich fortgeführt wurde[124]. Dabei fiel schon das entscheidende Stichwort vom preußischen Wahlrecht, das bei einer Versöhnung mit der SPD, hinter der ja große Teile des Volkes standen, grundlegend reformiert werden müsse. Noch äußerte sich Behtmann Hollweg vorsichtig. Die Führer der SPD müßten sich klar darüber sein, daß sowohl das Reich als auch der preußische Staat sich niemals den festen Boden, auf dem sie gewachsen seien, die feste Staatsgesinnung und das System, das die Sozialdemokratie bisher als Militarismus gebrandmarkt habe, lockern lassen könnten.

[120] Nr. 802.
[121] Nr. 136* und 138*.
[122] Nr. 403*. Zum folgenden Nr. 422*.
[123] Nr. 441* und 184.
[124] Nr. 235.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mit anderen Führern der SPD, wie mit Philipp Scheidemann, suchte Bethmann Hollweg immer wieder das Gespräch, nicht nur bei größeren Besprechungen mit Führern aller Parteien, sondern auch individuell. Als Scheidemann Anfang Dezember 1915 im Reichstag eine Interpellation über die deutschen Kriegsziele ankündigte, versuchte ihn Bethmann Hollweg davon abzuhalten[125]. Das gelang zwar nicht; aber die Interpellation war so harmlos und gemäßigt, daß der Kanzler auf bestimmte Kriegsziele gar nicht eingehen mußte, sondern einen allgemeinen Überblick über die militärische und politische Lage geben konnte. Besonders angetan war er davon, daß die SPD dabei ausdrücklich an den Erklärungen vom 4. August 1914 festhielt.

Bethmann Hollweg belohnte das Verhalten der SPD – man muß eigentlich sagen, daß er bemüht war, sie in den bestehenden Staat einzubinden –, indem er im Dezember 1915 im Preußischen Staatsministerium eine Vorlage einbrachte[126], in der das Vereinsgesetz von 1908 abgeändert werden sollte; nach diesem Gesetz sollten Berufsvereine, gemeint waren in erster Linie Gewerkschaften, nicht als politische Vereine behandelt werden. Seinen Ministerkollegen gegenüber begründete er sein Vorhaben ausdrücklich mit dem Hinweis, daß den Gewerkschaften Konzessionen gemacht werden müßten, um den revisionistischen Flügel der Partei im bisherigen staatstreuen Gleis zu halten und diesen gegenüber dem radikalen Flügel zu stärken. In einer weiteren Staatsministerialsitzung[127] lobte er denn auch besonders die (sozialistische) Gewerkschaft, daß sie sich bisher gehütet habe, ein „politischer Debattierklub" zu werden, sondern sich vielmehr praktischen und wirtschaftlichen Bestrebungen gewidmet habe. Tatsächlich wurde das Reichsvereinsgesetz am 26. Juni 1916 in dem von Bethmann Hollweg erhofften Sinn geändert. Damit hatte der Kanzler eine wichtige Grundlage für das Hindenburg-Programm vom Dezember 1916 geschaffen, nach dem in der Ausführung dieses Gesetzes den Gewerkschaften ein wichtiges Mitspracherecht gegeben wurde. Nach dem Krieg war es denn auch Scheidemann, der dem Kanzler bescheinigte[128], „das menschenmögliche getan zu haben, den Krieg zu verhüten, daß er auch ehrlich bestrebt war, ihn schnellstens zu beenden".

Zu einem sehr frühen Zeitpunkt, im November 1915, hat Bethmann Hollweg seinem Kaiser, der alles andere als ein Freund der Sozialisten war, dringend nahegelegt[129], man solle die besten Köpfe der Sozialdemokraten an der politischen Gestaltung des deutschen Staates mitwirken lassen. Die Partei habe ihren doktrinären Ballast längst abgeworfen. Dagegen hätten die bürgerlichen Parteien sich nicht gewandelt. Wieder einmal zeigt sich die Gabe dieses Kanzlers, die Zeichen der Zeit zu erkennen, weit in die Zukunft zu schauen und entsprechend zu handeln. Im Juni 1916 notierte sein Adlatus Riezler in

[125] Nr. 444.
[126] Nr. 447.
[127] Nr. 487.
[128] Nr. 623*.
[129] Nr. 702*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sein Tagebuch[130]: Mit dem Kanzler „das ‚neue Deutschland' durchgesprochen". Er „sprach von dem Albdruck der Revolution nach dem Kriege, der auf ihm laste", von der Unbrauchbarkeit der bürgerlichen Parteien und von der „Unmöglichkeit, Ostelbien zu ändern". Und ein halbes Jahr vor seinem Abgang heißt es wiederum bei Riezler: Der Kanzler über Deutschland nach dem Krieg; die Politik lasse sich nur mit der Linken machen, nicht mehr mit den herrschenden Gewalten; in der preußischen Wahlrechtsfrage könne er „kein Pluralwahlrecht einbringen, und ein liberales sei nicht zu machen".

11. Die Reform des preußischen Wahlrechts 1909–1917

Noch während der Reichskanzlerschaft des Fürsten Bülow war in der Thronrede vom 20. Oktober 1908 ein Gesetz zur Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts angekündigt worden. Bethmann Hollweg hat diese Aufforderung ohne Begeisterung übernommen und ein entsprechendes Gesetz eingebracht. Er nahm dazu am 10. Februar 1910 im Preußischen Abgeordnetenhaus Stellung[131]. Daraus ist zu entnehmen, daß er am Grundsatz des Zensuswahlrechts nicht zu rütteln gedachte. Er verteidigte vielmehr die Idee des preußischen Staates, seines sozialen und kulturellen Königtums. Die preußische Regierung werde der Forderung des Zentrums und des Freisinns, in Preußen das Reichstagswahlrecht einzuführen, auf keinen Fall nachgeben. Die preußische Regierung sei nun einmal keine Parteienregierung; sie lasse sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus zwingen, solange die Macht des Königtums ungebrochen sei. Politische Kultur und Erziehung würden nicht gefördert, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet sei. Es sei doch so, daß die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen habe, die politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen. Die Regierung halte schließlich am öffentlichen Wahlrecht fest, denn das geheime führe keineswegs zur Unabhängigkeit der Stimmabgabe, sondern zu mangelndem Verantwortungsgefühl.

Das waren klare Worte. Unter Bethmann Hollweg war an eine grundlegende Umgestaltung des preußischen Wahlrechts offenbar nicht zu denken. In ihren Gesetzesvorlagen hat die preußische Regierung an der Öffentlichkeit des Wahlverfahrens festgehalten, das indirekte Wahlrecht durch das direkte ersetzt und für die Zuweisung der Wähler zu den drei Klassen neben der Steuerleistung auch das Bildungsniveau berücksichtigt[132]. Im weiteren Verfahren haben die Abgeordneten auf der indirekten Wahl und dem geheimen Wahlverfahren bestanden. Die Regierung hat sich diesem Votum gefügt und die so geänderte Vorlage ans Herrenhaus weitergeleitet. Die dort vorgenommenen Änderungen wurden vom Abgeordnetenhaus nicht angenommen, so daß Bethmann Hollweg keine Aussicht sah, mit der Vorlage voranzukommen, und sie daher zu-

[130] Nr. 774*. Zum folgenden Nr. 908*.

[131] Nr. 61*.

[132] Nr. 81*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rückzog. Das fiel ihm offenbar nicht schwer, denn er hatte sich von vornherein vorgenommen, bei der Reform dürfe nicht mehr erstrebt werden, „als unbedingt nötig sei“[133].

Der gewaltige Sieg der SPD bei der Reichstagswahl 1912 und der Ausbruch des Krieges haben Bethmann Hollwegs Anschauungen über die Verfaßtheit des Staates grundlegend gewandelt. Am 12. September 1914 schrieb er in einem Brief, den er an den Staatssekretär des Innern und an den preußischen Innenminister gemeinsam richtete[134], daß die durch den Krieg neu entstehenden Probleme nicht „durch ein Zurückgreifen auf diejenigen Grundsätze gelöst werden können, welche in vergangenen Zeiten wurzelten. Sonst würden die gewaltigen Opfer des Krieges umsonst gebracht werden.“ Davon, daß die große sozialdemokratische Partei die Notwendigkeit des Krieges einsah und den preußischen Staat und seine Idee mittrug, war er zutiefst beeindruckt. Er empfand keine Zweifel mehr, daß „die gemeinsame Gefahr die deutsche Arbeiterschaft der Nation gewonnen“ habe[135]. Der Staat müsse versuchen, die Arbeiterbewegung nicht wie bisher als staatsfeindlich zu behandeln, und ihre Träger, die Gewerkschaften, an den Staat heranziehen. Er müsse weiterhin versuchen, die Mittelparteien auf das neue Programm zu einigen „eventuell durch Heranziehung einzelner Führer zu Regierungsstellen“. Damit schloß er innerlich für sich das Tor zum Parlamentarismus auf, das er in den Jahren zuvor fest verschlossen gehalten hatte. Fast ein Jahr später klingt dieses Bewußtsein noch einmal in einem Privatbrief an[136]: „Die führenden Männer der Zukunft müssen […] aus der inneren Kraft des Volkes neu geboren werden.“

Bethmann Hollweg ließ den Worten bald Taten folgen. Anlaß war die Thronrede, die im Januar 1916 gehalten werden sollte. In ihr sollte eine neue Wahlrechtsvorlage für Preußen angekündigt werden. Sie sei nun einmal, rief er den preußischen Staatsministern in ihrer Sitzung vom 3. Januar zu[137], „in den gewaltigen Erlebnissen des Krieges das Fanal der Politik für weite Kreise der Bevölkerung“. In der Diskussion wurde schon jetzt überdeutlich, daß sein Innenminister, Friedrich Wilhelm von Loebell, sich der Ankündigung in der Thronrede widersetzte. Er war es denn auch, der über ein Jahr später, als das Reformversprechen konkretere Formen annahm, seinem Ministerpräsidenten nicht nur Steine, sondern große Felsbrocken in den Weg legte. Nach kontroverser Diskussion kam eine recht sibyllinische Fassung des entsprechenden Satzes der Thronrede vom 13. Januar 1916 heraus. Das Pikante an der Auseinandersetzung war, daß Loebell qua Amt beauftragt wurde, die Gesetzesvorlage auszuarbeiten, obwohl er die Reform ad calendas Graecas verschieben wollte. Weitere Konflikte zeichneten sich also ab.

133 Nr. 12.
134 Nr. 170.
135 Nr. 197.
136 Nr. 401.
137 Nr. 457.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reichlich ein Jahr später ging dann alles sehr schnell und straft die herrschende Auffassung Lügen, daß Bethmann Hollweg stets ein dauernd abwägender, zweifelnder und entschlußarmer philosophischer Kopf gewesen sei. Einzelheiten zur Vorbereitung der Wahlrechtsvorlage brauchen hier nicht besprochen werden, da sie nicht von Bethmann Hollweg stammen. Es geht um grundsätzliche Fragen.

Loebell hatte einen Entwurf ausgearbeitet, in dem ein Wahlrecht mit Pluralstimmen vorgesehen war. Die Pluralstimmen sollten sich zum Teil auf den Familienstand, zum Teil auf Steuerleistungen gründen. Es war also – das war jedem Verantwortlichen klar – zwar das Dreiklassensystem nominell aufgegeben, aber nicht das gleiche Wahlrecht – wie beim Reichstagswahlrecht – geplant. Als Bethmann Hollweg den Entwurf am 6. April 1917 im Preußischen Staatsministerium vorstellte[138], machte er klar, daß dieses System an dem Fehler leide, daß die Wahlstimmen so gehäuft würden, daß ihm weiterhin das Odium des Klassenwahlrechts anhafte. Bethmann Hollweg hatte fest das gleiche Wahlrecht im Blick und redete nun Loebell, um den sich weitere Minister geschart hatten, ins Gewissen: Er wisse nicht, „wie er nach den Erfahrungen des Krieges bei den riesengroßen Opfern und Anstrengungen aller Volkskräfte es vertreten solle, daß Soldaten, die vielleicht mit zerschossenen Gliedern und dem Eisernen Kreuz I. Klasse in die Heimat zurückkämen, ein wesentlich geringeres Wahlrecht haben sollten als die, die als Nichtkriegstüchtige zu Hause geblieben seien und dort ihr Besitztum aufrecht erhalten oder vielleicht gar vermehrt hätten. Diese Leute könnten nicht das drei-, vier- oder fünffache Wahlrecht des Mannes des Schützengrabens haben.“ Zu diesen psychologischen und innenpolitischen Argumenten zog Bethmann Hollweg noch ein außenpolitisches heran. Die englische Politik habe es verstanden, die Welt glauben zu machen, daß der Weltkrieg gegen den preußischen Militarismus und die preußische Autokratie geführt werde. Jetzt werde dieser Propagandakampf auch unterstützt durch die russische Revolution, und jüngst habe Wilson in seiner Kriegserklärung der Welt klargemacht, daß Amerika nichts gegen das deutsche Volk habe, sondern nur etwas gegen die autokratische deutsche Regierung. Wenn also der Staatsregierung die Zügel nicht entgleiten sollten, müsse der König zum Volk sprechen, aber nicht in Redewendungen, wie dies in der Thronrede von 1916 geschehen sei, sondern es müsse ein positives Ziel aufgezeigt werden: „Und dafür bleibe nichts anderes übrig als die Verheißung des gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts.“

Am Ostersonntag, dem 9. April 1917, verkündete Wilhelm II. seine berühmte Osterbotschaft. Sie war in den Augen des Kanzlers ein fauler Kompromiß. Die Phalanx der widerstrebenden Minister war zu stark, und obwohl Bethmann Hollweg den Kaiser auf seiner Seite hatte, wurde die Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts nicht schon im Krieg, sondern erst für die Zeit danach versprochen. In der Botschaft stand auch nichts ausdrücklich vom Pluralwahlrecht, wie es Loebell gewünscht hatte, und auch nichts vom gleichen

[138] Nr. 791.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wahlrecht, das Bethmann Hollweg hatte durchsetzen wollen. Zudem hatte Bethmann Hollweg noch von einem anderen viel mächtigeren Gegner, Ludendorff, erfahren, daß dieser das gleiche Wahlrecht scharf ablehnte, seine Nennung in der Botschaft also auch aus diesem Grund unterbleiben mußte.

Der Kampf zwischen Bethmann Hollweg und der Phalanx seiner Gegner um das Wahlrecht ging nach Erlaß der königlichen Botschaft unvermindert weiter. Loebell, der nur ein Pluralwahlrecht konzedieren wollte und dies möglichst auch erst nach dem Krieg, führte in wenig loyaler Weise hinter dem Rükken des Reichskanzlers Besprechungen mit Vertretern der Nationalliberalen, der Freikonservativen, der Deutschkonservativen und des Zentrums, die am 19. Mai 1917 das Ergebnis hatten, daß die Führer dieser Parteien ihm zusicherten, sie würden sich für ein Pluralwahlrecht einsetzen und das gleiche Wahlrecht bekämpfen[139]. In der Sitzung des Staatsministeriums vom 23. Mai 1917 konnte der überrumpelte Bethmann Hollweg immerhin den Beschluß erreichen, daß das Ministerium die Mitteilungen über Loebells Einigung mit den genannten Parteiführern nur zur Kenntnis nahm und sich „die volle Freiheit der Entschließung für die Gestaltung der Wahlreform innerhalb der durch die Osterbotschaft Seiner Majestät […] gezogen Grenzen“ ausbedang.

In drei weiteren Sitzungen des Staatsministeriums[140] wurde die Diskussion um das Wahlrecht fortgeführt, unmittelbar vor Bethmann Hollwegs Sturz. In der Sitzung vom 8. Juli 1917 blies der Kanzler zum Gegenangriff. Er konnte zu den von ihm schon früher angeführten Gründen weitere dafür vorbringen, daß er für das gleiche Wahlrecht plädieren müsse. Wolle man das Pluralwahlrecht einführen, werde doch wieder der Vorwurf entstehen, es handele sich nur um ein Klassenwahlrecht in neuer Form. Er hielt dem Ministerium nicht nur die Enttäuschungen über die nicht in erwartetem Maß eingetretenen Erfolge des Ubootkrieges und die zunehmende Not der Bevölkerung vor, sondern auch das Drängen seitens der Parteien. Von dort komme der Druck neuerdings nicht nur von den Sozialdemokraten, sondern auch von anderen Parteien: Vor einigen Tagen sei der freisinnige Abgeordnete Friedrich von Payer bei ihm gewesen; er habe im Auftrag seiner Partei wie auch des Zentrums und der Nationalliberalen erklärt, es sei nach Auffassung dieser Parteien im Interesse des Vaterlandes unbedingt nötig, die Osterbotschaft in der Weise zu ergänzen, daß die Regierung sich für das gleiche Wahlrecht entscheide. Schließlich sei es staatsmännischer, dieses Wahlrecht jetzt noch „als einen freien Akt der Krone“ zu gewähren als später „unter dem allergrößten Druck“. Und wieder bemühte Bethmann Hollweg das plastische Bild vom zerschossenen Soldaten, der, vom Kaiser mit dem Eisernen Kreuz dekoriert, heimkehre und ein geringeres Wahlrecht ausüben müsse als der zuhausegebliebene Kriegsgewinnler. Er wies auch auf die Stimmung im Reichstag hin. Dort sei es bisher geglückt, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften bei der Stange zu halten. Je länger der Krieg dauere, je größer die Not werde, um so mehr wachse die Macht des radikalen

[139] Nr. 803. Zum folgenden Nr. 804.

[140] Nr. 809, 811 und 813.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Flügels; es sei daher unbedingt notwendig, den rechten Flügel der Sozialdemokraten zu stärken. Der Kaiser drückte sich um eine eigene Entscheidung. Er holte sich in seiner Gewissensnot noch den Kronprinzen nach Berlin. Dieser, obwohl sonst ein scharfer Gegner Bethmann Hollwegs, riet dem Kaiser, der Kanzler müsse bleiben; er solle das gleiche Wahlrecht konzedieren. Derart gestärkt erließ Wilhelm II. am 11. Juli an den Ministerpräsidenten, also an Bethmann Hollweg, die Order, einen Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen, und zwar so frühzeitig, „daß die nächsten Wahlen mit dem neuen Wahlrecht stattfinden können".

Inzwischen war der Reichstag dabei, die berühmte Friedensresolution ins Plenum einzubringen. Der Kaiser wurde vom Kronprinzen gedrängt, dazu den Rat Hindenburgs zu hören. Dieser teilte am 12. Juli 1917 aus dem Großen Hauptquartier in Kreuznach telephonisch mit, daß in der Resolution Begriffe wie „Verständigung" und „erzwungene Gebietsabtretungen" gestrichen werden müßten. Der Kaiser erklärte sich mit diesen Änderungen einverstanden. Kurz darauf trafen sowohl per Telephon als auch per Telegraph die Abschiedsgesuche Hindenburgs und Ludendorffs ein mit der allgemeinen Begründung, daß sie mit Bethmann Hollweg als Kanzler nicht weiterarbeiten könnten.

Am folgenden Tag, dem 13. Juli 1917 vormittags um 10 Uhr 30, reichte Bethmann Hollweg sein Abschiedsgesuch ein und empfahl darin den bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling zu seinem Nachfolger. Die Absage Hertlings war um 1 Uhr bekannt. Nachdem der Kaiser den zweiten intern vorgeschlagenen Kandidaten, Botschafter Bernstorff, abgelehnt hatte, brachte Generaloberst Hans Georg von Plessen, Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers, den Namen Michaelis auf, der von Ludendorff aufs wärmste empfohlen und vom Kaiser sofort akzeptiert wurde, obwohl dieser ihn gar nicht kannte. Damit hatte Wilhelm II. seine ureigenste Prärogative, die Ernennung seiner höchsten Beamten, in die Hände der Militärkaste gelegt. Georg Michaelis war als Mitglied des Kriegsernährungsamts ein farbloser höherer Verwaltungsbeamter und anders als Bethmann Hollweg eine Kreatur des Gespanns Hindenburg und Ludendorff.

12. Bethmann Hollweg im Ruhestand 1917–1920

Nach seiner Entlassung zog sich Bethmann Hollweg ganz auf sein Gut Hohenfinow nordöstlich von Berlin zurück. Er fühlte sich nach acht Jahren höchst angespannter Tätigkeit einsam und herausgerissen aus alten Beziehungen[141]. Aber er arbeitete an seinen Erinnerungen. Wann er genau damit begonnen hat, läßt sich nicht feststellen. Im Jahr 1918 findet man ihn damit beschäftigt. Eine kleine Gruppe von Historikern half ihm dabei. Als erster ist auszumachen Martin Hobohm, Schüler Hans Delbrücks, der später Archivrat im Reichs-

[141] Nr. 828.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

archiv und außerordentlicher Professor in Berlin wurde und im Weimarer Untersuchungsausschuß über die Erforschung der inneren Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918 mitwirkte. Sodann ging Bethmann Hollweg bei der Abfassung seines ersten Erinnerungsbandes zur Hand Friedrich Heilbron, Vortragender Rat im Auswärtigen Amt. Eine außerordentliche rege Korrespondenz entspann sich 1918/19 mit dem ehemaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Gottlieb von Jagow. Dieser hatte offenbar in Berlin Zugang zu den Akten des Auswärtigen Amtes und der Reichskanzlei und versorgte seinen alten Chef mit Auskünften und Aktenexzerpten bei der Abfassung von dessen „Betrachtungen zum Weltkriege", Band 1. Außerdem bat ihn der Exkanzler um Richtigstellungen zu Tirpitz' Erinnerungen, zu denen beide wohl schon Zugang vor deren Erscheinen 1919 hatten[142]. Bethmann Hollweg hielt das Niveau von Tirpitz' Erinnerungen für so niedrig, daß er, wie er Jagow schrieb, eigentlich keine Lust hatte, sich überhaupt darauf einzulassen. Sie seien dermaßen von Selbstgefälligkeit und persönlicher Animosität erfüllt, daß sie keinen objektiven Wert beanspruchen könnten. Das ist noch recht milde ausgedrückt. Tirpitz' Erinnerungen sind derart massiv akkusatorisch und von einer geschmacklosen Ranküne durchsetzt, daß ihr Wahrheitsgehalt gegen Null tendiert. Tirpitz rächte sich damit für seine von Bethmann Hollweg betriebene Entlassung als Chef des Reichsmarineamts.

Auch Ludendorffs zweiter Erinnerungsband von 1920, der genau genommen aus einer Quellenzusammenstellung besteht, verschlug Bethmann Hollweg die Sprache[143]. Zur polnischen Frage brachte Ludendorff so dürftige Quellen bei, daß daraus überhaupt nicht hervorging, wie gerade er die Proklamation Polens als unabhängiger Staat im November 1916 betrieben hatte, um Rekruten für seine Kriegführung zu erschließen. Dazu fehlt jegliche Quelle. Das gleiche gilt für die Deportation belgischer Arbeiter zur Zwangsarbeit im Reich, die national und international im Krieg hohe Wellen geschlagen hatte. Dazu publizierte Ludendorff nur eine einzige Quellen – einen nichtssagenden Briefwechsel zwischen Generalgouverneur Bissing und Hindenburg.

Mit der Arbeit an seinem zweiten schmalen Erinnerungsband kam Bethmann Hollweg nur schleppend voran. Das hatte mehrere Gründe. Im Juni 1920 beklagte er gegenüber seinem Jugendfreund Wolfgang von Oettingen seine Schreibunfähigkeit[144]. Die „Schreiberei" laste „wie ein Alp" auf der Brust. Schließlich ging es um die dramatischsten Komplexe seiner Tätigkeit im Weltkrieg: die Kriegführung, die polnische Frage, den Ubootkrieg, das Friedensangebot vom Dezember 1916 und die Osterbotschaft von 1917. Zum andern hielt der Exkanzler nur zu gerne Hof auf seinem Gutsschloß in Hohenfinow, wenn er enge Freunde und weniger gute Bekannte (wie Conrad Haußmann oder Hermann Pachnike) zu sich zum stundenlangen Plaudern und Übernachten empfing. Hinzu kamen etliche Interviews für Zeitungen und die schon genannten

[142] Nr. 871. Zum folgenden Nr. 880.

[143] Nr. 900.

[144] Nr. 898.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Repliken auf Erinnerungsbücher von Widersachern wie Tirpitz und Ludendorff. Am meisten wurde er aber absorbiert durch den Weimarer Untersuchungsausschuß, der in vier Unterausschüssen die Vorgeschichte des Weltkriegs, die Friedensmöglichkeiten während des Kriegs, die Handhabung des Völkerrechts im Krieg und die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs 1918 untersuchte und dafür eine Reihe von Zeugen befragte, von denen Bethmann Hollweg naturgemäß als einer der prominentesten zu gelten hatte. In den Anhörungen zum ersten und zweiten Unterausschuß mußte Bethmann Hollweg schriftliche Auskünfte geben und sich Kreuzverhören unterziehen.

Als Bethmann Hollweg im Dezember 1919 das erste Mal vor dem Untersuchungsausschuß erschien, waren seine ersten Eindrücke geradezu niederschmetternd[145]. Höchst peinlich empfand er die Auskünfte der „beiden Dioskuren", Hindenburg und Ludendorff, besonders weil letzterer immer wieder die Fassung verlor und ausfällig wurde. Zusammen mit Jagow und anderen gedachte Bethmann Hollweg auch gegen die Zusammensetzung der Ausschüsse vorzugehen. In dem einen war z. B. der USPD-Vertreter Oskar Cohn zum Mitglied berufen. Dieser war 1918, als in Berlin die erste sowjetische Botschaft installiert wurde, deren Rechtsberater und hatte in den letzten Kriegsmonaten Propaganda für eine Sowjetisierung Deutschlands betrieben. Als ein weiteres Mitglied sollte Karl Kautsky in den Ausschuß berufen werden. Er hatte im Februar 1919 als frisch ernannter Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Denkschrift erstellt, in der er der Regierung Bethmann Hollweg einen großen Schuldanteil am Kriegsausbruch 1914 zuschrieb. Reichskanzler Scheidemann verhinderte zunächst die Veröffentlichung der Denkschrift. Sie erschien jedoch Ende 1919 unter dem Titel: Wie der Weltkrieg entstand. Dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amtes von Karl Kautsky. Dieser erhebt darin vor allem gegen die österreichische Politik vor dem Krieg und in der Julikrise schwerste Vorwürfe, brandmarkt die deutsche Politik aber ebenso scharf als „Scherbenhaufen". Zusammen mit Jagow gedachte Bethmann Hollweg gegen die Beteiligung Kautskys an den Verhandlungen des Unterausschusses über den Kriegsausbruch bei dessen Vorsitzendem Verwahrung einzulegen. Soweit ersichtlich, war der Vorstoß erfolgreich; denn Kautsky taucht in den Protokollen des Unterausschusses tatsächlich nicht auf.

Ein Freund, der Bethmann Hollweg in den Monaten seiner Auskunftstätigkeit vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß zur Seite stand, ist der polnische Graf Bogdan Hutten- Czapski gewesen. Dieser bot ihm einige Zimmer in seiner Berliner Wohnung an, während er selbst auf seinem Gut in Smogulec in der Provinz Posen blieb[146]. Hutten-Czapski hatte ihm bereits im Jahr 1915 einen Dienst erwiesen, als er während Bethmann Hollwegs zeitraubender Tätigkeit im Großen Hauptquartier den Bau, die Gestaltung (nach Vorgaben) und die Beaufsichtigung bei der Errichtung der Grabstätte seines gefallenen Sohnes in Hohenfinow betreute. Als sich nach dem Tod des Exkanzlers ein Freundes-

[145] Nr. 883. Zum folgenden Nr. 888.

[146] Nr. 882, 884 und 911.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kreis bildete, der sich bis 1933 in Berlin traf und in feierlicher Form des Andenkens an den verstorbenen Kanzler gedachte – ihm gehörten u. a. die ehemaligen Staatssekretäre Jagow und Solf an –, versuchte Hutten-Czapski, in diesen Kreis einzutreten. Ihm wurde die Zugehörigkeit allein aus dem Grund verweigert, daß er Pole sei. Das ist ein sprechendes Zeichen für die mächtige Wirkung des Nationalismus jener Zeit. Bethmann Hollweg hatte in seiner Lebenszeit solche Schranken nicht gekannt, wie sein gelegentlicher Briefwechsel mit Hutten-Czapski in dieser Edition beweist.

Zu guter Letzt muß noch eine Person aus der kurzen Zeit von Bethmann Hollwegs Ruhestand genannt werden – nämlich der junge Historiker Peter Rassow. Er war ihm in vielfältiger Weise bei der Abfassung des zweiten Bandes seiner „Betrachtungen" behilflich[147]. So beschaffte er ihm etwa 1920 aus Berlin den Vorabdruck des Berichts des zweiten Weimarer Unterausschusses oder die „Frankfurter Kriegschronik" mit ihren ausführlichen kalendermäßigen Zusammenstellungen der Kriegsereignisse bis Ende 1915.

Einer der letzten erhaltenen Briefe Bethmann Hollwegs datiert vom 26. Dezember 1920 an seinen Jugendfreund und Goethe-Spezialisten Wolfgang von Oettingen. Hierin bedauert er, daß die „körperliche Maschine" nicht mehr recht ihren Dienst tun wolle; er beklagte die „angestrengteste Schufterei" am zweiten Band seiner „Betrachtungen". Ende des Jahres war dieser fast vollendet. In den ersten Januartagen 1921 überfiel ihn eine Lungenentzündung, der er binnen kurzem erlag.

*

Die hier zusammengetragenen Quellen zeigen den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg auf dem Höhepunkt seines öffentlichen Wirkens und in den wenigen Jahren des Ruhestands. Das Bild vom Menschen und Spitzenbeamten, das sich aus ihnen ergibt, ist sehr vielfältig. Es zeugt von charakterlicher Lauterkeit und hohem Verantwortungsbewußtsein. Bethmann Hollweg war das Gegenstück zu dem abenteuernden Spieler Falkenhayn und dem unbeherrschten diktatorischen „Halbgott" Ludendorff. Er brachte eine Unmenge von Telegrammen, Aufzeichnungen und Immediatberichten zu Papier. Diese Quellen zeigen einen Reichskanzler, der nicht nur an heute und morgen denken konnte, sondern auch an zukünftige Zeiten, für die er in seiner eigenen Gegenwart die Grundlagen zu legen versuchte. Daß er angesichts der zahlreichen übermächtigen retardierenden Kräfte seine Zukunftssicht nicht durchsetzen konnte, ist die Tragik dieses großen Mannes. Er war ein konservativer Politiker seiner Zeit, der auch in den Wert- und Staatsvorstellungen der Konservativen seiner Zeit grundsätzlich verhaftet war. Aber er konnte sich politisch von solchen konservativen Vorstellungen dort freimachen, wo sie seinen wichtigeren Zielen im Weg standen, wie etwa seine Wandlung in der Wahlrechtsfrage zeigt.

[147] Nr. 899 und 906.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verzeichnis der weniger gebräuchlichen Abkürzungen

Vorbemerkung: Ungebräuchliche und selten vorkommende Abkürzungen werden an Ort und Stelle mit Hilfe von eckigen Klammern aufgeschlossen. Gebräuchliche Abkürzungen (z. B. u = und; vgl. = vergleiche) sowie solche, die aus ihrem Zusammenhang sofort erkennbar sind, bleiben im Text unverändert erhalten und sind in dieses Verzeichnis nicht aufgenommen.

AA	Auswärtiges Amt
a. D.	außer Dienst
A.K.	Armeekorps
a.m.	ante meridiem (vormittags)
BA	Bundesarchiv
Bn., B^n	Baron
conf.	confer (vergleiche)
cr.	currentis (des laufenden …)
CTS	Consolidated Treaty Series (*vgl. im Quellen- und Literaturverzeichnis darunter*)
d. J., d.Js.	dieses Jahres
d.M, dM., d. M., d.Mts, d.Mts., ds., ds.Mts	dieses Monats
drgl	dergleichen
E.E., E.Ex(z).	Euer Exzellenz
E.H.	Euere Hoheit
E.K.H.	Euer Königlichen Hoheit
E.pp., Epp.	Euer pergite (usw.)
erg.	ergebenst
ev.	eventuell
Ew.	Euer/Euere
EwE, Ew.E., Ew.Exc., Ew.Exz.	Euere Exzellenz
Ew.pp, Ew.pp.	Euer/Euere pergite (usw.)
Exz.	Exzellenz
f.	folio (Blatt)
Fhr., Frhr.	Freiherr(n)
frs.	francs
F.Z.	Frankfurter Zeitung
gef(l).	gefällige(n)
Geh.	Geheimen
Gen.	General

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Genst.	Generalstab
Ges.	Gesandten
Grf.	Graf
GrHQ, Gr.H.Qu.	Großes Hauptquartier
GStAPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
H.	Herrn
ha	Hektar
Hr.	Herr
HStA	Hauptstaatsarchiv
I.M.	Ihre(r) Majestät
ins.	inseratur (ist einzufügen)
I.R.	Imperator Rex
Kgl.	Königlich
k.k., kuk, k.u.k., K.u.K., K. und K.	Kaiserlich und Königlich(en)
Leg.per.	Legislaturperiode
M	Mark
MdR	Mitglied des Reichstags
m. E.	meines Erachtens
MF	Mikrofilm
Min.	Minuten
m.p., m.propr.	manu propria (mit eigener Hand, eigenhändig)
N.A.Z.	Norddeutsche Allgemeine Zeitung
n.J.	nächsten Jahres
Nm., N.m., n.m.	nachmittags
o.D.	ohne Datum
OHL, O.H.L.	Oberste Heeresleitung
o. O.	ohne Ort
PA	Politisches Archiv (des Auswärtigen Amtes) *(vgl. im Quellen- und Literaturverzeichnis darunter)*
pm., p.m.	post meridiem (nachmittags)
pp, pp., p.p.	perge, pergite (usw.)
Praes.	Praesentatum (Eingangsvermerk)
pro not., P.not.	pro notitia, Pro notitia (zur Beachtung)
PS, PS.	Postscriptum
resp.	respektive
RGBl	Reichsgesetzblatt
RK.	Reichskanzler
R.T.	Reichstag(s)
S.	Seine(r)
s.E., S.E.	seines Erachtens
S.E., Sr.Exz.	Seine(r) Exzellenz
S.K.H.	Seiner Königlichen Hoheit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

S.M., S^{r}Maj.	Seiner Majestät
S.M.d.K.	Seiner Majestät dem Kaiser
Sp.	Spalte
sw.	so weiter
Stabi	Staatsbibliothek (zu Berlin)
StS., St.S.	Staatssekretär
s.Z., s.Zt.	seiner Zeit
U. a.	Unter anderem
UStS, U.St.S.	Unterstaatssekretär
v.J.	vorigen Jahres
Vm., V.m.	Vormittag, vormittags
v.Mts., vor.Mts.	vorigen Monats
WTB, W.T.B.	Wolffsches Telegraphenbureau
z.D.	zur Disposition
z.d.A.	zu den Akten
z.S.	zur See
z. Z., z. Zt.	zur Zeit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dokumentenverzeichnis

1. Bisher unpublizierte Schriftstücke

Nr.	*Aussteller und Empfänger*	*Ort*	*Datum*	*Seite*
1	Lancken an Schoen	Paris	15. Juli 1909	119
2	Schoen an Schlözer	Berlin	16. Juli 1909	120
3	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	20. Juli 1909	120
4	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	23. Juli 1909	121
5	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	August 1909	122
6	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	4. September 1909	123
7	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	11. September 1909	124
8	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	16. September 1909	125
9	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	München	23. September 1909	125
10	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	11. Oktober 1909	127
11	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	8. November 1909	129
12	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	22. November 1909	129
13	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	14. Dezember 1909	132
14	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	27. Dezember 1909	133
15	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	22. Januar 1910	135
16	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	28. Januar 1910	136
17	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	26. Februar 1910	137
18	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	7. März 1910	140
19	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	9. März 1910	143
20	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	15. März 1910	148

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

21	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Florenz	2. April 1910	149
22	Bethmann Hollweg an Heeringen	Berlin	9. April 1910	150
23	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	15. April 1910	151
24	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	18. April 1910	152
25	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	19. April 1910	154
26	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Berlin	20. April 1910	155
27	Bethmann Hollweg an Heeringen	Berlin	25. April 1910	156
28	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	27. April 1910	157
29	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	28. April 1910	158
30	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Berlin	30. April 1910	159
31	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	24. Mai 1910	161
32	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	26. Mai 1910	161
33	Bethmann Hollweg an Lerchenfeld	Hohenfinow	3. Juli 1910	164
34	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	12. August 1910	165
35	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	29. August 1910	168
36	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	3. September 1910	170
37	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	10. September 1910	170
38	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	15. September 1910	171
39	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	19. September 1910	172
40	Bethmann Hollweg an Marschall von Bieberstein	Berlin	20. Oktober 1910	175
41	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	21. Oktober 1910	176
42	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	26. Oktober 1910	179
43	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	15. November 1910	180
44	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	17. November 1910	182
45	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Hohenfinow	27. Dezember 1910	183

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

46	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	2. Januar 1911	184
47	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	6. Januar 1911	185
48	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	9. Februar 1911	188
49	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	17. Februar 1911	190
50	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	20. März 1911	193
51	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	20. Mai 1911	194
52	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	26. Mai 1911	197
53	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	4. Juni 1911	197
54	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	30. Juni 1911	199
55	Bethmann Hollweg an Bülow	Hohenfinow	14. Juli 1911	201
56	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	26. August 1911	203
57	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	16. September 1911	205
58	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	19. Oktober 1911	209
59	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	4. November 1911	210
60	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	16. November 1911	211
61	Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker	Berlin	16. November 1911	212
62	Bethmann Hollweg an Bülow	Berlin	21. November 1911	213
63	Wilhelm II. an Bethmann Hollweg	Moschen	30. November 1911	214
64	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Leschnitz	30. November 1911	214
65	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Berlin	4. Dezember 1911	215
66	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	12. Dezember 1911	215
67	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	12. Dezember 1911	216
68	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Hohenfinow	26. Dezember 1911	218
69	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Berlin	16. Januar 1912	220

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

70	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	18. Februar 1912	220
71	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	22. Februar 1912	221
72	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	4. März 1912	222
73	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. März 1912	227
74	Wilhelm II. an Bethmann Hollweg	Cuxhaven	7. März 1912	227
75	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	8. März 1912	229
76	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	14. März 1912	229
77	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	21. März 1912	229
78	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	25. März 1912	231
79	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	25. März 1912	232
80	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	1. April 1912	232
81	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	22. April 1912	233
82	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	23. April 1912	234
83	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	23. April 1912	235
84	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	17. Mai 1912	237
85	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	21. Mai 1912	237
86	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	14. Juni 1912	238
87	Aufzeichnung Hammanns	Petersburg	Juli 1912	239
88	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Petersburg	10. Juli 1912	240
89	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Hohenfinow	22. Juli 1912	241
90	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Hohenfinow	30. Juli 1912	243
91	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	7. August 1912	244
92	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Gastein	26. August 1912	245
93	Wilhelm II. an Bethmann Hollweg	o. O.	24. September 1912	248
94	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	24. September 1912	248

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

95	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	o. O.	26. September 1912	252
96	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	30. September 1912	252
97	Bethmann Hollweg an Jenisch	Berlin	1. Oktober 1912	254
98	Wilhelm II. an Bethmann Hollweg	o. O.	27. Oktober 1912	255
99	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	11. November 1912	255
100	Bethmann Hollweg an die preußischen Staatsminister	Berlin	22. November 1912	257
101	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	14. Dezember 1912	258
102	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	20. Dezember 1912	260
103	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	22. Dezember 1912	261
104	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Berlin	8. Januar 1913	262
105	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	29. Januar 1913	263
106	Bethmann Hollweg an die preußischen Gesandten in München, Stuttgart, Dresden und Karlsruhe	Berlin	9. Februar 1913	265
107	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	24. Februar 1913	266
108	Angabe Bethmann Hollwegs	o. O.	28. Februar 1913	270
109	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	1. März 1913	270
110	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	4. März 1913	271
111	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	9. März 1913	272
112	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	23. März 1913	274
113	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	14. April 1913	276
114	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	26. Mai 1913	278
115	Bethmann Hollweg an Ballin	Berlin	26. Mai 1913	279
116	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	2. Juni 1913	280
117	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	2. Juni 1913	282
118	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	13. Juni 1913	283
119	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	22. Juni 1913	283

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

120	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	25. Juni 1913	284
121	Bethmann Hollweg an Oettingen	Berlin	26. Juni 1913	285
122	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	28. Juni 1913	286
123	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	30. Juni 1913	287
124	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	18. Juli 1913	287
125	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	6. August 1913	288
126	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	1. Oktober 1913	289
127	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	16. Oktober 1913	291
128	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	21. Oktober 1913	297
129	Bethmann Hollweg an Oettingen	Berlin	15. Dezember 1913	300
130	Bethmann Hollweg an A. v. Bülow	Berlin	18. Dezember 1913	301
131	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	31. Dezember 1913	302
132	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	30. Januar 1914	304
133	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	19. Februar 1914	305
134	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	11. März 1914	307
135	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	18. März 1914	308
136	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	7. April 1914	311
137	Bethmann Hollweg an AA	Achilleion	21. April 1914	312
138	Bethmann Hollweg an AA	Achilleion	22. April 1914	313
139	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	8. Mai 1914	314
140	Bethmann Hollweg an Oettingen	Berlin	4. Juni 1914	314
141	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	19. Juni 1914	315
142	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	1. Juli 1914	315
143	Bethmann Hollweg an Schwerin	Berlin	18. Juli 1914	317
144	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	30. Juli 1914	317
145	Bethmann Hollweg an Reichenau	Berlin	6. August 1914	320
146	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	10. August 1914	321

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

147	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	14. August 1914	322
148	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	14. August 1914	322
149	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	15. August 1914	323
150	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	Berlin	16. August 1914	326
151	Bethmann Hollweg an die Chefs der obersten Reichsbehörden	Berlin	16. August 1914	327
152	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHQ	19. August 1914	327
153	Bethmann Hollweg an AA	Koblenz	19. August 1914	328
154	Bethmann Hollweg an AA	Koblenz	22. August 1914	328
155	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	23. August 1914	329
156	Bethmann Hollweg an Dallwitz	GrHQ	24. August 1914	330
157	Bethmann Hollweg an AA	Koblenz	28. August 1914	331
158	Bethmann Hollweg an Moltke	GrHQ	29. August 1914	331
159	Bethmann Hollweg an K. v. Weizsäcker	GrHQ	30. August 1914	332
160	Bethmann Hollweg an Oettingen	GrHQ	30. August 1914	332
161	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHQ	2. September 1914	333
162	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	4. September 1914	333
163	Bethmann Hollweg an Moltke	GrHQ	6. September 1914	334
164	Bethmann Hollweg an Dallwitz	GrHQ	6. September 1914	334
165	Bethmann Hollweg an Erzberger	GrHQ	6. September 1914	335
166	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	7. September 1914	335
167	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	7. September 1914	336
168	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	9. September 1914	336
169	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	10. September 1914	337
170	Bethmann Hollweg an C. Delbrück und Loebell	GrHQ	12. September 1914	338
171	Bethmann Hollweg an Sandt	GrHQ	12. September 1914	339
172	Bethmann Hollweg an Moltke	GrHQ	13. September 1914	339
173	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	13. September 1914	339
174	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	14. September 1914	340
175	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	15. September 1914	341
176	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	17. September 1914	342
177	Bethmann Hollweg an Hartmann	GrHQ	17. September 1914	342

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

178	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	19. September 1914	343
179	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	19. September 1914	344
180	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	19. September 1914	344
181	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	19. September 1914	345
182	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	19. September 1914	346
183	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	19. September 1914	347
184	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	19. September 1914	347
185	Bethmann Hollweg an Wandel	Luxemburg	19. September 1914	349
186	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	20. September 1914	350
187	Bethmann Hollweg an Kühn	GrHQ	20. September 1914	351
188	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	21. September 1914	351
189	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	23. September 1914	352
190	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	11. Oktober 1914	352
191	Bethmann Hollweg an Loebell	GrHQ	11. Oktober 1914	353
192	Bethmann Hollweg an Hammann	o. O.	18. Oktober 1914	354
193	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHQ	20. Oktober 1914	354
194	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHQ	22. Oktober 1914	355
195	Bethmann Hollweg an J. Bassermann	GrHQ	24. Oktober 1914	356
196	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	25. Oktober 1914	356
197	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	GrHQ	27. Oktober 1914	357
198	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	GrHQ	28. Oktober 1914	360
199	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHQ	31. Oktober 1914	361
200	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	3. November 1914	362
201	Bethmann Hollweg an Pohl	GrHQ	5. November 1914	363
202	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	6. November 1914	363
203	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	7. November 1914	364
204	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	10. November 1914	365
205	Bethmann Hollweg an K. v. Weizsäcker	GrHQ	10. November 1914	366
206	Flotow an AA	Rom	12. November 1914	368
207	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	12. November 1914	370
208	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	14. November 1914	373
209	Bethmann Hollweg an Hammann	Charleville	14. November 1914	373

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

210	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	17. November 1914	375
211	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	23. November 1914	376
212	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	25. November 1914	376
213	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	28. November 1914	377
214	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	30. November 1914	380
215	Bethmann Hollweg an AA	Posen	6. Dezember 1914	382
216	Bethmann Hollweg an Wangenheim	Berlin	8. Dezember 1914	383
217	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	GrHQ	9. Dezember 1914	384
218	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Berlin	10. Dezember 1914	385
219	Bethmann Hollweg an Wangenheim	Berlin	14. Dezember 1914	386
220	Bethmann Hollweg an Oettingen	Berlin	14. Dezember 1914	387
221	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	25. Dezember 1914	388
222	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHA	29. Dezember 1914	388
223	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	3. Januar 1915	389
224	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	4. Januar 1915	390
225	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	o. O.	5. Januar 1915	391
226	Bethmann Hollweg an Dallwitz	o. O.	7. Januar 1915	391
227	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHQ	11. Januar 1915	392
228	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	GrHQ	12. Januar 1915	393
229	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	GrHQ	13. Januar 1915	393
230	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	13. Januar 1915	394
231	Bethmann Hollweg an Bassermann	GrHQ	13. Januar 1915	395
232	Bethmann Hollweg an Lyncker	GrHQ	14. Januar 1915	396
233	Randvermerk Bethmann Hollwegs	o. O.	14. Januar 1915	396
234	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	GrHQ	14. Januar 1915	397
235	Bethmann Hollweg an Südekum	GrHQ	18. Januar 1915	397
236	Bethmann Hollweg an Eisendecher	GrHQ	18. Januar 1915	399
237	Wahnschaffe an Bethmann Hollweg	Berlin	22. Januar 1915	400
238	Bethmann Hollweg an Moltke	GrHQ	24. Januar 1915	400
239	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	26. Januar 1915	401

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

240	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	2. Februar 1915	402
241	Bethmann Hollweg an Helfferich	Brlin	2. Februar 1915	403
242	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	2. Februar 1915	403
243	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	6. Februar 1915	404
244	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	13. Februar 1915	406
245	Bethmann Hollweg an Bachmann	Berlin	15. Februar 1915	407
246	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	19. Februar 1915	408
247	Bethmann Hollweg an Bülow	Berlin	19. Februar 1915	408
248	Bethmann Hollweg an Bülow	Berlin	20. Februar 1915	409
249	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	22. Februar 1915	409
250	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	28. Februar 1915	410
251	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	2. März 1915	411
252	Bethmann Hollweg an Max von Baden	Berlin	13. März 1915	411
253	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	14. März 1915	413
254	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	14. März 1915	413
255	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Berlin	15. März 1915	414
256	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	16. März 1915	415
257	Falkenhayn an Bethmann Hollweg u. Jagow	GrHQ	16. März 1915	415
258	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	17. März 1915	417
259	Treutler an Bethmann Hollweg	GrHQ	17. März 1915	419
260	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	GrHQ	23. März 1915	419
261	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	GrHQ	24. März 1915	420
262	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	25. März 1915	420
263	Bethmann Hollweg an Bülow	GrHQ	26. März 1915	421
264	Hindenburg an Bethmann Hollweg	Lötzen	31. März 1915	421
265	Bethmann Hollweg an Bülow	Berlin	1. April 1915	422
266	Marginaldekret Bethmann Hollwegs	Berlin	2. April 1915	423
267	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	4. April 1915	424
268	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	4. April 1915	425
269	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	5. April 1915	427

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

270	Bethmann Hollweg an Ballin	Berlin	5. April 1915	435
271	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	o. O.	6. April 1915	436
272	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	7. April 1915	436
273	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	10. April 1915	437
274	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	11. April 1915	440
275	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	12. April 1915	441
276	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	12. April 1915	442
277	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	12. April 1915	442
278	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	13. April 1915	443
279	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	13. April 1915	443
280	Bethmann Hollweg an Bülow	GrHQ	13. April 1915	444
281	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	14. April 1915	444
282	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	16. April 1915	445
283	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	17. April 1915	446
284	Bethmann Hollweg an Tschirschky	GrHQ	18. April 1915	447
285	Bethmann Hollweg an Bülow	GrHQ	18. April 1915	448
286	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	19. April 1915	448
287	Bethmann Holwleg an Treutler	Berlin	21. April 1915	449
288	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Berlin	21. April 1915	450
289	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	o. O.	25. April 1915	451
290	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	25. April 1915	452
291	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	27. April 1915	452
292	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	27. April 1915	453
293	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	28. April 1915	454
294	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	29. April 1915	454
295	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	30. April 1915	455
296	Bethmann Hollweg an Bülow	GrHQ	30. April 1915	455
297	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	Anfang Mai 1915	456
298	Bethmann Hollweg an Tschirschky	GrHQ	1. Mai 1915	457
299	Bethmann Hollweg an Tschirschky	GrHQ	2. Mai 1915	457
300	Bethmann Hollweg an Tschirschky	GrHQ	3. Mai 1915	458
301	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	4. Mai 1915	459
302	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	4. Mai 1915	459
303	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	4. Mai 1915	460
304	Bethmann Hollweg an Fürstenberg	GrHQ	4. Mai 1915	460

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

305	Denkschrift Falkenhayns	o. O.	10. Mai 1915	461
306	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	16. Mai 1915	461
307	Bethmann Hollweg an Treutler	Pleß	17. Mai 1915	463
308	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	17. Mai 1915	464
309	Bethmann Hollweg an Treutler	o. O.	18. Mai 1915	465
310	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	o. O.	18. Mai 1915	465
311	Treutler an Bethmann Hollweg	Pleß	19. Mai 1915	466
312	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	19. Mai 1915	466
313	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	19. Mai 1915	467
314	Treutler an AA	Pleß	20. Mai 1915	468
315	Treutler an AA	Pleß	20. Mai 1915	469
316	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	21. Mai 1915	469
317	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	o. O.	21./22. Mai 1915	470
318	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	o. O.	22. Mai 1915	471
319	Bethmann Hollweg im Bundesrat	Berlin	24. Mai 1915	472
320	Bethmann Hollweg an Bussche	Berlin	24. Mai 1915	475
321	Bethmann Hollweg an Bussche	Berlin	25. Mai 1915	476
322	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	26. Mai 1915	476
323	Treutler an Bethmann Hollweg	Pleß	26. Mai 1915	476
324	Treutler an Bethmann Hollweg	Pleß	27. Mai 1915	477
325	Treutler an AA	Pleß	29. Mai 1915	477
326	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	29. Mai 1915	478
327	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	29. Mai 1915	478
328	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	o. O.	31. Mai 1915	479
329	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	1. Juni 1915	480
330	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	1. Juni 1915	480
331	Bethmann Hollweg an Bussche	Berlin	2. Juni 1915	481
332	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	3. Juni 1915	482
333	Treutler an Bethmann Hollweg	Pleß	5. Juni 1915	483
334	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	6. Juni 1915	484
335	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	13. Juni 1915	485
336	Bethmann Hollweg an Bussche	o. O.	14. Juni 1915	485
337	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	16. Juni 1915	486
338	Bethmann Hollweg an Wangenheim	Berlin	16. Juni 1915	486
339	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	17. Juni 1915	487

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

340	Jagow an Bussche	Berlin	17. Juni 1915	488
341	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	17. Juni 1915	490
342	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	17. Juni 1915	491
343	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	17. Juni 1915	491
344	Bethmann Hollweg an Fürstenberg	Berlin	20. Juni 1915	491
345	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	20. Juni 1915	492
346	Bethmann Hollweg an Bussche	Berlin	21. Juni 1915	492
347	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	22. Juni 1915	493
348	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	Pleß	22. Juni 1915	494
349	Bethmann Hollweg an Bussche	Wien	25. Juni 1915	494
350	Tschirschky an AA	Wien	26. Juni 1915	495
351	Bethmann Hollweg an AA	Wien	27. Juni 1915	495
352	Bethmann Hollweg an Bussche	Wien	27. Juni 1915	496
353	Treutler an AA	Pleß	28. Juni 1915	496
354	Bethmann Hollweg an Treutler	o. O.	2. Juli 1915	497
355	Bethmann Hollweg an K. v. Weizsäcker	Berlin	3. Juli 1915	497
356	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	4. Juli 1915	499
357	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	4. Juli 1915	501
358	Bethmann Hollweg an Michahelles	Berlin	4. Juli 1915	501
359	Treutler an Bethmann Hollweg	Pleß	6. Juli 1915	503
360	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	9. Juli 1915	504
361	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	10. Juli 1915	504
362	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	16. Juli 1915	505
363	Falkenhayn an Treutler	Pleß	16. Juli 1915	507
364	Bethmann Hollweg an Grünau	o. O.	19. Juli 1915	507
365	Bethmann Hollweg an Max von Baden	Berlin	19. Juli 1915	508
366	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	20. Juli 1915	510
367	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	21. Juli 1915	511
368	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	Pleß	22. Juli 1915	512
369	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	23. Juli 1915	512

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

370	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	23. Juli 1915	514
371	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	23. Juli 1915	516
372	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	28. Juli 1915	517
373	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	29. Juli 1915	520
374	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	2. August 1915	520
375	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	3. August 1915	521
376	Treutler an Bethmann Hollweg	Pleß	3. August 1915	523
377	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	4. August 1915	524
378	Treutler an AA	Pleß	4. August 1915	524
379	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	5. August 1915	525
380	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	6. August 1915	525
381	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	Pleß	7. August 1915	526
382	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	10. August 1915	526
383	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	10. August 1915	527
384	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	11. August 1915	528
385	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	12. August 1915	530
386	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	21. August 1915	531
387	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	21. August 1915	532
388	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	22. August 1915	532
389	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	25. August 1915	533
390	Bethmann Hollweg an Jagow	Pleß	26. August 1915	534
391	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Pleß	28. August 1915	535
392	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	29. August 1915	537
393	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	29. August 1915	538
394	Bethmann Hollweg an Ratibor/ v. d. Lancken	Berlin	29. August 1915	538
395	Treutler an Bethmann Hollweg	Pleß	30. August 1915	539
396	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Berlin	30. August 1915	541
397	Bachmann an Bethmann Hollweg	Berlin	1. September 1915	542
398	Bethmann Hollweg an Bachmann	Berlin	2. September 1915	543
399	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	3. September 1915	543
400	Bethmann Hollweg an Bachmann	Berlin	3. September 1915	544
401	Bethmann Hollweg an Oettingen	Berlin	4. September 1915	544
402	Friedjung an Bethmann Hollweg	Wien	4. September 1915	545

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

403	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Berlin	7. September 1915	546
404	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	10. September 1915	547
405	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	12. September 1915	547
406	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	21. September 1915	548
407	Bethmann Hollweg an Friedjung	Berlin	25. September 1915	551
408	Aufzeichnung für Bethmann Hollweg	Berlin	26. September 1915	551
409	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	30. September 1915	555
410	Treutler an Bethmann Hollweg	GrHQ	30. September 1915	556
411	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	4. Oktober 1915	557
412	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	11. Oktober 1915	558
413	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	11. Oktober 1915	559
414	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	GrHQ	11. Oktober 1915	559
415	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	11. Oktober 1915	560
416	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	GrHQ	11. Oktober 1915	561
417	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	GrHQ	15. Oktober 1915	562
418	Bethmann Hollweg an Zimmernann	GrHQ	16. Oktober 1915	564
419	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	GrHQ	16. Oktober 1915	564
420	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	17. Oktober 1915	564
421	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	GrHQ	18. Oktober 1915	565
422	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	18. Oktober 1915	566
423	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	18. Oktober 1915	567
424	Bernstorff an Bethmann Hollweg	Washington	19. Oktober 1915	568
425	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	20. Oktober 1915	569
426	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	29. Oktober 1915	569
427	Bethmann Hollweg an K. v. Weizsäcker	Berlin	29. Oktober 1915	574
428	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	30. Oktober 1915	575
429	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	4. November 1915	577
430	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	13. November 1915	579

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

431	Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Burián	Berlin	14. November 1915	581
432	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	14. November 1915	584
433	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	17. November 1915	585
434	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	18. November 1915	587
435	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	19. November 1915	592
436	Treutler an AA	Pleß	26. November 1915	593
437	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	27. November 1915	593
438	Bethmann Hollweg vor Parteiführern	Berlin	29. November 1915	594
439	Bethmann Hollweg an Wild v. Hohenborn	Berlin	29. November 1915	599
440	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	29. November 1915	600
441	Bethmann Hollweg an Luckwald	o. O.	30. November 1915	601
442	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten	Berlin	1. Dezember 1915	601
443	Aufzeichnung K. v. Weizsäckers	o. O.	1. Dezember 1915	604
444	Bethmann Hollweg vor Parteiführern	Berlin	2. Dezember 1915	606
445	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	4. Dezember 1915	609
446	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	9. Dezember 1915	610
447	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	11. Dezember 1915	611
448	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	13. Dezember 1915	614
449	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	19. Dezember 1915	617
450	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	20. Dezember 1915	619
451	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	20. Dezember 1915	620
452	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	Kassel	22. Dezember 1915	621
453	Bethmann Hollweg an Gerard	Berlin	23. Dezember 1915	622
454	Bethmann Hollweg an Luckwald	Berlin	23. Dezember 1915	622
455	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	23. Dezember 1915	623
456	Notiz Bethmann Hollwegs	Berlin	30. Dezember 1915	624
457	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	3. Januar 1916	624
458	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	7. Januar 1916	629

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

459	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	9. Januar 1916	630
460	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	Berlin	9. Januar 1916	631
461	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	10. Januar 1916	632
462	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Berlin	18. Januar 1916	634
463	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	19. Januar 1916	634
464	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	21. Januar 1916	636
465	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Berlin	21. Januar 1916	637
466	Treutler an AA	Pleß	23. Januar 1916	637
467	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Berlin	27. Januar 1916	638
468	Bethmann Hollweg an Kühlmann	Berlin	28. Januar 1916	638
469	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	29. Januar 1916	639
470	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	3. Februar 1916	640
471	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	5. Februar 1916	640
472	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	6. Februar 1916	641
473	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	o. O.	6. Februar 1916	641
474	Bethmann Hollweg an Tirpitz/ Holtzendorff	Berlin	7. Februar 1916	642
475	Holtzendorff an Bethmann Hollweg	Berlin	8. Februar 1916	642
476	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	9. Februar 1916	643
477	Bethmann Hollweg an Heinrichs	Pleß	11. Februar 1916	644
478	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	13. Februar 1916	644
479	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	14. Februar 1916	646
480	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	15. Februar 1916	647
481	Bethmann Hollweg an Zimmermann	Berlin	19. Februar 1916	655
482	Holtzendorff an Bethmann Hollweg	Berlin	19. Februar 1916	657
483	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	23. Februar 1916	658
484	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	23. Februar 1916	659
485	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	23. Februar 1916	660
486	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	23. Februar 1916	660
487	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	24. Februar 1916	661

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

488	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	24. Februar 1916	664
489	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	25. Februar 1916	664
490	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	25. Februar 1916	664
491	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	29. Februar 1916	665
492	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	29. Februar 1916	667
493	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	29. Februar 1916	668
494	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	29. Februar 1916	669
495	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Charleville	2. März 1916	669
496	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	2. März 1916	671
497	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	2. März 1916	672
498	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	4. März 1916	675
499	Bethmann Hollweg an Wild v. Hohenborn	Charleville	4. März 1916	675
500	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	5. März 1916	676
501	Treutler an AA	GrHQ	5. März 1916	676
502	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	5. März 1916	677
503	Bethmann Hollweg an Reichskanzlei	GrHQ	5. März 1916	678
504	Bethmann Hollweg an Tirpitz	GrHQ	5. März 1916	679
505	Bethmann Hollweg an Jagow	Charleville	5. März 1916	679
506	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	13. März 1916	682
507	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	15. März 1916	683
508	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	Mitte März 1916	683
509	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	15. März 1916	688
510	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	15. März 1916	691
511	Treutler an AA	GrHQ	16. März 1916	696
512	Treutler an Bethmann Hollweg	GrHQ	17. März 1916	697
513	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	17. März 1916	698
514	Bethmann Hollweg vor der Presse	Berlin	18. März 1916	698
515	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	20. März 1916	702
516	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	23. März 1916	704
517	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	24. März 1916	705
518	Reichskanzlei an Westarp	Berlin	25. März 1916	705
519	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	26. März 1916	706
520	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	28. März 1916	707

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

521	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	29. März 1916	708
522	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. März 1916	709
523	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	30. März 1916	710
524	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	31. März 1916	710
525	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	31. März 1916	710
526	Treutler an AA	GRHQ	1. April 1916	711
527	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	3. April 1916	712
528	Treutler an Bethmann Hollweg	GrHQ	4. April 1916	713
529	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	11. April 1916	714
530	Bethmann Hollweg an AA	o. O.	11. April 1916	718
531	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	16. April 1916	719
532	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	18. April 1916	720
533	Bethmann Hollweg an Jagow	GrHQ	21. April 1916	721
534	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	22. April 1916	722
535	Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg, Falkenhayn und Holtzendorff	GrHQ	26. April 1916	722
536	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	26. April 1916	724
537	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	27. April 1916	725
538	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	27. April 1916	725
539	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	27. April 1916	725
540	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	28. April 1916	726
541	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	28. April 1916	726
542	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	28. April 1916	727
543	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	30. April 1916	727
544	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	30. April 1916	728
545	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	GrHQ	2. Mai 1916	731
546	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	2. Mai 1916	731
547	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	2. Mai 1916	732
548	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	2. Mai 1916	732
549	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	GrHQ	3. Mai 1916	733
550	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	3. Mai 1916	733
551	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	4. Mai 1916	734
552	Notiz Bethmann Hollwegs	Berlin	5. Mai 1916	734
553	Bethmann Hollweg an die Vertretungen in Den Haag, Kopenhagen, Stockholm, Bern, Christiania, Bukarest	Berlin	5. Mai 1916	735

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

554	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau	Berlin	5. Mai 1916	735
555	Grünau an Bethmann Hollweg	GrHQ	5. Mai 1916	736
556	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	6. Mai 1916	737
557	Grünau an AA	GrHQ	7. Mai 1916	738
558	Notiz Bethmann Hollwegs	o. O.	12. Mai 1916	739
559	Valentini an Bethmann Hollweg	Homburg	14. Mai 1916	739
560	Grünau an AA	Homburg	16. Mai 1916	741
561	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	18. Mai 1916	741
562	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	18. Mai 1916	743
563	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	24. Mai 1916	744
564	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	28. Mai 1916	745
565	Bethmann Hollweg an Kronprinz Wilhelm	München	29. Mai 1916	747
566	Bethmann Hollweg an Luckwald	Berlin	4. Juni 1916	748
567	Luckwald an Bethmann Hollweg	GrHQ	5. Juni 1916	749
568	Bethmann Hollweg an Luckwald	Berlin	7. Juni 1916	749
569	Luckwald an Bethmann Hollweg	GrHQ	8. Juni 1916	750
570	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	13. Juni 1916	750
571	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	15. Juni 1916	751
572	Grünau an AA	GrHQ	19. Juni 1916	751
573	Grünau an AA	GrHQ	23. Juni 1916	752
574	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	23. Juni 1916	752
575	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	23. Juni 1916	753
576	Bethmann Hollweg an Müller	Berlin	24. Juni 1916	754
577	Treutler an AA	GrHQ	27. Juni 1916	754
578	Treutler an Bethmann Hollweg	GrHQ	27. Juni 1916	755
579	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	28. Juni 1916	755
580	Treutler an Bethmann Hollweg	GrHQ	29. Juni 1916	757
581	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	29. Juni 1916	757
582	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	4. Juli 1916	758
583	Aufzeichnung Nicolais	Berlin	4. Juli 1916	758
584	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	6. Juli 1916	759
585	Schoen an Bethmann Hollweg	München	6. Juli 1916	760
586	Holtzendorff an Bethmann Hollweg	Berlin	7. Juli 1916	761
587	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	8. Juli 1916	763
588	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	9. Juli 1916	764
589	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	11. Juli 1916	764

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

590	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	11. Juli 1916	765
591	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	12. Juli 1916	765
592	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	12. Juli 1916	766
593	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	12. Juli 1916	766
594	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	12. Juli 1916	767
595	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	13. Juli 1916	767
596	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	16. Juli 1916	768
597	Bethmann Hollweg mit Parteiführern	Berlin	17. Juli 1916	769
598	Grünau an AA	GrHQ	17. Juli 1916	779
599	Bethmann Hollweg an AA	Berlin	17. Juli 1916	780
600	Grünau an AA	GrHQ	17. Juli 1916	781
601	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	18. Juli 1916	781
602	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	18. Juli 1916	782
603	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	18. Juli 1916	784
604	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	GrHQ	18. Juli 1916	785
605	Bethmann Hollweg an Andres	Berlin	18. Juli 1916	786
606	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	19. Juli 1916	787
607	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	20. Juli 1916	788
608	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	21. Juli 1916	789
609	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	21. Juli 1916	789
610	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	21. Juli 1916	790
611	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	22. Juli 1916	790
612	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	22. Juli 1916	791
613	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	22. Juli 1916	791
614	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	22. Juli 1916	792
615	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	22. Juli 1916	793
616	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	23. Juli 1916	793
617	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	24. Juli 1916	794
618	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	24. Juli 1916	795
619	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Pleß	26. Juli 1916	796
620	Tschirschky an Bethmann Hollweg	Wien	29. Juli 1916	797
621	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	31. Juli 1916	798
622	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	31. Juli 1916	798

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

623	Besprechung mit Herrenhausmitgliedern	Berlin	5. August 1916	799
624	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	5. August 1916	803
625	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	6. August 1916	804
626	Bethmann Hollweg an Luckwald	Berlin	7. August 1916	804
627	Bethmann Hollweg an Müller	Berlin	7. August 1916	805
628	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	o. O.	8. August 1916	807
629	Luckwald an Bethmann Hollweg	GrHQ	8. August 1916	807
630	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	10. August 1916	808
631	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	o. O.	10. August 1916	809
632	Bethmann Hollweg an Prinz Heinrich	Berlin	10. August 1916	810
633	Bethmann Hollweg an AA	Wien	12. August 1916	811
634	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	14. August 1916	812
635	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	16. August 1916	812
636	Bethmann Hollweg an Brandenburg	Berlin	16. August 1916	815
637	Bethmann Hollweg an Wild v. Hohenborn	Berlin	17. August 1916	816
638	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	18. August 1916	817
639	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	19. August 1916	818
640	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	19. August 1916	828
641	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	20. August 1916	829
642	Bethmann Hollweg an Jagow	GrHQ	21. August 1916	829
643	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	23. August 1916	829
644	Notiz Bethmann Hollwegs	Berlin	27. August 1916	830
645	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	28. August 1916	830
646	Bethmann Hollweg mit Parteiführern	Berlin	28. August 1916	834
647	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	29. August 1916	837
648	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	29. August 1916	837
649	Bethmann Hollweg an Spahn	Berlin	2. September 1916	838
650	Bethmann Hollweg an Fürst Wilhelm	Berlin	3. September 1916	838
651	Bethmann Hollweg vor Parteiführern	Berlin	5. September 1916	840
652	Bethmann Hollweg an Capelle	o. O.	6. September 1916	840

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

653	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	10. September 1916	841
654	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	11. September 1916	842
655	Bethmann Hollweg an Scheer	Berlin	12. September 1916	843
656	Bethmann Hollweg an H. von Beseler	o. O.	12. September 1916	844
657	Bethmann Hollweg an Radoslavov	Pleß	12. September 1916	845
658	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	16. September 1916	847
659	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	Im Transport	16. September 1916	849
660	Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker	Berlin	18. September 1916	849
661	Hindenburg an Bethmann Hollweg	GrHQ	19. September 1916	851
662	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	21. September 1916	852
663	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	22. September 1916	857
664	Bethmann Hollweg an H. v. Beseler	o. O.	24. September 1916	858
665	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	25. September 1916	858
666	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	26. September 1916	859
667	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	26. September 1916	860
668	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	26. September 1916	861
669	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	28. September 1916	862
670	Bethmann Hollweg an AA	Berlin	28. September 1916	863
671	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	28. September 1916	864
672	Grünau an AA	Pleß	29. September 1916	865
673	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	29. September 1916	865
674	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	29. September 1916	866
675	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	29. September 1916	867
676	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	29. September 1916	867
677	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. September 1916	870
678	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. September 1916	871
679	Grünau an AA	Pleß	30. September 1916	872
680	Notiz Bethmann Hollwegs	Berlin	30. September 1916	873
681	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	30. September 1916	873
682	Grünau an Bethmann Hollweg	Berlin	30. September 1916	874

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

683	Wilhelm II. an Bethmann Hollweg	Pleß	1. Oktober 1916	875
684	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	1. Oktober 1916	876
685	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	2. Oktober 1916	877
686	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	2. Oktober 1916	879
687	Bethmann Hollweg an H. v. Beseler	o. O.	2. Oktober 1916	880
688	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	3. Oktober 1916	881
689	Randvermerk Bethmann Hollwegs	Berlin	4. Oktober 1916	884
690	Hindenburg an Bethmann Hollweg	o. O.	4. Oktober 1916	885
691	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	4. Oktober 1916	885
692	Hindenburg an Bethmann Hollweg	Pleß	4. Oktober 1916	886
693	Hindenburg an Bethmann Hollweg	GrHQ	5. Oktober 1916	887
694	Grünau an Bethmann Hollweg	Sonderzug	5. Oktober 1916	888
695	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	6. Oktober 1916	888
696	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	6. Oktober 1916	890
697	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	8. Oktober 1916	891
698	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	8. Oktober 1916	892
699	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	8. Oktober 1916	893
700	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	8. Oktober 1916	894
701	Grünau an Bethmann Hollweg	Pleß	8. Oktober 1916	894
702	Hindenburg an Bethmann Hollweg	o. O.	8. Oktober 1916	895
703	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	9. Oktober 1916	896
704	Bethmann Hollweg an Wach	Berlin	10. Oktober 1916	897
705	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	11. Oktober 1916	898
706	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	11. Oktober 1916	899
707	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	11. Oktober 1916	899
708	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	12. Oktober 1916	900
709	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	12. Oktober 1916	900
710	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	12. Oktober 1916	901

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

711	Bethmann Hollweg an Oettingen	Berlin	13. Oktober 1916	902
712	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	14. Oktober 1916	903
713	Bethmann Hollweg an Burián	Berlin	14. Oktober 1916	905
714	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	15. Oktober 1916	906
715	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	15. Oktober 1916	906
716	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	16. Oktober 1916	908
717	Wilhelm II. an Bethmann Hollweg	Auf d. Fahrt	17. Oktober 1916	909
718	Aufzeichnung Bartenwerffers	Pleß	17. Oktober 1916	910
719	Aufzeichnung Bartenwerffers	Pleß	18. Oktober 1916	912
720	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	19. Oktober 1916	916
721	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	21. Oktober 1916	917
722	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	23. Oktober 1916	918
723	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	24. Oktober 1916	919
724	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	Pleß	26. Oktober 1916	924
725	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	Pleß	26. Oktober 1916	924
726	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	27. Oktober 1916	925
727	Angabe Bethmann Hollwegs	Pleß	28. Oktober 1916	936
728	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	o. O.	1. November 1916	936
729	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	2. November 1916	937
730	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	3. November 1916	938
731	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	4. November 1916	938
732	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	6. November 1916	939
733	Hindenburg an Bethmann Hollweg	o. O.	6. November 1916	939
734	Grünau an AA	Pleß	6. November 1916	940
735	Grünau an AA	Pleß	6. November 1916	940
736	Grünau an AA	Pleß	6. November 1916	941
737	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	6. November 1916	942
738	Grünau an Bethmann Hollweg	Pleß	6. November 1916	943
739	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	7. November 1916	944

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

740	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	7. November 1916	945
741	Grünau an AA	Pleß	7. November 1916	945
742	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	10. November 1916	946
743	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	10. November 1916	948
744	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	10. November 1916	949
745	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	11. November 1916	950
746	Grünau an AA	Pleß	16. November 1916	951
747	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	22. November 1916	952
748	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	Berlin	24. November 1916	953
749	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	25. November 1916	953
750	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	25. November 1916	954
751	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	25. November 1916	956
752	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	26. November 1916	956
753	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	1. Dezember 1916	959
754	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	2. Dezember 1916	961
755	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	4. Dezember 1916	962
756	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	7. Dezember 1916	963
757	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	10. Dezember 1916	964
758	Bethmann Hollweg an Lersner	Berlin	23. Dezember 1916	964
759	Bethmann Hollweg an Lersner	Berlin	28. Dezember 1916	966
760	Bethmann Hollweg an Capelle	Berlin	30. Dezember 1916	966
761	Hindenburg an Bethmann Hollweg	GrHQ	31. Dezember 1916	967
762	Bethmann Hollweg an Hammann	Berlin	31. Dezember 1916	967
763	Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Czernin	Berlin	7. Januar 1917	968
764	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	8. Januar 1917	969
765	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	12. Januar 1917	969
766	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	15. Januar 1917	970
767	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	19. Januar 1917	974
768	Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker	Berlin	23. Januar 1917	975

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

769	Hindenburg an Bethmann Hollweg	GrHQ	25. Januar 1917	976
770	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	25. Januar 1917	976
771	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	1. Februar 1917	977
772	Bethmann Hollweg an diverse Gesandte	Berlin	5. Februar 1917	977
773	Bethmann Hollweg an Wihelm II.	Berlin	18. Februar 1917	978
774	Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker	Berlin	19. Februar 1917	980
775	Bartenwerffer an Lersner	OHL	21. Februar 1917	981
776	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	13. März 1917	981
777	Bethmann Hollweg an H. von Beseler	Berlin	14. März 1917	983
778	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	15. März 1917	984
779	Lersner an AA	GrHQ	15. März 1917	984
780	Jagow an Lersner	Berlin	16. März 1917	985
781	Lersner an AA	GrHQ	16. März 1917	985
782	Jagow an Lersner	Berlin	17. März 1917	986
783	Lersner an AA	GrHQ	17. März 1917	987
784	Bethmann Hollweg an Lersner	Berlin	18. März 1917	988
785	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	27. März 1917	988
786	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	Homburg	2. April 1917	991
787	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	4. April 1917	991
788	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	5. April 1917	992
789	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	5. April 1917	999
790	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	5. April 1917	999
791	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	6. April 1917	1000
792	Grünau an Bethmann Hollweg	Homburg	6. April 1917	1002
793	Wahnschaffe an Bethmann Hollweg	Berlin	7. April 1917	1002
794	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	o. O.	7. April 1917	1003
795	Bethmann Hollweg an Lersner	Berlin	9. April 1917	1004
796	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	10. April 1917	1004
797	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	10. April 1917	1005
798	Bethmann Hollweg an Breitenbach	Berlin	11. April 1917	1006

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

799	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	1. Mai 1917	1007
800	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. Mai 1917	1009
801	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	9. Mai 1917	1013
802	Aufzeichnung K. von Weizsäckers	Berlin	8.–13. Mai 1917	1014
803	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	20. Mai 1917	1016
804	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	23. Mai 1917	1017
805	Wahnschaffe an Valentini	Berlin	24. Mai 1917	1019
806	Bethmann Hollweg an K. v. Weizsäcker	Berlin	30. Mai 1917	1021
807	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	25. Juni 1917	1022
808	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	2. Juli 1917	1023
809	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	8. Juli 1917	1027
810	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	8. Juli 1917	1030
811	Bethmann Hollweg im Kronrat	Berlin	9. Juli 1917	1031
812	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	11. Juli 1917	1035
813	Bethmann Hollweg im Staatsministerium	Berlin	11. Juli 1917	1036
814	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	14. Juli 1917	1038
815	Kühlmann an AA	Konstantinopel	15. Juli 1917	1041
816	Zimmermann an Kühlmann	Berlin	16. Juli 1917	1041
817	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	20. Juli 1917	1042
818	Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker	Hohenfinow	6. August 1917	1043
819	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	31. August 1917	1044
820	Hindenburg an Michaelis	GrHQ	im August 1917	1045
821	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	8. September 1917	1048
822	Aufzeichnung Pachnikes	Hohenfinow	[Ende September 1917]	1050
823	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	28. Oktober 1917	1053
824	Bethmann Hollweg an Hammann	Hohenfinow	29. Oktober 1917	1054
825	Bethmann Hollweg an Naumann	Hohenfinow	13. November 1917	1055

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

826	Bethmann Hollweg an Haußmann	Hohenfinow	28. November 1917	1058
827	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	30. November 1917	1060
828	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Hohenfinow	19. Dezember 1917	1060
829	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	3. Januar 1918	1062
830	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Hohenfinow	18. Januar 1918	1063
831	Bethmann Hollweg an Hertling	Hohenfinow	26. Januar 1918	1064
832	Hertling an Bethmann Hollweg	Berlin	6. Februar 1918	1068
833	Bethmann Hollweg an Heilbron	Hohenfinow	16. Februar 1918	1069
834	Bethmann Hollweg an Thimme	Hohenfinow	16. Februar 1918	1070
835	Aufzeichnung Haußmanns	Hohenfinow	24. Februar 1918	1071
836	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	28. Februar 1918	1072
837	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	o. O.	7. Mai 1918	1074
838	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	11. Mai 1918	1074
839	Notiz	o. O.	16. Mai 1918	1075
840	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	27. Juli 1918	1075
841	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	5. August 1918	1077
842	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	12. August 1918	1079
843	Bethmann Hollweg an Solf	Hohenfinow	29. August 1918	1081
844	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	10. September 1918	1082
845	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	7. Oktober 1918	1083
846	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	18. Oktober 1918	1084
847	Zeitungsartikel Bethmann Hollwegs	o. O.	27. November 1918	1086
848	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	30. November 1918	1091
849	Bethmann Hollweg an Kirchhoff	o. O.	Ende November 1918	1091
850	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	2. Dezember 1918	1094

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

851	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	7. Dezember 1918	1095
852	Bethmann Hollweg an Treutler	Hohenfinow	7. Dezember 1918	1096
853	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	7. Dezember 1918	1097
854	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	20. Dezember 1918	1098
855	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	1. Februar 1919	1098
856	Bethmann Hollweg an Schwertfeger	Hohenfinow	9. Februar 1919	1100
857	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	24. März 1919	1101
858	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	30. März 1919	1101
859	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	5. April 1919	1103
860	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	28. April 1919	1104
861	Bethmann Hollweg an H. Müller	Hohenfinow	20. Mai 1919	1105
862	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	20. Mai 1919	1105
863	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	30. Mai 1919	1108
864	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	11. Juni 1919	1110
865	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	16. Juni 1919	1112
866	Bethmann Hollweg an Clemenceau	Hohenfinow	25. Juni 1919	1113
867	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	28. Juni 1919	1114
868	Bethmann Hollweg an Schwertfeger	Hohenfinow	5. Juli 1919	1118
869	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	13. Juli 1919	1119
870	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Hohenfinow	12. August 1919	1119
871	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	15. August 1919	1120
872	Bethmann Hollweg an Treutler	Hohenfinow	23. August 1919	1122
873	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	19. September 1919	1123
874	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	22. September 1919	1125

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

875	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	25. September 1919	1125
876	Bethmann Hollweg an Hammann	o. O.	29. September 1919	1127
877	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	4. Oktober 1919	1128
878	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	11. Oktober 1919	1130
879	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	15. Oktober 1919	1131
880	Aufzeichnung Schwertfegers	o. O.	14. November 1919	1132
881	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Hohenfinow	Mitte November 1919	1134
882	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	26. November 1919	1137
883	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	7. Dezember 1919	1138
884	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Berlin	9. Dezember 1919	1140
885	Schwertfeger an Bethmann Hollweg	Berlin	30. Dezember 1919	1140
886	Bethmann Hollweg an Schwertfeger	Hohenfinow	5. Januar 1920	1141
887	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	5. Januar 1920	1142
888	Bethmann Hollweg an Jagow	Hohenfinow	9. Januar 1920	1142
889	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	18. Januar 1920	1143
890	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	20. Januar 1920	1144
891	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	3. Februar 1920	1145
892	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	20. Februar 1920	1147
893	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	5. März 1920	1148
894	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	29. März 1920	1149
895	Bethmann Hollweg an Schwertfeger	Hohenfinow	27. April 1920	1150
896	Bethmann Hollweg an Schwertfeger	Hohenfinow	8. Juni 1920	1151
897	Bethmann Hollweg an Schwertfeger	Hohenfinow	15. Juni 1920	1152
898	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	26. Juni 1920	1153
899	Bethmann Hollweg an Rassow	Hohenfinow	20. Juli 1920	1154
900	Bethmann Hollweg an Rassow	Hohenfinow	30. Juli 1920	1155
901	Aufzeichnung Rassows	Hohenfinow	9. September 1920	1156

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

902	Bethmann Hollweg an Schwertfeger	Hohenfinow	10. September 1920	1157
903	Aufzeichnung Rassows	Hohenfinow	12. Oktober 1920	1158
904	Aufzeichnung Rassows	o. O.	Oktober 1920	1159
905	Valentini an Bethmann Hollweg	Hameln	24. November 1920	1160
906	Bethmann Hollweg an Rassow	Hohenfinow	3. Dezember 1920	1163
907	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	16. Dezember 1920	1164
908	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	22. Dezember 1920	1166
909	Valentini an Felix v. Bethmann Hollweg	Hameln	9. Januar 1921	1167
910	Gedenkrede Solfs	Berlin	29. November 1926	1169
911	Wahnschaffe an Solf	Rotmannshagen	20. Februar 1930	1170
912	Riezler an Solf	Frankfurt a. M.	5. November 1930	1172
913	Solf an Wahnschaffe	Zittau	22. November 1930	1172
914	Gedenkrede Mutius'	Berlin	29. November 1933	1174
915	Heilbron an Solf	Charlottenburg	30. November 1933	1177
916	Solf an Heilbron	o. O.	5. Dezember 1933	1179

2. Regesten bereits veröffentlichter Schriftstücke

Nr.	*Aussteller und Empfänger*	*Ort*	*Datum*	*Seite*
1*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	28. Juli 1909	1183
2*	Szögyény an Aehrental	Berlin	3. August 1909	1183
3*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Berlin	5. August 1909	1183
4*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	7. August 1909	1183
5*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	8. August 1909	1184
6*	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau	Berlin	9. August 1909	1184
7*	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau	Berlin	11. August 1909	1184
8*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	13. August 1909	1184
9*	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau	Berlin	13. August 1909	1185
10*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	14. August 1909	1185

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

11*	Bethmann Hollweg an Riepenhausen	Berlin	14. August 1909	1185
12*	Bethmann Hollweg an Kühlmann	Berlin	19. August 1909	1186
13*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	21. August 1909	1186
14*	Goschen an Grey	Berlin	21. August 1909	1186
15*	Bethmann Hollweg an Ballin	o. O.	21. August 1909	1186
16*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	25. August 1909	1187
17*	Bethmann Hollweg an Metternich	Hohenfinow	4. September 1909	1187
18*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	15. September 1909	1187
19*	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Berlin	16. September 1909	1187
20*	Bethmann Hollweg an AA	Linderhof	26. September 1909	1188
21*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Linderhof	28. September 1909	1188
22*	Bethmann Hollweg an AA	Linderhof	29. September 1909	1188
23*	Bethmann Hollweg an Bülow	o. O.	Anf. Oktober 1909	1189
24*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	1. Oktober 1909	1189
25*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. Oktober 1909	1189
26*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	12. Oktober 1909	1189
27*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	15. Oktober 1909	1189
28*	Goschen an Grey	Berlin	15. Oktober 1909	1190
29*	Cambon an Pichon	Berlin	17. Oktober 1909	1190
30*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	21. Oktober 1909	1191
31*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	27. Oktober 1909	1191
32*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	28. Oktober 1909	1191
33*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Berlin	28. Oktober 1909	1191
34*	Goschen an Grey	Berlin	4. November 1909	1192
35*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	5. November 1909	1192
36*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Berlin	5. November 1909	1193
37*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	6. November 1909	1193
38*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Berlin	6. November 1909	1193
39*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	10. November 1909	1193
40*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	15. November 1909	1193
41*	Bethmann Hollweg an Aehrenthal	Berlin	15. November 1909	1194

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

42*	Louis an Pichon	St. Petersburg	15. November 1909	1194
43*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	23. November 1909	1194
44*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	24. November 1909	1195
45*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	25. November 1909	1195
46*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	26. November 1909	1195
47*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	26. November 1909	1196
48*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	27. November 1909	1196
49*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	9. Dezember 1909	1196
50*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	10. Dezember 1909	1196
51*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	13. Dezember 1909	1197
52*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	17. Dezember 1909	1197
53*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	23. Dezember 1909	1197
54*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	2. Januar 1910	1197
55*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	19. Januar 1910	1198
56*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	27. Januar 1910	1198
57*	Szögyény an Aehrenthal	Berlin	27. Januar 1910	1198
58*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	1. Februar 1910	1199
59*	Tagebuch Riezlers	Berlin	2. Februar 1910	1199
60*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	6. Februar 1910	1199
61*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	10. Februar 1910	1200
62*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	15. Februar 1910	1200
63*	Bethmann Hollweg vor dem Landwirtschaftsrat	Berlin	16. Februar 1910	1201
64*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	19. Februar 1910	1201
65*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	21. Februar 1910	1201
66*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	25. Februar 1910	1202
67*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	27. Februar 1910	1202
68*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	5. März 1910	1202
69*	Aufzeichnung Aehrenthals	Abbazia	6. März 1910	1202
70*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	12. März 1910	1203

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

71*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	14. März 1910	1203
72*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	16. März 1910	1203
73*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	18. März 1910	1204
74*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	18. März 1910	1204
75*	Szögyény an Aehrenthal	Berlin	20. März 1910	1204
76*	Aufzeichnung Guiccardinis	Rom	24. März 1910	1204
77*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	5. April 1910	1205
78*	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Berlin	6. April 1910	1205
79*	Goschen an Grey	Berlin	10. April 1910	1205
80*	Goschen an Grey	Berlin	10. April 1910	1206
81*	Bethmann Hollweg im Herrenhaus	Berlin	15. April 1910	1206
82*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	o. O.	19. April 1910	1207
83*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	19. April 1910	1207
84*	Bethmann Hollweg im Herrenhaus	Berlin	28. April 1910	1207
85*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	7. Mai 1910	1207
86*	Bethmann Hollweg an Kühlmann	Berlin	8. Mai 1910	1208
87*	Goschen an Grey	Berlin	13. Mai 1910	1208
88*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	14. Mai 1910	1208
89*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	17. Mai 1910	1208
90*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	18. Mai 1910	1209
91*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	21. Mai 1910	1209
92*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	21. Mai 1910	1209
93*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	22. Mai 1910	1209
94*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	25. Mai 1910	1210
95*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	27. Mai 1910	1210
96*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	1. Juni 1910	1210
97*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	2. Juni 1910	1210
98*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Berlin	5. Juni 1910	1211
99*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	9. Juni 1910	1211
100*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Berlin	21. Juni 1910	1211
101*	Bethmann Hollweg an AA	Berlin	26. Juni 1910	1211
102*	Bethmann Hollweg an Miquel	Berlin	1. Juli 1910	1212
103*	Goschen an Grey	Berlin	3. Juli 1910	1212
104*	Bethmann Hollweg an Metternich	Hohenfinow	17. Juli 1910	1212
105*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	8. August 1910	1212

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

106*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Wilhelmshöhe	18. August 1910	1213
107*	Goschen an Grey	Berlin	19. August 1910	1213
108*	Bethmann an AA	Hohenfinow	23. August 1910	1213
109*	Bethmann Hollweg an Wermuth	o. O.	Ende August 1910	1214
110*	Bethmann Hollweg an Goschen	Berlin	14. September 1910	1214
111*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	17. September 1910	1214
112*	Bethmann Hollweg an Aehrenthal	Berlin	19. September 1910	1214
113*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	21. September 1910	1214
114*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	28. September 1910	1215
115*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	30. September 1910	1215
116*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	1. Oktober 1910	1215
117*	Goschen an Grey	Berlin	12. Oktober 1910	1215
118*	Memorandum Bethmann Hollwegs	o. O.	13. Oktober 1910	1216
119*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	13. Oktober 1910	1216
120*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	21. Oktober 1910	1217
121*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	21. Oktober 1910	1217
122*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	30. Oktober 1910	1217
123*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	1. November 1910	1218
124*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	6. November 1910	1218
125*	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	7. November 1910	1218
126*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	8. November 1910	1218
127*	O'Beirne an Grey	St. Petersburg	9. November 1910	1219
128*	O'Beirne an Grey	St. Petersburg	9. November 1910	1219
129*	Bethmann Hollweg an Aehrenthal	Berlin	14. November 1910	1219
130*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	15. November 1910	1220
131*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	15. November 1910	1220
132*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	21. November 1910	1220
133*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	26. November 1910	1221

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

134*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	28. November 1910	1221
135*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	10. Dezember 1910	1221
136*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	10. Dezember 1910	1222
137*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	11. Dezember 1910	1222
138*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	13. Dezember 1910	1222
139*	Cambon an Pichon	Berlin	15. Dezember 1910	1223
140*	Goschen an Grey	Berlin	16. Dezember 1910	1223
141*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	19. Dezember 1910	1223
142*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	22. Dezember 1910	1224
143*	Bethmann Hollweg an Aehrenthal	Berlin	23. Dezember 1910	1224
144*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	2. Januar 1911	1224
145*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	5. Januar 1911	1225
146*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	14. Januar 1911	1225
147*	Tagebuch Riezlers	Berlin	27. Januar 1911	1225
148*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	28. Januar 1911	1225
149*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	3. Februar 1911	1226
150*	Goschen an Grey	Berlin	11. Februar 1911	1226
151*	Bethmann Hollweg vor dem Landwirtschaftsrat	Berlin	15. Februar 1911	1226
152*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	4. März 1911	1226
153*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	7. März 1911	1227
154*	Bethmann Hollweg an Tirpitz	o. O.	9. März 1911	1227
155*	Goschen an Grey	Berlin	10. März 1911	1227
156*	Aufzeichnung Tirpitz'	o. O.	16. März 1911	1228
157*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	23. März 1911	1228
158*	Aide-mémoire Bethmann Hollwegs	o. O.	24. März 1911	1228
159*	Goschen an Grey	Berlin	24. März 1911	1228
160*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	24. März 1911	1229
161*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	30. März 1911	1229
162*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	5. April 1911	1229
163*	Tagebuch Riezlers	Berlin	8. April 1911	1230
164*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	19. April 1911	1230
165*	Cambon an Cruppi	Berlin	19./20. April 1911	1230

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

166*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	22. April 1911	1230
167*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	25. April 1911	1231
168*	Cambon an Cruppi	Berlin	25. April 1911	1231
169*	Goschen an Grey	Berlin	28. April 1911	1231
170*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	29. April 1911	1231
171*	Aide-mémoire Bethmann Hollwegs	Berlin	9. Mai 1911	1232
172*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	9. Mai 1911	1232
173*	Goschen an Grey	Berlin	10. Mai 1911	1233
174*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	15. Mai 1911	1233
175*	Bethmann Hollweg vor dem Handelstag	Heidelberg	16. Mai 1911	1233
176*	Tagebuch Riezlers	Berlin	19. Mai 1911	1233
177*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	23. Mai 1911	1234
178*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	23. Mai 1911	1234
179*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	23. Mai 1911	1234
180*	Osten-Sacken an Neratov	Berlin	23. Mai 1911	1234
181*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	11. Juni 1911	1235
182*	Cambon an Cruppi	Berlin	11. Juni 1911	1235
183*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	16. Juni 1911	1235
184*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	27. Juni 1911	1235
185*	Bethmann Hollweg an Schwerin-Löwitz	o. O.	1. Juli 1911	1235
186*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	3. Juli 1911	1236
187*	de Salis an Grey	Berlin	4. Juli 1911	1236
188*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	10. Juli 1911	1236
189*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	12. Juli 1911	1237
190*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	15. Juli 1911	1237
191*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Hohenfinow	18. Juli 1911	1237
192*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	20. Juli 1911	1237
193*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	24. Juli 1911	1238
194*	Bethmann Hollweg im Gespräch mit Rathenau	Hohenfinow	25. Juli 1911	1238
195*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	27. Juli 1911	1238
196*	Aufzeichnung Hammanns	o. O.	30. Juli 1911	1238
197*	Tagebuch Riezlers	Berlin	30. Juli 1911	1238
198*	Goschen an Grey	Berlin	8. August 1911	1239
199*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	14. August 1911	1239
200*	Bethmann Hollweg an Loebell	Hohenfinow	16. August 1911	1239

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

201*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	25. August 1911	1240
202*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	27. August 1911	1240
203*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	27. August 1911	1240
204*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Hohenfinow	28. August 1911	1240
205*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	29. August 1911	1241
206*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	16. September 1911	1241
207*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	29. September 1911	1241
208*	Bethmann Hollweg an Jenisch	Berlin	29. September 1911	1241
209*	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	o. O.	September 1911	1242
210*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	3. Oktober 1911	1242
211*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	11. Oktober 1911	1242
212*	Bethmann Hollweg an den Reichstagspräsidenten	o. O.	16. Oktober 1911	1242
213*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	23. Oktober 1911	1243
214*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	31. Oktober 1911	1243
215*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	2. November 1911	1243
216*	Goschen an Grey	Berlin	2. November 1911	1243
217*	Goschen an Grey	Berlin	3. November 1911	1244
218*	Cambon an de Selves	Berlin	5. November 1911	1244
219*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	9. November 1911	1244
220*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	10. November 1911	1245
221*	Berckheim an de Selves	Berlin	10. November 1911	1245
222*	Berckheim an de Selves	Berlin	10. November 1911	1245
223*	Osten-Sacken an Neratov	Berlin	11. November 1911	1246
224*	Tagebuch Oettingens	Hohenfinow	14. November 1911	1246
225*	Goschen an Grey	Berlin	16. November 1911	1246
226*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	17. November 1911	1246
227*	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	20. November 1911	1247
228*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	22. November 1911	1247

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

229*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	24. November 1911	1247
230*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	24. November 1911	1248
231*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	24. November 1911	1248
232*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	25. November 1911	1248
233*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	26. November 1911	1248
234*	Berckheim an de Selves	Berlin	26. November 1911	1249
235*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	30. November 1911	1249
236*	Bethmann Hollweg an Wermuth	o. O.	Ende November 1911	1249
237*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	5. Dezember 1911	1250
238*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. Dezember 1911	1250
239*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	6. Dezember 1911	1250
240*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	6. Dezember 1911	1250
241*	Goschen an Grey	Berlin	6. Dezember 1911	1251
242*	Cambon an de Selves	Berlin	7. Dezember 1911	1251
243*	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	9. Dezember 1911	1251
244*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	10. Dezember 1911	1251
245*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	11. Dezember 1911	1252
246*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	12. Dezember 1911	1252
247*	Bethmann Hollweg an Marschall	Berlin	13. Dezember 1911	1252
248*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	14. Dezember 1911	1253
249*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	16. Dezember 1911	1253
250*	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	17. Dezember 1911	1253
251*	Goschen an Grey	Berlin	17. Dezember 1911	1253
252*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	21. Dezember 1911	1253
253*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	o. O.	2. Januar 1912	1254
254*	Szögyény an Aehrenthal	Berlin	3. Januar 1912	1254
255*	Cambon an de Selves	Berlin	12. Januar 1912	1254
256*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	29. Januar 1912	1254
257*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	4. Februar 1912	1255

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

258*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	4. Februar 1912	1255
259*	Bethmann Hollweg an Ballin	Berlin	4. Februar 1912	1255
260*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	8. Februar 1912	1255
261*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	8. Februar 1912	1256
262*	Goschen an Grey	Berlin	9. Februar 1912	1256
263*	Goschen an Grey	Berlin	9. Februar 1912	1256
264*	Tagebuch Haldanes	Berlin	10. Februar 1912	1256
265*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	12. Februar 1912	1257
266*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	13. Februar 1912	1257
267*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	15. Februar 1912	1258
268*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	16. Februar 1912	1258
269*	Cambon an Poincaré	Berlin	18. Februar 1912	1258
270*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	19. Februar 1912	1259
271*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	19. Februar 1912	1259
272*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	21. Februar 1912	1259
273*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	24. Februar 1912	1260
274*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	28. Februar 1912	1260
275*	Aufzeichung Bethmann Hollwegs	o. O.	28. Februar 1912	1260
276*	Bethmann Hollweg an Ballin	Berlin	2. März 1912	1260
277*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	4. März 1912	1261
278*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. März 1912	1261
279*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	6. März 1912	1261
280*	Abschiedsgesuch Bethmann Hollwegs	Berlin	6. März 1912	1262
281*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	8. März 1912	1262
282*	Bethmann Hollweg an Ballin	Berlin	8. März 1912	1262
283*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	12. März 1912	1262
284*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	12. März 1912	1263
285*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	14. März 1912	1263
286*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	15. März 1912	1263
287*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	15. März 1912	1264
288*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	17. März 1912	1264
289*	Bethmann Hollweg an Ballin	o. O.	19. März 1912	1264
290*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	21. März 1912	1264
291*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	22. März 1912	1265
292*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	28. März 1912	1265
293*	Goschen an Nicolson	Berlin	29. März 1912	1265
294*	Bethmann Hollweg an Metternich	Berlin	3. April 1912	1265
295*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	16. April 1912	1266
296*	Bethmann Hollweg an Kühlmann	Berlin	20. April 1912	1266
297*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	22. April 1912	1266
298*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	26. April 1912	1266

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

299*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	26. April 1912	1267
300*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	17. Mai 1912	1267
301*	Bethmann Hollweg an Heeringen und die Staatssekretäre der Reichsämter	Berlin	3. Juni 1912	1268
302*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	19. Juni 1912	1268
303*	Szögyény an Berchtold	Berlin	2. Juli 1912	1268
304*	Bethmann Hollweg an AA	An Bord	5. Juli 1912	1268
305*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Baltischport	6. Juli 1912	1269
306*	O'Beirne an Grey	St. Petersburg	7. Juli 1912	1269
307*	Bethmann Hollweg an AA	St. Petersburg	8. Juli 1912	1269
308*	Bethmann Hollweg an AA	St. Petersburg	8. Juli 1912	1270
309*	Bethmann Hollweg an AA	St. Petersburg	8. Juli 1912	1270
310*	Louis an Poincaré	St. Petersburg	10. Juli 1912	1270
311*	Szögyény an Berchtold	Berlin	17. Juli 1912	1270
312*	Aufzeichnung Sazonovs	o. O.	25. Juli 1912	1271
313*	Cambon an Poincaré	Berlin	28. Juli 1912	1271
314*	Szögyény an Berchtold	Berlin	30. Juli 1912	1271
315*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Hohenfinow	5. August 1912	1272
316*	Bethmann Hollweg an AA	Eisleben	7. August 1912	1272
317*	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	o. O.	7. August 1912	1272
318*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Bad Gastein	29. August 1912	1272
319*	Bethmann Hollweg an AA	Buchlau	8. September 1912	1272
320*	Aufzeichnung Berchtolds	Wien	12. September 1912	1273
321*	Cambon an Paléologue	Berlin	15. September 1912	1273
322*	Cambon an Paléologue	Berlin	19. September 1912	1273

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

323*	Bethmann Hollwg an Wilhelm II.	Berlin	1. Oktober 1912	1274
324*	Granville an Grey	Berlin	18. Oktober 1912	1274
325*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	25. Oktober 1912	1274
326*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	2. Dezember 1912	1275
327*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	4. Dezember 1912	1275
328*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	7. Dezember 1912	1275
329*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	8. Dezember 1912	1275
330*	Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter	Berlin	17. Dezember 1912	1276
331*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	18. Dezember 1912	1276
332*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	20. Dezember 1912	1276
333*	Tagebuch Rathenaus	Hohenfinow	27. Dezember 1912	1276
334*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	31. Dezember 1912	1277
335*	Szögyény an Berchtold	Berlin	3. Januar 1913	1277
336*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. Januar 1913	1277
337*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	8. Januar 1913	1278
338*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	10. Januar 1913	1278
339*	Goschen an Grey	Berlin	10. Januar 1913	1278
340*	Goschen an Grey	Berlin	13. Januar 1913	1278
341*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	15. Januar 1913	1279
342*	Szögyény an Berchtold	Berlin	15. Januar 1913	1279
343*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	20. Januar 1913	1279
344*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	24. Januar 1913	1280
345*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	25. Januar 1913	1280
346*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	27. Januar 1913	1280
347*	Cambon an Jonnart	Berlin	29. Januar 1913	1280
348*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	30. Januar 1913	1281
349*	Bethmann Hollweg an Berchtold	Berlin	10. Februar 1913	1281
350*	Bethmann Hollweg vor dem Landwirtschaftsrat	Berlin	13. Februar 1913	1281
351*	Notiz Bethmann Hollwegs	Berlin	15. Februar 1913	1281
352*	Bethmann Hollweg vor dem Handelstag	Berlin	19. Februar 1913	1282

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

353*	Bethmann Hollweg vor den Ministerpräsidenten und den Finanzministern der Bundesstaaten	o. O.	10. März 1913	1282
354*	Aufzeichnung Lerchenfelds	o. O.	10. März 1913	1282
355*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	17. März 1913	1283
356*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	7. April 1913	1283
357*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	8. April 1913	1284
358*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	10. April 1913	1284
359*	Serret an Ètienne	Berlin	10. April 1913	1284
360*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	12. April 1913	1284
361*	Cambon an Pichon	Berlin	13. April 1913	1285
362*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	16. April 1913	1285
363*	Graevenitz an K. von Weizsäcker	Charlottenburg	24. April 1913	1285
364*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	30. Mai 1913	1286
365*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	1. Juni 1913	1286
366*	Goschen an Nicolson	Berlin	7. Juni 1913	1286
367*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	11. Juni 1913	1287
368*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	23. Juni 1913	1287
369*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	30. Juni 1913	1287
370*	Szögyény an Berchtold	Berlin	6. Juli 1913	1288
371*	Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski	Hohenfinow	6. August 1913	1288
372*	Bethmann Hollweg an AA	Swinemünde	8. August 1913	1288
373*	Bethmann Hollweg an AA	Breslau	28. August 1913	1288
374*	Bethmann Hollweg an AA	Breslau	30. August 1913	1289
375*	Bethmann Hollweg im Bundesart	Berlin	27. Oktober 1913	1289
376*	Bethmann Hollweg vor der Versammlung des Vereins zur Errichtung eines Bismarckdenkmals bei Bingerbrück	Berlin	1. November 1913	1289
377*	Szögyény an Berchtold	Berlin	7. November 1913	1289
378*	Bethmann Hollweg an Kronprinz Wilhelm	o. O.	15. November 1913	1290
379*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	18. November 1913	1290
380*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	19. November 1913	1291
381*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	24. November 1913	1291
382*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	26. November 1913	1291

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

383*	Bethmann Hollweg an Kokovcov	Berlin	27. November 1913	1292
384*	Bethmann Hollweg an Lucius	Berlin	29. November 1913	1292
385*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	3. Dezember 1913	1292
386*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	4. Dezember 1913	1293
387*	Aufzeichnung Hammanns	o. O.	7. Dezember 1913	1293
388*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	9. Dezember 1913	1293
389*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	10. Dezember 1913	1294
390*	Bethmann Hollweg an Lamprecht	o. O.	12. Dezember 1913	1295
391*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	13. Dezember 1913	1295
392*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	23. Dezember 1913	1295
393*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	31. Dezember 1913	1295
394*	Bethmann Hollweg im Herrenhaus	Berlin	10. Januar 1914	1296
395*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	13. Januar 1914	1296
396*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	15. Januar 1914	1297
397*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	15. Januar 1914	1297
398*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	23. Januar 1914	1297
399*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	26. Januar 1914	1298
400*	Cambon an Doumergue	Berlin	28. Januar 1914	1298
401*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	8. Februar 1914	1299
402*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	10. Februar 1914	1299
403*	Bethmann Hollweg vor dem Landwirtschaftsrat	Berlin	11. Februar 1914	1299
404*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	19. Februar 1914	1299
405*	Bethmann Hollweg vor dem Hamburger Senat	Berlin	2. März 1914	1300
406*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	14. März 1914	1300
407*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	22. März 1914	1300
408*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	28. März 1914	1300
409*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. April 1914	1301
410*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	6. April 1914	1301
411*	Bethmann Hollweg an Nadolny	Berlin	9. April 1914	1301
412*	Hertling an Lerchenfeld	Berlin	15. April 1914	1302
413*	Bethmann Hollweg an AA	Korfu	16. April 1914	1302

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

414*	Bethmann Hollweg an AA	Achilleion	17. April 1914	1302
415*	Bethmann Hollweg an Wangenheim	Achilleion	18. April 1914	1302
416*	Bethmann Hollweg an AA	Achilleion	21. April 1914	1303
417*	Bethmann Hollweg an AA	Achilleion	21. April 1914	1303
418*	Bethmann Hollweg an AA	Achilleion	22. April 1914	1303
419*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs für Jagow	Berlin	8. Mai 1914	1303
420*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	8. Mai 1914	1303
421*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	29. Mai 1914	1304
422*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	4. Juni 1914	1304
423*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	9. Juni 1914	1304
424*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	15. Juni 1914	1305
425*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	16. Juni 1914	1305
426*	Bethmann Hollweg an Tschrischky	Berlin	2. Juli 1914	1305
427*	Aus den Erinnerungen Bethmann Hollwegs	o. O.	5. Juli 1914	1305
428*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	6. Juli 1914	1306
429*	Bethmann Hollweg an Waldburg	Berlin	6. Juli 1914	1306
430*	Szögyény an Berchtold	Berlin	6. Juli 1914	1306
431*	Tagebuch Riezlers	Hohenfinow	7. Juli 1914	1306
432*	Tagebuch Riezlers	Hohenfinow	8. Juli 1914	1307
433*	Tagebuch Riezlers	Hohenfinow	14. Juli 1914	1307
434*	Bethmann Hollweg an Roedern	Hohenfinow	16. Juli 1914	1307
435*	Bethmann Holwleg an Wilhelm II.	Hohenfinow	20. Juli 1914	1307
436*	Tagebuch Riezlers	Hohenfinow	20. Juli 1914	1307
437*	Bethmann Hollweg an Pourtalès, Schoen und Lichnowsky	Berlin	21. Juli 1914	1308
438*	Bethmann Hollweg an AA	Hohenfinow	21. Juli 1914	1308

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

439*	Bethmann Hollweg an AA	Hohenfinow	22. Juli 1914	1308
440*	Bethmann Hollweg an Wedel	Berlin	23. Juli 1914	1308
441*	Tagebuch Riezlers	Hohenfinow	23. Juli 1914	1308
442*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	25. Juli 1914	1309
443*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	25. Juli 1914	1309
444*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	26. Juli 1914	1309
445*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	26. Juli 1914	1309
446*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	26. Juli 1914	1309
447*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	26. Juli 1914	1310
448*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	26. Juli 1914	1310
449*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	26. Juli 1914	1310
450*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	26. Juli 1914	1310
451*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	26. Juli 1914	1310
452*	Bethmann Hollweg an Schoen, Lichnowsky und Pourtalès	Berlin	26. Juli 1914	1311
453*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	26. Juli 1914	1311
454*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	27. Juli 1914	1311
455*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	27. Juli 1914	1311
456*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	27. Juli 1914	1311
457*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	27. Juli 1914	1312
458*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	27. Juli 1914	1312
459*	Tagebuch Riezlers	Berlin	27. Juli 1914	1312
460*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	27. Juli 1914	1312
461*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	27. Juli 1914	1313
462*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	28. Juli 1914	1313
463*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	28. Juli 1914	1313
464*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	28. Juli 1914	1313
465*	Bethmann an die preußischen Gesandten in Deutschland	Berlin	28. Juli 1914	1313
466*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	28. Juli 1914	1314
467*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	28. Juli 1914	1314
468*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	28. Juli 1914	1314
469*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	28. Juli 1914	1314

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

470*	Bethmann Hollweg an Wangenheim	Berlin	28. Juli 1914	1314
471*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	28. Juli 1914	1315
472*	Goschen an Grey	Berlin	28. Juli 1914	1315
473*	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	29. Juli 1914	1315
474*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	29. Juli 1914	1315
475*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	29. Juli 1914	1316
476*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	29. Juli 1914	1316
477*	Erklärung Bethmann Hollwegs gegenüber Goschen	Berlin	29. Juli 1914	1316
478*	Goschen an Grey	Berlin	29. Juli 1914	1316
479*	Goschen an Grey	Berlin	29. Juli 1914	1316
480*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	29. Juli 1914	1317
481*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	29. Juli 1914	1317
482*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	29. Juli 1914	1317
483*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	30. Juli 1914	1317
484*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	30. Juli 1914	1318
485*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	30. Juli 1914	1318
486*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. Juli 1914	1318
487*	Bethmann Hollweg an Reichenau	Berlin	30. Juli 1914	1318
488*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. Juli 1914	1318
489*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. Juli 1914	1319
490*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	30. Juli 1914	1319
491*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	30. Juli 1914	1319
492*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	30. Juli 1914	1319
493*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	30. Juli 1914	1319
494*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	31. Juli 1914	1320
495*	Bethmann Hollweg an Flotow	Berlin	31. Juli 1914	1320
496*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	31. Juli 1914	1320
497*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	31. Juli 1914	1320
498*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	31. Juli 1914	1320
499*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	31. Juli 1914	1321
500*	Bethmann Hollweg an Flotow	Berlin	31. Juli 1914	1321
501*	Bethmann Hollweg an Wangenheim	Berlin	31. Juli 1914	1321

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

502*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	31. Juli 1914	1321
503*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	31. Juli 1914	1322
504*	Goschen an Grey	Berlin	31. Juli 1914	1322
505*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	1. August 1914	1322
506*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	1. August 1914	1322
507*	Bethmann Hollweg an Wangenheim	Berlin	1. August 1914	1322
508*	Bethmann Hollweg im Bundesrat	Berlin	1. August 1914	1323
509*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	1. August 1914	1323
510*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	1. August 1914	1323
511*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	1. August 1914	1323
512*	Bethmann Hollweg an Tschirschky und Flotow	Berlin	1. August 1914	1324
513*	Aufzeichnung Moltkes	Berlin	1. August 1914	1324
514*	Bethmann Hollweg an Pourtalès	Berlin	2. August 1914	1324
515*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	2. August 1914	1324
516*	Bethmann Hollweg an Flotow	Berlin	2. August 1914	1325
517*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	2. August 1914	1325
518*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	2. August 1914	1325
519*	Bethmann Hollweg an Buch	Berlin	2. August 1914	1325
520*	Bethmann Hollweg an Waldthausen	Berlin	2. August 1914	1325
521*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	2. August 1914	1326
522*	Bethmann Hollweg an Flotow	Berlin	2. August 1914	1326
523*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	2. August 1914	1326
524*	Bethmann Hollweg an Michahelles	Berlin	2. August 1914	1326
525*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	2. August 1914	1326
526*	Aufzeichnung Tirpitz'	Berlin	2. August 1914	1327
527*	Aufzeichnung Tirpitz'	Berlin	2. August 1914	1327
528*	Bethmann Hollweg an Michahelles	Berlin	3. August 1914	1327
529*	Bethmann Hollweg an Waldthausen	Berlin	3. August 1914	1327
530*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	3. August 1914	1327
531*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	3. August 1914	1328

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

532*	Bethmann Hollweg an Lichnowsky	Berlin	3. August 1914	1328
533*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	4. August 1914	1328
534*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	4. August 1914	1328
535*	Goschen an Grey	Berlin	4. August 1914	1329
536*	Bethmann Hollweg an Reichenau	Berlin	6. August 1914	1329
537*	Goschen an Grey	Berlin	6. August 1914	1329
538*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	11. August 1914	1330
539*	Tagebuch Riezlers	Berlin	14. August 1914	1330
540*	Bethmann Hollweg gegenüber Björnsen	o. O.	15. August 1914	1330
541*	Tagebuch Riezlers	Koblenz	22. August 1914	1330
542*	Cambon an Doumergue	Paris	22. Agusut 1914	1330
543*	Aufzeichnung Tirpitz'	o. O.	28. August 1914	1331
544*	Aufzeichnung Hertlings	Frankfurt a. M.	28. August 1914	1331
545*	Aufzeichnung Pohls	Luxemburg	30. August 1914	1331
546*	Bethmann Hollweg an Oettingen	Luxemburg	30. August 1914	1332
547*	Bethmann an Vertretungen der amerikanischen Presse in Berlin	Berlin	2. September 1914	1332
548*	Bethmann Hollweg an Loebell	Luxemburg	8. September 1914	1332
549*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Luxemburg	9. September 1914	1332
550*	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	Luxemburg	9. September 1914	1333
551*	Bethmann Hollweg an AA	Luxemburg	12. September 1914	1333
552*	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	Luxemburg	12. September 1914	1333
553*	Bethmann Hollweg an das Hauptnachrichtenbureau für die nordische Presse	o. O.	13. September 1914	1333
554*	Bethmann Hollweg an Zimmermann	Luxemburg	14. September 1914	1334
555*	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	16. September 1914	1334
556*	Tagebuch Riezlers	o. O.	11. Oktober 1914	1334
557*	Bethmann Hollweg an Zimmermann	GrHQ	18. Oktober 1914	1334
558*	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	22. Oktober 1914	1335

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

559*	Bethmann Hollweg an C. Delbrück	GrHQ	22. Oktober 1914	1335
560*	Tagebuch Riezlers	o. O.	22. Oktober 1914	1335
561*	Bethmann Hollweg an Loebell	o. O.	24. Oktober 1914	1335
562*	Bethmann Hollweg an Pohl	o. O.	5. November 1914	1336
563*	Bethmann Hollweg an Loebell	GrHQ	14. November 1914	1336
564*	Bethmann Hollweg an Hertling	GrHQ	15. November 1914	1336
565*	Bethmann Hollweg an Zimmermann	GrHQ	19. November 1914	1336
566*	Bethmann Hollweg vor SPD-Führern	o. O.	21. November 1914	1337
567*	Bethmann Hollweg an Berchtold	GrHQ	23. November 1914	1337
568*	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	25. November 1914	1337
569*	Tagebuch Riezlers	o. O.	26. November 1914	1337
570*	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	27. November 1914	1338
571*	Tagebuch Riezlers	Berlin	29. November 1914	1338
572*	Bethmann Hollweg an Bülow	o. O.	30. November 1914	1338
573*	Tagebuch Wolffs	Berlin	1. Dezember 1914	1338
574*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	2. Dezember 1914	1339
575*	Aufzeichnung Hertlings	Berlin	3. Dezember 1914	1339
576*	Aufzeichnung Vitzthums von Eckstädt	Berlin	3. Dezember 1914	1339
577*	Tagebuch Riezlers	Berlin	5. Dezember 1914	1340
578*	Bollati an Sonnino	Berlin	7. Dezember 1914	1340
579*	Aufzeichnung Stresemanns	o. O.	8. Dezember 1914	1340
580*	Tagebuch Wolffs	Berlin	10. Dezember 1914	1341
581*	Tagebuch Wolffs	Berlin	11. Dezember 1914	1341
582*	Tagebuch Riezlers	o. O.	12. Dezember 1914	1341
583*	Bethmann Hollweg gegenüber einem Korresponden der „New York Times“	o. O.	14. Dezember 1914	1341
584*	Bethmann Hollweg an Bissing	GrHQ	16. Dezember 1914	1342
585*	Tagebuch Müllers	Charleville	23. Dezember 1914	1342

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

586*	Bethmann Hollweg an die deutschen Vertretungen im Ausland	o. O.	24. Dezember 1914	1342
587*	Tagebuch Riezlers	Charleville	24. Dezember 1914	1343
588*	Bethmann Hollweg an Ballin	GrHQ	25. Dezember 1914	1343
589*	Bethmann Hollweg an Claß	o. O.	27. Dezember 1914	1343
590*	Bethmann Hollweg an Tirpitz	GrhQ	27. Dezember 1914	1343
591*	Bethmann Hollweg an Ballin	GrHQ	31. Dezember 1914	1344
592*	Bethmann Hollweg an Claß	o. O.	Ende Dezember 1914	1344
593*	Bethmann Hollweg an Wahnschaffe	o. O.	Anfang Januar 1915	1344
594*	Bethmann Hollweg an Loebell	GrHQ	2. Januar 1915	1344
595*	Wild von Hohenborn an seine Frau	Mézières	4. Januar 1915	1345
596*	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	5. Januar 1915	1345
597*	Bethmann Hollweg an AA	GrHQ	6. Januar 1915	1345
598*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	7. Januar 1915	1345
599*	Tagebuch Müllers	Charleville	8. Januar 1915	1346
600*	Bethmann Hollweg an Lyncker	o. O.	14. Januar 1915	1346
601*	Bethmann Hollweg gegenüber einem Vertreter der „Associated Press“	Berlin	21. Januar 1915	1346
602*	Bethmann Hollweg gegenüber einem Vertreter der „Associated Press“	o. O.	27. Januar 1915	1346
603*	Aufzeichnung Tirpitz’	GrHQ	27. Januar 1915	1347
604*	Bethmann Hollweg an Claß	Berlin	6. Februar 1915	1347
605*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	7. Februar 1915	1347
606*	Bethmann Hollweg im Gespräch mit dem Korrespondenten der „Aftenposten“	o. O.	9. Februar 1915	1347
607*	Tagebuch Wolffs	Berlin	9. Februar 1915	1348
608*	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	12. Februar 1915	1348
609*	Tagebuch Riezlers	Berlin	17. Februar 1915	1348
610*	Tagebuch Wolffs	Berlin	19. Februar 1915	1349
611*	Bethmann Hollweg an Wild v. Hohenborn	o. O.	26. Februar 1915	1349
612*	Bethmann Hollweg an Kahl	o. O.	28. Februar 1915	1349
613*	Immediatvortrag bei Wilhelm II.	Berlin	28. Februar 1915	1349
614*	Tagebuch Riezlers	Berlin	4. März 1915	1350

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

615*	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau	Berlin	6. März 1915	1350
616*	Tagebuch Kesslers	Berlin	10. März 1915	1350
617*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	12. März 1915	1350
618*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	14. März 1915	1351
619*	Bethmann Hollweg an Bülow	o. O.	16. März 1915	1351
620*	Bollati an Sonnino	Berlin	17. März 1915	1351
621*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	18. März 1915	1351
622*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	28. März 1915	1352
623*	Bethmann Hollweg vor SPD-Führern	o. O.	März 1915	1352
624*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	1. April 1915	1352
625*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	3. April 1915	1352
626*	Bollati an Sonnino	Berlin	4. April 1915	1353
627*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	4. April 1915	1353
628*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	7. April 1915	1353
629*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	9. April 1915	1354
630*	Bethmann Hollweg an Westarp	o. O.	24. April 1915	1354
631*	Aufzeichnung Hutten-Czapskis	Berlin	24. April 1915	1354
632*	Bethmann Hollweg an Pohl	o. O.	6. Mai 1915	1354
633*	Bethmann Hollweg an Claß	Berlin	13. Mai 1915	1354
634*	Aufzeichnung Westarps	o. O.	13. Mai 1915	1355
635*	Notiz Bethmann Hollwegs für Zimmermann	Berlin	14. Mai 1915	1355
636*	Bethmann Hollweg vor Parteiführern	Berlin	14. Mai 1915	1355
637*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	18. Mai 1915	1356
638*	Falkenhayn an Bethmann Hollweg	Pleß	20. Mai 1915	1356
639*	Aufzeichnung Helfferichs	Berlin	22. Mai 1915	1356
640*	Lerchenfeld an Lössl	Berlin	23. Mai 1915	1356
641*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	28. Mai 1915	1357
642*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	30. Mai 1915	1357
643*	Tagebuch Wolffs	Berlin	30. Mai 1915	1357
644*	Bethmann Hollweg vor SPD-Führern	o. O.	Ende Mai 1915	1357
645*	Bethmann Hollweg an Bülow	o. O.	Ende Mai 1915	1358
646*	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau	Berlin	1. Juni 1915	1358
647*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	3. Juni 1915	1358
648*	Bethmann Hollweg an Bülow	o. O.	10. Juni 1915	1358
649*	Tagebuch Wolffs	Berlin	12. Juni 1915	1359
650*	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	14. Juni 1915	1359
651*	Bethmann Hollweg an Bülow	o. O.	15. Juni 1915	1359

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

652*	Tagebuch Müllers	GrHQ	15. Juni 1915	1359
653*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	16. Juni 1915	1360
654*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	17. Juni 1915	1360
655*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	18. Juni 1915	1360
656*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	19. Juni 1915	1360
657*	Aufzeichnung Bachmanns	Berlin	22. Juni 1915	1361
658*	Tagebuch Müllers	Pleß	23. Juni 1915	1361
659*	Bethmann Hollweg an AA	Wien	25. Juni 1915	1361
660*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	2. Juli 1915	1361
661*	Tagebuch Müllers	Berlin	2. Juli 1915	1362
662*	Aufzeichnung Hertlings	o. O.	6. Juli 1915	1362
663*	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau	Berlin	9. Juli 1915	1362
664*	Tagebuch Davids	o. O.	13. Juli 1915	1363
665*	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	25. Juli 1915	1363
666*	Tagebuch Müllers	Pleß	27. Juli 1915	1363
667*	Bethmann Hollweg an Motta	o. O.	30. Juli 1915	1363
668*	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	30. Juli 1915	1363
669*	Tagebuch Wolffs	Berlin	30. Juli 1915	1364
670*	Bethmann Hollweg an Lucius	Berlin	31. Juli 1915	1364
671*	Aufzeichnung Haußmanns	Berlin	2. August 1915	1364
672*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	4. August 1915	1365
673*	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Pleß	6. August 1915	1365
674*	Tagebuch Müllers	Pleß	6. August 1915	1365
675*	Aufzeichnung Tirpitz'	Pleß	8. August 1915	1365
676*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	9. August 1915	1366
677*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	9. August 1915	1366
678*	Grey an House	London	10. August 1915	1366
679*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	13. August 1915	1366
680*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	14. August 1915	1367
681*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	17. August 1915	1367
682*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	19. August 1915	1367
683*	Bethmann Hollweg an F. von Schwerin	Berlin	20. August 1915	1368
684*	Gevers an Loudon	Berlin	21. August 1915	1368
685*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	22. August 1915	1368
686*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	23. August 1915	1369
687*	Tirpitz an seine Frau	Emanuelssegen	26. August 1915	1369
688*	Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau und Treutler	Berlin	2. September 1915	1369
689*	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	6. September 1915	1369

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

690*	Tagebuch Kesslers	Ott-schisna	8. September 1915	1370
691*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	10. September 1915	1370
692*	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	11. September 1915	1370
693*	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	Berlin	16. September 1915	1370
694*	Bethmann Hollwg vor Parteiführern	o. O.	29. September 1915	1371
695*	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	13. Oktober 1915	1371
696*	Tagebuch Wolffs	Berlin	27. Oktober 1915	1371
697*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	Pleß	1. November 1915	1371
698*	Aufzeichnung Friedjungs	Berlin	1. November 1915	1372
699*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	Berlin	10. November 1915	1372
700*	Aufzeichnung Jagows	Berlin	14. November 1915	1372
701*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	17. November 1915	1373
702*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	22. November 1915	1373
703*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	30. November 1915	1373
704*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	9. Dezember 1915	1373
705*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	9. Dezember 1915	1374
706*	Bethmann Hollweg an Valentini	o. O.	9. Dezember 1915	1374
707*	Tagebuch Wolffs	Berlin	9. Dezember 1915	1375
708*	Tagebuch Müllers	Thorn	11. Dezember 1915	1375
709*	Gerard an Lansing	Berlin	18. Dezember 1915	1375
710*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	1. Januar 1916	1376
711*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	4. Januar 1916	1376
712*	Bethmann Hollmann an H. von Beseler	Berlin	6. Januar 1916	1376
713*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	7. Januar 1916	1376
714*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	10. Januar 1916	1377
715*	Tagebuch Riezlers	Berlin	11. Januar 1916	1377
716*	Tagebuch Müllers	Berlin	11. Januar 1916	1377
717*	Bethmann Hollweg im Landtag	Berlin	13. Januar 1916	1377
718*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	21. Januar 1916	1378
719*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	GrHQ	23. Januar 1916	1378
720*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	28. Januar 1916	1378
721*	Tagebuch des Obersten House	Berlin	28. Januar 1916	1378
722*	House an Wilson	Paris	3. Februar 1916	1379

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

723*	Tagebuch Müllers	Berlin	4. Februar 1916	1379
724*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	5. Feburar 1916	1379
725*	Bethmann Hollweg gegenüber dem Vertreter der „NewYork World“, Wiegand	Berlin	9. Februar 1916	1380
726*	Tagebuch Müllers	Pleß	9. Februar 1916	1380
727*	Bethmann Hollweg an Schwerin-Löwitz	Berlin	12. Februar 1916	1380
728*	Bethmann Hollweg an Zimmermann	o. O.	19. Februar 1916	1381
729*	Tagebuch Müllers	Berlin	22. Februar 1916	1381
730*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	26. Februar 1916	1381
731*	Denkschrift Bethmann Hollwegs	Berlin	29. Februar 1916	1381
732*	Tagebuch Müllers	Charleville	2.–5. März 1916	1382
733*	Denkschrift Bethmann Hollwegs	Berlin	4. März 1916	1382
734*	Bethmann Hollweg an Jagow	Charleville	5. März 1916	1383
735*	Bethmann Hollweg an Tirpitz	Charleville	5. März 1916	1383
736*	Tagebuch Riezlers	Charleville	7. März 1916	1383
737*	Bethmann Hollweg an Müller	GrHQ	9. März 1916	1384
738*	Bethmann Hollweg vor der Presse	Berlin	13. März 1916	1384
739*	Tagebuch Wolffs	Berlin	13. März 1916	1384
740*	K. v. Weizsäcker an König Wilhelm II.	Stuttgart	17. März 1916	1385
741*	Gerard an Lansing	Berlin	18. März 1916	1385
742*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	23. März 1916	1385
743*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	24. März 1916	1385
744*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	28. März 1916	1386
745*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	5. April 1916	1387
746*	Tagebuch Wolffs	Berlin	5. April 1916	1387
747*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	9. April 1916	1387
748*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	10. April 1916	1387
749*	Jagow an Treutler	Berlin	16. April 1916	1388
750*	Bethmann Hollweg an Kronprinz Wilhelm	Charleville	22. April 1916	1388
751*	Bethmann Hollweg an Holtzendorff	o. O.	27. April 1916	1388
752*	Tagebuch Müllers	Charleville	30. April 1916	1388
753*	Bethmann Hollweg an Falkenhayn	GrHQ	3. Mai 1916	1389
754*	Aufzeichnung Wolfs	Berlin	4. Mai 1916	1389

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

755*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	5. Mai 1916	1389
756*	Graevenitz an E. von Weizsäcker	o. O.	5. Mai 1916	1390
757*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	6. Mai 1916	1390
758*	Angabe Bethmann Hollwegs	Berlin	7. Mai 1916	1390
759*	Bethmann Hollweg vor bulgarischen Abgeordneten	Berlin	8. Mai 1916	1391
760*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	8. Mai 1916	1391
761*	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	9. Mai 1916	1391
762*	Gerard an Lansing	Berlin	11. Mai 1916	1391
763*	Bethmann Hollweg vor türkischen Abgeordneten	Berlin	23. Mai 1916	1392
764*	Bethmann Hollweg im Gespräch mit Wiegand	o. O.	24. Mai 1916	1392
765*	Tagebuch Wolffs	Berlin	24. Mai 1916	1392
766*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	28. Mai 1916	1393
767*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	29. Mai 1916	1393
768*	Wild von Hohenborn an seine Frau	Berlin	Anfang Juni 1916	1393
769*	Bekanntmachung Bethmann Hollwegs	o. O.	3. Juni 1916	1393
770*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	Charleville	4. Juni 1916	1394
771*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	5. Juni 1916	1394
772*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	6. Juni 1916	1394
773*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	14. Juni 1916	1395
774*	Tagebuch Riezlers	Berlin	14. Juni 1916	1395
775*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	Charleville	17. Juni 1916	1395
776*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	23. Juni 1916	1395
777*	Bethmann Hollweg im Gespräch mit Bredt	o. O.	23. Juni 1916	1396
778*	Bethmann Hollweg an Schoen	Berlin	29. Juni 1916	1396
779*	Aufzeichnung Scheers	Wilhelmshaven	30. Juni 1916	1396
780*	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	1. Juli 1916	1396
781*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	2. Juli 1916	1397
782*	Müller an seinen Schwager Monbart	Charleville	2. Juli 1916	1397
783*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	4. Juli 1916	1397
784*	Bethmann Hollweg an Kessel	o. O.	7. Juli 1916	1397
785*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	10. Juli 1916	1398
786*	Bernstorff an Oberst House	New York	14. Juli 1916	1398
787*	Tagebuch Kesslers	Berlin	18. Juli 1916	1398

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

788*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	19. Juli 1916	1398
789*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	20. Juli 1916	1399
790*	Bethmann Hollweg an Egidy	Berlin	20. Juli 1916	1399
791*	Tagebuch Müllers	Pleß	27. Juli 1916	1399
792*	Bethmann Hollweg an Hertling	GrHQ	28. Juli 1916	1399
793*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	GrHQ	30. Juli 1916	1400
794*	Bethmann Hollweg an Jagow	Berlin	31. Juli 1916	1400
795*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	2. August 1916	1400
796*	Tagebuch Wolffs	Berlin	3. August 1916	1400
797*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	8. August 1916	1401
798*	Bethmann Hollweg an die Generalkommission der Gewerkschaften	o. O.	10. August 1916	1401
799*	Bethmann Hollweg in Verhandlung mit Burián	o. O.	11. August 1916	1401
800*	Bethmann Hollweg an H. von Beseler	Berlin	13. August 1916	1401
801*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	16. August 1916	1402
802*	Gerard an Oberst House	Berlin	16. August 1916	1402
803*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	Pleß	17. August 1916	1402
804*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	18. August 1916	1402
805*	Bethmann Hollweg an Lyncker	o. O.	19. August 1916	1403
806*	Bethmann Hollweg an Tirpitz	GrHQ	22. August 1916	1403
807*	Wild von Hohenborn an seine Frau	Pleß	22. August 1916	1403
808*	Bethmann Hollweg an AA	Pleß	23. August 1916	1403
809*	Tagebuch Müllers	Pleß	23. August 1916	1404
810*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	Pleß	24. August 1916	1404
811*	Tagebuch Müllers	Pleß	24. August 1916	1404
812*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	28. August 1916	1404
813*	Tagebuch Müllers	Pleß	30. August 1916	1405
814*	Aufzeichnung des Admiralstabs	Pleß	31. August 1916	1405
815*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	2. September 1916	1405
816*	Tagebuch E. von Weizsäckers	o. O.	9. September 1916	1405
817*	Bethmann Hollweg an Scheer	Berlin	12. September 1916	1406
818*	Tagebuch Müllers	Pleß	20. September 1916	1406
819*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	23. September 1916	1406
820*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	25. September 1916	1406
821*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	27. September 1916	1406

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

822*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	28. September 1916	1407
823*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	28. September 1916	1407
824*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	29. September 1916	1407
825*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	29. September 1916	1408
826*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	30. September 1916	1408
827*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. September 1916	1409
828*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	30. September 1916	1409
829*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	30. September 1916	1409
830*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	1. Oktober 1916	1409
831*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	2. Oktober 1916	1410
832*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	2. Oktober 1916	1410
833*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	3. Oktober 1916	1410
834*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	6. Oktober 1916	1410
835*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	8. Oktober 1916	1411
836*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	9. Oktober 1916	1411
837*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	9. Oktober 1916	1411
838*	Holtzendorff an Müller	Berlin	9. Oktober 1916	1411
839*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	10. Oktober 1916	1412
840*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	14. Oktober 1916	1412
841*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	16. Oktober 1916	1412
842*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	18. Oktober 1916	1413
843*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	22. Oktober 1916	1413
844*	Bethmann Hollweg an Ferdinand I.	Berlin	23. Oktober 1916	1413
845*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	28. Oktober 1916	1414
846*	Bethmann Hollweg an Tschirschky	Berlin	28. Oktober 1916	1414
847*	Bethmann Hollweg vor einer polnischen Delegation	Berlin	28. Oktober 1916	1414
848*	Tagebuch Wilds von Hohenborn	Berlin	29. Oktober 1916	1414
849*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	30. Oktober 1916	1415

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

850*	Bethmann Hollweg gegenüber A.N. Davis	Berlin	Ende Oktober 1916	1415
851*	Bethmann Hollweg an Wedel	Berlin	1. November 1916	1415
852*	Bethmann Hollweg an Wedel	Berlin	1. November 1916	1415
853*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	4. November 1916	1416
854*	Bethmann Hollweg an Wedel	Berlin	4. November 1916	1416
855*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	4. November 1916	1416
856*	Grünau an Bethmann Hollweg	Pleß	6. November 1916	1416
857*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	6. November 1916	1417
858*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	7. November 1916	1417
859*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	9. November 1916	1417
860*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	11. November 1916	1418
861*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	13. November 1916	1418
862*	Bethmann Hollweg an das Staatsministerium	o.O.	14. November 1916	1418
863*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o.O.	15. November 1916	1418
864*	Bethmann Hollweg an Grünau	o.O.	17. November 1916	1419
865*	Bethmann Hollweg an Valentini	o.O.	21. November 1916	1419
866*	Grew an Lansing	Berlin	22. November 1916	1419
867*	Bethmann Hollweg an die Staatssekretäre	o.O.	23. November 1916	1419
868*	Bethmann Hollweg an Vitzthum	Berlin	23. November 1916	1420
869*	Grew an Lansing	Berlin	24. November 1916	1420
870*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	27. November 1916	1420
871*	Bethmann Hollweg im Gespräch mit Hale	o.O.	28. November 1916	1420
872*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	29. November 1916	1421
873*	Grew an House	Berlin	1. Dezember 1916	1421
874*	Tagebuch Müllers	Berlin	2. Dezember 1916	1421
875*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	4. Dezember 1916	1422
876*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	5. Dezember 1916	1422
877*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	5. Dezember 1916	1422
878*	Bethmann Hollweg an Eisendecher	Berlin	5. Dezember 1916	1422

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

879*	Bethmann Hollweg an Wedel	Berlin	6. Dezember 1916	1423
880*	Grew an Lansing	Berlin	7. Dezember 1916	1423
881*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	o. O.	9. Dezember 1916	1423
882*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	11. Dezember 1916	1423
883*	Ansprache Bethmann Hollwegs an Grew	Berlin	12. Dezember 1916	1424
884*	Bethmann Hollweg an den amerikanischen Geschäftsträger, den schweizerischen Gesandten und den spanischen Botschafter	Berlin	12. Dezember 1916	1424
885*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	12. Dezember 1916	1424
886*	Bethmann Hollweg an Wedel	Berlin	15. Dezember 1916	1425
887*	Bethmann Hollweg an Lersner	Berlin	19. Dezember 1916	1425
888*	Grew an Lansing	Berlin	21. Dezember 1916	1425
889*	Aufzeichnung Westarps	o. O.	23. Dezember 1916	1426
890*	Aufzeichnung Pages	London	24. Dezember 1916	1426
891*	Bethmann Hollweg an Lersner	Berlin	26. Dezember 1916	1426
892*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	31. Dezember 1916	1427
893*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	2. Januar 1917	1427
894*	Gerard an Lansing	Berlin	2. Januar 1917	1427
895*	Tagebuch Müllers	Pleß	3. Januar 1917	1428
896*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	4. Januar 1917	1428
897*	Bethmann Hollweg in einer Konferenz mit Czernin	Berlin	6. Januar 1917	1428
898*	Bethmann Hollweg in einer Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff	Pleß	9. Januar 1917	1429
899*	Tagebuch Müllers	Pleß	9. Januar 1917	1429
900*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	11. Januar 1917	1429
901*	Hohenlohe an Czernin	Berlin	12. Januar 1917	1430
902*	Bethmann Hollweg an Toerring	Berlin	13. Januar 1917	1430
903*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	16. Januar 1917	1430
904*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	16. Januar 1917	1430
905*	Bethmann Hollweg an die Gewerkschaften	Berlin	18. Januar 1917	1431
906*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	22. Januar 1917	1431

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

907*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	25. Januar 1917	1431
908*	Tagebuch Riezlers	Berlin	25. Januar 1917	1431
909*	Bethmann Hollweg an Bernstorff	Berlin	29. Januar 1917	1432
910*	Tagebuch Müllers	Pleß	29. Januar 1917	1432
911*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	31. Januar 1917	1432
912*	Tagebuch Müllers	Pleß	1. Februar 1917	1433
913*	Bredt an Bossart	o. O.	3. Februar 1917	1433
914*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	8. Februar 1917	1433
915*	Bredt an Bossart	o. O.	10. Februar 1917	1433
916*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	11. Februar 1917	1433
917*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	11. Februar 1917	1434
918*	Bethmann Hollweg an die Bundesregierungen	o. O.	14. Februar 1917	1434
919*	Tagebuch Riezlers	Berlin	14. Februar 1917	1434
920*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	27. Februar 1917	1434
921*	Tagebuch Müllers	Berlin	1. März 1917	1435
922*	Bethmann Hollweg beim Empfang einer Abordnung des „Rates für Flandern“	Berlin	3. März 1917	1435
923*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	5. März 1917	1436
924*	Bethmann Holweg an Hertling	Berlin	6. März 1917	1436
925*	Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus	Berlin	14. März 1917	1436
926*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	14. März 1917	1436
927*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	15. März 1917	1437
928*	Bethmann Hollweg in einer Besprechung in Wien	Wien	16. März 1917	1437
929*	Wild von Hohenborn an seine Frau	o. O.	16. März 1917	1437
930*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Homburg	21. März 1917	1438
931*	Bethmann Hollweg in einer Besprechung mit Czernin	Berlin	26. März 1917	1438
932*	Erklärung Bethmann Hollwegs	Berlin	27. März 1917	1438
933*	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	27. März 1917	1438
934*	Bethmann Hollweg und Czernin	Berlin	27. März 1917	1439
935*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	28. März 1917	1439
936*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	29. März 1917	1439
937*	Tagebuch Müllers	Homburg	6. April 1917	1439
938*	Bethmann Hollweg an Loebell	Berlin	11. April 1917	1440
939*	Bethmann Hollweg an Hertling	Berlin	11. April 1917	1440

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

940*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	12. April 1917	1440
941*	Bethmann Hollweg an Wedel	Berlin	13. April 1917	1441
942*	Tagebuch Müllers	Berlin	15. April 1917	1441
943*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	16. April 1917	1441
944*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	18. April 1917	1441
945*	Bethmann Hollweg an die Bundesregierungen	Berlin	25. April 1917	1442
946*	Bethmann Hollweg an Hertling	o. O.	Ende April 1917	1442
947*	Angabe Bethmann Hollwegs	o. O.	1. Mai 1917	1442
948*	Aktennotiz Bethmann Hollwegs	o. O.	1. Mai 1917	1442
949*	Tagebuch Müllers	Kreuznach	2. Mai 1917	1443
950*	Bethmann Hollweg an Hertling	o. O.	3. Mai 1917	1443
951*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	4. Mai 1917	1443
952*	Bethmann Hollweg an Grünau	o. O.	5. Mai 1917	1443
953*	Tagebuch Müllers	Berlin	6. Mai 1917	1443
954*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	7. Mai 1917	1444
955*	Bethmann Hollweg an Lyncker	o. O.	8. Mai 1917	1444
956*	Tagebuch Müllers	Kreuznach	8. Mai 1917	1444
957*	Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß	Berlin	8. Mai 1917	1444
958*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	9. Mai 1917	1445
959*	Tagebuch Müllers	Homburg	11. Mai 1917	1445
960*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	14. Mai 1917	1445
961*	Bethmann Hollweg im Reichstag	Berlin	15. Mai 1917	1445
962*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs und Czernins	Kreuznach	18. Mai 1917	1446
963*	Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker	Berlin	30. Mai 1917	1446
964*	Lerchenfeld an Hertling	Berlin	9. Juni 1917	1446
965*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	o. O.	19. Juni 1917	1447
966*	Bethmann Hollweg an Grünau	Berlin	24. Juni 1917	1447
967*	Bethmann Hollweg an Hindenburg	Berlin	25. Juni 1917	1447
968*	Bethmann Hollweg an Czernin	Berlin	27. Juni 1917	1448
969*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	GrHQ	29. Juni 1917	1448
970*	Tagebuch Davids	o. O.	2. Juli 1917	1448
971*	Bethmann Hollweg an Valentini	o. O.	3. Juli 1917	1448
972*	Bethmann Hollweg an Wilhelm II.	Berlin	5. Juli 1917	1449
973*	Bethmann Hollweg an Valentini	o. O.	5. Juli 1917	1449

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

974*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	7. Juli 1917	1449
975*	Bethmann Hollweg im Hauptausschuß	Berlin	9. Juli 1917	1450
976*	Tagebuch Müllers	Berlin	9. Juli 1917	1451
977*	Mertz von Quirnheim über Bethmann Hollweg	o. O.	9. Juli 1917	1451
978*	Bethmann Hollweg an Benedikt XV.	o. O.	10. Juli 1917	1451
979*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs	Berlin	11. Juli 1917	1451
980*	Tagebuch Wolffs	Berlin	11. Juli 1917	1452
981*	Tagebuch Müllers	Berlin	13. Juli 1917	1452
982*	Bethmann Hollweg an Treutler	Berlin	16. Juli 1917	1452
983*	Tagebuch Wolffs	Berlin	19. Juli 1917	1452
984*	Bülow im Gespräch mit Bethmann Hollweg	o. O.	Ende Juli 1917	1453
985*	Tirpitz an Trotha	St. Blasien	2. August 1917	1453
986*	Stresemann vor dem Zentralvorstand der Nationalliberalen Partei	o. O.	23. September 1917	1453
987*	Bethmann Hollweg an Naumann	Hohenfinow	13. November 1917	1453
988*	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	3. Dezember 1917	1454
989*	Bethmann Hollweg an Max von Baden	Hohenfinow	17. Dezember 1917	1454
990*	Bethmann Hollweg an Max von Baden	Hohenfinow	17. Januar 1918	1454
991*	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	17. Januar 1918	1455
992*	Bethmann Hollweg an Treutler	Hohenfinow	29. September 1918	1455
993*	Bethmann Hollweg an Oettingen	Hohenfinow	7. Oktober 1918	1455
994*	Bethmann Hollweg an Max von Baden	Hohenfinow	23. Oktober 1918	1455
995*	Interview Bethmann Hollwegs	Berlin	15. März 1919	1456
996*	Bethmann Hollweg an H. Delbrück	Hohenfinow	20. September 1919	1456
997*	Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß	o. O.	31. Oktober 1919	1457
998*	Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß	Berlin	4. November 1919	1458
999*	Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß	Berlin	5. November 1919	1460

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1000*	Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß	o. O.	9. November 1919	1461
1001*	Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß	Berlin	17. November 1919	1461
1002*	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	6. Dezember 1919	1462
1003*	Bethmann Hollweg an das Wolff'sche Telegraphenbureau	Berlin	13. Dezember 1919	1462
1004*	Zeitungsartikel Schwertfegers	Berlin	30. Dezember 1919	1462
1005*	Bethmann Hollweg an Valentini	Berlin	17. Januar 1920	1463
1006*	Bethmann Hollweg über Friedensmöglichkeiten im Frühsommer 1917	o. O.	29. Februar 1920	1463
1007*	Aufzeichnung Bethmann Hollwegs für den Weimarer Untersuchungsausschuß	o. O.	März 1920	1464
1008*	Bethmann Hollweg an Kuhl	Hohenfinow	7. April 1920	1465
1009*	Bethmann Hollweg an Kuhl	Hohenfinow	27. April 1920	1465
1010*	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	12. November 1920	1465
1011*	Bethmann Hollweg an Valentini	Hohenfinow	11. Dezember 1920	1466
1012*	Bethmann Hollweg über den Kronrat vom 9. Juli 1917	o. O.	31. Oktober 1921	1466

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bisher unpublizierte Schriftstücke (Juli 1909–April 1916)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Lancken an Schoen[1]

PA Berlin, R 1354. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

No. 188. Paris, 15. Juli 1909, 22 Uhr Min. Nm.
Ankunft, 16. Juli 1909, 12 Uhr Min. Vm.

Kanzlerwechsel wird von gesamter hiesiger Presse als bedeutungsvolles geschichtliches Ereigniss bezeichnet.

Im allgemeinen wird Amtsantritt Euerer Exzellenz[2] recht sympathisch begrüßt.

Tardieu[3] im Temps konstatiert, daß Euerer Exzellenz ein ausgezeichneter Ruf vorausgehe. Mit der Berufung habe Seine Majestät[4] abermals seine Vorliebe für geistig hervorragende Männer an den Tag gelegt.

Journal des Débats[5] sagt, Herrn von Bethmann Hollwegs Ernennung ist als ein beruhigendes Symptom aufzufassen. Der neue Kanzler gilt als Freund Frankreichs. Wir glauben, daß er vor allem ein Freund Deutschlands ist. Beide Begriffe schließen sich nicht notgedrungen aus.

Mehrfach wird von Blättern Anlaß benutzt, um mit warmen Worten der Wirksamkeit des Herrn Unterstaatssekretärs[6] zu gedenken, in welcher man eine weitere Bürgschaft für die Pflege guter deutsch-französischer Beziehungen erblicken dürfe.

Den Verdiensten des scheidenden Kanzlers[7] suchen die Blätter volle Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Selbst Publizisten, die den Fürsten von Bülow namentlich zur Zeit des Marokkozwistes heftig befehdeten, betonen heute rückhaltlos seine große staatsmännische Bedeutung und die überragende Stellung, die er in der internationalen Politik eingenommen.

---

[1] Oskar von der Lancken-Wakenitz (1867–1939), Botschaftsrat in Paris 1907–1913; preußischer Gesandter in Darmstadt 1913–1914; Leiter der Politischen Abteilung beim Generalgouvernement für Belgien, Brüssel, 1914–1918. – Wilhelm Frhr. von Schoen (1851–1933), Staatssekretär des AA 1907–1910; Botschafter in Paris 1910–1914; preußischer Gesandter in München 1914–1916.

[2] Theobald von Bethmann Hollweg (1856–1921), preußischer Innenminister 1905–1907; Staatssekretär des Innern 1907–1909; Reichskanzler 14. Juli 1909–13. Juli 1917.

[3] André Tardieu (1876–1945), französischer Journalist und Politiker (konservativ); außenpolitischer Berichterstatter für die Zeitung „Le Temps“; Kriegsdienst 1914–1916; nach dem Krieg mehrfach Minister und Ministerpräsident. – Zum folgenden: „Le Temps“, einflußreiche französische Tageszeitung 1861–1942.

[4] Wilhelm II (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918.

[5] „Journal des débats“, eine der ältesten Pariser Tageszeitungen; erschien von 1789–1944.

[6] Wilhelm Stemrich (1852–1911), Unterstaatssekretär im AA 1907–1911.

[7] Bernhard Fürst von Bülow (1849–1929), Reichskanzler 1900–1909. – Zum folgenden: Während der ersten Marokkokrise 1905/06 versuchte Bülow ein scharfes Vorgehen gegen Frankreich durchzusetzen, mußte aber die Stärkung der französisch-englischen Entente auf der Konferenz von Algeciras hinnehmen; nach der Krise stand das Deutsche Reich international isoliert da.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Schoen an Schlözer[8]

PA Berlin, R 1354. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept von der Hand Schoens. Am Schluß Paraphe Bethmann Hollwegs.

No. 19. Berlin, 16. Juli 1909

Zur Beseitigung irrtümlicher Angaben über Familie Reichskanzlers ist Zeitungsartikel kompetenter Persönlichkeit erwünscht. Solche ist Dr. Heinrich Pallmann[9], Bernerstr. 27, Verfasser nicht im Buchhandel befindlichen Werks über Simon Moritz Bethmann[10] und seine Vorfahren. Bitte umgehend feststellen, ob Pallmann in Lage, Artikel mit Namensunterschrift in Neuesten Münchner Nachrichten oder anderwärts baldigst zu veröffentlichen[11]. Darin wäre auch hervorzuheben, daß Reichskanzler aus Familie Hollweg stammt, Vorfahr erst nach Verschwägerung Namen Bethmann hinzugenommen. Drahtantwort.

3. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 20. Juli 1909

Verehrter Herr von Eisendecher[12]:

Euer Excellenz haben Ihren sehr interessanten amtlichen Berichten sehr interessante persönliche Glückwünsche angefügt, für die ich Ihnen auf diesem persönlichen Wege meinen herzlichen Dank abstatte. Daß mir nicht leicht ums Herz war, als ich meine Bereitwilligkeit erklärte, werden Sie erklärlich finden. Nur ein Genie oder ein von Machtkitzel und Ehrgeiz verzehrter Mensch kann ein solches Amt anstreben. Und ich bin keines von beiden. Der gewöhnliche Mensch kann es nur im besten Zwange des Pflichtbewußtseins annehmen.

Unsere inneren Verhältnisse sind verworren. Nicht zum mindesten beklage ich den Rückschlag auf das Verhältnis von Nord zu Süd, von dem auch Sie schreiben. Noch hoffe ich, daß die allgemeine Ernüchterung, die nach der exorbitanten Erregung der letzten Monate eintreten muß, heilend wirken wird. Aber es ist noch zu früh, um zu urteilen.

---

[8] Karl von Schlözer (1854–1916), preußischer Gesandter in München 1907–1911.

[9] Heinrich Pallmann (1849–1922), Kunsthistoriker; Direktor der Kupferstich- und Handzeichnungssammlung in München 1904–1917. – Er veröffentlichte 1898 in Frankfurt a.M. das Werk „Simon Moritz von Bethmann und seine Vorfahren“ (601 S.).

[10] Simon Moritz von Bethmann (1768–1826), Bankier in Frankfurt a.M.; leitete zusammen mit seinem Bruder Johann Philipp die 1748 gegründete Bethmann-Bank.

[11] Pallmann veröffentlichte in den „Münchner Neuesten Nachrichten“, Nr. 333 vom 20. Juli 1909, einen Artikel über die Familien Bethmann und Bethmann Hollweg. Ein weiterer längerer Artikel (nicht von Pallmann) erschien am 9. August in den „Hessischen Volksblättern“. – Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ erschienen von 1848 bis 1945.

[12] Carl von Eisendecher (1841–1934), preußischer Gesandter in Karlsruhe 1884–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sagen Sie Ihrer verehrten Frau Gemahlin[13] meinen und meiner Frau[14] beste Empfehlungen und haben Sie nochmals Dank für Ihre Anteilnahme[15].

In aufrichtigster Verehrung
Ihr ergebenster

4. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 158, f. 203–211. MF 945. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 43–44 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 23. Juli 1909

[*1. Ordenssachen. – 2. Fortführung der Landerwerbspolitik der Ansiedlungskommission*[16]*. – Ausführungen des Landwirtschaftsministers.*]

Der Herr Ministerpräsident sah es als selbstverständlich an, daß es dem Staatsministerium an und für sich erwünscht sein müsse, wenn von der Enteignungsbefugnis keine Anwendung gemacht zu werden brauche. Aber nachdem das Gesetz einmal gegeben sei, müsse es auch angewendet werden, wenn keine andere Möglichkeit bestände, das zur Besiedelung erforderliche Land zu bekommen. Der Entschluß hierzu werde der Regierung durch den wachsenden Übermut der Polen, namentlich des Polentums in Krakau gegen Preußen, erheblich erleichtert. Aus innerpolitischen Rücksichten lasse sich kein Grund herleiten, von der Enteignung Abstand zu nehmen, und wohl auch nicht aus außerpolitischen, denn das Deutsche Reich habe Österreich so wertvolle Dienste geleistet, daß von dieser Seite Schwierigkeiten kaum zu besorgen seien. Er halte jedoch den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, mit der Enteignung vorzugehen, weil er sich im Herbste dem Kaiser von Österreich[17] vorstellen wolle; es würde ihm unerwünscht sein, bei seinem ersten Besuche am Kaiserlich Österreichischen Hofe auf etwa dann schon vorliegende Enteignungsbeschlüsse angeredet zu werden. Nach diesem Zeitpunkte bestünden aber seinerseits keine Bedenken, von der Enteignungsbefugnis Gebrauch zu

[13] Louise, geb. Eickstedt-Peterswaldt (*1862).

[14] Martha von Bethmann Hollweg (1865–1914), geb. von Pfuel.

[15] An der Krankheit seiner Frau?

[16] Die „Königlich Preußische Ansiedlungskommission für Westpreußen und Posen“ wurde unter Bismarck durch ein Gesetz vom 26. April 1886 gegründet. Ihr Zweck war, verschuldete Güter in polnischem Besitz aufzukaufen, das erworbene Land an deutsche Siedler zu vergeben und dadurch der Abwanderung der deutschsprachigen Bevölkerung aus den agrarischen Ostprovinzen Preußens in die Industrieregionen im Westen des Reiches zu begegnen. Auf Druck des „Ostmarkenvereins“ wurde 1907 die Möglichkeit geschaffen, polnisches Land auch zu enteignen.

[17] Franz Joseph (1830–1916), Kaiser von Österreich 1848–1916 und König von Ungarn 1867–1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

machen, nächstens würde es ihm angenehm sein, wenn damit gewartet werden könnte, bis die erste Beratung des Etats im Reichstage[18] vorüber sei.

[*Weitere Ausführungen anderer Minister dazu.*]

5. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 5856. Abschrift in Maschinenschrift. Keinerlei aktentechnische Angaben.

[Ohne Nr.] [Berlin, August 1909]

Die englische Regierung hat uns zu wiederholten Malen unter der Amtsführung meines Vorgängers[19] zu verstehen gegeben, daß sie den lebhaften Wunsch habe, sich mit uns über den Umfang der maritimen Rüstungen zu verständigen. Ich habe festgestellt, daß eingehende Erwägungen über diese Frage bei uns angestellt sind, die jedoch ein endgültiges Ergebnis nicht gehabt haben und noch schwebten, als Fürst Bülow sein Amt niederlegte. Ich habe ferner ersehen, daß von unserer Seite England gegenüber der Abschluß einer Flottenverständigung für schwierig, aber nicht für unmöglich hingestellt ist. Dies haben zuletzt noch Schoen und ich dem englischen Botschafter[20] erklärt. Nun haben Asquith und McKenna von Neuem im Parlament erklärt, sie wären jederzeit zu einer Verständigung bereit, bisher hätten sie aber bei uns keine Gegenliebe gefunden[21].

Ich richte an England die Frage, ob die englische Regierung bereit ist, ihr im Parlament gegebenes Wort ein zu lösen. Wenn ja, so sind wir bereit, über die Frage zu verhandeln, und würden in der Lage sein, Vorschläge zu machen. Vorbedingnung ist jedoch, daß England uns gegenüber die Verpflichtung eingeht, daß es seine uns in den letzten Jahren feindliche Politik aufgibt und verspricht, eine deutschfreundliche Politik zu führen. Ohne eine solche Zusicherung, über deren Form natürlich zu verhandeln sein wird, würde eine Beschränkung unserer nur defensiven Zwecken dienenden Seerüstung für uns

[18] Er wurde in vier Reichstagssitzungen vom 9. bis 13. Dezember 1909 beraten und beschlossen: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 50 (1909) S. 350–364, 365–374, 377–385, 388–396.

[19] Fürst Bülow.

[20] Sir Edward Goschen (1847–1924), britischer Botschafter in Berlin 1908–1914. – Die im folgenden genannten: Herbert Asquith (1852–1928), britischer Premierminister 1908–1916. – Reginald McKenna (1863–1943), britischer Marineminister 1908–1911, Innenminister 1911–1914, Schatzkanzler 1915–1916.

[21] Vgl. ihre Erklärungen im Unterhaus über das englische Marinebudget am 16. März (McKenna und Asquith) und im Unterhaus über die Dreadnoughts am 16. Juli 1909 (Asquith und McKenna): Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 50 (1909) S. 459–461, 478–479. – Die englischen Akten über deutsch-englische Gespräche über das beiderseitige Flottenbauprogramm für die Monate von Januar 1909 bis zum Abgang Bülows sind in: British Documents on the Origin of the War VI S. 237–282; für die dann folgenden Monate unter Bethmann Hollweg bis Ende 1909: ebenda S. 282–324.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur erhöhte Gefahren in sich schließen, da wir uns lediglich schwächen würden, auch würde sie ohne Gegenleistung die öffentliche Meinung nicht billigen. Ferner müssen wir Wert darauf legen, daß die Verhandlungen absolut geheim geführt werden, daß also nicht nur der Presse keinerlei Kenntnis gegeben wird, sondern daß auch andere Mächte nichts davon erfahren; auch wir werden keine andere Macht ins Vertrauen ziehen. Endlich gehen wird davon aus, daß die englische Regierung nach dem Abschluß ihren ganzen Einfluß einsetzt, daß das Abkommen nicht zu neuen Hetzereien in England gegen uns führt. Wir wissen genau, daß die wohlgeschulte englische Presse mit geringen Ausnahmen einem mot d'ordre des Foreign Office gehorcht, wenn dies auch von englischen Staatsmännern coram publico geleugnet wird. Die deutschfeindliche Stimmung in der Presse wird von der englischen Regierung z. Zt. nicht ungern gesehen, sonst wäre sie längst geschwunden.

Ich lege Wert darauf, die Verhandlungen selbst unter Beteiligung des Herrn Tirpitz[22] in Berlin zu führen. Da jetzt alle englischen Minister verreisen, bin ich damit einverstanden, daß der Beginn der Verhandlungen etwas vertagt wird, doch möchte ich die Antwort über die prinzipielle Geneigtheit der englischen Regierung, auf der von mir vorgeschlagenen Basis zu verhandeln, möglichst bald erhalten.

6. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 5856. Immediatbericht. Abschrift in Maschinenschrift. Am Kopf des Schreibens handschriftlicher Vermerk des Kaisers von Schreiberhand: Einverstanden.

[Ohne Nr.] Hohenfinow, 4. September 1909

Im Auftrage Sir Edward Grey's[23] hat, wie ich Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät ehrfurchtsvoll melde, Sir Edward Goschen das Auswärtige Amt davon unterrichtet, daß die Eröffnungen, die ich ihm über eine Flottenverständigung und die sich daraus für die Orientierung der allgemeinen Politik ergebenden Konsequenzen gemacht habe, bei der Englischen Regierung aufrichtige Befriedigung hervorgerufen hatten. Sie begrüße die gegebenen Anregungen und sei jederzeit bereit, in eine von freundschaftlichem Geiste getragene Besprechung der aufgeworfenen Fragen einzutreten[24].

Sir Edward Goschen, der in diesen Tagen Deutschland mit Urlaub verlassen will, hat im Einverständnisse mit Sir Edward Grey angeregt, den Beginn der Verhandlungen bis zum Oktober hinauszuschieben. Da unsere Vorschläge, wie Euere Majestät bei meinem Vortrage in Wilhelmshöhe[25] nachdrücklich

[22] Alfred von Tirpitz (1849–1930), Großadmiral; Staatssekretär des Reichsmarineamts 1897 – 15. März 1916.

[23] Sir Edward Grey (1862–1933), britischer Außenminister 1905–1918.

[24] Große Politik XXVIII S. 222–227.

[25] Am 12. August 1909. Vgl. ebenda S. 211 mit Anm. ***.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hervorhoben, an die englische Invitation anknüpfen mußten[26], die in den Reden von Mr. Asquith und Mr. Mc. Kenna zum englischen Flottenbudget zu finden war, so habe ich geglaubt, dieser Anregung stattgeben zu sollen, um der Behandlung der ganzen Angelegenheit den Charakter der englischen Initiative nicht zu rauben, die für den Fall des Scheiterns der Verhandlungen stets hervorgehoben werden muß. Hätte ich es nicht getan, so hätten wir trop de zèle gezeigt und zugleich jenen Zusammenhang verwischt, auf den wir zur Stärkung unserer Stellung bei den bevorstehenden Verhandlungen nicht verzichten dürfen. Bewahrheitet sich überdies die wiederholt ausgesprochene Vermutung des Admirals von Tirpitz, daß Sir John Fisher[27] zum Herbste geht, so dürfte die kleine Verzögerung auch unter diesem Gesichtspunkte willkommen sein.

Euere Majestät bitte ich unterthänigst, durch einen huldvollen Randvermerk mein Vorgehen billigen zu wollen.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät
unterthänigster Diener

7. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 5856. Telegramm in Ziffern. Abschrift von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Hohenfinow, 11. September 1909

Euerer Majestät Botschafter in London[28] befürchtet, daß Mr. Winston Churchill bei seinem Zusammentreffen mit Euerer Majestät die Rede auf die Verhandlungen über ein Flotten-Abkommen bringen könnte, nachdem diese Verhandlungen dem englischen Ministerrat bekannt geworden sind. Nach Ansicht des Grafen Metternich würden Sir Edward Grey und Mr. Asquith es peinlich empfinden, wenn die Angelegenheit mit einem anderen Kabinettsminister besprochen würde. Obwohl ich nicht glauben kann, daß Mr. W. Churchill so wenig taktvoll vorgehen sollte, habe ich doch nicht unterlassen wollen, die in London gehegten Besorgnisse ehrerbietigst zur Kenntnis Euerer Majestät zu bringen.

Alleruntertänigst

[26] Vgl. die vorangehende Nr. Anm. 5.

[27] Sir John Fisher, 1st baron Fisher of Kilverstone (1841–1920), Erster Seelord 1904–25. Januar 1910, erneut Oktober 1914–Mai 1915.

[28] Paul Graf Wolff Metternich zur Gracht (1853–1934), Botschafter in London 1901–1912; Versetzung in den Ruhestand 1912; kommissarische Leitung der Botschaft in Konstantinopel Oktober 1915–Oktober 1916. – Der im folgenden genannte: Sir Winston Churchill (1874–1965), Erster Lord der Admiralität 1911–1915; Minister für Munition 1917–1919. – Zum folgenden: Wilhelm II. und Winston Churchill trafen 1909 im Rahmen der deutschen Herbstmanöver in Breslau zusammen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

8. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 16. September 1909

Sehr verehrter Herr von Eisendecher!

Die Vorbereitungen für meine morgige Abreise lassen mir zwar keine Muße, um Ihren freundlichen Brief vom 14. so ausführlich zu beantworten, wie er es verdient, aber ich mag doch nicht zögern, Ihnen wenn auch mit kurzem Wort herzlichst dafür zu danken, daß und wie Sie mir über die jüngsten Karlsruher Tage geschrieben haben. Ihrem Urteil über unsere Beziehungen zu England stimme ich vollkommen bei und bin vom ersten Tage an bestrebt gewesen, unsere Politik danach zu orientiren. Daß S.M. so temperamentvoll gewesen sind, namentlich in seinen Äußerungen über den Fürsten Bülow und über Rußland, beklage ich. Schließlich sickert doch manches durch, ohne Nutzen zu stiften. Mir gegenüber ist der hohe Herr, abgesehen von unserer ersten Unterredung, was den Fürsten Bülow anbelangt, stets von feinfühligstem Takt gewesen. Wann ich meine Besuche an den süddeutschen Höfen werde machen können, steht noch dahin. Ich gehe morgen nach München, dann nach Wien, werde im Anschluß daran wahrscheinlich noch etwas Luft in Oberbayern schnappen und in den ersten Tagen Oktober wieder hier sein. Das Maß der dann vorliegenden Geschäfte wird bestimmen müssen, wann ich in Karlsruhe meine Aufwartung machen kann. Bitte sagen Sie gelegentlich dem Großherzog[29], daß ich, sobald es mir die Geschäfte erlauben würden, bitten würde, mich bei ihm melden zu dürfen. Daß Sie mich dann wieder in Ihrem Hause sehen wollen, ist mir im Rückblick auf die schönen Tage, die ich vor zwei Jahren bei Ihnen leben durfte, ein besonders lieber Ausblick.

Lassen Sie mich kurz schließen, indem ich Sie bitte, Ihrer Frau Gemahlin meine gehorsamsten Empfehlungen zu übermitteln.

In aufrichtiger Verehrung
Ihr sehr ergebener

9. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1355. Immediatbericht. Maschinenschriftliche Abschrift.

[Ohne Nr.] München, 23. September 1909

Der Kaiser von Österreich hat mich beauftragt, Euerer Majestät Seine freundlichsten Grüße zu übermitteln; mit besonderer Dankbarkeit und Freude gedachte der Kaiser Franz Joseph dabei des Zusammentritts mit Euerer Majestät bei den mährischen Manövern. Mein Besuch wurde vom Kaiser Franz

[29] Friedrich II. (1857–1928), Großherzog von Baden 1907–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Joseph mit größter Huld aufgenommen, wobei Er seiner Freude dankbar Ausdruck gab, daß er so frühzeitig erfolgt sei. Ich hatte in der Audienz Gelegenheit zu bewundern, wie Seine Majestät mit größter Sachkenntnis alle schwebenden Fragen der Politik besprach. Die Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Deutschland und der lebhafte Dank für die bewiesene Bundestreue bildeten den Grundton der Allerhöchsten Äußerungen; dabei hob Seine Majestät die Notwendigkeit hervor, daß Italien beim Dreibunde bleibe. Seine Majestät sprach Sich anerkennend über Herrn Tittoni[30] aus und hoffte, er werde sich in seiner Stellung halten. Unter den gegebenen Verhältnissen sei er immer noch der beste. Österreich werde auf dem Balkan eine Politik der Ruhe mit dem Ziele der Aufrechterhaltung des status quo, ohne jede Expansionsbestrebungen, verfolgen. Der Kaiser mißbilligte lebhaft die Haltung der griechischen Offiziere[31]. Seine Majestät erkannten das persönliche Bestreben König Eduards[32] auf Besserung des Verhältnisses zu Österreich an, verbargen aber nicht Seinen nachhaltigen Mißmut über Englands Haltung in der bosnischen Frage[33]. Seine Majestät der Kaiser äußerte die Ansicht, daß sich in letzter Zeit unser Verhältnis zu England doch wohl etwas gebessert habe, und begrüßte diese Entwicklung mit Befriedigung. Für das neue Regime im Osmanischen Reiche bezeugte Seine Majestät Seine Sympathie und begründete Seine Hoffnungen auf eine ruhige Entwicklung der Balkanverhältnisse auf seiner Befestigung. Im Urteil über die russische Politik bildeten Iswolski's[34] Rankünen gegen Graf Aehrenthal ein bestimmendes Moment. Rußland scheine sich im übrigen gegenwärtig von einer allzu aktiven Politik fernzuhalten. Das eifrige Bestreben, sich mit der Türkei gut zu stellen, sei dafür bezeichnend.

Graf Aehrenthal konnte in wiederholten Unterhaltungen die Ausführungen seines Kaiserlichen Herrn bestätigen. Er hob insbesondere hervor, daß Österreich sich jeder aggressiven Politik auf dem Balkan enthalten werde. Er verhehlte sein bekanntes Urteil über Herrn Iswolski keineswegs. Er werde zunächst England gegenüber eine abwartende Haltung einnehmen; sollten sich die Engländer dauernd im Fahrwasser der Politik Iswolskis bewegen, so würden weitere Gegensätze zwischen Österreich und England unvermeidlich sein. Er beurteilte die fernere Entwicklung auf dem Balkan ruhig, da Bulgarien, wenn es nicht von Rußland aufgestachelt werde, sich ruhig verhalten würde.

---

[30] Tommaso Tittoni (1855–1931), italienischer Außenminister 1906 – 25. November 1909.

[31] Am 7. Juli 1909 hatten etwa 200 Offiziere in Athen sich zusammengetan, um der Regierung, die sich seit März d. J. in einer Kabinettskrise befand, ihre Mitarbeit „zur Besserung der Lage" anzubieten. Ihr Ansinnen wurde abgelehnt.

[32] Eduard VII. (1841–1910), König von Großbritannien und Irland 1901–1910.

[33] Österreich-Ungarn hatte die türkischen Provinzen Bosnien und die Herzegowina, in denen es seit 1878 das Besatzungsrecht hatte, 1908 annektiert und dadurch eine internationale Krise ausgelöst. In der Türkei waren im selben Jahr die Jungtürken an die Macht gekommen. Diese schlossen mit Österreich-Ungarn im Februar 1909 ein Abkommen, in dem sie gegen eine Geldentschädigung die Annexion anerkannten.

[34] Aleksandr Pavlović Izvol'skij (1856–1919), russischer Außenminister 1906–1910; Botschafter in Paris 1910–1917. – Der im folgenden genannte: Alois Graf Lexa von Aehrenthal (1854–1912), österreichisch-ungarischer Außenminister 1906–1912.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sollten sich zwischen der Türkei und einzelnen Balkanstaaten Gegensätze ergeben, so würde er es für richtig halten, zunächst, ohne einzugreifen, die Entwicklung der Dinge abzuwarten.

Der Minister äußerte beiläufig, die Finanzlage Österreich-Ungarns bedinge, daß der Kredit für die geplanten 4 Dreadnoughts erst im Frühjahr 1910 gefordert werde. Jedoch sollten die Schiffe bis spätestes Ende 1912 fertig gebaut werden. Er verspreche sich davon auf Italiens Haltung am Dreibunde eine gute Wirkung.

Es wurde mir in allen Kreisen der Wiener Bevölkerung der freundlichste Empfang zuteil. Ich kann ihn nur auf Rechnung der großen und aufrichtigen Verehrung stellen, die in augenfälliger Weise im Volke und bei den leitenden Kreisen Euerer Majestät entgegengebracht wird. Die Dankbarkeit, die man hier für Euerer Majestät bundesfreundliche Politik im letzten Winter hegt, trat mir in meinen Unterhaltungen mit den übrigen Ministern und mit zahlreichen politischen Persönlichkeiten immer von neuem entgegen. Es wurde mir hier allerseits als ganz besondere Aufmerksamkeit bezeichnet, daß Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph bei dem Hofdiner in Schönbrunn die Uniform Seines preußischen Regiments[35] sowie das Band des Schwarzen Adlers angelegt hatte. Seine Majestät geruhten mir nach der Hoftafel persönlich den Stefansorden zu verleihen.

10. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 158, f. 213–225. MF 945. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 44–45 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 11. Oktober 1909

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes beraten und beschlossen wurde.

[*1. Ordenssachen. – 2. Elsaß-Lothringen.*]

Der Herr Ministerpräsident gab einen Überblick über die bisherige Behandlung der Anträge betreffend Fortbildung der elsaß-lothringischen Verfassung[36] durch das Staatsministerium. Einem Wunsche des Herrn Statthalters[37] entsprechend sei Herr Unterstaatssekretär Mandel zur heutigen Sitzung eingeladen und erschienen, um über diese Anträge und Gründe dafür authentische Auskunft zu geben. Die Verhandlung solle lediglich der Information und der

[35] Des Königlich preußischen Kaiser Franz Gardegrenadier-Regiments Nr. 2.

[36] Dazu der Überblick bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 437–479 (besonders S. 468–469).

[37] Karl Gustav von Wedel (1842–1919), Botschafter in Wien 1902–1907; Statthalter in Elsaß-Lothringen 1907–1914. – Der im folgenden genannte: Karl Mandel (1851–1924), Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen 1906–1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beantwortung etwaiger Fragen der Herren Staatsminister dienen, eine Beschlußfassung muß noch nicht erfolgen.

[*Es folgen Ausführungen des Statthalters und weiterer Minister über das Staatsrecht in Elsaß-Lothringen.*]

Der Herr Ministerpräsident entgegnete, daß nach mündlichen Äußerungen des Herrn Statthalters dieser daran denke, die Stimmen seinerseits im Namen des Kaisers zu instruieren. Der Herr Statthalter halte eine von der preußischen abweichende Instruktion der elsaß-lothringischen Stimmen[38] in wirtschaftlichen Fragen für möglich und erträglich, obgleich ein verschiedenes Votum durch Stimmen, die alle im Namen des Kaisers einer und derselben Person abzugeben seien, eigentlich einen Nonsens enthalte. Wie der Herr Statthalter ferner annehme, werde sich Preußen in rein elsaß-lothringischen Fragen wohl stets dem Votum Elsaß-Lothringens anschließen, während dieser bei allen politischen Fragen natürlich Preußen werde folgen müssen.

Über alle derartigen Schwierigkeiten werde in der Praxis indessen unschwer hinwegzukommen sein, wenn es überhaupt angängig sei, so weit zu gehen, wie die elsaß-lothringische Regierung wolle. Dies sei aber wegen des Widerstandes im Bundesrate, wie das Votum vom 11. Februar 1909 – R[eichs] A[mt] d. I[nnern] I^{a} 253 – im einzelnen ausgeführt habe, eben nicht angängig. Demgemäß werde zur Zeit auch m. E. wohl nur ein auf Landesangelegenheiten beschränktes Stimmrecht in Betracht kommen können. Die Abgrenzung der Beschränkung werde keine Schwierigkeiten machen. Alles was unter Artikel 4 der Reichsverfassung[39] falle, sei Reichs-, was nicht darunter falle, Landesangelegenheit. Ein solches beschränktes Stimmrecht bedeute immerhin einen Fortschritt. Vielleicht lege [= gehe] man aber in Elsaß-Lothringen von dem Gesichtspunkt aus, daß die Wünsche seiner Verwaltung in Landesangelegenheiten schon jetzt durch die preußischen Stimmen ohnehin genügend zur Geltung kämen, keinen Wert darauf. Dieser Auffassung werde entgegengehalten werden können, daß es jetzt eben nicht möglich sei, weiter zu gehen. Das Land habe um so weniger Anlaß, sich beschwert zu fühlen, wenn nicht jeder seiner Wünsche gleich ganz erfüllt werde, als die Entwicklung doch dahin drängen werde und müsse, aus Elsaß-Lothringen einen selbständigen Bundesstaat mit eigener Dynastie zu machen, da es, wie seine bisherige Geschichte beweise, als Reichsland nicht mit dem Reiche verwachse.

[*Weitere Ausführungen C. Delbrücks.*]

[38] Elsaß-Lothringens im Bundesrat. Dazu vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 475–476 (mit der älteren Literatur).

[39] Artikel 4 der Reichsverfassung von 1871 zählte 16 Posten auf, die „der Beaufsichtigung Seitens des Reichs und der Gesetzgebung desselben“ unterlagen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

11. Bethmann Hollweg an Metternich

Yale University Library, Manuscripts and Archives, Ms. 312, Alfred von Kiderlen-Wächter Papers, Series III, Box 10, Folder: England 1909. Telegramm in Ziffern. Abschrift.

Nr. 168. Berlin, 8. November 1909
Zur Station: 8. November 8 Uhr 20 Nm.

Selbst entziffern.

Besten Dank für Ihre Briefe vom 5. d.Mts[40]. Bitte mit Sir Edward Goschen, der anscheinend wegen des Flottenabkommens nach London berufen worden ist, über die ganze Angelegenheit unverbindlich zu sprechen und über Ihre Eindrücke privatbrieflich zu berichten[41]. Sollten Eure Exzellenz nach Ihrer Unterredung mit Goschen Gelegenheit haben, außer mit Grey auch mit Asquith, Haldane und Lloyd George[42] zu sprechen, so bitte ich, falls Sie glauben, daß Sir Edward Grey nichts dagegen einzuwenden hat und Sie es selbst für opportun halten, ohne ein besonderes Empressement an den Tag zu legen, bei sich bietender Gelegenheit diese Kabinetsmitglieder für den Gedanken einer politischen Verständigung neben dem Flottenabkommen zu erwärmen. Mit anderen Kabinetsmitgliedern, namentlich mit Mc. Kenna[43], würde die Frage wohl noch nicht zu erörtern sein.

12. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 158, f. 256–278. MF 946. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 46 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 22. November 1909

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes beraten und beschlossen wurde:

[*Der Innenminister und der Finanzminister über die Reform des preußischen Wahlrechts*[44].]

[40] Ein ausführlicher Privatdienstbrief vom 5. November 1909 in der Sache in: Große Politik XXVIII S. 266–268.

[41] Metternich an Bethmann Hollweg, 15. November 1909 (Telegramm) und 15. November 1909 (Privatdienstbrief) in: ebenda S. 268–270 und 273–275.

[42] Richard Haldane (1856–1928), britischer Kriegsminister 1905–1912; Lordkanzler 1912–1915. – David Lloyd George (1863–1945), britischer Schatzkanzler 1908–1915; Kriegsminister 1915–1916; Premierminister 1916–1933.

[43] Als Marineminister forcierte McKenna den Bau großer Schlachtschiffe („Dreadnoughts"), um die Überlegenheit der britischen über die deutsche Flotte zu behalten.

[44] Für die Versuche unter Reichskanzler Bülow und Bethmann Hollweg, das Dreiklassenwahlrecht (vor dem Weltkrieg) zu reformieren, vgl. ausführlich: Kühne, Dreiklassenwahl-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident glaubte, daß auch Seine Majestät von der Notwendigkeit überzeugt sein werde, die Zusage in der Thronrede[45] zu erfüllen. Gesprochen habe er darüber mit Seiner Majestät, der solchen Gesprächen aus dem Wege gegangen sei, allerdings bisher nicht. Nach Andeutungen, die ihm bei seinem Amtsantritt von dem Geheimen Kabinettsrat[46] gemacht worden seien, habe er zwar den Eindruck gehabt, daß Seine Majestät, wie bei der damaligen Lage begreiflich[47], mit Erörterungen über Wahlrechtsreform in Ruhe gelassen werden wolle. Jetzt komme aber in Betracht, daß ruhige parlamentarische Verhandlungen im Landtage nicht möglich seien, solange der Zusage in der Thronrede keine Folge gegeben werde.

Bis die Regierung durch eine Vorlage bekannt gebe, welche Änderungen des Wahlrechts sie vorhabe, werde die konservative Partei kein Vertrauen haben. Ebenso schwierig werde es bis dahin sein, die Nationalliberalen zu praktischer Politik zu gewinnen. Die Nationalliberalen seien zwar innerlich nicht maßlos in ihren Forderungen. In der Öffentlichkeit werde aber der gesamte Liberalismus anfänglich jede Vorlage, die grundsätzlich an dem jetzigen Wahlrecht festhalte, für ungenügend erklären und erst später auch bis in seinen linken Flügel hinein ruhiger werden. Die Regierung müsse sich eben damit abfinden, daß sie es doch keiner Partei des Abgeordnetenhauses, und auch dem Herrenhause nicht, recht machen könne.

[*Auslassungen anderer Minister zur Wahlrechtsreform.*]

Der Herr Ministerpräsident entgegnete, daß selbst die Kreuzzeitung nach ihren neuesten Äußerungen über die Verpflichtung, welche die Thronrede zur Einbringung einer Vorlage enthalte, doch an die Möglichkeit einer Einigung glauben müsse. Sei eine solche nicht zu erzielen, so genüge es nach der heutigen Lage der Dinge, wenn die Regierung sagen könne, daß sie das Ihrige getan habe. Was bei veränderten Verhältnissen etwa zu geschehen habe, sei cura posterior.

Gewiß sei mit der Vorlage ein Risiko verbunden. Das gegenwärtige Stadium der Beunruhigung müsse aber einmal – und zwar schon wegen der Kürze

---

recht S. 529–569. Überblick bei: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 374–379 (zur Debatte vom Januar 1909 ebenda S. 376–378). – Der im folgenden genannte Entwurf zur Wahlrechtsreform datiert vom 7. November 1909. Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 531–532.

45 Vom 20. Oktober 1908. Hier hatte der Kaiser die Einbringung eines Gesetzentwurfs zur Wahlreform versprochen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 49 (1908) S. 146–147; ferner Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 524–526.

46 Rudolf von Valentini (1855–1925), Chef des Geheimen Zivilkabinetts 1908–1918. – Erinnerungen aus seinem Nachlaß (dort im Anhang Briefwechsel u. a. mit Bethmann Hollweg): Valentini, Kaiser und Kabinettschef. – Die Papiere im Nachlaß Valentini im Bundesarchiv Koblenz sind von geringem Umfang und enthalten keine Briefe Bethmann Hollwegs.

47 Gemeint ist u. a. das den Kaiser kompromittierende Daily-Telegraph-Interview vom 28. Oktober 1908, in dem sich Wilhelm II. anmaßend und undiplomatisch zu den deutsch-englischen Beziehungen geäußert hatte. In der Reichstagsdebatte darüber wandten sich alle Parteien gegen den Kaiser und auch gegen Reichskanzler Bülow, der den Kaiser nur unvollkommen verteidigte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Zeit bis zu den nächsten Reichstagswahlen – je früher je besser überwunden werden. Jetzt seien die Parteien nach den Kämpfen im letzten Winter und Sommer zankesmüde, und die Lust zu neuem Streit sei nicht so groß wie vielleicht später wieder.

[*Äußerungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident empfahl wegen der Kürze der für die Vorarbeiten noch zur Verfügung stehenden Zeit, an den Herrn Minister des Innern[48] nicht zu viele Wünsche zu richten. Aus seiner eigenen Erfahrung als Minister des Innern wisse er, daß sich Vieles für und Vieles gegen jeden Vorschlag zur Abänderung des Dreiklassenwahlrechts vorbringen lasse und daß wegen des mechanischen Charakters dieses Wahlrechts jede Maßnahme zur Beseitigung einer Skurrilität zugleich die Tür für andere öffne.

Die Maximierung[49] solle nur zu stark plutokratisierende Wirkungen abschwächen. Bei der Reform dürfe einerseits nicht mehr erstrebt werden, als unbedingt notwendig sei, um gewisse Ziele zu erreichen. Andererseits müsse möglichst vermieden werden, Anlaß zur Erneuerung früherer Kämpfe zu geben. Deshalb sei er gegen die Anregungen der Vorredner [*über die Neueinteilung der drei Wählerklassen nach dem Einkommen und dem entsprechenden Steuersatz.*].

[*Erklärungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident sprach sich ebenfalls gegen § 30a[50] aus. Die Verschiedenheit in der Behandlung der Wahlbezirke sei nicht ausreichend zu begründen. Denn den Wahlmännern werde heute wohl nirgends mehr die Wahl der Abgeordneten völlig frei überlassen. Wenn es auf dem Lande im Osten den Urwählern auch vielleicht nicht möglich sei, örtliche Autoritäten bei der Aufstellung der Wahlmänner zu umgehen, so liege der Grund dafür lediglich in der Öffentlichkeit der Wahl.

Besonders bedenklich sei an § 30a, daß er nicht nur für einen Teil der Wahlbezirke direkte, für den anderen indirekte Wahl vorschreibe, sondern auch zwei im Wahlrechte verschiedene Kategorien von Wahlbezirken begründe.

Durch Fortfall des § 30a möge die Vorlage vielleicht eines ihrer Hauptbestandteile beraubt werden. Die Regierung dürfe aber nach seiner Ansicht überhaupt nur Änderungen vorschlagen, die sachlich unbedingt vertretbar seien. Sonst gerate man auf eine schiefe Ebene, auf der es kein Halt mehr gebe.

[*Einwürfe anderer Minister.*]

---

[48] Friedrich von Moltke (1852–1927), preußischer Minister des Innern 1907–1910; Oberpräsident von Schleswig-Holstein 1914–1918.

[49] Das ist die Anhebung des Steuerbetrags (der bei einem reformierten Wahlrecht für die Einordnung eines Wählers in die erste Klasse festgesetzt werden sollte). Er wurde beim Wahlgesetzentwurf vom 10. Februar 1910 auf 5.000 Mark festgesetzt.

[50] Er regelte im Wahlgesetzentwurf die Wahlkreiseinteilung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpäsident ersuchte den Herrn Minister des Innern, dem Staatsministerium die Verhältnisse in den Wahlbezirken, deren Teilung am wenigsten bedenklich erscheine, noch näher darzulegen. Nach den schon erwähnten Vorgängen im Jahre 1906 sei eine Teilung von Wahlbezirken eigentlich nur als besondere Rücksichtnahme auf den Liberalismus vertretbar. Der Liberalismus, einschließlich der nationalliberalen Partei, werde jedoch unter allen Umständen die sämtlichen Vorschläge der Regierung auf das Schärfste verurteilen. Das Zentrum werde bei der Reform wohl mitarbeiten, schließlich aber möglicherweise alles ablehnen, weil nach seinen Grundsätzen nur das Reichstagswahlrecht annehmbar sei. Dann seien Regierung und Konservative auf die Hilfe der Nationalliberalen angewiesen. Es frage sich, welcher Preis dafür gezahlt werden müsse und ob es den Konservativen daher nicht erwünscht sein werde, von vornherein ein Mittel zu haben, um die Nationalliberalen wenigstens etwas beruhigen zu können, weil die konservative Partei wohl die Vorschläge des vorliegenden Entwurfs, sobald er an den Landtag gelange, als das Äußerste bezeichnen werde, worüber sie verhandeln könne.

Das Staatsministerium wünschte vor seiner Stellungnahme zu Änderungen von Wahlbezirken die nähere Darlegungen des Herrn Ministers des Innern über die Verhältnisse in den am wenigsten bedenklichen Fällen abzuwarten.

Der Herr Ministerpräsident stellte noch fest, daß die geheime Stimmabgabe, die, ganz abgesehen von ihren sonstigen Gefahren, ein Einschreiten wegen der pflichtwidrigen Abstimmung von Beamten bei den letzten Kattowitzer Stadtverordnetenwahlen[51] wohl unmöglich gemacht hätte und auch von den Konservativen wie vom Herrenhaus sicher abgelehnt werden würde, von keiner Seite beantragt sei und daher auch in die Vorlage jedenfalls nicht aufzunehmen sein werde.

13. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 158, f. 298–307. MF 947. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit einer handschriftlichen Korrektur. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 47–48 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 14. Dezember 1909

[*1. Kattowitzer Vorgänge. – 2.–3. Ordenssachen.*]

[*4. Mecklenburgische Verfassungsfrage.*]

Der Herr Ministerpräsident wies darauf hin, daß das Deutsche Reich nach der Einleitung zur Verfassung dem Schutze des innerhalb des Reichsgebiets

[51] Bei den Stadtverordnetenwahlen in Kattowitz hatten jüngst Beamte ihre Stimmen für polnische Kandidaten abgegeben; sie wurden von der Oppelner Regierung dafür gemaßregelt. Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 543–544.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gültigen Rechtes dienen solle. Hierzu gehöre auch die gegenwärtige Verfassung der Großherzogtümer, aber nicht die nur vorgschlagene[52].

Da von Mecklenburgerischer Seite eine Unfreundlichkeit darin gesehen werden könne, wenn durch alsbaldige ablehnende Antwort auf die Interpellation den Großherzögen gewissermaßen in den Arm gefallen werde, so sei er sehr für Verschiebung dieser Antwort, um ihnen zu etwaigen Schritten an den Bundesrat Zeit zu lassen.

Wenn der Bundesrat von den Mecklenburgischen Regierungen angerufen werde, so sei vermöge der Kompetenz-Kompetenz des Reichs ein besonderes Reichsgesetz über die Mecklenburgische Verfassung an sich möglich. Voraussetzung sei allerdings, daß im Bundesrate nicht 14 Stimmen dagegen seien[53]. Da er entschieden gegen die Zustimmung Preußens zu einem solchen Gesetze sei, so bestehe dafür zum wenigsten während seiner Amtsdauer keine Aussicht. Um so mehr empfehle es sich zu warten, bis sich entschieden habe, ob der Bundesrat auf Mecklenburgische Anträge zu rechnen habe und ev. wie er dazu Stellung nehme, vorher aber einen bestimmten Zeitpunkt für die Beantwortung der Interpellation auch nicht einmal in Aussicht zu stellen.

[*Anregungen anderer Minister.*]

14. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 158, f. 337–345. MF 948. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 50 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 27. Dezember 1909

[*Indiskretionen in der Presse zur Wahlrechtsreform. – Der Innenminister erläutert den ersten Entwurf zur Wahlrechtsreform. Stellungnahmen anderer Minister.*]

[52] In den beiden mecklenburgischen Großherzogtümern war trotz verschiedener Anläufe in den voraufgegangenen Jahrzehnten keine zeitgemäße Verfassung zustande gebracht worden. 1908 wurden die Reformversuche wieder aufgenommen, um den alten Ständestaat endlich umzubauen. Zwei von der Regierung der Großherzogtümer eingebrachte Verfassungsentwürfe scheiterten jedoch. Der Reichstag nahm sich mehrfach der mecklenburgischen Verfassungsfrage an. Da in Mecklenburg selbst die Versuche erneut stagnierten, kam es am 12. Dezember 1909 von liberaler Seite zu einer Interpellation im Reichstag mit dem Ziel, das Reich zum Eingreifen zu veranlassen. Das ist der Hintergrund dafür, daß sich jetzt das Staatsministerium mit der Frage befaßte. – Vgl. auch die Diskussion im Reichstag über die Verfassungsfrage in Mecklenburg am 11. Januar 1910: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 12–15.

[53] Beschlußfassungen im Bundesrat erfolgten bei 58 Stimmen mit einfacher Mehrheit. Verfassungsänderungen waren jedoch abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich hatten (Artikel 78 der Reichsverfassung).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident meinte, daß eine vorherige Verständigung mit den Parteien der Praxis der letzten Jahre entspreche. Im Reich sei jetzt mit diesem Prinzip gebrochen worden. Durch streng sachliche Begründung der Vorlagen und Festhalten an den einmal gemachten Vorschlägen werde dort versucht, der Regierung wieder eine ihr zukommende Stellung zu verschaffen.

Wenn nach der Anregung des Herrn Finanzministers[54] mit dem Abgeordneten von Heydebrand verhandelt werde und das Ergebnis negativ ausfalle, so erleide die Regierung sicher eine Niederlage. Der Situation auch in Preußen entspreche es mehr, dem Entwurfe lediglich die Gestalt zu geben, die an sich sachlich richtig erscheine, und ihn so dem Landtage vorzulegen. Zeige die Regierung solche Festigkeit und komme doch nichts zustande, so sei das zwar unerwünscht, bedeute aber für sie – nach Bismarckschen[55] Grundsätzen – nur eine Quittung, die ertragen werden könne.

Der Abgeordnete von Heydebrand, der ihn übrigens wie schon öfter so auch letzthin durch schlechte Stimmung zu vorzeitigem Abbruch einer Unterredung veranlaßt habe, werde sich vermutlich nicht einmal mit den Staatsministerialbeschlüssen vom 22. v. M.[56] unbedingt einverstanden erklären. Dazu komme, daß jede derartige Verhandlung beim Bekanntwerden, das doch nicht zu vermeiden sei, auf die Parteien verletzend wirke, mit denen nicht verhandelt werde.

Diese Ausführungen fanden die Zustimmung sämtlicher Herren Staatsminister, die sich dazu äußerten.

Die Beseitigung der indirekten Wahl hielt der Herr Ministerpräsident an sich für erwünscht, weil sie erst einen großen Gedanken, gewissermaßen erst Rückgrat, in die Vorlage bringe. Dagegen gebe er dem Herrn Finanzminister zu, daß durch die direkte Wahl das Gewicht der städtischen gegenüber den ländlichen Stimmen erhöht werde und daß deshalb das Verlangen nach möglichst genauen statistischen Angaben darüber, wie diese einen Sprung ins Dunkle bedeutende Verschiebung wirke, nicht unbegründet erscheine.

[*Erklärungen anderer Minister.*]

[54] Georg Frhr. von Rheinbaben (1855–1921), preußischer Finanzminister 1901–1910. – Der im folgenden genannte: Ernst von Heydebrand und der Lasa (1851–1924), Vorsitzender der Deutschkonservativen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus 1905–1918; MdR (Deutschkonsevativ) 1903–1918.

[55] Otto Fürst von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[56] Darüber gibt es kein Sitzungsprotokoll.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

15. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 8–26. MF 949. Rede. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 52–53 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 22. Januar 1910

[1. *Wahlrechtsreform: Der Innenminister äußert sich zu der Frage, ob die Verordnung über die Wahlen vom 30. Mai 1849 novelliert oder ein neues Wahlgesetz verabschiedet werden solle.*]

Der Herr Ministerpräsident stimmte dem Herrn Minister des Innern[57] darin zu, daß die Auswahl der Form lediglich eine taktische Frage sei. Handle es sich aber um eine solche, so sei es geboten, die Streitpunkte möglichst zu verringern.

Dem diene am besten die Novellenform, da sie den Entwurf an Stelle der Verordnung vom 30. 5. 1849[58] setze und damit ebenso wie diese ganz unter Verfassungsschutz stelle. Den Konservativen werde an diesem Endergebnis mehr liegen als an dem Definitivum, das die Form des verheißenen Wahlgesetzes biete.

Werde letzte Form – die nur mit einer sicheren Majorität durchzusetzen sei – beliebt, so werde sich Kritik natürlich von verschiedenen Standpunkten auch dagegen richten, daß nunmehr das definitive Wahlgesetz geschaffen werden solle und die Rückkehr zur Novellenform nicht mehr möglich sei, während im umgekehren Falle einem etwaigen Wunsche des Abgeordnetenhauses auf Herstellung der Form des Wahlgesetzes leicht entsprochen werden könne.

Wenn überhaupt etwas zustandekomme – was der Abgeordnete von Heydebrand ernstlich wolle –, so werde das Abgeordnetenhaus vermutlich die geheime Abstimmung beschließen und das Herrenhaus die öffentliche wiederherstellen. Es sei daher die Hauptsache, im Abgeordnetenhause von vornherein eine Verhetzung der Parteien zu verhüten, welche die spätere Annahme der öffentlichen Abstimmung dort unmöglich mache. Gelinge dies, so werde dann auch die an sich erwünschte Form des Wahlgesetzes wohl zu erreichen sein.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Außerhalb der Tagesordnung

2. schlug der Herr Ministerpräsident vor, die Behörden, nachdem die Verhandlungen im Reichstag und Abgeordnetenhaus über die Kattowitzer Vor-

[57] Friedrich von Moltke.

[58] Verordnung betreffend die Ausführung der Wahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer. Text (u. a.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte I S. 398–401.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gänge[59] abgeschlossen seien, wenn nicht schon geschehen, anzuweisen, daß zu Maßnahmen von solcher Bedeutung vorher die Zustimmung mindestens des Oberpräsidenten, ev. der Ministerialinstanz einzuholen sei.

Ferner bitte er, entsprechend dem Allerhöchsten Erlaß vom 6.1.1882[60] – St.M. 22 – und seinen eigenen Ausführungen im Abgeordnetenhause[61], gegen Beamte wegen bloßer sozialdemokratischer Abstimmung bei Wahlen nicht einzuschreiten, bevor das Staatsministerium nicht die unbedingte Notwendigkeit dazu anerkannt habe. Namentlich erscheine ihm, trotzdem es von den Konservativen gewünscht werde, ein Vorgehen gegen jeden Beamten im Westen, der bei Kommunalwahlen sozialdemokratisch stimme, um so weniger angebracht, als Versetzungen im Interesse des Dienstes in solchen Fällen nicht angängig seien. Agitatoren und staatliche Arbeiter nehme er selbstverständlich aus.

16. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 28. Januar 1910

Lieber Herr von Eisendecher!

Ich bin mit so viel Dank für freundliche Privatschreiben und insonderheit für Ihren herzlichen Neujahrsbrief im Rückstand, daß ich auf das vollgerüttelte Maß Ihrer Nachsicht rechnen muß. Sie wollen mir glauben, daß es mir nie an der guten Absicht fehlte. Vielleicht war es ein Fehler, daß ich jedes Mal länger schreiben wollte, weil ich manchen Gedanken gerade Ihnen gegenüber auszuführen wünschte, den ich hier in Berlin unausgesprochen lasse. So wurde aus dem Wunsche nach zu viel gar nichts. Deshalb will ich, damit heute diese Zeilen auch wirklich zum Schluß kommen, nur wenige Worte hinwerfen und Ihnen nur ganz kurz sagen, wie ich Ihnen auch dafür danke, daß Sie in den Schiffahrtsabgaben und in der Rastätter Bahn[62] mit so viel Geschick operirt haben. Dem habe ich es in erster Linie zu verdanken, daß ich gestern und heute den Großherzog in unveränderter gnädiger und deutscher Gesinnung fand, wobei er Ihrer an allererster Stelle gedachte. Ich habe mit dem hohen

[59] Oben Anm. 51. Vgl. dazu die Diskussion im Reichstag am 12., 13. und 19. Januar 1910: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 17–26, 50–61.

[60] Er garantierte die Freiheit der Stimmabgabe (bei Wahlen) für Beamte.

[61] Unten Nr. 55*.

[62] Im Bundesrat war 1909 ein Entwurf über die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf deutschen Flüssen den zuständigen Ausschüssen überwiesen worden. Die badische und die sächsische Regierung hatten Anfang Dezember gegenüber der preußischen Regierung für die Beibehaltung der Abgabenfreiheit plädiert. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 50 (1909) S. 349–350. – Rastätter Bahn: Es handelt sich vermutlich um die Murgtalbahn, die den Bahnknoten Rastatt mit Freudenstadt in Württemberg verbinden sollte. 1908 hatte sich Württemberg in einem Staatsvertrag bereit erklärt, dem grenzüberschreitenden Bahnbau zuzustimmen. Die Ratifikation des Abkommens zog sich jedoch bis 1912 hin.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herrn beide Fragen sehr offen besprochen und ihm zugesagt, daß ich alles daran setzen werde, um in der Schiffahrtsabgabensache, nachdem der Bundesrat prinzipiell entschieden haben wird, einen Weg zu finden, der den dissentirenden Staaten möglichst erträglich sein wird. Über den Zwischenfall bei der Kaisergeburtstagsfeier[63] war er noch nicht unterrichtet. Ich habe ihm den Inhalt Ihres soeben eingetroffenen Berichts N° 20 mitgeteilt. Er äußerte seinen ernsten Unwillen über die Rede Freys[64] und freute sich über die Erklärungen, die Ihnen Marschall und Bodman gegeben haben – die preußenfeindliche Stimmung, die sich auch in Baden breit macht, verursacht mir ernste Sorgen. In einem Ihrer letzten Berichte berühren Sie auch die Eisenbahnangelegenheiten. Wenn Sie sich über diese oder ähnliche Dinge, die berechtigten Grund zu Verstimmungen geben, und in denen ich helfen kann, in einem Privatbrief offen und ausführlich äußern wollen, werde ich Ihnen dankbar sein. Ich kann im Reichstage keine großen Vorlagen bringen, an denen auch Süddeutschland in freudigem Herzen mitarbeitet. Die preußische Wahlrechtsfrage wird die Sympathien auch nicht mehren. Um so dringender ist es notwendig, daß in dieser Krisis, die ich und wir durchhalten müssen, wenigstens negativ alles verhindert und vermieden wird, was den deutschen Gedanken schädigt.

Empfehlen Sie mich Ihrer Gemahlin angelegentlichst und erhalten Sie freundliche Gesinnung und Beistand

Ihrem stets aufrichtig ergebenen

17. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 56–69. MF 950. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 54–55 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 26. Februar 1910

[*1. Wohnungsgeldzuschuß für Beamte. – 2. Ernennungen.*]

[*3. Der Innenminister über die erste Lesung in der Wahlrechtskommission*[65].]

---

[63] Eisendecher war zur Geburtstagsfeier für Wilhelm II. in Karlsruhe eingeladen worden. In einer Rede aus diesem Anlaß wurde gegen die preußische Regierung polemisiert. Der Gesandte sprach sich darüber mit dem Oberbürgermeister aus, der sich für die Entgleisung entschuldigte.

[64] Vermutlich Wilhelm Friedrich Frey (1826–1911), Direktor der Großherzoglichen Gemäldegalerie in Mannheim seit 1895. – Die im folgenden genannten: Adolf Frhr. Marschall von Bieberstein (1848–1920), Minister des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten 1905–1911. – Heinrich Frhr. von und zu Bodman (1851–1929), badischer Minister des Innern 1907–1918.

[65] Inzwischen war am 4. Februar 1910 der Regierungsentwurf zur Wahlrechtsreform im Abgeordnetenhaus eingebracht worden. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 99–102. Ebenda S. 96–99 und 104–106 die Diskussion darüber in der Presse.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß er anfangs gezweifelt habe, ob der konservative Antrag nur ein taktischer Zug sei, der bloß den Zweck habe, überhaupt kein positives Ergebnis aus den Verhandlungen hervorgehen zu lassen. Nach inzwischen erhaltenen Nachrichten sei der Antrag jedoch völlig ernst gemeint, indem die direkte Wahl wegen der davon erwarteten Zunahme der Agitation von den konservativen für gefährlicher gehalten werde als die geheime. Und der Abgeordnete von Heydebrand beabsichtige, wenn er nicht etwa unbewußt andere Ziele verfolge, ehrlich auf eine Einigung mit den Nationalliberalen hinzuarbeiten. Von diesen sei der Antrag bisher trotz aller entgegengesetzter Bestrebungen von innen und außen nicht abgelehnt worden.

Nachdem die öffentliche Wahl von den Konservativen einmal für die Urwahlen preisgegeben sei, werde die Regierung sie auf die Dauer nicht mehr halten können. Werde von der Regierung die geheime Wahl für unannehmbar erklärt und an der Vorlage festgehalten, so werde nichts aus der Reform werden. Denn die direkte Wahl werde nun auch im Herrenhause schwerlich mehr durchzusetzen sein. Die Regierung stehe dann in der nächsten Session lediglich vor derselben Frage, nur unter erschwerten Umständen, nämlich gegenüber einem Abgeordnetenhause, das wenigstens für Urwahlen einmütig geheime Stimmabgabe fordere, so unklar die Stellung der Parteien auch sonst sein möge. Zu bedenken sei auch, daß die Regierungsvorlage, wenn es möglich gewesen wäre, sie dem Antrage entsprechend zu gestalten, in mancher Hinsicht doch mehr Hand und Fuß haben würde als jetzt.

Wolle die Regierung sich die Reform nicht von dem Abgeordnetenhause diktieren lassen, so werde sie wegen der Unmöglichkeit, direkte und geheime Wahlen zugleich zuzugestehen, zur zweiten Lesung wohl neue eigene Forderungen – ob nach vorheriger Einigung mit den Konservativen und Nationalliberalen könne dahingestellt bleiben – vorbereiten müssen. Die Gemeindedrittelung eigne sich kaum dazu, weil die Konservativen, soviel er wisse, in der Beziehung zu sehr dem Zentrum gegenüber gebunden seien. Die Bestimmungen über das Aufrücken in den Abteilungen nach anderen als Steuermerkmalen seien nur gemacht, um den Nationalliberalen entgegenzukommen und besser nicht zu sehr zu verteidigen, wenn den Nationalliberalen, wie es scheine, jetzt nichts mehr daran liege und insbesondere die Hoffnung des Abgeordneten von Heydebrand trüge, ihnen auf diesem Gebiete genügende Konzessionen machen zu können. Die dem gesamten Liberalismus unbequeme Maximierung werde zu ändern und auf die vom Herrn Minister des Innern früher erwogenen Vorschläge, wie Minimierung, Aufrücken nach Durchschnittssteuersätzen oder dergl., zurückzugreifen sein. Vielleicht werde auch die Änderung einiger weniger Wahlbezirke, gegen die indessen der Abgeordnete von Heydebrand sei, zu erwägen sein.

Zu den Lesungen des Entwurfs im Abgeordnetenhaus im Februar 1910: ebenda S. 109–127. Beschlüsse und Beratungen der Wahlrechtskommission im Februar 1910: ebenda S. 133–134, 137, 146, 154–156. Vgl. auch Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 538–540.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auf positive Mitarbeit der Nationalliberalen, die ev. gerade auf letzterem Wege zu gewinnen seien, lege auch er das größte Gewicht. Was zu tun sei, wenn doch bloß ein Werk der Konservativen und des Zentrums entstehe, brauche jetzt noch nicht entschieden zu werden. Durch vorzeitige Festlegung nach dieser Richtung sei die Regierung bei der letztjährigen Finanzreform in eine falsche Lage gekommen. Das dürfe sich nicht wiederholen. Die Hautpsache sei, eine gewisse Beruhigung im Lande zu erzielen und deshalb zu einem Abschlusse zu gelangen, mit dem man sich einigermaßen sehen lassen könne. Die Regierung müsse sich daher s.E. alle Auswege freihalten.

[*Äußerungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident pflichtete den Ausführungen des Herrn Staatsministers Delbrück bei. Selbst wenn das Herrenhaus seinerseits die Vorlage wiederherstelle, werde das Abgeordnetenhaus sie doch, auch zum zweiten Mal, ablehnen. Denn, nachdem von den Konservativen einmal ein Zugständnis an die geheime Stimmabgabe gemacht sei, werde weder die konservative noch die nationalliberale Partei wieder für öffentliche Wahl stimmen können.

Die bereits erwähnte Änderung einiger Wahlbezirke werde übrigens in beschränktem Umfange wohl nicht nur im Interesse der Nationalliberalen, sondern schon in dem der Regierung zu erwägen sein, um die von dem Herrn Minister des Innern befürchteten nachteiligen Folgen des Antrags wenigstens etwas auszugleichen.

[*Weitere Ausführungen anderer Minister zur Wahlrechtsreform.*]

4. Der Herr Ministerpräsident machte vertrauliche Ausführungen über die Gründe der äußeren und inneren Politik, aus denen es ihm z. B. unmöglich sei, die Verantwortung dafür zu tragen, daß nunmehr mit der Enteignung[66], wenn auch in schonendster Form, begonnen werde.

Daß die Enteignung als unentbehrlich gefordert, gegen große Widerstände durchgesetzt, aber nicht gleich angewandt worden sei, räche sich jetzt. Die damals ohnehin vorhandene Erregung wäre dann auch nicht viel größer geworden. Nun werde sie ebenso wie über die Schiffahrtsabgaben[67] ev. neu entfacht werden, und zwar bloß zu dem Zwecke, der Ansiedlungskommission 10.000 ha zu verschaffen. Das Polenproblem werde damit doch nicht gelöst, der Zweifel, ob weitere Enteignungen nötig seien, nicht beseitigt. Überdies werde der Schritt überflüssig, wenn es gelinge, 10.000 ha freihändig von Polen zu erwerben.

Er habe sich daher gefragt, ob auch alle Versuche gemacht seien, um ohne Enteignung auszukommen. Vielleicht sei es angängig, erst noch den Kardinal

[66] Enteignung polnischer Güter zur Weitergabe an deutsche Siedler.

[67] Über die Schiffahrtsabgaben, die auf deutschen Wasserstraßen und in Häfen für die Benutzung der Schiffahrtsanstalten erhoben wurden, war in jüngster Zeit Streit unter den deutschen Staaten ausgebrochen, da es um verschiedene Kanalisierungsprojekte, vor allem des Mains bis Bamberg, ging. Eine Einigung kam schließlich durch das Gesetz über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen und die Erhebung von Schiffahrtsabgaben vom 24. Dezember 1911 zustande.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kopp[68] in geeigneter Weise vertraulich zu verständigen, daß wegen der derzeitigen Unmöglichkeit, polnischen Grund und Boden zu erwerben, der Zeitpunkt, in dem enteignet werden müsse, immer näher rücke und höchstens hinauszuschieben sei, wenn die Polen wie früher verkäuflichen Besitz freihändig an die Ansiedlungskommission verkauften. Der Kardinal könne dann weiter gefragt werden, ob er zu einer entsprechenden Einwirkung imstande sei. Der Schritt sei ungewöhnlich, die Situation aber auch sehr ernst.

[*Der Landwirtschaftsminister besorgt unangenehme Fragen im Landtag wegen der Polenpolitik.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß derartige Fragen wohl nicht zu besorgen seien, wenn er sie, wozu er bereit sei, den Führern der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen als störend für die auswärtige Politik bezeichne.

[*Weitere Ausführungen anderer Minister.*]

18. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 71–92. MF 950. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 55–56 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 7. März 1910

[*1. Österreich und die geplanten Schiffahrtsabgben auf der Elbe. – 2. Wahlrechtsreform. Dazu Erläuterungen des Innenministers.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß er nach Abschluß der 2. Lesung, wie in der letzten Sitzung verabredet, mit den Parteien, ohne selbst Stellung zu nehmen, in Fühlung getreten sei. Danach scheine der Abgeordnete von Heydebrand seiner Partei nicht sicher zu sein, wenn er nicht bis zur Plenarberatung am nächsten Freitag[69] durch die Regierung unterstützt werde.

Der Abgeordnete Frhr. von Zedlitz[70] habe die Ablehnung des Kompromisses durch die Freikonservativen lediglich mit der Absicht, die Nationalliberalen zu halten, begründet.

---

[68] Georg von Kopp (1837–1914), Fürstbischof von Breslau 1887–1914; Mitglied des Herrenhauses 1886–1914.

[69] 11. März 1910. Dazu vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 179–189.

[70] Octavio Frhr. von Zedlitz und Neukirch (1840–1919), Mitglied des Abgeordnetenhauses (Freikonservativ) 1876–1918, dessen Vorsitzender 1908–1918. – Zum folgenden: Am 23. Februar 1910 hatte das Zentrum in Absprache mit den Konservativen der Wahlrechtskommission einen Kompromißvorschlag unterbreitet, der empfahl, die geheime Stimmabgabe bei den Urwahlen mit dem indirekten Wahlverfahren zu verknüpfen. Vgl. Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 548–549.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Von den Nationalliberalen werde das Kompromiß ohne Änderungen für unannehmbar erklärt. Gegenüber ihrem Verlangen nach größeren Bezirken für die Auswahl der Wahlmänner habe er darauf hingewiesen, daß hierin für sie doch kein Mittel zum Vorwärtskommen im Osten liege und daß schon allein die Tatsache eines in maßgebenden Punkten nach ihren Wünschen gestalteten Wahlrechts mit der Zeit liberalisierend wirken werde. Die weiteren nationalliberalen Forderungen, wie Drittelung in größeren als den Stimmbezirken und Vermehrung der Abgeordneten, seien aber, verglichen mit den in der Vorlage und dem Kompromiß gelösten Problemen, so untergeordnet, daß sie ihre Zustimmung mit der ihnen jetzt gebotenen Erfüllung großer liberaler Wünsche wohl rechtfertigen könnten.

Er habe aus der Besprechung den Eindruck, daß die Nationalliberalen ehrlich bemüht seien, einen Weg dazu zu finden.

Der Abgeordnete Dr. Porsch[71] habe geäußert, daß er die Wirkung der Gemeindedrittelung nicht zu übersehen vermöge, ein Nachgeben des Zentrums hierbei aber für sehr schwer halte. Der Abgeordnete Kirsch sei auf dringende Vorstellungen, daß das Zentrum in diesem Punkte nachgeben müsse, anscheinend ev. eher zu Konzessionen bereit gewesen.

Wegen des Aufrückens der Bildungsträger seien von keiner Seite übermäßig ernste Schwierigkeiten gemacht worden, so daß eine Einigung in der Hinsicht zu erzielen sein werde.

Taktisch sei es s.E. bedenklich, nach dem Vorschlage des Herrn Ministers des Innern[72] alles gehen zu lassen. Dann komme ev. gar nichts zustande. Wie sich die Frage gestaltet habe, lege er aber großen Wert darauf, daß etwas, momentan sogar daß, wenn nicht anders, etwas durch Zentrum und Konservative allein zustande komme. Die Erregung im Volke sei zwar z. Zt. teilweise künstlich hervorgerufen, aber doch seit 1906 stetig gewachsen. Wenn alles scheitere, werde sie im nächsten Winter noch größer und der Ausfall der Reichstagswahlen noch schlechter werden. Was solle nun im Winter geschehen? Was für eine Vorlage solle die Regierung dann einbringen? Falls die nationalliberale Partei wieder einmal zeige, daß auf sie kein Verlaß sei, wäre ihm daher wenigstens ev. eine Verständigung der Regierung mit Konservativen und Zentrum doch noch lieber als nichts. Ein bloß unter den Parteien ohne die Regierung, gewissermaßen hinter ihrem Rücken vereinbartes Abkommen, das diese dann unverändert annehmen müsse, erscheine ihm ebensowenig erträglich, wie er die Verantwortung für das Scheitern des Kompromisses mit der halbgeheimen Wahl nicht übernehmen könne. Er schlage deshalb vor, möglichst ohne sich selbst zu binden, auf eine Einigung zwischen Konservativen und Nationalliberalen hinzuwirken. Eine auf solcher Grundlage beruhende Reform werde im Herrenhause durchgehen oder doch mit einigem Druck durchzubringen sein.

[71] Felix Porsch (1853–1930), Mitglied des Abgeordnetenhauses (Zentrum) 1884–1918, dessen erster Vizepräsident 1903–1918. – Der im folgenden genannte: Theodor Kirsch (1847–1911), Mitglied des Abgeordnetenhauses (Zentrum) 1894–1911; MdR 1898–1911.

[72] Friedrich von Moltke.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Andernfalls werde das Herrenhaus allein schuld sein, was besser sei, als die Schuld auf die Regierung allein zu übernehmen. Mißglücke der Einigungsversuch aber, so könne immer noch eine abwartende Stellung eingenommen und mit der unsicheren Haltung der Parteien begründet werden. Daß die Regierung eine Reform von Konservativen und Zentrum allein nicht nehme, dürfe aber auch dann nicht gesagt werden.

[*Erwiderung des Innenministers.*]

Der Ministerpräsident entgegnete, daß die öffentliche Wahl bereits durch die Einbringung des konservativen Antrags für die Dauer preisgegeben sei. Die halbgeheime Wahl könne er so unhaltbar nicht finden. Warum solle es insbesondere Wahlmänner nicht mehr ebenso wie jetzt geben? Die öffentliche Wahl der Abgeordneten hingegen entspreche dem indirekten Wahlsystem, da der Wahlmann als Angehöriger einer Partei gewählt werde, seine Abstimmung mithin für seine Wähler auch kontrollierbar sein müsse. Andererseits werde die direkte Wahl auch fernerhin an dem Widerstand der Konservativen scheitern. Selbst wenn sie wider alles Erwarten durchginge, würde in kürzester Frist doch die öffentliche Wahl auch fallen. Gerade weil die direkte Wahl indessen nicht zu haben sei und die Regierung nicht zwei Hauptprinzipien zugleich aufgeben könne, halte er an seiner Absicht fest.

[*Der Finanzminister empfiehlt Besprechung mit einigen Herrenhausmitgliedern.*]

Der Ministerpräsident versprach sich von solchen Unterredungen keinen Erfolg. Der Hauptritterschaftsdirektor von Buch[73], mit dem er bereits gesprochen habe, sei noch nicht ganz entschieden, verwerfe aber eigentlich wohl jede Änderung, namentlich die direkte Wahl wegen ihrer Folgen für die Agitation. Der Graf Eulenburg habe sich Herrn Staatsminister Delbrück gegenüber ausweichend ausgesprochen. Da von dem Frhr. von Manteuffel nicht mehr herauszubekommen sein werde, so werde die Haltung des Herrenhauses lediglich von der Energie der Regierung abhängen. Schwanke sie, so werde dort nichts zu erreichen sein.

[*Einwürfe des Kultusministers und des Innenministers.*]

Der Herr Ministerpräsident glaubte nach allen seinen Wahrnehmungen nicht, daß der Abgeordnete von Heydebrand, der ihm gegenüber am nächsten Tage mit Verlusten gerechnet, sie aber nicht so schlimm angesehen habe, falsches Spiel treibe, wohl aber, daß er jeden Fehler der Regierung benutzen werde, um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Die Regierung dürfe gerade darum nicht teilnahmslos bei der Verteidigung ihrer Vorlage stehen bleiben

[73] Leopold von Buch-Carmzow (1850–1927), Hauptritterschaftsdirektor der Kur- und Neumark; MdR (Freikonservativ) 1901–1918; Mitglied des Herrenhauses 1912–1918. – Die im folgenden genannten: August Ludwig Graf zu Eulenburg (1838–1921), General der Infanterie; Minister des königlichen Hauses und Mitglied des Herrenhauses 1907–1921. – Otto Frhr. von Manteuffel (1844–1913), Mitglied des Herrenhauses (Deutschkonservativ) 1883–1913, desssen Präsident 1908–1912.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und müsse sich einmischen, allerdings nur, wenn der Abgeordnete von Heydebrand sich für das Festhalten seiner Partei an dem Kompromisse verbürge. Dem Zentrum und den Konservativen, die mit den Freikonservativen über 300 Stimmen verfügen, müsse für den Fall des Mißlingens aller Bemühungen die Möglichkeit zu der Behauptung abgeschnitten werden, daß von ihnen eine das Wahlrecht organisch fortentwickelte Reform angeboten worden sei, die Regierung aber, wie bei der Finanzreform[74], nicht den Mut gehabt habe, rechtzeitig zuzugreifen.

[*Äußerungen des Staatsministers C. Delbrück.*]

Der Ministerpräsident fügte dem noch hinzu, daß die Regierung sich des Vorwurfs der Illoyalität aussetze, wenn sie erst auf Grund des Kompromisses verhandele und die geheime Wahl nachher doch ablehnen wolle. Die prinzipielle Zustimmung dazu sei in dem Eingehen auf Verhandlungen bereits enthalten. Sei die Regierung aber schon so weit, so werde sie sich auch bei der voraussichtlichen Generaldiskussion des Plenums nicht erst stellen lassen, sondern sich wohl vorher erklären müssen. Sie könne auch, wenn bei der 2. Lesung außer den Radikalen die nationalliberale Partei allein noch – sei es auch unter allem Vorbehalt für die 3. Lesung – dagegen stimme, unmöglich sagen, daß sie das Kompromiß nur bei Zustimmung der Nationalliberalen annehme.

[*Erklärungen weiterer Minister.*]

19. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 103–123. MF 951. Rede. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 55–56.

Berlin, 9. März 1910

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes beraten und beschlossen wurde.

Vor der Tagesordnung.

1. Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß er gemäß dem Wunsche des Staatsministeriums vom 7. d.M mit dem Grafen Eulenburg, dem Freiherrn von

[74] In den Monaten November 1908 bis Juli 1909 wurde im Reichstag eine Finanzreform erarbeitet, die heftig umstritten war. Deshalb kam die erhoffte grundsätzliche Neuorganisation des Reichsfinanzwesens nicht zustande. Am 15. Juli 1909 wurde ein Bündel von neuen Steuergesetzen verabschiedet, das aber nicht die erhofften Mehreinnahmen erbringen konnte. Das politische Ergebnis der mageren Reform waren die Sprengung des konservativ-liberalen Bülow-Blocks und der Rücktritt des Reichskanzlers Bernhard von Bülow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Manteuffel und Exzellenz Becker[75] die Lage[76] besprochen habe. Übereinstimmende Ansicht der beiden Erstgenannten, jedoch ohne Übernahme irgendwelcher Garantie, sei gewesen, daß das Herrenhaus, wenn die Regierung allen Nachdruck einsetze, schließlich keinen Widerstand gegen das Kompromiß leisten und sich im Falle des Beitritts der nationalliberalen Partei sich leichter fügen werde. Graf Eulenburg habe noch geäußert, daß seine ganze Hoffnung gewesen sei, die Regierung werde von dem Gesichtspunkt aus, mit der Vorlage ihre Pflicht getan zu haben, fest bleiben und für die Frage, ob er denn glaube, daß es eigentlich im Reiche weiterzukommen sei, geantwortet: „Ja, aber schwer!“ Exzellenz Becker habe gefragt, warum nicht direkte und geheime Wahl zusammen gefordert werde, da erst dann Ruhe zu erwarten sei; wenn die Regierung ernstlich wolle, sei das Kompromiß im Herrenhause gegen einige wenige Mitgieder, denen es wegen Fehlens der direkten Wahl nicht weit genug gehe, durchzusetzen. Den Wert des Beitritts der Nationalliberalen habe auch Exzellenz Becker nicht verkannt, indesen hinzugesetzt, die Regierung werde sich doch daran nicht binden, da sie im Reichstag ja auf Konservative und Zentrum angewiesen sei. Wie er aus seinen Erfahrungen in Cöln bestätigen könne, lasse sich auch mit diesen Parteien gut regieren.

Der Abgeordnete von Heydebrand, der z. Z. zurückkhaltend, aber sehr höflich sei, habe mit dem Abgeordneten Schiffer[77] bisher kein Ergebnis erzielt, aber nach seinen Äußerungen die Hoffnung, einstweilen nur für die zweite, nicht auch schon für die dritte Lesung aufgehoben.

Da ein so weiter Aufschub gefährlich sei, habe er den Freiherrn von Zedlitz heute gebeten, auf Konservative und Nationalliberale möglichst zu drükken.

Der Abgeordnete Dr. Friedberg[78] sei heute zugänglicher gewesen als letztlich der Abgeordnete Schiffer, der sich bei den vielen von ihm geführten Verhandlungen wohl viel zu sehr auf Einzelheiten festgelegt habe. Ersterer meine, daß die nationalliberale Partei das Kompromiß nur tragen könne, wenn es noch erheblich verbessert werde. Für die Auswahl der Wahlmänner sei dem Dr. Friedberg anscheinend der Amtsbezirk ausreichend. Daß es in Hannover und Hessen-Nassau keine Amtsbezirke gebe, sei ihm nicht wesentlich, da seine Partei dort keine Änderungen brauche, welche vielmehr nur erstrebe, um im Osten Erfolge zu erreichen. Die Hauptsache sei den Nationalliberalen jetzt die Beseitigung oder Unschädlichmachung der Maximierung und der Drittelung in den Urwahlbezirken, und zwar weil die rheinisch-westfälische Großindustrie sonst neue Mandatsverluste befürchte.

---

[75] Wilhelm (1911: von) Becker (1835–1924), Oberbürgermeister von Köln 1886–1907; Mitglied des Herrenhauses 1891–1918; dessen erster Vizepräsident 1908–1918.

[76] Bei der Reform des preußischen Wahlrechts.

[77] Eugen Schiffer (1860–1954), Mitglied des Abgeordnetenhauses (Nationalliberal) 1904–1918; MdR 1912–1917.

[78] Robert Friedberg (1851–1920), Mitglied des Abgeordnetenhauses (Nationalliberal) 1886–1918; Fraktionsvorsitzender ab 1906, Parteivorsitzender 1913–1918; Staatsminister und Vizepräsident des Staatsministeriums November 1917–November 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vielleicht liege in der Abhängigkeit der Nationalliberalen von ihren dortigen Anhängern der Schlüssel der Situation. Er beabsichtige, lediglich unter Hinweis auf den dieser Auffassung dienenden Leitartikel in Nr. 261 der Rheinisch-Westfälischen Zeitung[79] dem Abgeordneten von Heydebrand noch das große politische, namentlich für die Handelspolitik wichtige Interesse daran vorzustellen, daß die nationalliberale Partei von der Großindustrie abhängig bleibe.

Von der Regierung habe der Abgeordnete von Heydebrand eine bestimmte Stellungnahme z. Z. nicht verlangt, vielmehr nur gewünscht, seiner Fraktion sagen zu dürfen, daß er Grund habe zu glauben, die Regierung werde auf den Boden des Kompromisses treten, wenn dies sachlich ihren Wünschen angepaßt und mit großer Mehrheit angenommen werde. Andernfalls habe der Abgeordnete von Heydebrand gefürchtet, daß er seine Partei nicht in der Hand behalte, diese sich ev. von den in ihr schon stark hervortretenden kritischen Elementen bestimmen lasse und womöglich gar nichts annehme.

Er habe dem Abgeordneten von Heydebrand erwidert, sich erst an das Staatsministerium wenden zu müssen, und bitte nun, ihn nicht nur jenem, sondern auch dem Abgeordnetenhause gegenüber zu einer solchen Erklärung in zurückhaltender Form zu ermächtigen, wenn dort ebenfalls die Frage nicht zu umgehen sei, wie sich die Regierung bei Ablehnung des Kompromisses durch die Nationalliberalen verhalten werde.

Sachlich komme er immer mehr zu der Überzeugung, daß die Annahme des Kompromisses selbst bei Zustimmung der wohl noch zu gewinnenden Freikonservativen für die Regierung, die sich dann natürlich als Dienerin des „schwarzblauen Blocks“ hingestellt werden würde, sehr unangenehm, das Interesse an dem durch das Kompromiß ermöglichten Fortgange der Geschäfte des Landes aber größer sei. Da die Regierung im Reichstage überdies noch öfter in die Lage kommen werde, Beschlüssen der Konservativen und des Zentrums zuzustimmen, so vermöge er die Verantwotung für ein „Nein“ gegen eine 2/3-Mehrheit wegen der Nationalliberalen nicht zu übernehmen.

Der Seniorenkonvent habe übrigens beschlossen, bei der 2. Lesung in keine förmliche Generaldebatte einzutreten. Von Zentrum und Konservativen werde, wie ihm versichert sei, erklärt werden, daß ihrerseits auch sonst von der Beteiligung an generellen Erörterungen tunlichst abgesehen werde, weil dazu erst ein Überblick über das Gesetz als Ganzes möglich sein könne. Die Regierung werde sich wohl ebenso zu verhalten und nötigenfalls nicht zu Anfang, sondern erst nach den Wortführern der wichtigsten Parteien eine ähnliche Erklärung (deren ungefährer Wortlaut verlesen wurde) abzugeben haben.

Bei der 2. Lesung werde von den Konservativen zunächst Wiederherstellung der öffentlichen Wahl beantragt werden, um bei deren wahrscheinlicher

[79] In Essen von 1883 bis 1944 erscheinende Zeitung, die vom Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum des rheinisch-westfälischen Industriegebiets gelesen wurde. – Der hier angesprochene Artikel in der Nr. 261 vom 8. März 1910, Abendausgabe, S. 1: „Verständigung zwischen Nationalliberalen und Konservativen“ (eine befriedigende Lösung der Wahlrechtsfrage sei überhaupt nicht möglich).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ablehnung einen Übergang zu dem Kompromiß zu haben. Werde die öffentliche Wahl dabei etwa angenommen, so werde die Vorlage in die Kommission zurückverwiesen werden. Dort werde die Abstimmung ebenso verlaufen wie früher und dann unter allen Umständen für Ablehnung der öffentlichen Wahl im Plenum gesorgt werden. Der Abgeordnete von Heydebrand, der ihm diese Erklärungen gemacht habe, wolle also ernstlich das Kompromiß sowie eine Verständigung darüber mit den Nationalliberalen und begreife vollkommen, wie schwer die Entscheidung sei, vor der das Land stehe.

Er beabsichtige, dem Abgeordneten von Heydebrand gleichwohl noch besonders zu sagen, daß er für seine Person größtes Gewicht auf positive Mitarbeit der Nationalliberalen lege.

[*Ausführungen des Innenministers.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß eine solche Vorlage, der sich die Regierung unter dem verschärften Druck in der nächsten Session schwerlich entziehen könne, auch dann nicht die Zustimmung der Konservativen finden, auf der anderen Seite aber den Kampf um das Klassenwahlrecht entfesselt werde.

Die jetzige Vorlage aber lediglich wegen der geheimen Wahl zurückzuziehen sei nicht möglich. Denn die notwendige Folge davon würde sein, daß die Regierung in der neuen Vorlage, ohne Unterstützung von irgendeiner Seite zu erhalten, bei der öffentlichen Wahl bleibe, was der Herr Minister des Innern[80] ja selbst nicht für angängig halte.

Seine Majestät habe ihm allerdings auch kürzlich noch gesagt, nicht weiter gehen zu wollen als die Vorlage. Er habe darauf erwidert, daß man vorläufig wohl noch keine festen Entschlüsse fassen könne; es frage sich, ob das Kompromiß in den Verhandlungen nicht eine unerträgliche Gestalt erhalte, so daß das Staatsministerium zu seiner Annahme raten müsse. Seine Majestät habe hiergegen ebensowenig wie gegen spätere ähnliche Vorstellungen des Geheimen Kabinettsrats[81] Widerspruch erhoben. Da wegen der Reise Seiner Majestät eine Allerhöchste Entschließung nicht mehr rechtzeitig genug herbeizuführen sei, werde dem Abgeordneten von Heydebrand zu sagen sein, daß das Staatsministerium seine – danach einzurichtende – Erklärung aus diesem Grunde nur für sich und ohne Genehmigung Seiner Majestät abgeben könne.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident entgegnete, daß der Abgeordnete von Heydebrand die gewünschte Erklärung als absolut notwendig bezeichnet habe. Gewiß sei es gleichwohl möglich, ihm zu sagen, daß im Staatsministerium Bedenken erhoben worden seien und die dann erforderliche Entscheidung Seiner Majestät sich z. Z. nicht herbeiführen lasse. Dann werde der Abgeordnete von Heydebrand wahrscheinlich doch einen Versuch in seiner Partei machen, die Gegenströmung gegen jede Änderung aber in der Partei wohl zu übermäch-

[80] Friedrich von Moltke.

[81] Rudolf von Valentini.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tig werden, daß er die nächste Gelegenheit ergreifen müsse, um den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Auch werde nicht nur der Regierung vom Abgeordneten von Heydebrand mit Recht vorgeworfen werden können, daß sie seine Lage gekannt, aber nicht berücksichtigt habe, sondern es werde auch nichts ins Herrenhaus kommen. Das Unterlassen der Erklärung wirke mithin ebenso wie ein Zurückziehen der Vorlage. Die Gefahr, daß die Erklärung ohne Einfluß bleibe, müsse aber übernommen werden. Wenn ein großer Teil der Konservativen doch absplittere, habe die Reform überhaupt keinerlei Aussichten.

Voraussetzung für die Erklärung sei auch m. E., daß der Abgeordnete von Heydebrand sich für seine Partei von ganz geringen Ausnahmen abgesehen verbürge.

In der Erklärung vor dem Hause[82] beabsichtige er natürlich alles zu vermeiden, das die nationalliberale Partei etwa veranlassen könne, ihre Mitwirkung für unentbehrlich zu halten.

[*Erklärungen des Handelsministers.*]

Der Herr Ministerpräsident bestätigte, daß er ganz so, wie es der Herr Handelsminister[83] wünsche, auf die Konservativen einzuwirken beabsichtige. Glücke eine Einigung zwischen Konservativen und Nationalliberalen trotzdem nicht, so werde der Widerstand gegen das Kompromiß im Herrenhause zunehmen. Mithin werde es unter allen Umständen leicht bleiben, das Kompromiß dort zu Falle zu bringen, wenn die Regierung es von Zentrum und Konservativen schließlich doch nicht nehmen wolle. Andererseits gelange ohne die Erklärung gegenüber dem Abgeordneten von Heydebrand überhaupt nichts in das Herrenhaus. In Volk und Presse sei damit nichts gewonnen. Da werde statt von der starken, vielmehr von der ungeschickten Regierung gesprochen werden, die nicht das, was möglich gewesen sei, erreicht habe.

Ob die Bewegung im Volke bei der Reichsfinanzreform so groß geworden sein würde, wenn nicht infolge der Ereignisse im November 1908[84] und später zugleich eine Krisis in der Person des Fürsten Bülow hinzugekommen wäre, sei ihm übrigens mindestens sehr zweifelhaft.

Falls das Staatsministerium auf einer Beteiligung der Nationalliberalen an dem Kompromiß entscheidenden Wert lege, lasse sich in der Erklärung eine entsprechende Andeutung machen. Dies sei aber mißlich, weil der Abgeordnete Dr. Friedberg jetzt zur großen Empörung des Abgeordneten von Heydebrand plötzlich behauptet habe, die geheime Wahl bringe den Nationalliberalen wenig, dagegen sei die direkte mit Hauptstimmen für sie von weit größerer Bedeutung.

[*Ausführungen weiterer Minister.*]

---

[82] Dem Preußischen Abgeordnetenhaus am 12. März 1910, vor dem Bethmann Hollweg zur Wahlreform kurz Stellung nahm. Vgl. unten Nr. 70*.

[83] Reinhold von Sydow (1851–1943), preußischer Handelsminister 1909–1918.

[84] Gemeint ist die „Daily-Telegraph-Affäre“.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident wandte ein, daß die direkte Wahl der Vorlage im Herrenhause wahrscheinlich, im Abgeordnetenhause sicher keine Aussichten habe. Sei dies aber richtig, so folge aus den eigenen Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers[85], daß von jeglicher Reform abzusehen oder daß, da dies unmöglich sei, im Herbst die geheime und direkte Wahl vorzuschlagen sei.

[*Ansichten weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident legte entscheidendes Gewicht darauf, daß die Reform des Wahlrechts ja später desto größere Opfer erfordern müsse. Während 1906 die Nationalliberalen noch für die öffentliche Wahl gewesen seien, würde die Regierung sogar, wie jetzt erkennbar sei, mit ihrer demokratisch sehr weitgehenden Vorlage, nur auf Konservative und Zentrum, von denen aber namentlich das Zentrum dafür keinesfalls mehr eintreten könne, angewiesen sein.

Widerspruch gegen die Vorschläge des Herrn Ministerpräsidenten wurden schließlich nicht erhoben.

[*2. Beratung eines Entwurfs des Zuwachssteuergesetzes.*]

20. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 128–134. MF 951. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 56–57 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 15. März 1910

Das Staatsministerium trat heute im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes beraten und beschlossen wurde:

Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß die gestern schon geringe Hoffnung auf eine Verständigung der vier großen Parteien über die Wahlrechtsreform heute anscheinend völlig aufgegeben sei. Die nationalliberale Partei habe nämlich beschlossen, gegen alles zu stimmen, wenn ihre Anträge 2. Lesung über Gemeindedrittelung, Wahlmännerauswahl und Minimierung[86] nicht unverändert angenommen würden. Die freikonservative Partei machte ihren Beitritt zu dem Kompromiß, in Besorgnis vor zu großen Erfolgen der Polen und Sozialdemokraten, namentlich in den Industrievororten der größeren Städte, davon abhängig, daß die Drittelung in den Urwahlbezirken bei der 3. Lesung

[85] Bernd von Arnim-Criewen (1850–1939), preußischer Landwirtschaftsminister 1906–Juni 1910.

[86] Gemeindedrittelung: Einteilung der drei Wählerklassen nicht in den alten Urwahlbezirken, sondern in den Gemeindebezirken (die der Bevölkerungsentwicklung besser gerecht wurden). – Minimierung: Herabstufung des Steuerbetrags der Klassen I bis III, z. B. in Klasse III von 5 auf 3 Mark, um eine etwas ausgeglichenere Verteilung der Wähler zu ermöglichen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

abgeschwächt werde. Das Zentrum sei bereit, in der Drittelungsfrage etwas, aber den anderen nicht genug, nachzugeben. Die konservative Partei wolle das Zentrum nicht im Stiche lassen und lehne ihrerseits die Landkreise als Bezirke für die Auswahl der Wahlmänner ab.

Es frage sich nun, ob und wie die Regierung, die sich bei der 2. Lesung am 12. d.M. ja noch Freiheit der Entschließung vorbehalten habe, jetzt Stellung nehmen solle. S.E. sei das Kompromiß wegen seiner Verwerfung durch die Nationalliberalen umsoweniger abzulehnen, als ihre Forderungen – im Gegensatze zu der Lage bei der Reichsfinanzreform[87] – nur durch einseitige Mandatsinteressen bestimmt seien. Andererseits vermöge er die Hoffnung nicht aufzugeben, daß in weiteren Stadien der Verhandlungen noch eine Grundlage gefunden werde, die den Freikonservativen, ev. sogar den Nationalliberalen den Anschluß ermögliche. Die Regierung werde sich also insoweit freie Hand behalten müssen, jedoch keine Erklärung abgeben dürfen, welche die Konservativen brüskiere. Er wolle daher nicht so weit in der Zustimmung gehen wie die erste der beiden unterm 15. d.M. – St.M. 1140 – mitgeteilten Fassungen[88], die eigentlich auch positive Beteiligung der Nationalliberalen zur Voraussetzung gehabt habe, [er] sei vielmehr für die zweite.

[*Ausführungen und Vorschläge anderer Minister. Diskussion über die zwei Varianten einer Stellungnahme der Regierung im Abgeordnetenhaus.*]

21. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1355. Telegramm in Ziffern. Behändigtes Reinkonzept in Maschinenschrift. Praes.: 2. April 1910 p.m.

[Ohne Nr.] Florenz, 2. April 1910

Der Minister des Äußern San Giuliano[89] ist gestern Abend spät hier eingetroffen, um mich zu besuchen. Gerade mit Rücksicht auf die ihm nachgesagte Franzosenfreundlichkeit erachte ich es für erfreulich, daß unser Zusammentreffen in der Form eines Besuches von ihm erfolgte. Nachdem ich mich in Rom durchweg darauf beschränkt habe, die Beteuerungen bundesfreundlicher Gesinnung mit Dank entgegenzunehmen, ohne meinerseits irgend welche Avancen zu machen, und nachdem ich dort auch dem Könige[90] gegenüber immer nur dem Gedanken Ausdruck gegeben habe, daß, wie mir scheine, Italien unter dem Dreibunde seine Entwickelung erfreulich habe fördern können,

[87] Von 1908.

[88] Vgl. Bethmann Hollwegs Erklärung dazu am 16. März 1910 im Abgeordnetenhaus: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 199; ferner Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 57 Anm. 2 (oben).

[89] Antonio Marchese di San Giuliano (1852–1914), italienischer Außenminister 1905–1906, 1910–1911, 1914.

[90] Viktor Emanuel III. (1869–1947), König von Italien 1900–1946.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werde ich denselben Ton auch in meinen Gesprächen mit Giuliano nur noch etwas verstärkt anschlagen.

Da Giuliano bis heute Abend hier bleibt, bitte ich Allerunterthänigst meine Abreise bis morgen Mittag verschieben zu dürfen, und zugleich um allergnädigsten Befehl, ob ich mich Montag Nachmittag[91] bei Ew. Majestät in Homburg zum Vortrag melden darf. Mit Ew. Majestät Erlaubnis würde ich Nachmittags 4 Uhr dort eintreffen.

Allerunterthänigst

22. Bethmann Hollweg an Heeringen[92]

BA Berlin, R 43/1252, f. 62. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Zu Rk. 1429. Berlin, 9. April 1910

Nach dem in Abschrift beigefügten Gutachten des Herrn Staatssekretärs des Reichs-Justizamts[93] vom 21. Februar 1910, dessen Ausführungen ich beitrete, stehen dem Vorschlag, bei der Neuregelung der Friedenspräsenzstärke einzelne Bundesstaaten mit eigener Militärverwaltung[94] zur Gestellung der Friedenspräsenz des deutschen Heeres in stärkerem Maße heranzuziehen, als dem Verhältnis der Bevölkerungsziffer der übrigen Bundesstaaten entspricht, Bedenken aus den Vorschriften der Verfassung des Deutschen Reichs[95] entgegen, die den Versuch einer anderen Lösung der Frage erforderlich machen werden. Indem ich Euer Exzellenz hiernach das Weitere überlasse, bemerke ich, daß die Stellungnahme zu der finanziellen Seite der Angelegenheit zunächst vorbehalten bleiben muß.

[91] 4. April 1910.

[92] Josias von Heeringen (1850–1926), preußischer Kriegsminister 1909–1913.

[93] Hermann Lisco (1850–1923), Staatssekretär des Reichsjustizamts 1909–1917. – Akten zur Heeresvorlage vom November 1910 sind in: BA Berlin, R 43/1252. Ausführliche Behandlung: Der Weltkrieg. Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft I S. 97–106.

[94] Dazu gehörten außer Preußen die drei Königreiche Bayern, Württemberg und Sachsen.

[95] In Frage kommen Artikel 57–68 der Reichsverfassung von 1871, insbesondere Art. 60. – Zum erstenmal wurde die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres durch das Reichsmilitärgesetz von 1874 festgelegt (401.659 Mann). Es folgten weitere Gesetze, die eine kontinuierliche Heeresvermehrung herbeiführten. 1909 betrug die Friedenspräsenzstärke 503.702 Mann.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

23. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 180, f. 41–43. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Kanzleihandschrift.

[Ohne Nr. Berlin, 15. April 1910, 5 Uhr 48 Min. pm.
Ankunft: 15. April1910, 7 Uhr 45 Min. pm.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät danke ich alleruntertänigst für das so überaus gnädige Handschreiben von gestern. Ich habe sofort an Graf Bernstorff[96] wegen des militärischen Empfanges telegraphiert und werde nach Eingang seiner Antwort sofort weiteren alleruntertänigsten Vortrag halten.

Wegen der Wahlversammlungen[97] darf ich, vorbehaltlich des eingehenden Berichts des Ministers, Folgendes ehrerbietigst melden: Versammlungen unter freiem Himmel müssen nach dem Vereinsgesetz genehmigt werden, wofern nicht begründeter Anlaß für die Annahme vorliegt, daß die öffentliche Sicherheit durch ihre Abhaltung gefährdet werden würde. Es muß in jedem einzelnen Falle geprüft werden, ob diese Annahme begründet ist. Es ist also nach dem Gesetz unmöglich, ein für allemal vorzuschreiben, daß etwa in Berlin grundsätzlich keine solchen Versammlungen abgehalten werden dürfen. Im übrigen sind an den Polizeipräsidenten v. Jagow[98] im März keine Gesuche um Gestattung von Versammlungen allein, sondern immer nur von Versammlungenn in Verbindung mit Straßenaufzügen gewährt worden. Diese hat er abgelehnt, und er hat auch jetzt Aufzüge zum Zwecke der politischen Demonstration in keinem Falle gestattet.

Ich halte dies für durchaus richtig und gesetzlich begründet. Bei der im März herrschenden Erregung, bei der Absicht der Veranstalter, die Demonstrations-Umzüge während der Anwesenheit Euerer Majestät in Berlin ihr Ziel vor dem Könglichen Schlosse stattfinden zu lassen, bestand allerdings die dringende Besorgnis, daß die öffentliche Sicherheit gefährdet werden würde. Jetzt liegen die Verhältnisse anders. Es war die Genehmigung lediglich zu Versammlungen erbeten. Ein Aufzug in den Straßen war nicht geplant. Die allgemeine Erregung hatte sich, wie sich schon an den Osterfeierlichkeiten gezeigt hatte, wesentlich verringert. Es konnte also nicht nachgewiesen werden, und der Erfolg hat es bestätigt, daß die Abhaltung der Versammlungen die öffentliche

[96] Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862–1939), Botschafter in Washington 1908–1917. – Über den im folgenden erwähnten militärischen Empfang wurde nichts ermittelt.

[97] In mehreren großen deutschen Städten hatten in den voraufgegangenen Wochen Kundgebungen und Versammlungen zur Wahlrechtsreform in Preußen (sie wurde gerade im Preußischen Abgeordnetenhaus debattiert) stattgefunden. Am 23. März 1910 ersuchte z. B. die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, bei den Staatsbehörden zu erwirken, Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel in Berlin zu erlauben. Der Berliner Polizeipräsident gab am 7. April die von ihm zunächst verweigerte Erlaubnis zur Abhaltung einer Versammlung im Humboldtshain. Vgl. die einschlägigen Einträge in Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1916) S. 189–214.

[98] Traugott von Jagow (1865–1941), Polizeipräsident in Berlin 1909–1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sicherheit gefährden werde. Herr v. Jagow mußte also die Genehmigung erteilen, wenn er mit dem klaren Wortlaute des Gesetzes im Einklang bleiben wollte. Ich erachte es aber für äußerst bedenklich, die Bestimmungen des Vereinsgesetzes, deren Handhabung überdies der Kontrolle des Reichstags unterliegt, in einer nicht streng dem Gesetz entsprechenden Weise anzuwenden. Die Regierung darf nie ungesetzlichen Boden betreten. Je peinlicher sie das Gesetz beobachtet, um so fester ist ihre Berechtigung begründet, wenn es die Not erfordert, den Übertretern des Gesetzes mit Gewalt entgegenzutreten. Ich habe diese Grundsätze selbst mit Herrn v. Jagow besprochen und muß mich in Person schuldig bekennen, wenn ihre Anwendung den Allerhöchsten Intentionen Euerer Majestät nicht entsprochen hat.

Meine Frau dankt ehrerbietigst für die gnädigen Grüße Euerer Majestät. Leider läßt ihre Gesundheit zur Zeit viel zu wünschen übrig. Um sich gänzlich auszuruhen, geht sie Montag für mehrere Wochen nach Meran.

Alleruntertänigst

24. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 139–145. MF 952. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 57–58.

Berlin, 18. April 1910

[*1. Der Innenminister über die erste Sitzung der Herrenhauskommission zur Wahlrechtsreform.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß ihm gestern abend von dem Hauptritterschaftsdirektor von Buch und dem Grafen Yorck[99] bezeichnet worden sei, daß auf den Eventualantrag nicht wieder zurückgekommen werde. Der Prinzipalantrag sei von ihnen damit begründet worden, daß durch die Änderungen des Wahlrechts die Grundlage der Verfassung insofern geändert werde, als das Abgeordnetenhaus eine neue Zusammensetzung erhalte, die neue Vorschriften über Verfassungsänderungen nötig mache. Wie aus weiteren vertraulichen Äußerungen hervorgegangen sei, fehle es ihnen an Zutrauen in die Widerstandskraft der Regierung gegen demokratische Wünsche; dieser Mangel an Zutrauen sei so verbreitet, daß möglicherweise, wenn keine Sicherung im Sinne der Anträge eintrete, ein größerer Teil der Alten Fraktion[100] gegen die geheime Wahl und das ganze Gesetz stimmen werde.

Er habe ihnen mit derselben Offenheit seine Gegenansichten entwickelt. S.E. sei die Frage an sich diskutabel, ob der Schutz gegen Änderungen der Ver-

[99] Heinrich Graf Yorck von Wartenberg (1861–1923), Fideikommißbesitzer; Mitglied des Herrenhauses 1898–1918.

[100] Der Deutschkonservativen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fassung, zu denen übrigens schon in der Urkunde von 1848 eine 2/3-Mehrheit für nötig erklärt worden sei[101], wie anderwärts (sogar auch im Reiche) einer Verstärkung bedürfe.

Es erscheine ihm aber unmöglich, bei der gegenwärtigen Gelegenheit sich auf eine Verkoppelung dieser Frage mit der Wahlrechtsreform einzulassen. Einmal bedeute die Bedingung einer 2/3-Mehrheit gerade jetzt, wo die konservative Partei, und zwar sie allein, über mehr als 1/3 der Stimmen im Abgeordnetenhause verfüge[102], also jede Verfassungsänderung unmöglich machen könne, nichts Anderes als die Errichtung einer konservativen Diktatur. Andererseits werde die Verkoppelung bei den Freikonservativen und der Neuen Fraktion[103] auf schärfsten Widerstand stoßen. Das Staatsministerium wolle die Reform aber auch sachlich möglichst so gestalten, daß sie für diese annehmbar sei, und doch nicht bloß nehmen, was von den Kompromißparteien des Abgeordnetenhauses diktiert werde. Ob das Zentrum die Anträge übrigens für wichtiger ansehen werde als das Kompromiß, sei ihm, da der Abgeordnete v. Heydebrand ähnliche Pläne schon vor längerer Zeit einmal erwähnt habe, immerhin zweifelhaft. Sachlich könne es, da die Reform von seinem Standpunkt aus ja nur eine Abschlagszahlung bilde, den Anträgen eigentlich nicht beitreten. Vielleicht tue es dies aber doch, um das Bündnis mit den Konservativen noch mehr zu befestigen. Gebe die Regierung dem konservativen Ansinnen nach und folge das Zentrum[104], so werde darin allgemein die Besiegelung ihrer völligen Unterwerfung unter die konservativ-klerikale Herrschaft erblickt werden.

Es möge zutreffen, daß sich jetzt, wie der Hauptritterschaftsdirektor von Buch meine, die einzige Gelegenheit zu solchen Verfassungsänderungen biete. Die Regierung müsse damit aber die Richtigkeit des inneren Grundes für die Änderung, nämlich ihre eigene Schwäche, zugeben, was der Öffentlichkeit nicht verborgen bleiben und um so schädlicher wirken werde, als die Regierung sich notgedrungen in der Wahlrechtsfrage bisher ohnehin nicht sehr stark habe zeigen können. Da ihm gestern Abend im Übrigen weitestes Entgegenkommen gegen die Regierungswünsche bei der Drittelungsfrage und den Kulturträgern[105] in Aussicht gestellt sei, so empfehle er, den Anträgen des Grafen Yorck zwar mit größter Entschiedenheit, aber doch in freundlicher Form entgegenzutreten. Um Mißstimmungen zu vermeiden, werde es außerdem zweckmäßig sein, den Grafen Eulenburg vorher zu verständigen und die Erklärung nicht eher abzugeben, als bis ein Anlaß dazu von anderer Seite geboten werde.

---

[101] Sowohl in der sogenannten oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 (Artikel 106) als auch in der revidierten Verfassung vom 31. Januar 1850 (Artikel 107) ist bei Verfassungsänderungen nur die absolute Stimmenmehrheit erforderlich.

[102] Die Deutschkonservativen verfügten in der Legislaturperiode 1908/13 über 152 Sitze bei 443 Sitzen insgesamt.

[103] Das ist der liberale Flügel der Freikonservativen.

[104] Das im Preußischen Abgeordnetenhaus über 104 Sitze verfügte.

[105] Das sind die Wahlberechtigten u. a. mit höherem Schulabschluß (Abitur).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nachdem noch die Frage, ob der Rechtsstandpunkt der Kommission nicht etwa durch den Herrn Justizminister[106] zu vertreten sei, erwogen, aber verneint worden war, stellte der Herr Ministerpräsident das Einverständnis des Staatsministeriums mit den gemachten Vorschlägen fest.

[*2. Tagegelder für Mitglieder einer Reichstagskommission.*]

25. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 180, f. 44–46. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 3. Berlin, 19. April 1910, 2 Uhr 55 Min. pm.
Ankunft: 19. April 1910, 6 Uhr 15 Min. pm.

Euerer Majestät melde ich über den Fortgang der Arbeiten der Herrenhauskommission in der Wahlrechtsvorlage[107] alleruntertänigst Folgendes:

Die äußerste Rechte des Herrenhauses will für das Prinzip der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses nur stimmen, wenn in Verbindung mit dem neuen Wahlgesetz der Artikel 107 der Verfassung[108] dahin abgeändert wird, daß in Zukunft Änderungen der Verfassung allgemein, eventuelle Änderungen des neuen Wahlgesetzes nur mit 2/3 Mehrheit des Landtags beschlossen werden können. An sich mag es diskutabel sein, ob es zweckmäßiger ist, Verfassungsänderungen von einer qualifizierten Mehrheit oder, wie es gegenwärtig Rechtens ist, von einfacher Mehrheit, aber wiederholter Abstimmung mit einem 21tägigen Zwischenraum, abhängig zu machen. Eine solche, das gesamte Verfassungsleben des Staates festlegende Maßregel könnte aber nur der Initiative der Staatsregierung entspringen, kann ihr nicht als Gelegenheitsgesetz vom Parlament und als Bedingung für die Annahme eines einzelnen Gesetzes aufgedrängt werden. Ginge die Staatsregierung jetzt auf diesen Vorschlag ein, so würde sie ihre Abhängigkeit von einer parlamentarischen Mehrheit, der sie schon notgedrungen bei Annahme der die Regierungsvorlage geradezu umstoßenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses Ausdruck geben mußte, völlig besiegeln. Sie kann es um so weniger, als der Antrag von den Konservativen ausgeht und diese gegenwärtig im Abgordnetenhause über mehr als 1/3 der Stimmen verfügen, also jede Verfassungsänderung gegen den Willen der Regierung mit ihren alleinigen Stimmen vereiteln könnten. Im Interesse der Staatsautorität, deren Wahrung ich in den gegenwärtigen Zeiten für die erste Aufgabe der Regierung ansehe, habe ich geglaubt, unter Zustimmung des gesamten

[106] Maximilian von Beseler (1841–1921), preußischer Justizminister 1905–1917.

[107] Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 236–237; Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 559–561.

[108] Er lautet: „Die Verfassung kann auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung abgeändert werden, wobei in jeder Kammer die gewöhnliche absolute Stimmenmehrheit bei zwei Abstimmungen, zwischen welchen ein Zeitraum von wenigstgens ein und zwanzig Tagen liegen muß, genügt."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Staatsministeriums[109], diese Verkoppelung der Verfassungsfrage mit der Wahlrechtsfrage für unannehmbar erklären zu müssen. Im Interesse der Wahrung derselben Autorität hielt ich es für notwendig, diese Erklärung ohne allen Zeitverlust abzugeben, damit der Öffentlichkeit jede Möglichkeit genommen würde, die Haltung der Regierung zu kritisieren. Euere Majestät bitte ich unter diesen Umständen alleruntertänigst um allergnädigste Nachsicht, daß ich eine entsprechende Erklärung ohne vorherige Einholung Euerer Majestät Befehle soeben in der Kommission abgegeben habe und diesen Schritt huldreichst billigen zu wollen.

Die Bestimmungen über die Kulturträger sind gestern mit Stimmengleichheit gestrichen, die Vorschriften über die Drittelungsbezirke in durchaus ungenügender Weise verändert worden. Ich habe in diesen beiden Beziehungen erklärt, daß die Staatsregierung auf einer weiteren Ausgestaltung bestehen müsse.

Ich darf Euerer Majestät nicht verschweigen, daß das Zustandekommen des Gesetzes durch die bisherige Haltung der Kommission und die dadurch bedingte Stellungnahme der Regierung ins Unsichere gerückt ist. Ich würde aber Euerer Majestät niemals empfehlen können, ein Gesetz zu sanktionieren, das in allen seinen wichtigen Bestimmungen durchweg auf dem Diktat der Konservativen und des Zentrums beruhte, das die Zustimmung selbst der neuen Fraktion[110] des Herrenhauses und der Freikonservativen im Abgeordnetenhause nicht fände, von den Nationalliberalen ganz zu schweigen, und das den gerechtfertigten Forderungen der Regierung nicht entspräche. Ansehen und Autorität der Regierung würden damit unter den entscheidenden Willen einer Parlamentsmehrheit gebeugt und so geschädigt werden, daß selbst das Scheitern der Vorlage als geringeres Übel angesehen werden müßte. Selbstverständlich bleibe ich mit allen Mitteln bestrebt, innerhalb der vorgezeichneten Grenzen für das Zustandekommen des Gesetzes zu wirken.

26. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 12. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 20. April 1910

Verehrter Herr Graf[111]!

In aller Eile ein kurzes Wort aufrichtigen Dankes für Ihr freundliches Schreiben von gestern Abend. Ich hoffe d r i n g e n d, daß das Herrenhaus zu

[109] Vgl. die vorangehende Nr.

[110] Das ist die liberale Fraktion der Konservativen.

[111] Bogdan Graf von Hutten-Czapski (1851–1937), Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1895–1918; Schloßhauptmann von Posen 1901–1918; Referent für Ostfragen im Großen Hauptquartier 1914; Berater des Generalobersten von Beseler in polnischen Fragen 1915–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beschlüssen kommt[112], die ich akzeptiren kann. Hatzfeldt schien mir gestern geneigt, an dieser Möglichkeit zu verzweifeln und deshalb schon jetzt Scheitern der Vorlage im Herrenhause ins Auge zu fassen. So weit sind wir noch nicht. Meines Dafürhaltens sollte das ganze Herrenhaus, soweit es nicht eben prinzipiell auf ein negatives Ergebnis hinsteuert, dem positiven für die Regierung annehmbaren Ziele zustreben. Daß ich auf Ihre weitere Untersützung rechnen kann, weiß ich.

Aufrichtigst
Ihr

27. Bethmann Hollweg an Heeringen

BA Berlin, R 43/1252, f. 65–66. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Rk. 1928. Berlin, 25. April 1910

Geheim!

[*Zwei Bezugsschreiben.*]

Im Anschluß an mein Schreiben vom 9. April 1910 – Rk. Nr. 1429[113] –, betreffend die Neuregelung der Friedenspräsenzstärke des Heeres, beehre ich mich, hinsichtlich der finanziellen Seite der Angelegenheit das Nachstehende mitzuteilen.

Bei Durchführung der früheren Heeresverstärkungen wurde mit der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke so frühzeitig vorgegangen, daß vielfach wegen der Kürze der Zeit zunächst nur eine vorläufige und erst später die endgültige Unterkunft bereitgestellt werden konnte. Hierdurch wurden doppelte Kosten verursacht. So z. B. mußten aus Anlaß der letzten Heeresverstärkung – soweit aus dem letzten Stand ersehen werden kann – für vorläufige Unterkunft Ausgaben in Höhe von mehr als 2 Millionen Mark geleistet werden, die bei anderem Verfahren wahrscheinlich hätten vermieden werden können (vgl. Etat für 1905 Kapitel 5 der einmaligen Ausgaben Titel, 13, 14, 15, 17, 19, 32, 36, 37, 59, 120 und 129). Ein gleiches Vorgehen kann für die Folge nicht als vertretbar angesehen werden.

Ferner ließen sich bei dieser Art der Durchführung von Heeresverstärkungen die Bedürfnisse nicht von vornherein so übersehen, daß eine rechtzeitige und ordnungsgemäße Einzelveranschlagung möglich gewesen wäre. Es wurden daher große Pauschsummen in den Etat eingestellt, die zum Teil später

[112] Am 19. April 1910 hatte eine Kommission des Herrenhauses Änderungen zur Regierungsvorlage über eine Reform des preußischen Wahlrechts mit 10 gegen 9 Stimmen angenommen. Sie bestanden in einer komplizierten Drittelung der Wahlberechtigten. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 379–382; Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 559–569. – Der im folgenden genannte: Hermann Fürst von Hatzfeldt-Trachenberg (1848–1933), Freier Standesherr; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1878–1918.

[113] Oben Nr. 22.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erhöht werden mußten und nicht rechtzeitig abgewickelt werden konnten. So sind insbesondere aus Anlaß der letzten Heeresverstärkung und der damit verbundenen dauernden Festlegung der zweijährigen Dienstzeit bei den Fußtruppen Pauschsummen im Gesamtbetrag von rund 23 Millionen Mark angefordert worden, die zum größeren Teil jetzt noch nicht erledigt sind (vgl. Etat für 1905 Kapitel 6 der einmaligen Ausgaben Titel 44, 126 und 82, Etat für 1906 Kapitel 6 Titel 55, 104 und 155 sowie Etat für 1907 Kapitel 5 Titel 60). Auch diese Behandlung der Angelegenheit ist für die Folge nicht mehr angängig, vielmehr müssen alle Bedürfnisse für jeden Standort einzeln veranschlagt und auf den Etat gebracht werden. Im übrigen gestatte ich mir, noch darauf hinzuweisen, daß sich alle Anforderungen in den für die nächsten Jahre aufzustellenden Finanzplan werden einfügen müssen. Um in dieser Beziehung eine gewisse Übersicht zu gewinnen und Stellung nehmen zu können, darf ich E.pp. um eine geneigte Mitteilung bitten, welche einzelnen Einrichtungen und Geldbeträge zur Durchführung der Heeresverstärkung in jedem Jahre erforderlich sein werden.

Nach meinem Schreiben vom 17. März 1916 – 1.2688 – sind für das Rechnungsjahr 1911 besondere Mittel überhaupt nicht verfügbar. Es würden daher Maßnahmen der Heeresverstärkung nur insoweit ausgeführt werden können, als sich die Kosten dafür in Grenzen des im Etat für 1910 bereitgestellten Gesamtbetrages halten. Hiernach wäre in erster Linie zu erwägen, ob nicht die Einbringung des Gesamtentwurfs über die Erhöhung der Präsenzstärke – wie es im Jahre 1904 geschehen ist – um ein Jahr verlegt werden könnte. Sollte dies aus besonderen Gründen nicht angängig sein, so käme weiter in Betracht, die Aufstellung der neuen Formationen in der Weise vorzunehmen, daß sie erst in weiteren Jahren allmählich unter Einpassung in den allgemeinen Finanzplan und unter Vermeidung der obenerwähnten Unzuträglichkeiten erfolgt.

28. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 180, f. 49–50. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 7. Berlin, 27. April 1910, 7 Uhr 38 Min. pm.
Ankunft: 27. April 1910, 8 Uhr 45 Min. pm.

Euer Majestät melde ich zum Stande der Wahlrechtsfrage alleruntertänigst Folgendes.

Das Herrenhaus wird morgen, wie mit ziemlicher Sicherheit vorauszusehen, den von mir als unannehmbar bezeichneten Antrag wegen der Verfassungsänderung ablehnen und die Bestimmung über die Kulturträger[114] in akzeptabler Gestalt annehmen. In der Frage der Bildung der Drittelungsbezirke

[114] Bethmann Hollweg hatte eine breiter gefaßte Interpretation des Begriffs „Kulturträger“ gefordert. – Zur Sache vgl. oben Nr. 25.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würde gegen die Stimmen der neuen Fraktion eine Fassung erreichbar sein, die zwar auch vom Zentrum und den Konservativen des Abgeordnetenhauses angenommen werden, aber nicht den Erfordernissen entsprechen würde, welche die Staatsregierung stellen muß, um einerseits einem übermäßigen Eindringen der Sozialdemokraten und Polen einen Riegel vorzuschieben, andrerseits der großen Industrie, namentlich in Rheinland-Westfalen, ihre Chancen für Vertretung im Abgeordnetenhause offen zu halten. Fortschreitende [= Fortschrittliche] Konservative und Nationalliberale im Abgeordnetenhaus würden deshalb auch dagegen stimmen. Außer aus den angegebenen Gründen scheint mir für die Regierung die Annahme einer solchen Fassung um deswillen unmöglich zu sein, weil es aller Welt bekannt sein würde, daß sie sich nur um deswillen mit ihr begnügte, weil das Zentrum etwas Weitgehendes [= Weitergehendes] nicht erlaubt. Eine solche offenkundige Beugung des Staates unter den Willen des Zentrums erachte ich grade in dieser Frage für unerträglich. Sie würde die Regierung diskreditieren und eine Gesundung unserer innerpolitischen Zustände für die nächste Zukunft ausschließen. Wenn ich morgen im Herrenhause auf einer anderen Fassung bestehe, wird diese möglicherweise durchzusetzen sein, aber es wird die Gefahr damit heraufbeschworen, daß die Sache dann im Abgeordnetenhause scheitert. Trotzdem glaube ich, selbst auf diese Gefahr hin, Eure Majestät alleruntertänigst bitten zu sollen, ein solches Vorgehen allergnädigst gutheißen zu wollen. Ich hoffe imstand zu sein, morgen persönlich in das Herrenhaus zu gehen[115].

Alleruntertänigst

29. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 180, f. 51–52. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 8. Berlin, 28. April 1910, 8 Uhr 25 Min. pm.
Ankunft: 28. April 1910, 9 Uhr 35 Min. pm.

Alleruntertänigste Meldung.

Das Herrenhaus hat soeben die ersten fünf Paragraphen der Wahlrechtsvorlage mit der geheimen und indirekten Wahl angenommen und einen Antrag auf Wiederherstellung der öffentlichen Wahl, die in Rücksicht auf die Stellung des Abgeordnetenhauses das ganze Gesetz zum Scheitern gebracht haben würde, abgelehnt und sich darauf vertagt[116]. Morgen fällt die Entscheidung über den von mir als unannehmbar bezeichneten Antrag wegen der Verfassungsänderung, über die Kulturträger und die Drittelungsbezirke sowie über das ganze Gesetz. Nach der Stimmung, die heute herrscht, ist anzunehmen,

[115] Vgl. die folgende Nr.

[116] Vgl. unten Nr. 90*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß die von mir befürworteten Anträge durchgehen. Über die Annahme dieser Anträge durch das Abgeordnetenhaus bleiben die Zweifel bestehen, über die ich Euerer Majestät gestern berichtet habe[117]. Um nach dieser [*Lücke in der Vorlage*; *gemeint*: Seite] hin vorzuarbeiten, wird meine Anwesenheit hier voraussichtlich auch noch am Sonnabend[118] notwendig sein. Euere Majestät wage ich deshalb untertänigst zu bitten, meinen Vortrag erst in Wiesbaden[119] halten zu dürfen. Es ist mir sehr schmerzlich, daß zuerst meine Gesundheit und jetzt die Parlamentsverhandlungen es mir schlechterdings unmöglich gemacht haben, mich gerade jetzt, wo in den Reichslanden so wichtige Fragen zu verhandeln sind[120], den Befehlen Euerer Majestät an Ort und Stelle zur Verfügung zu stellen.

Meine Frau schreibt mir ganz beglückt über die große Gnade, die Euere Majestät für sie zu ihrem Geburtstage[121] gehabt haben. Euere Majestät bitte ich, auch meinen ehrfurchtsvollsten Dank dafür huldvollst entgegenzunehmen.

Alleruntertänigst

30. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 13–14. Privatdienstbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Berlin, 30. April 1910

Lieber Graf Hutten-Czapski.

Für die Freundlichkeit, mit der Sie die Güte gehabt haben, mich noch gestern Abend über die Stimmung der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses zu unterrichten, sage ich Ihnen verbindlichen Dank. Gewiß wird es mir, wie stets, eine Freude sein, mich mit Herrn Dr. Friedberg über die Situation zu unterhalten. Allerdings konnte ich ihm über die Haltung der Regierung nur wiederholen, was ich schon in der Öffentlichkeit und, wie ich glaube, mit voller Deutlichkeit ausgesprochen habe.

Aus sachlichen Gründen staatlichen Interesses habe ich auf denjenigen Änderungen der Vorlage bestanden, die gestern das Herrenhaus sanktionirt hat[122]. Daß sich diese Änderungen auf einer Linie bewegen, die auch die Mittelparteien für die richtige halten, ist mir und der Sache selbst und wegen un-

[117] Die vorangehende Nr.

[118] 30. April 1910.

[119] Der Kaiser hielt sich noch in Homburg auf.

[120] Dort wurde gerade im Landesausschuß über den Gebrauch der deutschen und der französischen Sprache dabattiert. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 269–270.

[121] Am 21. April.

[122] Am 29. April 1910 hatte das Herrenhaus in der Schlußabstimmung die von Bethmann Hollweg eingebrachte Wahlrechtsvorlage mit 140 gegen 94 Stimmen angenommen. Vgl. ebenda S. 254–256.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

serer allgemeinen politischen Entwickelung besonders erfreulich gewesen. Immerhin habe ich diese Coincidenz der Interessen niemals ausdrücklich hervorgehoben, weil mir keine der Mittelparteien ihre Zustimmung zum Gesetz für den Fall der Annahme der Änderungen in Aussicht gestellt hatte. Ich habe deshalb auch jede Anknüpfung an diesen Gedanken selbst dann vermieden, als Herr Oberbürgermeister Holle[123] in der Herrenhauskommission die Zustimmung eines großen Teil der Nationalliberalen in Aussicht stellte, wofern die Drittelungsfrage in dem Sinne des späteren Antrages Schorlemer[124] gelöst werden würde, und gleichartige Ansichten in den Couloirs des Herrenhauses zirkulirten.

Wie sich die nationalliberale Partei jetzt dem fait accompli gegenüberstellen wird, wird nach meiner Überzeugung für das Schicksal der Vorlage nicht nur, sondern auch für die weitere Gestaltung unserer parteipolitischen Konstellationen von ausschlaggebender Bedeutung sein. Durch den Verlauf der Dinge im Abgeordnetenhaus war die nationalliberale Partei in eine negative Stellung versetzt worden. Jetzt ist eine neue Plattform geschaffen, auf der auch ihr die Möglichkeit zu freiem Entschluß, sei es nach der positiven, sei es nach der negativen Seite, aufs neue gegeben ist. Sie, verehrter Herr Graf, wissen zu genau, wie fest ich davon überzeugt bin, daß allein positives Handeln die Gewinnung von Einfluß verbürgt, als daß ich Ihnen gegenüber dies näher auszuführen brauche. Ich kann mir aber kaum schmeicheln, daß diese meine Überzeugung weiter Wirkungen ausübt. Ich wiederhole jedoch, daß falls Herr Dr. Friedberg oder Herr Dr. Schiffer irgendwie den Wunsch haben, mit mir über die gegenwärtige Lage zu sprechen, mir der Besuch dieser Herren eine besondere Ehre und Freude sein wird.

Stets Ihr aufrichtigst ergebener

[123] Wilhelm Holle (1866–1945), Oberbürgermeister von Essen 1907–1918; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1907–1918.

[124] Clemens von Schorlemer(-Lieser) (1856–1922), Großgrundbesitzer; Oberpräsident der Rheinprovinz 1905–1910; Landwirtschaftsminister 18. Juni 1910–1917; Mitglied des Preußischen Herrenhauses (Deutschkonservativ) 1901–1920. – Zu seinem Antrag über die Drittelung in den Urwahlbezirken in den großen Städten und Industriebezirken vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 254–256; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 382–383; Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 563–564.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

31. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 148–157. MF 952. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 58–59 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 24. Mai 1910

[*1. Ernennungen. – 2. Nachtrag zum Staatshaushalt. – 3. Zurückstellung eines Gesetzentwurfs. – 4. Reisekosten der Staatsbeamten. – 5. Wohngeldzuschuß. – 6. Herrenhausberufungen. – 7. Wahlrechtsreform.*]

Der Herr Ministerpräsident meinte ferner unter Zustimmung des Herrn Ministers des Inneren[125], daß das Staatsministerium in eine erneute Erörterung über die Wahlrechtsreform zurzeit nicht eintreten könne, da die Entschließungen der Parteien noch nicht bekannt seien. Im Allgemeinen werde die Regierung wesentliche Abweichungen von den Herrenhausbeschlüssen nicht annehmen und auf ev. neue Anträge nur erklären können, daß zu verbindenden Äußerungen darüber erst die zuständigen Entscheidungen eingeholt werden müßten. Ergebe sich bei den Verhandlungen, daß die Reform sicher scheitern werde, so werde sie zurückzuziehen oder noch besser der Landtag alsbald zu schließen sein. Für letzteren Fall komme es darauf an, welche der bisher nicht erledigten Vorlagen so dringlich seien, daß ihre Erledigung nicht unterbleiben könne.

32. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 159–164. MF 952. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 59.

Berlin, 26. Mai 1910

[*1. Eine Ernennung. – 2. Wahlrechtsreform.*]

2. Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß der Seniorenkonvent des Abgeordnetenhauses vereinbart habe, alle Anträge zur Wahlrechtsvorlage bereits heute zu stellen, von einer erneuten Kommissionsberatung abzusehen, die Sitzung, wenn noch eine Klärung nötig sei, vielmehr für kurze Zeit auszusetzen und möglichst am 28. d. M. die Schlußabstimmung vorzunehmen.

Das Zentrum beabsichtige, Wiederherstellung der Abgeordnetenhausbeschlüsse zu beantragen. Die konservative Fraktion wolle nicht für diesen Antrag stimmen. Sie habe laut vertraulicher Mitteilung nach langer Beratung

[125] Friedrich von Moltke.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die vom Herrenhause beschlossene Regelung der Drittelungsfrage gegen 12 Stimmen abgelehnt und werde den im Herrenhause regierungsseitig für nicht genügend erklärten Antrag Graf Behr[126] (Nr. 67 der Drucks[achen] des H[erren]H[auses], S. 29) wiederaufnehmen. Der Abgeordnete von Heydebrand habe diese Haltung in der Fraktionssitzung damit begründet, daß die Fraktion sich vom Zentrum nicht trennen könne, weil die Nationalliberalen zu unzuverlässig und auch die Freikonservativen nicht sicher genug seien. Die nationalliberale Fraktion sei über diese ihr volle Freiheit gebende Stellungnahme der Konservativen sehr befriedigt und werde nun ganz liberale Anträge stellen.

Das Staatsministerium habe sich s.Z. entschlossen, auf das Prinzip der indirekten Wahl mit geheimer Abstimmung einzugehen und im Herrenhause versucht, hierfür eine Form zu finden, die den staatlichen, zugleich allerdings auch den freikonservativen und nationalliberalen Interessen entspreche. In der Herrenhauskommission sei die Regierung nun durch den erwähnten Antrag Graf Behr in eine Zwangslage gekommen. Sie habe diesen Antrag verwerfen müssen, weil die dadurch erzielte Verbesserung zu gering gewesen sei, und so erreicht, daß das Herrenhaus den Antrag Freiherr v. Schorlemer (Drucks. Nr. 72) fast einstimmig angenommen habe. Nun trotzdem noch nachzugeben sei, wenn die Regierung nicht jedes Ansehen im Parlament und in der Öffentlichkeit verlieren wolle, ganz unmöglich. Wenn sie das wollte, hätte sie von vornherein danach handeln und im Herrenhause nicht so, wie geschehen, auf Änderungen bestehen dürfen.

Unter den jetzigen Umständen sei s.E. der Zentrumsantrag als unannehmbar zu bezeichnen und auf den konservativen zu erklären, niemand könne annehmen, daß die Regierung dazu andere Stellung nehmen werde wie im Herrenhause. Gehe der konservative Antrag mit Zentrumshilfe durch, so werde natürlich ohne jede Erregung zu sagen sein, daß die Regierung, so leid es ihr tue, nicht anders zu können, auf die weitere Beratung keinen Wert mehr lege; ebenso wenn etwa im § 6 bei der Drittelungsfrage überhaupt eine Lücke entstehe. Die Verbindung von direkter und geheimer Wahl müsse, falls ein dahingehender Antrag – was leicht möglich sei – angenommen werde, wie bisher für unannehmbar erklärt werden. In das Schicksal anderer Anträge zu Nebenfragen, wie Maximierung, Kulturträger etc., werde nicht einzugreifen sein.

Politisch bedauere er den nach alledem wahrscheinlich negativen Ausgang der Reform, noch mehr aber dessen Folgen für unsere fernere Parteienentwickelung. Die Kluft zwischen Konservativen und Nationalliberalen werde sich weiter vertiefen und letztere Partei hierdurch noch mehr nach links gedrängt werden. Im Abgeordnetenhause werde man so zu klaren Verhältnissen

[126] Carl Graf von Behr (1865–1933), Fideikommißbesitzer; Mitglied des Herrenhauses (Alte Fraktion) 1909–1918. – Der Antrag Behr besagte, daß in ländlichen Stimmbezirken alles beim alten, in Orten mit bis zu 5.000 Einwohnern durch die ganze Gemeinde gedrittelt und in Städten über dieser Einwohnerzahl Drittelungsbezirke mit maximal 5.000 Einwohnern eingeführt werden sollten. (Kühne, Dreiklassenwahlrecht S. 562–563.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kommen, nämlich zu einer schwerlich segensreichen Herrschaft der Konservativen und des Zentrums. Was im Reichstag werde, sei eine andere Frage. Jedenfalls sei das Zentrum in beiden Parlamenten Herr der Lage. Denn die konservative Fraktion leiste der Regierung nur deshalb Widerstand, weil das Zentrum es so wolle. Die Absicht dabei sei offenbar: Alleinherrschaft der Konservativen und des Zentrums. Die Regierung könne sich wohl vor dem Willen der Parteien vielleicht im Einzelfalle einmal beugen, aber nicht, wenn es sich wie jetzt um eine Direktive für die Gesamtpolitik handle.

Seine Majestät stehe auf demselben Standpunkt und wünsche namentlich, daß die Regierung unter keinen Umständen, um das Gesetz zustande zu bringen, ihre Autorität leiden lasse.

[*Erklärungen anderer Minister. Der Kultusminister wünscht dennoch eine Verständigung und schlägt als Ausweg eine Verbindung des konservativen Antrags mit anderen Anträgen vor.*]

Der Herr Ministerpräsident entgegnete, indem er die gestellten Anträge einzeln durchging, daß zu einer solchen Kombinierung geeignete Anträge nicht vorlägen. Die Regierung habe sich bei ihrem Vorgehen im Herrenhause zwar auch durch taktische Gründe, aber nicht allein durch solche bestimmen lassen. Denn das Staatsministerium sei doch aus rein sachlichen Gründen der von ihm jetzt noch geteilten Ansicht gewesen, daß die geheime Wahl zusammen mit der Maximierung und der Anrechnung von 4 statt 3 M[ark] für die nicht zur Staatseinkommensteuer veranlagten Wähler zu demokratisch wirke. Für die konservative Fraktion seien übrigens ebenfalls politische Gründe, und zwar bis zu dem Grade entscheidend, daß sie sich sogar nicht einmal dazu verstehen wolle, für die doch unzweifelhaft konservativen Herrenhausbeschlüsse zu stimmen.

Da sich die Regierung entschlossen habe, einen Ausgleich in jenen zu demokratischen Punkten bei den Herrenhausverhandlungen zu erstreben, so habe notwendig einmal der Moment kommen müssen, sich für bezw. gegen bestimmte Anträge zu entscheiden. Dieser Moment sei eingetreten bei dem – von den Freikonservativen und Nationalliberalen im Abgeordnetenhause bereits verworfenen – Antrage Graf Behr. Daß der Antrag Graf Behr die äußerste Grenze dessen bedeute, was das Zentrum ev. zugestehen wolle, sei damals bekannt gewesen, so daß die Regierung, wenn sie darauf eingegangen wäre, bewiesen hätte, sie begnüge sich mit dem, was das Zentrum gestatte. Allerdings sei mit der entgegengesetzten Stellungnahme der Regierung gewiß ein Risiko verbunden gewesen, aber, wie sich aus den Reden der Konservativen des Herrenhauses ergebe, kein übermäßiges.

Die konservative Hilfe, die er keineswegs unterschätzen wolle, habe in ihrem Kern doch darin bestanden, daß die Vorlage vollständig umgekehrt und der Regierung zugemutet worden sei, sich dem unter völligen Verzicht auf jede eigene Meinung zu fügen. Damit würde sie, da das Herrenhaus wohl für die Abgeordnetenhausbeschlüsse zu gewinnen gewesen wäre, diese jetzt durchge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bracht, also zwar etwas Positives erreicht, aber auch die parlamentarische Herrschaft besiegelt haben[127].

[*Äußerungen weiterer Minister.*]

33. Bethmann Hollweg an Lerchenfeld

BA Berlin, R 43/1252, f. 107. Schreiben. Konzept in Maschinenschrift.

RK 2678/10. Hohenfinow, 3. Juli 1910

Hochzuverehrender Herr Gesandter[128]!

Euere Exzellenz beehre ich mich, auf das geneigte Schreiben vom 24. Mai d. J. – Nr. 1000 – ergebenst zu erwidern:

Nachdem zwischen dem Reichs-Justizamt und dem Königlich Preußischen Kriegsministerium über die demnächstige Regelung der Friedenspräsenzstärke eine grundsätzliche Einigung im Sinne des von der Königlich Bayerischen Regierung gemachten Vorschlags erfolgt ist, kann auch ich meine anfänglichen Bedenken gegen diesen Vorschlag fallen lassen.

Die Voraussetzung der Königlich Bayerischen Regierung, daß bei solcher Regelung keine Änderung zu der bisherigen Berechnung und Behandlung der bayerischen Militärquote einerseits und in der Berechnung der Matrikularbeiträge andrerseits eintreten werde, trifft zu. Genehmigen Euere Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung und Verehrung, womit ich die Ehre habe zu sein

Euerer Exzellenz

ganz ergebener

[127] Am folgenden Tag, dem 27. Mai 1910, erklärte Bethmann Hollweg im Abgeordnetenhaus, die Regierung ziehe ihre Wahlrechtsvorlage zurück. Damit war die Reform gescheitert. Vgl. unten Nr. 95*.

[128] Hugo Philipp Graf von und zu Lerchenfeld-Köfering (1843–1925), bayerischer Gesandter in Berlin 1880–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

34. Bethmann Holweg an Valentini

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/569, S. 189–194. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 12. August 1910

Verehrteste Exzellenz,

verbindlichsten Dank für das freundliche Schreiben vom 10., das ich soeben erhalte. Die Posener Rede[129] ist inzwischen dort eingegangen. An der Verzögerung ihrer Vorlegung trage ich im letzten Ende persönlich die Schuld, da ich die Entwürfe des Oberpräsidenten bezw. Ministers des Innern umarbeiten ließ, auch persönlich umarbeitete, was in Folge meiner Abwesenheit von Berlin Zeitverlust mit sich brachte. Ich bitte dies Seiner Majestät zu melden. Die Tonart der Rede ist durch das Bestreben bestimmt, zwar den deutschen Standpunkt energisch zu vertreten, dem Kaiser aber nicht die Rolle eines hakatistischen[130] Agitators zuzumuten.

Das Handschreiben Seiner Majestät bezüglich der Militärvorlage habe ich zunächst nur durch ein kurzes Telegramm beantwortet, in dem ich um mündlichen Vortrag am 18. bitte. Schriftlich läßt sich die Angelegenheit Seiner Majestät gegenüber im gegenwärtigen Stadium noch nicht abschließend behandeln. Die Situation ist Folgende:

1) Der Kriegsminister von Heeringen hat im Einverständnis mit dem General von Moltke[131] und nach Vortrag bei Seiner Majestät eine Quinquennatsvorlage[132] ausgearbeitet, die eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 7.000 Mann vorsieht. Die Grundzüge dieser Vorlage waren bereits vom Kriegsminister von Einem[133], und zwar gleichfalls im Einvernehmen mit Seiner Majestät, festgelegt. Die Heeresverstärkung, die diese Vorlage bringt, entspricht nach Heeringen's und Moltke's Ansicht denjenigen Anforderungen, welche aus militärtechnischen und militärpolitischen Rücksichten gestellt werden müssen, um unsere Armee auf der notwendigen Höhe zu erhalten. Selbstverständlich ist bei der Ausarbeitung der Vorlage von dem Grundsatz ausgegangen, daß der Stand der Reichsfinanzen auch unter Berücksichtigung der Einnahmen aus der

[129] Vgl. unten Nr. 35 mit den entsprechenden Anmerkungen.

[130] Hakatisten sind die Mitglieder des 1894 in Posen gegründeten „Ostmarkenvereins" (H.K.T.-Verein, nach ihren Gründern F. von Hansemann, H. Kennemann und H. von Tiedemann), die sich in den preußischen Ostprovinzen gegenüber dem Polentum für eine Stärkung des Deutschtums unter Beihilfe des Staates einsetzten.

[131] Helmuth von Moltke (d. J.) (1848–1916), General der Infanterie (1914: Generaloberst); Chef des Generalstabs 1906–14. September 1914; Chef des Stellvertretenden Generalstabs der Armee für die Dauer der Mobilmachung ab Dezember 1914. – Schriftwechsel zwischen Heeringen, Wermuth und Moltke vom Sommer 1910 in: Der Weltkrieg. Kriegsrüstung. Anlagen zum ersten Band S. 118–125.

[132] Eine Vorlage für fünf Jahre. – Die Militärvorlage von 1905 lief 1910 ab.

[133] Karl von Einem (1853–1934), General der Kavallerie; preußischer Kriegsminister 1903–1909; Kommandierender General 1914–1918 (1915: Generaloberst).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vorjährigen Reichsfinanzreform es nicht gestattet, die Linie des Notwendigen zu überschreiten. Es ist deshalb auf alle Verstärkungen verzichtet worden, die nicht absolut notwendig sind, mögen sie sonst auch noch so wünschenswert sein, sei es aus unmittelbar militärischen Gründen, sei es aus dem allgemein politischen Interesse, tunlichst alle wehrfähigen jungen Männer durch die Schule der Armee gehen zu lassen. Vor Ausarbeitung der Vorlage ist mir die Frage vorgelegt worden, ob die allgemein[e] außerpolitische Lage Deutschlands es erlaube, sich mit einer solchen lediglich die militärpolitisch notwendigen Anforderungen berücksichtigenden Vorlage zufrieden zu geben. Ich habe diese Frage bejaht.

2) Gegenüber dieser Situation ist jetzt das Novum eingetreten, daß Rußland in seiner Armee-Organisation beziehungsweise -Dislokation diejenigen Änderungen vornimmt resp. vorzunehmen scheint, von denen das Handschreiben Seiner Majestät handelt. Heeringen, den ich sofort nach Empfang des Handschreibens zu mir gebeten hatte, hat mir nach Rücksprache mit Moltke erklärt, daß dieses Novum militärtechnisch oder militärpolitisch eine Änderung der bisher aufgestellten Quinquennatsvorlage nicht erheische, daß also die Anforderung der von Seiner Majestät gewünschten dritten Bataillone mit diesem Novum als in dem vorhin skizzierten Sinne notwendig nicht begründet werden könne. Auch die allgemeine außerpolitische Lage Deutschlands ist nach meiner Ansicht durch dieses Novum nicht so verändert, daß um ihretwillen die Grundlage der bisherigen Quinquennatsvorlage verlassen werden müßte.

3) Die bisher vorbereitete Quinquennatsvorlage kostet für alle 5 Jahre zusammen für Preußen 73 Millionen, also für das Reich 100 Millionen. Die dritten Bataillone würden für das Reich weitere 73 Millionen erfordern.

Heeringen hat die 100 Millionen des kleinen Quinquennats so auf die 5 Jahre verteilt, daß 1911 möglichst wenig zu tragen hat, die folgenden 4 Jahre also stärker belastet werden. Einschließlich der Erhöhung der Mannschaftslöhnung, die leider wiederholt versprochen worden ist, und einschließlich aller Mehrbedürfnisse des Heeresetats, welche neben dem Quinquennat einhergehen, fordert er für 1911 32 Millionen mehr an, als im Etat 1910 stehen.

4) Die Etatsverhandlungen des Reichsschatzamtes mit den einzelnen Ressorts haben nach Lage der Dinge noch nicht beginnen können. In diesen Tagen laufen erst die Anmeldungen der Ressorts beim Schatzamt ein. Wermuth[134], mit dem ich über die größeren Quinquennatspläne Seiner Majestät natürlich noch nicht gesprochen habe, schildert mir die Situation in düsteren Farben. Die Reichseinnahmen in dem bisher abgelaufenen Teil des Etatsjahres lassen allerdings befürchten, daß die Isteinnahme für 1910 nicht einmal die schon äußerst vorsichtig geschätzte Solleinnahme erreichen wird. Wenn nun auch die ersten Etatsmonate nicht absolut maßgebend sind, so läßt doch die an-

[134] Adolf Wermuth (1855–1927), Staatssekretär des Reichsschatzamts Juli 1909–16. März 1912; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1912–1918; Oberbürgermeister von Berlin 1. September 1912 –1920; Vorsitzender des Deutschen Städtetages 1912–1921.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scheinend gute Ernte Deutschlands befürchten, daß auch die Einnahmen aus den Zöllen eine schlechte sein wird, so daß, da sich die neuen Steuern zum Teil – namentlich die Branntweinsteuer – schlecht entwickeln, das Gesamtergebnis keines Falls gut sein wird. Wermuth befürchtet deshalb, daß er schon für 1911 die Mehrforderungen der Armee nicht unterbringen kann und daß, selbst wenn das zur Not gelingen sollte, jedenfalls die in den folgenden Jahren wachsenden Mehrkosten des (kleinen) Quinquennats ohne neue Steuern nicht gedeckt werden könnten. Wenn ich auch persönlich die Hoffnung noch nicht aufgebe, daß Wermuth zu schwarz sieht, daß also das kleine Quinquennat ohne neue Steuern gedeckt werden könnte, so scheint es mir doch völlig sicher zu sein, daß das beim großen Quinquennat[135] ausgeschlossen sein würde.

5) Gänzlich abzuweisen ist die Vorstellung, als ob sich Wermuth persönlich aus Sparsamkeitsrücksichten sei es dem kleinen, sei es dem großen Quinquennat widersetzen wollte. Im Gegentheil. Im tiefsten Grunde seines finanziellen Herzens sehnt er sich nach neuen Steuern und rät mir fortgesetzt auf das Dringlichste, schon das kleine Quinquennat mit einer neuen Steuervorlage zu verbinden. Ablehnen würde er für seine Person nur, neue Ausgaben auf das Reich ohne Deckung zu übernehmen. Und daran tut er recht[136].

6) Für ausgemacht halte ich,

a) daß die seit einem Jahre inscenierte Sparsamkeitspolitik fortgesetzt werden muß, solange die tatsächlichen Einnahmen des Reichs nicht reichlicher fließen,

b) daß die Sparsamkeitspolitik, auch abgesehen von Heer und Flotte, auf die Dauer nicht ertragen werden kann, ohne Lebensinteressen des Reichs zu gefährden, daß wir also, wenn sich die bestehenden Reichssteuern nicht wider Erwarten günstig entwickeln sollten, neue werden bringen müssen,

c) daß unter diesen neuen Steuern als erste die Erbschaftssteuer figurieren müßte. (Weitere indirekte Steuern halte ich für ausgeschlossen; der Gang der Entwickelung weist an ihrer Stelle auf staatliche Monopole hin, die jedoch nicht in eigener Regie, sondern im Wege der Verpachtung auszunutzen wären: Electricität, Kali, Petroleum, Kohlen.)

7) Persönlich glaube ich – Niemand kann der Zukunft präjudizieren – an die Notwendigkeit neuer Reichseinnahmen. Es fragt sich, wann sie eröffnet werden können und eröffnet werden müssen.

8) Nicht nur im allgemeinen politischen, sondern auch in ihrem eigenen Parteiinteresse könnten Konservative und Zentrum nichts weiseres tun, als baldmöglichst die Erbschaftssteuer zu akzeptieren. Kommen tut sie nach meiner Überzeugung doch über kurz oder lang. Je eher der sogenannte blauschwarze Block[137] seinen Widerstand gegen sie aufgibt, um so eher räumt er mit der tiefen Mißstimmung auf, die er sich durch ihre Ablehnung auf den

[135] Das heißt: diejenige, die der Kaiser forderte.

[136] Vgl. die lebendige Darstellung der Etatberatung von 1910: Wermuth, Ein Beamtenleben S. 281–291.

[137] Kooperation zwischen den Konservativen (Parteifarbe blau) und dem Zentrum (schwarz).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hals gezogen hat. Bisher haben Zentrum und Konservative übereinstimmend erklärt, daß sie in der bevorstehenden Session unter keinen Umständen neue Steuern bewilligen würden. Sie werden von dieser Negation und vollends, was die Erbschaftssteuer anlangt, äußersten Falls – bei Heydebrand bezweifle ich das noch – nur abgedrängt werden können durch eine Militärvorlage, deren Notwendigkeit mit Säbelgerassel und Kriegsgefahr begründet werden kann. Dazu würde sich das „kleine" Quinquennat nicht eignen, wohl allerdings das „große". Insofern könnten mir die dritten Bataillone, die Seine Majestät wünscht, wohl gelegen kommen. – Aber wer will heute die Verantwortung auf sich nehmen, mit dem Säbel zu rasseln und Kriegsgefahren an die Wand zu malen, wenn nicht die tatsächlichen Verhältnisse dazu ganz gebieterisch zwingen? Und wenn nun Heeringen und Moltke übereinstimmend sagen, daß militärtechnische und militärpolitische Rücksichten nicht danach angetan sind und wenn auch die allgemeine politische Situation zur Zeit keine derartige ist, daß die Nation mit Recht mit Kriegsgefahr erfüllt werden könnte, dann würde die Einbringung des großen Quinquennats verbunden mit der Erbschaftssteuer nur mit einer Niederlage der Regierung enden können. Eine solche würde nur dann ertragen werden können, ja sogar vielleicht erwünscht sein, wenn sie eine zugkräftige Wahlparole für die alsdann sofort notwendige Auflösung des Reichstags abgäbe. Aber auch das wiederum wäre nur der Fall, wenn es tatsächlich hieße: Hannibal ante portas!

Ich habe in Vorstehendem nur aphoristisch und in großer Eile einige der vielfachen Erwägungen behandelt, die der Gegenstand aufdrängt. Zu einem definitiven Entschlusse kann ich erst gelangen, wenn ich über die Finanzlage klarer sehe, als ich es heute vermag. Auch für die Stellung der Parteien wird die Finanzlage ausschlaggebend sein. Ich belästige Euere Exzellenz im gegenwärtigen Augenblick mit meinen Gedanken nur, um unseren bevorstehenden Besprechungen in Wilhelmshöhe eine gewisse Grundlage zu geben. Deshalb bitte ich auch, diese Zeilen lediglich als für Ihre Person bestimmt anzusehen.

Mit verbindlichen Empfehlungen
Ihr stets ergebener

35. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 17–18. Privatdienstbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Streng vertraulich — Hohenfinow, 29. August 1910

Mein lieber Graf!

Ihr freundlicher Brief vom 23. d. M. verbindet mich zu aufrichtigem Dank. Daß die großartige Stiftung, die Sie der Posner Kaiserpfalz[138] zugewendet ha-

[138] Am 20. August 1910 wurden das kaiserliche Schloß in Posen, die „Kaiserpfalz", eingeweiht und die Stadt zur Residenzstadt erhoben. Das Schloß war 1905–1910 nach dem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ben und in der Ihr vaterländisches Wirken auf den mannigfachsten Gebieten des öffentlichen Lebens einen so glänzenden sichtbaren Ausdruck findet, von Seiner Majestät mit dankbarer Huld aufgenommen werden würde, war mir schon aus einer Unterredung, die ich am 18. d.Mts. mit Seiner Majestät in Wilhelmshöhe darüber führte, sicher. Mit um so größerer Freude durfte ich aus Ihrem Briefe ersehen, daß Sie die Gnadenbeweise mit denselben Gefühlen entgegengenommen haben, aus denen sie erteilt worden sind und daß anfängliche Verstimmungen dem berechtigten Gefühle der Befriedigung Platz gemacht haben. – Die Posener Festtage sind, blickt man vorurteilsfrei auf sie zurück, gut verlaufen, und es war mir angenehm, daß auch die Presse – die Nationalliberale Correspondenz[139] natürlich ausgenommen – Verständnis gezeigt hat. Bezeichnend für unsere politische Verbitterung, Unreife und Indisziplin ist es freilich, daß diejenigen Blätter, welche für Posen ein Herabsteigen des Kaisers in die Tagespolitik mehr oder minder offen forderten, es jetzt nicht scharf genug tadeln können, daß der Kaiser in Königsberg ganz allgemeine, von hohem sittlichen Ernst getragene politische Betrachtungen über das angestellt hat, was er selbst und was jeder einzelne Staatsbürger dem Staat und Vaterland schulden[140]. Die neuerdings hervorgerufene Erregung sollte dazu dienen, allen gemäßigt gerichteten Elementen die Augen darüber zu öffnen, wohin der skrupellose Nihilismus führt, dem unsere Presse bis weit in die Reihen der Mitte hinein huldigt.

Mit herzlichen Grüßen bin ich, mein lieber Graf,
Ihr ergebenster

Vorbild der Goslarer Kaiserpfalz nach den Plänen von Franz Schwechten erbaut worden. Der polnischstämmige Hutten-Czapski war Schloßhauptmann von 1906 bis 1918.

139 Die „Nationalliberale Korrespondenz“ erschien seit 1874 in Berlin; sie war das Zentralorgan der Nationalliberalen Partei.

140 Wilhelm II. hatte am 25. August 1910 bei der Abendtafel für die Provinz Ostpreußen im Moskowiter Saal des Königsberger Schlosses einen Trinkspruch ausgegeben, in dem er von den deutschen Frauen nach dem Vorbild der Königin Luise forderte: „Sie sollen lernen, daß die Hauptaufgabe der deutschen Frau nicht auf dem Gebiet des Versammlungs- und des Vereinswesens liegt, nicht in dem Erreichen von vermeintlichen Rechten […], sondern in der stillen Arbeit im Hause und in der Familie.“ Vgl. Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 338–339 und S. 340 (dort Pressestimmen, u. a. auch die „Nationalliberale Korrespondenz“).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

36. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 6. Privatbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Hohenfinow, 3. September 1910

Verehrter Herr Professor[141]!

Haben Sie verbindlichsten Dank für die freundlichen zustimmenden Zeilen vom 31. v.Mts. und für die Absicht, auch Ihrerseits in dem Hexensabbath, der sich um die Königsberger Rede[142] entwickelt hat, die Stimme der Vernunft hören zu lassen. Ich verspreche mir davon Gutes auch über den vorliegenden Fall hinaus, denn unbeschadet aller sachlichen politischen Differenzen können wir nach meiner festen Überzeugung zu einer allmählichen Gesundung unseres politischen Lebens erst dann gelangen, wenn die hysterische Nervosität und in deren Folge der skrupellose Nihilismus zerstört wird, der sich weiter Kreise, selbst der früher gemäßigten Presse und damit auch eines größeren Teile des Volkes, bemächtigt hat. Auch dann wird erst wieder die Grundlage geschaffen sein, auf der sich eine verständig fortschreitende Politik aufbauen kann.

Also nochmals verbindlichsten Dank und beste Wünsche für ihren Gebirgsaufenthalt.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebenster

37. Bethmann Hollweg an Valentini

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 1. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 10. September 1910

Sehr verehrte Exzellenz!

Nach Zeitungsnachrichten soll für den 18. Januar 1911 am Kaiserhofe eine Jubelfeier der Gründung des Deutschen Reiches geplant sein. Wenn diese Nachrichten richtig sind, so befürchte ich, daß eine derartige Veranstaltung bei der gegenwärtigen gespannten inneren Lage[143] zu unliebsamen, die Parteige-

[141] Hans Delbrück (1848–1929), Historiker; Professor in Berlin seit 1895; Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher“ 1883–1919. – Die „Preußischen Jahrbücher“ waren eine einflußreiche kulturpolitische Monatsschrift nationalliberaler Prägung; sie erschien von 1858–1935.

[142] Vgl. die vorangehende Nr.

[143] Es ging in erster Linie um die Diskussion im Preußischen Abgeordnetenhaus über eine Reform des Dreiklassenwahlrechts, ferner um die Weiterbildung der Verfassung von Elsaß-Lothringen. Vgl. unten die entsprechenden Nummern für das Jahr 1910 (im Regestenteil).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gensätze noch mehr verschärfenden Erörterungen Allerhöchster Maßnahmen führen würde, zumal die Feier eines 40jährigen Gedenktages bei uns nicht üblich ist und meines Wissen das 10- und 25jährige Jubiläum der Kaiserproklamation nicht besonders Beachtung gefunden hat. Ich habe deshalb den Grafen Eulenburg gebeten, für den Fall, daß Seine Majestät ihm gegenüber der Frage näher treten sollte, von der Veranstaltung einer solchen Feier abzuraten, und erlaube mir, an Euere Exzellenz die gleiche Bitte zu richten, für deren Erfüllung ich Ihnen besonders dankbar sein würde.

In bekannter Verehrung
bin ich
Euerer Exzellenz
ganz ergebener

38. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 19. Privatdienstbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Hohenfinow, 15. September 1910

Verehrter Herr Graf!

Herzlichen Dank für Ihr interessantes Schreiben vom 11^en^ und Ihre Bemühungen, dem nüchternen und praktischen Verstande zu seinem Recht zu verhelfen. Daß Sie und Schiffer nicht nach Cassel[144] gehen, ist eine betrübende Signatur für den bevorstehenden Parteitag. Nach dem Interview Bassermann's im Hamburger Correspondenten ist freilich vor der Hand noch nichts Gutes zu erwarten, und auch ich möchte es für richtig halten, daß die gemäßigten Elemente sich von Vorstößen zurückhalten, die im gegenwärtigen Augenblick abgeschlagen werden würden. Wenn freilich in Cassel ebenso wie in Hamburg die Brücken nach allen Seiten abgebrochen werden, dann gestalten sich auch für ein späteres Stadium die Aussichten wenig günstig. Mit Freuden aber verzeichne ich die objektivere Haltung der Presse.

Mit den aufrichtigsten Empfehlungen
bin ich Ihr
ganz ergebener

[144] Vom 1. bis zum 2. Oktober 1910 fand in Kassel der nationalliberale Parteitag statt. Auf ihm hielt der Parteivorsitzende Bassermann ein Referat über „die innerpolitische Entwicklung des Reiches seit der Verabschiedung der Reichsfinanzreform". Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 353–357. – Die im folgenden genannte „Hamburgische Correspondenz" war die älteste in Hamburg (seit 1724) erscheinende Tageszeitung. Bassermanns Interview wurde nicht ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

39. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 179–202. MF 952/953. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 61–62 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 19. September 1910

[*1. Ordenssachen und Titelverleihungen zum Jubiläum der Universität Berlin.*]

[*2. Einberufung des Reichstags.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß dem Reichstage, der durch Allerhöchste Verordnung bis zum 8. November vertagt sei, wie schon wiederholt zum Ausdruck gebracht, grundsätzlich eigentlich nicht das Recht zustehe, die Vertagungszeit zu verlängern. Wenn aber der Präsident des Reichstags, der auf Grund der ihm vom Seniorenkonvent für die Festsetzung des ersten Sitzungstages erteilten Vollmacht jetzt den Termin um 8–14 Tage hinausschieben wolle, sich dazu des Einverständnisses der Regierung versichere, so dürfe der formelle Mangel hierdurch wohl als geheilt angesehen werden.

Er glaube hiernach auf Grund von Informationen bei den einzelnen Ressorts sich mit dem Grafen Schwerin[145] vielleicht auf den 15. November, den Tag vor Bußtag oder einen etwas späteren Tag für den Beginn der Arbeiten des Reichstags einigen zu sollen.

[*Zustimmung des Staatsministers C. Delbrück.*]

3. Zu dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung (Ausgestaltung unseres Fortbildungsschulwesens) wies der Herr Ministerpräsident einleitend darauf hin, daß diese bedeutungsvolle Frage noch nicht genügend geklärt erscheine und daß deshalb von verschiedenen Seiten zunächst noch kommissarische Beratung gefordert sei. Er habe aber geglaubt, dem dringenden Wunsche des Herrn Kriegsgsministers[146] nachgeben und die Angelegenheit schon heute zur Sprache bringen zu sollen, damit man sich möglichst über die prinzipiellen Gesichtspunkte einige und so eine Grundlage für die weiteren Erörterungen gewinne.

In der Sache selbst hätten sich ja die Herren Staatsminister der in seinem Votum vom 14. Oktober 1907[147] ausgesprochenen Forderung positiver Maßnahmen zum Schutze der schulentlassenen Jugend gegen staats- und heeres-

[145] Hans Graf von Schwerin-Löwitz (1847–1918), MdR (Deutschkonservativ) 1893–1918; Präsident des Reichstags 1910–1911; Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (1896–1918), dessen Präsident 1912–1918.

[146] Josias von Heeringen.

[147] Es ist nicht nachgewiesen in: Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Bd. 9. 23. Oktober 1900 bis 13. Juli 1909. Bearb. v. Reinhold Zilch. Hildesheim 2001 = Acta Borussica. Neue Folge. 1. Reihe.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

feindliche Einflüsse einmütig angeschlossen. Die seitdem fortgesetzten Verhandlungen hätten aber zu einem bestimmten Ergebnisse bisher nicht geführt.

Es soll nicht verkannt werden, daß seitens der beteiligten Ressorts auf den Gebieten des gewerblichen und ländlichen Fortbildungs- und Fachschulwesens erfreuliche Erfolge erzielt seien. Indessen müsse man dem Herrn Kriegminister zugeben, daß trotzdem der sozialdemokratische Einfluß auf die Jugend, welche bis zum 14. Jahre unter strenger Schulzucht stehe, dann aber ohne weitere Aufsicht sich selbst überlassen werde, von Jahr zu Jahr zunehme und energisch schleunige Gegenmaßregeln bedinge.

Die Dringlichkeit einer solchen Aktion werde allgemein anerkannt; aber über die einzuschlagenden Wege gingen die Ansichten weit auseinander. Er hoffe, daß die Beratungen dazu führen würden, materiell wenigstens einen Schritt in der Sache vorwärts zu kommen. Auch halte er es nach Lage unserer parlamentarischen Verhältnisse für außerordentlich erwünscht, wenn bei der gegenwärtigen Zerrissenheit der Parteien dem Landtage gesetzgeberische Maßnahmen vorgeschlagen werden könnten, deren Idee die auseinanderstrebenden Elemente zu gemeinsamer Arbeit zusammenführe. Da die Fortbildungsschulfrage seit langem die öffentliche Meinung und in neuerer Zeit auch in hohem Maße die Presse beschäftige, so rate er dringend, schon heute auf ein positives Ergebnis hinzustreben. Hierbei könne er nicht verschweigen, daß die Presse in den letzten Tagen Artikel gebracht habe, welche auf amtliche Quellen hinwiesen. Er bedauere dies und bitte, keine Nachrichten in solchen Fällen aus den Ressorts in die Presse zu bringen, bevor nicht das Staatsministerium es als erwünscht bezeichnet habe.

Um nun heute die Diskussion möglichst auf grundsätzliche Gesichtspunkte zu beschränken, wolle er folgende Fragen formulieren:

1. Soll für Schulentlassene im Alter von 14–18 Jahren sofort durch Gesetz die Fortbildungsschulpflicht allgemein eingeführt werden?

oder

soll nach dem Vorschlag des Herrn Handelsministers[148] der Schulzwang durch Gesetz zunächst in Städten über 10.000 Einwohner eingeführt und erst allmählich weiter ausgedehnt, im übrigen aber an dem bisherigen System statuarischer Regelung festgehalten werden?

2. Soll die Fortbildungsschule der Volksschule angegliedert, den Volkschulbehörden und in höchster Instanz dem Kultusministerium unterstellt werden;

haben also die Abtrennung des Fortbildungschulwesens vom Kultusministerium im Jahre 1884 und seine Übertragung auf die Fachministerien nicht die erwarteten Erfolge gehabt, so daß jetzt wieder die Zusammenverweisung an das Kultusministerium mit seinen Organen nötig erscheint?

3. Soll der Lehrplan dahin geändert werden, daß die fachliche Seite des Unterrichts gegenüber der (religiös-sittlich-patriotisch) erzieherischen Seite mehr zurücktritt?

[148] Reinhold von Sydow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Er glaube, daß die Fortbildungsschule nicht in Anlehnung an den Schematismus der Volksschule durch Fortführung des Schulunterrichts – Religionsunterrichts u. dergl. – ausgestaltet werden dürfe. Sie könne sich vielmehr die Zuneigung der Schüler und der Eltern nur dadurch gewinnen und erhalten, daß sie den beruflichen Interessen nach Möglichkeit Rechnung trage. Ein sittlich erzieherischer Erfolg werde auch dann nicht ausbleiben, zumal wenn die Jugend durch Förderung des Sport- und Spieltriebes und durch Veranstaltung von gemeinsamen Übungen und Ausflügen während der Freistunden körperlich und geistig gestärkt und verderblichen Einflüssen entzogen werde.

[*Äußerungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß es auch ihm das Richtige scheine, wenn die gesamte Jugendfürsorge dem Unterrichtsministerium übertragen werde. Für die Einführung des Besuchszwangs könne er sich jedoch in Übereinstimmung mit dem größten Teil der Herren Staatsminister nicht aussprechen. Die Teilnahme an den gemeinsamen Übungen und Veranstaltungen werde eine viel freudigere sein, wenn sie nicht gezwungen, sondern aus Liebe zur Sache freiwillig erfolge. Es müsse in allen Schichten der Bevölkerung, insbesondere auch bei den Fortbildungslehrern, das Interesse für die Jugendfürsorge geweckt werden. Auf dem Land und in den kleinen Städten würden sich die Kreisorgane der Jugendfürsorge anzunehmen und ihr an geeigneten Orten einen Mittelpunkt zu geben haben. Die Aufsicht in der Regierungsinstanz würde zweckmäßig dem Regierungspräsidenten zu übertragen sein, dem ein sachverständiger Ausschuß zur Seite zu stellen wäre. Vor allem dürfe aber bei der allseitig anerkannten Dringlichkeit nicht gezögert werden, durch schleunige Organisation der Jugendfürsorge den Kampf mit den Sozialdemokraten auf diesem Gebiete aufzunehmen. Die Fortbildungsschulfrage sei auch seiner Ansicht nach noch nicht zur Entscheidung reif und müsse noch weiter geklärt werden. In größeren Städten würde durch den vom Herrn Handelsminister[149] vorgelegten Gesetzentwurf ja der Schulzwang eingeführt werden. Es fehlten nur noch das Land und die kleinen Städte. Wenn auch hier das Ziel die allgemeine obligatorische Fortbildungsschule sei, so könne es doch aus Mangel an Lehrkräften und Mitteln zurzeit noch nicht erreicht werden. Auch er glaube, daß in den Lehrplänen wie bisher die fachliche Richtung innegehalten werden müsse. Für das Land stütze sich seine Ansicht auf eigene Erfahrung, da ihm bekannte ländliche Fortbildungsschulen erst dann besucht worden seien, als an Stelle des volkschulmäßigen mehr fachlicher Unterricht getreten sei. Was die Ressortfrage bei den ländlichen Fortbildungsschulen nach gesetzlicher Einführung des Schulzwanges betreffe, so neige er zu der Ansicht, daß wohl das Unterrichtsministerium die am meisten geeignete Instanz sei, da auf dem Lande doch die Sache im wesentlichen in den Händen der Volksschullehrer liege und die Aufsicht schon jetzt von den Kreisschulinspektoren geführt

[149] Nachweis seines Gesetzentwurfs in: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 61 Anm. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werde. Doch wolle er auch in dieser Hinsicht den Verlauf der weiteren Verhandlungen abwarten.

[*Äußerungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte schließlich das Ergebnis der heutigen Beratung dahin fest:

I. Das Staatsministerium betrachtet die Jugendfürsorge als eine der wichtigsten Aufgaben des Staates und wird nach Kräften für deren schleunige sachgemäße Ausgestaltung Sorge tragen. Das Kultusministerium wird unter Mitwirkung der beteiligten Ressorts die Lösung dieser Aufgabe in die Hand nehmen und zunächst dem Staatsministerium einen Organisationsplan, in dem die heute erörterten Gesichtspunkte berücksichtigt werden, zur Beschlußfassung vorlegen.

II. Die Frage der Ausbildung des Fortbildungsschulwesens soll zunächst im Wege kommissarischer Verhandlung geklärt werden. Jedoch wird dem von dem Herrn Handelsminister vorgelegten Gesetzentwurfe schon jetzt grundsätzlich zugestimmt.

[*Abschließende Äußerung des Unterrichtsministers.*]

40. Bethmann Hollweg an Marschall von Bieberstein

PA Berlin, R 8118. Erlaß. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 390. Berlin, 20. Oktober 1910

Vertraulich!

Wie E.E.[150] aus dem Bericht des K. Botschafters in Rom Nr. 172 vom 15. d. M. ersehen haben werden, hat Marquis di San Giuliano Herrn von Jagow gegenüber Gelegenheit genommen, seiner lebhaften Dankbarkeit für Ihre Bemühungen um die Beseitigung der italienisch-türkischen Differenzen[151] Ausdruck zu leihen. Neuerdings hat der Minister diesen Dank wiederholt und dabei gleichzeitig die Frage angeregt, ob wir für den Fall einer befriedigenden Beilegung der Zwischenfälle damit einverstanden sein würden, wenn man in Rom erklärte oder in der Presse verlautbarte, daß Italien in diesen Fragen die wirksame Unterstützung seiner Bundesgenossen gefunden habe. Er, der Minister, sei gern bereit, dies zu tun, und halte eine entsprechende Verlautbarung auch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Italien für nicht ungünstig;

[150] Adolf Frhr. Marschall von Bieberstein (1842–1912), Botschafter in Konstantinopel 1897–1912, in London 1912. – Der im folgenden genannte: Gottlieb von Jagow (1863–1935), Botschafter in Rom (Quirinal) 1909–1913; Staatssekretär des Auswärtigen Januar 1913–November 1916.

[151] Reibungspunkte zwischen beiden Ländern gab es in Albanien, im Jemen und in Tripolis. Dort waren einige Tage zuvor von türkischen Behörden auf einem italienischen Dampfer Waffen und Munition beschlagnahmt worden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denn diese werde daraus ersehen, daß der Dreibund[152] seine guten Früchte trage und Italien aus der Zugehörigkeit zu ihm greifbaren Nutzen ziehe.

Uns kann es nur recht sein, wenn die italienische Regierung die sich bietenden Gelegenheiten benutzt, um ihre Zugehörigkeit zum Dreibund zu dokumentieren und dem Lande die Vorteile dieses Bundes zum Bewußtsein zu bringen. Erscheint schon aus diesem Grunde ein Eingehen auf den Wunsch des Ministers angezeigt, so kommt hinzu, daß in seiner Anregung vor allem auch eine berechtigte italienische Anerkennung der tatkräftigen und geschickten Förderung liegt, die Euere Exzellenz den Interessen unseres Bundesgenossen haben angedeihen lassen.

Unter diesen Umständen habe ich kein Bedenken getragen, Herrn von Jagow dahin zu verständigen, daß wir einer Verwertung unserer Unterstützung in der Presse zustimmen, dabei indes ausdrücklich betont, daß hierdurch nicht die noch schwebenden Verhandlungen beeinträchtigt werden dürfen.

41. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 204–218. MF 953. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staastministeriums X S. 62–63 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 21. Oktober 1910

[*1. Ernennungen. – 2. Verkauf des Tempelhofer Feldes durch die Stadt Berlin. – 3. Der neue Fideikommißgesetzentwurf. Äußerungen mehrerer Minister dazu.*]

Der Herr Ministerpräsident meinte, daß die neuen Grundsätze, die nach den Ausführungen des Herrn Justizministers[153] auch als Richtschnur für die anderen Provinzen gelten sollten, eine Umkehr in der preußischen Fideikommißpolitik[154] der letzten Jahrzehnte bedeuten würden. Die Regierung habe die Fideikommißbildung, mit der man der übermäßigen Verschuldung und Mobilisierung des Grundbesitzes und den daraus folgenden politischen und wirtschaftlichen Schäden am besten entgegenarbeite, durchaus begünstigt und eine gleiche Tätigkeit der Landschaften gebilligt. Wolle man jetzt einen anderen Kurs steuern, so müsse zuvor dessen Notwendigkeit nachgewiesen wer-

[152] Geschlossen 1882 zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien; verlängert 1887, 1891, 1901 und ein letztes Mal am 5. Dezember 1912.

[153] Maximilian von Beseler.

[154] Fideikommiß ist ein seit dem 17. Jahrhundert besonders in Deutschland entwickeltes Rechtsinstitut, nach dem Grundbesitz ungeteilt in der Hand eines Familiengliedes blieb, aber in der Verfügung beschränkt war (indem das Familienglied nur den Ertrag des Vermögens zur freien Verfügung erhielt). Es wurde in der Weimarer Verfassung von 1919 abgeschafft. – Vgl. die Spezialstudie: Jörn Eckert, Der Kampf um die Familienfideikommisse in Deutschland. Studien zum Absterben eines Rechtsinstituts. Frankfurt a. M. 1992 = Rechtshistorische Reihe 104.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den. Die rein zahlenmäßige Feststellung über den vergleichsweise großen Umfang des Fideikommißbesitzes in Schlesien beweise keineswegs, daß dort die erträgliche Grenze der Bindung schon erreicht sei, gebe aber überhaupt kein richtiges Bild der wirklichen Verhältnisse. Denn jene Zahlen schlössen die alten großen Standesherrschaften, deren Besitz ungebunden überhaupt kaum denkbar sei, mit mindestens 220.000 ha ein. Ziehe man diese ab, so sei das Verhältnis schon ein wesentlich anderes. Noch günstiger aber werde es, wenn alle Güter über 5.000 ha – als ihrer Natur nach notwendig fideikommissarisch gebunden – in Abzug gebracht würden. Obgleich der Prozentsatz auch dann noch den Durchschnittssatz der Monarchie übersteige, könne darin doch jedenfalls ein Mißverhältnis, das zur Umkehr auf dem bisherigen Wege zwinge, nicht mehr gefunden werden.

Anders liege die Sache, wenn man nachweisen könne, daß in Schlesien durch die Fideikommisse die Bildung von Latifundien in ungesunder Weise begünstigt und dadurch der Kleinbesitz aufgesaugt und der kleine und mittlere Großgrundbesitz über das zulässige Maß hinaus eingeschränkt werde. Für die ganze Provinz werde das schwerlich zutreffen. Nach einer Zusammenstellung des Staatsministerialbureaus seien dort der Kleinbesitz bis zu 100 ha und die wirtschaftlich besonders wertvollen Besitzklassen von 100–1.000 und von 1.00–2.500 ha vergleichsweise durchaus genügend vertreten. Abnorm stark sei dagegen – eben infolge der großen historischen Standesherrschaften – die Klasse über 5.000 ha. Wenn es richtig sein sollte – wie der Herr Justizminister und auch der Herr Landwirtschaftsminister[155] hervorgehoben hätten –, daß die Latifundien in einzelnen Teilen Schlesiens den übrigen Besitz aufgesaugt hätten oder aufzusaugen drohten, so müsse allerdings einer weiteren derartigen Entwickelung vorgebaut werden. Man dürfe dann nicht zulassen, daß Kleinbesitz und kleiner Großbesitz, wenn das Aufkaufen wirtschaftlich nicht gerechtfertigt werden könne, dem Fideikommiß zugelegt werden. Solche Maßregeln müßten dann aber auch unabhängig von der Größe des Fideikommisses überall da Platz greifen, wo es sich tatsächlich um Bauernlegen handele und wo nach dem Verhältnis zwischen Klein- und Großbesitz der erstere nicht mehr vermindert werden dürfe. Mit den vom Herrn Justizminister vorgeschlagenen generellen Verbot der Gründung von Fideikommissen über 2.500 ha treffe man auf der einen Seite nicht alle so gearteten Fälle, andererseits schieße man damit über das Ziel hinaus, da Fideikommisse über 2.500 ha nicht ohne weiteres schädlich, vielfach sogar politisch und wirtschaftlich notwendig seien.

Nicht glücklich erscheine insbesondere auch der Vorschlag, die Erlaubnis der Fideikommißbildung davon abhängig zu machen, daß in dem betreffenden Kreise „genügend Spielraum für freien Verkehr von Gütern und die innere Kolonisation“ vorhanden sei, wenn nämlich der gebundene Besitz etwa 1/10 der Gesamtfläche des Kreises nicht übersteige. Die Kreisgrenze und die vorgeschlagene Zahl seien doch eine sehr willkürliche Grenze für eine derartige

[155] Clemens Frhr. von Schorlemer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorschrift. Gerade in den schlesischen Kreisen seien die Verhältnisse doch sehr verschiedenartig und machten deshalb auch eine unterschiedliche Behandlung nötig. Die Forderung des „genügenden Spielraums für freien Verkehr“ würde ja gerade auf eine Mobilisierung des Grundbesitzes hinauslaufen. Am ersten könne man noch auf die innere Kolonisation verweisen, deren Notwendigkeit für Schlesien der Herr Landwirtschaftsminister eben betont habe. Von anderer Seite sei das Bedürfnis dazu bisher verneint worden. Wenn man jetzt dort mit der inneren Kolonisation vorgehen wolle, so würde allerdings an den in Betracht kommenden Stellen auch der Fideikommißwirtschaft entgegengearbeitet werden müssen.

Schließlich möchte er noch darauf hinweisen, daß es ungemein schwer halten werde, im Landtage den zweifellos zu erwartenden Angriffen gegenüber das Aufgeben der bisherigen Fideikommißpolitik zu rechtfertigen.

[*Ausführungen anderer Minister*.]

Der Herr Ministerpräsident faßte darauf das Ergebnis der heutigen Beratungen dahin zusammen:

1. Es sind unter Verwertung der heute vereinbarten Gesichtspunkte allgemeine Grundsätze (ohne Zahlen) aufzustellen, nach denen gegebenenfalls bei Fideikommißanträgen aus der Provinz Schlesien, insbesondere aus dem Regierungsbezirk Oppeln, in Zukunft verfahren werden soll.

Die Herren Ressortminister würden wohl die Grundsätze ausarbeiten lassen und dem Staatsministerium demnächst zur Genehmigung vorlegen.

2. Der Oberpräsident von Schlesien wird unter Mitteilung der Grundsätze angewiesen, in jedem Falle einer beabsichtigten Fideikommißgründung zu prüfen, ob nach Lage der örtlichen Verhältnisse aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen deren Anwendung geboten erscheint.

3. Die Oberpräsidenten der anderen Provinzen und der Oberlandesgerichtspräsident in Breslau erhalten Abschriften der Grundsätze zur Kenntnisnahme.

Das Staatsministerium war einverstanden.

[5. *Verfassungsreform in Elsaß-Lothringen. – Erklärungen mehrerer Minister*.]

Der Herr Ministerpräsident wies darauf hin, daß die Fortbildung der Verfassung Elsaß-Lothringens seit 30 Jahren geruht habe, trotzdem alle Gesetze unter Bismarck auf eine Entwickelung der staatsrechtlichen Stellung des Landes abzielten. Es sei daher endlich an der Zeit, einen bemerkbaren Schritt vorwärts zu tun. Alle maßgebenden Persönlichkeiten in den Reichslanden, die gehört seien – der Statthalter, der Staatssekretär und Andere – stimmten der Ansicht zu, daß die Verhältnisse in Elsaß-Lothringen eine Fortbildung der Verfassung dringend wünschenswert erscheinen ließen. Wenn es aber politisch richtig sei, diesen Weg jetzt zu beschreiten, so müsse etwas geboten werden, das auch verdiene, eine Fortbildung genannt zu werden. Der Herr Staatsminister Delbrück habe überzeugend dargetan, daß die in Übereinstimmung mit der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Landesregierung ausgearbeiteten Vorlagen[156] das darstellen, was im Interesse einer ruhigen Entwickelung des Landes zugestanden werden müsse und ohne Gefahr für das Reich zugestanden werden könne. Er verkenne nicht, daß die preußische Regierung durch den Vorschlag eines so liberalen Wahlrechts zur 2. Kammer in eine schwierige Lage kommen könne. Aber er lasse keinen anderen Weg und müsse dem Staatsminister Delbrück darin recht geben, daß man die Ausgestaltung des Unterhauses nicht der Landesgesetzgebung überlassen könne. Wolle der Reichstag aber das Oberhaus ablehnen und für das Unterhaus das Reichstagswahlrecht einführen, so bleibe allerdings nichts übrig, als dies Ansinnen mit einem strikten Nein zu beantworten. Es sei ein Glück, daß man das in Elsaß-Lothringen eingebürgerte Gemeindewahlrecht übernehmen könne. Dadurch würden die zu erwartenden Angriffe wesentlich entkräftet werden.

Er stelle fest, daß die innerhalb des Staatsministeriums anfangs zu Tage getretenen Meinungsverschiedenheiten jetzt in der Hauptsache beseitigt seien. Über Einzelheiten der Vorlage werde man sich, soweit erforderlich, leicht von Ressort zu Ressort verständigen können.

[*Erklärungen anderer Minister. – 6. Einführung einheitlicher Urnen bei Reichstagswahlen. – 7. Gesetzliche Regelung des Verkaufs und Tragens von Waffen. – 8. Straßenunruhen in Berlin-Moabit. – 9. Das Strafmaß bei Beleidigungen.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß die gegen Schutzleute gerichteten Beleidigungen und tätlichen Angriffe bei uns im Verhältnis zu Frankreich nicht streng genug bestraft würden, und regte bei dem Herrn Justizminister an, die Staatsanwaltschaften zu Anträgen auf schwerere Bestrafung zu veranlassen.

[*Kurze Bemerkungen weiterer Minister.*]

42. Bethmann Hollweg an Valentini

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 2. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 26. Oktober 1910

Meine verehrteste Exzellenz!

Haben Sie verbindlichsten Dank für den gütigen Brief vom 24. und Ihre erfolgreichen Bemühungen in Sachen der Arbeitswilligenvorlage[157]. Ich werde

[156] Nachweis im Archiv: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 63 Anm. 6.

[157] In Berlin-Moabit war es im September und Oktober 1910 bei Ausschreitungen streikender Arbeiter gegen die Arbeitswilligen der Firma Ernst Kuper & Co. zu schweren Zusammenstößen der Menge mit Polizei-und Kriminalbeamten gekommen. Der Kaiser hatte daraufhin vom Preußischen Staatsministerium die Ausarbeitung eines Gesetzes zum Schutz von Ar-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Seine Majestät nach der Rückkunft von Brüssel direkt um eine Audienz für Exzellenz Delbrück und mich bitten. Übrigens haben ganz unauffällige Sondierungen ergeben, daß auch Leute wie Krupp-Bohlen[158] die jetzige Einbringung einer Vorlage für einen groben politischen Fehler halten würden. Auch Richthofen-Mertschütz[159] hat sie in einer Rede, die er unlängst in Westfalen gehalten hat, nicht gefordert. Nur Oldenburg hat es getan, aber das ist nicht entscheidend. – Ich freue mich, daß es einstweilen in Brüssel gut gegangen ist.

Mit angelegentlichsten Empfehlungen
in bekannter Verehrung
Ihr ergebener

43. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 222–237. MF 953/54. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 64–65 (mit den dortigen Anm.).

Berlin, 15. November 1910

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde.

[*1. Eröffnung des Landtags. – 2. Wasserrecht. – 3. Organisation der staatlichen Jugendpflege. – 4. Auslegung des Artikels 68 der Reichsverfassung über die Verhängung des Belagerungszustands. Ausführungen verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er teile die Ansicht, daß die Ausschaltung des preußischen Staatsministeriums bei der Verhängung des Belagerungszustandes auch die gleiche Beschränkung für die anderen Bundesstaaten zur Folge habe und daß es alsdann auch erforderlich sei, die Militärbefehlshaber mit entsprechender Instruktion zu versehen. Beides sei aus politischen Gründen angängig. Da auch der Herr Justizminister[160] anerkannt habe, daß sich die hier in Betracht kommenden Bestimmungen des Gesetzes von 1851[161],

beitswilligen bei Streiks gefordert. Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 63 Anm. 9 und 10; Lindenberg, Straßenpolitik S. 241–303.

158 Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1870–1950), Vorsitzender des Aufsichtsrats der Krupp-Werke 1909–1940; Mitglied des Herrenhauses 1910–1918.

159 Ernst Frhr. von Richthofen-Mertschütz (1858–1933), Landrat a. D.; Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Deutschkonservativ) 1908–1918. – Der im folgenden genannte: Elard von Oldenburg-Januschau (1855–1937), Mitglied des Abgeordnetenhauses (Deutschkonservativ) 1898–1910, des Herrenhauses 1915–1918; MdR (Deutschkonservativ) 1902–1912.

160 Maximilian von Beseler.

161 Gesetz vom 4. Juni 1851 über den Belagerungszustand. Text u. a.: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte I S. 414–418.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

trotz der entgegenstehenden Ansicht der Mehrzahl der Rechtslehrer, rechtlich aufrecht erhalten ließen, so sei es ihm mit den übrigen Herren Staatsministern nicht zweifelhaft, welchen Standpunkt das Königliche Staatsministerium einnehmen müsse. Er stelle daher als Ergebnis der heutigen Verhandlungen folgendes fest:

1. Das Staatsministerium vertritt grundsätzlich die Auffassung, daß neben dem in Artikel 68 der Reichsverfassung dem Kaiser verliehenen Rechte zur Erklärung des Kriegszustandes im Bundesgebiete die Befugnisse der durch Landesgesetze zur Verhängung des Belagerungszustandes ermächtigten Organe der Landesregierungen in fortdauernder Geltung geblieben sind.

2. Demgemäß steht dem Staatsministerium (und provisorisch dem obersten Militärbefehlshaber der betreffenden Orte und Distrikte sowie in Festungen dem Festungskommandanten) auf Grund des § 2 des Preußischen Gesetzes vom 4. Juni 1851 nach wie vor das Recht zu, für den Fall eines Aufruhrs, bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit, den Belagerungszustand zu erklären.

[*5. Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke des Heeres*.] Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß er gegen den Vorschlag des Herrn Kriegsministers[162], in dem neuen Gesetzentwurf über die Friedenspräsenzstärke die zeitliche Begrenzung fallen zu lassen, gewisse Bedenken geltend machen müsse. Nachdem Erzberger[163] sich in der Presse dahin ausgesprochen habe, daß der Reichstag jetzt vor den Wahlen kein Quinquennat[164] bewilligen, sondern sich nur für 1 Jahr festlegen dürfe, sei zu befürchten, daß der Reichstag eine solche Beschränkung auf 1 Jahr in das Gesetz hineinbringen werde. Er habe deshalb dem Herrn Kriegsminister anheimgestellt zu erwägen, ob nicht die in § 1 des Gesetzentwurfs fortgelassene Zeitbegrenzung („und in dieser Höhe bis zum 31. März 1916 bestehen bleibt“) wiederhergestellt werden könne.

[*Entgegnung des Kriegsministers. Das Staatsministerium beschließt sodann die Wiederherstellung der Zeitbegrenzung*.]

[162] Josias von Heeringen.

[163] Matthias Erzberger (1875–1921), MdR (Zentrum) 1903–1918; Reichsfinanzminister 1919–1920.

[164] Hier: Heeresetat über fünf Jahre.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

44. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 159, f. 239–259. MF 954. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 65–66 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 17. November 1910

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt und beschlossen wurde:

1. Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß der Herr Reichsschatzsekretär bei ihm angefragt habe, wie sich das Staatsministerium jetzt mit Rücksicht auf den – im Laufe des Sommers noch gewachsenen – Widerspruch der Parteien gegen die Reichswertzuwachssteuer zu der künftigen Behandlung dieses Gegenstandes im Reichstage stellen werde. Er habe geantwortet, daß, nachdem der Beschluß der Kommission für die Reichsfinanzreform den Entwurf zu einem Wertzuwachssteuergesetz im Reichstage eingebracht habe und auch in den Reichshaushalt für 1911 auf den Ertrag dieser neuen Steuer gerechnet sei, nun auch das Staatsministerium ungeachtet erheblicher von verschiedenen Seiten geäußerter Bedenken bei den bevorstehenden Verhandlungen mit allem Nachdruck für den Entwurf eintreten werde.

Wenn die Parteien, die früher die Steuer verlangt hätten, jetzt ausbrechen wollten, so würden sie beim Worte genommen werden müssen. Dies schließe jedoch nicht aus, daß die Regierung, wenn die Parteien ihr im Laufe der Verhandlungen eine andere den gleichen Ertrag bringende annehmbare Steuer anbieten sollten, darauf eingehen würde. Er habe, ohne eine Diskussion zu beabsichtigen, dem Staatsministerium hiervon Kenntnis geben wollen, damit es in der Lage sei, bei gegebenem Anlaß sein Schwergewicht in die Wagschale zu werfen.

[*2. Termin der Reichstagswahlen. Der Reichshaushalt.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß es schwer sei, sich heute über diese Frage zu entscheiden. Selbst wenn das Reichsschatzamt den Etat für 1912 bis zum Oktober 1911 fertig stellen könne, bleibe die Situation doch unübersehbar. Jedenfalls sei es unrichtig, wenn der Reichstagspräsident die Arbeit der diesjährigen Session deshalb verzögere, weil möglicherweise noch die nächstjährige Session voll zur Verfügung stehe. Er nehme an, daß Graf Schwerin voll zur Verfügung stehe. Er nehme an, daß Graf Schwerin demnächst wegen dieser Frage an ihn herantreten werde, und behalte sich seine Stellungnahme in der Sache noch vor.

[*3. Entwurf eines Arbeitskammergesetzes. Äußerungen verschiedener Minister dazu.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte es für sehr erwünscht, wenn an einem einmal ausgesprochenen „Unannehmbar“ mehr als seither festgehalten werde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hier liege aber die Sache infolge des neuen Vorschlags wesentlich anders, und einen direkten Widerspruch mit dem „Unannehmbar“ könne er in solchem Zugeständnis nicht erblicken. Lasse auch die ganze gegenwärtige Haltung der Sozialdemokratie die Aussicht auf Verständigung mit den Regierungen mehr und mehr in die Ferne rücken, so fände man doch in den Arbeitskammern Organe, mit denen man bei Streiks Fühlung nehmen und manche Streitpunkte zwischen beiden Teilen oder auch zwischen diesen und der Regierung bei gutem Willen friedlich lösen könne. Das sei immmerhin ein Fortschritt. Er möchte deshalb nicht für ein Mehrheitsvotum sein, das den Staatssekretär des Innern[165] zwinge, auf die Verabschiedung des Gesetzes zu verzichten. Dafür nehme er die Verantwortung nicht auf die Schultern. Werde die Sache nach dem Vermittelungsvorschlage geregelt, so gäbe das vielfach einen Agitationsstoff. Das sei zweifellos eine Schattenseite, darum aber vielleicht doch kein Grund, den Entwurf fallen zu lassen.

[*Staatsminister C. Delbrück dazu. – 4. Entwurf des 7. Teils der Reichsversicherungsordnung*.]

45. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher, f. 20. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 27. Dezember 1910

Lieber Herr von Eisendecher!

Haben Sie herzlichsten Dank für die gütigen Wünsche, die Sie und ihre verehrte Gemahlin mir unter den Weihnachtsbaum gelegt haben. Anderthalb Jahre Kritik und Spott lassen mich jeden Ausdruck freundlicher Gesinnung doppelt dankbar empfinden, und in dieser Stimmung erwidern meine Frau und ich Ihre Wünsche und Grüße aus vollem Herzen. Wir verleben stille ländliche Festtage, glücklich darüber, daß der politische Lärm einen Augenblick verstummt. Ein kleines bischen begann es sich besser anzulassen, aber ich wage noch nicht auf Bestand zu hoffen. Die Konservativen befinden sich unter Heydebrands Führung auf verhängnisvollem Wege. Tagtäglich verlieren sie in allen gemäßigten, nicht rein junkerlichen Kreisen an bewußter und namentlich an unbewußter Sympathie. Anstatt die Wurzeln preußisch-konservativer Macht: bedingungslose Untertanentreue gegenüber dem Monarchen und vertrauensvolle Anlehnung an die Regierung zu pflegen, sucht er die Rettung seiner Partei in diktatorischer Parteipolitik nach parlamentarischem Muster. Das muß die Verbitterung ins ungemessene steigern, da die ostelbischen Landräte in der Kreisverwaltung auf den guten Willen des konservativen Großgrundbe-

[165] Clemens [1916: von] Delbrück (1856–1921), Staatssekretär im Reichsamt des Innern (auch Stellvertreter des Reichskanzlers) 1909–1916; auch Vizepräsident des Staatsministeriums 1914–1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sitzes schlechthin angewiesen, so wie so Handlanger der konservativen Politik sind und trotz allen liberalen Geschreis noch auf lange Zeit bleiben werden. Die Nationalliberalen machen sich neuerdings die Fehler der Konservativen mit Erfolg zu Nutze. Mit dem Moment, wo sie die Politik der reinen Verärgerung aufgegeben haben und anstatt auf die Regierung blos zu schimpfen, sie zu unterstützen beginnen, sind ihre Aktien merklich gestiegen. Hoffentlich bleiben sie dabei. Bevor sich nicht in den Wahlen der vorhandene Unmut Luft gemacht hat, wird es kaum anders werden. Aber nur wenn die konservative Niederlage, die ich momentan voraussehe, keinen Sieg des gemäßigten Liberalismus bedeutet, können einmalige Wahlen stabilere Verhältnisse zurückführen. – Die auswärtige Politik scheint mir nicht unbefriedigend. In der Besserung unserer russischen Beziehungen sehe ich vor Allem ein Sprungbrett für eine Verständigung mit England. Ich arbeite an ihr seit anderthalb Jahren und glaube auch deshalb an sie.

Nun lassen Sie sich und Ihrer verehrten Gemahlin Glück und Segen zum Neuen Jahre wünschen von Ihrem Ihnen in treuer Verehrung zugetanen

46. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 2–6. MF 955. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 67–68.

Berlin, 2. Januar 1911

[*1. Die Eröffnungsrede für den Landtag. – 2. Vorlagen an den Landtag. – 3. Die jüngsten Kundgebungen des Papstes u. a. betreffend die Zulassung zur Kommunion und den Antimodernisteneid. Verschiedene Minister dazu.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, es sei zweifellos, daß die Kundgebungen des Papstes[166] bei der evangelischen Bevölkerung, aber auch zum Teil bei der katholischen großen Unwillen erregt hätten. Am meisten sei dies bei dem Antimodernisteneide der Fall gewesen; praktisch wichtiger sei aber die Bestimmung über die Amotio administrativa.

Was könne der Staat nun gegen die päpstlichen Erlasse tun? Solle er generell dagegen Protest erheben? Sicher würde die Kurie erwidern, daß es sich nur um innerkirchliche Angelegenheiten handle. Die Folge würde ein diplomati-

[166] Pius X. (1835–1914), Papst 1903–1914. – Textnachweis seiner im folgenden genannten Kundgebungen: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 67 Anm. 4. – Der Antimodernisteneid auch in deutscher Übersetzung in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 568–569. – Der Antimodernisteneid war ein von Pius X. durch Motu proprio am 1. September 1910 eingeführter Eid. Ihn mußte jeder Geistliche der katholischen Kirche ablegen und damit die Glaubensaussagen des kirchlichen Lehramts ohne weiteres annehmen. Der Eid wandte sich gegen jene Lehren, die als Modernismus (z. B. Leben-Jesu-Forschung, neuere Schulen der Bibelwissenschaft, Darwinismus) bezeichnet wurden. – Die im folgenden genannte Amotio regelte die Versetzbarkeit von Geistlichen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scher Streit sein, der dem Staat keinen Sieg bringen werde. Die Regierung stände dann vor der Frage, entweder sich zurückzuziehen oder einen Kulturkampf zu beginnen – ein bei der gegenwärtigen politischen Lage höchst unzweckmäßiges und aussichtsloses Unternehmen. Es komme also nur in Frage, wie man sich im Einzelfalle verhalten solle. Dadurch, daß die Ableistung des Eides dem aus dem geistlichen Stande hervorgegangenen Staatsbeamten erlassen sei[167], werde auch die Schwierigkeit aus dem Wege geräumt, die bei Verweigerung der Eidesleistung durch diese entstehen könne. Dagegen könne der Staat bei der Amotio administrativa – zumal da, wo es sich um eine Patronatsstelle[168], insbesondere eine private Patronatsstelle, handle – in eine schwierige Lage kommen, wenn der Geistliche sich weigere, sein Amt zu verlassen und der Bischof staatliche Hilfe anrufe. Aber auch hier werde ein allgemeiner Einspruch nichts helfen. Es sei das eine Frage des Einzelfalles. Die gegenwärtige politische Situation gestatte jedenfalls nicht, in der Sache sich prinzipiell zu entscheiden und in die unter den Katholiken hervorgerufene Gärung einzugreifen. Die Borromäus-Enzyklika[169], der Streit der Berliner und Kölnischen Richtung, die Modernistenbewegung in der Literatur hätten eine Unruhe in die katholische Bevölkerung gebracht, in die sich der Staat nicht mischen dürfe. Täte er das, so würden sich die jetzt streitenden Parteien einigen und geschlossen gegen den Staat Stellung nehmen. Hiernach erfordere das Interesse des Staates, einen modus vivendi mit der katholischen Kirche zu finden und vorkommende Unstimmigkeiten durch beiderseitiges Entgegenkommen auszugleichen. Er pflichte daher durchweg den Ausführungen des Herrn Kultusministers[170] bei und bitte, gegebenenfalls auf eine Anfrage aus dem Landtage im gleichen Sinne zu antworten.

Das Staatsministerium war einverstanden.

47. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 11–23. MF 955. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftli-

[167] Bei Theologie- und Lyzeal-Professoren.

[168] Das ist die Schirmherrschaft eines Landes- oder Grundherren über eine Kirche, die auf seinem Gebiet liegt. Zu den Rechten des Patrons gehörte u. a., bei einer Wiederbesetzung einer Pfarrei den neuen Pfarrer vorzuschlagen.

[169] Am 26. Mai 1910 von Papst Pius X. verkündete Enzyklika („Editae saepe“), die den Modernismus scharf verurteilte. Sie erregte wegen verschiedener Passagen gegen die Reformation in der protestantischen Staatskirche massive Attacken gegen den Papst. – Zum folgenden: Seit der Jahrhundertwende kam es innerhalb der Zentrumspartei zu Flügelkämpfen: Die Parteimehrheit war bereit, an den Staatsaufgaben sachlich mitzuwirken und mit den Protestanten zusammenzuarbeiten (etwa in den Christlichen Gewerkschaften); dieser „Interkonfessionalismus“ unter dem Kölner Julius Bachem löste eine Gegenbewegung unter Führung des Zentrumsabgeordneten Hermann Roeren aus, die sich den Bischöfen im Kampf gegen den Modernismus streng verpflichtet fühlte (Berliner Richtung).

[170] August von Trott zu Solz (1855–1938), preußischer Kultusminister 1909–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 68 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 6. Januar 1911

[*1. Gesetzentwurf über kommunale Zweckverbände; Spezialgesetz zum Zweckverband Groß-Berlin. Erläuterungen des Innenministers.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, er sei vom Oberbürgermeister Kirschner[171] gebeten worden, den Gesetzentwurf über den Zweckverband Groß-Berlin vor der endgültigen Beschlußfassung des Staatsministeriums dem Magistrat zugänglich zu machen. Er habe erwidert, daß es für ihn, nachdem der Herr Minister des Innern[172] den gleichen Wunsch abgelehnt habe, ausgeschlossen sei, eine andere Entscheidung zu treffen. Er würde indes den Antrag dem Staatsministerium vortragen, wolle aber von vornherein darauf hinweisen, daß der Entwurf, wenn der Stadt Berlin, dann auch den übrigen Verbandsgliedern mitgeteilt werden müsse. Eine derartige Bekanntgabe des Entwurfes werde aber für die seit langem Jahren schwebende Angelegenheit eine neue, namentlich wegen des Waldgürtels sehr bedauerliche Verzögerung mit sich bringen. Kirschner habe entgegnet, daß die Gewährung einer Frist von 4 Wochen genügen würde und daß die Frage des Waldgürtels aus dem Gesetze ausscheiden könne. Diese sei durch die beteiligten Ministerien bereits so weit gefördert, daß sie auf freiwilliger Grundlage zum Abschluß gebracht werden könne. Im einzelnen seien von dem Oberbürgermeister dann noch folgende Punkte berührt worden.

1. Bei den Verhandlungen wegen freiwilliger Verbandsbildung habe man bei den Verkehrsanlagen die Frequenz als Maßstab für die Verteilung der Kostenbeiträge in Aussicht genommen. Dieser Maßstab sei damals, als es sich um Niveaubahnen handelte, durchaus zweckmäßig gewesen, weil diese sich gleichmäßig über das ganze Verkehrsgebiet verteilten. Nachdem jetzt aber auch Hoch- und Untergrundbahnen einbezogen seien, die häufig entlegene Außenbezirke erschließen sollten und bei hohen Erbauungskosten anfangs eine relativ geringe Frequenz aufweisen würden, könne dieser Maßstab nicht mehr in Frage kommen. Er – Kirschner – habe nun erfahren, daß nach dem Entwurf der sich für die einzelnen Bahnunternehmungen ergebende Beitragsbedarf auf die Verbandsmitglieder nach Maßgabe ihres Interesses verteilt werden solle. Diese Frage sei doch außerordentlich schwierig und erfordere eine vorhergehende genauere Durcharbeitung.

2. Auch durch die Ordnung des Stimmverhältnisses in der Verbandsversammlung sei Berlin benachteiligt, da ihm nur 1/3 der Stimmen zufalle, es aber nach seinem Steuersoll 2/3 der Kosten tragen werde. Allerdings sei auch bei den Verhandlungen wegen freiwilliger Verbandsbildung der Stadt Berlin

[171] Martin Kirschner (1842–1912), Oberbürgermeister von Berlin 1899–1912; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1900–1912.

[172] Hans von Dallwitz (1855–1919), preußischer Minister des Innern Juni 1910–1914; Statthalter von Elsaß-Lothringen 1914–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nur 1/3 der Stimmen zugebilligt worden. Man sei aber damals bei der Forderung einer 2/3-Majorität weiter gegangen als in dem Entwurf. Auch sei festgesetzt gewesen, daß alle Vertreter einer Gemeinde einheitlich stimmen müßten. Jetzt, wo jeder stimmen könne, wie er wolle, würden die Stimmen Berlins niemals einheitlich abgegeben werden. Die Sozialdemokraten würden im Interesse des Verkehrs vielmehr für jede Ausgabe stimmen, die von den Vororten angeregt worden wäre. Ihnen würden sich diejenigen Berliner Vertreter anschließen, die von der betreffenden Verkehrseinrichtung einen Vorteil hätten, so daß das Interesse Berlins trotz des Erfordernisses der 2/3-Majorität bei Bahnen nicht gewahrt werden würde. Es müsse daher verlangt werden, daß die Vertreter einer Gemeinde ihrer Instruktion gemäß zu stimmen hätten und daß zum mindesten auch für die Erwerbung von Freiland eine 2/3-Majorität notwendig sei.

3. Ebensowenig sei die Stadt Berlin im Verbandsausschuß genügend vertreten, da von dessen 18 Mitgliedern nur 4 auf sie entfielen.

4. Die Zuziehung der Landkreise in ihrer vollen Ausdehnung erscheine nicht berechtigt, da insbesondere die nördlichen Teile von Nieder-Barnim und die südlichen Teile des Kreises Teltow keine wirtschaftliche Einheit mit Berlin und den großen Vorortgemeinden bildeten. Wolle man die Landkreise trotzdem anschließen, so müsse jedenfalls auch die Stadt Spandau dem Verbande Groß-Berlin einverleibt werden.

Zu dem letzten Punkte habe er – der Ministerpräsident – zu bemerken, daß Spandau gegen seine Vereinigung mit dem Verbande Groß-Berlin Widerspruch erhoben habe. Dem Staatsministerium sei Abschrift einer Eingabe des Magistrats an den Herrn Minister des Innern zugegangen, in der ausgeführt werde, daß die Gründe der Einbeziehung Spandaus – die Frage einer Schnellbahnverbindung über Charlottenburg, die Angrenzung in die Döberitzer Heerstraße und die Einbeziehung in die Schutzinteressenzone – tatsächlich nicht zuträfen. Nach der Darstellung des Magistrats wolle die Stadt Spandau die Hochbahn über den Reichskanzlerplatz selbst weiterführen und habe zu diesem Zwecke bereits die außer Betrieb befindliche alte Lehrter Bahnstrecke vom Staat angekauft. Die Döberitzer Heerstraße, die ja allerdings bis Spandau führe, könne als Verkehrsweg zwischen Berlin und Spandau kaum in Betracht kommen, zumal eine Straßenbahn dort nicht gebaut werden dürfe. Schließlich habe auch Spandau an dem Wald- und Wiesengürtel kein Interesse, da es einen eigenen Stadtwald von 6.000 Morgen besitze, von dem ein Teil von ca. 1.000 Morgen bereits als städtischer Park vorbehalten und von der Bebauung ausgeschlossen sei.

Für das Staatsministerium komme nun in Frage, ob man dem Wunsche des Oberbürgermeisters Kirschner entgegenkommen und den Entwurf zunächst den beteiligten Gemeinden zur Äußerung zugehen lassen wolle. Bejahendenfalls würde eine weitere Beratung des Gegenstandes [sich] heute erübrigen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Der Innenminister spricht sich gegen die Mitteilung des Entwurfs an die Gemeinden aus.*]

Der Ministerpräsident stellt fest, daß das Staatsministerium von einer Anhörung der beteiligten Gemeinden vor endgültiger Beratung des Gesetzentwurfs über den Zweckverband Groß-Berlin absehen wolle.

[*Äußerungen mehrerer Minister.*]

2. Der Herr Ministerpräsident führte aus, er stehe prinzipiell auf dem Standpunkt, daß sich die Träger der höchsten Staatsämter über Beleidigungen durch die Presse erhaben fühlen müßten. In unserer Zeit hätten aber Verunglimpfungen der Minister, insbesondere seiner Person, in öffentlichen Blättern an Zahl und Schärfe derart zugenommen, daß man befürchten müsse, die weitere Ignorierung derartiger Beschimpfungen der höchsten Staatsbeamten werde im Volke nicht verstanden werden, ja bei diesen zu einer gewissen Rechtsverwirrung führen. Er sei desahlb an sich nicht abgeneigt, in einzelnen besonders schweren Fällen, in denen aus der verletzenden Form die beleidigende Absicht klar erkennbar und ein Erfolg sicher sei, eine Strafverfolgung herbeizuführen. Er befürchte aber, daß bei dem jetzigen Strafverfahren durch einen Beleidigungsprozeß, wo es der Verteidigung möglich sei, die Beweisaufnahme ins Ungemessene auszudehnen, dem Staatsinteresse vielfach mehr geschadet werden könne als durch die Nichtbestrafung der Beleidiger. Der Herr Justizminister[173] und einige nichtpreußische Bundesregierungen hätten ihm einige Zeitungen vorgelegt, in denen er wegen seiner Ausführungen über die Moabiter Unruhen auf das Gröblichste beschimpft werde. So sehr auch in diesen Fällen eine Bestrafung wohl dem Gerechtigkeitsgefühl des Volkes entsprechen würde, so müsse er doch besorgen, daß es den Verteidigern gelingen werde, die ganzen Moabiter Vorgänge wie jüngst vor der Strafkammer und dem Schwurgericht wiederaufzurollen. Das müsse aber unter allen Umständen vermieden werden.

Diese Erwägungen hätten ihn veranlaßt, zunächst ohne eigene Stellungnahme dem Staatsministerium durch sein Votum Gelegenheit zu einer erneuten Prüfung der ja schon früher wiederholt erörterten Angelegenheit zu geben.

[*Bemerkungen mehrerer Minister.*]

Der Ministerpräsident [erklärte], daß es jedem Ressortchef natürlich überlassen sei, nach eigenem Ermessen zu verfahren. Er habe nur deshalb wegen der Beleidigungen seiner Person die Ansicht des Staatsministeriums hören wollen, weil dieses durch die Verunglimpfung seines Präsidenten doch auch mittelbar getroffen werde.

48. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 28–41. MF 955/956. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl.

[173] Maximilian von Beseler.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 69–70 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 9. Februar 1911

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Vor der Tagesordnung:

1. Der Herr Ministerpräsident erwähnte, in mehreren Tageszeitungen vom Montag, dem 8. Januar, seien über den Inhalt der Eröffnungsrede für den Landtag[174] derart ins einzelne gehende Angaben gemacht worden, daß sie nur auf Mitteilungen nach dem Wortlaut des vom Staatsministerium am 2. Januar festgestellten Entwurfes hätten beruhen können. Die sogleich eingeleiteten Ermittelungen hätten ergeben, daß diese Angaben aus dem Quellenblatt „Information“ stammten und daß der Berichterstatter dieses Blattes, ein Herr von Schmeling[175], die schon vorher bei gelegentlichen Unterredungen mit Fachreferenten einzelner Ministerien gesammelten Notizen sich nach der Sitzung des Staatsministeriums am 2. Januar von dem Pressereferenten des Ministeriums des Innern habe berichtigen und ergänzen lassen. Der Berichterstatter der Information habe diese Mitteilungen freiwillig gemacht, nachdem ihm zugesichert worden sei, daß die beteiligten Beamten nicht zur Rechenschaft gezogen werden sollten. Wenn auch eine bewußte Indiskretion, wie sie in früheren Fällen vorgekommen und wiederholt auch von Seiner Majestät auf das schärfste getadelt worden sei, diesmal nicht vorzuliegen scheine, so zeige doch der Vorfall aufs neue, daß im Verkehr der Ministerialreferenten mit der Presse nicht immer die nötige Zurückhaltung beobachtet werde. Zur Vermeidung ähnlicher Unzuträglichkeiten bitte er, wie er bereits als Vizepräsident des Staatsministeriums in der Sitzung vom 26. April 1909 angeregt habe[176], den Vortragenden Räten, ohne auf diesen speziellen Fall einzugehen, jetzt nochmals größte Vorsicht bei Informierung der Presse zur strengsten Pflicht zu machen.

[*2. C. Delbrück über den Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes. – 3. Zulassung der fakultativen Feuerbestattung.*]

Der Herr Ministerpräsident entgegnete: Nachdem in 13 deutschen Bundesstaaten die Feuerbestattung bereits zugelassen sei, habe sich Preußen auf Anregung aus den Parlamenten endlich entschlossen zu folgen. Da sei es doch bedenklich, wenn die Genehmigung im Einzelfalle ohne zwingende Gründe von schwereren Bedingungen als in den seitdem in den meisten anderen Bundesstaaten abhängig gemacht werde.

---

[174] Vom 10. Januar 1911. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 2–4.

[175] Nicht weiter identifiziert.

[176] Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Bd. 9. 23. Oktober 1900 bis 13. Juli 1909. Bearb. v. Reinhold Zilch. Hildesheim [u. a.] 2001, S. 234–235.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach dem Entwurf sei die Rechtswirkung der Bestimmung des Verstorbenen über die Art seiner Bestattung an Formen gebunden, die weit über das hinausgingen, was das Bürgerliche Gesetzbuch für letztwillige Verfügungen vorschreibe. Während für diese nach § 2231 Nr. 2[177] das holographische Testament genüge, werde diese Form der Willenserklärung über die Bestattungsart nicht für ausreichend betrachtet. Man könne also durch ein eigenhändiges Testament über wichtige Familienangelegenheien und große Vermögensobjekte verfügen, dürfe aber darin nicht zugleich die Verbrennung seines Leichnams anordnen. Dies scheine ihm verfehlt und unbedingt abänderungsbedürftig. Weniger entscheidendes Gewicht lege er auf seinen Vorschlag über die zweite Form der schriftlichen Erklärung, den er aus den württembergischen Bestimmungen entnommen habe[178].

Bedenklich erscheine ihm die mit der Besorgnis vor Zunahme der Giftmorde[179] begründete Ausnahmestellung der unehelichen Kinder unter 14 Jahren. Er teile diese Besorgnis nicht und stelle deshalb anheim, in den fraglichen Fällen die Entscheidung über die Bestattungsart wie in verschiedenen anderen Bundesstaaten den Bestattungspflichtigen zu überlassen. Unter allen Umständen bitte er aber aus den in seinem Votum angeführten Gründen die beanstandeten Sätze auf Seite 10 der Begründung zu streichen. Ferner empfehle er auf Seite 3 unten die Worte „zu ihren Ungunsten“ als überflüssig und auf Seite 4 oben den Satz „und daß unter den vornehmlich den gebildeten Gesellschaftsklassen“ bis „zu verzeichnen sind“ – wegen der darin enthaltenen bedenklichen Kritik der Mitglieder der Feuerbestattungsvereine – fortzulassen.

[*Ausführungen des Unterstaatssekretärs Küntzel. – 4. Die Fortbildungsschulen.*]

49. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 52–59. MF 956. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 70–71.

Berlin, 17. Februar 1911

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Der Herr Ministerpräsident führte aus, die Arbeiten der Reichstagskommission zur Vorbereitung der Elsaß-Lothringischen Verfassungsreform hätten

[177] § 2231: „Ein Testament kann in ordentlicher Form errichtet werden […] 2. durch eine vom Erblasser nach § 2247 abgegebene Erklärung.“ – Der folgende Begriff „holographisch“: in völlig eigenhändiger Form.

[178] Nachweis: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 69 Anm. 4.

[179] Dazu wurde nichts weiter ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unterbrochen werden müssen, da die Beschlüsse der Kommission über die Stellung des Statthalters und die Erhebung Elsaß-Lothringens zum Bundesstaat[180] die Grundlagen der Regierungsvorlage verrückten und und geeignet seien, damit die Verhandlungen zu einem von vornherein unannehmbaren Ergebnis zu führen. Den verbündeten Regierungen muß zunächst von den Beschlüssen Kenntnis gegeben werden, um festzustellen, ob es möglich sei, in einigen Punkten den Wünschen des Reichstags entgegenkommen zu können. Gegenstand der heutigen vertraulichen Besprechung sei zu prüfen, ob und worin ein solches Entgegenkommen betätigt werden könne.

[*Referat des Staatsministers C. Delbrück über die Beschlüsse der Reichstagskommission.*]

Der Herr Ministerpräsident schloß sich diesen Darlegungen [*des Staatsministers C. Delbrück*] in allen Punkten an und führte noch folgendes aus:

Die Absicht des Zentrums bezüglich der Stellung des Statthalters sei absolut unannehmbar. Der Kaiser solle bei der Ernennung des Statthalters an den Vorschlag des Bundesrats gebunden sein und habe tatsächlich nichts anderes als seine Unterschrift zu leisten. Nach dem Zentrumsantrage wäre der Statthalter Präsident einer Republik, der vom Bundesrat auf unbestimmte Zeit gewählt werde. Ernennung wie Abberufung des Statthalters würde die Grundlage zu Zwist und Zank im Bundesrat bilden, wenn beispielsweise der Wunsch bestehe, einen bayerischen Prinzen zum Statthalter zu berufen. Alle derartigen Beschlüsse schieden daher von einer ernsthaften politischen Prüfung aus. Dagegen habe er immer auf dem Standpunkte gestanden, daß nur durch die Verleihung von Stimmrecht ein engerer Anschluß an das Reich zu erzielen sei. Nur habe es geschienen, als gebe es hierfür keinen gangbaren Weg, der nicht auf eine einseitige Stärkung der preußischen Macht hinauskomme. Es sei unzweifelhaft, daß ohne die Bundesratsstimme die Vorlage nicht durchzubringen sei. Das Scheitern wäre politisch aufs Äußerste zu bedauern. Herr Wetterlé[181] würde triumphieren. Mache man jetzt nichts, so kehre die Aufgabe doch immer wieder, und ihre Lösung würde sich nur demokratischer gestalten. Die Chancen für eine konservative erste Kammer würden immer geringer. Elsaß-Lothringen sei in seinem Kern ein demokratisches Land. Die Einführung von 3 Stimmen gewinne praktische Bedeutung eigentlich nur für diejenigen Angelegenheiten, in denen die Beschlüsse des Bundesrats mit einfacher Mehrheit gefaßt würden, und sei nur von Erheblichkeit, wenn die Stimmen 31:30 ständen[182]. Falls Elsaß-Lothringen sich mit Preußen unter den 31 Stimmen befände, würde der Vorschlag trotz der nominellen Majorität abgelehnt sein.

[180] Die Reichstagskommission über die Verfassung von Elasß-Lothringen hatte am 9. Februar 1911 mit 17 gegen 7 Stimmen die Erhebung der Reichslande zu einem selbständigen Bundesstaat beschlossen.

[181] Emile Wetterlé (1861–1931), MdR (Elsaß-Lothringen) 1898–1915; französischer Nationalist.

[182] Im Bundesrat waren bislang 58 (jetzt ab 1911: 61) Bevollmächtigte vertreten. Preußen verfügte über 17 Stimmen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ständen die Stimmen 29:32, so würde, falls Preußen zu der Mehrheit gehöre, dieser Vorschlag auch ohne die elsaß-lothringischen Stimmen zur Annahme gelangt sein, da bei Stimmengleichheit die Präsidialstimme den Ausschlag gebe. Nur wenn Preußen zur Minderheit (29) gehöre und Elsaß-Lothringen zu der Mehrheit, würde es durch die elsaß-lothringischen Stimmem überstimmt werden. Preußen könne eine derartige Einschränkung vertragen. Sie sei diktiert von dem Wunsch, die anderen Bundesstaaten von der Besorgnis einer Majorisierung durch Preußen zu befreien.

[*Äußerungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident glaubte, daß sich in solchen Fällen wohl ein Einverständnis im Bundesrat über die Vorfrage, ob eine Verfassungsänderung vorliege oder nicht, immer erzielen lassen werde. Im übrigen dürfe man nicht verkennen, daß in hochpolitischen Fragen der Statthalter angewiesen werden würde, die Stimmen im Sinne der Präsidialmacht abzugeben, und vor der Alternative stände, dies zu tun oder seine Entlassung zu nehmen. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Konzession gegenüber der Forderung des Reichstags, die allen preußischen Einfluß ausscheiden wolle, verhältnismäßig gering sei.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erblickte den Einfluß Preußens nicht in der Zahl der Stimmen. Die Geschichte rechtfertige nicht die geäußerten Besorgnisse. Bismarck habe das Stimmverhältnis übernommen, wie es im Plenum des ehemaligen deutschen Bundes bestanden habe. Glaube man, daß, wenn noch einige kleinere Staaten vorhanden gewesen wären, und sich das Stimmverhältnis nicht wie heute 17:58, sondern 17:61 gestellt habe, Bismarck hieraus die Folgerung einer Vermehrung der preußischen Stimmen gezogen haben würde? Wenn der Einfluß Preußens durch den Hinzutritt von 3 Stimmen gelähmt werde, dann habe das Reich überhaupt keine Zukunft mehr. Der Vorschlag sei viel weniger bedenklich als Anregungen, die vor 2 Jahren der Statthalter Graf Wedel gegeben habe. Dieser sei damals bei einigen süddeutschen Höfen, allerdings ohne Autorisation des Fürsten Bülow, herumgereist und habe 3 Stimmen angeboten gegen die Konzession von 3 Stimmen für die Reichslande. Er – der Ministerpräsident – habe sich damals auf das entschiedenste hiergegen ausgesprochen, weil bei einem künftigen Definitivum Preußen damit 6 Stimmen verlieren würde.

[*Einlassungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident war auch seinerseits mit dem Vorschlag des Herrn Staatsministers Delbrück einverstanden [*aus Elsaß-Lothringen keinen selbständigen Bundesstaat, sondern ein Kaiserland zu machen*]. Er werde zunächst die Entscheidung Seiner Majestät des Kaisers einholen, er glaube, daß Seine Majestät allerdings nur ungern auf diese Regelung eingehen, Sich aber doch seinen Gründen nicht verschließen werde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das Staatsministerium erklärte sich hiernach gegen die Stimmen des Herrn Kultusministers, des Herrn Ministers des Innern[183] und des Herrn Finanzministers mit dem vom Herrn Staatsminister Dr. Delbrück formulierten Vorschlag einverstanden.

50. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 64–72. MF 956/957. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit einer handschriftichen Korrektur. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 71–72 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 20. März 1911

[*Der Landwirtschaftsminister über den Jahresbericht der Ansiedlungskommission.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, nicht um eine grundsätzliche Frage, sondern nur darum handle es sich, ob man jetzt enteignen wolle oder nicht. Er gebe zu, daß die Enteignung die ultima ratio sei, um polnischen Besitz zu erlangen, bestreite aber, daß mit dem Erwerb von 70.000 ha polnischen Landes, wie es das Gesetz von 1908 gestatte, das Schwergewicht in der Provinz Posen zu Gunsten des deutschen Besitzes verlegt werde. Mit 70.000 ha könne man doch nur den vorhandenen deutschen Besitz abrunden und stärken, aber nicht neue Keile in die Masse des polnischen Besitzes einschieben. Es komme also nur darauf an, ob ohne Enteignung für die nähere Zukunft genügendes Land zur Fortsetzung der Ansiedlungstätigkeit verfügbar sein würde. Für 1911 sei der Bedarf gedeckt – außer der Reserve aus dem Vorjahr. Für 1912 seien 14.500 ha nachgewiesen, es fehlten mithin noch 6–7.000 ha. Solle man wegen dieses zur Zeit noch fehlenden Restes jetzt enteignen? Aus Gesichtspunkten der äußeren Politik sei die Enteignung im Augenblick nicht gerade erwünscht, aber immerhin erträglich. Auf die innerpolitischen Bedenken habe der Herr Landwirtschaftsminister[184] schon hingewiesen. Ob die Rückwirkungen der Enteignung auf den Reichstag und die Reichstagswahlen nicht noch stärkere sein würden, als man jetzt annehme, sei doch sehr zweifelhaft. Solle man da wegen 6–7.000 ha das Risko auf sich nehmen? Allerdings sei es richtig, daß wir nach einem Jahre mindestens vor den gleichen Schwierigkeiten stehen würden. Wie die äußere Politik sich dann gestalten werde, könne man nicht wissen. Die innere Lage, insbesondere die Wirtschaftspolitik im Reich, bei der man die Polen und das Zentrum einschließlich seines demokratischen Teiles nicht entbehren könne, würde für die Enteignung vielleicht noch ungünstiger sein als zur Zeit. Insofern sei die gegenwärtige Entscheidung von außerordent-

[183] August von Trott zu Solz und Hans von Dallwitz. – Der im folgende genannte: August Lentze (1860–1945), preußischer Finanzminister 1910–1917.

[184] Clemens Frhr. von Schorlemer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich politischer Bedeutung, als man mit jedem Jahr des Hinausschiebens die Ausführung der Enteignung erschwere. Durch die sofortige Enteignung würde man nur die hakatistischen und alldeutschen Blätter zufriedenstellen, allerdings auch die deutsche Bewegung im Osten stärken. Übrigens glaube er nicht, daß bei Inangriffnahme der Enteignung uns reichlich polnischer Besitz zum Ankauf angeboten werden würde, wie er andererseits davon überzeugt sei, daß die Enteignung die beiden jetzt getrennten Lager der Polen[185] wieder zusammenführen würde.

Trotzdem hiernach manches für eine sofortige Enteignung spreche, könne er jedoch zwingende Gründe dafür nicht anerkennen, und er stimme dem Inhalte der Erklärung des Herrn Landwirtschaftsministers[186] zu, weil sie zum Ausdruck bringe, daß das Staatsministerium fest entschlossen sei, die im Jahre 1886 durch das Ansiedlungsgesetz inaugurierte Politik fortzusetzen.

Ein formeller Beschluß des Staatsministeriums wurde nicht gefaßt.

[*2. Staatsminister C. Delbrück über den Termin von Neuwahlen für den Reichstag.*]

51. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 91–106. MF 957. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 73 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 20. Mai 1911

[*1. Der Ausbau der deutschen Wasserstraßen. Dazu Äußerungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß über die Tariffrage wohl eine Entscheidung noch nicht getroffen werden könne. Er sei dem Herrn Arbeitsminister[187] dankbar, daß er der Mosel- und Saarkanalisierung die Türe nicht verschließen wolle. Die Kanalisierung sei zwar vorläufig noch nicht in Aussicht zu nehmen. Aber auf die Dauer könne Preußen an dem ablehnenden Standpunkt nicht festhalten. Es dürfe deshalb auch beim Schiffahrtsabgabengesetz nicht betont werden, daß Mosel- und Saarkanalisierung überhaupt nicht in Frage käme. Man habe in dem Gesetzentwurf die Schiffahrt für eine deutsche Angelegenheit erklärt. Deshalb dürfe man keinen partikularistisch preußi-

[185] Der (preußisch-)staatsloyalen und der (polnisch-)nationalen Gruppierung.

[186] Die er vor dem Abgeordentenhaus demnächst abzugeben beabsichtige, daß nämlich die Regierung entschlossen sei, die „1886 inaugurierte Ansiedlungspolitik zum Schutze des Deutschtums in den Provinzen Posen und Westpreußen forzuführen".

[187] Paul von Breitenbach (1850–1930), preußischer Minister für öffentliche Arbeiten und gleichzeitig Chef des Reichseisenbahnamtes 1906–1918; Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums 1916–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Standpunkt einnehmen. Wenn man auch der Aufnahme von Mosel und Saar in das Gesetz widerspreche, so müsse man doch auf die Wünsche Elsaß-Lothringens Rücksicht nehmen und nicht den Anschein erwecken, als ob das Reichsland auf die Hilfe Preußens nicht zu rechnen habe. Es beständen ja dort schon Neigungen, wirtschaftlich nach Frankreich und Belgien zu gravitieren. Man dürfe daher die Verbindung mit Deutschland nicht gefährden, müsse das Reichsland vielmehr wirtschaftlich unterstützen, damit es sich immer mehr als ein Stück des Deutschen Reiches fühle. Er halte es daher politisch für einen Fehler, daß in dem Gesetzentwurf über den Ausbau der deutschen Wasserstraßen die Mosel keine Aufnahme habe finden können, und bedauere, daß die Kanalisierung von Mosel und Saar tatsächlich zur Zeit ummöglich sei.

Bekanntlich wünsche auch Seine Majestät die Ausführung dieses Projekts. Seine Majestät sei erregt gewesen über die vorjährige Entschließung des Staatsministeriums, habe sie jedoch auf Vortrag nachträglich ratihabiert[188]. Seiner Majestät schwebe nach wie vor die Moselkanalisierung als eine zu lösende Aufgabe vor Augen. Alle Herren Staatsminister schienen anzunehmen, daß die Moselkanalisierung kommen werde. Man müsse also den Anschein vermeiden, als ob Preußen hierfür niemals zu haben sein werde.

Ohne jetzt schon endgültig Stellung nehmen zu wollen, scheine ihm die Tarifermäßigung, wenngleich sie auf Kosten der preußischen Finanzen erfolgen werde, erwünscht, da sie zu einer besseren Verschweißung der Reichslande mit dem Reich beitragen werde. Die Frage könne aber heute nicht zum Abschluß kommen und müsse weiteren Verhandlungen zwischen dem Herrn Arbeitsminister und dem Herrn Finanzminister[189] überlassen bleiben.

[*2. Das Zustandekommen der Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen*.]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte dazu, die wesentlichen Bestimmungen der Gesetzesvorlagen – über die Stellung des Kaisers, die Zusammensetzung der Ersten Kammer und das Budgetrecht – seien angenommen, teilweise sogar verbessert. Im übrigen habe man allerdings, namentlich auch infolge des Abseitsstehens der Konservativen, einige Konzessionen machen müssen[190].

1. Die Gewährung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen halte er für eine Verbesserung der Vorlage. Sie sei eine notwendige Konsequenz der Aktion auf Selbstentwickelung der Reichslande. Die verklausulierte Form sei allerdings unerwünscht, habe aber zugestanden werden müssen, weil die anderen Bundesstaaten anscheinend ohne sie die 3 Stimmen nicht konzedieren wollten. Übrigens habe die Beschränkung[191] ja keine große praktische Bedeutung.

2. Die Abänderung der von der elsaß-lothringischen Landesregierung ausgearbeiteten Wahlkreiseinteilung sei notwendig gewesen, weil ihr eine unmög-

[188] Nachträglich zugestimmt.

[189] August Lentze.

[190] Vgl. den Überblick bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 471–474.

[191] Die Einschränkung bestand darin, daß die drei elsaß-lothringischen Stimmen nicht gezählt werden durften, wenn Preußen allein mit ihrer Hilfe die Mehrheit erhalten hätte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Wahlgeometrie zugrunde gelegen habe, deren Vertretung dem Zentrum nicht habe zugemutet werden können. Darüber seien sich die Kommission, die Vertreter der Reichsregierung und der Statthalter einig gewesen.

3. Dadurch daß die Kommission die Forderung der Seßhaftigkeit, wenn auch in einer gegen den Entwurf etwas abgeschwächten Form, zugestanden habe, sei eine immerhin wertvolle Bestimmung erreicht worden, die man nicht unterschätzen dürfe[192].

4. Auch dem, was Herr Staatsminister Dr. Delbrück über die Pluralstimmen gesagt habe, könne er nur zustimmen. Die Bedeutung dieser Kautelen sei unsicher und gering. Elsaß-Lothringen habe sehr viel geteilten Besitz mit ansässigen Arbeitern, die natürlich der Sozialdemokratie angehörten. Es sei nicht zu erwarten, daß diese in dem Alter, in welchem sie die Pluralstimmen geltend gemacht haben würden, anderer Ansicht geworden wären. Unangenehm sei es ja, daß mit den Pluralstimmen eine Schranke gegen das Reichstagswahlrecht fortfalle[193]. Das Staatsministerium habe abzuwägen, ob es hieran die Reform scheitern lassen wolle. Er könne die Verantwortung hierfür nicht übernehmen, da das Scheitern der Vorlage die heillose Verwirrung der Verwaltungszustände in Elsaß-Lothringen noch bedeutend steigern werde. Wenn derselbe Landesausschuß, den man eben wegen seines unglaublichen Verhaltens geschlossen habe[194], im Herbst wiedereinberufen werden würde, so werde der Statthalter nicht wissen, wie er mit ihm die Geschäfte führen solle. Es sei zweifellos, daß das Scheitern der Reform eine erhebliche Stärkung der nationalistischen Partei zur Folge haben werde, und es sei wahrscheinlich, daß dadurch die auf Abschüttelung des Preiß, Blumenthal[195] und Wetterlé gerichtete Bewegung unterbrochen werden würde. Auch dem Auslande, besonders Frankreich gegenüber, sei es durchaus unerwünscht, wenn die Verfassungsreform nicht zustande komme. Er sei noch heute davon überzeugt, daß für Elsaß-Lothringen, wie sich die Verhältnisse dort entwickelt hätten, eine Reform im Sinne der Vorlage eine Notwendigkeit sei. Wenn das Werk jetzt scheitere, so würde man es immer wieder aufgreifen, und da sei doch anzunehmen, daß die Reform bei dem nächsten Reichstage eine viele schlechtere Gestalt erhalten würde. Er habe in diesem Sinne an Seine Majestät berichtet und heute Mittag dessen Zustimmung erhalten. Damit Seine Majestät die Nachricht von der Annahme der Vorlage in der Reichstagskommission nicht zuerst durch Wolffs Telegraphenbureau erhalte, habe er Ihn sofort telegraphisch informieren müssen, und es

[192] Im „Gesetz über die Verfassung Elsaß-Lothringens“ vom 31. Mai 1911 heißt es dazu in § 6: „Wählbar [[für die Erste Kammer] sind nur Reichsangehörige, die in Elsaß-Lothringen ihren Wohnsitz haben […].“

[193] Die Wahlen zur Zweiten Kammer erfolgten künftig nach allgemeiner, direkter und geheimer Abstimmung.

[194] Am 9. Mai 1911, nachdem er erst seit dem 1. Februar getagt hatte.

[195] Jacques Preiß (1859–1916), Rechtsanwalt in Colmar; MdR (Elsaß-Lothringer) 1893–1912. – Daniel Blumenthal (1860–1930), Rechtsanwalt in Colmar; MdR (Elsaß-Lothringer) 1903–1907. – Beide (und der dann genannte Wetterlé) waren chauvinistisch französisch gesinnt und bekämpften die Politik des Ausgleichs; sie hatten 1910 die antideutsche „Union nationale“ gegründet, blieben aber in den Kammerwahlen vom Oktober 1911 ohne Mandat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sei ihm deshalb nicht möglich gewesen, vorher das Staatsministerium zusammenzuberufen. Jetzt bitte er um dessen Zustimmung dazu, daß er die von der Kommission abgeänderte Vorlage im Reichstag und Bundesrat vertrete[196].

52. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 7764. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin] 26. Mai 1911

Aus mündlichen Mitteilungen Seiner Majestät über seinen Aufenthalt in London[197].

Der italienische Botschafter Marquis Imperiali hat Seiner Majestät gesagt, daß, wenn Oesterreich und namentlich der Oesterreichische Hof seine Teilnahme am italienischen Jubiliäumsjahr[198] nicht dokumentiere, Italien im Herbst ein Kriegsbudget gegen Oesterreich votiren werde. Die Versöhnungspolitik, die San Giuliano gegenüber Oesterreich teile, wird dann ergebnislos bleiben, denn schon jetzt sei die Stimmung in Italien sehr erregt.

Der Marquis hat diese Äußerungen in großer innerer Erregung gemacht, aber S.M. ausdrücklich gebeten, sie als ganz persönlich und streng vertraulich zu behandeln.

53. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 4. Juni 1911

Lieber Herr von Eisendecher!

Wie jede Zustimmung, die ich von Ihnen erfahre, so hat mich auch Ihr freundlicher Brief vom 2. ganz besonders erfreut. Ich überschätze das Erreichte nicht, denn wir werden in Deutschland noch lange unter einem Unverstand der Parteien leiden, der in anderen Ländern unbekannt ist, und das wird sich auch bei den nächsten Wahlen zeigen. Aber Elsaß-Lothringen und Versiche-

196 Am 23. Mai fanden im Reichstag die zweite Lesung der Verfassungsvorlage und am 24. Mai die zweite Lesung des Wahlgesetzes für Elsaß-Lothringen statt. Beide wurden in der dritten Lesung am 26. Mai mit 211 gegen 93 Stimmen angenommen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 107–115 und 116.

197 Das deutsche Kaiserpaar hielt sich anläßlich der Enthüllung des Denkmals für Königin Viktoria vom 15. bis 10. Mai in London auf. – Der im folgenden genannte: Guglielmo Marquis Imperiali, Principi di Francavilla (1858–1944), italienischer Botschafter in London 1910–1919.

198 Feier zur Ausrufung des Königsreichs Italien 1861 fünfzig Jahre zuvor (allerdings bereits am 27. März 1911). Am 4. Juni wurde in Rom das Nationaldenkmal für König Viktor Emanuel II. enthüllt. Am 13. September wurde in Rom die Jahresfeier der Befreiung Roms 1870 begangen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rungsordnung – zwei Fragen, die wenn nicht heute, so doch morgen gelöst werden mußten, sind trotz aller Schwächen in einem so staatserhaltenden Sinne geregelt worden, wie es aller menschlichen Voraussicht nach in Zukunft nicht mehr möglich sein würde[199]. Auch ist, wenn ich mich nicht täusche, ungeachtet aller Konzessionen, die wir machen mußten, die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Regierung einmal wieder stabilisirt worden, was nach dem bedenklichen Hinabgleiten zum Parlamentarismus das einzureißen drohte, was unbedingt notwendig war. Endlich werden Sie mir eine gewisse persönliche Genugtuung darüber zu Gute halten, daß sich schließlich doch die Maxime, nach der ich die Politik zu leiten versucht habe, als richtig erwiesen hat. Aber das ist nun abgetan und neue Aufgaben winken.

Weder mit Frank[200] noch mit einem anderen Sozialdemokraten habe ich persönlich verhandelt noch verhandeln lassen. Wohl aber haben die Sozialdemokraten, die Elsaß-Lothringen mit zu Stande bringen wollten, an denjenigen vertraulichen Besprechungen teilgenommen, die Delbrück in gemeinschaftlicher Sitzung mit allen dem Gesetz freundlichen Parteien abgehalten hat. Dabei hat Delbrück wie mit den Vertretern der anderen Fraktionen so auch mit denen der Sozialdemokraten persönlich verhandelt. Eine Neuerung ist das nicht. Dasselbe hat sich ereignet beim amerikanischen Handelsabkommen, beim portugiesischen und schwedischen Handelsvertrag[201], bei zahlreichen kleineren sozialpolitischen Gesetzen. Fast nie läßt sich die Arbeit ausschließlich in den offiziellen Kommissionssitzungen erledigen. Vertrauliche Besprechungen mit den Fraktionsführern oder mit den Kommissionsmitgliedern laufen stets daneben her. An ihnen nehmen – das ist eine selbstverständliche und notwendige Folge – alle Parteien teil, welche in den Kommissionssitzungen zeigen, daß sie das Gesetz mit der Regierung zu Stande bringen wollen. So war es auch diesmal. Bitte machen Sie, wo es Ihnen opportun erscheint, von Vorstehendem Gebrauch.

Sie schreiben nichts von Ihrer und Ihrer Gemahlin Gesundheit. Hoffentlich ist das kein schlechtes Zeichen, sondern ich kann auf ein frohes Wiedersehen in Kiel rechnen. Beste Grüße und Empfehlungen auch von meiner Frau.

Stets der Ihre

[199] Nach der Verfassung von 1911 bekam Elsaß-Lothringen den Status eines selbständigen Gliedstaates des Reiches; es verfügte daher im Bundesrat über drei Stimmen. – In der Reichsversichungsordnung von 1911 wurde die Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung aus den 1880er Jahren in einem einzigen Gesetz zusammengefaßt.

[200] Ludwig Frank (1874–1914), SPD-Mitglied; Abgeordneter für Karlsruhe im badischen Landtag 1905–1914; MdR 1907–1914.

[201] Vertrag zwischen Deutschland und den USA vom 23. Februar 1909. Text: CTS 208 (1908/09) S. 334–335. – Vertrag zwischen Deutschland und Portugal vom 30. November 1908. Text: ebenda S. 113–125. – Vertrag zwischen Deutschland und Schweden vom 2. Mai 1911. Text: ebenda 213 (1911) S. 267–299.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

54. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 108–124. MF 957/958. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 73–74 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 30. Juni 1911

[*1. Nachträgliche Zustimmung zur Schließung des Abgeordnetenhauses. – 2. Verstärkter Beamtenaustausch zwischen Elsaß-Lothringen und den übrigen Bundesstaaten.*]

Der Ministerpräsident legte dar, daß durch die Neuordnung der Verhältnisse in Elsaß-Lothringen infolge der Verfassungsreform den Reichs- und den Staatsbehörden die Pflicht auferlegt sei, mit allen Mitteln in den Reichslanden das Deutschtum zu heben und den Partikularismus, der sich dort herausgebildet habe, in richtige Bahnen zu lenken. Dazu gehöre, daß den elsaß-lothringischen Beamten durch eine Art von Beamtenaustausch mit anderen Bundesstaaten, inbesondere Preußen, die Möglichkeit gegeben werde, sich im Reich umzusehen. Es habe auch bereits aus diesem Gedanken heraus ein Schriftwechsel zwischen dem Statthalter und dem Herrn Kultusminister[202] wegen Austausches von Hilfslehrern stattgefunden. Diese Verhandlungen hätten sich jedoch wegen der Verschiedenartigkeit der Anstellungsbedingungen zerschlagen. Neuerdings habe der Statthalter betont, daß er weniger auf die Heranziehung von außerreichsländischen Beamten als vielmehr darauf Gewicht lege, daß die Söhne der alteingesessenen elsaß-lothringischen Familien in den öffentlichen Stellungen der anderen Bundesstaaten Verwendung fänden, z. B. im Berg-, Forst- oder Justizberufe oder als Hilfsarbeiter bei den Reichsämtern. Der Statthalter hoffe, daß die jungen Elsaß-Lothringer, die jetzt nur ihr Reichsland und darüber hinaus von Großstädten nur Paris kennen lernten, dadurch mit den Verhältnissen Deutschlands und der deutschen Großstädte, namentlich der Reichshauptstadt, bekannt gemacht und so veranlaßt würden, ihren Gesichtskreis zu erweitern. Er wolle auf diese Frage nicht näher eingehen, sondern nur die Herren Staatsminister bitten, wenn der Herr Staatssekretär des Innern[203], mit dem er sich deswegen in Verbindung gesetzt habe, an sie herantrete, möglichst entgegenkommend zu zeigen.

[*Äußerungen mehrerer Minister dazu. – 3. Urlaubstermine der Minister. – 4. Die Notlage der oberschlesischen Eisenindustrie. – 5. Die Ansiedlungskommission und die Frage der Enteignungen. Landwirtschaftsminister Schorlemer bedauert die bisher geringen Erfolge der Enteignungspolitik.*]

[202] Karl Graf Wedel und August von Trott zu Solz.

[203] Hans von Dallwitz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident schloß sich den Ausführungen des Herrn Landwirtschaftsministers[204] an. Materiell verspreche er sich nicht Übermäßiges von der Enteignung, da zu hohe Preise gezahlt werden müßten, die den bisherigen Besitzern die Möglichkeit böten, sich anderswo in der Ostmark größere Ländereien, als sie bisher besessen hätten, zu erwerben. Aber man befinde sich in einer gewissen Zwangslage. Die Herren Staatsminister Dr. Delbrück, von Dallwitz und Freiherr von Schorlemer hätten zutreffend die Gründe angeführt, die für die Enteignung sprächen. Was der Erfolg sein werde, sei zweifelhaft. Sehr zweifelhaft sei es auch, ob man demnächst das Ziel erreiche, was der Herr Finanzminister[205] wolle. Gegen den Ausbau des deutschen Besitzes zu einem deutschen Block sprächen doch wesentliche politische Gründe – dieselben Momente, die es uns verböten, größeren und mittleren Besitz zu verkleinern – und wirtschaftliche Bedenken, weil die Höhe der Preise es unmöglich mache, die Ansiedler rationell anzusetzen.

Über die Rückwirkung der Enteignung auf Reichs- und Landtag denke er ebenso wie der Herr Justizminister und der Herr Handelsminister[206]. Der Eindruck der Enteignung und der Eindruck der Nicht-Enteignung würden sich wohl ausgleichen. Die zu erwartende Verärgerung des Zentrums und der Polen sei für die Fortsetzung unserer Wirtschaftspolitik allerdings nicht zu unterschätzen. In dieser Hinsicht sei es aber gleichgültig, ob jetzt oder im Frühjahr nach den Wahlen enteignet werde.

Von den Parteien werde die Regierung auf jeden Fall getadelt werden. Das zeigten die Verhandlungen über die Denkschrift der Ansiedlungskommission[207]. Trotzdem die Abgeordneten von Heydebrand und Freiherr von Zedlitz die dringende Bitte ausgesprochen hätten, nicht zu enteignen, und auch Friedberg ein Bedürfnis dafür nicht anerkannt habe, hätten alle 3 der Regierung in der Öffentlichkeit Pflichtvergessenheit vorgeworfen. Entscheidend für ihn sei, ob verständige Politiker, wenn die Regierung nicht enteigne, ihr mit Recht den Vorwurf der Schwäche machen könnten. Das werde der Fall sein. Man werde zutreffend sagen, daß die Regierung sich inkonsequent zeige, nachdem sie 1908 das Recht zur Enteignung mit solcher Energie gefordert habe. Deshalb sei er mit dem Herrn Landwirtschaftsminister darin einverstanden, daß die Enteignung einzelner Güter nicht zu umgehen sei. Was nun die Auswahl dieser Güter angehe, so wünsche er, daß nur solche in Betracht gezogen würden, die notorisch auf dem Markte lägen. Denn auch bei der Enteignung des kürzlich erworbenen Besitzes seien Härten denkbar, z. B. wenn der Besitzer in der Absicht, das Gut seiner Familie zu erhalten, besondere Einrichtungen getroffen oder Meliorationen vorgenommen habe. Überhaupt müsse das aus dem vorigen Jahre stammende Güterverzeichnis nochmals durch die Provinzialbehörden eingehend geprüft werden, da sich die Verhältnisse doch seitdem geändert

[204] Clemens Frhr. von Schorlemer.

[205] August Lentze.

[206] Maximilian von Beseler und Reinhold von Sydow.

[207] Sie wurde nicht ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

haben könnten. Nachdem die Nachweisung endgültig festgestellt sei, würden sich die 3 beteiligten Ministerien über die Bestimmung der zu enteignenden Güter zu verständigen haben.

[*Äußerungen des Staatsministers C. Delbrück und des Landwirtschaftsministers. – 6.–7. Zwei Ernennungen. – 8. Herrenhausberufungen. – 10. Termin der Reichstagswahlen.*]

55. Bethmann Hollweg an Bülow

BA Koblenz, Nachlaß Bülow, N 1016/64, f. 26–32. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung. Mit diversen Markierungen, Streichungen und Bleistiftzusätzen Bülows. Vgl. dazu Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 121. Druck (mit Ausnahme des Schlußabsatzes) in: Thimme, Bülow und Bethmann Hollweg S. 198–200.

Hohenfinow, 14. Juli 1911

Mein sehr verehrter Fürst!

Ihr so gütiger Brief vom 6. traf mich an dem Tage, an dem ich endlich die Wilhelmstraße mit dem Lande vertauschen konnte. Die trostlose Dürre und der Staub, die hier herrschen, vertragen dies Jahr allerdings keinen Vergleich mit der Frische des Berliner Gartens und seiner Rosenfülle, die uns immer dankbar seiner früheren Herrin gedenken lassen.

Meine Frau ist herzlich bewegt durch den freundlichen Anteil, den Sie und die Fürstin an unserem neuen Trauerfall[208] nehmen, und sagt mit mir aufrichtigen Dank dafür. Es hat allerdings etwas ganz besonders schmerzliches, wenn das Leben eines Kindes mit dem Tode einer so lebensfrohen und lebenskräftigen Mutter bezahlt wird, wie es meine Schwägerin war.

Aufrichtig habe ich es bedauert, daß Ihr Weg zur Nordsee Sie diesmal nicht über Berlin geführt hat. Ich hätte so gern mündlich mancherlei Ansicht mit Ihnen getauscht. Die Eindrücke, die Sie in Lichte[n]walde von dem merkwürdigen Gegensatz zwischen den objektiven Lebensbedingungen und den subjektiven Lebensansichten der Deutschen neu gewonnen haben, bestätigen mir ganz die Erfahrungen, die ich wiederholt nicht nur in Süd- und Westdeutschland, sondern sogar in unserm zurückgebliebenen Osten sammle. Eine beispiellose Erhöhung des standard of life – materiell und doch auch geistig – in allen Ständen, vornehmlich den unteren und mittleren, und verbunden damit eine politische Verärgerung und Verbitterung, als ob die Menschen Hungers stürben. Die Fabel von dem auf dem Eise tanzenden Esel erklärt mir die Sache nicht ganz. Dem Drange nach demokratischeren Gestaltungen, der sich doch wohl zugleich darin ausspricht und der schließlich auch dem Hansa-

[208] Clementine von Pfuel (1881–3. Juli 1911), Schwester von Martha von Bethmann Hollweg. – Deren Schwester Agnes Amalie von Pfuel (*1847) war am 1. April 1911 gestorben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bunde[209] die Zahlen seiner Mitglieder zugeführt hat, genügend, aber doch mit der nötigen Vorsicht nachzugeben, wird uns in Deutschland sehr schwer gemacht. – In Elsaß-Lothringen bin ich Ihnen zu weit gegangen. Vielleicht. Aber die schon so lange ventilirte Frage mußte eimal angegriffen und, wenn angegriffen, auch gelöst werden. Hätten die Konservativen, denen ich ihren Widerstand gegen das Gesetz im Ganzen in keinerlei Weise verarge, nicht, anstatt zu helfen, die Einzelbestimmungen auch ihrerseits aktiv und passiv in demokratischem Sinne verschandelt, so wäre es möglich gewesen, noch mancherlei zu retten. Wie sie handelten, spitzte sich die Frage darauf zu, ob ich eine streng konservativ gebildete erste Kammer, eine scharfe Beschränkung des parlamentarischen Budgetrechts und eine starke Betonung der kaiserlichen Gewalt – Zugeständnisse, wie ich sie von einem späteren Reichstage niemals erhalten hätte – preisgeben sollte, weil mir das Wahlrecht durch die Haltung der Konservativen verdorben wurde und weil bei den Bundesratsstimmen meine Erwartungen auf ein vornehmes Entgegenkommen der süddeutschen Bundesbrüder mich getrogen hatten[210]. Ich hielt es für richtiger zuzugreifen. – Sie wissen, wie sehr ich auch im Übrigen die konservative Politik unter ihrer derzeitigen Führung beklage. Auf die Gefahr, Ihnen bereits Bekanntes zu bringen, lege ich einen Artikel der Schlesischen Zeitung bei[211], der in vorsichtiger, aber zutreffender Form an ihr Kritik übt. Beim Wahlrecht wird es zum Klappen kommen. Das Stichwort habe ich leider noch nicht gefunden. Aber wichtiger als der Inhalt der vorzuschlagenden Änderungen wird die Konstellation der Parteien sein, die man dafür gewinnt. Darum habe ich vergangenes Jahr die Vorlage scheitern lassen[212]. Ohne Freikonservative und Nationalliberale konnte ich sie nicht machen, werde ich sie auch in Zukunft nicht machen können. Aber die persönliche Verärgerung, die Heydebrand in das Parteiwesen hineingetragen hat, eröffnet einstweilen keine günstigen Auspizien. Eine aus dem Liberalismus, dem Zentrum und einem Teil der Freikonservativen zu bildende Majorität wäre denkbar, würde uns aber materiell zu weit links führen. So bleibt das Problem undurchsichtig und gefahrdrohend, im Grund aber doch nur, weil die Konservativen es mit ihrer persönlichen, sozialen, religiösen und politischen Überhebung und Unduldsamkeit glücklich fertig gebracht haben, allen Unwillen und alle Unzufriedenheit der Andersdenkenden in den Widerstand gegen ein Wahlrecht zu konzentriren, in dem man sich gewöhnt hat, den Ausdruck junkerlicher Vorherrschaft zu erblicken.

---

[209] Eine 1909 gegründete Interessenvertretung von Gewerbe, Handel und Industrie, die sich gegen den agrarischen Konservativismus („Bund der Landwirte“) wandte.

[210] Die Verfassung für Elsaß-Lothringen war am 26. Mai 1911 vom Reichstag angenommen worden. Sie sah eine Erste Kammer vor, die aus Vertretern der Kirchen, der Städte, der Wirtschaftskammern, der Gerichtsbarkeit und der Universität gebildet wurde; die Zweite, die nach dem ursprünglichen Entwurf nach dem Pluralrecht gewählt werden sollte, wurde durch das allgemeine und gleiche Wahlrecht ersetzt.

[211] Er liegt nicht bei. – Die „Schlesische Zeitung“, damals eine namhafte Zeitung, gab es von 1742 bis 1945.

[212] Vgl. oben Nr. 12 Anm. 44.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Daß der Reichstag noch so viel zu Stande brachte, war erfreulich und überraschend, da er sich in dauernder Agonie befand. Selbst Bassermann[213] hätte der Wahlen wegen lieber einen Scherbenberg gesehen. Mir konnte nur darum zu tun sein, das Pensum des nächsten Reichstags möglichst klein zu gestalten und etwas zu kalmiren. Ein rosaroter Reichskanzler ist ebenso unmöglich wie ein schwarzblauer. Selbst Bismarck bezeichnete es ja wiederholt als seine Aufgabe, zwischen den Parteien zu laviren. Böse ist es, daß die Regierung bei den Wahlen keine sehr aktive Führerrolle wird spielen können. Die wirtschaftliche Wahlparole zieht wenig, weil sie zu wenig bestritten wird. Auch die sozialdemokratische ist momentan nicht packend. Nicht nur für die Parteien, sondern auch für die Regierunng wird es fortdauernd schwieriger, ihr Verhältnis zur Sozialdemokratie zu reguliren. Übrigens gährte [!] es innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion diesen Winter so gewaltig, daß die revisionistischen und radikalen Elemente nicht einmal mehr die hergebrachten sozialen Umgangsformen unter einander wahrten.

Im Auswärtigen ist nichts Geheimes passirt. Mit England kommen wir langsam, aber stetig vorwärts. Sasonows[214] Erkrankung verzögert den Ausbau der Potsdamer Gespräche, ohne ihn einstweilen zu gefährden. Über Marokko werden wir uns mit Frankreich einigen – falls die französische Regierung stark genug ist.

Und nun verzeihen Sie, mein verehrter Fürst, mein langes Geschreibsel. Mit meiner Frau wünsche ich Ihnen und der Fürstin[215] unter den besten Empfehlungen und Grüßen einen guten Norderneyer Sommer.

In alter und treuer Verehrung bin ich Ihr stets dankbarer

56. Bethmann Hollweg an Valentini

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 3–4. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 26. August 1911

Sehr verehrter Herr von Valentini!

Euerer Exzellenz bitte ich die nachfolgende Mitteilung streng vertraulich und persönlich machen zu dürfen.

Unmittelbar vor meiner Abreise von Wilhelmshöhe teilten mir Seine Majestät mit, Allerhöchstdieselben seien im Grunde geneigt, AllerhöchstSein in 2 Jahren bevorstehendes 25jähriges Regierungsjubiläum ohne alle Festlichkei-

[213] Ernst Bassermann (1854–1917), Fraktionsvorsitzender der Nationalliberalen 1898–1917; Gegner Bethmann Hollwegs.

[214] Sergej Dmitrievič Sazonov (1860–1927), russischer Außenminister 1910–1916. – Über die im folgenden erwähnten Potsdamer Gespräche vgl. unten Nr. 127*–128* und 131*; über das dann erwähnte Marokko vgl. unten Nr. 60.

[215] Maria Fürstin von Bülow (1848–1929), geb. Beccadelli di Bologna, Prinzessin di Camporeale.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten vorübergehen zu lassen. Der General von Plessen[216] und Euere Exzellenz hätten Ihm jedoch gesagt, daß dies kaum angehen würde, worauf Seine Majestät Seinen Willen dahin kundgetan hätten, daß dann eine Festlichkeit auf breitester Grundlage und für alle Gesellschaftsklassen zugängig gewählt werden müsse. [a]AlllerhöchstIhm schwebe vor, zu diesem Zwecke auf dem zu erbauenden Stadion im Grunewald historische Festzüge und turnerische Spiele mit etwaiger nachfolgender Bewirtung der Menschenmenge im Grunewald zu veranstalten. Er habe in diesem Sinne zunächst an den an der Spitze der Olympischen Spiele stehenden Staatsminister von Podbielski[217] schreiben lassen.[a]

Ich habe diese Mitteilung schweigend entgegengenommen. Meine Abfahrt von Wilhelmshöhe hinderte mich leider daran, mit Ihnen die Situation zu besprechen.

Gestern war nunmehr Herr von Podbielski bei mir, um mir von dem Schriftwechsel Kenntnis zu geben, der auf Grund der vorstehenden Darstellung zwischen ihm und dem General von Plessen stattgefunden hat. Er teilte mir gleichzeitig mit, daß Seine Majestät ihn zum 2. September behufs weiterer Rücksprache nach Berlin bestellt habe. Ich habe meinerseits Herrn von Podbielski gesagt, daß es mir völlig unmöglich erscheine, schon jetzt Festlichkeiten dieser Art, die in 2 Jahren stattfinden sollen, vorzubereiten. Wir können heute noch nicht wissen, ob wir in 2 Jahren Feste feiern werden. Sollte irgend etwas davon in die Öffentlichkeit durchsickern, daß man sich schon jetzt mit dem Feste des 25jährigen Regierungsjubiläums Seiner Majestät beschäftigt, so würde das in den kritischen Zeiten, die wir durchleben, von geradezu verhängnisvoller Wirkung sein können. Die Arbeiten am Stadion mögen so gefördert werden, daß es in 2 Jahren fertig ist, gleichgültig ob alsdann durch Aufzüge und Spiele auf demselben das Regierungsjubiläum gefeiert wird oder nicht. Diese Fertigstellung kann erfolgen, ohne daß sie in irgendwelche Verbindung mit dem Regierungsjubiläum gebracht wird. Außerdem würde ich es für erforderlich halten, daß jegliche Festlichkeit, welche für das Regierungsjubiläum geplant wird, unter Mitwirkung des Königlichen Staatsministeriums vorbereitet wird und nicht gewissermaßen hinter dessen Rücken Beschlüsse gefaßt werden, durch welche es nachher in eine Zwangslage gesetzt wird. Von diesem letzteren Gefühl ausgehend war auch Herr von Podbielski zu mir gekommen, um mich zu orientieren. Mit meinem Einverständnis beabsichtigt er, Seiner Majestät am 2ten zu sagen, daß er den Ausbau des Stadions zu rechter Zeit beenden werde, daß er aber darum bäte, auf die Frage der auf dem Stadion zu veranstaltenden Festlichkeiten erst etwa nach Jahresfrist zurückkommen zu dürfen[218].

---

[216] Hans Georg von Plessen (1841–1929), Generalfeldmarschall; Generaladjutant des Kaisers und Kommandant des kaiserlichen Hauptquartiers 1892–1918.

[217] Victor von Podbielski (1844–1916), Generalleutnant; preußischer Landwirtschaftsminister 1901–1906; Präsident des deutschen Olympischen Ausschusses seit 1909.

[218] Das „Deutsche Stadion“ (später Olympiastadion) wurde tatsächlich am 8. Juni 1913 in Gegenwart des Kaiserpaares unter Mitwirkung von 30.000 Turnern und Sportsleuten eingeweiht. Der Kaiser bedankte sich tags darauf mit einem Telegramm an den Reichskanzler.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich teile dies Ihnen, verehrter Herr von Valentini, schon heute mit, damit wir bei unserem nächsten Zusammentreffen, das ich entweder gelegentlich der Paradetafel oder gelegentlich der Steubenfeier[219] erhoffe, das Weitere mündlich erörtern können.

In besonderer Verehrung bin ich
Euer Exzellenz
sehr ergebener

[a–a] *Dazu eigenhändiger Randvermerk Valentinis*: Mit mir hat S.M. nicht gesprochen, wohl aber Plessen, nachdem er die Sache eingerührt! Worauf ich ihm meine schweren Bedenken nicht vorenthielt u. betonte, daß das ganz Sache des Staatsministeriums sei.V. 28.8

57. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 134–157. MF 958. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 75 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 16. September 1911

[*1. Vertrauliche Mitteilungen über die Marokko-Angelegenheit (wurden nicht protokolliert). – 2. Ordenssache und Ernennungen. – 3. Mitgliedschaft von einzelnen Ministern im Ehrenausschuß für die Breslauer Jahrhundertausstellung. – 4. Maßnahmen gegen die Folgen der Dürre.*]

Einleitend bemerkte der Herr Ministerpräsident: Es sei unmöglich, die gegenwärtige Kalamität in ihren Gesamtfolgen zu beseitigen, man müsse sich begnügen, sie durch Hilfsmaßregeln zu mildern. Dabei sei unsere Wirtschaftspolitik grundsätzlich aufrecht zu erhalten. Demgemäß könne weder eine Aufhebung der landwirtschaftlichen Schutzzölle noch eine Abschwächung unserer Grenzschutzes gegen Viehseuchen in Frage kommen. Auch dürfe man nicht den Eindruck erwecken, als ob ein allgemeiner wirtschaftlicher Notstand von Regierungswegen anerkannt werde, um der politischen Agitation und der Spekulation der Händler keine Handhabe zu geben. Allerdings müsse die Regierung sich für den Fall vorbereiten, daß ein wirklicher Notstand im Laufe des Winters vielleicht eintreten werde, damit es nachher nicht den Anschein habe,

---

Das 25jährige Regierungsjubiläum wurde dann am 16. und 17. Juni begangen und gefeiert, aber nicht im Olympiastadion. Der Kaiser bedankte sich in einem öffentlichen Erlaß an den Reichskanzler am 20. Juni. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 263.

[219] Friedrich Wilhelm von Steuben (1730–1794), preußischer Offizier und amerikanischer General. – Am 7. Dezember 1910 wurde eine Bronzestatue Steubens in Washington aufgestellt. Die USA schenkten Wilhelm II. ein Duplikat als Zeichen der Freundschaft mit dem deutschen Volk. Die Statue wurde am 2. November 1911 auf dem Fiakerplatz am Potsdamer Stadtschloß aufgestellt. Sie überlebte den Weltkrieg und das SED-Regime nicht. An der Clay-Allee im Süden von Berlin wurde 1994 ein neuer Abguß eingeweiht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß sie sich durch das Parlament und das Geschrei der Presse habe treiben lassen. Von einem wirklichen Notstande könne auch zurzeit tatsächlich nicht die Rede sein. Die heimische Körnerernte befriedige, werde sogar in manchen Teilen der Monarchie als gut bezeichnnet. Die hohen Preise an der Produktenbörse seien auf die ausländischen Ernteverhältnisse und auf Börsenmanöver zurückzuführen. Bedenklich sei, daß die Kartoffeln und der zweite Futterschnitt ausfielen; allerdings seien erfahrungsgemäß gerade bei den Kartoffeln die Schätzungen unsicher. Die Ernteaussichten seien in den verschiedenen Landesteilen recht ungleich, im ganzen werde man aber höchstens mit einer sehr geringen Mittelernte, etwa 2/3 der normalen Menge rechnen können. Auf die Zuckerrüben wolle er jetzt nicht näher eingehen; sie ständen zweifellos sehr schlecht. Der Ausfall werde auch das Reich infolge geringeren Ertrages der Zuckersteuer treffen. Auch die Futterernte sei nicht gleichmäßig ausgefallen, nur ein Teil der Provinzen habe noch Vorräte vom vorigen Jahre und könne daher ohne Sorge dem Winter entgegensehen. Die Schwierigkeiten der Viehhaltung würden durch die herrschende Maul- und Klauenseuche vermehrt; so bestehe die Gefahr, daß die Landwirte ihre Viehbestände wegen Futtermangels übermäßig verminderten und daß das nach einiger Zeit einen wirklichen Fleischmangel zur Folge haben werde; es sei zu befürchten, daß dann der Fleischmangel politisch gegen die herrschende Wirtschaftspolitik ausgebeutet und diese Agitation wiederum von der Spekulation zu künstlichen Preissteigerungen benutzt werde.

Die heutigen Erörterungen würden sich im wesentlichen auf drei Hauptpunkte zu erstrecken haben:

I. Welche weiteren Frachtermäßigungen könnten unter den Ermäßigungen noch eintreten, die der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten[220] bereits unter 22. August d. J. für Rauhfutter und Streu verfügt habe?

II. Inwiefern seien Ausfuhrbeschränkungen und Einfuhrerleichterungen für Futtermittel und in Verbindung damit, welche Betriebserleichterungen seien für die landwirtschaftlichen Brennereien angezeigt, um möglichst viel Kartoffeln für die Ernährung von Mensch und Tier verfügbar zu behalten?

Hierzu sei zu bemerken, daß Ausfuhrverbote nach den Handelsverträgen nur für Kriegsbedarf unter außerordentlichen Umständen zugelassen seien; würden wir jetzt ein Ausfuhrverbot erlassen, so würde die chauvinistische Presse des In- und des Auslandes dies als eine Vorbereitung auf den Krieg ansehen; ein Ausfuhrverbot komme daher aus Rücksichten der äußeren Politik nicht in Frage, wenigstens solange der Marokkohandel[221] schwebe; das gelte auch für ein Ausfuhrverbot auf Kartoffeln.

III. Seien außerordentliche Fürsorgemaßregeln für bedürftige Unterbeamte und Arbeiter in Betrieben des Staates und des Reichs angezeigt?

[*Äußerungen verschiedener Minister zu Frage I.*]

[220] Paul von Breitenbach.

[221] Die Krise zwischen Deutschland und Frankreich wegen Marokkos, die gerade ihren Höhepunkt erreicht hatte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident stellte Übereinstimmung darüber fest, daß die heutige Aussprache über das Einfuhrscheinsystem nur als eine Vorbesprechung zu betrachten sei und daß die beiden Vorschläge, betreffend dessen vorübergehende Einschränkung, sofort durch kommissarische Beratungen weiter geklärt werden sollen.

[*Der Landwirtschaftsminister über die Ausfuhrverbote.*]

Der Herr Ministerpräsident hielt ein Ausfuhrverbot in dem Fall für weniger bedenklich, daß andere Staaten mit einem solchen vorangegangen sein würden. Für Kartoffeln werde ein Ausfuhrverbot wirkungslos sein, solange die Schiffahrt auf unseren Strömen wegen niedrigen Wasserstandes unterbunden sei. Es lägen Berichte vor, wonach amerikanische Spekulanten bei uns große Mengen von Kartoffeln aufkauften; hiergegen werde auch ein Ausfuhrverbot wenig helfen, denn die Absicht der Amerikaner gehe vermutlich dahin, die Kartoffeln bei uns selbst zu hohem Preise wieder zu verkaufen.

[*Der Innenminister plädiert für ein Ausfuhrverbot von Kartoffeln und Heu.*] Der Ministerpräsident erklärte, daß auch er ein Kartoffelausfuhrverbot für erwägenswert halte, wenn die politische Lage sich geklärt haben werde.

[*Äußerungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, aus politischen Gründen müsse jetzt vor den Wahlen jeder Schritt vemieden werden, der Zweifel an dem festen Entschluß der Regierung aufkommen lassen könne, an der bewährten bisherigen Wirtschaftspolitik festzuhalten. Im übrigen stelle er Übereinstimmung darüber fest, daß der Vorschlag der bayerischen Regierung[222] auf seine technische Durchführbarkeit im Wege kommissarischer Beratungen geprüft werden solle.

[*Der Staatssekretär des Reichsschatzamts will sich bei den Bundesstaaten dafür einsetzen, daß landwirtschaftliche Brennereien vorübergehend Getreide und Mais anstelle von Kartoffeln verwenden dürften.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte Einverständnis darüber fest, daß die preußische Stimme im Sinne der Vorlage des Reichsschatzamts abgegeben werden solle.

Zu der Frage, in welcher Weise einer drohenden Fleischverteuerung vorgebeugt werden solle, schickte der Herr Ministerpräsident voraus, er habe den Oberbürgermeister Kirschner befragt, ob die Stadt Berlin nach dem Vorgange von Wilmersdorf und anderen Städten Einrichtungen treffen werde, um die Bevölkerung mit billigen Seefischen im großen zu versorgen; Herr Kirschner habe ihm versprochen, sich hierüber zu unterrichten, er habe aber bis jetzt noch keine Antwort von ihm erhalten; er beabsichtige, durch Vermittelung der Ressortminister auch auf andere Stadtverwaltungen in diesem Sinne einzuwirken.

[222] Auf Rückerstattung des Maiszolles an die Landwirte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Staatsminister C. Delbrück empfiehlt, der Fleischteuerung durch Schlachtungen seitens der Gemeinden zu begegnen.*]

Der Herr Ministerpräsident hielt es für zweckmäßig, in vorsichtiger Weise die Gemeinden darauf aufmerksam zu machen, daß auf dem angegebenen Wege zur Milderung der Fleischteuerung beigetragen werden könne. Allerdings sei ein durchgreifender allgemeiner Erfolg davon kaum zu erwarten; es sei, ebenso wie die übrigen heut beschlossenen Maßregeln, ein kleines Mittel, aber von dem Zusammenwirken aller dieser Mittel sei doch eine Milderung der Teuerung zu erhoffen.

[*Einlassungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte hierauf fest, das Staatsministerium beabsichtige keine allgemeine Notstandsaktion. Den Beamten, welche infolge der Teuerung in Bedrängnis geraten würden, solle durch Unterstützungen geholfen werden. Wenn die hierfür im Etat für 1911 ausgeworfenen Fonds nicht ausreichen würden, so könnten diese unter stillschweigender Voraussetzung der Zustimmung des Landtags überschritten werden. Nachträglich sei Decharge[223] einzuholen. Die Bewilligung der Unterstützungen müsse innerhalb des Ressorts dem betreffenden Ressortchef überlassen bleiben, wogegen die Festsetzung der in den einzelnen Ressorts aufzuwendenden Gesamtsummen im Einvernehmen mit der Finanzverwaltung zu erfolgen habe. Für 1912 werde eine Erhöhung der etatsmäßigen Unterstützungsfonds in Aussicht genommen.

Wenn bei den in großen Betrieben beschäftigten Arbeitern allgemeine Lohnerhöhungen beabsichtigt seien, so glaube er, daß auch hier die Festsetzung der Gesamthöhe der Löhne mit dem Herrn Finanzminister zu vereinbaren sein werde.

[*Erklärungen weiterer Minister.*]

5. Der Herr Ministerpräsident wies zu der auf die Tagesordnung gesetzten Frage der Einberufung des Landtags darauf hin, daß das Staatsministerium sich ja eigentlich schon dafür entschieden habe, von einer Herbsttagung abzusehen. Er habe die Angelegenheit nur deshalb noch einmal zur Sprache bringen wollen, weil nach ihm vorliegenden Artikeln der Deutschen Tageszeitung[224] und der Post auf eine Herbsttagung gedrängt werde. Nach wie vor habe er aber dagegen große Bedenken, weil die Bekanntgabe des Arbeitsprogramms durch die Thronrede und die Verhandlungen selbst, insbesondere über die Steuerreform, jetzt vor den Reichstagswahlen einen besonders dankbaren Agitationsstoff böten. Er halte es deshalb auch jetzt noch für das Richtige, den Landtag nicht im Herbst einzuberufen. Die genaue Bestimmung der Eröffnungsrede könne späterer Entscheidung vorbehalten bleiben.

Das Staatsministerium trat diesen Ausführungen bei.

---

[223] Entlastung.

[224] Die „Deutsche Tageszeitung“ wurde 1894 vom „Bund der Landwirte“ in Berlin gegründet; sie erschien bis 1934. – „Die Post“ erschien von 1866 bis 1921 als Tageszeitung in Berlin und ging dann in den „Berliner neueste Nachrichten“ auf.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

58. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA 43/951a, f. 31–32. Eigenhändig.

[o. O.] 19. Oktober 1911

Der Führer der konservativen Fraktion des Reichstages Oberstleutnant von Normann[225] hat mir heute im Auftrage seines Fraktionsvorstandes folgende Mitteilungen gemacht.

Es gehe das Gerücht, daß die verbündeten Regierungen eine Novelle zum Flottengesetz einbringen wollten. Ob ich in der Lage und gewillt sei, hierüber eine Erklärung zu geben?

Ich habe geantwortet, daß eine Flottennovelle in der gegenwärtigen Session nicht eingebracht werden würde. Ob in der Zukunft eine Novelle notwendig werden würde, wisse ich nicht. Sobald die verbündeten Regierungen die Notwendigkeit für vorliegend erachten würden, würden sie an den Reichstag herantreten.

Herr von Normann teilte weiter mit, daß die verbündeten Regierungen möglicher Weise schon in der laufenden Session im Reichstage gefragt werden würden, ob eine zukünftige Flottennovelle mit der Erbschaftssteuer finanzirt werden würde. Ob ich bereit sei, Auskunft darüber zu geben, wie ich mich zu einer solchen Frage stellen würde? Ich habe geantwortet, daß ich in der Erwiderung auf eine solche Frage sagen würde, daß ich mich über die Finanzirung einer Flottennovelle erst dann äußern könne, wenn die Novelle von den verbündeten Regierungen beschlossen sei und eingebracht würde.

Persönlich bemerkte dazu Herr Normann, daß ein [*ein Wort nicht lesbar, gemeint:* Rückgriff] der Regierung auf die Erbschaftssteuer es der konservativen Partei unmöglich machen werde, der Regierung noch ferner diejenige Unterstützung zu leisten, die sie ihr sonst gern leisten würde.

Ich habe darauf erwidert, daß ich mir die freie Entscheidung darüber vorbehalten müsse, ob eine zukünftige Flottennovelle mit oder ohne Erbschaftssteuer finanzirt werden würde. Ob die Bemerkung bedeuten solle, daß die Konservativen die Erbschaftssteuer niemals akzeptiren würden? Herr von Normann erwiderte, daß wie überhaupt so auch in diesem Falle eine Bindung für die Zukunft unmöglich sei, also auch von ihm nicht habe ausgesprochen werden wollen.

Jedenfalls würde es aber zur Zeit und in der nächsten Zukunft der konservativen Fraktion nicht möglich sein, die Erbschaftssteuer zu akzeptiren, weil abgesehen von den prinzipiellen Bedenken gegen diese Steuer die Beibehaltung der ablehnenden Stellung vorläufig der Partei Ehrensache sein müsse.

Vorstehende Aufzeichnung ist Herrn von Normann mitgeteilt und von ihm als richtig anerkannt worden. Der Schlußsatz ist auf seinen persönlichen Wunsch nachgetragen worden.

[225] Oskar von Normann (1844–1912), Rittergutsbesitzer; MdR (Deutschkonservativ) 1890–1912; Fraktionsführer 1898–1912.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

59. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 160, f. 176–183. MF 959. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 76–77 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 4. November 1911

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

1. Vor der Tagesordnung gab der Herr Ministerpräsident im Verfolg seiner Mitteilungen in der vorletzten Sitzung vertrauliche Auskunft über den Inhalt und den Abschluß des Marokkovertrages und die Verabschiedung des Staatssekretärs des Reichskolonialamts Wirklichen Geheimen Rats v. Lindequist.

[*2. Termin der Landtagseröffnung. – 3. Wahl von Sozialdemokraten durch Beamte.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, man müsse unterscheiden, erstens ob und zweitens wie ein Beamter sein Stimmrecht ausgeübt habe. Für die Verfolgung der Wahlenthaltung fehle es, darüber sei man einig, an dem Rechtsboden. Es bestehe aber, wie Bismarck wiederholt hervorgehoben habe, eine moralische Wahlpflicht des Staatsdieners, um so mehr des Beamten. Indessen seien Disziplinarmaßregeln ausgeschlossen. Bei politischen Beamten, die sich ohne triftige Gründe der Wahl enthalten und dadurch vielleicht einem staatsfeindlichen Kandidaten zum Siege verholfen hätten, sei zu erwägen, ob der Fall ihre Zurdispositionsstellung erfordere. Jedoch sei es zweckmäßig, damit nicht unmittelbar nach der Wahl vorzugehen. Wie man sich nichtpolitischen Beamten gegenüber verhalten solle, sei zweifelhaft.

Die Frage der Stimmabgabe für einen staatsfeindlichen Kandidaten sei in Preußen und im Reich wohl verschieden zu beurteilen. In Preußen mit seinem öffentlichen Wahlrecht wisse man, wie der Beamte abgestimmt habe. Stelle es sich heraus, daß er bei der Abstimmung sich bewußt oder gar gewillt gewesen sei, staatsfeindliche Bestrebungen zu unterstützen, so könne man, wie auch das Oberverwaltungsgericht anerkannt habe, gegen ihn disziplinarisch einschreiten. Anders liege die Sache bei den geheimen Reichstagswahlen. Da könne man über die Bismarcksche Interpretation des Erlasses von 1882 nicht hinausgehen, zumal Nachforschungen nach der Stimmabgabe mit dem geheimen Charakter des Wahlrechts nicht vereinbar seien. Doch kann auch hier eingeschritten werden, wenn es, etwa durch öffentliche Äußerungen des Beamten selbst, bekannt werde, daß er durch seine Stimmabgabe staatsfeindliche Bestrebungen habe unterstützen wollen.

Was nun den Inhalt der Erklärung angehe, die s.E. Herr Staatsminister Dr. Delbrück als Staatssekretär des Innern auf Anfrage im Reichstage abzugeben haben werde und die nachher für die bevorstehenden Wahlen verbreitet werden müsse, so lege er Wert darauf, daß darin bei Anerkennung des Rechts-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

standpunktes der Wahlfreiheit doch die moralische Wahlpflicht der Beamten nachdrücklich betont werde.

60. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 16. November 1911

Lieber Herr von Eisendecher!

Herzlichen Dank! Ich stehe also doch nicht ganz allein. Der Reichstag war würdelos, und Heydebrand führt die Konservativen auf demagogische Wege. Findet bei unserem nichtparlamentarischen System die Regierung in ernsten auswärtigen Fragen nicht einmal mehr bei den Konservativen und den Gemäßigten Halt, dann wird sich schließlich Niemand mehr für das Geschäft finden. Die Kritik an den Verträgen[226] hätte ich ihnen gern Preis gegeben. Ich weiß es selbst zu gut, daß sie nicht ideal sind. Sie hätten auch den nationalen Wind in den Segeln behalten können, ohne so unverantwortliche Töne anzuschlagen und ohne sich so eklatant von der Regierung loszusagen. Wie – das hat ihnen Hertling[227] gezeigt. Im Zentrum ist eben allein politischer Verstand vertreten. Im Übrigen läßt mich mein Gewissen schlafen. Krieg für den Sultan von Marokko[228], für ein Stück Sus[229] oder Kongo oder für die Gebrüder Mannesmann wäre ein Verbrechen gewesen. Aber das deutsche Volk hat diesen Sommer so leichtfertig mit dem Krieg gespielt. Das stimmt mich ernst, dem mußte ich entgegentreten. Auch auf die Gefahr, den Unwillen des Volkes auf mich zu laden. Nochmals herzlichen Dank und beste Grüße

[226] Über Marokko vom 4. November 1911. Text: CTS 214 (1911) S. 394–415.

[227] Georg Frhr. (1914: Graf) von Hertling (1843–1919), MdR (Zentrum) 1875–1890, 1896–1912; Vorsitzender der Zentrumsfraktion 1909–1912; Vorsitzender des bayerischen Staatsministeriums und Außenminister 1912–1917; Reichskanzler 1917–1918. – Zu seinen Äußerungen über das Marokkoabkommen im Reichstag vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 200–202.

[228] Mulai Abd al-Hafiz (1876–1937), Sultan von Marokko 1908–1913.

[229] Susgebiet, das Hinterland von Agadir im südlichen Marokko. – Die im folgenden genannten: Reinhard (1856–1922) und Max Mannesmann (1857–1915) gründeten 1890 die Mannesmann AG. Zusammen mit weiteren Brüdern waren sie u. a. im Bergbau in Marokko tätig.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

61. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 16. November 1911

Sehr verehrte Exzellenz[230]!

Die Worte, die Sie so freundlich waren, am 12. an mich zu richten, haben mir eine wahre Freude und Genugtuung bereitet. Die Angriffe im Reichstag und in der Öffentlichkeit lassen mich zwar kalt. Man mag auch im einzelnen an dem Abkommen kritisiren. Es ist nicht fehlerlos. Hätte ich es aber zum Kriege getrieben, stünden wir jetzt irgendwo in Frankreich, unsere Flotte aber läge zum größeren Teil auf dem Grund der Nordsee, Hamburg und Bremen wären blockirt oder bombardirt, dann würde mich das ganze Volk fragen, wozu das alles? für die Fiktion Souveränität des Sultans von Marokko, für ein Stück vom Sus oder vom Kongo, für die Brüder Mannesmann? und es würde mich mit Recht am nächsten Baume aufhängen. Was ich beklage, ist die würdelose Haltung des Reichstages, die uns im Ausland den Ruf eines in Uneinigkeit und Chauvinismus unsicheren Kantonisten einträgt und die eine allmähliche Gesundung unserer inneren Verhältnisse wieder in weite Ferne rückt. Auch das gedankenlose Spielen mit dem Krieg erfüllt mich mit Sorge. Um so dankbarer bin ich, von Ihnen Worte der Zustimmung zu hören. Wenn Sie mir gleichzeitig schreiben, daß Seine Majestät der König Ihr allergnädigster Herr die geführte Marokkopolitik billigt, so finde ich darin eine besonders wertvolle Stütze und Hülfe, und ich bitte Sie, Seiner Majestät bei erster sich bietender Gelegenheit meinen ehrfurchtvollsten Dank dafür zu Füßen zu legen.

Ich bitte Sie schließlich, Frau von Weizsäcker[231] meine angelegentlichsten Empfehlungen zu übermitteln und bin mit der Versicherung treuer und aufrichtiger Verehrung

Ihr stets ganz ergebener

[230] Karl [1916: Frhr.] von Weizsäcker (1853–1926), Präsident des württembergischen Staatsministeriums und Minister der auwärtigen Angelegenheiten 1906–1918.

[231] Paula von Weizsäcker (1857–1947), geb. von Meibom.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

62. Bethmann Hollweg an Bülow

BA Koblenz, Nachlaß Bülow, N 1016/64, f. 34–36. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 21. November 1911

Sehr verehrter Fürst!

Besten Dank für Ihren Brief vom 14. und die Zusendung des Ausschnitts aus dem Tag[232]. Ich kann Ihre Ausführungen nur unterschreiben und teile durchaus Ihre Ansicht, daß die Träger der Regierungsgewalt untereinander solidarisch sind und die Herabsetzung des Einzelnen die Institution als solche schädigt. Ich werde es daher stets nicht nur als ein Gebot meiner persönlichen Freundschaft und Verehrung für Eure Durchlaucht, sondern als Pflicht meines Amtes betrachten, verleumderischen Enthüllungen und Verunglimpfungen Ihrer Politik entgegenzutreten.

Der recht unbedeutende Artikel Breysigs[233] im Tag hat hier keine Beachtung gefunden und verdient sie auch nicht gegenüber den zahlreichen Stimmen, die gerade aus Anlaß der jüngsten Ereignisse den historischen Zusammenhang der Dinge richtiger zu werten und Ihre Verdienste um das Land besser zu würdigen wußten. Die Art und Weise, wie ich im Plenum des Reichstages unser Abkommen mit Frankreich vertreten habe, konnte dem Parlament und der Öffentlichkeit keinen Zweifel darüber lassen, daß ich mich bei der Behandlung des Marokkoproblems in Übereinstimmung mit den Richtlinien Ihrer Politik befand. Die Kontinuität und Folgerichtigkeit der deutschen Marokkopolitik ist dann bei den Verhandlungen in der Budgetkommission von Herrn von Kiderlen[234] noch besonders betont und klargelegt worden, wobei ich ihm zur Pflicht gemacht hatte, die in ihrem Brief [*ein Wort unleserlich:* erwähnten?] Punkte speziell hervorzuheben. Den soeben in meine Hände gelangenden Korrektur-Abzug des Sitzungsberichts[235] gestatte ich mir beizulegen. Ich hoffe, daß den Wünschen Euerer Durchlaucht auf diesem Wege in nachhaltigerer Weise nachgekommen worden ist, als es durch die Presse geschehen könnte.

---

[232] „Der Tag“: Illustrierte Tageszeitung in Berlin; erschien von 1900 bis 1934; 1916 an Alfred Hugenberg verkauft. – Der Artikel: Kurt Breysig, Der Reichskanzler und der Reichstag. In: Der Tag Nr. 268, 12. und 14. November 1911. Der Autor beschäftigt sich mit der Marokkofrage und vergleicht dabei die Staatskunst Bethmann Hollwegs und Bülows. Dessen „Staatskunst, die nach Algeciras führte“, sei im Vergleich zu derjenigen Bethmann Hollwegs „eine völlig fehlerhafte gewesen“. Der jetzige Kanzler habe eine „sehr üble Erbschaft“ antreten müssen.

[233] Kurt Breysig (1866–1940), Historiker; Schüler Gustav Schmollers; außerordentlicher Professor an der Universität Berlin seit 1896, 1923 ordentlicher Professor.

[234] Alfred von Kiderlen-Waechter (1852–1912), Staatssekretär des AA 1910–1912.

[235] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 252–253.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mit den ehrerbietigsten Empfehlungen an die Fürstin und den herzlichsten Wünschen für Sie bin ich

in stets treuer und dankbarer Verehrung
Ihr

63. Wilhelm II. an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 852. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 87. Moschen[236], 30. November 1911, 12 Uhr 47 Min. a.m.
Ankunft: 30. November 1911, 2 Uhr 15 Min. a.m.

Allgemeiner Eindruck hier, daß Grey'sche Rede[237] seichter Quatsch ist, garkeine Änderung der Lage herbeiführt, da nirgends eine Andeutung oder Vorschlag gemacht, wie er die Beziehungen zu verbessern gedenkt. Er hat die hochgespannten Erwartungen Europas enttäuscht. Folge: [daß] Stärkung zur See und zu Land unumgänglich nötig sei. Ich erlegte in 2 Tagen 1670 Kreaturen mit 1924 Schuß. Waidmanns Heil!

64. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 852. Telegramm in Ziffern. Auszug in Maschinenschrift.

Leschnitz Nr. 86. Leschnitz[238], 30. November 1911

pp.

Ew. Majestät Ansicht, daß mit der Stärkung unserer Flotte die Stärkung unseres Heeres Hand in Hand gehen muß, pflichte ich vollkommen bei. Ew. Majestät Kriegsminister und der Chef des Generalstabes, mit denen ich hierüber lange Aussprachen gehabt habe, sind derselben Ansicht. Ich bitte Ew. Majestät darüber demnächst ausführlichen Vortrag halten zu dürfen.

pp.

[236] Ort in Oberschlesien.

[237] Im Unterhaus am 27. November 1911 über die Marokkoverhandlungen und die englische Außenpolitik im allgemeinen: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 378–389.

[238] Stadt am Annaberg in Oberschlesien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

65. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 12. Privatbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Berlin, 4. Dezember 1911

Sehr verehrter Herr Professor!

Für die freundliche Übersendung Ihres in den „Preußischen Jahrbüchern" veröffentlichten Artikels über den Marokkovertrag[239] spreche ich Ihnen meinen aufrichtigen Dank aus. Das klare und gerechte Urteil, das Sie der Politik der Regierung zuteil werden lassen, sowie die ruhige Art und Weise, mit der sie das Fazit aus den Stürmen dieses Sommers ziehen, habe ich mit Freuden begrüßt. Ich wüßte nicht, wie namentlich die soviel umstrittene Mission des Panther nach Agadir[240] und der Grund unserer Zurückhaltung gegenüber der Öffentlichkeit zutreffender dargelegt werden könnte. Ich zweifle nicht, daß diese Ausführungen aus so berufener Feder kräftig dazu beitragen werden, einer verständnisvolleren Würdigung des neuen Abkommens die Wege zu ebnen.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

66. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 5338. Immediatbericht. Abschrift von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Berlin, 12. Dezember 1911

Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät

danke ich erfurchtsvollst für die Allergnädigste mir durch Euer Majestät Geheimen Kabinetsrat[241] überbrachte Handschreiben von gestern. Der Staatsminister Delbrück hatte mir bereits mündlich Euer Majestät Befehle gemeldet, aber ich bin besonders dankbar dafür, sie jetzt in der klaren Fassung aus Euer Majestät Hand selbst zu besitzen. Zur Sache selbt hoffe ich Euer Majestät morgen Meldung erstatten zu können.

Euere Kaiserliche und Königliche Majestät hatten gestern die Gnade, während der Mittagstafel die Sprache auf die Frage der dänischen Neutralität in einem eventuellen deutsch-englischen Kriege zu bringen. In den Akten, die

[239] Hans Delbrück, Der Marokkovertrag und seine Einwirkung auf unsere innere Politik. In: Preußische Jahrbücher 146 (1911) S. 547–555.

[240] Kiderlen-Waechter hatte als Reaktion auf die Unruhen in Marokko das Kanonenboot „Panther" in den Hafen von Agadir geschickt, um die deutschen Rechte in der Region zu betonen. Der „Panther-Sprung" löste die zweite Marokkokrise aus.

[241] Rudolf von Valentini.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ich sofort durchstudirte, fand ich die Bestätigung der Andeutung, die mir Euer Majestät zu machen geruhten, daß in der dänischen Kammer wiederholt der Gedanke ventilirt worden ist, für Dänemark eine von den Mächten garantirte Neutralität zu schaffen, wie sie für Belgien besteht. Dieser Gedanke ist jedoch von der dänischen Regierung immer wieder abgelehnt worden, man fand ihn der Würde Dänemarks nicht entsprechend. Gleichwohl hat sich bei diesen Debatten stets ergeben, daß Regierung wie Volksvertretung in Dänemark den Willen haben, beim Eintreten kriegerischer Ereignisse die Neutralität des Landes ernstlich zu wahren. Dazu dürfte die politisch denkenden Dänen vor Allem die Erinnerung an das Jahr 1870[242] veranlassen, in dem sie es vornehmlich der Vorsicht des Königs Christian IX[243] verdankten, daß sie die Neutralität nicht zu Gunsten der Franzosen verletzten. Trotz aller gelegentlichen Gehässigkeiten gegen Deutschland dürfte man auch in Kopenhagen das Vorgehen der Engländer im Jahre 1807 und während des Krieges von 1864 noch nicht vergessen haben[244]. Die Schließung Kopenhagens nach der Seeseite, die bei der Stärke der Kopenhagener Befestigungswerke wohl möglich wäre, würde unseren Interessen entsprechen, und scheint mir auch von dänischer Seite nahe zu liegen, weil die Dänen fürchten, daß wir, falls Dänemark sich uns gegenüber einer Verletzung der Neutralität schuldig machen würde, irgendwo auf Seeland landen und Kopenhagen von der Landseite angreifen könnten. Es dürfte gut sein, den Glauben an diese Möglichkeit nicht zu zerstören und die Dänen wie bisher so auch fernerhin darauf aufmerksam zu machen, daß es ihre Pflicht ist, ihre Neutralität nach der Seeseite hin nötigenfalls mit eigener Macht zu verteidigen und dafür zu sorgen, daß der Nachbar sich auch nicht über sonstigen Bruch der Neutralität zu beklagen hat wie Lotsendienste und Ähnliches.

Ich möchte annehmen, daß Euer Majestät, auch ohne auf die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit eines deutsch-englischen Zusammenstoßes hinzuweisen, bei dem König Friedrich VIII.[245] für solche Gedanken Verständnis finden werden, obgleich Er der Bruder der verwittweten Königin Alexandra ist. Wenigstens hat Seine Majestät als Kronprinz sich ein richtigeres Urteil über die Beziehungen Dänemarks zu Deutschland gewahrt als die meisten anderen Mitglieder der dänischen Königsfamilie.

Alleruntertänigst.

---

242 Zu Beginn des Deutsch-Französischen Krieges.

243 Christian IX. (1818–1906), König von Dänemark 1863–1906.

244 1807 hatte die Royal Navy während der Napoleonischen Kriege trotz der Neutralität Dänemarks Kopenhagen in Brand gesetzt und die Herausgabe der dänischen Flotte erzwungen. – Während des Deutsch-Dänischen Krieges 1864 zählte Dänemark auf Englands diplomatische Unterstützung, die jedoch – besonders während der Friedensverhandlungen in London im Mai – ausblieb.

245 Friedrich VIII. (1843–1912), Sohn des oben in Anm. 243 genannten Königs Christian IX.; König von Dänemark 1906–1912. – Die im folgenden genannte: Alexandra (1844–1925), Königin von Großbritannien und Irland 1901–1910; verheiratet mit König Eduard VII.; sie war die älteste Tochter Christians IX.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

67. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 4462. Immediatbericht. Abschrift von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Berlin, 12. Dezember 1911

Die während der jüngsten deutsch-französischen Verhandlungen von belgischen Blättern in mehr oder weniger gehässigem Ton immer erneut verbreiteten Verdächtigungen der nach den Befehlen Euer Majestät geleiteten deutschen Politik u. die Passivität der amtl. belg. Organe gegenüber diesen Preßtreibereien hatten den H. StS. des A. A.[246] veranlaßt, nach Abschluß des auf Marokko bezüglichen Abkommens dem bei E.M. beglaubigten belgischen Gesandten sowie durch Allerhöchstdero Gesandten in Brüssel dem dortigen Minister der ausw. Angelegenheiten sein ernstes Befremden darüber zum Ausdruck zu bringen, daß die Belg. Reg. diesen Hetzerein nicht entgegen getreten wäre, wie wir es nach dem noch bei der Annexion des Congostaates[247] besonders bekundeten Entgegenkommen hätten erwarten dürfen. Auch als von einer deutsch-französischen Kriegsgefahr die Rede gewesen sei, habe sich Belgien wenig freundlich gegen Deutschland gezeigt. Sollte Belgien in dieser Haltung fortfahren, so würde die K. Regierung darauf für ihr künftiges Verhalten neue Lehren ziehen müssen.

Wie E.M. Gesandter nunmehr berichtet, haben diese Vorstellungen den Minister der ausw. Angelegenheitn sehr beeindruckt. Die Eröffnungen H. Flotow's sind Gegenstand eingehender Beratungen im Ministerium gewesen, deren Ergebnisse in neuen Instruktionen an B[n] Greindl zum Ausdruck kommen, von denen H. v. Flotow Kenntnis erhalten hat. In diesen weist der Minister Davignon darauf hin, daß die Belg. Regierung den Gerüchten über einen eventuellen Einmarsch deutscher Truppen in Belgien nie Glauben geschenkt u. auch keinerlei Mißtrauen gegen Deutschland gehegt hätte; die, wie allgemein bekannt, in Namur u. Lüttich[248] getroffenen Maßnahmen hätten nur die genaue Erfüllung der Neutralitätspflichten[249] bezweckt u. stünden im Einklang mit dem deutscherseits öfters erteilten Rat, die Verteidigung der belg. Neutralität mit allen Mitteln vorzubereiten. Die belgische Presse genösse eine Freiheit, wie keine irgendwo anders, u. keine Regierung vermöge auf sie eine so geringe Einwirkung auszuüben wie die belgische. Der Minister könne aber nicht die Schlußfolgerung als berechtigt anerkennen, daß sich während der

[246] Alfred von Kiderlen-Waechter. – Die im folgenden genannten: Jules Graf Greindl (1835–1917), belgischer Gesandter in Berlin 1888–1912. – Hans von Flotow (1862–1935), deutscher Gesandter in Brüssel 1910–1913, in Rom (Quirinal) 1913 – Dezember 1914. – Julien Davignon (1854–1916), belgischer Außenminister 1907–1916.

[247] Der „Kongostaat" („État indépendant du Congo"), der von 1885 dem belgischen König Leopold II. persönlich gehörte, wurde 1908 vom belgischen Staat annektiert.

[248] Das sind große belgische Festungen.

[249] Im Londoner Vertrag von 1839 wurde Belgien als „unabhängiger, ständig neutraler Staat" von den damaligen fünf europäischen Großmächten anerkannt; die Großmächte übernahmen hierfür die Garantie.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

letzten Monate eine deutschfeindliche Stimmung über ganz Belgien ergossen hätte.

Der Minister Davignon hat bei der Besprechung der <Lage> H. v. Flotow gegenüber die Erklärung des Ministerpräsidenten de Broqueville[250] u. der belg. Kammer, wonach die Rüstungen zur Sicherung aller Grenzen gedient hätten u. die Belg. Regierung keinerlei Mißtrauen gegen eine bestimmte Macht hege, als einen Beweis dafür bezeichnet, daß die Belgische Regierung die Beziehungen zu Deutschland nach wie vor freundlich zu gestalten wünsche. Er selbst werde bestrebt sein, bei der bevorstehenden Interpellation über das Kongo-Abkommen[251] in der gleichen Richtung zu bleiben.

E.M. habe ich von Vorstehendem alleruntertänigst Meldung erstellen zu sollen geglaubt.

68. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 26. Dezember 1911

Lieber Herr von Eisendecher!

Ihr guter Brief und die reizvolle Erinnerung an Kiel waren mir eine große Weihnachtsfreude, für die ich mit den besten Wünschen für Sie und Ihre Gemahlin herzlichst danke. Mit meiner Frau hoffe ich vor Allem, daß im kommenden Jahre die Gesundheit ein ständigerer Gast in Ihrem Hause sein möge als im ablaufenden und daß dazu die Tage, die Sie mit Ihrer Gemahlin am Genfer See zubringen wollen, einen guten und glückverheißenden Anfang machen mögen.

Obwohl ich in ländlicher Heimat inmitten von Frau und Kindern und von alten Erinnerungen umgeben Weihnachten feiere, wird es mir doch blutsauer, mich zu einer Art von Feststimmung durchzuringen. Die letzten zweiundeinhalb Jahre und vor Allem das verflossene haben doch mehr an mir genagt, als ich es gedacht hatte und als ich es mir in dem Getriebe des Berliner Lebens zugestehen will. In der Stille des Landlebens tritt mir auch das Wirklichsein

[250] Charles de Broqueville (1860–1940), belgischer Ministerpräsident 1911–1918.

[251] Neben dem Marokko-Abkommen vom 4. November 1911 (oben S. 211 und Anm. 226) wurde gleichzeitig auch ein Abkommen über Äquatorialafrika zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossen. (Text: CTS 214 [1911] S. 403–412). Danach bekam Deutschland als Verzicht auf Gebietsansprüche in Marokko Teile von Äquatorialafrika zugesprochen. In Artikel 16 dieses Abkommens (ebenda S. 411) wurde festgelegt, daß im Fall von territorialen Änderungen des Kongobeckens die beiden Vertragspartner sich miteinander wie auch mit den Signatarmächten der Berliner Kongo-Akte von 1885 ins Benehmen zu setzen hätten. – Am 19. Dezember 1911 kam es in der belgischen Kammer zu einer Debatte über die Marrokko- und Kongofrage. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 480.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scharf entgegen. Mein ältester Sohn[252], aber noch junger Student, sagte mir dieser Tage ganz richtig: die Regierung müsse doch endlich anfangen, etwas populärer zu werden. Die Notwendigkeit sehe ich ein. Aber ich bin leider noch nicht „Philosoph" genug, um eine Öffentlichkeit, die mich dauernd durch den Schmutz zieht, anders um gut Wetter zu bitten, als indem ich das nach meiner Überzeugung Richtige zu tun suche. Leider kann ich es nicht immer. In einem modus vivendi mit England erblicke ich mit Ihnen die Forderung des Tages. Schließlich sollte ihn auch Marokko erleichtern und hätte ihn auch erleichtert, wenn nicht Haß gegen die eigene Regierung unsere Marokkopolitik zu einer Niederlage vor England umgedeutet, ein planloses Flottengeschrei hervorgerufen hätte und damit unsere Politik, die wahrhaftig diesen Sommer und Herbst ein gut Quantum ruhig Blut und straffe Nerven bewiesen hat, in einen Kurs polternder Unruhe drängte. Die englischen Parteien sind zu einer Verständigung mit uns geneigt, und selbst die Widerstände bei Sir Edward Grey und namentlich bei seinen Handlangern im foreign office würde ich hoffen, mit der Zeit zu überwinden, wenn – ja wenn nicht alles bei uns vom Temperament des Augenblicks diktirt und von der Stimmung einer politischen Kinderstube getragen würde. Ich gönne unserer Flotte eine Verstärkung, aber sie soll nicht als Paroli gegen die Rede Lloyd Georges[253] auftreten. Wir sollen für unsere Wehr zu Wasser und zu Lande alles tun, was unsere Finanzen irgend gestatten, aber nicht mit drohendem Geschrei, sondern so weit es angeht in arbeitsamer Stille. Dann können wir uns trotz einer Flottennovelle mit England so stellen, daß es nicht zum Kriege kommt. Daran arbeite ich, aber die Widerstände von allen Seiten sind kaum zu überwinden. Die englischen Parlamentsverhandlungen und der politische Sinn, der aus ihnen spricht, erwecken meinen Neid. Ich würde sie gern dem Kaiser vorlegen, aber momentan ist die Stimmung nicht danach angetan, deutschfreundlichen Äußerungen Gehör zu schenken. Mit Ihrer Erlaubnis behalte ich das Heft noch kurze Zeit, um [eine] sich eventuell bietende bessere Chance ausnutzen zu können.

Die Reichstagswahlen[254] werden uns nichts Gutes bringen. Ich rechne auf etwas 100 Sozen, vielleicht darüber. Was sie gewinnen, werden die anderen Parteien ziemlich gleichmäßig verlieren. Arbeitsunfähig brauchte der Reichstag deshalb noch nicht zu werden. Aber es muß dann eine populäre Regierung etabliert werden.

Bitte sagen Sie der Großherzogin Luise[255] meinen untertänigsten Dank für ihren gnädigen Gruß. Ich will versuchen, ihr zu Neujahr zu schreiben, wenn es nicht schließlich doch bei einem Telegramm verbleibt.

---

[252] Friedrich von Bethmann Hollweg (1890–1914), fiel im Krieg in Polen am 9. Dezember 1914.

[253] In seiner berühmten Mansion-House-Rede am 21. Juli 1911 während der zweiten Marokkokrise machte Lloyd George deutlich, daß England die deutsch-französischen Spannungen über Marokko nicht tatenlos hinnehmen werde.

[254] Sie fanden am 12. Januar 1912 statt. Die Sozialdemokraten wurden mit 110 Abgeordneten zum erstenmal stärkste Fraktion im Reichstag.

[255] Luise (1838–1923), geb. Prinzessin von Preußen; verwitwete Großherzogin von Baden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nochmals die herzlichsten Grüße und Wünsche Ihnen und Ihrer Gattin von Ihrem treu ergebenen

69. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 13. Privatbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Berlin, 16. Januar 1912

Sehr verehrter Herr Professor!

Verbindlichen Dank für die freundliche Mitteilung Ihrer Aufsätze „Bismarcks letzte politische Idee“ und „Der Abschluß des Marokko-Kongo-Handels und die Reichstagswahlen“[256].

Ihrer Beurteilung der kommenden Wehrvorlagen, insonderheit des Verhältnisses, in dem Heeres- und Flottenverstärkung zu einander stehen müssen, stimme ich zu, und was Sie mir über die vermutliche Aufnahme einer Marinevorlage in England schreiben, steht mit meinen sonstigen Betrachtungen in Einklang.

Glänzend finde ich, wie Sie in dem Aufsatz über Bismarck auf Seite 11 das Ende seiner heroischen Laufbahn charakterisieren.

In aufrichtiger Wertschätzung
Ihr ergebenster

70. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 23–24. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 1. Berlin, 18. Februar 1912, --- Uhr --- Min. Nm.
Ankunft: 18. Februar 1912, 4 Uhr 37 Min. Nm.

Die Steuerfrage ist im Reichstag nicht von der Regierung, sondern vom Zentrum in die Etatsdebatte gezogen worden[257]. Der erste Zentrumsredner Speck erklärte die Einbringung der Erbschaftssteuer, die vom Regierungstische Niemand in Aussicht gestellt hatte, für eine Brüskierung des Zentrums und der Rechtsparteien. Diesen sehr starken Ausdruck mußte ich zurückweisen[258], um

[256] Hans Delbrück, Bismarcks letzte politische Idee. In: Preußische Jahrbücher 147 (1912) S. 1–12. – Ders., Der Abschluß des Marokko-Kongo-Handels und die Reichstagswahlen. Verstärkte Rüstungen. Flotte oder Armee? In: ebenda S. 167–173.

[257] Zur 1. Lesung der Etatberatungen im Reichstag zwischen dem 14. und 20. Februar 1912 vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 27–30, 32–44, 47–58. Zur im folgenden genannten Rede Specks (vom 15. Februar) vgl. ebenda. S. 33. – Karl Friedrich Speck (1862–1939), MdR (Zentrum) 1898–1914.

[258] Unten Nr. 268*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Ansehen der Regierung zu wahren und zu verhüten, daß der Weg für neue Steuern von vornherein versperrt werde. Gestern kam der zweite Zentrumsredner auf die Rede zurück[259]. In meiner Abwesenheit mußte ihnen der Schatzsekretär entgegentreten, da ein Schweigen der Regierung als definitiver Verzicht auf neue Steuern hätte gedeutet werden können. Der Schatzsekretär hat die Ankündigung von Steuervorlagen, insbesondere der Erbschaftssteuer, weder beabsichtigt noch auch nach meinem Eindruck über die Stimmung im Reichstage tatsächlich bewirkt. Zentrum und Konservative haben aber offenbar Neigung, die Regierung von vornherein an der Einbringung der Erbschaftssteuer zu hindern. Die Möglichkeit ihrer Einbringung muß aber offen gehalten werden. [a]Denn die Berechnungen über die ohne neue Steuern verfügbaren Mittel haben, obwohl sie noch nicht ganz abgeschlossen sind, doch bisher ergeben, daß nur dann die Deckung ohne Steuern möglich ist, wenn die Forderungen der Wehrvorlagen eingeschränkt werden.[a]

Alleruntertänigst

[a–a] *Dazu Randvermerk des Kaisers*: halte ich nicht für richtig

71. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, den 22. Februar 1912

Lieber Herr von Eisendecher!

Ihren Brief an den Kaiser[260] habe ich mit vielem Interesse gelesen. Das Konzept liegt wieder bei. Daß S.M. ihn ungelesen gelassen hätte, scheint mir völlig ausgeschlossen. Er sprach mir gelegentlich vom Price Collierschen Buch[261], das Sie ihm geschenkt hätten. Über den Gang unserer Verhandlungen[262] kann ich Ihnen noch nichts sagen. Ein guter Anfang ist gemacht. Wie der Fortgang sein wird, weiß ich selbst noch nicht. Jedenfalls war es gut, daß ich mich einmal mit einem Mitglied des englischen Kabinetts[263] offen aussprechen konnte. Eine Audienz Allan Bakers gerade während der Anwesenheit Halda-

[259] Zur Rede Adolf Gröbers vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 43. – Ebenda S. 44 die im folgenden genannte Rede Adolf Wermuths.

[260] Liegt nicht bei.

[261] [Hiram] Price Collier (1860–1913), politischer Schriftsteller. – Gemeint ist vermutlich folgendes Buch: England and the English from an American Point of View. London 1909 [und öfter]. Die Ausgabe von 1911 hat ein Vorwort von Lord Rosebery. Das Buch behandelt u. a. den englischen Nationalcharakter.

[262] Über die deutsch-englischen Marineverhandlungen.

[263] Mit Lord Haldane. Dieser versuchte 1912 mit Deutschland in Berlin ein Flottenabkommen auszuhandeln. Er scheiterte, da deutscherseits eine Neutralitätsgarantie verlangt wurde. Vgl. ausführlicher in den folgenden Nummern. – Der im folgenden genannte: Joseph Allen Baker (1852–1918), Fabrikant und Mitglied des Unterhauses; führend in der Friedensbewegung tätig.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nes schien mir nicht zweckmäßig. Er hatte um eine solche auch persönlich bei mir gebeten, und ich telegraphirte ihn direkt nach Neapel ab.

Innerpolitisch macht mir die Deckung der Wehrvorlage[264] noch schwere Sorgen. Zentrum und Konservative wollen nicht lernen. Trotz eindringlichen Abratens haben sie sich wieder gegen die Erbschaftssteuer festgelegt. Wird diese notwendig – ganz steht es noch nicht fest –, so treiben wir einer erneuten inneren Krisis entgegen, die um so ernster ist, als auf die Liberalen keinerlei Verlaß ist. Solange Bassermann und Heydebrand Führer bleiben, sehe ich sehr schwarz in die Zukunft.

Bitte unterbreiten Sie der Großherzogin Luise meine ehrfurchtsvollen Empfehlungen und meinen wärmsten Dank dafür, daß sie stets so gnädig für mich an allen Sorgen der Reichspolitik teilnimmt.

Hoffentlich geht es Ihrer Gemahlin besser und sie ist wieder bei Ihnen. Meine Frau ist diesen Winter leider wieder sehr kümmerlich, und ich sehne mich doch so nach etwas Sonnenschein im Leben.

Mit den herzlichsten Grüßen
Ihr sehr ergebener

72. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 161, f. 25–47. MF 960/961. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 80–81 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 4. März 1912

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Der Herr Ministerpräsident trug vor, er sei zwar noch nicht imstande, bestimmte Vorschläge zu machen, wolle aber nicht unterlassen, das einigermaßen Greifbare, was durch die Verhandlungen mit den beteiligten Ressorts erzielt worden sei, zur vertraulichen Kenntnis der Herren Staatsminister zu bringen.

Die Wehrvorlagen sollten, um unsere Wehrkraft auf der bisherigen Höhe zu erhalten, Lücken in unserer Rüstung zu Wasser und zu Lande schließen, soweit solche nach den verantwortlichen Gutachten des Herrn Kriegsministers und des Herrn Staatssekretärs des Reichsmarineamts anzuerkennen seien.

[264] Bethmann Hollweg bereitete eine Wehrvorlage zur Stärkung der Armee vor; er brachte sie im April 1912 im Reichstag ein. Zur Finanzierung sollte eine Erhöhung der Erbschaftssteuer herangezogen werden. Dazu vgl. die quellengesättigte Studie von: Kroboth, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches. Vgl. ferner die Ausführungen Bethmann Hollwegs in den Sitzungen des Preußischen Staatsministeriums vom 24. Februar, 4. und 21. März 1912 unten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bei der Flotte handele es sich im wesentlichen um die Aufstellung eines 3ten aktiven Geschwaders. Zu den vorhandenen 5 Schiffen sollten die hierzu noch notwendigen 3 Schiffe im Laufe der Jahre 1913, 1916 und 1919 erbaut werden. Das 3te Schiff sei in der Novelle nicht aufgeführt, da dessen Stapellegung ja erst in 7 Jahren erfolgen solle. Die Aufstellung eines 3ten aktiven Geschwaders werde im wesentlichen für erforderlich gehalten, um der Flotte über die kritischen Herbstmonate hinwegzuhelfen, in denen sie nach der Entlassung der Reserven nur in geringem Grade schlagfertig sei. Die Entwickelung des Krieges vollziehe sich jetzt schneller als früher. Es sei deshalb nötig, daß die volle Schlagfertigkeit unserer Flotte, die im Herbst jetzt nur im Wege der Mobilmachung erreicht werden könne, auch dann jederzeit sichergestellt werde.

Neben der Aufstellung eines 3ten Geschwaders solle durch die Novelle noch eine vermehrte Indienststellung von Schiffen und eine Erhöhung der Mannschaftsziffer erreicht und daneben der Bau von Unterseebooten gefördert werden.

Eine Flottennovelle werde, wenn sich in der Konstellation der europäischen Mächte nichts ändere, die Spannung mit England steigern. Sie bedinge daher, wie der Herr Kriegsminister[265] Seiner Majestät und ihm gegenüber sehr richtig mit Nachdruck betont habe, zweifellos auch eine Heeresverstärkung, da die Entscheidung in einem Krieg für uns schließlich doch nicht auf dem Wasser, sondern auf dem Lande falle. Es komme hinzu, daß wir bei der Einstellung von Mannschaften nicht dem Anwachsen der Bevölkerung gefolgt seien. Er als Reichskanzler könne es nicht verantworten, wenn wir entgegen dem Votum des Herrn Kriegsministers in Ausnutzung der verfügbaren Mannschaften nicht weiter gingen als bisher. In großen Zügen handele es sich bei der Heeresverstärkung um die Aufstellung von 2 neuen Armeekorps. Das weitere werde der Herr Kriegsminister nachher auseinandersetzen.

Die außerpolitische Lage fasse er nicht dahin auf, daß eine eminente Kriegsgefahr, die zu diesen Rüstungen zwinge, vorliege. Man könnte natürlich nicht wissen, was die Zukunft bringe. Er glaube aber, daß bei einer ruhigen konsequenten Politik ein Krieg nicht unvermeidlich sei. Allerdings trete jetzt in Frankreich der Chauvinismus außerordentlich stark hervor. Namentlich fühle sich die Armee überlegen. Die Regierung halte er aber für friedliebend. Anderenfalls hätte sie sich die Kriegsgelegenheit im vorigen Sommer und Herbst wohl nicht entgehen lassen[266]. Die Einbringung und Annahme einer nicht karg bemessenen Heeresvorlage werde auf den Chauvinismus einen heilsamen Druck ausüben. Deshalb sehe er in ihr auch eine Verstärkung der Friedensaussichten.

Was nun die Deckungsfrage anbelange, so sei unter den politischen Parteien, namentlich im Zentrum, die Ansicht vertreten, daß auch bei Aufrechterhaltung unserer guten Finanzgrundsätze durch die Wehrvorlagen die Erschlie-

[265] Josias von Heeringen.

[266] Während der Marokkokrise.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ßung neuer Einnahmequellen nicht bedingt werde. Der Herr Reichsschatzsekretär und der Herr Finanzminister[267] hielten jedoch, wenn man nicht wieder in die alte Schuldenwirtschaft verfallen wolle, neue Steuern für nötig. Er habe sich der Ansicht dieser beiden Sachverständigen anschließen müssen. Wo seien nun diese neuen Einnahmequellen zu suchen? Innerhalb der politischen Parteien sei im vorigen Herbst die communis opinio dahin gegangen, den Bedarf nicht durch indirekte Steuern, sondern durch Besitzsteuern aufzubringen. Auch Herr von Heydebrand habe im Reichstage ausgesprochen, daß seine Partei zur Bewilligung von Besitzsteuern bereit sei, „aber nicht von Toten, sondern von Lebenden“. Das weise also auf eine Reichsvermögenssteuer hin. Bei den Verhandlungen in den Jahren 1908 und 1909[268] sei aber von Preußen und auch den übrigen Bundesstaaten erklärt worden, daß eine Reichsvermögenssteuer unmöglich sei, weil sie die Finanzen der Einzelstaaten untergrabe. Auf diesem Standpunkte ständen die Regierungen der Bundesstaaten auch heute noch. Hiernach liege es nahe, wenn man auf die in den Jahren 1908 und 1909 vorgeschlagene Erbschaftssteuer in moderater Form zurückkomme. Er halte eine Erbschaftssteuer der unbeerbten Ehegatten und der Deszendenten an sich nicht für gerade erstrebenswert, glaube aber, daß sie nach Lage der Verhältnisse steuertechnisch und volkswirtschaftlich vielleicht das Richtige sei. Bei der gegenwärtigen politischen Konstellation komme es aber vor allem darauf an, ob man eine Form der Erbschaftssteuer finden könne, die es dem Reichstage ermögliche, die Steuervorlage zusammen mit den Wehrvorlagen anzunehmen. Ihm scheine es wenigstens richtig, bei den Wehrvorlagen und der Dekkung sich im Reichstage auf dieselbe Majorität zu stützen und nicht zu versuchen, jene mit Konservativen, Zentrum, Nationalliberalen und einem Teil des Freisinns, diese dagegen mit der Linken gegen Zentrum und Konservative durchzubringen. Daß sich Zentrum und Konservative schon vor Einbringung der Vorlagen im Reichstage festgelegt hätten, sei vom politischen Standpunkt sehr zu bedauern. Im übrigen wolle er darüber nicht urteilen, da insbesondere die konservative Partei behauptete, der Wahlkampf[269] sei um die Erbschaftssteuer geführt, und die Partei würde, wenn sie jetzt nachgebe, zerschlagen werden. Er sei der Ansicht, daß die Konservativen, die doch zweifellos im Wahlkampf schwer getroffen worden seien, besser gefahren wären, wenn sie sich nicht so bestimmt gegen die Reichserbschaftssteuer ausgesprochen hätten. Es liege in ihrem eigenen Interesse, wenn sie bei den nationalen Forderungen für Heer und Flotte durch Bewilligung dieser Steuer einen Grund des Hasses und der Verhetzung für immer wegräumen würden. Im Volke habe sich tatsächlich die Ansicht festgesetzt, daß 1909 die Erbschaftssteuer vom Zentrum und von den Konservativen abgelehnt worden sei, um den Block[270] zu zer-

[267] Adolf Wermuth und August Lentze.

[268] Zur Reichsfinanzreform von 1909 vgl. Kroboth, Finanzpolitik S. 33–39.

[269] Der Wahlkampf zu den Reichstagswahlen im Januar 1912. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 2–6, 11–12.

[270] Den „Bülow-Block“, der im Wahlkampf 1907 aus Konservativen, Nationalliberalen und Linksliberalen gebildet wurde und die siegreiche Mehrheit erlangte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schlagen und zugleich den Fürsten Bülow zu stürzen, andererseits aber auch, um das Portemonnaie der Besitzenden zu schonen. An diesem Vorwurf kranke unser gesamtes politisches Leben zum Schaden der staatserhaltenden Kräfte. Verschwinden werde die Frage der Erbschaftssteuer niemals mehr. Der Reichstag werde diese Steuer auch sonst fordern, und dann könne sie eine Form erhalten, die den Besitz geradezu gefährde und nicht annehmbar sei. Jetzt in Verbindung mit den Wehrvorlagen lasse sich vielleicht eine Form finden, die für den Besitz erträglich sei und der auch von den Konservativen und dem Zentrum zugestimmt werden könne. 1909 hätten die Konservativen, abgesehen von prinzipiellen Bedenken (Untergrabung des Familiensinnes und dergl.), die Ansicht vertreten, man dürfe dem auf demokratischer Grundlage gewählten Reichstage nicht durch die Reichserbschaftssteuer eine Kurbel in die Hand geben, an der er so lange drehen könne, als der fundierte Besitz, namentlich der Landbesitz, konfisziert sei. Nun sei es vielleicht möglich – und nach Andeutungen aus konservativen Kreisen glaube er das –, diese Bedenken dadurch zu beseitigen, daß die Disposition über die vom Reichstage beschlossene Erbschaftssteuer den Bundesstaaten überlassen würde. Auf diese Erwägung gründe sich der vom Herrn Reichsschatzsekretär vorgelegte Entwurf. Dieser sei kein fertiges Programm, weil es sich nicht darum handeln könne, das sachlich beste Schema zu finden, sondern eine durchbringbare Vorlage und eine Deckung, die die Finanzen des Reichs nicht ruiniere. Diesem Endzwecke seien alle anderen Erwägungen unterzuordnen. Ein weiterer Zweck des vorgeschlagenen Weges sei, in vorsichtiger Fühlung mit den Parteien über mögliche Abänderungen zu verhandeln. Er gebe zu, es sei ein bedenkliches Unternehmen, ohne festes Programm an die Parteien heranzutreten. Man setze sich dadurch dem Vorwurf der Unentschlossenheit aus. Auch sei kaum zu erwarten, daß man bei der schwankenden Haltung der Nationalliberalen von diesen eine bestimmte Erklärung erlangen werde. Aber die Lage sei doch zu ernst und kritisch, um ohne zuvorige Fühlung mit den Parteien eine bestimmte Entscheidung zu treffen. Sollte sich ergeben, daß der Weg der Erbschaftssteuer absolut ungangbar sei, so würde er sie fallen lassen. Es könne ja sein, daß sich ein anderer Weg zeige, der unter Wahrung der finanziellen Grundsätze auch zum Ziele führe und für Regierung und Parlament annehmbar sei. Dann werde man diesen Weg gehen müssen. Wenn die Wehrvorlagen nun, weil keine Einigung über die Deckung erzielt werde, zu Falle kämen, solle man dann den Reichstag auflösen? Auf welche Partei wolle man sich dabei stützen? Überdies würde der Reichstag, den man dann bekommen werde, nicht besser sein als der jetzige. Für Sonnabend[271] habe er die stimmfähigen Mitglieder des Bundesrats, und zwar die leitenden Minister in Begleitung ihrer Finanzminister, nach Berlin eingeladen, um mit ihnen die Deckungsfrage zu besprechen. Aber auch da seien die Ansichten einander widersprechend. Namentlich wisse er nicht, wie

[271] 9. März 1912.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich Bayern nach dem Ministerwechsel[272] verhalten werde. Schließlich werde aber auch für den Bundesrat die Frage nach der Majorität im Reichstage entscheidend sein. Für heute komme es ihm darauf an zu erfahren, ob das Staatsministerium es für zweckmäßig halte, auf Grund der Vorschläge des Herrn Reichsschatzsekretärs[273] mit den Parteien zu verhandeln. Er schlage deshalb vor, daß zunächst der Herr Kriegsminister[274] und der Vertreter des Reichsmarineamtes ganz kurz den Inhalt der Wehrvorlagen darlegen und daß darauf der Herr Reichsschatzsekretär die Gedanken seines Entwurfs vortrage, damit dann das Staatsministerium über die Modalitäten der Deckungsfrage beraten könne. Über die Wehrvorlage zu diskutieren habe wohl keinen Zweck.

[*Ausführungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bat, die Einzelheiten möglichst heute ausschalten und sich auf die Frage beschränken zu wollen, ob das Staatsministerium die allgemeine Grundlage des Entwurfs für möglich halte.

Wenn der Herr Minister des Innern[275] eine Gefährdung der ostelbischen Bauern durch die neue Erbschaftssteuer befürchte, so weise er darauf hin, daß in Elsaß-Lothringen, wo das Land fast ausschließlich im Besitz von Bauern sei, die Erbschaftssteuer für Deszendenten und Ehegatten schon lange eingeführt sei und der Entwickelung des bäuerlichen Besitzes nicht geschadet habe. Die im § 9[b] gegebenen Erleichterungen würden Remedur schaffen.

Der Herr Minister des Innern halte den vorgeschlagenen Weg dann für gangbar, wenn die Einzelstaaten dem automatischen Eintritt der Reichserbschaftssteuer durch Einführung von Besitzsteuern einschließlich der Einkommenssteuer aus dem Wege gehen könnten. Letzteres sei doch sehr bedenklich. Denn das odium der Schonung des Portemonnaies der Wohlhabenden, das auf der Ablehnung der Erbschaftssteuer 1909 liege, bleibe bei Einführung von Einkommenssteuern, da es ja wohlhabende, selbst reiche Leute gebe, die zeitweilig kein steuerbares Einkommen hätten.

[*Weitere Ausführungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, es sei schwer zu übersehen, welcher von den beiden Wegen[276] am leichtesten zum Ziele führe. Er glaube seinerseits, daß der Entwurf des Herrn Reichsschatzsekretärs weniger bedenklich sei als der Vorschlag des Herrn Ministers des Innern. Aber man müsse froh sein, wenn überhaupt etwas zustande käme, zumal die Gruppierung in der Reichstagskommission eine andere sein werde als im Plenum. Er dürfe wohl die Zu-

---

[272] Am 5. Februar 1912 hatte das bayerische Gesamtministerium seine Demission eingereicht. Am 9. Februar hatte Prinzregent Luitpold den Freiherrn Georg von Hertling mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut. Vgl. Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 121 mit Anm. 1. – Zum Ministertreffen am 9. März 1912 in Berlin vgl. ebenda S. 127–138.

[273] Adolf Wermuth.

[274] Josias von Heeringen.

[275] Hans von Dallwitz.

[276] Die Erhebung einer modifizierten Erbschaftssteuer oder die Aufbringung von Einkommens- und Vermögenssteuern.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stimmung des Staatsministeriums dazu voraussetzen, daß er zunächst auf Grund beider Vorschläge mit dem Bundesrat in Verhandlungen trete, um dann mit den Parteien eine Verständigung zu versuchen.

Das Staatsministerium erhob keinen Widerspruch.

73. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 852. Telegramm in Ziffern. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 3. Berlin, 5. März 1912

An des Kaisers und Königs Majestät Wilhelmshaven.

Euerer Majestät melde ich gehorsamst, daß ich zu einer vertraulichen Besprechung über die Wehrvorlagen und die Deckung ihrer Kosten die leitenden Minister der Bundesstaaten auf Sonnabend Nachmittag nach Berlin eingeladen habe[277]. Es soll sich vorläufig um eine unverbindliche Erörterung der verschiedenen für die Deckung gangbaren Wege handeln.

Allerunterthänigst

74. Wilhelm II. an Bethmann Hollweg

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282. Handschreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] S.M.S. Deutschland, Cuxhaven, 7. März 1912

Mein lieber Bethmann!

Ihr Abschiedsgesuch vom 6. d.M.[278] habe ich heute empfangen und habe es mit Bedauern gelesen. Ihre Stellungnahme beruht m(eines) Ersachtens auf einem Irrthum oder Mißverständnis. Sie werden es dem obersten Kriegsherrn, dem Offizier, der bei uns Hohenzollern nun einmal die Hauptrolle spielt, nicht verübeln wollen, wenn er die Wehrvorlage, über die er schon so lange Zeit nachgedacht, mit Ihnen und allen meinen Beamten besprochen und behandelt hat, rasch zur Durchführung gebracht sehen möchte; da dies nicht der Fall sein konnte, dürfen Sie es ihm nicht übel nehmen, wenn ihm schließlich mal die Geduld reißt.

In der englischen Angelegenheit war ich unter dem Eindruck von Ihnen geschieden (am Tage unseres letzten Zusammenseins), daß – laut Ihrer mündlichen Meldung an mich – das Memorandum[279] an demselben Abend nach England abginge. Seiner Übergabe sollte die Veröffentlichung der Wehrvorlage

[277] Vgl. die vorangehende Nr. mit Anm. 272.

[278] Unten Nr. 280*.

[279] Vgl. unten Nr. 277*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in verabredeter Weise durch die Zeitungen folgen. Als nach 3 Tagen, innerhalb derer dieses vor sich gehen konnte, nichts erfolgte, erfuhr ich auf Anfrage bei Metternich, daß er nichts erhalten habe[280]. Durch Rückfrage bei Ihnen wurde mir erst das Faktum des Haldaneschen Gesprächs mit dem Botschafter und die dadurch bedingte Zurückhaltung des Memorandums bekannt. Ich hätte erwarten können, daß mir von diesem wichtigen Vorgange umgehend Meldung erstattet würde; umsomehr als Herr v. Kiderlen schriftlich und mündlich von mir angewiesen worden war, mich von allen die englische Angelegenheit betreffenden offiziellen und inoffiziellen Nachrichten fortdauernd auf dem laufenden zu erhalten. Durch das Fehlen dieser Nachricht stand ich vor einer ganz unaufgeklärten Thatsache. Dies mußte mich verletzen. Die Folge davon war die Instruktion an Metternich[281], die Ew.Exz., wie ich zu meinem Bedauern sehe, verstimmt hat. In derselben stand der Satz: „Zu Ihrer vertraulichen Information“, welches bedeutete, daß das lediglich mein <innerer> Gedankengang sei, aber nicht zur Weitergabe bestimmt. Da mir durch die langjährige Tradition bekannt war, daß auch meine direkten Chiffredepeschen an Diplomaten alle über das Ausw. Amt gehen und damit zur Vorlage bei Ihnen kommen müssen, so war ich der Meinung, daß, wenn Sie irgend welche Bedenken haben würden, mir dieselben vor Weitergabe vorbringen würden.

Hiernach glaube ich das Mißverständnis geklärt und Ew. Exc. den Beweis erbracht zu haben, daß kein Abweichen der eingeschlagenen politischen Bahn beabsichtigt ist.

Ew.Exc. bewährten, in England mit Vertrauen angesehenen, anerkannten Persönlichkeit wird es hoffentlich gelingen, dieses für unser Vaterland so unschätzbar wichtige Werk zum Abschluß zu bringen. Ich appeliere daher an Sie als meinen obersten Beamten, persönlichen Freund und als märkischen Edelmann Ihrem Kaiser, Könige und Markgrafen auch hierbei die Treue ferner zu wahren.

Da ich gerne als erster Ihnen einst zu diesem Erfolge glückwünschend die Hand drücken möchte, sehe ich mich nicht in der Lage, Ihrem Abschiedsgesuch zu willfahren, und bitte Sie, die schwere und gewiß auch dornenvolle Bürde fernerhin muthig zu tragen.

[280] Vgl. zum weiteren Zusammenhang die Telegramme Wilhelms II. vom 4. und 5. März an Bethmann Hollweg in: GP XXXI S. 153–157 sowie die Antworten Bethmann Hollwegs unten in Nr. 277* und 278*.

[281] Vom 5. März 1912: ebenda S. 156.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

75. Bethmann Hollweg an Valentini

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 43. Privatdienstschreiben. Eigenhändige behändigte Ausfertigung. Praes.: 8. März 1912.

[Ohne Nr.] Berlin, 8. März 1912

Verehrte Exzellenz!

Ich werde mich morgen gegen Garantieen[282] zur Fortführung des Amtes bereit erklären.

Eiligst Ihr verehrungsvoll ergebener

76. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 52. Telegramm in Ziffern. Behändigte Abschrift von Schreiberhand. Praes.: „V SM. [= Vortrag Seiner Majestät]. V[alentini] 14/3/12."

Nr. 3. Berlin, 14. März 1912, 8 Uhr 22 Min. Vm.
Ankunft: 14. März 1912, 8 Uhr 30 Min. Vm.

Seiner Majestät dem Kaiser und Könige, Berlin Kgl. Schloß.

Als Ergebnis der heutigen Besprechungen im Bundesrat melde ich Euerer Majestät alleruntertänigst: Die Mehrheit des Bundesrats hielt die Erschließung neuer Einnahmequellen für nötig, stimmte aber meinem Vorschlag zu, die Dekkungsvorlage zwar gleichzeitig mit den Wehrvorlagen einzubringen, das Schicksal der Wehrvorlagen aber nicht von der Deckungsfrage abhängig zu machen. Die Süddeutschen Finanzminister bleiben hier, um den Abschluß der Deckungsvorlage zu beschleunigen.

Alleruntertänigst

77. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 161, f. 49–55. MF 961. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 81 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 21. März 1912

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

[282] Einzelheiten dazu nicht ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident erklärte, bei der Besprechung mit den leitenden Ministern und Finanzministern der Bundesstaaten am 14. März sei man eigentlich einstimmig der Ansicht gewesen, daß, wenn eine Besitzsteuer eingeführt werden solle, nur die Erbanfallsteuer in Frage kommen könne. Ebenso einstimmig sei man aber zu der Auffassung gelangt, daß eine solche bei der gegenwärtigen politischen Konstellation nicht zu empfehlen sei. Einen hiervon abweichenden Standpunkt habe anscheinend kürzlich der Königlich Sächsische Finanzminister[283] im Landtage vertreten. Er – der Ministerpräsident – habe sich deshalb sofort mit dem Sächsischen Gesandten in Verbindung gesetzt und durch diesen festgestellt, daß auch das Königreich Sachsen die Einbringung der Erbschaftssteuer im Reichstage im gegenwärtigen Moment für einen politischen Fehler halten würde. Der Sächsische Finanzminister werde demnächst im Landtage den scheinbaren Widerspruch aufklären.

Die im Staatsministerium seinerzeit erörterten Vorschläge, die Reichserbschaftssteuer durch einzelstaatliche Besitzsteuern abzulösen, hätten in jener Ministerversammlung von keiner Seite Anerkennung gefunden. Weder sei für den Entwurf des damaligen Herrn Reichsschatzsekretärs[284] noch für den Antrag des Herrn Ministers des Innern in der Konferenz irgendwelche Stimmung gewesen. Mit großer Bestimmtheit sei erklärt worden, daß man damit vor die Einzellandtage nicht hintreten könne. Von einer etwaigen Majorisierung müsse selbstverständlich abgesehen werden, da dadurch die Aktion von vornherein schwer geschädigt würde. Allgemein habe man anerkannt, daß neue Deckungsmittel für die Wehrvorlagen erforderlich seien. Auch Bayern und Württemberg hätten sich dieser Ansicht angeschlossen, wenn sie auch die Finanzlage des Reichs günstiger als Exzellenz Wermuth beurteilt hätten. Darauf sei von Mecklenburg ohne nähere Darlegung im einzelnen beantragt und auch von Sachsen befürwortet worden, den nötigen Bedarf durch Beseitigung der sogenannten Liebesgabe bei der Branntweinbesteuerung[285] aufzubringen. Daneben habe Mecklenburg angeregt, die dann etwa noch fehlenden Mittel erforderlichenfalls durch unverkürzte Beibehaltung der Grundwechselabgabe zu beschaffen. Von Sachsen sei die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht vielleicht möglich sei, die in dem Entwurf des Reichsschatzamts projektierte Junggesellen- und Wehrsteuer unabhängig von der Erbschaftssteuer einzubringen. Gegen diesen letzteren Vorschlag habe er sich sofort ausgesprochen, da es ihm unmöglich erscheine, diese Steuern von der Erbschaftssteuer loszulösen. Darin seien auch

[283] Ernst von Seydewitz (1852–1929), Finanzminister des Königreichs Sachsen 1910–1918. – Vgl. zum folgenden Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 86. – Der im folgenden genannte sächsische Gesandte: Ernst Frhr. von Salza und Lichtenau (1860–1926), sächsischer Gesandter in Berlin 1909–1916.

[284] Wermuth war zurückgetreten, weil Bethmann Hollweg seine Forderung nach Erhöhung der Erbschaftssteuer abgelehnt hatte. Vgl. dazu u.a. die Aufzeichnung des bayerischen Gesandten Lerchenfeld vom 10. März 1912 in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 139–140; ferner Wermuth, Beamtenleben S. 304–316.

[285] Die Vergünstigung, die das Kontingent Branntwein seit 1887 genoß; sie wurde durch Gesetz vom 14. Juni 1912 für den 1. Oktober d.J. zur Deckung der Mehrkosten der Rüstung aufgehoben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sonst alle mit ihm einig gewesen. Dagegen habe man der Beseitigung der Liebesgabe allseitig zugestimmt. Er habe demgegenüber unmöglich schweigen und die Beratungen ergebnislos verlaufen lassen können. Deshalb sei er dem Vorschlage ohne zuvorige Befragung des Staatsministeriumns beigetreten und bitte nachträglich um Ratihabierung[286] seiner Stellungnahme.

Das Staatsministerium stimmte dem zu.

[*Stellungnahmen der anderen Minister*.]

Der Herr Ministerpräsident sprach sich ebenfalls dahin aus, daß es, nachdem man früher mit 7 M operiert habe, seines Erachtens nicht richtig sei, jetzt mit 5 M. Spanne zu lassen. Eine Übergangszeit könne nicht geschaffen werden. Die Konservativen hätten sich vertraulich bereit erklärt, der Aufhebung der Liebesgabe zuzustimmen ebenso das Zentrum, wenn die süddeutschen Staaten berücksichtigt würden. Der Abgeordnete Frhr. von Gamp[287] habe allerdings Bedenken für die Freikonservativen geäußert. Der Freisinn sei ebenfalls einverstanden. Anderer Meinung sei Herr Bassermann.

78. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 7946. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 60. Berlin, 25. März 1912
Abgangsvermerk: 25. März 1912, 2 Uhr 45 Min. pm.

Es scheint, daß italien. Presse übertriebene Erwartgn an Besuch S.M. in Venedig knüpft, besonders im Hinblick auf Krieg mit Türkei[288]. Die Folge werde Enttäuschung u Mißstimmung sein. Bei manchen Blättern dürfte sogar letztere Erwartg der Anlaß zum derzeitigen angebl. Enthusiasmus sein.

Ich bitte, auf dies vertraulich in Consulta[289] hinzudeuten u. so weit möglich, direkt auf dort. Presse einzuwirken.

[286] Nachträgliche Bestätigung.

[287] Karl Frhr. von Gamp (Massaunen) (1846–1918), Rittergutsbesitzer; MdR (Freikonservativ) 1884–1918.

[288] Vgl. die folgende Nr.

[289] Hier: die italienische Regierung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

79. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 7946. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 6. Berlin, 25. März 1912, 3 Uhr 45 Min. p.m
Ankunft: 25. März 1912, 4 Uhr 53 Min. p.m.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät beehre ich mich, für die gnädigen Telegramme aus Wien und Venedig[290] meinen ehrfurchtsvollsten Dank und zu dem bisherigen so glücklichen Verlauf der Reise meine Glückwünsche auszusprechen.

Wenn sich die Italiener übertriebene Vorstellungen von sofort sichtbaren Erfolgen von Euerer Majestät Begegnung mit dem Könige von Italien machen, so wird allerdings eine Enttäuschung eintreten. Diese wird sich nur vermeiden lassen, wenn in der italienischen Presse die übertriebenen Erwartungen [. . . *Gruppe fehlt; Sinn*: gedämpft] werden. Ich habe die Botschaft in Rom hierauf hingewiesen. Wir werden aber auch eine eventuelle Enttäuschung ertragen können. Bei den Italienern wird auch der daraus vielleicht entstehende Groll nicht lange anhalten, besonders wenn sie sehen, daß auch Andere ihnen nicht aus der selbst geschaffenen Lage heraushelfen können[291].

Nach den hierher gelangten Nachrichten ist ganz besonders England unter keinen Umständen bereit, einen Druck auf die Türkei auszuüben, dem Rußland nicht abgeneigt wäre, aber nur unter der Voraussetzung der Mitwirkung anderer Mächte.

Mit ehrfurchtsvollsten Wünschen für eine gute Seefahrt
Euer Majestät
alleruntertänigster

80. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 161, f. 61–62. MF 961. Rede. Protokoll. Maschinenschriftliches Konzept mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vg. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 82 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 1. April 1912

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

[290] Vom 24. und 25. März aus Venedig. Text: Große Politik XXX,2 S. 546–549. – Der Kaiser traf auf der Rückfahrt von Korfu in Venedig mit König Viktor Emanuel II. zusammen. Sein Telegramm aus Wien ist nicht in der Großen Politik veröffentlicht.

[291] Im italienisch-türkischen Krieg, der Ende September 1911 von Italien vom Zaun gebrochen worden war, gab es im Frühjahr 1912 noch keine Entscheidung. Die türkische Regierung weigerte sich noch, Tripolis und die Cyrenaika abzutreten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident teilte mit, die Deckungsvorlage sei nach den Verhandlungen in den Bundesratsausschüssen insbesondere mit den Vertretern der süddeutschen Staaten soweit gediehen, daß sie auch für die preußischen Stimmen annehmebar sei. Er bitte nunmehr den Herrn Reichsschatzsekretär, dem Staatsministerium das Ergebnis der Verhandlungen des näheren vorzutragen.

[*Ausführungen des Reichsschatzsekretärs.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, Preußen könne sich ebenfalls einverstanden erklären[292]; es habe stark opponiert; das sei augenscheinlich von Einfluß auf die Süddeutschen gewesen. Da man bei den gewerblichen Brennereien auf eine Spannung von 5 M abgekommen sei, sei es möglich, in Ansehung der übrigen Brennereien auf 7,50 M Spannung einzugehen.

[*Weitere Wortmeldungen.*]

Der Ministerpräsident trat dem bei[293] und stellte fest, daß das Staatsministerium damit einverstanden sei, die Stimme Preußens im Bundesrat im zustimmenden Sinne zu instruieren.

81. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 64–65. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 13. Berlin, 22. April 1912, 8 Uhr 55 Min. pm.
Ankunft: 23. April 1912, 6 Uhr 30 Min. am.

In der heutigen Reichstags-Sitzung habe ich die Wehrvorlagen eingebracht und vertreten[294]. Meine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen; auch die Sozialdemokraten hielten sich bei ihrem Widerspruch in parlamentarischen Grenzen. Nach mir sprach[en] der Kriegsminister und der Admiral von Tirpitz besonders wirkungsvoll[295]. Der Schatzsekretär vertrat die Deckungsvorlage mit vielem Geschick. Der sozialdemokratische Redner[296] verlangte mit der bekannten Begründung den Ersatz des stehenden Heeres durch eine Miliz-Heer und verweigerte jeden Mann und jeden Groschen. Der Centrumsredner

[292] Ermäßigte Steuersätze für kleinere und mittlere Obstbrennereien zu gewähren.

[293] An den bisherigen Beschlüssen des Staatsministeriums nichts mehr zu ändern.

[294] Unten Nr. 83 und Anm. 311.

[295] Josias von Heeringen: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 111–112. – Tirpitz: ebenda S. 112–113. – Der im folgenden genannte Schatzsekretär: Hermann Kühn (1851–1937), Staatssekretär des Reichsschatzamts März 1912–Januar 1915. – Seine Rede: ebenda S. 113–114.

[296] Hugo Haase (1863–1919), MdR (SPD) 1911–1917; Vorsitzender der USPD 1917; Mitglied des Rats der Volksbeauftragten November – Dezember 1918. – Seine Rede: ebenda S. 114–115.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Spahn trat für die Vorlagen ein vorbehaltlich ihrer Prüfung in der Kommission[297]. Ebenso der Redner der wirtschaftlichen Vereinigung.

Die anderen bürgerlichen Parteien werden morgen zu Wort kommen[298]. Im Allgemeinen werden die Regierungs-Vorschläge gut und zustimmend beurteilt.

Heute volles Sommer-Wetter.

Auch ich bitte, Euerer Majestät meinen ehrfurchtsvollen Dank dafür aussprechen zu dürfen, daß Euere Majestät gestern meiner Frau so gnädig gedacht haben.

Alleruntertänigst

82. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 24156, f. 16a. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 14. Berlin, 23. April 1912, 3 Uhr 20 Min. pm.
Ankunft: 23. April 1912, 6 Uhr 51 Min. pm.

Euer Majestät melde ich ehrfurchtsvollst, daß in der Jesuiten-Angelegenheit die bayerische Regierung beim Bundesrat den Antrag eingebracht that, den Begriff der Ordens-Tätigkeit authentisch zu interpretieren[299]. Außerdem hat mir der Bayerische Gesandte[300] im Auftrage seiner Regierung mitgeteilt, es sei Vorsorge getroffen, daß es bis auf Weiteres auch in Bayern bei der Handhabung des Jesuitengesetzes verbleibe, wie sie in den anderen Bundesstaaten stattfindet. Damit hat Hertling vollkommen eingelenkt, denn es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die von ihm in seinem Erlaß beliebte Auslegung des Gesetzes vom Bundesrat nicht gebilligt werden wird.

Alleruntertänigst

297 Ebenda S. 115–116. – Der im folgenden genannte: Richard Herzog (1867–1950) MdR (Wirtschaftliche Vereinigung) 1906–1918. – Seine Rede: ebenda S. 116.

298 Unten Nr. 83 und Anm. 311.

299 Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling versuchte 1912 das Jesuitengesetz von 1872 durch Verwaltungsvorschriften über den Bundesrat und mit Hilfe des Zentrums aufzuweichen. Damit verursachte er eine Verstimmung des Reichskanzlers. Vgl. unten im Register sub „Jesuitengesetz“; ferner ausführlich Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 147–154; die folgende Nr.

300 Hugo Graf von und zu Lerchenfeld.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

83. Bethmann Hollweg an Valentini

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 5–7. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 23. April 1912

Verehrteste Exzellenz!

Verargen Sie es mir nicht, daß ich Ihren so freundlichen Brief vom 12. erst heute beantworte. Ich mußte mich tatsächlich von meiner Ostererholung gründlich erholen[301]. Die Fahrt bis Brindisi war trotz des hohen Seeganges sehr genußreich und den Nerven wohltuend. Ravenna am nächsten Tage bei herrlichstem Sommerwetter überaus interessant. Obwohl es im Ganzen eine absterbende und melancholische Stadt ist, würden die so lebendigen Erinnerungen an das 5. und 6. Jahrhundert den Kaiser begeistern. In München herrschte grimmige Kälte und hitzige Jesuitenaufregung. Man hatte das Gerücht verbreitet, ich würde den Prinzregenten[302] im Auftrage des Kaisers koramieren[303]. Mit Hertling tauschte ich nur Karten. Daß dieser sonst so kluge Mann den Unterschied zwischen einem Parteiführer und einem leitenden Minister so gröblich verkannt hat[304], bleibt auch seinen Freunden unbegreiflich. In der Erkenntnis, eine kolossale Dummheit begangen zu haben, hat er jetzt beim Bundesrat eine Definition des Begriffes Ordenstätigkeit beantragt und unter der Hand Vorsorge getroffen, daß bis zum Ergehen des Bundesratsbeschlussdes auch in Bayern die alte Praxis weiter befolgt wird[305]. Das ist, da der Bundesrat Bayern allein lassen wird, ein kompletter Rückzug, den ich ihm nicht erschwere. Allerdings wird das Zentrum mit dem Sukkurs der Sozen seinen Ansturm gegen das Jesuitengesetz nicht aufgeben und sich dabei der stillschweigenden Billigung Hertlings erfreuen. Ich hoffe aber doch, daß er amtlich zunächst nach dem Grundsatze handeln wird – gebranntes Kind scheut das Feuer. – Die Kaiserin[306] machte einen leidenden Eindruck, und Zuncker und Mirbach sprachen sich nicht befriedigt aus. Wir müssen hoffen, daß nicht nur das tatsächliche Befinden, sondern der angreifende Einfluß der ersten Bäder daran schuld sind. – Hier steht die intimer orientierte Welt dauernd unter dem Eindruck der

[301] Bethmann Hollweg war vom 3. bis 14. April über Brindisi zum Kaiser nach Korfu und von dort zurück über Brindisi und München nach Bad Nauheim zur Kaiserin zurück gereist.

[302] Luitpold (1821–1912), Prinz von Bayern; Regent 1886–1912.

[303] koramieren: zur Rede stellen.

[304] Damit ist gemeint: Hertling war von 1909 bis 1912 Vorsitzender der Zentrumsfraktion im Reichstag; er mußte den Vorsitz niederlegen, als er am 9. Februar 1912 vom Prinzregenten Luitpold zum Ministerpräsidenten Bayerns berufen wurde, und konnte von nun ab nicht mehr als Parteiführer auftreten.

[305] Das heißt: daß wie überall im Reich so auch in Bayern der Jesuitenorden verboten blieb.

[306] Auguste Viktoria (1858–1921), geb. Prinzessin von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg; Deutsche Kaiserin und Königin von Preußen 1888–1918. – Die im folgenden genannten: Ernst Zunker (*1843), Generalarzt; Leibarzt der Kaiserin. – Ernst Frhr. von Mirbach (1844–1925), Generalleutnant; Oberhofmeister der Kaiserin 1892–1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krisengerüchte. Wie ich festgestellt habe, ist die Nachricht von einer bevorstehenden Ersetzung Kiderlens durch Bernstorff von Wien aus in die Presse lancirt worden.

Anscheinend hat S.M. also auch mit Tschirschky[307] darüber gesprochen. Jagow gegenüber hat er jedenfalls bezüglich seines Urteils über Kiderlen kein Blatt vor den Mund genommen[308]. Diese Zustände sind unhaltbar. Der innere Dienst läßt sich dabei nicht fortführen. Kiderlens Ansehen gegenüber dem Auslande sinkt mit der natürlich Allen bekannten Ungnade S.M., und die Vernichtung seiner Arbeitsfreudigkeit schädigt sachlich die Geschäfte und erhöht persönlich die Schwierigkeiten seines Temperaments. Sein Abgang wäre für mich jetzt nicht ertragbar. Schon Metternichs[309] Abgang wird viel Staub aufwirbeln und das Gegenteil einer Stärkung meiner Stellung bewirken. Ich bin deshalb, wie Sie aus meinem Telegramm an S.M. wissen, auf eine sofortige Verwirklichung des revirements nicht eingegangen. – Die Einbringung der Wehrvorlagen[310] gestern verlief ohne Trara. Ich vermied absichtlich hohe Töne, was nicht nur im Reichstag Zustimmung fand, sondern auch in dem überwiegenden Teile der Presse gebilligt wird. Die Zustimmung aller bürgerlichen Parteien ist wahrscheinlich, wenn auch die Freisinnigen und voraussichtlich auch das Zentrum in der Kommission etwas knören[311] werden. Von den Nationalliberalen wird es abhängen, ob auch die Liebesgabe bis Pfingsten erledigt wird. Für das Trinkgeld der Vertagung werden sie wohl zu haben sein. Kühn sprach sehr gewandt und geschickt. – Ich habe inzwischen wieder einen halben Tag in der Schwatzbude verbracht. Bassermann sprach überaus bissig gegen mich, aber für die Vorlagen, ähnlich Müller-Meiningen, der alte Gamp quasselte und war wie immer enfant terrible. Putlitz reichlich schwach. Dagegen ist Wermuth endgültig zum Halbgott ernannt worden mit Vordatierung des Patents. Morgen geht das zwecklose Gerede weiter. Wenn das unglaublich niedrige Niveau des Reichstags nicht zum Weinen wäre, könnte man sich mehr daran freuen, daß die Wehrvorlagen keinen Zankapfel mehr unter den bürgerlichen Parteien bilden.

---

[307] Heinrich von Tschirschky und Bögendorff (1858–1916), Botschafter in Wien 1907–1916.

[308] Kiderlen hatte Jahre zuvor sich ungebührlich über den Kaiser geäußert und damit seiner Karriere geschadet. Der Stachel blieb beim Kaiser erhalten, auch nachdem Kiderlen 1910 zum Staatssekretär des Auswärtigen ernannt worden war. Vgl. dazu: Forsbach, Kiderlen-Wächter S. 161–181.

[309] Er wurde am 14. Mai 1912 in den Ruhestand versetzt.

[310] Dazu oben Nr. 71 und Anm. 264.

[311] Jägersprache für: leise röhren (hier: murren). – Die im folgenden genannte Rede Kühns im Reichstag am 22. April u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 113–115. Die dann genannten Redebeiträge (vom 23. April!): ebenda S. 120–122 (Bassermann), S. 122–123 (Müller-Meiningen). Die Rede Gamp-Massaunens ist weder im offiziellen Protokoll der Reichstagssitzung vom 22. noch vom 23. April nachzuweisen. – Die noch nicht kommentierten Namen: Ernst Müller(-Meiningen) (1866–1944), MdR (Freisinn) 1898–1918, danach Deutsche Demokratische Partei bis 1920. – Wolfgang Gans Edler Herr zu Putlitz (1857–1931), Rittergutsbesitzer; MdR (Deutschkonservativ) 1907–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aber ich sehe, ich komme selbst ins Schwatzen. Über die Zukunft habe ich noch keine Entscheidung getroffen. Zunächst werde ich wohl versuchen, mich am 11. Mai in Karlsruhe zu melden[312]. Vielleicht haben Sie die Güte, mich über die Aktualitäten der Lage noch kurz zu informiren.

Haben Sie nochmals herzlichen Dank für Ihren Brief und genießen Sie nach Kräften das Phäakendasein.

Stets aufrichtigst der Ihre

84. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 213, f. 197. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 22. Berlin, 17. Mai 1912, 6 Uhr 22 Min. pm.
Ankunft: 17. Mai 1912,7 Uhr 60 pm.

In der heutigen Reichstagssitzung erging sich der Abgeordnete Scheidemann[313] in unqualifizierten Schmähungen Preußens, ohne daß der Präsident Kaempf, der allerdings ein schlechtes Gehör haben soll, ihn zur Ordnung rief. Ich habe darauf mit allen Bundesratsmitgliedern ostentativ den Saal verlassen und dem Präsidenten mitteilen lassen, daß ich ihn erst wieder betreten würde, wenn er Scheidemann zur Ordnung gerufen haben würde. Er tat das zunächst in bedingter Weise, worauf ich einen unbedingten Ordnungsruf verlangte. Nachdem dieser dann erteilt war – über der ganzen Affäre waren etwa 1½ Stunden vergangen –, sind wir in den Saal zurückgekehrt.

Alleruntertänigst

85. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 82. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Berlin, 21. Mai 1912, 6 Uhr 13 Min. Nm.
Ankunft: 21. Mai 1912, 7 Uhr 14 Min. Nm.

Euerer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß der Reichstag soeben die Wehrvorlagen in dritter Lesung en bloc angenommen hat[314]. Für die Kostendeckung ist das von Eurer Majestät allergnädigst gebilligte Kompromiß, durch

[312] Dort trat am 11. Mai 1912 der Kaiser auf der Rückreise von Korfu ein und beriet sich mit dem Reichskanzler und mit Staatssekretär Kiderlen-Waechter.

[313] Philipp Scheidemann (1865–1939), MdR (SPD) 1903–1918; Reichsministerpräsident 1919. – Der dann genannte: Johannes Kaempf (1842–1918), MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 1903–1918; Präsident des Reichstags 1912–1918. – Zum folgenden vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 151–169.

[314] Ebenda S. 180.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

welches die Zuckersteuer bis 1916 aufrecht erhalten und die Regierung verpflichtet wird, bis April 1913 den Entwurf einer allgemeinen Besitzsteuer vorzulegen, in erster und zweiter Lesung mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokratie [angenommen] worden. Voraussichtlich wird noch heute Abend das Branntweinsteuergesetz und morgen auch das erwähnte Compromiß in dritter Lesung gnehmigt werden[315]. Das gesamte Werk wird also hoffentlich morgen zu Stande kommen. In diesem Falle wäre durch Annahme der Wehrvorlagen und einer ausreichenden Deckung in gemeinsamer Arbeit aller bürgerlichen Parteien ein hocherfreuliches Ergebnis erzielt, und ich würde es für angemessen halten, dies bei der Vertagung des Reichstags, die morgen oder übermorgen zu erwarten ist, namens der verbündeten Regierungen mit einigen dankenden Worten hervorzuheben. Euere Majestät bitte ich ehrfurchtsvoll, sich hiermit einverstanden erklären zu wollen.

Alleruntertänigst

86. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 161, f. 85–96. MF 962. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit maschinenschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 84–85 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 14. Juni 1912

[*1. Schaffung eines neuen Regierungsbezirks Dortmund. – 2. Gründung der sozialdemokratischen Volksfürsorge. Dazu Erläuterungen verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, eine Ablehnung des Konzessionsantrages nach Lage der Gesetze halte er für ausgeschlossen. Neue gesetzliche Maßnahmen, dahingestellt, ob sie im Reichstage erreichbar wären, würden zu spät kommen. Es bleibe als einziges Mittel, der „Volksfürsorge“ entgegenzuarbeiten, die Förderung der öffentlichen Versicherungsanstalten. Ob die Gefahren der Gründung einer sozialdemokratischen Volksversicherung wirklich so groß seien, wie von den meisten Herren Staatsministern befürchtet werde, könne nur die Zukunft lehren. Er besorge allerdings, daß die Gründung trotz der gesetzlichen Aufsicht eine große Stärkung der moralischen Macht der Sozialdemokratie bedeute. Wenn auch die Gelder nicht in ungesetzlicher Weise zu politischen Zwecken verwandt werden könnten, so schaffen sie doch eine gewisse Abhängigkeit der Empfänger von dem Geldinstitute. Jedenfalls werde das Unternehmen, wenn es floriere, der Sozialdemokratie ein großes Relief geben.

Das praktische Ergebnis der Beratung fasse er dahin zusammen:

[315] Am 22. Mai 1912 wurde der Reichshaushalt (einschließlich der Deckung für die Wehrvorlagen) ohne Diskussion angenommen: ebenda S. 185.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1. Das Staatsministerium ermächtige den Herrn Landwirtschaftsminister[316], wegen kräftigerer Förderung der öffentlichen Versichungsanstalten mit dem Herrn Minister des Innern das Weitere zu vereinbaren. Jedoch dürften die amtlichen Bestrebungen nicht gegen die Tätigkeit der privaten Versicherungsanstalten gerichtet sein.

2. Das Reichsamt des Innern werde mit den beteiligten Ressorts in kommissarische Beratung eintreten, welche Maßregeln innerhalb der staatlichen Betriebe gegen die von der „Volksfürsorge“ zu befürchtende Einwirkung auf die staatliche Arbeiterschaft zu treffen seien.

Das Staatsministerium stimmte zu.

87. Aufzeichnung Hammanns

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/63, (aus dem Nachlaß Otto Hammann), f. 2–3. Eigenhändige Abschrift Thimmes.

[St. Petersburg, Juli 1912]

Bleistiftaufzeichnung Hammanns[317] betr. Gespräche Bethmann Hollwegs mit den russischen Staatsmännern während seines Aufenthalts in Rußland im Juli 1910 [=1912]

Kokowtzoff[318]: Keine Vereinbarung mit Italien (gegen Türkei[319]); auch in Sachen Urmia sei nicht auf Türken gedrückt worden, um Italien zu helfen. Gegenwärtige Situation in Urmien befriedigend, da Türken sich zurückhielten. Rußland brauche Ruhe. Solidierung [!] schreite fort. Gerüchte über bevorstehende neue Unruhen falsch. Mehr als japanischer Krieg[320] habe der Finanzkraft und dem Land die „sogen. Revolution“ geschadet.

Sassonow ähnlich, aber pessimistischer in Bezug auf türkische Zustände. Einig mit RK., daß nicht ein Dutzend neuer Kretafragen geschaffen werden dürfen. Bei Restit. der Inseln[321] genüge Versprechen der Türkei, keine Repressalien gegen Griechen und Christen zu ergreifen. Rußlands Mission für christliche Balkanprovinzen abgeschlossen. Undankbar von Türkei Vorstoß gegen

316 Clemens Frhr. von Schorlemer. – Der dann genannte Innenminister: Hans von Dallwitz.

317 Otto Hammann (1852–1928), Pressereferent im AA 1894–1916.

318 Graf Vladimir Nikolaević Kokovcov (1853–1943), russischer Ministerpräsident 1911–1914, Finanzminister 1906–1914.

319 Italien befand sich seit September 1911 im Krieg mit der Türkei, der vor allem in Tripolis ausgefochten wurde. Es kam erst am 12. Oktober 1912 zum Friedensschluß. – Das folgende Urmia: befestigte Stadt in der persischen Provinz Aserbaidschan, nahe der Grenze zu Armenien. Die Türken versuchten dort Fuß zu fassen.

320 Der Russisch-Japanische Krieg von 1905. – Mit der im folgenden genannten „sogenannten Revolution“ ist die Russische Revolution von 1905 gemeint, die von der Regierung blutig niedergeschlagen wurde.

321 Gemeint ist die türkische Inselgruppe in der östlichen Ägäis (Dodekanes); sie blieb bis zum Friedensschluß zwischen Italien und der Türkei unter italienischer Besatzung und fiel schließlich 1923 auch völkerrechtlich an Italien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Urmia während japan. Kriegs. Halte nichts von Konferenz. Meerengenfrage von S. nicht berührt. Deutsch-russische Entrevuen müßten mindestens alle zwei Jahre wiederholt und dauerndes Inventarstück werden. Schließlich Besorgnisse wegen unruhiger öst.-ung. Balkanpolitik nach Fr.Jos. Tod. Nachfolger werde aber doch wohl sich Stellung in Ungarn erst schaffen und daher keine waghalsige Politik treiben können.

Zar[322] zu RK. ähnlich wie S. über regelmäßige Zusammenkünfte. Er habe Bulgarien, Serbien und Montenegro nachdrücklich zur Ruhe ermahnt. Serb. sei ein verständiger Mann[323].

Sass. wollte anfr. wegen Freigabe Adam und Kostewitsch[324]. RK. setzt Zar auseinander, daß Kostewitsch' Justizstrafe ohne Gesetzesverletzg. nicht niedergeschlagen werde, aber Begnadigung empfehlen.

88. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1357. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

[Ohne Nr.] St. Petersburg, 10. Juli 1912

Ew.M. melde ich alleruntertänigst, daß ich in Petersburg von allen russischen Staatsmännern mit besonderer Zuvorkommenheit aufgenommen worden bin. Man gab sich ersichtlich Mühe, den in Baltischport[325] angeschlagenen Ton möglichst noch reiner fortklingen zu lassen. S.M. der Zar hatte mir für den Besuch von Peterhof alle Erleichterungen gnädigst gewährt. Ich habe von dem Stadtbild im Allgemeinen, in künstlerischer Beziehung in der Eremitage, in landschaftlicher in Zarskoje Selo und Peterhof gleich starke dauernde Eindrücke empfangen, der überall auflaufenden historischen Reminiszenzen nicht zu gedenken. In der Eremitage sah ich die hochinteressanten griechischen Goldschmiedearbeiten aus dem 5.–3. Jahrhundert vor Christi, die in der Krim gefunden sind. Darunter viele Darstellungen des Adlers in seiner fränkischen Form.

Ew.M. „Hansa"[326] wird hier glänzend aufgenommen, und heute sieht sie Peterhof, wo der Zar Offizieren und Kadetten ein Frühstück im großen Schloß serviren läßt. Die Mannschaften finden in der Stadt gastliche und kameradschaftliche Aufnahme.

---

322 Nikolaus II. (1868–1918), Zar 1894–1917.

323 Gemeint ist: Peter I. Karadjordjević (1844–1921), König der Serben 1903–1918, dann bis 1921 der Serben, Kroaten und Slowenen.

324 Zwei festgesetzte russische Offiziere, die von der deutschen Regierung der Spionage verdächtigt wurden.

325 Hafenstadt im Nordwesten Estlands. Dort trafen sich vom 4. bis 6. Juli 1912 Zar Nikolaus II. und Wilhelm II. An den Unterredungen nahmen auch teil: Bethmann Hollweg, Kokovcov und Sazonov. Vgl. unten Nr. 90, 304*, 305* und 312*.

326 Großer Geschützter Kreuzer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Heute Nacht fahre ich nach Moskau. Andauernd prachtvolles Sommerwetter.

Sonnigste Wünsche für gute Reise.

Alleruntertänigst

89. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung. Teildruck in: Große Politik XXXI S. 449 Anm. ***.

Hohenfinow, 22. Juli 1912

Lieber Herr von Eisendecher!

Herzlichen Dank für Ihren freundlichen Brief vom 19. d. M.

Die mit unverbürgten Gerüchten über Äußerungen Seiner Majestät und des Prinzen Heinrich[327] arbeitende Preßkampagne gegen den Minister von Bodmann[328] ist widerwärtig. Bezeichnend für ihren unlauteren, ja verlogenen Charakter ist die Inbrunst, mit der sich das Berliner Tageblatt[329] des Falles annimmt. Was an den angeblichen Worten Seiner Majestät wahr und was nicht wahr ist, wird sich nicht feststellen lassen. Mir gegenüber hat sich der Kaiser niemals über Bodmann geäußert. Ähnlich wie das Ihrige geht mein Urteil dahin, daß, solange Bodmann das Vertrauen des Großherzogs, seines Herrn, genießt, er den gesammten Preß- und sonstigen Klatsch ignoriren sollte. Das scheint mir ein Gebot der Selbstachtung und zugleich ein Erfordernis der Rücksichtnahme auf den Großherzog zu sein, der in seinem Verhältnis zum Kaiser, andererseits zu Bodmann selbst in eine unmögliche Rolle gedrängt würde, wenn ihm Bodmann wegen unverbürgter Äußerungen des Kaisers seine Demission anböte. So volles Verständnis ich für die peinliche Situation des Ministers habe, so großen Dank würde ich ihm doch wissen, wenn er sich diesen Erwägungen anschließen könnte.

Meine leider nur zu kurze Reise in Rußland war voll an schönen und großen Eindrücken und hat mich von manchen schiefen Urteilen geheilt, die auch ich schließlich aus unserer leichtfertigen Journalistik eingesogen hatte. Der Reichtum an Bodenschätzen und an derber physischer Menschenkraft sind Faktoren, die gerade wir unter den Einflüssen unserer unvergleichlichen Kulturfortschritte zwar nicht fürchten, aber auch nicht unterschätzen sollten. Das

[327] Heinrich (1862–1929), Prinz von Preußen; Bruder Wilhelms II.; Großadmiral; Generalinspekteur der Marine 1909–1918.

[328] Bodman zog sich wegen seiner fortschrittlichen gesetzgeberischen Tätigkeit und der Anerkennung sozialistischer Forderungen scharfe Kritik von konservativen Kreisen zu.

[329] Das „Berliner Tageblatt“ war eine überregionale Tageszeitung; sie erschien von 1872 bis 1939 und richtete sich an ein Massenpublikum. In ihrer Abendausgabe vom 19. Juli 1912, S. 3, beschäftigte sich das Blatt mit diversen Pressenachrichten, nach denen der Rücktritt Bodmans nahe bevorstehen sollte. Bereits am 13. Juli , Morgenausgabe, S. 2, hatte die Zeitung davon berichtet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zusammensein beider Kaiser war harmonisch, und mit Kokowzeff und Sassonoff glaube ich vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen angeknüpft und gefestigt zu haben. Die maßgebenden russischen Staatsmänner wünschen vor Allem Ruhe für Rußland und deshalb, nicht etwa weil sie in uns verliebt wären – im Gegenteil, wir sind den Russen reichlich unsympathisch – möglichst freundschaftliche Beziehungen zu uns. So schätze ich das Ergebnis der Entrevue durchaus nicht illusionistisch ein. Aber vor drei Jahren war der Draht zwischen Petersburg und Berlin abgerissen[330], und Petersburg legte keinen Wert darauf, ihn wieder anzuknüpfen. Im Vergleich dazu sind die heutigen Zustände doch ein großer Fortschritt, zumal sie gleichzeitig kalmirend auf Frankreich wirken.

Getreu seinem Vorsatz sondirt Marschall[331] einstweilen nur das Terrain und hat mir, außer daß er von allen maßgeblichen Personen sehr freundschaftlich aufgenommen worden ist, noch nichts Entscheidendes berichtet.

Wir müssen aber an allen Polen mit Geduld und Ruhe weiterarbeiten, um allmählich das Kapital an Vertrauen zurückzugewinnen, ohne welches wir uns weder politisch noch wirtschaftlich konsolidiren können. Das paßt zwar der Hurrahstimmung unserer unverantwortlichen Politiker nicht, ist aber, wie ich nach wie vor überzeugt bin, der einzige für uns mögliche Weg. Dann werden wir auch größere koloniale und Welthandelsbestrebungen verwirklichen können, ohne dafür unsere Existenz aufs Spiel setzen zu müssen.

Hier steht auf den Feldern eine erste gute Mittelernte, aber Rüben u. Kartoffeln sowie der Wald dürsten nach Regen. Am 8. und 9. August muß ich zum Krupp-Jubiläum[332] nach Essen und will danach mit meiner Frau nach Gastein. Hoffentlich ziehen Italien und die Türkei keinen Strich durch die Rechnung.

Meine Frau, die besser sein könnte, schließt sich meinen Grüßen und Wünschen für Sie und Ihre Gemahlin herzlichst an.

Aufrichtig und treuergeben
Ihr

[PS] Bitte legen Sie mich bei sich bietender Gelegenheit der Großherzogin Luise zu Füßen.

[330] Wegen der Bosnien-Krise von 1908 (als Bosnien-Herzegowina von Österreich-Ungarn annektiert und dabei von Deutschland unterstützt wurde).

[331] Adolf Frhr. Marschall von Bieberstein hatte soeben (am 18. Juni 1912) die Geschäfte in London übernommen.

[332] Zur Hundertjahrfeier der Gründung der Firma Krupp.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

90. Bethmann Hollweg an Pourtalès

PA Berlin, Nachlaß Pourtalès. Bd. 1. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 30. Juli 1912

Lieber Vetter[333]!

habe herzlichen Dank für den liebenswürdigen Brief vom 19. und die hübschen Photos, die Deine Frau so freundlich war mir zu schicken. Sie sind mir ein neues und wertes Andenken an die schönen Tage, die ich mit und bei Euch verleben durfte. Nichts hat mich in diesen drei Jahren so erfrischt wie diese kurze russische Reise, während deren ich die heimische Misere vergaß, mich neuen Eindrücken hingeben konnte und von allen Seiten mit Freundlichkeiten umgeben wurde. Und in allen diesen Beziehungen waren die Petersburger Tage bei Euch der Glanzpunkt. Moskau hat mich fabelhaft interessirt. Diese Stadt des Südens auf hohem nördlichen Breitengrad, mit seiner östlichen Architektur, seinen urwüchsigen Menschengestalten und seinen geschichtlichen Erinnerungen, die groß und weit, zum Teil barbarisch sind, ist geradezu packend. Als einfache Touristen haben wir die drei Tage voll genossen.

Das Ergebnis von Baltischport beurteile ich genau so, wie Du es in Deinen Berichten getan hast[334]. Ohne jede Illusion. Rußland liebt uns ebensowenig wie es irgendeine andere Großmacht tut. Dazu sind wir zu stark, zu sehr Parvenu und überhaupt zu eklig. Auch Kokowtzoff und Sassonoff lieben uns nicht. Läge es im russischen Interesse, uns morgen den Krieg zu machen, so täten auch sie es kaltblütig. Aber ich glaube ihnen, wenn sie mir sagen, Rußland brauche vor der Hand Ruhe. Namentlich Kokowtsoff ist von der Notwendigkeit der ökonomischen Konsolidation Rußlands viel zu fest überzeugt und baut viel zu sicher in seinen Spekulationen auf eine große und fest fundirte Zukunft seines Landes, als daß es jetzt eine unruhige und kriegerische Politik aspiriren könnte. Auch ist die auswärtige Lage Rußlands so günstig, daß es mehr als töricht wäre, sie nicht im Interesse innerer Entwickelung und Erstarkung auszunutzen. Mit Japan hat es sich verständigt und sichert dadurch seine chinesische Grenze. Von Frankreich und England wird es umbuhlt. Wir suchen seine Freundschaft, und seine Sorge, daß Österreich jetzt versuchen möchte, die Frage der europäischen Türkei anzuschneiden, halte ich für grundlos. Daß wir aus dieser Situation keine großen, in die Augen springenden Vorteile für uns herausschlagen können, ist klar. Ebenso klar aber ist es, daß wir die Situation ausnützen müssen, um unser Verhältnis zu Rußland so freund-

[333] Friedrich Graf von Pourtalès (1853–1928), Botschafter in St. Petersburg 1907–1914. – Er war mit Bethmann Hollweg über folgende Linie verwandt: Bethmanns Mutter Isabella (1833–1908) war die Tochter der Sophie Gräfin von Pourtalès (1807–1882). – Seine im folgenden genannte Frau: Gisela Gräfin von Pourtalès (1873–1957), geb. Gräfin von Kanitz.

[334] Vgl. Die Große Politik XXXI S. 432–436, 450–454.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftlich zu gestalten wie möglich, und das allein ist der Sinn von Potsdam[335] und Baltischport. Wir kalmiren dadurch Frankreich, erleichtern unser Verhältnis zu England und können einer zukünftigen Aufrollung der Balkanfrage ruhiger entgegensehen, wenn wir mit Rußland gut stehen, als wenn wir mit ihm verfeindet sind. – Ich habe den Eindruck, daß man bei uns im Allgemeinen die Situation richtig auffaßt. Ein superkluger Alldeutscher hat es freilich an der Zeit gefunden, in einem auch in der Post[336] abgedruckten Alarmartikel über meine Vertrauensseligkeit und die Perfidie der Russen zu zetern. Aber mit diesen Schafsköpfen ist eben keine Politik zu machen. Im Gegenteil. Im Verein mit anderen Faktoren machen sie uns schließlich jede verständige Politik unmöglich. – Kokowtzoff hat mir in diesen Tagen das amüsante Gruppenbild geschickt, das bei ihm bei seinem Diner aufgenommen wurde. In den anliegenden Zeilen, die Du wohl so gütig bist, ihm zustellen zu lassen, danke ich ihm dafür. Nächste Woche habe ich Swinemünde und Essen und gehe am 10. mit meiner Frau nach Gastein. Auf der Rückreise von dort besuche ich Berchtold[337] in Buchlau. Ich schließe heute kurz und abgerissen. Selbst das hiesige Landleben ist, wenn man etwas für Körper und Gesundheit tun will, hastig und unruhig. Deiner Gattin die besten Empfehlungen und Dank. Du weißt, daß Du mich durch politische Eindrücke und Mitteilungen auch im Privatbrief stets besonders erfreust.

91. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 26–27. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 7. August 1912

Lieber Graf!

Ihr freundliches Schreiben erhalte ich auf der Fahrt nach Swinemünde. Ich danke Ihnen aufrichtig, daß Sie mir Ihre italienischen Nachrichten so ausführlich übermitteln[338]. Sie bestätigen mir durchaus, was ich auch von anderer Seite höre. So undurchsichtig auch die momentane Situation in der Türkei ist,

[335] Bereits am 4./5. November 1910 war es zu einem deutsch-russischen Monarchentreffen in Potsdam gekommen, das dann in Baltischport im Juli 1912 fortgesetzt wurde. Vgl. unten 304*, 305* und 312*.

[336] Der hier gemeinte Artikel erschien in der Nr. 349 der „Post“ vom 27. Juli 1912 unter der Überschrift „Baltischport – ein Mißerfolg?“ Darin spricht sich der ungenannte Autor vehement gegen die Annahme aus, daß sich durch das Monarchentreffen die deutsch-russischen Beziehungen ändern würden: „Nichts ist unrichtiger wie diese Annahme – nichts ist gefährlicher als der politische Irrtum, der in ihr liegt […]. Niemals war die Stimmung in Rußland leidenschaftlicher, deutschfeindlicher wie jetzt; niemals ist mit mehr Eifer der Krieg nach Westen vorbereitet worden.“

[337] Leopold Graf Berchtold (1863–1928), Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern 1912–1915.

[338] Vgl. Hutten-Czapski, Sechzig Jahre II S. 107–111.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so glaube ich doch, daß auf beiden Seiten die Friedenssehnsucht merklich zunimmt[339]. Kann sich die Türkei entschließen, Tripolis und die Cyrenaika selbständig zu machen, so wird eine – vor der Hand die einzig mögliche – Basis für den Friedensschluß gefunden sein. Arrangiren sich dann die Provinzen mit Italien, so wird um dieses Arrangements willen keine Revolution in der Türkei ausbrechen, vorausgesetzt, daß es den Machthabern in Konstantinopel gelingt, die davon unabhängigen Gährungen in der europäischen Türkei zu dämpfen. Italien aber muß dann klug sein und nicht auf dem Schein bestehen, sondern sich mit jedem Arrangement begnügen, das ihm gestattet, von der Basis seiner tatsächlichen Eroberungen aus in jahrzehntelanger Arbeit seinen Einfluß auf diejenigen Gebietsteile auszudehnen, die es zwar annektirt, aber nicht in Besitz genommen hat.

So denke ich mir die Entwickelung. Ich möchte es aber momentan nicht für zweckmäßig halten, daß Sie derartige Erwägungen als von mir kommend Ihren italienischen Freunden mitteilen.

Noch habe ich Ihnen zu danken für Ihren Gasteiner Brief vom 20. Juli und die freundlichen Gefühle, die Sie darin zum Ausdruck bringen. Über Baltischport darf man sich keinen Illusionen hingeben. Jedenfalls tue ich es nicht. Rußland braucht Ruhe, um sich selbst zu konsolidiren. Deshalb und nicht um unserer schönen Augen willen wünschen seine gegenwärtigen Machthaber gute Beziehungen auch mit uns zu unterhalten, im Widerspruch mit einer starken antideutschen Strömung in der Presse, zum Teil auch in der Armee u. dem Beamtentum. Da wir auch Ruhe brauchen, müssen wir diese Disposition pflegen, zumal das trotz Poincaré[340] Frankreich kalmirt und unsere Verhandlungen mit England erleichtert. Das war der Sinn von Potsdam und Baltischport. Es ist mühselige Kleinarbeit ohne schimmernde Erfolge, aber notwendig.

Den Kaiser fand ich wohlauf und ruhig . Ich bin im Begriff abzureisen, um in Essen mit ihm zusammenzutreffen. Von dort gehe ich direkt nach Gastein. In München stößt meine Frau wieder zu mir. Verzeihen Sie, daß ich in der Unruhe des Reisetages abgerissen und ungeordnet schreibe. Auf dem Felde liegt eine schöne Getreideernte. Hoffentlich glückt es, sie heil zu bergen.

Mit verbindlichsten Grüßen
Ihr aufrichtigst ergebener

92. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Yale University Library, Manuscripts and Archives, MS 312, Alfred v. Kiderlen-Wächter Papers, Series III, Box 10, Folder: Morocco 1908–1912. Privat-

[339] Am 29. September 1911 hatte Italien der Türkei den Krieg erklärt. Tripolitanien und die Cyrenaika wurden rasch eingenommen. Im Mai 1912 eroberten italienische Truppen Rhodos und die umliegenden kleinen Inseln (den Dodekanes). Zum Friedensschluß kam es erst am 18. Oktober 1912.

[340] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Ministerpräsident Januar 1912–1913; Staatspräsident 1913–1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dienstbrief. Eigenhändige, behändigte Ausfertigung. Praes. (im AA): 28. August 1912 pm.

Gastein, 26. August 1912

Euer Exzellenz

gefälliges Schreiben vom 20. d. M.[341] ist mir zugegangen.

Mein Schreiben an den Botschafter Cambon vom 16. d. M. war als Anlage meinem Briefe an Euer Exzellenz vom gleichen Tage beigefügt, der schon durch die Anrede und die Bitte um persönliche Prüfung der Sache als für Sie persönlich bestimmt kenntlich war. Wenn im Auswärtigen Amt die Anlage von diesem Briefe getrennt worden ist, bevor er Euer Exzellenz vorgelegt würde, so ist dort nicht nach meiner Absicht gehandelt worden. Hätte ich die Absendung meines Schreibens an Herrn Cambon „sine conditione befehlen" wollen, so würde ich den Brief verschlossen abgeschickt und Euer Exzellenz nach Abgang das Concept vorgelegt haben. Das von mir eingeschlagene Verfahren, bei dem Euer Exzellenz von dem Briefe vor seiner Absendung Kenntnis erhalten sollten, hätte, wenn durchgeführt, Euer Exzellenz die Möglichkeit gegeben, etwaige Bedenken zu äußern. Selbst bei diesem vorläufigen Schreiben an den Botschafter, das, wie ich ausdrücklich hervorgehoben habe, nur eine Empfangsbestätigung sein sollte, habe ich also Euer Exzellenz Gelegenheit zur Mitwirkung gegeben, und es hätte nichts im Wege gestanden, daß Sie mir anstatt der von mir gewählten Form eine andere vorschlugen oder die Absendung des Briefes ganz widerrieten.

Im Übrigen ist durch mein vorläufiges Schreiben an Herrn Cambon weder in sachlicher noch in formeller Hinsicht unserer definitiven Antwort an ihn präjudizirt worden. Weder mir noch Ihnen ist durch diese sich in den üblichen Formen haltende Empfangsbestätigung die Möglichkeit genommen, unberechtigten Beschwerden oder formellen Ungehörigkeiten des Botschafters entgegenzutreten.

Die weitere Bearbeitung der Sache liegt nach meinem Schreiben vom 16. dM. in den Händen Euer Exzellenz. Eine Entscheidung darüber, ob ich den an Herrn Cambon zu erteilenden Bescheid selbst zeichnen will oder nicht, habe ich nicht getroffen und kann sie selbstverständlich erst nach Eingang der von Ihnen bereits erbetenen Äußerung treffen. Ich darf in dieser Beziehung

[341] Gedruckt in: Jäckh, Kiderlen-Wächter II S. 147–151. In dem Brief beschwerte sich Kiderlen auf massive Weise, daß der Reichskanzler ein Schreiben des französischen Botschafters Cambon wegen Organisation marokkanischer Zollfragen direkt, ohne Hinzutritt des Staatssekretärs des Auswärtigen, beantwortet habe. Überdies enthielt das Schreiben Cambons laut Kiderlen Beschwerden über das Auswärtige Amt, die Kiderlen auf sich bezog. Am Schluß des Briefes drohte er mit seinem Rücktritt bzw. mit der Forderung, daß Korrespondenzen des Reichskanzlers mit fremden Diplomaten, die nach seiner Meinung häufig stattfänden, in Zukunft unterblieben. – Das im folgenden erwähnte Schreiben Bethmann Hollwegs an Cambon vom 16. August 1912 ist weder in „Die Große Politik der Europäischen Kabinette" (XXXI) noch in den „Documents Diplomatiques Français" (III,3) veröffentlicht. – Zur Sache betreffend Marokko vgl. aber ebenda S. 380–381.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ihrem weiteren Bericht und eventuell dem Entwurfe der zu erteilenden Antwort ergebenst entgegensehen. Wenn Euer Exzellenz meine Anregung, daß ich die Antwort an den Botschafter mit der noch ausstehenden auf sein letztes Schreiben an das Auswärtige Amt verbinden und selbst unterzeichnen könnte, nicht für zweckmäßig oder für ausgeschlossen halten, so ergiebt sich bereits aus dem Wortlaut meines Schreibens vom 16., daß ich in diesem Falle Ihre Gegenvorschläge erwarte. Eine Mistrauensbekundung kann in meinem Verfahren nicht erblickt werden.

Was den allgemeinen Teil Ihrer Ausführungen anlangt, so wäre es selbstverständlich ein unhaltbarer Zustand, wenn einem Staatssekretär die selbständige Führung seines Ressorts nach den unter Zustimmung des Reichskanzlers festgelegten Direktiven nicht überlassen würde. Gerade Euer Exzellenz werden aber anerkennen müssen, daß ich Ihnen stets diejenige Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit unverkümmert zu erhalten bestrebt bin, die für einen im Gefechte stehenden Führer im diplomatischen wie im militärischen Kampfe unentbehrlich ist. Darin werde ich in keinem Ressort etwas ändern, ebensowenig wie ich allerdings darauf verzichten kann, die Oberleitung der Geschäfte in der Hand zu behalten und nach Benehmen mit den zuständigen Ressortchefs gegebenen Falls diejenigen Angelegenheiten zu bezeichnen, bei deren Erledigung ich eine besondere persönliche Mitwirkung auszuüben wünsche.

Ich glaube nicht, daß ein Reichskanzler jemals anders verfahren ist oder in Zukunft anders verfahren kann, und ich bin der Überzeugung, daß das Verfahren, vom Kanzler und den Staatssekretären in dauerndem Einvernehmen und auf der Basis gegenseitigen Vertrauens durchgeführt, der Autorität der Staatssekretäre keinerlei Schaden bringen kann. Wenn Euer Exzellenz auf die Wahrung dieser Autorität mit vollem Recht unbedingten Wert legen, so werden Sie auch verstehen, daß ich in der Autorität des Reichskanzlers als des obersten verantwortlichen Leiters der gesammten Reichspolitik ein Gut von nicht minderem Wert erblicke. Dieses Gut unverletzt zu erhalten gehört zu den wichtigsten Pflichten meines Amtes.

Bei voller Würdigung der Notwendigkeit freier Meinungsäußerung habe ich mich nach alledem nicht davon überzeugen können, daß die Vorstellungen in Euer Exzellenz Schreiben vom 20. dM. in der Sache begründet sind und muß sie, soweit sie in die Form von Vorhaltungen gekleidet sind, zurückweisen.

In ausgezeichneter Hochachtung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

93. Wilhelm II.* an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 258. Privatdienstbrief. Eigenhändige Abschrift Thimmes.

[o. O.] 24. September 1912

Marschalls plötzlicher Tod ist eine Katastrophe! Ein ganz unersetzlicher Verlust. Es ist, als ob die Vorsehung nicht wollte, daß wir mit London auf einen grünen Ast kommen sollen. Er war der einzige Staatsmann unter unseren Diplomaten, mit einer ganz ungewöhnlichen Erfahrung begabt.

Als Ersatz weiß ich vorläufig nur zwei Leute. Unter den Botschaftern ist Niemand. Unter den Reichsbeamten nur Delbrück, den können wir nicht missen. In London, wo so viel auf gesellschaftlichem Gebiet zu machen ist, muß ein unabhängiger Grandseigneur sein! Ich kann nur zwei nennen, der erste ist Lichnowsky[342], der ja gern in die Diplomatie übertreten würde und seit langem das Studium der Anglo-deutschen Beziehungen mit Eifer betreibt, Englisch und Französisch gut spricht und auch Charakter besitzt. Der andere ist Hatzfeldt, der von Egypten her die Engländer gut kennt und sehr klug ist und die nötige kühle Zurückhaltung besitzt, die in London nötig ist. Nur weiß ich nicht, wie es mit seinem Vermögen steht. Denn London ist teuer.

* Thimme benutzt die Abkürzung K.W. Die Nr. 95 unten läßt die Aufschlüsselung Kaiser Wilhelm II. zu.

94. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 161, f. 109–132. MF 962/963. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 86 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 24. September 1912

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

1. Der Herr Ministerpräsident gedachte zunächst in warmen Worten des heute verstorbenen Botschafters Staatsministers Freiherrn von Marschall.

2. Zum Gegenstand der Tagesordnung übergehend, bemerkte der Herr Ministerpräsident, der Fleischmangel und die Fleischteuerung hätten die Reichs-

[342] Karl Max 6. Fürst Lichnowsky (1860–1928), Botschafter in London 1912–1914. – Er war 1911 als Wirklicher Geheimer Rat aus dem Reichsdienst ausgeschieden. Seine Ernennung für den Londoner Posten erfolgte am 18. Oktober 1912. – Der im folgenden genannte: Hermann Fürst von Hatzfeldt-Wildenburg (1867–1941), Generalkonsul in Kairo 1908–1910; erhielt 1910 den Titel eines außerordentlichen Gesandten und schied im Mai 1912 aus dem Reichsdienst aus.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und Staatsbehörden schon seit Wochen mit ernster Sorge erfüllt. In mannigfachen Konferenzen mit den beteiligten Ressorts seien auch schon die Maßnahmen beraten worden, die vielleicht zur Milderung der Fleischnot ergriffen werden könnten. Er bitte den Herrn Staatsminister Dr. Delbrück, darüber kurz zu referieren.

[*Ausführungen des Staatsministers C. Delbrück und anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, es sei jede Maßregel zu vermeiden, die die deutsche Viehzucht schädige, da durch sie 95–99 % des Fleischbedarfs aufgebracht werde, obwohl die Bevölkerung steige und der Fleischkonsum qualitativ und quantitativ zunehme. Er würde auch aus allgemeinen politischen Gründen niemals die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Fleischversorgung vom fremden Markte abhängig zu machen. Da alle Herren Staatsminister in diesem Punkte einig seien, so brauche er darauf nicht näher einzugehen. Nun sei der Vorschlag gemacht worden, zur Linderung des Notstandes vorübergehend gefrorenes Rindfleisch aus Argentinien hereinzulassen und diese Maßnahme ausdrücklich als vorübergehend zu bezeichnen. Man glaube aber nicht an den provisorischen Charakter dieser Aktion. Bei Ablauf des Zeitraums, für den der argentinische Fleischimport in Aussicht genommen sei, werde immer wieder eine Fleischteuerung eintreten, und man sei dann gezwungen, die Erlaubnis weiter zu verlängern. Ganz weise auch Herr Staatsminister Dr. Delbrück diese Gründe und damit die Gefahr, daß der als vorübergehend gedachte Zustand sich dauernd einbürgern werde, nicht von der Hand. Der Vorschlag sei indes überhaupt nur möglich unter Dispens von den Vorschriften des § 12[343]. Da entstehe sogleich die Frage, warum man nicht entsprechende Erleichterungen der Fleischbeschau dem inländischen Fleisch zugute kommen lasse. Man habe ihm gesagt, daß jährlich für 30 Mill. M. Fleisch dem Abdecker überwiesen werden müßte. Dieser Abgang repräsentiere ungefähr die Fleischmengen, die uns für den Konsum noch fehlten. Danach läge der Gedanke näher, unser inländisches Fleisch von den Lasten der Fleischbeschau zu befreien und auf diese Weise die Lücken auszufüllen. An sich sei er für den Vorschlag des Herrn Staatsministers Dr. Delbrück sehr eingenommen gewesen, weil dann unzweifelhaft die Preise sofort geworfen worden wären. Es sei ihm aber heute bedenklich geworden, wie sich der Reichstag zu der Frage stellen werde. Bassermann habe sich in Nassau sehr vorsichtig ausgedrückt. Dagegen sei Böhme[344] sehr entschieden gegen die Einfuhr argentinischen Gefrierfleisches aufgetreten. Da sei es ihm doch zweifelhaft, ob die Nationalliberalen und das Zentrum, die doch nichts gegen den Mittelstand unternehmen würden, die

[343] Des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909. Wortlaut: „Wenn über den Ausbruch einer Seuche […] nur mittels Tötung und Zerlegung eines verdächtigen Tieres […] Gewißheit zu erlangen ist, so können diese Maßregeln von der Polizeibehörde angeordnet werden." (RGBl 1909 S. 419–542, hier S. 524). Hier ist mit dem Hinweis auf § 12 gemeint, daß er eigentlich auch auf Gefrierfleisch angewendet werden müßte, hiervon aber abgesehen werden müsse.

[344] Karl Böhme (1877–1940), MdR (Nationalliberal) 1907–1918; Geschäftsführer des Deutschen Bauernbunds seit 1909.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Agrarier nicht in ihrem Widerstande gegen die Einfuhr argentinischen Fleisches unterstützen würden. Wichtiger noch erscheine ihm der energische Widerspruch des Herrn Landwirtschaftsministers[345]. Es sei nicht zu vermeiden, daß dessen ablehnende Stellung zu dieser Frage in der Öffentlichkeit bekannt würde. Er halte es aber nur für möglich, der Aktion zuzustimmen, wenn das Staatsministerium geschlossen dafür sei. Andererseits besorge er, daß die vom Herrn Landwirtschaftsminister und dem Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten[346] in Aussicht genommenen Maßregeln zu mager ausfallen würden, um damit bestehen zu können. Jedenfalls sei die Frage der Zollerstattung weiter zu verfolgen. Die Bedenken des Herrn Reichsschatzsekretärs[347] verkenne er nicht, namentlich was er über die möglichen Folgen dieser Maßnahme gesagt habe, wenn einmal eine Getreideteuerung eintrete. Aber außergewöhnliche Verhältnisse erforderten außergewöhnliche Mittel. Es sei zu erwägen, ob man die Zollerstattung nicht auch auf den Fleischbezug aus außereuropäischen Ländern, also auf den Bezug von gefrorenen Hammeln aus Argentinien und Australien, ausdehnen wolle. Die Wirkung eines solchen Zollerlasses auf den Fleischimport könne er allerdings nicht übersehen. Man habe ihm gesagt, das Hammelfleisch, insbesondere das fette australische Hammelfleisch, werde von der Bevölkerung nicht gern gegessen. Es sei das aber kein durchschlagender Grund. Wenn wirklich Fleischmangel vorhanden sei, dann müßten sich die Minderbemittelten eben damit abfinden.

Bei der Einfuhr von Vieh aus Holland und Fleisch aus Belgien, Rußland und den Balkanstaaten müsse unter allen Umständen darauf Bedacht genommen werden, daß unser veterinärpolizeilicher Schutz unberührt bleibe. Wenn die Einfuhr auch nur als vorübergehend gedacht sei, so sei Vorsorge zu treffen, daß auch während dieser Zeit alles getan werde, um unseren heimischen Viehstand vor Seucheneinschleppungen zu bewahren.

Daneben sei Anlaß zu weitgehenden allgemeinen Maßregeln gegeben. Er stimme dem Herrn Finanzminister darin zu, daß es auf die Dauer nicht Aufgabe der Kommunen sei, den Fleischverkauf in die Hand zu nehmen. Aber vorübergehend werde man doch den Gedanken nicht so entschieden ablehnen können, zumal dieser doch auch in der Öffentlichkeit mehr Anklang gefunden habe wie im vorigen Jahr. So hätten ihn verschiedene Städte, z. B. Cöln, aufgegriffen, und auch der Presse aller Parteien erscheine er sympathisch. Man werde die Mitwirkung der Kommunen gar nicht entbehren können, sonst ginge z. B. der Profit bei der Tarifermäßigung lediglich in die Hände des Großhandels.

Er freue sich, daß der Herr Finanzminister[348] für die innere Kolonisation größere Mittel zur Verfügung stellen wolle, allerdings unter dem Vorbehalt, daß die Güterpreise nicht in die Höhe getrieben werden dürften. Er hoffe, daß

[345] Clemens Frhr. v. Schorlemer.
[346] Paul von Breitenbach.
[347] Hermann Kühn.
[348] August Lentze.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sich zwischen dem Herrn Landwirtschaftsminister und dem Herrn Finanzminister eine Einigung erzielen lassen werde, wie Domänen in einer für die Ansiedler günstigeren Weise besiedelt werden könnten.

Dann sei vom Herrn Minister des Innern[349] die Einsetzung einer Enquetekommission zur Ermittelung der Gründe der Fleischteuerung angeregt worden. Ob aus deren Arbeiten viel herauskommen werde, erscheine ihm zweifelhaft. Er sei aber damit einverstanden, daß der Vorschlag neben den zu treffenden Maßregeln – vielleicht unter Mitwirkung der Kommunen – weiter verfolgt werde. Wenn nun die einzige durchgreifende Maßnahme, die Einfuhr des Gefrierfleisches, abgelehnt werde, so müsse die Regierung auf der anderen Seite so viel tun und so schnell handeln wie überhaupt möglich. Auch auf dem Gebiete der inneren Kolonisation sei mit möglichster Beschleunigung vorzugehen dergestalt, daß tunlichst schon im Laufe der Session die Öffentlichkeit sich mit den Projekten der Regierung beschäftigen könne.

[*Erklärungen anderer Minister.*]

Der Herr Minister stellte als Ergebnis der Beschlüsse des Staatsministeriums fest;

1. Für große Städte, die sich als Marktzentren eigneten, solle die Einfuhr von Schlachtrindern aus den Niederlanden durch besondere Genehmigung unter der Voraussetzung gestattet werden, daß die Kommunen den Ein- und Verkauf und die Preisregelung übernähmen.

2. Unter den gleichen Bedingungen solle die Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Rußland und von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Serbien, Rumänien und Bulgarien zugelassen werden.

3. Ebenso könne die Einfuhr von frischem Schweinefleisch aus Rußland größeren Städten des Ostens erlaubt werden.

4. Das Verbot der Einfuhr von frischem Rindfleisch aus Belgien solle aufgehoben werden.

5. Eine vorübergehende Erhöhung des Schweinekontingents für den oberschlesischen Industriebezirk werde in Aussicht genommen.

6. Die Eisenbahntarife seien in dem vom Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten angedeuteten Umfange zeitweilig zu ermäßigen.

7. Es sei ein Gesetzentwurf vorzulegen, durch den der Bundesrat ermächtigt werde, für eine beschränkte Zeit denjenigen Gemeinden, welche selbst Fleisch aus dem Auslande bezögen und unter bestimmten Bedingungen verkauften, einen Teil des Zolles zu erstatten.

Die zu 6 und 7 erforderliche kommissarische Beratung solle unverzüglich stattfinden.

Mit der vom Herrn Minister des Innern vorgeschlagenen Einsetzung einer Enquetekommission sei das Staatsministerium einverstanden.

[349] Hans von Dallwitz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

95. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 258–259. Immediatschreiben. Konzept. Eigenhändige Abschrift Thimmes.

[o. O.] 26. September 1912

Von den Botschaftern kommt in der Tat keiner in Frage. Unter den übrigen Diplomaten wachsen ja tüchtige Kräfte heran, die sich später auch in London bewähren dürften. Diese sind aber gegenwärtig noch zu jung, um mit diesem wichtigen Posten betraut werden zu können. Hatzfeld z. Zt. ganz mit Ordnung seiner Vermögensverhältnisse beschäftigt, kommt auf Jahre nicht in Frage.

Fürst Lichnowsky hat früher entschieden Lust gehabt, in den diplomatischen Dienst zurückzutreten, wie er heute darüber denkt, weiß ich nicht. Jedenfalls hat er mir, als ich vor vierzehn Tagen bei ihm war, keinerlei Andeutungen gemacht. Es wird behauptet, daß seine Gattin[350] dem Gedanken abgeneigt ist. Die Fürstin ist unzweifelhaft eine vortreffliche Frau, die ich auch persönlich sehr schätze. Sie läßt sich aber in ihrer fast ausschließlich auf Künste, Musik und [*ein kurzes Wort unlesbar*] Theater gerichteten Interessen stark gehen, hat für die soziale Stellung ihres Gatten wenig Verständnis, unterstützt ihn in dieser Beziehung nicht und hat sich daher in der Berliner und in der Schlesischen Gesellschaft keine Position zu machen verstanden. Auch nach meiner allerunterthänigsten Meinung wäre Lichnowsky zum Botschafter an sich nicht ungeeignet; gegen die Fürstin als Botschafterin kann ich aber, so sehr ich sie persönlich schätze, Bedenken nicht unterdrücken.

Empfiehlt Eisendecher, der offensichtlich auch Kiderlens Kandidat.

96. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 161, f. 134–143. MF 963. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 87 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 30. September 1912

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der über die Jesuitenfrage verhandelt wurde.

Der Herr Ministerpräsident bemerkte einleitend: Der jetzige Bayerische Ministerpräsident sei in der Angelegenheit recht eigentümlich vorgegangen. Schon Graf Podewils[351] habe im vorigen Winter eine mildere Praxis bei der

[350] Mechtilde (1879–1958), geb. Gräfin von Arco-Zinneberg.

[351] Clemens Graf von Podewils-Dürniz (1850–1922), Vorsitzender im bayerischen Ministerrat und Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern 1903–Februar 1912.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Handhabung des Jesuitengesetzes für Bayern gewünscht, sei dabei aber nicht so weit gegangen wie jetzt Freiherr von Hertling. Als dann Graf Podewils gefragt habe, wie Preußen dazu stehe, habe er den Preußischen Herrn Kultusminister[352] um eine Äußerung ersucht und dessen Auskunft, daß die Absichten Bayerns mit der preußischen Auffassung nicht in Einklang zu bringen seien, dem Grafen Podewils mitgeteilt. Die Forderung, seine Pläne aufzugeben, habe er ihm nicht gestellt, da er habe annehmen müssen, Graf Podewils würde, wenn er trotz Preußens Erklärung seine Absichten durchführen wollte, sich vorher nochmals mit ihm in Verbindung setzen. Da sei das Kabinett Podewils gestürzt und Freiherr Hertling habe, ohne vorher mit ihm oder der Preußischen Regierung Fühlung zu nehmen, den bekannten Erlaß[353] hinausgehen lassen. Aus diesen Vorgängen und aus der Erörterung des Gegenstandes in der Presse, im Reichstage und besonders im Bayerischen Landtage gehe klar hervor, daß es sich um eine politische Angelegenheit handele und daß die juristische Beurteilung der Frage zurücktreten müsse. Nach der Vorgeschichte, insbesondere aber nach den Reden des Freiherrn von Hertling mit ihrer unvorsichtigen Ausdrucksweise, würde es für das Ansehen des Reichs und meine Stellung als Reichskanzler unerträglich sein, wenn die Differenzen mit einem Siege Bayerns und seines Ministerpräsidenten endeten. Selbstverständlich müsse die Frage auch eingehend vom juristischen Standpunkte aus geprüft werden. Er habe deshalb vom Reichsjustizamt ein Rechtsgutachten ausarbeiten lassen, das den Herren Staatsministern mitgeteilt sei und zusammen mit den dazu eingegangenen Voten den Gegenstand der heutigen Beratung bilde.

Er habe übrigens Freiherrn von Hertling, als sie die Sache besprochen hätten, nicht verschwiegen, daß dieser ihr einen schlechten Dienst geleistet habe. Jetzt würde überall, namentlich in Preußen, eine milde Praxis angewendet, die aber vielleicht der Interpretation des Bundesrates nicht standhalten könne. Es sei zu erwarten, daß nach Erlaß der Interpretation die gegnerische Agitation die Praxis der Behörden überwachen und alles daransetzen werde, um die Regierungen zu einem schärferen Vorgehen zu treiben. Diese Folgen halte er für sehr beklagenswert. Deshalb müsse vom politischen Standpunkte aus dahin gestrebt werden, eine das Ansehen des Reichs nicht schädigende Entscheidung zu treffen, die andererseits aber keine Verschärfung der bisherigen Übung herbeiführe.

Er habe geglaubt, die politische Situation klarstellen zu sollen. Das Votum des Staatsministeriums wolle er damit natürlich nicht beeinflussen.

[*Beiträge anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er müsse davor warnen, bei dieser Gelegenheit eine mildere Praxis einzuführen, als sie bisher bei den meisten Bundesstaaten üblich gewesen sei. Das würde allgemein als ein Zurückweichen vor Bayern ausgelegt werden. Dagegen sei es durchaus wünschenswert,

[352] August von Trott zu Solz.

[353] Vom 11. März 1911. Wortlaut in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 147 Anm. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wenn die allgemeine Praxis, wie er schon vorhin betont habe, nicht verschärft und wenn bei der Interpretation in irgend einer Weise auf diese Praxis Bezug genommen werde. Selbstverständlich sei er mit dem Herrn Staatsminister Dr. Delbrück dahin einverstanden, daß versucht werden müsse, einen Modus zu finden, der unter voller Wahrung seiner und des Reichs Autorität die für Bayern schwierige Lage nicht noch unnötig erschwere. Das werde aber nicht leicht sein, eine allen diesen Forderungen genügende Fassung für die Entschließung des Bundesrates vorzuschlagen.

Nachdem hierauf in längerer Diskussion, an der sich auch noch der Herr Finanzminister und der Herr Landwirtschaftsminister[354] beteiligten, die Formulierung des Bundesratsbeschlusses erörtert worden war, einigte sich das Staatsministerium dahin, daß der Interpretation die von dem Herrn Kultusminister vorgeschlagene Formel, verbunden mit einem Hinweis auf die allgemeine Praxis der meisten Bundesstaaten, zu Grunde zu legen sei, daß aber die genaue Fassung von Kommissaren der beteiligten Herren Ressortchefs festgestellt und mit besonderem Votum dem Staatsministerium vorgelegt werden solle.

97. Bethmann Hollweg an Jenisch[355]

PA Berlin, R 3477. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Berlin, 1. Oktober 1912

Ob Balkanstaaten Krieg wollen oder einen Erpressungsversuch durch Drohungen machen, läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen[356]. Jedenfalls ist alle Wahrscheinlichkeit dafür vorhanden, daß auch in etwaigen Krieg Großmächte nicht verwickelt werden.

Russische Mobilmachungsprobe wurde schon früher von Presse ventilirt; es liegt im gegenwärtigen Augenblick auch nicht ein Atom mehr Anlaß vor, den kaiserlichen Aufenthalt in Rominten[357] abzukürzen als sonst. Ein so eklatanter Friedensbruch wie plötzlicher Überfall des kaiserl. Aufenthaltsorts wäre so beispiellos, daß er absolut als Hirngespinst bezeichnet werden muß. Ich bitte dies dem militär. Gefolge gegenüber zu vertreten und darauf hinzuweisen, daß es unverantwortlich wäre, S.M. mit derartigen grundlosen Insinuatio-

[354] August Lentze und Clemens Frhr. von Schorlemer.

[355] Martin Frhr. Rücker von Jenisch (1861–1924), preußischer Gesandter in Darmstadt 1906–1912; mehrmals Vertreter des AA im kaiserlichen Gefolge.

[356] Auf dem Balkan hatten Serbien, Bulgarien, Griechenland und Montenegro die Türkei unter Druck gesetzt, mehreren ihrer Provinzen auf dem Balkan und Kreta Autonomie zu gewähren. Montenegro begann den Krieg bereits am 8. Oktober; am 15. Oktober brachen Serbien, Bulgarien und Griechenland ihre diplomatischen Beziehungen zur Türkei ab; am 17. Oktober begannen die Feindseligkeiten. Am 3. Dezember wurde der Waffenstillstand abgeschlossen; am 13. Dezember wurden die Friedensverhandlungen in London eingeleitet.

[357] Dort, im nordöstlichen Ostpreußen, befand sich das traditionelle Jagdgebiet des Kaisers.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen zu behelligen. Die Verantwortung f. die Sicherheit S[r]Maj. gegen Überfälle aus dem Urlaub trägt der Reichskanzler[358].

98. Wilhelm II. an Bethmann Hollweg

Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg). Telegramm. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 27. Oktober 1912

Eisendecher zu alt und invalide. Der beste von allen sei und bleibe Hatzfeldt.

99. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 161, f. 146–156. MF 963. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 88 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 11. November 1912

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der über die Frage der fiskalischen Waldverkäufe an den Zweckverband Groß-Berlin folgendes verhandelt wurde:

Der Herr Ministerpräsident führte einleitend aus, daß er sich zunächst nicht sachlich äußern, sondern vorläufig nur darauf hinweisen wolle, daß die gegenwärtig zu behandelnde Frage sich in ihrer Bedeutung von den gewöhnlichen fiskalischen Grundstücksverkäufen weit abhebe und daß bei ihr auch wichtige politische Momente mitsprächen. Er werde erfreut sein, wenn im Staatsministerium eine Einigung über eine Grundlage erzielt werden sollte, auf der mit dem Zweckverband mit Aussicht auf Erfolg verhandelt werden könnte. Es würde politisch in hohem Grade unerwünscht sein, wenn die möglichen bald einzuleitenden Verhandlungen mit dem Zweckverbande resultatlos verlaufen sollten.

[*Äußerungen diverser Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident hielt es für erforderlich, daß noch eingehend geprüft werde, ob der Dauerwald[359] für die Aufgaben des Zweckverbandes ge-

[358] Jenisch telegraphierte am 2. Oktober 1912 an AA: „Euer Exzellenz werden sich vorstellen, daß Seine Majestät über die Balkannachrichten ziemlich erregt ist. […] [Er] beklagt sich, daß Er überhaupt keinerlei Berichte weder aus Constantinopel noch aus den Balkanstaaten oder Griechenland seit der Zuspitzung der Lage und über dieselbe zu sehen bekommen hätte.“ (PA Berlin, R 3477).

[359] Die Wälder in und um Berlin herum.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nüge oder ob nicht noch gelbe Flächen[360] hinzuzulegen seien, damit der Zweckverband hinreichende Möglichkeit habe, sich durch Herstellung von Wegen, Anlegung von Sport- und Spielplätzen und durch andere Veranstaltungen gemeinnützig zu betätigen. Gerade hierauf werde von dem Zweckverbande nach den Äußerungen des Oberbürgermeisters Wermuth und des Verbandsdirektors Steiniger[361] besonderer Wert gelegt. Es sei auch Bedacht darauf zu nehmen, daß der Dauerwald nicht durch eine zu starke bauliche Ausnutzung der gelben Flächen in seinem Werte für die Bevölkerung von Groß-Berlin beeinträchtigt werde. Würden dem Dauerwald noch gelbe Flächen hinzugelegt, so würde für das Ganze ein einheitlicher Preis zu fordern sein. Eine Summierung der Werte der einzelnen Flächen erscheint ihm nicht begründet. Wenn ein Privatmann eine Herrschaft verkaufe, so fordere er auch für diese nur eine einheitliche Summe.

Komme der Verkauf wegen einer zu hohen fiskalischen Preisforderung nicht zustande, so bleibe der Fiskus, da er die Anstandspflicht habe, den Wald zu erhalten, im Besitze der grünen Flächen[362]. Diese könne er nicht nur nicht anderweit verwerten, sondern er müsse für sie auch noch die Unterhaltungslasten tragen. Somit mache der Fiskus, wenn sich die Verhandlungen zerschlagen sollten, ein schlechtes Geschäft, während er beim Verkauf an den Zweckverband auf alle Fälle ein gutes Geschäft mache, da er den Verkaufspreis als reinen Gewinn einnehme. Komme der Verkauf nicht zustande, so falle auch auf den Fiskus das Odium, daß er dem Zweckverbande durch ungenügendes Entgegenkommen die Erfüllung einer seiner gesetzlichen Aufgaben unmöglich gemacht habe.

Was das weitere geschäftliche Verfahren anbetreffe, so halte er es für erforderlich, die Kommissare der in dem Votum der Herren Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten vom 2. November bezeichneten Ressorts an den Verhandlungen zu beteiligen. Auch er selbst müsse Wert darauf legen, dabei durch einen Kommissar vertreten zu sein. In der Sache scheine es ihm von besonderer Wichtigkeit, daß der Dauerwald nicht durch zu weitgehende Parzellierung der gelben Flächen geschädigt werde und daß man zu einem angemessenen Preise gelange, damit das Geschäft mit dem Zweckverbande zustande komme.

[*Äußerungen weiterer Minister.*]

[360] Für Bebauung zugelassene Flächen.

[361] Karl Steiniger (1864–1947), Verbandsdirektor des Verbands Groß-Berlin mit Sitz in Berlin-Friedrichshagen 1912–1918.

[362] Der bewaldeten Flächen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

100. Bethmann Hollweg an die preußischen Staatsminister

PA Berlin, R 742. Behändigtes Schreiben. In Maschinenschrift. Praes.: 29. November 1912. – Anlage ebenfalls mit eigenhändiger Unterschrift.

Rk.1012. Berlin, 22. November 1912

Euer Exzellenz beehre ich mich, Abschrift eines Erlasses an die Chefs der obersten Reichsbehörden über das Verfahren bei kommissarischen Beratungen zur Kenntnisnahme zu übersenden. Im Hinblick darauf, daß die Einheit der Reichsleitung und der Preußischen Staatsregierung eine in der Verfassung und der geschichtlichen Entwickelung begründete Notwendigkeit ist und der bestimmende Einfluß auf die gesetzgeberische Initiative und die gesamte Politik des Reichs, den die Verfassung Preußen einräumt, für dieses auch die Verpflichtung begründet, seine Kräfte voll in den Dienst des Reichs zu stellen, würde ich dankbar sein, wenn Euer Exzellenz darauf hinweisen würden, daß auch innerhalb Ihres Ressorts nach den Grundsätzen deses Erlasses verfahren wird.

Anlage

Aus dem organischen Zusammenhang zwischen der Leitung des Reichs und des führenden Bundesstaats Preußen hat sich die Praxis entwickelt, daß zwischen Vertretern der beiderseitigen Ressorts kommissarische Beratungen nicht nur bei der Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, sondern auch über die das Reich und Preußen gleichmäßig berührenden Verwaltungsangelegenheiten stattfinden. In diesen kommissarischen Verhandlungen der jeweils interessierten beiderseitigen Ressorts haben die widerstreitenden Interessen ihren Ausgleich zu finden. Die Beratungen haben den Zweck, die preußischen Ressorts in ständiger Fühlung mit der Politik des Reichskanzlers zu erhalten und die Reichsressorts, denen es an einer eigenen Verwaltung fehlt, der Erfahrungen der preußischen Verwaltung teilhaftig werden zu lassen. Ich lege Wert darauf, daß derartige kommissarische Beratungen in allen Fällen gepflogen werden, in denen die Interessensphären des Reichs und Preußens einander berühren.

Diese kommissarischen Beratungen können zu dem anzustrebenden Ausgleich von Meinungsverschiedenheiten oder Interessengegensätzen nur führen, wenn sich die Kommissare gegenwärtig halten, daß es sich dabei lediglich um eine Aussprache vorbereitender Art handelt, bei der zwar im Falle der Instruktionserteilung die Anschauungen der vorgesetzten Ressortchefs oder, falls die vorherige Einholung der Instruktion nicht möglich war, auch nur die eigenen persönlichen Auffassungen der Referenten zur Geltung gebracht werden können, niemals aber der Standpunkt der Reichsleitung oder der Preußischen Staatsregierung; denn so lange sich Entwürfe im Stadium der kommissarischen Besprechungen befinden, also noch nicht meine Zustimmung oder die Genehmigung des Preußischen Staatsministeriums gefunden haben, ist es verfrüht, von einem Standpunkt der Reichsleitung oder der Preußischen Staatsregierung zu sprechen. Es widerspricht deshalb dem Sinne und der Bedeutung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der kommissarischen Beratungen, wenn sich die Vertreter der Reichsressorts oder diejenigen der preußischen Ministerien vor einer gemeinschaftlichen Beratung untereinander über die einzunehmende Stellung verständigen und alsdann bei der gemeinschaftlichen Beratung seitens der Kommissare des Reichs einerseits und Preußens anderseits eine itio in partes[363] stattfindet. Ich muß es ferner als unrichtig bezeichnen, wenn das Recht zur Teilnahme an der Aussprache für die einzelnen Kommissare danach differenziert wird, ob es sich um eine Reichs- oder preußische Angelegenheit handelt oder die von ihnen vertretenen Ressorts in größerem oder geringerem Maße interessiert erscheinen. Nur wenn die kommissarischen Beratungen vom Geiste der Kollegialität und dem Bestreben getragen werden, die unbedingt erforderliche Einheitlichkeit in der Politik des Reichs und Preußens zu fördern, können sie zu den Zielen führen, um deretwillen sie eingerichtet sind und gepflegt werden sollen.

Euer Exzellenz beehre ich mich zu ersuchen, Anordnungen zu treffen, daß die Kommissare Ihres Amtes ihre Teilnahme an den kommissarischen Beratungen im Sinne der vorstehenden Grundsätze einrichten.

101. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 853. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin], 14. Dezember 1912

Seine Majestät der Kaiser hat dem Kriegsminister und dem Staatssekretär des Reichsmarine-Amts nach Auskunft des Generals von Plessen durch diesen sagen lassen, sie sollten die momentane Bereitwilligkeit der gesamten Bevölkerung, für Rüstungszwecke alles und jedes zu bewilligen, ausnützen und Vorlagen vorbereiten, welche die noch vorhandenen Lücken in unseren Rüstungen schlössen.

Auf Befragen erklärte mir der Kriegsminister , seine Pläne seien vom militärischen Standpunkte aus folgende:

1. Die vom Reichsschatzsekretär ihm bereits zugestandene Dotierung eines Nachtragsetats für 1913 mit 7 Millionen Mark, um das Flugwesen auszubauen, sei ungenügend. Nach den Berechnungen des Generalstabs seien im ganzen 73 Millionen erforderlich, wovon auf 1913 rund 28 Millionen entfielen. Ob er sich dieser Forderung in voller Höhe anschließen werde, stehe noch dahin, immerhin glaube er, daß seine Forderung für 1913 nicht weiter unter 28 Millionen herabgehen werde. Die Gesamtsumme müsse baldmöglichst bewilligt werden, da wir sonst keine Aussicht hätten, den Vorsprung Frankreichs auch nur einigermaßen einzuholen.

2. Die Heeresvorlage vom Frühjahr 1912 habe er in Übereinstimmung mit dem Chef des Generalstabs für ausreichend gehalten, wiewohl er bei seinen Forderungen natürlich auf die Finanzlage Rücksicht genommen habe. Jetzt sei

[363] Trennung in die beiden Gruppen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Sachlage verändert. Die Erstarkung der Südslawen, namentlich der Serben, werde bei einem russisch-französisch-deutsch-österreichischen Kriege Österreich zwingen, starke Truppenmassen gegen Serbien stehen zu lassen. Die Hilfe, die uns Österreich gegen Rußland leisten könne, werde also eine stark verminderte sein. Das zwinge uns zu weiteren Rüstungen. Dazu komme noch ein anderes Moment. Tatsächlich stellten wir lange nicht alle tauglichen Mannschaften ein. Deshalb müßten jetzt im Kriegsfalle zahlreiche ältere Jahrgänge an den Feind geführt werden, während junge an sich kriegstüchtige, aber unausgebildete zurückblieben. Das sei im Volke bekannt und erzeuge Unzufriedenheit und Beunruhigung. Durch die Treibereien des Wehrvereins[364] und der Alldeutschen sei außerdem das Mißtrauen weiter Volkskreise in unsere Kriegsstärke geschürt worden, und er müsse befürchten, daß dieses Mißtrauen bereits Teile der Armee ergriffen habe. Er könne sich als Kriegsminister nicht dauernd von Seiner Majestät dem Kaiser und in der Öffentlichkeit den Vorwurf machen lassen, daß er ungenügend für die Stärke der Armee sorge. Wir hätten Menschenkräfte genug, um uns sehr viel stärker zu machen, als wir es gegenwärtig seien, und an dem erforderlichen Gelde fehle es im Lande auch nicht, auch wenn, wie er zugeben müsse, die bestehenden Reichssteuern nicht genügend Geld lieferten. Er müsse die Frage zur Entscheidung bringen, ob wir, weil momentan keine laufenden Einnahmen vorhanden seien, darauf verzichten wollten, uns so stark zu machen, wie wir sonst könnten, oder ob wir diese Stärkung vornehmen wollten, indem wir die dafür erforderlichen Mittel eventuell im Wege der Anleihe aufbrächten. Die Verstärkung unserer Rüstung werde nicht sowohl in der Aufstellung neuer Cadres bestehen als in der Erhöhung der Etatsstärken, in der Bildung der noch fehlenden dritten Bataillone und Maschinengewehrabteilungen, der Bespannungsergänzung bei der Feldartillerie usw. Frühester Termin für die Durchführung dieser Verstärkungen sei der erste Oktober 1913. Bis zum Mai 1913 müßten aber die entsprechenden Vorlagen Gesetz geworden sein, da noch beim Aushebungsgeschäft 1913 die erforderlichen Mannschaften ausgehoben werden müßten. Über den Kostenbedarf könne er noch nichts sagen, er glaube aber, daß auf 1913 etwa 400 Millionen entfallen würden.

Der Staatssekretär des Reichsmarine-Amts[365] äußerte sich in folgender Weise:

Bereits seit dem Sommer werde er von Seiner Majestät zu einer Marinevorlage gedrängt. Er habe sich dazu bisher schweigend verhalten. Wenn aber jetzt eine Heeresvorlage gemacht werde, müsse er verlangen, daß auch eine Marinevorlage eingebracht werde. Diese werde neben relativ unbedeutenden Forderungen für das Flugwesen die Beschleunigung des Baues von Panzerkreuzern verlangen, ohne daß der Schiffsbestand im ganzen dadurch vermehrt

[364] Der Wehrverein war am 28. Januar 1912 vom Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, und vom pensionierten General August Keim gegründet worden, um nach dem Vorbild des Flottenvereins in der Öffentlichkeit für die Stärkung der Heeresrüstung zu werben.

[365] Alfred von Tirpitz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werde. Auf diese Beschleunigung bei den Panzerkreuzern habe er bei der letzten Flottenvorlage[366] nur wider Willen verzichtet. Die Baubeschleunigung werde sich ohne neues Gesetz lediglich durch den Etat bewerkstelligen lassen.

Ich habe den beiden Herren erwidert, daß ich ihnen gegenüber zu diesen auf den ersten Blick gänzlich undurchführbar erscheinenden Projekten einstweilen sachlich noch nicht Stellung nehmen wolle. Ich müsse aber mit allem Nachdruck verlangen, daß sie sich hinter meinem Rücken auch Seiner Majestät gegenüber nicht bänden, daß von Vorarbeiten, die sie innerhalb ihrer Ressorts etwa vornähmen, auch nicht das Geringste in die Öffentlichkeit dringen dürfe und daß ich irgend welche Preßtreiberei zugunsten der Projekte unter keinen Umständen dulden könne.

102. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 20. Dezember 1912

Lieber Herr von Eisendecher!

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 18., den ich gestern in München erhielt. Haldanes Eröffnung an Lichnowsky[367] war durchaus nicht so ernst. Sie gab nur wieder, was wir längst wissen: daß England nach wie vor die Politik der balance of power vertritt und sich deshalb für Frankreich einsetzen wird, wenn dieses in einem Kriege Gefahr läuft, von uns vernichtet zu werden. S.M., der trotz seiner Politik verlangt, daß England uns um den Hals fällt, hat sich darüber entsetzlich erregt, sofort – natürlich hinter meinem und Kiderlens Rücken – mit seinen Getreuen von Heer und Flotte einen Kriesgrat[368] abgehalten, die Vorbereitung einer Heeres- und Flotten vorlage anbefohlen und das sowie das Haldanesche Gespräch phantastisch ausgeschmückt, Gott und der Welt ausposaunt. All dies war, wie ich vermute, eine Folge unser diesjährigen Flottennovelle außer den kanadischen dreadnoughts[369] ein noch engerer Anschluß Englands an Frankreich. Will S.M. im Verein mit Tirpitz das Band ganz unzerreißbar machen, so wird ihm das mit Hülfe dieser neuen Flottennovelle ohne Schwierigkeiten gelingen. Bei verständiger Politik erblicke ich dagegen in den Haldaneschen Äußerungen nichts Bedrohliches. In der jetzigen Krisis hat England durchaus loyal und vertrauensvoll mit uns gearbeitet

366 Novelle vom 14. Juni 1912 (Gesetz geworden am 27. Juni). Sie sah eine Vermehrung der Flotte um drei Linienschiffe und zwei Kleine Kreuzer vor.

367 Vgl. unten Nr. 330* und 331*.

368 Das ist der in der neueren Forschung vieldiskutierte (von Fritz Fischer initiierte) Streit über den sogenannten Kriegsrat vom 8. Dezember 1912. Dazu zuletzt Clark, Schlafwandler S. 427–428 (Literatur ebenda S. 792–793).

369 Die kanadische Regierung hatte im Sommer 1912 mit der „Naval Aid Bill“ dem Mutterland den Bau von drei Dreadnoughts versprochen; bis zum Kriegsausbruch 1914 war aber keines der Großkampfschiffe gebaut.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und namentlich auf Rußland mit bestem Erfolge kalmirend gewirkt. Es will aber keinen Kontinentalkrieg, weil es selbst in einen solchen verwickelt werden würde, selbst aber nicht fechten mag. Insofern haben seine Verpflichtungen gegen Frankreich vielleicht etwas gutes. Aber wir dürfen keine nervöse Hampelmannpolitik treiben, sonst reißt den Andern doch einmal die Geduld.

Zu diesen Schwierigkeiten ist für mich als neue die Kampfansage des Zentrums[370] getreten. Ich kann darüber noch nicht endgültig urteilen, doch sehe ich die Situation jetzt ernster als im Anfang an. Die Konservativen möchten, wie es scheint, die Konstellation benutzen, um mich zu stürzen. Daß in dieser Beziehung Verabredungen zwischen ihnen und dem Zentrum bestehen, will ich weder behaupten noch leugnen. Zweifellos aber werden sie den vergnügten Zuschauer spielen, wenn das Zentrum auf mich einhaut, und dadurch die Kampflust der Schwarzen steigern und stärken. Solche Vorgänge haben nichts ermutigendes in einer kritischen auswärtigen Lage, in der wir, wie ich doch glaube, nicht ungeschickt operirt und es dahin gebracht haben, daß jetzt die Botschafterreunion in London[371] ganz glatt verläuft. Damit ist, wenn nicht Türken und Balkanbund aufs Neue gegeneinander losgehen und dadurch neue unberechenbare Konfliktsmöglichkeiten geschaffen werden – was ich aber nicht glaube – die Gefahr beseitigt. Wenn das dann das Ende meiner Tätigkeit bedeuten sollte, habe ich wenigstens in diesem Punkte nicht umsonst gearbeitet. Einstweilen sende ich Ihnen und Ihrer Gemahlin mit meiner Frau herzlichste Weihnachtsgrüße

Getreulichst

103. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 4463. Eigenhändig und behändigt. Praes.: 22. Dezember 1912.

[Ohne Nr.] [o. O.] 22. Dezember 1912

S.M. hat gestern in meinem Beisein dem General von Moltke Folgendes gesagt:

Der König der Belgier[372] habe ihm, dem Kaiser, am 19. d. M. in München gesagt, er lege Wert auf die Versicherung, daß die belgische Heeresverstärkung

[370] Das Zentrum (auch die deutschen Bischöfe) hatte 1912 die Aufhebung des Jesuitengesetzes verlangt. Dieses Ansinnen wurde vom Bundesrat abgelehnt. Bethmann Hollweg hatte dazu im Reichstag am 4. Dezember 1912 Stellung genommen. Vgl. unten Nr. 327*.

[371] Dort versuchten die europäischen Großmächte an der Jahreswende 1912/13 nach dem Ersten Balkankrieg, einen Frieden zwischen den Balkanstaaten (Serbien, Griechenland, Bulgarien, Montenegro) und der Türkei zu vermitteln. Es kam zu einem Vertrag in London (am 30. Mai 1913), auf dem der territoriale Rückzug der Türkei vom Balkan sanktioniert und insbesondere die Unabhängigkeit Albaniens anerkannt wurde.

[372] Albert (1875–1934), König der Belgier 1909–1934. – Zum folgenden: Am 5. Dezember 1912 war in der belgischen Kammer ein Militärgesetzentwurf eingebracht worden, nach dem das belgische Heer von 14.800 auf 33.000 erhöht werden sollte. Zusammen mit der Terri-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gegen keine einzelne Macht gerichtet sei, wohl aber dazu dienen solle, im Falle eines Kontinentalkrieges die belgische Neutralität gegen wen es auch sei, ob gegen Frankreich, gegen England oder gegen Deutschland, effektiv zu verteidigen. England habe vor einiger Zeit seinen Generalstabschef[373] nach London eingeladen, um an englisch-französischen Besprechungen über militärische Kooperation im Kriegsfalle teilzunehmen. Er habe diese Teilnahme verboten, weil er unter allen Umständen strengste Neutralität wahren, diese aber auch im Notfalle verteidigen wolle.

S.M. habe dem König erwidert, sein Wunsch sei im Kriegsfalle lediglich darauf gerichtet, eine gesicherte rechte Flanke zu haben.

General Moltke bemerkte S.M. gegenüber, er müsse sich die Situtation zunächst überlegen. Unser Aufmarsch gegen Frankreich sei bekanntlich darauf basirt, daß wir durch Belgien vorrückten[374]. An diesem Aufmarsch lasse sich jedenfalls für die Zeit bis zum 1. April 1913 nichts mehr ändern. Die belgische Heeresverstärkung müsse wohl zuerst tatsächlich durchgeführt werden. Vorher sei Belgien wohl zu schwach, seine Neutralität mit den Waffen zu wahren.

104. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 14. Privatbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Berlin, 8. Januar 1913

Euer Hochwohlgeboren

danke ich verbindlichst für die freundliche Übersendung Ihrer Betrachtungen über die Jesuitenfrage[375], die ich mit lebhaftem Interesse gelesen habe. Zu dem Zustande, den Sie gesetzgeberisch herbeiführen wollen, wären wir praktisch wahrscheinlich in allen wesentlichen Punkten auch ohne legislatorischen Akt gekommen, wenn die auf eine immer mildere Handhabung des Gesetzes gerichtete Entwickelung durch den bayerischen Eingriff nicht gestört worden wäre. Inwieweit nunmehr die Lösung des Problems, auf welchem Wege sie sich auch vollziehen möge, zeitlich verschoben wird, vermag ich zur Stunde noch nicht zu übersehen.

In der vorzüglichsten Hochachtung bin ich
Euer Hochwohlgeboren
ergebenster

torialarmee sollte Belgien in fünf bis sechs Jahren eine Kriegsstärke von 330.000 Mann besitzen.

[373] Harry Alfred Jungbluth (1847–1930), belgischer Generalleutnant und Flügeladjutant; Generalstabschef 1912–1930.

[374] Diese Aussage ist ein Beleg, daß Bethmann Hollweg von den Konsequenzen des Schlieffenplans wußte.

[375] Hans Delbrück, Parlamentarische Lage. – Petroleummonopol. – Sozialdemokraten. – Jesuitengesetz. Zentrum. In: Preußische Jahrbücher 151 (1913) S.163–168.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

105. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 162, f. 22–34. MF 964. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 91 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 29. Januar 1913

[*Ländliche Fortbildungsschulen. Stand der Verhandlungen. Beiträge verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er halte die Resolution, wie sie die Kommission des Herrenhauses vorschlage, für außerordentlich bedenklich. Denn sie stelle in dürren Worten den Grundsatz auf, daß die sittliche Hebung und Festigung der männlichen schulentlassenen Jugend auch die religiöse Fortbildung in der Konfession der Fortbildungsschüler bedinge. Das heiße doch, daß der Religionsunterricht ein notwendiger Bestandteil des Fortbildungsschulunterrichts sein müsse. Man solle es daher vermeiden, sich mit der Resolution einverstanden zu erklären, sonst werde man in Zukunft darauf festgenagelt und der obligatorische Unterricht verlangt werden. Denn es sei zweifellos, daß das Zentrum auf den obligatorischen Religionsunterricht hinarbeite. Gesteht man auf Beschluß der Gemeinde den Religionsunterricht als fakultativen Lehrgegenstand zu, so sei das der erste Schritt zum obligatorischen Unterricht. Zunächst werde in allen Gemeinden mit Fortbildungsschulunterricht die Aufnahme fakultativen Religionsunterrichts in den Lehrplan beschlossen werden. Dann werde das Zentrum nachweisen, daß dieser fakultative Unterricht nicht ausreiche, und die Regierung weiter zur Zulassung des Besuchszwanges drängen. Der Herr Kultusminister habe nun gemeint, man könne den Antrag der Gemeinden auf Einführung des fakultativen Unterrichts nach Lage des Falles, insbesondere der Personenfrage, annehmen oder ablehnen. Eine Ablehnung scheint ihm aber nicht so leicht möglich. In den meisten Fällen ständen verschiedene Geistliche überhaupt nicht zur Verfügung, vielmehr würde es sich regelmäßig doch nur um den pastor loci handeln. Der im Falle der Ablehnung leicht entstehende Konflikt würde die Unterrichtsveranstaltung dann in eine mißliche Lage bringen. Weiter befürchte er, daß die Eingliederung des Religionsunterrichts in die lehrplanmäßigen Unterrichtsstunden fast nur in katholischen Gegenden erfolgen werde. Das führe zu einer Konfessionalisierung der Fortbildungsschulen und dazu, daß die Katholiken sich dann mit ihrer größeren Religiosität der evangelischen Bevölkerung gegenüber brüsten würden. So etwas wäre aus politischen Gründen sehr zu beklagen. Seines Erachtens werde die Frage überhaupt in gewissem Sinne übertrieben. In den Wintermonaten kämen auf dem Lande doch höchstens zwei bis drei Stunden wöchentlich in Frage. Er habe bei sich von 5 Orten nur in zweien Fortbildungsschulunterricht einzurichten vermocht, und zwar einmal wöchentlich, häufiger bekomme er Lehrer und Kinder nicht zusammen. In diesen beiden

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schulen gehe es sehr gut und ohne Zwang. Wolle er nun doch eine besondere Religionsstunde einschieben, so würde das der Tod des Unterrichts sein, da er nur einen Geistlichen zur Verfügung habe und von dem nicht mehr verlangen könne, als er jetzt schon leiste. Ähnlich würden die Verhältnisse meist auf dem Lande liegen. Für die religiöse und sittliche Erziehung der Jugend komme es s.E. nicht so sehr darauf an, daß eine besondere Religionsstunde in den Lehrplan aufgenommen werde, als daß ein tüchtiger Geistlicher vorhanden sei, der den Willen habe und es verstehe, an die Jugend heranzukommen. Das wisse das Zentrum selbst auch sehr gut – die Konservativen seien in der ganzen Sache nur Mitläufer –, es wolle aber die Regierung in eine schwierige Lage bringen. Darum solle man in der Sache fest bleiben. Die Mehrzahl der Herren Staatsminister habe sich auch gegen jeden Zwang ausgesprochen. Aber auch der Einfügung fakultativen Religionsunterrichts in den Lehrplan könne er nicht zustimmen. Denn diese Maßnahme führe eben, wie er und verschiedene der Herren Vorredner nachgewiesen hätten, unvermeidlich nach und nach zum obligatorischen Unterricht. Er glaube immer noch, daß die Konservativen, wenn man ihnen die Situation vor Augen führe, sich doch mit einer auf den Erlaß von 1897 fußenden Erklärung der Regierung zufrieden geben würden.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, er halte es in Übereinstimmung mit dem Herrn Handelsminister[376] und wohl den meisten der übrigen Herren Staatsminister für zweckmäßig, wenn gleich von vornherein kein Zweifel darüber gelassen werde, daß jeder Zwang bei der religiösen Unterweisung der Fortbildungsschüler für den Staat unannehmbar sei. Auch über die Zulassung fakultativen Religionsunterrichts in den Lehrplan rate er, sich heute noch nicht zu entscheiden. Wenn die Auslegung der Resolution durch den Herrn Landwirtschaftsminister[377] und den Herrn Handelsminister richtig sei, so sei es ohnehin nicht schwer geltend zu machen, daß durch den Erlaß von 1897 im Sinne der Resolution Vorsorge getroffen sei und daß man diesen Weg dem Wunsche des Kardinals Kopp entsprechend mit „Wohlwollen und Nachdruck“ weiter verfolgen werde.

[*Beiträge weiterer Minister.*]

[376] Reinhold von Sydow.

[377] Clemens Frhr. von Schorlemer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

106. Bethmann Hollweg an die preußischen Gesandten in München, Stuttgart, Dresden und Karslruhe

PA Berlin, R 853. Erlaß. Konzept in Maschinenschrift. Von Bethmann Hollweg handschriftlich revidiert.

1. München Nr. 51.
2. Stuttgart Nr. 44,
3. Dresden Nr. 44.
4. Karlsruhe Nr. 45.

Berlin, 9. Februar 1913

Vertraulich!

Im Frühjahr des vergangenen Jahres glaubte die Kaiserl. Regierung angesichts der damaligen politischen Lage mit einer verhältnismäßig kleinen Militärvorlage auskommen zu können. Inzwischen haben sich die politischen Verhältnisse Europa's wesentlich verändert. Die seit Monaten ganz Europa in Spannung haltende Balkankrise dauert noch fort und hat eine Reihe neuer Konfliktsmöglichkeiten für uns und unsere Verbündeten geschaffen. Infolge der Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel ist auch die Frage der zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Gestaltung Vorderasiens mehr in den Vordergrund getreten, aus der sich mancherlei Gegensätze der interessierten Großmächte entwickeln können.

Ob die deutsche Wehrmacht nach ihrem heutigen Stande allen den Anforderungen wird genügen können, welche die nahe Zukunft in sich birgt, erscheint zweifelhaft. Ein erheblicher Teil der Streitkräfte des verbündeten Italiens ist vorläufig durch das Engagement in Tripolis festgelegt; auch die österreichische Kriegsmacht ist durch die an der Südgrenze des Reichs notwendig gewordene umfangreiche militärische Machtentfaltung in ihrer Verwendungsfähigkeit beschränkt. Wird auf diese Weise indirekt auch Deutschlands strategische Stellung ungünstig beeinflußt, so hat sich andererseits die Stellung seiner möglichen kontinentalen Gegner in derselben Zeit verbessert.

Frankreich, getragen von der Wiederbelebung seines nationalen Empfindens, hat seine Armee auf eine bisher dort unerreichte Höhe der Leistungsfähigkeit gebracht und macht dabei einen bedeutend höheren Prozentsatz seiner wehrfähigen Jugend den Zwecken der nationalen Verteidigung dienstbar als Deutschland. Die russische Armee, in der sich ebenfalls starke nationale Kräfte regen, beginnt, sich von der Niederlage im japanischen Kriege[378] zu erholen und bessert sich von Tag zu Tage.

Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände mußte die Kaiserl. Regierung nach reiflicher Überlegung zu der Überzeugung kommen, daß die Einbringung einer umfangreichen Militärvorlage, durch welche unsere militärische Stellung wesentlich verstärkt und gesichert wird, eine dringende, unabweisbare Notwendigkeit geworden ist.

[378] Von 1904/05.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dem Bundesrat werden die entsprechenden Vorschläge so bald wie möglich unterbreitet werden.

Ew.pp. bitte ich erg.
zu 1. S.K.H. dem Prinzregenten
zu 2. u. 3. S.M. dem Könige
zu 4. S.K.H. dem Großherzog
in einer zu erbittenden Audienz die vorstehenden Gedanken persönlich vorzutragen und über das Geschehene zu berichten.

107. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 162, f. 36–49. MF 964/965. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 92 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 24. Februar 1913

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Zunächst erteilte der Herr Ministerpräsident dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts zu einem einleitenden Vortrag über die Deckung der neuen Wehrvorlagen das Wort. [*Es folgen dessen Ausführungen.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte: Es werde auffallen, daß man jetzt schon wieder mit so großen Militärvorlagen an die gesetzgebenden Körperschaften herantreten wolle. Indessen habe sich die außerpolitische Lage seit dem Frühjahr wesentlich geändert. Italien sei mit 120.000 Mann in Tripolis engagiert, Österreichs Lage sei durch die Balkanereignisse eine völlig andere geworden. Rußland verwende enorme Summen auf sein Heer. Frankreich tue seit Jahren das Äußerste, um sich militärisch auf der Höhe zu halten. Auch Belgien, zu dem wir im Falle eines Krieges in der einen oder anderen Weise in ein bestimmtes Verhältnis treten müßten[379], wolle sein Heer auf 300.000 Mann bringen. Zwar sei nach seiner Meinung die politische Lage nicht so, daß unmittelbar der Ausbruch eines europäischen Krieges bevorstehe. Immerhin sei aber durch die veränderte Situation auf dem Balkan und das stärkere Hervortreten unverantwortlicher Volksströmungen die Möglichkeit, das Schwert ziehen zu müssen, nahe gerückt. Angesichts dieser Gefahr sei es nicht zu verantworten, daß unsere Volkskraft nicht voll ausgenutzt und unsere waffenfähigen Mannschaften zu einem erheblichen Teile nicht zum Waffendienste herangezogen würden.

[379] Diese Bemerkung ist wiederum ein Beleg dafür, daß Bethmann Hollweg den Schlieffenplan (der bei einem Krieg mit Frankreich den Durchmarsch durch Belgien vorsah) im Kern kannte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Heeresvorlage werde nicht eine Vermehrung der Kadres, sondern eine Erhöhung der Etatsstärke bringen. Die fehlenden dritten Bataillone sollten neu aufgestellt, 6 Kavallerieregimenter neu geschaffen werden. Er wolle hier nicht weiter auf die Einzelheiten der Heeresforderungen eingehen, vielmehr die näheren Mitteilungen dem Herrn Kriegsminister[380] für eine spätere Sitzung überlassen. Er müsse seinerseits aber bestimmt dafür eintreten, daß die von den militärischen Stellen geforderten Ausgaben auch bewilligt würden.

Die einmaligen Ausgaben würden, wie schon erwähnt, wenigstens 800 Mill. M betragen. In der Presse sei zu seinem Bedauern der Vorschlag aufgetaucht, die Heeresvorlage jetzt sofort zu verabschieden und über die Deckung erst später zu beraten. Das habe die Aufmerksamkeit des Kaisers erregt, dem gegenüber er sich aber bestimmt gegen ein solches Vorgehen ausgesprochen habe. Konservative und Zentrum würden annehmen, daß man die Deckung mit einer anderen Majorität durchsetzen wolle als die Wehrvorlagen. Die Reichsregierung würde unter Umständen in die fatale Lage geraten, die Auflösung gegenüber Parteien auszusprechen, die bereit seien, die Heeresvorlage zu bewilligen. Dagegen wolle er damit keineswegs einer Verkoppelung der Vorlagen das Wort geredet haben.

Daß die einmaligen Ausgaben nicht durch [eine] Anleihe gedeckt werden dürften, sei auch seine Ansicht. Schon deswegen nicht, weil eine solche Maßnahme im Auslande den Eindruck erwecken werde, daß wir mit unseren finanziellen Kräften am Ende angelangt seien. Die Aufnahme einer Anleihe würde der Finanzpolitik der letzten Jahre ins Gesicht schlagen. Würde man die Anleihe, wie notwendig, schnell amortisierbar machen, so wäre für Amortisation und Verzinsung jährlich ein Schuldendienst von 100 Mill. M. nötig. Dafür eine Steuer neben der für die neuen fortlaufenden Ausgaben ausfindig zu machen sei unmöglich.

Bei dem Vorschlage einer einmaligen Vermögenssteuer handele es sich nicht eigentlich um eine Steuer, sondern um eine einmalige Vermögensabgabe – eine Brandschatzung. Ein solches außerordentliches Opfer könne man dem deutschen Volke wohl zumuten. Das Vermögen sei vorhanden, die Schwierigkeit im Reich bestehe nur darin, an das Geld heranzukommen. Die Zustimmung der verbündeten Regierungen würde freilich nicht leicht zu erreichen sein. Indessen erforderten außergewöhnliche große Maßnahmen auch außergewöhnliche Mittel. Ihm scheine es ein richtiger Weg, in dem gegenwärtigen Jubiläumsjahr[381] bei einer so hoch gespannten politischen Situation wie der gegenwärtigen an die Opferfreudigkeit der Nation zu appellieren. Auch im Reichstag werde der Vorschlag durchzusetzen sein.

Bezüglich der fortlaufenden Ausgaben wolle er sich im Augenblick nicht über die Wahl der neuen Steuer entscheiden. Bei der früheren Besprechung im Staatsministerium habe er sich für die Vermögenszuwachssteuer ausgesprochen, da die Erbschaftssteuer bei den Konservativen und dem Zentrum nur

[380] Josias von Heeringen.

[381] In dem sich die Thronbesteigung des Kaisers zum 25. Mal jährte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schwer durchzubringen sei. Inzwischen aber habe ein Teil der Bundesregierungen gegen die Vermögenszuwachssteuer scharf Stellung genommen. Dies sei insbesondere von Sachsen, Baden, Hamburg und Lübeck geschehen. Selbst die Höchste Sächsische Stelle[382] habe sich in der Sache an andere Bundesfürsten gewendet. Ihm sei es zweifelhaft, ob man in einer solch hochpolitischen Frage maßgebende Bundesstaaten majorisieren dürfe, da dies für die Zukunft große politische Gefahren in sich berge. Bei dieser Sachlage habe er es bisher vermieden, mit den politischen Parteien zu verhandeln. Nur auf Wunsch der Konservativen habe er vorgestern mit dem Grafen von Kanitz[383] und Herrn von Heydebrand über die Angelegenheit gesprochen. Er sei da auf die größten Bedenken gegen die Vermögenszuwachssteuer gestoßen, ebenso hätten die Herren aber auch die Erbschaftssteuer abgelehnt. Schließlich habe er aber doch den Eindruck gewonnen, als ob die Konservativen alleräußerstenfalls für die Erbzuwachssteuer vielleicht doch zu haben sein würden. Eigene Vorschläge, in welcher Richtung die Lösung der Deckungsfrage zu suchen wäre, hätten sie nicht machen können, abgesehen von Andeutungen, daß man die Börse und die großen industriellen Transaktionen hochnehmen solle.

Wäre die Vermögenszuwachssteuer nicht erreichbar – und Seine Majestät habe erklärt, daß Er zu einer Majorisierung der widerstrebenden Bundesstaaten Seine Zustimmung nicht geben werde – und wäre auch die Erbschaftssteuer völlig aussichtslos, so bliebe noch der Vorschlag, die laufenden neuen Ausgaben auf Matrikularbeiträge zu nehmen in Verbindung mit einem Reichsvermögensgesetz und der Klausel, daß die Bundesstaaten dies Gesetz durch Landesgesetz wieder aufheben oder abändern könnten. Schön sei der Gedanke nicht. Sollte es aber möglich sein, Konservative, Zentrum und Nationalliberale auf diesen Vorschlag zu vereinigen und ihn vor der Einbringung durch Verhandlungen zu sichern, so wolle er diesen Versuch machen. Gewiß würden auch hier sich im Bundesrat Schwierigkeiten ergeben. Aber es ließe sich doch auf diesem Wege, sofern man nur auch der Vermögensschatzung zustimme, dann eine Schonung der Finanzhoheit der Bundesregierungen erreichen. Über die neben der Besitzsteuer noch ins Auge zu fassenden Steuern wolle er sich für jetzt nicht aussprechen.

[*Es folgen Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte sich mit dem eben gemachten Vorschlage des Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamtes[384] einverstanden. Ihm scheine die Durchsetzung der Vermögenszuwachssteuer im Bundesrat unmöglich, zumal wenn jetzt noch die Vermögensschatzung hinzukomme. Er könne sich zu einer Majorisierung der Bundesstaaten in einer so hochwichtigen Sache nicht entschließen. Man setze sich schließlich der Gefahr aus, daß Sachsen

[382] Friedrich August III. (1865–1932), König von Sachsen 1904–1918.

[383] Hans Wilhelm Graf von Kanitz(-Podangen) (1841–30. Juni 1913), Rittergutsbesitzer; MdR (Deutschkonservativ) 1889–1913; Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Deutschkonservativ) 1885–1913.

[384] Den Deckungsbedarf im Wege der Matrikularbeiträge aufzubringen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Plenum des Reichstags in Opposition trete, und damit sei man geschlagen. Er halte die Durchbringung einer Erbschaftssteuer nicht für ganz unmöglich; die Position der Konservativen habe sich geändert, da die Erbschaftssteuer nicht mehr bloß zum Zwecke der Erfüllung des Gesetzes vom 14. Juni 1912[385] diene. Auch handle es sich jetzt nur um einen verhältnismäßig geringen Betrag von 40 Mill. M. Wenn jetzt die Konservativen die Erbschaftssteuer für die Heeresvorlage annehmen würden, so könnte dies nur zur Erhöhung ihres Ansehens beitragen, sie würden damit dem Liberalismus den Wind aus den Segeln nehmen. Ob der Standpunkt richtig sei, daß durch die Vermögenskontribution das Versprechen einer Besitzsteuer erfüllt sei, scheine ihm noch zweifelhaft. Er werde sich auf diesen Standpunkt nur stellen, wenn er hierin auch auf die Zustimmung der Majorität des Reichstags rechnen könne. Alsdann lägen auch für die Matrikularbeiträge keine Schwierigkeiten vor. Es brauchten den Staaten keine Vorschriften darüber gemacht zu werden, wie sie diese ihrerseits aufbringen sollten. Es wäre nur nötig, die Bundesstaaten durch eine subsidiäre Reichsvermögenssteuer in die Lage zu setzen, den Matrikularbeitrag auch ohne Landesgesetz aufzubringen. Wert würde er darauf legen, nicht bloß Besitzsteuern, sondern daneben auch eine indirekte Steuer vorzuschlagen. Sonst bestärke man den Reichstag in dem Glauben, daß im Reiche überhaupt keine indirekten Steuern mehr gefordert werden dürften. Wenn es möglich wäre, die Inseratensteuer im Reichstag durchzubringen, so wäre er damit einverstanden. Erwägen könnte man wohl auch die Kohlensteuer, obwohl er wisse, daß er früher als Staatssekretär des Innern selbst dagegen gewesen sei. Aber die politische Lage sei doch auch eine ganz andere wie damals.

[*Ausführungen des Handelsministers.*]

Hierauf faßte der Herr Ministerpräsident das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen: Zur Deckung für die einmaligen Ausgaben solle eine einmalige Abgabe vom Vermögen erhoben werden; für die laufenden Ausgaben würde, wenn Konservative und Zentrum dafür zu gewinnen wären, eine Erbschaftssteuer in Betracht kommen. Glücke dies nicht, so werde man durch Hinweis auf die sonst eintretende Notwendigkeit einer Vermögenszuwachssteuer den Bundesrat dafür zu gewinnen suchen müssen, daß die Ausgaben auf Matrikularbeiträge in Verbindung mit einem subsidiären Reichsvermögenssteuergesetz zu nehmen sein würden. Daneben würde dann noch eine andere Steuer zu treten haben.

[385] Zur Änderung der Branntweinsteuer (vgl. oben Anm. 292).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

108. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 2526. Eigenhändig. Revidiert.

[Ohne Nr.] [o. O.] 28. Februar 1913

Der Hansabund ist als politischer Kampf- und Agitationsverein begründet worden[386]. Er hat namentlich im Anfang die angeblich zu agrarfreundliche Regierung scharf angegriffen und bei den letzten Reichstagswahlen in demagogischer Manier gegen die Agrarier gekämpft. Wenn Rießer[387] jetzt über den Hansabund und seine Entwickelung in Wien sprechen will, so bedeutet das, daß er über innerpolitische Kämpfe Deutschlands vor ausländischen Zuhörern referirt. Einer solchen Ungehörigkeit ist nur ein Deutscher fähig. Tschirschky kommt m[eines] D[afürhaltens] in eine unmögliche Lage, wenn er auch nur als stummer Zuhörer daran teilnimmt[388] und es durch seine Assistenz sanktionirt, daß wir unsere schmutzige Wäsche vor dem Ausland waschen. Ein Botschafter darf nur an Veranstaltungen teilnehmen, in denen das Deutschtum geschlossen auftritt, nicht aber an solchen, in denen Parteigegensätze gefeiert werden.

109. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 104–105. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 2. Berlin, 1. März 1913, 4 Uhr 44 Min. pm.
Ankunft: 1. März, 6 Uhr 20 Min. pm.

Durch eine unerklärliche Indiskretion ist die von Euerer Majestät gebilligte Absicht, die einmaligen Kosten der Heeresvorlage durch eine einmalige Vermögensabgabe aufzubringen, heute in die Presse gekommen[389]. Ich bin infolgedessen genötigt, heute in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ erklären zu lassen, daß dieser Gedanke allerdings erwogen wird, obwohl er der Gesamtheit der verbündeten Regierungen noch nicht mitgeteilt ist. Nach den Sondierungen, die ich in München, Stuttgart und Karlsruhe habe vornehmen lassen, wird er dort akzeptiert. Dagegen befürchte ich, daß Sachsen, das gegen jede Belastung des Vermögens zugunsten des Reichs ist, um so heftigeren Widerstand leisten wird, als es jetzt das Projekt durch die Presse erfährt. Ich wage

386 Der Hansabund war 1909 als Interessenverband für Handel, Gewerbe und Industrie in Berlin begründet worden. Er wandte sich gegen den agrarischen Konservativismus.

387 Jakob Riesser (1853–1932), Rechtsanwalt; Vorsitzender des Hansabunds 1909–1920.

388 Tschirschky hatte am 26. Februar 1913 in Berlin angefragt, ob er an einem Vortrag Riessers in Wien teilnehmen solle.

389 Einzelheiten in der folgenden Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

es, alleruntertänigst zu empfehlen, daß Euere Majestät nachfolgendes Telegramm an den König von Sachsen[390] richten:

„Durch eine bedauerliche Indiskretion hat die Presse vorzeitig von einem Projekt zur Deckung der einmaligen Kosten der Heeresvorlage erfahren, das ich im Begriff war, mit Deiner Regierung amtlich verhandeln zu lassen. Das Projekt geht dahin, diese einmaligen Kosten durch eine einmalige Vermögensabgabe zu decken. Die näheren Mitteilungen macht auf meinen Befehl heute der Reichskanzler allen Bundesratsbevollmächtigten. Es sind große Opfer, welche damit vom deutschen Volk erfordert werden. Die Weltlage und die enorme Rüstung, welche Frankreich im Begriff steht zu beschließen, machen es mir aber zur Pflicht, Dir und den übrigen deutschen Verbündeten diese Vorschläge zu machen. Ich vertraue darauf und bitte Dich darum, daß Du mir bei ihrer Durchbringung zur Seite stehen mögest."

Alleruntertänigst

110. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 162, f. 51–59. MF 965. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 93 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 4. März 1913

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

1. Vor der Tagesordnung teilte der Herr Ministerpräsident mit, trotzdem der Plan, die einmaligen Kosten der neuen Wehrvorlage durch eine einmalige Vermögensabgabe zu decken, von ihm als so geheim wie möglich behandelt worden sei, habe die Militärisch-politische Korrespondenz[391] in ihrer Ausgabe vom letzten Sonnabend darüber berichtet und sogar hinzugefügt, daß Seine Majestät Sich zu freiwilliger Beteiligung an diesem Opfer bereit erklärt habe. Die B.Z. am Mittag habe diese Notiz sofort aufgenommen, und es sei zu befürchten gewesen, daß schon die Abendblätter desselben Tages die Nachricht in aller Welt verbreiten würden. Da es für ihn ausgeschlossen gewesen sei, eine Nachricht zu dementieren, die sich demnächst als wahr herausstellen würde, so habe er sich angesichts dieser, durch eine unaufgeklärte und auch wohl nicht aufzuklärende Indiskretion geschaffenen, höchst unwillkommenen Lage nicht anders helfen können, als sofort der Norddeutschen den Plan der Reichsregierung und die Allerhöchsten Entschließungen der Öffentlichkeit

[390] Friedrich August III.

[391] Eine Zeitschrift, die von 1903 bis 1918 erschien; sie ist in deutschen Bibliotheken nur von 1916 bis 1918 greifbar. – Die im folgenden genannte „B.Z. am Mittag" („Berliner Zeitung am Mittag") war die erste deutsche Boulevardzeitung; sie erschien von 1914 bis 1943.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und am Abende in einer ad hoch anberaumten Sitzung den stimmführenden Mitgliedern des Bundesrats zur Kenntnis zu bringen. Er habe nicht unterlassen wollen, den Herren Staatsministern, die wohl durch die Veröffentlichung überrascht worden seien, gleich in der heutigen Sitzung von dem Hergang Mitteilung zu machen.

[*2. Staatsminister C. Delbrück und weitere Minister zu den mecklenburgischen Verfassungsverhältnissen.*]

Der Herr Ministerpräsident faßte die Ergebnisse der Erörterungen dahin zusammen:

1. Das Staatsministerium wünsche, daß im Bundesrat an dem bisher eingenommenen Standpunkte festgehalten und von einem Einschreiten aus Artikel 78 abgesehen werde[392].

2. Es sei erwünscht, den mecklenburgischen Regierungen einen Bescheid zu erteilen, der es ausschließe, daß eine negative Antwort als Befürwortung des Verfassungsbruchs aufgefaßt werde. Eine solche Fassung des Bescheides sei um so mehr erforderlich, als die Minister ihm am 14. Dezember v.J. erklärt hätten, daß sie eine Ablehnung haben wollten, um daraufhin den Rechtsbruch begehen zu können.

Jetzt empfehle sich folgende Erklärung.

Wenn auch der Artikel 76 Absatz 2 eine andere Grundlage darböte als der Artikel 78, so bliebe doch das schwerwiegende Bedenken, daß eine einzelstaatliche Verfassungsfrage durch das Reich geregelt werde. Politisch verstoße daher auch ein Eingreifen auf Grund des Artikels 76 gegen den föderativen Charakter des Reichs.

[*Einlassung des Staatsministers C. Delbrück. – 3. Der Termin der Landtagswahlen.*]

111. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 162, f. 61–67. MF 965. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl.

[392] In den beiden mecklenburgischen Großherzogtümern bestand seit der Reichsgründung die Situation, daß sie weiterhin eine landständische Verfassung behielten. Nach der Jahrhundertwende wurden unter den neuen aufgeklärten Großherzögen mehrere Versuche unternommen, die bestehenden Verfassungsverhältnisse umzugestalten, die jedoch von den Landständen abgelehnt wurden. 1909 wurde vom Reichstag die Initiative ergriffen, um die Reichsleitung zum Einschreiten gegen die anachronistischen Verfassungszustände in Schwerin und Strelitz zu veranlassen. Das Reich unter Bethmann Hollweg ging darauf indes nicht ein. Auch erneute Versuche in den Großherzogtümern selbst scheiterten, so daß – der Kriegsausbruch ließ jeden weiteren Versuch stocken – bis zur Novemberrevolution in der Sache nichts mehr erreicht wurde. Vgl. den Überblick bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 421–427. – Die hier von Bethmann Hollweg angesprochenen Artikel 78 und 76 (Absatz 2) der Reichsverfassung behandeln die Möglichkeiten von Verfassungsänderungen in einzelnen Bundesstaaten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 93–94 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 9. März 1913

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Der Herr Ministerpräsident legte einleitend dar, daß es sich für das Staatsministerium darum handele, vor dem morgigen Zusammentritt der leitenden bundesstaatlichen Minister zu der Heeresvorlage und der für diese in Aussicht zu nehmenden Deckung entgültig Stellung zu nehmen.

Der Herr Ministerpräsident stellte als Ergebnis der letzten Sitzung[393] das Einverständnis des Staatsministeriums damit fest, daß die einmaligen Ausgaben durch eine einmalige Abgabe vom Vermögensbesitz zu decken seien. Im Publikum und bei den Parteien sei die Idee des einmaligen Wehrbeitrags überwiegend günstig aufgenommen worden.

Was die Deckung der laufenden Kosten anlange, so habe er sich in der letzten Sitzung dahin ausgesprochen, daß er die Verpflichtung zur Vorlegung eines Besitzsteuergesetzes durch die einmalige Vermögensabgabe nicht für abgelöst ansehe und daß er bei den politischen Bedenken gegen die Einbringung einer Erbschaftssteuer, und nachdem auch der Herr Finanzminister[394] seine Bedenken gegen eine Vormögenszuwachssteuer in die zweite Linie gerückt habe, im Notfalle mit dieser einverstanden sei.

Die Bundesregierungen hätten in den mit ihnen geführten Verhandlungen ihren Widerspruch gegen die Vermögenszuwachssteuer zum Teil aufrechterhalten. Er glaube allerdings, daß Bayern morgen Widerspruch nicht erheben[395] und daß alsdann die bayerische Stellung auf die süddeutschen übrigen Staaten nicht ohne Einfluß sein werde. Er halte im allgemeinen jedenfalls daran fest, daß man eine große Minorität im Bundesrat in dieser wichtigen Frage nicht majorisieren sollte: Er bitte, hiernach zwar in erster Linie die Vermögenszuwachssteuer vorschlagen zu dürfen, glaube aber im übrigen nicht, mit einer völlig gebundenen Marschroute operieren zu können. Ein Ergebnis müsse morgen unter allen Umständen erzielt werden, wenn es nicht zu einer Krisis kommen solle. Da es nicht möglich sei, das Staatsministerium nochmals einzuberufen, so müsse er um eine gewisse Handlungsfreiheit und im voraus um Indemnität dafür bitten, daß er, wenn nach seiner Überzeugung der Bundesrat zu nichts anderem als einer Erbschaftssteuer zu bewegen sei, selbst der Einbringung dieser Steuer zustimme. Das Gleiche werde zu gelten haben, wenn der Bundesrat den allein gangbaren Weg in einem der sonst schwebenden Projekte finden sollte, bei denen die Aufbringung des Bedarfs durch Besitzsteuern den Bundesstaaten überwiesen werde. Es komme hierbei einmal in Frage, daß die Bundesstaaten ihre Landesstempelabgaben an das Reich abträten und den

[393] Die vorangehende Nr.

[394] August Lentze.

[395] Dazu vgl. Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 234–237.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für sie entstehenden Ausfall durch direkte Landessteuern aufbrächten, sodann daß der Bedarf auf die Bundesstaaten im Matrikularbeitragswege umgelegt und damit ein reichsgesetzliches Besitzsteuergesetz verbunden werde, das in den einzelnen Bundesstaaten für den Fall in Kraft zu treten hätte, daß diese zur Aufbringung des auf sie angelegten Betrages im Weg direkter Landessteuern nicht rechtzeitig Vorsorge träfen.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, er müsse seine bei der früheren Besprechung dargelegte Ansicht, daß durch den Wehrbeitrag das Erfordernis der Besitzsteuer nicht erfüllt sei, aufrecht erhalten. Aber abgesehen davon erscheine es ihm auch bedenklich, den großen Bedarf durch reine Matrikularbeiträge aufzubringen. Jedenfalls werde sich der Reichstag damit keinesfalls zufrieden geben. Die Folge werde nur die sein, daß der Reichstag dann seinerseits die Vermögenssteuer – und zwar in einer nicht erwünschten Form – bringe, und dann werde es schwer sein, sie abzulehnen.

[*Einlassungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident äußerte sich dahin, daß zu hoffen stehe, daß noch vorher von den maßgebenden Parteien in dieser Hinsicht Sicherheit zu erlangen sein werde.

112. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 23. März 1913

Lieber Herr von Eisendecher!

Zum mindesten an den großen Festen soll man sein Gewissen zu entlasten versuchen. Ihnen gegenüber ist das meinige so schlecht, daß es mir selbst an diesem Frühlingsostertage kaum glücken wird. Aber Sie sollen wenigstens meinen guten Willen sehen. Ich hätte Ihnen längst einmal geschrieben, wenn es mir nicht verteufelt schlecht gegangen wäre und ginge. Sie kennen es nicht, daß der Mensch einmal mürbe wird und am liebsten alles von sich würfe. In solcher Stimmung soll man mündlich schimpfen, aber nicht schreiben, denn dabei wird alles schief. Am schwersten hat mich der Einblick belastet, den mich die Militärs in unsere Stärkeverhältnisse für den Fall eines Krieges haben tun lassen. Man muß schon ein gut Teil Gottvertrauen haben und auf die russische Revolution als Bundesgenossen rechnen, wenn man einigermaßen ruhig schlafen soll. Ob der Flotte haben wir die Armee vernachlässigt und uns mit der „Flottenpolitik“ gleichzeitig Feinde ringsum geschaffen. Das brauchten wir nicht, und konnten doch Schiffe bauen. Die Armeevorlage[396] ist unbedingt nö-

[396] Die Wehrvorlage vom April 1912 (oben Anm. 264) war vom Reichstag am 21. Mai mit großer Mehrheit angenommen worden; sie sah eine Verstärkung des Heeres um 29.000 Mann

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tig. Wir können keinen Rekruten missen, der den Kuhfuß[397] tragen kann. Ich mache die Vorlage so, wie sie das Militär verlangt, ohne Abstriche. Sonst kommen die Kerls im nächsten Jahr wieder, und Keim[398] u. Gen[ossen] hetzen weiter. Die Unzufriedenheit und die Politisirerei haben schon so in der Armee einen bedenklichen Umfang angenommen. Die einmalige Brandschatzung kühlt hoffentlich auch die Gemüter. Die Steuerfrage hat im Bundesrat große Schwierigkeiten gemacht, an denen im Grunde allein die Erbschaftssteuerscheu des Zentrums und der Konservativen schuld ist. Namentlich die Konservativen sind heillose Leute. Aber ich kann in der Deckungsfrage keine Großblockpolitk[399] treiben.

So ist es zu einem Kompromiß gekommen, der natürlich Niemandem behagt. Für die schwierige Lage Badens[400] habe ich volles Verständnis. Dusch ist in solchen Situationen famos. Sachsen aber ganz unverständlich. Der Reichstag nimmt, denke ich, Militärvorlage und Brandschatzung[401] an. Ob wir uns aber über die laufenden Kosten schon im Frühjahr einigen können, ist mir überaus zweifelhaft. Wir müssen für die Zukunft natürlich auf Monopole hinaus. Hoffentlich ist die Brandschatzung auch dafür ein Vorspann. – Die Botschafterkonferenz[402] ist pitoyabel, aber sie hat uns ganz hübsch an England herangebracht. S.M. wollte natürlich wieder alles durch eine Flottenvorlage vernichten. Lichnowsky plätscherte ganz oben auf den Wellen, und ich will ihm den Glauben nicht zerstören, daß er das Meer erschaffen habe. Er macht sich aber gut. Grey ist des besten Willens, aber so mit der Ententenpolitik[403]

---

vor. Generalstabschef Moltke verlangte in einer großen Rüstungsdenkschrift vom Dezember 1912 eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke um 300.000 Mann. Angesichts des Widerstands des Kriegsministers wurde die Vermehrung auf 136.000 Mann reduziert. Am 28. März 1913 wurde die Vorlage im Reichstag eingebracht. Dieser nahm am 3. Juli die Novelle mit großer Mehrheit an. Vgl. unten Nr. 123.

397 Brecheisen, Brechstange. Hier gemeint: Gewehr.

398 August Keim (1845–1926), Generalmajor a.D.; er gehörte zur Leitung des Flottenvereins und des Alldeutschen Verbands; 1912 war er Mitbegründer des Deutschen Wehrvereins, der für eine Vermehrung der Heeresstärke eintrat.

399 Zusammenwirken der Konservativen, Nationalliberalen und des Zentrums.

400 Die „Karlsruher Zeitung“ beschwerte sich Anfang Februar 1913, daß der freikonservative Abgeordnete Siegfried von Kardorff sich Ende Januar im Preußischen Abgeordnetenhaus über das Anwachsen der Sozialdemokraten in Baden ausgelassen habe. Das sei eine unbefugte Einmischung in badische Angelegenheiten. – Der im folgenden genannte: Alexander Frhr. v. Dusch (1851–1923), Minister des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen 1901–1917.

401 Mit „Brandschatzung“ (ein von Bethmann Hollweg immer wieder gebrauchter Begriff) ist das schließlich am 3. Juli 1913 in Kraft getretene „Wehrbeitragsgesetz“ gemeint, das zur Deckung der hohen Kosten für die Heeres- und Flottenvermehrung eine einmalige Vermögensabgabe vorsah, und auch das gleichzeitig verabschiedete „Besitzsteuergesetz“, das eine direkte Reichsvermögenssteuer („Vermögenszuwachssteuer“) einführte.

402 In London tagte seit dem 1. Januar 1913 eine Konferenz der Botschafter der Großmächte, der Türkei und der Balkanstaaten, um den Zweiten Balkankrieg zu einem Ende zu bringen.

403 Gemeint ist die Politik der englisch-französischen Entente von 1904 und der englisch-russischen Entente von 1907, die von Deutschland damals als „Einkreisung“ des Deutschen Reiches aufgefaßt wurde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verwachsen, daß wir froh sein müssen, wenn er auf Frankreich und Rußland wenigstens kalmirend wirkt. Und das tut er. Unsere Lage wird noch für lange, wenn nicht für immer, mühsälig bleiben. Durch vorsichtige Politik gegenüber England und Rußland müssen wir Frankreich in Schach halten. Das gefällt natürlich unseren Chauvinisten nicht und ist unpopulär. Ich sehe aber vor der Hand für Deutschland keinen anderen Weg. – Sie klagen in Ihrem letzten Bericht darüber, daß mit der Brandschatzung zuviel Tamtam gemacht worden sei. Offiziös ist es nicht geschehen. Wohl aber von S.M., dessen Gedanke übrigens die Opfergabe nicht gewesen ist. Mir selbst ist all das Gerede höchst unsympathisch, wie Sie wissen. Aber da die Milliarde durch Anleihe nicht beschafft werden kann, mußte etwas Außerordentliches geschehen, und das zeitigte von selbst außerordentliche Begleitumstände. – Meine Frau ist zwei Monate lang recht elend und die ganze Zeit bettlägerig gewesen. Jetzt erholt sie sich Gottlob langsam. Hoffentlich hat es bei Ihnen besser ausgesehen. Kommen Sie nicht einmal wieder her? Mich verlangt es nach offener Aussprache, wozu ich hier eigentlich gar keine Gelegenheit habe. Nehmen Sie diese konfusen Zeilen bitte nicht ungnädig. Sie verlohnen sich kaum des Verbrennens, um das ich aber bitte. Ihnen u. Ihrer Frau Gebieterin die herzlichsten Grüße auch von meiner Frau.

Getreulichst Ihr

113. Bethmann Hollweg an Valentini

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 116–117. Privatdienstschreiben. Ausfertigung von Schreiberhand.

Berlin, 14. April 1913

Euerer Exzellenz

beehre ich mich beifolgend unter Rückerbittung ein Schreiben des hiesigen Königl. Sächsischen Gesandten[404] vom hiesigen Tage nebst Anlage zur gefälligen Kenntnisnahme zu übersenden. Ein derartiges Verhandeln von amtlichen Fragen zwischen den Bundesfürsten in eigener Person scheint mir wenig angebracht. Bereits in den ersten Stadien der Angelegenheit, als die Reichsleitung den Verbündeten Regierungen in noch ganz unverbindlicher Weise die verschiedenen Modalitäten mitgeteilt hatte, in denen nach ihrer Ansicht die Besitzsteuerfrage gelöst werden könnte, hat, wie ich vertraulich weiß, Seine Majestät der König von Sachsen[405] durch Handschreiben die außerpreußischen Bundesfürsten zu bestimmen versucht, keiner andern <Lö>sung als der durch die Erbschaftssteuer zuzustimmen, obwohl gerade dieser an sich durchaus zweckmäßigen Lösung, wie Euere Exzellenz wissen, schon damals

[404] Ernst Frhr. von Salza. – Das Schreiben liegt nicht bei. Zur Sache vgl. die folgenden Ausführungen.

[405] Friedrich August III.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sehr schwerwiegende politische Bedenken entgegenstanden. Dieses Vorgehen hat nicht nur bei den Regierungen, sondern auch bei verschiedenen Bundesfürsten we<nig> angenehm berührt. Jetzt hat Seine Majestät der König von Sachsen diesen Weg neuerdings in einem Augenblick betreten, wo seine Regierung ihn darauf hätte aufmerksam machen müssen, daß der Reichs<tag> noch nicht einmal die erste Lesung beendigt und wo ich noch keine Gelegenheit gehabt hatte, die Stellung der Verbündeten Regierungen vor dem Reichstag zu präzisieren. Aus der Presse werden Euere Exzellenz entnommen haben, daß ich das inzwischen vorgestern getan habe[406]. Ich möchte deshalb gefälliger Erwägung anheimstellen, ob es nicht zweckmäßig wäre, daß Seine Majestät der Kaiser das Handschreiben nur ganz kurz, ohne Eingehen auf die Materie und unter Verweisung auf die von den Regierungsorganen zu führenden Verhandlungen, beantworten könnte.

Die materielle Lage der Sache ist heute noch völlig undurchsichtig. Sozialdemokraten, Fortschritt und Nationalliberale sind in erster Linie für die Erbschaftssteuer. Ich vermute aber, daß Sozialdemokratie und Fortschritt sie so radikal gestalten werden, daß die Nationalliberalen nicht dafür stimmen können. Fällt die Erbschaftssteuer auf diese Weise, so ist allerdings zu befürchten, daß die gesamte Linke einschließlich des Zentrums sich in der Kommission für eine Vermögenssteuer ausspricht. Es wird Aufgabe der Regierung sein, hiergegen so scharf aufzutreten, daß Zentrum und Nationalliberale im Interesse des Zustandekommens des Ganzen von diesem Vorhaben ablassen. Dann wird man sich entweder auf die Vermögenszuwachssteuer oder auf die von der Regierung vorgeschlagenen veredelten Matrikularеinlagen einigen. Auch die erstere Alternative sollte nach meinem Dafürhalten den Verbündeten Regierungen annehmbar sein. Für die Regierungsvorlage würden schon jetzt und unter Ausschluß anderer Modalitäten Zentrum und Konservative zu haben sein, nicht aber die Nationalliberalen, da Bassermann die Chancen der Erbschafts- und wohl auch der Vermögenssteuer von vornherein nicht wird fahren lassen wollen.

Die ganze Situation ist indessen noch zu unsicher, als daß sich diese Perspektiven zum Vortrag bei Seiner Majestät eigneten.

In aufrichtiger Verehrung
Euerer Exzellenz
ergebenster

[406] Vgl. unten Nr. 360*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

114. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staastsministeriums. Bd. 162, f. 105–110. MF 966. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 97–98.

Berlin, 26. Mai 1913

[1. *Vortrag des Staatsministers C. Delbrück über die Verschärfung des Presserechts und der Vereinsgesetzgebung in Elsaß-Lothringen.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte fest, daß das Staatsministerium mit den Vorschlägen des Herrn Staatsministers Dr. Delbrück[407] einverstanden sei. Was die geschäftliche Behandlung anbetreffe, so könne ja die Interpellation[408] dadurch unnötig gemacht werden, daß die beiden Gesetzentwürfe alsbald eingebracht würden. Nach einer Besprechung mit dem Abgeordneten Spahn[409] könne auf die Zustimmung des Zentrums nicht gerechnet werden. Bevor die Wehrvorlage nicht unter Dach und Fach sei, erachte er es für überaus bedenklich, sich eine Ablehnung von denjenigen Parteien zu holen, die diese große nationale Vorlage durchbringen wollten. Für die Reichsleitung sei es unerträglich, wenn sie die Ablehnung der Entwürfe ruhig hinnähme. Nach außen werde dies als eine schwere Niederlage wirken. Er wünsche lieber bei der Interpellation seine persönliche Auffassung darzulegen, als namens der verbündeten Regierungen zu sprechen. Käme man, durch andere Umstände veranlaßt, zu einer Auflösung des Reichstags, so könne man eventuell diese Vorlage verwerten. Solange aber die bestimmte Hoffnung bestehe, daß die Wehrvorlage angenommen würde, wolle er weder die Stimmung im Reichstag verschlechtern noch die Stellung der Regierung dadurch schwächen, daß diese in einer nationalen Frage eine Niederlage erleide.

Das Staatsministerium war mit dieser Behandlung der Sache einverstanden.

2. Der Herr Ministerpräsident bemerkte, in der vorigen Sitzung am 21. Mai[410] habe das Staatsministerium bei Erörterung der Frage des Straferlasses aus Anlaß des Regierungsjubiläums sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß bei Begnadigungen für Zivile und für Militärpersonen möglichst nach einheitlichen Gesichtspunkten vorgegangen werden solle und daß es deshalb dringend erwünscht sei, wenn auch beim Militär unter Beschränkung der allgemeinen Amnestie auf Disziplinarstrafen bei den gerichtlich erkannten Stra-

[407] Nämlich im Pressegesetz für Elsaß-Lothringen die Möglichkeit zu schaffen, periodische Druckschriften zu unterdrücken. Dazu sei die Zustimmung des Kaisers durch mündlichen Vortrag des Reichskanzlers einzuholen.

[408] Durch eine Indiskretion in der Presse war eine Interpellation der SPD zu den geplanten Gesetzentwürfen zu erwarten.

[409] Peter Spahn (1846–1925), MdR (Zentrum) 1884–1917; Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt a. M. 1910–1917; preußischer Justizminister August 1917–November 1918.

[410] Dazu vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 96–97.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fen nur umfangreiche Begnadigungen in Einzelfällen erfolgen würden. In diesem Sinne habe er auch den Herrn Kriegsminister schriftlich verständigt. Dieser habe nun in einem Schreiben vom 24. Mai geantwortet, daß er durchaus bereit sei, hinsichtlich der Voraussetzung der Einzelbegnadigungen nach gleichen Grundsätzen zu verfahren, wie sie bei der Zivilbevölkerung maßgebend sein sollten, daß er aber mit Rücksicht auf den Wortlaut der ihm erteilten Allerhöchsten Meinung an einer allgemeinen Amnestie auch der wegen militärischer Vergehen gerichtlich erkannter Strafen nach dem Vorgange der Order vom 27. Januar 1894 festhalten müsse. Er – der Ministerpräsident – habe nicht unterlassen wollen, angesichts dieser Sachlage die Angelegenheit noch einmal im Staatsministerium zur Sprache zu bringen.

115. Bethmann Hollweg an Ballin

PA Berlin, R 3477. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Berlin, 26. Mai 1913

Einschreiben. Eigenhändig.

Ganz vertraulich.

Lieber Herr Ballin[411]!

Sie wissen, wie sehr S.M. der Kaiser und mit ihm ich es bedauert haben, daß die bekannten Zwischenfälle die Einhaltung des ursprünglich aufgestellten Programms für die Einweihungsfahrt der „Imperator“ vereitelt haben[412]. Seine Majetät erblickt, wie Er mir wiederholt mündlich ausgesprochen hat, den Grund von allem in einem seit lange vorbereiteten Streich der Sozialdemokraten gegen Seine Person, welche es habe[n] verhindern wollen, daß das Schiff für Seine Reise fertig und von Ihm eingeweiht wurde. Deshalb sei von ihr ein großer Streik inscenirt worden, und auch der bei einer forcirten Probefahrt hervorgetretene kleine Maschinendefekt sei darauf zurückzuführen, daß die Sozialdemokraten einen Stiefelharken in die Turbine geworfen hätten.

Um etwaigen irrigen Voraussetzungen Seiner Majestät bei gegebener Gelegenheit entgegentreten zu können, wäre ich Ihnen zu lebhaftem Danke verpflichtet, wenn Sie die Güte hätten, mir eine ganz vertrauliche Information zukommen zu lassen.

Schlußformel m.propr.

---

411 Albert Ballin (1857–1918), Generaldirektor der HAPAG 1899–1918.

412 Der „Imperator“ war der erste riesige Passagierdampfer der HAPAG für den Nordatlantikverkehr. Mit seinen 57.000 t Verdrängung war es damals das größte Schiff der Welt. Es war im April 1913 fertig und machte mehrere Probefahrten, auf denen es zu Mißgeschicken kam. Der ärgste Mißstand war – kaum verwunderlich bei einem derart großen Schiff – seine Toplastigkeit, die später durch Umarbeiten beseitigt wurde. Der „Imperator“ ging nach dem Friedensvertrag von Versailles als Reparationsleistung an die britische Cunard Line und wurde 1938 außer Dienst gestellt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

116. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 2. Juni 1913

Lieber Herr von Eisendecher!

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 31. Die Schilderung, die Ihnen die Großherzogin Luise von den Festtagen[413] gemacht hat, trifft durchaus zu. Alles verlief würdig, schön und herzlich und war über die Maßen gut organisirt. Die Haltung des Publikums war so anständig und dabei herzlich teilnehmend, wie ich nie etwas ähnliches gesehen habe. Die drei hohen Herren[414] verkehrten miteinander als fröhliche Kameraden und Vettern. Haben dabei viel Politik gesprochen, vornehmlich der Zar, der seinem englischen Cousin doch weit überlegen ist. Er fühlte sich menschlich ganz frei und war durch den sehr freundlichen Empfang, den ihm die Bevölkerung überall bereitete, sichtlich stark beeindruckt. Abgemacht ist natürlich nichts worden, wiewohl Seine Majestät aller Welt verkündigte, Er habe nun mit seinen Vettern das Balkanproblem gelöst und regulirt, und das sei so überraschend schnell und gut gelungen, weil die dummen Minister nicht dabei beteiligt worden seien. Gefunden haben sich die drei hohen Herren in starker persönlicher Abneigung gegen Ferdinand[415], in dem Wunsche, Griechenland zu poussiren, aber die asiatische Türkei intakt zu erhalten. Bei den hellenophilen Expektorationen sind unsere Bundesbrüder[416] wohl etwas schlecht gefahren. Mit mir hat der Zar Politik nur in großen Zügen, mit Forgacs[417] aber auch in Detailfragen gesprochen. Er ist stark friedliebend und jedenfalls für seine Person bemüht, französischen Chauvinismus im Zaum zu halten. Als ich ihm ein nicht ganz ehrliches Kompliment für seine Politik in der Balkankrisis machte, erwiderte er, daß die bisherigen Ergebnisse doch wesentlich unserer Unterstützung zu danken seien. „Wenn wir Beide zusammenhalten, geht alles gut." Ich bin überzeugt, er meinte das ehrlich. Es war eine Variation aufs vorjährige Gespräch in Baltisch-Port. Mit dem King blieb die Konversation mehr an der Oberfläche. Aber sie hatte einen entschieden freundlichen Unterton und sprach die Freude über die Besserung unserer Beziehungen unverhohlen aus. Mit der Königin[418] spricht [es] sich besser und leichter. Jedenfalls war die Entrevue ein großer politischer Er-

[413] Am 24. Mai 1913 feierten Prinzessin Viktoria Luise von Preußen (1892–1980) und Ernst August III. (1887–1953), Herzog zu Braunschweig und Lüneburg, ihre Vermählung. Zu den Feierlichkeiten war auch das Großherzogspaar von Baden geladen worden.

[414] Kaiser Wilhelm II., König Eduard und Zar Nikolaus II. (die ebenfalls zu den Feierlichkeiten angereist waren).

[415] Ferdinand (1861–1948), König von Bulgarien 1887–1918.

[416] Österreich-Ungarn, Italien (auch Rumänien).

[417] Johann (János) Graf Forgách von Ghymes und Gács (1870–1935), Geheimrat; zweiter Sektionschef im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern 1913–1917.

[418] Alexandra (1844–1925), geb. Prinzessin von Dänemark; Königin von Großbritannien und Nordirland 1901–1910.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

folg, zumal wenn man bedenkt, daß ein gut Teil der schlechten politischen Lage in der Vergangenheit auf das Konto persönlicher Verstimmungen zu setzen ist. Die den Fackeltanz in der Mitte des Herrn und des englischen Königs tanzende Prinzeß war ein Bild, dem man eine gewisse historische Bedeutung nicht absprechen kann. Jedenfalls hat der Kaiser allen Grund zufrieden zu sein, und ich bedauere es, daß er trotzdem wieder hochgradig nervös ist. Jeder törichte Beschluß, den die Reichstagskommission in der Wehrvorlage faßt, und es sind ihrer allerdings genug, reizt ihn aufs Äußerste, und er möchte am liebsten jeden Tag auflösen oder doch wenigstens mit der Auflösung drohen. Ich halte das für falsch und zweifele auch nicht daran, daß es glücken wird, das Schiff durch die Klippen zu steuern. Aber ich kann mir nicht verhehlen, daß dem Kaiser meine Art, Politik zu treiben, von Tag zu Tag unerträglicher wird und jedenfalls im ganzen letzten Vierteljahr und speziell jetzt den Hauptgrund für seine nervöse Reizbarkeit abgibt. Er ist viel zu temperamentvoll und viel zu hastig in der Gedankenkonzeption, als daß er Verständnis dafür hätte, daß auch mit Überlegung und Ruhe Erfolge erzielt werden können. Auch liebt er es in der Erregung des Augenblicks, nicht zu bedenken, daß die Politik des mit der Faust auf den Tisch Schlagens Machtmittel zur Voraussetzung hat, die nachher nicht versagen. Vorstellungen wie der, daß er sich mit den Fürsten ralliiren[419] werde, um den Reichstag zu Paaren zu treiben und eventuell zu beseitigen, oder daß er einen Generaladjutanten in den Reichstag schicken würde, wenn ich dahier nicht grob genug werden sollte, finden neuerdings in Gesprächen mit mir wiederholt unverblümten Ausdruck. Sachlich nehme ich solche Dinge nicht zu tragisch, wiewohl sie eine gegenseitige vertrauensvolle Verständigung über die einzuschlagende Politik immer unmöglicher machen. Aber persönlich kosten sie viel Nervenkraft und vertiefen in mir das unsichere Gefühl, daß es sehr lange wohl nicht mehr gehen wird, zumal ich mir des eigenen Fehlens übergroßer Physis wohl bewußt bin. – Die nächsten Wochen werden aufregend sein, denn wie soll ich ein günstiges Endresultat erhoffen, stecken in der Wehr- und Deckungsvorlage mindestens ebenso viel Krisenmöglichkeiten wie in der Balkanfrage.

Den Brief des Daily Chronicle[420] füge ich mit Dank wieder bei. Er giebt einen neuen Beweis für den Umfang und die Ergebnisse Ihrer Mitarbeit, die ich Ihnen nicht genug danken kann. Helfen Sie nur bitte weiter. Wir werden schließlich doch ans Ziel gelangen.

Meine Frau hat die Feste sehr genossen und Gottlob gut überstanden. Hoffentlich geht es auch Ihrer Gemahlin, der ich mich zu Füßen zu legen bitte, besser und nach Wunsch. Der Großherzogin Luise und dem Großherzog danke

[419] (Verstreute Truppen) sammeln.

[420] Englische Zeitung, die von 1872 bis 1930 erschien. – Über den zurückgegebenen Brief konnte nichts ermittelt werden. Es dürfte sich um einen Leserbrief Eisendechers an den „Daily Chronicle“ handeln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ich ehrerbietigst für ihr gnädiges Gedenken. Die Großherzogin hat wieder alle Welt durch ihre Frische und Güte in Erstaunen gesetzt und bezaubert.

Mit den treuesten Grüßen
Ihr

117. Bethmann Hollweg an Pourtalès

PA Berlin, Nachlaß Pourtalès, Bd. 1. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 2. Juni 1913

Lieber Vetter!

Mein Bureau hat verabsäumt, mir rechtzeitig Deine Karten vorzulegen. So warst Du schon abgereist, als ich gestern im Esplanade nach Dir fragte, und ich habe Dich leider nicht mehr sehen können. Wenngleich ich nichts spezielles mehr zu sagen hatte, hätte ich doch gern die Gesammteindrücke noch kurz mit Dir besprochen. Hoffentlich sind sie in Petersburg ebenso gute wie hier und namentlich bei S.M. Ich sehe das Ganze doch als einen entscheidenden Erfolg an, wenngleich ich weit davon entfernt bin, ganz positive praktische Erfolge davon zu erhoffen. Aber ich wiederhole immer. An persönlichen Misverständnissen und Misstimmungen haben wir in der Politik schon so viel Nackenschläge davongetragen, daß es immerhin ein Schritt vorwärts ist, wenn die persönlichen Dispositionen gute sind. Mit mir war der Zar wieder sehr offen und beinahe freundschaftlich. Er sagte mir: „Wenn wir zusammenhalten, geht alles gut."

Seine Majestät sieht natürlich wieder den Himmel voller Geigen, und ich fürchte schon jetzt die Enttäuschungen und Rückschläge. Hier verkündet er aller Welt, er habe mit seinen Vettern das Balkanproblem gelöst und regulirt, und das sei so schnell und glatt gelungen, weil die dummen Minister nicht daran beteiligt worden seien.

In der Wehrvorlage werde ich noch manche Krisen haben, aber ich denke doch, es wird gehen. Nur gehört eine gewisse Geduld dazu. Ohne zwingende Not will ich sie lieber ohne als mit Auflösung machen.

Bestelle Kokowzeff und Sassonow meine Empfehlungen und lege mich Deiner Gattin zu Füßen.

Getreulichst
Dein Vetter

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

118. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 140. Telegramm. Enzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Berlin, 13. Juni 1913, 7 Uhr 33 Min. Nm.
Ankunft: 13. Juni 1913, 8 Uhr 5 Min. Nm.

Euerer Majestät muß ich leider melden, daß das Plenum des Reichstags heute ebenso wie die Kommission 3 von den geforderten Kavallerieregimentern gestrichen hat, obwohl von mir und vom Kriegsminister[421] in den Verhandlungen die Notwendigkeit dieser Forderung aufs Schärfste betont worden war. Aus dem Zentrum wird indessen mitgeteilt, daß, falls über die Deckung Einverständnis erzielt werde, auch die volle Bewilligung der Kavallerie in Aussicht stehe[422]. Ich zweifele nicht, daß dieser Erfolg erzielt werden wird.

119. Bethmann Hollweg an Valentini

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 142–143. Privatdienstschreiben. Ausfertigung von Schreiberhand.

Berlin, 22. Juni 1913

Sehr verehrte Exzellenz!

Es liegt mir daran, Ihnen von der jetzigen Situation im Reichstage hinsichtlich der Steuerfreiheit der Bundesfürsten Kenntnis zu geben. Bei der Kommissionsberatung des Vermögenszuwachssteuergesetzes ist es gelungen, dem Entwurfe eine Bestimmugn über die Besteuerung der Bundesfürsten fernzuhalten. Im Wehrbeitragsgesetz ist eine Fassung gewählt, die es unzweifelhaft erscheinen läßt, daß die in das Gesetz hineingebrachte Vorschrift

„Der Bundesrat bestimmt die für die Veranlagung und Erhebung des Wehrbeitrags der Bundesfürsten zuständigen Behörden“

sich zum Unterschied von den im gleichen Paragraphen befindlichen Bestimmungen über die Veranlagung der sonstigen Steuerpflichtigen nur auf die Feststellung des freiwilligen Beitrags der Fürsten beziehen kann. Um allen Zweifeln vorzubeugen, wird der Schatzsekretär[423] in meinem Auftrage in der Kommission nochmals auf die grundsätzliche Stellung der Verbündeten Regierungen in dieser Frage hinweisen. Damit dürfte eine befriedigende Erledigung

421 Josias von Heeringen.

422 Die Wehrvorlage der Regierung hatte sechs neue Kavallerieregimenter vorgesehen. In der zweiten Lesung (10.–24. Juni 1913) strich der Reichstag jedoch drei Regimenter. In der dritten Lesung (23.–30. Juni) gelang es der Regierung, alle drei Regimenter wieder durchzusetzen, da die Zentrumsfraktion geschlossen dafür stimmte.

423 Hermann Kühn.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dieser heiklen Angelegenheit erzielt und die Steuerfreiheit der Fürsten gewahrt sein.

Die zweite Lesung der Wehrvorlage wird voraussichtlich am Dienstag[424] beendet werden. Hoffentlich erfolgt dann die Annahme der Deckung in zweiter Lesung und die dritte Lesung früh genug, um mir noch die Reise nach Kiel am 3. Juli zu ermöglichen[425].

120. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 25. Juni 1913

Lieber Herr von Eisendecher!

Herzlichen Dank für Ihren Brief vom 9., dessen Anlage ich wieder beifüge. Der Kaiser kann mit seinem Jubiläum[426] zufrieden sein. Er war nie so populär wie jetzt. Es ist beinahe beängstigend für den, der hinter die Kulissen zu sehen gezwungen ist. „Nun sind die Novembertage[427] ausgewetzt", sagte er mir. Ich gönne ihm das aufrichtig. Aber es wird, fürchte ich, zu Rückschlägen führen und den Verantwortlichen die Arbeit nicht erleichtern. Im Reichstag geht die Sache nun doch wohl zum Ende. Die Chancen für die Kavallerieregimenter[428] bessern sich, bleiben aber ungewiß. Ihre Ablehnung ist philiströs, aber doch nicht so tragisch, wie S.M. sie nimmt. Der Allerhöchste Herr hat sich aber so sehr darin hineingeredet, daß Heeringen und ich unsere Sache hundsschlecht gemacht haben, daß dieser Knochen vielleicht willkommen sein wird, um weiter an ihm nagen zu können. Die Steuern, die die verehrten Reichsboten[429] machen, sind abscheulich. Aber sie fühlen sich so gottähnlich, daß sie auch die besten Regierungsvorschläge ruiniren müssen. Eigensinn von meiner Seite wäre trotzdem falsch gewesen. Es ist immerhin eine merkwürdige Sache, daß dieser so demokratische Reichstag eine solche Riesenmilitärvorlage annimmt. Um unserer Besitzsteuer willen, die ja an sich recht angreifbar und nur ein mühsäliges Bundesratskompromiß war, konnte ich die Möglichkeit einer Krisis nicht heraufbeschwören. Die Chancen einer Auflösung wären für die Regierung jetzt miserabel gewesen. Um so dankbarer bin ich, daß der Bundesrat mit

[424] 24. Juni 1913. – Am 25. Juni 1913 beschäftigte sich die Haushaltskommission mit dem Wehrbeitrag, am 26. Juni endete die zweite und am 28. Juni die dritte Lesung der Wehrvorlage. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 265–277.

[425] Um dort das italienische Königspaar zu begrüßen.

[426] Zum 25. Regierungsjubiläum. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 254, 256–259.

[427] Gemeint sind die erhitzten Reichstagsdebatten im November 1911 über das deutsch-französische Marokkoabkommen, bei denen die Reichsregierung mehrfach scharf angegriffen wurde.

[428] Vg. die vorangehende Nr. Anm. 422.

[429] Damals oft gebrauchter salopper Begriff für Reichstag.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

alleiniger Ausnahme Sachsens die Pille der Vermögenszuwachssteuer schlukken will. Ganz so sauer, wie man meint, ist sie übrigens nach meiner Überzeugung nicht. Und sie beendigt den leidigen Erbschaftssteuerstreit. Momentan sind übrigens sogar die Demokraten zu der Einsicht gelangt, daß der Besitz nun bis an die äußerste Grenze des Möglichen geschröpft ist. Hält die Einsicht vor, so wäre das ein großer Gewinn für die Zukunft. Aber wie das auch sein möge. Ich bin tief beeindruckt von dem Entgegenkommen des Bundesrats. Bitte sagen Sie das mit aufrichtigem Dankesworten an Dusch und auch an den Großherzog, sobald Sie Gelegenheit dafür haben. – Ich werde aufatmen, wenn die Sache vorüber ist. Von Krieg und Kriegsgeschrei und von den ewigen Rüstungen habe ich nun nachgerade genug. Es ist höchste Zeit, daß sich die großen Nationen wieder beruhigen und friedlicher Arbeit nachgehen. Sonst kommt es doch zu der Explosion, die keiner will und die allen schadet.

Boyd Carpenter, Allan Baker und Dickinson[430] habe ich gesehen. Ohne bestimmte Anhaltspunkte dafür zu haben, habe ich das vage Gefühl, daß momentan in der Besserung unserer Beziehungen zu England zwar kein Rückschritt, wohl aber eine Art von Stillstand eingetreten ist. Aber daß der Weg lang und mühsam sein würde, war mir von vornherein klar.

Empfehlen Sie mich der Gebieterin. Mit herzlichen Grüßen und Wünschen in treuer Anhänglichkeit Ihr

121. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 9–10. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 26. Juni 1913

Lieber Freund[431]!

Laß Dir für Deinen guten Gerhard Hauptmann-Artikel[432] danken. Er ist mir aus der Seele geschrieben und bringt hoffentlich recht viele Menschen zur Besinnung. Du kannst Dir denken, wie mich Deine Parallele mit Ferrer[433] entzückt hat. Daß es uns armen Deutschen so sauer wird, uns zu einem einigermaßen anständigen kulturellen und politischen Leben durchzuarbeiten! Und da

[430] William Boyd Carpenter (1841–1918), Bischof von Ripon 1884–1911; Hofgeistlicher der Könige Eduard VII. und Georg V. 1903–1918, Vertrauter Wilhelms II. – Baker: oben Anm. 263. – Willoughby Dickinson (1859–1943), Unterhausmitglied (Liberal) 1906–1918; Pazifist; einer der Urheber des Völkerbundsgedankens.

[431] Wolfgang von Oettingen (1859–1943), Kunst- und Literaturhistoriker; Direktor des Goethe-Nationalmuseums in Weimar 1909–1918, des Goethe- und Schiller-Archivs dort 1911–1918.

[432] Gerhart Hauptmann (1862–1946), Schriftsteller. – Der Artikel: Wolfgang von Oettingen, Hauptmann und kein Ende. In: Der Tag, 25. Juni 1913, Nr. 146.

[433] Francese Ferrer i Guàrdia (1854–1909), spanischer Pädagoge; propagierte radikale reformpädagogische Ideen; nach anarchistischen Aufständen in Barcelona 1909 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wundert man sich, daß wir trotz unserer Städte im großen Weltenleben immer nur die zweite oder dritte Geige spielen! Im Reichstag gehts nun hoffentlich zum Ende. Sieben Monate arbeite ich an der Sache[434]. Da verliert man am Ende die Spannkraft und akzeptirt auch dumme Dinge, nur damit Schluß wird. Auch daß die Feste[435] vorüber sind, macht mich aufatmen. Der Kaiser kann mit ihnen zufrieden sein. Er war noch nie so populär wie jetzt. Selbst die passageren Artikel der Tagespresse haben die Grundlinien seines Wesens ziemlich richtig festgehalten. Die Schattenseiten – bekannte und unbekannte – blieben in wohltätigem Dunkel. Wer gezwungen ist, hinter die Kulissen zu sehen, ist dafür dankbar.

In etwa acht Tagen wollen wir nach Hohenfinow. Die weitere Zukunft ist ziemlich dunkel.

Dir und den Deinen die herzlichsten Grüße.
Getreulichst

122. Bethmann Hollweg an Valentini

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr.27282, f. 145–145. Telegramm in Ziffern. Abschrift von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Berlin, 28. Juni 1913, 12 Uhr 20 Min. am.
Ankunft: 28. Juni 1913, 1 Uhr 45 am.

Der Reichstag hat heute auf Antrag der Sozialdemokraten in das Vermögenssteuer-Zuwachs-Gesetz trotz entschiedenen Widerspruchs des Schatzsekretärs[436] eine Bestimmung aufgenommen, nach welcher der Bundesrat die zuständigen Behörden für Veranlagung und Erhebung der auf die Bundesfürsten entfallenden Steuer bestimmen soll[437]. Die Mehrheit für diese Vorschrift war nur eine zufällige, und es besteht die Hoffnung, daß sie in dritter Lesung eleminiert wird. Sollte das nicht gelingen, so würde der Bundesrat die Heeresvorlage, den Wehrbeitrag und das Stempelgesetz annehmen, die Vermögenszuwachssteuer aber ablehnen können und dann im Herbst eine neue Besitzsteuer einbringen, in die der Reichstag aber die Steuerpflicht der Fürsten auch hineinschreiben kann. Es ist aber, wenn auch nicht wahrscheinlich, so doch möglich, daß sich bei dieser Meinungsverschiedenheit eine Mehrheit auch für die Heeresvorlage in dritter Lesung nicht findet. Dadurch würde die Auflösung des Reichstags notwendig werden können. Für diesen Fall muß eine Kaiserliche Verordnung bereit sein, die heute Abend durch Bericht erbeten wird und

[434] An der Wehrvorlage (oben Nr. 112 und Anm. 396).
[435] Zum 25. Regierungsjubiläum Wilhelms II. (oben Nr. 56).
[436] Hermann Kühn.
[437] Verhandlungen des Reichstags, XIII. Leg.per., I. Session, Bd. 290. Berlin 1913, S. 5881–5882.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bis Sonntag früh[438] hier sein muß. Wenn die Heeresvorlage angenommen wird, so wird eine Auflösung wegen der Steuerpflicht der Fürsten nicht in Frage kommen können. Der neugewählte Reichstag würde schwerlich anders beschließen. Ich bitte, Seine Majestät zu informieren und dabei darauf hinzuweisen, daß die Ablehnung der Heeresvorlage in hohem Maße unwahrscheinlich ist. Bitte aber für strengste Diskretion zu sorgen.

Es ist nicht unmöglich, daß es sich bei dem heutigen Beschluß des Reichstags um einen Versuch der Conservativen handelt, der Vermögenszuwachssteuer und der Regierung im letzten Augenblick ein Bein zu stellen. Die Partei sprach zwar gegen den Antrag der Sozialdemokraten, war aber bei der Abstimmung nur lückenhaft vertreten.

123. Bethmann Hollweg an Valentini

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 27282, f. 154. Telegramm. Entzifferung. Abschrift von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Berlin, 30. Juni 1913, 3 Uhr 27 Min. Nm.
Ankunft: [*Vermerk nicht lesbar*]

Für Seine Majestät den Kaiser und König, Kiel.

Der Reichstag hat nunmehr die gesamten Finanzgesetze angenommen. Die Steuerpflicht der Landesherren ist wieder beseitigt. Darauf ist der Reichstag bis zum 20. November vertagt worden[439].

Alleruntertänigst

124. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 15. Privatbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Hohenfinow, 18. Juli 1913

Sehr verehrter Herr Professor,

Ich muß vor Allem Ihre freundliche Nachsicht dafür erbitten, daß ich Ihnen erst jetzt für Ihren Brief vom 5. und für Ihre Aufsätze in den „Preußischen Jahrbüchern“ und im „Tag“ danke[440]. Was Sie darin schreiben, ist mir um so

[438] 29. Juni 1913. – Vgl. zum Ausgang der Abstimmung am 30. Juni 1913 die folgende Nr.

[439] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 277–282.

[440] Es handelt sich um mehrere Beiträge Hans Delbrücks in seiner „Politischen Korrespondenz“ im Juliheft: Das Kaiser-Jubiläum. – Das Beamtentum unter Wilhelm II. – Die Armee- und Steuervermehrung. – Gerhart Hauptmanns Festspiel. In: Preußische Jahrbücher 153 (1913) S. 161–171. – Ferner Hans Delbrück, Werden wir parlamentarisch? In: Der Tag. Illustrierter Teil. Nr. 156, 6. Juli 1913, S. 1–2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wertvoller, als mir allerdings in der Öffentlichkeit eine gewisse Katzenjammerverstimmung Platz zu greifen scheint, die auch durch die unerfreulichen Begleitumstände, unter denen die Deckungsvorlage[441] zu Stande gekommen ist, kaum gerechtfertigt wird. Gewiß hat auch diese Medaille eine Kehrseite, aber die kannte man, als man sie zur Prägung gab. Die unglückliche Haltung der Konservativen im Jahre 1909[442] ließ von Anfang herein voraussehen, daß jetzt bei einer Milliardenforderung die Besitzsteuer nach Form und Inhalt bis an die äußerste Grenze dessen gehen werde, was Besitz und Bundesstaaten noch vertragen können. (Massow macht darüber in den letzen „Grenzboten" recht treffende Bemerkungen[443].) Und ebensowenig konnte man sich darüber täuschen, daß man die Macht des Parlaments, von dem man so viel Mann und so viel Groschen forderte, eben durch diese Anforderung unendlich steigern werde. Aber auch hier sind es leider die Konservativen gewesen, die durch die Ablehnung der Vermögenszuwachssteuer diese Machtsteigerung noch eigensinnig unterstrichen haben. Die jetzigen Nörgler vergessen eben ganz, daß ein Scheitern dieser Riesenvorlagen eine unverwindliche [!] [unverantwortliche?] Niederlage Deutschlands nach Innen und nach Außen bedeutet, daß deshalb die Schlacht gewonnen werden mußte, auch wenn sie sehr viel Blut kostete. Schließlich sind alle diese Erscheinungen aber Folge davon, daß wir keine innerlich und äußerlich gefestigte Parlamentsmehrheit besitzen, sondern daß sich der Reichskanzler, und namentlich der jetzige, mismutige Landsknechte aus aller Herren Ländern zusammentrommeln muß, wenn es in den Krieg geht.

Mit den besten Wünschen für eine gedeihliche Sommerpause bin ich, sehr verehrter Herr Professor,

Ihr ergebenster

125. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 82. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung. – Teildruck in: Hutten-Czapski, Sechzig Jahre II S. 123.

Hohenfinow, 6. August 1913

Mein lieber Graf!

Sie waren so gütig, der Ergebnisse der letzten Reichstagssession[444] mit freundlichen Worten zu gedenken. Ich danke Ihnen um so aufrichtiger dafür,

[441] Vorlage zur Deckung der Wehrvorlage.

[442] Bei der Finanzreform 1909, die zum Sturz des Reichskanzlers Bülow führte. Vgl. Witt, Finanzpolitik S. 304–311. – Ferner unten Anm. 445.

[443] W[ilhelm] von Massow, Reichstag und Reichsfinanzen. In: Die Grenzboten. Zeitschrift für Politik, Literatur und Kunst 72,3 (1913) S. 97–108. – Wilhelm von Massow (1855–1928), Publizist. – „Die Grenzboten" war eine nationalliberale Wochenzeitschrift, die von 1841 bis 1922 erschien.

[444] Am 30. Juni 1913 wurde die Wehrvorlage der Regierung nach wechselvollen Beratungen mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Nationalliberalen angenommen. Die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

als der Sieg, mit dem der Kampf geendet hat, doch sehr viel Blut gekostet hat. Die Steuern gefallen mir sehr wenig. Wir bezahlen mit ihnen das Unglück von 1909[445]. Mit einer Krisis, die einer Niederlage gleichgekommen wäre, durfte die Sache aus inneren und äußeren Gründen unter keinen Umständen enden. Das zwang zu Nachgiebigkeiten, die unerfreulich sind und über die die konservativen Zionswächter jetzt ein leichtes Schimpfen haben. Man verlangt von der Regierung, daß sie durch dick und dünn geht, aber die Regierung durch dick und dünn unterstützen will keiner. Trotz alledem bleibt die Heeresvorlage eine Tat, der wir uns nicht zu schämen brauchen. – Mit England geht es langsam, aber man soll die Geduld nicht verlieren.

Ich bleibe wohl noch 14 Tage in der Ebene, Ende August vielleicht in die Berge.

Meine Damen erwidern Ihre Empfehlungen bestens und ich bin in aller Ergebenheit stets der Ihre

126. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 1. Oktober 1913

Ganz vertraulich.

Lieber Herr von Eisendecher!

Ihr so freundlicher Brief vom 27. hat mich herzlich erfreut. Haben Sie besten Dank für ihn – und für alle vorhergehenden Briefe, die ich in gewohnter Undankbarkeit bisher unbeantwortet ließ. Ich habe einen verteufelt schlechten Sommer hinter mir, in dem mir niemals schreibselig zu Mute war. Diese vier Jahre sind doch scharf über mich hergegangen, und der letzte Winter und Frühling mit ihren großen Aufgaben haben mich vollends mürbe gemacht. Gerade die Faktoren, die mir berufsmäßig die Arbeit erleichtern sollten, S.M. und die Konservativen, erschweren sie mir nach Lüsten und Kräften. Ich hätte Anfang Juli die Konsequenz aus diesen Friktionen ziehen sollen, die sich doch über kurz oder lang unabwendbar aufdrängen wird. Die damals ganz unfertige äußere Lage und die gewisse Katzenjammerstimmung im Lande, die der Annahme der Wehrvorlage folgte, hielten mich indessen davon ab, gerade in diesem Momente die Flinte ins Korn zu werfen. Jetzt muß ich noch die braunschweigische Frage[446] durchkämpfen, nachdem die Nationalliberalen es

besonders umstrittenen drei Kavallerieregimenter waren durchgesetzt. Die zusätzlichen Kosten wurden durch eine neue Besitzsteuer gedeckt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 277–285 (mit zahlreichen Pressestimmen).

445 Die Reichsfinanzreform von 1909, infolge derer Reichskanzler Bülow seinen Rücktritt einreichte, erbrachte eine stärkere Besteuerung des mobilen Kapitals und diverse Steuern auf Zündwaren und Genußmittel.

446 Die langwierige Braunschweigische Frage trat 1913 in ein neues Stadium: Der Bundesrat hatte 1885 beschlossen, in Braunschweig, wo die Agnaten in Hannover wegen Nichtaner-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aus schoflem Parteiinteresse heraus verstanden haben, die Angelegenheit zu verwirren und zu vergiften. Aber Sie werden begreifen, daß mir unter solchen Gedanken auch die Zeit in Hohenfinow nicht gut getan hat. Reichlicher Berliner amtlicher und halbamtlicher Besuch, dann Swinemünde, Hamburg, Kehlheim, Posen und Breslau sorgten überdies dafür, kein Gefühl der Ruhe aufkommen zu lassen. Und zu alledem war und ist meine Frau die ganze Zeit recht kümmerlich und elend. Kurz Sorgen und Ungemach an allen Ecken und Enden. Und meine moralischen Kräfte sind häufig nicht stark genug, um immer fest gegenzuhalten. Anfang September bin ich auf 14 Tage nach Sils Maria entflohen. Das mir bisher nicht bekannte Engadin hat mich begeistert, und ich konnte schließlich trotz sehr wechselnden Wetters den Aufenthalt wirklich genießen. Nun muß ich sehen, ob und wie es weitergeht. Nächsten Sonntag[447] will ich auch auf 2 Tage nach München, um Hertling pp zu sehen. Er hat sich in der ganzen Wehrvorlage so tadellos benommen, daß ich einen Besuch politisch für wichtig halte. Danach vielleicht noch einige wenige Tage nach Linderhof, wohin mich der Prinzregent[448] eingeladen hat. Führe ich letzteres aus, so werde ich wahrscheinlich am 12. wieder hier sein, kann es indessen nicht auf den Tag genau bestimmen. Wenn Sie daher Ihr Kommen hierher eine Kleinigkeit verschieben könnten, so würde ich sicherer sein, Sie ausgiebig zu sehen, worauf ich den größten Wert lege. Zum 18. muß ich dann allerdings nach Leipzig. Meine Frau wird alsdann kaum hier sein. Sie denkt noch an einen Aufenthalt in guter Luft, vielleicht in Partenkirchen. Aber bestimmtes ist noch nicht festgesetzt. – Lord Moulton[449] werde ich sehen, sobald er sich hier einfindet. – Was Sie mir über das Befinden des Großherzogs schreiben, bekümmert mich. Er vereinigt in seiner Gewissenhaftigkeit und Treue ein großes Stück guter Tradition. – Das türkisch-griechische Verhältnis macht mir Sorgen. Die Türken haben 300.000 gute und ausgeruhte Soldaten zur Stelle. Die Griechen sind müde. Die serbischen Reservisten werden sich jetzt kaum in einen neuen Krieg hineinhetzen lassen. Bulgarien ist wohl zu erschöpft, um aktiv den Türken beizustehen, aber es würde den Türken bei einem Angriff auf Griechenland alle Freiheiten gönnen[450]. So liegen die Chancen für die Türken sehr gün-

kennung des Deutschen Reiches (nach dem Tod des Herzogs Wilhelm) von der Erbfolge ausgeschlossen waren, eine Regentschaft unter Prinz Albrecht von Preußen einzusetzen (1885–1906). Nach dessen Tod übernahm Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg die Regentschaft (1906–1913). Als Ernst August von Hannover 1913 die Tochter Wilhelms II. heiratete und die Reichsverfassung ausdrücklich anerkannte, wurde er als „Herzog in Braunschweig" anerkannt. Er trat die Regierung am 1. November 1913 an. – Studie aufgrund von Archivalien: Hartwieg, Um Braunschweigs Thron; ferner: Bringmann, Die braunschweigische Thronfolgefrage. – Vgl. auch die folgende Nr.; ferner Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 338–339.

447 5. Oktober 1913.

448 Rupprecht (1869–1955), Kronprinz von Bayern; ältester Sohn Ludwigs III.; Generaloberst.

449 John Fletcher Moulton, baron Moulton (1844–1921), Mitglied des Oberhauses 1912–1921; Lord Justice im Court of Appeal 1906–1921.

450 Der Zweite Balkankrieg (Bulgarien gegen Serbien und Griechenland, die von der Türkei und Rumänien unterstützt wurden) war durch den Frieden von Bukarest am 10. August

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stig, und wenn die Griechen nicht nachgeben, kommt es, fürchte ich, wieder zum Klappen. Aber Europa sollte die Brüder sich balgen lassen, bis sie nicht mehr können. – Captured Sea[451] ist richtig eingegangen. Besten Dank. Aber ich habe es noch nicht gelesen. – Verzeihen Sie die lange Lamentation und behalten Sie sie für sich. Ich freue mich sehr auf das Wiedersehen. Ihrer Gemahlin die besten Empfehlungen.

Getreulichst Ihr

127. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 162, f. 129–140. MF 967. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 100–101 (mit den dortigen Anmerkungen).

Berlin, 16. Oktober 1913

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes erledigt wurde:

1. Der Herr Ministerpäsident führte den durch Allerhöchsten Erlaß vom 7. Juli d.Js. ernannten Kriegsminister Herrn Generalleutnant von Falkenhayn[452] als Mitglied des Staatsministeriums ein und hieß ihn in dessen Namen willkommen. Hierauf leistete der Herr Kriegsminister den durch Artikel 108 der Verfassung vorgeschriebenen Eid, worüber ein besonders hier angeschlossenes Protokoll aufgenommen ist.

2. Der Herr Ministerpräsident führte aus:

Die schriftlichen Unterlagen der Beurteilung der Braunschweigischen Frage seien dem Staatsministerium in seinem Schreiben vom 11. Oktober 1913[453] zugestellt worden. Er brauche daher deren Inhalt nicht zu wiederholen und wolle jetzt die Situation von einem anderen Standpunkte beleuchten, um die Politik zu erklären, die er Seiner Majestät empfohlen habe.

Als die Verlobung der Prinzessin Luise mit dem Prinzen Ernst August in den Bereich der Möglichkeit getreten sei, sei er vor die Frage gestellt worden, ob er Seiner Majestät empfehlen sollte, die Verlobung a limine abzulehnen,

1913 beendet worden. Bulgarien verlor die meisten seiner Gewinne aus dem Ersten Balkankrieg.

451 In dem Buch „Capture at Sea“, 1913 in London erschienen, untersucht der Verfasser, Earl Loreburn, diverse Fragen des Seekriegsrechts, u. a. die Blockade und die Konterbande. Das Buch ist auf dem Hintergrund des damaligen Wettrüstens entstanden.

452 Erich von Falkenhayn (1861–1922), Generalleutnant; preußischer Kriegsminister 1913 – Januar 1915; Chef des Generalstabs Januar 1915 – August 1916; Oberbefehlshaber der 9. Armee gegen Rumänien September 1916–Juli 1917; Führer der Heeresgruppe F in Palästina September 1917–März 1918. – Der im folgenden genannte Artikel 108: der preußischen Verfassung vom 31. Januar 1850. – Das im folgenden genannte Protokoll liegt bei: GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatministeriums, Bd. 162, f. 141.

453 Nicht ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weil ein ausdrücklicher Verzicht des Prinzen auf Hannover nicht zu erlangen gewesen wäre. Er habe bei einer früheren Gelegenheit im Staatsministerium die Gründe dargelegt, die den Herzog von Cumberland[454] und seinen Herrn Sohn verhindert hätten, einen Verzicht auszusprechen[455]. Vater und Sohn hätten in dieser Beziehung die gleichen Ansichten. Der Herzog von Cumberland glaube, daß auf Rechte, die sich nach seiner Ansicht auf ein Königtum von Gottes Gnaden gründeten, überhaupt nicht verzichtet werden könne. Ferner erblicke Seine Königliche Hoheit in einem solchen Verzicht eine Felonie gegenüber den ihm treu und anhänglich gebliebenen Hannoveranern. Schon vor der Verlobung sei es daher klar gewesen, daß ein Verzicht unerreichbar sei. Sollte man nun an diesem formellen Mangel das Projekt der Verlobung und der Thronbesteigung des Prinzen Ernst August – beides sei nicht von einander zu trennen – scheitern lassen? Er habe die Verantwortung hierfür nicht übernehmen können. Denn welches wäre der Erfolg gewesen? Der Prinz habe sich bisher von der welfischen Politik völlig fern gehalten und durch seinen Eintritt in die bayerische Armee[456] bekundet, daß er die Gmundener Isolierung[457] nicht mitmachen, sondern in deutschem Sinne arbeiten wolle. Hätte man die Verlobung zurückgewiesen, so würde der Prinz sicherlich sich ebenfalls auf Gmunden zurückgezogen haben, um ein Führer, ja ein Märtyrer des Welfentums zu werden. Die welfische Bewegung würde damit eine wesentliche Stärkung erfahren haben; überdies wäre die Möglichkeit, die braunschweigische Frage zu lösen und das Provisorium, daß, je länger es dauere, desto unerwünschter werde, endgültig zu beseitigen, dann nicht mehr gegeben gewesen. Lege man dagegen auf einen formellen Verzicht nicht entscheidenden Wert und erblicke man in der Erklärung des Prinzen genügende Sicherheit dafür, daß Braunschweig, wenn dieser den Thron besteige, nicht zum Hauptquartier des Welfentums werde, so ergebe sich aus der Heirat und der Thronbesteigung eine dreifache Chance: 1. den Prinzen vom Welfentum endgültig loszulösen, 2. dem Welfentum einen Teil seiner Kraft zu nehmen und 3. das Provisorium in Braunschweig zu beseitigen. So sei es zur Verlobung und den weiteren Schritten gekommen. Nun habe man in der Öffentlichkeit bei der Kritik dieser Vorgänge auf die frühere Stellungnahme Preußens und des Bundesrats in der braunschweigischen Frage hingewiesen. Die Situation sei aber zu den drei Zeitpunkten, wo sich das Staatsministerium und der Bundesrat mit dieser Frage beschäftigt habe, eine durchaus verschiedene gewesen.

1885 habe das Deutsche Reich erst seit kurzer Zeit bestanden. Der Herzog von Cumberland habe sich erst kurz vorher dem Protest seines Vaters ange-

[454] Ernst August von Cumberland (1845–1923), Herzog von Braunschweig-Lüneburg; Duke of Cumberland. – Sein im folgenden genannter Sohn: oben Nr. 116 Anm. 413.

[455] Am 3. Mai 1913. Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 96 (mit Anm. 3).

[456] Als Leutnant im 1. Schweren Reiterregiment Prinz Karl von Bayern.

[457] Nach Gmunden in Österreich hatte sich sein Vater ins Exil begeben und 1882 mit dem Bau von Schloß Cumberland begonnen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schlossen, der Welfenfonds[458] sei noch vorhanden gewesen, die Existenz der welfischen Legion noch in frischer Erinnerung. Bismarck hätte damals mit Recht befürchten müssen, daß Braunschweig zum Zentrum der antipreußischen welfischen Bewegung werden würde. Dies habe Bismarck bestimmt, den Beschluß von 1885 herbeizuführen[459]. Zwar sei in der Begründung nebenher auch auf die Möglichkeit eines Verzichts hingewiesen, ein Verzicht selbst aber nicht gefordert worden. Es heißt in dem Beschluß, die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig sei nach der Überzeugung der verbündeten Regierungen mit den Grundprinzipien der Bundesverträge und der Reichsversfassung nicht vereinbar, da derselbe sich in einem dem reichsverfassungsmäßig gewährleisteten Frieden unter Bundesstaaten widerstreitenden Verhältnisse zu dem Bundesstaat Preußen befinde und im Hinblick auf die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile Preußens.

1906 wiederum hätten die Verhältnisse ganz anders gelegen. Der Herzog von Cumberland habe damals zwei Linien begründen wollen. Nur die jüngere braunschweigische sollte auf Hannover verzichten, während die ältere hannöversche nicht verzichten sollte. Dadurch wären also die Ansprüche dieser Linie auf Hannover ausdrücklich aufrecht erhalten geblieben. Die Zukunftshoffnung der Hannoveraner sollte in der Linie des älteren Prinzen fortleben. Das wäre unannehmbar gewesen. In dem Beschlusse des Bundesrats selbst sei von einem Verzicht als der Voraussetzung für die Thronbesteigung nicht gesprochen, Fürst Bülow habe aber in seiner Rede vom 1. Mai 1907[460], die jetzt so viel zitiert werde, die Notwendigkeit des Verzichts betont.

Jetzt sei die Situation völlig verändert. Der Prinz Ernst August sei der einzige überlebende Sproß des Welfenhauses[461]. Eine Zweiteilung desselben komme nicht mehr in Frage. Dadurch, daß der Prinz preußischer Offizier geworden[462], den Fahneneid geleistet, sich mit der Tochter des Kaisers verheiratet habe, sei der Zustand erreicht, den Bismarck herbeigeführt sehen wollte, daß nämlich zwischen Preußen und dem Welfenhause ein Friedensverhältnis eingetreten sei. 1885 habe Bismarck von einer Art Kriegszustand sprechen können wegen der unmittelbaren Geltendmachung von Ansprüchen auf preußische Gebietsteile. Statt dessen habe jetzt der Prinz Ernst August in seinem in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung veröffentlichten Brief vom 20. April 1913 erklärt, daß er nichts tun und nichts unterstützen werde, was darauf gerichtet sei, den derzeitigen Besitzstand Preußens zu verändern, d. h. daß er

458 Von Bismarck 1867 beschlagnahmtes Privatvermögen des entthronten Königs Georg V. von Hannover. Ein Teil davon verwendete er ohne öffentliche Rechnungslegung („Reptilienfonds") u. a. zur Bekämpfung welfischer Bestrebungen. – Die sodann genannte Welfenlegion: Sie hatte sich nach der Annexion Hannovers durch Preußen 1866 in den Niederlanden aus ehemaligen hannoverschen Soldaten gebildet und umfaßte etwa 800 Mann. Sie löste sich noch vor dem Deutsch-Französischen Krieg 1870 wieder auf.

459 Einsetzung des preußischen Prinzen Albrecht als Regent von Braunschweig-Lüneburg.

460 Wortlaut in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 48 (1907) S. 108–110.

461 Das ist so nicht richtig: Sein Vater, Herzog von Cumberland, lebte ja noch.

462 1913 wurde er 2. Chef des 2. Leibhusaren-Regiments Königin Viktoria von Preußen Nr. 2 (in Braunschweig.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht versuchen werde, die vermeintlichen Rechte durchzuführen: Er wolle sie nicht geltend machen, auch wenn er sie besitze[463]. Somit seien die beiden Hinderungsgründe, die Bismarck betont habe – der Kriegszustand mit Preußen und die Erhebung von Ansprüchen auf Teile Preußens –, fortgefallen. Es komme ferner hinzu, was in dem Schreiben an das Staatsministerium noch nicht aufgeführt sei, was er aber heute ganz vertraulich mitteilen wolle, daß der Prinz Ernst August bei seiner Thronbesteigung in den nach braunschweigischem Staatsrechte erforderlichen sogenannten Reversalien[464] folgendes erklären wolle:

„Als deutscher Fürst werden Wir stets in unerschütterlicher Treue zum Reich und seinem erhabenen Oberhaupte stehen und im Verhältnis zu unseren hohen Verbündeten allezeit Unsere Verpflichtungen erfüllen, die Uns durch die Reichsverfassung und die ihr zugrunde liegenden Bündnisverträge auferlegt sind."

Es sei das ein volles Bekenntnis zum Reich, zur Reichsverfassung und zu den Verpflichtungen, die jedem einzelnen Bundesfürsten durch diese auferlegt seien; wolle man pointilliös[465] sein, so könne man sogar einen ausdrücklichen Verzicht darin sehen, da Artikel 6 der Reichsverfassung von den ehemaligen Stimmen von Hannover spreche, die auf Preußen übergegangen seien. Auf diesen Formalismus komme es aber nicht an. Durch die Vermählung des Prinzen, seinen Eintritt in die preußische Armee und die Thronbesteigung werde es unmöglich, daß der Prinz in Braunschweig ein Stützpunkt der welfischen Agitation sein könne. Man könne und müsse sich in dieser Beziehung auf die Loyalität des Prinzen verlassen. Sollte er illoyal sein, dann werde auch ein ausdrücklicher Verzicht nichts helfen.

Streng sachlich und rein staatsrechtlich könne Preußen die Zulassung des Prinzen zum braunschweigischen Thron nicht davon abhängig machen, daß er auf Hannover verzichte. Denn Preußen könne die vermeintlichen Rechte auf Hannover niemals anerkennen. Für Preußen gäbe es keine Prätendenten auf Hannover. Alle Rechte auf Hannover seien auf die Krone Preußens übergegangen. Wenn er den Herzog von Cumberland oder seinem Sohne sagen wollte: „Erst verzichte, dann werde ich für die Thronbesteigung in Braunschweig sein", so liege darin ein gewisses Anerkenntnis der Ansprüche.

Die Hauptbedeutung der Frage liege für Preußen darin, wie die Thronbesteigung des Prinzen auf das preußische Welfentum in Hannover tatsächlich einwirke. Wenn ein Verzicht ausgesprochen worden sei, so würde die Wirkung stärker gewesen sein, aber beseitigt sei die welfische Partei damit noch nicht. Die ganz intransigenten Elemente würden den Verzicht nicht anerkannt haben, weil nach ihrer Auffassung ein solcher gar nicht ausgesprochen werden

[463] Wortlaut des Briefes auch in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 262 (vgl. auch ebenda S. 264).

[464] Verpflichtung auf die Verfassung und die Gesetzes des Landes.

[465] = pedantisch genau.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

könnte. Aus der Rede des Welfenführers Colshorn[466] ginge klar hervor, daß er die Absicht verfolge, die Thronbesteigung des Prinzen unmöglich zu machen, um ihn zum Fahnenträger des Welfentums zu machen. Die Erklärung, die der Prinz abgegeben habe, sei klipp und klar genug, um die Welfen, die nicht absolut intransigent seien, zu überzeugen, daß sie in dem Prinzen keine Stütze finden würden. Er zweifle nicht, daß, wenn der Prinz in Braunschweig residiere, die welfische Agitation in Hannover abflauen werde. Schließlich müsse man sich doch auch sagen, was solle ein Verzicht, wenn die realen Machtverhältnisse es überhaupt nicht zuließen, die Ansprüche, auf die verzichtet werde, in die Tat umzusetzen. So wenig angenehm die welfische Agitation bisher gewesen sei, so wenig gefährlich sei sie für die preußische Sicherheit. Das Preßgerede habe ihre Bedeutung erhöht. Wenn Prinz Ernst August aus der Agitation ausgeschaltet sei und als loyaler Bundesfürst seinen Pflichten nachkomme, so lasse sich eine günstige Rückwirkung auf die hannoversche welfische Partei erwarten. Nach allem könne Preußen es vollauf verantworten, die braunschweigische Frage, wie vorgeschlagen, zu lösen.

Die Angelegenheit müsse aber auch vom braunschweigischen Standpunkte aus betrachtet werden. Das Recht des Herzogs von Cumberland auf Braunschweig werde von keiner Seite bestritten. Braunschweig habe einen entschiedenen Anspruch darauf, daß die Thronfolge nach braunschweigischem Rechte geregelt werde, wenn der Thronfolger die Garantie biete, alle Pflichten eines deutschen Bundesfürsten zu erfüllen. Braunschweigs Rechtsanspruch darauf, daß der Erbe seiner Krone auf den Thron gesetzt werde, dürfe nicht zu gering veranschlagt werden. Das braunschweigische Provisorium unnötig lang fortzusetzen liege weder im Interesse Braunschweigs noch auch in dem Preußens. Je eher dort eine definitive Regelung eintrete, desto schneller werde der gegen Preußen gerichteten welfischen Agitation der Boden entzogen werden.

Aus allen diesen Gründen bitte er, sich damit einverstanden zu erklären, daß Preußen den dem Staatsministerium schriftlich vorgelegten Antrag im Bundesrat einbringe.

[*Einlassungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident hielt es für selbstverständlich, daß sich eine eingehende Debatte im Reichstag entwickeln werde. Er bedauere, daß die Konservativen einen so scharfen Standpunkt eingenommen hätten und daß es dem konservativen Führer[467] gelungen sei, auch die Deutsche Tageszeitung, die sich bislang ruhig verhalten habe, herumzubekommen. Gegenwärtig könne er eine weitere Erklärung von dem Prinzen Ernst August nicht erhalten. Die Verhandlungen mit Gmunden seien nicht einfach. Die Erklärung, die Wolffs Telegraphenbureau gemeldet habe, sei eine tatsächliche Abschüttelung der welfischen

[466] Hermann Colshorn (1853–1931), MdR (Deutsch-Hannoversche Partei) 1903–1918. – Seine Rede (in streng-welfischem Duktus) in: Schulthess' Europäischer Geschichtsklander 54 (1913) S. 318.

[467] Heydebrand.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausbeutung des Briefes des Prinzen und unmittelbar gegen die Reden und Schriften Colshorns gerichtet. Die braunschweigische Regierung sei völlig loyal, und der Prinz werde auch von seiner braunchweigischen Umgebung aus gezwungen werden, die Welfen abzuschütteln. Herr von der Wense[468] habe ihm erklärt, es sei gänzlich ausgeschlossen, daß der Prinz welfische Persönlichkeiten in seiner Umgebung zuließe. Auch sei kein Gedanke daran, daß der Prinz jemals nach Herrenhausen[469] gehen könne.

Was nun die Frage angehe, ob die Thronbesteigung noch einige Zeit hinausgeschoben werden könne, so hätten Seine Majestät und auch er – der Ministerpräsident – anfänglich die Ansicht vertreten, daß zunächst die Heirat erfolgen solle und es mit der Thronbesteigung noch Zeit habe. Da habe sich aber Braunschweig gemeldet und erklärt, ein Prinz, dem der Kaiser seine Tochter gebe, könne nicht ungeeignet sein, den braunschweigischen Thron zu besteigen. So käme man immer wieder darauf hinaus, daß, wenn man den Verzicht fordern wollte, man von der Vermählung hätte Abstand nehmen müssen. Die Zurückweisung der Werbung des Prinzen wegen mangelnden Verzichtes würde aber, wie er nochmals betone, nach seiner Überzeugung die welfische Agitation gestärkt und den Prinzen zu ihrem Führer gemacht haben. Er – der Ministerpräsident – zweifle auch nicht, daß dieselbe Opposition, die sich jetzt gegen ihn rege[470], weil er keinen Verzicht gefordert habe, ihm die schärfsten Vorwürfe gemacht haben würde, wenn er gegenteilig gehandelt hätte. Dann würde man gesagt haben, daß man aus papierenen und bureaukratischen Erwägungen die Versöhnung des Hohenzollern- und des Welfenhauses ausgeschlagen habe, daß der Ministerpräsident sich ängstlich an eine Verzichtsurkunde geklammert und pedantisch auf ein Stück Papier, das keinen inneren Wert besitze, bestanden und damit einen Märtyrer der welfischen Sache geschaffen habe.

Der Herr Ministerpräsident stellte alsdann fest, daß das Staatsministerium einstimmig mit dem vorgeschlagenen Antrag Preußens an den Bundesrat einverstanden sei[471].

3. Außerhalb der Tagesordnung fragte der Herr Ministerpräsident den Herrn Minister der öffentlichen Arbeiten[472] nach der Grundlage für die von der Presse mehrfach gebrachte Behauptung, daß die Eisenbahndirektionen durch Ministerialerlaß angewiesen seien, ihre Bautätigkeit möglichst einzuschränken. Er nehme an, daß eine solche Anordnung, wenn sie erlassen sei, durch den Wunsch des Herrn Finanzministers veranlaßt sei, zur Schonung des Anlei-

468 August von der Wense (1854–1930) MdR (Freikonservativ) 1907–1912; Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 1902–1918.

469 Sommerresidenz des Hauses Hannover.

470 Dazu beispielhaft die Resolution der Nationalliberalen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses zur braunschweigischen Thronfolgefrage vom 18. Oktober 1913 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 334.

471 Am 27. Oktober 1913 wurde im Bundesrat der preußische Antrag über die Regelung der braunschweigischen Thronfolgefrage einstimmig angenommen. Wortlaut des Antrags u. a. in: ebenda S. 338–339.

472 Paul von Breitenbach.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hemarktes nicht unbedingt dringliche Bauten aufzuschieben. Man dürfe aber nicht allein die finanziellen Verhältnisse berücksichtigen, sondern auch die Lage des Arbeitsmarktes; aus allgemeinen politischen Erwägungen müsse man die drohende Arbeitslosigkeit auch staatlicherseits durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit nach Möglichkeit zu bekämpfen suchen.

[*Stellungnahmen Breitenbachs und Lentzes.*]

128. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 162, f. 143–157. MF 967. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 101–102 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 21. Oktober 1913

[1. *Einberufung des Landtags.*]

[2. *Der Justizminister über ein Fideikommißgesetz*[473]*. Ausführungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, auch er halte den gegenwärtigen Zeitpunkt für geeignet, um durch eine zeitgemäße Neuregelung des Fideikommißwesens den fideikommißfeindlichen Bestrebungen entgegenzuarbeiten. Jetzt werde es vielleicht noch möglich sein, die Reform unter Schonung aller bestehenden berechtigten Interessen durchzuführen. In der Anerkennung der vielfachen Verbesserungen, die das Fideikommißrecht durch den Entwurf erfahre, trete er dem Herrn Justizminister[474] bei. Stehe er somit im allgemeinen dem Entwurfe zustimmend gegenüber, so sei es ihm aber doch zweifelhaft, ob nicht in der Fassung der Vorlage, insbesondere in der Fassung der Begründung, in manchen Stellen Momente gefunden werden könnten, die geeignet seien, der prinzipiellen Gegnerschaft gegen Fideikommisse neue Nahrung zu geben. Es lasse sich wohl nicht vermeiden, daß der Entwurf in manchen Beziehungen im Widerspruch zu der bisherigen Politik der Staatsregierung träte, die eine Förderung der Fideikommißbildung namentlich in den nationalpolitisch gefährdeten Landesteilen durch Stempelerlaß, Nobilitierung u. dergl. verfolgt habe.

Ob der Entwurf aber in dieser Abkehr von der bisherigen Politk nicht doch etwas zu weit gehe? Er wolle einige Punkte herausgreifen, die ihm nach dieser Richtung hin nicht ganz zweifelsfrei erschienen.

1. Das Erfordernis der Königlichen Genehmigung für alle neu zu errichtenden Fideikommisse halte er wohl für richtig. Werde aber Seine Majestät nicht zu stark belastet, wenn Seine ausdrückliche Genehmigung zu jeder Fideikom-

[473] Nachweis für den Druck des Entwurfs des Gesetzes im Herrenhaus: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 102 Anm. 5. Ebenda und in Anm. 4 die Spezialliteratur.

[474] Maximilian (1917: von) Beseler (1841–1921), preußischer Justizminister 1905–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mißerweiterung über 5 ha gefordert werde? Vielleicht würde es sich empfehlen, zum mindesten eine weitergehende Delegierung der Genehmigungsbefugnis an die Ministerialinstanz zuzulassen. Die Grenze von 5 ha sei wohl ziemlich willkürlich gegriffen, besser wäre es vielleicht, der Königlichen Genehmigung nur solche Fälle vorzubehalten, in denen es sich um Zuschlagung von wirtschaftlich selbständigen Grundstücken handle.

2. Ob es zweckmäßig sei, die Anhörung des Bezirksausschusses für die Einverleibung bäuerlicher Grundstücke vorzuschreiben, möchte er dahingestellt sein lassen. Bei der Entscheidung würden außer den wirtschaftlichen auch politische Gesichtspunkte zu berücksichtigen sein, für deren Prüfung der Bezirksausschuß wohl nicht die geeignete Stelle sei.

3. Der Festsetzung einer Besitzfrist vor Errichtung eines Fideikommisses könne er grundsätzlich zustimmen. Er glaube aber, daß sie mit 50 Jahren zu hoch bemessen sei. Man dürfe dem Erwerber eines Gutes, der dieses vielleicht durch seine wirtschaftliche Tüchtigkeit in die Höhe gebracht habe, nicht die Möglichkeit verschließen, selbst noch den Besitz seiner Familie dauernd zu sichern.

4. Der Begriff der wirtschaftlichen Einheit, die der zum Fideikommiß zu widmende landwirtschaftliche Besitz aufweisen solle, scheine ihm in der Begründung zu eng gefaßt. Die dahingehenden Bestimmungen des Entwurfs sollten offenbar auf dem Umwege der Beschränkung der Fideikommißgründungen der Latifundienbildung entgegentreten. Man müsse aber diese Dinge auseinanderhalten. Latifundienbildung könne sich auch unabhängig von Fideikommißgründungen vollziehen, und dann sei der Staat ihr gegenüber machtlos. Um so mehr müsse man sich davor hüten, aus der Gegnerschaft gegen den Latifundienbesitz der gesunden Entwicklung des Fideikommißwesens zu weitgehende Schranken zu setzen.

5. Mit der Grenze von 2.500 ha für künftig zu gründende landwirtschaftliche Fideikommisse wolle er sich im allgemeinen einverstanden erklären. Doch scheine es ihm erwünscht, durch den Zusatz „in der Regel“ ausnahmsweise auch für die Zukunft größere Fideikommißgründungen zuzulassen. Sehr weitgehend sei die Beschränkung, die der Erweiterung bestehender Fideikommisse durch die entsprechende Anwendung der vorliegenden Bestimmung gezogen werde. Fideikommissen, die schon jetzt die Maximalgröße überschritten hätten, wäre für die Zukunft jede Entwicklungsmöglichkeit entzogen. Zukäufe wären aber vielfach aus wirtschaftlichen Gründen gerechtfertigt und geboten. Die Zulagestücke würden nunmehr zum Allod[475] gehören, ein Zustand, der bei Erbauseinandersetzungen zu großen Schwierigkeiten führen könne.

6. Der Maßstab für die Kontingentierung der Fideikommißfläche in den Kreisen sei anscheinend lediglich nach den in einzelnen Teilen Schlesiens obwaltenden Verhältnissen gewählt. Er müsse es dahingestellt sein lassen, ob sie auch für alle anderen Landesteile als gleich zutreffend gelten könne.

[475] Allod: Eigentum an Haus, Hof und Grund.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

7. In der Bemängelung der Grenzen, die der Entwurf der Verbindung eines Geldfideikommisses mit Landbesitz ziehe, trete er dem Herrn Minister des Innern[476] bei. Die Massierung des Kapital- und Gewerbevermögens sei eine durchgehende Erscheinung des modernen Wirtschaftslebens. Die Bedeutung dieses wirtschaftlichen Machtfaktors wachse viel schneller als die der großen Vermögen, die in Grundbesitz angelegt seien. Es erscheine ihm nicht gerechtfertigt, den letzteren einen gewissen Ausgleich gegenüber dieser zu ihren Ungunsten wirkenden Verschiebung durch Stiftung von Geldfideikommissen unmöglich zu machen. Jedenfalls müsse die Höhe der zu stiftenden Kapitalien über einen Betrag hinausgehen können, der nur als Betriebsfond ausreiche. In der Landwirtschaft sei stets mit dem Eintritt von Notjahren zu rechnen, durch den der wirtschaftliche Bestand eines Fideikommisses bedroht werden könne und der das Vorhandensein einer starken Kapitalreserve dringend erwünscht machen könne.

Was die Aufnahme beträfe, die der Entwurf in seiner gegenwärtigen Fassung bei den Interessenten finden würde, so müsse es einen sehr unerwünschten Eindruck machen, daß die Begründung ausdrücklich hervorhebe, ein Drittel der bestehenden Fideikommisse würde der Auflösung verfallen, wenn auf sie die Bedingungen Anwendung fänden, die künftig für die Entstehung neuer Fideikommisse gälten. Durch eine solche Feststellung liefere man den Gegnern des Fideikommißwesens nur einen Agitationsstoff. Auch sonst enthalte die Begründung eine Reihe von Wendungen, die im fideikommißfeindlichen Sinne ausgebeutet werden könnten. So spräche sie auf Seite 11 des allgemeinen Teils von „der Beeinträchtigung volkswirtschaftlicher Interessen, die von der Fideikommißbildung mehr oder weniger zu besorgen sei“, und von der bestehenden Gefahr, daß „die Fideikommißbildung der Ausartung des Großgrundbesitzes zum Latifundienbesitz Vorschub leiste“ und „die Beibehaltung der Fideikommisse in einen grundsätzlichen Widerspruch zu den Aufgaben der inneren Kolonisation träte“ (S. 13, 14). Die Betonung eines solchen Widerspruchs halte er schon deshalb für verfehlt, weil der Beweis nicht erbracht sei, daß die Fideikommißbildung bisher die innere Kolonisation tatsächlich gehemmt habe. Die alljährlich auf dem Gütermarkt angebotenen, im freien Verkehr befindlichen Güter würden noch lange dazu ausreichen, der inneren Kolonisation ausgiebigen Spielraum zu lassen. Am bedenklichsten aber erscheine ihm die Art, wie auf Seite 27 des allgemeinen Teiles es gewissermaßen entschuldigt werde, daß die den neuen Bedingungen nicht genügenden bestehenden Fideikommisse unangetastet bleiben sollten. Sie würden dort als grundsätzlich gemeinschädlich bezeichnet und ihre Schonung nur aus Billigkeitsrücksichten empfohlen.

Es liege ihm fern, durch seine Kritik an den Einzelheiten des Entwurfs dessen Grundlagen in Frage stellen zu wollen. Er gestehe zu, daß den Gegnern einer weiteren Ausdehnung des Fideikommißwesens gewisse Konzessionen gemacht werden müßten. Nur dürfe aus dem Entwurf nach keiner Richtung

[476] Hans von Dallwitz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hin eine fideikommißfeindliche Tendenz herausgelesen werden können, die in dem Kreise der Interessenten und namentlich im Herrenhause mit Recht verstimmen müßte. Dies müsse um so sorgfältiger vermieden werden, je mehr es der bisherigen Fideikommißpolitik der Staatsregierung widersprechen würde. Bei allen Beschränkungen, die man der Fideikommißbildung auferlege, dürfe kein Zweifel darüber gelassen werden, welche Bedeutung die Staatsregierung dem weiteren Ausbau des Fideikommißwesens als einem der wertvollsten Mittel zur Erhaltung eines lebensfähigen Großgrundbesitzes beimesse.

[*Ausführungen des Justizministers.*]

Der Herr Ministerpräsident erhob gegen die ausnahmslose Anwendung der Maximalgrenze von 2.500 ha noch das Bedenken, daß beim Verkauf eines größeren Fideikommisses, wie z. B. dem der Herrschaft Lanke[477] an die Stadt Berlin, die Wiederanlegung des vollen Kaufpreises in Grundbesitz, wie dies auch der Herr Justizminister als möglich zugab, nicht möglich sein würde, wodurch die Rechte der Familie in empfindlicher Weise geschmälert würden.

[*Ausführungen weiterer Minister.*]

129. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 11. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 15. Dezember 1913

Lieber Freund!

Deine Ottilie[478] ist über all dem Reden der Reichsboten noch nicht zu Worte gekommen. Aber lesend werde ich Dir in den Weihnachtstagen nochmals danken, daß Du meiner wieder so freundlich gedacht hast. Es war ein Narrenhaus. Durch Tobsuchtsanfälle glauben die Leute es verdecken zu können, daß sie politische Kinder sind. Der eitle Bassermann Arm in Arm mit Scheidemann und Erzberger[479] ist würdelos. Bülow würde ein Brillantfeuerwerk abgebrannt haben, das die Leutchen ergötzte, aber an dem sich Kaiser und Armee die Flügel versengt hätten. Ich bin froh, daß ich es gar nicht versucht habe. Der Schaden für die Zukunft wäre unberechenbar gewesen. So habe ich im Feuerregen gestanden. Das ist gar nicht so übel. Mein innerer Ekel war viel zu groß, als daß ich die Funken gespürt hätte. Wahrscheinlich tauge

[477] In Lankwitz (heute Ortsteil des Bezirks Steglitz-Zehlendorf).

[478] Aus Ottilie v. Goethes Nachlaß. Briefe und Tagebücher von ihr und an sie bis 1832. Nach den Handschriften des Goethe- und Schiller-Archivs. Hrsg. v. Wolfgang von Oettingen. Weimar 1913.

[479] Philipp Scheidemann. – Matthias Erzberger (1875–1921), MdR (Zentrum) 1903–1918; Reichsfinanzminister 1919–1920. – Zu den Reichstagsdebatten im Dezember 1913 über die Zabernaffäre vgl. unten Nr. 385* und 386*; ferner ausführlich Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 581–596 (mit der älteren Literatur).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ich deshalb nicht zum Politiker. Wiewohl – ich habe doch Recht. Und das Gefühl will ich mir auch für meine Zukunft wahren.

Grüße die Deinigen.
Dein alter Freund

130. Bethmann Hollweg an A. v. Bülow[480]

PA Berlin, R 738. Erlaß. Maschinenschriftliches Konzept mit zahlreichen eigenhändigen Änderungen.

Nr. 312. Berlin, 18. Dezember 1913

Mit Bez[ug] auf den Bericht vom 8. d. M. Nr. 81.

Der Widerstand der sächsischen Bundesratsmitglieder gegen direkte Steuern des Reichs ließ hier bereits bei den Verhandlungen über die Deckung der Wehrvorlage erkennen, daß der Kgl. Sächsischen Regierung die nunmehr zum Gesetz erhobene Lösung widerstrebt. Nachdem sich die verbündeten Regierungen für den Wehrbeitrag in Gestalt einer direkten Steuer von Vermögen und Einkommen entschieden hatten und nachdem im weiteren Verlauf der Reichstagsverhandlungen der Bundesrat zu der Überzeugung gekommen war, daß die Deckung der Gesammtkosten nur durch Annahme der Vermögenszuwachssteuer zu ermöglichen sei, erscheint es zwecklos und im Hinblick auf den bundesstaatlichen Charakter des Reichs wenig angebracht, wenn eine Bundesregierung die prinzipiellen Fragen, welche durch das Deckungsproblem aufgeworfen wurden, zum Gegenstand einer parlamentarischen Erörterung mit rekriminatorischen Rückblicken auf die Vergangenheit macht, so gerechtfertigt es auf der anderen Seite ist, daß für die Zukunft vor neuen Reichsbesitzsteuern gewarnt wird. Mit dieser Maßgabe ist hier von den Ausführungen des Kgl. Sächsischen Staatsministers von Seydewitz[481] anläßlich der Beratung des Staatshaushalts mit Bedauern Kenntnis genommen; Ew.pp. ersuche ich daher ergebenst, die Angelegenheit gelegentlich in dem angedeuteten Sinne mit dem Grafen Vitzthum zu besprechen.

[480] Alfred von Bülow (1851–1916), preußischer Gesandter in Dresden 1912–1914.

[481] Ernst von Seydewitz. – Der im folgenden genannte: Christoph Graf Vitzthum von Eckstädt (1862–1944), sächsischer Innen- und Außenminister 1909–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

131. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 162, f. 192–194. MF 968. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 104 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 31. Dezember 1913

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes beraten wurde:

Der Herr Ministerpräsident führte aus: Der den Herren Staatsministern vorgelegte Entwurf zur Thronrede enthalte nichts über eine preußische Wahlreform. Es stehe fest, daß man in diesem Jahr an die Wahlreform nicht herangehen wolle. Deshalb halte er es nach wie vor für das zweckmäßigste, wenn über sie in der Thronrede überhaupt nichts gesagt werde. Er habe aber doch geglaubt, diese Frage im Staatsministerium erörtern zu sollen, um festzustellen, ob einer oder der andere der Herren Staatsminister vielleicht abweichender Ansicht sei. Wenn man die Wahlreform erwähnen wolle, so könne das nur in negativer Fassung geschehen. Das sei bisher nicht üblich gewesen. Gegen die Einbringung einer Wahlvorlage in diesem Jahre spräche, abgesehen von allen anderen sachlichen Momenten, schon allein der Umstand, daß Seine Majestät damit unter keinen Umständen einverstanden sein würden. Seine Majestät hatten schon seinerzeit bei der Vorlage im Jahre 1910 einige Bedenken gehabt, die im Laufe der letzten Jahre durch die Vorgänge im Reichstag noch stark vermehrt worden seien. Die politische Erregung des Vorjahres mahne davon ab, jetzt wieder Versuche zu machen, die eine ebenso starke politische Erschütterung zur Folge haben würden. Hinzu komme, daß man es mit einem neugewählten Abgeordnetenhause zu tun habe, von dem man nicht wisse, wie es arbeite. Wenn nun hiernach eine Wahlvorlage in diesem Jahre nicht gebracht werden könne, so sei es doch sehr bedenklich, in der Thronrede Aussichten zu eröffnen, die nicht unmittelbar realisiert werden könnten. Ein Versprechen auf weite Sicht, das man 1908 gegeben und erst 1910 versucht habe einzulösen, sei doch nicht wieder zu empfehlen. Sollte aber trotzdem ein Passus über die Wahlreform in die Thronrede aufgenommen werden, so werde er ungefähr folgenden Wortlaut haben müssen:

„Die bei der Eröffnung des vorigen Landtags am 20. Oktober 1908 erteilte Zusage einer Fortbildung des preußischen Wahlrechts wurde von der Staatsregierung durch Einbringung einer Gesetzesvorlage eingelöst. Dieser Entwurf scheiterte daran, daß die für ein Gesetzgebungswerk von solcher Tragweite nötige Einheitlichkeit der Grundanschauungen nicht zu erreichen war. Die Staatsregierung sieht für jetzt davon ab, den Versuch zu erneuern, da auch durch die Neuwahlen die Aussicht für eine Verständigung nicht wesentlich verbessert worden sind."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Praktisch werde eine solche Kundgebung sicherlich keinen guten Erfolg haben. Die Konservativen würden durch den Hinweis verstimmt werden, während die Liberalen nicht befriedigt würden. Man würde der Regierung wiederum, diesmal nicht ganz mit Unrecht, Schaukelpolitik vorwerfen. In der Presse und auch sonst in der Öffentlichkeit habe man den Umstand, daß Seine Majestät, während es sonst bei Beginn einer Legislaturperiode üblich gewesen, diesmal den Landtag nicht persönlich eröffnen wolle, damit begründet, daß in der Thronrede über die Wahlreform nichts gesagt werde. Wenn dies nun doch der Fall sein würde, so könne man dazu Anlaß geben, daß die Abwesenheit Seiner Majestät besonders scharf kritisiert werde.

[*Bemerkungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, er glaube, es sei nicht nötig, jetzt darüber zu diskutieren, ob eine Wahlreform überhaupt zu bringen sei. Jedenfalls müsse man bestrebt sein, wenn einmal der Frage näher getreten werden solle, sie möglichst im Einverständnis mit den Konservativen zu lösen. Was die Einigung der Parteien im Landtag angehe, auf die Herr Landwirtschaftsminister[482] hingewiesen habe, so glaube er nicht, daß sie zustande kommen werde. Die Freikonservativen hätten durch Herrn von Zedlitz und Herrn von Dewitz[483] erklären lassen, daß sie in diesem Jahre nicht auf eine Wahlreform drängen würden. Das Zentrum beurteile er ähnlich wie der Herr Landwirtschaftsminister. Porsch habe ihm sogar ausdrücklich gesagt, daß das Zentrum der Regierung in dieser Frage nicht Unbequemlichkeiten bereiten werde. Jedenfalls könnten diese Erwägungen ihn in seiner Ansicht, daß in diesem Jahre nichts gebracht werden könne, nicht schwankend machen.

Das Staatsministerium beschloß einstimmig, daß die Thronrede nichts über die preußische Wahlreform enthalten solle.

Der Herr Ministerpräsident teilte dem Staatsministerium den Inhalt des Kabinettsschreibens vom 31. d. M., wonach Seine Majestät an Seinem Geburtstage einige Berufungen in das Herrenhaus und ein bis zwei Verleihungen des Wilhelmsordens beabsichtigen, mit und ersuchte die Herren Staatsminister, dem Herrn Minister des Innern[484] behufs Weitergabe an das Staatsministerium ihre Vorschläge für das Herrenhaus möglichst bald machen zu wollen. Er wies dabei darauf hin, daß der Abgeordnete Schiffer[485] vorhaben solle, einen Antrag auf Abänderung des Herrenhauses in der Weise zu stellen, daß Handel und Industrie größere Berücksichtigung fänden. Es werde leichter sein, derartigen Anträgen entgegenzutreten, wenn man den Nachweis liefern könne, daß Handel und Industrie in letzter Zeit auch so schon hinreichend berücksichtigt seien. Er gebe deshalb anheim, diesem Gesichtspunkt bei den Anträgen für das Herrenhaus Rechnung zu tragen.

---

[482] Clemens Frhr. von Schorlemer.

[483] Otto von Dewitz (1850–1926), Gutsbesitzer; Mitglied des Abgeordnetenhauses (Freikonservativ) 1904–1918.

[484] Hans von Dallwitz.

[485] Eugen Schiffer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Vorschläge für den Wilhelmsorden bitte er wie üblich direkt beim Staatsministerium einzubringen.

132. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 22–31. MF 969. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 106 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 30. Januar 1914

[*1. Die Zuwachssteuer und ihre Aufteilung. – 2. Gesetzentwurf über die Zuständigkeit in Schulsachen. – 3. Prüfung der Frage über den requisitionslosen Einsatz des Militärs bei inneren Unruhen.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, das Staatsministerium werde zunächst darüber Beschluß fassen müssen, ob die Kabinettsorder von 1820 Gesetzeskraft habe[486]. Seiner Ansicht nach werde man diese Frage verneinen müssen. Sei dies zutreffend, so werde man untersuchen müssen, ob die Dienstvorschrift von 1899 durch Rechtsgrundsätze, die etwa neben Artikel 36 der Verfassung Geltung hätten, gedeckt sei. Eventuell werde die Dienstvorschrift abzuändern und mit dem allgemeinen Recht in Einklang zu bringen sein.

Auch der Freisinn bestreite nicht, daß das Militär befugt sei, ohne Requisition der Zivilbehörden einzuschreiten, wenn diese außer Stand gesetzt seien, die Requisition ergehen zu lassen.

Die Bestimmung der Kabinettssorder von 1820 und die Dienstinstruktion von 1899 unter II Nr. 3 lit. a, daß der Militärbefehlshaber selbständig einschreiten könne und müsse, wenn er finde, „daß die Zivilbehörde mit der Anforderung um Militärbeistand zu lange zögert, indem ihre Kräfte nicht mehr zureichen, die Ruhe herzustellen“, sei unklar und mit den geltenden Rechtsgrundsätzen nicht in Einklang zu bringen. Es sei auch erwünscht und notwendig, die Bestimmungen über das Einschreiten des Militärs im ganzen Reich in Übereinstimmung zu bringen. Daß, wie mehrfach behauptet worden, in anderen Bundesstaaten das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörde einschreiten dürfe, sei falsch. Das Militär müsse nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen auch einschreiten können, wenn die Zivilberhörden nicht mehr in der Lage wären, Requisition ergehen zu lassen. Die Dienstvorschrift von 1899 werde aber seines Erachtens dahin zu ändern sein, daß das Militär in den Fällen der Nr. II.3 aus eigener Entschließung nur dann einzuschreiten befugt sei, wenn die Zivilbehörden außer Stand gesetzt seien, die Requisition ergehen zu lassen.

[486] Dazu und zu der dann genannten Dienstvorschrift von 1899 vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 596–599. Ferner unten im Regestenteil die zahlreichen einschlägigen Nr. vom Dezember 1913 und Januar 1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Entscheidungsmöglichkeit für das Militär dürfe nicht so weitgehend gelassen werden, daß der Befehlshber dahin befinden könne, daß die Zivilbehörden zu lange zögerten.

Er lasse dahingestellt, ob in Zabern das Militär nicht geschickter hätte vorgehen können. Die Möglichkeit einer Wiederholung der dortigen Vorgänge müsse jedenfalls ausgeschaltet werden.

[*Der Innenminister wirft ein, ob noch andere Bestimmungen gegenüber dem Artikel 36 der Verfassung Gesetzeskraft hätten.*]

Hierzu bemerkte der Herr Ministerpräsident, daß Gutachten darüber, ob außerhalb der Allerhöchsten Kabinettsorder von 1820 geschriebenes Recht die Vorschriften unter Nr. II Nr. 3 lit. a der Dienstvorschrift stütze, nicht vorlägen. Es sei daher erwünscht, daß die Justizressorts sich über diese Frage äußerten.

[*Bemerkungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bat hierauf unter Zustimmung des Staatsministeriums den Herrn Justizminister[487], dem Staatsministerium ein Votum über die Fragen zugehen zu lassen,

a) ob die Allerhöchste Kabinettsorder von 1820 Gesetzeskraft habe; im Verneinungsfalle,

b) ob anderes geschriebenes Recht vorhanden sei, daß die Bestimmungen unter II Nr. 3 lit. a der Dienstvorschrift rechtfertige,

c) ob dieses Material gegenüber dem Artikel 36 der Verfassung noch Gesetzeskraft habe,

d) ob etwa die Bestimmung der Dienstvorschrift unter II Nr. 3 lit a aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen außerhalb der Gesetze gerechtfertigt werden könne,

e) inwieweit ein requisitionsloses Einschreiten der Militärs, abgesehen von den Fällen der Notwehr, des Notstandes, des Belagerungszustandes, der Durchführung staatshoheitlicher Akte unter der Forträumung von Hindernissen gegenüber solchen gerechtfertigt werden könne.

Der Herr Justizminister sagte die Abgabe eines derartigen Votums zu.

133. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 19. Februar 1914

Lieber Herr von Eisendecher!

Auch ich hoffe, daß es wegen des Waffengebrauchs nunmehr zu keinen Differenzen mehr kommen wird[488]. Bedauerlich war es, daß die Regierung in

[487] Maximilian von Beseler.

[488] Vgl. die vorangehende Anm. Zur Kabinettsorder von 1820 über den Einsatz des Militärs bei inneren Unruhen und über die neue Dienstvorschrift: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 596–603.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bayern und in Württemberg ungeschickte und unrichtige Erklärungen abgab, indem sie behauptete, bei ihnen könne das Militär nur auf Requisition der Zivilbehörde einschreiten, wodurch, wenigstens in den Augen des Radikalismus, ein Gegensatz zu Preußen konstruirt wurde. Dabei ist übersehen, daß nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen das Militär bei dringender Gefahr für die öffentliche Ordnung in jedem Staat auch dann muß einschreiten können, wenn die Zivilbehörde in Folge äußerer Umstände außer Stande ist, die Requisition zu erlassen. Verzichtet ein Staat auf dieses Recht, so giebt er sich selbst preis. Eine ausdrückliche gesetzliche Vollmacht ist deshalb dazu nicht erforderlich. Ich habe darüber in meiner letzten Reichstagsrede gesprochen[489]. Ich bitte Sie, die dortige Regierung – aber nur gesprächsweise – darauf aufmerksam zu machen. Die etwas weitgehende Vorschrift der Cabinetsorder von 1820 läßt Preußen fallen, so daß sachlich Rechtsfrieden bestehen wird.

Was Sie mir über das exklusive Verhalten der norddeutschen Offiziere schreiben, ist bedauerlich, und ich danke Ihnen, daß Sie dagegen zu wirken suchen. Hier wird es in Folge von Zabern nicht besser werden. Im Gegenteil: in Offizierskreisen herrscht ein grenzenloser auf die Kanaille schimpfender Hochmut, der durch die unverantwortliche Politik der Konservativen immer weiter geschürt wird. Mit mir haben die Herren einen Waffenstillstand auf kurze Kündigung geschlossen, wenigstens öffentlich. Im Geheimen intrigiren sie nach Kräften, wirksam sekundirt von Tirpitz, der jetzt doch aufs Ganze geht. – Rußland macht Sorgen. Seine Politik ist ganz undurchsichtig, weil man nicht weiß, wer momentan den ausschlaggebenden Einfluß hat, und weil dieser Einfluß schnellem Wechsel unterworfen ist. So hoffe ich, daß die augenblicklich starke panslawistische aggressive Strömung doch noch der Vernunft weichen wird. Aber ich bin nicht ohne Bedenken. Zum Glück ist Frankreich jetzt friedliebend. Unser Abkommen[490] ist vernünftig, für keinen Teil glänzend. Mit England kommen wir wegen Bagdad[491] hoffentlich auch noch zu Rande. Aber die Briten sind zähe und Lichnowsky leicht zu unnachgiebig. Das Leben könnte passabel sein, wenn die Menschen nur nicht gar zu unvernünftig wären.

Daß Ihnen der 27. Januar[492] eine Freude bringen konnte, war auch mir eine Freude. Um so mehr bedauere ich den gehetzten Urlaub. Bei mir im Hause geht es leidlich. Die persönliche Sorge, deren Sie in Ihrem vorletzten Brief so freundlich gedachten und die auch mich bald zwei Jahre schwer drückt[493], ist momentan etwas gelindert, aber die Zukunft auch ganz unsicher.

Mit herzlichen Grüßen getreulichst
Ihr

489 Unten Nr. 398*.

490 Deutsch-französisches Abkommen (Entwurf) vom 15. Februar 1914 über die kleinasiatischen Bahnen. Vgl. dazu Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 634–635.

491 Der Bagdadbahn.

492 Geburtstag Wilhelms II.

493 Krankheit seiner Frau. Vgl. unten Nr. 136.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

134. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokollle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 64–72. MF 970. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 109 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 11. März 1914

[*1. Ernennungen. – 2. Ordenssache. – 3. Bau der Ostküstenbahn in Schleswig.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, politische Wirkungen ließen sich schwer schätzen. Es sei daher nicht vorauszusehen, ob der politische Erfolg, den man von dem Projekt des Herrn Eisenbahnministers[494] erwarte, tatsächlich in dem erhofften Umfang eintreten werde. Das stehe doch sehr fest, daß die Ostküstenbahn[495] eine nationale Forderung geworden sei, und da habe er den Eindruck gewonnen, daß der Herr Minister des Innern[496] und die Herren welche ihm zugestimmt hatten, damit, daß sie die nationalen Gesichtspunkte voranstellten, das Richtige träfen. Wenn die Strecke Tingleff – Woyens[497] jetzt zweigleisig ausgebaut werde, dann sei damit ein Verdikt über die Zukunft der beiden deutschen Städte gesprochen, und es werde dann eine Mutlosigkeit Platz greifen, die das Deutschtum in Schleswig-Holstein schädigen müsse. Bei dem zurzeit dort herrschenden Nationalitätenkampf und bei dem zweifellosen Vordringen des Dänentums könne er die Verantwortung nicht für Maßnahmen übernehmen, die die deutsche Bevölkerung entmutigten und damit die nationale Bewegung hemmten. In dem Augenblick, in welchem auf der Flensburger Versammlung dies alte desiderium der deutschen Städte allseitig als ein Hauptmoment zur Stärkung des Deutschtums gekennzeichnet sei, könne man unmöglich ein Projekt ausführen, daß gerade diese Städte dauernd von der Hauptverkehrslinie ausschließe. Er möchte den Herrn Finanzminister[498] bitten, sich doch diesen Erwägungen nicht zu verschließen und darein zu willigen, daß zunächst wenigstens die Bereitwilligkeit der Staatsregierung zum Ausbau der Ostküstenbahn ausgesprochen würde. Ob es möglich sei, bis zur Aufführung des Projekts durch andere Verkehrserleichterungen zu helfen, müsse dann weiteren Erwägungen vorbehalten bleiben.

494 Des Ministers für öffentliche Arbeiten: Paul von Breitenbach.

495 Gemeint ist eine Strecke von Hadersleben (heute Haderslev) nach Apenrade (Åbenrå) im damals deutschen Schleswig und heutigen süddänischen Gebiet. Planungen für diese Strecke liefen deutscherseits von 1911 bis 1919. Sie wurden nie realisiert.

496 Hans von Dallwitz.

497 Diese Strecke bestand schon und verlief westlich der geplanten Strecke Hadersleben – Apenrade.

498 August Lentze.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

135. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 56–63. MF 969/970. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 109–110 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 18. März 1914

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes beraten wurde:

Der Herr Ministerpräsident bemerkte einleitend, der Herr Kriegsminister[499] habe den Wunsch, die umgearbeitete Instruktion über den Waffengebrauch des Militärs, der ja bei den kommissarischen Beratungen von den beteiligten Ressorts zugestimmt sei[500], noch im Staatsministerium zu besprechen.

[*Ausführungen des Kriegsministers über die Vereinbarkeit der Kabinettsordre von 1820 mit dem Artikel 36 der preußischen Verfassung.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, das Staatsministerium sei s.E. kein Forum, um über die Gesetzeskraft der Kabinettsordre von 1820[501] zu entscheiden. Das sei letzten Endes Sache der Gerichte, die sich bei ihrer Entscheidung niemals auf die Stellungnahme des Staatsministeriums berufen könnten. Daher glaube er, daß das Thema nicht ganz richtig gestellt sei, wenn verlangt werde, daß die Differenz über die Rechtskraft der Kabinettsordre von 1820 vom Staatsministerium entschieden werden solle. Wie 1899[502] das Ministerium des Innern, so seien jetzt beide Justizressorts[503] der Ansicht, daß die Kabinettsordre keine Gesetzeskraft habe. Der Minister des Innern habe damals sogar seine Bedenken mit großem Nachdruck ausgesprochen und gegen die Verwertung in der Instruktion protestiert. Trotzdem sei die angefochtene Ordre der Instruktion zugrunde gelegt worden, und man habe bis heute nach ihr verfahren. Demgegenüber sei es doch außerordentlich bedenklich, wenn das Staatsministerium jetzt, nachdem die Rechtsgültigkeit der Kabinettsordre und damit der Instruktion im Reichstag und in der Öffentlichkeit angefochten worden sei, ihre Gesetzeskraft ausdrücklich verneinen würde. In diesem Sinne habe er noch Seiner Majestät Vortrag gehalten. Wenn es nun gelungen sei, eine neue, rechtlich absolut einwandfreie Instruktion auszuarbeiten, mit der man auskommen könne, und wenn über deren Fassung völlige Einigkeit unter den beteiligten Ressorts erzielt sei, so halte er damit doch die Angelegenheit für

499 Erich von Falkenhayn.

500 Wortlaut der Instruktion vom 19. März 1914 (im wesentlichen Auszug) in: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte II S. 393–396. Zur Sache: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte IV S. 596–603.

501 Wortlaut in: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte II S. 392–393.

502 Die Dienstvorschrift vom 23. März 1899 über den Waffengebrauch des Militärs wiederholte in ihrem Hauptinhalt die Kabinettsordre von 1820.

503 Das preußische Justizministerium und das Reichsjustizamt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genügend geregelt. Die neue Instruktion stütze sich auf das Gesetz über den Waffengebrauch von 1837 und auf allgemeine Rechtsgrundsätze. Daß letztere zu berücksichtigen seien, habe er schon im Reichstage[504] betont und sei auch von Allen, selbst dem freisinnigen Redner, Professor von Liszt, ausdrücklich anerkannt worden. Es bestehe also absolut kein zwingender Grund, nachdem die angefochtene Kabinettsordre in der neuen Instruktion überhaupt nicht verwertet sei, im übrigen aber völlig Einigkeit bestehe, hier im Staatsministerium zu der Frage der Rechtsgültigkeit der Kabinettsordre ausdrücklich Stellung zu nehmen. Es genüge vollkommen, daß die Rechtslage von den beteiligten Ressorts für streitig angesehen werde, um Seiner Majestät den Erlaß einer neuen Instruktion, wie sie vereinbart sei, zu empfehlen.

[*Bemerkungen des Kriegsministers.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, von den Ressorts, die an der neuen Instruktion mitgearbeitet hätten, sei eine stillschweigende Kritik an der Auffassung von 1851 geübt worden. Es handle sich doch darum, ob die Rechtslage hinsichtlich der Kabinettsordre von 1820 und damit der Instruktion von 1899 eine so klare sei, daß das Staatsministerium die Aufrechterhaltung der letzteren empfehlen könne. Die Justizressorts hätten diese Frage verneint. Damit ergäbe sich der weitere Weg von selbst.

[*Bemerkungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident glaubte aus den Ausführungen des Herrn Kriegsministers entnehmen zu sollen, daß dieser deshalb Bedenken habe, weil wir den zweiten Satz in Artikel 36 der Verfassung nicht ausnutzten. Er könne sich in der Sache nur ganz auf den Standpunkt des Herrn Justizministers[505] stellen. 1851 hätten doch die drei Minister die Kabinettsordre von 1820 nur deshalb weiter bestehen lassen, weil ein Gesetz auf Grund des zweiten Absatzes des Artikels 36[506] zu erlassen faktisch und rechtlich nicht möglich gewesen, ein solches Gesetz aber auch tatsächlich entbehrlich gewesen sei. Wenn nun auch einzelne Bundesstaaten, wie Baden, die Hansestädte usw., sich der Instruktion nicht anschließen sollten, so herrsche doch auch bei diesen Staaten darüber Übereinstimmung, daß nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen in bestimmten Fällen der Notwehr und des Notstandes das Militär befugt sein müsse, auch ohne Requisition der Zivilbehörden einzuschreiten. Und das sage doch nur der Passus „Wenn die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außer-

[504] Am 23. Januar 1914. Unten Nr. Nr. 398*. – Der im folgenden genannte: Franz von Liszt (1851–1919), Professor für Strafrecht und Völkerrecht an der Universität Berlin 1898–1917; MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 1912–1918. – Seine Interpellation vom 23. Januar 1914, in der er der Kabinettsordre von 1820 jegliche Gestaltungskraft absprach, in: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 198. Sitzung, Bd. 292, S. 6740–6749.

[505] Maximilian von Beseler.

[506] Im Artikel 36 der preußischen Verfassung von 1850 war das Eingreifen des Militärs bei inneren Unruhen festgelegt. Im 2. Satz heißt es: „In letzterer Beziehung [bei Requisition der Zivilbehörden] hat das Gesetz die Ausnahmen zu bestimmen."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stande ist, die Anforderung zu erlassen“[507], so liege also tatsächlich eine materielle Übereinstimmung über den Waffengebrauch vor, selbst wenn man sich über die formellen Vorschriften nicht werde einigen können. In der Wirklichkeit werde auch in jenen Staaten nötigenfalls das formelle Recht durch die Tatsachen korrigiert werden. Vor dem Erlaß der Instruktion von 1899 sei die Situation die gleiche gewesen wie jetzt. Man habe damals zwischen dem Ministerium des Innern und dem Kriegsministerium über den Entwurf lange Zeit hin und her geschrieben, während dem Justizminister überhaupt keine Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden sei. Der damalige Kriegsminister von Goßler[508] habe dann ohne weiteres die unveränderte Instruktion Seiner Majestät zur Genehmigung vorgelegt, die dann auch erteilt sei. Jetzt lägen die gleichen Bedenken vor. Die vorgenommene eingehende Prüfung seitens der Justizressorts habe ergeben, daß die Rechtsgültigkeit der Ordre von 1820 ernsten Bedenken unterliege. Darüber könne doch auch der Herr Kriegsminister nicht hinwegkommen.

[*Erklärungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, die Ansicht über die Auslegung der Kabinettsordre von 1820 sei in der Öffentlichkeit geteilt. Mehrfach würde angenommen, daß das Militär nach ihr auch dann einschreiten könne, wenn es finde, daß das Zivil aus anderen als objektiven Gründen zögere, die Requisition zu erlassen, wenn z. B. die Zivilbehörde nach Ansicht des Militärs nicht energisch genug sei. Er glaube nicht, daß bei Erlaß der Ordre die Ansicht bestanden habe, dem Militär die Entscheidung darüber zu überlassen, ob das Zivil genügend entschlußfähig sei oder nicht. Lasse man diese Auffassung gelten, so bleibe die neue Instruktion hinter den Vorschriften der Kabinettsordre von 1820 zurück. Sie setze nur an Stelle der logischen nicht ganz verständlichen Fassung der Kabinettsordre mit ihrem Gegensatz zwischen dem subjektiven Ausdruck „zögert“ und dem objektiven „indem ihre Kräfte nicht mehr ausreichen“ eine logisch verständliche und rechtlich unanfechtbare. Aus jener Bestimmung könne man alles mögliche herauslesen. Sie gäbe daher der Auslegung des Militärs einen sehr weiten Spielraum. Das sei bei der neuen Instruktion nicht der Fall. Insofern könne man sagen, daß die neue Instruktion nicht so weit gehe wie die alte. Sie schaffe aber einen klaren, unzweifelhaften Rechtsboden und sei, wie der Herr Kriegsminister selbst anerkannt habe, ausreichend.

[*Erklärungen des Kriegs- und des Justizministers.*]

Der Herr Ministerpräsident fügte dem hinzu, es müsse unter allen Umständen vermieden werden, die Kabinettsordre von 1820 für rechtsungültig zu erklären. Dazu sei das Staatsministerium nicht berufen. Er habe sich deshalb wohl gehütet, im Reichstage so etwas zu sagen. Die Position sei viel günstiger, besonders für den Herrn Kriegsminister, wenn man sich auf die ernsten Zwei-

[507] Der textliche Zusammenhang wie oben in Anm. 500, hier S. 395.

[508] Heinrich von Goßler (1841–1927), preußischer Kriegsminister 1896–1903.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fel an der Rechtsgültigkeit beschränke. Denn anderenfalls werde sofort dem Militär vorgeworfen werden, daß ihm als Grundlage für den Waffengebrauch jahrzehntelang eine mit den Gesetzen im Widerspruch stehende Instruktion gedient habe und daß alles, was in Zabern vorgefallen sei, einer gesetzlichen Grundlage entbehre. Er könne daher nur dem Herrn Justizminister beipflichten[509].

136. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 7. April 1914

Lieber Herr von Eisendecher!

Ihr freundlicher Wunsch für meine Korfu-Reise geht leider nicht in Erfüllung. Ich habe sie aufschieben, wahrscheinlich aufgeben müssen. Meine Frau liegt seit vier Wochen, und es will den Ärzten nicht gelingen, ganz anormale Blutungen zum Stehen zu bringen. Glückt das nicht baldigst, so wird, wenngleich der Zustand momentan Gottlob noch nicht unmittelbar bedrohlich ist, die Prognose sehr ernst. So hielten es die Ärzte für völlig ausgeschlossen, daß ich reiste. Sie sehen, ich lebe in schweren Sorgen. Ich teile sie Ihnen mit, da Sie immer so freundlich mit mir fühlen.

Über die Politik mag ich unter diesen Umständen nicht viel schreiben. Zabern sehe ich nicht so tragisch an wie Sie. Gewiß erschwert es die Dinge in den Reichslanden. In Norddeutschland aber ist eine starke <Diskonditionierung[510]> des Radikalismus und des Reichstages die Folge. Bei Liman Sanders[511] werde ich mir den Vorwurf machen, daß ich im Sommer und Herbst, als ich von hier abwesend war, dem Militär zu freie Hand ließ. Daß er das Kommando niederlegte, war in unserem eigenen Interesse notwendig, aber man durfte es ihm überhaupt nicht geben. Beim russischen Seeoffizier haben die Lokalbehörden allerdings haarsträubende Dummheiten gemacht[512]. Größer wie

509 Daß dem Kaiser gesagt werden solle, das Staatsministerium habe erhebliche Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Kabinettsordre von 1820; diese könnten durch die neue Instruktion beseitigt werden.

510 So zu lesen. Gemeint vermutlich: Diskontierung (Abzinsung); hier: Rückgang.

511 Otto Liman von Sanders (1855–1929), General der Kavallerie und osmanischer Marschall; Leiter der deutschen Militärmission in der Türkei 1913–1914; im Weltkrieg Befehlshaber verschiedener türkischer Armeen, 1918 der Heeresgruppe F in Syrien. – Liman von Sanders übernahm in Konstantinopel das Kommando über das I. türkische Armeekorps, dessen Hauptquartier sich in der Stadt befand. Darüber empörte sich die russische Regierung. Auf ihren Druck hin gab Liman im Januar 1914 das Korpskommando ab, wurde von der türkischen Regierung zum Marschall befördert und von ihr zum Generalinspekteur der osmanischen Armee ernannt. Damit wurde er vom Brennpunkt Konstantinopel (und den türkischen Meerengen) entfernt.

512 Über diesen Vorfall wurde nichts ermittelt, auch nicht über den im folgenden genannten „Berliner“. Es dürfte sich um Spionageaffären handeln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die, die die Russen schon häufig gegen uns gemacht haben – nicht jetzt im Falle Berliner –, sind sie nicht. Der Artikel der Kölnischen war eine Zagerei[513]. Wirklich geschadet hat er kaum. Aber die Entwickelung der Zukunft macht mir doch Sorgen. Rumänien ist durch Oesterreich ganz verprellt, und Rußland macht sich für den Fall des Wiederaufflackerns von Balkankrisen sehr stark. Macht dann Oesterreich wieder eine Prestigepolitik, ohne daß etwas dahinter sitzt, dann kann es sehr ernst werden. Wien kokettirt immer weiter mit Sofia – natürlich ohne Erfolg für den Ernstfall, kann sich mit Serbien nicht vertragen, begreift nicht, daß Serbien schließlich doch an die Adria kommen muß und bewirkt damit, daß es im Ernstfall außer den Russen den ganzen Balkan, schließlich auch vielleicht die Türkei gegen sich haben wird. Das Fatum dürfen wir nicht über uns kommen lassen, aber der Kampf dagegen ist schwer. Mit England geht es ruhig weiter. Aber sie sind sehr zähe in dem Bestreben, Frankreich nicht zu froissiren, und das ist bei der kleinsten Kleinigkeit immer gleich pikirt.

Leben Sie wohl und grüßen Sie die Gattin. Wenn ich doch nur über meine Sorgen hinweg käme.

Getreulichst Ihr

137. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1358. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Achilleion[514], 21. April 1914, 8 Uhr – Min. p.m.
Ankunft: 22. April, 7 Uhr – Min. p.m.

Seine Majestät ist über österreichische Politik gegenüber Rumänien und über Stellung Graf Berchtold's gegenüber Eventualität einer Verständigung oder Verschmelzung Serbiens und Montenegros so erregt, daß er dringend wünscht, ich möchte über Wien rückreisen, um mit Graf Berchtold, namentlich aber im Hinblick auf Erkrankung des Kaisers, mit Thronfolger[515] zu sprechen. Habe bisher vergeblich versucht, Seiner Majestät diesen Gedanken, den ich für wenig opportun halte, auszureden, und fürchte, daß ich nachgeben muß, wenn bis dahin Gesundheit Kaisers Franz Joseph sich so weit bessert,

[513] Am 2. März 1914 veröffentlichte die „Kölnische Zeitung" einen langen Artikel über Rußland, der in der deutschen Presse einige Wellen schlug. Darin wurden die russischen Rüstungen zu Lande und zu Wasser beschrieben, die gegen Deutschland gerichtet, zurzeit aber nicht bedrohlich seien, aber bis zum Jahr 1917 fertig sein würden. Er ist wiederabgedruckt in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1915) S. 805–811; zur dadurch ausgelösten Fehde ebenda S. 138, 813–815. – Die „Kölnische Zeitung" trug ihren Namen seit 1802; im Kaiserreich war sie nationalliberal ausgerichtet; sie erschien noch bis April 1945.

[514] Palast auf Korfu, den sich Kaiserin Elisabeth von Österreich hatte erbauen lassen und den Wilhelm II. 1907 erwarb.

[515] Franz Ferdinand (1863–1914), Erzherzog; Thronfolger von Österreich-Ungarn seit 1896; fiel am 28. Juni 1914 in Sarajevo einem Attentat zum Opfer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß Gefahr beseitigt. Ich würde alsdann mit „Breslau“[516] nach Triest fahren, wodurch Rückweg über Wien plausibel und Unhöflichkeit gegen Rom vermieden würde. Besondere Teilnahme Seiner Majestät an Erkrankung Kaisers müßte zur Motivierung des Besuchs verwertet werden.

Erbitte Bericht[517] baldigst Euerer Exzellenz.

Genaue Information, insonderheit über österreichische Differenz in Frage Serbien Montenegro, vorher notwendig.

138. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1358. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Achilleion, 22. April 1914, 9 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 23. April, 12 Uhr 55 Min. Vm.

Habe heute ausführlich mit König[518] gesprochen und Notwendigkeit schleuniger Verständigung mit Albanien und Türkei scharf betont unter ausdrücklichem Bemerken, daß, falls Räumung von Nord-Epirus verzögert würde, scharfe Maßregeln von Österreich und Italien zu gewärtigen seien[519]. König wiederholte die Versicherung Venizelos', daß Räumung ohne jeden Zeitverlust erfolgen werde, sobald Antwort Großmächte eingetroffen. Bei Mitteilung der im Telegramm Nr. 32 gemeldeten albanischen Konzessionen riet ich, nicht etwa auf einzelnen Details zu bestehen, sondern Tatsache der Konzessionen zu akzeptieren und das Weitere der praktischen Entwickelung zu überlassen. Baldige Verständigung mit Albanien werde Stellung Griechenlands nach allen Seiten auch gegenüber Türkei verstärken. König stimmt rückhaltlos zu. Bezüglich der Inseln habe ihm Venizelos Vortrag gehalten. Als realer Politiker werde

[516] Kleiner Kreuzer, Stapellauf 1911, im Dienst der osmanischen Marine 1914; 1918 untergegangen.

[517] Jagow an Bethmann Hollweg, Telegramm in Ziffern, Berlin, 22. April 1914: „Der rumänisch-österreichisch-ungarische Konflikt liegt leider in der Natur der Sache und ist daher nicht zu ändern; über die italienisch-österreichischen Divergenzen wegen Serbiens und Montenegros liegen derzeit keine Nachrichten vor. Ein Besuch beim österreichischen Thronfolger würde bei dem erkrankten Kaiser wohl zur Verstimmung führen.“ (PA Berlin, R 1358).

[518] Konstantin (1868–1923), König der Hellenen 1913–1917 und 1920–1923.

[519] Albanien (damals zum Osmanischen Reich gehörig) war auf der Londoner Botschafterkonferenz für unabhängig erklärt worden. Die ägäischen Inseln waren nach dem Ende des Ersten Balkankrieges den Griechen zugesprochen worden. In Nordepirus war die Grenzziehung zwischen Griechenland und dem neuen Albanien umstritten. Die Londoner Konferenz forderte Griechenland auf, das von diesem besetzte Gebiet in Nordepirus zu räumen; es sollte dafür fast alle ägäischen Inseln endgültig zuerkannt bekommen. Die griechische Regierung fügte sich dieser Lösung am 21. Februar 1914. Damit war der Aufstand in Nordepirus (der zugunsten eines Anschlusses ausgebrochen war und von griechischen Truppen unterstützt wurde) noch nicht zu Ende. Immerhin räumten die griechischen Truppen am 28. April den Albanien zugesprochenen Teil von Epirus. – Der im folgenden genannte: Eleftherios Venizélos (1864–1936), griechischer Ministerpräsident 1910–1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

er jede Verständigung mit der Türkei gutheißen, wofern ihm nur der faktische Besitz der Inseln bleibe.

Von sich aus sprach König Hoffnung aus, daß bei den bevorstehenden Eisenbahnbauten deutsche Industrie Beschäftigung finden werde.

Mißtrauen des Königs gegen Italien stark ausgeprägt. König hat mir Erlöserorden verliehen. Gebe Veröffentlichung, falls opportun, anheim.

139. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 9123. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin] 8. Mai 1914

Ich halte eine klare Aussprache in Wien für dringend erforderlich. Wien beginnt sich in seiner gesammten Politik etwas stark von uns zu emanzipiren und muß meo voto rechtzeitig am Zügel gehalten werden.

Falls Sie zustimmen, bitte ich mir den Erlaß nach Wien vor Abgang zur Kenntnis vorzulegen.

140. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 12. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 4. Juni 1914

Lieber Freund!

Du wirst mein langes Schweigen nicht falsch verstanden haben. Ich danke Dir herzlich für Deine treuen Freundesworte, darüber hinaus kann ich nichts sagen. Die notwendige Arbeit kann doch nur über die Zeit hinwegtäuschen. Das Leid[520] vertieft früh, und ich muß es still und einsam tragen. Du schreibst sehr wahr, daß der Mensch mit dem Tode nicht aus der Welt weggeht. Ich empfinde die fortwirkende Kraft des Geistes mit jedem Tage stärker. Aber der Trost, der darin liegt, läßt doch zugleich den Schmerz über den Verlust noch tiefer empfinden. Meine Frau ging ganz stark in den Tod, der ganz feierlich, ich möchte sagen, von allem Irdischen losgelöst, an sie herankam. Und so empfanden es auch meine Kinder. Denke an mich, wie Du es bisher getan hast. Ich habe doch alles verloren.

Dein alter Freund

[520] Tod seiner Gemahlin am 11. Mai 1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

141. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 108–118. MF 971. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatssministeriums X S. 112–113 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 19. Juni 1914

[*1. Ernennung. – 2. Kommissionsberatungen im Abgeordnetenhaus über einen Wohnungsgesetzentwurf. – 3. Ernennungen. – 4. Die dänische Agitation in Nordschleswig.]*

Der Herr Ministerpräsident machte Mitteilungen über eine Unterredung mit dem dänischen Gesandten[521] aus Anlaß der Interpellation des Grafen Rantzau-Rastorf im Herrenhaus und hob hervor, daß er dem Gesandten gesagt habe, die Erregung der öffentlichen Meinung in Deutschland würde nicht eher verschwinden, als bis auch die Versuche zur Danisierung Nordschleswigs aufhörten. Was die Ausführung der heutigen Beschlüsse betreffe, erkärte der Herr Ministerpräsident, daß der Anwendung der heute beschlossenen Zwangsmaßregeln[522] wohl ein diplomatischer Schritt bei der dänischen Regierung würde vorauszugehen haben, durch den auf die bestehenden Mißstände erneut hinzuweisen und die Notwendigkeit zu betonen sein würde, in der wir uns befänden, erforderlichenfalls energische Abwehrmaßnahmen zu ergreifen. Es dürfe sich empfehlen, daß wegen der Ausführung dieses Schrittes und der weiteren Maßnahmen das Auswärtige Amt und der Herr Minister des Innern in fortlaufender Fühlung blieben.

Der Herr Ministerpräsident ersuchte schließlich die Herren Staatsminister, wie in früheren Jahren ihre sommerlichen Urlaubsreisen so einrichten zu wollen, daß stets ein Ressortchef in Berlin anwesend sei und sich deswegen über die Urlaubszeiten untereinander zu verständigen.

142. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 121–122. MF 971. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl.

[521] Graf Carl von Moltke (1869–1935), dänischer Gesandter in Berlin 1912–1924. – Der im folgenden genannte: Christian Graf zu Rantzau (Rastorf) (1858–1939), Großgrundbesitzer; Mitglied des Herrenhauses 1911–1918. – Seine Interpellation im Herrenhaus am 26. Mai 1914 in: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1913 und in der Session 1914/15. Berlin 1915, S. 316–331. – Rantzau beklagte in seiner langen Rede die vom dänischen Staat unterstützte deutschfeindliche Propaganda in Nordschleswig und forderte von der preußischen Regierung einen stärkeren Schutz dagegen.

[522] U. a. Abschiebung von Dänen aus Schleswig, die keine Niederlassungsgenehmigung besitzen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 113–114 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 1. Juli 1914

In der heutigen Sitzung wurde Folgendes beraten und beschlossen:

1. Der Herr Ministerpräsident ersuchte das Staatsministerium, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Staatssekretäre von Jagow und Kühn Allerhöchstenorts für die Ernennung zu preußischen Staatsministern und Mitgliedern des Staatsministeriums in Vorschlag gebracht werden.

Schon bei der Berufung des Staatssekretärs von Jagow in sein gegenwärtiges Amt[523] sei in Aussicht genommen worden, ihn nach einiger Zeit zum Staatsminister zu ernennen. Nachdem seitdem 1½ Jahre verflossen seien, sei es der Wunsch Seiner Majestät, die damals gehegte Absicht zur Ausführung zu bringen.

Hinsichtlich des Staatssekretärs Kühn erinnerte der Herr Ministerpräsident daran, daß der jetzige Herr Handelsminister[524] schon gleich bei seiner Berufung als Schatzsekretär zum Staatsminister ernannt worden sei. Der Staatssekretär Kühn habe im vorigen Jahre eine enorme Arbeit geleistet und mit dem Wehrbeitragsgesetz ein großes Werk geschaffen[525]. Bei den Verhandlungen über dieses Gesetz habe sich gezeigt, in wie engen Beziehungen das Reichsschatzamt zur preußischen Finanzverwaltung stehen müsse. Jetzt wo wir wiederum vor der Aufgabe ständen, große Geldmittel für das Reich zu beschaffen und diesem neue Steuerquellen zu erschließen, sei der geeignete Augenblick gekommen, um dem Staatssekretär Kühn die Stellung eines Staatsministers einzuräumen. Das Zusammenarbeiten zwischen der Reichsschatzverwaltung und der preußischen Finanzverwaltung werde dadurch gefördert. Meinungsverschiedenheiten würden leichter ausgeglichen werden.

Der Herr Ministerpräsident legte jedoch Wert darauf, bei dieser Gelegenheit grundsätzlich zum Ausdruck zu bringen, daß er es nicht für wünschenswert halte, bestimmte Staatssekretariate mit der Stellung eines preußischen Staatsministers zu verbinden und dadurch dem preußischen Staatsministerium eine neue Färbung zu geben; eine Verbindung beider Ämter dürfe vielmehr immer nur ad personam erfolgen.

Das Staatsministerium erhob keinen Widerspruch.

[*2. Ernennung.*]

[523] Am 11. Januar 1913.

[524] Reinhold von Sydow. Er wurde am 20. Februar 1908 gleichzeitig zum Reichsschatzsekretär und zum Staatsminister (ohne Geschäftsbereich) berufen.

[525] Bei den Wehrvorlagen von 1912 und 1913.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

143. Bethmann Hollweg an Schwerin

PA Berlin, R 742. Erlaß. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 162. Berlin, 18. Juli 1914

Auf den Bericht Nr. 41. vom 11. d. M.

Ew.pp.[526] bitte ich, bei sich bietender Gelegenheit in unauffälliger Weise Herrn von Seydewitz gegenüber auf die Ernennung der Herren Staatssekretäre Kühn und von Jagow zu Staatsministern[527] zurückzukommen und dabei zu betonen, daß von einer dadurch bewirkten Schwächung Preußens gegenüber dem Reiche keine Rede sein könne. Die Ernennung von Staatsskretären zu preußischen Staatsministern sei kein Novum, sie erfolge unter besonderer Berücksichtigung der individuellen Charaktere und entspränge durchaus nicht dem Streben nach einer „Reichsstaatssekretarisierung Preußens". Im Gegenteil sei davon, daß die leitenden Beamten des Reiches durch ihre Zugehörigkeit zum Staatsministerium mit den preußischen Angelegenheiten in engere Berührung träten, eher eine Verstärkung preußischen Einflusses im Reiche als umgekehrt eine Beeinträchtigung dieses Einflusses zu erwarten. Vom föderativen Standpunkt könne es doch nur begrüßt werden, wenn die Reichsbeamten, die gleichzeitig preußische Staatsminister wären, durch die mit letzterer Stellung verknüpfte Verantwortlichkeit genötigt wären, den berechtigten einzelstaatlichen Ansprüchen Preußens in erhöhtem Maße Rechnung zu tragen.

144. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 124–127. MF 971. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 114–115 (mit den Anmerkungen). – Teildruck: Kautsky II S. 175–179 (mit einigen Abweichungen).

Berlin, 30. Juli 1914

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde.

1. Der Herr Ministerpräsident teilte mit, er habe die Herren Staatsminister zu der heutigen Sitzung gebeten, um ihnen einen Überblick über die augenblickliche politische Lage zu geben, soweit dies möglich sei. Die Situation schwanke von Stunde zu Stunde und sei auch jetzt bei den unsicheren Faktoren der Entwickelung noch zweifelhaft.

a. Seine Majestät habe eine Verständigung zwischen der Wiener und der Petersburger Regierung versucht. Die Wiener Regierung habe in Petersburg

[526] Ulrich Graf von Schwerin (1864–1930), preußischer Gesandter in Dresden 1914–1919.

[527] Vgl. die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach der serbischen Ablehnung ihrer Forderung[528] erklärt, keine territorialen Erwerbungen anzustreben und an dem Bestand des Serbischen Staates nicht rütteln zu wollen.

Seitens der Deutschen Regierung sei der Wiener Regierung nahegelegt, in Petersburg zu erklären: Serbien habe nur teilweise die Erfüllung der Wiener Wünsche zugesagt, zudem sei es in hohem Maße zweifelhaft, ob es die gegebenen Zusagen halten werde. Die Wiener Regierung bezwecke daher, sich durch die temporäre Besitznahme eine Garantie für ihre Forderungen und für das Wohlverhalten der Serbischen Regierung zu verschaffen[529]. Diese gestrige Demarche sei heute noch nicht beantwortet. Maßgebend für diese Haltung Deutschlands in dem gegenwärtigen Konflikte seien folgende Gründe: Es müßte der größte Wert darauf gelegt werden, Rußland als den schuldigen Teil hinzustellen, und das würde durch eine solche österreichisch-ungarische Erklärung erreicht werden, welche die Behauptungen der Russischen Regierung ad absurdum führe. Sodann sei zu berücksichtigen, daß die serbische Antwort bis auf geringe Punkte den österreichich-ungarischen Desiderien tatsächlich zugestimmt habe.

b. Neben diesen Verhandlungen mit Wien laufe ein Depeschenwechsel zwischen Seiner Majestät und dem Zaren[530]. Der Zar habe in seinem Telegramm den österreichischen Angriff auf Serbien als einen unwürdigen Krieg bezeichnet und an die Hilfe des Kaisers appelliert, um einen europäischen Krieg zu vermeiden. Der Kaiser habe in seinem Telegramm an den Zaren hervorgehoben, daß alle monarchischen Staaten ein Interesse daran hätten, sich gegen die in Serbien gezüchteten, in Königsmord und Revolution gipfelnden destruktiven Tendenzen zu schützen. Diese Depeschen hätten sich gekreuzt. Der weitere Telegrammwechsel sei noch nicht erledigt, was um so schwieriger sei, als die russische Mobilisation dazwischen gekommen sei. Die nach Wien gerichteten Vorschläge seien dadurch mehr oder weniger illusorisch gemacht.

c. Endlich kämen noch die Vorschläge des englischen Staatssekretärs Grey[531] in Betracht, welche dahin gingen, daß Österreich in Petersburg ähnliche Erklärungen abgeben möge, wie sie deutscherseits empfohlen seien. Diese Verhandlungen seien auch noch nicht zu Ende geführt.

d. Deutschland und England hätten alle Schritte getan, um einen europäischen Krieg zu vermeiden. [a]Die Mobilisierung Rußlands habe diese Schritte konterkarriert.[a] Rußland habe zwar erklärt, seine Mobilisierungsmaßnahmen seien mit den westeuropäischen nicht zu vergleichen. Die russischen Truppen könnten in diesem Mobilisierungszustande wochenlang stehen bleiben. Rußland beabsichtige noch keinen Krieg, sondern sei zu seinen Maßnahmen nur

[528] Österreich-Ungarn hatte am 23. Juli 1914 ein Ultimatum an Serbien gerichtet. Dieses hatte am 25. Juli weitgehend einlenkend geantwortet, aber Vorbehalte hinsichtlich seiner Souveränitätsrechte gemacht.

[529] Damit ist offenbar das Telegramm Bethmann Hollwegs nach Wien vom 28. Juli 1914 gemeint. Vgl. unten Nr. 471*.

[530] Am 29. und 30. Juli 1914. Wortlaut: Kautsky II S. 48, 77–78, 84, 121.

[531] Vgl. ebenda S. 71, 74–76, 86–88.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch Österreich gezwungen. Demgegenüber sei jedoch zu betonen, daß die 4 im Süden der Monarchie mobilisierten österreichisch-ungarischen Korps keine Spitze gegen Rußland hätten und auch die im Norden in Böhmen mobilisierten Korps angesichts der zweifelhaften politischen Haltung der Tschechen in erster Linie wohl mehr lokalen Gründen gälten.

Seine Majestät sei damit einverstanden, daß vor weiteren Entschlüssen zunächst die oben dargelegte Aktion in Wien zum Abschluß gebracht werden solle. Militärische Maßnahmen: Erklärung der drohenden Kriegsgefahr bedeute die Mobilmachung und diese unter unseren Verhältnissen – Mobilmachung nach beiden Seiten – den Krieg. Man könne aber füglich nicht politische und militärische Aktionen gleichzeitig betreiben. Wahrscheinlich werde heute die Entscheidung in Wien über die deutschen und englischen Vorschläge fallen.

e. Was die Haltung der anderen Nationen anlange, so sei die Hoffnung auf England gleich Null. England werde wohl Partei für den Zweibund[532] nehmen. Italiens Haltung sei nicht ganz durchsichtig. Der österreichisch-serbische Konflikt sei in Italien unpopulär, weil man dadurch die italienischen Interessen auf dem Balkan gefährdet glaube. Italien fürchte, die schriftlich zugesicherte Hilfeleistung nicht in vollem Umfange innehalten zu können. Er habe bei Österrreich dahin eingewirkt, daß es sich mit Italien verständigen solle, dies sei aber bisher noch nicht geschehen, wie überhaupt Österreich in der Führung seiner Politik sehr schwierig sei. Auf Rumäniens Hilfe sei nicht zu rechnen, desgleichen nicht auf Bulgarien, weil die gegenwärtige Regierung wahrscheinlich gestürzt und durch eine russenfreundliche ersetzt werden würde.

f. Die in Rußland und in Frankreich getroffenen militärischen Maßnahmen glichen etwa der „Erklärung der drohenden Kriegsgefahr“ bei uns. In Rußland seien, was die deutsche Grenze beträfe, die Grenzwachen verstärkt, und für das Gouvernement Kowno sei der Kriegszustand erklärt. An der Ostsee seien die Leuchtfeuer gelöscht und die funkentelegraphischen Stationen gesperrt. Im übrigen habe Rußland noch heute früh versichert, daß keine Mobilmachung gegen Deutschland erfolgt sei[533].

Frankreich habe den Kriegszustand erklärt, aber nur vorübergehende defensive Maßnahmen zugestanden. Die sonstigen Gerüchte seien unkontrollierbar.

g) Der Herr Ministerpräsident betonte zum Schluß, daß alle Regierungen – einschließlich Rußlands – und die große Mehrheit der Völker an sich friedfertig seien, aber es sei die Direktion verloren und der Stein ins Rollen geraten. Als Politiker gäbe er jedoch, solange seine Demarche in Wien noch nicht abgeschlagen sei, die Hoffnung und Bemühungen auf Erhaltung des Friedens noch nicht auf. Die Entscheidung könne in kurzer Zeit erfolgen, dann werde eine andere Marschroute eingeschlagen. Die allgemeine Stimmung sei in Deutsch-

[532] Den französisch-russischen Zweibund von 1892/94.

[533] Das ist allenfalls aus einem Telegramm Pourtalès’ aus St. Petersburg vom 29. Juli 1914 zu entnehmen: Kautsky II S. 89–90.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

land gut (was allseitig bestätigt wude). Auch von der Sozialdemokratie und dem sozialdemokratischen Parteivorstande sei nichts besonderes zu befürchten, wie er aus Verhandlungen mit dem Reichstagsabgeordneten Südekum[534] glaube schließen zu können. Von einem Generalstreik oder Partialstreik oder Sabotage werde keine Rede sein.

[*2. Bemerkung des Staatsministers Tirpitz über die Anordnung der – Sicherung – für die Marineverwaltung.*]

Der Herr Ministerpräsident betonte, daß militärischerseits der Wunsch geäußert sei, die „drohende Kriegsgefahr" auszusprechen, er habe jedoch seinen oben dargelegten abweichenden Standpunkt Seiner Majestät gegenüber erfolgreich vertreten, und man habe sich auf den militärischen Bahnschutz beschränkt.

[*Einwürfe der Staatsminister Tirpitz und Falkenhayn.*]

Nachdem auch der Herr Staatsminister von Breitenbach hervorgehoben hatte, daß die „Sicherung" etwa den getroffenen Landmaßnahmen entsprechen würde, erklärte der Herr Ministerpräsident, daß er gegen die „Sicherung" als einer rein defensiven Maßnahme keine Bedenken habe, und überließ dem Herrn Staatsminister von Tirpitz, einen entsprechenden Antrag bei seiner Majestät zu stellen.

[*Bemerkung des Justizministers. Bei den folgenden Verhandlungen entfernten sich der Ministerpräsident sowie die Staatsminister Tirpitz und Falkenhayn; Staatsminister C. Delbrück übernahm den Vorsitz. – 3. Die Strafverfolgung von Rednern, die zum Massenstreik aufrufen. – 4. Ausfuhrverbvot für landwirtschaftliche Produkte. – 5. Erlaß von Maßnahmen für den Fall der Mobilmachung. – 6. Einberufung des Landtags.*]

[a–a] Dieser Passus ist bei Kautsky II S. 177 fortgelassen; der dann folgende Satz ist umgestellt. – Bei Kautksys Hervorhebungen (Sperrungen) handelt es sich um Unterstreichungen von unbekannter Hand.

145. Bethmann Hollweg an Reichenau

PA Berlin, R 20983, f. 4–5. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept von Schreiberhand.

Nr. 48. Berlin, 6. August 1914

Eilt.

Um in Finland Stimmung für uns zu machen, eventuell Aufstand gegen Rußland hervorzurufen, wäre es geboten, alsbald mit leitenden Persönlichkei-

[534] Albert Südekum (1871–1944), MdR (SPD) 1900–1918; Finanzminister November 1918–März 1920. – Zur Resolution der Reichstagsfraktion der SPD: Die Reichstagsfraktion der deutschen Sozialdemokratie 1898 bis 1918. Teil 2. Bearb. v. Erich Matthias und Eberhard Pikart. Düsseldorf 1966, S. 3–4 = Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien I,3,2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten schwedischer Partei in Finland Fühlung zu nehmen und ihnen im Falle für uns günstigen Kriegsausgangs autonomen Pufferstaat Finland (Republik) in Aussicht zu stellen.

Gf. Taube[535] versichert, daß Schweden mit dieser Lösung einverstanden sein würde, da es Annektierung nicht wünsche, höchstens Ålands-Inseln und Grenzberichtigungen.

Geeignete Mittelspersonen für Verbindung mit finnischen Führern: Direktor Palme[536] und namentlich dessen Frau, geb. von Born, Finländerin, glühende Patriotin und Russenfeindin, ferner vermögenden Professor Mittag-Leffler, ebenfalls Finne von Geburt. Gf. Taube glaubt, daß Vorgenannte Euer pp.[537] bekannt.

Bitte hiernach alsbald vorbereitende Schritte einleiten.

Leitsätze für ev. zu verbreitende Aufrufe: Befreiung und Sicherung der von Rußland unterjochten Stämme, Zurückwerfung russischen Despotismus auf Moskau.

146. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1812. Immediatbericht. Eigenhändig. Behändigt. Praes.: 10. August 1914 pm.

[Ohne Nr.] Berlin, 10. August 1914

Euer Majestät!

Nach hier eingegangenen Nachrichten habe uns freundlich gesinnte italienische Deputation angeregt, Fürst Bülow möchte doch baldigst nach Rom kommen und seinen großen persönlichen Einfluß aufbieten, damit nicht die antiösterreichische Strömung übermäßig wird. Unter diesen Umständen wäre es doch vielleicht gut, wenn Euer Majestät dem Fürsten Bülow, der, wie ich höre, Euer Majestät seine Dienste angeboten hat, einen entsprechenden Befehl huldvollst zukommen lassen wollten[538].

Alleruntertänigst

[PS] Fürst Bülow wohnt in Hamburg, Hotel Atlantic.

---

[535] Arvid Graf Taube von Odenkat (1853–1916), schwedischer Außenminister 1909–1911; Botschafter in Berlin 1911–1912.

[536] Sven Palme (1854–1934), Direktor der schwedischen Versicherungsgesellschaft Thule; Ehrenbürger der Ludwig-Maximilians-Universität München; verheiratet mit Hanna, geb. von Born (1861–1959). – Der im folgenden genannte: Magnus Gösta Mittag-Leffler (1846–1927), schwedischer Mathematiker (deutschstämmig); Professor für Mathematik an der Universität Stockholm seit 1881; Mitglied der Leopoldina in Halle/S.

[537] Franz von Reichenau (1857–1940), Gesandter in Stockholm 1911–März 1915.

[538] Bülows Berufung nach Rom erfolgte am 9. Dezember 1914. Sein dortiger Vorgänger, Flotow, wurde krankheitshalber in den Ruhestand versetzt. – Dieser Brief ist Beleg dafür, daß Bülows eigene Darstellung in seinen „Denkwürdigkeiten“ (unten Nr. 572*) sehr subjektiv verfaßt ist. – Der Kaiser vermerkte am Kopf des Immediatberichts ein „Einverstanden“.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

147. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1812. Eigenhändig. – Die Aufzeichnung ging ohne den Schlußsatz am 14. August 1914 als Telegramm an Tschirschky nach Wien.

Berlin, 14. August 1914

General von Moltke hat eine Anfrage Conrad von Hoetzendorfs[539], ob wir Österreich Truppen zur Deckung gegen Italien abgeben könnten, verneint. Herr von Moltke vertritt folgenden Standpunkt:

Wenn Italien wirklich von Österreich unter Kriegsdrohung das Trentino verlangen sollte, so soll Österreich, da es das Trentino mit seinen Grenztruppen doch nicht decken kann, die Italiener unter Protest, aber ohne Feindseligkeiten einrücken lassen. Dann wird sich Italien auf die Besetzung der italienischen Landstriche beschränken. Diese Beschränkung wird es sich nicht auferlegen, falls sich Österreich mit Waffen widersetzt, falls es also zum Kriege zwischen Österreich und Italien kommt. Dann wird Italien nicht nur Triest nehmen, sondern auch den Marsch auf Wien antreten, ohne daß sich das gegen Rußland und Serbien engagierte Österreich nachhaltig wehren kann. Wir können in einem solchen Falle Italien unmöglich den Krieg erklären.

Herr von Moltke hat solche Erwägungen bereits durch Herrn von Kageneck[540] in Wien mitteilen lassen, schließt aber aus der Anfrage Conrads, daß sich Österreich eintretendenfalls gegen Italien zur Wehr setzen will. Das muß mit allen Mitteln verhütet werden.

Meo voto müssen wir schon jetzt Tschirschky informiren.

148. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 1812. Telegramm in Ziffern. Konzept von unbekannter Hand mit eigenhändigen Revisionen Bethmann Hollwegs.

Nr. 317. [Berlin] 14. August 1914
Abgangsvermerk: 14. August 1914, 10 Uhr 10 pm.

Zur Information und geeigneten Verwendung.

Nach Meldungen aus Italien sollen in Norditalien Truppenverschiebungen nach der österreichischen Grenze stattfinden. Wiewohl ich glaube, daß Italien bisherige Neutralität <aufrecht erhalten> und sich nicht zu einem flagranten Treubruch gegenüber seinem Verbündeten hinreißen lassen wird, so ist auch diese Möglichkeit in Rechnung zu ziehen, zumal England, nachdem es Österreich den Krieg erklärt hat[541], vielleicht in diesem Sinne auf Italien drücken

[539] Franz Frhr. Conrad von Hötzendorf (1852–1925), General der Infanterie; Chef des österreichisch-ungarischen Generalstabs 1906–1911, 1912–1916; 1916 Feldmarschall.

[540] Karl Graf von Kageneck (1871–1967), Oberstleutnant; Militärattaché in Wien 1906–1916.

[541] Am 12. August 1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wird. Eine Anfrage Conrad von Hoetzendorf's, ob wir Oesterreich-Ungarn Truppen zur Deckung gegen Italien abgeben könnten, hat General von Moltke verneint, da wir unsere ganze Kraft für den Kampf gegen Frankreich und Rußland einsetzen müssen. – Nach Lage der Verhältnisse würde es sich für Österreich-Ungarn empfehlen, einem etwaigen Einmarsch Italiens in das Trentino nur einen Protest, aber keinen bewaffneten Widerstand entgegenzusetzen und eine endgültige Abrechnung mit Italien bis nach Beendigung des jetzigen Krieges zu vertagen. Zunächst gilt es, den Hauptgegner Rußland zu überwinden. Eine Zersplitterung der österreichischen Streitkräfte müßte verhängnisvoll wirken.

149. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 131–138. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 115–116 (mit den dortigen Anmerkungen).

Berlin, 15. August 1914

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes beraten wurde.

Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß Sich Seine Majestät morgen ins Feld begeben und er den Kaiser begleiten werde[542]. Er habe den Wunsch, noch einmal die Herren Staatsminister und die Herren Staatssekretäre der Reichsämter zu versammeln, um sich von ihnen zu verabschieden.

Seine Majestät wolle Sich wegen Seiner Abwesenheit von Berlin und Seiner Inanspruchnahme durch den Krieg von einem Teile der laufenden Regierungsgeschäfte in Preußen sowohl wie im Reiche entlasten. Über den Umfang dieser Maßnahme für Preußen sei ja eine Verständigung unter den Herren Ressortschefs bereits erfolgt. Eine entsprechende Allerhöchste Order sei ergangen. Die Anstellung der Beamten im Hauptamte sowie die Verleihung von Titeln und Orden habe Sich der Kaiser vorbehalten. Um Ihm aber – wenigstens für die nächste Zeit – solche Geschäfte tunlichst fernzuhalten, sei es empfehlenswert, mit derartigen Anträgen einstweilen nach Möglichkeit [sich] zurückzuhalten. Die Wiederbesetzung leitender Stellen werde allerdings nicht zurückgestellt werden können, auch könnten Ausnahmen noch zu Gunsten der Anstellung und Beförderung solcher Beamten in Frage kommen, welche mit der Waffe im Felde ständen. Dadurch würde, falls sie fielen, für ihre Hinterbliebenen besser gesorgt. Dabei müßte allerdings eine Regelung des Dienstalters vorbehalten bleiben, da sonst eine nicht gewollte Benachteiligung der zu Hause gebliebenen Beamten eintreten könnte. Im übrigen ließen sich allgemeine Regeln kaum aufstellen, vielmehr müsse es den Herren Ressortchefs überlassen

[542] Nach Koblenz, wo sich zunächst das Große Hauptquartier befand, bald darauf nach Luxemburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bleiben zu prüfen, wo eine Notwendigkeit zur alsbaldigen Erledigung der Anträge vorläge.

Weiterhin habe er Seine Majestät gebeten, um eine einheitliche Leitung der Staatsgeschäfte auch während seiner Abwesenheit zu verbürgen, den Herrn Staatsminister Dr. Delbrück zum Vizepräsidenten des Staatsministeriums zu ernennen. Seine Majestät habe diesem Antrage entsprochen. Er wünsche aber auch ferner, soweit als möglich, die Leitung der Geschäfte in der Hand zu behalten, und bitte Exzellenz Delbrück, in allen wichtigen Angelegenheiten, soweit es die Zeit gestatte, seine Entscheidung einzuholen, auch als Stellvertreter des Reichskanzlers[543].

Der bisherige glatte Verlauf der Mobilmachung, über welchen der Kaiser Sich wiederholt anerkennend ausgesprochen habe, trage die Gewähr für die Zukunft in sich. Gleichwohl ständen schwere Zeiten bevor, in welchen die jetzige Einigkeit der Staatsverwaltung und des ganzen deutschen Volkes unter allen Umständen erhalten bleiben müsse, wie dies stets in ernsten Zeiten in Preußen und im Reiche der Fall gewesen sei. Diese jetzige Einmütigkeit des deutschen Volkes und der parlamentarischen Parteien müsse in ihrer ganzen Großartigkeit gewahrt bleiben auch etwaigen Rückschlägen gegenüber, die in dem jetzigen Kriege gegen drei Fronten[544] nicht ausbleiben mögen. Deshalb müsse auch in der Behandlung der Sozialdemokratie, der Polen und Dänen sowie der Presse die größte Vorsicht geübt werden, um keinerlei Mißklänge in die jetzige Einhelligkeit hineinzubringen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus habe er auch nach Benehmen mit den zuständigen Herren Ressortminister Seiner Majestät empfohlen, den Weihbischof Likowski[545] dem Vatikan als für die Besetzung des erzbischöflichen Stuhles in Posen genehm zu bezeichnen. Er sei der Überzeugung, daß diese Maßnahme, mit der, wie er hoffe, das Staatsministerium einverstanden sei, die Polen fest an unsere Fahnen halten werden. Nach dem Berichte des Oberpräsidenten in Posen[546] sei abgesehen von einigen Kleinigkeiten die ganze Mobilmachung in der Provinz Posen glatt verlaufen, die jungen Leute hätten sich anstandslos gestellt. Gleiche Wahrnehmungen seien in Elsaß-Lothringen nach den Mitteilungen des Statthalters und der Kommandierenden Generale[547] gemacht worden.

---

543 Das war er qua Amtes (in seiner Eigenschaft als Staatssekretär des Innern).

544 Westfront (gegen Frankreich), Ostfront (im Osten/Nordosten gegen Rußland) sowie südliche Ostfront (Südosten in Verbindung mit den österreichisch-ungarischen Truppen gegen Rußland, auch gegen Serbien).

545 Eduard Likowski (1836–1915), Weihbischof von Posen 1906–1914; Erzbischof von Gnesen-Posen September 1914–20. Februar 1915 (†).

546 Hans von Eisenhart-Rothe (1862–1942), Oberpräsident von Posen Juli 1914–Januar 1919.

547 Hans von Dallwitz, Statthalter in Elsaß-Lothringen. – Ernst Frhr. von Hoiningen gen. Huene (1849–1924), General der Infanterie; Kommandierender General des XIV. Armeekorps im Großherzogtum Baden und Bezirk Oberelsaß (Karlsruhe) 1907–31. August 1914. – Berthold von Deimling (1853–1944), General der Infanterie; Kommandierender General des XV. Armeekorps im Elsaß (Straßburg) 1913 – August 1914. – Bruno von Mudra (1851–1931), General der Infanterie; Kommandierender General des XVI. Armeekorps in Lothringen (Metz) 1913–1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auf zwei besonders wichtige Punkte wolle er noch hinweisen. Zunächst habe er gelesen, daß der Herr Handelsminister[548] an die Arbeitgeber einen Appell gerichtet habe, daß sie den Arbeitern gegenüber ihre Pflicht erfüllten und, soweit es in ihren Kräften stehe, dafür sorgten, ihren Arbeitern das tägliche Brot zu erhalten. Sodann müßten auch der Staat und das Reich mit gutem Beispiel vorangehen und organisatorisch für die Beschäftigung der Arbeitslosen eintreten, nötigenfalls sollten Staatsarbeiten geschaffen werden. Unsere braven Truppen würden Anstrengungen und Einwirkungen des Krieges gegenüber nicht widerstandsfähig bleiben, wenn sie nicht getragen würden von dem Bewußtsein, daß für die Ihrigen daheim ausreichend gesorgt werde. Deshalb sei die Überwindung der Stockungen unseres wirtschaftlichen Lebens von eminenter Bedeutung. Er hoffe auf ein Entgegenkommen der Chefs der beiden Finanzressorts[549] in der angedeuteten Richtung. Man stehe vor einer Alternative. Falls wir unterlägen – was er nicht glaube –, kämen einige für jetzige Zwecke verwandte Millionen nicht in Betracht, im anderen Falle seien sie aber gut angewandt.

Diese Gesichtspunkte habe er vor seinem Fortgange noch darlegen wollen und bitte die Herrn um ihre Unterstützung.

[*Es folgen Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident schloß sich wegen der Behandlung der Dänen und Sozialdemokratie den Ausführungen des Herrn Staatsministers von Tirpitz an[550]. Man könne zweifelhaft sein, ob die Sozialdemokratie lediglich aus taktischen oder auch aus ethischen Gründen ihre jetzige Stellung eingenommen hätte[551], jedenfalls müsse den Tatsachen Rechnung getragen werden. Allein das Gerücht, daß Liebknecht füsiliert sei, habe nach übereinstimmenden Berichten der auswärtigen Missionen Stimmung gegen uns gemacht. Jetzt könne man keine grundsätzlichen Entscheidungen darüber treffen, was später geschehen solle. Jetzt müsse die Sozialdemokratie so behandelt werden, wie sie sich uns gegenüber stelle, sonst könne die jetzige schwere Krisis nicht durchgeführt werden. Stadthagen[552] hätte seinen Antrag auf Zulassung des

[548] Reinhold von Sydow.

[549] Des preußischen Finanzministeriums und des Reichsschatzamtes.

[550] Tirpitz hatte in der Sitzung dafür plädiert, „Dänemark möglichst freundlich entgegenzukommen“ und der Sozialdemokratie während des Krieges „möglichst Entgegenkommen“ zu zeigen.

[551] Die SPD hatte zu Beginn des Krieges ihre internationalistische Position über Bord geworfen und sich (mit Ausnahme ihres linken Flügels unter Liebknecht) in die nationale Kriegsbegeisterung („Burgfrieden“) eingereiht. – Der im folgenden genannte: Karl Liebknecht (1871–1919), MdR (SPD) 1912–1916; war 1907 in einem Hochverratsprozeß zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt worden; stimmte ab Dezember 1914 im Reichstag gegen die Kriegskredite; Februar 1915 vom Oberkommando in den Marken zum Dienst in einem Armierungsbataillon verpflichtet; Januar 1916 aus der Reichstagsfraktion der SPD ausgeschlossen; November 1916 zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt; 15. Januar 1919 ermordet.

[552] Arthur Stadthagen (1857–1917), MdR (SPD) 1890–1917; Redakteur des „Vorwärts“ 1893–1916, Gründungsmitglied der USPD April 1917. – Zur Sache vgl. Militär und Innenpolitik S. 194–197; ferner: Dokumente und Materialien II/1 S. 37.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorwärts zum Bahnhofsverkaufe auch damit begründen können, daß ja der Vorwärts zurzeit unter Zensur stehe und deshalb kein Grund zur Ausschließung vorliege.

[*Ausführungen weiterer Minister.*]

Der Ministerpräsident hielt diesen Weg für zulässig[553].

Sodann teilte er mit, der Herr Staatssekretär des Reichskolonialamts[554] habe den Erlaß einer Allerhöchsten Order in Anregung gebracht, nach welcher die die Erneuerung des Eisernen Kreuzes betreffende Order vom 5. August auf die Angehörigen der Schutztruppen und der Polizeitruppen in den deutschen Schutzgebieten entsprechend Anwendung finden solle. Er halte indessen eine solche Order nicht für erforderlich, weil zu den Angehörigen des Heeres im Sinne der Allerhöchsten Order vom 5. August auch die Angehörigen der Schutztruppen und der Polizeitruppen in den deutschen Schutzgebieten gehörten.

Dieser Auffassung stimmten die gesamten Herren Staatsminister, insbesondere auch Exzellenz von Tirpitz und Exzellenz von Falkenhayn, zu.

Nachdem sich sodann der Herr Ministerpräsident noch eine telephonische Mitteilung über die persönliche Verabschiedung der Herren Staatsminister von Seiner Majestät bei Seiner bevorstehenden Abreise vorbehalten hatte, schloß er die Verhandlung mit dem Wunsche, daß beim Wiedersehen Heer und Flotte einen glücklichen Frieden errungen haben möchten.

150. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

Thüringische Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Nachlaß C. von Delbrück. Allgemeine Korrespondenz (Digitalisat), Nr. 1, f. 273. Erlaß. Ausfertigung von Schreiberhand.

Rk 186
K.J. Berlin, 16. August 1914

Eurer Exzellenz übersende ich anbei eine Allerhöchste Kabinettsordre, welche meine Vertretung während meiner Abwesenheit von Berlin regelt.

Dabei spreche ich die Erwartung aus, daß wichtige Entscheidungen in meinem Namen durch Euere Exzellenz nicht getroffen werden, solange es möglich ist, meine Entscheidung herbeizuführen und daß insbesondere durch Euere Exzellenz nichts ohne meine Mitwirkung angeordnet wird, was für den Gang der auswärtigen Poltitik von entscheidender Bedeutung sein könnte.

[553] Pensionierte Beamte wiederzuverwenden, etwa in der Verwaltung der besetzten Gebiete.

[554] Wilhelm Heinrich Solf (1862–1936), Staatssekretär des Reichskolonialamtes 1911–1918, des AA Oktober – Dezember 1918; Botschafter in Tokio 1920–1928.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

151. Bethmann Hollweg an die Chefs der obersten Reichsbehörden

BA Berlin, R 2415b, f. 39. Erlaß. Ausfertigung von Schreiberhand.

RK 180
K.J. Berlin, 16. August 1914

Euer Exzellenz beehre ich mich, anbei Abschrift eines Allerhöchsten Erlasses vom heutigen Tage[555] ergebenst mitzuteilen, durch welchen Seine Majestät der Kaiser und König mich bis auf weiteres mit der selbständigen Erledigung gewisser sonst zur kaiserlichen Entscheidung gelangender Angelegenheiten betraut haben. Wie ich bereits in meinem Schreiben vom heutigen Tage – RK 186/K.J. – bemerkt habe, beabsichtige ich, auch während meiner Abwesenheit von Berlin die Oberleitung der Geschäfte beizubehalten. Demgemäß wünsche ich insbesondere auch die auf Grund der vorliegenden Ermächtigung im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs ergehenden Erlasse während meiner Abwesenheit im Felde selbst zu zeichnen. Nur wenn dadurch ein nachteiliger Zeitverlust herbeigeführt werden könnte, wird die Zeichnung durch meinen allgemeinen Herrn Vertreter, den Staatssekretär des Inneren und Staatsminister Dr. Delbrück, erfolgen müssen.

152. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2465f, f. 4. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept. Behändigt. Praes.: 19. August 1914. Abgangsvermerk: 19/8/14, 12 Uhr 35.

RK 4 Großes Hauptquartier, 19. August 1914
Gr.H.

Berliner Telegramm in N° 929 Kölnischer Zeitung über Funktionen Staatssekretärs Delbrück widerspricht direkt den getroffenen Festsetzungen[556]. Sofort Berichtigung am besten wohl in der Norddeutschen und Wolff. Oberste Leitung nach wie vor unverändert bei mir.

[555] Er befindet sich in: BA Berlin, R 43/2415b, f. 39. – Das im folgenden erwähnte Schreiben ebenda.

[556] Die „Kölnische Zeitung“ vom 18. August 1914, Nr. 929, hatte aus Berlin gemeldet: „Der Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und der Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow werden […] an der Seite des Kaisers im Hauptquartier verbleiben […]. Die oberste Leitung der Reichs- und Staatsgeschäfte ruht bis zum Ende des Krieges in den Händen des Staatssekretärs und Staatsministers Dr. Delbrück.“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

153. Bethmann Hollweg an AA

BA Berlin, R 43/2406f, f. 1. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

RK 290 Koblenz, 19. August 1914, 7 Uhr 30 Min. Nm.
KJ. Ankunft: 19. August 1914, 8 Uhr 10 Min. Nm.

Nr. 8. Für Reichskanzlei und Exzellenz Delbrück.

Botschafter Cospoli[557] meldet: „Der aus England hierher zurückgekehrte englische Botschafter sprach sich zu Kollegen dahin aus, daß England nicht daran denke, unsere Flotte in der Nordsee anzugreifen. Letztere sei ein zu beschränktes Kampffeld für die gesamten Streitkräfte der englischen Flotte, die sich im Gegenteil dort einem gleich starken Gegner gegenüber befinde und mit der Möglichkeit von Niederlagen rechnen müsse. – England beabsichtige lediglich einen wirtschaftlichen Kampf gegen Deutschland zu führen und hofft auf diesem Gebiet infolge seiner starken Finanzen und größeren Zufuhrmöglichkeiten bestimmt zu siegen."

Admiralstab und Reichsmarineamt teilen diese Ansicht. Es wird daher alles darauf ankommen, unsere Lebensmittelversorgung für möglichst lange Zeit zu organisieren.

154. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1813, f. 36. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 19. Koblenz, 22. August 1914, 5 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 22. August 1914, 6 Uhr 25 Min. Nm.

Bitte Text des Telegramms Nr. 53[558] nach Wien drahten und hinzufügen: die Ansicht des Kaiserlichen Botschafters in Rom[559] erscheint uns durchaus richtig und beachtenswert. Österreich hat trotz aller unserer Mahnungen durch seine ablehnende und formalistische Haltung Italien gegenüber eine sehr ernste Lage geschaffen. Mag die italienische Chantage noch so verwerflich sein, wir müssen jetzt damit rechnen, daß Italien sowohl durch Furcht vor Rache wie durch Wunsch, bei diesem Weltkrieg nicht leer auszugehen, leicht zu feindlicher Stellungnahme getrieben werden kann und daß dies sowohl für Österreich-Ungarn wie für Deutschland einen Kampf nach drei bis vier Fronten bedeuten würde. [Gruppe unverständlich.] Trotz Siege im Westen bleibt

[557] Hans Frhr. von Wangenheim (1859–1915), Botschafter in Konstantinopel 1912–Oktober 1915. – Cospoli ist im damaligen diplomatischen und militärischen Gebrauch der Name für Konstantinopel. – Der im folgenden genannte englische Botschafter: Louis du Pan Mallet (1864–1936), Botschafter in Konstantinopel 1913–November 1914.

[558] Vom 14. August 1914 (PA Berlin, R 9123): „Marquis di San Giuliano hat mir selbst Erwerb Triests als ganz unmöglich bezeichnet. Seine Gedanken gehen auf Trentino."

[559] Hans von Flotow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Abwehr der numerischen Übermacht im Osten eine Aufgabe, die unsere beiderseitigen Kräfte voll in Anspruch nehmen wird. Auch kann nur ein volles und erfolgreiches Einsetzen gegen Osten die Türkei und andere Balkanvölker mitreißen. Wir erachten es daher für sehr wünschenswert, daß Österreich, um Italien neutral zu halten, unter Anerkennung des Artikels 7[560] nochmals Kompensationen für den Fall einer österreichischen Gebietserweiterung im Balkan an Italien verspricht. Das Trentino kann hierbei außer Spiel bleiben. Hoffentlich verschließt man sich in Wien dieser Auffassung nicht und ist die Hand Baron Macchios[561] in Rom glücklicher als das provokant ablehnende Auftreten Baron von Mereys.

Bitte Rom von Instruktion verständigen.

155. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

BA Berlin, R 43/2463, f. 14–15. Telegramm. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Großes Hauptquartier] 23. August 1914

Sofort

Für Exzellenz Delbrück

Belgien soll mit Ausnahme von Antwerpen[562], das durch 2 Armeekorps abgeschlossen wird, als erobertes Land behandelt und nicht nur für die Armee direkt, sondern auch zur Entlastung des eigenen Landes nach jeder Richtung und mit allen seinen Hülfsquellen nutzbar gemacht werden. Zu diesem Behufe ist dem zu ernennenden militärischen Generalgouverneur eine Zivilregierung zu unterstellen. Generalgouverneur wird Feldmarschall von der Goltz[563]. Für die Spitze der Zivilregierung schlägt General von Moltke im Einverständnis mit Seiner Majestät den Polizeipräsidenten von Jagow vor. Zivilregierung

[560] Artikel 7 des Dreibundvertrags vom 6. Mai 1891 bestimmte, daß beim Zusammenbruch der türkischen Stellung auf dem Balkan Österreich-Ungarn und Italien sich dort Vorteile nur im gegenseitigen Einvernehmen verschaffen sollten.

[561] Karl Frhr. von Macchio (1859–1945), Erster Sektionschef im österreichisch-ungarischen Ministerium des Äußern 1912–August 1914; Sondergesandter in Rom (Quirinal) August 1914–Mai 1915. – Der im folgenden genannte: Kajetan Mérey von Kapos-Mére (1861–1931), österreichisch-ungarischer Botschafter in Rom (Quirinal) 1910–Mai 1915 (beurlaubt seit August 1914).

[562] Antwerpen wurde von deutschen Truppen vom 20. August bis 10. Oktober 1914 belagert; dann kapitulierte die Festung, und die belgischen Truppen zogen sich nach Westflandern zurück.

[563] Colmar Frhr. von der Goltz (1843–1916), Generalfeldmarschall; Generalgouverneur für das Generalgouvernement Belgien 23. August–28. November 1914; danach Rückkehr in die Türkei und Oberbefehlshaber der türkischen 1. Armee in Konstantinopel, dann der 5. Armee in Mesopotamien bis zu seinem Tod April 1916. – Zum folgenden: Der Chef der zivilen Verwaltung wurde nicht Traugott von Jagow, sondern der unten Anm. 566 genannte Maximilian von Sandt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würde unter Benutzung der belgischen Behörden und Beamten funktioniren und besonders Steuererhebung und Erhebung aller sonstigen Staatseinnahmen zu unseren Gunsten ebenso vorzunehmen haben, wie es bisher für belgische Regierung geschehen ist. Generalstab legt außerdem besonderes Gewicht auf Abschiebung der unruhigen und für unsere rückwärtigen Verbindungen gefährlichen Industriebevölkerung namentlich des Kohlenbezirks[564] nach Antwerpen. Genaues Programm für Aufgaben der Zivilregierung folgt.

Falls Ew.pp. im Einvernehmen mit Exz. von Loebell[565] keine geeigneteren Kandidaten als Herrn von Jagow vorzuschlagen haben, bitte ich diesen zunächst mit dem für seine Person erforderlichen Hülfspersonal nach Lüttich zu entsenden, von wo er sich an den noch nicht bestimmten Sitz des Generalgouverneurs zu begeben haben wird. Erst dort wird er wahrscheinlich ermessen können, wie viel weiterer höherer Beamte er bedürfen wird. Eventuell bitte ich um geeignete Vorschläge.

Als Personen, die in Betracht kommen könnten, nennt mir Oberpräsident von Rheinbaben[566] die Herren Baltz und Sandt. Vielleicht wäre auch an Oberpräsident von der Schulenburg zu denken. Halte Kenntnis des Französischen unbedingt notwendig. Drahtantwort.

156. Bethmann Hollweg an Dallwitz

BA Berlin, R 43/2465c, f. 6. Schreiben. Ausfertigung von Schreiberhand. Wegen Cessat-Vermerks nicht abgegangen.

RK 49 Großes Hauptquartier, 24. August 1914
G.H.

Geheim

Eigenhändig

Wie mir von militärischer Seite übereinstimmend berichtet wird, ist während der kriegerischen Ereignisse der letzten Wochen die Haltung der Bevölkerung in Lothringen und im südlichen Elsaß unseren Truppen gegenüber eine direkt feindliche gewesen. Dieser Umstand und auch andere Erwägungen legen den Gedanken nahe, ob nicht im Falle eines glücklichen Kriegsverlaufes zweckmäßigerweise eine Aufteilung Elsaß-Lothringens in Auge zu fassen wäre.

564 Im südlichen Belgien (Mons und Charleroi).

565 Friedrich Wilhelm von Loebell (1874–1928), preußischer Minister des Innern 1914–1917. – Reichhaltige Edition aus seinem Nachlaß: Winzen, Loebell.

566 Georg Frhr. von Rheinbaben (1855–1921), Oberpräsident der Rheinprovinz 1910–1918. – Die im folgenden genannten: Maximilian von Sandt (1861–1918), Regierungspräsident von Aachen 1907–1917 (August 1914–1917 beurlaubt); Zivilkommissar des „von den deutschen Truppen im Westen besetzen Gebiets“ August 1914–August 1917; Chef der Zivilverwaltung für das besetzte Belgien November 1917–Januar 1918. – Rudolf Wilhelm von der Schulenburg (1860–1930), Oberpräsident von Brandenburg 1914–1917, der Provinz Sachsen 1917–1919. – Constanz Baltz (1854–1918), Reg.präs. von Magdeburg 1908–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es wäre mit von besonderem Werte, Euerer Exzellenz Auffassung in dieser Frage kennen zu lernen[567].

157. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1923, f. 126. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 25. Koblenz, 28. August 1914, 12 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 28. August 1914, 12 Uhr 53 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 149.

Bedingungen Königs Ferdinand wollen offenbar freie Hand für Bulgarien zu einem Raubzuge gegen Griechenland schaffen, während Bulgarien dann voraussichtlich Serbien gegenüber so gut wie passiv bliebe, da es sich seiner Beute aus serbischem Besitz durch Bündnisvertrag sicher glaubt. Bedingung daher nur hinsichtlich Neuserbiens[568] annehmbar. Griechenland kommt z.Zt nicht in Frage. Benennung unserer Balkan-Bundesgenossen kann höchstens durch vertrauliche Mitteilung erfolgen. Im übrigen halten wir an unserer gestrigen Instruktion (siehe Telegramm No. 51) fest. Bitte letzteres Wien mitteilen und Sofia entsprechend instruieren.

158. Bethmann Hollweg an Moltke

BA Berlin, R 43/2465a, f. 8. Telegramm. Eigenhändiges Konzept.

Zu RK 91
GH [Großes Hauptquartier] 29. August 1914

Ein durchaus loyaler hochangesehener Elsässer aus ursprünglich altdeutscher Familie, der durch verwandtschaftliche Beziehungen auch mit namhaften Franzosen Fühlung hat, hat dem Kaiserlichen Statthalter in Straßburg folgende Mitteilung gemacht:

Er habe von französischer Seite, die er für gut informiert halte, erfahren, daß es den Intentionen und Plänen des französischen Generalstabs entsprechen würde, wenn die deutschen Heere im Falle anfänglicher Erfolge bis nach Paris vorrückten.

Hieran hat der Elsässer die Vermutung angeschlossen, daß vielleicht weitverzweigte Minenanlagen oder drgl in der Umgebung von Paris geplant seien und daß es daher geboten sei, bei einem Vorgehen, namentlich in der näheren Umgebung von Paris, mit allergrößter Vorsicht zu Werke zu gehen.

[567] Zu Dallwitz' Plan einer Aufteilung von Elsaß-Lothringen vgl. Janßen, Macht S. 52–54.

[568] Das sind die von Serbien im Vertrag von Bukarest (August 1913) erworbenen Gebietsteile Bulgariens.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Mitteilung ist dem Statthalter gegen die Zusage gemacht, den Namen des Mitteilenden nicht weiter zu nennen.

159. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Großes Hauptquartier, 30. August 1914

Lieber Herr von Weizsäcker!

Tausend Dank für Ihren Brief vom 27. Welches wunderbare Volk haben wir, aber durch welches Schicksal leitet uns auch Gott! Er kann und wird uns nicht verlassen. Unsere Truppen haben in diesem ersten Abschnitt des Krieges Wunder verrichtet. Schweres, vielleicht sehr schweres mag uns noch bevorstehen. Aber wir haben bei Gott diesen Krieg nicht gewollt.

In alter Treue Ihr

160. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 13. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Großes Hauptquartier, 30. August 1914

Lieber Freund!

Nur zwei Worte des Dankes für Deinen Brief vom 25. Du stehst mir treulich bei. Ich habe 5 Tage gearbeitet und gehofft, daß dieser wahnsinnige Krieg vermieden werden könne. Arbeit und Hoffnung sind mir in den Händen entzweigeschlagen worden. Aber ich fühle mich unschuldig an den Strömen von Blut, die jetzt fließen. Unser Volk ist herrlich und k a n n nicht untergehen. Viel schweres, vielleicht das Schwerste steht uns noch bevor. Der Optimismus der Öffentlichkeit ist gut, aber verfrüht.

Werde bald gesund und hilf die sittliche Kraft der Nation erhalten. Wir werden sie brauchen. Mein Ältester[569] kämpft südlich Namur. Ich bin zwei Wochen ohne Nachricht. Felix war noch zu schwach. Isa pflegt Verwundete. Gott helfe uns.

In Treue

[569] August von Bethmann Hollweg. – Der im folgenden genannte: Felix von Bethmann Hollweg (1898–1972), zweiter Sohn Bethmann Hollwegs. – Die dann genannte: Isa von Bethmann Hollweg (1894–1967), Tochter Bethmann Hollwegs.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

161. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2466c, f. 23. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Zu RK 115
G.H. [Großes Hauptquartier] 2. September 1914

Für den Herrn Kultusminister[570].

S.M. bedauern, unter den obwaltenden Umständen den Eid des Erzbischofs Likowski nicht persönlich entgegennehmen zu können, und sind damit einverstanden, daß das durch Ew. Exzellenz erfolgt. S.M. hoffen indes, den Erzbischof in nicht zu ferner Zeit persönlich begrüßen zu können.

162. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 52. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift. Vgl. dazu Pohl, Aufzeichnungen S. 46–47.

Nr. 34. Luxemburg, 4. September 1914, 11 Uhr 30 Min. V.m.
Ankunft: 4.September 1914, 12 Uhr 53 Min. N.m.

Ganz geheim.

1. Zerstörung geeigneter Strecken Sibirischer Bahn wegen russischer Nachschübe eventuell auch wegen Japaner dringend erwünscht. Generalstab glaube nichts tun zu können. Herr Wahnschaffe[571] könnte versuchen, Augenmerk der Sozialdemokraten, die vielleicht doch noch Verbindungen nach Rußland haben, hierauf zu lenken. Natürlich sehr vorsichtig. Kriegsminister meint, daß Zerstörung am leichtesten von China aus zu bewerkstelligen. Bitte entsprechendes Telegramm wenn irgend möglich an Militärattaché nach Peking[572] durchzubringen.

2. Nachrichten über Haltung Japans, nach dessen aktiver Hilfe Pichon[573] schon ruft, sehr erwünscht. Vielleicht noch am ehesten via Washington erhältlich. Bitte jeden möglichen Versuch anstellen.

---

570 August von Trott zu Solz.

571 Arnold Wahnschaffe (1865–1941), Chef der Reichskanzlei 1909–August 1917.

572 Werner Frhr. Rabe von Pappenheim (1877–1915), Hauptmann; Militärattaché in Peking ca. 1913–1915; fiel bei einer Expedition gegen die sibirische Eisenbahn.

573 Stéphen Pichon (1857–1933), französischer Außenminister 1910–1911, 1917–1920. – Zu Japan: Dieses hatte schon am 23. August 1914 Deutschland den Krieg erklärt. Japanische Truppen belagerten die deutsche Kolonie Kiautschou und eroberten sie am 7. November 1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

163. Bethmann Hollweg an Moltke

BA Berlin, R 43/2465a, f. 10. Telegramm. Konzept von Schreiberhand. Der letzte Satz eigenhändig.

zu RK 133
GH

Großes Hauptquartier, 6. September 1914

Sicheren Nachrichten zufolge liegen – namentlich in Nancy, aber auch in Vesoul und in Dijon – erhebliche Mengen französischen Regie-Tabaks und Fabrikate. Der Wert desselben in Nancy soll unter normalen Verhältnissen etwa 5 Mill. frs. betragen. Im Falle der Besetzung dieser Städte, namentlich von Nancy, wäre der Herr Statthalter von Elsaß-Lothringen gern bereit, sachkundige Beamte der Tabaksmanufaktur zur Verwertung der Vorräte zur Verfügung zu stellen. Völkerrechtliche Bedenken gegen eine Beschlagnahme der Tabake und Fabrikate bestehen nicht, da es sich zweifellos um Staatsgut handelt.

Es wäre zu erwägen, wenn [= daß] diese wertvollen Vorräte für das Reich nutzbar gemacht werden könnten. Zutreffenden Falls stelle ich ergebenst anheim, die erforderlichen Beamten vom Statthalter direkt zu requiriren.

164. Bethmann Hollweg an Dallwitz

BA Berlin, R 43/2465c, f. 9. Schreiben. Konzept von Schreiberhand.

RK 130
GH

Großes Hauptquartier, 6. September 1914

Lieber Dallwitz!

Ich finde in der Presse widersprechende Angaben über das Verhalten der elsaß-lothringischen Bevölkerung und wäre Ihnen sehr dankbar für einen eingehenden Bericht, aus dem sich ein Bild des weiteren Verhaltens der verschiedenen Stände der Bevölkerung in den einzelnen Landesteilen gewinnen ließe. Nach den Zeitungen scheint es sich bei den Kundgebungen und Aktionen zugunsten Frankreichs nur um eine Ausnahme zu handeln.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

165. Bethmann Hollweg an Erzberger

BA Berlin, R 43/2476. Schreiben. Konzept von Schreiberhand, eigenhändig revidiert.

Zu Rk 131
GH Großes Hauptquartier], 6. September 1914

Ew. Hochwohlgeboren

bitte ich für die freundliche Übersendung Ihrer Denkschrift meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen[574]. Unter allen Umständen müssen wir bis zur völligen Sicherung der deutschen Zukunft durchhalten. Wenn auch alle Möglichkeiten durchgedacht werden müssen, so hängen die schließlichen Entschlüsse doch noch ganz von der weiteren Entwicklung ab.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ew.pp. sehr ergebener

166. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 68. Telegramm. Entzifferung. Maschinenschriftlich.

Nr. 37. Luxemburg, 7. September 1914, 8 Uhr 55 Min. V.m.
Ankunft: 7. September 1914, 10 Uhr 15 V.m.

Antwort auf Telegramm Nr. 311 und Nr. 312.

Bitte Wien telegraphieren:

„Ew. Exzellenz ersuche ich, rumänische Wünsche betreffend Erteilung eines statut politique für Siebenbürgen[575] dortiger Regierung warm zu empfehlen. Auch das Anerbieten einer Grenzregulierung der Bukowina als Preis für rumänische Waffenbrüderschaft würde ich für zweckmäßig erachten, da im jetzigen Moment Flankenangriff Rumäniens auf Russen sehr wichtig erscheint, andererseits Abschwenken Rumäniens zu Rußland Gesamtlage sowohl in Galizien wie im Balkan schwer kompromittieren würde. Inwieweit Grenzregulierung für Österreich-Ungarn annehmbar ist, entzieht sich allerdings meiner Beurteilung.

Anheimstelle, falls Regierung sich ganz ablehnend verhält, auch Seine Majestät dem Kaiser Franz Joseph von rumänischen Wünschen in Kenntnis zu setzen. Auf die Frage des Trentino bitte ich nicht zurückzukommen.

---

574 Denkschrift Erzbergers vom 2. September 1914 über die deutschen Kriegsziele, gedruckt in: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 69–73.

575 Das damals zu Österreich-Ungarn gehörte, z. T. rumänisch besiedelt war und dessen Anschluß von der rumänischen Regierung erstrebt wurde. – Rumänien hatte sich zwar 1882 dem Dreibund angeschlossen, verhielt sich aber wegen seiner territorialen Wünsche bei Ausbruch des Weltkriegs vorerst neutral.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

167. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1858, f. 35. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 38. Luxemburg, 7. September 1914, 8 Uhr 55 Min. Nm.
Ankunft: 7. September 1914, 10 Uhr 15 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 311 u. Nr. Nr. 312.

Bitte Bukarest telegraphieren:

Lage der Österreicher keineswegs ungünstig, wie man in Rumänien anzunehmen scheint. Warne davor, Nachrichten aus russischen Quellen Glauben zu schenken. Mißerfolg der Österreicher auf rechtem Flügel bei Lemberg ist durch bedeutenden Erfolg auf linkem Flügel reichlich wett gemacht[576]. Wenn Rumänien den russischen Lockungen Gehör gibt, könnte ihm leicht jeder Anteil an Beute, also auch Bessarabien, entgehen. Sind Anzeichen vorhanden, daß Rußland an Rumänien für Neutralität etwa Bessarabien versprochen hat?

168. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 73–74. Telegramm in Ziffern. Maschinenschriftliche Abschrift.

Großes Hauptquartier, 9. September 1914

Botschaft Wien Nr. 2.

Generalstab erklärt, daß es jetzt es jetzt noch nicht möglich sei, Österreichern zu helfen. Unter diesen Umständen erscheint es geboten, daß Österreich Rumänien gewinnt, eventuell auch unter großen Opfern.

Botschaft Wien Nr. 4.

Gesamtsituation beider Kaiserreiche nüchtern beurteilt, sollte es auch zu hohem Preise die Hilfe Rumäniens zu gewinnen suchen, dessen austrophobe Haltung nicht auf unsere Politik zurückzuführen ist. Wir kämpfen in Frankreich, die belgischen und englischen Truppen eingerechnet, gegen eine Übermacht von etwa 300.000 Mann. Auf Ostpreußen haben wir mindesten 12 russische Armeekorps abgezogen, denen wir numerisch stark unterlegen sind. In Galizien ist nach Angabe des österreichischen Generalstabs Rußland gleichfalls stark in der Übermacht. So gern wir Österreich jetzt Hilfe senden würden, so wird es sich selbst davon überzeugen müssen, daß wir das bei der militärischen Lage in Frankreich und Ostpreußen beim besten Willen jetzt nicht können. Durch das Landwehrkorps Woyrsch[577] leisten wir in Polen, was zur Zeit

[576] Zur Kriegslage bei Lemberg, das am 11. September 1914 von den Russen besetzt wurde, und zur Räumung Ostgaliziens vgl. Der Weltkrieg II S. 331–340.

[577] Remus von Woyrsch (1847–1920), Generalleutnant; z.D. 1911; 1914 reaktiviert als Kommandierender General des aus schlesischen Landwehreinheiten gebildeten Landwehr-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

möglich ist, und werden die gemeinsame Aktion mit Österreich beginnen, sobald wir in Preußen Rückenfreiheit haben. Die Situation ist so ernst, daß auch vor dem Äußersten nicht zurückgeschreckt werden darf. Es liegt mir fern, auf die Umstände zurückzukommen, welche diesen Weltkrieg zum Ausbruch gebracht haben. Jetzt steht nur noch das gemeinsame Geschick der beiden Kaiserreiche in Frage. Die von uns Beiden erforderten Opfer waren schon bisher ungeheuer und werden sich immer weiter steigern, da die Tripelentente zum Kriege à outrance entschlossen ist. Tritt Rumänien uns bei, ist nach menschlichem Ermessen die russische Gefahr beseitigt und damit ein glückliches Endergebnis des Krieges vorbereitet. Am Wiener Kabinett liegt es, in diesem ernsten Augenblick Entschlüsse zu fassen, die ihm gewiß schwere Opfer zumuten. Aber die Größe dieser Opfer steht in keinerlei Verhältnis zu den Vorteilen, die ihm ein siegreicher Krieg in sichere Aussicht stellt, geschweige denn zu der Katastrophe, die ein unglücklicher Krieg über beide Kaiserreiche bringen würde. Ich darf mich überzeugt halten, daß sich das Wiener Kabinett der Schwere seiner Verantwortung bewußt sein wird.

Euere Exzellenz[578] wollen sofort in vorstehendem Sinne mit allem Nachdruck mit Graf Berchtold sprechen.

169. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1858, f. 75. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 5. Großes Hauptquartier, 10. September 1914

Deutsche Botschaft Wien.

Zur Regelung Ihrer weiteren Sprache:

Die Ablehnung jeder Konnivenz [*gemeint:* Konzession] von Wien gegenüber Bukarest würde verständlich sein, wenn sich Österreich stark genug fühlte, ohne und eventuell auch gegen Rumänien mit Rußland fertig zu werden. Seine wiederholten dringlichen Rufe nach militärischer Hilfe stehen damit nicht in Einklang. Oder dürfen wir aus der Haltung des Grafen Berchtold schließen, daß die militärische Situation Österreichs besser ist, als es nach den Hilferufen scheint? Ich bitte jetzt zu betonen, daß unser Rat, für Rumänien Opfer zu bringen, nicht spontan kam, sondern lediglich eine Folge der militärischen Unterstützungsgesuche war.

Über die Möglichkeit der Erfüllung der rumänischen Wünsche habe ich mich von vornherein eines Urteils enthalten. Es würde sich aber jetzt garnicht um die „Überlassung der Bukowina“ handeln, sondern nur um die Zusage ei-

korps bis Dezembr 1914; Dezember 1914 Generaloberst; Oberbefehlshaber der Armeeabteilung Woyrsch; kam ausschließlich an der Ostfront zum Einsatz; im Dezember 1917 wurde die Armeeabteilung aufgelöst; Abschied und Beförderung zum Generalfeldmarschall.

[578] Heinrich von Tschirschky.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ner Grenzberichtigung für den Fall, daß Rumänien Österreich Waffenhilfe leistet.

170. Bethmann Hollweg an C. Delbrück und Loebell

BA Berlin, R 43/2466c, f. 29–30. Schreiben. Revidiertes Konzept von unbekannter Hand mit eigenhändigen Korrekturen.

Zur RK 176
GH Großes Hauptquartier, 12. September 1914

Unter Rücksendung der Anlage des gef. Schreibens vom 9. d.Mts. St.M. 4028.[579] beehre ich mich, dazu das Nachstehende zu bemerken.

Der Erlaß des Herrn Kriegsministers vom 31. v.Mts entspricht den allgemeinen Gesichtspunkten, über die in der Staatsministerialsitzung vom 15. v.Mts[580] Einverständnis erzielt wurde. Wenn jetzt Meinungsverschiedenheiten darüber entstehen, ob ein zwingender Anlaß für die Anordnung vorlag, so dürfte es doch, da eine Wiederaufhebung des Erlasses gegenwärtig nicht in Frage kommen kann, für eine Erörterung im Staatsministerium an dem eigentlichen Gegenstand fehlen.

Daß der gegenwärtige Krieg uns nach seiner Beendigung auch vor innerpolitisch ganze neue und schwierige Aufgaben stellen wird, ist nicht zu bezweifeln.

Das Staatsministerium wird über alle diese Fragen im gegebenen Zeitpunkt eingehend zu beraten haben. Schon jetzt aber dürfte so viel feststehen, daß diese auf neuer Basis entstehenden Probleme nicht wohl durch eine Zurückgreifen auf diejenigen Grundsätze gelöst werden können, welche in vergangenen Zuständen wurzelten. Sonst würden die gewaltigen Opfer des Krieges umsonst gebracht werden.

[579] Es befindet sich in BA Berlin, R 43/2466c, f. 27–28. Darin berichtet Delbrück, daß Staatsminister Loebell sich gegen den Erlaß des Kriegsministers vom 31. August wende, durch den das bisherige Verbot des Haltens und Verbreitens sozialdemokratischer Schriften in Kasernen und sonstigen Dienstgebäuden aufgehoben sei. Darüber hätte zuvor im Staatsministerium gesprochen werden müssen.

[580] Oben Nr. 149.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

171. Bethmann Hollweg an Sandt

BA Berlin, R 43/2463, f. 119. Telegramm in Geheimschrift. Revidiertes Konzept von Schreiberhand.

RK 185
GH. Großes Hauptquartier, 12. September 1914

Der nationalliberale Abgeordnete Bassermann steht als Kolonnenführer im Feld und soll nicht mehr ganz gesund sein. Es wäre mir erwünscht, ihn während des Feldzuges in einer Stelle unterzubringen, die an seine Gesundheit geringere Ansprüche stellt. Können Sie ihn nicht, das Einverständnis des Generalgouverneurs[581] vorausgesetzt, in ihrer Verwaltung plazieren?

172. Bethmann Hollweg an Moltke

BA Berlin, R 43/2465a, f. 27. Telegramm. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

GH Großes Hauptquartier, 13. September 1914

Wie ich höre, ist es unseren drahtlosen Stationen zeitweise gelungen, französische vom Eiffelturm gegebene Funkentelegramme aufzufangen. Da die Kenntnis dieser Telegramme für die Beurteilung der allgemeinen politischen Situation von hohem Wert ist, wäre ich zu besonderem Dank verpflichtet, wenn Ew.pp. generell die Anweisung geben wollten, daß sie mir mitgeteilt werden.

173. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1858, f. 79. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 42. Großes Hauptquartier, 13. September 1914, 11 Uhr 48 Min. Nm.
Ankunft: 14. September 1914, 12 Uhr 55 Vm.

Antwort auf Telegramm Nr. 397.

Bitte mit Herrn Beldiman[582] entsprechend verhandeln und Herrn von Busche sofort Bukarest senden. Ich telegraphiere nach Wien wie folgt:

„Wir begrüßen freudig Geneigtheit dortiger bezw. ungarischer Regierung, Rumänien entgegenzukommen, und werden gern in Bukarest sondieren und vermitteln. Habe Bukarest verständigt. Euere Exzellenz wollen jedoch Graf

[581] Colmar Frhr. von der Goltz.

[582] Alexandru Beldiman (1845–1924), rumänischer Gesandter in Berlin 1896–1916. – Der im folgenden genannte: Hilmar Frhr. von dem Bussche (1867–1939), Gesandter in Bukarest September 1914–1916; Unterstaatssekretär im AA 1916–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Berchtold bezw. Graf Tisza[583] darauf aufmerksam machen, daß Rumänien durch jetzige immer schwieriger gewordene Lage zweifellos anspruchsvoller geworden ist als noch vor Wochen und Österreich-Ungarn, welches früher durch geringe Konzessionen Rumänien hätte gewinnen können, jetzt voraussichtlich mehr gewähren muß. Auch wird, um öffentliche Meinung in Rumänien umzustimmen, die österreichische Erklärung über Konzessionen vor rumänischer Kriegserklärung (nicht nachher, wie Graf Tisza meint) erfolgen müssen. Immerhin glauben wir, daß Kooperation Rumäniens, welche auch Türkei und Bulgarien in Bewegung setzen würde, einige Opfer wert ist. Letztere werden immer noch geringer sein als Gefahr, welche sonstige Konstellationen in sich tragen.

Die rumänischen Forderungen lassen sich aus den Äußerungen des Königs[584] an Herrn von Waldthausen ungefähr voraussehen.

Euere Exzellenz ersuche ich, energisch dafür einzutreten, daß Österreich-Ungarn sich zu den nötigen Konzessionen bereit findet, um Rumänien zur Kooperation zu bewegen, welche ich für unseren Gesamterfolg für dringend nötig erachte."

174. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1914, f. 52. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 43. Luxemburg, 14. September 1914, 1 Uhr 38 Min. Nm.
Ankunft: 14. September 1914, 3 Uhr 07 Min. Nm.

Ich telegraphiere nach Konstantinopel:
„Antwort auf Telegramm 791.

1) Expedition gegen Egypten und antienglische Bewegung des Islams bleibt für Endziel des Krieges Hauptsache[585]. Bitte Marschall Liman zu verständigen, daß dies der Wille Seiner Majestät ist,

2) die hiesigen militärischen Stellen halten die Erkämpfung der Seeherrschaft im Schwarzen Meere für Vorbedingung aller militärischen Operationen gegen Rußland auf dem Wasser. Sollte Admiral Souchon[586] sich stark genug

[583] István Tisza (1861–1918), Ministerpräsident Ungarns 1913–1905 und 1913–1917.

[584] Karl I. (1839–10. Oktober 1914), König von Rumänien 1881–1914. – Der im folgenden genannte: Julius Waldthausen (1858–1935), Gesandter in Bukarest 1912–14. September 1914; danach a. D.

[585] Die Türkei war noch nicht in den Krieg eingetreten. Aufgrund eines deutsch-türkischen Geheimabkommens vom 2. August 1914 befand sie sich in einem Zustand „bewaffneter Neutralität". Das Tauziehen um den türkischen Kriegseintritt zwischen Deutschland/Österreich-Ungarn und der Türkei endete Anfang November, als alle Ententemächte nacheinander der Türkei den Krieg erklärten.

[586] Wilhelm Souchon (1864–1946), Konteradmiral (1915 Vizeadmiral); Befehlshaber der Mittelmeerdivision 1913–1917; Oberbefehlshaber der türkischen Flotte 1914–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fühlen zur Demonstrationsfahrt nach Varna, Constantza, so wäre dieselbe aus politischen Gründen höchst erwünscht,

3) Landung in Odessa, solange Seeherrschaft nicht erkämpft, nach Ansicht der militärischen Stellen wegen Gefährdnung der Transportschiffe ausgeschlossen. Bitte hiervon General Liman auf Befehl Seiner Majestät verständigen.

4) Bitte Admiral Souchon nachstehende Depesche übermitteln:

„Seine Majestät der Kaiser wünschen energisches Vorgehen im Schwarzen Meere, sobald Sie sich stark genug dazu fühlen und Verteidigungsfähigkeit der Dardanellen gegen Forcierung gesichert ist. Operationsziel ist Unschädlichmachung der russischen Schwarzmeerflotte und dadurch Erkämpfung und Behauptung der Seeherrschaft im Schwarzen Meere als Vorbedingung für die Operationen der türkischen Armee, die auf dem Seewege angesetzt werden müssen. Weiterhin Schädigung der vor den Dardanellen stehenden feindlichen Streitkräfte durch Torpedobootsangriffe anzustreben.

Admiral[587].“

175. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1858, f. 155. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 44. Luxemburg, 15. September 1914, 7 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 15. September 1914, 9 Uhr 25 Min. Nm.

Ich telegraphiere nach Wien:
Vertraulich.

Im Anschluß an Telegramm aus Bukarest, worin Herr Roselius[588] berichtet, daß Lage in Rumänien sehr kritisch wird.

Möglichst schleunige Verhandlungen zwischen Wien und Bukarest sind dringend notwendig, um kritische Lage abzuwenden, da König allein nicht stark genug sein dürfte, der allgemeinen Stimmung zu widerstehen. Auch stärkere Bearbeitung der rumänischen öffentlichen Meinung mit Geld seitens Österreichs erscheine erforderlich. Wir tun, was wir können. Sollte es trotz alledem wirklich zu einem Einmarsch der Rumänen in Bukowina und Siebenbürgen kommen, so müßte Österreich angesichts der jetzigen militärischen Gesamtlage sich mit einem Protest begnügen und Rumänien einrücken lassen, ohne Widerstand zu leisten. Rumänen würden dann wahrscheinlich

[587] Hugo von Pohl (1855–1916), Vizeadmiral; Chef des Admiralstabs 1913–Februar 1915; Chef der Hochseeflotte 1915–1916.

[588] Ludwig Roselius (1874–1943), Kaffeehändler und Gründer der Firma Kaffee Hag; unterhielt in Bukarest zu Kriegsbeginn ein „Korrespondenzbureau“; betätigte sich dort gegen den Kriegseintritt Rumäniens auf Ententeseite; Generalkonsul von Bulgarien mit Sitz in Bremen seit 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Länder nur besetzen, nicht aber Rußland weitergehende Waffenhilfe leisten. Eine Zersplitterung der österreichisch-ungarischen Streitkräfte könnte verhängnisvoll werden. Dasselbe gilt für Trentino.

176. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 130. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenscrift.

Nr. 46. Großes Hauptquartier, 17. September 1914, 12 Uhr 30 Minuten N.m.
Ankunft: 17. September 1914, 3 Uhr 20 Minuten N.m.

Antwort auf Telegramm Nr. 435.
Bitte Bukarest telegraphieren:

Behufs Mitteilung an Seine Majestät den König: Erachte Plan eines rumänischen Einmarsches in Siebenbürgen schon deshalb für sehr gefährlich, weil Türkei und Bulgarien darin zweifellos eine Parteinahme Rumäniens für Rußland und gegen Österreich erblicken und dadurch voraussichtlich von Eingreifen zu unseren Gunsten abgehalten würden. Eintritt genannter zwei Staaten in Krieg gegen Rußland bezw. gegen Serbien würde aber russophile Bewegung in Rumänien jedenfalls dämpfen. Auch Österreich würde schwerlich davon zu überzeugen sein, daß Einmarsch in Siebenbürgen nicht feindlichen Akt bedeutet.

Situation im Balkan für uns wesentlich ungünstiger gestaltet durch Weigerung Rumäniens, präzise Erklärung über sein Verhalten an Bulgarien abzugeben. Türkisch-serbisch-bulgarisch-rumänischer Block würde Rußland in Schach halten und seinen Einfluß im Balkan dauernd brechen.

Ganz geheim: Nur für König:
Wir senden zunächst fünf Divisionen zur Unterstützung der Österreicher.

177. Bethmann Hollweg an Hartmann

BA Berlin, R 43/2466c, f. 36. Schreiben. Eigenhändiges Konzept.

zu RK 215
G.H. Großes Hauptquartier, 17. September 1914

Euer Eminenz[589]

danke ich verbindlichst für das geneigte Schreiben vom 13. d.M., das ich soeben zu empfangen die Ehre gehabt habe. Seinen Inhalt habe ich S.M. dem Kaiser vorgetragen, der, unter Seinem Dank für Ew.pp. telegrafische Benachrichtigung aus Rom, wiederholt Seiner festen Hoffnung und Zuversicht Aus-

[589] Felix Hartmann (1851–1919), Kardinal; leitete die Deutsche Bischofskonferenz 1914–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

druck gegeben hat, daß gerade die Wahl des Kardinals della Chiesa[590] dem Ihm so warm am Herzen liegenden Wohle der Katholiken Deutschlands reichen Segen bringen werde.

Inzwischen geht der Krieg seinen blutigen Gang weiter. Gotte wolle uns auch fernerhin beistehen.

Mit dem Ausdrucke vorzüglichster
Hochschätzung bin ich
Ew.pp.
ergebenster

178. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 147. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 50. Großes Hauptquartier, 19. September 1914, 12 Uhr N.m.
Ankunft: 19. September 1914, 1 Uhr 15 Min. N.m.

Ich telegraphiere nach Sinaia[591]:

„Nachdem Deutschland durch Verlauf der Operationen im Westen sehr erhebliche Kräfte auf östlichen Kriegsschauplatz einzusetzen in der Lage ist und Österreich Zeit gewonnen hat, seine Armee zu verstärken, scheint glückliche Beendigung der dortigen Operationen schnell zu erreichen, sobald Rumänien sich zu sofortiger Kooperation entschließt. Falls Österreich-Ungarn seine freundliche Gesinnung für Rumänien zunächst durch Abtretung von Suszawa[592] und weitgehende Konzessionen an Rumänien in Siebenbürgen beweist, eröffnet sich hierdurch für Rumänien und durch anderweite Gebietserweiterungen beim Frieden für Rumänien die sichere Aussicht, in Reihe der Großmächte einzutreten. Euer Hochwohlgeboren wollen dies Sr. Maj. dem König und der Regierung vortragen und Antwort drahten. Wir setzen unseren ganzen Einfluß in Wien dafür ein.“

[590] Giacomo della Chiesa (1854–1922), Erzbischof von Bologna 1907–1914; Kardinal Mai 1914; am 3. September 1914 zum Papst Benedikt XV. gewählt.

[591] Kleinstadt in den Südkarpaten; dort das Schloß Peleş, das König Karl als Sommerresidenz benutzte.

[592] Der Bezirk Suczawa in der südöstlichen Bukowina grenzte unmittelbar an Rumänien. Knapp 60 % der Bewohner waren (1910) rumänischsprachig; 18,5 % deutschsprachig.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

179. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 148. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Großes Hauptquartier, 19. September 1914, 12 Uhr 22 Min. p.m.
Ankunft: 19. September 1914, 1 Uhr 40 Min. p.m.

Nr. 51.
Ich telegraphiere nach Wien:

„Aus Äußerungen des Feldmarschallleutnants Marterer[593] geht hervor, daß Erzherzog Friedrich selbst bei Kaiser Franz Joseph Überlassung von Suszawa beantragt hat. Dies beweist, daß österreichische Heeresleitung selbst Lage äußerst kritisch auffaßt. Militärische Mitteilungen Marterers lassen auch uns Situation im Osten noch viel kritischer erscheinen, als bisher angenommen war. Ballplatz[594] darf sich nicht über militärische Lage täuschen. Es geht um die Existenz Österreichs, und relativ kleinere Opfer können nicht zählen, wenn alles auf dem Spiel steht. Auch etwaige Verstimmungen von Kaiser und Ballplatz können uns jetzt nicht beeindrucken."

180. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 146. Telegramm Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 48. Luxemburg, 19. September 1914, 12 Uhr 40 Min. p.m.
Ankunft: 19. September 1914, 3 Uhr 40 Min. p.m.

Ich telegraphiere nach Wien: Botschafter Prinz Hohenlohe[595] und Feldmarschallleutnant Marterer erscheinen [= erschienen] heute im Auftrage Kaiser Franz Josephs im Hauptquartier, um Lage zu besprechen. Botschafter fragte, wie wir über weitere Entwickelung des Krieges mit Rußland dächten, ob dieser bis aufs äußerste zu führen oder wie sonst einmal zu beenden sein würde. Er schien sich auch vergewissern zu wollen, ob Deutschland bis zum Schluß mit Österreich halten und wir [Gruppe unverständlich] gemeinsam Frieden schließen würden. Über Entwickelung und Ende des Krieges erwiderte ich, momentan nicht urteilen zu können, Lage sei aber sehr ernst, und es handele sich um Existenz Österreichs. Mit Österreich-Ungarn durchzuhalten sei stets unsere Absicht gewesen, an der wir auch festhalten wollten, solange dieses in unserer

[593] Ferdinand Ritter von Marterer (1862–1919), Feldmarschalleutnant; Stellvertreter des Chefs der Militärkanzlei 1910–1917; auf Sondermission in Deutschland 1914. – Der im folgenden genannte: Friedrich (1856–1936), Erzherzog; Feldmarschall; Oberbefehlshaber der k.u.k. Armee und der Kriegsmarine.

[594] Ballhausplatz; Sitz u. a. des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern.

[595] Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1867–1932), österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin 1914–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Macht stände. Ich habe Prinz Hohenlohe auf hohen Ernst der Situation aufmerksam und ihm klar zu machen versucht, daß Österreich alles aufbieten müsse, um Sache zu gutem Ende zu führen. Hierzu sei Gewinnung Rumäniens unerläßlich. Nach der Königstafel meldete Graf Stürghk[596] im Einverständnis mit Feldmarschallleutnant Marterer Sr. Majestät dem Kaiser, daß Ministerrat Wien unter Zustimmung S.Majestät des Kaisers am 11. d.M. Bereitwilligkeit Österreich-Ungarns beschlossen habe, Gebiet von Suszawa an Rumänien für dessen eventuelle Kooperation abzutreten[597]. Marterer wiederholte mir diese Mitteilung ausdrücklich mit Hinzufügen, daß er zu ihr zwar nicht beauftragt sei, es aber auf sein Gewissen nähme, sie angesichts des Ernstes der Lage mir zu machen. Seine Wissenschaft habe er vom Chef der Militärkanzlei Bolfras[598]. Prinz Hohenlohe, zur Rede gestellt, erklärte von Ministerbeschluß nichts zu wissen. Auf meine Bitte versprach er, noch diese Nacht nach Wien zu telegraphieren. Ich habe gebeten, daß gegebenen Falles österreichischer Gesandter Bukarest[599] sofort Instruktion erhält.

Zu Euerer Exzellenz Information: Militärische Mitteilungen Marterers haben hier ungünstigen und kritischen Eindruck gemacht. Nachrichten aus Rumänien über bevorstehenden Einmarsch in Siebenbürgen häufen sich. Bitte Drahtbericht.

181. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 149. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 49. Großes Hauptquartier, 19. September 1914, 1 Uhr 15 Min. Nm
Ankunft: 19. September 1914, 2 Uhr 45 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 466.

Wie aus Bekanntmachungen Generalstabs hervorgeht, hatte die durch anrückende [*wohl*: erdrückende] feindliche Übermacht verursachte Zurücklegung unseres rechten Armeeflügels Zurücknahme der gesamten Armee erforderlich gemacht[600], um für Defensive und Offensive geeignete Front herzustel-

596 Karl Graf Stürgkh (1859–1916), k.k. Ministerpräsident 1911–1916.

597 Für den 11. September 1914 ist kein Protokoll des Gemeinsamen Ministerrats veröffentlicht. Im Ministerrat vom 20. September 1914 wurde ausführlich über die Rumänienfrage diskutiert, Suszawa dabei aber nicht erwähnt. Vgl. Die Protokolle des Gemeinsamen Ministerrates S. 177–183. – Vgl. unten Nr. 183.

598 Arthur Frhr. von Bolfras (1838–1922), österreichischer Generaloberst; Chef der Militärkanzlei Kaiser Franz Josephs 1889–1917.

599 Ottokar Graf Czernin (1872–1932), österreichisch-ungarischer Gesandter in Bukarest 1913–1916; k.u.k. Minister des Äußern 1916–1918.

600 Obwohl die deutsche Armee über die Marne vorgedrungen war, wurde sie auf ihrem rechten Flügel infolge französischer Gegenangriffe vom Generalstabschef Moltke am 10. September wieder auf die Aisne zurückgenommen. Vgl. dazu ausführlich: Der Weltkrieg III S. 235–411 (mit Kartenmaterial).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

len. Zurücknahme ist erfolgt, obwohl unsere Armeen an allen Stellen siegreich vorgedrungen waren, unbeschadet natürlich der bei jeder großen Schlacht unausbleiblichen lokalen Schwankungen. Alle feindlichen Offensivvorstöße gegen diese neue Front sind, zumeist unter sehr großen feindlichen Verlusten, bisher zurückgewiesen worden. Unsere Truppen erhalten in ihren stark ausgebauten Defensivstellungen ihren Ersatz. An einzelnen Stellen sind sie bereits wieder mit langsamen Erfolgen zur Offensive vorgegangen. Stoßkraft der französischen Infanterie recht gering, ihre Artillerie sehr gut, während Engländer in allem nicht zu unterschätzende Gegner. Gesamtlage, solange Entscheidung nicht gefallen, natürlich ernst, aber durchaus nicht pessimistisch zu beurteilen.

Tatsächliche Bedeutung unserer ersten Erfolge war wohl überschätzt worden. Wenngleich feindliche Offensive abgewiesen worden, eigene Offensive erfolgreich gewesen war, hatten Gegner doch mehr oder minder befohlenen Rückzug nach den Positionen ausführen können, die sie von vornherein für den Fall des Mißlingens der eigenen Offensive in Aussicht genommen hatten. Dort ist nunmehr, wie ausgeführt, der Kampf zum Stehen gekommen. Von einer Wendung zum ungünstigen oder schlimmen ist also überhaupt nicht die Rede. Im ersten Kriegsabschnitt war es uns unter Brechung der feindlichen Offensive aber ohne Vernichtung der feindlichen Armeen gelungen, den gesamten Kriegsschauplatz in Feindesland zu verlegen.

Jetzt im zweiten Abschnitt haben wir gleichfalls die feindliche Offensive bisher abgewiesen, aber sie dauert noch an, und es wir noch Zeit vergehen, bis wir selbst wieder zur Offensive in größerem Stile vorgehen können. Meine Bemühungen um ausführlichere Fassung der Generalstabsmeldungen waren in den letzten Tagen von einigem Erfolg. Zurückhaltung aber ist auch nach meiner Überzeugung gerade jetzt wegen Geheimhaltung der in Aussicht genommenen Operationen und wegen der schwebenden Situation geboten.

Havas-Meldungen der letzten Tage lassen erkennen, daß Franzosen selbst vor Über<betonung> ihrer sogenannten „Siege“ zu warnen wünschen.

Alles Vorstehende lediglich zu Ihrer ganz vertraulichen Information.

182. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1858, f. 201. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 52. Großes Hauptquartier, 19. September 1914, 6 Uhr 5 Min. Nm.
Ankunft: 19. September 1914, 7 Uhr 30 Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 472.

Bitte Bukarest telegraphieren, daß zum Ankauf führender Zeitungen zehn Millionen zur Verfügung gestellt würden, wenn damit Erfolg zu erreichen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

183. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 154. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 53. Luxemburg, 19. September 1914, 8 Uhr 56 Min. N.m.
Ankunft: 19. September 1914, 9 Uhr 55 Min. 55 Min. N.m.

Botschaft Wien telegraphiert: „Inhalt[601] mit Graf Berchtold sehr ernst besprochen. Meldung von Hohenlohe bisher nicht eingetroffen. Ministerrat habe beschlossen, Zugeständnis für Siebenbürgen in Sprache zu machen und Grenzregulierung in Bukowina zuzugestehen. Man sei auch entschlossen, Suczawa zu zedieren, hätte es aber für zweckmäßiger gehalten, kein bestimmtes Gebiet zu bezeichnen, damit Vorschlag von Rumänien kommt. Man erwarte nun rumänische Bedingungen für bindende Zusage für Kooperation.

Wir können überzeugt sein, daß, sowie Meldungen von Freiherrn von dem Bussche über rumänische Entschlüsse eintreffen, von hier aus alles getan werden würde, um Rumänien zu gewinnen.

Zum Schluß bemerkte Minister, man müsse in Rücksicht ziehen, daß Rumänien nur über zwei Korps nach Norden hin verfüge und von ihm mit dieser schwachen Truppenmacht ein aktives Vorgehen gegen Rußland überhaupt kaum zu erwarten sei."

Habe Bukarest informiert und um Drahtbericht betreffs rumänischer Bedingungen gebeten.

184. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

BA Berlin, R 43/2476, f. 111–113. Schreiben. Konzept von der Hand Riezlers.

Zu Rk 222 Großes Hauptquartier, 19. September 1914
GH

Euer Excellenz gefälliges Schreibem vom 13.ds. mit der Aufzeichnung über die Unterredung mit Dr. David[602] habe ich erhalten und daraus mit Freuden ersehen, daß uns dieselbe[n] Probleme beschäftigen und sich unsere Gedanken auch in der Beurteilung der so gänzlich geänderten innerpolitischen Situation in einer und derselben Richtung bewegen. Was zunächst die wirtschaftspolitische Frage betrifft, so verkenne auch ich die großen Schwierigkeiten nicht, die sich einer so radikalen Umorientierung entgegenstellen werden, noch kann ich mir hier ohne die nötigen Hilfsmittel und Hilfskräfte über

[601] Oben Nr. 180.

[602] Eduard David (1863–1930), MdR (SPD) 1903–1918; Wegbereiter der Burgfriedenspolitik; Parlamentarischer Unterstaatssekretär Oktober 1918–Februar 1919; Reichsminister ohne Geschäftsbereich Februar– Oktober 1919; Reichsminister des Innern Juni–Oktober 1919; Reichsminister ohne Geschäftsbereich Oktober 1919–Juni 1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Frage klarwerden, ob und inwieweit die Aufhebung der Zollgrenzen in Mitteleuropa unser Wirtschaftsleben in einer auf die Länge für alle Kreise günstigen Weise umgestalten würde, aber wenn, was wahrscheinlich ist, sich dagegen zu schwere Bedenken erheben, so müssen wir doch, glaube ich, an der Grundidee festhalten und zum mindesten für eine Liste von Waren, die unsere Hauptexportartikel enthalten müßte, einheitliche Minimalzölle des geeinten Wirtschaftsgebiets gegenüber den anderen Ländern und niedrige Vorzugszölle für den Warenverkehr erstreben. Bei einem solchen System könnte, soweit ich sehe, die deutsche Wirtschaft vor der Konkurrenz des französischen, die ostelbischen Agrarprodukte vor der Konkurrenz Ungarns bewahrt bleiben.

Daß wir mit allen Mitteln versuchen müssen, die nie wiederkehrende Gelegenheit zu ergreifen, um die Sozialdemokratie auf eine nationale und monarchische Grundlage zu stellen, ist ebenso zweifellos als daß dieser Versuch, wenn die Sozialdemokratie uns die Möglichkeit giebt, ihn zu unternehmen, zu einer Neuorientierung unserer ganzen inneren Politik führen muß[603].

Indessen müssen die Führer der Sozialdemokratie sich darüber klar sein, daß das deutsche Reich und der preußische Staat im besonderen sich niemals den festen Boden, auf dem sie gewachsen sind, die feste Staatsgesinnung und das System, das die Sozialdemokratie bisher als Militarismus gebrandmarkt hat, lockern lassen kann. Dr. David wird aus der jüngsten Vergangenheit vielleicht gelernt haben, wie wenig auf Friedensworte und internationale Verständigungen zu bauen ist. In dem Augenblick, in dem die deutsche Linke dieses System der Wehrhaftigkeit und den ihm entsprechenden Volksgeist zu tragen imstande ist, wird eine Umorientierung unserer innneren Politk möglich sein. Mit der Formel, mit der Sie sich bisher im Verein mit Herrn Wahnschaffe der innerpolitischen Forderungen erwehrt haben, bin ich sehr einverstanden[604]. Zur Zeit würde uns jede Gelegenheit einer innerpolitischen Umkehr, Aufhebung der Ausnahmegesetze vom Ausland als Zeichen der inneren Schwäche, auf die zum Teil England seine Hoffnungen setzt, ausgelegt werden. Wenn derartige Concessionen gemacht werden sollen und können, so müssen sie nach getaner Arbeit als Lohn und nicht im Voraus als Prämie gegeben werden. Im übrigen wird es desto leichter sein, sie zu gewähren, je weniger, namentlich in der Öffentlichkeit, sie gefordert werden. Vielleicht haben Sie die Güte, diesen Gesichtspunkt auch Herrn Hammann mitzuteilen, damit gegebenenfalls auf die Presse in diesem Sinne eingewirkt werde.

Vorläufig müssen alle diese Fragen noch schweigen, wir sind immer noch im Anfang der schweren Arbeit, und auch die Parteipolitiker zu Hause müssen

603 Zur Frage der Umorientierung in der Innenpolitik in den ersten Kriegsmonaten vgl. Zechlin, Kabinettskrieg (besonders S. 419–420, 429–434).

604 Im August/September 1914 ging es Delbrück u. a. um eine Beschränkung der Spiritusfabrikation aus Kartoffeln, die Bewirtschaftung der Zuckerproduktion und überhaupt um die vielfältigen Maßnahmen, um den Übergang von der Friedens- zur Kriegswirtschaft zu bewältigen. Vgl. C. von Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland, S. 121–124.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das Ihre thun, damit der Wille der Nation auf das zunächst zu erreichende gemeinsame Zeil concentriert bleibe.

185. Bethmann Hollweg an Wandel

BA Berlin, R 43/2465c, f. 17–18. Schreiben. Reinschrift von Schreiberhand.

Zu RK 597 KJ. Luxemburg, 19. September 1914

Der Herr Statthalter in Elsaß-Lothringen hat sich bei mir dafür verwendet, daß den zahlreichen bei Ausbruch des Krieges als politisch verdächtig verhafteten Elsaß-Lothringern einerseits Erleichterungen, andererseits, wenn bestimmte Gründe für ihre Staatsgefährlichkeit nicht vorliegen sollten, Freilassung im Innern Deutschlands unter Anweisung eines bestimmten Wohnsitzes unter polizeilicher Kontrolle und unter Verbot der Rückkehr nach Elsaß-Lothringen während der Dauer des Krieges gewährt werde. Insbesondere hat er darauf hingewiesen, daß unter den politisch Gefangenen sich 2 Abgeordnete des Landtags von Elsaß-Lothringen befinden, die zur Zeit auf der Feste Ehrenbreitstein inhaftiert sind, nämlich Franz Zimmer, Banquier aus Diedenhofen, und Alexis Weber, Rentner in Bolchen[605]. Da der Landtag von Elsaß-Lothringen z. Zt. noch vertagt sei, ständen auch sie, wie die Reichstagsabgeordneten, unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität.

Während der Herr Statthalter vorschlägt, Zimmer im Innern Deutschlands während der Dauer des Krieges unter polizeilicher Kontrolle zu belassen, würde er gegen die Rückkehr des Abgeordneten Weber nach Elsaß-Lothringen Bedenken nicht zu erheben haben.

Ich muß dem Herrn Statthalter darin beitreten, daß der Zweck der erwähnten Verhaftungen die Unschädlichmachung der betreffenden Personen im vaterländischen und militärischen Interesse ist, daß es aber nicht angängig scheint, diese lediglich wegen ihrer Gesinnung festgenommenen Personen mit verurteilten Strafgefangenen auf eine Stufe zu stellen und ihnen Gefängnisbehandlung zuteil werden zu lassen. Insbesondere steht die Verhaftung der beiden Abgeordneten im Widerspruch mit § 21 der elsaß-lothringischen Verfassung vom 31. Mai 1911[606].

Ew.Exzellenz[607] bitte ich daher, die Freilassung der beiden genannten Abgeordneten eventuell unter den vom Herrn Statthalter vorgesehenen Kautelen alsbald in die Wege zu leiten und für die übrigen Verhafteten neben den bean-

[605] François Zimmer (1860–1920), Bankier; Mitglied der Zweiten Kammer des Landtags von Elsaß-Lothringen (Zentrum) bis 1918. – Alexis Weber (1862–1942), Bankier; Mitglied des Landtags von Elsaß-Lothringen (Lothringer Block) bis 1918.

[606] § 21: „Kein Mitglied einer Kammer kann ohne deren Genehmigung während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden […].“

[607] Franz Gustav von Wandel (1858–1921), Generalleutnant; stellvertretender preußischer Kriegsminister 1. September 1914–28. September 1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tragten Erleichterungen eine beschleunigte Nachprüfung der Verhaftungsgründe in jedem einzelnen Falle zu veranlassen.

Der Herr Chef des Generalstabes des Feldheeres erhält Abschrift dieses Schreibens.

186. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 166. Bericht. Behändigte Ausfertigung (in Maschinenschrift). Praes.: 22. September 1914.

A.H. 1074. Großes Hauptquartier, 20. September 1914

Ich telegraphiere nach Wien:

Am 18. erfuhren wir hier durch Feldmarschallleutnant Marterer von Beschlüssen, die Ministerrat am 11. gefaßt haben sollte. Der Botschafter stellt jede Wissenschaft in Abrede und bestritt, daß Marterer zu entsprechender Mitteilung befugt sei. Prinz Hohenlohe, obwohl in besonderer Mission hergesandt, brachte nur Allgemeinheit vor wie Kriegsbeendigung, gemeinsamen Frieden etc., so daß Zweck seiner außerordentlichen Mission nicht recht klar hervortrat. Obwohl, wie ich annehmen darf, Euere Exzellenz Ihren Anweisungen gemäß dortiger Regierung Gewinnung Rumäniens durch Concessionen fortgesetzt angeraten hatten, sind uns aus Wien keinerlei Mitteilungen über die bereits am 11. cr. gefaßten Beschlüsse zugegangen. Erst auf Anfrage hat sich Graf Berchtold darüber geäußert. Hierdurch sind wieder Tage verloren gegangen, in denen wir in Bukarest hätten verhandeln können. Stunden, die bei der immer kritischer werdenden Situation in Rumänien verhängnisvoll sein können.

Wir haben die Gefahr dieses Krieges auf österreichische Bitte (Mission Hoyos[608] in Berlin) auf uns genommen, wir haben fortgesetzt offen und loyal mit dem Wiener Kabinett uns ausgesprochen, wir suchen Österreich-Ungarn, nicht ohne eigene Gefahr, militärisch zu unterstützen, soweit dies in unseren Kräften steht. Wir dürfen aber erwarten, daß uns mit gleicher Offenheit entgegengekommen wird und wir nicht Beschlüsse von solcher Wichtigkeit nur durch die zutreffende, aber nicht autorisierte Mitteilung eines Militärs erfahren, die gleichzeitig vom Botschafter bestritten wird. Euere Exzellenz wollen Vorstehendes durch Vorlesung dem Grafen Berchtold zur Kenntnis bringen.

[608] Alexander Hoyos (1876–1937), Legationsrat im k.u.k. Ministerium des Äußern und Kabinettschef von Außenminister Berchtold 1912–1917. – Er war vom 5. bis 6. Juli 1914 auf Sondermission in Berlin, um Unterstützung von seinem Verbündeten in der serbischen Frage zu bekommen. Er erhielt schließlich den berühmten „Blankoscheck“.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

187. Bethmann Hollweg an Kühn

BA Berlin, R 43/2465f, f. 14. Telegramm in Worten. Eigenhändiges Konzept.

zu RK 244
GH Großes Hauptquartier, 20. September 1914

Verbindlichen Dank und herzliche Glückwünsche zu dem glänzenden Erfolg der Kriegsanleihe[609]. Diese große Tat der Nation in schwerster Zeit verbürgt aufs Neue, daß wir auch gegen eine Welt von Feinden standhalten werden.

188. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20170, f. 161. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 55. Großes Hauptquartier, 21. September 1914, 2 Uhr 5 Min. N.m.
Ankunft: 21. September 1914, 4 Uhr 25 Min. N.m.

Antwort auf Telegramm Nr. 492.

Ich telegraphiere nach Wien: „Ew. Exzellenz ist durch Bericht des Fhr. von dem Bussche aus Bukarest bekannt, daß vor allem Konzessionen an Rumänien in Siebenbürgen schnell erforderlich sind. Bitte hierauf energisch und persönlich bei Graf Tisza zu wirken und ihn an die Sr.Maj. d. Kaiser in diesem Frühjahr gegebenen Versprechungen zu erinnern. Von Telegramm Sr.Maj. des Kaisers an Kaiser Franz Joseph wird zunächst Abstand genommen, falls Ew. Exzellenz nicht solches für opportun erachtet.

Zu Ew. Exzellenz Information: die von österreichischem Gesandten in Bukarest gemachte Mitteilung, deutsche Truppen würden nach Siebenbürgen gesandt, ist unrichtig. Wir senden zwar Truppen zur Unterstützung der Österreicher, aber nicht nach Siebenbürgen.

Telegramm des Prinzen Hohenlohe ist von hier am 20. früh von hier abgegangen, aber wie festgestellt, erst am 20. früh vier Uhr 42 Wien eingetroffen."

Nachdem Mitteilung über deutsche Truppen in Siebenbürgen bereits in Sofia gemacht ist, erscheint es nützlich, sie dort nicht zu widerrufen.

[609] Die erste Kriegsanleihe hatte 4,389 Mio. Mark erbracht. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53,1 (1914) S. 398g.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

189. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

BA Berlin, R 43/2465a, f. 44–45. Telegramm. Konzept von Schreiberhand mit eigenhändigen Korrekturen.

RK 259
GH Großes Hauptquartier, 23. September 1914

Mit dem von Ew.pp. in dem gefl. Schreiben vom 19. d. M. – CB 1291 – entwickelten Grundsätzen erkläre ich mich ergebenst einverstanden. Insbesondere halte auch ich es prinzipiell für geboten, bei der Einrichtung einer Zivilverwaltung in Teilen Frankreichs die Präfekturen mit deutschen Beamten zu besetzen. Auf Einzelheiten einzugehen gestattet die gegenwärtige Lage noch nicht.

Der Bedarf an höheren Beamten wird jedenfalls zum Teil den größeren Bundesstaaten zu entnehmen sein, und ich bin Ew.pp. dankbar, daß Sie schon jetzt personelle Feststellungen in dieser Beziehung getroffen haben. Im Verfolg hiervon wird eintretenden Falls die Instruktion für den Verwaltungschef Ew. Vorschlag gemäß bestimmen, daß die Bestellung der höheren Beamten im Einvernehmen mit Ew.pp. zu erfolgen hat. Welchem Bundesstaat der Verwaltungschef zu entnehmen wäre, muß davon abhängen, wer zum Generalgouverneur ernannt werden wird[610]. Es ist nicht ausgeschlossen, daß für diesen Posten ein Süddeutscher in Frage käme.

190. Bethmann Hollweg an AA

BA Berlin, R 43/2466d, f. 31. Telegramm in Ziffern. Abschrift von Schreiberhand.

zu RK 343
GH Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1914
Nr. 68

Professor Hans Delbrück ist auf Grund seiner letzten Monatsschau im Oktoberheft der Preußischen Jahrbücher[611] von Generaloberst von Kessel[612] nach-

[610] Dazu war bereits der oben in Anm. 563 genannte Sandt bestimmt worden.

[611] Hans Delbrück, Die Kriegsereignisse von Ende August bis gegen Ende September. Der zukünftige Friede. In: Preußische Jahrbücher 158 (1914) S. 182–192. – Delbrück schreibt darin von hohen Verlusten der deutschen Armee in der Marneschlacht, dem schwierigen Munitionsersatz und der unsicheren Rohstoffversorgung. Was seine Friedensprognose angeht, so fordert er: „Die Erhaltung des bestehenden politischen Gleichgewichts auf dem Lande und die Eroberung des Gleichgewichts auf der See“ (S. 191). Daher sei das Hauptziel die Niederkämpfung Englands. „Ein militärisch unausgefochtener Krieg ist […] nach englischer Auffassung für Deutschland bereits ein großer Sieg, und wir haben allen Grund, diese Auffassung von Herzen für richtig zu erklären.“ – Delbrücks Überblick ist datiert auf den 27. September 1914. Angesichts des damals allenthalben noch herrschenden Siegesüberschwangs dürften diese Sätze der Stein des Anstoßes für Kessel gewesen sein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

drücklich verwarnt worden. Delbrück hat dabei, wie er mir schreibt, gesagt, daß dieser Artikel, in dem Herstellung des politischen Gleichgewichts auf dem Lande und die Eroberung des Gleichgewichts zur See als das von uns anzustrebende Ziel hingestellt würden, nicht nur seine persönliche Ansicht, sondern diejenige der leitenden Stellen wiedergebe.

Bitte Herrn Delbrück in geeigneter Weise zu verständigen, daß sein Artikel in der unglücklichen Formulierung einer Gleichgewichtstheorie weder der Auffassung des Ausw. Amts noch meiner persönlichen Ansicht in irgend einer Weise entspricht und daß ich es, bei aller Würdingung seiner guten Absicht, auch von seinem Standpunkt aus nach Innen und Außen für verfehlt halte, ihr Ausdruck zu geben. Vor allem bitte ich durch Einwirkung auf Herrn Delbrück dafür zu sorgen, daß nichts über seine Differenzen mit Generaloberst von Kessel in der Öffentlichkeit verlautet.

191. Bethmann Hollweg an Loebell

BA Berlin, R 43/2466d, f. 36. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1914

Lieber Herr von Loebell.

Die Herren Delbrück und Wahnschaffe haben mir hier mündlich Kenntnis gegeben von der von Ihnen geplanten Preßorganisation im Ministerium des Innern. Ich verkenne nicht, daß eine solche Einrichtung manches Nützliche würde wirken können – unter der Voraussetzung allerdings, daß ihr ein einheitliches Zusammenarbeiten mit der Preßstelle des Auswärtigen Amtes bezw. des Reichskanzlers und Ministerpräsidenten unter allen Umständen gewährleistet wird. Diese Voraussetzung ist eine unbedingte. Sie scheint mir in Ihren Vorschlägen nicht gesichert zu sein. Sie scheint mir auch schon dieses Zusammenarbeiten zweier getrennter Preßstellen für jeden Fall der Zukunft und wechselnder Persönlichkeiten [nicht] sicher zu stellen. Sie werden mir ohne weiteres zugehen, daß es bei der ganzen Konstruktion des Reichs unter keinen Umständen angeht, wenn die Ressortdifferenzen, die sich ja immer ergeben werden, in die Presse getragen werden. Das kann aber bei einer Trennung der politischen Preßorganisation garnicht ausbleiben. Dann würde sich nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der Stellung der Regierung gegenüber der Presse ergeben; denn deren Macht gedeiht immer am besten, wo es ihr gelingt, sich zwischen die Ressorts zu schieben.

Ich möchte Sie aus allen diesen Gründen dringend bitten, in dieser Frage nichts ohne vorherige Verständigung mit mir über die Garantien einheitlicher Zusammenarbeit der betreffenden Organisation zu tun, umsomehr, als die

[612] Gustav von Kessel (1846–1918), Generaloberst; Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin 1909–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kommende innerpolitische Situation in ganz besonderem Maße eine starke einheitliche Leitung der preußischen und der Reichspolitik erfordert.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr

192. Bethmann Hollweg an Hammann

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 21. Angabe. Abschrift in Maschinenschrift.

[o. O.] 18. Oktober 1914

Bitte Delbrück in geeigneter Weise zu verständigen, daß sein Artikel in der Formulierung einer Gleichgewichtstheorie[613] weder der Auffassung des Auswärtigen Amts noch meiner persönlichen Ansicht entspricht und daß ich es bei aller Würdigung seiner guten Absicht auch von seinem Standpunkt aus nach innen und außen für verfehlt halte, ihr Ausdruck zu geben.

193. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2466, f. 25. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu RK 38114
GH

Großes Hauptquartier, 20. Oktober 1914
Abgangsvermerk: 20. Oktober 1914, 8 Uhr 20

Nr. 9.

In Frage der Höchstpreise für Getreide kann ich zu dem soeben erhaltenen Votum von Exzellenz Loebell[614] von hier aus und ohne genaue Kenntnis der Verhandlungen schwer Stellung nehmen. Festsetzung der Preise entsprechend diesem Votum scheint mir indes manches für sich zu haben, wäre jedoch nur erträglich, dann aber gut erträglich, wenn Überschuß über jetzigen Preis als Steuer genommen wird. Festsetzung so hoher Preise müßte als Erziehung zur notwendigen Einschränkung begründet werden, deren Gewinn Allgemeinheit zu Gute kommen muß. Bitte diesen Gedanken wenigstens zu erwägen.

613 Vgl. oben Nr. 190 mit Anm. 611.

614 Loebell hatte für die Sitzung des Preußischen Staatsministeriums am 20. Oktober 1914 ein „Votum betreffend die Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide“ mit Datum vom 17. Oktober erstellt. Text in: BA Berlin, R 43/2466, f. 11–16. Es wurde vom Staatsministerium nicht gebilligt. Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 120 (mit den dortigen Anmerkungen).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

194. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2466, f. 33–34. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

RK 39314
GH [Großes Hauptquartier] 22. Oktober 1914
Nr. 11.

Zur ganz vertraulichen Information.

Landrat von Maltzahn[615], der zur Zeit dort anwesend, intrigirt in einem mir vorliegenden Brief an Kronprinzen unter Verdächtigung meiner Person gegen Haltung Delbrücks und Sydows in Frage Getreidehöchstpreise, vertritt scharf den Loebellschen Standpunkt als Forderung aller vernünftigen Leute[616], und unterstellt, daß Heeres- und Marineverwaltung überhaupt nicht gehört worden seien. Landwirtschaft verlange Schaffung von Organisationen für den Ankauf und den Konsum landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch den Staat, die von Delbrück perhorreszirt würde, „um dem Handel nicht ins Handwerk zu pfuschen“. Auch hoher Normirung der Höchstpreise lege Landwirtschaft nicht den Wert in Vertretung der Industrie [bei][617].

Es erscheint mir zweifellos, daß unter sachlichen Gesichtspunkten Intrige der Konservativen aus allgemeinen politischen Motiven gegen mich und Delbrück dahinter steckt.

Erbitte telegraphischen Bericht über Verlauf der Staatsministerialsitzung[618], Stellung Landwirtschaftsministers[619] und voraussichtliche Haltung Bundesrats.

Mit Maltzahn bitte ich Sie, nicht ins Benehmen zu treten und überhaupt jede Fühlung mit ihm zu unterlassen.

[615] Hans Jaspar Frhr. von Maltzahn (1869–1929), Landrat; Mitglied des Preußischen Hauses der Abgeordneten (Deutschkonservativ) 1908–1918; politischer Berater des Kronprinzen Wilhelm 1914–1916.

[616] Vgl. dazu den ausführlichen Beschwerdebrief Bethmann Hollwegs an Loebell vom 24. Oktober 1914 unten in Nr. 561*.

[617] Zu dieser etwas kryptischen Formulierung vgl. den in der vorigen Anm. genannten Brief.

[618] Vom 20. Oktober 1914, in der über die Versorgungslage und Höchstpreise verhandelt wurde (oben Nr. 193 mit Anm. 614).

[619] Clemens Frhr. von Schorlemer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

195. Bethmann Hollweg an J. Bassermann

BA Berlin, R 43/2463a, f. 11. Schreiben. Konzept von Schreiberhand.

zu RK 376 II
G.H. Großes Hauptquartier, 24. Oktober 1914

Sehr verehrte gnädige Frau[620].

Schon bevor Ihr Schreiben bei mir eintraf, bin ich bemüht gewesen, für Ihren Herrn Gemahl eine Verwendung zu finden, die seinem Lebensalter und der vorgerückten Jahreszeit mehr Rechnung trägt als sein bisheriger Dienst. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, daß jetzt eine Stelle für ihn gefunden ist, in der er mit gleicher Aufopferung, aber unter geringeren physischen Strapazen, unserem Vaterland dienen kann. Ich kann Ihnen heute noch nicht genau sagen, welches diese Stellung sein wird, ich weiß nur so viel, daß sie in Belgien liegen und militärischen Charaker tragen wird.

In der Hoffnung, damit Ihren Wünschen zu entsprechen, bin ich, gnädigste Frau,

Ihr
ganz ergebener

196. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1815. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 80. Großes Hauptquartier, 25. Oktober 1914, 1 Uhr 48 Min. Nm.
Ankunft: 25. Oktober 1914, 3 Uhr 26 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 818.
Ich telegraphiere Rom:

„Freiherr von Wangenheim meldet, daß türkischer Botschafter in Rom[621] nach Constantinopel telegraphiert hat, daß Italienische Regierung warne Türkei vor Aufgeben ihrer Neutralität, da Italienische Regierung sonst in schwierige Lage käme.

Natürlich wird England versuchen, Italien von Solidarität seiner libyschen Interessen mit egyptischen und von Gefahr Übergreifens islamitischer Bewegung auf Libyen zu überzeugen. Dem gegenüber ist dortiger Regierung vorzustellen, daß islamitische Bewegung von Libyen aus abgehalten werden kann, wenn Italien der Türkei und uns gegenüber freundliche Haltung einnimmt. Türkei wird dann dafür sorgen, daß Libyen vor islamitischer Bewegung geschützt wird und Interessen Italiens als freundliche nicht gefährdet werden.

[620] Julie Bassermann (1860–1940), geb. Ladenburg; Frauenrechtlerin.

[621] Mehemet Naby Bey, türkischer Botschafter in Rom (Quirinal) 1912–August 1915 (Lebensdaten nicht ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Euere Exzellenz wollen hinzufügen, daß wir im Falle unseres Sieges Italiens Stellung im Mittelmeer zu stärken bestrebt sein würden."

197. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA Berlin, R 43/2476, f. 152–155. In Maschinenschrift. Ohne Unterschrift. Außer der Journalnummer nur die Paraphe Riezlers vom 28. Oktber 1914 und der Ablagevermerk z.d.A. (zu den Akten).

[Ohne Nr.[622]] [Großes Hauptquartier] 27. Oktober 1914

Der Krieg, wie er auch ausgehen möge, stellt das Reich innerpolitisch vor eine neue Situation. Das Einzelne mag vielfach von dem schließlichen Ergebnis der dann eintretenden neuen auswärtigen Lage und den Aufgaben, die sie an die Nation stellt, abhängen. Eine wesentlich neue Situation aber tritt in jedem Falle ein.

Die Anstrengung, Einheit, Opferwilligkeit aller Schichten des Volkes, aller Berufsstände und Erwerbsklassen gibt dem Staat und dem Staatsgedanken eine vorher verborgene Stärke. Es ist der Staat, der die ungeheure Leistung ermöglicht hat.

Das neue ist, daß sich die breiteren Schichten des Volkes fähig erwiesen haben und fähig glauben, diesen Staat und seine Idee zu tragen. Daraus ergibt sich die Aufgabe, breitere Schichten des Volkes dem Staate zu gewinnen oder die durch die große Bewegung dem Staate gewonnenen Schichten festzuhalten. Das wird nur unter der Parole der Heranziehung breiterer Schichten für die Aufgaben des Staates möglich sein. Wenn bisher das feste Gefüge des preußischen Staates und seine aristokratisch-militärische Grundlage als verläßlicher Rückhalt des Reiches unter der Begründung intakt gehalten wurde, daß die Schichten, auf denen Preußen ruht, der geschichtlichen Leistung und Tradition nach die einzigen und besten Träger des Staatsgedankens seien, so ist diese Begründung durch die neuen Ereignisse überholt worden, die Notwendigkeit eines solchen Rückhalts hat an Dringlichkeit verloren. Der preußische Staatsgedanke hatte das deutsche Volk mehr, als inmitten der Tageskämpfe offenbar wurde, für sich gewonnen. Das Volk wird die Forderungen erheben, mehr als bisher aktiver Träger dieses Staats zu sein. Die Bedenken, die gegen eine breitere Heranziehung geltend gemacht werden, hat es in diesem Krieg zu zerstreuen gewußt. Eine breitere Fundierung ist unvermeidlich und unbedenklich geworden. Sie wird indes ohne Umwälzung, organisch zu erfolgen haben, das innere Wesen dieses Staates intakt lassen müssen.

[622] Für diese Aufzeichnung ist keine weitere Version ermittelt worden. Die Aktenvermerke sind mager. Eine Paraphe Bethmann Hollwegs fehlt. Die Paraphe Riezlers deutet auf dessen Autorschaft hin. Es dürfte sich also um eine von Bethmann Hollweg in Auftrag gegebene Aufzeichnung handeln, die Riezler zu Papier gebracht hat. Auf jeden Fall entspricht die darin enthaltene Gedankenwelt in den meisten Punkten derjenigen Bethmann Hollwegs.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

An der allgemeinen Erhebung haben die nicht deutschen Untertanen des Königs von Preußen loyal teilgenommen. Nachdem sie dem Staat die Treue gewahrt haben, wird es in Zukunft schwer möglich sein, Ausnahmegesetze aufrechtzuerhalten. Im einzelnen werden die hier zu treffenden Entscheidungen von dem weiteren freundschaftlichen Verhalten Dänemarks und der Form abhängen, in welcher sich die polnische Frage nach dem Kriege präsentieren wird. Im allgemeinen werden Ausnahmegesetze incl. des Jesuitengesetzes als für den erstarkten Staat nicht mehr nötig abzuschaffen sein.

Auch Elsaß-Lothringen wird durch den Krieg dem Gesamtstaat gewonnen sein. Neue Fesseln binden es an das Reich. Eine Rückwärtsrevidierung der Verfassung wird menschlichem Ermessen nach nicht mehr in Frage kommen.

Auch das deutsche Problem im ganzen, d. h. das Verhältnis zwischen Preußen und dem Reich, stellt sich in veränderter Form dar. Es ist kein Zweifel, daß Preußen neue große moralische Eroberungen im übrigen Deutschland gemacht hat, daß aber gleichzeitig Süddeutschland sich als in viel tieferem Sinne dem preußischen Staatsgedanken gewonnen erwiesen hat, als dem Anschein der politischen Tageskämpfe nach angenommen werden konnte. Aus beidem ergibt sich eine Lage, in der Süddeutschland gewillt sein wird, Preußen in allen Fragen mehr als bisher ohne Mißtrauen und Kleinlichkeit zu folgen, andererseits aber Preußen dem übrigen Deutschland ohne Bedenken gegen dessen politische Tragfähigkeit entgegenkommen kann. Diese Lage wird zur Stärkung und Zusammenfassung des Gesamtstaates auszunutzen sein.

Diese günstige Stunde würde schnell vorübergehen, wenn sie nicht durch ein großzügiges praktisches Programm festgehalten wird, das die neue Stimmung in neuen Aufgaben bindet. Ohne neue praktische Aufgaben wird die Nation schnell wieder in den alten Phrasenstreit versinken.

Einzelne solcher Aufgaben werden durch die neue außerpolitische Situation gestellt werden und lassen sich heute noch nicht übersehen. Andere lassen sich schon heute aufstellen:

1) Die endgültige Regelung der Reichsfinanzen und der finanziellen Beziehungen zwischen Reich und Einzelstaaten. Sie kann nur auf der Grundlage von Monopolen erfolgen. Für deren Finanzierung (Entschädigung) wird ein Teil der eventuellen Kriegsentschädigung heranzuziehen sein. Das wird die wirtschaftlich rationellste Verwendung der Kriegsentschädigung sein.

2) In Preußen der Bau des Mittellandkanals, Urbarmachung der Öd- und Moorländereien und innere Kolonisation.

3) Eine Neuregelung der Nationalitätenpolitik unter möglichster Ausschaltung von Ausnahmebestimmungen, mehr auf der Grundlage der Staatsgesinnung als des Deutschtums.

4) Die Wahlrechtsreform in Preußen. Wohl in der Form des geheimen und direkten Wahlrechts unter Beibehaltung der übrigen Bestimmungen des bestehenden Wahlrechts. Dabei wird zu sagen sein, daß es ein ideales Wahlrecht nicht gibt und eine gründliche Umgestaltung unter Änderung des gesamten Wahlsystems eine nicht von heut auf morgen lösbare Aufgabe ist, die der Zukunft zu überlassen ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

5) Ein siegreicher Krieg, der Deutschland neue weltpolitische Entwickelungsmöglichkeiten gibt, stellt das deutsche Volk vor neue politische Aufgaben und Einflußmöglichkeiten, denen die heutige politische Bildung des Volkes nicht genügt, die auch nicht von einer dünnen politischen Oberschicht allein, sondern nur durch eine politisch verständige Mitarbeit aller gelöst werden können. Die erforderliche Verbreiterung einer mehr politischen Bildung wird der Staat durch größere Berücksichtigung der Politik auf den Universitäten, eventuell durch Gründung einer politischen Akademie für höhere Beamte, Offiziere der Armee und Marine zu fördern haben.

6) Die höhere Beamtenlaufbahn ist prinzipiell breiteren Volksschichten zu öffnen. Es ist zu prüfen, durch welche Verwaltungsmaßnahmen das im einzelnen geschehen kann. Wo Schranken bestehen bleiben müssen, ist der Schein der Schranke zu beseitigen.

7) Die durch eine neue Situation nötig werdende Ausnutzung der wirtschaftlichen Kräfte zu politischen Zwecken wird vielleicht einige Änderungen auf dem Gebiet der Börsengesetzgebung erfordern. Geht der Krieg glücklich aus, so wird die Berliner Börse instand zu setzen sein, das Erbe der Londoner Börse, soweit es mit der Gesundheit unseres Wirtschaftslebens verträglich, zu übernehmen.

8) Die Umgestaltung der Arbeiterbewegung. Es ist kein Zweifel, daß die gemeinsame Gefahr die deutsche Arbeiterschaft der Nation gewonnen hat. Es bietet sich die vielleicht letzte Gelegenheit, sie nicht nur der Nation, sondern dem Staate zu gewinnen. Die als sieggekrönten Soldaten heimkehrenden Arbeiter werden nicht disponiert sein, einer vaterlandsfeindlichen und umstürzlerischen Sozialdemokratie zu folgen. Sie werden indes Arbeiter bleiben. Der Staat wird versuchen müssen, die Arbeiterbewegung nicht als staatsfeindlich zu behandeln, ihre Träger, die Gewerkschaften, heranzuziehen und den staatsfeindlichen Dogmatikern der alten Sozialdemokratie keine Parole an die Hand zu geben, unter der sie die Arbeiter wieder gegen den Staat führen können.

Die Regierung wird mit diesem Programm, ehe die Parteien sich auf Forderungen festlegen, in die Öffentlichkeit hervorzutreten haben. Sie muß sich die Aufstellung der neuen Parole, unter der die innerpolitischen Kämpfe der nächsten Jahre sich abspielen werden, sichern. Sie muß selbst die Fahne der innerpolitischen Einigung, der Stärkung des Staats und der Verbreiterung seiner Grundlage entfalten. Sie wird versuchen müssen, die Mittelparteien auf dieses Programm zu einigen, eventuell durch Heranziehung einzelner Führer zu Regierungsstellen. Es erschiene an und für sich gerechtfertigt, den unter ganz anderen Verhältnissen gewählten Reichstag aufzulösen und unter der neuen Parole an das Volk zu appellieren, indes nur, wenn die Auflösung als gegen keine Partei gerichtet erschiene und der Wahlkampf sich unter einer starken, auf die Zukunft gerichteten Volksbewegung abspielen könnte. Es wäre zu versuchen, ob sich auf dieser Grundlage ein festerer Zusammenschluß der Mittelparteien sowohl für die Wahlen als für die Durchführung des Arbeitsprogramms erreichen ließe.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

198. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

BA Berlin, R 43/2466, f. 59–60. Schreiben. Konzept von der Hand Riezlers. Diverse Korrekturen eigenhändig.

RK 416
GH

Großes Hauptquartier, 28. Oktober 1914

Ganz geheim

Eigenhändig

Bei der Räumung Ostpreußens im Monat August sind infolge eines hastigen und unvorbereiten Abzugs der Civilbevölkerung auch größere Getreidevorräte in die Hände der Russen gefallen.

Für den Fall, daß die militärische Situation von neuem die vorübergehende Räumung von Gebietsteilen im Osten nötig machen sollte, werden die Civilbehörden rechtzeitig in den Stand gesetzt werden müssen, für die Sicherung der Vorräte an Getreide Sorge zu tragen. Wenn ich den Maßstab regelmäßiger Jahre anlege, möchte ich annehmen, daß die diesjährige Ernte nur zum kleinen Teil bereits ausgedroschen ist. Es käme also eventuell zunächst darauf an, eine beschleunigte Ausdreschung anzuordnen, da ein Transport in unausgedroschenem Zustand nicht in Frage komme. Ohne die Vorräte der in Betracht kommenden Gebietsteile würden wir nicht auskommen können. Ihr Verlust oder teilweise Zerstörung könnte uns auch im Falle einer baldigen Wiedereroberung der eventuell vorübergehend zu räumenden Gebiete der Möglichkeit eines Hungerfriedens um jeden Preis aussetzen. Wenn ich mir auch die Bedenken allgemeiner und vielleicht auch militärischer Natur nicht verhehle, die einer vorzeitigen Alarmierung der Bevölkerung, wie sie nicht nur der Rücktransport, sondern bereits der Befehl beschleunigter Ausdreschung der Getreitevorräte ohne Zweifel hervorrufen würde, entgegen stehen, so halte ich es doch angesichts der größeren Gefahr für unumgänglich, daß für den Fall einer möglichen Räumung landwirtschaftlich wichtiger Gebietsteile rechtzeitig alle noch möglichen Vorkehrungen angeordnet werden.

Ew.pp. darf ich deshalb ergebenst ersuchen, mich in dieser Hinsicht baldigst mit entsprechender Information speziell auch darüber zu ersuchen, für welche Gebietsteile beschleunigtes Ausdreschen resp. Rücktransport des Getreides anzuordnen wäre.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

199. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2466, f. 62–63. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu RK 424
GH
Reichskanzlei Nr. 17. Großes Hauptquartier, 31. Oktober 1914

Ganz geheim. Für Exzellenz Delbrück. Im Anschluß an unser telefonisches Gespräch.

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat am 29. ohne Rücksprache mit dem bereits abgereisten Kriegsminister von Falkenhayn an das Kriegsministerium für alle Fälle die Rückführung aller Verpflegungsvorräte der Heeresverwaltung verfügt, soweit sie östlich der Linie Camenz – Maltsch – Glogau – Schneidemühl – Bromberg – Weichselmündung außerhalb befestiger Plätze lagern. Gleichzeitig ist die Heeresverwaltung angewiesen, Verpflegungsmittel in den Grenzgebieten aufzukaufen und zurückzuführen, soweit eine Rückführung über den gegenwärtigen Bestand der Magazine nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen noch möglich ist.

Auf meine an Herrn von Falkenhayn gestellte Anfrage, ob die militärische Lage es notwendig mache, das im gefährdeten Gebiet vorhandene Getreide, soweit es noch nicht ausgedroschen sei, auszudreschen u sämmtliches gedroschenes Getreide zurückzutransportiren, sowie welches Gebiet als gefährdet anzusehen sei, hat mir der Generalstab erwidert, daß für eine beschleunigte Ausdreschung zunächst die östlich oben genannter Linie befindlichen Getreidevorräte in Frage kämen. Ob eine Rückführung nach dem Abtransport der Heeresbestände mit der Eisenbahn möglich sein würde, lasse sich zur Zeit noch nicht übersehen, zumal damit gerechnet wurden müsse, daß die Eisenbahn auch durch das Zurückströmen zahlreicher Abwanderer sowie durch den Abtransport der im Schlesischen Kohlenrevier lagernden Kohlenvorräte in hohem Maße in Anspruch genommen werde.

Nach meiner Ansicht wird die Frage beschleunigter Ausdreschung je nach der Möglichkeit des Abschubes zu entscheiden sein, da im Falle der Unmöglichkeit des Abschubes ungedroschenes Getreide feindlichen Zugriffen vielleicht weniger ausgesetzt ist als gedroschenes.

Da mir Herr von Falkenhayn vor seiner Abreise gesagt hat, er könne mir Auskunft über die nach seiner Ansicht notwendigen Sicherungsmaßregeln nach seiner Rücksprache in Berlin geben und er Ihnen gegenüber solche Maßregeln als absolut dringlich nicht bezeichnet hat, kann ich Ihnen erst morgen weitere Nachricht zukommen lassen. Ihr Vorschlag, in dem gefährdeten Gebiet für Reich oder Staat aufzukaufen, erscheint mir unter allen Umständen zweckmäßig. Ich bitte daher, dieserhalb schon jetzt das Nötige zu veranlassen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

200. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20172, f. 22. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 95. Großes Hauptquartier, 3. November 1914, 9 Uhr 30 Nm.
Ankunft: 3. November 1914, 12 Uhr 17 Min. Nm.

Anwort auf Telegramm Nr. 921.
Ich telegraphiere an Botschafter Wien:
„Geheim.

Nach unseren Nachrichten ist österreichische Armee durch die schweren Kämpfe als sehr geschwächt anzusehen. Die Rufe um Hilfstruppen von der österreichischen Heeresleitung an uns werden immer dringender. Bei unserer westlichen Kriegslage ist es uns ganz unmöglich, zur Zeit weitere Truppen nach dem Osten zu senden. In Wien scheint gedrückte Stimmung zu herrschen. Wien und Pest sollten doch endlich einsehen, daß auch politische Opfer nicht hoch genug sein können, um die Situation zu retten, bei der es sich nicht nur um die Großmachtstellung, sondern auch um die Existenz der Monarchie handelt, und daß Gesamtinteressen über denen der magyarischen S<onderinteressen> stehen müssen.

Nachdem wir die Türkei zum Losschlagen bewogen haben, würde nach Ansicht unseres Generalstabs der Kampf unzweifelhaft zu unseren Gunsten entschieden werden, wenn Rumänien ebenfalls auf unsere Seite tritt und Bessarabien besetzt. Es ist mehr wie wahrscheinlich, daß dann auch Bulgarien gegen Serbien vorgeht. Die Schuld an der uns ungünstigen Stimmung in Rumänien liegt nach den Euerer Exzellenz bekannten Meldungen des Freiherrn von dem Bussche in erster Linie an der Ungarischen Regierung, welche sich auf keine genügenden Konzessionen für Siebenbürgen-Autonomie, für Transsylvanien etc. entschließen kann.

Ich erwarte von Euerer Exzellenz, daß Sie sowohl den Staatsmännern in Wien wie in Budapest – eventuell auch an Allerhöchster Stelle – die Notwendigkeit der durch Lage gebotenen Konzessionen klar machen und auf deren Gewährung bestehen. Wir haben auf die Bitte Kaiser Franz Josephs, der an unsere Bundestreue appellierte, den Kampf gewagt und führen ihn gegen Frankreich, England und Rußland. Wir können verlangen, daß Österreich-Ungarn auch diejenigen Opfer bringt, die für das Gelingen des Ganzen unabweisbar sind. Sie sind für den Preis, der auf dem Spiel steht, nur gering.“

Bitte im gleichen Sinne mit Prinz Hohenlohe sprechen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

201. Bethmann Hollweg an Pohl

BA Berlin, R 43/2466e, f. 53–54. Schreiben. Eigenhändiges Konzept.

zu RK 449
GH [Großes Hauptquartier] 5. November 1914

Durch eine zufällige Mitteilung des Fürsten Pleß[623] habe ich heute Abend 8 Uhr erfahren, daß bereits heute Mittag bei den Herren der Umgebung S.M. des Kaisers die offizielle Nachricht bekannt war, wonach unsere Flotte an einem der letzten Tage Yarmouth bombardirt hat. S.M. der Kaiser hatte soeben die Gnade, mir diese Nachricht zu bestätigen. Von der obersten Marineleitung ist mir bis zur Stunde irgend eine Mitteilung über dieses Ereignis nicht gemacht worden. Daß bei der Rückkehr unserer Flotte einer unserer großen Panzerkreuzer auf eine Mine aufgelaufen ist, habe ich in der Frankfurter Zeitung gelesen.

Die Tatsache, daß eine englische Küstenstadt von unserer Flotte bombardirt worden ist, hat, wie ich glaube Ew.pp. nicht näher ausführen zu brauchen, für die gesammte politische und militärische Situation Deutschlands in dem gegenwärtigen Kriege eine Bedeutung, wie sie kaum größer gedacht werden kann. Daß sie dem obersten für die Gesammtpolitik des Reiches verantwortlichen Reichsbeamten nicht mitgeteilt wird, bedeutet einen mit der Politik und dem geltenden Staatsrecht nicht vereinbaren Zustand.

Ew.pp. sehe ich mich veranlaßt, das ebenso dringende wie <ergebene> Ersuchen zu richten, mir fortan von allen Vorkommnissen, welche für die Beurteilung der Kriegs- und politischen Lage von irgend welcher Bedeutung sind, gefälligst ohne jeden Zeitverlust Mitteilung zu machen.

202. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1915, f. 21. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 97. Großes Hauptquartier, 6. November 1914, 1 Uhr 30 Min. Nm.
Ankunft: 6. November 1914, 3 Uhr 25 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 927.

Jetziger Weltkrieg ist nicht zum wenigsten durch Übertreibung und Ausbreitung des Bündnissystems hervorgerufen. Nach Friedensschluß wird man suchen müssen, sich vom cauchemar des coalitions möglichst zu befreien. Unter diesen Umständen haben wir uns an sich nur schwer entschlossen, formelles Bündnis mit Türkei einzugehen[624], und erachten weitere Ausdehnung des-

[623] Hans Heinrich XV. (1861–1938), 3. Fürst von Pleß; Oberst à la suite; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1902–1918.

[624] Vgl. unten Anm. 680.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

selben für prinzipiell bedenklich. Ausdehnung des Bündnisses gegen alle Staaten würde neue Grundlage zu neuem allgemeinen Koalitionssystem bilden, was wir prinzipiell vermeiden möchten.

Die Erhaltung und der Schutz der Türkei ist uns durch unsere Interessen geboten und gehört zu den leitenden Prinzipien unserer Politik, die wir wie bisher auch ohne Erweiterung Bündnisses befolgen müssen . Die jetzige Waffenbrüderschaft verdichtet zudem diese Interessen solidarisch. Gehen unsere Truppen aus dem jetzigen Krieg siegreich hervor, so hat Türkei in absehbarer Zeit auch von England nichts zu befürchten, denn der Kampf geht um die Vernichtung der Weltherrschaft Englands. Sollten wir unterliegen oder geschwächt werden, so würden wir trotz Bündnisses voraussichtlich nicht in Lage sein, Türkei gegen alle Koalitionen und Eventualitäten zu schützen. Aber auch die Türkei würde dann durch erweitertes Bündnis nur unerfüllbare Pflichten übernehmen. Angesichts Entwicklung Unterseebootswesens ist englische Seeherrschaft bereits jetzt erschüttert; schafft Türkei selbst Unterseebootflotte, hat sie von keiner Mittelmeermacht mehr etwas zu fürchten.

Unser Bündnis mit Türkei läuft für 5 plus fünf Jahre (nach Analogie unserer anderen Bündnisse), ist also schon jetzt auf 10 Jahre vorgesehen, falls nicht ganz besondere Ereignisse Kündigung nach 5 Jahren erforderlich machen. Bedenken Djavids[625] daher nicht stichhaltig.

Jetziges Losschlagen der Türkei ist nur Erfüllung ihrer Bündnispflicht, Großwesir[626] hat Vertrag unterschrieben, damit würde er auch bei Rücktritt vor seinem Land wie vor der Welt und England verantwortlich für Ereignisse bleiben. Mit Zusicherung bezüglich Kapitulationen[627] einverstanden.

Bitte entsprechend an Botschaft Konstantinopel telegraphieren.

203. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1816, f. 90. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 99. Großes Hauptquartier, 7. November 1914, 10 Uhr 30 Min. pm.
Ankunft: 7. November 1914, 11 Uhr 35 Min. pm.

Bitte in meinem Namen Rom telegraphieren:

Wir haben folgende geheime Nachricht vom 4. d. M. aus London erhalten (folgt Tel. 979 von Lage bis Siege) [= Lage Afrikas verursacht große Unruhe, türkische Bewegung und Entwickelung sehr ernst, Möglichkeit Eintritts in den

[625] Mehmet Djavid [Cavit] Bey (1875–1926), türkischer Finanzminister 1909–1914.

[626] Prinz Said Halim Pascha (1863–1921), Großwesir 1913–1917.

[627] Die völkerrechtlichen Verträge, welche die Türkei in früheren Jahrhunderten mit fremden Mächten geschlossen hatte. Sie unterwarfen fremde Personen im Osmanischen Reich nicht dessen (muslimischer) Gerichtsbarkeit, sondern derjenigen der jeweiligen ausländischen Konsuln (Konsulargerichtsbarkeit). Im Frieden von Lausanne 1923 wurde die Türkei vom Kapitulationssystem befreit.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krieg durch andere Nationen, unmittelbar bevorstehend Italiens [Eintritt] eine große Frage. Das letzte Marineunglück[628] bewegt öffentliche Meinung sehr. Rußland berichtet große angenommene Siege].

Unsere Kriegslage im Westen sehr gut und im Osten gegen Russen völlig geschützt. Bitte mit Baron Sonnino[629] ausführlich allgemeine Lage besprechen und vorsichtig andeuten, daß für Italien sich jetzt durch Eingreifen für seine Verbündeten Gelegenheit böte, die Rolle des Züngleins an der Wage zu spielen und Ende des Europa und die ganze Welt wirtschaftlich und kulturell schädigenden, erbitterten Kampfes mit eigenem Vorteil herbeizuführen. Daß wir diesen Entscheidungskampf gern an der Seite unseres alten italienischen Verbündeten beschließen und damit Allianz auch für die Zukunft sichern würden, liege auf der Hand. Andererseits kann Italien auch aus eigenem Interesse nicht Untergang und Zerbröckelung Österreichs wünschen. Italiens Parteinahme für seine Verbündeten würde Rumäniens Eintritt für dieselben wohl sicher zur Folge haben. Italien kann bei der bedrohten Stellung unserer Gegner, namentlich Englands, jetzt keine Gefahr laufen, wohl aber Frankreichs Niederlage besiegeln. Wir würden uns anheischig machen, Italien jeden Siegespreis zu verschaffen zu suchen, den es selbst wünscht. Daß Hergabe des Trento große Schwierigkeit für Österreich und gewissermaßen Anfang der Aufteilung bedeuten würde, wird Baron Sonnino selbst einsehen. Aber wir würden auch hierfür nochmals in Wien eintreten, ohne allerdings für Erfolg garantieren zu können. Andere Kompensationen, z. B. im Balkan oder Nordafrika, wären leichter.

Euere Exzellenz werden selbst beurteilen können, wie weit sich obige Gedanken im Laufe des Gesprächs entwickeln lassen.

204. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1816, f. 97. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 100. Großes Hauptquartier, 10. November 1914, 12 Uhr 10 Min. Vm.
Ankunft: 10. November 1914, 12 Uhr 51 Min. Vm.

Antwort auf Telegramm Nr. 80.

Bitte Botschafter Konstantinopel anweisen, Großwesir zu sagen, daß wir prinzipiell bereit sind, auf gewünschte Ausdehnung des Vertrages einzugehen, doch soll Freiherr von Wangenheim zunächst Entwurf des neuen Textes einsenden. Wegen Dauer hinweise ich darauf, daß Dreibund zunächst nur bis

[628] Am 17. Oktober 1914 wurde eine deutsche Torpedoboots-Halbflottille vor der holländischen Insel Texel von der Royal Navy vollständig vernichtet. Alle neun deutschen Schiffe wurden versenkt, 222 Seeleute fanden den Tod.

[629] Sidney, Baron Sonnino (1847–1922), italienischer Ministerpräsident 1906 und 1909–1910; Außenminister 5. November 1914–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1920 läuft[630] und nur bei Nichtkündigung (ein Jahr vor Ablauf) automatisch 6 Jahre weiterläuft. Vorschlage deshalb Ausdehnung auf ein Jahr (bis 1920) mit eventueller Fortdauer weiterer sechs Jahre, analog Dreibundvertrag. Es erscheint technisch schwer möglich, für Vertrag zwischen Deutschland, Österreich und Türkei längere Frist zu bestimmen als im deutsch-österreichischen Vertrag[631]. Falls Dreibund bis 1926 dauert, könnte automatisch auch türkischer Vertrag solange fortdauern. Großwesir muß einsehen, daß wir nur loyal handeln, wenn wir Türkei nicht mehr bieten als unserem langjährigen Bundesgenossen und als wir bei eventuell vollständiger Veränderung Mächtekombination leisten könnten.

Bitte vor Absendung des Telegramms nach Konstantinopel angegebene Dreibundfrist noch nachprüfen.

205. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung. Laut eigenhändigem Vermerk Weizsäckers am Kopf des Briefes ging dieser am 14. November 1914 an König Wilhelm II. von Württemberg zu dessen Kenntnisnahme.

Großes Hauptquartier, 10. November 1914

Hochverehre Exzellenz!

Ihre ganze Nachsicht muß ich dafür erbitten, daß ich Ihren gütigen Brief vom 19. v. M. erst heute beantworte. Wiederholt habe ich die Feder angesetzt. Aber immer wieder ließen die schnell wechselnden Ereignisse falsch erscheinen, was ich in der Stimmunng des Tages niederzuschreiben versuchte. Das ist nun freilich auch heute noch nicht anders geworden. Aber meine Schuld würde ins ganz unerträgliche wachsen, wenn ich noch länger mit meinem Dank warten wollte. Die Ereignisse haben sich eben doch ganz anders entwikkelt, als man anfangs erwartete. In eine Kritik kann und will ich mich nicht einlassen. Das Fazit scheint mir das zu sein, daß der Offensiv g e i s t , der Gott sei dank unser Heer ganz anders beherrscht als unsere Gegner, zwar nichts von seinem Werte eingebüßt hat, daß aber die moderne Waffentechnik der Defensive eine viel höhere Bedeutung beilegt als früher. Gelingt es nicht, den Gegner durch gewaltige Übermacht zu überrennen, so sind Erfolge nur mit äußerster Geduld zu erringen. Unter diesem Gesichtspunkt beurteile ich unsere Lage im Westen, wo das strategische Geschick wohl ziemlich gleich auf beiden Seiten verteilt ist, während im Osten unser strategisches Übergewicht wohl ebenso groß ist wie das numerische der Russen. Leider sind die Österreicher eine ganz

[630] Er war zuletzt 1909 wie bisher auf sechs Jahre verlängert worden, würde also 1921 – nicht 1920 – ablaufen.

[631] Gemeint ist der Dreibundvertrag. Der Zweibundvertrag (zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn) von 1879 stipulierte eine Laufzeit von fünf Jahren und eine Verlängerung von je drei Jahren.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bittere Enttäuschung. Unser Generalstab hat sich in dem militärischen Wert unserer Bundesbrüder arg geirrt. Eine lange Dauer des Krieges schätze ich nicht mehr so ungünstig ein wie im Anfang. Halten wir mit langsamen Fortschritten auf dem rechten Flügel unsere Linie in Frankreich und verhindern wir die Russen vor der Okkupation größerer Gebietsteile – ich vertraue fest auf beides –, so bietet sich vielleicht doch die Chance, England durch Marinemaßnahmen und wachsende Schwierigkeiten in Afrika, Aegypten und Indien mürbe zu machen. Und darin liegt momentan die Entscheidung. Konrad Haußmanns[632] Nachricht, die Sie mir freundlich übermittelt haben, stimmt mit dem überein, was ich sonst erfahre. Frankreich ist in seinen Entschlüssen ganz von England abhängig. Vornehmlich um deswillen regt sich dort noch kein Friedensbedürfnis. Allerdings hat [= haben] unser Rückzug von der Marne und jetzt der stehende Kampf bei Ypern sowie die Ereignisse in Polen mächtig dazu beigetragen, die Siegeszuversicht der Franzosen zu erhalten und zu steigern. Die Meldungen über den Geist ihrer Truppe lauten widersprechend. Vielleicht täuscht man sich am wenigsten, wenn man annimmt, daß ihre Defensivkraft noch ganz ungebrochen ist, daß sie aber zur Offensive im Großen kaum mehr oder doch nur mehr unter dem Druck von England fähig sind. Wirtschaftlich scheint es noch ganz gut zu stehen. Der Teil, den wir okkupirt haben und der allerdings total ausgesogen wird, ist zu klein, als daß er für die Gesamtverhältnisse entscheidend werden könnte. So werden wir noch viel Geduld haben müssen, wenngleich es mir bisweilen unmöglich erscheint, daß ein solches Ringen der Nationen auf Tod und Leben überhaupt dauern könnte. Eine Möglichkeit, die uns feindliche Koalition zu sprengen, sehe ich einstweilen nicht. Der Zar ist sehr friedensbedürftig – für seine Person –, aber machtlos. Unsere Truppen sind herrlich. Vor wenigen Tagen war ich bei der 4. Armee, wurde von Ihrem Herzog Albrecht[633] sehr gütig aufgenommen und habe doch manches gesehen und gehört. Wenn ich so unsere grauen Jungen sehe, geht mir allemal das Herz über. Eine solche Heldengröße eines Gesammtvolkes hat die Weltgeschichte noch nicht gesehen. Sie, verehrter Freund, haben dem Vaterland ein bitteres und schweres Opfer bringen müssen[634]. Meine Gedanken kehren immer wieder in schmerzlicher Teilnahme dazu zurück. Und was hat Ihr Land geleistet! Der Herzog erzählte mir, Württemberg habe bisher schon 180.000 Mann aufgebracht, und die Schwaben stehen in der ganzen Armee unter den Tapfersten. – Meine Zuversicht auf ein glückliches Ende bleibt unerschütterlich, so riesenhaft auch unsere Aufgabe ist. Wie sich danach alles fügen soll, liegt noch vielfach im Dunkeln. Belgien ist ein schauderhaftes Problem, das reinlich nicht gelöst werden kann. Man kann unter allen Lösungen nur nach der suchen, die noch am wenigsten schlecht ist. – Es ist keine benei-

[632] Conrad Haußmann (1857–1922), MdR (Fortschrittspartei) 1890–1918; Abgeordneter im württembergischen Landtag 1889–1918.

[633] Albrecht (1865–1939), Herzog von Württemberg; Oberbefehlshaber der 4. Armee 1914–1917, danach der „Herzoggruppe Albrecht“ 1917–1918.

[634] Weizsäckers ältester Sohn, Carl Viktor (*1880), war am 4. September 1914 bei Grand Rupt in den Vogesen gefallen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denswerte Aufgabe, alle verschiedenen Möglichkeiten, die sich doch allein nach unserer militärischen Stärke beim Friedensschluß richten, im Voraus zu bearbeiten. Auf alle Fälle müssen wir uns im Innern erhalten, was dieser Krieg Großes an unserm Volke tut. Auf diesen Völkerfrühlung soll kein Reif fallen, soweit wir Menschen es verhüten können.

Die Klagen über unsere Diplomatie dringen täglich und laut an mein Ohr. Ich bin durchaus nicht taub dagegen. Einige Personalwechsel habe ich neuerdings schon vorgenommen. Andere werden noch folgen. Einige Ungerechtigkeit läuft auch bei den Anklagen unter. Italiens Haltung beruht doch mehr auf sachlichen Zusammenhängen als auf persönlichen Unzulänglichkeiten.

Schade, daß Sie neulich Seine Majestät Ihren König nicht begleitet haben. Ich hätte Sie so gern wiedergesehen. In dieser gewaltigen Zeit verlangt einem nach Aussprache.

Ich bitte um die herzlichen teilnehmenden Empfehlungen an Ihre Gemahlin.

Gott schenke uns Sieg.
In treuer Verehrung

206. Flotow an AA

PA Berlin, R 1816. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 669. Rom, 12. November 1914, 11 Uhr 25 Min. Vm.
Ankunft: 12. November 1914, 2 Uhr 0 Min. Nm.

Auf Telegramm 687 und unterwegs befindlichen Bericht Nr. 302.

Da sich heute durch längere Unterhaltung eine Gelegenheit bot, habe ich bei Baron Sonnino an der Hand der von Euerer Exzellenz gegebenen Argumente angeregt, ob es nicht für Italien angezeigt und möglich wäre, über die jetzige Neutralität hinaus sich den Verbündeten anszuschließen.

Baron Sonnino sagte, er wolle sich ganz offen zu mir aussprechen. Beim Ausbruch des Krieges würde ein „bon geste“ Österreichs der italienischen Regierung vielleicht ermöglicht haben, wenn nicht sofort, so doch nach einiger Zeit mitzugehen. (Unter „bon geste“ verstand Minister offenbar Trentino.) Inzwischen sei es durch Erregung der Volksstimmung unmöglich geworden. Dazu kämen militärische und finanzielle Gründe und die heute noch ungeschwächt bestehende Besorgnis vor der englischen Flotte. Wenn ich das Land beobachtet hätte, müsse ich selbst zugeben, daß heute ein Mitgehen mit Österreich und Deutschland für keine Regierung möglich. Ich würde nicht drei Personen in ganz Italien finden, die dafür eintreten würden. Dagegen seien ernste Unruhen im Lande in solchem Falle sicher. Italienische Regierung wünsche, ganz neutral zu bleiben, wenn ihr das irgendwie möglich sei. In dieser Beziehung müsse er mir aber wiederholen, daß türkischer Krieg[635] mit seinen möglichen Folgen für Italien und italienischer Kolonie hiesige Regierung und poli-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tische Kreise mit Unruhe erfülle. Unsere und türkische Erklärungen hierüber nehme er mit vollem Vertrauen auf. Aber ob wir imstande seien , ungünstige Folgen abzuwehren, sei eine andere Frage. Trotzdem werde er, Minister, mit allen Kräften für Neutralität eintreten, davon können wir überzeugt sein.

Ich habe ihm erwidert, daß, wenn das alles für den Augenblick gelten könne, Italien doch an Zukunft denken müsse. Das Land werde nach solchen Rüstungen doch schließlich nicht leer ausgehen wollen. Wirkliche Vorteile könne Italien aber nur an der Seite seiner Alliierten erlangen. Ich deutete dabei in der in Telegramm 687 vorgezeichneten Form Möglichkeit des Trentino an. Minister erklärte, es sei unmöglich, heute zu sagen, was später sein werde. Italienische Regierung hänge von Volksstimmung ab, alles komme darauf an, wie diese sich entwickle. Erwähnung der Möglichkeit des Trentino machte ihm nicht den Eindruck, den ich erwartete. Er kam immer wieder darauf zurück, Regierung wünsche wenn irgend möglich neutral zu bleiben und war durch alle Einwendungen darin nicht zu erschüttern.

Schließlich kamen wir überein, diese Unterhaltung unamtlich und ganz vertraulich zu behandeln. Er sagte mir, er werde auch dem österreichischen Botschafter[636] nicht davon sprechen.

Es liegt also nicht eine unbedingte Absage für die Zukunft, aber auch keinerlei Zusage vor. Dagegen starke Betonung des Wunsches, neutral zu bleiben. Minister erklärte wiederholt, er sei ja erst wenige Tage im Ministerium[637], er könne daher irgendwelche weittragenden Entschlüsse nicht fassen. Er erwähnte auch, daß Herr Salandra unbedingt für Neutralität sei, solange eine solche möglich sei. Auch dieser sei wegen Islam-Gefahr besorgt.

Alles übrige, was zur Sache zu sagen ist, habe ich durch Bericht Euerer Exzellenz unterbreitet.

Ich halte mit Bezug auf die Lage das Angebot des Messagero[638], falls es sich als realisierbar erweist, in diesem Augenblick für sehr wichtig und folgenreich.

Hier ist es in diesen Tagen gelungen, einige bedeutende Journalisten zu gewinnen.

---

635 Gemeint ist der Kriegseintritt der Türkei Anfang November 1914 an der Seite Deutschlands und Österreich-Ungarns. – Mit der im folgenden erwähnten „italienischen Kolonie“ ist Libyen gemeint, auch Abessinien.

636 Botschafter Macchio.

637 Seit dem 5. November 1914. – Der im folgenden genannte: Antonio Salandra (1853–1931), Ministerpräsident März–Oktober 1914, November 1914–Juni 1916.

638 Überregionale Tageszeitung, 1878 gegründet. – Um was für ein Angebot es sich hier handelt, konnte nicht ermittelt werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

207. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

BA Berlin, R 43/2465c, f. 34–39. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

RK 478
GH

Großes Hauptquartier, 12. November 1914
Abgegangen 14. November 1914 mit 4 Anlagen

Ew. Exzellenz

gütiges Schreiben vom 30. v.Mts., für das ich verbindlichst danke, habe ich wiederholt zu beantworten begonnen, aber immer wieder die Feder abgesetzt, weil ich eine größere Klärung der Situation erhoffte. Die ist nun bisher leider ausgeblieben. So will ich heute wenigstens zu der von Ihnen behandelten Frage von Elsaß Lothringen kurz Stellung nehmen, da sie von der weiteren Entwickelung des Krieges noch am wenigsten abhängig ist.

Der Statthalter und Graf Rödern[639] treten ungefähr mit denselben Gründen wie Freiherr von Stein für die Aufteilung der Reichslande ein. Schriftlich niedergelegt sind die entsprechenden Gedanken in der Aufzeichnung Anlage A (Grf. Rödern) nebst dazu gehöriger Karte (Anlage B) sowie in dem Immediatbericht vom 31. v. M. (Anlage C), den Seine Majestät mit dem Randvermerk „Einverstanden“ versehen hat. Der mit den Landesverhältnissen bekanntlich gut vertraute Oberst Scheuch[640] hat sich auf meine Bitte zu diesen Schriftstücken privatim und vertraulich in Anlage D geäußert. Der König von Bayern[641] hat bereits in Coblenz im vergangenen August im Einverständnis mit Graf Hertling den dringenden Wunsch nach Aufteilung ausgesprochen, da der reichsländische Versuch völlig Fiasko gemachte habe. Zweifellos war dabei allerdings auch das Verlangen nach einer ansehnlichen Vergrößerung der Wittelsbachischen Macht nicht unbeteiligt, die zugleich als Kompensation für das nach Ansicht des Königs an Preußen zu annektirende Belgien gedacht war.

Dem Obersten von Scheuch stimmte ich darin zu, daß, ob nun aufgeteilt wird oder nicht, und, wie ich hinzusetzen möchte, gleichgültig ob zu den Reichslanden neues französisches Gebiet hinzuerworben wird oder nicht, unter allen Umständen der Regierungsgewalt in Elsaß-Lothringen die Machtbefugnisse des ehemaligen Diktaturparagraphen[642] und vom Reichsrecht abweichende Machvollkommenheiten auf dem Gebiet des Presse-, Vereins- und Ver-

[639] Siegfried Graf von Roedern (1870–1954), Staatssekretär im Reichsamt für Elsaß-Lothringen 1914–Mai 1916, des Reichsschatzamtes Mai 1916–1918. – Der im folgenden genannte: Hans Karl Frhr. von Stein (1867–1942), Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen Februar 1914–November 1915, im Reichsamt des Innern November 1915–1917. – Die im folgenden erwähnten Anlagen liegen nicht bei.

[640] Heinrich Scheüch (1864–1946), Oberst; Kommandeur verschiedener Einheiten 1914–1916; Chef des Kriegsamtes 1917–1918; Kriegsminister 1918–1919.

[641] Ludwig III. (1845–1921), König von Bayern 1913–1918.

[642] Der Diktaturparagraph (§ 10 des Reichsgesetzes vom 30. November 1871 für Elsaß-Lothringen) ermächtigte den Oberpräsidenten, bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit geeignete

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sammlungsrechts verliehen werden müssen. Weiterhin aber glaube ich auch für die Aufteilung eintreten zu sollen.

Als Ew.pp. gemeinsam mit mir die Verfassungsgesetzgebung machten[643], waren wir wohl übereinstimmend der Ansicht, daß am besten schon 1871 aufgeteilt worden wäre, daß aber, nachdem die Aufteilung damals unterblieben war, auf dem von Bismarck einmal gelegten Grunde weiter gebaut werden müsse. Jetzt ist die Situation eine andere. Jetzt bietet der Krieg noch einmal und nach menschlichem Ermessen die beste Gelegenheit zur Aufteilung. Ich glaube, wir dürfen sie nicht versäumen, da die Aufteilung, auch abgesehen vom Diktaturparagraphen, politisch und militärisch dem Reiche größeren Schutz gewährt und zugleich aus den vom Statthalter entwickelten Gründen die wohlverstandenen Interessen des Landes besser fördert als der gegenwärtige Zustand.

Die ungeteilte Zuschlagung an Preußen wäre wohl militärisch und für die wirtschaftliche Entwickelung des Landes das Beste. Politisch würde sie einschließlich des Diktaturparagraphen ungefähr zu den Zuständen unter dem Oberpräsidenten von Möller[644] zurückführen. Ich bin aber doch zweifelhaft, ob bei ungeteilter Annexion an Preußen der im Laufe von 40 Jahren fest eingewurzelte Partikularbegriff Elsaß-Lothringen nicht trotz preußischer Verwaltung so stark fortleben würde, daß das Drängen nach staatlicher Selbständigkeit zum Schaden des politischen Lebens unvermindert erhalten bliebe und zugleich die unruhigen Geister Frankreichs immer wieder erhitzen würde. Gäbe es die Möglichkeit, die Reichslande in recht zahlreiche Parzellen aufzuteilen und ständen einer solchen Maßregel nicht vor Allem zwingende militärische Bedenken entgegen, so wäre auf diesem Wege die allmähliche Verdeutschung wohl am sichersten gewährleistet. Allein dieser Weg ist praktisch nicht gangbar. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als einen der Mittelwege zu beschreiten, die der Statthalter und der Oberst Scheuch empfehlen.

Die Beteiligung Bayerns in der vom Statthalter vorgeschlagenen Weise erscheint mir unbedenklich und nützlich. (Die blaue Linie auf der Karte bezeichnet den Landstrich, um den der bayrische Anteil etwa vergrößert werden könnte. Der Statthalter spricht sich indessen prinzipiell für die rote Linie aus.)

Badens Beteiligung ist, darin möchte ich dem Obersten Scheuch Recht geben, im Grunde genommen künstlich. Vielleicht meint man Baden unter allen Umständen berücksichtigen zu müssen, weil 1871 die Aufteilung am badischen Widerspruch gescheitert ist. Allerdings würde ein badischer Anteil dem vorhin angeführten Prinzip des divide et impera gerecht werden. Aber der für Baden allein in Frage kommende Landteil ist in hohem Grade der schwierigste vom ganzen Elsaß, daß auch ich ernstlich daran zweifele, ob ihn Baden verdauen kann. Überdies würden zweifellos die Verwaltungsnormen im badi-

Maßnahmen zu ergreifen, auch Truppen heranzuziehen. Die Befugnisse gingen 1879 an den Statthalter über und wurden von Wilhelm II. 1902 aufgehoben.

643 Durch die liberale Verfassung für Elsaß-Lothringen vom 31. Mai 1911 erhielt das Reichsland Autonomie.

644 Eduard von Moeller (1814–1880), Oberpräsident von Elsaß-Lothringen 1871–1879.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Anteil in einen solchen Gegensatz zu denen in dem unmittelbar angrenzenden preußischen Anteil treten, daß daraus höchst unerwünschte Reibungen und Nachteile für das gesamte politische Leben entstehen würden. Ist es möglich, in Bundesrat und Reichstag die Aufteilung ohne Berücksichtigung Badens durchzusetzen, so will es mir einstweilen gut erscheinen, Baden aus dem Spiel zu lassen.

Württemberg muß, wie ich glaube, ganz ausscheiden. Sonst könnte zunächst ja auch Hessen Anspruch anmelden, und so die Reihe fort. In die Abtretung der Hohenzollernschen Lande[645] auch unter Ausschluß der Burg würde weder der Kaiser noch das fürstliche Haus Hohenzollern wohl jemals einwilligen.

Die vom Statthalter vorgeschlagene Vereinigung des preußischen Anteils mit dem Regierungsbezirk Trier zu einer neuen preußischen Provinz hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes. Ihre Ausführbarkeit wird aber doch sehr genau zu prüfen sein. Ich nehme an, daß das preußische Gemeinde- und Kreisverwaltungsrecht nicht ohne weiteres auf den preußischen Anteil übertragen werden kann, sondern daß hier und vielleicht noch auf manchen anderen Gebieten das bestehende Recht eventuell mit einzelnen Modifikationen aufrecht erhalten werden wird. Ob sich bei einer solchen Rechtsungleichheit, die noch durch den Diktaturparagraphen gesteigert werden würde, und bei den ganzen sonstigen Berührungspunkten jedenfalls das Oberelsaß mit Trier eine einigermaßen homogene Provinzialgemeinschaft bilden lassen würde, will mir zunächst doch fraglich erscheinen.

Entschließen wir uns zur Aufteilung, so wird sie jedenfalls unmittelbar nach dem Friedensschluß durchzuführen sein. Ich wäre Ew.pp. dankbar, wenn Sie die Güte hätten, mir Ihre Ansicht über die Frage und im Falle der grundsätzlichen Zustimmung mitzuteilen, wie nach Ihrer Meinung der Stein am besten ins Rollen zu bringen wäre. Danach wäre dann die Lösung des Problems, von dem ich vorstehend ja nur einzelne Seiten berührt habe, rechtzeitig und vollständig vorzubereiten.

Indem ich mir vorbehalte, auf den übrigen Inhalt Ihres Schreibens in den nächsten Tagen zu antworten,

bin ich mit den besten Empfehlungen und Grüßen
Ihr u.s.w.

[645] Die Hohenzollernschen Lande (= der Regierungsbezirk Sigmaringen) wurden 1850 aus den Fürstentümern Hohenzollern-Hechingen und Hohenzollern-Sigmaringen gebildet; sie bestanden bis 1946. – Die Burg Hohenzollern ist die Stammburg des Fürstengeschlechts und des preußischen Königs- und deutschen Kaiserhauses.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

208. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20172, f. 113. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 104. Großes Hauptquartier, 14. November 1914, 20 Uhr 45 Min.Vm.
Ankunft: 14. November 1914, 11 Uhr 40 Min. Vm.

Antwort auf Telegramm Nr. 1088.

General von Falkenhayn glaubt versichern zu können, daß österreichische Armee weit davon entfernt, Separatfrieden anzustreben. Er beruft sich dafür auf neueste Briefe und Telegramme Freiherrn Conrad von Hötzendorfs und des Kriegsministers[646], vor allem auf die ganz geheim zu haltende Tatsache, daß Österreich unter Entblößung des eigenen Landes zehn Divisionen durch Schlesien nach Polen schickt, um Lücke zwischen rechtem Flügel Hindenburg's[647] und Korps Woyrsch auszufüllen. Diese Operation wird, falls österreichische Truppe noch einigermaßen standhält, als sehr aussichtsreich angesehen.

Stelle anheim, Wien ganz geheim derart zu verständigen, daß Pessimismus nicht überhandnimmt, aber keine Überhebung eintritt.

209. Bethmann Hollweg an Hammann

BA Berlin, Nachlaß Hammann, N 2106/4, f. 5–8. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung. – Druck: Vietsch, Bethmann Hollweg S. 326–327.

Charleville, 14. November 1914

Mein lieber Hammann!

Ich habe Ihnen schon ungezählte Male schreiben wollen. Nehmen Sie es nicht übel, daß ich es nicht getan. Ich muß offen gestehen: Der furchtbare Ernst der Zeit, der ewige Wechsel, der immer wieder unser Geschick auf des Messers Schneide zu stellen scheint, sind zu gewaltig, als daß ich klare Worte finden könnte, die nicht von der Stimmung des Tages und von dieser verfluchten Stimmung des Hauptquartiers beeinflußt würden. Und nebliges Zeug mag ich Ihnen nicht sagen. Es wäre unwürdig und unfruchtbar. Aber meinen Dank sollen Sie haben. Ich bin immer voller Scham, wenn ich vergleiche, was in Berlin geleistet wird und was wir hier nicht tun. Komme ich gar zur Front und sehe die gelichteten Reihen unserer grauen Jungen – neulich sah ich meinen Sell[648]

[646] Alexander [1915: Frhr.] von Krobatin (1849–1933), Feldzeugmeister; österreichisch-ungarischer Kriegsminister 1912–1917; 1917 Feldmarschall.

[647] Paul von Hindenburg (1847–1934), Generalfeldmarschall; Oberbefehlshaber der 8. Armee 1914, aller Truppen an der Ostfront November 1915–August 1916; Generalstabschef August 1916–1918.

[648] Ulrich Frhr. von Sell (1884–1945), als Hauptmann zur Dienstleistung beim AA kommandiert und Adjutant des Reichskanzlers 1910–1914; Major 1918; nach Kriegsende Vermögensverwalter Wilhelms II. im Exil, ab 1929 Leiter der Privatschatulle.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit den Franzosen von den gräulichsten Schützengräben bei Arras kommend in das Morden um Ypern marschiren –, dann geht es mir durch Mark und Bein. Aber ich will und darf ja nicht das Gefühl reden lassen. Also ich will Ihnen für all die große und gute Arbeit danken, die Sie leisten. Ich weiß von den Reibungen. Ich hoffe, Sie werden sie vertragen, wie Sie schon viele ertragen haben. Trösten Sie sich mit mir. Maulwürfe und Unken giebt es auch hier genug. Obwohl ich ja leicht geneigt bin, ins Schwarze zu sehen, halte ich doch den Kopf hoch. Manches verstehe ich ja nicht. Aber aus unserm Faustpfand in Belgien und Frankreich sollen Sie uns erst einmal heraustreiben, und die Russen dürfen wir auch nicht überschätzen. Oesterreich ist schlecht, aber vielleicht doch nicht ganz so schlecht, wie man es macht. Wenn sie in Krakau, Przemyschl defensiv stehen, kann es noch gehen. Heute kommen einige Anzeichen, als ob die Franzosen kriegsmüde wären. Nur ganz leise. Aber das würde doch die beste Lösung geben. Die Franzosen werden in absehbarer Zeit nicht wieder anfangen, ob sie einen mehr oder weniger harten Frieden nehmen müssen. Nur keinen unehrenhaften. Schließlich stehen sie uns von unseren Gegnern doch noch am nächsten – wenigstens komplementär. In diesem, allerdings klerikalen und wohl mit vlämischen Ursprüngen durchsetzten gallischen Winkel[649] tritt das freilich vielleicht besonders stark hervor, ohne zu Generalisirungen zu berechtigen. Belgien ist eine harte Nuß. Ich habe anfangs die Phrase vom halbsouveränen Tributärstaat nachgeschwatzt[650]. Jetzt halte ich das für eine Utopie, selbst wenn wir den Bären schon erlegt hätten. Ein Ägypten ist im kontinentalen Europa doch wohl nicht möglich. Militärisches Besatzungsrecht in Lüttich, Namur, Antwerpen u.s.w. in diesem Lande, das uns hundert Jahre hassen wird, wie man nur hassen kann, würde Bartholomäusnächte[651] geradezu heraufbeschwören. Die Zukunft, aber erst eine spätere, kann eine Aufteilung zwischen uns, Frankreich, Holland und Luxemburg bringen. Luxemburg muß man wohl vorwegnehmen. Für uns die Sache vorbereiten. Das heißt, das annektiren, was die Soldaten und Matrosen[652] unbedingt verlangen und was selbst ein Vernünftiger dem unvernünftigen Deutschen nicht abschlagen kann. Aber möglichst wenig. Höchstens Antwerpen und einen Korridor und Seebrügge als Seeplatz. Dazu wirtschaftliche Vereinbarungen. Frankreich wird sich, wie ich fürchte, jetzt nicht am Raube beteiligen wollen, auch nicht in Kompensation kleiner Gebietsteile, die wir ihm doch

649 Charleville liegt an der Mass nahe der Grenze zu Belgien. Hier residierte von Ende September 1914 bis April 1915 das Große Hauptquartier, erneut von Februar bis August 1916.

650 Im berühmten (von seinem Intimus Riezler aufgesetzten) Kriegszielprogramm vom 9. September 1914, in dem Belgien als deutscher Vasallenstaat bezeichnet wurde. – Mit dem im folgenden genannten Ägypten ist die schwierige Stellung Ägyptens gemeint, das 1882 von England aus dem Osmanischen Reich herausgelöst und zum englischen Protektorat deklariert wurde. England hatte immer wieder auf Druck der europäischen Großmächte versprochen, sich aus Ägypten nach Beruhigung der dortigen Lage zurückzuziehen, löste diese Zusage aber nie ein.

651 Mit Bezug auf die historische Bartholomäusnacht von 1572 ist hier gemeint, daß Deutschland im dauerhaft besetzten Belgien immer wieder Aufstände blutig niederschlagen müsse.

652 Gemeint: die OHL und die oberste Marineleitung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wohl nehmen werden müssen – wenn alles gut geht. Briey[653] und Westabhang der Vogesen. – – Zum Reichstag werde ich kommen. Riezler doktert an der Rede[654]. Ich bin noch nicht in der Stimmung, rechte Worte zu finden. Hoffentlich kommt es noch. – Sie wollten Bülow[655] nach Rom haben. Ich habe einstweilen noch Bedenken. Nicht aus subjektiven Gründen. Die sind mir absolut egal. Aber man traut ihm nicht. Nirgends, auch nicht Italien. Ist das das Richtige? Sie wissen, ich liebe nichts for show. Momentan würde es auch wie Schwäche aussehen. Ich weiß noch nicht, wie ich mich entscheide. – Die Deutsche Tageszeitung ist ja gräßlich. Beinahe so gräßlich wie der Lokalanzeiger[656]. Wenn Deutschland nach dem Kriege so aussehen soll, dann Gnade uns Gott!

Ich will schließen. Beim Durchlesen merke ich, daß ich besser gar nicht hätte anfangen sollen. Es ist Kraut und Rüben. Ich schrieb ja auch nur, weil ich mich in Ihrer Schuld fühlte.

Mein Dank und meine besten Wünsche sind mit Ihnen und Ihrer Arbeit.

Aufrichtigst der Ihre.

210. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22374. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 107. Großes Hauptquartier, 17. November 1914

Auf Tel. Nr. 940.

Stinnes[657], der heute hier war, erklärt, daß wegen Bezuges von Schwefel, Baumwolle und Garn aus Italien alles im Gange. Andere Produkte seien gegenwärtig nicht beziehbar. Nur Bezug von Früchten aus Sizilien und Süditalien, deren Abnehmer bisher fast ausschließlich Deutschland gewesen, müßte in die Wege geleitet werden und werde Stimmung im Süden sehr verbessern. Er empfiehlt dieserhalb Benehmen von Regierung zu Regierung. Einrichtung durchgehenden Eisenbahnwagenverkehrs zwischen Süditalien und etwa München oder Mannheim, ähnlich wie das in Friedenszeiten bezüglich Früchtebe-

653 Briey, die Industrieregion nordwestlich von Metz, wurde deutscherseits vor allem wegen seiner Eisenerzvorkommen als Kriegsziel propagiert.

654 Gemeint ist die Rede, die Bethmann Hollweg am 2. Dezember 1914 im Reichstag hielt. Vgl. unten Nr. 574*.

655 Reichskanzler a. D. Bülow war nach seiner Entlassung am 14. Juli 1909 ohne Verwendung. Auf dem Botschafterposten in Rom saß der dauerhaft kränkelnde Hans von Flotow, der am 18. Dezember 1914 wegen Krankheit zunächst beurlaubt, am 31. Mai 1915 in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.

656 Der „Berliner Lokalanzeiger“ war 1883 von August Scherl gegründet worden; er erschien bis 1934.

657 Hugo Stinnes (1870–1924), Großindustrieller.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zugs aus Südfrankreich der Fall war. Falls entsprechende Verhandlungen mit Italien von Erfolg, bittet er um Benachrichtigung.

Bitte Angelegenheit erwägen und eventuell in die Wege leiten.

211. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22374. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 115. Großes Hauptquartier, 23. November 1914

Auswärtiges für Unterstaatssekr. Zimmermann[658].

Unter Bezugnahme auf Telegr. Nr. 92. Bitte dringend Presse in Frage Fürsten Bülow <energisch> abstoppen und Thema Personenwechsels Rom überhaupt nicht behandeln lassen. Daß der Fürst in Rom persona gratissima wäre, worauf es doch in erster Linie ankommt, steht durchaus nicht fest. Die vom Fürsten geschickt präparirte Inlandsstimmung steht in zweiter Linie. Hinter ihr steht übrigens eine weit angelegte Intrige zur allgemeinen Diskreditirung der Politik der letzten 5 Jahre. Der Erfolg dieser Intrige in gegenwärtiger Zeit kann für Geschicke des Landes unheilbringend werden. Näheres wird Staatssekretär von Jagow, der morgen früh dort eintrifft, mitteilen.

212. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

BA Berlin, R 43/2465c, f. 41. Telegramm. Eigenhändiges Konzept.

zu RK 516
G.H. Großes Hauptquartier, 25. November 1914

Tel. in Worten.
Auf gestriges Telegramm.

General von Falkenhayn ist mit mir mit Beschäftigung italienischer Arbeiter in Deutsch-Lothringen unter den dort vorgeschlagenen Modalitäten und Kautelen einverstanden.

[658] Arthur Zimmermann (1864–1940), Unterstaatssekretär im AA 1911–1916; Staatssekretär 1916–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

213. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 163, f. 296–298. MF 975. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 124 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 28. November 1914

In der heutigen Sitzung des Staatsministeriums, an der auch sämtliche Herren Staatssekretäre teilnahmen, dankte der Herr Ministerpräsident den erschienenen Herren dafür, daß sie ihm Gelegenheit gegeben hätten, sie heute bei seinem Eintreffen aus dem Großen Hauptquartier zu begrüßen[659]. Er habe auch die Grüße Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu überbringen und Allerhöchstdessen Dank für die hier inzwischen geleistete Arbeit. Sie bedeute eine Stärkung unserer Rüstung auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und erleichtere auch unseren Truppen ihre schwierige Aufgabe, so daß wir mit Vertrauen in die Zukunft blicken könnten. Seine Majestät habe das hier Geschaffene mit lebhaftem Interesse verfolgt und zweifle nicht an den guten Wirkungen. Ganz besonders sei Er über den Erfolg der Kriegsanleihe[660] befriedigt.

Über die allgemeine militärische und politische Lage lasse sich im wesentlichen nur Bekanntes sagen. Der Positionskampf im Westen werde vermutlich noch lange dauern. Der Geist unserer Truppen sei vorzüglich, obwohl der Kampf infolge der großen Ausdehnung der Front ein schwieriger sei. Abgesehen von den Kämpfen um Ypern[661] – wo wir große Verluste erlitten hätten –, seien die Kämpfe in letzter Zeit verhältnismäßig nicht sehr verlustreich gewesen, trotzdem das französische Artilleriefeuer nach wie vor sehr lebhaft sei. Dies deute darauf hin, daß Frankreich noch große Munitionsmengen besitze. Der Herr Kriegsminister[662] habe ihm aber gesagt, daß das Artilleriefeuer nur geringen Schaden anrichte.

Die Stimmung der feindlichen Truppen im Westen werde verschieden beurteilt. Das Verhältnis zwischen Franzosen und Engländern sei wenig freundlich, sie weigerten sich z. B., gemeinsam transportiert zu werden. Im übrigen werde stellenweise berichtet, daß die französische Armee kriegsmüde sei, es kämen aber auch entgegengesetzte Meldungen. In der Defensive seien die Franzosen zweifellos sehr tüchtig, selbst da, wo aus Offiziersmangel ganz alte

[659] Bethmann Hollweg befand sich vom 16. August bis zum 28. November 1914 durchgehend im Großen Hauptquartier an der Westfront.

[660] Die erste Kriegsanleihe erbrachte am 23. September 1914 4.389.576.000 Mark.

[661] Die Erste Flandernschlacht vom 20. Oktober bis 18. November 1914 an der belgischen Kanalküste fügte den Deutschen Verluste von über 100.000 Toten, Verwundeten und Vermißten zu, den Alliierten eine noch höhere Zahl. Vgl. ausführlich Der Weltkrieg V S. 272–401; zu Ypern: ebenda VI S. 10–25.

[662] Erich von Falkenhayn.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reserveoffiziere befehligten, wären sie standhaft, während ihre Offensive allerdings stets zusammengebrochen sei.

Die Engländer kämpften mit großer Bravour. Er sehe die militärische Lage im Westen so an, daß sich die dortigen Kämpfe in den jetzigen Positionen noch lange hinziehen könnten.[a]

Die Stimmung in Frankreich sei schwierig zu beurteilen. Die wirtschaftliche Lage des Landes scheine ihm noch leidlich. Die Bevölkerung habe im allgemeinen noch Zuversicht, und die Regierung stehe noch fest. Ein baldiger Zusammenbruch in der Armee oder in der Nation sei kaum zu erwarten.

Im Osten sei bei den Kämpfen der letzten Tage die schon erfolgte Umzingelung der Russen bei Lodz[663] durch den Vorstoß neuer russischer Kräfte aus Warschau wieder vereitelt worden. Unsere Truppen seien dabei selbst in eine sehr schwierige Lage gekommen, hätten sich aber – wenn auch unter großen Verlusten – wieder herausgehauen und noch 10.000 Gefangene gemacht.

Die Urteile über den Wert der russischen Truppen gingen sehr auseinander. Teilweise würden sie sehr gering bewertet. Auch werde von großem Munitionsmangel gesprochen. Teilweise höre man aber auch gegenteilige Ansichten.

Nach der gesamten militärischen Lage müsse man annehmen, daß der Krieg noch lange dauern werde, und man müsse auch darauf gefaßt sein, daß vielleicht noch[b] Rückschläge eintreten würden, wie das ja auch von vornherein im Bereich der Möglichkeit gelegen hätte. Die Losung müsse daher sein: Ausdauer und Fortführung des Kampfes mit der gleichen Zähigkeit und Bravour wie bisher! [c]In Belgien und dem von uns besetzten Teile Nordfrankreichs besäßen wir ein Faustpfand, aus dem uns die Gegner nicht heraustreiben würden. Der Krieg werde im wesentlichen in Frankreich und Polen, also in Feindesland geführt. Die Gesamtlage könne – trotz der tief zu beklagenden Einfälle der Russen in Ostpreußen – als gut angesehen werden[c] und berechtige zu der Hoffnung auf einen endgültigen Sieg.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage Deutschlands würde von den hier anwesenden Herren vermutlich besser als von ihm beurteilt werden können. Die finanzielle Rüstung des Reichs habe sich nach seiner Auffassung glänzend bewährt und werde dies, wie er hoffe, auch weiterhin tun. Die jetzt verhältnismäßig günstige wirtschaftliche Lage werde sich allerdings bei einer längeren Dauer des Krieges wohl verschlechtern, aber auch dann werde Deutschland durchkommen können.

Über Friedensbedingungen zu sprechen würde verfrüht sein. Erst müsse der Sieg errungen sein. Von dem Grade der militärischen Stärke würden die Bedingungen des Friedens abhängen. Daß wir Erfolge erzielen würden, welche uns gestatteten, über die Welt zu disponieren, glaube er nicht. [d]Aber selbst wenn wir nur erreichen sollten,[d] vor der Welt zu konstatieren, daß uns selbst eine solche ungeheure Koalition wie die jetzige nicht zu überwinden vermöge,

663 Vgl. Der Weltkrieg VI S. 98–226, 249–263.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

so würde das einen Erfolg bedeuten, welcher die Gewähr für den späteren Frieden in sich trage.

Auf Einzelheiten näher einzugehen halte er für unzeitgemäß. Auch etwaige Einzelfriedensschlüsse müßten sich danach richten, wie die einzelne Macht bezwungen sei.

Gleiche Gesichtspunkte müßten auch für die Neuaufgaben der inneren Politik gelten.

Draußen im Felde habe man den Eindruck, daß dies einmütige Zusammenhalten und die opferwillige gemeinsame Arbeit ohne Parteirücksichten eine wunderbare Erscheinung in der Weltgeschichte sei, für welche wir Gott zu danken hätten. Durch diese Geschlossenheit werde der Sieg erleichtert wie auch die Lösung der Probleme der inneren Politik. Denn ein Land, welches die unendlichen Opfer dieses Krieges mit solcher Größe und Einmütigkeit trage, könne nicht durch die Rückkehr von Parteigegensätzen wieder zerrissen werden.

Zusammenfassend wolle er damit schließen: Wir müssen durchhalten bis zum siegreichen Ende und haben auch die Kraft dazu![e]

[a] *Es folgt gestrichen*: … könnten und auch französische Vorstöße nicht ausgeschlossen sein.

[b] *Es folgt gestrichen*: schwere

[c–c] *Dieser Passus ist von Bethmann Hollweg eigenhändig geändert aus*: Sehr wertvoll sei es, daß wir Belgien als Faustpfand fest in der Hand hielten, und wir müßten dankbar sein, daß der Krieg im wesentlichen in Frankreich und Polen, also in Feindesland, geführt werde. Jedenfalls könne die Gesamtlage – trotz der tief zu beklagenden Einfälle der Russen in Ostpreußen – im allgemeinen gut angesehen werden …

[d–d] *Von Bethmann Hollweg eigenhändig geändert aus*: Aber wenn wir auch nur erreichten,

[e] *Das Protokoll ist – abweichend von allen sonstigen Protokollen der Sitzungen des Staatsministeriums – von Bethmann Hollweg allein unterschrieben (da in der Sitzung keinerlei Diskussion stattfand).*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

214. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20173, f. 105–108. Telegraphischer Erlaß in Ziffern. Revidiertes und behändigtes Konzept (in Maschinenschrift). Praes.: 30. November 1914 pm.

Nr. 8. Berlin, 30. November 1914

Sofort!

Euer pp.[664] ist bekannt, daß die Türkei empfindlich an Munitionsmangel leidet und zur Sicherung der Dardanellen Nachschub von Minen erforderlich ist. Das nötige Material liegt hier und in Ungarn bereit, kann aber nicht nach der Türkei befördert werden, da der Seeweg ausgeschlossen ist, Rumänien der Durchfuhr einen nur mit Gewalt zu brechenden Widerstand entgegensetzt und die Benutzung der Donau sich wegen der serbischen Batterien bei Orsowa verbietet. Ein Transportweg nach dem Südosten kann, solange nicht Serbien bezwungen ist, nur durch Besetzung der serbischen Nordostecke[665] geschaffen werden. Hierzu sind 30–40.000 Mann erforderlich. Da Österreich-Ungarn behauptet, diese Truppen allein nicht stellen zu können, müssen wir zu Hilfe kommen. Schicken wir nur 20.000 Mann, so dürfte unser Verbündeter schon wegen seines Prestiges alsbald die gleiche Zahl verfügbar machen, im Notfall müßte er Bosnien oder die italienische Grenze vorübergehend entblößen. Ist die Wegnahme von Truppen aus dem Osten oder Westen nicht möglich, so müßte das für Serbien bestimmte Detachement aus älteren Jahresklassen der Landwehr oder des Landsturms oder aus den Truppen zusammengestellt werden, die sich noch in der Ausbildung befinden. Ist erstklassiges Material nicht verfügbar, so müssen wir uns mit zweitklassigem behelfen. Der geringfügige Einsatz von 20.000 Mann würde sich glänzend bezahlt machen:

Erstens die Türkei und die Perspektiven auf Egypten, Indien und die islamitische Bewegung blieben uns erhalten,

zweitens Bulgarien würde sich uns anschließen,

drittens Rumäniens Neutralität wäre gesichert, seine schließliche Kooperation nicht ausgeschlossen,

viertens der russische Transport von Mannschaften und Kriegsmaterial nach Serbien wäre unterbunden,

fünftens Lebensmittel und Rohstoffe für Deutschland könnten aus Bulgarien und der Türkei bezogen werden,

sechstens Rumänien verlöre die Lust, uns bei der Durchfuhr seiner Produkte nach Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten.

Andererseits wären die Folgen weiteren Zögerns unabsehbar. Ohne Munitionsnachschub kann die Türkei den Krieg nur noch wenige Wochen fortset-

[664] Georg von Treutler (1858–1933), preußischer Gesandter in München 1911–1918; Vertreter des AA im GrHQ August 1914–Juli 1916.

[665] Entlang der serbisch-rumänischen Grenze verlief eine wichtige Eisenbahnstrecke (von Orsova nach Turn Severin) entlang der Donau.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zen. Schon jetzt macht sich in türkischen Kreisen lebhafte Beunruhigung und die Auffassung bemerkbar, daß die Pforte Frieden schließen müsse, wenn die Transportfrage nicht in kürzester Frist geregelt sei. Auch der hiesige türkische Botschafter[666] hat sich vertraulich einem Bekannten gegenüber in diesem Sinne geäußert und von einer Frist von 10 Tagen gesprochen. Schon wegen der zahlreichen Reichsangehörigen und unserer großen wirtschaftlichen Unternehmungen im Orient können wir es nicht darauf ankommen lassen, daß die Türkei sich in Unfrieden von uns trennt. Verharrt die Heeresleitung auf dem bisher trotz aller Vorstellungen vertretenen Standpunkt, daß keine Truppen verfügbar seien, so müssen wir das Praevenire spielen und selbst der Türkei zum schnellen Friedensschluß raten. Jetzt würden unsere Gegner die Türkei noch in Gnaden wiederaufnehmen, wenn sie „Goeben“[667] und „Breslau“ ausweist, die Militär- und Marinemission entläßt und sich auf der ganzen Linie von Deutschland lossagt. Verpassen wir den Zeitpunkt, so würde sich der Zorn gegen uns wenden und verhängnisvollen Schaden anrichten. Unsere wirtschaftliche und politische Stellung im Orient, insbesondere das von Seiner Majestät inaugurierte Werk der Bagdadbahn wäre in beiden Fällen schwer gefährdet.

Sofortiges Handeln ist ferner wegen der zur Zeit noch neutralen Balkanstaaten erforderlich.

Gestern erschien hier der deutsche Vertrauensmann des mazedonischen Komitees Dr. Totscheff[668] aus Sofia. Er erklärte, daß seine Partei die gegenwärtige Krise unter allen Umständen zur Verwirklichung ihres Ideals, der Befreiung Mazedoniens, benützen wolle. Das Komitee wünsche sein Ziel an der Seite der Zentralmächte zu erreichen, da so das g a n z e serbische Mazedonien befreit und der Bulgarischen Regierung ein ernsthafter Krieg erspart würde. Außer Waffen und Geldmitteln zur Ausrüstung mazedonischer Banden forderte er die sofortige Besetzung der serbischen Nordostecke durch Deutschland und Österreich-Ungarn. Denn er könne und wolle seine Regierung nur dann durch eine Erhebung in Mazedonien zum Eingreifen gegen Serbien zwingen, wenn der Nachschub von Kriegsmaterial sichergestellt sei. Erhalte er von Deutschland dieserhalb keine Garantien, so müsse das mazedonische Komitee die Bedingungen der Entente akzeptieren. Die Entente biete nur einen Teil von Mazedonien, die Linie Enos – Midia, und eventuell Rückerwerb des an Rumänien abgetretenen Gebiets bei Silistria, verlange aber Krieg gegen Österreich-Ungarn und die Türkei, eventuell gemeinsam mit Rumänien, das den Russen den Durchmarsch gestatten solle.

---

666 Mahmud Muchtar Pascha (1866–1935), türkischer Botschafter in Berlin 1913–1915.

667 SMS Goeben, Großer Kreuzer, seit 1911 Flaggschiff der Mittelmeerdivision der Kaiserlichen Marine; ab August 1914 bis 1918 unter türkischer Flagge („Yavuz Sultan Selim“).

668 Nicht weiter identifiziert. – Das „Obere mazedonische Komitee“ war 1895 gebildet worden; es vereinigte die wichtigsten Gruppierungen innerhalb der mazedonischen Emigration. Sein Ziel war die Forderung, die Autonomierechte gemäß Artikel 23 des Berliner Vertrags von 1878 einzulösen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zeigen wir uns weiter in der Transportfrage ohnmächtig, so dürfte es den Anstrengungen der Triple Entente (Gebrüder Buxton[669] in Sofia, Reise des Fürsten Trubetskoy Detschin) allerdings in Kürze gelingen, Bulgarien zu sich hinüberzuziehen und einen neuen Balkanbund gegen uns ins Feld zu führen. Der Ausgang des Weltkriegs wäre dann zu unseren Ungunsten entschieden. Die sofortige Einleitung der Aktion gegen die Nordostecke Serbiens ist daher für Deutschland ein Gebot der Selbsterhaltung. Dies würde, wenn mit ausreichenden Kräften unternommen, voraussichtlich zugleich die Beendigung des serbischen Feldzuges bedeuten und womöglich auch Rußland zum Einlenken veranlassen.

Euer pp. bitte ich, Seiner Majestät dem Kaiser und König tunlichst ohne Verzug im vorstehenden Sinne Vortrag zu halten und mir die Allerhöchste Entscheidung zu drahten.

215. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20174, f. 37. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Posen, 6. Dezember 1914, 6 Uhr 26 Min. Nm.
Ankunft: 6. Dezember 1914, 7 Uhr 7 Min. Nm.

Dringend.

Nach langen, schweren Kämpfen ist Lodz, auf dessen Festhalten die Russen größten Wert legten und das sie zur Festung ausgebaut hatten, heute genommen[670]. Feldmarschall Hindenburg legt diesem Erfolg große Bedeutung für den Gang der Operationen bei. Russische Armee für Angriffskrieg kaum mehr geeignet, beginnt physisch und moralisch stark nachzulassen.

Anheimstelle, Bukarest informieren.

669 Noel Buxton (1869–1948), englischer Politiker; war im Ersten Balkankrieg der Vorsitzende des „Balkan War Relief Committee". – Charles Buxton (1875–1942), englischer Philanthrop. – Nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs gingen beide Brüder auf politischer Mission nach Bulgarien, um dessen Neutralität im Krieg zu erwirken. – Der im folgenden genannte vermutlich: Grigorij Nikolaevič Trubeckoj (1873–1930), russischer Diplomat; wurde während der Julikrise Nachfolger des russischen Gesandten Nikolaj G. Hartwig in Belgrad, trat seinen Dienst erst im Dezember 1914 an. – Was es mit seiner Reise nach Dečin (Teschen) auf sich hat, konnte nicht ermittelt werden.

670 Łodź in der Mitte von Russisch-Polen wurde in der zweiten Novemberhälfte von deutschen Truppen teilweise genommen; die russiche Beschießung der Stadt und Festung am 5./6. Dezember sollte nur noch den russischen Rückzug decken. Die deutschen Truppen rückten am 6. Dezember in die Stadt ein. Vgl. Der Weltkrieg VI,2 S. 98–226.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

216. Bethmann Hollweg an Wangenheim

PA Berlin, R 1863, f. 58. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift. Auszug.

Nr. 1459. Berlin, 8. Dezember 1914

Geheim.

pp.

Ferner bestehen Bedenken hinsichtlich Rumäniens wegen unseres Vertrages[671]. Wenn Rumänien tatsächlich auch seinen Verpflichtungen bis jetzt nicht nachgekommen ist, so haben wir uns doch veranlaßt gesehen, seine Interpretation, daß casus foederis nicht vorläge, zu akzeptieren. Solange daher Rumänien aus Neutralität nicht heraustritt und nicht gegen uns geht, können wir Vertrag[672] vor Ablauf formell nicht als erloschen erklären, andererseits aber auch nicht einen Vertrag abschließen, dessen Bestimmungen eine feindliche Haltung gegen Rumänien enthalten, also unserem Vertrage mit letzterem direkt zuwiderlaufen würde. Wir machen diese Einwendungen nicht in der Absicht, uns den türkischen Wünschen[673] zu entziehen oder sie nicht zu verteidigen, sondern nur nicht Verpflichtungen zu übernehmen, die uns nicht zwischen zwei Stühle setzen. Pforte kann also hierin nur einen Beweis unserer Loyalität auch ihr gegenüber erblicken. Da Beziehungen zu Balkanstaaten nach dem jetzigen Kriege so wie so eine Neuregelung erfahren müssen, würde es uns richtiger erscheinen, Frage der Balkankoalition jetzt auszuschalten und erst nach Friedensschluß zu regeln. Eventuell wäre hierüber ein Notenwechsel möglich. Schutz der Türkei war immer ein Hauptziel unserer Politik.

671 Des deutsch-türkischen Vertrags vom 2. August 1914. Text: Kautsky III S. 184–185.

672 Den Akzessionsvertrag zum österreichisch-rumänischen Vertrag vom 30. Oktober 1883, der am 23. November 1892 deutscherseits erneuert worden war. Text: CTS 162 (1883) S. 492–494 bzw. CTS 178 (1892/93) S. 17–19.

673 Sie liefen darauf hinaus, die deutschen Verpflichtungen gegenüber der Türkei zu erweitern. Vgl. unten Nr. 219.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

217. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2465c, f. 42–43. Schreiben. Konzept von Schreiberhand.

e.o. RK 539.
GH Großes Hauptquartier, 9. Dezember 1914

Eigenhändig
Einschreiben
Ganz vertraulich.
Hochverehrter Herr U.St.S.!

Ich möchte nicht unterlassen, Sie vertraulich über eine Kritik zu informieren, die mir gegenüber von sehr beachtenswerter Seite an der Haltung der Regierung in einer der letzten Kommissionssitzungen des Reichstags ausgesprochen worden ist. Mir sind die tatsächlichen Vorgänge im einzelnen nicht bekannt, es scheint aber, nachdem alle Redner ihre Mißbilligung über die angeblich schlechte Behandlung geäußert hatten, die den so loyalen Elsaß-Lothringern während des Krieges zuteil geworden sein soll, ein Antrag Gröber[674] Annahme gefunden zu haben, welcher dieser Mißbilligung eine feste Form gab. Der Vertreter des Reichskanzlers habe, statt die Beschuldigungen gegen unsere Truppen und ihre Führer kurz und scharf zurückzuweisen, es fertig gebracht, beschwichtigende Worte zu finden und die positive Zusage zu erteilen, daß nach dem Kriege alle Ausnahmebestimmungen fallen würden, wie ja „der Herr Reichskanzler in seiner Rede[675] soeben in Aussicht gestellt habe“. Mein Gewährsmann findet es bedenklich, daß dem Reichstag oder einer R.T. Kommission Zusagen über spätere Änderungen der preuß. Gesetzgebung gemacht würden, und bedauert, daß allgemeine Versprechungen gemacht worden seien, über deren Einlösbarkeit und Tragweite man sich zur Zeit noch gar keine Vorstellung machen könne. Dieser Nachklang zu der so erfolgreichen Kanzlerrede sei um so peinlicher, als es dem Kanzler voll gelungen sei, all die heimlichen und albernen Angriffe und Wühlereien gegen unsere Diplomatie, die sich schließlich doch wesentlich gegen seine Person richteten, zu entkräften und zu widerlegen.

Relata refero: Wenn sich die Dinge wirklich so abgespielt haben, wie sie mir geschildert worden sind, scheint mir allerdings auch, daß die Vertretung der Regierung in der Kommission keine besonders glückliche gewesen ist. Es liegen m.E. darin Keime, die, wenn sie nicht rechtzeitig erstickt werden, zu schweren innerpolitischen Schwierigkeiten in der Zukunft führen u. die Auto-

[674] Adolf Gröber (1854–1919), MdR (Zentrum) 1887–1919.

[675] Vom 2. Dezember 1914. Vgl. unten Nr. 574*. – Zum folgenden (Aufhebung von Ausnahmebestimmungen): In dieser Hinsicht hatte Bethmann Hollweg im Reichstag ausgerufen: „Wie vor einer Zaubergewalt sind die Schranken gefallen, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die wir gegeneinander aufgerichtet hatten […].“ Aus diesen und ähnlichen Worten der Rede konnte alles Mögliche herausgelesen werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rität des Kanzlers gegenüber den militärischen Stellen beeinträchtigen könnten.

218. Bethmann Hollweg an Tirpitz

PA Berlin, R 20864, f. 31–33. Schreiben. Maschinenschriftliches Konzept mit mehreren eigenhändigen Änderungen und Zusätzen Bethmann Hollwegs.

[Ohne Nr.] Berlin, 10. Dezember 1914

Sofort
Geheim!
Eigenhändig!

Über einen Vorfall am 30. v. M. in einer der regelmäßigen Sitzungen, in denen Vertreter verschiedener Ressorts (Auswärtiges Amt, Generalstab, Reichsmarineamt, Reichspostamt, Oberkommando in den Marken, Kriegsministerium) im Reichstag mit Pressevertretern zum Zwecke informatorischer Mitteilungen und Besprechungen zusammenkommen, ist mir von dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Abschrift beifolgenden Berichtes[676] des in diesen Sitzungen das Auswärtige Amt vertretenden Botschafters a. D., Freiherrn von Mumm[677], vorgelegt worden.

Ew.pp. bitte ich daraus zu entnehmen, daß die auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers von der Kriegsleitung im Einverständnis mit mir erlassenen Zusätze zum Merkblatt für die Presse schon vor der am 24. v. M. erfolgten Bekanntgabe an die Berliner Redaktionen in den Pressesitzungen vom 20. und 23. v. M. durch den Direktor des Verlages Ullstein, Herrn Bernhard[678], den Vertreter der „Deutschen Tageszeitung“, Grafen Reventlow u. a., zum Gegenstande einer abfälligen Kritik gemacht worden sind, ohne daß der Vorsitzende, Kapitän zur See Löhlein, diese rechtzeitig verhindert hat. Ferner ergibt sich aus dem Bericht, daß in der Pressesitzung vom 30. v. M. Kapitän z.S. Löhlein versucht hat, die Abgabe einer zur Aufklärung und Beruhigung geeigneten Erklärung zu verhindern, die der Vertreter des Auswärtigen Amtes als eine Erklärung des Reichskanzlers abzugeben amtlich beauftragt war.

Das Verhalten des Kapitäns z.S. Löhlein ist mit den selbstverständlichen Rücksichten gegen den allein verantwortlichen ersten Beamten des Reiches nicht vereinbar. Insbesondere hat Kapitän z.S. Löhlein am 30. v. M., als er die

676 Liegt nicht bei. – Zum ganzen vgl. König, Agitation S. 121–125.

677 Alfons Frhr. Mumm von Schwarzenstein (1857–1924), Gesandter a. D.; Leiter der Zentralstelle für Auslandsdienst Oktober 1914–Juli 1916.

678 Georg Bernhard (1875–1944), Verlagsdirektor bei Ullstein seit 1908; Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“ 1914–1920. – Der im folgenden genannte: Ernst Graf zu Reventlow (1869–1943), Journalist; schrieb u. a. für die „Deutsche Tageszeitung“; Chefredakteur der „Alldeutschen Blätter“ 1908–1914. – Der dann genannte: Heinrich Löhlein (1871–1960), Vorstand des Nachrichtenbüros (bis Juni 1915), Chef der Zentralabteilung des Reichsmarineamts im GrHQ (bis Januar 1916).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verlesung meiner Erklärung zu verhindern suchte, geäußert, die Angelegenheit gehöre vor andere Instanzen, nämlich die berufenen Pressorganisationen, die sie weiter verfolgen würden. In dieser Annahme hat er sich getäuscht. Die in meinem Auftrag entgegen dem Widerstande des Kapitäns Löhlein abgegebene Erklärung hat beruhigend gewirkt. Die Leitungen des „Vereins Berliner Presse“ und des „Reichsverbandes der Deutschen Presse“ haben zu erkennen gegeben, daß sie gegen die Zusätze zum Merkblatt überhaupt nicht Stellung genommen hätten, wenn ihnen bekannt gegeben wäre, daß es sich dabei um ein Allerhöchst gebilligtes, von der Kriegsleitung mit mir vereinbartes Vorgehen handelte. Die Organisationen haben, nachdem ihnen die in meinem Namen abgegebene Erklärung bekannt geworden war, auf weitere Schritte willig verzichtet, weil sie sich überzeugt haben, daß sie über Sinn und Absicht der Zusätze zum Merkblatt falsch informiert gewesen waren.

Kapitän Löhlein mußte wissen, daß die Zusätze auf Befehl Seiner Majestät zwischen dem Reichskanzler und den zuständigen Kommandostellen vereinbart waren. Seine Pflicht wäre es gewesen, solche Anordnungen der höchsten Vorgesetzten sachgemäß zu vertreten. Statt dessen hat er in den Pressesitzungen des Reichstags Angriffe gegen höheren Orts beabsichtigte Maßnahmen, als diese noch geheim zu halten war, zunächst zugelassen, dann selbst eine die Zweckmäßigkeit des Merkblattes anzweifelnde Bemerkung gemacht u. endlich dem Botschafter Mumm gegenüber wiederholt. Hierdurch hat Kapitän Löhlein in weiten Kreisen der Presse den Eindruck hervorgerufen, als arbeite das Reichsmarineamt in der Presse der Politik des Reichskanzlers entgegen. Ich muß es hiernach als mit dem Staatsinteresse unvereinbar halten, daß Kapitän Löhlein weiter mit der Aufgabe betraut bleibt, die ihn in Verbindung mit der Presse und öffentlichen Meinung bringt. Ew.pp. beehre ich mich zu ersuchen, entsprechende Anordnungen zu erlassen und werde für eine gefällige Mitteilung darüber dankbar sein[679].

219. Bethmann Hollweg an Wangenheim

PA Berlin, R 1915, f. 60. Telegramm. Revidiertes Konzept von Schreiberhand.

Nr. 1520. Berlin, 14. Dezember 1914

Auf Tel. Nr. 1587[680].

Wir wollen casus foederis bei Coalition der Balkanstaaten mit dem ausdrücklichen Vorbehalt ultra posse nemo obligatur annehmen.

679 Vgl. auch Militär und Innenpolitik S. 85–86.

680 Es geht um den Entwurf zu einem neuen deutsch-türkischen Bündnisvertrag, den Wangenheim am 3. Dezember 1914 nach Berlin sandte (PA Berlin, R 1915, f. 56–58). Darin versprachen sich beide Vertragsparteien gegenseitige Unterstützung, falls eine von ihnen von Rußland, England und Frankreich angegriffen würde (Art. 1). Inbezug auf England solle Deutschlands Verpflichtung nur gelten, falls die Türkei sowohl von England als auch von einer zweiten europäischen Macht angegriffen würde (Art. 2). Halil hatte dabei darauf hin-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auch muß Bestimmung, wie Hilfeleistung praktisch zu erfolgen hat, späterer Convention vorbehalten bleiben. Hinsichtlich Rumäniens wird angesichts bekannter Vertragsverpflichtungen dessen Haltung während jetzigen Krieges maßgebend sein. Bleibt es neutral, so bestehen Verpflichtungen fort. Sollte es unsere Bundesgenossen angreifen, so ist Vertrag selbstverständlich erloschen. Eventueller Angriff der Türkei auf Rumänien wird nach Lage der Umstände zu beurtheilen sein.

Zu den von Türkei angenommenen Abänderungen rechnen wir auch unter 4.) alinea 2 le traité statt les effets du traité.

220. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 14–15. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 14. Dezember 1914

Lieber Freund!

Du hast mich mit vielen guten Worten, mit Pretzeln und Goethe wieder arg verwöhnt, und ich blieb bisher stumm. Daß ich aber still gedankt habe und danke, weißt Du. Ich kann in dieser grausig großen Zeit nicht reden. Alles persönliche ist wie versteinert. Das fühlte ich gestern, als ich die Nachricht erhielt, daß mein Sohn seit dem 9. d. M. schwer verwundet[681] in russischer Gefangenschaft ist. Mehr weiß ich nicht. Ob und wann ich mehr erfahre, ist ganz unbestimmt. Die militärische Lage ist günstig, aber ungeklärt und noch unentschieden. Darum die Haltung Italiens, Rumäniens und Japans unsicher, vielleicht bedrohlich. Friedenswünsche noch bei keinem unserer Gegner erkennbar. Und doch wäre Sprengung der Koalition dringend erwünscht. Die Kollektivleistung des Volks ist ungeheuer. Aber es fehlen die Spitzen. Die ausschweifenden Friedensbedingungen schrumpfen Gottlob allmählich vor dem Ernst der Zeit zusammen. Das Kriegsglück wird es kaum zulassen, daß wir den Verteidigungskrieg in einen Coalitionskrieg umwandeln. Im Großen Hauptquartier, in das wir hoffentlich in diesen Tagen zurückkehren, weht eine schlechte Luft, verpestet von Friktionen, Eifersüchten und Illusionen, optimistischen und pessimistischen. Aber an der Front habe ich große Eindrücke. Bismarck sagte 1866: unsere Kerls sind zum Küssen[682]. Das kann man nur wie-

gewiesen, daß es der Türkei große Schwierigkeiten bereiten würde, wenn Deutschland etwa von Frankreich angegriffen würde: „Ultra posse nemo obligatur." Der Vertrag wurde am 11. Januar 1915 geschlossen (Text ist nicht veröffentlicht).

681 Sohn Friedrich war tatsächlich schon am 9. Dezember 1914 verstorben (im polnischen Dorf Srocko südlich von Łódź).

682 In seinem Brief vom 9. Juli 1866 vom Kriegsschauplatz in Böhmen schrieb Bismarck an seine Frau: „Unsere Leute sind zum Küssen, jeder so thodesmuthig, ruhig, folgsam […]." Otto von Bismarck, Die gesammelten Werke. Bd. 14,2. Berlin 1933, S. 717.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

derholen. Der Reichstag war gut[683]. Die große Welle verschlang den trüben Schmutz vereinzelter eitler Politiker. Ich habe den Idealismus vielleicht etwas zu stark zu Worte kommen lassen. Aber ohne ihn geht es nicht. – Meine Tochter pflegt Verwundete; meine Schwägerin[684] sieht in Hohenfinow nach dem Rechten.

Geht es Dir und Deinem Herzen nicht besser? Meine treuesten Wünsche sind um Dich.

Herzliche Grüße den Deinen.
Getreulichst

221. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20864, f. 44. Telegramm. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 125. Großes Hauptquartier, 25. Dezember 1914, 11 Uhr 58 Min. Vm.
Ankunft: 25. Dezember 1914, 1 Uhr 12 Min. Nm.

Zwischenfall Loehlein dahin erledigt, daß dieser Vorsitz in Pressesitzungen, der zweckmäßig auf Major Deutelmoser[685] überzugehen haben wird, niederlegt und sich darauf beschränkt, die Mittelsperson zwischen Marinekriegsleitung bezw. Marineleitung und Presse zu sein. Kapitän Loehlein wird außerdem zur Pflicht gemacht, in allen Grenzfällen, in denen allgemeine oder auswärtige Politik berührt wird, den vom Auswärtigen Amt zu vertretenden Ansichten der Reichsregierung sorgfältig Rechnung zu tragen.

222. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2466a, f. 25. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

zu RK 554 Großes Hauptquartier, 29. Dezember 1914
Nr. 52. Abgangsvermerk: 29. Dezember 1914, 2 Uhr 45 Min. [Nm.]

Herr von Gwinner[686] berichtet in Privatbrief an Admiral von Müller, daß Stickstoffprojekt[687] daran zu scheitern drohe, daß Finanzministerium in Konfe-

683 Vgl. unten Nr. 574*.

684 Klara von Pfuel (1863–1942).

685 Erhard Deutelmoser (1873–1956), Leiter der Presseabteilung des Stellvertretenden Generalstabs seit Mitte August 1914; Chef des Kriegspresseamts beim Chef des Generalstabs des Feldheeres Oktober 1915–Oktober 1916.

686 Arthur von Gwinner (1856–1931), Mitglied im Vorstand der Deutschen Bank 1894–1919; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1909/10–1918. – Der im folgenden genannte: Georg Alexander von Müller (1854–1940), Admiral; Chef des Marinekabinetts 1906–1918 (auch als Vortragender Generaladjutant 1910–1918).

687 Da durch die englische Seeblockade Salpeter zur Dünger- und Sprengstoffproduktion nicht mehr aus Chile eingeführt werden konnte, wurde in Deutschland – nun forciert durch den Krieg – durch das eben entwickelte „Haber-Bosch-Verfahren“ Stickstoff in großem Umfang

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

renz am 23. Abnahmegarantie des Staats definitiv abgelehnt habe. Stickstofffabrikation muß unter allen Umständen sofort gesichert und bürokratische Bedenken beseitigt werden. Erbitte Drahtbericht.

223. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

Thüringische Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Nachlaß C. von Delbrück. Allgemeine Korrespondenz (Digitalisat), Nr. 1, f. 283–285.

[Großes Hauptquartier], 3. Januar 1915

Verehrte Exzellenz!

In diesen Tagen ist so viel auf mich eingestürmt, daß ich erst heut dazu komme, für Ihre so freundlichen Neujahrswünsche zu danken und sie herzlich zu erwidern. In schmerzlicher Teilnahme gedenke ich nochmals der großen Trauer, die mit dem Verluste der Lebensgefährtin[688] über Sie gekommen ist. Ihre wunderbare Arbeitskraft hat sich in der tiefsten Trübsal bewährt und läßt Sie auf große Erfolge zurückblicken, die Ihnen das ganze Land und nicht zum wenigsten ich danken. Möchte auch Ihnen persönlich das Neue Jahr gutes bringen. Das ist mein herzlicher Wunsch. Der Ausblick ist noch ganz dunkel, weil die militärische Lage ungeklärt. Auf beiden Fronten hofft man zuversichtlich die Situtation zu halten. Eine E n t s c h e i d u n g im wahren Sinne des Wortes scheint auch im Osten nicht in Aussicht zu stehen. Im Westen könnten starke englische Nachschübe kritisch werden, namentlich wenn wir im Osten keine Truppen freimachen können. Also lauter unsichere Faktoren in der Rechnung. Die französische Armee ist noch gut, wenngleich in der Stoßkraft geschwächt. Von einer wirklichen Zermürbung der russischen kann nicht gesprochen werden. Friedensneigungen weder in Rußland noch in Frankreich bemerkbar. Eher das Gegenteil.

Aber ich sage Ihnen damit nichts Neues. Es bleibt die Unmöglichkeit, daß ein Volk wie das unsere verloren geht. Diese Zuversicht muß zum Siege führen.

Ich schließe kurz. Tiefste Verstimmung darüber, daß ich in der wichtigsten Frage meinen Willen gegen den Kaiser und Lyncker nicht habe durchsetzen können[689], läßt mich heute keine rechten Worte finden.

Getreulichst
Ihr

industriell hergestellt. Er war für die Produktion von Munition erforderlich und trug als künstlicher Dünger zur Lebensmittelproduktion bei.

688 Meta von Delbrück (1857–11. November 1914), geb. Liedke.

689 Falkenhayn als Chef des Generalstabs zu entlassen. Vgl. Kaiser Wilhelm als Oberster Kriegsherr S. 718–720; Riezler, Tagebücher S. 237–238.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

224. Bethmann Hollweg an AA

PA, R 9123. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 2. Großes Hauptquartier, 4. Januar 1915, 8 Uhr 35 Min. Nm.
Ankunft: 4. Januar 1915, 9 Uhr 57 Min. Nm.

Geheim.

Berichterstattung des Fürsten Bülow bestätigt, daß Italien Ende Februar bezw. Anfang März gegen Österreich eingreifen wird, falls letzteres nicht vorher seine Neutralität durch genügende Kompensationen erkauft. Als solche erscheint Italien allein das Trentino genügend. Eingreifen Italiens, dem Rumänien zweifellos folgen würde, müßte Krieg gegen Österreich entscheiden. Dies würde nur dann nicht eintreten, wenn vorher endgültige Entscheidung im Osten gefallen wäre. Hierfür ist bei Kürze der Zeit wenig Aussicht. Nachdem Österreichs Waffen an verschiedenen Punkten versagt haben und sein Ansehen sehr gesunken ist, wird es nicht umhin können, die Lage durch ein Opfer zu retten.

Wir dürfen nichts unversucht lassen, um Wien zu dieser Erkenntnis zu bringen. Verhandlungen mit Graf Berchtold allein führen nicht zum Ziele. Wir müssen außerordentliche Mittel ergreifen und zur eingehenden Besprechung der Lage nach Wien eine Persönlichkeit senden, die von altersher besonderes Vertrauen Kaiser Franz Josephs genießt. Solche ist Fürst Wedel. Seine Majestät der Kaiser wünscht den Fürsten zu diesem Zwecke in besonderem Auftrage nach Wien zu senden. Die Aufgabe wird zwar nicht leicht sein, da Kaiser Franz Joseph das Opfer sehr schwer werden wird. Aber er wird nach freimütiger Darlegung der Lage durch Fürsten von Wedel am ehesten von deren Ernst zu überzeugen sein, weil er weiß, daß der Fürst ein bewährter Freund Österreichs ist.

Bitte mit Fürst Wedel italienisch-österreichische Dinge ab initio eingehend besprechen, ihm Wunsch Seiner Majestät des Kaisers mitteilen und ihn bitten, zur Besprechung baldigst hierher zu kommen. Form, namentlich Publizität der Sendung, möchte ich hier mit Fürst Wedel vereinbaren. Mir würde angezeigt erscheinen, Reise möglichst unauffällig zu gestalten, da es für Empfindlichkeit Österreichs und Kaisers Franz Joseph leicht ist, Opfer zu bringen, wenn jeder Anschein eines Druckes von Berlin nach außen vermieden wird. Bitte daher vor Prinzen Hohenlohe und namentlich vor Bollati[690] Angelegenheit geheim halten. Tschirschky wird nach hiesiger Besprechung mit Fürsten Wedel von mir benachrichtigt werden. Bei rechtzeitiger Befriedigung Italiens würde Rumänien kaum allein mit Forderungen auftreten.

[690] Riccardo Bollati (1858–1939), italienischer Botschafter in Berlin 1913–23. Mai 1915.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

225. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2466a, f. 40. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu Rk 602
GH
Nr. 3. [ohne Ort] 5. Januar 1915

Vertraulich.

Erneuter Brief Gwinners an Admiral von Müller meldet: Abschluß Staatsministeriums vom 31., im Gegensatz zu Kriegs- und Landwirtschaftsminister gefaßt, bedeute zunächst Verschleppung, in Wirklichkeit Scheitern des Stickstoffprojekts[691]. Erbitte Drahtbericht.

226. Bethmann Hollweg an Dallwitz

BA Berlin, R 43/2465c, f. 51–52. Privatdienstbrief. Abschrift von Schreiberhand.

zu RK 608
GH [o. O.] 7. Januar 1915

Einschreiben
Eigenhändig

Lieber Dallwitz!

Herzlichen Dank für Ihre teilnehmenden Worte[692]. Es ist jetzt nicht Zeit für persönliche Trauer. Darum erlauben Sie mir heute nur eine kurze Antwort auf Ihre Frage.

S.Majestät ist mit Ihrer beabsichtigten Reise einverstanden. Auch die Erörterung der elsaß-lothringischen Frage in dem von Ihnen früher gekennzeichneten Sinne erscheint mir zweckmäßig. Es ist sehr wünschenswert, daß die bayerische Regierung und der König von zu extravaganten Vergrößerungsplänen zurückgebracht werden[693]. Ich wüßte niemand, in dessen Hände ich diese delikate Aufgabe lieber legen würde wie Sie. Da, wie mir gelegentlich seines Besuches in Coblenz schien, der König seine weitgehenden Wünsche nach elsässischem Gebiet mit der Auffassung begründete, daß Preußen durch Annektierung Belgiens oder eines Teils desselben einen großen Zuwachs erhalten würde, so möchte ich doch heute Ihnen gegenüber, wenn auch rein persönlich

691 Vgl. die vorangehende Nr.; ferner Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 124–125 (mit den Anmerkungen). – Eine der Antworten aus Berlin unten in Nr. 237.

692 Bethmann Hollwegs Sohn Friedrich war am 9. Dezember 1914 in Polen gefallen.

693 Nämlich auf Annexion des ganzen Elsaß-Lothringen an Bayern. Vgl. Janßen, Macht und Verblendung S. 38–43.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und vertraulich, bemerken, daß es mir nach der ganzen Entwickelung des Krieges wenig wahrscheinlich ist, daß wir zur Annektierung größerer belgischer Gebietsteile kommen werden.

Anliegend lasse ich Ihnen u.R. eine Aufzeichnung über die Behandlung der Abgeordneten Weil und Wetterlé[694] zu Ihrer Orientierung zugehen.

Mit herzlichem Gruß
Ihr

227. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 43/2466, f. 137. Telegramm. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

zu RK 620
GH [Großes Hauptquartier] 11. Januar 1915

Ich bin außer Stande, die Richtlinien der Vorschläge[695] von hier aus zu beurteilen.

Von einzelnen Landwirten bin ich in den letzten Tagen gleichfalls auf die Insuffizienz unserer Getreidevorräte aufmerksam gemacht worden.

Übrigens scheint die Sache vornehmlich von dem Trifolium Wangenheim[696] – Stinnes – Hugenberg auszugehen, die wohl noch andere politische Zwecke verfolgen. Sering ist wohl nur mit den Ödländereien beteiligt.

Im Zweifelsfalle müssen wir in der Ernährungsfrage mehr tun wie unbedingt nötig ist.

Erbitte baldige eventuell telegrafische Äußerung.

694 George Weill (1882–1931), MdR (SPD) für den Wahlkreis Metz 1898–1915. Bei Kriegsausbruch war er propagandistisch für Frankreich tätig; Anfang 1915 entzog ihm das Ministerium für Elsaß-Lothringen die Staatsangehörigkeit des Reichslandes und erklärte sein Mandat für erloschen. – Emile Wetterlé war bei Kriegsausbruch in die französische Armee eingetreten. Anfang 1915 entzog auch ihm das Ministerium für Elsaß-Lothringen die Staatsangehörigekit des Reichslandes und erklärte sein Mandat für erloschen.

695 Vgl. dazu Skalweit, Kriegsernährungswirtschaft S. 89–92.

696 Conrad Frhr. von Wangenheim (1849–1926), Mitbegründer des „Bundes der Landwirte“; dessen Vorsitzender 1898–1921. – Der dann genannte und noch nicht kommentierte: Alfred Hugenberg (1865–1951), Gründer des „Alldeutschen Verbands“; Montan- und Medienunternehmer. – Der danach genannte: Max Sering (1857–1939), Agrarwissenschaftler; Professor für Staatswissenschaften an der Universität Berlin 1897–1925; Vorsitzender der wissenschaftlichen Kommission im Kriegsministerium/Kriegsamt 1914–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

228. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2466, f. 138. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

zu RK 620
GH [Großes Hauptquartier] 12. Januar 1915
Nr. 5.

General von Moltke vorlegte besorgten Bericht in Ernährungsfrage an S.M. ähnlich seinem Schreiben an mich, das morgen dort eintrifft. Ihren Brief vom 10. in gleicher Angelegenheit heute erhalten. Danach erscheint sofortige Ergreifung eventuell drakonischer Maßregeln unbedingt geboten. Zahlreiche erregte Landwirte schreiben in gleichem Sinne an verschiedene Personen Hauptquartiers mit herben Klagen, daß bisherige Maßregeln verspätet, falsch oder ungenügend. Beschlagnahme von Roggen, Weizen, Gerste, Kartoffeln, schleunige Abschlachtung der Schweine verschiedentlich empfohlen, besonders energische Maßregeln gegen Verschwendung. <Überblick> im Einzelnen von hier aus unmöglich. Jedenfalls aber größte Eile und Energie geboten. Außerdem strengste Vorsorge, daß zu ergreifende Maßregeln von Presse nicht in einem Sinne behandelt werden, der im Auslande Anschein erweckt, als ständen wir vor dem Ende. Bitte in vorstehendem Sinne mit Exzellenz Delbrück besprechen, ohne Wortlaut Telegramm mitzuteilen.

229. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2398a f. 176–177. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges behändigtes Konzept. Praes.: 13. Februar 1915.

Rk. 1953. K.J. Großes Hauptquartier, 13. Januar 1915

Ganz geheim.

Bitte nachstehendes Telegramm auf schnellstem Wege brieflich an Feldmarschall von Hindenburg befördern.

Generalfeldmarschall von Hindenburg Posen.

Euer Exzellenz haben, wie mir gemeldet wird, bei S.M. die Enthebung des Generallieutenants von Falkenhayn von seiner Stellung als Chef des Generalstabes und seine Ersetzung durch den Generaloberst von Moltke beantragt[697]. Aus meinem gestrigen Brief kennen Ew.pp. meine Stellung zu der Frage von Falkenhayn. Dagegen halte ich mich in Sorge um unser Vaterland für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß Generaloberst von Moltke, den ich persönlich aufs höchste verehre, nach eigenen Mitte Dezember gewonnenen Eindrük-

[697] Dazu ausführlich Afflerbach, Falkenhayn S. 221–232.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ken ein psychisch und nervös[698] gebrochener Mann ist, daß er nach meiner Überzeugung schon im Kriegsanfang der unbedingt erforderlichen nervösen Spannkraft entbehrte, daß seine Leitung der Operationen in der gesammten Westarmee einer immer schärfer werdenden Kritik begegnete und daß er deshalb nach meiner festen Überzeugung im gesammten Westen desjenigen Vertrauens entbehrt, das er unbedingt benötigt. Auch wenn die tatsächliche Leitung der Operationen unter ihm von anderen Kräften besorgt wird, würde seine hohe Gewissenhaftigkeit ihn doch die Verantwortung für alle Geschehnisse persönlich tragen lassen, und er würde jeden Tag einem erneuten psychischen und moralischen Zusammenbruch ausgesetzt sein, den weder die Armee noch das Vaterland vertragen kann. Ich halte die Wahl einer anderen Persönlichkeit für erforderlich.

230. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22374. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 11. Großes Hauptquartier, 13. Januar 1915

Bitte Fürst Bülow telegraphiren.

Prinz Leopold von Bayern[699] war aus familiären Gründen zu Mission nach Wien nicht zu bestimmen. König war Notwendigkeit Verständigung Österreichs mit Italien über Trento überzeugt, teilt dies Kaiser Franz Joseph durch Graf Podewils mit, der nunmehr Fürsten Wedel nach Wien begleitet. Stimmung in Wien sehr schwankend, neuerdings in Hoffnung auf unsere militärische Hülfe eher intransigent. Stimmung kann jedoch, auch wenn unserer gegenwärtigen Demarche kein voller Erfolg beschieden, demnächst umschlagen. Fürst Wedel wird deshalb schlimmsten Falls wenigstens Fortsetzung der Konversation zwischen Baron Macchio und Herrn Sonnino auf elastischer Grundlage durchzusetzen suchen.

[698] Im damaligen Sprachgebrauch für heutiges: nervlich.

[699] Leopold (1846–1930), Prinz von Bayern; Generalfeldmarschall.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

231. Bethmann Hollweg an Bassermann

BA Berlin, R 43/2465c, f. 53–54. Schreiben. Abschrift von Schreiberhand.

zu RK 619
G.H. Großes Hauptquartier, 13. Januar 1915

Einschreiben

Sehr verehrter Herr Bassermann.

Besten Dank für ihre freundlichen Zeilen.

Was die Fälle Weill und Wetterlé angeht, so wird man m. E. gut tun, der Entscheidung des Reichstags bezw. der Wahlprüfungskommission nicht vorzugreifen.

Gegen Weill ist das Expatriierungsverfahren auf Grund des § 27 des Staatsangehörigkeitsgesetzes[700] eingeleitet. Im übrigen glaube ich nicht, daß ein Interesse vorliegt, die Sache zu beschleunigen. Es ist speziell im Falle Weill keineswegs sicher, daß bei einer Ersatzwahl der „Burgfrieden" von den Parteien in und um Metz innegehalten werden würde. Politische Wahlen und Agitationen in nächster Nähe des Kampfschauplatzes und innerhalb einer an diesen angrenzenden armierten Festung wären aber in hohem Grade inopportun.

In welcher Form man für die Zukunft durch Gesetz einer Wiederholung der Fälle Weil und Wetterlé vorbeugen kann, will ich mir überlegen.

Ihrer weiteren Anregung gegenüber betr. eine volkstümliche Darstellung der von England begangenen Völkerrechtsbrüche möchte ich doch zu bedenken geben, ob es zweckmäßig ist, den Haß gegen England in den breiten Massen noch weiter zu schüren. Für die Gebildeten und diejenigen, welche sich informieren wollen, enthält die Norddeutsche Allg. Zeitung m. E. das diesbezügliche Material in zureichender Vollständigkeit. Die neutralen Regierungen werden zudem fortlaufend über die völkerrechtswidrigen Handlungen Englands informiert.

In vorzüglicher Hochachtung
Ew.pp. ergebener

[700] § 27 des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 lautet: „Ein Deutscher, der sich im Ausland aufhält, kann seiner Staatsangehörigkeit durch Beschluß der Zentralbehörde seines Heimatsstaats verlustig erklärt werden, wenn er im Falle eines Krieges oder einer Kriegsgefahr einer vom Kaiser angeordneten Aufforderung zur Rückkehr keine Folge leistet."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

232. Bethmann Hollweg an Lyncker

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Großes Hauptquartier] 14. Januar 1915

Ew pp.[701]

beehre ich mich, da vor Ihrem Vortrage bei S.M. eine Rücksprache nicht mehr möglich war, auf diesem Wege ergebenst zu benachrichtigen, daß ich von dem Antrage des General-Feldmarschalls v. Hindenburg an S.M., den Generalleutnant von Falkenhayn von seiner Stellung als Chef des Generalstabes zu entheben, anderenfalls er um seine Entlassung bitte, Kenntnis habe. Eine Entlassung des Generalfeldmarschalls, falls sie überhaupt in Erwägung gezogen werden sollte, erscheint mir vor dem In- und Auslande unmöglich. Jedenfalls würde ich bei der außerordentlichen politischen Tragweite der Angelegenheit die Verantwortung für die dadurch herbeigeführte Gestaltung der politischen Lage nicht mehr tragen können.

233. Randvermerk Bethmann Hollwegs

BA Berlin R 43/1395i, f. 103 (am Rand einer Gehorsamen Anzeige betr. K. Liebknecht). Eigenhändig.

[o. O.] 14. Januar 1915

Südekum hat mir in Berlin gesagt, daß sie Liebknecht unter allen Umständen aus der Partei herausschmeißen werden[702]. Sie könnten das aber nur durch die Reichstagsfraktion, also beim Wiederzusammentritt des Reichstags machen. – Lassen die Revisionisten die Intransingenten zu lange ungeschoren, so entsteht die Gefahr, daß die Radikalen Oberwasser bekommen, zumal wenn die allgemeine Volksstimmung abflauen sollte. Die Revisionisten[703] werden dann ins Mauseloch kriechen, da ihnen die Geschlossenheit der Partei immer noch das Höchste ist, die sie anbeten.

Die Regierung kann, wenn sie diese Geschlossenheit nicht selbst fördern will, nur eingreifen, wenn sie des stillschweigenden Einverständnisses des rechten Flügels sicher ist.

---

[701] Moriz Frhr. von Lyncker (1853–1932), General der Infanterie; Chef des Militärkabinetts 1908–1918.

[702] Vgl. Dokumente und Materialien II/1 S. 68.

[703] Das waren die Anhänger der Richtung innerhalb der SPD, die sich seit der Jahrhundertwende (Hauptvertreter Eduard Bernstein) von den alten Zielen der Partei (Klassenkampf, Abschaffung des Kapitalismus) verabschiedeten. Zu Kriegsbeginn 1914 waren die Revisionisten in der klaren Mehrheit, wie die Bewilligung der Kriegskredite zeigte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

234. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2474, f. 28. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 5. Großes Hauptquartier, 14. Januar 1915
Abgangsvermerk: 14. Januar 1915, 12 Uhr 40

Antwort auf Tel. Nr. 5. Bitte Entwurf ohne Staatsminister vorlegen. Wünsche nicht, daß Anschauung entsteht, als ob beide Ämter immer verknüpft sein müßten[704]. Nachträgliche Ernennung kann trotzdem wenn nötig bald erfolgen.

235. Bethmann Hollweg an Südekum

BA Berlin, R 43/2478, f. 49–52. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

RK 803
GH Großes Hauptquartier, 18. Januar 1915

Euer Hochwohlgeboren

freundliche Neujahrswünsche, für die ich verbindlichst, wenn auch sehr verspätet, danke, erwidere ich aufrichtig. Unser aller Hoffnung ist, daß aus diesem Kriege ein stärkeres, von allen Schlacken gereinigtes Deutschland hervorgehen möge. Möchte diese Hoffnung zur Wirklichkeit werden!

Sie kommen in ihrem Brief vom 1. d.Mts. auf Fragen unserer inneren Entwickelung zurück. Gern gehe ich auf Ihre Gedanken ein, soweit das in einem kurzen im Drange der Geschäfte geschriebenen Briefes möglich ist, den ich ebenso vertraulich zu behandeln bitte, wie ich es mit dem Ihrigen tue.

Sie versprechen sich von einer Wahlreform in Preußen, die auch, wenn sie nicht das Reichstagswahlrecht auf Preußen überträgt, doch weitherzig sein kann, nicht nur die endgültige Überbrückung der durch äußerlich zentralistische Wirkungen des Krieges vielleicht noch deutlicher hervortretenden innerlichen Mainlinie[705], sondern auch eine verstärkte Anteilnahme aller Schichten der Bevölkerung an der die Kulturpolitik umschließenden Landespolitik. Daß das Problem der Reichsfinanzen berechtigte partikulare Sorgen weckt, ist unbestreitbar. Ich nehme diese Sorge auch sehr ernst, weil jede Auspowerung der

[704] Es geht um die Ernennung des neuen preußischen Kriegsministers, nachdem sich Bethmann Hollweg beim Kaiser mehrfach über die „Ämterhäufung“ Falkenhayns (als Kriegsminister und Chef des Generalstabs) beschwert hatte. Zu dessen Nachfolger wurde der bisherige Direktor des Allgemeinen Kriegs-Departements im Kriegsministerium am 20. Januar ernannt: Adolf Wild von Hohenborn (1888–1925), General der Infanterie; preußischer Kriegsminister 20. Januar 1915–Oktober 1916.

[705] In den deutschen Staaten südlich der „Mainlinie“ (Bayern, Württemberg, Baden) gab es Verfassungen mit weitaus deutlicherem demokratischem Anstrich als in Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht. So gab es etwa in Bayern seit 1906 ein direktes Wahlrecht; auch in Württemberg und Baden bestand kein Zensuswahlrecht mehr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einzelstaaten der Ruin unserer kulturellen Einwicklung wäre. Es müssen deshalb bei der Retablierung der Reichsfinanzen, die kommen muß, auch wenn uns eine sehr hohe Kriegsentschädigung beschieden sein sollte, Wege gefunden werden. Sie werden mir darin zustimmen, daß diese Wege nicht auf dem Gebiete direkter Reichssteuern liegen können. Der Prozeß einer langsamen Überwölbung der Einzelstaaten durch das Reich hat sich schon in den letzten Jahrzehnten vor unsern Augen immer schärfer ausgeprägt. Die Notwendigkeit einer gemeinsamen Regelung des Wirtschaftslebens, die wachsenden Ansprüche des Reichs und die wachsende Dringlichkeit seiner besonderen Aufgaben haben von selbst auf diesen Prozeß hingedrängt. Der Krieg und seine Folgen werden die Entwicklung wahrscheinlich vertiefen. Aber sie muß mit der äußersten Vorsicht geleitet werden. Die Geschichte, Eigenart und Kultur unseres Volks weist den Einzelstaaten die Lösung einer Reihe von Aufgaben zu, die ihnen ohne Schaden für das Ganze und für die Teile nicht abgenommen werden können. Deshalb müssen auch den Einzelstaaten bestimmte Finanzquellen als feste und unantastbare Domäne belassen bleiben. Glückt aber eine Ordnung der Reichsfinanzen mit dieser Cautel, so möchte ich kaum befürchten, daß ernstere partikularistische Gegensätze entstehen können. Bei dem großen Gewicht der Magenfrage wird allerdings Preußen auch noch nebenher bestrebt sein müssen, in allen wirtschaftlichen Fragen, Eisenbahnen, Wasserstraßen u.s.w., jedem nobile officium des führenden Bundesstaates gerecht zu werden.

Die preußische Wahlrechtsfrage darf meo voto in ihrer Wirkung auf süddeutsche Antipathie gegen den Norden nicht überschätzt werden. Dafür ist die Basis, auf der die politischen Gegensätze im Norden und im Süden beruhen, zu verschieden. Im Übrigen verkenne ich die Bedeutung der preußischen Wahlrechtsreform nicht, wenn ich so ketzerisch bin zu glauben, daß der Schein dabei eine noch größere Rolle spielt als die Sache selbst.

Das große Problem, das wir zu lösen haben, beruht doch darin, daß wir die staatliche und nationale Zusammenarbeit des ganzen Volks aus dem Krieg in den Frieden hinüberretten. Die Auswahl der Tüchtigsten, die Stellung der Besten an die ersten Stellen, die andauernde Verjüngung der führenden Schichten durch die Aufstrebenden aus der Masse des Volkes werden dafür die sicherste Gewähr geben. Nur in dieser aristokratischen Färbung erscheint mir die Demokratie heilsam. Gewiß war die breite demokratische Basis unseres Reichstagswahlrechts notwendig, um ein Bewußtsein staatlicher Zusammengehörigkeit von der Höhe und Größe zu schaffen, wie es sich jetzt in wunderbarer Weise offenbart. Mit jenem anderen Problem aber hängt die Frage eines mehr oder weniger demokratischen Wahlrechts nur sehr lose zusammen, ja man muß wohl sagen, daß die immer stärker gewordene nivellierende Wirkung des auf ein rein demokratisches Wahlrecht gestellten Parlamentarismus der Lösung des Problems kaum in die Hände arbeitet. Ich halte es für ein besonderes Glück unserer deutschen Verhältnisse, daß die Hauptkulturarbeit des Volkes sich nicht in den Parlamenten, sondern in den Communen, Verbänden u.s.w. vollzieht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aber ich sehe, sobald man diese Fragen auch nur obenhin anschneidet, kommt man auf Gedankengänge, die weit abführen. Dieser Krieg zwingt uns alle umzulernen. Ich vertraue fest darauf, daß uns ein besseres politisches Leben blühen wird, wenn wir auch im Frieden den Schein hinter uns lassen.

Mit herzlichem Dank für Ihre so freundliche Teilnahme an meinem persönlichen Schmerze[706] bin ich

in vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

236. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Großes Hauptquartier, 18. Januar 1915

Lieber Herr von Eisendecher!

Sie sind immer so nachsichtig gegen mich gewesen, daß Sie mir mein Schweigen – ja während sieben Monaten – hoffentlich nicht nachtragen werden. Sie kennen mich als schlechten Briefschreiber, und, ich muß gestehen, dieses gewaltige unfaßliche Schicksal unseres Volkes macht mich immer wieder gerade den Menschen gegenüber verstummen, mit denen ich so gern politische und menschliche Leiden und Freuden geteilt habe. Meine Feder findet aber nicht die Worte, um in dieser Zeit, wo die Zukunft noch so dunkel vor uns liegt, auszudrücken, was Kopf und Herz bewegt und bedrückt. Alles ist zu groß, als daß man in seiner Unvollkommenheit heranreichen könnte. Nun sagen Sie mir freundliche und gute Worte zum Tod meines Sohnes. Haben Sie herzlichen Dank dafür. Auch hier muß ich verstummen. Die Einzelnen haben gegenüber den Hekatomben des Volkes kein Recht zur Klage. Und doch wird es mir bitter schwer, mich darein zu finden, daß ein zweiter lieber Mensch, der mein war, nicht mehr ist. –

Weder politisch noch militärisch kann ich Ihnen nova mitteilen. Man ist durchaus zuversichtlich. Die Entscheidung liegt momentan im Osten und wird, wie man hofft, dort fallen. Im Westen sind wir bis dahin leider auf Abwarten angewiesen. Über die neue Kitchenersche Armee[707] macht man sich noch keine konkrete Vorstellung. In Rußland kleine Anzeichen von Kriegsmüdigkeit, aber noch nichts Entscheidendes. In Frankreich, das von der Regierung und England aufgepeitscht wird, Kriegslust und Siegeszuversicht. Die Armee noch durchaus fest. Bei unseren Truppen wunderbare Stimmung. Wie

[706] Am 9. Dezember 1914 war Bethmann Hollwegs ältester Sohn Friedrich in Polen gefallen.

[707] Herbert Kitchener, first Earl of Kitchener (1850–1916), englischer Kriegsminister von 1914 bis zu seinem Tod durch Schiffsversenkung am 5. Juni 1916. – Zu den bestehenden neun englischen Divisionen ließ Kitchener seit August 1914 Freiwillige anwerben, mit denen zunächst sechs neue Divisionen aufgestellt wurden. Bis 1915 konnten dann für den Einsatz auf dem Kontinent 40 Divisionen aufgebaut werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einst Bismarck sagte, sie sind zum Küssen. Über das Hauptquartier sage ich nichts. Ich würde indiskret werden. Aber bisweilen sagt man: Es ist zum Weinen!

Ich bin im Begriff, für zwei Tage nach Berlin zu fahren. Bitte empfehlen Sie mich allen Großherzoglichen Herrschaften. Ihrer Gattin meinen Handkuß.

Gott lasse uns noch eine bessere Zukunft erleben.

Getreulichst Ihr

237. Wahnschaffe an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2466a, f. 65. Telegramm. Entzifferung in Schreiberhandschrift.

RK 650
GH
Nr. 17.

Berlin, 22. Januar 1915, 11 Uhr 45 Min. Nm.
Ankunft; 23. Januar 1915, 8 Uhr -- Min. Vm.

Stickstoffprojekt scheint gesichert[708] auf der Grundlage des Helfferich'schen[709] Vorschlags, wonach das Reich die Fabriken baut. Heute nachmittag Besprechung, an der Delbrück, Sydow, Schorlemer, Lentze, Kühn und Wandel teilnahmen. Alle, auch Kühn, stimmten zu. Baukosten sollen aus den Kriegskrediten entnommen werden. Deutsche Bank wird sofort … [benachrichtigt?] und vergibt die Bauten[710]. Verträge werden inzwischen im Reichsschatzamt ausgearbeitet. Dem Reichstag wird bei seinem Zusammentritt Mitteilung gemacht werden[711]. Die Frage, ob ihm schon jetzt ein Handelsmonopol für Stickstoff-Verbindungen vorgelegt werden soll, wird noch geprüft.

238. Bethmann Hollweg an Moltke

BA Berlin, R 43/2466, f. 138. Schreiben. Abschrift von Schreiberhand.

Zu RK 620
GH

Großes Hauptquartier, 24. Januar 1915

Eigenhändig

Ew. Exzellenz bestätige ich dankend den Empfang des gefl. Schreibens vom 10. Januar 1915. Ich bin mir klar, von wie einschneidender Bedeutung die

[708] Vgl. oben Nr. 222 und 225.

[709] Karl Helfferich (1872–1924), Direktor der Deutschen Bank 1914; Staatssekretär des Reichsschatzamtes 1. Februar 1915–1916, des Innern 1916–1917. – Vgl. zur Stickstofffrage: Helfferich, Weltkrieg II S. 115–128.

[710] U. a. in Wittenberge/Piesteritz, Trostberg (Bayern). Der Komplex der Leunawerke bei Merseburg (vor allem für die Herstellung von Ammoniak) wurde in einem großen Kraftakt erst 1916/17 fertiggestellt.

[711] Dazu Helfferich, Weltkrieg II S. 124–125.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

darin behandelten Fragen für die Kriegführung sind[712] und würdige in vollstem Maße die patriotische Sorge, die Euerer Exzellenz die Feder geführt hat. Was die Nahrungsversorgung unseres Volkes anlangt, so ist durch die nunmehr angeschlossene Statistik eine Unterlage für die zu fassenden Entschließungen gewonnen worden, und alle beteiligten Stellen sind bemüht, die notwendigen Konsequenzen aus der Lage zu ziehen. Ich bin der festen Zuversicht, daß es mit den durchgreifenden Maßnahmen, welche ins Auge zu fassen sind, möglich sein wird, das deutsche Volk bis zur Einbringung der nächsten Ernte ausreichend zu ernähren.

In der weiteren von Ew.pp. angeregten Frage betr. Verwendung der nun aufzustellenden Streitkräfte stimme ich für meine Person den von Ew.pp. entwickelten Gesichtspunkten vollständig zu und habe diesen Gedanken auch Nachdruck zu verleihen gesucht. Die Entscheidung darüber liegt aber, wie Ew.pp. wissen, nicht in meiner Hand.

In bekannter Verehrung
Ew.pp.
sehr ergebener

239. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 9017. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 17. Großes Hauptquartier, 26. Januar 1915, 12 Uhr 1 Min. Vm.
Ankunft: 26. Januar 1915, 2 Uhr 38 Min. Vm.

In längeren Unterredungen haben ich und der Staatssekretär Baron Burian[713] die Betonung Notwendigkeit einer Verständigung mit Italien dargelegt. Auch Chef des Generalstabes hat dem Minister keinen Zweifel über Ernst der militärischen Lage noch darüber gelassen, daß wir nicht in der Lage wären, Österreich-Ungarn gegen einen Angriff Italiens und Rumäniens bewaffnete Hilfe zu leisten. Baron Burian einsah, daß ein Angriff Italiens zu einer Katastrophe führen werde, hielt aber alle Einwände gegen eine Zession des Trento aufrecht. Dieselbe müsse für die Monarchie ebenfalls zur Katastrophe werden. Auch ist er geneigt, Haltung Italiens noch etwas für Bluff zu halten. Jedenfalls versprach er, die begonnenen Verhandlungen mit Herzog von Avarna[714] in entgegenkommender Weise fortzuführen, er werde nur nichts versprechen, aber auch nichts refüsieren. Der Faden solle nicht abreißen. Wenn ein Opfer unum-

[712] Moltkes Schreiben vom 10. Januar 1915 in: BA Berlin, R 43/2466. Es behandelt die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung des Volkes: Dafür dürfen keine Kommissionen eingesetzt werden; es müssen vielmehr sofort Maßnahmen ergriffen werden. Sollen die deutschen Streitkräfte in nächster Zeit vermehrt im Osten oder im Westen eingesetzt werden? Im Osten besteht die Möglichkeit eines Sonderfriedens.

[713] Stephan (István) Baron von Burián (1852–1922), als Nachfolger Berchtolds österreichisch-ungarischer Minister des Äußern 13. Januar 1915–Dezember 1916.

[714] Giuseppe Herzog von Avarna (1843–1916), italienischer Botschafter in Wien 1904–1915.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gänglich nötig würde, werde er den psychologischen Moment erkennen können. Wir entgegneten, daß der „letzte“ Moment oft schwer zu erfassen sei, es könne dann ein „zu spät“ eintreten. Baron Burian bat, wir möchten in Rom betonen, daß ein Angriff auf Österreich auch Krieg mit Deutschland bedinge. Dies würde Italien schrecken. Ich habe erwidert, daß Euere Exzellenz hierüber nie einen Zweifel gelassen hätten und auch weiter eine diesbezügliche Sprache führen würden.

Baron Burian ist überzeugt, daß Italiens Forderungen viel weiter gehen als Trento, er würde uns hierüber schon in nächster Zeit Aufschluß geben können.

Die Demarche des Vatikans[715] wurde nicht erwähnt. Nur auf unsere Bemerkung, daß nach Berichten Herrn von Mühlbergs auch die Kurie die Dinge ernst ansähe, entgegnete der Baron, bei den vielfachen Beziehungen zwischen Vatikan und Quirinal sei es letzterem gelungen, die Kurie einzuängstigen. Sie sehe die Dinge ganz durch die Brillen des amtlichen Italien. Jedenfalls dürfte erreicht sein, daß Baron Burian sich dem Ernst der Frage nicht verschließen und sich bemühen wird, die Verhandlungen mit Herzog von Avarna möglichst freundlich und elastisch weiter zu führen und das Äußerste zu vermeiden.

Baron Burian beabsichtigt, Herzog von Avarna darzulegen, wie vorteilhaft es für Italien sein werde, gute Beziehungen zu seinen alten Alliierten fortzusetzen. Wir würden seine Interessen im Mittelmeer etc. auch in Zukunft warm unterstützen. Wien und Rom informiert.

240. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 64–81. MF 977. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit Korrekturen. Auszug. Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 128–129 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 2. Februar 1915

[*1. Versorgungslage*[716]*. Erläuterungen des Vizepräsidenten und diverser Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident kam hierauf wieder auf die Haferfrage zurück und betonte, daß er die Wünsche der Landwirtschaft glaube unterstützen zu müssen. Er habe auf seinen Reisen und Besprechungen im Felde den Eindruck gehabt, daß mit den Hafervorräten seitens der Heeresverwaltung nicht überall mit der erforderlichen Sparsamkeit umgegangen werde. Dies könne natürlich nicht allgemein behauptet werden, aber in Zeiten größerer Ruhe könnten doch

[715] Papst Benedikt XV. hatte am 2. Januar 1915 an die kriegführenden Mächte den Vorschlag gerichtet, die für den Militärdienst künftig untauglichen Gefangenen auszutauschen. Der Vorschlag wurde allenthalben günstig aufgenommen. – Der im folgenden genannte: Otto Mühlberg (1843–1934), preußischer Gesandter in Rom (Vatikan) 1907–1919.

[716] Zur Versorgungs- und Ernährungslage vgl. die Studie von: Skalweit, Die deutsche Ernährungswirtschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach seiner Auffassung bei manchen Truppenteilen die Haferrationen herabgesetzt werden. Die Lage hier im Lande sei in dieser Beziehung so ernst, daß das Heer helfen müsse, und er richte deshalb an den Herrn stellvertretenden Kriegsminister[717] die allerdringlichste Bitte, dahin zu wirken, daß bei dem Haferverbrauch die möglichste Sparsamkeit beobachtet werde. Ebenso wie die Pferde müßten auch die Truppen an sich natürlich aufs beste verpflegt werden, aber auch da sei vielleicht an manchen Stellen eine gewisse Sparsamkeit möglich, wie auch in manchen Lazaretten beim Brotverbrauch mit größerer Sorgsamkeit vorgegangen werden könne. Die Gerstenfrage sei, wie er gehört habe, in Angriff genommen. Es läge seines Wissens noch viel Gerste in den Brauereien, die für Futterzwecke gewonnen werden könne. Auch bitte er um Aufklärung, wie es hinsichtlich des Zuckerzusatzes zum Biere gehalten werden solle.

[*Erwiderung des Vizepräsidenten und Bemerkungen weiterer Minister. – 2. Titelschacher. – 3. Hilfsaktion für die hungernde Bevölkerung in Russisch-Polen.*]

241. Bethmann Hollweg an Helfferich

PA Berlin, R 20986, f. 69. Schreiben. Konzept von Schreiberhand.

[Ohne Nr.] Berlin, 2. Februar 1915

Aus politischen Gründen erscheint es nothwendig, zur Betreibung einer Agitation unter den Finnländern sowie zur Erlangung politischer und militärischer Nachrichten aus Finnland größere Geldmittel aufzuwenden. Ew.pp. beehre ich mich zu ersuchen, zu diesem Zweck gefälligst eine Million Mark bereitstellen und dem Ausw. Amt überweisen lassen zu wollen.

242. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA Berlin, R 43/1395i, f. 143–144. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [o. O.] 2. Februar 1915

Herrn von Kessels Äußerungen waren folgende:

In ziemlich ungehöriger Weise sagte er mir: Wir sind doch jetzt im Kriege. Bitte nehmen Sie darauf Rücksicht und machen Sie mir nicht aus parlamentarischen Bedenken Schwierigkeiten.

I c h : Ich mache nicht Schwierigkeiten, sondern ich handle meiner Verantwortung gemäß, um politisches Unheil zu verhüten. Glauben Sie auch nicht, daß ich allein so denke. Ernsthafte gewichtige Männer wie Delbrück und Loebell sind ganz meiner Ansicht.

[717] Franz von Wandel vertrat den gerade ernannten Kriegsminister Adolf Wild von Hohenborn, der sich im Großen Hauptquartier in Mézières befand.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

E r in ernstem Tone: Nun dann will ich Ihnen sagen, daß ich auf meiner Seite einen Mann habe, den auch Sie nicht verachten werden, den Unterstaatssekretär Drews[718].

I c h sehr erstaunt: der Unterstaatssekretär Drews? Das wundert mich doch. Ich habe gestern lange mit Herrn Drews verhandelt, wobei dieser meinen Standpunkt vertreten hat. Da muß ich doch um genaue Aufklärung bitten.

E r verlegen: Drews ist derselben Ansicht wie ich, daß es sich nicht um Straf- oder Zivilhaft, sondern um Schutzhaft und daß diese zulässig ist.

I c h : Das trifft nicht die Sache. Sie sagten mir soeben, daß Drews Ihrer Ansicht beipflichte, wonach Liebknecht in Schutzhaft genommen werden müsse. Hat Drews Ihnen das wirklich gesagt?

E r : Danach habe ich ihn überhaupt nicht gefragt. Aber ich habe den Eindruck gehabt, daß er für die Verhaftung Liebknechts sei.

I c h : Nun, und mir hat Drews gesagt, daß er die Verhaftung für inopportun hielte. Ich werde gezwungen sein, Herrn Drews um Aufklärung über Ihre Mitteilungen an mich zu bitten.

Mit diesen Worten machte ich hinter Herrn von Kessel die Tür zu.

243. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 84–96. MF 977. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 129–130 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 6. Februar 1915

1. Der Herr Ministerpräsident führte den durch Allerhöchsten Erlaß vom 10. Januar d. J. ernannten Kriegsminister Herrn Generalleutnant Wild von Hohenborn als Mitglied des Staatsministeriums ein und hieß ihn in dessen Namen willkommen. Hierauf leistete der Herr Kriegsminister den durch Artikel 108 der Verfassung vorgeschriebenen Eid, worüber ein besonderes hier angeschlossenes Protokoll[719] aufgenommen ist.

[*2. Versorgungslage; Schweineschlachtung; Futterfrage: Erläuterungen des Innenministers.*]

Der Herr Ministerpräsident betonte, daß das Zuchtmaterial unter allen Umständen erhalten werden müsse. Die schlachtreifen Schweine würden selbstverständlich zur Abschlachtung kommen, man müsse aber auch dazu übergehen, schon geringwertigeres Material – Schweine von etwa 120 Pfund an – abzuschlachten. Die Düngerfrage werde dadurch nicht wesentlich beeinträchtigt. Selbstverständlich könne man nicht alle Ferkel ersäufen, wie es Eltz-

[718] Wilhelm Drews (1870–1938), Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium des Innern 1914–1917; Minister des Innern August–November 1918.

[719] Liegt bei: GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 97.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bacher[720] wolle. Aber man müsse doch in verständiger Weise darauf hinwirken, daß Schlachtungen auch über die Zahl von 4 Millionen Schweinen hinaus vorgenommen würden, weil sonst den menschlichen Nahrungsmitteln durch die Schweine eine zu große Gefahr drohe. Die Rindviehbestände, deren Ersatz ungeheuer viel schwieriger sei, müßten natürlich nach Möglichkeit erhalten bleiben.

[*Bemerkungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident glaubte, daß über die von dem Herrn Vizepräsidenten[721] erhobenen Bedenken hinwegzukommen sei. Man könne darauf hinweisen, es handele sich zwar an sich um Reichsangelegenheiten, aber diese wirtschaftlichen Fragen erfaßten in der gegenwärtigen Kriegszeit das ganze deutsche Volk wie auch den preußischen Staat, und deshalb erscheine es zweckmäßig und auch angängig, dem Landtage eine zusammenfassende Darstellung der gesamten, nach dem Kriegsausbruch auf wirtschaftlichem Gebiete getroffenen Maßregeln zu geben. Im übrigen werde es den Ressortministern, insbesondere dem Herrn Landwirtschaftsminister und dem Herrn Handelsminister[722], überlassen bleiben müssen, die im Laufe der Verhandlungen erforderlich werdenden Erklärungen ihrerseits abzugeben. In der freien Kommission des Reichstages[723] habe man ähnlich verfahren. Er habe dort zu Beginn der Verhandlungen das Wort ergriffen und, wie er glaube, dadurch manchen Schwierigkeiten vorgebeugt.

[*Einreden anderer Minister. – 3. Erweiterung der Stadtkreise Essen und Oberhausen. 4. Landtagstagung. – 5. Hafermangel.*]

---

[720] Paul Eltzbacher (1868–1928), Professor der Rechte an der Handelshochschule Berlin seit 1906. – Er schrieb u. a.: Die deutsche Volksernährung und die englische Aushungerungspolitik. Eine Denkschrift. Braunschweig [u. a.] 1914 [auch 1915]. – Zur Sache: Im Frühjahr 1915 empfahlen Ernährungswissenschaftler eine außerplanmäßige Schlachtung von etwa 5 Mio. Schweinen, da man annahm, daß für die 25 Mio. vorhandenen Schweine die Futtermittel nicht ausreichen würden. Das Ergebnis war zunächst ein Preisverfall für Schweinefleisch (das in den minderwertigen Konservendosen zum guten Teil verdarb), dann im Herbst 1915 ein Fleischmangel und eine Preisexplosion für Schweinefleisch. Die Schlachtung ist als der „Schweinemord“ in die Ernährungsgeschichte eingegangen. – Bethmann Hollweg hat hier die Überlegungen der Ernährungswissenschaftler weitgehend übernommen.

[721] Clemens Delbrück. – Er hatte darauf hingewiesen, daß im Landtag schwerlich eine Gesamtdarstellung der volkswirtschaftlichen Lage gegeben werden könne, da es sich dabei um Reichsangelegenheiten handle, die vor den Reichstag gehörten.

[722] Clemens Frhr. von Schorlemer und Reinhold von Sydow.

[723] Die sogenannte freie Kommission des Reichstags trat am 1. Dezember 1914 zusammen, um die neu angeforderten Kriegskredite vorzuberaten. Bethmann Hollweg hielt vor der Kommission eine kurze Ansprache. Vgl. die entsprechende Nachricht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. Dezember 1914, Nr. 299. S. 1. Die weiteren Haushaltsberatungen wurden dann am 5. März 1915 von der regulären Haushaltskommission übernommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident erklärte, daß er dem Herrn Kriegsminister für sein Entgegenkommen sehr dankbar sei[724], er bäte ihn aber, nochmals zu prüfen, ob die von ihm angeordneten Einschränkungen das Äußerste seien, was bewilligt werden könne. Er wisse sonst nicht, was geschehen solle, wenn die jetzt angeforderten 1,5 Mill. t. [Hafer] nicht vorhanden wären. Es sei unter allen Umständen nötig, die genannten Privatpferde zu erhalten, ebenso nötig sei es aber auch, für etwaige Neuformationen[725] Hafervorräte sicherzustellen. Er gäbe zu, daß es schwer sei, die Anordnungen wegen der Herabsetzung der Haferrationen auf bestimmte Umstände und Verhältnisse abzustellen, er habe aber doch den Eindruck, daß für die Truppen hinter der Front im Westen eine noch weitergehende Herabsetzung möglich sei. Die dortigen Pferde hätten doch nicht solche Arbeit zu leisten wie die zur Frühjahrsbestellung benutzten Pferde. Es dürfe unter keinen Umständen dazu kommen, daß Deutschland aus solchen Gründen um Frieden bitten müsse. Er ersuche den Herrn Kriegsminister deshalb erneut zu prüfen, ob nicht doch eine noch weitergehende Ermäßigung der Haferrationen möglich sei.

[*6. Getreideeinkauf in Rumänien. – 7. Versorgungslage in Berlin.*]

244. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22351. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 8. Berlin, 13. Februar 1915

Zum Vortrag.

Auf die Ankündigung unserer U-Boot-Aktion[726] hat Amerikanische Regierung mit langer Note in höflicher, aber ernster Form geantwortet, in der sie bittet, vorher kritische Situation zu bedenken, in die die Beziehunen zu Vereinigten Staaten geraten könnten, wenn amerikanische Handelsschiffe zerstört oder Tod amerikanischer Bürger verursacht würde. Außer im Falle hier nicht vorliegender effektiver Blockade beschränke sich das Recht der Kriegführenden auf Anhalten und Untersuchung der neutralen Schiffe. Amerika habe keiner von anderen kriegführenden Staaten angewandten Behinderung der neutralen Schiffahrt zugestimmt, sondern die betreffenden Staaten verantwortlich für die Folgen gemacht. Wenn deutsche Schiffskommandanten in der An-

[724] Wild von Hohenborn hatte sich bereit erklärt, die Futtersätze für Militärpferde herabzusetzen.

[725] Gemeint sind Truppen (der Kavallerie).

[726] Am 4. Februar 1915 hatte der deutsche Admiralstab die Gewässer ringsum Großbritannien und Irland einschließlich des gesamten Kanals zum Kriegsgebiet erklärt. Vom 18. Februar sollte jedes in diesem Kriegsgebiet angetroffene Kauffahrteischiff zerstört werden. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 66–68. – Zum folgenden ebenda S. 1250–1252, 1298–1300 (Wortlaut der amerikanischen Note). Die deutsche Antwort ebenda S. 1300–1304; ferner Helfferich, Weltkrieg II S. 307–313. Allgemein: König, Agitation S. 147–158.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nahme, daß amerikanische Flagge mala fide benützt wurde, amerikanische Schiffe oder Leben auf hoher See zerstörten, müßte Amerikanische Regierung hierin unentschuldbare Verletzung neutraler Rechte erblicken, die Deutsche Regierung dafür verantwortlich machen und alle Schritte unternehmen, um den amerikanischen Bürgern den vollen Genuß ihrer anerkannten Rechte auf hoher See zu gewährleisten. Amerikanische Regierung hofft, daß keine Mißverständnisse und keine Umstände entstehen mögen, die die Beziehungen der beiden Regierungen verdüstern, und erwartet, daß die Kaiserliche Regierung Zusicherungen dafür geben wird, daß amerikanische Bürger und ihre Schiffe durch deutsche Seestreitkräfte nicht anderweit als durch Anhalten und Untersuchung belästigt werden. Amerikanische Regierung mitteilt zum Schluß, daß sie bei Englischer [Regierung] gegen unrechtmäßigen Gebrauch der amerikanischen Flagge vorstellig geworden ist[727].

Solange keine amerikanischen Schiffe der U-Boot-Aktion zum Opfer fallen, dürfte Amerika es wohl bei obiger Protestnote bewenden lassen. Werden amerikanische Schiffe und namentlich Menschenleben vernichtet, ist ein weiteres Vorgehen Amerikas nicht ausgeschlossen.

Mitteilung der diesseitigen Beantwortung amerikanischer Note behalte ich vor.

245. Bethmann Hollweg an Bachmann

BA Berlin, R 43/2398b, f. 62. Schreiben. Eigenhändiges Konzept. – Randvermerk: Cessat. Mündlich erledigt. 18/2.

Zu RK 2339
Gr 28/2

[Berlin] 15. Februar 1915

Ew.pp. beehre ich mich, ergebenst zu benachrichtigen, daß über die Tatsache der zwischen uns entstandenen Differenz über die Beurteilung der amerikanischen Note in den weitesten Kreisen in Berlin gesprochen wird. Von mir und den Mitgliedern des Auswärtigen Amts, welche von der Sache wissen, ist absolutes Stillschweigen bewahrt worden. Da das Bekanntwerden der Differenz die schwersten politischen Schäden zur Folge hat, beehre ich mich, Ew.pp. ergebenst zu ersuchen, mich gefälligst möglichst bald davon in Kenntnis zu setzen, ob dortseits Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, auf wen die Indiskretion zurückzuführen sein möchte.

[727] Dazu vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 967–969; 56 (1915) S. 723–728.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

246. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21454, f. 107. Eigenhändig.

[Berlin] 19. Februar 1915

Ich bin mit dem Befehl, den auch Admiral Müller billigt, einverstanden[728], bitte indessen um den Zusatz, daß die italienische Flagge unter allen Umständen und die amerikanische jedenfalls in den nächsten Tagen auch in Zweifelsfällen geschont wird.

247. Bethmann Hollweg an Bülow

PA Berlin, R 21454, f. 105. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 256. Berlin, 19. Februar 1915

Euere Durchlaucht haben unter dem 16. d. M. ein heute zu meiner Kenntnis gelangtes Telegramm an den Admiralstab gerichtet, in dem Fingerzeige für die Beantwortung der amerikanischen Note betreffend unsere U-Bootaktion[729] gegeben werden, die Notwendigkeit unabänderlichen Festhaltens an unserem Standpunkt betont und als äußerstes Entgegenkommen Genehmigung des Convoys geraten wird. Nach Telegramm Nr. 211 hatte Herr Sonnino die Versenkung eines italienischen Schiffes als inadmissible bezeichnet. Die italienische Regierung hat inzwischen durch Herrn Bollati hier die Fahrt verschiedener Schiffe, u. a. die Abfahrt eines Schiffes von England nach Italien, angemeldet. Da wir nach der allgemeinen politischen Lage jetzt wohl Vorkommnisse möglichst vermeiden müssen, die eine weitere Erregung der öffentlichen Meinung Italiens verursachen und den Krieg gegen die Zentralmächte damit noch populärer machen könnten, erbitte ich Euerer Durchlaucht Ansicht darüber, welche Wirkung das eventuelle Versenken eines italienischen Handelsschiffes durch eines unserer U-Boote auf die öffentliche Meinung und Regierung in Italien haben würde.

Da der in Euerer Durchlaucht Telegramm an den Admiralstab erteilte Wink mit politischen Momenten motiviert wird und die Beanwortung der amerikanischen Note Sache des Auswärtigen Amts ist, wäre ich ferner dankbar gewesen, wenn Euere Durchlaucht den betreffenden Ratschlag an mich als die für die Politik des Reichs verantwortliche Stelle gerichtet hätten.

[728] Es ging um den am 4. Februar 1915 angekündigten Befehl zur Ubootkriegführung (vgl. oben Nr. 244 und Anm. 726). Er wurde am 8. Februar erlassen. Vgl. Spindler, Handelskrieg II S. 17–19.

[729] Vgl. Nr. 244 und Anm. 726.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

248. Bethmann Hollweg an Bülow

PA Berlin, R 21454, f. 111. Telegramm in Ziffern. Reinkonzept in Maschinenschrift.

Nr. 270. Berlin, 20. Februar 1915

Auf Telegramm Nr. 248.

Euerer Durchlaucht danke ich für Aufklärung des Irrtums. Das mir vorgelegte Telegramm trug die Überschrift „Rom 16. Februar. Der Kaiserliche Botschafter an Admiralstab der Marine“ und die Unterschrift „Bülow“. Daß Marineattaché[730] Absender war, konnte ich daher nicht ersehen. Euere Durchlaucht werden mit mir darin übereinstimmen, daß Marineattaché in Frage von so eminent politischer Bedeutung Ratschläge nicht erteilen durfte, ohne Telegramm vorher Eurerer Durchlaucht vorzulegen, zumal er Euerer Durchlaucht und mir untersteht.

249. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

BA Berlin, R 43/2406f, f. 45. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] [Berlin] 22. Februar 1915

Ganz vertraulich.

Eigenhändig.

Aus einer gelegentlichen Unterredung mit Ew.pp. habe ich entnommen, daß bei einem glücklichen Kriegausgange und bei der Abstandnahme einer Annexion Belgiens zur Wahrung unserer zukünftigen militärischen Sicherheit folgende Hauptforderungen beim Friedensschluß militärischerseits aufgestellt werden würden:

Beschränkung der belgischen bewaffneten Macht auf eine Polizeitruppe, deutsches Besatzungsrecht in den Festungen und an der Küste.

Das Besatzungsrecht wird, wie ich annehme, mit einer gewissen Herrschaft über die belgischen Eisenbahnen, eventuell auch die Schiffahrtsstraßen, verbunden sein müssen. Ob das alle militärischen Interessen am sichersten gewährleistende Radikalmittel die Übernahme der belgischen Staatsbahnen auf das Reich oder Preußen annehmbar ist, scheint mir nach der unter Rückerbittung angeschlossenen im Ministerium der öffentlichen Arbeiten aufgestellten Denkschrift[731] zweifelhaft. Um die bei einem glücklichen Friedensschluß anzustrebende künftige Regelung der Verhältnisse der belgischen Eisenbahnen weiter bearbeiten lassen zu können, beehre ich mich, Ew.pp. um

[730] Alexander Frhr. von Senarclens-Grancy (1880–1964), Korvettenkapitän; Marineattaché in Rom 1913–23. Mai 1915.

[731] Sie liegt nicht bei.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine tunlichst baldige Mitteilung darüber zu ersuchen, welche Forderungen aus militärischen Rücksichten für unsere Einwirkung auf das belgische Staatseisenbahnwesen zu stellen sein würden[732].

250. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 692. Berlin, 28. Februar 1915

Letzte Rede Salandras und deren Aufnahme in der Kammer[733] riechen, wie auch Baron Burian zugeben wird, nach Pulver und bestärken unsere durch fortgesetzte amtliche und private Nachrichten bestätigte Ansicht, daß Stimmung in Italien einer Entscheidung entgegendrängt. Daß diese ohne Verständigung über das Trentino gegen Österreich-Ungarn ausfallen wird, erscheint uns nicht zweifelhaft. Andererseits haben wir Grund zur Annahme, daß, wenn Verständigung schnell erfolgt, Italien jetzt und in weiterem Verlauf des Krieges sowie beim Friedensschluß sich mit Forderung des Trentino und einer kleinen Grenzberichtigung am Isonzo abfinden wird, dagegen zu folgenden Gegenleistungen verpflichtet werden könnte: Wahrung wohlwollender Neutralität, Gewährung der freien Hand für Österreich-Ungarn im Balkan und – soweit Italien beim allgemeinen Friedensschluß überhaupt mitzureden haben sollte – Eintreten für etwaige österreichische Wünsche auf Erwerbung russischen Gebiets. Schließlich glauben wir bestimmt, daß sich die italienische Regierung – ohne sich auf detaillierte Erklärungen einzulassen – mit einer allgemeinen Erklärung im Parlament dahin begnügen würde, daß die Verhandlungen mit Bundesgenossen zu einem Ergebnis geführt hätten, welche den nationalen Aspirationen Italiens gerecht würde. Die tatsächliche Abtretung österreichischen Gebiets hätte selbstverständlich erst beim Friedensschluß zu erfolgen, wo Österreich dann nach menschlichem Ermessen in der Lage sein würde, den materiell relativ kleinen Verlust durch größeren Gewinn an anderer Stelle zu kompensieren[734].

Wir müssen es natürlich Österreich-Ungarn überlassen, sein Schicksal zu bestimmen und die Verantwortung für die Entwickelung der Dinge selbst zu tragen. Da wir aber von der Überzeugung nicht ablassen können, daß ohne Verständigung die Gefahr eines Angriffs Italiens auf Österreich unabweisbar wird, glauben wir als treue Bundesgenossen wenigstens nichts unterlassen zu sollen, um Österreich-Ungarn das unleugbar schwere und schmerzliche Opfer – soweit uns dies möglich ist – zu erleichtern, und sind deshalb bereit, schon jetzt zu erklären, daß wir bei günstigem Ausgang des Krieges für den Erwerb des

[732] Dazu vgl. Wende, Die belgische Frage S. 46.

[733] Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 950–951.

[734] Die ältere Literatur über Italiens Kriegseintritt in: Dahlmann-Waitz, Quellenkunde der deutschen Geschichte. 10. Aufl. Stuttgart 1965, Abschnitt 393, Nr. 667–670; ferner: Afflerbach, Dreibund S. 851–873 (S. 851–852 weitere Literatur).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesamten Kohlengebiets von Sosnowice[735] seitens der Doppelmonarchie mit aller Energie eintreten wollen. Wir machen dies Anerbieten, weil wir durch unseren Verzicht auf das bei seiner geographischen Lage und den dort schon vorhandenen deutschen Interessen auch für uns wertvolle Gebiet glauben den Wünschen Österreichs entgegenzukommen und beweisen möchten, daß wir ihm für seinen Verlust reichen Entgelt zuzuwenden wünschen.

251. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 721. Berlin, 2. März 1915

Antwort auf Telegramm Nr. 540.

Ausschlachtung unserer Teilnahme am Opfer in Öffentlichkeit wäre durchaus nicht geeignet, Verhältnis zu uns intakt hinüberzuretten. Verschiedenheit der Lage Österreich-Ungarns einerseits, Deutschlands andererseits zu Italien viel zu eklatant, als daß nicht bei uns übelwollende Kommentare, nicht gegen Italien, sondern gegen Österreich, entstehen müßten.

Verständigung mit Italien sollte überhaupt durch erst beim Friedensschluß zu veröffentlichenden Geheimvertrag erfolgen. Wird für Erklärung italienischer Regierung im Parlament allgemeine Formel gefunden, wie in Telegramm Nr. 692 angedeutet, und haben zuvorige Verständigungsverhandlungen à trois stattgefunden, so liegt schon darin genügende Entlastung für Österreich.

Bitte, falls Baron Burian bei in Aussicht gestellter Antwort auf diese Seite der Sache zurückkommt, Ihre Sprache, ohne Auftrag erkennen zu lassen, nach vorstehendem regeln.

252. Bethmann an Max von Baden

BA Berlin, R 43/2398b, f. 114. Schreiben. Konzept in Maschinenschrift.

Zu RK 2517 K.J. Berlin, 13. März 1915

Durchlauchtigster Prinz[736]!

Euer Hoheit darf ich für das gnädige Schreiben vom 6.d.M. meinen untertänigsten Dank aussprechen. Es tut mir sehr leid, mich für die Freigabe des neuesten Aufsatzes des Herrn Chamberlain[737] nicht einsetzen zu können. Das

[735] Sosnowice (Sosnowiec): Stadt und Kohlengebiet im oberschlesischen Industrierevier, 10 km östlich von Kattowitz, in Russisch-Polen.

[736] Max (1867–1929), Prinz von Baden; Thronfolger; Präsident der Ersten Badischen Kammer seit 1917; Reichskanzler 3. Oktober–9. November 1918.

[737] Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), gebürtiger Engländer; deutschsprachiger Schriftsteller; verfaßte zahlreiche populärwissenschaftliche Werke mit markant pangermanischer und antisemitischer Tendenz. – Er schrieb seit Kriegsbeginn sechs Aufsätze, die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

generelle Verbot der Besprechung der Kriegsziele ist seinerzeit auf Anregung der obersten Heeresleitung aus militärischen Gründen erlassen worden. So lebhaft ich es auch bedauere, daß die geistreichen Ausführungen des Herrn Chamberlain dem deutschen Volke vorläufig noch vorenthalten bleiben müssen, so trage ich doch Bedenken, mit der Erlaubnis zur Veröffentlichung des Aufsatzes einen Präzedenzfall zu schaffen, der es dem Zensor erschweren würde, auch in Fällen, in denen es durchaus geboten wäre, seines Amtes zu walten.

Die Schilderung der Scenen bei der Rückkehr unserer Schwerverwundeten aus Frankreich hat mich tief ergriffen. Ich beneide Euere Hoheit ganz aufrichtig dazu, diesen erhebenden Augenblick haben miterleben zu können. Solange ein solcher Geist in unserem Volke lebt, kann und wird es nicht zu besiegen sein.

Meinen besonderen Glückwunsch darf ich Euer Hoheit dazu aussprechen, daß Hochdieselben sich bei S.M. dem Kaiser dafür verwandt haben, die französischen Offiziere und Unteroffiziere auch ohne Gegenseitigkeit auszuliefern. Ein Werk edelster Menschlichkeit, daß der Welt die Augen öffnen sollte über die sittliche Größe der angeblichen Hunnen und Barbaren[738].

Die Mitteilungen Euer Hoheit Schweizer Bekannter[739] über die Stimmung in Frankreich decken sich vollständig mit dem, was ich aus verschiedenen privaten Quellen gehört habe. Die Franzosen scheinen in einer förmlichen Hypnose der Siegeszuversicht zu leben und dabei ganz die Gefahren zu übersehen, die ihnen von der englischen Festsetzung in Nordfrankreich[740] drohen.

In Ostpreußen haben unsere tapferen Truppen ja inzwischen wieder schöne Erfolge errungen. Ich vereinige mich mit Euer Hoheit in dem Wunsche, daß es dem großen Feldmarschall[741] gelingen möge, auch weiterhin unsere Ostmark vor dem Einfall der Russen zu schützen.

In treuer Verehrung
Euer Hoheit
untertänigster

Anfang 1915 bereits bei Bruckmann in München unter dem Titel „Kriegsaufsätze“ gesammelt erschienen. In den wenige Monate darauf erscheinenden „Neue Kriegsaufsätze“ handelt es sich um weitere drei Aufsätze: „Grundstimmungen in England und in Frankreich“, „Wer hat den Krieg verschuldet?“, „Deutscher Friede“. Im Vorwort vermerkt er, daß die beiden letzten Aufsätze von der Zensur beanstandet worden seien und er sie daher umgearbeitet habe. Um diese beiden Aufsätze muß es sich also handeln. Im letzten Aufsatz geht es um die deutschen Kriegsziele. Darin hat Chamberlain einigermaßen weitreichende Ziele formuliert.

738 So wurden vor allem in der englischen Kriegspropaganda durchweg die Deutschen betitelt und in Karikaturen entsprechend dargestellt.

739 In den „Erinnerungen“ (Mann) des Prinzen Max von Baden (S. 79) werden drei Schweizer Bekannte genannt, mit denen er bei der Kriegsgefangenenbetreuung zu tun hatte: Karl Bohny (1856–1928), Oberst im Schweizer Roten Kreuz; Fritz Schwyzer (1864–1929) und Alfred Ney (*1875), beide in der Kriegsgefangenfürsorge tätig.

740 Im August 1914 war die „British Expeditionary Force“ in Nordfrankreich gelandet. Sie hielt im Sommer 1915 das Gebiet südlich von Amiens bis nach Flandern hinauf (westlich von Ostende) besetzt und machte in diesem Abschnitt Front gegen die Deutschen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

253. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Berlin, R 43/2398b, f. 116. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 110. Berlin, 14. März 1915

Ganz vertraulich.
Selbst entziffern.

Falkenhayn erbittet eine Zusammenstellung über die finanzielle und wirtschaftliche Lage unserer Gegner. Wie mir Mutius[742] dazu schreibt, soll dieselbe als Unterlage für Entschlüsse über die Verwendung der neuen Truppen[743] dienen. Ich nehme an, daß eine endgültige Entscheidung in dieser Hinsicht nicht ohne meine Anhörung erfolgen wird. Bitte, eventuell im Einvernehmen mit Valentini, unter der Hand feststellen, was bis jetzt betreffs der neuen Truppen beabsichtigt wird.

254. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Privatdienstbrief. Maschinenschriftliche Abschrift.

Ganz vertraulich Berlin, 14. März 1915

Lieber Treutler!

Im Anschluß an mein heutiges Telegramm und zur Erläuterung desselben: ich weiß nicht, ob man im Großen Hauptquartier die Lage im Osten richtig beurteilt. Mir sagte Hindenburg bei meinem [Besuch? *Wort durch Ausreißen nicht mehr erhalten*], auf eine Offensive sei dort nicht zu rechnen, er wolle froh sein, [wenn] er Ostpreußen vor erneuten Einfällen der Russen verteidigen könne. Auch an ein Vorwärtskommen der Österreicher in den Karpathen und in [der] Bukowina sei nicht zu denken. Przemysl werde sich nicht halten können. Eine Entsendung erheblicher Truppen nach dem Westen werde voraus-

[741] Hindenburg. – Die Ostfront verlief zu diesem Zeitpunkt außerhalb der deutschen Grenze von Libau im Norden über Suwalki, Augustowo (um Ostpreußen herum), Płock, östlich von Łódź weiter nach Südosten bis Lemberg zur österreichisch-ungarischen Front.

[742] Gerhard von Mutius (1872–1934), Botschaftssekretär; nach Kriegsausbruch drei Monate Dienst im GrHQ (August – November 1914); Leitung der Politischen Abteilung der Zivilverwaltung beim Generalgouvernement Warschau 1915–1917; Gesandter in Kristiania 1918–1920; danach u. a. Gesandter in Kopenhagen 1923–1926, in Bukarest 1926–1931. – Er war Cousin Bethmann Hollwegs.

[743] Es handelte sich um eine Umgruppierung der deutschen Kräfte an der Westfront. Falkenhayn schreibt dazu in seinen Erinnerungen: „Hinter der Front war ein größerer Teil von 14 neuen Divisionen, die allerdings, da sie aus Teilen bestehender Verbände zusammengesetzt wurden, keinen rechnerischen Kräftezuwachs brachten, mit der Aufstellung nahezu fertig.“ (Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung S. 63). Vgl. auch Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 738–739, 744, 745; Der Weltkrieg VII S. 301–323.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sichtlich die Aufgabe Preußens bis zur Weichsel und damit auch des von uns besetzten Teiles von Polen zur Folge haben.

Die Lage im Westen kann ich nicht beurteilen. Stegemann[744] vom Berner Bund schilderte als seine Eindrücke aus Frankreich: Ungeheuere, stets wachsende Siegeszuversicht, Aufwachen des wirtschaftlichen Lebens im Süden des Landes, Wiederaufnahme der industriellen Betriebe, großer Stolz darüber, daß Frankreich in der Lage gewesen sei, 40.000 Mann nach den Dardanellen zu schicken; die Depots seien gefüllt mit Soldaten, Munition und Ausrüstungsgegenständen; über Form und Inhalt unserer offiziellen Kommuniqués mache man sich nur lustig.

Selbst wenn es dem Gegner nicht gelingt, unsere Stellung zu durchbrechen, erscheint es mir doch nicht ausgeschlossen, daß er uns vermöge seiner Überlegenheit an Menschenmaterial, Artillerie und Munition langsam zurückdrängt. Ein Durchbruch unsererseits würde ungeheuere Menschenopfer kosten und uns einige Kilometer weiter vor eine neue gleich starke Stellung des Gegners führen.

Auch in den Kolonien kann sich unsere Lage nicht verbessern.

Den Erfolg der Mission Andersen[745] kennen Sie ja. Wir sind zur Zeit im Besitz eines großen Faustpfandes[746]. Die Gegner haben vorläufig noch genug Geld, um uns dasselbe zu einem annehmbaren Preis wieder abzukaufen. Mir scheint es, daß mit jedem Kriegsmonat unsere Situation sich verschlechtern wird, abgesehen von den Milliarden, die wir dann [noch?] mehr aufbringen müssen. So urteilten auch Hindenburg und seine Herren.

Ich komme voraussichtlich Ende dieser Woche nach Charleville.

Mit herzlichem Gruß
der Ihre

255. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 36. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 15. März 1915

Sehr verehrte Exzellenz!

Darf ich Ihnen in der Anlage die Inschrift schicken, die ich auf dem Grabstein meines Sohnes[747] haben möchte. Die Form des senkrecht aufzustellen-

[744] Hermann Stegemann (1870–1945), Journalist und Schriftsteller; seit 1912 literarischer Redakteur der in Bern erscheinenden Zeitung „Der Bund“; schrieb darin während des Krieges eine Kolumne mit dem Titel „Zur Kriegslage“.

[745] Hans Niels Andersen (1852–1937), dänischer Reeder (befreundet mit Albert Ballin); Staatsrat und Generalkonsul; Vertrauensmann des dänischen Königshauses und des Zaren. – Zahlreiche seiner Berichte an die deutsche Regierung in: Scherer/Grunewald I.

[746] Gemeint: die in West und Ost von deutschen Truppen besetzten Gebiete.

[747] Friedrich, der am 9. Dezember 1914 in Polen gefallen war.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den, aus möglichst wetterfestem Material zu arbeitenden Grabsteines denke ich mir schlicht, etwa so:

Um das Grab ein gleichfalls schlichtes etwa 1 m hohes wandgleich schmiedeeisernes Gitter, edel in der Form, aber sehr standhaft und fest. Wenn ich schon so unbescheiden war, Sie um die Leistung dieses großen Freundschaftsdienstes zu bitten und Ihnen so viel Mühewaltung an[zu]sinnen, so weiß ich, daß niemand anders so gut eine Sache auszuführen vermöchte, die mir so nahe am Herzen liegt. So danke ich Ihnen schon jetzt in wärmster Empfindung.

Mit den angelegentlichsten Grüßen
und Empfehlungen
stets Ihr ergebenster

256. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22375. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 234. Berlin, 16. März 1915, 6 Uhr 38 Min. pm.
Ankunft: 16. März 1915, 9 Uhr -- Min. pm.

Habe bestimmten Eindruck, daß Fürst von Bülow in allen seinen Aktionen ausschließlich von Herrn von Schweinitz[748] dirigiert wird. Beide erschöpfen ihre Tätigkeit in der Kritik darüber, daß wir in Wien nicht genug erreichen. Sie selbst haben bisher bei italienischem Kabinett nichts durchgesetzt. Im Gegenteil. Die italienischen Forderungen werden mit jedem Tage unverschämter. Jetzt verlangen sie kategorisch die sofortige Übergabe des Trento, wollen dies sogar anscheinend besetzen, noch bevor die Grenzlinien festgesetzt sind. Darauf kann Wien unmöglich eingehen. Erachte schärfste Instruktion des Generals von Falkenhayn an Schweinitz für dringlich, daß, wenn Italien nicht energisch im Zaume gehalten wird, ganze Aktion mißlingen muß. Bitte entsprechend mit Herrn von Falkenhayn sprechen.

257. Falkenhayn an Bethmann Hollweg und Jagow

PA Berlin, R 20180, f. 87–88. Schreiben. Behändigte Ausfertigung (in Maschinenschrift). Praes.: 18. März 1915. – Am Kopf handschriftlicher Vermerk Treutlers: Auf Ersuchen des Chefs des Generalstabs gehorsamst überreicht. 16/3.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 16. März 1915

In den Diskussionen über die Balkanfrage tritt immer wieder die Anschauung hervor, als ob ein Vorgehen gegen Serbien lediglich von dem mehr oder

[748] Wilhelm von Schweinitz (1873–1932), Hauptmann; Militärattaché an der deutschen Botschaft in Rom ca. 1914–23. Mai 1915.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

minder guten Willen der Heeresleiter der verbündeten Centralmächte abgehangen habe und noch abhänge.

Es ist angezeigt, dieser Legende ein Ende zu bereiten. Ob der Angriff auf Serbien in den beiden ersten Monaten des Krieges möglich und nützlich war, entzieht sich meiner Kenntnis. Jedenfalls aber standen weder Deutschland noch Österreich-Ungarn nach den Rückschlägen an der Marne und an der Weichsel Kräfte zu Gebote, die für diesen Zweck hätten eingesetzt werden können. Sobald dann durch die Schläge gegen die Russen in Polen im November Österreich-Ungarn einigermaßen der Besorgnis vor einer russischen Überschwemmung Ungarns enthoben war, sind sehr erhebliche Kräfte gegen Serbien vorgegangen.

Man durfte mit Bestimmtheit hoffen, daß ihnen die Herstellung der Verbindung mit Bulgarien gelingen würde.

Wenn diese Hoffnung nicht erfüllt wurde, so liegt das an Verhältnissen, die ich nicht weiter zu erörtern brauche – sie sind mit dem Namen Potiorek[749] für immer verknüpft –, nicht aber daran, daß unzureichende Mittel angewendet worden waren.

Nach dem kläglichen Scheitern dieses Versuchs hatte der Winter eingesetzt. Während desselben würde eine erneute Offensive zu genau denselben Resultaten geführt haben, zu denen der in den Karpathen unternommene Angriff gekommen ist, welcher zur Beseitigung der erneuten Bedrohung Ungarns und zum Entsatz von Przemysl[750] noch nötiger war, als die Niederkämpfung Serbiens.

Einem solchen Rückschlag gerade auf dem Balkan durften deutsche Truppen nicht ausgesetzt werden, ganz abgesehen davon, daß, solange Ungarn bedroht war, sich jede Operation gegen Serbien von selbst verbot.

Nachdem nunmehr diese Bedrohung beseitigt scheint, wenn nicht noch unvorherzusehende Umstände eintreten, werde ich mit allen Mitteln danach streben, meinerseits die nötigen Kräfte für das serbische Unternehmen frei zu machen, und andererseits die österreichisch-ungarische Heeresleitung zu bestimmen, sich mit genügenden Kräften zu beteiligen. [a]Trotzdem kann aber nach meiner pflichmäßigen Überzeugung einem solchen Unternehmen kein gutes Prognostikon gestellt werden, wenn es unserer politischen Leitung nicht gelingt, Bulgarien zur sofortigen Teilnahme daran oder doch zu der Zustimmung zu bewegen, daß türkische Kräfte durch bulgarisches Gebiet nach Serbien einfallen.[a]

Euer Excellenz bitte ich, mich baldmöglichst davon unterrichten zu wollen, ob hierzu irgendwelche Aussicht besteht oder nicht.

---

[749] Oskar Potiorek (1853–1933), Generalmajor; Landeschef (Gouverneur) von Bosnien-Herzegowina 1911–1914; Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Balkanstreitkräfte 1914–1915; scheiterte mit seinen Truppen in allen größeren Gefechten gegen die serbischen Truppen und mußte sich auf eigenes Gebiet zurückziehen.

[750] Die starke Festung in Galizien wurde nach monatelanger Belagerung im März 1915 von russischen Truppen eingenommen. Sie wurde im Juni des Jahres von österreichisch-ungarischen und deutschen Truppen zurückerobert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ohne die Teilnahme Österreich-Ungarns und ohne die Mitwirkung Bulgariens halte ich ein Vorgehen gegen Serbien für völlig unausführbar.

[a–a] *Dazu handschriftlicher Randvermerk Treutlers*: Die politische Leitung hat andauernd darauf hingewiesen, daß B[ulgarien] erst zu haben ist, wenn Serbien im Wesentlichen erledigt, zum Mindesten aber seine Nordostecke erobert ist. Die politische Leitung hat von der Heeresleitung lediglich Dinge verlangt, die bei Verständnis für die allgemeine Lage mit Einsatz von verhältnismäßig geringfügigen Kräften glaubt durchzusetzen gewesen wären. Sie hat es sich aber stets versagt, durch Anfordern unmöglicher Leistungen – wie sie jetzt seitens der Heeresleitung zur Bedingung gemacht werden – die Verantwortung auf andere Schultern abzuschieben.

258. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 20180, f. 73–75. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Ohne Nr. Berlin, 17. März 1915

Eigenhändig.

Aus den Mitteilungen Herrn von Treutlers ersehe ich, daß Euere Exzellenz
1) den Fall von Przemysl leider für unabwendbar erachten,
2) daß Sie dem Gedanken einer Aktion gegen Serbien zur Öffnung des Weges nach der Türkei praktisch näher zu treten suchen.

Es ist leider keine Frage, daß der Fall von Przemysl nicht auf Seiten unserer Gegner, sondern auch bei all den schwankenden Faktoren, die sich „Neutrale“ nennen, einen ungeheuren Eindruck machen und als eine Niederlage von größerer Bedeutung angesehen würde, als ihr vielleicht tatsächlich zukommt. Sollte der Einnahme von Przemysl etwa auch der Fall der Dardanellen folgen, so würde dieser Eindruck namentlich unter den Balkanstaaten und in Italien sich ganz ungeheuer vergrößern. Die lauernde Schakalpolitik dieser Staaten würde darin den Anstoß finden, sich an der Curée[751] der Türkei beteiligen zu wollen. Ich müßte dann nicht nur Rumänien, sondern auch Griechenland und selbst Bulgarien für uns für verloren erachten, voraussichtlich würden sie offen in das Lager unserer Feinde übergehen. Von unseren besonderen wirtschaftlichen und politischen Interessen in der Türkei ganz abgesehen, würde der Fall Konstantinopels in der ganzen Welt unserem Ansehen einen schweren Stoß versetzen; man würde sich allgemein sagen, Deutschland, das die Türken in den Krieg gestoßen hat, hat sich als zu schwach erwiesen, um seinen Bundesgenossen zu schützen, und hat ihn opfern müssen. Wie klar unsere Gegner das erkannt haben, geht daraus hervor, daß sie all die tiefgehenden, Jahrhunderte alten Interessengegensätze, die sich mit den Begriffen Konstantinopel und Meerengen verbinden, für den Moment hinter den Wunsch zurückgestellt haben, zunächst Deutschland auf diesem Gebiete eine poli-

[751] Jägersprache; hier: Verteilung der Beute.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tisch-militärische Niederlage zu bereiten. Für England kommt das Streben hinzu, durch eine Niederwerfung der Türkei die für Egypten und Indien drohende Gefahr abzuwenden. Deshalb kann ich es nur mit lebhafter Freude begrüßen, daß Euere Exzellenz dem serbischen Problem Ihre volle Aufmerksamkeit schenken.

Ich glaube aber auch, daß für Österreich die einzige Möglichkeit, die bevorstehende Scharte von Przemysl auszuwetzen, die ist, den Urfeind Serbien niederzuwerfen und nebenbei seine Stellung in der Bukowina so zu verstärken, daß Rumänien sich den Gedanken eines Einfalls daselbst aus dem Sinne schlagen muß. „Helden" sind die Rumänen ja glücklicherweise nicht.

Euere Exzellenz wissen, wie sehr es mir fernliegt, mich in die militärischen Operationen der obersten Heeresleitung einmischen zu wollen. Aber die militärischen und politischen Fragen sind besonders in dem jetzigen Weltkrieg so eng verbunden, daß Sie mir ein Abschweifen in das mehr militärische Gebiet zu Gute halten wollen.

Soweit ich orientiert bin, würde eine wirksame Aktion gegen Serbien doch nur mittels etwa 120.000 Mann möglich sein. Bulgarien zu einer sofortigen Cooperation mitzureißen scheint mir nach seiner ganzen bisherigen Haltung schwer möglich. Es hat sich bisher immer auf den Standpunkt gestellt, daß es unsere Operation gegen Serbien unterstützen würde, wenn unsere Truppen sich siegreich der bulgarischen Grenzen näherten. Der Wagemut der bulgarischen Staatsmänner und besonders König Ferdinands dürfte durch die jetzige Lage und die Gefährdung der Türkei nicht gewachsen sein. Wir können nach menschlicher Voraussicht also auf Bulgarien erst rechnen nach einem siegreichen Einmarsch in Serbien, würden dann aber meines Erachtens nicht nur Bulgarien auf unsere Seite ziehen, sondern auch einen Umschwung der Haltung Rumäniens und eine Sicherung der Neutralität Griechenlands erreichen. Österreich sollte sich mit dem Unvermeidlichen abfinden, Przemysl und das an sich schon gänzlich verwüstete Ostgalizien für den Moment opfern und sich lediglich auf eine Verteidigungsstellung in den Karpathenpässen beschränken. Dafür könnten Österreicher und wir Truppen aus den Karpathen wegziehen, die österreichische Stellung in der Bukowina (gegen Rußland und Rumänien) stärken und mit ausreichenden Kräften die Öffnung der serbischen Ecke unternehmen. Der Moment scheint insofern nicht ungünstig, als die bevorstehende Schneeschmelze eine Aktion in Serbien erleichtern dürfte. Ein schneller Entschluß erscheint mir aber auch erforderlich, da – soweit ich orientiert bin – die Munition der Türkei für die Verteidigung der Dardanellen nicht viel länger als einen Monat ausreichen soll. Ein Durchbringen der Munition durch Rumänien ist bisher trotz aller Einwirkungsversuche auf Bratianu[752], persönlichen Druck auf den König, Bestechung etc. nicht gelungen. Auch würde die Munitionsversorgung auf diesem Wege doch immer nur sehr langsam und spärlich erfolgen können.

[752] Ion I. C. Brătianu (1864–1927), rumänischer Ministerpräsident 1914–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie weit die obigen Gedanken im Bereiche militärischer Möglichkeiten und unserer Kräfte liegen, kann ich natürlich nicht abschließend beurteilen. Ich möchte sie aber Euerer Exzellenz freundlicher Erwägung dringend empfehlen. Wenn der Versuch der Entente, die Dardanellen zu forcieren, scheitert (was ja bei hinlänglicher Munition erwartet werden kann), so würde dies einen Echec von größter Tragweite bedeuten, der auch die moralische Widerstandskraft namentlich Rußlands und Frankreichs ernstlich ins Wanken bringen müßte. Ein Niederzwingen Englands erscheint mir aber ohne Bedrohung Egyptens und Indiens so gut wie ausgeschlossen.

In der rechtzeitigen Öffnung des Weges zur Türkei durch Serbien sehe ich nach wie vor ein entscheidendes Moment für den Ausgang des ganzen Krieges.

259. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20180, f. 79. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 181. Großes Hautquartier, 17. März 1915, 5 Uhr 30 Min. Nm.
Ankunft: 17. März 1915, 6 Uhr 15 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 135.

General v. Falkenhayn kann eine bestimmte Antwort z. Zt. nicht geben, da er zu diesem Zwecke den General Conrad schon jetzt einweihen müßte, was er aus naheliegenden Gründen vermeiden will. Er meint aber, daß der eventuelle Beginn der Aktion innerhalb eines Monats, wahrscheinlich gegen Ende dieser Frist, möglicherweise etwas früher, statthaben könnte. Gegebenenfalls hofft Herr von Falkenhayn, daß alle Mittel ohne Rücksicht auf entstehende Kosten angewandt würden, um etwaigen Widerstand gegen diesen für Bulgarien doch günstigen Plan zu brechen.

260. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2466, f. 171. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

zu RK 653
GH
Nr. 66. [Großes Hauptquartier] 23. März 1915
Abgangsvermerk: 23. März 1915, 12 Uhr 10 Nm.

Kriegsminister hat auf unser Ersuchen 10.000 Schlächter beurlaubt. Mitteilt, daß nach ihm gewordener Nachricht kein Bedürfnis zu Beurlaubung vorgelegen, da Beurlaubte in Heimat nichts zu schlachten fänden. Ist darüber sehr

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beunruhigt, da er dann Beurlaubung vor Heeresleitung, die er bisher überhaupt nicht informirt habe, nicht verantworten könne.

Drahtbericht.

261. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2478. Telegramm in Worten. Eigenhändiges Konzept.

zu RK. 682 Großes Hauptquartier] 24. März 1915
G.H. Abgegangen, 24. März 1915, 8. Uhr 10 Min.

Auf offenes Telegramm vom 22.

Seine Majestät hat bestimmt, daß der Prinz[753] und sein Begleiter unten an der Reichstagstreppe vorfahren und von dort aus den Zug nach dem Denkmal[754] mitmachen. General Kessel hat das Bezügliche heute dorthin telegraphirt.

Seine Majestät werden den Fürsten Bismarck[755] durch Zivilkabinett für Teilnahme der Feier einladen lassen.

262. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 25. [Großes Hauptquartier] 25. März 1915

Antwort auf Tel. Nr. 60.

Der von Fürst Bülow gemeldete Eindruck der Rede Sir Edward Greys[756] in Italien läßt es mir dringend erwünscht erscheinen, den englischen Verdrehungen eventuell durch eine Zirkular-Depesche an unsere Missionen entgegenzutreten. Zum mindesten möchte ich empfehlen, in dieser Beziehung Fürst Bülow genaue Instruktionen zu erteilen, da seine Kritiklust ihn wahrscheinlich hindert, von sich aus die richtigen Worte zu finden. Der Fall von Przemysl[757] und die absolute Unwahrscheinlichkeit, daß wir in absehbarer Zeit mit

[753] Wilhelm (1906–1940), Prinz von Preußen; Enkel Wilhelms II.

[754] Das Bismarck-Denkmal, eine 6½ Meter hohe Bronzefigur vor dem Reichstag, erbaut 1901. Es wurde später zum „Großen Stern“ im Tiergarten umgesetzt. – Am 1. April wurde des 100. Geburtstages Otto von Bismarcks gedacht. Vgl. Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 155–156.

[755] Otto Fürst von Bismarck (1897–1975), ältester Sohn des Fürsten Herbert von Bismarck.

[756] Am 23. März 1915. Vgl. Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 749–750. Deutschland habe sich in der Julikrise geweigert, den Vorschlag einer Konferenz zur Beilegung des serbischen Problems anzunehmen. Vgl. ebenda S. 151–153 den Kommentar der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom 25. März 1915.

[757] Am 22. März 1915 hatte die österreichische Garnison der Festung Przemyśl kapituliert. 110.000 Soldaten gingen in russische Gefangenschaft. Die Kapitulation war eine schwere Niederlage Österreich-Ungarns.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nennenswerten militärischen Erfolgen aufwarten können, läßt mir die Gefahr italienischer Mobilisation als nahe gerückt erscheinen. Deshalb möchte ich einerseits dringend warnen vor Verschleppungstaktik nach Wien, andererseits energische Sprache in Rom darüber empfehlen, daß nach unserer Garantieleistung Mistrauen in Wiener Politik völlig ungerechtfertigt.

263. Bethmann Hollweg an Bülow

PA Berlin, R 22375. Telegramm. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 26. Großes Hauptquartier, 26. März 1915

Auf Tel. Nr. 60.

Schon mehrmals wurde betont, daß Cadorna[758] ein „guter Christ“ und „guter Katholik“ sei. Wäre es nicht möglich, auf dem Umweg über den Vatikan eine vorsichtige Einwirkung auszuüben bezw. sie von der antiösterreichen Richtung abzulenken?

264. Hindenburg an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20182, f. 19. Eigenhändiges Privatdienstschreiben. Behändigte Ausfertigung. Praes.: 10. April 1915.

Hauptquartier Lötzen, 31. März 1915

Eigenhändig!

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Euere Excellenz beehre ich mich, anliegende Abschrift eines an mich gerichteten Schreibens sehr ergebenst zu übersenden[759]. Den Urheber kann ich aus Diskretion nicht nennen. Da er aber ein Mann von Bedeutung ist, so halte ich mich verpflichtet, den Inhalt des Schreibens zu Euerer Excellenz vertraulichen Kenntniß zu bringen, ohne daß es erforderlich sein müßte, allen Punkten bedingungslos beizustimmen. Insbesondere glaube ich nicht, daß unser Volk nach den großen Opfern, die es gebracht hat, mit einer bloßen Geldentschädigung – abgesehen von Colonialerwerb – einverstanden sein würde. Die völlige Integrität Belgiens dürfte doch schwerlich aufrecht zu erhalten sein, Lüttich fordern allein schon die militärischen Interessen. – Ich darf wohl noch hinzufügen, daß das deutsche Heer keineswegs kriegsmüde ist, daß aber eine baldige

[758] Graf Luigi Cadorna (1850–1928), General; Chef des italienischen Generalstabs 1914–1917.

[759] PA Berlin, R 20182, f. 20–24. – Der ungenannte Verfasser plädierte bei Friedensschluß für eine von den Feindmächten zu leistende Geldentschädigung ohne weitere Gebietsabtretungen und für die Integrität Belgiens.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Regelung unserer Beziehungen zu Italien und Rumänien dringend geboten erscheint.

In größter Hochachtung und Verehrung
Euerer Excellenz
ergebenster

265. Bethmann Hollweg an Bülow

BA Koblenz, Nachlaß Bülow, N 1016/39, f. 383–386. Privatdienstbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Berlin, 1. April 1915

Verehrter Freund!

Ihre freundlichen Zeilen vom 26. v. M. habe ich erhalten und nicht verfehlt, den sie begleitenden Bericht bei Seiner Majestät dem Kaiser in Vorlage zu bringen. Der historische Rückblick, den Sie dort geben, bestätigt, daß die Bedeutung der Trentinofrage für die österreichisch-italienischen Beziehungen von Herrn von Flotow so wie hier von Anfang an richtig eingeschätzt und gewürdigt worden ist[760]. Es ist das zweifellos das beste Argument gegen diejenigen, die Ihnen die Vaterschaft an dem Wunsch der italienischen Regierung nach Abtretung des Trentino zuschieben wollen. Sie sollten derartigen Gerüchten keine Bedeutung beimessen. Diese Gerüchte sind ein Produkt der Nervosität, die in unsern ernsten Zeiten begreiflicherweise hin und wieder Platz greift; sie finden überdies eine plausible Erklärung in der Tatsache, daß die französische Presse gewiß nicht ohne Berechnung die Nachricht lanziert hatte, daß Sie bei Ihrer Mission Italien das Trentino als Geschenk mitbrächten, eine Nachricht, die denn auch von der italienischen Presse gern aufgenommen wurde. Angesichts der ernsten und weitgehenden Verstimmung, die der unsererseits in Wien in der Frage ausgeübte Druck in Österreich erzeugt hat, ist es nicht weiter erstaunlich, wenn sich dort Stimmen fanden, die Sie für das Opfer verantwortlich machen wollten, das wir von unseren Bundesgenossen verlangen mußten. Hierzu mag noch kommen, daß sich in manchen Köpfen in völliger Verkennung der wirklichen Sachlage der Gedanke festgesetzt hatte, daß es Ihnen gelingen konnte, das zu erreichen, was Herr von Flotow nicht vermocht hatte, nämlich die Italiener zu einem Verzicht auf ihre Trentinowünsche zu bestimmen. Sie werden über diesen Gedanken nur lächeln und sich mit derselben Ruhe und Überlegenheit über alle diese albernen Klatschereien und politischen Kannegießereien hinwegzusetzen wissen, mit der ich den Vorwürfen gegenüberstehe, die von mehr als einer Seite über meine angebliche Verkennung der Trentinofrage, insbesondere auch über mangelnde Energie in Betreibung derselben in Wien, gemacht werden. Wie Sie selbst anführen, habe

[760] Vgl. dazu Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 233.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ich bereits Mitte Juli durch den Prinzen Stolberg[761] in Wien auf die Notwendigkeit einer Verständigung mit Italien hinweisen lassen und den Prinzen angewiesen, in geeigneter Form und an geeigneter Stelle auf das Trentino als geeignetes Kompensationsobjekt hinzuweisen. Ob ein entsprechendes Anerbieten seitens Österreichs bei der damaligen militärischen Schwäche und der gespannten innerpolitischen Lage Italiens ein sofortiges Mitgehen an unserer Seite zur Folge gehabt haben würde, möchte ich bezweifeln. Auch in einem späteren Stadium glaube ich kaum, daß mehr zu erreichen gewesen wäre, als was uns jetzt vorschwebt, nämlich eine sichere Bürgschaft für eine wohlwollende neutrale Haltung Italiens während des weiteren Verlaufs des Krieges. Daß eine Einigung vor einigen Monaten leichter zu erzielen gewesen wäre als jetzt, ist zweifellos. Wie Sie wissen, war es der Rücktritt des Grafen Berchtold, der lediglich aus dem Grunde erfolgt ist, weil er mit seinem Standpunkt in der Trentinofrage nicht durchzudringen vermochte, der die von Ihnen und mir mit Recht beklagte Unterbrechung herbeigeführt hat. Mit Ihnen begegne ich mich in dem aufrichtigen Wunsche, daß es uns gelingen möge, durch geeignete Einwirkung auf den treulosen Bundesgenossen und Überwindung etwaiger menschlich begreiflicher, politisch aber inopportuner Widerstände in Wien das gewünschte Ziel zu erreichen und eine[r] Gefährdung des militärisch bisher Erreichten vorzubeugen.

Mit herzlichem Gruß
in alter Verehrung
Ihr treu ergebener

266. Marginaldekret Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1359. Eigenhändig an dem Artikel „Krieg und Politik“ der „Deutschen Tageszeitung“ vom 2. April 1915 (von E[rnst von] R[eventlow]) angebracht. Praes.: 2. April 1915 pm.

[Berlin] 2. April 1915

S.E. H. UStS Zimmermann.

Im wesentlichen richtig, was Reventlow schreibt.

Er soll aber diese konditional gehaltenen Anwürfe unterlassen. Sie sind unbegründet, nutzen nichts, sondern schaden nur. Reventlow übersieht, daß, nachdem die großen militärischen Aktionen im Osten und Westen ausgeblieben sind, momentan eine Freiheit der Entscheidung, wo und wie unsere militärischen Kräfte anzusetzen sind, nicht besteht. Wir sind aber ganz unabhängig von aller Politik sowohl im Osten wie im Westen in die <Offensive> gedrängt, und es kommt für uns heute sowohl politisch wie militärisch leider

[761] Wilhelm Prinz zu Stolberg-Wernigerode (1870–1931), Botschaftsrat; Erster Sekretär an der deutschen Botschaft in Wien 1909–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

<sehr> darauf an, diese Offensive zu halten. Wie das geschehen kann, können schließlich nur die Militärs beurteilen.

Die Politik, d. h. ich und das AA., haben seit dem Oktober dauernd, leider allerdings vergeblich, darauf hingewirkt,

1) rechtzeitig zu erkennen, von welchem Zeitpunkt ab die nächste Entscheidung nicht mehr im Westen, sondern im Osten zu suchen war;

2) die Nordostecke Serbiens frei zu machen. In beiden Fällen haben die Militärs ein non possumus entgegengesetzt.

Akademische Erörterungen wie die nebenstehenden[762], ohne Kenntnis der Realitäten geschrieben, klingen zwar sehr schön, sind aber zwecklos, d. h. sie verfolgen lediglich das Ziel, das Mistrauen und die Unzufriedenheit zu vermehren. Gerade diejenigen, die sich immer damit brüsten, daß sie Nationalsinn u. Patriotismus für sich gepachtet haben, sollten sich hüten, in so ernsten Zeiten so direkte Wege zu gehen, aber Großadmiral von Tirpitz verhilft Reventlow damit doch nicht zum Kanzler.

Vielleicht finden Euer Exzellenz Gelegenheit, Reventlow bei Gelegenheit, entsprechend zu verständigen.[a]

[a] *Dazu Dorsalvermerk Jagows:* Graf Reventlow ist heute entsprechend verständigt worden. z.d.A. J. 21/4

267. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 20181, f. 119–120. Behändigte Abschrift (in Maschinenschrift). Praes.: 5. April 1915 pm.

Berlin, 4. April 1915

Mitteilungen des Generals von Falkenhayn über sein heutiges Gespräch mit General Conrad von Hötzendorf

Auf Anfrage, wie sich General Conrad den „Separatfrieden" mit Rußland denke[763], hat er erklärt:

1. Daß er sich diesen Frieden selbstverständlich nur als in Gemeinschaft mit uns abgeschlossen vorstelle. Wollte Österreich für sich Frieden mit Rußland machen und sollte ihm das wirklich gelingen, so würde ein solcher Frieden nur eine Galgenfrist bedeuten, nach deren Ablauf Österreich aufhören würde, als Macht zu existieren. Österreich denke gar nicht an einen solchen Frieden.

[762] In der „Deutschen Tageszeitung" vom 2. April 1915 unter dem Titel „Krieg und Politik". In dem Artikel wird Bethmann Hollweg im Gegensatz zu Bismarck mangelnde Leitung in diesem Krieg, auch in der Kriegführung, vorgeworfen. Vgl. König, Agitation S. 183–184.

[763] Conrad hatte sich in einem Schreiben an Burián für einen Sonderfrieden mit Rußland eingesetzt, um freie Hand gegen Italien zu bekommen. Verhandlungen wurden tatsächlich nicht eingeleitet; die Diskussionen darüber in der österreichischen Führung blieben papierne Überlegungen. Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg S. 387–388; Ritter, Staatskunst III S. 81.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Auf die Frage General Falkenhayns, wie man sich in Wien bei einem gemeinschaftlich mit uns abgeschlossenen russischen Separatfrieden die Lösung der serbischen Frage vorstelle, hat General Conrad erwidert, die serbischen Ansprüche seien, nachdem das Land durch die mehrjährigen Kriege aufs äußerste geschwächt sei, sehr gering. Serbien würde mit dem status quo ante zufrieden sein, zuzüglich freier Hand in Albanien, was Österreich zugestehen würde.

Herr von Falkenhayn erklärte mir auf ausdrückliches Befragen, daß er in dieser Beziehung den General Conrad nicht mißverstanden habe, ja er habe sogar den bestimmten Eindruck gehabt, daß Conrad diese Frage mit Baron Burian besprochen habe.

3. General Conrad weiß nichts davon, daß Wien mit Petersburg verhandelt habe.

Zu der italienischen Frage hat General Conrad bemerkt, daß, wenn Italien außer dem Trento auch die Isonzogrenzlinie fordern sollte, Wien sie gewähren werde.

Sollte es zum Kriege kommen, so werde Österreich gegen den italienischen Einmarsch nichts tun, sondern die wenigen Landesschützen und den ganz alten Landsturm, die es an der italienischen Grenzen stehen habe, einfach zurückziehen.

Endlich hat General Conrad dem General von Falkenhayn zugesagt, daß die österreichischen Truppen sich in den Karpathen halten würden.

Gegenwärtig ist nach der übereinstimmenden Ansicht beider Generale eine Aktion gegen Serbien ausgeschlossen, weil die Donau viel zu hoch ist, um überschritten werden zu können.

268. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Ganz vertraulich — Berlin, 4. April 1915

Lieber Treutler!

Andersen will auf der Reise nach England am 8. hier eintreffen. Ich bleibe also so lange hier und bitte Sie, das S.M. zu melden.

Die inneren Zustände sind unerfreulich. Auf der einen Seite ist eine gewisse Kriegsmüdigkeit im Wachsen. Auf der anderen herrscht illusionistischer Hochmut über die Kriegsziele. So fehlt es an jeder inneren Geschlossenheit, die wir doch dringend brauchen. Verschärft wird dieser Zustand durch bedrohlich zunehmende persönliche Treibereien. Das Mißtrauen gegen F[alkenhayn] nimmt dauernd zu. Es basiert vor allem auf Mitteilungen von der Front. Briefe und mündliche Mitteilungen von Frontoffizieren, namentlich aus dem Westen, behaupten übereinstimmend, daß das Mißtrauen von sämtlichen Armeeführern bis in die Schützengräben reiche. Dabei wird unter Bezugnahme

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf verläßliche Vertrauensmänner erzählt, F. geriere sich seinen wenigen Freunden in Mézières gegenüber ganz unverfroren nicht nur als der Leiter der Armee, sondern auch der Politik, und S.M. habe sich wiederholt dahin geäußert, er zöge ihn als Kanzler heran. Bundesfürsten haben sich an den König von Bayern mit der Bitte gewandt, in ihrem Namen die Abberufung F. zu erbitten. Der König hat das abgelehnt, spricht sich aber in Übereinstimmung mit seinem Sohn[764] sehr wegwerfend über F. aus. Hertling hat mich gebeten, mir über das Mißtrauen gegen F. mündliche Mitteilungen machen zu dürfen. Ich sehe ihn Mittwoch. Neuerdings werden die Angriffe gegen F. mit Angriffen auf mich kombiniert. Lerchenfeld sagte mir ziemlich erregt und mit deutlichem Hinweis darauf, daß er die Ansicht teile, man gebe mir an dem unglücklichen Verlauf des Krieges Schuld, weil ich es dulde, daß F. im Amt bleibe. Konservative und Schwerindustrie dehnen den Vorwurf darauf aus, daß ich Delbrück im Amt halte, der ihnen wegen liberaler Gesinnung verhaßt ist. Helfferich – doch sicher ein sehr kluger und ruhiger Mann – ist über all das sehr erregt gestimmt und besorgt. Er sieht eine Katastrophe voraus, wenn ein nicht fetter Friede militärisch von F. gedeckt werden soll. Ein von Konservativen und Schwerindustrie inszenierter Ansturm soll in kurzer Zeit beim Kaiser gemacht werden. Er wird wahrscheinlich auf mich gemünzt sein und sich nur zwischen den Zeilen auf F. und D. richten. Auch auf Lyncker und Marschall[765] als die Erfinder von F. richtet sich vieler Orten großer Unwille.

Alles vorstehende beruht nicht auf Klatsch, sondern auf ernsten Realitäten. Ich ermächtige Sie, Herrn von Valentini ganz vertraulich zu informieren.

F. macht mir soeben einen sehr unerfreulichen Eindruck. So groß, überhebend, unmanierlich und beinahe ungezogen habe ich ihn noch nie gesehen. Jagow war Zeuge davon. Er muß sich seiner Zukunft doch sehr sicher fühlen. Aus welchen Gründen ich es für verhängnisvoll halten würde, wenn F. jetzt Kanzler würde, wissen Sie.

Neben dieser Sache läuft die Intrige für Tirpitz. Ich füge drei Artikel von Reventlow bei[766], die sehr instruktiv sind und auf die Sie vielleicht den Admiral von Müller aufmerksam machen. Namentlich der Artikel Ost – West, der Tirpitz an die Seite Hindenburgs stellt, ist interessant. In dem Artikel Bismarcks Bereitschaft decken sich die blau angestrichenen Ausführungen stellenweise wörtlich mit mündlichen Äußerungen, die Tirpitz hier im Anfang des Winters wiederholt zum Besten gegeben hat. Tirpitz und Falkenhayn fressen, obwohl futterneidisch, wieder aus einer Krippe.

Über Rom und Wien sind Sie informiert. Bollati, den ich eben vor hatte, gab sich nicht pessismistisch. Dafür daß Bülows Telegramme absichtlich pessimistisch gefaßt sind, erhielt ich heute auch noch einen schriftlichen Beweis.

---

764 Kronprinz Rupprecht.

765 Ulrich Frhr. von Marschall (1863–1923), Oberst; Abteilungsleiter im Militärkabinett 1912–1918; Generaladjutant Wilhelms II.

766 Sie liegen nicht bei. Reventlows Zeitungsartikel sind immer wieder nachgedruckt worden. Vgl. besonders: Reventlow, Wir erinnern uns. Ein Artikel über Hindenburg und Tirpitz ebenda S. 83–85.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich muß des Kuriers wegen diese Zeilen schließen, bevor ich F. zum zweiten Mal – nach seiner Unterredung mit Conrad – sehe. Schön schreibt mir soeben aus München, daß ihm auch Hertling von ernsten Treibereien spreche, die er indessen zurückgewiesen habe. Ein Hexenkessel! Für das Hochverräterische an diesem Treiben in dieser ernsten Zeit haben die Leute anscheinend gar kein Verständnis.

Herzlich Grüße

269. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 20181, f. 121–132. Aufzeichnung für die Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten. Behändigt und in Maschinenschrift. Auff. 121 Paraphe Bethmann Hollwegs vom 7. April. Praes.: 5. April 1915 pm. Vermerk von unbekannter Hand am Kopf von f. 121: Bericht im Ausschuß für Ausw. Angelegenheiten. – Ein zusammenfassender Bericht des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten, Weizsäcker, über die Sitzung bei Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 279–281.

[Berlin, 5. April 1915]

Von Beginn des Krieges an hat sich die Erfahrung immer wieder bestätigt, daß die allgemeine politische Lage ein getreues Spiegelbild der jeweiligen militärischen Lage auf den Kriegsschauplätzen darstellt. Dies gilt sowohl bezüglich dessen, was von den kriegführenden Mächten zu uns dringt, als auch ganz besonders bezüglich der neutralen Staaten, die mit gespannter Aufmerksamkeit die militärischen Vorgänge beobachten, um den Moment nicht zu verpassen, der es praktisch erscheinen läßt, wenn nicht mit militärischen Machtmitteln, so doch mit seinen Sympathien an die Seite der Partei zu treten, der der Sieg endgültig zufällt.

Bezüglich unserer Gegner liegt es auf der Hand, daß es schwer ist, sich auf Grund der mehr oder weniger zuverlässigen Agentenmeldungen und der auf Mitteilungen von privater Seite beruhenden Nachrichten, die zu uns herüberdringen, ein klares Urteil zu bilden. Immerhin glauben wir genügende Fäden in der Hand zu haben, die nach den verschiedenen Ländern führen, um auch in dieser Hinsicht nicht lediglich auf Vermutungen angewiesen zu sein.

Was zunächst Frankreich betrifft, so stimmen alle hier vorliegenden Berichte darin überein, daß dort von einer Kriegsmüdigkeit in keiner Weise die Rede sein kann. Soweit eine solche vorhanden ist, beschränkt sie sich einstweilen noch auf kleinere Kreise und ist mehr auf innerpolitische Gegensätze zurückzuführen als auf ein tatsächliches Friedensbedürfnis. An allen maßgebenden Stellen der Regierung, vor allem aber auch in militärischen Kreisen besteht einstweilen noch der Wille zum Durchhalten, wobei dahingestellt bleiben mag, inwieweit dieser Wille von der Zuversicht in eigene Erfolge oder von Erwartungen getragen wird, die sich an das Eintreffen erheblicher englischer Verstärkungen oder russischer Erfolge gegen Österreich bezw. die Forcierung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Dardanellen knüpfen. Als Tatsache muß es angesehen werden, daß das französische Volk sich nicht als geschlagen betrachtet, daß es vielmehr in dem Rückzug der deutschen Armee an der Marne einen Erfolg der französischen Waffen erblickt, durch den sich das französische Selbstvertrauen in erheblichem Maße gefestigt hat und die Sorge vor der Unbesiegbarkeit der deutschen Waffen geschwunden ist. Dazu kommt, daß der Teil des französischen Territoriums, den wir besetzt haben, trotz seiner großen wirtschaftlichen Bedeutung nicht umfangreich genug ist, um einem prozentual erheblichen Teile der französischen Bevölkerung die mit dem Kriege verbundenen Unzuträglichkeiten unmittelbar zum Bewußtsein zu bringen und damit den Wunsch auf Beendigung des Krieges in weiteren Kreisen entstehen zu lassen. Mit einem Einlenken Frankreichs werden wir daher einstweilen nicht rechnen dürfen.

Günstiger liegen in dieser Hinsicht vielleicht die Verhältnisse in Rußland. Wie wir bestimmt wissen, ist man sich an maßgebenden russischen Stellen, insbesondere am Hofe, der Größe der erlittenen Niederlage gegen die deutsche Armee sowie der Erheblichkeit der damit verknüpft gewesenen Verluste bewußt. Auch gibt die immer schwieriger werdende allgemeine wirtschaftliche und finanzielle Lage dort zu denken. Die Unzufriedenheit greift offenbar um sich trotz der Bemühungen der russischen Regierung, das Land über die tatsächliche Lage der Dinge hinwegzutäuschen. Aber die von Beginn des Krieges an prophezeiten revolutionären Erhebungen haben immer noch auf sich warten lassen, und es muß mehr als fraglich erscheinen, ob mangels einer schon in Friedenszeiten vorhandenen Organisierung der revolutionären Propaganda in Rußland mit solchen überhaupt noch gerechnet werden darf. Dazu kommt, daß der Fall von Przemysl die russische Widerstandskraft neu belebt haben dürfte, und die unter Einsetzung starker Kräfte geführten heftigen Angriffe auf die österreichischen Stellungen in den Karpathen deuten darauf hin, daß man die Hoffnung noch nicht aufgegeben hat, wenigstens der österreichischen Armee gegenüber noch einen entscheidenden Erfolg erringen zu können.

Was England betrifft, so ist nach hier vorliegenden ziemlich zuverlässigen Nachrichten Sir E. Grey persönlich einem Friedensschluß durchaus geneigt, und auch die Mehrzahl des englischen Kabinetts teilt diesen Standpunkt. Die Erkenntnis, daß es eine eitle Hoffnung war, Deutschlands auf dem Wege der Aushungerung Herr zu werden, wachsende Unzufriedenheit mit den steigenden Lebensmittelpreisen als Folge des Vorgehens unserer U-Seeboote gegen die englische Schiffahrt, Unruhen in der Arbeiterschaft mögen dabei mitspielen. Noch mehr dürfte aber die zunehmende Erkenntnis ins Gewicht fallen, daß bei längerer Fortdauer des Krieges die Schwächen der englischen Machtstellung zur See immer augenfälliger werden müssen und daß die Unfähigkeit der englischen Flotte, sich der deutschen Offensive zu erwehren, das Prestige Englands als Seemacht in nicht wieder gut zu machender Weise erschüttern muß.

Dazu kommen die Vorgänge in Ostasien, die Beunruhigung, die in einzelnen Teilen des englischen Weltreiches sich geltend zu machen beginnt, schließ-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich die Beeinträchtigung der englischen Lebensgewohnheiten und die wachsenden Ausgaben. Die leitenden englischen Staatsmänner hatten sich das Eingreifen Englands in den Krieg wohl etwas anders gedacht. Sie hatten geglaubt, ohne große Opfer eine Art Schiedsrichterrolle spielen zu können. Die ungeheuren Verluste, die die englischen Truppen kürzlich bei Neuve Chapelle[767] wieder erlitten haben, dürften sie endgültig eines Besseren belehrt und ihnen die Illusion geraubt haben, mit den Heeren Lord Kitcheners unsere westliche Front durchbrechen zu können. Man würde offenbar froh sein, auf anständige Weise aus der Sache herauszukommen. Die jüngste Rede Sir Edward Greys[768] läßt erkennen, auf welcher Grundlage man in England zum Frieden mit uns bereit sein würde: Wiederherstellung Belgiens in den Zustand, in dem es sich vor dem Kriege befand, und wenn möglich – diesen Punkt scheint man nicht als conditio sine qua non anzusehen – Zahlung einer Entschädigung an das Land durch Deutschland. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, daß um diesen Preis, ja schon gegen die Sicherheit, daß sich Deutschland an der belgischen Küste nicht festsetzt, England bereit sein würde, sich friedlich mit uns auseinanderzusetzen und seinen ganzen Einfluß und die ihm zur Verfügung stehenden Druckmittel bei seinen Bundesgenossen in diesem Sinne einzusetzen. Als ebenso feststehend muß es aber auch angesehen werden, daß England sich bis aufs äußerste einem Frieden widersetzen wird, der Belgien, soweit die belgische Küste in Betracht kommt, in der Hand Deutschlands beläßt.

Um auf unsere Bundesgenossen überzugehen, wäre zunächst zu bemerken, daß der Fall von Przemysl und die Bedrohung der österreichischen Verteidigungsstellung in den Karpathen durch die mit starken Kräften dort vorgehende russische Armee in Österreich wieder einmal die pessimistische Stimmung ausgelöst hat, die bei den wiederholten Rückschlägen, denen die österreichische Armee im Laufe des Krieges ausgesetzt war, immer wieder beobachtet werden konnte. Hinzu tritt die Beunruhigung durch die Haltung Italiens in der Trentinofrage. Österreichischer Gepflogenheit entspricht es, für die zweifellos recht ernste Lage der Dinge nicht sich selbst, nicht die mangelhaften eigenen militärischen Leistungen, nicht das völlige organisatorische Versagen, nicht das Verpassen des psychologischen Momentes zu einer Auseinandersetzung mit Italien, sondern den Bundesgenossen verantwortlich zu machen. Die Stimmung gegen uns ist zur Zeit in Wien eine sehr gereizte. Deutschland soll um seiner Weltmacht willen den Krieg veranlaßt, Österreich militärisch unzulänglich unterstützt haben, und selbst das Vorgehen Italiens wird uns zur Last gelegt. Wenn es auch verfehlt wäre, diesen Stimmungen, die kommen und gehen, eine übertriebene Bedeutung beizumessen, so ist doch das Moment nicht außer acht zu lassen, daß die österreichische Widerstandskraft in steter Ab-

[767] Die Schlacht von Neuve Chapelle (südwestlich von Armentières) vom 10. bis 12. März 1915 war die erste große Offensive der British Expeditionary Force. Das Ziel, ein Höhengelände östlich von Neuve-Chapelle zu erreichen, wurde trotz der Besetzung des Ortes nicht erreicht. Die englischen Verluste betrugen 11.650 Mann.

[768] Am 23. März 1915 in London über den Ursprung des Krieges (vgl. oben Nr. 262 und Anm. 756).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nahme begriffen ist und daß wir mit der Möglichkeit eines dort plötzlich hervortretenden Friedensbedürfnisses rechnen müssen.

Erfreulicher liegen die Dinge in der Türkei. Die erfolgreiche Zurückweisung des englisch-französischen Angriffs auf die Dardanellen[769] hat sehr wesentlich zur Stärkung des ottomanischen Selbstbewußtseins beigetragen. Die hier vorliegenden Nachrichten lassen sich nicht genügend nachprüfen, um ein sicheres Bild zu geben, wie groß die Verluste der verbündeten Flotten bei den letzten Angriffen tatsächlich gewesen sind. Immerhin läßt der Umstand, daß nunmehr beinahe drei Wochen verflossen sind, ohne daß diese Angriffe erneuert wurden, darauf schließen, daß unsere Gegner die ernsten Schwierigkeiten erkannt haben, die einer Forcierung der Meerengen entgegenstehen, und daß sie, wenn überhaupt, dann nur nach sorgfältigster Vorbereitung erneut an diese Aufgabe herangehen werden. Da bisher alle Versuche fehlgeschlagen sind, die wünschenswerte Ergänzung der türkischen Munitionsbestände durchzuführen, so eröffnet der hierdurch erzielte Zeitgewinn die Hoffnung, daß dies vielleicht doch noch gelingen wird. Ob zwischen den Verbündeten eine Vereinbarung über die Regelung der Meerengenfrage im Fall der Forcierung der Dardanellen erzielt ist, entzieht sich natürgemäß unserer Kenntnis[770]. Es liegt aber nahe anzunehmen, daß in dieser Hinsicht zwischen Rußland und England Gegensätze bestehen, die noch nicht überbrückt sind und die den Keim zu Zwistigkeiten zwischen beiden Mächten in sich tragen, die allerdings vielleicht erst nach Abschluß des Krieges wirksam werden würden. Das russische Interesse geht auf die Beherrschung der Meerengen und Konstantinopels nur durch Rußland; dem englischen Interesse würde die Neutralisierung oder Internationalisierung entsprechen.

Ich gehe zu den neutralen Mächten über. Die Haltung Italiens gibt nach wie vor zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Die italienisch-österreichischen Gegensätze hatten sich gerade in den letzten Jahren infolge des Anwachsens der italienischen Irredenta sowie der wenig glücklichen Behandlung der italienischen Frage durch die österreichische Regierung immer mehr verschärft. Die italienischen Begehrlichkeiten fanden schließlich in ziemlich unverhüllter Weise in dem Wunsch nach Erlangung des Trentino einen konkreten Ausdruck. Wir haben es uns bereits vor Ausbruch des Krieges, als die politische Lage sich zuspitzte, angelegen sein lassen, die österreichisch-ungarische Regierung auf die dringende Notwendigkeit einer Verständigung mit Italien hinzuweisen, und haben uns nicht gescheut, das Trentino als geeignete Basis für eine Verständigung zu bezeichnen. Es ist uns nicht gelungen, das Wiener Kabi-

[769] Am 19. Februar und 18. März 1915 hatten englische und französische Kriegsschiffe türkische Stellungen an der Küste der Dardanellen beschossen, aber schwere Verluste erlitten. Der Erste Lord der Admiralität, Churchill, setzte sich nun für ein Landungsunternehmen ein, das am 25. April 1915 begann.

[770] Am 18. März 1915 hatten England und Frankreich Rußland den zukünftigen Erwerb Konstantinopels und der Meerengen versprochen. England gab damit seine säkulare Politik der Erhaltung der türkischen Integrität auf. Die deutsche Regierung hatte darüber keinerlei Andeutungen, wie die Ausführungen Bethmann Hollwegs zeigen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nett von der Notwendigkeit eines Entgegenkommens gegenüber Italien zu überzeugen. Noch vor wenigen Wochen, gelegentlich meines Zusammentreffens mit dem österreichischen Minister des Äußern im österreichischen Hauptquartier[771], bestritt Freiherr von Burian mit aller Entschiedenheit das Bestehen einer Gefahr von italienischer Seite. Erst die sehr bald darauf folgenden Kundgebungen im italienischen Parlament vermochten in Wien Verständnis für den Ernst der Lage zu erwecken. Immerhin wurde noch viel kostbare Zeit verloren durch Versteifung auf Formalien, Versuche, vertragliche Bindungen geltend zu machen, und bureaukratische Bedächtigkeiten in der praktischen Behandlung der Frage. Die inzwischen eingetretenen militärischen Schwierigkeiten Österreichs haben die natürliche Folge gehabt, die italienischen Begehrlichkeiten zu steigern und in Rom einen Mangel an Eifer in Betreibung der Verhandlungen hervorzurufen, den das nunmehrige weitgehende Entgegenkommen des Wiener Kabinetts bis jetzt nicht zu überwinden vermochte. Die Lage kann zur Zeit nur als durchaus ungeklärt bezeichnet werden, und es würde vermessen sein, eine Ansicht darüber äußern zu wollen, ob es der italienischen Regierung überhaupt noch um eine Verständigung mit Österreich zu tun ist oder ob sie lediglich den Abschluß ihrer Verhandlungen abwarten will, die sie anscheinend gleichzeitig mit den Ententemächten führt, um dann die Maske abzuwerfen[772].

Für die Teilnahme Rumäniens an diesem Kriege ist die Haltung Italiens von wesentlichem Einfluß gewesen. Hätte Italien an unserer Seite am Krieg teilgenommen, so würde wahrscheinlich auch Rumänien mit fortgerissen worden sein. Die Anerbietungen unserer Gegner, die sehr bald nach Beginn des Krieges einsetzten, um die rumänische Regierung zu einem Eingreifen gegen Österreich zu bestimmen, waren zwar erfolglos, aber es ist doch auch den angestrengten diesseitigen Bemühungen nicht gelungen, Rumänien auch nur zu einer wohlwollenden Neutralität für uns zu bestimmen, wie die fortgesetzte Weigerung zeigt, uns in der Frage der Durchfuhr der für die Türkei bestimmten Munition entgegenzukommen. Wie alle Balkanstaaten hat auch Rumänien die Tendenz, seine Haltung der jeweiligen militärischen Lage der beiden kriegführenden Parteien anzupassen. Ob es, falls Italien auf die Seite unserer Gegner tritt, der Versuchung widerstehen würde, in die rumänischen Gebietsteile Österreich-Ungarns einzumarschieren, muß dahingestellt bleiben. Nur eine für uns günstige militärische Lage auf dem östlichen Kriegsschauplatz sowie ein drohendes Eingreifen Bulgariens würde es vermutlich davon abhalten können.

Auch Bulgarien folgt dem militärischen Wetterbarometer. Als die österreichische Armee Belgrad besetzt hatte und in siegreichem Vorgehen auf Nisch begriffen war, war Bulgarien auf dem Punkte, auf unsere Seite zu treten. Die Niederlage der Potiorek'schen Armee in Serbien brachte alles wieder zum Stehen. Nur eine erneute erfolgreiche österreichische Offensive in Serbien wird

771 Oben Nr. 239.

772 Über die diplomatischen Verhandlungen Italiens mit der Entente geben die italienischen Akten ausführlich Auskunft: Documenti Diplomatici Italiani V, 2–3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

voraussichtlich Bulgarien zu dem Versuch ermutigen, die Gelegenheit zu einer Verwirklichung der nationalen Aspirationen zu benutzen, die ihm im letzten Balkankrieg versagt geblieben war. Auch die Ententemächte haben es an Versuchen nicht fehlen lassen, Bulgarien zu sich herüber zu ziehen, und sich bemüht, zu diesem Zwecke eine Verständigung zwischen Bulgarien und Serbien herbeizuführen. Serbien sollte sich verpflichten, auf gewisse im letzten Balkankrieg erworbene Gebiete in Mazedonien zu Gunsten von Bulgarien zu verzichten, während Serbien reiche Entschädigung auf Kosten Österreich-Ungarns in Aussicht gestellt wurden. Bulgarien hat bis jetzt diesen Lockungen widerstanden.

Als die Dardanellenaktion der Ententemächte einsetzte[773], entstand in Griechenland eine starke Bewegung für die Beteiligung an diesem Unternehmen. Die Erinnerung an Byzanz als Sitz des griechischen Kaisertums ließ im griechischen Volke Hoffnungen und Wünsche entstehen, die von unseren Gegnern genährt wurden, um die griechische Regierung zu veranlassen, die Dardanellenaktion unserer Gegner mit einem Landungskorps zu unterstützen. Venizelos erwies sich als Träger und Führer dieser Bewegung. Dem gesunden politischen Sinn und dem starken Willen Seiner Majestät des Königs ist es zu verdanken, daß er unbekümmert um die Gefährdung seiner Popularität im Lande Griechenland verhindert hat, sich auf ein Abenteuer einzulassen, das ihm schwerlich irgend welchen Gewinn gebracht hätte, das es aber der Gefahr eines bulgarischen Angriffes und damit der Eventualität ausgesetzt hätte, eines Teils der im Balkankrieg gemachten Erwerbungen verlustig zu gehen, denn die Aspirationen Bulgariens gehen nicht nur auf Gebiete, die sich zur Zeit im serbischen Besitz befinden. Sie richten sich insbesondere auch auf den Wiedergewinn von Cavalla. Inzwischen dürfte auch in breiteren Schichten des griechischen Volkes die Erkenntnis Platz gegriffen haben, daß die siegreichen Ententemächte zwar vielleicht bereit sein würden, Griechenland eher eine Belastung als einen Gewinn darstellende Konzessionen in der kleinasiatischen Türkei zu machen, daß sie aber für eine Verwirklichung der griechischen Träume bezüglich Konstantinopels niemals zu haben sein würden.

Es erübrigt sich noch, kurz diejenigen neutralen Staaten zu streifen, deren Eingreifen in den Krieg als nicht in Betracht kommend angesehen werden darf. Als das einzige Land, in dem wir aufrichtige Sympathien genießen, hat sich Spanien erwiesen, dessen Herrscher[774] ganz, dessen Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit auf unserer Seite steht. In dem benachbarten Portugal hat die völlige Zerfahrenheit der inneren Verhältnisse zu einem Abflauen der Kriegsbegeisterung geführt, die dort einmal längere Zeit bestand. Auch

[773] Am 25. April 1915 landeten zunächst fünf alliierte Infanteriedivisionen auf der Halbinsel Gallipoli, um die türkischen Batterien, die einen Durchbruchsversuch der Flotten in den Meerengen bisher verhindert hatten, auszuschalten. Obwohl ein Brückenkopf errichtet werden konnte und die Landungstruppen auf 200.000 Mann (aus Neuseeland und Australien) verstärkt werden konnten, zogen die alliierten Truppen am 19. Dezember d. J. von der Halbinsel wieder ab.

[774] Alfons XIII. (1866–1941), König von Spanien 1902–1931.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scheinen die militärischen Operationen an der Grenze unserer südwestafrikanischen Schutzgebiete zum Stillstand gekommen zu sein. Durch welche Vorgänge die Zusammenstöße zwischen den Deutschen und den militärischen Besatzungstruppen der beiden Kolonien herbeigeführt worden sind, ist einstweilen noch in ein gewisses Dunkel gehüllt. Es läßt sich bereits heute übersehen, daß schwere Verschuldungen auf portugiesischer Seite vorliegen, die uns im Verein mit gewissen gegen die Regeln der Neutralität verstoßenden Handlungen der portugiesischen Zentralregierung sowie der allgemeinen Haltung des Landes eine genügende Handhabe bieten werden, um nach erfolgreicher Beendigung des Krieges von der portugiesischen Regierung Rechtfertigung und Genugtuung zu verlangen[775]. Die Dinge im gegenwärtigen Moment auf die Spitze zu treiben ist neben naheliegenden politischen Erwägungen allgemeiner Natur schon aus dem Grunde nicht zweckmäßig erschienen, um die zahlreichen Handelsschiffe, die beim Kriegsausbruch in den portugiesischen Häfen Zuflucht gesucht haben, nicht der Beschlagnahme durch unsere Gegner auszusetzen.

Was die germanischen Staaten im Norden betrifft, so macht sich dort der von England ausgeübte Druck sehr fühlbar. Er ist am wirksamsten in Norwegen, dessen Herrscher[776] mit seinen Sympathien überdies ganz auf englischer Seite steht. Im Gegensatz hierzu wahrt Schweden eine Haltung, die als eine weitgehende, wohlwollende Neutralität gekennzeichnet werden kann. Dasselbe gilt bezüglich Dänemarks, dessen König und auswärtiger Minister[777] im Gegensatz zu der Stimmung, wie sie zweifellos in weiten Kreisen dieses Landes vorherrscht, uns schon manche praktische Beweise aufrichtiger Freundschaft gegeben haben.

In den Niederlanden hatte das Mißvergnügen über das rücksichtslose Vorgehen Englands gegen den neutralen Handel zur See einen Umschwung in der allgemeinen Stimmung zu unseren Gunsten hervorgerufen. Das Vorgehen unserer Unterseeboote gegen einige holländische Schiffe hat neuerdings wieder verstimmt. Es darf aber angenommen werden, daß in einiger Zeit wieder ein Umschwung der Stimmung zu unseren Gunsten eintreten und daß sich in Holland wie in den anderen seefahrenden neutralen Staaten immer mehr die Erkenntnis Bahn brechen wird, daß die Gewalt- und Willkürherrschaft Englands zur See als ein unerträglicher Druck auf der ganzen Welt lastet, den zu beseitigen ein solidarisches Interesse aller dieser Staaten ist.

Selbst in den Vereinigten Staaten, die die Gemeinsamkeit der Sprache sowie zahlreiche persönliche, wirtschaftliche und kulturelle Bande in ihren Sympathien zu Beginn des Krieges ganz an die Seite unserer Gegner ge-

[775] Im Norden der deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika hatten portugiesische Truppen den deutschen Bezirkshauptmann von Outjo und seinen Begleiter am 19. Oktober 1914 am Fort Naulila erschossen. Es kam zu Vergeltungsaktionen an der portugiesischen Militärstation im Dezember d. J. – Portugal blieb noch bis zum März 1916 neutral.

[776] Haakon VII. (1872–1957), König von Norwegen 1905–1957.

[777] Christian X. (1870–1947), König von Dänemark 1912–1947. – Erik J. C. Scavenius (1877–1962), dänischer Außenminister 1913–1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

führt hatten, hat die Behinderung der amerikanischen Schiffahrt durch die englische Flotte zu ernsten Verstimmungen geführt. Es ist allerdings zu befürchten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten es bei platonischen Protesten gegen das englische Vorgehen bewenden lassen und daß sie sich vor allem nicht dazu entschließen wird, der Begünstigung unserer Gegner, deren sich Amerika durch seine Waffenlieferungen an dieselben schuldig macht, ein Ende zu bereiten. Auch das Vorgehen Japans in China wird die Vereinigten Staaten nicht dazu bewegen, aus ihrer Reserve herauszutreten. Der Mangel an zielbewußten, weitblickenden und energischen Persönlichkeiten an den maßgebenden amerikanischen Regierungsstellen kommt auch in diesem Verzicht auf die traditionelle Politik zum Ausdruck, die die Erhaltung der chinesischen Integrität sowie Offenhaltung des chinesischen Marktes für die amerikanische Ausfuhr zum Grundsatz hatte.

Die kriegerischen Ereignisse in Europa und die damit verknüpfte Überführung aller irgendwie verfügbaren militärischen Streitkräfte auf den Kriegsschauplatz sind nicht ohne Rückwirkung auf gewisse Kolonien oder in einem Abhängigkeitsverhältnis zu unseren Gegnern stehende Staaten geblieben. Wenn auch die englische Zensur genauere Nachrichten nicht durchläßt, so deutet doch manches darauf hin, daß sich Indien in einem Zustand ernster Gärung befindet und daß es nicht nur in Singapore[778] zu Zwischenfällen gekommen ist. Auch die Haltung Afghanistans dürfte England Anlaß zur Beunruhigung geben, und in Persien gewinnt die Ansicht derjenigen immer mehr Anhänger, die den Augenblick für gekommen erachten, das englisch-russische Joch[779] abzuschütteln. Auch in dem unter französischem Protektorat stehenden Teil von Marokko ist die Unruhe in der Zunahme begriffen. Es bedarf kaum der Hervorhebung, daß wir allen diesen Erscheinungen ein reges und fürsorgliches Interesse widmen, da sie dazu beitragen können, die Kampfesfreudigkeit unserer Gegner herabzusetzen. Immerhin handelt es sich nur um Nebenerscheinungen, während für den schließlichen Ausgang dieses Krieges und die Bedingungen, unter denen der Friede einmal zustande kommen wird, die militärische Lage auf dem Hauptkriegsschauplatz entscheidend sein wird. Sollte es gelingen, das Eingreifen Italiens an der Seite der Ententemächte zu verhindern und die Widerstandskraft unseres österreichischen Bundesgenossen so weit zu erhalten, daß wir von dieser Seite keine Überraschungen zu befürchten haben, so dürfen wir uns der Zuversicht hingeben, daß unsere durch nichts mehr zu erschütternden militärischen Erfolge im Westen und Osten die Grundlage für einen Frieden bieten werden, der den ungeheuren Opfern entspricht, die das deutsche Volk gebracht hat und der uns für lange Jahre vor Bedrohungen sichert, wie sie die politische Konstellation der ganzen letzten Jahre für uns enthielt. Es ergibt sich hieraus für uns das Gebot ruhigen

[778] Dort hatte am 15. Februar 1915 ein indisches Regiment gemeutert, wobei etliche englische Offiziere und Mannschaften getötet wurden.

[779] Im englisch-russischen Vertrag von 1907 hatten die beiden Parteien Persien in Interessensphären eingeteilt: Die südliche wurde als englische bestimmt, die mittlere als gemeinsame und die nördliche als russische.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Durchhaltens im festen Vertrauen auf die dem deutschen Volke innewohnende Kraft und die Unversehrtheit unserer militärischen Machtmittel.

270. Bethmann Hollweg an Ballin

PA Berlin, R 1868, f. 22–23. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 5. April 1915

Sehr geehrter Herr Ballin.

Haben Sie vielen Dank für die wiederholten interessanten Berichte Ihres Wiener Vertrauensmannes[780] über die dortige Lage und speziell die rumänische Frage. Wenn ich bisher Bedenken getragen habe, in letzterer eine Einwirkung auf Wien zu versuchen, so sind die Gründe 3erlei: 1. Der Glaube an die Nützlichkeit, 2. die Befürchtung einer Vermehrung – und zwar nutzlos verursachten Vermehrung – der Verstimmung, 3. die Erwägung, daß es voraussichtlich in der italienischen Frage noch manchen diesseitigen Drucks bedürfen wird, und wir daher unseren Einfluß hierauf concentrieren müssen. Denn schließlich wird auch Rumäniens Haltung von der Italiens abhängen, jedenfalls wird es o h n e Italien kaum gegen Österreich vorgehen.

Eine Befriedigung der rumänischen Wünsche[781] hängt ganz wesentlich vom Grafen Tisza ab, und von der resoluten Unnachgiebigkeit dieses „ungarischen Stiers“ habe ich mich bereits persönlich überzeugen können. Einen Beweis dafür liefert ja auch der Umstand, daß es den von Ihrem Gewährsmann genannten Politikern nicht einmal gelungen ist, bis zum Baron Burian vorzudringen. Graf Tisza würde sich zu einem Nachgeben meiner Ansicht nach höchstens in der Stunde äußerster Gefahr, d. h. zu spät, entschließen, und dann würde Rumänien voraussichtlich Forderungen erheben, welche für Österreich-Ungarn tatsächlich unerfüllbar sind, jetzt aber würde Tisza auch bei höchstem Druck nur Concessionen bewilligen, die Rumänien nicht befriedigen. Man würde also einerseits Rumänien auf den Weg der Chantage führen und andrerseits von Tisza doch nur Ungenügendes erreichen.

Gelingt aber die Verständigung mit Italien – die, s t r e n g v e r t r a u l i c h bemerkt, momentan weniger durch Mangel an gutem Willen Österreichs als durch das zweideutige Verhalten und den wachsenden Appetit Roms gefährdet ist –, so wird auch Rumänien kaum mehr zu fürchten sein.

Sollten Sie noch weitere Berichte aus Wien erhalten oder sollten Ihre Wege Sie selbst wieder dorthin führen, so würde ich Ihnen für alle diesbezüglichen Mitteilungen auch weiterhin sehr dankbar sein.

Schlußphrase.

[780] Ermittelt wurde der Vertrauensmann Weichs, Vertreter des Hapag-Lloyd in Wien (keine weiteren Daten gefunden). Bei Huldermann, Ballin S. 333–334, bleibt er ungenannt.

[781] Sie zielten in erster Linie auf Siebenbürgen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

271. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollwegs), S. 81. Schreiben. Konzept. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 6. April 1915

Conrad habe im Hinblick auf verschärfte Haltung Italiens Ersuchen um weitere Unterstützung durch deutsche Truppen erneuert, was er aber abgelehnt habe. Da unsere Umformationen noch nicht beendet seien und soeben sehr starke französische Angriffe aus der Front Verdun – <Noroy> eingesetzt hätten.

Stellt B.H. angesichts der Zeichen zunehmender österreichischer Nervosität anheim, ob sich nicht der energische Versuch empfehle, Deutschland doch noch als Mittler bei den Verhandlungen zwischen Rom und Wien zu beteiligen. Ich sollte meinen, daß Italien immer noch zu haben sein müßte, wenn ihm deutscherseits Welschtirol und das Isonzogebiet, Albanien und Tunis sowie neben einer reichlichen Anleihe völlige Gleichberechtigung im zu erneuernden Dreibund rückhaltlos verbürgte [= verbürgt würde].

272. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22375. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 233. Berlin, 7. April 1915, 12 Uhr 5 Min.Vm.
Ankunft: 7. April 1915, 4 Uhr 30 Min.Nm.

Antwort auf Tel. 259.

Italien hat direkt mit Wien verhandeln wollen und uns als Vermitter abgelehnt. Eine Änderung dieser Haltung Italiens würden wir auch jetzt nicht erreichen, da Rom offenbar hinzuziehen sucht. Wir kontrollieren aber genau die Verhandlungen und können auf diese Weise indirekt vermitteln. Zunächst handelt es sich darum, Italien zur Formulierung seiner Forderungen zu bewegen. Sowohl Fürst Bülow ist diesbezüglich instruiert als auch hier mit Bollati in dem Sinne gesprochen.

Daß Italien bis zur Brennergrenze gehen will, glaube ich nicht, es würde dies höchstens fordern, um zu handeln [= verhandeln?].

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

273. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 105–111. MF 978. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 132–133 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 10. April 1915

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

1. Der Herr Ministerpräsident begrüßte den durch Allerhöchsten Erlaß vom 1. März d. J. zum Staatsminister ernannten Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Helfferich als Mitglied des Staatsministeriums und hieß ihn willkommen. Hierauf leistete Herr Staatsminister Dr. Helfferich den durch Artikel 108 der Verfassung vorgeschriebenen Eid, worüber ein besonderes Protokoll aufgenommen wurde[782].

2. Der Herr Ministerpräsident gab einen eingehenden Überblick über die gegenwärtige politische und militärische Lage. Bei dem streng vertraulichen Charakter dieser Mitteilungen ist von einer Aufzeichnung der Einzelheiten abgesehen worden.

3. Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß der König von Bayern[783] bereits im August v.J. ihm gegenüber die Frage einer Aufteilung der Reichslande angeregt und dabei habe durchblicken lassen, daß Bayern an einer solchen Aufteilung stark beteiligt werden müsse. Auch der Statthalter von Elsaß-Lothringen[784] habe entschieden den Standpunkt der Aufteilung vertreten und diesen in einer ausführlichen Denkschrift näher begründet. Nach Auffassung des Statthalters sei die bisherige Politik falsch gewesen und habe viele unerfreuliche Erscheinungen getätigt. Jetzt sei die letzte Gelegenheit, Wandel zu schaffen. Zu den unerfreulichen Erscheinungen gehörten die Fälle Wetterlé, Weill, Blumenthal, zahlreiche Landes- und Kriegsverratsprozesse, das Überlaufen ganzer Kompagnien, die Haltung der Geistlichen, Spionage, freundliche Begrüßung der Franzosen im Oberelsaß[785] usw. Auch hätten die französisierenden Tendenzen der Bourgeoisie zugenommen. Schon vor dem Kriege seien derartige unerfreuliche Erscheinungen zutage getreten, jetzt aber in dem Maße, daß es klar geworden sei, daß nur durch Anschluß an andere Staaten eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen sei. Der Statthalter habe auch in München, Stuttgart und Karlsruhe über diese Frage gesprochen. Der König von Bayern habe mit einer größeren Reihe von Parlamentariern die Frage erörtert

[782] Es liegt dem Protokoll nicht bei.

[783] Ludwig III. – Vgl. dazu die Aufzeichnung Hertlings vom 28. August 1914 in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 337–338; ferner oben Nr. 207 und Janßen, Macht und Verblendung S. 46–57.

[784] Hans von Dallwitz.

[785] Das französische Truppen seit Kriegsbeginn besetzt hielten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und dabei angedeutet, daß er für Bayern eine Gebietserweiterung erwarte. Ihm – dem Ministerpräsidenten – scheine hierbei eine gewisse Rücksicht auf die Stärkung der Wittelsbacher Hausmacht mitzuspielen, die er nicht mehr für zeitgemäß erachten könne. Auch Graf Hertling habe reichlich viel über die elsaß-lothringische Frage gesprochen und dadurch eine gewisse Unruhe hervorgerufen. In Elsaß-Lothringen hätten verschiedene Parlamentarier mit dem Statthalter und dem Staatssekretär Grafen Roedern Unterredungen gehabt. Dabei habe der Landtagspräsident Ricklin[786] geäußert, wenn ihre jetzige Verfassung aufgehoben würde, so wolle das Land nicht geteilt werden, sondern dann lieber ganz an Preußen fallen. Der Graf Hertling behaupte allerdings, die Stimmung gehe dahin, daß das Elsaß ganz an Bayern zu fallen wünsche. Der Statthalter denke sich eine Teilung der Reichslande in der Weise, daß die beiden an die Pfalz angrenzenden Kreise[787], eventuell noch ein benachbarter Kohlendistrikt an Bayern, Mülhausen und einige Kreise an Baden und der Rest an Preußen fallen solle. Die Sachlage sei jetzt eine ähnliche wie 1870. Damals habe der Großherzog von Baden[788] nicht gewünscht, Elsaß-Lothringen zu erwerben. Bismarck hätte daher vor der Frage gestanden, die Gebiete entweder Preußen zuzuschlagen oder zu Reichslanden zu machen, er habe sich dann für letzteres entschieden.

Er müsse anerkennen, daß sich die Gesamtlage durch den Krieg wesentlich verschoben habe und daß jetzt ernstlich geprüft werden müsse, auf welchem Wege gründlicher Wandel geschafft [!] werden könne. Er halte auch seinerseits die Aufteilung jetzt an sich für wünschenswert. Abgesehen von den erwähnten unerfreulichen Erscheinungen stehe der Beibehaltung des jetzigen Zustandes der Umstand entgegen, daß das Land nicht wohlhabend genug sei, um sich wirtschaftlich zu entwickeln und ein brauchbares Beamtentum zu schaffen. Germaninisierung und wirtschaftliche Entwicklung seien aber die Vorteile, die durch die Aufteilung erreicht werden sollten! Wenn Preußen das Mandat für die Arbeiten übernehme, so erwüchsen ihm hieraus große Aufgaben wirtschaftlicher und finanzieller Natur. Kürzlich habe er mit den leitenden Ministern aus Bayern, Württemberg, Sachsen und Baden die Angelegenheit besprochen. Baden wünsche nicht Mülhausen und Umgegend zu erhalten, da dies der schlechteste Teil des Elsaß sei. Baden sei jetzt ein in sich abgeschlossener Staatsverband mit staatlichem Bewußtsein und fürchte, daß darin durch die Aufnahme jener überwiegend klerikalen und sozialdemokratischen Landesteile ein starker Riß eintreten werde, den zu überwinden Baden nicht stark genug sei. Der Badische Ministerpräsident Freiherr von Dusch sei überhaupt nicht für eine Aufteilung. Es genüge nach seiner Ansicht die Wiedereinführung des Diktaturparagraphen oder die Errichtung eines besonderen Bundesstaates mit preußischer Sekundigenitur.

[786] Eugen Ricklin (1862–1935), MdR (Elsaß-Lothringisches Zentrum) 1903–1918; Mitglied der Zweiten Kammer von Elsaß-Lothringen 1911–1918, deren Präsident 1911–1912.

[787] Kreis Saargemünd und Kreis Weißenburg. – Mit den im folgenden genannten Kohlendistrikt sind vermutlich Gruben westlich Saargemünd gemeint (Richtung Saarbrücken).

[788] Friedrich I. (1826–1907), Großherzog von Baden 1856–1907.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Keine Bedenken habe er, wenn das Land ganz an Preußen falle, dagegen bedinge die Zulegung eines großen Teiles an Bayern eine Machtverschiebung, welche Baden nicht gutheißen könne. Der Württembergische Ministerpräsident von Weizsäcker sei einer Teilung gleichfalls grundsätzlich abgeneigt. Er glaube, daß, wenn Frankreich jetzt besiegt werde, sich die Verhältnisse besser entwickeln würden. Natürlich müsse die Regierungsgewalt gestärkt werden, etwa durch die Wiedereinführung des Diktaturparagraphen. Dazu werde der Reichstag dann sicher auch bereit sein, während er wohl kaum den einzelnen Bundesstaaten derartige außerordentliche Machterweiterungen zugestehen würde. Falls es zur Aufteilung kommen sollte, würde auch ihm die Zuteilung großer Gebiete an Bayern unerwünscht sein. Bei diesen Unterredungen sei zutage getreten, daß eine gewisse gespannte Stimmung gegen Bayern und den Grafen Hertling, anscheinend sogar auch gegen den König, in süddeutschen Kreisen bestehe. Auch der Sächsische Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Graf Vitzthum habe gegen eine Aufteilung Bedenken geäußert. Wolle man den idealen Besitz des Reichs aufgeben, so scheine es ihm richtiger, das ganze Reichsland an Preußen zu geben. Dadurch werde keine Machtverschiebung eintreten, denn jetzt schon habe Preußen unbestritten die Hegemonie, und unter ihr fühlten sich die Bundesstaaten ganz wohl. Dagegen müsse er entschiedenen Widerspruch gegen einen Landzuwachs Bayerns erheben, ein solcher wäre ohne gleichwertige Kompensationen für Sachsen nicht erträglich. Der Graf Hertling habe sich sehr verstimmt gezeigt und geäußert, Bayern würde gegen eine Überweisung der ganzen Reichslande an Preußen Widerspruch erheben.

Die Gestaltung des Friedensschlusses werde bei der Aufteilungsfrage eine große Rolle spielen. Wenn Teile von Belgien und Frankreich – etwa die Gegenden von Lüttich und Briey – abgetreten würden, so würden sie an Preußen fallen müssen, ebenso etwaige aus strategischen Gründen von Rußland abzutretende Gebietsteile. Der Anteil der gesamten Ländergewinne an Preußen würde aber die Frage der Aufteilung der Reichslande noch erschweren, um so mehr als der Westkamm der Vogesen aus strategischen Gründen auch zweckmäßigerweise Preußen zufallen müsse.

Die Entscheidung der Frage sei daher nicht leicht, Rücksicht auf die Stimmung in den Bundesstaaten sei geboten. Gegenwärtig müsse die Sache deshalb ruhen bleiben und würde wohl erst nach dem Kriege durchgeführt werden können.

[*Äußerungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte die Erörterung wieder auf die elsaß-lothringische Frage zurück und stellte fest, daß, so dringend die Aufteilung von einigen Herren auch gewünscht werde, doch Einverständnis darüber herrsche, daß wegen der Sensibilität der Bundesstaaten bei der weiteren Behandlung der Angelegenheit Vorsicht geboten sei.

[*4. Versorgungslage.*]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

274. Bethmann Hollweg an Hindenburg

PA Berlin, R 20182, f. 25–26. Schreiben. Revidiertes maschnenschriftliches Konzept.

[Ohne Nr.] Berlin, 11. April 1915

Sofort

Sehr verehrter Herr Feldmarschall,

Ew. Exzellenz verfehle ich nicht, meinen verbindlichsten Dank auszusprechen für die freundliche Übersendung des Ihnen zugegangenen Schreibens mit seinen Betrachtungen über die allgemeine politische und militärische Lage[789]. Mit manchen Ausführungen des offenbar gut unterrichteten, aber anscheinend mit einem starken Hang zur Kritik belasteten Verfassers kann ich mich nur einverstanden erklären. Weniger glücklich scheint er mir da zu sein, wo er mit positiven Vorschlägen hervortritt. Was die Lösung der belgischen Frage betrifft, so wird dieselbe so wesentlich von unserer militärischen Gesamtsituation bei der Schlußliquidation abhängen, daß ich mich enthalten möchte, eine Ansicht darüber zu äußern. Ich nehme aber an, daß selbst England sich schließlich mit dem Übergang von Lüttich in deutschen Besitz abfinden würde, wie Euere Exzellenz dies als militärisch notwendig bezeichnen.

Die Haltung Italiens ist nach wie vor unsicher und bereitet mir die größte Sorge. Ich bin auf das ernstlichste bemüht, eine Verständigung zwischen Rom und Wien herbeizuführen. Es hat aber den Anschein, daß man italienischerseits gewillt ist, seine Forderungen so hoch zu stellen, daß es fraglich ist, ob die österreichisch-ungarische Regierung darauf wird eingehen können. Seitens des Wiener Kabinetts wird schon seit längerer Zeit das weitgehendste Entgegenkommen erwiesen, sodaß ich in dieser Hinsicht zu Klagen keinen Anlaß habe. Ein frühzeitiges Einlenken würde allerdings besser gewesen sein und viele jetzt entstehenden Schwierigkeiten vermieden haben. Rumänien ist offenbar gewillt, neutral zu bleiben. Sollte es zu einem Konflikt zwischen Österreich und Italien kommen, so würden wir allerdings mit Sicherheit nicht darauf zählen können, daß es an dieser Haltung auch weiter festhält. Die Kriegslage im Osten dürfte dann in dieser Hinsicht von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Schlußformel
m.pr.

[789] Vgl. oben Nr. 264.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

275. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 28. [Großes Hauptquartier], 12. April 1915

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 84.

Laut Rücksprache mit General von Falkenhayn Zustand österreichischer Armee in Karpathen so ernst, daß ich heutiges Telegramm Herrn von Treutlers an Ew.pp. dringend unterstreichen muß. Um die notwendigen militärischen Entschlüsse fassen zu können, müssen wir unter größter Beschleunigung Sicherheit dafür erhalten, daß Wien sich schließlich um jeden Preis mit Rom verständigen wird oder daß es Verhandlungen in unsere Hände legt. Sprache, mit der General von Conrad weitere militärische Hilfe in Karpathen fordert, beginnt drohend zu werden. Italienischer Militärattaché[790] ist nach Empfang langen Telegramms von Herrn Bollati heute früh von hier unter Mitnahme seiner Sachen abgereist.

Conrad hat jetzt unter Widerruf seiner Erklärung von Ostersonntag erklärt, er werde im Falle italienischen Einmarsches sieben Divisionen aus Front gegen Rußland herausziehen und gegen Italien marschiren lassen und verlangt entsprechenden Ersatz von uns, den wir in dieser Form nicht leisten können. Auch dieser Entschlußwechsel beweist, daß man in Österreich völlig aus dem Gleichgewicht ist und daß wir Sache in die Hand bekommen müssen, wenn nicht Katastrophe eintreten soll.

Empfehle dringend, sofort Zimmermann oder sonst geeigneten Herrn nach Wien schicken, um oben bezeichnete Auskunft einzuholen und von Wien aus hierher zu drahten. Sollte Wien ablehnende Antwort so erteilen, wie in Telegramm Nr. 84 skizzirt, so voraussehe ich Krieg. Bitte diese Ablehnung mit allen Mitteln verhindern, eventuell wenigstens ihrer verderblichen Wirkung durch entsprechende Instruktion Rom entgegenzuarbeiten.

Militärische Situation im Westen und in Polen durchaus gut.

[790] Luigi Bongiovanni (1866–1941), Oberstleutnant; Militärattaché in Berlin ca. 1914–23. Mai 1915.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

276. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 29. Großes Hauptquartier, 12. April 1915

Auf Tel. Nr. 85[791].

Erachte bei großem Ernst der Situation Ihre Rücksprache mit Sonnino für absolut erforderlich.

277. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiger Konzept.

Nr. 30. [Großes Hauptquartier], 12. April 1915

Im Anschluß an Tel. Nr. 28[792].

Allgemeine militärische Situation nach Überzeugung General von Falkenhayns, nach Aussagen zahlreicher französischer Überläufer, nach neuesten Agentennachrichten über abflauende Stimmung in Frankreich so günstig, daß trotz Zustands österreichischer Armee auf einen für uns sehr glücklichen Kriegsausgang gerechnet werden kann, wofern nur völliger Zusammenbruch Österreichs vor Rußland infolge kriegerischen Eingreifens Italiens vermieden werden kann. Für diesen Fall sehr weitgehende Konzessionen Österreichs auch für dieses ungefährlich. Albaniens Zukunft so ungewiß, daß momentanes desinteressement Österreichs auf die Dauer nicht präjudizirend. Freistaat Triest in Rücksicht auf widerstreitende italienische und slawische Interessen eine auf die Dauer unmögliche Schöpfung und durch Pola paralysirt[793]. Isonzogrenze ungefährlich, falls Österreich überhaupt Lebensfähigkeit behält. Falls Wien in diesen Punkten nachgiebt, wird es erträgliche Grenze im Trento bis San Michele durchsetzen und damit an delikatester Stelle Prestige wahren, auch sofortige mise en effet[794] verhindern oder aber abmildern können.

[791] Jagow hatte telegraphiert, er habe den italienischen Botschafter in Berlin gebeten, Außenminister Sonnino ein Treffen mit ihm, Bethmann Hollweg, oder mit ihm selbst, Zimmermann, vorzuschlagen (PA Berlin, R 22375).

[792] Oben Nr. 275.

[793] Gemeint ist, daß Österreich seinen Hauptkriegshafen Pola nicht hergeben und daher die Bildung eines Freistaats Triest (an dessen Südspitze Pola liegt) illusorisch sein würde.

[794] In den einschlägigen Quellen bedeutet der Begriff: Umsetzung aller italienischen Forderungen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

278. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept. Eigenhändig bis „zu veranlassen", danach von Schreiberhand.

Nr. 31. [Großes Hauptquartier], 13. April 1915

Da Conrad 7 Divisionen aus russischer Front herausziehen will, ist Überflutung Ungarns durch Russen und Siebenbürgens durch Rumänen im Falle kriegerischen Eingreifens Italiens kaum abzuwenden, zum mindesten würde Versumpfung des Krieges eintreten, die weder Österreich noch wir aushalten können. Mit diesem Argument müßte doch auch Tisza eventuell durch Fürstenberg[795] bearbeitet werden können.

Da für Burians Bejahung der question préalable Stellung der Parteiführer ausschlaggebend gewesen, bitte ich auf letztern energisch durch Tschirschky und Zimmermann einzuwirken.

Zimmermann soll Alles daran setzen, Wien zum Nachgeben zu veranlassen, um die sonst drohende Gefahr der Italienischen und Rumänischen Kriegserklärung abzuwenden. Nur wenn er auf unüberwindlichen Widerstand <treffen> sollte – ein [*ein Wort unlesbar, gemeint: Druck*] müßte natürlich schon mit Rücksicht auf Eventualität Separatfriedens mit Rußland[796] vermieden werden –, soll er wenigstens zu erreichen suchen, daß Verhandlungen bis in den Mai hinausgezögert werden, da nach sicherer Annahme General von Falkenhayns Aussicht besteht, daß bis dahin nicht nur französische Offensivkraft zusammengebrochen sein wird, sondern auch der erwartete englische Durchbruchsversuch gescheitert sein wird, was auf endgültige italienische Entschlüsse nicht ohne Einfluß bleiben dürfte.

279. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift mit Korrekturen von unbekannter Hand.

Nr. 33. Großes Hauptquartier, 13. April 1915

Da Zimmermann in Wien voraussichtlich Klagen begegnen wird, daß dort neuerlich von uns Opfer zugemutet werden, deren Erfolg nicht nur Österreich, sondern auch uns zufallen würde, so ist mir der Gedanke gekommen, ob wir denn, um eine Einigung im letzten Augenblick möglich zu machen, Italien ein Anerbieten von großer wirtschaftlicher Bedeutung machen könnten, indem wir uns im Falle günstigen Kriegsausgangs dazu verpflichten, einen Teil des

[795] Egon Frhr. von Fürstenberg-Stammheim (1869–1925), Generalkonsul in Budapest 1912–1920, Gesandter dort 1920–1923.

[796] Die Frage eines Separatfriedens mit Rußland ist anhand der deutschen und russischen Quellen noch nicht abschließend behandelt. Vgl. den Forschungsbericht von: Bonwetsch, Rußland und der Separatfrieden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

belgischen Kohlenbeckens für sie zu expropriieren und ihnen dadurch günstige Tarifstellungen zu ermöglichen, so den Bedarf an Kohlen (ca. 10–12 Millionen Tonnen) aus Gruben, die dem italienischen Staat gehören würden, zu decken.

Ich bitte, im Verein mit den entsprechenden Ressorts in eine so beschleunigte Prüfung dieser Frage einzutreten, daß das <sogleich> bei den schwebenden Verhandlungen zu ver<werthen> ist.

Bezüglich des vom türkischen Botschafter in Rom (cfr. Tel. No. 90. von heute[797]) gezeigten Entgegenkommens stelle ich anheim, in Konstantinopel anzufragen.

280. Bethmann Hollweg an Bülow

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 5. [Großes Hauptquartier] 13. April 1915

Ich setze alles daran, daß Wien die allerdings exorbitanten Forderungen Roms[798] nicht a limine abweist, sondern verhandelt und sich schließlich verständigt. Im Hinblick auf bekannte Ungeschicklichkeit Wiener Kabinets bitte ich Ew. Durchlaucht, mit allen Mitteln dahin zu arbeiten, daß verderbliche Wirkung eventuell in Form unbefriedigender erster Antwort Wiens vermieden wird.

281. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20182, f. 83–84. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 86. Großes Hauptquartier, 14. April 1915, 1 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 14. April 1915, 3 Uhr -- Min. Nm.

Bitte Frhr. von Wangenheim unter Bezugnahme auf die Äußerung des türkischen Botschafters in Rom (cfr. Tel. 90[799] anheimzustellen, vorsichtig zu sondieren, wie weit die Pforte ev. geneigt sein würde, Rom entgegenzukommen, wenn es sich darum handelte, Italien neutral zu erhalten. In erster Stelle dürfte dem türkischen Botschafter der Dodekanes als Opfergabe vorgeschwebt haben in der Erkenntnis, daß die Aussichten der Türkei, wieder in den Besitz dieser Inseln zu gelangen, doch nicht bedeutend sind. Vielleicht aber ließen sich

[797] In den einschlägigen Akten nicht nachzweisen: PA Berlin, R 7764, R 7946 und R 8118. – Zum Inhalt vgl. die folgende Nr.

[798] Die unterschiedlich vorgebrachten italienischen Forderungen gegenüber Österreich-Ungarn waren: die Brennergrenze, das österreichische Friaul, Triest/Istrien, Fiume, Teile des Isonzogebietes; Zustimmung zum Erwerb von Valona (an der albanischen Küste) und des Dodekanes (in der östlichen Ägäis). Vgl. Rauchensteiner, Der Erste Weltkrieg S. 377–383.

[799] Oben Anm. 797.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

noch andere Verlockungen für Italien im Anschluß an die am Golf von Adalia ihm gemachten Konzessionen herausdrücken!

Im Zusammenhang mit dieser beabsichtigten Sondierung bitte ich die von Enver[800] erbetene Remedur gewisser nicht nur unüberlegter, sondern auch sachlich ungerechtfertigter Äußerungen über die Türkei als unseren Bundesgenossen mit tunlichster Schnelle und in einer den Türken schmeichelhaften Form eintreten zu lassen. U. a. rate ich, einen ad hoc zu verfassenden Feldpostbrief eines deutschen Offiziers vom türkischen Kriegsschauplatz zu veröffentlichen.

282. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Konzept in Maschinenschrift. Zahlreiche eigenhändige Korrekturen. Die zwei letzen Absätze eigenhändig.

Nr. 39. Großes Hauptquartier, 16. April 1915
Abgegangen: 16. April 1915, 7 Uhr 30 pm.

Nach Mitteilung Generals von Falkenhayn hat General von Conrad von Berlin nach Wien gedrahtet, daß „nach Maßgabe der im übrigen z. Zt. nicht ungünstigen militärischen Lage unter allen Umständen ein Eingeifen Italiens in diesen Krieg verhütet werden müsse, keinesfalls aber dürfe Italien vor 4 Wochen losschlagen. Um dies zu erreichen, sei jedes Opfer gerechtfertigt, umsomehr als er diese Opfer, bei der dadurch erreichten Gewinnchance eines guten Kriegsausgangs, als provisorisch gebracht ansehe. Er bitte deshalb dringend, der italienischen Regierung so weit entgegenzukommen, daß die Erfüllung seiner (Conrads) von der Notwendigkeit diktierten Wünsche gewährleistet würde."

Dieses Conradsche Telegramm wird hoffentlich am Ballplatz seinen Eindruck nicht verfehlen. Es wird je länger je mehr unsere Pflicht werden, in gleichem Sinne auf Wien zu drücken. In der Annahme, daß sich für Triest eine Formel finden läßt, würde ich es zwar verstehen, wenn Burian die Abtretung Bozens und die sofortige mise en effet nicht zugesteht. Alles andere sollte grundsätzlich angenommen werden, wenn man sieht, daß man den Handel sonst nicht zum guten Abschluß bringen kann. Weder Albanien noch die Isonzogrenze, noch auch die Abtretung einiger Inseln – ich möchte Lissa[801] ausnehmen – sind vitale Fragen für die Doppelmonarchie, wie das auch implicite in Conrads Depesche liegt, und wiegen jedenfalls nicht schwer genug, um daran Verständigung scheitern zu lassen.

[800] Enver Pascha (1881–1922), Generalleutnant; Kriegsminister 1914–1918; einer der Führer der Jungtürken.

[801] Einmal wegen des emotionalen Wertes (im Krieg von 1866 gewann die österreichische Flotte die Seeschlacht gegen die italienische Flotte), zum anderen wegen ihres militärischen Wertes („Gibraltar der Adria").

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ob sich taktisch die von Burian geplante Zögerungspolitik empfiehlt, ist mir doch sehr zweifelhaft. Er hat sich auch persönlich durch die Zögerungspolitik so schwer belastet und diskreditirt, daß er kaum mehr in der Lage ist, von einem taktischen Mittel Gebrauch zu machen, das in der Hand eines anderen Staatsmannes vielleicht wirkungsvoll wäre, ihm aber nur als Absicht, keine Verständigung zu Stande kommen zu lassen, ausgelegt werden wird. Im Hinblick auf den Starrsinn von Sonnino erscheint sie mir doppelt gefährlich und geeignet, gerade das herbeizuführen, was auch nach Conrads Ansicht absolut vermieden werden muß.

Daß Italien nach jetzt erreichter Verständigung die Erpressung fortsetzen könnte, glaube ich doch kaum. Dagegen befürchte ich, daß die jetzt noch mögliche Verweigerung von Bozen nach der mise en effet in vier Wochen nicht mehr möglich sein wird, wofern nicht bis dahin ein gänzlicher Umschwung auf dem Kriegsschauplatz eintritt. Auf diese Hoffnung aber können wir in dem so gefährlichen Spiel unter keinen Umständen setzen.

Da ich Excellenz Zimmermann und die von ihm dargelegten Absichten Burians per Telefon nur schlecht verstand, erbitte zunächst drahtliche Mitteilung dortiger Ansicht.

283. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Konzept von unbekannter Hand.

Nr. 41. Großes Hauptquartier, 17. April 1915

Auf Telegr. 105.

Nach Bericht von Bornhardt[802] Verhältnisse in alten belgischen Kohlenrevieren ungünstig. Bei Jahresleistung von nur 155–170 tons pro Arbeiter Förderkohlen 12 Mark einschließend Amortisationsquote und Verzinsung.

In Betracht kämen Kohlenrevier „Campine“ Provinz Limburg im belgischen und französischen Privatbesitz. Viel Gas und Fettkohle. Bisher wenig ausgebeutet kann Förderung bis auf 20 Millionen tons jährlich gesteigert werden. Verfrachtung wegen Lage an belgischen Wasserstraßen und Hafen Antwerpen günstig. Wassertransport bis Mannheim möglich. Arbeitskräfte vom Ausland zu beziehen.

Anheimstelle, Frage Verwendbarkeit dort gewonnener Kohle in Italien von kaufmännischen Gesichtspunkten mit Solf [zu] verständigen und [mit] Interessentenkreisen, etwa Stinnes, ohne wirkliche Quellen anzugeben, zu besprechen.

[802] Wilhelm Bornhardt (1864–1946), Geologe, Bergbeamter; Leiter der Bergbehörde bei der Zivilverwaltung des Generalgouvernements Brüssel 1914–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

284. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Konzept von unbekannter Hand mit Korrekturen Bethmann Hollwegs.

Nr. 11. Großes Hauptquartier, 18. April 1915

Indem das Wiener Kabinett die italienischen Wünsche bezüglich Triests, der Isonzogrenze und der Inseln[803] a limine als unannehmbar bezeichnet hat, hat es Baron Sonnino die Handhabe geboten, die Verhandlungen abzubrechen[804] oder mit einem Ultimatum hervorzutreten. Gerade diese Eventualität aber müßte im Hinblick auf die allgemeine militärische Lage vermieden werden. Sie ließ sich m.E. vermeiden, wenn die Erklärungen der österr. Regierung in eine andere Form gekleidet würden. Baron Burian hat uns keine Gelegenheit zur Stellungnahme geboten. Im gegenwärtigen Augenblick bedeutet Zeitgewinn alles. Im völligen Einvernehmen mit General von Falkenhayn hat General von Conrad diesen Gesichtspunkt in Wien geltend gemacht. Die Verantwortung für die verhängnisvollen Folgen einer vorzeitigen Brüsquirung der Situation durch Italien ruht daher auf Baron Burian.

Wie eine militärisch erfolgreiche Durchführung des Krieges nur bei engstem Einvernehmen der leitenden militärischen Stellen denkbar ist, so können die politischen Aktionen der beiderseitigen Diplomatie nur dann zum Ziel führen, wenn sie gemeinsam bis in alle Einzelheiten von den beiderseitigen Führern der auswärtigen Politik festgestellt sind.

Die Auseinandersetzungen Österreich-Ungarns mit Italien sind nicht eine lediglich unseren Verbündeten berührende Angelegenheit, nachdem sie auch uns in einen Krieg mit Italien hineinziehen können. Wir können und müssen infolge dessen erwarten, von dem Wiener Kabinett nicht vor Situationen gestellt zu werden, die von Einfluß auf unsere eigene militärische Lage sind. Soweit Ew.pp. nicht bereits auf Instruktion aus Berlin eine entsprechende Demarche gemacht haben, wollen Sie sich gegen Baron Burian in diesem Sinne aussprechen und von ihm die bestimmte Zusicherung verlangen, in der italienischen Frage der italienischen Regierung nur solche Erklärungen abzugeben, über die vorheriges Einvernehmen mit uns erzielt ist.

Drahtbericht.

[803] Der österreichischen Inseln an der dalmatinischen Küste.

[804] Die italienische Regierung stand wenige Tage vor Abschluß eines Vertrages (in London) mit den drei Ententemächten. Dieser Vertrag vom 26. April 1915 gewährte Italien ungleich größere Konzessionen territorialer Art, als sie Österreich-Ungarn je in der Lage gewesen wäre anzubieten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

285. Bethmann Hollweg an Bülow

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 8. [Großes Hauptquartier, 18. April 1915]

Wortlaut österreichischer Antwort[805] geht mir hierbei zu. Finde ihre Fassung denkbar unglücklich, weil sie nicht erkennen läßt, daß Wien, wie wir bestimmt wissen, zu weiteren Konzessionen bereit ist. Bitte sofort Eindruck feststellen und nötigen Falls in nicht misverständlicher Weise zu verstehen geben, daß Wien nicht sein letztes Wort gesprochen hat, und verhindern, daß Einflüsse ab irato gefaßt werden.

286. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20182, f. 124. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Großes Hauptquartier, 19. April 1915, 2 Uhr 10 Min. Nm.
Ankunft: 19. April 1915, 3 Uhr 50 Min. Nm.

Nr. 51.
Antwort auf Telegramm Nr. 127.

Mit General Conrad ist verabredet, daß Unternehmen gegen Serbien erfolgen soll, sobald Wasserstand der Donau es gestattet und Niederbruch der großen russischen Offensive an Karpathenfront, der in vollem Gange ist, eine abgeschlossene Tatsache sein wird. General Conrad hat bei der österreichischen Regierung die sofortige Stellung des Antrags in Sofia auf Mitwirkung Bulgariens angeregt. Als Zeitpunkt für das Unternehmen kommt hiernach zweite Hälfte des Mai in Betracht. Es ist beabsichtigt, etwa 100.000 deutsche Truppen dafür zu verwenden. Österreich würde wohl, wenn möglich, das Doppelte stellen. Außerdem stehen mindestens zwei gute türkische Korps entweder für Serbien oder zur Sicherung Bulgariens gegen Rumänien und Griechenland verfügbar.

Operationsplan ist, soweit er jetzt aufgestellt werden kann, durch Mitteilung Generals von Falkenhayn an Oberst von Leipzig[806] in Bulgarien bekannt. Stelle weiteres hiernach anheim.

[805] Text der Note Buriáns an Avarna (mit den österreichischen Konzessionen an Italien) in: Documenti Diplomatici Italiani V/3 S. 288–290.

[806] Erich von Leipzig (1860–1915), Oberst; Militärattaché in Konstantinopel 1915 (dort verstorben).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

287. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22375. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 347. Berlin, 21. April 1915, 10 Uhr 19 Min. Nm.
Ankunft: 22. April 1915, 4 Uhr 30 Min. Vm.

Für General von Falkenhayn:

Da Unstimmigkeiten mit Wien über Behandlung der italienischen Frage anhalten, Baron Burian zum Teil auch Mitteilungen Generals von Conrad an Euere Exzellenz nicht Wort haben will[807], erachte ich es für dringend erwünscht, eine gemeinsame Besprechung der beiderseitigen Generalstabschefs, Baron Burians und mir abzuhalten, durch welche Wahrheit über militärische Konsequenzen geschaffen und weiteres Vorgehen vereinbart wird. Ich habe entsprechenden Vorschlag einer Zusammenkunft in Teschen nach Wien gerichtet und wäre Euerer Exzellenz dankbar für Mitteilung, ob und wann Ihnen Reise dorthin möglich wäre.

Sonnino hat kein Ultimatum gestellt, sondern eine Formel leidlich freundlicher Instruktion Herzog von Avarna erteilt, in der allerdings Österreichs Antwort als völlig ungenügend bezeichnet wird. Da jetzt alles von der Antwort Baron Burians abhängen dürfte, möchte ich Euerer Exzellenz Erwägung anheimstellen, ob Sie etwa in folgendem Sinne auch an General Conrad telegraphieren wollen: Die in den meisten Punkten ablehnende Antwort Baron Burians auf die italienischen Forderungen sei in Rom als völlig ungenügend und nicht als geeignet für eine Verständigungsbasis bezeichnet worden. Der energischen Einwirkung unsererseits auf Rom sei es jedoch gelungen, Baron Sonnino zu einer Antwort zu bewegen, welche wenigstens weitere Verhandlungen nicht ausschließe. Bei der Wichtigkeit, die die diplomatische Behandlung dieser Frage für die militärische Lage hat, erachtete auch Euere Exzellenz eine von mir angeregte gemeinsame Besprechung zwischen beiden Generalstabschefs, Baron Burian und mir in Teschen für dringend erwünscht, bevor das Wiener Kabinett eine weitere Antwort an Rom erteilte. Euere Exzellenz bäte daher General Conrad, auch seinerseits für diese Vorschläge einzutreten und voreilige Schritte in Wien zu verhüten[808].

[807] Gemeint: glauben.

[808] Vgl. zum ganzen Documenti Diplomatici Italiani V,3 S. 285–291, 292–293, 312–313; Der Weltkrieg VII S. 363–364.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

288. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 41. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 21. April 1915

Sehr verehrter Freund!

Haben Sie aufrichtigen und herzlichen Dank für Ihren Brief vom 11. d. M., den ich erst heute beantworte, weil ich mit meiner Tochter Ihre Vorschläge für das Grab meines Sohnes mündlich besprechen wollte, bevor ich mich definitiv entschied. Das ist mir erst heute möglich gewesen. Hiernach bitte ich Sie N° 2, 3, 4 und 5 des zurückerfolgenden Kostenanschlags[809] in Auftrag zu geben. Bei N° 5 bitte ich Sie, noch einmal prüfen zu lassen, ob roter Sandstein dauerhaft genug ist, um als Portal für das Gitter zu dienen. Sollte auch dafür besser roter schwedischer Granit genommen werden, so bitte ich dies ohne nochmalige Rückfrage auch bei Erhöhung des Preises anzuordnen. Die Skizze N° 5 zum Gitter gefällt mir bis auf die dreieckigen Hütchen auf den Strebepfeilern, die mir etwas konventionell und nicht stilgerecht erscheinen. Sie wären wegzulassen und durch ein Motiv zu ersetzen, das die Mitte hält zwischen den Motiven blau a und b der Skizze.

Endlich bitte ich Sie, mir Ihren Bankier namhaft zu machen, um diesem zunächst eine Anzahlung von 3.000 M überweisen lassen zu können.

So weit das rein geschäftliche. Menschlich danke ich Ihnen auf das herzlichste für alle Mühewaltung, die Sie so freundlich auf sich nahmen. Die Photographien vom Kirchhof und Grab, die Sie mir senden, waren und sind mir eine herzliche und schmerzliche Freude in der Trauer, die doch täglich wieder frisch aufbricht. Und die Kenntnis davon, daß der Pfarrer[810] meinen Sohn gekannt hat, giebt mir die beruhigende Gewißheit, daß auf dem Grab nicht nur lieblose Augen ruhen werden. Es ist wohl angezeigt, daß ich der Kirche für die Pflege des Grabes jährlich eine bestimmte Summe zahle? Für einen freundlichen Ratschlag in dieser Beziehung wäre ich aufrichtig dankbar.

[a]Militärisch und politisch kann ich Ihnen kaum etwas Neues sagen. Italien ist unerhört unverschämt in seinen Forderungen und die Situation in Folge dessen erneut sehr kritisch und ernst. Ich habe aber die Hoffnungen auf die friedliche Schlichtung noch nicht aufgegeben. Militärisch steht es im Westen durchaus zuversichtlich und gut, in den Karpathen neuerdings befriedigend. Friedensneigungen noch nirgends vorhanden. Wir müssen unendliche und opferwillige Geduld haben. Vorgestern sah ich Mackensen[811]. Sie glauben nicht, wie hoch er Ihre Hülfe geschätzt hat. Hier in Berlin erschöpft man sich in po-

[809] Liegt nicht bei ebensowenig die im folgenden genannte Skizze N° 5.

[810] Siegfried Passow (1860–1931), Pfarrer in Hohenfinow.

[811] August von Mackensen (1849–1945), Generalfeldmarschall; Chef der Heeresgruppe Mackensen 1915–1916; Militärgouverneur von Rumänien 1916–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

litischer Kannengießerei und Intrigen. Ein jammervolles Bild in dieser großen Zeit.[a]

Nochmals all meinen Dank für Ihre freundschaftliche Hülfe. Mit besten Grüßen, auch für Oppen[812], aufrichtigst der Ihre

[a–a] Dieser Abschnitt gedruckt in: Hutten-Czapski, Sechzig Jahre II S. 195.

289. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 84–85. (Eigenhändige) Denkschrift in eigenhändiger Abschrift Thimmes und zum Teil in indirekter Rede.

[o. O.] 25. April 1915

Bei den Darlegungen sei vorausgeschickt, daß Eintritt Italiens in den Krieg unbedingt diejenige Rumäniens, vermutlich auch Bulgariens und Griechenlands, zur Folge haben werde.

Der Eintritt Italiens in die Reihen der Gegner würde für uns gleichbedeutend mit dem Verlust des Krieges und, da das Kriegsziel der Entente ganz offen und zweifelsfrei auf völliges Zerschlagen der Zentralmächte gerichtet ist, gleichbedeutend mit deren Vernichtung im politischen und wirtschaftlichen Sinne sein. Es ist dabei belanglos, ob der Eintritt jetzt sofort oder erst, nachdem die gegenwärtige in der Ausführung begriffene Operation fortgeschritten sein wird, geschieht. Es macht auch keinen wesentlichen Unterschied, ob diese Operation günstige Resultate zeitigt oder nicht. In jedem Falle würde Österreich-Ungarns, Deutschlands und der Türkei Wehrkraft eine Belastung durch die frischen Kräfte Italiens, Rumäniens, Griechenlands und Bulgariens nach der augenblicklichen Gesamtlage nach menschlichem Ermessen nicht mehr zu ertragen im stande sein.

Aus dieser einfachen Überlegung ergibt sich ganz klar, daß in der Tat kein Opfer der Zentralmächte zu groß ist, das geeignet wäre, die eben beschriebene Konstellation abzuwenden. Rücksichten, wie sie in früheren Zeiten in ähnlichen Fällen zur Geltung gebracht wurden, z. B. solche strategischer oder monarchischer oder selbst nationaler Art, dürfen in unserem Kampf ums Dasein keine Rolle spielen. <Doch> wie schmerzlich und selbst bedrohlich das zu bringende Opfer auch sein mag, immer würde es uns die Möglichkeit verschaffen, unsere z. Zt. aussichtsvolle militärische Lage zum endgültigen Siege zu gestalten. Siegen wir aber, so steht es in unserer Macht, jedes Opfer auszugleichen. Siegen wir nicht, so müssen wir nicht nur doch jedes von uns geforderte Opfer bringen, sondern darüber hinaus auch jedes Hoffen auf ein selbständiges Fortleben unserer Monarchien als Großmächte begraben.

[812] Vermutlich Gustav von Oppen (1867–1918), Oberstleutnant; Kommandeur des „Hannoverschen Füsilier-Regiments Nr. 73“ 1914–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hiernach bestimme sich Antwort auf Frage nach dem Umfang der zu bringenden Opfer. Die Frage, wann und wie die Opfer gebracht werden müssen, finde ihre Lösung in der Haltung Italiens. Daß Italien nur bluffe, sei unwahrscheinlich. Er, Falkenhayn, überzeugt, daß Italien nicht durchaus und unter allen Umständen Krieg wolle, sondern durch rücksichtslose und schnelle Opfer sowie durch entsprechendes Verhalten jetzt noch vom Kriege ferngehalten werden könne. Selbst wenn Italien zum Krieg schon entschlossen sein sollte, müsse man versuchen, durch en-bloc-Annahme seiner Forderungen es wenigstens für einige Zeit vom Äußersten zurückzuhalten. Schon ein Gewinn von Tagen könne unbezahlbar sein. Inzwischen könne Kriegslage sich so verändern, z. B. durch Entscheidung in Westgalizien, daß Italien Kriegserklärung nicht mehr wagen würde.

[Thimme dazu]: Diese Denkschrift von F. am 25. 4. an RK übersandt. „Vielleicht eignet sie sich zur Weitergabe an Exc. Burian, damit er dauernd an den Ernst der Lage und seine gestrige Zusage erinnert wird.“ Nach Tel. B.H. an Treutler – Falk. 26. Denkschrift an Tschirschky geschickt, um sie bei Burian zu verwerten.

290. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22375. Telegramm. Enzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 356. Berlin, 25. April 1915, 12 Uhr 50 Min. Vm.
Ankunft: 25. April 1915, 4 Uhr 30 Min. Vm [= Nm].

Besprechung im allgemeinen befriedigend verlaufen. Burian schickt Spezialgesandten nach Rom, der gewisses Entgegenkommen in Frage Albanien, Triest und Isonzo bezeigen wird, während Inseln[813] allerdings unannehmbar bleiben. Burian, von Ernst der Lage durchdrungen, hat entschieden guten Willen.

291. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 52. Großes Hauptquartier, 27. April 1915

Antwort auf Tel. Nr. 150.

Baron Burian meinte, daß in Triest nur Cadistrias[814] für Rechtsstudium. Würde nach meinem Eindruck auf Drängen Italiens auch Universität bewilligen[815]. Daß sich Weg auch für meritorische Erweiterung Autonomie finden lassen würde, habe ich wiederholt betont. Burian widersprach nicht.

[813] An der dalmatinischen Küste.

[814] Unsichere Lesung (nicht ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mir scheint vor Allem schleunigste Entsendung Spezialgesandten nötig. Er müßte in albanischer, triester und Grenzfrage Trentino nicht zu schroff gebundene Marschroute haben. Auch darauf habe ich Burian hingewiesen. Anheimstelle Wien entsprechend instruiren.

292. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 53. Großes Hauptquartier, 27. April 1915

Art, wie sich Baron Burian Herrn von Tschirschky gegenüber über Konferenz ausgesprochen, läßt mich besorgen, daß er entgegen seiner Haltung in Berlin doch wieder zu keinem Entschluß kommen wird. Zeitgewinn wegen serbischer Operationen allerdings wertvoll. Indessen können diese vor dem 12. Mai keinesfalls Resultat zeitigen. Ist bis dahin keine Einigung erzielt, so wird Ultimatum oder wahrscheinlicher noch Eröffnung der Feindseligkeiten unmittelbare Folge sein. Wir können um der Eigenart des österreichischen Ministers willen die Gefahr dieser Katastrophe nicht laufen. Halten Ew.pp. ein Telegramm Seiner Majestät an Kaiser Franz Joseph für angezeigt, in dem unter Bezugnahme auf Konferenz unter Darstellung der momentan sehr günstigen militärischen Situation und unter Hinweis auf die unvermeidliche Katastrophe der sicheren Erwartung Ausdruck gegeben wird, daß Österreich es nicht zu einem Bruch kommen lassen wird? Auf Herrn Helfferichs Rat anheimstelle, Mankiewitz[816] zum Präsidenten der Pester Ungarischen Kommerzienbank Lanczy nach Budapest zu schicken, um durch diese auf Grafen Tisza einwirken zu lassen. Mankiewitz müßte aber präziseste Instruktion erhalten und ausdrücklich gewarnt werden, nicht über die Stränge zu schlagen. Mankiewitz könnte gleichzeitig in Wien durch Sieghardt[817] auf Grafen Stürkgh einwirken.

Endlich anheimstelle, Herrn Ballin nach Wien zu schicken, um mit Paul Schulz[818] zu sprechen.

Situation erscheint mir so kritisch, daß jedes Mittel schleunigst angewendet werden muß.

Helfferich sagte mir, Lanczy habe ihm vor 14 Tagen gesagt, Graf Tisza würde Helfferich bei Gelegenheit gern kennen lernen. Vielleicht könnte Mankiewitz in Budapest eine schleunige Begegnung zwischen Graf Tisza und Helfferich anregen.

---

[815] Zugunsten der mehrheitlich italienischen Bevölkerung Triests.

[816] Paul Mankiewicz (1857–1927), Bankier; Vorstandsmitglied der „Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft“, Berlin, 1898–1923. – Der im folgenden genannte: Leó Lánczy (1852–1921), ungarischer Bankier; seit 1891 Direktor der Ungarischen Kommerzienbank.

[817] Rudolf Sieghart (1866–1934), österreichischer Bankier; Gouverneur der Bodencreditanstalt in Wien 1910–1916, 1919–1929.

[818] Paul Schulz (1860–1919), österreichischer Beamter; Vizepräsident des Obersten Rechnungshofes 1911–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

293. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 8341. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 54. Großes Hauptquartier, 28. April 1915, 2 Uhr 25 Min. Nm.
Ankunft: 28. April 1915, 3 Uhr 45 Min. Nm.

General v. Falkenhayn hat auf Grund der Nachrichten, daß sämtliche Häfen Englands für jede Art von Schiffahrt gesperrt worden sind, die Befürchtung, daß England irgend einen weitaussehenden, wuchtigen Schlag gegen uns vorhat, ohne daß wir im geringsten beurteilen könnten, wohin derselbe zielen wird. Eine Maßregel wie die erwähnte kann bei der Stimmung, die gegen die englische Regierung Platz zu greifen beginnt, womöglich nur einen Bluff bedeuten. Ein großer Angriff auf die belgische Küste dürfte leider nicht geplant sein, da den Engländern die enormen Gefahren und Schwierigkeiten eines solchen Unternehmens bekannt sein müssen. Die nächsten Möglichkeiten sieht v. Falkenhayn in größeren Landungsversuchen in Dänemark oder Holland. Beide neutralen Länder dürften kaum in der Lage sein, sich tatsächlich einem solchen Vorgehen zu widersetzen. Eine Bedrohung unserer Grenzen auf diesen Umwegen rückt dann in den Bereich des möglichen. Vorerst ist dieser Gedankengang lediglich Kombination, aufgebaut auf der auffallenden über England verhängten Sperre. Immerhin halte ich es für nützlich, ganz vertraulich die Gesandten im Haag und Kopenhagen[819] auf diese Eventualität zu ihrer persönlichen Information aufmerksam zu machen, ohne vorläufig weitere Aufträge daran zu knüpfen.

294. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 55. Großes Hauptquartier, 29. April 1915

Antwort auf Tel. 161.

Davon daß sich auch Italien in Albanien außer für Valona desinteressiren müsse, hat Baron Burian in Berlin[820] kein Wort gesagt. Er hat sich so geäußert, wie ich es in den Telegrammen nach Rom und Wien niedergeschrieben habe. Hinzugefügt hat er, was ich damals übergangen habe, daß, wenn er den Konkurrenzkampf in Albanien aufgebe, er gleichzeitig Sicherheit erhalten müsse, daß nicht Italien die Festsetzung anderer Mächte, namentlich Serbiens, in Albanien zulasse.

[819] Richard von Kühlmann (1873–1948), Gesandter in Den Haag 1915–1917; Staatssekretär des Auswärtigen August 1917–Juli 1918. – Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869–1928), Gesandter in Kopenhagen 1912–1918.

[820] Vgl. oben Nr. 239.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rücksichtlich Triest und Isonzo hatte sich Burian in einem Sinne ausgesprochen, der die Ratschläge Ew.pp. an Hohenlohe durchaus rechtfertigte. In einem Resümee hatte ich in Berlin, ohne Widerspruch zu finden, ausdrücklich konstatirt, daß die Wiener Antwort in diesem Sinne abgefaßt sein würde.

295. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20183, f. 97. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 57. Großes Hauptquartier, 30. April 1915, 6 Uhr 30 Min. Nm.
Ankunft: 30. April, 1915, 7 Uhr 35 Min. Nm.

Generalstabschef hat gestern folgendes an Conrad telegraphiert:

„Erfahre durch Auswärtiges Amt, daß Graf Tarnowsky[821] in Sofia über gemeinsame Operationen gegen Serbien noch nicht vorstellig wurde. Von hier aus ist dies bereits geschehen. Euere Exzellenz bitte ich, darauf hin zu wirken, daß bald auch dortseits in dem zwischen Euerer Exzellenz und mir verabredeten Sinne Schritte unternommen werden, damit in Sofia die Übereinstimmung unserer Entschlüsse außer Zweifel steht.

Von uns ist darauf hingewiesen worden, daß es im eigensten Interesse Bulgariens liege, von Anfang an sich unserem Vorgehen gegen Serbien anzuschließen, daß das Unternehmen, sobald der Wasserstand der Donau und die allgemeine Kriegslage es gestatten, in Aussicht genommen sei und daß auf eine Mitwirkung der Türkei, die auch die Rückendeckung Bulgariens gegen Rumänien und Griechenland übernehmen werde, zu rechnen sei."

296. Bethmann Hollweg an Bülow

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 10 Großes Hauptquartier, 30. April 1915
Abgegangen: 1. Mai 1915, 12 Uhr 50 am.

Auf Euer Durchlaucht Empfehlung habe ich in Wien mit Erfolg darauf gedrängt, einen Spezialgesandten in Person Grafen Goluchowskis[822] nach Rom zu senden. Wie Herr von Tschirschky meldet, hat Sonnino Baron Burian auf dessen Anfrage, ob Mission Grafen Goluchowski genehm sei, durch Herzog von Avarna sagen lassen, daß er diese Mission bei den guten Beziehungen zwischen ihm und Baron Macchio und zwischen Baron Burian und Herzog von Avarna für entbehrlich halte. Trotz dieser unfreundlichen Ablehnung habe ich

[821] Adam Graf von Tarnow-Tarnowski (1866–1946), österreichisch-ungarischer Gesandter in Sofia 1911–1916, in Washington 1916–1917.

[822] Agenor Graf von Gołuchowski (1849–1921), österreichisch-ungarischer Minister des Äußern 1895–1906.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in Wien nach wie vor auf Mission Goluchowskis mit weitgehenden Vollmachten gedrungen, schon weil das Erscheinen Goluchowskis Überstürzungen Italiens nach der anderen Seite erschweren würde. Baron Burian hat mich ermächtigt, dem italienischen Kabinet wissen zu lassen, daß er auch eine Universität in Triest konzedire. Vielleicht bietet dies Möglichkeit, Gesammtverhandlung mehr in unsere Hände zu spielen. Erbitte von dahin? [*Sinn*: baldige] Drahtantwort,

1. ob und zu welchem Zeitpunkt und welchen Inhalts Sie telegraphischen Appell Seiner Majestät an König Viktor Emanuel für opportun halten,

2. ob Lancirung in italienische Presse, daß Italien ohne Krieg Befriedigung nationaler Aspirationen, insonderheit Trentino, erhalten könne, in unserm Sinne möglich wäre.

297. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Eigenhändig. Ohne weitere Vermerke außer einem „Cessat"-Vermerk auf der ersten Seite und dem Vermerk ebenda „zu 5/4".

[Ohne Nr.] [Großes Hauptquartier, Anfang Mai 1915]

Wir können unser Schicksal nicht an die Unbesonnenheit und Illoyalität Baron Burians ketten.

Ich erwäge Ultimatun an Wien mit der Forderung, binnen 24 Stunden in Rom folgende Angebote zumachen.

1. désintéressement in Albanien;

2. Universität und Ausgestaltung municipaler Autonomie in Triest;

3. Sprachgrenze im Trento ohne Rücksicht auf strategische Velleitäten, aber kein deutsches Dorf;

4. Sprachgrenze am Isonzo südlich Cormons[823], auch auf das linke Ufer übergreifend;

5. Schutz der Italiener innerhalb der Doppelmonarchie.

Wir stellen gleichzeitig mit diesem österreichischen Angebot Italien das Ultimatum, das Wiener Angebot binnen bestimmter Frist anzunehmen.

Drohung gegen Österreich, daß wir sonst unsere Truppen aus der gemeinsamen Front zurückziehen und lediglich zum Schutz unserer Grenzen verwenden würden. Andernfalls würden wir genügend Truppen zum Schutz der österreichischen Alpen disloziren.

Drohung gegen Italien, daß, wenn es das Österreichische Angebot nicht annähme, wir genügend Truppen im Trentino bereit stellen würden, um dessen Schutz zu garantieren. Sekrete italienische Antwort an uns wird genügen.

Erbitte Ihre sofortige gutachterliche Ansicht, damit ich noch morgen Entscheid S.M. einholen kann.

[823] Ort westlich von Görz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

298. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 13. Großes Hauptquartier, 1. Mai 1915
Abgegangen: 1. Mai 1915, 11 Uhr 50 Min. Vm.

Unter Bezugnahme auf Ew. Exzellenz gestriges Telefongespräch mit Berlin.

Baron Burian hat mir in Berlin zwar das Maximum der ihm jetzt möglichen Konzessionen angegeben, auf meine Zwischenfrage, was er tun werde, wenn auf dieser Basis Verständigung unmöglich, ausdrücklich erklärt, er werde dann nach Anhörung der zuständigen Instanzen erneut Entschlüsse fassen, die dem Ernste der Situation und seiner Veranwortung gerecht würden. Diese Erklärung konnte nicht anders aufgefaßt weren, als daß er alsdann das Ausmaß seiner Konzessionen neu und weiter als jetzt bestimmen werde, da er die unbedingte Notwendigkeit, den Krieg zu vermeiden, ernsthaft anerkannte.

299. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 14. Großes Hauptquartier, 2. Mai 1915

Für Baron Burian.

Wie ich soeben telefonisch aus Berlin höre, haben Euer Exzellenz durch Prinz Hohenlohe die Frage aussprechen lassen, was wir tun würden, falls Italien in den Krieg einträte, worauf Staatssekretär von Jagow erwidert hat, daß nur die oberste Heeresleitung die gestellte Frage beantworten könne. Nach Rücksprache mit General von Falkenhayn kann ich nur wiederholen, was dieser schon in der Berliner Konferenz unter Zustimmung des Generals von Conrad[824] erklärte, daß auch in diesem Falle in unerschütterlicher Waffenbruderschaft die eingeleitete Operation im Osten planmäßig durchgeführt werden solle und daß es erst nach Beendigung und nach dem Ausfall dieser Operation möglich sein werde zu entscheiden, was alsdann militärisch zu geschehen habe. Seit der Konferenz sind keine Ereignisse eingetreten, welche zu einer Änderung dieses Standpunktes führen könnten.

Alle aus Rom eingehenden Nachrichten, die ich mir stets erlaube, Euer Exzellenz sofort durch Herrn von Tschirschky oder Prinz Hohenlohe zugänglich zu machen, zeigen wie mir scheint unwiderleglich, daß die Krisis ihren Höhepunkt erreicht hat und daß die am 5. d.M. stattfindende Garibaldifeier[825] die entscheidende Wendung zum Schlechten bringen wird, es sei denn, daß

[824] Vgl. oben Nr. 239.

[825] Anläßlich der Enthüllung des Garibaldi-Denkmals in Quarto bei Genua. – Giuseppe Garibaldi (1807–1882), italienischer Freiheitskämpfer und Politiker.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch schleunigstes Handeln auf breitester Basis die Situation bis dahin noch gerettet wird. Über die andernfalls eintretende allgemeine militärische Lage haben sich die beiden Generalstabschefs in Berlin so unmisverständlich ausgesprochen, daß ich dem nichts hinzufügen zu können glaube.

300. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 15. Großes Hauptquartier, 3. Mai 1915

Zum Vorlesen bei Bn. Burian.

Die Nachrichten, die uns aus und über Rom zugehen, sind so ernst, daß die vorausgesehene Gefahr nunmehr als eingetreten betrachtet werden muß. Italien ist augenscheinlich fest entschlossen, die schon vorbereitete Einigung mit den Ententemächten zu unterschreiben[826], wenn nicht Österreich ohne jedes Säumen sein Opfer auf breitester Basis anbietet. Die Feier des 5. Mai[827] wird augenscheinlich benutzt, um die vorhandene Kriegsstimmung zur Begeisterung anzufachen, und wir wissen, daß das Hauptquartier des Königs am 6. feldbereit sein soll. Die Fortsetzung der bisherigen zögernden und hinhaltenden Politik wäre deshalb verhängnisvoll. Wir erbieten uns durch den Fürsten Bülow, in Rom die Verhandlungen führen zu lassen; er wird wie ein guter Kartellträger die österreichische Sache besser führen können als der Herausgeforderte selbst. Er muß aber autorisiert sein, Desinteresement in Albanien ohne Reserve, Gewährung der munizipalen Autonomie in Triest sowie eine italienische Universität daselbst, die Sprachgrenze im Trentino und Zugeständnisse am Isonzo anzubieten, deren Substanziierung sich im Laufe der Verhandlungen ergeben wird. Machen Sie Bn. Burian darauf aufmerksam, daß wir in dieser schicksalsschweren Stunde auf ihn zählen und annehmen, daß er die Verantwortung für die Herbeiführung eines Kriegs mit Italien, der ja das Eingreifen Rumäniens unfehlbar nach sich ziehen würde, nicht übernehmen wird.

Es handelt sich nur noch um Stunden.

Bitte Antwort telephonisch Berlin und drahtlich hierher.

Nur zu Ihrer persönlichen Information: Fürstenberg erhält von hieraus eine Kopie zum Vorlesen bei Graf Tisza.

---

826 Sie war bereits durch den Londoner Vertrag vom 26. April 1915 zwischen Italien und der Entente unterschrieben. Nach diesem Vertrag sollte Italien im Frieden weit mehr an Territorien erhalten, als Österreich-Ungarn (und Deutschland) äußerstenfalls gewillt war, ihm abzutreten. Italien sollte erhalten: Südtirol bis zur Brennergrenze, Triest, Görz und Gradisca, Istrien bis zum Quarnero samt den vorgelagerten Inseln, den größten Teil Dalmatiens, die Bucht von Valona, das Protektorat über Albanien, die Inseln des Dodekanes, schließlich Kompensationen in Afrika. Text u. a. in: Documenti Diplomatici Italiani V,3 S. 368–375.

827 Vgl. die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

301. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 330. Großes Hauptquartier, 4. Mai 1915

Die eventuelle Instruction für Bülow wird außer dem Auftrag, auf der Basis der erwähnten Concessionen zu verhandeln, darauf hinauslaufen müssen, daß das Opfer der Inseln[828], von dem er im Tel. 209 spricht, bis zum Äußersten vermieden werden muß. Wenn die Italiener die Inseln zu einer conditio sine qua non machen sollten, so müßte erst in der italienischen Presse versucht werden, Stimmung dagegen zu machen, daß Italien wegen ein paar Inseln Krieg führen sollte, ehe wir auch dieses Opfer als ultima ratio in Wien verlangen.

302. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20184. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 62. Großes Hauptquartier, 4. Mai 1915, 9 Uhr 25 Min. Nm.
Ankunft: 4. Mai 1915, 10 Uhr 30 Min. Nm.

Lediglich zu Ihrer Information.

Sollte Italien Österreich den Krieg erklären, so bitte ich, unseren Anschluß jedenfalls nicht vor meinem Eintreffen in Berlin auszusprechen. Vorbehaltlich weiterer Erwägungen halte ich dafür, daß wir alsdann zunächst von Wien in ganz freundschaftlicher Weise die bestimmte Erklärung extrahieren, daß es auch unter den veränderten Umständen nicht an Separatfrieden mit Rußland denkt. Für diesen Fall, den ich doch voraussehe, wirke ich auf Herrn von Falkenhayn in dem Sinne, daß die eingeleitete und sehr viel Erfolg versprechende Aktion in Galizien[829] unverändert durchgeführt wird, womit sich übrigens Conrad noch heute früh einverstanden erklärt hatte. Im anderen Falle müßten wir doch wohl versuchen, aus einem Konflikt mit Italien und Rumänien herauszubleiben.

Eventualität einer Verständigung Österreichs mit Rumänien sollte meines Ermessens schon jetzt mit dem äußersten Druck und unter Hinweis auf die Verfehltheit der italienischen Politik betrieben werden.

[828] Im Golf von Fiume.

[829] Zum Feldzug in Galizien bis zum Durchbruch bei Gorlice-Tarnów (Mitte Mai 1915) vgl. ausführlich: Der Weltkrieg VII S. 346–443.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

303. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 64. Großes Hauptquartier, 4. Mai 1915
Abgegangen: 4. Mai 1915, 8 Uhr 40 pm.

Anheimstelle, schon jetzt Tschirschky dahin zu instruiren, daß, wofern Verhandlungen überhaupt weitergeführt werden, wobei Italien sicherlich auch Inseln und mise en effet fordern wird, wir, nachdem Wien durch seine Politik es bis zu der gegenwärtigen Krisis gebracht, unter allen Umständen verlangen müssen, daß Österreich auch hier nachgiebt[830]. Bülow und Macchio müßten also sofort und für alle Fälle carte blanche erhalten, den Akkord tunlichst billig zum endgültigen Abschluß zu bringen.

In gleichem Sinne wäre vielleicht auch mit Hohenlohe zu sprechen.

304. Bethmann Hollweg an Fürstenberg

PA Berlin, R 22375. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 4. Mai 1915

Antwort auf Tel. Nr. 1.

Bitte Graf Tisza meinen verbindlichen Dank aussprechen. Nachdem Rom heute Wien gegenüber den Dreibundvertrag als gebrochen erklärt und sich damit auch formal den Weg für Ultimatum freigemacht hat, ist es mir Gewißheit, daß die heute von Wien in Rom angebotenen Konzessionen, so weitgehend sie auch sind, nicht mehr aureichen werden, um den Krieg zu vermeiden. Ich habe mich deshalb für berechtigt gehalten, in Wien die dringende Bitte auszusprechen, dem Baron Macchio und dem Fürsten Bülow sofort carte blanche zu geben, damit sie den notwendigen Akkord so billig oder so teuer, als es die Umstände gestatten werden, abzuschließen, selbst wenn exorbitant erscheinende Forderungen (Inseln an der dalmatinischen Küste, sofortige Besitzübergabe der abgetretenen Territorien u.s.w.) gestellt werden. Ich hoffe zuversichtlich, daß Graf Tisza, nachdem unsere beiderseitigen Heeresleitungen die Vermeidung des Krieges mit Italien und Rumänien für absolut notwendig erklärt haben, sich dieser Zwangslage, so bitter sie ist, nicht verschließen wird. Die glänzenden Waffentaten unserer verbündeten Truppen in Westgalizien eröffnen die bestimmteste Aussicht auf einen alle Zukunft sichernden Kriegsausgang, wofern nicht die unerhörten von beiden auf Gedeih und Verderb verbündeten Kaiserreichen gebrachten Opfer durch den Zutritt neuer Feinde illuso-

[830] Italien hatte sich, nachdem es sich mit der Entente am 26. April 1915 vertraglich gebunden hatte, am 4. Mai durch Überreichung einer Note in Wien formell vom Dreibund losgesagt. Text in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 953–954.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

risch gemacht werden. Bitte sich sofort dem Grafen Tisza gegenüber in diesem Sinne auszusprechen.

305. Denkschrift Falkenhayns

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 86. Eigenhändige Abschrift Thimmes (z. T. in indirekter Rede).

[o. O.] 10. Mai 1915

Denkschrift Falkenhayns (zur Ergänzung seiner Ausführungen vom März über allgemeine Kriegslage[831]) offenbar bestimmt, politisch auf Rumänien zu wirken. Außerordentlich optimistische Darstellung. „Deutschland und Österreich-Ungarn sind frei, ihre im Osten verfügbar werdenden Heeresteile dort einzusetzen, wo sie es für nötig halten. Durch den etwaigen Eingriff Italiens und selbst Rumäniens zugunsten der Entente kann der Krieg noch lange hingezögert werden. Aber ein endgültiges Niederwerfen der Mittelmächte ist auch dadurch jetzt nicht mehr zu erreichen. Dagegen würde, das wiederhole ich mit allem Nachdruck, freundschaftliche Haltung Rumäniens zu Deutschland dem zwecklosen Morden mit einem Schlage ein Ende bereiten. Dem Block gegenüber, der durch Rumänien, Bulgarien und die Türkei gebildet wird, haben die Ententemächte keine Hoffnung mehr, Erfolge auf dem Balkan zu erringen. Es ist nicht abzusehen, was sie dann noch zurückhalten könnte zur Fortführung des Krieges. Rumänien erstrebt keinen Ruhm, [und hat nicht] nur der Menschlichkeit unschätzbare Dienste geleistet, sondern [auch den Vorteil,] sich selbst auf diesem einer wahren Kulturnation würdigen Wege zum Range einer Großmacht aufgeschwungen zu haben.

306. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20185, f. 16. Schreiben. Behändigte Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 17. Mai 1915.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 16. Mai 1915

Euer Exzellenz bitte ich, erwägen zu wollen, ob es sich nicht empfiehlt, in Bukarest an demselben Tage, an dem es sicher werden sollte, daß Italien sich am Kriege gegen uns vorläufig nicht beteiligen wird[832], etwa folgende Mitteilung zu machen. Ich gebe sie in dem mir zweckmäßig erscheinenden Wortlaut, weil diese Form die kürzeste ist.

Wie der Königlich Rumänischen Regierung bekannt sein wird, ist durch die jüngsten Ereignisse in Galizien ein sehr großer Teil des russischen Heeres

[831] Vgl. oben Nr. 282.

[832] Italien erklärte am 23. Mai 1915 zunächst nur Österreich-Ungarn den Krieg (die offizielle Kriegserklärung an Deutschland erfolgte erst am 27. August 1916).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teils vernichtet, teils entscheidend geschlagen, teils zu einem auflösenden Rückzug gezwungen worden. Daß die russische Armee hiernach in absehbarer Zeit noch den Zentralmächten gefährlich werden könnte, ist ausgeschlossen. Im Gegensatz dazu reicht der politische Einfluß Rußlands immer noch aus, Deutschland und Österreich-Ungarn sehr unbequeme Schwierigkeiten zu bereiten. Im besonderen ist dies der Fall bei dem auf Rumänien von russischer Seite ausgeübten Druck zur Verhinderung der Verbindung zwischen den Zentralmächten mit Bulgarien und der Türkei und zur Unterstützung Serbiens durch Rußland mit Personal und Material. Gerade diese Tatsachen werden sich bei dem von Deutschland, Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei für die nächste Zeit geplanten Vorgehen gegen Serbien unangenehm fühlbar machen. Sie müssen also beseitigt werden. Die nötigen Kräfte dazu stehen, wie jedenfalls der Königlich Rumänischen Regierung bekannt geworden sein dürfte, in den in Ostgalizien und der Bukowina versammelten deutschen und österreich[isch]-ungarischen Truppen bereit. Aber freilich würde eine zweckdienliche Operation nur mit Betreten rumänischen Gebiets durchführbar sein. Ein solches Betreten ohne Einwilligung der Königlich Rumänischen Regierung wünschen die verbündeten Mächte zu vermeiden, vorzüglich das Deutsche Reich, das auf das ungetrübte Fortbestehen des viele Jahrzehnte währenden herzlichen Einvernehmens mit Rumänien den größten Wert legt.

Es wird daher vorgeschlagen, daß Rumänien selbst die Abstellung jener Beschwerdepunkte entsprechend den seinerzeit gegenüber Deutschland eingegangenen Verpflichtungen übernimmt, indem das Königreich sofort den Transportweg von Mitteleuropa nach und von Bulgarien über die rumänischen Bahnen ohne jede Beschränkung öffnet, dagegen die Beförderung russischer Transporte auf dem Landwege von und nach Serbien verbietet und endlich gegen die Unterbindung des freien Verkehrs auf dem internationalen Wasserweg der Donau durch serbische Artillerie und Minen sowie russische bewaffnete Fahrzeuge schärfsten Protest einlegt.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung würde dankbar sein, wenn ihr die Antwort auf diese Vorschläge in etwa 2 Tagen zugänglich gemacht werden könnte. Sie braucht bei ihrer stets festgehaltenen Stellung zu Rumänien nicht zu betonen, daß sie es nicht unterlassen wird, sich für eine günstige Entscheidung besonders erkenntlich zu erweisen. Sollte die Königlich Rumänische Regierung aber Bedenken tragen, in eine solche Maßregel zu willigen, weil sie von den Ententemächten als unfreundlich aufgefaßt werden möchte, ohne doch Rumänien die vollen Früchte einer ganz zweifelsfreien Stellungnahme zu sichern, so kann nur zu dieser geraten werden. Das Eingreifen Rumäniens auf Seiten der Zentralmächte würde ohne jede Gefahr für das Königreich den Krieg im Osten zu einem schnellen Abschluß bringen. Es würde Rumänien nicht nur sehr erheblichen Landzuwachs in altem rumänischem Gebiet, sondern auch den Aufstieg in die Reihe der Großmächte mit einem Schlage sichern.

An den Wirklichen Geheimen Rat Herrn von Treutler, Exzellenz, mit der Bitte um Weitergabe an den Herrn Reichskanzler.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

307. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20185, f. 14–15.Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 489. Pleß, 17. Mai 1915

Für General von Falkenhayn.

Im Falle eines Losschlagens Italiens werden die zu treffenden Maßnahmen natürlich nach den militärischen Möglichkeiten und Zweckmäßigkeiten zu entscheiden sein.

Doch möchte ich nicht unterlassen, Ew. Exzellenz mitzuteilen, wie sich die Lage vom politischen Gesichtspunkt aus mir darstellt.

Eine Aktion gegen Serbien, die bei schnellem und energischem Einsetzen voraussichtlich auch jetzt noch die Unterstützung Bulgariens finden würde, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach unsere Position im Balkan sichern, Rumänien vom Eingreifen abhalten und, wie gesagt, Bulgarien für uns gewinnen. Damit würde auch Verbindung mit Türkei hergestellt und letzterer das Ausharren im Kampf an unserer Seite ermöglicht. Eine Preisgabe des Balkans aber könnte Bulgarien verführen, sich gegen die Türkei zu wenden und diese gemeinsam mit Entente anzugreifen, um wenigstens die Linie Enos – Midia für sich zu gewinnen. Hiervon ganz abgesehen würden in Rumänien die Kriegshetzer voraussichtlich bald Oberhand gewinnen und das Land zum Angriff gegen Österreich fortreißen.

Obwohl mir die Stärke der österreichischen und unsere[r] verfügbaren Streitkräfte nicht näher bekannt ist, nehme ich an, daß Aktion gegen Serbien ein offensives Vorgehen gegen Italien verbieten und auf seiner Front nur defensives Verhalten zulassen würde. Dabei kann allerdings nicht übersehen werden, daß eine energische Offensive gegen Italien den Vorteil versprechen würde, dort nach der ersten größeren Niederlage eine Katastrophe herbeizuführen. Volk und Armee sind gespalten, Begeisterung für Krieg fehlt unbedingt in breiten Volksmassen. Eine Niederlage der ohnehin nicht sehr tüchtigen Armee würde voraussichtlich alle zahlreichen Gegner des Krieges gegen die Regierung mobil machen und Zusammenbruch herbeiführen. Andrerseits könnte bei anfänglich erfolgreichem Vorrücken der italienischen Armee in österreichisches Gebiet die Kriegsfreudigkeit in Italien allgemein und nationaler Enthusiasmus erzeugt werden.

Euerer Exzellenz wäre ich dankbar für Mitteilung beabsichtigter militärischer Maßnahmen[833].

[833] Zur Kriegslage an der Südfront Mai/Juni 1915 vgl. Der Weltkrieg VIII S. 25–33 (mit der dort angegebenen österreichischen und italienischen Literatur).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

308. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 1870, f. 47–48. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1562. Berlin, 17. Mai 1915

Fürst Bülow telegraphiert heute nacht:

[„]Nachdem durch die von den Umsturzparteien genährte Erregung der Masse die Schwäche, wenn nicht Connivenz, der Regierung gegenüber dieser immer höher steigenden Flut und der Ablehnung der Demission des Ministeriums Salandra durch den König die Aussichten auf Erhaltung des Friedens hier fast auf den Nullpunkt gesunken sind, muß, um eine gleichzeitige Aktion Rumäniens zu verhindern, jedenfalls versucht werden, die rumänische Neutralität zu sichern. Ob hierfür größeres Entgegenkommen gegenüber den ungarländischen Rumänen genügen oder neben der Garantie für Bessarabien die Abtretung der Bukowina nötig sein würde, vermag ich von hier aus nicht zu beurteilen. Jedenfalls aber sollte Wien jetzt so rasch als möglich zu den notwendigen Zugeständnissen gebracht werden, damit diese der rumänischen Regierung in den allernächsten Tagen en bloc angetragen werden können. Österreich sollte nicht den Fehler wiederholen, durch langwierige Verhandlungen Zeit zu vertrödeln, wie dies leider Italien gegenüber geschehen ist. Rumänien darf nicht wie Italien durch zu spätes Entgegenkommen in das Lager des Dreiverbandes getrieben werden. Wenn Österreich mit Gottes Hilfe die Italiener schlägt, so kommen diesen gegenüber Konzessionen nicht mehr in Frage. Umso eher kann es für eine Einigung mit Rumänien den erforderlichen Preis zahlen. Diesen zu verweigern wäre nur dann zu rechtfertigen, wenn Österreich ganz sicher ist, mit Italien und Rumänien ohne Schwächung seiner Front gegenüber Rußland fertig zu werden. Sollte dies nicht der Fall sein, so ist es unsere Pflicht, durch energische Einwirkung in Wien dafür zu sorgen, daß wenigstens Rumänien rechtzeitig zurückgehalten wird.[“]

Fürst Bülow vertritt hiermit dieselbe Ansicht, die ich in Teschen Baron Burian und Graf Tisza gegenüber geäußert habe. Bitte Baron Burian entsprechend verständigen und ihm zur Erwägung stellen, ob, wenn er den Weg der Konzessionen auch jetzt noch für ungeeignet halten sollte, sich nicht irgend ein anderes Mittel bietet, um Rumänien neutral zu halten. Darin, daß letzteres absolut notwendig ist, wird mir auch Baron Burian zustimmen. Wenngleich Rumänien nach Kriegserklärung Italiens möglicherweise weiterhin abwarten wird, so besteht doch die äußerste Gefahr, daß es sich in der Zwischenzeit ähnlich wie Italien der Tripleentente gegenüber so verpflichtet, daß es späterhin nicht mehr loskommen kann. Deshalb sollte schleunigst von Wien mit Bukarest Fühlung genommen werden. Drahtantwort.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

309. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 90. Telegramm. Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 18. Mai 1915

Nach Ansicht Bülow-Erzbergers könne allenfalls nur noch sofortige mise en effet Lage in Italien halten. Wien erkläre die militärische mise en effet für ausgeschlossen. Nicht unmöglich, daß die italienischen Truppen, wenn ihnen die abgetretenen Provinzen von den Österreichern sofort eingeräumt werden, trotz Neutralitätsvertrags[834] weiter vorrückten. Durch sofortige Abtretung zedierter Gebietsteile werden auch die Chancen italienischer Niederlagen völlig zunichte werden. Unter diesen Umständen glaube er nicht, Verantwortung übernehmen zu können, in Wien einen weiteren Druck zur Erreichung der völligen mise en effet auszüben.

Falkenhayn möge mitteilen, bis zu welcher Linie etwa die Österreicher unbeschadet ihrer Defensivstellung gegen Italien die italienischen Truppen einmarschieren lassen könnten.

310. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 90. Telegramm. Eigenhändiges Konzept. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 18. Mai 1915

Weder Conrad noch er, Falkenhayn, hätten Bedenken gegen das Angebot der sofortigen mise en effet. Im Gegenteil, wenn dadurch auch nur sechs oder vier Wochen gewonnen würden, sei dies unschätzbar. Die Gefahr des Bruches des veröffentlichten Neutralitätsvertrages schätze er nicht hoch ein, jedenfalls würde sie ihn nicht schrecken. Halte also jeden Druck in Wien zu diesem Zweck für gerechtfertigt.

[834] Gemeint ist vermutlich: Bei Ausbruch der Feindseligkeiten erklärte die italienische Regierung am 2. und 3. August 1914 ihre Neutralität im europäischen Konflikt. Diese Erklärung wurde am 3. Dezember 1914 wiederholt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 721 und 730–731.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

311. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20185, f. 39. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 64. Pleß, 19. Mai 1915, 2 Uhr 39 Min. Vm.
Ankunft: 19. Mai 1915, 3 Uhr 2 Min. Vm.

Für Reichskanzler.

General von Falkenhayn schickt mir soeben um 1 Uhr nachts das folgende Telegramm zur Weiterbeförderung an Ew. Exzellenz:

„Wie Ew. Exzellenz wissen, halte ich die möglichst schleunige Freigabe der militärisch wichtigen Anlage im Ostteil von London für Luftangriffe für notwendig. Ich habe davon abgesehen, weil Ew. Exzellenz von solchem Angriff eine Störung der Verhandlung mit Italien besorgten. Dieser Grund ist jetzt wohl in Fortfall gekommen. Es wird daher beabsichtigt, London im obenerwähnten Umfang für den Angriff freizugeben. Sollten Ew. Exzellenz dagegen Bedenken haben, so darf ich um möglichst baldige Mitteilung derselben bitten.

von Falkenhayn."

Mir ist nicht bekannt, aus welchem Grunde Herr von Falkenhayn seinen neulich betonten Standpunkt verändert hat. Ich erinnere mich allerdings, daß unter den Argumenten gegen den Luftkrieg über der Stadt London die Rücksicht auf Italien eine Rolle spielte.

312. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20185, f. 40. Telegramm in Ziffern. (Eigenhändig) revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

Nr. 515. Berlin, 19. Mai 1915

Antwort auf Tel. N. 64[835].
Für General von Falkenhayn.

Nach zuverlässigen übereinstimmenden Nachrichten aus verschiedenen Quellen hat jede der bisherigen Luftexpeditionen nach England eine sofortige merkliche Steigerung der Rekrutierung zur Folge gehabt. Andrerseits hat der verhältnismäßig geringe Schaden, den unsere Zeppeline bisher angerichtet haben, bei den Engländern den Eindruck einer relativen Ungefährlichkeit solcher Expeditionen hervorgerufen. Der Haß gegen uns ist gesteigert worden, während die Furcht vor uns abgenommen hat. [a]Gegen Luftangriffe, welche nicht nur einige harmlose Privatgebäude mit ebenso harmlosen Bewohnern vernichten, sondern den Engländern erheblichen militärischen Schaden zufügen, habe ich selbstverständlich nichts einzuwenden.[a]

[835] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[a–a] *Von Bethmann Hollwegs Hand geändert aus*: Ich kann daher einem Luftangriff auf London nur dann zustimmen, wenn die Oberste Heeresleitung die Gewähr dafür übernimmt, daß nicht nur einige harmlose Privatgebäude mit ebenso harmlosen Bewohnern vernichtet werden, sondern daß den Engländern ein erheblicher militärischer Schaden zugefügt wird.

313. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20185, f. 46. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 516. Berlin, 19. Mai 1915

Für General von Falkenhayn.

Halil Bey[836] war soeben bei mir und trug mir die türkischen Sorgen nachdrücklich vor. Seiner Überzeugung nach sind alle Versuche, Bulgarien zum Abschluß einer festen Konvention zu bewegen, zur Zeit aussichtslos. Bulgarien werde nur dann, dann aber auch bestimmt, eingreifen, wenn deutsche Truppen in Serbien vordringen. In diesem Falle werde Bulgarien zunächst unabhängig von den Zentralmächten und gewissermaßen zur Wahrung seiner eigenen Interessen diejenigen serbischen Gebiete okkupieren, die es erstrebe. Hierdurch werde das erwünschte fait accompli geschaffen, wodurch Bulgarien unwiderruflich mit den Zentralmächten vereinigt wird. Andernfalls werde die Türkei im Hinblick auf den immer bedrohlicher werdenden Munitionsmangel zusammenbrechen und der Übertritt des Balkans zur Entente sich vollziehen.

Ich kann mich diesen Erwägungen nicht verschließen und halte die von der Türkei befürchtete Entwickelung für den Gesamtausgang des Krieges für sehr viel gefährlicher als eventuelle vorübergehende Erfolge Italiens. Auch erblicke ich in der serbischen Expedition das einzige Mittel, um Rumänien neutral zu halten, eventuell sogar zu uns herüberzuziehen.

Den gleichen Standpunkt vertritt auch Freiherr von dem Bussche, der den Versuch, Rumänien durch österreichische Konzessionen ruhig zu halten, als ganz aussichtslos bezeichnet. Wir sollten meines Erachtens in Sofia nicht auf einer Formalität bestehen, für die Bulgarien und sein König nach ihrer ganzen Mentalität nicht zu haben sein werden.

Mahmud Mukhtar Pascha hat sich gestern im Auswärtigen Amt genau wie Halil Bey ausgesprochen. Offenbar liegt diesen Demarchen Instruktion Envers zu Grunde.

[836] Halil Bey (Menteşe) (1874–1948), türkischer Außenminister 1915–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

314. Treutler an AA

PA Berlin, R 20185, f. 54. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 67. Pleß, 20. Mai 1915, 2 Uhr 45 Min. Nm.
Ankunft: 20. Mai 1915, 4 Uhr 28 Min. Nm.

Für den Herrn Reichskanzler:

Wie Euere Exzellenz wohl durch Exzellenz von Treutler erfahren haben, betreibe ich seit langem die serbischen Operationen mit dem schärfsten Nachdruck und werde das auch weiter tun. Mir scheint es aber, als ob in politischen Kreisen die militärischen Seiten der Angelegenheit, die allein den Ausschlag geben dürften, nicht genügend berücksichtigt werden. General Conrad will die Operationen unter keinen Umständen, wenn Bulgarien nicht mitmacht. Ich arbeite daran, seinen Widerstand zu überwinden. Trotzdem er sehr gute Gründe hat, wird es mir vielleicht gelingen, meine Vorschläge durchzusetzen. Gelingt es nicht, so müßten wir ausschließlich mit deutschen Truppen, die weder an das Land gewöhnt noch für den Krieg dort ausgerüstet sind, eine Unternehmung in einem Gebiet machen, das vom Flecktyphus und ähnlichen Krankheiten völlig durchseucht ist und von einem verzweifelten Volk verteidigt wird. Irgendwelche Garantie, daß dann die Bulgaren mitgehen würden, können Euere Exzellenz nicht geben; es handelt sich immer um Hoffnungen und Wünsche. Kommen aber die Bulgaren nicht, so würden deutsche Truppen auf unabsehbare Zeit in Serbien gebunden sein, und mittlerweile ist es sehr wohl möglich, daß die nicht durch Deutsche gestützten Österreicher von den mit Franzosen gemischten Italienern eingedrückt würden. Die Folgen für unsere Truppen in Serbien liegen auf der Hand. Ich hinzufüge nur noch, daß Enver mir telegraphiert hat, er verzichte für jetzt gern auf die serbische Ecke, wenn es uns nur gelänge, die Russen von der furchtbaren Niederlage von Gorlice ganz aus Galizien zu vertreiben und damit ihren Einfluß auf dem Balkan sicherer zu vernichten als durch die Niederwerfung Serbiens. Und Conrad behauptet, ein einziger guter Schlag gegen Italien würde nicht nur dessen Kriegspartei zum Zusammenbruch bringen, sondern auch die rumänische Frage sofort lösen. Euere Exzellenzz wollen daraus entnehmen, daß das zu lösende Problem nicht ganz einfach ist.

von Falkenhayn.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

315. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20185, f. 55. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 68. Pleß, 20. Mai 1915, 2 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 20. Mai 1915, 4 Uhr 23 Min. Nm.

Geheim.

Für den Herrn Reichskanzler.

Euerer Exzellenz Telegramm 515[837] hat General von Falkenhayn so aufgefaßt, daß Euere Exzellenz den grundsätzlichen Widerspruch gegen Zeppelinangriff auf London fallen lassen, und ich muß gestehen, daß ich gegen diese Interpretation in Anbetracht der Fragestellung des Telegramms 64[838] nichts einwenden kann. Herr von Falkenhayn wird danach versuchen, den Engländern „militärischen Schaden“ auch im Ostteil von London zuzufügen. Daß so dem Verfehlen der in Aussicht genommenen und damit dem Treffen unerwünschter Ziele die Tür geöffnet ist, fühle ich mich, um eventuellen Mißverständnissen vorzubeugen, verpflichtet zu sagen.

Für alle Fälle habe ich Herrn von Falkenhayn von mir aus persönlich nochmals eindringlich gewarnt. Er wird die Pauls Kathedrale mit besonderen Kautelen umgeben.

316. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20185, f. 68. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 526. Berlin, 21. Mai 1915

Auf Telegramm Nr. 71.
Für General von Falkenhayn.

Nach bestimmter Versicherung des Königs hat Rumänien keine Abmachung mit Italien, sodaß Losgehen Italiens noch nicht Eintritt Rumäniens zur Folge haben wird.

Obgleich der Moment wegen zunehmender gegnerischer Agitation schwierig würde, hofft König doch Neutralität weiter halten zu können.

Dagegen scheint Bratianu heute hinter dem Rücken des Königs Verhandlungen mit Rußland zu führen, die er allerdings abstreitet. Ob dieselben zu Ergebnis führen, läßt sich nicht übersehen. Unsere Siege in Karpathen haben in Rumänien starken Eindruck gemacht.

[837] Oben Nr. 312.

[838] Oben Nr. 311.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hierdurch dürfte zunächst mit Eintritt Rumäniens in Krieg noch nicht zu rechnen sein, doch ist für später diese Eventualität keineswegs ausgeschlossen. Ein Mitgehen mit uns hält Beldiman für ausgeschlossen, solange nicht innere Regierungskrise in Bukarest eintritt, wofür zur Zeit noch keine Aussicht vorhanden.

Jedenfalls würde eine Aktion gegen Serbien eine weitere Garantie bedeuten, daß Rumänien ruhig bleibt.

317. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 93. Telegramm. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o.O., o.D.: 21./22. Mai 1915]

Italiens Losschlagen nunmehr absolut sicher. Äußerlich scheint das Eingreifen Italiens Rumänien noch ziemlich ruhig gelassen zu haben, indessen scheint es, daß von Take Ionescu, Filipescu und Costinescu[839] auf Sturz Bratianus hingewirkt werde, um Regierung für den Krieg zu bilden.

Nach Telegramm Millitärattaché Sofia[840] lehne Radoslawow jede formelle Bindung, selbst sogar Besprechung durch Offizier ab, da Bulgarien unter dem Eindruck stehe, daß serbische Expedition vorläufig von uns aufgegeben worden sei. Große Gefahr, daß Bulgarien den Lockungen der Entente nachgebe. Steigende Besorgnisse der Türkei vor einem bulgarischen Überfall. Dennoch liege Situation folgendermaßen: Durch diplomatische und politische Mittel sei es unmöglich, Rumänien und Bulgarien ruhig zu halten. Die Lockungen und das Drängen der Entente, die durch deren Beitritt den Krieg mit Sicherheit gewinnen würden, immer stärker seien als alles, was wir bieten könnten.

Nur militärische Maßnahmen können die Lage noch retten. Ein schleuniger vernichtender Schlag gegen Italien ist wohl völlig ausgeschlossen. Die völlige Durchführung der militärischen Operation in Galizien bis zu dem Grade, daß wir Rumänien ein Ultimatum stellen können, erfordert voraussichtlich so viel Zeit, daß Rumänien und Bulgarien schon vorher umfallen. Es bleibt also lediglich die tatsächliche [*ein Wort nicht lesbar; gemeint:* Gewinnung] Bulgariens durch schleunigste Operation gegen die serbische Nordostecke.

---

[839] Take Ionescu (1858–1922), Führer der Konservativ-Demokratischen Partei; Befürworter eines Bündnisses mit der Entente und des rumänischen Kriegseintritts. – Nicolae Filipescu (1862–1916), Gründer der Unionistischen Föderation Oktober 1915; Befürworter des rumänischen Kriegseintritts auf seiten der Entente. – Emil Costinescu (1844–1921), rumänischer Finanzminister 1903–1904, 1907–1910, 1914–1916. – Zu diesen Politikern und zu Rumänien im Ersten Weltkrieg vgl. die neue Aufsatzsammlung: Die unbekannte Front. Der Erste Weltkrieg in Rußland. Hrsg. v. Gundula Gahlen [u.a.]. Frankfurt a.M. 2018.

[840] Ewald von Massow (1869–1942), Oberst; deutscher Militärbevollmächtigter in Sofia 1915–1918; a.D. als Generalmajor 1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wisse, daß bei dieser Expedition auch ernste militärische Gesichtspunkte in Betracht zu ziehen seien, halte es aber für seine Pflicht, die für B. ausschlaggebenden politischen Gesichtspunkte so zu schildern, wie sie sich ihm darstellen.

318. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 94. Telegramm. Eigenhändiges Konzept. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.], 22. Mai 1915

Ein schleuniger vernichtender Schlag gegen Italien sei allerdings durch Gebirge und Schwierigkeit des Aufmarsches ausgeschlossen. Bethmann überschätze aber augenscheinlich auch die Möglichkeit schleunigster Einleitung der Operation gegen Serbien. Die Unternehmung, die sich übrigens gegen die an der ganzen Nordfront Serbiens versammelte serbische Armee und nicht gegen den Negotiner Kreis[841] richten müsse, könne frühestens drei Wochen nach Beginn der Transporte einsetzen. Die Transporte könnten wieder nicht eher beginnen, bevor den Russen noch ein letzter fester Schlag in Galizien versetzt sei. Anders handeln hieße Selbstmord begehen. Vor Ablauf von vier Wochen wäre daher gegen Serbien auch im besten Fall nicht vorgegangen werden können. Die Wirkung werde sich frühestens erst ein bis zwei Wochen später zeigen. Sechs Wochen Zeit müsse also die Politik der Armee noch verschaffen. Hierbei denke er an 1) Verhandlungen mit Rumänien auf Grund der Abtretung der Bukowina und Bessarabiens, mit Bulgarien auf Grund der Erwerbung von Makedonien, der Dobrudscha und des türkischen Gebiets bis zur Maritza sowie der Türkei auf Grund deren Furcht zum Zweck eines Operations-, nicht Neutralitätsbündnisses, 2) an baldige Einleitung von Verhandlungen mit Rußland, dessen Zarenfamilie die Niederträchtigkeit des Treubruches Italien anwidern muß und das hoffentlich in den allernächsten Tagen die Aussichtslosigkeit seines militärischen Kampfes gegen uns erneut erfahren werde.

Bittet zum Schluß Bethmann, einen mit seinen Ansichten vertrauten Herrn des Auswärtigen Amts nach Pleß zur Aufrechterhaltung der unterbrochenen Verbindung mit Reichskanzler zu entsenden.

[841] Die Stadt Negotin liegt in der in den Quellen immer wieder genannten Nordostecke Serbiens.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

319. Bethmann Hollweg im Bundesrat

BA Berlin, R 43/2398c, f. 52–59. Rede. Protokoll. Abschrift in Maschinenschrift.

RK. 3477 KJ. [Berlin], 24. Mai 1915

Auf Einladung des Reichskanzlers versammelten sich die stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat[842] heute mittag 11 Uhr im Reichskanzlerpalais, wo ihnen der Reichskanzler „im Anschluß an die bereits bekannten Ereignisse der letzten Tage“ ungefähr folgendes mitteilte:

„Mit dem Hergang der österreichisch-italienischen Krisis ist der Bundesrat im allgemeinen vertraut. Wir haben uns, wie die Herren bereits aus meiner neulichen Erklärung im Reichstag[843] und den Mitteilungen des Auswärtigen Amts bekannt ist, von vornherein angelegen sein lassen, den drohenden Zwist zwischen Rom und Wien zu verhindern. Ich darf ganz vertraulich mitteilen, daß wir schon im Juli v.Js. vor dem Ausbruch des Krieges in Wien in nicht mißzuverstehender Weise darauf hingedeutet haben, daß eine Verständigung Österreichs mit Italien sich wahrscheinlich um die Frage des Trentino drehen würde. Nach Ausbruch des Krieges haben wir unausgesetzt in Wien denselben Standpunkt vertreten bei den Erörterungen, die sich zwischen Rom und Wien über die Kompensationen entwickelten, die von Österreich Italien aufgrund des Art. VII des Bündnisvertrags[844] zu gewähren sein würden. Daß sich Österreich nur sehr schwer und widerwillig in den Gedanken gefunden hat, alte Erblande an den Bundesgenossen abzutreten, nur damit dieser die ihm vertragsmäßig obliegende Pflicht der Bewahrung wohlwollender Neutralität erfülle, bedarf keiner näheren Auseinandersetzung. Trotzdem habe ich lebhaft bedauert, daß ungeachtet aller unserer Anstrengungen Baron Burian sich erst spät entschlossen hat, an Italien mit Konzessionen heranzutreten. Ob der Moment schon tatsächlich zu spät war, läßt sich schwer entscheiden. Es liegen allerdings Anzeichen dafür vor, daß das Kabinett Salandra – Sonnino bereits im Dezember v.Js. innerlich den Entschluß gefaßt hatte, auf den Krieg loszugehen. Schließlich hat Österreich die Konzessionen gemacht, die ich im Reichstag bekannt gegeben habe. Es kann nicht geleugnet werden, daß, bevor es sie machte, das Kabinett Salandra, das eine Zeitlang so getan hatte, als ob es sehr dränge, seinerseits bestrebt gewesen ist, die Verhandlungen in die Länge zu ziehen. Das war in den Ostertagen. Baron Burian vertrat damals den an sich gerechtfertigten Standpunkt, daß er sagte, er müsse doch wissen, was Italien eigentlich wolle. Da hat sich Sonnino geziert und die Verhandlungen hingezogen. Schließlich kam er mit den bekannten ganz unmöglichen Forderungen heraus[845]. Es ist unzweifelhaft, daß Italien, bevor es die sogenannte Kündigung

[842] Das sind 61 Bundesratsbevollmächtigte.

[843] Am 18. Mai 1915. Vgl. unten Nr. 637*.

[844] Oben Anm. 560.

[845] Oben Nr. 282, 284 und 287 mit Anm. über DDI.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Dreibundvertrags aussprach, mit der Entente in den engsten Verhandlungen gestanden hat. Es ist wahrscheinlich, daß es in der letzten Dekade des April ein – vielleicht an eine Suspensivbedingung geknüpftes – Abkommen getroffen hat, durch das es sich verpflichtete, an die Seite der Entente zu treten[846]. Dies geschah also zu einer Zeit, wo der Dreibundvertrag formal und materiell noch vollkommen intakt bestand. Über die Art, wie schließlich Italien den Krieg vom Zaune gebrochen hat, über die Felonie, die es begangen hat, und über das in der Geschichte aller Zeiten unerhörte Schriftstück der Kriegserklärung[847] brauche ich kein Wort zu verlieren.

Wir haben in Rom zu allen Zeiten keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß, falls Italien gegen Österreich losgehen sollte, es Deutschland auf der Seite Österreichs finden würde. Ich glaube, das ist der einzige Standpunkt, den Deutschland einnehmen konnte. Wenn Italien sich entschloß, den Bündnisvertrag mit Österreich zu zerreißen und ihm den Krieg zu erklären, so hat es damit zwar gleichzeitig den Bündnisvertrag mit Deutschland zerrissen. Es konnte aber nicht den Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Österreich annullieren. Ich habe – und ich bin sicher, hiefür die Zustimmung des Hohen Bundesrates zu finden – erklärt, daß wir Österreich nicht sitzen lassen und uns neutral verhalten können, sondern die Treueverpflichtung, durch die wir an Österreich gefesselt sind, erfüllen müssen. Wir haben deshalb den Fürsten Bülow angewiesen, gleichzeitig mit Baron Macchio Rom zu verlassen. Der Fürst hat gestern seine Pässe verlangt, und wird heute abends zusammen mit Baron Macchio von Rom abreisen. Wir haben weiter der italienischen Regierung erklären lassen, daß in dem Verlauf des Weltkrieges die österreichisch-ungarischen Heeresverbände mit deutschen Truppen durchsetzt worden sind, und daher Italien, wenn es die österreichischen Truppen angreifen werde, auf deutsche Truppen stoßen, also Deutschland angreifen werde. Diese Erklärung ist gestern in Rom dem Auswärtigen Amt abgegeben worden. Darin liegt keine ausdrückliche Kriegserklärung; es werden damit vielmehr nur die Konsequenzen gezogen, die sich aus unserem Verhältnis zu Österreich-Ungarn und aus der italienischen Kriegserklärung ergeben. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß der Hohe Bundesrat einverstanden sein wird mit dieser Erklärung, mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und mit den Konsequenzen, die sich daraus real für uns gegenüber Italien ergeben und schließlich in einem tatsächlichen Kriegszustand enden werden.

Ich habe bereits neulich im Reichstag gesagt[848], daß das deutsche Volk den neuen Gefahren, die durch das beispiellose Verhalten Italiens, das 33 Jahre lang den Vorteil des Bündnisses mit uns genossen hat, heraufbeschworen werden, tapfer und mannhaft zu begegnen wissen wird. Ich möchte glauben, daß

[846] Die Vermutung trifft zu: Am 26. April 1915 wurde in London zwischen der Entente und Italien ein Vertrag unterzeichnet, in dem Italien umfangreiche Erwerbungen zugesichert wurden. Vgl. oben Nr. 300 mit Anm. 826.

[847] Vom 4. Mai 1915. Wortlaut (in deutscher Übersetzung) in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56,2 (1915) S. 953–954.

[848] Unten Nr. 637*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Eintritt Italiens in den Krieg von der militärischen Seite aus von Deutschland durchaus ertragen werden kann. Schwierig würde die Situation werden, wenn dieser Eintritt auch den Balkan auf die Seite unserer Gegner ziehen würde. Die Schwierigkeit der Situation ergibt sich aus dem Verhalten Rumäniens. Rumänien war nach dem Vertragsverhältnis, durch das es an Österreich und uns geknüpft war, verpflichtet, mit uns zu gehen, zum mindesten wohlwollende Neutralität zu üben[849]. Beides hat es nicht getan. Gegenwärtig scheint es sicher zu sein, daß Bratianu in gewissen Pourparlers mit Rußland steht und die Entente ebenso freigebig in ihren Versprechen gegenüber Rumänien ist[850], wie sie es gegenüber Italien war. Sie befindet sich in der glücklichen Lage, über Vorteile und Länder zu verfügen, die ihr gegenwärtig nicht gehören. Mit solchen Versprechungen können wir nicht konkurrieren. Der König von Rumänien[851] hat wiederholt – bis in die letzten Tage – erklärt, daß er neutral bleiben werde; die Kriegserklärung Italiens werde in Rumänien unruhige Tage hervorrufen; er hoffe aber durchhalten zu können. An seinem guten Willen zweifle ich nicht. Ob ihm aber die Stärke beiwohnt, ihn dauernd in die Tat umzusetzen, weiß ich nicht. So ist Rumänien unzweifelhaft ein Fingerzeichen. Daß wir auf jedem möglichen Wege bestrebt sind, Rumänien von dem Eintritt in den Krieg abzuhalten, davon wird der Hohe Bundesrat überzeugt sein. Das wirksamste Mittel in dieser Beziehung sind auch in diesem Fall militärische Erfolge, und es steht außer Zweifel, daß unsere Siege in Galizien[852] die Kriegshetzer in Rumänien ernüchtert haben. Ich möchte hoffen und jedenfalls hofft es die Heeresleitung, daß es glücken wird, diese Siege noch in merklicher Weise auszubauen und zu vervollkommnen. Erfüllt sich diese Hoffnung, so glaube ich sagen zu können, daß es gelingen wird, Rumänien neutral zu halten. Geschieht dies, so wird auch von Bulgarien nichts zu fürchten sein. Bulgarien hat sich bisher freundschaftlich zu uns gestellt, wenn es auch zu ängstlich ist, um sich in formeller Weise uns gegenüber zu binden. Letzteres ist zu verstehen. Bulgarien will sich eben die Chancen nach allen Richtungen hin offen halten.

Die Türkei wird in keinen Kriegszustand mit Italien treten. Es scheint, daß Italien nicht gesonnen ist, Truppen gegen die Türkei zu schieben, sondern sich lediglich auf den Kampf gegen Österreich beschränken will. Ich glaube, daß es auch in unserem Interesse liegt, daß zwischen Italien und der Türkei einstweilen kein Krieg entsteht. Die Türkei hält mit bewunderungswerter Aufopferung und Mut an dem Vertragsverhältnis mit uns fest und ist bereit, den Krieg bis

[849] Durch die Akzessionserklärung Deutschlands zum österreichisch-rumänischen Vertrag vom 30. Oktober 1883. Text: CTS 162 (1883) S. 488–495.

[850] Das geht aus den neu veröffentlichten französischen Akten deutlich hervor. Hier für den Zeitraum 1. Januar–25. Mai 1915 eine Auswahl der einschlägigen Quellen (die neben Rumänien zumeist auch Bulgarien betreffen): Documents Diplomatiques Français 1915 Nr. 101, 126, 498, 549, 551, 554, 613, 619, 630, 638.

[851] Ferdinand I. (1881–1927), König von Rumänien 1914–1927.

[852] Über die Kämpfe in Galizien (nördlich von Przemyśl) in diesen Tagen, die am 24. Mai noch nicht zu Ende waren, vgl. Der Weltkrieg VIII S. 159187. Przemyśl fiel am 3. Juni.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zum äußersten durchzuführen. Militärisch ist die Situation an den Dardanellen gut.

Nun bleibt nichts anderes übrig, als diesem neuen Geschick, daß uns geworden ist, ins Auge zu sehen, und ich möchte jedenfalls für meine Person der absoluten Zuversicht Ausdruck geben, daß uns auch die Gegnerschaft Italiens den Gewinn des Krieges nicht rauben wird.

Ich möchte noch bemerken, daß nach den bis jetzt uns bekannt gewordenen Dispositionen Italien keine Truppen nach Frankreich schicken wird. Ob sich dies im weiteren Verlauf nicht ändern wird, kann ich nicht sagen. Dagegen habe ich die Besorgnis, daß es sich gegenüber der Entente verpflichtet hat, keinen Sonderfrieden zu schließen."

Auf eine Frage des Bayerischen Gesandten Graf von Lerchenfeld fügte der Reichskanzler seinen Mitteilungen noch bei, daß Italien es zwar gerne sehen würde, wenn ihm Deutschland den Krieg erklären würde; er habe aber einstweilen nicht die Absicht, Italien gegenüber eine weitere Erklärung abzugeben. Es werde sich also um einen Angriff Italiens gegen uns handeln, nicht um eine förmliche Kriegserklärung von unserer Seite. Sollte eine solche noch beabsichtigt werden, so würde er die Zustimmung des Bundesrats dazu einholen.

320. Bethmann Hollweg an Bussche

PA Berlin, R 1871, f. 24. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 679. Berlin, 24. Mai 1915

Ew.pp. wollen in einer bei Sr. Majestät dem König nachzusuchenden Audienz vortragen, wie wir wüßten, daß Herr Bratianu mit Rußland in Unterhandlungen stehe. Herr Bratianu meine zwar, diese Unterhandlungen hätten die Aufrechterhaltung der Neutralität zum Ziele. Es sei jedoch völlig unerfindlich, weshalb zu diesem Zwecke Verhandlungen mit Rußland erforderlich seien, da Rumänien vertragsmäßig sogar zum Losschlagen an unserer Seite verpflichtet gewesen wäre und, wenn es das bisher nicht getan habe, zum mindesten wohlwollende Neutralität hätte halten müssen. Bei dieser Sachlage sei der dringende Verdacht nicht abzuweisen, daß die Verhandlungen des Herrn Bratianu den Anschluß an die Entente bezwecken oder wenigstens den Minister schließlich in eine Situation führen würden, in der er sich russischen Drohungen nicht mehr entziehen könne. Allerdings wolle es uns undenkbar erscheinen, daß Rumänien, den Spuren Italiens folgend, unter offenem Treubruch in das Lager unserer Feinde übergehen könnte. Wie die Presse der ganzen Welt zeige, finde Italien überall im Grunde nur Verachtung.

Unter Auseinandersetzung der Ihnen bekannten militärischen Lage besonders auch Rußland gegenüber, bitte ich, König darauf hin[zu]weisen, daß Eingreifen Rumäniens gegen uns rein sachlich ein Wahnsinn wäre. Auf aktive Unterstützung Rußlands könnte Rumänien nicht mehr rechnen, trotz aller Zusicherungen, an denen es Rußland natürlich nicht fehlen lassen wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Daß ein Mitgehen Rumäniens auf unserer Seite für Rumänien nicht nur ungefährlich, sondern sogar vorteilhaft wäre und den Krieg noch schneller beendigen würde, liegt auf der Hand.

321. Bethmann Hollweg an Bussche

PA Berlin, R 1871, f. 35. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

[Ohne Nr.] Berlin, 25. Mai 1915

Bei heutiger Besprechung mittheilte Baron Burian, daß oesterreichischer Gesandter in Bukarest[853] Auftrag hat, rumänische Regierung zu veranlassen, ihre Forderungen für Mitgehen zu äußern. Sollte sie sich nicht äußern, ist Gesandter autorisirt, an Gedenken König Carols (bezw. Carps[854]) anknüpfend, außer Bessarabien auch rumänischen Theil der Bukowina zu bieten. Wir würden zudem zu ausgiebiger finanzieller Hilfe bereit sein.

322. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20186, f. 27. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 530. Berlin, 26. Mai 1915

General von Falkenhayn mitteilte mir gestern mündlich, daß kein Luftschiff der Armee Margate[855] beworfen habe, und Admiral Bachmann drahtet mir, daß Marineluftschiff für Beschießung von Margate nicht in Frage komme. Erbitte Aufklärung.

323. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20186, f. 32. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 76. Pleß, 26. Mai 1915, 10 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 27. Mai 1915, 12 Uhr 15 Min. Vm.

General von Falkenhayn bittet mich, Euerer Exzellenz zu drahten, er sei nicht sicher, ob er gestern genügend klar zum Ausdruck gebracht habe, daß er vom militärischen Standpunkt aus auf die Neutralität Rumäniens in der bisherigen Form nicht soviel Wert lege, daß ihm besondere Opfer dafür gerechtfer-

853 Ottokar Graf Czernin.

854 Petru Carp (1837–1919), mehrmals rumänischer Minister und Ministerpräsident, zuletzt Ministerpräsident Januar 1911–April 1912.

855 Stadt in der Grafschaft Kent, am Meer gelegen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tigt schienen. Für seine militärischen Zwecke brauche er ein [= kein] Mitgehen Rumäniens oder zum allerwenigsten die von Rumänien zu gewährleistende volle Freiheit zum Durchbringen der Munition für die Türkei, wodurch Rumänien der Entente gegenüber kompromittiert werde.

Das heutige Telephongespräch mit Herrn Reichskanzler und die Überlegung, daß Rumänien kaum geneigt seine würde, vor der Ernte in den Krieg gegen uns einzugreifen, lassen den General offenbar die rumänische Gefahr geringer einschätzen, als er noch vor kurzem anzunehmen geneigt war.

324. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20186. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 79. Schloß Pleß, 27. Mai 1915, 1 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 27. Mai 1915, 2 Uhr 15 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 530[856].
Für den Herrn Reichskanzler:

Admiral von Müller hatte mir seine Mitteilung auf Grund eines Zeitungsausschnitts gemacht, der vom Auswärtigen Amt dem Kaiser vorgelegt und von Allerhöchstdemselben den Marinebehörden zugeschrieben war. Der Admiral bittet um Entschuldigung, daß er bei seiner Angabe Margate mit Ramsgate[857] verwechselt hat. Um diesen letzeren Ort handelt es sich.

Herr von Bergen[858] hat auf meine Bitte Zeitung und Datum des Ausschnitts notiert, da Herr von Müller diesen orginaliter dem Admiralstab zurückgegeben hatte.

325. Treutler an AA

PA Berlin, R 1872, f. 8. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 85. Schloß Pleß, 29. Mai 1915, 8 Uhr 25 Min. Vm.
Ankunft: 29. Mai 1915, 9 Uhr 12 Min. Vm.

Für Herrn Reichkanzler.

General v. Falkenhayn möchte gern der Presse die Diskussion über Rumänien, Bulgarien usw. freigeben, weil er sich davon eventuell gute Wirkung auf diese Balkanstaaten verspricht. Unerwünschtes könne ja die Zensur immer noch zurückhalten. Ich sagte ihm, ich würde Euer Exzellenz Ansicht einholen.

Erbitte Weisung.

[856] Oben Nr. 322.

[857] Unweit von Margate (südöstlich) gelegen.

[858] Diego von Bergen (1872–1944), Vortragender Rat in der Abteilung IA (Politik) des AA 1911–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

326. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 1872, f. 8. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept am Rand der vorangehenden Nr.

Nr. 558. Berlin, 29. Mai 1915

Antwort auf Tel. Nr. 85[859].

Unter Präventivzensur stehen nur militärische Nachrichten, nicht politische Erörterungen. Ich habe indessen die Presse ersuchen lassen, in ihren Erörterungen der rumänischen und bulgarischen Verhältnisse Vorsicht walten zu lassen, und beabsichtige nicht, dieses Ersuchen zurückzuziehen, da sonst nur Unheil entstehen würde. Unerwünschtes könnte mangels Präventivzensur nicht zurückgehalten werden. So oft ich glauben werde, durch inspirirte Artikel Nutzen stiften zu können, werde ich das Entsprechende veranlassen. Sollte General v. Falkenhayn bestimmte Wünsche haben, so werde ich etwaige Anregungen selbstverständlich eingehend würdigen und gegebenen Falls verwerten.

327. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21455, f. 30–31. Telegramm in Ziffern. Maschinenschriftliche Abschrift.

Nr. 559. Berlin, 29. Mai 1915

In neuerer Zeit sind von Unterseebooten torpediert worden die norwegischen Schiffe Minerva und Iris, das dänische Betty. Dasselbe ist vermutlich der Fall bezüglich des Norwegers Marikopa, der Schweden Martha und Roswale sowie des Amerikaners Nebraskan. Die durch diese Vorfälle bei den Neutralen entstehende Spannung muß zu ernsten Besorgnissen Anlaß geben. Die Vereinigten Staaten stehen dicht vor dem Abbruch der Beziehungen. Der amerikanische Botschafter gab heute von einem direkten Telegramm des Präsidenten Wilson[860] Kenntnis, wonach dieser eine Änderung des Unterseebootkrieges für geboten erachtet, wenn die Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika aufrechterhalten werden sollen[861]. Die amerikanischen Konsulate sind bereits angewiesen, die Adressen der Amerikaner in Deutschland festzustellen. Tritt Amerika wenn auch nicht sofort mit den Waffen zu unseren Gegnern, so werden die kleineren Neutralen bald folgen. In Holland tritt in neuerer Zeit große Beunruhigung wegen der Folgen hervor, die die Annexion Belgiens

[859] Die vorangehende Nr.

[860] Woodrow Wilson (1856–1924), 28. Präsident der Vereinigten Staaten 1913–1921.

[861] Das Telegramm findet sich nicht an entsprechender Stelle in den amerikanischen Quellenpublikationen: Foreign Relations of the United States 84 (1915); Wilson, Papers Bd. 33. Vgl. aber in der Sache ebenda S. 239.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch Deutschland für die Zukunft Hollands haben würde. Die Gefahr liegt daher vor, daß evtl. Holland sich einem Angriff unserer Gegner durch holländisches Gebiet nicht widersetzen, sich demselben vielmehr vielleicht anschließen würde. Ich glaube nicht, daß wir einen solchen Angriff militärisch aushalten können, und habe deshalb immer wieder die ernstesten Vorstellungen beim Admiralstab erhoben. Wie die Tatsachen zeigen, blieben sie bisher erfolglos.

Euer Exzellenz wollen vorstehendes mit General von Falkenhayn besprechen und ihm anheimstellen, falls er die Besorgnis teilt, die ich für unsere militärische Situation hege, falls Holland seine Neutralität aufgibt, den militärischen Standpunkt gegenüber dem Vorgehen der Unterseeboote an geeigneter Stelle zur Geltung zu bringen. Jedenfalls bitte ich Sie, dem General gegenüber bestimmt festzustellen, daß ich bei einer Fortdauer des Unterseebootkriegs in seinen gegenwärtigen Formen eine Gewähr für die Haltung der Neutralen nicht länger übernehmen kann.

328. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 95. Telegramm. Eigenhändiges Konzept. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 31. Mai 1915

Habe dem Kaiser folgendes als seinen Standpunkt in der Ubootfrage vorgetragen. Bethmann habe ihm mitteilen lassen, daß, wenn gewisse amerikanische Forderungen hinsichtlich Handhabung des U-Bootkriegs[862] nicht erfüllt würden, die Gefahr eines Eintritts Amerikas in die Reihe unserer offenen Feinde bestanden [= bestehe]. Eine Belastung, wie sie hierdurch eintreten müßte, könnten wir meiner Ansicht nach nicht mehr ertragen. Es bleibe daher nur übrig, daß S.Maj. der Marine den Befehl erteile, Maßnahmen zu treffen, die den amerikanischen Forderungen unter allen Umständen Rechnung tragen.

[862] In den voraufgegangenen Monaten waren mehrere amerikanische Schiffe von deutschen Ubooten versenkt worden. Der Fall, der am meisten Aufregung verursachte, war die Versenkung des englischen Cunarddampfers „Lusitania“ am 7. Mai 1915, der unter neutraler Flagge fuhr und amerikanische Passagiere an Bord hatte, von denen 139 ertranken. Es entspann sich ein Notenwechsel zwischen der amerikanischen und der deutschen Regierung. In der Note vom 15. Mai forderte die amerikanische die deutsche Regierung auf, daß die Kommandanten ihrer Uboote das Leben von Nichtkombattanten schonen müßten, die Sicherheit neutraler Schiffe nicht gefährden dürften und die deutsche Regierung Genugtuung für den verursachten Schaden bieten und die Wiederholung von Vorfällen wie bei der „Lusitania“ vermeiden müsse. Der Notenwechsel zwischen beiden Regierungen in den Monaten Februar bis Mai 1915 ist abgedruckt in: Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1298–1320. Vgl. auch Spindler, Handelskrieg II S. 86–103, 159–194; König, Agitation S. 185–233.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

329. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21455. Telegramm. Dieses als eigenhändiges Konzept; der darauf folgende Befehl in maschinenschriftlicher Abschrift. An dessen Kopf eigenhändiger Vermerk Bethmanns: An Admiral Bachmann persönlich übergeben.

Nr. 580. Berlin, 1. Juni 1915

Zum Vortrag bei S.M.

Nachdem auf Befehl S.M. der am Schluß folgende Befehl des Chefs des Admiralstabs[863] an den Chef der Hochseestreitkräfte erlassen worden ist, werden Torpedierungen von neutralen Schiffen nicht mehr oder doch nur noch in den allerseltensten Ausnahmefällen vorkommen. Gegen die Fortsetzung des Unterseebootkrieges nach Maßgabe dieser Vorschriften habe ich keine Bedenken zu erheben.

Befehl: Seine Majestät der Kaiser lassen erneut eindringlich auf die Notwendigkeit hinweisen, bis auf weiteres neutrale Schiffe bei der Führung des U-Bootkrieges zu schonen. Weitere Angriffe auf neutrale Schiffe würden die Gefahr ernster politischer Verwickelungen entstehen lassen, die unter den jetzigen Verhältnissen durchaus vermieden werden müssen.

Seine Majestät machen den U-Bootkommandanten zur ernstesten Pflicht, nicht anzugreifen, wenn sie nicht die begründete Überzeugung haben, das das betreffende Schiff ein feindliches ist. In zweifelhaften Fällen sei lieber ein feindliches Handelsschiff durchzulassen, als ein neutrales zu versenken. Es ist zu versuchen, auch die zur Zeit in See befindlichen U-Boote mit entsprechenden Befehlen zu versehen.

Admiral

330. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 1872, f. 92–93. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift. – Am Rand maschinenschriftlicher Vermerk: (telephonisch nach Pleß gegeben 1.6.15 3^{15} pm.)

[Ohne Nr.] Berlin, 1. Juni 1915

Baron Burian sucht sich offenbar wieder allen Konzessionen an Rumänien zu entziehen. Im Vordergrund des rumänischen Interesses steht Frage der Behandlung ungarischer Rumänen: Gerüchte sprechen von Bildung eines Konzentrationsministeriums in Budapest. Es ist möglich, daß dieses die Parteien zu gemeinsamem Widerstand gegen rumänische Forderungen vereinigen soll. Im Laufe der Woche, und zwar von morgen ab, werden laut Wolfftelegramm

[863] Admiral Bachmann. – Der im folgenden genannte ist Vizeadmiral Pohl, der am 4. Februar 1915 den Befehl zum uneingeschränkten Ubootkrieg unterzeichnet hatte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ungarische Oppositionsführer Andrassy, Appony und Zichy[864] nach einander einzeln in Schönbrunn empfangen, wahrscheinlich um den Kaiser gegen jegliche Konzession festzulegen.

Wir müssen unbedingt Konzessionen an Rumänien in Wien durchsetzen, da ohne solche Rumänien nicht ruhig zu halten ist und sein Eintritt in den Krieg auf Seiten unserer Gegner über unsere Kräfte geht. Auch ginge dann Bulgarien wohl mit Sicherheit in das Lager der Majorität. Eine Entscheidung kann nur durch S.M. den Kaiser Franz Joseph herbeigeführt werden, und dieser wiederum ist keinem andern Einfluß als dem unsers Allergnädigsten Herrn persönlich zugänglich.

Unter diesen Umständen bitte ich Ew. Exzellenz, S.M. dem Kaiser die Absendung nachstehenden Telegramms sowie einen Besuch in Wien am Freitag alleruntertänigst vorzuschlagen.

Telegramm S.M. des Kaisers an S.M. Kaiser Franz Joseph:

„Ich erhalte sehr bedenkliche Nachrichten sowohl aus Bukarest wie aus Sofia. In dieser ernsten Stunde, in der es sich um die Existenz unserer Reiche handelt, ist es mein dringender Wunsch, die Lage mit Dir persönlich zu besprechen. Würde Dir mein Besuch in Wien am Freitag[865] willkommen sein? Unser Zusammenkommen würde auch vor der Welt von unserer treuen Waffenbrüderschaft von neuem Zeugnis ablegen."

Im Fall der Allerhöchsten Genehmigung wollen Ew. Exzellenz obiges Telegramm sofort an Herrn von Tschirschky mit einem bereits kompromittierten Chiffre absenden behufs Weitergabe.

331. Bethmann Hollweg an Bussche

PA Berlin, R 1872, f. 122–123. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept teilweise in Maschinenschrift und teilweise eigenhändig.

Nr. 763. Berlin, 2. Juni 1915

Dringend.

Die gegenwärtig zwischen Bratianu und dem Grafen Czernin eingeleiteten Verhandlungen können zu dem Resultat führen, daß der Minister ausweichend antwortet oder sogar ein Mitgehen Rumäniens für ausgeschlossen erklärt. In diesem Falle wollen Ew.pp., um möglichst schnell eine Verhandlungsbasis zu schaffen, von der in Tel. Nr. 742 erteilten Ermächtigung[866] sofort Gebrauch

[864] Julius Graf Andrássy d. Jüng. (1860–1929), Oppositionsführer im Budapester Parlament. – Albert von Apponyi von Nagy-Apponyi (1846–1933), ungarischer Minister für Kultus und Unterricht 1906–1910. – Aladár Graf Zichy (1864–1937), ungarischer Minister am Hoflager 1906–1910 und 1917–1918; Minister für Kultus und Unterricht 1910–1912.

[865] 4. Juni 1915. – Nach den verfügbaren Quellen war Wilhelm II. zwar von Pleß ins österreichisch-ungarische Hauptquartier in Teschen herübergekommen, traf dort aber nicht mit Kaiser Franz Joseph zusammen.

[866] Bussche war Ende Juni 1915 ermächtigt worden, er könne König Ferdinand und eventuell Brătianu eröffnen, daß bei wohlwollender Neutralität Rumäniens (worunter auch die Mög-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

machen. Dadurch müßte verhindert werden, daß Herr Bratianu sich in der Zwischenzeit gegenüber der Entente engagiert, was um so mehr zu befürchten ist, als Baron Burian durch Graf Czernin hat erklären lassen, daß er für bloße Neutralität keine Konzessionen gäbe.

Oder aber Bratianu erklärt ein Losschlagen auf unserer Seite für möglich; dann würde er dasselbe, soweit es sich von hier übersehen läßt, an Bedingungen knüpfen, die für Österreich unannehmbar sind. Sollte dies eintreten, so müßte vermieden werden, daß die Bedingungen dem Grafen Czernin überhaupt mitgeteilt werden, da darauf ein die Situation vielleicht rettungslos verfahrendes „Nein" aus Wien erfolgen würde. In diesem Falle wollen Ew.pp. die beabsichtigte Anwort Herrn Bratianus vorher von ihm herauslocken und ihm andeuten, daß weitgehende Concessionen im gegenwärtigen Augenblick in Wien nicht zu erreichen sind, daß ihre Erfüllung in einem späteren Zeitpunkt jedoch nicht ausgeschlossen erscheint. Gleichzeitig wollen Ew.pp. dem Minister resp. dem König die Anerbietungen im Sinne des Tel. Nr. 742 machen. Die Methode, alle Verhandlungen zu verschleppen und niemals zu rechter Zeit einen Entschluß zu fassen, die Baron Burian in der italienischen Angelegenheit gezeigt hat, wird Ew.pp. hinreichend Argumente für Ihre Unterredung mit dem Minister liefern. Über alle Phasen der Verhandlungen bitte ich telegraphisch zu berichten, damit die erforderlichen Demarchen in Wien rechtzeitig geschehen können.

Anheimstelle, ob Ew.pp., sofern Chancen für ein Mitgehen überhaupt bestehen, auch schon jetzt, d.h. ehe Bratianu seinen Entschluß auf die Anfrage des Grafen Czernin faßt, vertraulich mit dem König sprechen und mit ihm Verhandlungsbasis für Mitgehen zu schaffen suchen – also Parallelaktion zur Verhandlung Czernin mit Burian.

332. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 151–157. MF 979. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 137 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 3. Juni 1915

[*1. Schließung des Landtags. – 2. Kriegsfinanzierung. – 3. Versorgungslage.*]

Der Herr Ministerpräsident teilte mit, er sei in letzter Zeit wiederholt von verschiedenen Seiten, insbesondere auch von sozialdemokratischen Abgeord-

lichkeit der Durchfuhr von Munitionstransporten in die Türkei zu verstehen sei), die von Tisza vor zwei Jahren vorgeschlagene Autonomie von Siebenbürgen und die Abtretung des südöstlichen Teils der Bukowina (u.a. mit Suszawa) angeboten würden. (PA Berlin, R 1872, f. 59–60.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neten, und in Stimmungsberichten des hiesigen Polizeipräsidenten[867] darauf aufmerksam gemacht worden, wie durch die fortgesetzte Steigerung aller Lebensmittel-, insbesondere der Fleischpreise, im Volke eine gewisse Unruhe und Unzufriedenheit entstanden sei. Nachdem auch die Hamburger Großeinkaufsgesellschaft eine Aufstellung über die Preissteigerung im Großhandel seit Kriegsausbruch sämtlichen Gewerkschaften zugänglich gemacht habe, würde diese Stimmung in der Bevölkerung voraussichtlich noch verstärkt und vertieft werden. Die Frage der Lebensmittelpreise sei während der jetzigen Kriegszeit von größter Bedeutung für unser gesamtes Volk, und es müßte nach Mitteln und Wegen gesucht werden, um Abhilfe zu schaffen. Der Herr Vizepräsident sei ja auch bereits mit dem Herrn Handelsminister und dem Herrn Landwirtschaftsminister[868] dieserhalb in Verbindung getreten. Es sei nicht seine Absicht, heute über diese Frage weitere Erörterungen zu veranlassen, er habe aber den Wunsch, auch seinerseits zum Ausdruck zu bringen, wie sehr sie ihm am Herzen liege. Es werde ja nicht leicht sein, Abhilfe zu schaffen, die Staatsregierung müsse aber alles tun, was in ihren Kräften liege, um Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles zu finden.

333. Treutler an Bethmann Hollweg

PA, R 21455, f. 39. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 126. Pleß, 5. Juni 1915, 7 Uhr 50 Min. nm.
Ankunft: 5. Juni, 8 Uhr 45 Min. nm.

Privat für den Herrn Reichskanzler.

Im Anschluß an das heutige Telefongespräch übersende ich Euerer Exzellenz das soeben von Seiner Majestät genehmigte an den Admiralstab abgegangene Telegramm[869]:

„Der Reichskanzler hat hierher mitgeteilt, daß seine Forderung, es dürfte kein großer Passagierdampfer, auch nicht feindlicher, torpediert werden, auf eine ablehnende Haltung beim Chef des Admiralstabes stieße. Seine Majestät sind der Ansicht, daß die Forderung des Reichskanzlers zum mindesten während der schwebenden Verhandlungen mit Amerika unabweisbar ist, worüber nach der Verhandlung hier am 31. Mai auch kein Zweifel sein konnte. Seine Majestät bedauern, daß in dem Befehl über den Unterseebootskrieg vom 1. Juni die Frage der großen Passagierdampfer ausgelassen worden ist, und befehlen eine sofortige entsprechende Ergänzung. Auch in der zeitweiligen Beschrän-

[867] Traugott von Jagow. – Seine Berichte vom 29. Mai und 12. Juni 1915 in: Dokumente aus geheimen Archiven. Bd. 4. 1914–1918. Berichte des Berliner Polizeipräsidenten zur Stimmung und Lage der Bevölkerung in Berlin. Bearb. v. Ingo Materna [u. a.]. Weimar 1987 = Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam 22.

[868] Clemens Delbrück, Reinhold von Sydow, Clemens Frhr. von Schorlemer.

[869] Dazu vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 114.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kung des Unterseeboot-Handelskriegs auf ausgesprochene Frachtdampfer behält er seinen Wert als politisches Druckmittel. Im ganzen erwarten Seine Majestät in Zukunft ein verständnisvolles Zusammengehen des Admiralstabs mit der politischen Leitung des Reichs. Bestätigung.

von Müller“

334. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21455, f. 41–42. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 131. Pleß, 6. Juni 1915, 7 Uhr 10 Min. Nm.
Ankunft: 6. Juni 1915, 8 Uhr 10 Min. Nm.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 126[870].
Ganz geheim für Reichskanzler.

Heute morgen erhielt Seine Majestät mit Umgehung von Müller ein Telegramm von v. Tirpitz und Bachmann, das wie folgt lautet:

„Flügeladjutant vom Dienst für Seine Majestät den Kaiser. Großes Hauptquartier.

Die von Euerer Majestät heute befohlenen wichtigen weiteren Beschränkungen für die Unterseebootskommandanten bedeuten bei der Eigenart des Unterseebootkriegs praktisch den völligen Verzicht auf denselben. Durch einen solchen Befehl verliert Deutschland seine letzte Waffe gegen England und erleidet bei seinen Feinden und bei den neutralen Mächten eine niemals wieder gut zumachende Einbuße an militärischem Ansehen. Allgemein wird dieser Befehl, dessen Geheimbleiben ausgeschlossen ist, als eine Entschuldigung für die Lusitania aufgefaßt werden können und bei unseren Gegnern, bei den Neutralen, im eigenen Volk und in der eigenen Marine nur als ein gefährliches Zeichen der Schwäche ausgelegt werden. Euere Majestät bitten die Unterzeichneten auf das dringendste, von einem solchen Befehl Abstand nehmen zu wollen. Sie selbst sind nicht in der Lage, die Verantwortung zu übernehmen. Tirpitz. Bachmann.“

Seine Majestät besprach es natürlich sofort und erklärte spontan mit aller Energie, daß er auf dem gegebenen Befehl beharre, wir sollten auch mit Herrn Falkenhayn sprechen.

Herr von Falkenhayn, der empört war über die in dem Telegramm geäußerte Weigerung hoher Offiziere, jetzt im Kriege eine von Seiner Majestät ihnen zugeschobene Verantwortung zu übernehmen, gab Müller denselben Rat, den ich ihm gegeben hatte, sodaß nun folgendes Telegramm abgeht:

„Es bleibt bei meinem gestern durch Kabinettschef übermittelten Befehl, für dessen etwaige politische Folgen der Reichskanzler die Verantwortung

[870] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

trägt. Für die militärische Ausführung des Befehls und für dessen Geheimhaltung sind mir der Chef des Admiralstabes und die militärischen Vorgesetzten verantwortlich.

Wilhelm I.R.“

Admiral Müller hat mir den Text der beiden Telegramme mit der Bitte übergeben, daß, falls ich sie Euerer Exzellenz mitteilen wollte, ich seine Bitte beifügen möchte, dieselben nur zur Orientierung zu benutzen, aber nicht den beiden Admiralen gegenüber zu verwerten.

335. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 1875. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 690. Berlin, 13. Juni 1915

Ungarländische Rumänen stellen so hohe Forderungen[871], daß ihre Annahme unmöglich erscheint. Aus Bukarest noch keine Nachricht; daß diese, wenn sie eintrifft, Munitionstransport binnen kurzem ermöglichen sollte, mir durchaus unwahrscheinlich. Da militärischer Druck auf Rumänien zwecks Erzwingung Transport vor der Hand ausgeschlossen, muß meines Dafürhaltens mit allen Mitteln angestrebt werden, durch Zeppelins und Luftfahrzeuge schleunigst Munition nach Türkei zu schaffen. Auch wenn wir dabei wegen fehlender Hallen und sw. Zeppelins verlieren sollten, stände solcher Verlust in keinerlei Verhältnis zu Gewinn, wenn Dardanellen gehalten werden. Versuch sollte, wie ich meine, unter allen Umständen gemacht werden, zumal bei jetzigem Sommerwetter Gefahren herabgemindert sind. Entfernung Wilhelmshaven – Gravesend[872] und zurück rund 1.000 km., Entfernung Südungarn – Adrianopel ebensoviel. In Adrianopel könnte Betriebsstoff aufgenommen werden, was in Gravesend nicht möglich.

Bitte in diesem Sinne mit General von Falkenhayn sprechen.

336. Bethmann Hollweg an Bussche

PA Berlin, R 9715. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

[Ohne Nr.] [o. O.] 14. Juni 1915

Stauss[873] meldet, Radu Costinescu, Sohn des Finanzministers[874], habe ihn gefragt, ob Deutschland heute schon Rumänien eine Zusage machen könne,

871 Gemeint: Hergabe von Siebenbürgen oder Teilen davon an Rumänien.

872 Hafenstadt an der Themse, östlich von London.

873 Emil Georg (1918: von) Stauß (1877–1942), Direktor der Deutschen Bank; in deren Vorstand seit 1915.

874 Sohn des rumänischen Finanzministers (1844–1921) (keine weiteren Daten ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß es bei ausländischen Bestellungen auf Unterseeboote nach dem Kriege in erster Linie solche von Rumänien berücksichtigen werde.

Mir erscheint solche Zusage unbedenklich, und ich stelle anheim, Busche noch sofort in diesem Sinne zu instruiren.

337. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 96. Schreiben. Ausfertigung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

Berlin, 16. Juni 1915

Aus zuverlässiger Quelle erfahre er, daß man sich in russischen politischen Kreisen mehr und mehr als militärisch besiegt empfinde und damit rechne, daß nicht nur Galizien, sondern auch Warschau und die ganze erste Verteidigungslinie verloren gehen könne. Andererseits sei man weit entfernt, sich als vollkommen niedergeworfen zu betrachten, hoffe vielmehr, in der zweiten Verteidigungslinie standhalten und uns dort noch harte Arbeit verursachen zu können. Die sich anbahnende Friedensstimmung würde dadurch niedergehalten, daß man befürchte, von uns zum Verzweiflungskampf getrieben zu werden. Sobald man erkennen würde, daß es nicht in unserer Absicht liege, über Warschau hinaus weitere russische Territorien zu okkupieren, sondern nach Abwendung der russischen Angriffsgefahr Hauptkräfte gegen Westen und Süden zu richten, werde sich Friedensneigung verstärken. Übrigens werde diese auch dadurch gehemmt, daß in Rußland angeblich Äußerungen auf höchster deutscher Stelle verbreitet werden, als sei die militärische Macht Rußlands bereits völlig zusammengebrochen oder unmittelbar davor. Solche den Tatsachen widersprechende Äußerungen wirkten nur aufreizend und trieben Wasser auf die Mühlen der Kriegspartei. Ich möchte letzteres für zutreffend und der Beachtung wert erachten.

338. Bethmann Hollweg an Wangenheim

PA Berlin, R 1933, f. 35. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1159. Berlin, 16. Juni 1915

Wir beabsichtigen Druck auf Wien, um nötige Konzessionen für wohlwollende Neutralität Rumäniens zu erhalten. Letztere würde aber nichts helfen, wenn dann Bulgarien seine Haltung ändern u. Durchlaß der Munitionstransporte nach Türkei verweigern sollte. Verständigung zwischen Türkei und Bulgarien erscheint daher ebenso nötig wie Verständigung zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien. Verhandlungen mit Sofia dürften nicht abgebrochen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden. Wäre es nicht angezeigt, maßgebende türkische Persönlichkeit, etwa Talaat[875], nach Sofia zu entsenden?

Bitte sofortigen Drahtbericht über Lage, da unsere Demarche bei österreichisch-ungarischen Staatsmännern morgen früh erfolgen soll. Bitte letzteres österreichischem Kollegen[876] nicht mitteilen.

339. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1876, f. 64–67. Eigenhändig.

[Ohne Nr.[877]] Berlin, 17. Juni 1915

Graf Tisza wird morgen in Wien die Zustimmung des Kaisers, Baron Burians und des Grafen Stürgk dazu einholen, daß Öserreich-Ungarn an Rumänien für die Zusicherung freundlicher Neutralität, d. h. für die sofortige und dauernde Durchlassung der Munitionstransporte nach der Türkei, die folgenden Konzessionen machte.

I. Abtretung der bukowinischen Kreise Kimpolung, Gurahumora, Szucawe[878].

II. Die nachstehenden durch gegengezeichneten Erlaß festzulegenden Konzessionen an die ungarländischen Rumänen:

1. Eine Reform des Wahlrechts, welche eine rumänische Wählermajorität in 30–40 Wahlkreisen zur Folge haben würde.

2. So weit möglich Berücksichtigung des rumänischen Elementes bei Besetzung der Beamtenposten im Königreich überhaupt. Sobald die im Gange befindliche Verstaatlichung der Beamtenorganisation durchgeführt sein wird, werden die rumänischen Elemente speziell bei der Besetzung der Beamtenstellen in den vorwiegend von Rumänen bewohnten Komitaten nach jeder Möglichkeit berücksichtigt werden.

3. Vermehrung der rumänischen Mittelschulen (Obergymnasium, Realschulen, auch landwirtschaftliche und gewerbliche Schulen), ohne sich auf die Zahl festzulegen.

4. Erhöhung der Dotation der zwei rumänischen Kirchen[879].

5. Zulassung des Gebrauchs der rumänischen Sprache in Verwaltung und den Gerichten.

6. Berichtigung der Grenzen des Bistums von Hajde Dorogh[880] (also Ausscheidung einzelner rumänischer Gemeinden aus dem Bistum, dafür Einverleibung magyarischer Gemeinden).

875 Talaat Pascha (1874–1921), türkischer Innenminister 1911–1917; Großwesir 1917–1918.

876 Johann Markgraf von Pallavicini (1848–1941), österreichisch-ungarischer Botschafter in Konstantinopel 1906–1918.

877 Vgl. auch die vorangehende Nr. und die folgende Nr.

878 In der südlichen Bukowina (an Rumänien grenzend).

879 Der griechischen und der katholischen.

880 Hajdúrog: Großgemeinde nördlich von Debreczen mit reformiertem Bistum.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Errichtung einer rumänischen Universität und die Ernennung eines Landsmannsministers lehnte Graf Tisza ab. Für die Universität fehle es an allem geeigneten Lehrpersonal, und ein Landsmannsminister könne doch nur bei der unter allen Umständen abzulehnenden Autonomie in Frage kommen. Sonst würden auch die Slowaken, die Serben und Deutschen einen Landsmannsminister fordern, der ihnen unmöglich konzedirt werden könnte.

Trotz des ausdrücklichen Widerspruchs des Grafen Tisza habe ich den Eindruck, daß er am allerletzten Ende vielleicht über die Universität noch mit sich sprechen lassen würde.

Die rumänische nationale Fahne ist bewilligt.

Falls die Wiener Faktoren zustimmen, worüber uns wenn irgend möglich noch morgen Nachricht zugehen soll, bittet Graf Tisza so zu prozediren, daß wir in Bukarest für die sofortige und dauernde Durchlassung der Munition unsererseits die bekannte finanzielle Beihilfe und namens Österreich-Ungarns die 3 Bukowinischen Kreise anbieten. Falls Bukarest hierauf die Munitionsdurchfuhr konzedirt, aber als conditio sine qua non noch Konzessionen an die ungarländischen Rumänen fordert, möchten wir erwidern, daß nach den uns bekannten Intentionen des Grafen Tisza dieser bereit sein würde, die vorstehend unter II fixirten Maßnahmen durch gegengezeichneten feierlichen Erlaß des Königs von Ungarn festzulegen.

Im Verlauf der gesamten Verhandlungen kam Graf Tisza immer wieder darauf zurück, daß Konzessionen an die ungarländischen Rumänen ein durchaus untaugliches Mittel seien, um Rumänien auf unsere Seite zu bekommen.

Auf direkte Anfrage des Grafen Tisza habe ich ihm zugesagt, daß für den Fall tatsächlicher Gebietsabtretungen an Rumänien wir unsere für die Abtretung des Trento gemachten Zusagen bezüglich des Kohlengebiets von Sosnowice aufrecht erhalten würden.

340. Jagow an Bussche

PA Berlin, R 1876, f. 72–75. Telegramm in Ziffern. Maschinenschriftliches Konzept mit handschriftlichen Zusätzen Bethmann Hollwegs.

[Ohne Nr.] Berlin, 17. Juni 1915

Österreich-Ungarn hat sich gegen Zusicherung wohlwollender Neutralität Rumäniens zu folgenden Konzessionen prinzipiell bereit erklärt:

[*Es folgen die in der vorangehenden Nr. enthaltenen Punkte I. sowie II. 1.–6.*]

Wien hat ferner unsere Vermittlung in Bukarest angenommen, wobei es folgenden modus procedendi wünscht:

Zunächst ist Rumänien gegen Zusicherung wohlwollender Neutralität während der ganzen Dauer des Krieges, vor allem also sofortiger Durchlassung der Munition an die Türkei, die Abtretung der drei Kreise der Bukowina anzu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bieten. Falls, wie zu erwarten, rumänische Regierung darauf erklärt, daß sie auch Konzessionen an die ungarländischen Rumänen verlangen müsse, ist ihr zu eröffnen, daß wir auch dieses in Wien durchzusetzen uns stark machen würden, damit dann aber schon jetzt die Vereinbarung als endgültig abgeschlossen betrachteten. Bei der Erörterung der politischen Konzessionen in Ungarn sind sodann die obenangeführten 5 Punkte zu benennen. Ich bemerke hierzu, daß Graf Tisza sich entschieden geweigert hat, einen rumänischen Minister a latere[881] und eine Universität zu bewilligen, ersteren weil dann auch Slovenen, Serben und Deutsche einen Landsmannsminister fordern würden, letztere weil es an geeignetem Lehrpersonal fehle. Trotz des entschiedenen Widerspruchs des Grafen Tisza hat der Herr Reichskanzler ihm aber gesagt, daß er äußersten falls hieran die Verständigung nicht scheitern lassen dürfe.

Sollte man in Bukarest unbedingt auch auf der Universität bestehen, so wollen Ew.pp. erwidern, daß wir versuchen würden, auch diese noch in Wien durchzusetzen, daß aber mehr auf keinen Fall zu erreichen wäre. Der rumänischen Regierung zufalle dann die Verantwortung für das Fehlschlagen einer für Rumänien sehr vorteilhaften Verständigung und dafür, daß sie eine vielleicht unwiederbringliche Chance sich habe entgehen lassen, ihren ungarischen Landsleuten unerwartet günstige politische Bedingungen zu verschaffen. Die Vorteile für Rumänien seien außerordentlich groß im Verhältnis seiner Gegenleistung. Kein vernünftiger Rumäne werde wohl bei der heutigen militärischen Lage mehr daran denken können, das Schicksal Rumäniens noch an Rußland zu binden und der Entente gegen uns beizutreten. Rumänien laufe bei Ablehnung unserer Angebote also Gefahr, garnichts zu erhalten. Hinsichtlich des Ministers a latere ist hervorzuheben, daß diese Forderung gar keinen realen Wert hat. Denn dieses Amt würde doch immer nur einer den ungarischen Machthabern gefügigen Persönlichkeit übertragen werden. Wenn erst das rumänische Element im Parlament stärker vertreten sei, könne es dort seine Interessen erfolgreicher vertreten als durch einen Landsmannsminister, der zweifellos bald als „Verräter“ an der rumänischen Sache diskreditiert würde.

Für die wohlwollende Neutralität bleibten [= blieben] auch weiterhin unsere finanziellen Angebote bestehen.

Für ein Mitgehen Rumäniens wird die Zusage bez[üglich] Bessarabiens aufrecht erhalten.

Ew.pp. wollen hiernach die Verhandlungen mit möglichster Beschleunigung führen. Zu ihrer persönlichen Information bemerke ich noch, daß die Abtretung ungarischen Territoriums an Rumänien außer aller Frage steht.

[881] Hier etwa: beigeordneten/stellvertretenden Minister.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

341. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 20188, f. 41–42. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 17. Juni 1915

Aus der heutigen Verhandlung mit Graf Tisza[882]

Graf Tisza erklärte, er habe den Auftrag vom Kaiser Franz Josef, sich danach zu erkundigen, welches eigentlich unser Verhältnis zu Italien sei. Er erläuterte dies dahin, daß zwar meine Reichstagsrede[883] mit Enthusiasmus aufgenommen, danach aber eine gewisse Ernüchterung eingetreten sei, weil wir weder den Kriegszustand mit Italien proklamiert noch unsere Truppen gegen Italien hätten fechten lassen. Durch diese „Zweideutigkeit" sei man in Österreich-Ungarn stark verstimmt, auch werde dadurch das Verhalten der Balkanstaaten ungünstig beeinflußt. Die Besorgnis, daß im Falle unseres Angriffes auf Italien Rumänien vertragsmäßig[884] zum Losschlagen verpflichtet sei, könne er mit absoluter Gewißheit als unbegründet bezeichnen.

Ich habe erwidert, daß ich gegen diese in der Form eines Vorwurfes vorgebrachte Vorstellung ernsteste Verwahrung einlegen müsse. Nach Erinnerung an die Entstehung des Krieges habe ich sehr nachdrücklich betont, daß wir unter sehr riskanter Entblößung unserer Westfront unsere besten Truppen, darunter die Garde, nach Galizien geschickt hätten, um Ungarn von der russischen Überflutung zu schützen, daß wir sofort das Alpenkorps gegen Italien aufgestellt hätten, obwohl das Wiener Kabinett in der gesamten italienischen Krisis andauernd unseren Ratschlägen entgegengehandelt hätte. Ich müsse mein höchstes Erstaunen darüber aussprechen, daß man in Wien anscheinend nicht wisse, einen wie aktiven Anteil unser Alpenkorps an den bisherigen Kämpfen gegen Italien genommen[885], wie es das erste siegreiche Gefecht gegen die Italiener entschieden habe. Die Details möge sich der Graf von General von Falkenhayn mitteilen lassen. Ich könne ihm meinerseits nicht verschweigen, daß mich seine Ausführungen auf das Tiefste befremdet hätten.

Graf Tisza war sichtlich von meinen Worten sehr beeindruckt, erklärte von dem Eingreifen unseres Alpenkorps nichts zu wissen, und ließ das Thema sofort mit der Bemerkung fallen, daß er sich vom General von Falkenhayn über die Details informieren lassen werde.

[882] Vgl. auch unten Nr. 655*.

[883] Vgl. unten Nr. 641*.

[884] Ein Bündnisvertrag nebst Militärkonvention zwischen Rumänien, Italien und der Entente kam erst am 17. August 1916 zustande. Text: CTS 221 (1915/1916) S. 412–416.

[885] Das Deutsche Alpenkorps wurde erst kurz vor der italienischen Kriegserklärung an Österreich-Ungarn gebildet und zunächst an den Brennpunkten der Dolomitenfront eingesetzt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

342. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1876, f. 96. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] Berlin, 17. Juni 1915

Aus den heutigen Verhandlungen mit Graf Tisza.

Bevor sich Graf Tisza zu den schließlich bewilligten Konzessionen entschloß, äußerte er wiederholt den Gedanken, in Bukarest müsse die Munitionsdurchfuhr mit militärischer Drohung durchgesetzt werden.

General von Falkenhayn[886] hat darauf auseinandergesetzt, daß, wie er annehme, die gegenwärtigen Operationen in Galizien noch etwa 14 Tage für ihre Beendigung brauchten. Dann hoffe er, werde auch Lemberg genommen sein[887], und wir könnten etwas über die Linie San – Dnjestr hinaus eine Defensivstellung einnehmen. Die dadurch freiwerdenden Truppen würden alsdann aber im Westen und gegen Italien gebraucht. Eine ernsthafte Bedrohung Rumäniens stehe außer aller Frage. Auch gegen die Nordostecke Serbiens könne in absehbarer Zeit nicht operirt werden.

343. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1876, f. 78. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin] 17. Juni 1915

Ich möchte empfehlen, Tschirschky schon jetzt zu informiren und jedenfalls H. von Treutler von dem Ergebnis zu benachrichtigen[888], was ich ihm auf seine Bitte ausdrücklich zugesagt habe, um ihn gegenüber Herrn von Falkenhayn nicht in die Hinterhand zu bringen.

344. Bethmann Hollweg an Fürstenberg

PA Berlin, R 1876, f. 128–129. Telegramm. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 198. Berlin, 20. Juni 1915

Mit geheimem Chiffrirverfahren, falls für Pest unmöglich, jedenfalls nach Wien.

---

[886] Falkenhayn war am 17./18. Juni 1915 für 24 Stunden vom Großen Hauptquartier in Pleß nach Berlin gefahren. Vgl. Kaiser Wilhelm als Oberster Kriegsherr S. 790.

[887] Zu diesen Operationen vgl. Der Weltkrieg VIII S. 229–237. Lemberg war bereits am 22. Juni genommen.

[888] Von dem Ergebnis der Besprechungen mit Tisza.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Graf Tisza hatte mir am Donnerstag[889] gesagt, am Freitag in Wien die Zustimmung des Kaisers und der Regierung zu bestimmten von mir mit ihm vereinbarten Konzessionen für wohlwollende Neutralität Rumäniens einholen zu wollen, und mir in Aussicht gestellt, wahrscheinlich noch Freitag abend Nachricht zugehen zu lassen. Graf Tisza war von der äußersten Dringlichkeit im Hinblick auf Munitionstransporte nach Türkei persönlich überzeugt. Heute telefonirte Botschafter Wien, Baron Burian wolle sich die Sache noch überlegen. Bitte sofort Graf Tisza mitteilen, daß jede Verzögerung Katastrophe der Türkei naherückt und ich die dringende Bitte ausspreche, Entschlüsse sofort zu fassen. Ich telegraphire im gleichen Sinne Botschafter Wien. Drahtbericht.

345. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 1876, f. 131. Telegramm [in Ziffern]. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1770. [Berlin, 20. Juni 1915]

Graf Tisza hatte geglaubt, Nachricht über Wiener Entschlüsse bereits für Freitag[890] abend, spätestens gestern in Aussicht stellen zu können. Wenn Baron Burian erklärt, sich die Sache noch überlegen zu wollen, so wird dadurch Verzögerung herbeigeführt, welche Gefahr für Türkei imminent macht. Nur sofortige Entschlüsse können Situation noch eine günstige Wendung geben.

Ew.pp. wollen Baron Burian dringend bitten, Entscheidung sofort herbeizuführen. Drahtbericht.

346. Bethmann Hollweg an Bussche

PA Berlin, R 1876, f. 165–166. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 892. Berlin, 21. Juni 1915

Graf Tisza hatte am letzten Donnerstag zugesagt, für wohlwollende Neutralität Rumäniens folgende Konzessionen befürworten zu wollen.

[*Inseratur Punkte I. – II. aus Nr.* …[891]]

[889] 17. Juni 1915.

[890] 18. Juni 1915.

[891] Gemeint sind 1. Abtretung der bukowinischen Kreise Kimpolung, Gurahumora, Szucawa; 2. Konzessionen an die „ungarländischen Rumänen“ (u. a. Reform des Wahlrechts; Berücksichtigung des rumänischen Elements bei der Besetzung von Beamtenposten; Vermehrung der rumänischen Mittelschulen; Gewährung des Rumänischen als Unterrichtssprache in Schulen, in der Verwaltung und vor Gericht). (PA Berlin, R 1876, f. 72–75.) Vgl. auch oben Nr. 339.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wien lehnt einstweilen territoriale Konzessionen für Neutralität, das heißt Munitionsdurchlaß, ab. Baron Burian befürchtet, daß Versprechen Munitionsdurchlasses doch nicht loyal durchgeführt werden würde, daß Bukarest in Angeboten für Neutralität, die bisher nur für Kooperation gemacht, lediglich Zeichen der Schwäche erblicken und Forderungen immer höher schrauben werde. Auch erhoffe man in Bukarest von Festsetzen Englands und Frankreichs in Dardanellen einen die dauernde Freiheit der Meerengen[892] garantirenden Gegensatz zu Rußland, der für Rumänien vorteilhaft sei. Die Chancen einer solchen Kombination werde man in Bukarest durch Munitionslieferung an Türkei nicht mindern wollen.

Wir müßten deshalb an Forderung der Kooperation festhalten, wofür jede mögliche, auch territoriale, Konzession gegeben werden würde, und zwar müßten wir in Bukarest erklären, daß auch Kooperation für uns nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt von Wert sein könne. Über Modalitäten solcher <Befristung> will Baron Burian Vorschläge machen.

[*Inser. aus Anlage oo*: Wir wollen zwischen Wien und Rumänien vermitteln. Ehe wir aber <ernsthaft> Druck in Wien ausüben, müssen wir genau Bedingungen kennen, mit denen Rumänien sich begnügt. Bitte unverzüglich mit Bratianu vertraulich verhandeln und, falls er nicht herauskommt, ihm obige Vorschläge machen. Sollte er mehr herausdrücken, wollen Epp. ihm andeuten, daß Vorschläge äußerste Grenze des zu wohlwollender Neutralität Erreichbaren darstellen. Concessionn schon unverhältnismäßig groß gegen Gegenleistung Rumäniens. Kein vernünftiger Rumäne wird bei unserer jetzigen sehr günstigen militärischen Lage noch ernsthaft an Anschluß an Rußland denken. Wenn Rumänien vortheilhaftes Abkommen mit uns ablehnt, trägt es Verantwortung für entgangenen Gebietsgewinn und verpaßt Gelegenheit, seinen ungarischen Landsleuten bessere politische Bedingungen zu schaffen. Es wird dann eventuell ganz leer ausgehen, da russischer Sieg heute ausgeschlossen. Zeit drängt. Epp. wollen daher auf alle Fälle versuchen, mit Bratianu festes Programm für wohlwollende Neutralität, eventuell auch Cooperation, zu vereinbaren. Drahtbericht hierher und an Ges. v. Treutler in Pless.]

347. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1879, f. 52. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin] 22. Juni 1915[893]

pp.

Im Zusammenhang mit seinen Bemerkungen über unsere Stellung zum italienischen Krieg (confer besondere Aufzeichnung[894]) streifte Graf Tisza ein

[892] Der türkischen Meerengen.

[893] Datum der Abschrift. Der Präsentatvermerk ist der 9. Juli 1915.

[894] Oben Nr. 339.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihm zu Ohren gekommenes Gerücht, als würden wir beim Friedensschluß dafür eintreten, daß Italien die ihm von Österreich vor Kriegsausbruch angebotenen österreichischen Territorien erhalte. Er schien das Gerücht auf Äußerungen des Fürsten Bülow zurückzuführen, von dem er sagte, er sei anscheinend ein ebenso großer Gegner von mir wie von ihm selbst, und dem er die Schuld an dem italienischen Krieg in die Schuhe spielen wollte, weil er von Anfang herein die italienischen Aspirationen geschürt und gesteigert habe. Ich habe dem Minister gesagt, daß das von ihm erwähnte Gerücht unbegründet sei und man doch zunächst einmal den Ausgang des italienischen Krieges abwarten solle.

348. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 96–97. Schreiben. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

Pleß, 22. Juni 1915

Könne als Soldat die im ersten Teile des B'schen Schreibens ausgesprochenen Ansicht[895] nicht teilen. Bis jetzt kein Anhaltspunkt dafür vorhanden, daß die russische Heeresleitung irgend ein Verständnis dafür hätte, wenn man ihr gegenüber den Grundsatz einer gewissen Schonung walten ließe. Das einzige, was seiner Ansicht nach zum Ziele führen könne, sei das Streben, das russische Heer weiter derart zu schlagen, daß es sich am Ende seiner Kraft fühle.

Quoad Schluß: welches die von B. angeführten „höchsten deutschen Stellen" seien.

349. Bethmann Hollweg an Bussche

PA Berlin, R 1878, f. 3. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Wien, 25. Juni 1915

Im Anschluß an heutiges Telegramm Staatssekretärs.

Habe aus nachträglicher Unterredung mit Graf Stürgk Eindruck gewonnen, daß er und Graf Tisza sich im Gegensatz zu Baron Burian beim Kaiser dafür einsetzen werden, daß die von mir mit Graf Tisza vereinbarten Konzessionen schon für Munitionsdurchlaß gewährt werden. Aussicht, dies durchzuführen, wird zur größten Wahrscheinlichkeit, wenn es gelingt, Bratianu zu entsprechender sofortiger Erklärung zu veranlassen. Unmöglichkeit, Czernowitz und Autonomie[896] zu gewähren, bleibt bestehen.

[895] Vgl. oben Nr. 337.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ew.pp. können bei Ihren Demarchen andeuten, daß beide Heeresleitungen unverzüglich sich darüber entscheiden müssen, nach welcher Richtung in Galizien freigewordene Truppen anzusetzen sind.

350. Tschirschky an AA

PA Berlin, R 1877, f. 124. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 845. Wien, 26. Juni 1915, 9 Uhr 50 Min. pm.
Ankunft: 26. Juni 1915, 11 Uhr 25 Min. pm.

Nachstehendes Telegramm abgeht nach Pleß:

„Tisza und Grf. Stürgk glauben äußerstenfalls auch territoriale Konzessionen für Munitionsdurchfuhr durchsetzen zu können. Ob aber Bukarest überhaupt auf Verhandlungsweg für Munitionsdurchfuhr zu haben, mehr als zweifelhaft.

Herr v. Tschirschky hat heute mit Hilmi Pascha[897] Sachlage eingehend besprochen. Dieser ruhig urteilende, genaue Kenner der Balkanvölker ist der bestimmten Ansicht, daß Rumänien auf gütlichem Wege zur Durchlassung der Munition nicht zu bewegen sein wird. Es gibt nach Hilmi Paschas Auffassung nur zwei Wege: Entweder Druck auf Rumänien oder Freimachung der Nordostecke Serbiens."

v. Bethmann Hollweg

351. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1877, f. 128. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Wien, 27. Juni 1915, 3 Uhr 00 Min. Nm.
Ankunft: 27. Juni 1915, 5 Uhr 22 Minn. Nm.

Österreichischer Gesandter[898] hat über Verhandlung mit Herrn Bratianu berichtet, daß letzterer es für unmöglich erklärt, jetzt befristete Kooperation zu versprechen. Ebenso unmöglich sei wohlwollende Neutralität mit Munitionsdurchlaß, weil diese der Kooperation gleichkäme. Befürchte, daß Baron Freiherr v.d. Bussche, dessen Antwort noch aussteht, gleiches melden wird.

Wir sind morgen früh 8 Uhr Pleß[899].

---

[896] Czernowitz: Hauptstadt der Bukowina (damit ist die gesamte Bukowina gemeint). – Mit Autonomie ist diejenige Siebenbürgens gemeint.

[897] Hüseyin Hilmi Paşa (1855–1922), türkischer Botschafter in Wien 1912–1918.

[898] Ottokar Graf Czernin.

[899] General Plessen in Pleß vermerkt am 28. Juni 1915 in seinem Tagebuch: „Der Reichskanzler ist mit dem Staatssekr[etär] Jagow von Wien resultatlos zurück, weil die Rumänen sich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

352. Bethmann Hollweg an Bussche

PA Berlin, R 1878, f. 4. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Wien, 27. Juni 1915
Abgangsvermerk: 27. Juni 1915, 7 Uhr 30 [Nm.?]

(Geheimverfahren.)
Antwort auf Telegr. vom 26.

Daß Munitionsdurchfuhr an Wert der Kooperation gleichkommt und daß Konzessionen danach zu bemessen, ist, wie Ew.pp. bekannt, von uns nie verkannt. Ew wissen auch, daß wir uns stark machen wollen, die von mir mit Graf Tisza vereinbarte Abtretung der drei rumänischen Bezirke der Bukowina und die Konzessionen an ungarländische Rumänen beim Wiener Kabinett durchzusetzen. Wir können praktisch auf hiesige Staatsmänner aber erst einwirken, wenn Bratianu prinzipiell Munitionsdurchfuhr in Aussicht stellt und die von ihm daher geforderten Konzessionen benennt. Bisher hat er beides nicht getan. Dem Grafen Czernin hat er gestern Munitionsdurchfuhr als unmöglich bezeichnet. Es kommt darauf an, schleunigst festzustellen, ob das sein letztes Wort, und verneinenden Falls die von ihm geforderten Konzessionen zu erfahren. Siebenbürgisches Territorium und Autonomie würden hier allerdings nicht durchzusetzen sein.

353. Treutler an AA

PA Berlin, R 21455, f. 97. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 172. Pleß, 28. Juni 1915, 7 Uhr 35 Min. Nm.
Ankunft: 28. Juni 1915, 8 Uhr 45 Min. Nm.

Geheim

Für Admiral Müller zur Zeit Berlin.

Chef des Admiralstabs hat an Seine Majestät folgendes Telegramm gerichtet:

„Hochsee-Chef hat gebeten, zu den Verhandlungen bei den politischen Stellen über Führung Unterseebootskrieges außer den drei schon herbefohlenen Unterseeboots-Offizieren herangezogen zu werden, um selbst militärischen Standpunkt der Front darlegen zu können. Befürworte diesen Antrag.

auf keine Konzession einlassen wollen. Sie wollen abwarten und – lassen keine Munition nach Konstantinopel durch. Damit wird die Verteidigung der Dardanellen mehr als bedenklich. Wenn aber die Verbündeten die Dardanellen erobern, dann erklärt sich der Balkan sofort gegen uns! Die Situation verschärft sich dann sehr.“ (Kaiser Wilhelm als Oberster Kriegsherr S. 794).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Chef des Admiralstabs."

Seine Majestät haben zu dem Wort „Verhandlungen" bemerkt:

„Finden gar nicht statt! Nur Beantwortung einer Note, die ihn nichts angeht."

Und bezüglich des Kommens:

„Ganz überflüssig, da mein Standpunkt bereits klar dargelegt! Wünsche keinen Hofkriegsrat! Wilhelm."

354. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 28. Telegramm (für Falkenhayn). Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indireker Rede).

[o. O.] 2. Juli 1915

Präsident des Reichstags Kämpf und die Abgeordneten Westarp[900], Spahn und Bassermann hätten ihm gestern in einer von ihm erbetenen Unterredung Sorge um Dardanellen vorgetragen. Habe sie vertraulich von der militärischen und politischen Situation unterrichtet und ihnen dargelegt, daß er im Einvernehmen mit Falkenhayn im gegenwärtigen Moment Aktion gegen Serbien nicht für möglich halte. Heute habe er Schreiben der vier Herren empfangen, in dem sie ihre Gedanken über Dardanellen nochmals zusammenfassen und mitteilen, daß sie Falkenhayn gebeten hätten, sie im Hauptquartier zu empfangen.

355. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatdienstbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Berlin, 3. Juli 1915

Ganz vertraulich!

Sehr verehrter Herr von Weizsäcker!

Sie werden es, wie ich hoffe, gütigst entschuldigen, daß ich auf Ihre freundlichen Zeilen erst heute antworte. Unerfreuliche Arbeit hat in den letzten Wochen besonders stark gedrängt. Die Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson[901] glückt hoffentlich so, daß ein Bruch auch nur der diplomatischen Beziehungen mit Amerika vermieden wird. Der wäre, vornehmlich

[900] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), MdR (Deutschkonservative Partei) 1908–1918; Fraktionsvorsitzender 1913–1918.

[901] Text der Note Wilsons vom 10. Juni 1915 über die deutsche Ubootkriegführung und die Antwort Deutschlands vom 10. Juli in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1320–1326.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wegen seiner moralischen Folgen, schwer zu ertragen. Alle Forderungen Amerikas aber kann ich nicht konzedieren. Das käme einer Aufhebung des U-Bootkrieges gleich, und die kann ich nicht verantworten. Die richtige Mitte zu finden ist umso schwerer, als mein Verkehr mit der Botschaft in Washington nur ein ganz unregelmäßiger ist[902]. So kenne ich nicht die Dispositionen der Amerikanischen Regierung nach dem Rücktritte Bryans[903], sondern tappe gewissermaßen im Dunkeln. Meyer-Gerhard und Dernburg haben interessante, aber immerhin inzwischen veraltete Eindrücke mitgebracht.

Die Munitionsdurchfuhr nach der Türkei habe ich leider immer noch nicht durchsetzen können. Zum Glück sind sehr alarmierenden Nachrichten über Munitionsmangel auf Gallipoli heute beruhigendere Meldungen gefolgt. Der strikten Ablehnung Rumäniens, Munition durchzulassen, können wir leider mit militärischer Drohung nicht begegnen, und Überredungskünste helfen ebenso wenig wie reichlich angewandte unterirdische Maßnahmen, weil Rumänien sich für die Zukunft doch vor seinem großen russischen Nachbarn fürchtet und überdies von der Internationalisierung Konstantinopels Vorteile für sich erhofft. Hoffentlich führen bulgarisch-türkische Verhandlungen, die wir energisch unterstützen, zu einem besseren Ziel. Sollte sich Rumänien doch noch zur Durchfuhr entschließen, so hoffe ich in Wien die erforderlichen Gegenkonzessionen durchsetzen zu können, wiewohl die politische Zusammenarbeit mit unserem Bundesbruder beinahe noch schwerer ist als die militärische. Näheres gelegentlich mündlich.

Den amtlichen Berichten über die militärische Lage kann ich nur wenig hinzufügen. Die für uns entscheidende Frage nach dem Grade der Zermürbung der russischen Armee beanworten mir die Militärs entweder garnicht oder verschieden. Ich möchte glauben, daß die Russen zu einer großen Offensive gegen u n s für längere Zeit nicht mehr fähig sind, wohl aber gegen die Österreicher, die der russische Soldat nicht fürchtet. Außerdem bleibt ihnen bei der bewunderungswürdigen Geschicklichkeit ihrer Rückzugsgefechte eine große Armee, die auch defensiv starke Heeresmassen von uns festhält und die sich mit amerikanischer und japanischer Munition allmählich wieder selbst für die Offensive restaurieren wird. Die innere Gärung in Rußland nimmt zu, ihre Bedeutung und Wirksamkeit läßt sich aber noch nicht erkennen.

In England arbeitet die independent labour party stark für den Frieden. Eingeweihte behaupten mit steigendem Erfolg. Der Gesamtentwickelung läßt sich aber noch kaum eine Prognose stellen.

Die Vorgänge in der Sozialdemokratie geben mir zu denken. Wachsende Friedenssehnsucht ist ja nützlich, aber sie finden einen so entsetzlich unpoli-

[902] Wegen des schwierigen Telegrammverkehrs.

[903] William Jennings Bryan (1860–1925), Staatssekretär 1913–9. Juni 1915. – Die im folgenden genannten: Anton Meyer-Gerhard (1868–1947), Geheimer Oberregierungsrat im Reichskolonialamt 1907–1920; Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes in den USA Sommer 1914–Juni 1915. – Bernhard Dernburg (1865–1937), Staatssekretär des Reichskolonialamts 1907–1910.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tischen Ausdruck, und der rechte Flügel enttäuscht mich mit seiner Energielosigkeit.

Ich wäre so glücklich, wenn ich über das und alles, was uns das Herz bedrückt, mich einmal wieder mit Ihnen aussprechen könnte. Wollen Sie nicht bald wieder den Weg nach Berlin nehmen? Ich bleibe im allgemeinen hier mit dazwischen gestreuten Fahrten zum Kaiser, deren Ausführung allerdings von den Forderungen des Tages abhängt. Aber vielleicht ließe sich doch eine sichere Zusammenkunft vereinbaren, wenn sie Ihnen genehm ist.

Verbindlichste Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin und Ihnen die herzlichsten Grüße von

Ihrem Ihnen stets aufrichtig ergebenen

356. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20188. Telegramm in Ziffern. Entwurf in Maschinenschrift mit Änderungen und Ergänzungen von unbekannter Hand. – Vgl. dazu Der Weltkrieg VIII S. 601–602. Teildruck: Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan S. 117—118.

Nr. 799. Berlin, 4. Juli 1915

Sofort!

Für General von Falkenhayn.

Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel hat das Euerer Exzellenz bekannte Telegramm vom 30. Juni über die kritische Lage der Dardanellen mit folgendem Zusatz hierher gegeben:

„Da, wie es scheint, die Verhandlungen mit Rumänien zu keinem Resultat führen und Bulgarien die Notlage der Türkei ausnutzen wird, um Forderungen an dieselbe zu stellen, welche sie nicht erfüllen kann, bitte ich um geneigte Weisung, was meinerseits geschehen soll, falls der Durchbruch an den Dardanellen erfolgt. Insbesondere wäre zu erwägen, ob und wie angesichts der Unmöglichkeit, den Türken unsererseits zu helfen, dem zweifellos zu erwartenden türkischen Gedanken an einen Separatfrieden mit den Alliierten entgegengetreten werden soll. Ich habe Teschkoff heute durch Günther[904] sagen lassen, es wäre eine gute Taktik der Bulgaren, wenn sie zunächst versuchen würden, das türkische Mißtrauen dadurch zu zerstören, daß sie der Türkei freiwillig und sofort schwere Geschütze und Munition zur Verfügung stellen.“

Ich habe vorläufig geanwortet:

Wir empfehlen, daß die Türkei schleunigst um jeden Preis mit Bulgarien abschließt und dafür sofortige Lieferung schwerer Artillerie und Munition aus bulgarischen Beständen einzuhandeln sucht. Wir halten letzteres für erreichbar, wenn die Pforte genügende Zugeständisse macht. Selbst die sofortige Be-

[904] Die Namen Teschkoff und Günther wurden nicht identifiziert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

willigung der Linie Enos – Midia wäre kein zu großes Opfer, um die Meerengen zu retten. Wir sind bereit, beim Friedensschluß dafür einzutreten, daß Bulgarien gegen Entschädigung an anderer Stelle (Mazedonien und Negotiner Kreis) wenigstens einen Teil des in Thrazien Erworbenen wieder herausgibt. Letztere Zusage müßte Pforte geheim halten.

Der im vorstehenden ausgedrückte Optimismus hinsichtlich der Abgabe bulgarischen Kriegsmaterials verfolgt vorwiegend taktische Zwecke[905]. Tatsächlich beurteile ich trotz des diesseits in Sofia ausgeübten Drucks die Chancen skeptisch. Bulgarien wird sich zur Schwächung seiner sowieso geringen Bestände bestenfalls erst dann entschließen, wenn ihm durch Herstellung der Verbindung mit Österreich-Ungarn der eigene Nachschub gesichert ist.

Was die von Freiherrn von Wangenheim erbetenen Verhaltungsmaßregeln anlangt, fragt es sich, ob die Türkei nach Bezwingung der Dardanellen in Thracien weiterkämpfen oder Frieden schließen soll. Euerer Exzellenz wäre ich für baldgefällige Äußerung hierzu vom militärischen Standpunkt dankbar. Zur Klarstellung der politischen Situation darf ich folgendes bemerken:

Wir könnten voraussichtlich nach der Eroberung der Dardanellen die Türkei zum weiteren Ausharren in Thracien bewegen, Rumänien ruhig halten und Bulgarien zu uns hinüberziehen, wenn die militärische Lage erlaubte, unter Zurückstellung anderer erfolgversprechender Unternehmungen schleunigst gegen Serbien vorzugehen. Da dies nach Euerer Exzellenz mündlichen und telegraphischen Mitteilungen nicht der Fall ist, werden wir hinnehmen müssen, daß die Pforte entweder Thracien preisgibt oder einen Separatfrieden schließt.

Die Nachteile letzterer Lösung liegen auf der Hand. Rußland erhält ungehinderte Zufuhr von Kriegsmaterial durch die Meerengen und kommt in die Lage, neue gut gerüstete Armeen ins Feld zu stellen. Die Ausfuhr russischen Getreides stärkt Rußland finanziell und versorgt unsere anderen Gegner mit Lebensmitteln. Die Entente würde voraussichtlich binnen kurzem Rumänien und Bulgarien durch militärische und wirtschaftliche Bedrohung zur Kooperation gegen uns zwingen. Die Hoffnung, Rußland durch militärische Erfolge in Kurland, Polen oder Galizien friedensreif zu machen, wird mindestens sehr verringert, da England als Herr der Meerengen Rußland in der Hand hat. Das Schlagwort „Hagia Sophia“[906] wird neue Kriegsbegeisterung im russischen Volk hervorrufen und die revolutionäre Bewegung im Keime ersticken. Die latenten Differenzen zwischen Rußland und den Westmächten über den Besitz Constantinopels bezw. der Meerengen werden erst nach dem Friedensschluß eine akutere Form annehmen. Mit der Zerstückelung unseres türkischen Bundesgenossen endlich erleiden wir wirtschaftlich, politisch und für das deutsche Ansehen eine Einbuße, die auch durch eventuellen Machtzuwachs an anderer Stelle schwer wettzumachen ist.

[905] Vgl. Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan S. 116–118.

[906] Als Symbolort des Zweiten Rom bis zur Eroberung Konstantinopels durch die Türken 1453 und ihrer Wiederentdeckung und Propagierung durch die Russische Orthodoxe Kirche im 19. Jahrhundert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Euere Exzellenz wollen überzeugt sein, daß mir die Absicht, der Heeresleitung Unmögliches zuzumuten, fernliegt und vorstehende Darlegung lediglich dem Wunsch entspringt, über die politischen Eventualitäten Klarheit zu schaffen[907].

357. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 11301. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 1835. Berlin, 4. Juli 1915

Für S. Großherzogl. H[oheit] Prinz Max von Baden.

Ehrerbietigsten Dank für gnädige Zeilen vom 29.

Wie ich aus Bukarest höre, hat Herr Bratianu Herrn von Busche gegenüber erwähnt, daß Beldiman ihm geschrieben hat, Schweden würde vielleicht in den Krieg eingreifen. Die Berichte des Herrn Beldiman scheinen also ihre Wirkung in Bukarest nicht verfehlt zu haben und werden hoffentlich weiterhin dazu beitragen, den schwedischen Schritt ins richtige Licht zu setzen.

Dankbar wäre ich, wenn E.E. in Wien kritische Lage an den Dardanellen[908] mit ihren verhängnisvollen Wirkungen für uns und Österreich-Ungarn betonen wollten.

358. Bethmann Hollweg an Michahelles

PA Berlin, R 1934, f. 30–31. Telegramm in Ziffern. Konzept in Maschinenschrift mit zahlreichen Revisionen von der Hand Bethmann Hollwegs und Jagows.

Nr. 608. Berlin, 4. Juli 1915

Euer pp.[909] wollen sofort Audienz bei Sr. Majestät dem König zwecks Überreichung nachstehenden Telegramms erbitten:

„Die so gnädige Gesinnung, die mir Euere Majestät wiederholt erzeigt haben, ermutigt mich unmittelbar, mit einer Bitte an Allerhöchstdieselben heranzutreten.

Euer Majestät verfolgen, wie ich weiß, mit besonderer Anteilnahme die militärischen Operationen und werden es danach für berechtigt halten, wenn

[907] Dieses Telegramm verwertet in: Der Weltkrieg VIII S. 601–602.

[908] Zur Lage an den Dardanellen 1915 vgl. Der Weltkrieg IX S. 173–193. – Ende April 1915 waren englische (auch australische und neuseeländische) Truppen auf beiden Seiten der Dardanellen gelandet, um sie als Ausgangsbasis für einen Vormarsch auf Konstantinopel zu nutzen. Nach verlustreichen Kämpfen war das Unternehmen im Dezember d. J. gescheitert; die englischen Truppen wurden abgezogen.

[909] Gustav Michahelles (1855–1932), Gesandter in Sofia 1913–Januar 1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unsere Heeresleitung und mit ihr ganz Deutschland fest an den sicheren Sieg über unsere Feinde glaubt. Das deutsche Volk würde glücklich sein, wenn es durch seine Siege hierzu beitragen könnte, daß Bulgarien die welthistorische Aufgabe erfüllt, als kraftvoller Beherrscher des Balkans ein muthiges Bindeglied zu bilden zwischen Orient und Occident.

Leider ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen, wo es uns möglich sein wird, mit bewaffneter Hand die Brücke nach Bulgarien zu schlagen und so zugleich die Verbindung mit der Türkei herzustellen. Die Pläne unserer Heeresleitung, die den Russen keine Zeit lassen will, sich von den Schlägen von Gorlice, Przemysl und Lemberg zu erholen, erfordern die Zusammenfassung aller verfügbaren Kräfte und bedingen einen weiteren, wenn auch, wie ich sicher hoffe, nur kurzen Aufschub der beschlossenen Aktion gegen Serbien. Inzwischen verdoppeln unsere Gegner ihre Anstrengungen, um die auf Gallipoli heldenmütig kämpfenden ottomanischen Truppen zu überrennen und die Meerengen in ihre Gewalt zu bringen. Euerer Majestät weitschauender Blick wird längst erkannt haben, welche Folgen sich für den Balkan und insbesondere für das bulgarische Volk im südöstlichen Europa ergeben würden, wenn als Erbe der Türkei Rußland die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen an sich risse. Die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit der Uferstaaten des Schwarzen Meeres wäre in Frage gestellt, berechtigte Aspirationen Bulgariens für immer begraben. Nach militärischem Urteil sind die Dardanellen unbezwingbar, wenn ihre Verteidiger genügend Munition haben. Leider ist dies nicht der Fall. Da Rumänien bis jetzt die Durchfuhr verweigert, ist Nachschub aus Deutschland vorläufig nicht möglich. Dem dringendsten Notstande wäre abgeholfen, wenn Euerer Majestät Regierung sich bereit fände, aus ihren Beständen alsbald schwere Artillerie und Munition zur Verfügung zu stellen. Die Dankbarkeit der Türkei würde den günstigen Abschluß der Grenzverhandlungen mit Bulgarien wirksam fördern, und auch mir wäre eine Handhabe gegeben, mit verstärktem Nachdruck in Konstantinopel für die Erfüllung der bulgarischen Wünsche einzutreten.

Euere Majestät wage ich hiernach in tiefster Ehrfurcht zu bitten, AllerhöchstDero Regierung schleunige und tunlichst weitgehende Berücksichtigung der türkischen Anträge auf Überlassung von Kriegsmaterial anbefehlen zu wollen.

Ew.M. gehorsamster Diener
von Bethmann Hollweg.“

Über die Aufnahme, die meine Bitte bei Seiner Majestät findet, bitte ich, umgehend telegraphisch zu berichten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

359. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20188, f. 160–161. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift. – Druck: Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan S. 118–119; verwertet in: Der Weltkrieg VIII S. 602–603.

Nr. 193. Schloß Pleß, 6. Juli 1915, 12 Uhr 16 Nm.
Ankunft: 6. Juli 1915, 2 Uhr 10 Nm.

Für Reichskanzler auf Nr. 799[910].

General von Falkenhayn bittet mich, folgende Antwort an Euere Exzellenz gelangen zu lassen:

Trotz des von politischer Seite so oft gewünschten Auftretens deutscher Truppen an der Donau und trotz der gewaltigen militärischen Schläge, die Rußland erlitten hat, ist es nicht gelungen, die Haltung Rumäniens oder Bulgariens zu unseren Gunsten irgendwie zu ändern. Im Gegenteil scheint mir aus den diplomatischen Berichten hervorzugehen, daß sie eher schlechter als besser geworden ist. Hieran wird, das ist mit Sicherheit anzunehmen, auch ein „Vorgehen gegen Serbien“ nichts ändern, vielmehr nur ein völliges Niederwerfen Serbiens.

Mit anderen Worten: Bulgarien und Rumänien werden, wie unsere Beziehungen zu ihnen einmal stehen, erst zu haben sein, wenn es gilt, Beute zu verteilen.

Zur Niederwerfung Serbiens würde, da auf wesentliche Mitwirkung Österreich-Ungarns, nachdem das Eingreifen Italiens in den Krieg nicht verhindert werden konnte, nicht mehr zu rechnen ist, die Hauptmasse der jetzt auf dem südöstlichen Kriegsschauplatz kämpfenden deutschen Kräfte und nach unser [Gruppe fehlt: *gemeint*: unserer Berechnung] 10–12 Monate Zeit nötig sein. Während dieser Zeit würde Rußland das in Galizien Verlorene zum Teil wiedergewinnen und dadurch wahrscheinlich Rumänien, vielleicht auch Bulgarien auf seine Seite zwingen. Kann andererseits die Türkei die Lage an den Dardanellen auch nur noch zur Hälfte der erwähnten Zeit halten, dann wird Niederlage Rußlands aller Wahrscheinlichkeit nach so offenbar sein, daß wir mit Bestimmtheit eine unseren Zwecken günstigere Stellungahme der beiden Balkanstaaten erwarten dürfen.

Die von Euerer Exzellenz besprochene Operation gegen Serbien kann daher den erhofften Erfolg in keinem Falle haben. Sie wäre ein untaugliches Mittel zum Zweck.

Was nun die der Türkei hinsichtlich ihrer Haltung nach dem Fall der Meerengen zu erteilenden Ratschläge anbetrifft, so neige ich zu der Ansicht, daß die Männer in Konstantinopel klug genug sind, um dann nur [das] zu tun, was das nützlichere für sie erscheint. Können sie Frieden unter für sie erträglichen Bedingungen erhalten, so werden sie ihn schließen. Ist das nicht der

[910] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fall, und das nehme ich an, so werden sie weiter kämpfen. Ob dies in Thracien oder Kleinasien geschieht, ist eine rein militärische Zweckmäßigkeitsfrage, die nicht von hier aus, sondern nur vom Goldenen Horn beantwortet werden kann. Soweit es überhaupt noch möglich sein wird, die Durchfahrt durch die Meerengen nach dem Fall derselben zu sperren, wird dies ebenso gut von der kleinasiatischen wie von der thrazischen Küste aus geschehen können.

Für Deutschland wäre es unter allen Umständen wünschenswert, daß die Türkei weiter kämpft. Dementsprechend würden also auch die Ratschläge unserer Diplomaten einzurichten sein[911].

von Falkenhayn

360. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 20188, f. 184. Maschinenschriftliche Abschrift.

[o. O.] 9. Juli 1915 p.m.

Im Zusammenhang mit seinen Bemerkungen über unsere Stellung zum italienischen Krieg (confer besondere Aufzeichnung[912]) streifte Graf Tisza ein ihm zu Ohren gekommenes Gerücht, als würden wir beim Friedensschluß dafür eintreten, daß Italien die ihm von Österreich vor Kriegsausbruch angebotenen österreichischen Territorien erhalte. Er schien das Gerücht auf Äußerungen des Fürsten Bülow zurückzuführen, von dem er sagte, er sei anscheinend ein ebenso großer Gegner von mir wie von ihm selbst, und dem er die Schuld an dem italienischen Krieg in die Schuhe spielen wollte, weil er von Anfang herein die italienischen Aspirationen geschürt und gesteigert habe. Ich habe dem Minister gesagt, daß das von ihm erwähnte Gerücht unbegründet sei und man doch zunächst einmal den Ausgang des italienischen Krieges abwarten solle.

361. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 11301. Telegramm in Ziffern, Eigenhändiges Konzept.

Pleß, 10. Juli 1915

Nach Warburgs[913] Bericht, den ich mitgenommen, hat ihm Wallenberg seine Befürchtung geäußert, wir würden im Frieden Rußland zu viel Land ab-

911 Dieses Telegramm verwertet in: Der Weltkrieg VIII S. 602–603.

912 Nicht ermittelt.

913 Max M. Warburg (1867–1946), Hamburger Bankier. – Er wurde im Juli nach Stockholm geschickt, um Fäden für einen Sonderfrieden mit Rußland anzuknüpfen. Vgl. Scherer/Grunewald I S. 137, 141–142. – Der im folgenden genannte: Knut A. Wallenberg (1853–1938), schwedischer Außenminister 1914–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fordern. Wir sollten uns auf militärisch notwendige Grenzregulirung und Handelsvertrag beschränken. Empfehle, Wallenberg in dieser Beziehung ausdrücklich durch Warburg beruhigen zu lassen.

362. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 187–204. MF 980. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 139–140.

Berlin, 16. Juli 1915

[*1. Vertrauliche Mitteilungen über die militärische und politische Lage (nicht protokolliert). – 2.–3. Versorgungslage. Höchstpreise für Getreide.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er könne sich der Auffassung des Herrn Vizepräsidenten und des Herrn Handelsministers[914] in allen wesentlichen Punkten anschließen. Er bitte den Herrn Landwirtschaftsminister, das Gewicht der politischen Gründe mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage nicht zu unterschätzen. Bei der Länge des Krieges und der Höhe der Opfer, bei den stark gestiegenen Lebensmittelpreisen flaue die Stimmung in weiten Kreisen stark ab; sie werde weiter abflauen durch die schlechtere Gestaltung der Verhältnisse in der Industrie, worauf der Herr Handelsminister hingewiesen habe. Man müsse aber die gute Volksstimmung unter allen Umständen aufrecht erhalten. Er könne in keiner Weise in Aussicht stellen, daß man bald vor einem Friedensschluß stehe. Wenn die Stimmung im Inlande gedrückt werde und wenn das Ausland gar von Zwistigkeiten zwischen Produzenten und Konsumenten erführe, so würde dadurch jedenfalls nicht nur die ganze Aussicht auf einen früheren Friedensschluß sofort vereitelt, sondern auch der Verlauf der militärischen Operationen gestört werden.

Eine Heraufsetzung der Getreidepreise sei daher nur möglich, wenn eine wirkliche Notlage der Landwirtschaft dazu zwänge. Er unterschätze wirklich die Schwierigkeiten der Landwirtschaft in diesem Jahre nicht, zumal er sie am eigenen Leibe erfahre[915]. Aber weder die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit noch gar das übrige Volk teile die Ansicht, daß die Landwirtschaft vor einem Zusammenbruche stehe und künstlich gerettet werden müsse. Die Landwirte seien im vorigen Jahre im ganzen zurechtgekommen und stellenweise noch mit gewissen Vorteilen. Wenn auch jetzt eine geringere Ernte bevorstände und sich daraus für viele Landwirte Schwierigkeiten ergäben, so könne man doch nicht sagen, daß die deutsche Landwirtschaft vor einer Katastrophe stände. Wäre das der Fall, so würde er für eine Erhöhung der Preise, und dann natür-

914 Clemens Delbrück und Reinhold von Sydow. – Der dann genannte Landwirtschaftsminister: Clemens Frhr. von Schorlemer.

915 Als Besitzer seines Gutes in Hohenfinow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich um einen großen Satz, eintreten, was man dann der Öffentlichkeit gegenüber ohne weiteres rechtfertigen könne. Aber so lägen die Verhältnisse nicht. Eine Getreidepreiserhöhung um 10 M[916] sei ein Trinkgeld, das der Landwirtschaft nicht helfe und ihm unwürdig vorkomme. Er würde auch davor warnen, den Getreidepreis zu erhöhen, selbst wenn es dabei möglich wäre, den Mehlpreis zu halten. Denn allein die Tatsache, daß die Regierungen vor Beginn einer auf jeden Fall als Mittelernte anzusprechenden Ernte den Getreidepreis in die Höhe setzten, würde in weiten Kreisen tiefe Mißstimmung hervorrufen. Heute bestehe in allen politischen Kreisen bis ganz nach links hinüber ein leidliches Zutrauen zu dem guten Willen und den Leistungen der Regierung, obschon die Konsumenten ihm gegenüber öfter geklagt hätten, daß die Maßnahmen der Regierung zu sehr auf die Produzenten Rücksicht nähmen. Er sei derartigen Auffassungen stets entgegengetreten, aber sie beständen nun einmal im Volke, und man müsse damit rechnen.

Die Landwirtschaft solle es sich nach alledem sehr überlegen, ob sie das Odium einer Preiserhöhung in dieser Zeit wirklich auf sich nehmen wolle. Rückschläge innerpolitischer Art müßten daraus auf lange Friedensjahre hinaus die Folge sein, worunter die Landwirtschaft später außerordentlich zu leiden haben würde. Der Herr Landwirtschaftsminister halte 240 M für möglich, der Herr Minister des Innern[917] sei mit 230 M zufrieden, aber immerhin mit einigen Einschränkungen. Die anderen Herren Staatsminister verlangten die Festhaltung von 220 M oder gar ein Heruntergehen. Im allgemeinen politischen Interesse sei letzteres zweifellos wünschenswert, auch seien ihm aus industriellen Kreisen, besonders auch aus dem Königreiche Sachsen mit der starken Textilindustrie dringende Wünsche auf Herabsetzung der Getreidepreise zugegangen, aber er wolle dem nicht das Wort reden mit Rücksicht auf die Landwirtschaft, sondern halte dafür, daß man an den gegenwärtigen Preisen festhalten müsse. Wenn es der Reichsgetreidestelle durch sparsame und vernünftige Wirtschaft später möglich sein sollte, Überschüsse zu erzielen, die nicht aufgesogen würden durch Ansetzen zu niedriger Ausgaben, z. B. bei der Rücklage, so würde eine Herabsetzung des Mehlpreises nur günstig wirken. Er bitte daher den Herrn Landwirtschaftsminister, im allgemeinpolitischen Interesse von seinem Antrage auf Erhöhung der Getreidepreise abzusehen.

Der Herr Landwirtschaftsminister fragte, ob man, wenn die Roggenpreise beibehalten würden, den Weizenpreis auf 40 M über dem Roggenpreis halten wolle.

Der Herr Ministerpräsident bejahte die Frage und stellte danach fest, daß das Staatsministerium sich einstimmig dafür ausspreche, den gegenwärtigen Grundpreis der Getreidepreise, also 220 M für die Tonne Roggen und 260 M für die Tonne Weizen, in Berlin festzuhalten, wozu dann vom Januar an die monatlichen Zuschläge von 3 M träten.

Er stelle dann die Unterfrage nach den Preisgebieten zur Debatte.

[916] Pro Tonne.

[917] Friedrich Wilhelm von Loebell.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Äußerungen verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte danach fest, daß der Entwurf 3 mit dem auf vier Gebiete zusammengefaßten Höchstpreisbezirken von 215 bis 230 M vom Staatsministerium angenommen sei und daß ebenfalls die Festsetzung von einheitlichen Höchstpreisen über das ganze Reich für Gerste und Hafer auf 300 M keinen Widerspruch gefunden habe.

[*Beiträge weiterer Minister. – 4. Bekämpfung des Lebensmittelwuchers.*]

363. Falkenhayn an Treutler

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 31. Telegramm (für Bethmann Hollweg). Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

Pleß, 16. Juli 1915

Nachdem Transitfrage von Rumänien in ungünstigem Sinne erfüllt? [beantwortet] worden sei, bleibe nur noch übrig, Öffnung eines Weges nach der Türkei durch ein Ultimatum an Rumänien zu erzwingen. Diesen Schritt, zu dem Zeit gekommen sein werde, wenn Rußland – hoffentlich in kurzer Zeit – entscheidende Schläge versetzt seien, schon jetzt vorzubereiten, indem Bulgarien, Türkei und Österreich-Ungarn veranlaßt würden, sich Deutschland dabei anzuschließen.

364. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 1879, f. 108–109. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1871. [o. O.] 19. Juli 1915

Für Exzellenz von Falkenhayn.
Auf Telegramm Nr. 214[918].

Da andere Wege, die Türkei mit Munition zu versehen, nicht offen stehen, würde auch ich mich mit der Stellung eines Ultimatums an Rumänien einverstanden erklären. Baron Bussche, mit dem diese Eventualität schon früher verschiedentlich erörtert worden ist, hat jedoch stets betont, daß wenn eine an Rumänien gerichtete Drohung nicht nutzlos bleiben oder sogar das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks herbeiführen sollte, sie durch genügende und den rumänischen Staatsmännern imponierende Machtmittel unterstützt sein müßte. Als solche hat er nach Rücksprache mit dem Militärattaché[919] Trup-

[918] Die vorangehende Nr.

[919] Günther Bronsart von Schellendorff (1869–1947), Oberstleutnant; Militärattché in Bukarest 1910–1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

penaufstellungen in der Bukowina und bei Orsowa bezeichnet. Um die Wirkung in Rumänien zu erhöhen und eventuellen vorherigen politischen oder militärischen Gegenmaßregeln vorzubeugen, müßte der Druck möglichst überraschend erfolgen. Das würde wohl hinsichtlich der militärischen Vorbereitung auch zu ermöglichen sein, da die Truppenverschiebungen anscheinend gegen Bessarabien bis gegen Serbien stattfinden könnten. Ich muß aber, um vorzeitige Indiskretionen zu vermeiden, vorderhand davon Abstand nehmen, in Sofia wegen der eventuellen Cooperation zu verhandeln. Der bulgarische Gesandte in Bukarest[920] ist besonders unzuverlässig. Daher wäre es mir, um im gegebenen Moment mit Sofia in Verbindung zu treten, erwünscht, möglichst früh zu erfahren, wann Euere Exzellenz glauben, mit der geplanten Aktion gegen Rumänien einsetzen zu können.

Den Botschafter in Konstantinopel[921] habe ich ersucht, auf Talaat und Halil dahin einzuwirken, daß sie bei den jetzigen Verhandlungen über die Maritzalinie sich als Gegenleistung Bulgariens dessen Unterstützung durch einen auf Rumänien auszuübenden Druck ausbedingen. Diese Forderung kann nicht weiter auffallend erscheinen, da sie seit Anfang der Verhandlungen zwischen Konstantinopel und Sofia zu[r] Diskussion gestanden hat.

Zum Schluß möchte ich nochmals betonten, daß einer Demonstration gegen Rumänien eventuell eine schleunige Aktion folgen müßte, wenn Rumänien nur im geringsten die Annahme unserer Forderungen verzögert.

365. Bethmann Hollweg an Max von Baden

PA Berlin, R 11301. Schreiben. Konzept von Schreiberhand mit eigenhändigen Korrekturen Bethmann Hollwegs.

[Ohne Nr.] Berlin, 19. Juli 1915

Euer Hoheit erlaube ich mir, für den gnädigen ausführlichen Brief aus Salem vom 10. d.M. meinen verbindlichen Dank auszusprechen. Die Schilderung der Eindrücke, welche Ew.pp. bei Ihrem Aufenthalt in Wien gewonnen haben, hat mich außerordentlich interessirt. Sie bestätigt und ergänzt meine eigenen Beobachtungen.

Trotz der sachlich für uns so überaus schwierigen Situation in der italienischen und rumänischen Frage wäre die österreichische Empfindlichkeit, die sich so gern aufs hohe Pferd setzt, kaum gemerkt worden, wenn nicht der Charakter und die Methoden des Baron Burian jede vernünftige Verhandlung so überaus erschwerten.

Was die Mittheilungen Ew.pp. über Schweden betrifft, so gestatte ich mir zu dieser Frage, die auch mich lebhaft beschäftigt, einiges zu bemerken. Je weiter Rußlands militärischer Zusammenbruch fortschreitet, um so mehr scheint

[920] Simon Radev (1879–1967), bulgarischer Gesandter in Bukarest 1913–1916.

[921] Hans Frhr. von Wangenheim.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der für Schweden geeignete Moment heranzurücken, um durch eine Bedrohung der Grenzen Finnlands einen Druck auf Rußland auszuüben, um den Frieden zwischen Rußland und Deutschland zu beschleunigen, bei welchem Schweden alles Interesse hat, auch ein Wort mitzureden[922]. Wenn nun auch zweifellos bei den Schwedischen Konservativen (Graf Douglas und Graf Taube), in der Armee und Marine sowie in einem Teil der Sozialdemokratie eine zur Intervention geneigte Stimmung herscht, so läßt sich doch nicht verkennen, daß ein großer und politisch einflußreicher Theil der Schwedischen Bevölkerung, und zwar die liberalen Kreise mit einem Theil der Sozialdemokratie unter ihrem Führer Branting[923], nichts von einem Eingreifen in den Krieg hören wollen.

In Übereinstimmung mit diesen Kreisen hält auch der Minister des Äußeren Wallenberg vorläufig daran fest, daß Schwedens Interesse durch ein Festhalten an der bisherigen Politik der Neutralität am besten gerecht werde. Bei der großen Stellung, die dieser immerhin bedeutende Staatsmann in Schweden einnimmt, und angesichts des Einflusses, den er auf S.M. den König[924] ausübt, erscheint es von vornherein aussichtslos, auf einem anderen Wege als durch ihn auf die Schwedische Politik entscheidend einzuwirken. Unser Bestreben muß daher darauf gerichtet sein, Herrn Wallenberg mehr und mehr davon zu überzeugen, daß es für Schweden vor allem darauf ankommt, den richtigen Augenblick zur Aufgabe seiner bisher beobachteten passiven Neutralität nicht zu verpassen. In diesem Sinne ist noch vor kurzem durch Vermittelung eines mit Herrn Wallenberg persönlich befreundeten Privatmannes[925] eine Einwirkung auf den Minister versucht worden, die zu dem immerhin nicht zu unterschätzenden Ergebnis geführt hat, daß unser Mittelsmann aus seinen Gesprächen mit Herrn Wallenberg den Eindruck gewonnen hat, daß vielleicht der Augenblick kommen könne, wo auch der Minister es für vortheilhaft im Schwedischen Interesse erachten würde, durch eine Mobilisirung der Schwedischen Armee eine Geste zu machen. Vorläufig steht Herr Wallenberg allerdings auf dem Standpunkt, daß er durch Wahrung einer für Deutschland wohlwollenden Politik auch uns mehr nütze als durch ein <mutiges> Eingreifen in den Krieg. Er weist dabei auf die Schwäche der Schwedischen Armee hin, der es kaum möglich sein würde, bedeutende militärische Erfolge zu erzielen, und betont, daß ein Vorrücken durch Finnland auf Petersburg die Etappenlinien der Schwedischen Armee bald in einer Weise verlängern werde, welche das ganze Unternehmen als keineswegs gefahrlos erscheinen lasse.

---

922 Über die deutsch-schwedischen Beziehungen im Ersten Weltkrieg bis 1916 gibt es die fundierte Darstellung von: Carlgren, Neutralität. Vgl. zum folgenden ebenda S. 122–130. – Der im folgenden genannte: Ludvig Graf Douglas (1849–1916), schwedischer Außenminister 1895–1899.

923 Karl Hjalmar Branting (1860–1925), Gründer der schwedischen Sozialdemokratischen Partei 1889; deren Vorsitzender 1908–1925.

924 Gustav V. (1858–1950), König von Schweden 1907–1950.

925 Max Warburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Von dieser Stellungnahme dürfte der Minister vorläufig schwer abzubringen sein, und ich glaube nicht, daß wir darauf rechnen können, mehr von ihm zu erreichem als vielleicht in letzter Stunde eine Geste, wie sie in einer Mobilmachung liegen würde. Da indessen Herr Wallenberg Einflüssen der im Lande herrschenden Stimmung keineswegs unzugänglich ist, werden wir fortfahren, mit den interventionslustigen Kreisen Schwedens Fühlung zu halten und durch diese für die Idee einer Intervention Propaganda zu machen. In diesem Sinne ist auch der Gesandte von Lucius[926] instruirt.

Für eine Besetzung der Aalands-Inseln durch unsere Seestreitkräfte, deren Opportunität übrigens hauptsächlich vom militärischen Standpunkt zu prüfen sein würde, dürfte, wie die Dinge liegen, der Augenblick noch nicht gekommen sein, da man in weiten Schwedischen Kreisen merkwürdig wenig Verständnis für den Wert des Besitzes dieser Inselgruppe zeigt und daher auch die Drohung, daß wir unter Umständen die Inseln für uns behalten könnten, in Schweden voraussichtlich keinen großen Eindruck machen würde.

Bezüglich der Schwedischen Griefs gegen uns, auf welche Ew.pp. auch Bezug nehmen (z. B. Kaperung eines Schiffes mit Schwedischer Post), möchte ich noch bemerken, daß solche Zwischenfälle, solange Schweden an seiner Neutralität festhält, nicht zu vermeiden sind, da es bezüglich der Handhabung der völkerrechtlichen Vorschriften zwischen Kriegführenden und Neutralen stets Meinungsverschiedenheiten geben wird. Wir haben übrigens in verschiedenen Fällen berechtigten Grund zu Klagen darüber gehabt, daß ganz abgesehen von dem im Allgemeinen sympathischen und freundlichen Verhalten Schwedens die Schwedischen Behörden die Regeln der Neutralität uns gegenüber außer Acht gelassen haben. Alle Differenzen auf diesem Gebiet sind übrigens stets auf gütlichem Weg und in einer Weise beglichen worden, die dem zwischen Deutschland und Schweden bestehenden freundschaftlichen Verhältnis durchaus entsprach.

Wenn E.H. es Sich noch würden angelegen lassen sein wollten, durch den König von Schweden brieflich im Sinne einer Cooperation einzuwirken, so kann ich dies nur mit Dank begrüßen.

Schlußkurialien m.pr.

366. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 11301. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] Berlin, 20. Juli 1915

Ich habe heute dem Grafen Taube gesagt, seine anliegende Aufzeichnung[927] enthalte glückliche Gedanken. Ich hoffte, er würde bei seinem König mit sei-

[926] Hellmuth Frhr. Lucius von Stoedten (1869–1934), Gesandter in Stockholm 1915–1921 (ab 1914 bereits kommissarisch).

[927] Sie liegt nicht bei. Vgl. zur Sache ausführlich Carlgren, Neutralität S. 138–158.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen Vorschlägen durchdringen, worauf über die Details, über die ich mich gegenwärtig noch nicht verbindlich äußern könne, zu verhandeln sein werde, namentlich auch mit den militärischen Instanzen. Nicht unmöglich erscheine es mir, daß Rußland Autonomie für Finnland versprechen, vielleicht auch tatsächlich einführen, zu gegebener Zeit aber wieder zurückziehen werde. Auch Graf Taube hatte diese Besorgnis und meinte, dann bliebe nur übrig, das aktive Eingreifen Schwedens an eine in Finnland ausbrechende Revolution anzuknüpfen[928]. Diese sei übrigens gut vorbereitet und würde aber leider von uns zu wenig unterstützt.

Ich bemerkte noch, daß mir der Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses dringend erwünscht erscheine. Mit einem solchen würde Schweden eintretenden Falls einen starken Druck auf Beendigung des Krieges ausüben können, und dies sei ersichtlich der Wunsch Herrn von Wallenbergs. Wachse sich ein solches Bündnis zu einem Anschluß der skandinavischen Reiche überhaupt an Deutschland aus, so werde das eine besonders wünschenswerte Entwickelung darstellen. Ich könne ihn aber nicht ermächtigen, für diesen Fall die Abtretung der dänischen Teile Nordschleswigs an Dänemark[929] in Aussicht zu stellen, wohl aber allgemeine Verständigung mit Dänemark.

Graf Taube bemerkte hierzu, daß gerade durch den nordschleswigschen Gedanken Herr von Wallenberg, als er ihm denselben einmal von sich aus erwähnt habe, besonders stark beeindruckt gewesen sei.

Große Hoffnungen setzte Graf Taube auf seine Demarche bei seinem König nicht. Dieser sei durch wiederholte sehr freundschaftliche Briefe des [*Wort im Falz eingeklebt*] kaptivirt.

367. Bethmann Hollweg an Loebell

BA Berlin, R 43/1395j, f. 124. Schreiben. Abschrift von Schreiberhand.

Rk 2423/15. Berlin, 21. Juli 1915

In den Zeitungen ist wiederholt von Aufrufen die Rede, die von dem oppositionellen Flügel der sozialdemokratischen Partei systematisch verbreitet werden. Es erscheint mir nötig, die Propagandatätigkeit mit allen Mitteln zu erschweren und zu verhindern. Ew. Exzellenz wäre ich dankbar, wenn Sie die Frage prüfen und über ein eventuelles Vorgehen mich auf dem Laufenden erhalten wollen.

[928] Über diejenige Finnlands im Ersten Weltkrieg (bis 1917) gibt es keine fundierte Darstellung.

[929] Die nach dem Deutsch-Dänischen Krieg von 1864 an die Siegermächte Österreich und Preußen gefallen waren und deren Grenze aufgrund des Prager Friedens vom 23. August 1866 (Artikel 5) hätten inzwischen revidiert werden sollen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

368. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1879, f. 165. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 8348[b] P. Pleß, 22. Juli 1915

pp.

Der Stellung eines Ultimatums an Rumänien haben Euere Exzellenz ja schon zugestimmt. Ich möchte nur noch zur Erwägung geben, ob es sich nicht empfiehlt, die Form schon jetzt festzulegen und mit Österreich-Ungarn zu vereinbaren. Das „Fordern" allein wird sicher nicht genügen, es wird das „Gewähren" auch nötig sein. Vor allem aber ist volle Einigkeit der Politik und Diplomatie der drei verbündeten Mächte in Bukarest unentbehrlich, wenn der gewünschte Eindruck erzielt werden soll.

369. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 5262. In Maschinenschrift. Behändigt. Praes.: 24. Juli 1916 p.m.

[Ohne Nr.] Berlin, 23. Juli 1915

Aufzeichnung über die deutsch-dänische Politik[930]

Bereits vor Ausbruch des Krieges hatte es sich mehr und mehr gezeigt, daß unsere Politik gegenüber Dänemark auf die Dauer in der bisherigen Weise nicht weitergeführt werden konnte. Weder Entgegenkommen noch Schroffheit hatten uns dem Ziele unserer dänischen Politik einen Schritt näher gebracht. So oft es versucht worden war, durch Nachgeben die in Nordschleswig bestehenden Gegensätze[931] zu mildern und auf diese Weise günstig auf Dänemark einzuwirken, war ein Mißerfolg nicht ausgeblieben. Berufsmäßige Hetzer auf dänischer Seite stellten diese Versuche der nordschleswigschen Bevölkerung regelmäßig als Akte deutscher Schwäche dar. Es hieß, wenn die Bevölkerung nur in ihrer oppositionellen Stellung ausharre und der Regierung möglichst viel Schwierigkeiten bereite, so würde man zuletzt auch noch das große Hauptziel[932] erreichen, dessen weitere Präzisierung geschickt vermieden wurde. Ein neues Aufleben der Agitation war jedesmal die Folge. Diese Wirkung unseres Entgegenkommens hatte sich zuletzt in bedenklicher Weise bei dem Abschluß des Optantenvertrages[933] gezeigt.

---

930 Wie aus dem Schlußabsatz der Aufzeichnung hervorgeht (dessen letzter Satz von Bethmann Hollwegs Hand stammt), wurde die Aufzeichnung an den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein gesandt.

931 In Nordschleswig nördlich von Flensburg und Tondern war die dänische Bevölkerung in der Mehrheit.

932 Nämlich die Abtrennung Nordschleswigs gemäß Artikel V des Prager Vertrags von 1866 (nach einer Volksabstimmung).

933 Vom 11. Januar 1907 zwischen Dänemark und Deutschland. Darin wurde entschieden, daß die zwischen 1871 und 1898 in Schleswig geborenen Kinder dänischer Optanten (die nach

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hatten sich diese Akte des Entgegenkommens als verkehrt erwiesen, so blieben andererseits die schärfsten Verwaltungsmaßnahmen, die das Deutschtum in dem Kampfe gegen das Dänentum in Nordschleswig stützen sollten, erfolglos. Mochte man noch so viele Arbeiter wegen des Besuchs von Vereinshäusern oder Übertretung irgendwelcher sonstiger Polizeivorschriften ausweisen, eine Einschüchterung der dänisch gesinnten Nordschleswiger wurde nicht erreicht. Es liegt aber auf der Hand, daß, wenn derartige Maßnahmen nicht imstande sind, den Widerstand zu brechen, sie diesen auf die Dauer vermehren werden. Sie werden als zwecklose Schikanen empfunden, die den Haß beider Bevölkerungsschichten zuletzt in einer Weise steigern müssen, daß die Herbeiführung gedeihlicher Zustände immer schwieriger wird.

Die Versuche, diese Verwaltungsmaßnahmen dadurch wirksamer zu machen, daß man die dänische Regierung an ihre im Optantenvertrag übernommene Verpflichtung beruhigender Einwirkung mahnte und sie dahin zu bringen suchte, die agitatorische Tätigkeit der sogenannten südjütischen Vereine einzudämmen und womöglich den Besuch der Volkshochschulen zu erschweren, scheiterten und mußten scheitern, da nach Maßgabe der bereits bei Abschluß des Optantenvertrages bestehenden dänischen Gesetzgebung die dänische Regierung überhaupt nicht in der Lage ist, in der genannten Richtung wirksame Maßnahmen zu treffen. Ein Versuch, die Gesetzgebung zu ändern, würde aber bei der in Dänemark herrschenden Denkweise jedem Ministerium seine Existenz kosten.

Bei dieser Lage der Dinge konnte die deutsche Politik nur dann auf Erfolg rechnen, wenn sich ein Weg finden ließ, um Dänemark wirtschaftlich in eine weitgehende Abhängigkeit von Deutschland zu bringen und so indirekt den nationalistischen Bestrebungen der Dänen ihre Gefährlichkeit zu nehmen. Das Fehmarn-Projekt[934] sollte dieser Aufgabe dienen. Es gelang, das dänische Ministerium Zahle – Scavenius[935] für das Projekt zu gewinnen, weil dieses Ministerium, wie es sich auch später im Kriege gezeigt hat, in einer Anlehnung Dänemarks an Deutschland die einzige für Dänemark mögliche Politik erblickte und weil es über den wirtschaftlichen Vorteilen des Projekts die damit zwingend verknüpfte wirschaftliche Abhängigkeit Dänemarks übersah. Das Fehmarn-Projekt scheiterte damals an dem Widerstande des preußischen Eisenbahnministeriums unter der Einwirkung gewisser partikularistischer und provinzialer Interessen.

Es folgte der Krieg. Dänemark erklärte seine unbedingte Neutralität, die alle Faktoren seitdem in loyalster Weise beobachtet haben. Ja man kann sagen, daß das dänische Ministerium innerhalb des Rahmens der Neutralität den deutschen Interessen, insbesondere auch denen der deutschen Marine, die

1872 für Dänemark optiert hatten, aber weiterhin in Nordschleswig als Ausländer leben konnten) selbst wählen konnten, ob sie die dänische oder die deutsche Staatsangehörigkeit annehmen wollen. Text: CTS 203 (1906/07) S. 266–268.

934 Bau einer Eisenbahn von Großenbrode nach Fehmarn, deren Planung bis 1912 zurückging.

935 Carl Theodor Zahle (1866–1946), dänischer Ministerpräsident 1909–1910 und 1913–1920. – Erik J. C. Scavenius (oben Anm. 777).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wertvollsten Dienste geleistet hat. Es ging hierbei ebenso wie gelegentlich des Fehmarn-Projekts von der Auffassung aus, daß Dänemarks geographische Lage ein gutes Verhältnis zu Deutschland notwendig mache. Die Erwartung einiger im nordschleswigschen Nationalitätenkampf bitter und übermißtrauisch gewordener deutscher Patrioten wurde widerlegt, die gemeint hatten, Dänemark würde bei der ersten kriegerischen Verwickelung mit unseren Feinden gemeinsame Sache machen, um über uns herzufallen.

Auch nach Friedensschluß wird die wirtschaftliche Aufsaugung Dänemarks der einzige Weg bleiben, auf dem wir hoffen können, der in Nordschleswig bestehenden Schwierigkeiten allmählich Herr zu werden. Die Wiederaufnahme des Fehmarn-Projekts wird nach Beendigung des Krieges der erste von uns zu unternehmende Schritt sein. Es ist von Wichtigkeit, daß das dem Projekt gewogene Ministerium Zahle – Scavenius den Krieg überdauert und die zu seiner Durchführung erforderlichen Vereinbarungen mit uns trifft. Wir haben deshalb das größte Interesse daran, das Ministerium mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen. Es darf nicht übersehen werden, daß die Opposition das Kabinett wegen seiner deutschfreundlichen Haltung fortgesetzt verdächtigt, für die es von uns nur Fußtritte ernte. Eine Stärkung der Stellung des dänischen Ministeriums kann daher nur durch solche deutsche Maßnahmen erfolgen, die dem dänischen Volke als Erfolge der loyalen Politik des Kabinetts erscheinen müssen. Es wird sich empfehlen, zu diesem Zweck auf die vexatorisch wirkenden und dabei erfolglosen Verwaltungsmaximen stillschweigend zu verzichten und die hauptsächlich in Betracht kommenden Stellen mit neuen Männern zu besetzen.

370. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 1879, f. 170–171. Schreiben. Reinkonzept in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 23. Juli 1915

Euere Exzellenz sind in Ihrem Schreiben vom 22. d. M.[936] auch auf die Frage eines Ultimatums an Rumänien zurückgekommen. Wie ich schon früher erklärt habe, würde ich mich zur Stellung eines Ultimatums in Bukarest nur dann entschließen, wenn ich die Gewißheit habe, daß auch die militärischen Machtmittel zur Verfügung stehen, um gegebenenfalls meinem diplomatischen Schritt den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. In den Ausführungen des Generals von Conrad wird ausdrücklich betont, daß „Truppenverlegungen", wie sie nach dem Gedanken des Generals den Rumänen angekündigt werden sollen, „vorläufig wenigstens nicht in Frage kommen". Wenn wir aber der Ankündigung die Tat nicht folgen lassen können, würde unser Schritt zu einer leeren Drohung werden und voraussichtlich von den Rumänen auch bald als

[936] Oben Nr. 368.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

solcher erkannt werden. Es könnte eventuell damit unsere Stellung nur verschlechtert werden.

So wie mir General Conrad sich den von ihm vorgeschlagenen Schritt zu denken scheint, würde derselbe gar kein Ultimatum bedeuten, sondern nur eine nochmalige Aufforderung an Rumänien, auf unsere Seite zu treten, eine Aufforderung, die wir durch die Einwirkung gewisser vager Besorgnisse unterstützen sollten. Nach den wiederholten Erklärungen Herrn Bratianus, daß er nur dann in den Krieg eintreten könne, wenn wir Rußland wirklich vernichtend geschlagen hätten, ist auch jetzt wenig Aussicht vorhanden, daß er unserer Aufforderung nachzukommen sich bereit finden würde. Daß, wie General von Conrad meint, die Besorgnis, wir könnten jetzt selbst in Bessarabien einrücken und Rumänien zu spät kommen, die Rumänen zur sofortigen Teilnahme am Kampf mitreißen würden, glaube ich nicht, im Gegenteil bin ich der Meinung, daß Rumänien mit dieser Aussicht nur gedient wäre. Die Berechnung Rumäniens, das aus diesem Kriege mit möglichst geringen Opfern möglichst großen Profit machen möchte, geht zweifellos darauf hin, daß wir eventuell Bessarabien erobern und, da wir es selbst schwerlich behalten würden, ihm beim Friedensschluß zusprechen sollen. Eine Überlassung Bessarabiens durch uns würde naturgemäß – und auch dies liegt im rumänischen Calcul – Rumänien viel weniger dem Übelwollen und der Rache Rußlands für die Zukunft aussetzen, als wenn es sich selbst dieses Gebiet erobern würde. Überhaupt hat der Gedanke an die Zurückgwinnung Bessarabiens leider in Rumänien keine große Zugkraft, da, wie schon König Carol gesagt hat, die Verteidigung dieses Landes für Rumänien immer eine schwierige sein wird.

Aufforderungen zum Mitgehen und zum Munitionsdurchlaß richten wir fortgesetzt an Rumänien, bisher aber leider vergeblich, obwohl Rumänien weiß, daß Österreich-Ungarn und wir ihm dafür Gegenleistungen zu gewähren bereit sein würden. Einen Erfolg, die Bukarester Regierung zum Durchlaß der Munition zu bewegen, verspreche ich mir nur dann, wenn wir in der Lage sind, einen Zwang auszuüben. Hierzu müßten aber die militärischen Machtmittel bereit stehen, und der von uns in Bukarest zu unternehmende Schritt müßte möglichst überrraschend erfolgen. Baron Bussche hält es nicht für ausgeschlossen, daß, wenn deutsch-österreichische Truppen wirklich im Norden und bei Thurn-Severin[937] stehen und wir dann unsere Forderung stellen, die rumänische Regierung unter dem Druck der Verhältnisse derselben nachgeben würde.

[937] Im Westen an der Donau.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

371. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 34–35. Schreiben. Ausfertigung. Eigenhändige Abschrift Thimmes.

Berlin, 23. Juli 1915

Wenn bisher die Stellungnahme der Bevölkerung von Russisch-Polen eine unsichere gewesen ist, so dürfte es doch nicht ganz ausgeschlossen sein, daß hierin mit der fortschreitenden Zurückdrängung der Russen und namentlich der eventuellen Eroberung Warschaus eine gewisse Änderung eintritt. Wenn auch ein Teil des Adels in der Industrie aus ökonomischen Gründen einer weiteren Zugehörigkeit des Landes zum russischen Reich zuneigt, so giebt es doch gewiß viele Kreise und Verbindungen in Polen, welche von dem Sieg der Zentralmächte eine Befreiung von dem moskowitischen Joch erhoffen. Die in der Not des Krieges verheißenen Konzessionen und Autonomieversprechungen seitens der russischen Machthaber begegnen im polnischen Volk weitgehendem Mißtrauen. Darauf daß auch die Russen selbst auf die Anhänglichkeit der Polen kein unbedingtes Vertrauen setzen, dürften die Nachrichten über die Wegschaffung aller waffenfähigen Männer aus dem geräumten Gebiet hindeuten.

Wenn ich daher auch in Übereinstimmung mit Euerer Exzellenz der Ansicht bin, daß von Proklamationen oder ähnlichen Maßnahmen, die die politische Zukunft Polens präjudiziren könnten, unbedingt Abstand zu nehmen ist, so scheint es mir doch wünschenswert, daß bei der Besetzung des polnischen Landes und namentlich Warschaus durch unsere Truppen, soweit es die Wahrnehmung militärischer Interessen gestattet, alle Härten gegen die polnische Bevölkerung möglichst vermieden werden. Es liegt zweifellos in unserem Interesse, dem polnischen Volk die Hoffnung auf ein besseres Los nicht zu nehmen. Bei einem zu rigorosen Auftreten unsererseits ist auch zu befürchten, daß die Sympathien der Polen sich entschiedener Rußland zuwenden; eine derartige Erscheinung würde von den Russen jedenfalls als Beweis für Zusammengehörigkeitsgefühl der slawischen Welt ausgelegt werden, während andererseits Abkehr der Bevölkerung Kongreßpolens von Rußland einen nicht zu unterschätzenden moralischen Wert für unsere Sache haben und auch bei den übrigen slawischen Völkerschaften Europas nicht ohne Eindruck bleiben würde.

Euere Excellenz darf ich bitten, in diesem Sinne auf die zuständigen militärischen Befehlshaber einwirken zu wollen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

372. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 210–219. MF 980. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 140–141 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 28. Juli 1915

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Der Herr Ministerpräsident führte aus: Die von dem Herrn Vizepräsidenten[938] den Herren Staatsministern übersandte Aufzeichnung über die Jesuitenfrage ergäbe die gegenwärtige Situation, wie sie sich jetzt auch ihm darstelle. Durch die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872[939] sei das Gesetz durchlöchert. Die so entstandenen Schwierigkeiten seien dadurch noch erhöht, daß auf Antrag der Bayerischen Regierung der verbotenen Ordenstätigkeit durch die Bundesratsbekanntmachung vom 28. November 1912 interpretiert sei. Ob die damalige Interpretation, an der er ja mitgearbeitet habe, der richtige Weg gewesen sei, erscheine ihm heute zweifelhaft. Während in Preußen die bestehenden Bestimmungen zur Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens milde gehandhabt seien, wäre dies in einigen mittel- und süddeutschen Staaten, z. B. in Baden, bei den dortigen kleineren Verhältnissen angesichts der klaren Bestimmungen der Bekanntmachung nicht möglich gewesen. Infolgedessen sei die praktische Handhabung der Bestimmungen so schwierig geworden, daß der Herr Staatssekretär des Innern[940] die Aufrechterhaltung des derzeitigen Rechtsstandpunktes für kaum möglich erklärt habe. Nach der Aussprache des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche“[941] stehe man der Frage gegenüber, ob man den noch bestehenden Torso des Jesuitengesetzes, dessen Beseitigung der Reichstag bereits im Frieden gefordert habe, unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch aufrecht halten könne. Er halte dies für unmöglich. Der Krieg habe den festen Zusammenschluß aller Parteien und Konfessionen in gemeinsamem Kampfe gezeitigt. Einer solchen geschlossenen Einmütigkeit gegenüber sei ein Ausnahmegesetz wie das Jesuitengesetz nicht zu halten. Werde es nicht beseitigt, so würden starke Vorwürfe der Katholiken und erregte Jesuitendebatten die Folge sein, die nach dem Krieg mit besseren Gründen würden gestützt werden können. Große konfessionelle Verhetzungen würden aber nach dem Kriege gera-

[938] Clemens Delbrück. – Zur im folgenden genannten Aufzeichnung vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 141 Anm. 2.

[939] § 2 des Jesuitengesetzes, das Jesuiten, wenn sie Ausländer waren, des Landes verwies, war durch Reichsgesetz vom 8. März 1904 aufgehoben worden.

[940] Clemens Delbrück.

[941] In der Ansprache Wilhelms II. vor dem Berliner Schloß am 1. August und wiederholt nach der Thronrede am 4. August 1914. Wortlaut und Zusammenhang: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 371 und 380.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dezu verhängnisvoll wirken. In der Zentrumspartei seien im Laufe der Jahre und ganz besonders jetzt während des Krieges große Umwandlungen vor sich gegangen, sie habe sich immer mehr zu einer zweifellos nationalen Partei gestaltet. In einem Teile der protestantischen Bevölkerung würde allerdings durch die Aufhebung des Gesetzes eine große Mißstimmung hervorgerufen werden, aber es würde dieser hauptsächlich auf psychologischen Momenten beruhenden Erscheinung gegenüber doch zu berücksichtigen bleiben, daß die politischen Parteien des Reichstags, in der doch auch die verschiedenen Konfessionen vertreten seien, wiederholt den Gedanken zum Ausdruck gebracht hätten, daß das Jesuitengesetz nicht mehr aufrecht erhalten werden könne. Dazu komme, daß sich der Vatikan während des Krieges der Deutschen Regierung gegenüber sehr entgegenkommend gezeigt habe, wenn sein Verhalten auch nach dem Eintritt Italiens in den Krieg mit Rücksicht auf die Haltung der Italienischen Geistlichkeit einigen Schwankungen unterworfen sei. Die Haltung des Papstes[942] könne aber für unsere Politik, so z. B. bei der Lösung des belgischen Problems, noch von Bedeutung sein, und wir müßten Wert darauf legen, in ihm keinen Gegner zu finden.

Den Rechtsausführungen der Aufzeichung des Reichsamtes des Innern und der darin mitgeteilten Stellung des Reichsjustizamtes trete er bei. Mit den Machtmitteln, die nach Aufhebung des Reichsgesetzes dem Preußischen Staate verbleiben würden, könne man auskommen. Das danach dem Staate verbleibende Genehmigungsrecht werde genügen, um etwaigen Bestrebungen der Jesuiten, das ganze Land mit einem Netzte von Niederlassungen zu überziehen, mit Erfolg entgegenzutreten. Die Unterrichtung der männlichen Jugend in den öffentlichen Schulen würde den Jesuiten auch künftig verschlossen bleiben. Der Unterricht an den Mädchenschulen habe demgegenüber keine große Bedeutung.

Daß jetzt eine Änderung der Jesuitengesetzgebung vorgenommen werden müsse, sei ihm nach allem nicht zweifelhaft, es könne aber nur die Aufhebung des Gesetzes in Frage kommen, denn wenn man etwa nur die Zulassung der Jesuiten zur Seelsorge gestatten wolle, so werde man die zu dem Zwecke nötige Änderung des Gesetzes im Reichstage nicht durchbringen können.

Der Zeitpunkt für diese Aktion sei übrigens noch nicht gekommen, die Aufhebung des Jesuitengesetzes müsse gleichzeitig mit den übrigen auf dem Gebiete der inneren Politik bei Abschluß des Krieges zu treffenden Maßnahmen erfolgen. Er lege aber Wert darauf, daß das Staatsministerium schon jetzt zu der Frage grundsätzlich Stellung nehme, da sonst die Situation bei ferneren Besprechungen mit Zentrumsabgeordneten zu schwierig werde. Durch den Chef des Geheimen Zivilkabinetts[943] habe er feststellen lassen, daß Seine Majestät gegen die Erörterung der Frage im Staatsministerium keine Bedenken habe. Er bitte, die ganze Angelegenheit übrigens als streng vertraulich zu behandeln.

[942] Benedikt XV. (1854–1922), Papst 1914–1922.

[943] Rudolf von Valentini.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Ausführungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, er unterschätze nicht die Erregung, die in weiten evangelischen Kreisen durch die Aufhebung des Jesuitengesetzes entstehen werde, man müsse sich aber vor Augen halten, daß das Jesuitengesetz ein Glied in der Kette derjenigen Maßnahmen sei, welche unter dem Gesichtspunkte der Reichsfeindschaft des Zentrums entstanden seien. Auf diesem Standpunkte könne man heute, angesichts der Haltung der Partei während des Krieges, unmöglich stehen bleiben. Solange die Partei ihr jetziges loyales Verhalten bewahre, könne man sie nicht als reichsfeindlich behandeln, sondern müsse sie wie eine Stütze des Reichs ansehen. Das Jesuitengesetz sei etwas ganz anderes als das preußische Ordensgesetz[944]. Dieses regele das Verhältnis der katholischen Orden zum Staat, während jenes den Orden der Gesellschft Jesu vom Staate ausschließe. Die bestehende Regelung des Ordenswesens in Preußen müsse aufrecht erhalten werden, wenn vielleicht auch mit einigen kleinen Modifikationen. Diese Aufrechterhaltung sei nötig, weil in etwaigen späteren politisch ungünstigeren Zeiten ein erneuter Kulturkampf in Preußen nicht ausgeschlossen sei. Augenblicklich stehe ein Kampf aber nicht in Frage, zumal auch die katholischen Bischöfe außerordentlich staatstreu seien.

Nach den Erfahrungen des jetzigen Krieges, in dem alle Parteien in bewundernswerter Geschlossenheit zusammenständen, müsse der Begriff der vorweg angenommenen Reichsfeindschaft endlich ausgerottet werden. Wenn dies gelänge, so sei damit unendlich viel gewonnen. Auch nach dem Kriege bleibe, angesichts der ungeheueren wirtschaftlichen und finanziellen Aufgaben, die aus ihm erwüchsen, die Notwendigkeit bestehen, daß das gesamte Deutsche Volk festgeschlossen zusammenhalte. Schon aus diesem Grund sei die Aufhebung des Jesuitengesetzes jetzt gerechtfertigt und notwendig.

Wegen der Rechtslage nach Aufhebung des Jesuitengesetzes habe er gelegentlich mit dem Abgeordneten Spahn gesprochen. Dieser habe es als selbstverständlich betrachtet, daß die Landesgesetze wieder auflebten. Er sei indessen damit einverstanden, daß diese Frage noch einer eingehenden Prüfung unterzogen und in Übereinstimmung des Zentrums und des Episkopates mit der Auffassung der Regierung festgestellt werde.

Er stelle fest, daß das Staatsministerium unter diesem Vorbehalte und unter dem ferneren Vorbehalte wegen der Wahl des geeigneten Zeitpunktes mit der Aufhebung des Jesuitengesetzes einverstanden sei.

Er bitte nochmals, diese Angelegenheit als eine streng vertrauliche zu behandeln.

2. Der Herr Ministerpräsident legte die Liste der Vorschläge für die Verleihung des Eisernen Kreuzes am weiß-schwarzen Bande vor, welche Seine Ma-

[944] Das „Gesetz zur Auflösung der geistlichen Orden“ vom 3. Juni 1875 schloß geistliche Orden der katholischen Kirche vom preußischen Staatsgebiet aus; es wurde am 2. April 1887 im Zuge des Abbaus des Kulturkampfes aufgehoben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jestät anläßlich des Jahrestages der Mobilmachung eingefordert hat. Die Liste wurde durchgesprochen und festgesetzt.

3. Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß Seine Majestät der Kaiser und König die Absicht habe, Sich anläßlich des bevorstehenden Jahrestages der Mobilmachung mit einer Kundgebung an das Deutsche Volk zu wenden[945].

In der Kundgebung würden zwei Punkte von programmatischer Bedeutung erwähnt werden, nämlich die Kriegsziele und die innere Politik.

Der Herr Ministerpräsident las die betreffenden Sätze vor, gegen welche seitens des Staatsministeriums Bedenken nicht gewäußert wurden.

[*4. Antrag des Landwirtschaftsministers auf Einrichtung einer Landesfuttermittelstelle. – 5. Beschaffung der nötigen Futtermittel.*]

373. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20990, f. 24. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Nr. 928. Berlin, 29. Juli 1915

Bitte General von Wild, den ich hier nicht mehr angetroffen, mitteilen, daß S.M. Sich mir gegenüber damit einverstanden erklärt hat, daß Ausbildung junger Finnländer wegen unserer schwedischen Beziehungen nicht ganz abgebrochen wird.

374. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Berlin, R 43/2447c, f. 42–43. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

zu Rk 4321 K.J. Berlin, 2. August 1915
Abgangsvermerk: 3. August 1915, 12 Uhr 45 Min. a.m.

Für Exzellenz von Valentini.

Die militärische Zensur auf dem hiesigen Haupttelegrafenbureau hat folgende Depesche, die der Abgeordnete Bassermann an den bayerischen Reichsrat Buhl[946] in <Deidesheim> am 27. dv. M. aufgegeben hatte, angehalten:

[945] Wortlaut dieser „Kundgebung an das deutsche Volk“ vom 31. Juli 1915 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55,1 (1915) S. 336. – Die im folgenden angesprochenen Sätze lauten: „In heroischen Tagen und Leiden harren wir ohne Wanken aus, bis der Friede kommt – ein Friede, der uns die notwendigen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Sicherheiten für die Zukunft bietet und die Bedingungen erfüllt zu ungehemmter Entfaltung unserer schaffenden Kräfte in der Heimat und auf dem freien Meere.“ – Das ist also eine sehr allgemeine Formulierung der Kriegsziele. Noch vager ist der vorangehende Satz, in dem eine Neugestaltung der inneren Verhältnisse angedeutet wird. „[…] hege ich die frohe Zuversicht, daß das deutsche Volk die im Kriege erlebte Läuterung treu bewahrend auf erprobten alten und auf vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen weiter in Bildung und Gesinnung rüstig vorwärtsschreiten wird.“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Der Lange[947] plant auf 1. August Allerhöchste Kundgebung gegen jede Annektion, ist deshalb Hauptquartier. Tut sofort dagegen Schritte in München. Periculum in mora. Bassermann."

Der Sinn der Depesche ist so klar, daß ich, ohne meinerseits bisher Herr[n] Bassermann darüber gehört zu haben, diesen feststellen kann, daß die bayerische Regierung und durch sie der König von Bayern veranlaßt werden sollte, bei S.M. den Kaiser gegen eine angeblich <unnationale> Regierungshandlung Einspruch zu erheben, die der Reichskanzler S.M. vorschlagen werde. Der Herrscher des größten Bundesstaates nächst Preußen sollte gegen den deutschen Kaiser mobil gemacht werden. Ich habe heute dem Parteiausschusse der nationalliberalen Partei von diesem Vorkommisse mit dem Hinzufügen Kenntnis gegeben[948], daß ich von nun an keine politische Verbindung mit Herrn Bassermann mehr aufrecht erhalten könne. Die Herren waren einmütig in der Verurteilung Herrn Bassermanns. Derselbe ist Major der Landwehr und gehört dem mobilen Heeresverband an. Im Anfang des Krieges hat er eine Kolonne geführt und sich das Eiserne Kreuz erworben. Dann ist er auf meine Veranlassung der Zivilverwaltung in Belgien zugeteilt, demnächst von mir auf seinen Antrag[949] hier in Berlin bei der Kriegsgetreidegesellschaft angestellt worden. Er ist aber in mobiler militärischer Stellung verblieben und geht infolgedessen nur in feldgrauer Uniform. Ich bin der Ansicht, daß sich die gewollte Absendung eines Telegramms wie das angegebene nicht mit den Pflichten eines Offiziers verträgt, sondern schlichte Verabschiedung erfordert. Ew.E. bitte ich, die Angelegenheit zunächst vertraulich mit dem General von Lyncker zu besprechen und wäre für eine telegrafische Übermittelung der Auffassung der militärischen Instanzen dankbar[950].

Ich bemerke noch, daß Bassermann auch sonst in Rede und Schriften eine immer schärfer werdende Agitation gegen mich treibt. Auch das ist vom Parteiausschuß in der heutigen Besprechung mir gegenüber ausdrücklich und in schärfter Form misbilligt worden.

375. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 11301. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] Berlin, 3. August 1915

Graf Taube hat mir heute gesagt, sein König habe ihn autorisirt, mir unverbindlich zu sagen, er sei der Überzeugung, daß es das höchste Interesse Schwe-

946 Franz Eberhard von Buhl (1867–1921), Mitglied der Kammer der Reichsräte in München 1911–1921; Weingutsbesitzer in Deidesheim. – Vgl. zum folgenden auch: Riezler, Tagebücher S. 290.

947 Bethmann Hollweg.

948 Vgl. Von Bassermann bis Stresemann S. 196–200.

949 Oben Nr. 195.

950 Vgl. auch unten in der Sache Nr. 680*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dens erfordere, aktiv an der Seite Deutschlands in den Krieg einzugreifen. Er sei auch entschlossen, das zu tun, sobald sich ein wirklich triftiger und plausibler Grund dafür ergäbe, der das Volk mit fortreiße und es ihm, dem König ermögliche, sich ein ihm folgendes Ministerium zu bilden, falls das gegenwärtige versagen sollte. Sonst könne er es nicht tun, und er bäte uns, für seine schwierige Lage Verständnis zu haben.

Was ein plausibler Grund sei, habe der König nicht anzugeben vermocht. Auch lasse dieser die vorstehende Mitteilung hinter dem Rücken seines Ministeriums an mich gelangen und bäte deshalb um strengste Diskretion.

Der König habe, wie Graf Taube meinte, seine Ansichten gegen früher völlig verändert, was sich speziell auch darin zeigt, daß er früher jeder politischen Unterhaltung mit der Königin[951] aus dem Wege gegangen sei, während er sie jetzt zu allen politischen Beratungen zugezogen habe.

Der Ministerpräsident[952] hat dem Grafen Taube gesagt, er differire nur wenig von dessen Ansichten. Es sei durchaus möglich, daß er, einen plausiblen Grund vorausgesetzt, für aktives Vorgehen zu gewinnen sein werde, während Herr von Wallenberg nur auf alleräußersten Druck des Königs und nur dann zu haben sein werde, wenn sich sein Ideal, den Friedensvermittler zwischen Deutschland und Rußland zu spielen, nicht verwirklichen ließe.

Die übrigen Minister seien ebenso wie die Parteien geteilter Ansicht.

Graf Taube sieht einen plausiblen Grund nur in einer Revolution Finnlands, die durch Besetzung der Aalandsinseln[953] durch uns und durch Entsendung eines deutschen Expeditionskorps nach Finnland einzuleiten wäre. Seine Gedanken hierüber hat er in der anliegenden Aufzeichnung[954] niedergelegt.

---

951 Viktoria (1862–1930), geb. Prinzessin von Baden; Königin von Schweden 1907–1930; verheiratet mit Oskar Gustav V. 1881.

952 Hjalmar von Hammarskjöld (1862–1953), schwedischer Ministerpräsident 1914–1917.

953 Sie gehörten bis 1809 Schweden, fielen dann samt Finnland an das Zarenreich und verblieben im Zuge der Unabhängigkeit Finnlands diesem neuen Staat (Abkommen von Genf 1921). – Die im folgenden genannte Aufzeichnung liegt nicht bei.

954 In PA Berlin, R 11301. Eigenhändig von Taube. – Darin schreibt dieser, 1. daß die deutschen Zivil- und Militärbehörden finnische Offiziere und Aufstandsführer in großem Maßstab ausrüsteten; 2. daß die deutsche Marine eine Expedition zu den Ålandsinseln vorbereite; 3. sei ein kaiserliches Handschreiben an den schwedischen König unterwegs, in dem Schweden vorteilhafte Angebote gemacht würden. – Die Stimmung in Schweden sei derzeit noch gegen ein Offensiv- und Defensivbündnis.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

376. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20190. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 260. Schloß Pleß, 3. August 1915, 10 Uhr – Min. Nm.
Ankunft: 3. August 1915, 11 Uhr 22 Min. Nm.

Für den Herrn Reichskanzler.

General von Falkenhayn bittet mich, Euerer Exzellenz nachstehendes zu telegraphieren:

„Ich hatte soeben erste Unterhaltung mit Gantschew[955]. Eine Garantie dafür, daß Bulgarien ehrlich entschlossen ist, möchte ich hiernach noch nicht übernehmen. Immerhin sind günstige Ansichten hervorgetreten. Die rein militärischen Fragen werden kaum Schwierigkeien machen, ich führe sie deshalb hier nicht erst auf. Anders steht es mit den mehr politischen. Es sind dies folgende.

1) Bulgarien wünscht eine Anleihe von 200 Millionen Franken;

2) Deutschland und Österreich-Ungarn sollen sich verpflichten, Rumänien oder Griechenland auch als ihre Feinde zu betrachten, wenn sie etwa Bulgarien angreifen sollten;

3) Bulgarien wird gegen Griechenland zunächst nichts Feindliches unternehmen. Sollte aber Griechenland auch nur mobilisieren, so will Bulgarien die sofortige Abtretung der Kavala-Seres-Drama Gegend fordern und den Krieg an Griechenland erklären, wenn Abtretung nicht erfolgt. Auch in diesem Fall rechnet es auf die Teilnahme der Zentralmächte am Krieg.

4) Sobald der Weg frei ist, soll Deutschland je eine gemischte Brigade und möglichst einige Unterseeboote nach Varna und Burgas legen, damit bei etwaigen russischen Landungsversuchen nicht Bulgarien, sondern deutsche Truppen gegen die Russen kämpfen. Vom militärischen Standpunkt habe ich keine Bedenken hiergegen.

5) Die Türkei soll sich verpflichten, gegen Landungsversuche der Franzosen, Engländer oder Italiener bei Dedeagatsch[956] mitzuwirken.

6) Aus der serbischen Beute erwartet Bulgarien ganz Mazedonien und ein möglichst großes Stück des Gebiets bis zur Morawa, jedenfalls den Negotiner Kreis.

Euere Exzellenz darf ich bitten, mich von Ihrer Stellungnahme zu diesen Forderungen möglichst umgehend zu benachrichtigen. Gantschew wollte mir schließlich noch nachweisen, daß Bulgarien Kirk-Kilisse[957] haben müsse. Ich habe das aber abgewiesen.

von Falkenhayn.“

---

955 Peter Gančev (1874–1952), bulgarischer Oberst; Militärbevollmächtigter im deutschen GrHQ.

956 Hafenstadt in Westthrakien.

957 Stadt und Provinz in Ostthrakien. Die Stadt wurde im Ersten Balkankrieg von Bulgarien erobert, im Zweiten Balkankrieg 1913 von türkischen Truppen zurückerobert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

377. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20190, f. 3. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 962. Berlin, 4. August 1915

Für Exzellenz von Falkenhayn.
Auf Tel. Nr. 260[958].

1. Einverstanden.
2. Unbedenklich.

ad 3 bleibt aufzuklären, was unter „Nichts feindlichem gegen Griechenland“ verstanden wird. Mobilisiert z. B. Bulgarien an griechischer Grenze, so wird Griechenland nicht umhin können, ein Gleiches zu tun, und der Krieg unmittelbar folgen, da Griechenland keinesfalls Kavala etc. abtritt. Der Krieg gegen Griechenland, den Bulgarien bei dieser Gelegenheit herbeiführen möchte, um ihn mit unserer Hilfe zu führen, muß in unserem Interesse wenn irgend möglich vermieden werden. Denn Bulgarien würde dann voraussichtlich seine Hauptstreitkräfte gegen Griechenland wenden und uns die größte Arbeit gegen Serbien überlassen. Bulgarien muß Neutralität gegen Griechenland versprechen, wenn letzteres gleiche Versicherung gibt.

4. Meinerseits unbedenklich.
5. Nehme an, daß Türkei hierzu sich bereit erklären wird.
6. Bedarf der Zustimmung Wiens. Jedenfalls soll direkte Angrenzung Ungarns and Bulgariens hergestellt werden, auch ist nicht ausgeschlossen, daß Ungarn selbst auf Negotiner Kreis reflektiert.

Wegen 3 u. 6 wird es diplomatischer Verhandlungen mit Sofia bezw. Athen und Wien bedürfen, die ich sofort einleite, wegen 5 anheimstelle ich, ob Ew.Exc. Enver direkt begrüßen wollen oder Anfrage durch Botschaft gestellt werden soll.

378. Treutler an AA

PA Berlin, R 22163. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 266. Pleß, 4. August 1915

Für den Herrn Reichskanzler
Auf Nr. 962[959].

General von Falkenhayn bittet mich, folgendes zu drahten:

„Habe in Verhandlungen mit Gantschew der von Euerer Exzellenz beanstandeten Ziffer 3 meines Telegramms Nr. 260 folgende Fassung gegeben:

[958] Die vorangehende Nr.
[959] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

‚Von dem Tage des Abschlusses dieses Vertrages ab werden die vertragschließenden Staaten jeden Feind, der einen von ihnen angreift, als gemeinsamen Gegner betrachten und dementsprechend handeln. Andererseits sichert Bulgarien zu, daß es unbedingte Neutralität gegen Griechenland und Rumänien bis zur Beendigung der Operationen gegen Serbien wahren wird, wenn diese Staaten ihrerseits die Versicherung abgeben, nicht mobilisieren und neutral bleiben zu wollen.‘

Bitte um Angabe, ob Euere Exzellenz hiermit einverstanden.

Falkenhayn.“

379. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22163. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 973. Berlin, 5. August 1915, 1 Uhr 28 Min. Nm.
Ankunft: 5. August 1915, 2 Uhr 20 Min. Nm.

Antwort auf Tel. Nr. 266[960].
Für General v. Falkenhayn.

Einverstanden, falls es nicht möglich ist, am Schluß die Worte „nicht mobilisieren“ wegzulassen. Denn da Bulgarien doch gegen Mazedonien mobilisieren muß, wird man Griechenland gewiß Vorsichtsmaßregeln an seiner Grenze kaum verwehren können.

380. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 1936. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 271. Pleß, 6. August 1915, 3 Uhr 35 Min. Nm.
Ankunft: 6. August 1915, 4 Uhr 40 Min. Nm.

Ich bitte, Fürsten Hohenlohe[961] zu beauftragen, sofort einen verwandtschaftlichen Brief an den König zu senden, in dem er diesem klar macht, er habe zu seinem Erstaunen gehört, daß in Sofia wegen Kirk-Kilisse[962] ernste Schwierigkeiten gemacht würden. Die Türkei sei unter unserem Druck bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gegangen. Ein Überspannen des Bogens sei ungemein gefährlich und werde die ganze Aktion zum Scheitern brin-

[960] Die vorangehende Nr.

[961] Gemeint vermutlich: Gottfried Fürst zu Hohenlohe-Langenburg (1897–1960), Sohn des Fürsten Ernst zu Hohenlohe-Langenburg (1832–1913) und der Prinzessin Alexandra von Sachsen-Coburg und Gotha. – König Ferdinand von Bulgarien stammte wie Alexandra aus dem Hause Sachsen-Coburg und Gotha, daher die verwandtschaftlichen Beziehungen.

[962] Oben Anm. 957.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen. Bulgarien solle sich gegenwärtig halten, wie schon einmal seine maßlosen Bedingungen schweres Unheil über das Land gebracht hätten[963].

381. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

BA Berlin, R 1395j, f. 140. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Pleß, 7. August 1915, 9 Uhr 45 Min. Vm.
Ankunft: 7. August, 10 Uhr 45 Min. Vm.

Admiral Holtzendorff mitteilt Admiral Müller, daß Frontbuch Fendrichs[964] von Militärzensur zu bedeutungslosem Machwerk zusammengestrichen sei. Bitte durch Dr. Jäckh feststellen und drahten, welches Generalkommando Zensur ausgeübt hat.

382. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 11301. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin] 10. August 1915

Meo voto können wir den Bericht nicht gut vorlegen, ohne selbst Stellung dazu zu nehmen[965].

Die letzte Meldung Taubes an mich habe ich zwar ganz geheim S.M. und dem General von Falkenhayn schon mitgeteilt. Ich meine aber, wir sollten ihren Inhalt kurz wiederholen und die Aalandsexpedition dringend vom politischen Standpunkt aus befürworten. Nimmt die polnische Frage wirklich die Wendung, wie es jetzt scheint, so muß auch die finnische Frage aufgerollt werden.

963 Bulgarien hatte sich im Ersten Balkankrieg bis zum Ägäischen Meer ausgebreitet, mußte aber diese Eroberung nach dem Zweiten Balkankrieg wieder hergeben. In der Folge wurde die bulgarische Bevölkerung vertrieben oder ermordet.

964 Anton Fendrich (1868–1949), sozialdemokratischer Schriftsteller; Kriegsberichterstatter an der West- und an der Ostfront; veröffentlichte während des Krieges vielgelesene Bücher über das Leben an der Front; durch Vermittlung von Jäckh vom Kaiser im Sommer 1915 empfangen; setzte sich für die Integration der Arbeiterschaft in die konstitutionelle Monarchie ein. Vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 108. – Der im folgenden genannte: Ernst Jäckh (1875–1959), Journalist; Orientkenner; später Hochschullehrer in Berlin, London und New York.

965 Dazu die folgende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

383. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Berlin, R 43/2398d, f. 20–21. Schreiben. Eigenhändig revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 10. August 1915

Hochverehrter Herr Feldmarschall!

Wenn ich nicht nach Pleß ins Große Hauptquartier hätte fahren müssen, so hätte ich meinem kurzen telegrafischen Glückwunsch schon früher einen Brief folgen lassen. Die militärische Bedeutung der Besetzung von Warschau[966] vermag ich als Laie vielleicht nicht voll zu ermessen; politisch ist sie jedenfalls ein Ereignis von gewaltiger Tragweite, die uns vor die größten Probleme stellen wird. Ich darf mir vorbehalten, auf die Aufgaben, die uns damit gestellt werden, ein anderes Mal einzugehen.

Auf die Neutralen, die nach den Ankündigungen unserer Gegner für den Sommer große Siege des Vierverbandes[967] erwarten mußten, hat der Fall von Polens Hauptstadt einen großen Eindruck gemacht, und daß es gerade die unter Euerer Excellenz stehenden Truppen waren – General Falkenhayn, den ich in Pleß danach fragte, sagte mir, die 9. Armee[968] wäre nur ganz vorübergehend von ihrem Kommando losgelöst –, steigert den Eindruck ganz besonders.

Meine letzten Nachrichten aus Rußland gehen auf die Tage vor dem Fall Warschaus zurück. Heute suchte mich ein Neutraler auf, der Rußland Ende des verflossenen Monats verlassen und den Zaren wiederholt gesprochen hatte. Der Zar und seine Umgebung dächten nicht an einen Separatfrieden; sie fühlten sich nicht besiegt und sähen auch dem Fall von Warschau mit Ruhe entgegen. Die leitenden russischen Kreise hoffen eben, daß in nächster Zeit die Dardanellen fallen und daß ihnen auf diesem Wege alles Kriegsmaterial, das sie brauchen, zufließen soll. Bevor nicht die Dardanellen vollkommen sichergestellt sind, bevor nicht Rußland die Hoffnung aufgeben muß, die Durchfahrt durch die Meerengen anders als aus unserer Hand zu bekommen, wird sich das Zarenreich zu einem Frieden nicht geneigt finden lassen. Aber auch dann wird der Zar, um sein Wort nicht zu brechen, einem Separatfrieden abgeneigt sein.

Gottseidank scheinen die Verhandlungen mit Bulgarien, die auf eine Cooperation zur Freimachung des Weges durch Serbien hinzielen, auf guter Bahn zu sein[969]. Wenn man den Bulgaren auch nicht recht trauen kann, so haben

[966] Deutsche Truppen waren am 5. August 1915 in Warschau eingerückt. Vgl. Der Weltkrieg VIII S. 333–340.

[967] Damit sind jetzt die Ententemächte England, Frankreich, Rußland und neuerdings Italien gemeint.

[968] Sie war es, die unter Führung des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern auf Warschau angesetzt war.

[969] Auf bulgarische Initiative hin war es Ende Juli 1915 zwischen Bulgarien und Deutschland zu Verhandlungen gekommen, die am 6. September mit einem Bündnisvertrag endeten. Vgl. Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan S. 123–134.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihnen doch scheinbar unsere letzten Erfolge die Augen darüber geöffnet, daß es mehr in ihrem Interesse liegt, sich uns anzuschließen als dem Vierverband.

Über die Stimmung in Frankreich wird mir zuverlässig berichtet, daß man dort die Hoffnung, uns aus dem Lande zu vertreiben, wohl ziemlich aufgegeben hat, daß man aber trotzdem nicht eher aufhören will, als bis wir endgültig geschlagen sind. Durch welche Ereignisse das eintreten soll, darüber ist man sich scheinbar nicht recht klar. Auch in England ist von Friedenssehnsucht nicht die Rede, sodaß wir uns wohl auf einen neuen Winterfeldzug gefaßt machen müssen.

Hoffentlich erlaubt es mir die Zeit, wieder einmal nach Lötzen[970] zu kommen und Ihnen, hochverehrter Herr Feldmarschall, dankend die Hand zu drücken.

Schluß m.p.

384. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 11301. Immediatbericht. Behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes. durch Wilhelm II.: 12. August 1915.

[Ohne Nr.] Berlin, 11. August 1915

Zu dem Bericht des Marine-Attachés bei Euerer Majestät Gesandtschaft in Stockholm[971] wage ich folgendes alleruntertänigst zu bemerken.

Über die Reise, die der hiesige Gesandte Graf Taube vor kurzem nach Stockholm gemacht hat, sowie die Ergebnisse derselben habe ich Euerer Majestät bereits mündlich Meldung erstatten dürfen. Graf Taube hat aus seiner Audienz bei Seiner Majestät dem König von Schweden den Eindruck gewonnen, daß der hohe Herr dem [a]Gedanken eines Eingreifens Schwedens gegen Rußland nicht mehr ablehnend gegenübersteht wie früher[a]. Seine Majestät habe, so berichtet Graf Taube, gesagt, bei der geteilten Stimmung des Landes und den Bedenken Seiner Minister gegen den Krieg müsse Er nur einen „plausiblen Grund“ haben, durch den das ganze Land mitgerissen würde. Einen solchen will Graf Taube in der Besetzung der Aalandsinseln und der Aufrollung der finnischen Frage sehen. In Finnland sei bereits eine starke Organisation für den Aufstand vorhanden, [b]und letzterer würde ausbrechen, sobald die Finnländer gewiß wären, daß sie auf unsere Unterstützung rechnen können.

970 Dort, in Ostpreußen (nordöstlich von Allenstein), befand sich vom 22. Februar bis zum 2. Oktober 1915 der Sitz des Oberbefehlshabers Ost (Hindenburgs).

971 Reinhold von Fischer–Loßainen (1870–1940), Kapitän zur See; Marinattaché für die Nordischen Länder, ab 1913 in St. Petersburg, ab August 1914 in Stockholm bis 1919. – Der hier gemeinte Bericht Fischer-Loßainens vom 7. August befindet sich in: PA Berlin, R 11301. – Der Attaché berichtete darin, daß es angesichts der neutralen Stimmung in Schweden eines äußeren Anlasses bedürfe, um die Stimmung in deutschfreundliche Bahnen zu lenken. Ein solches Mittel sei die militärische Ausrüstung der Finnen und ein Unternehmen gegen die Ålandsinseln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stände aber Finnland einmal im Kampf, so würde in Schweden eine so starke Bewegung entstehen[b], daß die dortige sogenannte Aktivistenpartei die Friedensfreunde mitreißen könnte. Zu den Aktivisten gehören vor allem die Konservativen, aber auch ein Teil der jüngeren Sozialdemokraten, während die Liberalen für den Frieden eintreten. Auch der Minister des Äußern Herr Wallenberg hält den Krieg für ein ein zu gefährliches Wagnis[c], doch hat Seine Majestät der König dem Grafen Taube gesagt, daß derselbe sich dem allgemeinen Willen nicht widersetzen werde.

Wir haben seit Anfang des Krieges mit den Finnländern, die für eine Losreißung von Rußland wirken, in Verbindung gestanden. Es ist darauf der von Euerer Majestät genehmigte Gedanke der Bildung einer finnländischen Legion aus finnischen Freiwilligen entstanden[972]. Bisher werden etwa 180 Mann in Lockstedt ausgebildet, doch sind bereits 1200 weitere Freiwillige von der finnischen Organisation in Aussicht gestellt. Während in Finnland anfangs das Gefühl der Ohnmacht der russischen Regierung gegenüber die Freiheitsbewegung nur auf kleinere Kreise beschränkte, scheint sich jetzt mit dem Fortschreiten der russischen Niederlagen hierin ein Wandel zu vollziehen.

Da nach allen aus Petersburg kommenden Nachrichten [d]für einen an sich gewiß sehr wünschenswerten Separatfrieden mit Rußland kaum Aussichten vorhanden sein dürften[d], werden wir vor die Frage einer weiteren Schwächung und Zurückdrängung Rußlands nach Osten gestellt werden. Es kommt hinzu, daß die Meldungen über tiefgehende innere Gärungen in Rußland sich immer mehren. Die Unzufriedenheit mit dem herrschenden System, das das Land in das gegenwärtige Unglück gestürzt hat, nimmt im Volk und sogar in der Armee zu, in der Duma sind ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen die Regierung gerichtet worden[973]. Vielerlei Anzeichen liegen vor, welche auf eine innere Katastrophe in längerer oder kürzerer Zeit schließen lassen. Angesichts dieser Lage und nach Euerer Majestät glänzenden Siegen in Polen und der Einnahme Warschaus, wo unsere Truppen mit Begeisterung aufgenommen sind, werden wir auch kaum umhin können, [e]die Lösung des polnischen Problems – unter Ausschluß Rußlands[e] – in ernste Erwägung zu ziehen.

Wenn die Entwickelung der militärischen Ereignisse und der Vorgänge in Rußland selbst eine Zurückdrängung des Moskowiterreichs nach Osten unter Absplitterung seiner westlichen Landesteile ermöglichen sollte, [f]so wäre uns mit der Befreiung von diesem Alb im Osten gewiß ein erstrebenswertes Ziel

---

[972] Dazu die Spezialstudie: Agilolf Keßelring, Des Kaisers „finnische Legion". Die finnische Jägerbewegung im Ersten Weltkrieg im Kontext der deutschen Finnlandpolitik. Berlin 2005 = Schriftenreihe der Deutsch-Finnischen Gesellschaft 5. – Das Lager der „finnischen Jäger" befand sich auf dem Truppenübungsplatz Lockstedt in Holstein. – Vgl. ferner aufgrund der einschlägigen Akten des PA Berlin: Osmo Apunen, Deutschland und die finnische Freiheitsbewegung 1914–1915. In: Gedenkschrift für Martin Göhring. Studien zur europäischen Geschichte. Hrsg. v. Ernst Schulin. Wiesbaden 1968, S. 301–316 = Veröffentlichungen d. Instituts f. Europäische Geschichte Mainz 50.

[973] So bei Eröffnung der Duma am 1. August 1915. Zahlreiche Redner kritisierten die Regierung. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1102–1110. Der Reigen der kritischen Stimmen wurde am folgenden Tag fortgesetzt: ebenda S. 1111–1117.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

geboten[f], welches die großen Opfer und außerordentlichen Anstrengungen dieses Krieges wert wäre.

Ein Kampf Finnlands für seine Befreiung, unterstützt durch ein Eingreifen Schwedens, würde natürlich dieses Ziel wesentlich fördern.

Ob die von dem Marineattaché in Stockholm besprochene Expedition nach den Aalandinseln [g]militärisch möglich ist, wage ich natürlich nicht zu beurteilen, vom politischen Standpunkt kann ich sie aber nach dem oben Ausgeführten alleruntertänigst nur warm befürworten.[g]

[a–a] *Von Wilhelm II. mit einem Frage- und einem Ausrufezeichen versehen.*
[b–b] *Dazu folgender Randvermerk des Kaisers*: Dadurch daß wir die Russen <permanent> verhauen, unterstützen wir die Finnländer zur Genüge, mehr können wir nicht thun!!! Einer wartet eben immer auf dem Andern.
[c–c] *Dazu Randvermerk des Kaisers*: Schafskopf!!
[d–d] *Dieser Passus vom Kaiser unterstrichen und am Rand angestrichen.*
[e–e] *Vom Kaiser unterstrichen und dazu am Rand der Vermerk*: ja
[f–f] *Vom Kaiser am Rand angestrichen und dazu am Rand der Vermerk*: unbedingt
[g–g] *Vom Kaiser am Rand angestrichen und dazu am Rand ein Fragezeichen.*

385. Bethmann Hollweg an Loebell

PA Berlin, R 5262. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 12. August 1915

Geheim!

Die von dem dänischen Kabinett seit Kriegsbeginn beobachtete Haltung hat gezeigt, daß es bei unseren nördlichen Nachbarn maßgebende Leute gibt, die in einer Anlehnung Dänemarks an Deutschland die einzige für Dänemark mögliche Politik erblicken. Es wird unsere Sache sein, diese dänische Erkenntnis, die sich im Verlauf des Kriegs vertieft haben dürfte, nach Friedensschluß zweckmäßig auszunutzen, um Dänemark in eine möglichst weitgehende wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland zu bringen. So dürfte es am besten gelingen, die auf Nordschleswig bezüglichen nationalistischen Bestrebungen der dänischen Irredenta auf indirektem Wege zu überwinden, was bislang weder durch Akte des Entgegenkommens gegen Dänemark noch durch scharfe Verwaltungsmaßnahmen gelungen ist.

Ich beabsichtige deshalb, nach Friedensschluß das früher gescheiterte Fehmarn-Projekt wieder aufzunehmen, in dem sich uns ein Mittel bietet, um den wichtigsten Teil des dänischen Inselgebiets mit der Hauptstadt Kopenhagen in engste wirtschaftliche Verbindung mit Deutschland zu bringen. Die dem Projekt entgegenstehenden, von mir vollauf gewürdigten Bedenken müssen gegenüber dem großen vaterländischen Ziele zurücktreten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie Euer Exzellenz erinnerlich sein wird, ist das Ministerium Zahle – Scavenius schon das vorige Mal für das Fehmarn-Projekt eingetreten. Ebenso wie jetzt im Kriege ging das dänische Kabinett dabei von der Erwägung aus, daß Dänemarks geographische Lage seine Anlehnung an Deutschland unvermeidlich macht. Begünstigt wird diese Haltung des Ministeriums dadurch, daß über den wirtschaftlichen Vorteilen, die das Projekt Dänemark bietet, die durch dasselbe bedingte wirtschaftliche Abhängigkeit von seinem großen Nachbar[n] dänischerseits übersehen wird.

Es ist für uns von erheblicher Bedeutung, daß das dem Fehmarn-Projekt gewogene dänische Ministerium den Krieg überdauert, damit wir nach Friedensschluß mit ihm die erforderlichen Vereinbarungen treffen können. Wir haben deshalb das größte Interesse daran, das Kabinett Zahle – Scavenius mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß die Opposition das Ministerium wegen seiner deutschfreundlichen Haltung fortgesetzt verdächtigt und gegen dasselbe im Lande mit der Behauptung Stimmung zu machen sucht, wir belohnten die wohlwollende Neutralität des Kabinetts mit Fußtritten. Eine Stärkung desselben kann daher nur durch solche deutsche Maßnahmen erreicht werden, die dem dänischen Volke als Erfolge der loyalen Politik des Ministeriums erscheinen müssen. Ich würde es daher mit besonderem Dank erkennen, wenn Euere Exzellenz die Ihnen unterstellten zuständigen Behörden Schleswigs anweisen wollten, auf die vexatorisch wirkenden und dabei, wie die Erfahrung gelehrt hat, erfolglosen Verwaltungsmaßnahmen in den nordschleswigschen Kreisen stillschweigend zu verzichten. Außerdem dürfte es sich nach meinem Dafürhalten empfehlen, einige der hauptsächlich in Betracht kommenden Stellen mit neuen Männern zu besetzen, die inbezug auf den nordschleswigschen Nationalitätenkampf noch nicht auf bestimmte Maxime eingeschworen sind. Ich wäre dankbar, wenn EwE hierüber gelegentlich mit mir ins Benehmen treten wollten.

386. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Berlin, R 43/2398e, f. 49. Telegramm in Worten. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu Rk. 4652 K.J. Berlin, 21. August 1915

Ew.M. danke ich ehrfurchtsvoll für das gnädige Telegramm aus Ciechanow, das soeben bei mir ein[ge]troffen. Voller Dank gegen Gott jubelt das ganze Volk über die Heldentaten der Armee und blickt im Bewußtsein seiner gerechten Sache voller Vertrauen in die Zukunft. Es dankt Euer Majestät als dem obersten Kriegsherrn, der den tapferen Landwehr- und Landsturmleuten, die Nowo Georgiewsk stürmten[974], das Eiserne Kreuz selbst auf die Brust heftete.

[974] Am 19./20. August 1915 wurde Novogeorgievsk, die größte und stärkste aller russischen Festungen und die einzige Festungsanlage im westlichen Polen (nördlich von Warschau) von deutschen Truppen eingenommen. Vgl. Der Weltkrieg VIII S. 375–380.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der einmütige Beschluß des Reichstags[975] zeigt, wie das ganze Volk fest zusammensteht hinter unserer herrlichen Armee. Tausende sangen gestern Abend vor dem Reichskanzlerpalais Siegeslieder und „Nun danket alle Gott“!

Ew.M. alleruntertänigster

387. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21456, f. 98. Telegramm in Ziffern. Konzept von Schreiberhand.

Nr. 1065. Berlin, 21. August 1915

Die scheinbar ohne Warnung erfolgte Torpedierung englischen Dampfers Arabic[976] hat nach Zeitungstelegrammen große Erregung Amerika hervorgerufen. Falls Reutermeldung zutreffend, daß unter Ertrunkenen vier Amerikaner sind, würde Gefahr eines Bruches mit Amerika wieder akut. Admiralstab ohne Information. Bitte Drahtbericht, ob Allerhöchster Befehl Schonung großer Passagierdampfer neuerdings aufgehoben.

388. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 20190, f. 125–126. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept von Jagows Hand.

Nr. 1072. Berlin, 22. August 1915

Für General v. Falkenhayn.

Baron Burian kam neulich auch auf unser Verhältnis zu Italien zurück. Er wollte keine neuen Bitten stellen, habe für Gründe unserer Haltung ja auch Verständnis. Nur wäre es erwünscht, wenn Zurückhaltung unserer Truppen nicht zu weit ginge. Von einem Einbruch in Italien könne zur Zeit natürlich nicht die Rede sein, aber es komme mitunter vor, daß in den Kämpfen an der Grenze wichtige, schon auf italienischem Gebiet gelegene Positionen – wie kürzlich die von Scarvozza im Stilfser Joch – genommen werden müßten. In solchen Fällen wäre es erwünscht, daß unsere Truppen sich der Mitwirkung nicht enthielten. Ich erwiderte, daß mir Vorgang nicht bekannt.

Italien hat jetzt Krieg an Türkei erklärt[977], theils auf Druck der Entente, da England sonst Darlehen verweigert hätte, theils wohl auch um von eventueller

[975] Am 19. August 1915. Vgl. unten Nr. 682*.

[976] Die „Arabic“, ein englischer Passagierdampfer, wurde am 19. August 1915 von einem deutschen Uboot versenkt. 44 Menschen, darunter zwei Amerikaner, kamen ums Leben. Es war das dritte Mal, daß US-Bürger bei der Versenkung britischer Passagierdampfer ums Leben kamen. Der Zwischenfall ereignete sich kurz nach dem Austausch mehrerer Noten zwischen der deutschen und der amerikanischen Regierung über den Ubootkrieg. Vgl. König, Agitation S. 234–253.

[977] Am 21. August 1915.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Siegesbeute nicht ausgeschlossen zu werden. Voraussichtlich wird es sich aber mehr um symbolischen Akt als um namhafte militärische Aktion handeln, da allen Nachrichten zufolge General Cadorna sich jeder Kräftezersplitterung widersetzt und bei Zustimmung zur Kriegserklärung nur politischen Erfordernissen nachgegeben haben dürfte.

Um so weniger ist jetzt Gefahr, Italien auch auf 3tem Kriegsschauplatz, in Frankreich, sich ernstlich bethätigen zu sehen.

In Türkei, die sich schon so vieler Feinde erwehren muß, wirkt Hinzutritt Italiens deprimierend. Italienische Regierung sucht Fiktion festzuhalten, mit uns nicht im Kriegszustand zu sein, da Kampf gegen Erbfeind Oesterreich wohl noch populär ist, Krieg mit Deutschland aber Stimmung demoralisieren würde. Eine Klärung unseres Verhältnisses zu Italien erscheine daher vom politischen Standpunkt aus jetzt erwünscht, sowohl wegen Wirkung auf Italien selbst, als zur Ermuthigung der Türkei, ganz abgesehen davon, daß Mißstimmungen in Oesterreich beseitigt würden. Glaube deshalb empfehlen zu sollen, daß unsere Truppen, soweit militärisch möglich, geringere Zurückhaltung üben.

Formelle Kriegserklärung unsererseits ist nach unserer bisherigen Taktik nicht möglich und inopportun. Klärung der Verhältnisse kann aber nur dadurch erfolgen, daß infolge Eingreifens deutscher Truppen Italien Kriegszustand anerkennen muß[978].

389. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21456, f. 58–59. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1108. Berlin, 25. August 1915

Der Angriff auf die Orduna, einen englischen Passagierdampfer von 15.499 Bruttotonnen auf der Ausreise nach Amerika und ohne vorherige Warnung, wobei nur durch einen Zufall der Torpedo fehlgegangen ist, zeigt, daß der Allerhöchste Befehl, Personendampfer zu schonen, nicht geeignet ist, uns vor einem Bruch mit Amerika zu schützen. Der Fall mit der Arabic, einem gleich großen englischen Passagierdampfer, der gleichfalls auf der Ausreise nach Amerika angeblich infolge Torpedierung gesunken ist, würde, falls sich die Torpedierung bestätigt und nicht besondere Umstände den Vorfall anders beurteilen lassen sollten, eine weitere Bestätigung für die Unhaltbarkeit eines Zustandes sein, bei dem es von der Handlungsweise eines einzelnen U-Bootskommandanten abhängt, ob uns Amerika den Krieg erklärt oder nicht. Die erregte Stimmung in Amerika, die wir bei der Unmöglichkeit, eine schnelle Meldung von dem betreffenden U-Bootskommandanten zu erhalten, nicht rechtzeitig dämpfen können, vergrößert die Gefahr.

[978] Die formelle Kriegserklärung Italiens an Deutschland erfolgte erst am 27. August 1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ob es glücken wird, den Arabic-Fall beizulegen, steht dahin. Meinerseits sehe ich zur Zeit keine andere Lösung als in dem Erlaß eines Allerhöchsten Befehls, daß feindliche Personendampfer nicht ohne Warnung angegriffen werden dürfen und daß Mannschaften und Passagieren ausreichend Zeit zur Rettung gegeben wird. Mit anderen Worten, der Unterseebootskrieg muß gegen Passagierdampfer als Kreuzerkrieg geführt werden. Dieser Befehl wäre in Washington sofort mitzuteilen. Außerdem wäre Graf Bernstorff zu ermächtigen, wegen des Schadensersatzes für die Opfer der Lusitania und eventuell der Arabic schiedsgerichtliche Regelung anzubieten und die amerikanische Regierung zu ersuchen, mit der englischen Regierung Verhandlungen einzuleiten, damit die Seekriegführung wieder auf den Boden der Londoner Seerechtsdeklaration gestellt wird.

Euere Exzellenz bitte ich, vorstehendes zunächst mit Admiral von Müller zu besprechen. Ich beabsichtige dann, morgen oder übermorgen mit dem Großadmiral von Tirpitz zu verhandeln und eine Entscheidung Seiner Majestät zu erbitten.

390. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 21456, f. 67. Telefonniederschrift. Abschrift in Maschinenschrift.

Pleß, 26. August 1915

Telephonische Übermittelung aus Pleß, 26. August 1915, 4,30 Nm.
Für Staatssekretär von Jagow.

Marinebehörden widersprechen ausdrücklich Bekanntgabe an Amerika, daß U-Boots-Krieg gegen Passagierdampfer in Form Kreuzerkrieges geführt wird, weil durch Bekanntgabe dieser Kriegsmethode England veranlaßt würde, seinen gesamten Handelsverkehr in Form Passagierdampferverkehrs zu kleiden und dann U-Bootskrieg überhaupt illusorisch werden würde.

Allerhöchste Entscheidung gegenüber diesen Differenzen der Ansichten noch nicht gefallen.

Hoffe morgen, spätestens übermorgen, Entscheidung in meinem Sinne zu erzielen.

Nr. 2 und 3 der Vorschläge nicht beanstandet[979].

[979] Gemeint sind der in der vorangehenden Nr. vorgeschlagene Schadensersatz bzw. die schiedsgerichtliche Regelung und der Hinweis auf die Londoner Seerechtsdeklaration von 1909. Diese regelte das internationale Prisenrecht in mehreren Kapiteln, u. a. Blockade, neutralitätswidrige Unterstützung, Zerstörung neutraler Prisen, Flaggenwechsel, Schadensersatz. Wegen der Ablehnung durch das britische Oberhaus wurde die Deklaration von keinem der Unterzeichnerstaaten ratifiziert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

391. Aufzeichung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1881, f. 139–141. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Pleß] 28. August 1915

Baron Burian erklärte mir bei meiner ersten Unterredung mit ihm, die am 26.8. vormittags stattfand[980], mit apodiktischer Gewißheit, territoriale Konzessionen könnten für die Munitionsdurchfuhr[981] unter keinen Umständen gewährt werden. Darüber sei er sich mit dem Kaiser und den beiden Ministerpräsidenten völlig einig. Von Berlin kommend habe Graf Tisza zwar zuerst eine abweichende Ansicht vertreten, sich dann aber von ihm (Burian) leicht überzeugen lassen.

Eine Stunde später wurde ich vom Kaiser[982] empfangen. Der hohe Herr stand sichtlich unter dem Eindruck des Ernstes der Situation, befürchtete aber, daß Rumänien sich überhaupt nicht auf wohlwollende Neutralität einlassen und, wenn es das doch tue, die Munition tatsächlich nicht durchlassen werde. Er könne den ernsten Entschluß einer Territorialkonzession jetzt nicht fassen, wolle aber erneut darüber zu Rate gehen.

Die schlechten mit Italien gemachten Erfahrungen (er sprach sehr unumwunden seine Unzufriedenheit mit dem Fürsten Bülow aus) wirkten offensichtlich sehr ungünstig beim Kaiser nach. Doch hatte ich im Allgemeinen den Eindruck, daß er auch Territorialkonzessionen bewilligen werde, wenn er von ihrer Wirksamkeit überzeugt würde.

Nachmittags erneute Unterredung mit Baron Burian, der wiederum die Unmöglichkeit der Gebietsabtretungen und die völlige Einmütigkeit aller maßgebenden Faktoren betonte, insofern aber einen Schritt einlenkte, als er den Grafen Czernin instruieren wollte, in erster Linie die befristete Cooperation zu fordern, im Anschluß daran aber Herrn Bratianu ausdrücklich zu fragen, welche Konzessionen er für die wohlwollende Neutralität verlange.

Von Baron Burian ging ich direkt zum Grafen Stürgk und teilte ihm den wesentlichen Inhalt meiner Unterredungen mit dem Kaiser und Baron Burian mit.

Der Ministerpräsident erklärte, daß er Territorialkonzessionen durchaus nicht a liminie ablehne. Wenn Baron Burian jetzt Herrn Bratianu nach dem Preise der wohlwollenden Neutralität frage, so müsse er sich darüber klar sein, daß er, wenn überhaupt eine Antwort erfolge, diese nicht verneinend abweisen könne, denn damit würde er den gegenwärtigen zwar unerfreulichen, aber doch einer Besserung fähigen Bestand der Ungewißheit irreparabel verschlechtern. Darüber daß Herr Bratianu neben Konzessionen an die ungarländischen Rumänen Gebietsabtretungen fordern werde, auch wohl nichts anderes for-

[980] Im Großen Hauptquartier in Pleß, wo sich der Kanzler vom 26. bis 28. August 1915 aufhielt.

[981] Durch Rumänien in die Türkei.

[982] Franz Joseph.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dern könne, könne auch Baron Burian nicht im Zweifel sein. Graf Stürgk sah die Situation durchaus nicht als verzweifelt an, meinte vielmehr, daß es eintretenden Falles seinem und dem Einflusse des Grafen Tisza gelingen werde, auch Territorialkonzessionen durchzusetzen. Graf Stürgk teilte hierbei mit, daß Graf Tisza den nächstfolgenden Tag in Wien sein werde.

Unmittelbar nach unserem Gespräch hat Graf Stürgk, wie er mir bei seinem Gegenbesuch am Sonnabend, den 26. vormittags, mitteilte, eingehend den Fürsten Montenuovo[983] gesprochen und diesen gebeten, dafür einzutreten, daß der Kaiser im Falle des Akutwerdens der Frage keine Kabinettsentscheidung auf den alleinigen Vortrag des Barons Burian fällen, sondern einen Ministerkonseil ansetzen möge, in dem außer den beiden Ministerpräsidenten auch die militärischen Autoritäten zu Worte kämen[984]. Graf Stürgk sprach mir bei dieser Gelegenheit seine Überzeugung, daß die Munitionsdurchfuhr nötigenfalls auch durch Gebietsabtretungen erkauft werden müsse, noch entschiedener als am Tage vorher aus. Er riet dringend zu einer Konversation mit dem Grafen Tisza und auch mit dem Fürsten Montenuovo.

Baron Burian, der mich am 26. um Mittag aufsuchte, wiederholte mir zum dritten Male die völlige Unmöglichkeit von Gebietsabtretungen. Er wisse bestimmt, daß der Kaiser und Graf Tisza – den Grafen Stürgk erwähnte er jetzt nicht mehr – absolut hinter ihm ständen. Von der Anwesenheit des Grafen Tisza sprach er ebensowenig wie davon, daß dieser und er selbst soeben in getrennten Audienzen vom Kaiser empfangen waren.

Mit Graf Tisza, dem Herr von Jagow zufällig begegnet war, hatte ich am Nachmittag eine von mir angeregte Konferenz. Graf Tisza erklärte mir, er sei mit den Berliner Vereinbarungen bei Baron Burian nicht durchgedrungen, werde sich aber auch nur für die Bewilligung wohlwollender Neutralität mit Entschiedenheit für Territorialkonzessionen einsetzen, wenn diese nicht über jedes Ziel hinausschössen. Er habe beim Baron Burian beantragt, zur Entscheidung jedenfalls ihn und den Grafen Stürgk zuzuziehen, und erklärte es auf meine dahingende Vorstellung für selbstverständlich, daß eine ablehnende Antwort nach Bukarest keinesfalls ohne vorgängiges Benehmen mit uns gegeben werden könne. Seine Konzessionen an die ungarländischen Rumänen bezeichnete Graf Tisza als eine Karte, die ich, wenn es mir beliebe, ausspielen könne.

Unmittelbar vorher hatte ich den Fürsten Montenuovo besucht und gesprochen. Er war über die Situation durch Graf Stürgk genau informiert und sagte mir, er stehe in der rumänischen Frage durchaus auf meinem Standpunkte. Die Munitionsdurchfuhr sei, wie die Dinge jetzt lägen, momentan ebenso viel wert wie die Cooperation. (Genau so hatte sich Stürgk, ganz ähnlich Tisza gegen mich ausgesprochen.) Auch der Kaiser werde schließlich da-

[983] Alfred Fürst von Montenuovo (1854–1927), erster Obersthofmeister am kaiserlichen Hof 1909–1917.

[984] Dazu kam es nach den veröffentlichten Quellen nicht. Vgl. Protokolle des gemeinsamen Ministerrates. (Dort erscheint kein Protokoll zwischen dem 8. Juli und dem 6. Oktober 1915.)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

für zu haben sein, wenn Garantien dafür geschaffen würden, daß die Munition tatsächlich durch Rumänien durchgelassen werde und wenn ihm die Besorgnis darüber genommen werden könnte, „daß es dann mit erpreßten Konzessionen Schluß sei“. Der Kaiser sei durch die italienische Krisis schwer verstimmt worden und habe die Kriegserklärung Italiens als wahre Erlösung empfunden. Einer Wiederholung desselben Spiels mit Rumänien werde sich der Kaiser entschieden widersetzen, aber er denke klug und nüchtern genug, um die große Bedeutung der Munitionsdurchfuhr genau zu erkennen, und werde, wenn sie gesichert erscheine, in die Abtretung der rumänischen Bezirke der Bukowina willigen, auch wenn Burian, was indes unwahrscheinlich, ganz halsstarrig bleiben sollte.

Eine Bemerkung des Fürsten Montenuovo, der Kaiser möchte auch gern die Sicherheit haben, daß er schließlich an Italien nichts abzutreten brauche, habe ich mit dem hingeworfenen Worte erwidert, daß darüber besten Endes der bisher ja glücklicherweise gut verlaufende Krieg entscheiden werde.

392. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21456, f. 76. Telegramm in Ziffern. Konzept von Schreiberhand.

Nr. 1134. Berlin, 29. August 1915

Um während der Verhandlungen jede weiteren Zwischenfälle mit Amerika zu vermeiden, erscheint erforderlich, daß Befehl an Unterseebootkommandanten, der bisher nur Schonung großer Passagierdampfer vorsah, sofort dahin abgeändert wird, daß sämmtliche Passagierdampfer nur nach Warnung und Rettung von Passagieren und Mannschaften versenkt werden dürfen. Dies kann nur von dort veranlaßt werden. Admiralstab ist von hier gestern benachrichtigt worden. Graf Bernstorff sei [= ist] angewiesen, mit amerik. Regierung auf Grundlage der Schonung von Passagierschiffen (Liners) zu verhandeln. Einstweilen könnten Verhandlungen aber [doch] durch Versenkung kleiner Passagierschiffe gefährdet werden.

Befehl wird mit Marineinteressen um so mehr zu vereinbaren sein, als Großadmiral von Tirpitz in unserer gemeinschaftlichen Unterredung selbst zur Erwägung stellte, für die nächste Zeit Uboote von den mit Passagierdampfern befahrenen Routen überhaupt fernzuhalten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

393. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21456, f. 80. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1135. Berlin, 29. August 1915

Sofort.

Soeben erhalte ich folgendes Schreiben:

„Der Herr Staatssekretär des Auswärtigen Amtes hat mir gestern durch eine Mitteilung des Geheimen Legationsrats Grafen Montgelas[985] an den Kontreadmiral Behnke von den mit der amerikanischen Regierung eingeleiteten Verhandlungen über eine Verpflichtung unsererseits, Passagierdampfer (liners) nur nach vorheriger Warnung und Rettung von Passagieren und Mannschaften zu versenken, Kenntnis gegeben. E.E. beehre ich mich, ergebenst zu bitten, anordnen zu wollen, daß die amerikanische Regierung zur Angabe der Namen und äußeren Kennzeichen der in Betracht kommenden englischen Passagierdampfer (liners) und der Hergabe ihrer Schattenrisse sowie Mitteilung ihrer Abfahrts- und Ankunftszeiten veranlaßt wird, damit die nötigen militärischen Maßnahmen für ihre Sicherheit getroffen werden können.

Als selbstverständliche von uns zu stellende Bedingung setze ich die Garantieleistung der amerikanischen Regierung voraus, daß die betreffenden Schiffe nicht bewaffnet sind und kein Kriegmaterial und keine Truppen an Bord haben.

gez. Bachmann“

Vorstehende Forderung, namentlich im jetzigen Stadium der Verhandlungen, können wir unmöglich an Amerika stellen, auch bedeutet sie Einschränkung der bestehenden Befehle betreffs Schonung Passagierdampfer.

Bitte, bevor ich Admiralstab antworte, Angelegenheit vertraulich mit Admiral von Müller besprechen.

394. Bethmann Hollweg an Ratibor[986]/von der Lancken

PA Berlin, R 20191, f. 37. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Madrid 597. Berlin, 29. August 1915

Baron Lancken – Brüssel 115.

Der General von Falkenhayn hat vor wenigen Tagen den Prinzen Alfons von Bourbon[987], der sich gegenwärtig in Teschen aufhält, empfangen. Der Prinz hat folgendes ausgeführt:

[985] Adolf Graf von Montgelas (1872–1924), Geheimer Legationsrat; im AA in der Abt. IA Leiter des Referats Vereinigte Staaten, Kuba, Mexiko und Philippinen 1911–1917. – Der im folgenden genannte: Paul Behncke (1866–1937), Konteradmiral; stellvertretender Chef des Admiralstabs 1914–1916; Chef des III. Geschwaders 1916–1918.

[986] Maximilian Prinz von Ratibor und Corvey, Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1856–1924), Botschafter in Madrid 1910–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die republikanische Partei in Spanien macht große Anstrengungen, das Land auf der Seite der Entente in den Krieg zu treiben. Wir müßten schleunigst Gegenmaßregeln ergreifen und zu diesem Zwecke

1. Spanien versprechen, daß wir beim Frieden seine Ansprüche auf die Provinz Oran, in Marokko[a], und auf Gibraltar, das Spanien schleifen würde, unterstützen würden.

2. 10 Millionen dem Prinzen Alfons bezw. einem Herrn Bedrasia[988] zur Verfügung stellen, um Zeitungen anzukaufen und eine Revolutionierung im südlichen Frankreich zu betreiben. Dann würde Frankreich spanische Inseln (Balearen, Kanarische Inseln?) besetzen und dadurch dem König[989] und den Konservativen einen Grund geben, gegen Frankreich loszuschlagen.

Prinz Alfons gibt an, diese Mitteilungen im Auftrage des Königs zu machen.

Herr von Falkenhayn hat ihm erwidert, er würde mir die Mitteilungen weitergeben.

Prinz Alfons erwartet unsere Antwort in Teschen.

[a] *Dazu Vermerk am Rand (in Maschinenschrift)*: Oran liegt in Algier.

395. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20191, f. 42–43. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift. – Druck: Scherer/Grunewald I S. 163–164. Dazu ebenda S. 165–166 der Privatdienstbrief Treutlers an Bethmann Hollweg über ein Gespräch mit Wilhelm II. in der Sache.

Nr. 355. Pleß, 30. August 1915, 11 Uhr 56 Min. Nm.
Ankunft: 31. August 1915, 1 Uhr 43 Min. Vm.

Für den Herrn Reichskanzler.

General von Falkenhayn bittet mich, folgendes Euerer Exzellenz zu übermitteln:

„Euerer Exzellenz beehre ich mich, meine Ansicht über die gesamte Kriegslage im Anschluß an das mündlich Ausgeführte nachstehend nochmals kurz darzulegen.

Rußland ist durch die seinem Heere in den letzten 4 Wochen versetzten Schläge so geschwächt, daß es uns für absehbare Zeit nicht ernsthaft gefährlich werden kann. Es befindet sich in ähnlicher Lage wie Frankreich im Winter

[987] Alfons von Bourbon(-Anjou) (1849–1936), Prinz aus dem karlistischen (nichtregierenden) Zweig. – Das im folgenden genannte: Teschen an der Olsa (in Österreichisch-Schlesien); von 1914 bis November 1916 Sitz des österreichisch-ungarischen Armeeoberkommandos.

[988] Auch als Bedrasta zu lesen: nicht identifiziert.

[989] Alfons XIII.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1870/71, aber mit dem Nachteil, daß ein russischer Gambetta[990] schwer denkbar, das russische Soldatenmaterial nicht das französische und die Erzeugung des unentbehrlichen Kriegsmaterials im vom Weltverkehr mehr oder weniger abgeschlossenen Agrarstaate eine kaum lösbare Aufgabe ist. Daß die Ententemächte nach den Angriffen bei Arras an der Westfront[991] nichts mehr getan haben, um die russische Lage zu erleichtern, erscheint zunächst unerklärlich. Gewiß mögen die schweren Verluste, die jener Durchbruchsversuch kostete, ihre Offensivlust stark gelähmt haben. Sie mögen auch, getäuscht durch die Berichte des Generals Cadorna, eine Zeit lang an italienische Erfolge in absehbarer Zeit geglaubt haben. Schließlich mag sie, wie die offiziellen Äußerungen der Herren Asquith und Churchill[992] zeigten, im Juni noch die Hoffnung auf die baldige Einnahme der Dardanellen erfüllt haben. Aber alle diese Gründe reichen doch nicht aus, die Monate lange Untätigkeit an der Westfront und die geduldige Art, in der sich Rußland damit scheinbar abgefunden hat, zu erklären. Das Rätsel wird aber sofort restlos gelöst, wenn man annimmt, daß unsere Gegner sich im gegenseitigen Einverständnis dazu entschlossen haben, ihr Heil in einem planmäßig durchgeführten Erschöpfungskrieg zu suchen. Ich neige dazu, eine derartige Vermutung für zutreffend zu halten, und zwar umso mehr, als sie nicht nur dem Charakter des Mannes, auf dem die Führung des Krieges gegen uns in erster Linie ruht, des Lord Kitchener, sondern auch den Interessen unseres Hauptgegners, Englands, völlig entspricht.

Welche militärischen Gegenmaßnahmen bei dieser Sachlage zu ergreifen sind, habe ich mir erlaubt, Euerer Exzellenz zu sagen. Schriftlich möchte ich mich darüber nicht äußern. Ob die Maßnahmen zum Ziel führen werden, steht wie immer bei militärischen Handlungen im Kriege dahin. Niemand kann so vermessen sein, den Erfolg unbedingt zu verbürgen. Jedes auch auf anderem nicht rein militärischem Gebiet liegende Mittel, das dazu dienen könnte, uns zu sichern, muß deshalb daneben angewandt werden.

Ein solches Mittel glaube ich in der Schaffung eines mitteleuropäischen Staatenbundes erblicken zu dürfen. Ich denke dabei zunächst an einen Zusammenschluß des Deutschen Reichs, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei zu einem langfristigen Schutz- und Trutzbündnis, möchte aber gleich hinzufügen, daß sich der Bund nicht hierauf beschränken dürfte. Vielmehr würde es unerläßlich sein, ihm auch wirtschaftliche und kulturelle Ziele zu stecken.

Ob die praktische Durchführung dieses Gedankens bald möglich sein wird, vermag ich nicht zu beurteilen. Die großen Schwierigkeiten derselben

990 Léon Gambetta (1838–1882), französischer Innenminister 1870–1871; zuletzt Präsident des Ministerrats 1882; organisierte 1870/71 den Widerstand gegen die Deutschen; nach 1871 entschiedener Vertreter des Revanchismus gegenüber Deutschland.

991 Zur Frühjahrsschlacht 1915 (bis Juni) bei La Bassée und Arras, die auf französisch-englischer Seite den Durchbruch durch die deutschen Stellungen zum Ziel hatte, aber nicht zum Erfolg führte, vgl. u. a.: Der Weltkrieg VIII S. 34–102.

992 Churchill hatte wegen der fehlgeschlagenen Dardanellen-Operation, für die er sich eingesetzt hatte, Ende Mai 1915 zurücktreten müssen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verhehle ich mir durchaus nicht. Andererseits würde die Bildung eines solchen Bundes die Hoffnung Englands, uns, oder, was vielleicht noch ernster erwogen wird, unsere Bundesgenossen zu erschöpfen, zunichte machen. Ganz besonders dann, wenn sich noch andere Staaten, z. B. Schweden, die Schweiz, vielleicht auch Griechenland, anschließen würden. Auch dürfte der Bund einen Weg bieten, die schwierige Polenfrage einer halbwegs erträglichen Lösung zuzuführen.

von Falkenhayn."

396. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 67. Privatdienstbrief. Eigenhändige behändigte Ausfertigung. – Praes.: 2. September 1915.

Berlin, 30. August 1915

Verehrteste Exzellenz!

Nehmen Sie bitte meinen herzlichsten und wärmsten Dank für alle Mühewaltung und Freundlichkeit entgegen, die Sie der Herrichtung der Ruhestätte meines Sohnes zugewendet haben. Ich kann Ihnen nicht genug für diesen Freundschaftsdienst danken, den ich in dieser schweren und ernsten Zeit tief im Herzen empfinde. Ihren gütigen Brief vom 20., der mir über alle Ihre Anordnungen berichtet, habe ich am 28. erhalten und werde mir erlauben, den Restbetrag der Aufwendungen mit 2.328,20 M Ihrem Konto bei der Deutschen Bank überweisen zu lassen.

Ihre mannigfachen Berichte über die Warschauer Verhältnisse, zuletzt Ihr heute eingetroffenes Schreiben vom 20/28 sind mir von großem Werte[993]. Ich hoffe bestimmt, daß General von Beseler[994], der mich heute besucht hat, der rechte Mann sein wird, um all der großen Schwierigkeiten Herr zu werden, und freue mich besonders, daß Sie dabei ein gutes Feld der Tätigkeit gefunden haben.

Die Spannung mit Amerika ist übel, doch hoffe ich sie zu überwinden. Aber umsonst ist nur der Tod. In Pleß[995], wo ich die letzten Tage war, herrschte gute und zuversichtliche Stimmung.

Dankbar und mit besten Grüßen
der Ihre

[993] Zwei Briefe Hutten-Czapskis an Bethmann Hollweg vom 22. und 28. Augsut 1915 in: Hutten-Czapski, Sechzig Jahre II S. 237–238.

[994] Hans von Beseler (1850–1934), Generalmajor; Chef des Stabes des Generalgouvernements Warschau August 1915–November 1916.

[995] Im Großen Hauptquartier.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

397. Bachmann an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21456, f. 134–135. Behändigtes Schreiben. In Maschinenschrift. Praes.: 1. September 1916.

B 15402 I Berlin, 1. September 1915

Ganz geheim

Euere Exzellenz glauben, es ablehnen zu müssen, die von mir in meinem Schreiben vom 29. d.Ms. B 15204 I[996] im militärischen Interesse als notwendig bezeichneten Forderungen, namentlich im jetzigen Stadium, an die amerikanische Regierung zu stellen, da sie die Verhandlungen von vornherein aussichtslos machen würden. Ich bedauere, daß es mir unmöglich gemacht worden ist, diese meine Forderungen früher zur Geltung zu bringen, und darf die Erwartung aussprechen, daß es möglich sein wird, diese Wünsche in einem späteren Stadium der Verhandlungen zu berücksichtigen.

Die Forderung, die amerikanische Regierung zur Angabe der Namen und äußeren Kennzeichen der in Betracht kommenden englischen Passagierdampfer (liners) und zur Hergabe ihrer Schattenrisse sowie Mitteilung ihrer Abfahrts- und Ankunftszeiten zu veranlassen, soll sicherstellen, daß Mißgriffe unter allen Umständen vermieden werden. Hierzu alles Erdenkliche zu tun fühle ich mich verpflichtet, weil nunmehr die Amerikaner jeden Mißgriff als einen Bruch der ihnen gemachten Zusagen ansehen werden.

M.E. können die Amerikaner die Garantie, daß die betr. Schiffe nicht bewaffnet sind und weder Kriegsmaterial noch Truppen an Bord haben, garnicht ablehnen, da nur sie verhindern kann, daß unsere Gewährung voller Sicherheit für Passagiere als Deckung für Munition und Truppen mißbraucht wird. Sie werden selbst nicht erwarten, daß bewaffnete Schiffe, die unsere U-Boote schon in verschiedenen Fällen, ohne angegriffen zu sein sein, beschossen haben, geschont werden.

Wenn man vom deutschen Standpunkt aus in der Erfüllung meiner Forderungen auch eine gewisse Einschränkung gegenüber den bisher bestehenden Geheimbefehlen sehen könnte, so können die Amerikaner dieses doch auf keinen Fall tun, da ich nicht annehmen kann, daß diesen die Geheimbefehle, deren strengste Geheimhaltung Seine Majestät der Kaiser ausdrücklich befohlen hat, mitgeteilt sind.

[996] Oben Nr. 393.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

398. Bethmann Hollweg an Bachmann

PA Berlin, R 21456, f. 139. Schreiben. Reinkonzept. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 2. September 1915

Eilt.

Ganz geheim!

Um Mißverständnissen vorzubeugen, möchte ich zu dem Schreiben E.E. vom gestrigen Tage[997] – B 15401 I – noch bemerken, daß der Amerikanischen Regierung – und zwar mit Billigung S.M. des Kaisers – nur vertraulich mitgeteilt ist, daß nach den bisherigen Befehlen große Passagierschiffe nicht ohne vorherige Warnung und Ausbootung torpediert werden sollten und daß von jetzt ab Passagierschiffe, „liners", unter den gleichen Bedingungen nicht torpediert werden sollen. Daß die ergangenen Befehle hierüber hinausgehen und eine absolute Schonung der Passagierdampfer vorsehen, ist der Washingtoner Regierung nicht mitgeteilt worden. Dieselbe ist sogar ausdrücklich darauf hingewiesen worden, daß Schiffe, die Widerstand leisten oder die Flucht ergreifen, nach wie vor der Zerstörung ohne Weiteres ausgesetzt sind.

Auf die Tatsache, daß bewaffnete Schiffe unsere Unterseeboote schon in verschiedenen Fällen, ohne angegriffen zu sein, beschossen haben, werde ich die amerikanische Regierung erneut hinweisen und suchen, ihre Mitwirkung zur Abstellung dieser Mißbräuche zu gewinnen.

399. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 21456, f. 157. Immediatbericht. Reinkonzept. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 3. September 1915

Heute mit Kurier.

Der Chef des Admiralstabes der Marine hat, wie er mir mitteilt, Ew.M. eine Denkschrift vom 30. v. M. über den Ubootkrieg speziell in unserm Verhältnisse zu Amerika vorgelegt[998]. Die Denkschrift polemisiert zugleich gegen ein Schreiben, das Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich am 5. v. M. an mich gerichtet und das ich zur Kenntnis des Großadmirals Herrn v. Tirpitz gebracht hatte. Mit Rücksicht hierauf wage ich es, Ew. Majestät eine Abschrift dieses Schrei-

997 Die vorangehende Nr. Vgl. auch Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 164–177.

998 Dazu und zu den im folgenden genannten Denkschriften vgl. Tirpitz, Politische Dokumente I S. 383–395, 402–416; Müller, Regierte der Kaiser? S. 125–126; Spindler, Handelskrieg II S. 268–269; Helfferich, Weltkrieg II S. 321–323. Die Denkschrift Helfferichs vom 5. August 1915 ist in PA Berlin, R 21456, f. 158–166.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bens sowie eine Denkschrift vorzulegen, die der Staatsminister Dr. Helfferich in Erwiderung der Denkschrift des Herrn Chefs des Admiralstabs verfaßt hat. Wenngleich Ew.M. bereits ganz in dem Sinne dieser Schriftstücke Entscheidung getroffen haben, erschienen mir die Darlegungen doch so schlüssig, daß sie auch noch nachträglich ihren Wert behalten dürften.

Alleruntertänigst

400. Bethmann Hollweg an Bachmann

PA, R 21456, f. 139. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift. [Ohne Ort und ohne Datum.]

[Berlin, 3. September 1915]

Ew.E. bestätige ich ergebenst den Empfang des gefälligen Schreibens vom 30. v.Mts. – B 1563 I –. Ich habe S.M.d.K. nunmehr den in der Denkschrift behandelten Brief des Reichsschatzsekretärs vom 5. v.Mts., der Seiner Majestät bisher unbekannt war, sowie eine Erwiderung des Reichsschatzsekretärs auf E.pp. Denkschrift, die Ew.pp. vom Reichsschatzamt aus zugehen wird, vorgelegt.

401. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 16–18. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 4. September 1915

Lieber Freund!

Du hast mich wieder arg verwöhnt. Aber Du weißt, wie mich Dein Zuspruch immer beglückt. Nun halte ich zweimal prächtige Verse, und aus ihrer Frische darf ich herauslesen, daß Du wie immer den Kopf oben trägst. Das ist mir eine besondere Freude. Die großen Äpfel sollen den morgigen Sonntag verschönern. Hab Dank für alles.

Der Krieg rollt weiter, und ich sehe noch keinen Ausgang. Die russischen Zustände sind schwer zu beurteilen. Militärisch wird wohl ein halbes Jahr vergehen, bis die Russen wieder an eine nennenswerte Offensive denken können. Ob sie bei fortdauerndem Kriege die große innerpolitische Umwälzung, die doch wohl im Gange ist, bewältigen können ohne Zusammenbruch des staatlichen Gefüges, scheint mir die große Frage. Gute Kenner des Landes und Volkes verneinen sie. Aber alle Nationen entwickeln in diesem Krieg so unerwartete Fähigkeiten, alle auf die Vergangenheit gegründeten Voraussagen sind immer wieder so völlig in sich zusammengebrochen, daß die Zukunft in tiefes Dunkel gehüllt bleibt. Hoffentlich können wir jetzt die Dardanellen sichern. Vielleicht giebt Rußland dann doch das Rennen auf. In Frankreich nimmt dumpfe Stim-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mung zu. Aber man ist entschlossen, vor dem Siege, den man von unserer Erschöpfung erhofft, nicht Frieden zu machen. England ist ganz die festgebissene Bulldogge. Wir müssen noch auf lange Kriegsdauer gefaßt sein. – Mit der Marine stehe ich fortgesetzt in heißem Kampf. Tirpitz betreibt den Ubootskrieg als Selbstzweck, gleichgültig ob wir damit auch Amerika in das Lager unserer Feinde treiben. Ich halte das für einen Wahnsinn, den ich abgewehrt habe. – Felix ist 3. Garde Ulan, kommt aber wohl erst um Weihnachten ins Feld. Isa hat mit ihrem Mann[999] eine kleine Wohnung hier im Palais bezogen und ist mir so auch erhalten geblieben. –

5/9. Das Wunderbarste an diesem Krieg ist doch die ungeheure Kraft der Völker. Nirgends eine Einzelperson, die das Weltenschicksal bestimmt. Am merkwürdigsten ist mir Rußland. Im Anfang war der Großfürst der Diktator[1000]. Jetzt verblaßt er vor der Duma, wo zum Teil ganz erstaunliche, politisch reife Reden gehalten werden, hinter denen unsere Bassermanns, Westarps, Spahns u.s.w. weit zurückstehen. Beinahe ein Anklang an englischen Parlamentston. Und das Volk beginnt in der Duma seinen Retter zu suchen. Wie der Krieg auch enden möge, Rußland macht einen ungeheuren Sprung vorwärts. Das Land erwacht. Wie alt ist Frankreich dagegen!

Die führenden Männer der Zukunft müssen – auch bei uns – aus der inneren Kraft des Volkes neu geboren werden. Das wird nicht ohne Zuckungen geschehen. Ich erschrecke immer wieder darüber, wie viel persönliches Strebertum, Intrige und Lüge sich in höchsten führenden Kreisen bei uns breit machen.

Leb wohl. Ich werde dauernd gestört und schreibe deshalb in konfusen Gedanken.

Getreulichst

402. Friedjung an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 2592. Schreiben. Behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes.: 9. September 1915.

Wien, 4. September 1915

Euer Exzellenz!

Diesem Briefe liegt eine Denkschrift bei, welche ich[1001] der Prüfung Euer Exzellenz zu unterbreiten wage. Die Arbeit rührt, wie in der Vorbemerkung zu lesen ist, nicht bloß von mir, sondern von einem größeren Freundeskreise her,

[999] Julius Graf von Zech-Burkersroda (1885–1946), Legationsrat; Adjutant des Reichskanzlers im GrHQ 1914–1917.

[1000] Nikolaj Nikolaevič (1856–1929), General der Kavallerie; Generalissimus der russischen Streitkräfte 1914–August 1915; Vizekönig des Kaukasus 1915–1917.

[1001] Heinrich Friedjung (1851–1920), österreichischer Historiker, Publizist und Politiker. – Die dem Brief beigelegte „Denkschrift aus Deutsch-Österreich". Als Manuskript gedruckt. Leipzig 1915, S. Hirzel, 104 S.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der nach eingehender Beratung Vorschläge über das künftige Verhältnis unseres österreichischen Vaterlandes zum Deutschen Reiche formuliert hat. Wir waren von der Erwägung geleitet, daß die Diskussion über den künftigen Bau Mitteleuropas sich nicht länger in allgemeinen Redensarten bewegen dürfe, sondern daß präzise, wenn auch ins Einzelne gehende Vorschläge erstattet werden müssen. Dies entspricht der Größe des Augenblicks und der Pflicht, die jedem denkenden Österreicher auferlegt ist. Die Denkschrift wendet sich nicht an die öffentliche Meinung, sondern an einen erlesenen Kreis von Männern, die berufen sind, mit Rat und Tat an den künftigen Gestaltungen mitzuwirken. Die autoritative Stellung, welche Euer Exzellenz einnehmen, bringt es mit sich, daß ich mich an Euer Exzellenz wende, um Ihre Unterstützung für die in der Denkschrift ausgeführten Ideen zu erbitten[1002].

Mit dem Ausdrucke der größten Verehrung bin ich, Euer Exzellenz ergebenster

403. Bethmann Hollweg an Tirpitz

PA Berlin, R 22351. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

A.N. 6300
J.Nr.26727 Berlin, 7. September 1915

Nachdem bekannt geworden war, daß Seine Majestät der Kaiser und König Allerhöchst Seine Willensmeinung dahin kundgegeben haben, daß bei Handhabung des Unterseebootkrieges auf die Behandlung von Passagierdampfern besondere Rücksicht zu nehmen sei, sind in einzelnen Blättern Artikel veröffentlicht worden, die auf eine Kritik der Allerhöchsten Willensmeinung hinauslaufen. Die in Frage kommenden Artikel der Kreuzzeitung, der Deutschen Tageszeitung und der Täglichen Rundschau sind hier ergebenst beigefügt. Bei Besprechungen, die dieserhalb mit dem Oberkommando in den Marken und der Oberzensurstelle gepflogen worden sind, hat sich herausgestellt, daß die Artikel der Deutschen Tageszeitung und der Täglichen Rundschau von dem Nachrichtenbureau des Reichsmarineamts vor ihrem Erscheinen geprüft und zur Veröffentlichung freigegeben worden sind. Euere Exzellenz werden mit mir darin übereinstimmen, daß die Durchführung der von Seiner Majestät befohlenen Politik Schaden leiden muß, wenn mit Billigung einer Reichsbehörde Äußerungen in der Presse zugelassen werden, die diese Politik zu durchkreuzen geeignet sind, zum mindesten aber durch eine abfällige Kritik der befohlenen Maßnahmen die öffentliche Meinung erregen.

Euerer Exzellenz wäre ich dankbar, wenn Sie die Geneigtheit haben wollten, durch entsprechende Anweisungen an die Ihnen unterstellten Organe der militärischen Zensur die erforderlichen Vorkehrungen für die Zukunft zu treffen.

[1002] Vgl. unten Nr. 407.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abschrift dieses Schreibens geht gleichzeitig dem Herrn Chef des Admiralstabes zu.

404. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 2592. Erlaß. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 157. Berlin [ca. 10. September 1915]

Abschrift beehre ich mich Ew.pp. zur gefälligen Kenntnisnahme mitzuteilen.

Professor Friedjung hat mich gebeten, das anliegende Exemplar der von ihm versandten Denkschrift S.M. dem Kaiser zu unterbreiten.

In seinem dieserhalb an mich gerichteten Briefe schreibt Professor Friedjung:

[ins. aus dem Briefe[1003]]

Ohne zu den in der Denkschrift entwickelten Gedanken Stellung zu nehmen, halte ich sie doch für so interessant, daß ich Ew.pp. bitte, S.M. kurz darüber Vortrag zu halten bezw. einige Abschnitte zur Lektüre zu empfehlen. Ich werde Professor Friedjung entsprechende Mitteilung machen.

405. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 12. September 1915

Lieber Herr von Treutler!

Verbindlichen Dank für Ihren interessanten Brief von gestern. Die Nachforschungen nach dem Verfasser des Artikels in der Neuen Züricher Zeitung[1004] waren bisher ergebnislos. Das Blatt soll übrigens auch französischen Einflüssen zugänglich sein, so daß wohl auch ententefreundliche Kräfte bei dem Artikel mitgewirkt haben könnten. Immerhin aber enthält er Angaben, die nur aus hiesiger ganz unterrichteter Quelle stammen können. Daß Tirpitz selbst den Artikel veranlaßt haben sollte, glaube ich nicht. Er hat aber zweifellos seine Umgebung genau informiert, diese hat die Sache more solito weitergetragen, und gebetene und ungebetene Helfer haben dann die große Pauke geschla-

[1003] Oben Nr. 402.

[1004] Es handelt sich vermutlich um den kurzen Artikel „Der Handelskrieg. Skandinavische Verluste im Kriege“ im ersten Morgenblatt der „Neuen Zürcher Zeitung“, Nr. 1191, vom 11. September 1915. Der Artikel ist datiert auf den 5. September und trägt das Sigel M. In dem Artikel werden genaue Zahlen und Wertangaben über die Schiffsverluste aller drei skandinavischen Länder wiedergegeben. Danach hatte Dänemark 10 Schiffe, Schweden 3 Schiffe und Norwegen 45 Schiffe durch Torpedos oder Minen verloren.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen. Eine jedoch durch Tatsachen noch nicht begründete Vermutung weist auf einen Dr. Jenny[1005] hier als Verfasser des Artikels hin – er schreibt wiederholt auch im roten Tag[1006] –, der in gesellschaftlichen Beziehungen zu Löhlein steht. Ob dieser also geeignet ist, diskrete Nachforschungen anzustellen, steht dahin.

Von Schorlemer weiß ich, daß sich General von Kessel in erregtester Weise für Tirpitz ausgesprochen hat. „Unsere Feldgrauen in den Schützengräben würden sich jetzt bedanken, ihre Haut weiter zu Markte zu tragen, nachdem man so den Krieg gegen England aufgegeben habe!“ Eine nette Haltung für einen Generaladjutanten und hohen Militär!

Gegen den Vorschlag des Admirals von Müller, der Kaiser möge den Großadmiral v. Tirpitz zu einer Äußerung über die belgischen Häfen auffordern, habe ich keine Bedenken, bitte Sie vielmehr, Müller zu einer Anregung bei S.M. in meinem Namen zu ermächtigen.

Wegen Polen geht heute ein Schreiben an Falkenhayn ab, das ich Ihnen zugleich in Abschrift mitteile. Unsere Bundesbrüder arbeiten wohl mit allen Mitteln darauf hin, daß die russischen Polen den Anschluß an Österreich öffentlich fordern. Burian hofft damit eine möglichst bedingungslose Zustimmung von uns herauszuschlagen. So wird es in der leidigen polnischen Frage viele Reibungen geben.

Ich schließe diese Zeilen kurz. Tausendmal bin ich unterbrochen worden und finde keine Zeit mehr, sie mundieren zu lassen. Da ich auf dem Sprunge der Abreise bin, bitte ich Sie, es mir nicht zu verargen, daß ich Ihnen zumute, daß Konzept zu entziffern. Mit besten Grüßen auch an alle Wahlverwandten getreulichst

Ihr

406. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 235–247. MF 981. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 142–143 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 21. September 1915

In der heutigen Staatsministerialsitzung wurde folgendes verhandelt:

1. Der Herr Ministerpräsident machte vertrauliche Mitteilungen über die gegenwärtige militärische und politische Lage.

[1005] Vermutlich Rudolf Christoph Jenny (1858–1917), Zeitungsverleger; Schriftsteller.

[1006] Der „Roter Tag“ war eine Parallelausgabe von „Der Tag“, der sich als „überparteiliche Zeitung“ verstand, und vertrat alle politische Richtungen von der gemäßigten Rechten bis zur gemäßigten Linken; er überlebte nur bis in die Anfänge der 1920er Jahre.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Durch den Anschluß Bulgariens an die Zentralmächte[1007] sei in politischer und militärischer Hinsicht eine neue Situation eingetreten. Über die Einzelheiten der Abmachungen mit Bulgarien bitte er den Herrn Staatsminister von Jagow, nähere Mitteilungen zu machen, vorweg wolle er die Eindrücke erwähnen, die er bezüglich der militärischen Lage gestern im Hauptquartier gewonnen habe. Militärischerseits habe man die Hoffnung gehabt, daß bei Wilna durch Hindenburgs Feldherrnkunst größere Teile der russischen Armee abgefangen werden würden, es scheine aber, daß der größte Teil aus der Umklammerung herausmarschiert sei, obwohl das Eisenbahnnetz auf allen Seiten in unseren Händen sei[1008]. Über den Zustand der russischen Armee gingen im Großen Hauptquartier die Ansichten auseinander. Teilweise sei man der Auffassung, daß der innere Zusammenhalt sich lockere und daß Kriegsmüdigkeit und Mangel an Zuversicht zunähmen. Andere Urteile lauteten für die Russen günstiger. Allgemein sei man der Ansicht, daß die Offensivkraft der russischen Armee den deutschen Truppen gegenüber für lange Zeit gebrochen sei. Die inneren Verhältnisse in Rußland seien aber schwer zu beurteilen. Er habe den Eindruck, daß die Duma sich die jetzige Behandlung durch die Regierung einstweilen gefallen lasse, daß dadurch aber die Organisationskraft des Landes nicht wachse. Die Absetzung des Großfürsten Nikolajewitsch[1009] und die Ausschaltung der Duma seien zum mindesten nicht ungünstig für uns. Eine entscheidende Wendung zu unseren Gunsten könne aber, falls sie überhaupt eintrete, erst erhofft werden, wenn unsere Aktion in Serbien glücke und Rußlands Hoffnung auf Konstantinopel schwinde. Die Operationen gegen Serbien seien gestern eingeleitet[1010]. Diese Operation habe aber einstweilen militärisch noch keine Bedeutung, sie sei vorgenommen, weil sie politisch notwendig gewesen sei, bevor Bulgarien die Mobilmachung anordne. Man rechne im Großen Hauptquartier, daß die Aktion gegen Serbien, wenn auch schwierig, so doch nicht sehr langwierig sein werde. Falkenhayn meine, daß sie im Laufe des Oktober durchgeführt werden könne. Was die allgemeine politische und militärische Situation anlange, so sei es ihm unzweifelhaft, daß England gewillt sei, einen Erschöpfungskrieg gegen Deutschland zu führen und von der Durchführung dieses Vorsatzes nur abstehen werde, wenn es seine Alliierten nicht an der Stange halten könne. Rußland werde, wie gesagt, höchstens dann, wenn es die Dardanellenaktion scheitern sähe, das Rennen aufgeben. Von Frankreich lauteten die Berichte übereinstimmend, daß die Stimmung dumpfer würde. Es

[1007] Durch einen Bündnisvertrag und eine Geheimkonvention mit Deutschland sowie durch eine Militärkonvention mit Deutschland und Österreich-Ungarn vom 6. September 1915 hatte sich Bulgarien auf die Seite der Mittelmächte geschlagen. Text der Verträge bei: Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan S. 280–285.

[1008] Zur Schlacht bei Wilna im September 1915 vgl. ausführlich: Der Weltkrieg VIII S. 494–533.

[1009] Wegen der schweren Niederlagen gegen die Mittelmächte im Sommer 1915 setzte der Zar seinen Cousin Großfürst Nikolaj Nikolaevič als Oberbefehlshaber der russischen Streitkräfte am 5. September 1915 ab. – Zum folgenden: Die Duma tagte seit dem 1. August 1915; am 16. September mußte sie sich auf Ukaz des Zaren hin vertagen.

[1010] Der Auftrag des Kaisers, den Feldzug gegen Serbien zu beginnen, erging am 16. September 1915. Anfang Oktober war der Aufmarsch abgeschlossen. Vgl. Der Weltkrieg IX S. 196–216.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sei ein gewisses Abflauen bemerkbar, wenn auch äußerlich noch Siegeszuversicht gezeigt werde. Allerdings ein Regierungswechsel scheine sich noch nicht anzubahnen, dieser sei aber die Voraussetzung eines Umschwunges. So sei ein neuer Winterfeldzug wahrscheinlich. Unser Menschenmaterial reiche nach übereinstimmender Auffassung von Falkenhayn und Wild noch bis in den Winter 1916/17. Über die Finanzlage bitte er den Herrn Staatssekretär Dr. Helfferich, einige nähere Mitteilungen zu machen. Das wirtschaftliche Leben werde zwar mit der längeren Kriegsdauer immer schwieriger, diese Schwierigkeiten würden aber doch wohl solange überwunden werden können, wie unsere Menschenkraft reiche. In der Türkei herrsche die Zuversicht, die Dardanellen halten zu können. Eine Schattenseite bildeten die Verhältnisse in Österreich. Falkenhayn habe sich sehr bitter darüber ausgesprochen, daß die militärische Schwäche der Österreicher stark zunähme. Am Sereth solle die Haltung der Truppen sehr schlecht gewesen sein[1011]. Nur wenn unsere Truppen sie hielten, seien die Österreicher noch brauchbar. Es seien indes, soweit möglich, vorbeugende Maßregeln ergriffen, indem das deutsche Kommando auch über österreichische Heeresteile ausgedehnt sei.

[*Ausführungen Jagows und anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident hob hervor, um wieder auf die allgemeinen Fragen zurückzukommen, daß nach dem Ergebnis der Erörterungen von allen Seiten das Hauptgewicht auf die jetzige Aktion gegen Serbien gelegt werde, der allseitig die größte militärische, politische und wirtschaftliche Bedeutung beigelegt werde. Die Heeresleitung sei bei dieser Aktion durchaus zuversichtlich. Er halte sie seinerseits auch deshalb für so bedeutungsvoll, weil wohl nur ihre glückliche Durchführung Rußland von der Aussichtslosigkeit weiterer Kriegführung überzeugen und dann vielleicht zum Frieden geneigt machen werde. Im anderen Falle sähe er hierzu keine Aussicht. Selbst auf etwaige Friedensanerbietungen unsererseits würde Rußland jetzt nicht eingehen.

Nach den neuesten Nachrichten aus Italien beginne dort die Kriegsstimmung abzuflauen. Giolittis[1012] Stellung verstärke sich wieder.

[*Äußerungen weiterer Minister.*]

[1011] Über die österreichisch-ungarische Offensive in Ostgalizien und Wolhynien August/September 1915 vgl. ebenda VIII S. 563–577.

[1012] Giovanni Giolitti (1842–1928), italienischer Ministerpräsident 1903–1914 (mit Unterbrechungen).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

407. Bethmann Hollweg an Friedjung

PA Berlin, R 2592. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Berlin, 25. September 1915]

Ew. Hochwohlgeboren

geschätztes Schreiben vom 31. v. M.[1013] habe ich durch Vermittelung des Botschafters Herrn von Tschirschky am 10. d. M. zu empfangen die Ehre gehabt. Meinen Dank dafür hätte ich schon früher ausgesprochen, wenn ich nicht in der Zwischenzeit wiederholt von hier abwesend und auch sonst besonders stark in Anspruch genommen gewesen wäre. Ich brauche Sie nicht zu versichern, daß die „Denkschrift aus Deutsch-Österreich" meine volle Aufmerksamkeit erregt hat. Den einen Abdruck habe ich Ihrem Wunsche gemäß Seiner Majestät meinem allergnädigsten Herrn vorgelegt, der mich beauftragt hat, Ihnen seinen Dank zu übermitteln.

Ein schriftliches Eingehen auf die vielseitigen in der Denkschrift behandelten Probleme muß ich mir zur Zeit noch versagen. Sollte sich, wie Sie am Schlusse Ihres Schreibens freundlichst andeuten, bei Gelegenheit die Möglichkeit zu einer mündlichen Aussprache bieten, so würde mir diese von großem Interesse sein.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
Ew. Hochwohlgeborener
ergebener

408. Aufzeichnung für Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1939. In Maschinenschrift (mit geringen handschriftlichen Revisionen). Behändigt. Praes.: 26. September 1915.

[Ohne Nr.] [Berlin] 26. September 1915

Geheim!

Aufzeichnung über Bulgarien

Seiner Exzellenz dem Herrn Reichskanzler für die Besprechung mit den Parteiführern[1014] gehorsamst vorgelegt.

Abdruck des Bündnisvertrags, der Convention secrète und der Militär-Konvention[1015] liegen bei.

Das Verhalten Rumäniens während des Balkankriegs war nicht dazu angetan, unser Vertrauen in seine Zuverlässigkeit und Leistungsfähigkeit zu stär-

[1013] Vgl. oben in Nr. 402 das Schreiben Friedjungs vom 4. September 1915.

[1014] Dazu wurde keine direkte Quelle ermittelt. Vgl. Scheidemann, Memoiren II S. 277–279.

[1015] Alle drei Abmachungen vom 6. September 1915 gedruckt in: Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan S. 280–285.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ken. Hinzu kam, daß König Carol, der Träger unserer politischen Intimität mit Rumänien und bisher fast ausschließliche Lenker der auswärtigen Politik seines Landes, infolge von Alter und Kränklichkeit an Einfluß verlor. Auf der anderen Seite hatte Bulgarien trotz schließlichen Unterliegens neue Proben seiner gesunden Kraft und Tüchtigkeit abgelegt. Die schlechte Behandlung, die das Land zu Gunsten des serbischen Schoßkindes in Petersburg erfuhr, ließ hoffen, daß die Hypnose, die Rußland und der Zarbefreier[1016] auf das bulgarische Volk seit Jahrezehnten ausübten, wenigstens vorübergehend nüchterneren Erwägungen Platz machen würde. Je mehr unser politischer und wirtschaftlicher Einfluß in der Türkei durch die Militärmission[1017], den Ausbau der Bagdadbahn und andere Unternehmungen wuchs, desto wichtiger wurde es für uns, Bulgarien als Durchgangsland zwischen Orient und Occident zu gewinnen.

Voraussetzung für eine politische Annäherung war es, Bulgarien finanziell von Paris und London unabhängig zu machen und das deutschfreundliche Kabinett Radoslawoff[1018] zu stützen. Trotz der schwierigen Lage des internationalen Geldmarktes veranlaßten wir daher Anfang 1914 die Diskontogesellschaft, als Führerin eines Konsortiums deutscher und österreichisch-ungarischer Banken, in Anleiheverhandlungen mit der bulgarischen Regierung einzutreten. Ende Juni war die Einigung erzielt. Bulgarien erhielt die Anwartschaft auf eine Anleihe von fünfhundert Millionen Franken, deren erste Tranche von 200.000.000 bis zum 1. August 1915 und deren zweite Tranche in gleicher Höhe innerhalb von zwei weiteren Jahren vom Konsortium optiert werden sollte. Das Konsortium gewährte alsbald einen Vorschuß von 120 Millionen Franken und sicherte sich dafür eine Reihe namhafter wirtschaftlicher Vorteile. Diese finanzielle Transaktion, die damals von einem Teil der deutschen Presse und öffentlichen Meinung scharf kritisiert wurde, schuf die Grundlage für unsere politische Arbeit in Sofia[1019].

Unmittelbar nach dem Fürstenmord in Sarajewo[1020], der zeitlich ungefähr mit der Beendigung der Anleiheverhandlungen zusammenfiel, machten wir der bulgarischen Regierung im Verein mit dem Wiener Kabinett die ersten Vorschläge wegen Abschlusses eines Bündnisvertrages. Die Besprechungen führten dazu, daß bereits gegen Ende August 1914 ein entsprechender Vertrag, der die Billigung des bulgarischen Ministerrats gefunden hatte, dem König Ferdinand zur Genehmigung unterbreitet werden konnte. Ein weiteres Schutz- und

[1016] Alexander II. (1818–1881), Zar von Rußland 1855–1881. – Den Beinamen „Befreier“ (osvoboditel') trug er einmal wegen seiner innenpolitischen Reformen, besonders der Abschaffung der Leibeigenschaft in Rußland 1861, aber auch als Befreier der orthodoxen Christen in Bulgarien von der osmanischen Herrschaft während des Russisch-Türkischen Krieges 1877/78.

[1017] Die deutsche Militärmission unter General Liman von Sanders seit 1913.

[1018] Vasil Radoslavov (1854–1929), bulgarischer Ministerpräsident, auch Innen-, Außen- und Gesundheitsminister 1913–1918.

[1019] Vgl. dazu Conrad Canis, Die bedrängte Großmacht. Österreich-Ungarn und das europäische Großmächtesystem 1866/67–1914. Paderborn 2016, S. 444–447.

[1020] Der Ermordung Franz Ferdinands am 28. Juni 1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Trutzbündnis war unter unserer Mitwirkung zwischen der Türkei und Bulgarien ausgearbeitet worden. Rumänien hatte die mündliche Zusage erteilt, Bulgarien bei einem etwaigen Angriff gegen Serbien nicht zu stören. Während noch über einige unwesentliche Änderungen verhandelt wurde, die der König von Bulgarien an dem Entwurfe unseres Bündnisvertrages vorzunehmen wünschte, trat anfangs September der Rückschlag an der Marne ein. Dieser lähmte die Entschlußkraft des Königs und der Regierung in Sofia derart, daß die Unterzeichnung unseres Vertrags unterblieb und der türkisch-bulgarische Vertrag zwar unterzeichnet, aber nicht ratifiziert wurde.

In den nun folgenden Monaten mußte es unsere Aufgabe sein, den Faden freundschaftlicher Unterhaltungen [*gemeint*: Unterhandlungen] mit Sofia weiterzuspinnen, um ein Abschwenken dieses Landes ins feindliche Lager zu hindern und bei einer Besserung der militärischen Situation jederzeit in der Lage zu sein, auf das beinahe schon fertige Vertragswerk zurückzugreifen. Gegenüber den Anstrengungen der Entente, Bulgarien gegen die Türkei mobil zu machen, war es von besonderer Wichtigkeit, die öffentliche Meinung in Bulgarien von dem türkischen Thrazien auf das serbische Mazedonien abzulenken. Wir nahmen daher mit der mazedonischen Partei in Bulgarien Fühlung und veranlaßten sie, zu Besprechungen über eine großangelegte Propaganda im bulgarischen Volke einen Vertrauensmann nach Berlin zu entsenden. Ende November waren die Dinge soweit gediehen, daß bei einem weiteren Fortschreiten der siegreichen Offensive des Feldmarschalls Podjorek[1021] binnen wenigen Wochen auf ein Eingreifen Bulgariens gerechnet werden konnte. Die Katastrophe der österreichisch-ungarischen Armee in Serbien machte im kritischen Moment wiederum einen Strich durch unsere Rechnung.

Es folgten die ersten Monate des Jahres 1915 mit der Räumung Galiziens, dem russischen Ansturm in den Karpathen und den sich ständig steigernden Angeboten der Entente in Sofia. Fortgesetzter intensiver Einwirkung auf die maßgebenden Faktoren in Sofia und einer weitverzweigten Propaganda im Lande, bei der die Mazedonier nützliche Dienste leisteten, gelang es, die Gefahrenzone glücklich zu überwinden. Erst der Durchbruch am Dunajec in den ersten Tagen des Mai[1022] gab uns indessen die Möglichkeit, die Bündnisverhandlungen wieder ernsthafter in Fluß zu bringen. Nachdem infolge der italienischen Kriegserklärung an Österreich Ende Mai vorübergehend eine neue Stockung eingetreten war, gelang es im Juli, den König von Bulgarien zur Entsendung eines Offiziers ins Große Hauptquartier zu bewegen, der dort über den Abschluß einer das geplante Bündnis ergänzenden Militärkonvention verhandeln sollte.

Inzwischen war jedoch eine neue Schwierigkeit, und zwar diesmal in dem Verhältnis Bulgariens zur Türkei, entstanden. Die Entente hatte in Sofia, wie

[1021] Oskar Potiorek: oben Anm. 749.

[1022] Anfang Mai 1915 gelang den deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen bei Gorlice-Tarnów im Norden Galiziens (u. a. am Fluß Dunajec) ein entscheidender Durchbruch durch die russischen Stellungen. In der Folge wurde bis zum Ende des Sommers 1915 ganz Russisch-Polen von den Truppen der Mittelmächte besetzt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bekannt, neben Gebietserwerbungen auf serbische, rumänische und griechische Kosten für den Fall eines bulgarischen Angriffs auf die Türkei die Linie Enos – Midia[1023] versprochen. Dieses Angebots bemächtigte sich die Opposition, um im bulgarischen Volke für einen Rachefeldzug gegen die Türkei Stimmung zu machen. Die Türkei habe, so deduzierte sie, die Enos-Midia-Linie nach Beendigung des ersten Balkankrieges im Londoner Friedensvertrag[1024] bereits abgetreten und habe später die bulgarische Bedrängnis dazu mißbraucht, diese Abtretung rückgängig zu machen und Adrianopel und die heutigen Grenzen zu erobern. Diese Stimmungsmache wurde unterstützt durch Schwierigkeiten, die dem bulgarischen Personen- und Warenverkehr auf der türkischen Bahn nach Dedeagatsch bereitet wurden. Um die Schreier zur Ruhe zu bringen, mußte Radoslawoff den Versuch machen, wenigstens einen Teil des von der Entente versprochenen Gebiets auf friedlichem Wege von der Türkei zu erlangen. Die Pforte fand sich zur Abtretung der Tuntscha-Maritza-Linie[1025] bereit, sie bestand aber darauf, daß Bulgarien zunächst mit uns abschließen und Serbien angreifen sollte. Dies wiederum wurde von Radoslawoff abgelehnt, weil dieser den diplomatischen Erfolg gegenüber der Türkei als unentbehrlich ansah, um die öffentliche Meinung für den Anschluß an die Zentralmächte und den Angriff auf Serbien vorzubereiten. Schließlich wurde der Ausweg gefunden, daß sämtliche Verträge gleichzeitig unterzeichnet und die an Bulgarien abzutretenden türkischen Gebiete gleichzeitig mit dem Angriff auf Serbien übergeben werden sollten.

Eine letzte kurze Verzögerung des Vertragsabschlusses wurde durch den Arabic-Zwischenfall bewirkt. Die dadurch hervorgerufene Spannung in unserem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten beeindruckte die maßgebenden Faktoren in Sofia derart, daß sie Ende August in offensichtlicher Verschleppungstaktik plötzlich mit neuen unerfüllbaren Forderungen hervortrat. Diese Forderungen wurden, ebenso unvermittelt, wie sie auftauchten, gedroppt [= fallengelassen], und die Verhandlungen kamen wieder in Fluß, als in den ersten Septembertagen Graf Bernstoff's Erklärung an das Staatsdepartement bekannt wurde und damit die Gefahr eines Kriegs mit Amerika beseitigt wurde.

Die gemeinsame Unterzeichung sämtlicher Verträge fand am 6. September in Sofia statt. Deutschland und Österreich-Ungarn haben auf 5 Jahre einen streng geheim zu haltenden Freundschafts- und Bündnisvertrag mit Bulgarien abgeschlossen. Eine Militärkonvention regelt die militärischen Einzelheiten des gemeinsamen Vorgehens gegen Serbien, eine besondere politische

[1023] Einen anschaulichen Überblick über diese Linie sowie über die folgenden geographischen Namen bieten: Großer historischer Weltatlas. Hrsg. v. Bayerischen Schulbuch-Verlag. III. Teil. Neuzeit. München 1967, S. 163, sowie Grand atlas historique. Sous la direction de Georges Duby. Paris 1997, S. 73. – Über die Angebote der Entente an Bulgarien liegen jetzt die französischen Quellen vor: Documents Diplomatiques Français (1915,I) S. 496, 860, 893, 942–943, 949.

[1024] Vom 30. Mai 1913, der den Ersten Balkankrieg beendete. Da Bulgarien mit diesem Vertrag unzufrieden war, begann es den Zweiten Balkankrieg, der mit seiner Niederlage endete, die am 10. August 1913 durch den Frieden von Bukarest besiegelt wurde.

[1025] Die Tunca mündet bei Adrianopel in die Marica.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konvention verschiedene damit im Zusammenhange stehende politische Fragen. Bulgarien soll danach bei glücklicher Beendigung des Feldzugs Serbisch-Mazedonien und zur Herstellung gemeinsamer Grenzen mit Ungarn einen Teil des nordöstlichen Serbiens, den sogenannten Negotiner Kreis, erhalten. Ähnlich wie es der Türkei gegenüber geschieht, müssen Deutschland und Österreich-Ungarn zu den Kosten der bulgarischen Kriegsführung durch Gewährung verzinslicher Vorschüsse beisteuern, die beim Friedensschluß zu regeln oder in langfristige Anleihen umzuwandeln sind.

Die Mobilmachung in Bulgarien ist inzwischen zu dem vertragsmäßig vorgesehenen Termin pünktlich erfolgt[1026] und scheint sich in jeder Beziehung glatt zu vollziehen. Unsere Bemühungen richten sich jetzt darauf, Rumänien und Griechenland stillzuhalten. Was Rumänien anlangt, so haben uns sowohl der König[1027] wie Ministerpräsident Bratianu weiteres Verharren in der Neutralität zugesichert. In Athen ist der König für Neutralität, Venizelos für eine Hilfsaktion zu Gunsten Serbiens in Cooperation mit der Entente. Die griechische Mobilmachung wird vom König[1028] als Defensiv-Maßnahme – auch im Hinblick auf etwaige Angriffe der Entente –, von Venizelos als erster Schritt zur Offensive gegen Bulgarien interpretiert. Unsere Bemühungen, den König zu stützen, finden in Sofia vollstes Verständnis. Bulgarien hat uns versprochen, Doiran und Gewgeli, das heißt das Hinterland von Salonik, nicht zu besetzen und beim Friedensschluß den Griechen als Preis für ihre Neutralität zu überlassen. Ferner sind Verhandlungen zwischen dem griechischen und bulgarischen Generalstabe im Gange, die auf Schaffung einer neutralen Zone längs der bulgarisch-griechischen Grenze abzielen. König Konstantin scheint entschlossen, es sogar auf einen neuen Bruch mit Venizelos ankommen zu lassen, und dürfte, wenn nicht unvorhergesehene Ereignisse eintreten, die Oberhand behalten.

409. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Berlin, R 43/2398d, f. 144. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 1312. Berlin, 30. September 1915

Heutiges Telegramm soeben erhalten. Sein Inhalt scheint mir durchaus zutreffend, auch rücksichtlich der Bedenken gegen eventuelles Eingreifen meinerseits[1029]. Trotzdem wäre mir in gegenwätiger Lage Rücksprache mit dortigen Persönlichkeiten natürlich dringend erwünscht. Bitte in Ihnen geeignet er-

[1026] Am 19. September 1915.

[1027] König Ferdinand.

[1028] Konstantin I. – Über die deutsch-griechischen Beziehungen im Ersten Weltkrieg gibt es keine fundierte Darstellung.

[1029] Es geht um den massiven französischen und englischen Angriff in der Champagne und bei Arras gegen die deutschen Linien, der einen Durchbruch zu erringen schien. Vgl. die fol-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scheinender Weise feststellen, ob S.M. meinen Besuch akzeptiren würde und um telefonische Benachrichtigung. Bejahenden Falls würde ich morgen, Freitag Abend, eventuell Sonnabend, abreisen. Hoffe, daß S.M. mein entschiedenes Verlangen, in diesen kritischen Zeiten von Ihm selbst Aufschluß über Lage zu erhalten, entgegenkommend auffaßt.

410. Treutler an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2398b, f. 142–143. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 30. September 1915

Euer Exzellenz fühle ich die Verpflichtung, meine Eindrücke über die militärische Lage zu melden, die allerdings rein persönlich sind. Ich habe das Gefühl, daß es sich jetzt rächt, daß wir uns in diesem schweren Kriege nicht von gewissen Fiktionen loszumachen vermocht haben. Die Pflege alter Traditionen wird ein ungerechter Luxus, wenn neue Verhältnisse gebieterisch neue Formen und Maßnahmen erheischen. General von Lincker gab mir prinzipiell recht, als ich im Anfang des Jahres behauptete, wir müßten den neuen Verhältnissen Rechnung tragen und die Leitung nach der Zentrale verlegen, die einzelnen Kriegsschauplätze aber unter Oberbefehlshaber stellen, die mit weiten Befugnissen auszustatten wären, so etwa wie damals Hindenburg.

Hätte man die entgegenstehenden persönlichen Rücksichten bei Seite gesetzt, so wäre nie ein Kriegsschauplatz stiefmütterlich behandelt worden, wie es ganz unwillkürlich der Fall mit Frankreich war, als wir solange [= so lange] nach Osten gingen. Hätte man eine erste Kraft an der Spitze der Westarmee gehabt, so würde man zweifellos früher das gemerkt haben, was in diesen Tagen schmerzlich klar geworden ist, nämlich, daß das Axiom von der den Anfang des Krieges charakterisierenden Überlegenheit der Defensive allmählich nicht mehr vollgültig ist. Solange es Kriegskunst gibt, hat der Wettkampf zwischen den Mitteln des Angriffes und der Verteidigung nicht aufgehört, sodaß wechselseitig bald dem einen, bald dem anderen die Überlegenheit zufiel. Daß schon seit dem Frühling die russischen vorzüglich vorbereiteten Verteidigungen dem deutschen Angriff nicht standhalten konnten, war eine Erfahrung, die man augenscheinlich nur für die im Osten bestehende Rollenverteilung gelten ließ. Wir sind aber im Begriff, auch hier in Frankreich und zu unseren Ungunsten zu erleben, daß die Überlegenheit der Defensive, einem tapferen Angreifer gegenüber, auf die Offensive zum mindesten dann zurückgleiten muß, wenn ihre Einrichtungen nicht durchweg den allerhöchsten Ansprüchen genügen. Ich habe aber das Gefühl, daß wir diese Entwicklung nicht rechtzeitig erkannt und deshalb gewissen Gefahren nicht rechtzeitig vorgebeugt haben. Notorische

gende Nummer. Zur Stimmung beim Kaiser und bei seiner Entourage vgl. Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 830–833.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Versäumnisse bei der 3. Armee sind geradezu unbegreiflich[1030]. Die Behauptung von der stählernen Mauer ist, wie ich fürchte, aus den Reden und Ansprachen, wo sie im Arsenal der Phrasen ganz gut gewesen sein mag, zu einer Überzeugung geworden, die eine nicht mehr gerechtfertigte Sicherheit hervorgerufen hat. Eine ähnliche Evolution haben wir im Anfang des Krieges erlebt, wo die Unterschätzung des Gegners und die Überschätzung der eigenen Stoßkraft zur Marneschlacht führte. Ich glaube, es wäre Zeit, daß wir in dieser ernsten Phase des Krieges ohne jede Rücksicht auf Persönlichkeiten und ihre Wünsche allein das praktischere und vernünftigere tun, was für die Lage nur gerade gut genug ist. Nun weiß ich, daß es für Euer Exzellenz gerade im Interesse der Sache nicht möglich ist, direkt einzugreifen, weil ja unbedingt vermieden werden muß, an den maßgebenden Stellen Unsicherheit zu erzeugen, die uns schließlich zu einer Katastrophe führen könnte. Ich habe auch den Eindruck, daß jetzt energisch und zielbewußt gehandelt wird, um die Krisis, in der wir uns befinden, zu überwinden. Ich würde es aber für erwünscht halten, wenn Euer Exzellenz in absehbarer Zeit mit den leitenden Stellen Fühlung nehmen könnten. Einen bestimmten Vorschlag kann ich noch nicht machen, weil unsere Reisedispositionen nicht feststehen. Seine Majestät ist heute in Laon. Vielleicht wird eine Entscheidung schon morgen getroffen werden.

411. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20192, f. 142. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 358. Großes Hauptquartier, 4. Oktober 1915, 1 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft, 4. Oktober 1915, 3 Uhr 6 Min. Nm.

Für Staatssekretär v. Jagow und Unterstaatssekretär Wahnschaffe.
Ganz geheim.

Hr. v. Falkenhayn hält Durchbruchsgefahr für überwunden. Weitere feindliche Vorstöße, vielleicht auch größere wahrscheinlich. Möglichkeit, daß unsere Linien bei 6. Armee[1031] noch weiter eingedrückt werden. Reserven genügend vorhanden. Feindliche Vorstöße im oberen Elsaß nur zu erwarten, wenn Italiener dorthin geschoben würden. Feindliche Verluste in gestrigem Tagesbefehl sehr vorsichtig angegeben. Unsere Gesamtverluste 40.800. Französische

[1030] Die 3. Armee war in der Champagne nördlich von Reims Richtung Südosten bis zum Unterlauf der Aisne verschanzt. Die französische Heeresleitung wollte mit einem massiven Angriff auf die deutschen Stellungen einen Durchbruch erzwingen. Das Trommelfeuer setzte am 22. September 1915 ein und hatte angesichts der großen Stärkeunterschiede große Chancen, zumal die 3. Armee kaum über Reserven verfügte. Trotzdem mißlang der Angriff und endete unter hohen Verlusten am 6. November. Vgl. Der Weltkrieg IX S. 42–107. – Zum folgenden: Unter dem Titel „Stählerne Mauer. Reise zur deutschen Front“ erschien 1915 ein Buch in zwei Teilen von Ludwig Ganghofer.

[1031] Sie lag im Nordabschnitt der Westfront; Hauptquartier war Lille. – Zur Kriegslage an der Westfront August bis Anfang Oktober 1915 vgl. u. a.: Der Weltkrieg IX S. 6–107.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Heerführer könnten unmöglich an Gelingen Durchbruchs noch glauben, zumal sie auch nach seinen Nachrichten zu jetziger Offensive ohne militärisches Zutrauen nur aus politischen Gründen gedrängt. Französische und englische Truppe habe äußerste Bravour bewiesen. Französische Gefangene eher niedergeschlagen. Die Lord Kitchener'schen Armeen in Offizieren und Truppen ganz unbeholfen, sodaß Generale persönlich mit stürmen mußten. Dabei vier Brigadegenerale gefallen, einer aus Verzweiflung Selbstmord, ein Divisionsgeneral, persönlicher Freund v. Falkenhayn's aus China[1032], gefangen. Dieser hat ganz offen über Unbrauchbarkeit seiner Armee geklagt.

Dünaburg würde aus Mangel an Truppen einstweilen nicht genommen werden können. Im übrigen könnten wir die Sache im Osten einstweilen ruhig mit ansehen.

412. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20193, f. 38. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 362. Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1915, 2 Uhr 2 Min. Nm.
Ankunft, 11. Oktober 1915, 2 Uhr 54 Min. Nm.

Entgegen der letzten Zusage gehen die Bulgaren nach Meldung von Makkensen[1033] nicht heute, sondern erst am 14. los. Herr von Falkenhayn schiebt diese Verzögerung, die ihn augenscheinlich nervös macht, auf unsere durch den Prinzen Nicolaus[1034] gemachte Demarche bei Serbien, von der er schon gestern behauptet hatte, das sie unopportun gewesen sei. Er benutzt nun das an sich unerfreuliche Zögern Bulgariens[1035] als Stütze seiner Behauptung, ohne zu überlegen, daß ein etwaiger Erfolg unserer Demarche den Entschluß des Königs von Bulgarien doch nur erleichtert hätte, und übersieht Eindruck der Landungen in Salonik[1036] unter Massierung serbischen Heeres an bulgarischer Grenze.

Ich stelle anheim, Michahelles[1037] zu orientieren.

1032 Falkenhayn war von 1896 bis 1903 (mit kurzer Unterbrechung) als Militärberater in China tätig. Der Name des englischen Generals ist nicht zu ermitteln. Vgl. auch Afflerbach, Falkenhayn S. 47 u. Anm. 123.

1033 Zum Feldzug gegen Serbien im Herbst 1915 vgl. Der Weltkrieg IX S. 196–291.

1034 Nikolaus (1872–1938), Prinz von Griechenland. – Zum folgenden vgl. die nächste Nr. – Die serbische Regierung hatte die griechische Regierung aufgefordert, gemäß den Bündnisverpflichtungen an ihrer Seite in den Krieg gegen die Zentralmächte (und gegen Bulgarien) einzutreten. Die griechische Regierung antwortete am 13. Oktober, daß derzeit der Casus foederis nicht gegeben sei und sie weiterhin bewaffnete Neutralität beobachte. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1916) S. 1231.

1035 In den Krieg an der Seite der Zentralmächte einzutreten. Es kam aber rasch dazu: Am 14. Oktober 1915 erklärte Bulgarien Serbien den Krieg; zwischen dem 15. und 19. Oktober folgten die Kriegserklärungen der Ententemächte und Italiens an Bulgarien.

1036 Am 5. Oktober 1915 hatten englisch-französische Truppenlandungen in Saloniki trotz des Protestes der griechischen Regierung begonnen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

413. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1363. Schreiben. Von Schreiberhand. Behändigt. Praes.: RK 731/ G.H. 11. Oktober 1915.

Nr. 9255 P. Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1915

Persönlich.

Auf Euerer Excellenz geneigte Anfrage habe ich vor einigen Tagen erklärt, daß ich mich aus schwerwiegenden militärischen Gründen zur Zeit entschieden gegen den Versuch aussprechen müsse, Serbien Mitteilungen zugehen zu lassen, die es zur Einleitung von Friedensverhandlungen bewegen sollten. Trotzdem ist, wie ich erfahren habe, dieser Schritt vom Auswärtigen Amt getan worden, und zwar ohne daß ich vorher davon unterrichtet worden bin.

Euere Excellenz werden wissen, daß ich mich niemals in Dinge mische, die nicht meines Amtes sind. Hier aber handelt es sich um eine Angelegenheit, deren Folgen unsere Kriegführung in unheilvoller Weise beeinflussen können, unter allen Umständen aber tief berühren. Sie gegen den Rat des Chefs des Generalstabes des Feldheeres entscheiden und ohne sein Wissen in die Wege leiten heißt, die militärischen und damit im Kriege die höchsten Interessen des Vaterlandes in Gefahr bringen.

Es ist daher meine Pflicht, gegen ein derartiges Vorgehen strengste Verwahrung einzulegen. Euere Excellenz darf ich zugleich bitten, mich sehr gefällig darüber unterrichten zu wollen, auf welche Weise der Wiederholung eines solchen Vorkommnisses unbedingt vorgebeugt werden kann.

414. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 1363. Schreiben. Revidiertes Konzept von Schreiberhand.

Persönlich. Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1915

Ew.Exz. gefl. Schreiben von heute geht von mehreren falschen Voraussetzungen aus.

Erstens ist der Schritt des Ausw. Amts, von dem Ew.Exz. gehört haben, erfolgt, ehe ich nach Charleville kam, also *vor* unserem Gespräch.

Zweitens handelt es sich um einen Schritt, der im Zusammenhang mit bereits früher eingeleiteten Bemühungen stand, dem König von Griechenland[1038] die Beibehaltung seiner Neutralität dadurch zu erleichtern, daß er dem

[1037] Vgl. zur Auseinandersetzung zwischen Reichskanzler und Generalstabschef in diesen Tagen auch Ritter, Staatskunst III S. 101–104.

[1038] Konstantin I.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vertragsmäßig mit ihm verbundenen Serbien[1039] gute Dienste in ganz vertraulicher Form anbieten konnte.

Drittens ist der Schritt s o geschehen, und ich glaube, daß E.E. darüber nicht orientiert sein durften, daß von unheilvollen Folgen für unsere Kriegführung gar keine Rede sein kann. Der Schritt charakterisiert sich als eine rein politische Angelegenheit, [a]die in den Kreis meiner Verantwortung fällt[a].

Ich kann es daher nur bedauern, daß E.E. ohne nähere Prüfung der Angelegenheit eine Verwahrung eingelegt haben, die sich nach dem Vorstehenden[b] erübrigt.

Auf den Schluß E.E. gefl. Schreibens einzugehen glaube ich danach keine Veranlassung zu haben.

[a–a] *Von Bethmann Hollweg geändert aus:* für die ich volle Verantwortung übernehme.

[b] *Folgt, gestrichen:* völlig

415. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1363. Schreiben. Behändigte Ausfertigung. Praes.: 11. Oktober 1915.

Nr. 9270 P. Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1915

Eigenhändig

Euerer Excellenz geneigte Ausführungen in dem Schreiben von heute RK 731/G.H.[1040] können mir leider keinen Anlaß bieten, meine Stellungnahme zu der berührten Angelegenheit zu ändern.

Z u 1. Nur wenn der Schritt des Auswärtigen Amtes erfolgt sein sollte, bevor unsere militärischen Interessen durch Abschluß der Militär Konvention mit Bulgarien[1041] auf dem Balkan festgelegt waren, würde er den Chef des Generalstabes nicht unmittelbar berühren. Ich kann aber nicht annehmen, daß dies der Fall ist; denn Euere Excellenz haben ja erst in diesen Tagen die Frage bei mir angeregt und meiner Ansicht zugestimmt, daß sie unbedingt bis nach dem wirklichen Eintritt Bulgariens in den Krieg zu vertagen sei. Für die Wiederaufnahme wurde, wenn ich mich recht erinnere, der 14. oder 15.10. verabredet.

Z u 2. Die Wichtigkeit der Erhaltung des guten Willens des Königs von Griechenland für uns leuchtet ein. Wenn aber zu diesem Zweck Mittel angewendet werden, die die Folge haben können, uns den eben sicher gewonnenen

[1039] Aufgrund des Protokolls vom 5. Mai 1913. Text: CTS 218 (1913) S. 117–119; der Vertrag selbst ebenda S. 159–161.

[1040] Die vorangehende Nr.

[1041] Vom 6. September 1915. Text: CTS 221 (1915/16) S. 135–138. Deutsche Übersetzung bei Mühlmann, Oberste Heeresleitung und Balkan S. 283–285. Die Türkei schloß sich dem Abkommen wenige Tage später an: vgl. ebenda S. 130. Vgl. auch Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung S. 134–136.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

militärischen Bundesgenossen Bulgarien wieder zu entfremden, so ist die Gefahr für unsere gesamte militärische Lage so groß, daß der zu erhoffende Gewinn in keinem Verhältnis dazu steht.

Z u 3. Über die Form, in der der Schritt geschehen ist, weiß ich nichts. Welcher aber auch gewählt sein mag, immer bleibt die zu 2. erwähnte Gefahr bestehen, denn niemand kann vorhersehen, was aus einer solchen Anregung in fremden oder uns sogar feindlichen Händen erfolgt. Die Hoffnung auf einen guten Ausgang genügt meiner Ansicht nach in so ernsten Dingen nicht. Und ebensowenig kann die Verantwortung, die Euere Excellenz dafür übernehmen wollen, mich von der Verantwortung entlasten, die ich für den Gesamtverlauf des Krieges, also gewiß auch für alle Handlungen, die ihn tief beeinflussen können, zu tragen habe.

416. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 1363. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

RK 733/GH Großes Hauptquartier, 11. Oktober 1915

Euer Exzellenz wollen in dem mir soeben zugegangenen sehr gefälligen Schreiben vom heutigen Tage[1042] – Nr. 9270 P – andeuten, daß die von mir zu vertretende Führung der auswärtigen Politik Maßnahmen ergriffen habe, die geeignet wären, uns den soeben gewonnenen bulgarischen Bundesgenossen wieder zu entfremden. Ich bin außer Stande, Euerer Exzellenz eine Kritik hierüber zuzugestehen; das Bestreben, in allen den Existenzkampf Deutschlands berührenden Fragen mit Euerer Exzellenz eine dauernde Verbindung und Meinungsübereinstimmung aufrecht zu erhalten, ist in allen bisherigen Phasen des Krieges von meiner Seite so entschieden betätigt worden, daß es mir widerstrebt, durch eine Auseinandersetzung über die beiderseitigen Zuständigkeiten die Gefahr von Gegensätzen heraufzubeschwören, die dem gemeinsam angestrebten Ziele nur schädlich sein können. Eine mündliche Erörterung der im vorliegenden Falle bestehenden Differenzen, zu der ich jederzeit bereit bin, würde, wie ich auch jetzt noch annehme, eine Verständigung über den konkreten Anlaß dieses Schriftwechsels leichter erzielen, als die schriftliche Korrespondenz, von deren Fortsetzung ich mir keinen dem Vaterlande nützlichen Erfolg versprechen zu können meine.

[1042] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

417. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 2592. Reinkonzept in Maschinenschrift. – Druck: Gutsche, Auseinandersetzungen S. 686–687.

[Ohne Nr.] [Großes Hauptquartier] 15. Oktober 1915

Ich habe heute mit dem General von Falkenhayn erneut das polnische Problem, die allgemeine Gestaltung unseres Verhältnisses zu Österreich-Ungarn und insonderheit die Frage besprochen, ob und wie durch eine Militärkonvention die Donaumonarchie fester mit uns zu verbinden wäre.

Herrn von Falkenhayns Ansichten lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die politische Not zwingt uns auch für die Zukunft mit Österreich-Ungarn zusammen. Die alten traditionellen Beziehungen zu Rußland lassen sich nie wieder herstellen. England wird diesem Krieg bald einen zweiten gegen uns folgen lassen. Davon wird es höchstens abstehen, wenn es sich einem mitteleuropäischen Block gegenübergestellt sieht. Den Kern des Blocks müssen die beiden Zentralmächte bilden. Anzugliedern sind ihm wenn möglich die skandinavischen Reiche, Holland und die Schweiz, die Türkei, Bulgarien und eventuell noch andere Balkanstaaten. Die zunächst anzustrebende Verbindung mit Österreich-Ungarn muß eine unlösliche sein. Sonst sind wir der Gefahr ausgesetzt, daß ein aus dem Kriege siegreich herausgegangenes und womöglich noch durch die Angliederung Polens gestärktes Österreich-Ungarn uns in dem zukünftigen Kriege keine Bündnishilfe leistet, ja sogar vielleicht die Waffen gegen uns kehrt.

Die unlösliche Verbindung kann nur dadurch hergestellt werden, daß Deutschland und die Donaumonarchie zu einem Staatenbunde vereinigt werden, in dem Deutschland als Präsidialmacht die Führung hat. Soweit hierzu erforderlich muß Österreich-Ungarn seine Souveränität aufgeben. Da es das nicht freiwillig tun wird, muß es spätestens beim Friedensschluß dazu gezwungen werden. Analogien sind im alten wie im jetzigen deutschen Reich und in den Vereinigten Staaten von Amerika gegeben. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Verfassungen dieser Staatsgebilde zum Muster genommen werden sollen. Aber die historischen Analogien beweisen die Möglichkeit der Idee.

Nur wenn wir Österreich-Ungarn in dieser Weise beherrschen, kann eine Militärkonvention von Bedeutung sein. Militärkonventionen zwischen gleichberechtigten Staaten sind, da sie jeder Exekutive entbehren, ein wertloses Schlagwort, übrigens auch in der Geschichte unbekannt. Eine Militärkonvention mit Österreich-Ungarn auf der jetzigen Bündnisgrundlage könnte auch niemals ein M i t t e l sein, dieses Bündnis enger zu gestalten. Sie ist denkbar nur als A u s d r u c k eines staatlich anderweit bereits enger geknüpften Bundesverhältnisses.

Bleiben unsere Bundesbeziehungen zu Österreich-Ungarn, wie sie gegenwärtig sind, so könnten durch Militärkonventionen äußerstenfalls gegenseitige

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vereinbarungen über die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Dienstzeit sowie über dauernde Zusammenarbeit der beiden Generalstäbe und gegenseitige Kommandierung von Offizieren in die Militärbildungsanstalten, in die Regimenter, zu den Übungen usw. getroffen werden. Da die deutsche Armee von der österreichisch-ungarischen nichts lernen kann, würde der Vorteil nur auf österreichisch-ungarischer Seite liegen, vorausgesetzt, daß die österreichisch-ungarische Armee überhaupt lernen will. Diesen Vorteil dürfen wir der Nachbararmee nur zuwenden, wenn wir ihrer Hilfe in einem zukünftigen Kriege bedingungslos sicher sind.

Sind wir das, indem ein Staatenbund mit beherrschender Stellung Deutschlands geschaffen wird, dann auch erst kann die Militärkonvention dadurch zu einem wirklich wirksamen Instrument gemacht werden, daß Deutschland Inspektionsbefugnisse mit dem Rechte erhält, aufgefundene Mängel zwangsweise abzustellen.

Die Gründe, weshalb es unmöglich ist, ein als siegreichen Bundesgenossen aus dem Kriege hervorgehendes Österreich-Ungarn zum Lohn für seine Kriegshilfe seiner Souveränität zu berauben, die praktische Unmöglichkeit, dieses Ziel durch Anwendung von Zwang zu erreichen, schienen dem General von Falkenhayn nicht einzuleuchten.

Die Angliederung von Polen an Österreich-Ungarn bleibt ihm, dem General von Falkenhayn, ohne Gründung eines Staatenbundes nach wie vor sehr bedenklich. Bisweilen spricht er aus, daß ihm die Rückgabe an Rußland das Liebste wäre, will dann aber wieder, daß Rußland möglichst geschwächt werde, da wir seine Freundschaft doch nie wieder erlangen würden.

Eine strategische Grenzverbesserung Kowno, Grodno, Bobr-Narew über Ostrolenka nach Plozk (ohne Nowo Georgiewsk), Kolo, Warthe wäre ihm, wenn wir sie haben können, erwünscht, wegen der darin liegenden vierten Teilung Polens nicht unbedenklich und nicht conditio sine qua non. Die Linie könnte auch sehr viel enger gezogen werden. Das nördliche Ostpreußen muß durch Annexion eines Teiles von Lithauen besser geschützt werden. Dabei ist Libau nur zu nehmen, wenn auch Kurland genommen wird. Beides ist strategisch nicht notwendig.

General von Falkenhayn lehnt es ab, sich in irgend einer dieser Beziehungen schon jetzt festzulegen, ebenso wie er es vermeidet, sich über die belgische Frage oder die an Frankreich zu stellenden Forderungen bestimmt auszusprechen, da noch gar nicht gesagt werden könne, wie und von wo der Frieden kommen werde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

418. Bethmann Hollweg an Zimmermann

BA Berlin, R 43/2464, f. 26. Telegramm. Abschrift von Schreiberhand.

RK 739
GH Großes Hauptquartier, 16. Oktober 1915

Höre hier, daß Bissing[1043] Pferdeausfuhrverbot für Belgien erlassen, obwohl Bestand der Zivilpferde in Belgien unendlich größer als in Deutschland sein soll. Wenn vorstehendes richtig, empfehle, daß diese Frage mit dort anwesendem Generalgouverneur verhandelt wird. Es ist unmöglich, daß Deutschlands Wirtschaftsleben unter Pferdeknappheit schwer leidet, während in Belgien gewisser Überfluß herrscht. Belgien muß schlechter gestellt werden als Deutschland.

419. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2466, f. 175. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

zu RK 740
GH
Nr. 260 Großes Hauptquartier, 16. Oktober 1915

Auf die vorgelegte Besprechung der Lebensmittelfrage in Pressesitzung.

Ich halte Klage für richtig, daß wir durch zu gründliche Vorbereitungen mit Sachverständigen, die in der Regel Interessenten sind, Zeit versäumen und Entschlußkraft verlieren. Scharfes sofortiges Durchgreifen notwendig, ohne daß ich natürlich von hier aus Vorschläge machen kann.

420. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1363. Schreiben. Behändigte Ausfertigung. In Maschinenschrift. Praes.: RK 745/G.H., 17. Oktober 1915.

M.I.Nr. 9351 P. Großes Hauptquartier, 17. Oktober 1915

Eigenhändig!

In dem geneigten Schreiben vom 11. d. M.[1044] – RK 733 – sprechen Euere Excellenz aus, daß Sie dem Chef des Generalstabes des Feldheeres eine Kritik an Maßnahmen der Auswärtigen Politik nicht zugestehen könnten.

[1043] Moritz von Bissing (1844–1917), General der Kavallerie; Generalgouverneur von Belgien 1914–1917.

[1044] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Diese Darstellung zwingt mich trotz Euerer Excellenz Wunsch und trotz meiner an und für sich nicht stark entwickelten, unter den gegebenen Verhältnissen aber verschwindend geringen Neigung für schriftliche Auseinandersetzungen doch noch zu einer Erwiderung.

Nach meiner Ansicht ist es nicht nur das Recht, sondern die höchste Pflicht des genannten Offiziers, sich jeder Maßnahme, also auch jeder politischen Maßnahme, die unsere militärische Lage nach seiner Überzeugung ungünstig zu beeinflussen geeignet ist, mit allen Mitteln zu widersetzen. Will man die hierzu nötige Einwirkung Kritik nennen, so muß das in Kauf genommen werden. Schließlich enthält jede pflichtmäßige Stellungnahme auch eine Kritik.

Die Erfüllung dieser Pflicht ist dem Chef des Generalstabes nur möglich, wenn er durch die politische Leitung dauernd über alle Maßnahmen unterrichtet wird, die irgendwie die militärische Lage berühren könnten. Ergeben sich hieraus unüberbrückbare Gegensätze, so bleibt, da die politische Leitung, solange der Kriegszweck nicht erreicht ist, durchaus keinen Vorrang vor der militärischen hat, nur übrig, die Entscheidung Seiner Majestät anzurufen.

Sollten Euere Excellenz der hier dargelegten Auffassung nicht zustimmen, so bitte ich um Mitteilung. In diesem Falle würde ich die schleunige Herbeiführung einer vollen Klärung der Frage für unbedingt geboten erachten, gerade weil es sich für mich bei ihr nicht im geringsten um die persönliche Seite, sondern lediglich um die sachliche, für das Wohl des Vaterlandes entscheidende Bedeutung handelt.

421. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 1363. Schreiben. Maschinenschriftliches Konzept mit eigenhändigen Änderungen.

Zu RK 245/G.H. Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1915

Auf Ew. Exzellenz geneigtes Schreiben von gestern[1045] gestatte ich mir, das Folgende zu erwidern:

Gewiß ist es Recht und damit Pflicht des Chefs des Generalstabes des Feldheeres, jede politische Maßnahme, die ihm die militärische Lage ungünstig zu beeinflussen scheint, zu bekämpfen. Ob er sich ihr endgültig[a] widersetzen wird, dürfte von dem Ergebnis der Erörterung[b] abhängig zu machen sein, die in solchen Fällen im sachlichen Interesse herbeizuführen wäre. Diese Ansicht ist umso weniger anfechtbar, als ja zugestandenermaßen der Reichskanzler das unzweifelhafte Recht und die Pflicht hat, militärische Maßnahmen, welche die politische Situation seiner Ansicht nach ungünstig beeinflussen können, zu beanstanden und sich ihnen durch Anrufung einer Allerhöchsten Entscheidung zu widersetzen, wenn eine Besprechung mit dem Chef des Ge-

[1045] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neralstabes ihn nicht überzeugen kann, daß die vorliegenden Bedenken hinter militärische Erwägungen zurücktreten müssen.

Über diese [c]grundsätzliche Frage[c] dürfte eine Meinungsverschiedenheit kaum bestehen.

So konnten Ew. Exzellenz bei der Frage, die zu diesem Schriftwechsel geführt hat, sehr wohl darauf hinweisen, daß ein Abspringen des neu erworbenen Bundesgenossen aus militärischen Gründen unter allen Umständen vermieden werden müsse. Auf einen derartigen Schritt hätte ich Ew. Exzellenz erklären können, daß selbstverständlich nichts geschehen sei und nichts geschehen würde, was ein Abspringen Bulgariens auch nur irgendwie erleichtern oder gar zur Folge haben könnte. Ew. Exzellenz haben dagegen von einer von der politischen Leitung ergriffenen Maßnahme[d] behauptet, sie könne das Abspringen Bulgariens erleichtern. Eine solche Behauptung qualifiziert sich meiner Ansicht nach als ein Eingriff in und eine Kritik an der Art und Weise, wie die politische Leitung Ziele verfolgt, über die mit der militärischen Leitung Übereinstimmung herrscht, und gegen diese Kritik hat sich meine Erwiderung, wie ich glaube begründeterweise, gerichtet.

[a] *Dafür gestrichen*: definitiv
[b] *Dafür gestrichen*: Diskussion
[c–c] *Dafür gestrichen*: Prinzipienfrage
[d] *Folgt, gestrichen*: ohne Prüfung der Angelegenheit und damit ohne sachliche Unterlage

422. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20193, f. 90. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 494. Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1915, 1 Uhr 30 Min. Vm.
Ankunft: 18. Oktober 1915, 2 Uhr 45 Min. Vm.

Die Telegramme 140 und 144 aus Athen an den Chef des Generalstabs zeigen, daß König Constantin und wohl auch der griechische Generalstab der Invasion der Entente gegenüber noch kleinmütiger geworden sind, als wir vorausgesetzt haben. Der Hauptgrund der augenscheinlich vorhandenen Schwankungen liegt aber sicher in dem Mißtrauen gegen unseren neuen Verbündeten Bulgarien, wegen dessen die Griechen auch uns gegenüber weniger vertrauensvoll sind, als sie sonst sein würden. Die bisher gegenseitig wohl ohne allzu große Überzeugung versprochene Neutralität wird nun auf [eine] besonders harte Probe gestellt: die Stellen, wo die Beziehungen der beiden Länder am heikelsten sind und die für beide ein noli me tangere bilden sollten[1046], werden möglicherweise von den Ententetruppen besetzt bezw. von ihnen als Aufmarschgelände benutzt werden, da es aus Rücksicht gegen Griechenland nicht

[1046] Mazedonien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

möglich sein wird, die Bahnzerstörung südlich davon[1047] auszuführen und dadurch den Vormarsch der Franzosen und Engländer noch vor den mazedonischen Grenzgebieten aufzuhalten.

Da wir ein außerordentlich großes Interesse daran haben, einen bulgarisch-griechischen Zwist tunlichst lange hintanzuhalten, so müssen wir versuchen, den auf beiden Seiten bestehenden Argwohn zu beseitigen. Das wird am leichtesten sein, wenn unter unseren Auspizien eine feste Vereinbarung zwischen den beiden Ländern zustandekommt, deren Wirkung sich wenn möglich noch über den Krieg hinaus zu erstrecken hätte.

Vorläufig haben beide Länder Besorgnisse vor einander; die griechischen werden solange bestehen, als Griechenland neutral bleibt und ohne direkten Schutz der Machtmittel einer Großmacht ist. Die bulgarischen werden immer geringer werden, je zuversichtlicher in Sofia die Chancen des serbischen Feldzugs beurteilt werden. Wenn bulgarische Wünsche nach dieser Richtung, die ja auch die unseren sind, in Erfüllung gehen, so kann der Augenblick ziemlich rasch eintreten, wo man in Sofia etwa auf eine Verständigung mit Griechenland gerichtete Bemühungen weniger entgegenkommend aufnehmen wird, als es jetzt bald noch der Fall sein würde.

Ich gebe deshalb an Euerer Exzellenz anheim, für die Möglichkeit einer solchen Aktion in Athen und Sofia beziehungsweise durch den griechischen und bulgarischen Gesandten in Berlin[1048] zu sondieren.

423. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

Thüringische Universitäts- und Landesbibliothek Jena, Nachlaß C. von Delbrück. Allgemeine Korrespondenz (Digitalisat), Nr. 1, f. 297–299. Telegramm. Entzifferung in Typendruckschrift.

Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1915

Zu dem heutigen Tage, an dem ein Jahrzehnt seit Ihrer Ernennung zum Staatsminister verflossen ist, gestatte ich mir, Ihnen, hochverehrte Exzellenz, mit den wärmsten Glückwünschen, die das Staatsministerium seinem Vizepräsidenten widmet, auch die meinigen in herzlichster Ergebenheit darzubringen. Wer wie ich diesen ganzen Zeitraum Seite an Seite und in engster Fühlung mit Ihnen durchlebt hat, der vermag das volle Ausmaß der darin enthaltenen schöpferischen Arbeit und weitblickenden Staatskunst Euerer Exzellenz zu beurteilen, durch die Sie entscheidenden Einfluß auf unsere soziale und politische Entwickelung geübt haben. Auf dieser Grundlage waren Euere Exzellenz wie keiner zu der ungeheuer schweren Leistung befähigt, dem Vaterland die innere Kriegsrüstung zu verschaffen, an deren Ausbau Sie mit nie ermüdender

[1047] Neu war die Bahnverbindung von Saloniki zum südlich davon gelegenen Larissa. Von dort bestand eine alte Bahnverbindung zur Hafenstadt Volo sowie nach Athen.

[1048] Nikolaos Theotokis (1878–1922), griechischer Gesandter in Berlin 1914–Juni 1917. – Dimităr Rizov (1862–1918), bulgarischer Gesandter in Berlin Oktober 1915–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tatkraft arbeiten und ohne die unser Volk in dem Kampf um seine Existenz und Machtstellung versagen müßte. Ich aber schulde Ihnen tiefsten Dank, daß Sie mir durch Ihre unschätzbare Mitwirkung auf diesem Gebiete erst die Möglichkeit eröffnet haben, meine ganze Kraft für die besonderen Aufgaben einzusetzen, die mir persönlich das Schicksal in dieser Zeit weltgeschichtlicher Entscheidungen auferlegt hat.

424. Bernstorff an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21457, f. 44. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 207. Washington, 19. Oktober 1915, – Uhr – Min.
Ankunft: 20. Oktober 1915, 6 Uhr – Min.

I confirm my two telegrams sent via the State Department and add the following text of my letter to Mister Lansing: Prompted by a desire to reach a satisfactory understanding with regard to Arabic case my Government has given me the following instructions. The orders promulgated by His Majesty the Emperor to the commanders of the German submarines of which I notified you at a previous occasion have been made so stringent that the recurrence of incidents similar to the Arabic incident is considered out of the question. According to the report of commander Schneider[1049] of the submarine which sank the Arabic and his affidavit as well as those of his men commander Schneider was convinced that Arabic intended to ram the submarine. On the other hand the Imperial Government has no doubt of the good faith of the affidavits of the British Officers of the Arabic according to which the Arabic did not intend to ram the submarine. The submarine's attack therefore was undertaken against the instructions issued to the commander. The Imperial Government is prepared to pay an indemnity for the American lives which to its deep regret were lost on the Arabic. I am authorised to negotiate with you about the amount of this indemnity.[a]

[a] *Dazu folgender Randvermerk Bethmann Hollwegs in Maschinenschrift*: Stimmt das mit der Instruktion überein?

[1049] Rudolf Schneider (1882–1917) Kapitänleutnant; Kommandant des „U 2", das am 19. August die „Arabic" vesenkte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

425. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21457, f. 44. Abschrift in Maschinenschrift. Am Rand der vorangehenden Nr. in Maschinenschrift.

[Berlin, 20. Oktober 1915]

Es sollte doch zum Ausdruck kommen, daß Schneider Grund zu der Annahme hatte, die Arabic wolle ihn rammen? Ist diese meine Annahme richtig, so ist es höchst bedauerlich, wenn Bernstorff eine Form gewählt und ein Entgegenkommen gezeigt hat, das nicht nötig war und über das sich die Marine mit Recht beschwert fühlen wird. Jetzt nachträglich wird die Sache allerdings nicht mehr redressiert werden können.

Admiral von Holtzendorff[1050], den ich in Charleville gesehen habe, war schon durch unsere Wolff-Depesche etwas beunruhigt, fragte mich, ob der Arabic Fall nun endgültig erledigt sei und schien jetzt – im Gegensatz zu seiner früheren Ansicht – auch wenig damit einverstanden, daß wir den Ubootkrieg gänzlich reformieren wollen, wenn England die Londoner Seerechtsdeklaration annimmt und durchführt. – Im übrigen bin ich besorgt über den englischen Ubootskrieg in der Ostsee. Will England damit die Blockade effektiv machen? Das würde unsere Position allerdings sehr übel gestalten[1051].

Ich bitte um mündliche Information durch den Herrn Referenten.

426. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 273–289. MF 981/982. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 144–145 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 29. Oktober 1915

In der heutigen Staatsministerialsitzung wurde folgendes verhandelt:

1. Der Herr Ministerpräsident führte aus: Wie sich aus dem regen Notenwechsel, der über die elsaß-lothringische Frage stattgefunden habe, ergebe, seien sämtliche Herren Staatsminister der Ansicht, daß hinsichtlich der Verfassung und Verwaltung der Reichslande neue Wege beschritten werden müßten und daß eine Aufteilung notwendig sei. Eine weitere Begründung dieser Auffassung, die auch die seinige sei und von dem Statthalter[1052] und seinen

[1050] Henning von Holtzendorff (1853–1919), Admiral; Chef des Admiralstabs der Marine September 1915–1918; Großadmiral 1918.

[1051] Eine Seeblockade mußte nach damaligem Seekriegsrecht effektiv (und nich bloß fiktiv) sein, um völkerrechtlich anerkannt zu werden. Es genügte also nicht einfach die Erklärung einer Blockade; sie mußte vielmehr die tatsächliche Absperrung einer Küste oder von feindlichen Häfen durchsetzen.

[1052] Hans von Dallwitz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Organen geteilt werde, sei hier daher nicht erforderlich. Auch sämtliche Bundesstaaten seien für eine Aufteilung bis auf Baden und Württemberg[1053]. Der badische Ministerpräsident Freiherr von Dusch wolle aus Elsaß-Lothringen einen selbständigen Bundesstaat mit einem eigenen Fürsten machen. Er glaube diesen Standpunkt hier im einzelnen nicht näher bekämpfen zu müssen, da ihn ja keiner der Herren Minister teile. Der württembergische Ministerpräsident von Weizsäcker sei der Ansicht, daß die erforderliche Zustimmung des Reichstags zu einer Aufteilung der Reichslande nicht zu erhalten sein würde. Er halte die Aufteilung auch nicht für nötig, falls die reichsländische Verwaltung wieder auf den ursprünglichen Fuß gebracht würde. Die jetzigen, auch nach seiner Auffassung bedenklichen Verhältnisse könnten auch in anderer Weise bekämpft und beseitigt werden, insbesondere durch die Entsendung hoher preußischer Beamten, die wieder mit der Macht des früheren Diktaturparagraphen ausgestattet werden könnten. Herr von Weizsäcker nehme an, daß der Reichstag hierfür zu haben sein würde und daß damit die nötigen Mittel gegeben seien, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Reichslande zu germanisieren. Wenn der jetzige Krieg, wie er hoffe, siegreich beendet würde, so würde der alte Revanchegedanke in Frankreich verschwinden.

Vergeblich sei er bemüht gewesen, die beiden Herren umzustimmen. Auch der Großherzog von Baden[1054] wolle persönlich die Reichslande zu einem Bundesstaate machen. Er gebe auch seinerseits zu, daß es dort an geeigneten Beamten fehle, und wolle diesem Übelstande durch ein Gesetz abhelfen, welches jeden Bundesstaat verpflichten solle, Beamte an Elsaß-Lothringen abzugehen. Die persönliche Stellung des Königs von Württemberg[1055] sei ihm nicht bekannt.

Bei der seinerzeit stattgehabten Besprechung mit Vertretern von Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden[1056] habe Bayern das ganze Elsaß in Anspruch genommen. Württemberg und Baden hätten damals hiergegen Bedenken gehabt und dann lieber gesehen, daß Preußen das ganze Reichsland erhielte. Auch Sachsen habe damals dieser Ansicht zugeneigt. Bayern halte indessen an seiner Forderung fest. Auch der König wünsche das ganze Elsaß zu erhalten und sei der Auffassung, daß die Zulegung nur der an die Pfalz grenzenden Kreise[1057] nicht der Stellung der Krone Bayerns und den bayerischen Waffentaten in dem gegenwärtigen Kriege entsprechen würde. Bayern halte sich durchaus berufen und in der Lage, in den Reichslanden ein germanisatorisches Mandat auszuüben, und glaube auch durch seinen Klerus auf die dortige Geistlichkeit und Bevölkerung den nötigen Einfluß gewinnen zu können. Wenn lediglich die an die Pfalz angrenzenden Teile an Bayern fielen, so würden diese Aufgaben nur in verschwindend kleinem Maße gelöst werden kön-

[1053] Zum ganzen vgl. Janßen, Macht und Verblendung S. 58–88.

[1054] Friedrich II.

[1055] Wilhelm II. (1848–1921), König von Württemberg 1891–1918.

[1056] Am 8. April 1915. Vgl. Janßen, Macht und Verblendung S. 55–57. – Vgl. oben Nr. 273.

[1057] Ebenda Anm. 787.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen, zumal die Pfalz sich gegenwärtig wirtschaftlich in einer rückläufigen Bewegung befinde, die sich leicht auf die zugeschlagenen Gebiete übertragen werde. Das ganze Elsaß mit Straßburg könne bayerischerseits unter eine gut zentralisierte und leistungsfähige Verwaltung gestellt werden. Wenn aber nur das Oberelsaß an Bayern falle, so bedeute dies eine Zerreißung des Elsaßes, die eine solche Verwaltung unmöglich mache. Aus dem Oberelsaß werde dann eine neue Pfalz werden mit nur schwacher Leistungsfähigkeit.

Er habe sich bei diesen Verhandlungen mit Bayern des Eindrucks nicht erwehren können, daß bei den Bayern, insbesondere beim König, der Wunsch nach einer Vergrößerung Bayerns oder der Wittelsbacher Hausmacht mit im Vordergrund stehe und daß vielleicht auch katholisierende Bestrebungen im Spiele seien. Sachsen, Württemberg und Baden gönnten Bayern eine derartige Vergrößerung nicht. Württemberg und Baden besorgten, daß die Vormachtstellung Bayerns in Süddeutschland zu groß werde und die eigenen Länder dadurch in bayerische Gefolgschaft gezwungen würden. Daneben beständen auch gewisse konfessionelle Befürchtungen. Herr von Weizsäcker habe von einer neuen Mainlinie gesprochen. Wie er bereits in der Staatsministerialsitzung vom 10. April mitgeteilt habe[1058], habe Baden den Erwerb eines Teiles von Elsaß abgelehnt, da es sich nicht stark genug fühle, das Elsaß zu germanisieren und durch einen Zuwachs von Katholiken und Sozialdemokraten von jenseits des Rheines eine Verschlechterung der politischen Verhältnisse Badens befürchte. Herr von Weizsäcker habe ihm gesagt, er würde einer Aufteilung der Reichslande direkt widersprechen müssen, wenn dabei nicht besondere Kompensationen für Württemberg verabredet würden. In dieser Beziehung würde das Land vom ersten bis zum letzten Schwaben einig sein. Sachsen habe seinerzeit auf dem Standpunkt gestanden, daß, wenn Preußen die ganzen Reichslande erhalte, Sachsen dies ertragen könne. Preußens Einfluß sei schon jetzt gravitierend, und unter seiner Vormachtstellung befinde man sich in Sachsen ganz wohl. Inzwischen habe Sachsen eine andere Stellung eingenommen. Man verlange jetzt auch dort Kompensationen. Einige Minister wollten das Oberelsaß haben, wenn Baden es endgültig ausschlüge. Auch sei darauf hingewiesen worden, daß Sachsen eventuell bei der Okkupierung polnischer Landesteile berücksichtigt werden könne, wobei der sächsische Justizminister[1059] noch betont habe, daß das zu okkupierende Gebiet ja nicht notwendigerweise den angrenzenden Staaten zugelegt werden müßte. Jedenfalls glaube man in Sachsen nicht dulden zu können, daß Bayern einen solchen starken Zuwachs erhalte, wie es begehre.

Bei den Rücksprachen mit den Königen von Bayern und Sachsen habe er die Überzeugung gewonnen, daß die Lösung der Frage nur mit Zustimmung und ohne Verstimmung der Bundesstaaten erfolgen dürfe. Er habe den beiden Majestäten auch gesagt, daß nach den Opfern dieses Krieges und den Leistungen der einzelnen Bundeskontingente keine Lösung möglich sei, die eine ern-

[1058] Oben Nr. 273.

[1059] Paul Arthur Nagel (1856–1918), sächsischer Justizminister 1912–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ste Unzufriedenheit in dem einen oder anderen Bundesstaate hervorrufe. Deshalb scheine ihm nur ein Kompromiß möglich. Dies sei zwar eine Lösung, die keinen ganz befriedigen würde, aber andererseits auch kein Fiasko bedeute. Beide Könige hätten sich mit diesem Gedankengang einverstanden erklärt.

Er beabsichtige nunmehr, in Württemberg und Baden persönlich zu verhandeln. Bei diesen Verhandlungen müsse er nach seiner Auffassung die Angliederung des ganzen Elsaß-Lothringen an Preußen außer Diskussion lassen. Er könne einen solchen Plan nur verfolgen, wenn die Bundesstaaten einstimmig einen dahingehenden Antrag an Preußen richten würden. Das stehe indessen nicht in Aussicht. Als preußischer Minister würde ihm ein solcher Antrag auch keineswegs willkommen sein, denn er betrachte die Angliederung von Elsaß-Lothringen an Preußen als keinen angenehmen Erwerb. Er müsse deswegen andere Vorschläge bringen. Ob er Baden doch noch veranlassen könne, einen Teil des Elsasses zu nehmen, stehe dahin, jedenfalls werde eine Aufteilung der Reichslande nur möglich sein gegen gewisse Kompensationen an die anderen Bundesstaaten. Sachsen und Württemberg hätten derartige Forderungen bereits gestellt und auch der Großherzog von Hessen[1060] scheine Kompensationen zu wünschen. Es sei ihm nicht klar, auf welchem Gebiete Kompensationen zu finden seien. Er habe deswegen die heutige Besprechung gewünscht, um zu erörtern, ob und welche Wege zu einer friedlichen Lösung der Angelegenheit eingeschlagen werden könnten. Ohne auf weitere Detailfragen eingehen zu wollen, wie z. B. auf die Reichseisenbahnen, deren Beibehaltung er persönlich für nötig halte, wolle er nur vorausschicken, daß er unter dem Gesichtspunkte der Germanisierung der Reichslande es für zweckmäßig halte, Lothringen Preußen zu geben und das Elsaß unter gewissen Bedingungen an Bayern. Es würde allerdings hieraus für Bayern eine schwere politische Aufgabe und eine große finanzielle Belastung erwachsen. Er glaube aber doch, daß Bayern sich mit seiner guten Verwaltung und vielleicht auch mit Hilfe seines klerikalen Einschlages dieser Aufgabe gewachsen erweisen werde. Was die Kompensationen für Sachsen, Württemberg und Baden und vielleicht noch anderer Staaten anlange, so halte er Gebietsabtretungen in Deutschland, wie z. B. die Abtretung des Kreises Hof oder eines Teiles der Lausitz an Sachsen, worauf Graf Vitzthum einmal angespielt habe, für nicht möglich. Er habe derartige Wünsche auf Abänderung der Grenzen der Bundesstaaten jedenfalls a limine abgewiesen. Er halte die Forderung von Gebietsabtretungen für sehr gefährlich, denn dann würde auch der König von Bayern mit weitergehenden Ansprüchen hervortreten. Ein Austausch von Land und Leuten, wie er in früheren Jahrhunderten stattgefunden habe, sei im 20. Jahrhundert ausgeschlossen. Wenn also territoriale Kompensationen nicht in Frage kämen, so könnten vielleicht doch auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens Kompensationen erfolgen, worüber er den Herrn Eisenbahnminister[1061] bitte, sich nachher zu äußern. Auch sei zu prüfen, ob etwa die Form der Kompensation durch Geldabfindun-

[1060] Ernst Ludwig (1868–1937), Großherzog von Hessen 1892–1918.

[1061] Paul von Breitenbach.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen oder Rentenzahlungen einen Ausweg bieten würde. In militärischer Beziehung würde eine Trennung der Reichslande natürlich sehr unbequem sein. Er möchte aber annehmen, daß sich in dieser Beziehung ein Ausweg finden lassen würde, wenn im übrigen eine Einigung erzielt sei. Er bitte daher zunächst den Herrn Kriegsminister[1062], sich vom militärischen Standpunkt aus zur Sache zu äußern.

[*Äußerungen des Kriegsministers und anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, wenn Teile des Elsaß, wie z. B. Mülhausen oder Colmar mit Umgebung, an Baden überwiesen würden, der übrige Rest des Elsaß aber an Preußen falle und wenn einer solchen Regelung keine militärischen Bedenken entgegenständen – was von dem Herrn Kriegsminister verneint wurde –, so glaube er, daß Württemberg und Baden sich mit den Vorschlägen des Herrn Kriegsministers[1063] einverstanden erklären würden. Die Abtretung von Gebietsteilen des Elsaß an Sachsen halte er kaum für möglich. Eine Aufrechnung der Verdienste von 1870/71 gegen jetzt könne er als Reichskanzler nicht machen, ebensowenig die von dem Herrn Minister des Innern[1064] aufgestellten prozentualen Vergleiche. Die ganze Flächenverteilung hänge in gewisser Weise auch von den Ergebnissen des Krieges ab, denn wenn z. B. die Gegend von Brié[1065] vielleicht gegen Geldentschädigung an Preußen falle und Preußen auch im Osten Gebietserweiterungen erhalte, so müsse es um so vorsichtiger bei der Aufteilung Elsaß-Lothringens verfahren. Er lege persönlich daher keinen Wert auf die Erwerbung von Teilen des Reichslandes für Preußen; in gleichem Sinne habe sich übrigens auch der Abgeordnete von Heydebrand ihm gegenüber geäußert. Er könne in den Verhandlungen mit den anderen Bundesstaaten sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß Bayern nach preußischer Auffassung zuviel verlange, sondern er müsse einzig und allein den Standpunkt einnehmen, daß er einen Ausgleich finden wolle, dem die anderen Bundesstaaten zustimmen könnten.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident wies darauf hin, daß durch die jetzt von verschiedenen Seiten gewünschten Verhandlungen mit Bayern dieses zu der Annahme kommen würde, man wollte ihm ganz Elsaß geben. Er könne deshalb im gegenwärtigen Stadium aus einer solchen Verhandlung noch keinen Fortschritt zur Lösung des Problems finden, wie man unter den verschiedenen Bundesstaaten eine Einigung erzielen könne. Er fürchte, daß selbst der bayerische Verzicht auf seine Sonderrechte den Widerstand Badens und Württem-

[1062] Adolf Wild von Hohenborn.

[1063] Wild von Hohenborn hatte gefordert, daß bei einer Aufteilung des Elsaß zugunsten mehrerer Bundesstaaten die militärischen Befugnisse in einer Hand bleiben müßten und Straßburg eine exterritoriale Reichsfestung sein solle.

[1064] Friedrich Wilhelm von Loebell.

[1065] Briey, nordwestlich von Metz gelegen, mit einem damals wichtigen Eisenerzvorkommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bergs, die sich vor der bayerischen Umklammerung sorgten, kaum verringern würde.

[*Erklärungen Helfferichs.*]

Der Herr Ministerpräsident schloß hierauf die Erörterung mit dem Bemerken, daß er zunächst in der Sache Fühlung mit Württemberg und Baden nehmen werde.

[*2. Die Kriegswohlfahrtspflege.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, er halte in Übereinstimmung mit dem Herrn Minister des Innern und dem Herrn Finanzminister[1066] eine weitgehende Untersützung der Gemeinden auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege für unbedingt erforderlich. Die sozialdemokratische Fraktion fordere, daß allen Kriegsunterstützten Kartoffeln und Kohlen frei geliefert werden sollten. In der bevorstehenden Reichstagstagung habe man in dieser Richtung einen großen Ansturm zu gewärtigen. Wenn er allerdings auch hoffe, daß derartige Klagen durch die neuen Maßnahmen auf dem Lebensmittelmarkte etwas abgeschwächt werden würden, so halte er es doch für richtig, ihnen noch mehr vorzubeugen und die Gemeinden so zu unterstützen, daß sie den Ärmsten der Armen unter die Arme greifen könnten. Er halte diese Maßnahmen auch schon deshalb für besonders wichtig, weil durch sie auch die Stimmung in den Schützengräben beeinflußt werden würde.

[*Erläuterungen weiterer Minister.*]

427. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß Haußmann, Q 1/2 , Bü 114. Privatbrief. Eigenhändig. Fotokopie.

Berlin, 29. Oktober 1915

Mein herzlicher Dank für Ihren Brief vom 21. und alles Gute und Freundliche, was Sie darin und in Ihrem Referat sagen, ist ungebührlich lange liegen geblieben. Seit meiner Rückkehr aus dem Westen[1067] ist die Not des Tages so gestiegen, daß auch das, wozu man sich am liebsten und leichtesten gedrängt fühlt, verkümmert. Nehmen Sie bitte auch verspätet mit einem kurzen, aber warm empfundenen Dankeswort vorlieb. So hoch gespannt wie jetzt war die große politische Lage wohl nie. Unsere und der Bulgaren Waffentaten[1068] las-

[1066] August Lentze.

[1067] Aus dem GrHQ.

[1068] Nordöstlich von Brza Palanka (im Negotiner Kreis, in der Nordostecke Serbiens) waren am 27. Oktober 1915 die Spitzen des bulgarischen Heeres mit den Spitzen der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen, die bei Orsova die Donau überschritten hatten, zusammengetroffen, nachdem serbische Truppen zurückgedrängt worden waren. Vgl. Der Weltkrieg IX S. 232–240.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sen mich hoffen, daß König Konstantin an der Stange halten und auch die militärische Gegenaktion der Entente nicht mehr entscheidend werden wird. Daß England und Frankreich dem Frieden geneigte Konsequenzen ziehen werden, glaube ich freilich nicht. Die Art, wie sie ihre innerpolitischen Schwierigkeiten lösen, zeugt von Energie und Kriegswillen. Das Rätsel bleibt Rußland. Meine Nachrichten sind unsicher wechselnd und widerspruchsvoll. Sehr unangenehm bin ich beeindruckt durch den soeben bekannt werdenden Aufruf der russischen Sozialisten an das Proletariat, in dem der Krieg à outrance gepredigt wird[1069]. Wenn Podbielski in solchen Lagen der Unsicherheit über seine Ansicht befragt wurde, pflegte er zu sagen: Det Prophezeien hab ick nich jelernt. So steht es jetzt wirklich. Trotzdem ist es die serbische Aktion, die uns die größtmöglichen Chancen schafft.

Die Lebensmittelfrage ist ernst. Aber wir müssen über sie hinwegkommen.

Meine Reise nach dem Süden verzögert sich. Hier liegt seit gestern tiefer Schnee, und heute früh hatten wir –5° Réaumur[1070].

Mit verbindlichsten Empfehlungen und Wünschen in aufrichtiger Ergebenheit

428. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 2593. Schreiben. Behändigte Ausfertigung. Von Schreiberhand. Praes.: 1. November 1915. – Druck: Gutsche, Auseinandersetzungen S. 688–689 (vgl. auch ebenda 690 ein Telegramm Treutlers vom 8. November 1915 in der Sache).

Nr. 9026P. Großes Hauptquartier, 30. Oktober 1915

Geheim! Von Offizier geschrieben!

Euer Excellenz beehre ich mich, auf die geneigte Anfrage vom 11. v. M.[1071] zu erwidern, daß vom militärischen Standpunkte aus einer Verschiebung der Machtverhältnisse, wie sie die Angliederung des ganzen Königreichs Polen an die Donaumonarchie sicher im Gefolge hätte, nur zugestimmt werden könnte, wenn im Sinne der Ausführungen Euerer Excellenz vorher Maßnahmen getroffen werden, die die sich darauf zweifellos ergebenden ernsten Gefahren wirksam abzuschwächen geeignet sind.

Der Abschluß einer Militärkonvention darf zu diesen Maßnahmen nicht ohne Weiteres gerechnet werden. Bekanntlich deckt der Ausdruck Militärkonvention zwei recht verschiedene Begriffe. In dem einen Fall handelt es sich um vorübergehende Abmachungen für einen bestimmten Zweck, die nach Erreichen des Ziels von selbst erlöschen – also um eine Konvention, wie wir sie

[1069] Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1139–1140.

[1070] – 6,25° C.

[1071] Unten Nr. 692*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jetzt mit Bulgarien abgeschlossen haben[1072]. Hierbei wird immer nur der Gebrauch der Wehrmacht der Vertragschließenden, niemals eine Änderung der inneren Struktur derselben angestrebt. In dem anderen Falle steht gerade diese Änderung im Vordergrund. Der eine Staat schließt eine dauernde Konvention mit dem andern, um dessen Wehrmacht den Stempel der eigenen aufzudrükken, sie für gemeinsame Zwecke so leistungsfähig wie möglich zu machen. Schon hieraus ergibt sich, daß Militärkonventionen dieser Art stets mit einer gewissen Einschränkung der Militärhoheitsrechte desjenigen verbunden sein müssen, dessen Wehrmacht innerlich gehoben werden soll, wie das denn auch von den Militärkonventionen der Rheinbundstaaten bis zu denen des Norddeutschen Bundes[1073] klar zu Tage tritt.

Immerhin ist es zulässig, die Einschränkungen auf ein verhältnismäßig geringes, daher erträgliches Maß herabzumindern, wenn es gelingt, für die Vertragschließenden gemeinsame Interessen zu schaffen, die ein dauerndes festes Band zwischen ihnen herstellen. Dies ist auch um deswillen nötig, weil nur auf einer solchen realen Grundlage eine Militärkonvention tatsächlich wirksam werden kann und weil nur bei enger sachlicher Interessengemeinschaft die Gefahren vermieden werden können, die jede Militärkonvention für den, der die Quellen seiner Überlegenheit preisgibt, mit sich bringt. Die dauernde Militärkonvention sollte daher bei der Annäherung zweier Staaten nicht den Beginn, sondern die Folge des auf politischem und wirtschaftlichem Gesicherten bilden.

Wird unter obigen Voraussetzungen der Abschluß einer Militärkonvention mit Österreich-Ungarn oder anderen Staaten möglich, so würde es zur Not genügen, in folgenden Richtungen feste Abmachungen zu treffen:

1) Übertragung des gemeinsamen Oberbefehls im Kriege an den Deutschen Kaiser und infolgedessen Unterstellung auch unter die Deutsche Oberste Heeresleitung.

2) Sicherung des Rechts des Deutschen Kaisers, selbst oder durch Beauftragte größere kriegsmäßige Übungen abhalten zu lassen.

3) Gleichmäßige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.

4) Gleichmäßige Munitionsausrüstung sowohl der Art als auch der Menge nach, wobei im Zweifelsfalle das deutsche Vorgehen maßgebend sein muß.

5) Übernahme der deutschen Ausbildungsvorschriften.

6) Gemeinsamer Generalstab unter Vorsitz des preußischen für die gemeinsamen militärischen und wirtschaftlichen Kriegsvorbereitungen.

7) Wechselseitige Kommandierungen von Offizieren zu gewissen Lehranstalten.

[1072] Am 6. September 1915 (oben Nr. 415 und Anm. 1041).

[1073] Im Zuge der Errichtung des Rheinbunds unter der Ägide Napoleons I. zwischen 1806 und 1811 sowie 1867 zwischen Preußen und den übrigen norddeutschen Kleinstaaten. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte I S. 75–76, 81 (Rheinbund), sowie ders., Deutsche Verfassungsgeschichte III S. 597–604 (Norddeutscher Bund).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

429. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 2593. Schreiben. Revidiertes Konzept. In Maschinenschrift mit zahlreichen eigenhändigen Änderungen sowie Änderungen von Jagows Hand.

[Ohne Nr.] Berlin, 4. November 1915

Ew.E. beehre ich mich, auf das gefällige Schreiben vom 30. v.Mts. – 9026 P[1074] nachstehendes zu erwidern.

Mit E.E. stimme ich darin überein, daß ein enger Zusammenschluß mit der Donaumonarchie nur auf Grund einer weitgehenden Interessengemeinschaft – auch wirtschaftlicher Natur – möglich ist und nur durch eine solche seine innere Berechtigung und Dauerhaftigkeit erhalten würde. Dagegen vermag ich mich dem Standpunkt, wonach dem Abschluß einer Militärkonvention mit Österreich-Ungarn das Zustandekommen von den größeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluß beider Reiche sicherstellenden Vereinbarungen vorauszugehen hätte, nicht anzuschließen. Ein Bündnisvertrag, der uns noch enger an Österreich-Ungarn knüpfen soll, und eine Militärkonvention sind Bindungen, die sich gegenseitig verbinden und ergänzen. Wenn Euere Exzellenz es für unzulässig bezeichnen, die Quellen unserer militärischen Überlegenheit an Österreich-Ungarn preiszugeben ohne vorherige politische und wirtschaftliche Sicherstellung eines auf gemeinsame Interessen zu gründenden dauernden festen Bandes zwischen beiden Monarchien, so muß ich meinerseits Bedenken tragen, Österreich-Ungarn gegenüber über das Ausmaß unseres bisherigen Bündnisvertrages hinausgehende Bindungen und Verpflichtungen einzugehen, ohne daß gleichzeitig Sicherheit dafür geschaffen wird, daß sich unser Bundesgenosse in Zukunft bei Eintritt des Bündnisfalles nicht in demselben Zustande militärischer Inferiorität befindet, wie dies im gegenwärtigen Kriege der Fall war. Diese Auffassung findet eine Bestätigung in den von Preußen beziehungsweise dem Norddeutschen Bunde abgeschlossenen Militärkonventionen. Die militärischen Vereinbarungen mit Bayern und Württemberg fielen mit dem politischen Anschluß dieser beiden Staaten an den Norddeutschen Bund zeitlich zusammen. Die Militärkonvention Preußens mit Sachsen ging der Einführung der Verfassung des Norddeutschen Bundes sogar voraus und wurde ausdrücklich unabhängig von dem Ergebnis der bezüglich der letzteren schwebenden Verhandlungen abgeschlossen. Die Verhandlungen werden meines Erachtens parallel zu führen und die Ratifizierung der auf die militärischen Fragen bezüglichen Vereinbarungen wird von dem erfolgreichen Abschluß der politischen beziehungsweise wirschaftlichen Verhandlungen abhängig zu machen sein und umgekehrt. Meines Erachtens wird g l e i c h z e i t i g mit der <Anbahnung> eines Meinungsaustausches über die zukünftige Gestaltung unseres Verhältnisses in politischer und wirtschaftlicher Beziehung die österr.-ungar. Regierung auch auf die Notwendigkeit einer größeren Vereinheitlichung der militärischen Einrichtungen beider Reiche hinzu-

[1074] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

weisen sein. Bei der allgemeinen Anerkennung, die unsere Armee, was Organisation, Ausbildung und Leistungen betrifft, unzweifelhaft in Österreich-Ungarn auch in solchen Kreisen gefunden hat, in denen man dem Bündnis zu Deutschland nur mit geringen Sympathien gegenüber steht, neige ich der Ansicht zu, daß das Einsetzen unserer Aktion in der militärischen Frage einem gewissen Verständnis begegnen wird. Es würde mir erwünscht sein, bei dem in einigen Tagen hier zu erwartenden Eintreffen Baron Burians meine Darlegungen auch zugleich mit der durch die Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges erwiesenen Notwendigkeit eines engeren militärischen Zusammenschlusses der beiden Reiche begründen zu können. Ich darf daher an Euere Exzellenz die Bitte richten, mir mit tunlichster Beschleunigung Ihre Zustimmung hierzu aussprechen zu wollen.

Was den der Konvention zu gebenden Inhalt betrifft, so halte ich es für ausgeschlossen, mit Österreich-Ungarn zu militärischen Vereinbarungen zu gelangen, in denen eine Preisgabe militärischer Hoheitsrechte zu unseren Gunsten unmittelbar zum Ausdruck kommen würde. Auch vermag ich es nicht als zutreffend anzuerkennen, daß eine Militärkonvention, die nicht für einen bestimmten Zweck abgeschlossen wird, als notwendigen Inhalt einen solchen Verzicht eines der beiden Vertragschließenden haben muß. Die Bedingungen, unter denen die Militärkonventionen abgeschlossen wurden, die der Ausgestaltung der deutschen Wehrmacht zugrunde liegen, wären politisch wie militärisch vermutlich andere als im vorliegenden Fall. Damals handelte es sich um einen politischen und militärischen Anschluß kleinerer Staaten an einen Machtfaktor von anerkannter erheblicher politischer und militärischer Überlegenheit. Die Stellung Österreich-Ungarns als Großmacht, seine Tradition und die Ansprüche, die es – gleichviel ob mit Recht oder Unrecht – erhebt, und auch weiterhin erheben wird, von uns als politisch wie miliärisch gleichwertiger Faktor angesehen und behandelt zu werden, läßt den Abschluß einer Militärkonvention nur unter dem Gesichtspunkt der Vereinheitlichung der beiden Armeen in Organisation, Ausbildung und Bewaffnung denkbar erscheinen. Dabei ist es natürlich nicht ausgeschlossen, in die Vereinbarungen solche Bestimmungen hineinzubringen, die tatsächlich der deutschen Armee das Übergewicht und die Leitung sichern würden. Eine Handhabe sehe ich z. B. in der Schaffung des von Euerer Exzellenz angeregten, an den preußischen Generalstab anzulehnenden gemeinschaftlichen Generalstabs. Die formelle Übertragung des Oberbefehls im Kriege an Seine Majestät den Kaiser sowie des Rechts, kriegsgemäße Übungen auch über österreichisch-ungarische Truppen abzuhalten, werden von Österreich-Ungarn nicht zu erlangen sein und würden schon an dem Widerspruch S.M. des Kaisers Franz Joseph scheitern. Ich bin sogar der Überzeugunge, daß die bloße Andeutung dahin gehender Wünsche die Wirkung haben würde, in Wien ein derartiges Mißtrauen und eine solche Verstimmung hervorzurufen, daß damit alle weiteren politischen Verhandlungen aussichtslos sein würden. Ich sehe auch in dieser Hinsicht nur die Möglichkeit, auf indirektem Wege das gewünschte Ergebnis zu erzielen, etwa durch Vereinbarung, daß im Kriegsfall die Oberleitung der kriegerischen Operationen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch den gemeinsamen Generalstab zu erfolgen habe. Dasselbe gilt bezüglich der Abhaltung kriegsgemäßer Übungen von gemischten Verbänden beider Heere. Bei der überlegenen Tüchtigkeit des deutschen Offizierkorps wird es diesem nicht schwer fallen, und es wird darauf <aufgeben> [= ankommen] müssen, sich in den zu schaffenden gemeinsamen Institutionen eine so überragende Stellung und ein solches Ansehen zu verschaffen und sicher zu stellen, daß damit die Führung der beiden Armeen thatsächlich schon im Frieden, unbedingt aber im Kriege, in deutschen Händen ruhen würde.

Euerer Exzellenz darf ich die Bitte aussprechen, die Frage unter vorstehenden Gesichtspunkten erneut prüfen und mir von Ihrer Stellungnahme geneigtest Mitteilung machen zu wollen. Ferner wäre ich dankbar, davon unterrichtet zu werden, wie sich Euere Exzellenz die Sicherstellung unserer militärischen Interessen in den Österreich-Ungarn eventuell zu überlassenden, unserer Ostgrenze vorgelagerten Teilen von russisch Polen denken. Auch dieser Punkt würde gegebenenfalls in den Militär-Abmachungen Aufnahme zu finden haben. Nach den in Galizien gemachten Erfahrungen und Beobachtungen ist zu befürchten, daß die polnischen Gebietsteile der österreichisch-ungarischen Monarchie auch in Zukunft, angesichts der mancherlei Mängel der österreichischen Verwaltung der russischen Propaganda und Spionage ein ergiebiges Feld bieten würden. Schon um die Möglichkeit zu besitzen, in dieser Hinsicht eine gewisse Kontrolle auszuüben und da eingreifen zu können, wo es geboten erscheint, erscheint ein völliges militärisches Desinteressement in russisch Polen bedenklich. Ob das natürliche Interesse, das wir an der Sicherstellung unserer Ostgrenze gegen Rußland haben, auch soweit sie durch Österreich-Polen gedeckt sein würde, etwa in einem Anspruch auf ein Mitbesatzungsrecht in den darin gelegenen Festungen oder auf andere Weise zum Ausdruck zu bringen sein wäre, darf ich als eine lediglich von militärischen Gesichtspunkten zu entscheidende Frage der geneigten Erwägung Euerer Exzellenz ergebenst anheimstellen.

430. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 291–305. MF 982. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 145–146 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 13. November 1915

[*1. Schwierige Versorgungslage.*]

Der Herr Ministerpräsident [erklärte], er habe in Übereinstimmung mit dem Herrn Vizepräsidenten[1075] keine Bedenken, daß den vom Herrn Landwirt-

[1075] Clemens Delbrück; der dann genannte Landwirtschaftsminister: Clemens Frhr. von Schorlemer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schaftsminister hinsichtlich der Molkereibetriebe gemachten Vorschlägen nähergetreten werde und daß sie zunächst einer kommissarischen Beratung unterzogen würden. Ebenso wolle er gegen den Vorschlag des Herrn Handelsministers[1076], wonach die Landeszentralbehörden die Befugnis erhalten sollten, für bestimmte Gemeinden die Regelung des Verbrauchs von Butter und Fetten anzuordnen, keine Bedenken erheben, und er hoffe, daß auch der Herr Vizepräsident dem zustimmen werde. Er glaube allerdings kaum, daß wir mit diesen Maßnahmen sehr weit kommen würden. Die Gemeinden hätten schon jetzt große Bedenken gegen ein solches Eingreifen, und die Einzelstaaten würden sich ihrerseits auch schwer dazu entschließen. Um durchhalten zu können, werde man deshalb doch wohl dazu übergehen müssen, eine weitgehende Sparsamkeit in allen Schichten der Bevölkerung im ganzen Reiche zu erzwingen. Er wüßte sonst nicht, wie man dem bestehenden Mangel an Fetten abhelfen könne. Er halte es nicht für möglich, mit den zu ergreifenden Maßnahmen noch zu warten, andererseits erscheine es allerdings auch ihm zweifelhaft, ob schon jetzt die nötigen Unterlagen für die zwangsweise Einführung einer allgemeinem Butterkarte vorlägen, und er teile durchaus die Bedenken, die man hiergegen wegen der gefährlichen Rückwirkung auf die Stimmung der Bevölkerung erhoben habe. Die Erregung der Bevölkerung habe zwar in letzter Zeit etwas nachgelassen, die Erregbarkeit sei aber immer noch groß und würde auch agitatorisch ausgenutzt. Dazu komme, daß die Unsicherheit über die Größe der Produktion und der danach freizugebenden Mengen so groß sei, daß er auch seinerseits Bedenken tragen müsse, das Staatsministerium zu bitten, schon heute der Einführung einer allgemeinen Butterkarte zuzustimmen. Aber dies sei nur eine Frage der Zeit, und nach seiner innersten Überzeugung würden wir doch bald auf eine allgemeine Rationierung der Butter und der Fette hinauskommen.

Er glaube das Einverständnis des Staatsministeriums nunmehr festellen zu können, daß die Vorschläge des Herrn Landwirschaftsministers und des Herrn Handelsministers[1077] hinsichtlich der Beschlagnahme eines Teils der Molkereiproduktion, hinsichtlich der zwangsweisen Durchführung der Verbraucherregelung in einzelnen Gemeinden und hinsichtlich der Einrichtung besonderer Auslandsverkaufsstellen sofort ausgearbeitet und durchgeführt würden. Darüber hinaus bitte er aber, schon jetzt mit aller Kraft weiterzuarbeiten und die demnächstige zwangsweise Einführung der allgemeinen Butterkarte vorzubereiten. Sollten inzwischen in einzelnen Gemeinden Butterkarten eingeführt werden, so würde dadurch ja ein sehr wertvolles Material beschafft werden. Daß schon jetzt ein großer Fettmangel bestehe, erkenne das Staatsministerium an. Dieser Übelstand sei aber erfolgreich nur durch eine baldige Beschränkung des Verbrauchs in Form der allgemeinen Rationierung zu bekämpfen. Dieses Mittel würde auch sozialpolitisch günstig wirken, da es für die wohlhabenden Klassen eine zwangsweise Einschränkung bedeute. Er frage, ob

[1076] Reinhold von Sydow.

[1077] Clemens Frhr. von Schorlemer und Reinhold von Sydow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihm etwa andere Mittel genannt werden könnten, die zum Ziele führten. Die von dem Herrn Landwirtschaftsminister vorgeschlagene Regelung des Butterverbrauchs durch Inanspruchnahme der Molkereien werde eine Beschränkung des Konsums kaum herbeiführen.

[*2. Landtagseröffnung.*]

431. Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Burián

PA Berlin, R 22230. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin 14. November 1915

Aufzeichnung über Unterredungen mit Baron Burian in Berlin am 10. und 11. November 1915

Der Herr Reichskanzler leitete die Unterredung mit der Bemerkung ein, daß durch die Ereignisse des Weltkrieges und den gegen die anderen Mächte Schulter an Schulter gefochtenen Kampf das Schicksal Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich so eng verknüpft habe, daß sich daraus wohl die Notwendigkeit einer Vertiefung der Beziehungen auch für die Zukunft von selbst zu ergeben schiene. Um die beiden Reiche immer inniger miteinander zu verbinden und diesen Zusammenschluß auch unseren Gegnern gegenüber als einen dauernden Faktor der internationalen Politik, mit dem sie zu rechnen haben würden, zu kennzeichnen, erschiene ein Ausbau der vertraglichen Bindungen in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht erwünscht. Baron Burian stimmte dem vollständig bei und betonte auch, daß in Österreich-Ungarn alle Faktoren darüber einig wären, daß man in militärischer Beziehung die Lehren aus den Erfahrungen dieses Krieges ziehen und die zutage getretenen Mängel bessern müsse. Er bemerkte nur, daß die Monarchie mit Rücksicht auf ihre schwächere Finanzkraft nicht zu ganz gleichen Leistungen wie das Deutsche Reichs imstande sein werde.

Der Herr Reichskanzler wies darauf hin, daß bei Abschluß des Bündnisses im Jahre 1879[1078] die Andrassy-Deak'sche Idee einer Vorherrschaft der Magyaren in Ungarn und der Deutschen in Österreich grundlegend gewesen sei. Während nun die magyarische Suprematie in Ungarn sich immer kräftiger entwickelt habe, sei der Einfluß des Deutschtums in der anderen Reichshälfte immer mehr zurückgedrängt. Bei der Verlängerung und Festigung des Bündnisses sei es für Deutschland eine Lebensfrage, daß dem deutschen Element seine alte berechtigte Stellung zurückgegeben und der weiteren Slavisierung

[1078] Des Zweibunds zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn vom 7. Oktober 1879. – Die im folgenden genannten: Julius Graf Andrássy (1823–1890), österreichisch-ungarischer Außenminister 1871–1879. – Franz von Deák (1803–1876), Führer der liberalen Opposition in Österreich 1833–1836 und 1839–1840; Justizminister 1849; Mittler des „Ausgleichs" von 1867.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einhalt geboten würde. Dies sei ganz allgemein erforderlich, besonders auch, wenn die Angliederung Polens an die Monarchie, also ein Zuwachs von weiteren 12 Millionen Slaven, in Frage kommen sollte. Baron Burian bestritt zunächst, daß man von einem einheitlichen Slaventum in Österreich sprechen und dieses gewissermaßen als Gegner des Deutschtums hinstellen könne; die Slaven seien untereinander spinnefeind, und speziell bei den Polen hätte die auf dem Bündnis mit Deutschland begründete Politik stets warme Unterstützung gefunden. Aber er gab zu, daß nichtdeutsche Elemente stärkeren politischen Einfluß als wünschenswert gewonnen hätten, daß Fehler namentlich hinsichtlich der Tschechen gemacht seien; diese Politik müsse und werde man revidieren, auch hier werde man aus den betrübenden Erscheinungen, die während des Krieges zutage getreten seien, die nötigen Folgen ziehen. In Böhmen herrsche bereits Katzenjammer. Sollte Polen der Monarchie angegliedert werden, so würden auch besondere Vorkehrungen zu treffen sein, daß die staatsrechtliche Stellung der Deutschen hierdurch keine Verschiebung erlitte. Der Trialismus[1079], in dem viele das Heilmittel sähen, sei aber schon deswegen unzweckmäßig, weil, wenn Polen eine gleich selbstständige Stellung erhielte wie Ungarn, Polen von Warschau und nicht von Wien regiert werden würde. Was das bei den bekannten Eigenschaften der Polen bedeute, liege auf der Hand. Sie bedürften eines straffen Regiments. Andererseits dürfe der österreichische Reichsrat nicht durch den Zutritt eines großen polnischen Abgeordnetenkontingents belastet werden. Man denke sich in Wien die Sache so: Polen bildet ein besonderes Kronland, das mit Galizien verbunden wird und einen eigenen Landtag erhält. Dafür scheiden alle polnischen Abgeordneten aus dem österreichischen Reichstag aus. Für die gemeinsamen Angelegenheiten wird ein „engerer" Reichsrat gebildet, in den der österreichische Reichsrat und der polnische Landtag Deputierte entsenden. Dieser engere Reichsrat wählt auch die Abgedordneten für die cisleithanische Delegation. Auf diese Weise würde die finanzielle Belastung, die Galizien bisher für die diesseitige Reichshälfte gebildet habe, sowie die „Trinkgelderwirtschaft"[1080] aufhören. Nur so werde es möglich sein, Polen von Wien aus in der Hand zu behalten, andererseits aber den deutschen Elementen in Österreich die von ihnen gewünschte stärkere Stellung zu geben.

Bei weiterer akademischer Besprechung des in Aussicht zu nehmenden engeren wirtschaftlichen Anschlusses hob der Herr Reichskanzler hervor, daß er sich denselben nicht als vollständige Zollunion, sondern als Preferenzialsystem dächte, d. h. das Österreich-Ungarn und Deutschland sich gegenseitig auf Grund ihrer eigenen Zolltarife Ermäßigungen gewährten, welche noch über die den anderen Staaten zu bietende Meistbegünstigung hinausgehen würden, ähnlich wie dies in Frankreich und England gegenüber ihren Kolo-

[1079] Unter Fortentwicklung des Dualismus (Herrschaft der Deutschen in der cisleithanischen, der Ungarn in der transleithanischen Reichshälfte) Einbeziehung der Südslawen (mit der Hauptstadt Agram) in eine künftig reformierte Habsburgermonarchie; vertreten etwa vom Thronfolger Franz Ferdinand.

[1080] Damals häufig gebrauchter Begriff für Bestechung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nien und in den Vereinigten Staaten Kanada gegenüber der Fall sei. Der Beitritt zu diesem Zollbund solle auch anderen Staaten freigelassen werden, damit man auf diese Weise eventuell zu einem mitteleuropäischen oder europäischen Zollbund gelangen könne. Der Anschluß müßte ferner auf einem langfristigen Vertrag von etwa 30 Jahren beruhen, bei welchem etwa alle 10 Jahre auf Grund der gemachten Erfahrungen eine Revision der einzelnen Tarifpositionen erfolgen könnte. Diese Revisionen dürften allerdings nicht die Tendenz von Zollerhöhungen, sondern des weiteren allmählichen Abbaus der Zollsätze verfolgen.

Baron Burian erklärte sich mit den Ausführungen – unverbindlich – einverstanden. Er machte nur auf ein staatsrechtliches Moment aufmerksam, das dem Wiener Kabinett eine positive Stellungnahme zurzeit erschwere. Die Legislaturperiode des ungarischen Reichstags sei eigentlich abgelaufen, die Mandate seien nur wegen des Krieges verlängert worden. Eine Bindung für 30 Jahre würde eine Abänderung der Verfassung bedeuten, die einen 10jährigen Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn vorsähe. Die Verhandlungen für den neuen Ausgleich ständen vor der Tür, er, Burian, könne aber sagen, daß sie glatt verlaufen und keine Abänderung bringen würden. Der gewissermaßen überständige ungarische Reichstag würde sich aber keinesfalls als legitimiert ansehen, eine Verfassungsänderung vorzunehmen. Immerhin würde sich durch die zehnjärige, vom Herrn Reichskanzler erwähnte Revision der Zollsätze eine Formel finden lassen, um die längere Vertragsfrist mit den Perioden des Ausgleichs in Einklang zu bringen. Baron Burian kennzeichnete das wirtschaftliche Verhältnis der beiden Kaiserreiche untereinander und zu den anderen Staaten als „Anschluß, aber ohne Ausschluß“.

Bei Erörterung des künftigen Schicksals Polens betonte der Herr Reichskanzler zunächst, daß dasselbe von dem Frieden und den Bedingungen, unter welchen wir denselben abschließen könnten, abhängen müsse. Es wäre z. B. immer noch der Fall denkbar, daß, [a]wenn uns Rußland bald einen Sonderfrieden anbieten sollte und die allgemeine Lage uns die Annahme desselben wünschenswert erscheinen ließe,[a] dies nur unter der Rückgabe Polens geschehen könne. Baron Burian stimmte dem zu. Sodann machte der Herr Reichskanzler darauf aufmerksam, [b]daß zuviel deutsches Blut bei der Eroberung Polens geflossen sei,[b] als daß wir uns von vornherein an die künftigen Bestimmungen über das Land desinteressieren könnten. Wenn z. B. Deutschland keine anderen Kompensationen für seine großen Opfer finden sollte, würde es schon wegen der Volksstimmung unmöglich sein, den ganzen Siegespreis ohne weiteres dem Bundesgenossen zu überlassen. Ferner habe Deutschland an Polen als Grenzland gegen Rußland, als wirtschaftliches Absatzgebiet und Durchfuhrland nach Rußland ein eigenes so vitales Interesse, daß wir an die eventuelle Überlassung unter allen Umständen unsere Bedingungen knüpfen müßten. Dieselben lägen auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet. Wir würden strategische Grenzberichtigungen fordern, wobei er, der Reichskanzler, allerdings von dem Grundsatz ausginge, das dieselben keiner vierten Teilung Polens gleichkommen sollten. Ob wir etwa auch wegen der Grenzfestungen For-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

derungen zu stellen hätten, sei eine militärische Frage, über die er sich zurzeit nicht äußern könne. In wirtschaftlicher Hinsicht dürften wir weder unsere Ausfuhr- noch Durchfuhrbedingungen verschlechtern. In dieses Gebiet fiele auch die Verkehrsfrage, d. h. die Gestaltung des Eisenbahnwesens und der Wasserwege. Zum Zwecke der Umsiedelung würden wir voraussichtlich den Besitz eines Teiles der polnischen Staatsdomänen fordern. Ferner würden wir Anspruch auf das Gouvernement Suwalki[1081] erheben und auch bezüglich der an das oberschlesische Industriegebiet angrenzenden Kreise Forderungen stellen. Baron Burian hörte diesen Ausführungen ohne weitere Gegenäußerung zu.

Der österreichisch-ungarische Minister schnitt noch das Kapitel der Kriegsentschädigung an und äußerte die Hoffnung, daß Deutschland einer Repartition derselben nicht nach Kriegsschauplätzen, sondern nach dem Verhältnis der effektiven Kriegsleistungen zustimmen werde, wobei eventuell territoriale Erwerbungen mit in Anrechnung kommen müßten. Der Herr Reichskanzler entgegnete, daß er zurzeit nicht in der Lage sei, zu dieser Frage eine bestimmte Stellung zu nehmen.

[a–a] *Dazu Randvermerk Kaiser Wilhelms II.*: denkt nicht daran! damit ist es vorbei! Ich gehe jetzt nicht darauf ein.

[b–b] *Dazu Randvermerk Kaiser Wilhelms II.*: desswegen kann es nicht so ohne Weiteres selbst bei einem Sonderfrieden an Russland zurückgegeben werden.

432. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 5262. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin], 14.[a] [November 1915]

Brockdorff-Rantzau hatte mir mündlich gemeldet, nach ihm gewordenen vertraulichen Mitteilungen aus militärischen Kreisen bestehe die Gefahr, daß auf Grund unkontrollirter phantastischer Nachrichten von Generalstabsagenten der stellvertr. Kommand. General des 9. A.K. in Altona[1082] selbstherrlich in Nordschleswig militärische Maßnahmen ergreifen könnte, die unser Verhältnis zu Dänemark umstoßen würden. Ich hatte ihn beauftragt, mir darüber eine schriftliche Meldung zu erstatten. Diese liegt jetzt in der Anlage vor.

Daß Nervosität in Schleswig herrscht, geht auch aus folgendem hervor. Wahnschaffes Schwester[1083], die an den Landrat in Flensburg verheiratet ist,

[1081] Um ein zusätzliches Glacis gegenüber Rußland zu bekommen. Es grenzte im Westen an Preußen, im Osten und Norden an die Gouvernements Wilna und Kowno. Diese deutsche Forderung wurde in der weiteren deutsch-österreichischen Auseinandersetzung um Polen immer aufrechterhalten.

[1082] Ferdinand von Quast (1850–1939), General der Infanterie; Kommandierender General des IX. Armeekorps in der Provinz Schleswig-Holstein, dem Regierungsbezirk Stade, in beiden Mecklenburg und den Hansestädten 1913–1917.

[1083] Nicht weiter identifiziert. – Der im folgende erwähnte Landrat: Anton Wallroth (1876–1962), Landrat von Flensburg-Land 1910–1932.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat bei ihrem Bruder angefragt, ob sie sich auf Abreise gefaßt machen müsse. Die neuerdings getroffene Maßnahme (wohl Bau von Schützengräben u. Drahtverhauen an dänischer Grenze) schienen ja die Gefahr eines englischen Einfalls näher zu rücken.

Meo voto kann man gegen derartige Verteidigungsmaßregeln nicht ohne weiteres Front machen. Ich teile aber die Ansicht, daß sie die Lage von Scavenius sehr erschweren könnten, wenn dieser nicht fortlaufend durch Brockdorff informirt werden kann. Falkenhayn müßte uns also stets von allen beabsichtigten Maßnahmen in Kenntnis setzen (auch von dem Inhalt bedeutungsvoller Agentennachrichten) und den Altonaer kommandirenden General nicht selbständig agiren lassen.

Vielleicht möchte es sich empfehlen, daß Treutler die Sache mündlich mit Falkenhayn bespricht. Daß Brockdorff seine Informationen auch aus militärischen Kreisen hat, dürfte er natürlich nicht durchblicken lassen. – Ich nehme an, daß Brockdorff auch Ew. Exzellenz[1084] selbst entsprechende Meldung erstattet hat.

[a] *Unter seine Paraphe am Schluß hat Bethmann Hollweg die Ziffer 14 gesetzt. In der maschinenschriftlichen Abschrift der Angabe findet sich am Kopf der Vermerk:* Aus dem Hauptquartier 19.11.15.

433. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 17. November 1915

Lieber Treutler!

Ich denke, daß Falkenhayn alle Hebel ansetzen wird, um den Kaiser nach Wien[1085] zu begleiten und so vor aller Welt zu dokumentieren, daß er über die Geschicke Deutschlands bestimmt. Er hat in dieser Beziehung schon eine weitverzweigte Kampagne organisiert. Ihm ergebene Generalstabsoffiziere verbreiten mündlich und schriftlich, daß er bei der völligen Unfähigkeit aller Zivilisten schon jetzt die äußere und innere Politik dirigiere, daß namentlich er es gewesen, der für die serbische Aktion erst die diplomatische Grundlage geschaffen habe, und in dem gleichen Sinne läßt er die Presse mit allen Mitteln des Raffinements beeinflussen.

Ich halte es für wichtig, daß der Besuch S.M. nicht als Staatsbesuch frisiert wird, sondern persönlichen Charakter erhält. Im ersteren Fall müßte ich ihn begleiten, was jedoch, da Staatsgeschäfte nicht abzuschließen sind, unnötig

[1084] Diese Anrede deutet darauf hin, daß die Angabe an den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, Friedrich von Moltke (1852–1927), Oberpräsident von 1914–1918, gesandt worden ist.

[1085] Der Kaiser fuhr am 29. November 1915 zu einem kurzen Besuch nach Wien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und auffällig wäre. Falkenhayns Begleitung wäre in jedem Falle deplaciert und würde die innere Situation erschweren.

Die bekannte Exzellenz Paul Schultz[1086] in Wien, Vorsitzender des Rechnungshofs, ni fallor, Freund von Frau Schratt und Tarockspieler S.M., scheint hier bei Ballin eine Bemerkung gemacht zu haben, daß Kaiser Franz Joseph demnächst König Ferdinand die Feldmarschallswürde verleihen werde. Wir wollen das ja auch. Es wäre nicht erwünscht, wenn wir Österreich nachhinkten, wie in Konstantinopel mit der Dekoration des Großveziers[1087]. Wir sollten deshalb die erste möglichе Gelegenheit benutzen.

Die Erregung über die Lebensmittel läßt langsam nach. Friedenssehnsucht steigt aber stark. Reichstag wird nicht leicht werden. Zweifel, ob unsere Menschen reichen, werden immer lebhafter diskutiert. Kriegswille in Frankreich und Rußland momentan vielleicht noch stärker als in England. In London spricht man im Parlament immer mehr von der Notwendigkeit, den Krieg schnell durch Sieg zu beenden. Halte für sehr möglich demnächstige gleichzeitige große Offensive in Ost und West, vielleicht unter Heranziehung der Flotte. Über Rußland erhalten wir demnächst Nachricht einerseits durch den „alten Russen“[1088], andererseits durch den bisher als gut informiert angesehenen Sozialisten Parvus. Friedensangebote durch einen unserer Gegner bezw., da jede Aussicht auf Separatfrieden aufgegeben werden muß, durch die Gesamtheit unserer Gegner erhalten wir in absehbarer Zeit nicht. Einziger Ausweg ist, die in England vorhandene Friedensneigung so zu stärken, daß wir im gegebenen Augenblick selbst von Frieden sprechen können, ohne dadurch bei unseren Gegnern lediglich den Eindruck der Schwäche hervorzurufen. Russische Revolution kommt nicht. Auch größere Unruhen ist die Regierung stark genug niederzuschlagen. Voraussetzung für alles natürlich, daß unsere Gegner keine militärischen Vorteile erringen. Sind wir im Osten stark genug? Mir scheint, man sieht in der östlichen Front die Lage kritischer an als in der großen Bude[1089]. Wenn es uns glückt, die Verbindung mit der Türkei dauernd offen zu halten, tun wir im Südosten das, was wir da überhaupt tun können. Selbst größere Schläge gegen die Ententetruppen vor Saloniki pp. entscheiden den Krieg nicht. Die Entscheidung liegt dann wieder im Osten und Westen, freilich auch dort nur in dem Sinne, daß wir die Pfänder festhalten müssen und uns nicht schlagen lassen dürfen.

In Eile beste Grüße

[1086] Paul Schulz (oben Anm. 818) – Die im folgenden genannte: Katharina Schratt (1853–1940), Burgschauspielerin; Freundin Kaiser Franz Josephs.

[1087] Said Halim Pascha.

[1088] Gemeint der dänische Staatsrat Andersen. – Der im folgenden genannte: Alexander Parvus (Helphand) (1867–1924), russischer Revolutionär; seit Anfang 1915 in deutschen Diensten.

[1089] Im GrhQ.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

434. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 307–325. MF 982/983. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 146–147 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 18. November 1915

In der heutigen Sitzung des Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Zu Nr. 1 der Tagesordnung – vertrauliche Mitteilungen – führte der Herr Ministerpräsident aus, er habe mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Baron Burian kürzlich eine längere Unterredung über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands zu Österreich-Ungarn nach dem Kriege gehabt[1090], über deren Inhalt er sich veranlaßt sehe, dem Staatsministerium einige nähere Mitteilungen zu machen. Der Krieg habe unwiderleglich gezeigt, daß wir unser Verhältnis zu der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Beendigung des Krieges noch enger und vertrauensvoller gestalten müßten, als dies jetzt der Fall sei. Im Jahre 1879 habe Bismarck vor der Frage gestanden, ob er mit Rußland oder mit Österreich-Ungarn eine Annäherung herbeiführen solle[1091], eine solche Wahl bestehe heute nicht mehr für Deutschland. Man müsse damit rechnen, daß wir auch später noch derselben Koalition gegenüberstehen würden wie im jetzigen Kriege. Um einer solchen Gegnerschaft gewachsen zu sein, müsse unsere Defensivkraft noch weiter verstärkt werden. Dies sei erreichbar, wenn es gelinge, das 1879 als Defensivbündnis nur gegen Rußland geschlossene Bündnis mit Österreich-Ungarn zu einem allgemeinen Schutzbündnisse auszugestalten und es durch militärische Abmachungen sowie durch wirtschaftliche Annäherung zu festigen. Der Chef des Generalstabes des Feldheeres von Falkenhayn, mit dem er die Frage mehrfach besprochen habe, habe militärische Abmachungen nur dann für nützlich und wirksam gehalten[1092], wenn in einem aus den beiden Kaiserreichen zu schaffenden Staatenbund Deutschland eine Präsidialmachtstellung eingeräumt würde, ähnlich wie Preußen in Deutschland. Sei dies nicht möglich, so müsse dem Deutschen Kaiser wenigstens das Inspektionsrecht im Frieden und der Oberbefehl im Kriege über die vereinigten Armeen zugestanden werden. Diese beiden Vorschläge des Generals Falkenhayn scheiterten indessen an der politischen Unmöglichkeit. Man könne Österreich-Ungarn als Lohn für seine Waffenhilfe keine Abmachungen vorschlagen, die eine teilweise Aufgabe seiner Souveränität in sich schlösse. Ohne den zuständigen militärischen Instanzen

[1090] Oben Nr. 431.

[1091] Dieses Urteil ist höchstens im theoretischen Sinn richtig. Tatsächlich sah Bismarck nach dem Berliner Kongreß von 1878 keine Möglichkeit, mit Rußland ein derart enges Bündnis einzugehen, wie er es mit Österreich-Ungarn abschloß.

[1092] Unten Nr. 692* und oben Nr. 428 und 429.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vorgreifen zu wollen, möchte er seinerseits glauben, daß sich Abmachungen treffen ließen über die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, über ein Zusammenarbeiten der Generalstäbe beider Armeen, über eine gleichartige Ausbildung usw.

Wegen der Gestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Österreich-Ungarn habe er ja bereits vor einiger Zeit mit den Herren Ressortministern verhandelt. Die Errichtung einer Zollunion halte er gegenwärtig für unausführbar. Dagegen würde ein Zollbündnis mit gegenseitiger Zollbevorzugung anzustreben sein, welche die allmähliche Verschmelzung des ganzen Gebietes zu einer wirtschaftichen Einheit zum Ziele habe. Zu dem Zweck müsse es [= man] eine allmähliche Annäherung der gegenseitigen Zollsätze in der Richtung eines Abbaues der Zölle anbahnen. Es würde verfrüht sein, die Einzelheiten einer solchen Abmachung schon heute hier zu besprechen, er müsse sich dies vorbehalten, sobald Österreich-Ungarn sich mit den Vorschlägen grundsätzlich einverstanden erklärt habe. Eine derartige Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zu der habsburgischen Monarchie würde dann besonders wertvoll werden, wenn das Zollbündnis auf eine längere Reihe von Jahren abgeschlossen und dadurch die für die gegenseitige Verkettung der wirtschaftlichen Verhältnisse gebotene Sicherheit gewährleistet werde. Damit würde ein fester und unzerstörbarer mitteleuropäischer Wirtschaftskern begründet werden, an welchen sich später andere Staaten des Kontinents ankristallisieren könnten und welcher das erforderliche Gegengewicht gäbe gegen England, Rußland und die transatlantischen Mächte.

Bei dem Minister Burian habe er für eine derartige Gestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Verständnis gefunden. Burian habe persönlich seinen Ausführungen zugestimmt und ihm gesagt, daß er mit dem Kaiser und den österreichisch-ungarischen zuständigen Instanzen die Sache besprechen wolle und dann in weitere Verhandlungen einzutreten bereit sei. Bei den früheren Bündnisverhandlungen mit Österreich-Ungarn[1093] seien Bismarck und Andrassy von der Voraussetzung ausgegangen, daß in Ungarn die Magyaren und in Österreich die Deutschen der ausschlaggebende Volksstamm sein sollten. In Ungarn sei diese Idee vollkommen durchgedrungen, umgekehrt sei in Cisleithanien die Stellung der Deutschen dauernd im Sinken und werde teilweise überwuchert durch die Slawen. Mit Rücksicht hierauf habe er Burian bedeutet, daß das deutsche Übergewicht in Österreich für Deutschland eine Lebenfrage sei und von ausschlaggebender Bedeutung für die Gestaltung der internationalen Seite des Bündnisvertrages. Nähere Vorschläge über die Art, wie der Einfluß der Deutschen in Österreich zu sichern sei, habe er nicht gemacht, weil diese eminent politische Frage an sich eine innere Angelegenheit Österreichs sei. Er denke sich aber, daß man Zusicherungen erhalten müsse in der Richtung, daß die deutsche Sprache im Staat und in der Schule die herrschende sein solle.

[1093] Bei der Vorbereitung des Zweibundes vom 7. Oktober 1879.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ferner habe er mit Burian das polnische Problem besprochen, dabei aber betont, daß diese Besprechung eine unverbindliche und rein akademisch sei, da man heute noch nicht entscheiden könne, was aus Polen werden solle. Er habe sich bei dieser Besprechung im wesentlichen auf den Standpunkt des Herrn Staatsministers von Jagow in dessen Votum vom 25. Oktober[1094] gestellt, welche ja den Herren Staatsministern seinerzeit zugegangen sei. Er müsse dabei betonen, daß, wenn sich eine Möglichkeit böte, mit Rußland Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß Polen wieder zurückgegeben werde, unsere militärische und politische Situation es angezeigt erscheinen lassen würde, an dieser Bedingung die Friedensverhandlungen nicht scheitern zu lassen. Wenn eine Rückgabe des eroberten Polen an Rußland nicht in Frage käme, so schiene ihm die Angliederung Polens an Österreich-Ungarn für Deutschland noch immer die am wenigsten ungünstige Lösung der polnischen Frage zu bedeuten. Eine Einverleibung Polens in Preußen und Deutschland erscheine ihm nicht ratsam, da sonst durch den Zuwachs von 12 Millionen Polen der nationale Charakter des deutschen Staates völlig verändert und untergraben werden würde. Auch die Errichtung eines selbständigen Polens erscheine ihm nicht wohl angängig; ein solcher Pufferstaat würde nicht lebensfähig sein, stets eine unbequeme Schaukelpolitik treiben und sich als unsicherer Nachbar erweisen. Die Irredenta in Polen werde stets auf ihre Stammesgenossen in Preußen blicken. Die Angliederung Polens an Österreich habe allerdings auch große Bedenken. Es sei durchaus nicht sicher, ob Österreich-Ungarn bei der Eigenart seines Staats- und Verwaltungslebens diesen großen Bissen werde verdauen können. Auch widerstrebe diese Lösung, weil Polen mit deutschem Blut erobert sei. Die Entscheidung werde im übrigen aber auch von dem Ausfall des Krieges im ganzen abhängen. Wenn wider Erwarten Polen als Siegesbeute in Betracht käme, dann werde man nicht dies einzige Faustpfand an Österreich-Ungarn abtreten können. Wenn aber Polens Angliederung an Österreich-Ungarn möglich sei, ohne deutsches Gefühl zu verletzen, dann enthalte diese Angliederung für Deutschland vielleicht die geringeren Gefahren. Indessen würden dabei zu unseren Gunsten Grenzveränderungen vorgenommen werden müssen[1095], soweit sie militärischerseits aus strategischen Gründen für notwendig gehalten würden. Weiter solle man wohl nicht gehen, denn sonst würde es zu einer vierten Teilung Polens kommen. Dadurch aber würden die polnischen Aspirationen und Leidenschaften aufs neue erregt und verschärft werden. Neben den strategischen Grenzverbesserungen würden weitgehende wirtschaftliche Vorbehalte zu machen sein; dies gelte insbesondere hinsichtlich der Regelung des Verkehrs auf den Eisenbahnen und auf den Wasserstraßen mit der ungehinderten Durchfuhr der Waren nach Rußland.

[1094] Gedruckt: Basler, Deutschlands Annexionspolitik S. 387–389.

[1095] Dazu allgemeine Geiss, Der polnische Grenzstreifen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Besonders wichtig würde es im Falle der Angliederung an Österreich[1096] sein, daß das deutsche Element in Österreich nicht noch weiter zurückgedrängt werde. An sich würde Österreich-Ungarn dadurch noch stärker slawisiert werden, er glaube aber, das sich doch Wege finden ließen, welche einen maßgebenden politischen Einfluß der Deutschen in Österreich auch nach der Angliederung Polens gewährleisteten. Burian denke sich die Angliederung etwa in folgender Form: Polen solle ein autonomes Kronland und mit Westgalizien vereinigt werden; es solle ein aus einer Kammer bestehender Landtag eingerichtet werden; finanziell solle Polen selbständig gestellt werden, so daß es nicht auf Zuschüsse aus Österreich rechnen könne. Die Deutschösterreicher würden hierin für ihre Stellung im Staate einen Fortschritt erblicken. Was die Stellung des polnischen Kronlandes innerhalb der habsburgischen Monarchie anlange, so würde von gewisser Seite (Goluchowski) ein Trialismus angestrebt. Er glaube indessen kaum, daß eine solche Lösung den deutschen Interessen entsprechen würde, denn dann würde Polen nicht von Wien, sondern von Warschau aus regiert, und das könnte für das Deutschtum leicht gefährlich werden. Auf die Zentralregierung in Wien würde man auch von hier aus einen gewissen Einfluß ausüben können, kaum aber auf die Regierung in Warschau. Die Deutschösterreicher und die Ungarn widerstrebten dem Trialismus. Burian wolle, daß die Polen aus dem österreichischen Reichsrate ausschieden und dadurch den Deutschen dort die absolute Majorität zufalle; dadurch würde für die Deutschen eine Verbesserung selbst im Vergleich zu dem gegenwärtigen Standpunkt eintreten. Für die gemeinsamen Angelegenheiten der sämtlichen Kronländer Österreichs solle ein engerer Reichsrat gebildet werden.

Dies sei ungefähr der Inhalt seiner Besprechungen mit Burian gewesen. Wenn sie auch an sich nur unverbindlich seien, so glaube er doch schon jetzt das Staatsministerium über sie informieren zu sollen. Er wolle sich dahin zusammenfassen, daß er eine Vertiefung des bestehenden Bündnisses mit Österreich-Ungarn anstrebe, einmal nach der politischen Seite, sodann durch eine weitere Ausgestaltung der militärischen Vereinbarungen mit dem Ziele einer größeren Stärkung des deutschen militärischen Einflusses und drittens durch eine Annäherung der wirtschaftlichen Beziehungen mittels langfristiger Abmachungen. Nur wenn die Ausgestaltung des Bündnisses mit Österreich-Ungarn nach allen diesen Richtungen, namentlich aber auch der militärischen Seite hin, gewährleistet sei, könne in die Abtretung Polens an Österreich-Ungarn gewilligt werden. Aber auch in diesem Falle sei dies nur zulässig unter der Voraussetzung, daß sich erstens die Loslösung Polens von Rußland und Angliederung an Österreich-Ungarn unter ausreichenden Kompensationen für Deutschland ermöglichen lasse, daß zweitens eine strategische Grenzberichtigung an der polnischen Grenze erfolge, welche den militärischen Ansprüchen genüge, daß drittens der wirtschaftliche Einfluß Deutschlands in Polen sicher-

[1096] Zur sogenannten austropolnischen Lösung der polnischen Frage 1915 vgl. Conze, Polnische Nation S. 80–83, 138–145; Lemke, Allianz S. 178–184, 241–252.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gestellt und daß viertens die vorherrschende Stellung des Deutschtums in Österreich gewährleistet werde.

Falls das Staatsministerium sich mit diesen seinen Ausführungen einverstanden erkläre, so würde dies seine weitere Arbeit sehr erleichtern.

[*Kommentare anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stimmte den Darlegungen des Herrn Finanzministers[1097] über die Notwendigkeit handelspolitischer und verkehrspolitischer Konzessionen in Polen zu. Dem Herrn Kultusminister müsse er erwidern, daß bisherige Sondierungen in Rußland wegen Abschluß eines Separatfriedens zu keinem positiven Erfolge geführt hätten. Es sei möglich, daß der Zar eine Zeitlang hierzu Neigung gehabt hätte, seitdem aber das Abkommen vom September 1914 mit Frankreich und England[1098] wieder erneuert sei, glaube er nicht, daß der Zar stark genug sei, sich von diesem Abkommen freizumachen und einen Separatfrieden gegen den Willen der Alliierten zu schließen. Möglich wäre es aber immerhin, daß Rußland sich bereit zeigen werde, auf den Abschluß eines Friedens bei seinen Alliierten hinzuwirken, wenn es selbst günstige Bedingungen erhalten könne. Ob man deutscherseits einen solchen Versuch nachen solle, sei ihm nicht zweifellos. Im gegenwärtigen Augenblicke sei kein Raum für Friedensverhandlungen mit Rußland. Die russische Regierung habe einstweilen eine starke Position, und die Umgebung des Zaren wolle, abgesehen von der Zarin-Mutter[1099], die Fortsetzung des Krieges, namentlich sei dies der Wunsch der Generalität. Die Nachrichten über die inneren Umstände Rußlands widersprächen sich völlig. Aus sonst ihm als zuverlässig bekannten Quellen erhalte er die widersprechendsten Nachrichten; einige glaubten an einen baldigen Zusammenbruch der russischen Regierung, andere wären der Auffassung, daß davon gar keine Rede sein könne. Die russische Armee scheine noch immer sehr stark zu sein.

In Frankreich sei der Kriegswille gegenwärtig noch ein sehr entschiedener; in Italien sei die Kriegslust zwar im Abflauen, aber die Rückwärtsbewegung sei eine nur sehr langsame. Die Entente übe nach wie vor einen starken Druck auf Italien aus, und in den bevorstehenden Parlamentsverhandlungen werde sich nach den ihm gewordenen Mitteilungen die Regierung noch stark genug erweisen, um die bisherige Kriegspolitik aufrecht zu erhalten.

Mit dem Herrn Finanzminister teile er die Zweifel, ob Österreich die Kraft besitzen werde, Polen so zu verwalten, wie es im deutschen Interesse gefordert werden müsse. Aber man befinde sich hier in einer Zwangslage, und die von

---

[1097] August Lentze. – Der dann genannte Kultusminister: August von Trott zu Solz.

[1098] In der Deklaration von London vom 4. September 1914 zwischen England, Frankreich und Rußland verpflichteten sich die drei Unterzeichner, „im gegenwärtigen Kriege keinen Separatfrieden zu schließen“. Der Vertrag wurde am 19. Oktobet 1915 unter Einschluß Japans in London erneuert. Am 30. November trat ihm auch Italien bei. Text für den 4. September 1914: CTS 220 (1914/15) S. 300; für die Erweiterungen: CTS 221 (1915/16), S. 171–172 und S. 221.

[1099] Marija Fëdorovna (1847–1928), geb. Prinzessin Dagmar von Dänemark; Zarin 1881–1894; Mutter des Zaren Nikolaus II.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihm in Aussicht genommenen Maßnahmen liefen ja gerade darauf hinaus, die österreichisch-ungarische Monarchie zu stärken und durch eine engere politische, militärische und wirtschaftliche Angliederung an Deutschland in den Stand zu setzen, auch den neuen Aufgaben, die durch die Angliederung Polens erwüchsen, gerecht zu werden, ohne die dem Deutschtum gebührende Stellung zu schmälern. Er glaube nunmehr, das Einverständnis des Staatsministeriums mit seinen Ausführungen feststellen zu können.

[*2. Erhöhung der direkten Steuern in Preußen. Die Lage der Reichsfinanzen. – 3. Ernennungen.*]

435. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1611. Berlin, 19. November 1915, 4 Uhr 42 Min. Vm.
Ankunft: 19. November 1915, 6 Uhr 10 Min. Vm.

Zu Euerer Exzellenz Information.

General von Falkenhayn hat heute durch Kriegspresseamt einen für die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bestimmten rein politischen, Churchill verhöhnenden Artikel[1100] mir zur Kenntnis, jedoch mit dem durch Major Deutelmoser ausdrücklich ausgesprochenen Vorbehalt, vorlegen lassen, daß er für sich das Recht beanspruchte, auch politische Artikel nach seinem Gutbefinden in Norddeutscher erscheinen zu lassen. Der Artikel ist erträglich, jedoch politisch zwecklos und zum Teil höchst geschmacklos. Ich habe Deutelmoser mündlich dahin bescheiden lassen, daß die Veröffentlichung politischer Artikel in Norddeutscher stets meiner Zustimmmung bedürfe, ich jedoch gegen vorliegenden Artikel keine durchschlagenden Bedenken geltend machen wolle.

Gewinne Eindruck, daß beabsichtigt wird, Sache zum Bruch zu treiben, und bitte, danach Sprache und Verhalten einzurichten.

Im Anschluß an heute abend abgehenden Privatbrief:

Exzellenz Schulz hat Admiral von Holtzendorff direkt mitgeteilt, daß Kaiser Franz Joseph beabsichtige, König Ferdinand bei dessen in nächster Zukunft beabsichtigtem Besuch in Wien Feldmarschallstab zu überreichen.

[1100] Er erschien am 19. November 1915 in der zweiten Ausgabe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, Nr. 321, auf S. 1 unter dem Titel: „Churchill – Fallstaff“. – Die NAZ erschien seit 1861 als offiziöses Organ der preußischen/deutschen Regierung, sie wurde Ende 1918 in „Deutsche Allgemeine Zeitung“ umbenannt und behielt ihren konservativ-staatstragenden Charakter bei; sie erschien noch bis April 1945.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

436. Treutler an AA

PA Berlin, R 5262. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 687. Pleß, 26. November 1915, 5 Uhr 30 Min. Nm.
Ankunft: 26. November 1915, 6 Uhr 35 Min. Nm.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 1649.

General von Falkenhayn bittet mich, Ew. Exzellenz folgendes Telegramm zu übermitteln:

Nach den von mir angestellten Ermittelungen sind irgend welche auffälligen oder auch nur besonderen militärischen Maßnahmen in der Nordmark nicht getroffen worden[1101]. Die von Minister von Scavenius erwähnte Erregung in Dänemark kann sich daher nicht hierauf gründen, höchstens auf falsche Gerüchte. v. Falkenhayn.

Nr. 9899 P.

437. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 27. November 1915 abends

Lieber Treutler!

Seit unserem gestrigen Telephongespräch bin ich buchstäblich nicht zu Atem gekommen. So habe ich das scriptum an Sie nicht beenden können. Und da es sich nicht um aktuelle, aber doch sehr ernsthafte Zukunftserwägungen handelt, kann ich die Sache nicht übers Knie brechen. Auch wird mir die morgige Besprechung mit Falkenhayn hoffentlich Klarheit über wichtige Punkte bringen, die ich sonst konditional behandeln muß. Sobald es mir möglich ist, liefere ich das Versprochene nach. Aber die nächsten Tage sind mit Reichstagseröffnung pp. überlastet. Sprechen tue ich nicht vor dem 9. oder 10. Mir scheint, in England vornehmlich, aber auch in Frankreich spitzt man die Ohren. Auf diesem Reichstag ruht eine ungeheuere Verantwortung. Ob ich noch vorher nach Pleß[1102] kommen kann, weiß ich nicht. Ganz in großen Zügen werde ich wohl vorher S.M. informieren müssen. Am besten durch Ihren Mund. Vermutlich werde ich Sie in nächster Woche bitten, auf einen Tag herzukommen.

Daß S.M. in Wien wegen Polens nur ganz vorsichtig ist und keinerlei Versprechungen abgibt. Wir müssen uns g a n z freie Hand vorbehalten, um unsere

[1101] Oben Nr. 432.

[1102] In Oberschlesien, wo sich jetzt das GrHQ befand.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bedingungen durchdrücken zu können. Ein bestimmtes Wort wegen Erhaltung des Deutschtums in [*Stelle freigelassen*] ist notwendig.

In Warschau[1103] geht alles drunter und drüber. Schrankenlose widersinnige Herrschaft der Soldateska. Beseler ist zwar klug, aber handlungsunfähig. Er duldet, daß seine Leute in folgender Skala Kampfstellung einnehmen:

1. Zivilverwaltung. Ceterum censeo esse delendam.

2. Katholische Geistlichkeit. Diese verfluchte Bande müssen wir ausrotten.

3. Polen. Ein Lumpenpack.

4. Die Russen. Liebe Leute.

Obgleich der Kredit der Österreicher gleich Null ist, treibt man die Polen mit fliegenden Fahnen in ihre Arme. Ich habe neulich lange mit Beseler gesprochen. Er war ausnehmend klug und verständig. Aber seitdem soll es schlimmer gehen als zuvor. Sein Stabschef General von Esch[1104] soll ein braves Rindvieh sein. Vielleicht würde seine Ablösung Besserung bringen. Aber wir scheinen eben unfähig zu sein, anders als mit einem überhobenen Dreschflegel zu regieren.

Gute Nacht und gute Reise.

438. Bethmann Hollweg vor Parteiführern

BA Berlin, R 43/2398e, f. 22–30. Protokoll. Konzept in Maschinenschrift mit handschrifltichen Ergänzungen (des nicht genannten Protokollanten).

RK 5913. [Berlin] 29. November 1915, nachm. 5 Uhr

[*28 Teilnehmer*.[1105]]

S.E. begrüßen. Tagung an Wichtigkeit über allen Tagungen des Reichstags[1106]. Kann entscheidend sein für die Beendigung des Krieges.

1103 Warschau in Russisch-Polen war am 5. August 1915 von deutschen Truppen eingenommen worden. Vgl. Der Weltkrieg VIII S. 333–340; Falkenhayn, Oberste Heeresleitung S. 102–104.

1104 Hans von der Esch (1862–1934), Generalmajor; Chef des Stabes des Generalgouvernements Warschau August 1915–November 1916.

1105 Die Liste der Teilnehmer auf Seite 1 des Protokolls vermerkt folgende Namen: (Konservative): Westarp, Heydebrand , Rösicke; (Zentrum) Spahn, Gröber, Mayer-Kaufbeuren, Erzberger; (Nationalliberale) Prinz Schönaich-Carolath, Schiffer, Bassermann; (SPD) Scheidemann, Haase, Molkenbuhr, Ebert; (Freisinn) Fischbeck, Payer, Müller-Meiningen; (Polen) Seyda, Morawski; (Freikonservative) Gamp-Massaunen, Schultz; (Wirtschaftliche Vereinigung) Behrens, Mumm; (Elsässer) Ricklin, Hauß; (Hannover) Schele; außerdem Kaempf, Delbrück.

1106 Am folgenden Tag, 30. November, trat der Reichstag zu seiner sechsten Kriegstagung wieder zusammen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 568–575. Zur Fortsetzung am 9. Dezember vgl. unten Nr. 446 und 705*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lage: Serbienfeldzug[1107] war unerläßlich. Bulgarien [sollte] durch Entente unsere Verbindung mit Konstantinopel verhindern.

Wir haben seit über Jahresfrist gearbeitet. Wechsel des Krieges hinderte immer Bulgarien. Endlich Vertrag[1108]. Ergebnis jetzt in Verbindung Entkräftung der Entente. Was Salonikitruppen machen?? Gestern eingehend mit Falkenhayn. Auch militärisch nicht zu übersehen.

England – „Beschützer der kleinen Staaten" – übt unerhörten Druck aus[1109]. Der ersten Note eine zweite an[s] Unmögliche grenzende gefolgt. Was Athen antwortet, noch unbekannt.

Rumänien hoffe bestimmt auf Neutralität. Thronrede[1110]. Take Jonescu und Filipesko mit ihrer russophilen Agitation Fiasko.

Osten durchaus gesichert. Russische Armee retabliert sich. Ob sie früher offensiv?? Nicht zu erkennen.

Westen starke Reserven. Lage auch dort gesichert. Für große Offensive an denselben Stellen. Jetzt wieder zweifelhaft. Wir sind gesichert.

Politische Lage.

Sondierungen, die wir im Frühjahr und Sommer anstellten, von Rußland offiziell und offiziös abgelehnt. Sie kennen Äußerungen von Sassonof, Goremykin[1111]. Presse predigt Krieg à outrance. In den maßgebenden Kreisen Friedensneigungen nicht vorhanden. Hoffte, daß serbische Expedition Abflauen herbeiführen würde.

Nicht der Fall. Zar in Reni gewesen[1112]. Truppen inspiziert, die angeblich gegen Bulgarien. Wie Russen Bulgaren angreifen wollen, unseren Militärs zweifelhaft. Zar anscheinend nicht friedlich. Liberale Bourgeoisie entschieden kriegerisch, auch hält sie friedliche Neigungen der Arbeiter nieder. Bestehendes reaktionäres Regime sehr stark, nicht für Frieden. So keinerlei Aussicht auf Frieden mit Rußland.

Frankreichs Stellung vielleicht richtig zu erkennen aus letzten Parlamentsverhandlungen. Fazett[!]: Briand[1113] verkündet, Krieg fortsetzen, bis Elsaß-

---

1107 Oben Anm. 1033.

1108 Am 6. September 1915 (oben Nr. 383 und Anm. 969). – Zum folgenden oben Nr. 570 (mit den dortigen Anmerkungen).

1109 Auf Griechenland. Noten der Entente an Griechenland erfolgten am: 24. Oktober 1915 (Drohung mit Abbruch der Beziehungen), 23./24. November (Truppen der Alliierten haben Aktionsfreiheit in Griechenland); 27. November (betreffend die zu erwartende materielle Hilfeleistung Griechenlands). Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1232, 1237.

1110 Am 28. November 1915: ebenda S. 1197.

1111 Ivan Logginovič Goremykin (1839–1917), russischer Ministerpräsident 1906 und 1914–1916.

1112 Nikolaus II. war Ende Oktober an der Südfront und besuchte dort auch Reni (am Zusammenfluß des Pruth und der Donau).

1113 Aristide Briand (1862–1932), französischer Außenminister 1914–1917; Ministerpräsident 1915–1917. – Seine jüngsten Kriegsreden im Senat und in der Kammer am 3. November 1915 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 934–937. – Der im folgenden genannte: Pierre Narcisse Renaudel (1871–1935), französischer Journalist und Politiker; Mitglied der Abgeordnetenkammer 1914–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lothringen erobert und preußischer Militarismus zu Boden geworfen. Auch Sozialist Renaudel Elsaß-Lothringen nehmen als Ziel bezeichnet. Daß in Frankreich große Teile Frieden wünschen, ist selbstverständlich. Aber sie sagen: Friede jetzt für Frankreich unglücklich, Unrecht, Zukunft Frankreichs! Wie siegen, wissen wir nicht. Aber wir müssen weiter kämpfen und Hoffnung auf Erschöpfung Deutschlands.

Bei uns: Frankreich und England von Anfang an behauptet, es sei mathematisch sicher, daß sie uns zu Boden zwängen. Dann Hoffnung auf <Niederringung> durch Organisation geschwunden. Eben neue Nahrung durch die Erwartungen, die sich an die Knappheit und Teuerung anknüpft. Nur Blick in Zeitungen. Hoffnungen lebhaft angefacht. Nicht nur Klagen, auch Glaube, daß die Folge Teuerung. [*Lücke im Orginal; zu ergänzen:* Zeichen] von Schwäche, wie in alten Zeiten. Auf diese Hoffnung basieren die Franzosen ihren Entschluß, den Krieg à outrance fortzusetzen.

Wenn einzelne Lebensmittel knapp, doch im ganzen genug, um unser Volk durchzubringen und gegen Vernichtungswillen der Feinde uns zu behaupten. Weiß sehr wohl, daß manche Kreise leiden, schwer leiden. Unsere Aufgabe, die Lebensmittel richtig zu verteilen. Kritiken an Regierung durch alle [*Lücke im Orginal:* Zeitungen?] werden reichlich im Reichstag besprochen werden. Haben getan, was für richtig halten. Werden es ausbauen. Daß wir hie und da fehl gegangen, ist menschlich. Werden für alle Anregungen dankbar sein. Halten es aber für unbedingt erforderlich, daß keiner unserer Feinde aus Reichstag Schluß: wir verhungerten. Jedes solche falsche Urteil Quelle der Kraft für unsere Feinde.

Hätte England uns richtig geschätzt, so hätte Grey wohl nicht das Wort gesprochen: Für England gleichgiltig[1114]. Wenn wir jetzt moralisch und materiell unterschätzt werden, so bedeutet das, wir haben Krieg länger.

Frankreich, irgend eine Bereitwilligkeitserklärung für Friedensverhandlungen nicht zu erwarten. England: Oberhausreden wohl symptomatisch. Aber man fängt an zu überlegen, ob Geschäft noch gut. Fängt an zu überlegen unter dem Druck der finanziellen Verhältnisse. Sie sind schwer – nehme Bezug besonders auf Helfferich[1115]. Sie haben so große Bedeutung für den Bau des großen Weltreichs, daß nachdenkliche Engländer sich überlegen, wie Ende.

Asquith hat davon in der Guildhall gesagt: Kriegsziele noch die alten. Schutz der kleinen Nationen und Zerschmetterung des preußischen Militarismus. Rückgabe auch Elsaß-Lothringens[1116].

[1114] Vermutlich gemeint ist die Bemerkung Greys im Unterhaus am 30. Oktober 1915, es sei gleichgültig, ob Güter, die von einem neutralen Hafen nach einem anderen gingen, wenn ihre Endbestimmung Feindesland (= Deutschland) sei; sie seien stets als Feindgut zu behandeln. Ebenda S. 848–849.

[1115] Den Fachmann für deutsche und internationale Finanzfragen. Er erläuterte am folgenden Tag im Reichstag die deutschen Finanzangelegenheiten, kam aber nicht auf die englischen Finanzsorgen zu sprechen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 569–574.

[1116] Diese Ausführungen Asquiths in seiner Guildhallrede am 10. November 1915: ebenda S. 861.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Friedensredner im Oberhaus.

Nicht ausgeschlossen, daß Neigungen für Frieden in England stärker werden. Äußerungen der Regierung lassen das nicht erkennen. Die letzten vertraulichen Äußerungen Greys vor sechs Wochen: Ich sehe keine Basis für den Frieden. So zu einem Neutralen, der zu mir kam[1117].

Bei uns Sehnsucht nach Frieden zugenommen. Wer nicht nach Frieden ausschaut und nur daran denkt, wie Krieg fortzusetzen, müßte Herz von Stein haben. Verbrecherisch zu sagen, jeden Frieden lehne ich ab. In Presse gefragt – will nicht von Liebknecht reden – Warum machst Du nicht Frieden und unter welchen Bedingungen. Will nicht antworten: Dazu zwei nötig, und die andern wollen nicht. Will auch über Bedingungen nicht antworten. Frieden, jeden Frieden, namentlich diesen nach solchem Kriege. Ding [= Sache] der Verhandlungen und des Geschäfts. Bedingungen richten sich nach unserer Stärke und nach den Verhandlungen mit Gegnern. Lege ich atouts auf den Tisch, habe ich Spiel verloren. Jedes Zeichen von Uneinigkeit oder Schwäche wird Kriegshetzer im Ausland so stärken, daß sie absolutes Oberwasser bekommen. Selbstverständlich: Französ. Machthaber muß sagen: Deutsche müssen aus Nordfrankreich und Elsaß heraus. Wenn er sieht, der Feind wird schwach und kleinmüitig, wäre er Vaterlandsverräter, wenn er darauf nicht hinweist.

England: Hohes Spiel. Am letzten Ende seiner Weltherrschaft. Sie wird durch Länge des Krieges gefährdet. Finanzlage. Infolgedessen denkt verständiger Engländer an Frieden. Wenn er aber Aussicht hat, uns zu schlagen und sein angeknabbertes Prestige herzustellen, läßt er diese Chance nicht fahren. Darum wird jedes Zeichen von Schwäche aufkeimende Friedensregungen vernichten.

Aufgabe des Reichstags.

Ausland zeigen: Wenn ihr Vernichtungskrieg weiterführen wollt, ganzes deutsches Volk einig bis auf letzten Mann. Genug an Machtmitteln haben wir. Anschein, daß wir uns ängsten, darf nicht entstehen. Diese Entschlossenheit aber auch in einer Weise zeigen, die Friedensneigung stärkt. Vernichtender Schlag zur Erzwingung des Friedens nicht möglich. Wir müssen der Friedensneigung der Feinde neue Unterlagen geben. Wir können nicht hervortreten: keine Annektionen, Status quo. Dann wird man sagen: Die sind fertig. Wiederhole: Zeichen von Stärke und Einigkeit nötig in Form, die Friedensneigung stärkt.

Nicht leicht. Nur möglich, wenn wir alle auf gemeinsamer Grundlage vorgehen. Verschiedene Ansichten zu Wort. Hoffe aber, gemeinsames Ziel im Auge. Itio in partes[1118] nicht brauchen. Wiederhole: Verantwortung des Reichstags, der Regierung, jeden Redners ganz ungeheuer. Weil sie Kriegswillen Tausenden unserer Feldgrauen das Leben kosten. Umgekehrt Stärke und Einigkeit kann in England und Frankreich Friedensneigungen heben: Suchen nur Frieden, der nichts anderes anstrebt, nur dem Deutschen Reich für Zukunft mög-

[1117] Es handelt sich vermutlich um den dänischen Staatsrat Andersen.

[1118] Das heißt: Auseinandergehen in Uneinigkeit.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichst Sicherheit vor solchen [*sic*]. Bittet angesichts der ungeheuren Verantwortung, daß alle mitarbeiten für den baldigen, siegreichen und ehrenvollen Frieden.

[*Es folgen zwei sehr kurze Interventionen Fischbecks und Spahns, etwas längere seitens Bassermanns und Scheidemanns; dieser kündigt an, den Reichskanzler im*

Reichstag für die Friedensziele zu interpellieren.]

S.E. [= Bethmann Hollweg]: Dankbar, daß Soz. Absicht ankündigen, sehe grundsätzliche Bereitwilligkeit, nicht einzutreten in Aktion, ohne uns besprochen zu haben. Viel zu ernster Augenblick. Keine itio in partes. Müssen zusammen arbeiten. Sind wir dem Blut unserer Krieger schuldig. Verantwortung für Einzelvorgehen vor Gott und dem Volk nicht zu tragen. Wir müssen zusammen halten. Ich sage das kraft der schweren Verantwortung, die ich für das ganze Deutschland trage. Ich erwarte also, daß die Herren vorher Form ihrer Frage mit mir vereinbaren.

Ich habe bei allen Kundgebungen betont:

Wir verteidigen Haus und Heimat. Wenn wir Feinde zurückgeschlagen haben, verpflichtet, Frieden so zu schließen, daß in Zukunft der Koalition der Entente die Lust vergehe, uns wi[ede]r einzukreisen und zu überfallen. Habe es stets unterlassen, konkrete Ziele aufzustellen. Alle Gegner, auch Regierungen, immer gesagt, daß sie uns v e r n i c h t e n wollen. Karten, auch Postkarten bekannt[1119]. Von uns soll nur Brandenburg bleiben. Asquith: Und wenn es zwanzig Jahre dauert. Grey: Unwürdig, in einem Europa zu leben, wo Deutschland gesiegt hat. So haben die Minister gesprochen. National Review[1120] hat Kriegsziele, gegen die die Verbände Waisenknaben sind.

M.H., ich warne dringend vor der Form einer Interpellation. Daß muß im Ausland den Eindruck erwecken, den Sie n i c h t wollen. Die Feinde werden darauf den Krieg verlängern.

Wir haben große Faustpfänder in der Hand. Schlagfertige Armee. Jetzt wären wir in guter Position für Verhandlungen. – Wenn Sie mich so fragen, welche Bedingungen für Frieden etc, dann muß ich [antworten:] Ziele, die Friedenssehnsucht schwächen, oder ich muß antworten, so daß [die Feinde] sagen, seht nur, man bettelt um Frieden. Taktische Rücksichten dürfen jetzt nicht sprechen. Alle einig, daß wir bald guten Frieden wollen. Einig, jedes Wort auf Goldwage. Also absolut notwendig einheitliche Aktion des Reichstags, indem die verschiedenen Ansichten zu Worte kommen können.

Also dringende Bitte: Besprechen Sie die Form mit mir. Verständigen wir uns über eine Form, die das Vaterland nicht schädigt. Laden Sie keine Verant-

[1119] Gemeint: Englische Karten (und Postkarten), auf denen Preußen-Deutschland nach dem siegreichen Kriegsende territorial zusammengestutzt dargestellt wird.

[1120] Englische Zeitschrift, die von 1883 bis 1960 erschien und im Ersten Weltkrieg unter ihrem Herausgeber Leopold Maxse scharfe antideutsche Töne anschlug. – Zum folgenden: Gemeint sind die Kriegszielforderungen des Alldeutschen Verbands und der deutschen Wirtschaftsverbände.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wortung auf sich, die Sie auch vor Ihren Brüdern in den Schützengräben nicht tragen können[1121].

[*Es folgen auf einer Seite Bemerkungen von vier Parteiführern, die Scheidemann vorsichtig warnen, im Reichstag mit einer Interpellation aufzutreten.*]

439. Bethmann Hollweg an Wild von Hohenborn

BA Berlin, R 43/2398e, f. 20–21. Schreiben. Eigenhändiges Konzept.

RK 5910 K.J. Berlin, 29. November 1915

Eigenhändig
Einschreiben
Geheim

In der Sitzung des Kgl. Staatsministeriums vom 21. September d. J.[1122] hatte ich auf Grund einer vorgängigen Rücksprache mit E.E. mich bei einer vertraulichen Erörterung der allgemeinen Lage dahin geäußert, daß nach übereinstimmender Auffassung Ew.E. und des Generals von Falkenhayn unser Menschenmaterial noch bis in den Winter 1916/17 reiche. Kurze Zeit darauf machten mich E.E., die an der Sitzung nicht hatten teilnehmen können, darauf aufmerksam, daß ich den Termin damit etwas weiter hinausgeschoben habe, als es E.E. Auffassung entspräche, und es danach zutreffender gewesen wäre, den Herbst 1916 zu nennen.

Gestern hat mir der General von Falkenhayn in mündlicher Unterredung von sich aus mitgeteilt, wir könnten, was Menschenmaterial, Rohstoffe und Lebensmittel für das Heer anlange[1123], noch drei Jahre lang Krieg führen. Ich muß diese Mitteilung dahin auffassen, daß unsere materiellen Machtmittel in den drei bezeichneten Richtungen nach menschlichem Ermessen ausreichen, unseren Feinden noch drei Jahre lang mit Erfolg Stand zu halten, daß insonderheit unser Menschenreservoir groß genug ist, um noch drei Jahre lang unsere Formationen immer mehr so aufzufüllen, daß sich unser Kräfteverhältnis zu dem gegnerischen – Quantität und Qualität zusammengenommen – nicht wesentlich verschiebt. General Falkenhayn fügte hinzu, daß diese Schätzung auf Grund bestimmter Unterlagen gemacht sei.

Nach den bestehenden Ressortverhältnissen muß ich annehmen, daß an der Aufstellung der Unterlagen E.E. Ressort beteiligt gewesen ist. Der gewaltige

[1121] Zwei Tage später, am 1. Dezember 1915, teilte die SPD-Fraktion im „Vorwärts“ mit, sie werde den Reichskanzler auffordern, im Reichstag „Auskunft darüber zu geben, unter welchen Bedingungen er geneigt wäre, in Friedensverhandlungen einzutreten“. Vgl. unten Nr. 446. Scheidemann handelt die Angelegenheit in seinen Erinnerungen ab: Scheidemann, Memoiren I S. 377–382.

[1122] Vgl. oben Nr. 406.

[1123] Zu dieser Frage allgemein die umfangreiche Reihe: Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie. [Bd. 1–12.] Stuttgart [u. a.] 1927–1932 = Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für Internationalen Frieden. Abt. f. Volkswirtschaft und Geschichte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unterschied zwischen der Schätzung vom September und der jetzigen Auffassung und die ungeheure Bedeutung dieser Frage für die Führung der gesammten Politik läßt mich an E.E. die ergebenste Bitte richten, mich gefälligst tunlich bald über die Sachlage möglichst eingehend zu informiren, wobei ich darauf hinweisen darf, daß auch die Einschätzung der Rohstoffvorräte ganz ungemein von allem abweicht, was mir bisher darüber bekannt geworden ist.

440. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 72–73. Telegramm. Eigenhändiges Konzept. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[Großes Hauptquartier] 29. November 1915

Legt nochmals seine Stellungnahme zu den „wichtigsten der gestern mündlich behandelten Fragen“ dar. Ansicht, daß es Deutschland freistehe, entweder durch Dokumentierung seiner Geneigtheit, auf Bedingungen, die den Gegnern genehm seien, bald Frieden zu schließen oder den Krieg solange fortzusetzen, bis der Wille der Feinde zum Siege und damit auch zum Durchhalten des Krieges gebrochen sei, selbst auf die Gefahr hin, daß Deutschland dabei den letzten Mann und den letzten Groschen einsetzen müßte, sei falsch. In Wirklichkeit haben wir jene Wahl nicht, sondern sind gezwungen, den letzterwähnten Weg bis zum guten oder bitteren Ende zu gehen, ob wir wollen oder nicht. Daß die Ansicht, wir hätten noch eine Wahl, überhaupt vertreten werden kann, beruht auf völliger Verkennung des ungeheuren Geschehens, an dem wir teilnehmen. Es handelt sich nicht mehr um einen Krieg, wie wir ihn früher kannten, sondern der Krieg ist für alle Beteiligten mittlerweile zum Kampf um das Dasein im eigentlichen Sinne geworden. Diejenige Partei, die in einem solchen Ringen, in dem es um das Höchste geht, mit Friedensanerbietungen hervortritt, ohne daß sie ganz sichere Anzeichen von Seiten eines der Gegner hat, daß er nachzugeben bereit ist, zeigt verderbliche Schwäche, weil das Anerbieten automatisch zur Schwächung des Willens zum Durchhalten beim eigenen Volk und der Kampfkraft beim Heere und zur Stärkung dieses Willens bei den Feinden führen muß.

Ich würde daher Erklärungen, die aufgefaßt werden könnten, wie es hier geschildert ist, für ein namenloses Unglück halten. Wir würden meiner Meinung nach auch durch keine Gestaltung der Lage im Innern des Reichs gerechtfertigt werden. Daß die militärische Lage sie nicht rechtfertigt, brauche ich kaum näher zu begründen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

441. Bethmann Hollweg an Luckwald[1124]

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 73–74. Telegramm. Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 30. November 1915

Falkenhayn polemisiere mit besonders pointierter Entschiedenheit gegen Ansichten, von denen er, Bethmann Hollweg, nicht wisse, wer sie gegenüber Falkenhayn vertreten habe, und die – darin stimme er Falkenhayn zu – so verkehrt und gefährlich seien, daß sie nicht scharf genug zurückgewiesen werden können. Beklagen könne er nur, daß Falkenhayn den Unterschied zwischen diesen Ansichten und den von ihm, Bethmann Hollweg, in der Unterredung vom 28. produzierten Anschauungen anscheinend ignoriere, da sonst die Adressierung der Polemik ihm, Bethmann Hollweg, unverständlich wäre.

„Nicht um die Wahl zwischen der Unterwerfung unter einen unseren Gegnern genehmen Frieden und der Fortsetzung des Krieges bis zu ihrer Niederzwingung handelt es sich, sondern um die Frage, ob wir Friedensneigungen, die sich bei unseren Feinden zeigen, unterstützen oder absichtlich im Keime ersticken sollen. Ich halte das Erstere für geboten, da wir, gerade weil wir um unser Dasein kämpfen, trotz aller Zuversicht auf den Sieg unserer Heere, auf die Kraft verzichten dürfen, die die Kraft unsere Feinde schwächt. Die etwaige Annahme, daß diese Kraft nicht geschwächt werden könne, daß dabei gleichzeitig der Eindruck der eigenen Schwäche befestigt wird, würde übrig sein. [!]“

442. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

BA Berlin, R 43/2398e, f. 63–67. Aufzeichnung Brandensteins. Abschrift in Maschinenschrift. – Vgl. unten Nr. 703*.

[Ohne Nr.] Berlin, 1. Dezember 1915

Großherzoglich Mecklenburgische Gesandtschaft[1125].

Betrifft: Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten.

Der Königlich Bayerische Ministerpräsident, Freiherr von Hertling, eröffnete die Sitzung mit Worten des Dankes an den Reichskanzler. Dieser führte hierauf etwa Folgendes aus:

Der Kanzler ging zunächst auf die militärische Lage ein, die durch die regelmäßigen Berichte des großen Hauptquartiers zutreffend geschildert werde.

[1124] Erich von Luckwald (1884–1969), Legationssekretär; Dienst beim Vertreter des AA im GrHQ Juli 1915–März 1917.

[1125] Joachim Frhr. von Brandenstein (1864–1941), Gesandter des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin in Berlin 1905–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die serbische Expedition sei in der Hauptsache beendigt. Im Osten sei unsere Linie, wenn auch nicht stark, so doch so gut besetzt, daß man ein Vordringen des Gegners hindern könne. Im Westen wären größere Truppenverstärkungen seit der letzten großen September-Offensive eingetroffen, auch seien unsere Stellungen noch besser ausgebaut. General von Falkenhayn halte deshalb einen erfolgreichen Durchbruch des Gegners für ausgeschlossen. Er habe eine weitere Offensive der Franzosen erwartet, doch scheine dieselbe aufgegeben zu sein. Er bedauere dies eigentlich, da ein neuer großer Mißerfolg in Frankreich starke Enttäuschung hervorrufen werde. Die oberste Heeresleitung habe die militärische Gesamtlage als gute bezeichnet. Bezüglich Ausreichlichkeit unseres Menschenmaterials habe sich Falkenhayn gleichfalls recht zuversichtlich ausgesprochen. Die Aushebungen der letzten Zeit hätten günstigere Ergebnisse gezeitigt, als er zu hoffen gewagt habe. Einer gewissen Menschenverschwendung in den Etappengebieten werde man erfolgreich begegnen können. Mit Rohstoffen aller Art sei die Heeresverwaltung auf lange Zeit hinaus reichlich versehen. In absehbarer Zeit seien wir deshalb durch einen Erschöpfungskrieg von unseren Gegnern nicht mürbe zu machen, so habe Falkenhayn noch vor wenigen Tagen gesagt.

Der Kanzler ging sodann auf das politische Gebiet über, dabei manches hervorhebend, was ich in meinen regelmäßigen politischen Berichten mitgeteilt habe und deshalb hier übergehen darf.

Der Kanzler bemerkte, er habe bereits längere Zeit vor Ausbruch dieses Krieges die Empfindung gehabt, daß der politische Einfluß des uns wohl gesinnten alternden Königs Karol[1126] zurückgehe und daß deutschfeindliche Einflüsse dort wüchsen. Das habe ihn veranlaßt, sich Bulgarien, der physisch stärksten Balkanmacht, zu nähern. Anfang 1914 habe er dem Abschluß einer 500 Millionen-Frankenanleihe durch die Diskontobank zugestimmt, um Bulgarien wirtschaftlich zu heben. Ein großer Teil der deutschen Presse habe ihn dieserhalb scharf angegriffen. Wie sich jetzt herausgestellt, wohl mit Unrecht. Schon vor Kriegsbeginn habe er einen Bündnisvertrag mit Bulgarien angebahnt und auch abgeschlossen. Die endgültige Unterzeichnung sei dann aber leider durch die Wirkungen der Marneschlacht, durch den Mißerfolg der Österreicher in Serbien unter Pitoreck[1127] und durch den Eintritt Italiens in den Vierverband immer wieder verzögert worden. Als endlich nach unseren Erfolgen in Galizien der vorsichtige König Ferdinand bereit gewesen sei zu ratifizieren, da sei wieder der Lusitania- und Arabik-Zwischenfall mit dem drohenden Konflikte mit Amerika hemmend dazwischen getreten. Aus diesem Grunde habe der Kanzler es für unbedingt nötig gehalten, mit Amerika zu einer Verständigung zu gelangen. Die Entente habe während dieser langen Zeit fortgesetzt Bulgarien durch Versprechungen und Drohungen zum Beitritt zu bewegen gesucht. Erst als die Amerika-Gefahr beseitigt wäre, habe sich Bulgarien endgültig entschlossen, auf unsere Seite zu treten. Am 4. September sei unsere

[1126] König Karl I. (von Rumänien).

[1127] Oskar Potiorek.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Note in Washington überreicht worden[1128], am 6. September habe König Ferdinand den Bündnisvertrag mit uns ratifiziert. Wir hätten mit Bulgarien eine Militärkonvention und einen Bündnisvertrag abgeschlossen. In Letzterem hätten wir Serbisch-Mazedonien und den Negotiner Kreis den Bulgaren zugesichert. Ferner Geldhilfe, die später in eine langfristige Anleihe umzuwandeln sei. Man sehe hieraus, daß man bei uns sehr früh die Wichtigkeit des Anschlusses Bulgariens als Angelpunkt der ganzen Balkanpolitik erkannt habe.

Daß wir uns jetzt, durch Anschluß Bulgariens und der Türkei an die Zentralmächte, vom Balkan und Orient aus mit Getreide und Rohstoffen aller Art versorgen könnten, sei nicht hoch genug zu veranschlagen. Ebenso sei es von Bedeutung für die Zukunft, daß wir, wenn der Krieg ein gutes Ende nehme, wirtschaftlich manche Vorteile für die Zukunft aus dieser Verbindung erhoffen könnten.

Was die Entente in Saloniki jetzt noch vorhabe, sei dem General von Falkenhayn nicht klar. Im Vordergrunde unseres Interesses stehe jetzt Griechenland. Der Druck der Entente dort sei unerhört. Daß Griechenland sich gegen uns wenden werde, glaubte man bei uns nicht. Die angeblichen Angriffsabsichten Rußlands auf Rumänien und die Truppenzusammenziehungen in Bessarabien halte Falkenhayn vorläufig für Bluff.

Der Kanzler ging hierauf dazu über, seine Gedanken über die Zukunft zu entwickeln. Als unsere polnisch-galizische Aktion noch im Gange gewesen[1129], habe er gehofft, wenn ein entscheidender Sieg in Serbien errungen würde, daß dann Rußland das Rennen aufgeben würde. Auf einen Separatfrieden habe er zwar nicht gerechnet, aber doch darauf, daß die Aussichtslosigkeit der militärischen und die Schwierigkeit der inneren Lage Rußland mürbe machen würden. Diese Hoffnung müsse man leider aufgeben. Die russische Armee sei nicht so vernichtend geschlagen, daß sie sich nicht wieder retablieren könne. Sie werde von unseren Militärs auch heute nicht niedrig eingeschätzt. Sie sei gut gekleidet und genährt. Waffen und Munition seien vorhanden. Der russische Soldat sei tapfer. Es sei nicht unmöglich, daß Rußland es fertig bringe, im Laufe des Winters seine Armee zu konsolidieren trotz unleugbaren Mangels an Offizieren, Unteroffizieren und alten Stammmannschaften. Die inneren Zustände, die zeitweilig drohend geschienen hätten, hätten sich nicht so entwikkelt, wie man gehofft habe.

Die Reaktionäre scheinen das Heft in Händen zu haben und mit der Duma zu tun, was sie wollten. Die liberale Bourgeoisie predige den Krieg bis aufs Messer. Die Stimmung in der Armee werde recht verschieden beurteilt, aber überall höre man auch dort doch die Ansicht, daß Deutschland allmählich an Erschöpfung zu grunde gehen werde. Einzelne Sozialisten beurteilten die Lage allerdings erheblich anders und sagten baldigen inneren Zusammenbruch in

[1128] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1329. – Zum folgenden oben Anm. 969.

[1129] Der Sommerfeldzug der deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in Galizien und der Angriff auf die Narev-Front mit der Eroberung von Warschau Anfang August 1915. Vgl. Der Weltkrieg VIII S. 139–380.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rußland voraus. Gänzlicher Mangel an Organisation im wirtschaftlichen Leben, Hungersnot und Feuerungsmangel sowie zunehmende Bestechlichkeit bis in die höchsten Kreise würden die Auflösung beschleunigen. Der Kanzler stand diesen Behauptungen ziemlich skeptisch gegenüber. Tatsächlich halte Rußland zusammen. Anzeichen einer starken Gährung seien nicht da. Es fehle an Organisation, Geld und kraftvollen Führern. Er habe deshalb nicht den Eindruck, daß die inneren Verhältnisse Rußland zum Frieden zwingen würden. Der Zar scheine von einem gewissen mystischen Glauben an den Sieg beseelt, auch fürchte er die Revolution und den Verlust des Thrones nach einem unglücklichen Kriege.

In Frankreich werde in gewissen Teilen des Volkes der Wunsch nach Frieden sich geltend machen. Auf der anderen Seite habe man aber den Eindruck, daß Frankreich sich militärisch nicht geschlagen fühle und stolz auf die Marneschlacht und die Kämpfe bei Ypern[1130] zurückblicke. Die moralische Haltung der Truppe sei eine gute. Man glaube in Frankeich daher, daß in Gemeinschaft mit England und Rußland Deutschland schließlich niederzuringen sein werde. Alles sei in Frankreich von der Absicht beseelt, das Letzte daran zu setzen für einen Frieden als Sieger. Die Stimmung sei wesentlich beeinflußt durch die angeblichen Unruhen in Lebensmittelfragen bei uns. Die wenig erfreuliche Behandlung dieser Angelegenheiten in der deutschen Presse und die Uneinigkeit unter den Parteien habe uns im Auslande sehr geschadet.

443. Aufzeichnung K. von Weizsäckers

HStA Stuttgart, Q 1/18, Bü 61. Maschinenschriftlich. Mit Paraphe Weizsäckers.

[o. O.] 1. Dezember 1915

Aus einer mehrstündigen Unterredung mit Herrn Bethmann vom 1. Dezember 1915

Der Reichskanzler kam bald wiederum auf die Elsaß-Lothringen Frage, ich machte den bekannten Standpunkt der württ. Regierung nachdrücklich geltend und wies auf die ganze Haltung der bayerischen Regierung in dieser Angelegenheit hin. In Württemberg würde niemand einer Überlassung des Elsaßes an Bayern zustimmen. Die Bestrebungen Bayerns werden in fast sonderbarer Weise charakterisiert durch die Anregung des Grafen Hertling, den künftigen Friedenskongreß in München, unter Verwilligung einer Million Repräsentationskosten an Bayern aus Reichsmitteln, abzuhalten. Ich wies auf die konfessionelle Seite der Frage hin und auf die Zukunft der Gestaltung der

[1130] In der zweiten Ypernschlacht in Flandern hatten die Deutschen am 22. April 1915 versucht, die Stellungen der Alliierten zu durchstoßen und den Frontbogen um Ypern zu begradigen. Der Durchbruch scheiterte jedoch, während der Frontbogen immerhin verkleinert werden konnte. Ebenda S. 34–49.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dinge in Deutschland. Komme der Plan zur Ausführung, Deutschland mit Österreich in ein näheres Verhältnis zu setzen, so werde Bayern die Rolle eines selbständigen Verbindungsglieds zu spielen versuchen.

Der Reichskanzler sagte, er halte an sich der Überlassung des Unterelsaßes und des Landkreises Straßburg mit Ausnahme der Reichsfestung Straßburg an Bayern für angängig, gab übrigens zu, daß man im Elsaß gar nicht bayerisch werden wolle. Der König von Bayern habe ihm erklärt, er wolle das ganze Elsaß. Er habe ihm erwidert, dies sei nicht angängig. Als er (Bethmann) bei der Unterredung mit dem König sich dahin ausgesprochen habe, eine Landaufteilung innerhalb des Altdeutschen Gebiets sei nach seiner Ansicht nicht durchführbar, habe sich Seine Majestät hiermit ganz einverstanden erklärt. Eine entsprechende Erklärung, daß unter den Bundesstaaten Gebietsabtretungen nicht durchführbar seien, habe er, Herr von Bethmann, auch dem König von Sachsen[1131] gegenüber abgegeben. In Dresden haben sich insbesondere der Finanzminister und der Justizminister Nagel auf Landerwerb ausgehend gezeigt. Nagel habe mit der Faust auf den Tisch geschlagen und gerufen: „Es sei noch nicht sicher, ob Preußen Litauen und Kurland bekomme, da sind wir auch noch dabei!“ Wie die sächsischen Minister so haben sich in Bayern namentlich die Herrn von Soden und Breuning[1132] ausgesprochen. Wenn man mit Landaufteilung einmal anfange, würde auch die welfische Frage wieder auftauchen und Braunschweig beispielsweise den preußischen Kreis Lüneburg verlangen[1133].

Der Reichskanzler wies, wie früher, auf die unleidlichen Verhältnisse in Elsaß-Lothringen hin, schien mir aber die Idee einer bayerischen Vergrößerung in den Reichslanden weniger nachdrücklich als früher ins Auge zu fassen. Er erwiderte auf meine Bemerkung, es sei nicht abzusehen, warum Bayern lediglich aus dem Bestreben einer Vergrößerung im Elsaß berücksichtigt werden solle, nichts und ließ durchblicken, daß er eine Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Zustände in den Reichslanden vom Jahr 1871 ab – Oberpräsidenten Diktaturparagraph[1134] – für diskutabel erachtet. Meiner offenen Meinung über die bayerische Forderung widersprach er nicht. Schließlich erklärte der Reichskanzler, er werde dem Grafen Hertling am 2. Dezember sagen, daß zur Zeit nichts zu machen sei; daß er für die Überlassung des Unterelsaß und des Landkreises Straßburg an Bayern sich aussprechen könnte, werde er dem Grafen Hertling nicht sagen.

Unaufgefordert gab der Reichskanzler die bestimmte Zusicherung ab, daß eine Majorisierung eines Bundesstaates in der Reichslandfrage im Bundesrate nicht stattfinden werde. Ich wies den Reichskanzler übrigens darauf hin, daß

1131 Friedrich August III. – Der im folgende genannte: Ernst von Seydewitz, sächsischer Finanzminister (oben Anm. 283).

1132 Maximilian Graf von Soden-Fraunhofen (1844–1922), bayerischer Innenminister 1912–1916. – Georg Ritter von Breunig (1855–1933), bayerischer Finanzminister 1912–1918.

1133 Zu dem vielfältigen Länderschacher der Bundesstaaten im Ersten Weltkrieg vgl. die aus den Akten geschriebene Studie von: Janßen, Macht und Verblendung.

1134 Vgl. oben Anm. 642.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die dermaligen Aufteilungspläne im Reichstag schwerlich eine Majorität finden werden.

444. Bethmann Hollweg vor Parteiführern

BA Berlin, R 43/2398e, f. 80–83. Protokoll. Revidiertes Konzept (mit Auslassungen). In Maschinenschrift. (Reinschrift wurde nicht ermittelt.)

RK 5960. Berlin, 2. Dezember 1915

Reichskanzler
Spahn
Graf Westarp
von Payer[1135]
Bassermann
Schulz
Wahnschaffe

Spahn: Interpellationsfrage besprechen.

S[eine] E[xzellenz]: Sie Zeuge, welche Mühe ich aufgewandt, um Interpellation[1136] zu vermeiden. Fast fait accompli. Nicht tun, als ob sie unbequem. Einigkeit muß hervortreten. So unangenehm und unerfreulich, doch ein Schein von Einigkeit nach außen.

Sobald möglich, Beantwortung festzustellen, will ich mich mit Präsident[1137] in Verbindung setzen und, sobald das möglich, auf Tagesordnung setzen. Dann sofort beantworten. Hoffe, Scheidemann wird sich bestimmen lassen, Begründung unschädlich zu halten. Dann beantworten, wie ich ohne Interpellation gesprochen haben würde. Würde also jedenfalls nichts anderes sagen als sonst. Will Antwort skizzieren. Frage, was wir nach all den großen Siegen tun konnten, um Krieg zu Ende bringen, auf allen Lippen. Frage wird unzweifelhaft mißverstanden im Ausland. Werde auf Zeitungsstimmen des Auslands weisen. Sie kommen im Moment des Zusammenbruchs auf Balkan[1138].

Ententeminister wiederholt gesagt: Nicht Zeit für Friedensgespräche. Alte Kriegspolitik der Entente sagt uns über Friedensbedingungen der Feinde, daß sie festhalten an Vernichtungsplänen trotz unserer glänzenden Situation. Wir Krieg nicht gewünscht, verteidigen uns weiter. Werde versuchen, etwas konkretere Form für unsere Kriegsziele zu finden, Wendungen, die etwas genauer

[1135] Friedrich von Payer (1847–1931), MdR (Fortschrittliche Volkspartei/Deutsche Demokratische Partei) 1890–1920; Vizekanzler November 1917–November 1918. – Der im folgenden genannte, noch nicht kommentierte: Georg Schulz (1860–1945), MdR (Freikonservativ) 1907–1918.

[1136] Die Scheidemann für die nächste Reichstagssitzung am 9. Dezember 1915 angekündigt hatte. Vgl. unten Nr. 582 und 705*.

[1137] Präsident des Reichstags Kaempf.

[1138] Auf dem Balkan war inzwischen die serbische Armee ausgeschaltet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

umschreiben, daß wir dauernden Frieden wünschen, daß Vorbedingung, unsere Feinde müssen keine Lust haben, uns anzugreifen, uns jedenfalls in starker Abwehrstellung finden. Ob negativ: d.h. die westlichen Grenzländer[1139] dürfen nicht feindliches Glacis werden. Doch weiß ich das noch nicht.

Meine Rede steht noch nicht fest. Parteien dazu dann wieder.

Spahn: Nun kommt es darauf an, möglichst einstimmige Resolution, die ihre [= Ihre] Ausführungen billigt.

Wort „Gebietserwerbungen" wird aber nicht fehlen dürfen.

Bassermann; Vielleicht doch selbständige Rede vorweg. Dann keine Diskussion Dann Interpellation. Begründung. 2. Rede.

Kanzlerrede herausgehoben, große Debatte nicht durch soz. Rede eröffnet. Sie hatten ja auch zweite Rede vorgesehen.

S. E.: Vorschlag durchaus Gute[s] für mich. Soz. die Interpellation [*es folgt eine Lücke, wohl zum späteren Ausfüllen*] nicht [*es folgt eine weitere Lücke*]. Andererseits Beschäftigung lediglich mit Interpellation. Frage schwer. Ich wollte in erster Rede Überblick geben. Wenn dann die Soz. die Fragen an den Kanzler anschnitten, könnte ich quasi ex tempore beantworten. Aber auf Interpellation extemporiert man nicht. Auf die Frage der Interpellation ist aber tout même schwer zu antworten.

Über Friedensfrage nur im Zusammenhang mit anderen Fragen sprechen.

Schulz: Alles gespannt auf die Kanzlerrede. Da kommen die Soz. mit Interpellation dazwischen. Volk verlangt Zuversicht. Wenn Exz. mit der großen Rede anfangen, ist es ganz anders. Fürst Bismarck in der Polendebatte. Windhorst[1140] zog dann zurück für den Tag. Im ersten Falle aber würden wir auf Verhandlungen bestehen. Kanzler muß im Vordergrund stehen.

Payer: Reichskanzler muß von sich aus zu Deutschland und der Welt sprechen. Stimmung halten. Nicht eingewickelt in soz. Aktion. Erst sprechen, dann Interp., dann kurz auf Interp. antworten.

Westarp: Auch dem zustimmt. Soz. in Hintergrund zu stellen; nicht aus parteipolitischen Gründen. Kanzlerrede muß nicht [*es folgt eine Lücke*: abgelenkt?] werden durch Friedensinterpellation.

Soz. fragt: Auskunft über Friedensbedingungen. Darauf könnte man antworten: Nein, jetzt keine Veranlassung, darüber zu sprechen. Scheidemann wird jedenfalls auch wieder Gebietserweiterungen ablehnen. Darauf wird Kanzler eingehen müssen.

Spahn: Das procedere haben wir gestern als [*in diesem Satz stehen drei Lücken*] gesehen ..... auch ..... denken. Resonanz würde allerdings fehlen.

S.E.: Auch Resonanz ist wichtig. Ausland vermißt sie.

1139 Gemeint sind in erster Linie Belgien und Luxemburg.

1140 Ludwig Windthorst (1812–1891), führendes MdR (Zentrum) 1867/1871–1891; Gegner Bismarcks. – Bei der erwähnten Polendebatte handelt es sich um die Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses vom 28. bis 30. Januar 1886. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 27 (1886) S. 20–43 (dort S. 21 der Antrag Windthorst; Bismarcks große Polenrede ebenda S. 21–42).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bassermann: Zweite Rede wird doch gegen Scheidemann auch polemisieren. Wir können dann doch nachher auch debattieren.

S.E.: Nicht Soz. reizen. Gute Miene zum bösen Spiele.

Payer: Ob Soz. interpellieren oder wir anderen ist gleich. Ich will nicht, daß Kanzler hinter einer [*es folgen wieder drei Lücken*] ..... kommt. .....: Spahn, Schulz, ... dafür.

Bassermann: Soz. suchen Situation sich zu meistern.

S.E.: Ihre Vorschläge stimmen mit meinen Vorschlägen am Montag überein.

Bassermann: Grundton muß sein, zwei Bemerkungen reprimieren.

1. Hoffnung aufgeben, daß durch militärisch vernichtende Schläge Krieg entschieden wird. Erfolg in Frankreich könnte doch auf Stimmung sehr wirken. Auch im Osten, wenn H[indenburg] die nötigen Truppen hat, Schlag möglich.

2. Ich wäre froh, wenn wir bei Friedensverhandlungen so ständen wie heute. Also Höhepunkt.

Also absolute Siegeszuversicht nötig. Gegenüber Abbröckelung der Stimmung. Deswegen möglichst konkrete Fassung der Kriegsziele erwünscht. Vorwärts-Artikel: „Programm jetzt erfüllt“[1141]. Das nicht unsere Meinung. Also Glacis nicht für unsere Feinde in West und Ost.

S.E.: Bedaure Mißverständnisse. Ich halte sehr wohl möglich, daß durch Schlag im Westen und Osten Stimmung gebrochen wird. Aber nicht völlig vernichtend. [Mit] Zitat habe ich gerade die Güte unserer jetzigen Stellung bekennen wollen.

Wort „Gebiesabtretungen“ fordert Widerspruch der Soz. heraus. Form „Glacis“[1142] besser.

Spahn: Glaube, daß doch erwartet wird, daß wir [das,]was [wir] erobert haben, behalten wollen, soweit wir es brauchen. Glacis trifft nicht die wirtschaftlichen Rücksichten.

Schulz: Ist bedenklich. Bindungen des Kanzlers doch sehr gefährlich, wenn die andern deswegen zwei Jahre länger Krieg führen, ist das gut? England kann kommen. Soll man das verbauen?

S.E.: Ich habe mich vor konkreten Kriegszielen gehütet, auch bei Polen. Kommt Rußland morgen und will Polen haben, so werden Oe[sterreich] und wir wohl Frieden schließen. Feindliche Staatsmänner sind sehr unvorsichtig gewesen.

[1141] In einem Artikel des „Vorwärts“, Nr. 331, vom 1. Dezember 1915, S. 3, heißt es, die „Frankfurter Zeitung“ habe festgestellt, daß Bethmanns „Programm jetzt eigentlich verwirklicht ist“: Die Einkreisungspolitik habe eine völlige Niederlage erlitten, die französische Ränkesucht sei unterdrückt und die englische Vormundschaft über Europa durch den Krieg bloßgestellt.

[1142] Der Begriff Glacis (aus der Festungssprache), also das den Staatsgrenzen vorgelagerte Gelände, spielt in der deutschen Kriegszieldiskussion fortan eine große Rolle. Man benutzt ihn defensiv oder auch (bei den Militärs) offensiv, auch angesichts eines zukünftigen Krieges: Man braucht eine Pufferzone, um vor einem plötzlichen Einfall (wie in Ostpreußen 1914) sicherer zu sein und durch diese sich den Nachbarn „vom Halse halten“ zu können.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Payer: Ja, aber Bevölkerung will etwas hören. Es gibt zwei Richtungen im Volk. Eine behauptet, Reichsregierung und Militär hintertrieben den Frieden durch Eroberungsplan. Dem muß [man] entgegentreten. Andere Richtung: Frieden [*es folgt eine Lücke*: ohne Sicherungen?]

Auch ich [*es folgt eine Lücke*] gern etwas hören. Aber „Glacis" ist sehr bedenklich. Man sollte aber gegen Wünsche der Feinde polemisieren. Vielleicht: Friede muß uns Sicherheit und Macht stärken.

Spahn: Wirtschaftlich und militärisch. Wenn nicht anders angängig, durch Gebietserwerbungen.

S.E.: Will mir ihre Vorschläge in bezug auf die Rede vor der Interpellation überlegen.

Westarp: Widerspruch der Sozialdemokraten liegt vor gegen Gebietserwerbungen. Ausland beruft sich darauf und auf Frankfurter Zeitung[1143]. Man muß nur sagen, was nötig ist, behalten wir.

445. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 337–345. MF 983. Rede Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 148–149.

Berlin, 4. Dezember 1915

[*1. Wünsche zur Legislaturperiode des Reichstags. – 2. Gesetzentwurf zum Reichsvereinsgesetz von 1908. – 3. Versorgungslage. – 4. Unerfreuliche Diskussionen im Bundesrat.*]

5. Schließlich teilte der Herr Ministerpräsident noch mit, er habe aus den mit Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden neuerdings gepflogenen Verhandlungen über die elsaß-lothringische Frage den Eindruck gewonnen, daß in letzter Zeit von Bayern aus in Süddeutschland und auch sonst unter den Parlamentariern eine lebhafte Agitation für die bayerischen Ansprüche betrieben worden sei. Graf Hertling sei über diese auch ihm bekanntgewordene Tatsache selbst mißgestimmt gewesen. Er habe dem Grafen Hertling darauf erwidert, wenn es sich danach auch um eine von unberufener Seite entfaltete Agitation handle, so habe diese doch bei den süddeutschen Höfen und auch in Norddeutschland eine hochgradige Unzufriedenheit hervorgerufen, da sie den Eindruck erweckt habe, als ob bayerischerseits die elsaß-lothringische Frage nur betrieben werde, um eine große Landerweiterung zu erreichen[1144].

[1143] Die sehr gemäßigte deutsche Kriegsziele vertrat.

[1144] Vgl. dazu den Bericht Lerchenfelds nach München vom 16. Dezember 1915 in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 562–564; ferner die Diskussion im Haushaltsausschuß des Reichstags am 15. Dezember 1915 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 287–288.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die ganze Angelegenheit habe durch diese Vorgänge eine Wendung genommen, die es ihm gegenwärtig unmöglich mache, eine Lösung des Problems zu finden, ohne eine große Mißstimmung hervorzurufen. Im Interesse des Friedens unter den Bundesstaaten sei er deshalb genötigt, einstweilen die Frage ruhen zu lassen. Er empfehle deshalb auch den beteiligten Ressorts, die weitere Bearbeitung der Angelegenheit einzustellen.

[*Bemerkungen C. Delbrücks dazu. – Ministerialdirektor Lewald erklärt, einschlägiges Material sei in den verschiedenen Ressorts gesammelt worden und müsse nur noch durchgearbeitet werden.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte sich hiermit einverstanden, es müsse nur bei etwa erforderlichen weiteren Arbeiten der Eindruck vermieden werden, als ob bereits bestimmte Teilungspläne vorlägen. Er habe seinerseits den Führern der Konservativen und Nationalliberalen erklärt, es liege noch keinerlei Entscheidung des Bundesrats vor.

446. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Berlin, R 43/2398e, f. 97. Telegramm. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu Rk. 6041 KJ.[I] Berlin, 9. Dezember 1915

Ew.M. melde ich alleruntertänigst:

Ich habe im Reichstag heute in einer ersten Rede einen Überblick über die militärische und politische Lage gegeben[1145]. Danach begründete der Abg. Scheidemann die sozialdemokratische Interpellation in durchaus gemäßigter Weise unter Hervorhebung, daß auch seine Partei an allen Erklärungen vom 4. August festhalte. Die Rede, mit der ich die Interpellation beantwortet habe, ist ebenso wie die erste für Ew.M. bereits telegraphisch unterwegs. Die durch meine Reden hervorgerufene Stimmung des Reichstags wurde leider durch eine darauf folgende aufgeregte Geschäftsordnungsdebatte, deren Ursache ein Misverständnis des Büros des Reichstags war, vorübergehend getrübt, dann aber durch eine namentlich an ihrem Schlusse außerordentlich patriotisch gehaltene Rede des Sozialdemokraten Landsberg unter lebhaftem Beifall des Hauses völlig wieder hergestellt.

Allerunertänigst

[1145] Text u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 581–587 (vgl. unten Nr. 705*). – Die dann folgende Interpellation Scheidemanns: ebenda S. 587–590. – Bethmann Hollwegs Beantwortung: ebenda S. 590–594. – Die Geschäftsordnungsdebatte: ebenda S. 594–595. – Die kurze Rede Landsbergs: ebenda S. 595. – Otto Landsberg (1869–1957), MdR (SPD) 1912–1918 und 1924–1933.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

447. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. MF 983, f. 350–365. Rede. Protokoll. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 149–150 (mit den dortigen Anm.). – Teildruck in: Dokumente und Materialien II/1 S. 258–260.

Berlin, 11. Dezember 1915

1. Der Herr Ministerpräsident führte aus, das Staatsministerium habe sich in seiner letzten Sitzung[1146] damit einverstanden erklärt, daß im Reichstage eine Erklärung abgegeben werde, wonach die verbündeten Regierungen nach dem Kriege eine Vorlage über die Abänderung des Vereinsgesetzes in der Richtung machen würden, daß die Berufsvereine unter gewissen Voraussetzungen nicht als politische Vereine zu behandeln seien. Er komme auf diese Angelegenheit nochmals zurück, nicht wegen der materiellen Seite, über die ja Einigkeit herrsche, sondern wegen des Zeitpunktes, in welchem die Vorlage einzubringen sei. Die sozialdemokratischen Parteiführer revisionistischer Richtung bestürmten ihn schon seit längerer Zeit mit dem Wunsche, die den Gewerkschaften zugedachten Konzessionen doch schon jetzt zu machen. Infolge der langen Dauer des Krieges werde die Haltung des radikalen Flügels der Sozialdemokratie immer schroffer. Die Radikalen nutzten die bestehenden Ernährungssorgen und die zunehmende Kriegsmüdigkeit aus, um für ihre Zwecke Propaganda zu machen. Sie bekämpften die Revisionisten, indem sie ihnen vorwürfen, daß sie sich durch die schönen Worte der Regierung beruhigen ließen, ohne tatsächlich irgendwelche Konzessionen durchzusetzen. Die Situation sei dadurch sehr ernst geworden, und es würde kaum möglich sein, den revisionistischen Flügel in dem bisherigen Geleise zu halten, wenn man ihm nicht durch irgendwelchen Erfolg auf dem Gebiete der inneren Politik eine Erleichterung verschaffe. Aus diesem Grunde würde er es für politisch wichtig halten, wenn man im Reichstage die Novelle zum Vereinsgesetz nicht erst für die Zeit nach dem Kriege in Aussicht stellen, sondern schon jetzt einbringe. Es würde genügen, wenn man sagen könne, der Entwurf liege im Bundesrat und werde alsbald, spätestens aber in der Märztagung, dem Reichstage zugehen.

In materieller Hinsicht sei das Staatsministerium ja mit der Einbringung der Novelle einverstanden gewesen. Es seien indessen, insbesondere auch von dem Herrn Kultusminister[1147], Bedenken wegen der formalen Folgen geltend gemacht. Man habe es für bedenklich gehalten, aus der Gesamtheit der nach dem Kriege zu ergreifenden Maßnahmen diese eine Vorlage schon jetzt herauszugreifen, weil dadurch gleichartige Wünsche von anderer Seite wachgerufen würden. Man werde im vorliegenden Falle doch wohl geltend machen können, daß man beim Erlaß des Vereinsgesetzes nicht die Absicht gehabt habe, zu

[1146] Vom 4. Dezember 1915. Oben Nr. 445.

[1147] August von Trott zu Solz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zuständen zu kommen, wie sie infolge der Interpretation des § 3[1148] durch die Gerichte und Verwaltungsbehörden in bezug auf die Gewerkschaften tatsächlich eingetreten seien. Es handle sich also im vorliegenden Falle wesentlich nur um eine deklatorische Maßnahme.

Er wolle nochmals darauf hinweisen, daß die Führer der Revisionisten während der Dauer des Krieges bis jetzt an keiner Stelle versagt hätten. Die Reden von Scheidemann und Landsberg gelegentlich der Friedensinterpellation der Sozialdemokraten im Reichstage[1149] hätten hierfür wieder den besten Beweis erbracht. Die Schwierigkeiten, welche die Revisionisten in ihrer eigenen Partei hätten, lägen auf der Hand. Um so mehr sei das starke Bekenntnis zur nationalen Gesinnung zu begrüßen, welches namentlich Landsberg zum Ausdruck gebracht habe. Die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei werde weitergehen, und wenn die Regierung die Mittel unbenutzt lasse, welche eine ihr günstige Entwicklung in der Partei unterstützten, so lade sie damit eine ernste Schuld auf sich. Bei der zunehmenden Schwierigkeit der Kriegführung sei diese Frage von der allergrößten Bedeutung. Die Gewerkschaften legten auf die in Aussicht genommene Änderung des Vereinsgesetzes den größten Wert. Sie gehörten ja aber gerade zu den verständigen Elementen unter den Sozialdemokraten, und aus diesem Grunde sei es besonders angezeigt, ihren Wünschen entgegenzukommen. Er bitte daher das Staatsministerium, sich damit einverstanden zu erklären, daß die beabsichtigte Novelle zum Vereinsgesetz schon jetzt dem Bundesrat vorgelegt und im Reichstage eine Erklärung dahin abgegeben werde, daß die Vorlage an den Bundesrat gelangt sei und alsbald, spätestens aber im März n.J., dem Reichstage zugehen werde[1150].

[*Kommentar des Innenministers.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, er wolle auf den Inhalt des neuen Gesetzes nicht eingehen. Wenn aber der Herr Minister des Innern glaube, daß es sich bei der Einbringung der Novelle um eine Belohnung der Sozialdemokratie handle, so müsse er demgegenüber betonen, daß er von diesem Gesichtspunkte aus weder das jetzige Vorgehen noch die in Aussicht genommenen weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der inneren Politik, z.B. eine etwaige Änderung der Polengesetzgebung, ansehe. Es werde sich in allen diesen Dingen nicht um eine Belohnung handeln, sondern um eine Konsequenz der gegebenen Tatsachen. Die Regierung habe zu prüfen, ob die fraglichen einengenden und niederhaltenden Bestimmungen der Gesetzgebung mit Rücksicht auf die jetzt veränderte Haltung der durch sie betroffenen Volkskreise noch notwendig

[1148] Er lautete im ersten Absatz: „Jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheien bezweckt (politischer Verein), muß einen Vorstand und eine Satzung haben."

[1149] Vgl. oben Nr. 446.

[1150] Zu einer Änderung des Reichsvereinsgetzes kam es durch das Gesetz vom 26. Juni 1916 (RGBl 1916,I S. 635). Danach wurden § 3 und 17 (Vorschriften über politische Vereine und deren Versammlungen) novelliert. – Vgl. dazu auch: Militär und Innenpolitik S. 284–286 (Kritik des preußischen Kriegsministers an der beabsichtigten Novellierung). Vgl. ferner unten Nr. 487 und 529.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sei. Komme sie zu der Auffassung, daß dies nicht der Fall sei, dann wäre die Aufhebung lediglich die politisch und staatlich notwendige Konsequenz dieser Erwägung. Wenn jetzt zugunsten der Gewerkschaften ein momentaner politischer Erfolg angestrebt werde, so geschehe dies, wie er bereits gesagt habe, nur um die Revisionisten in der sozialdemokratischen Partei gegenüber dem radikalen Flügel zu stärken.

[*Äußerungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, die von dem Herrn Minister des Innern angeschnittene Frage der Jugendlichen sei zweifellos sehr wichtig. Man müsse die Frage stellen: Wie können wir die Jugendlichen vor sozialdemokratischen Ideen schützen? In dem ursprünglichen Entwurfe zum Vereinsgesetz sei der diesen Schutz bezweckende § 17 nicht enthalten gewesen, erst auf Antrag der Rechtsparteien sei er eingefügt. Die Beziehungen der Gewerkschaften zu den Jugendlichen lägen etwas anders als bei den politischen Parteiorganisationen der Sozialdemokratie. Die jugendlichen Arbeiterburschen seien schon durch ihren Eintritt in das Erwerbsleben zum Eintritt in die Gewerkschaften sozusagen prädestiniert. Er könne darin an sich noch keine große politische Gefahr erblicken, denn die Haupttätigkeit der Gewerkschaften liege nicht auf politischem, sondern auf wirtschaftlichem, gewerblichem und charitativem Gebiete. Er könne deshalb der Frage der Zugehörigkeit der Jugendlichen zu den Gewerkschaften keine entscheidende Bedeutung beilegen.

Im übrigen müsse er zugeben, daß die jetzige Vorlage im Reichstage unbequeme weitergehende Anträge und Debatten heraufbeschwören könne. Er zweifle indessen, ob man dem dadurch vorbeugen könne, daß man den Revisionisten sage, man wolle die Vorlage zwar bringen, aber jetzt noch nicht. Wie die Dinge sich durch die lange Dauer des Krieges gestaltet hätten, glaube er kaum, daß die Revisionisten sich mit einer solchen Erklärung begnügen würden. Um sie zu stärken und zu halten, werde sich die sofortige Einbringung der Vorlage kaum vemeiden lassen.

[*Weitere Äußerungen verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er sei bei seinen Ausführungen von der Ansicht ausgegangen, daß zwischen den jetzigen Vorschlägen des Herrn Vizepräsidenten und den Forderungen der Sozialdemokraten wesentliche Differenzen nicht vorlägen. Aus den heutigen Erörterungen habe er sich indessen überzeugen müssen, daß dies nicht zuträfe. Sollte der Entwurf die Sozialdemokraten oder wenigstens ihren revisionistischen Flügel tatsächlich nicht befriedigen, so würde sein Wunsch und seine Absicht ja nicht erreicht werden. Er bitte um Auskunft, ob der Herr Vizepräsident wegen seines Entwurfs bereits Fühlung mit den Sozialdemokraten genommen habe.

[*Der Vizepräsident verneint dies.*]

Der Herr Ministerpräsident faßte das Ergebnis der Beratungen dahin zusammen, daß die Schwierigkeiten hauptsächlich darin lägen, daß der Reichstagsbeschluß wesentlich weitergehe als die jetzige Vorlage. Der Herr Staatsse-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kretär des Innern[1151] müsse daher den Revisionisten und insbesondere den Gewerkschaften sagen, die Reichsregierung sei an sich gern bereit, ihnen ihre Stellung gegenüber den Radikalen zu erleichtern, aber den Beschlüssen des Reichstags könne sie jetzt nicht folgen. Man könne zurzeit nur die vorgeschlagene deklaratorische Änderung bringen. Wenn die Gewerkschaftler glaubten, daß ihnen damit geholfen würde, so sei man bereit, die Vorlage einzubringen; wenn sie dies indessen nicht anerkennten oder gar die Befürchtung hätten, daß mit der Einbringung der Vorlage das Gegenteil erreicht werde, dann müsse man sich jetzt auf die Erklärung beschränken, daß nach dem Krieg eine Vorlage gebracht werden solle, welche die von den Gewerkschaften angestrebte Erleichterung bezwecke.

Nachdem der Herr Vizepräsident und der Herr Minister des Innern[1152] diesen Ausführungen zugestimmt hatten, stellte der Herr Ministerpräsident fest, daß das Staatsministerium mit seinem Vorschlage einverstanden sei.

[*2. Versorgungslage. – 3. Die Thronrede. Der Innenminister dazu.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, auch er glaube, daß die Thronrede diesmal nicht die sonst übliche Form haben, sondern eine allgemein gehaltene politische Ansprache sein müsse, welche sich an die Vaterlandsliebe des Volkes wende, dem Gefühle des Dankes und der Anerkennung für das bisher Geleistete Ausdruck gebe und von ruhiger Zuversicht getragen sei. Daß Seine Majestät Selbst den Landtag eröffnen werde, sei kaum anzunehmen. Bestimmtes könne er allerdings darüber nicht sagen. Wegen der Berührung des Steuergesetzes in der Thronrede wolle er dem Herrn Finanzminister nicht vorgreifen, er glaube aber kaum, daß die Thronrede auf die Vorlage näher eingehen dürfe. Es werde wohl genügen, nur den Gedanken anklingen zu lassen, daß neue Steuern notwendig werden würden.

[*Äußerungen mehrerer Minister. – 4. Polenpolitik.*]

448. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 164, f. 367–374. MF 984. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 151 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 13. Dezember 1915

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

[*Ausführungen des Vizepräsidenten über Beschlagnahme und Bestandserhebung von Web- und Wirkwaren.*]

[1151] Clemens Delbrück.

[1152] Friedrich Wilhelm von Loebell.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß unsere bisherigen wirtschaftlichen Maßnahmen auf der Grundlage der Sicherstellung einer Kriegführung bis in den Winter 1916/17 beruhten. Er sei erstaunt, daß unerwartet gerade im gegenwärtigen Augenblick Vorsorge für einen erheblich längeren Krieg getroffen werden solle. Wer sage, ein Winterfeldzug 1916/17 sei unmöglich, könne sich täuschen, wie die sich getäuscht hätten, welche einen Winterfeldzug 1915/16 für unmöglich gehalten hätten. Anderseits sei aber sicher, daß einmal für unsere Feinde wie für uns der Augenblick komme, wo eine weitere Kriegführung unmöglich werde. Die nachteilige Wirkung der Maßnahme auf die Stimmung im Innern fürchte er weniger, obwohl dadurch die Kriegsmüdigkeit und die Opposition der Radikalen neue Nahrung finden könnten. Hinsichtlich des Eindrucks auf das Ausland aber müsse er den Ausführungen des Reichsschatzamts folgen. Unsere Feinde würden nicht glauben, daß die Beschlagnahme bestimmt sei, um mit unseren ausreichenden Beständen hauszuhalten. Vielmehr sei zu befürchten, daß gefolgert werde, wir könnten nicht mehr lange durchhalten. Seine Reichstagsrede[1153] habe in der feindlichen Presse – wie nicht anders zu erwarten gewesen sei – Entrüstung und ein allgemeines Schimpfen hervorgerufen. Die feindlichen Regierungen jedoch hätten sich noch nicht geäußert. Namentlich in England mehrten sich die Stimmen, welche von Frieden sprächen (Economist[1154]). Die Wirkung der Reichstagsverhandlungen im Ausland sei danach keineswegs abgeschlossen, und es bestehe die Hoffnung, daß die Friedensneigung unserer Feinde durch sie gesteigert werde. Wenn in diese Entwicklung aber eine so einschneidende Beschlagnahme fiele, so könne die erhoffte Wirkung schwerlich eintreten. Das müsse er lebhaft bedauern.

Da die Heeresleitung die Frage der Versorgung bis vor ganz kurzer Zeit mit einer gewissen Sicherheit und Ruhe angesehen habe und unsere Bestände auch an Textilwaren bis zum Winter 1916/17 reichten, so sei er geneigt anzunehmen, daß sich die Beschlagnahme ohne ernstliche militärische Nachteile auf einige Zeit hinausschieben lasse. Wenn die Maßregel also ohne Schädigung bis etwa zum 31. Januar 1916 hinausgeschoben werden könne, so sei es dringend erwünscht, diese Frist erst verstreichen zu lassen.

[*Äußerungen weiterer Minister zur Sache.*] Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß nach Mitteilung des Herrn Kriegsministers durch die bisher getroffenen Maßnahmen die Möglichkeit der Fortführung des Krieges bis zum 1. Januar 1917 gesichert sei. Die jetzt geforderte Maßnahme bezwecke die Sicherstellung der Kriegführung im Jahre 1917. Er frage sich, welche Ereignisse es der Obersten Heeresleitung hätten erforderlich erscheinen lassen, über das bisherige Maß von Vorsorge hinauszugehen. Er könne solche Ereignisse nicht sehen. Griechenland sei nach den letzten Mitteilungen entschlossen, der Entente eine Absage auf ihre Forderungen zu erteilen. Der griechische Generalstab sei der Ansicht, daß die Truppen der Entente Saloniki verlassen würden. Unsere

[1153] Vom 9. Dezember 1915. Vgl. unten Nr. 705*.

[1154] Englische Wochenzeitung, 1843 gegründet; seinerzeit linksliberal ausgerichtet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lage verschlechternde Ereignisse seien nicht eingetreten. Was die Vereinigten Staaten von Amerika angehe, so sei der Präsident Wilson uns nicht freundlich gesinnt. In dieser Hinsicht sei er nicht ganz ohne Sorge, aber er könne kein Anzeichen feststellen, welches auf einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen hindeute. Unsere militärische Lage sei gut. Danach könne er den Grund nicht erkennen, warum wir jetzt über den noch vor einer Woche für ausreichend erachteten Zeitpunkt hinaus rüsten sollten. Er halte mit den anderen Herren Staatsministern den gegenwärtigen Zeitpunkt zur Ergreifung der Maßnahme für bedenklich.

General von Falkenhayn habe ihn von der beabsichtigten Aktion nicht in Kenntnis gesetzt. Wie die Maßnahme im Ausland angesehen werden würde, könne mit Sicherheit niemand sagen. Aber bisher seien alle unsere Verordnungen zur Sicherstellung der vorhandenen Bestände als Zeichen der Schwäche gedeutet worden. Seine Erklärungen im Reichstage würden im Ausland vielfach als „Bluff“ bezeichnet. Dieser Auffassung werde Vorschub geleistet, wenn kurz nach seiner Rede eine so einschneidende Maßnahme ergriffen werde. Wenn also kein unwiederbringlicher Schade zu befürchten sei, könne er sich mit der Beschlagnahme im gegenwärtigen Augenblick nicht einverstanden erklären.

[*Der Vizepräsident erklärt, man müsse* „an eine planmäßige Durchführung einer verlängerten Kriegführung denken“. *In einigen Wochen müsse man* „über ein praktisches und vollständiges Aktionsprogramm“ *verfügen.*]

Der Herr Ministerpräsident stimmte den letzten Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten[1155] bei. Über die voraussichtliche Dauer des Krieges könne mit Bestimmtheit nichts gesagt werden. Er habe die Hoffnung gehabt, für den Fall der glücklichen Durchführung der serbischen Aktion mit Rußland zu einem Frieden zu kommen. Diese Hoffnung sei infolge der inneren Desorganisation Rußlands zu Schanden geworden, ja eigentlich schon am Ende der polnischen Aktion begraben gewesen. Die Oberste Heeresleitung habe auch gehofft, daß Frankreich zu dem jetzigen Winterfeldzug nicht mehr zu haben sein würde. Er erwähne dies nur, um zu zeigen, wie schwierig es sei, Angaben über die weitere Entwicklung des Krieges zu machen. Durch entscheidende militärische Schläge allein könne der Krieg nicht beendet werden. Hinzu könne bei dem Gegner immer die Überlegung treten, daß die Weiterführung des Krieges vernichtend wirke. Wenn er auch überzeugt sei, daß wir militärisch auch weiterhin Erfolge erzielen würden, so setze er seine Hoffnung auf ein Kriegsende im Jahre 1916 doch sehr auf die von dem Herrn Staatsminister Dr. Helfferich dargelegten Erwägungen[1156]. Es werde immer schwerer, den Krieg durchzuführen, und es sei daher wohl zu begründen, wenn wir eine Maßregel für die Kriegführung des Jahres 1917 jetzt um einige Wochen hinausschöben.

[1155] Clemens Delbrück.

[1156] Vgl. Helfferichs eindringliche Darlegungen vom 4. Dezember 1915 im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags über die Bedingungen der Produktion in Deutschland und, damit verbunden, die Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit des Verbrauchers: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 229–230.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Kurze Ausführungen des Stellvertretenden Kriegsministers.*]

Der Herr Ministerpräsident hielt die Verteilung geeigneter Flugblätter an die fechtenden Truppen für zweckmäßig und ersuchte den Herrn Minister des Innern, sich dieserhalb mit dem Herrn Kriegsminister[1157] wegen eines geeigneten Vorgehens in Verbindung zu setzen. Er bitte um fortlaufende Unterrichtung über Maßnahmen in dieser Richtung und um möglichst eingehende Mitteilungen über die Stimmung der Truppen, weil die Staatsregierung sonst über einen wesentlichen Punkt im Dunkeln bleibe. Über die Beschlagnahme selbst werde er mit dem General von Falkenhayn in Verbindung treten. Einstweilen stelle er als Ergebnis der Erörterungen fest, daß eine Hinausschiebung der geplanten Maßnahme in Aussicht zu nehmen sei.

449. Bethmann Hollweg an Bernstorff

PA Berlin, R 21458, f. 18–21. Erlaß. In Postziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

A.Nr. 187. Berlin, 19. Dezember 1915
ab 1. Ausfertigung: 21. Dezember 1915 Nm.
ab 2. Ausfertigung. 23. Dezember 1915 Vm.

Antwort auf Bericht A.Nr. 557 vom 23. November.

Vorschlag Lansings, wonach wir Unterseebootkrieg als mit Völkerrecht im Widerspruch stehend erklären und damit eine förmlich von uns angekündigte Kriegsmaßnahme selbst verurteilen sollen, ist für uns unannehmbar, da solches Zugeständnis weder unserer Auffassung noch unserer Würde entspricht, noch für unsere öffentliche Meinung erträglich sein würde[1158].

Deutsche Gegenvorschläge ergeben sich aus nachstehenden Entwürfen für Ihre Lansing gegenüber abzugebende Erklärung, die in dieser Stufenfolge zu erörtern wären und deren Abänderung, soweit sie nicht rein stilistischer Art, hier zuvor genehmigt werden müßte. Erklärung selbst wäre naturgemäß nur abzugeben, wenn sie von Lansing gebilligt ist.

Erster deutscher Gegenvorschlag:

Der am 4. Februar angekündigte deutsche Unterseebootkrieg gegen englische Handelsschiffahrt wird geführt als Vergeltung für völkerrechtswidrigen Krieg Englands gegen deutsche Volkswirtschaft. Es ist ein anerkannter Satz des Völkerrechts, daß gegenüber völkerrechtswidrigen Handlungen angemessene Vergeltung geübt werden darf. Eine solche Vergeltung übt Deutschland: denn England ist bemüht, durch Lahmlegung legitimen Seehandels der Neutralen mit Deutschland diesem jede Zufuhr abzuschneiden und damit das deutsche Volk der Aushungerung preiszugeben; in Erwiderung dieser Maßnahme geht

[1157] Adolf Wild von Hohenborn.

[1158] Zum ganzen vgl. Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 210–215 (die amerikanische Haltung im November/Dezember 1915).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Deutschlands Bemühen dahin, den Seehandel Englands, wenigstens soweit er auf feindlichen Schiffen betrieben wird, auf jede Weise zu unterbinden.

Die Frage, ob durch Vergeltungsmaßnahmen auch neutrale Interessen in Mitleidenschaft gezogen werden dürfen, wird im vorliegenden Falle wohl bejaht werden können. Denn Neutrale haben völkerrechtswidrige Lahmlegung ihres deutschen Handels durch England tatsächlich hingenommen und können sich daher aus Gründen Neutralität entsprechenden Maßnahmen Deutschlands nicht widersetzen. Überdies sind die rechtzeitig angekündigten deutschen Maßnahmen derart, daß Neutrale sich ihrer schädlichen Wirkung durch Vermeidung feindlicher Handelsschiffe, die den Handel mit England betreiben, unschwer hätten entziehen können. Wenn sich Deutschland gleichwohl im Unterseebootkrieg Beschränkungen auferlegt hat, so ist dies geschehen im Hinblick auf die langjährige Freundschaft mit Vereinigten Staaten und in Erwartung eines Erfolges der von amerikanischer Regierung inzwischen unternommenen Schritte zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere.

Da Deutschland in seinem Vorgehen keine Völkerrechtswidrigkeit zu erkennen vermag, erachtet es sich auch, so sehr es Tod auf Lusitania eingeschiffter amerikanischer Bürger beklagt, nicht für verpflichtet, den hierdurch verursachten Schaden zu ersetzen. Aus freundschaftlichem Entgegenkommen ist Deutsche Regierung aber bereit, Meinungsverschiedenheit auf dem von Vereinigten Staaten stets warm empfohlenen Wege der internationalen Schiedssprechung zum Austrag zu bringen und somit dem Haager Schiedsgerichte die Frage zu unterbreiten, ob und in welchem Umfang Deutschland verpflichtet ist, für den bei Untergang Lusitania durch den Tod amerikanischer Bürger entstandenen Schaden Ersatz zu leisten. Urteil Gerichts hätte nicht Bedeutung zu entscheiden, ob deutscher Unterseebootkrieg völkerrechtlich zulässig ist oder nicht, würde aber geeignet sein, den bedauerlichen Lusitania-Fall endgültig aus der Welt zu schaffen.

Bei Erörterung dieses Gegenvorschlages, der früherer Instruktion entspricht, wäre zu bemerken, daß nicht verständlich erscheint, warum amerikanische Regierung Vorschlag schiedsgerichtlicher Erledigung ablehnt, während sie sonst bei jeder Gelegenheit internationale Schiedssprechung begünstigt. Gründe ablehnenden Standpunkts wären uns insbesondere für Aufklärung unserer öffentlichen Meinung erwünscht. Wenn amerikanische Regierung davon ausgeht, daß ihre Auffassung die allein berechtigte sei, so vertreten wir ebenso bestimmt die entgegengesetzte Auffassung; jedenfalls würde solcher Grund gegen jede Schiedssprechung geltend gemacht werden können. Daß das Urteil Schiedsgerichts nicht Bedeutung haben kann, endgültig über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit Unterseebootkriegs zu entscheiden, ist selbstverständlich, da die Weiterbildung des Völkerrechts in derartig wichtigen, die Kriegsführung für die Zukunft festlegenden Fragen durch völkerrechtliche Konferenzen, nicht aber durch zufällig zusammengesetzte Schiedsgerichte erfolgen kann.

Sollten Euere Exzellenz nach Erörterung ersten Gegenvorschlags zu fester Überzeugung gelangen, daß Erledigung Streitfalls auf dieser Grundlage unmög-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich und daß ohne weitere Zugeständnisse Bruch unvermeidlich, sind Sie ermächtigt, folgenden weiteren Gegenvorschlag zu machen.

Zweiter deutscher Gegenvorschlag

wie erster Gegenvorschlag; jedoch werden die letzten beiden Sätze beginnend mit: „Aus freundschaftlichem Entgegenkommen“ durch folgenden Satz ersetzt: Die Deutsche Regierung ist aber bereit, ohne Anerkennung einer völkerrechtlichen Verpflichtung aus freundschaftlichem Entgegenkommen für den bei Untergang Lusitania durch den Tod amerikanischer Bürger entstandenen Schaden Ersatz zu leisten.

Sollte sich bei Verhandlungen mildere Fassung unseres Standpunktes notwendig erweisen, würden Sie äußerstenfalls nachstehenden Gegenvorschlag vorlegen können.

Dritter deutscher Gegenvorschlag

wie erster Gegenvorschlag; jedoch wird der letzte Absatz beginnend mit „Da Deutschland“ durch folgenden Absatz ersetzt: Andererseits verkennt die Deutsche Regierung nach dem bisherigen Gange der Verhandlungen nicht, daß eine grundsätzliche Übereinstimmung der deutschen und der amerikanischen Auffassung kaum zu erzielen sein wird, da sich die Interessen und die Rechtsanschauungen der Neutralen und die der Kriegführenden in diesem Punkte naturgemäß widersprechen, auch wenn das völkerrechtswidrige englische Vorgehen von Amerika nicht in gleichem Maße wie von Deutschland erkannt werden kann. Eine weitere Vertiefung dieser Meinungsverschiedenheit dürfte indes nicht geeignet sein, die den beiden Regierungen am Herzen liegenden, bisher noch niemals getrübten Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zu fördern. In diesem Sinne spricht die deutsche Regierung wiederholt ihr tiefes Bedauern über den durch den Untergang der Lusitania verursachten Tod amerikanischer Bürger aus und erklärt sich zur freundschaftlichen Regelung des Falles bereit, für den entstandenen Schaden Ersatz zu leisten.

Ich nehme bestimmt an, daß jedenfalls mit dieser letzten Fassung friedliche Lösung Zwischenfalls herbeizuführen sein wird. Weitergehende Forderungen könnten nicht angenommen werden.

450. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 11303. Eigenhändig. Behändigt. Praes.: 20. Dezember 1915 pm.

[Ohne Nr.] [Berlin] 20. Dezember 1915

Anlage zur Denkschrift des Grafen Taube[1159], die I.M. die Königin von Schweden[1160] am 18.d.M. S.M. übergeben hat.

[1159] Verwertet bei Carlgren, Neutralität S. 235–236. Die Denkschrift ist ohne Datum und Unterschrift.

[1160] Viktoria (oben Anm. 951).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

S.M. wünschen, daß die Piece ganz sekret aufbewahrt wird.

Die Königin, die auch mit mir lange gesprochen hat, vertritt ebenso wie Taube den unhaltbaren Standpunkt, wir sollten eine Aktion gegen die Aalandsinseln und Finland unternehmen, dann würde Schweden schon nachfolgen, auch ohne daß es sich vorher gebunden hätte.

Bei S.M. hat sich die Königin über Lucius beklagt, der gegen das Eingreifen Schwedens arbeite und sich von Wallenberg übertölpeln lasse. Ich habe erwidert, Lucius sei gerissen genug, um das nicht tun zu lassen[!], Schweden sei nicht bereit, in den Krieg einzugreifen, und Wallenberg der allmächtige Mann.

451. Bethmann Hollweg an Loebell

PA Berlin, R 5339. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 20. Dezember 1915

Der dänische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr von Scavenius, hat in einer Unterredung mit dem Kaiserlichen Gesandten Grafen von Brockdorff-Rantzau die neuerdings in der dänischen chauvinistischen Presse veröffentlichten Hetzartikel erwähnt, die Euer pp. durch den Herrn Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein[1161] mitgeteilt worden sind. Der Minister äußerte vertraulich, daß die Regierung gegen die Zeitung „Vortland“ wegen eines Artikels vom 8. d.M. Strafantrag gestellt habe, trotz der schlechten Erfahrungen im Fall Wieth-Knudsen[1162], der wider alles Erwarten in der Berufungsinstantz freigesprochen sei (conf. das diesseitige Schreiben vom 27. Mai d.J.[1163] – A. 16485 –). Bei der von den Richtern beliebten Auslegung des Preßgesetzes vom 17. Juli d.J. würde dies möglicherweise nicht ausreichen. Sollte im Falle „Vortland“ abermals ein Freispruch erfolgen, so beabsichtige die Regierung ein das Gesetz verschärfendes Amendement einzubringen. Herr von Scavenius fügte hinzu, er bitte die Kaiserliche Regierung überzeugt zu sein, daß die Freiheiten, die sich die Presse in letzter Zeit herausgenommen habe, nicht der Ausdruck der maßgebenden öffentlichen Meinung sei und daß er, solange er an dieser Stelle stehe, für die neutrale Haltung Dänemarks in Fragen der auswärtigen Politik die volle Gewähr übernehme.

Indem ich mir eine Beantwortung der mir neuerdings von Euer pp. übersandten und diesseits an Graf Brockdorff-Rantzau weitergeleiteten Berichte des Herrn Oberpräsidenten in Schleswig im einzelnen vorbehalte, bitte ich

[1161] Friedrich von Moltke (oben Anm. 48].

[1162] Knud Asbjørn Wiedt-Knudsen (1878–1962), dänischer Schriftsteller (mit chauvinistisch-rassistischen Tendenzen); Komponist und Nationalökonom. – Über seinen „Fall“ wurde nichts ermittelt.

[1163] In den einschlägigen Beständen nicht nachzuweisen: PA Berlin, R 5239, R 5262 und R 5339.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sie, aus dem Vorstehenden entnehmen zu wollen, daß die in der jüngsten Zeit von der dänischen Presse veröffentlichten Artikel auch von der Dänischen Regierung mißbilligt werden und daß diese dagegen vorgeht, soweit es ihr nach den Gesetzen des Landes möglich ist. Wie ich bei wiederholten Anlässen Euerer Exzellenz dargelegt habe, hat Herr von Scavenius durch seine gesamte Haltung während des bisherigen Verlaufs des Krieges den Beweis dafür erbracht, daß er gewillt und imstande ist, die Neutralität Dänemarks aufrechtzuerhalten. Ich darf streng vertraulich hinzufügen, daß die von dem Minister befolgte Politik mehrfach sogar beträchtlich über die Grenzen einer für uns wohlwollenden Neutralität hinausgegangen ist. Angesichts dieser Sachlage ist es eine Selbstverständlichkeit, daß wir Herrn von Scavenius in unserem eigensten Interesse das Vertrauen entgegenzubringen haben, er werde den chauvinistischen Auslassungen der Presse so weit entgegentreten, als es nach Lage der dänischen Verhältnisse in seiner Macht steht. Anders handeln hieße die Stellung des Ministers untergraben und damit die Geschäfte unserer Feinde besorgen. Daß das „seelische Verhältnis des dänischen Volkes zu Deutschland", von dem der Herr Oberpräsident in einem seiner Berichte spricht, auch während des Krieges nicht zu einem für uns herzlichen geworden ist, ist auch mir wohl bekannt. Nicht aber darauf kommt es für uns an, sondern ausschließlich auf die Haltung der dänischen Regierung. Im übrigen wird die dänische Presse von dem Kaiserlichen Gesandten Grafen Brockdorff-Rantzau sorgfältig überwacht. Derselbe wird in allen Fällen, wo es möglich und zweckmäßig ist, ohne weiteres die etwa erforderlichen Maßnahmen treffen.

Euere Exzellenz darf ich als verantwortlicher Leiter der Gesamtpolitik des Reichs erneut bitten, die Ihnen unterstellten Organe der inneren Verwaltung Schleswig-Holsteins nachdrücklichst anweisen zu wollen, alles zu unterlassen, was von chauvinistischer Seite zu Agitationszwecken ausgenutzt werden kann. Das Reichsinteresse fordert, daß während der Kriegsdauer unsererseits alles vermieden wird, was die Stellung des gegenwärtigen dänischen Kabinetts und damit die Erhaltung der Neutralität Dänemarks gefährden könnte.

452. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1915, f. 136. Telegramm. Behändigte Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 23. Dezember 1915 pm.

Nr. 20652 op. Kassel, 22. Dezember 1915, 10 Uhr Abds.

Euer Exzellenz werden durch das in verschiedener Hinsicht überraschende Telegramm des Botschafters in Konstantinopel, das die Erschütterung der Stellung Enver Paschas ankündigt, ebenso schwer berührt worden sein wie ich. Trifft das Gerücht zu, so wird meiner Ansicht nach unsererseits sofort alles geschehen müssen, was, ohne die türkische Eigenliebe tief zu verletzen, irgend getan werden kann, um Enver, der für uns militärisch unschätzbar ist, zu stützen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aber die Nachricht legt auch die Frage nahe, ob Deutschland sich nicht durch schleunige feste Abmachungen mit der Türkei ein für alle Mal nach Möglichkeit gegen die Folgen schützen will, die aus solchen und ähnlichen Personenwechseln für uns zu erwachsen drohen. Sollte dies auf dem Wege des politischen Vertrages nicht zu erreichen sein, dann könnte man daran denken, das Ziel durch militärische Vereinbarungen anzustreben. Letzteres wäre aber wohl nur möglich, solange Enver noch in seiner Stellung wirkt.

453. Bethmann Hollweg an Gerard

PA Berlin, R 21458, f. 33. Schreiben. Reinkonzept. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, December 23rd 1915

My dear Ambassador[1164]!

I beg to express you my best thanks for your kind letter of today informing me that your Government is granting the permission to Bernstorff to communicate with me with regard to the Lusitania case through the state Department and through you and that the Auswärtiges Amt may communicate in cypher through you with Bernstorff about the same case – and further cipher privileges will be taken up in Washington with Bernstorff.

I am most grateful to you that through your personal intervention this welcome solution has been reached.

With my best wishes for a merry Christmas to Mrs. Gerard[1165] and you

most sincerely yours

454. Bethmann Hollweg an Luckwald

PA Berlin, R 1915, f. 137. Telegramm Hughes. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 3. Hauptquartier West. Berlin, 23. Dezember 1915

Für General von Falkenhayn.
Auf Telegramm Nr. 20652 op.[1166]

Euerer Exzellenz Auffassung, daß eine Erschütterung der Stellung Enver's[1167] aufs tiefste zu bedauern wäre, kann ich mich nur anschließen. Ich hoffe, daß sich das Gerücht als unbegründet erweisen wird, habe aber den Kai-

[1164] James Watson Gerard (1867–1951), amerikanischer Botschafter in Berlin 1913–1917.

[1165] Mary Augusta Gerard (1876–1956), geb. Daly.

[1166] Oben Nr. 452.

[1167] Wegen der schweren türkischen Verluste an der Kaukasusfront im Winter 1914/15 und der andauernden Kämpfe an der Gallipoli-Front war das Ansehen Enver Paschas als türkischer Oberbefehlshaber angeschlagen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

serlichen Botschafter bereits telegraphisch beauftragt, Enver mit allen Mitteln zu stützen.

Da unser Bündnis mit der Türkei vom Großwesir unterzeichnet und vom Sultan[1168] ratifiziert ist, dürften politische Abmachungen zum Schutz gegen die Folgen eines Wechsels im türkischen Kabinett kaum noch in Frage kommen.

Ob durch militärische Vereinbarungen ein größeres Maß von Sicherheit zu erreichen ist, erscheint mir zweifelhaft. Man könnte denken, die Unterstellung der türkischen Armee unter deutschen Oberbefehl anzustreben. Ich fürchte jedoch, daß Anregungen nach dieser Richtung keinen Erfolg haben, die türkische Eigenliebe schwer verletzen und Envers Stellung vollends untergraben würden.

455. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 20195. Immediatbericht. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift. Am Rand handschriftlicher Vermerk: vorläufig cessirt. 24/12.

[Ohne Nr.] Berlin, [23.] Dezember 1915

Heute!

Der dem Hauptquartier Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät zugeteilte Generalleutnant Zeky Pascha[1169] soll, wie ich vertraulich höre, bei aller Dankbarkeit für die ihm persönlich erwiesene huldvolle Behandlung einige Besorgnis darüber hegen, es könnte unter dem Eindruck des ruhmvollen Feldzugs in Serbien der ältere türkische Verbündete durch den neuen bulgarischen Bundesgenossen in den Hintergrund gedrängt werden. Anscheinend spielt hierbei auch der Gedanke eine Rolle, daß die Bulgaren als christliche Nation Euerer Majestät näher stehen und darum an und für sich höher bewertet werden könnten als die mohammedanischen Türken. Einen Schein der Berechtigung würde Zeky Paschas Sorge erhalten, wenn bei der bevorstehenden Begegnung in Nisch, Euerer Majestät Allergnädigsten Intentionen entsprechend, Seine Majestät der König der Bulgaren mit dem preußischen Feldmarschallstab beliehen wird, während Seine Majestät der Sultan leer ausgeht[1170].

Falls Eurere Majestät unter den dargelegten Umständen huldvollst geruhen sollten, die Verleihung der gleichen hohen Auszeichnung auch an Seine Majestät den Sultan ins Auge zu fassen, so würde vielleicht die Entwicklung

[1168] Mehmed V. (Reşad) (1844–1918), Sultan 1909–1918.

[1169] Halephi Zeki Pascha (1862–1943), Generalleutnant; Verbindungsoffizier des Sultans bei Wilhelm II. 1914–1917.

[1170] Wilhelm II. kam mit König Ferdinand am 18. Januar 1916 in Nisch zusammen und überreichte diesem den preußischen Feldmarschallstab. Am 27. Januar 1916 ernannte der Kaiser den Sultan zum preußischen Feldmarschall.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Dinge auf Gallipoli[1171] einen geeigneten Anlaß bieten. Ein derartiger Beweis Allerhöchsten Wohlwollens gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt wäre auch insofern zu begrüßen, als er unmittelbar die Stellung Enver Paschas stärken dürfte, die nach Meldung Euerer Majestät Botschafters in Constantinopel neuerdings nicht mehr ganz so fest sein soll wie bisher.

Mit Eurerer Majestät Generalstabschef habe ich wegen der vorstehenden alleruntertänigsten Anregung noch nicht Fühlung nehmen können, ich möchte aber angesichts des großen Wertes, den General von Falkenhayn auf ein ungetrübtes und vertrauensvolles Verhältnis zu den Türken legt, sein Einverständnis ohne weiteres voraussetzen.

456. Notiz Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21458, f. 45. Eigenhändiges Konzept.

Berlin, 30. Dezember 1915

Admiral von Holtzendorff hat sich gestern auf meine Vorstellungen bereit erklärt, den Ubooten im Mittelmeer sofort den Befehl zugehen zu lassen, für einen Zeitraum von 4 Wochen Passagierdampfer überhaupt nicht zu torpedieren[1172]. Ich habe mich mit dieser Fristbeschränkung einverstanden erklärt, weil es darauf ankomme, zunächst einmal die gegenwärtige Periode äußerster Spannung zu überwinden. Vor Ablauf der 4 Wochen werden wir die Verlängerung des Befehls durchsehen [!] müssen. Ich bitte mich rechtzeitig an die Sache zu erinnern.

457. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. MF 984, f. 2–17. Rede. Protokoll. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 152 (mit den dortigen Anmerkungen). – Teildruck: Militär und Innenpolitik I S. 355–357.

Berlin, 3. Januar 1916

In der heutigen Staatsministerialsitzung wurde folgendes verhandelt:

Nr. 1 der Tagesordung – Festellung der Thronrede.

Der Herr Ministerpräsident führte aus, er habe mit seinem gestrigen Schreiben den von ihm aufgestellten Entwurf einer Thronrede für die bevorstehende Landtagseröffnung den Herren Staatsministern übersandt und gleich-

[1171] Das Dardanellenunternehmen war inzwischen gescheitert. Die Belagerung der Dardanellen wurde am 19. November 1915 abgebrochen; die Ententetruppen wurden am 18. Dezember eingeschifft; die letzten Einheiten verließen Gallipoli am 9. Januar 1916.

[1172] Vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 21–22 und 154.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zeitig einen Entwurf des Herrn Ministers des Innern[1173]. Zwischen dem Herrn Minister des Innern und ihm bestehe Übereinstimmung darin, daß die Staatsregierung einen neuen Wahlgesetzentwurf einbringen müsse und daß es sich im Laufe der bevorstehenden Landtagssession als notwendig erweisen werde, regierungsseitig eine Erklärung über die Wahlrechtsreform abzugeben. Der Herr Minister des Innern habe nach Benehmen mit dem Staatsministerium in der Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses vom 27. Februar v.J. ein Eingehen auf die Wahlrechtsvorlage mit der Erklärung abgelehnt[1174], „er bitte, alle Fragen auszuschalten, die die Gefahr in sich bärgen, daß Zwistigkeiten hervorgerufen werden könnten; zu diesen Fragen gehöre sicher die Wahlrechtsfrage." In einem Teile der Bevölkerung sei diese ausweichende Erklärung so ausgelegt, als ob im Staatsministerium über die Frage noch kein Entschluß gefaßt sei. Die Regierung werde demgegenüber jetzt zu einer bestimmten Stellungnahme genötigt sein, die füglich nur dahin lauten könne, daß sie gewillt sei, alsbald nach dem Kriege mit einer neuen Wahlrechtsvorlage an den Landtag heranzutreten. Er glaube annehmen zu dürfen, daß das Staatsministerium diese Auffassung teile. Die Wahlrechtsvorlage sei nun einmal in den gewaltigen Erlebnissen des Krieges das Fanal der Politik für weite Kreise der Bevölkerung, und man werde sicherlich an dieser brennenden Frage nicht vorübergehen können. Der Herr Minister des Innern teile diese seine Auffassung, wolle aber eine Erklärung über das Wahlrecht expressis verbis nicht in die Thronrede aufnehmen, sondern halte es für zweckmäßiger, daß sie nach der Eröffnung des Landtags von ihm, dem Ministerpräsidenten, im Abgeordnetenhaus gelegentlich einer größeren politischen Rede abgegeben werde. Dabei solle dann gesagt werden, daß der betreffende allgemeine Hinweis der Thronrede auf die gesetzgeberischen Arbeiten nach dem Kriege selbstverständlich auch die Wahlrechtsfrage im Auge habe. Gegen ein solches Vorgehen habe er indessen erhebliche Bedenken. Es erscheine ihm nicht möglich, in der Thronrede von der Frage nicht zu sprechen, die die Gemüter am meisten errege, dann aber zwei Stunden später eine Erklärung abzugeben, wie sie der Herr Minister des Innern wünsche. Auch im Landtage könnten daraus unbequeme Schlußfolgerungen entstehen. Man werde fragen, warum die Regierung, wenn sie entschlossen sei, die Vorlage zu bringen, dies nicht deutlich und zweifelsfrei in der Thronrede zum Ausdruck gebracht habe. Diese Bedenken verkenne ja auch der Herr Minister des Innern in seinem Schreiben vom 31. Dezember[1175] keineswegs; denn er habe dort selbst gesagt, daß beim Fehlen eines ausdrücklichen Hinweises auf das Wahlrecht in der Thronrede in den linksstehenden Kreisen eine tiefgehende Enttäuschung und Verstimmung zu erwarten sei und daß deshalb mit der von ihm gewünschten deklaratorischen Erklärung nicht bis zu den Kommissionsverhandlungen im Abgeordneten-

[1173] Friedrich Wilhelm von Loebell.

[1174] Vgl. dazu den Briefwechsel zwischen Loebell und Bethmann Hollweg vom Januar/Februar 1915: Winzen, Loebell S. 889–891; ferner den Brief Loebells in der Sache an Valentini vom 19. Januar 1916: ebenda S. 921–923 (S. 923–927 eingehende Anmerkungen Winzens).

[1175] Nicht veröffentlicht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hause werde gewartet werden können. Aus diesem Grunde habe der Herr Minister des Innern nunmehr vorgeschlagen, gleichzeitig mit der Veröffentlichung der Thronrede oder unmittelbar hinterher in einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine Interpretation der Thronrede zu geben und darin einen ausdrücklichen Hinweis auf die Wahlrechtsreform einzuflechten. Auch gegen diesen Vorschlag habe er wesentliche Bedenken. Die Thronrede sei eine Kundgebung des Königs, auch wenn sie von ihm nicht persönlich verlesen werde. Es gehe aber nicht an, zu einer solchen königlichen Kundgebung einen Kommentar in der Zeitung zu geben, in welchem das Wichtigste zum Ausdruck gebracht werde, das nicht oder doch nicht mit der gewünschten Klarheit in der Thronrede selbst gesagt sei. Es bleibe deshalb nichts anderes übrig, als den Hinweis auf die Wahlreform in die Thronrede selbst aufzunehmen. Im Jahre 1908 habe man allerdings mit seinem solchen Vorgehen schlechte Erfahrungen gemacht, aber die damaligen Verhältnisse seien von den gegenwärtigen sehr verschieden. Im Jahre 1908 sei man sich im Staatsministerium über die Notwendigkeit und den Inhalt der Vorlage so wenig im klaren gewesen, daß man erst 1910 an die Ausführung herangegangen sei. Jetzt liege die Sache insofern wesentlich anders, als die Staatsregierung nach seiner festen Überzeugung an eine Änderung des Wahlrechts nach dem Krieg keinenfalls herumkommen werde, und deshalb sei es auch unbedenklich, die Vorlage schon jetzt in Aussicht zu stellen. Das Bedenken, die der Herr Minister des Innern wegen der Stellungahme der Konservativen hege, wolle er nicht unterschätzen. Auch er nehme an, daß die Ankündigung der Wahlrechtsvorlage in der Thronrede in der konservativen Partei lebhafte Mißbilligung erfahren und daß dieser Mißmut in unliebsamer Weise zutage treten werde. Er würde eine solche Haltung der Konservativen allerdings lebhaft bedauern[1176]. Seines Erachtens liege es im eigenen Interesse der Konservativen, wenn sie von vornherein die Notwendigkeit einer Reform des Wahlrechts in der heutigen Zeit anerkennten und sich als ihre Freunde hinstellten, dann würde die Partei sicher viel stärker dastehen. Er befürchte indessen, daß sie diese Haltung nicht einnehmen, sondern den Versuch machen würden, auch nach dem Kriege die ganze Angelegenheit dilatorisch zu behandeln. Über die im Landtage infolgedessen vorauszusehenden Unbequemlichkeiten müsse man sich hinwegsetzen, da man sich eben in einer Zwangslage befinde. Die von ihm vorgeschlagene Fassung der Thronrede lasse inhaltlich zwar keinen Zweifel darüber, daß die Wahlrechtsreform gemeint sei, sie vermeide aber einen wörtlichen Hinweis, um damit die Wirkung auf die Konservativen abzuschwächen. Er bitte das Staatsministerium, sich seinem Vorschlage anzuschließen.

[*Kontroverse Äußerungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident wandte sich gegen die Behauptung des Herrn Kultusministers, daß die Staatsregierung ihrer bisher während des Krieges eingenommenen Stellung untreu werde. Er könne dies nicht zugeben, denn über

[1176] Vgl. dazu Westarp, Konservative Politik II S. 257–259.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die zukünftige Politik der Staasregierung sei bereits mehrfach in bedeutungsvoller Weise gesprochen worden. Er erinnere in erster Linie an die eigenen Worte des Kaisers: „Ich kenne keine Parteien mehr“; das sei keine leere Redensart gewesen, sondern eine Tat von hoher politischer Bedeutung. Auch seine verschiedenen Reden im Reichstag, in denen er auf den Geist der Einmütigkeit im deutschen Volke wiederholt hingewiesen habe, ebenso wie ähnliche Reden seines Stellvertreters, Exzellenz Delbrück, seien doch nicht ohne Bedeutung für die innere Politik gewesen. In gleicher Richtung müßten Erklärungen und Verwaltungsmaßregeln einzelner Herren Ressortminister bewertet werden; so weise er nur hin auf die Bestätigung von politisch oppositionellen Elementen in Kommunal- und Schulämtern seitens des Herrn Ministers des Innern und des Herrn Kultusministers, ferner auf die Zulassung der Jesuiten im Felddienst und anderes mehr. Wenn sonach schon auf mancherlei Gebieten der inneren Politik in Worten und Taten neue Wege eingeschlagen seien, so werde man auf dem wichtigen Gebiete des Wahlrechts schwerlich mit einer ausweichenden Antwort auskommen können. Er vermöge deswegen einen Bruch mit dem bisherigen Prinzip der Staatsregierung darin nicht zu erblikken, daß nunmehr gesagt werde, auch das Wahlrecht gehöre zu den Fragen, die demnächst einer Neuordnung unterzogen werden sollten. Eine Andeutung, in welcher Weise diese Änderung gedacht sei, solle vermieden werden, und deshalb könne auch von einem Bruch des Burgfriedens nicht die Rede sein. Das sei ja auch der Standpunkt des Herrn Ministers des Innern, und wenn sich eine Fassung finden lasse, welche die in dieser Hinsicht von ihm noch geäußerten Bedenken ausräumen werde, so würde er sie gern akzeptieren. Auch er habe übrigens keineswegs den Wunsch, die Wahlrechtsfrage in bengalische Beleuchtung zu rücken, aber darin stehe sie nun einmal.

[*Beiträge weiterer Minister. Der Kultusminister mahnt zuletzt, daß der Kaiser seine Zustimmung zu der Thronrede geben müsse.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß es selbstverständlich des Einverständnisses Seiner Majestät bedürfe. Er habe dieses noch nicht nachgesucht, weil er die Angelegenheit zunächst im Staatsministerium habe zur Beratung bringen wollen. Wenn der Herr Kultusminister[1177] mit Seiner Majestät vor dem Kriege über die Wahlrechtsreform gesprochen habe (was von diesem bestätigt wurde), so mache er darauf aufmerksam, daß der Krieg manches geändert habe.

[*Einreden des Kriegsministers und des Staatsministers Helfferich.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, er würde sich den Bedenken des Herrn Kultusministers, des Herrn Landwirtschaftsministers[1178] und des Herrn Finanzministers anschließen können, falls es in diesem Jahre noch möglich wäre zu sagen, die Regierung lehne es ab, sich über die Wahlrechtsfrage zu äußern, das sei aber aus den von dem Herrn Staatsminister Dr. Helfferich in gro-

[1177] August von Trott zu Solz.

[1178] Clemens Frhr. von Schorlemer. Der im folgenden genannte Finanzminister: August Lentze.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ßen Zügen dargelegten Gründen unmöglich. Er sei mit ihm der Auffassung, daß bei einer solchen ablehnenden Haltung alle Bemühungen gegenüber der Sozialdemokratie erfolglos sein würden. Deshalb bleibe trotz der nicht zu leugnenden großen Bedenken keine Wahl, man müsse den von ihm vorgeschlagenen Weg gehen. Wegen der genauen Fassung des fraglichen Satzes könne an der Hand der Vorschläge des Herrn Ministers des Innern und des Herrn Staatsministers Dr. Helfferich noch eine nähere Prüfung vorbehalten bleiben.

[*Weitere Ausführungen anderer Minister.*]

[*Schließlich*] stellte der Herr Ministerpräsident fest, daß eine vollständige Übereintstimmung über den in der Wahlrechtsfrage zu gehenden Weg nicht zu erzielen sei, es solle indessen versucht werden, für den sich hierauf beziehenden Satz der Thronrede noch eine andere den Wünschen des Herrn Ministers des Innern mehr entsprechende Form zu finden[1179].

Was den Wunsch des Herrn Ministers des Innern anbeträfe, den rühmlichen Anteil des preußischen Volkes und Heeres am gegenwärtigen Kriege in der Thronrede stärker zu betonen, so habe er dagegen doch gewisse Bedenken. Wenn in Bayern so etwas geschehe, so lägen die Verhältnisse in Preußen doch etwas anders. Preußen sei zu groß und seine Bedeutung im Reiche zu wichtig, um hier nicht mit einer gewissen Zurückhaltung vorzugehen. Er habe indessen in seinem Enwurf im Eingang und am Schlusse Wendungen gebraucht, die den preußischen Standpunkt, wie er hoffe, auch nach der Auffassung des Herrn Ministers des Innern genügend wahrten.

[*Dazu Zustimmung des Innenministers.*] Nachdem sodann noch auf Wunsch [*mehrerer Minister*] einige kleinere formale Änderungen vorgenommen waren, wurde die Verhandlung geschlossen.

[*2. Erhöhung der Einkommenssteuer zum Zwecke der Kriegsfinanzierung.*]

Der Herr Ministerpräsident [*sprach sich*] dafür aus, die Erhöhung der Zuschläge mit 2.400 M Einkommen beginnen zu lassen, jedoch die neu hinzutretenden Stufen von 2.400–2.700 Mark und 2.700–3.000 Mark nur mäßig (etwa von 5 % auf 7 % oder 7,5 %) zu erhöhen, im übrigen aber den Tarif der Vorlage von 3050 Mark Einkommen an beizubehalten.

Er halte es auch seinerseits für geboten, daß vermieden werde, den Fehlbetrag für 1914 und 1915 zusammen mit mehreren hundert Millionen Mark anzugeben, während die Vorlage nur 100 Millionen Mark Deckung vorsehe, weil dies auch seiner Meinung nach im Ausland einen äußest ungünstigen Eindruck machen würde. Die etwa erforderlichen Aufklärungen würden in einer privaten Besprechung mit den Parteiführern vertraulich gegeben werden können.

[1179] In der endgültigen Fassung der Thronrede vom 13. Januar 1916 heißt der umstrittene Satz in verklausulierter Form: „Der Geist des gegenseitigen Verstehens und Vertrauens […] wird auch unsere öffentlichen Einrichtungen durchdringen und lebendigen Ausdruck finden in unserer Verwaltung, unserer Gesetzgebung und in der Gestaltung der Grundlagen für die Vertretung des Volkes in den gesetzgebenden Körperschaften.“ Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 11.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

458. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21523. Eigenhändig.

[Berlin] 7. Januar 1916

General von Falkenhayn hat mir heute seine Ansicht von der Situation wie folgt dargestellt.

1. Rußland. Innere Situation, obwohl schlecht, bietet keine Aussicht auf in absehbarer Zeit bevorstehenden Zusammenbruch. Armee auch im Frühjahr zu keiner größeren Offensive mehr fähig. Bezeichnend für ihren Wert, daß die aus den besten Armeekorps zusammengesetzte bessarabische Armee gegen die qualitativ nicht sonderlichen österreichischen Truppen bisher nichts hat ausrichten können.

2. Frankreich. Innere Zustände und Stimmung des Landes nicht gut. Armee gut. Ihre Moral besser als vorm Jahre.

3. England, wie die Wehrvorlage zeigt[1180], entschlossen, den Kampf bis zum besten Ende durchzukämpfen.

4. Ob wir Expedition gegen Saloniki erfolgreich durchführen können, noch nicht zu übersehen. Sie wird vorbereitet[1181]. Ob sie ausgeführt wird, wird nach Lage der feindlichen Kräfte erst in dem Zeitpunkt entschieden, wo die Expedition tatsächlich beginnen kann. Das wird frühestens Ende Januar der Fall sein.

(pro notitia. Die Bulgaren haben von den Engländern und Franzosen bei Doiran [= Doiráni] nur einige Nachhuten geschlagen und waren danach selbst so fertig, daß sie ganz außer Stande gewesen wären, den Ententetruppen nach Saloniki zu folgen. Es sei ein wahres Glück gewesen, daß wir es ihnen noch ausdrücklich untersagt hätten, da sonst eine völlige Katastrophe unausbleiblich gewesen wäre.)

5. Ob wir eine größere Offensive im Westen machen können und werden, noch ganz unentschieden. Wenn ja, so verspricht man sich davon zwar kein Ende des Krieges, wohl aber einen merklichen Umschwung aller Dinge in Frankreich.

6. Wegen unserer wirtschaftlichen und inneren Zustände ist es dringend geboten, den Krieg vor Winter 1916/17 zum Ende zu bringen. Sichere Aussicht dafür, daß bis dahin unsere Gegner zum Frieden geneigt sein würden oder daß wir sie durch militärische Schläge dazu zwingen werden, ist nicht vorhanden. Deshalb müssen wir jedes uns außerdem zu Gebote stehende Kraftmittel gegen unsere Feinde anwenden. Das einzige ist der rücksichtslose Ubootkrieg. Wir können gar nicht mehr wählen, ob wir es anwenden wollen oder nicht. Wir sind ganz einfach dazu gezwungen.

[1180] Am 5. Januar 1916 hatte Premierminister Asquith im Unterhaus den Entwurf eines Wehrpflichtgesetzes eingebracht. Am 6. Januar erfolgte darüber die erste Lesung. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 75–81.

[1181] Dazu vgl. Der Weltkrieg IX S. 316–319.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

7. Die Marine (Admiral von Holtzendorff) versichere, daß wir mit dem Ubootkrieg binnen 4 oder etwas mehr Monaten England so empfindliche Schäden zufügen werden, daß es nachgiebt.

8. Amerika würde zwar diplomatisch mit uns brechen, aber uns nicht den Krieg erklären. Selbst wenn es das täte, ist der militärische Schaden, den es zufügen kann, nicht beträchtlich. Finanziell und in sonstiger Weise behandelt es uns schon als Feind.

9. Holland und die skandinavischen Staaten werden nicht daran denken, uns den Krieg zu machen. Tun sie es doch, so haben wir genug Truppen, um Holland und Dänemark abzuwehren. Schweden wird nie gegen uns marschieren. Ebenso genügen unsere Streitkräfte, um England von Landungen in Holland oder Dänemark abzuhalten.

10. Die moralischen Wirkungen und die Folgen unserer noch schärferen Abschließung mögen bedauerlich sein. Es bleibt uns aber keine Wahl. Wir müssen jedes mögliche Mittel anwenden, das die Aussicht bietet, die Feinde niederzukämpfen. Um unsere Existenz kämpfen wir unter allen Umständen[1182].

459. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 20196, f. 36. Telegramm. Reinkonzept in Maschinenschrift. Revidiertes Konzept von der Hand Jagows ebenda f. 34–35. Abgangsvermerk: 9.1.16. 4,15 pm.

[Ohne Nr.] Berlin, 9. Januar 1916

Sofort!

Telegramm in Worten!

Euerer Majestät wage ich nachstehenden Entwurf für ein Telegramm an S.M. den Sultan ehrerbietigst zu unterbreiten.

„Soeben erhalte ich die Nachricht, daß die feindlichen Streitkräfte gezwungen worden sind, Gallipoli zu räumen. An der glorreichen Verteidigung durch die heldenmütigen Truppen Euerer Majestät ist der hartnäckige Angriff der Feinde auf die Meerengen endgiltig gescheitert und der türkische Boden von den Eindringlingen befreit worden.

Euerer Majestät möchte ich meine herzlichsten Glückwünsche zu diesem herrlichen Erfolge aussprechen. Gleichzeitig bitte ich Euere Majestät, die Gabe eines Ehrensäbels als Zeichen meiner aufrichtigen Bewunderung für den treuen Verbündeten und den siegreichen Oberbefehlshaber des tapferen osmanischen Heeres annehmen zu wollen. Möge derselbe ein Symbol dafür sein, daß wir auch weiter in dem Kampf für das Recht unsere Gegner auf's Haupt schlagen und durch Gottes Hilfe und die Tapferkeit unserer Truppen den endgültigen Sieg über alle unsere Feinde davontragen werden."

[1182] Vgl. dazu unten Nr. 711* die Aufzeichnung Bethmann Hollwegs vom 4. Januar 1916; ferner Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung S. 176–184.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

460. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

PA Berlin, R 21523. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Ganz geheim. Berlin, 9. Januar 1916

Im Anschluß an unsere gestrige Unterredung beehre ich mich, Euer Exzellenz Abschrift eines soeben eingegangenen Schreibens des Chefs des Admiralstabs vom 7. d.Mts zu übersenden, in dem dieser seine Ansicht über die Wiederaufnahme des Ubootkrieges gegen England niedergelegt hat[1183].

Bei Beurteilung der wirtschaftlichen Folgen wird man nach meinem Dafürhalten davon ausgehen müssen, daß ein rücksichtslos geführter Ubootskrieg – und wohl nur ein solcher könnte erfolgreich sein – unter allen Umständen den diplomatischen Bruch mit den Vereinigten Staaten, wahrscheinlich aber den Krieg mit ihnen bedeutet. Die voraussichtliche Haltung Hollands und der Skandinavischen Reiche ist im Voraus schwer zu beurteilen. Admiral von Holtzendorff hat mündlich gemeint, daß sie im wesentlichen intakt bleiben könnten, wenn sie in Befolgung des ihnen zu erteilenden Rates ihre Schiffe nicht durch den Kanal, sondern um Schottland herumgehen ließen, da er an der Ostküste Englands keinen regelrechten Ubootkrieg zu führen beabsichtige. Mir ist es zweifelhaft, ob die Marine diese Absicht auf die Dauer durchführen kann, da England, sobald es merkt, daß seine östlichen Zufahrtstraßen von Ubooten nicht bedroht sind, auch die von Westen kommende Zufuhr nach den östlichen unter Mißbrauch der neutralen Flagge leiten wird und unsere Marine dann gezwungen sein wird, auch die Ostküste durch Uboote abzusperren. Geschieht das aber, dann werden die holländischen und skandinavischen Schiffe nicht mehr geschont werden können. Nebenbei bemerkt, ist mir bisher noch nicht aufgeklärt worden, ob wir genügend Uboote für Absperrung auch der Ostküsten haben beziehungsweise ob diese Absperrung in ausreichender Weise durch Minen bewirkt werden kann.

Wie dem auch sein möge: ohne daß auch holländische und skandinavische, daneben auch südamerikanische, spanische, griechische Schiffe u.s.w., torpediert werden, wird der Ubootkrieg nicht geführt werden können, und aus den Erfahrungen des Vorjahres wissen wir, welche deutschfeindliche Erregung in allen betreffenden Staaten die Folge sein würde. Auch wenn daraus keine Kriegserklärung hervorgehen sollte, ja selbst wenn Holland und Dänemark sich der Entente nicht einmal soweit gefügig erzeigen sollten, wie es jetzt Griechenland tut, müssen wir zum mindesten darauf gefaßt sein, daß mit der Eröffnung des Ubootkrieges diejenigen Zufuhren gänzlich abgeschnitten werden, welche wir gegenwärtig noch von und über Holland und die Skandinavischen Reiche erhalten. Selbstverständlich wird auch die amerikanische Hülfe für Belgien und Nordfrankreich wegfallen.

[1183] Gedruckt in: Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses I S. 138–142.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die entgegengesetzten, wie ich höre, namentlich von Großadmiral von Tirpitz vertretenen Ansichten scheinen mir an einem Optimismus zu leiden, den wir jedenfalls als einen feststehenden Faktor in unsere Rechnung nicht einstellen dürfen.

Es fragt sich also, ob und wie lange wir diese Absperrung vor der Welt wirtschaftlich ertragen könnten und ob wir nicht eher selbst früher zusammenbrechen würden, als das die Marine für England in Aussicht stellt. Die für England laufende Frist hat der Großadmiral von Tirpitz, wie mir gesagt worden ist, auf zwei, der Admiral von Holtzendorff zunächst auf etwa vier, in dem beiliegenden Schreiben auf sechs Monate berechnet, doch hat er mir mündlich auch von acht Monaten gesprochen.

Euer Exzellenz beehre ich mich, die mündlich ausgesprochene Bitte zu wiederholen, mich tunlichst bald davon in Kenntnis zu setzen, wie Sie die wirtschaftliche Seite der Frage betrachten. Sollten Nachrichten für ein Urteil darüber vorhanden sein, für wie lange Zeit England schon jetzt bzw. Anfang März mit Lebensmitteln und Rohstoffen versehen sein wird, so würde ich für eine entsprechende Mitteilung dankbar sein. Gegebenenfalls nimmt die Marine den Beginn des Uboootkrieges für Anfang März in Aussicht.

Meine Bitte um absolut vertrauliche Behandlung darf ich ergebenst wiederholen.

Dem Herrn Reichsschatzsekretär[1184] habe ich Abschrift mit dem Ersuchen um Begutachtung der finanziellen Seite der Frage miteteilt.

461. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21523. Eigenhändig. (Im zweiten Teil sind am Rand mehrere Wörterteile abgeschnitten; sie wurden sinngemäß ersetzt). Druck: Birnbaum, Peace Moves S. 346–347.

[Berlin] 10. Januar 1916

Falkenhayn und die Marine sind so entschlossen für den Ubootskrieg, daß S.M. als oberster Kriegsherr gar nicht anders können wird, auch dann für sie zu entscheiden, wenn ich mich gezwungen sehen sollte, dagegen zu votieren. Delbrück und Helfferich, die ich zu Gutachten darüber aufgefordert habe, ob und wie lange wir den völligen Abschluß von der Welt ertragen können (die Ernährung Belgiens wird dabei eine besondere Rolle spielen), werden sich wohl dahin aussprechen, daß falls Sicherheit für die Niederzwingung Englands besteht, die Sache gewagt werden müsse. Solche Sicherheit kann niemand geben, und es bleibt deshalb bei dem Würfelspiel, dessen Einsatz tatsächlich die Existenz Deutschlands ist. Falkenhayn meint, daß auch ohne den Ubootskrieg um denselben Einsatz gespielt werde und daß er von dem Ubootkrieg nur dann absehen könne, wenn ich ihm die Sicherheit geben könne, daß

[1184] Karl Helfferich.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Krieg bis zum Winter 1916/17 auf andere Weise beendet werden könne. Auch diese Sicherheit läßt sich nicht schaffen. Ich kann nur die Möglichkeit behaupten – eine Möglichkeit, die dann einen hohen Grad an Wahrscheinlichkeit erhält, wenn wir bei Saloniki keine Schlappe erleiden und die bevorstehende große Frühjahrsoffensive restlos abweisen oder wenn wir gar selbst einen erfolgreichen Offensivvorstoß im Westen machen können. Mir scheint, daß neben allem anderen innere Unsicherheit über die Erfüllbarkeit dieser Voraussetzungen bei der Entscheidung Falkenhayns für den Ubootskrieg mitwirkten. Einen gewissen abenteuernden Zug erblicke ich dann doch darin, daß Falkenhayn den eventuellen Eintritt Hollands und Dänemarks in den Krieg so willig auf die leichte Schulter nimmt.

Daß Amerika unter allen Umständen bei Wiederaufnahme des Ubootkrieges den Krieg erklärt, halte ich noch nicht für ausgemacht. Das hängt wohl lediglich von der weiteren Entwickelung der inneren amerikanischen Zustände ab. Aber auch wenn Amerika der Form nach neutral bleibt, weiß ich nicht, wodurch es bestimmt werden könnte, dann noch die weitere Verproviantirung Belgiens zu übernehmen, indem wir die weiteren allerdings geringen Zufuhren <via> Holland und die skandinavischen Reiche aufrecht erhalten sollten. Es sei denn, daß wir eine entschieden antienglische Stimmung in Amerka hervorrufen u. Amerika (sowohl Nord wie Süd) bestimmen könnten, eine bedeutende Ausfuhr an Lebensmitteln und Rohstoffen aller Art um Schottland herum nach den holländischen und skandinavischen Häfen zu organisiren und gleichzeitig von England die Abstellung des Zugriffs auf diese Waaren, als für Deutschland bestimmte Bannwaaren, durchzusetzen. Aber das scheint mir ein aussichtsloses Beginnen.

Bleibt es dabei, daß der Ubootskrieg ein unsicheres Spiel um Kopf und Kragen ist, so frage ich mich, ob wir nicht die Pflicht haben, vorher England in ausgesprochener Weise über seine Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen zu sondiren, wobei die [bevor]stehende Wiederaufnahme des Ubootskrieges angedeutet werden könnte. In letzterer Beziehung könnte man [vielleicht] schon jetzt in der Presse präludiren, indem man der wieder[holten] Behauptung, England habe durch seine Abwehrmittel den [Ubo]otskrieg um England herum unmöglich gemacht, wider[spricht]. Kühlmann hat neulich von einer Äußerung des niederländischen Gesandten in London[1185] berichtet, daß eine Bespre[chung] zwischen Sir Edw. Grey und mir den Frieden bringen könnte. Steckt etwas dahinter, sollte es ein ganz vorsichtiger Fühler Englands sein?

Natürlich würde jetzt nur ein sehr magerer Friede [heraus]kommen, den die Marine dem Volk überdies durch die Behauptung verekeln würde, wir hätten England niederzwingen können, und nur der Reichskanzler habe das verhindert. Auch besteht die große Gefahr, daß der sehr mögliche Mißerfolg auf unsere Invite eingeleiteter, wenn auch zunächst nur unverbindlicher Friedenserörterungen an England in der ganzen Welt gegen uns ausgebeutet und

[1185] Reneke de Marees van Swinderen (1860–1955), niederländischer Gesandter in London 1913–1937.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die innere Stimmung bei uns in gewissen Kreisen sehr verschlechtern würde. Ist diese Gefahr zu groß, und momentan halte ich sie für enorm, so wird der Ubootkrieg das Ende vom Liede sein – unter welchem Kanzler es auch sein möge.

Die Marine hat natürlich schon jetzt nicht mehr reinen Mund gehalten. Auf dem Klub von 1915[1186] ist vorgestern ganz offen erzählt worden, die Marine habe mir vor 10 Tagen den Vorschlag gemacht, den Ubootkrieg wiederaufzunehmen, und die Entscheidung liege jetzt allein bei mir. Falkenhayn sagte mir soeben telefonisch, daß auch ihm solche Gespräche gemeldet worden seien und daß er daher heute S.M. von seinen Verhandlungen mit Tirpitz und Holtzendorff Kenntnis geben müsse, da er nicht zusehen könne, wie etwa marineseitig die Sache in Form von Gerüchten an S.M. gebracht würde.

462. Bethmann Hollweg an Tirpitz

PA Berlin, R 21523. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] [Berlin] 18. Januar 1916

Ew.E. beehre ich mich um eine geneigte schleunige Mitteilung darüber zu bitten, auf welchen Bestand der englischen Handelstonnage zu Beginn des Krieges, auf wie hoch ihre inzwischen erlittenen Verluste, auf welchen Tonnagegehalt die von der englischen Regierung für Zwecke des Heeres und der Marine gecharteren Handelsschiffe und auf wie hoch demnach die England für Handelszwecke zur Zeit zur Verfügung stehende Handelstonnage anzunehmen ist.

463. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA Berlin, R 43/2398e, f. 165–168. Eigenhändig.

RK. 6531 KJ. Berlin, 19. Januar 1916

Im Auftrage der konservativen Fraktion des Herrenhauses erschienen heute Herr von Kleist, Herr von Buch und Graf Seydlitz Sandrecki[1187] und trugen vor:

Die Fraktion werde von schweren Sorgen um die Zukunft Preußens und des Reichs bedrückt. Man habe geschwankt, ob man diesen Sorgen in einer Denkschrift, öffentlich im Plenum oder zunächst in einer vertraulichen Be-

[1186] Gemeint ist vermutlich die „Deutsche Gesellschaft von 1914“, ein politischer Klub, der am 28. November 1915 in Berlin gegründet wurde. Er sollte die Burgfriedenspolitik und den Geist von 1914 bewahren. Staatssekretär Wilhelm Solf war ihr Präsident.

[1187] Georg von Kleist (1852–1923), General der Kavallerie; Mitglied des Herrenhauses 1910–1918. – Leopold von Buch (oben Anm. 73). – Ernst Julius Graf von Seidlitz-Sandreczki (1863–1930), Mitglied des Herrenhauses 1894–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sprechung mit mir, Ausdruck geben solle. Man habe sich für das Letztere unter dem Vorbehalt entschieden, je nach dem Ergebnis der Besprechung auf öffentliche Behandlung im Plenum des Herrenhauses zurückzukommen.

Vor allem sei man um die Stellung der Krone in Preußen und im Reich besorgt, deren Macht verringert werden würde, wenn die Regierung, wie es den Anschein habe, dem Volk größere politische Freiheiten gewähren wolle. Der Krieg lehre, daß es nicht auf die Masse, sondern auf die Autorität ankomme. Größere politische Freiheiten aber führten unter Untergrabung der Autorität zur Herrschaft der Masse und des Parlaments. Die Hoffnungen, die die Regierung anscheinend auf eine Umstimmung demokratischer Volksteile hege, würde enttäuscht werden, so wünschenswert es an sich sei, sozialdemokratische Elemente soweit möglich auf den Staatsboden zurückzuführen. Nach dem Kriege werde der Kampf zwischen links und rechts wieder mit der alten Heftigkeit ausbrechen, wobei die <*Wortteil nicht lesbar*>tischen Führer die Herrschaft über die Massen je länger je mehr verlieren würden.

Erträglich würden die Zustände nur bleiben, wenn wir zu einem Frieden kämen, der unsere nationalen Aspirationen erfüllte und genügende Kriegsentschädigung brächte. Würden wir hingegen national enttäuscht und müßten wir nach dem Friedensschluß dem Volke eine enorme Steuerlast aufbürden, so werde die demokratische Linke des Reichstags die Steuerbewilligung davon abhängig machen, daß die staatsrechtlichen Grundlagen des Reichs umgestürzt, die Rechte der Krone eingeschränkt und an ihrer Stelle die Parlamentsherrschaft aufgerichtet werde. Es sei ein Irrtum anzunehmen, daß diesem demokratischen Ansturm im Reich durch demokratische Konzessionen in Preußen begegnet werden könne.

Beschwert fühle man sich weiterhin dadurch, daß die Zensur alle kräftigen Willensäußerungen rücksichtlich der Kriegsziele unterdrücke, allen flaumacherischen Tendenzen aber freie Hand lasse. Das umgekehrte Verfahren müsse Platz greifen, um uns nach Außen und nach Innen zu kräftigen, auch wenn die Parität dabei leiden sollte.

Diese durch Herrn von Buch vorgetragenen Ausführungen ergänzte Herr von Kleist dahin, daß unsere Kriegsziele hauptsächlich in großen Eroberungen – Sechserverbände[1188] – bestehen müßten. Er könne die bei den Konservativen weit verbreitete Sorge nicht verschweigen, daß ich nicht Willens sei, beim Friedensschluß unsere militärische Lage zu Gunsten Deutschlands voll auszunutzen. Meine Reichstagsrede[1189] klänge zwar beruhigend, Reden und sonstige Äußerungen von anderer Seite wie z. B. von Dernburg, Solf und Hatz-

[1188] Das sind sechs große deutsche Wirtschaftsverbände, welche die deutsche Wirtschft repräsentierten: der Centralverband Deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen, der Bund der Landwirte, der Deutsche Bauernbund, der Reichsdeutsche Mittelstandsverband, die Christlich-Deutschen Bauernvereine. Im Westen forderten sie als Kriegsziele die Beherrschung Belgiens und Nordfrankreichs, im Osten den Erwerb von Teilen der russischen Ostseeprovinzen und koloniale Erwerbungen. Vgl. Fischer, Griff nach der Weltkmacht S. 142–143.

[1189] Vom 9. Dezember 1915. Vgl. unten Nr. 705*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

feldt[1190] ließen aber kein Vertrauen in meine Politik aufkommen. In der Presse müßten, ohne ins Detail zu gehen, scharfe Kriegsziele der Regierung aufgestellt werden.

Nach erhaltener Antwort bat Herr von Kleist um Entschuldigung.

Herr von Buch vermied es, sich mit den Kriegszielen Herrn von Kleists zu identifizieren, und betonte, daß kein [*ein Wort nicht lesbar*] Länderzuwachs dazu führen dürfe, den nationalen Charakter Deutschlands zu gefährden.

Graf Seydlitz schloß sich den Bemerkungen Herrn von Buchs über die Zensur an.

Vorschläge, wie den Schwierigkeiten bei der Steuerbewilligung nach dem Kriege begegnet werden könne und solle, wurden nicht gemacht. Gemeint war aber ersichtlich, daß jede Gewährung größerer politischer Freiheiten ein Unheil sei.

Das preußische Wahlrecht wurde nicht erwähnt.

464. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21523. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 23. Berlin, 21. Januar 1916

Ich habe gestern dem Admiral von Holtzendorff erklärt, daß ich zur Zeit die Verantwortung für einen Ubootskrieg, der zum Bruch mit Amerika führte, nicht würde übernehmen können. Der von der Marine vorgeschlagene Ubootskrieg aber würde nach gegenwärtiger Lage der Verhältnisse sicherlich diesen Bruch zur Folge haben. Sollte sich in Folge englischer Maßnahmen (Blockade u.s.w.) ein schärferer Gegensatz zwischen Amerika und England herausbilden, so erschiene die Möglichkeit nicht ganz ausgeschlossen, daß sich Amerika dann zu den früher abgelehnten Maßregeln der Bezeichnung und vorherigen Anmeldung bestimmter Passagierschiffe u.s.w. verstände, die uns alsdann die Führung zwar nicht eines ganz milden, aber doch scharfen Ubootskrieges gegen englische Schiffe ermöglichte. Ich bäte schon jetzt in dieser Beziehung alle äußersten Fälle möglicher Modalitäten bearbeiten zu lassen, damit, wenn sich aus Rücksichten auf Amerika die Führung des Ubootskrieges in der jetzt vorgeschlagenen Form verböte, nicht von jeglichem Ubootskrieg in den englischen Gewässern überhaupt abgesehen werden müsse, sondern aus unseren Ubooten immer noch alle diejenigen Vorteile gezogen würden, die ohne Bruch mit Amerika erreichbar seien. Eine ohne vorherige pomphafte, die ganze Welt aufregende Ankündigung erfolgende Vernichtung englischer Tonnage sei auch um deshalb vorzuziehen, weil sie den Weg vernunftmäßigen Einlenkens Englands nicht verschlösse. Eine möglichst umfangreiche Verminderung des englischen Schiffsfrachtraums sei auch nach meiner Überzeugung mit allen Mit-

[1190] Von diesen drei Genannten hatte sich jüngst Solf im Reichstag (am 21. Dezember 1915) in einer kurzen Rede zu Wort gemeldet: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 620–621.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teln anzustreben, indessen müsse ich bezweifeln, daß England dadurch zu öffentlicher Kapitulation vor der deutschen Seemacht innerhalb einer irgendwie genau zu bestimmenden Frist und vor dem Zeitpunkt gezwungen werden könne, wo die Widerstandskraft unserer Bundesgenossen, vielleicht auch unsere eigene erschöpft sein werde.

Der Admiral hat mir die entsprechenden Vorarbeiten zugesagt.

Den Präsidenten Wilson lasse ich wiederholt an seine Erklärung erinnern, er könne schon während des Krieges die Freiheit der Meere herstellen.

465. Bethmann Hollweg an Tirpitz

PA Berlin, R 21523. Schreiben. Eigenhändiges Konzept.

Berlin, 21. Januar 1916

Ew.E. beehre ich mich, meinen verbindlichen Dank für das geneigte Schreiben vom 20. dM. A.IV 699[1191] auszusprechen. Zu meiner weiteren Information wäre ich noch für eine gefällige Mitteilung dankbar, wie hoch die deutsche in feindlichen und neutralen Häfen liegende Tonnage geschätzt wird und welcher Teil von ihr nach E.E. Dafürhalten dem englischen Zugriffe ausgesetzt sein würde, falls es aus irgend welchem Grund zum Bruch zwischen uns und Amerika kommen sollte.

466. Treutler an AA

PA Berlin, R 2593. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 28. Pleß, 23. Januar 1916, 11 Uhr 10 Min. Vm.
Ankunft: 23. Januar 1916, 11 Uhr 45 Min. Vm.

Für den Herrn Reichskanzler.

General von Falkenhayn bittet mich, Euerer Exzellenz folgendes zu übermitteln:

Geheim.

Wie Euere Exzellenz wissen, habe ich mich niemals großen Hoffnungen in Bezug auf eine unseren Interessen günstige Stellungnahme Österreich-Ungarns zum Deutschen Reich nach einem glücklichen Friedensschluß hingegeben. Mittlerweile habe ich Gelegenheit gehabt, in dieser Hinsicht weitere Erfahrungen zu sammeln. Das Ergebnis derselben ist, daß vom militärischen Standpunkte aus die bisher für die Lösung der Polenfrage in Aussicht genommene Überlassung Polens an Österreich-Ungarn nicht mehr empfohlen werden kann.

[1191] Gedruckt in: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 463–464. Vgl. auch ebenda S. 466–468 das einschlägige Schreiben Holtzendorffs an Bethmann Hollweg vom 21. Januar 1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Hoffnung, die aus diesem Gebiets- und Menschenzuwachs sowie den in Serbien, Montenegro und Albanien zu erwartenden sich für uns ergebenden Gefahren durch eine Mililtärkonvention beseitigen zu können, erscheint mir nunmehr zu gering und zu wenig begründet, um das Wagnis zu unternehmen. Militärisch muß deshalb einer der beiden möglichen Lösungen der Vorzug gegeben werden, wobei es mir nicht zweifelhaft erscheint, daß die Angliederung Polens an das Deutsche Reich, aber ohne Eintritt in den Reichsverband, uns die besten Bürgschaften für die Zukunft geben würde.

Nummer 10785 P. von Falkenhayn.

467. Bethmann Hollweg an Tirpitz

PA Berlin, R 21523. Schreiben. Eigenhändiges Konzept.

Berlin, 27. Januar 1916

Sofort

E.E. beehre ich mich im Anschluß an unsere gestrige Unterhaltung, um eine geneigte Darstellung zu bitten, in welchem Umfange wir nach E.E. Ansicht durch den Uboots- und Minenkrieg die englische Handelstonnage <verändern> können, welche Wirkungen dadurch auf Englands Kriegstüchtigkeit ausgeübt werden und innerhalb welchen Zeitraums England in Folge dessen zur Beendigung des Krieges genötigt sein wird. Ich wäre des Weiteren für eine Mitteilung dankbar, wie E.E. die Rückwirkungen eines solchen Ubootskrieges auf die Neutralen, insonderheit Amerika, Holland und Dänemark einschätzen.

468. Bethmann Hollweg an Kühlmann

PA Berlin, R 21523. Erlaß. Eigenhändiges Konzept.

Berlin, 28. Januar 1916

Ganz geheim

Eigenhändig

Die Oberste Heeresleitung hat die Wiederaufnahme des Ubootkrieges gegen England angeregt, nachdem der Admiralstab erklärt hat, durch Uboots- und Minenkrieg innerhalb eines Zeitraums von etwa einem halben Jahre annähernd 4 Millionen Tonnen Schiffsraum versenken zu können. Die Marine glaubt, daß England dadurch gezwungen sein wird, den Krieg aufzugeben.

Die englische Handelstonnage wurde zu Beginn des Krieges auf 18–20 Millionen Tonnen geschätzt, davon sind bisher 2 Millionen verloren, von der Regierung für Zwecke des Heeres und der Marine sollen etwa 5 Millionen gechartert sein. Die in neutralen Häfen liegende deutsche Handelstonnage wird auf etwa 1,8 Millionen Tonnen angenommen. Mit Brotgetreide soll England auf

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

drei Monate versehen sein, neben einer ihrem Umfang nach nicht bekannte geheime Regierungsreserve.

Der Ubootskrieg kann nach Angabe der Marine nur so geführt werden, daß von getauchten Booten aus alle Schiffe versenkt werden, die nicht einwandfrei als neutrale erkannt werden. Eine solche Erkennung ist nur in den seltensten Fällen möglich. Soweit die Zahl der Uboote reicht, soll die Zufahrt zum Kanal und zur irischen See von Südwesten und Südosten gesperrt werden. Außerdem sollen auch in der Nordsee Uboote operiren. Die holländischen Schiffe würden, wenn sie den Kanal vermeiden und um Schottland herumfahren, die holländischen Häfen nahezu ungefährdet erreichen können.

Von wesentlicher, wenn nicht entscheidender Bedeutung für die Wirkung des Ubootskrieges sind seine vermutlichen Rückwirkungen auf unser Verhältnis zu den Neutralen. Wie die Dinge gegenwärtig liegen, scheint es sicher, daß Amerika den rücksichtslosen Ubootskrieg mit dem Bruch der diplomatischen Beziehungen beantworten wird. Dem Bruch wird die Kriegserklärung wahrscheinlich folgen. Es fragt sich, welche Haltung dann Holland einnehmen wird. Zweifellos dürfte sein, daß England, wenn auch noch Amerika hinter ihm steht, seinen Druck auf Holland mit dem Ziele steigern wird, jegliche Zufuhr aus Holland nach Deutschland zu unterbinden und Holland auch militärisch vollständig in seine Hand zu bringen, entweder so, daß Holland sich eine ähnliche Behandlung wie Griechenland gefallen läßt oder unmittelbar in den Krieg gegen uns eintritt. Völlige Unterbrechung der Ausfuhr nach Deutschland würde Oberste Heeresleitung und Marine wahrscheinlich damit zu beantworten suchen, daß sie die holländischen Häfen durch Uboote sperren. Die militärische Bedeutung des Eintritts Hollands in den Krieg wird im Generalstab verschieden eingeschätzt, zum Teil als Bedrohung, für uns, zum Teil als ziemlich nichtssagend.

Ew.pp. ersuche ich, mir Ihre persönliche Auffassung über die mutmaßliche Stellung Hollands baldmöglichst mitzuteilen. Ingleichen wäre mir eine Äußerung von Wert, welche allgemeinen Wirkungen der Ubootskrieg auf England nach Ihrer Kenntnis der dortigen Verhältnisse ausüben wird.

Eine absolut vertrauliche Behandlung darf ich als erforderlich bezeichnen.

469. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21458, f. 86. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 29. Januar 1916

Mir will scheinen, wir müßten das Prävenire spielen und Amerika eine Note zustellen, daß sich die durch Versenkung der Lusitania bewirkte Vernichtung amerikanischer Menschenleben für die Neutralen als Verletzung derjenigen Regeln des Völkerrechts darstelle, die sich zu der Zeit, als die U-Bootwaffe noch nicht erfunden gewesen, gebildet hätten. Deshalb wollten wir unter Ausdruck des Bedauerns Schadensersatz zahlen. Wir müßten aber wiederholt dar-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf hinweisen, daß der Handelskrieg mit U-Booten lediglich eine Erwiderung auf die völkerrechtswidrige Haltung Englands[1192] sei und daß, während wir zur Aufrechterhaltung unserer guten Beziehungen zu Amerika unsere U-Bootkommandanten entsprechend angewiesen hätten, England durch immer schärfer werdende Verletzung des Völkerrechts und Mißachtung der Rechte der Neutralen seine Versuche, die deutsche Bevölkerung dem Hungertode auszuliefern, fortgesetzt steigert. Dieser ungleiche Zustand sei auf die Dauer unhaltbar, wovon sich, wie wir hoffen, Amerika überzeugen wird.

470. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21524. Eigenhändig.

[Berlin] 3. Februar 1916

Fragen:

Die noch nicht geklärte Lusitania Krisis mache eine Entscheidung über den Ubootskrieg zur Zeit unmöglich. Da die Entscheidung auch im übrigen nicht dränge, bäte ich, jede Festlegung zu unterlassen. Wie die Dinge heute lägen, würde der Ubootskrieg den Krieg mit Amerika zur notwendigen Folge haben. Für eine Prorogirung des Bruches mit Amerika durch Ubootskrieg könne ich die Verantwortung nicht übernehmen, da die Rückwirkungen auf unsere Bundesgenossen und die Neutralen verhängnisvoll sein würden. S.M. stimmte in allen Beziehungen zu.

471. Bethmann Hollweg an Grünau[1193]

PA Berlin, R 21524. Telegramm. Reinkonzept in Maschinenschrift.

Nr. 20. Berlin, 5. Februar 1916

Durch Hughes Apparat.
Für General von Falkanhayn.

Nach den mit E.E. getroffenen Verabredungen sollte Zensur verhüten, daß Presse Frage des U-Bootkrieges erörtere. Eine Reihe von Blättern, namentlich Deutsche Tageszeitung, Kölnische Volkszeitung, Kreuzzeitung fordere in Widerspruch hiermit zum Teil in hetzerischer Weise schleunige Verschärfung des U-Bootkrieges. Gleichzeitig wird namentlich in dieser Presse amerikanische

[1192] Indem es z. B. (durch Erklärung vom 3. November 1914) die gesamte Nordseeküste künftig als militärisches Gebiet deklarierte (obwohl dort keine Kriegsmaßnahmen stattfanden). Die Erklärung von 1914 wurde verschärft durch eine Blockadeerklärung vom 11. November 1915, die für alle europäischen Meere einschließlich des Mittelmeers galt.

[1193] Werner Frhr. von Grünau (1874–1956), Legationsrat; dem GrHQ zugeteilt seit August 1914; dort Vertreter des AA Oktober 1916–November 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krisis in einer Weise behandelt, die unter Verkennung der Gefahr eines Abbruchs der Beziehungen den Versuch, für den Lusitaniastreit einen Ausgleich zu finden, durchkreuzt. E.E. bitte ich, Anweisung an Oberzensurstelle ergehen zu lassen, die diesem Treiben eine Ende macht[1194].

472. Bethmann Hollweg an Bernstorff

PA Berlin, R 21458, f. 135. Telegramm in Ziffern (drahtlos). Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 29. Berlin, 6. Februar 1916

Reply to wireless No. 34 addressed to Baron Burian.

Germany and Austria-Hungary will publish within few days declaration welcomed by Mr. Lansing that hereafter enemy merchant vessels armed with guns will be treated as auxiliary cruisers. All neutrals will be informed accordingly. Corresponding orders to naval commanders not to be put in force before end February. Please inform Mr. Lansing immediately. Foreign.

473. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 22351. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [o. O.] 6. Februar 1916

Euer Exzellenz

beehre ich mich, auf das Telegramm vom gestrigen Tage mitzuteilen[1195], daß ich das Kriegspresseamt erneut angewiesen habe, dahin zu wirken, daß unangemessene oder gar hetzerische Artikel in Bezug auf eine Verschärfung des Unterseebootkrieges in der deutschen Presse unterbleiben. Ich vermag mich dem Urteil Euer Exzellenz allerdings nicht anzuschließen, daß die von Euer Exzellenz genannten Blätter – mit einer Ausnahme – die gebotenen Grenzen bisher überschritten hätten; wenigstens sind dem Kriegspresseamt, abgesehen von einem erst gestern erschienenen auffälligen Artikel der Kölnischen Volkszeitung[1196], gegen den vermutlich eingeschritten werden wird, derartige

[1194] Dazu vgl. das Protokoll über die Besprechung der Zensurstellen vom 28./29. Februar 1916 in: Militär und Innenpolitik S. 110–116; ferner ebenda S. 121–122; König, Agitation S. 313.

[1195] Vgl. oben Nr. 471.

[1196] Die „Kölnische Volkszeitung“ veröffentlichte am 5. Februar 1916 mehrere Artikel über den Ubootkrieg. Vermutlich ist hier gemeint der Artikel ihres Berliner Korrespondenten vom 4. Februar „Ein Gedenktag“, in dem, unterfüttert mit Zahlen, die Versenkungszahl der deutschen Uboote seit Beginn des Ubootkrieges ein Jahr zuvor und die dadurch verursachte Frachtraumnot der englischen Handelsmarine geschildert werden. („Kölnische Volkszeitung“, Nr. 101, 5. Februar 1916, S. 1.) – Die „Kölnische Volkszeitung“, eine katholisch ausgerichtete Tageszeitung, bestand von 1868 bis 1941.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Fälle nicht bekannt. Da eine Besprechung der zur Zeit schwebenden Fragen, der sogenannten Lansingschen Forderungen, der amerikanischen Krisis und der beabsichtigten Blockadeverschärfung durch England in der Presse unvermeidlich ist, wird sich auch nicht ganz vermeiden lassen, daß hierbei die in erster Linie betroffene Frage unseres Unterseebootkrieges gestreift wird. Einseitig gegen die in Bezug auf die amerikanische Krisis einen scharfen Standpunkt vertretenden Blätter mit Zensurmaßnahmen vorzugehen würde ich um so weniger empfehlen, solange andere Blätter einer entgegengesetzten Ansicht das Wort reden. Es bliebe dann wohl auch nur übrig, jede Diskussion zu verbieten, was ich vom militärischen Standpunkt aus nicht für zweckmäßig halten kann.

474. Bethmann Hollweg an Tirpitz/Holtzendorff

BA Berlin, R 43/2406h, f. 13. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu Rk 6780 KJ. Berlin, 7. Februar 1916

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses hat der Abgeordnete v. Heydebrand mitgeteilt, ihm sei von den Marinesachverständingen erklärt worden, wir hätten in dem Ubootskrieg eine Waffe, mit der wir England binnen kurzer Zeit niederzwingen könnten. Da Herr v. Heydebrand sich [*ein kurzes Wort nicht lesbar*] unter Berufung auf amtliche Autoritäten in eine Frage eingemischt hat, über die S.M. der Kaiser sich die Entscheidung ausdrücklich noch vorbehalten hat, und hierdurch eine ausführliche parlamentarische Erörterung von Fragen herbeigeführt worden ist, die lediglich der Kognition des Allerhöchsten Kriegsherrn unterliegen, beehre ich mich Ew.E. um eine geneigte Auskunft darüber zu ersuchen, ob Herr von Heydebrand oder anderen Parlamentariern Mitteilung in der von dem Ersteren erwähnten Art gemacht worden sind und ob dabei die Ermächtigung zu parlamentarischer Verwertung erteilt wurde.

Ein gleichlautendes Schreiben habe ich an den Chef des Admiralstabes (Staatssekretär des Reichsmarineamtes) gerichtet.

475. Holtzendorff an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2406h. Schreiben. Behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes.: 9. Februar 1916.

C. 629. Berlin, 8. Februar 1916

Euer Exzellenz beehre ich mich auf das geneigte Schreiben vom 7. d.Ms.[1197] Folgendes ganz ergebenst zu erwidern.

[1197] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Abgeordnete von Heydebrand hat mich in Begleitung des Reichstagsabgeordneten Grafen Westarp vor etwa 8 Tagen aufgesucht. Die Begegnung war mir insofern willkommen, als sie mir Gelegenheit bot, einer Legendenbildung in konservativen Kreisen entgegenzutreten, wonach meine Berufung zum Chef des Admiralstabs ihren Ursprung habe in meiner Bereitschaft, dem Reichskanzler auf seinem Wege zu einem baldigen faulen Frieden mit England zu folgen, darum auch Gegner des U-Bootkrieges zu sein. Im Verlauf der Unterredung habe ich meiner Ansicht Ausdruck gegeben, daß Deutschland in dem U-Bootskrieg eine Waffe hätte, mit der wir England in angemessener Zeit (6–8 Monaten) kriegsmürbe machen können, wenn diese Waffe zu vollem Einsatz käme. Das „wenn“ wiese auf den Umstand hin, daß der rücksichtslose U-Bootskrieg nicht allein England, sondern auch die schiffahrtstreibenden Neutralen, vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika, träfe und deren Staatsbürger am Leben bedrohe. Mittelbar würden dadurch auch unsere Bundesgenossen hineingezogen. Das Gewicht dieser Wirkung zu der in Aussicht stehenden auf England allein abzuwägen unterliege nicht dem militärischen, sondern dem verantwortlichen politischen Urteil, das außer Acht zu lassen ich niemals raten könne.

Die Unterhaltung war als rein persönliche und vertrauliche geführt. Ich habe weder die Ermächtigung zu ihrer parlamentarischen Verwertung erteilt noch von den beiden Herren einen solchen Mißbrauch erwartet. Ich glaube daher auch nicht, daß die Berufung auf Marinesachverständige dieses Gespräch zur Unterlage hat[1198].

476. Bethmann Hollweg an AA

BA Berlin, R 43/2406h, f. 66. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

RK 6804 K.J. Großes Hauptquartier, 9. Februar 1916 [ohne Abgangsvermerk]
Ankunft: 9. Februar 1916, 10 Uhr 20 Min. Nm.

1. für Staatssekretär v. Tirpitz.

Die politische Lage macht es mir zur Pflicht, dahin zu wirken, daß Erörterungen über den verschärften U-Bootkrieg nicht nur in der Presse, sondern möglichst auch im mündlichen Verkehr mit im politischen Leben stehenden Persönlichkeiten solange sorgfältig vermieden werden, bis die Entscheidung in dieser Frage gefallen ist. An Euer Exzellenz richte ich die Bitte, mich in der vorläufigen Ausschaltung der Erörterungen der U-Bootfrage möglichst unterstützen zu wollen.

[1198] In seiner kurzen Antwort stritt Tirpitz jegliche Unterredung mit Heydebrand ab. (BA Berlin, R 43/2406h, f. 19.) Vgl. zur Sache auch König, Agitation S. 297–299, 303–304; Westarp, Konservative Politik II S. 118–120, 124–127.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. für Admiral v. Holtzendorff.

Vorstehendes Telegramm an den Staatssekretär des Reichsmarineamts bringe ich zur Kenntnis Eurer Exzellenz mit der Bitte, mich auch Ihrerseits entsprechend zu untersützen.

477. Bethmann Hollweg an Heinrichs

BA Berlin, R 43/2406h, f. 90. Telegramm in Worten. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Pleß, 11. Februar 1916, 1 Uhr 40 Min. Nm.
Ankunft (laut Abschrift f. 91): 11. Februar 1916, 1 Uhr 45 Min. Nm.

Einladung unter allen Umständen direkt von mir. Mit vorgeschlagenen Herren einverstanden[1199]. Fühlung mit Parteien kann genommen werden, aber vorsichtig nur ad referendum und unter Festhaltung Standpunktes, daß ich es bin, der die Herren zu mir bitte. Nicht Hoffnung erwecken, daß ich die strittigen Fragen mit den Abgeordneten durchdiskutiren oder gar von ihnen Rat erbitten würde. Ich werde mit großer Entschiedenheit Standpunkt festhalten, daß auswärtige Politik und Kriegsführung vom Kaiser geleitet wird und sich jeglichen parlamentarischen Druckes entzieht.

478. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21524. Schreiben. Behändigte Ausfertigung. Praesentatum (durch Bethmann Hollweg): 15. Februar 1916. – Druck: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses II Beilage 1 S. 147–149. Einige wenige Passagen gedruckt in: Spindler, Handelskrieg III S. 92.

Nr. 11203 P. Großes Hauptquartier, 13. Februar 1916

Stellungnahme zur Belgischen und zur U-Boot-Frage.
Streng geheim!
(durch Offizier geschrieben.)

Euere Exzellenz haben bei unseren Besprechungen in Pleß[1200] meine Stellungnahme zur Belgischen und zur U-Boot-Frage verlangt. Bei der Wichtigkeit

[1199] Im Preußischen Abgeordnetenhaus hatte Unterstaatssekretär Wahnschaffe erfahren, daß dort Beunruhigung über Differenzen zwischen Reichsleitung und OHL über die Uboot-Frage bestehe. Der Unterstaatssekretär im Staatsministerium, Heinrichs, hattte daraufhin am 11. Februar an Bethmann Hollweg in Pleß gedrahtet, er empfehle, zur Glättung der Wogen 21 namentlich genannte Herren aus den Mitgliedern der Haushaltskommission zu einer Besprechung mit dem Reichskanzler einzuladen. – Adolf Heinrichs (1857–1924), Unterstaatssekretär im Preußischen Staaatsministerium 1914–1919. – Er führte durchweg die Sitzungsprotokolle des Staatsministeriums. – Vgl. auch die vorangehende Nr.

[1200] Dazu vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 149, 153–156.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Gegenstände beehre ich mich, die Antworten hier kurz zusammengefaßt zu wiederholen.

1) Was die Zukunft Belgiens anlangt, so kann kein Zweifel daran bestehen, daß das Land als Aufmarschgebiet zum Schutz der wichtigsten deutschen Industriegegend und als Hinterland der für unsere maritime Geltung unentbehrlichen Stellung an der flandrischen Küste uns zur Verfügung bleiben muß.

Aus dieser Forderung ergiebt sich von selbst die Notwendigkeit der unbedingten militärischen Beherrschung Belgiens durch Deutschland einschließlich derjenigen der Eisenbahnen und Straßen, welche letzte von der ersten heute überhaupt nicht zu trennen ist.

Die Formen, mittelst deren dieses Ziel gesichert werden soll, können sehr verschieden sein. Sie werden in erster Linie bestimmt durch die Umstände, unter denen es zum Frieden mit den Westmächten kommt. Man wird sich also, bevor die Bedingungen des allgemeinen Friedens zu übersehen sind, in Bezug auf Belgien nicht binden dürfen. Das ist aber für Belgien durchaus nicht unvorteilhaft. Im Gegenteil, Belgien würde den Rubikon überschreiten, indem es auf unsere Seite tritt. Sicherlich werden wir ihm in den Formen, auch denen der militärischen Suprematie, später umsomehr entgegenkommen, je eher der Übertritt etwa erfolgt und je größeren Nutzen er uns daher bringt. Die Hauptsache freilich bleibt conditio side qua non: die militärische Sicherung Belgiens in oben skizziertem Umfang für die mitteleuropäische Kraftgruppe. Ohne diese conditio verliert Deutschland den Krieg im Westen.

2) Mit dieser Feststellung wird gleichzeitig zum guten Teil die andere durch Euere Exzellenz angeregte Frage geklärt. Ebenso wie für uns der Krieg als verloren gelten muß, wenn der Eintritt Belgiens in unseren „Concern“ nicht erzwungen wird, ebenso verliert ihn England, wenn es eine solche Verschiebung zulassen muß. Mit anderen Worten: England kann schon jetzt nicht anders handeln als wir, d. h. es muß den Krieg bis zum bitteren Ende führen. Der trotzdem oft versuchte Einwand gegen den sogenannten rücksichtslosen U-Bootkrieg, erst durch seine Anwendung würde England zum Äußersten getrieben werden, entbehrt also der Begründung. Vom militärischen Standpunkte aus ist er ja auch an sich nicht einen Augenblick haltbar. Aber wenn er auch so zuträfe, wie er in der Tat nicht zutrifft, würde er meine Haltung in dieser Frage nicht schwächen, sondern stärken.

Denn der uneingeschränkte U-Bootkrieg ist das einzige Kriegsmittel, durch dessen Anwendung England sicher und unmittelbar in seinen Lebensbedingungen getroffen werden kann – die Wirksamkeit des Mittels erachte ich nach der dienstlichen Erklärung des Chefs des Admiralstabs für gegeben. Gegen den Gewinn, den uns die Sicherheit, England niederzuringen, bringt, kann der Nachteil nicht ausschlaggebend ins Gewicht fallen, daß die M ö g l i c h k e i t dadurch hervorgerufenener Verwickelungen mit Neutralen besteht. Und zwar umso weniger, als sich die Verwirklichung der Möglichkeit durch zweckmäßige politische und diplomatische Vorbereitung sehr wohl hinhalten, vielleicht sogar ausschalten läßt. Allerdings würde die Vorbereitung nicht in dem Geiste geführt werden dürfen, der in der mir zugänglich gemachten Denk-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schrift des Gesandten im Haag die Feder geführt hat und ein völliges Verkennen der Grundbedingungen des gegenwärtigen Krieges zeigt[1201].

Aus vorstehenden Betrachtungen ergiebt sich meiner Ansicht nach, daß die Kriegsleitung gar nicht das Recht hat, auf den U-Bootkrieg zu verzichten. Ist das aber der Fall, so kann auch der politischen Leitung nicht das Recht zustehen, der Kriegsleitung die Anwendung des zum Siege notwendigen Kriegsmittels unmöglich zu machen.

Man braucht sich ja nur unsere wahrscheinliche Lage im nächsten Winter ohne U-Bootkrieg zu vergegenwärtigen, um die Richtigkeit der eben aufgestellten Behauptung zu erkennen. Ob eine solche Lage eintreten wird, ist eine andere Frage. Ich glaube es nicht. Denn ich halte es für sicher, daß schon während der allmählichen Zuspitzung der Lage in den nächsten Monaten die Macht der Verhältnisse auch die heute am meisten widerstrebenden Faktoren dazu bringen wird, dem U-Bootkrieg zuzustimmen. Dann wird er aber nicht mehr die furchtbare Waffe gegen England sein, die er heute darstellt. Aus dem kräftigen Hieb, den wir jetzt damit führen können, wird dann eine schwächliche Parade geworden sein. Eine derartige Enwickelung zulassen hieße weder nach unseren bestehenden Überlieferungen noch nach gesunden Kriegsregeln handeln und würde letzten Endes uns vor den Verwickelungen mit übelwollenden Neutralen doch nicht bewahren.

Ich halte daher nach Pflicht und Gewissen den Beginn des uneingeschränkten U-Boot-Krieges, sobald er möglich wird, also nach Angabe der Marine von Mitte März ab, für geboten.

479. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA, R 21524. Eigenhändig.

[o. O.] 14. Februar 1916

Mit Brotgetreide glaubt der Gen.Gouverneur[1202] die belgische Bevölkerung bis zur neuen Ernte, also etwa 14. August, ernähren zu können. Wünschenswert wäre, zur Stärkung des Brotgetreides Kartoffeln aus Deutschland zu erhalten.

Unberücksichtigt geblieben sind Futtermittel und Fett, Hülsenfrüchte, Nußbutter, die commission of relief[1203] neben Brotgetreide liefert, u. bedeutet unangenehmen Ausfall.[!] Nach Möglichkeit ist also für Fette gesorgt (Milch-

[1201] Kühlmann hatte auftragsgemäß am 26. Januar 1916 aus Den Haag mitgeteilt, daß für England der Frachtraummangel und Preissteigerungen keine entscheidenden Faktoren für ein Nachgeben sein könnten (PA Berlin, R 21523, f. 74–76).

[1202] General von Bissing.

[1203] Die „Commission for Relief in Belgium“ war eine internationale (vor allem amerikanische) Organisation, welche die Nahrungsmittelzufuhr nach Belgien und ins deutschbesetzte Nordfrankreich betrieb.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kühe aus Holland, in Bildung begriffen. Massenhalten für Schweine, ernährt durch Abfälle aus Menageküchen).

Unberücksichtigt ferner Etappen- u. Operationsgebiet, dessen zivile Bevölkerung ebenso vielleicht in stärkerem Maße wie Gouvernementsbevölkerung von commission of relief ernährt wird.

Holländische Hülfskommission versorgt gegenwärtig in ausgiebigem Maße Grenzbevölkerung.

Vorstehende Angabe hat mir der Generalgouverneur am [*Stelle in der Vorlage freigelassen*] persönlich gemacht.

480. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 37–52. MF 985. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 154–155 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 15. Februar 1916

In der heutigen Sitzung des Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

1. Der Herr Ministerpräsident führte aus, der Stand der Verhandlungen mit Amerika sei ja im allgemeinen bekannt, er wolle nur noch hinzufügen, daß die Erledigung des Lusitania-Falles verzögert sei, weil unser Botschafter Graf Bernstorff vor längerer Zeit berichtet habe, es sei zweckmäßig, die formale Erledigung nicht zu beschleunigen. Vor etwa 14 Tagen sei aber Lansing dringend geworden und habe an Bernstorff mitgeteilt, daß Amerika mit unserer letzten Note nicht einverstanden sei[1204]. Diese sei dahin gegangen, daß zwischen Amerika und unserer Regierung Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der rechtlichen Auffassung beständen, daß wir aber dessenungeachtet bereit seien, freiwillig eine Entschädigung für die auf der Lusitania umgekommenen Amerikaner zu leisten. Damit habe sich Lansing nicht einverstanden erklärt, sondern direkt die Anerkennung der Ungesetzlichkeit unserer Handlungsweise verlangt. Das würden aber unmögliche Fesseln gewesen sein. Die entsprechende Depesche sei hier angekommen, als der Oberst House im Auftrage des Präsidenten Wilson hier gewesen sei[1205]. Schon ihm habe der Unterstaatssekretär Zimmermann in unzweideutiger Weise erklärt, daß Annahme des jetzigen Standpunktes Amerikas unmöglich sei. Inzwischen seien die Verhandlungen

[1204] Am 16. Februar 1916 übergab Bernstorff in Washington der amerikanischen Regierung eine Note der deutschen Regierung in Sachen „Lusitania“ und „Arabic“: Foreign Relations of the Unites States 53 (1916) S. 171–172. Vgl. auch ebenda S. 150–151 den Erlaß Lansings an Grew in der Sache vom 26. Januar 1916. Vgl. zur zweiten Lusitania-Krise ferner: Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 210–236 (S. 211–215 drei Berichte Bernstorffs in der Sache). Oben Nr. 449.

[1205] Vgl. unten Nr. 720*–723*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit Washington hin und her gegangen, um zu einem Abschlusse zu gelangen, der unseren Ansprüchen gerecht werden würde. Er wisse zwar heute noch nicht, wie die Sache ausfallen werde. Wilson sei in jeder Beziehung unberechenbar. Er nehme indessen an, daß es nicht zu einer Krisis kommen werde, sondern Amerika unseren Ansprüchen gerecht werden würde. Sein Standpunkt, den er ja auch in der Öffentlichkeit betont hätte, sei der, daß er einen Bruch mit Amerika zu meiden wünsche, soweit dies die Ehre des Landes zulassen und uns die Waffe des Unterseebootskrieges nicht genommen werde. In weiten Kreisen der Bevölkerung und auch jüngst im Abgeordnetenhause sei die Auffassung zutage getreten, als wäre ein Krieg mit Amerika für uns mehr oder weniger gleichgültig. Diese Auffassung sei unrichtig. Amerika werde auf Seiten der Entente unendlich viel mehr leisten als jetzt; es sei doch nicht zu verkennen, daß dem Bestreben der Ententemächte, finanzielle Unterstützungen von Amerika zu erhalten, ein Schlag ins Wasser gewesen sei, sie hätten nur wenig und teures Geld aus Amerika erhalten. Das würde im Falle einer Kriegserklärung mit einem Schlage anders werden, die ganze ungeheure Geldmacht Amerikas würde sich alsbald in den Dienst der Entente stellen. Dazu käme, daß im Falles eines Krieges mit Amerika die dortige Hilfsaktion für die Ernährung der in den besetzten Gebieten Belgiens und Frankeichs wohnenden Bevölkerung in Fortfall käme und vielleicht auch die in gleicher Richtung jetzt in Polen und Serbien eingeleiteten Aktionen scheiterten[1206]. Wenn dies auch allenfalls zu ertragen sei, so wäre es aber doch immer eine erhebliche Steigerung der schon vorhandenen Schwierigkeiten. Auch eine schädigende Rückwirkung auf die Neutralen würde nicht ausbleiben. Sobald England hinter sich Amerika sähe, würde seine Gewalttätigkeit gegen die Neutralen keine Grenze mehr kennen. Äußersten Falles müsse ja auch dies ertragen werden, er halte es aber doch als im Interesse unserer Gesamtpolitik liegend, diese Wirkungen solange als möglich zu vermeiden. Endlich würde der Bruch auch auf unsere Bundesgenossen und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ungünstig einwirken. Bei ihnen zeige sich schon jetzt zum Teil in bedenklicher Weise ein Nachlassen ihrer Widerstandskraft, und diese würde durch den Bruch mit Amerika noch weiter geschwächt werden.

Nun habe unser Verhältnis zu Amerika neuerdings in der Staatshaushaltskommission des Abgeordnetenhauses eine große Rolle gespielt, und daran hätten sich weitere Erörterungen in der Öffentlichkeit angeknüpft, er wolle aber kurz den Hergang darstellen. Am 7. d.M. sei überraschenderweise in der Kommission eine große Debatte über unser Verhältnis zu Amerika und den Unterseebootskrieg in Szene gesetzt, ohne daß man ihn vorher von dieser Absicht in Kenntnis gesetzt habe[1207]. Es sei dabei von verschiedenen Rednern der Sorge

[1206] An der Ostfront sollte ein Unternehmen über die untere Düna hinaus vorbereitet werden. Vgl. Der Weltkrieg X S. 424–427. – An der Balkanfront war der Feldzug gegen Serbien bis Jahresende 1915 abgeschlossen. Vgl. ebenda IX S. 286–291.

[1207] Vgl. unten Nr. 727*. – Der Beschluß der Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses lautete: „Die Kommission würde es im Interesse des Landes für schädlich erachten, wenn sich aus der Stellungnahme der Reichsleitung gegenüber Amerika die Konsequenz einer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ausdruck gegeben, daß seine Politik gegen Amerika falsch sei. Wenn die Kommission in die Erörterung der auswärtigen Politik eintreten und diese kritisieren wolle, so hätte es der Anstand erfordert, daß man ihn von dieser Absicht vorher avertiert hätte. Gegen Schluß der Erörterungen sei der Staatsminister von Jagow einem Wunsche der Kommission entsprechend erschienen und habe nach Anhörung einiger weiterer Redner eine Erklärung dahin abgegeben, daß er den Ausführungen mit Interesse gefolgt sei. Die Ansichten der Kommission würden bei der Regierung Beachtung finden, eine sachliche Stellungnahme sei ihm aber leider nicht möglich, da es sich teilweise um Fragen der Reichspolitik, teilweise um solche der Kriegführung handele, und diese gehörten nicht hierher.

Nachdem er am Abend dieses Tages von dem Hergange der Verhandlungen Kenntnis erhalten habe, habe er zu Beginn der nächstfolgenden Sitzung der Kommission am 9. durch den Unterstaatssekretär des Staatsministeriums[1208] erklären lassen, daß er alsbald nach seiner Rückkehr aus Pleß die Parteiführer des Hauses zu einer vertraulichen Besprechung zu sich bitten werde, um ihnen seinen Standpunkt darzulegen. Es hätte nun wohl nahe gelegen, daß die Kommission nach dieser Erklärung weitere Erörterungen ausgesetzt und abgewartet hätte, welches Ergebnis die in Aussicht gestellte Besprechung haben werde. Das sei nicht geschehen, es seien die Beratungen fortgesetzt und von verschiedenen Rednern harte und scharfe Worte gefallen, die den Herrn Minister des Innern mehrfach gezwungen hätten, mehrfach Verwahrung einzulegen. Dann sei am Schluß der Erörterungen ein Beschluß gefaßt worden, dessen materieller Inhalt ja inzwischen durch die Veröffentlichung in den Zeitungen bekanntgeworden sei. Über die Zweckmäßigkeit dieser Veröffentlichung hätten zuvor in dem Presseausschuß der Kommission lebhafte Debatten stattgefunden, und auf Grund der Bedenken, welche der Unterstaatssekretär des Staatsministeriums gegen die Veröffentlichung vorgebracht hätte, sei beschlossen, von ihr Abstand zu nehmen. Inzwischen sei seine Unterredung mit dem amerikanischen Pressevertreter v. Wiegand und die Denkschrift der Reichsregierung über den U-Boot-Krieg bekanntgegeben[1209]. Dies hätte den Vorwand geboten, in der Kommissionssitzung am 11. unerwartet auf die Frage der Veröffentlichung zurückzukommen, die dann in der tatsächlich erfolgten Form beschlossen sei, obwohl der Unterstaatssekretär des Staatsministeriums[1210] wiederum ausdrücklich und zu Protokoll Einspruch dagegen erhoben und im Laufe der Verhandlung gebeten hätte, wenigstens die Entscheidung noch um

---

Einschränkung in unserer Freiheit, einen uneingeschränkten und dadurch voll wirksamen Unterseebootkrieg zum geeigneten Zeitpunkt gegenüber England aufzunehmen, ergäbe." (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 [1916] S. 39). Vgl. auch Westarp, Konservative Politik II S. 117–122.

[1208] Adolf Heinrichs.

[1209] Bethmann Hollwegs Interview mit Wiegand unten Nr. 725*. – Text der Denkschrift der deutschen Regierung vom 10. Februar 1916 zum Ubootkrieg u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 40–55 (mit Anlagen).

[1210] Vgl. auch Riezler, Tagebücher S. 331–332.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

24 Stunden auszusetzen, da er – der Ministerpräsident – alsdann aus dem Hauptquartier zurückgekehrt sein werde. Der Abgeordnete von Heydebrand habe also die Veröffentlichung gegen den ausdrücklichen Wunsch der Regierung durchgesetzt. Er habe den Verlauf der Angelegenheit kurz dargestellt, um damit die Gründe darzulegen, welche ihn zu dem Vorgehen in der N.A.Z.[1211] veranlaßt hätten. Der ganze Verlauf der Verhandlung zeige klar, daß es sich, wenn auch nicht bei allen Rednern, so doch bei den maßgebenden Persönlichkeiten um einen Vorstoß gegen ihn und seine auswärtige Politik gehandelt habe. Wenn sie wirklich nur, wie jetzt behauptet werde, den Zweck gehabt hätte, ihm den Rücken zu stärken, dann hätte man ihm wohl vorher eine Andeutung über diese Absicht gemacht und auch in der Beschlußfassung nicht die negative Form gewählt, daß es die Kommission im Interesse des Landes für „schädlich" erachte usw. Es läge ihm fern, den Rednern Motive unterzulegen, die nicht nachzuweisen seien, aber als Unterstützung könne er die Aktion nicht auffassen.

Diese persönlichen Motive würden ihm indessen keinen Grund zu der Erklärung in der N.A.Z. gegeben haben, er könne aber dem Landtag nicht das Recht zugestehen, Fragen der auswärtigen Politik in derselben Weise zu behandeln, wie dies im Reichstag geschehe, und über sie Beschlüsse zu fassen und zu veröffentlichen. Wenn er es zulasse, daß der Landtag oder seine Kommission in der Form eines formulierten und veröffentlichten Beschlusses ein Verdikt über die auswärtige Politik fällen könne, sei es im zustimmenden oder ablehnenden Sinne, so würde dadurch einer Verschiebung der Gewalten und einer Desorganisation Vorschub geleistet, für die er die Verantwortung nicht übernehmen könne. Dieser Weg müsse zu einer Auflösung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Reiche führen. Hätte er jetzt den Beschluß der Kommission entgegengenommen, so müsse er morgen aus München oder Dresden ein ähnliches Verdikt entgegennehmen. Wie solle noch eine auswärtige Politik geführt werden, wenn ihm aus den Einzellandtagen zustimmende oder ablehnende Beschlüsse übersandt würden. Namentlich sei ein solches Verhalten der Einzellandtage während des Krieges gefährlich, denn bei etwaigen Rückschlägen in der Kriegführung würde dadurch leicht die Einheitlichkeit des deutschen Volkes gefährdet. Das, was er gesagt habe, beziehe sich nur auf die auswärtige Politik, nicht aber auf die Reichspolitik im weiteren Sinne, insbesondere auch nicht auf die wirtschaftspolitischen Fragen. Die letzteren Fragen, an denen der Bundesrat beteiligt sei, seien wiederholt in den Landtagen besprochen. Fürst Bismarck habe in seiner bekannten Ansprache an Mitglieder des Reichstags und des Landtags im Jahre 1895 darauf hingewiesen, daß der nationale Gedanke auch in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten stärker zum Ausdruck kommen müsse und daß die Landtage ein Interesse daran hätten,

[1211] „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 43, 13. Februar 1916, S. 1. Der entscheidende Satz lautet: „Die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung ist ausschließliches verfassungsmäßiges Recht des Deutschen Kaisers. Während die Oberste Heereleitung parlamentarischen Einflüssen überhaupt nicht unterliegen kann, gehört die parlamentarische Behandlung auswärtiger Fragen vor das Forum des Reichstags."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wie der auswärtige Minister im Bundesrat instruiert werde[1212]. Der Abgeordnete Lieber habe zwar später mit Bezug auf diese Bismarck'sche Äußerung gesagt: „Wehe dem Einzellandtage, der das vor dem 20. März 1892 versucht hätte"; aber es sei zutreffend, daß dieser Bismarck'schen Auffassung entsprechend im Landtage tatsächlich wiederholt die Instruktionen der Bevollmächtigten zum Bundesrat einer Kritik unterzogen seien. Die Praxis habe indessen in Preußen geschwankt. So habe z. B. Fürst Bülow es im Jahre 1902 abgelehnt, sich an den Verhandlungen des Landtags über landwirtschaftliche Zollschutzfragen zu beteiligen[1213]. Es habe sich aber in den erwähnten Fällen stets um Fragen der Reichspolitik gehandelt, an denen auch der Bundesrat beteiligt sei. Bei der auswärtigen Politik sei dies aber nicht der Fall. Nach Artikel 11 der Reichsverfassung werde diese ausschließlich vom Kaiser geleitet, und nur zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs sei die Zustimmung des Bundesrats erforderlich. Er betone hierbei nochmals ausdrücklich, daß er nur von der eigentlichen auswärtigen Politik spreche, nicht aber etwa von wirtschaftspolitischen und anderen Reichsangelegenheiten, über die mit auswärtigen Staaten Verträge, z. B. Handelsverträge, abgeschlossen würden. Auch die Einsetzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten stände seiner Auffassung nicht entgegen, denn dieser Ausschuß habe keine Entscheidungsbefugnis, sondern sei lediglich ein Informationsorgan für die in ihm vertretenen Bundesregierungen[1214]. Zu diesen gehöre übrigens Preußen nicht, und zwar aus dem Grunde, weil der König von Preußen als Deutscher Kaiser die auswärtige Politik leite und so stets orientiert sei. Also auch aus der Existenz dieses Ausschusses könne nicht hergeleitet werden, daß die auswärtige Politik vor das Forum des Landtags gehöre. Man könne zwar den Abgeordneten nicht den Mund verbieten, wenn sie darüber sprechen wollten, aber an sich können sie doch nur politische Handlungen derjenigen Behörden besprechen, die dort erscheinen könnten. In Bayern könne die auswärtige Politik deshalb nicht besprochen werden, weil in dem dortigen Landtage die verantwortliche Stelle unvertreten sei. Der Reichskanzler könne dort nicht erscheinen und auch keine Kommissare entsenden. Von dieser rein formalistischen Seite genommen, lä-

[1212] Ansprache Bismarcks an die Mitglieder des Herrenhauses, des Abgeordnetenhauses und des Reichstags am 25. März 1895. Text: Otto Fürst von Bismarck, Die gesammelten Werke. Bd. 13. Reden. 1885 bis 1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 550–552. – Der im folgenden genannte: Ernst Lieber (1838–1902), Mitglied des Abgeordnetenhauses 1870–1901 und des Reichstags 1871–1902 (Zentrum). – Seine dann folgende Äußerung: Es dürfte der 20. März 1890, der Tag, an dem Bismarck von Kaiser Wilhelm II. entlassen wurde, gemeint sein, nicht der 20. März 1892. Bismarck hätte sich noch deutlicher als Bethmann Hollweg jetzt gegen eine Befassung des Landtags mit auswärtigen Angelegenheiten gewandt.

[1213] Am 2. Juni 1902 erklärte Bülow im Abgeordnetenhaus, er lehne es namens der Regierung ab, sich an der Beratung über Anträge auf Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle zu beteiligen (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 43 [1902] S. 96).

[1214] Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten war nach der Reichsgründung eingesetzt worden. Bayern führte den Vorsitz. Für die politische Geschichte sind wichtig seine Sitzungen während des Ersten Weltkriegs. Darstellung mit reichem Quellenmaterial: Deuerlein, Bundesratsausschuß.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen die Verhältnisse in Preußen ebenso. Der Ministerpräsident habe mit der auswärtigen Politik nichts zu tun, sondern nur der Reichskanzler, und dieser sei als solcher im Landtage nicht vertreten. In der gestrigen Besprechung mit den Parteiführern[1215] sei diese Frage auch von dem Abgeordneten Friedberg angeschnitten, welcher gemeint habe, es könne dem Landtage nicht versagt werden, in dieser ernsten Zeit die Sorgen und Bedenken des Hauses dem Ministerpräsidenten vorzutragen mit der Bitte, sie dem Reichskanzler zu übermitteln. Dieser Weg sei ja jetzt in sehr gewundener Form gewählt worden, er lasse sich aber auch in dieser Form nicht rechtfertigen, weil die Stellung der Regierung im Hause öffentlich nicht verteidigt werden könne. Daß dies namentlich jetzt im Kriege unmöglich sei, läge doch auf der Hand. Er wolle nur auf die große Gefahr hinweisen, die darin liegen würde, wenn er sich auf eine nähere Erörterung der Chancen des Unterseebootkrieges öffentlich einlassen wolle. Er habe sich übrigens nicht auf diesen rein formalistischen Standpunkt gestellt, sondern in der N.A.Z. ausdrücklich betont, es sei erklärlich, daß die Kommission den Wunsch gehabt habe, in so ernster Zeit die alle Deutschen bewegenden Fragen des Krieges und der auswärtigen Politik in ihrem Schoße vertraulich zu erörtern. Lediglich dagegen habe er sich gewandt, daß diese vertraulichen Besprechungen zu einem förmlichen Beschluß geführt hätten und der Veröffentlichung übergeben seien. Gegen dieses Verfahren habe er Protest erheben müssen, gleichgültig ob der Beschluß seine Maßnahme billige oder mißbillige. Vorliegend komme noch besonders in Betracht, daß es nicht das Haus, sondern die Kommission gewesen sei, welche den Beschluß gefaßt habe; zu einem solchen Vorgehen sei sie aber an sich nicht berechtigt, da sie lediglich die Beschlüsse des Hauses vorzubereiten habe. Es sei ja zwar richtig, daß die Kommission mit Rücksicht auf den Krieg mehr wie sonst als Stellvertreterin des Plenums anzusehen sei, das sei aber nur aus dem Grunde der Fall, weil unter den jetzigen Verhältnissen mit Rücksicht auf das Ausland vielfach die Verhandlungen vertraulich geführt werden müßten. Um so weniger wäre deshalb im vorliegenden Falle die Veröffentlichung angezeigt gewesen. Aus diesem Grund habe er sich verpflichtet gehalten, öffentlich Stellung gegen das Verfahren der Kommission zu nehmen. Er glaube, daß er sich anderenfalls eines Versäumnisses schuldig gemacht und anderen Landtagen den Anreiz gegeben haben würde, in ähnlicher den Reichsinteressen abträglicher Weise vorzugehen.

In der gestrigen Besprechung seien sämtliche Herren der Überzeugung gewesen, daß die Angelegenheit der Erörterung im Plenum ungeeignet sei. Es wäre ihm gesagt worden, daß auch die Fraktionen selbst auf diesem Standpunkt ständen, nur die sozialdemokratische Fraktion habe sich hierüber noch nicht entschieden. Die Mehrheit der Herren habe ferner eingesehen, daß es die Pflicht gewesen wäre, ihn von der beabsichtigten Aktion vor ihrer Einleitung in Kenntnis zu setzen. Diese Unterlassung wäre offenbar ein schwerer Fehler gewesen. Heydebrand habe sich mit dem Zentrum in Verbindung gesetzt, aber

[1215] Dazu kurz: Westarp, Konservative Partei II S. 126.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihn und die übrigen Parteien überrumpeln wollen. Nun solle in der morgigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vor dem Präsidenten Grafen Schwerin der Vorschlag gemacht werden, unter Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Erörterung auswärtiger Angelegenheiten im preußischen Landtage den Beschluß zu fassen, bei der diesjährigen Etatsberatung von solchen Erörterungen mit Rücksicht auf den Ernst der Lage Abstand zu nehmen[1216]. Es frage sich, welche Stellung dazu die Staatsregierung einnehmen, insbesondere ob sie ausdrücklich das Recht des Landtags auf Erörterung auswärtiger Angelegenheiten anerkennen solle. Es sei ihm zweifelhaft, ob dies ganz allgemein geschehen könne. Es könnten allerdings Umstände eintreten, die den Reichskanzler veranlaßten, namentlich wenn der Reichstag nicht versammelt sei und doch nach Lage der Umstände die sofortige Abgabe einer Erklärung notwendig werde, diese im Abgeordnetenhaus abzugeben. Aber eine ausdrückliche Anerkennung des in Anspruch genommenen Rechtes scheine ihm doch nicht ganz unbedenklich, denn was Preußen recht sei, sei Bayern billig, und dann werde er Angriffe aus Bayern oder anderen Bundesstaaten zurückzuweisen nicht in der Lage sein. Das seien staatsrechtliche Fragen von großer Bedeutung.

Er wolle sich dahin zusammenfassen, daß er die Erklärung in der N.A.Z. in dieser Zeit, wo einmütiges Zusammenarbeiten nottue, ungern erlassen habe, er sei aber durch die Überraschung und Überrumpelung in eine Zwangslage versetzt und sei genötigt gewesen, im Interesse des Reichs eine Verwahrung gegen ein Verdikt des preußischen Landtages einzulegen.

[*Bemerkungen des Innenministers und des Staatsministers Jagow.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, wenn der Herr Minister des Innern[1217] glaube, daß nach dem Kriege eine Erörterung der auswäritgen Politik im Landtag nicht verhindert werden könne, so wolle er betonen, daß er dem seinerseits den schärfsten Widerstand entgegensetzen werde. Wenn 14 Parlamente die Leitung der auswärtigen Politik kritisieren wollten[1218], ohne daß dem Träger dieser Politik die Möglichkeit gegeben wäre, seinen Standpunkt zu vertreten, so würde das die Auflösung des Reichs bedeuten. Der Auffassung des Herrn Staatsministers von Jagow über die Notwendigkeit der Geheimhaltung schwebender Verhandlungen mit dem Ausland stimme er zu. Übrigens seien derartige Angelegenheiten in keinem andern Lande so wenig geheim gehalten wie bei uns; so z. B. seien die Marokkoverhandlungen offen auf den Tisch gelegt, während andererseits in Frankreich und England stets vollkommene Heimlichkeit bewahrt werde. Wohin eine ganz offene Politik führe, sähe man an Amerika, wo jede Note vor ihrer Absendung bereits in der breitesten

[1216] So geschah es zu Beginn der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 16. Februar 1916. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 55.

[1217] Friedrich Wilhelm von Loebell.

[1218] Es ist nicht klar, wie Bethmann Hollweg auf die Zahl von „14 Parlamenten" kommt. In 20 Bundesstaaten einschließlich der drei Hansestädte gab es Landesvertretungen, die sich aus Parteien zusammensetzten. In weiteren 5 Gliedstaaten gab es Landtage oder Landstände ohne Parteien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Öffentlichkeit bekannt und mit Leidenschaftlichkeit erörtert werde. Die Erklärung in der N.A.Z. rede allerdings eine entschiedene Sprache, aber er stehe wohl nicht in dem Verdacht der Streitsucht, im Gegenteil werfe man ihm hie und da vor, daß er nicht entschieden genug seine Stellung vertrete. Hier habe es sich aber um die Zurückweisung einer Aktion gegen den Reichskanzler gehandelt, die zweifellos geplant gewesen wäre, das pfiffen die Spatzen von den Dächern. Und wenn auch verschiedene Redner vielleicht nur blind mitgegangen seien, so wäre doch eine solche Aktion tatsächlich beabsichtigt gewesen, wie ihm dies Graf Schwerin auch zugegeben habe. Er kämpfe nicht für seine Person, aber solange ihn der Kaiser an seiner Stelle lasse, müsse er unbedingt seine Autorität wahren. Jetzt behaupte man, man habe nur seine Unterstützung beabsichtigt, aber warum habe man ihn dann nicht vorher informiert und ihn gefragt, ob ihm eine solche Aktion genehm wäre. Er sei ja bereit gewesen, mit den Parteiführern die Angelegenheit zu besprechen, wie er dies ja auch mit den Reichstagsmitgliedern halte. Er könne sich daher jetzt unter keinen Umständen zu einer Erklärung in der N.A.Z. verstehen, die als ein Zurückweichen gedeutet werden könne. Ob es überhaupt zweckmäßig sei, noch eine weitere Erklärung in der N.A.Z. abzugeben, könne demnächst noch geprüft werden. Jetzt müsse nur eine Entscheidung darüber getroffen werden, wie man sich zu der morgigen Schwerinschen Erklärung stellen solle. Würde diese Erklärung und die Beschlußfassung so erfolgen, wie es der Herr Minister des Innern angedeutet habe, so würde es sich vielleicht empfehlen, darauf zu antworten, die Staatsregierung begrüße es, daß das Abgeordnetenhaus in dieser Zeit von einer öffentlichen Besprechung auswärtiger politischer Fragen Abstand nehmen wolle. Auch die Staatsregierung halte den gegenwärtigen Zeiptunkt nicht für geeignet, in eine Debatte über die staatsrechtlichen Grenzen der Zuständigkeit zwischen Regierung und Parlament einzutreten.

[*Ausführungen mehrerer Minister. Der Kultusminister bemerkt am Schluß, daß man die Sache nicht so scharf auffassen solle.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß eine weitere schroffe Behandlung der Angelegenheit nach den gestrigen Besprechungen kaum zu erwarten sei. Es handle sich jetzt aber darum, ob nach dem Vorschlage des Grafen Schwerin, welche die Zuständigkeit des Landtags zur Erörterung der auswärtigen Politik in Anspruch nähme, aber in der jetzigen Zeit von ihrer Erörterung absehen wolle, regierungsseits noch eine Erklärung abgegeben werden müsse. Er neige der Auffassung zu, daß ein Stillschweigen als eine Zustimmung aufgefaßt werden würde.

[*Bemerkungen weiterer Minister.*]
[*2. Versorgungslage.*]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

481. Bethmann Hollweg an Zimmermann

PA Berlin, R 21524. Privatdienstschreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 19. Februar 1916 [ohne Abgangsvermerk]
Ankunft: 19. Februar 1916, 10 Uhr 20 Min. Nm.

Lieber Zimmermann!

Anliegend meine gegenwärtigen Gedanken über den Ubootkrieg. Proklamation führt zum unabwendbaren Konflikt mit Amerika. Eintritt in Verhandlungen macht wohl auch eine proklamationslose Verschärfung des Ubootskrieges unmöglich.

Die Taktik im Ganzen wird von der Stellung Amerikas zu unserem letzten Weißbuch[1219] abhängen.

Anlage

Gegenüber der übereinstimmenden Stellung von Falkenhayn und Holtzendorff ist es, auch ganz abgesehen von der öffentlichen Meinung, unmöglich, die Uboote an die Kette zu legen oder auch nur auf das Mittelmeer zu beschränken. Die Ausdehnung ihrer Tätigkeit auf die englischen Küsten vermehrt natürlich die Konfliktsgefahren mit Amerika. Aber wie die Dinge liegen, müssen diese Gefahren nun einmal getragen werden. Unsere Aufgabe ist es, die Konfliktsmöglichkeiten tunlichst zu beschränken und uns den Weg offen zu halten, eingetretene Konflikte durch Entschuldigung und Entschädigung zu begleichen, ohne daß es zum wirklichen Bruch kommt.

Dieser Möglichkeit würden wir uns verschließen, wenn wir den grundsätzlichen rücksichtslosen Ubootskrieg ankündigen und dabei versuchen sollen, Amerikas Zustimmung durch das Angebot zu erreichen, bestimmt bezeichnete oder auf bestimmter Route fahrende amerikanische Schiffe schonen zu wollen. Auf ein derartiges Arrangement geht Amerika nicht ein, kann es auch nach seiner bisherigen Haltung gar nicht eingehen, ohne offenkundig in unser Lager abzuschwenken. Dafür fehlt es an jeder Voraussetzung. Werden aber, wie mit Sicherheit vorauszusehen, unsere Vorschläge abgelehnt, so können wir nicht mehr zurück, und der Bruch ist da.

Die Marine muß, ohne die Wirkung des Ubootskrieges nennenswert abzuschwächen, im Stande sein, die Konfliktsmöglichkeiten einzuschränken. Dazu wäre erforderlich:

1. Unbedingte Schonung der amerikanischen Passagierdampfer. Deren sind, so viel ich weiß, nur vier vorhanden. Wann und wo sie fahren, ist bekannt, ebenso ihr Typus.

2. Unbedingte Schonung der englischen Liners, ausgenommen vielleicht die bewaffneten liners, wie wir das Amerika schon vor längerer Zeit

[1219] Das deutsche Weißbuch. Vorläufige Denkschrift und Aktenstücke zum Kriegsausbruch. 2. [Ergänzungsheft.] T. 1. Die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Nachträge. – T. 2. Aus den Veröffentlichungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Berlin 1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zugesagt und auch praktisch durchgeführt haben. Eine zweite Lusitania bringt unter allen Umständen den Bruch mit Amerika, trägt aber in keiner Weise bei, England niederzuringen.

3. Schonung aller sonstigen amerikanischen Schiffe, die als solche erkannt werden. Auch wenn die Erkennung nicht in allen Fällen mit Sicherheit möglich ist, ist sie es doch in Einzelfällen.

Anders ist mit Holland, den skandinavischen Reichen und Spanien (?) zu verfahren. Ihnen ist im Anschluß an unser letztes Weißbuch zu sagen, daß unsere Ubootskommandanten zwar den Befehl hätten, nur bewaffnete englische Dampfer ohne Beachtung der Formen des Kreuzerkrieges zu versenken. Mißgriffe aber seien, wie die Dinge nun einmal lägen, leider nicht ganz ausgeschlossen. Vor allem bestehe Minengefahr. Uns läge am Herzen, keine Zwischenfälle mit den Neutralen zu haben, auch wenn sie, sofern sie sich ereigneten, durch Entschädigung beglichen werden sollten. Wir bäten deshalb, ihre Schiffe nicht durch den Kanal, sondern um Schottland herum fahren zu lassen. Diese Belästigung sei ungleich geringer, als die englischen Eingriffe in ihren Handel. Tun wir das nicht, so bekommen wir ernsten Zwist namentlich mit Holland, und der wäre ganz besonders fatal.

Der Haken dabei ist allerdings der, daß unsere Gespräche mit Holland usw. natürlich Amerika bekannt werden und Washington zur Aufstellung von Forderungen an uns veranlassen würden, deren notwendige Ablehnung möglicherweise den sofortigen Bruch herbeiführt.

Vorsorge hiergegen ist vielleicht möglich, wenn wir bei der Erörterung der nach Zeitungsmeldungen schon jetzt zu erwartenden amerikanischen Einwendungen gegen unser letztes Weißbuch vorsichtig auf die Verwechslungsgefahren aufmerksam machen.

Praktisch würde sich die Sache hiernach so gestalten, daß die U-Boote im März den Handelskrieg ohne Ankündigung, aber mit den angegebenen Schonungsbefehlen beginnen. Ergibt sich, daß wir England großen Schaden zufügen, und geht die Sache auf den Landkriegsschauplätzen gut, so können wir auch in der Abhaltung neutraler Schiffe von den englischen Küsten sukzessive schärfer werden. Letzten Endes sogar auf die Gefahr eines Bruches mit Amerika, der schon an sich um so geringer wird, je mehr sich unsere allgemeinen Kriegsaussichten offenkundig verbessern. Andernfalls müssen wir stoppen und auf unser Glück vertrauen, daß bis dahin der Bruch mit Amerika vemieden wird.

Holländische und dänische Liners wären unter allen Umständen zu schonen, auf welcher Route sie auch fahren.

Vorbedingung, daß alles das glückt, wäre, daß die Marinepresse abgepfiffen wird und die Parlamentarier vom Reichsmarineamt dahin instruiert werden, daß der U-Bootkrieg geführt wird, aber ohne Ankündigung und sonstigen Tamtam.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

482. Holtzendorff an Bethmann Hollweg

PA, R. 21459, f. 174–175. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 4220 I. Berlin, 19. Februar 1916

Euerer Exzellenz beehre ich mich, in der Anlage ergebenst eine Zusammenfassung der in meinem Auftrage unternommenen genauen statistischen Untersuchungen über die Einwirkung des Krieges, insbesondere des U-Bootkrieges, auf Englands Volkswirtschaft zu übersenden[1220].

Euere Exzellenz werden daraus ersehen, daß meine Erklärung, ein rücksichtslos durchgeführter U-Bootskrieg werde Englands Widerstandskraft in etwa einem halben Jahre brechen, soweit dies rechnungsmäßig zu begründen ist, auf unwiderleglichem Zahlenmaterial fußt.

Ich darf die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz ganz besonders auf die Kurve der Defizite der englischen Handelsbilanz hinter Seite 18 sowie den Inhalt der Seiten 14–22, der Seiten 28–31 und den Schluß lenken.

Kurz zusammengefaßt ist das Ergebnis aller Untersuchungen:

1) Der U-Bootkrieg des vorigen Jahres hat unter wesentlichen Einschränkungen mit geringen militärischen Mitteln und in der kurzen Zeit seines Bestehens eine erhebliche Verteuerung und Verknappung der wichtigen Nahrungsmittel und eine empfindliche Beeinträchtigung des englischen Handelsverkehrs herbeigeführt. Diese Wirkung verlor sich, als England sich von dem Drucke des U-Bootkrieges befreit fühlte; ähnliche Erscheinungen sind erst infolge des Schiffsraummangels Ende 1915 wieder eingetreten.

2) Eine Wiederaufnahme des U-Bootkrieges mit den alten Beschränkungen würde zwar den englischen Wirtschaftskörper durch die Transportmittelnot, die bereits hochgetriebenen Preise und die Erschütterungen des englischen Verkehrs geschwächt vorfinden und infolgedessen verhältnismäßig stärker wirken als im Vorjahre, aber trotzdem nicht hinreichen, um England zum Frieden zu zwingen, also die auch dann unvermeidliche Gefahr von Verwicklungen mit Neutralen nicht ausgleichen. Das Brechen der englischen Widerstandskraft ist nur möglich, wenn durch den U-Bootkrieg jeder Verkehr auf das Äußerste heruntergedrückt wird.

Die verfügbaren militärischen Mittel gestatten uns, die Kriegführung so zu verschärfen. Wir dürfen aber keine Zeit verlieren, um England nicht die Möglichkeit zu geben, seine Vorräte so zu vermehren, daß die vernichtende Wirkung der Absperrung um Monate hinaus verschoben wird und sich dadurch auch unsere Lage den Neutralen gegenüber verschlechtert.

Die erbetenen gutachtlichen Äußerungen einiger Sachverständiger von anerkannter Bedeutung zu den Anlagen werde ich unmittelbar nach Eingang vorzulegen nicht verfehlen.

[1220] Dazu vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 93 (ohne den Wortlaut der Denkschrift); König, Agitation S. 301.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

483. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21524. Eigenhändig.

[o. O.] 23. Februar 1916

Anliegend die Aufzeichung über meinen gestrigen Vortrag bei S.M.

Ich möchte vorschlagen, Brockdorff und Kuehlmann sofort benennen zu lassen. Ob sie bereits bei der Zitation über die Vorschläge, eventuell unter Benutzug des Schreibens des Admiralstabs vom 22. A.S. 655, zu informiren sind, stelle ich anheim. Daß bei Zugrundelegung dieses Schreibens der Bruch mit Amerika nicht vermieden werden kann, ist mir zweifellos. Auch bezüglich Hollands und Dänemarks nehme ich das Gleiche an, zum Mindesten eine ausgesprochen feindliche Haltung.

Holtzendorff hat mir gestern eine lange gedruckte Denkschrift über die Wirkungen des Ubootskrieges geschickt[1221]. Sie operirt mit wirtschaftlichen Induktionen, die ich nicht beherrsche. Ich habe zunächst Helfferich um Prüfung gebeten.

Anlage

Ich habe gestern S.M. gemeldet, ich hätte über den Ubootskrieg Vortrag halten wollen, indessen habe mich der Admiral von Holtzendorff nach einer langen mit ihm abgehaltenen Besprechung gebeten, daß der Vortrag gemeinschaftlich stattfinden möge, weshalb ich von meinem Vorhaben Abstand nehmen müsse. S.M. billigte das, kam aber im Lauf des Gesprächs von selbst immer wieder auf die Angelegenheit zurück, so daß es mir möglich war, folgendes auszuführen. Die Ankündigung des vom Admiralstab geplanten Ubootskrieges führt zum Bruch mit Amerika. Die europäischen Neutralen werden sich von England zum mindesten eine Behandlung wie Griechenland gefallen lassen, irgend welche Sicherheit, daß sie uns müssen sogar den Krieg erklären, kann nicht übernommen werden. Die allgemeinen Folgen hiervon habe ich angedeutet und die Notwendigkeit betont, falls der Ubootskrieg beschlossen werden sollte, den Neutralen zuvor Mitteilung zu machen. Wiederholt habe ich die ungeheure Verantwortung der Entscheidung betont. S.M. stimmte zu, meinte indes, vielleicht lasse sich der Bruch mit Amerika doch vermeiden, was ich entschieden bestritt. Der eventuelle Bruch mit Holland u. Dänemark machte S.M. ernst. Er hatte den Herzog von Glücksburg[1222] gesprochen, der irgend welches Kommando über Landungs- und Landsturmtruppen in Nordschleswig hat u Besorgnisse vor englischer Landung in Jütland geäußert hatte, in welchem Falle, wie S.M. meinte, Schleswig-Holstein bis zum Kaiser Wilhelms Kanal überflutet werden würde, bevor unsere Truppen aus dem Innern des Landes vorgeschoben werden können, wofern sich Dänemark

[1221] Vgl. die vorangehende Nr.

[1222] Friedrich Ferdinand (1855–1934), Herzog von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg 1885–1918; General der Kavallerie à la suite.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht mit aller Energie widersetzte. Daß Dänemark das tun würde, schien SM zu bezweifeln, in welchem Zusammenhang er erwähnte, daß die Dänen in entschlossener Weise für England <spielten>. S.M. befahl, daß wir Brockdorff und Kühlmann schleunigst über die mutmaßliche Haltung Hollands und Dänemarks hören sollten, und betonte zweimal, der Ubootskrieg sei zwar vorbereitet, er habe sich aber den Befehl vorbehalten, wann er beginnen solle.

Ich gewann den Eindruck, daß S.M. im Grunde seines Herzens den Ubootskrieg nicht will, weil er den Bruch mit den Neutralen voraussieht und scheut, er sagte aber wiederholt: „Was hilft es, Falkenhayn verlangt unter allen Umständen den Ubootskrieg." Daß wir England mit ihm niederzwingen würden, erwähnte S.M. nicht.

Ich habe zum Schluß gesagt, ich hätte mich bisher mit Holtzendorff nicht einigen können, müsse also dem weiteren gemeinschaftlichen Vortrag vorbehalten.

484. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA, R 21524. Schreiben. Abschrift. In Maschinenschrift.

Berlin, 23. Februar 1916

In dem gefälligen Schreiben vom 13. v.M. – A 1031 IV – haben Euere Exzellenz für das Operationsgebiet der Hochseestreitkräfte die Besetzung von 6 Stationen nach Möglichkeit dauernd mit mindestens einem U-Boot als erstrebenswert bezeichnet. Seien später mehr U-Boote verfügbar, so würden noch weitere 3 Stationen in Betracht kommen. Ich nehme an, daß es sich bei diesen Stationen nur um die Besetzung mit U-Booten großen Typs handeln kann. Der Herr Staatssekretär des Reichsmarineamts hat mir für den neuen U-Bootkrieg gegen England – einschließlich Mittelmeer – 38 Boote im Februar als verfügbar bezeichnet. Ihre Zahl werde im April auf 50 steigen und von da ab durchschnittlich im Monat um je 10 neue Boote. Die mir gemachten Zahlenangaben lassen nicht erkennen, inwieweit es sich um große, kleine und U-Boote zur Minenlegung handelt. Euerer Exzellenz würde ich daher für eine gefällige Aufklärung über folgende Punkte zu Dank verpflichtet sein[1223]:

1) Über wieviele U-Boote großen Typs werden wir an dem für den neuen U-Bootkrieg in Aussicht genommenen Termin überhaupt verfügen und wieviele davon sind für die Aktion der Hochseestreitkräfte gegen England bestimmt?

2) Wie groß ist der Zuwachs an U-Booten großen Typs bis zum Monat April und an welchen Daten tritt er ein?

3) Wie gliedert sich der vom Monat Mai an zu erwartende monatliche Zuwachs von je 10 U-Booten nach den verschiedenen Typen?

[1223] Die ausweichende Antwort Holtzendorffs vom 24. Februar 1916 bei: Spindler, Handelskrieg III S. 93–94.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

485. Bethmann Hollweg an Grünau

PA, R 21524. Telegramm. Reinkonzept. In Maschinenschrift.

Nr. 59. Berlin, 23. Februar 1916

Unter Bezugnahme auf E.E. Telegramm vom 7. d.M. beehre ich mich, auf die Artikel der Kölnischen Volkszeitung über den Ubootkrieg vom 19. und 22. d.M., ferner auf die Artikel der Deutschen Tageszeitung vom 21. Februar aufmerksam zu machen, die in ihrem hetzerischen Ton kaum mehr übertroffen werden könnten[1224]. Durch derartige Artikel wird unsere auswärtige Politik auf das schwerste gefährdet und werden im Innern sehr bedenkliche Zustände geschaffen, die auch für die Kriegführung nicht gleichgültig sein können. Von preußischen Abgeordneten, die mit den Bestrebungen, die Öffentlichkeit vorzeitig auf einen uneingeschränkten U-Boot-Krieg festzulegen, Fühlung haben, wird die Ansicht ausgesprochen, daß wir zu Lande nicht weiter können und weil wir sonst bald wirtschaftlich zusammenbrächen, auch vor verzweifelten Mitteln nicht zurückschrecken dürften. Diese Auffassung tritt in Kommissionsreden und in Privatgesprächen immer häufiger hervor. Drängen sie unter dem Einfluß skrupelloser Preßartikel in die breiten Massen ein, so könnte eine tiefe, den Kriegswillen lähmende Depression nicht ausbleiben. Eine solche Stimmung würde einen Bruch mit Amerika und anderen Neutralen am wenigsten ertragen. Ich wiederhole deshalb mein Ersuchen, dem oben gekennzeichneten Treiben in Presse, das noch dazu der Kaiserlichen Entscheidung vorgreift, durch scharfe Maßregeln der militärischen Zensur entgegentreten zu wollen.

486. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21524. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Berlin, 23. Februar 1916

Holtzendorff hat mir gestern Abend eine schon vom 12. d.M. datirte sehr umfangreiche p r i v a t e Denkschrift[1225] über die englische Wirtschaft und den Ubootskrieg mit einem Anschreiben zugefertigt, in der behauptet wird, die Denkschrift erweise, daß seine Erklärung, ein rücksichtslos durchgeführter Ubootskrieg werde Englands Widerstandskraft in etwa einem halben Jahre brechen, soweit das rechnungsmäßig zu begründen sei, auf unwiderleglichem Zahlenmaterial fuße. Helfferich erklärt mir nach Studium der Denkschrift, daß das eine völlig unbewiesene Behauptung bleibe. Vollends bleiben die Rückwirkungen des Bruches mir Amerika in der Denkschrift völlig unangerührt.

[1224] Dazu ausführlich König, Agitation S. 284–297.

[1225] Zur späteren Veröffentlichung vgl. unten Nr. 721 Anm. 348.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie ich ganz vertraulich bemerke, ist dem Admiral Koch[1226] bei einem telefonischen Gespräch mit Wahnschaffe, als dieser noch einige Exemplare der Denkschrift nachforderte, die Äußerung entschlüpft: Das geht sehr gut; wir haben ja eine ziemlich große Auflage drucken lassen. Und auf Wahnschaffes Frage, wer denn die Denkschrift erhalten habe, erwiderte Koch, einen Teil der Exemplare habe das Reichsmarineamt erhalten. Der Admiralstab habe uns 5 Exemplare verschickt.

Ich muß, ohne allerdings einstweilen Beweise zu haben, besorgen, daß das Reichsmarineamt mit dieser in ihrer wissenschaftlichen Aufmachung für urteilslose Leser bestechenden Denkschrift Propaganda machen wird, obwohl ich mir jegliche Agitation durch ein Telegramm aus Pleß, das Admiral von Müller zu entwerfen die Güte hatte, ausdrücklich verbeten hatte. Es fragt sich, ob nunmehr ein Allerhöchster alle Treibereien verbietender Befehl extrahirt werden muß.

Vorstehendes zu einstweiliger Information und vertraulichen Besprechung mit Admiral von Müller. Danach werde ich morgen Mittag Ew.E. telefonisch rufen.

487. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 67–86. MF 985/986. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 156 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 24. Februar 1916

[*1. Kriegsfinanzierung. Äußerungen diverser Minister. – 2. Reichsvereinsgesetz von 1908. Änderung zugunsten der Gewerkschaften als dem konservativen Element in der Sozialdemokratie.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, zur Frage der Anführung „politischer Angelegenheiten“[1227] scheine ihm folgender Gesichtspunkt besondere Beachtung zu verdienen. Die Gewerkschaften hätten sich ihre Sonderstellung gegenüber den politischen Parteien, namentlich gegenüber der Sozialdemokratie, dadurch erworben, daß sie sich gehütet hätten, politische Debattierklubs zu werden, sich vielmehr praktischen wirtschaftlichen Bestrebungen gewidmet hätten. Er stimme mit dem Herrn Vizepräsidenten[1228] völlig darin überein, daß sie dadurch zu nützlichen und notwendigen Gliedern unseres Wirtschaftslebens geworden seien, sich als solche besonders während des Krieges bewährt hätten und dafür Entgegenkommen verdienten. Aber es gelte doch gerade, die

[1226] Reinhard Koch (1861–1939), Vizeadmiral; stellvertretender Chef des Admiralstabs 1915–1918.

[1227] Mit denen Gewerkschaften sich beschäftigen durften oder nicht. Nach dem Reichsvereinsgesetz von 1908 durften sie es nicht.

[1228] Clemens Delbrück.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Grundlage dieser vernünftigen Richtung, die wirtschaftliche Betätigung der Gewerkschaften, zu fördern. Öffne man ihnen die Tür, sich leichthin mit Angelegenheiten der allgemeinen Politik zu befassen, so sei zu befürchten, daß sie in die radikale Richtung gedrängt werden. Er habe auch den Eindruck, daß den Bedürfnissen der Gewerkschaften durch Freigabe der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik[1229] genügend Rechnung getragen werde. Ebenso glaube er, daß damit das Ziel, das man sich gesteckt habe, erreicht werde. Man wolle die Gewerkschaften für die bisher von ihnen geübte Art der Betätigung von den Fesseln befreien, die das Gesetz ihnen zum Teil anlege und von denen manchmal seitens der Behörden in objektiv belästigender Weise Gebrauch gemacht worden sei. Dazu genügte es aber, wenn die mit ihrem Aufgabenkreise im Zusammenhang stehenden sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten ihrer Einwirkung überlassen würden.

[*Äußerungen weiterer Minister*.]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er trete den allgmeinen Ausführungen des Herrn Vizepräsidenten über die Gewerkschaften in allen wesentlichen Punkten bei. Es sei nicht zu leugnen, daß die Regierung die freien Gewerkschaften bisher als Vereine angesehen habe, die bekämpft werden müßten. Auch er glaube, daß man diese Stellungnahme verlassen müsse. Der Staat habe ein dringendes Interesse daran, die Gewerkschaften soweit wie möglich auf dem vernünftigen Standpunkt zu erhalten. Man solle deshalb nicht kleinlich bei der Bemessung dessen sein, was man ihnen zugestehe. Es komme darauf an, ihnen eine größere Freiheit zu gewähren. Andererseits glaube er, daß es geboten sei, den Personenkreis nach Maßgabe des Entwurfs 5[1230] zu beschränken. Theoretisch möchten daraus gewisse Ungleichheiten entstehen, wie sie der Herr Vizepräsident hervorgehoben habe, praktisch sei es doch aber möglich und wichtig, die Landwirtschaft unberührt zu lassen. Immerhin würden auch so die Kreise von der Regelung betroffen, die man begünstigen wolle. Im übrigen empfehle er, den Zusatz betreffend „allgemeine berufliche Fragen“ anzunehmen. Alsdann wäre tatsächlich alles erreicht, was der Herr Vizepräsident für erforderlich erachte, und er glaube, daß damit auch der beabsichtigte politische Erfolg erzielt werden könne.

[*Beiträge anderer Minister*.]

Der Herr Ministerpräsident entgegnete, auch in dieser Abgrenzung [*Ersetzung des Begriffs „politische Angelegenheiten“ im Entwurf durch „Angelegenheiten der Sozialpolitik“*] bedeute die Vorlage doch einen außerordentlich großen Schritt zugunsten der Gewerkschaften. Der Abgeordnete Legien[1231] habe ihm sehr überzeugend gesagt, es käme ihnen besonders auf die Jugendlichen

[1229] In ihren Diskussionen.

[1230] Dazu das Material in: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 156 Anm. 4.

[1231] Carl Legien (1861–1920), MdR (SPD) 1893–1898 und 1903–1920; Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbunds 1913–1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

an. Die wollten sie erziehen für ihre beruflichen Interessen, nicht aber im parteipolitischen Sinne.

Mit der zusammenfassenden Festellung, daß der Entwurf 5 mit dem von dem Herrn Vizepräsidenten angegebenen Zusätzen (Einschaltung der Unternehmer des Handelsgewerbes und Hinzufügung der Worte „allgemeine berufliche Fragen“) angenommen sei, erklärte der Herr Ministerpräsident diesen Gegenstand der Tagesordnung für erledigt.

[*3. Abholzung der Nußbäume in Deutschland und den besetzten Gebieten; Inanspruchnahme der Kupfervorräte in Belgien.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß er wegen der erörterten Fragen auch seinerseits mit dem Generalgouverneur[1232] korrespondiert und mündlich gesprochen habe. Die Frage der Nußbäume, die Seine Majestät Selbst mit dem Generalgouverneur im Dezember v.J. besprochen habe, sei jetzt wohl erledigt. Nachdem der Generalgouverneur ihm am 30. Januar geschrieben habe, daß und aus welchen Gründen es nicht möglich sei, Belgien namentlich rücksichtlich des Kupfers in ganz gleicher Weise wie Deutschland zu behandeln, habe er ihm mit Schreiben vom 5. Februar darauf hingewiesen, daß es nur als billige und selbstverständliche Folge des Krieges angesehen werden könne, daß Belgien die wirtschaftlichen Lasten und Nachteile gemeinsam mit Deutschland teilen müsse. Es würde auch von der deutschen Öffentlichkeit nicht verstanden werden, wenn wir bei uns die tiefgehendsten Eingriffe in das wirtschaftliche Leben als Notwendigkeit hinnähmen, Belgien aber nicht in gleicher Weise herangezogen werde. In einem Kampf um unsere Existenz als Großmacht könne letzten Endes nur die Rücksicht auf unsere eigenen Interessen maßgebend sein. Trotzdem verkenne er nicht, daß es in Belgien nicht immer möglich sein werde, an diesen Grundsätzen starr und ausnahmslos festzuhalten. Die Tätigkeit der amerikanischen Relief-Commission sei für die Nahrungsmittelversorgung der belgischen Bevölkerung und unserer Besatzungstruppen von solcher Bedeutung, daß auf ihre weitere Wirksamkeit der größte Wert zu legen sei, selbst wenn diese nur mit englischerseits geforderten Zugeständnissen erkauft werden könne, die im Einzelfalle eine differenzielle Behandlung Belgiens und Deutschlands in sich schlössen[1233].

Wie aus diesem Schreiben hervorgehe, teile er durchaus den Wunsch des Herrn stellvertretenden Kriegsministers[1234], daß Belgien möglichst stark zu den Lasten des Krieges herangezogen werde, wenn auch zuzugeben sei, daß eine völlige Gleichstellung der Belgier mit den Deutschen aus den angedeuteten Gründen sich nicht immer werde erreichen lassen.

[*Bemerkungen Helfferichs.*]

[1232] Moritz von Bissing.

[1233] Vgl. dazu: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 578–579.

[1234] Franz von Wandel.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

488. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 21459, f. 173. Schreiben. Behändigte Ausfertigung. In Maschinenschrift. Praes.: 25. Februar 1916.

Rk. 6956 KJ. Berlin, 24. Februar 1916

Geheim!

Euer Exzellenz übersende ich anbei Abschrift eines Schreibens des Chefs des Admiralstabs der Marine vom 19. d.Mts. – B 4229 I – sowie je ein Exemplar seiner Anlagen[1235]. Ich bitte Euer Exzellenz, die Denkschrift des Admiralstabs prüfen und mich mit einer Äußerung darüber so schnell als irgend möglich versehen zu wollen. Insbesondere bitte ich zu der Frage Stellung zu nehmen, ob in der Tat die Denkschrift die Behauptung, ein rücksichtslos durchgeführter U-Bootkrieg werde Englands Widerstandskraft in etwa einem halben Jahre brechen, soweit dies rechnungsmäßig zu begründen ist, mit unwiderleglichen Zahlen belegt.

489. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21460. Eigenhändig.

[Berlin] 25. Februar 1916

Admiral von Holtzendorff hat mir heute erklärt:

Am 29. Februar fahren eine Reihe von Ubooten nach der englischen Küste mit dem Befehl, bewaffnete Handelsschiffe (feindliche und neutrale, Flagge deckt die Kanone nicht) als Kriegsschiffe zu behandeln, aber Passsagierdampfer, auch wenn sie bewaffnet sind, bis zu neuem Befehl zu schonen.

490. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, PA 21524. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 169. Berlin, 25. Februar 1916

Antwort auf Tel. No. 103.

Der vom Admiralstab geplante Ubootskrieg macht Bruch mit Amerika völlig unvermeidlich. Ebenso wird er nach mündlich vorgetragener Ansicht Kuehlmanns, die ich teile, Eintritt Hollands in den Krieg zur Folge haben. Für solchen Ubootskrieg übernehme ich nicht Verantwortung. Brockdorff Rantzau kommt heute Abend.

[1235] Dazu vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 93.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wien hat gestern dringend gebeten, von dem Unterseebootskrieg und allen Schritten, die Amerika beträfen, vorher informiert zu werden. Die Form der Bitte läßt keinen Zweifel, daß Wien den Bruch mit Amerika unter allen Umständen vermieden wissen will. Über Stellung Türkei sind Ew.E. informirt. Habe Admiral von Holtzendorff heute nachdrücklich wiederholt, daß ich Ubootskrieg nur in Formen zustimmen kann, den [= die] Amerika neutral erhalten [!].

491. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21526. Eigenhändig.

[o. O., ca. 29. Februar 1916]

1. Tirpitz will monatlich „weit über 300.00 Tonnen“ versenken und damit „bis zum Herbst“ England niederzwingen[1236]. Wenn „bis zum Herbst“ 6 Monate heißen soll, soll also der Verlust von rund 2 Millionen Tonnage genügen, um England zur Kapitulation zu zwingen.

2. Holtzendorff vernichtet monatlich 630.000 Tonnen und fordert 6–8 Monate, also 4–5 Millionen Tonnen.

3. Beide nehmen keine Rücksicht auf den Ersatz, den sich England beschaffen kann

a) durch Aufgabe des Salonikiunternehmens

b) durch Zugriff auf deutsche Tonnage in neutralen Häfen. Diesem Zugriff würden,

im Falle des Bruches mit Amerika, 1,7 Millionen ausgesetzt sein.

Nimmt man an, daß England durch a und b sich nur 1 Million verschafft, so sinken die Tirpitzschen 2 Millionen auf 1 Million, die Holtzendorffschen 4–5 Millionen auf 3–4 zusammen. Mit anderen Worten, die Tirpitzschen 6 Monate würden sich auf 12, die Holtzendorffschen 6–8 auf 8–10 Monate verlängern.

4. Vorstehendes ergiebt, wie unsicher, ungenau und schwankend die Schätzungen der beiden Marinesachverständigen sind.

5. Englands Handelstonnage vor dem Kriege betrug 18–20 Millionen. Davon bisher verloren 2, von der Regierung für militärische Zwecke gechartert 5 Millionen. Bleiben für den Handel 11–13 Millionen. Nach Tirpitz soll England mit 9–11, nach Hotzendorff mit 7–9 Millionen nicht mehr agiren können, d. h. zum Frieden gezwungen sein. Das sind ganz willkürliche Annahmen.

6. Gänzlich absperren und aushungern können wir England mit 42 Ubooten nicht. Bei Nacht können die Uboote nicht operiren, die west- und südfranzösischen sowie die portugiesischen und spanischen Häfen können wir nicht

[1236] Tirpitz hat diese Angaben (und diese Aufzeichnung Bethmann Hollwegs) in Band 2 („Politische Dokumente“) bezeichnenderweise nicht veröffentlicht. Sie sind gedruckt in: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses II Beilagen 1 S. 142–147.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

blockiren, auch den englischen Kanal nicht absperren. So wird stets eine zur Not ausweichende Zufuhr bleiben.

7. Hiernach keine Wahrscheinlichkeit, geschweige denn Sicherheit, daß der Ubootskrieg England die Fortführung des Krieges innerhalb des Jahres 1916 unmöglich machen würde. Empfindliche Schädigung sicher.

8. Wird diese Schätzung genügen, um das Ende des Krieges bis 1917 herbeizuführen? Beantwortung dieser Frage lediglich von allgemeiner Kriegslage abhängig. Lassen deutsche militärische Erfolge (eigene glückliche Offensiven, hoffnugnsloses Scheitern feindlicher Offensiven) und die inneren Zustände bei uns und unsern Gegnern England die Fortsetzung des Krieges aussichtslos erscheinen, dann werden die durch den Ubootskrieg hervorgerufenen Schädigungen Englands Einlenken beschleunigen. Im umgekehrten Falle wird Englands Hartnäckigkeit nur gesteigert werden, da ein durch den Ubootskrieg herbeigeführtes englisches Friedensangebot sich dem Eingeständnis nähert, daß die Seeherrschaft Albions von Deutschlands Seemacht überwunden worden ist.

9. Rückwirkungen des Ubootskrieges auf die allgemeine Kriegslage.

[A.] Alles abhängig davon, ob Ubootskrieg zum Bruch mit Amerika führt oder nicht. Wenn nein, dürfen wir auf Ubootskrieg wahrscheinlich nicht verzichten. Wenn ja, ergeben sich folgende Verschiebungen.

Grade Türkei und Bulgarien.

Bei uns starkes Herabgehen der Stimmung. Diese ungünstigen Wirkungen nur zu paralysiren durch entscheidende militärische Erfolge. Dann allerdings nicht unmittelbar bedrohlich.

B. Materielle Wirkungen.

Amerikanische Waffenhülfe für unsere militärischen Operationen ziemlich belanglos. Kriegserklärung Hollands und Dänemarks unwahrscheinlich, nur zu besorgen bei militärischer Niederlage im Westen oder Osten. Nichtrespektirung ihrer Neutralität durch England (ähnlich wie in Griechenland[1237]) aber sehr möglich.

Vermehrte Munitionslieferungen.

Vor allem unbegrenzte Finanzhülfe. Dadurch namentlich Rußlands Durchhalten gestärkt.

Aufhören amerikanischer Getreidelieferungen für Belgien, Nordfrankreich, Polen (?). Nach Bissings Ansicht zur Not bis 1.1.17 zu ertragen, aber Vermehrung der Unsicherheit hinter unserer Front, wenn Belgien hungert.

Unsere Einfuhr aus Holland und Dänemark zum mindesten gefährdet. Erhöhte Ernährungsschwierigkeiten schwer zu überwinden, aber zu ertragen, wenn Bevölkerung von Unvermeidlichkeit Bruchs mit Amerika überzeugt und glückliches Kriegsende kommen sieht.

Conclusio: Bruch mit Amerika nur zu ertragen bei entscheidenden Fortschritten auf Landkriegsschauplätzen.

[1237] Dort (bei Saloniki) waren französische und englische Truppen trotz der Neutralitätserklärung Griechenlands gelandet.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stellung der obersten Heeresleitung. Wir haben keine Wahl mehr. Marine meint, England durch Ubootskrieg niederzwingen zu können. Das hat man nicht nachzuprüfen, sondern zu glauben. Österreich hält höchstens bis 1917. Wir müssen Krieg vorher beenden. Amerika schon jetzt unser Feind. Auch wenn es mit uns bricht, kann oder wird es der Entente nicht mehr helfen als jetzt. Holland und Dänemark werden unbeeindruckt bleiben. Englische Landungen dort unwahrscheinlich, eventuell ungefährlich.

492. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21459, f. 147–148. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Berlin, 29. Februar 1916]

Amtlich haben wir ja wohl Amerika unsere Stellung durch die gestrige Instruktion an Bernstoff kundgegeben[1238]. Ob Bernstoff Lansing die Situation mit den bewaffneten Handelsschiffen genügend klar auseinandersetzen kann, ist mir nicht ganz sicher, da er unser Weißbuch und seine Anlagen noch nicht kennt, auch sonst nicht ganz im Bilde ist und auch nicht sein kann.

Ich bitte zu erwägen, ob unser Standpunkt nicht auch Gerard ausführlich darzulegen wäre unter Betonung:

1. wie England Amerika gegenüber dasselbe Spiel gespielt hat, indem es die zu Verteidigungszwecken armirten Handelsschiffe als harmlose Kauffahrer hingestellt, gleichzeitig aber die entgegengesetzten geheimen Befehle erteilt hat,

2. wie wir nach diesen Befehlen gar nicht anders handeln können, als die bewaffneten Handelsschiffe wie Kriegsschiffe zu behandeln.

Inwieweit danach das amerikanische Publikum noch durch ein interview aufzuklären ist, kann ich nicht beurteilen.

Was die bewaffneten Passagierdampfer anbelangt, so hat ihnen die Marine ja wohl in ihren für den 29. d. M. ausgegebenen Befehlen keine Vorzugsstellung eingeräumt. Mit diesen Befehlen ausgelaufen sind aber meines Wissens nur die Uboote im Mittelmeer, während an der englischen Küste zur Zeit keine Uboote agiren, die dorthin zu entsendenden Uboote vielmehr erst am 1. März auslaufen würden, falls S.M. bis dahin den rücksichtslosen Ubootskrieg befehlen sollte. Bis zu diesem Termin wird die Sache keinesfalls spruchreif. Muß danach vom Admiralstab ein Befehl extrahirt werden, daß, solange nicht der rücksichtslose Ubootskrieg befohlen wird, die Passagierschiffe (liner) geschont werden müssen, gleichgültig, ob sie bewaffnet sind oder nicht?[a]

[a] *Dazu am Schluß folgender Vermerk Montgelas*': P.not. Es ist ein entsprechendes statement ad 1 und 2 nach Amerika als „Transocean Telegramm"

[1238] Bernstorff teilte am 28. Februar 1916 der amerikanischen Regierung mit, daß Deutschland keinen Anlaß sehe, seine Weisungen zur warnungslosen Torpedierung bewaffneter Handelsschiffe abzuändern. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 531.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gefunkt worden. Infolge atmosphärischer Störungen (Schneesturmes) ist das Tel. zunächst nicht angekommen, jedoch wiederholt worden.
Mtg 29/2

493. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA Berlin, R 21525. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Berlin, 29. Februar 1916

Ew.E. beehre ich mich, eine kurze Denkschrift[1239] zu übersenden, die den Standpunkt wiedergibt, den ich bei dem bevorstehenden Immediatvortrag über den Ubootkrieg einnehmen werde. Wofern E.E. in der Lage sein sollten, unter Würdigung meiner Erwägungen auch Ihrerseits auf diesen Standpunkt zu treten, würde sich der Immediatvortrag wesentlich vereinfachen. Verneinendenfalls würde ich die Denkschrift noch in dem Vortrag auch S.M. dem Kaiser vorlegen, da der Vortrag als eine schicksalsschwere Entscheidung vorbereitet werden muß, wenn nicht S.M. bei dem Vortrag in eine kaum erträgliche Situation versetzt werden soll.

Sollte S.M., im Falle daß E.E. und der General von Falkenhayn bei Ihrer bisherigen Ansicht beharren, gegen mich entscheiden, so würde ich die weitere Verantwortung nicht tragen können. Für alle Fälle muß ich aber noch auf Folgendes hinweisen. Vor der Ankündigung des rücksichtslosen Ubootskrieges muß von den alsdann verantwortlichen Stellen die Ankündigungsnote entworfen und festgestellt und müßten unsere Bundesgenossen, vor allem das Wiener Kabinett, mit einer wenn auch ganz kurzen, so doch einige Tage beanspruchenden Frist informiert werden. Zwischen der Ankündigung und der tatsächlichen Führung des Ubootskrieges muß wegen der Neutralen weiterhin eine Frist von mindestens zwei Wochen liegen. Damit verstreicht der größte Teil des wegen der englischen Getreidezufuhren besonders wichtigen Monats März. Ich möchte mir deshalb den unmaßgeblichen Vorschlag erlauben, daß die Uboote, die nach E.E. wiederholten Mitteilungen von morgen ab zum Auslaufen bereit sind, sofort, und zwar wenn möglich schon vor dem mündlichen Vortrag bei Seiner Majestät, den Befehl erhalten, den am Schlusse meiner Denkschrift vorgeschlagenen Ubootskrieg, der keiner Ankündigung bedarf, zu beginnen. Haben die Uboote dabei auch nicht diejenige Aktionsfreiheit, die E.E. grundsätzlich für sie beanspruchen, so kann es doch wohl keinem Zweifel unterliegen, daß sie trotzdem nutzbringende Arbeit schon bis zu dem Augenblick leisten werden, wo nach dem obigen Befehl S.M. der rücksichtslose Ubootskrieg einsetzen soll.

Daß der Immediatvortrag erst jetzt gehalten werden kann, bedauere auch ich lebhaft, wobei ich indessen bemerken darf, daß ich meine eigene Entscheidung wesentlich früher hätte festlegen können, wenn nicht die bereits am

[1239] Text dieser ausführlichen (nicht kurzen) Denkschrift: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses II Beilagen 1 S. 149–157.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

12. d. M. gedruckte Denkschrift des Admiralstabes, die zum ersten Male einen Nachweis für den von der Marine erwarteten Wirkungskreis des Ubootskrieges unternimmt, erst mit dem diesseitigen Schreiben vom 19. d. M., mir zugestellt am 22. Abends, zugefertigt worden wäre.

Ich werde morgen, Montag, nach dem Großen Hauptquartier abreisen und stehe bis dahin natürlich E.E. jederzeit zu mündlicher Aussprache zur Verfügung.

494. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA, R 21525. Schreiben. Eigenhändiges Konzept.

Berlin, 29. Februar 1916

Mit dem heutigen Kurier.

E.E. beehre ich mich beifolgend eine auch dem Chef des Admiralstabs mitgeteilte kurze Denkschrift zu übersenden, in der der Standpunkt erörtert ist, den ich bei dem bevorstehenden Immediatvortrag in der Frage des Ubootkriegs einnehmen werde. Ich werde am 2. März im Großen Hauptquartier eintreffen und darf dann um gefällige Unterredung über E.E. weitere Stellungnahme bitten.

495. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 21526. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Charleville, 2. März 1916

Ew.E. vertraten in unserer heutigen Unterredung erneut den Standpunkt, daß bei Übertretungen gegen die von Ew.pp. der Pressezensur erteilten allgemeinen Direktiven meinerseits bei den stellvertretenden Generalkommandos Vorstellung zu erheben sei, bei deren Nichtbeachtung Ew.pp. auf Beschwerden mir Remedur schaffen würden. Ich will nicht in Abrede stellen, daß auch dieser Weg in geeigneten Fällen gangbar ist, wie ich ihn bezüglich des gestrigen Abendartikels des Grafen Reventlow in der Deutschen Tageszeitung[1240] beschritten habe. Ich kann jedoch nicht der Ansicht zustimmen, daß dies der in erster Linie gewiesene Weg namentlich in denjenigen Fällen sei, wo die Preßübertretung darin besteht, daß die Kriegsführung abfällig kritisirt wird. Anträge von meiner Seite, die die Nichtbesprechung von Maßnahmen der Kriegs-

[1240] „Deutsche Tageszeitung“, Nr. 112, 1. März 1916 (Abendausgabe), unter der Überschrift: „Vor der Entscheidung“. Darin spricht Reventlow seine Überzeugung aus, daß die Entscheidung zum rücksichtslosen Ubootkrieg „demnächst fallen muß“. Am Schluß schreibt er: „Kann das Deutsche Reich sich selbst gegenüber verantworten, nicht alle Mittel, welche einer siegreichen Entscheidung dienen, ja eine solche im weiteren Sinne allein herbeizuführen vermögen, zu benutzen?“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

führung zum Gegenstand haben, also in erster Linie die formell militärischen Angelegenheiten betreffen, werden von den stellvertretenden kommandierenden Generälen nicht verstanden werden. Wenn ich auch meinerseits an dem Unterbleiben einer solchen Kritik ein allgemeinpolitisches, von mir auch jederzeit entschiedenes Interesse habe, so halte ich es doch an allererster Stelle für ein Lebensinteresse der Kriegsleitung selbst, daß ihre Maßnahmen oder Unterlassungen nicht zum Gegenstand der Preßkritik gemacht werden und daß sie selbst die Wahrung der von ihr der in dieser Beziehung erlassenen Befehle <beachtet>. Tut sie es nicht, so muß der Anschein erweckt werden, daß sie die vorgenommene Kritik nicht mißbilligt. Ich habe die dringende Besorgnis, daß sich im vorliegenden Falle dieser Anschein, wenn auch mit Unrecht, in weiten Kreisen festsetzt.

Aus dem beigefügen Artikel der Deutschen Tageszeitung [*am Rand*: Ausschn. Dt. T. v. 1/3 16 Nr. 112] werden Ew.E. ersehen, daß die Tatsache, daß S.M. noch nicht den Befehl zur Aufnahme des rücksichtslosen Ubootskrieges erteilt hat, scharfer Kritik unterzogen wird. Ein soeben bei mir aus Berlin einlaufendes Telegramm meldet, daß in demselben Sinne die Kölnische Volkszeitung und heute die Tägliche Rundschau[1241] schreibt. Sie sagen, die Entscheidung müsse sofort fallen. England könne bei unbeschränktem Gebrauch der Ubootswaffe „in Wochen" niedergerungen werden. In ähnlichem Sinne, aber etwas ruhiger, soll die Post schreiben.

Zur Illustration der Situation füge ich im Anschluß an meine heutigen vertraulichen Mitteilungen hinzu, daß von Herren des Reichsmarineamtes Besuchern gegenüber offen vom baldigen Kanzlerwechsel gesprochen wird. In der neuesten Nummer der „Nationalliberalen Beiträge" wird ein Artikel von Kalau vom Hofe[1242], der für rücksichtslosen Ubootskrieg als sicheres Mittel für die Abkürzung des Krieges plädirt, mit der Bemerkung verbreitet, „für

Veröffentlichung vom Reichsmarineamt zugelassen".

Mit solchen Vorgängen nähern wir uns einer Herrschaft der Presse, wie sie bisher in Deutschland nicht üblich war. Man kann diese Treibereien auch nicht damit abtun, daß sie sich nur gegen einen diesen Kreisen mißliebigem Reichskanzler richten. Sie treffen im Endergebnis Seine Majestät den Kaiser.

Die bestehenden Vorschriften übertragen unter den Belagerungszuständen die Pressezensur ausschließlich den militärischen Behörden. Das ist nach den ausgedehnten parlamentarischen Verhandlungen dem ganzen Volk bekannt. Ebenso bekannt ist, daß eine öffentliche Kritik der Kriegsführung bei uns in Deutschland verboten und unerträglich ist. Es muß eine heillose Verwirrung eintreten, wenn das Volk sieht, daß Übertretungen dieses Verbots erlaubt sind, sofern dabei Meinungsverschiedenheiten zwischen der militärischen und politischen Leitung bestehen. Daß solche Meinungsverschiedenheiten vorhanden

[1241] Die „Tägliche Rundschau" erschien von 1881 bis 1933 in Berlin; sie verfocht eine deutlich nationale Politik.

[1242] Eugen Kalau vom Hofe (1856–1935), Konteradmiral a.D.; Marineschriftsteller. – Sein Beitrag in den „Nationalliberalen Beiträgen" wurde nicht ermittelt. Vgl. dazu Tirpitz, Politische Dokumente II S. 486–492; König, Agitation S. 292–295.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sind, pfeifen die Spatzen von den Dächern. Ich habe mir wiederholt erlaubt, Ew.E. die aus dieser Haltung der Presse erwachsenden Gefahren aufmerksam zu machen, wobei ich leider die Beobachtung habe machen müssen, daß die Presse mit jedem Tage schlimmer geworden ist. Die Ansicht, daß es meine Aufgabe sei, die Vorstellung bei den mit der Pressezensur betrauten militärischen Behörden in erster Instanz die Befolgung der von E.E. erlassenen Befehlen zu übernehmen und daß Ew.pp. erst in zweiter Instantz auf meine Bitten einzuschreiten hätten, muß ich in voller Kenntnis der für E.E. vielleicht bestehenden Ressortschwierigkeiten mit aller Entschiedenheit ablehnen. Mein preußisches Gefühl sträubt sich gegen die Annahme und Möglichkeit, daß innerhalb des preußischen Militärorganismus Befehle des Chefs des Generalstabs des Feldheeres an stellvertretende kommandierende Generäle in einem Kriege mißachtet werden könnten, in dem das Deutsche Reich um seine Existenz ringt.

Ich kann nicht umhin, diese Frage bei S.M. zu berühren, um gegebenen Falls in gemeinschaftlichem Vortrag mit E.E. eine Abhülfe der bestehenden Mißstände herbeizuführen.

496. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21526. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier 2. März 1916, 9 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 2. März 1916, 10 Uhr 28 Min. Nm.

Für Exzellenz von Jagow.

Euere Exzellenz erhalten gleichzeitig durch Hughesapparat einen vom Admiralstabschef empfohlenen Notenentwurf für den Fall einer Entscheidung seiner Majestät in meinem Sinne[1243].

Absicht dabei folgende: Auch bei loyalster Durchführung der Unterseeboote Irrtümer und Zwischenfälle nicht ausgeschlossen. Um Wilson Rückzug von Kongreß und Nation zu ermöglichen, will Admiral von Holtzendorff die von Conger[1244] vorgeschlagene Geste machen in der sicheren Erwartung, daß England Entwaffnung[1245] ablehnen wird, und in der Hoffnung, daß Amerika auf diese Ablehnung mit Warnung an die Amerikaner, auf bewaffneten Handelsdampfern zu fahren, antworten wird, so [daß] Gefahr Zwischenfälle und kriegerischer Reaktion Amerikas auf Zwischenfälle verringert wird. Ich bitte um Äußerung.

[1243] Vgl. die folgende Nr.

[1244] Seamour Beach Conger (1876–1934), Direktor des Berliner Büros der „Associated Press“ 1910–1917.

[1245] Von Handelsschiffen (so daß Deutschland auf ein Handelsschiff nicht feuern würde, falls dieses sich nach der geltenden Prisenordnung verhielte).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

497. Bethmann Hollweg an AA

PA, R 21462. Hughes-Telegramm. In Typendruckschrift. – Vgl. Bernstoff, Deutschland und Amerika S. 229–231].

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 2. März 1916, 9 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 2. März 1916, 11 Uhr 20 Min. Nm.

Hughes – Für Staatssekretär.

Zum heutigen Zifferntelegramm.

Seit die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika am 5. November 1915 den Versuch machte[1246], England zur Aufgabe seiner Maßnahmen zu bewegen, die das Recht der neutralen Staaten auf legalen Handelsverkehr mit Deutschland und seinen am Krieg beteiligten Nachbarländern beschränkten, sind neue Verschärfungen der Kriegführung unserer Feinde eingetreten, die diese Rechte der Neutralen praktisch völlig beseitigten. Darüber hinaus ist die Bewaffnung der Handelsmarine unserer Gegner zu Angriffszwecken beschleunigt durchgeführt worden. Den neutralen Regierungen ist durch die Denkschrift vom 8.2.16[1247] bereits mitgeteilt, daß England, wie sich aus den aufgefundenen Befehlen (Anlage 5–12) und den in der Denkschrift aufgeführten tatsächlich vorgekommenen Angriffen auf deutsche und österreichisch-ungarische U-Boote unwiderleglich ergibt, das friedliche Handelsschiff durch die Bewaffnung zum Kriegsschiff gemacht hat.

Der in der Anlage gegebene Rückblick auf den bisherigen Verlauf des Krieges[1248] zeigt, daß die Bestrebungen der Neutralen, die vor dem Kriege bestehenden völkerrechtlichen Bestimmungen über die Freiheit des neutralen Verkehrs auf dem Meere wieder in Kraft zu setzen, allein an dem Widerstand Englands gescheitert sind. England will durch Verhinderung des rechtmäßigen Verkehrs der Neutralen mit Deutschland dessen Widerstandsfähigkeit brechen, um auf diese Weise einen Frieden zu erzwingen, den es durch militärische Kraft nicht erreichen kann.

Jetzt steht Deutschland vor der Tatsache:

a) daß eine völkerrechtswidrige Blockade (vergl. amerikanische Note an England vom 5.11.15) seit einem Jahr den neutralen Handel den deutschen Häfen fern hält und Deutschlands Ausfuhr unmöglich macht.

b) daß völkerrechtswidrige Verschärfungen der Konterbandebestimmungen (siehe amerikanische Note an England vom 5.11.15) seit 1½ Jahren den für

[1246] Text der amerikanischen Note an England vom 5. November 1915 (Übersetzung) in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1280–1292.

[1247] Sie wurde am 10. Februar 1916 in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" veröffentlicht: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 40–42. – Die im folgenden genannten Anlagen dazu: ebenda S. 42–54. Sie waren auf einem von einem deutschen Uboot havarierten englischen Dampfer gefunden worden.

[1248] Sie liegt nicht bei.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Deutschland in Frage kommenden Seeverkehr der neutralen Nachbarländer verhindern.

c) daß völkerrechtswidrige Eingriffe in die Post (siehe amerikanisches Memorandum an England vom 10.1.16[1249]) jede Verbindung Deutschlands mit dem Ausland zu verhindern streben.

d) daß systematisch gesteigerte Vergewaltigung der Neutralen nach dem Grundsatz „Macht über Recht" den Verkehr mit Deutschland über die Landesgrenzen unterbindet, um die Hungerblockade der friedlichen Bevölkerung der Zentralmächte zu vervollständigen.

e) daß Deutsche, die von unseren Feinden auf See angetroffen werden, ohne Rücksicht darauf, ob Kämpfer oder Nichtkämpfer, der Freiheit beraubt werden.

f) daß unsere Gegner ihre Handelsschiffe für den Angriff bewaffnen und dadurch die Verwendung des U-Bootes nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration umöglich gemacht haben (siehe deutsche Denkschrift vom 8.2.16[1250]).

Das englische Weißbuch vom 5. Januar 1916[1251] über die Unterbindung des deutschen Handels rühmt, daß durch diese Maßnahmen Deutschlands Ausfuhrhandel fast völlig unterbunden, seine Einfuhr vom Belieben Englands abhängig gemacht ist. Amerika hat zwar in seiner Note vom 5. November 1915[1252] gegen Einzelheiten der englischen Willkür Einspruch erhoben, doch ist dieser Einspruch bisher nicht berücksichtigt worden.

Die Kaiserliche Regierung hat nunmehr ihren Seestreitkräften Befehl erteilt, bewaffnete Handelsschiffe als Kriegsschiffe zu behandeln. Nachdem sie in der Denkschrift vom 8.2.16 den Beweis erbracht hat, daß die angeblich zu Verteidigungszwecken bewaffneten Handelsdampfer ihre Bewaffnung weisungsgemäß zum Angriff benutzen, ist sie außerstande, den von den Gegnern praktisch aufgehobenen Begriff des zu Verteidigungszwecken bewaffneten Handelsschiffes anzuerkennen. Sie legt Wert darauf, in dem Augenblick, da dieser Befehl wirksam wird, ihren Standpunkt noch einmal mit aller der Offenheit zu präzisieren, die dem Ernst der Frage wie den freundschaftlichen Beziehungen der beiden großen Völker entspricht, und alles zu tun, was irgend in ihren Kräften steht, um jede Gefahr von Verwicklungen und Vorkommnissen, die die Beziehungen zwischen den beiden Völkern noch etwa trüben und stören könnte, zu beseitigen.

Sie erklärt daher das Nachstehende:

Deutschland und die neutralen Staaten haben ein unzweifelhaftes Recht auf einen legalen Seehandelsverkehr untereinander. Jede Ausübung dieses unzweifelhaften Rechtes haben die Alliierten in einer dem Völkerrecht hohnspre-

[1249] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 522 (mit Textnachweis).

[1250] Oben Anm. 1247.

[1251] Dazu vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 82 (mit Fundortnachweis).

[1252] Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1280–1292.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chenden Weise praktisch unterbunden. Die Bemühungen der Neutralen, es wiederherzustellen, haben in 18 Monaten Kriegszeit keinen Erfolg gehabt. Deutschland hat das Recht und gegenüber der eigenen Bevölkerung, die seine Feinde wider alles Völkerrecht dem Hungertode überantworten wollen, die Pflicht, diese widerrechtliche Absperrung mit allen Mitteln zu bekämpfen und auf jede Weise unmöglich zu machen. Es sucht indes ehrlich nach einem Weg – unter grundsätzlichem Vorbehalt dieses seines Rechtes –, seinerseits den Krieg ohne Verletzung der Rechte der Neutralen zu führen. Es erklärt sich deshalb bereit, die Zusicherungen, die es für die Behandlung von Passagierschiffen gegeben hat, auf alle dem friedlichen Handelsverkehr dienenden Schiffe auszudehnen, sobald die Regierung der Vereinigten Staaten ihm mitteilen wird, daß diese Schiffe nicht mehr bewaffnet sind. Es wird in diesem Augenblick die seinen Seestreitkräften gegebenen Befehle ändern und auch den U-Bootkrieg nach den Grundsätzen der Londoner Deklaration führen. Damit würde jede Möglichkeit, daß die Rechte der Neutralen auch von deutscher Seite, wenn auch unfreiwillig, verletzt werden, wegfallen.

In der Note vom 23. Juli 1915[1253] an die deutsche Regierung schrieb der Leiter der amerikanischen Politik:

„Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit (der Meere) zu kämpfen, von welcher Seite auch immer sie verletzt werden möge, ohne Kompromiß und um jeden Preis. Sie lädt die Kaiserliche deutsche Regierung zu praktischer Mitarbeit ein, im jetzigen Augenblick, wo diese [eine solche] Mitarbeit am meisten durchsetzen kann und dieses große gemeinsame Ziel am schlagendsten und wirksamsten erreicht werden kann."

Die Kaiserliche Regierung hat unter Hintansetzung ihrer vitalen Interessen die Tätigkeit ihrer wichtigsten Seewaffe gegen England auf Wunsch der Vereinigten Staaten eingeschränkt. In den Fällen, wo gegen ihre Absicht das Leben von Amerikanern zugrunde gegangen ist, hat sie Ersatz und Entschuldigung angeboten. Andererseits hat auch die amerikanische Regierung durch ihre Noten an England, insbesondere durch die Note vom 5. November 1915, kundgetan, wie aufrichtig sie bestrebt ist, der Welt die Freiheit der Meere zu schenken.

Seitdem die welthistorischen Worte des Präsidenten der Vereinigten Staaten gesprochen worden, sind sieben Monate von folgenschwerer Bedeutung im Kriege des Reiches gegen England verstrichen.

Das Vertrauen auf einen Erfolg der Bemühung der Vereinigten Staaten, der Deutschland von der Pflicht der Selbsthilfe entbinden würde, und in dem ehrlichen Bestreben, die Rückkehr zu allen Grundsätzen des Völkerrechts ihrerseits nach Kräften zu erleichtern, hat sich die Kaiserliche Regierung entschlossen, der Regierung der Vereinigten Staaten die vorstehende Mitteilung zu unterbreiten, mit der sie bis an die äußerste Grenze des Entgegenkommens gegangen ist, die ihr durch die heiligen Interessen des um sein Dasein kämpfenden, mit Vernichtung durch Waffen und Hunger bedrohten Volkes gezogen sind.

[1253] Abschließende amerkanische Note über die Lusitania-Angelegenheit: ebenda S. 1326–1328.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zusatz: Der Wortlaut der in Absatz 2 erwähnten Anlage ist das mittlere Stück des dort vorhandenen Notenentwurfs des Admiralstabs, beginnend mit den Worten „Bei Beginn des Krieges hat die deutsche Regierung“ und endend mit den Worten „diesem englischen Vorgehen haben sich die Verbündeten angeschlossen“.

498. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21461, f. 50. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 4. März 1916, 12 Uhr 40 Min. Vm.
Ankunft: 4. März 1916, 2 Uhr 10 Min. Vm.

Vom 3. März. Für Exzellenz v. Jagow.

Ew. Exzellenz erhalten gleichzeitig durch Hughes neuen Notenentwurf[1254] des Admiralstabschefs, der ohne Anerbieten lediglich Darstellung Vergangenheit enthält. Exzellenz v. Holtzendorff und v. Falkenhayn legen großes Gewicht darauf, daß der Versuch, durch ruhige öffentliche Darstellung Standpunktes noch möglichst auf Kongreß einzuwirken, mit größter Beschleunigung gemacht wird. Ich bitte, Entwurf im einzelnen nachzuprüfen und, falls Ew. Exzellenz nicht erhebliche Bedenken haben, Entwurf als Note sofort hinüberzukabeln. Dabei leiten mich die von Dr. Riezler telephonisch dargelegten Motive. Falls Ew. Exzellenz gewichtige Bedenken gegen Note haben, stelle ich anheim, Entwurf als Interview Associated Press mit Reichskanzler eventuell nach Vornahme der dadurch notwendig werdenden Änderungen loszukabeln.

499. Bethmann Hollweg an Wild von Hohenborn

PA Berlin, R 21526. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Charleville, 4. März 1916

Ew.E. gefälliges Schreiben vom 1. d.M. ist mir bei meiner Ankunft hierselbst übergeben worden. Mit E.E. bin ich der Überzeugung, daß der Ubootskrieg selbst in eingeschränkter Form im Vergleich mit den Wirkungen des vorjährigen Ubootkrieges wesentlich gesteigerte militärische Leistungen in sichere Aussicht stellt. Dagegen scheint mir die Denkschrift des Admiralstabes der Marine[1255] trotz ihres reichhaltigen statistischen Materials den Beweis für die England zum Frieden zwingende Wirkung eines uneingeschränkten Ubootskrieges schuldig zu bleiben. Sie macht zwar die von Niemand bezweifelten

[1254] Text der endgültigen deutschen Note an die amerikanische Regierung betr. den Ubootkrieg vom 8. März 1916 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 564–566.

[1255] Vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 93.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schädigungen Englands glaubhaft, giebt aber keinerlei beweiskräftige Unterlagen dafür, daß diese Schädigungen England bis zum Herbst zur Kapitulation zwingen werden. Vor allem läßt sie den Kardinalpunkt völlig außer Betracht, inwieweit die Wirkungen des Ubootskrieges durch den Bruch mit Amerika paralysirt werden. Daß die Ankündigung des uneingeschränkten Ubootskrieges jedenfalls den Bruch mit Amerika unmittelbar zur Folge haben wird, ist auch die Ansicht des Herrn Chefs des Admiralbstabes.

Die von E.E. entwickelten mit den Ansichten der Obersten Heeresleitung im Wesentlichen übereinstimmenden Anschauungen[1256] [sind] bei meinem Immediatvortrag voll gewürdigt worden.

500. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20197, f. 57. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 132. Großes Hauptquartier, 5. März 1916, 12 Uhr 20 Min. Nm.
Ankunft: 5. März 1916, 12 Uhr 30 Min. Nm.

Dringend. Auf Nr. 13.

Seine Majestät sind einverstanden; ich bitte die erforderlichen Schritte beim Bundesrat mit tunlichster Beschleunigung herbeizuführen und mir einen Entwurf für die Kriegserklärung[1257] wenn möglich so zuzusenden, daß ich spätestens morgen Abend die definitive Entscheidung fällen kann. Zu erwägen wäre ja, ob eine formelle Kriegserklärung oder eine Erklärung bestehenden Kriegszustandes zu wählen ist; eventuell auch, ob und in welcher Art man dem Gedanken Ausdruck gibt, daß wir Portugal längst als Englands Vasallen angesehen hätten, der die von London erteilten Befehle auszuführen hätte.

501. Treutler an AA

PA Berlin, R 21526. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 5. März 1916, 2 Uhr 50 Min. Vm.
Ankunft: 5. März 1916, 3 Uhr 55 Min. Vm.

Privat für Staatssekretär.

Heute Abend gemeinsamer Vortrag Kanzlers, Herrn v. Falkenhayn und Holtzendorff im Beisein von Müller und Lyncker. Diese beiden waren ganz

[1256] Vgl. Wild von Hohenborn, Briefe S. 139.

[1257] An Portugal. Sie erfolgte am 9. März 1916. Sie wurde ausgesprochen, weil die portugiesische Regierung einer Aufforderung der Alliierten nachkam, deutsche Schiffe in portugiesischen Häfen (am 24. Februar 1916) zu beschlagnahmen. – Der Bundesrat mußte laut Verfassung des Deutschen Reiches einer Kriegserklärung zustimmen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

unter dem Eindruck des wuchtigen Auftretens des Kanzlers. Seine Majestät rief mich nach Tisch und erzählte mir, daß er dahin entschieden habe, vorläufig den rücksichtslosen Ubootskrieg bis zum 1. April auszusetzen. Ich hatte den Eindruck, daß dieses nur Konzession an Falkenhayn. Außerdem hat er Müller befohlen, wegen Umlegung des Marine-Nachrichtenbureaus Kabinettsordre vorzubereiten. Auf sein Erstaunen, wie die Presse so schreiben könnte, sagte ich ihm, dies wäre Tirpitz's Werk. Nur wenn der ausgeschaltet wäre und bleibt [!], könnten die verfahrenen Presseverhältnisse in Ordnung kommen. Kanzler sehr befriedigt.

502. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21526. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 133. Großes Hauptquartier, 5. März 1916, 5 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 5. März 1916, 6 Uhr 30 Min. Nm.

Für Staatssekretär von Jagow.

Geheim.

Ein gestriger gemeinsamer Vortrag hat formal nur dilatorisches Ergebnis gehabt[1258]. Vor der Hand kein rücksichtsloser U-Bootkrieg. In Amerika, aber auch bei europäischen Neutralen solle öffentliche Meinung über englische Gewaltpolitik aufgeklärt werden, damit diese Länder neutral blieben, wenn demnächst, d. h. Anfang April, doch U-Bootkrieg angekündigt würde. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß das Ergebnis unerreichbar sei und im übrigen Standpunkt meiner Denkschrift in anscheinand sehr eindrucksvoller Weise vertreten, so daß Falkenhayn und Holtzendorff ziemlich verstummten. Materiell steht Seine Majestät, wie er mir heute erneut versicherte, ganz auf meinem Standpunkt und wird auch im April entsprechend entscheiden. Bis zum April soll U-Bootkrieg in den am Schlusse der Denkschrift vorgeschlagenen Formen energisch fortgeführt werden. Holtzendorff versicherte mir, alles getan zu haben, um Zwischenfälle zu vermeiden.

Dilatorische Form des Bescheides ist aus Rücksicht auf Falkenhayn erfolgt.

[1258] Dazu vgl. unten Nr. 505. Ferner Riezler, Tagebücher S. 337–339; Tirpitz, Politische Dokumente II S. 502–506; Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 356–357; Müller, Regierte der Kaiser …? S. 159–163. Ausführliche Darstellungen: Janßen, Der Kanzler und der General S. 190–197; König, Agitation S. 320–329.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

503. Bethmann Hollweg an Reichskanzlei

PA Berlin, R 21526. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 5. März 1916, 6 Uhr -- Min. Nm.

Reichskanzlei Berlin.
Für Großadmiral von Tirpitz.

Nach einer mir erstatteten Meldung hat der Vertreter des Reichsmarineamts im Bundesrat auf Anfragen mitgeteilt, es seien jetzt im Ganzen 54 UBoote frontbereit[1259]. Die Zahl aller frontbereiten und im Bau befindlichen UBoote betrage 203. Dabei ist über den Zeitpunkt der Fertigstellung nichts gesagt und nur hinzugefügt worden, daß die Monate März, April, Mai und Juni einen verhältnismäßig großen Zuwachs bringen würden, auch sei das Personal für die 203 Boote bereits vorhanden.

Durch diese Mitteilung konnte der Eindruck hervorgerufen werden, als ständen für den UBootkrieg, der bis zum Herbst eine niederzwingende Wirkung auf England ausüben soll, 203 Boote zur Verfügung. Tatsächlich ist die Mitteilung von einer Anzahl von Bundesratsmitgliedern auch so verstanden worden. Um sich ein richtiges Bild zu machen, würde es notwendig sein, diese Angaben durch eine Mitteilung darüber zu ergänzen, wieviel UBoote und von welcher Sorte am 1. April, am 1. Juli und am 1. Oktober d. J. frontbereit, d. h. technisch fertig und personell voll leistungsfähig sein würden. Ferner müßte darauf hingewiesen werden, daß nur ein Teil und welcher Teil dieser Boote wegen der erforderlichen Ablösung tatsächlich vor den Feind gehen kann und daß die gesamten Unterseestreitkräfte nicht nur um England herum, sondern auch in der Ostsee, dem Mittelmeer und Schwarzen Meer verwendet werden müssen. Ich sehe ein, daß diese Zahlen im Interesse militärischer Geheimhaltung nicht mitgeteilt werden können, ersuche aber darum, daß die gegebenen summarischen Zahlen im Sinne des Vorstehenden im Bundesrat allgemein und so erläutert werden, daß die Vorstellung beseitigt wird, als könne mit der unmittelbaren Wirkung von 203 UBooten gerechnet werden.

Euere Exzellenz ersuche ich ergebenst, unverzüglich entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und mich von dem Verlauf der Angelegenheit gefälligst in Kenntnis zu setzen.

[1259] Aus Geheimhaltungsgründen wurden die Ausführungen des Kapitäns z.S. Löhlein über die deutschen Uboote in der Sitzung des Bundesrats vom 3. März 1916 nicht protokolliert. Dazu vgl. den Bericht Lerchenfelds an Hertling vom 23. August 1916 in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 701–702. Ferner Tirpitz, Politische Dokumente II S. 635. – Das Protokoll der Ausführungen Löhleins im Bundesrat am 5. März 1916 in: BA Berlin, R 43/2406i, f. 56–67.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

504. Bethmann Hollweg an Tirpitz

PA Berlin, R 21526. Telegramm. Reinkonzept. In Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 5. März 1916, 6 Uhr 25 Min. Nm.

Reichskanzlei Berlin.
Für Großadmiral von Tirpitz.

Euere Exzellenz ersuche ich, mir baldigst zu rein persönlicher Information unter Bezug auf das in meinem heutigen Telegramm[1260] erwähnte Vorkommnis in der Bundesratssitzung mitzuteilen, welche Berechnung den dort angegebenen Zahlen zu Grunde liegt. Es kommt mir darauf an zu wissen, wieviel Uboote und welcher Gattung jetzt frontbereit sind und pro Monat zuwachsen, wieviel insgesamt, welcher Gattung und mit welchen Ablieferungsterminen zur Zeit in Auftrag gegeben sind.

505. Bethmann Hollweg an Jagow

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. Privatdienstbrief. Maschinenschriftliche Abschrift. (Die behändigte Ausfertigung ist in: PA Berlin, R 21526.) Mit Ausnahme der beiden letzten Sätze gedruckt in: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 499–502; vollständig in: Stenographische Berichte des Untersuchungsausschusses II Beilagen S. 158–160. – Wegen der Bedeutung des Briefes wird er, obwohl schon gedruckt vorhanden, hier ausnahmsweise vollständig wiedergegeben und nicht unten im zweiten Teil regestiert.

Charleville, 5. März 1916

Lieber Herr von Jagow!

Am 2. abends gab ich S.M., ohne auf das Thema selbst einzugehen, meine Denkschrift, nachdem ich zuvor in längerem Gespräch festgestellt hatte, daß Falkenhayn intransigent auf seinem Standpunkt beharrte. Am 3. nach der Frühstückstafel sagte mir S.M., er stehe ganz auf dem Boden der Denkschrift. Wir hätten viel zu wenig Uboote, um England niederzuzwingen, und er werde doch nicht die „Dummheit“ machen, den Krieg mit Amerika zu provozieren. Ich solle ganz unbesorgt sein, er werde die Sache mit Falkenhayn und Holtzendorff schon arrangieren. In seinen Randbemerkungen, die ich jedoch noch nicht gesehen habe, soll S.M. die maßgebenden Behauptungen der Denkschrift durchweg noch verschärft haben. Sehr ungehalten äußerte sich S.M. über die Reventlowschen Artikel und fragte, wie es möglich sei, daß solche in seine Rechte als Oberster Kriegsherr eingreifende Artikel überhaupt erscheinen könnten. Ich schenkte S.M. über das Pressebureau des Reichs-Marineamts reinen Wein ein und verlangte den Übergang dieses Bureaus an den Admiralstab,

[1260] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

letzteres in vorher festgestelltem Einvernehmen mit Holtzendorff. S.M. hat daraufhin entsprechenden Befehl an Holtzendorff erteilt[1261].

In einer von mir am 3. nachmittags abgehaltenen Konferenz mit Falkenhayn und Holtzendorff wurde die Sache zwischen uns nicht gefördert. Jeder blieb auf seinem Standpunkt. Holtzendorff erkannte indessen ausdrücklich an, daß die Ankündigung seines U-Bootskriegs den Bruch mit Amerika unmittelbar zur Folge haben werde und daß dieser Bruch vermieden werden müsse.

Gestern am 4. hat S.M. die Frage mit Falkenhayn gelegentlich dessen regelmäßigen Vortrags besprochen. Lyncker, der dabei zugegen war, erzählte an Treutler, er habe das Ergebnis nicht erkennen können.

Daraufhin ordnete S.M. zu gestern Nachmittag gemeinschaftlichen Vortrag an, dem Lyncker, Müller und Plessen assistierten. Ersichtlich unter dem Eindrucke des Gesprächs mit Falkenhayn eröffnete S.M. die Konferenz mit folgendem Resümé:

Falkenhayn sei in Übereinstimmung mit mir der Ansicht, der Krieg müsse wegen der zur Neige gehenden Widerstandskraft unserer selbst, namentlich aber unserer Bundesgenossen, bis zum Winter 16/17 beendet werden. Dazu genügten nicht die zu erhoffenden Erfolge auf den Landkriegsschauplätzen. England müsse getroffen werden. Als Oberster Kriegsherr könne er sich nicht vom Präsidenten Wilson vorschreiben lassen, wie er seine Unterseebootsstreitkräfte anwenden wolle. Er werde einen rücksichtslosen U-Bootskrieg führen müssen, um den Kampf um Deutschlands Existenz siegreich zu Ende zu führen. Als Termin für den Beginn dieses Krieges nähme er den Anfang April in Aussicht. Bis dahin müsse die Diplomatie das Terrain klären, d. h. das amerikanische Volk über unser Recht und die Notwendigkeit des U-Bootskrieges aufklären. Eine entsprechende Parallelaktion müsse in den neutralen europäischen Staaten sofort eingeleitet werden. Nachdem Falkenhayn und ich, jener mündlich, ich durch eine Denkschrift, ihm unsere Ansicht vorgetragen hätten, forderte er den Admiral Holtzendorff auf, darzulegen, mit welchen Ubootsstreitkräften der Krieg gegen England geführt werden könne.

Holtzendorff tat das, nannte auch die Zahlen der verfügbaren U-Boote, wobei jedoch die Ziffern der jetzt frontbereiten und der zuwachsenden U-Boote mehrfach durcheinander geworfen wurden. Auch durch Zwischenfragen, die S.M. stellte, wurde kein klares Bild geschaffen. Ich hatte nicht den Eindruck, daß S.M. über den Stand unserer Ubootsstreitkräfte nach dem Vortrag besser orientiert gewesen wäre als vorher, jedenfalls nicht in Details, sondern nur ganz summarisch. Holtzendorff erklärte mit großer Bestimmtheit, daß England bei rücksichtslosem U-Bootskrieg binnen 6–8 Monaten zum Frieden gezwungen sein würde. Er habe die Frist weit gegriffen. Nach seiner persönlichen Überzeugung werde das Ende Englands schon früher eintreten. Begründet wurde diese Ansicht nur mit den bekannten allgemeinen Redewendungen.

Darauf berichtigte ich die Vorstellung, als sei ich davon überzeugt, daß Österreichs und auch unsere Widerstandskraft unter allen Umständen im Win-

[1261] Dazu vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 103–104 (mit der dort genannten älteren Literatur).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ter 16/17 erkschöpft sein werde. Jedenfalls wir würden, wenn es um Haus und Hof gehe, länger durchhalten, welcher Ansicht Falkenhayn durch Kopfnicken zustimmte. Im übrigen beschränkte ich mich darauf, meine allgemeinen Anschauungen unter Verweisung auf die Denkschrift ganz kurz vorzutragen, um im Interesse S.M. zunächst eine Zuspitzung der Situation zu vermeiden.

Dann sprach Falkenhayn, kurz und loyal. Mein Standpunkt stehe und falle mit der Prämisse, daß England einlenken werde, bevor es völlig außer Stand gesetzt sei, den Krieg fortzusetzen. Er kenne England und die Engländer genau genug, um zu wissen, daß das nie der Fall sein werde. Der U-Bootskrieg sei das einzige Mittel, um England zu „schädigen" – er vermied im weiteren Verlauf seiner Deduktionen ersichtlich mit vollem Vorbehalt den Begriff des auf die Kniezwingens –, daß es friedensbereit würde. Wir kämen deshalb nie um den U-Bootskrieg herum, wenn wir nicht untergehen wollten. Jede Verzögerung seines Beginns bedeute einen unwiederbringlichen Schaden. Amerika sei schon jetzt unser Feind.

Darauf habe ich in längeren Ausführungen meine Anschauungen vorgetragen, mich zwar bereit erklärt, in Amerika und den neutralen Staaten das Terrain zu klären, aber scharf betont, daß wir, soweit man voraussehen könne, in 4 Wochen genau auf demselben Standpunkt stehen würden wie heute, d. h. vor der Frage, ob wir gegen den U-Bootskrieg den Bruch mit Amerika in Kauf nehmen wollten. Auch in diesem Zusammenhange habe ich wiederholt erklärt, dafür nicht die Verantwortung übernehmen zu können.

Gegen meine Ausführungen wurde nicht mehr opponiert, und S.M. unterließ es, ein Schlußergebnis zu ziehen.

Holtzendorff hat den Eindruck, der U-Bootskrieg sei für Anfang April beschlossene Sache. Formell konnte er das vielleicht. Materiell nicht, denn trotz der nicht klaren Stellung S.M. war tatsächlich das Ergebnis der Besprechung, daß S.M. durch den U-Bootskrieg den Bruch mit Amerika nicht provozieren will, auch nicht Anfang April. In diesem Sinne hat S.M. abends Valentini und Treutler die Situation dargestellt und mir das Gleiche am 5. versichert. S.M. kam an diesem Tage nach der Kirche zu mir in den Garten, um mir in den wärmsten und rücksichtslosesten Worten seinen Dank und seine Zustimmung auszusprechen. Ohne jede reservatio erklärte er, unsere U-Bootsstreitkräfte seien ungenügend, um England niederzuzwingen. England könne überhaupt nicht niedergezwungen werden. Forderten wir England unter Bruch mit Amerika zum Seekampf heraus, so werde jeder Engländer das letzte Hemde hergeben, bevor er kapituliere. Er hoffe immer noch auf den rechnenden Geschäftssinn der Engländer, der ihnen klar machen werde, daß sie bei Fortsetzung des Kriegses nichts gewönnen.

Admiral von Müller hat Herrn von Holtzendorff über das Irrige seiner Eindrücke auf meine Bitte aufgeklärt.

Daß wir in Amerika zur Zeit mehr tun könnten, als wir durch die letzte Note[1262] getan haben, bezweifele ich. Holtzendorff regt an, daß sie bei uns ver-

[1262] Vom 10. Februar 1916 (vgl. oben Nr. 497).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

öffentlicht werde, sobald sie in Amerika veröffentlicht ist. Wir werden das wohl kaum vermeiden können, obgleich es den Drang nach rücksichtslosem Ubootskrieg neu beleben wird. Wir besprechen das wohl noch.

Falkenhayn hat generell Präventivzensur für Ubootsartikel angeordnet. Der U-Bootskrieg sei in der Presse ebenso zu behandeln wie Operationen des Landheeres.

Tirpitz hat ein scharfes Kabinettschreiben bekommen, in dem die Beaufsichtigung der Presse auf dem Gebiete der Seekriegsführung dem Admiralstab übertragen wird. Die Marineherren erwarten als Antwort Tirpitzens Abschiedsgesuch, das angenommen werden würde. Letzteres trifft zu, ersteres bezweifele ich. Löhleins Mitteilungen im Bundesrat werden das Sprungbrett liefern müssen.

Wegen Salza[1263] mache ich wohl am besten einige Bemerkungen an Vitzthum.

Entschuldigen Sie die Flüchtigkeit dieses Briefes und seine schlechte Schrift. Meine Nerven sind etwas unruhig.

Mit besten Grüßen
aufrichtigst
Ihr

506. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21527. Telegramm in Ziffern. Reinschrift von Schreiberhand.

Nr. 45. [Berlin, 13. März 1916]
Abgegangen: 13. März 1916, 2 Uhr 15 Nm.

Unterredung mit Admiral Capelle[1264] sehr befriedigend verlaufen. Empfehle dringend kein Interimisticum zu schaffen, sondern ihn so schnell als möglich zum Staatssekretär, aber nicht zum Staatsminister[1265] zu ernennen.

Kapitän Widenmanns[1266] Ablösung wird Capelle selbst beantragen. Für Löhlein will er persönlich volle Verantwortung übernehmen und hat zugesagt, seine sofortige Ablösung bei erstem Fehltritt selbst herbeizuführen.

[1263] Ernst Frhr. von Salza und Lichtenau. – Um welche Angelegenheit es sich hier handelt, wurde nicht ermittelt.

[1264] Eduard von Capelle (1855–1931), Admiral; Staatssekretär des Reichsmarineamtes März 1916–1918.

[1265] Ins Preußische Staatsministerium wurden viele Staatssekretäre der Reichsämter – aber nicht alle – gleichzeitig zu ihrem Reichsamt aufgenommen.

[1266] Wilhelm Widenmann (1871–1955), Kapitän zur See; Marineattaché in London 1907–1912; Vorstand des Nachrichtenbüros im Reichsmarineamt 1915–April 1916; Abteilungschef im Allgemeinen Marinedepartement des Reichsmarineamts April 1916–Januar 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

507. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22351. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 46. Berlin, 15. März 1916, 1 Uhr 10 Min. Vm.
Ankunft: 15. März 1916, 6 Uhr -- Min. Vm.

Es wird hier mehr und mehr auch durch Herrn von Tirpitz selbst bekannt, daß er seinen Abschied eingereicht[1267]. Halte baldige Publikation folgender Notiz durch Wolffs Telegraphen-Bureau für wünschenswert: „Wie wir hören, hat Großadmiral von Tirpitz seinen Abschied eingereicht. Zu seinem Nachfolger ist der Admiral von Capelle in Aussicht genommen."

Bitte Allerhöchste Zustimmung zur Veröffentlichung einholen.

508. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. In Maschinenschrift mit gelegentlichen zumeist stilistischen Änderungen (von unbekannter Hand), die hier unberücksichtigt bleiben. Ohne irgendwelche Vermerke und ohne Unterschrift. Der Duktus der Aufzeichnung weist auf Bethmann Hollweg oder auf einen seiner Mitarbeiter als Autor hin. Sie ist mit Hilfe der einschlägigen Unterlagen verfaßt.

[o. O., Mitte März 1916]

Aufzeichnung

Anfang Januar 1916 führte der Chef des Generalstabes des Feldheeres bei einer Unterredung dem Herrn Reichskanzler gegenüber etwa Folgendes aus:

Unsere Bundesgenossen, namentlich Österreich-Ungarn, seien nicht in der Lage, den Krieg länger wie bis Winter 1916/17 auszuhalten. Auch unsere eigene Lage werde durch den Mangel an Rohstoffen, Nahrungsmitteln und Menschenmaterial mit der Zeit immer schlechter. Es sei daher notwendig, alles daranzusetzen, um den Krieg möglichst schnell zu beendigen. Nun reichten aber die bis jetzt angewandten Mittel nicht aus, um den Krieg in absehbarer Zeit zu einem siegreichen Ende zu bringen. Selbst wenn es gelänge, Frankreich und Rußland noch weitere schwere Schläge beizubringen, so sei damit – nach den bisher gemachten Erfahrungen – die Gewähr für ihre Bereitwilligkeit, einen für uns annehmbaren Frieden zu schließen, so lange noch nicht gegeben, als England, der spiritus rector der Entente, nicht auf die Knie gezwungen sei. England auf den Landkriegsschauplätzen so entscheidend zu schlagen, daß es um Frieden bitten müsse, sei nicht möglich. Dagegen habe Großadmiral von Tirpitz erklärt, ein ohne jede Rücksichtnahme geführter Ubootkrieg – bei dem es den Ubooten gestattet sei, ein jedes Schiff, gleichviel

[1267] Am 12. März 1916. Der Kaiser nahm das Gesuch am 15. März an. Vgl. Tirpitz, Politische Dokumente II S. 509–510.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

welcher Nationalität oder Bauart, das sich den englischen Küsten nähere, ohne vorherige Warnung zu torpedieren – würde die Tonnage in England in kurzer Zeit so verringern, daß es gezwungen sein würde, uns um Frieden zu bitten. Die Richtigkeit dieser Behauptung nachzuprüfen sei er als Chef des Generalstabs weder verpflichtet noch berechtigt. Der Übertritt Amerikas, Hollands und Dänemarks auf die Seite unserer Feinde, den der rücksichtslose Ubootskrieg möglicherweise zur Folge haben würde, sei ihm vom militärischen Standpunkt aus gleichgültig, falle jedenfalls gegenüber der Sicherheit, England völlig niederzuzwingen, nicht ins Gewicht. Er werde daher bei S.M. die baldige Wiederaufnahme des rücksichtslosen Ubootskriegs beantragen.

Diesen Ausführungen gegenüber machte der Herr Reichskanzler folgende Einwendungen:

Ein rücksichtslos geführter Ubootskrieg werde den Bruch mit Amerika nach sich ziehen. Dies bedeute die Finanzierung der Entente durch Amerika, das Aufhören der Versorgung Belgiens und Nordfrankreichs mit amerikanischem Getreide, eine Erhöhung der amerikanischen Waffenlieferungen an unsere Feinde und eine, wenn auch vielleicht beschränkte, Entsendung amerikanischer Freiwilliger nach Europa. Ferner werde die Sache unserer Gegner durch den Übertritt der einzigen noch neutralen Großmacht in ihr Lager eine gewaltige moralische Unterstützung erfahren; die jetzt vorhandenen Unstimmigkeiten innerhalb des Vierverbandes würden aufhören.

Holland, Dänemark und Schweden würden die Torpedierung ihrer Schiffe keinesfalls ruhig hinnehmen. Der zur Zeit dort vorhandene Unwille gegen England würde sich gegen uns kehren. Die Einfuhr aus diesen Ländern und über diese Länder würde nahezu aufhören und unsere wirtschaftliche Lage damit erheblich erschwert werden. Unter dem englisch-amerikanischen Druck würden Holland und Dänemark sich voraussichtlich gegen uns wenden. Welche Haltung Rumänien dann einnehmen würde, sei zum mindesten zweifelhaft, und ob unsere Bundesgenossen eine so schwere Mehrbelastung aushalten könnten, sei sehr fraglich.

Alle diese Übelstände könnten nur dann in Kauf genommen werden, wenn die Gewißheit bestände, daß die Marine mit den ihr zu Gebote stehenden Ubooten tatsächlich in der Lage sei, England binnen kurzer Zeit zum Nachgeben zu zwingen.

Die darauf folgenden Besprechungen mit den leitenden Marinestellen ergaben, daß diese glaubten, durch einen rücksichtslos geführten Ubootskrieg zwischen 300.000 und 630.000 tons an englischem Schiffsraum im Monat vernichten zu können und daß diese Vernichtung des Schiffsraumes genügen würde, um England in kurzer Zeit – die Angaben schwankten zwischen 2 u. 8 Monaten – auf die Knie zu zwingen. Der St.S. d. Reichs-Marine-Amtes glaubte, dies mit den damals vorhandenen Ubooten erreichen zu können, während der Chef des Admiralstabes erklärte, man könne das Unternehmen erst im März beginnen, zu welchem Zeitpunkte neue U-Boote fertiggestellt sein würden.

Obwohl diese Besprechungen streng vertraulich geführt worden waren, wurde bereits in der ersten Hälfte Januar von der Marine in der breiten Öffent-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichkeit davon gesprochen, sodaß der Chef des Generalstabes sich gezwungen sah, S.M. Vortrag zu halten.

Bei weiteren Verhandlungen erklärte der Chef d. Admiralstabes, er könne im Laufe von 6 Monaten etwa 4 Millionen englischen Schiffsraumes vernichten. Bei der herrschenden Knappheit an Tonnage würde diese Schädigung der englischen Handelsflotte genügen, um dem britischen Reich eine Fortsetzung des Krieges unmöglich zu machen.

Dem gegenüber wendete der Herr Reichskanzler ein, daß bei Abschätzung der zu erwartenden englischen Verluste weder der Zuwachs an den im Jahre 1915 neu erbauten englischen Schiffen noch der durch den Bruch mit Amerika ermöglichte Rückgriff auf die in neutralen Häfen liegende deutsche Handelstonnage, noch die Wirkung neuer – zur Zeit noch unbekannter – englischer Abwehrmittel gegen Uboote in Rechnung gestellt sei. Es würden daher, selbst wenn wir innerhalb von 6 Monaten 4 Millionen Tonnen versenken könnten, der für England verfügbare Schiffsraum nicht um diesen, sondern um einen wesentlich geringeren Betrag vermindert werden. Aber selbst wenn die England zur Verfügung stehende Tonnage in 6 Monaten um 4 Millionen Tonnen vermindert würde, so sei damit noch nicht gesagt, daß England hierdurch gezwungen werde zu kapitulieren. Bei der beschränkten Zahl unserer Uboote und ihrer Aktionsunfähigkeit bei Nacht sei eine gänzliche Absperrung Englands von der Außenwelt unmöglich. Eine starke Verminderung des Frachtraumes würde England zwar in wirtschaftliche Schwierigkeiten versetzen, ehe sich jedoch das meerbeherrschende Albion auf Grund des Ubootskrieges als von Deutschland zur See besiegt erklärte, würde es alles daransetzen, um seiner inneren Nöte Herr zu werden. Daß die Verminderung des verfügbaren Frachtraumes von 13–14 Millionen Tonnen auf 9–10 Mill.Tonnen diese inneren Nöte Englands so schwer gestalten sollte, daß es auf Grund derselben einlenken müsse, sei unwahrscheinlich. Nach Ablauf von 6 Monaten würde daher England zwar wirtschaftlich schwer geschädigt sein, ein absoluter Zwang für das britische Reich, um Frieden zu bitten, sei aber zu diesen Zeitpunkt nicht zu erwarten. Andrerseits würde es der Bruch mit Amerika und die sich daraus ergebende Unterbindung unserer Einfuhr aus dem Auslande uns unmöglich machen, viel länger wie 6 Monate auszuhalten. Somit würde uns der Bruch mit Amerika aller Voraussicht nach zu einem Zeitpunkt zum Einlenken zwingen, wo der rücksichtslos geführte Ubootskrieg auf England noch nicht den gleichen Zwang ausgeübt hätte. Er könne daher dem Ubootskriege nur zustimmen, wenn er nicht den Bruch mit Amerika zur Folge hätte.

Am 3. Februar führte der Herr Reichskanzler bei einem Vortrage vor Seiner Majestät etwa Folgendes aus:

Die noch nicht geklärte Lusitania-Krisis lasse ein Urteil über die voraussichtliche Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber einem rücksichtslos geführten Ubootskrieg noch nicht zu. Eine Entscheidung über den Ubootskrieg könne daher noch nicht getroffen werden. Diese sei im Übrigen nicht nötig, da der Ubootskrieg keinesfalls vor Anfang März beginnen könne. Er bitte daher, jede Festlegung zu unterlassen. Wie die Dinge heute lägen, würde der Uboots-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

krieg den Krieg mit Amerika zur notwendigen Folge haben. Für eine Provozierung des Bruches mit Amerika durch den Ubootskrieg könne er die Verantwortung nicht übernehmen, da die Rückwirkungen auf unsere Bundesgenossen und die Neutralen verhängnisvoll sein würden.

Seine Majestät stimmten dem Herrn Reichskanzler in allen Beziehungen zu.

Mitte Februar wurde der Lusitania-Fall endgültig erledigt. Die Aufnahme, die Amerika der deutschen Denkschrift über die bewaffneten Kauffahrteischiffe[1268] zu Teil werden ließ, schloß jeden Zweifel darüber aus, daß die Vereinigten Staaten einen rücksichtslos geführten Ubootskrieg nicht ruhig hinnehmen würden. Am 18. Februar erklärte der Chef des Admiralstabes bei einem Immediatvortrage Seiner Majestät, daß England dem rücksichtslosen Ubootskrieg in 6–8 Wochen erliegen müsse. Da unsere eigene Kraft mit der Zeit abnehme, so bedeute jeder Tag des Zögerns eine Einbuße der Sicherheit des Erfolges.

Inzwischen war von der Marine weiter durch Zeitungsartikel, durch Mitteilungen an Parlamentarier und andere im öffentlichen Leben stehende Personen und durch Gespräche mit Privatpersonen für den rücksichtslosen Ubootskrieg systematische Propaganda gemacht worden. Es wurde verbreitet, wir verfügten über eine genügende Zahl von Ubooten, um England mit absoluter Sicherheit binnen Kurzem auf die Knie zu zwingen. Der Reichskanzler sei nur deswegen gegen den Ubootskrieg, weil er England schonen wolle, mit dem er hoffe, noch zu einer Verständigung zu gelangen. Der Ubootskrieg sei das einzige Mittel, um Deutschland bald zu einem siegreichen Frieden zu verhelfen. Die politische Leitung müsse daher zu dieser Maßnahme gezwungen werden. Wolle der Reichskanzler es nicht tun, so müsse er gehen. Diese systematischen Treibereien, hinter denen in erster Linie das Reichs-Marine-Amt stand, fielen bei der in weiten Kreisen der Bevölkerung herrschenden Friedenssehnsucht auf einen günstigen Boden, namentlich da der Ubootskrieg als das sicherste und einzige Mittel dargestellt wurde, um zu einem siegreichen Frieden zu kommen. Es wurden dabei über die Zahl der uns zu Gebote stehenden Uboote übertriebene, oft geradezu phantastische Angaben gemacht, die, obwohl sie den Tatsachen in keiner Weise entsprachen, um so leichter Glauben fanden, als sie von maßgebender Marine-Seite verbreitet wurden. Auf diese Weise gelang es, weite Kreise Deutschlands und namentlich Berlins in einen Zustand unglaublicher Verhetzung zu versetzen in der Absicht, durch den Druck der öffentlichen Meinung dem Reichskanzler und dem Kaiser eine von ihnen innerlich vielleicht nicht gebilligte Politik aufzuzwingen.

Diesen Treibereien konnte die politische Leitung nicht in wirksamer Weise entgegentreten, weil immer noch die Möglichkeit eines Konfliktes mit Amerika auch ohne den Ubootskrieg bestand. Für diesen Fall hätte die Bekanntgabe auch nur an einen ganz beschränkten Kreis der uns tatsächlich zur Verfügung stehenden Uboote und die damit erwiesene Unmöglichkeit, England

[1268] Vom 8. (10.) Februar 1916 (oben Nr. 497 und Anm. 1247).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

niederzuzwingen, die Stimmung im Lande stark beeinträchtigt, deren Aufrechterhaltung bei einem Bruch mit Amerika doppelt notwendig gewesen wäre. Da die bestehenden Zensurbestimmungen nicht ausreichten, um dieser Treibereien Herr zu werden, und wiederholte diesbezügliche Aufforderungen an die leitenden Marinestellen ohne jeden Erfolg blieben, nahm die Hetze allmählich einen immer größeren Umfang an.

Am 22. Februar hielt der Herr Reichskanzler einen Immediatvortrag, gelegentlich dessen er Seiner Majestät ausführte, die Ankündigung des vom Admiralstab geforderten Ubootskrieges führe zum Bruch mit Amerika, wahrscheinlich auch mit Holland und Dänemark. Die wirtschaftlichen, militärischen und finanziellen Folgen dieses Bruches würden für uns schwer zu ertragen sein. Die Entscheidung darüber, ob der Ubootskrieg rücksichtslos geführt werden solle, sei eine der schwersten des ganzen Krieges. Da er mit dem Chef des Admiralstabes nicht zu einer Einigung gelangt sei, habe dieser gebeten, einen gemeinschaftlichen Vortrag vor Seiner Majestät halten zu dürfen. Um diesen Vortrag würde in allernächster Zeit gebeten werden.

Gleichzeitig ordnete der Herr Reichskanzler an, das Auswärtige Amt solle im Einvernehmen mit dem Admiralstab eine Proklamation an die Neutralen über die Wiederaufnahme des unbeschränkten Ubootskriegs entwerfen und diesen Entwurf zur Äußerung an den Kaiserlichen Botschafter in Washington telegrafieren. Graf Bernstorff erwiderte hierauf, daß eine solche Proklamation unzweifelhaft den Krieg mit Amerika zur Folge haben würde.

Am 1. März reisten der Herr Reichskanzler und der Chef des Admiralstabes gemeinsam ins Große Haupt-Quartier. Gelegentlich der Meldung seiner Ankunft am 2. März übergab der Herr Reichskanzler Seiner Majestät eine Denkschrift, in der er seine Ansichten über den Ubootskrieg niedergelegt hatte. Er kam darin zu dem Resultat, daß er in Anbetracht der geringen Zahl unserer Uboote für den rücksichtslosen Ubootskrieg nur insoweit die Verantwortung übernehmen könne, als dieser nicht den Bruch mit Amerika zur Folge habe. Nach der Mittagstafel am 3. März sagten Seine Majestät dem Herrn Reichskanzler, Er stehe ganz auf dem Boden seiner Denkschrift. Wir hätten viel zu wenig Uboote, um England niederzuzwingen, und er werde doch nicht die Dummheit machen, den Krieg mit Amerika zu provozieren. Am 4. März fand ein gemeinsamer Vortrag des Herrn Reichskanzlers, [des] Chef[s] des Generalstabes und [des] Chef[s] des Admiralstabes vor Seiner Majestät statt. Nach Anhörung der verschiedenen Auffassungen entschied Seine Majestät, die sofortige Ankündigung des Ubootskrieges sei abgelehnt, während des Monates März solle das Terrain in Amerika und den europäischen neutralen Staaten mit dem Ziel geklärt werden, für Anfang April den Beginn eines unbeschränkten Ubootskrieges unter Vermeidung des Bruches mit Amerika zu ermöglichen; die Entscheidug darüber, ob und wann tatsächlich der unbeschränkte Ubootskrieg zu beginnen sei, behalte sich S.M. vor. Bei dieser Gelegenheit betonte der Herr Reichskanzler auf das Nachdrücklichste, daß wir voraussichtlich in vier Wochen bezüglich Amerikas und der anderen neutralen Staaten an derselben

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stelle stehen würden, d.h. vor der Frage, ob wir gegen den Ubootskrieg den Bruch mit Amerika in Kauf nehmen sollten.

Am folgenden Tage suchte S.M. den Herrn Reichskanzler auf und sprach ihm in den wärmsten und rückhaltlosesten Worten Seinen Dank und Seine Zustimmung aus. Er erklärte, unsere Ubootsstreitkräfte seien ungenügend, um England niederzuzwingen. England könne überhaupt nicht niedergezwungen werden. Forderte Er England unter Bruch mit Amerika zum Seekampf heraus, so werde jeder Engländer das letzte hergeben, ehe er kapituliere. Er hoffe immer noch auf den rechnenden Geschäftssinn der Engländer, der ihnen klar machen werde, daß sie bei Fortsetzung des Krieges nichts gewönnen.

Schon am 3. März hatte Sich S.M. dem Herrn Reichskanzler gegenüber sehr unwillig über die Treibereien in den Zeitungen geäußert und gefragt, wie es möglich sei, daß solche in Seine Rechte als Oberster Kriegsherr eingreifenden Artikel überhaupt erscheinen könnten. Der Herr Reichskanzler erwiderte, daß der Ursprung dieser Artikel im Presse-Büro des Reichs-Marine-Amtes zu suchen sei, und verlangte den Übergang dieses Büros an den Admiralstab. Daraufhin erging am --- [*offengelassen = 5. März 16*] März an den Staatssekretär des Reichs-Marine-Amtes ein Kabinettsschreiben, in dem die Beaufsichtigung der Presse auf dem Gebiete der Seekriegsführung dem Admiralstab übertragen wurde. Am 12. März reichte Großadmiral von Tirpitz seinen Abschied ein, nachdem er sich bereits am 8. krank gemeldet hatte. Der Abschied wurde von S.M. in Gnaden angenommen.

509. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21527. „Aufzeichnung über den Empfang der Journalisten." Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin, 15.[1269]] März 1916

Meine Herren! Es ist mir im Hauptquartier berichtet worden, daß in weiten Kreisen, insbesondere in Berlin, eine gefährliche, durch allerlei verwirrende Gerüchte geführte Nervosität Platz gegriffen hat. Ich habe Sie deshalb gebeten, gleich nach meiner Rückkehr hier zusammenzukommen, um Ihnen Aufschlüsse über die Gesamtlage und die Richtung unserer Politik zu geben. Ich hoffe, daß diese Aufschlüsse Sie in den Stand setzen werden, Ihre Kräfte zur Beseitigung jener Verwirrung und zur Bewahrung der ruhigen und festen Haltung einzusetzen, die wir brauchen, um unsere Siege auszunutzen.

Zu irgend einer Nervosität kein Anlaß. Eigene geheime Nachrichten, Stimmen von neutralen Politikern, die uns den Sieg wünschen und im Stande sind, die Gesamtlage bei unseren Feinden zu überschauen, besagen einstimmig, daß

[1269] Die Aufzeichnung stammt vermutlich von Wahnschaffe oder von Jagow. Zum Datum und zu den anwesenden Journalisten vgl. unten Nr. 739*. Im Vergleich zu den Aufzeichnungen des Journalisten Wolff ist davon auszugehen, daß Bethmann diese Aufzeichnung nicht wörtlich verlesen hat, sondern sie als Anhalt für eine freie Rede verwertet hat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wir, ohne sichtbare Friedenssehnsucht, in ruhiger Festigkeit nur auszuharren brauchen. Kein Anlaß zu verzweifelten politischen oder militärischen Coups. Dankbarkeit gegen unsere Erfolge – keine zu großen Ansprüche an immerwährende neue Siege; keine Nervosität. Eine falsche militärische oder politische Bewegung kann uns in letzter Stunde um den Erfolg bringen. Das Volk kann fordern, daß die Männer, die sein Geschick führen, solche Bewegungen vermeiden. Die verantwortlichen Männer müssen verlangen, daß nicht auf Grund von Gerüchten, die von Ohr zu Ohr gehen, auf Grund halber Einsicht in die verwickelten Zusammenhänge, versucht wird, ihnen eine bestimmte Politik von außer her aufzuzwingen. Es geht um die ganze Zukunft Deutschlands.

Ubootkrieg.

Es ist versucht worden, die Regierung über den Inhalt der Denkschrift hinaus, zu einem sogenannen rücksichtslosen Ubootkrieg zu veranlassen – ohne Rücksicht auf Passagiere und Flagge.

Das Uboot ist eine scharfe Waffe. Die Hoffnung, England niederzuzwingen, ist für mich ebenso verlockend wie für irgend einen anderen Deutschen. Es werden Gerüchte herumgetragen, als spielten bei dieser Frage Gefühlsrücksichten mit, Sentimentalität, Mangel an Mut – ja sogar Schonung der Feinde. Das ist ebenso dumm wie beleidigend. Für solche Annahmen besteht nicht der leiseste Schatten einer Berechtigung. Die Sache ist lediglich eine kühle Rechnung. Abwägung der Vorteile und Nachteile und des Risikos. Kann nur entschieden werden in genauer Abwägung der Gesamtkriegslage.

Ich will die Faktoren, die dabei mitzusprechen haben, nur kurz aufzählen: Zahl der vorhandenen Uboote, sichere und mögliche Schädigung Englands durch Verminderung des Frachtraums, Einschätzung der Möglichkeit, die England hat, den Frachtraum durch unsere in den jetzt noch neutralen Staaten liegende Tonnage zu ergänzen – militärisch oder an der unnötigen Ein- und Ausfuhr einzusparen. Auf der anderen Seite militärische, politische und moralische Rückwirkung eines dann sicheren Krieges mit den Vereinigten Staaten. Rückwirkung auf die Bundesgenossen. Niemals vergessen, daß wir nicht nur gegen eine Koalition, sondern auch mit einer Koalition fechten. Alle diese Faktoren, von denen der größte Teil vor den Ohren unserer Feinde nicht öffentlich diskutiert werden kann, müssen genau gegen einander abgewogen werden. Das ist geschehen. Das Resultat ist, daß die Vorteile, die der rücksichtslose Ubootkrieg über den Ubootkrieg der Denkschrift hinaus für uns hat, die Möglichkeit, England wirklich niederzuzwingen, zu gering und zu fern ist, um den Bruch mit Amerika im gegenwärtigen Zeitpunkt freiwillig zu provozieren. Das kann sich ändern. Die in Betracht kommenden Faktoren sind wandelbar.

Zur Zeit ist es meine Pflicht, England durch den Ubootkrieg so sehr zu schädigen, als unter Vermeidung des Bruchs mit Amerika möglich ist. Diese Schädigung zählt dreifach.

Es ist ein unmöglicher Zustand, wenn versucht wird, die öffentliche Meinung in einer Frage der Kriegsführung, deren pro und contra vor den Ohren der Feinde nicht verhandelt werden kann, in die eine oder die andere Richtung zu drängen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Worin besteht unsere Stärke: auf der einheitlichen und überlegten Führung. Darum beneiden uns unsere Feinde. Keine leichte Aufgabe.

Ich bin der Freund der öffentlichen Aussprache. Sie ist auch für die Regierung bequemer. Aber die Dinge liegen nun einmal in diesem verwickeltsten aller Koalitionskriege so, daß nicht alle Zusammenhänge öffentlich erörtert werden können – und daher der Außenstehende zumeist nur eine Seite sehen kann. Man hat uns Nachgiebigkeit in der Arabicfrage vorgeworfen – überlegen Sie, unsere Stellung wäre heute sehr, sehr gefährdet, wenn Amerika damals mit uns gebrochen, auch sich nicht weiter am Kriege beteiligt hätte als durch die Rückwirkung seiner moralischen Gegnerschaft und die Versorgung Rußlands mit Geld und Material.

Noch eins: Frage der Kriegsziele.

Diskussion, daß in dieser Frage die Anschauungen so weit auseinandergehen. Geschichte der Differenzen. Erinnerung an den Herbst 1914. Zwischen dem Rückzug von der Marne, den österreichischen Niederlagen in Galizien und den Vorbereitungen der Räumung der östlich der Weichsel gelegenen Gebiete treten die ersten Anforderungen an die Regierung, mit weiten Kriegszielen voranzugehen, hervor. Die Regierung mußte dem Ansinnen widerstehen. Seit jener Zeit schleppt sich die Differenz fort.

Die Entwicklung hat, glaube ich, bewiesen, daß die Regierung nicht aus Schlappheit so gehandelt hat – nicht weil sie nicht wollte und kein Ziel hatte.

Koalitionskrieg: Unmöglichkeit der öffentlichen Diskussion z. B. in der polnischen Frage.

Hätte die Regierung damals sich auf den Boden der 6 Verbände[1270] gestellt – so wäre sie in der Folge gezwungen gewesen, Wasser in den Wein zu tun. Die Situation bringt es mit sich, daß es günstiger ist, die Forderungen mit der Dauer des Krieges zu erhöhen.

Ich will das Kriegsziel nur im großen Ganzen skizzieren: Ausschaltung der Einfallstore Polen und Belgien – bessere Grenzen an den übrigen Stellen. Freiheit der wirtschaftlichen Entwickelung – nach allen Seiten, auch über die Meere hin. Fürwahr keine kleine Sache. Aufbau eines unantastbaren starken Deutschlands in der Mitte Europas – um das sich alle schwächeren Staaten kristallisieren können. Das bedeutet nicht mehr oder weniger als ein von Deutschland geordnetes Europa.

Es gibt in der Politik Dinge, die man tut, aber nicht sagt. Gewalt anwenden, wo sie am Platze ist, aber nicht bei jeder Gelegenheit von der Gewalt reden. Auf die tatsächliche Macht kommt es an, nicht auf den Schein. Wenn Sie mithelfen wollen, das deutsche Volk in seine große weltpolitische Zukunft hineinzuführen – dann sorgen Sie dafür, daß der Wille zur Macht überall auf das Wesentliche geht und nicht durch eine jugendliche Freude an dem Schein der Macht auf Unwesentliches gelenkt wird.

[1270] Am 20. Mai 1915 hatten sechs Wirtschaftsverbände der Regierung eine Denkschrift mit Kriegszielfragen vorgelegt (Centralverband der deutschen Industrie; Bund der Industriellen; Bund der Landwirte; Deutscher Bauernbund; Vereinigung Deutscher Bauernvereine; Reichsdeutscher Mittelstandsverband).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

510. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 1–9. MF 986. Rede. Protokoll. Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 158–159.

Berlin, 15. März 1916

Das Staatsministerium trat heute zu einer vertraulichen Besprechung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Der Herr Ministerpräsident führte aus, vor 8 oder 14 Tagen, bevor er zum Großen Hauptquartier gereist sei[1271], habe er dem Staatsministerium Mitteilung über den Seiner Majestät zu haltenden Vortrag in der U-Bootkriegsfrage gemacht. Seine Majestät habe damals auf den Vortrag Entscheidung dahin getroffen, daß die von den Marinebehörden beantragte rücksichtslose Handhabung des U-Bootkrieges nicht stattfinden sollte, da sonst der Krieg mit Amerika unausbleiblich sei. Zugleich habe Seine Majestät ihn (den Ministerpräsidenten) beauftragt, bei den neutralen Regierungen das Terrain dahin aufzuklären, wie sie sich späterhin zu einer rücksichtslosen Durchführung des U-Bootkrieges stellen würden.

Eine rücksichtslose Führung des U-Bootkrieges würde darin bestehen, daß alle Schiffe im Kriegsgebiet, seien es feindliche oder neutrale, Passagier- oder Transportdampfer, von den U-Booten versenkt würden, vorbehaltlich der Amerika zuzugestehenden Berechtigung, seine 4 großen Dampferliners ungehindert fahren zu lassen.

Er (der Ministerpräsident) habe gegenüber Seiner Majestät und dem Admiral von Holtzendorff keinen Zweifel gelassen, daß er es für unmöglich halte, Amerikas Zustimmung zu einem solchen U-Bootkriege zu erhalten.

Seine Majestät hätten dem, zum Teil in drastischen Ausdrücken, beigepflichtet. Allerhöchstdieselben hätten bemerkt: „Ich halte es für unmöglich, England durch U-Boote auf die Knie zu zwingen, und Ich werde doch nicht so dumm sein, Mir durch einen solchen Versuch einen Krieg mit Amerika auf den Hals zu laden."

Gegenwärtig werde – und zwar seit dem 29. Februar – der in der Denkschrift[1272] angekündigte U-Bootkrieg geführt, der darin bestehe, daß alle bewaffneten Schiffe von den U-Booten angegriffen würden. Nur sei der strikte Befehl erteilt, daß große Passagierdampfer nicht bedroht werden dürfen, auch wenn sie bewaffnet sind.

Mit dieser Entscheidung verbinde sich der Abgang des Großadmirals von Tirpitz. Seine Majestät seien aufs höchste entrüstet gewesen über die aus Anlaß der U-Bootkriegsfrage zutage getretenen Preßtreibereien, insbesondere von seiten des Grafen Reventlow, und hätten ihm (dem Ministerpräsidenten) Vor-

[1271] Vom 2. März 1916.

[1272] Vom 10. Februar 1916. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 40–42.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würfe darüber gemacht, daß von seiten der Zensur derartige Eingriffe in die Allerhöchste Prärogative geduldet würden. Er habe darauf nach Verständigung mit dem Admiral von Holtzendorff Seiner Majestät mitgeteilt, daß die Zensur in Marineangelegenheiten vom Nachrichtenbüro des Reichsmarineamts ausgeübt werde und daß ihm die Fortdauer dieses Zustandes unerträglich erscheine. Mit der Kriegführung sei für die Marine der Admiralstab, wie für das Landheer der Generalstab, befaßt. Es würde daher, geradeso wie das Nachrichtenbüro für die Angelegenheiten des Landheeres mit dem Generalstab verbunden sei, richtig sein und auch den Wünschen des Admirals von Holtzendorff entsprechen, wenn das Nachrichtenbüro für die Marineangelegenheiten vom Reichsmarineamt abgezweigt und mit dem Admiralstabe verbunden würde[1273].

Seine Majestät habe dementsprechend durch ein Kabinettsschreiben an den Großadmiral von Tirpitz eine derartige Organisationsänderung befohlen. Herr von Tirpitz habe hierauf Seiner Majestät gemeldet, daß sein Krankheitszustand sich derartig gesteigert habe, daß er die Geschäfte an den Admiral Büchsel[1274] abgegeben habe. Seine Majestät hätten dem Herrn von Tirpitz geantwortet, Allerhöchstdieselben hätten aus seiner Meldung mit großem Bedauern entnommen, daß sein Gesundheitszustand ihm nicht mehr erlaube, sein verantwortungsvolles Amt weiterzuführen. Seine Majestät sprächen ihm für die geleistete treue und erfolgreiche Arbeit und für die großen Verdienste, die er sich in seiner langjährigen Amtsführung erworben habe, Allerhöchstihren aufrichtigen Dank aus und wollten seinem Abschiedsgesuche in Gnaden entgegensehen. Das Abschiedsgesuch sei hierauf eingereicht[1275]; der Abschied werde voraussichtlich heute in Charleville vollzogen werden. Als Nachfolger sei der Admiral von Capelle in Aussicht genommen.

Um einen Überblick über die gegenwärtige Lage zu geben, wolle er, der Ministerpräsident, folgendes bemerken:

Selbstverständlich sei es sehr zu beklagen, daß Herr von Tirpitz, der sich im Volke einen so großen Namen und um die Flotte so große Verdienste erworben habe, jetzt während des Kriegs aus dem Amte scheide. Er, der Ministerpräsident, sei aber der Ansicht, daß der Schritt habe gemacht werden müssen. Im Reichsmarineamt hätte sich eine Nebenregierung herausgebildet, die in jeder Weise die Politik durchkreuzt habe, die er, der Ministerpräsident, mit Zustimmung Seiner Majestät führe. Dadurch sei im Volke eine Nervosität erzeugt worden, die nicht andauern dürfe. – In Charleville habe er durch den Unterstaatssekretär Wahnschaffe die telegraphische Mitteilung bekomnen, daß der Kapitän zur See Löhlein als Vertreter des Reichsmarineamts bei der Beratung des Etats im Ausschusse des Bundesrats Mitteilungen gemacht habe, die durchaus unrichtige Vorstellungen hätten erwecken müssen; sie seien im Bundesrat da-

[1273] Dazu die Darstellung Tirpitz' in: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 488–494. – Zum ganzen vgl. König, Agitation S. 309–334.

[1274] Wilhelm von Büchsel (1848–1920), Admiral; Chef des Admiralstabs 1902–1908; 1908 a. D.; Direktor der Verwaltungsabteilung des Reichsmarineamts November 1915–März 1916. – Zur Sache: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 508.

[1275] Ebenda S. 509.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hin verstanden worden, daß wir in der nächsten Zeit mit der Wirksamheit von 203 U-Booten zu rechnen haben würden. Er, der Ministerpräsident, habe darauf sofort an Herrn von Tirpitz telegraphiert, daß diese Mitteilungen, die einen falschen Anschein erweckt hätten, berichtigt werden müßten und daß auch darauf hingewiesen werden müsse, daß die U-Boote nicht nur in der Nordsee und an den englischen Küsten, sondern auch in der Ostsee, im Mittelmeer und im Schwarzen Meer gebraucht würden. Herr von Tirpitz habe hierauf telegraphisch geantwortet, die Mitteilungen des Kapitäns Löhlein schienen im Bundesratsausschuß mißverständlich aufgefaßt worden zu sein. Sodann habe Löhlein seine Erklärungen im Bundesratsausschuß eingeschränkt.

Zurzeit seien frontbereit 54 U-Boote, darunter 35 große[1276]. Von den letzteren seien 18 berechnet für die Tätigkeit in der Ostsee, im Mittelmeere und im Schwarzen Meere, 15 für die Nordsee und die englischen Küsten. Um England herum seien gleichzeitig immer nur 4 U-Boote.

Die monatliche Zunahme betrage im Durchschnitt 6 U-Boote; am 1. Oktober 1916 werde sich ihre Zahl auf etwa 79 belaufen. 19 U-Boote seien im vorigen Jahre verloren gegangen. Beim rücksichtslosen U-Bootkriege sei, nach einem Schreiben von Exzellenz von Tirpitz, mit einem monatlichen Verluste von 3 U-Booten zu rechnen.

Es sei unmöglich, eine richtige Politik zu führen, wenn in einem so wichtigen Zweige, wie die Marineverwaltung es sei, Angaben gemacht würden, die zur Irreführung dienen könnten, und er sei zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht wohl möglich sei, diese Zustände ohne Systemwechsel zu beseitigen. Er, der Ministerpräsident, habe mit den Admiralen [*hier ist eine Lücke gelassen*] und von Holtzendorff darüber gesprochen, daß vermieden werden müsse, daß etwas über die Differenzen zwischen Reichskanzler und Reichsmarineamt in die Öffentlichkeit käme. Er habe auch Herrn von Tirpitz in einem Schreiben[1277] ersucht, alle Diskussionen zu vermeiden, bis Seine Majestät entschieden hätten.

Die Offiziere des Reichsmarineamts hätten dem aber nicht entsprochen. Wie weit die Intrigenwirtschaft gegangen sei, ergebe sich daraus, daß zu dem Direktor des Scherl-Verlags Eugen Zimmermann[1278] ein Marineoffizier, zunächst angeblich wegen des Verlags eines Marinebuches, gekommen sei, daß derselbe Offizier sich bald darauf aber wieder bei Zimmermann mit einem Zeitungsartikel eingefunden habe, der Spitzen gegen den „schwachen Reichskanzler“ enthalten habe. Zimmermann habe aber die Aufnahme dieses Artikels abgelehnt. Sodann sei ein anderer Marineoffizier mit neuen Versuchen an Zimmermann herangetreten. Dieser habe geantwortet: „Sie wollen wohl durch mein Blatt Einfluß auf den Kaiser gewinnen“ und habe sich wiederum ablehnend verhalten. Dieser Offizier habe auch von dem „schwachen Kaiser“ gesprochen. Wenn in dieser Weise Stimmung gegen den obersten Beamten des

[1276] Ebenda S. 494–496 Tirpitz’ eigene Zahlenaufstellung.

[1277] Nicht ermittelt.

[1278] Eugen Zimmermann (1872–1951), Generaldirektor des Scherl-Verlags 1914–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kaisers gemacht werde (wie dies außer vom Reichsmarineamt auch von seiten parlamentarischer Führer, von Bassermann und anderen, versucht werde), so könne die Politik nicht so, wie es nötig sei, geführt werden.

Exzellenz von Tirpitz werde selbstverständlich diesem Treiben fernstehen; wenn es aber von Offizieren des Reichsmarineamts ausgehe, so seien dies unhaltbare Zustände. Er bedauere, daß dem Lande diese Krise nicht erspart sei; sie werde im Volke Unruhe und Erregung hervorrufen.

Von den Parteiführern sei übrigens die Agitation gegen ihn (den Ministerpräsidenten) auch nach Bayern und Württemberg getragen. Man habe dort analoge Resolutionen, wie im preußischen Abgeordnetenhause, wegen des U-Bootkrieges herbeiführen wollen. Herr von Wangenheim[1279] habe in Süddeutschland den Reichskanzlerposten ausgeboten. (In diesem Zusammenhange verliest der Herr Ministerpräsident ein Telegramm des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Staatsministers von Jagow, an ihn nach Charleville, in welchem Mitteilungen des Abgeordneten Erzberger über ein zwischen diesem und dem bayerischen Ministerpräsidenten Freiherrn von Hertling geführtes Gespräch[1280] wiedergegeben worden sind.)

[*Der Justizminister stimmt der Stellungnahme Bethmann Hollwegs zu. Der Landwirtschaftsminister erbittet Aufklärung über die tatsächliche Zahl der Uboote.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte dazu, er habe kürzlich die Chefredakteure der großen Zeitungen um sich versammelt und ihnen, ohne Erwähnung der Zahl der U-Boote, Aufklärungen gegeben[1281]. Er hat dabei mitgeteilt, daß die umherlaufenden Angaben über die Zahl der U-Boote falsch und übertrieben seien. – Ferner habe er gestern den Fraktionsführern des Reichstags über die Zahlen der U-Boote Mitteilungen unter dem Siegel der Verschwiegenheit gemacht[1282]. Wie diese Besprechung auf die Fraktionsführer gewirkt habe, könne er nicht sagen. Er habe aber das Gefühl gehabt, daß seine Mitteilungen einen gewissen Eindruck gemacht hätten. Bassermann und die Konservativen, die wohl gekommen seien, um das große Wort zu führen, hätten geschwiegen. Er werde den Herren Staatsministern dankbar sein, wenn sie, ohne Mitteilung von Zahlen, falschen Auffassungen entgegenträten. Er würde für jeden U-Bootkrieg sein, wenn er ohne Krieg mit Amerika möglich wäre. Erklärte aber Amerika uns den Krieg, so würde England bis zum äußersten kämpfen.

Die Marinesachverständigen hätten erklärt, daß durch den rücksichtslosen U-Bootkrieg 4 Millionen Tonnen Schiffsraum der englischen Handelsflotte vernichtet werden könnten. England habe gegenwärtig 18 Millionen Tonnen Schiffsraum. 14 Millionen Tonnen würden ihm also verbleiben, und damit werde England nicht kapitulieren, wenn die ganze Welt auf seiner Seite stehe.

[1279] Conrad Frhr. von Wangenheim.

[1280] Vgl. Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 583–584 (mit Anm. 1).

[1281] Vgl. unten Nr. 738* und 739*.

[1282] Nachweis bei König, Agitation S. 337 Anm. 1065.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Der Kultusminister weist auf die Schwierigkeit hin,* „daß man im Lande fragen werde, wie wir sonst mit dem Krieg zu Ende kommen sollen, wenn wir das letzte Mittel, den rücksichtslosen U-Bootkrieg, nicht ergreifen". *Außerdem säßen doch im Reichsmarineamt die Sachverständigen.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, der Herr Kultusminister[1283] habe die schwierigsten Punkte richtig hervorgehoben. Er halte aber nicht dafür, daß unsere Lage so hoffungslos sei, könne jedoch jetzt noch keine Aussichten auf uns günstige Möglichkeiten angeben. Wenn aber die Aktion vor Verdun zu einem guten Erfolge führe, so werde bei den Franzosen eine solche Schwächung und Erschütterung eintreten, daß das gegenwärtige Ministerium fallen und voraussichtlich Caillaux[1284] ans Ruder kommen werde. Caillaux sei für den Frieden. Ferner bestehe die Möglichkeit, daß das Ausscheiden von Italien aus der Reihe unserer Feinde unsere Lage verbessern werde. Eine Sicherheit sei in dieser Hinsicht natürlich nicht zu geben. Wenn er aber durch eine rücksichtslose Führung des U-Bootkriegs Amerika dahin bringe, uns den Krieg zu erklären, so schneide er sich die Möglichkeit ab, daß England nachgebe. Trete Amerika unseren Feinden hinzu, so werde die Siegeshoffnung der Entente bedeutend verstärkt werden. Der Herr Kultusminister habe gemeint, man betrachte den rücksichtslosen U-Bootkrieg als das letzte Mittel, den Krieg zu einem für uns günstigen Ende zu führen. Wenn es wirklich ein Mittel zur Erreichung dieses Zweckes wäre, so würde er, der Ministerpräsident, auch dafür sein. Es sei aber kein Mittel. Die Marinesachverständigen behaupteten es. Die Marine sage, sie werde in 6 Monaten 4 Millionen Tonnen englischen Schiffsraums versenken. Dafür, daß dies geschehen werde, habe man keine Garantie. Träte Amerika zu unseren Feinden über, so hätte England den Rückgriff auf 1,7 Millionen Tonnen deutschen Schiffsraums in neutralen Häfen. Dadurch vermindere sich wieder der englische Verlust, selbst wenn es gelänge, die Hälfte dieses deutschen Schiffsraums rechtzeitig zu vernichten. Bevor England kapituliere, gebe es sein Salonikiunternehmen auf und mache sich dadurch Schiffsraum frei; der wirkliche englische Verlust werde sich schließlich wohl nur auf 2 bis 2½ Millionen Tonnen belaufen.

Wenn die Herren von Tirpitz oder von Holtzendorff sagten, mit dem rücksichtslosen U-Booktrieg werde die englische Handelsflotte auf 15 bis 16 Millionen Tonnen Schiffsraum verringert, so behalte sie dann doch immer noch mehr als den dreifachen Tonnengehalt der deutschen Handelsmarine.

Wenn England seine Ernährung organisiere, so genügten 5 Dampferlinien, um England mit Getreide zu versorgen. Bloß deshalb weil es ihm die beiden Admirale sagten, wir könnten durch den rücksichtslosen U-Bootkrieg England, auch wenn es 15 bis 16 Millionen Tonnen Schiffsraum behalte, auf die Knie zwingen, könne er sich nicht von der Richtigkeit dieser Behauptung überzeugen.

[1283] August von Trott zu Solz.

[1284] Joseph Caillaux (1863–1944), französischer Ministerpräsident 1911–1912; siebenmal Finanzminister, zuletzt 1935.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Der Innenminister weist auf die unbedingte Notwendigkeit hin, die Öffentlichkeit aufzuklären, um die Erregung, die der Abgang Tirpitz' bewirke, herabzumindern.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, es werde in dieser Beziehung so viel geschehen, wie nötig sei. Als kürzlich die Chefredakteure der Zeitungen aus der Provinz bei ihm gewesen seien, wären sie erstaunt gewesen, wie stark die Erregung in Berlin sei. In der Provinz sei es viel ruhiger[1285].

Soeben erhalte er übrigens die Mitteilung, daß am westlichen Maasufer der „Tote Mann" genommen sei[1286].

[*Äußerungen verschiedener Minister. Der Minister der öffentlichen Arbeiten wünscht, daß neben Bassermann auch andere Mitglieder der Nationalliberalen Partei vom Reichskanzler und vom Innenminister persönlich informiert würden.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, er habe gestern nicht nur die Fraktionsführer, sondern von jeder Partei auch 2 bis 3 weitere Mitglieder bei sich gesehen.

Heute sei Hugo Stinnes bei ihm gewesen und habe gefragt, ob es sicher sei, daß es mit Amerika Krieg gebe. Stinnes halte einen solchen Krieg für sehr unerwünscht. Er habe kürzlich auch Krupp von Bohlen und Halbach gesprochen, der es für eine Utopie halte, England durch U-Boote niederzwingen zu wollen.

[*Nach kurzen Bemerkungen Helffferichs und des Handelsministers*] bat der Herr Ministerpräsident um streng vertrauliche Behandlung der persönlichen Mitteilungen, insbesondere auch derjenigen über das Treiben der Marineoffiziere beim Scherlschen Verlage, und bemerkte zum Schlusse, daß Seine Majestät über die Ausbietung des Reichskanzlerpostens durch von Wangenheim sehr empört gewesen sei.

[*2. Die Vertagung des Landtags.*]

511. Treutler an AA

PA Berlin, R 21527. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 179. Großes Hauptquartier, 16. März 1916, 12 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 16. März 1916, 1 Uhr 18 Nm.

Geheim.

Seine Majestät sprach nach meinem gestrigen Vortrag über den stattgehabten Wechsel im Reichsmarineamt und schloß daran eine längere Betrachtung über den U-Bootkrieg unter Berücksichtigung der gestern bereits berichteten Äußerung des neuen Staatssekretärs. Seine Majestät erwähnte dabei den wie-

[1285] Dazu vgl. Wolff, Tagebücher S. 355–359.

[1286] Die Anhöhe „Toter Mann", 10 km nordwestlich von Verdun, wurde am 14. März 1916 von deutschen Truppen genommen. Vgl. Der Weltkrieg X S. 212–213.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

derholt ausgedrückten Wunsch des Generals von Falkenhayn nach tunlichst baldiger Aufnahme des rücksichtslosen U-Bootkrieges. Ich sagte Seiner Majestät, die Stellung des Letzteren werde immer unerklärlicher; angesichts des jetzt offen da liegenden Zahlenmaterials, dessen Dürftigkeit man in der Wilhelmstraße seit langem geahnt, wenn auch vielleicht in dieser verblüffenden Unzulänglichkeit nicht gewußt habe, wäre doch nur denkbar, daß der General ein anständiges Rückzugsgefecht für geboten erachte. Er behaupte immer, er vermisse bei unserer Beurteilung des U-Bootkrieges das soldatische Denken, ich hätte ihm aber erwidert, daß treffe auf ihn zu, denn für jede militärische Beurteilung über die Anwendung eines Kriegsmittels müsse der Einfluß auf den endgültigen Sieg die einzige Richtschnur sein. Der Kaiser erklärte, dies sei auch seine Ansicht, und Er habe dem General erklärt, er werde an diesem Grundsatz Sich nicht irre machen lassen.

512. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21527. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 15. Großes Hauptquartier, 17. März 1916, 8 Uhr 20 Min. pm.
Ankunft: 17. März 1916, 8 Uhr 40 Min. pm.

Ganz geheim. Ich hatte auf Wunsch von Admiral Müller heute den Admiral Holtzendorff aufgesucht und mußte mich zu meinem Bedauern überzeugen, daß er jetzt eigensinnig an der Hoffnung festhält, seinen U-Bootkrieg tunlichst bald durchzusetzen. Er wirft dem Auswärtigen Amt vor, daß die gelegentlich des neulichen Vortrags vor S.M. d. Kaiser in Aussicht genommene Bearbeitung Amerikas nicht intensiver betrieben würde. Wir sind ziemlich hart aneinander gekommen, und ich sagte ihm, er habe etwas sehr übles getan, als er die Phrase „jetzt ist es am Auswärtigen Amt, sein Meisterstück zu machen“ geprägt hätte. Holtzendorff plus Vanselow[1287] ergeben eine ganz andere Summe als Holtzendorff plus Grasshoff, der diesesmal mit hier ist. Ich habe Müller mein Befremden über Holtzendorffs Haltung nicht verhehlt. Ich möchte aber anheimgeben, daß Eure Exzellenz dem Admiral, der am Samstag-Abend[1288] in Berlin sein wird, über die Chancen der Bearbeitung Amerikas im Sinne einer geduldigen Hinnahme des rücksichtslosen U-Bootkriegs bis zum 1. April eine eindringliche Belehrung zuteil werden lassen.

Zum Schluß wurde übrigens Holtzendorff wieder ruhiger. Ich habe aber doch Müller gebeten, er möge dafür sorgen, daß Holtzendorff, gelegentlich des morgigen Vortrags, dessen Gegenstand ein ganz anderer ist, S. Majestät nicht etwa von neuem in unnütze Aufregung versetzen.

[1287] Ernst von Vanselow (*1876), Kapitän z.S.; Vertreter des Admiralstabs in Berlin. – Der im folgenden genannte: Kurt Graßhoff (1869–1952), Kapitän z.S.; Chef der Auslandsabteilung im Admiralstab 1911–1917.

[1288] 18. März 1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

513. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21527. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 309. [Berlin, 17. März 1916]
Abgegangen, 17. März 1916, 11 Uhr 25 Min. p.m.

Antwort auf Telegramm Nr. 15[1289].
Mit dem Anheimstellen der Verwertung.

Bearbeitung Amerikas auf geduldige Hinnahme Ubootskrieges bis zum 1. April völlig aussichtslos, wie ich das in dem gemeinschaftlichen Vortrag vor S.M. bereits ausgesprochen habe. Letzte in Zusammenarbeit mit Admiralstab verfaßte Note an Amerika[1290] hat, wie mir Gerard heute sagt, dort gut gewirkt. Einen Trumpf darauf setzen wäre widersinng, namentlich jetzt, wo neutrale Welt vor endgültiger Aufklärung Tubantiafalles[1291] neuerdings in nervöse Aufregung versetzt ist. Ich erwarte mit aller Bestimmtheit, daß, nachdem S.M. auf meinen Vortrag Entscheidung getroffen hat, ohne meine Hinzuziehung neuerliche Entscheidung nicht vorbereitet werde, und werde gzwungen sein, im gegenteiligen Fall energischen Protest bei S.M. einzulegen.

514. Bethmann Hollweg vor der Presse

PA Berlin, R 21527. Behändigte Aufzeichnung in Maschinenschrift (ohne Unterschrift). Praes.: 18. und 19. März 1916.

[Berlin, 18. März 1916]

Der Herr Reichskanzler schilderte zunächst die erhebenden Eindrücke von der Front, die er von seinem Aufenthalt im Hauptquartier mitgebracht hat. Alle, die von der Front kämen, seien voll des Lobes über den Offensivgeist unserer Truppen. Es sei wie im Anfang des Krieges. Große Erfolge seien vor Verdun bereits errungen, und die Sache gehe weiter. Die Aktionen würden mit nie dagewesener Gründlichkeit vorbereitet. Deshalb seien die Verluste der Franzosen sehr schwer, die unsrigen erträglich. Die Franzosen hätten in den Kämpfen bei Verdun bereits 90.000 bis 100.000 Mann verloren, während unsere Verluste noch lange nicht die Hälfte betrügen. Dabei sei die Anzahl der Toten auf unserer Seite relativ geringer als bei sonstigen Aktionen. Ein großer Teil der Verlu-

[1289] Die vorangehende Nr.

[1290] Vom 8. (10.) Februar 1916 (oben Nr. 497 und Anm. 1254).

[1291] Am 16. März 1916 war der niederländische Passagierdampfer „Tubantia“ von einem deutschen Uboot im Ärmelkanal torpediert worden. Alle Passagiere und Besatzungsmitglieder konnten sich retten. Der Vorgang führte zu einem Notenwechsel zwischen der niederländischen und der deutschen Regierung. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 109 und 312–316.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ste entfalle auf Leichtverwundete. Es herrsche frische, begeisterte, zuversichtliche Stimmung.

Hier in Berlin sei das nicht so. Hier finde man eine erregte Nervosität, eine schwüle Stimmung. Dazu sei absolut kein Anlaß. Er habe in diesen Tagen mit dem Kaiser an einer Stelle gestanden, wo sie sich gerade vor einem Jahre befunden hätten. Der Kaiser hätte daran erinnert und gesagt: Wie sah es damals aus! Die Österreicher in Serbien zusammengebrochen, die Russen in Ungarn, die Offensive im Westen, es war Gott danken, daß wir jetzt anders stehen. Den Ernst des Krieges übersieht der Kaiser nicht, er schätzt das Tatsächliche und unsere gesamte Lage sorgsam ab. Er kennt den Geist der Truppen und weiß, was wir erreicht haben. Er hat aber auch ein ernstes Gefühl der Verantwortung für die Zukunft. Unser Volk, das so großes geleistet hat, hat Anspruch darauf, daß die verantwortlichen Männer sich nicht zu unüberlegten politischen und militärischen Handlungen verleiten lassen. Das könnte uns um allen Erfolg bringen. Die verantwortlichen Männer müssen aber auch verlangen, daß man nicht versucht, sie durch Stimmungen und Gerüchte zu Handlungen zu drängen, die sie vor Gott und der Geschichte nicht verantworten können.

Man hat versucht, die verantwortlichen Männer zu einer Verwendung des U-Bootes über den Rahmen der Denkschrift hinaus zu drängen. Das U-Boot ist eine scharfe Waffe. Die Hoffnung, England mit dieser Waffe niederzuzwingen, ist für mich genau so verlockend, wie für irgend einen Deutschen. Man hat von Gefühlsrücksichten, Mangel an Mut, Schonung der Feinde gesprochen. Das sind Untersellungen, die ebenso dumm wie beleidigend sind. Aus Sentimentalität wird keine Waffe in die Ecke gestellt. Das wäre Grausamkeit gegen unser eigenes Volk. Worum es sich hier handelt, das ist die kühle und nüchterne Rechnung. Das Risiko ist abzuwägen, danach Entscheidung zu fällen, und dann geht der Weg gerade durch. Vielfach ist bei der Erörterung des U-Bootkrieges eine merkwürdige Verwechselung unterlaufen. Man hat den U-Bootkrieg der Denkschrift[1292] durcheinandergeworfen mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg, der ohne Rücksicht auf Passagiere und Flagge gegen jedes nach England fahrende Schiff geführt werden soll. Der Denkschriftkrieg hat am beschlossenen Tage eingesetzt, hat schon Erfolge aufzuweisen und wird Erfolge haben. Es ist nie davon die Rede gewesen, von den Ankündigungen der Denkschrift zurückzugehen. Darüber sind verschiedene Erklärungen abgegeben worden. Weshalb man ungläubig geblieben ist, weiß ich nicht. Etwas anderes ist es mit dem rücksichtslosen U-Bootkrieg. Der Gedanke ist dabei, daß jedes Schiff, das sich der englischen Küste nähert, niedergeholt werden soll. Ob es neutral ist oder feindlich, ob Fracht- oder Passagierschiff ist gleichgültig.

Wenn dieser rücksichtslose U-Bootkrieg angekündigt wird, so haben wir morgen den Krieg mit Amerika. Darüber ist ja gar kein Zweifel. Was Dänemark und Holland angeht, so würden sie vielleicht nicht absolut zum Kriege schreiten, aber es ist bekannt, daß die Sympathien für uns dort nicht stark sind, ihr Rest würde fortgeschwemmt werden. Die Folgen eines derartigen Krieges in

[1292] Vom 10. Februar 1916 (oben Anm. 1247).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihrer günstigen Wirkung können nicht in Rechnung gestellt werden, ohne Bewertung der Bedeutung eines Krieges mit Amerika.

Es ist im Publikum mit verschiedenen Ubootzahlen gerechnet worden. Man hat von 200, 140, 100, 80 gesprochen. Detaillierte Auskünfte über die wirkliche Zahl können natürlich nicht gegeben werden. Aber ich kann sagen, daß diese Zahlen, die man im Publikum annimmt, nicht nur falsch, sondern phantastisch sind.

Die Marine glaubt auch nicht, eine völlige Absperrung Englands durchführen zu können. Von den verwendungsbereiten Booten kann immer nur der dritte Teil in Aktion sein. Die vorhandenen Boote müssen nicht nur um England verteilt werden, sondern auch in der Ostsee, im Mittelmeer, im Schwarzen Meer. Natürlich würde die Schärfe der Waffe mit der Zahl wachsen, und auf jeden Fall sind wir in der Lage, den Engländern enormen Schaden zuzufügen. Bei Nacht sind aber die Boote nicht aktionsfähig. Auch können die südlichen atlantischen Häfen Frankreichs nicht blockiert werden. Wenn in England das Brot rationiert wird, ist der Bedarf 16.000 bis 20.000 Tonnen pro Tag. Zu deren Transport genügen 4 bis 5 Dampfer. Eine völlige Absperrung ist leider nicht möglich, sonst wäre ich der erste, der sie befürwortete.

Der Kernpunkt ist: Welche Tonnage-Verminderung zwingt England zur Kapitulation? Wenn wir in einem halben Jahr 4 Millionen Tonnen niederbringen, so ist das nicht dem Effektivverlust gleichzurechnen. Man denke an die Requisition deutscher Schiffe, an die englischen Neubauten. Um der Tonnagenot abzuhelfen, kann England auch einiges von der Militärtonnage für Handelszwecke hergeben. Die Gesamttonnage ist 18 Millionen. Wer glaubt, daß England mit 14 Millionen nicht mehr kriegsfähig wäre? Wenn wir zu diesem U-Bootkrieg schreiten, dann würde Englands Friedensbitte das Eingeständnis der Vernichtung seiner Seeherrschaft bedeuten. Eher geben die Engländer ihr letztes Hemde her.

Dabei muß immer im Auge behalten werden, daß Amerika in den Krieg eintreten würde. Bleibt Amerika draußen, so mag doch bei einem ansehnlichen Teil der Engländer die Vorstellung Platz greifen, daß der Krieg ein schlechtes Geschäft ist. Für uns ist der Krieg mit Amerika keine quantité négligeable. Der Bruch mit den Vereinigten Staaten würde von erheblicher moralischer Wirkung sein. Er würde die moralische Kraft der Entente steigern. Die Hoffnung auf den Erfolg der guerre d'usure würde bei den Franzosen zur Gewißheit werden. Die Unstimmigkeiten zwischen den Bundesgenossen wären mit einem Schlage fortgefegt. Die Gewaltmaßregeln gegen Neutrale würden keine Grenze mehr kennen. Der Druck auf Holland und Dänemark, verstärkt durch den Eindruck unserer Torpedierung dänischer und holländischer Dampfer, würde soweit wachsen, daß sie sich entweder eine Behandlung wie die Griechenlands gefallen lassen oder auf die feindliche Seite treten würden. In Rumänien würde die ententefreundliche Stimmung Oberwasser erhalten. Zudem wollen wir nicht vergessen, daß wir selbst in einer Koalition stehen: Die Widerstandskraft unserer Bundesgenossen würde nicht erhöht werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dazu kommen die materiellen Gesichtspunkte. Amerika würde seine gesamten Nutzquellen in den Dienst des Krieges stellen. Die finanzielle Hilfe würde gesteigert werden. Die Rekrutierung wagemutiger Amerikaner würde die feindlichen Heere vermehren, deren numerisches Übergewicht uns schon jetzt zu schaffen macht. Unsere Zufuhr aus neutralen Ländern würde aufhören. Jetzt beziehen wir noch für 100 Millionen monatlich aus Holland. 5 Millionen täglich verbraucht die Armee an ausländischer Zufuhr.

Sollen wir uns das Schicksal einer solchen Entwickelung selber auf den Hals ziehen? Auch die Arbeit der Relief Commission in Belgien würde aufhören. Es wäre keine Stärkung für uns, wenn die Belgier hinter der Front durch Hunger und Entbehrungen gereizt würden, namentlich im Falle von Komplikationen mit Holland.

Das pro et contra ist sorgfältig abgewogen worden. In Rücksicht zu ziehen war die nicht genügende Zahl der U-Boote, die Unsicherheit und Ferne des Erfolges, die Unmöglichkeit, England auf diesem Wege auf die Knie zu zwingen, die Sicherheit des Bruches mit Amerika.

Das pro et contra kann öffentlich nicht erörtert werden. Deshalb ist es tief zu bedauern, daß auf Grund falschen Materials dem Volke falsche Vorstellungen beigebracht worden sind. Unsagbarer Schaden für das Vaterland ist dadurch angerichtet worden. Ich hoffe, daß Sie in der Erkenntnis Ihrer ungeheueren Verantwortung bereit sein werden, die öffentliche Meinung wieder in ruhige Bahnen zurückzuleiten. Die Öffentlichkeit muß davon absehen, der Kriegführung Entschließungen aufdrängen zu wollen, die sie nicht zu verantworten vermag. Ich habe mich so offen wie möglich ausgesprochen.

Der Kanzler behandelt danach noch kurz die Frage der Kriegsziele. Er erinnerte daran, wie die weitestgehenden Kriegsziele gerade zu einer Zeit propagiert wurden, wo unsere Lage durchaus nicht glänzend war: Herbst 1914 bis März 1915. Er sei gehöhnt worden, weil er diese Ziele nicht zu den seinigen gemacht habe. Sie seien ihm gerade zu einer Zeit vorgelegt worden, wo Hindenburg den Rückzug von Iwangorod antreten mußte vor seiner genialen Nordschwenkung. Damals wurde weit westlich der Weichsel der Ausdrusch des Getreides angeordnet, weil wir es bei weiterer Erschwerung der Lage in Sicherheit bringen wollten. Damals traten diese weitgehenden Annexionspläne auf. Er halte es nicht für gut, mit weitgehenden Annexionszielen zu bluffen und dann immer bescheidener zu werden. Es sei keine Stärkung für Frankreich, daß es dies getan habe. Der umgekehrte Weg sei besser. Eine öffentliche Besprechung der Kriegsziele sei auch jetzt nicht möglich. Wollten wir Polen erörtern, so würden wahrscheinlich Meinungsverschiedenheiten mit unserem österreichisch-ungarischen Bundesgenossen zu Tage treten. Ebensowenig können wir andere Kriegsziele erörtern. Im übrigen enthielten seine Reden ein ganzes und großes Programm: Ausschaltung der Einfallstore, Verbesserung der strategischen Grenzen, freie wirtschaftliche Entfaltung, im europäischen Problem Deutschland als Kern für die schwächeren Staaten. Ein großes Ziel, das dem defensiven Charakter des Krieges positive Bedeutung verleiht. Noch sind wir nicht an einem Abschnitt, wo wir das Ende des Krieges vor Augen haben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unberechenbare Wechselfälle gehören zum Koalitionskrieg. Da geht es nicht, sich auf Einzelheiten festzulegen. Ein festes Ziel schwebt uns aber vor. Wird es erreicht, so ist der Krieg nicht vergeblich geführt worden.

Alle uns zugänglichen Nachrichten müssen uns bestimmen, ohne Nervosität, ohne Zurschautragung von Friedenssehnsucht die Entschlossenheit der Kriegführung zu erhalten. Sie äußert sich nicht in der Besprechung von Gewaltmaßregeln, aber im berechtigten Macht- und Kraftbewußtsein. Nur bei solcher Haltung erzeigen wir uns der Aufopferung unserer Söhne und Brüder im Felde würdig. Wir danken ihnen nicht, wenn wir jetzt uns im Innern zu zerfleischen beginnen. Es geht nicht pro persona, sondern pro patria. Lassen wir alle Uneinigkeit, reichen wir uns die Hände und benutzen Sie in diesem Geiste den ungeheueren Einfluß, den Sie haben.

515. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA Berlin, R 21527. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Berlin, 20. März 1916

Sofort

Persönlich.

E.E. beehre ich mich auf das geneigte Schreiben vom 18. d.M. B 63001. zu erwidern, daß ich die Mitteilung über verschärften Ubootskrieg durch WTB vom 15. d.M. veranlaßt habe, nachdem E.E. mir in unserer letzten Unterredung am 14. d.M. ausdrücklich und im Hinblick auf meine für denselben Tag bevorstehende Unterredung mit den Parteiführern des Reichstags ausdrücklich erklärt hatten, daß unsere sämmtlichen aktionsbereiten Uboote zum Kampf ausgelaufen seien. Diese Mitteilung konnte von mir nur so aufgefaßt werden, daß der Ubootskrieg gemäß der Denkschrift[1293], d.h. der Ubootskrieg, wonach die bewaffneten, feindlichen Handelsschiffe wie Kriegsschiffe behandelt werden sollten, in der Ausführung begriffen sei. Ein Zweifel hieran konnte um so weniger obwalten, als mir E.E. bei Besprechung meiner Denkschrift über den „rücksichtslosen“ Ubootskrieg am Tage vor unserer Abreise ins Große Hauptquartier hierüber hinaus erklärt hatten, ein am Schlusse der Denkschrift vorgeschlagener Ubootskrieg enthalte kein novum, vielmehr sei dieser Ubootskrieg bereits befohlen.

So konnte ich nur annehmen, daß die beregte Veröffentlichung absolut den Tatsachen und den von E.E. erteilten Befehlen entspräche. Ein Bedenken konnte bei mir um so weniger auftauchen, als dasselbe, was in den W.T.B. am 15. gesagt ist, bereits in der offiziösen Verlautbarung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 27ten Februar und in dem Interview des Staatssekretärs

[1293] Vom 8. (10.) Februar 1916 (oben Nr. 497 Anm. 1247).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von Jagow mit dem amerikanischen Journalisten von Wiegand[1294] am 20. Februar 1916 reproduzirt, im Lokalanzeiger vom 23. Februar erklärt worden war, ohne auf einen Widerspruch des Admiralstabs gestoßen zu sein. Wenn in dem WTB vom 15. hinzugesetzt wurde, daß der fragliche Ubootskrieg in vollem Gange sei, so war dies lediglich eine Folge aus den persönlichen Mitteilungen E.E. vom 14. d.M.

Die von mir veranlaßte Mitteilung war dringlich und erforderlich, weil mir von den verschiedensten, sehr ernsthaft zu nehmenden Seiten mitgeteilt worden war, die Erregung der öffentlichen Meinung sei auf die Annahme zurückzuführen, daß ich aus schwächlicher Angst vor Amerika entgegen unserer Denkschrift es zu verhindern gesucht habe, daß die bewaffneten feindlichen Handelsschiffe wie Kriegsschiffe behandelt werden sollten. Wie feste Wurzeln diese Vorstellung in der Öffentlichkeit gefaßt hat, bitte ich E.E. daraus zu entnehmen, daß auch die sämmtlichen preußischen Oberpräsidenten, die ich heute um mich versammelt hatte, einstimmig bezeugten, daß dieses angebliche Zurückweichen vor Amerika und die Nichteinhaltung der in unserer Denkschrift abgegebenen Erklärungen rücksichtlich der Behandlung der bewaffneten Handelsschiffe ausschlaggebend sei für die Empörung der Volksstimmung.

Zur Erläuterung dessen, wie sehr unrichtige und mißverstandene Mitteilungen absichtlich oder unabsichtlich zu der das Schicksal des Landes bedrohenden Verwirrung der Geister beigetragen haben, darf ich hierbei noch folgendes anführen.

Allgemein ist mir aus parlamentarischen und sonstigen politischen Kreisen die Ansicht entgegengetragen worden, die Denkschrift über die bewaffneten Handelsschiffe sei der größte Fehler, den wir hätten machen können, und es sei völlig undenkbar, daß sich die Marine mit ihr habe einverstanden erklären können, da eine Unterscheidung der bewaffneten von den unbewaffneten Handelsschiffen unmöglich sei. Meine Mitteilung, daß die Denkschrift auf Anregung des Admiralstabs und mit seiner völligen Zustimmung abgefaßt sei, ist fast überall dank der E.E. bekannten sonstigen Treibereien nur lauten Ohren begegnet.

Und weiterhin ein Zweites. Sowohl bei meinen Gesprächen mit den Parlamentariern wie bei meiner heutigen Unterredung mit den Oberpräsidenten trat klar zutage, daß eigentlich keiner eine Vorstellung davon hatte, was der „rücksichtslose“ Ubootskrieg bedeute. Daß bei ihm mit der für amerikanische und holländische Passagierschiffe vorgesehenen Ausnahmen nach ordnungsmäßiger Vorankündigung innerhalb der Kriegszone auch die neutralen Handelsschiffe vom getauchten Boot aus ohne vorgängige Ankündigung torpediert werden sollten, wollte eigentlich keinem Einzigen in den Sinn, erregte vielmehr bei Allen wegen der damit verbundenen Rückwirkung auf die Neutralen

[1294] Karl (Charles) von Wiegand (1874–1961), amerikanischer Journalist; seit 1914 Sonderkorrespondent der „New York Sun“. – Das hier erwähnte Interview mit Jagow: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 64–65.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die entschiedenste Überraschung und ersichtlich die ernstesten, wenn auch zum Teil unausgesprochenen Bedenken.

Ich habe geglaubt, dies E.E. ausdrücklich mitteilen zu sollen, um meiner ernsten Überzeugung Ausdruck zu geben, daß es einer sehr intensiven und vertrauensvollen Zusammenarbeit von Politik und Marine bedarf, um, soweit es auch möglich ist, die unberechenbaren Schädigungen einigermaßen wieder gut zu machen, welche in der letzten Zeit herbeigeführt worden sind. E.E. wissen, daß dies das einzige Ziel aller meiner Maßnahmen ist und daß ich mich glücklich schätze, mich hierin in völliger Übereinstimmung mit E.E. zu wissen.

516. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 22351. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 336. Berlin, 23. März 1916, 4 Uhr 20 Min.Vm.
Ankunft: 23. März 1916, 8 Uhr 45 Min. Vm.

Konservative und Nationalliberale wollen heute ihre Unterseebootanträge, wenn auch nicht in extenso, im Reichstag öffentlich besprechen. Auf im Seniorenkonvent erfolgte Drohung der Sozialdemokraten, dann in große politische Debatte einzutreten, wurde diese Absicht aufgegeben und nur über Steuern verhandelt. Besprechung der Unterseebootanträge erfolgt nächste Woche in Kommission[1295]. Konservative scheuen sich, Krisis durch parlamentarische Aktion herbeizuführen, obwohl ihnen Krisis an sich erwünscht ist, wofern sie selbst dabei nicht öffentlich kompromittiert werden. Im Lande lebhafte alldeutsche Agitation, unterstützt von Kreisen Hugenberg – Wangenheim und von Konservativen und Nationalliberalen gern gesehen. Hauptsächlich betrieben wird Agitation von nationalliberalen Abgeordneten Fuhrmann und Professor Dietrich Schäfer[1296], die Petition an Kaiser und Reichstag in Hunderttausenden übers Land versenden. Zuständige Militärbehörden einschreiten dagegen. Stimmung im Reichstag eher ruhig. Tirpitz-Nachrufe ohne besondere Bewegung aufgenommen. Glaube deshalb, daß die einstweilen im Lande zunehmende und sich verbreitende Erregung schließlich überwunden werden kann, zumal allerdings kleine Minorität bei Konservativen und Nationalliberalen nachdenklich zu werden beginnt. Führende Persönlichkeiten des Herrenhauses scheinen verständige Haltung annehmen zu wollen.

[1295] Im Haushaltsausschuß des Reichstags. Vgl. Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 365–407.

[1296] Paul Fuhrmann (1872–1942), MdR (Nationalliberal) 1907–1912; Generalsekretär der Nationalliberalen Partei 1913–1918. – Dietrich Schäfer (1845–1929), Professor für Geschichte an der Universität Berlin; Streiter für die deutsche Flottenpolitik und für einen Siegfrieden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Übrigens aber versuchen Konservative, auch den Grafen Zeppelin[1297] für ihre subversiven Tendenzen einzuspannen. Er ist gestern von Schwerin-Löwitz überrumpelt worden, im Abgeordnetenhause Vortrag über Luftschiffe zu halten, wobei sich der alte Herr, der sich zurückgesetzt fühlt, einige Entgleisungen geleistet hat. Er hat soeben mit Admiral Holtzendorff bei mir gegessen und dabei mitgeteilt, daß er bei Seiner Majestät um eine Konferenz mit den Chefs des Luftschiffwesens des Landheeres und der Marine gebeten habe. Bei der großen Popularität und Loyalität des Grafen würde ich es für gut halten, wenn seiner Bitte entsprochen würde.

Bitte vorstehendes auch Exzellenz v. Valentini mitteilen.

517. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21527. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] Berlin, 24. März 1916

Ganz Geheim

Da Ubootskrieg erst Dienstag[1298] in Kommission verhandelt wird, werde ich frühestens Mittwoch[1299] im Plenum sprechen. Darlegung militärischer Lage, die zusammenfassend mehr giebt, als sich Publikum aus Berichten Oberster Heeresleitung herauslesen kann, absolut erforderlich. Lange Kriegsdauer, wirtschaftliche Nöte, Tirpitz, Unabsehbarkeit, wie Frieden kommen soll, haben flaue, zum Teil mutlose Nervosität erzeugt. Ungeduld wegen Verdun vermehrt durch Widersprüche zwischen unseren und französischen Heeresberichten. Besorgnis über enorme Verluste bei Verdun. Meine Darlegung müßte die einzelnen Kriegsschauplätze, wenn möglich, auch Erzerum, Irak und Saloniki, umfassen und schließlich Gesammtbild geben. Alles in der allein <mir> liegenden nüchternen Form. Wäre dankbar, wenn ich Dienstag im Besitz der Unterlagen wäre.

518. Reichskanzlei an Westarp

BA Berlin, R 43/2406j. Schreiben. Eigenhändig von Bethmann Hollweg. Am Rand mit Cessat-Vermerk.

Zu Rk. 7334 KJ. Berlin, 25. März 1916

In einem „Um des Volkes Zukunft“ überschriebenen Artikel haben die Berliner neuesten Nachrichten über die politisch und gesellschaftlich krän-

[1297] Ferdinand von Zeppelin (1838–1917), Generalleutnant der Kavallerie; Konstrukteur des Luftschiffs.

[1298] 28. März 1916. Vgl. die vorangehende Nr. Anm. 1295.

[1299] Tatsächlich erst am 5. April 1916 (im Reichstag). Vgl. unten Nr. 745*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kende Behandlung geklagt, die der Herr Reichskanzler bei der am 14. d.M. im Reichskanzlerpalais stattgehabten vertraulichen Besprechung den Fraktionsvorständen des Reichstags[1300] habe zu Teil werden lassen. Speziell wird unterstellt, daß den Anwesenden weder Sitzgelegenheit noch Diskussionsmöglichkeit geboten worden wäre. Die Kreuzzeitung hat in ihrer No. 155[1301] diesen Artikel übernommen und markante Stellen durch Sperrdruck hervorgehoben. Bei den nahen Beziehungen der Konservativen Partei zur Kreuzzeitung befürchtet der Herr Reichskanzler, daß die Übernahme des Artikels nicht hätte erfolgen können, wenn nicht auch die an jenem Abend erschienenen Mitglieder der konservativen Fraktion sich in der angedeuteten Richtung tatsächlich beschwert gefühlt hätten. Sollte das zutreffen, so würde der Herr Reichskanzler für eine entsprechende Mitteilung dankbar sein, andernfalls aber Wert darauf legen, daß der bei den Lesern der Kreuzzeitung erweckte falsche Eindruck wieder beseitigt wird.

519. Bethmann Hollweg an Valentini

BA Berlin, R 43/2406j, f. 18. Privatdienstschreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Zu Rk. 7335 K.J

Berlin, 26. März 1916
Abgangsvermerk: 27. März 1916

Sehr verehrte Exzellenz!

Ihr sehr interessantes Schreiben vom 25. d.Mts.[1302] habe ich erhalten und sage Ihnen meinen aufrichtigen Dank für das, was Sie und die anderen Herren Kabinettschefs in dieser Sache getan haben. Es ist wirklich eine große Hilfe und Stärkung für mich zu wissen, daß in der Nähe meines Kaiserlichen Herrn so loyale und kluge Berater stehen. Seiner Majestät selbst bin ich zu tiefstem Danke verpflichtet für dieses Eingreifen, das mir die Überwindung der augenblicklichen Schwierigkeiten wesentlich erleichtert.

Den Bericht des Polizeipräsidenten[1303] halte ich in manchen Punkten für übertrieben. Gewiß besteht in weiten Kreisen und auch bei treuen Patrioten noch immer eine starke Erregung wegen des Abganges von Tirpitz und der angeblichen Nichtanwendung eines Kriegsmittels, das uns zu baldigem vollständigen Sieg über England führen könnte. Es handelt sich aber hier, wie mir von

[1300] Westarp, Konservative Politik II S. 126–128.

[1301] Vom 25. März 1916.

[1302] In BA Berlin, R 43/2406j, f. 9–10.

[1303] Auszug aus dem „Stimmungsbericht des Polizeipräsidenten in Berlin vom 18. März 1916“ in: ebenda f. 13–14. Darin heißt es u.a.: „Das scheinbare Aufgeben der angekündigten Verschärfung des Unterseebootkrieges hat eine überaus gereizte Stimmung erzeugt, und zwar vor allem in den gebildeten Kreisen, die noch durch das Ausscheiden des Großadmirals von Tirpitz an Stärke gewonnen hat und vor der heftigsten Kritik an der Reichsleitung nicht zurückschreckt.“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

allen Seiten bestätigt wird, im wesentlichen um intellektuelle Kreise, die durch eine geschickte Agitation aufgereizt sind, ohne daß die Regierung dieser Aufreizung mit durchschlagenden Gründen in der Öffentlichkeit entgegentreten könnte.

In die Masse ist die Erregung nicht allzu tief eingedrungen, und es scheint, daß man mir vorläufig noch nicht die Fenster einwerfen wird. Im Gegenteil, manche Anzeichen sprechen dafür, daß der Höhepunkt der Erregung bereits überschritten ist. Wie die Reichstagsverhandlungen ausgehen und ob sie diese Erregung dämpfen oder neu entzünden werden, kann man noch nicht klar übersehen. Ich werde zunächst in der Kommission sprechen. Dort und im Plenum[1304] wird es sicherlich notwendig sein, den von Seiner Majestät im Schlußsatze der Antwort an den Generalobersten von Kessel[1305] angeregten Gedanken auszusprechen und den Leuten klar zu machen, daß wir selbstverständlich den Krieg mit aller Energie führen und uns durch keinerlei schwächliche Rücksichten von der Anwendung irgend eines Kampfmittels abhalten lassen, sofern es wirklich Erfolg verspricht.

In aufrichtiger Verehrung bin ich
Ihr
ergebenster

520. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Berlin, R 43/2406j, f. 117. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Rk 7366KJ. Berlin, 28. März 1916
Abgangsvermerk: 28. April 1916, 9 Uhr 10 Nm.

Nr. 50.

Sofort

In der Haushaltskommission des Reichstags wurde heute die Ubootfrage besprochen[1306]. Nach einem einleitenden Referat des Abgeordneten Bassermann habe ich in längerer Rede die Gründe dargelegt, die für meine von Seiner Majestät gebilligte Politik maßgebend sind. Darauf sprach Admiral von Capelle über die technische Seite der Frage in sehr geschickter und taktvoller Weise. Ich glaube, daß die Ausführungen der Regierung stark gewirkt haben.

[1304] Unten Nr. 744* und Nr. 745*.

[1305] Kessel hatte am 21. März 1916 dem Kaiser den in der Anm. 1303 genannten Auszug aus dem Stimmungsbericht überreicht (BA Berlin 43/2406j, f. 11–12). Die Anwort des Kaisers ist nicht in diesem Bestand. Valentini hatte aber dem Reichskanzler mitgeteilt, daß der Kaiser die Anregung in Kessels Schreiben, die dringendste innenpolitische Aufgabe sei es, die öffentliche Meinung von der Richtigkeit der von der Reichsleitung getroffenen Maßnahmen zu überzeugen, an den Kanzler weitergebe.

[1306] Unten Nr. 744*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Konservativen und Nationalliberalen haben ihren Antrag bereits abgeschwächt. Ich hoffe, daß die Kommissionsverhandlung wesentlich zur Beruhigung beiträgt und daß eine Erörterung im Plemun vermieden wird. Morgen wird die Kommissionsverhandlung noch fortgesetzt. Die nächste Plenarsitzung des Reichstags wird erst Mitte nächster Woche stattfinden[1307]. Ich werde in ihr voraussichtlich über die allgemeine politische Lage sprechen. In der heutigen Sitzung wurde der Abgang des Großadmirals von Tirpitz mehrfach erwähnt, aber ohne alle Erregung behandelt.

521. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Berlin, R 43/2406j, f. 159–160. Telegramm (durch Hughes-Apparat). Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Rk 7376 K.J. Berlin, 29. März 1916
Abgangsvermerk: 29. März 1916, 11 Uhr 50 Min. [Nm.]

Nr. 51.

Etatsrat Andersen hat mir vorgestern, allerdings in nicht greifbaren Wendungen, von Eventualität englischer Landung in Jütland bezw. Schleswig gesprochen, dabei Wahrscheinlichkeit der Landung geleugnet, immerhin aber damit ein Thema angeschlagen, daß er früher nie berührt hatte. Ich hatte zunächst Sache keine Bedeutung beigelegt, werde jetzt aber nachdenklich, nachdem Stegemann gestern hier von englischen Landungsplänen gesprochen hat, die sich allerdings anscheinend mehr auf Holland beziehen. Stegemann hat auf meine Veranlassung seine Wahrnehmungen und Vermutungen Admiralstab mitgeteilt, dem ich anheimgestellt habe, auch Oberste Heeresleitung zu informiren.

Andersens Mitteilungen gipfelten im Übrigen darin, daß in England im Hinblick auf allgemeine Volksstimmung kein Regierungsmitglied das Wort Frieden in den Mund zu nehmen wage, doch verbreitere sich die von Trevelyan[1308] und Genossen getragene Friedensstimmung. Für Fortschritte in dieser Beziehung wird meine bevorstehende Reichstagsrede entscheidend sein.

[1307] Unten Nr. 745*.

[1308] Sir Charles Trevelyan, 3rd baronet (1870–1958), Parlamentsmitglied (Liberal); Gegner des Kriegseintritts Englands; begründete 1914 die „Union of Democratic Control“, die für eine öffentliche Kriegszieldiskussion eintrat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

522. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 21463, f. 136. Hughestelegramm. Revidiertes Konzept von unbekannter Hand.

[Berlin] 30. März 1916

Sofort.

Die Reichstagskommission hat gegen die alleinige Stimme von Ledebour[1309] folgende Resolution beschlossen:
dem Reichstag folgende Erklärung an den Herrn Reichskanzler vorzuschlagen:

Nachdem sich das Unterseeboot als eine wirksame Waffen gegen die englische auf die Aushungerung Deutschlands berechnete Kriegführung erwiesen hat, gibt der Reichstag seiner Überzeugung Ausdruck, daß es geboten ist, wie von allen unseren militärischen Machtmitteln so auch von den Unterseebooten denjenigen Gebrauch zu machen, der die Erringung eines die Zukunft Deutschlands sichernden Friedens verbürgt, und bei Verhandlungen mit auswärtigen Staaten die für die Seegeltung Deutschlands erforderliche Freiheit im Gebrauch dieser Waffe unter Beachtung der berechtigten Interessen der neutralen Staaten zu wahren.

Vorangegangen war eine gründliche sachliche Debatte, in der neben meinen die Rechte des obersten Kriegsherrn verwahrenden Ausführungen die wiederholten Erklärungen des Admirals von Capelle und die wirtschaftlichen Darlegungen des Staatssekretärs Helfferich starken Eindruck machten. Auch die konservativen und nationalliberalen Wortführer mußten anerkennen, daß die militärisch-politischen Gründe, die Euer Majestät zu der in der Ubootfrage getroffenen Entscheidung bestimmten, wohl erwogen seien und dem Ziele dienten, unseren größesten Feind möglichst schnell mit allen möglichen Mitteln zum Frieden zu nöthigen. Die Haltung der Mehrheit der Socialdemokraten war durchaus vaterländisch. Hoffentlich wird der günstige Eindruck im Lande nicht durch erneute Versuche verbissener Treibereien gestört werden.

Alleruntertänigst

[1309] Georg Ledebour (1850–1947), MdR (SPD) 1900–1918; Gründungsmitglied der USPD 1917. – Zur im folgenden genannten Resolution vgl.: Hauptausschuß der Deutschen Reichstags S. 420 Anm. 2.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

523. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21463, f. 163. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 365. Berlin, 30. März 1916

Zugleich für Exz. von Valentini.
Unter Bezugnahme auf mein heutiges Telegramm an S.M.

In der Reichstagsresolution waren die Worte „geboten ist“ an sich nicht erwünscht, weil auslegbar als Versuch der Einwirkung auf Kommandogewalt. Sie verdanken ihren Ursprung unseren freisinnigen Freunden, die sich vielfach ungeschickt aufführten. Hätte ich auf meinen energischen Versuchen der Beseitigung dieser Worte bestanden, so wäre ein einmütiger Beschluß nicht zu erreichen gewesen. In der gegebenen Situation war aber die Einmütigkeit das Entscheidende.

524. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21463, f. 182. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 370. Berlin, 31. März 1916

Admiral von Holtzendorff lebt immer noch in der Vorstellung, daß spätestens am 4. April neue Entscheidung, und zwar dahin zu treffen sei, daß nunmehr rücksichtsloser Ubootkrieg proklamiert werde. Er drängt deshalb auf erneuten gemeinschaftlichen Immediatsvortrag. Diese Vorstellung mag formell gewisse Berechtigung haben, ist aber materiell ausgeschlossen, was ich dem Admiral, der heute dorthin abgereist ist, ausdrücklich gesagt habe. Bitte in geeigneter Weise feststellen, ob Seine Majestät erneuten Vortrag von mir, sei es mündlich oder schriftlich, erwartet.

525. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21527. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 373. 31. März 1916

Ganz Geheim

Großadmiral Tirpitz hat bei Verabschiedung Frau Kronprinzessin[1310] gesagt, ich hätte falsche Zahlen über unsere Ubootsstreitkräfte mitgeteilt. An-

[1310] Cecilie (1886–1954), Kronprinzessin; geb. Herzogin zu Mecklenburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nehme, daß dies über Stenay[1311] dorthin gelangt. Bei Besprechung mit Parteiführern am 14. habe ich ganz vertraulich diejenigen Zahlen mitgeteilt[1312], die mir Admiral von Holtzendorff Ende Februar auf Grund seines Aktenmaterials selbst in die Feder diktirt hatte. Jetzt in Budgetkommission habe ich selbst überhaupt keine Zahlen genannt, diesen Teil vielmehr ausschließlich Admiral von Capelle überlassen.

Für Gesammtbeurteilung erwähne noch Folgendes, jedoch nur für E.E. persönlich. Auf Grund ausdrücklicher Mitteilungen Holtzendorffs hatte ich Parteiführern mitgeteilt, daß für jedes an englischer Westküste vor dem Feinde stehendes Uboot wegen Ablösung, Reparatur u.s.w. 3 Uboote verwendungsbereit sein müßten. Capelle gab in Kommission gleichfalls unter Berufung auf Holtzendorff diese Zahl auf fünf an. Heute sagte mir Holtzendorff, daß sechs erforderlich seien.

526. Treutler an AA

PA Berlin, R 21464, f. 2. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 235. Großes Hauptquartier, 1. April 1916, 12 Uhr 6 Min.
Ankunft: 1. April 1916, 1 Uhr 10 Min.

Antwort auf Telegramm Nr. 370[1313].
Für den Herrn Reichskanzler.

Seine Majestät waren sichtlich nicht angenehm überrascht, als ich von der Ansicht und Absicht Holtzendorffs sprach. Seine Majestät meinten, Holtzendorff könne darüber nicht bestimmen. Er, der Kaiser, werde das tun. Er habe Euerer Exzellenz aufgetragen, die schwebenden Fragen bezüglich Amerikas zu klären, und erwarte Euerer Exzellenz Bericht, danach werde er weiter anordnen. Seine Majestät erwähnten dabei die ungefähre Frist eines Monats, sodaß ich anheimgebe, doch in absehbarer Zeit eine Meldung an Seine Majestät gelangen zu lassen. Wenn ich mir einen Rat erlauben darf, so glaube ich, daß diese Meldung unter den hier obwaltenden Verhältnissen – Euere Exzellenz wissen, daß mit der Wendung „Jetzt ist es am Auswärtigen Amt, sein Meisterstück zu machen“ operiert wird – etwa die Angabe enthalten müßte, daß die politischen und wohl auch die marinetechnischen Gründe, die Euerer Exzellenz Votum Anfang v. M. bedingt hätten, keine wesentliche Änderung erfahren hätten. Die Klärung der einschlägigen Fragen bezüglich der Neutralität würde fortgesetzt angestrebt, sie könne indes von uns nicht in gegebener Zeit erzwun-

[1311] Französische Gemeinde im Nordosten Frankreichs nahe der belgischen Grenze. Hier war das Hauptquartier des Armee-Oberkommandos 5 (Kronprinz Wilhelm) vom September 1914 bis Februar 1918 installiert.

[1312] Vgl. Anm. 1295.

[1313] Oben Nr. 524.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen werden; Amerika habe jetzt erst die Antworten der Alliierten auf den Vorschlag, ihre Handelsschiffe zu entwaffnen, erhalten[1314]. Außerdem brächten Ereignisse wie der Untergang der Sussex[1315] etc. naturgemäß Störungen und Verzögerungen in allen Verhandlungen.

Ich hörte, wie später Seine Majestät den Admiral von Müller fragte, warum Holtzendorff schon wieder herkomme, worauf Müller antwortete, diese Reise erfolge lediglich auf Anregung von von Falkenhayn, der mit dem Admiral andere den Unterseebootkrieg nicht betreffende Fragen zu besprechen habe.

527. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21464, f. 111. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 389. Berlin, 3. April 1916

Zum Vortrag bei Seiner Majestät:

In dem gemeinsamen Vortrag am 4. März hatten Seine Majestät befohlen, das Terrain in Amerika und den europäischen neutralen Staaten solle – soweit dies überhaupt erreichbar – mit dem Ziele geklärt werden, für Anfang April den Beginn eines unbeschränkten Ubootkrieges unter Vermeidung des Bruches mit Amerika zu ermöglichen. Die Euer pp. bekannte Note[1316], in der wir die Berechtigung unseres Standpunktes in der Ubootfrage dargelegt und mit den zahlreichen völkerrechtswidrigen Maßnahmen Englands gegen Kriegführende und Neutrale motiviert haben, hat ihren Eindruck in den Vereinigten Staaten ebensowenig verfehlt wie die Unterredungen, die Jagow, Zimmermann und ich mit dem Botschafter Gerard und mit den hiesigen amerikanischen Journalisten geführt haben. Andrerseits sind Ereignisse wie der Untergang der Sussex, des Englishman[1317] u.s.w., die der deutschfeindlichen Stimmung bei Regierung und Volk immer wieder neue Nahrung zuführen, nur geeignet, unsere Arbeit in der befohlenen Richtung zu verzögern und zu erschweren. Überhaupt kann ja die Klärung der einschlägigen Fragen bezüglich der Neutralität von uns in einem gegebenen Zeitraum nicht erzwungen werden. So hat Amerika auf sei-

[1314] Am 29. März 1916 hatten die Alliierten auf Lansings Vorschlag einer Entwaffnung aller Handelsschiffe ablehnend geantwortet. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 522–523, 535.

[1315] Der englische Passagierdampfer wurde am 22. März 1916 im Ärmelkanal von einem deutschen Uboot torpediert. Da dabei amerikanische Passagiere verletzt wurden, kam es wieder zu einem Austausch diplomatischer Noten zwischen Berlin und Washington. Deutschland versicherte der amerikanischen Regierung, künftig keine Passagierschiffe mehr zu behelligen und Handelsschiffe nur nach der Prisenordnung anzugreifen. Damit war indirekt der Verzicht auf den rücksichtslosen Ubootkrieg abgegeben.

[1316] Vom 8. (10.) Februar. Vgl. oben Nr. 497 und Anm. 1247.

[1317] Am selben Tag wie die „Sussex" (24. März 1916) wurde auch der englische Dampfer „Englishman" westlich von Islay (Hebriden) versenkt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen Vorschlag an die Alliierten, ihre Handelsschiffe zu entwaffnen, erst jetzt eine Antwort erhalten. Uns ist diese Antwort offiziell noch garnicht mitgeteilt.

Somit ist in der Haltung Amerikas uns gegenüber eine entscheidende Wendung zu unseren Gunsten noch nicht eingetreten. Da auch die marinetechnischen Unterlagen im verflossenen Monat eine wesentliche Änderung nicht erfahren haben dürften und die sonstige politische Lage im Allgemeinen die gleiche ist wie zu Anfang März, kann ich von dem Standpunkte des damaligen Votums zur Zeit noch nicht abgehen. Selbstverständlich wird die Allerhöchst befohlene Bearbeitung Amerikas fortgesetzt, doch ist unter den obwaltenden Umständen unmittelbarer Erfolg einstweilen nicht zu erwarten.

528. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21464, f. 114. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 25. Großes Hauptquartier, 4. April 1916, 4 Uhr 6 Min. Nm.
Ankunft: 4. April 1916, 5 Uhr 10 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 389[1318].

Seine Majestät waren einverstanden, meinten aber, Euere Exzellenz könnten die Entscheidung nicht ad calendas graecas verschieben. Ich wandte ein, daß dies durchaus nicht Euerer Exzellenz Absicht sei, aber die Entscheidung hinge ja nicht nur von uns ab. Seine Majestät erklärte darauf, er müsse in absehbarer Zeit (Mai/Juni) einen definitiven Bericht erwarten dürfen, ob der an sich unentbehrliche rücksichtslose Krieg ohne die Gefahr von Verwickelungen mit den Neutralen geführt werden könnte oder nicht. Ich sagte, Antwort könne auch jetzt schon, und zwar im verneinenden Sinne gegeben werden, worauf Seine Majestät der Erwartung Ausdruck gaben, daß es der Diplomatie gelingen würde, das Terrain so vorzubereiten, daß eine Erklärung an die Neutralen, wir müßten jetzt diesen Krieg führen, von ihnen hingenommen werden würde; dahin müsse auf das intensiveste gearbeitet werden. Der Vortrag schloß mit meiner Erklärung, daß selbstverständlich sofort alles veranlaßt sei, was nur irgend zu dem erwünschten Ziele führen könne.

[1318] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

529. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 114–130. MF 987. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 159–160 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 11. April 1916

[*1. Änderung des Reichsvereinsgesetzes von 1908*[1319].]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, nach dem gegenwärtig bestehenden Rechtszustande könnten auch Landarbeiter sich zu Gewerkschaften zusammenschließen, und es sei ihnen nur durch das Gesetz vom 24. April 1854[1320] in dessen Geltungsbereich verboten, Verabredungen zur Einstellung der Arbeit zu treffen. Ferner seien die Befugnisse des Staates, den in seinen Betrieben beschäftigten Arbeitern Vorschriften zu machen, durch das Vereinsgesetz nicht beschränkt. Endlich wären auch Gewerkschaften, welche sich nicht mit politischen Angelegenheiten beschäftigten, nicht verpflichtet, die Vorstandsmitglieder und die Statuten den Polizeibehörden mitzuteilen. Auch seien sie berechtigt, Jugendliche aufzunehmen. Wenn diese seine Rechtsauffassung zutreffe, so enthalte demgegenüber der jetzige Entwurf 5a[1321] insoweit eine Änderung, als die Gewerkschaften, auch wenn sie über sozial- oder wirtschaftspolitische Angelegenheiten verhandelten, sofern sie sich hierauf beschränkten und nicht auf Gebiete der allgemeinen Politik übergriffen, von den Vorschriften der §§ 3 und 18[1322] dispensiert werden sollten.

Der Vorschlag des Herrn Ministers des Innern[1323] gehe bezüglich der Jugendlichen hierüber weit hinaus. Er wolle den Zutritt der Jugendlichen allen Gewerkschaften, auch den politischen, gestatten. Das Korrektiv finde er nur in der für die politischen Vereine beibehaltenen Anzeigepflicht. Wie Herr Direk-

[1319] In den vorangegangenen Verhandlungen zur Änderung des Vereinsgesetzes waren sechs verschiedene Änderungsentwürfe über die Vereine auf dem Lande eingegangen. Der Entwurf 6 des Staatsministers Delbrück enthielt weitgehende Zugeständnisse hinsichtlich der Möglichkeit der Polizeibehörden, Beauftragte in die Vereinsversammlungen zu entsenden. Durch Abstriche Delbrücks kam der in dieser Sitzung behandelte Enwurf 6a zur Diskussion. Der hier ebenfalls genannte Entwurf 5a war aus kommissarischen Beratungen hervorgegangen. Vgl. Militär und Innenpolitik S. 284–286; Westarp, Konservative Politik II S. 222–226; Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 327 (Sachregister sub „Reichsvereinsgesetz“).

[1320] Gesetz betreffend die Verletzung der Dienstpflicht des Gesindes und der ländlichen Arbeiter vom 24. April 1854 in: Gesetz-Sammlung für die Königlichen Preußischen Staaten 1854. Berlin [1854], S. 214–215.

[1321] Dazu vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X 159 Anm. 3.

[1322] § 3 des Reichsvereinsgesetzes von 1908 erläutert den Begriff „politischer Verein“ (ein Verein muß einen Vorstand und eine Satzung haben); § 18 enthält Strafbestimmungen für den Vorstandsvorsitzenden und den Versammlungsveranstalter.

[1323] Friedrich Wilhelm von Loebell.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tor Dr. Caspar[1324] hervorgehoben habe, habe Ebert gesagt, daß diese Anzeigepflicht zwar für die großen Gewerkschaften sachlich keine große Bedeutung habe, daß sie aber auf dem platten Lande und in den kleinen Städten nicht erträglich sei, weil es dort sehr wichtig sei, daß die Vorstandsmitglieder der Vereine nicht bekannt würden. Würden sie dem Landrat gemeldet, so seien die Leute geliefert. Diese Auffassung treffe aber insofern nicht zu, als auf dem Lande die Vorstandsmitglieder der Gewerkschaften doch auch ohne Anzeige allgemein nicht bekannt würden. Die Anzeigepflicht sichere deshalb das Land keinesfalls davor, sozialdemokratisch beeinflußt zu werden. Wenn aber der sozialdemokratische Einfluß auf solche Gewerkschaften beschränkt werde, welche sich nur mit sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigten, so sei das doch weniger gefährlich, als wenn ganz allgemein über politische Dinge gesprochen werden könne und geradezu politische Diskutierklubs gegründet würden. Der Entwurf 5a gehe also lange nicht so weit wie die Vorschläge des Herrn Ministers des Innern. Er müsse diesen als zu weitgehend ansehen. Gerade gegen die unbegrenzte Zulassung der Jugendlichen zu den politischen Vereinen hätten die Konservativen besonderen Widerspruch erhoben.

[*Beiträge diverser Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, er halte es auch seinerseits für erforderlich, die politische Seite der Frage mit in den Kreis der Erwägungen zu ziehen. Vorweg wolle er aber noch betonen, daß er einem Gesetzesentwurf, welcher das Streikverbot für landwirtschaftliche Arbeiter und für Eisenbahner beseitige, auch dann nicht zustimmen würde, wenn dadurch politische Schwierigkeiten entständen. Die Frage der Eisenbahnarbeiter werde ja anderweit geregelt. Was die landwirtschaftlichen Arbeiter angehe, so müsse er darauf hinweisen, daß eine wesentliche gewerkschaftliche Entwickelung weder im Osten noch im Westen der Monarchie stattgefunden habe, obwohl im Westen doch das Streikrecht bestände. Die Gründe hierfür seien ja bereits von dem Herrn Landwirtschaftsminister[1325] angegeben. Im Westen seien keine größeren Massen landwirtschaftlicher Arbeiter örtlich zusammengedrängt, im Osten aber ständen der gewerkschaftlichen Entwickelung das Gesetz von 1854 und der von dem Grundbesitz ausgeübte Druck auf den Arbeiter entgegen. Dieser Druck würde übrigens nach den Verhältnissen auf dem Lande von den Grundbesitzern auch dann ausgeübt werden können und ausgeübt werden, wenn die Vorstandsmitglieder nicht angezeigt zu werden brauchen.

Was nun die politische Seite der Frage anlange, so habe er aus den vorgelegten Verhandlungen mit den Reichstagsmitgliedern den Eindruck gewonnen, daß der Entwurf 5a im Reichstage doch in den Entwurf 6a umgewandelt werden würde. Wenn der Entwurf 5a also eingebracht werde, müsse man entschlossen sein, jede weitere Ausdehnung abzulehnen. Dann werde aber der

[1324] Franz Erich Caspar (1849–1927), Direktor im Reichsamt des Innern 1901–1917. – Der im folgenden genannte: Friedrich Ebert (1871–1925), MdR (SPD) 1912–1918 (1916 Vorsitzender der Fraktion); Reichskanzler 1918–1919; Reichspräsident 1919–1925.

[1325] Clemens Frhr. von Schorlemer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politische Zweck der Vorlage, nämlich die Stärkung der gemäßigten Sozialdemokratie, vereitelt, und die Radikalen unter Haase würden weiteren Zulauf erhalten. Das würde aber außerpolitisch und innerpolitisch sehr schädlich wirken. Das Auftreten von Liebknecht und Konsorten werde von den Feinden sicher ausgeschlachtet. Ihre Reden würden in den feindlichen Schützengräben verbreitet, und dadurch würde die Hoffnung auf den innerpolitischen Zerfall Deutschlands genährt. Wenn man in die weitere Zukunft blicke, so würde die jetzige Durchbringung des Entwurfs 6a den Vorteil bringen, daß die Regierung dem nach dem Friedensschluß zweifellos auf allen Gebieten einsetzenden starken demokratischen Ansturm auf Grund der in der Koalitionsfrage gemachten Konzessionen kräftiger entgegentreten könne.

Daß man durch die jetzt geforderten Bestimmungen einen besonders starken Anreiz zur Förderung der Organisation auf dem Land geben werde, glaube er bezweifeln zu sollen. In dem Enwurf 6a würde der landwirtschaftliche Arbeiter überhaupt nicht genannt. Aber in dem Entwurfe 5a, in welchem die einzelnen Arbeiterkategorien aufgezählt seien, würden sie vermißt werden, infolgedessen werde sich die ganze Diskussion auf die Landarbeiterfrage stürzen. Dadurch werde sie in unerwünschter Weise neue Nahrung erhalten, im Reichstage würde überdies der Burgfriede durch die unerfreulichsten Debatten gestört werden. Übrigens müsse man sich fragen, ob es überhaupt noch einen Burgfrieden gebe? Das Auftreten der Konservativen und Nationalliberalen in der Frage des U-Boot-Krieges sei ihm ein Beweis, daß von einem Burgfrieden kaum noch die Rede sein könne. Wenn es auch geglückt sei, in der Reichstagskommission einen gemeinsamen Beschluß zustande zu bekommen, so hätten doch die Konservativen und die Nationalliberalen im Plenum ausdrücklich erklärt, daß sie auf ihrem alten Standpunkt stehen geblieben seien, und den kenne man ja. Er verkenne übrigens nicht die Bedeutung der Äußerungen Heydebrands gegenüber dem Herrn Minister des Innern, daß die Konservativen die Regierung nicht mehr unterstützen könnten, wenn die landwirtschaftlichen Arbeiter in die gegenwärtige Gesetzesvorlage einbezogen würden. Ihm selbst habe Heydebrand schon vorher und ohne Bezugnahme auf die Vereinsgesetzesnovelle jegliche konservative Hülfe aufgekündigt. Der Wert dieser Äußerungen hänge eng mit Personalfragen zusammen. Er sei der Auffassung, daß, wenn Seine Majestät der Kaiser einen anderen Kanzler an seine Stelle setzen würde, der den Konservativen genehm sei, sie diesen dann stützen würden auch bei Einbringung des Entwurfs 6a. Er wisse nicht, wie weit die Konservativen im Landtage ihre Opposition treiben würden, er glaube aber nach den Erfahrungen, die er erst kürzlich wieder im Reichstage gemacht habe, würden sie sehr weit gehen. Denn bei dem Schlusse seiner letzten Reichstagsrede[1326], als er auf die Taten unserer Armee und Flotte hingewiesen habe, hätten sie sich offensichtlich jeder Beifallsbezeugung enthalten. Dies lasse doch wohl auf eine weitgehende Opposition schließen.

[1326] Vom 5. April 1916. Vgl. unten Nr. 745*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Er wolle noch keine ausgesprochene Stellung zu der heutigen Frage einnehmen, glaube aber doch, daß selbst, wenn der Entwurf 5a eingebracht werde, dadurch die Unterstützung der Konservativen schwerlich erkauft werden würde; also ein Vorteil werde nach dieser Richtung hin daraus nicht entstehen. In sachlicher Hinsicht wolle er nochmals betonen, daß er die Aufhebung des Gesetzes von 1854 für unmöglich halte. Von einer Einbringung des Gesetzes ganz abzusehen scheine ihm angesichts der von der Regierung abgegebenen Erklärungen nicht möglich. Deshalb müsse man entweder den Entwurf 6a einbringen, wozu er nicht geneigt sei, oder den Entwurf 5a mit dem festen Entschlusse, nachher über diesen Entwurf nicht hinauszugehen.

[*Einreden des Kultus- und des Finanzministers.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, wenn der Herr Finanzminister[1327] glaube, daß durch den Entwurf 6a die landwirtschaftlichen Arbeiter den Gewerkschaften ausgeliefert würden, so stimme das insofern nicht, als sie schon jetzt das Koalitionsrecht besäßen, nur mit der Beschränkung, daß die Jugendlichen den Gewerkschaften dann nicht beitreten könnten, wenn diese politische Vereine seien. Es handele sich also beim Entwurf 6a nur darum, ob man den Sozialdemokraten auf dem Lande Tür und Tor öffne, daß man die Jugendlichen zu den nichtpolitischen Gewerkschaften zulasse und bei diesen die Anzeigepflicht preisgebe, falls sie sich in ihren Erörterungen auf die sozial- und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten beschränkten. Er könne das im Gegensatz zu dem Herrn Landwirtschaftsminister[1328] nicht annehmen. Die sozialdemokratische Propaganda werde ohnehin nach dem Kriege einen großen Aufschwung nehmen. Ob sie auf dem Lande Erfolge haben werde, hänge nicht so sehr von dieser Vorlage ab als von allgemeinen politischen Entwicklungsfaktoren. Auch er habe mit Heine[1329] über die Sache gesprochen. Dieser habe gemeint, daß der Sozialdemokratie die Agitation im Osten doch nicht glücken werde. Das sei auch seine Ansicht. Heine habe sie vielleicht nur aus taktischen Erwägungen ausgesprochen, er habe aber darauf hingewiesen, daß neben den landwirtschaftlichen Arbeitern noch andere Kreise in Frage kämen, z. B. die privaten Bürobeamten, und mit Rücksicht auf diese und weitere andere Kategorien lege die Partei auf die Ausdehnung des Personenkreises das allergrößte Gewicht. Die parlamentarische Situation sei seines Erachtens so, daß bei Einbringung des Entwurfs 5a die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsleute des Zentrums die Ausdehnung des Personenkreises verlangen und für diesen Antrag alle Parteien stimmen würden bis auf die Konservativen und die Freikonservativen.

[*Bemerkungen anderer Minister.*]

[1327] August Lentze. – Zum folgenden: der Entwurf 6a ist der im Vorstehenden behandelte Vorschlag des Innenministers.

[1328] Clemens Frhr. von Schorlemer.

[1329] Wolfgang Heine (1861–1944), Rechtsanwalt; MdR (SPD) 1898–1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident führte aus, nach dem alten preußischen Vereinsgesetz hätten sich die Landarbeiter bereits zu Gewerkschaften zusammenschließen, und zwar keine Schüler, im übrigen aber jugendliche Arbeiter aufnehmen können. Die durch den Entwurf 6a in Aussicht genommene Erleichterung würde also gegenüber dem früheren Rechtszustande im wesentlichen nur darin bestehen, daß für die landwirtschaftlichen Gewerkschaften in gewissen Grenzen die Anzeigepflicht wegfalle. Dieses Zugeständnis sei doch gewiß nicht von ausschlaggebender Bedeutung. Er halte die Situation bei Einbringung des Entwurfs 5a für unhaltbar. Der Reichstag werde die Regierung doch vor den Entwurf 6a stellen, und dann würde es im Bundesrat schwer möglich sein, die Ablehnung gegenüber dem starken Widerstand der außerpreußischen Bundesstaaten durchzusetzen. Der Entwurf 6a bringe keine staatsgefährlichen Änderungen, der Enwurf 5a werde aber eine Situation schaffen, die so große politische Gefahren in sich schließe, daß er nicht wisse,wie er sie übernehmen könne.

[*Zustimmung des Handelsministers.*]

Nachdem der Herr Ministerpräsident auf eine dahingehende Anfrage des Herrn Landwirtschaftsministers nochmals erklärt hatte, daß er persönlich eine Änderung des § 24 des Vereinsgesetzes[1330] in der Richtung, daß eine Beseitigung des Streikverbots erfolge, nicht für annehmbar halte, wurde vom Staatsministeirum die Einbringung des Enwurfs 6a mit Stimmenmehrheit beschlossen[1331].

530. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21465, f. 5. Telegramm. Eigenhändiges Konzept. Am Rand eines entzifferten undatierten Telegramms Bernstorffs, das über Bueinos Aires und Stockholm (von dort am 10. April 1915 abgesandt) nach Berlin gelangte.

[Ohne Nr.] [o. O., 11. April 1916]

Bitte mir Instruktion an Bernstorff vor Abgang vorzulegen[1332].

(Wir sind und bleiben bestrebt, Ubootkrieg in Formen zu führen, die Neutralen nicht zu nahe treten. Selbstverständlich bleiben wir an unseren Zusagen

[1330] Er legt fest, daß die landesrechtlichen Vorschriften über kirchliche Vereine und über Streikmaßnahmen unberührt bleiben.

[1331] Die vom Reichstag am 26. Juni 1916 beschlossene Änderung des Vereinsgesetzes gedruckt u. a. in: Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte II S. 462.

[1332] Bernstorff hatte in seinem Telegramm von Anfang April 1916 aus Washington gemeldet, daß die Lage nach der Torpedierung des Dampfers „Sussex“ im Weißen Haus als hoffnungslos betrachtet werde, „weil man Ansicht sei, daß Deutsche Regierung trotz Abgang Tirpitz Ubootkrieg selbst mit bestem Willen nicht zügeln kann. […] Amerikanische Regierung sei überzeugt, daß Sussex von deutschem Uboot torpediert wäre. Wiederholung solcher Versehen müßte Vereinigte Staaten von Amerika in Krieg mit uns treiben, was Wilson sehr bedauern würde, da er in wenigen Monaten […] Frieden stiften möchte.“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

an Amerika stehen und werden, sobald wir in einzelnen Fällen Versehen erkennen, Remedur schaffen. Gegenüber immer steigenden Völkerrechtsverletzungen Englands aber können wir auf Ubootskrieg nicht verzichten und beklagen es lebhaft, daß es England anscheinend gelingt, für jedes seiner Transportschiffe einige Amerikaner zu engagieren, um so Bruch mit Amerika herbeizuführen. An unserer bona fides kann um so weniger gezweifelt werden, als Reichskanzler nun zum zweiten Male Deutschlands Bereitwilligkeit zum Friedensschluß vor aller Welt erklärt[1333] und dabei nur defensive Kriegsziele aufgestellt hat, während unsere Gegner die ausgestreckte Hand zurückweisen und immer weiter die dauernde militärische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands predigen.)

531. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21465, f. 116. Behändigte Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 16. April 1916.

[Ohne Nr.] [Berlin] 16. April 1916

Aus meinem heutigen Gespräch mit Staatsminister Dr. Kuyper[1334]

1. Unsere Politik in Belgien[1335] sei verfehlt. Die Hoffnung, daß wir besiegt werden würden, sei noch zu stark, als daß sich die Flamen durch Unterstützung dieser Politik kompromittieren könnten. Verlören wir den Krieg, dann werde doch alles wieder niedergerissen werden, was wir jetzt aufzubauen versuchen. Blieben wir Sieger, so könnten wir im Friedensschluß die Flamenfrage nach unseren Wünschen ordnen und brauchten dazu nicht die jetzige Vorarbeit, die kleinlich sei und bei den Flamen böses Blut mache.

2. Als ideale Lösung sei im Friedensschluß anzustreben die Teilung Belgiens in ein flämisches und ein wallonisches Königreich durch Personalunion geeint.

Ausreichend sei Verwaltungstrennung, dergestalt daß in Flandern Vorbedingung für Anstellung als Beamter sei: Absolvierung flämischer Kollegs und Examina. Dann würde auch die höhere Geistlichkeit, die absolut antiflämisch sei, gezwungen sein, mitzumachen.

3. Auch nach dem Kriege werde Belgien zwar nicht zu England, wohl aber zu Frankreich hinneigen, dem es sein Emporkommen in der Welt, namentlich

[1333] Vgl. Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 53–54.

[1334] Abraham Kuyper (1837–1920), niederländischer Ministerpräsident 1901–1905.

[1335] Ältere Literatur zu Belgien im Ersten Weltkrieg und zur deutschen Flamenpolitik in: Dahlmann-Waitz, 10. Aufl. 393/658–665. Wichtig (aufgrund der Akten): Frank Wende, Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges. Hamburg 1970 = Schriftenreihe zur auswärtigen Politik 7 (zur Flamenpolitik besonders S. 75–85). Neuere Studie: Karen Shelby, Flemish Nationalism and the Great War. The Politics of Memory. Visual Culture and Commemoration. London 2014.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung, zu verdanken habe. Paris werde immer der große Anziehungspunkt bleiben.

Wie wenig sich Belgien auch schon vor dem Kriege nach anderer Seite hingezogen gefühlt habe, ergebe sich aus folgenden, jedoch sehr vertraulich mitgeteilten Tatsachen.

Als Minister habe er einen „mündlichen Arbitragetraktat" mit Dänemark zu Stande gebracht. Belgien habe ein gleiches Angebot früher zurückgewiesen. – Später, als er nicht mehr Minister war, habe er den Kriegsminister Collin[1336] veranlaßt, Belgien ein Offensiv- und Defensivbündnis vorzuschlagen. Im Hinblick auf eine etwaige Neutralitätsverletzung durch uns. Auch das sei von Belgien kategorisch abgewiesen worden.

4. Der holländische Kriegsminister halte die Gefahr einer englischen Landung noch jetzt für bestehend, doch werde sie, wenn versucht, scheitern. Er, Kuyper, sehe die Sache persönlich als blinden Alarm an.

5. Die Banketrede von Asquith[1337] bedeute ein entschiedenes Einlenken. Zu machen werde jedoch frühestens etwas sein, wenn Verdun[1338] glücklich abgeschlossen würde.

6. Wilsons Politik werde lediglich durch Wahlrücksichten bestimmt. Krieg werde er nicht machen, da Amerika seine Flotte aus dem Stillen Ozean nicht wegziehen könne.

7. Besorgnis vor weiteren Bedrückungen Englands und vor japanischer Gefahr für die Kolonien[1339].

532. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21527. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin?, 18. April 1916]

Admiral von Holtzendorff erklärte mir heute: Der rücksichtslose Ubootskrieg würde dreimal so hohe Ergebnisse haben wie der jetzt geführte.

Im März seien versenkt (durch Uboote und Minen)
207.000[1340] feindliche
36.000 neutrale.

[1336] Hendrikus Colijn (1869–1944), niederländischer Kriegsminister 1911–1913.

[1337] Die Rede Asquiths vom 10. März 1916 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 118–119.

[1338] Zu Verdun vgl. die ältere Literatur in: Dahlmann-Waitz, 10. Auflage 393/562. Weitere Literatur in: Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Hrsg. v. Gerhard Hirschfeld [u. a.]. Paderborn 2003, S. 945.

[1339] Literatur zu den deutschen Kolonien in Ostasien: Dahlmann-Waitz, 10. Auflage 393/592. – Neueste Literatur in: Die Deutschen und ihre Kolonien. Ein Überblick. Hrsg. v. Horst Gründer u. Hermann Hiery. Berlin 2018, S. 330–345.

[1340] Gemeint sind: Tonnen Schiffsraum.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die neutralen sämmtlich in der Form des völkerrechtlichen Kreuzerkrieges.

Der Ubootskrieg kann in den jetzigen Formen, wenn auch schwierig, doch mit Erfolg geführt werden.

Der Admiralstab hofft, daß auch durch den jetzigen Ubootskrieg der Verkehr der europäischen Neutralen mit England unterbunden werden wird.

Herr von Holtzendorff rät nicht , durch Ankündigung des rücksichtslosen Ubootskrieges den Bruch mit Amerika zu provoziren, wünscht nur, daß wir Amerika nicht größere Konzessionen machen, als wir ihm bisher zugestanden haben.

Vom 1. März bis Mitte April haben wir an der West- resp. Südküste Englands 2 Uboote verloren.

Das auf den Booten der Tubantia gefundene Bronzematerial rührt von einem deutschen Torpedo her[1341]. Nach der auf auf einem Bronzestück befindlichen Nummer ist dieser Torpedo von einem unserer Uboote einige Zeit, bevor die Tubantia explodirte, auf ein englisches Kriegsschiff abgeschossen worden, wobei der Kommandant beobachtete, daß der Torpedo fehl ging.

533. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 22426. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 21. April 1916

Text der Note[1342] noch nicht vollständig hier. Soweit ich Sache momentan übersehen kann, wird unsere Antwort darin gipfeln müssen, daß wir ja schon im vorigen Jahre U-Bootskrieg nach Maßgabe Londoner Deklaration zu führen bereit gewesen wären, wenn Entente entsprechend Gegenleistungen böte. Publikation der Note wird nicht aufgehalten werden können. Unterbindung von Kommentaren scheint mir nicht möglich und wegen Wirkung auf Amerika nicht zweckmäßig. Sprache der Presse wird fest und würdig [sein], aber Schimpfereien und unmittelbare Provokation Amerikas vermeiden müssen. Es wird gut sein, wenn namentlich Blätter wie B.T. und F.Z.[1343] nicht flau machen.

Bitte, falls Euer Exzellenz mit obigem einverstanden, das Nötige veranlassen.

[1341] Die deutsche Seite hatte zunächst abgestritten, daß es sich bei der Versenkung der „Tubantia“ um einen deutschen Angriff gehandelt habe.

[1342] Der amerikanische Botschafter hatte der deutschen Regierung am 20. April 1916 zum „Sussex“-Fall eine Note seiner Regierung überreicht: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 569–575. Die deutsche Antwort darauf vom 4. Mai: ebenda S. 575–578.

[1343] „Berliner Tageblatt“ und „Frankfurter Zeitung“.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

534. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21527. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1. Großes Hauptquartier, 22. April 1916, 11 Uhr 40 Min. Vm.
Ankunft: 22. April 1916, 12 Uhr 27 Min. Nm.

General von Falkenhayn, der Bruch mit Amerika im Grund genommen doch vermeiden will, hält ihn für unausweichlich, wenn U-Bootskrieg in jetzigen Formen fortgeführt wird. Er glaubt aber, daß Amerika jetzt Bruch unterläßt und daß wir Brücke zu weiteren Verhandlungen bauen, wenn wir in Note auch folgenden Gedanken ausdrücken.

Wie im vorigen Jahre sind wir auch jetzt noch bereit, U-Bootskrieg Londoner Deklaration anzupassen, wenn England ein gleiches tut. Das Verlangen einer einseitigen Wiederherstellung des Völkerrechts, die den einen Teil zwingt, die Waffen nicht zu gebrauchen, dem anderen aber gestattet, das Völkerrecht nach seinem Interesse zu mißachten, kann an einen Großstaat nicht gestellt werden. Übrigens aber kann strengste Beobachtung Völkerrechts nicht ohne spezielles Abkommen garantiert werden. Wir wiederholen ausdrücklich unseren Hinweis darauf, daß wir von unserem durch das Völkerrecht gewährleisteten Recht der Minenlegung immer umfassenderen Gebrauch machen werden. Den darauf für die amerikanischen Leben erwachsenden Gefahren kann wirksam nur vorgebeugt werden, wenn Amerikaner sich darauf beschränken, nur auf bestimmt gekennzeichneten, von uns alsdann nicht zu verseuchenden Häfen Kriegszone passieren. Auch zu einem solchen Abkommen sind wir bereit.

535. Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg, Falkenhayn und Holtzendorff

PA Berlin, R 21527. Protokoll. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Großes Hauptquartier] 26. April 1916

Besprechung zwischen dem Herrn Reichskanzler, General von Falkenhayn und Admiral von Holtzendorff am 26. April 1916

Der Herr Reichskanzler nahm Bezug auf seine früheren Erklärungen, daß ein Bruch mit Amerika unter allen Umständen zu vermeiden sei, da er den Verlust des ganzen Krieges für Deutschland bedeuten werde. Die Bedenken, die er damals geäußert habe, es zum Kriege mit den Vereinigten Staaten kommen zu lassen, seien heute in erhöhtem Maße vorhanden, da Anzeichen dafür vorlägen, daß die südamerikanischen Staaten sich dem Vorgehen der Vereinigten Staten anschließen würden. Auch sei es schon jetzt bemerkbar, daß die Zuversicht unserer Gegner z. B. in Frankreich, im Hinblick auf den erwarteten Bruch mit Amerika zunehme. Der Abbruch der Beziehungen zu Amerika werde zweifellos den Krieg nach sich ziehen. Der Tenor der amerikanischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Note und die Berichte des Grafen Bernstorff aber ließen keinen Zweifel darüber zu, daß nur durch eine Konzession der Führung des U-Bootkrieges der Bruch vermieden werden könne. Diese Konzession müsse daher gemacht werden.

General von Falkenhayn glaubt, daß es sich vor allem darum handele, Klarheit in unsere Beziehungen zu Amerika zu bringen, da sonst sehr bald neue Zwischenfälle uns vor dieselbe Situation stellen würden und der Bruch mit Amerika dann doch eintreten werde. Er sieht eine Möglichkeit, solche Zwischenfälle zu vermeiden, nur in einer Vereinbarung mit der Regierung der Vereinigten Staaten, die uns den rücksichtslosen U-Bootkrieg gegen Schiffe aller Nationen im englischen Kriegsgebiet gestatten, der neutralen Schiffahrt aber bestimmte Schiffahrtswege offen halten würde. Entweder Amerika wolle den Krieg, dann seien alle Angebote zwecklos, oder es wolle den Krieg nicht, dann werde es sich auch auf ein solches Abkommen einlassen. Deutschland dürfe die einzige Waffe, die es besitze, um England zu besiegen, nicht aus der Hand geben, da es sonst den Krieg nicht gewinnen könne.

Der Herr Reichskanzler bemerkt, daß er den Verlust des Krieges gerade von dem Zutritt Amerikas zu unseren Gegnern befürchte. Der von General von Falkenhayn vorgeschlagene modus procedendi werde ganz zweifellos zum Bruch mit den Vereinigten Staaten führen, da die amerikanische Regierung es bereits wiederholt abgelehnt habe, auf ein Abkommen, wie er es im Auge habe, einzugehen. Durch ein Entgegenkommen in der Führung des U-Bootkrieges werde zum mindesten ein Aufschub des Bruches herbeigeführt werden.

General von Falkenhayn erklärt, daß auch er einen Bruch mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden wünsche und jeden Aufschub als einen Gewinn ansehe, glaubt aber an seiner vorher geäußerten Ansicht festhalten zu sollen. Er fürchtet insbesondere, daß, wenn Amerika in der U-Bootfrage nachgeben werde, die Vereinigten Staaten sich demnächst auch gegen den Minenkrieg wenden würden, sobald einmal amerikanische Staatsbürger demselben zum Opfer fielen. Werde das von ihm vorgeschlagene Abkommen abgeschlossen, so falle diese Gefahr fort.

Admiral von Holtzendorff widerspricht dieser Auffassung. Unsere Führung des Minenkrieges habe den Vereinigten Staaten, obgleich sie wiederholt auf die Gefahr desselben hingewiesen worden seien, niemals zu Beschwerden Anlaß gegeben. Es sei nicht anzunehmen, daß sie sich jetzt nach beinahe zweijähriger Kriegsdauer dagegen wenden würden.

Nach Verlesung des vorläufigen Notenentwurfs erklärt General von Falkenhayn, daß er sich einer Beschränkung im Gebrauch der U-Bootwaffe von militärischen Gesichtspunkten aus widersetzen müsse, da die Zurückführung des U-Bootkrieges auf den Kreuzerkrieg es verhindern werde, England so empfindlich zu treffen, daß dort Kriegsmüdigkeit eintrete.

Der Herr Reichskanzler präzisiert seinen Standpunkt dahin, daß er annimmt, daß auch schon eine Verminderung der englischen Tonnage um zwei Millionen Tonnen ohne Beitritt Amerikas zu unseren Gegnern den Erfolg

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

haben werde, eine die Aussicht auf Frieden eröffnende Kriegsmüdigkeit Englands herbeizuführen. Die Verminderung der englischen Tonnage um vier Millionen im rücksichtslosen Ubootkriege in Verbindung mit dem Beitritt der Vereinigten Staaten zur Entente werde England nicht zum Frieden zwingen, wohl aber es ermutigen, im Vertrauen auf die amerikanische Unterstützung den Krieg weiter fortzuführen.

Admiral von Holtzendorff ist der Ansicht, daß der Ubootkrieg als Kreuzerkrieg, wenn auch geringere, so doch in Verbindung mit dem Minenkrieg recht günstige Ergebnisse haben werde, wenn die U-Boote, wie das beabsichtigt sei, in Zukunft in größerer Entfernung von der Küste operierten. Gerade die Führung des U-Bootkrieges als reiner Kreuzerkrieg werde die von General von Falkenhayn gewünschte Klarheit bringen.

General von Falkenhayn befürchtet eine verhängnisvolle Wirkung unserer Nachgiebigkeit bei unseren Feinden, unseren Bundesgenossen und im Innern.

Der Herr Reichskanzler weist darauf hin, daß das feindliche Ausland mit Ungeduld den Bruch zwischen Deutschland und Amerika erwarte. Er verliest ein Telegramm des Baron Burian, in dem dieser der ernsten Sorge wegen eines Bruches mit den Vereinigten Staaten Ausdruck gibt. Was die Stimmung im Innern und der Armee betrifft, so werde es darauf ankommen, durch geeignetes Eingreifen der Zensur, vor allem aber einheitliche Vertretung des Regierungsstandpunktes von allen Stellen aus, der Entstehung einer allzutief gehenden Mißstimmung vorzubeugen. Die besonnenen Elemente in Deutschland beginnen auch bereits, die Gefahren eines Bruches mit den Vereinigten Staaten einzusehen.

Es wurde schließlich festgestellt, daß ein Vortrag in der Angelegenheit bei Seiner Majestät erst erfolgen könne, nachdem das Telegramm des Grafen Bernstorff eingetroffen sei, daß genaueren Aufschluß über den Standpunkt der amerikanischen Regierung gebe[1344].

536. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21527. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 11. Großes Hauptquartier, 26. April 1916, 9 Uhr 31 Min. Nm.
Ankunft: 26. April 1916, 10 Uhr 20 Min. Nm.

Admiral von Holtzendorff wünscht Zusicherung an Vereinigte Staaten, in der Form, „daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, daß der Unterseeboot-Handelskrieg nach den Bestimmungen der Prisenordnung zu führen ist“.

[1344] Vgl. Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 247–248 (Telegramm vom 1. Mai 1916).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

537. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22427. Telegramm (Hughes). Reinkonzept von Schreiberhand.

Nr. 3. Großes Hauptquartier, 27. April 1916

Bitte sofort detaillierte Richtlinien für Besprechung unserer Note in Presse, die dann durch Oberste Heeresleitung an Censurbehörden gehen können, ausarbeiten lassen und hierher drahten. Werde dann bei Falkenhayn Erlaß dieser Richtlinien verlangen. Es könnte außerdem daran gedacht werden, Generalkommandos zur vertraulichen Instruktion Presse einiges über Gründe unserer Haltung mitteilen zu lassen. Bitte, falls damit einverstanden, auch hierfür Entwurf drahten.

538. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21527. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Nr. 4.] Großes Hauptquartier, 27. April 1916, 12 Uhr 20 Min. Vm.
Ankunft: 27. April 1916, 1 Uhr 20 Min.Vm.

Für den Herrn Staatssekretär. Ganz geheim.

Wie bereits gestern telegraphiert, will Seine Majestät Bruch mit Amerika unter allen Umständen vermeiden. Falkenhayn besteht einstweilen darauf, daß einzig mögliche Konzession an Amerika, deren grundsätzliche Notwendigkeit er übrigens jetzt anerkennt, darin bestehe, daß Amerikanern auf genau zu bezeichnender Route sichere Durchfahrt durch Kriegszone gewährleistet werde, während im übrigen in Kriegszone alle Schiffe, auch neutrale, ungewarnt zu torpedieren seien. Ich habe diesen Vorschlag natürlich rundweg abgelehnt. Holtzendorff erklärte in gestriger Konferenz überraschender Weise U-Bootkrieg in Formen Kreuzerkrieges wenngleich als weniger ergiebig, so doch als durchaus durchführbar. Ich hatte sogar Eindruck, als ob er Kreuzerkrieg als weiter von der Küste entfernt und deshalb für U-Boote ungefährlicher nach den Erfahrungen der letzen Monate zu bevorzugen beginne.

539. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22427. Telegramm (Hughes). Reinkonzept von Schreiberhand.

Nr. 5. Großes Hauptquartier, 27. April 1916

Für den Herrn Staatssekretär.

Ich möchte am Schluß vorletzten Alineas der amerikanischen Note statt „sich ihre weiteren Entschließungen vorbehalten“ sagen „sich einer neuen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sachlage gegenübersehen“[1345]. Letztere Fassung besagt dasselbe, ist den Vereinigten Staaten gegenüber weniger komminatorisch und erleichtert uns Stellung gegenüber eigener öffentlicher Meinung, die sonst vielleicht zu ungünstigem Zeitpunkt auf weitere Entschließungen drängen wird. Schlußabsatz möchte ich ganz fortlassen, da er im Inland als Schwäche ausgelegt werden könnte. Bitte Ihre Ansicht.

540. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22427. Telegramm (Hughes). Reinkonzept von Schreiberhand.

Nr. 6. Großes Hauptquartier, 28. April 1916

Für den Herrn Staatssekretär.

Der vorgeschlagene Schluß der Note scheint mir bedenklich, da er uns eventuell auf rücksichtslosen Ubootkrieg festlegt. Ich bin für folgende Fassung „so würde sich die deutsche Regierung einer Sachlage gegenübersehen, für die sie sich ihre Entschließungen vorbehalten muß“.

541. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22427. Telegramm (Hughes). Reinkonzept von Schreiberhand.

Nr. 7. Großes Hauptquartier, 28. April 1916, 1 Uhr 35 Nm.

Auf Telegramm 54.

Bin mit Admiral von Holtzendorff der Ansicht, daß in Zusicherung Passus „wie sie“ bis „versenken“ fortbleiben sollte. Erster Teil von „daß Weisung“ bis „führen“[1346] ist völlig klar und verbindlich, zweiter Passus enthält m. E. unnötige Detaillierung, die auf unsere öffentliche Meinung ungünstig wirken wird.

Bitte Äußerung.

[1345] Es blieb bei diesem neuen weicheren Schlußsatz. Vgl. Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 578.

[1346] Ebenda.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

542. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21527. Telegramm. Entzifferung. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 8. Großes Hauptquartier, 28. April 1916, 12 Uhr 20 Min. Vm.
Ankunft: 28. April 1916, 2 Uhr -- Min. Vm.

Herrn von Falkenhayns Stellung wie folgt.

Rückkehr zum Kreuzerkrieg bedeutet endgültige Aufgabe Ubootskrieges. Folge davon Verzicht auf Bestimmung Englands zum Einlenken und in weiterer Folge Erschöpfungskrieg. Er sei alsdann gezwungen, bisherige Methoden der Kriegsführung, insonderheit gegen Frankreich, aufzugeben. Müsse Mannschaften und Munition aufs Äußerste sparen und sich auf untätige Defensive beschränken. In solchem Erschöpfungskrieg würden wir unterliegen, da uns, selbst wenn wir mit Lebensmitteln auskämen, Rohstoffe für Munition und Waffen ausgehen würden.

Verständigung mit Amerika und daraus bestenfalls folgende Rückkehr Englands zu Londoner Erklärung würde uns vielleicht geringes Quantum Lebensmitteln zuführen, die jedoch nicht absolutes Bedürfnis darstellten, dagegen würde uns alle Zufuhr von den für Munitions- und Waffenerzeugung erforderlichen Rohstoffen, weil unter allen Umständen Bannware, verschlossen bleiben.

Erbitte Äußerung über konkrete Vorteile, die uns Rückkehr Englands zu Londoner Erklärung bieten würde, namentlich rücksichtlich Einfuhr von Rohstoffen.

Meine Stellung zur Gesamtfrage einstweilen nach wie vor, daß Bruch mit Amerika uns den Erschöpfungskrieg bringt, dem wir bei Vermeidung Bruchs entgehen.

Falkenhayn vertritt demgegenüber Standpunkt, daß bei Angebot gesicherter Durchfahrt durch Kriegszone, in der im Übrigen rücksichtsloser U-Bootskrieg zu führen sei, Bruch nicht eintreten werde.

Gerard behauptet, ohne alle Instruktionen zu sein.

Wie beurteilen E.E. Rückwirkungen der Vorgänge in England, Irland und Mesopotamien auf Gesamtlage?

543. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21527. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 321. Großes Hauptquartier, 30. April 1916, 3 Uhr 46 Min. Nm.
Ankunft: 30. April 1916, 3 Uhr 50 Min. Nm.

Ganz geheim! Für Herrn Staatssekretär.

Im heutigen Gespräch unter 4 Augen entwickelte S.M. folgenden Standpunkt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Operation auf Verdun sei vorbereitet und werde ausgeführt nur unter ausdrücklicher Voraussetzung, daß England gleichzeitig durch Ubootskrieg so geschwächt werde, daß Frankreich Hoffnung auf Rettung durch England aufgeben müsse. Wenn Ubootskrieg wegfalle – und das bedeute Rückkehr zu Kreuzerkrieg – wäre Fortsetzung der Operation Verdun zwecklos, weil dann auch umfangreichste Menschenschwächung Frankreich nicht zum Zusammenbruch bringen könne. In dem dann bevorstehenden Erschöpfungskrieg könnten wir uns weitere Aufopferung eigenen Menschenmaterials nicht mehr leisten, müßten Verdun aufgeben und uns auf allen Fronten auf passive Defensive beschränken. Das bedeute Verlust des Krieges. Durch Erfolge Ubootkrieges im März–April sei entgegen Allerhöchster Überzeugung Anfang März Beweis erbracht, daß wir durch Ubootskrieg England zum Frieden bringen könnten. Aufrechterhaltung der Beziehungen zu Amerika bringe uns nichts positives, beraube uns aber einzigsten Mittels, Krieg zu gewinnen. Dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen werde übrigens Krieg nicht folgen. Holland habe wiederholt erklärt, Schiffahrt einstellen zu wollen, sobald wir rücksichtslosen U-Bootskrieg erklärten.

Auf den Befehl Holtzendorffs, Ubootskrieg einstweilen nur in Form Kreuzerkriegs zu führen, haben Chef Hochseeflotte und Marinekorps übereinstimmend gemeldet, daß das unmöglich sei und daß sie infolgedessen Uboote zurückgezogen hätten.

Bitte alles Material, besonders Stimmen aus dem Ausland, die für unsere Auffassung verwertbar, hertelegraphieren.

544. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 22427. Eigenhändiges Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

M.J. Nr. 20.P. Pers. Großes Hauptquartier, 30. April 1916

Euere Exzellenz haben eine kurze Darstellung meiner Ansicht darüber gewünscht, wie der Krieg auf der Westfront geführt werden müßte, wenn wir gezwungen sein sollten, uns infolge Fortfall des Unterseekrieges gegen England auf unabsehbare Kriegsdauer einzurichten.

Meine Antwort ist, daß wir dann auch hier, mit Rücksicht auf die Ersatzmöglichkeiten an Personal, Material (Gerät) und Munition (Kriegsrohstoffen), im Großen zur defensiven Haltung übergehen müssen, woraus selbstverständlich eine entsprechende Einschränkung der im Gang befindlichen Operationen im Maasgebiet bedingt werden würde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg
1909–1921

HiKo
HISTORISCHE
KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN
AKADEMIE DER
WISSENSCHAFTEN

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DEUTSCHE GESCHICHTSQUELLEN DES 19. UND 20. JAHRHUNDERTS

HERAUSGEGEBEN
VON DER HISTORISCHEN KOMMISSION
BEI DER BAYERISCHEN AKADEMIE
DER WISSENSCHAFTEN
DURCH HANS-CHRISTOF KRAUS

BAND 78

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg 1909–1921

Rekonstruktion seines verlorenen Nachlasses

Herausgegeben und bearbeitet
von Winfried Baumgart

Teilband II

Duncker & Humblot · Berlin

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlagabbildung: Porträt Theobald von Bethmann Hollweg
(© Deutsches Historisches Museum)

Alle Rechte vorbehalten
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach
Printed in Germany

ISSN 0344-1687
ISBN 978-3-428-18197-1

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 ♾

Internet: http://www.duncker-humblot.de

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Inhaltsverzeichnis

Erster Teilband

Einleitung 1
Verzeichnis der weniger gebräuchlichen Abkürzungen 48
Dokumentenverzeichnis 51
Bisher unpublizierte Schriftstücke (Juli 1909–April 1916) 117

Zweiter Teilband

Bisher unpublizierte Schriftstücke (Mai 1916–Dezember 1933) 729
Regesten bereits veröffentlichter Schriftstücke 1181
Verzeichnis der Quellen und der Literatur 1467
Register 1488

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bisher unpublizierte Schriftstücke (Mai 1916–Dezember 1933)

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

545. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA/MA Freiburg, PH 1/55, f. 52. Immediatbericht. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Großes Hauptquartier, 2. Mai 1916

Euer Majestät

melde ich alleruntertänigst, daß ich soeben die befohlene Aussprache mit dem General von Falkenhayn gehabt habe und dabei bestrebt gewesen bin, jede etwaige Annahme zu zerstreuen, als ob ich die durch den Kriegszustand gebotene Mitwirkung an den politischen Entschließungen verschränken [!] wolle. In jeder Beziehung war ich bemüht, die entstandene Euer Majestät so schwer belastende Krisis so viel an mir liegt wieder zu heilen.

Alleruntertänigst.

546. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21468, f. 15. Telegramm, Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 9. Großes Hauptquartier, 2. Mai 1916, 11 Uhr 40 Min. Vm.
Ankunft: 2. Mai 1916, 11 Uhr 55 Min. Vm.

Mit dem Admiralstab festgestellte Fassung des Zugeständnisses an die Vereinigten Staaten[1]:

„Von diesem Gedanken geleitet, teilt die deutsche Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten mit, daß Weisung an die deutschen Seestreitkräfte ergangen ist, auch feindliche unbewaffnete Kauffahrteischiffe, gleichviel ob es sich um Passagier- oder um Frachtschiffe handelt, soweit sie nicht fliehen oder Widerstand leisten, innerhalb wie außerhalb des Seekriegsgebiets nur nach Warnung sowie unter Rettung der Menschenleben zu versenken."

Bezugnahme auf Völkerrecht verbietet sich, weil wir sonst bisherige völkerrechtswidrige Kriegführung zugestehen. Durchsuchung ist mit U-booten undurchführbar, daher ganzer bezüglicher Passus auch wegen unserer öffentlichen Meinung fortzulassen. Letztere fordert Einfügung des Wortes „unbewaffnete". Telegramm, das Gerard gestern erhielt[2], bestärkt mich in Überzeugung, daß auf dieser Basis Verständigung mit Ver. Staaten ohne Bruch möglich.

[1] Vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 145; ebenda S. 145–149 der Wortlaut der deutschen Note an die Vereinigten Staaten vom 4. Mai 1916.; ferner Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 575–578. Vgl. auch König, Agitation S. 369–373.

[2] Vgl. das Telegramm Lansings in der Sache in: Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 252.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

547. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21468, f. 66. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 13. Großes Hauptquartier, 2. Mai 1916, 2 Uhr 54 Min. Nm.
Ankunft: 2. Mai 1916, 3 Uhr 5 Min. Nm.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 11.

Gleichzeitig mit der Note bitte ich Herrn Gerard folgende Notiz zu übergeben[3].

Notiz

Dem Admiralstab der Marine liegen 2 Abbildungen der Sussex vor. Die eine ist dem Daily Graphic vom 27. März entnommen, die zweite ist von einem der Passagiere zur Verfügung gestellt. Beide Abbildungen weisen erhebliche Abweichungen in der äußeren Erscheinung des Schiffes auf (Zahl der Masten, Funkspruchein richtung, Fortfall des weißen Streifens an der Bordwand, Form des Hecks). Während auf der Abbildung des Daily Graphic die Sussex als Passagierschiff erscheint, macht sie auf der zweiten Abbildung den Eindruck eines Hilfskriegsschiffs. Die deutsche Regierung bittet die Regierung der Vereinigten Staaten feststellen zu wollen, ob Veränderungen an der Sussex im Verlaufe des Krieges vorgenommen worden sind und, zutreffendenfalls, welches diese Veränderungen waren, zu welchem Zweck und Zeitpunkt sie erfolgten.

548. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 21468, f. 68. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 14. Großes Hauptquartier, 2. Mai 1916, 2 Uhr 56 Min. Nm.
Ankunft: 2. Mai 1916, 3 Uhr 50 Min. Nm.

Sollte Gerard auf Grund der Instruktionen, die er aus Washington erhalten hat, davon Mitteilung machen, wie sich die Regierung der Vereinigten Staaten die Führung des Unterseebootkriegs unter Rettung der Menschenleben denkt, so würde ihm zu sagen sein, daß wir gern bereit sein würden, über Einzelheiten in der praktischen Durchführung unseres Zugeständnisses zu verhandeln, daß aber Verhandlungen mit Rücksicht auf unsere öffentliche Meinung geheim zu führen wären.

[3] Vgl. dazu Gerards Telegramm an Lansing vom 8. Mai 1916 in der Sache: ebenda S. 265–266.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

549. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 22427. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift. Das Schreiben ging auch – mit Ausnahme des ersten Teilsatzes – an Wild von Hohenborn.

A.H. 212. Großes Hauptquartier, 3. Mai 1916

Bezungehmend auf das gefl. Schreiben vom 30. v.M. – 20 P Pers. – kann ich Euerer Exzellenz nur erneut aussprechen, daß ich auf Grund meiner Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in England mich der Ansicht nicht anzuschließen vermag, daß wir durch Verwendung der Unterseeboote im Handelskrieg, über die wir zur Zeit verfügen, England in absehbarer Zeit zum Frieden bringen können.

Eine Verlängerung der Kriegsdauer befürchte ich daher nicht von der Einschränkung des U-Bootkrieges. Ich bin vielmehr der Überzeugung, daß, im Hinblick auf das in diesem Falle mit Bestimmtheit zu erwartende Eingreifen Amerikas in den Krieg, ein Festhalten an der Führung des Unterseebootkrieges in den bisherigen Formen eine unübersehbare Verlängerung des Krieges herbeigeführt würde.

Ich vermag daher nicht anzuerkennen, daß sich aus der Einschränkung des Unterseebootkrieges Gründe für die von Euerer Exzellenz angedeutete Führung unserer militärischen Operationen zu Lande herleiten lassen.

550. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22427. Telegramm (Hughes). Abschrift von Schreiberhand.

Nr. 18. Großes Hauptquartier, 3. Mai 1916

Für den Herrn Staatssekretär.

Erachte notwendig, daß Parteiführer einige Stunden vor Veröffentlichung Note informiert werden. Ich beabsichtige, wenn nichts Unvorhergesehenes eintritt, Donnerstag früh[4] 9 Uhr dort einzutreffen. Bitte Euere Exzellenz, wenn dies für mich zu spät, Ihrerseits Parteiführer informieren, andernfalls bin ich selbst dazu bereit.

Bundesrat beabsichtige ich jedenfallls persönlich zu informieren. Bitte jedoch große Bundesstaaten schon jetzt ganz vertraulich verständigen[5].

[4] 4. Mai 1916.

[5] Dazu vgl. Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 603–604.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

551. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21469. Schreiben. Behändigte Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 6. Mai 1916 pm.

M.J. Nr. 21. P.Pers. Großes Hauptquartier, 4. Mai 1916

Eigenhändig.

Auf das Schreiben v. 3.5.16 A.H.213[6].

Im Gegensatz zu Euerer Exzellenz halte ich den rücksichtslosen Unterseebootkrieg nicht nur für ein, sondern für das einzige wirksame Kriegsmittel, das uns zur Verfügung steht, um England Friedensbedingungen geneigt zu machen, die für Deutschland annehmbar sind. Ich befinde mich hierbei in voller Übereinstimmung mit den vom Chef des Admiralstabes mir gegenüber wiederholt in bindendster Form vorgetragenen Ansichten. Kommt dieses Kriegsmittel nicht oder nicht rechtzeitig zur Anwendung, so liegen die Folgen auf der Hand.

An dieser Sachlage an sich kann der Übergang Amerikas vom geheimen Krieg, den es längst gegen uns führt, zu erklärter Feindschaft offenbar nichts ändern. Es fragt sich nur, ob durch den Übergang, vorausgesetzt, daß er jetzt bei Beibehalt des Kriegsmittels leider nicht mehr verhindert werden kann, mehr Schaden angerichtet wird als durch den Verzicht auf das Kriegsmittel. Auch in dieser Beziehung kann ich mir Euerer Exzellenz Anschauung nicht zu eigen machen und daher auch nicht die daraus gezogene Schlußfolgerung.

552. Notiz Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21448. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin] 5. Mai 1916

Notiz zu dem anliegenden Telegramm[7], das ich im Falle des Einverständnisses zu expediren bitte.

Gewiß wird eine Friedensvermittlung Wilsons im gegenwärtigen Augenblick bei uns auf mannigfachen Widerspruch stoßen. Daß indessen ein Friedensdruck Wilsons auf England sofort Erfolg haben würde, ist nicht anzunehmen. Und ist erst eine kurze Zeit vergangen, dann würde sich der Widerwille legen. Die Friedenssehnsucht bei uns ist doch sehr groß, und unsere wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden unmittelbar katastrophal, wenn die Ernte <leiden> sollte. Sind wir einmal der Überzeugung, daß der Ubootskrieg England nicht niederzwingen kann, dann müssen wir aber jede Möglichkeit, zum Frieden zu kommen, beim Schopfe greifen.

[6] Zur Sache vgl. oben Nr. 549.

[7] Die folgende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vielleicht ist es doch möglich, durch den amerikanischen Gesandten in Kopenhagen[8] auf Washington wirken zu lassen.

PS. Eventuell wären variirte Aufträge wohl auch nach Bern, Stochkolm und den Hagg zu richten.

553. Bethmann Hollweg an die Vertretungen in Den Haag, Kopenhagen, Stockholm, Bern, Christiania, Bukarest

PA Berlin, R 21468, f. 168. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 124/335/434/338/89/358 Berlin, 5. Mai 1916

In unserer Antwortnote an Amerika ist unsere Friedensbereitschaft erneut betont. Die feindliche Presse wird das wiederum als Schwächezeichen deuten. Trotzdem darf erwartet werden, daß die in allen feindlichen Ländern vorhandenen Friedensparteien darin eine Unterstützung finden werden. Eine wirkungsvolle Förderung würde diese Entwickelung erfahren, wenn die Presse der neutralen Länder ihrerseits, natürlich ohne Zusammenhang mit uns erkennen zu lassen, die vernunftgemäße Notwendigkeit des Völkerringens nachhaltig betonte. E.pp. bitte ich, in vorsichtigster Weise in dieser Richtung tätig zu sein.

554. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau

PA Berlin, R 21468, f. 110. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 336. Berlin, 5. Mai 1916

Unsere Antwortnote an Amerika, wird, wie wir hoffen, dem Präsidenten Wilson den Bruch mit uns vor den Augen des amerikanischen Volkes unmöglich machen und ihn nötigen, gegen England wegen dessen Völkerrechtsverletzungen vorzugehen. Daß England in Folge davon seinen völkerrechtswidrigen Wirtschaftskrieg gegen uns aufgeben werde, ist nicht anzunehmen. Damit bringt sich Wilson erneut in eine höchst zweifelhafte Situation, die er im Interesse seiner Präsidentschaftskandidatur nur zu heilen vermag, wenn er einen festen Friedensdruck auf England ausübt. Dabei braucht er noch nicht unmittelbar als Friedensvermittler aufzutreten, was wenigstens im gegenwärtigen Augenblick mit seiner bisherigen so parteiischen Haltung schwer vereinbar wäre.

[8] Maurice Francis Egan (1852–1924), amerikanischer Gesandter in Kopenhagen 1907–1917. – Die amerikanischen Quellen zur Sache aus der ersten Maihälfte 1916 in: Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 253–269.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bitte, ohne Auftrag erkennen zu lassen, in diesem Sinne mit Herrn Scavenius zu sprechen, damit er von sich aus einen entsprechenden Wink, der gleichzeitig den Interessen der europäischen Neutralen dienen würde, nach Washington giebt. Entschließt sich Wilson zu irgend welchem Vorgehen gegen England, so wäre ihm durch die europäischen Neutralen zu sekundiren.

555. Grünau an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20199, f. 121–122. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 99. Großes Hauptquartier, 5. Mai 1916, 7 Uhr 16 Min. Nm.
Ankunft: 6. Mai 1916, 4 Uhr 30 Min. Nm.

Dringend!
Geheim!

Seine Majestät haben mir erst vorhin nach Tisch Mitteilung von der Mission des Kardinals Hartmann gemacht mit dem einleitenden Bemerken, daß sie zunächst eine rein militärische Frage zum Gegenstande habe und daß er die Antwort nach Benehmen mit General von Falkenhayn festgestellt habe.

Der Papst[9] hat aus Paris über Bern die Nachricht erhalten, daß Frankreich und England die Einnahme Konstantinopels durch die Russen befürchten und vereiteln wollen. Es wird angeregt, daß wir das Vordringen der Russen nach Konstantinopel nach Möglichkeit verhindern. Zu diesem Zwecke sollen wir dahin wirken, daß alle türkischen militärischen Kräfte für ihre Verwendung im Kaukasus freigemacht werden. Dies soll dadurch geschehen, daß die Bulgaren zum Schutz Konstantinopels von der Mazedonischen Front nach der Türkei ziehen. Die Westmächte würden die Garantie übernehmen, daß gegen Bulgarien weder von Rumänien noch von Salonik aus etwas unternommen wird und daß auch Griechenland ruhig bleibt. Man glaubt, daß durch ein siegreiches Vorgehen der Türken gegen die Russen, ohne daß seitens der Westmächte den Türken oder den Bulgaren in den Arm gefallen wird, die Entente gesprengt und damit der Krieg bald beendigt sein wird. Von unserer Antwort werde der Papst die französische Regierung unterrichten.

Die Antwort, die in Form einer Notiz in Maschinenschrift ohne Datum und Unterschrift dem Kardinal durch einen Offizier übersandt wird, ist in allgemeinen, nichtssagenden Wendungen gehalten. Ihr Kern ist, daß wir bestrebt sind, auf eine Abkürzung des Krieges hinzuarbeiten, daß aber die Interessen unserer Verbündeten dadurch nicht beeinträchtigt werden oder mit einander in Kollision geraten dürfen.

Da der Papst davon spricht, die Antwort der französischen Regierung mitzuteilen, ist anzunehmen, daß auch von dieser Seite an ihn herangetreten wurde. Im einzelnen war nicht klar, inwieweit es sich um eigene Anregungen

[9] Benedikt XV.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

des Papstes oder eines Dritten handelte. Der Papst selbst hat erst nach dem Fall von Kut el Amara[10] von der Sache Kenntnis erhalten. Kardinal von Hartmann war sich darüber klar, daß die ganze Mitteilung höchst phantastisch und verworren ist. Er hat sie so weiter gegeben, wie er sie durch einen besonderen Kurier aus Rom erhalten hat, der auch die Antwort mündlich zurückbringt.

Der Kardinal wies darauf hin, daß es sich möglicherweise um eine Falle handelt. Seine Majestät meinte, die Franzosen wollten vielleicht einen Vorwand schaffen, um ihre Truppen aus Saloniki nach Verdun zu ziehen.

Mit der Antwort, daß die auf Beendigung des Krieges gerichteten Bestrebungen nicht die Interessen unserer Verbündeten beeinträchtigen dürfen, beabsichtigte Seine Majestät, die Franzosen zu veranlassen, gegebenenfalls mit bestimmteren Vorschlägen hervorzutreten.

Im Verlauf des Gesprächs hat der Kardinal auch den Rat des Papstes angedeutet, wir sollten einen Eris-Apfel unter die Entente werfen, und zwar scheint der Papst zu glauben, daß eine Erklärung an die Franzosen, daß wir Belgien nicht behalten wollten, die Wirkung haben werde, sie von den Engländern zu trennen. Seine Majestät hält dies für irrig, ganz abgesehen davon, daß wir doch in irgendeiner Form Belgien in den deutschen Konzern einbeziehen müßten.

Im allgemeinen geht die Auffassung Seiner Majestät dahin, daß, so verworren und unklar der vorliegende Vorschlag zu einer Verschiebung der militärischen Kräfte und Operationen auch sei, doch das eine daraus entnommen werden könne, daß ein Gegensatz zwischen Rußland und den Westmächten besteht, der diesen die Fortsetzung des Krieges verleidet, und daß Frankreich vielleicht versucht, auf diesem Wege mit uns Fühlung zu bekommen. Ob diese Auffassung zutreffe, könne man daraus ersehen, wie die Franzosen auf die Antwort reagieren. Jedenfalls könne er den Franzosen keinerlei Gefälligkeit erweisen, solange sie nicht mit dem Schießen aufhörten.

556. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 20199, f. 125. Telegramm (Hughes). Reinkonzept in Maschinenschrift.

Nr. 602. Berlin, 6. Mai 1916

Für General von Falkenhayn:

Seine Majestät der Kaiser hat mir und Baron Grünau Mitteilung über die Mission des Cardinals Hartmann machen lassen.

Aus der etwas verworrenen Meldung des Cardinals ist es schwer, sich über Motive und Zweck der angeblichen französischen Anregung ein klares Bild zu machen. Zunächst möchte ich auch der Meinung sein, daß es sich um

[10] In Kut al Amara in Mesopotamien lagen 15.000 britische und indische Soldaten, die vom 7. Dezember 1915 bis 29. April 1916 von osmanischen Truppen belagert wurden. Die Garnison gab Ende April auf und geriet in türkische Gefangenschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einen Trick handelt, mit welchem die Franzosen und Engländer die Zurückziehung der bulgarisch-deutschen Truppen erreichen möchten, um dann mit Anstand das französisch-englische Contingent ebenfalls von dort zurückziehen zu können. Vielleicht war auch ein Degagement der Engländer im Irak beabsichtigt, wo der inzwischen eingetretene Fall von Kut-el-amara ja eine schwere Einbuße des englischen Prestiges bedeutet. Der Papst hätte sich demnach mißbrauchen lassen. Bei einer so klugen und uns wohlgesinnten Persönlichkeit wie Benedikt XV. wäre es aber merkwürdig, wenn derselbe auf ein so plumpes Manöver hereingefallen wäre. Es ist daher wohl nicht ganz auszuschließen, daß der Angelegenheit eine tiefere Spaltung zwischen den Westmächten und Rußland zu Grunde liegt, die der Papst zur Herbeiführung des von ihm ersehnten Friedens ausnützen möchte.

Um die Zusammenhänge richtig beurteilen zu können, wäre ich Ew.pp. dankbar für eine Mitteilung Ihrer Auffassung über die militärische Lage im Kaukasus, besonders darüber, ob wirklich eine ernstliche Bedrohung Konstantinopels durch die Russen möglich erscheint. Ebenso wäre ich dankbar für eine Mitteilung der genauen Fassung des dem Kardinal erteilten Bescheides.

557. Grünau an AA

PA Berlin, R 20199, f. 128–129. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 335. Großes Hauptquartier, 7. Mai 1916, 11 Uhr 45 Min. a.m.
Ankunft: 7. Mai 1916, 12 Uhr 10 Min. p.m.

Für den Herrn Reichskanzler.
Antwort auf Tel. Nr. 602[11].

General v. Falkenhayn bittet, Euerer Exzellenz folgende Antwort zu übermitteln:

„Euerer Exzellenz Meinung, daß nur die Quelle und die Aufmachung der Übermittelung die in Frage stehende Nachricht beachtenswert mache, teile ich durchaus.

Der Vorschlag ist vom militärischen Standpunkt betrachtet widersinnig. Wenn man Sicherheit gewinnt, daß die Entente sich ruhig verhalten wird, könnten die Türken praktisch ihre gesamten Kräfte, auch ohne daß die Bulgaren nach Konstaninopel gerufen werden, gegen die Russen in Kleinasien einsetzen, denn eine russische Landung am Bosporus ist so gut wie unmöglich. Übrigens fehlt es den Türken nicht an Truppen, sondern an Transportmöglichkeit für diese. An dieser Schwierigkeit wird durch den Vorschlag nichts geändert. Daß die herzlichen Beziehungen zwischen der deutschen und türkischen Heeresleitung, aber wohl auch zwischen den Regierungen, durch kein Mittel schwerer gestört werden könnten als durch einen Druck unsererseits auf Zu-

[11] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lassung bulgarischer Truppen nach Konstantinopel, brauche ich kaum zu erwähnen. Eine ernsthafte Bedrohung Konstantinopels in irgend absehbarer Zeit durch die Russen via Kleinasien halte ich für ganz ausgeschlossen. Der dem Kardinal erteilte Bescheid lautet: ‚Man hat die freundlichen Mitteilungen mit dankbarem Interesse entgegen genommen.

Es wird jede Maßnahme unterstützt, die, ohne die Interessen der eigenen Verbündeten zu verletzen, geeignet ist, Rußlands Hoffnungen auf Erfolge in Kleinasien zu zerstören und damit das Ende des Krieges zu beschleunigen.‘

So wie der wirre Vorschlag gefaßt ist, würde seine Verwirklichung den sofortigen offenen Bruch zwischen Rußland einer-, England und Frankreich andererseits bedeuten. Insofern würde er ja auch uns Vorteil bringen, den Hauptvorteil aber den Bulgaren. Nr. 24 P persönlich v. Falkenhayn.“

General v. Falkenhayn sprach mir gegenüber den Verdacht aus, als könne König Ferdinand dahinter stecken. Ich hatte den gleichen Gedanken Seiner Majestät zum Ausdruck gebracht, der Kaiser meinte aber, die Familien, durch die der König Ferdinand mit der französischen Regierung in Verbindung zu stehen pflege, seien jetzt aus Frankreich vertrieben und hielten sich in Wien auf.

558. Notiz Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21469. Eigenhändig am Rand einer Notiz Jagows.

[o. O.] 12. Mai 1916

Dasselbe habe ich gestern Gerard in folgender Form gesagt: Die amerikanischen Rechte auf hoher See seien insofern absolut, als sie sich auf das internationale Völkerrecht, also auf absolute Rechtsnormen stützten, die gegenüber allen Beteiligten Geltung beanspruchten, aber in sich zusammenfielen, wenn sie nur einseitig beobachtet würden[12].

Gleichzeitig habe ich den Botschafter auf den Ernst der Lage – auch für den Präsidenten Wilson – hingewiesen, die entstehen würde, wenn Amerika gegen England nichts täte.

559. Valentini an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 32. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Homburg, 14. Mai 1916

Ew. Exzellenz wollen verzeihen, wenn ich der telephonischen Störung sogleich noch einen brieflichen Nachtrag folgen lasse. Aber seit heute Mittag

[12] Dazu vgl. unten Nr. 762*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

besteht die ernste Sorge, daß die Allerhöchste Absicht darauf gerichtet ist, den Aufenthalt in B[erlin] überhaupt zu umgehen und von hier direkt nach Ch[arleville] zurückzukehren. Wie ich schon mitteilte, hat S.M. die Anregung Falkenhayns, gleich jetzt nach Berlin zu fahren, mit der Begründung abgelehnt, Euere Exzellenz wünschten Ihn jetzt nicht dort, da die betr. Personalien sich erst in 5–6 Tagen entscheiden könnten[13]. Das ist ja nun richtig. Aber einmal macht es doch im Volk einen schlechten Eindruck, wenn der Kaiser so lange in dieser Villegiatur verweilt, während in Berlin die wichtigsten Dinge verhandelt werden, und dann ist nicht ausgeschlossen, daß er nach Ablauf von 5–6 Tagen zur Front zurückgeht, o h n e in B. gewesen zu sein. Das wäre nach unserer einmütigen Ansicht höchst bedauerlich. Der Einwand gegen eine baldige Abreise wird nur dadurch zu beseitigen sein, daß Ew. Exzellenz den Kaiser direkt bitten, jedenfalls und baldigst einige Tage nach Berlin zu kommen, weil dies in seinem eigenen Interesse erwünscht sei.

Ich bitte mir zu gestatten, anliegend den Entwurf eines solchen Telegramms beizulegen, wodurch vielleicht der Gedanke am kürzesten zum Ausdruck kommt.

pp.

Anlage

Ew. Majestät hatte ich mir erlaubt, durch den Geh. Kabinettsrat melden zu lassen, daß die Besetzung des durch den Abschied Delbrücks erledigten Postens des Staatssekretärs des Innern dadurch eine unliebsame Verzögerung erleidet, daß die Erledigung der Steuervorlagen im Reichstag auf Schwierigkeiten stößt, zu deren Lösung der jetzige Staatssekretär unentbehrlich ist. Ich würde es aber auch abgesehen von dieser Personalfrage für dringend erwünscht halten, wenn Ew. Majestät die derzeitige Abkömmlichkeit von der Front benutzen wollten, um der Hauptstadt einen Besuch abzustatten. Es würde Ew. Majestät dies in den weitesten Schichten des Volkes tief gedankt werden und sehr dazu beitragen, die immerhin besorgte Stimmung zu beruhigen, zumal wenn die geplante Neuorganisation in der Lebensmittelversorgung, über die ich Ew. Majesät ebenfalls Vortrag zu halten hätte, sich unmittelbar an den Besuch Ew. Majestät anschlösse. Die Schwierigkeit der gegenwärtigen Verhandlungen erfordern leider meine unausgesetzte Anwesenheit, sodaß ich nicht bitten darf, mich zum Zweck des Vortrags über die schwebenden Fragen jetzt von hier entfernen zu dürfen.

[13] C. Delbrück hatte am 7. Mai 1916 aus Gesundheitsgründen sein Abschiedsgesuch eingereicht. Es wurde am 22. Mai vom Kaiser bewilligt. Zu Delbrücks Nachfolger wurde am 22. Mai Helfferich ernannt. Dieser wurde ebenfalls am 22. Mai als Staatssekretär des Reichsschatzamtes durch Graf Roedern ersetzt. Zur Frage der Reise des Kaisers nach Berlin vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 176–178. Zum Revirement der Staatssekretäre: Helfferich, Der Weltkrieg II S. 175–177.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

560. Grünau an AA

PA Berlin, R 20199, f. 153. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 345. Homburg v.d.H., Schloß, 16. Mai 1916, 10 Uhr 50 Min. Vm.
Ankunft: 16. Mai 1916, 11 Uhr 20 Vm.

Geheim für den Herrn Reichskanzler.
Unter Bezugnahme auf Tel. Nr. 611.

Seine Majestät haben gestern abend folgenden Brief des Kardinals von Hartmann vom 13. Mai erhalten:

„Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich im Auftrage Seiner Heiligkeit des Papstes alleruntertänigst, daß die Verhandlungen des Heiligen Stuhls in betreff der Angelegenheit, über welche Eurere Majestät kürzlich meinen mündlichen Vortrag entgegenzunehmen geruht haben, bis zur Stunde keine sichere Zusage ergaben.

Der Heilige Stuhl bittet daher den durch mich gemachten Mitteilungen z. Zt. keine weitere Folge geben zu wollen.

Euerer Majestät Telegramm an den Heiligen Vater, das heute morgen in meine Hände gelangte, habe ich ohne Verzug nach Rom weitergegeben.

Schlußformel."

Letzter Absatz betrifft Amerika Angelegenheit, vergl. dortiges Telegramm Nr. 619.

Brief folgt mit Postkurier.

561. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 3587. Telegramm in Ziffern. In Typendruckschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 18. Mai 1916, 4 Uhr 6 Min. Nachm.
[Ohne Ankunftsvermerk]

Euer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß die gestern und heute mit den Finanzministern der Bundesstaaten geführten Verhandlungen die Aussicht eröffnen, daß für die in der Gestaltung der Steuervorlagen entstandenen Schwierigkeiten ein Ausweg gefunden wird[14]. Ebenso lassen sich die von mir heute mit den leitenden Ministern der größeren Bundesstaaten geführten Besprechungen über die geplante Neuorganisation der Lebensmittelversorgung hoffen, daß die Bundesstaaten, die dabei einen Teil ihrer verfassungsmäßigen Rechte aufgeben müssen, dem Plane schließlich zustimmen werden. Die öf-

[14] Dazu vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 161 mit den Anmerkungen (Sitzung betr. Steuervorlagen zur Kriegsfinanzierung). Zum folgenden vgl. Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 520–521 sowie die folgende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fentliche Stimmung, namentlich in Berlin, das unter den Lebensmittelschwierigkeiten, besonders unter dem Mangel an Fleisch und Fett, wohl am meisten leidet, nimmt gerade an dieser besonderes Interesse. Mit Rücksicht auf diese ernsten schwebenden Fragen, zu denen dann noch die Neubesetzung des Staatssekretariats des Innern[15] hinzutritt, würde es von den weitesten Kreisen des Volkes mit ganz besonderem Dank begrüßt werden, wenn Ew. Majestät es ermöglichen könnten, vor der Rückkehr nach der Front allerhöchstdero Haupt- und Residenzstadt einen kurzen Besuch abzustatten. Das landesväterliche Interesse, mit dem Ew. Majestät in diesen ernsten Zeiten alle wichtigen Dinge im Staatsleben verfolgen, würde durch einen solchen Besuch einen weithin sichtbaren und beruhigenden Ausdruck finden. Euere Majestät wage ich deshalb eine Reise nach Berlin, wofern ihre Ausführung mit der Lage an der Front irgend vereinbar ist, alleruntertänigst vorzuschlagen[16]. Ich muß dabei allerdings hervorheben, daß es mir vielleicht noch nicht möglich sein wird, in allen vorerwähnten Fragen (Steuern, Kriegsernährungsamt, Besetzung dieses Amtes, des Reichsamts des Innern und evenutell des Reichsschatzamtes) schon in den nächsten Tagen – abschließenden – Vortrag zu halten.

Alle diese Fragen stehen im inneren Zusammenhang und sind bei der Vielköpfigkeit unseres bundesstaatlichen Apparates trotz größtem Eifer aller beteiligten Instanzen nicht so schnell zur Entscheidung zu bringen, wie ich es dringend wünsche. Bei den Steuern und auch bei der im Kriegsernährungsamt erstrebten straffen und einheitlichen Organisation werden so wichtige Rechte der Einzelstaaten berührt, daß eine gewisse kurze Zeit zur Prüfung meiner Vorschläge den Regierungen nicht versagt werden konnte. Es würde für mich aber auf alle Fälle von hohem Wert sein, Eurer Majestät allerhöchste Billigung zunächst für die Grundlinien der neuen Organisation zu erhalten, deren Vollendung dann wohl in wenigen Tagen nachfolgen kann[17].

Hoffentlich haben Euere Majestät in dem kurzen Homburger Aufenthalt nach den Anstrengungen und Aufregungen der letzten Wochen einige Erholung gefunden. Hier herrscht kühles Wetter mit starkem Wind, der leider den Regen mehr verhindert, als der Landwirtschaft lieb ist. Doch haben in weiten Teilen des Landes die letzen Wochen ausreichende Niederschläge gebracht, sodaß die Saatenstandsberichte durchweg günstig lauten. Die soeben abgeschlossene Feststellung unserer Kartoffelvorräte hat ergeben, daß wir zwar etwas weniger haben als im Vorjahr um die gleiche Zeit, aber genug, um bis zur neuen Ernte durchzukommen.

Alleruntertänigst

[15] Clemens Delbrück hatte aus Gesundheitsrücksichten um Entlassung vom Posten des Reichsamtes des Innern gebeten; sein Nachfolger wurde am 22. Mai 1916 der bisherige Reichsschatzsekretär Karl Helfferich.

[16] Wilhelm II. weilte am 21. und 22. Mai 1916 zu einem kurzen Besuch in Berlin.

[17] Das Kriegsernährungsamt wurde am 22. Mai 1916 eingerichtet.Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 235–236.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

562. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 155–165. MF 988. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 162–163.

Berlin, 18. Mai 1916

[*1. Lebensmittelknappheit. Schaffung eines Kriegsernährungsamts. Diskussion mehrerer Minister darüber. Der Landwirtschaftsminister legt Widerspruch ein; er verlangt zumindest eine kollegiale Behörde, damit sein Ministerium an den Entschließungen der Behörde beteiligt sei.*]

Der Ministerpräsident glaubte hiernach feststellen zu dürfen, daß die große Mehrzahl der Herren Staatsminister davon überzeugt sei, daß eine straffe Zentralisation notwendig sei. Auch er trete dieser Auffassung bei. Er wäre auch ferner davon überzeugt, daß diese Organisation nicht eingeführt werden dürfe im Widerspruch mit dem Herrn Landwirtschaftsminister[18]. Indes hege er die Hoffnung, daß dieser sich noch mit der Vorlage befreunden werde, einmal weil doch die Legislative durchaus beim Bundesrat liege; denn er nehme an, daß die dem Reichskanzler übertragene Befugnis zum Erlaß von Ausführungsverordnungen nicht auf den Diktator übergehen würde. Die neue Behörde[19] sei im wesentlichen nur eine Exekutivstelle; die Gesetzgebungsgewalt bliebe nach wie vor beim Bundesrat. Sodann trete er dem Herrn Landwirtschaftsminister darin bei, daß die Persönlichkeit des Vorsitzenden für die Stellungnahme zu der Vorlage ausschlaggebend sei. Er glaube in dem Oberpräsidenten Batocki[20] eine geeignete Person gefunden zu haben. Dieser habe als Oberpräsident insbesondere in der jetzigen Kriegszeit Außergewöhnliches geleistet. Er sei mit den Verhältnissen der Landwirtschaft in enger Berührung. Es käme zwar auch der Oberpräsident von Waldow[21] als eine geeignete Persönlichkeit in Frage; doch würde dessen Ernennung in Süddeutschland voraussichtlich nicht so günstig aufgenommen werden wie die des Oberpräsidenten von Batocki.

Was die Form der Organisation anlange, so halte auch er eine kollegiale Behörde für ungeeignet. Die verschiedenen preußischen Ressorts würden darin Sitz und Stimme haben wollen; auch würde man dem Anspruch der süddeutschen Bundesstaaten auf Vertretung schwer entgegentreten können. Es sei unbedingt notwendig, daß die Spitze des Kriegsernährungsamtes die Fähigkeit habe, schnell und entschieden zu arbeiten. Er glaube, daß es das Wichtige sei,

[18] Clemens Frhr. von Schorlemer.

[19] Das Kriegsernährungsamt. – Zu diesem Amt vgl. Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft S. 179–187.

[20] Adolf von Batocki-Friebe (1868–1944), Oberpräsident der Provinz Ostpreußen 1914–1916 und 1918–1919; Präsident des Kriegsernährungsamts August 1916 – 1917.

[21] Wilhelm von Waldow (1856–1937), Oberpräsident der Provinz Pommern 1911–1917; Staatssekretär im Kriegsernährungsamt 1917–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einen aus 5 oder 7 Personen bestehenden Vorstand mit bürokratischer Verfassung einzurichten. Natürlich müsse eine Persönlichkeit, die mit den Interessen der Landwirtschaft unbedingt vertraut sei, dem Vorstande angehören. Er sei bereit, die Auswahl dieser Persönlichkeit nur im Einverständnis mit dem Herrn Landwirtschaftsminister vorzunehmen. Er hege die Hoffnung, daß diese Erklärung die Bedenken des Herrn Landwirtschaftsministers wesentlich abschwächen werde. Die neue Organisation habe auch eine hohe politische Bedeutung. Die Presse und die Öffentlichkeit verlangten nach einer Diktatur. Wenngleich er die Auffassung teile, daß die bisherigen Maßnahmen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung von der Kritik sehr zu Unrecht angegriffen würden und daß auch die beste Organisation nicht den Mangel an Vorräten ausgleichen könne, so käme es doch jetzt unter allen Umständen darauf an, die Widerstandskraft des deutschen Volkes zu stärken. Eine kollegiale Behörde würde den guten Eindruck der neuen Organisation abschwächen.

[*Weitere Beiträge verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er nehme hiernach an, daß, wenn die Personenfrage im Sinne des Herrn Landwirtschaftsministers[22] gelöst werde, die Vorlage der bürokratischen Organisation des Vorstandes auch die Zustimmung des Herrn Landwirtschaftsministers finden werde.

[*Der Landwirtschaftsminister ist schließlich bereit, seinen Widerspruch fallen zu lassen. – 2. Vertagung des Landtags.*]

563. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 168–170. MF 988. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 163 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 24. Mai 1916

Nachdem das Staatsministerium sich versammelt hatte, richtete der Herr Ministerpräsident an den ausscheidenden Herrn Vizepräsidenten Staatsminister Dr. von Delbrück nachstehende Ansprache:

Im Namen des Königlich Preußischen Staatsministeriums bitte ich, an Euer Exzellenz kurze, aber herzliche Worte des Abschiedes richten zu dürfen. Fast elf volle Jahre sind Euer Exzellenz Mitglied des Preußischen Staatsministeriums, lange Zeit hindurch sein Vizepräsident gewesen. Was Sie in neun Friedensjahren und jetzt in beinahe zwei Kriegsjahren für Preußen und das Reich geleistet haben, gehört der Geschichte an. Es war keine Augenblicksarbeit. Das große Ziel, in der Arbeit für und am Staat alle Schichten des Volkes

[22] Dieser hatte die Beiziehung des Vorsitzenden des Landesamts für Futtermittel, Friedrich Frhr. v. Falkenhausen, verlangt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch den Staatsgedanken immer inniger miteinander zu einem großen einigen Ganzen zu verschmelzen, hat allem Wirken Euer Exzellenz den Stempel aufgedrückt. Als im August 1914 Deutschland seine gewaltige Feuerprobe so hinreißend bestand, da durften Sie Ihre feste Zuversicht in den Ausgang des Weltkrieges von dem Bewußtsein tragen lassen, daß in dem gewaltigen Sturme der Geister auch Ihr Wirken und Schaffen lebendigen Ausdruck fand.

Eine fast übermenschliche Arbeitslast hat der Krieg auf Euer Exzellenz Schultern gelegt. Erst eine spätere Zeit wird es erkennen und ganz zu würdigen wissen, welchen Dank das Vaterland Ihnen in seiner schwersten Zeit schuldet. Stetig von Ihnen verfolgte Pläne haben jetzt noch unter Ihrer Leitung in dem Kriegsernährungsamt ihren Abschluß gefunden.

Die Schonungslosigkeit gegen eigene Gesundheit und Arbeitskraft, mit der Euer Exzellenz Ihr Amt versehen haben, hat Sie jetzt gezwungen, es niederzulegen. Lange und schmerzlich wird es das Königliche Staatsministerium empfinden, daß Ihre Mitarbeit und Ihr Rat uns fortan fehlen sollen. Ich selbst – Euer Exzellenz wollen mir gestatten, das auszusprechen – verliere in Ihnen einen Freund und Mitarbeiter, der mir in ernsten und schweren Zeiten mit einer Treue zur Seite gestanden hat, die mir unvergeßlich sein wird.

Unser aller herzlichste Wünsche geleiten Sie. Ein ehrenvoller und glücklicher Friede, eine neue Zeit gesicherten Schaffens für unser Volk, aufgebaut nicht minder auf einer nationalstarken als auf einer festen wirtschaftlichen und sozial-gerechten Grundlage, das ist unsere Hoffnung. Als schönste Gabe möge Gott Ihnen in den Ruhestand mitgeben, daß Sie die Erfüllung dieser Hoffnung nicht nur miterleben, sondern nach völlig wiederhergestellter Gesundheit auch weiterhin an ihrem Ausbau mitarbeiten mögen, zu Nutz und Frommen des Vaterlandes[23].

[*Dankesworte C. Delbrücks; Ernennung Breitenbachs zum Vizepräsidenten. – Heinrichs über die bevorstehende Landtagssession.*]

564. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21527. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [o.O., ca. 28. Mai 1916]

General Falkenhayn hat mir heute Folgendes gesagt:

1. Ihm ist es nach wie vor unzweifelhaft, daß wir mit dem rücksichtslosen Ubootskrieg alle unsere Feinde bis zum Spätherbst zum Frieden zwingen.

[23] C. Delbrück wurde anläßlich seiner Verabschiedung in den Adelsstand erhoben. Seine Gesundheit besserte sich nicht mehr. Er starb, wie Bethmann Hollweg auch, im Jahr 1921, konnte aber noch seine Studie zum Kriegsbeginn 1914 weitgehend abschließen, die 1924 von seinem Sohn Joachim zum Druck gebracht wurde: C. von Delbrück, Die wirtschaftliche Mobilmachung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Auch ohne Ubootskrieg werden wir bis zum Ausgang des Winters 1916/17 einen siegreichen Frieden erkämpfen. Frankreich wird dann zum Weißbluten gebracht sein.

3. In der zweiten Hälfte Juni will sich Falkenhayn mit Conrad von H. treffen, um auf Grund der dann vorliegenden Ergebnisse der Operationen gegen Italien und gegen Verdun den weiteren Kriegsplan zu erörtern, der wenn möglich zu einem großen Schlage im Westen mit Hülfe der alsdann hoffentlich disponiblen schweren österreichischen Artillerie führen wird.

4. Mit dem Mannschaftsersatz reichen wir bis Oktober 1917, Österreich-Ungarn laut Aussage Conrad von Hötzendorffs bis Frühjahr 1917. Mit den Rohstoffen für die Erzeugung von Geschützen und Munition sind wir bis zu dem gleichen Zeitpunkt versorgt. Gummi fehlt schon jetzt fast völlig, doch behelfen wir uns auf andere Weise.

5. Die Operationen gegen Verdun werden in bisheriger Weise und wie zu hoffen mit den bisherigen, wenn auch sehr langsam fortschreitenden Erfolgen fortgesetzt. Dabei wird der Kessel, in den die Franzosen ihre Truppen unter unserem konzentrischen Feuer vortreiben müssen, immer enger. Wie lange die Franzosen das fortsetzen können, bleibt bei ihren ungeheueren Verlusten zweifelhaft. Vor kurzem sind 2 französische Divisionen bereits in ihrer Reservestellung so zusammengeschossen worden, daß sie überhaupt nicht mehr vorgebracht werden konnten, sondern sofort wieder abtransportiert werden mußten.

6. Im Falle eines siegreichen Friedens müssen wir, um das aus wirtschaftlichen Gründen uns notwendige Gebiet von Briey[24] militärisch schützen zu können, einen Teil der Cote Laurraine [Lorraine], insonderheit Douaumont und Haudiomont, nehmen. Außerdem unter allen Umständen den Bergriegel bei Belfort. Ob Belfort selbst mit einzubeziehen ist, steht noch dahin. Auf die Verlegung unserer Grenze vom Kamm auf den Westfuß der Vogesen kann dann verzichtet werden.

7. Auf eine Lossagung Frankreichs von England und auf seine Critik zu unseren [*ein Wort nicht lesbar*] kann nur gerechnet werden, wenn Frankreich am Ende seiner Kräfte ist. Auch dann sind die Friedensbedingungen unter N° 6 zur Sicherung unserer Zukunft absolut erforderlich.

8. Unsere Verluste vor Verdun haben 30.000 Mann pro Monat betragen.

(Notiz. Das würde bis heute 90–100.000 Mann betragen. Am 20. Mai hat mir General von Falkenhayn auf meine bestimmte Frage geantwortet, unsere Verluste vor Verdun bis dahin betrügen 134.000 Mann.)

9. Ob die Engländer eine Offensive vorhaben, die von den Franzosen übrigens nur durch eine kleine Parallelaktion unterstützt werden könnte, vermag der General nicht zu beurteilen. Er vermutet, daß die Engländer defensiv bleiben und aktiv nur in Kleinasien und am Suezkanal vorgehen werden.

10. Die Russen scheinen in Galizien vorgehen zu wollen. Bejahenden Falls sollen die Österreicher durch unsere Reserven der Ostfront unterstützt werden.

[24] Erzlagerstätte in Lothringen (von deutschen Truppen besetzt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

565. Bethmann Hollweg an Kronprinz Wilhelm

PA Berlin, R 20199, f. 225. Immediatbericht. Maschinenschriftliche Abschrift.

[Ohne Nr.] München, 29. Mai 1916

Euer Kaiserlichen Hoheit

gnädiges Schreiben vom 23. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und verfehle nicht, meine Auffassung von der Sachlage in Kürze untertänigst darzustellen.

Unsere Note an Amerika vom 4. d. M.[25] war von der Überzeugung diktiert, daß die Vorteile eines rücksichtslosen Ubootkrieges geringer einzuschätzen sind als die Nachteile des offenen Übertrittes Amerikas zu unseren Feinden. Sollte sich die Sachlage so gestalten, daß wir die Gewähr haben, trotz des Bruches mit Amerika durch den rücksichtslosen Ubootskrieg unsere Feinde zum Frieden zu zwingen, werde ich selbstverständlich Seiner Majestät entsprechende Vorschläge machen. Ob und wann dieser Fall eintreten wird, läßt sich im gegenwärtigen Augenblick schlechterdings nicht bestimmen.

Wie sich Amerika gegenüber einer Wiederaufnahme des Handelskrieges mit unseren Unterseestreitkräften verhalten wird, hängt wesentlich von dem Verlauf des ersten Stadiums der Präsidentschaftskampagne ab. Der Kandidat der Republikaner[26] wird am 7., derjenige der Demokraten am 14. Juni nominiert. Bis dahin sind auch unsere Uboote mit anderweitigen Aufträgen versehen.

Abgesehen von den amerikanischen Zuständen hängen die Mitte oder Ende Juni zu fassenden Beschlüsse von der Gestaltung der allgemeinen militärischen und politischen Sachlage ab. Der weitere Verlauf der österreichischen Offensive gegen Italien, eine etwa inzwischen unternommene Offensive unserer Gegner im Osten und Westen und ihr Ergebnis sowie Rückwirkung dieser Ereignisse auf die schon gegenwärtig schwankenden inneren Zustände in Italien und Frankreich lassen sich noch nicht übersehen, können aber ausschlaggebend werden. Alle diese Umstände können einen Bruch mit Amerika als erträglich, ebensogut aber auch weiterhin als unerträglich erscheinen lassen. Bei der Komplizität dieses gewaltigen Koalitionskrieges lassen sich die noch ganz undurchsichtigen Konjekturen auf eine bestimmte Formel nicht bringen.

Unsere momentane militärische Situation hat mir der General von Falkenhayn gestern so gut geschildert, daß eine Politik, bei der wir unsere gesamte Existenz auf eine unsichere Karte setzen, jetzt noch weniger angezeigt erscheint als Anfang Mai und daß die Aussicht, einen unserer Gegnger zum Unterliegen zu bringen oder politischen Einflüssen zugänglich zu machen, ohne

[25] Oben Nr. 546–547.

[26] Charles Evans Hughes (1862–1948), Richter am Obersten Gerichtshof 1910–1916; Präsidenschaftskandidat der Republikaner für die Wahlen 1916. – Wilson trat wieder für die Demokraten an.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

daß wir uns auch die jetzt noch neutrale Welt zu Feinden machen, eher wächst als schwindet.

In größter Ehrebietung bin ich
Euer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit

566. Bethmann Hollweg an Luckwald

BA Berlin, R 43/2466d, f. 48. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 156. Berlin, 4. Juni 1916, 3 Uhr 20 Min. Nm.
Ankunft: 4. Juni 1916, 5 Uhr 10 Min. Nm.

Für General von Falkenhayn.

Aus der Tagespresse erhalte ich Kenntnis von einer Antwort, die Euere Exzellenz dem Reichsverband der deutschen Presse[27] zu einer Eingabe erteilt haben, die der Reichsverband an mich gerichtet hatte. Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß Euere Exzellenz zu dieser Eingabe sachlich Stellung genommen haben, ohne vorher mit mir Fühlung zu nehmen. Wenngleich der von Euerer Exzellenz dabei eingenommene Standpunkt, daß die Zensur nur den Zwecken der Kriegsführung zu dienen habe, derselbe ist, den auch ich einnehme und bei allen über die Zensur geführten Verhandlungen habe vertreten lassen, so wird es nicht entgangen sein, daß nicht nur in der Presse, sondern auch in den Parlamenten immer wieder der Gegensatz zwischen militärischer und politischer Zensur konstruiert wird und daß unter Verkennung der Tatsache, daß auch alle politischen Maßnahmen lediglich der siegreichen Durchführung des Krieges zu dienen bestimmt sind, die militärische Zensur zwar acceptiert, die politische auf das heftigste bekämpft wird. Die von Euerer Exzellenz dem Reichsverband erteilte Antwort mußte den Eindruck erwecken, als wollten auch Euere Exzellenz diesen Gegensatz unterstreichen und die vom Reichskanzler aus politischen Gründen im Interesse der Kriegführung veranlaßte Zensur als schädlich hinstellen. Daß die Antwort so verstanden wird, zeigt unter anderem die Überschrift: „Generalstabschef von Falkenhayn gegen die politische Zensur“, unter der die Vossische Zeitung die Antwort veröffentlicht. Euere Exzellenz beehre ich mich um Aufklärung über den Vorfall zu bitten, der die Beruhigung der durch die Zensurdebatten des Reichstags und andere Vorkommnisse stark erregten innerpolitischen Stimmung unnötig erschwert.

[27] Der „Reichsverband der Deutschen Presse“ war 1910 als Berufsverband der hauptberuflich tätigen Redakteure und Journalisten in Berlin gegründet worden. Er bestand bis 1945. Vgl. Militär und Innenpolitik S. 107–110. – Zur Eingabe des Verbands betreffend die Zensur und Bethmann Hollwegs Antwort vom 10. Juni 1916 vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 310–311; ferner Militär und Innenpolitik S. 135–138.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

567. Luckwald an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2466d, f. 50. Telegramm. Behändigte Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 5. Juni 1915.

Nr. 128. [Großes Hauptquartier] 5. Juni 1916
Abgegangen: 5. Juni 1916, 3 Uhr 55 Nm.

Antwort General von Falkenhayns auf Nr. 156[28].

Meine Antwort an den Presseverband ist am 26. verfaßt und am nächsten Tage abgegangen, bevor mir von den in Frage stehenden Reichstagsverhandlungen, die sich in der Zeit vom 26.–30. Mai abspielten[29], irgend etwas bekannt war.

Mit dieser Feststellung darf ich E.E. Ausführungen als erledigt ansehen. Denn da ich auf eine in meinen Geschäftsbereich fallende Anregung, auch wenn sie durch die Abschrift einer an E.E. gerichteten Eingabe erläutert wird, meinen grundsätzlichen Standpunkt, der noch von keiner Seite je bestritten wurde und dem E.E. auch jetzt wieder ausdrücklich beitreten, zum Ausdruck gebracht habe, soll an sich doch wohl nicht angefochten werden.

Auf die mit dem ganz falschen Schlagwort „politische oder militärische Zensur“ bezeichnete Streitfrage einzugehen habe ich absichtlich vermieden; daß jetzt nach Zuspitzung der Frage eine Zeitung meine Antwort auszunutzen versucht, ist also nicht berechtigt, wird sich aber in ähnlichen Fällen nicht vermeiden lassen, auch ein Nichtantworten würde davor nicht schützen.

568. Bethmann Hollweg an Luckwald

BA Berlin, R 43/2466d, f. 51. Telegramm. Entzifferung. Behändige Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 7. Juni 1916.

Nr. 157. Berlin, 7. Juni 1916, 3 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 7. Juni 1916, 4 Uhr 45 Min. Nm.

Für General von Falkenhayn.

Durch die Antwort Euerer Exzellenz[30] kann ich die in meinem Telegramm vom 4. d. M. Nr. 156 berührte Angelegenheit keineswegs als erledigt ansehen. Sie gehört nicht ausschließlich zum Geschäftsbereich Euerer Exzellenz. Denn soweit die Zensur sich auf politische Gründe stützt, ist sie nur im Benehmen und Einverständnis mit mir auszuüben. Es ist aber auch selbstverständlich und feststehender Verwaltungsgrundsatz, daß in wichtigen Fragen, bei denen mehrere Staatsbehörden beteiligt sind, diese Behörden sich vor der Entschei-

[28] Die vorangehende Nr.

[29] Dazu vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 242–252, 257–263.

[30] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dung miteinander ins Benehmen setzen. Geschieht das nicht, so sind schädliche Wirkungen unvermeidlich. Im vorliegenden Falle war dies um so mehr vorauszusehen, als der einseitig von Euerer Exzellenz erteilte Bescheid, dessen Veröffentlichung nicht bezweifelt werden konnte, mir nicht einmal mitgeteilt wurde.

569. Luckwald an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2466d, f. 52. Telegramm. Behändigte Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 8. Juni 1916.

Nr. 131. Großes Hauptquartier, 8. Juni 1916
Abgegangen: 8. Juni 1915, 11 Uhr 55 Min. Nm.

Für den Herrn Reichskanzler auf Telegramm 157[31].

E.E. Ansicht bedauere ich nicht teilen zu können. Es handelt sich meiner Meinung nach durchaus nicht um eine Entscheidung, sondern um Mitteilung eines feststehenden, allen Beteiligten längst bekannten Grundsatzes. Mir ist es deshalb garnicht in den Sinn gekommen, einen Bescheid irgend jemandem mitzuteilen.

Die Sache hat auch wohl nur Bedeutung durch die nachträglichen Reichstagsverhandlungen und die daraufhin erfolgte Ausnutzung des Telegramms gewonnen.

570. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21527. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [o. O.] 13. Juni 1916

1. Ubootskrieg ohne Warnung pp. gegen bewaffnete feindliche Handelsschiffe unter Schonung der Passagierdampfer.

2. Erweiterung der Bannwaarenliste.

3. Praktische Gestaltung des Handelskrieges

a) Ostsee. Handelskrieg mit Überwasserkräften, wie ihn England führt, im Wesentlichen gerichtet gegen dänische und schwedische Transporte nach England und Rußland.

b) Nordsee wie zu a.

c) Westküste Englands.

Ubootshandelskrieg entsprechend den an Amerika gegebenen Zusagen. Untersuchung wird in der Form ausgeführt, daß nicht der Schiffsraum, sondern lediglich die Schiffspapiere geprüft werden. Die Erweiterung der Bann-

[31] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

waarenliste wird mehr Schiffe der Versenkung zuführen u. Durchsuchungsgeschäft vereinfachen.

Vorstehendes die heutigen Vorschläge des Admirals von Holtzendorff für den Fall, daß der Blockade nicht zugestimmt wird[32].

571. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R 43/2398f, f. 27. Telegramm Hughes in Ziffern. Konzept von unbekannter Hand. Letzter Teilsatz eigenhändig.

[Ohne Nr.] Berlin, 15. Juni 1916

Geheim. Auf Tel. Nr. 155.

Nach einem Bericht des Freiherrn von Schoen soll der König von Bayern allerdings die Absicht haben, Seine Majestät auf die Unterstellung des Heeres unter Hindenburg anzusprechen, wenn er nicht gar die Ersetzung Falkenhayns durch Hindenburg anregen sollte.

572. Grünau an AA

PA Berlin, R 3501. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 361. Großes Hauptquartier, 19. Juni 1916, 10 Uhr 25 Min. Vm.
Ankunft: 19. Juni 1916, 11 Uhr -- Min. Vm.

Dem Kaiser ist heute erzählt worden, in Berlin spreche man davon, daß unser Seesieg[33] der Wilhelmstraße höchst unangenehm gewesen sei, da wir bereits die einleitenden Verhandlungen zum Abschluß eines schimpflichen Friedens mit England begonnen hätten und nun durch den Seesieg darin gestört worden seien. Seine Majestät hat dem Betreffenden geantwortet, ob er so dumm sei zu glauben, daß er – der Kaiser – nichts davon wisse, wann Friedensverhandlungen eingeleitet würden oder daß er sich von den Regierungsgeschäften so ausschalten lasse, daß derartige Verhandlungen ohne seine Genehmigung begonnen würden.

Der Kaiser ist über die Niedrigkeit dieses neuesten Berliner Klatsches höchst ungehalten, zurückführt ihn auf den bekannten Gegner des Reichskanz-

[32] Es geht vermutlich um die englischerseits diskutierte Verschärfung der Blockade gegenüber Deutschland. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 156, 158–159, 161–162, 233. England hob die Londoner Seerechtsdeklaration von 1909 komplett auf.

[33] Die Seeschlacht vor dem Skagerrak zwischen der deutschen Hochseeflotte und der Grand Fleet der Royal Navy vom 31. Mai bis 1. Juni 1916: Obwohl die Briten deutlich höhere Verluste an Menschenleben und Schiffen zu beklagen hatten, gilt die Schlacht nicht als Sieg der Deutschen. Es änderte sich nichts an der strategischen Ausgangslage, da die Royal Navy die Seeblockade bis zum Kriegsende aufrechterhalten konnte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lers[34] und dessen politische Freunde und meint, es müsse hiergegen etwas geschehen.

Aus der Art, wie mir Se. Majestät den Vorgang geschildert, entnehme ich, daß der betreffende nicht bloß die Tatsache des Gerüchtes erwähnt, sondern zugleich uns anschwärzen wollte.

Dafür, wer dem Kaiser die Sache erzählt hat, fehlt mir noch jeder Anhaltspunkt. Von den heutigen Gästen kann es keiner gewesen sein, <was> Exzellenz von Reischach[35] bestimmt versichert, da er beständig in unmittelbarer Nähe war. Bliebe also nur eine gewisse Telephonverbindung oder der Vortrag.

573. Grünau an AA

PA Berlin, R. 3501. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 365. Großes Hauptquartier, 23. Juni 1916, 8 Uhr 38 Min. Nm.
Ankunft: 23. Juni 1916, 11 Uhr -- Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 685.

Letzten Sonntag Vormittag war, wie nachträglich festgestellt, der Kronprinz in unserem Garten mit Seiner Majestät zusammen. Am Abend sprach mir der Kaiser von dem Gerücht[36]. Da andere Persönlichkeiten nicht in Betracht kommen, liegt Vermutung nahe, daß Kronprinz Gerücht erzählt hat.

574. Bethmann Hollweg an Grünau

BA/MA Freiburg, PH 1/55, f. 53. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 712. Berlin, 23. Juni 1916

Geheim.
Für General von Lyncker.

In ganz vertraulicher Unterredung hat mir General von Plessen mitgeteilt, er sei der Überzeugung, daß Oberbefehl im Osten Hindenburg übertragen werden müsse, und wolle General von Falkenhayn zu bestimmen versuchen, dies in seinem eigenen Interesse Seiner Majestät vorzuschlagen. Inzwischen höre ich von Wien, daß heute respektive morgen Konferenz zwischen Hötzendorf und Falkenhayn hier in Berlin stattfindet, in der Hötzendorf um weitere Hilfe bitten will. Von anderer Seite höre ich, daß General von Falkenhayn hierbei Hötzendorf bestimmen will, Oberbefehl über deutsche und österreichische Truppen von Linsingen ab südlich dem Prinzen Leopold, eventuell Macken-

[34] Nach dem Tagebuch Müllers ist der Kronprinz gemeint: Müller, Regierte der Kaiser? S. 192.

[35] Hugo Frhr. von Reischach (1854–1934), Oberhof- und Hausmarschall und Oberzeremonienmeister Wilhelms II. 1913–1918.

[36] Oben Nr. 572.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sen, zu übertragen, Hindenburg aber unter allen Umständen unberücksichtigt zu lassen. Ich halte es für verhängnisvoll, wenn dieses geschieht. Euere Exzellenz wissen selbst, daß unser Volk es nicht nicht verstehen würde, wenn Hindenburg wieder bei Seite geschoben und an seiner Stelle ein Heerführer zweiten Ranges genommen wird. Der Name Hindenburg ist der Schrecken unserer Feinde, elektrisiert unser Heer und Volk, die grenzenloses Vertrauen zu ihm haben. Unsere Situation beurteile ich ernst. Unser Menschenmaterial ist nicht unerschöpflich, schwere Nahrungssorgen und die Länge des Krieges drücken die Stimmung des Volkes. Aber selbst wenn wir eine Schlacht verlören, was Gott verhüten wolle, unser Volk würde auch dies hinnehmen, wenn Hindenburg geführt hat, und ebenso jeden Frieden, den sein Name deckt. Andererseits werden, wenn dies nicht geschieht, die Länge und Wechselfälle des Krieges schließlich von der Volksstimme dem Kaiser angerechnet werden. Mit diesen Imponderabilien müssen wir rechnen.

Euere Exzellenz wissen, wie sehr ich es vermeide, mich in militärische Zuständigkeiten zu mischen, und ich wende mich auch jetzt nur ganz vertraulich an Euere Exzellenz persönlich. Aber wir müssen uns der Verantwortung bewußt sein, die wir vor Gott, unserem Kaiser und König und dem deutschen Volk tragen. Ich beschwöre Eurere Exzellenz, in dieser ernsten Stunde Ihre Stimme als kompetente Instanz zu erheben.

Die Ansicht, daß Hindenburg–Ludendorff österreichischerseits nicht geschätzt würden, ist, wie ich bestimmt weiß, nicht richtig.

575. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R. 43/2398f, f. 22. Telegramm Hughes in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 713. [Berlin, 23. Juni 1916]

Aus meinem geheimen Telegramm an General von Lyncker[37] ersehen Sie meine Stellung. Bitte, ohne dieses Telegramm zu erwähnen, General von Wild entsprechend enkuragiren und Exzellenz von Valentini informiren. Ein direktes Eingreifen meinerseits an Allerhöchster Stelle halte ich in Übereinstimmung mit Exzellenz von Valentini auch jetzt noch für schädlich. Doch spricht er vielleicht mit Lyncker, bevor dieser sich eventuell an S.M. wendet.

[37] Die vorangehende Nr.; ferner unten Nr. 776*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

576. Bethmann Hollweg an Müller

PA Berlin, R 21527. (Eigenhändiges) Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 24. Juni 1916

Euer Exzellenz

danke ich aufrichtig für die Übermittlung des Allerhöchsten Handschreibens an den Großadmiral Köster[38]. Ich halte diese Stellungnahme unseres Kaiserlichen Herrn für ganz besonders weise. Sie wird den patriotischen Bestrebungen und den hohen Verdiensten des Großadmirals in vollem Umfange gerecht und muß ihn doch für die Zukunft verhindern, politischen Schaden durch derartige Reden anzurichten. Ich selbst habe übrigens schon vor einigen Tagen Gelegenheit genommen, mich mit Herrn von Köster über seine Rede zu unterhalten. Unser Gespräch verlief in sehr angenehmer Form, und ich hatte das Gefühl, daß ihm das Verständnis für meine politischen Bedenken gegen seine Ausführungen über den U-Bootskrieg nicht ganz fehlte.

In alter aufrichtiger Verehrung bin ich
Euer Exzellenz
ganz ergebener

577. Treutler an AA

PA Berlin, R 3501. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 377. Großes Hauptquartier, 27. Juni 1916, 11 Uhr 52 Min. Vm.
Ankunft: 27. Juni 1916, 12 Uhr 17 Min. Nm.

Für den Herrn Reichskanzler.
Unter Bezug auf Gespräch in Berlin.

Maltzans Entfernung[39] hänge nicht mit dem Vorstoß für Hindenburg zusammen, sondern ist auf Allerhöchste Initiative auf Grund der Verleumdung Euerer Exzellenz (Seeschlacht) erfolgt.

[38] Hans von Koester (1844–1928), Großadmiral; seit 1905 a. D. – Koester hatte als Vorsitzender des Deutschen Flottenvereins am 17. Juni 1916 bei dessen Hauptversammlung eine Rede gehalten, in der er auch den rücksichtslosen Gebrauch der Ubootwaffe forderte. Vgl. König, Agitation S. 403–404. – Der Kaiser bat Koester in einem Schreiben vom 4. Juni, „in dieser ernsten Zeit nicht nur auf eine Kritik von Mir getroffener Entscheidungen zu verzichten, sondern auch dahin zu wirken, allgemein das Vertrauen in die Zweckmäßigkeit Meiner Entschließungen zu stärken." (PA Berlin, R 21471, f. 41.)

[39] Vgl. auch Müller, Regierte der Kaiser? S. 192.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

578. Treutler an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43, 2398f, f. 30. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 38. Großes Hauptquartier, 27. Juni 1916, 12 Uhr 16 Min. Nm.
Ankunft: 27. Juni 1916, 12 Uhr 35 Min. Nm.

Ganz geheim!

Meine Unterhaltung mit Lyncker hat mich in der Überzeugung bestärkt, daß hier mit Ausnahme von Marschall und einem Teil des Generalstabs alle wesentlichen Faktoren Euer Exzellenz Ansicht in der bewußten Frage[40] teilen. Lynckers Demarsche mißglückte dadurch, daß die fragliche Konferenz am Sonntag[41] mit der Zusage endete, man müsse sich die Angelegenheit noch überlegen, und daß das negative Resultat dieser Überlegung beim Vortrag verwendet und durch „militärische Gründe“[42] gestützt wurde, die von Seiner Majestät sofort so energisch gebilligt wurden, daß die beiden anderen Herren nicht mehr zu Worte kamen. Man hofft allgemein, daß die von Freiherrn von Schoen gemeldete Absicht des Königs Ludwig[43] heute zur Ausführung kommt, da Seine Majestät augenscheinlich innerlich noch nicht ganz beruhigt ist.

579. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 21527. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 735. Berlin, 28. Juni 1916
Abgegangen: 28. Juni 1916, 10 Uhr 45 Min. Nm.

In der Frage des Ubootkrieges habe ich dem Admiral von Holtzendorff meine Stellungnahme in folgender Weise dargelegt. Euere Exzellenz bitte ich, eine Abschrift des Nachstehenden dem Admiral von Holtzendorff bei seiner Ankunft dortselbst morgen Nachmittag übergeben zu lassen.

Die Wiederaufnahme des Ubootkrieges an der Westküste Englands in den vom Admiralstab vorgeschlagenen Formen kann uns täglich vor einen neuen Konflikt mit Amerika stellen.

1. Unsere Auffassung von den bewaffneten Handelsschiffen wird bekanntlich von Amerika nicht geteilt.

[40] Übertragung des Oberbefehls über die deutsche Ostfront an Hindenburg oder gar die Ernennung Hindenburgs zum Chef des Generalstabs.

[41] 25. Juni 1916.

[42] Wie sie Falkenhayn in diesen Tagen immer geltend machte (um die Beförderung Hindenburgs zu vereiteln).

[43] Vgl. oben Nr. 571. – König Ludwig besuchte das GrHQ am 27. Juni. Vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 196.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

2. Wenn wir nun auch von der prinzipiellen Verschiedenheit der Ansichten absehen und unseren berechtigten Standpunkt vertreten wollen, so kann trotz schärfster Instruktionen keine Garantie geleistet werden, daß nicht Passagierdampfer mit Transportdampfern verwechselt werden.

3. Nach amerikanischer Auffassung, der unsere Zusagen in der Frynote[44] immerhin bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragen, d ü r f e n die an Bord eines zu versenkenden Schiffes befindlichen Menschen nur dann auf die Rettungsboote verwiesen werden, wenn die Küste in Sicht ist. Diese Voraussetzung wird bei dem von uns an der englischen Westküste zu führenden Ubootskrieg nur in seltenen Ausnahmefällen zutreffen.

Treten auf einem dieser Gebiete Zwischenfälle ein, so können wir zwar einzelne Fälle durch Entschuldigung und Bestrafung der Ubootskommandanten preisgeben, grundsätzlich aber vor Amerika nicht erneut zurückweichen, sondern müssen den Bruch hinnehmen.

Für die Wahrscheinlichkeit, daß Amerika Zwischenfälle zum Anlaß des Bruches nimmt, sprechen folgende Tatsachen:

1. Wilson ist, wenn er nicht alle Wahlchancen aufgeben will, genötigt, eine starke Politik zu führen. Tut er dies nicht, so setzt er sich als Notenschreiber dem Gelächter seiner Gegner und einer sicheren Niederlage aus. In seiner ganzen bisherigen Haltung hat er sich uns gegenüber so gebunden, daß es auch für ihn kein Zurückweichen gibt.

2. Solange er noch nicht mit Mexiko definitiv im Kriege ist[45], wird er den Bruch mit uns gern benutzen, um ein Zurückweichen gegen Mexiko zu maskieren.

Die Wahrscheinlichkeit vermindert sich, wenn Wilson in Mexiko kriegerisch fest engagiert ist. Vor allem wenn unsere militärische Lage zu unseren Gunsten fest gesichert erscheint. Gegenwärtig, wo Österreich seine Front gegen Italien hat zurücknehmen müssen, wo in der Bukowina und Galizien die Lage noch nicht endgültig wiederhergestellt ist, wo wir weitere Angriffe auch an unserer Ostfront zu erwarten haben und nach allen vorliegenden Nachrichten am Vorabend einer großen englischen, von den Franzosen unterstützten Offensive stehen, befindet sich die militärische Lage in der Schwebe. Wenn ich auch nach den Mitteilungen der Obersten Heeresleitung berechtigt bin, der zukünftigen Entwickelung zuversichtlich entgegenzusehen, so erachte ich doch den gegenwärtigen Zeitpunkt der ungeklärten Situation nicht für geeignet, einen Entschluß zu fassen, der uns täglich das Risiko eines Bruches mit Amerika unter für uns ungünstigen Bedingungen laufen läßt. Die Gründe, welche im Mai die Kriegspolitik dahin bestimmten, den Bruch mit Amerika zu vermeiden, liegen heute in verstärktem Maßstabe vor.

---

[44] Der Name Fry konnte nicht identifiziert, daher die „Frynote“ auch nicht ermittelt werden.

[45] Um mexikanische Bürgerkriegstruppen, die vorübergehend auf amerikanisches Gebiet eingedrungen waren, zu verfolgen, hatten amerikanische Truppen in den voraufgegangenen Monaten mehrfach die Grenze zu Mexiko überschritten. Es sah nach einem Bruch der mexikanisch-amerikanischen Beziehungen aus.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

580. Treutler an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1363. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 388. Großes Hauptquartier, 29. Juni 1916, 3 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 29. Juni 1916, 5 Uhr 35 Min. Nm.

Für Herrn Reichskanzler und Staatssekretär persönlich.
Geheim.

Gestern besuchte mich Oberst von Marschall – ein sonst ungewöhnlicher Vorgang –, ich vermute auf Anregung Lynckers. Wir kamen bald auf die Frage „Ost“[46], und meine Ausführungen blieben nicht ohne Eindruck. Es war mir auffallend, daß Marschall mehrfach wiederholte „Wir können den Krieg nicht gewinnen, wenn nicht die beiden obersten Ratgeber zusammengehen.“ Ich sagte ihm, daß von seiten des Herrn Reichskanzlers kein größerer … [Gruppe fehlt; *gemeint*: Wunsch] bestehe; dieser habe häufig bewiesen, daß er ganz offen und loyal vorgeht und diese vertrauensvolle Zusammenarbeit anstrebe. Dieses Bestreben müsse aber natürlich von beiden Seiten kommen.

581. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, R 1363. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept (am Rand der vorstehenden Nr.).

Nr. 749. Berlin, 29. Juni 1916

Geheim.

Antwort auf N° 388[47].

Vielen Dank für interessante Mitteilung und volles Einverständnis mit Ihrer Sprache. Falkenhayn wohl selbst mit im Spiel. Ü[ber] völlig [nichts]sagende Gegenleistung, namentlich über ganz mangelhafte Information über militärische Lage, die sich selbst in kritischen Zeiten wie den gegenwärtigen und den jüngst durchlebten ausschließlich auf die schulmäßige Instruktion Luckwalds unter auffälliger Vermeidung jeder persönlichen Berührung und Verbindung beschränkt, sind E.E. so vollständig unterrichtet, daß ich auf Details nicht einzugehen brauche. Ich bitte indessen, Marschall gegenüber jede Initiative Ihrerseits zu vermeiden.

[46] Zusammenlegung des Oberbefehls an der Ostfront in die Hände Hindenburgs und Ludendorffs. – Im Sommer 1916 – besonders nach den Erfolgen der Brusilov-Offensive – wurden an der Spitze von Oberost Stimmen immer lauter, für die gesamte Ostfront, also einschließlich der österreichisch-ungarischen Armee, einen einheitlichen Oberbefehl zu installieren. Das ist der Tenor vieler Quellen bis zum August 1916.

[47] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

582. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 780. Berlin, 4. Juli 1916, 4 Uhr 40 Min. Nm.
Ankunft: 4. Juli 1916, 10 Uhr 58 Min. Nm.

Ganz geheim.

Exzellenz Helfferich telefoniert soeben aus Wilna, Hindenburg und Ludendorff ließen mir sagen, das Fehlen der Befehlseinheitlichkeit überschreite das Maß der Verantwortung, die in dieser gefährlichen Situation überhaupt noch zu tragen sei. Zur Begründung sind Helfferich gegenüber auch Einzelheiten angeführt, die jedoch dieser Bedenken trägt, telephonisch zu übermitteln.

Stelle anheim, Vorstehendes sofort L[yncker] mitzuteilen.

583. Aufzeichnung Nicolais

PA Berlin, R 20200, f. 125. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 40. geh. Berlin, 4. Juli 1916

Die nachstehende Meldung ist, wie ich[48] aus völlig einwandfreier Quelle mit aller Bestimmtheit weiß, den Ententemächten erstattet worden:

[„Einer durchaus vertrauenswürdigen Person ist gelungen, einige Stellen des zwischen Bayern-König und deutschem Reichskanzler gelegentlich des kürzlich in München stattgefundenen Aufenthalts des letzteren geführten Gesprächs zu hören. Da König ihn nicht verstehen konnte, hat Reichskanzler Stimme erhoben, welchem Umstand es zu danken ist, daß die eben bezeichnete Person folgende Worte auffangen konnte: ‚Unser Angriff auf Verdun hatte keine strategische Absicht, es handelte sich um ein Schwächen der französischen Armee und um sie unbeweglich zu machen. Das Gleiche hätte an verschiedenen anderen Stellen durchgeführt werden können. Wir haben Verdun vorgezogen des moralischen Eindrucks wegen, den sein Fall hervorrufen kann. Nunmehr ist es dringend nötig, Rußland ernstlich anzugreifen, um die Durchführung unserer Pläne gegen Italien möglich zu machen. Sobald Italien sich in gleichen Verhältnissen befindet wird wie Serbien, ist anzuznehmen, daß Frankreich und England schwerlich im Widerstand verharren [a]und sich nicht einem … fügen werden[a]. Ich vermute, daß Krieg im Oktober dem Ende zunei-

[48] Walther Nicolai (1873–1947), Oberst; Chef der Abteilung IIIb (Geheimdienst) des Großen Generalstabs (1914: der OHL) 1913–1919. – Edition aus seinem Nachlaß: Geheimdienst und Propaganda im Ersten Weltkrieg. Die Aufzeichnungen von Oberst Walther Nicolai 1914 bis 1918. Im Auftrag des Zentrums f. Militärgeschichte und Sozialwissenschaften d. Bundeswehr hrsg. v. Michael Epkenhans, Gerhard P. Groß, Markus Pöhlmann und Christian Stachelbeck. Berlin/Boston 2019 = Zeitalter der Weltkriege 18.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen wird und daß Amerika-Präsident dann in der Lage sein wird, Vermittlung anzubieten‘.“]

[a–a] *So in der Vorlage. Der Schlußpassus müßte sinngemäß lauten*: und sich einem Friedensappell fügen werden.

584. Bethmann Hollweg an Schoen

PA Berlin, R 20200, f. 126–127. Erlaß. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 36. Berlin, 6. Juli 1916

Eigenhändig!
Ganz geheim.

Der Chef des Generalstabs des Feldheeres hat mir mitgeteilt, er wisse aus völlig einwandfreier Quelle mit aller Bestimmtheit, daß den Ententemächten die nachstehende Meldung erstattet worden sei.

Einrücken: inser. [ ] aus der Anlage[49].

Tatsächlich habe ich S.M. dem König im Verlauf meines Vortrags unter Anderem gesagt, unsere Operationen gegen Verdun hätten jedenfalls das erreicht,

daß starke französische Streitkräfte gebunden seien und gewaltige Verluste erlitten hätten,

daß Präsident Wilson den Ehrgeiz habe, als Friedensvermittler aufzutreten, welche Rolle er sich aber durch seine gesammte gegen uns eingenommene Haltung außerordentlich erschwert habe,

daß ich, ohne indes bessere Unterlagen dafür angeben zu können, den Eindruck hätte, der Krieg nähere sich seinem Höhepunkt und könne im Herbst seinem Ende entgegengehen.

Die übrigen in der Meldung an die Ententemächte mir zugeschobenen Äußerungen, insonderheit diejenigen über Rußland und Italien, habe ich nicht gemacht.

Offenbar handelt es sich um eine der üblichen Agenturmeldungen, in denen der Agent Dinge, die Allgemeingut waren, mit freien Erfindungen gemischt und dadurch sensationell zu gestalten versucht habe, daß er sich als den Abhörer des Gesprächs hinstellte.

Nachdem die Angelegenheit die oberste Heeresleitung beschäftigt hat, glaube ich sie der Kenntnis der zuständigen Stellen in München nicht vorenthalten zu dürfen und ersuche Ew.E. ergebenst, von Vorstehendem S.E. dem Herrn Staatsrat von Dandl[50] mündlich und vertraulich Mittlung zu machen.

[49] In die Winkelklammern ist der eingeklammerte Text aus der vorangehenden Nr. zu inserieren.

[50] Otto Ritter von Dandl (1868–1942), Staatsrat; Kabinettschef Ludwigs III. 1912–1917; Staatsminister des königlichen Hauses und des Äußern 1917–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

PS. Die Anlage ist mir durch Herrn Oberst von Brose[51] (stellvertr. Genst.) im Auftrage des Generals von Falkenhayn mitgeteilt worden, dem ich durch den Oberst von Brose habe sagen lassen, daß ich den Vorfall durch den Botschafter von Schoen an Staatsrat von Dandl mitteilen würde.

585. Schoen an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20200, f. 133–134. Bericht. Behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes.: 9. Juli 1916.

No. 68. München, 6. Juli 1916

Ganz geheim

Die von Euerer Exzellenz mir mitgeteilte Nachricht über den den Ententemächten gemeldeten angeblichen Inhalt des Gesprächs, das Euere Exzellenz hier kürzlich mit König Ludwig gehabt, habe ich mit dem Kabinettschef, Staatsrat von Dandl, besprochen, der s.Zt. sowohl von Seiner Majestät wie von Euerer Exzellenz über die besprochenen Dinge in's Vertrauen gezogen war.

Exzellenz von Dandl ist, ebenso wie ich, mit Euerer Exzellenz in der Überzeugung einig, daß es sich lediglich um eine auf leichter Kombination beruhende, sensationell aufgemachte Agentenmeldung handelt, sei es nun, daß der Entente eine unrichtige Nachricht um teures Geld aufgebunden worden, sei es, daß die Sache im Ententelager fabriziert und auf dem Agenturwege zu Zwekken der Verhetzung verbreitet worden ist.

Was den Gesprächsstoff betrifft, so bestätigt Herr von Dandl, daß Euere Exzellenz u.A. von den Operationen gegen Verdun in dem Sinne gesprochen haben,

daß sie zum mindesten das erreichen, starke französische Kräfte zu binden und zu zermürben,

daß Präsident Wilson gern als Friedensvermittler auftreten möchte, uns aber unwillkommen sein würde,

daß Euere Exzellenz den unbestimmten Eindruck hätten, daß der Krieg im Herbst zu Ende gehen könne.

Sind diese Äußerungen in der Meldung entstellt wiedergegeben, so ist das übrige, insbesondere das auf Rußland und Italien bezügliche, frei erfundene Zutat.

Wenn nun schon die Unrichtigkeiten der Meldung beweisen, daß eine Indiskretion hier nicht vorgekommen, so erscheint eine solche auch bei den örtlichen und persönlichen Verhältnissen als gänzlich ausgeschlossen. Euere Exzellenz hatten, wie erinnerlich sein wird, keinerlei Veranlassung, die Stimme zu erheben, denn König Ludwig hat ein vortreffliches Gehör. In den Nebenräu-

[51] Karl Brose; Oberst; Chef der Abt. IIIb (Nachrichtendienst) 1900–1913 (Lebensdaten nicht ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

men war niemand anwesend als Staatsrat Dandl und der Flügeladjutant Freiherr von Perfall[52]. Letzterer ist notorisch schwerhörig.

Trotz aller innerer Unwahrscheinlichkeit, daß eine Meldung wie die in Frage stehende von hier nach außen abgegangen sein sollte, werden hier mit der gebotenen Vorsicht Beobachtungen angestellt werden, über deren etwaiges Ergebnis ich mir zu berichten vorbehalten darf.

Ich habe die Sache auch dem gerade von seinem Sommersitz zur Stadt gekommenen Grafen Hertling zur ganz vertraulichen Kenntnis gebracht. Der Staatsminister bestätigt in allen Punkten die Angaben des Staatsrats von Dandl und teilt dessen Auffassung über den verdächtigen Ursprung und Zweck der Meldung.

586. Holtzendorff an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

H. 17160. I. Berlin, 7. Juli 1916

Euerer Exzellenz beehre ich mich, ergebenst mitzuteilen, daß ich Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag über die Aufnahme des von mir vorgeschlagenen Blockade-Handelskriegs gehalten habe und daß Seine Majestät unter Berücksichtigung der Stellungnahme Euerer Exzellenz befohlen haben, daß die U-Boote der Hochseestreitkräfte und des Marinekorps im Monat Juli rein militärisch verwendet werden, während es im Mittelmeer bei dem bisherigen Verfahren bleibt[53]. Seine Majestät haben ferner befohlen, daß der Überwasser-Handelskrieg in erweiterten Bannwarebestimmungen und der erweiterten Bannwareliste eine bessere Grundlage erhalten soll. Schließlich haben weiter geplante Maßnahmen zur Verschärfung des Handelskriegs entsprechend dem englischen Verfahren die volle Billigung Seiner Majestät gefunden.

In Befolgung der von Seiner Majestät gegebenen Richtlinien beehre ich mich, Euere Exzellenz zu bitten, den im Nachstehenden dargelegten Gedanken zur weiteren Verschärfung des Handelskriegs zu prüfen, grundsätzlich zuzustimmen und den beteiligten Reichsämtern Anweisung zur Mitarbeit an der weiteren Ausarbeitung zu erteilen.

1) Nach Fallenlassen des Gedankens des Blockade-Handelskrieges scheint es mir nötig, die englische Art des Handelskrieges gegen uns wenigstens in soweit nachzuahmen, als es mit Sicherheit möglich ist, ohne irgend wie über Englands Maßnahmen hinauszugehen. Andernfalls würden unserer Handelskriegführung weiter wie bisher wesentliche Vorteile vorenthalten, die die Engländer schon seit Beginn des Krieges ausnutzen. Mit Bannwarebestimmungen allein läßt sich nur der zum Feinde gehende Handel außer der Freiliste tref-

[52] Gustav Frhr. von Perfall (1883–1969), Flügeladjutant Ludwigs III.

[53] Zur Entscheidungssuche bei der Verwendung der Uboote in diesen Wochen vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 196–207; Birnbaum, Peace Moves S. 108–112.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fen. Sie lassen den vom Feinde kommenden Handel völlig frei. Gerade dieser Handel aber hat die englische Order in Council vom 11. März 1915[54] getroffen, indem sie aussprach: „Keinem Handelsschiff, das nach dem 1. März 1915 irgend einen deutschen Hafen verlassen hat, wird erlaubt werden, seine Reise mit Gütern, die es in einem solchen Hafen geladen hat, fortzusetzen." Meine Absicht ist, die auf neutralen Schiffen zum Feinde gehenden Güter der Freiliste und den gesamten vom Feinde ausgehenden Handel, soweit er für uns greifbar ist, ebenso zu fassen, wie dies englischerseits geschieht. Das Einbringen neutraler Schiffe mit solchen Gütern wird sich unter den gegebenen Verhältnissen in der Nordsee, der Ostsee und im Mittelmeer in nutzbringendem Umfang ermöglichen lassen. Es handelt sich hier also nicht um Versenken, sondern um Einbringen.

2) Die Order in Council vom 11. März 1915 besagt ferner, „jedes Handelsschiff, das einen nichtdeutschen Hafen nach dem 1. März 1915 verlassen hat, und das Güter, welche feindlicher Herkunft oder welche feindliches Eigentum sind, an Bord hat, kann veranlaßt werden, diese Güter in einem britischen Hafen oder Hafen der Verbündeten zu entlöschen." Die Nachahmung dieser Bestimmung würde uns die Möglichkeit geben, Güter im Verkehr zwischen neutralen Häfen, welche feindlicher Herkunft oder feindliches Eigentum sind, für unsere eigenen Zwecke zu requirieren, soweit sie für uns von wesentlichem Nutzen sind. Die Nachahmung der englischen ähnlich lautenden Bestimmung für Bunkerkohlen würde ein starkes Druckmittel gegenüber den Neutralen bedeuten. Wir können feindliches Gut zwischen neutralen Häfen in erster Linie am Ostseeausgang fassen und dadurch die Widerstandskraft Rußlands noch erneut erheblich treffen, besonders im Winter, wenn die Zufuhr über Archangelsk abgeschnitten ist.

3) Ich fasse meinen neuen Vorschlag dahin zusammen, in weiterer Vergeltung des englischen Vorgehens anzukündigen, daß von einem bestimmten Tage ab

a) keinem Handelsschiff, das irgend einen feindlichen Hafen verlassen hat und von deutschen Seestreitkräften angetroffen wird, erlaubt werden wird, seine Reise mit den Gütern, die es in einem solchen Hafen geladen hat, fortzusetzen;

b) jedes Handelsschiff, das einen nichtfeindichen Hafen nach dem … verlassen hat und das Güter, welche feindlicher Herkunft, feindlicher Bestimmung oder welche feindlichen Eigentums sind, an Bord hat, veranlaßt werden kann, diese Güter in einem deutschen Hafen oder Hafen der Verbündeten zu entladen;

c) die Deutsche Regierung die gemäß a) und b) eingebrachten Güter, soweit sie Neutralen gehören, gegen sofortige Entschädigung anfordern oder im Ausladungshafen zur Verfügung stellen kann. Daß sie solche Güter, soweit sie

[54] Text (in deutscher Übersetzung): Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 745–747 (auch S. 740–741).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

feindliches Eigentum sind, gegen Entschädigung, die bis Friedensschluß zu stunden ist, anfordern oder verkaufen kann;

d) daß Bunkerkohle feindlichen Ursprungs den in einem feindlichen Hafen geladenen Gütern gleichzustellen sind.

Seine Majestät der Kaiser hat mir aufgegeben, über die Erledigung dieser Frage Vortrag zu halten.

587. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 795. Berlin, 8. Juli 1916, 8 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 8. Juli 1916, 10 Uhr 10 Min. Nm.

Für Exzellenz Frhr. v. Lyncker.

Für die ausführliche Beantwortung meines Telegramms[55] danke ich Euerer Exzellenz herzlich. So enttäuscht ich bin, daß der von mir vorgebrachte Wunsch bisher nicht erfüllt werden konnte, so glücklich bin ich, aus Euerer Exzellenz Schreiben entnehmen zu können, daß Sie selbst für den Gedanken, der heute mich und so viele vaterlandsliebe Männer erfüllt, kräftig eingetreten sind. Bei dem Ernst der Stunde will und kann ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß dem neuen, doch wohl unvermutet starken russischen Ansturm[56] eine einheitliche, geschlossene Front entgegengestellt wird, eine Maßregel, die ja nicht nur greifbare, nach der gesamten politischen Situation durchaus notwendige Vorteile im Gefolge haben würde, sondern auch außerordentlich wertvolle Imponderabilien.

Daß sich der Erfüllung des Wunsches auch Schwierigkeiten entgegenstellen werden, kann wohl nicht bezweifelt werden. Aber wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wolle Gott, daß wir ihn gehen, ehe es zu spät ist.

Wie schmerzlich es für mich ist, aus sachlichen Gründen auf die persönliche Vertretung meines Standpunktes verzichten zu müssen, werden Euere Exzellenz verstehen.

---

[55] Es handelt sich um den Wunsch des Reichskanzlers, sämtliche Truppen an der Ostfront, auch die österreichisch-ungarischen, dem Oberbefehl Hindenburgs zu unterstellen. Grünau hatte nach Berlin mitgeteilt, daß die entsprechende Anfrage von Conrad ablehnend beschieden worden sei. Selbst die Unterstellung der Heeresgruppe Linsingen, die österreichisch-ungarischem Befehl unterstand, sei abgelehnt worden. Vgl. dazu auch: Afflerbach, Falkenhayn S. 424–437.

[56] Am 2. Juli 1916 hatten russische Angriffe im Mittelabschnitt der Ostfront (Armeeabteilung Woyrsch) eingesetzt, die sich in den folgenden Tagen teilweise in den südlichen Abschnitt verlagerten. In der zweiten Julihälfte flauten die Angriffe wieder ab. Vgl. Der Weltkrieg X S. 520–523.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

588. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 797. Berlin, 9. Juli 1916, 12 Uhr 58 Min. Nm.
Ankunft: 9. Juli 1916, 1 Uhr 50 Min. Nm.

Für Exzellenz v. Valentini.

Ludendorff telephoniert soeben auf Anfrage von Wahnschaffe, daß Lage im Osten äußerst kritisch. Hier hört man von Hoch und Gering nur die Frage: Wo ist Hindenburg? Stimmung äußerst erregt gegen General v. Falkenhayn, aber auch schon gegen Kaiser.

589. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 801. Berlin, 11. Juli 1916, 2 Uhr 25 Min. Vm.
Ankunft: 11. Juli 1916, 6 Uhr 30 Min. Vm.

Ganz geheim!

Zu Ihrer persönlichen Information und zur ganz vertraulichen Verständigung von Exzellenz v. Valentini.

I. Oberst v. Eisenhart[57] von Ober-Ost meldete Exzellenz Wahnschaffe telephonisch:

1. Sondierung v. Hötzendorffs vor etwa 8 Tagen wegen Übertragung Oberbefehls an Hindenburg sei in Form Ultimatums gestellt gewesen und aus diesem Grunde abgelehnt worden.

2. Jetzt werde zwar weiter verhandelt, aber Entscheidung auf persönliche Zusammenkunft zwischen Falkenhayn und Hötzendorff hier in Berlin verschoben, die natürlich negativ ausfallen werde.

3. Graf Tisza habe sich persönlich in Wien für Hindenburg verwendet.

Eisenhart hat vorstehende Information ersichtlich aus Teschen erhalten.

II. Admiral v. Holtzendorff, den ich heute sprach, ersichtlich stark von Falkenhayn beeinflußt.

Letzterer werde Übertragung Oberbefehls an Hindenburg niemals zugeben, und zwar aus guten militärischen Gründen. Es würden nämlich dann andauernde Reibungen wegen Verteilung der Truppen zwischen West und Ost stattfinden, die der Kaiser entscheiden müsse. So merkwürdig diese Begründung auch ist, so bezeichnend ist sie für die Sachlage.

III. Erbitte fortlaufende Benachrichtigung über Situation, insonderheit über etwaige Reise Falkenhayns hierher.

[57] Ernst von Eisenhart-Rothe (1862–1947), Oberst (August 1916: Generalmajor); Oberquartiermeister bei Oberost 1915–1916; Generalintendant des Feldheeres Januar 1917–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

590. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 807. Berlin, 11. Juli 1916, 9 Uhr 20 Min. Nm.
Ankunft: 11. Juli 1916, 10 Uhr 20 Min. Nm.

Antwort auf Nr. 43.

Ganz geheim!

Nach der mir gestern von Admiral von Holtzendorff ausdrücklich gemachten Mitteilung, Falkenhayn werde niemals in Übertragung Oberbefehls an Hindenburg willigen, und nachdem Falkenhayn entgegen seiner sonstigen Art die doch kaum zu begründende Weigerung Hötzendorfs, auch nur Linsingen[58] Hindenburg zu unterstellen, einstweilen ruhig hinnimmt, bin ich der festen Überzeugung, daß er bei persönlicher Zusammenkunft vielleicht in der Form für ein positives, in der Sache aber für ein negatives Ergebnis wirken wird. Ich fürchte, daß sich Lyncker in seiner gegenteiligen Auffassung einer schweren Täuschung hingibt. Versuchen Sie durch Exz. v. Valentini dem General diesen Gedanken, aber nicht als von mir kommend, zu suggerieren. Ich bitte Herrn v. Valentini bei etwaiger Besprechung der ganzen Angelegenheit mit Exz. v. Müller, den Admiral von Holtzendorff lieber aus dem Spiel zu lassen.

591. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 823. Berlin, 12. Juli 1916, 3 Uhr 45 Min. Nm.
Ankunft: 12. Juli 1916, 4 Uhr 12 Min. Nm.

Antwort auf Privatbrief vom 11.

Umsiedelung[59] scheint auch mir erwünscht. Ich schreibe heute einen Privatbrief an Seine Majestät, in dem ich über die Polenfrage berichte, aber auf die H[indenburg]-Frage nicht eingehe. Da ich, wie ich selbst einsehe, jetzt besser nicht nach Charleville fahre, frage ich mich, ob ich nicht in einem zweiten Privatbrief auch die Kommandofrage berühren und diplomatische Parellelaktion in Wien anbieten soll. Zu diesem Zweck müßte ich allerdings die Teschener Ablehnung offiziell kennen dürfen. Ich besorge, daß Falkenhayn doch von

[58] Gemeint: die Heeresgruppe Linsingen. – Alexander von Linsingen (1850–1935), General der Infanterie; Oberbefehlshaber der Südarmee an der Ostfront Januar–Juli 1915, der Bugarmee Juli–September 1915, der Heeresgruppe Linsingen (Zusammenschluß der Süd- und der Bugarmee) September 1915–März 1918; Generaloberst 1918; Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin Juni–November 1918. – Zur Anschauung Karten in Der Weltkrieg VII konsultieren.

[59] Des Großen Hauptquartiers von der Westfront (Charleville) an die Ostfront (Schloß Pleß in Oberschlesien).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meiner Mitbeteiligung Wind bekommen hat und dies bei Seiner Majestät in schädlicher Weise ausnutzen wird. Dann wäre es natürlich besser, wenn der Kaiser direkt von mir etwas hört.

592. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 827. Berlin, 12. Juli 1916, 10 Uhr 20 Min. Nm.
Ankunft: 13. Juli 1916, 12 Uhr 15 Min. Vm.

Ganz geheim!
Zu Ihrer persönlichen Information.

Oberst von Eisenhart, der heute mit Exzellenz Wahnschaffe telephonierte, teilt mit:

1. Verhandlungen zwischen Ober-Ost und Mézières[60] schweben z. Zt. nicht.

2. Hindenburg, der vor einigen Tagen gefragt war, ob er sich mit Unterstellung von Prinz Leopold[61] begnügen könne, hat geantwortet, daß er mit diesem schon jetzt genügend Verbindung habe, eine Verbesserung der Lage also [nur?] aus einer weiteren Ausdehnung seines Befehlsbereichs erwarten könne.

3. Graf Tisza war in Teschen, ist aber von Hötzendorff abgewiesen worden.

4. Ablehnung Hötzendorffs wird andauernd auf die schroffe Form der ersten Anfrage zurückgeführt.

5. Graf Tisza soll sich vorbehalten haben, seinen Vorstoß bei Erneuerung der russischen Offensive, die in 8–14 Tagen erwartet wird, zu wiederholen.

593. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 12. Juli 1916

Ganz geheim.

Unter Bezugnahme auf das geneigte Schreiben vom gestrigen Tage B.17670. III und im Anschluß an unsere heutige Unterredung darf ich ergebenst feststellen, daß die U-Bootskommandanten im Mittelmeer lediglich den Befehl erhalten sollen, Militärtransportdampfer, die also solche einwandsfrei erkannt sind, auch dann unter Wasser anzugreifen, wenn keine Bestückung an Bord ausdrücklich erkannt ist. Hieraus darf ich den Schluß ziehen, daß U-Bootskommandanten, die sich hierbei einer Verwechselung schuldig machen und einen Transportdampfer, der tatsächlich nicht Truppentransportdampfer

[60] In Mézières und dem Nachbarort Charleville war noch das GrHQ untergebracht.

[61] Der Heeresgruppe Leopold im Mittelabschnitt der Ostfront.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist, unter Wasser angreifen, zur Verantwortung gezogen werden und daß dies den U-Bootskommandanten in dem zu erlassenden Befehle ausdrücklich bekannt gegeben wird. Ich muß hierauf Wert legen, da sonst durch die neue Befehlserteilung unsere an Amerika gegebenen Zusicherungen alteriert werden würden, wozu ich meine Zustimmung nicht aussprechen könnte. Ich darf hierbei ausdrücklich betonen, daß die Herbeiführung eines Konfliktes mit Amerika unter den jetzt obwaltenden Umständen auf jeden Fall vermieden werden muß.

594. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 828. Berlin, 12. Juli 1916, 11 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 13. Juli 1916, 12 Uhr 15 Min. Vm.

Ganz geheim. – Bitte dringend alle geheimen Telegramme nur mit Lotterie-Chiffre[62] über Auswärtiges Amt an mich zu leiten.

595. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21528. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 13. Juli 1916

Der Admiral von Holtzendorff, mit dem ich die Angelegenheit heute mündlich besprochen habe, hat mir folgendes erklärt:

Die U-Bootskommandanten sollen lediglich den Befehl erhalten, Militärtransportdampfer, die als solche einwandsfrei erkannt sind, auch dann unter Wasser anzugreifen, wenn keine Bestückung an Bord ausdrücklich erkannt ist. Nach den bisherigen Befehlen war ihnen dies nicht gestattet. Der Befehl soll sich zunächst nur auf die Fahrstraße Malta – Cerigo[63] erstrecken und auf Ägäisches Meer.

Einen gleichlautenden Befehl will Admiral von Holtzendorff, wenn es das Operationsgebiet gestattet, für die Linie Warne-Feuerschiff (unmittelbar westlich Calais) – Calais erlassen. Auf dieser Linie ist jede Verwechselung ausgeschlossen, da auf ihr nur Kriegstransporte verkehren.

Im Mittelmeer greifen unsere U-Boote in allen zweifelhaften Fällen nur die italienischen Schiffe unter österreichischer Flagge, alle übrigen unter deutscher Flagge an. Bei Unterwasserangriffen kommt die Flaggenfrage natürlich überhaupt nicht in Betracht.

[62] Das Chiffresystem, das damals von Berlin im Verkehr mit den deutschen Botschaften und Gesandtschaften verwendet wurde. Hier sollten also Telegramme des Vertreters im GrHQ vor den Augen der Militärbehörden verborgen werden.

[63] Von Malta bis an die Südostspitze des Peleponnes.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Vorstehendes ist auf Diktat des Admirals von Holtzendorff niedergeschrieben.

596. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 20201. Telegramm. Revidiertes Konzept (maschinenschriftlich mit zahlreichen handschriftlichen Änderungen und Zusätzen Bethman Hollwegs).

No. 838. [Berlin] 16. Juli 1916

Für General von Falkenhayn.

Der österreichisch-ungarische Botschafter übermittelte mir die nachstehende an ihn gerichtete Depesche des Baron Burian.

General von Conrad habe ihm, dem Baron Burian, mitgeteilt, daß die österreichisch-ungarischen Streitkräfte zwar genügen würden, um das Vordringen der Russen südlich des Dnjester und über die Karpaten abzuwehren, für einen Gegenangriff jedoch, der die Russen zurückwerfen und die Bukowina befreien könnte, seien dieselben in absehbarer Zeit nicht stark genug. Baron Conrad von Hötzendorf sei deshalb bemüht, den Einsatz weiterer deutscher Kräfte für ein solches positives Ziel bei E.E. sobald als möglich zu erreichen.

Neben dem rein militärischen und operativen Zweck komme bei einer Action in der Bukowina auch das hochpolitische Interesse in Betracht, Rumänien von einem Eingreifen gegen die Zentralmächte abzuhalten und so zu verhindern, daß das Kräfteverhältnis noch weiter zu Ungunsten der Verbündeten verschoben werde.

E.E. sei die sonstige Bedeutung eines positiven Erfolges der Waffen Österreich-Ungarns an der rumänischen Grenze gewiß vollkommen klar; Baron Burian glaube aber dennoch, die dringende Notwendigkeit eines Kräfteeinsatzes schon jetzt am Südflügel der russischen Front betonen und begründen zu sollen.

Nach Ansicht des Generals von Conrad könne das Eingreifen der rumänischen Armee gegen uns mit Sicherheit abgewendet werden, falls die erbetenen Kräfte zeitgerecht eingesetzt werden würden.

Baron Burian hat mich gebeten, die hochpolitische Bedeutung der vorstehenden militärischen Frage bei E.E. hervorzuheben.

Ich habe dem Prinzen Hohenlohe einstweilen erwidert, ich verkennte nicht die schwere Gefahr, die die jüngsten Vorgänge in der Bukowina für unsere politische Gesammtlage in sich bergen. Schon wegen des Eindrucks in Rumänien hielte ich es für dringend erforderlich, daß die Lage im Südosten baldigst wiederhergestellt würde; ich wisse aber nicht, ob wir in der Lage seien, den Österreichern noch mehr Truppen wie bisher zu schicken. E.E. bitte ich, mich in Stand zu setzen, dem Baron Burian eine weitere Antwort zugehen zu lassen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wie ich höre, stoßen Ew.Exc. bei gewissen Wünschen betr. die Regelung der Kommandoverhältnisse im Osten und namentlich die Unterstellung der Armee Linsingen unter deutschen Oberbefehl auf den Widerstand der Österreicher[64]. Mir erscheint die Anfrage des Baron Burian ein geeignetes Mittel, um unter Hinweis auf die zahlreichen, den Österreichern bisher zur Verfügung gestellten Truppen die Erfüllung dieser Wünsche auf diplomatischem Wege zu unterstützen. Ich bin bereit, die darauf bezüglichen Schritte in Wien anzuordnen.

597. Bethmann Hollweg mit Parteiführern

BA Berlin, R 43/2398f, f. 87–101. Protokoll. In Maschinenschrift.

RK 8673 K.J. [Berlin, 17. Juli 1916]

Aufzeichnung
über die am 17. Juli 1916 stattgehabte Besprechung
mit den Fraktionsvorsitzenden des Reichstags im
Reichskanzlerpalais[65]
Anwesend:

1. Der Herr Reichskanzler,
   die Reichstagsabgeordneten:
2. Graf von Westarp,
3. Frhr. v. Gamp-Massaunen,
4. Dr. Spahn,
5. von Payer,
6. Bassermann,
7. Scheidemann,
8. Vizepräsident des Reichstags Dr. Paasche[66]
9. Staatssekretär von Jagow,
10. Staatssekretär Dr. Helfferich,
11. Unterstaatssekretär Wahnschaffe

Reichskanzler ..... Ausführungen über Außenpolitik .....

[64] Die Heeresgruppe Linsingen an der Ostfront war im Juli 1915 gebildet worden. Ihr gehörten neben der Bugarmee die k.u.k. 4. Armee an. Sie unterstand dem österreichisch-ungarischen Armeeoberkommando.

[65] Das Protokoll der Sitzung stammt von Wahnschaffe, der sich die Redebeiträge in Stichworten und Halbsätzen notierte. Bei der Übertragung in Maschinenschrift konnte der (unbekannte) Bearbeiter offensichtlich nicht alle Wörter entziffern; deswegen mußte er Lücken lassen. Diese sind ab und zu durch Bleistifteinträge ergänzt. Die Auslassungspunkte bedeuten Auslassungen, die so im Original stehen.

[66] Hermann Paasche (1851–1925), MdR (Nationalliberal) 1893–1918; Vizepräsident des Reichstags 1912–1918; Mitglied des Nationalliberalen Vorstands.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

So zusammenfassend Folgendes: Wir stehen in ernster und harter Situation. Irgend Kopf hängen lassen, nicht vorhanden. Aber gefaßt sein, Krieg noch lange durchzuhalten. Ende sehe ich nicht kommen.

In Beziehung Amerika. Durch unsere Mai-Note[67] gewisse Entspannung. Weitere Erleichterung durch Mexiko nicht eingetreten. Unter starker Mitarbeit von England hat Amerika sich mit Mexiko verständigt, jedenfalls Bruch vermieden[68].

Präsidentschaftskampagne kein günstiger Faktor. Über Hughes schwer zu urteilen. Viele Amerikaner sagen, daß [*Lücke im Original*: Hughes?] Zurückhaltungspolitik übt. Ich glaube, er wird weder proenglisch noch prodeutsch, sondern durchaus amerikanisch sein. Bestimmt durch Kampf gegen Wilson, der nicht rein amerikanische Politik, sondern proenglische macht. Wilson nur Chancen, wenn nicht Vorwurf der Schwäche ihn trifft. Wenn Republikaner ihm vorhalten können: Notenschreiben, aber kein praktisches Resultat, so sind seine Wahlchancen gleich null. Damit [müssen] wir rechnen.

Ich sagte: Gefaßt sein auf lange Dauer des Krieges und müssen alle Kräfte zusammennehmen. Deswegen kurzer Blick über innere Verhältnisse. Ich habe Eindruck, daß wir im Begriff sind, Höhepunkt der wirtschaftlichen Schwierigkeiten jetzt zu überwinden, oder vielmehr ich bin fest überzeugt, daß wir darüber hinwegkommen und durch Ernte für längere Zeit Sicherheit haben, ohne im Überfluß zu leben, sondern sehr haushalten!

Stimmung von Wirtschaft und Militärsituation beeinflußt. So erklärlich, daß Nervosität. Überzeugt, daß wir mit vereinten Kräften dieser Stimmung Herr werden müssen. Sonst schadet sie uns. Darüber nur wenig sagen, sondern sie [= Sie] bitten, mir Vorschläge zu machen, wie wir gemeinsam wecken können und müssen.

Jedenfalls spielt bei Unzufriedenheit des U-Krieges in Amerika eine sehr gewichtige Rolle [*Lücke*] Agitationen, aber doch feststellen, daß bei den eingehenden Aussprachen, die wir zweimal gehabt haben, in Reichstagskommission[69] folgendes festgestellt auch von Anhängern des rücksichtslosen U-Krieges. Es ist meine Politik kritisiert worden, aber wie ich den Herren noch im Plenum bezeugt habe, daß ihre Opposition von sachlichen Überzeugungen getragen war, so ist auch mir das von ihnen attestiert worden.

Nun wird aber Unruhe gefördert, selbstverständlich ohne Beteiligung der Herren, die in den Reichstagsverhandlungen teilnahmen, durch Behauptung, ich wolle Verständigung mit England in Form des Gerüchts, wie hereingetragen auch in der Front: Ich sei ganz unglücklich gewesen über Sieg bei Skager-

[67] Vom 4. Mai 1916 betreffend die Torpedierung der „Sussex“. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 575–578.

[68] Vgl. ebenda S. 551.

[69] In der Haushaltskommission war zuletzt am 28. März und am 5. Mai 1916 über den Ubootkrieg debattiert worden: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 400–419, 549–554, 557–559. – Zum folgenden: Im Plenum des Reichstags wurde zuletzt darüber am 5./6. April 1916 gesprochen: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 159 (Bethmann Hollweg), S. 165 (Ebert), S. 174 (Westarp), S. 179 (Scheidemann).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rak, weil ich mit England Frieden schließen wolle (Westarp: Noch nie gehört). Ja, in Front immer wieder verbreitet. Auch aus Hauptquartier wird es mir mitgeteilt[70]. Heute noch Brief.

Auf welchem Standpunkte auch immer man steht, dagegen müssen wir doch Front machen. Ich spreche nicht pro domo, sondern pro patria. Meine Person gleichgiltig. Wir können solche Stimmungen nicht ertragen. Particularistische Strömungen besonders in Bayern. Das muß man beobachten.

Ferner Kriegsziele. Ich habe dreimal im Reichstag ausführlich gesprochen, habe eher zu viel als zu wenig gesagt. In manchen Kreisen Ansicht verbreitet, ich wäre nicht mit Zielen hervorgetreten und müsse das tun, um Volk zusammenzufassen. An sich würde ich Besprechung der Kriegsziele gern freigeben, überhaupt ohne Zensur viel lieber leben als mit Zensur. Aber Ansichten würden scharf aufeinanderplatzen. In diesem Aufeinanderplatzen würden die sehr gemäßigten Stimmen sehr stark in Vordergrund treten. Und Eindruck der Kriegsmüdigkeit verstärken. Schließlich kommt der Moment, wo Regierung in diesem Kampf Stellung nehmen muß. Dazu Moment nicht geeignet. Das Gesamt Charakter des Krieges. [Daß] Defensiv, war mir nie zweifelhaft, jetzt besonders klar. Dieser Defensivcharakter bedeutet nicht, daß Frieden nur negatives Ergebnis. Im Reichstag habe ich positiven Charakter des Friedens, den ich anstrebe, klar und precis ausgesprochen. Würde es für einen Vorteil halten, wenn Drängen auf Freigabe der Kriegsziele nachließe.

Über eins der Probleme vertraulich folgendes: Polen. Sie wissen, daß Österreich Kongreßpolen annektieren, uns aber militärische Grenzkorrekturen an Warthe, Narew, Njemen freistellen will. Bei dem Lauf des Krieges halte ich diese Lösung nicht für akzeptabel[71]. Wir können nicht Schutz im Osten in Österreichs Hände legen. Das für mich durchschlagend. Außerdem Slavisierung Österreichs, die Bundeswert sehr verringert. Bleibe auf altem Standpunkt beim Abschluß des Bündnisses[72]: In Österreich muß einerseits Magyarentum, andererseits Deutschtum Vorhand haben. Welche Form man auch sucht, [*Lücke*] ganz überwiegenden polnischen Einfluß sichtlich, wenigst schlechte Lösung – gute gibt es nicht –, daß Polen zu einem Staatswesen wird, daß durch Militärkonvention fest in unsere Hand kommt, polnisch verwaltet wird, also eine Art Pufferstaat, der fest an uns angelehnt.

Verständigung mit Österreich bisher nicht erzielt. Allmählich scheint sich Erkenntnis Bahn zu brechen, daß Annexion durch Österreich von uns nicht zugestanden werden kann und auch für Österreich schädlich. Aber noch keine Sicherheit, daß wir mit unserer Ansicht durchdringen. [*Lücke*] Artikel nicht offiziös[73]. In Presse angefochten. „Ja, wenn Verständigung fertig, kommt öffent-

[70] Vgl. z. B. unten Nr. 782* und Nr. 790*.

[71] Über die Wende von Bethmann Hollwegs Polenpolitik 1915/16 vgl. Conze, Polnische Nation S. 138–164; Lemcke, Allianz S. 253–320.

[72] Des Zweibunds von 1879.

[73] Vermutlich wird hier der Zeitungskampf angesprochen, der vom 7. bis 11. Juli 1916 über die Kriegsziele des Kanzlers geführt wurde. Ausführliche Passagen in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 350–353.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

liche Meinung zu spät.“ Richtiger Moment kann auch kommen, wo ich Presse brauche. Aber Pressekampagne bei uns ruft Gegenkampagne in Österreich hervor. Das nicht brauchen.

Einleitung schließen. Über innere Lage nur aphoristische Bemerkungen. Wäre aber danbkar für Vorschläge, wie größere Geschlossenheit. Eindruck bei Feinden: Es ginge bei uns zu Ende.

Bassermann: Außenpolitische Ausführungen ausgelassen. .....

Innere Stimmung hauptsächlich von Nahrung beeinflußt. Nervosität unvermeidlich bei Schwierigkeit der Verhältnisse.

Vorschläge. Wiederhole, was im Reichstag sagte[74], je enger die Fühlung, umsomehr kann man einwirken.

U-Bootkrieg. Daß Kanzler Verständigung sucht mit England, ist uns nicht entgangen.

Kanzler hat mit Recht auf die Sachlichkeit der Gegensätze in U-Frage hingewiesen. Wir haben das Gewicht der Gründe des Kanzlers anerkannt, wenn sie uns auch nicht überzeugt haben. Aber nicht geschicktes Triumphgeheul der öffizösen Presse, das bis zu Geschichtsfälschung geht. Particularismus in Bayern hauptsächlich Nahrungsmittel.

Kriegsziele. Zugeben, Reichskanzler hat sich in wachsendem Maße mit Kriegszielen befaßt. Besonders über Osten. Belgien und die „realen Garantien“ beschäftigen die Geister sehr. Wie die Garantien zu schaffen, überlegen auch wir.

Immerhin: Kann mich mit seinen Darlegungen einverstanden erklären. Kongreßpolen an Österreich geht nicht. In Budapest Ansicht weit auseinander. Pufferstaat mit militärischer und wirtschaftlicher Verbindung mit uns wohl das Richtige. Teilung vermeiden. Wiederhole: Fühlung sehr wichtig.

S. E. .....

U-Bootkrieg, Kriegskunst ist veränderlich. Daß Moment kommen kann, habe ich im Reichstag gesagt. Daß gegenwärtiger Moment mich zu anderer Beurteilung der Situation führen kann, kann ich nicht zugeben.

Fühlung, guter Vorschlag, werde ihm entsprechen.

Helfferich: Einzelheiten über wirtschaftliche und finanzielle Lage.

Payer: Aller Anlaß zu Dank für diese Aufklärung. Eindruck, daß wir durchhalten können und werden. Zu Bassermann nichts sagen, wo ich einverstanden. Nur zu Polen will ich persönlich sagen, daß bei uns im Freisinn Annexion Kongreßpolens an Österreich auf schärfsten Widerspruch stoßen würde. Wegen des Schutzes unserer Ostgrenze. Welche Lösung sonst? Kaum viel anders, als Kanzler sagt. Entweder Teilung oder zusammen lassen. Das scheint mir noch am zweckmäßigsten.

Stimmung im Innern: Kann selbst bezeugen, daß Stimmung in letzten Monaten sich verschlechtert. Nicht nervös, aber gedrückter als früher. Daher Kriegsmüdigkeit. Gründe: Nur zum Teil wirtschaftlich. Sorgen täglich verstimmen gewiß. Aber sehr ungleichmäßige Verteilung der Opfer. Nicht Ein-

[74] Vgl. Bassermanns Äußerungen im Reichstag am 6. Juni 1916: ebenda S. 294–296.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schränkung ist das Schlimme, aber das andere sich nicht einschränken. Gleichmäßigkeit würde Stimmung bessern. Begrüße deshalb einheitliche Fleischkarte und dergleichen.

Ganz merkwürdig in Süddeutschland starke Verschärfung der partikularistischen Elemente. Auch auf militärischem Gebiet. Es geht über die alten Konkurrenzkämpfe der Truppen hinaus. Aber jetzt Mangel an gegenseitigem Vertrauen. Früher hielt sich jeder für den Besten. Jetzt schimpfen sie aber auf die anderen.

Auch die zu Hause empfinden den Gegensatz. Das hängt mit Nahrungsfragen zusammen. In Bayern Äußerungen des krassesten Partikularismus, wie seit Zoll-Parlament[75] nicht mehr. Auch in Württemberg ähnlich. Hamster Vorwurf, während man bei uns schärfer zugegriffen hat als im Norden. Das wird schwinden bei guter Durchführung gleichmäßiger Maßnahmen.

Das Schlimmste aber ist, daß unter Einfluß der alldeutschen Agitation das Vertrauen in Reichsleitung und in militärische Leitung zu schwinden beginnt. Unter der Hand sehr rührige Agitation auf andere Besetzung der leitenden Reichsstellen mit der persönlichen Spitze und Begründung, daß Reichskanzler nicht die nötigen Charaktereigenschaften habe, um guten Frieden zu schließen. Englische Sympathien, die Kanzler und Kaiser angedichtet werden.

Jetzt noch weniger in unteren Schichten, aber in den gebildeten Kreisen tief eingedrungen. Es heißt, ja wenn leitende Kreise so unzugänglich, wozu dann Krieg führen. Andere: Wenn überall bei denen, die etwas wissen, so wenig Neigung, Regierung zu stützen, sondern nur sie zu stürzen – wie sollen wir dann zu einem guten Endergebnis kommen. Ich habe Eindruck, daß wir uns hier auf abschüssiger, sehr gefährlicher Bahn befinden. Vorbild an anderen Staaten. Die bekundeten Geschlossenheit, während wir das Gegenteil tun.

Das ist ganz etwas anderes, als was wir im Reichstage aussprechen. Bassermann hat von Geschichtsfälschung gesprochen. Das habe ich noch nicht gehört. Es wäre auch nicht richtig. Die Opposition konnte schließlich Gegengründe nicht mehr entgegensetzen, es waren eben sachliche Differenzen. Aber die Agitation[76] draußen ignoriert, daß Regierung Aufklärungen gegeben habe. Sie behandle die Sache so, als ob nur Tirpitz[’] Ansicht möglich. Alles andere frivol. Das können wir auf die Dauer nicht vertragen. Es wird auch bei der Kriegsanleihe schaden. N.A.Z. kann nichts machen, erweckt nur Eindruck der Schwäche, weil sie sachlich und unpolemisch sein muß. So heißt es schließlich: Lieber kein Geld geben, damit Friede kommt.

Welches Rezept? Nicht so leicht. Aber eins: Die Herren in verantwortlicher Stellung sollten ohne Aufgabe ihrer sachlichen Stellung doch Exzesse bekämpfen. Kein Vertrauensvotum. Aber die Herren, die an der Kommission

[75] Bei der Wahl zum Zollparlament im Februar 1868, bei der die 85 süddeutschen Abgeordneten des Zollparlaments gewählt wurden, triumphierten nicht die Anhänger der nationalliberalen Bewegung, sondern die antipreußischen Partikularisten, die vor allem aus Bayern und Württemberg kamen.

[76] Im Sommer 1916 wurde ein Anzahl von Broschüren veröffentlicht, die schwere Angriffe gegen den Reichskanzler vortrugen. Vgl. dazu unten Nr. 639 und Anm. 182.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teilnehmen, müßten die Artikel mißbilligen, die jetzt versuchen, das Vertrauen zu leitenden Stellen völlig abzuschwächen. Öffentliche Meinung glaubt dann eben, daß diese Herren dann doch stillschweigend die Agitation billigen. Auf sie blickt das Volk. Die Herren können der Sache der Nation durch Einschränkung der Agitation einen großen Dienst erweisen. Das würde viel helfen. Moralische Unterstützung, die jetzt als vorhanden angenommen wird, wäre dann legiert[77].

Kriegsziele. Auch ich wünsche ihre Freigabe. Aber noch nicht Zeit. Streit sehr schädlich im Ausland. Aber auch exzessive Forderungen wirken sehr schlecht im Ausland. Zur Zeit noch nicht möglich.

Jagow: Über Italien .....

Westarp: Nicht wiederholen, auch dankbar.

Polen: persönlich auch ich gegen Annektierung durch Österreich. Stimme Reichskanzler zu, daß Pufferstaat auch nicht ideal. Könnte mir denken, daß Teilung, wenn Rußland damit von der Entente gelöst, wohl zu erwägen.

Auf Stimmung besonders Einfluß. Gefühl der Unsicherheit über Ziele gegen Belgien und England.

Verständigung mit England [*Lücke*] U-Bootkrieg? Mir hat der Gedanke ferngelegen. Aber draußen ist er mit agitiert worden. Wir sind ihm immer entgegengetreten. Aber es ist auch schwer, öffentlich aufzuklären. Über die eigentlichen Gründe kann ja doch nicht öffentlich diskutiert werden. (Einfuhr, Wirkung für Neutrale.) Gebe zu, man kann nicht darüber öffentlich reden. Gerade dieser Umstand erschwert es aber, das Thema zu behandeln. Zusammenhang mit Kriegszielen gegen England besteht aber. Wir haben aber unter dem Druck von Amerika bis zu gewissem Grade auf die Kriegsziele gegen England verzichten müssen. Nicht aus Verständigungswünschen.

Daß Amerika bei England etwas erreicht[78], ist wohl ausgeschlossen. Druck auf Neutrale wird stärker. Zeit geht hin. Militärische Lage wird ernst. Scharfes Mittel bleibt ungenützt. Das verschlechtert Stimmung. Ich gebe zu, daß neuer Feind gerade jetzt sehr ernst zu nehmen.

Wer aber glaubt, daß von England nur durch Zwang guter Friede zu erreichen, bedauert diese Lage ganz besonders. Belgien ist vom Kanzler weniger deutlich behandelt worden als der Osten. Scheidemann hat in seiner Unterredung mit dem Kanzler gesprochen. Eingabe der Verbände[79] ist aber im Osten sehr maßvoll. Also nimmt man Abweisung Kanzlers gerade in Bezug auf Westen. Ich identifiziere mich nicht mit der Eingabe. Aber Äußerung Scheidemanns wird im Sinne besonderer Zurückhaltung ausgelegt. Wer nun glaubt, wir können nur gegen England aufkommen, wenn wir Belgien wirtschaftlich, militärisch, politisch (auch Küste) in unsere Abhängigkeit bringen, der ist da-

[77] Gemeint vermutlich: legitimiert.

[78] Um dieses, wie in mehreren Noten geschehen, von seinen völkerrechtswidrigen Praktiken in der Seekriegführung abzubringen.

[79] Der sechs Wirtschaftsverbände (oben Nr. 463 und Anm. 1188). Ihre Eingabe, adressiert an den Reichskanzler, ist datiert auf den 20. Mai 1915. Text u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 1400–1405.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch beunruhigt. Man soll nicht immer daraus auf Stimmungsmache schließen. In dieser Beziehung macht die N.A.Z. Fehler. Es muß da vorsichtiger gearbeitet werden. Auch wegen der Presseabteilung des Auswärtigen Amts. Die hat enge Beziehungen zu F.Z.[80] und Berl. Tageblatt. Die Beziehungen Hamanns zu Stein sind bekannt. Deshalb wirkt alles, was sie schreibt, als offiziös. Immer wieder hat sie behauptet, wir hätten in U-Bootsache agitiert.

Friedensziele kann nur gut wirken, wenn Reichskanzler führende Stellung einnimmt. Er wird nicht allen gerecht werden. Aber geschieht es im Sinne einer scharfen Stellung gegen England und der realen Garantien in Belgien, so kann sie nur nützlich wirken. Jetzt freilich nicht Moment.

S. E. Verbände forderten Sommemündung, Maaslinie usw. in Flugschrift 1915. Damals Russen noch in Karpathen, Hindenburg [*Lücke*]. Damals nicht identifizieren, auch jetzt nicht. Belgien. Ich habe gesagt, Annexion für Fehler. Nur verhindern, daß Belgien Dependenz Englands und Frankreichs wird. Mehr kann ich auch heute nicht sagen.

Westarp hat N.A.Z. getadelt, aber auch Opposition sehr scharf. D.T.Z., T.R.[81], auch Kreuzzeitung. Ich habe nie darauf erwidert. Vielleicht Fehler. Dauerndes Stillschweigen der Regierung nicht möglich. W. sagt: Stimmung habe man nicht immer [*Lücke von einer halben Zeile*] hatte von Meutereien gesprochen. Dagegen habe ich opponiert. Ob Form glücklich, darüber kann man streiten. Frankfurter Zeitung, Berliner Tageblatt: Unrichtig, daß nur d i e s e Stütze. Aber Kölnische Zeitung, seit Anfang des Krieges [*Lücke*] ein großer Teil der Nationalliberalen Presse Magdeburger, Hannover, Weser, Schwäbischer Kurier, Königsberger Allgemeine, Leipziger Tageblatt, Germania, K.V.Z.[82] usw. Man kann doch nicht aus Beziehungen H'[ammann]s zu dem vortrefflichen A. Stein, den auch ich sehr schätze als klugen Mann, Offiziosität folgern. Redaktionsartikel. Fürst Bülow hat einmal über Offziosität gesprochen. Ich kann doch nicht Verantwortung für jeden Artikel in F.Z. übernehmen.

Payer hat Recht: N.A.Z. muß sachlich bleiben. Ich will auch Westarps Wunsch gern berücksichtigen, Vorsicht anwenden. Aber Gegenbitte an W, daß auch in Presse, die ihm zugänglich, Artikel auf sachlichem Boden stehen bleiben. Das ist vielfach nicht der Fall gewesen. Dann werden wir der Absicht dienen, die Payer aussprach. Auf Vertrauen kommt es nicht an. Aber man soll nicht fortwährend betonen, daß Vertrauen fehlte. Sonst geht alles auseinander.

[80] Die „Frankfurter Zeitung" erschien von 1856 bis 1943 als Forum der liberal-bürgerlichen Opposition; im Ersten Weltkrieg trat sie für einen gemäßigten Frieden ein. – Der im folgenden genannte: Alexander Stein (1881–1948), Journalist; schrieb für die „Leipziger Volkszeitung".

[81] Die Abkürzungen aufgeschlüsselt: „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", „Deutsche Tageszeitung", „Tägliche Rundschau".

[82] Die „Kölnische Volkszeitung" war wie die vorgenannte „Germania" eine katholische Tageszeitung. Alle dann vorgenannten Zeitungen vertraten liberale bzw. nationalliberale Positionen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kriegsziele. B[assermann] hat gesagt, jetzt nicht. Auch Westarp. Wenn nur Kreuzzeitung[83] nicht immerfort Freigabe der Kriegsziele fordern wollte. Dann könnte manches geschehen, ohne sachliche Überzeugung aufzugeben.

Spahn: Wie lange glaubt H[elfferich] noch Anleihe zu placieren. Nächste wird noch gehen. Aber weitere? Wie dann finanzieren[84]?

Mißtrauen ganze neue Nuance in Haltung des Königs von Bayern. Hoffnung auf Elsaß-Lothringen war es nicht. Jetzt Behauptung, König sei in Differenzen mit Kaiser über Kriegsziele.

U-Boote und Zeppeline kommen immer wieder in Betracht. Auch hier wird immer wieder auf König von Bayern hingewiesen.

Kriegszielerörterungen nur möglich, wenn Kanzler das Gerippe gibt. Moment noch nicht gekommen.

Reichskanzler: König von Bayern hat die U-Bootsache und gegen Amerika vollständig meine Ansicht gebilligt. .....

Zeppeline ein einziges Mal meine Ansicht ausgesprochen: Nicht richtig, planlos auf Wohnstadt werfen, wohl aber auf Docks und militärische Anlagen. … Verbreitet wird, ich hielte die Zeppeline zurück. ..... Schon seit 8 Wochen nicht ein Tag meteorologisch für Zeppeline geeignet. Dankbar, wenn Sie klarstellen, daß lediglich militärische Verhältnisse hier bestimmend.

Helfferich: Zuversicht, daß nächste Kriegsanleihe gute Ergebnisse bringt. Geldflüssigkeit noch genügend. Aber man denkt schon an Frieden und freut sich, Geld zu immobilisieren. Ob nach der fünften Anleihe noch eine sechste zu placieren[85], hängt von militärischer Lage und Stimmung ab. Payer hat Recht. Dieses gegenseitige Kritisieren und Polemisieren schadet. Muß bekämpft werden. Stimmung spielt sehr wesentlich mit.

Bei Zeppelinen und U-Booten sind wir immer geneigt, Hoffnungen zu überschätzen. Wenn man dann Tatsachen ins Gesicht sehen muß, sieht es anders aus. .....

Scheidemann: In Bezug auf Westarp wäre eine Frage in Sachen Stimmung.

Könnte von Bayern[86] – Äußerungen fielen zusammen mit Tepper-Laski-Propaganda[87]. König große Kriegsziele, Tepper: Ablehnung eines englischen Friedens wegen großer Kriegsziele. Kanzler rechnet mit langer Kriegsdauer. Anekdote über Skagerrack ist doch gar zu dumm. Sehr wesentlich Satz: Gesamtcharakter des Krieges defensiv. Äußerungen in ganz bestimmter Absicht,

[83] Die „Kreuzzeitung“ erschien von 1848 bis 1939 als überregionale Tageszeitung; sie war das Organ der Oberschicht in Preußen. Sie trug bis 1911 den Titel „Kreuzzeitung“ und danach den Titel „Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung)“.

[84] Zum Ganzen vgl. Konrad Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg. Berlin 1967 = Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen. Schriften des Instituts für das Spar-, Giro- und Kreditwesen an der Universität Bonn 37.

[85] Die fünfte Kriegsanleihe wurde im September 1916 aufgelegt, die sechste im März 1917.

[86] Vermutlich Übertragungsfehler für: König von Bayern.

[87] Kurt von Tepper-Laski (1850–1931), Rittmeister a. D.; Freidenker; Mitbegründer und Vorsitzender des „Bund Neues Vaterland“ 1914–1918; versuchte 1915, Friedensverhandlungen mit England aufzunehmen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Ausland guten Eindruck zu machen. Bis zu einem gewissen Grade auch gelungen. Damals in Humanité[88] Artikel, Kanzler habe erneut gesagt, alles was wir besetzt haben, behalten wir. Da habe ich gesagt, daß wir gegen 6 Verbände vorstellig geworden, daß Kanzler diese Eroberungspläne mißbillige, sie von sich wiese. Ledebour sagte darauf, daß sie kein Geheimnis.

Ich von meinem Standpunkt wünschte, daß Annexionspläne jetzt Aktualität hätten. Die wird auch nicht eintreten. Wir sollten uns vorhalten, was Zedlitz[89] sagt: Es sei doch Unsinn, was die 6 Verbände wollten. Heute fragt Westarp, was wir von England erreichen können. Ja, was können wir England gegenüber erreichen? England hat doch Recht damit, daß Zeit unsere Schwierigkeiten vermehrt. Jetzt hindern uns die Gegner schon an der Initiative. Nicht daß Lloyd George Recht hätte, wenn er sagt, sie sei uns schon genommen. Aber Stegemann hat doch Recht in vielen Dingen. Und ich weiß, daß auch er sagt, wir sind [in] Freiheit des Handels stark behindert.

Österreichs Haltung in Polenfrage könnte ja komisch wirken. Aber Zustände in Ö. einfach trostlos. Völkergemisch und Armee erklärt viel. Sehr geringwertiger Bundesgenosse. Tun Sie alles, um dritten Winterfeldzug zu vermeiden. Payer hat schon von Ernährungsschwierigkeiten gesprochen. Wirklichkeit. Keine Familie verschont von Verlusten. Am 15.7. (580 Verlustliste) 767.000 Tote, 1.185 verwundet und gefangen. Gesamtverlust 2,9 Millionen[90].

Trügerisch, daß Frankreich am Ende seiner Kräfte. Bei uns aber dasselbe. Engländer können in ½ oder ¾ Jahr eine kleine Million aufs Festland werfen. Rußland ebenso. Also bald Schluß. Aber Stimmung darf nicht verdorben werden. Am meisten verdirbt, daß wir angeblich Frieden haben können, aber zuviel forderten.

Vor 14 Tagen haben hier 10.000 Mann Arbeit niedergelegt. Niemand hat eine Ahnung von uns gehabt. Warnungssignal: Überspannt den Bogen. In den ganzen Betrieben ungefähr je 20.000 Männer und Frauen. Also höchstens 10–14.000 Man gestreikt. Gewisse Elemente schüren, die mit uns garnichts zu tun haben. Die Bevölkerung will durchhalten bis zur Sicherheit, daß unserem Volke kein Leid mehr geschehen kann. Aber keine Eroberungen. Jetzt kann Kanzler nichts tun. Aber n a c h der Offensive[91] sollte Kanzler sagen, Deutschland will Frieden machen, wenn keine unehrenhaften Bedingungen gestellt

[88] „L'Humanité": Sozialistische Tageszeitung; 1904 gegründet; unterstützte im Weltkrieg die Kriegsziele der Entente; existiert heute noch als Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs.

[89] Vermutlich Octavio Frhr. von Zedlitz.

[90] Die Zahlen sind schwer zu erklären. Die Ziffer 767.000 Tote ist richtig, wenn sie sich auf deutsche Soldaten bezieht. Die Ziffer 2,9 Mio. wäre richtig, wenn sie sich auf sämtliche Kriegsteilnehmer bezieht. Die Gesamtverluste bis zum Endes des Weltkriegs belaufen sich auf 10 Mio. Tote, davon rund 2 Mio. deutsche Soldaten. Die Zahl von 1.185 ist realistisch, wenn sie sich nur auf den 15. Juli 1916 bezieht.

[91] An der Westfront waren im Juli 1916 anglo-französische Truppen im Angriff (an der Somme); bei Verdun dauerte der Stellungskrieg an. An der Ostfront war die Heeresgruppe Linsingen in Angriffsoperationen, während die Heeresgruppe Erzherzog Karl in der Defensive war. Vgl. die entsprechenden Kapitel in: Der Weltkrieg X.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden. Frankreich will nichts nehmen. Es fürchtet nur, daß wir ihm etwas nehmen. Es gärt dort ebenso wie bei uns und auch mehr beim kleinen Geschäftsmann und beim Arbeiter. Natürlich kann Kanzler nicht so reden, daß wir alle zufrieden. Er steht über den Parteien. Wenn er so etwas sagt und die französische Regierung lehnt ab, so stürzt sie, und unsere Stimmung hebt sich.

Gamp: Bekannte Äußerungen in Breslau[92] haben mich nicht angenehm berührt. Aber ich will dem Kanzler keinen Vorwurf machen. Damals keine Möglichkeit für 6 Verbände. Ziele. Zwischen Scheidemann und Kanzler noch große Differenzen. Kanzler will positiv Defensivkrieg, also evtl. auch Annexionen. Scheidemann will sie gar nicht.

Über militärische Lage können wir heute keine volle Auskunft bekommen. Andere Völker sind besser informiert. Es müßte uns doch in solchem Kreise mal wirklicher Aufschluß gegeben werden. Wenn unsere Menschenkräfte versagen, so wird jeder bereit sein, Frieden zu schließen. Aber bis dahin optimistischer als Scheidemann. Auch wenn Stimmung jedoch gedrückt, nicht ausgeschlossen, daß Militär sagt, wir müssen zum Frieden drängen.

Bis jetzt hat man überall in militärischen Kreisen angenommen, daß unsere Grenzen im Westen besser gesichert werden müßten. Diplomaten haben schon verdorben, was Feldherrn erwarben, aber nicht umgekehrt. Wenn wir also hören, daß wir nicht hoffen können, Feinde so niederzuschlagen, daß wir diktieren, dann allerdings Änderung.

Kriegsziele: Wenn die Militärs ebenso denken wie Kanzler, braucht Erörterung keine Gegensätze hervorrufen.

Bezüglich Anleihe nicht so hoffnungsvoll wie Helfferich. Großbanken lehnen ab, Anleihe zu kaufen.

Mißstimmung nicht durch alldeutsche Agitation. Druck auf Bevölkerung.

Paasche: Payers Schilderung der Stimmung der Gebildeten trifft Nagel auf Kopf. Nicht große Massen sind so schwer zu behandeln wie diese sogenannte Intelligenz. Die am meisten patriotisch gesinnt, wollen nicht mehr durchhalten, weil sie fürchten, der Friede würde zu schlapp. Rezept? Parteipresse müßte aufhören, von Mißtrauen zu sprechen. Fuhrmann[93], Reventlow sehr zu bedauern. Diese ewigen dummen Redereien über Kaiser und Kanzler. Neulich in Kiel wieder: Kaiser Zeppelin-Angriff [*Lücke*]. Wenn das die Presse immer wieder nährt, so ist das sehr schlimm. Man könnte doch wohl auch etwas schärfer gegen England vorgehen. Wenn wir wieder Erfolge haben, bessert sich die Stimmung.

Von England können wir viel brauchen. Handelsplätze, Kolonien, Stützpunkte.

Österreich nicht so schlimm.

---

[92] Nicht ermittelt.

[93] Paul Fuhrmann (1872–1942), Rittergutsbesitzer; Mitglied des Abgeordnetenhauses (Nationalliberal, 1917 Deutsche Volkspartei) 1913–1918; Generalsekretär der Nationalliberalen Partei 1913–1918; Mitglied der Deutschen Vaterlandspartei 1917 . – Fuhrmann wurde am 22. Juli 1916 zum Geschäftsführer des „Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden“, der gegen den Reichskanzler agitierte, ernannt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kriegsziele schwer freizugeben.

Spahn: Militärische Lage ist maßgebend, aber wenn möglich, muß [*über eine halbe Zeile Lücke*] im Reichstag gesagt haben.

Bassermann: Dem schließe ich mich an. Aber nur kein Pessimismus. Gewiß haben Gegner gelernt. Aber bei Verdun gehts doch, in Wolhynien [*Lücke*], an der Somme. Also kein Pessimismus. Vor Rat des Herrn Scheidemann, pazifistische Erklärung abzugeben, warne ich dringend. Sie würde den Eindruck der Schwäche machen.

Über Belgien sprach Kanzler mit nein. Habe niemals Eingliederung Belgiens verlangt, wohl aber militärische, politische, wirtschaftliche Beherrschung.

Stimmung: Ein Teil der Unzufriedenheit bezieht sich auch auf Hindenburg. Antagonismus[,] Kanzler würde großes Verdienst erwerben, wenn er da Abhilfe schafft.

Westarp: Appell an Presse, sachlich zu sein. Ich wirke dahin, werde es tun. Will Vertrauensfrage ausschalten.

Scheidemann ist zu pessimistisch. Auch England gegenüber haben wir Mittel in U-Booten, Bedingungen zu erreichen, auch für Belgien, wie wir sie brauchen. Differenzen fangen an, wo es sich um die Mitte[l] für Beherrschung Belgiens handelt. Ich habe Kanzler so verstanden, daß gewisses Maß an militärischer, politischer, wirtschaftlicher Abhängigkeit nötig.

Keinesfalls vor Winter unbedingt Frieden machen. Auch vorgeschlagene Erklärung Kanzler halte ich für unrichtig.

Payer: Auch ich kann mich Vorschlag Scheidemann nicht anschließen. Schaden größer als Nutzen. Auch anderes Bild von Situation als Scheidemann.

S . E . Besprechung schließen. Dankt für Kommen. Enge Fühlung wünsche auch ich. In jeder Form zu Auskunft bereit. … Österreich. …

598. Grünau an AA

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 462. Großes Hauptquartier, 17. Juli 1916, 11 Uhr 49 Min. Vm.
Ankunft: 17. Juli 1916, 1 Uhr 26 Min. Nm.

Für den Herrn Reichskanzler.
Auf Telegramm No. 838[94].

General von Falkenhayn läßt Euer Exzellenz folgende Antwort übermitteln:

Vorläufig kommt leider unter keinen Umständen die weitere Abgabe deutscher Truppen an die österreichische Front südlich des Dnjester in Frage, und zwar um so weniger, als sich die Österreicher erst heute wieder südwestlich

[94] Oben Nr. 596.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Luzk in schmählichster Weise haben eindrücken lassen. Wir werden froh sein können, wenn es uns gelingt, diesen Rückschlag durch unsere letzten verfügbaren Truppen im Osten wieder gut zu machen. Die Bedeutung, die die Anwesenheit deutscher Truppen in den Karpathen für die rumänische Haltung haben würde, ist mir natürlich sehr wohl bekannt. Aber gegenüber der Unmöglichkeit kann auch sie nichts an dem oben gesagten ändern. Da hiermit Druckmittel entfällt, mit dessen Anwendung man zu dem von Euerer Exzellenz erwähnten Zweck durch die Politik auf die K.u.K. Oberste Heeresleitung einwirken könnte, verspreche ich mir von einem solchen Versuch nichts gutes, befürchte vielmehr, daß er die in Österreich-Ungarn zwischen den maßgebenden Stellen bestehenden Spannungen vermehren und neue Bitterkeit zwischen der deutschen und österreichisch-ungarischen Obersten Heeresleitung hervorrufen würde.

No. 13711 P.

599. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 845. Berlin, 17. Juli 1916, 10 Uhr 30 Min. Nm.
Ankunft: 17. Juli 1916, 11 Uhr -- Min. Nm.

Antwort auf Telegramm 462[95].
Für General v. Falkenhayn.

Ich habe den österreichisch-ungarischen Botschafter entsprechend dem ersten Absatz Euerer Exzellenz Telegramm vom heutigen Tage Nr. 13711 P verständigt.

Bei dieser Gelegenheit übergab mir Prinz Hohenlohe die nachfolgende Aufzeichnung:

„Berlin, am 17. Juli 1916.

Baron Burian gibt in einem eben erhaltenen Telegramm seiner Überzeugung Ausdruck, daß nach allen vorliegenden Symptomen der Plan der Entente dahin geht, zunächst Österreich-Ungarn zu erdrücken und dann erst mit dem allein gebliebenen Deutschland abzurechnen. Dahin ziele vor allem die Einwirkung der Entente auf Rumänien und die allem Anschein nach bevorstehende Offensive der Ententetruppen bei Salonik, welche die bulgarische Armee daran hindern solle, sich gegen Rumänien zu wenden.

Ein Sieg unserer Waffen in der Bukowina könne diesen ganzen Plan noch zunichte machen, doch sei nicht viel Zeit zu verlieren, da sich Rumänien voraussichtlich unmittelbar nach Einbringen der Ernte entscheiden dürfte.

Baron Burian beauftragt mich, dies zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Reichskanzlers zu bringen und nochmals auf die dringende Notwendigkeit hinzuweisen, Verstärkungen in die Bukowina zu entsenden.“

[95] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

600. Grünau an AA

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. Telegramm. Maschinenschriftliche Entzifferung. Am Rand Paraphe Bethmann Hollwegs.

Nr. 464. Großes Hauptquartier, 17. Juli 1916, 9 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 17. Juli 1916, 9 Uhr 19 Min. Nm.

Nur für den Herrn Reichskanzler und Staatssekretär.
Im Anschluß an Tel. Nr. 462[96].

General v. Falkenhayn ist Dienstag Nachmittag vom ½ 5 bis 11 Uhr 40 in Berlin zu Konferenz mit Fhr. v. Hötzendorf, ist Mittwoch Abend wieder hier, da er sich mit Rücksicht auf Kriegslage nicht länger aufhalten kann. Oberst von Bartenwerffer[97], der ihn begleitet, hat mir versprochen, Herrn v. Falkenhayn zu veranlassen, daß er Verbindung mit Euerer Exzellenz aufnimmt und Euerer Exzellenz sofort von Ergebnis Besprechung unterrichtet. Bartenwerffer vermutet, daß auch Frage Oberkommandos erörtert wird. Ganz vertraulich und mit Bitte, es noch nicht zu verwerten, hat er mir mitgeteilt, daß Herr v. Falkenhayn sich entschlossen habe, doch noch eine Brigade in die Karpathen gegen Rumänien hin zu senden.

Im Westen wird erste Armee neu gebildet. Gallwitz[98] erhält Abschnitt gegenüber den Franzosen, von Below Abschnitt gegenüber den Engländern. Näheres erfahre ich morgen.

601. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 18. Juli 1916

Geheim.

Ew. Exz. bemerken in dem gefälligen Schreiben vom 10. d. M. – A 21104. IV –, „daß, wie die Verhältnisse für die Führung des Ubootskrieges zur Zeit liegen, der Seekriegführung die Mittel fehlen, die Transportdampfer abzuschießen“, wobei nach dem Eingang des Schreibens solche Transportdampfer gemeint sind, welche Truppen und Kriegsmaterial befördern. Wenngleich die E.E. bekannten von S.M. dem Kaiser ausdrücklich als solche anerkannten Zwangsumstände dazu nötigen, den Ubootskrieg in Formen zu führen, die den

[96] Oben Nr. 598.

[97] Paul von Bartenwerffer (1867–1928), Oberst; Chef der Politischen Abteilung der OHL 1916–1918.

[98] Max von Gallwitz (1852–1937), General der Artillerie; Oberbefehlshaber der 2. Armee 19. Juli–16. Dezember 1916, danach Dezember 1916–1918 der 5. Armee. – Der im folgenden genannte: Fritz von Below (1853–1918), General der Infanterie; Oberbefehlshaber der neugebildeten 1. Armee (nördlich der Somme) 18. Juli 1916–Juni 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bruch mit Amerika vermeiden lassen, so möchte ich doch nicht der etwaigen Vorstellung Raum geben, als ob irgendwelche politische Rücksichten den [=dem] Unterwasserangriff auf militärische Truppentransportdampfer, die nach völkerrechtlichen Grundsätzen als Kriegsschiffe anzusehen sind, entgegenständen. Voraussetzung dabei ist lediglich, daß die so angegriffenen Dampfer tatsächlich im Sinne der völkerrechtlichen Bestimmungen Truppentransportdampfer sind, daß also Verwechselungen vermieden werden.

602. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 18. Juli 1916

Euerer Exzellenz beehre ich mich, auf das Schreiben vom 7. d. M. über die weitere Verschärfung des Handelskriegs[99] zu erwidern, daß ich den darin vorgeschlagenen Maßnahmen unter folgenden Voraussetzungen zuzustimmen vermag.

1. Die Maßnahmen können erst angekündigt werden, wenn sich einigermaßen feststellen läßt, ob unsere Ernte den Erwartungen entspricht und es uns somit ermöglicht, einer eventuellen Einschränkung der Zufuhr aus den neutralen europäischen Ländern mit einiger Ruhe entgegenzusehen. Ein ungefährer Überblick wird, wenn nicht infolge ungünstiger Witterung oder anderer unvorhergesehener Ereignisse eine Verzögerung in den Ernteverhältnissen eintritt, in der 2. Augusthälfte zu gewinnen sein.

2. Die Maßnahmen dürften nicht über das englische Vorbild hinausgehen, also insbesondere in Ansehung der Bunkerkohlen nur dann ausgeführt werden, wenn England, was, soweit hier bekannt, bisher nicht der Fall ist, sie gleichfalls in diesem Punkte tatsächlich zur Anwendung gebracht hat.

3. Gegen amerikanische Schiffe können schon aus vertragsrechtlichen Gründen die Maßnahmen praktisch nicht zur Anwendung kommen.

4. Das sogenante Swinemünder Abkommen und das Holzabkomen mit Schweden sowie das Lebensmittelabkommen mit Dänemark[100] dürfen durch die Maßnahmen nicht berührt werden, das Swinemünder Abkommen allerdings unter der Voraussetzung, daß es, was jetzt nicht der Fall ist, von Schweden loyal innegehalten wird.

5. Die Maßnahmen müssen durch eine Kaiserliche Verordnung, die sich als ein Zusatz zur Prisenordnung und zur Prisengerichtsordnung darstellt, eingeführt werden.

Zu diesen Punkten möchte ich im einzelnen nachstehendes bemerken.

---

[99] Oben Nr. 586.

[100] Deutsch-schwedisches Handels- und Schiffahrtsabkommen vom 2. Mai 1911: CTS 213 (1911) S. 267–299 (vgl. auch ebenda S. 124–125). – Das „Lebensmittelabkommen“ mit Dänemark war kein regelrechter Vertrag, sondern eine formlose Vereinbarung. Vgl. unten Nr. 800.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu 1: Bei Einführung der beabsichtigten Sperrmaßnahmen, die auch neutrale Interessen berühren, muß damit gerechnet werden, daß die beteiligten neutralen Mächte unser Vorgehen durch wirtschaftliche Gegenmaßnahmen, also insbesondere durch eine Verschärfung der Ausfuhrverbote, beantworten werden. Diese Gefahr erscheint aber umso größer, je mehr die Neutralen hoffen dürfen, durch ihre Gegenmaßnahmen Deutschland zum Nachgeben zu bewegen. Nun bedarf es keiner Ausführung, wie schwierig infolge der englischen Seesperre die Ernährung unserer Bevölkerung und unseres Heeres geworden ist. Andererseits ist bekannt, einen wie großen Teil der für diesen Zweck erforderlichen Lebensmittel wir noch aus den neutralen Nachbarländern beziehen; das Nähere ergibt sich aus der anliegenden Aufzeichnung[101], die im Mai d. J. aufgestellt worden ist, deren Ausführungen aber auch jetzt noch im wesentlichen zutreffen. Hiernach muß die Gefahr einer wirtschaftlichen Abschließung Deutschlands von seinen Nachbarländern zum mindesten solange vermieden werden, bis das Endergebnis der zu erhoffenden günstigen Ernte mit einiger Sicherheit festgestellt werden kann und damit Aussicht vorhanden ist, daß wir künftighin, im Gegensatz zu dem laufenden Erntejahr, ohne wesentliche Unterstützung durch das neutrale Ausland durchhalten können. Dies erscheint umso wichtiger, als durch die Ereignisse im Osten die Lebens- und Futtermittelzufuhr aus Rumänien technisch und politisch erschwert erscheint. Vor überschläglicher Feststellung unserer Ernte dürfen daher die beabsichtigten Maßnahmen nicht angekündigt und ausgeführt werden.

Zu 2: Die Ankündigung der britischen Regierung, daß die britischen Seestreitkräfte Bunkerkohlen deutschen Ursprungs von neutralen Schiffen wegnehmen würden, hat in den neutralen Reedereikreisen die größte Erregung hervorgerufen. Eine entsprechende Erklärung von deutscher Seite würde den gleichen Erfolg haben. Nun hat die Britische Regierung, soweit hier bekannt ist, mit Rücksicht auf die Stimmung der Neutralen ihre Ankündigung bisher nicht verwirklicht. Wolle also Deutschland englische Kohlen von neutralen Schiffen wegnehmen, so würde es sich mit dem ganzen Odium der Maßregel belasten. Im übrigen wird die Frage der Behandlung der Bunkerkohlen durch die britische Regierung noch näher aufgeklärt. Eine diesbezügliche baldige Mitteilung darf ich mir vorbehalten.

Zu 3: Was die amerikanischen Schiffe betrifft, so lassen sich die vorgeschlagenen Maßnahmen mit den zwischen Deutschland und Amerika bestehenden Verträgen nicht vereinbaren. Nach Artikel 12 des Freundschafts- und Handelsvertrages zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten vom 10. September 1785[102] darf in dem Falle, daß die eine Partei in Krieg mit einer anderen Macht gerät, der freie Handelsverkehr der anderen Vertragspartei mit dieser Macht nicht unterbrochen werden; im Gegenteil dürfen die Schiffe der neutral gebliebenen Partei wie im Frieden in voller Sicherheit in den Häfen und an den Küsten der kriegführenden Mächte verkehren, wobei die neutrale Flagge

[101] Liegt nicht bei.

[102] Text: CTS 49 (1783/86) S. 331–354.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die feindliche Ware deckt. Wenn auch diese Bestimmungen für den Fall einer regelrechten Blockade außer Kraft treten, so können sie doch durch die zu treffenden Sperrmaßnahmen nicht beseitigt werden.

zu 4: Der Wegfall des Swinemünder Abkommens und des Holzabkommens mit Schweden sowie des Lebensmittelabkommens mit Dänemark würde politisch und wirtschaftlich höchst bedenkliche Folgen nach sich ziehen. Bei Aufhebung des Swinemünder Abkommens würde Schweden die volle Freiheit zurückerlangen, die vereinbarten Aus- und Durchfuhrverbote aufzuheben oder Ausfuhrlizenzen zu erteilen und so als Durchfuhrland zwischen England und Rußland, insbesondere auch für Kriegsmaterial, zu dienen. Die Aufhebung des Holzabkommens hätte zur Folge, daß Schweden die für uns im Heeresinteresse unbedingt notwendigen Pferdetransporte einstellen, sich auch bei weiteren Anträgen auf Ausfuhrlizenzen schwerlich entgegenkommend zeigen würde. Durch die Aufhebung des Lebensmittelabkommens mit Dänemark endlich würde das dänische Ministerium Zahle – Scavenius gefährdet und damit eine für uns höchst bedenkliche Änderung der politischen Lage in Dänemark eingeleitet werden. Im Falle der beabsichtigten Sperre erscheint der Fortbestand dieser Abkommen umso notwendiger, weil wir durch sie ein Druckmittel gegenüber Schweden und Dänemark in der Hand behalten, das bei der Bedeutung dieser Länder für unsere Kriegführung wie für die Versorgung unseres Marktes von allergrößter Wichtigkeit ist.

zu 5: Die Britische Regierung hat in der Ordre in Council vom 11. März v.J.[103] die Entscheidung darüber, ob die Voraussetzungen für die Zurückhaltung der Ladung neutraler Schiffe vorliegen, sowie über die Art der Behandlung dieser Ladung der Prisengerichtsbarkeit überwiesen. Wenn dabei auch dem britischen Prisengericht ein hohes Maß von freiem Ermesen zugebilligt ist, so erscheint es doch schon des Eindrucks bei den Neutralen wegen angebracht, daß in Deutschland die Entscheidung dieser Frage gleichfalls den Prisengerichten vorbehalten bleibt. Zu diesem Zwecke würden die Sperrmaßnahmen in die Form einer Abänderung der deutschen Prisenordnung und der deutschen Prisengerichtsordnung gekleidet werden müssen.

Sofern Ew. Exzellenz mit den vorstehenden Ausführungen einverstanden sind, werde ich Ihrem Wunsche gemäß die beteiligten Reichsämter zur Mitwirkung an der Ausarbeitung der erforderlichen Kaiserlichen Verordnungen veranlassen.

603. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 20201, f. 78. Schreiben (eigenhändig). Abschrift in Maschinenschrift. Unten Vermerk: „Frhr. v. Grünau ist telefonisch angewiesen worden, das Telegramm an General von Falkenhayn [vgl. oben Nr. 599] nicht abzugeben, da

[103] Oben Nr. 586 Anm. 54.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Chef d. Generalstabes heute in Berlin sei und anderweitig verständigt werden würde."

[Ohne Nr.] Berlin, 18. Juli 1916

Ew.pp. beehre ich mich auf das gefl. Telegramm vom 17. d. M. – N° 13711 P – betr. die Unmöglichkeit der Abgabe weiterer deutscher Truppen an die österreichische Front südlich des Dniester zu erwidern, daß ich den österreichisch-ungarischen Botschafter entsprechend verständigt habe. Bei dieser Gelegenheit übergab mir Prinz Hohenlohe die Abschrift der beigefügten Aufzeichnung[104].

Ich würde es mit Dank begrüßen, wenn Ew.pp. mich gelegentlich Ihres heutigen Aufenthaltes in Berlin einer Besprechung der Gesamtlage aufsuchen wollten. Mir paßt jede Stunde und ich bitte nur um gefällige Mitteilung, wann ich Ew.pp. erwarten darf.

604. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20201, f. 114. Schreiben. Behändigte Ausfertigung. In Maschinenschrift. Praes.: 19. Juli 1916 pm. Handschriftlicher Vermerk am Kopf: „Prinz Hohenlohe entsprechend beschieden. J[agow]."

Nr. 13711 P Großes Hauptquartier, 18. Juli 1916

Euer Excellenz beehre ich mich, auf A.S. 2306[105] zu erwidern, daß Baron Burian augenscheinlich von falschen Voraussetzungen ausgeht. Er nimmt an, es stände in unserem freien Willen, ob wir Verstärkungen in die Bukowina senden wollten oder nicht. Das ist aber ein großer Irrtum. Bei der gegenwärtigen Lage sind Truppen für den beabsichtigten Stoß, deren Bedeutung seit langem Niemand verkennt, nur durch Verschiebungen künstlichster Art frei zu machen, und auch das nur, wenn die verbündeten Truppen endlich dazu gebracht werden zu halten. Wird das nicht erreicht, so verschwinden alle herangeführten deutschen Verstärkungen in den Löchern, die die Verbündeten an anderen Stellen öffnen. So sind seit 10. Juni nicht weniger als 12 deutsche Divisionen, also eine sehr starke Armee, in der österreichisch-ungarischen Front untergegangen. Es ist daher dringend wünschenswert, daß Baron Burian und alle maßgebenden Stellen in Österreich-Ungarn ihre ganze Aufmerksamkeit und Tatkraft darauf zusammenfassen, die innere Widerstandskraft und den Halt der verbündeten Truppen durch Erhaltung und Vertiefung entsprechender Gesinnung bei den Völkern der Doppelmonarchie zu stärken. Gelänge das, so werden wir auch Wege finden, den erwünschten Schlag in Bukowina zu führen.

[104] Vgl. oben Nr. 599.

[105] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

605. Bethmann Hollweg an Andres

BA Berlin, R 43/2444d, f. 101–102. Schreiben. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

Zu Rk. 9556 K.J. Berlin, 18. Juli 1916

Euer Hochwohlgeboren[106]

danke ich verbindlichst für das gefällige Schreiben vom 14. d.Mts. Ich habe volles Verständnis dafür, daß bei den Männern, die die Regierung in diesem ungeheuren Kampfe unterstützen wollen, der Wunsch obwaltet, unsere auswärtige Politik und die Ziele, denen sie zustrebt, auch im einzelnen klar und offen verfolgen zu können. Aber die Natur dieses Krieges, in dem noch keiner unserer Gegner niedergerungen ist und eine Koalition gegen eine andere kämpft, macht in manchen Fragen Schweigen zur Pflicht. Ich würde, wollte ich anders handeln, das Spiel unserer Gegner <treiben>.

Die Kriegspolitik – um mich auch meinerseits dieses von Euer Hochwohlgeboren gebrauchten Ausdruckes zu bedienen –, kann einzig und allein darauf gerichtet sein, den Krieg zu gewinnen. Da wir einer übermächtigen Koalition gegenüberstehen, kann sie dabei die Aufgabe nicht übergehen, Bundesgenossen zu erringen und festzuhalten, den Feinden aber neuen Zuwachs fernzuhalten. Die Gewinnung der Türkei und Bulgariens, die Verzögerung der italienischen Kriegserklärung bis nach der Abwehr des russischen Druckes auf die Karpathengrenze werden gewiß überall in ihrer militärischen und politischen Bedeutung verstanden worden sein. Unklarheit herrscht über die Frage, ob es richtig war, einen Konflikt mit Amerika um den Preis der bekannten Konzessionen in der Ubootfrage zu vermeiden. Aber diese Frage kann nur aus der Gesamtlage heraus und nicht für sich allein beurteilt und entschieden werden, und solange nicht alle dabei in Betracht kommenden Umstände und Faktoren offen dargelegt und gegeneinander abgewogen werden können, läßt sich die Unklarheit leider nicht beheben. Indessen sind diese Verhältnisse in wiederholten vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern des Reichstags[107] und auch des preußischen Landtags, insonderheit aber mit der Budgetkommission des Reichstags, so eingehend verhandelt und erörtert worden, daß unbeschadet der verbliebenen sachlichen Meinungsverschiedenheiten irrtümliche Auffassungen über die Gründe der von mir vertretenen Politik bei den im öffentlichen Leben maßgebenden Persönlichkeiten ausgeschlossen sein müssen. Die hier und da geäußerte Auffassung, als werde unsere Kriegsführung besonders in der Ubootfrage durch die Hoffnung auf eine friedliche Verständigung mit England beeinflußt, widerspricht ebenso den Tatsachen, wie sie nach diesen Vorgängen unverständlich ist.

[106] Carl Andres (1876–1935), Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 1913–1919; Mitglied des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei 1912–1917.

[107] Vgl. etwa oben Nr. 597.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Daß der Ursprung und innere Sinn dieses Krieges, das nächste und alle einigende Ziel die Verteidigung ist, diese Tatsache ist leider für viele schon nach den ersten Kriegsmonaten in den Hintergrund getreten. Die Eingeweihten konnten darüber nie zweifelhaft sein. Unter dem Eindruck der Kämpfe in den letzten Wochen, die von der Gesamtheit des Volkes und seiner Spannkraft jenen eisernen Willen verlangen, wie ihn vielen nur der Verteidigungsgedanke zu geben vermag, werden, wie ich hoffe, die allermeisten es als richtig anerkennen, daß ich dem Drängen, an Stelle der Verteidigung die Eroberung zu setzen, nicht nachgegeben habe. Daß die Verteidigung kein mattes und negatives Ziel ist, daß sie sich keineswegs in der Erhaltung des status quo erschöpft, das habe ich in meinen Reden im Reichstag wiederholt eindringlich und ganz unmißverständlich dargelegt. Solange wir uns aber nach allen Seiten unserer Haut zu wehren haben und solange ein Ende des Krieges nicht winkt, ist es nicht an der Zeit, über die Bedingungen des Friedens im einzelnen zu diskutieren, den nach Maßgabe der militärischen Lage beim Kriegsschluß zu einem starken, dauerhaften deutschen Frieden zu gestalten der einmütige Wille des Volkes und der Regierung ist.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr ergebener

606. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 856. Berlin, 19. Juli 1916, 12 Uhr 55 Min. Nm.
Ankunft: 19. Juli 1916, 2 Uhr 5 Min. Nm.

Geheim.

Hötzendorff hat Widerspruch aufrechterhalen, von Falkenhayn ersichtlich nicht gedrängt. Mir gegenüber wenigstens machte er Hötzendorffs Bedenken ausdrücklich zu den seinigen. Die Unterstellung der gesamten Ostfront unter Hindenburg werde die österreichische Armee völlig demoralisieren, die Unterstellung Linsingens sei militärisch schädlich, da dann 1. und 4. österreichische Armee auf Wunsch Hötzendorffs von Linsingen losgelöst werden müßte, in welchem Falle die Grenze zwischen dem österreichischen und deutschen Kommando auf den am meisten gefährdeten Abschnitt fiele. Demgegenüber militärische Vorteile des einheitlichen Kommandos Hindenburgs gleich Null. Politische Momente seien völlig belanglos.

Ganz geheim: General von Cramon[108] sagte mir, Aktion sei durchaus nicht abgeschlossen. Er habe von Falkenhayn Befehl, weiter zu sondieren und zu melden. Er wisse bestimmt, daß Kaiser Franz Joseph Hötzendorffs Bedenken nicht teile, hoffe, daß die Unterstellung der gesamten Ostfront unter Hinden-

[108] August von Cramon (1861–1940), Generalmajor; Vertreter der OHL beim österreichisch-ungarischen Armeeoberkommando 1915–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

burg erreicht werde. Die Abtrennung der 1. und 4. Armee von Linsingen sei militärisch allerdings schädlich.

Detaillierte Nachrichten bringt Staatssekretär[109].

607. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 20201, f. 149. Telegramm (Hughes). Behändigte Abschrift. In Maschinenschrift. Praes.: 20. Juli 1916 Nm.

Nr. 2. Berlin, 20. Juli 1916

(Geheim.)

Der bulgarische Gesandte[110], der mich um eine dringende Unterredung gebeten hatte, wies darauf hin, daß die innerpolitischen Schwierigkeiten des Kabinetts Radoslawow der Hauptsache nach durch die Hoffnungen hervorgerufen seien, die die Russophilen an die österreichische Katastrophe in der Bukowina[111] knüpften. Diese Katastrophe habe in ganz Bulgarien einen großen Eindruck gemacht, der durch die Haltung Rumäniens immer mehr verschärft werde. Man hege die Besorgnis, daß im Falle weiteren Vordringens der Russen Bulgarien ähnlich wie im zweiten Balkankriege sich einer überlegenen Coalition von Russen, Rumänen und Griechen gegenüber befinden und um die Früchte seiner bisherigen Siege kommen würde. Nach Lage der Dinge und nach den bisherigen Kriegserfahrungen ist man davon überzeugt, daß Hilfe nur von Deutschland kommen könne. Wenn Hindenburg mit der Leitung der Operationen betraut würde, würde die jetzt wankende Zuversicht in Bulgarien mit einem Schlage wieder hergestellt sein und zugleich die rumänische Kriegslust einen starken Dämpfer erhalten.

Herr Rizoff hat in diesem Sinne seinem König telegraphiert und von diesem die telegraphische Antwort erhalten, daß Seine Majestät die vorgetragene Auffassung vollkommen teile. Auch weiß Rizoff, daß König Ferdinand durch den Kronprinzen dem Oberstleutnant von Massow[112] gegenüber den gleichen Standpunkt vertreten hat.

[109] Zum ganzen vgl. Der Weltkrieg X S. 523–533.

[110] Dimităr Rizov.

[111] Zur Lage im Südabschnitt der Ostfront vgl. Der Weltkrieg X S. 508–516.

[112] Ewald von Massow (1869–1942), Oberst; deutscher Militärbevollmächtigter in Sofia 1915–1918; a. D. 1919 als Generalmajor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

608. Bethmann Hollweg an Jagow

BA Berlin, R 43/2466e, f. 132. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 10. Berlin, 21. Juli 1916, 1 Uhr 10 Min. Nm.
Ankunft: 21. Juli 1916, 2 Uhr 25 Min. Nm.

Geheim.

Exzellenz Helfferich, soeben aus Süddeutschland zurückgekehrt, berichtet:

König Ludwig machte Andeutung wegen einheitlichen Kommandos im Osten. Bei allen maßgebenden Persönlichkeiten Münchens trat entschiedene Besorgnis in Hindenburgfrage zu tage. Königin von Württemberg[113] sehr besorgt, daß offenbar dringend nötige Vereinheitlichung des Oberbefehls nicht vom Fleck rücke. Weizsäcker betont nach unmittelbar vorhergender längerer Unterredung mit dem König in dringlichster Form politische Notwendigkeit, weil militärische Rückschläge eine volle Ausnutzung des Faktors Hindenburg weder vom Kaiser noch vom Kanzler überstanden werden könnten.

Bitte bei eventueller Verwertung des Vorstehenden die Könige, jedenfalls König Ludwig, der offenbar nicht hervortreten will, aus dem Spiel lassen.

609. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 12. Berlin, 21. Juli 1916, 1 Uhr 35 Min. Nm.
Ankunft: 21. Juli 1916, 2 Uhr 40 Min. Nm.

Für General von Falkenhayn.

Neue österreichische Niederlage südwestlich von Luck[114] muß innerpolitische Rückwirkungen kritisch gestalten, wenn nicht alsbald Faktor Hindenburg voll ausgenutzt wird. Alle Verantwortlichen sind es dem Land und der Krone schuldig, solcher Gefahr vorzubeugen. Vaterländische Pflicht gebietet es mir, dies Euerer Exzellenz ausdrücklich auszusprechen.

[113] Charlotte (1864–1946), geb. Prinzessin von Schaumburg-Lippe; Königin von Württemberg 1891–1918.

[114] Zu den Kämpfen an der österreichisch-ungarischen Front in der zweiten Julihälfte 1916 (Heeresgruppe Linsingen und österreichisch-ungarische 1. und 2. Armee) vgl. Der Weltkrieg X S. 514–516, 528–529.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

610. Bethmann Hollweg an Jagow

BA Berlin, R 43/2466e, f. 135. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 18. Berlin, 21. Juli 1916, 11 Uhr 45 Min. Nm.
Ankunft: 21. Juli 1916 -- -- Nm.

Bitte Seine Majestät, falls dies noch nicht geschehen, auf schweren Ernst rumänischer Frage hinweisen. Meines Erachtens kann sie eventuell noch durch Hindenburg gehalten werden. Teschenmeldungen[115] über Rumänien sind, da einzelne Details über Äußerlichkeiten mit Meldungen Bussche[116] übereinstimmen, zweifellos echt.

Hohenlohe war heut über gesamte Lage stark deprimiert, beinahe in verzweifelter Stimmung. Er hat heute in Wien angefragt, wie sich Burian zur Vereinheitlichung des Kommandos weiterhin stelle, in welcher Frage ich ganz seiner Ansicht sei. Wie denkt Valentini über mein Kommen und ist noch Nachgeben von Falkenhayn zu erwarten?

611. Bethmann Hollweg an Jagow

BA Berlin, R 43/2466e, f. 138. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 27. Berlin, 22. Juli 1916, 1 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 22. Juli 1916, 1 Uhr 15 [!] Min. Nm.

Nach mündlichen und schriftlichen Meldungen Staatssekretärs Helfferich und Barons Schoen spielen bei der nicht unbedrohlichen Zunahme des bayr. Partikularismus militärische Vorgänge bedeutsame Rolle. Auch Offiziere beginnen sich an abfälligen Äußerungen über Oberste Heeresleitung zu beteiligen, die den Bayern immer die größten Opfer zumute, aber nicht entsprechend Anerkennung zolle. General von Falkenhayn zusagte mir neulich, das bei Abfassung der Tagesberichte zu beachten. Vielleicht könnte Seine Majestät einmal wieder Truppen besuchen mit nachfolgender Bekanntgabe in Presse und persönlichen Telegrammen an König Ludwig.

[115] Meldungen aus dem österreichisch-ungarischen Hauptquartier in Teschen (Böhmen).
[116] Meldungen aus Bukarest.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

612. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 30. Berlin, 22. Juli 1916, 5 Uhr 55 Min. Nm.

Ludendorff telephoniert, Falkenhayn habe Beibehaltung Oberbefehls Hindenburg im Norden noch heute morgen ausdrücklich abgelehnt. Antwort auf den letzten Vorschlag Falkenhayn's, daß Hindenburg Gruppe Linsingen übernehmen solle, werde etwa so lauten: Man sei in Ober Ost zu allem bereit, aber nur wenn durch Einheitlichkeit Oberbefehls auch Möglichkeit zu Besserung der Situation gegeben wäre.

Bitte von Lyncker ganz vertraulich über diese Vorgänge informieren. Gegen Übertragung Oberbefehls über die nördlich von Linsingen stehenden Truppen[117] an Hindenburg, wenn dieser Armeegruppe Linsingen übernimmt, kann Conrad und folglich auch Falkenhayn keinen Einwand erheben.

General von Lyncker m u ß jetzt ohne jeden Zeitverlust eingreifen[118]. Tut er es nicht, so ist die ganze Partie verloren.

613. Bethmann Hollweg an Jagow

BA Berlin, R 43/2466e, f. 144. Telegramm (Hughes). In Typendruckschrift.

Nr. 31. Berlin, 22. Juli 1916, 7 Uhr 54 Min. Nm.

Ich telegraphiere Seiner Majestät soeben folgendes:

Euerer Majestät Botschafter in Wien meldet:

„Graf Andrassy, der als Vertreter der ungarischen Opposition nach dem von dieser mit Graf Tisza geschlossenen Pakte direkt vom Baron Burian über die auswärtige Politik informiert werden soll und das Recht hat, jederzeit persönlich zum Kaiser zu gehen, besuchte mich heute.

Graf Andrassy begann seine Unterhaltung damit, daß er sagte, es sei kein Zweifel, daß die Monarchie völlig zusammengebrochen sei und daß ihr einziges Heil im engsten Anschluß an Deutschland liege. Ich darf hier einschalten, daß ich das gleiche Urteil aus dem Munde von Männern aus allen Schichten der Bevölkerung – vom böhmischen Feudaladel bis zum kleinen jüdischen Journalisten – höre. Die Stimmung ist verbittert und beinahe verzweifelt. Alle rufen nach der deutschen Hand, verlangen insbesondere offen überall deutsche Führung. Wenn Feldmarschall Hindenburg den Oberbefehl im Osten erhielte, so würde das hier als eine Erlösung betrachtet werden. Graf Andrassy sagte in dieser Beziehung, es sei zwar beschämend für die Monarchie, daß überall hier die deutsche Führung verlangt werde, er würde sich aber darüber

[117] Heeresgruppe Prinz Leopold (Raum nordöstlich von Brest-Litovsk: Baranowicze, Słonin).

[118] Vgl. Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 864–865.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

freuen, denn zuerst müsse man leben, und mit österreichischer Führung ginge die Monarchie zugrunde. Von Rücksicht auf General Conrad, der hier jedes Ansehen – schon seit seiner Heiratsgeschichte[119] – verloren hat, und auf Teschen im allgemeinen ist nirgends mehr die Rede, selbst von General von Marterer, Vertreter von Freiherrn von Bollfras, der sich neulich bei mir zum Frühstück angesagt hatte, sprach in den schärfsten Ausdrücken über Teschen. Graf Andrassy hat den dringenden Wunsch, sich persönlich mit Euerer Exzellenz offen über die Situation auszusprechen, und trifft zu diesem Zweck Sonntag in Berlin ein."

gez. Tschirschky.

Vorstehendes melde ich alleruntertänigst telegraphisch für den Fall, daß Euere Majestät spezielle Befehle für meine Unterredung mit dem Grafen Andrassy haben sollten.

614. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 22325. Telegramm. In Typendruckschrift.

Nr. 30. Berlin, 22. Juli 1916, 9 Uhr Nm.

Auszug aus Tschirschkys Bericht über Andrassy. Andrassy wird aus bevollmächtigter ungarischer Opposition durch Graf Forgach über auswärtige Politik auf dem Laufenden gehalten, hat Recht, jederzeit zum Kaiser zu gehen. Nimmt deshalb dauernden Wohnsitz in Wien. Burian ist auf diese Kombination eingegangen, weil ungarische Opposition gedroht hat, andernfalls im Parlament ganze militärische und politische Lage zu diskutieren, einschließich der ganz hoffnungslosen und trostlosen Verhältnisse im Oberkommando Teschen, das in Wien allgemein nur als Sumpf bezeichnet wird. Plan aller Ungarn, die nicht nach Tiszas Pfeife tanzen, Burian durch Andrassy zu ersetzen, während Burian hofft, Andrassy durch die Zwitterstellung, in der er sich befindet, unmöglich zu machen. Da Andrassy zu energielos, um Burian aus Sattel zu heben, von Pest aus noch eine andere ganz geheime Hilfsaktion im Gange, die jedoch noch keine greifbaren Formen hat. Andrassy bekennt, vor einiger Zeit Burians Posten angestrebt zu haben, zweifelt jetzt, ob es nicht schon zu spät sei, um Situation zu retten. Verhältnisse im Innern trostlos. Tschirschky hat ihm zugeredet und hat Eindruck, daß Andrassy seinen Entschluß, das Ministerium des Äußern zu übernehmen, hauptsächlich davon abhängig macht, ob ich ihn dazu ermutige und als Minister wünsche. Prinz Windischgrätz[120] begleitet Andrassy hierher, „um ihn fest bei der Stange zu halten". In Polenfrage nimmt Andrassy im Prinzip unsere Lösung an, warnt aber vor

[119] Conrad hatte mit 67 Jahren am 19. Oktober 1915 die viel jüngere Virginia von Reininghaus (1879–1961) geheiratet.

[120] Vermutlich Alfred (III.) Fürst zu Windisch-Graetz (1851–1927), zuletzt Präsident des österreichischen Herrenhauses 1897–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

selbständiger Dynastie, die zersetzend auf Galizien wirken sowie selbständige antideutsche Politik treiben müsse, und empfiehlt Personalunion mit deutschem Souverän. Tschirschky erblickt in Andrassy jedenfalls Verbesserung des jetzigen Zustandes. Ich beabsichtige, Andrassy zuzureden, ohne mich gegenüber Burian und Tisza zu kompromittieren, erbitte aber ihre Ansicht. Die polnische Personalunion erscheint mir unmöglich.

615. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 20201, f. 172. Telegramm. Von Jagows Hand.

No. 567. Berlin, 22. Juli 1916

Prinz Hohenlohe äußerte mir gegenüber und im A. A. im Auftrage Baron Burians Besorgnis, daß wir im Fall eines Eingreifens Rumäniens in den Krieg dieselbe Haltung wie gegen Italien einnehmen würden. Wir haben diese Bedenken zu zerstreuen gesucht.

Um jedes Mißverständnis zu beseitigen, ermächtige ich E.E. auch zu der ausdrücklichen Erklärung an Baron Burian, daß wir Rumänien unsererseits den Krieg erklären würden, wenn dieses zwar Österreich-Ungarn, aber nicht Deutschland den Krieg erklären sollte.

616. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 20202, f. 52. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 23. Juli 1916, 6 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 23. Juli 1916, 9 Uhr 10 Min. Nm.

Alleruntertänigste Meldung.

Graf Andrassy schnitt bei seinem heutigen Besuch sofort an erster Stelle mit großer Lebhaftigkeit von sich aus die Kommandofrage an. Es sei die jetzt wichtigste, ja die Lebensfrage. Der gegenwärtige Zustand sei völlig unhaltbar. Teschen genösse bei niemand mehr irgend welchen Kredit. Selbst jeder Soldat, der von der Front komme, schimpfe über Teschen. Die Niederlagen in Wolhynien und der Bukowina hätten eine tiefe Depression erzeugt, und kein Mensch wisse, ob die Ostfront überhaupt noch zu halten sei oder ob eine große Katastrophe für Österreich-Ungarn bevorstehe. In ganz Ungarn, in Volk und Armee, werde es als eine wahre Erlösung betrachtet werden, wenn Feldmarschall Hindenburg mit dem Oberkommando über die ganze Ostfront betraut würde. Graf Tisza, mit dem er vorgestern die Frage eingehend besprochen habe, stehe auf demselben Standpunkt und würde einem entsprechenden Vorschlag von uns keinerlei Widerstand entgegensetzen. Auch von Baron Burian glaube er das Gleiche sagen zu können. Es sei nicht mehr an der Zeit, über formale Beden-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ken oder Etikettefragen zu stolpern, da es sich um nichts weniger als die Existenz der Donaumonarchie handele. Feldmarschall Hindenburg genösse in Österreich-Ungarn ein solches Vertrauen und persönliches Ansehen, daß man in dieser schweren Schicksalsstunde dieses Kapital nicht ungenützt lassen dürfe. Auch in Rumänien werde Hindenburg ernüchternd wirken.

Euerer Majestät Allergnädigstem Befehl gemäß habe ich dem Grafen gesagt, daß Euere Majestät Sich schon seit längerer Zeit eingehend mit dieser Frage beschäftigt hätten und hofften, daß sich in kurzem eine befriedigende Lösung finden werde. Graf Andrassy war über die Initiative Euerer Majestät hocherfreut.

In der Polenfrage akzeptiert der Graf jetzt grundsätzlich unsere Lösung. Er hält zwar nach wie vor die Angliederung Polens an Österreich an sich für besser, sähe aber ein, daß der Verlauf des Krieges es unmöglich mache, dem zuzustimmen.

Auch über Serbien und Italien haben wir eingehend gesprochen, ingleichen über die inneren Verhältnisse der Monarchie, wobei Graf Andrassy bemerkte, daß die <Kon>zession des Grafen Karoly[121] jedenfalls für die Gegenwart keine Bedeutung habe.

Euerer Majestät wäre ich zu ehrfurchtsvollstem Dank verpflichtet, wenn ich über die sehr interessanten Ausführungn des Grafen baldigst mündlichen Vortrag halten dürfte. Sie dürften umso beachtenswerter sein, als Andrassy doch vielleicht der kommende Mann ist.

Alleruntertänigst

617. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 20201, f. 181–182. Telegramm. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 49. Berlin, 24. Juli 1916, 2 Uhr 35 Min. Vm.
Ankunft: 24. Juli 1916, 5 Uhr 50 Min. Vm.

Andrassy doch sehr deprimiert. Menschenmaterial gehe zu Ende. Vertrauen auf Armee gebrochen. Teschen sei ein Sumpf, lasse politische Leitung nicht nur ohne jegliche Kenntnis der militärischen Lage, sondern intrigire direkt gegen sie. Auch persönliche Zustände in Teschen skandalös. Sehr abfällige Kritik über Offensive gegen Italien, aber auch über Verdun. Bewunderung Hindenburgs unter Ignorierung Falkenhayns. Siegen könnten wir nicht mehr, Katastrophe sei nicht ausgeschlossen. Sollten wir uns nicht vorher um Frieden bemühen? Wiederholt Andeutung, daß Donaumonarchie vielleicht Friedensgespräch mit England anbahnen könne, da England kein Interesse an Zusammen-

[121] Mihály Károlyi (1875–1955), ungarischer Magnat; Vorsitzender der „Vereinigten Unabhängigkeitspartei“ seit 1913; gründete 1916 eine neue Partei, die „Károlyi-Partei“; setzte sich für einen annexionslosen Frieden ein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bruch Österreichs. Politische Orientierung gegen England und Rußland zugleich ein Wahnsinn,Verständigung mit Westmächten ohne Annexionen notwendig. Donaumonarchie habe sich darauf eingestellt, in Polen Siegespreis zu suchen. Werde ihr der genommen durch Annahme unseres Vorschlags, gegen den er aber nach Kriegsverlauf nichts einwenden könne, so werde weitere Mutlosigkeit und Frage die Folge sein, weshalb Krieg fortsetzen. Trotzdem sei Polen nur entweder unter Österreich oder aber unter unserer ausschließlichen Direktive möglich. Das auch Graf Tiszas Ansicht, der auf eine Art Condominium gerichtete Velleitäten Baron Burians strikt ablehnen werde. Separatfrieden mit Italien ohne jegliche Aspirationen dringend erwünscht, aber wohl nicht möglich. Er wollte ersichtlich dazu enkuragiert sein. Von Serbien nur Donaulinie und Maczwa[122] zu nehmen, übriges Serbien, soweit nicht an Bulgarien versprochen, mit Montenegro unter Österreichs Patronat zu vereinigen.

Andrassy nimmt an, daß Tisza, mit dem er ausgesöhnt, damit einverstanden, daß er Burians Nachfolger werde. Hält Krisis aus Anlaß polnischer Frage für möglich, obwohl Kaiser natürlich bei seinem Alter jeder Änderung abgeneigt. Er selbst hat entschieden Lust. Auch Tisza für Hindenburg, doch allgemein Annahme, daß S.M. und Falkenhayn dagegen.

618. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 20201, f. 184–186. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 575. Berlin, 24. Juli 1916

Ganz sichere Chiffre.
Ganz geheim. Zur persönlichen Information.

Graf Andrassy hat sich mir ebenso wie E.E. gegenüber ausgesprochen, in den Nuancen eher schärfer. Resümiere seine Ansichten wie folgt: [Einschub aus der vorherigen Nr. vom Anfang bis: „… zu vereinigen“.]

1. Einheitliches Kommando Hindenburgs über gesammte Ostfront absolut erforderlich. Auch Tisza nicht dagegen, vorausgesetzt, daß unser Kaiser es wirklich wolle, was nach meiner Ansicht jetzt wohl zutrifft. Ebenso wahrscheinlich Burian. Volk und Armee in beiden Monarchien würden Hindenburg vielleicht mit Ausnahme weniger höherer Offiziere als Erlösung begrüßen, da Teschen ganz ohne Kredit. Kaiser Franz Joseph nach Ansicht Fürsten Windischgrätz entschieden dagegen. (Ich bemerke, daß Besprechung in Pless, in der Vereinheitlichung des Oberbefehls, vorbehaltlich der Modalitäten im Einzelnen unter allen Umständen aus militärischen und auch aus innerpoliti-

[122] Mačva: der nordwestliche Zipfel Serbiens (südlich der Save und westlich der Linie Mitrovica – Šabac).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen deutschen Gründen durchgeführt werden muß, vielleicht schon Mittwoch[123] stattfindet.)

2. Beurteilung der Gesammtsituation sehr pessimistisch. Siegen könnten wir nicht mehr, höchstens abwehren, vielleicht aber Katastrophe bevorstehend, da österreichisches Menschenreservoir bald erschöpft. Politische Leitung gänzlich desorientirt, da Teschen nichts sage, sondern intrigirt. Ob nicht baldiger Friede geboten sei. Donaumonarchie könne ja am besten bei England sondiren, was ich einstweilen bestimmt abgelehnt habe. Sonderfrieden mit Italien ohne jegliche Aspirationen erwünscht, aber wohl nicht möglich.

3. Lösung polnischen Problems in unserem Sinne für Donaumonarchie sehr bedauerlich, müsse aber schließlich nach Verlauf, den Krieg genommen, akzeptirt werden, was auch Tisza wohl einsehe. Plan Burians, eine Art Condominium zu schaffen, sei absolut verkehrt, wird auch sicherlich von Tisza nicht gutgeheißen werden. Möglich, daß es über polnische Frage zur Krisis in Wien komme, wobei er selbst ans Ruder gelange. Andrassy hat entschieden Lust dazu, glaubt auch, daß Tisza nicht widersprechen werde, doch werde wohl Kaiser nicht dazu zu bewegen sein. Ich habe sehr zugeredet. Windischgrätz erzählte von geplanter Aktion einiger Magnaten, an der sich auch Max Fürstenberg[124] beteiligen wolle. Wäre letzteres nach oder auf den Sturz Stürgks gerichteter und kläglich gescheiterter Aktion Fürstenbergs nicht bedenklich?

4. Andrassy befürchtet, daß Bekanntgabe der von Wien zu akzeptirenden Lösung des polnischen Problems in unserem Sinne in Doppelmonarchie furchtbar deprimirend wirken wird. Man habe sich gewöhnt, in Polen den Siegespreis zu sehen. Wird der genommen, so wird man fragen, wozu noch weiter Krieg? Für Belgien? In letzterer Beziehung habe ich den Grafen beruhigt.

Auch ich würde wesentliche Verbesserung der Lage erwarten, wenn Andrassy den Baron Burian ersetzte.

619. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 1360. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1. Pleß, 26. Juli 1916, 6 Uhr 35 Nm.

Ganz vertraulich!
Auf Telegramm Nr. 253.

Bin jederzeit gern bereit, nach Wien zu kommen, wenn Ew. Exzellenz glauben, daß durch persönlichen Kontakt ein wirklicher Gedankenaustausch erzielt und die gewiß ja auch von Wien gewünschte Übereinstimmung sowie zielbewußtes Zusammengehen gefördert werden können. Es war mir eine

[123] 28. Juli 1915.

[124] Max Egon II. Fürst zu Fürstenberg (1863–1941), Großgrundbesitzer; enger Vertrauter Wilhelms II.; lebte abwechselnd in Böhmen, am Bodensee, in Wien und Berlin; seit 1908 Vizepräsident des Österreichischen Herrenhauses.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Freude, mit Graf Andrassy alle uns bewegenden Fragen zu berühren und wechselseitige Ansichten kennen zu lernen. Andererseits haben bisherige Erfahrungen bei docierender Art des Baron Burian in mir Empfindung hervorgerufen, daß durch des letzteren Monologe die Sache wenig gefördert wird. Ich stelle aber dieses Bedenken gern zurück, wenn Aussprache in Wien auch mit anderen maßgebenden Faktoren für nützlich gehalten würde und ich wüßte, daß namentlich auch Seine Majestät der Kaiser Wert auf Aussprache mit mir legt. Bitte nach evtl. Sondierung um weiteren Bericht.

620. Tschirschky an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1360. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1. Wien, 29. Juli 1916, 5 Uhr 00 Min. Nm.
Ankunft: 29. Juli 1916, 8 Uhr 50 Min. Nm.

Antwort auf Tel. Nr. 1 vom 26[125]:

Geheim. – Ich hatte gestern in Budapest nochmals mit Graf Tisza die Frage Euerer Exzellenz Reise nach Wien besprochen. Der Graf erklärte es wiederum als dringend wünschenswert, daß ein persönlicher Kontakt zwischen Ew. Exzellenz und den leitenden Stellen der Monarchie erneut erfolge. Wenn er einige Tage vor Euerer Exzellenz Eintreffen in Wien darüber Nachricht erhielte, würde er sich selbstverständlich dort einfinden, um mit Ew. Exzellenz in Gedankenaustausch zu treten.

Ich bin gewiß, daß auch Fürst Montenuovo nicht so bestimmt von dem Wunsch seines Kaisers, Ew Exzellenz zu sehen, gesprochen hätte, wenn er nicht des Einverständnisses des Kaisers sicher gewesen wäre.

Nach der inzwischen vorliegenden Antwort in der Polenfrage fragt es sich allerdings, ob der Besuch jetzt opportun wäre. Falls Ew. Exzellenz diese Ansicht teilen, würde ich vorschlagen, mich zu ermächtigen, dem Fürsten Montenuovo vertraulich und offen zu sagen, daß Ew. Exzellenz sehr gern bereit gewesen wäre, zur mündlichen Besprechung nach Wien zu kommen, daß aber, wie die Dinge jetzt lägen, Ew. Exzellenz sich irgendein Ergebnis von mündlichen Verhandlungen mit Baron Burian nicht versprechen könnten.

[125] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

621. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 20202, f. 18. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 31. Juli 1916, 8 Uhr 45 Min. Nm.
Ankunft, 31. Juli 1916, 9 Uhr 30 Min. Nm.

Ganz geheim!

Ludendorff telefoniert, daß Hindenburg gestern, Sonntag, abend um 8 Uhr Befehl über Heeresgruppe Leopold bis einschließlich Gronau[126] übernommen hat. Heeresgruppe Linsingen übernimmt Dienstag früh. Gegen Veröffentlichung des Vorstehenden hat er keine Bedenken. Über den Zutritt von Böhm-Ermolli[127] ist nach seiner Meinung noch ein Befehl des Kaisers von Österreich nötig. Verlegung des Hindenburgschen Hauptquartiers[128] erfolgt heute abend anscheinend nach Brest Litowsk.

622. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 20202, f. 17. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 119. Berlin, 31. Juli 1916, 9 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 31. Juli 1916, 9 Uhr 40 Min. Nm.

Auf Tel. Nr. 501.

Bitte vorschlagen, daß Seine Majestät bei morgiger Ernennung der Prinzen Leopold und Rupprecht zu preußischen Feldmarschällen ein besonders warmes, die militärischen Verdienste der bayerischen Armee und die Einigkeit des deutschen Volkes feierndes Telegramm an König Ludwig richtet. Konformes Telegramm müßte an König von Württemberg anläßlich Ernennung des Herzogs Albrecht zum Feldmarschall gesandt werden. König Wilhelm hatte sich Helfferich gegenüber sehr bitter über Zurücksetzung Hindenburgs ausgesprochen. Der Parität wegen muß auch König von Sachsen bedacht werden, der meines Wissens morgen Chef der Garde-Schützen wird[129].

---

[126] Das XXXXI. Reservekorps am mittleren Abschnitt der Ostfront wurde ab 5. August 1916 in „Armeegruppe von Gronau“ und am 18. September 1916 in „Armeeabteilung Gronau“ umbenannt. – Hans von Gronau (1850–1940), General der Artillerie; Kommandierender General des XXXXI. Reservekorps an der Ostfront. – Bester Überblick über die Heeresgruppe Sommer 1916 in: Der Weltkrieg X, Karte 6 und 7.

[127] Eduard von Böhm-Ermolli (1856–1941), österreichischer Generaloberst; Oberbefehlshaber der „Heeresgruppe Böhm-Ermolli“ ab September 1915 (im Südabschnitt der Ostfront).

[128] Von Kovno.

[129] Nicht König Friedrich August III., sondern sein Sohn, Kronprinz Georg von Sachsen (1893–1943), wurde am 1. August 1916 zum Chef des (preußischen) Gardeschützenbataillons ernannt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

623. Besprechung mit Herrenhausmitgliedern

BA Berlin, R 43/2398f, f. 151–155. Protokoll. Abschrift in Maschinenschrift. Protokollführer: Wahnschaffe. – Auslassungspunkte in der Vorlage.

Rk 8979. [Berlin] 5. August 1916

Besprechung mit Herrenhausmitgliedern

Anwesend: Grf. v. Behr Behrenhoff[130]
Exzellenz v. Buch
Grf. v. Seidlitz-Sandreczki
Grf. v. Arnim-Boitzenburg
Gen. d. Kavallerie v. Kleist
Grf. York von Wartenburg
U.St.Sekr. Wahnschaffe

Vorbemerkungen: Äußerungen Bethmanns nur, insoweit sie gegenüber dem Neues bringen, was er in der Besprechung mit Parteiführern vom 17. Juli[131] sagte.

Reichskanzler: ..... Eingehend über militärisch-politische Lage, zum Teil als Antwort auf Fragen der Anwesenden.

.....

Kleist: Glaube doch, daß Entscheidung versucht werden kann durch Standhalten. Also brauchen wir in unseren Kriegszielen nicht zurückzustekken. Wir werden unseren Willen doch durchsetzen.

Reichskanzler: Gewiß, das hoffe ich auch.

..... Über Rumänien .....

Buch: Nicht vom Frieden sprechen. Das ist die Hauptsache.

Kleist: Versammlungen des Nationalausschusses[132] Eindruck Friedenssehnsucht.

Reichskanzler: Fraglich. Ich glaube nicht. Stärker wirkt unsere innere Zerrissenheit. Jetzt wieder alldeutsche Aktion. Eingabe an alle Bundesfürsten[133]. Appell an Particularismus. Einzelstaaten-Existenz sei gefährdet. Geht von München aus. Dies bereitet Boden für Legendenbildung. Sie schädigen

---

130 Carl Graf von Behr (Behrenhoff) (1865–1933), Fideikommißbesitzer; Mitglied des Herrenhauses 1909–1918. – Die in der folgenden Liste in den bisherigen Anmerkungen noch nicht kommentierten Namen: Dietlof Graf von Arnim-Boitzenburg (1867–1933), Majoratsbesitzer; Mitglied des Herrenhauses 1898–1918, dessen Präsident 1916–1918. – Heinrich Graf York von Wartenburg (1861–1923), Fideikommißbesitzer; Mitglied des Herrenhauses 1898–1918.

131 Vgl. oben Nr. 597.

132 „Deutscher Nationalausschuß für einen ehrenvollen Frieden“; eine Vereinigung hochstehender Persönlichkeiten, die am 6. Juli 1916 von Fürst Karl von Wedel, Wahnschaffe, Riezler, Hammann, Paul Rohrbach und Solf gegründet wurde und sich zur Aufgabe stellte, die Politik Bethmann Hollwegs zu unterstützen und für gemäßigte Kriegsziele einzutreten. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 344 und S. 380–381.

133 Vgl. unten Anm. 174.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stark monarchisches Gefühl. Jetzt Gerücht über S.M., daß Kriegführung gegen England Nichtanwendung der Zeppeline beeinflußt durch Kaiservermögen auf Bank von England. Darüber berichten mir bundesstaatliche Regierungen. Dann U-Boot-Agitation. Das geht doch im letzten Ende auf S.M. Ich will mich wahrhaftig nicht hinter ihm verstecken. Ausländische Presse mitteilt darüber unangenehme Sachen. Man spekuliert auf Uneinigkeit.

In Bayern schlechte particularistische Stimmung, nicht bei König und Regierung, aber im Volk. Man schimpft über Ernährungsmaßnahmen. Sommerfrischler kaufen auf. In Wirklichkeit vielleicht gar nicht so wichtig. Aber z. B. in Budapest macht man sich Gedanken darüber. Und bei der Entente geht man so weit, daß Österreich gar nicht schlecht behandelt werden soll und Bayern und Württemberg für Bukowina und Ostgalizien erhalten soll.

So haben die inneren Gegensätze sehr ernste Bedeutung. Besonders wegen der Spitze gegen den Träger der Krone.

In diesem Kreise spreche ich das um so lieber aus, weil ich weiß, wie stark das Herrenhaus für staatliche Autorität eintritt. (Siehe Steuerfrage.)

Buch: Stellung der Monarchie und Krone läßt mich gerade mit Sorgen in Zukunft sehen. Wenn wir keinen günstigen Frieden bekommen, aber große Lasten, so kommt das auf Konto der Monarchie.

Große Gefahr in der U-Bootbewegung, wenn wir einen Frieden bekommen, der nicht sehr günstig, ohne daß U-Boote eingesetzt sind.

Ich kann nicht beurteilen, was richtig ist. Aber seit einem Jahre wird den Leuten ange [*Lücke*; *Sinn*: eingehämmert]: Wir würden England schon niedergezwungen haben, wenn U-Boote rücksichtslos angewendet würden. Das geht auch schon in die Schützengräben. Ich sage immer: Entscheidung liegt beim Kaiser. Darin liegt aber auch die Gefahr, daß der Monarch in bedenkliche Lage kommt.

Wenn man also U-Bootkrieg nicht macht, darf auch diese Agitation nicht weitergehen.

Artikel unterdrücken ist schwer, auch schon zu spät. Kann man aber nicht mehr über die Gründe sagen? Das mag fürs Ausland bedenklich sein. Aber ist die Gefahr im Inneren nicht größer? Mich quält das schon seit Monaten. Wenn schlechter Friede ohne U-Boote, so weiß ich nicht, wie es mit der Monarchie werden soll.

Reichskanzler: Herr v. Buch Dilemma berührt. ..... Über U-Boote.

Wie tritt man der Agitation entgegen? Meine Gründe habe ich Ihnen und ausführlich im März und Mai in Budgetkommission auseinandergesetzt[134], so mindestens 150 Abgeordnete[n], die einig, daß Gründe in der Öffentlichkeit nicht zu sagen. Damals gesagt, Gründe und Tatsache, daß S.M. entschieden, würde doch wohl auch Gegner dahin bringen, die Entscheidung nicht mehr anzugreifen. Das ist nicht geschehen. Zensur hat auch nicht geholfen.

[134] Unten Nr. 744* und Nr. 755*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Heute an Kessel ernstes Schreiben gerichtet, weil ich Agitation z. B. der D.T.Z.[135] für höchst schädlich halte.

Öffentlich zu sagen: U-Boote reichen nicht aus, um England abzusperren, ist doch sehr bedenklich.

Wenn wir im März oder Mai die Zufuhren aus neutralem Ausland nicht bekommen hätten, so wären wir nach Batockis Ansicht, die er mir noch heute aussprach, zusammengebrochen.

Heute ja besser. Ernte gut. Noch ein[s]: Finanzen. Wir hatten die ernstliche Besorgnis, daß Stärke unserer Feinde durch Amerikaner sehr gewachsen wäre. Das kann ich doch alles nicht öffentlich sagen.

Treibereien sehr unangenehmen Beigeschmack. Bei Reventlow immer Unterton, weil ich und auch der Kaiser Verständigung mit England anstrebten, werde es geschont.

..... Über Luftkrieg[136] .....

So werden unausgesetzt Legenden erfunden. Das ist natürlich, aber sie finden Glauben, weil Boden dafür durch Presse teilweise vorbereitet ist. Dann wieder: Sentimentale Auffassung Kanzlers hindert energischen Krieg gegen England. Schließlich geht das gegen die Krone. Wie soll ich Treibereien entgegentreten?

Brief des Herzogs von Meiningen[137]: Hochgestellte Person erzählt: Ich hätte gesagt: Scheer müsse wegen Leichtsinns weggejagt werden. Ich gebe nicht viel auf solche Sache. Habe Herzog gebeten, mir den hohen Marineoffizier doch mal zu nennen. Das wäre alles nicht so schlimm, wenn Boden nicht saatbereit.

Kleist: Große Stimmung für U-Boote.

Reichskanzler: Ich würde auch glücklich sein, wenn ich U-Boote morgen loslassen könnte. Wenn ich siege, ist ja alles, auch Amerika, gleichgiltig. Ich fürchte aber, daß Amerikas Zutritt Krieg verlängert.

Buch: Reventlows Artikel sehr übel, hämisch[138]. Aber nur mit Zensur nichts zu machen. Gründe mehr bekanntgeben. Habe Eindruck, daß Marinekreise dahinterstecken. Ich will ihnen das ja gar nicht so übel nehmen. Aber Tirpitz, Köster, so kommt Eindruck: Ganze Marine einig, wir hätten schon längst Frieden, wenn U-Boote eingesetzt wären.

Behr, Kleist: bestätigen das.

---

[135] „Deutsche Tageszeitung“ .

[136] Über den Luftkrieg im Jahr 1916 vgl. Der Weltkrieg X S. 621–625.

[137] Bernhard III. (1851–1928), Herzog von Sachsen-Meiningen 1914–1918. – Der Brief ist nicht veröffentlicht. – Der im folgenden genannte: Reinhard Scheer (1863–1928), Admiral; Chef der Hochseeflotte Januar 1916 – 1918; Chef der Seekriegsleitung 1918.

[138] Etliche seiner Artikel aus dem Ersten Weltkrieg sind später gesammelt erschienen: Graf Ernst Reventlow, Wir erinnern uns … Britenpolitik vor 25 Jahren und heute. Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1914–1918. Hrsg. v. Karl Scharping. Berlin 1939. – Ders., Wie im Weltkrieg … England und die Neutralen. Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1914–1918. Hrsg. v. Karl Scharping. Berlin 1940. – Ders., Die Neutralität der USA. Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1914–1918. Hrsg. v. Karl Scharping. Berlin 1941.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Seidlitz: Männer der D.T.Z. behaupten, F.Z., B.T.[139] reizten immer wieder.

Reichskanzler: Karnickel ist doch Reventlow.

Seidlitz: Ja. Ich habe D.T.Z. abbestellt. Teil der Erregung wird sich legen durch Hindenburg[140].

Buch: Nur durch Unterdrückung Reventlows ist es nicht zu machen.

Reichskanzler: Wenn ich Kessel wäre, so würde ich mir Reventlow kommen lassen und ihm ins Gewissen reden.

Behr: Gewisse Bedenken bleiben ja auch bei Bekanntgabe der Gründe.

Reichskanzler: Ich muß ja doch nach meinem Gewissen handeln.

York: Das Schlimmste ist ja, daß die Männer hinter Reventlow Stützen der Macht- und Wehrkraftpolitik waren.

Reichskanzler: Das trifft zu. ..... Österreich hat im März und Mai dringend gebeten, Bruch zu vermeiden. Darüber kann ich doch auch nicht reden.

Buch: Kann denn nicht Kaiser auf Reventlow einwirken? Man muß nochmals auf Freiheit der Entscheidung hinweisen.

Kleist: Die beiden Männer werden sich in die Haare fahren.

Reichskanzler: Man sieht, was herauskommt, wenn wir Kriegsziel erörtern.

Buch: Ich fürchte Widerspruch der Linken, die gegen Annexionen ist.

Reichskanzler: Mir will nicht scheinen, jetzt Ziele aufzustellen, wo wir uns unserer Haut wehren.

Buch: Regierung darf nicht reden.

Reichskanzler: Sie wird aber nicht schweigen können. Uneinigkeit wird noch größer. Sie wird schon jetzt stark beachtet.

Belgien und Österreich-Ungarn!

In Ungarn starke Hinneigung zu England und Frankreich. Alle Reichstagsführer gegen Kriegszielbesprechung. Auch oberste Heeresleitung.

Behr: Dann sollte aber auch Wedel-Ausschuß[141] nicht sprechen.

Reichskanzler: Er wollte doch für Geschlossenheit wirken.

Ich wiederhole: Ernst ist die Situation. Ich sehe sie ganz zuversichtlich an. Aber Kritik sollte etwas zurückgehalten werden. Auch für Anleihe wäre Abschwächung gut.

Wenn wir stark genug sind am Friedensschluß, so werden wir große Ziele nehmen. Aber unsere Stärke gewinnt nicht durch Aufstellung hoher Kriegsziele.

Kleist: Ich bin für Belgiens Annexion.

---

[139] Die Abkürzungen aufgeschlüsselt: „Deutsche Tageszeitung“, „Frankfurter Zeitung“, „Berliner Tageblatt“.

[140] Gemeint: Dadurch, daß der Kriegsheld Hindenburg soeben Chef der gesamten Ostfront (am 30. Juli 1916) geworden war.

[141] So wurde auch der „Deutsche Nationalausschuß“ (oben Anm. 132) genannt, dessen Vorsitzender Wedel war.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Behr: Wenn wir Polen ganz nehmen, haben wir Rußland zum Gegner, die Westmächte aber auch.

Reichskanzler: Wir können uns nur leider nicht für Ost oder West entscheiden. Wer sich uns zuerst anbietet, bekommt billigen Frieden. Darin sind wir alle einig. Darum schon Orientierungen nach einer bestimmten Richtung nicht möglich.

Behr: Das gebe ich zu. Nur möchte ich die Koalition nicht vereinigen.

Reichskanzler: Selbstverständlich muß ich Koalition sprengen. Wie? Weiß man doch nicht. Zunächt wird allerdings Europa finanziell so verwüstet sein, daß für eine Reihe von Jahren Krieg ausgeschlossen.

Wir müssen, wenn Herbst Schluß, Hundert Milliarden verzinsen. Das ist ohne Amortisation 5 Milliarden neue Steuern.

Dann kommt ein <Steuer>gespräch. Schluß.

Wahnschaffe.

624. Bethmann Hollweg an Hertling

BA Berlin, R 43/2398f, f. 129. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Zu Rk. 8940 K.J. Berlin, 5. August 1916

Eigenhändig.
Einschreiben.

Hochverehrter Herr Graf!

Euer Exzellenz habe ich bereits telegraphisch für Ihr geneigtes Schreiben vom 1. d. M.[142] meinen aufrichtigsten Dank ausgesprochen. Ich darf mir vorbehalten, auf den Inhalt des Schreibens näher einzugehen. Einen Punkt, der am Schluß berührt wird, möchte ich aber schon heute herausgreifen.

Es scheint mir, daß bei der Beurteilung der Stellung des Reichskommissars für die Übergangswirtschaft[143] gewisse Mißverständnisse obwalten. Die Befugnisse dieses Reichskommissars gehen lange nicht so weit als diejenigen des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes auf dem Gebiete der Volksernährung. Insbesondere ist dem Reichskommissar für die Übergangswirtschaft kein Verordnungsrecht verliehen worden, so daß also alle grundlegenden Fragen nach wie vor der Zuständigkeit des Bundesrats verbleiben und von diesem zu regeln sind. Ich wollte nicht unterlassen, diese Bemerkungen schon heute zu machen, weil ich hoffe, daß sie dazu beitragen werden, die Bedenken Euer Ex-

[142] Gedruckt: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 990–992 (Alldeutsche Umtriebe, baldige Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Ernährungsfrage, Reichskommissar für Übergangswirtschaft).

[143] Zum Kriegsernährungsamt, zu den Kriegsgesellschaften, Reichsstellen und Reichskommissaren im Weltkrieg vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte V S. 79–85 (mit der älteren Literatur).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zellenz abzumildern. Näher auf die Sache einzugehen wird sich vielleicht bei Ihrer Anwesenheit noch Gelegenheit finden.

In größter Verehrung bin ich
Euer Exzellenz
sehr ergebener

625. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 20202, f. 43. Eigenhändig und behändigt. Praes.: 7. August 1916.

[Ohne Nr.] [o. O.] 6. August 1916

Falkenhayn war von Holtzendorff über die neuen Ubootpläne nicht informirt worden. Prima vista schien er sie für ganz unzweckmäßig zu halten. Mit Entschiedenheit spreche er sich gegen die Anfrage an Amerika aus. Ob er jetzt den rücksichtslosen Ubootskrieg will, sagte er nicht. Von dem Ergebnis seiner Unterredung mit Holtzendorff wird er mir Kenntnis geben.

Rumänien taxirt er auf weiteres Warten. Zweifelhaft ist ihm, ob die Bulgaren gegen Rumänien losschlagen würden. Sarrail[144] würde wohl eine demonstrative Offensive machen, die aber nicht zu fürchten sei. Seine Truppen taugten nichts. Die Lage im Osten schien er noch weiterhin als kritisch anzusehen. Im Westen sei es schwer, aber er würde es machen. Er erwartet weitere französische Offensiven bei Verdun und in der Champagne.

Enver habe offen ausgesprochen, die Vorgänge auf den türkischen Kriegsschauplätzen seien ohne Bedetung für den Ausgang des Krieges. Deshalb stelle er alles, was er an Truppen habe, für die europäischen Kriegsschauplätze zur Verfügung. Gewönnen wir den Krieg, so verlasse er sich darauf, daß der Türkei durch Deutschland ihr Recht werde.

626. Bethmann Hollweg an Luckwald

PA Berlin, R 20202, f. 47. Telegramm in Ziffern. Behändigte Abschrift. Praes.: 7. August 1916.

Luckwald 197. Berlin, 7. August 1916

Für General von Falkenhayn.

In der Morgen Dienstag Nachmittag stattfindenden Sitzung des Bundesratsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten[145] wird mir Graf Hertling die Frage vorlegen, wie lange Deutschland noch über den erforderlichen Ersatz an

[144] Maurice Sarrail (1856–1929), französischer General; Oberbefehlshaber der alliierten Truppen an der Salonikifront Januar 1916–Dezember 1917.

[145] Vgl. unten Nr. 797*. Hertling legte einen Katalog von insgesamt 16 Fragen vor. Gedruckt in: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 287–289.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mannschaften für Heer und Marine verfüge. Ich wäre E.E. dankbar, wenn Sie mich geneigtest mit den zur Beantwortung dieser Frage nötigen Informationen sogleich telegraphisch versehen wollten.

627. Bethmann Hollweg an Müller

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 7. August 1916

Heute mit Kurier.
Quart.

Sofort.

Sehr verehrter Herr Admiral!

Der Admiral von Holtzendorff hat mir am 3. d.M. mündlich seinen Plan wegen Erklärung des Kanals zum Kampfgebiete entwickelt und mich um Stellungnahme gebeten. Zur Einleitung der Aktion hat er am 4. d.M. eine Anfrage bei Amerika darüber angeregt, was dieses seit unserer Mainote bei England erreicht habe. Bei seinem ganz flüchtigen Besuch am 5. d.M. brachte Seine Majestät die Angelegenheit in Gegenwart des Staatssekretärs Dr. Helfferich, Graf Roedern und des Herrn Batocki in einer Form zur Sprache, welche jegliche Diskussion unmöglich machte, zugleich aber den Eindruck erweckte, als sei die Sache bereits entschieden und nur noch die Frage zu klären, wie die unter der Flagge des Roten Kreuzes im Kanal fahrenden Schiffe behandelt werden sollten. Seine Majestät bemerkte, er werde im Kanal mit seinen Ubooten den great swoop machen und damit die englische Offensive an der Somme zum Zusammenbruche bringen. Unmittelbar nach dieser Kundgebung hat Seine Majestät dem General von Falkenhayn, wie dieser mir mitteilte, gesagt, er habe den Befehl zum Ubootskrieg im Kanal erteilt, ich hätte völlig zugestimmt, nur die Frage der Behandlung der Roten Kreuzschiffe müsse noch schleunigst geklärt werden, was der General veranlassen solle. Herr von Falkenhayn hat erwidert, daß ihm von der ganzen Sache nichts bekannt sei.

Zu meiner vorläufigen Information habe ich gestern vormittag eine Besprechung über die Sache mit den Admiralen von Capelle, von Koch, den Staatssekretären von Jagow und Dr. Helfferich sowie dem Kriegsminister von Wild gehabt. Ich habe daraus folgendes Bild gewonnen:

1) eine vollständige Unterbindung der Militärtransporte von England nach Frankreich ist unmöglich, nur eine Störung. Aber auch die Störung bleibt beschränkt, weil Nachttransporte auf den Wegen Dover – Calais und Folkestone – Dieppe den Ubootsangriffen kaum ausgesetzt sein werden und auch Tagestransporte mit Convoi immer nur sehr beschränkt gefährdet sind. Für die Anzahl der überhaupt erforderlichen Militärtransporte gibt vielleicht ein Fingerzeig, daß der Kriegsminister den Juni-Verbrauch der Engländer an Munition auf etwa 92.000 ts, also auf 3000 ts. für den Tag schätzt. Zu beachten ist end-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich, daß England für seine Transporte durchaus nicht ausschließlich auf den Kanal angewiesen ist, sondern allerdings mit einem gewissen, aber durchaus nicht prohibitiven Zeitverlust auch die französischen Westhäfen anlaufen kann. In Summa kann ein die englische Offensive nachdrücklich und nachhaltig beeinflussender Erfolg von dem Kanal-Ubootkrieg wohl nicht erwartet werden.

2) Dagegen laufen wir in dem für die Unterseebootstreitkräfte gefährlichsten Kampfgebiet des Kanals das Risiko bedeutender Verluste an Ubooten und, wie auch Admiral von Holtzendorff glaubt, das tägliche Risiko des Bruches mit Amerika. Die von Seiner Majestät geäußerte Annahme, daß im Kanal keine Personendampfer mehr verkehrten, scheint mir jeder tatsächlichen Annahme zu entbehren. Auch das Versenken von Lazarettschiffen, das bei einem great swoop kaum ausbleiben dürfte, würde einen sofortigen Zwischenfall schaffen. Durch die von Admiral von Holtzendorff empfohlene diplomatische Aktion, eine den Bruch mit Amerika ausschließende Grundlage zu schaffen, erscheint mir aussichtslos. Amerika würde wiederholen, was es uns schon zweimal gesagt hat, nämlich daß uns seine Beziehungen zu England nichts angingen. In Frage käme nur die Erklärung, daß wir im Kanal rücksichtslosen Ubootskrieg zu führen gezwungen seien, im übrigen Seegebiet aber unsere Zusagen an Amerika unverändert erfüllen würden. Die wahrscheinliche Antwort Amerikas, daß völkerrechtswidrige Verletzungen amerikanischen Lebens und Eigentums auch im Kanal den Bruch herbeiführen würden, hätten wir lediglich zur Kenntnis zu nehmen.

3) So läuft auch jetzt die Frage wieder darauf hinaus, ob wir den Bruch mit Amerika riskieren können oder riskieren müssen. In dieser Beziehung hat sich die Lage seit dem März bzw. Mai in folgender Beziehung geändert.

Eine gute und etwa zur Hälfte bereits gesicherte Ernte hat unsere wirtschaftliche Unabhängigkeit erhöht. Während im Frühjahr die Unterbindung unserer Zufuhr aus den neutralen Ländern Europas nach dem Urteil Helfferichs und Batockis zum Zusammenbruch geführt haben würde, wäre sie jetzt vielleicht noch zu ertragen. Die zunehmenden finanziellen Schwierigkeiten machen der Entente unbeschränkte amerikanische Geldhilfe jetzt noch erstrebenswerter als früher. Die moralische Rückwirkung des Eintritts Amerikas in den Krieg auf die Entente, die Neutralen, uns selbst und unsere Bundesgenossen wird im Hinblick auf die augenblickliche militärische Lage, die stark abnehmende Widerstandskraft Österreichs und die Haltung Rumäniens jetzt noch stärker sein als im März und Mai. Der rücksichtslose Handelsubootskrieg, der die automatische Folge des Bruches mit Amerika sein würde, hat gegenwärtig insofern noch geringe Aussichten, als England durch seine importierten Vorräte und die bevorstehende eigene Ernte für etwa 4–5 Monate verproviantiert ist.

Die vorstehenden einstweiligen Erwägungen führen noch zu keiner bestimmten Schlußfolgerung. Ich kann diese erst ziehen, wenn sich die Oberste Heeresleitung geäußert haben wird. Aus der für den 9. d.M. bevorstehenden Besprechung zwischen dem General von Falkenhayn und dem Admiral von

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Holtzendorff in Charleville wird sich zunächst hoffentlich eine größere Klärung der militärischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten ergeben.

Ich habe indessen geglaubt, Euerer Exzellenz mit Rücksicht auf etwaige Gespräche mit Seiner Majestät von der augenblicklichen Lage ganz vertraulich Kenntnis geben zu sollen.

Zusatz S.Ex. des Herrn Reichskanzlers in der Reinschrift:

„General von Falkenhayn schien prima vista für den Ubootskrieg nicht eingenommen zu sein."

628. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 119. Telegramm. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 8. August 1916

Verhandlungen mit Burian hätten noch zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt. Seine letzte Äußerung habe wieder theoretische Einwendungen enthalten, die praktisch undurchführbar seien. Fahre voraussichtlich Donnerstag Abend[146] nach Wien, um dort mündlich mit maßgebenden Stellen zu verhandeln. Sehr erwünscht, wenn Conrad auch in Wien auf Erledigung drängt, und zwar in dem Sinne, daß militärischer Anschluß Polens an Deutschland die einzig gangbare Lösung sei.

629. Luckwald an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20202, f. 50. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 107. Großes Hauptquartier, 8. August 1916, 10 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 8. August 1916, 10 Uhr 30 Min. Nm.

Dringend.
Antwort auf Telegramm Nr. 197[147].
General v. Falkenhayn bittet zu telegraphieren:

„Für den Herrn Reichskanzler.

Zahlenmäßig würde die Frage durch den Kriegsminister zu beantworten sein. Aber ich muß dringend abraten, Zahlen anzugeben. Sie sind für den Herrn Anfragesteller wohl auch nicht nötig, wenn ihm geantwortet wird, daß Kriegsminister und Chef des Generalstabes des Feldheeres überzeugt sind, mit dem sonst vorhandenen Ersatz und der Jahresklasse 18 bis in das Jahr 1918

[146] 10. August 1916.
[147] Oben Nr. 626.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auszukommen. Weiter reichende Berechnungen lassen sich bei der Unsicherheit der einzelnen Faktoren nicht aufmachen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß von Anfang 1917 ab die Jahresklasse 18 zur Verfügung stehen und möglicherweise eine neue Ersatzquelle in Polen eröffnet wird.

Nr. 14005 P.“

630. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Berlin, R 43/2398f, f. 202–203. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift. – Teildruck in: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 571.

Nr. 2. Berlin, 10. August 1916, 8 Uhr 40 Min. Nm.
Ankunft: 10. August 1916, 11 Uhr 20 Min. Nm.

Euerer Majestät melde ich alleruntertänigst, daß ich gestern und vorgestern mit den Ministerpräsidenten von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Mecklenburg-Schwerin[148] eine der üblichen Sitzungen des Bundesratsausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten abgehalten habe, die im Kriege in Abständen von 3 bis 6 Monaten stattzufinden pflegen. Nach einem von mir gegebenen Überblick über die politische Lage sprachen alle anwesenden Minister, insbesondere Graf Hertling aus München und der Ministerpräsident von Weizsäcker aus Stuttgart, in warmem Ton ihre Zustimmung und ihr Vertrauen zu der von Euerer Majestät befohlenen Politik aus. Graf v. Hertling berichtete von dem zunehmenden Mißbrauch, der von den Alldeutschen jetzt namentlich von München aus mit der Frage des rücksichtslosen Unterseebootkrieges betrieben wird. Eine Gruppe von alldeutsch gerichteten Politikern in Bayern hat eine ihr von Seiner Majestät dem Könige gewährte Audienz benutzt, um dem König [a]ohne vorherige Ankündigung eine Denkschrift zu überreichen[a,149]. Seine Majestät der König hat sie [b]vor allem gewarnt,[b] was das Vertrauen zu dem Oberhaupt des Reichs und seiner Politik erschüttern könnte.

Die bayerische Regierung folgt durchaus dem Beispiel ihres Monarchen und geht in größter Loyalität scharf mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen das hetzerische Treiben der Alldeutschen vor. Leider wird dieses Treiben sehr gefördert durch die Tätigkeit der [c]pensionierten Admirale Thomson und Kirchhoff[c],[150]. Diese Marine-Autoritäten setzen den alldeutschen Leuten

[148] Neben den schon kommentierten Hertling (Bayern), Weizsäcker (Württemberg) und Dusch (Baden): Georg (1916: Graf) von Metzsch-Reichenbach (1836–1927), sächsischer Minister des königlichen Hauses 1906–1918. – Adolf Langfeld (1854–1939), Staatsminister des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin 1914–1918. – Zur Sitzung des Bundesratsausschusses vgl. unten Nr. 797*.

[149] Dazu König, Agitation S. 438–444. Text der Adresse vom 5. August 1916 an König Ludwig III. in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 660–667. – Vgl. auch Militär und Innenpolitik S. 406–414 (über die gegen den Reichskanzler gerichtete politische Bewegung).

[150] August (1916: Frhr.) von Thomsen (1846–1920), Admiral a. D. (seit 1903); Zweiter Vizepräsident des Flottenvereins seit 1906. – Hermann Kirchhoff (1851–1932), Vizeadmiral a. D. (seit 1902); zuletzt Zweiter Admiral des Ostasiengeschwaders 1900–1902.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

immer wieder auseinander, daß unsere Uboote [d]England in wenigen Monaten durch Hunger zum Frieden zwingen könnten[d] und daß unsere Hochseeflotte imstande sei, [e]die ganze englische Flotte vernichtend zu schlagen.[e] Es fehle nur der Wille, unsere Marine loszulassen, weil man sich mit England verständigen [f]oder dieses Land schonen wolle.[f] Zu meiner Freude entnehme ich aus den Mitteilungen der Minister und aus meinen eigenen Beobachtungen, daß diese Agitation in weiten Kreisen auch Widerwillen hervorruft. Ich hoffe daher, daß es gelingen wird, ihr durch verschiedene Mittel, die ich in Aussicht genommen habe, einigermaßen beizukommen. Gegenwärtig suchen sie sogar den Partikularismus für ihre Zwecke auszubeuten. Dies tritt neuerdings in einer Eingabe an alle nicht preußischen Bundesfürsten hervor, die auf die schwere Gefahr hinweist, welche die finanzielle Entwicklung nach dem Krieg den Einzelstaaten bringen würde, wenn es nicht gelänge, durch große Eroberungen die Staatseinnahmen zu verbessern. Ich darf mir gestatten, auf diese Dinge demnächst in einem eingehenden Bericht zurückzukommen. Aus den Äußerungen der im Bundesratsausschuß versammelten außerpreußischen Minister habe ich den festen Eindruck gewonnen, daß von ihnen die Reichspolitik treu und kräftig unterstützt wird.

Alleruntertänigst.

[a–a] *Vom Kaiser unterstrichen.*
[b–b] *Vom Kaiser unterstrichen und dazu der Randvermerk*: ohne Erfolg
[c–c] *Vom Kaiser am Rand unterstrichen.*
[d–d] *Vom Kaiser unterstrichen, dazu ein Strich am Rand mit dem Vermerk*: bis zu einem gewissen Grade richtig
[e–e] *Vom Kaiser unterstrichen, dazu ein Strich am Rand mit dem Vermerk*: Unsinn
[f–f] *Vom Kaiser unterstrichen, dazu am Rand ein Ausrufezeichen.*

631. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 119–120. Telegramm. Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 10. August 1916

In heutiger Besprechung über Nutzbarmachung der polnischen Mannschaftskräfte habe Beseler folgenden Standpunkt eingenommen: Bildung polnischer Legionen nach Art der österreichisch-polnischen Legion oder sonstige Anwerbung von Freiwilligen hätten im Generalgouvernement kaum Aussicht auf nennenswerten Erfolg. Empfehlung, polnische Mannschaften in deutsche Truppenteile nicht rathsam, weil politisch sehr bedenklich und für Zuverlässigkeit der Truppen gefährlich. Erst nach öffentlicher Kundgebung der Zentralmächte über künftigen Polenstaat Aushebung möglich. Dazu vorläufig Wehrgesetz und mangels aller Chargen und Cadres längere Vorbereitungszeit nötig.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Einrichtung von Kursen für Offiziere und Unteroffiziere unter deutscher Leitung sofort nach Mächtekundgebung erwünscht. Gleichtzeitig Musterung, Aushebung und Einstellung nach 2–3 Monaten. Bildung brauchbarer Truppenteile bestenfalls nach weiteren 3–6 Monaten möglich. Heeresbildung für Polen ohne finanzielle Hilfe und zahlreiches deutsches Hilfspersonal undenkbar. Waffen, Munition, Ausrüstung, Bekleidung im Lande nicht zu beschaffen[151]. Fahre Donnerstag Abend[152] nach Wien.

632. Bethmann Hollweg an Prinz Heinrich

BA Berlin, R 43/2404, f. 6–7. Immediatschreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Zu RK. 8993 K.J. Berlin, 10. August 1916

Ew.pp.

bitte ich für das gnädige Schreiben vom 6. d. M.[153] meinen untertänigsten Dank aussprechen zu dürfen. Die Schilderung der Zustände in Kurland unter dem Einfluß der gegenwärtigen deutschen Verwaltung hat mich lebhaft interessiert. Es ist mir auch schon von anderer Seite berichtet worden, daß das unter russischer Herrschaft schwer geprüfte Land trotz Kriegszeit in deutschen Händen förmlich neu erblüht. Wie schwerer und wie ungerechter Bedrängnis unsere Landsleute in Kurland unter der Fuchtel des Tschinownik[154] ausgesetzt gewesen sind, beweisen ja die geschichtlichen Auslassungen des Barons Grothus[155], die Ew.pp. mir zu schicken geruhten. Ich habe den sehr lebendig geschriebenen Brief mit viel Interesse gelesen und habe mir, von Ew.pp. gnädiger Erlaubnis Gebrauch machend, eine Abschrift zurückbehalten. Das Original darf ich hier wieder beifügen. Daß die machtvolle Persönlichkeit S.M. des Kaisers, wie auch alle Menschen, die mit ihm in Berührung kommen, so auch auf die Ritterschaft in Mitau einen tiefen und unauslöschlichen Eindruck gemacht hat, nimmt mich nicht Wunder. Erhofft doch der kurländische Adel von den gewaltigen Siegen Seiner Heere das Fallen der Grenze, die sie bislang von den Brüdern im deutschen Reich trennte. Gebe Gott uns einen Frieden, der Wünsche und Hoffnungen der Balten voll erfüllt.

Nach Frieden sieht es vorläufig allerdings noch nicht aus. Trotzdem glauben gewisse alldeutsche Kreise sich ausschließlich damit beschäftigen zu sollen, wie man das Fell des noch nicht erlegten Bären am besten verteilt. Daß dies Treiben von dem freudig lauschenden Ausland als Zeichen innerer Unei-

[151] Zum ganzen vgl. Conze, Polnische Nation S. 106–306.

[152] 10. August (!) 1916. Er traf am 11. Auust 1916 in Wien ein.

[153] In BA Berlin, R 43/2404, f. 1a–5 (zusammen mit dem im folgenden genannten Schreiben des Barons Grotthuß).

[154] Russisch: Beamter.

[155] Vermutlich Baron Oskar von Grotthuß (1862–1934), Gutsbesitzr auf Pusseneeken (Kurland).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nigkeit mit Jubel begrüßt wird und – wegen der oft übertriebenen Annexionswünsche – immer wieder als Propagandamittel zur Aufpeitschung der kriegsmüden Massen verwendet wird, machen sich die Herren, von denen die Hetze ausgeht, ebensowenig klar, wie daß sie damit einen Weg beschreiten, dessen Fortsetzung durch Andere schwere Gefahren für Dynastie und Reich in sich birgt. Ein recht unerfreulicher Mißton gegenüber dem heldenhaften Mut, mit dem Heer und Volk alle schweren Lasten und Opfer tragen.

Mit den aufrichtigsten Wünschen für Ew.pp. und unsere herrlichen Seestreitkräfte verbleibe ich

in treuer und dankbarer
Ehrerbietung
Ew.pp. untertänigster

633. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20202, f. 77. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 282. Wien, 12. August 1916, 6 Uhr --- Min. Vm.
Ankunft, 12. August 1916, 7 Uhr 3 Min. Vm.

Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 616. Ich telegraphiere nachstehendes an Seine Majestät:

„Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph, der mich heute in längerer Audienz empfing, hat mich beauftragt, Ew. Majestät Allerhöchstseine herzlichsten Grüße mit der Zusicherung zu übermitteln, auszuhalten und gemeinsam durchzuhalten, solange die Kräfte gestatten. Seine Majestät waren nicht nur durch den Verlust von Görz, sondern ganz besonders durch den Verlust von Stanislau[156] sehr ernst gestimmt. Durch die Gestaltung der Kriegslage an der Südostfront sei die rumänische Gefahr absolut akut geworden und könne, wenn überhaupt, nur noch abgewendet werden, wenn es in letzter Stunde gelinge, die Russen zum Stehen zu bringen. Seine Majestät gab seiner tiefen Dankbarkeit für die deutsche Waffenhilfe Ausdruck. Die Situation wird in hiesigen Regierungskreisen wenigstens ebenso ernst beurteilt, wobei ein Zutrauen, durch eigene Kräfte die Lage zu retten, kaum mehr erkennbar wird. Herr von Tschirschky sagt mir, daß auch die militärischen Stellen die Situation als überaus kritisch auffassen, da Stanislau ein Haupt-Eisenbahnknotenpunkt ist und infolgedessen die Möglichkeit der Truppenverschiebung sehr erschwert ist.

Alleruntertänigst“

[156] An der Isonzofront war vom 6. bis 9. August 1916 die Stadt Görz in die Hände der italienischen Truppen gefallen. An der Karpatenfront mußten angesichts russischer Angriffe an mehreren Stellen die österreichisch-ungarischen Truppen zurückweichen. Am 10. August mußten sie Stanislau in Galizien aufgeben. Vgl. Der Weltkrieg X S. 593–595 und 550–552 (dazu dort die Skizzen 32 und 33 am Schluß).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

634. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22344. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 912. Berlin, 14. August 1916, 11 Uhr 45 Min. Vm.
Ankunft: 14. August 1916, 3 Uhr 20 Min. Nm.

Für General v. Falkenhayn.

Botschafter Constantinopel berichtet von angeblichen russischen Friedensanträgen, die an Hauptquartier der 3. türkischen Armee gerichtet wären, sowie von Antwort, mit der Euere Exzellenz den General v. Lossow[157] beauftragt hätten. Ich wäre Euerer Exzellenz für eine Bestätigung dieser Nachrichten dankbar und darf daran die Bitte knüpfen, mich über solche Fragen, die in erster Linie in das politische Gebiet fallen, vorher zu unterrichten.

Auch ich halte übrigens das russische Angebot, wenn die Meldung des Grafen Metternich richtig ist, nicht für ernst.

635. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 20202, f. 116–118. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 4. Berlin, 16. August 1916

Euer Majestät gnädiger, mir durch den Legationsrat von Grünau übermittelter Befehl, auf allen Gebieten und insonderheit in der polnischen Frage alles zu vermeiden, was nach verhofftem ergebnislosem Auslaufen der feindlichen Offensiven im Osten und im Westen den Weg zu einer eventuellen Verständigung mit Rußland verbauen könnte, stimmt in jeder Beziehung mit dem Fazit überein, das ich aus meinen Beobachtungen in Wien und aus hiesigen Feststellungen ziehen konnte. Nachdem der Plan, durch unseren Vorstoß gegen Verdun und durch die österreichische Parallelaktion in Tirol, Frankreich zum Frieden zu bringen, an der unerwarteten Widerstandskraft Frankreichs, der überraschenden Stoßkraft Rußlands und dem Zusammenbruch Österreichs gescheitert ist, liegt die Entscheidung mehr denn je im Osten. Die systematische Stabilisierung eines ausgesprochen reaktionären Regiments in Rußland, die dadurch hervorgerufene Verschärfung aller inneren Gegensätze, die zunehmende Mißstimmung gegen England, die wirtschaftlichen und finanziellen Nöte des Landes sind in ihrer Gesamtheit ein Symptom zunehmender Kriegserschlaffung. Das Angebot eines Sonderfriedens, das Großfürst Nicolai Nicolajewitsch der Türkei gemacht haben soll und das

[157] Otto von Lossow (1868–1938), Generalmajor; Militärattaché (1916: Militärbevollmächtigter) in Konstantinopel 1915–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Enver Pascha dem General von Falkenhayn gemeldet hat, würde sich, falls es seriös sein sollte, auf dem gleichen Boden bewegen. Die in Schweden zusammenlaufenden Nachrichten aus Rußland lassen bei ernsthaften Politikern die Ansicht entstehen, daß Rußland einem dritten Winterfeldzug nicht mehr gewachsen sei.

Die Verwirklichung aller dieser Aussichten hängt aber, wie Euere Majestät hervorheben, ausschließlich davon ab, daß die russische Offensive zum Stehen gebracht und dadurch Rumänien ausgeschaltet wird. Österreichisch-ungarischer Mithilfe sind wir nur insoweit sicher, als Euere Majestät selbst die Sache mit deutschen Truppen in die Hand nehmen. Ich würde mich einer Verschleierung der Tatsachen schuldig machen, wenn ich die betrübenden Eindrücke, die ich Euerer Majestät bereits in meinem Telegramm vom 11. d. M.[158] aus Wien gemeldet habe, irgendwie abschwächen wollte. Die Bevölkerung ist teils in stumpfer Verzweifelung an der eigenen Kraft bereit, auch den schlechtesten Frieden zu akzeptieren, was sie in echt österreichischer Art nicht hindert, sich im Wiener Wurstelprater auszuleben, wie wenn kein Krieg wäre, teils, und zum Glück ist das wohl noch der größere Teil, schäumt sie über vor Erbitterung über ihre Oberste Heeresleitung. Die Autorität des Armee-Oberkommandos ist vollkommen untergraben, wie beim Kaiser so bei der Feldarmee und beim Volke. Meine Gespräche mit dem Baron Burian, dem Grafen Tisza und Stürgkh sowie dem Fürsten Montenuovo ließen bei aller natürlichen Zurückhaltung, die die Herren beobachteten, keinen Zweifel daran aufkommen. Denn es ist doch immerhin ein starkes Stück, wenn mir Herren von ihrer Position ganz offen erklärten, die Ausdehnung des Befehlsbereichs des Feldmarschalls von Hindenburg habe in Volk und Armee wie eine Erlösung gewirkt, und es sei nur zu bedauern, daß Hindenburg nicht die gesammte Ost-Front unter sich habe, daß die Änderung der Kommandoverhältnisse nicht schon längst erfolgt sei und daß, soweit General von Conrad etwa Bedenken erhoben haben sollte, diese bei uns eine Beachtung gefunden hätten, die man in der Donaumonarchie selbst nicht als berechtigt anerkannt habe. General von Conrad hat eben, wie es scheint, durch seine Heirat, durch den „Salon“, den die Frau des „jungen Ehemannes“ in Teschen hält, durch den Mangel jeglicher Fühlung mit der Front, über den die Frontoffiziere bitter klagen, durch seinen „Privatkrieg“ gegen Italien, dem, wie ich aus bester Quelle weiß, Seine Majestät der Kaiser nur höchst widerwillig zugestimmt hat und von dem der übrigens jetzt am Isonzo depossedierte und auf Tirol beschränkte Erzherzog Eugen[159] abgeraten haben soll, durch die katastrophale Unordnung an der östlichen Front jegliches Ansehen eingebüßt.

Leider erfaßt dieses Urteil nicht nur den General Conrad, sondern ganz Teschen, wo sich neben dem Salon der Baronin Conrad noch andere „Salons“

[158] Vgl. oben Nr. 633.

[159] Eugen (1863–1954), Erzherzog von Österreich-Teschen; Generaloberst (November 1916: Feldmarschall); Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Truppen an der österreichischen Südwestfront 1915–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aufgetan haben, die mit jenen rivalisieren und die beiderseits Mittelpunkt für Streber aller Art bilden. Euerer Majestät Botschafter sagte mir, es sei nicht selten, daß man von dem „Sumpf“ in Teschen sprechen höre, wo es mit der üblichen „Schlamperei“ hergehe, wo der Krieg Nebensache sei und man die Zeit mit Festen und Unterhaltungen hinbringt und Orden einheimse. Dies seien Dinge, die man auf Schritt und Tritt von aktiven Offizieren, in Gesellschaft, auf der Straße, in Restaurants, elektrischen Bahnen usw. mit verblüffender Offenheit äußern höre, immer mit dem Zusatz, daß es nur noch e i n e Rettung gäbe, nämlich, wenn Deutschland die militärische Leitung in der Monarchie selbst mehr in die Hand nehme.

Mögen hierin auch Töne mitklingen, zu denen die Stimme des Volkes an sich neigt, so war mir doch als ein bitterernstes Symptom die Stimmung untätiger und energieloser Resignation bezeichnend, mit der Männer wie Burian und Tisza einem drohenden Krieg mit Rumänien entgegensehen.

Euer Majestät Entschluß, mit allen unseren irgendwie disponiblen Kräften die Situation im Osten selbst wiederherzustellen, ist das einzige Mittel, um den völligen Zusammenbruch Österreichs und damit den Verlust des Krieges aufzuhalten. Die erschreckende Schwäche Österreichs macht es zur bitteren Notwendigkeit, daß wir unter einstweiligem Verzicht auf alle und jede Aktion im Westen, die unsere Offensive nicht unumgänglich notwendig macht, jeden einzelnen Mann sparen, um ihn dort einsetzen zu können, wo jetzt die endgültige Entscheidung dieses Völkerringens bevorsteht. Euere Majestät wollen es mir zu Gnaden halten, wenn ich unter den Eindrücken, die ich in Wien erhalten habe, es wage, Euerer Majestät meinen alleruntertänigsten und tief empfundenen Dank für die von Euerer Majestät ausgegebenen, hiermit im Einklang stehenden politischen Richtlinien auszusprechen.

Was die von Euerer Majestät befohlenen Aktionen in Rußland angeht, so darf ich melden, daß gerade der von Euerer Majestät empfohlene Weg der Benutzung nichtamtlicher Mittelsleute, Juden usw. von uns fortgesetzt beschritten worden ist. Leider ist eine in dieser Beziehung vielversprechende Persönlichkeit, der bekannte Herr Rubinstein[160] in Petersburg, bei der neulichen Judenrazzia mit interniert worden. Natürlich aber gehen die Versuche weiter, und wir wollen die Hoffnung nicht aufgeben, daß, wenn das amtliche Terrain in Petersburg sich einmal günstiger erweist, das gewünschte Ergebnis erzielt werden kann.

Alleruntertänigst

[160] Nicht weiter identifiziert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

636. Bethmann Hollweg an Brandenburg

BA Berlin, R 43/2444e, f. 99. Schreiben. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

Zu RK 8960 K.J. Berlin, 16. August 1916

Sehr geehrter Herr Professor[161]!

Für das Schreiben vom 3. August, in dem Sie mir eine schriftliche Begründung Ihres Gedankenganges übersandt haben, sage ich Ihnen aufrichtigen Dank. Die offene Aussprache mit Ihnen ist mir wertvoll, auch wo mich Ihre Ausführunge nicht zu überzeugen vermögen.

Was die Reichsregierung selbst über Kriegsziele verlautbaren kann, wird immer von Beweggründen der auswärtigen Politik abhängen müssen, hinter denen innerpolitische Wünsche zurücktreten müssen. So ist ihr keine Redefreiheit gegeben. Eine in allen konkreten Einzelfragen freie Kriegszielerörterung ohne feste Direktiven der Regierung aber muß zu Kontroversen im Innern und mit unseren Bundesgenossen führen, die im jetzigen Stadium des Krieges keinen Nutzen, wohl aber großen Schaden bringen können.

Deshalb ist es nicht zu vermeiden, daß in meinen Erklärungen noch manche Lücken bleiben mußten. Wenn das als Grund genommen wird für die erwähnte – aber, wie ich meine, von Ihnen ja keineswegs geteilte – Vermutung, daß ich die Garantien für unsere künftige Stellung in Belgien und Polen vornehmlich in der freundschaftlichen und dankbaren Gesinnung der von uns befreiten Völker suchen könnte, so muß ich das hinnehmen. Um nach meinen Reden dieser Vermutung Raum zu geben oder sie zu verbreiten, gehört viel Unverstand oder böser Wille. Beides ist ja allerdings reichlich vorhanden und wird, wie Sie sehr richtig hervorheben, von meinen Gegnern weidlich ausgenutzt. Die Zeit wird aber kommen, wo an Stelle von Vermutungen feste Tatsachen treten. Dann wird mancher trübe Nebel, der jetzt über dem Lande liegt, fallen. Dann hoffe ich von Männern wie Ihnen, denen es mit der Sache des Vaterlandes heiliger Ernst ist, verstanden zu werden.

In größter Hochachtung
Ihr ergebener

[161] Erich Brandenburg (1868–1946), Historiker; Professor an der Universität Leipzig 1904–1935.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

637. Bethmann Hollweg an Wild von Hohenborn

PA Berlin, R 20980, f. 10–13. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin] 17. August 1916

Die Verhandlungen in Wien haben uns insofern einen Schritt weitergebracht, als Baron Burian der Bildung eines selbständigen polnischen Staates nunmehr zugestimmt hat. Er erklärte sich ferner damit einverstanden und versprach, sich bei den zuständigen Faktoren dafür einsetzen zu wollen, daß der neue polnische Staat militärisch an Deutschland angeschlossen werde, d. h. daß die Organisation der gesamten militärischen Dinge sowie die Führung der Armee durch uns erfolge. Die hierfür zwischen dem neu zu gründenden polnischen Staat einerseits und den beiden Zentralmächten andererseits abzuschließende Militärkonvention solle durch eine gemischte deutsch-österreichisch-ungarische militärische Kommission vorbereitet werden. Baron Burian hat mir aber ausdrücklich erklärt, er wolle hierbei lediglich als „Compaciscent" erscheinen. Es handelt sich also nur um eine Wahrung des Gesichts, eine Formfrage, die der Wiener Regierung den Rückzug erleichtert und die Donaumonarchie nach außen hin als mitbestimmenden Faktor für die Lösung der polnischen Frage erscheinen läßt. Baron Burian wünscht weiterhin, daß die Frage der Verwertung des polnischen Mannschaftsmaterials schon während des Krieges von derselben gemischten militärischen Kommission beraten würde. Da, solange der Krieg dauert, die Konstituierung des neuen Staates nicht möglich sei und Polen bis dahin Okkupations- und Etappengebiet bleiben müsse, müsse man sich zunächst auf eine Kundgebung allgemeinen Inhalts beschränken, die Gründung des Staates in Aussicht stelle. Erst mit der späteren Konstituierung des Staates könne die Militärkonvention abgeschlossen werden bezw. in Kraft treten, während die Verwertung des Mannschaftsmaterials soweit möglich sofort in Angriff genommen werden solle. Zu einer vorzeitigen Räumung seines Okkupationsgebietes wird sich Österreich umso wenig[er] bereit finden, als, wie ich höre, die Versorgung der Stadt Wien zum Teil von dort erfolgt.

Ich habe mich unter den obwaltenden Umständen mit der gemischten Militärkonvention einverstanden erklärt und bitte Ew. Exzellenz ergebenst, sich wegen ihrer Bildung und der Durchführung der ihr gestellten beiden Aufgaben mit den zuständigen österreichisch-ungarischen Stellen ins Benehmen zu setzen.

Über die Art, wie schon während des Krieges die polnische Mannschaft zu Kriegszwecken verwendet weren kann, hat, wie Ew. Exzellenz bekannt, zwar schon ein Meinungsaustausch zwischen der Obersten Heeresleitung, dem Herrn Generalgouverneur und mir stattgefunden. Übereinstimmung ist jedoch bisher nicht erzielt worden. Ich halte es indessen für absolut notwendig, daß wir uns von deutscher Seite über unser Programm völlig klar sind, bevor wir es in der gemischten Kommission mit Österreich-Ungarn verhandeln. Im Hinblick auf die starken und entscheidenden Rückwirkungen, welche jede Heran-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ziehung der Polen zum Militärdienst auf die politischen Verhältnisse des Landes in Gegenwart und Zukunft ausüben wird, möchte ich glauben, daß sich eine alsbaldige mündliche Verhandlung, und zwar am besten in Warschau selbst, empfehlen wird. Falls Ew. Exzellenz dem zustimmen, wäre ich dankbar, wenn Sie die Geneigtheit haben wollten, mich von dem Ergebnis dieser Verhandlungen in Kenntnis zu setzen, bevor es der gemischten Kommission vorgelegt wird.

Ganz vertraulich bemerke ich zu diesem Punkt noch folgendes. Bei den Besprechungen in Wien war beiderseits der baldige Erlaß eines Manifestes in Aussicht genommen, das, wenn auch in allgemeinen Wendungen, so doch in bestimmer Weise, die Gründung eines polnischen Staats nach dem Kriege verheißen sollte. Dieses Manifest sollte nicht nur dem nach Zeitungsnachrichten beabsichtigten russischen Manifest ein Paroli bieten und die hohe politische Spannung des Landes lösen, sondern auch, was der Generalgouverneur von Beseler besonders betont hatte, eine Grundlage schaffen, um ohne eine unerträgliche Verstimmung der Polen schon jetzt Aushebungen im Lande, in welcher Art auch immer, zu ermöglichen. Seine Majestät der Kaiser hat indessen gestern telegraphisch befohlen, von der beabsichtigten Gründung des polnischen Staates einstweilen nichts in der Öffentlichkeit verlautbaren zu lassen, um dadurch nicht die etwaige Möglichkeit zu verbauen, nach endgültiger Abwehr der Offensiven im Osten und Westen, Rußland von der Entente abzusprengen. Eine weitere Klärung dieses Suzidentpunktes [*gemeint:* Inzidenzpunktes] ist bisher nicht möglich gewesen.

Was endlich die Militärkonvention mit Polen anlangt, die zusammen und gleichzeitig mit der Konstituierung des Staates in Kraft treten würde, so möchte ich die Bitte aussprechen, daß ein Entwurf zu ihr von Ew. Exzellenz und mir gemeinschaftlich Seiner Majestät zur vorläufigen internen Genehmigung vorzulegen und erst danach zum Gegenstande der Beratung der gemischten Militärkommission zu machen wäre.

Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Herrn Chef des Generalstabes des Feldheres mitgeteilt.

638. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 1896, f. 23. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [o. O.] 18. August 1916

Falkenhayn kann sich zu der äußersten Maßregel noch nicht entschließen[162]. Auf meine Frage, wie er die Situation ansähe, erwiderte er, er sähe keine imminente Gefahr. Auf meinen erstaunten Einwurf sagte er, er halte doch die römischen Berichte[163] für gefärbt.

[162] Gemeint: Größere Truppenkontingente an die Italienfront zu entsenden.

[163] Die Berichte des Fürsten Bülow aus Rom.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

I c h : Haben Sie etwa andere Nachrichten?

F. Nein. Aber ich hätte Nachrichten, wenn die Lage ganz kritisch wäre. Das Ausbleiben solcher Nachrichten beweist mir, daß es noch nicht so schlimm steht.

Ich nehme an, daß F. hiermit auf Nachrichten von Schweinitz anspielte, von dem ich weiß, daß er in direktem telegrafischem Verkehr mit F. steht.

639. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 188–202. MF 988/989. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 165 (mit den Anmerkungen). – Druck: Scherer/Grunewald I S. 440–454.

Berlin, 19. August 1916

Das Staatsministerium trat heute zu einer Sitzung zusammen, in der folgendes verhandelt wurde:

Der Herr Ministerpräsident äußerte, er habe die Herren Staatsminister gebeten, sich heute zu versammeln, da er das Bedürfnis empfunden habe, nach längerer Zeit sich mit ihnen einmal wieder über die allgemeine Lage auszusprechen. Die gegenwärtige militärische Lage ergebe sich im allgemeinen aus den offiziellen Heeresberichten. Auf Grund des ihm zugegangenen Urteils der obersten Heeresleitung wolle er noch einige ergänzende Mitteilungen machen. Im Westen glaube man sicher zu sein, daß die englischen und französischen Streitkräfte unsere Front nicht durchbrechen würden[164]. Sie möchten wohl noch einige Kilometer vordringen, durchbrechen aber würden sie nicht. Auch gestern hätten wieder sehr schwere Kämpfe stattgefunden. Die Engländer hätten unsere Front etwas eingedrückt, und wir hätten schwere Verluste erlitten; aber auch die Verluste der Feinde seien sehr groß. Bei Verdun hätttten die Franzosen tiefe Massenangriffe in Kolonnen angesetzt, sie hätten keine Erfolge erzielt. Die Verluste der Franzosen seien aber bei der Art des Angriffs naturgemäß ganz enorm gewesen. Im allgemeinen scheint man gegenwärtig im Westen auf die Defensive beschränkt zu sein, vielleicht stände es bei Verdun etwas anders.

Im Osten habe die Lage zeitweilig recht kritisch ausgesehen, jedoch habe sie sich inzwischen gebessert. Nach den ihm zugegangenen Nachrichten habe man im österreichischen Hauptquartier gestern die Lage der Armee des Erzherzogs Karl[165] als gesichert angesehen, während man früher sehr viel bedenklicher gewesen sei. Auch Hindenburg sei nach gestrigen und heutigen Mittei-

[164] Zur militärischen Lage im Sommer 1916 an West-, Ost- und Südfront vgl. die entsprechenden Kapitel in: Der Weltkrieg X.

[165] Karl (I.) (1887–1922), Erzherzog; Feldmarschalleutnant; Führer der neugebildeten Heeresgruppe Erzherzog Karl August – November 1916 (mit Hauptquartier im siebenbürgischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lungen über die gegenwärtige Lage befriedigt, während allerdings in unserem Hauptquartier in einigen Kreisen noch heute bedenkliche Stimmen laut würden. Hindenburg hatte aus dem Westen Truppenverstärkungen erhalten, wenn auch nicht in dem von ihm gewünschten Umfange. Die Ausdehnung seines Befehlsbereichs sei zweifellos von guter Wirkung gewesen, wenn sie auch nicht in der an sich zu wünschenden Vollständigkeit erfolgt sei.

Die Lage am Isonzo sei zunächst gleichfalls sehr kritisch gewesen, werde jetzt aber als gesichert angesehen, wenn auch die italienische Offensive anscheinend ihren Höhepunkt noch nicht erreicht habe.

Der Zustand der österreichisch-ungarischen Armee sei offenbar ein bedenklicher. Es sei nicht zu leugnen, daß sich eine umfassende Demoralisation eingestellt habe. Wenn sich jetzt dieser Zustand auch wieder zu heben beginne, so sei doch der Herr Kriegsminister von Wild von einer Konferenz mit der österreichischen Militärverwaltung sehr unbefriedigt zurückgekehrt. Es sei dort für nichts ausreichend vorgesorgt. Jetzt seien aber deutsche Offiziere dauernd in das österreichische Kriegsministerium kommandiert, und es sei zu hoffen, daß dadurch in die Organisationsfragen bessere Ordnung gebracht werden würde. Er habe die Überzeugung, daß sich die gesamte Situation und auch der Geist im österreichisch-ungarischen Heere etwas gebessert habe. Den Kaiser von Österreich habe er bei seinem letzten Aufenthalt in Wien sehr ernst gefunden. Er habe sichtlich unter dem Eindruck des Verlustes von Stanislau und Görz[166] gestanden.

Alles in allem habe er die Auffassung, daß wir unsere schwere Last haben würden, die Offensive im Osten und Westen abzuweisen. Er habe aber trotz der großen Schwierigkeiten die volle Zuversicht, daß dies im Westen gelingen werde, und habe die Erwartung, daß auch im Osten keine besonderen Ereignisse mehr eintreten würden. So sehe er die militärische Situation als schwer und ernst, aber nicht als bedrohlich an.

Für die Beurteilung der politischen Lage sei die Haltung Rumäniens von großer Wichtigkeit[167]. Bratianu habe sich offenbar mit den Ententemächten sehr weit eingelassen. Ob formulierte Konventionen bereits abgeschlossen seien, sei nicht gewiß. Rumänien wolle offenbar die Politik des Aasgeiers führen ohne eigene große Opfer. Vielleicht habe Bratianu vor einigen Wochen eingreifen wollen, um seine Ziele und damit auch die Beendigung des Krieges zu erreichen. Jetzt scheine er wieder stutzig geworden, da die russische Offensive zum Stehen gebracht sei. Ausgeschlossen sei es nicht, daß Rumänien neutral

Schäßburg); Kaiser von Österreich 21. November 1916–1918 und König von Ungarn (als Karl IV.) Dezember 1916–1918.

166 Vgl. oben Nr. 633 und Anm. 156.

167 Zur Rolle Rumäniens im Ersten Weltkrieg ist die Quellen- und Literaturlage dürftig. Vgl. Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit II S. 314–315; Dahlmann-Waitz, Quellenkunde zur deutschen Geschichte, 10. Aufl, Nr. 394/572–573. Es gibt keine neuere Darstellung. – Zum folgenden: Rumänien hatte soeben – am 17. August 1916 – in Bukarest einen Vertrag mit der Entente geschlossen. Darin wurden Rumänien für den Kriegseintritt weitgehende territoriale Versprechungen auf Kosten Österreich-Ungarns gemacht. Text: CTS 221 (1915/16) S. 412–416.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bleibe. Der König[168] habe uns wiederholt seinen festen Willen ausgesprochen, die Neutralität aufrechtzuerhalten. Trotzdem seien Überraschungen möglich, da sich Bratianu vielleicht doch schon zu sehr gefangen gegeben habe oder die Katastrophe durch einen Einmarsch der Russen in Rumänien plötzlich herbeigeführt werden könne. Im Zusammenhang mit der rumänischen Frage stehe die Offensive der Serrailschen[169] Armee in Saloniki. Sie habe nur schwach eingesetzt, vielleicht lediglich zu dem Zwecke, Bratianu zum Losschlagen zu veranlassen. Inzwischen wären die Bulgaren ihrerseits vorgegangen und hätten die verbündeten Feinde geschlagen. Im allgemeinen hänge die Haltung Rumäniens von den militärischen Ereignissen ab. Sollte es den Russen gelingen, in Siebenbürgen einzufallen, dann würde die Neutralität Rumäniens nicht zu halten sein. In Österreich behaupte man, in Siebenbürgen gute Vorbereitungen getroffen zu haben. Inzwischen würde aber auch die Verbesserung unserer militärischen Position in der Bukowina ihre Rückwirkung auf Rumänien ausüben[170].

Friedensaussichten seien jetzt ebensowenig und noch weniger als früher vorhanden. In Frankreich sei die Situation im Juni eine sehr schwierige gewesen. Jetzt habe sich indessen Briands Stellung durch die russische Offensive und durch die Offensive an der Somme wieder befestigt. Interessant sei, daß auf dem sozialdemokratischen Kongresse[171] die Zahl der Friedensfreunde gewachsen sei. England sei weit entfernt davon, in Friedensverhandlungen eintreten zu wollen. Die Stellung Rußlands sei unklar. Er glaube, daß der Rücktritt Sasonows[172] und die stärkere Betonung der reaktionären Kräfte für uns nicht ungünstig sei. Er halte es daher nicht für ausgeschlossen, daß die Regierung zum Frieden neige. Der Gesandte von Lucius in Stockholm berichte, die in Stockholm aus Rußland zusammenlaufenden Nachrichten besagten, daß Rußland den dritten Winterfeldzug nicht aushalten könne. Wenn die Offensive im Osten und Westen ergebnislos verlaufe, so könne es im Herbst möglicherweise noch zum Frieden kommen. Jedoch müsse man den dritten Winterfeldzug klar ins Auge fassen und das Volk an diesen Gedanken gewöhnen.

Was die inneren Verhältnisse anlange, so sei die größte wirtschaftliche Not jetzt wohl überstanden und daher auch die Hoffnung berechtigt, daß eine weitere Herabstimmung des Kriegsgeistes unseres Volkes durch wirtschaftliche Verhältnisse nicht veranlaßt werden würde. Indessen sei nicht zu verkennen, daß die Friedenssehnsucht im Volke zunehme. Daneben sei leider ein Moment der Uneinigkeit in die Bevölkerung hineingetragen und werde von bestimmter Seite weiter geschürt. Die U-Bootfrage sei wieder in den Vordergrund getreten.

---

168 Ferdinand I.

169 Oben Anm. 144.

170 Zu den Vorbereitungen des Feldzuges gegen Rumänien vgl. Der Weltkrieg XI S. 189–198.

171 Gemeint ist die „Zweite Konferenz der Internationalen Sozialisten“ in Kiental in der Schweiz vom 25. bis 30. April 1916, auf der zu einer raschen Beendigung des Krieges aufgerufen wurde.

172 Sazonov war am 23. Juli 1916 als Außenminister zurückgetreten; das Außenministerium übernahm Ministerpräsident Stürmer selbst.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Das sei in gewisser Weise eine natürliche Folge davon, daß wir zurzeit auf die Defensive angewiesen seien. Das Volk frage sich jetzt natürlich, wie man sich das Ende des Krieges denke, und da man ihm sage, daß durch die U-Bootwaffe das Ende sicher zu erreichen sei, so sei die natürliche Folge, daß der Ruf nach einem rücksichtslosen U-Bootkrieg immer dringlicher erschalle. Bei der Erwägung, ob jetzt in einen rücksichtslosen U-Bootkrieg eingetreten werden könne, müsse man sich die Frage vorlegen, inwieweit sich die Verhältnisse seit Mai d. J. geändert hätten. Damals hätte sich Deutschland in einer ungemein schwierigen Lage befunden. Durch einen Bruch mit Amerika würde die Zufuhr aus den neutralen Ländern abgeschnitten und damit zweifellos eine wirtschaftliche Katastrophe herbeigeführt worden sein. Jetzt hätten wir eine gute Ernte gemacht und zum großen Teil bereits geborgen. Ferner sei auch die Zahl der U-Boote seit Mai erheblich gewachsen. Insofern hätten sich die Verhältnisse wesentlich gebessert. Dagegen sei unsere jetzige Lage im Vergleich zum Mai insofern ungünstiger, als damals unsere allgemeine militärische Stellung eine bessere gewesen sei, und wenn er damals sich gescheut hätte, mit der letzten neutralen Großmacht zu brechen, so würde heute nach der allgemeinen politischen und militärischen Situation ein Bruch mit Amerika noch schlimmer sein als damals. Augenblicklich sei ja aber auch eine Entscheidung über die U-Bootfrage nicht nötig. Wir dürften es jedenfalls nicht zum Bruche mit Amerika treiben, solange noch keine Entscheidung in Rumänien gefallen sei. In Amerika seien die Verhältnisse für uns nicht günstiger geworden. Wilson sei gezwungen, mit Rücksicht auf seine Wiederwahl eine starke Politik zu treiben, sonst würde er alle Chancen verlieren.

Daß die U-Bootfrage jetzt wieder eine größere Rolle in der Presse und in der Bevölkerung spiele, sei zum Teil auf besondere Treibereien bestimmter Elemente zurückzuführen, über welche er zur Kennzeichnung der Situation noch einige nähere Mitteilungen machen müsse[173]. Leider sei durch die bekannte prononcierte Stellung der Konservativen und eines Teiles der Nationalliberalen zu der U-Bootfrage schon im vergangenen Winter eine Spannung der Situation herbeigeführt, welche bei wachsender Schwierigkeit der Kriegsführung sich vergrößere und für die unglaublichsten Gerüchte, Verdrehungen und Verleumdungen den günstigsten Nährboden biete. Neuerdings hätten die Alldeutschen, welche diese Hetzereien besonders betrieben, das Feld ihrer Tätigkeit nach Süddeutschland verlegt. Sie hätten erst versucht, mit ihren Treibereien an den Kaiser heranzukommen. Das sei mißglückt. Nun versuchten sie über Süddeutschland durch Aufpeitschung der partikularistischen Bestrebungen ihr Ziel zu erreichen[174]. Zu dem Zwecke hätten sie Eingaben an sämtliche Bundesfürten gerichtet. Abschrift der an Seine Majestät den Kaiser gerichteten Eingabe sei dem Staatsministerium übersandt.

[173] Dazu vgl. König, Agitation S. 421–428.

[174] Ebenda S. 429–448. – Zum folgenden: Die Eingabe an den bayerischen König gedruckt in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 660–667.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Ministerpräsident verlas hierauf diese Eingabe. Es wird darin auf die Gefahr hingewiesen, welche durch einen Eingriff der Reichsfinanzverwaltung in die Finanzhoheit der Einzelstaaten entstehen würde, und als Vorbeugungsmittel werden weitgehende Annexionspläne aufgestellt und verfolgt.

Der Herr Ministerpräsident führte dazu aus, es würde ja sehr erwünscht sein, wenn man so weitgehende Friedensziele erreichen könnte, aber die Absicht der Unterzeichner der Eingabe gehe in erster Linie nicht hierauf, sondern sie wollten die Einzelstaaten scharfmachen gegen die Reichsregierung, welche nach ihrer Auffassung keine Annexionen in dem von ihnen für erforderlich gehaltenen Umfange wolle. Der kürzlich hier versammelt gewesene Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten habe sich mit diesen Eingaben bereits befaßt und zu ihnen Stellung genommen[175]. Es solle, wie von Herrn Staatsminister Dr. Helfferich mitgeteilt sei, den Bundesfürsten empfohlen werden, daß die Eingabe nicht direkt beantwortet, aber die Minister veranlaßt würden, die Antragsteller zu sich kommen zu lassen und sie aufklärend zu bescheiden. Die auch an Seine Majestät den Kaiser gerichtete Eingabe sei ihm aus dem Kabinett noch nicht zugegangen. Die Tendenz dieses Vorgehens trete noch deutlicher hervor aus einer Adresse an den König von Bayern, welche diesem von den in Audienz empfangenen Unterzeichnern überreicht worden sei[176].

Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß in der Adresse zunächst Betrachtungen über den Gang der kriegerischen Ereignisse und die gegenwärtige Kriegslage angestellt und daraus der Schluß gezogen werde, daß England der Hauptfeind sei und nur und allein durch die völlige Besiegung Englands ein sicherer Friede errungen werden könne. Im Anschlusse daran würden die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und bei den Verbündeten geschildert und dann aus der gesamten militärischen und wirtschaftlichen Lage gefolgert, daß ein entscheidender Sieg nicht zu Lande, sondern nur zur See erfochten werden könne: durch die Aushungerung Englands und die Vernichtung seiner Hochseeflotte. Daß unsere Marine hierzu imstande sei, darüber bestehe zwischen den früheren und jetzigen Leitern unseres Marinewesens völlige Übereinstimmung.

Sodann werde in der bekannten Weise für den rücksichtslosen Tauchbootkrieg eingetreten, wobei betont werde, daß man den Worten des Schöpfers der deutschen Kriegsflotte, dem Großadmiral von Tirpitz, vertrauen dürfe. Die Nichtanwendung dieser Waffe habe schon jetzt große Beunruhigung und Mißstimmung in das Volk hineingetragen, die sich schon zu albernen und schändlichen Gereden über privatwirtschaftliche Interessen des Kaisers und anderer Bundesfürsten verdichteten, die an der schwachen Kriegsführung gegen England schuld seien. Nachdem dann noch auf die Verwirrung der öffentlichen Meinung hingewiesen sei, welche durch die angeblich schändliche und un-

[175] Unten Nr. 797*.

[176] Vgl. oben Nr. 630.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gleiche Handhabung der Pressezensur bewirkt werde, heiße es in der Adresse weiter:

„Wir bitten und beschwören Eure Majetät, von Euerer Souveränität Gebrauch zu machen und in letzter Stunde rettend einzugreifen. Nicht allein aus Bayern blickt alles, was vaterländisch denkt und fühlt, voll Sehnsucht zu Euerer Majestät empor. Ganz Deutschland weiß, daß nur von Euerer Majestät, dem ehrwürdigen Haupte der ältesten deutschen Dynastie, dem Regenten des zweitgrößten Bundesstaates, eine rasche Wendung herbeigeführt werden kann."

Nach einigen weiteren Ausführungen gegen die Schwachmütigkeit und Versöhnungsschwärmerei, der an der sogenannten internationalen Kultur mehr zu liegen scheine als an der Erhaltung deutscher Art, schließe die Adresse mit folgenden Worten:

„Euer Majestät! Wie die Dinge sich entwickelt haben, liegt die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands in der Hand Eurer Majestät, in der Hand des Hauses Wittelsbach. Als treue Bayern bitten wir Eure Majestät, den großen niemals wiederkehrenden Augenblick nicht unbenutzt vorübergehen zu lassen, den alten Ruhm des Hauses Wittelsbach mit neuem Glanz zu umgeben, die Dankbarkeit gegen das Haus Wittelsbach für immer unauslöschlich in die deutschen Herzen zu pflanzen!"

Zu den Unterzeichnern gehörten verschiedene Reichsräte der Krone Bayerns, Reichs- und Landtagsabgeordnete[177]. Die Adresse sei veranlaßt, wie in ihrem Eingange hervorgehoben sei, durch eine Vertrauensmännerversammlung, die am 30. Juli in München stattgefunden habe. In dieser Versammlung habe der Graf Reventlow eine führende Rolle gespielt. Graf Hertling habe ihm ausdrücklich bestätigt, daß die ganze Agitation in Bayern von Preußen hineingetragen sei. In der Audienz beim König von Bayern sei die Adresse verlesen, der König habe die Herren jedoch an die Reichsleitung verwiesen. Beachtenswert sei es, daß in der bayerischen Adresse zum ersten Male behauptet werde, daß unsere Marine imstande sei, die englische Hochseeflotte zu vernichten. Diese Behauptung sei auf ein Schreiben des Vizeadmirals z.D. Thomsen in Kiel an den Fürsten Salm[178] vom 6. Juli d. J. zurückzuführen, in welchem eine derartige Auffassung ausgesprochen werde. Zur Kennzeichnung der Tendenz dieses Schreibens genügt es, folgende beiden Stellen aus demselben mitzuteilen: „Ich bezweifle keinen Augenblick, daß der Besuch von Bethmann Hollweg bei Scheer[179] das Ziel verfolgte, ihn von einem abermaligen Angriff auf die englische Flotte abzuhalten. Freilich habe ich nicht den kleinsten Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme", und ferner: „Weil von Bethmann Hollweg und die Seinen unsern Feind nicht vernichten wollen, werden sie Himmel und Erde in Bewegung setzen, um eine Niederlage der englischen Flotte zu verhüten!"

[177] Die Namenliste in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 667.

[178] Vgl. ebenda S. 651–652. – Otto Fürst zu Salm-Horstmar (1867–1941), Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1898–1918; führendes Mitglied des Alldeutschen Verbands; Vorsitzender des Flottenvereins 1902–1908.

[179] Am 30. Juni 1916 in Wilhelmshaven. Vgl. unten Nr. 779*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wenn von angesehenen Persönlichkeiten solche Eingaben und Adressen wie die bayerische inszeniert würden, so sei es schließlich nicht wunderbar, daß dadurch Zustände entständen, in denen allen wilden Gerüchten Glauben geschenkt werde. Er wolle nicht näher auf alle die Angriffe eingehen, die sich gegen seine Person richteten, obwohl sie schließlich auch die Krone träfen. Aber einige besonders krasse Einzelfälle müsse er doch mitteilen, um dem Staatsministerium einen Einblick in die Situation zu verschaffen. Seine Majestät der Kaiser habe ihm telegraphisch mitgeteilt, es gehe das Gerücht, die Wilhelmstraße sei unglücklich über den Seesieg bei Skagerrak[180]. Dies hätten Offiziere in der Front mitgeteilt und sich dabei auf die Angaben konservativer Abgeordneter berufen. Der Herzog von Meiningen habe ihm kürzlich mitgeteilt, es werde behauptet, er, der Ministerpräsident, hätte den Admiral Scheer als einen leichtfertigen Admiral bezeichnet, der zum Teufel gejagt werden müsse. Auf meine verwunderte Rückfrage habe der Herzog erwidert, dieses hätte ihm ein hochgestellter Marineoffizier gesagt. Ein Pastor Evert[181] in Hamburg habe in einer Predigt über den König Agag, die als Broschüre erschienen sei, ganz unverblümt ausgesprochen, die Regierung müsse gezüchtigt werden, weil sie Gottes Auftrag, England zu vernichten, nicht erfülle. Derselbe Pastor habe in einem Briefe behauptet, daß der Reichskanzler einen für England günstigen Frieden um jeden Preis wolle. Er habe das Urteil des Admiralstabes über den U-Bootkrieg durch eine Verfälschung des Materials auf den Kopf gestellt und dadurch Intrigen angezettelt, denen das deutsche Volk zum Opfer fallen solle.

So bedauerlich diese Treibereien gegen den Reichskanzler wären, so würden sie ja immerhin noch zu ertragen sein. Sie machten leider aber auch vor der Person des Kaisers nicht Halt. Man behaupte, er leide an religiösen Wahnvorstellungen und bete den ganzen Tag mit Exzellenz von Müller; er wolle keinen U-Bootkrieg gegen England und keine Zeppelinangriffe wegen seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zur englischen Krone und weil er ein Vermögen von 500 Mill. M in der Bank von England stehen habe. Es sei ihm über die bedauerlichsten Schmähungen gegen die Person Seiner Majestät im Volke berichtet. In solch schweren Zeiten, wie Deutschland sie jetzt durchzumachen hätte, seien ja derartige Ausbrüche immerhin erklärlich, aber der Boden für diese Stimmung sei vorbereitet durch jene Agitation, welche zu den erwähnten Eingaben geführt hätte. Die Adresse an den König von Bayern bedeute geradezu eine Ausspielung des Hauses Wittelsbach gegen das Haus Hohenzol-

[180] Dazu unten Nr. 782* und 790*.

[181] Paul Ebert, Pastor an der Immanuelkirche in Hamburg-Veddel (Lebensdaten nicht ermittelt). – Er veröffentliche seine Predigt: Agag der geschonte Feind. Kriegspredigt über 1. Samuelis, Kap. 15, gehalten … am 16. Juli 1916. Hamburg 1916. – In der Predigt wird u. a. erklärt: „Leider gibt es Deutsche, die ängstlich fragen, ob vielleicht die scharfe Fortführung des Krieges uns unsere kostbaren Schiffe […] kosten könnte. Unser Volk ist auf einer verkehrten Bahn, wenn es jetzt dem Feinde goldene Brücken bauen will. […] Wir haben U-Boote genug, um in wenigen Monaten England auf die Knie zu zwingen.“ – Agag, der König von Amalek, wird im Alten Testament erwähnt (1. Samuel 15,8–33).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lern. Über die Treibereien, die mit einer Denkschrift versucht seien, welche dem Herrn Staatsminister Dr. Helfferich fälschlich zugeschrieben werde, über die Verbreitung der Broschüre von Junius Alter und Kapp durch „3 Deutsche“[182] sei das Staatsministerium ja bereits durch die Presse unterrichtet. Es sei festgestellt, daß die neuerliche Verbreitung dieser letzteren beiden Broschüren durch ein in Berlin etabliertes Büro zur Verbreitung vaterländischer Literatur erfolgt sei. Dem Beirat dieses Büros gehörten Leute an wie Kapp, Rösicke, Bacmeister, Stresemann, Hirsch[183]. Es werde versucht, dieser Pamphletliteratur entgegenzutreten, und er hoffe, daß die in dieser Richtung von dem Herrn Justizminister[184] angestellten Untersuchungen dazu führen würden, die Schuldigen an den Pranger zu stellen. Er halte dies für notwendig, da sonst unhaltbare Zustände eintreten würden, die eine große Gefahr für die Monarchie in sich schlössen.

Nach den ihm zugegangenen Nachrichten sei die Stimmung im Volke in letzter Zeit merklich zurückgegangen; es scheine ihm daher dringend nötig, das Volk wiederaufzurichten und in die Höhe zu führen. Die Masse frage, wozu der Krieg noch weiter geführt werde, und behaupte vielfach, dies geschehe nur im Interesse der Kapitalisten. Es müsse dem Volke klargemacht werden, daß wir unsererseits jetzt nicht in der Lage seien, ein Ende des Krieges herbeizuführen. Wir könnten gegenwärtig weiter nichts tun, als den Angriff unserer Feinde abwehren. Deshalb seien auch gerade jetzt die unsinnigen Annexionsforderungen völlig deplaciert. Man müsse gegen sie Front machen und für diesen Standpunkt auch die Parteiführer zu gewinnen suchen. Besonders gefährlich wirke in dieser Richtung die Deutsche Tageszeitung. Sie sei bereits durch den Oberkommandierenden in den Marken[185] verwarnt; es müsse ihr aber noch weiter entgegengetreten werden. Notwendig erscheine es ihm, auch außerhalb Berlins im Lande alle staatlichen Organe an die Arbeit zu bringen, um auf die Stimmung des Volkes einzuwirken. Es müsse geprüft werden, ob

[182] Franz Sontag (Pseudonym: Junius Alter) (1883–1961), Journalist und politischer Schriftsteller; Leiter der „Alldeutschen Blätter“ seit 1914; Geschäftsführer des Alldeutschen Verbands seit 1917; Chefredakteur der „Deutschen Zeitung“ 1917–1918. – Die hier gemeinte Broschüre: Das Deutsche Reich auf dem Wege zur geschichtlichen Episode. Eine Studie Bethmann'scher Politik in Skizzen und Umrissen. Leipzig 1916, 63 S. – Wolfgang Kapp (1858–1922), Generallandschaftsdirektor der Provinzen Preußen und Ostpreußen 1906–1920; wie Sontag Gegner Bethmann Hollwegs. Er schrieb: Die nationalen Kreise und der Reichskanzler. Denkschrift. Königsberg 1916, 8 S. – „3 Deutsche“: Franz Sontag hatte unter diesem Pseudonym Anfang August 1916 die Hetzschrift von Junius Alter unter dem Titel „Deutsche Politik seit 14. Juli 1909“, 31 S., erneut verbreiten lassen. – Vgl. Jarausch, The Enigmatic Chancellor S. 360–361 (mit Anm. 19 auf S. 526).

[183] Gustav Roesicke (1856–1924), Rittergutsbesitzer; MdR (Deutschkonservativ) 1898–1903, 1907–1912, 1914–1924. – Walter Bacmeister (1877–1953), Journalist und Zeitungsverleger; Mitglied u. a. des Flottenvereins; Mitglied des Abgeordnetenhauses (Nationalliberal) 1914–1918. – Gustav Stresemann (1878–1929), MdR (Nationalliberal, 1918 Deutsche Volkspartei) 1914–1929; Reichskanzler 1923; Außenminister 1923–1929. – Wilhelm Hirsch (1861–1918), Mitglied des Abgeordnetenhauses (Nationalliberal) 1902–1918; MdR (Nationalliberal) 1916–1918.

[184] Maximilian von Beseler.

[185] Gustav von Kessel.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

namentlich die Geistlichen und Lehrer für diese Arbeit noch mehr wie bisher in Anspruch genommen werden könnten. Das Volk müsse in weitesten Kreisen aufgeklärt werden über die gegenwärtigen wirtschaftlichen und militärischen Fragen und über den Sinn und Zweck dieses Krieges als eines Defensivkrieges. Er würde dankbar sein, wenn ihm vom Staatsministerium in dieser Hinsicht Vorschläge gemacht werden könnten.

Zu der polnischen Frage übergehend wies der Herr Ministerpräsident darauf hin, daß man im Staatsministerium im Herbst vorigen Jahres dazu geneigt gewesen sei, Polen in österreichische Hand zu geben[186]. Auch er habe damals diesen Ausweg für den günstigsten gehalten. Er habe jetzt aber seine Ansicht ändern müssen, denn die militärischen Ereignisse an der österreichisch-ungarischen Front hätten es zu deutlich gemacht, wie gefährlich es sein würde, den Schutz unserer Ostfront Österreich anzuvertrauen. Die Verantwortung dafür könne er jetzt nicht mehr übernehmen. Nach wie vor sei er in Übereinstimmung mit dem Staatsministerium der Auffassung, daß eine Annexion Polens an Deutschland nicht in Frage kommen könne. Die dritte Lösung, die Herstellung eines selbständigen Pufferstaates habe er früher auch zurückgewiesen, inzwischen aber sei er in Übereinstimmung mit dem Generalgouverneur Exzellenz von Beseler und dem Chef der Zivilverwaltung Exzellenz von Kries[187] doch zu der Überzeugung gekommen, daß dieser Weg, wie die Dinge heute lägen, die einzige Möglichkeit biete, eine einigermaßen zweckmäßige Lösung der polnischen Frage herbeizuführen. Man könne Polen unter Vorbehalt einer strategischen Grenzberichtigung eine Autonomie in der Form gewähren, daß der neu zu bildende polnische Staat militärisch, politisch und wirtschaftlich eng an Deutschland angegliedert werde. Die in dieser Richtung kürzlich von ihm in Wien gepflogenen Verhandlungen hätten dazu geführt, daß Österreich zugebe, seinen früheren Standpunkt nicht aufrecht erhalten zu können und daß es sich mit der Errichtung eines selbständigen polnischen Staates unter der erwähnten Einschränkung im allgemeinen einverstanden erklärt habe. Einzelfragen seien bei diesen Verhandlungen noch offengeblieben. Insbesondere sei über die Form der wirtschaftlichen Angliederung noch keine Einigung erfolgt. Österreich verlange in dieser Beziehung Gleichberechtigung und gleiche polnische Präferenzzölle für beide Staaten. Weitere Verhandlungen über diese Frage mit Österreich ständen bevor, nach deren Beendigung er sich nähere Mitteilung an das Staatsministerium vorbehalte. Es handle sich also jetzt um die Gründung eines autonomen Polens beim Schlusse des Krieges, welches militärisch und politisch völlig in deutscher Hand bleiben solle, während die Frage der wirtschaftlichen Angliederung noch näher zu regeln sei. Die Aufrollung des polnischen Problems läge zwar nicht im deutschen Interesse, lasse sich aber unter den gegebenen Verhältnissen nicht vermeiden, und die jetzt ins

[186] Zum folgenden vgl. ausführlich: Conze, Polnische Nation S. 138–190; Lemke, Allianz S. 384–405.

[187] Wolfgang von Kries (1868–1945), Chef der Zivilverwaltung beim Generalgouverneur Warschau August 1915–November 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auge gefaßte Lösung erscheine ihm immerhin als der beste Ausweg. Die Abgrenzung des neuen Staates nach Osten zu stände noch offen. Im allgemeinen könne das Vorwärtsdringen der Polen nach der slawischen Seite uns nur willkommen sein.

[*Es folgen Ausführungen des Vizepräsidenten Breitenbach.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte auf diese letzten Ausführungen, daß eine solche Proklamation[188] in Aussicht genommen sei, darüber, zu welchem Zeitpunkte sie zu erlassen sei, sei jedoch nocht nicht entschieden. Es bestehe allerdings die Gefahr, daß Rußland uns zuvorkomme. Aber andererseits halte er unsere gegenwärtige militärische Lage zu einer solchen Kundgebung nicht für geeignet. Sie würde als Anachronismus aufgefaßt werden. Er würde in nächster Zeit Gelegenheit nehmen, Seiner Majestät über diese Frage Vortrag zu halten. Seine Majestät wolle einstweilen die Proklamation noch zurückhalten, weil Er es nicht für ausgeschlossen halte, daß der Zar beim Abflauen der jetzigen russischen Offensive einschwenken und einem Frieden geneigter sein werde. Eine solche Wendung dürfe durch den Erlaß der Proklamation nicht behindert werden.

[*Es folgen Äußerungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte als Ergebnis der Besprechung der polnischen Frage fest, daß das Staatsministerium unter den jetzt vorliegenden Verhältnissen der Errichtung eines autonomen polnischen Pufferstaates, der in militärischer, politischer und wirtschaftlicher Hinsicht von Deutschland abhängig werden würde, nicht glaube entgegentreten zu sollen, und anerkenne, daß durch die jüngsten Verhandlungen in Wien die Aspirationen Österreich-Ungarns auf Polen in erfreulicher Weise ausgeschaltet seien.

Wegen der Erörterung der Kriegsziele betonte der Herr Ministerpräsident, daß wir uns nicht auf gleiche Stufe mit Frankreich, Italien und England stellen könnten. Dort wolle man angesichts der ungünstigen militärischen Lage den sinkenden Mut durch die Proklamierung maßloser Kriegsziele aufpeitschen. Wir ständen in Feindesland, und wenn wir den Mund ebenso voll nehmen wollten, so würden wir uns in Gegensatz zu den breiten Massen des Volkes setzen, welche wohl für das Vaterland, aber nicht für eine derartige Expansionspolitik kämpfen wollten. Er sei nicht in der glücklichen Lage, zwischen dem Osten und Westen optieren zu können, er müsse die erste sich bietende Gelegenheit ergreifen, um die Entente zu sprengen. Deshalb müsse er abwarten. Er habe alle gangbaren Wege beschritten, um einen Separatfrieden mit Rußland zu erreichen, aber ohne jeden Erfolg. Natürlich werde er seine Versuche, die Entente zu sprengen, fortsetzen. Er nehme an, daß das Staatsministerium mit diesem Vorgehen einverstanden sei.

Die Presse sei im großen und ganzen nicht schlecht. Die überwiegende Mehrzahl der größeren Preßorgane in Berlin und draußen trete für die Regierungspolitik ein. In direktem Gegensatz zur Regierung stände eigentlich nur

[188] Zur Gründung eines polnischen Staates (dazu vgl. zahlreiche der folgenden Nummern).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Presse der Konservativen – insbesondere die Deutsche Tageszeitung, während die Kreuzzeitung sich etwas zurückhaltender zeige – und eines Teiles der Nationalliberalen, vor allem aber die alldeutschen Blätter, namentlich die „Tägliche Rundschau".

Die bedauerlichen Hetzereien gegen die Reichsregierung und auch gegen die Person des Kaisers selbst würden im wesentlichen durch die erwähnten unterirdischen Treibereien veranlaßt. Es sei zu hoffen, daß es gelänge, durch die schwebenden Untersuchungen die Hauptschuldigen öffentlich an den Pranger zu stellen.

Er bitte die Herren Staatsminister zu prüfen, was zur Hebung der Volksstimmung geschehen könne. Den Herrn Kultusminister[189] bitte er, insbesondere nochmals zu erwägen, ob man hierfür Geistliche und Lehrer nicht noch mehr als bisher gewinnen könne. Mit einer Neuorganisation der öffiziösen Presse während des Krieges sei schwerlich etwas zu erreichen. Dagegen empfinde auch er es mit dem Herrn Vizepräsidenten als Mangel, daß er nicht öfters öffentlich zum Volke sprechen könne, auch wenn der Reichstag nicht versammelt sei. Er hoffe, daß sich ihm hierzu nächstens eine passende Gelegenheit bieten werde. Auch die übrigen Herren Staatsminister bitte er, geeignete Gelegenheiten zu ergreifen, um die Bevölkerung bei öffentlichen und halböffentlichen Veranstaltungen über die politische Lage und den Standpunkt der Regierung aufzuklären.

640. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22325. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 158. Berlin, 19. August 1916, 10 Uhr 5 Min. Nm.
Ankunft: 19. August 1916, 11 Uhr 10 Min. Nm.

Für General von Lyncker:

Ich höre, daß neuerdings ernste Reibungen zwischen Hindenburg und Oberster Heeresleitung entstanden sind. Für den Fall, daß sich darauf eine Personalkrisis entwickeln sollte, darf ich noch einmal betonen, daß der Rücktritt des Feldmarschalls neben militärischen auch politische Folgen allerschwerster Art nach sich ziehen müßte. Wenn etwa die Krisis diesen Ausgang zu nehmen droht, muß ich entscheidenden Wert darauf legen, bevor eine Entscheidung fällt, Seiner Majestät pflichtgemäß auch meine Auffassung darzulegen. Euerer Exzellenz wäre ich dankbar, wenn Sie mich, falls die Situation sich zuspitzt, vor der Entscheidung Seiner Majestät sogleich zum Vortrag anmelden wollten.

[189] August von Trott zu Solz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

641. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1360. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 5. Berlin, 20. August 1916, 1 Uhr 50 pm. d[urch] Hughes

Ew. Majestät Befehl gemäß hatte ich Baron Burian auf die Bedenken gegen eine sofortige Kundgebung in der polnischen Frage aufmerksam machen lassen. Ew. Botschafter meldet hierauf, daß Baron Burian doch eine baldige Kundgebung sehr erwünscht sei und diesen Wunsch mit Erwägungen unterstützt, die immerhin nicht ganz von der Hand zu weisen seien. Ich glaube Ew. Majestät nach Rücksprache mit dem General von Falkenhayn mündlich Vortrag halten zu müssen und darf mir alleruntertänigst gestatten, zu diesem Zweck morgen vormittag in Pleß einzutreffen.

Alleruntertänigst

642. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, R 22325. Telegramm in Ziffern. („Geheimes Verfahren“.) Eigenhändiges Konzept.

Nr. 571. Großes Hauptquartier, 21. August 1916
Abgegangen: 21. August 1916, 10 Uhr 15 Min. Nm.

Ganz geheim. Nur für den Herrn Staatssekretär.

Auch Telefon Berlin – Oberost wird abgehört. Bitte Unterstaatssekretäre Zimmermann und Wahnschaffe verständigen.

643. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20202, f. 147. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift. Druck: Janßen, Der Kanzler und der General S. 301.

[Ohne Nr.] Pleß, 23. August 1916, 2 Uhr 43 Min. Nm.
Ankunft, 23. August 1916, 3 Uhr 15 Min. Nm.

Ganz geheim.
Für den Herrn Staatssekretär.

Hindenburgs Immediatbericht, der durch freundlichen eigenhändigen Privatbrief Seiner Majestät beantwortet worden ist, behandelte ohne jeden größeren Gesichtspunkt verhältnimäßig untergeordnete Fragen der Vergangenheit in so wenig geschickter Form, daß darauf weder Antrag auf Audienz, der auch nicht wiederholt war, noch sonstige Aktion aufgebaut werden kann. Seine Majestät ist über persönliche Eigenschaften Falkenhayns völlig klar, hält ihn sachlich für unentbehrlich und wird in dieser Ansicht von Lyncker und Wild un-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

terstützt. Plessen ohne feste Meinung. Bei dieser Sachlage wäre Vorstoß nur unter Beziehung auf öffentliche Meinung und ohne feste militärische Begründung völlig aussichtslos. Als militärische Gewährsmänner könnte ich natürlich nicht die jüngeren Herren der Operationsabteilung, sondern nur Armeeführer nennen. Ob Bayer oder Württemberger, deren Stimmen eventuell wohl allein Beachtung finden würden, gegenüber Falkenhayn, Wild und Lyncker standhalten könnten und würden, ist aber mehr als fraglich.

Wild, von mir in Eigenschaft als Staatssekretär ausdrücklich und verantwortlich befragt, verneinte es entschieden, daß Falkenhayn in Kreisen Generalstabs und der Dirigenten ungünstig beurteilt werde. Am Tage vorher hatte ihm Oberstleutnant Bau[e]r[190] von Operationsabteilung deren schwere Mißstimmung gemeldet.

Militärische Lage wird von Falkenhayn sehr ernst beurteilt, doch sei kein Grund zu Hoffnungslosigkeit gegeben. Größte Sorge sei, ob Österreicher am Isonzo halten würden. Auch Argwohn, ob Bulgarien politisch zuverlässig bleiben werde und ob König sich nicht mit Abdankungsideen trage.

644. Notiz Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21528. Abschrift in Maschinenschrift.

[Berlin, 27. August 1916]

Falls Ubootskrieg neuerdings gefordert wird, bitte ich, Minister von Loebell oder Unterstaatssekretär Zimmermann in meinem Auftrage mit Entschiedenheit zu erklären, daß Anordnung Ubootskrieges lediglich Frage der Kriegsführung, die nicht Gegenstand parlamentarischer Erörterung sein könne.

645. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 204–208. MF 989. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 167–168. Druck: Scherer/Grunewald, L'Allemagne I S. 461–465.

Berlin, 28. August 1916

Das Staatsministerium trat heute im Reichskanzlerpalais zu einer vertraulichen Besprechung zusammen.

Der Herr Ministerpräsident führte aus, die Herren Staatsminister seien bereits durch die Zeitungsnachrichten darüber orientiert, daß Italien uns den

[190] Max Hermann Bauer (1869–1929), Oberstleutnant; Chef der Sektion II (Munition, schwere Artillerie) in der Operationsabteilung der OHL. – Zum folgenden vgl. Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 872–873.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krieg erklärt habe[191]. Italien habe, trotz des äußersten Widerstandes von seiten Cadorna's gegen die Kriegserklärung, schließlich doch dem immer schärfer werdenden Drucke Englands nachgegeben, das anscheinend mit der Entziehung der Kohlenlieferungen gedroht habe. Der Grund für das verschärfte Drängen Englands gegenüber Italien sei wohl die Hoffnung gewesen, daß nach der italienischen Kriegserklärung an Deutschland auch Rumänien in den Krieg eintreten würde, was ja nun auch tatsächlich geschehen sei[192]. Er, der Ministerpräsident, habe schon in der letzten Sitzung des Staatsministeriums ausgeführt, daß auf Rumänien durch politische Maßregeln nicht mehr einzuwirken sei[193]. Ob es in den Krieg eintrete oder nicht, werde davon abhängen, wie es angesichts der gesamten Kriegslage seine Aussichten bei einem Eingreifen seinerseits beurteile. Wir hätten schon vor einiger Zeit die Nachricht erhalten, das Bratianu sich tief mit der Entente eingelassen habe, und dem König sei daraufhin von uns kein Zweifel darüber gelassen worden, daß wir an Österreichs Seite stehen würden, wenn Rumänien ihm den Krieg erklären sollte. Der König habe bestritten, daß Bratianu Verpflichtungen gegen die Entente eingegangen sei, jedenfalls wisse er nichts davon. Nach dem Verlauf, den die Sache jetzt genommen habe, ergebe sich aber, daß der König eine Sprache geführt habe, die er – der Ministerpräsident – nur als Sprache der Unwahrheit ansehen könne.

Der Chef des Generalstabes, General von Falkenhayn, habe angenommen, daß Rumänien noch nicht entschlossen sei und daß durch das Vorgehen Bulgariens in Mazedonien ein politischer Druck auf Rumänien dahin ausgeübt werde, daß es nicht auf die Seite der Entente trete. Dagegen habe unser Gesandter v.d. Bussche schon gestern vor dem Kronrat[194] in Bukarest nach hier telegraphiert, daß die Lage außerordentlich ernst sei. Er – der Ministerpräsident – habe schon am 26. August durch ein Telegramm des Königs von Rumänien an Seine Majestät den Kaiser einen sehr schlechten Eindruck bekommen. Der König habe am 25. August Geburtstag gehabt. Seine Majestät der Kaiser habe ihm dazu ein Glückwunschtelegramm gesandt und darin bemerkt, er vertraue, daß der König in der gegenwärtigen sehr schwierigen Lage die richtige Entscheidung treffen werde und daß die guten Beziehungen zwischen beiden Ländern und beiden Fürstenhäusern aufrecht erhalten bleiben würden. Der König sei in seiner telegraphischen Antwort auf diese Wendung gar nicht eingegangen.

Gestern Abend 9 Uhr habe er aus dem Großen Hauptquartier die telegraphische Mitteilung erhalten, daß Rumänien an Österreich den Krieg erklärt habe. Es sei selbstverständlich, daß auch wir den Krieg an Rumänien erklären

[191] Am Tag zuvor, dem 27. August.

[192] Rumänien erklärte am 27. August nur Österreich-Ungarn den Krieg. Darauf folgte die deutsche Kriegserklärung an Rumänien am Tag darauf. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 407–412.

[193] Oben Nr. 639.

[194] Im Kronrat am 27. August wurde die Kriegserklärung an Österreich-Ungarn besprochen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 492–494.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

müßten; die politische und die militärische Lage nötigten unbedingt dazu, da Österreich sonst zusammenbrechen würde. Er, der Ministerpräsident, habe noch in der Nacht an alle Bundesregierungen telegraphisch die Bitte gerichtet, die Bundesratsbevollmächtigten dahin zu instruieren, daß sie unserer Kriegserklärung an Rumänien zustimmten[195]. Er bitte das Staatsministerium, sich mit dieser Kriegserklärung einverstanden zu erklären.

Ein Widerspruch hiergegen erfolgte nicht. Der Herr Ministerpräsident stellt demnach das Einverständnis des Staatsministeriums fest.

Er bemerkt sodann weiter, bezüglich der im Falle eines Krieges mit Rumänien vorzunehmenden Operationen seien bereits Verabredungen zwischen dem General von Falkenhayn und der österreichischen und türkischen Heeresleitung getroffen worden. Enver Pascha sei zweifellos gewillt, am Bündnis festzuhalten. Die Bulgaren hätten sich noch nicht geäußert; er nehme aber als sicher an, daß auch Bulgarien an Rumänien den Krieg erklären werde. Der König von Bulgarien sei während eines Landaufenthalts von der Kriegserklärung Rumäniens an Österreich überrascht worden.

Wie die Dinge sich voraussichtlich militärisch entwickeln würden, darüber könne er keine Auskunft geben; er könne nicht beurteilen, wie weit die Widerstandsfähigkeit oder Widerstandsunfähigkeit der österreichischen Truppen an der rumänischen Grenze gehe. Nach den Äußerungen der Österreicher sei ihre zweite Linie stark; das heiße wohl, daß sie sich gleich auf ihre zweite Verteidigungslinie zurückziehen wollten.

Daß die Lage durch den Eintritt Rumäniens noch ernster geworden sei, brauche er nicht auszuführen. Bei den letzten Besprechungen im Großen Hauptquartier in Pleß habe die gleiche Beurteilung vorgeherrscht, zugleich aber auch die Zuversicht, daß wir uns sowohl an der Ost- als auch an der Westfront halten würden.

Die Stimmung im Lande sei in der letzten Zeit schon wenig befriedigend gewesen und werde jetzt wohl noch schlechter werden. Es werde die Aufgabe der Staatsregierung sein, auf möglichste Besserung hinzuwirken.

Er wolle Seiner Majestät vorschlagen, den Reichstag schon jetzt einzuberufen, wie ja auch die Zustimmung des Reichstags zu seiner Vertagung bis gegen Ende September dadurch erlangt sei, daß für den Fall des Eintritts besonderer Ereignisse eine frühere Wiedereinberufung in Aussicht gestellt sei[196]. Die Verhandlungen würden ja nicht bequem werden, es müsse aber doch dem Reichstag Gelegenheit gegeben werden, sich zu der veränderten Lage zu äußern.

[*Bemerkungen des Innenministers.*]

---

[195] Laut Verfassung mußten die Bundesregierungen einer Kriegserklärung zustimmen.

[196] Der Reichstag trat tatsächlich erst am 28. September 1916 zusammen (unten Nr. 823*); statt dessen empfing Bethmann Hollweg am 5. September die Fraktionsvorstände und das Präsidium des Reichstags. Vgl. unten Nr. 651; ferner Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 417.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident bemerkte weiter, es werde sich jetzt die Frage ergeben, ob es an der Zeit sei, nunmehr zum rücksichtslosen Unterseebootkriege überzugehen. Der Admiral von Holzendorff dringe darauf, daß man ihn eröffne, und nachdem durch das Vorgehen Rumäniens manche Gründe gegen den Unterseebootkrieg fortgefallen seien, spräche vieles dafür, ihn jetzt aufzunehmen. Es würde jetzt wesentlich darauf ankommen, welche Stellung Holland und Dänemark gegenüber einem rücksichtslosen Unterseebootkrieg einnehmen würden.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte dazu[197], daß, wenn zum rücksichtslosen Unterseebootkriege übergegangen werden solle, kein Tag mehr versäumt werden dürfe und er nicht wisse, ob er vor der Entscheidung das Staatsministerium noch einmal befragen könne. Die Ansicht der Marine ginge dahin, „daß sie es schaffen könne"; was sie schaffen könne, bleibe aber immer unklar. Im März sei unsere militärische Lage günstiger gewesen als jetzt nach dem Zusammenbruche Österreichs[198]. Damals habe man noch auf die Einnahme von Verdun und auf Frieden im Herbst hoffen können.

Gegenwärtig seien die militärischen Aussichten viel schlechter geworden und die schon an sich unsichere Hoffnung Seiner Majestät, daß Rußland nach Wiederherstellung unserer Lage im Osten zu einem Sonderfrieden bereit sein würde, sei durch das Eintreten Rumäniens in den Krieg noch unsicherer geworden.

[*Bemerkungen zweier Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident teilte mit, die Zahl der Unterseeboote sei jetzt deutlich gewachsen. Im März hätten wir für den Handelskrieg an der Westküste Englands 17 Unterseeboote disponibel gehabt, und man hätte damals angenommen, daß wir den Engländern monatlich 600.000 Tonnen Schiffsraum versenken könnten. Anfang August sei die Zahl allein der großen zur Disposition der Hochseeflotte stehenden Unterseeboote auf 26 gestiegen.

[*Der Justizminister fragt nach dem Verhalten Amerikas.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte darauf, daß der rücksichtslose Unterseebootkrieg zweifellos den Bruch mit Amerika herbeiführen würde. Wilson würde es schon aus Wahlrücksichten dahin bringen müssen, sonst würde er jeden Boden im Volke verlieren.

Zum Schlusse stellt der Herr Ministerpräsident wiederholt fest, daß das Staatsministerium mit der Kriegserklärung an Rumänien einverstanden sei.

---

[197] Zur Bitte des Justizministers, dem Staatsministerium weitere Aufklärungen über den Ubootkrieg zu geben.

[198] Im Zuge der Brusilov-Offensive hatte die österreichisch-ungarische Armee nahezu 1 Mio. Soldaten an Verlusten (Tote, Verwundete und Gefangene) zu beklagen, was rund die Hälfte aller an der Ostfront eingesetzten k.u.k. Truppen bedeutete. Vgl. ausführlich Der Weltkrieg X S. 424–567.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

646. Bethmann Hollweg in einer Besprechung mit Parteiführern

BA Berlin, R 43/2398g, f. 102–105. Protokoll. Abschrift in Maschinenschrift. Protokollant: Wahnschaffe. Konzept nicht ermittelt. – Auslassungspunkte wie in der Vorlage.

RK 9271 K.J. Berlin, 28. August 1916

Aufzeichnung

über die Besprechung am 28.8.1916 des Herrn Reichskanzlers mit einigen Mitgliedern des Reichstags anläßlich der Kriegserklärungen Italiens und Rumäniens

Reichskanzler
Kaempf
Schiffer[199]
Wiemer
Graf Westarp
Giesberts
Helfferich
Wahnschaffe

Reichskanzler: Gibt Übersicht über außenpolitische Situation. Frieden nun weiter hinausgeschoben[200]. Ich rechne trotz alledem mit einem ehrenvollen Frieden. Wir kämpfen um unsere Existenz. Soeben Verabredung mit Ob.Ost[201]: Werden auch [= das auch noch] machen. Mit großen Opfern, aber wir werden es schaffen.

Gedanke gekommen, Reichstag früher zusammentreten zu lassen. Bedürfnis nach Besprechung bei mir wie im Reichstag. Engste Fühlung mit Volksvertretern erwünscht.

Ob Reichstag zusammenbleibt, müssen wir sehen.

Kaempf: Ich glaube, daß angesichts der etwas kritischen Situation Reichstag wohl erwartet, berufen zu werden, wenn E.E. Bedürfnis haben zu sprechen. Glaube daher, daß kurze Tagung im Sinne des Reichstags läge. Selbstverständlich muß dafür gesorgt werden, daß geschlossene Haltung. Schlage daher vor, daß E.Ex. dem Kaiser Berufung vorschlagen.

Schiffer: Stimme zu, schnell berufen, kurze Tagung. E.Exz. sagten, daß König (Rumänien) neutral bleiben wollte. Unser Volk wird seine Haltung bei

[199] Carl Matthias Schiffer (1869–1930), MdR/Nationalversammlung (Zentrum) 1907–1919. – Die weiteren noch nicht kommentierten: Otto Wiemer (1868–1931), MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 1898–1918. – Johann Giesberts (1865–1938), MdR (Zentrum) 1905–1933.

[200] Am 27. August 1916 hatte Italien Deutschland den Krieg erklärt, am 28. August folgte die deutsche Kriegserklärung an Rumänien (nachdem dieses am Vortag Österreich-Ungarn den Krieg erklärt hatte).

[201] Oberbefehlshaber Ost (Hindenburg).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einem Hohenzollern nicht verstehen[202]. Er hat anscheinend ein falsches Spiel gespielt.

Ferner: Zustände in Griechenland sehr kritisch. Ist dort eine imminente Gefahr vorhanden? Auch in Dänemark? Kriegsmittel anwenden? Ist Zeitpunkt für Anwendung aller Kriegsmittel gekommen? [*Lücke von einer Zeile*] besprechen, alles erörtern. E.Ex. Wunsch, sich dem deutschen Volk gegenüber zu äußern, wird von mir geteilt.

Reichskanzler: ..... Rumänien. ..... Griechenland. ..... Skandinavien. Angesichts der seit Mitternacht veränderten Situation möchte ich mich weder hier noch extra aussprechen.

Wir können im Reichstag in sehr schwierige Situation kommen. Bedürfnis, nach außen zu sprechen? Das steht noch nicht ganz fest. Situation noch nicht geklärt.

Wiemer: Bin für baldigste Einberufung. Wir müssen auch nach innen wirken. Neue Kriegserklärung drückt doch die Stimmung. Das darf nicht aufkommen. Auch mit Rücksicht auf die Anleihe[203]. Es muß natürlich sehr vorgearbeitet werden. Sozialistische Arbeitsgemeinschaft[204] wird sehr agitatorisch reden. Scheidemann-Gruppe wird ruhig reden.

Westarp: Verkenne nicht Gründe für Information des Reichstags. Ich fürchte auch von seiten der Scheidemann-Gruppe ungünstige Erklärungen, Aufforderung zu Friedensverhandlungen.

Über U-Boote wird wohl gesprochen werden. Nicht im Plenum, aber in Kommission. So Entscheidung wesentlich davon abhängig, ob E.Exz. Kundgebungen nach außen wünschen.

Giesberts: Bürgerliche Parteien müssen alles tun, daß Stimmung einheitlich bleibt. Wenn Scheidemann-Gruppe von Frieden redet, schadet das nichts, wenn sie nur bereit ist für Durchhalten bis zu ehrenvollem Frieden. Man muß innerhalb bürgerlichen Parteien Einigkeit sicher haben. Die Stimmung im Volk ist bedauerlich, muß gehoben werden.

Helfferich: Einheitlicher Wille muß zum Ausdruck kommen. Der Ernst der Lage wird aber jeden Einzelnen dazu bringen. Auch nach dem Aufruf wird die Scheidemann-Gruppe nie für Geschlossenheit sein.

Wie sich sozialistische Arbeitsgemeinschaft verhält, weiß man nicht. Da muß mit der Geschäftsordnung vorgebaut werden. Man müßte aber Glauben an deutsches Volk verlieren, wenn hier nicht einheitliche Stimmung herzustellen. Wenn nicht, dann lieber nicht.

Westarp: Kommt darauf an, ob Scheidemann vermeidet, Aufforderung zum Frieden.

---

[202] Ferdinand I. war der zweite Sohn des Fürsten Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen.

[203] Die fünfte Kriegsanleihe wurde am 4. September 1916 aufgelegt.

[204] Die „Sozialistische Arbeitsgemeinschaft“ (18 Mitglieder), Vorläuferin der USPD, hatte sich unter Führung von Hugo Haase und Georg Ledebour am 21. Dezember 1915 aus Anlaß der Abstimmung über die Kriegskredite von der SPD abgespalten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Helfferich: Daß wir jetzt nicht Friedensvorschläge machen können, liegt doch auf der Hand. Es wäre nur ein Zeichen unserer Schwäche und hätte sicher keinen Erfolg.

Schiffer: Ich glaube auch, daß der Ernst der Lage die Soz. abhält, Friedensangebot zu fordern.

Auf Ernährungsfrage wird man näher eingehen müssen. Man wird die Schwierigkeiten anerkennen müssen. Darüber wird Soz. reden wollen.

Giesberts: In Kommission wird die Soz. fragen, was ist für Frieden geschehen? Dabei werden Gegensätze aufeinanderplatzen.

In Ernährungsfrage lassen sich sicher beruhigende Dinge sagen.

Ich habe dasselbe erfahren. Man kann ruhig kritisieren. Daß Sozialdemokraten anders reden, wird sich nicht vermeiden lassen.

Kanzler: Ist Tagung eher günstiger als Ende September?

Alle einig: jetzt günstiger.

Schiffer: Dann also nicht Tagung von einem Tage, sondern so wie am 26/5. Erwarte nur guten Erfolg von einer ganz kurzen Tagung.

Westarp und Wiemer: Auch nur für kurze Tagung. Budget-Kommission sollte nicht vorher einberufen werden. Denkschrift wird noch nicht fertig sein.

Westarp: Ob ohne Kommission, ist mir zweifelhaft schon wegen geheimer Fragen.

Helfferich: Nicht so wie 26/5[205]. Denkschrift, Übergangswirtschaft, Repressalien usw. nicht von heute auf morgen fertigzustellen.

Nur so: Reichskanzler redet, dann ohne Debatte in Plenum Kommissionssitzung und Aussprache in Kommission, dann kurze, gut vorbereitete Plenarsitzung, dann auseinander. Ernährungsfragen natürlich. Aber nicht so ausführlich wie sonst.

Giesberts: Stimmt im wesentlichen zu. [*Kleine Lücke.*] bleibe Sozialdemokratie. Anarcho-Sozialisten arbeiten stark in Industriegebiet. Hauptsache ist, daß Scheidemann erklärt durchzuhalten.

Fragen sie nach Friedensverhandlungen. Darauf ist jetzt leicht zu antworten.

Schiffer: Wenn es gelingt, Scheidemann-Richtung in unsere Bahn zu halten, so muß Sitzung kurz sein, die Höhe ist die Rede des Kanzlers. Spätere Sitzungen flauen dann ab. Ich glaube, lassen erst Kommission[206], dann ein Tag Plenum, dann Schluß.

Helfferich: Zwei Tage Plenum nach Kommission denke ich mir nicht, sondern ganz kurze Erklärungen. Wenn Reichstag kommt, wartet alles auf Kanzler.

Wiemer: Ja, sonst kommt Reichskanzlerrede zu spät. Nach Rede Kommission, dann gute kurze Sitzung.

Kaempf: In erster Sitzung muß gleich Kanzler sprechen.

---

[205] Eine Besprechungs des Kanzlers mit Parteiführern wurde nicht ermittelt.

[206] Haushaltsausschuß.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kanzler: Conditio sine qua non, daß wir Scheidemanngruppe verständig halten. Deshalb nichts in Presse sagen, daß wir über Reichstag gesprochen haben. Fahre heute für zwei bis drei Tage ins Hauptquartier, dachte an Dienstag[207] für Reichstag.

Helfferich: Form der Einberufung. Recht des Kaisers besteht auch während Vertagung.

Kanzler: Nicht zu feierlich machen. Am besten ohne kaiserliche B[otschaft].

Helfferich: Wenn 4 bis 5 Tage herum, auf 29 Tage nach Hause schicken.

W[ahnschaffe]

647. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20202, f. 191. Telegramm. Behändigte Abschrift (in Maschinenschrift). Praes.: 29. August 1916 p.m.

Nr. 612. Pleß, 29. August 1916, 4 Uhr 10 Min. Nm.
Ankunft: 29. August 1916, 4 Uhr 50 Min. Nm.

Ich telegraphierte Personalwechsel nach Wien, Konstantinopel und Sofia, nach letzterem mit folgendem Zusatz:

„Nachdem Seine Majestät der König sich für die Übertragung des Oberbefehls im Osten an den Feldmarschall interessiert hat, nehme ich an, daß dieser Wechsel auch dort besonders begrüßt wird. Ihrem Ermessen stelle ich anheim, seine Bedeutung für die weitere Kriegsführung in geeignet scheinender Weise hervorzuheben."

648. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 20202, f. 193. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Pleß, 29. August 1916, 4 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 29. August 1916, 4 Uhr 25 Min. Nm.

Nur für Staatssekretär.

Falkenhayn, ohne daß ich ihn sehen konnte, nach Berlin abgereist[208]. Seine Majestät wünschen, daß Euere Exzellenz sofort mit ihm wegen Übernahme Botschaft Konstantinopel sprechen.

Ich habe morgen Vormittag mit Hindenburg und Holtzendorff Vorbesprechung wegen Ubootkrieg. Übermorgen Vortrag bei Seiner Majestät, zu dem ich

[207] 5. September 1916. Tatsächlich trat der Reichstag am 28. September zu einer nur eintägigen Sitzung zusammen. Vgl. unten Nr. 823*. Vgl. aber unten Nr. 651.

[208] Falkenhayn war am 29. August 1916 vom Kaiser als Generalstabschef entlassen und von Hindenburg ersetzt worden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Euere Exzellenz bitte, selbst herzukommen und in meinem Namen auch Exzellenz Helfferich und Admiral Capelle einzuladen und mitzubringen. Empfehle, sich Salonwagen stellen zu lassen, da hiesiges Schloß überfüllt.

649. Bethmann Hollweg an Spahn

BA Berlin, R 43/2398g, f. 158. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Zu RK 9305 KJ. Berlin, 2. September 1916

Euer Exzellenz

danke ich verbindlich für die freundlichen Zeilen vom 29. v.M, die ich heute früh bei meiner Rückkehr aus dem großen Hauptquartier erhielt. Aus meiner inzwischen an Sie abgesandten telegraphischen Einladung zu Dienstag werden Sie ersehen haben, daß sich Ihr Wunsch nach einer Auspprache mit dem meinigen begegnete. Ich habe sehr bedauert, daß ich Sie vor acht Tagen[209], als ich in Eile die Vertreter der Reichstagsfraktionen versammeln mußte, um die Frage der Zusammenberufung des Reichstags zu besprechen, nicht selbst hier sehen konnte, und wünsche deswegen umsomehr, mich mit Ihnen am Dienstag auszusprechen[210].

In besonderer Verehrung bin ich
Euer Exzellenz
sehr ergebener

650. Bethmann Hollweg an Wilhelm

PA Berlin, R 1897, f. 116–117. Schreiben. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift. Korrekturen und Ergänzungen von Jagows und Bethmann Hollwegs Hand.

[Ohne Nr.] Berlin, 3. September 1916

Quart ohne Vordruck. Eilig.

Ew. Kgl. Hoheit[211]

gnädiges Schreiben vom 29. d.M. habe ich erhalten die Ehre gehabt und nicht verfehlt, den Inhalt desselben zur Kenntnis Seiner Majestät des Kaisers und Königs zu bringen. Allerhöchstdieselben waren durch die patriotische und treu verwandtschaftliche Kundgebung Euerer Königlichen Hoheit tief bewegt und haben sie nach der schweren Enttäuschung, die der Übergang Rumäniens

[209] Vgl. oben Nr. 646.

[210] Vgl. unten Nr. 651.

[211] Wilhelm (1865–1927), Fürst von Hohenzollern(-Sigmaringen) (1905–1918), preußischer General der Kavallerie.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu unseren Feinden Allerhöchsdemselben bereiten mußte, sehr wohltuend empfunden.

Ew. Königliche Hoheit möchte ich bitten, auch meinerseits meinen ehrfurchtsvollen aufrichtigsten Dank dafür aussprechen zu dürfen, daß Sie durch die an mich gerichtete Bekundung echt deutscher Gesinnung und Treue mich der Gnade gewürdigt haben, auch an dem Schmerz teilzunehmen, den die von Seiner Majestät dem Könige Ferdinand gebilligte Abkehr unseres früheren Bundesgenossen in erster Linie Ew. Königlichen Hoheit bereiten mußte. Weder die selbstlose mahnende Fürsorge Ew. Königlichen Hoheit noch die unablässigen wohlmeinenden Ratschläge der deutschen politischen Stellen haben es vermocht, den König Ferdinand von der Beschreitung einer Bahn abzuhalten, die Rumänien zur russischen Knechtschaft führen muß. Bratianu hat die von dem verewigten König Carol begründete und in jahrzehntelanger weiser Arbeit gefestigte Ostmark an den nordischen Nachbarn verschachert und seinen Königlichen Herrn in den Verrat an uns verstrickt.

Ew. Königl. Hoheit haben den Entschluß, Sich auf alle Zeiten von Seiner Majestät dem Könige von Rumänien loszusagen, durch den dauernden Verzicht auf die Stellung als Chef des 3. rumänischen Linien-Infanterie-Regiments Dambovitza Nr. 22 einen sichtbaren Ausdruck gegeben. Ew. Kgl. Hoheit darf ich um geneigte Mitteilung bitten, in welcher Form diese Willensmeinung zur öffentlichen Kenntnis gebracht werden soll. Eine einfache Bekanntgabe des diesbezüglichen Entschlusses Ew. Kgl. Hoheit in der Presse wird meines Erachtens am wirkungsvollsten sein und genügen, um Euer Kgl. Hoheit Stellungnahme zu dem rumänischen Verrath vor der Oeffentlichkeit zu bekunden. Darüber hinauszugehen möchte ich nicht empfehlen, da andererseits in Rumänien selbst und von der gesamten Ententepresse nur höhnend darauf hingewiesen werden würde, daß man unsererseits von einem rumänischen König erwartet hätte, er solle die „Interessen“ seines Landes den Gefühlen der Abstammung u. Verwandtschaft unterordnen. Auch die bisherigen Beziehungen Euerer Königlichen Hoheit zu König Ferdinand würden voraussichtlich von der feindlichen Lügenpresse zum Gegenstand einer würdelosen Kritik gemacht werden.

Beim Abschluß dieses Briefes trifft soeben E.K.H. gnädiges Schreiben vom 31. v.M. ein. Für die Übersendung höchstdero Schreibens an S.M. den König von Rumänien werde ich Sorge tragen. Die Veröffentlichung des Schriftwechsels E.K.H. mit König Ferdinand wird zweifellos von geschichtlichem und politischem Interesse sein. Indessen möchte ich glauben, daß sie bis zu dem Zeitpunkte aufgeschoben sein möchte, wo die gesammten Umstände, welche zu dem Eintritt Rumäniens in den Krieg und insonderheit zu dem letzten Entschluß des Königs geführt haben, öffentlich behandelt werden können. Wir selbst sind darüber noch völlig im Unklaren. Die deutsche Gesinnung E.K.H. ist im ganzen Vaterlande so allgemein bekannt und steht so erhaben über jedem Zweifel, daß sie irgend welcher Stütze durch dokumentarisches Material nicht bedarf.

Schluß m.pr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

651. Bethmann Hollweg vor Parteiführern

BA Berlin, R 43/2398g, f. 212–213. Protokoll. Auszug. In Maschinenschrift. Protokollführer: Wahnschaffe. – Bei dem Treffen war 21 Parteiführer zugegen, von den Konservativen bis zu den Elsässern, ferner drei Staatssekretäre und ein Unterstaatssekretär. Das vollständige Protokoll ebenda f. 211–215.

Zu RK 9305 KJ. Berlin, 5. September 1916

[*Nach einem nichtprotokollierten Überblick des Kanzlers über die außenpolitische Lage und Redebeiträgen verschiedener Parteiführer bemerkt Bethmann Hollweg:*] Zensur macht auch mir viel Sorge. Ohne Fehler Zensur nicht zu üben. Volle Freigabe der Presse aber noch nicht möglich. Alle politischen Dinge militärisch, alle militärischen politisch, z. B. in U-Bootfrage. Im übrigen habe ich den Eindruck, daß man sich auch über Kriegsziele so ausgesprochen hat, daß jeder weiß, was der andere will. Gewiß ist Zensur mit daran schuld, [*Lücke im Protokoll*] Einzelheiten nie bekannt, die das Traurigste des Traurigen. [*Lücke*] bin dauernd bemüht, diesen Treibereien auf die Spur zu kommen, um sie der Öffentlichkeit preiszugeben. Bisher nicht gelungen[212].

Großer Teil der Mißstimmung nicht künstlich. Aber durch Treibereien gefördert. Große Hilfe, wenn auch politische Parteien nicht die Politik des Kanzlers loben oder ihm Vertrauen aussprechen, aber für Hebung und gegen Umsturz der Stimmung wirken wollten. Wenn ich in dieser Richtung Hilfe der Parteien finde, daß man unlauteren Treibereien entgegentritt, so wird sich Abhilfe finden lassen.

[*Es folgen weitere Redebeiträge und kurze Bemerkungen des Kanzlers.*]

652. Bethmann Hollweg an Capelle

BA Berlin, R 43/1418, f. 60–61. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[Ohne Nr.] [o. O.] 6. September 1916

In ziemlich weiten Kreisen wird der in Abschrift beigefügte Brief des Admirals Thomsen[213] verbreitet, dessen Wortlaut und Inhalt eine nähere Charakterisierung der darin enthaltenen unerhörten frivolen Verdächtigungen entbehrlich macht. Die Autorität, die der Persönlichkeit des Admirals Thomsen in Marinefragen beigelegt wird, bewirkt, daß in den Kreisen der Intelligenz, für die der Brief nach der Verbreitung, die er findet, berechnet ist, das Vertrauen in unsere Seekriegführung und in verantwortliche Ratgeber Seiner Majestät auf das Schwerste und in einer das Wohl des Vaterlandes unmittelbar gefähr-

[212] Es geht um die alldeutsche Hetze gegen Bethmann Hollweg vor allem auf dem Wege der anonymen Schrift „Junius alter“. Vgl. oben Nr. 639 und unten Nr. 772*. Vgl. auch König, Agitation S. 386–428.

[213] Liegt nicht bei.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denden Weise erschüttert wird. Direkt mir nicht verständliche Anspielungen auf den Namen Hindenburg verstärken diese Wirkung.

Die angebliche absolute Überlegenheit unserer Hochseeflotte über die englische hat Admiral Thomsen in mündlichen Ausführungen auch gegenüber dem Grafen Hertling behauptet[214]. Die Tatsache, daß sich die gleiche Behauptung in einer Immediateingabe wiederfindet, die eine Anzahl angesehener bayerischer Persönlichkeiten dem König von Bayern überreicht haben[215], bestätigt die Berichte unseres Gesandten in München, wonach Admiral Thomsen bei den Aktionen in Bayern tätig mitgewirkt habe, die schließlich dazu geführt haben, daß in der erwähnten Immediateingabe das Haus Wittelsbach gegen das Haus Hohenzollern und Seine Majestät den Kaiser in die Schranken gerufen wird.

Ich erachte ein Verhalten, wie es sich in dem beiliegenden Briefe ausspricht, für staatsgefährlich und für unwürdig eines Admirals z.D. Euer Exzellenz wissen, wie die an sich durchaus begreifliche und aus vaterländischer Sorge hervorgehende Erregung weite Volkskreise namentlich hinsichtlich unserer Seekriegsführung erfüllt, vielfach durch die unlauteren Treibereien gesteigert und vergiftet wird. Es ist deshalb notwendig, daß, wo einmal derartige frivole Machenschaften ans Licht kommen, auch mit fester Hand zugegriffen wird.

Euer Exzellenz ersuche ich deshalb ergebenst, die geeigneten Schritte zu tun, um den Admiral Thomsen in der strengsten Form zur Rechenschaft zu ziehen[216].

Abschrift vorstehenden Schreibens habe ich dem Herrn Chef des Admiralstabs mitgeteilt.

653. Bethmann Hollweg an AA

PA, R 20980, f. 36. Telegramm (Hughes). Abschrift in Maschinenschaft.

[Ohne Nr.] Pleß, 10. September 1916, 4 Uhr 20 Min. Nm.
Ankunft: 10. September 1916, 5 Uhr 5 Min. Nm.

Beseler hat in Telegramm an Hindenburg unter Hinweis auf allgemeine polnische Stimmung auf Manifest und Verschmelzung der Okkupationsgebiete[217] gedrängt, um Truppen ausheben zu können. Seine Majestät hat, da Hindenburg – Ludendorff einverstanden, dem Manifest zugestimmt. Luden-

[214] Darüber vgl. die Aufzeichnung Hertlings in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 652–653.

[215] Vgl. oben Nr. 630.

[216] Am 16. September teilte Capelle dem Reichskanzler mit, daß der Kaiser „durch Allerhöchste Ordre vom 16. d.Mts. die Einleitung eines ehrengerichtlichen Ermittelungsverfahrens gegen den Admiral à la suite des Seeoffizierkorps v. Thomsen befohlen haben“. (BA Berlin, R 43/1418, f. 145.) Vg. dazu unten Nr. 700.

[217] Der deutschen und der österreichisch-ungarischen Besatzunsgebiete in Polen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dorff hat soeben wegen Verschmelzung der Okkupationsgebiete, auf die größtes Gewicht gelegt wird, vergeblich mit Conrad verhandelt. Graf Thurn[218] ist geneigt, Notwendigkeit der Verschmelzung grundsätzlich anzuerkennen, hält aber, um das Gesicht zu wahren, österreichische Ingerenz für notwendig und wird mich morgen vormittag zu unverbindlicher persönlicher Besprechung über eine zu findende Formel hier aufsuchen. Hindenburg – Ludendorff sind bereit, materielle Ausbeutung des gegenwärtigen österreichischen Okkupationsgebietes auch fernerhin Wien zuzugestehen. Sie denken sich einheitliche Gewalt Beselers <für> das Ganze, Vertretung Österreichs in seinem Stabe und allmählichen Übergang der österreichischen Kreisverwaltung unter Beselers Gewalt bezw. in deutsche Hände.

Erbitte Euerer Exzellenz Ansicht, wenn möglich vor morgen früh 9 Uhr. Für Manifest ist von uns sofort Fassung auszuarbeiten, wobei die Bildung polnischen Staates als Aufgabe Friedensschlusses nach den Gedanken Stumms[219] zu bezeichnen wäre. Dagegen möchte es sich empfehlen, in W<ien> über Erlaß Manifestes nur gleichzeitig mit Verschmelzung der Okkupationsgebiete zu verhandeln, wobei letztere als unumgängliche Voraussetzung für völlige militärische Ausnutzung polnischen Mannschaftsbestandes hinzustellen wäre.

654. Bethmann Hollweg an AA

PA Berlin, R 5105. Telegramm. Entzifferung. In Maschinenschrift.

Nr. 679. Pleß, 11. September 1916, 7 Uhr 10 Min. Nm.
Ankunft: 11. September 1916, 8 Uhr 13 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nummer 1092.

Feldmarschall und General Ludendorff sind prinzipiell damit einverstanden, daß wir bulgarischen Wünschen wegen Absetzung bisher entstandener Kriegsschuld Entgegenkommen zeigen. Sie nehmen an, Frage nur insofern Interesse, als sie Wert darauf legen, daß Bulgarien fest an unserer Seite gehalten wird. Mit welchen Mitteln, ist ihnen gleichgültig. Um für später ein Lockmittel in der Hand zu behalten, ist Oberste Heeresleitung dafür, jetzt etwa die Hälfte zu bewilligen und andeutungsweise weitere Entschließungen der Zukunft vorzubehalten. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß bei Streichen der Schuld für Kriegslieferungen unser effektiver Verlust etwa 25 % geringer als der nominelle Betrag ist, da die Preise durchschnittlich mit einem entsprechenden Aufschlag berechnet wurden. Gelegentliche Rückfrage Grünaus bei Gantscheff ergab, daß dieser angeblich Verhandlungen weiterführen soll. Eine Entschließung über weiteres Verfahren behalte ich mir bis Rückkehr vor.

[218] Douglas Graf Thurn-Valsassina (1864–1939), Vertreter des Ministeriums des Äußern beim Armeeoberkommando in Teschen (später Baden) 1915–1918.

[219] Wilhelm von Stumm (1869–1939), Dirigent (November 1916: Unterstaatssekretär) im AA (Abt. IA) 1911–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hinsichtlich Parteisubsidien hat Gantscheff, wie mir Grünau sagte, Frage hier kürzlich nur allgemein angeschnitten und bemerkt, daß Verhandlungen in Berlin geführt werden würden. Es erscheint daher naheliegend, daß Herr Radoslawoff seinen Schwiegersohn[220] hierfür benutzt, den er schon früher vorgeschickt hatte. Ihn auszuschließen und Angelegenheit auf anderem als offenbar gewünschtem Wege zu leiten, könnte Radoslawow verstimmen. Massow ist der Ansicht, daß Angelegenheit besser innerhalb Familie erledigt wird, da Herr Radoslawow Indiskretionen befürchtet und Direktor Schlieper[221] von der Diskontogesellschaft ziemlich unverblümt über frühere Subsidien in Sofia gesprochen haben soll. Stange soll sehr viel mehr mit Tontscheff als mit Radoslawow liiert sein.

Inzwischen ist insofern ein novum geschaffen, als König offenbar Wunsch hat, Fonds für Propagandazwecke selbst in die Hand zu bekommen, um selbständig von Fall zu Fall Radoslawow Beträge zur Verfügung zu stellen. Es liegt aber nicht in unserem Interesse, Radoslawow derartig vom König abhängig zu machen; vielmehr müssen wir ihn persönlich an uns binden. Ich bin daher dafür, daß wir unabhängig von etwaigem Fonds für den König Radoslawow gewünschte Summe durch Vermittelung Anastasoff's[222] sofort geben. Da ich den Wunsch Radoslawows nach deutschen Divisionen, den er in einem mir vom König überbrachten Brief dringlich ausgesprochen hat, nicht erfüllen kann, würde ich ihm gern auf diesem Weg helfen. Habe aus hiesigen Unterredungen den Eindruck, daß Lage in Bulgarien doch sehr ernst anzusehen ist. Auch Dobrowitsch[223] hat sich dahin geäußert, daß den Russophilen, deren sich Entente immer noch bedienen möchte, der Mund gestopft werden muß.

655. Bethmann Hollweg an Scheer

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 12. September 1916

Euer Exzellenz geneigtes Schreibem vom 10. d. M. habe ich zu empfangen die Ehre gehabt. Ich kann es nur lebhaft bedauern, daß durch ein objektiv unrichtiges Gerede Euer Exzellenz und mir Äußerungen in den Mund gelegt worden sind, die niemals gefallen sind, und daß Euer Exzellenz damit fälschlicherweise als Zeuge gegen den rücksichtslosen U-Bootkrieg in Anspruch genommen werden. Euer Exzellenz werden sich erinnern, daß ich am 30. Juni

220 Nicht identifiziert.

221 Gustaf Schlieper (1880–1937), Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft seit 1914. – Die im folgenden genannten: Otto Stange (1872–1920), Direktor der Kreditbank in Sofia. – Dimităr Stojanov Tončev (1859–1937), bulgarischer Finanzminister 1913–1918.

222 Th. Anastasov, erster Sekretär an der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin (keine weiteren Daten ermittelt).

223 St. Dobrovič, Kabinettssekretär am Hof des bulgarischen Königs Ferdinand (keine weiteren Daten ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meine Überzeugung dahin aussprach, daß angesichts der damals tagtäglich bevorstehenden englisch-französischen Offensive im Westen und der durch die österreichischen Niederlagen im Osten geschaffenen Kriegslage die Verantwortung für den Bruch mit Amerika von mir nicht übernommen werden könne und daß Euer Exzellenz im Hinblick auf diese allgemeine Situation volles Verständnis für meine Auffassung zeigten. Hiervon habe ich im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten vertrauliche Mitteilung gemacht[224] unter ausdrücklicher Betonung, daß alle Entscheidungen in der U-Bootfrage immer nur pro tempore gefällt werden könnten, und unter Hervorhebung des Umstandes, daß vom marine-technischen Standpunkte Admiralstab und Hochseeflotte von der Wirksamkeit des rücksichtslosen U-Bootkrieges fest durchdrungen seien. Eine mißverständliche Auffassung dieser Ausführungen war ausgeschlossen. Im Verfolg Euer Exzellenz Schreiben werde ich der Sache durch Erkundigungen beim Admiral von Grumme-Douglas[225] nachgehen und der ersichtlich stattgehabten Verfälschung der Vorgänge im Bundesratsausschuß mit allem Nachdruck entgegentreten.

656. Bethmann Hollweg an H. von Beseler

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 163–164. Schreiben. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 12. September 1916

Hindenburg habe ihm, B.H., auf Grund von Beselers Mitteilung Bitte ausgesprochen, er, B.H., möge auch seinerseits für die Verschmelzung des Generalgouvernements Warschau und Lublin unter deutscher Spitze beim Wiener Kabinett mit allem Nachdruck eintreten. In Verbindung damit habe S.M. zugestimmt, daß das Manifest wegen zukünftiger Bildung des polnischen Staates nunmehr erlassen werde. Der tatsächliche Erlaß des Manifests werde seines, B.H.s , Dafürhaltens erst erfolgen können, wenn Wien der Verschmelzung der Okkupationsgebiete zugestimmt habe. Geschähe es vorher, so würde Burian für Konzessionen irgendwelcher Art kaum mehr zu haben sein. Auch Conrad habe gegenüber Ludendorff den Verschmelzungsgedanken entschieden bekämpft. Burian werde diesen, weil mit dem Prestige der Donaumonarchie nicht vereinbar, auch weiterhin abzuweisen suchen. Vielleicht würde folgende Formel letzten Endes in Wien durchzusetzen sein:

„Die Verschmelzung erfolgt auf prinzipiell paritätischer Basis. Deutsche Spitze der Verwaltung des gesamten Okkupationsgebietes in Warschau, aber unter effektiver österreichischer Mitwirkung (das darin liegende Kondominium ist durchaus unerwünscht, aber vielleicht erträglich, nachdem darüber

[224] Vgl. unten Nr. 797*.

[225] Ferdinand von Grumme-Douglas (1860–1937), Konteradmiral (a. D.); Generaladjutant Wilhelms II.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Übereinstimmung erzielt ist, daß der zukünftige polnische Staat militärisch ausschließlich an Deutschland angegliedert werden soll). Bei der Verwaltung der Kreise in dem jetzt österreichischen Okkupationsgebiet werden die österreichisch-ungarischen Beamten unter Warschauer Leitung weiter verwendet. Materielle Ausnutzung des jetzigen österreichischen Okkupationsgebiets zu Gunsten Österreich-Ungarns in bisheriger Weise."

Vielleicht werde Burian Gedanken aufwerfen, ob ihm nicht die angesonnene Konzession durch ein polnisches Aushängeschild erleichtert werden könne, indem neben bzw. unter dem deutschen Generalgouvernement aus prominenten russisch-polnischen Persönlichkeiten eine Art Organ (Notabelnversammlung) gebildet würde, das an der allmählichen, schon jetzt einsetzenden Vorbereitung des zukünftigen polnischen Staates beteiligt wäre. B.H. offenbar nicht dagegen: „Dies würde nicht nur eine der gemeinschaftlichen Wirkungen auf die polnische Mentalität namentlich bei etwaigen militärischen Zwangsaushebungen sichern, sondern auch solchen Aushebungen die erforderliche völkerrechtliche Grundlage schaffen."

Bittet Beseler, ihm baldigst vom dortigen Standpunkt aus Vorschläge für die Verschmelzung zu übermitteln, über die er nach vorherigem Benehmen mit der O.H.L. in Wien in Vorschlag treten könne. Eventuell mündliche Verhandlung in Berlin.

657. Bethmann Hollweg an Radoslavov

PA Berlin, R 20203, f. 101. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Pleß, 12. September 1916

Euerer Exzellenz

danke ich verbindlichst für das gefällige Schreiben vom 7. d. M., das Seine Majestät der König die Gnade gehabt hat, mir zu übergeben[226]. Ich darf Ihnen zunächst meine aufrichtigen Glückwünsche aussprechen zu der Art und Weise, in der ganz Bulgarien unserem neuen Feinde entgegengetreten ist, sowie zu dem überraschend schnellen und großen Siegen, die das tapfere bulgarische Heer erfochten hat[227]. Walte Gott, daß es uns an der Seite unserer treuen Verbündeten bald gelingen möge, unsere Feinde zum Nachgeben zu zwingen und unsere Länder der Segnungen des Friedens wieder teilhaftig werden zu lassen.

Was die von Euerer Exzellenz geäußerten Wünsche anlangt, für die ich vollstes Verständnis habe, so bin ich sofort mit dem Generalfeldmarschall von

[226] König Ferdinand von Bulgarien war am 9. September 1916 zu Besprechungen im GrHQ in Pleß.

[227] Bulgarien hatte am 1. September 1916 Rumänien den Krieg erklärt. Zu den ersten Kämpfen an der Donau vgl. Der Weltkrieg XI S. 203.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hindenburg und dem Herrn Kriegsminister[228] in Verbindung getreten. Die Frage der Entsendung von Verstärkungen sowohl nach Mazedonien wie an die Donaufront ist eingehend geprüft worden, und Euere Exzellenz können sich versichert halten, daß dabei die militärisch wie politisch schwierige Lage Bulgariens nicht einen Augenblick außer acht gelassen worden ist. Ganz abgesehen von dem Bestreben, unsere Bundesgenossen nach Möglichkeit zu unterstützen, würde unsere Oberste Heeresleitung schon aus rein operativen Gesichtspunkten heraus glücklich sein, wenn sie gerade der Armee an der Donau und in der Dobrudscha besonders sichere Kräfte zuführen könnte, weil dadurch ein schwererer Druck auf die linke Flanke des Gegners ausgeübt und dieser schärfer angefaßt werden würde.

Indessen ist es im Hinblick auf die Ansprüche der übrigen Fronten und besonders auch auf die höchste Anspannung unserer Kräfte an der Somme zur Zeit nicht möglich, weitere Kräfte verfügbar zu machen. Das schließt jedoch nicht aus, daß zu einem etwas späteren Zeitpunkte andere Dispositionen getroffen werden können. Wenn nun auch unsere Oberste Heeresleitung nicht in der Lage ist, eine unmittelbare Entlastung der bulgarischen Nordfront durch Bereitstellung weiterer Kräfte herbeizuführen, so werden doch mit größter Beschleunigung alle notwendigen Maßnahmen getroffen, um im Rahmen der geplanten Gesamtoperationen dieses Ziel möglichst bald zu erreichen. Generalfeldmarschall von Hindenburg hat die Ehre gehabt, Seiner Majestät dem Könige und Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen eingehenden Vortrag über die gesamte militärische Lage zu halten. Seine Majestät sind daher im einzelnen darüber orientiert, von welchen Erwägungen sich unsere Obersten Heeresleitungen bei ihren Entschließungen haben leiten lassen und welche Ziele sie verfolgen. Die Ausführungen des Feldmarschalls haben die volle Billigung Seiner Majestät gefunden.

Hinsichtlich der Bereitstellung von Kriegsmaterial wird, wie mir der Herr Kriegsminister versichert hat, den bulgarischen Wünschen in weitgehendem Maße entsprochen. Die erforderlichen Vorkehrungen sind bereits getroffen.

Möglicherweise werden die nächsten Wochen noch sehr starke Anforderungen an unsere Nerven und unsere Willensfestigkeit stellen; wir werden jedoch unsere treuen und tapferen Verbündeten nicht im Stiche lassen. Es wäre mir eine besondere Genugtuung, wenn Euere Exzellenz sich dieser meiner Worte alsdann freundlichst erinnern wollten.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich
Euerer Exzellenz
ganz ergebener

[228] Adolf Wild von Hohenborn.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

658. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 16. September 1916

Auf das gefällige Schreiben vom 9. d. M. – B. 23606 I – beehre ich mich zu erwidern, daß ich der Verbreitung der Berner Nachrichten über Äußerungen, die mir bezüglich des U-Bootkrieges zugeschrieben werden, durch den Funkspruchdienst von Poldhu[229] nicht die Bedeutung zuzumesen vermag, die Euere Exzellenz derselben beilegen. Beide kriegführenden Parteien haben das natürliche Interesse und das Bestreben, alle Nachrichten zu verbreiten, die geeignet sind, die militärische Lage des Gegners in ungünstigem Lichte erscheinen zu lassen. Dieser allgemeine Gesichtspunkt dürfte auch für die in Rede stehende Veröffentlichung maßgebend gewesen sein.

Der Annahme Euerer Exzellenz, daß damit eine Beruhigung des englischen Volkes bezweckt werde, steht die Tatsache gegenüber, daß die Sprache der englischen Presse wie der englischen Staatsmänner im allgemeinen vielmehr das Bestreben erkennen läßt, durch möglichste Übertreibung der dem englischen Reiche von einem deutschen Siege angeblich drohenden Gefahren die Leidenschaften anzufachen und die Kriegsbegeisterung zu steigern, als beruhigend zu wirken.

Was die befürchtete Wirkung auf die Neutralen betrifft, so dürfte der englische Nachrichtendienst durch die tendenziösen Lügen, die er von Kriegsbeginn an in die Welt gesetzt hat, zu sehr diskreditiert sein, um auf die maßgebenden Stellen des neutralen Auslandes einen ins Gewicht fallenden Einfluß ausüben zu können. Den fremden Regierungen stehen über die Vorgänge in Deutschland andere, weit zuverlässigere Informationsquellen zu Gebote als der Funkspruchdienst von Poldhu. Auch vermögen mich die Ausführungen Euerer Exzellenz nicht davon zu überzeugen, daß wir Gefahr laufen, durch Verzicht auf den U-Bootkrieg die Neutralen auf die Seite unserer Gegner zu bringen. Ew. Exzellenz fügen zur Unterstützung dieser These eine Zuschrift eines ungenannten Korrespondenten in Zürich über einen sich anbahnenden Stimmungsumschwung in der Schweiz bei. In diesem Schriftstück findet sich keinerlei Hinweis darauf, daß dieser Umschwung auf unsere Zurückhaltung in der Führung des U-Bootkrieges zurückzuführen ist. Ich benutze aber diesen Anlaß, um Euerer Exzellenz von einem Bericht des Kaiserlichen Gesandten in Bern[230] vom 9. Juni d. J. Kenntnis zu geben, der die voraussichtliche Stellungnahme der Schweiz im Falle eines durch den U-Bootkrieg hervorgerufenen Konfliktes mit den Vereinigten Staaten zum Gegenstande hat. Der Gesandte kommt zu einem Ergebnis, das von der Auffassung Euerer Exzellenz erheblich abweicht.

[229] In Poldhu, im Süden von Cornwall, stand seit 1901 eine Funkstation (sie bestand bis 1934). Zur Sache vgl. König, Agitation S. 472–473.

[230] Gisbert Frhr. von Romberg (1866–1939), Gesandter in Bern 1912–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auch von keinem unserer anderen diplomatischen Vertreter im Ausland ist bis jetzt die Befürchtung geäußert worden, daß die Nichtwiederaufnahme des verschärften U-Bootkrieges die von Ew. Exzellenz befürchteten Folgen haben könnte.

Dem Wunsche Euerer Exzellenz, den Entstellungen des englischen Nachrichtendienstes in prägnanter Form entgegenzutreten, glaube ich aus dem Grunde nicht entsprechen zu sollen, weil es kaum möglich ist, dem Dementi der in Rede stehenden Nachrichten, in denen wahres und falsches gemischt erscheint, eine Fassung zu geben, die erneute Mißdeutungen des Standpunktes ausschließen würden, den wir in der Frage des U-Bootkrieges im Hinblick auf unsere allgemeine militärische, politische und wirtschaftliche Lage zur Zeit einzunehmen gezwungen sind. Solche Mißdeutungen aber würden geeignet sein, unsere politischen Interessen im Auslande ernstlich zu gefährden, im Inlande die Kontroverse über den U-Bootkrieg wieder zu entfachen. Solange ich als die für die Führung der Reichspolitik verantwortliche Stelle in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung den Moment nicht für gekommen erachte, um die bei Seiner Majestät dem Kaiser die gegen die Wiederaufnahme des U-Bootkrieges in den früheren Formen geltend gemachten Bedenken zurückzustellen, gebietet es m.E., eine erneue Befassung der Öffentlichkeit mit der Frage im Inlande wie im Auslande soweit irgend möglich zu vermeiden. Hinter diesem Gesichtspunkt müssen alle anderen Erwägungen zurücktreten, so unerwünscht es an und für sich auch ist, die unrichtigen Angaben unwidersprochen zu lassen, die in den vom englischen Nachrichtendienst verbreiteten Mitteilungen enthalten sind. In diesem Sinne darf ich Euerer Exzellenz auch die Bitte aussprechen, Ihre Bemühungen mit den meinigen dahin vereinigen zu wollen, daß die Berner Tendenznachrichten in Deutschland unbemerkt und unbeachtet bleiben. Es wird das das sicherste Mittel sein, um der Entmutigung des deutschen Volks vorzubeugen, die Euere Exzellenz von deren Bekanntwerden befürchten.

Sollten die Nachrichten im Auslande besonderes Aufsehen erregen und tatsächlich eine unseren politischen Interessen abträgliche Ausbeutung erfahren, so würde es nicht zu spät sein, dann noch eine Dementierung zu veranlassen; es ist sogar anzunehmen, daß diese leichter und wirksamer wird erfolgen können, wenn es sich übersehen läßt, in welcher Richtung die feindliche Propaganda sich bemüht, die Nachrichten auszunutzen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

659. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20203, f. 131. Eigenhändiges Schreiben. Behändigte Ausfertigung. Praes.: 16. September 1916.

[Ohne Nr.] Im Transport, 16. September 1916

Sehr verehrte Exzellenz,

Kurz vor meiner Abreise ins Feld erzählte mir gestern Abend Professor Hoetzsch[231], der bekannte Lehrer an der Kriegsakademie und Publizist, in scheinbarer Bestätigung mir schon verschiedentlich zugetragener, aber von mir als unglaubwürdig zurückgewiesener Gerüchte, Eurere Exzellenz hätten für meinen Rücktritt vom Amt des Chefs des Generalstabs den Umstand angegeben, daß ich meinerseits mehrfach ernsthafte Bemühungen der politischen Leitung, Rumänien durch ein Ultimatum mit entsprechenden Folgen zu einer klaren Stellungnahme uns gegenüber zu zwingen, vereitelt hätte.

So wenig ich mich im Allgemeinen um das kümmere, was man von mir sagt oder schreibt, so wenig bin ich doch gesonnen, meinen guten Namen nun auch noch so zu sagen offiziell mißbrauchen zu lassen. Daß Euere Exzellenz die beiden völlig unrichtigen Behauptungen aufgestellt haben, halte ich natürlich für ausgeschlossen. Es muß bei Herrn Hoetzsch ein Irrtum vorliegen, den ich wohl bitten darf zu berichtigen.

Für kurze gütige Mitteilung hierüber würde ich dankbar sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Euerer Exzellenz ergebenster

660. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 18. September 1916

Sehr verehrter Herr von Weizsäcker!

Seit ich Ihren freundlichen Brief vom 4. dM. erhielt, bin ich ziemlich unablässig zwischen dem Großen Hauptquartier und hier hinundher gependelt. Das unerfreuliche Kapitel Metternich, das Sie berühren, hat mich dabei andauernd beschäftigt. Hätte ich über einen geeigneten Erlaß [= Anlaß] verfügt, so hätte ich längst gewechselt, denn trotz aller hervorragenden Eigenschaften liegt Metternich den Türken nicht[232]. Jetzt wird der Wechsel vorgenommen

[231] Otto Hoetzsch (1876–1946), Professor für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde in Berlin 1913–1935; Mitglied der Deutschkonservativen Partei 1910–1918.

[232] Metternich war schon 1912 in den Ruhestand versetzt worden. Nur auf Wunsch des Kaisers übernahm er nach dem Tode Wangenheims in Konstantinopel kommissarisch die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden, und ich denke morgen zum Kaiser zu fahren, um den Nachfolger bestimmen zu lassen.

Nach dem österreichischen Zusammenbruch hat bei Rumänien nur der persönliche Treubruch des Königs und der Termin des Losschlagens überrascht. Nicht nur uns, sondern auch den schlauen Bulgarenkönig. Aus geheimen Quellen waren wir über Bratianus Verhandlungen genau orientirt, zugleich aber auch darüber, daß Stürmer[233] verhandelte, während England und Frankreich drängten. Weshalb Rußland hinzögerte, wird aus dem bisherigen Verlauf der militärischen Operationen klar: Man war aber glücklicher Weise militärisch noch lange nicht fertig. Hoffentlich sichern die bisherigen Erfolge in der Dobrudscha Bulgarien vor nördlicher Bedrohung. Dann wird es auch im Süden Stand halten. Für Siebenbürgen rechne ich auf den strategischen Genius Hindenburgs. Der Wechsel war eine Schlacht. Aber nach ihr hat sich meiner trotz des großen Ernstes der Gesammtlage ein festes Gefühl des Vertrauens bemächtigt. Die Beunruhigung um Dänemark ist, solange Skavenius am Ruder bleibt, eitel, und dessen Stellung hat sich in den letzten Tagen erfreulich befestigt. Auch Holland ist entschlossen neutral. Über den Ubootskrieg habe ich angesichts der veränderten allgemeinen Situation ausführliche Verhandlungen mit der Marine und Hindenburg – Ludendorff gehabt. Letztere sympathisiren prinzipiell mit ihm, halten jedoch die militärische Lage für ungeklärt, um gegenwärtig das Risiko des Bruches mit Amerika und seinen Folgen laufen zu können.

Stürmers Stellung scheint ernstlich erschüttert. Fällt er, so bedeutet das einen Sieg Englands. Hält er sich und macht er etwa Botkin[234] zum Äußerenminister, so könnte darin eine langsame Emanzipation Rußlands von England gefunden werden.

In Frankreich triumphirt Briand, und trotz zunehmender Kriegsmüdigkeit und Englandfeindlichkeit im Volk ist dort nichts zu machen.

Giolitti will in der Novembersitzung der Kammer wieder in Aktion treten. Das würde die Nachrichten über zunehmende Verschlechterung der inneren Zustände Italiens bestätigen.

In der Reichstagssitzung erwarte ich starke Angriffe auf das Auswärtige Amt und scharfe Ubootsstimmung. Die Konservativen reden sich trotz Heydebrands gemäßigter Rede, von Bassermann getrieben, wieder mehr und mehr in

---

Leitung der dortigen deutschen Botschaft. Er kreidete in seinen Berichten wiederholt die Armeniergreuel der türkischen Behörden an, was in Berlin mißfiel. Er wurde bald von Richard von Kühlmann ersetzt und erneut in den Ruhestand verabschiedet.

[233] Boris Vladimirovič Stürmer [Stjurmer] (1848–1917), russischer Ministerpräsident Februar – November 1916. – Rumänien war trotz des Bündnisvertrags mit Österreich-Ungarn und Deutschland von 1883 bei Kriegsausbruch 1914 neutral geblieben. Da ihm von Ententeseite erhebliche Territorialgewinne zugesagt waren, erklärte es am 27. August 1916 Österreich-Ungarn den Krieg. Deutschland antwortete am Folgetag mit der Kriegserklärung an Rumänien. – Zur Kriegslage Mitte September 1916 an der Donaufront vgl. Der Weltkrieg XI S. 206–208.

[234] Vermutlich Evgenij Sergeevič Botkin (1865–1918), Leibarzt der Zarenfamilie 1908–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

grundsätzliche Opposition hinein und begleiten die unterirdische Minirarbeit mit schadenfrohem Lächeln.

Über Zukunftsmöglichkeiten wage ich im gegenwärtigen Augenblick nicht zu sprechen. Die militärische Situation ist zu labil.

Alle meine Grüße für Sie und alle Wünsche für unser Vaterland.

In verehrungsvoller und freundschaftlicher Gesinnung stets der Ihre

661. Hindenburg an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 2596. Schreiben. In Maschinenschrift. Behändigte Ausfertigung. Praes.: 20. September 1916 (durch Bethmann Hollweg; 21. September 1916 im AA).

U.J. Nr. 14768 P. Großes Hauptquartier, 19. September 1916

Geheim.

Euerer Exzellenz übersende ich Abschrift eines Entwurfs zu einem „militärischen Abkommen zwischen dem deutschen Reich und Österreich-Ungarn“[235]. Er ist mir vom Major Frhr. v. Stoltzenberg[236], deutschem Verbindungsoffizier bei der K. und K. 2. Armee, vorgelegt worden und stammt vermutlich vom Generalmajor Bardolff, Chef des Generalstabes der 2. Armee.

Der Entwurf ist gedacht als „Ergänzung 1“ zu unserem Bündnisvertrag, der weitere Ergänzungen, z. B. eine handelspolitische, zu folgen hätten. Er stellt nur ein Gerippe dar, läßt aber erkennen, wie weit die Wünsche nach engem militärischen Anschluß an Deutschland bei einsichtigen österreichischen Offizieren bereits gehen.

Ich halte es für notwendig, daß wir noch während des Krieges volle Klarheit in unsere zukünftigen Beziehungen zu Österreich-Ungarn gewinnen. Auf militärischem Gebiet ist das verhältnismäßig leicht, da ein militärisches Übereinkommen, wie das im beigefügten Entwurf gedachte, sich unschwer jeder zukünftigen Gestaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie anpassen läßt. Auf anderen Gebieten wird man indessen von der zukünftigen Gestaltung abhängig sein. Daß sie nicht bleiben kann, wie sie ist, ohne zum Zerfall der Monarchie zu führen, kann nicht zweifelhaft sein. Österreich-Ungarn allein wird aber bei den großen, zwischen den Reichshälften sowie innerhalb jeder dieser Reichshälften vorhandenen Gegensätzen weder im Kriege noch nachher den Entschluß und die Kraft zu einer Gesundung seiner Verfassung finden. Es ist unsere unabweisbare Pflicht, hierbei zu helfen, zu vermitteln. Dazu müssen wir aber selbst zunächst uns ein Bild machen, welche Gestaltung der verbün-

[235] Der Entwurf liegt bei: PA Berlin, R 2596. – Die Antwort auf dieses Schreiben unten in Nr. 676.

[236] Vermutlich Maximilian Frhr. v. Stoltzenberg (1869–1949), Major; später Oberst a. D. – Der danach genannte: Carl von Bardolff (1865–1953), Generalmajor; Chef des Generalstabs der 2. Armee 1915–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deten Monarchie gegeben werden muß, in unserem Interesse wie zu Österreich-Ungarns Bestem.

Meine Bitte an Euere Exzellenz ist somit eine doppelte:

1) Baldige Herbeiführung eines militärischen Übereinkommens;

2) Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über seine zukünftige Gestaltung. Dazu müssen wir uns zunächst über unsere eigenen Wünsche für diese Gestaltung klar werden.[a]

[a] *Dazu Vermerk von Jagows Hand*: 2 nur möglich, wenn die jetzigen Regierungen abtreten u. eventl. auch der alte Kaiser stirbt.

662. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 210–224. MF 989. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 168–169.

Berlin, 21. September 1916

In der heutigen Sitzung des Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Herr Ministerpräsident führte aus:

[1.] In der Sitzung des Staatsministeriums vom 19. August sei über die zukünftige staatliche Gestaltung Polens und über die in dieser Richtung mit Österreich-Ungarn stattgehabten Verhandlungen gesprochen. Schon damals habe in Wien der Wunsch bestanden, daß baldigst ein Manifest erlassen werden möge, um die Polen über die Absicht der verbündeten Regierungen aufzuklären. Seine Majestät der Kaiser habe es aber für richtiger erachtet, die Proklamation einstweilen noch zurückzuhalten, weil Er es nicht für ausgeschlossen gehalten habe, daß der Zar beim Abflauen der jetzigen russischen Offensive[237] einschwenken und einem Frieden geneigter sein werde, eine solche Wendung aber durch den Erlaß der Proklamation nicht behindert werden dürfe. Neuerdings habe nun sowohl die österreichisch-ungarische Heeresleitung wie auch unsere Heeresleitung (von Hindenburg – Ludendorff) darauf gedrungen, daß die baldige Nutzbarmachung der polnischen Bevölkerung für den Heeresdienst erfolge. Der Generalgouverneur Exzellenz von Beseler halte dies nur dann für möglich, wenn den Polen bestimmte Zusagen wegen der Erlangung der Selbständigkeit gemacht würden. Nur dann würde der erhoffte Zulauf Freiwilliger eintreten. Beseler verkenne zwar nicht, daß im Bauernstande, in der Industrie und im Latifundienbesitz vielfach noch russophile Tendenzen vorherrschten;

[237] Es handelt sich um die Brussilov-Offensive, die Anfang Juni 1916 eingesetzt hatte und am 20. September mit einigen russischen Erfolgen, besonders an der Südwestfront, beendet war. Sie gab den Ausschlag für den Kriegseintritt Rumäniens. Vgl. Der Weltkrieg XI S. 347–380.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

andererseits habe sich aber doch auch eine entgegengesetzte deutschfreundliche Strömung, namentlich unter der Intelligenz, geltend gemacht. Die Zuneigung zu Österreich habe sichtlich nachgelassen. Beseler halte es aber für erforderlich, daß durch einen politischen Akt baldigst die Ansicht der Regierungen gekennzeichnet werde, da anderenfalls ein Umschlag der Stimmung nicht ausgeschlossen sei.

Mit der österreichisch-ungarischen Regierung sei die Einsetzung einer gemischten Kommission für Ausarbeitung eines Planes vereinbart, nach welchem jetzt die polnische Mannschaft militärisch nutzbar gemacht werden und welche auch die mit dem zukünftigen polnischen Staat zu schließende Militärkonvention entwerfen solle. Die deutschen Mitglieder dieser Kommission träten bereits am Freitag unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs in Warschau zusammen. Danach solle weiter mit den Österreichern verhandelt werden, und man hoffe, daß sie die deutschen Vorschläge akzeptieren würden[238]. Die Durchführung der geplanten Maßnahmen werde dadurch erschwert, daß das besetzte polnische Gebiet gegenwärtig in einen deutschen und einen österreichischen Bezirk, Warschau und Lublin, geteilt sei. Um dem allmählichen Aufbau des zukünftigen Polens die Wege zu ebnen, sei die Vereinheitlichung der beiden Bezirke erforderlich, insbesondere auch wegen der alsbaldigen Nutzbarmachung der polnischen Mannschaften. Der Verschmelzung der beiden Verwaltungsbezirke werde Österreich voraussichtlich aus Prestigegründen Schwierigkeiten bereiten. Innere Gründe lägen hierfür nicht vor, da Österreich sich ja schon einverstanden erklärt habe, daß das demnächstige Polen militärisch ausschließlich unter deutschem Einfluß stehen solle. Außerdem sei zu bedenken, daß an der Kampffront vor Polen nur ganz vereinzelt noch österreichische Truppen ständen, so daß es auch wegen der rückwärtigen Verbindung nicht erforderlich sei, Teile Polens als österreichisches Etappengebiet zu belassen. Es müsse daher deutscherseits dahin gewirkt werden, daß eine Verschmelzung der Verwaltungsbezirke angebahnt werde. Wenn jetzt über den Erlaß des Manifestes verhandelt werde, so sollten dabei gleichzeitg Konzessionen erreicht werden, welche die Verschmelzung ermöglichten. Später sei dies nicht mehr angängig.

Eine ernste Frage sei es, ob der Erlaß eines Manifestes im gegenwärtigen Zeitpunkt die Möglichkeit, Frieden zu schließen, erschweren würde. Er glaube diese Frage verneinen zu sollen. Als Seine Majestät gegen die Veröffentlichung des Manifestes Einspruch erhoben habe, sei der Krieg mit Rumänien noch nicht ausgebrochen gewesen. Durch die rumänische Kriegserklärung[239] sei die Lage wesentlich geändert. Er stehe dem Gedanken eines Separatfriedens mit Rußland heute sehr skeptisch gegenüber. Rußland sei mit England zu fest verstrickt, daß es schwer einen Separatfrieden abschließen könne. Wenn im rumänischen Volke das Friedensbedürfnis so groß werde, daß die russische Regie-

[238] Vgl. Lemke, Allianz und Rivalität S. 327–358; Conze, Polnische Nation S. 165–209.

[239] Am 27. August 1916 an Österreich-Ungarn (der am 28. August die deutsche Kriegserklärung an Rumänien folgte).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung dieser Bewegung nachgeben müsse, dann würde sie ihre Friedensabsichten voraussichtlich zunächst ihren Verbündeten mitteilen, und daraus würden sich dann vielleicht die allgemeinen Friedensverhandlungen ergeben. Aber auch diese Aussicht halte er im gegenwärtigen Augenblicke für sehr gering. Aus den Mitteilungen der Presse könne man sich schlecht ein Urteil über die innere Lage Rußlands verschaffen. Die Nachrichten von der dortigen schlechten Ernte schienen ihm sehr übertrieben zu sein. Die Ernte sei begreiflicherweise in den verschiedenen Gegenden des großen russischen Reiches sehr verschieden ausgefallen. Auch über die sonstigen inneren Zustände liefen die widersprechendsten Nachrichten ein. Ebenso sei die politische Richtung in den Regierungssphären schwer zu beurteilen. Der Ministerpräsident Stürmer habe offensichtlich das Bestreben, ein ausschließlich reaktionäres Ministerium zu bilden, was auf den Wunsch einzulenken hindeuten könne. Aber Stürmers Stellung solle erschüttert sein. Wenn er falle, so sei dies dem englischen Einflusse zuzuschreiben, und damit würden dann auch die Chancen auf einen Frieden sehr gering werden. Sollte aber Stürmer sich halten und sogar zum auswärtigen Minister eine Persönlichkeit berufen, welche auf den Wunsch schließen lasse, sich von der englischen Vormundschaft zu befreien, so würde die Sache ja allerdings günstiger liegen. Wenn wirklich in Rußland die positive Stimmung zum Durchbruch gelange: „Wir müssen jetzt aufhören“, so würde nach seiner Überzeugung die Durchsetzung dieses Gedankens durch die Abtrennung Polens nicht gehindert werden. Rußland werde die Aufgabe Polens leichter ertragen als die Abtretung Kurlands und Litauens. Er müsse zwar zugeben, daß diese Schlußfolgerung immerhin nicht ganz zweifelsfrei sei, da aber sowohl unsere wie die österreichische oberste Heeresleitung angesichts der militärischen Lage mit aller Entschiedenheit darauf drängten, das polnische Mannschaftsmaterial nutzbar zu machen, so müsse dem nachgegeben und, wenn zur Durchführung der gewünschten Maßnahmen ein Manifest nötig sei, auch dazu die Hand geboten werden.

[*Äußerungen verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er sei weit entfernt, über die Bedenken des Herrn Ministers des Innern und des Herrn Finanzministers[240] hinwegzugehen. Er halte es indessen nicht für zutreffend, jetzt der polnischen Frage gegenüber denselben Standpunkt einzunehmen wie vor dem Kriege. Die Stellung der Regierung gegenüber dem polnischen Problem sei vor dem Kriege allenfalls erträglich gewesen, keineswegs aber ideal. Auch damals habe die polnische Frage schon viel Kopfzerbrechen gemacht, und gerade Heydebrand sei es gewesen, der ihm eines Tage erklärt habe: „Wir haben uns festgerannt.“ Auch die Regierung habe vor Problemen gestanden, die sie restlos zu lösen

[240] Innenminister Loebell und Finanzminister Lentze hielten die Angaben des Kriegsministers, in den ersten Monaten könne man mit 20.000 polnischen Soldaten rechnen, für viel zu gering. Loebell hielt es zudem für „unerhört“, Einwohner eines eroberten Landes zum Kriegsdienst heranzuziehen. Die Polenproklamation werde des weiteren in Rußland einen großen Sturm hervorrufen. Lentze unterstützte diese Bedenken.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht imstande gewesen wäre. Er erinnere in dieser Beziehung nur an das Enteignungsgesetz[241]. Wenn Bismarck auf dem Standpunkte gestanden habe, daß ein polnischer Pufferstaat das schlimmste wäre, was gemacht werden könne, so möge diese Auffassung damals wohl richtig gewesen sein, aber jetzt habe Herr Staatsminister von Jagow mit Recht die Frage aufgeworfen: „Was soll denn sonst geschehen?“ Wenn der Krieg günstig auslaufe, so würde es doch nicht möglich sein, Polen wieder in alter Weise unter russische Herrschaft zu stellen. Würde aber ein autonomes Polen unter russischer Herrschaft errichtet, dann würde dort eine polnische Irredenta entstehen, der man jedenfalls sehr viel schwerer entgegentreten könnte, als wenn das autonome Polen uns angeschlossen sei. Eine andere Lösung würde ja der Anschluß an Österreich sein, aber darüber sei man sich ja hier im Staatsministerium einig gewesen, daß es unter den jetzigen Verhältnissen den deutschen Interessen geradezu ins Gesicht schlagen würde, wenn Polen an Österreich-Ungarn fiele und damit die Verteidigung unserer Ostgrenzen in Österreich-Ungarns Hand gelegt wäre. Demnach bleibe jetzt nichts anderes übrig, als die Herstellung eines autonomen polnischen Staates unter militärischer und politischer Vorherrschaft Deutschlands. Er seinerseits sehe in einer solchen Neubildung sogar eine wesentliche Verbesserung. Der feste militärische Anschluß an Deutschland werde eine große Garantie bieten, und wenn es mit der Zeit glücke, Polen auch wirtschaftlich uns anzuschließen, dann würde eine größere Sicherheit gegen Rußland erreicht sein als [sie] jetzt bestehe. Neben den militärischen Gesichtspunkten, die für ihn eine gewisse Zwangsbedeutung hätten, seien diese wirtschaftlichen Gesichspunkte gleichfalls von maßgebender Bedeutung. Dazu käme noch die Tatsache, daß die österreichische Regierung auf Durchführung der Maßnahmen dränge. Deshalb müsse der Augenblick ergriffen werden, damit Österreich nicht wieder abspringe. Daß es in den Verhandlungen mit der österreichischen Regierung geglückt sei, ihre Ansprüche zurückzudrängen, habe der Herr Vizepräsident bereits in der letzten Staatsministerialsitzung mit Recht als erfreulich bezeichnet[242].

Die Parteien müßten auf die veränderte Lage hingewiesen werden, dann hoffe er, daß sie ihre Bedenken gegen das neue Programm fallen lassen würden. Bei der Größe der Schwierigkeiten der gegenwärtigen Kriegführung würde er dankbar sein, wenn dieser Gesichtspunkt nach allen Seiten hin mit Nachdruck vertreten würde.

---

[241] Vgl. oben Nr. 17. – Das Gesetz betreffend Maßnahmen zur Stärkung des Deutschtums in den Provinzen Westpreußen und Posen vom 20. März 1908. Text: Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten 1908, S. 29. – Zum folgenden: Für Bismarcks Urteil über einen polnischen Staat gibt es zahlreiche Belege. Ein Beispiel aus Bismarcks Erlaß an Bernstorff vom 28. Mai 1863: „Ein neues Polenreich sprengt die alten Provinzen [Preußens], die Kernlande der Monarchie, und bedroht den Staat an der letalsten Stelle.“ ([Otto Fürst von] Bismarck, Die gesammelten Werke. Politische Schriften. Bd. 4. 1862 bis 1864. Bearb. v. Friedrich Thimme. Berlin ^{3}1927, S. 129).

[242] Oben Nr. 639.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein Unrecht könne er nicht darin erblicken, wenn Polen gegen Rußland in den Kampf geführt würden. Zunächst solle dies ja nur freiwillig geschehen, und überdies hätten die Franzosen ja ähnlich gehandelt[243].

Wenn der Herr Finanzminister es für schwierig halte, ein Manifest zu erlassen, durch welches ein autonomer polnischer Staat, gleichzeitig aber gewisse Beschränkungen angekündigt würden, so wolle er demgegenüber betonen, daß diese Beschränkungen allerdings nicht im einzelnen im Manifest angeführt werden könnten, aber es könne doch in geeigneter Form die Notwendigkeit des festen Anschlusses an uns zum Ausdruck gebracht werden. Darüber, daß derartige Bedingungen gestellt werden würden, seien auch die maßgebenden Persönlichkeiten in Kongreß-Polen nicht im Zweifel. Die Stimmung in Polen scheine ihm der Herr Finanzminister doch zu schwarz anzusehen. Der Generalgouverneur sei der Überzeugung, daß jetzt gerade der psychologische und auch zündende Moment gekommen sei, in dem das Manifest erlassen werden müsse. Geschähe jetzt nichts, so würde die Stimmung umschlagen. Gegenwärtig bestände unter den Polen der Wille, für ihr Vaterland zu kämpfen und sich im Kampfe die Selbständigkeit zu erringen. Mit diesen Momenten müsse man rechnen. Wenn man das polnische Problem bis zu den letzten Folgen scharf durchdenke, so würde ein großer Teil der hier geäußerten Bedenken ausgeräumt werden.

[*Einwürfe verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident faßte das Ergebnis der Besprechung dahin zusammen, daß das Staatsministerium trotz der großen Bedenken gegen die beabsichtigte Lösung der polnischen Frage, denen sich keiner verschließen könne, doch angesichts der mit solch großem Ernst geltend gemachten militärischen Anforderungen sich der Überzeugung nicht entziehen könne, daß der für die weitere Entwicklung der polnischen Frge vorgeschlagene Weg betreten werden müsse.

2. Der Herr Minister brachte mit einigen warmen Worten dem Herrn Staatsminister Dr. Beseler die Glückwünsche[244] dar und gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß Seine Exzellenz der Herr Minister ebenso frisch und kräftig wie bisher an den schweren und großen Arbeiten, die der Krieg mit sich bringe, weiter teilnehmen werde.

[*Dank des Justizministers für die Glückwünsche.*]

[243] Indem sie z. B. Elsässer auf ihrer Seite kämpfen ließen.

[244] Zum Geburtstag.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

663. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 20980, f. 56–57. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 711. Berlin, 22. September 1916

In Wien waren wir dahin übereingekommen, daß über die Errichtung der polnischen Armee sowie über die Organisation der gesamten militärischen Verhältnisse in Polen durch eine gemischte militärische Kommission beraten werden solle. Baron Burian hat uns gleichzeitig zugesagt, daß die Aufsicht und oberste Führung der Armee einheitlich sein und uns zufallen solle, daß Österreich-Ungarn dabei nur als „Compaciscent" erscheinen wolle. Irgend welche Zurücknahme oder Einschränkung dieser Zusicherung ist seitdem nicht erfolgt. Im Gegenteil ist im Hinblick auf den dringenden Wunsch der Heeresleitungen, polnischen Mannschaftsersatz zu beschaffen, noch in den letzten Tagen, wie Euerer Exzellenz bekannt, über die Bildung und den baldigen Zusammentritt der Kommission in Warschau verhandelt worden.

Umsomehr muß es mich überraschen, wenn jetzt ohne vorherige Anfrage oder Mitteilung an uns auf Antrag des österreichisch-ungarischen Oberkommandos die obige Verfügung[245] erlassen ist, welche die Beratungen der Kommission präjudiciert, einseitig den Stamm zu einem polnischen Heere schaffen will und damit dem polnischen Volk die Absicht kundgibt, aus Polen einen einheitlichen Staat mit eigener Armee zu bilden.

Ich kann nur annehmen, daß das Vorgehen des Oberkommandos ohne Vorwissen des Barons Burian erfolgt ist und auf Mißverständnissen beruht. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß Baron Burian letztere aufklären und sich für eine unseren Abmachungen entsprechende Behandlung der Frage einsetzen wird. Andernfalls würde ich mich zu meinem Bedauern genötigt sehen, gegen die unserer Vereinbarung widerlaufende Maßregel Verwahrung einzulegen.

Zu Euerer Exzellenz Information:

Feldmarschall von Hindenburg hat an General von Conrad telegraphiert:

Die österreichische Presse hat am 20. September früh folgende Nachricht gebracht.

„Aus dem Kriegspresseamt wird gemeldet:

Auf Antrag des Armeeoberkommandos hat der Kaiser genehmigt, daß die polnischen Legionen[246] den Titel ‚Polnisches Hilfskorps' führen und entsprechend erweitert werden, daß die den Legionen zugeteilen österreichisch-ungarischen Offiziere Legionsuniform tragen, und endlich, daß die polnischen Legionsregimenter nationale Regimentsfahnen erhalten."

---

[245] Gemeint ist das am Schluß dieser Nr. inserierte Telegramm Hindenburgs an Conrad.

[246] Die „polnischen Legionen" wurden im August 1914 in Galizien aufgestellt als unabhängige Formation der k.u.k. Armee (insgesamt 3 Brigaden mit ca. 16.500 Mann, später 25.000). Sie wurden nach der Ausrufung des Königreichs Polen im November 1916 unter deutsches Kommando gestellt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

General Conrad hatte auch um Zurückziehung polnischer Legion aus der Front gebeten, was seitens unserer obersten Heeresleitung mit dem Hinweis abgelehnt wurde, daß so viele deutsche Truppen zur Deckung Galiziens und Siebenbürgens engagiert seien, daß die Legion an der Front nicht entbehrt werden könne.

664. Bethmann Hollweg an H. von Beseler

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 183. Telegramm. Abschrift. Davon eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 24. September 1916

In Besprechung 17. 9. seien wir dahin übereingekommen, daß das Manifest[247] erst erscheinen solle, wenn die Beratungen der gemischten Kommission über die militärischen Fragen Klarheit geschaffen hätten. Nach Beselers Ansicht sollte ferner Manifest auch Aufhebung der getrennten Verwaltung ankündigen. Beseler habe bei Kommissionsberatung österreichische Offiziere von der Notwendigkeit dieser Maßregel zu überzeugen suchen wollen. Ohnedem würde Aufhebung des Generalgouvernements Lublin auch niemals in Wien zu erreichen sein. Nach Telegramm vom 23. scheine Beseler jetzt jedoch einen anderen modus procedendi im Auge zu haben. Bitte um diesbezügliche Vorschläge. Zum Empfang der Polen-Abordnung sei er prinzipiell bereit, doch sei zu bedenken, daß dem Empfang sehr bald das Manifest werde folgen müssen.

665. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22254. Telegramm. In Typendruckschrift. Von Grünau behändigt.

Nr. 1173. Berlin, 25. September 1916

General Ludendorff hat mir für meine Reichstagsrede eine Aufzeichnung über das zugesagt, was ich über die gegenwärtige Kriegslage sagen kann. Ich wäre dankbar, wenn ich diese Aufzeichnung allerspätestens Mittwoch früh[248] haben könnte.

[247] Manifest zur Gründung des polnischen Staates. Dazu ausführlich: Conze, Polnische Nation S. 165–225; Hutten-Czapski, Sechzig Jahre II S. 275–350; Volkmann, Polenpolitik S. 313–321.

[248] Am 27. September 1916. – Zu Bethmann Hollwegs Reichstagsrede vom 28. September 1916 vgl. unten Nr. 823*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

666. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

PA Berlin, R 20203, f. 132–133. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 26. September 1916

Euer Exzellenz

geneigtes Schreiben vom 15. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und beeile mich, folgendes darauf zu erwidern:

Ich habe mit dem Professor Hoetzsch nicht als Grund für den Rücktritt Euer Exzellenz vom Amte des Chefs des Generalstabes den Umstand angegeben, daß Euer Exzellenz mehrfach ernstliche Bemühungen der politischen Leitung, Rumänien durch ein Ultimatum mit entsprechenden Folgen zu einer klaren Stellungnahme uns gegenüber zu zwingen, vereitelt hätten. Ich habe über die Gründe des Rücktritts Euer Exzellenz selbstverständlich mit dem Professor Hoetzsch überhaupt nicht gesprochen. Herr Professor Hoetzsch, den ich infolge Ihres Briefes zu mir bat, bestätigt dies und fügt hinzu, er habe auch seinerseits mit Euer Exzellenz nicht über die Gründe Ihres Rücktritts gesprochen und nichts davon gesagt, daß ich derartige Gründe überhaupt erwähnt hätte.

Mein Gespräch mit Herrn Hoetzsch drehte sich um einen Satz in einem von ihm verfaßten Artikel der Kreuzzeitung vom 6. September 1916, Nr. 454, welcher lautete: „Die deutsche Politik hat unsere gewaltigen Siege im August 1915 nicht genutzt, Rumänien bei einer uns günstigen Gelegenheit [nicht] zur Entscheidung gezwungen und daher jetzt diese schwere Niederlage erlitten."

Als ich Herrn Professor Hoetzsch fragte, was er sich hierbei gedacht habe, erwiderte er, er habe es für richtig gehalten, im September 1915 anstelle der Aktion gegen Serbien einen Vorstoß im Norden von Rumänien nach Bessarabien zu führen, der dann Rumänien mitgerissen hätte. Ich erwiderte ihm, wir hätten nicht die Wahl gehabt, entweder nach Bessarabien oder nach Serbien zu marschieren, sondern wir hätten die letztere Aktion unternehmen müssen wegen der Abmachungen mit Bulgarien und der Notwendigkeit, den Weg nach Bulgarien und der Türkei zu öffnen. Von einem Vorstoß gegen Rußland (sei es nach Kiew oder nach Bessarabien) zum Zwecke, Rumänien auf unsere Seite zu bringen, habe höchstens nach Abschluß der serbischen Aktion die Rede sein können. Die Frage sei auch zwischen unserer militärischen und politischen Leitung erörtert worden. Die erstere habe aber damals eine solche Unternehmung nicht für durchführbar gehalten, weil die dazu notwendigen sehr bedeutenden Truppenmassen nicht zur Verfügung standen.

Ich fügte dem hinzu, daß ich, um falschen Schlußfolgerungen zu begegnen, ausdrücklich sagen wolle, hieraus ergebe sich keineswegs, daß etwa die politische Leitung diese Stellungnahme der Obersten Heeresleitung oder den später unternommenen Angriff auf Verdun für unrichtig gehalten habe. Der Angriff auf Verdun sei nicht blos von Euer Exzellenz, sondern auch von anderen sehr großen militärischen Autoritäten für eine richtige strategische Maßnahme gehalten worden. Wenn Verdun gefallen wäre, so würde das eine sehr

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

starke politische Wirkung auf die Entente und auch auf Rumänien ausgeübt haben. Auch ohne den Fall der Festung sei die Wirkung ihrer schweren Verluste auf die Franzosen sehr beträchtlich gewesen. Briand sei bekanntlich während der geheimen Kammersitzung dicht am Sturze gewesen und nur durch den russischen Erfolg in Galizien gerettet worden.

Davon daß Euer Exzellenz zu irgend einer Zeit ein Ultimatum an Rumänien vereitelt hätten, ist überhaupt zwischen Professor Hoetzsch und mir nicht die Rede gewesen.

Herr Hoetzsch hat mir die Richtigkeit der vorstehenden Darstellung meines Gesprächs mit ihm bestätigt.

Ich bin dankbar, daß Euer Exzellenz mir sofort Gelegenheit gegeben haben, den Sachverhalt aufzuklären. Sollten, was ich nicht klar ersehen kann, die im ersten Satz Ihres Schreibens erwähnten Gerüchte sich auch an meine Person knüpfen, so darf ich bitten, mir auch hier noch den Inhalt der Gerüchte und ihre Verbreiter nennen zu wollen, damit ich der Sache nachgehen kann.

Genehmigen Euer Exzellenz den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung

mit der ich verbleibe Ew.pp. ganz ergebener

667. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 20980, f. 67–68. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 720. [Berlin] 26. September 1916

General von Hindenburg telegraphiert mir:

„Um bei den Verhandlungen der gemischten militärischen Kommission über die Organisation der polnischen Wehrmacht auf festere Grundlage bauen zu können, muß ich darauf bestehen, daß die in Wien zwischen dem Herrn Reichskanzler und Baron Burian mündlich getroffenen Vereinbarungen wenigstens inbezug auf ihren militärischen Inhalt schriftlich festgelegt und von den beiden Regierungen und obersten Heeresleitungen unterzeichnet werden. Dabei muß zum Ausdruck kommen, daß Deutschland entsprechend dem späteren politischen Verhältnis im Staate Polen auch in der Organisation der polnischen Wehrmacht die Führung und bei den Kommissionsberatungen die entscheidende Stimme hat, während Österreich in den Sitzungen gewissermaßen nur Patenstelle vertritt, die durch seine bisherigen Beziehungen zum Lande berechtigt ist.“

Ich habe dem General erwidert, daß eine nachträgliche schriftliche Fixierung mit den angegebenen Förmlichleiten den internationalen Gepflogenheiten nicht entspreche und auch ein einem Bundesgenossen gegenüber besser zu vermeidendes Mißtrauensvotum sein würde. Dagegen darf ich Ew. Exzellenz ersuchen, Baron Burian aufzufordern, Generaloberst von Conrad schriftlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von der mir seiner Zeit in Wien mündlich erteilten Zusicherung zu unterrichten, daß die Beteiligung der österreichisch-ungarischen Delegierten an den in Rede stehenden Kommissionverhandlungen lediglich formelle Bedeutung habe, um die Stellung Österreich-Ungarns nach außen hin als Kompaciscent zu wahren. Gleichzeitig wollen Sie den Minister bitten, den General zu ersuchen, den oben dargelegten Wünschen unserer Obersten Heeresleitung bezüglich einer schriftlichen Fixierung der Grundlagen für die Verhandlungen zu entsprechen und ihn darauf hinzuweisen, daß ein Eingehen auf diese Wünsche sich als Konsequenz der mir seiner Zeit erteilten Zusicherungen ergebe.

General von Hindenburg hält ferner für die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in Polen, das durch das einseitige Vorgehen Österreich-Ungarns bezüglich des polnischen Hilfskorps sehr erschüttert ist, eine öffentliche Erklärung für unerläßlich, daß dieses Vorgehen keine Sonderrechte Österreich-Ungarns nach sich zieht, sondern daß die polnische Frage gemeinsam mit Deutschland gelöst werden soll. Gedacht ist diese öffentliche Erklärung als eine Verlautbarung des amtlichen Depeschenbüros an die Adresse der Polen. Ew.pp. bitte ich mit einem entsprechenden Antrage an Baron Burian heranzutreten und mir über das Ergebnis Ihrer Schritte in den vorstehend berührten Fragen telegraphisch zu berichten.

Zu Ihrer persönlichen Information. Graf Herberstein[249] hat im Großen Hauptquartier unter der Hand den Vermittelungsvorschlag gemacht, daß die Verleihung der Fahnen an das polnische Hilfskorps zwar nicht rückgängig gemacht, aber ihre wirkliche Ausgabe an die Truppe verhindert werden soll.

668. Bethmann Hollweg an Hindenburg

PA Berlin, R 20980, f. 66. Telegramm. Eigenhändig revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

[o. O.] 26. September 1916

Auf Telegramm Nr. 742.

Für General von Hindenburg.

Inwieweit Burian und Conrad mit ihrer Haltung in Frage des polnischen Hilfskorps politische Zwecke verfolgten, lasse er dahingestellt. Es darf nicht übersehen werden, daß die in Wien[250] vereinbarte Proklamation bezüglich der Zukunft Polens auf Befehl von S.M. des Kaisers im Einklang mit den Wünschen des Generals von Falkenhayn zurückgestellt worden ist, wodurch die Regelung der gesamten polnischen Frage einen Aufschub erlitten hat und in

[249] Hermann Graf von Herberstein (1863–1940), k.u.k. Generalmajor; Generaladjutant des Erzherzogs Friedrich seit November 1915; 1917 Feldmarschalleutnant.

[250] Am 11./12. August 1916. Vgl. Ludendorff, Urkunden S. 298–300; Conze, Polnische Nation S. 186.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Österreich-Ungarn Zweifel über unsere Absichten sowie eine nicht unerhebliche Berunruhigung hervorgerufen worden sind.

Die in Wien getroffenen Vereinbarungen sind in der Ew. Exzellenz bekannten gemeinsam vereinbarten Aufzeichnung niedergelegt bis auf die von Baron Burian mündlich gegebene Zusicherung, daß die Beteiligung der österreichischen Delegierten an den kommissarischen Verhandlungen bei der Organisation der polnischen Wehrmacht lediglich formeller Natur sein solle, um die Stellung Österreich-Ungarns nach außen hin zu wahren. Es würde den internationalen Gepflogenheiten nicht entsprechen und vor allen Dingen ein einem Bundesgenossen gegenüber besser zu vermeidendes Mißtrauensvotum sein, wollten wir jetzt nachträglich auf einer mit allen Förmlichkeiten ausgestatteten schriftlichen Festlegung der seinerzeitigen Verhandlungen bestehen. Auch kommt es weniger auf die Form als auf das zu erzielende sachliche Ergebnis an. Ich habe daher den Kaiserlichen Botschafter in Wien dahin instruiert, Baron Burian zu ersuchen, von den mir s.Zt. gegebenen mündlichen Zusicherungen und dem von Ew. Exzellenz geäußerten Wünschen bezüglich des modus procedendi bei den Kommissionsverhandlungen Generaloberst Conrad mit dem Hinweis in Kenntnis zu setzen, daß ein Eingehen auf diese Wünsche sich als Konsequenz dieser Zusicherung ergebe. Sollte Baron Burian dies ablehnen, so würden wir dann für ein weiteres Vorgehen freie Hand haben. Ich möchte einstweilen nicht annehmen, daß diese Eventualität eintreten wird, hoffe vielmehr, daß General von Konrad sich bereit zeigen wird, auf die angeregte schriftliche Fixierung der Grundlagen für die Kommissionsverhandlungen einzugehen.

Bezüglich der von Ew. Exzellenz gewünschten amtlichen Erklärung der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich des polnischen Hilfskorps habe ich Herrn von Tschirschky entsprechend mit Weisung versehen.

669. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1363. Telegramm. Entzifferung mit zahlreichen Marginalien des Kaisers.

Berlin, 28. September 1916, 11 Uhr 40 Min. Nm.
Nr. 9. Ankunft: 29. September 1916, 12 Uhr 10 Min. Vm.

[a]Botschafter Gerard hat mir am Tage vor seiner Abreise nach Dänemark mitgeteilt, daß er in Abänderung seines früheren Planes jetzt nicht nach Amerika reisen werde, sondern nur seine Frau nach Kopenhagen begleiten wolle[a], um dann mit einem kurzen Umweg über Stockholm wieder nach Berlin zurückzukehren. [b]Ich habe daher davon Abstand nehmen müssen, ihm das von Euerer Majestät befohlene Aide-mémoire auszuhändigen,[b] da dieses ja nur für eine mündliche Verwertung beim Präsidenten Wilson bestimmt war und ich befürchten mußte, [c]daß der Botschafter unter den veränderten Umständen den Inhalt der Instruktion ungenau an seine Regierung telegraphieren würde.[c]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Soeben meldet Euerer Majestät Gesandter in Kopenhagen, daß Gerard dort ein Telegramm des Obersten House bekommen hat, das ihn sofort nach Washington berief. [d]Der Botschafter hat sich darauf entschlossen, mit seiner Frau zusammen heute nach Amerika abzureisen.[d] [e]Ich werde nunmehr Euerer Majestät Aide-mémoire zur Mitteilung an ihn dem Grafen von Bernstorff telegraphieren.[e]

Alleruntertänigst

[a–a] *Dazu Vermerk Wilhelms II. am Rand*: Donnerwetter! unglaublich

[b–b] *Einzelne Wörter in diesem Passus unterstrichen und dazu Vermerk Wilhelms II. am Rand*: Donnerwetter! unerhört! ob er weiß oder nicht weiß! ist ganz gleich! Er muß doch einwandfrei orientirt sein?!!

[c–c] *Einzelne Wörter in diesem Passus unterstrichen und dazu Vermerk Wilhelms II. am Rand*: wieso? Er braucht ja nur genau so zu telegraphiren wie ich ihm auf Englisch aufgesetzt habe. Und nur das Gleiche an Bernstorff, Dann ist Gerard in der Controlle!!

[d–d] *Der Passus am Rand angestrichen und dazu der Vermerk am Rand*: da haben wir es!

[e–e] *Einzelne Wörter in diesem Passus unterstrichen und dazu Vermerk Wilhelms II. am rechten Rand*: macht auf Gerard damit gar keinen Eindruck. – *Weiter am linken Rand und am Fuß der Seite*: der Hauptwitz ist, daß es Gerard auch ja in der Tasche halte und daran kaute.
Der Kanzler hat eine vorzügliche Gelegenheit, auf Wilson zu drücken, durch Hyperbedenklichkeit leider versäumt. Bei solchem Verfahren nutzen thatsächlich auch die besten Englischen Depeschen, die ich fabrizire, nun nichts mehr! – Schnelles, entschiedenes Zugreifen und Handeln ist mehr wie je jetzt am Platz und muß gefährlicher Bedenklichkeit weichen in allen Lagen jetzt.

670. Bethmann Hollweg an AA

BA Berlin, R 43/2398h, f. 48. Telegramm (Ferndrucker). Abschrift in Maschinenschrift.

Zu RK 9719 R.Z. Berlin, 28. September 1916

Meine heutige Reichstagsrede[251], die ich Euer Majestät gleichzeitig telegraphisch übermittelte, ist vom Reichstage, wie es der allgemeinen Lage entspricht, mit ernster zuversichtlicher Ruhe aufgenommen worden. Besonderen Beifall fanden meine Ausführungen gegen England und über die Heldentaten unserer Heere. Die Kommissionsberatungen werden noch zu lebhaften Debatten Anlaß geben, doch hoffe ich zuversichtlich, daß der Parteihader dabei zurückgedrängt wird.

[251] Vgl. unten Nr. 823*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

671. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R 43/2398h, f. 41–43. Telegramm (Hughes). Revidiertes Konzept von der Hand Jagows.

RK 9718[I], Berlin, 28. September 1916
Abgangsvermerk: 29. September 1916, 7 Uhr 30 Nchm.

Für Generalfeldmarschall v. Hindenburg.

Ich habe heute in der Plenarsitzung des Reichstags[252] unsere Kriegslage so dargestellt, wie Ew.Exz. die Güte hatten, sie mir durch den General Ludendorff mitzuteilen. Führende Reichstagsmitglieder haben mir den dringenden Wunsch ausgesprochen, es möchte ihnen in streng vertraulicher Sitzung der Budget-Kommission eine eingehende Darstellung der Kriegslage gegeben werden in der Erwartung, daß dadurch weit verbreitete Besorgnisse zerstreut werden könnten. In erster Linie ging Wunsch dahin, daß Ew.Exz. selbst oder General Ludendorff diese Aufklärung übernehmen möchten. Ich habe sofort erklärt, daß mir dies nach Lage der Dinge nicht wohl möglich erscheine. Der Kriegsminister, auf den ich hingewiesen habe, war den Herren nicht erwünscht. Vielmehr baten sie, daß dann wenigstens ein von Ew. Exzellenz autorisirter höherer Generalstabsoffizier Aufklärung geben möchte[253].

Ich glaube, daß man in dieser ernsten Zeit etwaige verfassungsrechtliche Bedenken zurückstellen muß, zumal da auch in früheren Fällen, so während des südwestafrikanischen Feldzugs[254] und bei Beratung der Militärvorlage von 1913 Generalstabsoffiziere in der Budgetkommission Mitteilungen gemacht hätten. Selbstverständlich würde für die Wahrung der Vertraulichkeit alles Erforderliche vorgekehrt werden. Als Zeitpunkt für eine solche vertrauliche Sitzung würde einer der ersten Tage der nächsten Woche ins Auge zu fassen sein[255].

Ew. Exzellenz würde ich für geneigte Stellungnahme zu Dank verpflichtet sein.

Im Übrigen habe ich den Eindruck, daß über Munitionsmangel u. über angeblichen Mangel an ausgebauten rückwärtigen Stellungen im Westen in der Reichstagskommission scharfe Klage geführt werden wird.

---

[252] Vgl. die vorangehende Anm.

[253] In den Sitzungen des Hauptausschusses vom 29. und 30. September 1916 war kein Generalstabsoffizier anwesend. Vgl. unten Nr. 824* und 826*.

[254] Bei der Niederschlagung des Aufstands der Herero und der Nama 1904/07.

[255] Gemeint sind die Sitzungen vom 2. bis 4. Oktober 1916 in einem engeren Kreis des Haushaltsausschusses. Vgl. unten Nr. 831*; ferner Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 758–788.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

672. Grünau an AA

BA Berlin, R 43/2398h, f. 46. Telegramm. Entzifferung. In Typendruckschrift.

Zu RK 9718 RZ[I] Pleß, 29. September 1916, 5 Uhr 25 Min. Nm.
Ankunft: 29. September 1916, 5 Uhr 25 Min. Nm.[!]

Im Anschluß an Tel. Nr. 759.
Generalfeldmarschall v. Hindenburg läßt telegraphieren.

Für den Herrn Reichskanzler:

Auf Telegr. v. 28.9. Zu meinem lebhaften Bedauern bin ich nicht in der Lage, Euerer Exzellenz Wunsch nach näherer Klarlegung der Lage in der Budgetkommission zu entsprechen.

Die Lage ist durchaus günstig und wird in den Veröffentlichungen der Obersten Heeresleitung wiedergegeben. Darüber hinaus erscheinen mir Erklärungen über die Lage nicht mit dem militärischen Interesse vereinbar. Mir ist von weitesten Kreisen Vertrauen ausgesprochen worden, sodaß ich erwarte, daß meine günstige Auffassung der Lage dem gleichen Vertrauen begegnet und die Zuversicht stärkt.

673. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R 43/2398h, f. 51–52. Telegramm (Hughes). Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu RK 9718 KJ[I] Berlin, 29. September 1916
Abgangsvermerk: 29. September 1916, 8 Uhr 48 Min. Nm.

Für Generalfeldmarschall v. Hindenburg.
Auf Telegramm vom 29.

Ich habe heute der Reichstagskommission mitgeteilt[256], daß meine gestrige Beurteilung der Kriegslage nach Form und Inhalt mit E.E. vereinbart war, also die persönliche zuversichtliche Auffassung E.E. wiedergab. Der Wunsch der führenden Reichstagsmitglieder auf noch eingehendere Aufklärung beruht selbstverständlich nicht auf mangelndem Vertrauen zur Heeresleitung, vielmehr ist im Gegenteil in der heutigen Kommissionssitzung dem uneingeschränkten und unbegrenzten Vertrauen zu E.E. wiederholt lebhafter Ausdruck gegeben worden. Aber gerade dieser Umstand und die andauernden schweren und harten Kämpfe in Ost und West mögen es im Zusammenhang mit bekannt gewordenen Besorgnissen in der Munitionsfrage erklärlich machen, daß die Reichstagsmitglieder das Bedürfnis nach unmittelbarer Fühlungnahme mit der Person E.E. nahestehenden militärischen Stelle besonders stark empfinden.

[256] Vgl. unten Nr. 824*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aus diesem Grunde hatte ich den mir ausgesprochenen Wunsch jedenfalls zur Kenntnis E.E. bringen wollen. Ich werde aber nunmehr die Unmöglichkeit seiner Erfüllung in geeigneter Weise zur Kenntnis der betreffenden Herren bringen.

674. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 20864, f. 123. Telegramm Hughes. Maschinenschriftliche Reinschrift.

Grünau Nr. 1194. Berlin, 29. September 1916

Für General Ludendorff.

Die Erklärung, die heute im Auftrage der Obersten Heeresleitung abgegeben worden ist[257], wird in der Presse vielfach dahin verstanden, daß der amerikanischen Regierung wegen der freiwilligen Fliegerbetätigung von Amerikanern bei unseren Feinden Neutralitätsbruch vorgeworfen werden soll, der den baldigen Beginn des rücksichtslosen U-Bootskrieges auch Amerika gegenüber rechtfertigt. Ich darf dazu bemerken, daß eine Neutralitätsverletzung nicht vorliegt. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags hat der Staatssekretär des Reichs-Marineamts dargelegt, daß alle Marinestellen die vorhandenen Kampfmittel als hinreichend für einen wirkungsvollen U-Bootskrieg auf mehrere Monate hinaus betrachten. Dies wird trotz der Vertraulichkeit der Sitzung in weiteren Kreisen nicht unbekannt bleiben und den Eindruck verstärken, daß die erwähnte Erklärung in der Pressekonferenz die Ankündigung des baldigen U-Bootskrieges bedeute. Anstatt die U-Bootfrage bis zu ihrer definitiven Entscheidung in der Öffentlichkeit zur Ruhe zu bringen, haben wir also mit einer erneuten, nach innen wie nach außen schädlichen Agitation zu rechnen. Insonderheit wird hierdurch unsere bekannte Aktion in Amerika[258] stark gefährdet. Euere Exzellenz bitte ich daher, die Erklärung sofort dahin erläutern zu lassen, daß die Oberste Heeresleitung keine neue Entschließung in der U-Bootfrage gefaßt hat, sich vielmehr ihre Stellung vorbehält.

Schließlich darf ich diesen Vorfall zu der ergebenen Bitte benutzen, bezüglich der Behandlung von Pressefragen, die unsere Beziehungen zum neutralen Ausland berühren können, mit mir oder dem Auswärtigen Amt vorher Fühlung nehmen zu wollen.

[257] Vgl. unten ebenda. – Die im folgenden angesprochenen Ausführungen des Staatssekretärs Capelle in: Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 727 und 733.

[258] Präsident Wilson zu einer Friedensaktion zu veranlassen. Vgl. unten Nr. 815*, 818*, 820*, 822*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

675. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22146. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1195. Berlin, 29. September 1916, 8 Uhr 20 Min. Nm.
Ankunft: 29. September 1916, 9 Uhr 10 Min. Nm.

Für Exzellenz Ludendorff.

Fast alle Abendblätter bringen auf Grund der in der Pressekonferenz gegebenen Anregung mehr oder weniger scharfe Artikel gegen Amerika. Empfehle, Kriegspresseamt anzuweisen, möglichst heute noch durch Wolffruf[259] im Sinne meines vorigen Telegramms Aufklärung zu geben.

676. Bethmann Hollweg an Hindenburg

PA Berlin, R 2596. Schreiben. Revidiertes Konzept. In Schreibmaschinenschrift (mit einigen Änderungen von Jagows Hand). Abgangsvermerk: 29. September 1916, 8 Uhr 30 Nm.

[Ohne Nr.] Berlin, 29. September 1916

Auf das gefällige Schreibem vom 19. d. M. – U.J. Nr. 14768 P.[260] – beehre ich mich, Euerer Exzellenz zu erwidern, daß die Frage des Abschlusses einer Militärkonvention mit Österreich-Ungarn sowie der weiteren Ausgestaltung unseres Bundesverhältnisses noch während des Krieges schon den Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen mir und General von Falkenhayn gebildet hat. Wie der dort wohl vorliegende Schriftwechsel erweist, glaubte Herr von Falkenhayn im Gegensatz zu Euerer Exzellenz, militärische Vereinbarungen nicht unabhängig von der Herstellung eines engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn treffen zu können[261]. Angesichts der völlig zerfahrenen innerpolitischen Verhältnisse in Österreich-Ungarn und der gänzlichen Verständnislosigkeit, mit der die zur Zeit in Österreich wie in Ungarn maßgebenden Staatsmänner dieser Lage der Dinge gegenüberstehen, habe ich mit der Einleitung von Verhandlungen über die politische Ausgestaltung unseres Bundesverhältnisses zu Österreich-Ungarn einstweilen absehen müssen. Die das wirtschaftliche Gebiet berührenden Verhandlungen sind, da der wirtschaftliche Ausgleich zwischen Österreich und Ungarn, der die notwendige Grundlage für jede Vereinbarung mit uns bildet, noch immer nicht zustande gekommen ist, über das Stadium einiger formeller Vorarbeiten bis jetzt nicht hinausgelangt. Unter diesen Umständen kann ich es nur um so mehr begrüßen, daß Euere Exzellenz den Stand-

[259] Durch Bekanntmachung des Wolffschen Telegraphenbureaus. – Zum folgenden die vorangehende Nr.

[260] Oben Nr. 661.

[261] Vgl. oben Nr. 428 und unten Nr. 689* und 693*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

punkt Ihres Vorgängers nicht teilen, als ich der Ansicht bin, die ich auch dem General von Falkenhayn gegenüber zum Ausdruck gebracht habe, daß eine Aktion in der militärischen Frage die meiste Aussicht auf Verwirklichung hat und daß positive Ergebnisse auf diesem Gebiete möglicherweise auch die Verhandlungen auf den anderen Gebieten in Fluß bringen würden.

Der Entwurf zu einem militärischen Übereinkommen, den Euere Exzellenz mir mitzuteilen die Geneigtheit hatten, erscheint mir als eine durchaus geeignete Grundlage für die zukünftige Gestaltung unserer militärischen Beziehungen zu Österreich-Ungarn. Nur halte ich es für ausgeschlossen, daß sich die Einführung des Deutschen als Armeesprache in Ungarn wird erreichen lassen. Euerer Exzellenz dürfte es nicht entgangen sein, daß eine sehr starke Strömung der öffentlichen Meinung in Ungarn auf eine völlige Trennung der österreichischen und der ungarischen Armee hinarbeitet. Einer sofortigen Einleitung von Verhandlungen über die zu treffenden Vereinbarungen auf militärischem Gebiet würde übrigens nichts entgegenstehen, nachdem mir Baron Burian bereits schriftlich die Erklärung hat zukommen lassen, „daß die österreichisch-ungarische Heeresleitung im geeigneten Zeitpunkt nach Maßgabe der von der allgemeinen Politik der Monarchie und ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit gebotenen Direktiven bereitwillig in Besprechungen über die militärischen Abmachungen eintreten werde, welche in Ausnützung der Erfahrungen dieses Krieges beiderseits als notwendig erkannt werden würden“. Dem Ermessen Euerer Exzellenz darf ich hiernach ergebenst anheimstellen, mit der österreichisch-ungarischen Heeresleitung in der Sache Fühlung zu nehmen.

Was die politischen Darlegungen Euerer Exzellenz betrifft, so kann ich denselben nur durchaus beistimmen. Die gemachten Erfahrungen haben indessen erwiesen, wie ich mir schon eingangs anzudeuten erlaubte, daß es vollkommen zwecklos sein würde, mit den gegenwärtig in Österreich-Ungarn am Ruder befindlichen Persönlichkeiten in Erörterungen über eine Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse der Monarchie einzutreten. Ob in absehbarer Zeit ein Wechsel in der Besetzung der höchsten verantwortlichen Stellen in Österreich und Ungarn eintreten wird, läßt sich noch nicht absehen. Wie ich streng vertraulich bemerken darf, sind Bestrebungen im Gange, einen solchen Wechsel herbeizuführen. Die Person des Kaisers Franz Joseph bildet indes ein ernstes Hindernis gegen die Umwälzungen in der angedeuteten Richtung. Auch ist es in hohem Grade unwahrscheinlich, daß es gelingen könnte, den Monarchen dazu zu bewegen, dem jetzigen Thronfolger[262] eine Stellung einzuräumen, die es ihm ermöglichen könnte, die wünschenswerten grundlegenden Veränderungen in der Struktur des österreichisch-ungarischen Staatskörpers durchzuführen oder gar zu seinen Gunsten abzudanken. In dieser Hinsicht ist es symptomatisch, daß, wie mir unter der Auflage strengster Geheimhaltung

[262] Karl (I.) (1887–1922), Erzherzog; Großneffe Kaiser Franz Josephs und Thronfolger; Kaiser von Österreich und König von Ungarn (als Karl IV.) 21. November 1916–11. November 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mitgeteilt worden ist, der Kaiser Franz Joseph kürzlich sich einer Anregung des Erzherzogs Friedrich mit den Worten widersetzt hat: „Er soll nur bleiben, wo er ist."

Das von General Bardolff mitgeteilte politische Programm für einen Aufbau Österreich-Ungarns auf der Grundlage des Nationalitätenstaates dürfte schwerlich eine geeignete Grundlage für die Regeneration der Monarchie bilden. Es bringt das unüberwindliche Mißtrauen und die unbegrenzte Abneigung des verstorbenen Erzherzoges Franz Ferdinand gegen Ungarn zum Ausdruck und ist offensichtlich in erster Linie unter dem Gesichtspunkte entworfen, die bevorzugte Stellung, die das ungarische Staatswesen in dem Verbande der Monarchie einnimmt, herunterzudrücken. Ein Blick in die ungarische Geschichte lehrt, daß dieses Programm nur nach Niederwerfung einer Revolution in Ungarn durchzuführen sein würde. Aber auch wenn man Ungarn ausscheiden und die Organisation nach Nationalitäten auf die österreichische Reichshälfte beschränken wollte, so liegen die Verhältnisse dort so kompliziert, daß sie sich nicht auf diese einfache Formel bringen lassen, ohne daß dadurch schwere innere Reibungen entstehen und neue Zersetzungsmomente in den österreichischen Staatsorganismus hineingetragen werden würden. Auch werden die weiteren Schicksale der Monarchie so wesentlich von der Lage der Dinge beim Friedensschluß abhängen, daß es kaum möglich ist, sich schon heute ein Bild darüber zu machen, welche Maßnahmen geboten sind, um dem Auflösungsprozeß unseres Bundesgenossen in wirksamer Weise zu begegnen. Soviel läßt sich aber schon heute sagen, <daß eine Zustimmung> immer davon ausgehen muß, daß in Österreich den Deutschen, in Ungarn den ungarischen Elementen die vorherrschende Stellung gesichert wird. Zur Zeit muß sich unsere Tätigkeit darauf beschränken, in weiteren Kreisen Österreich-Ungarns das Gefühl zu erhalten und zu vertiefen, daß die Dinge nicht so weiter gehen können wie bisher. Eine weitergehende Aktion würde allenfalls in Frage kommen können, nachdem in die maßgebenden Stellen der österreichisch-ungarischen Verwaltung Persönlichkeiten gelangt sind, die für diese Sachlage Verständnis und den guten Willen haben, Abhilfe zu schaffen. Das ist einstweilen nicht der Fall.

Sollte, wie ich das nach den vorstehenden Darlegungen befürchten muß, eine Neuordnung der Verhältnisse in Österreich-Ungarn noch während des Krieges sich nicht ermöglichen lassen, so erwünscht das an sich auch wäre, so bietet uns die im Herbst n.J. vereinbarungsgemäß zulässige Kündigung unseres Bundesverhältnisses zu Österreich-Ungarn eine Handhabe, um auch nach dem Kriege auf die Monarchie einen Druck in der gewünschten Richtung auszuüben[263]. Wir werden dann äußersten Falls, und wenn die politische Gesamtlage das zuläßt, die österreichisch-ungarische Monarchie vor die Wahl stellen können, sich unseren Forderungen anzupassen oder auf den weitgehenden Schutz

[263] Der Zweibund von 1879 hatte zunächst eine Dauer von fünf Jahren und verlängerte sich jeweils um drei Jahre, wenn nicht im ersten Monat des letzten Vertragsjahres zu Neuverhandlungen eingeladen wurde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu verzichten, den das gegenwärtige Bundesverhältnis ihr bietet. Im gegenwärtigen Augenblick schon mit diesem oder anderen Pressionsmitteln zu arbeiten, würde außerordentlich bedenklich sein. Wir könnten uns dann plötzlich vor die Erklärung gestellt sehen, daß Österreich-Ungarn zur Fortsetzung des Krieges außerstande sei und einen Separatfrieden mit unseren Feinden, auch mit erheblichen Opfern, einer Unterstellung unter die deutsche Vormundschaft vorziehe.

677. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1363. Immediatbericht. Maschinenschriftliche Abschrift des Reinkonzepts. – Das eigenhändige superrevidierte Konzept Bethmann Hollwegs befindet sich ebenda.

Berlin, 30. September 1916

Aus Euerer Majestät Randvermerken zu meinem Telegramm vom 28. d. M.[264] habe ich Allerhöchstderselben scharfe Mißbilligung erkennen müssen, daß ich das von Euerer Majestät verfaßte aide mémoire dem Botschafter Gerard nicht ausgehändigt habe. Euere Majestät wollen Allergnädigst gestatten, daß ich die Gründe meines Verhaltens ehrerbietigst darlege.

Das aide mémoire war nach Euerer Majestät Willen dazu bestimmt, daß es Gerard „auf der Fahrt in der Tasche halte und daran kaute“, um nach seiner Ankunft auf den Präsidenten Wilson persönlich einen Druck auszuüben. Da mir der Botschafter mitgeteilt hatte, daß er jetzt n i c h t reise, war die Erfüllung dieses Zweckes unmöglich. Daß er in Kopenhagen auf Grund dort erhaltener Telegramme aus Washington seinen Entschluß ändern und doch reisen werde, war mir völlig unmöglich zu wissen. Aus den Mitteilungen von Kreisen, die dem Botschafter Gerard persönlich nahe stehen, wußte ich bestimmt, daß er bei seiner Abfahrt von hier nicht die Absicht hatte, nach Amerika zu fahren. Hätte ich ihm das aide mémoire ausgehändigt und reiste er nicht, was ich hiernach mit aller Bestimmtheit annehmen mußte, so würde er das Telegramm per Kabel an den Präsidenten gegeben haben. In welcher Form, ob im Wortlaut oder nur dem ungefähren Inhalt nach und mit welchen persönlichen Zusätzen, wäre bei der bekannten Unzuverlässigkeit des Botschafters überaus zweifelhaft gewesen. Jedenfalls würde er die Inaussichtstellung des Ubootkrieges, den er persönlich auf das Schärfste verwirft, stark unterstrichen haben. Damit wäre die von Euerer Majestät befohlene Aktion des Grafen Bernstorff, in der keine Drohung mit dem Ubootskrieg enthalten ist, durchkreuzt worden. Daß Graf Bernstorff eine Kontrolle über das Telegramm Gerards hätte ausüben können, wäre wohl kaum möglich gewesen, da er von seinem Inhalt schwerlich genaue Kenntnis erhalten haben würde. Der mit der Aktion Bernstorffs verfolgte schleunige Erlaß eines Friedensappells des Präsidenten Wilson schien und

[264] Oben Nr. 669.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scheint mir so sehr im Vordergrunde unserer Interessen zu stehen, daß ich die Verantwortung für seine Gefährdung nicht übernehmen wollte. Durch den von mir eingeschlagenen Weg dürfte übrigens weiterhin dem Botschafter Gerard die Möglichkeit entzogen sein, inzwischen Indiskretionen, die sehr in seiner Gewohnheit liegen, gegenüber England zu begehen.

Euerer Majestät Vorwurf, daß ich durch philosophische Hyperbedenklichkeit eine vorzügliche Gelegenheit, auf Wilson zu drücken, verpaßt hätte, ist so schwer und würde mich, wenn begründet, mit einer solchen Schuld an dem weiteren Verlauf des Weltkrieges belasten, daß ich meinem eigenen Gewissen gegenüber nicht darauf habe verzichten dürfen, Euerer Majestät meine Überzeugung und Auffassung ehrfurchtsvoll vorzulegen.

Alleruntertänigst

678. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 9017. Immediatbericht. Von Wilhelm II. behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes.: 1. Oktober 1916.

[Ohne Nr.] Berlin, 30. September 1916

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät darf ich anliegend einen geheimen Bericht Euerer Majestät Botschafters in Wien über die allgemeine Lage in Österreich-Ungarn alleruntertänigst vorlegen. Herr von Tschirschky malt, wie ich fürchte, nicht zu schwarz. Hilfe kann auch nach meiner Ansicht nur durch einen durchgreifenden Personenwechsel gebracht werden. Graf Tisza wird dabei nicht in Frage kommen. Er steht bei Seiner Majestät dem Kaiser Franz Joseph ganz fest und verfügt auch in dem parlamentarisch regierten Ungarn über eine große und feste Mehrheit im Reichstag. Aktionen, die den Grafen Stürgkh und den Baron Burian stürzen sollten, sind, wie ich Euerer Majestät mehrfach gemeldet habe, wiederholt im Gange gewesen. Sie sind bisher gescheitert und werden, wie ich fürchte, wenn keine außerordentlichen Maßregeln ergriffen [werden], auch weiterhin scheitern, weil dem Grafen Tisza zur Aufrechterhaltung seiner Macht Männer wie die beiden österreichischen Minister durchaus genehme sind und weil Seine Majestät der Kaiser Franz Joseph bei seinem hohen Alter vor einschneidenden Entschlüssen und vor Wechseln in den entscheidenden Stellen zurückscheut. Unter diesen Umständen erblicke auch ich den einzigen Ausweg darin, daß Euere Majestät die Gnade hätten, mit dem Erzherzog Thronfolger[265] AllerhöchsSelbst über die so ernste Lage der Donaumonrchie zu sprechen und den hohen Herrn zu dringenden Vorstellungen bei Seiner Majestät dem Kaiser zu bewegen. Der Gedanke, daß dem Erzherzog Eugen die Ministerpräsidentschaft übertragen werde, scheint mir glücklich, würde vielleicht auch bei Seiner Majestät dem Kaiser eher durchzusetzen sein als eine andere Kandidatur.

[265] Erzherzog Karl (I.).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gleichzeitig wäre allerdings die Beseitigung Baron Burians für unsere Interessen dringend erwünscht. Euere Majestät haben selber die Gründe dafür so oft dargelegt, daß ich weitere Ausführungen hierüber unterlasse. Als Ersatz für ihn würde Graf Andrassy allerdings nicht ins Auge gefaßt werden können. Graf Tisza akzeptiert ihn niemals und auch bei Seiner Majestät dem Kaiser ist er persona ingratissima. Dagegen ist mir auch von österreichischer Seite wiederholt Graf Szecsen[266], früherer Botschafter in Rom und Paris, jetzt Hofmarschall in Ungarn, gelobt worden, und wenn er auch in den Formen etwas steif ist, so würden wir mit ihm unter allen Umständen doch besser auskommen als mit dem Baron Burian.

Euerer Majestät wage ich deshalb ehrfurchtsvollst anheimzustellen, Allergnädigst, wenn irgend angängig, eine entsprechende Aussprache mit dem Erzherzog Thronfolger herbeiführen zu wollen.

679. Grünau an AA

PA Berlin, R 20864, f. 133. Telegramm (Hughes). In Typendruckschrift.

Nr. 763. Pleß, 30. September 1916

Heute Nacht ist noch folgendes Zirkular an alle Zensurstellen und an die Presse telegraphisch gegeben worden:

„Unter Hinweis auf die an die Presse gegebene Mitteilung über amerikanische Flieger an englisch-französischer Front ist die Presse zu verständigen, daß, nachdem die Besprechung der mitgeteilten Tatsachen durch die Presse inzwischen stattgefunden hat, die Erörterungen darüber nunmehr einzustellen sind. Im übrigen sind Erörterungen über den U-Bootkrieg nach wie vor verboten.“ General Ludendorff und Major Nicolai betonten, daß lediglich der militärische Vorfall, der auch von der französischen Presse und Poldhu gebracht worden sei, besprochen werden sollte. Irgend eine andere Absicht habe nicht vorgelegen, es werde vielmehr grundsätzlich unbedingt darauf gesehen, daß das Auswärtige Amt beteiligt werde, wo es sich um Zusammenhänge mit der auswärtigen Politik handle. Im vorliegenden Falle sei durch verschiedene Umstände die Sache schlecht gelaufen. In der diesseitigen Weisung sei allerdings übersehen worden, besondere Benachrichtigung des Ausw. Amts vorzuschreiben, jedoch habe man angenommen, daß das Kriegspresseamt von sich aus das Ausw. Amt benachrichtigen würde. Benachrichtigung des Oberstleutnants von Haeften[267] sei befohlen gewesen, dieser habe aber die Mitteilung durch Zufall zu spät erhalten. Major Deutelmoser sei nicht dagewesen.

[266] Nikolaus Graf Szécsen (1857–1926), Botschafter in Rom (Vatikan) 1901–1911, in Paris 1911–1914; Hofmarschall in Ungarn 1916–1918.

[267] Hans von Haeften (1870–1937), Oberst; Leiter der Militärischen Stelle des AA und Verbindungsoffizier der OHL beim Reichskanzler 1916–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Es wurde darauf hingewiesen, daß in der fraglichen Pressebesprechung Frhr. von Neurath[268] zugegen gewesen sei, der namens des Amtes hätte Stellung nehmen können.

Ich darf vielleicht zur Erwägung stellen, ob nicht seitens des Auswärtigen Amtes in der Pressebesprechung noch besondere Winke zu geben wären, die die Haltung der Presse gegenüber Amerika mit der bekannten Aktion[269] in Einklang bringen sollen.

680. Notiz Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 20864, f. 136. Eigenhändig.

[Ohne Nr.] [Berlin] 30. September 1916

Sofort

Der Hinweis auf Neurath ist ganz abwegig. Neurath kann sich doch mit dem Militär vor den Journalisten nicht zanken. Das ist Grünau mitzuteilen. [a]Neurath hätte wohl so frühzeitig Mitteilg. erhalten können, daß die Sache noch vor dem Erscheinen der Abendblätter hätte redressirt werden können.[a]

Zum Schlußsatz

Die Presse muß sofort angewiesen werden, keinerlei Polemik gegen Amerika zu führen.

[a–a] *Dieser Passus ist gestrichen.*

681. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22146. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1200. Berlin, 30. September 1916, 2 Uhr 20 Min. Nm.
Ankunft: 30. September 1916, 3 Uhr -- Min.

Auf Nr. 763.

Eingreifen Neuraths war nicht angängig, da er über beabsichtigte Erklärung nicht informiert worden war und durch Bemerkungen seinerseits leicht Eindruck differierender Auffassungen hätte entstehen können. Kriegspresseamt ist gebeten worden, heute in neuer Pressesitzung unter Wiederholung der gemeldeten Zensuranweisung zu sagen, daß in U-Bootfrage, in der Kanzler und Oberste Heeresleitung einig gehen, keine neuen Entschließungen gefaßt sind und daß Presse mit Recht sich bei Besprechung des Falles gegen Amerikaner nicht gegen amerikanische Regierung gewandt habe. Ein Neutralitäts-

[268] Konstantin Frhr. von Neurath (1873–1956), Legationsrat an der Botschaft in Konstantinopel 1915–August 1916; im AA tätig September 1916–Januar 1917; Kabinettschef des Königs von Württemberg 1917–1918.

[269] Der vom amerikanischen Präsidenten Wilson geplanten Friedensaktion.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bruch liege in der freiwilligen Betätigung amerikanischer Flieger nicht vor. Politisch sei es unerwünscht, daß Angriffe gegen die amerikanische Regierung gerichtet würden.

682. Grünau an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2398h, f. 53. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 764. Pleß, 30. September 1916, 9 Uhr 22 Min. Vm.
Ankunft: 30. September 1916, 10 Uhr -- Min. Vm.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 761[270].
Für den Herrn Reichskanzler.

Feldmarschall war zunächst geneigt, Major Wetzel[271] zur Budgetkommission zu entsenden. Als er Sache zum Vortrag brachte, stieß er auf heftigen Widerstand bei Seiner Majestät, der sich über Immediat-Telegramm 9[272] noch nicht beruhigt hatte und von neuem gegen Wilhelmstraße wetterte. Die Fahrt nach Krakau wirkte entschieden beruhigend. Auf Rückfahrt kam Seine Majestät von sich aus auf Euerer Exzellenz Rede[273] zu sprechen, die er sehr lobte, sowie auf obige Frage. Er sprach sich sehr ruhig, aber entschieden dagegen aus. Es sei Krieg, und Eingriffe des Parlaments in die Kommandogewalt könnten nicht geduldet werden. Der Wunsch sei begreiflich, aber principiis obsta. Wir kämen zu leicht auf schiefe Ebene, denn mit Einzelfragen anfinge es, dann wolle man überhaupt mitreden und schließlich sich durchsetzen. Außerdem sei keine Garantie für wirkliche Diskretion, und das bedeute in heutiger Zeit eine zu große Gefahr. Über die Franzosen habe man sich lustig gemacht, als sie die parlamentarische Kontrollkommission einführten[274], jetzt verlangte man bei uns dasselbe.

Ganz offenbar hat die Pressenotiz von der Schaffung eines Reichskriegsrats[275] Seine Majestät sehr verstimmt; er ist wiederholt unter Hinweis auf Con-

[270] Vgl. zur Sache oben Nr. 671.

[271] Georg Wetzell (1869–1947), Oberstleutnant; Chef der Operationsabteilung des Generalstabs August 1916–1918.

[272] Oben Nr. 669.

[273] Am 28. September 1916 im Reichstag. Vgl. unten Nr. 823*.

[274] In Frankreich hatten sich am 4. August 1915 Regierung und Parlament geeinigt, die Kontrolle der Regierung durch das Parlament nach bestimmten Regeln einzuführen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 920.

[275] In den Tagen des September 1916 war in der Presse mehrfach die Forderung nach Einberufung eines Reichskriegsrats erhoben worden, so z. B. von der „Germania" Nr. 340 vom 15. September 1916, Abendausgabe. Im Haushaltsausschuß und im Reichstag wurden Forderungen nach Bildung eines Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten laut. Vgl. Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 731–732. – Mit dem im folgenden erwähnten Ausdruck „Convent" ist vermutlich der Konvent (Nationalkonvent) der Französischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vent darauf zurückgekommen. Kaiser hatte übrigens befohlen, daß Antwort Feldmarschalls in freundlichster Form erfolgen solle.

Ich glaube nicht, daß Schlußabsatz des Telegramms des Feldmarschalls etwas für Euere Exzellenz unangenehmes enthalten sollte. Es sollte wohl nur zum Ausdruck gebracht werden, daß, da der Feldmarschall sich nicht äußern kann, das ausgesprochene Vertrauen nun auch betätigt werden muß[276].

683. Wilhelm II. an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1363. Handschreiben. Maschinenschriftliche behändigte Ausfertigung. Praes.: 3. Oktober 1916.

Pleß, 1. Oktober 1916

Ihren Brief[277] dankend erhalten. Ihre Motive sind mir dadurch erklärlich geworden, und ich verstehe, daß so gehandelt wurde. Es war mir natürlich sehr fatal, daß die von mir mühsam persönlich ausgearbeitete Instruktion für Gerard – weil das Englisch der W.Straße unmöglich ist – so lautlos im Tischkasten verschwand. Freilich, wenn der Herr von Ihnen für so unzuverlässig gehalten wird, daß er nicht einmal ein schriftlich – in seiner Landessprache – abgefaßtes Mémoire richtig wiedergeben kann oder will, dann weiß ich eigentlich nicht, wozu der Mann noch hier Botschafter ist. Sind Ew. Exzellenz wirklich der Meinung, die andeutungsweise sich erraten läßt, daß Gerard nicht zu trauen ist und er vielleicht sogar absichtlich falsch berichtet – das kann ja Bernstorff feststellen –, dann ist er eine Gefahr: thut er es nur aus Ungeschick, kommt es auf dasselbe heraus. Dann wäre es besser, er bliebe gleich drüben, und wir bekämen einen anderen Mann her. Denn wenn ein Botschafter das Vertrauen nicht mehr hat, dann ist er mehr als unnütz, dann schadet er. Mein Zahnarzt Davis[278] ist eben aus Amerika zurück, vielleicht kann er Ew. Exzellenz über die Stimmung dort erzählen, er ist meist gut orientiert und ehrlicher als Gerard. Der Sieg bei Hermannstadt[279] ist eine sehr erfreuliche Sache und wird wie es scheint die ganze Rumänische Unternehmung in den Karpathen beeinflussen. Gott hat uns gnädig geholfen, und haben wir ihm heute dafür gedankt, Dryander[280] sprach prachtvoll. Von Lersner ist eben ein Chiffre

Revolution 1792–1795 gemeint, der in verschiedenen Ausschüssen (z.B. im „Wohlfahrtsausschuß") die Exekutive ausübte.

276 Vgl. oben Nr. 672.

277 Oben Nr. 678.

278 Arthur Newton Davis, Zahnarzt Wilhelms II. 1903–1918 (Lebensdaten nicht ermittelt). – Er schrieb ein Buch: The Kaiser as I Know Him. New York/London 1918 (deutsche Übersetzung: Ein Günstling des Kaisers. Berlin 1918).

279 Zur Schlacht von Hermannstadt in Siebenbürgen vom 26. bis 29. September 1916 vgl. Der Weltkrieg XI S. 221–233.

280 Ernst Dryander (1843–1922), Schloßprediger in Berlin seit 1897; im Krieg an mehreren Fronten tätig. – Der im folgenden genannte: Kurt Frhr. von Lersner (1883–1954), Legationssekretär; Leiter der Sektion Politik in der Abteilung IIIb des Stellvertretenden Generalstabs

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eingelaufen aus Bitoli, wodurch mein Schwager[281] mir melden läßt, er dächte gar nicht daran, aus der Neutralität herauszutreten, und würde absolut daran festhalten. Was Österreich betrifft – Tschirschky's Bericht – so muß ich mir das sehr genau überlegen, denn die Aufgabe, die Ew.Exz. mir da stellen, die eigentlich der Botschafter zu lösen hätte, ist gleichbedeutend mit Übernahme des Oberkommandos, nicht nur über Österreichs Heer, sondern über seine Regierung und Politik, und das ist für meine belasteten Schultern etwas reichlich. Sobald ich im klaren bin, werde ich Ew. Mitteilung machen. Ich habe [mich] über die Sachlichkeit und Klarheit Ew.Exz. Rede[282] sehr gefreut, sie wird gut wirken. Die Treibereien, die in Berlin wieder gegen Sie im Gange sind, bedauere ich lebhaft, sie müssen eben öffentlich rücksichtslos gebrandmarkt werden, andauernd durch Wort und Schrift, die beste Parade ist der Hieb. Im übrigen vorwärts mit Gott und Hindenburg.

684. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 20980, f. 75. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 727. Berlin, 1. Oktober 1916

Auf Telegramm Nr. 344.

pp.

Ich kann mich auch heute noch nicht der Auffassung Baron Burians anschließen, daß die jüngsten am Vorabend der Gründung einer einheitlichen polnischen Armee von Österreich-Ungarn einseitig getroffenen Maßnahmen betreffend die polnischen Legionen unseren Abmachungen nicht widersprechen. Sein Einwand, daß sie sich nur auf die bisher der österreichisch-ungarischen Armee zugehörigen polnischen Truppenteile beziehen, erscheint nicht stichhaltig gegenüber der Erwägung, daß gerade jetzt eine einheitliche polnische Armee geschaffen werden sollte. Die Maßnahmen müssen auch bei den Polen den Eindruck hervorrufen und können nur den Zweck verfolgen, im Gegensatz zu obiger Ansicht auch fernerhin eine zur österreichischen Armee gehörige polnische Legion bestehen zu lassen. Daher könnten dann nur andere, der deutschen Armee angeschlossene polnische Legionen gebildet werden. Von einer einheitlichen polnischen Armee unter deutscher Führung und Aufsicht wird dann nicht mehr die Rede sein können.

Ew.pp. wollen sich gegen Baron Burian in diesem Sinne aussprechen.

1914–Oktober 1916; dann Verbindungsoffizier der OHL beim Vertreter des AA im GrHQ bis Oktober 1918.

[281] König Konstantin von Griechenland.

[282] Im Reichstag am 28. September 1916 (unten Nr. 823*).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

685. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22352, f. 53–55. Telegramm. Entzifferung. In Typendruckschrift.

Nr. 1204. Berlin, 2. Oktober 1916, 1 Uhr 20 Min. Nm.

Sie wollen nachfolgendes Telegramm dem Generalfeldmarschall von Hindenburg und Abschrift davon dem Admiral von Holtzendorff zustellen:

Admiral von Holtzendorff mitteilt mir soeben streng vertraulich, daß nach ihm heute zugegangener Nachricht aus dem Großen Hauptquartier in Aussicht genommen werde, Ubootskrieg etwa am 18. Oktober zu beginnen, wozu die Boote mit den entsprechenden Befehlen am 10. d. M. auslaufen müßten[283].

Ich kann der Vorstellung nicht Raum geben, daß in dieser Frage ohne eine bisher nicht erfolgte, von Seiner Majestät sanktionierte Vereinbarung mit mir ein entscheidender, mir lediglich durch den Chef des Admiralstabes mitgeteilter Beschluß gefaßt werden sollte, und möchte folgendes zur Sache bemerken:

Wir haben bekanntlich Amerika zugesagt, den U-Boot-Krieg nur nach Prisenordnung zu führen. Von dieser Zusage können wir nur durch ausdrückliche Erklärung und unter Beobachtung einer Frist abgehen, welche Amerika theoretisch die Zurückhaltung amerikanischer Schiffe und Passagiere von der Fahrt nach England ermöglicht. Graf Bernstorff ist auf persönlichen Befehl Seiner Majestät angewiesen, den Präsidenten Wilson zum Erlaß eines Friedensappells zu veranlassen. Sofern Wilson dazu gebracht wird, soll die wahrscheinliche Ablehnung des Appells durch England und seine Verbündeten – während wir ihn annehmen – uns die Grundlage verschaffen, um die Zurückziehung unserer Amerika erteilten Zusage moralisch vor der Welt, insonderheit auch vor den europäischen Neutralen, zu rechtfertigen und dadurch auf deren präsumtive spätere Haltung einzuwirken. Graf Bernstorff hat auf den ihm sofort telegraphisch übermittelten Auftrag noch nicht geantwortet. Bevor die Situation in dieser Beziehung nicht geklärt ist, ist eine Ankündigung und demzufolge eine durch Allerhöchste Befehle zu erwirkende Ausführung des U-Boot-Krieges unmöglich. Vorher kann ich auch schlechterdings nicht die Zustimmung unserer Verbündeten einholen.

Im übrigen darf ich in Wiederholung, zum Teil in Ergänzung mündlicher Ausführungen Folgendes bemerken.

Erstens. Bruch mit Amerika und in der Folge amerikanische Kriegserklärung halte ich, wofern nicht Friedensappell Wilsons eine ganz neue Situation schaffen sollte, für sicher.

Zweitens. Holland wird seine Schiffahrt nach England nicht stilllegen, sondern, wenn auch nicht sofort, so doch nach wiederholter Vernichtung holländischer Menschenleben in Krieg mit uns eintreten.

[283] Vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 242–244; König, Agitation S. 499–503.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dies ist, wie in diesen Tagen festgestellt, übereinstimmende Ansicht unseres Gesandten Kühlmann, des Militärattachés Renner[284] und des hiesigen holländischen Gesandten Baron Gevers. Holländische Armee beziffert sich einschließlich Reserven und Landsturm nach mir zugänglichen Nachrichten auf etwa 700.000 Mann.

Drittens. Dänemark wird sich nach Ansicht des Gesandten Grafen Rantzau zunächst ruhig verhalten. Persönlich bin ich überzeugt, daß es sich im Endergebnis dem Anschluß an die Haltung Hollands nicht entziehen kann.

Viertens. In Spanien ist die Erregung über einige versenkte Fruchtschiffe momentan so groß, daß der kaiserliche Botschafter[285] davon ernste Folgen befürchtet, um so mehr als England Konzessionen für die Fruchtschiffe gemacht hat. Im Parlament sind bereits Interpellationen eingebracht, da die Störung des Fruchtexports weite Kreise der Bevölkerung vor eine schwere ökonomische Krisis stellt. Wenn diese Versenkungen, die nur im regelmäßigen Handelskrieg erfolgt sind, bereits derartige Stimmungen in dem sonst deutschfreundlichen Land hervorrufen, läßt sich leicht ermessen, welche Rückwirkungen der rücksichtslose Ubootskrieg auch in Spanien haben würde.

Fünftens. Die Wirkung des Ubootskrieges auf England bleibt Sache unsicherer Schätzung. Für uns günstige Momente sind schlechte bezw. mittelmäßige Ernten in England, Nordamerika, Kanada und Argentinien. Trotzdem bleibt bestehen:

a) Unmöglichkeit hermetischer Absperrung Englands;

b) Möglichkeit, unumgänglich notwendige Zufuhren bei Nacht oder unter dem Schutze eines Convois nach England zu befördern;

c) Unmöglichkeit, Transporte zwischen England und Frankreich zu unterbinden, wenn sie auch vielleicht partiell und zeitweise gestört werden können. Hiernach Aussicht, England schwer zu schädigen, zwar vorhanden, Wahrscheinlichkeit aber, es zum Frieden zu veranlassen, wenn Amerika, Holland, Dänemark und Spanien sich ihm anschließen, zum mindesten problematisch.

Die hierdurch eröffneten Perspektiven sind so ungeheuer ernst und von so großer allgemeiner Tragweite, daß sie selbst, abgesehen von der in Amerika schwebenden Aktion, Seiner Majestät in gemeinschaftlichem Vortrage dargelegt werden müssen, bevor der endgültige Entschluß fällt.

Eine detaillierte schriftliche Ausführung des Vorstehenden folgt in kürzester Frist.

[284] Martin Renner (1870–1956), Oberstleutnant; Militärattaché an der Gesandtschaft in den Haag 1915–1917, 1919–1920; a. D. 1920 als Generalmajor.

[285] Maximilian Prinz von Ratibor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

686. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 188–190. Telegramm [durch Grünau]. Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 2. Oktober 1916

Im Anschluß an Telegramm 24.9.

Nach Meldungen Tschirschkys bestreite Burian ihm, B.H., seinerzeit Zusage gemacht zu haben, daß die Beteiligung der österreichisch-ungarischen Delegierten an der gemischten militärischen Kommission in Warschau lediglich die Bedeutung haben sollte, die Stellung Österreich-Ungarns nach außen hin als Kompaciszent zu wahren. Von einer Vorzugsstellung der Deutschen in dieser Kommission oder nur davon, daß die österreichisch-ungarischen Delegierten lediglich als Kompaciszenten auftreten sollten, sei auch in mündlicher Besprechung keine Rede gewesen.

Habe Tschirschky darauf folgende Instruktion erteilt.

Wenn dies auch nicht in dem Protokoll niedergelegt sei, so habe ihm, BH, Burian doch in unseren Unterredungen wörtlich versichert, daß er bei Regelung der Militärfrage in Polen lediglich als „Kompaciszent“ erscheinen wolle. Er, BH, verstehe vollständig, daß Österreich-Ungarn aus Prestigegründen Wert darauf lege, bei Gründung des neuen polnischen Staates nach außen hin als Mitbegründer zu erscheinen, habe daher auch davon Abstand genommen, eine Wendung, die Österreich-Ungarn nur als Kompaziszent erscheinen lasse, protokollarisch festzulegen. Im Protokoll [sei] jedoch gesagt, daß die Aufsicht und oberste Führung der polnischen Armee Deutschland zufallen müsse. Der Beteiligung Österreich-Ungarns an den Bewertungen in der gemischten Kommission könne daher eine praktische Bedeutung nicht zukommen. Wegen des einheitlichen Charakters der Armee, der sich schon aus der von beiden Seiten anerkannten Unzweckmäßigkeit eines Kondominiums ergebe, erscheine eine andere Auffassung tatsächlich unmöglich.

Burian habe ihm, BH, erklärt, daß er bei den kompetenten Faktoren für eine die Einheitlichkeit der Armee sicherstellende Aufsicht und oberste Führung durch Deutschland eintreten werde, auch erklärt, daß er glaube, dies mit Erfolg tun zu können. Bisher [seien] keinerlei Modifikationen dieser Zusage erfolgt, so daß er habe annehmen dürfen, daß die zuständigen Faktoren damit einverstanden seien. Wenn es etwa doch nicht der Fall sein sollte, so würde allerdings Ergebnis unserer damaligen Verhandlungen völlig in Frage gestellt sein; wir würden uns dann zu unserem Bedauern gezwungen sehen, in unserem Okkupationsgebiet selbständig vorzugehen.

Tschirschky [ist] ermächtigt, vorstehendes Burian vorzulesen bzw. in Form einer Notiz zu übergeben.

Ferner habe er im Hinblick auf die Verwandlung der polnischen Legion in polnisches Hilfskorps, die Burian gegenüber Tschirschky zu bagatellisieren

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

versucht hatte, diesem zur Mitteilung an Burian erwidert: Er, Bethmann Hollweg, könne sich auch heute noch nicht der Auffassung Burians anschließen, daß die jüngsten am Vorbild der Gründung einer einheitlichen polnischen Armee von Österreich einseitig getroffenen Maßnahmen betreffend die polnischen Legionen unseren Abmachungen nicht widersprächen. Burians Einwand, daß sie sich nur auf die bisher der österreichisch-ungarischen Armee zugehörigen polnischen Truppenteile bezögen, erscheine nicht stichhaltig gegenüber der Erwägung, daß gerade jetzt eine einheitliche polnische Armee geschaffen werden sollte. Die Maßnahmen müßten auch bei den Polen den Eindruck erwecken und könnten nur den Zweck verfolgen, auch fernerhin eine zur österreichischen Armee gehörige polnische Legion bestehen zu lassen. Daher könnten dann nur andere, der deutschen Armee angeschlossene polnische Legionen gebildet werden. Von einer einheitlichen polnischen Armee unter deutscher Führung und Aufsicht werde dann nicht mehr die Rede sein können.

687. Bethmann Hollweg an H. von Beseler

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 191–192. Telegramm (von Beseler am 3.10. Hindenburg mitgeteilt). Antwort auf Beselers Schreiben vom 25.9. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 2. Oktober 1916

Bezüglich des ganzen Komplexes der polnischen Fragen hatten sich neuerdings Komplikationen ergeben, die einerseits auf Meinungsverschiedenheiten mit der österreichisch-ungarischen Regierung, andererseits auf den Widerstand der politischen Parteien in Preußen gegenüber der Bildung eines selbständigen polnischen Staatswesens zurückzuführen seien.

Geht zunächst auf Meinungsverschiedenheiten mit Österreich-Ungarn ein, habe schließlich Tschirschky mit Erklärung an Burian beauftragen müssen, daß er, BH, genötigt sein würde, bei Aufrechterhaltung von Burians Standpunkt das Ergebnis der Wiener Verhandlungen als völlig in Frage gestellt anzusehen. Bei dieser Sachlage sei es für ihn um so schwieriger, den ernsten Einwänden entgegenzutreten, die insbesondere von konservativer[286] und nationalliberaler Seite gegen die Gründung eines selbständigen Polens geltend gemacht würden. Diese Einwände gründeten sich teils auf die Besorgnis, daß durch die beabsichtigte Proklamierung die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Rußland ausgeschlossen werde, teils auf das Bedenken, daß diese Lösung eine Irredenta groß ziehe und damit die Ergebnisse unserer bisherigen Polenpolitik in Frage stellen werde. Das Argument, daß unsere militärischen Interessen einen weiteren Aufschub der geplanten Kundgebung nicht länger vertrügen,

[286] Zur Haltung der Konservativen in der Polenfrage zu diesem Zeitpunkt vgl. Westarp, Konservative Politik II S. 64–66.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

habe durch Mitteilung des Kriegsministeriums an Gewicht verloren, daß die aus Polen zu gewinnenden Truppen lediglich eine Division betragen würden. Bittet um Material, das ihm ermöglichen könnte, die Parteiführer zu einer optimistischeren Auffassung bezüglich der zu erwartenden Ergebnisse der polnischen Rekrutierung zu bringen. Fürchte andernfalls, den Widerstand der Parteien nicht überwinden zu können, und sehe sehr entschiedenen Kundgebungen im Reichstag sowie in der Presse gegen beabsichtigte polnische Problemlösung entgegen. Wenn hierdurch leider beabsichtigte Proklamierung bis nach Behebung der entstandenen Schwierigkeiten einstweilen zurückgestellt werden müsse, so sehe er doch keine Bedenken, eine Abordnung der Polen hier zu empfangen. Bittet um Vorschlag für eine Antwort an Abordnung, die sich nach Lage der Verhältnisse wohl nur in ganz unbestimmten Wendungen bewegen könne.

688. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 1363. Immediatbericht. Maschinenschriftliches Konzept mit zahlreichen eigenhändigen Änderungen und Zusätzen.

[Ohne Nr.] Berlin, 3. Oktober 1916

Euer Majestät

darf ich für das gnädige Handschreiben v. 1. d. M.[287] meinen alleruntertänigsten Dank zu Füßen legen.

[a]Vor einigen Wochen, als Mr. Gerard sich besonders nervös und wechselvoll in seinen Stimmungen zeigte, war Graf Bernstorff angewiesen worden, dem Colonel House vertraulich nahezulegen, dem Botschafter zu einem Urlaub zu verhelfen. House hat damals an Gerard privatim geschrieben, er möchte doch nach Washington kommen. Gerard, dem die Zusammenhänge nicht bekannt waren, erbat einen Urlaub und trug sich wohl mit der Illusion, man wolle ihn, zugleich mit den Botschaftern in Paris und London, welche jetzt in Washington weilen sollen, über Friedensmöglichkeiten hören. Um so größer war seine Enttäuschung, als die erwartete Genehmigung des Urlaubsgesuchs innerhalb 14 Tagen nicht eingetroffen war. Er glaubt, wie ich weiß, daß im Statedepartement sich ihm feindliche Einflüsse geltend gemacht hätten. Die schließlich, im letzten Moment, in Kopenhagen eingetroffene Bewilligung wird, wie ich annehmen möchte, wohl auf einen nochmaligen Vorstoß von House erfolgt sein.[a] Ich hätte Euer Majestät vorgeschlagen, an Wilson das Verlangen zu stellen, den Botschafter abzuberufen, wenn ich nicht hätte fürchten müssen, daß an seiner Stelle ein noch unbequemerer Mann nach Berlin geschickt werden würde und daß Gerard, dem ja bei den Zuständen im State-Department der Grund seiner Abberufung nicht verborgen geblieben wäre, aus

[287] Oben Nr. 683. Zum folgenden Absatz vgl. House, Intimate Papers II S. 389–390.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gekränkter Eitelkeit seinen unzweifelhaften politischen Einfluß in Washington benutzt hätte, um gegen Deutschland zu hetzen und zu wühlen.[b]

Euer Majestät Zahnarzt Davis werde ich [c]sobald als möglich[c] kommen lassen [d]und ausfragen[d]. Der Hearst-Vertreter Hale[288], den Euer Majestät[e] zu empfangen seinerzeit die Gnade hatten, glaubte neulich auf Grund von Briefen aus Amerika die Wiederwahl Wilsons als sicher bevorstehend in Aussicht stellen zu können. Meines Dafürhaltens wird es für die Haltung der Vereinigten Staaten uns gegenüber nicht viel ausmachen, ob Hughes Wilson aus dem Weißen Haus vertreibt oder nicht[289]. [f]Von Graf Bernstoff ist noch keine Antwort da.[f]

Wie ich Ew.M. schon telegraphisch melden durfte, habe ich das Angebot Wallenbergs[290], von sich aus im Sinne eines Separatfriedens mit Rußland zu wirken, voller Freude angenommen. Leider ist der russische Gesandte in Stockholm, Nekludow, [g]nicht ganz[g] zuverlässig. Herrn Wallenberg gegenüber gebärdet er sich zwar als Friedensfreund; ich habe aber sichere Unterlagen dafür, daß er – jedenfalls zu einem früheren Zeitpunkt – [h]nicht im Sinne einer Verständigung zwischen den beiden Reichen gewirkt hat[h]. Ich zweifle jedoch nicht, daß es der Gewandtheit Herrn Wallenbergs gelingen wird, wenn er es wirklich tun will, trotz Nekludow seine Fäden nach Rußland zu spinnen.

Die Ernennung Protopopoffs[291] zum russischen Minister des Innern vermag ich in ihrer vollen Bedeutung noch nicht zu übersehen. Daß ein Oktobrist[i, 292] in das bisher nur aus reaktionären Elementen zusammengesetzte Kabinett berufen worden ist, ist [j]auffallend. Daraus zu schließen, daß auch die Linken langsam etwas von England abrücken wollen, wäre verfrüht. Protopopoff gilt übrigens persönlich nicht als Engländerfreund.[j] Im vergangenen Juli hatte ich einen zuverlässigen Vertrauensmann mit Protopopoff bei seiner Durchreise durch Stockholm Fühlung nehmen lassen. Die Unterredung hat aber damals kein nennenswertes Resultat ergeben, außer daß der jetzige Minister des Innern von der russischen Presse wegen seiner angeblichen Verhandlungen mit Deutschland auf das schärfste angegriffen wurde. Daß er nach diesen Vorgängen das Portefeuille des Innern bekommen hat, ist jedenfalls nicht ohne Bedeutung.

---

288 William Bayard-Hale (1869–1924), amerikanischer Journalist; Pressevertreter in Berlin für Hearst 1914–1918. – William Randolph Hearst (1863–1951), amerikanischer Verleger und Medien-Tycoon.

289 Wilson wurde am 7. November 1916 als Präsident wiedergewählt. Er erhielt 276 Stimmen gegenüber 255 Stimmen, die für Hughes votierten. Wilson verdankte seine Wiederwahl den Deutschamerikanern, den Iren und den Friedensfreunden, die von ihm die Fortsetzung seiner Friedenspolitik erwarteten.

290 Oben Nr. 361. – Der im folgenden genannte Anatolij Vasil'evič Nekljudov (1856–1943), russischer Gesandter in Stockholm 1914–1917.

291 Aleksandr Dmitrievič Protopopov (1866–1918), russischer Innenminister September 1916–Februar 1917.

292 Russisch: Oktjabristy, Mitglieder der Partei „Bund des 17. Oktober"; aus der Russischen Revolution von 1905 hervorgegangen (Oktobermanifest Nikolaus' II.); sie waren Anhänger einer konstitutionellen Monarchie.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[k]Prinz Hohenlohe, der heute nach Wien gereist ist, sagte mir, die Oesterreicher wollten und würden die Einberufung der Delegationen[293] durchsetzen. Baron Burian und Graf Stürgk wackelten heute, und es sei nicht unmöglich, daß noch vorher ein Wechsel eintrete. Graf Szeczens Chancen sind zweifelhaft. Nach allerdings unverbürgten Nachrichten scheint man für den Ballplatz auch von Hohenlohe zu sprechen. Sobald ich weiteres höre, melde ich sofort.

Die Reichstagskommission arbeitet einstweilen fleißig, etwas langatmig, aber bisher durchaus anständig. Man hat einstweilen den guten Willen, Geschlossenheit zu dokumentieren. Unerwartete Zwischenfälle sind natürlich im parlamentarischen Leben nie ausgeschlossen.[k]

Darf ich[l] Euer Majestät noch einmal meinen alleruntertänigsten Dank für die so gnädig übernommene Patenschaft bei [m]meinem Enkel Wilhelm Friedrich[m],[294] aussprechen. Wir haben eine ganz kleine Taufe gefeiert, mit einer kurzen, eindrucksvollen Ansprache des Generalsuperintendenten Lahusen. Eine ganz besondere Freude war es mir, daß Euer Majestät zu Allerhöchstdero Vertreter den Admiral von Müller ernannt hatten, mit dem mich herzliche und freundschaftliche Beziehungen verbinden.

Der Sieg von Hermannstadt u. der gestrige Zusammenbruch der russischen Angriffe waren große Taten. Wenn Rußland sieht, daß es Konstantinopel nicht kriegen kann, hoffe ich doch noch, daß es einlenken wird.

a–a *Dieser Passus ist eigenhändig am Rand eingefügt und dafür folgender Passus gestrichen*: Bei seinem letzten Aufenthalt in Berlin hatte ich dem Obersten House nahe gelegt, Gerard, der mir schon seit geraumer Zeit nicht ganz zuverlässig erschien, zu einem längeren Urlaub nach Amerika kommen zu lassen.

b *Folgt gestrichen*: Die jetzt ergangene Aufforderung House's an Gerard, nach Amerika zu kommen, dürfte mit meinem damaligen Gespräch mit dem Obersten zusammenhängen.

c–c *Zwischen den Zeilen geändert aus*: mir in den nächsten Tagen

d–d *Folgt gestrichen*: sowie die Budget-Kommission des Reichstages vorüber ist und ich nicht mehr den ganzen Tag in dem hohen Haus zu sitzen brauche. Es wird mich sehr interessieren, von einem vorurteilsfreien Menschen neue Nachrichten über die Verhältnisse und die Stimmung in den Vereinigten Staaten zu hören. – *Folgt gestrichen folgender neuer Absatz*: Der Sieg bei Hermannstadt hat hier einen großen Jubel ausgelöst. So mögen sich Herr Bratianu und seine sauberen Kumpanen den Krieg auch nicht vorgestellt haben. Gott gebe uns noch weitere Gelegenheit, sie fühlen zu lassen, wie deutsche Hiebe schmecken.

e *Folgt gestrichen*: ja auch

293 Delegationen waren nach dem Österreichisch-Ungarischen Ausgleich von 1867 Ausschüsse (zu je 60 Mitgliedern) des österreichischen Reichsrats und des ungarischen Reichstags, die jährlich zur gleichen Zeit, aber getrennt, tagten, um Beschlüsse für beide Teile der Monarchie zu fassen, für die jeweils eine Mehrheit stimmen mußte.

294 Wilhelm Friedrich (Graf) von Zech-Burkersroda (4. August 1916–1938), Sohn des Julius Graf von Zech-Burkersroda (1885–1946) und der Isa, geb. von Bethmann Hollweg (1894–1967). – Der im folgenden genannte: Friedrich Lahusen (1851–1927), Generalsuperintendent von Berlin 1912–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

f–f *Ergänzt zwischen den Zeilen und am Rand.*
g–g *Dafür gestrichen*: alles andere als
h–h *Zwischen den Zeilen geändert aus*: alles getan hat, um eine Verständigung zwischen den beiden Reichen zu hintertreiben.
i *Dafür gestrichen*: Kadett
j–j *Zwischen den Zeilen und am Rand geändert aus*: jedenfalls bezeichnend für das Chaos, das in Rußland herrscht.
k–k *Einschub am Rand.*
l *Folgt gestrichen*: bei dieser Gelegenheit
m–m *Zwischen den Zeilen geändert aus*: kleinen Enkelchen

689. Randvermerk Bethmann Hollwegs

BA Berlin, R 43/1395l, f. 76. Eigenhändig.

[Berlin] 4. Oktober 1916

Das ist unmöglich[295]. Es muß mit Scheidemann gesprochen werden, wobei ihm streng diskret angedeutet werden kann, daß gerade gegenwärtig Dinge sich anzubahnen scheinen, die durch Erörterung der Kriegsziele konterkarirt werden würden[296]. Allerdings steht das in gewissem Widerspruch mit einer neulichen Antwort auf die Anfrage von Hoch[297]. Vielleicht muß ich selbst mit Scheidemann sprechen.

295 Unterstaatssekretär Drews hatte mitgeteilt, daß nach Recherchen des Berliner Polizeipräsidenten die SPD in der jetzigen Reichstagssession die Reichsregierung auffordern wolle, die Kriegsziele bekanntzugeben.

296 Gemeint sind die erwartete Friedensvermittlung Präsident Wilsons und das von Bethmann Hollweg geplante deutsche Friedensangebot. – Über die Kontakte zwischen Scheidemann und Reichskanzler vgl. allgemein: Scheidemann, Memoiren I S. 346–351.

297 Gustav Hoch (1862–1942), MdR (SPD) 1907–1918. – Eine die Kriegsziele betreffende Anfrage Hochs ist weder in der Reichstagssitzung vom 28. September 1916 noch in den Sitzungen des Haushaltsausschusses zwischen dem 29. September und 4. Oktober 1916 zu ermitteln. In der Sitzung des Haushaltsausschuusses vom 2.–4. Oktober 1916 hatte Hoch gefragt, ob es zutreffe, daß die deutschen Truppen an der Westfront durch die eigenen Maschinengewehre vorgetrieben werden müßten. Kriegsminister Wild von Hohenborn verneinte diese Frage (Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 764–765).Gemeint sein dürfte die anschließende kurze Feststellung Bethmann Hollwegs, daß etwas Positives hinsichtlich irgendwelcher Friedensneigung nicht zu entdecken sei (Ebenda S. 765).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

690. Hindenburg an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 192–193. Telegramm. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 4. Oktober 1916

Mit Bezugnahme auf Telegrammwechsel B.H. – Beseler 2./3. 10: Den Widerstand der nationalen Parteien, der anscheinend auch B.H. ganz überraschend gekommen sei, hätte er allerdings nicht mehr erwartet. Befürworte dringend, Beseler umgehend nach Berlin zu berufen, um den Widerstand in der Reichstagskommission zu bekämpfen.

Der Erklärung des Kriegsministers[298] scheine eine Verwechslung mit den zunächst aufzustellenden drei Ausbildungskursen mit insgesamt 12 Infanteriebataillonen zu Grunde zu liegen. Da er, Hind., sich bei der ablehnenden Haltung Burians einen gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen, die BH durch Tschirschky von neuem eingeleitet habe, nicht verspreche, so schlage er vor, einen letzten Versuch zur Umstimmung der Österreicher dadurch zu machen, daß BH Burian und Conrad für die allernächsten Tage zu einer Konferenz mit ihm, BH, und ihm, Hindenburg, in Pleß einlade, zu der auch Beseler hinzuzuziehen sein werde.

691. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 193–194. Telegramm (durch Grünau). Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 4. Oktober 1916

Widerstand der nationalen Parteien sei nicht vorauszusehen gewesen, da bei den vertraulichen Vorbesprechungen vor einiger Zeit eigentlich nur Heydebrand gegen die geplante Lösung der polnischen Frage Bedenken geltend gemacht habe, während Zentrum, Freisinnige und im allgemeinen auch Nationalliberale zustimmten. Der Propaganda Heydebrands [sei] wohl der jetzt plötzlich hervorgetretene Umschwung hauptsächlich zuzuschreiben. Telegraphiere an Beseler wegen Kommens nach Berlin.

Hindenburgs Zweifel an einem gedeihlichen Fortgang der Verhandlungen Tschirschkys mit Burian teile er durchaus. Stellung Burians, dessen Scheiden aus dem Amt wir dringend wünschen müßten, z. Zt. schwer erschüttert, deshalb besser, ihn nicht in das Große Hauptquartier einzuladen, wodurch Stellung Burians neu befestigt werden würde. Hoffe im Gegenteil, daß Haltung Burians in polnischer Frage ihm, B.H., Möglichkeit bieten werde, seinen Sturz

[298] Adolf Wild von Hohenborn.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu beschleunigen. Halte geplante Konferenz auch deshalb für unzweckmäßig, weil Proklamation des Königreichs Polen im Augenblick nicht opportun. Sowohl Berufung des einer Verständigung mit Deutschland zuneigenden Protopopoff in das russische Kabinett wie die Andeutungen des schwedischen Ministers Wallenberg über die Möglichkeit eines Separatfriedens mit Rußland und die gleichlautenden Nachrichten eines in Petersburg für uns arbeitenden Vertrauensmannes verbieten es m.E., zur Zeit mit einer Maßnahme hervorzutreten, die die Gefahr in sich birgt, die nach den gewiß noch sehr vagen Anzeichen in der Entstehung begriffenen Friedensneigungen im Keim zu ersticken. Es sei natürlich nicht zu erwarten, daß Stürmer und Protopopoff sofort die Karten aufdeckten, auch würden die angeblich bevorstehenden weiteren Veränderungen im russischen Kabinett ebenso wie Ergebnis der Sondierungen Wallenbergs abzuwarten sein. Er, BH, denke, daß wir in vierzehn Tagen bis drei Wochen Klarheit haben werden. Bis dahin werde sich Ungeduld der polnischen Patrioten durch Empfang der Deputation befriedigen lassen. Zeige sich zu dem gedachten Zeitpunkt, daß ein Separatfrieden mit Rußland in absehbarer Zeit außerhalb des Erreichbaren liege, so werde der Proklamation nichts mehr im Wege stehen. Bis dahin werde hoffentlich auch in Wien Wechsel der Persönlichkeiten und Anschauungen eingetreten sein.

692. Hindenburg an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 20980, f. 82. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Pleß, 4. Oktober 1916, 11 Uhr 30 Min. Nm.
Ankunft: 5. Oktober 1916, 12 Uhr 15 Min. Vm.

Für Herrn Reichskanzler.

Generalfeldmarschall von Hindenburg läßt unter No. 14958 p telegraphieren:

„Auf Euerer Exzellenz Telegramm vom 4. Oktober[299]:

Euere Exzellenz hoffen, in 14 Tagen bis drei Wochen klar zu sehen, ob wir in kurzem zu einem Separatfrieden mit Rußland gelangen können. Auch ich bin der Ansicht, daß wir so lange noch mit der beabsichtigten Proklamation zurückhalten müssen. Dies sollte uns aber nicht hindern, inzwischen mit Österreich-Ungarn über Polen uns zu verständigen, die Proklamation und die Verschmelzung der Generalgouvernements festzulegen und in der gemischten militärischen Kommission die Aufstellung der polnischen Formationen zu beschließen. Sonst gehen wiederum einige für die militärische Ausnutzung der polnischen Volkskraft wertvolle Wochen verloren, was für den Ausgang des Krieges von schwerwiegendster Bedeutung sein kann. Da Euere Exzellenz in

[299] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wien in mündlicher Besprechung den Baron Burian dafür gewonnen hatten, unseren Plänen für Polen zuzustimmen – was Baron Burian allerdings jetzt ableugnet –, so glaube ich, daß er sich jetzt in mündlicher Verhandlung Vernunftgründen zugänglich zeigen wird. Gelingt uns dies nicht, so wird unser durch diesen letzten Versuch einer Verständigung mit ihm bewiesene gute Wille eine treffliche Handhabe mehr bieten, um ihn zu stürzen. Ich kann Euerer Exzellenz daher meinen Vorschlag zur sofortigen Berufung einer Konferenz auf das allerdringendste wiederholen.

693. Hindenburg an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 22352, f. 56. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 14925 P. Großes Hauptquartier, 5. Oktober 1916

Auf Telegramm 1204.

In der Sitzung Ende August oder Anfang September in Pleß – das Datum kann ich nicht mehr genau feststellen – sprachen sich Euer Exzellenz meines Erachtens dahin aus, daß die Entscheidung, ob der verschärfte U-Bootkrieg geführt werden solle, zunächst der Obersten Heeresleitung zufalle[300]. Euer Exzellenz behielten sich nur vor, die Bundesgenossen zu hören und etwaige vertragliche Festsetzungen mit anderen Nationen zu kündigen.

Reichstagsmiglieder gegenüber wollten Euer Exzellenz gleichfalls die Verantwortlichkeit der Obersten Heeresleitung in der U-Bootfrage betonen. Der Wortlaut, in dem dies geschehen, ist mir nicht bekannt gegeben. Aus zahlreichen Äußerungen, die mir zugegangen sind, entnehme ich, daß auch tatsächlich weite politische Kreise annehmen, daß die Verantwortlichkeit für den U-Bootkrieg allein bei der Obersten Heeresleitung läge.

Aus dem angezogenen Telegramm glaube ich nun entnehmen zu können, daß Euer Exzellenz über die Verantwortlichkeitsfrage tatsächlich einen andern Standpunkt haben, als ich glaubte. Ich verstehe diesen Standpunkt durchaus; um nun aber tatsächlich festzustellen, wie weit die Verantwortung für den verschärften U-Bootkrieg bei der Obersten Heeresleitung liegt, würde ich für eine Äußerung hierzu dankbar sein.

[300] Dazu vgl. König, Agitation S. 467–468.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

694. Grünau an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 21473. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 796. Sonderzug (Ost), 5. Oktober 1916, -- Uhr, -- Min. Nm.
Ankunft: 5. Oktober 1916, 6 Uhr 15 Min. Nm.

Geheim.

Bei gestrigem Vortrag Admirals von Hotzendorff hat sich Seine Majestät dahin ausgesprochen, daß von U-Boot-Krieg in nächster Zeit noch keine Rede sein könne. Man müsse die augenblicklich sich abspielenden Vorgänge (Verhandlungen mit Amerika, Ministerwechsel in Rußland[301], Aktion Wallenberg) sich erst auswirken lassen und dürfe sie nicht durch U-Bootkrieg stören. Admiral hatte um Ansicht Seiner Majestät gebeten, da er gegebenenfalls über Uboote anders disponieren müsse. Demgemäß ist jetzt angeordnet worden, daß 2 neue große Uboote aus der Nordsee nach dem Mittelmeer gehen, wodurch 2 kleinere dort frei werden für Schwarzes Meer.

Die Darlegungen des Gesandten von Kühlmann haben außerordentlich gut gewirkt[302] und scheinen Seine Majestät in der in letzter Zeit mehr geäußerten Abneigung gegen rücksichtslosen Ubootkrieg im jetzigen Zeitpunkt wesentlich bestärkt zu haben. Admiral von Holtzendorff war durch von Kühlmanns Ausführungen sehr beeindruckt ebenso Oberste Heeresleitung, die sich mit der Vertagung Ubootkrieges abgefunden zu haben scheint.

695. Bethmann Hollweg an Hindenburg

PA Berlin, R 20980, f. 86–87. Telegramm Hughes. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1223. Berlin, 6. Oktober 1916

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg.
Unter Bezugnahme auf Telegramm Nr. 14958 p[303].

Um die für die Aufstellung der polnischen Formationen erforderlichen Vorbereitungen so zu beschleunigen, wie es unsere militärischen Interessen

[301] Am 23. Juli 1916 war Ministerpräsident Stürmer an die Stelle des zurückgetretenen Sazonov zum Außenminister ernannt worden. Dadurch wurde der Gedanke eines Sonderfriedens mit Deutschland offen erörtert. – Zur Aktion Wallenberg: Der schwedische Außenminister hatte soeben seine Bereitschaft erklärt, in Petersburg wegen eines Separatfriedens zu sondieren. Vgl. Scherer/Grunewald I S. 488–490.

[302] Aufzeichnung Kühlmanns, Berlin, 1. Oktober 1916, in: PA Berlin, R 21473. Darin äußert sich Kühlmann gutachtlich darüber, wie die neuerliche Zusatzverordnung zur Prisenordnung vom 15. April 1911 sich auf die deutsch-holländischen Beziehungen auswirken werde. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sie die deutsch-holländischen Wirtschaftsbeziehungen schwer schädigen werde und der Entwurf daher Entwurf bleiben solle.

[303] Vgl. oben Nr. 692.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verlangen, gebietet es sich meines Erachtens, diejenige Art des Vorgehens ins Auge zu fassen, die am schnellsten zu praktischen Ergebnissen führt. Die von Ew.Exz. vorgeschlagene gemeinschaftliche Verhandlung in Pleß wäre gewiß der beste Weg, wenn Baron Burian ein anderer Mann wäre. Wie ich Baron Burian aus zahlreichen Verhandlungen genau kenne, pflegt er sich in endlose Deduktionen zu verlieren, eigensinnig auf seiner Ansicht zu beharren, und ist Vernunftgründen unzugängig. Gerade die immer wieder gemachte Erfahrung, daß es unmöglich ist, mit Baron Burian praktische Politik zu treiben, ist einer der Gründe, die mich zwingen, auf seinen Sturz hinzuarbeiten. Der Minister ist bei seiner gänzlichen Verständnislosigkeit für die Erfordernisse des Augenblicks auch ein unüberwindliches Hindernis für die Verwirklichung der Wünsche, die wir, wie es auch E.E Überzeugung ist, bezüglich der Neugestaltung der innerpolitischen Verhältnisse in Österreich-Ungarn hegen müssen. Auch unter diesem Gesichtspunkt, der für mich im Hinblick auf unsere politischen Gesamtinteressen im Vordergrunde stehen muß, kann ich mich mit dem Konferenzprogramm nicht befreunden, um nicht, wie ich das schon früher ausführen durfte, seine Stellung erneut zu befestigen. Andererseits besteht die dringende Gefahr, daß in einer solchen Konferenz Baron Burian und General von Conrad geschlossen gegen uns auftreten und die Verhandlung mit einem von Person zu Person festgestellten unüberbrückbaren Gegensatz endet, der einem ernsten Riß in unser[!] Bündnis gleichkommt.

Bei allem Verständnis für den Standpunkt, der in dem Telegramm des Generals von Ludendorff an den Herrn Staatssekretär des Auswärigen Amtes vom gestrigen Tage zum Ausdruck kommt, vermag ich ihm daher auf dem angeregten Wege nicht zu folgen. Ich habe den Kaiserlichen Botschafter in Wien nochmals angewiesen, in kategorischster Form von Baron Burian die gewünschten Zusicherungen zu verlangen. E.E. möchte ich bitten, ohne Rücksicht auf das Ergebnis dieser Demarche und ohne die Antwort abzuwarten, Ihr Einverständnis damit zu erklären, daß die gemischte deutsch-österreichisch-ungarische Kommission nunmehr durch den Generalgouverneur von Beseler einberufen wird. Sie wird über die nächstliegende und wichtigste Aufgabe, d. h. die Aufstellung der polnischen Formationen, Beschluß fassen können, und ich sehe nach den jüngsten Erklärungen Baron Burians in dieser Hinsicht tatsächlich keine Schwierigkeiten voraus. Auch wiederhole ich meinen Vorschlag, wie ich das bereits bei dem General von Beseler angeregt habe, bei diesen Verhandlungen die österreichisch-ungarischen Delegierten von der militärischen Notwendigkeit der Verschmelzung der beiden Verwaltungsgebiete zu überzeugen. Gelingt dies, wo wird es auch dem General Conrad schwer fallen, sich weiter ablehnend zu verhalten, was eine Vorbedingung dafür ist, um mit Baron Burian weiterzukommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

696. Bethmann Hollweg an Hindenburg

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 6. Oktober 1916

Euer Exzellenz beehre ich mich, auf das geneigte Schreiben vom 5. d. M. – 14925 P[304] – zu erwidern, daß ich bei den am 30. und 31. August in Pleß abgehaltenen Besprechungen mit meinem endgültigen Urteil über die Führung des unbeschränkten U-Bootkrieges, wie ich damals ausdrücklich betonte, zurückgehalten habe, bis Euer Exzellenz dazu Stellung genommen hätten. Euer Exzellenz gaben Ihren Standpunkt damals dahin zu erkennen, daß, so sehr Ihnen an sich die Anwendung dieses schärfsten Kriegsmittels erwünscht sei, doch die ungeklärte militärische Lage, namentlich im Hinblick auf eine etwaige unfreundliche oder gar feindliche Haltung Hollands und Dänemarks, Ihnen die Abgabe eines votums für oder wider noch nicht ermögliche. Auf die in vertraulichen Besprechungen mit den Parteiführern und in den gegenwärtigen Kommissionsverhandlungen des Reichstags an mich wiederholt und dringend gerichtete Frage über die Stellung der Obersten Heeresleitung habe ich demgemäß erwidert, daß diese zur Zeit aus militärischen Gründen ein abschließendes votum nicht abgegeben habe.

Im übrigen darf ich folgendes bemerken: Ein Befehl Seiner Majestät des Kaisers zur Eröffnung des rücksichtslosen U-Bootkriegs ist an sich ein Ausfluß militärischer Kommandogewalt. Da sich indessen der rücksichtslose U-Bootkrieg nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richtet, greift er unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten ein und stellt insofern einen Akt auswärtiger Politik dar. Überdies kann der rücksichtslose U-Bootkrieg erst eröffnet werden, nachdem unsere den Vereinigten Staaten von Amerika gegebenen Zusagen über die Führung des Unterseebootkrieges zurückgezogen und unsere mit Dänemark und Schweden getroffenen Vereinbarungen entsprechend modifiziert sein werden. Auch das sind Akte der auswärtigen Politik, für die ich, falls sie von Seiner Majestät befohlen werden, die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen habe, auch wenn für meine dereinstige Stellungnahme das Urteil Euer Exzellenz, wie ich wohl nicht ausdrücklich hervorzuheben brauche, von ganz besonderer Bedeutung sein wird. Schließlich hoffe ich auf Euer Exzellenz Zustimmung zu der Auffassung, daß, selbst abgesehen von der hier vorliegenden unmittelbaren Beteiligung der auswärtigen Politik, eine so einschneidende Maßregel, wie sie der rücksichtslose U-Bootkrieg darstellt, nicht ohne Beteiligung des Reichskanzlers beschlossen werden könnte.

Ich bedauere lebhaft, daß der Verlauf der August-Verhandlungen eine jeden Zweifel ausschließende Klarheit in der Situation nicht geschaffen hatte.

[304] Vgl. oben Nr. 693.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

697. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165. MF 989/990, f. 228–244. Rede. Protokoll mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Druck: Scherer/Grunewald I S. 492–508. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 169–170 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 8. Oktober 1916

In der heutigen unter Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten stattgehabten vertraulichen Besprechung der Herren Staatsminister mit dem Herrn Generalgouverneur in Warschau über die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung Polens eröffnete der Herr Ministerpräsident die Verhandlung mit dem Hinweise darauf, daß der Herr Generalgouverneur die Güte gehabt hätte, hier zu erscheinen, um die von den Herren Ressortministern gewünschten weiteren Aufklärungen zu geben. Dasselbe beabsichtige er morgen den Parteiführern[305] gegenüber zu tun.

[*Es folgen längere Ausführungen Beselers zu Polen.*]

Der Herr Ministerpräsident dankte dem Herrn Generalgouverneur für seinen ausführlichen Vortrag, in welchem er auf Grund seiner eigenen Erfahrungen, seiner eigenen Personen- und Sachkenntnis in lebhaften und farbigen Tönen seinen Standpunkt, den er zur Polenfrage einnehme, beleuchtet habe. Er könne seinerseits nur hinzufügen, ohne damit der Debatte vorgreifen zu wollen, daß er diesen Standpunkt völlig teile.

[*Es folgen Erklärungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, schon in den bisherigen Verhandlungen des Staatsministeriums habe er den Standpunkt vertreten, daß die Bildung eines autonomen polnischen Staates höher als eine Verlegenheitslösung zu bewerten sei. Er habe darauf hingewiesen, wie zu der Zeit, als Bismarck sich gegen die Errichtung eines selbständigen Pufferstaates ausgesprochen habe[306], die politische Konstellation eine ganz andere gewesen sei als heute nach Ausbruch des Weltkrieges. Er habe dargelegt, daß die Vortragung der Grenze im Osten und die Nutzbarmachung der Wehrmacht Polens unerläßlich sei[en], um einen positiven Schutz gegen Rußland zu erreichen. Er habe ferner darauf hingewiesen, daß und aus welchen Gründen er weder die Einverleibung Polens in Deutschland noch die Angliederung an Österreich für möglich halte und daß deshalb auch bereits Verhandlungen mit der österreichischen Regierung eingeleitet seien, welche die Aufrichtung eines autonomen polnischen Staates unter enger militärischer und politischer Angliederung an Deutschland zum Ziele hätten. Dabei habe er auch betont, daß das neue Polen auf wirtschaftlichem Gebiete in einer Form mit Deutschland zu verknüpfen

[305] Darüber wurde keine Aufzeichnung in den Akten ermittelt. Erwähnt bei: Westarp, Konservative Politik II S. 65.

[306] Unten Nr. 831*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sei, die es den Polen selber erwünscht erscheinen lasse, sich an Deutschland anzugliedern. Endlich habe er auch die Regelung des Eisenbahnwesens in derselben Weise befürwortet, die der Herr Vizepräsident angedeutet habe. Die eindrucksvollen Ausführungen des Herrn Generalgouverneurs hätten ihn in seinem damals schon eingenommenen Standpunkte nur noch bestärkt, und er glaube heute feststellen zu können, daß trotz der Bedenken, die schließlich jede Lösung der polnischen Frage in sich schließe, auch im Staatsministerium die jetzt vorgeschlagene Lösung als die für Deutschland beste anerkannt werde.

Über den Zeitpunkt, wann man vorgehen solle, könne er jetzt noch keine bestimmte Entscheidung fällen. Eine Vorbedingung würde die Verschmelzung des deutschen und des österreichischen Verwaltungsgebiets sein, über welche bisher eine Verständigung mit Österreich noch nicht erzielt sei. Wenn diese aber nicht vor Erlaß des Manifestes erreicht werden würde, so würde sie hinterher kaum noch durchzusetzen sein. Die zweite noch nicht völlig geklärte Frage sei, wie ein Manifest auf etwaige Sonderfriedensmöglichkeiten mit Rußland wirken würde. Der Friede mit Rußland hänge wesentlich von unserer militärischen Lage ab. Er sei daher außerstande, über die Friedenschancen etwas Bestimmtes zu sagen, bevor er darüber mit Seiner Majestät dem Kaiser und der Obersten Heeresleitung verhandelt habe. Aus diesem Grunde sei er auch nicht in der Lage, im Staatsministerium darüber abstimmen zu lassen, ob das Manifest sofort zu erlassen sei, er habe nur die dafür und dawider sprechenden Gründe andeuten wollen. Ebenso würde es auch besser sein, diese Frage bei den morgigen Verhandlungen mit den Parteiführern in der Schwebe zu lassen und nur zu sagen, daß sie von der zuständigen Stelle nach politischem und militärischem Standpunkte entschieden werden müsse.

Mit dem Herrn Minister des Innern[307] sei er der Ansicht, daß in den morgigen Verhandlungen auch die Frage unserer militärischen Abgrenzung nach Osten nur angedeutet werde, ohne auf Einzelheiten einzugehen.

Nachdem der Herr Ministerpräsident sodann noch eingehende Mitteilungen über den gegenwärtigen Standpunkt des U-Bootkrieges gemacht hatte, dankte er nochmals dem Herrn Generalgouverneur für sein Erscheinen und schloß sodann die Besprechung.

698. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22230. Telegramm Hughes. In Typendruckschrift.

Nr. 1235. Berlin, 8. Oktober 1916

Auf Telegramm 798. – Lage in Österreich-Ungarn in meinem und Herrn von Tschirschkys Brief geschildert. – Über Burian wäre zu sagen, daß er, trotz gewiß ehrlichen Willens in Doktrinarismus befangen, die Dinge in ihrer realen

[307] Friedrich Wilhelm von Loebell, der im Grundsatz die Proklamierung eines autonomen Polen ablehnte, sie aber zumindest hinauszuschieben wünschte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Gestalt nicht zu erkennen und daher keine praktische Arbeit zu verrichten vermöchte. Er habe den psychologischen Moment bei Italien verpaßt und sein Auge gegen die imminente Gefahr des rumänischen Angriffs verschlossen. In der polnischen Frage obstruiere er, wohl aus falsch verstandenen Prestigegründen, gegen eine im – beiderseitigen – Interesse nötige Gestaltung der Dinge. Andererseits wäre Burian, statt der wirkliche Leiter der Politik der Doppelmonarchie zu sein, im Grunde doch vom Grafen Tisza abhängig, der an Energie zwar alle anderen Staatsmänner in Cis und Trans[308] überragte, aber doch nur einen rein magyarischen Horizont habe. Ebenso sei Graf Stürgk lediglich ein Instrument Tiszas. Die österreichische Reichshälfte leide hierunter, und die Gesamtpolitik der Monarchie (äußere wie innere) gerate immer mehr in einen Zustand von Marasmus und allmählichen Zerfalls. – Hinsichtlich der jetzigen Stellung des Thronfolgers[309] weiß ich nur, daß seine Statistenrolle neben einem deutschen Generalstabschef in Österreich-Ungarn vielfach als demütigend empfunden wird.

699. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 21528. Telegramm Hughes. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1236. Berlin, 8. Oktober 1916

Für Feldmarschall von Hindenburg.

Nachdem auf Befehl Seiner Majestät unter vorläufiger Abstandnahme vom rücksichtslosen U-Bootkrieg der Handelskrieg nach der Prisenordnung mit allen verfügbaren Unterseestreitkräften mit Nachdruck durchzuführen ist, beabsichtige ich, morgen Vormittag in der Reichstagskommission folgende Erklärung abzugeben[310]:

Gegen den sogenannten rücksichtslosen U-Bootkrieg sprechen zur Zeit alle die Gründe, die ich mit meinen Mitarbeitern im bisherigen Verlauf der Verhandlungen eingehend dargelegt habe. Auf der anderen Seite sind die Schwierigkeiten Englands in seiner Nahrungsmittelversorgung ein für uns günstiges Moment der Kriegslage, das wir nach Möglichkeit verschärfen müssen. In der Beurteilung der Sachlage befinde ich mich in voller Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung; der Generalfeldmarschall von Hindenburg hält mit mir zur Zeit die Durchführung des rücksichtslosen U-Bootkrieges nicht für angängig, dagegen die mit den Mitteln des Kreuzerkrieges nach Möglichkeit zu steigernde Erschwerung der englischen Zufuhren für dringend geboten. Der Admiralstab ist der Ansicht, daß eine erhebliche Steigerung der

[308] Cis- und Transleithanien (Österreich und Ungarn diesseits und jenseits der Leitha).

[309] Erzherzog Karl (I.).

[310] Bethmann Hollweg gab die folgende Erklärung am folgenden Tag tatsächlich nicht ab. Vgl. seine Ausführungen zur Ubootfrage in der Haushaltskommission am 9. Oktober 1916 in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 864–865.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wirksamkeit des U-Bootkriegs auf dieser Grundlage sich durchführen läßt und hat das Erforderliche in die Wege geleitet.

Angesichts der großen Beunruhigung, die durch den Streit über den U-Bootkrieg hervorgerufen worden ist, wäre ich Eurer Exzellenz für das Einverständnis mit dieser Erklärung besonders dankbar.

700. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Berlin, R 43/1418, f. 285. Privatdienstbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 8. Oktober 1916

Lieber Herr von Treutler!

Der Admiral Thomsen hat, wie mir das über ihn eingesetzte Ehrengericht mitteilt, ausgesagt, der inkrimierte Brief sei ein reiner Privatbrief, der geschrieben wurde, ohne zu beabsichtigen oder zu erwarten, daß er noch anderen Personen als dem Freund, an den er gerichtet ist, bekannt wurde. Demzufolge hält es das Ehrengericht für nötig, mich zur Sache zu hören, ohne jedoch den Gegenstand der Anhörung anzugeben. Nach meiner Vermutung kann Zweck der Anhörung nur die Feststellung sein, wie der Brief zu meiner Kenntnis gekommen und was mir über seine Verbreitung bekannt ist. Ich darf Euer Exzellenz um eine baldgefällige Mitteilung darüber bitten, was ich in beiden Beziehungen nach Ihrer Wissenschaft auszusagen in der Lage bin.

Mit freundschaftlichen Grüßen
Euer Exzellenz
ergebenster

701. Grünau an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 22352, f. 62. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Nr. 801. Pleß, 8. Oktober 1916

Für den Herrn Reichskanzler.
Auf Tel. Nr. 1236[311].
Feldmarschall läßt Euerer Exzellenz mitteilen:

„An dem Befehl Seiner Majestät, den E.Exz. in Ihrem Telegramm anführen, bin ich durch den Chef des Admiralstabes nicht beteiligt worden[312]. Naturgemäß sehe auch ich diesen Befehl als bindend an; auch wenn ich der Ansicht bin, daß wir unsere Freiheit auf dem Gebiet des Ubootkrieges möglichst bald

[311] Die vorangehende Nr.

[312] Am 6. Oktober 1916 erging der Befehl zur Führung des Ubootkrieges nach Prisenordnung. Vgl. König, Agitation S. 501.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zurückgewinnen müssen. Über die Wirksamkeit des Kreuzerkrieges mit Ubooten bin ich gar nicht unterrichtet.

Ich bitte daher, den für mich in Betracht kommenden Satz wie folgt zu fassen:

‚In der Beurteilung der Sachlage befinde ich mich in Übereinstimmung mit der O.H.L.' Weiteres bitte ich als meine Stellungnahme nicht mitzuteilen, zumal ich erst kürzlich Auslassungen über die Kriegführung zu Lande in der Haushaltungskommission grundsätzlich abgelehnt habe. Nr. 15011 p."

Feldmarschall und General Ludendorff stehen auf dem Standpunkt, daß Ende August künftige Entscheidung über U-Bootkrieg im wesentlichen von der Stellungnahme der Obersten Heeresleitung abhängig gemacht worden sei. Jetzt habe Admiralstab ohne ihre Mitwirkung Allerhöchste Entscheidung extrahirt, sie könnten daher für einen Beschluß, für den sie die Verantwortung nicht mittrügen, auch nicht die Deckung nach außenhin übernehmen. Im übrigen wollten sie keine Politik treiben und aus dem U-Bootstreit möglichst herausbleiben, da es sich hierbei um eine rein militärische Maßnahme handle.

702. Hindenburg an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/62 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 196–197. Telegramm. Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 8. Oktober 1916

Antwort auf Telegramm. 6.10[313].

Beratungen der Militärkommission werden gegenstandslos sein, solange ihnen die Grundlage, das Einverständnis Österreichs zur Vereinheitlichung der Verwaltungsspitze, fehle. Nicht der Weg über die gemische Kommission könne uns zum Ziele führen, sondern nur die Einigung mit den maßgebenden Männern der Monarchie. Bleibt also bei Konferenzvorschlag; kann sich nicht vorstellen, daß hierbei unser Bündnis einen Riß bekommen sollte. Unser Bündnis wird bei der anerkannten österreichischen Maßlosigkeit noch andere Belastungsproben aushalten müssen, um unseren berechtigten Willen durchzusetzen. Ew.Exz. bitte ich also nochmals, Ihre Bedenken gegen die Konferenz fallen zu lassen und die erforderlichen Schritte dafür zu tun.

[313] Oben Nr. 695.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

703. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 20980, f. 92. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 740. Berlin, 9. Oktober 1916

Auf Telegramm Nr. 354.

Euere Exzellenz bitte ich, Baron Burian zu sagen, daß ich meinen Standpunkt, daß Polen bis zur Beendigung des Krieges in der bisherigen Art gemeinsames Kriegs- und Etappengebiet verbleiben solle, angesichts der militärischen Erfordernisse des Augenblicks nicht aufrechtzuerhalten vermag. Der vorhandene Menschenmangel nötigt uns, auf die polnischen Hilfsquellen zurückzugreifen, und zwar ohne weiteren Zeitverlust im Hinblick auf die erforderliche militärische Ausbildung. Sollen die zu erwartenden polnischen Hilfskräfte von Nutzen sein, so müssen sie durch einen einheitlichen Willen geschaffen werden. In der deutschen und der österreichisch-ungarischen Armee gehen die Grundsätze für die Ausbildung und Erziehung so weit auseinander, daß von vornherein die Einheitlichkeit des zu schaffenden polnischen Kontingents verhindert und damit seine militärische Leistungsfähigkeit vermindert wird, wenn seine Organisation teils durch uns, teils durch Österreich-Ungarn erfolgt. Auch die Widerstandskraft des zukünftigen polnischen Einheitsstaates gegenüber Rußland, die im deutschen wie im österreichischen Interesse nicht groß genug sein kann, würde eine starke nicht zu verantwortende Einbuße erleiden, wenn nicht von vornherein die Einheitlichkeit des Heeres sichergestellt wird. Ein einheitliches Heer kann aber nur in einem einheitlich verwalteten Boden wurzeln. Dieser Standpunkt, dem ich nur beipflichten kann, wird von unserer Obersten Heeresleitung mit aller Entschiedenheit vertreten. Sie lehnt die Zusammenberufung der Militär-Kommission ab, solange hierüber kein Einvernehmen erzielt ist, und ist entschlossen, da unsere mililärischen Interessen einen weiteren Aufschub nicht vertragen, in unserem Okkupationsgebiet selbständig vorzugehen, wenn nicht die Zustimmung der dortigen Regierung in kürzester Frist vorliegt.

pp.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

704. Bethmann Hollweg an Wach

BA Berlin, R 43/1418, f. 303–306. Privatschreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Berlin, 10. Oktober 1916

Sicher
Hochverehrte Exzellenz[314]!

Unter verbindlichstem Dank für das geneigte Schreiben vom 8. d.Mts.[315] beehre ich mich, E.E. zu bestätigen, daß der militärische Teil meiner letzten Reichstagsrede[316] inhaltlich genau mit dem Feldmarschall von Hindenburg vereinbart war, daß ich dies im Reichstagsausschuß audrücklich hervorgehoben habe[317] und daß eine Verwertung dieses Umstandes durch E.E. in der Mittwochsversammlung, nötigenfalls selbst unter Berufung auf mich, völlig unbedenklich ist[318].

Rücksichtlich des Tauchbootkriegs habe ich im Ausschuß erklärt, daß ich ihn in seiner sogenannten rücksichtslosen Form, bei der alle England ansteuernden Schiffe, ob feindlich oder neutral, ohne vorherige Warnung von getauchten Booten aus versenkt werden dürfen, grundsätzlich weder ablehne noch akzeptire. Entscheidend für mich ist lediglich seine praktische Wirkung. Überzeuge ich mich davon, daß er uns einer siegreichen Beendigung des Krieges nähert, so wird er gemacht, sonst nicht.

Ich habe weiterhin erklärt, daß für die Bildung meines Urteils das votum des Feldmarschalls von Hindenburg selbstverständlich zählt. Wichtig ist, daß der Feldmarschall angesichts der gegenwärtigen militärischen und militärpolitischen Gesammtlage zur Zeit ein votum Für oder Wider nicht abgeben zu wollen erklärt hat.

Der Teil der Ausschußberatungen, in dem ich diese Äußerung gemacht habe, ist indessen als streng vertraulich bezeichnet worden. Ich muß es daher für nicht angängig ansehen, daß E.E. ihrer auch ohne Berufung auf mich in der Öffentlichkeit Erwähnung tun.

---

[314] Adolf Wach (1843–1926), Professor der Rechte an der Universität Leipzig 1875–1920.

[315] In BA Berlin, R 43/1418, f. 290–297. – Wach hatte dem Reichskanzler mitgeteilt, daß er in einer Versammlung in Leipzig eine Resolution einbringen wolle, die sich gegen die Kanzlerfronde und den Ubootkrieg richten solle. Er habe von der Erklärung des Reichskanzlers im Hauptausschuß gehört, daß die Ubootkriegführung vom Votum der OHL abhängig gemacht werden solle. Wenn das zutreffe, bäte er um Mitteilung.

[316] Unten Nr. 823*.

[317] Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 757 und 865.

[318] Wach hielt am Mittwoch, 11. Oktober 1916, auf einer öffentlichen Versammlung in Leipzig eine Rede zum Thema: „Wie ist das Kriegsbild?“ Nach der Rede wurde eine von Wach vorgeschlagene Resolution einstimmig angenommen, die sich gegen eine an den sächsischen Landtag gerichtete Petition aussprach, in welcher der rücksichtslose Ubootkrieg und der Sturz Bethmann Hollwegs gefordert wurden. Vgl. dazu: Dagmar Unger, Adolf Wach (1843–1926) und das liberale Zivilprozeßrecht. Berlin 2005, S. 116–118 = Schriften zur Rechtsgeschichte 120.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dagegen habe ich selbst öffentlich im Reichstag meine Stellung auch zum Ubootskrieg durch die Worte scharf präzisirt, daß ein Staatsmann, „der sich scheute gegen England jedes taugliche, den Krieg wirklich abkürzende Kampfmittel zu gebrauchen“[319], sich eines Kapitalverbrechens schuldig mache. Die Schlußfolgerung, daß ich den Tauchbootskrieg grundsätzlich nicht ablehne, ergibt sich aus diesen Worten von selbst. Ich habe mich im Reichstag so kurz gefaßt, wie ich es getan habe, weil wir unter diesen Umständen eine an die Adresse der Neutralen, insonderheit Amerika, Holland und Dänemark gerichtete Drohung mit dem Tauchbootskrieg vermeiden müssen.

Der Feldmarschall von Hindenburg wünscht, in die öffentliche Diskussion über den Tauchbootskrieg nicht hineingezogen zu werden. Trotzdem wäre eine Bemerkung, daß selbstverständlich Oberste Heeresleitung und politische Leitung in allen großen die Führung des Kriegs betreffenden Fragen in engstem Benehmen und Einvernehmen miteinander handeln, völlig frei von Bedenken.

Indem ich meinem herzlichsten Dank dafür Ausdruck gebe, daß E.E. auch weiterhin im Kampf gegen die herrschende Verwirrung der Geister Ihre so wertvollen Kräfte <weihen>, bin ich

in alter und treuer Verehrung
E.E. stets ergebenster

705. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Berlin, R. 43/2398h, f. 142–143. Telegramm (Hughes). Eigenhändiges revidiertes Konzept.

RK 9912 K.Z. Berlin, 11. Oktober 1916
Abgegangen: 11. Oktober 1916, 7 Uhr 50 Abds.

Nachdem im Haushaltsausschuß über eine Woche lang über auswärtige Politik, Kriegslage und Ubootskrieg heftig diskutirt worden war, hatte gestern Abend der Ausschuß mit allen Stimmen gegen die der Konservativen und radikalen Sozialdemokraten beschlossen, im Plenum über den Ubootskrieg zu schweigen[320]. Die heutige Plenarsitzung[321] ist würdig verlaufen und hat alle, welche wegen Kanzlerfronde, Ubootskrieg u.s.w. Sensationen erwarteten, schwer enttäuscht. Graf Westarp verkündete in ruhigen Worten den Wunsch seiner Freunde nach dem uneingeschränkten Ubootskrieg, während der Sozi-

[319] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 446.

[320] Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 875. Ein Regest der gesamten (Abend-) Sitzung vom 10. Oktober 1916 ebenda S. 870–875.

[321] Des Reichstags. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 458–465 (dort auch die im folgenden erwähnten Reden). Von den im folgenden genannten Namen ist noch nicht kommentiert: Hugo Haase (1863–1919), MdR (SPD) 1911–1917; Vorsitzender der USPD 1917; Mitglied des Rats der Volksbeauftragten November–Dezember 1918. – Friedrich Naumann (1860–1919), MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 1903–1918 (Unterbrechung 1912/13).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aldemokrat Haase ihn grundsätzlich ablehnte. Die übrigen Redner enthielten sich im Allgemeinen einer Besprechung dieses Themas. Naumann hielt eine glänzende vaterländische Rede, aber auch Scheidemann sprach von seinem Standpunkte aus warm und fest für tapferes Durchhalten, so daß der Gesammteindruck starker und zuversichtlicher Entschlossenheit des ganzen Volkes in einer Weise in Erscheinung trat, die mit den Treibereien der letzten Zeit in erfreulichstem Widerspruch steht. Die Regierung hatte nirgends Anlaß, zur Abwehr von Angriffen einzugreifen. Bei den weiteren Verhandlungen über Zensur, Belagerungszustand und Ernährungsfragen werden selbstverständlich Mistöne nicht ausbleiben, vorläufig aber ist ein guter Anfang gemacht.

Alleruntertänigst.

706. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22352, f. 63. Telegramm. Entzifferung. In Typendruckschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 11. Oktober 1916

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Auf Telegramm Nr. 15011. p = Nr. 801[322]. Mein Telegramm Nr. 1236 ging von der Annahme aus, daß Euer Exzellenz an dem Befehl Seiner Majestät beteiligt worden wären. Da diese Annahme irrig, habe ich in den soeben beendigten Ausschußberatungen[323] überhaupt keine Erklärung der geplanten Art abgegeben. Übrigens bin auch ich an dem Befehl nicht beteiligt gewesen, wie ich denn seit dem Juli Seiner Majestät über U-Bootskrieg weder mündlich noch schriftlich Vortrag gehalten habe.

707. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22230. Telegramm (Hughes) in Ziffern. In Typendruckschrift.

Nr. 1250. Berlin, 11. Oktober 1916

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg.

In Österreich-Ungarn ist diesjährige Ernte unbefriedigend ausgefallen. Dem Vernehmen nach will Ungarn Abgabe von Getreide an Österreich beschränken und auf dieses auch Teil der Heeresversorgung abwälzen. Österreich erwartet großes Defizit und rechnet zur Deckung desselben auf unsere Hülfe. Da unsere Kartoffelernte hinter Erwartung zurückbleibt, werden wir österreichische Wünsche nicht erfüllen können. Österreich-Ungarn muß nach wie vor suchen, mit eigenen Mitteln auszukommen, und muß zu diesem

[322] Oben Nr. 701. Das im folgenden erwähnte Telegramm Nr. 1236 oben Nr. 699.

[323] Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 870–875.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zweck Beschlagnahme und Rationierung der Nahrungsmittel weit schärfer durchführen, als es im vergangenen Erntejahr der Fall war. Die Frage ist von größter Bedeutung für gemeinschaftliches Durchhalten der verbündeten Reiche. Die österreichische und ungarische Regierung sind der Frage nähergetreten und auch bereit, Vertreter Berlin [zu] entsenden, um tunlichsten Anschluß an deutsche Maßnahmen zu erörtern. Es ist aber größte Eile und energischstes Vorgehen erforderlich. Euere Exzellenz bitte ich, auch Ihrerseits bei österreichisch-ungarischer Heeresleitung hin[zu]wirken, daß maßgebende Stellen in Österreich und Ungarn dem Ernst der Lage Rechnung tragen und ohne Verzug handeln.

708. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 22230. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 11. Berlin, 12. Oktober 1916, 11 Uhr 55 Min. Vm.
Ankunft: 12. Oktober 1916, 12 Uhr 20 Min. Nm.

Euerer Majestät bitte ich, meinen ehrfurchtsvollsten Dank für die gnädige Mitteilung von Allerhöchstderen Gespräch mit Graf Berchtold und Seiner Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog-Thronfolger zu Füßen legen zu dürfen. Ich bin tief dankbar, daß Euere Majestät so nachdrücklich auf die Ereignisse in der Donaumonarchie hingewiesen haben, und erhoffe davon nachhaltige Besserung auch für uns selbst.

709. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Berlin, R 2398h, f. 151–152. Schreiben. Handschriftlich revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

Zu RK 9734 KJ[I] Berlin, 12. Oktober 1916

Auf das gefällige Schreiben vom 27. September 1916 – Nr. 1733 Pers. 3 –.

Abschrift des gef. Schreibens habe ich den preußischen Herren Staatsministern, den außerpreußischen Bundesregierungen und dem Herrn Statthalter in Elsaß-Lothringen zur Kenntnisnahme mitgeteilt. Auch ich bin der Überzeugung, daß die ausreichende Ernährung[324] der Kriegsindustriearbeiter die erste Voraussetzung dafür ist, daß die gewaltigen Kriegsmittel beschafft werden können, deren das Feldheer zur Durchführung der noch bevorstehenden schweren Aufgaben unbedingt bedarf und ohne welche der Sieg nicht zu erringen ist. Auch mir scheint es, daß die Bedeutung dieser Tatsache in ihrer ganzen Tragweite noch nicht überall erkannt worden ist. Ich habe daher die preußischen

[324] Zur Ernährungsfrage im Krieg vgl. die einschlägige Literatur in Dahlmann-Waitz [10]394/633–637; besonders Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herren Staatsminister, die außerpreußischen Bundesregierungen und den Herrn Statthalter in Elsaß-Lothringen ersucht, mit allen nur irgend Erfolg versprechenden Mitteln dauernd darüber zu wachen, daß den Wünschen Euer pp. restlos und überall Rechnung getragen wird[325]. Die an der Lebensmittelversorgung der Kriegsindustriearbeiter beteiligten staatlichen und Kommunalbehörden sollen mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß es zur erfolgreichen Durchführung der gestellten Aufgaben von seiten der Behörden schneller und tatkräftiger Entschließungen bedarf und daß Unentschlossenheit eine ernste Verantwortung mit sich bringt. Wo sich Mißstände zeigen, soll im Hinblick auf das große Endziel mit aller Entschiedenheit durchgegriffen werden.

Auch darin stimme ich mit Euer pp. überein, daß es darüber hinaus der freudigen und selbstlosen freiwilligen Mitarbeit der deutschen Landwirte an der Sicherstellung ausreichender Ernährung der Kriegsindustriearbeiter bedarf. In dieser Beziehung scheinen mir noch nicht alle beteiligten Kreise zur vollen Erkenntnis des Ernstes der Lage durchgedrungen zu sein. Ich habe daher die preußischen Herren Staatsminister, die außerpreußischen Bundesregierungen und den Herrn Statthalter in Elsaß-Lothringen unter Hinweis auf die daraus sich ergebende Verantwortung ersucht, die unbedingt erforderliche freiwillige Mitarbeit der Landwirte mit allen irgend Erfolg versprechenden Mitteln herbeizuführen und zu sichern. Ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß es der bewährten Tatkraft der deutschen Beamtenschaft und der Opferfreudigkeit der deutschen Landwirte gelingen wird, die gestellten Aufgaben zu erfüllen und mit dazu zu helfen, den endlichen Sieg über unsere Feinde zu erringen.

710. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 205–206. Telegramm (durch Grünau). Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 12. Oktober 1916

Habe Tschirschky beauftragt gehabt, den Wünschen Hindenburgs gemäß weiter auf Verschmelzung der Okkupationsgebiete hinzuwirken. Tschirschky telegraphiere nunmehr:

„Auftrag ausgeführt. Baron Burian, der kreideweiß wurde, sagte, er könne mir heute noch keine Antwort geben, da er erst die erforderliche Ermächtigung einholen müsse.

Es ist unläugbar, daß unser Verlangen der Evakuierung des österreichischen Okkupationsgebiets in Russisch-Polen hier auf das tiefste verstimmen wird, um nicht zu sagen, einen dauernden Riß in den Beziehungen der beiden Länder bedeutet. In Zukunft wird es nicht mehr möglich sein, die hiesige

[325] Die entsprechende Weisung vom selben Tag ist in: BA Berlin, R 43/2398h, f. 153–154.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stelle[326] bei der Überzeugung zu halten, daß wir in freundschaftlicher Weise auf die Interessen und das Prestige der Monarchie auch bedacht sind, sondern das Verhältnis wird nur auf dem Boden des gewaltsamen Druckes stehen.

Dies dürfte selbst bei denjenigen Kreisen, die eine starke führende Einflußnahme Deutschlands auf die Monarchie wünschen und propagieren, einen Umschlag ihrer Stimmung hervorrufen.

Ich möchte nicht unterlassen, auf diese Konsequenzen des befohlenen Schrittes hinzuweisen. Dieser Schritt würde meines Erachtens wesentlich an Schärfe verlieren, wenn die von unserer O.H.L. gewünschte Evakuierung des österreichischen Gebietes tatsächlich erst nach der Proklamierung des selbständigen polnischen Staates zu erfolgen hätte. Damit würde erreicht, daß diese Evakuierung des mit uns gemeinsam eroberten Polens nicht für uns, sondern für das autonome Polen erfolgt, wodurch das hiesige Prestige geschont und den eigenen Polen gegenüber das Gesicht gewahrt wird."

Hindenburg wolle aus dieser Meldung Tschirschkys eine Berechtigung der Bedenken entnehmen, die er in seinem Telegramm vom 6. dagegen zum Ausdruck brachte, die vorliegende Frage einer Belastungsprobe für unser Bundesverhältnis zu gestalten. Der Anregung Tschirschkys, die Verschmelzung der Okkupatiosngebiete erst nach Erlaß des Manifests vorzunehmen, wird jedenfalls Folge zu geben und auch sonstigen Wünschen zur Wahrung des Prestiges der österreichisch-ungarischen Regierung nach außen zu entsprechen sein. Hiervon abgesehen, werden wir zunächst in der Frage der Polenproklamation zu einem endgültigen Entschluß kommen müssen.

711. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 19. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 13. Oktober 1916

Lieber Freund!

Nun sind wieder zwei Wochen über Deine beiden freundlichen Briefe vergangen. Also allen Dank für alles, namentlich den Anton Reißer[327], den zu lesen ich mich freue.

Aber ich bitte weiter. Bitte besorge mir:

1. Beitritt zur Goethe Gesellschaft gegen Jahresbeiträge
2. Band 1 und 2 des Jahrbuchs der Goethegesellschaft[328] (Band 3 habe ich)

[326] Gemeint: „die hiesige Regierung".

[327] Der zuerst 1785/86 veröffentlichte Roman „Anton Reiser. Ein psychologischer Roman" von Karl Philipp Moritz wurde vielfach aufgelegt, 1916 im Insel-Verlag, Leipzig, danach öfter.

[328] Es begann 1914 zu erscheinen (bis 1936); davor war es als „Goethe-Jahrbuch" von 1880 bis 1913 erschienen. – Die in Punkt 3 genannten: Gedichte von Goethe in Kompositionen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3. Friedländer Kompositionen
4. Westmann Weimar und Deutschland.

Das kostet, wenn ich richtig rechne, 30 M. Ich lege 100 M ein und bitte den Rest für das Goethehaus zu verwenden. –

Scheidemanns und Naumanns Reden[329] waren glänzend. Die ganze Sitzug würdig und erfreulich. Sonst noch kein Ausweg und kein Ausblick.

Herzlichste Grüße.
Stets der Deine

712. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R 43/2398h, f. 169–170. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift (mit einigen Änderungen von der Hand Wahnschaffes). Am Kopf Cessat-Vermerk. Am Rand folgender Vermerk: „S.E. Vielleicht ist dieser Entwurf für den Brief an S.M. irgendwie zu verwerten. W[ahnschaffe] 14./10."

RK 9952 KJ. Berlin, [14.] Oktober 1916

Ich bitte, Seiner Majestät im Hinblick auf den bevorstehenden Allerhöchsten Besuch in Berlin folgendes vorzutragen.

Von vielen Seiten wird immer mehr der Wunsch laut, mit dem Kaiserlichen Kriegsherrn und Führer des Deutschen Volkes in dieser schweren Zeit wieder in nähere Verbindung zu kommen, wie sie im Frieden von Sr. Majestät in so überaus dankenswerter Weise gepflegt wurde. So ist die Bitte um Gewährung einer Audienz ausgesprochen worden von dem Vorstand des unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden[330] und von der Vereinigung der sog. sechs Verbände (Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, christliche deutsche Bauernvereine, Bund der Industriellen, Zentralverband deutscher Industrieller und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband). In den genannten Vereinigungen sind zweifellos eine große Anzahl von tüchtigen und patriotischen Männern vertreten. An der Spitze des unabhängigen Ausschusses steht der Berliner Historiker Prof. Dr. Dietrich Schäfer. Neben ihm gehören dem Vorstand an das Herrenhausmitglied Graf Hoensbroech[331]; Geheimer Kommerzien-

Hrsg. v. Max Friedländer [Notendruck]. Weimar 1916 = Schriften der Goethe-Gesellschaft. – Der in Punkt 4 genannte Titel konnte nicht ermittelt werden.

329 Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 13. Leg.per., 64 Sitzung, 11. Oktober 1916, S. 1706–1711 (Scheidemann über Friedensaussichten; Lebensmittelteuerung; Fronde gegen den Reichskanzler; S. 1716–1723 Naumann über Krieg auf dem Balkan; England und Rußland in der Julikrise; Neuorientierung in der deutschen Politik).

330 Filialorganisation des „Alldeutschen Verbandes" mit weitgesteckten annexionistischen Kriegszielen. Leiter seit Sommer 1915 war Dietrich Schäfer. Am 15. Oktober 1916 veranstaltete der Ausschuß im Preußischen Abgeordnetenhaus eine Versammlung. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 474.

331 Wilhelm von Hoensbrech (1849–1922), Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1900–1918. – Die im folgenden genannten, noch nicht kommentierten Namen: Paul Vogel (1845–1930), Mitglied des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller seit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rat Vogel, 2. Präsident der Sächsischen 2ten Kammer; der Oberbürgermeister von Königsberg Körte, der Landeshauptmann von Westpreußen Senfft von Pilsach und der nationalliberale Landtagsabgeordnete Fuhrmann. Bei den 6 Verbänden kämen in Frage der conservative Reichstagsabgeordnete Dr. Roesicke vom Bund der Landwirte, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Böhme vom deutschen Bauernbund; der Zentrumsabgeordnete Freiherr von Kerckerinck für die christlichen Bauernvereine; Landrat a. D. Roettger vom Zentralverband deutscher Industrieller; Kommerzienrat Friedrich für den Bund der Industriellen; und für den Reichsdeutschen Mittelstandsverband dessen Vorsitzender Gräf. Eine oder die andere Persönlichkeit kann aber auch durch eine andere ersetzt werden. Die Herren, die ich selbst persönlich mehrfach gesprochen habe, haben mir die dringende Bitte vorgetragen, daß Se. Majestät geruhen möchte, ihnen eine Audienz zu gewähren. Ich nehme an, daß sie Sr. Majestät in würdiger, patriotischer Form hauptsächlich ihre Sorge um die Nichteröffnung des rücksichtslosen U-Bootkrieges vortragen wollen. Sie stehen alle auf dem Standpunkt, daß dieses Kriegsmittel so schnell als möglich angewendet weren müsse, und werden kaum von den Gefahren, die das mit sich bringt, zu überzeugen sein. Bei dem brennenden Interesse, das weite und patriotische Volkskreise für diese Frage haben, würde aber die Ablehnung der Audienz sicherlich sehr schmerzlich empfunden und wohl auch agitatorisch ausgebeutet werden in dem Sinne, daß der Kaiser von der direkten Berührung mit dem Volke ferngehalten würde, während der Zutritt zu den Bundesfürsten, inbesondere zum König von Bayern[332], offenstehe. Ich glaube daher, Sr. Majestät ehrerbietigst die Gewährung eines derartigen Empfanges empfehlen zu müssen, obwohl ich mir bewußt bin, daß ich damit bei der vollen Besetzung aller verfügbaren Zeit eine starke Zumutung an unseren Allergnädigsten Herrn stelle. Es würde aber falsch verstanden werden, wollte der Kaiser sich auf den Empfang von Vertretern dieser Richtung allein beschränken, deshalb würde ich es für sehr gut halten, wenn Se. Majestät dem außerodentlich warmen Interesse, das er für die Frage der Volksernährung hat, dadurch Ausdruck gäbe, daß er sich den Vorstand des Kriegsernährungsamts vorstellen ließe. Ihm gehören folgende Herren an: Präsident v. Batocki; General Groener[333]; Bayerischer

1909. – Siegfried Körte (1861–1919), Oberbürgermeister von Königsberg 1904–1919; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1903–1918. – Arnold Frhr. Senfft von Pilsach (1859–1919), Landeshauptmann der Provinz Westpreußen 1910–1919. – Karl Böhme (1877–ca. 1940), MdR (Nationalliberal/Deutsche Demokratische Partei) 1907–1928; Geschäftsführer des Deutschen Bauernbunds seit 1909. – Engelbert Frhr. von Kerckering zu Borg (1873–1933), MdR (Zentrum) 1912–1918; Vorsitzender der Vereinigung der deutschen Bauernvereine 1916–1928. – Max Rötger (1860–1923), Vorsitzender des Zentralverbands Deutscher Industrieller 1909–1919. – Friedrich: nicht weiter identifiziert. – Vermutlich Walther Graef (1875–1939), Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses (Deutschkonservativ) 1913–1918.

[332] Vgl. oben Nr. 639.

[333] Wilhelm Groener (1867–1939), Generalleutnant; Chef des Kriegsamts 1. November 1916–August 1917; seit Ende Mai 1916 auch Vorstandsmitglied des Kriegsernährungsamts (KEA). – Die im folgenden genannten, noch nicht kommentierten Namen: Friedrich Edler von Braun (1863–1923), Vorstandsmitglied des KEA (ab Herbst 1917 Unterstaatssekretär

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ministerialdirektor v. Braun; Unterstaatssekretär Frhr. von Falkenhausen; Dr. Ing. Reusch, Direktor der Gutehoffnungshütte; Kommerzienrat Manasse, Großkaufmann aus Stettin; Generalsekretär Stegerwald als Vertreter der christlichen, Dr. Müller als Vertreter der sozialdemokratischen Gewerkschaften; Stadtrat Dr. Krüger aus Berlin; Graf von der Schulenburg-Grünthal, Vorsitzender der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer; und Ökonomierat Saenger, Bürgermeister von Dürrheim i. Baden.

Am wenigsten würde Se. Majestät wohl durch diese Empfänge belästigt werden, wenn Allerhöchstdieselben die Gnade hätten, sich in das Reichskanzlerpalais zu bemühen und sich die Herren dort von mir vorstellen zu lassen[334].

713. Bethmann Hollweg an Burián

PA Berlin, R 21528. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin] 14. Oktober 1916

Euerer Exzellenz

verfehle ich nicht, meinen aufrichtigsten und verbindlichsten Dank für das gütige Schreiben v. 9. d. M. auszusprechen. Es war für mich von großem Interesse, die Stellung Euerer Exzellenz zur Frage des verschärften U-Bootkrieges kennen zu lernen, und ich werde es mir angelegen sein lassen, auch in dieser Sache Euere Exzellenz auf dem Laufenden zu erhalten und in offenem Gedankenaustausch mit Ihnen zu bleiben.

Die Frage des U-Bootkrieges ist, wie Euerer Exzellenz bekannt sein dürfte, in dem Haushaltungsausschuß des Reichstages eingehenden Erörterungen unterzogen worden. Die Mehrheit hat sich hierbei zur Anerkennung des Regierungsstandpunktes durchgerungen, wonach eine Verschärfung des U-Bootkrieges z. Zt. inopportun erscheint.

Genehmigen Eure Exzellenz den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung

daselbst) Mai 1916–1920. – Friedrich Frhr. von Falkenhausen (1869–1946), Sohn des Generalobersten Ludwig Frhr. von Falkenhausen; Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium 1915–1917; seit Mai 1916 auch Vorstandsmitglied des KEA. – Paul Reusch (1868–1956), Vorsitzender der Gutehoffnungshütte 1909–1942; Vorstandsmitglied des KEA. – Georg Manasse (1852–1923), Getreidegroßhändler; Vorstandsmitglied des KEA seit Mai 1916. – Adam Stegerwald (1874–1945), Generalsekretär des Gesamtverbands der christlichen Gewerkschaften Deutschlands 1903–1929; in der Weimarer Zeit mehrfach Minister. – August Müller (1873–1946), Vorstandsmitglied (als erster Sozialdemokrat) des KEA Mai 1916–1917; daselbst Unterstaatssekretär 1917–1918. – Vermutlich Franz Krüger (1887–1924), Gewerkschafter. – Bernhard Graf von der Schulenburg-Grünthal (1852–1936), Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1904–1918; Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg 1915–1921. – Saenger: nicht weiter identifiziert.

[334] Vgl. unten Nr. 717.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

714. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22230. Telegramm. In Typendruckschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 15. Oktober 1916

An S. Majestät ist gestern Abend folgendes Telegramm des Herrn Reichskanzlers gegangen:

Seiner Majestät dem Kaiser und König, Großes Hauptquartier.

Euerer Majestät darf ich auf das gnädige Telegramm vom 13. Oktober alleruntertänigst melden, daß Österreich bisher noch keine offizielle Bitte um Aushülfe mit deutschem Getreide gestellt hat. Nur bei Gelegenheit in Wien geführter Verhandlungen über unsere Versorgung mit galizischem Petroleum wurde von österreichischen Delegierten die Frage aufgeworfen, ob Österreich bei seiner geringen Getreideernte auf unsere Hülfe rechnen könne. Die deutschen Delegierten nahmen mangels Instruktion die Frage zur Kenntnis und hoben hervor, daß zunächst im gemeinsamen Benehmen der beiderseitige Vorrat und Bedarf festgestellt und Aufklärung darüber geschafft werden müßte, welche Maßnahmen getroffen oder in Aussicht genommen seien, um mit eigenen Mitteln auszukommen. Wie ich erfahre, stellt die österreichisch-ungarische Regierung zur Zeit Erhebungen über ihre Bestände an. Ich darf auf die Zustimmung Euerer Majestät rechnen, wenn ich eine Besprechung von Vertretern der beiden Regierungen über die für unsere Gesamtlage so wichtige Ernährungsfrage herbeiführe. Unsererseits wird dabei auf die Einführung von Maßnahmen zur Kontrolle und Einschränkung des Verbrauchs in Österreich-Ungarn gedrungen werden müssen, die unseren Maßnahmen tunlichst entsprechen. Inzwischen wird hier ermittelt, ob und wieweit wir trotz knapper Kartoffelernte zu Getreideabgaben an Österreich in der Lage sein würden.

Alleruntertänigst

715. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Berlin, R 43/2398h, f. 165–168. Immediatschreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

RK. 9952KJ. Berlin, 15. Oktober 1916

Ew.M.

darf ich im Anschluß an mein Telegramm vom 11.10.[335] ehrfurchtsvollst melden, daß die durch die Reichstagsverhandlungen geschaffene Beruhigung der öffentlichen Meinung einstweilen in erfreulicher Weise anhält. Immerhin aber gaben die Beratungen im Ausschuß ein lebendiges Bild von der gewalti-

[335] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen Bewegung, die mit der langen und noch unabsehbaren Dauer des Krieges stetig wachsend die Herzen des Volkes erfüllt. Bei den Vertretern aller Parteien fand sie einen zum Teil ergreifenden Ausdruck. Ich mußte mir immer wieder sagen, daß der parlamentarische Mantel in solchen Zeiten trotz seiner Mängel eine absolute Notwendigkeit ist, jedenfalls für ein Volk von dem Kraftbewußtstein, der Tüchtigkeit und dem Bildungsstand des deutschen. Nur in Wien kann man darauf verzichten, aber wie wir alle sehen, zum Schaden des Staates. Es wäre in Österreich nicht so weit gekommen, wie es gekommen ist, wenn man nicht das Parlament seit Beginn des Krieges mundtot gemacht hätte. Bei uns ist das Bedürfnis, und ich muß sagen, das ehrlich empfundene Bedürfnis nach Aussprache so groß und zeugt zugleich in so überzeugender Weise von dem monarchischen Sinn des Volks, daß ich es wage, [mich] E.M. mit einer ehrfurchtsvollen Bitte zu nahen.

Mit zunehmender Dringlichkeit haben mir verschiedene Korporationen den Wunsch nahe gelegt, ob es ihnen nicht vergönnt sein könnte, von E.M. einmal persönlich empfangen zu werden. Im Einzelnen sind das

1. die Mitglieder des Vorstandes des Kriegsernährungsamtes, auf denen eine besondere Verantwortung lastet und die von ihrer schweren Arbeit durch ein Wort E.M. gehoben werden würden. Der Vorstand besteht aus 11 Herren.

2. Eine Vertretung der sogenannten sechs Verbände (Bund der Landwirte, Deutscher Bauernbund, Vereinigung der christlichen deutschen Bauernvereine, Zentralverband der Industriellen, Bund der Industriellen, Deutscher Mittelstandsverband). Hier würden für den Empfang voraussichtlich je 2 Vertreter der Landwirtschaft und der Industrie, im ganzen also 4 Herren, in Frage kommen.

3. Der Unabhängige Ausschuß für einen deutschen Frieden, an dessen Spitze der Berliner Historiker Professor Dietrich Schäfer steht. Auch hier würde es sich um eine Deputation von 4–6 Herren handeln.

Die zu 2 und 3 Genannten sind bekanntlich Verfasser ziemlich weitgehender Annexionspläne und des rücksichtslosen Ubootskrieges. Ich möchte hoffen, daß sie entschieden beruhigt werden, wenn sie in einer kurzen Ansprache vor E.M. ihre Ansichten entwickeln könnten.

Gleichzeitig wird dadurch eine auch nach Außen erkennbare Widerlegung der unsinnigen Gerüchte geschaffen werden, als würden E.M. von der direkten Berührung mit weiteren Schichten des Volkes ferngehalten.

4. Im Anschluß daran würde ich einen Empfang auch von einer Abordnung des Nationalausschusses[336] alleruntertänigst anheimstellen, der für die Ausgleichung der Gegensätze arbeitet. Hier würde es sich ebenfalls um die 4–6 Vertreter handeln.

Ich bin mir bewußt, daß ich bei der vollen Besetzung aller verfügbaren Zeit mit dieser Bitte eine starke Zumutung an E.M. stelle, wage aber es zu tun, weil eine Ablehnung der Audienz von den Beteiligten sehr schmerzlich empfunden würde, ihre Bewilligung aber auf die Hebung des Geistes in weiten

[336] Oben Anm. 132.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schichten von nachhaltigstem Einfluß sein würde. Schließlich sind alle diese Bitten doch nur ein Ausfluß der monarchischen Gesinnung des Volkes, das in dieser schweren Zeit zu seinem Kaiser gehen, ihn sehen und sprechen hören will.

Wenn E.M. geruhen wollten, im Anschluß an den Aufenthalt im Neuen Palais zur Feier des Geburtstages I.M. der Kaiserin[337] noch kurze Zeit auf Berlin zu verwenden, könnten diese Empfänge vielleicht doch im Schloß Bellevue in einer für E.M. möglichst wenig störenden Weise eingerichtet werden. Dabei würde es den zu Empfangenden gewiß die größte Freude bereiten, aus den Worten E.M. die frischen Eindrücke Allerhöchstdesselben von unseren Truppen an der Westfront heraushören zu dürfen. Einen kurzen Aufenthalt in Berlin würde ich um so dankbarer begrüßen, als E.M. dabei vielleicht noch den Vortrag eines oder des anderen Ministers befehlen und, wenn angängig, eine der für die ärmere Bevölkerung eingerichteten Massenspeisungen besuchen könnten, die in dieser Zeit ernster Lebensmittelschwierigkeiten von ganz besonderer Bedeutung für die Großstädte sind.

Ich kann diesen Vortrag nur mit der ehrfurchtsvollsten Bitte schließen, meine Vorschläge gnädigst entgegennehmen und mir einen Befehl zukommen lassen zu wollen, zu welchem Tage ich die erforderlichen Vorbereitungen treffen darf. Ich würde alsdann nicht ermangeln, Ew.M. genauere Unterlagen über die einzelnen Persönlichkeiten noch vorzulegen.

Alleruntertänigst

716. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 22254. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 12. Berlin, 16. Oktober 1916, 3 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 16. Oktober 1916, 5 Uhr 55 Min. Nm.

Der in Euerer Majestät Allergnädigstem Telegramm von gestern bezeichnete Weg, die Lebensmittelversorgung in Österreich-Ungarn militärisch zu organisieren, scheint auch mir bei den Zuständen in Österreich und Ungarn der einzige, der vielleicht Erfolg verspricht und der auch weniger odiös ist als der Weg von Regierung zu Regierung. Einzelheiten werde ich morgen noch mündlich mit Generalfeldmarschall von Hindenburg besprechen.

Alleruntertänigst

[337] Geburtstag der Kaiserin Auguste Viktoria war der 22. Oktober.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

717. Wilhelm II. an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2398h, f. 171. Telegramm. Behändigte Abschrift. Praes.: 17. Oktober 1916 Abends.

Zu RK 9952 K.J. [Auf der Fahrt von Pleß an die Westfront, 17. Oktober 1916]

Euer Exzellenz Schreiben[338] erhalten. Meine Zeit in Potsdam wird sehr beschränkt sein und soll zur Erholung nach 6 Tagen Reise (fast 1400 km) und Zusammensein mit den Meinen dienen. Ich werde gerne Minister und Mitglieder des Kriegsernährungsamts empfangen[339]. Die Herren ad. 2, 3 und 4 aber nicht. Die Vertretung der sog. „Sechs Verbände" hat sich bereits an Meinen Sohn gewandt und ihm mit der Bitte, um Gewährung einer Audienz bei Mir zu erwirken, eine von Hirsch in ihrem Auftrag verfaßte Denkschrift überreicht, die für mich bestimmt sei. Diese sowie das Audienzgesuch hat der Kronprinz an mich weitergegeben mit einem Begleitbrief, der in solchen maßlosen Wendungen sich leider wieder bewegt, daß die Absicht der Herren, zu welchem Zweck sie eigentlich von Mir empfangen werden wollen, klar daraus hervorgeht. Ich brauche ihn nicht zu nennen, E.Ex. werden ihn erraten[340]! Zudem ist die von Hirsch verfaßte Denkschrift in höchst unerehrbietigem Ton gehalten und versteigt sich zur Drohung! Ich habe die ganzen Akten an den Feldmarschall gegeben, der nach Durchsicht und Prüfung entrüstet war und eine Antwort an S.Kais. [Hoheit] verfaßt hat, die erläuternd und aufklärend, aber ablehnend wirkt. Der Feldmarschall ist wie ich der Ansicht, daß alle diese Dinge mehr oder minder mit größerem oder kleinerem patriotischem Mantel bekleidete Einmischungsversuche in die Kriegführung beziehungsweise durch Antworterzwingung seitens der Ob. Heeresleitung Verantwortung derselben hervorzurufen darstellen, die ungehörig sind. Ich könne im Kriege keine unberufene[n] Männer empfangen, die Dinge streiften, über die der Oberste Kriegsherr nicht sprechen kann noch will oder die bei der Weitergabe der Worte sofort zu einer Art Verantwortung solchen Kreisen gegenüber gestempelt werden über milit. oder militärpolit. Dinge, die heikel seien. Ich bin eben jetzt der Oberste Kriegsherr zuerst, dann der Herrscher! Und als solcher muß ich unbedingt jeden Kontakt mit Vereinen und Versammlungen noch mehr vermeiden als im Frieden! Z.B. Nr. 3 ist ein Blech! Schäfer und seine

[338] Oben Nr. 715.

[339] Das geschah am 30. Oktober 1916, als der Kaiser im Reichskanzlerpalais Besprechungen abhielt (u.a.) mit Bethmann Hollweg, Helfferich, dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes und dessen Vorstandsmitgliedern. (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 [1916] S. 499.)

[340] Admiral Müller zitiert aus dem Brief des Kronprinzen Wilhelm an den Kaiser: Er solle „den Kanzler entlassen, der sich nur auf Juden und … Sozialdemokraten stütze: ‚Schmeiß doch den Kerl raus!'" (Müller, Regierte der Kaiser? S. 230.) – Bei dem im folgenden genannten Hirsch handelt es sich vermutlich um den Nationalliberalen und Alldeutschen Wilhelm Hirsch (oben Anm. 183) = Nr. 639 Seine Denkschrift wurde nicht ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Leute geht der Friede garnichts an! Den schließe Ich, wie Ich den Krieg führe. Bismarck hat auch keine solchen Ausschüsse neben sich gehabt oder Großpapa[341] empfangen lassen! Das geht nicht an! Die Leute müssen sich gedulden und warten, bis es Gott gefällt, den Krieg zu beenden! Sagen kann Ich ihnen nichts und werde Ich auch nicht! Da könnte ja jeder Verein kommen und empfangen werden wollen, z. B. der Verein zur Vertretung [der] Interessen der Selbstrasierer! Ich muß jetzt hart sein und bin es durch 2½ furchtbare Jahre, wo ich diese entsetzliche Last schleppe, langsam geworden, durch schwere Prüfungen zum Stahlblock gehämmert. Ich kenne nur stummen mit zusammengebissenen Zähnen geführten Kampf, aber Deputationen Phrasen machen Nein!

718. Aufzeichnung Bartenwerffers

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 210–212. Eigenhändige Abschrift Thimmes.

Aufzeichnung aus der Besprechung über die Polenfrage[342]

Pleß, 17. Oktober 1916

Anwesend: Bethmann Hollweg, Jagow, Ministerialdirektor v. Stumm, Hindenburg, Ludendorff, Oberst v. Bartenwerffer [Unterzeichner], Beseler, Hauptmann v. Heynitz[343]

Kanzler: Separatfrieden mit Rußland augenblicklich communis opinio in Berlin. Wenn Rumänien niedergeworfen werde, Rußland seine Pläne mit Konstantinopel aufgeben müsse, sei tatsächlich Aussicht dazu vorhanden. Das gemeinsame Manifest betreffend einheitlichen Staat Polen werde mindestens retardierend auf den Separatfrieden wirken; etwaige neue Leute in Rußland, die zum Frieden mehr neigten als die jetzigen – Kokowzow, Giers[344] –, in ihrer Aktion lähmen.

Vor unserem Volke, das auf den Separatfrieden hoffe, könnten nur militärische Gründe das Manifest rechtfertigen. Gegen sie sage man in Berlin: Wir bekommen in Polen doch keine Mannschaften.

Hindenburg: Wir müssen so stark wie möglich sein. Wir werden auch Mannschaften bekommen, denn Manifest werde werben: Manifest werde Rußland nicht von einem etwaigen Sonderfrieden zurückhalten.

Manifest allein mache es aber nicht. Auch das Heer müsse einheitlich sein. Daher Verschmelzung der Generalgouvernments notwendig.

[341] Wilhelm I. (1897–1888), Deutscher Kaiser 1871–1888.

[342] Vgl. auch Conze, Polnische Nation S. 212–213 (der für die Sitzung eine andere Quelle benutzte).

[343] Richard von Heynitz (1873–1960), Major a. D.; persönlicher Adjutant Beselers 1915–1918.

[344] Michail Nikolaevič Giers [Girs] (1856–1924), russischer Botschafter in Konstantinopel 1912–1914, in Rom 1915–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beseler: Die Frage werde eine große politische Tat sein, die Gestaltung des östlichen Europa bestimmend beeinflussen. Mit dem Sonderfrieden lähme man seit August jeden Fortschritt der Frage. Wir müssen die Besorgnis, die Gelegenheit zum Sonderfrieden zu verderben, zurückstellen. Es bestehe die Gefahr, daß Sache im Sande verlaufe. Augenblicklich Stimmung in Polen uns günstig, deutsche Verwaltungsarbeit habe den Polen die Erkenntnis gebracht, daß sie ihre Zukunft in Anschluß an Deutschland suchen. Zögern wir aber, so schwenken sie zu Österreich, vielleicht gar zu Rußland ab. Manifest werde nicht die befürchtete Stärkung des russischen Widerstandswillens haben, denn Rußland habe sich mit Verlust Kongreßpolens abgefunden.

Manifest mit Österreich nur gleichzeitig mit der Verschmelzung der Generalgouvernements. Ein einheitliches Heer von Anfang an notwendig. Gelinge es nicht, Verschmelzung durchzusetzen, dann solle man den Polen sagen, Österreich habe nicht gewollt, wir wollen es nun allein versuchen! Nach Erlaß eines Manifests ohne Verschmelzung – Österreichs Streben – sei Österreich nachher sicher für nichts mehr zu haben. Von gemischter militärischer Kommission erwartet Beseler nichts.

Kanzler: Bogen nicht überspannen. Österreich kann abspringen. Für Österreich ein schwerer Gedanke, Polen ganz aufzugeben. Wir dürfen es nicht dahin kommen lassen, daß Burian erkläre, von den Wiener Abmachungen zurückzutreten.

Jagow: Schlägt vor, den Österreichern die Verpflichtung abzunehmen, sich später aus Lublin zurückzuziehen.

Beseler: Wir dürfen den Dualismus in Polen nicht lassen. Österreich müsse hinaus, sonst arbeite es ständig gegen uns. Wollen eventuell in Warschau etwas Vernünftiges allein schaffen, damit Lublin und Krakau zu Warschau drängen.

Kanzler: Sollen wir auf die große politische Tat des Manifests verzichten, nur weil wir nicht zusammen rekrutieren können?

Beseler: Österreich muß heraus. Wenn Verschmelzung nicht sofort zu haben, dann wenigstens bald: Klausel baldiger Räumung Lublins.

Hindenburg: Für das allmähliche Weichen Österreichs aus Lublin müsse klare Formel gefunden werden.

Bethmann Hollweg: Kaiser werde einverstanden mit Manifest sein, denn er habe grundsätzlich seine Genehmigung gegeben, daß sein Wille, die Gründung Einheitspolens, bekannt werde.

Bethmann Hollweg will baldigst Polendeputation empfangen, sie dann mit gebundener Weisung nach Wien schicken.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

719. Aufzeichnung Bartenwerffers

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 213–220. Aufzeichnung Bartennwerffers vom 23. Oktober. Eigenhändige Abschrift Thimmes.

Aufzeichnung aus der Besprechung der Polenfrage[345]

Pleß, 18. Oktober 1916

Anwesend: deutscherseits wie am 17. bei Vorsprechung, österreichischerseits: Burian, Botschafter a.D. v. Merey, Graf Hoyos (dieser nur Nachmittag-Sitzung), Conrad, Oberstleutnant Kundtmann[346].

Bethmann Hollweg: die zwischen uns und Österreich-Ungarn bestehenden Meinungsverschiedenheiten beziehen sich auf die Verschmelzung der beiden Generalgouvernements. Wir behaupten, der einheitliche Heereskörper verlange einheitliche Basis.

Hindenburg: Nicht politische oder wirtschaftliche Interessen nötigen zur Verschmelzung, wohl aber militärische. Die polnische Armee müsse nach einer Form gegossen werden, sonst habe Polen beim Friedensschluß nichts Brauchbares.

v. Beseler entwickelt des näheren die militärischen Gesichtspunkte. Keine Aushebung, die von Polen als Vergewaltigung betrachtet werden würde, sondern Werbung. (Bei Aushebung würde man mit einem stehenden Heer von 120.000 Mann, einem mobilen Heer von 7–800.000 Mann bei 12½ Millionen Einwohnern rechnen können.) Auch bei Werbung könne man auf Stärkung unserer Kampfkraft rechnen, wenn es auch damit noch eine Weile dauern werde. In der Zukunft werde Aufgabe des polnischen Heeres sein: Es soll dem neuen Staat sofort ein Rückgrat geben. Müsse daher gut durchgebildet sein, um eine feste, sichere Stütze gegen Gefahren von Osten zu bilden. Dazu gehöre methodische Ausbildung, einheitliche Erziehung. Sonst stehe Polen beim Friedensschluß vor der schweren Aufgabe der Verschmelzung zweier verschiedener Heereskörper. Bei aller Einheitlichkeit in der Gefechtsverwendung wiesen die beiden verbündeten Heere doch große Verschiedenheiten auf, die sich in der Erziehung des polnischen Heeres zeigen werden.

Einheitliche Leitung könne aus geographischen, politischen und wirtschaftlichen Gründen nur von Deutschland durchgeführt werden.

Geht auf Einwände ein a) ob denn die Polen auf das Manifest kommen würden, b) ob nicht die Feinde sagen werden, wir seien am Ende unserer Kraft. Letzteres gleichgültig. Sicher kommt eine ganz anständige Zahl auf den Aufruf hin. Wieviel, das kann man nicht sagen. Sicher wird man mit 4–5 Divisionen

[345] Vgl. wiederum Conze, Polnische Nation S. 213–215 (der eine Niederschrift Heynitz' und Buriáns benutzte).

[346] Rudolf Kundtmann, Oberstleutnant; Adjutant Conrad von Hötzendorffs 1914–1917 (Lebensdaten nicht ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

anfangen können, dann muß man weiter entwickeln und allmählich zur allgemeinen Wehrpflicht übergehen.

Entwickelt im Anschluß daran einen förmlichen Ausbildungsplan.

Burian: Verabredete Lösung der polnischen Frage ein Entgegenkommen gegen Deutschland. Zu dem neuen einheitlichen Polenstaat nehmen beide Kaisermächte eine paritätische Stellung ein, mit der Einschränkung, daß Deutschland die oberste Führung und Aufsicht über das Heer übernehme. Das bedeute nicht, daß Österreich sich in Polen desinteressiert. Es könne seine Stellung in Polen nicht aufgeben, wegen seiner allgemeinen politischen Lage und seines Verhältnisses zu den Polen.Trennung der Militärgouvernements müsse bleiben. Als erstes müsse Proklamation erfolgen; Heeresorganisation ohne vorausgegangener Proklamation aussichtslos. Dringt auf Berufung der gemischten militärischen Kommission. Warum solle Leitung schon jetzt Deutschland zufallen? Nur weil es einfacher sei? Österreich müsse seine Finger in der Sache behalten, weil das Werk Mitteleuropa zugute kommen solle. Lublin könne nicht aufgegeben werden, solange Warschau bestehe, d. h. bis nach dem Kriege. Warum sollten beide Verwaltungen nicht nebeneinander bestehen?

Kanzler: Augustverhandlungen haben doch schon festgelegt, daß ein Kondominium in Polen nicht statthaben soll. Daraus ergebe sich, daß das Augenmerk a priori auf Schaffung eines einheitlichen Polens, insonderheit einer einheitlichen Armee gerichtet werden müsse. Gegen Forderung Einheitlichkeit jetzt müsse alles andere zurücktreten. Betont auf[s] stärkste die allgemeinen Gesichtspunkte der Stärkung beider Kaiserreiche gegen östliche Gefahr, der Vertiefung des Bündnisses beider Reiche. Wir haben eine ungeheure weltpolische Aufgabe mit der Schaffung Polens vor uns. Wir müssen Polen uns eng angliedern, die östliche Gefahr bleibt für beide Kaiserreiche bestehen. Zukunft Zentraleuropas ist verankert in einem festen Bündnisse derselben. Gemeinsame Interessen beherrschen uns bei dieser Aufgabe. Wir wollen Polen sicher nicht germanisieren. Polen soll polnisch regiert werden. Unsere Verwaltung Warschau hat Selbstverwaltungsgrundsätze groß gezogen. Das muß im ganzen Polen geschehen. Sonst bleibt die Mauer zwischen den Generalgouvernements als Schreckgespenst der Teilung.

Conrad: Eine Heeresorganisation aus einem Guß sei sicher das beste. Hier aber gebe es eben Rücksichten, die Konzessionen forderten. Auch bei gemeinsamem Wirken werde sich das Heer schaffen lassen. Dringt ebenfalls auf Zusammentreten der Militärkommission, die den Weg zur Schaffung des polnischen Heeres schaffen sollte. Dringt weiter auf Proklamation als Voraussetzung der Werbung; auch polnische Regierung und ein polnischer Regent müßten sofort geschaffen werden.

Bethmann Hollweg: Sofortige Kreierung des polnischen Staates sei ein ganz neuer Gedanke. Sie sei hinter unserer militärischen Front unmöglich. Betont Notwendigkeit, gegenüber dem künftigen einheitlichen Staat Polen alle dualistischen Ideen auszuschalten.

Conrad betont, er habe nur sagen wollen, daß man auch mit dem Dualismus etwas ausrichten könne, wenn man nicht um ihn herumkomme.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beseler: Notwendigkeit der Einheitlichkeit, durch die der polnische Staat von vornherein eine ganz andere Kraft bekomme. Errichtung des polnischen Staates schon jetzt sei ausgeschlossen. Proklamation dürfe keine Zweifel lassen, daß der polnische Staat erst im Frieden komme. Das Versprechen der Bildung des Staates gewährleiste Vertrag durchaus genügend. Giebt zu, daß sich auch mit dem Conradschen Rezept des Dualismus etwas Brauchbares entwickeln lasse, wir aber wollen nicht etwas Brauchbares, sondern das Beste schaffen, dazu alle Momente der Unklarheit und Unsicherheit herauslassen. Solle Militärkommission in Wirksamkeit treten, müsse sie mehr Vollmachten erhalten, damit keine zeitraubenden Verhandlungen zwischen Wien und Berlin, Teschen und Pleß nötig bleiben.

Ludendorff: Jetzige Kriegslage so ernst, daß politische Rücksichten hinter die militärische Notwendigkeit, das beste zu schaffen, zurücktreten müßten.

Burian: Will nur, daß die öffentliche Meinung bei Errichtung des polnischen Staates auch mitspreche. Hält in der Verwaltung einen „gewissen Abbau von oben“ für angebracht, dazu einen Regenten ohne Exekutive.

Conrad: Bezweifelt Erfolg der Werbung, wenn Unabhängigkeit Polens nicht gleichzeitig geschaffen werde.

Ludendorff: Polen wollen Garantien, die am sinnfälligsten durch Vereinheitlichung zu geben [seien]. Nur ein einheitliches Heer mache es. Der Geist des deutschen und des kuk Heeres zu verschieden. Bittet aus rein militärischen Gründen politische Bedenken fallen zu lassen.

Conrad: Auch Verschmelzung der Gouvernements werde nicht genügen, um Mißtrauen der Polen zu beseitigen, die Unterwerfung unter Deutschland fürchten.

(Frühstückspause.)

Hindenburg: Faßt noch einmal zusammen. Wir wollen ein autonomes Polen nach dem Kriege. Dafür wollen wir ihm jetzt das beste Heer geben. Das erwarten wir nur von einer Verschmelzung der Generalgouvernements. Verschmelzung soll ohne Verletzung österreichischen Prestiges geschehen.

Beseler: führt näher aus, wie das geschehen solle. Generalgouvernements bleiben einstweilen bestehen und treten zur Vorbereitung der Verschmelzung in Verbindung untereinander, indem Lublin eine Delegation nach Warschau entsende. Dazu trete gemischte militärische Kommission sofort zusammen, um in gemeinsamer Arbeit unter Ausschaltung alles spezifisch Österreichischen und alles spezifisch Deutschen das polnische Heer zu schaffen. Der Grund des polnischen Heeres solle also auf gleichmäßiger Basis mit dem alleinigen Ziel der Gefechtsbrauchbarkeit festgelegt werden. Während das Heer gemeinsam geschaffen werde, solle auch allmähliche Vereinheitlichung der Verwaltungsbezirke unter voller Schonung der österreichischen Verwaltungsgesetzgebung durchgeführt werden, um so Bildung eines selbständigen polnischen Staates nach dem Kriege schon im Kriege vorzubereiten. Übergang bis 1. Februar 1917. Dann habe die besondere Verwaltungsspitze Lublins zurückzutreten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Burian: Zwei Bedenken. 1) Delegation Warschau. Sie dürfe keine politische Delegation sein. 2) Rückbau Lublins. Solange Generalgouvernement Warschau bestehe, werde Generalgouvernement Lublin bleiben. Warum solle immer Österreich es sein, wenn Prestigeschaden ertragen werden solle? Warum müssen die politischen Rücksichten den militärischen Gründen weichen? Politische Rücksichten Österreichs seien hier sehr wichtig. Das Interesse müsse es sein, daß Österreichs Prestige nicht leide. Legt auf Übergangszeit wenig Gewicht; ob Verschmelzung der Gouvernements heute oder am 1.2.17 erfolge, sei ganz egal. Parität der österreichischen Position in Polen müsse bleiben.

Conrad: Militärische Vorschläge Beselers annehmbar; alles übrige Sache Burians.

Bethmann Hollweg: Das militärische Ziel fordere auch gleiche Verwaltungsgrundsätze in beiden Gouvernements, die jetzt fehlen. Zu schaffen durch Delegation für Änderung der Verwaltung.

Beseler: Wir hätten uns gegen eine polnische Regentschaft wenden müssen, wie Österreicher sie wollen. Schlägt statt dessen eine Notabelnversammlung mit „unterhaltender“ Bestimmung vor.

Burian: Nimmt Delegation mit der Beschränkung an, daß sie keine beschließende, nur beratende Befugnisse habe, und zwar beratende für die Arbeit in beiden Gouvernements. Auch Notabelnversammlung nimmt er an. Hält dagegen seinen ablehnenden Standpunkt hinsichtlich Vereinheitlichung der Gouvernements fest.

Beseler betont nochmals Notwendigkeit, daß der Zustand des Dualismus in absehbarer Zei aufhören müsse.

Burian: Es sei denkbar, daß ein Ausgleich der Verwaltungsgegensätze (aber anscheinend durch Angleichung der Stellung Lublins an Warschau, jedoch unter Aufrechterhaltung der Sonderexistenz Lublins) erfolge; dazu gehöre aber Entscheidung Kaiser Franz Josephs.

Ludendorff wirft Frage auf: wenn die österreichische Delegation in Warschau sei, wie solle Lublin sich zu ihren Beschlüssen verhalten? Burian will zu allen in Warschau gefaßten Beschlüssen Genehmigung Lublins. Demgegenüber betonen Beseler und Ludendorff Notwendigkeit einer einheitlichen Spitze. Bethmann Hollweg betont mit großem Ernst: Wir befinden uns in ernster militärischer Lage und müssen jede Verantwortung ablehnen, wenn Österreich die Möglichkeit versage, etwas Gutes zu schaffen. Burian betont demgegenüber, daß der Ernst der Österreicher in dieser Frage ebenso tief sei wie auf deutscher Seite. Zu[sammen]stöße werden immer schärfer. Burian erhebt den Vorwurf, daß alle Verzögerung seit August von Deutschland verursacht sei, weist darauf hin, was Österreichs Prestige ertragen könne, vermöge nur Österreich voll zu ermessen, nimmt in Anspruch, daß erst Kommission festsetzen solle, wenn Vereinheitlichung auch nur der militärischen Spitze eintreten solle, worauf Ludendorff: „nein, das ist Sache der hier beratenden Männer“; Burian lade bei dem großen Ernst der Lage eine gewaltige Verantwortung durch sein Widerstreben auf sich. Das weist Burian zurück. Auch Reichskanzler und Beseler stellen nachdrücklich fest, die Frage,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wann die Vereinheitlichung der militärischen Spitze erfolgen solle, ebenso Frage, ob das einheitlich oder dualistisch werden solle, müsse hier beantwortet werden, nicht erst durch die Kommission, Reichskanzler konstatiert schließlich, daß einheitliche Spitze u. das Beaufsichtigungsrecht des Generalgouvernments Warschau in Lublin beschlossene Sache sei, daß aber der gemeinesame Boden noch fehle. Dann faßt Beseler die heutigen Ergebnisse dahin zusammen:

1) Kundgebung der Mächte werde baldigst erlassen

2) mit Werbungen solle dann schleunigst vorgegangen werden

3) Gemischte militärische Kommission trete umgehend in Warschau zusammen

4) Eine Delegation trete zum Generalgouvernement Warschau zu dem Zweck, die Verwaltungsgebaren in Warschau und Lublin einander näher zu bringen mit dem Endziel eines nach einheitlicher Methode verwalteten Staates

5) Aufstellung eines Heeres unter einem deutschen General

6) Verwaltungsbezirke bleiben zunächst getrennt. Gehe das nicht auf die Dauer, so werde von neuem über Verschmelzung zu verhandeln sein.

Reichskanzler will jetzt Polendeputation in Berlin empfangen[347], die die Bitte um einen einheitlichen polnischen Staat vortragen wolle. Solle dann bei Burian dasselbe vortragen. Vorläufige Antwort Bethmann Hollwegs und Burians vorher zu verabreden. Endgültige Antwort erfolge durch Proklamation.

Hindenburg: Vereinheitlichung der Generalgouvernements werde somit auf allen militärischen Gebieten hergestellt. Zivile Verwaltung bleibe getrennt, jedoch solle Delegation zivile Vereinheitlichung anbahnen.

720. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 22254. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 14. Berlin, 19. Oktober 1916, 2 Uhr 12 Min. Nm.
Ankunft: 19. Oktober 1916, 3 Uhr -- Min. Nm.

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät melde ich alleruntertänigst, daß gestern in langwierigen Verhandlungen mit Baron Burian und dem Generaloberst v. Conrad eine Verständigung erzielt ist, die zwar nicht eine Verschmelzung der Generalgouvernements Warschau und Lublin bringt, doch aber für die Aufstellung eines polnischen Heeres eine Grundlage schafft, die von Generalfeldmarschall v. Hindenburg und von Generalgouverneur v. Beseler als brauchbar anerkannt wird. Den Wortlaut des zu erlassenden Manifests werde ich Euerer Majestät in den allernächsten Tagen unterbreiten.

[347] Das geschah am 28. Oktober und 1. November 1916 gegenüber zwei Polendeputationen: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 495–496 und 504.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

721. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

BA Berlin, R. 43/2408, f. 2–3. Schreiben. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

Zu RK 9894 K.J.[I] Berlin, 21. Oktober 1916
Eigenhändig.

Euer Exzellenz

geneigtes Schreiben vom 15. d. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Ich weiß nicht, wodurch E.E. sich zu der Mitteilung veranlaßt gesehen haben, daß Sie sich versagen müssen, mir Rechenschaft über die Erfüllung Ihrer Pflichten abzulegen. Eine solche Rechenschaft zu fordern, hat weder jemals in meinem Willen gelegen noch war ich dazu befugt. Ich weiß, daß unser Interesse in der Bekämpfung des schweren Mißbrauchs, der mit der Versendung geheimer Aktenbestände unserer beider Ressorts zu einer skrupellosen Agitation getrieben wird, ganz das gleiche ist. Ein Hauptwerkzeug dieser Agitation ist, wie Euer Exzellenz bekannt, zur Zeit noch immer die im Admiralstab ausgearbeitete Denkschrift vom 12. Februar 1916[348]. Sie ist ohne Zweifel durch einen schweren Vertrauensbruch in die Öffentlichkeit gelangt, von dem nicht feststeht, in welchem Geschäftsbereich er begangen ist. Es wäre daher für mich wertvoll gewesen, mir einen vollständigen Überblick über alle zivilen, militärischen und privaten Stellen zu verschaffen, denen die Denkschrift zugegangen ist. Euer Exzellenz haben mir einen Teil dieser Stellen ohne jedes Bedenken mitgeteilt. Ich konnte daher nicht annehmen, daß Euer Exzellenz nicht bereit sein sollten, sie mir alle zu nennen, umsoweniger, als etwaige bei der Verteilung der Denkschrift auch bedachte Marineverwaltungsbehörden von dem Reichs-Marineamt, also auch von mir, ressortieren. Da E.E. sich indes zu einer Ablehnung meiner Anfrage entschlossen haben, verzichte ich nunmehr auf die erbetene Auskunft.

[348] Sie war vom Admiralstab als private Arbeit ausgegeben und in Hunderten Exemplaren an amtliche und private Personen verteilt worden. Sie argumentierte in wissenschaftlicher Aufmachung für einen rücksichtslosen Ubootkrieg gegen England. Es dürfte sich um folgenden Druck handeln: Stenographische Verhandlungen über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses II Beilagen S. 142–147. Vgl. oben Nr. 486. Vgl. auch Tirpitz, Politische Dokumente II S. 480; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 457. – Eine Mikrofiche-Ausgabe der Denkschrift ist in mehreren deutschen wissenschaftlichen Biblitoheken vorhanden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

722. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

BA Berlin, R 2408, f. 4–5. Schreiben. Revidiertes Konzept. In Schreibmaschinenschrift.

Zu Rk 9872 KJ[I] Berlin, 23. Oktober 1916

Ew.pp. geneigtes Schreiben vom 17. Oktober 1916 [*Aktenzeichen nicht lesbar*] habe ich zu erhalten die Ehre gehabt.

Der Charakter der in Rede stehenden Denkschrift[349] scheint mir hinreichend klargestellt, zumal da nach Euer Exzellenz Schreiben die Absicht, mir die Denkschrift vorzulegen, nicht von vornherein bestand, vielmehr die Mitteilung der Denkschrift an Private zur Begutachtung schon beabsichtigt war, ehe überhaupt der Entschluß gefaßt wurde, sie auch mir zuzustellen. Wenn Eure Exzellenz die Darstellung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 8. Oktober 1916[350] für irreführend erachten, so darf ich daran erinnern, daß die Notiz vor der Veröffentlichung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung Euerer Exzellenz vorgelegen hat und daß in ihrer Fassung die von Euerer Exzellenz gewünschten und eigenhändig vorgenommenen Änderungen berücksichtigt worden sind.

Die Berechtigung der Kritik, die Eure Exzellenz an den Ausführungen des Staatssekretäs des Innern vor dem Hauptausschuß des Deutschen Reichstags üben[351], vermag ich nicht anzuerkennen. Der Staatssekretär des Innern hat in Erwiderung aus der Mitte der Kommission den Sachverhalt der mißbräuchlichen Verbreitung der Denkschrift und seiner mir zu der Denkschrift erstatteten dienstlichen Äußerung in durchaus korrekter Weise dargestellt. Der Staatssekretär ist ferner der Behauptung eines Abgeordneten entgegengetreten, daß der Admiralstab mit der erwähnten Denkschrift in die Kompetenz des Reichsamts des Innern übergegriffen habe, und zwar erfolgte diese Zurückweisung nicht lediglich durch den von Euerer Exzellenz angeführten Satz, sondern insbesondere auch unter Hinweis auf die allgemein anerkannten wirtschaftlichen Denkschriften, die das Reichs-Marineamt aus Anlaß der Flottenvorlage hat ausarbeiten lassen.

Ich muß Verwahrung dagegen einlegen, daß aus den Ausführungen des Staatssekretärs des Innern eine Diskreditierung der Denkschrift oder gar eine Stellungnahme gegen die Tätigkeit und Verantwortlichkeit des Admiralstabs berechtigterweise entnommen werden könnte. Für Äußerungen liberaler Poli-

[349] Die vorangehende Anm.

[350] In der NAZ Nr. 279 vom 8. Oktober 1916 (Erste Ausgabe) S. 1 heißt es, die Denkschrift vom 12. Februar 1916 unter dem Titel „Die englische Wirtschaft und der U-Bootkrieg“ sei laut Admiralstab „eine nicht vom Admiralstab ausgehende, sondern im Admiralstab bearbeitete, rein wirtschaftliche Denkschrift“.

[351] Das bezieht sich vermutlich auf Helfferichs Ausführungen im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags am 17. und 18. Oktober 1915 über Fragen der Zensur, der staatsrechtlichen Verantwortlichkeit von politischer und militärischer Führung und über die Uboot-Kriegführung: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 905–911, 913–914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tiker und Zeitungen kann der Staatssekretär des Innern ebensowenig verantwortlich gemacht werden, wie die Behörde Euerer Exzellenz für Äußerungen des Grafen Reventlow und alldeutscher Blätter verantwortlich gemacht zu werden wünscht.

Abschrift dieses Schreibens und des vorausgegangenen Schriftwechsels lasse ich dem Staatssekretär des Reichs-Marineamts und dem Chef des Marinekabinetts zugehen.

723. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin, Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 277–291. MF 990/991. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Teildruck: Scherer/Grunewald I S. 525–531. – Vgl. auch Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 172–173 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 24. Oktober 1916

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

1. [*Fideikommisse. Erläuterungen verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident hielt es – ebenso wie der Herr Handelsminister[352] – für zweckmäßig, die Erörterungen dieser letzteren Frage einstweilen auszusetzen. Im übrigen trete er den Gründen bei, welche von allen Herren für die Wiedereinbringung der Vorlage ausgesprochen seien. Erwünscht würde es ihm sein zu hören, ob das Wohnungsgesetz etwa ein gewisses Komplement für das Fideikommißgesetz bilde. Die Sozialdemokraten würden leicht sagen können, für den Großgrundbesitz wolle die Regierung sorgen, aber die Wohnungsnot der großen Masse des Volkes bleibe unberücksichtigt. Wenn das Wohnungsgesetz eingebracht werde, so müsse das in der Presse so gedeutet werden, daß man derartigen Einwendungen der Sozialdemokratie vorbeuge.

[*Weitere Erklärungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte den Beschluß des Staatsministeriums dahin fest, daß der Fideikommißgesetzentwurf alsbald eingebracht werden solle. Dieser Beschluß solle indessen einstweilen noch nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden. Die Entscheidung wegen der Behandlung des kleinbäuerlichen Besitzes solle heute noch ausgesetzt werden.

[*Der Justizminister erklärt, er wolle das Gesetz baldigst fertigstellen.*]

2. Der Herr Ministerpräsident erklärte, daß er noch einmal auf die polnische Angelegenheit zurückkommen müsse. Über die prinzipielle Frage sei ja im Staatsministerium wiederholt gesprochen und auch eine Einigung erzielt.

[352] Reinhold von Sydow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dagegen seien die Meinungen darüber noch wesentlich auseinandergegangen, ob das zu erlassende Manifest alsbald zu veröffentlichen oder der Zeitpunkt noch weiter hinauszuschieben sei. Er habe bereits gelegentlich der Anwesenheit des Generalgouverneurs von Warschau mitgeteilt, daß er die Angelegenheit mit der Obersten Heeresleitung besprochen habe. In der vorherigen Woche sei er nochmals im Großen Hauptquartier gewesen, habe wiederum mit Hindenburg und Ludendorff eingehend Rücksprache genommen und darauf auch mit dem dort anwesenden Baron Burian und Feldmarschall von Conrad[353]. Der Feldmarschall von Hindenburg und der General Ludendorff verträten mit äußerster Entschiedenheit die Auffassung, daß sofort in der Sache vorgegangen werden müsse. Es sei unabsehbar, wie lange der Krieg noch dauere. Darum sei das größtmögliche Aufgebot an Menschen und Material unbedingt nötig. Jede vorhandene Quelle müsse ausgenutzt werden, und es müsse alles geschehen, um auch den letzten Mann bereitzustellen, der mit zum Sieg beitragen könne. Die Nutzbarmachung der polnischen Mannschaften sei deshalb ohne einen Tag Zeitverlust nötig. Beide Herren seien übrigens in Übereinstimmung mit Exzellenz von Beseler der Ansicht, daß eine nennenswerte Zahl von Polen zu den Fahnen kommen würde. Wenn diese Truppen auch nicht sogleich schlagbereit sein würden, so würden doch zu Beginn des nächsten Jahres die Cadres so weit ausgebildet sein, daß sie dann unter Umständen von ausschlaggebender Bedeutung werden könnten. Hindenburg und Ludendorff seien auf diesem Standpunkte stehen geblieben, nachdem er ihnen ausführlich die Bedenken, die im Staatsministerium und unter den Parteiführern gegen den sofortigen Erlaß des Manifestes beständen, dargelegt und sie dabei auch auf die Sorge hingewiesen habe, daß durch das Manifest ein Sonderfrieden mit Rußland erschwert werden würde. Trotzdem hätten beide an ihrem Standpunkte mit aller Entschiedenheit festgehalten.

Der Baron Burian habe sich dem Standpunkte Hindenburgs und Ludendorffs angeschlossen.

Unter diesen Umständen glaube er die Verantwortung dafür nicht übernehmen zu können, daß er durch Verweigerung des Manifestes die Möglichkeit einer Katastrophe im nächsten Frühjahr heraufbeschwöre.

Auch Seiner Majestät dem Kaiser habe er neuerdings eingehend in der Sache Vortrag gehalten. Der Kaiser habe erklärt, jetzt sei die Möglichkeit gegeben, Polen – ein Land mit 12 Mill. Einwohnern – in den westeuropäischen Konzern aufzunehmen. Diese Möglichkeit müsse ergriffen werden. Die Bedenken, die gegen diese Maßnahmen sprächen, übersehe Er keineswegs. Er schätze aber die Vorteile, die durch die Errichtung eines an Deutschland angelehnten autonomen polnischen Pufferstaates erwachsen würden, entschieden höher ein als die Nachteile, welche die unmittelbare Nachbarschaft des expansionsfähigen und expansionslüsternen Rußlands böten. Der Kaiser sei über die ganze polnische Frage durch ihn wie auch durch Hindenburg, Ludendorff und Beseler genau informiert, auch über die bestehenden innerpolitischen Widerstände. Er

[353] Oben Nr. 719.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

halte aber mit großer Entschiedenheit daran fest, daß jetzt vorgegangen werden müsse. Über den Tenor des Manifestes schwebten noch Verhandlungen mit dem Wiener Kabinett. Nach Feststellung des Wortlautes beabsichtige er, eine ihm angesagte polnische Deputation zu empfangen, die ihm die Bitte unterbreiten wolle, daß Deutschland und Österreich-Ungarn die Selbständigkeit Polens wiederherstellen möchten. Er werde darauf die Bereitwilligkeit Deutschlands hierzu in allgemeinen Wendungen kundgeben, dabei aber auch zum Ausdruck bringen, daß das Vertrauen polnischerseits gerechtfertigt werden müsse. Dann werde die Deputation auch in Wien empfangen werden und dort eine entsprechende Antwort erhalten. Das Manifest werde danach etwa am nächsten Montag[354] erlassen werden können. Daran werde sich dann alsbald der Werbeaufruf des Generalgouverneurs anschließen. In Pleß sei mit Österreich vereinbart, daß die aufzustellenden Freiwilligenkorps ausschließlich, auch im Lubliner Bezirk[355], unter deutsche Leitung gestellt werden sollten. Beseler habe darüber auch in Warschau mit den Österreichern verhandelt.

Er wisse sehr wohl, daß die Bedenken, die hier im Staatsministerium wegen der beabsichtigten Lösung der polnischen Frage laut geworden seien, inzwischen nicht ausgeräumt, ja teilweise sogar verstärkt worden seien. Es wäre ihm erwünscht gewesen, wenn in dieser großen und weltgeschichtlichen Frage die bevorstehende Aktion die einhellige Billigung des Staatsministeriums gefunden hätte. Er wolle hierauf nicht weiter zurückkommen, müsse aber betonen, daß er seinerseits sich heute in einer Zwangslage befände, der er Rechnung tragen müsse. Er sei hierzu um so eher geneigt, als er trotz der mancherlei Bedenken, die auch er habe, einen besseren Weg nicht zu finden vermöge.

[*Ausführungen des Innenministers und des Finanzministers. Dieser fragt, ob man der Deputation ins einzelne gehende Zugeständnisse machen wolle.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß er diese Absicht nicht ausgesprochen habe und sie ihm auch absolut fern liege. Ein solches Vorgehen würde den Interessen Deutschlands und Preußens widersprechen. Was er sagen werde, hänge zunächst von dem Wortlaut der Rede der Deputation ab[356]. Die Deputation werde von einem selbständigen Staat mit einem König und einem eigenen Heere sprechen, er über die Anlehnung an Deutschland; auf Einzelheiten werde er sich nicht einlassen. Das Manifest würde so abzufassen sein, daß eine spätere Verständigung mit Rußland nicht mehr gefährdet werde als nötig. Deshalb könnten bestimmte Andeutungen darüber, daß z. B. das Heer im Kriege unter dem Oberbefehl des Kaisers stehen werde, wegen der Folgen im Auslande nicht gemacht werden. Große Schwierigkeiten verursache es, daß, wie der Herr Minister des Innern[357] bereits angedeutet habe, der ausschlaggebende Punkt – die militärische Seite – öffentlich nicht hervorgehoben

[354] 30. Oktober 1916. Die Proklamation erfolgte tatsächlich erst am 5. November 1916.

[355] Dem österreichischen Verwaltungsbezirk.

[356] Dazu vgl. Hutten-Czapski, Sechzig Jahre S. 301; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 504; Volkmann, Polenpolitik S. 310–311.

[357] Friedrich Wilhelm von Loebell.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werden könne. Deshalb wäre es von so großer Bedeutung, daß es glücke, bei den ferneren Besprechungen in der Presse und in den Parlamenten die gegen den Schritt der Regierung bestehenden Bedenken möglichst in den Hintergrund zu schieben. Denn wenn die Sache in den Parlamenten in Grund und Boden geredet werde, so läge allerdings die Gefahr vor, daß die Rekrutenaushebung und damit die ganze Sache Fiakso mache. Eine Sicherheit dafür, daß Rekruten sich stellen würden, könne natürlich niemand geben, aber der Generalgouverneur habe ja die Überzeugung, daß auf eine nennenswerte Zahl zu rechnen sei. Das Risiko sei und bleibe immerhin ein großes. Jedenfalls werde es um so größer, je mehr die Bedenken in der Öffentlichkeit in den Vordergrund gestellt würden.

[*Ausführungen Helfferichs und des Justizministers. Dieser betont, daß die Erfolgsaussichten groß seien.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er sei dem Herrn Justizminister[358] für seine Worte sehr dankbar. Jeder Entschluß, der in der jetzigen großen und schweren Zeit gefaßt werde, müsse von dem Vertrauen getragen sein, daß wir siegen wollten und siegen würden. Wenn wir siegten, hätten wir die Kraft, Polen in der Form uns anzugliedern, die uns erwünscht sei. Wenn wir unterlägen, würden auch alle Bedingungen und Einschränkungen nichts nützen. Man müsse daher mit vollem Vertrauen an die Sache herangehen.

[*Ausführungen weiterer Minister. Bethmann Hollweg verliest den soeben zugegangenen Entwurf des Manifests. Darauf folgen Erklärungen weiterer Minister, zuletzt des Kriegsministers über eine Militärkonvention mit Polen.*]

Der Herr Ministerpräsident betonte, man müsse sich doch klarmachen, unter welchen Verhältnissen sich die Gründung des neuen Staates vollziehen werde. Unsere siegreichen Armeen ständen in Polen, und unsere Regierung führe den König ein und oktroyiere die Verfassung. Es läge also durchaus in der Hand Deutschlands, die Verfassung so zu gestalten, daß sie für uns alle erforderlichen Sicherheiten böte. Zu diesen gehöre besonders auch der Abschluß der Militärkonvention.

Das, was der Presse zu ihrer Orientierung gesagt werden müsse, habe der Herr Minister des Innern bereits zutreffend ausgeführt. Wegen der rechtzeitigen Orientierung der Parteien werde zunächst noch mit den Führern gesprochen werden müssen. Er bitte die Herren Staatsminister nochmals um ihre Unterstützung, nachdem jetzt auch Seine Majestät Sich für den alsbaldigen Erlaß des Manifestes ausgesprochen habe.

[*Hinweis des Innenministers auf eine dadurch steigende Kontrolle der Regierungshandlungen durch den Reichstag.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, bei voller Würdigung der vorgetragenen Bedenken habe er Verständnis dafür, daß die Mitglieder des Reichstags jetzt im Krieg in ständiger Fühlung mit der Reichsleitung bleiben und nicht

[358] Maximilian von Beseler.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

durch den zufälligen Zustand einer Vertagung des Reichstags mundtot gemacht werden möchten. Er habe den Eindruck gewonnen, daß die Ansprache in der Budgetkommission, besonders über die U-Bootfrage[359], beruhigend gewirkt habe und daher für die allgemeine Stimmung wertvoll sei. Während des Krieges könnten jederzeit Umstände hervortreten, die auch vom Standpunkt der Regierung eine solche Aussprache erwünscht erscheinen lassen könnten. Im Frieden aber werde man zur bisherigen Übung zurückkehren müssen, sonst komme man auf eine schiefe Bahn.

[*Dazu Äußerungen weiterer Minister.*]

[*4. Bestrebungen des Reichstags nach Einsetzung eines ständigen Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Erörterungen mehrerer Minister darüber. – 5. Angebot des Großherzogtums Oldenburg, das Fürstentum Birkenfeld an Preußen abzutreten.*]

Der Herr Ministerpräsident äußerte Bedenken, jetzt in Verhandlungen einzutreten, die zu Grenzverschiebungen innerhalb Deutschlands in zeitlichem Zusammenhang mit dem Friedensschluß führen könnten. Die Reichsverfassung werde beim Frieden eine starke Belastungsprobe zu bestehen haben. Wenn auch der Kaiser nach der Verfassung allein Frieden zu schließen habe, müsse er sich doch in allen großen Fragen in Fühlung mit den Monarchen der großen Bundesstaaten halten, und man könne nicht wissen, welche Wünsche hierbei zutage treten könnten. Insbesondere im Hinblick auf die Neuregelung der elsaß-lothringischen Frage sei in dieser Beziehung größte Vorsicht geboten. Alle diese Schwierigkeiten würden gesteigert werden, wenn man nicht grundsätzlich an dem Standpunkt festhalten wollte, daß die Grenzen zwischen den einzelnen Bundesstaaten festlägen. Würde sich Preußen im Gegensatz hierzu in Verhandlungen einlassen, wie sie Oldenburg wünsche, so wäre zu besorgen, daß zahlreiche andere Wünsche auf Verschiebung der Hoheitsrechte, z. B. auf Vergrößerung des Herzogtums Braunschweig, laut werden könnten. Er empfehle daher, die Angelegenheit auf mindestens 1–2 Jahre nach Friedensschluß zu vertagen.

[*Diskussionsbeiträge verschiedener Minister dazu.*]

Der Herr Ministerpräsident ersuchte nach dieser Aussprache den Herrn Minister des Innern, der oldenburgischen Regierung in freundlicher Weise nahezulegen, daß sie ihren Plan bis auf weiteres nicht weiter verfolge.

[359] Vgl. unten Nr. 836*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

724. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2398h, f. 235. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

Zu RK 10074RJ Pleß, 26. Oktober 1916

Zur Mitteilung an Exzellenz Jagow und Helfferich.

Ganz geheim.

Hier ist man mit eventuell geplanter Aktion[360] einverstanden, sei es gegenüber Gesamtheit, sei es gegenüber den Einzelnen. In letzterem Falle wird die in Aussicht genommene Grundlage akzeptiert. Der Westen wird nicht tragisch genommen[361]. Im Südosten wird vor Ablauf von 4–6 Wochen kaum etwas entscheidendes erwartet. Aktion, wenn sie vorgenommen werden soll, bis dahin zu verschieben, wird nicht empfohlen, weil Winterkampagne dann bereits im Gange. Um Aktion nicht als Schwächezeichen erscheinen zu lassen, müsse unter allen Umständen vorher Kraftäußerung durch Annahme der vom Feldmarschall im letzten Schreiben gestellten Anträge[362] erfolgen. Hierüber erfolgt besonderes Telegramm[363].

725. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/2398h, f. 229. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift. Ohne Bearbeitungsvermerke.

[Ohne Nr.] Pleß, 26. Oktober 1916

Ganz geheim!

Unterstaatssekretär Wahnschaffe zur Mitteilung an Exzellenz Helfferich.

Zur vorläufigen Information. General Groener, der für Kriegsamt in Aussicht genommen[364], vertritt Ansicht, daß Mobilmachung der für Kriegsindustrie in weitestem Sinne erforderlichen Arbeitskräfte grundsätzlich besser auf dem Wege der Freiwilligkeit als dem des Zwanges erfolge. Die für Freiwilligkeit erforderliche Zeit sei indessen nicht mehr verfügbar. Industrie unterschätze Zahl der erforderlichen Arbeitskräfte. Auch werde sich Kriegsbedarf prozentual von Monat zu Monat steigern. Höchste Eile sei geboten. Wenn auch

[360] Dem Friedensangebot an die gegnerischen Kriegführenden. – Zum folgenden: Es war noch offen, ob sie gegenüber allen gemeinsam oder jedem einzelnen Kriegführenden auf der Gegenseite erfolgen sollte. Sie ging dann tatsächlich an die sogenannten Schutzmächte, nämlich Spanien, die Schweiz und die USA (zur Weiterleitung an die Kriegführenden). – Ferner: „Im Südosten“. Gemeint ist der Felzug gegen Rumänien. – Vgl. auch Scherer/Grunewald I S. 532–536.

[361] Hiermit und mit dem folgenden ist die jeweilige Situation an der Kampffront gemeint.

[362] Gemeint ist die rasche Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes.

[363] Die folgende Nr.

[364] Groeners Ernennung zum Chef des Kriegsamts erfolgte am 1. November 1916.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die durch Ausdehnung der Wehrpflicht verfügbar werdenden Arbeitskräfte nur zum vielleicht kleinen Teile in Kriegsindustrie selbst verwendbar wären, so könnten sie doch vielfach, namentlich auch Frauen, als Ersatz in Stellen eingeschoben werden, deren Inhaber dann für Kriegsindustrie, stellenweise sogar für die Front, frei würden. In seinem Geschäftsbereich habe er neulich durch Einschub von Frauen 600 Mann freigemacht. Beispielsweise könnte auch durch Einstellung von Gymnasiasten und d.u.[365] Studenten in Schreiberstellen bei Generalkommandos pp. manches geschehen. Lage sei so ernst, daß auf keine Arbeitskraft verzichtet werden könne.

Halte eingehende Besprechung der Sache nächsten Sonnabend[366], wo Groener in Berlin anwesend, für geboten. Dabei wohl jedenfalls zuzuziehen Vizepräsident, Handels- und Innerenminister[367], die schon jetzt ganz vertraulich zu informieren bitte. Kriegsminister kann noch nicht beigeladen werden, da Personenfrage noch ganz geheim und noch nicht endgültig gelöst ist[368]. Ob ein oder der andere Mann der Praxis zuzuziehen, bitte zu erwägen. Da Landwirschaft nicht noch mehr ausgeschöpft werden kann, würde es sich vornehmlich um Städte handeln.

Welcher Weg im ganzen beschritten werden kann, mir noch nicht klar. Plan Feldmarschalls[369] erscheint mir vor der Hand unausführbar. Irgendwie eingreifen und organisieren aber müssen wir.

Das Nähere, auch für Sonnabend, bitte ich morgen früh nach meiner Rückkehr mündlich besprechen zu dürfen. Konferenz am Sonnabend wird, da Groeners Designation für Kriegsamt noch ganz geheim zu behandeln, wohl nach außen am besten als Besprechung in Ernährungsfragen aufzuziehen sein.

726. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 296–312. MF 991. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 173–174 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 27. Oktober 1916

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

---

365 Vermutlich: der unteren.

366 28. Oktober 1916.

367 Paul von Breitenbach, Reinhold von Sydow, Friedrich Wilhlem von Loebell.

368 Kriegsminister Wild von Hohenborn erhielt seine Entlassung am 29. Oktober. Der neue Kriegsminister wurde am selben Tag ernannt: Hermann von Stein (1854–1927), General der Artillerie; preußischer Kriegsminister 29. Oktober 1916–1918. Er übernahm die Geschäfte am 4. November.

369 Es geht um das Hilfsdienstgesetz (zur Ausschöpfung der Volkskräfte für den Krieg), das aber noch vom Reichstag gesetzlich zu verankern war.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident bat zunächst die Herren Staatsminister um Entschuldigung, daß er sie zu einer so ungewohnten Zeit (9½ Uhr abends) zu einer Sitzung eingeladen hätte. Es handele sich aber um die Entscheidung über eine ungemein wichtige Angelegenheit, welche er gestern im Hauptquartier mit dem Feldmarschall von Hindenburg und dem General Ludendorff besprochen und über die er am heutigen Tage Seiner Majestät dem Kaiser Vortrag gehalten habe.

Im Verlauf der kriegerischen Ereignisse dieses Jahres sei er zu der Ansicht gekommen, daß, wenn vor Eintritt des Winters von uns ein militärischer Höhepunkt erreicht sei, erwogen werden müsse, ob und eventuell welcher Schritt zu unternehmen sei, um zu Friedensverhandlungen zu gelangen. Er glaube, daß dieser Moment gekommen sei, und wisse sich hierin im Einvernehmen mit dem Feldmarschall von Hindenburg und dem General Ludendorff[370]. Die gegenwärtige militärische Situation kennzeichne sich folgendermaßen: Im Westen hätten die deutschen Truppen standgehalten. Vorgestern hätten sie allerdings leider bei Verdun eine beklagenswerte Schlappe erlitten[371]. Hindenburg sei sich über die Ursache noch nicht recht klar. Vielleicht sei bei dem herrschenden Nebel eine gewisse Überraschung ausschlaggebend gewesen; auch hätten die Franzosen durch Gasgranaten das Gelände hinter der Front derartig verpestet, daß die Reserven nicht hätten herangezogen werden können. Ob irgendwelche Nachlässigkeiten vorgekommen seien, wisse man nicht, beachtenswert sei es immerhin, daß 5 französische 5 deutsche Divisionen geworfen hätten. Hindenburg und Ludendorff hätten ihm gesagt, daß sie die Sache nicht tragisch nähmen. Die Franzosen würden ihre Erfolge zwar in der Presse nach Kräften ausbeuten, aber weitere Folgen würden sie nicht haben. Die deutschen Stellungen vor Verdun seien doch, nachdem der Offensivstoß abgebrochen sei[372], schlecht zu verteidigen gewesen. Die Truppen seien jetzt in stark vorbereitete bessere Stellungen zurückgenommen. Im Osten stehe der Feldzug gegen Rußland glänzend. Die Kämpfe in der Dobrudscha seien noch nicht zum Abschluß gekommen[373]. Hirsova sei heute früh von Kavallerie und heute abend schon von Infanterie besetzt. Hindenburg überlege, welche weitere Operationen jetzt zu machen seien. Im Osten von Siebenbürgen sollten die Operationen mehr oder weniger stationär bleiben. Eine große Offensive solle gegen die Walachei unternommen werden, und zwar von den südlichen und westlichen Pässen. Auf seine Frage, ob die Operationen gegen die Walachei in meßbarer Zeit positive Erfolge haben würden, habe ihm Hindenburg geantwortet, daß er dies erwarte, daß er aber mit Rücksicht auf das jetzt schon sehr unsichere Wetter einen sofortigen Erfolg nicht mit Bestimmtheit voraussehen könnte. Ludendorff habe hinzugefügt, ob Bukarest genommen werde, stände noch dahin.

[370] Ludendorff geht in seinen beiden Erinnerungsbänden bemerkenswerterweise darauf nicht ein.

[371] Das deutsche Generalstabswerk (Der Weltkrieg XI) geht darauf nicht ein.

[372] Seit Anfang Oktober 1916.

[373] Dazu vgl. Der Weltkrieg XI S. 212–213. – Zur Eroberung der Walachei: ebenda S. 259–263.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dies würde jedenfalls noch einen Zeitraum von 4 bis 6 Wochen in Anspruch nehmen. Immerhin hätten beide Herren das bisher Geleistete schon als einen ganz außergewöhnlichen Erfolg bezeichnet. Die Aufnahme dieser bisherigen Erfolge in der ganzen Ententepresse äußere sich darin, daß sie so deprimiert sei wie noch nie. Die Erfolge unserer Truppen in Polen im vorigen Winter seien damals längst nicht so hoch eingeschätzt wie die jetzigen Erfolge in Rumänien. Das sei auch nicht verwunderlich, denn wie er bereits in seiner Reichstagsrede am 28. September gesagt habe[374], sei in den letzten Monaten ein neuer großer Balkanplan der Entente gereift[375], bestimmt, den Vierbund zu sprengen, unsere Verbindung mit dem Orient zu zerreißen, die Türkei, Bulgarien und Österreich-Ungarn eins nach dem anderen niederzuzwingen, um dann die vereinten Kräfte allein gegen Deutschland richten zu können. Dieser große Kriegsplan sei jetzt schon vernichtet. Er als Laie mache sich die Vorstellung, daß die unausgesetzten und geradezu unsinnigen Angriffe an der Somme darauf basierten, daß der östliche Feldzug gelingen werde. Er habe daher die Hoffnung, daß die Sommeangriffe jetzt abflauen würden. Jedenfalls sei ein gewisser Höhepunkt der militärischen Situation erreicht, er könne sich zwar noch verbessern, wenn wir Bukarest eroberten und die Walachei mit ihren großen wirtschaftlichen Vorräten in unsere Gewalt bekämen; aber ob und wann dies geschehen werde, sei ungewiß, jedenfalls aber sei es erst erreichbar, wenn wir schon in den dritten Winterfeldzug eingetreten seien. Wenn er demgegenüber die Chancen eines zukünftigen weiteren Kriegsjahres erwäge, so könne er hoffen – vorausgesetzt, daß es glücke, in der Beschaffung von Kriegsmaterial aller Art (Geschütze, Munition usw.) dasjenige Ziel zu erreichen, was von uns jetzt angestrebt werde, daß wir die feindliche Offensive im Westen und wahrscheinlich auch im Osten zurückschlagen würden. Einen weiteren Erfolg könne er sich nicht versprechen. Insbesondere glaube er nicht, daß wir im Westen, was Menschen- und Kriegsmaterial anlange, wesentlich besser stehen würden als jetzt. Dieser Auffassung hätten Hindenburg und Ludendorff nicht widersprochen. Bezüglich des Ostens hätte Hindenburg gesagt, daß die Russen sich gegenwärtig in einer schlechten Situation befänden. Sie hätten keinen genügenden Vorrat an Munition, und die Mannschaftsbestände der Kompagnien seien herabgesetzt. Rußland käme Rumänien ohne großen Eifer zu Hilfe. Dies Verhalten könne so gedeutet werden, daß Rußland noch jetzt im Herbst den Frieden wolle oder daß es tatsächlich erschöpft sei. Rußland habe bei der Kriegserklärung Rumäniens die Hoffnung gehabt, daß es durch den Eintritt einer neuen Kriegsmacht eine Erleichterung erfahren werde. Das Gegenteil sei aber der Fall gewesen. Ludendorff habe dieser Auffassung des Feldmarschalls hinzugefügt, daß nach seiner Meinung die Mannschaftsbestände Rußlands im nächsten Jahre wieder aufgefüllt sein würden, wenn es sich dann auch nur um Truppen von ungenügender Durchbildung handeln werde.

[374] Unten Nr. 823*.

[375] Durch den Aufbau der Saloniki-Front und der mazedonischen Front seit dem Sommer 1916. Vgl. Der Weltkrieg XI S. 337–346.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Er nehme also an, daß wir im nächsten Frühjahr die Offensive der Feinde aushalten würden, vorausgesetzt, daß die Österreicher mit uns durchzuhalten imstande seien. Er frage sich aber, ob wir dann besser dastehen würden als heute. Die Mittelmächte würden dann doch wohl dem Erschöpfungszustande näher sein als heute, jedenfalls Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei. Hindenburg und Ludendorff hätten ihm mitgeteilt, daß sich die Türken sehr brav schlügen, über die Bulgaren seien sie aber sehr enttäuscht. Der Munitions- und Vorratsnachschub sei bei ihnen sehr mangelhaft, die Soldaten versagten vielfach, nicht in der Dobrudscha, aber im Stellungskrieg vor Saloniki. Inzwischen seien zwar unter dem General von Below[376] dort deutsche Truppen eingetroffen, indessen sei auf die dortige Front doch kein unbedingter Verlaß. Das Urteil über die österreichisch-ungarische Armee beginne sich zu bessern. Der Oberst von Stolzenberg habe erzählt, daß das Gefühl der Verzweiflung entschieden nachlasse und man in der Armee immer mehr erkenne, daß das Heil von Deutschland käme. Das sei sehr erfreulich. Trotzdem dürfe man die Augen gegenüber den vorliegenden Zuständen nicht verschließen. Die Nahrungsmittelversorgung läge in Österreich-Ungarn bekanntlich sehr im argen, man wünsche unsere Hilfe. Eine der deutschen entsprechende Organisation sei noch nicht durchzusetzen, es solle jetzt versucht werden, auf militärischem Wege Abhilfe zu schaffen.

Bei Prüfung dieser Gesamtlage komme er zu dem Schlusse, daß ihm unsere eigenen Verhältnisse und die Zustände bei unseren Bundesgenossen nicht die Zuversicht gäben, daß die Fortsetzung des Krieges bis in das nächste Jahr hinein uns in eine bessere Lage als die jetzige bringen werde. Er glaube deshalb, daß jetzt der psychologische Moment für einen positiven Schritt zum Frieden gekommen sei.

Auch mit Rücksicht auf die Stimmung in unserem eigenen Volke sei er zu dieser Überzeugung gekommen. Man höre immer mehr die Frage: Wie soll dieser Krieg endigen? Die Verfechter des rücksichtslosen Unterseebootkrieges erblickten hierin die alleinige Hilfe, einen Standpunkt, den er bekanntlich nicht teile. Dieselben Leute wie auch andere fragten aber: Wie sollen wir siegen, wenn der U-Bootkrieg nicht zum Ziele führt? Wenn das Volk auf diese Frage keine Antwort erhalte, so werde es der Regierung den Vorwurf machen, daß sie ratlos und tatlos dasitze, und die darin zum Ausdruck kommende Stimmung würde verhängnisvoll werden können. Die Opfer dieses Krieges seien so gewaltig groß, daß ihr tatsächlicher Umfang wohl erst nach dem Kriege richtig erkannt werden könne. Angesichts der allmählich ernüchterten Auffassung über die Bedeutung und die Wirkung des Krieges sei es Pflicht der Regierung, alles zu tun, um der Nation zu zeigen, daß wir bereit seien, den Krieg zu beenden. Wenn die Regierung mit ihrem Friedensvorschlage tatsächlich keinen Erfolg haben werde, dann werde sie in der Lage sein, das Letzte aus dem Volke

[376] Otto von Below (1857–1944), General der Infanterie; Oberbefehlshaber der 8. Armee (an der Ostfront) November 1914–Oktober 1916, der deutsch-bulgarischen Truppen an der Saloniki-Front 11. Oktober 1916–April 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

herauszuziehen, um den Krieg auch weiter siegreich durchzuführen, aber der Versuch müsse erst gemacht werden. Er habe ja bereits wiederholt Versuche gemacht, zu Friedensverhandlungen zu gelangen. Zuerst in seiner Reichstagsrede am 9. Dezember 1915[377] und dann in späteren Reden. Auch in der deutschen Note vom 4. Mai d. J. an den Präsidenten Wilson sei die Friedensbereitschaft grundsätzlich ausgesprochen. Allerdings hätten sich diese Versuche nur in allgemeinen Redewendungen bewegt. Auch heute könne er kein Tableau von Friedensbedingungen aufstellen, denn in diesem Koalitionskriege würde hierzu ein dickes Buch erforderlich sein, während er sich auf kurze Sätze beschränken müsse. Positive Erfolge hätten alle diese Kundgebungen bisher nicht gezeitigt. Wenn er jetzt einen erneuten Schritt zum Frieden tun wolle, so würde es daher nicht genügen, dies in der bisherigen Form zu tun, sondern er müsse weitergehen. Bei seinem Aufenthalte im Großen Hauptquartier vor 8 Tagen habe ihm der Baron Burian gesagt, er halte es mit Rücksicht auf Österreich-Ungarn für notwendig, in dem Moment, wo die großen Offensiven der Feinde zu unseren Gunsten abgelaufen seien, mit einem Friedensangebot an unsere Feinde heranzutreten. Er seinerseits habe dieser Auffassung des Barons Burian geglaubt zustimmen zu müssen, zumal er einen solchen Schritt auch mit Rücksicht auf die Stimmung der Neutralen für notwendig halte. Die Entente habe durch die Beherrschung von Presse und Kabel erreicht, die ganze Welt davon zu überzeugen, daß sie für Freiheit und Fortschritt kämpfe, während wir die Hunnen und Barbaren seien. Dieser Stimmung müsse entgegengetreten werden durch ein faires Friedensangebot, welches den Neutralen die Augen über unseren Standpunkt öffnen werde. Schließlich sei ein solcher Schritt auch im Hinblick auf unsere Gegner zweckmäßig. Auch dort herrsche zweifellos eine große Friedensstimmung, und wenn unser Friedensangebot von den feindlichen Regierungen abgelehnt werden würde, so sei es nicht unwahrscheinlich, daß dadurch eine Uneinigkeit zwischen den Regierungen und den Völkern entstehe und der Friedenswille zum Siege gelange.

Burian habe vorgeschlagen, den feindlichen Mächten durch unsere Schutzmächte[378] ein offizielles Friedensangebot zugehen zu lassen und dies gleichzeitig öffentlich mit konkretisierten Friedensbedingungen bekannt zu machen. Diesen Vorschlag habe Burian in folgender Weise zu formulieren versucht:

Für Österreich-Ungarn sei zu fordern:

1) eine strategische Grenzberichtigung gegen Italien, die nötigenfalls auch gegenseitig sein könnte;

2) desgl. gegen Rußland;

---

[377] Unten Nr. 705*. – Zum folgenden: Die deutsche Note an Wilson vom 4. Mai 1916: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 575–578. Dort lautet der hier gemeinte Satz: „Das Bewußtsein der Stärke hat es der deutschen Regierung erlaubt, zweimal im Laufe der letzten Monate ihre Bereitschaft zu einem Deutschlands Lebensinteressen sichernden Frieden offen und vor aller Welt zu bekunden."

[378] Die Schweiz, Spanien und die USA.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

3) Rumänien gegenüber werde die Herrschaft über das Eiserne Tor[379] gefordert, desgl. eine Verbesserung der Grenzen an den siebenbürgischen Pässen und am Bistritzatal;

4) von Serbien solle der Macva-Winkel zwischen Drina und Save gefordert werden, vielleicht auch Belgrad. Im übrigen solle Serbien als Königreich wiederhergestellt werden bis auf die Teile Mazedoniens, welche Bulgarien zugesagt seien;

5) das Königreich Montenegro solle ebenfalls wiederhergestellt werden, nur solle der Lovcen und die Küste an Österreich fallen;

6) Albanien solle selbständig bleiben unter österreichischem Protektorat;

7) das Königreich Polen solle anerkannt werden.

Für Deutschland komme in Betracht.

1) territoriale Integrität aller Verbündeten Deutschlands;

2) territoriale Integrität Frankreichs;

Wiederherstellung Belgiens unter Sicherung unserer legitimen Interessen und Herausgabe des Kongos an Deutschland;

4) Herausgabe der deutschen Kolonien;

5) Abtretung von Teilen von Litauen und Kurland;

6) Verzicht der Feinde auf Abmachungen, welche die Wiederherstellung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse hindern würden;

7) Freiheit der Meere.

Auf Kriegsentschädigung solle verzichtet werden.

Die Türkei müsse bewogen werden, die Durchfahrt der russischen Kriegsschiffe durch die Dardanellen[380] zu gestatten. Im Prinzip sei er mit Burian über den zu unternehmenden Schritt einig, nämlich in der Weise, daß Deutschland durch Vermittlung unserer Schutzmächte, also durch Amerika an England, Frankreich und Rußland, durch die Schweiz an Italien und durch Spanien an Belgien, mit Friedensangeboten herantrete. In diesen sei unter Fortlassung aller Einzelheiten nur zu betonen, daß Deutschland vom ersten Tage an den Krieg als einen defensiven Krieg geführt habe, daß das Ziel Deutschlands sei, die eigene Ehre, die Unabhängigkeit und die Freiheit der eigenen Entwicklung sich zu sichern, und daß dieses Ziel völlig verträglich sei mit der Ehre und der Unabhängigkeit der feindlichen Staaten. Die uns günstige Kriegslage berechtige uns durchaus zu diesen Forderungen, und die feindlichen Völker ständen vor der Frage, ob sie weiter kämpfen wollten oder nicht. Wir böten damit den Frieden an, und in den einzuleitenden Verhandlungen würden die einzelnen Friedensbedingungen zu erörtern sein. Mit Zustimmung des Kaisers habe er gestern mit Hindenburg und Ludendorff die Angelegenheit besprochen, und heute habe er dem Kaiser über das Ergebnis berichtet. Sowohl Seine Majestät der Kaiser als auch die Oberste Heeresleitung seien mit diesem Vorschlage ein-

[379] Am Donaudurchbruch in den südlichen Karpaten (an der Grenze zwischen Serbien und Rumänien). – Das im folgenden genannte Bistritzatal: östlich der Karpaten.

[380] Die Durchfahrt von Kriegsschiffen (nicht nur russischen) durch die Dardanellen war durch alte Verträge der europäischen Großmächte mit der Türkei (zuletzt durch den Berliner Vertrag von 1878) verboten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

verstanden. Der Feldmarschall von Hindenburg habe dabei mit besonderem Nachdruck auf die Anforderungen hingewiesen, die seitens der Obersten Heeresleitung wegen der Beschaffung von Munition und sonstigem Kriegsmaterial gestellt werden müßten. Es müsse unbedingt in dieser Sache viel mehr geleistet werden als jetzt geschehe. Das gesamte Volk müsse für die Kriegsindustrie mobil gemacht werden, nötigenfalls im Wege gesetzlichen Zwanges[381]. Diese Anforderungen Hindenburgs seien unzweifelhaft berechtigt, und es müsse alles geschehen, diese Zwecke zu fördern, soweit es in unserer Kraft liege. Ludendorff habe betont, daß es sich bei dem beabsichtigten Schritt um eine politische Frage handele. Wenn er geschehen solle, so müsse er jetzt getan werden, da sonst der psychologische Moment verpaßt werden würde. Dabei halte Ludendorff es indessen für notwendig, daß gleichzeitig oder besser noch vorher eine dezidierte Kraftäußerung Deutschlands erfolge, sonst würde das Friedenspronunciamento nicht nutzen, sondern schaden. Ludendorff glaube, daß England den festen Entschluß gefaßt habe durchzuhalten und davon nicht abzubringen sei. Demgegenüber habe er seinerseits betont, daß, wenn es so sei, wir durch unsere Friedensanerbietung die englische Siegeszuversicht nicht erhöhen würden, denn sie sei ja gewiß, aber wir zeigten dann unseren Friedenswillen, und das würde uns die Möglichkeit geben, unser Volk zu den größten Leistungen anzuspannen. Außerdem würde durch unser Friedensangebot ein großer Druck auf die pazifistischen Neigungen innerhalb der feindlichen Völker ausgeübt werden. Diesen Ausführungen habe Ludendorff nicht widersprochen, aber er habe, wie bereits angedeutet, zuvor besondere Kraftäußerungen verlangt. Solche wolle er erblicken in dem Erlaß des polnischen Manifestes und in der Einführung des gesetzlichen Arbeitszwanges, den ja auch Hindenburg für notwendig halte. Demgegenüber habe er darauf hingewiesen, daß die Einführung eines gesetzlichen Arbeitszwanges, wie er Hindenburg und Ludendorff vorschwebe und wonach alle männlichen Personen vom 15. bis 60. Jahr zur Arbeit gezwungen werden sollten, unausführbar sei. Eine solche Maßnahme würde den Eindruck einer Bankrotterklärung hervorrufen. Ludendorff wäre bei seiner Auffassung stehen geblieben, während Seine Majestät Sich auch der Auffassung zuneige, daß man einen noch weitergehenden Eingriff in unsere ganze Volkswirtschaft erst machen könne, wenn unser Friedensangebot abgelehnt sei. Seine Majestät habe ihn ermächtigt, das Staatsministerium über diese Sachlage zu unterrichten und alsdann in Verhandlungen mit den Verbündeten einzutreten. Österreich werde seinen Vorschlägen wohl zweifellos zustimmen, wie er glaube, auch Bulgarien und die Türkei. Über die Aussichten eines solchen Friedensangebotes sei es schwer, heute etwas Gewisses zu sagen. Er glaube zu wissen, daß, nachdem er in seinen Reichstagsreden im vorigen Winter und in diesem Frühjahr wiederholt seine Bereitschaft zum Friedensschluß ausgesprochen habe, die Ententemächte tatsächlich hierüber beraten hätten, auf den Gedanken aber nicht eingegangen seien, weil sie über-

[381] Das zielt auf das „Hilfsdienstgesetz“ oder das „Hindenburgprogramm“, das in diesen Wochen vorbereitet wurde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zeugt gewesen seien, daß sie ihre militärische Situation noch verbessern würden. Vom großen strategischen Gesichtspunkt aus betrachtet, sei unsere Situation jetzt aber zweifellos besser als damals, der große Balkanplan der Entente gescheitert und die Vertreibung unserer Armeen aus Bulgarien mißglückt. Die Chancen eines Erschöpfungskrieges ständen auf beiden Seiten gleich. In der Entente herrsche offenbar eine gewisse Besorgnis wegen der Haltung Rußlands. Was England anlange, so könne er über die kürzliche Rede Greys[382] sich noch kein abschließenden Urteil bilden, weil man aus den Telegrammen leicht ein falsches Bild erhalte. Der Sinn der Rede scheine ihm aber folgender zu sein. Grey wollte erst einmal aufs neue versuchen, uns die alleinige Schuld am Kriegsausbruch zuzuschieben, wobei er natürlich auch zu bewußten Unwahrheiten gegriffen habe. Daneben zeigte sich offenbar auch seine Besorgnis über das Verhalten Rußlands. Endlich sei die Rede an die Adresse von Amerika gerichtet, weil er offenbar eine Vermittlung Amerikas befürchte. Im ganzen falle ihm auf, daß der Ton der Rede entschieden ein milderer geworden sei, wie namentlich die Betrachtungen über die russische Mobilmachung ergäben. Nach dem Zusammenbruch des Balkanplans, nach den kolossalen Opfern an der Somme und nach den großen Erfolgen unseres jetzige Kreuzer-U-Bootkrieges habe er den Eindruck, daß England doch tatsächlich nicht so wild denke, wie Lloyd George in seiner letzten Rede die Öffentlichkeit hätte glauben machen wollen[383]. Alles in allem halte er es nicht für ausgeschlossen, daß ein Friedensantrag nicht auf ein glattes Nein stoßen werde, wenn doch, so könnten und müßten wir die letzte Kraft aus Deutschland herausholen, um zum bitteren Ende durchzukämpfen.

Er habe dem Staatsministerium seine Absicht klargelegt und wolle nur noch hinzufügen, daß er bereits in nächster Woche das Angebot durch die Neutralen an die Feinde gelangen lassen und gleichzeitig im Reichstage darüber reden wolle[384].

[*Vizepräsident Breitenbach wünscht noch nähere Aufklärungen über die militärischen und wirtschaftlichen Aussichten, ferner über die deutschen Friedensbedingungen.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß er seinerseits absichtlich von einer scharfen Umgrenzung der Friedensbedingungen abgesehen habe. Eine solche werde erst möglich sein, wenn die Verhandlungen eingeleitet würden. Dabei würde er gegen die Ausspielung unserer Faustpfänder[385] alles irgendwie Erreichbare durchzusetzen versuchen. Vielleicht könnte man folgende Vorschläge machen:

[382] Am 23. Oktober 1916. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 181–184.

[383] Ebenda S. 176.

[384] Das geschah erst am 12. Dezember 1916.

[385] Der von deutschen Truppen besetzten feindlichen Gebiete.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Frankreich:

Austausch eines Teiles von Briey gegen einzelne Gemeinden in Lothringen und Elsaß, Verständigung über die Kolonien;

Belgien:

Wiederherstellung des Königreichs, Abtretung von Lüttich und wirtschaftliche Abmachungen, welche uns vor Boykottierung schützen würden. Die Festhaltung der flandrischen Küste halte er für nicht erreichbar.

Rußland:

Abtretung von Teilen von Kurland und Litauen und ein selbständiges Polen;

Kolonien:

Kiautschou und die Südseeinseln müßten aufgegeben werden, dagegen sei die Bildung eines kompakten Kolonialreiches in Afrika anzustreben;

Kriegsentschädigung in bar oder durch wirtschaftliche Kompensationen und Handelsverträge mit Frankreich, Rußland, England usw.

Ein Frieden auf dieser Grundlage würde zwar mager sein, ihm würde er aber keine große Enttäuschung bringen, denn er habe sich von Anfang an diesem gewaltigen Kriege gegenüber gesagt: Wenn wir der Welt gezeigt hätten, daß wir nicht zu besiegen seien, daß unsere Entwicklungsfähigkeit nicht gehemmt werden könne, wenn wir das 1870 Erreichte erfolgreich verteidigt hätten, dann müßten wir Gott dankbar sein. Mehr zu erreichen wäre natürlich erwünscht, aber sowohl die militärischen wie die wirtschaftlichen Chancen seien so unsicher, daß, wenn sich uns die Möglichkeit biete, einen mit unserer Ehre und Sicherheit verträglichen Frieden zu schließen, wir diesen Schritt tun müßten.

[*Innenminister Loebell stimmt Bethmann Hollweg in allen Punkten zu. Weitgehende Forderungen müßten erst nach einer Ablehnung des Friedensangebots gestellt werden und nicht gleichzeitig mit ihm.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß er auch bezüglich Belgiens keine positiven Anerbietungen machen wolle, wie er denn dabei überhaupt alle Details vermeiden werde. Er habe nur seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck geben wollen, daß es uns im Endeffekt nicht gelingen werde, die flandrische Küste zu halten. Möglich wäre es übrigens, daß der eine oder andere unserer Feinde seinerseits uns mit konkreten Friedensangeboten kommen werde, so z. B. wäre es ja denkbar, daß Rußland einen solchen Schritt täte, wie ihn der Herr Minister des Innern erhofft hätte. Wenn dann ein solches Friedensangebot der Feinde auf Wiederherstellung des status quo lautete, so würden wir vor die schwerwiegende Frage gestellt, ob der Kaiser oder der Leiter der Reichsgeschäfte es ablehnen könne. Bei einem solchen Angebote hätten die Gegner die Vorhand; wir müßten aber den größten Wert darauf legen, unsererseits die Vorhand zu behalten, dadurch werde unsere Situation wesentlich verbessert werden. Er persönlich glaube allerdings nicht, daß wir nach den Erlebnissen dieses Krieges uns noch ein Auftrumpfen nach alldeutscher chauvinistischer Art leisten könnten, aber wenn wir das auch nicht wollten, so

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

müßten wir doch unter allen Umständen volle Sicherheit erreichen für den Wiederaufbau unserer Zukunft. Man höre häufiger sagen, das könne jetzt nicht berücksichtigt werden. Er sei aber im Gegenteil der Auffassung, daß diese Vorsorge gerade die Aufgabe des Staatsmannes bilden müsse, denn Deutschland habe bereits einen schweren Stoß erhalten, aber noch keinen tödlichen Stoß. Deutschland sei noch in der Lage, ein starkes nationales Leben zu führen. Dieses werde aber immer mehr bedroht. Dem entgegenzuwirken halte er für seine vornehmste Aufgabe, und deshalb müsse er auch beim Friedensschlusse die Führung in der Hand behalten.

[*Handelsminister Sydow befürchtet, daß das Friedensangebot mit Hohn abgewiesen werde; es sei besser, mit ihm wie auch mit dem Hilfsdienstgesetz noch zu warten. – Finanzminister Lentze hält das Friedensangebot für angebracht; es werde wohl abgelehnt werden; die breiten Massen des deutschen Volkes würden aber in dem Entschluß gestärkt durchzuhalten. – Justizminister Beseler stimmt dem Friedensschritt zu, plädiert aber für höhere Forderungen in Belgien, um sich in Zukunft gegenüber England zu wappnen. – Kriegsminister Wild von Hohenborn lehnt das Friedensangebot ab, da Deutschland militärisch noch nicht auf einem Höhepunkt angelangt sei. Daß die OHL sich mit Bethmann Hollweg einverstanden erkläre, habe ihn „erstaunt und tief erschüttert". Hinsichtlich der Kriegsziele müsse die belgische Küste künftig in deutscher Hand bleiben. – Kultusminister Trott zu Solz sieht die Erfolgsaussichten des Friedensschrittes sehr skeptisch, wolle ihm aber nicht widersprechen,* „wenn er von den maßgebenden Stellen aus gemacht werde".]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, er wolle mit Rücksicht auf die letzten Worte ausdrücklich betonen, daß der hier erörterte Plan nicht von der Obersten Heeresleitung ausgehe, sondern von ihm. Hindenburg und Ludendorff hätten ihm nur gesagt, daß sie nichts dagegen hätten.

[*Staatsminister Helfferich weist darauf hin, daß auch bei den Gegnern Erschöpfung zu beobachten sei und man sich dort frage, ob es sich lohne weiterzukämpfen.* „Den Rahm schöpften Amerika und Japan ab, nicht aber die Engländer." *Werde das Friedensangebot abgelehnt, sei die Regierung* „gerechtfertigt vor Gott, ihrem Gewissen und und dem Volke". –*Weitere kontroverse Beiträge verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, der Herr Kriegsminister habe die militärische Lage nicht für günstig genug gehalten, ein solches Angebot zu machen, wie ihm vorschwebe[386]. Tatsächlich ständen wir jetzt aber auf einem militärischen Höhepunkt. Wenn man glaube, daß wir uns früher schon in einer besseren Situation befunden hätten, so sei das nur scheinbar der Fall gewesen. Die damaligen Auffassungen hätten beruht auf einer Unterschätzung der Russen, der Engländer, der Franzosen und auf einer Überschätzung der Kraft Österreich-Ungarns. Die augenblickliche Situation sei tatsächlich besser als je zuvor. Die Entente habe sich jetzt im Gegensatz zu den früheren Kämpfen ge-

[386] Vgl. Wilds drastische Worte gegenüber Bethmann Hollweg in: Wild von Hohenborn, Briefe S. 205.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meinsame positive militärische Ziele gesteckt, und diese seien zunichte geworden. Darin läge ein ungeheurer Erfolg. Er hoffe, daß sich unsere Siege in Rumänien noch weiter auswirken würden. Aber man müsse gerade ein solches Anerbieten machen, wenn sich unsere militärische Aktion in aufsteigender Linie bewege. Das sogenannte Hindenburgprogramm werde zwar wohl nicht im ganzen Umfange, aber doch zum Teil durchgeführt werden. Hindenburg und Ludendorff hätten zwar gesagt, daß sich ihr Programm nicht einschränken lasse, sondern gesteigert werden müsse, sonst würden wir, wie Ludendorff hinzugefügt habe, den Feldzug verlieren. Wenn in diesen Äußerungen vielleicht eine gewisse Übertreibung zu erblicken sei, so wäre doch der Ernst der Gesamtlage aus ihnen erkennbar, und deshalb sei es ein großes Risiko, jetzt nicht zu handeln. Gewiß wäre es angenehmer, das Angebot erst dann zu machen, wenn wir vor den Toren Bukarests ständen. Auf seine gestrige Anfrage, ob und wann darauf zu rechnen sei, sei ihm aber erwidert, daß darauf eine bestimmte Antwort nicht möglich sei. Die zu erhoffenden Erfolge würden also vielleicht erst mitten im Winter eintreten, dann seien aber die Chancen schlechter und der richtige Zeitpunkt versäumt. Er wolle nochmals betonen, daß er bei der Darlegung seines Vorhabens im Großen Hauptquartier von Hindenburg und Ludendorff die Antwort erhalten hätte, sie könnten nichts dagegen haben. Ludendorff habe dabei ausdrücklich gefordert, daß das Angebot unter allen Umständen in einer Gestalt zu machen sei, daß es jedermann als ein Zeichen der Stärke und nicht etwa der Schwäche auffassen würde. Dieser Eindruck würde erreicht werden, wenn besondere Taten voraufgingen, nämlich einmal die Proklamierung eines selbständigen Polens und zweitens die Proklamierung des Hindenburgprogramms. Er seinerseits stimme selbstverständlich mit Ludendorff darin vollständig überein, daß das Angebot nicht als ein Akt der Schwäche aufgefaßt werden würde. Wie er zu den speziellen Forderungen Ludendorffs bezüglich der Polenfrage und des Hindenburgprogramms stehe, habe er aber bereits gesagt. Die Anregungen Burians seien mit Zustimmung des Kaisers Franz Joseph gemacht, der es auch seinerseits für nötig halte, jetzt mit einem Friedensangebot hervorzutreten. Der Herr Minister des Innern habe also recht, daß, wenn die rumänische Gefahr beseitigt sei, für Österreich ein besonderes Interesse an der Fortsetzung des Krieges nicht mehr vorliegen würde. Bulgarien würde jedenfalls nicht mehr weiterkämpfen wollen. Wäre der Krieg nicht bis Weihnachten beendet, dann würde er jedenfalls auch bis zum Frühjahr und in den Sommer hinein fortgesetzt werden. Gäbe es ein Mittel, dies zu verhindern, so halte er es für seine Pflicht, es zu ergreifen.

Wie Rußland über den Frieden denke, wisse er nicht. Rußland sei die große Sphinx. Aber wenn er jetzt das Angebot an alle Mächte mache und diese es nämlich ablehnten, so käme dann doch vielleicht Rußland seinerseits auf die Friedensfrage zurück, vielleicht auch Frankreich, wenn man ihnen geschickte Anerbietungen mache. In dieser Hinsicht werde man sorgfältig sondieren müssen. Eine Verschlechterung unserer jetzigen Situation, wie sie der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Herr Handelsminister[387] befürchte, erwarte er von einem solchen Angebote nicht, namentlich dann nicht, wenn uns weitere militärische Erfolge blühten. Alles in allem halte er den erörterten Schritt für nötig und werde zunächst darüber die Äußerungen der Bundesgenossen einholen, was ihm auch Seine Majestät der Kaiser angeraten habe.

[*Kurze zustimmende Abschlußbemerkungen des Kultusministers und des Finanzministers.*]

727. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21528. Eigenhändig und revidiert.

[Pleß] 28. Oktober 1916

Es soll ein Befehl erlassen werden, daß Dampfer, deren Bewaffnung einwandfrei erkannt ist, an der Murmanküste[388] (noch nicht an der Westküste von Irland) ohne Warnung angegriffen werden dürfen, ebenso wie das im Mittelmehr seit Monaten geschieht.

Dieser Befehl soll aber nur gegeben werden, wenn es noch festzustellen ist, [daß] an Murmanküste wegen Eis u. Wetter noch über den 15. November hinaus operirt werden kann.

Derselbe Befehl soll erlassen werden für die bevorstehende Führung des Ubootskrieges an Kanarischen Inseln, wo sich der Krieg insonderheit gegen die Getreidetransporte aus Argentinien richten soll. Diese Transporte werden vornehmlich durch englische Schiffe besorgt.

Kein neutraler Dampfer führt Bewaffnung.

728. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 221. Telegramm. Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 1. November 1916

Habe S.M. schon gestern gemeldet, daß Mitteilung an Feldmarschall versehentlich nicht erfolgt war. Jagow sei der Überzeugung gewesen, Hindenburg habe Kenntnis erhalten, doch sei Absendung durch Versehen unterblieben. Bittet S.M. wegen dieses Versehens um Entschuldigung.

Was Fassung des Moments [= Manifests] unter politischem Gesichtspunkt betreffe, so entspreche sie der Lösung des polnischen Problems, wie sie am

[387] Reinhold von Sydow.

[388] Zur Tätigkeit der Uboote im Nördlichen Eismeer September/Oktober 1916 vgl. Spindler, Handelskrieg III S. 232–237.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

11/12 8[389] in Wien vereinbart worden sei. Bei den bekannten Charaktereigenschaften Burians sei es nur mit großen Schwierigkeiten gelungen, seine Zustimmung zu dem Manifest in der verlangten Fassung zu erlangen. „Daß er sich auf weitere Konzessionen in unserem Sinne einlassen würde, die bei ihm den Verdacht hervorrufen werden, als beabsichtigten wir die Grundlagen unserer Verständigung über Polen nachträglich zu verschieben, halte ich nicht für wahrscheinlich. Diese Erwägung hat mich jedoch nicht abgehalten, den Wünschen des Feldmarschalls v. Hindenburg entsprechend Abänderungn des Wortlauts in Wien zu beantragen." Antwort aus Wien hoffe er bis morgen zu erhalten.

729. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 222. Telegramm (durch Grünau). Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 2. November 1916

Botschafter Wien telegraphiere, Burian bestehe darauf, daß im ersten Satz das Wort „selbständig" beibehalten werde; dagegen sei er bereit, im 6. Satz das Wort „Selbständigkeit" fallen zu lassen und im 3. Satz das Wort „engen" vor „Anschluß" zu streichen[390].

Den Vorschlag im ersten Satz, die Worte „aus diesen Gebieten" zu streichen, lehnt Burian ab. BH. empfiehlt, den Wünschen Burians, die er für berechtigt hält, Rechnung zu tragen. Gegen den einschränkenden Zusatz bezüglich der Grenzen erhebe auch Beseler ernste Bedenken.

Bittet Zustimmung telephonisch zu erteilen, damit Veröffentlichung des Manifests noch am Sonntag erfolgen könne.[a]

[a] *Zu diesem Telegramm Notiz Bartenwerffers*: Grünau habe durch Ferngespräch mit Stumm festgestellt, daß Hindenburgs Wunsch nach Zusatz bezüglich Grenzen überhaupt nicht in Wien zur Sprache gebracht ist. Grund: Burian würde kopfscheu werden, unsere Grenzwünsche verlangen und auch Forderungen stellen. Nach Bartenwerffers Ansicht dieser Grund nicht stichhaltig, da man in Wien doch schon unsere Grenzwünsche kenne.

389 11./12. August 1916. Dazu vgl. Lemke, Allianz und Rivalität S. 321–327.

390 Diese Formulierungsvorschläge (auch der folgende) gehen aus dem endgültigen Wortlaut des am 5. November 1916 proklamierten Manifests über die Unabhängigkeit des neuen Polen hervor. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 441. Im ganzen vgl. ausführlich Conze, Polnische Nations S. 215–225.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

730. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 223–224. Telegramm. Entzifferung. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 3. November 1916

Habe sich entschlossen, an dem gestern an O.H.L. mitgeteilten Wortlaut festzuhalten, da er sich den von Hindenburg geäußerten Bedenken nicht anzuschließen vermocht habe. Bezüglich der Grenzen schienen ihm in der Feststellung, daß deren genauere Bestimmung vorbehalten bleibe, und in dem Hinweis auf die durch die Sicherheit der Verbündeten gegebenen Einschränkungen genügende Vorbehalte zu liegen, um einer etwaigen Beunruhigung unserer öffentlichen Meinung mit Erfolg entgegentreten zu können. „Die Forderungen, die wir kürzlich an die österreichisch-ungarische Regierung bezüglich der Verschmelzung der polnischen Verwaltungsgebiete stellten, haben in Wien bereits einen so hohen Grad von Mißstimmung und Mißtrauen erzeugt, daß ich es nicht für richtig hielt, an die Wiener Regierung mit einer Anregung heranzutreten, von deren Zweckmäßigkeit ich selbst mich nicht zu überzeugen vermochte. Die ganze Aktion in ihrer etwas überstürzten Form ist im wesentlichen auf die große Bedeutung zurückzuführen, die Euer Exzellenz der baldigen Bildung von polnischen Hilfskorps beigelegt haben.

Ich habe daher geglaubt, in der Kundgebung alles vermeiden zu sollen, was geeignet sein könnte, die Rekrutierung zu beeinträchtigen. In dieser Hinsicht würde aber ein zu deutlicher Hinweis auf beabsichtigte Grenzregulierung von Erheblichkeit nach Ansicht des Generalgouverneurs von Beseler und sonstiger Kenner der polnischen Verhältnisse nachteilig gewirkt haben. Ich halte die polnische Intelligenz für zu scharfsinnig, um sich nicht zu sagen, daß eine Lösung der Grenzfrage, die sowohl den Interessen der Verbündeten wie denen des Königreichs Polen voll Rechnung trägt, kaum denkbar ist. Wer der Leidtragende sein soll, würde sie wohl unschwer erraten haben. Eine gewisse Enttäuschung wird später zweifellos nicht ausbleiben. Ich möchte aber gerade im Interesse der Verbreiterung glauben, daß es besser ist, sie tritt später ein als im jetzigen Augenblick.“

731. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Berlin, R 43/2398i, f. 28. Telegramm durch Ferndrucker des Auswärtigen Amts. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 4. November 1916, 7 Uhr 25 Min. Nm.
Ankunft: 4. November 1916, 7 Uhr 45 Min. Nm.

Reichstag wird heute bis 13. Februar vertagt werden. Das bedeutet keine Erschwerung für das Zustandekommen des Gesetzes über den vaterländischen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hilfsdienst[391]. Dem Reichstag ist mitgeteilt worden, daß er bei dringendem Anlaß während der Vertagung jederzeit wieder einberufen werden kann. Augenblicklich ist es sehr erwünscht, daß er auseinandergeht, damit die Vorarbeiten für das von Euer Exzellenz angeregte Gesetz und andere wichtige Dinge von den Reichsbehörden energisch gefördert werden können.

732. Bethmann Hollweg an Tschirschky

PA Berlin, R 9017. Telegramm in Ziffern. Maschinenschriftliche Abschrift. Am Rande maschinenschriftlicher Vermerk: pro not. Habe mich dem Prinzen Hohenlohe gegenüber in gleichem Sinne geäußert. gez. Jagow.

Nr. 813. Berlin, 6. November 1916

Baron Burian hat mir durch den Prinzen Hohenlohe am Sonnabend von der gleichzeitig mit der Proklamation des Königreichs Polen am Sonntag erfolgten Zusicherung einer Erweiterung der Autonomie Galiziens[392] Kenntnis geben lassen. Die Maßregel stellt selbstverständlich einen innerpolitischen Hoheitsakt Österreichs dar, über den zu urteilen wir nicht befugt sind. Immerhin muß ich – da die Maßregel in unmittelbarem Zusammenhang mit unserer gemeinsamen Aktion betreffend Polen erfolgt ist – bedauern, daß die Mitteilung so spät erfolgt ist. Es ist mir dadurch auch nicht möglich gewesen, unsere öffentliche Meinung auf diesen auch auf unsere inneren Zustände rückwirkenden Akt vorzubereiten. Denn bei unseren Polen entsteht gerade durch die Vorbereitung mit der Proklamation des polnischen Königreichs natürlich der Wunsch, gleiche Rechte wie die Galizier zu erhalten, die ihnen nach Lage der Dinge nicht gegeben werden können.

Euerer Exzellenz wollen Sich dem Baron gegenüber im Sinne diese Telegramms, jedoch ohne dasselbe vorzulesen, aussprechen.

733. Hindenburg an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 228. Telegramm. Konzept Ludendorffs (nicht abgegangen, weil Grünau schon von sich aus telegraphiert hatte). Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

[o. O.] 6. November 1916

Zu seiner Überraschung habe er gestern aus Zeitung Verleihung der vollen Autonomie an Galizien ersehen. Sehe in diesem Schritt der österreichisch-

[391] Vgl. unten Nr. 829*. Ferner Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte V S. 101–111; Feldman, Armee S. 169–206. Quellen: Militär und Innenpolitik S. 461–647.

[392] Wortlaut und „halbamtlicher Kommentar“ vom 4. November 1916 darüber in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 48–49.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ungarischen Regierung einen Versuch, über Galizien Polen an sich zu ziehen, und damit eine unfreundliche Handlung gegen Deutschlands Interesse. Bittet Bethmann Hollweg um Aufklärung. Es müsse unbedingt festgestellt werden, was wir nach dieser Richtung hin von Österreich-Ungarn zu erwarten haben, „um danach bemessen zu können, ob wir nur noch einen Soldaten für Österreich-Ungarn opfern".

734. Grünau an AA

PA Berlin, R 9017. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 900. Pleß, 6. November 1916, 8 Uhr … Min. Vm.
Ankunft: 6. November 1916, 8 Uhr 23 Min. Vm.

Oberste Heeresleitung ist über angekündigte Erweiterung Autonomie Galiziens sehr erregt und bittet um Mitteilung, ob dieser Schritt mit Euerer Exzellenz Kenntnis erfolgt ist. Sie beabsichtigt in Teschen, wo man gleichfalls peinlich überrascht und ungehalten sein soll, Vorstellungen zu erheben, da dieser Schritt wegen der innerpolitischen Rückwirkung bei uns unsere militärische Lage sehr erschwert. Wenn Ankündigung ohne Kenntnis Euerer Exzellenz erfolgt sei, so wäre darin ein so schwerer Verstoß gegen die durch das Bundesverhältnis gebotene gegenseitige Rücksichtnahme zu erblicken, daß daraufhin die Forderung der sofortigen Beseitigung des Barons Burians berechtigt sei.

735. Grünau an AA

PA Berlin, R 20204, f. 103–104. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift. – Druck: Scherer-Grunewald I S. 549–550.

Nr. 901. Pleß, 6. November 1916, 10 Uhr 5 Min. Vm.
Ankunft: 6. November 10 Uhr 40 Min. Vm.

Im Anschluß an Telegramm 895.
Für Herrn Reichskanzler.

General Ludendorff, der gestern abend mit mir nochmals eingehend über das neue Arbeits-Gesetz sprach, wird heute bei Seiner Majestät seinen Standpunkt mit allem Nachdruck vertreten, daß es ein unabweisliches Erfordernis sei, das Gesetz unverzüglich dem Reichstag vorzulegen und daß man sich hiervon durch keinerlei andere Rücksichten abhalten lassen dürfe. Wir leben hinsichtlich der Munition nur von der Hand in den Mund. Wenn nicht der Glückszustand wäre, daß Rußlands Munition sehr knapp geworden ist, könnte die Situation überhaupt nicht gehalten werden. Einem feindlichen Vorstoß noch an anderer Stelle wären wir wegen des Munitionsmangels nicht gewachsen. Der tägliche Verbrauch übersteigt häufig erheblich die tägliche Produktion.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Differenz muß aus den äußerst schwachen, auf verschiedene Punkten aller Fronten verteilten Reserven entnommen werden. Ich habe mich hiervon durch Einsicht in die Tabellen überzeugt. Die Schaffung von Reserven bis zum Frühjahr ist unbedingt nötig, die Zeit bis dahin ist kurz, und jeder Tag bedeutet einen unwiederbringlichen Verlust.

General Ludendorff gibt zu, daß die Einbringung der Vorlage nach beabsichtigter Aktion[393] die Annahme im Reichstag erleichtern würde, auch würde die vorherige Annahme des Gesetzes als Zeichen der Stärke der Regierung sowie als Zeichen unserer Kraft und Entschlossenheit der anderen Aktion mehr Nachdruck verleihen. Diese wäre getragen von dem in die Praxis umgesetzen Willen zum Durchhalten bis zum Letzten und würde dem Feind deutlich zeigen, daß wir nicht aus Schwäche das Angebot machen, sondern für den Fall der Ablehnung schon aufs neue gerüstet sind. Außerdem glaubt der General nicht, daß die Einigung mit den Verbündeten schnell erzielt wird, sodaß schon dadurch weitere kostbare Zeit verloren ging.

736. Grünau an AA

PA Berlin, R 20204, f. 109. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 903. Pleß, 6. November 1916, 1 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 6. November 1916, 2 Uhr 15 Min. Nm.

Für den Herrn Reichkanzler.
Mit Bezug auf meine Telegramme 900 und 901[394].

Seine Majestät lassen Euerer Exzellenz folgendes Telegramm zugehen:

„Nach dem heutigen Vortrag über Munitionsbedarf Meines Heeres habe Ich Mich überzeugt, daß die Knappheit so groß ist, daß wir Gefahr laufen, an der Somme nicht mehr halten zu können. Ich befehle daher, daß sofort und unverzüglich das Arbeitergesetz[395] vor den Reichstag gebracht wird. Als Hauptsatz hat darin zu stehen:

‚Jeder Deutsche vom 16.–60. Lebensjahr ist verpflichtet, seinem Vaterlande Kriegsdienste zu leisten.‘[396] Damit wir möglichst schnell Munitionsarbeiter und Arbeiterinnen en masse erhalten. Der Kriegsminister[397] ist derselben

393 Dem geplanten deutschen Friedensangebot.

394 Die beiden vorangehenden Nr.

395 Gemeint ist das Hilfsdienstgesetz.

396 Der ähnlich lautende Eingangsparagraph des Hilfsdienstgesetzes vom 5. Dezember 1916 lautet genau: „Jeder männliche Deutsche vom vollendeten siebzehnten bis zum vollendeten sechzigsten Geburtstag ist […] zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges verpflichtet.“

397 Hermann von Stein. – Zum folgenden: Er hatte sein Debut als neuer Kriegsminister im Reichstag am 2. November 1916. Vgl. Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 508.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ansicht, und bei dem guten Empfang, den er im Reichstag hatte, wird er unbedingt Helfferich zur Durchbringung behilflich sein mit Erfolg. Der Erlaß des Kaisers betreffend Galiziens ist ein Skandal. Wenn er uns vorher nicht mitgeteilt wurde, hat Auswärtiges Amt nichts davon erfahren? Hat Herr von Tschirschky nichts davon gewußt oder gemeldet? Teschen[398] ist ganz außer sich darüber, daß so was passieren könnte, und befürchtet, daß es hier übelgenommen wird! Seine Exzellenz der Feldmarschall ist empört über diese Hinterlist von Baron Burian und der Ansicht, daß mit ihm nicht mehr verhandelt werden darf, sondern daß sein Ausscheiden erzwungen werden muß.

Wilhelm I.“

737. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 20204, f. 108. Telegramm in Ziffern. Maschinenschriftliches Reinkonzept .

Nr. 1354. Berlin, 6. November 1916

Eilt.

Bitte Seiner Majestät folgendes Telegramm vorzulegen.

Auf Euerer Majestät allergnädigstes heutiges Telegramm melde ich ehrfurchtsvollst folgendes:

Die durch den Erlaß Seiner Majestät des Kaisers Franz Josef angekündigte Erweiterung der Selbstverwaltung Galiziens hat Baron Burian mir Sonnabend Nachmittag[399] durch den Prinzen Hohenlohe mitteilen lassen. Wegen dieser verspäteten Mitteilung habe ich sofort in Wien mein ernstes Befremden zum Ausdruck gebracht. Aus diesem Anlaß die Beseitigung des Baron Burian zu fordern scheint mit jedoch unmöglich, da es sich um einen von Seiner Majestät dem Kaiser Allerhöchst sanktionierten Akt handelt. Von österreichischer Seite würde überdies ins Feld geführt werden, daß die Maßregel unbeschadet ihres Zusammenhanges mit der polnischen Proklamation letzten Endes einen innerpolitischen Hoheitsakt des österreichischen Kaisers darstellt und daß wir uns ja selbst stets jeden Versuch österreichischer Einmischung in unsere Polenpolitik auf das Bestimmteste verbeten haben. Ich glaube nicht, einen Schritt in Wien empfehlen zu dürfen, der, wie die Dinge liegen, mit einem Mißerfolg und nachhaltiger Verstimmung des Kaisers enden würde.

Wie ich aus Wien höre, ist die beanstandete Maßregel erst in den allerletzten Tagen nicht eine auf Buriansche Initiative, sondern auf Antrag des neuen österreichischen Ministerpräsidenten[400] beschlossen worden. Als Motive wer-

[398] Das Hauptquartier des österreichisch-ungarischen Armeeoberkommandos.

[399] Am 4. November 1916.

[400] Das österreichische Kabinett war Ende Oktober 1916 zusammengetreten, nachdem Ministerpräsident Stürgkh am 21. Oktober einem Attentat zum Opfer gefallen war. Nachfolger war für kurze Zeit Ernst von Körber (31. Oktober – 13. Dezember 1916).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den angegeben, Trost der österreichischen Polen für die Enttäuschung über die Lösung des polnischen Problems sowie Stärkung des deutschen Elements in Cisleithanien.

Meines unmaßgeblichen Dafürhaltens wird übrigens Österreich nur den Abfall Galiziens beschleunigen.

Für das Gesetz über den vaterländischen Kriegshilfsdienst sind alle Vorbereitungen bereits seit über acht Tagen in vollem Gange. Morgen und übermorgen finden mit der Industrie (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) Besprechungen über die Organisation statt, die für die Durchführung des Gesetzes erforderlich ist. Von den Männern der Praxis (Krupp-Bohlen, Hugo Stinnes u.s.w.) wird man am besten hören, wie das Gesetz gestalten werden muß, um eine schnelle Wirkung zu erzielen. General Gröner ist natürlich an allen Verhandlungen beteiligt.

Alleruntertänigst

738. Grünau an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/2398i, f. 33. Telegramm. Abschrift in Meschinenschrift.

Nr. 904. Pleß, 6. November, 5 Uhr 15 Min. Nm.
Ankunft: 6. November 1916, 5 Uhr 40 Min. Nm.

Im Anschluß an Telegramm Nr. 903[401].
Für den Herrn Reichskanzler.

Feldmarschall läßt Euerer Exzellenz telegraphieren:

„Seine Majestät hat bei dem heutigen Vortrage über die Munitionslage befohlen, daß das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ohne Rücksicht auf andere Aktionen einzubringen und zu veraschieden ist.

Hindenburg."

[401] Oben Nr. 735.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

739. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Berlin, R 43/2398i, f. 43–44. Schreiben. Konzept in Schreibmaschinenschrift mit einigen Änderungen von der Hand Jagows. Am Rand Vermerk von der Hand Bethmann Hollwegs: „Cessat. Ich werde die Sache bei meiner nächsten Anwesenheit in Pleß mündlich mit dem Feldmarschall besprechen. 10./11.“

Zu Rk 10269 KJ. Berlin, 7. November 1916

Sofort mit heutigem Kurier.

Eigenhändig.

Hochverehrter Herr Generalfeldmarschall!

Euer Exzellenz haben die Güte gehabt, mir gestern durch den Legationsrat von Grünau eine telegraphische Mitteilung über eine Willensäußerung Seiner Majestät des Kaisers und Königs in bezug auf die Einbringung und Verabschiedung des Gesetzes über den Vaterländischen Hilfsdienst zugehen zu lassen.

Nachdem Euer Exzellenz mich über die Bedürfnisse der Heeresverwaltung in bezug auf die Vermehrung der Waffen- und Munitionserzeugung unterrichtet haben, habe ich unter eigener Verantwortung alles zu tun, was dem obersten Reichsbeamten obliegt, um die Erfüllung dieser Bedürfnisse zu sichern. Es ist selbstverständlich, daß ich alles, was in meinen Kräften steht, daran setzen werde, um der Obersten Heeresleitung die Mittel zur siegreichen Beendigung des Krieges zuzuführen und daß kein Tag versäumt werden darf, um der Munitions- und Waffenindustrie die erforderlichen Arbeiter zu verschaffen. Nichts aber würde ärgere Versäumnisse bringen als ein unpraktischer und oberflächlich ausgearbeiteter Entwurf, dessen Durchführung nicht wie ein guter strategischer Plan durchdacht ist und dem Reichstag klargelegt werden kann.

Deshalb verhandelt heute und morgen mein Stellvertreter, der Staatssekretär des Innern[402], unter Zuziehung des Generalleutnants Gröner mit den Führern unserer Industrie und der großen Arbeiterorganisationen[403].

Sodann wird unverzüglich die Beschlußfassung des Kgl. Preußischen Staatsministeriums herbeigeführt und auf Grund seiner Entschließung von mir als dem Ministerpräsidenten Sr. Majestät über die Frage, in welcher Form der Gesetzentwurf im Bundesrat einzubringen ist, Vortrag gehalten werden. Die Beschlußfassung des Bundesrats, der die Form des Gesetzentwurfes für die Einbringung im Reichstag festzustellen hat, wird schon [seit] Wochen bei den Bundesregierungen vorbereitet.

Inzwischen wird zu übersehen sein, ob die bekannte diplomatische Aktion[404] noch vor oder gleichzeitig mit der Einbringung des Entwurfes im

[402] Karl Helfferich.

[403] Der Gewerkschaften.

[404] Das Friedensangebot an die Feindmächte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Reichstag eingeleitet werden kann. Ohne Zweifel hat an zwingenden Forderungen der Kriegführung alles andere zurückzutreten.

In größter Verehrung bin ich
Ew.p.p. sehr ergebener

740. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 20980, f. 121. Telegramm (Hughes). Reinkonzept. In Maschinenschrift.

Nr. 1359. Berlin, 7. November 1916

Auf meine Vorstellungen in Wien, den 9. als Datum für den polnischen Werbeaufruf zu akzeptieren, hat mir Baron Burian heute durch den Österr. Botschafter[405] antworten lassen, er hätte General v. Conrad bitten lassen, einen späteren Termin, etwa den 16., zu vereinbaren. Als Grund führt der Minister an, daß es wünschenswert wäre, vorher noch einen polnischen Staatsrat zu ernennen, um den Enthusiasmus des polnischen Volkes weiter zu entfachen. Ich habe geantwortet, daß ich mich darauf nicht einlassen könnte und den Minister bäte, auch seinerseits den 9. festzusetzen.

741. Grünau an AA

PA Berlin, R 20204, f. 135. Telegramm Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 910. Pleß, 7. November 1916, 2 Uhr 30 Min. Vm.
Ankunft: 7. November 1916, 3 Uhr 15 Min. Vm.

Geheim für den Herrn Reichskanzler.

Feldmarschall bittet mich mit Bezug auf Tel. Nr. 1360 um Weitergabe folgenden Telegramms an Euere Exzellenz:

„Euere Exzellenz sind der Ansicht, daß die Erweiterung der Autonomie Galiziens ein innerpolitischer Hoheitsakt Österreichs sei, gegen den wir Einwendungen nicht erheben dürfen. Ich sehe darin auch einen Schritt von eminenter Bedeutung für die äußere Politik, durch den Österreich-Ungarn das zu erreichen sucht, wonach es strebt, unsere Stellung in Polen zu erschweren und durch Galizien einen erhöhten Einfluß dort zu gewinnen. Dieses kann unter der Maske der Autonomie eher wie als unmittelbares Glied des österreichischen Staates die gewünschten Ziele erreichen. Die Sicherheit Preußens gegen diese Umtriebe Österreichs verlangt naturgemäß ganz andere Grenzberichtigungen, als ich bisher zu fordern gewillt war.

[405] Gottfried Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich sehe ferner in dieser Handlung Österreichs nicht nur eine Unhöflichkeit, sondern direkt das Zeichen einer Mißachtung unserer Kraft und unseres Willens, was mich für die Zukunft mit schwerer Sorge erfüllt. In Ihrem Telegramm vom 3. November über den Wortlaut der Proklamation nehmen Euere Exzellenz Rücksicht auf die Mißstimmung und das Mißtrauen in Wien. Österreich scheint nicht die gleiche Rücksichtsnahme für nötig zu halten. Ich führe dies aus, weil ich im höchsten Maße durch die Vorgänge betroffen bin und fürchte, daß auf die Dauer die Kriegführung und unser militärisches Verhältnis zu Österreich-Ungarn leiden muß. Das Nichteinmischen in die inneren Verhältnisse Österreich-Ungarns vor dem Krieg und während desselben hat unsere Kriegführung auf Schritt und Tritt erschwert. Scheuen wir auch weiterhin vor einem solchen Einmischen, da wo unsere Interessen unmittelbar in Frage kommen, zurück, so geben wir damit die Hoffnung auf eine Stärkung Österreich-Ungarns endgültig auf, und es entsteht die Frage, warum wir uns überhaupt noch für Österreich schlagen.

Um Seiner Majestät gegenüber in dieser eminent wichtigen Frage Stellung nehmen zu können, bitte ich um Mitteilung, wie Euere Exzellenz sich in Zukunft unser Verhältnis zu Österreich-Ungarn denken und auf welcher Grundlage es aufgebaut werden soll. Ich muß es von militärischer Seite fordern, daß darüber vollständige Klarheit herrscht.

Zu meinem Bedauern sehe ich mich veranlaßt, noch einmal auf das Telegramm vom 3. November zurückzukommen. Euere Exzellenz meinen, die polnische Frage wäre auf meine Veranlassung in etwas überstürzter Form zur Erledigung gebracht. Dem muß ich widersprechen. Ich habe mich nur veranlaßt gesehen zu drängen, damit eine Sache zum Abschluß kam, die andere Stellen schon monatelang beschäftigt hatte. 15479 P.

Hindenburg."

742. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 316–337. MF 991/992. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 174–175 (mit den Anmerkungen).

RK 10865 K.J. Berlin, 10. November 1916

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

[*1. Amtseinführung des Kriegsministers von Stein.*]

2. [*Ausführungen Helfferichs und weiterer Minister zum Hilfsdienstgesetz.*]

Der Herr Ministerpräsident faßte das Ergebnis der bisherigen Erörterungen dahin zusammen, daß die Herren Staatsminister übereinstimmend die Not-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wendigkeit des Gesetzes grundsätzlich anerkannt hätten. Er glaube, daß Zugeständnisse hinsichtlich des Koalitionsrechts bei dieser Gelegenheit nicht gemacht werden dürften und auch nicht gemacht zu werden brauchten. Dagegen werde man, wie er überzeugt sei, das Gesetz, ohne daß Einigungsämter irgendwelcher Art vorgesehen würden, nicht einbringen können. Aus den von dem Herrn Kultusminister[406] angegebenen Gründen glaube auch er, daß man auf die Einbeziehung der Sechzehnjährigen werde verzichten können.

Der Reichstag werde das Gesetz nicht annehmen, ohne sich wegen der Gestaltung großer Teile der Ausführungsbestimmungen zu sichern. Die Regierung werde nach verschiedenen Richtungen hin Zusicherungen geben müssen, sowohl insbesondere hinsichtlich der Frage, in welcher Höhe Strafen für die einzelnen Zuwiderhandlungen festgesetzt werden könnten. Es sei ihm aufgefallen, daß dies weder aus dem Gesetzentwurf[407] noch aus den Richtlinien im einzelnen ersichtlich sei, und er würde es für einen Vorteil halten, wenn es sich ermöglichen ließe, in dieser Beziehung eine Ergänzung eintreten zu lassen.

Im übrigen werde die Regierung in den Reichstagsverhandlungen verhüten müssen, daß die Ausführungsbestimmungen in das Gesetz gebracht würden. Denn es werde sich zeigen, daß im Anfang manche Anordnung nicht das Richtige träfe und deshalb geändert werden müßte. Das werde leicht sein, wenn der Bundesrat die Ausführungsbestimmungen erließe, schwierig, wenn das, was diese Bestimmungen enthalten sollten, durch Gesetz festgelegt werde. Aber die Regierungsvertreter würden sich bereits in den Reichstagsverhandlungen in weitgehendem Umfang darüber klar sein müssen, was beabsichtigt werde und wie es zur Durchführung gebracht werden solle, und sie würden hierüber auch ausgiebig Rede stehen müssen, denn andernfalls werde das Gesetz nicht durchzubringen sein.

Zu seiner eigenen Information frage er, womit der in Nr. 2 der Richtlinien erwähnte Ausschuß[408] seine Tätigkeit beginnen werde. Solle in jedem Bezirk festgestellt werden, welche Betriebe beständen, welche davon für die Kriegswirtschaft notwendig seien, welche eingeschränkt oder stillgelegt werden könnten? Notwendig werde es jedenfalls sein, daß in den verschiedenen Bezirken gleichmäßig vorgegangen werde, da sonst vielfach Mißstimmung hervorgerufen würde. Angenommen, es sei eine Klassifikation der Betriebe nach den angedeuteten Richtungen möglich, was geschähe dann? Würden alle Personen, die in diesen Betrieben beschäftigt seien, öffentlich aufgerufen, ihre Arbeit niederzulegen und Kriegsarbeit aufzunehmen? Das müsse doch für alle Orte geschehen. Es würde z. B. bedeuten, daß, wenn auch das Anfangsalter für die Hilfdienstpflicht auf das vollende 17. Lebensjahr festgesetzt würde, doch eine

[406] August von Trott zu Solz.

[407] Der Gesetzentwurf ist gedruckt in: Militär und Innenpolitik S. 515–519 (dort auch die „Richtlinien für die Ausführung“).

[408] Dieser Ausschuß (für den Bezirk jedes stellvertretenden Generalkommandos) sollte aus einem Offizier als Vorsitzendem, zwei höheren Staatsbeamten und je einem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen. Vgl. auch Feldman, Armee S. 178–181.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

große Anzahl von Schülern die Schule verlassen und sich Arbeit suchen müßte, oder, falls sie dies nicht täten oder sie keine Arbeit fänden, ihnen solche von dem Ausschuß zugewiesen würde. Entsprechend würde sich in anderen Verhältnissen die Regelung vollziehen, etwa ein Landrat in der Stellung eines Bezirksfeldwebels beschäftigt werden. Er bäte um nähere Auskunft, wie die praktische Ausführung gedacht sei.

[*General Groener beantwortet die Frage und weist besonders darauf hin, daß die Hilfsdienstarbeit in erster Linie freiwillig sein solle. Es folgen Äußerungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident äußerte, er habe von vornherein auf dem Standpunkt gestanden, daß, wenn auf dem Gebiete des Entwurfs etwas Ersprießliches erreicht werden solle, [dies] von der Heeresverwaltung gemeinsam mit der Industrie organisiert werden müsse. Seine ursprünglichen Bedenken gegen die Einführung einer Arbeitspflicht vom 16. bis zum 60. Lebensjahre seien beschwichtigt durch die Darlegungen des Herrn Generalleutnants Groener, wonach er praktisch-organisatorisch vorgehen wolle und das in Rede stehende Gesetz lediglich den legalen Hintergrund bilden solle. Interessiert habe ihn auch die Ansicht des Herrn Kriegsministers, daß man die erforderliche Anzahl von Arbeitskräften ohne umfangreiche Anwendung von Zwang zu erhalten hoffe. Seine Bedenken gegen die Erstreckung der Dienstpflicht auf die Sechzehnjährigen seien ebenfalls durch die Ausführungen des Herrn Generalleutnants Groener abgeschwächt. Er nehme danach an, daß eine generelle Heranziehung der sechzehnjährigen Schüler und Seminaristen nicht beabsichtigt sei.

[*Kurze Erläuterungen des Kultusministers und Groeners.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte nach weiterer Aussprache fest, daß das vollendete 17. Lebensjahr von der überwiegenden Mehrheit des Staatsministeriums als Zeitpunkt des Beginns der Dienstpflicht gewünscht werde, und stellte ferner die Annahme des ganzen Gesetzentwurfs mit der eben erwähnten Änderung fest. Es soll nunmehr die Allerhöchste Genehmigung zur Vorlage des Entwurfs an den Bundesrat nachgesucht werden.

743. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 22254. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 17. Berlin, 10. November 1916, 11 Uhr 50 Min. Nm.
Ankunft: 11. November 1916, 12 Uhr 30 Min. Vm.

Euerer Majestät darf ich für das gnädige Telegramm meinen ehrerbietigsten Dank zu Füßen legen. Wie dankbar bin ich, daß Euere Majestät der Gefahr einer schweren Erkrankung glücklich entronnen sind. Gott schenke Euerer Majestät weiter Besserung und baldige völlige Gesundung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Meine gestrige Rede[409] scheint im Inland gut aufgenommen zu werden. Ob sie auf das Ausland die beabsichtigte Wirkung ausübt, wird sich nur langsam herausstellen.

Über Mr. Asquith will ich nicht endgültig urteilen, solange nicht der Wortlaut seiner Rede[410] vorliegt. Geben die bisherigen Meldungen ein richtiges Bild, so ist er doch wesentlich zahmer geworden. Seine so ungemein dringliche Werbung um Griechenland ist wenig würdig, soll aber wohl das verlorene Prestige des Beschützers der kleinen Nationen wiederherstellen. Auffällig ist das Schweigen über Polen. Dafür wird mit den heftigen Angriffen gegen die Türkei wohl den Russen ein neuer Köder zum Durchhalten hingeworfen.

Hier noch mildes Wetter, das wir für die Landwirtschaft dringend brauchen, aber seit heute nachmittag dicker Novembernebel.

Alleruntertänigst

744. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 1363. Telegramm in Ziffern. Maschinenschriftliche Abschrift.

Nr. 1373. Berlin, 10. November 1916

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg. Antw. auf Tel. Nr. 15479 P[411].

Daß die Erweiterung der Autonomie Galiziens außerpolitische Bedeutung hat, ist mir weder zweifelhaft, noch habe ich sie bestritten. Wie dieser Schritt auf uns und unser Verhältnis zu Polen wirken wird, kann zur Zeit niemand endgültig entscheiden, namentlich auch nicht, ob Österreich damit einen erhöhten Einfluß in Polen gewinnen oder aber aber ob die Loslösung Galiziens vom österreichischen Staatsverband und damit das Ausscheiden von 5–8 Millionen schlecht regierten, aber politisch einflußreichen Slaven aus der cisleithanischen Völkergruppe beschleunigt werden wird. Daß der Kaiserliche Erlaß ohne meine Kenntnis ergangen ist und daß ich über seine verspätete Mitteilung dem Wiener Kabinett mein Befremden ausgesprochen habe, teilte ich bereits mit. Ebenso daß uns eine Einmischung in die innerpolitischen Verhältnisse Österreich-Ungarns nicht zusteht und daß ich über kein Machtmittel verfüge, um dem Wiener Kabinett in Fragen der inneren Politik unseren Willen aufzuzwingen. Die Kritik, daß unsere Scheu vor solchen Einmischungen uns die Kriegführung auf Schritt und Tritt erschwere und schließlich vor die Frage stelle, warum wir uns überhaupt noch für Österreich schlügen, entbehrt deshalb der sachlichen Begründung. Den darin ausgesprochenen Vorwurf gegen die mir von S.M. anvertraute Führung der Politik, für die ich allein die Verant-

[409] Unten Nr. 859*.

[410] In der Guildhall in London am 9. November 1916 (betreffend die Gerüchte über einen Separatfrieden). Wortlaut: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 185–186.

[411] Oben Nr. 741.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wortung trage, muß ich zurückweisen. Wenn uns auch die durch das Bundesverhältnis aufgelegten Lasten praktisch zur Stellung von Forderungen ermächtigen, die keine staats- oder völkerrechtliche Unterlage haben – eine Ermächtigung, von der vielfacher Gebrauch gemacht worden ist –, so würde sich doch eine Überspannung des Bogens an uns selbst rächen. Die durch den Krieg nicht zerstörten Beziehungen Österreich-Ungarns zu England und Frankreich werden der Donaumonarchie in den Friedensverhandlungen möglicherweise eine uns überlegene Stellung zuweisen, die, wenn sie von übergroßen Verstimmungen gegen uns getragen wird, die Gestaltung des Friedens und unserer zukünftigen internationalen Beziehungen in nachhaltigster Weise beeinflussen kann.

Was die Ordnung unserer Beziehungen zu Österreich-Ungarn in der Zukunft anlangt, so würde es zur Herbeiführung entsprechender Mitteilungen von meiner Seite nicht der Bemerkung bedurft haben, E.E. „müßten von militärischer Seite fordern, daß darüber vollständige Klarheit bestehe“. S.M. der Kaiser hat mir in dieser Beziehung als allgemeine Richtlinien aufgestellt: Stabilisierung des bestehenden politischen Bündnisses, Vertiefung desselben durch eine Militärkonvention und durch dauernde Sicherung unserer wirtschaftlichen Beziehungen, möglichst auch durch Ausschaltung unwirtschaftlicher Konkurrenz auf solchen Gebieten, wo gemeinschaftliches Handeln beiden Reichen zu gute kommen wird.“

Versuche, die Souveränität der Donaumonarchie dahin zu beschneiden, daß uns eine direkte Einmischung in innerpolitische Hoheitsrechte ermöglicht wird, halte ich nach dem Gesagten für politisch unausführbar und auch für schädlich. Durch eine demnächstige mündliche Aussprache hoffe ich, die anscheinend zwischen uns bestehenden Mißverständnisse völlig beseitigen zu können.

745. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Berlin, R 43/2398i, f. 83. Immediatschreiben. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift (Revision von verschiedenen Händen).

Rk. 10269 K.J. Berlin, 11. November 1916

Streng geheim! Sofort!

Euer Majestät haben zu befehlen geruht, daß ein Gesetzentwurf betreffend den vaterländischen Hilfsdienst ausgearbeitet und mit tunlichster Beschleunigung der gesetzgebenden Körperschaft vorgelegt wird. Der Entwurf wird hiermit in der Fassung, der Eurer Majestät Staatsministerium zugestimmt hat, alleruntertänigst überreicht. Er beschränkt sich auf die Vorschriften, die unbedingt notwendig erscheinen, um dem Kriegsamt und den sonst beteiligten Behörden eine ausreichende staatsrechtliche Grundlage für ihre Betätigung zu dem bezeichneten Zwecke zu geben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Im § 1 wird grundsätzlich für alle männlichen Deutschen vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, soweit sie nicht zum Dienst in der bewaffneten Macht einberufen sind, die Verpflichtung zum vaterländischen Hilfsdienst während des Krieges ausgesprochen. Im § 2 wird näher ausgeführt, welche Dienste oder Arbeiten als vaterländischer Hilfsdienst im Sinne des Gesetzes gelten.

Die zur Ausführung des Gesetzes erforderlichen Bestimmungen wird der Bundesrat im Sinne der gleichfalls alleruntertänigst beigefügten Richtlinien für die Ausführung des Gesetzes zu erlassen haben. Die Ermächtigung hierzu ist im § 3 des Gesetzentwurfs vorgesehen, wobei dem Bundesrat gleichzeitig die Befugnis erteilt wird, Zuwiderhandlungen mit Freiheits- und Geldstrafen zu bedrohen.

Eure Majestät bitte ich hiernach alleruntertänigst, durch huldreiche Vollziehung des im Entwurfe beigefügten Allerhöchsten Erlasses mich ermächtigen zu wollen, den anliegenden Entwurf, betreffend den vaterländischen Hilfsdienst dem Bundesrate vorzulegen.[a]

[a] *Dazu am Rand das revidierte Konzept der kaiserlichen Vollziehung*: An den Reichskanzler. Auf den Bericht vom 11. November 1916 ermächtige ich Sie, den anliegenden Entwurf eines Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst dem Bundesrate zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen.
(Zur Allerhöchsten Vollziehung unter Gegenzeichnung Sr.Exz. des Herrn Chefs.)
Darunter vom fremder Hand: Gr.H.Q., den 13. Nov. 1916
gez. Wilhelm I.R.
gez. v. Bethmann Hollweg

746. Grünau an AA

BA Berlin, R 43/2398i, f. 131. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

Zu Rk 10413 K.J. Pleß, 16. November 1916, 10 Uhr 33 Min. [Vm.(?)]

Für den Herrn Reichskanzler.
Feldmarschall läßt Euer Exzellenz telegraphieren:

„Die Lösung der Arbeiterfrage wird von Tag zu Tag dringender. Die Lieferungen an [= von] Heeresgerät drohen herabzugehen, statt zu steigen. Ich muß die Verantwortung für die Fortsetzung des Krieges ablehnen, wenn nicht die Heimat die nötige Unterstützung dadurch gewährt, daß die in der Heimat noch vorhandenen Arbeitskräfte voll in den Dienst des Krieges treten. Seit meinen ersten Anregungen sind Monate in der Hauptsache mit – Erwägungen – ausgefüllt worden, während unsere Gegner in vorbildlicherweise – handeln. Auch die Einrichtung des Kriegsamts kann erst dann voll wirksam werden, wenn das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ihm die unerläßlichen gesetzlichen Handhaben gibt. Euer Exzellenz bitte ich daher dringend, die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Durchbringung dieses Gesetzes zu beschleunigen. Für Mitteilung werde ich dankbar sein, für wann Einberufung des Reichstages und Verabschiedung des Gesetzes vorgesehen ist. – von Hindenburg.“[412]

747. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 21475, f. 166–167. Eigenhändig und behändigt. Praes.: 22. November 1916.

Berlin, 22. November 1916

In seiner heutigen Unterredung mit mir kam der amerikanische Geschäftsträger[413] inoffiziell auf die Wiederwahl des Präsidenten Wilson zu sprechen, die er als günstig für die Sache des Friedens bezeichnete[414]. Ich erklärte, daß die nachdenklichen und ernsten Politiker in Deutschland diese Auffassung teilten. Herr Grew fragte dann weiter, ob wir beabsichtigten, von den an Amerika gegebenen Zusagen[415] über die Führung des Ubootskrieges zurückzutreten; er habe jetzt in zehn verschiedenen Fällen Vorstellungen erheben müssen. Ich verneinte das auf das Entschiedenste. Es seien die striktesten, den Zusagen entsprechenden Befehle erteilt, deren Durchführung streng überwacht werde. Sollten einmal Versehen vorkommen, so bedauere ich das lebhaft, und die erforderliche Remedur werde geschaffen werden. Auf amerikanischer Seite möge dabei bedacht werden, daß in einem so gewaltigen Kriege bei den einzelnen Kampfhandlungen Versehen schlechterdings nicht vermieden werden könnten. Der französische Flieger, der über Karlsruhe Bomben abwarf, habe sicherlich militärisch wichtige Anlagen treffen wollen. Die aber habe er verfehlt, und anstatt dessen gegen 100 unschuldige Kinder getötet oder verwundet[416]. Nur das Ende des Krieges werde allen solchen Vorfällen ein Ziel setzen.

412 Die Anwort des Reichskanzlers vom 17. November 1916 unten Nr. 864*.

413 Joseph Clark Grew (1880–1965), Legationssekretär (Juli 1916: Legationsrat) an der amerikanischen Gesandtschaft in Berlin 1908–1917; fungierte während der Abwesenheit Gerards in Washington als Geschäftsträger.

414 Vgl. Grews Bericht an seinen Außenminister über diese Unterredung unten in Nr. 866*.

415 Die Uboote nur nach den Regeln des Kreuzerkrieges operieren zu lassen. Vgl. den deutsch-amerikanischen Notenwechsel in der Sache März–Mai 1916 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 564–580.

416 Nach einem ersten Luftangriff am 15. Juni 1915 auf die Stadt Karlsruhe, bei dem 50 Menschen getötet wurden, kam es am 22. Juni 1916, dem Fronleichnamstag, zu einem zweiten schweren Angriff auf die Stadt, bei dem 120 Menschen, darunter 71 Kinder, umkamen. Vgl. ebenda 57,1 (1916) S. 326–327.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

748. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

PA Berlin, R 21475, f. 178. Privatdienstschreiben. Behändigte Abschrift in Maschinenschrift. Praes.: 24. November 1916.

Berlin, 24. November 1916

Verehrte Exzellenz,

wie ich Ihnen ganz vertraulich mitteilen möchte, war dieser Tage der amerikanische Geschäftsträger Grew bei mir, um mit mir unter anderem die Fälle der Versenkung von Handelsschiffen zu besprechen, an deren Bord sich amerikanische Staatsangehörige befanden. Die einzelnen Fälle sind Ihnen ja bekannt geworden; am meisten Sorgen machen mir die der „Marina“ und der „Arabia“[417], die für feindliche Transportdampfer gehalten und deshalb ohne Warnung und ohne Sorge für die Rettung der Menschenleben torpediert wurden. Ich bin zweifelhaft, ob sich diese Auffassung der amerikanischen Regierung gegenüber mit überzeugender Begründung aufrecht erhalten läßt; keinen Zweifel habe ich aber daran, daß, wenn solche Fälle sich wiederholen, der Bruch mit Amerika unvermeidlich ist und dadurch die von Seiner Majestät befohlene Politik den Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber unmöglich gemacht wird.

Ich bitte Sie, diese Mitteilung zunächst als eine ganz persönliche zu betrachten und sie noch nicht zum Anlaß irgendwelcher amtlichen Schritte zu nehmen; denn sie soll nur die Einleitung zu einer eingehenderen mündlichen Besprechung sein, um die ich Sie in den nächsten Tagen bitten möchte.

Wie immer Euerer Exzellenz aufrichtig ergebener

749. Angabe Bethmann Hollwegs

PA Berlin, R 20472, f. 14. Eigenhändig und behändigt. Praes.: 25. November 1916 pm.

[Ohne Nr.] [Berlin] 25. November 1916

Herr Ballin hat durch Paul Schulz (Wien) erfahren, daß der schweizerische Gesandte in London[418] (mit einer Oesterreicherin verheiratet) naher Be-

[417] Das bewaffnete englische Handelsschiff „Marina“ wurde ohne Warnung von einem deutschen Uboot westlich von Irland am 28. Oktober 1916 versenkt. – Der englische Passagierdampfer „Arabia“ wurde am 6. November 1916 torpediert. Im ersten Fall fanden neun amerikanische Staatsangehörige den Tod; im zweiten Fall kam keiner um. Vgl. ausführlich Birnbaum, Peace Moves S. 201–216; beschränkt ergiebig Bernstorff, Deutschland S. 300–305. Beide Versenkungen entsprachen nicht dem Befehl Holtzendorffs vom 15. Oktober über die Ubootkriegführung nach Prisenordnung. Sie störten daher die Vorbereitungen Wilsons und Bethmanns zu ihren Friedensbemühungen.

[418] Gaston Carlin (1859–1922), schweizerischer Gesandter in London 1912–1920. – Die im folgenden genannte Ehefrau wurde nicht weiter identifiziert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kannter von Lord Grey ist und jedes weeks-end mit diesem zusammen angelnd verbringt.

Für den Fall, daß der Gesandte kein Ententefreund ist, sollte meo voto Romberg via Bundesrat Hoffmann[419] versuchen, etwas über die englischen Dispositionen herauszubekommen, speziell über etwaige Geneigtheit, zunächst inoffizielle Berührungspunkte zu schaffen.

750. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22146. Telegramm in Ziffern. In Typendruckschrift.

Nr. 1457. Berlin, 25. November 1916, 9 Uhr 15 Min. Vm.
Ankunft: 25. November 1916, 10 Uhr 25 Min. Vm.

Die Torpedierung der englischen Dampfer Marina und Arabia hat mir Veranlassung gegeben, den kaiserlichen Botschafter in Washington zu einer Äußerung zu veranlassen, wie diese Zwischenfälle beigelegt werden können, ohne die erwünschte Friedensaktion des Präsidenten Wilson zu hemmen. Graf Bernstorff hat darauf zunächst dringend gebeten, keinerlei Änderung im Unterseebootkrieg eintreten zu lassen, bis entschieden sei, ob Wilson in die Friedensvermittlung eintreten wird, wobei er hinzufügt, daß er das für nahe bevorstehend halte. Zum Marina-Fall telegraphiert Botschafter, daß es dringend erwünscht sei, Streitfrage über bewaffnete Handelsschiffe nicht wieder zu eröffnen, Marina sei früher von britischer Regierung gechartert gewesen, jedoch nicht mehr, als sie torpediert wurde. Er bittet, ihn drahtlos anzuweisen, den Irrtum anzuerkennen, Bedauern auszusprechen sowie Entschädigung und Bestrafung des Kommandanten zuzusagen, weil mit weniger nicht durchzukommen sei.

An den amerikanischen Geschäftsträger ist folgende Note gerichtet worden, nachdem der Chef des Adm.stabes von dem Entwurf Kenntnis genommen und Einwendungen dagegen nicht zu erheben hatte.

„Am 28. v.M. nachmittags 4 Uhr 50 Minuten traf ein deutsches Unterseeboot etwa 26 Seemeilen von den Skelligsinseln in Sicht von Land einen Dampfer, der grau angestrichen war, keine Flagge zeigte und an Deck aus Holz hergestellte Aufbauten für Pferdetransporte hatte. Der Kommandant des Unterseeboots hielt diesen Dampfer, der mit der ‚Marina' identisch war, für ein im Dienste der britischen Regierung stehendes Pferdetransportschiff, das er als Hilfskriegsschiff nach Völkerrecht ohne weiteres angreifen konnte. Er wurde in dieser Auffasssung bestärkt durch seine Tätigkeit im Mittelmeer, wo er Schiffe dieser Art vielfach beobachtet und festgestellt hatte, daß sie als britische Transportdampfer bei den Dardanellen-Operationen verwendet wurden. Unter diesen Umständen trug er keine Bedenken, die ‚Marina' ohne vorherige Warnung zu torpedieren.

[419] Arthur Hoffmann (1857–1927), schweizerischer Außenminister 1914–1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Annahme des Kommandanten, es mit einem feindlichen Transportdampfer zu tun zu haben, erscheint zutreffend, da die ‚Marina', wie der deutschen Regierung aus zuverlässigen Quellen bekannt ist, tatsächlich als Pferdetransportdampfer im Dienste der britischen Regierung benutzt wurde. Sollte sich jedoch nach den Feststellungen der amerikanischen Regierung diese Annahme als unrichtig erweisen, so würde das Verhalten des Kommandanten auf einen bedauerlichen Irrtum zurückzuführen sein und seiner Instruktion nicht entsprochen haben; in diesem Falle würde die deutsche Regierung nicht zögern, die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Die amerikanische Regierung wird daher nach dieser Richtung noch um das Ergebnis ihrer amtlichen Feststellungen gebeten."

Es ist zu erwarten, daß durch diese Antwort die erhoffte Friedensaktion des Präsidenten nicht aufgeschoben wird. Allerdings scheint es sich sowohl im Falle der Marina wie in dem der Arabia um eine Verwechselung gewöhnlicher Handelsschiffe mit Transportdampfern zu handeln; bei der Arabia ist der Ubootskommandant zu der Annahme dadurch veranlaßt worden, daß der Dampfer eine größere Anzahl farbiger Kriegsarbeiter an Bord hatte und mit Geschützen bewaffnet war. Da nun die gegenwärtig geltenden Instruktionen für die Ubootskommandanten solche Verwechselungen auch für die Zukunft offenbar nicht ausschließen, was unvermeidlich zum Bruch mit Amerika führen müßte, halte ich es für dringend erforderlich, daß unverzüglich Weisungen ergehen, wodurch den Kommandanten Angriffe unter Wasser auf das bestimmteste untersagt werden, soweit nicht das anzugreifende Schiff mit Sicherheit als Kriegsschiff im eigentlichen Sinne erkannt ist oder der Angriff in einem Gewässer erfolgt, wo die friedliche Handelsschiffahrt schlechterdings ausgeschlossen ist.

Bezüglich der Feststellung dieser Gewässer im einzelnen würde sich der Admiralstab mit der politischen Leitung ins Einvernehmen zu setzen haben.

Der Chef des Admiralstabs sieht sich jedoch nicht in der Lage, ohne direkten Befehl Seiner Majestät derartige Weisungen ergehen zu lassen. Bitte daher nach Rücksprache mit Admiral von Müller Seiner Majestät im vorstehenden Sinne sobald als möglich Vortrag zu halten und auf Erteilung entsprechender Befehle hinzuwirken.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

751. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R 43/2398i, f. 161. Telegramm durch Ferndrucker des AA. Abschrift in Maschinenschrift.

Rk. 10524 KJ. Berlin, 25. November 1916, 8 Uhr 50 [Nm.]
Ankunft [in Pleß]: 25. November 1916, 9 Uhr 30 [Nm.]

Zugleich für Exzellenz von Valentini:

Hauptausschuß hat Generaldebatte über Hilfsdienstgesetz heute beendet[420]. Spezialdebatte wird hoffentlich bis Dienstag abend erledigt. Mittwoch jedenfalls erste Lesung im Plenum[421]. Ob danach Rückverweisung an Ausschuß beschlossen wird, noch ungewiß, aber möglich, da Rückverweisung von Sozialdemokraten vorbehalten. Haltung der Konservativen und Nationalliberalen noch unklar. Wird Rückverweisung nicht beschlossen, dann ermöglicht sich 2. Lesung hoffentlich noch am Mittwoch und 3. Lesung Donnerstag oder Freitag[422]. Dies also unter allen Umständen frühestmöglicher Termin für Verabschiedung des Gesetzes unter Voraussetzung, daß keinerlei Zwischenfall eintritt. Weiterungen indessen durchaus nicht ausgeschlossen, da Gesetz, wie unsererseits von vornherein klar erkannt war, scharfe politische Gegensätze unter Parteien hervorrufen mußte.

In gestriger Sitzung Stahlwerksverbandes[423] wurde behauptet, ich sei im Begriff, um jeden Preis, namentlich unter Verzicht auf Briey, mit Frankreich Frieden zu machen, worauf auf Kirdorffs Anregung sofortige Eingabe an Hindenburg beschlossen wurde, die nachweisen soll, daß wir ohne Briey keinen künftigen Krieg mehr führen können.

752. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 340–356. MF 992. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschrift-

[420] Protokoll der Sitzung vom 25. November 1916 (zum Teil regestiert) in: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1061–1068. – Die im folgenden erwähnte Spezialdebatte fand am 27. (Montag) und 28. (Dienstag) November 1916 statt: ebenda S. 1069–1092.

[421] Die 1. und 2. Lesung im Reichstag fanden am 29. (Mittwoch) und 30. (Donnerstag) November 1916 statt: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 562–588. Die 3. Lesung fand am 2. Dezember statt; am selben Tag wurde das Gesetz mit 235 gegen 19 Stimmen angenommen: ebenda S. 591–598.

[422] Mittwoch: 29., Donnerstag, 30., Freitag, 1. Dezember 1916.

[423] Der Deutsche Stahlwerksverband war ein Syndikatskartell, das wegen der immer stärker werdenden amerikanischen Konkurrenz gegründet worden war und und 1909 mit Einschluß der oberschlesischen Stahlproduzenten ein reichsweiter Verband war. Er bestand bis 1917, wurde danach verändert und bestand in den neuen Formen bis 1942. Eines der Gründungsmitglieder war der im folgenden genannte: Adolph Kirdorf (1845–1923), Montanindustrieller im Ruhrgebiet, im Aachener Raum und in Luxemburg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 175–176.

RK 11213 K.J. Berlin, 26. November 1916

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

1. [*Ausführungen Helfferichs zum Hilfsdienstgesetz.*]

Der Herr Ministerpräsident schlug vor, die Erörterung nach diesen drei Punkten [*Beteiligung des Reichstags bei den Ausführungsbestimmungen; Errichtung von Arbeiterausschüssen; Entschädigung stillgelegter Betriebe*] zu trennen, und äußerte sich zu der Frage der Beteiligung des Reichstags bei den Ausführungsbestimmungen folgendermaßen:

In Friedenszeiten würden Bestimmungen wie die in den Richtlinien vorgesehenen zweifellos in ein Gesetz aufgenommen werden, und der Reichstag würde unter keinen Umständen darauf verzichten, von seinen parlamentarischen Rechten einem solchen Entwurf gegenüber Gebrauch zu machen. Er habe daher Verständnis dafür, daß der Reichstag in einer gewissen Bescheidung seine Befugnisse, die er sonst selbst ausüben würde, wenigstens durch einen Ausschuß zur Geltung bringen wolle. Bedenklich sei dabei, daß ein Übergriff des Reichstags in die Exekutive, den er vermieden wissen möchte, naheliege. Die Fassung der fraglichen Bestimmung werde daher vorsichtig zu wählen sein. Er stimme dem Herrn Staatsminister Dr. Helfferich darin bei, daß sich die Regierung durch Vorlegung des Gesetzes in die Hände des Reichstags begeben habe, da sie dieses Gesetz nicht fallen lassen könne. Ebenso pflichte er den Vorschlägen dieses Herrn Staatsministers über das, was dem Reichstag hinsichtlich seiner Beteiligung bei den Ausführungsbestimmungen zugestanden werden könne, bei. Namentlich begrüße er es, daß nicht der Haushaltsausschuß, sondern ein besonderer Ausschuß den Reichstag hierbei vertreten solle, damit nicht der Haushaltsausschuß sich zu einem dauernd bestehen bleibenden Wohlfahrtsausschuß entwickele. Vorbehaltlich der Äußerungen der Herren Staatsminister glaube er sich dahin aussprechen zu sollen, daß man dem Reichstag auf dem von Herrn Staatsminister Dr. Helfferich vorgeschlagenen Wege werde entgegenkommen müssen.

[*Äußerungen mehrerer Minister. Der Kultusminister fragt zuletzt, was die Bezeichnung „allgemeine Anordnungen" bedeute.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte dazu, daß Gesetz sei in der Form, wie es dem Reichstag vorgelegt sei, doch nur ein Rahmengesetz. Eine Reihe von Bestimmungen, wie z. B. die über den Abkehrschein[424], die eigentlich in das Gesetz gehörten, seien nur in die Richtlinien aufgenommen, die als Grundlage für die vom Bundesrat zu erlassenden Ausführungsbestimmungen dienen

[424] Eine Bescheinigung des Arbeitgebers, die dem Arbeiter beim Arbeitsplatzwechsel ausgestellt wird.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sollten. Es müsse daher eine Form gefunden werden, die es dem Reichstag ermögliche, zu den Bestimmungen seine Zustimmung zu geben oder zu versagen, die an sich in das Gesetz gehörten. Diese Bestimmungen sollten durch die Bezeichnung „allgemeine Verordnungen" – nicht Anordnungen – getroffen werden.

[*Weitere Äußerungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident äußerte, eine bestimmte Unterscheidung zwischen Rechtsverordnungen und Ausführungverordnungen bestehe nicht. Auch in der Gewerbeordnung sei nicht grundsätzlich zwischen den Aufgaben des Bundesrats und der Landesbehörden unterschieden. Wenn es glücke, die eigentlichen Ausführungsverordnungen dem Kriegsamt zu überlassen, so glaube er, daß man über die Mitwirkung des Reichstags hinwegkommen könne, so bedauerlich die Erweiterung der parlamentarischen Rechte sei.

[*Ausführungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte zusammenfassend fest, daß das Staatsministerium angesichts der Zwangslage, in der sich die Regierung befinde, damit einverstanden sei, daß einem besonderen Reichstagsausschusse die Zustimmung zu allgemeinen Verordnungen zugestanden werde.

[*Redebeiträge weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte hierauf fest, daß das Staatsministerium mit der Einrichtung obligatorischer Arbeiterausschüsse für die unter Titel VII der Gewerbeordnung[425] fallenden Betriebe einverstanden sei, daß aber die Voraussetzung für die Errichtung dieser Ausschüsse sowie ihre Obliegenheiten möglichst den Bestimmungen des preußischen Berggesetzes entsprechend geregelt werden sollten.

[*Dazu weitere Redebeiträge; schließlich geht es um die Kosten für die schnelle Lieferung von Munition; der Kriegsminister betont, daß dazu nur eine Besteuerung in Frage kommen könne.*]

Der Herr Ministerpräsident schloß sich ebenfalls dieser Ansicht an. Er bemerkte, daß hiernach dem vom Zentrum zu erwartenden Antrage[426] nach-

[425] Der Titel VII der Gewerbeordnung vom 1. Juli 1883 regelt die Verhältnisse zwischen den Gewerbetreibenden und ihren gewerblichen Arbeitern. Text: RGBl 1883 S. 177–240 (hier § 105–139). – Zum im folgenden genannten Berggesetz: vom 24. Juni 1865 (mit den späteren Änderungen) vgl. Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865 [unter Berücksichtigung der bis zum 1. Juli 1913 herbeigeführten Änderungen und Zusätze]. Textausgabe mit Anmerkungen und Sachregister von Fritz Bennhold. Essen 1914 (zu den Arbeiterausschüssen vgl. dort das Sachregister S. 554 sub „Arbeiterausschuß").

[426] Dabei geht es um die Frage, wie die durch das Hilfsdienstgesetz betroffene Industrie entschädigt werden sollte. Erzberger vom Zentrum favorisierte den Vorschlag, einen Trust aus denjenigen Fabriken zu bilden, die weiterbeschäftigt werden sollten, und diesen aufzuerlegen, einen Teil ihrer Gewinne an die stillzulegenden Betriebe abzuführen. Eine Kriegsgewinnsteuer sollte erst in zweiter Linie dabei helfen. Vgl. z. B. Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1075.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

drücklich entgegenzutreten und der Weg der Besteuerung zu beschreiten sein werde. Weiter fügte er hinzu, daß demnach jetzt wohl eine neue Vorlage über die Kriegsgewinnsteuer zu machen sein werde.

[*Weitere Äußerungen diverser Minister. Zuletzt fragt der Staatssekretär des Reichsschatzamtes, was geschehen müsse, wenn eine Einigung mit dem Reichstagsausschuß über Ausführungsbestimmungen zum Hilfsdienstgesetz nicht zustande käme.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, dazu dürfe es nicht kommen, äußersten Falles sei die Streitfrage in der Schwebe zu lassen, so daß dann einstweilen über den fraglichen Punkt keine Ausführungsbestimmungen vorhanden sein würden.

[*2. Eine Ernennung.*]

753. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 368–377. MF 992/993. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 177 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 1. Dezember 1916

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

[*1. Mitteilungen Helfferichs über die 2. Lesung des Hilfsdienstgesetzes, die unbequeme Änderungen erbracht habe.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, daß auch nach seiner Auffassung die in der 2. Lesung hineingebrachten Änderungen[427] eine wesentliche Verschlechterung bedeuteten und die Zustimmung der Reichsregierung erschwerten. Gleichwohl könne man bei der großen vaterländischen Bedeutung der Vorlage das Gesetz nicht scheitern lassen, zumal auch Seine Majestät der Kaiser und König telegraphisch in einer ungewöhnlich dringenden Form auf die Notwendigkeit des Zustandekommens des Gesetzes hingewiesen habe.

[*Erklärungen weiterer Minister. Der Kriegsminister meint, daß die Regierung später nach Aufhebung des Gesetzes wieder Herrin ihrer Entschließungen sein werde.*]

Der Herr Ministerpräsident hob demgegenüber hervor, daß die Regierung nach dem Friedensschluß in so vielen wichtigen Fragen, namentlich auf dem Gebiete der Reichsfinanzverwaltung, der Zustimmung des Reichstags bedürfen

[427] Vgl. die vorangehende Nr. Die wichtigsten Änderungen, die in der 2. Lesung durchgesetzt wurden, betrafen die Einrichtung von Arbeiterausschüssen und von Schiedskommissionen. Vgl. Feldman, Armee S. 196–206.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

werde, daß dadurch eine starke Zwangslage geschaffen würde. Es sei daher sehr fraglich, ob dem Bestreben des Reichstags nach Beibehaltung der jetzt erkämpften Errungenschaften erfolgreicher Widerstand geleistet werden könne.

Im übrigen faßte er die Meinung des Staatsministeriums dahin zusammen, daß von einer Ablehnung des Gesetzes durch die Regierung keine Rede sein könne, aber in der dritten Lesung versucht werden solle, an dem Gesetz zu bessern, was sich noch bessern lasse.

[*Helfferich bemerkt, der Reichstag wisse, daß die Regierung das Gesetz nicht scheitern lassen dürfe, und diese Zwangslage nutze er aus und erpresse die von ihm gewünschten Bestimmungen.*]

Der Herr Ministerpräsident trat dieser Auffassung zwar bei, sprach im übrigen aber seine Meinung dahin aus, daß wir als Folge der durch den Krieg notwendig gewordenen politischen Neuorientierung nach dem Friedensschluß der Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse und Einigungsämter doch nicht entgehen könnten. Vielleicht sei deshalb der Umstand, daß dies Gesetz uns dazu eine Überleitung gäbe und uns Erfahrungen sammeln lasse, nicht unnützlich, und sei diese allmähliche Entwicklung besser, als wenn später die Regierung durch langwierige Kämpfe mit der dabei unvermeidlichen Erregung und Aufreizung der Gemüter dazu gezwungen würde. In der Praxis sei es auch möglich, daß die Einigungsämter nicht alle an ihre Errichtung geknüpften Befürchungen als berechtigt erwiesen. Mit dem in Berlin bereits bestehenden Einigungsamt habe man bisher gute Erfahrungen gemacht. In diesem Gedankengange sehe er mithin nicht so schwarz für die Zukunft. Was ihm aber besonders am Herzen liege und was er dringend wünsche, sei, daß die Änderungen des Gesetzes durch den Reichstag nicht seine Wirkung schwächten.

[*Erklärungen des Handels- und des Kriegsministers.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte zusammenfassend, daß man einer derartigen Bestimmung [*Betriebe unter Militärverwaltung zu stellen*] gegenüber ein tolerari potest aussprechen könne.

2. Der Herr Ministerpräsident machte außerhalb der Tagesordnung Mitteilung von einer Eingabe der deutschen Bischöfe an den Kaiser vom November d. J., in welcher die alsbaldige Aufhebung des Jesuitengesetzes gefordert werde. Er werde demnächst die Angelegenheit dem Staatsministerium zur Beschlußfassung vorlegen[428].

3. Der Herr Ministerpräsident wies auf die dunkelen politischen Andeutungen hin, die der bulgarische Ministerpräsident Radoslawow kürzlich in der Sobranja gemacht habe[429]. Mit diesen habe Radoslawow offenbar auf die bevor-

[428] Das war am 3. Januar 1917 der Fall: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 180. Vgl. unten Nr. 773.

[429] Am Schluß seiner Rede in der Sobranje am 28. November 1916 erklärte Radoslawow, „er hoffe, daß in einiger Zeit die verbündeten Regierungen ihren Parlamenten glückliche Nachrichten bekannt geben können, die die Zustimmung aller verbündeten Nationen finden werden“ (Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 57,2 [1916] S. 486).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

stehende im Staatsministerium bereits besprochene Friedensaktion anspielen wollen. Er habe auf Anfrage verschiedener Parlamentarier die Worte so ausgelegt, als ob sie sich vermutlich auf bevorstehende kriegerische Ereignisse beziehen sollten, und bitte die Herren Staatsminister, in gleichem Sinne zu handeln, um ein vorzeitiges Bekanntwerden der geplanten Aktion zu verhindern. Die Aktion habe die Zustimmung von Wien, Sofia und Konstantinopel gefunden, auch sei der Text der Note bereits vereinbart. Wann die Bekanntgabe erfolge, hänge von dem Stand der militärischen Ereignisse ab, denn es komme alles darauf an, daß das Friedensangebot als ein Zeichen der Stärke und nicht der Schwäche erscheine. Hindenburg glaube, daß der richtige Augenblick in 10–14 Tagen gekommen sein werde. Er halte es für notwendig, über die Friedensaktion vor aller Öffentlichkeit im Reichstage eine Erklärung abzugeben[430], weil nur so die richtige Einwirkung auf die öffentliche Meinung erfolgen könne und die um so wichtiger sei, als immerhin die Möglichkeit eines militärischen Rückschlages an irgendeiner Stelle der ausgedehnten Kampffronten, z. B. am Isonzo, nicht ausgeschlossen sei. Der Reichstag solle nicht durch Kaiserliche Verordnung vertagt werden, sondern solle sich selbst vertagen, damit der Präsident ihn in wenigen Tagen wieder einberufen könne.

[*Der Innenminister drängt auf baldige Bekanntgabe der Friedensnote.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß auch er den jetzigen Zeitpunkt für geeignet halte und vorgehen werde, sobald er genauere Mitteilung aus dem Hauptquartier habe.

754. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R 43/2398i, f. 202. Telegramm durch Ferndrucker des AA. Abschrift in Maschinenschrift.

RK 10608 KJ. Berlin, 2. Dezember 1916

Sofort!

Für Exzellenz von Valentini.

Ich habe Sr. Majestät soeben gemeldet, daß der Reichstag das Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst mit 235 gegen 19 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen angenommen hat[431]. Der Bundesrat wird alsbald Beschluß fassen. Die Verhandlungen gestalteten sich im Reichstag in der zweiten und dritten Lesung noch sehr schwierig. Nur der sehr geschickten Vorlage durch den Staatssekretär Helfferich ist es zu danken, daß heute mit einer Stimme die Einrichtung von Schlichtungsstellen für Differenzen zwischen der Eisenbahnverwaltung und ihren Arbeitern abgelehnt wurde, die einer Einführung des Streik-

[430] Das geschah am 12. Dezember 1916, auf den das deutsche Friedensangebot auch datiert ist.

[431] Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 591–598. – Text des Gesetzes vom 5. Dezember 1916: RGBl 1916, S. 1333–1339.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rechts im Eisenbahnbetriebe gleich gekommen und mit der das Gesetz kaum noch annehmbar gewesen wäre[432]. Die Annahme des Gesetzes wurde im Reichstage mit großem Beifall begrüßt. Helfferich hat in der sehr schwierigen Aufgabe eine ausgezeichnete Leistung vollbracht. Ich wäre dankbar, wenn Euer Exzellenz darauf auch Seine Majestät aufmerksam machen wollten.

755. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 165, f. 379–386. MF 993. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 178 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 4. Dezember 1916

[*1. Der Justizminister über die im Gesetzentwurf für die Fideikommisse vorgesehene Gründung von Stammgütern.*]

Der Herr Ministerpräsident stimmte dem Herrn Justizminister[433] darin zu, daß die Klausel [*betr. die Stamm- oder Staatsgüter*], wie man sie auch formulieren wolle, in der Öffentlichkeit unzweifelhaft als gegen die Polen gerichtet aufgefaßt werden würde; sie werde sich als ein Ausnahmegesetz gegen die Polen darstellen. Ein solches Ausnahmegesetz sei aber jetzt unmöglich; es würde, wie man aus den Äußerungen der Auslandspresse über die neuliche Polendebatte im Abgeordnetenhause[434] entnehmen könne, von unseren Feinden in gefährlicher Weise gegen uns ausgeschlachtet werden. Die Polendebatte, die sich über die Klausel entspinnen werde, werde Wasser auf die Mühlen des Auslandes sein.

Werde gleichwohl die Klausel vom Staatsministerium für notwendig erachtet, so würde es überhaupt kaum angängig sein, das Gesetz jetzt vorzulegen, denn nichts sei schlimmer, als eine widerspruchsvolle Politik nach Außen und nach Innen zu führen. Er schließe sich der Grundtendenz der Ausführungen des Herrn Justizministers an, auch hinsichtlich der Unmöglichkeit, ein Fideikommißgesetz noch im Kriege vorzulegen.

[*Kommentare verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte, die schweren Bedenken, die gegen die Zulassung von Stammgütern geäußert worden seien, nicht unterschätzen zu wollen. Doch gebe ihm der bisherige Verlauf der Erörterungen Anlaß zu folgenden Bemerkungen:

[432] Hellferich hat dem Gesetz in seinen Erinnerungen ein ausführliches Kapitel gewidmet: Helfferich, Der Weltkrieg II S. 249–282.

[433] Maximilian von Beseler.

[434] Am 20. November 1916. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 545–551.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Eine Polendebatte werde jedenfalls kommen, vielleicht auch bei der Beratung des Etats. Bedenklich würde sie nur sein, wenn wir sie provozieren, und das geschehe durch die Klausel. Denn der Herr Minister des Innern[435] habe die Klausel aus Gründen der Ostmarkenpolitik gewünscht; sonst würde man auf sie gar nicht gekommen sein. Dies scheine ihm bedenklich.

Zutreffend habe der Minister der Innern unterschieden zwischen Polenpolitik und eigentlicher Ansiedlungspolitik. In ersterer Beziehung befürworte auch der Herr Minister des Innern keine Ausnahmegesetze; nur die Ansiedlungspolitik wolle er nicht untergraben lassen. Werde sie aber wirklich geschädigt? Eine Änderung in der Besitzverteilung werde infolge der Stammgüter nicht eintreten. Die Gelder, welche die Polen angesammelt hätten, würden doch nicht zur Gründung von Stammgütern verwendet werden, sondern um den polnischen Landhunger zu befriedigen, der von der Stammgutsqualität des Besitzes ganz unabhängig sei. Daher halte er mit dem Herrn Kultusminister[436] die Zulassung von Stammgüern nicht für so bedenklich. Gewänne er die Überzeugung, daß sie ein schwerer Schlag gegen die Ansiedlungspolitik sei, dann würde er allerdings Bedenken haben; aber die tatsächlichen Verhältnisse böten hierzu keinen Anlaß.

[*Einlassungen weiterer Minister.*]

[2. *Die Presse und die Reichstagsverhandlungen über den vaterländischen Hilfsdienst.*]

756. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 22254. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin, 7. Dezember 1916]

Euere Majestät bitte ich, meinen gestern durch Euerer Majestät Flügeladjutanten übermittelten Glückwunsch zur Einnahme von Bukarest und Ploesti[437] hierdurch nochmals wiederholen zu dürfen. Gott ist sichtbar mit uns gewesen und hat die wunderbaren Taten unserer unvergleichlichen Truppen mit höchstem Erfolg gekrönt. Er wird uns auch zum guten Ende führen.

[435] Friedrich Wilhelm von Loebell.

[436] August von Trott zu Solz.

[437] Am 6. Dezember 1916. Vgl. Der Weltkrieg XI S. 302–306.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

757. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

BA Berlin, R 43/2398i, f. 234. Telegramm durch Ferndrucker des AA. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 10. Dezember 1916, 9 Uhr 11 Nm.
Ankunft in Pleß: 10. Dezember 1916, 10 Uhr 50 Nm.

Ihre Majestät die Kaiserin haben soeben die Gnade gehabt, mir die Ankunft der „Deutschland“[438] beim Rothe Sand Leuchttum mitzuteilen. Euer Majestät darf ich bitten, meinen ehrfurchtsvollsten Glückwunsch zu dieser hoch erfreulichen Kunde aussprechen zu dürfen. Welch neuer Schlag für unsere Feinde, denen es trotz all ihrer großen Worte über die Beherrschung der See nicht gelingt, unseren Handelsverkehr über das Weltmeer zu unterbinden.

Alleruntertänigst

758. Bethmann Hollweg an Lersner

PA Berlin, R 21528. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift. – Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 214–215; Ludendorff, Urkunden S. 316–317. Vgl. dazu: Der Weltkrieg XI S. 460.

Nr. 1628. Berlin, 23. Dezember 1916

Antwort auf Telegramm Nr. 1114a und 1121a.
Für Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Ew.pp. darf ich zunächst bezüglich der Bemerkung, ich hätte gelegentlich der Besprechung Ende August in Pleß den Entschluß zum verschärften Ubootkrieg abhängig gemacht von Euerer Exzellenz Erklärung, daß Sie nach der militärischen Lage den Augenblick für gekommen ansähen, auf mein Schreiben vom 6. Oktober d. J. verweisen[439]. In diesem habe ich meine Stellungnahme dahin präzisiert, daß der uneingeschränkte Ubootkrieg, da er sich nicht nur gegen feindliche, sondern auch gegen neutrale Schiffe richtet, unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten eingreift, daher einen Akt der auswärtigen Politik darstellt, für den ich die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen habe, auch wenn für meine Stellungnahme im gegebenen Augenblick das Urteil Euerer Exzellenz selbstredend von besonderer Bedeutung sein wird.

Dies vorausgeschickt, möchte ich betonen, daß ich mit Euerer Exzellenz der Auffassung bin, daß zunächst die Frage der Torpedierung der bewaffneten feindlichen Handelsschiffe Amerika gegenüber klar gestellt werden muß. Als

[438] Die SMS Deutschland war das erste von fünf Linienschiffen der Deutschland-Klasse; im Dienst 1906–1917; 1920 abgewrackt.

[439] Oben Nr. 696 und unten Nr. 834*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

frühester Zeitpunkt, an dem die hier bereits vorbereitete Note dem amerikanischen Botschafter überreicht werden kann, kommt der Eingang der formellen Antwort unserer Gegner auf unser Friedensangebot[440] in Betracht. Wie sie ausfallen wird, vermag heute noch niemand vorauszusehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sie zwar in der Hauptsache ablehnend lauten, immerhin aber noch eine Hintertür offen lassen wird. Dies würde eintreten, wollten wir schon vor Eingang der Antwortnote die Aktion bezüglich der bewaffneten Handelsschiffe einleiten. Dadurch würde auch der politische Erfolg, den wir mit unserem Friedensangebot erzielt haben, sowie seine Nachwirkung auf die Friedensstimmung in den Ländern unserer Feinde schwer beeinträchtigt werden. Schon jetzt begegnen wir im feindlichen wie im neutralen Ausland der Annahme, daß wir die ganze Friedensaktion mala fide und lediglich als Auftakt für den uneingeschränkten U-Bootkrieg inszeniert hätten. Es bedarf wohl keiner Begründung, daß wir es vermeiden müssen, diesen Eindruck noch zu vertiefen. Bedauerlicherweise hat eine Reihe von deutschen Blättern unseren Gegnern diese Mißdeutung unserer Aktion[441] dadurch leicht gemacht, daß sie die Lloyd George'sche Rede und die Wilson'sche Note sofort mit dem Ruf nach den Ubooten beantwortete. Diese Artikel sind aber auch für den Fall schädlich, daß wir im weiteren Verlauf zum verschärften Ubootkrieg schreiten sollten. Wir haben das stärkste Interesse daran, daß das Ausland nicht vorzeitig auf den möglichen Eintritt dieser Entwickelung hingewiesen wird, und ich habe dahin die Presse entsprechend instruieren lassen. Ich halte es aber für geboten, daß auch die Oberste Heeresleitung mit schärfsten Mitteln darauf drückt, daß solche Erörterungen aus der Presse verschwinden, und darf daher die Bitte an Euere Exzellenz richten, entsprechende Anweisungen baldigst zu erteilen.

Was die Frage des uneingechränkten Ubootkriegs betrifft, so habe ich bisher den Standpunkt vertreten, daß ein solcher nur in Frage kommen kann, wenn unsere militärische Lage mit Sicherheit darauf rechnen läßt, die europäischen Neutralen von einem Eingreifen gegen uns abzuhalten. Euere Exzellenz glauben, daß dieser Zeitpunkt Ende Januar 1917 gekommen sein wird. Ich darf daher annehmen, daß Euere Exzellenz bis zu diesem Zeitpunkt in der Lage sein werden, sowohl an der holländischen wie an der dänischen Grenze die nötigen Truppen zu versammeln. Unter dieser Voraussetzung und wofern ich mich mit Euerer Exzellenz davon überzeugen kann, daß die Vorteile des ganz rücksichtslosen Ubootkrieges größer sind als die Nachteile des Eintritts Ame-

[440] Vom 12. Dezember 1916. Text u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 615–617. Dazu ausführlich: Steglich, Bündnissicherung.

[441] Dazu vgl. König, Agitation S. 504–508. – Die im folgenden erwähnte Rede Lloyd Georges: Dieser lehnte am 19. Dezember 1916 als gerade ernannter Premierminister das deutsche Friedensangebot klipp und klar ab: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 193–200. – Zu der dann erwähnten Note Wilsons: Dieser hatte seinerseits am 18. Dezember 1916 an die Kriegführenden eine gleichlautende Note gerichtet, in der er sie aufforderte, Friedensbedingungen zu bezeichnen, aufgrund derer dann Verhandlungen eingeleitet werden könnten. Text u. a.: ebenda S. 580–583.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rikas zu unseren Feinden, werde ich bereit sein, auch die Frage des uneingeschränkten Ubootkrieges in Erwägung zu ziehen. Gegen Einleitung von Besprechungen mit der Obersten Heeresleitung und dem Chef des Admiralstabes bestehen keine Bedenken, sobald unsere Friedensaktion durch die eventuelle Antwort der Entente zu einem gewissen Abschluß gelangt ist.

Bei der diplomatischen Behandlung der ganzen Frage werde ich der von Euerer Exzellenz betonten Stimmung in der Armee selbstverständlich voll Rechnung tragen.

759. Bethmann Hollweg an Lersner

PA Berlin, R 21528. Telegramm in Ziffern. (Hughes.) Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1639. Berlin, 28. Dezember 1916

Antwort auf Tel. Nr. 1134a.
Für Feldmarschall von Hindenburg.

Ew. Exzellenz bestätige ich den Empfang der telegraphischen Mitteilung vom 26. d.M. Ew. Exzellenz gehen darin von der Annahme aus, daß ich den Ubootkrieg gegen bewaffnete Handelsschiffe von Verhandlungen mit Amerika abhängig zu machen beasichtige. Diese Annahme ist nicht zutreffend. Ich wünsche keinerlei Verhandlungen mit Amerika über diese Frage, in der bereits vorbereiteten Note an die amerikansiche Regierung wird vielmehr ausdrücklich betont, daß die bewaffneten feindlichen Handelsschiffe nunmehr von uns als kriegführende Schiffe behandelt und demgemäß ohne Warnung torpediert werden. Ich bringe die Note nach Pleß mit und darf mir eine mündliche Aussprache mit E.E. sowohl über den Inhalt dieser Note wie über die anderen von E.E. angeregten Fragen vorbehalten.

760. Bethmann Hollweg an Capelle

BA Berlin, R 2408, f. 186. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

RK 10957 KJ Berlin, 30. Dezember 1916

Eigenhändig.

Nach den mir bisher gemachten Angaben nehme ich an, daß wir uns gegenwärtig in dem Zeitpunkt befinden, der unserer Flotte den stärksten Zuwachs an Unterseebooten liefert. Mir scheint es aber erforderlich, daß sowohl bei einer noch langen Dauer des Krieges, die ich für möglich halte, als auch bei langwierigen Verhandlungen mit einer konstanten Überlegenheit des Zuwachses an U-Booten über die Verluste und dadurch mit einem stetig wachsenden Druck auf unsere Feinde gerechnet werden kann. Euer Exzellenz wäre ich deshalb dankbar für eine Mitteilung darüber, wie der weitere Zuwachs an U-Boo-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten sich auf die einzelnen Monate der Jahre 1917 und 1918 verteilt und mit welchen monatlichen Verlusten nach den letzten Erfahrungen zu rechnen ist.

761. Hindenburg an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Thimme, N 1058/2 (aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg), S. 138. Schreiben. Konzept. Eigenhändige Abschrift Thimmes (in indirekter Rede).

Großes Hauptquartier, 31. Dezember 1916

Der Bericht, den General von Beseler dem Reichskanzler am 20. Dezember vorgelegt habe, sei eine Bankrotterklärung seines bisherigen politischen Wirkens in Warschau.

Sollten die neuen Abmachungen mit Österreich-Ungarn über Polen, die er dem Staatssekretär des Auswärtigen in mehreren Telegrammen, zuletzt am 27. Dezember, als notwendig bezeichnet habe, zu einem Wechsel unseres politischen Kurses in Polen führen, so scheine es ihm, Hindenburg, ausgeschlossen, daß General v. Beseler diesen Wechsel mitmache. Falls auch Reichskanzler dieser Ansicht, so würde er in Generaloberst Frhr. v. Falkenhausen[442] einen geeigneten Nachfolger sehen.

Da die Aufstellung des polnischen Heeres sich so verzögert habe und keine Aussicht bestehe, bis Ende April polnische Divisionen zu bekommen, so habe die Aufstellung des polnischen Heeres für ihn, Hindenburg, jetzt an Wert verloren, und er könne bei der veränderten Sachlage kein Entgegenkommen mehr gegenüber den Polen gutheißen, das lediglich den Zweck verfolge, Soldaten zu gewinnen.

762. Bethmann Hollweg an Hammann

BA Berlin, Nachlaß Hammann, N 2106/4, f. 30–31. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 31. Dezember 1916

Lieber Hammann!

Lassen Sie mich an dem Tage, an dem Sie aus dem Amte scheiden, Ihnen meinen warmen und herzlichen Dank für alles sagen, was Sie mir in den langen und sturmbewegten Jahren unserer Zusammenarbeit gewesen sind[443]. In die bei solchen Gelegenheiten sonst üblichen Worte kann ich meinen Dank

[442] Ludwig Frhr. von Falkenhausen (1844–1936), Generaloberst; Oberbefehlshaber der 6. Armee in Flandern August 1916–April 1917; Generalgouverneur von Belgien April 1917–1918.

[443] Hammann wurde am 29. Dezember als Direktor der Abteilung IV des AA (Nachrichten) in den Ruhestand versetzt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht fassen. Es liegt weit jenseits solcher Worte. Warnend und ratend, mit bequemer oder unbequemer Meinung, immer aber offen und sachlich ohne Nebengründe und Nebenrücksichten waren Sie mir vom ersten Tage bis heute stets mehr als ein amtlicher Mitarbeiter – wie soll ich sagen, ein Kampfgenosse, ein Freund, eine Stimme des Volkes. Ich werde Ihnen das alles nie vergessen und hoffe, Sie werden auch ferner gerufen oder ungerufen und auch dann, wenn in Erinnerung an alte Stunden das Telefon einmal wieder seinen unwirschen Klang nicht sollte verleugnen können oder die Ecke meines Schreibtisches neuerdings kantig werden sollte, mir in alter Selbstlosigkeit mit Rat und Tat zur Seite stehen. Ich rechne weiter auf Ihre Mitwirkung bei einer Politik, deren Ziel ist, unser wunderbares Volk in allen seinen Teilen und seiner erdgewachsenen Kraft dem Staate zu erhalten und es auch in der Seele unversehrt durch diesen Sturm hindurch und zu den Bahnen zurückzuführen, die uns Luther, Goethe[444] und Bismarck vorgezeichnet haben. Mir dabei helfen kann keiner so gut wie Sie.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr treu und dankbar ergebener

763. Protokoll einer Besprechung zwischen Bethmann Hollweg und Czernin

PA Berlin, R 20981, f. 23. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin] 7. Januar 1917

Bei den Besprechungen am 6. Januar 1917 wurde zwischen dem K. und K. Minister des Äußeren Grafen Czernin und dem deutschen Reichskanzler über folgende Punkte Einigkeit erzielt[445]:

1. An die Lösung der großen politischen und wirtschaftlichen Fragen Polens soll vor der Hand nicht herangetreten werden. Vorläufig soll der jetzige Zustand bestehen bleiben.

2. Die sich aus der getrennten Verwaltung Polens etwa ergebenden Friktionen zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland sollen nach Möglichkeit beseitigt und ausgeschaltet werden.

3. Zwangsrekrutierungen sollen in Polen nicht vorgenommen werden.

4. Die Deutsche Regierung wird versuchen, die deutsche Oberste Heeresleitung zur Annahme einer Eidesformel für die polnischen Truppen zu bestimmen, wie sie von den Generalgouverneuren Kuk[446] und Beseler aufgesetzt wor-

[444] Martin Luther (1483–1546), Reformator. – Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), Dichter.

[445] Unten Nr. 897*.

[446] Carl Kuk (1853–1935), österreichisch-ungarischer Feldzeugmeister; Militärgouverneur in Lublin Mai 1916–April 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den ist. Dagegen wird Graf Czernin seinem Kaiserlichen Herrn eine von beiden Monarchen zu unterschreibende Abmachung folgenden Inhalts vorschlagen:

Die Organisation der polnischen Wehrmacht wird in deutsche Hand gelegt; ein Austausch deutschen und österreichisch-ungarischen Ausbildungspersonals soll stattfinden. Dem deutschen Generalgouverneur liegt, sobald mit der Errichtung polnischer Truppen begonnen wird, die Leitung und Beaufsichtigung sämtlicher damit in Verbindung stehenden militärischen Angelegenheiten in beiden Okkupationsgebieten ob.

Jetzt sowohl wie nach Friedensschluß soll die Aufsicht und oberste Führung der zu bildenden Armee einheitlich sein und Deutschland zufallen.

764. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22352, f. 96. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 8. Januar 1917, 9 Uhr 15 Min.

Für Admiral von Holtzendorff, Pleß.

Bei den schweren Entscheidungen, vor denen wir stehen, scheint es mir absolut geboten, das auf praktischer Erfahrung beruhende sachverständige Gutachten des Flottenchefs zu hören. Jedenfalls lege ich persönlich den größten Wert darauf, daß Admiral Scheer sofort nach Pleß kommt, und wäre Euer Exzellenz sehr dankbar, wenn Sie ihn telegraphisch sogleich berufen wollten[447].

765. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 20206, f. 51. Immediatbericht. Reinkonzept in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 12. Januar 1917

Euerer Majestät wage ich bei Überreichung des anliegenden Berichts Allerhöchstderen Botschafters in Wien vom 9. d. M., in dem dieser über eine Audienz bei Seiner Majestät Kaiser Karl Meldung erstattet, alleruntertänigst zu huldvoller Erwägung zu stellen, ob nicht die österreichisch-ungarische Oberste Heeresleitung und entweder durch diese oder auch unmittelbar Seine Ma-

[447] Scheer wurde tatsächlich nicht nach Pleß berufen. Vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 248–249. – Zu der schicksalsschweren Entscheidung vom 9. Januar 1917 in Pleß für den unbeschränkten Ubootkrieg vgl. ebenda; ferner Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 464 und 886; Riezler, Tagebücher S. 393–396; Stenographische Berichte über die Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses II, Beilagen S. 217–221, 225–282 (Denkschrift Holtzendorffs zur Vorbereitung der Konferenz von Pleß); Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 144–147; Ludendorff, Urkunden S. 322–324. – Eine eigene Aufzeichnung Bethmann Hollwegs über die Konferenz liegt nicht vor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

jestät Kaiser Karl von dem Befehl Euerer Majestät hinsichtlich des U-Bootkrieges in Kenntnis zu setzen sein möchte.

Wie ich bei dem Immediatvortrag am 9. d. M. melden durfte, hat sich Graf Czernin hier über den U-Bootkrieg in demselben Sinne geäußert wie Seine Majestät Kaiser Karl dem Grafen Wedel[448] gegenüber. Unzweifelhaft ist man in Wien sehr friedensbedürftig, und deshalb wirkt die Aussicht des Bruches mit Amerika dort besonders stark. Dazu kommt, daß naturgemäß die marinetechnischen Aussichten des U-Bootkrieges und damit die allgemeinen militärischen Beweggründe, welche Euere Majestät zu dem Entschluß geführt haben, in Wien bisher nicht gewürdigt werden können. Wie mir Herr Admiral von Holtzendorff sagte, steht allerdings die österreichische Marine schon jetzt auf unserem Standpunkte. Ich möchte glauben, daß die österreichisch-ungarische Oberste Heeresleitung und damit auch Seine Majestät Kaiser Karl am wirksamsten durch Euerer Majestät Oberste Heeresleitung beeindruckt werden könnte. Ohne eine solche Grundlage wird meine Einflußnahme auf den Grafen Czernin bei der Stellung, die Seine Majestät Kaiser Karl bisher einnimmt, nicht ausreichen. Der Bitte um die absolut notwendige strengste Diskretion wird man in Wien gewiß nachkommen. In Sofia und Konstantinopel werden wir allerdings erst später einsetzen dürfen, dann aber auch dort in erster Linie auf militärischem Wege.

Wenn Euere Majestät nach meinem Vorschlage Befehle erteilen wollen, bitte ich ehrfurchtsvoll um huldreiche Benachrichtigung, damit ich dann gleichzeitig Graf Czernin informieren lassen kann.

Alleruntertängst

766. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 25–33. MF 994. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 181 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 15. Januar 1917

Der Herr Ministerpräsident erklärte, daß er dem Staatsministerium einige vertrauliche Mitteilungen über die gegenwärtige politische und militärische Situation zu machen habe.

Die Ententemächte hätten durch die Antwort an uns und an Wilson bewiesen, daß sie nicht gewillt seien, auf unsere Friedensvorschläge einzugehen[449]. Der Ton der Note nähme den Standpunkt ein, daß die Entente nur dann

[448] Botho Graf Wedel (1862–1943), als Geheimer Legationssekretär November 1916 Leiter der Botschaft in Wien; März 1917–1919 dort Botschafter.

[449] Text der Note der Entente vom 30. Dezember 1916 betreffend die deutsche Friedensnote vom 12. Dezember 1916 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 262–264.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Frieden schließen werde, wenn sie uns aufs Haupt geschlagen haben würde. Trotzdem habe er den Eindruck, daß die Friedensnote hier gut gewirkt habe; sie sei geradezu notwendig gewesen, denn die Stimmung im Lande habe angefangen, bedenklich zu werden. Jetzt sei aber die Überzeugung ganz allgemein – auch in kriegsmüden Schichten –, daß weitergekämpft werden müsse. Auch im neutralen Auslande habe die Ententenote eine starke Wirkung gehabt und nach seinen Nachrichten auch in feindlichen Ländern. Der aus Italien verwiesene Prälat v. Gerlach[450] habe ihm mitgeteilt, daß Sonnino ursprünglich geneigt gewesen sei, auf Verhandlungen einzugehen; auch in Frankreich habe das Friedensangebot stark gewirkt. In Holland scheine die Stimmung etwas gegen uns umzuschlagen, im Gegensatz zu Schweden, wo sie noch immer gut sei. Auch in der Schweiz, sogar in der Ostschweiz, sei die Stimmung nicht sehr erfreulich.

Jetzt handele es sich um eine große Entscheidung, die Frage des U-Bootkrieges. Als Hindenburg zum Chef des Generalstabes des Feldheeres ernannt sei, habe er eingehende Verhandlungen mit ihm und dem Chef des Admiralstabes über die U-Bootfrage gehabt. Damals habe Hindenburg gesagt, die Zeit sei ihm noch nicht gekommen, um ja oder nein sagen zu können. Jetzt, am 23. Dezember[451], und vor 8 Tagen, habe er absolut bestimmt seine Ansicht formuliert, daß nach der allgemeinen militärischen Situation der rücksichtslose U-Bootkrieg begonnen werden könne und deshalb auch begonnen werden solle. Die Marine stehe auf dem Standpunkte, daß sie England bis zum Beginn der neuen Ernte zum Frieden bringen werde. Hindenburg glaube, daß wir einen etwaigen durch den U-Bootkrieg entstandenen Bruch mit Amerika imstande seien, auf uns zu nehmen und dem Versuche Englands, Holland oder Dänemark zum Losschlagen oder zur Genehmigung des Durchmarsches zu bestimmen, erfolgreich entgegentreten könnten. Hindenburg sei ferner der Ansicht, daß die erlahmende Widerstandskraft unserer Bundesgenossen, namentlich Österreich-Ungarns, uns nötige, von jedem Mittel Gebrauch zu machen, um den Krieg zu einem baldigen Ende zu führen. Ludendorff habe es außerdem für unbedingt erforderlich gehalten, jeden Munitionstransport von England nach Frankreich soweit wie irgend möglich zu stören, um die Offensivkraft im Westen zu schwächen.

Seine Majestät sei vor 8 Tagen innerlich bereits entschlossen gewesen zum rücksichtslosen U-Bootkrieg. Seine, des Ministerpräsidenten, Stellung sei die folgende:

Grundsätzlich habe er den rücksichtslosen U-Bootkrieg nie bekämpft; er habe sein Urteil im Hauptausschusse vielmehr dahin präzisiert, daß er nur pro

[450] Rudolf von Gerlach (1886–1946), Theologe; Päpstlicher Geheimkämmerer und im Weltkrieg Verbindungsmann zwischen Papst Benedikt XV. und der deutschen Regierung; wurde am 29. Januar 1917 von einem italienischen Militärgericht in absentia zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt.

[451] Druck: Ludendorff, Urkunden S. 315–316. Zum folgenden (Besprechung über den Ubootkrieg in Pleß am 9. Januar 1917): ebenda S. 322–324 (unten Nr. 898* und 899*).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tempore urteilen könne[452], wenn er die Überzeugung gewönne, daß die Vorteile des rücksichtslosen U-Bootkrieges die Nachteile eines Bruches mit Amerika überwögen und wenn eine andere Aussicht auf erfolgreiche Beendigung des Krieges nicht bestehe, dann werde er für den rücksichtslosen U-Bootkrieg eintreten. Die Aussichten für einen vollen Erfolg des rücksichtslosen U-Bootkrieges seien nie so gute gewesen wie jetzt. England und die Entente seien infolge ungenügender Brotgetreidevorräte in der ganzen Welt in schwieriger Situation, der englische Frachtraum sei schwer geschädigt. Anderseits habe die Zahl unserer U-Boote gegen März stark zugenommen.

Ob die Wirkung der U-Boote, die die Marine erhoffe, tatsächlich eintreten werde, lasse sich schwer behaupten, ebensowenig aber das Gegenteil. Es handele sich hier um persönliche Überzeugungen. Der Beginn des rücksichtslosen U-Bootkriegs werde wohl jedenfalls den diplomatischen Bruch mit Amerika zur Folge haben; ob dieser Bruch notwendigerweise zum Kriege führen werde, sei gegenwärtig schwer zu beurteilen.

Daß Holland oder Dänemark den Krieg erklären würden, glaube er nicht. Er glaube anderseits, daß es möglich sei, den Schiffsverkehr von Holland und Dänemark nach dem Feindesland stillzulegen. Schwierigkeiten würden auch mit der Schweiz entstehen. In der Ernährung sei die Schweiz hauptsächlich auf die Westmächte angewiesen. Würden die Nahrungsmittel knapp, so würden die Westmächte einen Druck auf die Schweiz etwa in der Richtung ausüben, daß ihnen der Durchmarsch durch schweizer Gebiet gestattet werde. Er glaube indessen, daß die Neutralen Europas ruhig bleiben würden, wenn sie die Überzeugung gewönnen, daß die U-Boote bald Erfolg haben würden. Die Oberste Heeresleitung vertrete den Standpunkt, daß wir die angedeuteten möglichen Folgen aushalten könnten und müßten, da sonst eine solch schwere Schädigung Englands, die es zum Frieden zwingen würde, nicht zu erreichen sei.

Seiner Majestät habe er gesagt, es handele sich hier um den ernstesten Entschluß, den man fassen könne. Erfülle die Marine ihr Versprechen, das Ziel bis Ende Juli zu erreichen, so könnten wir auch einen Bruch mit Amerika aushalten – andernfalls lägen ja die schwerwiegendsten Folgen auf der Hand. Er habe Seiner Majestät ferner gesagt, daß die Oberste Heeresleitung und der Chef des Admiralstabs wie auch der Chef der Hochseeflotte[453] übereinstimmend der Ansicht seien, daß sie das englische Wirtschaftsleben tödlich treffen würden, so wäre er im vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit nicht imstande, Seiner Majestät die Ablehnung der Maßnahmen zu empfehlen, welche von den militärischen Ratgebern angeraten würden. Seine Majestät habe darauf befohlen, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg am 1. Februar einsetzen solle. Dies sei die Situation, deren Ernst wohl keiner der Herren Staatsminister verkennen werde. Er sei lange mit sich zu Rate gegangen, aber er habe es schließlich nicht verantworten können, dem Kaiser abzuraten. Dies würde übrigens keinen Er-

[452] Unten Nr. 824*.

[453] Henning von Holtzendorff und Reinhard Scheer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

folg gehabt, sondern zu einem Kanzlerwechsel geführt haben. Bei den Verhältnissen, in welchem er zu seinen Herren Kollegen stände, dürfe er wohl die Bitte aussprechen, es ihm nicht als Selbsttäuschung über seine Fähigkeiten auszulegen, daß er, wie die Dinge sich entwickelt hätten, geglaubt habe, dem Lande einen schlechten Dienst zu erweisen, wenn er diesen Anlaß nehmen wolle, um seinen Abschied einzureichen. Er wisse, daß dies große Teile des Volkes wünschten und mit allen Mitteln erstrebten, aber sein Abgang würde in anderen Kreisen der Bevölkerung große Schwierigkeiten hervorrufen; denn wenn gegen den U-Bootkrieg in diesen Volkskreisen Einspruch erhoben werde, so würde dies für das Land äußerst bedenklich sein.

Er habe geglaubt, das Staatsministerium über die Entscheidung in der U-Bootfrage unterrichten zu sollen und gleichzeitig von seiner Stellung zu ihr Rechenschaft geben zu sollen.

[*Würdigung des Entschlusses Bethmanns durch den Vizepräsidenten. Äußerungen weiterer Minister.*]

[*Exposé Helfferichs und Ausführungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, er glaube nicht in Aussicht stellen zu können, daß es möglich sein werde, Amerika ganz aus der Sache herauszuhalten. Der diplomatische Bruch mit Amerika werde kaum zu vermeiden sein, dazu habe sich Wilson zu sehr festgelegt, er sei zu sehr proenglisch. Gerards Worte[454] seien wohl ohne Auftrag gesprochen worden. Ob Amerika Krieg erklären werde, sei ihm ja allerdings noch zweifelhaft, weil dazu die Zustimmung des Kongresses erforderlich sei. Wegen der bereits erörterten Verschiedenheit der Situation zwischen März 1916 und jetzt wolle er noch folgendes ergänzend bemerken: Damals habe die Oberste Heeresleitung die Situation wie folgt geschildert: durch den Vorstoß gegen Verdun werde man Frankreich in dem Grade zermürben, daß es an einer großen Offensive im Westen nicht mehr teilnehmen könne, sondern infolge Mannschaftsmangels zusammenbrechen werde. Die Front im Osten stehe fest, die österreichische Offensive gegen Italien verspreche gute Erfolge. Wenn diese Beurteilung gestimmt hätte, wäre die Hoffnung begründet gewesen, im Herbst 1916 zum Frieden zu kommen. In einem solchen Zeitpunkt aber und mit ungenügenden U-Bootkräften den U-Bootkrieg beginnen, Amerika in den Krieg hineinziehen und dadurch alle guten militärischen Aussichten aufs Spiel setzen, wäre unverantwortlich gewesen. Jetzt läge die Situation ganz anders, günstiger und zugleich zwingender für den U-Bootkrieg.

[*Äußerungen des Landwirtschaftsministers. – Innenminister Loebell fragt, ob eine Ankündigung des verschärften U-Bootkrieges beabsichtigt sei.*]

[454] Am 6. Januar 1917 beim Festessen der amerikanischen Handelskammer in Berlin: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 9–10. Darin hob Gerard hervor, die Amerikaner hätten „alles Vertrauen zu Deutschland". Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seien „zu keinem Zeitpunkt seit der Gründung des Deutschen Reiches besser gewesen als gegenwärtig".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident erklärte, daß eine lange vorherige Ankündigung nicht möglich sei. Die Marine sträube sich dagegen und hoffe gleich anfangs auf großen Erfolg, wodurch sofort eine allgemeine Lähmung des Schiffsverkehrs erzielt werden könne. Die Frage, ob dabei neutrale Schiffe unbehelligt aus der Gefahrenzone herauskommen könnten, sei allerdings ein wunder Punkt. Die Passagierdampfer sollten nach Möglichkeit geschont werden.

[*Äußerungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident bemerkte, daß der Amerika gegenüber einzuschlagende modus procedendi noch nicht feststehe, eine vorzeitige Ankündigung sei bedenklich, da man dann jedenfalls von Amerika ein Nein zu hören bekomme. Dem Herrn Kriegsminister[455] wolle er noch erwidern, daß, wie auch schon von anderer Seite betont, der wirtschaftliche Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege außerordentlich viel schwerer sein würde, wenn Amerika mit in den Krieg hineingezogen würde. Ferner würde Amerika imstande sein, die schon jetzt der Entente gewährte finanzielle Unterstützung auch ganz erheblich zu verstärken. An Munition habe Amerika vielleicht schon alles geliefert, was es liefern könnte, aber die anderen Momente würden doch wohl auch den Herrn Kriegsminister davon überzeugen, daß der Neueintritt Amerikas in den Krieg für Deutschland von großer Tragweite sein würde.

[*Bemerkungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident wies auf eine Anfrage noch darauf hin, daß die Haltung Japans außerordentlich undurchsichtig sei und dieser Umstand vielleicht auch bestimmend für die Haltung Amerikas werden könne. Die ganze Angelegenheit sei so voller Risiken, daß die Herren Staatsminister wohl begreifen würden, wie schwer ihm die Entscheidung gefallen sei. Er spreche den Herren Staatsministern seinen Dank für die freundliche Unterstüzung, die sie ihm in dieser so hochwichtigen und entscheidenden Frage hätten zuteil werden lassen, und gebe der Hoffnung Ausdruck, daß die Marine das durchsetzen werde, was sie versprochen habe.

767. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 22254. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 19. Januar 1917

Euerer Majestät bitte ich für die am preußischen Gedenktage[456] vollzogene Verleihung des Verdienstkreuzes für Kriegshilfsdienst und die gnädigen Worte

[455] Hermann von Stein. – Dieser hatte eingeworfen, daß Amerika bisher schon Deutschlands Feind gewesen sei. Eine wesentliche Verschlechterung in dessen Haltung könne er daher nicht für möglich halten.

[456] 18. Januar (der preußische Ordenstag). Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 40.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Anerkennung, die Ew. Majestät ihr hinzuzufügen geruht haben, meinen ehrfurchtsvollen Dank aussprechen zu dürfen. Mit dem Heimatsheer[457], das, dem Rufe Ew. Majestät folgend, zu jedem Opfer bereit, seine Kraft einmütig für den Dienst des geliebten Vaterlandes einsetzt, empfinde ich voll Dankbarkeit die huldvolle Würdigung unserer Arbeit durch unseren Kaiserlichen Herrn, die in dem Verdienstkreuz ihren sichtbaren Ausdruck findet.

Alleruntertänigst

768. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatdienstbrief. Ausfertigung von Schreiberhand.

Berlin, 23. Januar 1917

Hochverehrte Exzellenz!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 19. d.Mts. danke ich Ihnen aufrichtig. Auch ich habe eine Zeitlang den von Ihnen angedeuteten Mittelweg für gangbar gehalten. Die Marine stellt sich aber neuerdings mit größtem Nachdruck auf den Standpunkt, daß auf ihm kein Mehrerfolg zu erzielen ist, der im Verhältnis steht zu dem großen Risiko, dem man auch auf diesem Wege ausgesetzt ist. Die Schwierigkeit des Erkennens der Bewaffnung würde, wenn der Krieg gegen die bewaffneten Handelsschiffe vorsichtig geführt würde, seinen Ertrag sehr einschränken. Sie würde aber – wenn man Vorsicht nicht verwendet – in zahlreichen Fällen dazu führen, daß auch nicht bewaffnete neutrale Schiffe ungewarnt torpediert werden, und dies würde die in kürzester Frist die Konflikte bringen, die Sie mit Recht vermeiden zu sehen wünschen. Einen durchschlagenden Erfolg erwartet die Marine eben nur von dem uneingeschränkten U-Bootkrieg. Deshalb ist meines Erachtens diesem trotz aller seiner großen Gefahren schließlich der Vorzug zu geben.

In alter aufrichtiger Verehrung bin ich
Euer Exzellenz ergebener

[457] Gemeint sind die in der Rüstungsindustrie, in kriegswichtigen Betrieben usw. Tätigen (gemäß dem Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

769. Hindenburg an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 2409, f. 19. Telegramm. Entzifferung in Typendruckschrift.

Nr. 17004 p. [Großes Hauptquartier], 25. Januar 1917

Staatssekretär Zimmermann teilt mit, daß er bei Besprechung des Telegramms Nr. 222 des Botschafters Graf Bernstorff vom 19.1.[458] mit Admiral v. Holtzendorff betont habe, eine Hinauszögerung des Bruchs mit Amerika würde schon aus dem Grund zu begrüßen sein, weil der durch Einsetzen der U-Bootwaffe auch in unseren Schützengräben voraussichtlich ausgelöste Enthusiasmus erheblich beeinträchtigt werden dürfte, falls gleichzeitig eine Kriegserklärung erfolgen sollte.

Dem Staatssekretär des Auswärtigen vermag ich in keiner Weise das Recht zuzusprechen, sein Urteil über die Stimmung in unseren Schützengräben ohne mein Zutun bei politischen Erwägungen mitbestimmend in die Wagschale zu legen. Ich weiß auch nicht, worauf er sein Urteil gründet. Die Einschätzung der Stimmung im Heere muß ich für mich allein an Anspruch nehmen. Ich schätze sie viel höher ein.

Euere Exzellenz bitte ich, dem Staatssekretär Zimmermann hiervon Kenntnis zu geben.

770. Bethmann Hollweg an Hindenburg

BA Berlin, R 43/2409, f. 18. Telegramm. Revidierter handschriftlicher Entwurf mit Änderungen von Bethmann Hollwegs Hand. Ohne Abgangsvermerk.

[Ohne Nr.] Berlin, 25. Januar 1917

Sofort

Eigenhändig

Ew.p.p. geneigtes Telegramm v. heutigen Tage Nr. 17004 habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Der darin vertretenen Auffassung vermag ich indessen nicht zuzustimmen.

Daß eine Kriegserklärung Americas auf die Stimmung des deutschen Volkes und seiner Verbündeten von nachhaltigem Einfluß sein muß u. daß die Stimmung hinter der Front ihre Rückwirkung auch auf die Schützengräben ausüben wird, dürfte un<bestreitbar> sein. Solche Erwägungen bei seinen Entschließungen zu berücksichtigen ist der Leiter des Auswärtigen Amtes nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet.

[458] Druck: Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 358–359. Die ersten Sätze des Telegramms lauten: „Krieg unvermeidlich bei beabsichtigtem Vorgehen. Bruch könnte vermindert werden durch Aussetzung bestimmer Frist.“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich habe deshalb davon absehen müssen, dem Staatssekretär Zimmermann von dem Inhalt des Telegramms amtlich Kenntnis zu geben.

771. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 22352, f. 136. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 1. Februar 1917

Alleruntertänigste Meldung:

Die Verhandlungen im Hauptausschuß des Reichstages sind soeben abgeschlossen[459].

Die Mitteilung über die Befehle Euer Majestät betreffend die Führung des verschärften U-Bootkrieges wurden von der Mehrheit der Kommission freudig begrüßt. Freisinnige und Sozialdemokraten waren besorgt wegen der Folgen eines Bruchs mit Amerika, erklärten aber, daß sie, nachdem der Entschluß gefaßt sei, ihm nur vollen Erfolg wünschen könnten und daß sie alles tun würden, um die Einigkeit der Nation aufrecht zu erhalten. Nur die extremen Sozialisten tadelten den Entschluß scharf.

Alleruntertänigst

772. Bethmann Hollweg an diverse Gesandte

PA Berlin, R 21480, f. 155–156. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept. Behändigt. Praes.: 5. Februar 1917.

Kopenhagen Nr. 68.
Stockholm Nr. 176.
Den Haag Nr. 62.
Christiania Nr. 66.
Madrid Nr. 135.
Bern Nr. 147. Berlin, 5. Februar 1917

Schweizerische Depeschenagentur meldet, Wilson habe Neutrale aufgefordert, sich seinem Protest gegen unsern Ubootskrieg anzuschließen[460]. Dieser Schritt sei Vorbereitung für Plan, gemeinsam auf Beschleunigung Friedens und Beschützung der Rechte Neutraler hinzuarbeiten.

Reuterbüro meldet aus Washington, amerikanische Vertreter im Ausland seien angewiesen, neutralen Regierungen mitzuteilen, daß Wilson glaube, es werde zum Frieden führen, wenn Neutrale dem Beispiel Amerikas folgten.

459 Vgl. unten Nr. 911*.

460 Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,2 (1917) S. 546–547, 865–866.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[a]Ich glaube, daß Wilson ernsthaft auf Frieden hinarbeitet, wenn auch in ententefreundlichem Sinn. Europäische Neutrale sollten Anschluß an Amerika zum Mindesten von gleichzeitigem energischen Protest gegen völkerrechtswidrige Seekriegsführung Englands abhängig machen und nur unter dieser Voraussetzung einer Kooperation auf Wiederherstellung Friedens zustimmen.[a]

Wir erwarten, daß Neutrale dem Appell Wilsons nicht folgen, der die völkerrechtswidrige Seekriegsführung Englands unter Beschränkung auf papierne Proteste hinnimmt und der, wenn er tatsächlich ernsthaft auf Frieden hinarbeiten sollte, das ersichtlich ausschließlich in ententefreundlichem Sinne tut.

Anheimstelle, conversando auf unneutrale Haltung Wilsons hinzuweisen.

[a–a] *Dieser Passus ist gestrichen (und durch den folgenden Absatz ersetzt).*

773. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 24156, f. 29–30. Immediatbericht. Behändigte Ausfertigung. In Maschinenschrift. Am Kopf Vermerk des Kaisers: Einverstanden. 25/II/17.

Rk. 653/17. Berlin, 18. Februar 1917

Die Bemühungen katholischer Kreise um die Aufhebung des aus dem Kulturkampfe der 70er Jahre übrig gebliebenen Jesuitengesetzes sind seit langem im Gange und haben während des Krieges durch das auch von anderer Seite erhobene Verlangen nach Aufhebung aller Ausnahmegesetze neue Nahrung erhalten. Sie finden ferner darin eine starke Stütze, daß zahlreiche deutsche Jesuiten als Seelsorger, Krankenpfleger und Soldaten in den Dienst des Vaterlandes getreten sind und daß sie sich durch einen Opfermut ausgezeichnet haben, der in vielen Fällen durch Verleihung des Eisernen Kreuzes anerkannt worden ist. Die Verfechter der Aufhebung des Jesuitengesetzes glauben sich unter diesen Umständen für die Beseitigung der dem Orden auferlegten Beschränkungen auch auf die programmatischen Worte Euerer Majestät vom 4. August 1914: „Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche“ berufen zu können.

Mag auch der Jesuitenorden im Jahre 1872 mit Recht als eine Gefahr für das neu errichtete Deutsche Reich angesehen worden sein, heute steht das Reich so gefestigt da, und das deutsche Nationalbewußtsein ist so stark und allgemein, daß daran keine von auswärtigen Oberen geleitete Korporation, wie der Jesuitenorden, mit Aussicht auf Erfolg rütteln kann. Nachdem sich das deutsche Volk mit beispielloser Einmütigkeit in der Stunde der Gefahr zur Sache des Deutschen Reichs bekannt hat, dürfte ein die Gefühle eines großen Teiles der Bevölkerung verletzendes Kampfgesetz, wie es das Jesuitengesetz ist, in der deutschen Reichsgesetzgebung nicht mehr am Platze sein. Unter den Wirkungen des Krieges haben sich auch die konfessionellen Gegensätze gemildert. Daher kann gehofft werden, daß sich selbst die evangelischen Bevölke-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rungskreise, die trotzdem noch für die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes eintreten zu müssen glauben, mit dessen Aufhebung abfinden werden.

Euer Majestät Staatsministerium hat in Würdigung dieser Umstände schon vor längerer Zeit beschlossen, Euerer Majestät zu einem geeigneten Zeitpunkt die Aufhebung des Gesetzes vorzuschlagen[461].

Die Folge dieser Aufhebung würde sein, daß die allgemeine Ordensgesetzgebung der Bundesstaaten auf die Jesuiten Anwendung finden würde. In Preußen würde hiernach der Jesuitenorden in Zukunft zur Errichtung von Niederlassungen der Genehmigung des Kultusministers und des Ministers des Innern bedürfen; die der Aushilfe in der Seelsorge gewidmete priesterliche Tätigkeit würde den einzelnen Jesuiten uneingeschränkt freistehen, im übrigen aber würde ihre Tätigkeit auf gesetzlich bestimmte Gebiete beschränkt sein, insbesondere nicht Unterricht und Erziehung der männlichen Jugend umfassen.

Nachdem der deutsche Episkopat in einer eindrucksvollen, ehrfurchtsvoll wieder beigefügten Eingabe vom 30. November 1916[462] Euere Majestät um baldige Aufhebung des Gesetzes gebeten hat, hat sich das Staatsministerium entsprechend dem Befehle Euerer Majestät erneut mit der Angelegenheit befaßt und sich für die alsbaldige Aufhebung ausgesprochen, die auch deshalb erwünscht wäre, um einem allzunahen Zusammentreffen mit der im Herbst bevorstehenden 400jährigen Reformationsfeier auszuweichen. Zur Vermeidung unliebsamer Erörterungen im Landtage würde jedoch die Entscheidung bis zu einem Zeitpunkt zu verlegen sein, wo dieser nicht mehr versammelt ist[463], wodurch gleichzeitig in erwünschter Weise Zeit für die Erörterung der Angelegenheit unter den Bundesregierungen gewonnen würde. Das Staastsministerium befürwortet daher, die Aufhebung des Gesetzes etwa in der Osterwoche erfolgen zu lassen[464].

Nachdem der Reichstag bereits am 19. Februar 1913 einen entsprechenden Initiativantrag angenommen hat[465], wird nach der Reichsverfassung die Aufhebung des Jesuitengesetzes in der Weise herbeizuführen sein, daß der Bundesrat diesem Antrage zustimmt und Euere Majestät den in dem Antrag enthaltenen Gesetzentwurf zu vollziehen geruhen.

Euere Majestät darf ich hiernach ehrfurchtsvoll bitten, Allergnädigst bestimmen zu wollen,

daß Preußen im Bundesrat für die Aufhebung des Jesuitengesetzes eintritt.

Unter diesen Umständen dürfte ein Allerhöchster Bescheid Euerer Majestät auf die Eingabe der Bischöfe nicht erforderlich und der Minister der geistlichen Angelegenheiten[466] mit der vertraulichen Verständigung des Kardinals von Hartmann zu beauftragen sein.

---

461 Vgl. oben Nr. 372 und 753.

462 Vgl. ebenda.

463 Der Landtag war vom 22. März bis 26. April 1917 in der Osterpause.

464 Es wurde am 19. April 1917 aufgehoben: RGBl (1917) S. 362.

465 Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 72–79.

466 August von Trott zu Solz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

774. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatdienstbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Ganz vertraulich. Berlin, 19. Februar 1917

Hochverehrte Exzellenz!

Sie wissen, wie ernst ich von jeher die amerikanische Gefahr genommen habe und wie ich deshalb mit vollstem Verständnis den Besorgnissen begegne, die Sie in Ihrem Briefe vom 12. d.M. zum Ausdruck bringen. Wie sich Amerika weiterhin verhalten wird, kann ich noch nicht übersehen. Die Zeitungsnachrichten, auf die ich fast ausschließlich angewiesen bin, geben kein klares Bild. Der bisher nicht aufgegebene Wunsch Wilsons, die Beziehungen zu Österreich-Ungarn nicht abzubrechen, spricht im Zusammenhang mit einigen anderen Anzeichen doch dafür, daß er den Krieg nicht will. Trifft dies zu, dann wird von unserer Seite nichts geschehen, um den Konflikt herauszufordern. Maßnahmen freilich, welche die Aufgabe des U-Bootkrieges bedeuteten, erscheinen mir unmöglich. Jede Unsicherheit, die wir etwa zeigten, würde die europäischen Neutralen, die sich bisher doch sehr brav benommen haben, sofort wankend machen, und das würde unsere Lage ganz außerordentlich komplizieren. Im übrigen will ich nicht leugen, daß die bisherigen Erfolge des U-Bootkrieges doch eigentlich meine Erwartungen übertreffen, wenn auch ein abschließendes Urteil natürlich noch nicht möglich ist. Diese Unsicherheit spiegelt sich auch in den Anschauungen der Neutralen wider. Während die holländische Marine fest an unseren Erfolg glaubt, ist die Regierung zweifelhaft. Italien war jedenfalls zunächst wegen seiner Kohlen und Lebensmittel sehr besorgt, ebenso wohl auch Frankreich. Heute hatte ich wieder eine für Italien zuversichtlichere Nachricht aus Rom. Dagegen habe der englische Gesandte in Stockholm[467] gestern sehr beeindruckt mit Herrn Wallenberg gesprochen und geäußert, binnen drei Monaten müsse es sich entscheiden, ob England Friedensverhandlungen anzuknüpfen gezwungen sein werde.

Trotz aller großen Worte liefern die englische Presse und die Reden der englischen Minister eine Bestätigung für diese Besorgnis.

So ist im Ganzen meine Zuversicht im stetigen Wachsen und gleichzeitig die Überzeugung, daß wir garnicht anders handeln konnten. Nicht sowohl weil unsere Lage zu Lande trotz all ihres großen Ernstes so bedenklich wäre, sondern weil die Gesamtsituation auf das Ende hindrängt und weil ich meine, daß in diesem Stadium der Dinge die Vorteile des U-Bootkrieges größer sind als seine Nachteile. Quod Deus bene vertat!

In treuer Gesinnung
stets der Ihre

[467] Sir Edme W. Howard (1863–1939), englischer Gesandter in Stockholm 1913–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

775. Bartenwerffer an Lersner

PA Berlin, R 22254. Schreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 15763 P. Oberste Heeresleitung, Politische Abteilung, 21. Februar 1917

Für die Rede des Herrn Reichskanzlers vom 23.2.17 (auf Befehl von Ludendorff).

Die militärische Lage hat sich gegen die Beurteilung vom 30. Januar insofern zu unserem Nachteil verändert, als infolge des mangelhaften Betriebes der Eisenbahnen und der mangelhaften Ernährung der Arbeiterbevölkerung das Hindenburg-Programm bei weitem nicht durchgeführt wird.

Wie weit der Herr Reichskanzler in der Lage ist, dem Ausdruck zu geben, muß ihm überlassen bleiben[468]. In die Presse dürfte hiervon nichts kommen.

776. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 77–90. MF 995. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 185–186 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 13. März 1917

[*1. Fideikommisse. Kommissionsberatungen. Keine Zulassung von Neugründungen bis mehrere Jahre nach dem Krieg.*]

2. Zu Nr. 1 der Tagesordnung (Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiete der Polenpolitik) ersuchte der Ministerpräsident den Herrn Unterstaatssekretär Dr. Drews, für den erkrankten Herrn Minister des Innern[469] zur Sache zu referieren.

[*Drews über Gesetzgebung und Verwaltung auf dem Gebiet der Polenpolitik. – Ausführungen mehrerer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß er seinerseits den Standpunkt der Mehrheit der bisherigen Redner teile. Der Herr Finanzminister[470] habe seine große Sorge wegen der vorgeschlagenen Konzessionen zum Ausdruck gebracht und dabei wieder angeknüpft an seine früher geäußerten Bedenken gegen die Errichtung eines selbständigen Königreichs Polen. Diese Angelegenheit sei ja seinerzeit im Staatsministerium eingehend besprochen. Er müsse zugeben, daß sich gewisse Hoffnungen in bezug auf die Bildung einer polnischen Armee nicht erfüllt hätten, aber man dürfe auch nicht zu rasche Erfolge

[468] Bethmann Hollweg machte in seiner Reichstagsrede am 27. Februar 1917 von diesem Hinweis auf die Wirkungen des Hilfsdienstgesetzes keinen Gebrauch. Vgl. unten Nr. 920*.

[469] Friedrich Wilhelm von Loebell.

[470] August Lentze.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

erwarten. Die ganze Neugestaltung könne sich erst allmählich anbahnen. Durch die Kaiserproklamation[471] sei uns der Weg vorgeschrieben und würde weiter durch das Fortschreiten des Krieges bezeichnet werden. Wenn wir siegten, würde das neue Königreich Polen errichtet werden, und wir müßten dabei Maßnahmen treffen, die einer polnischen Irredenta bei uns vorbeugen sollten. Wenn die Russen siegten, würden diese eine Autonomie Polens schaffen, welche die Bekämpfung der Irredenta bei uns nur noch schwieriger machen würde. Wir müßten also in jedem Falle eine Politik verfolgen, die uns in ein friedliches Verhältnis zum polnischen Nachbar[n] bringen würde. Von dieser Politik könnten wir auch durch Reden nicht abgebracht werden, wie sie Korfanty[472] gehalten habe, wenn sie auch dadurch erschwert würde. Daß hinter Korfanty 90 % der polnischen Bevölkerung ständen, könne er nicht annehmen. In Oberschlesien dächten die Polen ganz anders, und auch in Posen und Westpreußen habe die Bevölkerung teilweise andere Anschauungen. Wenn es glückte, durch die konservativen Polen und durch die polnische Geistlichkeit auf die Bauern einzuwirken, dann würde damit doch ein gewisser Erfolg erzielt werden. Der Herr Finanzminister sage, die Polen seien unversöhnlich. Demgegenüber frage er, welche Politik er denn gegen 4 Millionen unversöhnliche Polen führen wolle? Eine Politik der Unterdrückung könne er dauernd doch kaum führen wollen; das würde sehr gefährlich sein und sei auch bisher von der Regierung nicht beabsichtigt gewesen. Der Krieg, der bisher gegen das Polentum in Preußen geführt sei, sei doch geführt mit dem Ziele des Friedensschlusses. Es sei deshalb notwendig, jetzt einen modus vivendi zu finden. Voran sei dabei natürlich der Satz zu stellen, daß der Schutz des Deutschtums in den Ostmarken nach wie vor beibehalten bleiben müsse. Dieser Grundsatz werde aber durch die jetzt gemachten Vorschläge nicht berührt. Das Enteignungsgesetz[473] sei seinerzeit doch vorzugsweise aus dem Wunsche gemacht, nach außen zu zeigen, daß etwas geschehe. Es sei aber praktisch ohne Erfolge geblieben. Der Sprachenparagraph sei erst ein Gebilde des neuen Vereinsgesetzes von 1908. Früher habe ein Sprachenverbot nicht bestanden, und der § 12 sei nur unter unendlichen Kämpfen in das neue Vereinsgesetz hineingebracht. Vorteile seien aus ihm unserer Polenpolitik nicht erwachsen. Einen wirksamen Schutz des Deutschtums bilde er keinesfalls. Hinsichtlich der Erleichterungen auf dem Gebiete des polnischen Religionsunterrichts stimme er dem Herrn Unterrichtsminister[474] zu. Ein weiteres Hinausschieben der zu machenden Konzessionen halte er nicht für angezeigt. Insbesondere scheine es ihm zwei-

[471] Proklamation der Mittelmächte betreffend die Errichtung des Königreichs Polen vom 5. November 1916.

[472] Wojciech (Albert) Korfanty (1873–1939), MdR (Fraktion der Polen) 1903–1912, 1918; Mitglied des Abgeordnetenhauses 1904–1918; Führer der Oberschlesischen Aufstände 1919–1921.

[473] Vgl. oben Nr. 662 und Anm. 241. – Nachweis des im folgenden erwähnten Sprachenparagraphen (§ 12 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908) in: Protokolle des Preußischen Staasministeriums X S. 186 Anm. 5.

[474] August Trott zu Solz.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

felhaft, ob man sie in Verbindung bringen sollte mit den jetzt im Reichstage schwebenden Steuervorlagen. Wenn der Herr Vizepräsident[475] es für erwünscht halte, auf die im Herrenhause zu erwartende entgegenkommende Erklärung des Fürsten Radziwill schon bestimmte Maßnahmen in Aussicht zu stellen, so glaube er, daß die Aufhebung des Enteignungsgesetzes wohl schon jetzt angekündigt werden könne. Dagegen wäre dies bezüglich des Sprachenparagraphen nicht möglich, da es sich hier um ein Reichsgesetz handle, für welche der Bundesrat zuständig sei.

[*3. Verleihung der Rechtsfähigkeit an Niederlassungen geistlicher Orden.*]

777. Bethmann Hollweg an H. von Beseler

PA Berlin, R 20981, f. 95. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 16 Berlin, 14. März 1917

Für Generalgouverneur.
Auf Telegramm vom 13.

Wenn, wie ich annehme, unabweisliche militärische Bedürfnisse Entsendung der Legionen[476] an die Front nötig machen, erschiene es mir ratsam, den größen Teil derselben, darunter die 7000 österreichischen Staatsangehörigen, zunächst mit der Begründung an die Front zu senden, daß diese Maßregel vorübergehend militärisch notwendig geworden sei. Ein beschränkter Teil der Legionen könnte dann vielleicht doch für das Werbungsgeschäft und wegen der Wirkung auf die öffentliche Meinung in Polen und namentlich in Warschau zurückbehalten werden. Dieser letztere Teil wäre uns dann sofort zu übergeben, nach der vereinbarten Eidesformel Beseler – Kuck[477] zu vereidigen und dann unverzüglich der Werbeaufruf und die Heeresorganisation in die Wege zu leiten.

Da ich indessen Sachlage von hier aus nicht endgültig übersehen kann, muß ich darauf verzichten, meinerseits an die Oberste Heeresleitung heranzutreten, und darf anheimstellen, gegebenen Falls E.E. Standpunkt von sich aus bei Oberster Heeresleitung zur Sprache zu bringen.

[475] Paul von Breitenbach. – Der im folgenden genannte: Ferdinand Fürst Radziwill (1834–1926), MdR (Vorsitzender der Fraktion der Polen) 1873–1918; Mitglied des Herrenhauses (1879–1918). – Radziwill sprach am 28. März 1917 im Herrenhaus zur polnischen Frage. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 354.

[476] Der Polnischen Legionen.

[477] Wortlaut der Eidesformel, die von der OHL nicht akzeptiert wurde, bei Conze, Polnische Nation S. 156 Anm. 81.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

778. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 32424, f. 3e. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Typendruckschrift.

Nr. 176. Berlin, 15. März 1917, 11 Uhr 10 Min. Vm(?).

Durch die Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung, durch den von einem Teil der Presse ausgeschlachteten angeblichen Gegensatz Schorlemer – Michaelis[478] und durch die teilweise als reaktionäre Provokation aufgefaßten Herrenhausreden[479] war eine nicht unbedrohliche innerpolitische Spannung eingetreten, der ich entgegentreten zu müssen geglaubt habe. Durch meine gestrige, übrigens völlig improvisierte Rede im Abgeordnetenhaus[480], die großen, zum Teil stürmischen Beifall fand und auch von einem Teil der Konservativen anerkannt wurde, hoffe ich die erwünschte Wirkung erzielt zu haben.

Eben kommt die Meldung der Petersburger Telegraphenagentur über die Revolution in Petersburg. Was wird nun die Zukunft bringen?

Mit Euer Majestät allergnädigster Erlaubnis fahre ich heute abend nach Wien. Hier war heue Nacht wieder heller Frost.

Alleruntertänigst

779. Lersner an AA

PA Berlin, R 742. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 323. Großes Hauptquartier, 15. März 1917, 6 Uhr 40 Min. Vm.
Ankunft: 15. März 1917, 7 Uhr 40 Min. Vm.

Eigenhändig.

Nur für den Herrn Staatssekretär.

General Ludendorff übergab mir geschlossenen Privatbrief für Euere Exzellenz, der mit Kurier folgt[481]. Er bemerkte, er habe den Brief bereits gestern geschrieben. Zu meinem allergrößten Bedauern habe heute nacht der Feldmarschall unmittelbar ein Telegramm des Herrn Reichskanzlers erhalten[482]. Der

[478] Georg Michaelis (1857–1936), Staatskommissar für Volksernährung Februar–Juli 1917; Reichskanzler 14. Juli–1. November 1917.

[479] Das Herrenhaus hatte soeben – am 9. März 1917 – die Diätenvorlage der Regierung abgelehnt. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 272–277.

[480] Unten Nr. 925*.

[481] Der Brief Ludendorffs wurde nicht ermittelt.

[482] Unten Nr. 926*. – In den folgenden Nr. wird dieses Telegramm weiterhin als das „Kanzlertelegramm" bezeichnet. Es wurde nicht von Bethmann Hollweg selbst formuliert, da er sich gerade in Wien aufhielt, sondern im Auswärtigen Amt (Wahnschaffe oder Zimmermann?). Er hat aber den Entwurf, wie aus der Nr. 784 unten hervorgeht, zumindest gesehen. – Die Antwort Hindenburgs vom 17. März 1917 unten in Nr. 926* (auch Nr. 783). Vgl.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Feldmarschall und er seien über die Schärfe der Fassung im höchsten Grade erregt. Er habe heute früh den Brief an Euere Exzellenz zerreißen wollen, denn er befürchte nunmehr „einen Kampf auf der ganzen Linie“. Doch habe er einer besseren Regung nachgegeben und bäte mich nun, den Brief Euerer Exzellenz zu übermitteln.

Vertraulich hörte ich, daß der Feldmarschall das Telegramm des Reichskanzlers heute beantworten will.

780. Jagow an Lersner

PA Berlin, R 742. Telegramm in Ziffern. Revidiertes Konzept von unbekannter Hand.

Nr. 400. Berlin, 16. März 1917

Bitte General Ludendorff mitteilen, daß ich mich über Vorgänge, die zu Kanzlertelegramm[483] geführt haben, erst heue habe unterrichten können und daß ich ihn im Interesse unserer gemeinsamen Arbeit dringend bäte, auf Unterlassung weiterer Schritte bis zur Rückkehr des Reichskanzlers[484] hinzuwirken. Meine Überzeugung sei, daß voll befriedigende Beilegung der schwebenden Sache auf keine nennenswerten Schwierigkeiten stoßen könne.

781. Lersner an AA

PA Berlin R 742. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 333. Großes Hauptquartier, 16. März 1917, 9 Uhr 15 Min. Vm.
Ankunft: 16. März 1917, 10 Uhr 10 Min. Vm.

Dringend!

Nur für den Herrn Staatssekretär persönlich:

General Ludendorff ließ mich soeben rufen, um mir sein Befremden darüber auszusprechen, daß Ministerialdirektor Deutelmoser das Kanzlertelegramm mit einem anderen Herrn besprochen habe[485]. Er bäte Euere Exzellenz, darauf hinwirken zu wollen, daß diese schwerwiegende Angelegenheit streng

zum ganzen auch die Aufzeichnung des Obersten Bauer von Mitte März 1917 in: Militär und Innenpolitik S. 673–675. – Anlaß für die heftige Auseinandersetzung zwischen OHL und Reichskanzler war eine Anfrage des Journalisten Albert Wacker in einer Pressekonferenz beim Kriegspresseamt, welchen Anteil einerseits die OHL und andererseits die Reichsleitung beim Zustandekommen und der Ausführung bestimmter Maßnahmen habe, etwa beim Einsatz belgischer Arbeiter oder beim Hilfsdienstgesetz.

483 Vgl. die vorangehende Anm.

484 Von seiner Reise in Wien, wo sich der Kanzler am 16. und 17. März 1916 aufhielt.

485 Gemeint ist Oberstleutnant Haeften. Vgl. die folgende Nr.; ferner Militär und Innenpolitik S. 681 Anm. 5.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vertraulich behandelt würde. Wenn das Kanzlertelegramm weiteren Stellen bekannt würde, wäre er gezwungen, die äußerst scharfe Antwort des Feldmarschalls[486] den Betreffenden ebenfalls zugehen zu lassen.

Nach dieser Einleitung las ich dem General Euerer Exzellenz eben entziffertes Telelgramm 400[487] vor. General Ludendorff dankt Euerer Exzellenz aufrichtig für die Absicht, die Angelegenheit beilegen zu wollen. Die scharfe Antwort des Feldmarschalls solle bereits abgehen. Ich vermochte den General zu bestimmen, daß er sie wenigstens bis morgen abend zum Kurierabgang zurückhält. Der Feldmarschall könne seine Antwort aber nur dann aufschieben bezw. abändern, wenn Euere Exzellenz glaube, den Herrn Reichskanzler dazu bewegen zu können, daß er das Telegramm zurückziehe.

Euere Exzellenz darf ich gehorsamst bitten, mich für eine Antwort an General Ludendorff mit Weisung zu versehen.

782. Jagow an Lersner

PA Berlin, R 742. Telegramm in Ziffern. Konzept von Schreiberhand, revidiert von Jagow.

Nr. 412. Berlin, 17. März 1917
Abgangsvermerk: 17. März 1917, 2 Uhr 45 Min. Nm. Hughes

Auf Tel. Nr. 333.

Bitte General Ludendorff vertraulich im folgenden Sinne aufklären.

Kanzlertelegramm ist mir erst nachträglich bekannt geworden, als ich mir von Direktor Deutelmoser, der übrigens nicht sein Verfasser ist, über den Sachverhalt Vortrag halten ließ. In dem Bestreben, vermitttelnd zu wirken, habe ich daraufhin Deutelmoser angewiesen, die Sache mit Oberstleutnant von Haeften zu besprechen, der mein besonderes Vertrauen genießt.

Was voraussichtlichen Erfolg meiner Bemühungen angeht, so wird völlige Zurückziehung Kanzlertelegramms nicht in Betracht kommen können. Rein sachlich erscheint mir sein Inhalt einwandsfrei. Auch ich stehe auf dem Standpunkt, daß die O.H.L. nicht in die politische Diskussion hineingezogen werden darf. Das würde aber zweifellos der Fall gewesen sein, wenn die fragliche Erklärung in der Pressesitzung abgegeben worden wäre. Dies zu vermeiden war offenbar der Wunsch, von dem sich der Reichskanzler bei Abfassung des Telegramms an den Feldmarschall hat leiten lassen. Es wird mir indes möglich sein, auf freundschaftlich gehaltene Fassung des Wortlauts hinzuwirken. Diese glaube ich um so sicherer erreichen zu können, als nicht nur bei mir, sondern auch beim Kanzler der dringende Wunsch besteht, mit dem Feldmarschall und General Ludendorff in engem rückhaltlosem Vertrauen zusammenzuarbeiten.

[486] Unten in Nr. 926*.

[487] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bezeichnend dafür ist, daß Kanzler erst unmittelbar vor Antritt seiner Wiener Reise Deutelmoser Weisung gegeben hat, im Hinblick auf allerlei Vertrauen gefährdende Einflüsse Unberufener, keine Mittel unversucht zu lassen, um jede Mißhelligkeit aus dem Wege zu schaffen. Unmittelbar darauf hat Deutelmoser unter Billigung Kanzlers mit Haeften gesprochen, um auch dessen verstärkte Mitwirkung beim Schaffen und Erhalten einer Atmosphäre bedingungslosen gegenseitigen Vertrauens zwischen militärischer und politischer Leitung zu gewinnen. Angesichts dessen bin ich General Ludendorff für seinen letzten Brief ganz besonders dankbar. Er kann sich darauf verlassen, daß er selbst, der Feldmarschall und die anderen Männer, die die Hauptlast der Verantwortung für die herannahenden militärischen Entscheidungen tragen, keinen überzeugteren und dringender auf gutes Einvernehmen bedachten Helfer auf politschem Gebiet haben als gerade den Kanzler. Ehe dieser von Wien zurück ist, kann ich leider nichts entscheidendes tun. Dann aber soll es auch sofort geschehen. Ich wäre daher dankbar, wenn General Ludendorff die Absendung der Antwort des Feldmarschalls bis auf weitere Mitteilung von mir zurückhalten wollte.

783. Lersner an AA

PA Berlin, R 742. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 338. Großes Hauptquartier, 17. März 1917, 10 Uhr -- Min. Nm.
Ankunft: 17. März 1917, 10 Uhr 15 Min. Nm.

Antwort auf Telegramm Nr. 412[488].
Nur für Herrn Staatssekretär:

Heute mittag ließ mich General Ludendorff zu sich rufen und teilte mir mit, daß der Feldmarschall ungehalten sei, weil er die Antwort an den Herrn Reichskanzler auf meine Bitte hin nicht abgesandt habe.

Nach Eintreffen Euerer Exzellenz heutigen Telegramms[489] habe ich erneut mit dem General verhandelt. Er läßt Euerer Exzellenz mitteilen: Da der Herr Reichskanzler das ganze Telegramm nicht zurückziehen würde, sei der Feldmarschall leider nicht in der Lage, seine Antwort zurückzuhalten. Ich habe noch in längerer Unterredung versucht, den General umzustimmen. Jedoch gelang es mir nicht. Zum Schluß bat er mich, Euer Exzellenz noch aufrichtigst für den Vermittelungs-Versuch zu danken. Er bedauere es selbst tief, daß er gescheitert sei.

General Ludendorff begibt sich heute auf 2 Tage zur Front.

[488] Die vorangehende Nr.

[489] Ebenda.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

784. Bethmann Hollweg an Lersner

PA Berlin, R 742. Telegramm Hughes. Konzept von unbekannter Hand mit Revisionen Bethmann Hollwegs.

Nr. 422. Berlin, 18. März 1917

Für Generalfeldmarschall von Hindenburg.

Bei meiner Rückkehr aus Wien höre ich soeben, daß Euere Exzellenz sich durch mein Telegramm vom 14. d. M.[490] in der Pressesache Wacker verletzt fühlten. Ich bedauere das aufrichtig. Selbstverständlich hat es mir völlig ferngelegen, Euere Exzellenz durch dieses Telegramm zu nahetreten oder gar mich in Euere Exzellenz Ressort einmischen zu wollen. Wenn ich auch den sachlichen Standpunkt, den ich in der Frage eingenommen habe, aufrechterhalten muß, so muß ich nach nochmaliger Lektüre des Telegrammsentwurfs zugeben, daß seine Fassung zu Misverständnissen Anlaß geben kann, die mit meinen Absichten in scharfem Widerspruch stehen würden.

E.E. bitte ich, das der Überlastung mit dringenden Dienstgeschäften zu gute halten zu wollen, unter der ich bei Zusendung des Entwurfes zu leiden hatte.

785. Bethmann Hollweg an Hindenburg

PA Berlin, R 742. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift. Das Telegramm ging erst am 31. März 1917 ab.

[Ohne Nr.]. [Berlin] 27. März 1917

Euer Exzellenz erklären in Ihrem Schreiben vom 24.III.17. N.J.IIIb 1029 II pers.[491], es habe keinem Zweifel unterliegen können, daß die Übermittlung des Entwurfs der für Herrn Wacker bestimmten Antwort hierher zum Zwecke der Stellungnahme erfolgt sei. Zu meinem Bedauern kann ich dieser Ansicht nicht beipflichten. Der Umstand, daß die Mitbeteiligung der Reichsbehörden an dem Zustandekommen der etwaigen Antwort von hier aus verlangt war, enthielt noch keinen Beweis dafür, daß von militärischer Seite beabsichtigt war, dieses Verlangen auch zu erfüllen. Die zuständigen Organe der Obersten Heeresleitung haben in dieser Hinsicht keinerlei Zusicherung gegeben. Das in meinem Auftrage abgesandte Schreiben des Ministerialdirektors Deutelmoser vom 14.III.[492] ist vom Kriegspresseamt nicht beantwortet worden, obwohl die bloße

[490] Unten Nr. 926*. Der im folgenden genannte: Albert Wacker, Berliner Vertreter des „Hamburger Fremdenblatts“ (keine weiteren Daten ermittelt). Vgl. oben Nr. 779 und Anm. 482.

[491] Druck in: Militär und Innenpolitik S. 684–685. Darin beschwert sich Hindenburg, daß der Reichskanzler auf Einzelfragen aus seinem letzten Schreiben nicht eingegangen sei.

[492] Vgl. dazu Deutelmosers Aufzeichnung: ebenda S. 680–681.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tatsache, daß dieses Schreiben trotz der vorausgegangenen telefonischen Bitte überhaupt nicht für nötig gehalten wurde, dem Chef des Kriegspresseamts[493] deutlich zeigen mußte, daß hier Zweifel an der bereitwilligen Erfüllung meines Wunsches bestanden.

Die Fassung des Anschreibens zu dem Entwurf vom 14.III.[494] mußte aus diesen Zweifeln die Gewißheit machen, daß die Reichsbehörden mit der Antwort vor eine fertige Tatsache gestellt werden sollten. Nicht nur im Auswärtigen Amt, sondern auch im Reichsamt des Innern, also an zwei durchaus von einander unabhängigen Stellen, hat das Anschreiben diese Wirkung gehabt, und das spätere Verhalten des Majors Stotten konnte die Richtigkeit der so gewonnenen Anschauung nur bestätigen. Wäre der Chef des Kriegspresseamts nicht selber der Ansicht gewesen, daß den Reichsbehörden keinerlei Mitprüfungsrecht gewährt werden sollte, so hätte er das spätestens bei dem Telefongespräch mit dem Direktor Deutelmoser vom 14.III. abends zum Ausdruck bringen können und müssen. Auf welche Weise der Chef des Kriegspresseamtes zu dieser – wie ich aus dem späteren Schriftwechsel mit Euer Exzellenz ersehen habe – unzutreffenden Ansicht gelangt ist, entzieht sich naturgemäß meiner Kenntnis und ist, nachdem mir die Auffassung Euer Exzellenz inzwischen bekannt geworden ist, für mich ja auch nicht von Bedeutung.

Gegen die in dem Entwurf der Antwort an Herrn Wacker niedergelegte Auffassung Eurer Exzellenz von der Abgrenzung zwischen der militärischen und der politischen Zuständigkeit habe ich an sich nichts einzuwenden. Meine Bedenken richten sich allein gegen den Gedanken, von dieser Abgrenzung, die eine innere Angelegenheit der Behörden ist, an der Hand bestimmter Einzelfälle öffentlich Rechenschaft abzulegen. Es ist ein großer Unterschied, ob die Öffentlichkeit nur von den allgemeinen Grundsätzen Kenntnis erhält, die für die Behandlung von Fragen gemischt militärisch-politischer Eigenart gelten, oder ob ihr in der Anwendung dieser Grundsätze auf bestimmte Fälle Einblick gewährt wird. Auf die Kenntnis der Grundsätze hat die Bevölkerung Anspruch, auf die ihrer praktischen Anwendung im Einzelnen jedoch nicht, denn diese fällt in das Gebiet des Teils der vollziehenden Gewalt, die jeder öffentlichen Beeinflussung entzogen bleiben muß. Unter dem Zugeständnis der Beeinflussung verstehe ich in diesem Zusammenhang auch die bloße Gewährung von Einblick in das innere Getriebe der obersten Leitung, da der Einblick zweifellos benutzt werden würde, Erörterungen in der Presse darüber anzustellen. Sind solche Erörterungen erst einmal im Gange, so hat es niemand mehr in der Hand, ihnen Halt zu gebieten, wenn sie eine dem Reichsinteresse schädliche Wendung nehmen.

Euer Exzellenz versprechen sich von der entworfenen Antwort an Herrn Wacker eine günstige Wirkung gegen böswilligen Klatsch. Die Erfahrung hat

[493] Paul Stotten, Major; Leiter des Kriegspresseamts November 1916–August 1917 (Lebensdaten nicht ermittelt).

[494] Es geht um die Antwort auf die Anfrage des Journalisten Albert Wacker (oben Nr. 779 und Anm. 482). Sie ist in Militär und Innenpolitik nicht gedruckt oder vermerkt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gerade mit besonderer Eindringlichkeit gelehrt, daß es gegen Klatsch dieser Art überhaupt kein wirksames Mittel gibt. Seine Träger sind Leute, die sich nicht überzeugen lassen wollen und die man deshalb auch nie überzeugen kann. Ich bin aber, davon ganz abgesehen, auch völlig gewiß, daß bis zu der Höhe, auf die Euer Exzellenz durch das Vertrauen und die Liebe des ganzen deutschen Volkes verdientermaßen emporgehoben worden sind, kein solches Gerede heranreicht.

Mit Eurer Exzellenz stimme ich gleichwohl völlig darin überein, daß die Oberste Heeresleitung weder gegen noch für die politische Reichsleitung ausgespielt werden darf. Nicht nur die Oberste Heeresleitung hat daran ein Interesse, sondern auch die Reichsregierung. Ich bin nicht gewillt, die Verantwortung für die von mir geführte Reichspolitik mit irgend jemand zu teilen. Gerade deshalb lege ich aber auch Wert darauf, daß Erklärungen, die sich mit dieser Verantwortlichkeit beschäftigen, nur in meinem Auftrag und nicht von Stellen abgegeben werden, die der Öffentlichkeit überhaupt nicht verantwortlich sind.

Wenn es der Zweck der Anfrage in der Pressebesprechung war zu verhüten, daß der Obersten Heeresleitung fernerhin Maßnahmen zugeschrieben würden, die nicht von ihr, sondern von der Regierung zu vertreten sind, so hätte die Frage auch an den Vertreter der Reichsregierung gerichtet werden müssen. Die ganze Sache wäre dann längst auf einem Wege erledigt, der nicht, wie der leider beschrittene, zu erneuten Schwierigkeiten zwischen Stellen geführt hätte, die im Dienst des Vaterlandes zu höheren Pflichten berufen sind als zu der, einem einzelnen Journalisten Rede zu stehen.

Von Seiten der Obersten Heeresleitung könnte die Antwort auch bei noch so geschickter Fassung garnicht erteilt werden, ohne daß hier und da der unzutreffende Eindruck entstünde, als wären gewisse Gegensätze zwischen der militärischen und der politischen Leitung vorhanden. Die Erledigung durch einen von mir beauftragten Vertreter läßt dagegen für diese falsche Auslegung keinen Raum. Sie sichert andererseits gleichwohl den von Eurer Exzellenz vertretenen militärischen Interessen vollste Berücksichtigung. Durch die Übernahme der ganzen Verantwortlichkeit durch die Reichsregierung würde diese ohne weiteres jedes fernere Hineinziehen Eurer Exzellenz in die Erörterung der politischen Fragen verhindern.

Aus der Anlage[495] bitte ich Eure Exzellenz ersehen zu wollen, wie die Anfrage Wackers nach meiner Ansicht beantwortet werden muß, sofern die Oberste Heeresleitung auch heute noch eine Antwort für nötig hält.

Die Entsendung eines Vertreters ins Große Hauptquartier, um über die Antwort zu beraten, ist meines Erachtens weder notwendig noch angesichts der jetzigen starken Belastung aller hohen Reichsbeamten mit dringlichen Dienstgeschäften ausführbar.

Aus dem Umstand, daß ich mich erneut so eingehend mit der Frage beschäftigt habe, wollen Eure Exzellenz jedoch mein ernstes Bestreben erkennen,

[495] Sie liegt nicht bei.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Wünschen der Obersten Heeresleitung auch in dieser Sache im weitesten Umfang Rechnung zu tragen[496].

786. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/1073, f. 22. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Rk. 1275. Homburg (Schloß), 2. April 1917

Exzellenz von Loebell ist, nach einem Brief an Exzellenz v. Valentini zu urteilen, durch Drews unrichtig dahin informiert, ich wolle hinter dem Rükken des Staatsministeriums eine Entscheidung Seiner Majestät herbeiführen[497]. Bitte ihn sofort darüber aufklären, daß das ganz und gar nicht der Fall, sondern daß ich lediglich Ermächtigung Seiner Majestät erbitte, mit dem Staatsministerium die nach Lage der gegenwärtigen Situation zu ergreifenden Schritte zu beraten. Seine Majestät hat, wie ich für Euer Exzellenz bemerke, sein Einverständnis damit erklärt.

787. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 22254. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift. – Der eigenhändige Entwurf in: BA Berlin, R 43/1073, f. 78–79. – Teildruck in: Bethmann Hollweg (Dülffer) S. 362. Druck: Militär und Innenpolitik S. 702–703.

[Ohne Nr.] Berlin, 4. April 1917

Für Exzellenz von Valentini. Auf Telegramm von heute nachmittag.

Allerhöchster Erlaß[498] wird so vorbereitet, daß er Ostersonntag veröffentlicht werden kann. Vor Sonnabend früh wird indes Allerhöchste Zustimmung

[496] Hindenburg hat auf dieses Schreiben direkt nicht mehr reagiert. Am 10. Aprill 1917 hat indes der Vertreter des Kriegspresseamtes eine Erklärung über die strittigen Einzelfragen (belgische Arbeiter, Rekrutierung polnischer Soldaten und Ausführung des Hilfsdienstgesetzes) abgegeben. Vgl. Militär und Innenpolitik S. 685–686 Anm. 8.

[497] Loebell war ein scharfer Gegner der von Bethmann Hollweg geplanten Einführung des Reichstagswahlrechts für Preußen. In einem Brief vom 7. April 1917 schreibt er an Bethmann Hollweg, daß er diesen Plan als preußischer Innenminister „bisher auf das schärfste bekämpft und als undiskutierbar erklärt“ habe. (Winzen, Loebell S. 999.) Vgl. dazu Bethmann Hollwegs Antwort vom 11. April unten in Nr. 938*. Die Gegnerschaft Loebells und anderer Minister war der Grund dafür, daß in der berühmten Osterbotschaft des Kaisers die Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts erst nach dem Krieg versprochen wurde.

[498] Erlaß zur Änderung der preußischen Verfassung (Ersetzung des Dreiklassenwahlrechts durch ein geheimes und direktes Wahlrecht), der am Ostersonntag, 7. April 1917, verkündet wurde. Text u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 1917,1 S. 398–399. Ausführliche Behandlung Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte V S. 135–161. Vgl. auch (zur Autorschaft der Botschaft) Winzen, Loebell S. 999–1014; ferner Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X sub Sachregister „Wahlrechts-Reform 1917/18“ auf S. 349; ferner: Patemann, Kampf S. 50–76.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kaum erbeten werden können. Nach meiner persönlichen Ansicht muß Erlaß das gleiche Wahlrecht ankündigen. Vage Zusicherungen würden nur den Streit verschärfen, ohne irgend jemand zu befriedigen. Dieser Ansicht ist auch Batocki und nach der inner- und außerpolitischen Entwicklung der letzten Tage nunmehr auch Helfferich. Loebell spreche ich morgen früh.

Die politische Stellung Hindenburgs ist Ew. Exzellenz bekannt. Ludendorff hat sich Zimmermann gegenüber, der ganz meine Ansicht teilt, ziemlich ablehnend ausgesprochen. Die Ansichten der Militärs dürfen aber keinenfalls bestimmmend wirken, denn ich überzeuge mich mit jedem Tage mehr, daß der beabsichtigte Schritt eine unbedingte Notwendigkeit für die Stützung der Monarchie ist. Seine Majestät haben absolut Recht, nunmehr auf einen schnellen Entschluß zu drängen. Die Nachrichten, daß die Herabsetzung der Brotrationen zu unerfreulichen Vorgängen führen wird, mehren sich. Nach diesen Vorgängen ist der Schritt unmöglich.

788. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 102–120. MF 996. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 187–188 (mit den dortigen Anmerkungen). Längere Auszüge gedruckt in: Stern, Auswirkungen IV/2 S. 409–417.

Berlin, 5. April 1917

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

1. Der Herr Ministerpräsident führte aus, die politische Situation nach innen und nach außen habe sich so zugespitzt, daß nach seiner Auffassung ein in der Öffentlichkeit erkennbarer Schritt des Staatsministeriums oder Seiner Majestät des Kaisers erforderlich sei, und zwar müsse es sich bei diesem Schritt in erster Linie um die Frage des Wahlrechts in Preußen handeln. Bei den bisherigen Besprechungen über die Wahlrechtsfrage sei sich das Staatsministerium darin einig gewesen, daß infolge des Krieges eine Änderung des jetzt bestehenden Wahlrechts erforderlich geworden sei; eine Beschlußfassung über den Inhalt der neuen Vorlage habe indessen bis jetzt noch nicht stattgefunden. Der Herr Minister des Innern habe im Jahre 1915 einen Entwurf aufgestellt[499] und sei dabei von Anschauungen ausgegangen, die er seinerzeit geteilt habe. Es handele sich in diesem Entwurf um ein geheimes, direktes Wahlrecht mit Pluralstimmen. Diese Pluralstimmen sollten sich zum Teil auf den Familienstand, zum Teil auf Steuerleistungen gründen. Die letzten Verhandlungen über die Revision des Wahlrechts im Jahre 1910 hätten schon dahin geführt, daß die Staatsregierung unter Preisgabe des indirekten Wahlrechts das direkte empfoh-

[499] Dazu vgl. Winzen, Loebell S. 891, 907–909, 914, 918–920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

len und ferner auch das geheime Wahlrecht konzediert habe. Damals habe man allerdings das Klassenwahlrecht noch beibehalten wollen, aber auch das hätte durch Bestimmungen über Maximierung und Minimierung so gestaltet werden sollen, daß sein plutokratischer Charakter eingedämmt worden wäre. Auch hätte man damals versucht, die sogenannten Kulturträger besonders zu berücksichtigen, aber dieser Gedanke habe sich als unausführbar erwiesen. Der neue Entwurf des Herrn Ministers des Innern habe an dem Gedanken des direkten und geheimen Wahlverfahrens festgehalten, das Klassenwahlsystem beseitigt und statt dessen ein Pluralsystem vorgeschlagen. Im Anfang des Krieges, als sich noch nicht habe übersehen lassen, wie lange der Krieg dauere und daß er bis an die letzten Kräfte des Volkes herangehen würde, habe auch er geglaubt, dieser Entwurf würde genügen, um der Wahlrechtsagitation auf Jahrzehnte hinaus den Boden zu entziehen. Je mehr sich indessen die Verhältnisse zuspitzten, desto zweifelhafter sei es ihm geworden, ob diese Vorschläge genügen würden, um weiteren heftigsten Kämpfen vorzubeugen. Jedes Pluralwahlsystem leide, wie er glaube, an dem Fehler, daß, wenn man wirklich der Demokratie vorbeugen wolle, die Wahlstimmen so gehäuft werden müßten, daß dem Wahlsystem das Odium des Klassenwahlrechts anhaften bleiben würde. Das seien ja auch Gedanken, die der Herr Landwirtschaftsminister[500] in seiner Äußerung zu den Loebellschen Vorschlägen niedergelegt habe. Praktisch wirkten die Stimmen, die sich auf den Familienstand gründeten, überwiegend demokratisch, und deshalb würden als Gegenwirkung starke Pluralsteuerstimmen notwendig sein. Ein solches Wahlsystem halte er indessen gegenwärtig nicht mehr für möglich. Er wisse nicht, wie er nach den Erfahrungen des Krieges bei den riesengroßen Opfern und Anstrengungen aller Volkskräfte es vertreten solle, daß Soldaten, die vielleicht mit zerschossenen Gliedern und mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse in die Heimat zurückkämen, ein wesentlich geringeres Wahlrecht haben sollten als die, die als Nichtkriegstüchtige zu Hause geblieben seien und dort ihr Besitztum aufrecht erhalten oder vielleicht gar vermehrt hätten. Diese Leute könnten nicht das drei-, vier- oder fünffache Wahlrecht des Mannes des Schützengrabens haben. Das seien ja allerdings moralische und ethische Erwägungen, aber nach diesem Kriege könne man sie doch nicht übergehen. Er sähe sich seinerseits hierzu nicht in der Lage, und zwar um so weniger, als auch der größte süddeutsche Bundesstaat ein gleiches Wahlrecht besitze wie ja auch das Reich selbst und man doch nicht behaupten könne, daß der Reichstag während des Krieges versagt habe. Wenn die Regierung bei ruhigen Zeiten die Wahlreform auf Einführung eines Pluralwahlrechts beschränkt hätte, so würde das bei den allgemeinen demokratischen Linien des Loebellschen Entwurfs ein Übergangsstadium herbeigeführt haben, das an sich berechtigt gewesen sei; jetzt sei aber ein Wahlrecht, welches von vornherein von 4 bis 5 Millionen Wählern des Reichs befehdet werde, in Preußen auf die Dauer nicht zu halten. Da die preußische Wahlrechtsfrage heute, wie die

[500] Clemens Frhr. von Schorlemer. Zu seinen Gedanken zur Wahlreform vgl. seinen Brief an Loebell vom 1. Dezember 1916: ebenda S. 977–979.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Sache nun einmal läge, mehr oder weniger zur Reichssache geworden sei, so würde ein solches Pluralwahlrecht fortgesetzte politische Stürme und fortgesetzte finanzielle und wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorrufen. Die sozialen Umwälzungen, welche durch den Krieg bedingt würden, zwängen uns aber, alle vermeidbaren Kämpfe auszuschalten, um alle Kräfte für die Wiederaufrichtung und Ordnung unserer Verhältnisse einsetzen zu können. Deshalb sei es nötig, in der Wahlrechtsfrage jetzt reinen Tisch zu machen.

Wenn so schon die inneren Verhältnisse hierzu zwängen, so läge der entscheidende Punkt doch in der auswärtigen Politik. England habe verstanden, die Welt glauben zu machen, daß der Krieg geführt werde gegen den preußischen Militarismus und preußische Autokratie. Mit diesen Unterstellungen habe England viel Glück gehabt, nicht nur bei unseren Feinden, sondern auch bei den Neutralen. Neuerdings werde dieser Kampf unterstützt durch die russische Revolution[501], wie immer klarer zutage trete, und jetzt versuche auch Wilson noch in seiner Kriegserklärung[502] der Welt klarzumachen, daß Amerika nichts gegen das Deutsche Volk habe, sondern nur gegen die autokratische deutsche Regierung. Alle diese Momente bärgen in sich eine starke Gefährdung unserer monarchischen und dynastischen Zustände. Der Krieg habe schon einer Reihe von Fürsten den Thron gekostet[503], der griechische König führe ein Schattendasein, wie lange der Italiener sich noch halten könne, sei zweifelhaft[504]. In diesen Zuständen erblicke er einen schweren Schlag gegen das monarchische Wesen. Auch in Österreich-Ungarn beständen in dieser Richtung hin starke Sorgen, und diesen habe jüngst der Kaiser Karl und seine Umgebung Seiner Majestät gegenüber entschiedenen Ausdruck gegeben. Den deutschen Zuständen gegenüber habe er zwar selbstverständlich größeres Zutrauen, aber anderseits dürfe er auch die Augen nicht schließen, zumal er eine Aussicht auf eine baldige Beendigung des Krieges nicht finden könne. Nach seinen Nachrichten aus Rußland sei zwar anzunehmen, daß die dortige Revolution die Stoßkraft der Armee beeinträchtigt habe; daß aber schon bald eine Regierung hervortreten werde, mit der man über den Frieden verhandeln könne und die bereit sein werde, Frieden zu schließen, sei ihm zurzeit noch unwahrscheinlich, zumal Amerika jetzt in dieser Beziehung retardierend wirken werde. Ferner glaube er auch nicht, daß der U-Bootkrieg auch bei weiteren guten Erfolgen unsere Feinde in absehbarer Zeit zum Frieden zwingen

501 Die russische Februar-(März-)Revolution von 1917.

502 Vom 6. April 1917. Hauptgrund für den amerikanischen Kriegseintritt war der verschärfte Ubootkrieg; den letzen Anstoß gab ein Telegramm des deutschen Staatssekretärs Zimmermann vom 19. Januar 1917 an den deutschen Gesandten in Mexiko, in dem diesem Land die Rückgewinung von Territorien, die es im 19. Jahrhundert an die USA verloren hatte, versprochen wurde, falls es seinerseits den USA den Krieg erklären würde („Zimmermann-Depesche“).

503 Gemeint sind: König Peter I. von Serbien; dieser hatte kurz vor Kriegsausbruch 1914 die Regierungsgeschäfte seinem Sohn Alexander (I.) als Regenten übergeben; König Nikola I. von Montenegro ging 1915 ins italienische Exil.

504 Hinzu kommt die während der russischen Februarrevolution erzwungene Abdankung des russischen Zaren (am 15. März 1917).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

würde. Nach ihm neuerdings aus Italien zugegangenen zuverlässigen Nachrichten sei in den Ein- und Auslauf der Schiffe dort seit der Einsetzung des uneingeschränkten U-Bootkrieges keine wesentliche Änderung herbeigeführt. Er habe zuerst geglaubt, daß Italien wegen seiner Lebensmittel- und Kohlennot bald zusammenbrechen werde, nach den jetzt eingegangenen Nachrichten könne er indessen nicht auf schnelle Wirkung hoffen.

Auf der anderen Seite steht aber fest, daß unsere Lebensmittelschwierigkeiten wüchsen; wir würden ja nach den Erklärungen des Kriegsernährungsamts durchkommen, aber die großen Schwierigkeiten, die hierbei zu überwinden seien, würden wahrscheinlich dahin führen, daß Arbeitseinstellungen und Unruhen in großem Umfange eintreten würden, und diese Schwierigkeiten würden noch in ihren Äußerungen und Wirkungen verschärft werden durch die politische Unzufriedenheit im Innern und durch das unausgesetzte Hämmern des Auslandes in dieser Richtung.

Er sähe deshalb unseren gegenwärtigen Zustand als sehr ernst an und halte sich verpflichtet, dieser monarchischen und dynastischen Gefahr vorzubeugen, soweit es in seiner Hand stehe. Er habe bisher an eine Änderung des Wahlrechts während des Krieges nicht herantreten wollen; nun hätten sich aber inzwischen die unglücklichen Vorgänge im Herrenhaus ereignet, wo sich im Anschluß an eine verhältnismäßig unbedeutende Vorlage – das Diätengesetz – hochpolitische Debatten angeschlossen hätten[505]. Diese hätten im Reichstage ein unliebsames Echo gefunden, welches noch verschärft sei durch die infolge der russischen Revolution veranlaßte allgemeine Nervosität. Die Einsetzung des Verfassungsausschusses durch Beschluß des Reichstags[506] bedeute einen Sieg der Demokratie, da die Konservativen seines Erachtens unrichtigerweise gegen den Antrag gestimmt und dadurch dem Antrage den rein geschäftsmäßigen Charakter genommen hätten. Durch alle diese Vorgänge sei in Verbindung mit den bestehenden Nahrungsschwierigkeiten eine hochgradige nervöse Stimmung in unser Land hineingetragen. Jetzt sei es erforderlich, daß die Staatsregierung die Führung energisch in die Hand nehme, sonst würden ihr die Zügel entgleiten und niemand könne wissen, wohin wir treiben wür-

[505] Am 9. März 1917 hatte das Preußische Herrenhaus den Gesetzentwurf betreffend die Gewährung freier Eisenbahnfahrt und Neuregelung der Diäten für die Mitglieder des Abgeordnetenhauses abgelehnt. Die Debatte darüber glitt hinüber in staats-und verfassungsrechtliche Diskussionen allgemeinerer Art. Die Debatte wurde dann auch am 14. März vom Abgeordnetenhaus aufgenommen. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 272–277, 288–302, 349–355. Die dann im Reichstag über brennende Fragen des Tages (Wahlreform, Polenpolitik, USA, Rußland) geführte Debatte vom 29. März ebenda S. 350–375.

[506] Der Reichstag hatte im Zuge der Osterbotschaft des Kaisers am 30. März 1917 einen Verfassungsausschuß eingesetzt. Dieser konstituierte sich im April und beschloß in zahlreichen Sitzungen zwischen dem 2. und 22. Mai ein Reformprogramm. Vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte V S. 140–151. In weiteren Sitzungen vom 3. bis 6. Juli befaßte sich der Verfassungsausschuß mit Reformen sowohl des Reichstagswahlrechts als auch des preußischen Wahlrechts. Er wurde jedoch am 6. Juli von dem sich neu konstituierenden „Interfraktionellen Ausschuß" der Mehrheitsparteien des Reichstags überspielt. Vgl. ebenda S. 288–296.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den unter den Einwirkungen, welche die russische Revolution und die amerikanische Kriegserklärung auf Deutschland ausübe. Ein handelndes Eingreifen des Staatsministeriums denke er sich in der Form, daß Seine Majestät zu Seinem Volke spreche; einen anderen Weg wisse er zurzeit nicht. Wenn der König diesen Weg beschreite, so müsse er auch über das Wahlrecht sprechen, da dieses zweifellos im Mittelpunkt der politischen Bewegung im Lande stehe. Es genügt jetzt auch nicht, wenn wieder in allgemeinen Redewendungen Erklärungen abgegeben würden, wie dies bereits in der Thronrede im Januar 1916[507] und einigen späteren Erklärungen vom Regierungstisch aus geschehen sei. Es müsse jetzt ein positives Ziel gezeigt werden, und dafür bleibe nichts anderes übrig als die Verheißung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts. Das sei ein ernster und schwerer Entschluß. Ganz abgesehen von den dadurch bedingten gewaltigen Meinungsverschiedenheiten, bedeute er eine völlige Verschiebung der Machtverhältnisse in Preußen und sei daher für unser ganzes Staatsleben von einschneidender Bedeutung.

Gleichzeitig sei eine Reform des Herrenhauses notwendig. Bisher habe diese Frage keine aktuelle Bedeutung gehabt, aber die Haltung des Herrenhauses in den letzten Wochen mache es notwendig, die Reform jetzt gleichzeitig mit der des Abgeordnetenhauses in Angriff zu nehmen. Das Herrenhaus müßte im besten Sinne des Wortes eine konservative Kammer sein und bleiben, ein richtiger Regulator im konservativen Sinne gegen etwa zu weitgehende radikale Tendenzen der zweiten Kammer. Unter diesem Gesichtspunkte müßten die Befugnisse des Herrenhauses namentlich in finanzieller Hinsicht weiter ausgebaut werden.

Im ganzen betrachtet lägen die Dinge so: Es sei unausbleiblich, daß eine Folge dieses Krieges ein starkes Anwachsen des demokratischen Gedankens werde. Es werde unmöglich sein, dieses Anwachsen zu verhindern, es könne vielmehr nur darauf ankommen, es in Bahnen zu leiten, in denen das Staatswesen möglichst wenig Schaden erleide. Das sei am sichersten zu erreichen, wenn die Monarchie sich als eine volkstümliche darstelle. Wolle sie das tun, so müsse sie aus eigenem Antriebe die Führung übernehmen und freiwillig das geben, was ihr sonst in schweren Kämpfen abgerungen werden würde. Solche Kämpfe bedeuten aber in einer Zeit, in der die Throne stark erschüttert seien, eine schwere Gefahr. Er halte es daher für seine Pflicht, den König von Preußen zu diesem freiwilligen Schritt zu veranlassen, solange er ihn noch freiwillig tun könne.

Es sei wahrscheinlich, daß sich die hier und dort neuerdings eingetretenen Arbeitsniederlegungen und Unruhen weiter vermehren würden und daß sie von der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft[508] ausgeschlachtet werden würden, um mit ihnen politische Forderungen zu verbinden und zu ver-

[507] Vom 13. Januar 1916. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 10–13.

[508] Eine fraktionelle Abspaltung von 18 Mitgliedern der SPD im März 1916 unter Führung von Hugo Haase und Georg Ledebour, die dann im April 1918 in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei (USPD) überging.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

folgen, wie das seinerzeit bei den Wahlrechtsdemonstrationen in Friedenszeiten geschehen sei. Wenn sich diese Vorgänge wiederholten und verschärften und dann der König nachgeben wolle oder müßte, so würde die Monarchie im Hinblick auf die Treibereien im Reichstage und Landtage in eine bedenkliche Lage gebracht werden. Es müsse deshalb unter allen Umständen ein Entschluß gefaßt werden zu einer Zeit und in einer Lage, die noch relativ als frei bezeichnet werden könne. Diese Erwägungen hätten ihn zu der Absicht geführt, Seiner Majestät eine Kundgebung nach dem den Herren Staatsministern vorgelegten Entwurfe[509] vorzuschlagen. In diesem an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums gerichteten Erlasse solle der Kaiser die Ziele seiner Regierung darlegen und insbesondere das Staatsministerium beauftragen, ihm alsbald eine Vorlage über eine Neugestaltung des Landstags – Abgeordnetenhaus und Herrenhaus – zu unterbreiten. Das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause solle dabei auf der Grundlage eines allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts aufgebaut werden.

[*Es schließen sich Ausführungen verschiedener Minister an.*]

Der Herr Ministerpräsident trat zunächst der Auffassung des Herrn Kriegsministers[510] entgegen, daß eine Reform des Herrenhauses in konservativem Sinne nicht möglich sei, denn die Reformvorschläge würden dem gegenwärtigen Abgeordnetenhause vorgelegt werden, und dabei sei keine Gefahr vorhanden, daß auf eine demokratische Zusammensetzung des Herrenhauses hingewirkt werden würde. Die Bedenken des Herrn Landwirtschaftsministers, des Herrn Kultusministers und des Herrn Ministers des Innern[511] gegen seine Vorschläge seien sehr ernst und würden von ihm voll gewürdigt. Er werde sie dem Kaiser in extenso vortragen. Auch er sei durch die Sache selbst sehr bewegt, habe aber im Gegensatz zu dem Herrn Kultusminister die Überzeugung, daß gerade die Unterlassung seiner Vorschläge der Anfang vom Ende bedeuten würde.

Aus den bisherigen Erörterungen glaube er folgende Schlußfolgerungen ziehen zu können:

Die Reform des jetzigen Wahlrechts sei von allen Staatsministern als notwendig anerkannt. Das Pluralwahrecht sei von der großen Mehrheit nicht mehr als ausreichend angesehen. Daraus sei von einer Mehrheit der Herren Minister gefolgert und von dem Herrn Handelsminister[512] mit besonderer Schärfe ausgeführt, daß dann nur das allgemeine gleiche Wahlrecht übrig bleibe. Sodann sei die Mehrheit der Herren Staatsminister der Auffassung, daß die Regierung die Führung in der Hand behalten müsse, nicht etwa der einzelnen Herren Minister wegen, sondern weil sonst das ganze System der Regie-

[509] Der Entwurf ist nicht veröffentlicht. Archivalischer Nachweis in: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 188 Anm. 3.

[510] Hermann von Stein.

[511] Clemens Frhr. von Schorlemer, August von Trott zu Solz und Friedrich Wilhelm von Loebell.

[512] Reinhold von Sydow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rung ins Wanken geraten würde. Wenn jetzt kein entscheidender Schritt geschehe, würde sich die Regierung zwischen zwei Stühle setzen. Er würde insbesondere nicht wissen, welchen Standpunkt er dem Verfassungsausschusse des Reichstags gegenüber einnehmen solle. Wenn er dort aber überhaupt nichts sagen könne, so würde er die Führung verlieren.

Was die Wahl des Zeitpunktes anlange, so müsse doch mit größeren Unruhen um die Mitte des Monats gerechnet werden. Aus gewerkschaftlichen Kreisen sei ihm bereits gesagt, daß sie die Arbeitermassen immer mehr aus der Hand verlören. Nach einer im Kriegsernährungsamt stattgehabten Besprechung sei die unter den Metallarbeitern entstehende Bewegung recht bedenklich. Nach einer Mitteilung des Abgeordneten Schiffer[513] entfalte die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft eine starke Agitation unter Ausschlachtung der Wahlrechtsfrage. Alle diese politischen Dinge spielten doch in die jetzt entstandenen Ernährungsunruhen mit hinein und träten nach den Vorgängen in Rußland und nach der neuerlichen Rede von Wilson[514] stärker in den Vordergrund.

Auf die Einzelheiten der vorgeschlagenen Kundgebung wolle er jetzt nicht näher eingehen. Er behalte sich aber vor, den Wortlaut morgen noch mit den zunächst beteiligten Herren Ministern zu besprechen. Dann werde er ins Große Hauptquartier reisen, um Seiner Majestät Vortrag zu halten. Er habe bei Seiner Majestät schon vorgestern den Gedanken angeregt, durch eine Kundgebung die Führung in die Hand zu nehmen[515]. Dem habe Seine Majestät zugestimmt. Ob sich Seine Majestät für das gleiche Wahlrecht entscheiden werde, wisse er nicht. Er – der Ministerpräsident – sehe durch diese Fragen seine eigene Person in hohem Maße engagiert. Er habe bis dahin eine Politik geführt, durch welche er die großen Massen an die Regierung herangehalten habe, und er glaube mit dieser Politik auch Erfolge erzielt zu haben, obwohl sie stark bekämpft sei. Werde jetzt eine entgegengesetzte Politik eingeschlagen, so sei er ein unmöglicher Mann. Er werde mit sich zu Rate gehen und danach weitere Folgen für die Vorschläge ziehen, die er Seiner Majestät unterbreiten werde. Heute schon möchte er aber den dissentierenden Herren Staatsministern, auf deren politisches Urteil und Mitarbeit er den größten Wert lege, sagen, daß ihm der Ernst der Lage völlig klar sei. Bismarck habe 1866 die Proklamation des allgemeinen Wahlrechts in die Wagschale geworfen, um das Deutsche Reich zu schaffen. Heute sei sie für Preußen vielleicht notwendig, um Preußen und das Reich zu erhalten.

513 Carl M. Schiffer.

514 Vom 2. April 1917, in der er den Kriegszustand mit Deutschland erklärte (Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,2 [1917] S. 875–882).

515 Vgl. oben Nr. 787.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

789. Bethmann Hollweg an Valentini

BA Berlin, R 43/1073, f. 119. Telegramm durch Fernsprecher des AA. Konzept in Maschinenschrift, von Bethmann eigenhändig revidiert.

Zu Rk. 1219. Berlin, 5. April 1917

Minister des Innern, Kultus, Landwirtschafts- und Kriegsminister[516] haben sehr starke Bedenken.

Treffe Sonnabend früh dort ein[517]. Anwesenheit Kronprinzen unter diesen Umständen vielleicht nicht erforderlich.

790. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatdienstbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 5. April 1917

Lieber Herr von Eisendecher!

Herzlichen Dank für ihre freundlichen Worte, die mir wie immer eine besondere Freude waren. Aus den Reichstagsverhandlungen werden Sie gesehen haben, daß die russische Revolution hier in Berlin die Menschen doch sehr nervös gemacht hat. Weniger die Sozialdemokraten als die Freisinnigen und namentlich die Nationalliberalen, die nun durch unüberlegtes Drängen die vorhandenen Schwierigkeiten nur vermehren. Es sind kritische Zeiten. Die Nachrichten aus Rußland schwanken. Ich wage kein Urteil. In diesem Kriege hat sich menschliche Voraussicht zu oft getäuscht. Meine Hoffnung, daß Miljukow[518], um sich vor der anarcho-sozialistischen Revolution zu sichern, Friedensverhandlungen anknüpft, steht auf schwankenden Füßen. Die etwaige Herrschaft von Tscheidse würde, wie ich fürchte, nicht zum Friedensschluß, sondern zur Versumpfung des Krieges und [zu] bedrohlicher Revolutionirung der Welt führen. –

[516] Friedrich Wilhelm von Loebell, Clemens Frhr. von Schorlemer, August von Trott zu Solz, Hermann von Stein. Sie alle waren strikt gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen. Vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 272–273; Kaiser Wilhelm als Oberster Kriegsherr S. 895–896; Riezler, Tagebücher S. 422–424; Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 361–366.

[517] In Homburg, wo sich der Kaiser aufhielt, bevor er ins Große Hauptquartier in Bad Kreuznach umzog. – Zum folgenden: Kronprinz Wilhelm hatte sich in Berlin angemeldet.

[518] Pavel Nikolaevič Miljukov (1895–1943), Außenminister der russischen Provisorischen Regierung März–Mai 1917. – Der im folgenden genannte: Nikolaj Semënovič Čcheidse (1864–1926), Vorsitzender des Exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte in Rußland Februar–August 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ihre persönliche Gewissensfrage beantworte ich mit einem runden Nein[519]. Ich rechne unter allen Umständen mit Ihrer weiteren Mitarbeit, die ich gar nicht entbehren und für deren freudige Leistung ich gar nicht genug dankbar sein kann.

Ich bin auf dem Sprung, zum Kaiser zu fahren. Vor acht Tagen fand ich ihn in bester Verfassung.

Bitte nehmen Sie mit der Kürze dieser Worte vorlieb. Alle meine Empfehlungen der Gebieterin von Ihrem stets freundschaftlich ergebenen

791. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 121–126. MF 996. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 188–189 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 6. April 1917

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Herr Ministerpräsident führte aus: Unter dem Eindrucke der gestrigen Sitzung[520] habe er versucht, für die Kaiserliche Kundgebung über das Wahlrecht einen annehmbaren Weg auch für die Herren Staatsminister zu finden, welche gegen den gestrigen Entwurf ernste und schwere Bedenken geltend gemacht hätten. Der den Herren Ministern inzwischen zugegangene neue Entwurf[521] sei am heutigen Morgen unter Mitwirkung einiger zunächst beteiligter Herren Minister umgearbeitet. Der wesentliche Unterschied gegen den alten Entwurf bestehe darin, daß die Wahlvorlage erst nach dem Kriege eingebracht werden sollte und daß nicht das gleiche Wahlrecht angekündigt werden, sondern nur negativ die Beseitigung des Klassenwahlrechts gefordert werden sollte. Bei dieser Formulierung werde das Pluralwahlrecht nicht ausgeschlossen, er vermute sogar, daß die Öffentlichkeit diese Redewendung als einen direkten Hinweis auf das Pluralwahlrecht auffassen werde. Er bitte, sich über den neuen Entwurf zu äußern.

[*Äußerungen verschiedener Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident kam hierauf auf den Erlaß der Botschaft zurück. Seine Majestät der Kaiser habe bei seinem letzten Aufenthalte im Haupt-

[519] Eisendecher hatte sich in einem Brief an Bethmann Hollweg vom 26. März 1917 einen Wink erbeten, ob er nicht angesichts seines Alters von seinem Gesandtenposten in Karlsruhe zurücktreten solle (PA Berlin, Nachlaß Eisendecher, Privatdienstbrief).

[520] Oben Nr. 788.

[521] Nachweis in: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 188 Anm. 3.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

quartier[522] zu erkennen gegeben, daß Er unter allen Umständen zum Volke sprechen wolle, und zwar zu Ostern. Ob Seine Majestät inzwischen anderer Ansicht geworden sei, wisse er nicht, Seinen persönlichen Standpunkt wolle er nochmals dahin präzisieren, daß er angesichts der überaus ernsten und schweren Situation es auch heute noch für nötig halte, daß Seine Majestät zu Seinem Volke spreche. Daß zahlreiche Kreise der Armee, wie der Herr Kriegsminister[523] es angedeutet habe, gegen eine Demokratisierung des Wahlrechts seien, wisse er sehr wohl. Namentlich in den Kreisen der älteren und höheren Offiziere werde man vielfach durch jeden Gedanken an eine Reform des Wahlrechts ungemein berührt. Er habe indessen den Eindruck, daß diese Herren an der Front das politische Leben, wie es sich hier während des Krieges entwikkelt habe, nicht richtig beurteilen und beurteilen könnten. Unsere Offiziere im Heere – und noch mehr träfe dies für die Marine zu – politisieren jetzt mehr als je. Sie läsen an der Front vorzugsweise die konservativen und gegen seine Politik gerichteteten Zeitungen. In den Mannschafts- und Unteroffizierskreisen herrsche umgekehrt eine mehr demokratische Richtung vor, und dort würden auch überwiegend die linksorientierten Blätter gelesen. Er würde eine Gefahr darin erblicken, wenn der Erlaß in Offizierskreisen eine laute Kritik hervorrufen würde und bei den Mannschaften die umgekehrte Wirkung ausübte. Er habe indessen die feste Zuversicht, daß, wenn Seine Majestät Selber spreche, dies auch seinen Eindruck auf die Offiziere nicht verfehlen werde. Er müsse indessen seinerseits die sehr ernste politische Lage selbst dann berücksichtigen, wenn sie in Offizierskreisen nicht richtig eingeschätzt werde. Im Hauptquartier glaube man vielfach, daß die Staatsmänner daheim eine ungerechtfertigte Nervosität an den Tag legten; aber dort stände man nicht genug im politischen Leben, um die hiesige Situation richtig beurteilen zu können. Er fühle die Verpflichtung in sich, den Ernst der Lage, den er hier empfinde, dort nicht zu verschweigen. Wenn man ohne Rücksicht auf das, was in der Welt vor sich gehe, den alten Weg weitergehen wolle, so käme man zu einer Katastrophe. Deshalb halte er fest an der Überzeugung, daß jetzt eine Allerhöchste Botschaft erwünscht, ja notwendig sei; allerdings würde er sich für den Erlaß der Botschaft nur dann aussprechen können, wenn in ihr auf den Kern der ganzen Sache, auf die Wahlrechtsfrage, eingegangen werde. In diesem Sinne werde er Seiner Majestät Vortrag halten, und es würde von großem Wert sein, sich dabei der Zustimmung des Staatsministeriums bewußt sein zu können. Er bäte die Herren Staatsminister, sich darüber zu äußern, ob er dies annehmen dürfe.

[*Es folgen durchweg zustimmende Äußerungen der anderen Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte hierauf fest, daß das Staatsministerium einstimmig empfehle, daß der König mit dem vereinbarten Entwurfe hervortrete, aber nur dann, wenn in der Kundgebung auch die Wahlrechtsfrage be-

[522] Über die Stimmung dort vgl. Riezler, Tagebücher S. 423–424; Müller, Regierte der Kaiser? S. 271–273; Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 478–479, 895. Vgl. ferner Winzen, Loebell, S. 1010–1029.

[523] Hermann von Stein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rührt werde. Er erklärte, in diesem Sinne Seiner Majestät Vortrag halten zu wollen.

792. Grünau an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/1073, f. 154. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Homburg v.d.H., 6. April 1917, 2 Uhr -- Min. pm.
Ankunft: 6. April 1917, 3 Uhr 5 Min. pm.

Eilt!

Exzellenz v. Valentini läßt telegraphieren:

„Seine Majestät erwarten Euer Exzellenz morgen früh. Abreise nach Kreuznach[524] bis 11 Uhr verschoben. Charleville nicht bestellt. Nach Mitteilung Admirals Müller ist Holtzendorff bei privater Unterhaltung mit Ludendorff auf scharf ablehnende Haltung gestoßen. Dazu aussichtslos, das gleiche Wahlrecht im preußischen Parlament zur Annahme zu bringen und kaum zu vertuschende Uneinigkeit im Staatsministerium. Ich sehe schwerste Krisis, wenn nicht Formulierung gelingt, die Möglichkeit der Verständigung offen läßt[525].“

793. Wahnschaffe an Bethmann Hollweg

BA Berlin, R 43/1073, f. 166. Telegramm in Ziffen. Abschrift in Maschinenschrift. Adressiert an: „Reichskanzler von Bethmann Hollweg Hauptbahnhof Frankfurtmain. Abzugeben Geheimsekretär Pukas. Salonwagen Dzug 202 an 7 Uhr 11.“

Zu Rk 1328. Berlin, 7. April 1917

Euer Exzellenz bitte ich, folgende Gedanken ehrerbietigst vortragen zu dürfen:

Daß das gleich Wahlrecht binnen Jahresfrist kommt, ist sicher. Fraglich nur, ob die Krone es giebt, Dank dafür erntet und es mit nützlichen Kautelen umgeben kann oder ob sie es sich im aussichtslosen Kampf abringen läßt und dann noch einige radikale Konzessionen auch nach der Richtung des parlamentarischen Regimes draufgeben muß. Beschlossener Entwurf hat den Vorzug, die großen Widerstände in wichtigen Schichten nicht so gleich zu entfesseln, nach unten kann er aber nur beruhigend wirken, wenn er die

[524] Wo sich derzeit das Große Hauptquartier befand. – Zum im folgenden erwähnten Charleville: vgl. oben Nr. 789.

[525] In diesem zentralen Punkt gaben Bethmann Hollweg und der Kaiser nach: in der Osterbotschaft wurde das neue Wahlrecht für Preußen nicht schon im Krieg, sondern erst für die Zeit danach versprochen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Thür zum gleichen Wahlrecht aufmacht und so ausgelegt werden kann. Dies wird möglich sein, wenn bald einige Ressorts neu besetzt und einige populäre Persönlichkeiten ins Herrenhaus berufen werden. In 2–3 Monaten wird Entschluß zum gleichen Wahlrecht veröffentlicht werden müssen. Wortfassung, die das ausschließt, wäre verhängnisvoll. Sie stände auch in Widerspruch zur gestrigen Bemerkung der Norddeutschen vom Volkskönigtum der Hohenzollern[526]. Dann besser kurze Wolff-Notiz: „Der König hat das Staatsministerium beauftragt, Ihm den Entwurf eines neuen Wahlrechtes für das Haus der Abgeordneten vorzulegen."

In 8 Wochen wird voraussichtlich das Staatsministerium mehr geschichtliche Kenntnisse haben als heute und einer viel entschiedeneren Kundgebung zustimmen.

794. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

BA Berlin, R 43/1073, f. 171. Telegramm in Ziffern. In Typendruckschrift.

Zu Rk 1328/17. [o. O.] 7. April 1917

Sofort zuzustellen!

Erlaß ist mit den von Ihnen durch Fernschreiber übermittelten Abänderungsvorschlägen unter heutigem Datum Allerhöchst vollzogen und von mir gegengezeichnet[527]. Dabei sind noch folgende Abänderungen vorgenommen:

1. Auf Seite 1 hat der Schluß des dritten Satzes des zweiten Absatzes wie folgt zu lauten:

„den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen"[528].

2. Auf Seite zwei Schluß des zweiten Satzes anstatt

„so schnell es die Kriegslage gestattet"

„so wie es die Kriegslage gestattet".

Exzellenz von Valentini fährt diese Nacht nach Charleville.

---

[526] Das Wort ist in den beiden Ausgaben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. April 1917 so nicht zu finden. Indirekt könnte es verschiedenen Aufrufen prominenter Persönlichkeiten zur Zeichnung der 6. Kriegsanleihe entnommen werden. („Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 95, 6. April 1917.)

[527] Der Erlaß des Kaisers ist an den Reichskanzler gerichtet. Druck (u. a.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte II S. 467–468.

[528] Der Satz lautet in der Endfassung: „Als dem verantwortlichen Kanzler des Deutschen Reiches […] liegt es Ihnen ob, den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen." – Der im folgenden bezeichnete Passus lautet: „Bestrebt, in fest bewahrter Einheit zwischen Volk und Monarchie dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, bin ich entschlossen, den Ausbau unseres inneren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens, so wie es die Kriegslage gestattet, ins Werk zu setzen." – Zahlreiche Versionen der Fassung der „Osterbotschaft" des Kaisers befinden sich in: BA Berlin, R 43/1073.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mit Bezug auf Ihr Telegramm von heute Nacht[529]. Der Erlaß verschließt in keiner Weise die Tür des gleichen Wahlrechts, sondern macht sie tatsächlich auf, wenngleich er allerdings auch die Tür zum Pluralwahlrecht nicht verschließt.

795. Bethmann Hollweg an Lersner

PA Berlin, R 22231. Telegramm in Ziffern. In Typendruckschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 9. April 1917

Nachstehendes Telegramm ist gestern mittag an Generalfeldmarschall gegangen:

„Herrn Generalfeldmarschall von Hindenburg, Großes Hauptquartier.

Nach erneuter Prüfung der wirtschaftlichen und politischen Gesamtlage kann meines Erachtens das Ergebnis der Besprechung vom 3. April über die Teilung der rumänischen Zufuhren zwischen uns und Österreich-Ungarn nicht voll aufrecht erhalten werden. Eine Verbesserung des Verteilungsschlüssels zu unseren Gunsten erscheint aussichtslos und sollte aus taktischen Gründen überhaupt nicht erst verlangt werden.

Ich halte eine Verbesserung des Schlüssels in gewissen Grenzen zu Gunsten Österreichs gegen entsprechende Gegenzugeständnisse für unvermeidbar. Der Umfang unseres Entgegenkommens wird zweckmäßig von dem Verlaufe der Verhandlungen abhängig gemacht. Nach persönlicher Rücksprache mit Exzellenz Michaelis und in dessen vollem Einverständnis empfehle ich, Herrn Michaelis, der hierzu bereit ist, die Führung der Verhandlungen in Wien zu übertragen und ihm zum Abschluß eines nach seinem Urteil für uns erträglichen Abkommens Vollmacht zu geben.

Erbitte Drahtantwort über Einverständnis und Veranlassung entsprechender Weisung an beteiligte militärische Stellen."

796. Bethmann Hollweg an Treutler

BA Berlin, R 43/1073, f. 211. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges Konzept.

Zu Rk 1318[III]. Berlin, 10. April 1917

Antwort auf Tel. 64, 65.

Gesammte liberale Presse hier und in Provinz nach Erlaß sehr zufrieden, auch der „Vorwärts". Die Eigenbrödler von Georg Bernhard[530] und des lokalen

[529] Vgl. die vorangehende Nr. – Zum ganzen: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte V S. 135–138, 151–161.

[530] Georg Bernhard (1875–1944), zweiter Chefredakteur der linksliberalen „Vossischen Zeitung" 1914–1920, danach bis 1930 alleiniger Chefredakteur.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

<Zweiges> durch persönliche Opposition bestimmt. Erlaß läßt völlig freie Bahn für jedes Wahlrecht, das nicht Klassenwahlrecht, also sowohl für allgemeines gleiches wie für allgemeines Pluralwahlrecht. Führung des Königs dadurch betont, daß er jetzt bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums fordert und dabei doch sehr bestimmte Richtlinien aufstellt. Wäre auch entweder das gleiche oder ein Pluralwahlrecht direkt angekündigt, so müßte eine entsprechende Vorlage sofort eingebracht werden, da andernfalls ein Zusammenarbeiten der gegenwärtigen Regierung mit dem Abgeordnetenhaus nicht mehr möglich. Sofortige Einbringung der Vorlage unter den gegenwärtigen Verhältnissen aber unmöglich.

797. Bethmann Hollweg an Valentini

GStAPK Berlin, Rep. 89, Nr. 180, f. 170. Privatdienstschreiben. Behändigste Ausfertigung. In Maschinenschrift. Praes.: 16. April 1917. – Am Kopf eigenhändiger Vermerk Valentinis: „beantw. (nochmals dringend vor gleichem W[ahl] R[echt] gewarnt u. mittlere Linie, durch Loebell verkörpert, empfohlen."

Berlin, 10. April 1917

Hochverehrte Exzellenz!

Verbindlichsten Dank für das Telegramm von gestern, in dem Sie mir von dem befriedigenden Ausgang Ihrer Sendung Mitteilung machen. Auch hier läuft die Sache einstweilen gut. Der Lokalanzeiger[531], der mehr und mehr unter die Herrschaft der Schwerindustrie gerät, versetzt mir zwar einige Eselstritte, und auch Georg Bernhard wird wohl noch nörgeln, aber die für die Massen des Volkes maßgebende Presse, Vorwärts, Volkszeitung[532], Berliner Morgenpost etc., sind gut. Freilich sind wir noch lange nicht über dem Berg. Nur wenn sich unsere militärpolitische Lage in den nächsten zwei, höchstens drei Monaten günstig entwickelt und einen nahen Frieden erhoffen läßt, werden wir mit der Osterbotschaft reichen. Die Aussichten dafür aber sind unsicher und schwach. Die russische Revolution geht für uns schlechte Wege. Sie beraubt zwar für die nächsten Wochen die russische Armee der Stoßkraft, wird aber, wie ich fürchte, nicht zum Frieden führen. Miljukov hat sich auf den Krieg ganz festgelegt und scheint gleichzeitig immer größeren Einfluß auf Kerenski[533] und Tscheidse zu gewinnen. Noch näher wie der Frieden liegt dem letzteren die Revolution bei uns am Herzen, und in diesem Streben finden sie mächtige Helfershelfer um England und Amerika. Daß sich in Rußland ein Chaos in Formen entwicklen sollte, die unsere Radikalen ganz vor der Nachahmung abschrecken würden, glaube ich nicht. Unsere Chancen konzentrieren sich eigentlich allein auf den

[531] „Berliner Lokalanzeiger".

[532] Gemeint ist vermutlich die „Leipziger Volkszeitung" (nicht die „Kölnische Volkszeitung"). Sie war das Sprachrohr des linken SPD-Flügels und erschien von 1898 bis 1933.

[533] Aleskandr Fëdorovič Kerenskij (1881–1970), Chef der russischen Übergangsregierung zwischen Februar- und Oktoberrevolution.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ubootskrieg, und der bleibt, namentlich hinsichtlich des Zeitpunktes seiner Wirkung, immer ganz unsicher. So müssen wir mit der eventuellen Notwendigkeit rechnen, im Sommer durch we<ite>re definitive Konzessionen die innere Stimmung zu retten.

Ich schreibe diese meine Ihnen bereits bekannten Erwägungen nochmals nieder, weil mich Ihre Mitteilung, daß die dortige Umgebung<, in> einem gewissen Gegensatz zu Charleville[534], nach wie vor ablehnend ist, <noch> mehr nachdenklich stimmt. Wenn ich auch nicht glaube, daß der Kaiser dadurch wankend wird, so bedeutet es doch auf die Dauer eine für die Allerhöchste Person unerträgliche Belastung, wenn in wichtigsten politischen Fragen die ihr persönlich am nächsten stehenden Generale am entgegengesetzten Strange ziehen. Kreuznach wird da wohl dauernd in Opposition bleiben, und dieser Gegensatz muß hingenommen werden. Aber die maison militaire[535] sollte dem Kaiser in den einmal gefaßten Beschlüssen stützen anstatt zu beunruhigen.

Wollen Euer Exzellenz die Güte haben, diesem Gedanken nachzugehen. Vielleicht findet sich doch eine Lösung, die Besserung verspricht.

Zur Information über die Stimmung im Süden gestatte ich mir, Abschrift eines Schreibens beizulegen, das der bayerische Kriegsminister von Hellingrath[536] an den Grafen Hertling gerichtet hat.

Mit verbindlichen Empfehlungen
in alter Verehrung
Euer Exzellenz
ergebenster

798. Bethmann Hollweg an Breitenbach

BA Berlin, R 43/1073, f. 248–249. Schreiben. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu Rk.1375/17. Berlin, 11. April 1917

Sehr geehrter Herr von Breitenbach!

E.E. haben mir durch Ihren gütigen Osterbrief eine ganz besondere Freude bereitet, für die ich Sie bitte, meines herzlichsten Dankes versichert zu sein. Sie wissen, wie hoch ich Ihre Mitarbeit schätze, wie ich auf dieselbe für alle nur absehbare Zukunft zähle und wie tief dankbar ich Ihnen bin, daß Sie mich in diesen Tagen schwerster Entschlüsse so nachhaltig unterstützt haben. Mir

534 Dem Hauptquartier des Kronprinzen Wilhelm. – In der Umgebung des Kaisers waren z. B. Admiral Müller für, General Plessen gegen Bethmann Hollwegs Vorgehen in der preußischen Wahlrechtsfrage.

535 Die Umgebung des Kaisers.

536 Philippp von Hellingrath (1862–1939), General der Kavallerie; bayerischer Kriegsminister 1916–1918. – Sein Schreiben an Hertling vom 2. April 1917 liegt bei: GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 180 f. 171–172.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

selbst befestigt sich auch nach geschehener Tat täglich mehr die Überzeugung, daß sie absolut notwendig und richtig war[a].

Seine Majestät war sehr befriedigt von dem Erlaß und völlig fest in seiner Ansicht trotz ganz ablehnender Haltung des größten Teiles seiner Umgebung.

Unsere Presse ist im Allgemeinen gut, namentlich der Vorwärts sehr verständig, und auf die Blätter, die die Massen beherrschen, muß es mir im gegenwärtigen Augenblick in erster Linie ankommen. Auch im Ausland hat der Erlaß großen Eindruck gemacht. Die Franzosen zerpflücken ihn in einer Weise, die zeigt, wie unangenehm er ihnen ist.

Die Nachrichten aus Rußland schwanken außerordentlich. Heute überwiegen die Mitteilungen, daß das Chaos immer größer wird, aber morgen kann das Gegenteil der Fall sein. Entscheidend wird wahrscheinlich die Haltung der Armee werden, das aber ist einstweilen ganz unklar und uneinheitlich. Eine schnelle Friedensmöglichkeit sehe ich noch nicht.

Meine Geschäfte sind auch über Ostern lebhaft geblieben, und auch heute muß ich Sie bitten, diese Zeilen kurz abbrechen zu dürfen. Mit den besten Wünschen für eine gute Erholung, die ich hoffentlich so bald nicht wieder zu unterbrechen brauche, bin ich in verehrungsvoller Gesinnung

EE.
ergebenster

[a] *Folgt, gestrichen:* Das alte Preußen wandelt sich und manches Wertvolle wird zertrümmert.

799. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 132–144. MF 996. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 189–190 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 1. Mai 1917

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

[*1. Ausbau von Binnenwasserstraßen. – 2. Termin des Landtagsschlusses.* – 3. *Stellungnahme gegenüber dem vom Reichstage beschlossenen Verfassungsausschuß. Bemerkungen Helfferichs.*]

Der Herr Ministerpräsident stellte zunächst fest, daß hinsichtlich der Frage I, Wahlrecht der Bundesstaaten, der Ansicht des Herrn Staatsministers Dr. Helfferich, daß die Reichsregierung in ihrer bisherigen Stellungnahme festhalten müsse[537], allseitig beigetreten werde.

[537] 1. Die Reichsregierung könne in Verfassungsfragen der beiden Mecklenburg nicht eingreifen, obwohl in der Sache etwas geschehen müsse. 2. In größeren Städten solle die Wahlkreiseinteilung neu geordnet werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Zu Frage II, Reichstagswahlrecht und insbesondere Wahlkreiseinteilung, werde man erst dann eine sichere Stellung nehmen können, wenn man in der preußischen Wahlrechtsfrage klarer sehe. Allerdings werde eine Vermehrung der Zahl der Reichstagsabgeordneten stattfinden müssen. Eine bestimmte Stellungnahme der Reichsregierung im Ausschusse sei zu vermeiden, bis Fühlungnahme mit den einzelnen Bundesstaaten stattgefunden habe. Dies sei um so mehr erforderlich, als die süddeutschen Staaten bei einer Vermehrung der Zahl der Abgeordneten benachteiligt werden würden.

Allerdings erscheine ihm eine Haltung der Reichsregierung ohne jene Direktive bedenklich, da dann die Gefahr entstehe, daß der Ausschuß den Gang der Verhandlungen allein bestimme.

Auf Anfrage des Herrn Kriegsministers, ob der Reichstag das Recht habe, einen Verfassungsausschuß einzusetzen und ob die Reichregierung die Pflicht habe, sich an den Beratungen zu beteiligen, erwiderte

der Herr Ministerpräsident, daß die erste Frage nach der Reichsverfassung unzweifelhaft bejaht werden müßte. In der zweiten Frage würde es besonders in der jetzigen Zeit mit ihrer politischen Hochspannung ein schwerer taktischer Fehler sein, wenn die Reichsregierung es ablehnen würde, an den Verhandlungen des Verfassungsausschusses teilzunehmen.

[*Ausführungen anderer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident wies darauf hin, daß man sich hinsichtlich des neuen preußischen Wahlrechts erst ein Bild machen könne, wenn bestimmte Vorschläge vorlägen.

Zu der Frage der Wahlkreiseinteilung im Reiche stellte er die übereinstimmende Ansicht des Staatsministeriums fest, daß die Reichsregierung im Verfassungsausschusse zunächst eine abwartende und zuhörende Stellung einnehmen solle, andererseits aber doch, falls sich eine Majorität in dem Verfassungsausschusse für einen Vorschlag zu finden scheine, wieder die Führung zu erhalten versuchen müsse.

[*Es folgen Ausführungen Helfferichs.*]

Der Herr Ministerpräsident wies darauf hin, daß die Forderung, Parlamentarier zu Ministern zu ernennen[538], eine vollständige Umstürzung der Reichsverfassung bedeuten würde. Bei den Verhältnissen des Deutschen Reichs wäre der Gedanke praktisch gänzlich unausführbar. Ebenso unausgetragen sei der Gedanke eines Koalitionskabinetts. Sobald ein Parlamentarier Minister werde, würde er sofort den Anhang in seiner Partei verlieren. Parlamentarische Minister ohne parlamentarisches System seien eine Unmöglichkeit. Letzteres sei in Deutschland und Preußen undurchführbar.

Die Forderung einer engeren Fühlungnahme zwischen Regierung und Parlament sei auch unberechtigt. Diese Fühlung sei gerade jetzt im Kriege so eng wie möglich gewesen. Beinahe wäre dadurch der Bundesrat etwas in das Hin-

[538] Laut Helfferich hatten das die Nationalliberalen gefordert.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tertreffen gekommen. Hieraus könnten die Schwierigkeiten entstehen, die unbedingt vermieden werden müßten.

Auch in dieser Beziehung würden also die Verhandlungen im Verfassungsausschusse keine nennenswerten Ergebnisse zeitigen.

Er trete daher der Ansicht des Herrn Staatssekretärs Dr. Helfferich bei, daß die Reichsregierung sich in allen diesen Fragen zunächst abwartend und lediglich zuhörend verhalten solle.

Was die Frage der Ernennung von Reichsministern betreffe[539], so sei diese Forderung schon deshalb unerfüllbar, weil dadurch der Bundesrat vollständig ausgeschaltet werde. Schon jetzt fühlten sich die größeren Bundesstaaten dadurch zurückgesetzt, daß wichtige Gesetzentwürfe erst im preußischen Staatsministerium durchberaten würden, ehe sie selbst etwas davon erführen. Es sei daher schon mehrfach von größeren Bundestaaten die Forderung erhoben worden, daß sie vor dem preußischen Staatsministerium zu den beabsichtigten Gesetzesvorlagen gehört würden. Diese Forderung könne grundsätzlich nicht als berechtigt anerkannt werden. Praktisch müsse es aber so gehandhabt werden, daß möglichst vor Einbringung der Gesetzentwürfe beim preußischen Staatsministerium auch mit den größeren Bundesstaaten Fühlung genommen werde. Dies empfehle sich besonders dann, wenn bereits die hauptsächlich beteiligten preußischen Minister unter der Hand ihr Einverständnis zu den Maßnahmen erklärt hätten.

[*4. Erklärungen Helfferichs und des Handelsministers zur Arbeiterfrage*.]

800. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

PA Berlin, R 5262. Immediatschreiben. Revidiertes Konzept in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] [Berlin] 5. Mai 1917

Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät habe ich die Ehre, alleruntertänigst nachstehendes vorzutragen:

Die Dauer von drei Monaten hat genügt, um die Wirkung des uneingeschränkten Unterseebootkrieges auf England zu erweisen. Unsere Feinde haben sich in der Behauptung gefallen, daß der rücksichtslose Unterseebootkrieg den letzten Verzweifelungsschritt Deutschlands bedeute und daß, wenn auch dieses Mittel versage, das Schicksal der Zentralmächte besiegelt sei.

Die Erfahrungen der letzten 3 Monate und die unvergleichlichen Leistungen unserer Marine haben unsere Gegner, insbesondere England, eines anderen belehrt. Die nervösen Auslassungen der britischen Staatsmänner[540] liefern

[539] Statt von Staatssekretären des Reichs, die auf Vorschlag des Reichskanzlers vom Kaiser ernannt wurden.

[540] Vgl. z. B. Lloyd Georges Rede zur Lage in Carnarvon am 3. Februar, die Rede Carsons im Unterhaus am 21. Februar, Lloyd Georges Rede am 23. Februar und 12. April 1917 in:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den unwiderleglichen Beweis, daß man in England beginnt, sich des vollen Ernstes der Lage bewußt zu werden [a]und daß die Durchführung des Unterseebootkrieges unseren gefährlichsten Gegner zur Vernunft bringen wird.

Eine Koalition wie heute wird England niemals wieder gegen uns zusammenbringen.[a] Es ist daher verständlich, daß England[b] alles aufbietet, um uns zu vernichten, ehe es selbst gezwungen wird, uns zu weichen. Man hofft in London offenbar noch, daß wirtschaftliche Schwierigkeiten uns gefügig machen werden, bevor man selbst zum Nachgeben gezwungen wird.

Bei dieser Sachlage ist es mit Rücksicht auf die bei uns und einem Teil unserer Verbündeten herrschende Knappheit an Lebensmitteln von großer Bedeutung, die uns aus dem neutralen Ausland noch immer zufließenden Nahrungsmittel auch weiterhin sicherzustellen. Dieser Aufgabe dient unter anderem das sogenannte deutsch-dänische Lebensmittelabkommen[541].

Das Abkommen ist kein schriftlicher Vertrag, sondern eine formlose Vereinbarung, die seinerzeit getroffen wurde, um den Export dänischer landwirtschaftlicher Produkte in einem für uns günstigen Sinne zu regeln. Uns wurde darin eine höhere Quote zugesichert als England. Dänemark hat bezüglich dieser Quote seine Verpflichtung strikte und loyal innegehalten und auch nach dem Beginn des verschärften Unterseebootkriegs die für Deutschland festgelegte Quote nicht nur aufrecht erhalten, sondern erhöht.

Bezüglich der Auslegung des Lebensmittelabkommens, das in Übereinstimmung mit dem Admiralstab der Marine bei Beginn des uneingeschränkten Unterseebootkriegs unsererseits nicht gekündigt wurde, besteht eine Verschiedenheit in der Auffassung des Admiralstabes der Marine und derjenigen der dänischen Regierung. Diese vertritt den Standpunkt, daß dänische Schiffe mit dänischen nach England bestimmten Lebensmitteln oder landwirtschaftlichen Produkten außerhalb des Sperrgebietes zu schonen und nicht aufzubringen sind. Der Admiralstab vertritt demgegenüber die Auffassung, daß nur die direkte Fahrt von Dänemark nach England bis zum Sperrgebiet unter das Lebensmittel-Abkommen fällt.

Dänemark hat etwa vier Wochen nach Einsetzen des uneingeschränkten Unterseebootkrieges begonnen, Lebensmittel und landwirtschaftliche Erzeugnisse nach norwegischen, also neutralen Häfen zu schicken (insbesondere Bergen). Diese Lebensmittel waren teilweise für England bestimmt und hielten sich innerhalb, zum Teil sogar unter der Grenze der für England festgesetzten Quote. Bei einer Besprechung, die am 25. Februar d. J. im Großen Hauptquartier stattfand, wurde hervorgehoben, daß die Fahrt von einem dänischen nach einem norwegischen, also von einem neutralen nach einem anderen neutralen Hafen stattfindet und daß zudem die Möglichkeit besteht, die dänischen Schiffe innerhalb der dänischen, schwedischen bezw. norwegischen Hoheitsgewässer ihr Ziel erreichen zu lassen, sie somit dem Zugriff der Kaiserlichen

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,2 (1917) S. 257–258, 264–265, 266–268, 282–284.

541 Vgl. oben Nr. 602.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Marine außerhalb der Territorialgewässer zu entziehen. Infolgedessen wurde die sogenannte Bergenfahrt freigegeben.

Nachdem sich inzwischen herausgestellt hat, daß die aus den norwegischen Häfen nach England auslaufenden Schiffe nur in den seltensten Fällen innerhalb des Sperrgebiets gefaßt werden können, erklärte der Admiralstab der Marine, in Zukunft sämtliche dänischen Lebensmittelschiffe außerhalb des Sperrgebietes den Regeln des Kreuzerkrieges unterwerfen zu wollen. Euerer Majestät Gesandter in Kopenhagen hat diesem Standpunkt gegenüber darauf hingewiesen, daß die dänische Regierung in einem solchen Vorgehen die Kündigung des Lebensmittelabkommens erblicken und ihrerseits die entsprechenden Folgen ziehen würde. Dahin gehört zunächst die Einstellung der Pferdeausfuhr nach Deutschland. Der Marineattaché Kapitän von Fischer hat Mitte März d. J. dem Grafen Brockdorf-Rantzau erklärt, er teile seinen Standpunkt und werde entsprechend an den Admiralstb berichten; er hoffe durchzusetzen, daß die Frage der Schonung der dänischen Lebensmittelschiffe außerhalb des Sperrgebiets in dem von dem Gesandten beantragten Sinne entschieden werde. Graf Rantzau telegraphierte daher am 21. März, er bitte angesichts der Stellung, die der Admiralstab der Marine in einer Unterredung mit dem Legationsrat Dr. Toepffer[542] eingenommen hatte, zunächst die Wirkung des Berichtes des Kapitäns von Fischer an den Admiralstab abzuwarten. Da inzwischen eine Meldung des Marineattachés an den Gesandten nicht eingegangen ist, hat Graf Rantzau angenommen, daß Kapitän von Fischer den von ihm vertretenen Standpunkt bei seiner vorgesetzen Behörde zur Geltung gebracht habe und daß die Frage, wie Kapitän von Fischer betont hatte, praktisch nicht aktuell werden werde.

Ich halte es für sehr unwahrscheinlich, daß wir die Pferdeausfuhr durch Repressalien – etwa durch Sistierung der Kohleausfuhr nach Dänemark – erzwingen könnten, ich sehe vielmehr voraus, daß eine Repressalie der anderen folgen würde und daß, ohne ein positives Resultat, die wirtschaftlichen wie politischen Beziehungen beider Länder auf das schwerste leiden werden. Durch die Torpedierung dänischer Schiffe, die aus England Kohlen nach Dänemark bringen, ist ohnehin in Dänemark eine nervöse Stimmung geschaffen, die unlängst in der Sitzung des dänischen Industrierates anläßlich der 100jährigen Stiftungsfeier dieser Körperschaft, in Gegenwart des Königs[543], Ausdruck gefunden hat.

Bisher handelt es sich um wirtschaftliche und politische Fragen, Stimmungen und Verstimmungen. Anders liegt der Fall in dem Augenblick, wo wir, wie es der Admiralstab der Marine vorgeschlagen hat, dazu schreiten sollten, einen militärischen Druck auf Dänemark auszuüben, um es uns wirtschaftlich gefügig zu machen. Daß Dänemark entschlossen ist, niemals aktiv in den Krieg einzugreifen oder gar militärisch auf die Seite unserer Feinde zu

[542] Hellmut Toepffer (1876–1947), Legationsrat; unbesoldeter Sachverständniger des Generalkonsulats und der Gesandtschaft Kopenhagen 1915–1919.

[543] Christians X.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

treten, steht fest. Die Politik, die Herr von Scavenius uns gegenüber bisher geführt hat, ist nicht nur loyal-neutral, sondern freundschaftlich gewesen. Der Minister ist gewillt, diese Politik unverändert weiter zu vertreten. Ich würde es daher für unverantwortlich halten, um wirtschaftliche Fragen zu lösen, mit militärischem Druck vorzugehen. Dadurch würde unser nachbarliches Verhältnis zu Dänemark, das im Begriff steht, sich aussichtsreich für die ganze Zukunft zu entwickeln, ein für alle Mal untergraben und unsere gesamte skandinavische Politik nach Beendigung des Krieges zunichte gemacht werden. Wir brauchen Dänemark als neutralen Makler, um nach Friedensschluß Beziehungen zu den Staaten, mit denen wir jetzt im Kriege liegen, anzuknüpfen und unser Wirtschaftsleben wieder aufzurichten.

Männer von der internationalen Bedeutung des Direktors der Ostasiatischen Kompagnie, Etatsrat Andersen, und des Direktors der dänischen Landmansbank, Etatsrat Glückstadt[544], die auch bei unseren Gegnern Vertrauen genießen, haben sich neben anderen prominenten dänischen Persönlichkeiten uns zur Verfügung gestellt und ihre Bereitwilligkeit, mit uns zu arbeiten, schon praktisch bewiesen. Wenn wir aber aus wirtschaftlichen Gründen militärisch gegen Dänemark vorgehen, wird die politische Existenz Dänemarks vernichtet, und die Gegnerschaft der beiden skandinavischen Länder ist uns sicher.

Die Auffassung, daß wir durch eine Besetzung Dänemarks uns wirtschaftlich die Vorteile sichern könnten, die das Land uns freiwillig nicht geben will, ist völlig irrtümlich. Das Wirtschaftsleben Dänemarks würde vielmehr sofort stillstehen und die regelmäßige Quelle, die bisher von dort nach Deutschland fließt (es handelt sich um 40–50 Millionen [Mark?] landwirtschaftlicher Produkte im Monat), sehr schnell versiegen.

Unter diesen Umständen müssen wir zunächst die wirtschaftlichen Folgen in Rechnung stellen und abwägen, ob diese den Schritt rechtfertigen oder nicht.

Es handelt sich um eine Zufuhr nach England, die, wenn anders es möglich ist, das Sperrgebiet aufrechtzuerhalten, innerhalb dieser Zone verhindert werden kann. Durch ein Aufbringen der dänischen Lebensmittelschiffe außerhalb des Sperrgebiets wird zudem die Zufuhr nach England niermals endgültig lahmgelegt werden. Dänemark aber würde zu der Überzeugung kommen, daß wir, um England zu treffen über die Neutralen, zur Tagesordnung übergehen. Im übrigen wird durch die dänische Zufuhr England keinesfalls wirtschaftlich derart gestärkt, daß seine Widerstandskraft dadurch auf die Dauer wesentlich erhöht werden könnte.

Sentimentalitäten sind niemals, heute sicher weniger als je, am Platz. Wir müssen selbstverständlich ohne Rücksicht auf die Existenz jedes anderen Volkes nur unseren eigenen Vorteil verfolgen. Durch die Maßnahmen, die der Admiralstab der Marine Dänemark gegenüber plant, wird, meines ehrerbietigsten Erachtens, dieser Vorteil aber nicht gewahrt.

[544] Emil Raffael Glückstadt (1875–1923), dänischer Bankdirektor.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Euere Majestät wage ich daher alleruntertänigst zu bitten, mich huldvollst ermächtigen zu wollen, dem Standpunkt der Dänischen Regierung betreffend die Behandlung der Lebensmitteltransporte a u ß e r h a l b des Sperrgebiets beizutreten, um das Lebensmittelabkommen mit Dänemark und dessen wohlwollende Neutralität uns gegenüber auch weiterhin sicherzustellen.

[a–a] *Dieser Passus im Konzept gestrichen.*
[b] *Geändert aus*: es.

801. Bethmann Hollweg an Valentini

PA Berlin, R 22254. Telegramm. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 9. Mai 1917

Unter Bezug auf mein heutiges Telegramm vom 8. d. M.

Im Reichstag scheinen sich die Mitglieder des Verfassungsausschusses[545] weiter zu überzeugen, daß sie in Sachen der Kommandogewalt keine Torheiten begehen dürfen. Einer der Antragsteller erklärte vertraulich, wenn der Antrag auf Gegenzeichnung der Offizierspatente ins Plenum käme, so würde die Regierung durch seine Ablehnung einen Erfolg haben.

Auch Graf Hertling, der noch immer sehr nahe Beziehungen zum Reichstag hat, beurteilt die Situation sehr ruhig und hält es für sehr richtig, sie weiter mit ruhiger Festigkeit zu behandeln.

Große Schwierigkeiten können aus der Interpellation über Elsaß-Lothringen[546] entstehen. Ich halte es für dringend notwendig, Seiner Majestät über diese Frage Vortrag zu halten, und zwar schon in den nächsten Tagen, da die Interpellation schon in der nächsten Woche verhandelt werden soll. Der Reichstag will vor Himmelfahrt[547] auseinandergehen. Wir haben kein Interesse daran, ihn länger hier zu halten.

Ich bitte dringend, mir in Gemeinschaft mit dem Staatssekretär des Innern für Freitag einen Vortrag zu erwirken. Ich müßte aber Gelegenheit haben, an diesem oder dem nächsten Tage die Gesamtsituation in Ruhe mit Seiner Majestät besprechen zu können.

[545] Einer der Beschlüsse des Verfassungsausschusses (oben Nr. 788 und Anm. 506) betraf die Änderung des Militärrechts: Der Kaiser sollte verpflichtet werden, die Ernennung und Entlassung von Offizieren nur noch mit Gegenzeichnung des Kriegsministers vorzunehmen.

[546] Dessen künftige Gestaltung, besonders seine evenutelle Aufteilung unter mehrere Bundesstaaten (Preußen, Bayern, Baden). Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 589–590. – Es kam im Reichstag am 15. Mai 1917 zu einer Interpellation über die Kriegsziele, nicht speziell über Elsaß-Lothringen. – Vgl. auch unten Nr. 806.

[547] 1. Juni 1917. – Der Reichstag ging am 16. Mai auseinander und trat am 5. Juli bereits wieder zusammen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

802. Aufzeichnung K. von Weizsäckers

HStA Stuttgart, Nachlaß K. v. Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Eigenhändig.

[Berlin] 8.–13. Mai 1917

Persönlich. Äußerungen des Reichskanzlers am Abend des 8. Mai 1917 unter 4 Augen im Reichskanzlerpalais nach dem Essen

In der Marokkosache[548] haben die Konservativen von ihm den Krieg verlangt im Interesse einer konservativen Wendung im Innern. Nach Ausbruch des Kriegs nach seiner Rechtfertigung des Satzes, daß es „keine Parteien mehr gebe“ am 4. August 14[549] im Reichstag, haben die Konservativen von der allgemeinen vaterländischen Stimmung sich ausgeschlossen. Sein Blick auf die stillschweigenden Konservativen, die eiskalt dasaßen, sei ihm ein furchtbarer Moment seines Lebens gewesen. Belgien habe er so wie geschehen im Reichstag behandeln müssen, denn nur so habe er die Socialdemokraten für die vaterländische Sache gewonnen.

Welche andere innere Politik hätte er in den letzten 10 Jahren führen können! Er habe nach allen Seiten Rücksicht nehmen müssen. Im Jahr 1885 habe ihm Bismarck gesagt, nur im Wege des Lavirens könne er die Geschäfte führen. Wie hätte er, Bethmann, es anders machen können. Wie, namentlich dann, wenn man sich wie er, Bethmann, in seinem Amte innerlich allen Deutschen vorstehend und verpflichtet fühle. Seit 1915 sei er überzeugt, daß, wenn die Regierungen nicht rechtzeitig Frieden machen, die Völker selbst den Frieden schließen werden. Das aber müsse er, Bethmann, zu vermeiden trachten. Der Deutsche sei nicht chauvinistisch; die Alldeutschen seien nicht die Nation. Der Deutsche sei im Kampfe tapfer, aber er sei nicht haßerfüllt gegen seinen Feind. Seine Stellung im Parlament sei sehr schwierig. Er müsse so weit immer möglich zusammenhalten. Durch ein strenges Wort würde er Gefahr laufen zu sprengen. Im Schützengraben sei es leichter zu sein, da könne man sich seine Kugel suchen. Das könne er in der furchtbaren Lage, in der er sei, nicht. Er könne auch versichern, daß er oft die schwersten Seelenkämpfe überwinden müsse.

Aufgezeichnet, den 13. Mai 1917.

Fortsetzung. Zum Schluß bemerkte der Reichskanzler, er befinde sich zur Zeit in einer ernsten Krisis, das weitere werde ich am folgenden Tag in der (2^{n}) Sitzung des Ausschusses für Ausw. Angelegenheiten hören. –

Hertling bestätigt mir, daß die Position des Reichskanzlers gefährdet sei – ob durch das Verhalten des Reichstags-Verfassungs-Ausschusses in Sachen der Kaiserlichen Kommando-Gewalt? Wahrscheinlich. Hertling hat sich

[548] Im Jahr 1911.

[549] Das war das Wort des Kaisers (nicht des Kanzlers) bei Eröffnung des Reichstags am 4. August 1914.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

darüber nicht ausgesprochen. Daneben spielen Differenzen der Reichsleitung mit dem großen Generalstab und dem Admiralstab in der Behandlung der Neutralen in der U-Boot-Sache. Zimmermann sagt, es dürfe kein Neutraler, namentlich kein europäischer Neutraler, mehr in den Krieg hereingezogen werden; Holtzendorff im Gegenteil erklärt, es komme lediglich auf die rasche Beendigung des Kriegs durch die U-Boot-Sache an: übrigens werde weder Holland noch Schweden, noch Dänemark etwas gegen uns wagen, höchstens der englische Vasall Norwegen. Dabei sagt Holtzendorff, man hätte den U-Boot-Krieg schon im letzten Herbst anfangen sollen; über diesen Herbst hinaus könne der U.B.K. schon deshalb nicht weiter geführt werden, weil die Kräfte des Personals dann erschöpft seien. Interessant ist, daß Holtzendorff in seinen Äußerungen ohne Weiteres voraussetzt, daß wir einen Präventiv-Krieg führen. – Auch Admiral Scheer ließ ohne Weiteres durchblicken, daß der Abgang des Reichskanzlers erwünscht sei.

Holtzendorff, der vor einigen Tagen in Wien mit Kaiser Karl konferirte, sagt, er habe von dem Kaiser sehr gute Eindrücke erhalten, aber über den Herbst hinaus seien nach seiner Ansicht die Österreicher nicht mehr im Stand mitzutun. Czernin habe ihm, Holtzendorff, gesagt, Österreich bleibe Deutschland treu, aber an einem in Stücke zerfallenden Österreich habe doch auch Deutschland kein Interesse. – In Berlin rechnet man weithin mit dem Abgang des Reichskanzlers; Holtzendorff meint, der Kaiser spreche sich ihm gegenüber dahin aus, „Bethmann bedenkt alles vortrefflich, aber zu den guten Entschlüssen muß man ihn immer schieben." Ob Holtzendorff zu denjenigen gehört, die auf den Sturz des Reichskanzlers hinarbeiten, ist mir nicht sicher. Hertling stellt sich auf die Reichskanzlers-Seite, um in bayerischem Interesse für alle Fälle sicher zu sein, und wirkt auf den linken Flügel des Zentrums besänftigend ein.

In Berlin wird als Nachfolger des Reichskanzlers zur Zeit General v. Gallwitz genannt, ebenso Ludendorff. Diesen bezeichnet Graevenitz[550] als vernünftigen, ruhigen Erwägungen zugänglich, der auch auf Andere höre; Ludendorffs Stab sei keinesweg ein überwiegender „Gardestab".

[*Äußerungen seines Sohnes Ernst über die deutschen Seekriegspläne. Der Feldzugsplan gegen Dänemark. Mißerfolg der Werbung für eine polnische Armee.*]

Besuch bei S.M. am 11. Mai 1917 in Wiesbaden auf der Rückreise von Berlin

Ich erstattete Vortrag über die Verhandlungen des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten vom 8^{n} u. 9^{n} Mai[551] und über meine Unterredungen

[550] Hans-Joachim von Graevenitz (1874–1938), Mitglied des Direktoriums der Reichsgetreidestelle 1915–1917; Leiter der Reichsfettstelle 1916; Unterstaatssekretär im Reichkanzleramt August–November 1917.

[551] Unten Nr. 957*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mit dem Reichskanzler. Der König billigte[552] die Stellungnahme des R.K.'s in innerer und äußerer Politik vollständig. Ich hob hervor, wie eine Entlassung des R.K's im jetzigen Augenblick von den allerschwersten Gefahren für die inneren und äußeren Verhältnisse in Deutschland begleitet wäre. Der König hob hervor, daß der Kaiser schlechterdings keinen geeigneten Ersatz finden könnte, und die Wahl eines Generals ihm durchaus ungeeignet erschiene, da ein solcher die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen nicht hätte. Ich schlug vor, ob S.M. nicht im Gr. Hauptquartier dem Kaiser von den Sorgen wegen eines Reichskanzlerwechsels sprechen wolle. Der König erwiderte, nach seinen früheren Eindrücken werde der Kaiser schwerlich sich auf Weiteres einlassen. Ich antwortete, der Kaiser habe mir in Stuttgart vor einigen Monaten geklagt, wie schwer es für ihn sei, in diesem [*ein Wort nicht lesbar*] Krieg nunmehr den 3. Generalstabschef zu haben, und ich nehme an, daß der Kaiser von den Deutschland und ihm selbst drohenden Gefahren doch so impressionirt sei, daß er vielleicht doch mehr als früher zugänglich sein werde. Der König sagte, nach seiner, des Königs, persönlicher Veranlagung sei es ihm zweifelhaft, ob er etwas erreiche; er werde aber bei sich bietender Gelegenheit den Versuch machen. Der König ermächtigte mich, jetzt an den R.K. in dem Sinne zu schreiben, wie dies in dem im Concept beiliegenden Brief von mir an den Reichskanzler unter dem 13^{n} Mai geschehen ist.

803. Bethmann Hollweg an Grünau

BA Berlin, R 43/1073, f. 261. Telegramm in Ziffern. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Zu Rk 1910. Berlin, 20. Mai 1917

Für Exzellenz von Valentini.

Exzellenz von Loebell hat mich heute mit der Mitteilung überrascht, er habe mit den Konservativen, Freikonservativen, Zentrum und Nationalliberalen ein Pluralwahlrecht unter der Mitteilung vereinbart[553], weder ich noch das Staatsministerium wüßten etwas von diesem Entwurf, doch hoffe er es im Staatsministerium durchzusetzen. Ich halte den Entwurf einstweilen nicht für annehmbar. Jedenfalls hat Herr von Loebell, was ich ihm nicht verschwiegen habe, damit eine politische Krisis heraufbeschworen, über die ich mit E.E. übermorgen gern sprechen möchte.

Ich fürchte, daß hierdurch der Krone die Freiheit, zwischen den verschiedenen Arten des Wahlrechts zu wählen, genommen werden kann. Wenn die Verhandlungen bekannt werden, und das ist leider sehr wahrscheinlich, wird

[552] König Wilhelm II. von Württemberg.

[553] Vgl. dazu die beiden ausführlichen Privatbriefe Loebells an Valentini vom 18. und 20. Mai 1917 in: Winzen, Loebell S. 1016–1019, 1026–1028. – Der im folgenden erwähnte Entwurf Loebells zum Wahlrecht in Preußen: ebenda S. 1019–1026.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Einführung gerade des Pluralwahlrechtes im höchsten Maße erschwert werden.

804. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 146–153. MF 997. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 190–191 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 23. Mai 1917

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Herr Ministerpräsident führte aus, mit Rücksicht auf die von dem Herrn Minister des Innern mit den Parteiführern über die Wahlreform gepflogenen Verhandlungen[554] halte er eine Besprechung über den Stand der Angelegenheit im Staatsministerium für erforderlich. Der Herr Minister des Innern habe entsprechend dem Standpunkte des Staatsministeriums mit den Parteien Verhandlungen eingeleitet, um zu hören, wie sie zu der Wahlrechtsreform ständen. Diese Verhandlungen hätten unerwartet schnell dahin geführt, daß sich die Konservativen, die Freikonservativen, das Zentrum und die Nationalliberalen auf ein gewisses Pluralwahrecht geeinigt hätten, nachdem der Herr Minister des Innern ihnen statistische Unterlagen zur Bewertung eines solchen Wahlrechts gegeben habe. Der Herr Minister des Innern habe den betroffenen Parteiführen mitteilen lassen, daß er auf dieser Grundlage dem Staatsministerium eine Vorlage machen wolle, wobei er aber betont habe, daß der Ministerpräsident und das Staatsministerium von dem Ergebnisse der Besprechungen noch keine Kenntnis hätten.

Bei den Verhandlungen des Verfassungsausschusses im Reichstage habe das preußische Wahlrecht auch eine große Rolle gespielt. Im Zusammenhang damit hätten er, der Herr Staatssekretär Wahnschaffe, bei gelegentlichen Besprechungen mit Parlamentariern erklärt, das Staatsministerium habe noch keinerlei Beschlüsse gefaßt, habe vielmehr innerhalb der Grenzen der Osterbotschaft[555] völlig freie Hand. Durch die Verhandlungen des Herrn Ministers des Innern mit den genannten Parteien und durch dessen Stellungnahme zu

[554] Loebell war strikt gegen das in der Osterbotschaft angekündigte allgemeine Wahlrecht (wie es im Reichstagswahlrecht seit langem verwirklicht war) und favorisierte ein Pluralwahlrecht. Am 19. Mai hatte er – ohne Rücksprache mit dem Reichskanzler – mit Vertretern der Nationalliberalen, der Freikonservativen, der Deutschkonservativen und des Zentrums Besprechungen über seinen Plan gehabt und deren Zustimmung erhalten. Vgl. Winzen, Loebell S. 1019–1026 (sein Wahlrechtsvorschlag) und S. 1026–1027 (das Ergebnis seiner Besprechung mit den Pareiführern).

[555] Text der Osterbotschaft u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 398–399.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihren Vorschlägen habe die Situation sich nun doch so gestaltet, daß eine Besprechung der Angelegenheit im Staatsministerium erforderlich werde. Persönlich sei er der Meinung, daß das Staatsministerium angesichts des Inhalts des Ostererlasses noch keine bestimmte Stellung nehmen könne, da jetzt noch nicht zu übersehen sei, wie lange der Krieg noch dauern werde. Eine bestimmte Vorlage liege ja dem Staatsministerium noch nicht vor, es sei aber auch abgesehen hiervon gegenwärtig noch verfrüht, das Staatsministerium über die durch den Ostererlaß gezogenen Grenzen hinaus auf ein bestimmtes Wahlprogramm festzulegen.

[*Der Innenminister äußert schwerste Bedenken gegen die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen; er habe die Führer der großen Parteien (außer den Sozialdemokraten) davon überzeugt, daß nur das Pluralwahlrecht für Preußen geeignet sei.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, es sei zweifellos ein Fortschritt, daß sich die Parteien von den Nationalliberalen bis zu den Konservativen auf einer gewissen Grundlage für ein Pluralwahlrecht geeinigt hätten. Er würde es für ein Glück halten, wenn es gelänge, eine tragfähige Grundlage für ein Pluralwahlrecht zu finden, welches uns vor dem gleichen Wahlrecht und dem damit verbundenen zu großen Einflusse der Sozialdemokratie beschützen könne. Ob der jetzt von den Parteien vereinbarte Entwurf eine solche Grundlage sei, könne er noch nicht beurteilen; auch er sei der Ansicht, daß diese Frage erst im Zusammenhange mit der Reform des Herrenhauses entschieden werden könne. Das Herrenhaus müsse ein konservatives Gegengewicht gegen ein liberales Abgeordnetenhaus bilden; in ihm würden berufsständische Vertreter als freie und von einer Wählerschaft unabhängige Persönlichkeiten zur Geltung kommen müssen.

Angesichts der noch bevorstehenden weiteren Erörterungen über das preußische Wahlrecht in der Öffentlichkeit, in der Presse, im Verfassungsausschusse und im Reichstage usw. lege er aber nach wie vor großen Wert darauf, daß er selbst sowohl wie die anderen dazu berufenen Stellen des Reichs vollkommen unbefangen und unbeschränkt öffentlich behaupten könnte, daß das Staatsministerium noch völlige Freiheit der Entschließung besitze. Wenn dies die Auffassung des Staatsministeriums sei, so habe er ferner den Wunsch, daß hiervon auch den beteiligten Parteien Mitteilung gemacht werde. Er glaube auch annehmen zu sollen, daß der Herr Minister des Innern hiermit einverstanden sei; denn wenn dieser auch nur sich selbst den Parteien gegenüber in gewissem Gerade gebunden habe, so wisse doch auch er, daß eine solche Situation im parlamentarischen Leben leicht anders aufgefaßt werde, und dadurch könne das Staatsministerium in eine schiefe Lage geraten.

[*Erklärungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, er sehe ein, daß einer offiziellen Mitteilung an die Parteien die von dem Herrn Minister des Innern vorgetrage-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen Bedenken entgegenständen, er halte es aber für unerläßlich, daß die beteiligten Parteien inhaltlich etwa in der Form orientiert würden, daß ihnen gesagt werde, das von ihnen gelieferte Material sei sehr beachtenswert, es werde durchgearbeitet und demnächst dem Staatministerium vorgelegt werden; jetzt könne das Staatsministerium noch keine Stellung zur Sache nehmen. Hierdurch würde auch eine Erleichterung der Stellung des Staatsministeriums geschaffen werden.

[*Ausführungen weiterer Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident wies den letzten Ausführungen des Herrn Ministers des Innern gegenüber darauf hin, daß die Osterbotschaft die Einbringung der Wahlrechtsvorlage erst nach dem Kriege in Aussicht gestellt habe und dem Staatsministerium bis jetzt überhaupt noch kein Entwurf vorgelegt sei. Aus diesen Gründen könne gesagt werden, daß der Zeitpunkt zu einer Stellungnahme des Staatsministeriums noch nicht gekommen sei.

[*Kurze Einrede des Innenministers.*]

Das Staatsministerium einigte sich hierauf auf folgenden Beschluß:

„Das Staatsministerium nimmt Kenntnis von den Mitteilungen des Herrn Ministers des Innern über die mit den Führern der Konservativen, Freikonservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen wegen der Wahlreform gepflogenen Erörterungen.

Das Staatsministerium ist mit dem Herrn Minister des Innern der Ansicht, daß der Zeitpunkt, um zu der Gestaltung des künftigen preußischen Wahlrechts Stellung zu nehmen, vor Fertigstellung der Vorarbeiten für den ganzen Reformplan nicht gekommen ist, und wünscht, sich die volle Freiheit der Entschließung für die Gestaltung der Wahlreform innerhalb der durch die Osterbotschaft Seiner Majestät des Kaisers und Königs gezogenen Grenzen erhalten zu sehen.

Dem Herrn Minister des Innern wird anheimgestellt, die Vertreter der zu den Erörterungen zugezogenen politischen Parteien in ihm geeignet erscheinender Weise hiervon zu verständigen."

805. Wahnschaffe an Valentini

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 36. Privatdienstschreiben. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 24. Mai 1917

Hochverehrte Exzellenz!

Es ist mir Bedürfnis, Ihnen noch einmal zu danken für die Gelegenheit zu so ausgiebiger Aussprache, wie Sie sie mir gestern unter Verkürzung Ihres kargen Urlaubs gewährt haben. Sie wissen, daß ich kein Pessimist bin. Aber den Einblick, den Ew. Exzellenz mir in die Situation an den entscheidenden Stel-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

len gestatteten, hat mich tief erschüttert. Ich bewundere meinen Kanzler seitdem noch mehr wegen der zähen Tapferkeit, mit der er immer wieder versucht, allen Widerständen und Widerwärtigkeiten Herr zu werden. Aber ich habe nur noch geringe Hoffnung, daß es ihm gelingt, seine Autorität so stark zu erhalten, wie es diese furchbar ernste Zeit erfordert. Der Kampf der O.H.L. gegen ihn ist hier jedem Journalisten und Parlamentarier bekannt. Deshalb ist die Presse nicht mehr zu zügeln, und die alldeutsch-konservativ-schwerindustrielle Fronde treibt schändlichen Mißbrauch mit dem Namen Hindenburg, den dieser unpolitische Nationalheros leider nicht verhindert.

[a]Ich werde mich bemühen, trotz alledem dem Kanzler den Mut zum Ausharren zu stärken, so lange das noch mit seiner Ehre u. Würde verträglich ist.[a] Denn ich sehe in seinem Abgang eine Katastrophe, die uns den Krieg kosten kann.

[b]In der Loebellschen Angelegenheit wurde gestern im Staatsministerium mit kleinen Retouchen, geschicktem Vertuschen und verschwenderischem Kleisterverbrauch ein Eindruck erzielt, den c. 60 % der hohen Staatsminister verhindert hat, die wahre Lage zu erkennen.[b,556] Wie die Dinge liegen, ist es gut so.

Breitenbach sagte sehr richtig, es müsse alles daran gesetzt werden, um Bekanntwerden der Loebellschen Aktion zu verhindern, da dies zu einer „Explosion“ führen würde.

Ich habe heute Abend erst die zweite Indiskretion konstatiert, begangen gegenüber ganz unbeteiligten Personen. Es kann also immerhin noch einige Zeit dauern, bis die Dynamitkiste, die Loebell sich unters Bett gestellt hat, in die Luft geht. Der Knall dürfte nicht unerheblich sein.

Ich sprach mich heute Abend selbst noch einmal mit dem Minister aus und fand ihn stark beeindruckt von Ihren Ausführungen, obwohl wir darüber natürlich kein Wort gewechselt haben.

Morgen früh will ich auf 3 Tage noch Rottmannshagen, um dort einmal in der eigenen Wirtschaft, die ich bisher nur 2mal während des Krieges sah, nach dem Rechten zu schauen. Ich denke, es wird das letzte Pfingstfest sein, das ich als Beamter erlebe.

Gott gebe, daß das Unheil, das unsere innere Zwietracht heraufzuführen droht, sich noch einigermaßen abwehren läßt.

Wenn es gelingt, so gebührt Ew. Exzellenz daran ein großes Verdienst.

---

556 Loebell hatte in den Tagen zuvor den Reichskanzler mit einer Denkschrift zum preußischen Wahlrecht überrascht, die Ausfluß von Besprechungen mit allen Parteien außer den Sozialdemokraten war. Die Denkschrift war ein Frontalangriff gegen das in der Osterbotschaft vorgesehene gleiche und allgemeine Wahlrecht und sprach sich dezidiert für ein Pluralwahlrecht aus. Text der Denkschrift: Winzen, Loebell S. 1019–1028; dazu Loebells Briefe an Valentini vom 18. und an Frhr. von Zedlitz und Neukirch vom 30. Mai 1918: ebenda S. 1016–1019 bzw. 1028–1029. Vgl. auch Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 190–191; Westarp, Konservative Politik II S. 269.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war“ hat der Kaiser im August 14 gesagt[557]. Aber wer denkt heute noch daran?

Mit gehorsamsten Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin[558] bin ich in alter Verehrung

Ew. Exzellenz ganz ergebener

[a–a] *Dazu handschriftlicher Vermerk Valentinis am Rand*: ich auch!
[b–b] *Dazu handschriftlicher Vermerk Valentinis am Rand*: in der Wahlrechtsfrage

806. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, E 74, Bü 463. Privatdienstschreiben. Behändigte maschinenschriftliche Abschrift. Praes.: 4. Juni 1917.

Berlin, 30. Mai 1917

Hochverehrte Exzellenz!

Zunächst muß ich um gütige Nachsicht bitten, daß ich infolge eines kurzen Pfingsturlaubs, den ich mir gegönnt habe, Ihr geneigtes Schreiben vom 23. d. M. erst heute beantworte. Ich bedauere es lebhaft, daß die reichsländische Frage durch Preßerörterungen und ähnliches in Württemberg eine Bewegung hervorgerufen hat, die in Ihrem Landtag zu Aussprachen führen wird. Wenn, wie Euer Exzellenz schreiben, auch Mitteilungen Herrn von Payers hierbei eine gewisse Rolle spielen, so kann ich nur annehmen, daß hierbei Mißverständnisse unterlaufen.

Seit wir bei meinem Besuch in Stuttgart im Frühsommer vorigen Jahres die reichsländische Frage zum letzten Male miteinander besprochen haben, wobei Sie mir als Ihren mindesten Wunsch eine dilatorische Behandlung der Angelegenheit bezeichneten, habe ich n i c h t s mehr in der Sache getan. Allerdings habe ich in der Zwischenzeit bei interner Überdenkung der Frage eine andere Lösung als die Aufteilung nicht ausfindig machen können, mich vielmehr nach allem, was ich aus den Reichslanden höre, nur immer mehr davon überzeugen müssen, daß hier eine zwingende Notwendigkeit vorliegt. Euer Exzellenz werden mir gestatten, daß ich dieser meiner persönlichen Überzeugung mit voller Offenheit Ausdruck gebe, obwohl ich weiß, daß Sie aus Gründen, deren ernstes Gewicht ich keinen Augenblick verkenne, die entgegengesetzte Ansicht vertreten. Die freie gegenseitige Aussprache, die Sie mir bisher gütigst gestattet haben, läßt mich hoffen, daß Sie mir auch jetzt weder dieses Wort noch die Hoffnung verübeln werden, daß wir schließlich in der Art der Aufteilung eine Modalität finden werden, der gegenüber auch Württemberg wenigstens einen Teil seiner Bedenken zurückzustellen in der Lage wäre. Je-

[557] In seinem Aufruf „An das deutsche Volk“ vom 6. August 1914. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 388.

[558] Margarete (Käthe) von Valentini (Lebensdaten nicht ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

denfalls liegt mir daran, das Euer Exzellenz ausdrücklich auszusprechen, daß ich unserer vorjährigen Abrede entsprechend allerdings unter Festhaltung meines grundsätzlichen Standpunktes doch nichts unternommen habe, was unter Verkennung der Württembergischen Stellung nach irgend welcher Seite präjudizieren könnte.

Euer Exzellenz waren so gütig, mir davon Mitteilung zu machen, daß Seine Majestät der König Ihr allergnädigster Herr auf Ihren Vortrag über die letzte Ausschuß-Sitzung[559] geruht habe, seinem allerhöchsten Einverständnis mit der von mir geführten Politik huldvollen Ausdruck zu verleihen. Die Stütze, die ich darin finde, ist mir von der allergrößten Bedeutung, und ich bitte Sie, Seiner Majestät bei sich bietender Gelegenheit meinen ehrfurchtsvollsten Dank zu Füßen legen zu wollen.

In der Hoffnung, daß in guten und bösen Tagen gemeinsame Arbeit uns stets fest aneinander halten wird, bin ich in dankbarer und freundschaftlicher Gesinnung stets der Ihre.

[PS] Sollten Euer Exzellenz die Besprechung der reichsländischen Frage vom Plenum des Landtages auf den Ausschuß verweisen können, wie dies auch in Bayern geschehen ist, so wäre dies sehr zu begrüßen.

807. Bethmann Hollweg an Grünau

PA Berlin, R 20208, f. 47. Telegramm Hughes. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 1180. Berlin, 25. Juni 1917

Etatsrat Andersen hat sich anderen hiesigen Herren gegenüber noch sehr viel schärfer gegenüber den letzten Luftangriffen auf London ausgesprochen, als ich es in meinem Immediat-Telegramm berichtet habe[560]. Danach haben gemäßigte Mitglieder des Kabinetts erklärt, daß keine Regierung, die nach solchen Vorgängen mit uns verhandeln wolle, sich auch nur einen Tag gegen die Volkswut würde halten können. Nichts sei mehr geeignet, die Stellung Lloyd Georges zu festigen als diese Art der Kriegführung. Die Beseitigung Lloyd Georges aber sei die erste Vorbedingung für irgendwelchen Gedanken an Frieden.

Bitte Vorstehendes bei geeigneter Gelegenheit bei Seiner Majestät zu verwerten.

[559] Unten Nr. 957*.

[560] Dem Luftangriff auf London fielen am 13. Juni 1917 600 Tote und Verwundete zum Opfer. Unten Nr. 966*. Vgl. auch Müller, Regierte der Kaiser? S. 296; Der Weltkrieg XII S. 534–535.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

808. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 155–162. MF 997. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. auch Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 191 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 2. Juli 1917

[*1. Erläuterungen Helfferichs und Loebells über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses des Reichstags; die Änderung der großen Reichstagswahlkreise und die Einführung der Verhältniswahl in diesen Kreisen.*]

Der Herr Ministerpräsident führte aus, es sei auch ihm bedenklich, sich durch die Erklärung schon jetzt auf einen bestimmten Termin festzulegen, wenn er auch glaube, daß die Vorlage angesichts der gesamten politischen Situation bereits im Herbst gebracht werden müsse. Durch die heutigen Verhandlungen mit den Parteiführern des Reichstags[561] sei er, wie er nicht leugnen könne, stark beeindruckt. Von allen Parteiführern, außer den Konservativen, sei ein so großer Pessimismus an den Tag gelegt, wie er ihn nicht erwartet habe. Verschiedene Abgeordnete hätten mitgeteilt, daß sie auf Grund persönlicher Berührung mit maßgebenden Persönlichkeiten in Österreich und auch in Ungarn die Überzeugung gewonnen hätten, daß dort eine große Kriegsmüdigkeit und eine weitgehende antideutsche Stimmung herrsche. Er könne leider nicht in Abrede stellen, daß er diese Auffassung teilen müsse. Die Kriegsmüdigkeit in Österreich und Ungarn sei gewachsen und ebenso die antideutsche Stimmung. Der Kaiser Karl habe ihn bereits vor Wochen persönlich hierauf aufmerksam gemacht[562]. Der Kaiser sowohl wie Czernin hätten ihm die bündigste Versicherung abgegeben, daß die Regierung entschlossen sei, an der Seite Deutschlands zu bleiben, solange sie die Macht hierzu hätte. Aber die slawischen Völker österreichischer und ungarischer Nation sagten sich mehr und mehr, was sollen wir weiter kämpfen für die deutschen Annexionen in Rußland und Belgien, wie sie ja leider von den Alldeutschen ohne genügende Rücksicht auf die österreichische Mentalität tagein tagaus mit größter Hartnäkkigkeit und Rücksichtslosigkeit gefordert würden.

Der Eindruck, als ob wir auf Österreich-Ungarn nicht mehr voll rechnen könnten, habe sichtlich bei unseren Abgeordneten schwere Sorgen hervorgerufen. Dazu komme ferner der unter den Abgeordneten weitverbreitete Eindruck, daß der U-Bootkrieg Fiasko gemacht habe. Das treffe ja natürlich nicht zu, aber gegenüber den wilden Treibereien der U-Bootfanatiker für die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges und der von bestimmer Seite gegebenen Zusicherung, daß durch den U-Bootkrieg der Friede bis zum August erkämpft sein werde, sei jetzt eine starke Enttäuschung eingetreten. Man behaupte, daß

[561] Vgl. Westarp, Konservative Politik II S. 336–338; Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1474–1495.

[562] Vgl. oben Nr. 765.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eine in dieser Richtung gehaltene Denkschrift Seiner Majestät vorgelegt sei und der Chef des Admiralstabes die bestimmte Zusicherung abgegeben habe, daß der Krieg durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg bestimmt innerhalb 5 oder 6 Monaten beendigt sein werde[563]. Seine Stellung zu der Frage habe er ja bereits im Januar d. J. dem Staatsministerium klar dargelegt[564]. Er habe Seiner Majestät damals gesagt: Da die Oberste Heeresleitung und der Chef des Admiralstabes wie auch der Chef der Hochseeflotte übereinstimmend der Ansicht seien, daß sie das englische Wirtschaftsleben tödlich treffen würden, so wäre er im vollen Bewußtstein seiner Verantwortlichkeit nicht imstande, Seiner Majestät die Ablehnung der Maßnahmen zu empfehlen, welche von den militärischen Ratgebern angeraten würden. Daraufhin habe Seine Majestät befohlen, daß der rücksichtslose U-Bootkrieg am 1. Februar einsetzen solle. Er habe seinerseits niemals geglaubt, daß wir in einer bestimmt zu berechnenden Frist England auf die Knie würden zwingen können, wohl aber habe er gehofft, daß wir England zum Einlenken bewegen würden. Diese Hoffnung belebe ihn auch jetzt noch; aber eine bestimmte Frist, bis zu welcher diese Wirkung erzielt werden würde, glaube er auch heute noch nicht angeben zu können.

Neben den Bedenken über die Haltung Österreich-Ungarns und neben der schmerzlichen Enttäuschung darüber, daß England offensichtlich bis zum Herbst noch nicht zum Nachgeben gezwungen sein werde, seien die Parteiführer noch in einer dritten Hinsicht von schweren Sorgen erfüllt gewesen, nämlich durch die Frage, ob Deutschland noch ferner wirtschaftlich werde durchhalten können, also ob unser Atem länger sein werde als der unserer Feinde. Er habe sich für verpflichtet gehalten, diese seine Eindrücke aus der heutigen Besprechung dem Staatsministerium mitzuteilen. Er wisse sehr wohl, daß die Nervosität hier in Berlin am stärksten sei und daß man im Lande im allgemeinen ruhiger denke, wiewohl Spahn ausdrücklich darauf hingewiesen hätte, daß auch anderweit, auch auf dem Lande, die Stimmung nur eine mäßige sei. Im Laufe der Verhandlung hätten die Herren Vertreter der Regierung sich große Mühe gegeben, den pessimistischen Anschauungen der Abgeordneten entgegenzutreten, und dadurch wäre auch eine gewisse Beruhigung herbeigeführt. Dabei habe es ihm allerdings geschienen, als ob ein Operieren mit Statistik und mit Zahlen, namentlich in Fragen des U-Bootkrieges, keinen großen Eindruck mehr mache. Sichtlichen Eindruck habe aber eine Mitteilung des Herrn Kriegsministers aus einem Briefe der Obersten Heeresleitung gemacht, welche sich in sehr zuversichtlicher Weise über unsere gesamte militärische Lage und über die russischen Angriffe ausgesprochen habe[565]. Immerhin sei die Stimmung gedrückt geblieben, eine wirkliche Zuversicht sei nicht erzielt, und unwillkürlich sei die Frage aufgetreten: Wie beendigen wir diesen Krieg? Da ein militärischer Todesstoß nicht zu erwarten sei, so stehe alles auf der Karte des

[563] Davon hatte Holtzendorff um die Jahreswende 1916/17 immer wieder gesprochen und geschrieben. Vgl. König, Agitation S. 509–512.

[564] Oben Nr. 766.

[565] Vgl. die einschlägigen Ausführungen des Kriegsministers Hermann von Stein im Hauptausschuß am 3. Juli 1917: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1480.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

U-Bootkrieges. Die augenblickliche pessimistische Stimmung werde sich, wie er sicher hoffe, allmählich wieder bessern, und es würde sich ein gewisses Vertrauen wieder einstellen. Immerhin sei die Lage doch sehr gespannt, und wenn die Regierung nicht bereit sei, auf innerpolitischem Gebiete Notwendigkeiten zu erfüllen, die auf der Hand lägen, dann würde die Situation unhaltbar werden. Von dem preußischen Wahlrecht wolle er nicht sprechen, aber die jetzigen Riesenwahlkreise böten eine so evidente Ungerechtigkeit, daß man ihre Beseitigung nicht hinziehen dürfe, sondern schlankweg erklären müsse: Wir werden wegen besserer Ausstattung dieser Kreise so rechtzeitig eine Vorlage machen, daß sie bei den nächsten Wahlen in Kraft steht.

[*Es folgen Erklärungen Schorlemers und Loebells.*]

Der Herr Ministerpräsident erwiderte, der Herr Minister des Innern scheine ihn mißverstanden zu haben[566]. Wenn er hier ernst gesprochen habe, so halte er es für seine Pflicht, sachgemäß über die Verhandlungen Bericht zu erstatten, wie sie sich tatsächlich zugetragen hätten. Daß es seine Aufgabe sei, die Volksstimmung zu heben, sei selbstverständlich und ihm auch genügend bewußt. Er bitte den Herrn Minister des Innern versichert zu sein, daß er in dieser Beziehung auch in den heutigen Verhandlungen alles Erforderliche getan habe. Im allgemeinen halte er es für richtig, den kriegsmüden Parteien unserer Feinde die Augen darüber zu öffnen, daß sie nur noch für die imperialistischen Ziele ihrer Regierungen kämpften. Selbstverständlich dürfe unsererseits kein Friedensgewinsel ertönen.

Der uneingeschränkte U-Bootkrieg sei angefangen, um die Feinde zum Frieden geneigt zu machen; falls wir sie zur Kapitulation zwingen könnten, so sei das ja natürlich das beste. Er glaube indessen nicht, daß dies möglich sei; denn wenn England fühlen würde, daß die Katastrophe hereinbräche, so werde es voraussichtlich rechtzeitig in irgendeiner Form einlenken, vielleicht auf dem Wege über Rußland oder Italien oder Frankreich oder in sonstiger Weise. Er halte es deshalb auch für falsch, sich bereit zu erklären, einen Frieden zu schließen, wenn die Feinde einlenkten; unsere Aufgabe könne es jetzt nur sein zu zeigen, daß wir den Krieg länger als unsere Feinde führen wollten und könnten. Was wir zeigen müßten, sei also die innere Geschlossenheit, nicht in bramarbasierendem Siegesgeschrei, sondern in innerer Festigkeit. Dazu sei es notwendig, die innere Einigkeit wiederherzustellen, die jetzt in Scherben gegangen sei wegen der Kriegsziele und wegen der innerpolitischen Fragen. In beiden Beziehungen müßten die bestehenden Schwierigkeiten überwunden werden, sonst könne der Krieg nicht gewonnen werden.

Ferner müsse er dem Herrn Minister des Innern gegenüber noch betonen, daß er an der Bundestreue der österreichischen Regierung nicht zweifle, was er befürchte, sei aber, daß die innere Desorganisation in Österreich und Un-

[566] Loebell hatte erklärt, man dürfe in Deutschland nicht Gerüchten über einen Separatfrieden Österreich-Ungarns mit Italien oder Rußland glauben. Er hatte dem Reichskanzler geraten, öffentlich zu erklären, daß die Feinde erst einmal mit Friedensangeboten kommen sollten, und der Friedensmüdigkeit im Volk energisch entgegenzutreten.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

garn die Regierung machtlos machen könne. Diese Befürchtung werde noch verstärkt durch die Anwürfe, welche die alldeutsche Presse, Reventlow und Genossen, gegen Österreich und sogar gegen den Kaiser Karl machten. Es sei ihm unzweifelhaft, daß gerade diese Artikel der Deutschen Tageszeitung, der Deutschen Zeitung, der Täglichen Rundschau[567] usw. die Stellung der österreichischen Regierung wesentlich erschwerten. Dem müsse vorgebeugt werden, den Luxus der inneren Uneinigkeit könnten wir uns nicht gestatten, weder unter uns noch mit unseren Bundesgenossen. Diese Schwierigkeiten im Reichstage zu überwinden sei sein Streben. Er halte es für selbstverständlich, daß das Staatsministerium dasselbe Ziel verfolge, und hoffe, daß es ihn darin unterstützen werde. Zweifellos betrachte er es als seine Hauptaufgabe, die innere Stimmung, Festigkeit und Entschlossenheit zu heben und zu stärken.

[*Es folgen Äußerungen Breitenbachs und Loebells.*]

Der Herr Ministerpräsident betonte nochmals, man werde ihm nicht vorwerfen können, daß er in der Öffentlichkeit pessimistisch gesprochen habe, und er werde auch in der bevorstehenden Reichstagssession zuversichtlich auftreten; aber gerade heute sei von Parteiführern übereinstimmend gefordert, daß die Regierung dem Volke die Wahrheit sagen möge, und er halte es seinerseits für falsch, durch Redensarten über die wahre Situation hinwegzutäuschen. Erst gestern habe ihm Fürst Bülow gesagt[568]: „Sie haben die schwere Aufgabe, das Volk von den Höhen der Verblendung in das Tal der Wirklichkeit zurückzuführen." Das sei auch in der Tat seine Aufgabe, aber dabei müsse der Optimismus hochgehalten werden. Erschwert werde ihm diese Aufgabe durch die Haltung der Alldeutschen Presse. Man spreche dort immer davon, daß keine einheitliche Leitung vorhanden sei und keine großen Ziele gezeigt würden; welche Ziele diese Leute wünschten, sagten sie nicht. Er glaube nicht, daß er durch Proklamierung wilder Kriegsziele die Geschlossenheit des Volkes wiederherstellen würde. Er könne als Kriegsziel nur hinstellen: „Wir müssen und werden durchhalten, weil wir sonst zu einem Helotendasein verurteilt werden würden." Alle Hinweise auf Kurland, Litauen, Belgien, Briey usw. seien nur vom Übel, deshalb müsse er auch einen ganz anderen Ton einschlagen [!] als Lloyd George. Wenn es glücken sollte, die konservativ-alldeutsche Presse in ihren fortgesetzten Angriffen gegen ihn abzubringen, so würde das für unsere Entwicklung im Inlande und für unsere Stellung dem Auslande gegenüber von allergrößtem Nutzen sein.

[*Äußerungen Sydows.*]

[567] Zur „Deutschen Tageszeitung" vgl. Band 1 Anm. 224. – Die „Deutsche Zeitung" erschien von 1896 bis 1934; sie war ab 1917 das Organ des „Alldeutschen Verbands". – Zur „Täglichen Rundschau" Band 1 Anm. 1241.

[568] Vgl. die süffisanten Bemerkungen Bülows über Bethmann Hollweg 1917: Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 259–265.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident stellte hierauf fest, daß das Staatsministerium der von dem Staatsminister Dr. Helfferich vorgeschlagenen Erklärung über die Änderung der Riesenwahlkreise des Reichstags zustimme.

[*2. Das Wahlrecht in den Bundesstaaten.*]

809. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 165–172. MF 997. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift mit handschriftlichen Korrekturen. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 192 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 8. Juli 1917

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

Der Herr Ministerpräsident führte aus, daß ihm die gegenwärtige innere Situation eine nochmalige vertrauliche Besprechung über die Reform des Wahlrechts erforderlich erscheinen lasse. In den Verhandlungen am Gründonnerstag[569] habe er bereits den Standpunkt vertreten, daß das gleiche Wahlrecht doch kommen müsse und habe es gleich in Vorschlag bringen wollen. Auf Grund der ernsten Bedenken, die hiergegen im Schoße des Staatsministeriums gehegt seien, sei er damals von seinem Vorsatze zurückgekommen, und es sei in dem Ostererlaß noch die Frage offengelassen, ob das gleiche oder aber ein Pluralwahlrecht gewählt werden solle. Vor einigen Wochen habe nun der Herr Minister des Innern Vorschläge für ein Pluralwahlrecht[570] gemacht, in denen sein ursprünglicher Pluralwahlrechtsentwurf wesentlich abgeschwächt sei. Inzwischen habe sich aber die politische Lage entwickelt, daß er auf seinen ersten Gedanken zurückkommen müsse. Es könne kein anderes Wahlrecht als das gleiche Wahlrecht gebracht werden, weder jetzt noch nach dem Kriege. Das Pluralwahlrecht wirke tatsächlich demokratisierend, wenn nicht Besitz und Einkommen in hohem Maße durch Zusatzstimmen berücksichtigt würden. In diesem Falle würde aber wieder der Vorwurf entstehen, es handele ich doch nur um ein Klassenwahlrecht in neuerer Form. In den Parlamenten werde dauernd auf eine baldige Entscheidung der Regierung gedrängt. Verschärft werde die Situation dadurch, daß die allgemeine Stimmung gegenwärtig außerordentlich herabgedrückt sei[571]. Der Herr Ministerpräsident führte dies im einzelnen zurück auf die Enttäuschungen, die durch die verheißenen, aber nicht in dem Maß eingetretenen Erfolge des U-Bootkrieges entstanden

[569] Am 5. April 1917 (oben Nr. 788).

[570] Oben Nr. 786 und Anm. 499 sowie Nr. 804 und Anm. 554.

[571] Vgl. Loebells Briefwechsel mit Valentini in: Winzen, Loebell S. 1029–1040. Ferner Loebells Rede vor den Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Berlin am 5. Juni 1917 in: Stern, Auswirkungen IV/2 S. 543–548.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

seien, sodann auf die augenblickliche kritische Lage der Volksernährung. Die große Not, in der weite Teile der Bevölkerung gerade jetzt nach Verbrauch der alten und vor der neuen Ernte ständen, sei nicht zu leugnen. Die Bevölkerung sei unterernährt, ja leide teilweise Hunger, und diese wirtschaftliche Not habe in verschiedenen Orten des Landes in Unruhen ihren Ausdruck gefunden, die sehr ernst stimmen müßten. Der Herr Ministerpräsident ging sodann im einzelnen ein auf die in Stettin, im Rheinlande und in Oberschlesien stattgehabten Arbeiterunruhen. Die tatsächlich vorhandene Not werde politisch ausgebeutet, und das Drängen auf das gleiche Wahlrecht spiele dabei eine bedeutsame Rolle. Es seien aber nicht nur die Sozialdemokraten, die darauf hindrängten. Vor einigen Tage sei der freisinnige Abgeordnete von Payer bei ihm gewesen und habe ihn im Auftrage der Freisinnigen wie auch des Zentrums und der Nationalliberalen erklärt, es sei nach der Auffassung dieser Parteien im Interesse des Vaterlandes unbedingt nötig, die Osterbotschaft in der Richtung zu ergänzen, daß die Regierung sich für das gleiche Wahlrecht entscheide. Dazu komme eine neuerliche Erklärung der das gleiche Ziel verfolgenden Professoren Harnack[572], Delbrück usw. Aus einer kürzlichen Unterredung mit den Professoren Harnack und Meinecke habe er den Eindruck gewonnen, daß man in weiten Kreisen schwere Sorgen für das Vaterland habe. Sie hätten ihm vorgehalten, daß, wenn es in den 4. Kriegswinter hineingehe, die Niedergeschlagenheit des Volkes noch nicht dagewesene Formen annehmen würde, und es werde sich dabei die Vorstellung festsetzen, daß das Volk um sein Recht betrogen werden solle, da die Regierung schwiege. Er halte diese Besorgnisse nicht für unberechtigt, zumal die Minister der Entente Lloyd George und Ribot in ihren letzten Reden[573] ja gerade den Kampf gegen uns als einen Kampf der Demokratie gegen das autokratische Prinzip hingestellt hätten. Das sei tatsächlich ja nicht richtig, denn es handele sich in dem gegenwärtigen Weltkriege nicht um einen Kampf der Demokratie gegen die Autokratie, sondern vielmehr um einen Kampf des kapitalistischen Imperialismus gegen das sozialpolitische Deutschland. Aber es gebe in der Welt viele, die jene Schlagwörter Lloyd Georges und Ribots für richtig hielten, und somit habe man es hier mit einem gefährlichen Schachzuge unserer Feinde zu tun. Denn wie die allgemeine Stimmung hierzulande augenblicklich sei, könnten diese Worte bei dem liberalen und demokratischen Teile unseres Volkes die Ansicht hervorbringen, der Krieg dauere nur deshalb solange, weil die Regierung sich nicht entschließen könne,

[572] Adolf von Harnack (1851–1930), Kirchenhistoriker; Generaldirektor der Preußischen Staatsbibliothek 1905–1931. – Harnack hatte zusammen mit Berliner Kollegen – Hans Delbrück, Emil Fischer, Friedrich Meinecke, Friedrich Thimme, Ernst Troeltsch u. a. – in einer öffentlichen Erklärung die Regierung aufgefordert, ohne Verzug die Osterbotschaft umzusetzen. Text der „Berliner Erklärung" vom 1. Juli 1917 in: Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte V S. 161. – Der im folgenden genannte Friedrich Meinecke (1862–1954), Professor der Geschichte an der Universität Berlin 1914–1928.

[573] Rede Lloyd Georges über die englischen Kriegsziele am 29. Juni 1917 in Glasgow: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,2 (1917) S. 304–305; Rede Ribots am 14. Juni 1917 in der Kammer: ebenda S. 415. – Alexandre Ribot (1842–1923), französischer Premierminister März–September 1917; Außenminister September–November 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Wahlreform zu bringen. Stehe man also auf dem Standpunkt wie er, daß man doch zum gleichen Wahlrecht kommen würde, so frage es sich nur noch, wie lange man es noch hinausschieben solle. Gefährlich würde es sein, wenn die Krone es schließlich unter dem allergrößten Drucke konzedieren müsse. In gewisser Beziehung läge ja jetzt schon Zwang vor, der werde aber noch immer weiter wachsen, und deshalb sei es besser, den Schritt schon jetzt zu tun, wo er doch noch als ein freier Akt der Krone dargestellt werden könne. Er halte es deshalb für erforderlich, daß das Staatsministerium sich für das gleiche Wahlrecht entschließe und daß dieser Entschluß in der einen oder anderen Form öffentlich verkündet werde. So schwerwiegend ein solcher Entschluß für Preußen sei, so sei er doch eine Kriegsnotwendigkeit. Das Versprechen des gleichen Wahlrechts werde uns zwar nicht vor allen Gefahren schützen, es würde ihm aber ein unerträglicher Gedanke sein, wenn man sich später sagen müßte, man hätte die Situation doch besser halten können, wenn dieser notwendige Schritt rechtzeitig getan wäre. Er sei keineswegs pessimistisch gesinnt; zu Lande sei unsere Lage sehr gut, und auch die Erfolge des U-Bootkrieges seien hervorragend, die Frage sei nur die, ob unsere Widerstandskraft solange ausreiche, bis England sich zur Einleitung von Friedensverhandlugnen bereit zeige.

Er habe Seiner Majestät heute in dieser Angelegenheit Vortrag gehalten, und Seine Majestät habe angeordnet, daß am morgigen Tage ein Kronrat unter Zuziehung aller Staatssekretäre stattfinden solle, wo Er Sich über die Ansicht der Herren Staatsminister wegen der zu fassenden Beschlüsse zu orientieren wünsche.

[*Beiträge verschiedener Minister. Dabei halten Lentze, Loebell, Schorlemer, Stein und Trott zu Solz am Pluralwahlrecht fest oder wollen eine Entscheidung hinauszögern. Sie bieten ihren Rücktritt an, Lentze wünscht die Demission des gesamten Ministeriums.*]

Der Herr Ministerpräsident kam demgegenüber nochmals auf die Geschichte der Wahlrechtsreform seit 1908 zurück und legte dar, daß die Staatsregierung, wenn sie jetzt das gleiche Wahlrecht zusichere, sich dadurch keineswegs mit der Osterbotschaft in Widerspruch setze, denn in dieser stehe nicht, daß die Vorschläge über die Gesetzesreform erst am Ende des Krieges gemacht werden sollten. Im Gegenteil, es sei die sofortige Ausarbeitung angeordnet, und die Entscheidung, welche Vorlage gebracht werden solle, könne jeden Augenblick erfolgen. Hierbei sei eine Unterwerfung unter andere Strömungen nicht zu erblicken. Eine Schmälerung der Krone sei darin nur insofern zu erblicken, als wir allerdings schon jetzt unter einem gewissen Zwange handelten.

[*Bemerkungen diverser Minister.*]

Der Herr Ministerpräsident schloß die Besprechung mit der Bemerkung, daß er mit Rücksicht auf die morgige Kronratssitzung eine Abstimmung nicht herbeiführen wolle. Ob Seine Majestät Selber morgen schon eine Entschließung treffen würde, stehe auch noch dahin. Er sei natürlich durch die einan-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der entgegenstehenden Äußerungen der Herren Staatsminister stark beeindruckt, aber sei doch mit dem Herrn Handelsminister[574] und den ihm beigetretenen übrigen Herren Ministern der Ansicht, daß die Entwicklung nach dem gleichen Wahlrecht hindränge und daß wir uns mit den Folgen abfinden müßten. Was ferner den Vorschlag des Herrn Ministers des Innern[575] wegen des Rücktritts des gesamten Ministeriums anlange, so bitte er, sich diese Frage doch noch bis morgen zu überlegen. Was seine Person anlange, so bitte er, sich auch fernerweit in den Bemerkungen keinerlei Beschränkungen aufzuerlegen. Es gelte hier nicht der Person, sondern der Sache.

Unzweifelhaft werde die Proklamierung des gleichen Wahlrechts in der Landwirtschaft eine große Erregung hervorbringen, namentlich unter der demagogischen Propaganda des Bundes der Landwirte. Seine Persönlichkeit werde dazu beitragen, diese Erregung noch mehr zu steigern. Für seine Person werde er sich weitere Entschließungen vorbehalten, je nachdem die Entscheidung Seiner Majestät falle.

810. Bethmann Hollweg an Grünau

GStAPK Berlin, I. HA, Rep. 89, Nr. 180, f. 170. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

[Ohne Nr.] Berlin, 8. Juli 1917
[Ohne Abgangs- und Ankunftsvermerk]

Für Exzellenz von Valentini.

In gestriger vertraulicher Besprechung mit Parteiführern herrschte recht pessimistischer Ton, der von mir und den Staatssekretären Helfferich und von Capelle sehr energisch, aber ohne durchschlagenden Erfolg bekämpft wurde[576]. Selbst eine vom Kriegsminister[577] im Namen Hindenburgs gegebene sehr optimistische Darstellung der Kriegslage wollte nicht recht verfangen. Lebhafte Zweifel an entscheidender Wirksamkeit des U-Bootkriegs, bevor unsere eigene und namentlich Österreichs Widerstandskraft gebrochen sein würde. Drängen der Sozialdemokraten und Freisinnigen, denen sich übrigens auch Stresemann für seine Person anschloß, auf sofortige Reform preußischen Wahlrechts. Von liberaler und sozialdemokratischer Seite scharfe Bemerkung über Übergriff Oberster Heeresleitung auf politischem Gebiet, wobei hervorgehoben wurde, daß Hindenburg und Ludendorff sich doch ganz offenkundig auf die Seite meiner alldeutschen Gegner stellten und die Stärkeren seien. Deshalb würde auch im Ausland unsere Regierungserklärung in ihrer Bedeutung angezweifelt.

574 Reinhold von Sydow.
575 Friedrich Wilhelm von Loebell.
576 Vgl. dazu Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 677.
577 Hermann von Stein.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Westarp identifizierte sich mit Alldeutschen, während Zentrum, das allgemeine Kriegslage sehr ernst beurteilte, zu innerpolitischer Situation schwieg.

Der Verfassungsausschuß wird morgen wahrscheinlich einen sozialdemokratischen und freisinnigen Antrag auf reichsgesetzliche Einführung des gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten beraten, wie er ja schon früher wiederholt im Reichstag gestellt worden ist. Ich annehme seine Ablehnung durch andere Parteien unter Hinweis auf bundesstaatlichen Charakter unserer Verfassung. Ich selbst werde Einspruch gegen Antrag einlegen lassen und hoffe, daß Reichstag auch im Plenun ablehnende Haltung einnehmen wird, zumal in Frage der Riesenwahlkreise ein Entgegenkommen in Aussicht gestellt werden kann. Unverkennbar aber ist auch in den Parteien, die reichsgesetzlichen Eingriff in bundesstaatliche Verfassung ablehnen, ausgenommen allein die Konservativen, immer wachsendes Verlangen nach schleuniger Durchführung praktischer Maßnahmen zur Neugestaltung innerpolitischen Lebens.

811. Bethmann Hollweg im Kronrat

PA Berlin, R 4260. Protokoll. Auszug. Abschrift in Maschinenschrift. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 193–194. – Druck: Helmuth Croon, Die Anfänge der Parlamentarisierung. In: Zur Problematik „Preußen und das Reich“. Hrsg. v. Oswald Hauser. Köln/Wien 1984, S. 126–154. – Teildruck: Stern, Auswirkungen IV/2 S. 588–595.

Berlin, 9. Juli 1917

Auf Allerhöchsten Befehl trat heute nachmittag um 6 Uhr unter dem Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers und Königs das Staatsministerium zu einer Kronratssitzung zusammen, an der die nebenstehend verzeichneten Personen teilnahmen[578].

Seine Majestät geruhte die Sitzung mit dem Bemerken zu eröffnen, daß AllerhöchstEr einen Überblick über die gegenwärtige gesamte politische Lage und insbesondere über die preußische Wahlrechtsvorlage zu erhalten wünsche, und erteilte zu dem Zwecke zunächst dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Der Herr Ministerpräsident führte aus, in der gegenwärtigen Situation spiele bekanntlich die preußische Wahlreform eine große Rolle. Seine Majestät habe in der Osterbotschaft vom 7. April d.J. ihm den Auftrag erteilt, unverweilt bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums wegen einer Änderung des bestehenden Wahlrechts zum Abgeordnetenhause vorzulegen. Dabei hätten Seine Majestät unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorgeschrieben und betont, daß für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr sei; offengeblieben sei die Frage, durch welches System das Klassenwahlrecht ersetzt werden solle. Dafür gäbe es zwei Möglichkeiten, entweder das Pluralwahlrecht oder das gleiche Wahlrecht. Die Herren Staatsminister seien wohl

[578] Die Anwesenheitsliste in: Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 193.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sämtlich von der Ansicht ausgegangen, daß das preußische Wahlrecht aus dem jetzigen System, nach welchem die Wähler der ersten Klasse im Durchschnitt das 18fache Wahlrecht der Wähler der dritten Klasse besäßen, zu einem liberaleren unf freiheitlicheren Wahlrecht übergeführt werden müsse. In diesem Sinne seien auch bereits im Laufe des Krieges vom Herrn Minister des Innern[579] Entwürfe zu einem Pluralwahlrecht aufgestellt, deren Grundzüge Seiner Majestät vorgelegt seien. Die weitere Entwicklung der Dinge habe dahin geführt, daß der Herr Minister des Innern einen in seiner freiheitlichen Wirkung noch über den ersten Entwurf hinausgehenden Entwurf dem Staatsministerium vorgelegt hätte[580], der noch nicht zur Kenntnis Seiner Majestät gebracht sei. Es habe sich eben im Laufe des Krieges die Überzeugung immer mehr Bahn gebrochen, daß ein stark ausgedehntes Pluralwahlrecht nicht mehr tragfähig sei. In diesem gewaltigen Kriege, in dem die Völker selbst gegeneinander rängen, gäben alle Kämpfer in den Schützengräben, gleichviel ob hoch oder niedrig, arm oder reich, ihr Blut und Leben für Kaiser und Reich, und daraus entstehe die Überzeugung, daß alle, die in gleicher Weise dem Vaterlande das zur Verfügung stellten, was sie hätten, nicht mehr mit Unterschied bei dem Wahlrecht bewertet werden könnten. Bei den Vorarbeiten der Pluralwahlrechtsvorlagen habe sich ergeben, daß ein Pluralwahlrecht nur dann gegen eine zu starke Demokratisierung vorbeugend wirken könne, wenn stark gehäufte Steuerzusatzstimmen geschaffen würden. Die übrigen Zusatzstimmen, die sich etwa auf Familie oder Alter gründeten, wirkten eher demokratisierend als umgekehrt. Die Pluralstimmen, die an den Zensus geknüpft würden, müßten daher recht hoch gegriffen werden, um die anderen Pluralstimmen auszugleichen. Geschähe dies aber, so würde der Vorlage der Vorwurf gemacht werden, daß sie auf Umwegen wieder das Klassenwahlrecht einführen wolle. Nehme man dazu, daß es unbillig sei, die Feldgrauen, die aus den Schützengräben zurückkämen, ungleich zu behandeln gegen die, welche daheim geblieben und sich vielleicht durch Kriegsgewinn bereichert hätten, so würde dadurch ein Stachel in weitesten Volkskreisen zurückbleiben. Er seinerseits sei daher zu der Überzeugung gekommen, daß wir nach dem Kriege, ohne schwere Erschütterungen des Staatswesens heraufzubeschwören, nur das gleiche Wahlrecht einführen könnten. Er sei sich dabei wohl bewußt, daß durch das gleiche Wahlrecht eine grundstürzende Änderung in Preußen herbeigeführt werden würde, denn die Sozialdemokraten würden großen Einfluß gewinnen, wo jetzt die Konservativen seit Jahrzehnten über Macht und Einfluß verfügt hätten. Er verkenne die Schwere dieses Schrittes keinen Augenblick, frage sich aber, ob es aussichtsreich sei, sich einer Entwicklung, die dem großen Völkerringen mit Naturnotwendigkeit folgen müsse, entgegenzustemmen. Verneine man aber diese Frage, wie er es tun müsse, dann sei es weiser, zur rechten Zeit das zu bewilligen, was sonst vielleicht erzwungen werde; denn in einem solchen Zwange würde er einen gefährlichen Abbruch der Macht der

[579] Friedrich Wilhelm von Loebell. Zum folgenden vgl. Patemann, Kampf S. 31–32.

[580] Text: Winzen, Loebell S. 1019–1026.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krone erblicken. Er glaube daher, Seiner Majestät eine Erweiterung der Osterbotschaft in der Richtung vorschlagen zu sollen, daß das Staatsministerium nunmehr beauftragt werde, die Gesetzesvorlage auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen. Dabei würde gleichzeitig anzuordnen sein, die Vorlage jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen nach dem neuen Wahlrecht stattfinden könnten.

Von Bedeutung sei dann noch die Frage, wann dieser Allerhöchste Erlaß bekanntzugeben sei, sofort oder erst dann, wenn die Vorlage eingebracht werde. Seiner Majestät sei es nicht unbekannt, daß die Wahlrechtsfrage die Gemüter stark bewege. Nicht nur in der Sozialdemokratie, sondern weit in die liberalen Kreise hinein werde das neue Wahlrecht mit Ungestüm verlangt. Das sei ja auch begreiflich, denn die Frage schwebe bereits seit 10 Jahren. In der Thronrede von 1908 habe Seine Majestät bekundet[581]: „daß das Wahlrecht eine organische Fortentwicklung erfahren solle“. Die im Jahre 1910 infolgedessen unternommenen Reformversuche seien bekanntlich gescheitert, die politische Agitation habe sich der Frage stark bemächtigt, und es sei damals, wie Seiner Majestät bekannt, zu öffentlichen Demonstrationen in Form von Massen-Wahlrechts-Spaziergängen gekommen. Im Laufe des Krieges sei das Interesse an der Frage keineswegs abgeschwächt, habe sich vielmehr in den Augen des Volkes zu einer Frage der Gerechtigkeit vertieft. Ein absolut gerechtes Wahlrecht gäbe es ja allerdings nicht, denn ein solches würde bei der Abmessung des Stimmrechts das Maß des politischen Verständnisses, die Stellung und Wirkung im öffentlichen Leben und manches andere mitberücksichtigen müssen. Das aber sei praktisch unausführbar. Dagegen müßten unter allen Umständen schreiende Ungerechtigkeiten vermieden werden. Und als eine solche würde es empfunden werden, wenn diejenigen, die vielleicht mit zerschossenen Gliedmaßen oder von Seiner Majestät durch das Eiserne Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet heimkehrten, ein geringeres Wahlrecht erhielten als diejenigen, die im Kriege nichts geleistet, sich dabei aber vielleicht großen Kriegsgewinn zu verschaffen verstanden hätten. Die Folgen einer derartigen Wahlrechtsvorlage würden unerträglich sein.

Die allgemeine Situation betrachte er so, daß, wenn Seine Majestät die Entscheidung in dem von ihm beantragten Sinne fällen würde, es nicht richtig wäre, damit Verstecken zu spielen, um so mehr als die politische Stimmung gerade jetzt ungeheuer gespannt sei. Diese politische Hochspannung sei in erster Linie dadurch entstanden, daß überall, wenn auch mit Unrecht, die Erwartung genährt sei, daß der Krieg im August beendet sein werde. Diese Hoffnung sei nicht erfüllt, und die Enttäuschung sei in dem Augenblick eingetreten, wo die wirtschaftliche Not im Volke am größten sei. Die Kartoffelvorräte seien verbraucht, und infolge der großen Dürre sei nur wenig Gemüse gewachsen. Infolgedessen bestehe in den verschiedensten Ständen der Bevölkerung eine tatsächliche Unterernährung, die vielfach bis zum Hungern gesteigert sei. Die so entstandene und weit verbreitete Mißstimmung, die sich auch in unliebsamen

[581] Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 49 (1908) S. 146–147.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Streikbewegungen äußere, sei zwar erklärlich, müsse aber mit allen Mitteln bekämpft werden. Denn da die Aussicht bestände, daß wir noch einen 4. Winter durchhalten müßten, so müßten wir alle Kräfte zusammennehmen mit allen Mitteln, die zur Verfügung ständen, und zu diesen Mitteln gehöre auch die Entlastung der politischen Spannung. Er wisse wohl, daß die Ankündigung des gleichen Wahlrechts niemanden satt mache und die bestehenden Ernährungsschwierigkeiten dadurch nicht behoben würden; wenn aber im Herbste infolge der Länge des Krieges die Lasten immer größer würden, so dürfe man eine solch wichtige politische Frage nicht unentschieden lassen, bis die Erregung noch immer weiter wüchse und immer weitergehende Forderungen entstehen ließe. Heute könne die Konzession noch in Formen erfolgen, die nicht unter dem Scheine des Zwanges ständen. Deshalb sei es richtig, schon jetzt die notwendige Klarheit zu schaffen, denn wenn die Konzession später unter noch schwierigeren Verhältnissen gemacht werde, so würde der Vorwurf erhoben werden, warum nicht rechtzeitig Maßregeln ergriffen seien, um zu verhindern, daß der Staat und vor allem die Krone einer solchen Zwangslage ausgesetzt werde.

Seine Majestät hätten im Hinblick auf den im Reichstage entstandenen Sturm mit Recht hervorgehoben, daß die Regelung des preußischen Wahlrechts eine preußische Angelegenheit sei, die in Preußen und nicht durch den Reichstag zu erfolgen habe. Dahingehende formelle Anträge seien auch bisher im Reichstage noch nicht angenommen, und gerade deshalb habe Seine Majestät jetzt noch freie Hand, aus eigener Initiative dem Volke das gleiche Wahlrecht zu gewähren, und dies zu tun möchte er Seiner Majestät ehrerbietigst vorschlagen.

[*Es folgen Ausführungen anderer Minister, des Kaisers und der Staatssekretäre.*]

Der Ministerpräsident charakterisierte noch einmal die jetzt im Reichstage herrschende Stimmung. Bisher sei es geglückt, die Sozialdemokraten an der Stange zu halten, und namentlich die sozialdemokratischen Gewerkschaften hätten, wie der Herr Handelsminister[582] hervorgehoben habe, wertvolle Dienste geleistet. Je länger der Krieg dauere, je größer die Not werde, um so mehr wachse aber die Macht des radikalen Flügels. Die Gewerkschaften klagten, daß sie ihre Leute nicht mehr in der Hand behielten, die von den Radikalen mit dem Hinweis darauf aufgehetzt würden, daß die Kaiserlichen Sozialdemokraten ja nichts für sie erreichten. Es sei unbedingt nötig, den rechten Flügel der Sozialdemokratie wieder zu stärken. Denn was solle werden, wenn die Regierung bei der Bekämpfung der Streikbewegungen sich nicht mehr der Hilfe der Gewerkschaften bedienen könne? Es handle sich bei diesen Bewegungen in erster Linie gar nicht um Unruhen und Ausstände, sondern nur um eine Arbeitsverweigerung in Form der passiven Resistenz. Wenn solche Bewegungen einen weiteren Umfang einnähmen und vom Militär und mit Maschinenge-

[582] Reinhold von Sydow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wehren bekämpft werden sollten, so wären die Folgen nicht auszumalen. Er halte die gegenwärtige Regierung nicht für stark genug, mit dem Reichstage weiter zu arbeiten ohne die Verkündung des gleichen Wahlrechts. Er würde hierzu aber auch eine künftige Regierung nicht für stark genug halten; tiefe Konflikte von unabsehbarer Konsequenz würden in jedem Falle die Folge sein. Deshalb müßten die schwerwiegenden und auch von ihm nicht verkannten Bedenken gegen das gleiche Wahlrecht zurücktreten; jetzte hieße es den Krieg gewinnen und stark bleiben, sonst gingen Volk und Monarchie zugrunde. Dieser Gedanke habe ihn gezwungen, Seiner Majestät den unterbreiteten Vorschlag zu machen.

[*Es folgen Ausführungen des Innenministers.*]

Seine Majestät geruhte hierauf die Verhandlungen mit dem Bemerken zu schließen, daß Er den Herren Staatsministern und Staatssekretären für ihre eingehenden und tiefgründigen Vorträge dankbar sei; Er werde die für Preußens Zukunft so einschneidende und bedeutungsvolle Frage noch weiter erwägen und alsdann Seine Entschließung fassen.

812. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA Koblenz, N 1015/119. Nachlaß Schwertfeger. Abschrift in Maschinenschrift. Druck in: Werk des Untersuchungsausschusses IV/2 S. 152–153.

[o. O.] 11. Juli 1917

Habe gestern Mittag Seiner Majestät langen Vortrag im Anschluß an vorgestrigen Kronrat[583] gehalten. Dabei Gründe für Notwendigkeit des gleichen Wahlrechts wiederholt. Seine Majestät meinten: nach Ansicht der einen Seite bedeute Proklamierung des gleichen Wahlrechts Untergang Preußens, nach Ansicht der andern Seite Unterlassung der Proklamierung wahrscheinlichen Verlust des Krieges und damit Untergang Deutschlands und Preußens. Zur Besprechung der Situation habe er zunächst Kronprinzen herantelegraphiert. Sollte er sich für gleiches Wahlrecht entscheiden, so könne er es seinem Preußen nicht oktroyieren. Deshalb müßten vor der Entscheidung Vertrauensmänner der Landtagsfraktionen und des Herrenhauses um ihre Ansicht befragt werden.

Ich habe Berufung des Kronprinzen begrüßt, Pessimismus für Preußens Zukunft energisch bekämpft, ebenso Anhörung der Vertrauensmänner als einem der Krone nicht würdigen Akt. Daraufhin habe ich Seiner Majestät vorgetragen, wie meine persönliche Stellung ernstlich erschüttert sei durch die Gegnerschaft der Konservativen, Nationalliberalen und Alldeutschen, vor allem aber durch die aller Welt bekannte Opposition der Obersten Herresleitung. Ich habe dabei diese letztere Opposition in ihren Einzelheiten geschildert. Die Un-

[583] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

terstützung durch Zentrum, Freisinn und Sozialdemokraten fange an nachzulassen. Wiewohl diese Dinge nicht neuesten Datums seien, hätte ich bisher nicht um meinen Abschied gebeten, weil ich der Meinung gewesen wäre, bei den Verbündeten als auch bei den Neutralen, ja selbst bei den Feinden noch über ein gewisses Kapital von Ansehen und Vertrauen zu verfügen, das dem Lande von Nutzen sein könne. Jetzt hätten sich die Dinge so zugespitzt, daß ich zweifeln müsse, ob dieser Nutzen nicht von dem Schaden der Schwäche meiner inneren Position überwogen werde. Ich bäte Seine Majestät zu erwägen, ob es nicht besser sei, einen Kanzlerwechsel vorzunehmen. Allerdings werde auch ein neuer Kanzler das gleiche Wahlrecht und die Aufnahme von Parlamentariern in die Regierung fordern müssen.

Seine Majestät erkannte das letztere ausdrücklich an, behielt sich im übrigen aber die Entscheidung vor und war bei dem ganzen Gespräch ernst, aber sehr freundschaftlich.

Vor meinem Vortrag hatte der Kaiser mit Loebell, Valentini[584] und August Eulenburg konferiert. Nachher sprach er den österreichischen Botschafter Prinzen Hohenlohe.

Heute Mittag teilte mir Seine Majestät telephonisch mit, er habe mit dem Kronprinzen konferiert. Dieser sei wie er davon überzeugt, daß ich bleiben müsse und daß das gleiche Wahlrecht konzediert werden müsse. Beides bestätigte mir der Kronprinz kurz darauf persönlich. Dieser betonte, daß, wenn die Darstellung des Kaisers richtig sei, mein gegenwärtiger Abgang uns namentlich bei den Verbündeten schweren Schaden zufügen müsse. Anscheinend hat der Kaiser der Sache die Wendung gegeben, daß aus diesem Grunde das gleiche Wahlrecht konzediert werden müsse, was eine totale Verschiebung der Situation wäre. Denn Seine Majesät hatte gestern ausdrücklich anerkannt, daß das Wahlrecht niemals eine Konzession sein dürfe, um sich zu halten, und daß jeder neue Kanzler die gleiche Forderung werde stellen müssen.

gez. v.B. 11/7. 17

813. Bethmann Hollweg im Preußischen Staatsministerium

GStAPK Berlin. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums. Bd. 166, f. 174–176. MF 997. Rede. Protokoll. Vollzogene Reinschrift. Auszug. – Vgl. Protokolle des Preußischen Staatsministeriums X S. 194 (mit den Anmerkungen).

Berlin, 11. Juli 1917

In der heutigen Sitzung des Königlichen Staatsministeriums wurde folgendes verhandelt:

[584] Vgl. den Briefwechsel zwischen Loebell und Valentini aus diesen Tagen: Winzen, Loebell S. 1031–1040; ferner ebenda S. 1042–1053; Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 157–172.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Herr Ministerpräsident teilte mit, daß er im Anschluß an den vorgestrigen Kronrat gestern Seiner Majestät nochmals eingehend über die schwebenden Fragen Vortrag gehalten habe. Seine Majestät habe erklärt, daß er mit Sich noch zu Rate gehen müsse. Die vorgeschlagenen Maßnahmen seien so schwerwiegender Natur und von solch großer Bedeutung für die ganze Zukunft Preußens, daß er vor Seiner Entscheidung mit dem Kronprinzen Rücksprache zu nehmen wünsche und ihn ersucht habe, hierher zu kommen. Er habe hierauf an Seine Majestät unter eingehender Darlegung der Verhältnisse die Bitte gerichtet zu erwägen, ob er nicht unabhängig von Seiner Entschließung im Hinblick auf die gegenwärtige politische Gesamtlage einen Regierungswechsel vornehmen wolle. Seine Majestät habe darauf erwidert, daß es sich hier um sehr ernste Dinge handele und Er sich seine Entschließung vorbehalten wolle. Am heutigen Morgen habe Seine Majestät eine eingehende Beratung mit dem Kronprinzen gehabt und Sich darauf für die Proklamierung des gleichen Wahlrechts entschieden. Auch habe er an ihn die Bitte gerichtet, er möge die Geschäfte weierführen.

Nach der Besprechung bei Seiner Majestät sei der Kronprinz bei ihm gewesen und habe ihm mitgeteilt, daß er mit seinem Vater gesprochen habe und dessen Entscheidung für die richtige halte.

Seine Majestät habe die Vorlage der das Wahlrecht betreffenden Order befohlen, und er beabsichtige, für diese Order folgenden Wortlaut vorzuschlagen:

„Auf den Mir in Befolgung Meines Erlasses vom 7. April d. J. gehaltenen Vortrag Meines Staatsministeriums bestimme Ich hierdurch, daß der dem Landtage der Monarchie zur Beschlußfassung vorzulegende Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhause auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts aufzustellen ist. Die Vorlage ist jedenfalls so frühzeitig einzubringen, daß die nächsten Wahlen mit dem neuen Wahlrecht stattfinden können.

Ich beauftrage Sie, das hiernach erforderliche zu veranlassen .“

Nach den eingehenden Erörterungen, die im Staatsministerium und zuletzt im Kronrat unter dem Vorsitze Seiner Majestät stattgefunden hätten, brauche er wohl auf den Inhalt der Order nicht näher einzugehen. Den Zeitpunkt und die Form der Bekanntgabe der Order habe Seine Majestät ihm überlassen.

Er bitte, diese Mitteilungen absolut vertraulich zu behandeln, da er den größten Wert darauf lege, daß die Order vor ihrer Veröffentlichung nicht bekannt werde.

[*Vizepräsident Breitenbach erklärt, er halte es für angezeigt, daß die Staatsminister insgesamt ihre Portefeuilles zur Verfügung stellen sollten. Sydow und M. Beseler schließen sich seiner Erklärung an.*]

Der Herr Ministerpräsident betont, daß Seine Majestät keinenfalls die Neubildung des gesamten Staatsministeriums in Aussicht nehmen werde. Falls allerdings einige Herren Staatsminister angesichts der neugeschaffenen Lage Bedenken trügen, ihr Portefeuille weiter zu führen, so würde Seine Majestät wohl ihre Bedenken achten und ihren Wünschen Rechnung tragen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*Lentze, Schorlemer, Loebell, Stein, Helfferich und Roedern stellen ihre Ämter zur Verfügung; Trotz zu Solz hat das bereits getan; Sydow und M. Beseler sind dazu gegebenenfalls bereit.*]

Der Herr Ministerpräsident erklärte darauf, daß er Seiner Majestät über die Entschließungen der Herren Staatsminister Vortrag halten werde. Wenn einige Herren Minister glaubten, daß sie aus der getroffenen Entscheidung, die auf seinen Antrag erfolgt sei, die angekündigte Konsequenz ziehen müßten, so bedauere er dies lebhaft. Gerade diese Herren hätten größtenteils schon seit langen Jahren und in dieser schweren Kriegszeit mit ihm zusammen gearbeitet. Sie hätten vielfach auch in solchen Fragen, in denen es ihnen schwer gewesen wäre, sich seinen Vorschlägen anzuschließen, ihre abweichende Ansicht nicht mit der äußersten Konsequenz durchgeführt, und er wolle es nicht unterlassen, ihnen seinen aufrichtigen Dank dafür auszusprechen, daß sie ihm in dieser Zeit zur Seite gestanden und mit ihm gearbeitet hätten. Für ihren jetzigen Schritt habe er volles Verständnis, auch er habe schwere Sorgen wegen der Vorgänge, die sich gegenwärtig abspielten, und habe, weil er sich von seinem Abgange eine gewisse Entspannung verspreche, Seine Majestät gebeten, ihn zu entlassen. Nachdem Seine Majestät Sich in entgegengesetztem Sinne ausgesprochen habe, werde er die innere Last, die auf ihm liege, weiter tragen, soweit seine Kräfte reichten, das Auge stets gerichtet auf die schweren Gefahren des Vaterlandes und in der Hoffnung, daß die jetzigen notwendigen Maßnahmen für Krone und Volk von dauerhaftem Nutzen sein würden.

814. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA Koblenz, N 1015/119. Nachlaß Schwertfeger. Abschrift in Maschinenschrift. Druck: Werk des Untersuchungsausschusses IV/2 S. 153–155.

[o. O.] 14. Juli 1917

Am 12. Nachmittags 7 Uhr war ich zum Kaiser befohlen, der vorher lange mit dem Kronprinzen konferiert hatte. Der Kronprinz hatte am Morgen desselben Tages Westarp, Mertin[585], Erzberger, Stresemann, Payer und David empfangen[586] (die Auswahl war wahrscheinlich von Maltzahn getroffen) und hatte ihnen die Frage vorgelegt, ob ich bleiben könne oder nicht. Soweit bekannt, hatte sich Payer für mich ausgesprochen, alle anderen gegen mich, David vielleicht in bedingter Form.

Danach war der Kronprinz bei Gottfried Hohenlohe und Rizoff[587] gewesen, welche in sehr bestimmter Weise die Notwendigkeit meines Verbleibens im

[585] Erich Mertin (1872–1928), MdR (Freikonservativ) 1912–1918.

[586] Über die Einladung beim Kronprinzen berichten: Westarp, Konservative Politik II S. 357–359 (wichtiges Zeugnis); Payer in: Der Interfraktionelle Ausschuß I S. 62–65 (wichtig die dortigen Anmerkungen).

[587] Beim österreichisch-ungarischen Botschafter und beim bulgarischen Gesandten in Berlin.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Amte ausgedrückt hatten. Nach dieser Unterredung hatte der Kronprinz gegenüber Valentini und August Eulenburg entschieden Stellung für mich genommen. Immerhin muß er mit dem Kaiser wohl in anderem Sinne gesprochen haben, wenigstens war Seine Majestät im Gegensatz zu den Tagen vorher unwirsch und unfreundlich. Er suchte wiederholt die Sache so darzustellen, als habe er das gleiche Wahlrecht nur bewilligt, um meine persönliche Stellung zu erleichtern. Ich widersprach energisch und erinnerte daran, wie Seine Majestät selbst ausdrücklich anerkannt habe, daß auch jeder Nachfolger von mir sofort das gleiche Wahlrecht werden fordern müssen und daß ein anderes Wahlrecht überhaupt nicht mehr möglich sei. Widerwillig gab Seine Majestät das zu.

Dann bemerkte Seine Majestät, die Friedensresolution des Reichstages sei, wie ihm der Kronprinz mitgeteilt habe, zu schlapp. Jedenfalls müsse Hindenburg dazu gehört werden. Übrigens kenne er selbst die Resolution ja noch garnicht. (Letzteres war falsch, denn zwei Tage vorher hatte ich ihm an derselben Stelle des Parks von Bellevue in Gegenwart von Valentini die Resolution vorgelesen, allerdings mit dem Bemerken, daß vielleicht noch einige Korrekturen, aber im Sinne größerer Entschlossenheit, angebracht werden würden[588]. Damals hatte Seine Majestät der Resolution ausdrücklich zugestimmt und mich ermächtigt, auch im Reichstage meine Zustimmung zu erklären. Nur an dem Worte „Verständigungsfrieden“[589] hatte er sich als unklar gestoßen.) Ich ließ die Resolution kommen, las sie vor, der Kaiser schwieg zu ihr, ließ sie aber sofort an Hindenburg zur Äußerung telephonieren. Nach einer halben Stunde war die telephonische Antwort da, die dahin lautete, daß ein Dank an die Armee, wie ihn die konservative Resolution[590] enthalte, bitter vermißt werde und daß im zweiten Absatz die Worte „der Verständigung und“ sowie der Satz: „Mit einem solchen Frieden … unvereinbar.“ gestrichen werden müßten[591]. Bleibe der letztere Satz stehen, so werde die Stoßkraft und Widerstandsfähigkeit der Armee erschüttert werden. Seine Majestät stimmte diesem Votum zu und beauftragte mich, es den beteiligten Parlamentariern mitzuteilen.

Unmittelbar darauf meldete der General Lyncker Seiner Majestät, es sei die telephonische oder telegraphische Meldung aus Kreuznach[592] eingetroffen, daß Abschiedsgesuche von Hindenburg und Ludendorff unterwegs seien. Der Abschied wurde damit begründet, daß die beiden Generale mit mir als Kanzler nicht arbeiten könnten. Oberst von Marschall habe dazu telephoniert, Ludendorff habe geäußert, er werde nicht nachgeben, sondern unter allen Umständen auf seinem Willen bestehen. Seine Majestät schien ungehalten zu sein und ließ den beiden Generalen telephonieren, sofort nach Berlin zu kommen. Ich

588 Die vier Entwürfe der Friedensresolution des Reichstags zwischen dem 6. und 12. Juli 1917 sind in Paralleldruck publiziert in: Der Interfraktionelle Ausschuß I S. 110–113.

589 „Frieden der Verständigung“ findet sich in allen vier Entwürfen (die vorangehende Anm.).

590 Eine Fassung der konservativen Resolution ist nicht publiziert. Westarp als Kronzeuge für die Konservativen bringt sie nicht in seinem materialreichen Werk (Konservative Politik II S. 358–359).

591 Vgl. Anm. 588.

592 Wo sich derzeit das Große Hauptquartier befand.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sagte Seiner Majestät, selbstverständlich könne von einer Verabschiedung Hindenburg[s und] Ludendorffs keine Rede sein, und verabschiedete mich.

Unmittelbar darauf sah ich den Abgeordneten von Payer, der mir im Auftrag der drei Parteien die Resolution überbrachte. Ich teilte ihm das Votum Hindenburgs unter dem Hinzufügen mit, daß ich mich ihm als dem zuständigen Ausdruck der Ansicht der Armee anschließe und regte an, daß Mitglieder der beteiligten Parteien mit Hindenburg und Ludendorff selbst sprechen möchten, die am Tage darauf in Berlin eintreffen würden. Herr von Payer nahm diese Anregung zustimmend auf und glaubte, daß sich auch die Sozialdemokraten noch beeinflussen lassen könnten. Er selbst habe alle seine Mittel erschöpft, um der Resolution einen kräftigen Ton zu geben.

Am 13. vormittags 10½ Uhr habe ich mein Abschiedsgesuch[593] durch Valentini an den Kaiser geschickt und darin Graf Hertling zu meinem Nachfolger empfohlen, weil dieser von vornherein bei unseren Bundesgenossen Vertrauen finden werde.

Etwa um 1 Uhr teilte mir Valentini mit, Hertling habe abgelehnt, teils aus Gesundheitsrücksichten, teils weil er in den maßgebenden Fragen, namentlich der Kriegszielfrage, anderer Meinung sei als die Oberste Heeresleitung. Valentini schlug mir dann mit einer gewissen Begeisterung Bernstorff vor, dem ich zustimmte. Um 7 Uhr telephonierte mir Valentini, die Sache sei erledigt. Seine Majestät habe Bernstorff abgelehnt, Michaelis sei vorgeschlagen, dieser habe angenommen, und er sei im Begriff, mit ihm zum Kaiser zu fahren.

Gegen 10 kamen beide zu mir. Aus Valentinis Äußerungen entnahm ich folgendes. Nachdem der Kaiser Bernstorff refüsiert hatte, beauftragte er Valentini, Hindenburg zu fragen, wen er als Kanzler wolle. Valentini, der nicht persönlich mit Hindenburg verhandeln wollte, fuhr unter Zustimmung des Kaisers zu Lyncker, um diesem die Mission ausrichten zu lassen. General von Plessen, der bei Lyncker war, scheint den Namen Michaelis aufgebracht zu haben. Darauf haben Valentini, Lyncker und Plessen mit Hindenburg und Ludendorff konferiert, wobei Ludendorff gesagt hat, er könne Michaelis nur auf das Wärmste empfehlen. Derselbe sei vor einiger Zeit im Großen Hauptquartier gewesen und habe den Eindruck gemacht, daß er der rechte Mann sei. Der Kaiser hat auf Vortrag Valentinis Michaelis sofort akzeptiert, obwohl er ihn nicht kenne, und Michaelis hat nach ganz kurzem Überlegen angenommen.

Darüber, daß Ludendorff die Parlamentarier von seinem bevorstehenden Abschiedsgesuch informiert hatte, zu vergleichen die telegraphischen Korrespondenzen von Wahnschaffe mit Ludendorff über die Mitteilungen Payers[594].

---

[593] Der Wortlaut ist nicht ermittelt. Die Antwort des Kaisers in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 693.

[594] Nicht ermittelt. Vgl. aber seine diversen Stellungnahmen in: Der Interfraktionelle Ausschuß I S. 14, 39–40, 52–53, 56, 62–64.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ludendorff hatte, noch bevor der Kaiser irgendwie informiert war, dienstlich dem bayerischen Kriegsminister[595] mitgeteilt, er und Hindenburg würden gehen, wenn ich bliebe.

gez. v. B. 14/7.17.

815. Kühlmann an AA

PA Berlin, R 13762. Telegramm. Entzifferung. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 843. Konstantinopel, 15. Juli 1917, 4 Uhr 45 Min. Nm.
Ankunft: 15. Juli 1917, 11 Uhr 25 Min. Nm.

Pressetelegramme melden Wechsel Reichskanzleramt und Staatssekretär des Auswärtigen[596]. Bei besonders engem vertrauensvollen persönlichen Verhältnis, das zwischen leitenden türkischen und deutschen Staatsmännern und insbesondere genannter Ämter bestand, wäre es im Hinblick auf ganz besonderes politisches Gewicht, das persönliche Beziehungen hier im Orient haben, erwünscht, wenn ich baldmöglichst mit Weisung versehen werden könnte, wie türkischen Staatsmännern, insbesondere Talaat Pascha, gegenüber die Demissionen vertraulich zu motivieren sind.

816. Zimmermann an Kühlmann

PA Berlin, R 13762. Telegramm in Ziffern. Abschrift in Maschinenschrift.

Nr. 731. Berlin, 16. Juli 1917

Auf Telegramm Nr. 843[597].

Für Ausscheiden des Reichskanzlers sind innerpolitische Gründe maßgebend gewesen. Hetze der Konservativen und Alldeutschen, daß Reichskanzler sich endlich auf weitgehende Kriegsziele festlegen müsse, hatte scharfe Reaktion bei anderen Parteien ausgelöst, die für einen allgemeinen Frieden auf Grund des Status quo ante bellum unter Verzicht auf Annexionen und Kontributionen eintreten. Um dem Ansturm der durch das Militär gestützten konservativen und alldeutschen Kreise die Spitze zu bieten, trat bei den anderen Parteien der Wunsch nach größerer parlamentarischer Kontrolle der Reichsge-

595 Philipp von Hellingrath.

596 Bethmann Hollweg hatte unter dem Druck der OHL und der Mehrheitsparteien, die sich soeben in einem „Interfraktionellen Ausschuß“ zusammengetan hatten, am 13. Juli beim Kaiser seinen Abschied eingereicht, den dieser sogleich genehmigte. Ludendorff und Hindenburg hatten beim Kaiser mit Rücktritt gedroht, wenn dieser den Kanzler weiter hielte. Bei den Mehrheitsparteien hatten besonders Erzberger (Zentrum) und Stresemann (Nationalliberale) vehement für den Abgang des Kanzlers Stimmung gemacht. Vgl. u. a. Der Interfraktionelle Ausschuß I S. 62–83, Bauer, Der große Krieg S. 141–143; unten Nr. 979*–983*.

597 Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schäfte lebhaft hervor. Die aus der Zusicherung des gleichen Wahlrechts für Preußen hergeleitete Annahme, daß der Reichskanzler auch jenen weitergehenden Wünschen geneigt sein könnte, löste eine derartige Hetze aus, daß der Reichskanzler im Interesse der schleunigen Wiederherstellung des inneren Friedens seinen Abschied zu nehmen zu müssen geglaubt. Bei der Majorität des Reichstags hat der parlamentarische Gedanke Wurzel gefaßt. Ehrgeizige Politiker sehnen sich nach Ministerposten und arbeiten auf den Sturz der gegenwärtigen Inhaber der Posten hin. Mir macht man das bekannte Mexiko-Telegramm und die glücklich beigelegte Bombenaffäre in Norwegen zum Vorwurf[598]. Dem neuen Reichskanzler wird es meiner Überzeugung nach leicht werden, die innere Geschlossenheit schleunigst wieder herzustellen, wenn er mit neuen Männern vor den Reichstag tritt.

Schleunige Herstellung der inneren Geschlossenheit erscheint mir aber dringend notwendig, um unsere Feinde von dem Wahn zu befreien, daß wir zermürbt sind. Diese Erwägung hat mich zur Einreichung meines Abschiedsgesuches veranlaßt[599].

Daß durch die neuen Männer an unserer Bündnispolitik und treuen Freundschaft mit der Türkei nicht das geringste geändert werden wird, bedarf keiner besonderen Versicherung.

817. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Berlin, 20. Juli 1917

Lieber Herr von Eisendecher!

Für Ihre freundlichen Worte sage ich Ihnen aufrichtigen Dank. Ich scheide ohne Bitterkeit, aber voll Schmerz über das Schauspiel, das mein Land in den letzten 14 Tagen dem aufhorchenden Feinde bot.

---

[598] Zimmermann hatte am 19. Januar 1917 über die deutsche Botschaft in Washington ein Telegramm an den deutschen Gesandten in Mexiko gesandt, in dem ein Bündnis zwischen Mexiko und Deutschland vorgeschlagen wurde, falls die USA in den Krieg einträten. In dem Telegramm wurde die deutsche Unterstützung zugesagt, falls Mexiko die 1848 an die USA gefallenen Territorien zurückgewinnen wolle. Das Telegramm wurde vom britischen Geheimdienst entschlüsselt. Es gab den letzten Anstoß für den Entschluß Wilsons, Deutschland am 2. April 1917 den Krieg zu erklären. – Im Juni 1917 hatten norwegische Behörden in Christiania festgestellt, daß ein deutscher Kurier bei der dortigen deutschen Gesandtschaft Gepäckstücke abgeliefert hatte, die Sprengmittel enthielten. Darüber entspann sich ein deutsch-norwegischer Notenaustausch. In ihm gab die deutsche Regierung zu, daß nachgeordnete militärische Stellen tatsächlich diese Gepäckstücke per Kurierpost abgefertigt hatten. Die deutsche Regierung entschuldigte sich für den Vorfall. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 659, 665 und 680–682.

[599] Das vom Kaiser zunächst nicht angenommen wurde. Zimmermann wurde erst am 6. August 1917 seines Postens als Staatssekretär des Auswärtigen enthoben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

In dankbarer Erinnerung an Ihre treue Unterstützung und mit den besten Grüßen auch an Ihre Gattin

stets der Ihre

818. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

HStA Stuttgart, Nachlaß Weizsäcker, Q 1/18, Bü 42. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 6. August 1917

Sehr verehrter Freund!

Ich hätte Ihre freundlichen Worte längst beantwortet, wenn der Wandel der Dinge mir nicht schließlich doch größere äußere Unruhe bereitet hätte, als ich es erwartet hatte. Und auch heute lebe ich noch eigentlich zwischen Kisten und Kasten, zwischen unausgepacktem und nicht geordnetem Hausrat und Schriftstücken. Und doch danke ich Ihnen von Herzen [für] Ihre treue Anteilnahme und gäbe meinem Dank gern besseren Ausdruck, als es mir in diesem ungeordneten Wesen möglich ist. Ihr Berliner Aufenthalt hat Ihnen gezeigt, wie verfahren die Dinge waren. Ich muß mich schuldig bekennen, daß ich die Möglichkeit einer solchen Entwicklung seit einem halben Jahr voraussah. Getäuscht habe ich mich darin, daß der Wille, mich zu stürzen, so raffiniert, so intrigenhaft und so rücksichtslos gegen den ausgesprochenen Willen des Kaisers betätigt und durchgesetzt werden würde.

Wäre das nicht geschehen, so wäre die Krisis vielleicht ganz, jedenfalls aber eine Form der Krisis zu vermeiden gewesen, die schließlich unwürdig war, unser politisches Ansehen namentlich in Österreich-Ungarn nicht vermehrt und uns auch im feindlichen Ausland kaum etwas genützt hat. Innerpolitisch ist wohl zunächst eine Entlastung eingetreten. Der dauernde Erfolg wird davon abhängen, ob noch vor Winter ernsthafte Friedensaussichten erstehen. Denn schließlich war es doch die Sehnsucht nach Frieden, aus der der Ruf nach neuen Männern geboren wurde. Bedeutet aber der Kanzlerwechsel einen Schritt zum Frieden, dann lege ich, dafür werden Sie mich genugsam kennen, mit Freude meinen Kopf unter das Richtbeil. Wiewohl ich nicht leugnen kann, daß ich den Schmerz tief fühle, nun nicht mehr weiter mitkämpfen zu dürfen. Ihnen aber möchte ich wiederholt und immer wieder für alle treue Unterstützung danken, die Sie mir so lange Jahre in so schweren Zeiten geleistet haben. Die Erinnerung daran bewahre ich bis an mein Lebensende in dankbarem Herzen. Wie ich denn im Gegensatz zu den politischen Parteien von den hohen verbündeten Regierungen immer in unverdienter Weise verwöhnt worden bin. Seine Majestät der König Ihr Allergnädigster Herr hat mich jetzt mit einem huldvollen Handschreiben und dem Geschenk seines Bildes bedacht, was mich hoch beglückt hat.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

So bleibt mir nichts, als Sie für alle Zeit meiner Verehrung und Dankbarkeit zu versichern und ihnen alle meine Wünsche für sich und Ihre Frau Gemahlin, der ich mich bestens zu empfehlen bitte, auszusprechen. Und auch Ihrem schönen Schwabenland einen treuen Gruß.

Stets der Ihre

819. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 20–21. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 31. August 1917

Lieber Freund!

Hoffentlich hast Du nicht mißverstanden, weshalb ich so lange schwieg. Trotz unendlicher Korrespondenz, die ich abzuwickeln hatte und noch habe, war und ist mir nicht schreibselig zu Mute. Daß meines Bleibens nicht war, stand mir seit einem halben Jahr fest. Gegen Hindenburg und Ludendorff, die mit allen Mitteln, zuletzt mit förmlichem Ultimatum an den Kaiser, meinen Sturz betrieben, konnte ich nicht aufkommen. Gut, daß die für mich unmögliche und das Land schädliche Lage ihr Ende hat. Ich habe daraus in voller Gemütsfreiheit alle Folgerungen für mich gezogen, denn Reflexionen über den Zusammenbruch meines öffentlichen Wirkens können mir nicht weiterhelfen. Daß ich auf dem rechten Wege war, ist noch heute meine Überzeugung. Das Toben und Triumphiren meiner Gegner macht mich davon nicht irre. Wohl habe ich es an der Ausführung fehlen lassen, und ich werde nicht eifersüchtig sein, wenn es meinem Nachfolger besser gelingt. Ich glaube aber kaum, daß er es in den Grundlinien wesentlich anders machen kann.

Aber ich will noch nicht über Politik schreiben. Zudem mache auch ich die übliche Erfahrung eines solchen Lebenswechsels, indem eine gewisse Stumpfheit eintritt, sobald die gewohnte Hetzpeitsche nicht mehr treibt. Darum war es mir recht, daß es zunächst viel zu Kramen und Einzurichten gab. Diese äußerliche Tätigkeit hat mir über Vieles hinweggeholfen, auch eigentlich zum ersten Male in meinem Leben mich die Freude am eigenen Besitz[600] gelehrt. Ich hoffe, Du siehst das im Spätherbst auf einem richtigen ausgedehnten Landbesuch einmal an, wie ich mir mein Haus zurechtgezimmert habe. Gegenwärtig ist mein Leben noch unruhig und ungeordnet, weil ich noch nicht wieder ganz leistungsfähig bin, auch noch nicht weiß, wie ich mir einen gewissen Zusammenhang mit dem öffentlichen Leben sichern kann, auf den ich nicht verzichten möchte. Ich bin leider ein schlechter Briefschreiber, als daß ich auf diesem Wege sehr weit kommen werde. Ende September will ich auf kurze Zeit in Oberbayern jagen und meine Tochter[601] sehen, die dann

[600] In Hohenfinow.

[601] Isa.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in München installirt sein wird. Den Winter über aber werde ich nicht, wie es mir der liebenswürdige Lokalanzeiger[602] andichtet, das Kunststudium treiben, sondern mich hier in Arbeit einspinnen, worauf ich mich eigentlich freue, wenn mir gute alte Freunde ihre Freundschaft bewahren und mich mit geistiger Kost nähren – worauf ich rechne. Also dann auf Wiedersehen hier. Führt Dich vorher einmal Dein Weg nach Berlin – Du weißt, in 1½ Stunden kannst Du hier sein, mein Telefon ist Falkenberg (Mark) N° 1, und immer bist Du herzlich willkommen.

Verzeih, daß ich nur von mir schrieb. Aber alle meine Wünsche und Grüße sind bei Dir und den Deinen.

Getreulichst

820. Hindenburg an Michaelis

Schreiben. Druck: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 27. August 1919. (Auch online verfügbar.)

Reichsleitung und O.H.L.

In Nr. 5 des „20. Jahrhunderts“[603] wird heute eine Denkschrift des Generalfeldmarschalls von Hindenburg veröffentlicht, die deutlich erweist, daß die Oberste Heeresleitung die eigentliche Veranlassung für den Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg gewesen ist, und die ferner die damalige völlige Verschiebung der Verantwortlichkeiten zwischen Reichsleitung und Heeresleitung klar erkennen läßt.

Chef des Generalstabes des Feldheeres.
II. Nr. 61 732 op. Gr.H.Qu., im August 1917

Denkschrift

Wie Heer und Volk im Kriege geschlossen zusammenstehen müssen, so müssen auch Reichsleitung und Oberste Heeresleitung unbedingt gemeinsame Wege gehen. Leider war dies bisher nicht der Fall. Ich will die Tatsachen aufführen, die mich mehr und mehr gezwungen haben, gegen die Reichsleitung Stellung zu nehmen oder auf ihre Maßnahmen einen gewissen Druck auszuüben. Ich beschränke mich dabei auf eine Zusammenstellung in Gruppen von Vorgängen.

1) Vornahme wichtiger außenpolitischer Schritte ohne genügendes Einvernehmen mit O.H.L., obwohl das militärische Interesse an diesen Schritten bedeutend war: Schwäche gegen Neutrale hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr, ei-

602 „Berliner Lokalanzeiger“ (oben Band 1 Anm. 656).

603 „20. Jahrhundert. Dokumente zur Zeitgeschichte“, eine Wochenzeitung, die von August 1919 bis Mai 1921 im Berliner August-Scherl-Verlag erschien. Sie wurde in die Tageszeitung „Der Tag“ übergeleitet. – Die folgende Denkschrift wurde in den Akten des PA Berlin nicht ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genmächtige Behandlung von militärisch wichtigen Fragen, z. B. hinsichtlich Lieferung von Kohle an Neutrale, obwohl Kohle als Kriegsmaterial anzusehen ist.

2) Die schwankende Haltung und der passive Widerstand beim rücksichtslosen U-Bootkriege. Dieses Schwanken hat uns gegenüber den Neutralen und den Vereinigten Staaten sehr geschadet.

3) Abwälzung der Verantwortung bei Mißgriffen (Polenfrage, zwangsweise Heranführung belgischer Arbeiter[604]) auf O.H.L., die in der Öffentlicheit zeitweise allgemein als Schuldige in diesen Fragen angesehen wurde. Da diese Ausstreuungen nur aus unterrichteten Kreisen stammen können und von hier gewiß nicht ausgingen, so müssen sie von Unterorganen der Regierung verbreitet sein.

4) Zu spätes und zu wenig tatkräftiges Eingreifen der inneren Schäden, z. B. auf dem Gebiet der

a. Ernährungspolitik,

b. Vorsorge für Hebung der Produktion (Kraftfutter, Stickstoff, Strohaufschließung),

c. Transportkrise,

d. Kohlenlage.

5) Ungenügende Ausnutzung unserer Volkskraft. Auf Drängen der O.H.L. endlich Einbringung des Hilfsdienstgesetzes, das jedoch durch Nachgiebigkeit dem Reichstag gegenüber zu einem außerordentlich schädlichen Gesetz wurde.

6) Versagen jeder Aufklärung im Volke. Fehlen einer zielbewußten Leitung im Innern. Der schwerste Vorwurf! Die unübersehbaren Folgen sind:

a. Demoralisation (Wucher, Genußsucht), Verwirrung der Begriffe von Recht und Pflicht,

b. Pessimismus,

c. Verkommen in Alltagssorgen und Fehlen jedes Verständnisses für Größe und Ernst der Zeit,

d. Pflichtvergessenheit (Streiks),

e. politische Forderungen (die an sich nur auf dem Versagen der bisherigen leitenden Persönlichkeiten beruhen, aber sicher nicht geeignet sind, grundsätzlich zu bessern),

f. Schädigung des Ansehens der Monarchie (Abschließung des Kaisers, überragender Einfluß der Kabinette[605], Drängenlassen zu Entschließungen usw.),

---

[604] Auf Druck der deutschen Schwerindustrie und der OHL und gegen den Widerstand der deutschen Zivilbehörden wurden seit 1916 arbeitslose Männer im Generalgouvernement Belgien zwangsweise zu Arbeiten nach Deutschland verschickt. Die Aktion, die etwa 60.000 belgische Arbeiter erfaßte, war ein Fehlschlag, so daß bereits im Februar 1917 die Maßnahmen wieder aufgegeben wurden. Sie schadeten dem deutschen Ansehen vor allem im neutralen Ausland, besonders in den USA. Neuere Studie: Jens Thiel, „Menschenbassin Belgien". Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg. Essen 2007

[605] In der Umgebung des Kaisers (des Zivil-, Militär- und Marinekabinetts).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

g. Laufenlassen der Presse. Einflußnahme nur auf einige Leitblätter übelster Art.

Insgesamt hatten all diese Umstände mir die Überzeugung gebracht, daß wir trotz militärischer Erfolge unfehlbar dem Abgrund zugingen, und deshalb mußte ich pflichtgemäß bei Seiner Majestät gegen Herrn v. Bethmann Hollweg auftreten. Ich habe lange gezögert, da ein derartiges Heraustreten aus meinem Wirkungskreise gegen eine einzelne Person mich schwere innere Kämpfe gekostet hat.

Daß ich es unangenehm empfunden habe, in Fragen, die mich berührten, ausgeschaltet zu werden, oder in solchen, an denen ich unschuldig war, als schuldig hingestellt zu werden, ist auch im Interesse der Sache wohl erklärlich. Daß umgekehrt die Reichsleitung meine vielfachen Anregungen, z. B. in Ernährungsfragen, Kohlenfragen, Produktionssteigerung usw., als Eingriffe in ihr Ressort empfand, verstehe ich. Aber erstens war es nötig, denn es geschah sonst eben nichts oder nichts Ausreichendes. Zweitens aber war das militärische Interesse bei allen diesen Dingen doch zweifellos vorhanden. Die Ansicht, daß Politik und Heerführung sich trennen lassen, war schon immer falsch; sie ist grundverkehrt in einem Kriege, an dem das ganze Volk mitarbeitet. Ich hätte also nur dann schweigen können, wenn die Reichsleitung von sich alles Nötige getan hätte. Der Vorwurf, der, wie mir gesagt ist, gegen mich erhoben ist, daß ich ganz allgemein eine Abhängigkeit der Reichsleitung von der O.H.L. anstrebe, ist sinnlos. Ich wäre der erste gewesen, der mit einer zielbewußten Reichsleitung zusammengegangen wäre. Ich möchte noch darauf hinweisen, daß, falls Euer Exzellenz den einen oder anderen der oben erwähnten Punkte nachprüfen wollen, Euer Exzellenz' Vertreter jederzeit Einsicht in die hiesigen Akten erhalten kann. Sofern es Euer Exzellenz nötig erscheint, bitte ich sogar darum, alle diese Punkte restlos klarzustellen. Dies kann nur das gegenseitige Vertrauen stärken.

Nachdem nun Euer Exzellenz die Reichsleitung übernommen haben, betone ich nochmals, daß, wie Heer und Volk zusammengehören, so auch die beiden leitenden Stellen eng zusammen arbeiten und Vertrauen zueinander haben müssen. Wie dies Bestreben bei mir herrscht, so setze ich es auch bei Euer Exzellenz voraus. Es ist aber auch nötig, daß die unterstellten Organe beiderseits im gleichen Sinne arbeiten. Für besonders wünschenswert halte ich öftere mündliche Aussprache sowohl zwischen Euer Exzellenz und mir, wie zwischen unseren Untergebenen.

Eine Regelung folgender Fragen, über welche Euer Exzellenz die Entscheidung haben, an denen aber auch ich ein militärisches Interesse habe, halte ich für besonders dringlich:

1) Maßnahmen zur Leitung der Presse,

2) Aufklärungstätigkeit im Volk (Schule, Geistlichkeit, Abgeordnete, Soldaten aus der Front),

3) Sicherstellung der Stetigkeit in der Kriegsindustrie, Erfassung aller Arbeitskräfte und Ersatz der Wehrfähigen in den Fabriken (Änderung und Erweiterung des Hilfsdienstgesetzes, Maßnahmen gegen Streiks),

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

4) Sicherung der Kohlenversorgung für Volk, Heer und Rüstungsindustrie (Erhöhung der Förderung, Transportfrage, Einteilung der Kohlen auf die verschiedenen Verbrauchszweige),

5) Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung für Heer und Volk.

gez. Hindenburg

821. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 31–32. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 8. September 1917

Sehr verehrter Herr Professor!

Verbindlichsten Dank für die Übersendung Ihrer politischen Aufsätze in der letzten Nummer der Jahrbücher[606], die ich übrigens selbstverständlich auch hier halte. Wie immer, so regen sie auch jetzt zu ernstem Nachdenken an, und vielen Ihrer Ausführungen stimme ich zu. Aber daß Sie meine Politik „den Bethmannschen Kursus“ schlechthin als Politik der Freundschaft mit allen Parteien, des Schiebens und der Zweideutigkeiten charakterisieren, dagegen muß ich protestieren.

Ihre Kritik soll, wie ich annehme, meine Haltung zur Friedensfrage treffen. War ich da wirklich zweideutig, oder ließ ich mich von Rücksichten auf die Gunst der Parteien bestimmen?

Unser Friedensangebot vom 12. Dezember war lediglich ein folgerichtiger Schritt auf dem Wege meiner bis dahin geführten Politik und erklärte, so viel man auch sonst seine Form angreifen mag, völlig eindeutig unsere grundsätzliche Bereitschaft zum Verständigungsfrieden. Der Zeitpunkt des Angebots war jedenfalls insofern richtig gewählt, als es wegen unserer militärischen Gesamtlage keinesfalls früher gemacht werden konnte. Auf diesem Boden des Verständigungsfriedens bin ich unverrückt stehen geblieben, auch dann, als in Folge der Ablehnung des Angebots die Haltung namentlich des Zentrums, aber auch eines Teils der Freisinnigen recht lau wurde.

Unsere Friedensbedingungen habe ich, das ist richtig, weder in dem Friedensangebot noch sonst nach ihren Einzelheiten scharf präzisiert. Absichtlich nicht. Aber ist das gleichbedeutend mit Zweideutigkeit oder mit dem Wunsche, es mit keiner Partei zu verderben? Das verneine ich. Noch heute erscheint mir eine detaillierte Verkündung unserer Kriegsziele unmöglich. Dazu ist dieser Koalitionskrieg zu kompliziert. Man bleibt auf allgemeine Formeln angewiesen (unser Friedensangebot vom 12. Dezember, russische Friedensplatt-

[606] Hans Delbrück, Kriegs- und Friedensparteien in der Welt. – Reichskanzler und Reichstag. – Die Papstnote. In: Preußische Jahrbücher 169 (1917) S. 469–479. – Das folgende Zitat S. 478.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

form[607], Friedensresolution des Reichstags), die ihrer Natur nach unbestimmt sind. Höchstens einzelne konkrete Ausschnitte aus den Friedensbedingungen können scharf umrissen werden, wie es die Franzosen positiv rücksichtlich der désannexion von Elsaß Lothringen, ich negativ rücksichtlich der Annexion Belgiens getan habe. Wenn ich dabei Garantieen dagegen forderte, daß nicht Belgien von unsern Feinden als dauernde Bedrohung Deutschlands ausgenutzt werde, so läßt dieser Ausdruck wegen seiner Allgemeinheit gewiß verschiedene Deutungen zu. Aber ich frage: Konnte ich mich bestimmter fassen, oder konnte ich umgekehrt diese Garantieen gänzlich mit Stillschweigen übergehen oder gar ausdrücklich auf sie verzichten? Ob eine solche Verzichterklärung noch einmal nötig werden wird, will und kann ich nicht untersuchen. Zu meiner Amtszeit hätte ich mich mit ihr in entscheidenden Widerspruch gesetzt zu der großen Mehrheit des Reichstags, den militärischen Instanzen und der darüber stehenden Stelle[608]. Also schon aus diesem Grunde eine sachlich nicht praktische Eventualität.

In einer Beziehung hat sich die Lage jetzt geändert. Zum ersten Male hat sich eine Reichstagsmajorität mit Aktionsabsichten gebildet[609]. Ich verfügte über keine derartige Mehrheit, sondern hatte jedenfalls in den ersten Epochen des Krieges höchstens eine Mehrheit mir gegenüber, deren Geschäfte ich nicht betreiben konnte noch wollte, auch nicht betrieben habe, was die erbitterte Feindschaft, mit der ich verfolgt wurde, wohl am zuverlässigsten bezeugt. Ob und wie lange diese Mehrheit zusammenhalten wird, kann ich nicht beurteilen. Nur eins darf ich hervorheben. Für mich hätte es kein Abweichen von dem bis dahin gesteuerten Kurs bedeutet, wenn ich die Friedensresolution des Reichstags angenommen hätte. Sie liegt, von allem Beiwerk abgesehen, auf derselben Linie wie unser Friedensangebot vom 12. Dezember.

Daß jeder Reichskanzler sich dem Vorwurf des „Lavierens“[610] nur zu leicht aussetzt, ist klar. Nach der gegenwärtigen Struktur der Parteien und unserer staatlichen Zustände ist der Kanzler grundsätzlich auf eine Politik der Diagonale angewiesen. Aber auch die Diagonale ist ein gerader Weg, und ich glaube ihn gegangen zu sein. Wenn er bisher nicht zum Ziel geführt hat, so besagt das nicht, daß der Weg falsch war. Die Schuld liegt daran, daß Kräfte, die bei uns allmächtig sind[611], den Wagen immer wieder aus dem Geleise herauszudrängen suchten.

---

607 Die, in einer damaligen Formel zusammengefaßt, lautete: „Weder Annexionen noch Kontributionen“.

608 Des Kaisers.

609 Damit ist in erster Linie der „Interfraktionelle Ausschuß“ des Reichstags gemeint, der kurz vor dem Kanzlersturz am 6. Juli 1917 gebildet wurde und die Arbeit der Reichstagsfraktionen der SPD, der Fortschrittlichen Volkspartei, des Zentrums und (bis Januar 1918) der Nationalliberalen Partei koordinierte. Damit war im konstitutionellen System Deutschlands die Parlamentarisierung begonnen worden.

610 Wieder ein Zitat aus Delbrücks Monatsschau (oben Anm. 606).

611 Anspielung in erster Linie auf die 3. OHL unter Hindenburg und Ludendorff.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich darf Sie bitten, verehrter Herr Professor, diese Zeilen als ganz vertraulich und nur für Sie persönlich bestimmt, aufzufassen. Unsere Beziehungen in der Vergangenheit, die sich hoffentlich in die Zukunft fortsetzen werden, trieben mich dazu, mich auszusprechen, wie ich es versucht habe.

In besonderer Wertschätzung
bin ich Ihr ergebenster

822. Aufzeichnung Pachnikes

Über ein Gespräch mit Bethmann Hollweg. Druck: Berliner Tageblatt, 50. Jg., 9. Januar 1921, Nr. 13, S. 1–2.

Hohenfinow [Ende September 1917]

Stunden mit Bethmann Hollweg

Es war im Herbst 1918, als ich[612] den nun dahingegangenen Bethmann Hollweg, seiner Einladung folgend, in Hohenfinow besuchte. Bis gegen Mitternacht zog sich die Unterredung hin, um am nächsten Morgen wieder aufgenommen zu werden. Er sprach offenherzig, gelegentlich etwas bitter, aber doch immer mit dem sichtlichen Bestreben, nicht ungerecht zu werden.

Sein Rücktritt war auf das Drängen Ludendorffs und Hindenburgs erfolgt, die Einfluß auf den Kaiser und auf Reichstagsparteien übten. Ludendorff hatte ihn als ein Hindernis für den Frieden unter den Parteien bezeichnet. Die Alldeutschen wüteten seit langem gegen ihn. Das Zentrum, das ihn bis dahin gestützt hatte, ließ ihn plötzlich, von einem Tag zum anderen fallen. Auch bei den Nationalliberalen gab Ludendorffs bekannte Alternative[613] den Ausschlag gegen Bethmann. Die Sozialdemokratie wußte zuletzt nicht recht, ob sie sich für oder gegen ihn erklären sollte. Nur Herr v. Payer blieb fest und stützte den Kanzler, wie dieser dankbar hervorhob, bis zum letzten Augenblick. Die Heerführer haben, wenigstens solange sie siegreich sind oder scheinen, im Krieg selbstverständlich ein Übergewicht; das hat schon Fürst Bismarck empfunden. Selbst wenn sie weiß für schwarz erklären, behalten sie noch recht, so fügte Herr v. Bethmann etwas spöttisch hinzu.

Der Kaiser hat Bethmann halten wollen und, als ihm die Entlassung abgezwungen war, noch zwei Stunden lang im Schloß Bellevue mit ihm gesprochen. Beim Abschied sagte er zu Bethmann: „Nach Friedensschluß besuche ich Sie in Hohenfinow.“ Damit aber war Bethmann isoliert und hielt die Beziehung zur aktiven Politik nur noch durch die Besuche aufrecht, die ihm auf seinem Gutsschlosse gemacht wurden. Bei der Ernennung jenes ersten Nachfolgers, Herrn Michaelis, ist er nicht zu Rate gezogen worden, und das empfand er als eine Kränkung.

[612] Hermann Pachnike (1857–1935) MdR (Freisinn, Fortschrittliche Volkspartei) 1890–1918.
[613] Sein Rücktritt oder Bethmann Hollwegs Rücktritt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Über den damaligen Kaiser sprach Herr v. Bethmann nicht ohne Achtung, fügte aber hinzu, man dürfe nie vergessen, daß der Kaiser in dem Offiziersmilieu aufgewachsen sei, mündliche und briefliche Ratschläge aus diesen Kreisen erhalte, die dem Reichstag fernstehen und über das parlamentarische Wesen oft geradezu lächerliche Anschauungen haben. Auch der Kronprinz kenne von den öffentlichen Dingen nur ungefähr so viel wie ein jüngerer Offizier und rede wie ein solcher darüber. Auf meine Frage, warum er sich mit der halben oder Dreiviertelsreform des preußischen Wahlrechts begnügt habe, wiederholte Bethmann: „Hätte ich schon für die Osterbotschaft von 1917 das gleiche Wahlrecht vom Kaiser verlangt, ich wäre geflogen. Für das volle Zugeständnis mußten neue Eindrücke abgewartet werden."

Auch daß die Parlamentsmehrheit bei einem Ministerwechsel gefragt werden sollte, war ein weiterer, früher nicht zu erzielender Fortschritt. Die Konservativen schäumten. Aber mit ihnen mußte, das war Bethmanns und seines damaligen Stellvertreters[614] Meinung, der Kampf eben aufgenommen werden. Daß er der alldeutschen Bewegung nicht schon vor dem Krieg nachdrücklicher entgegengetreten ist, machte er sich selbst zum Vorwurf. Die Tragik im Schicksal Bethmanns war es, daß er in dem Augenblick gehen mußte, wo seine Friedenspolitik eine parlamentarische Mehrheit hätte finden können.

Unter den Parlamentariern hat Bethmann nach seinem eigenen Bekenntnis am liebsten mit Herrn v. Payer verhandelt. Der hielt dicht und hatte Urteil. Auch Scheidemann und Ebert verstanden, Vertrauliches vertraulich zu behandeln. Was er aber Bassermann sagte, das wußte in der nächsten Stunde ganz Berlin. Kein Wunder; denn Bassermann war sein Gegner und der Verfasser jenes nach München gerichteten Telegramms[615], das mit den Worten schloß: „Ich traue dem Langen nicht."

Als wir die großen Entwicklungslinien besprachen, die zum Kriege führten, kamen wir von selbst auf das Bündnisangebot von Chamberlain[616] an Deutschland. Die Zurückweisung dieses Angebots erschien uns beiden als der erste schwere Fehler. Von Goschen und Haldane, mindestens aber von dem letzteren hatte Bethmann den festen Eindruck, daß sie ehrlich bestrebt gewesen waren, auch nachher noch ein Abkommen zu erreichen. Freilich wurde ihm von dieser Seite der deutsche Flottenbau entgegengehalten. Er erwiderte darauf: „Was ist Ihnen wichtiger, ein paar deutsche Dreadnoughts oder die Ver-

614 Karl Helfferich.

615 Der genaue Wortlaut dieses Telegramms Bassermanns vom Juli 1915 an den bayerischen Staatsrat Franz Ritter von Buhl in Deidesheim bei: Riezler, Tagebücher S. 290; Westarp, Konservative Politik II S. 308. Das Telegramm wurde von der Zensur aufgefangen und Bethmann Hollweg mitgeteilt.

616 Joseph Chamberlain (1836–1914), Staatssekretär für die Kolonien 1895–1903. – Zwischen 1898 und 1901 machte Chamberlain dreimal Bündnisangebote an Deutschland, die von deutscher Seite hinhaltend aufgenommen wurden mit dem Argument, Deutschland könne warten. Das letzte Angebot scheiterte, da Premierminister Salisbury sich gegen eine Allianz aussprach, in der England nur als Juniorpartner fungieren würde.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hütung des Weltkrieges?“ Auch mit dem französischen Botschafter Cambon[617] suchte und fand der damalige Kanzler freundlichere Beziehungen. Cambon wollte ihn mit einem der leitenden französischen Minister auf schweizerischem Boden bekannt machen, um eine Verständigung zu erleichtern. In dem Augenblick aber, wo Poincaré ans Ruder kam, verstummte Cambon.

Über den Kriegsbeginn urteilte Bethmann: Es war wie eine Lawine, die über uns hereinbrach. Wäre die russische Mobilmachung auch nur 6 Tage später erfolgt, so hätte der Kriegsausbruch vermieden werden können. Am 29. Juli war Österreich zu Verhandlungen bereit, und man hätte die Spitzen der Note an Serbien[618] umgebogen. Auch der U-Boot-Krieg kam wie ein Verhängnis. Ich wandte ein, er, Bethmann, wäre vielleicht in der Lage gewesen, das Verhängnis abzuwenden. Das wollte er nicht gelten lassen. Hätte er aus diesem Anlaß sein Amt niedergelegt, so wäre ein General an seine Stelle getreten[619], und dieser würde die Unterseeboote erst recht haben auslaufen lassen. Es drängten zu starke Kräfte darauf hin, auch in den Mehrheitsparteien des Reichstags. Die erwartete Wirkung wird der U-Boot-Krieg schwerlich haben – es war, wie ich wiederholte, im Herbst 1917, als wir dieses Gespräch führten –; technische Erfindungen und beschleunigter Schiffsbau gleichen die Zerstörungen vermutlich aus. Der Krieg wird bis zum Herbst 1918 dauern, vielleicht noch etwas darüber hinaus, und es wird ein schlechter Friede werden, ein Friede, der den Keim zu neuen Kriegen in sicht trägt. Nachher erfaßt die Welt der leidenschaftliche Wunsch nach schiedsgerichtlicher Regelung – so sah Bethmann damals die Dinge an.

Am Kamin des schönen Büchereizimmers wurde noch manches intime Wort gesprochen, das von zeitgeschichtlichem Interesse war, das aber einstweilen zurückgehalten werden mag. Mehr als einmal stieß der Gestürzte die Worte hervor: „Ein Kanzler hat mehr Schwierigkeiten, als die Außenwelt ahnt.“ Dieser Seufzer richtete sich vor allem gegen die Spitze, gegen Wilhelm II., den Liebedienerei und Hofschranzentum zu einem gefährlichen Größenbewußtsein verleitet hatten. Man hielt ihn dem Volk fern; er sollte und wollte nicht einmal mit Parlamentariern sprechen. Ließ sich eine persönliche Berührung durchaus nicht vermeiden, so verbot die Etiquette dem Angeredeten, dem Gespräch von sich aus eine bestimmte Wendung zu geben. Erst als die neuen parlamentarischen Staatssekretäre durch Clemens v. Delbrück als Kabinetts-

[617] Jules Cambon (1845–1935), französischer Botschafter in Berlin 1907–1914. – Zum folgenden: Die Episode hat weder im veröffentlichten französischen (Documents Diplomatiques Français) noch im deutschen Aktenwerk (Die Große Politik der Europäischen Kabinette) einen Niederschlag gefunden.

[618] Das Ultimatum der österreichisch-ungarischen Regierung vom 23. Juli 1914 wurde in Belgrad um 18 Uhr des Tages überreicht; es war auf 48 Stunden befristet und stellte harte Forderungen an Serbien. Dessen Entscheidung hing von Rußland ab.

[619] In der Julikrise 1917 war von der OHL, die mit aller Macht den Kanzlerwechsel herbeiführen wollte, als Nachfolger zuerst an General Max von Gallwitz, sodann an General Hans von Beseler gedacht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

chef[620] dem Kaiser im Herbst 1918 vorgestellt wurden, begann eine Annäherung, und da war es zu spät.

823. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 84–85. Privatbrief. Eigenhändige behändigte Ausfertigung. Praes.: 30. Oktober 1917.

Hohenfinow, 28. Oktober 1917

Mein lieber Graf!

Es will mir dauernd nicht in den Sinn, daß ich von der Bühne des öffentlichen Lebens abtreten mußte, ohne Sie nochmals zu sehen. Das giebt, wenigstens und hoffentlich nur äußerlich, einen Riß in langjährige mich nur zu Dank verpflichtende Beziehungen, der mir unerträglich dünkt. Die Hoffnung auf ein zufälliges Zusammentreffen in Berlin genügt mir um so weniger, als irgend ein Berliner Winteraufenthalt nicht in meinen Plänen liegt. Darf ich also ganz unbescheiden sein und Sie fragen, ob Sie mir nicht einmal, wenn Ihr Weg nach Berlin führt, die große Freude eines Besuches hier in Hohenfinow machen wollen? Wenn auch die Kriegsfahrpläne schlecht sind, so brauchen Sie nicht viel mehr als 1½ Stunden hierher, die Benutzung des Zuges 5,33 ab Stettiner Bahnhof giebt uns den ganzen Abend, und wenn Sie mit einem bescheidenen Nachtquartier vorlieb nehmen, stellt der nächste Tag Auswahl zwischen Morgen- und Mittagszug. Sie sehen schon jetzt an diesen Details den Ernst meiner Bitte und die Freude, die Sie mir einmal durch ihre Erfüllung machen würden.

Lebe ich in der Verbannung, so verfolge ich doch die politischen Vorgänge mit unverändertem Interesse und – dessen darf ich mich rühmen – ganz ohne Bitterkeit, und bin namentlich auch durch die letzten Warschauer Ereignisse[621] stark beeindruckt. Gerhard Mutius, der jetzt einige Tage mein Gast ist, giebt dazu besondere Anregung. Über die Berliner Vorgänge schweige ich, erwarte aber natürlich mit Spannung die Lösung[622].

Also bitte, verargen Sie mir nicht meine Unbescheidenheit und schenken sie mir die Gelegenheit zu erneuter mündlicher Versicherung aller dankbaren und zugetanen Gesinnung, in der ich verbleibe

Ihr stets ergebenster

[620] Dieser war für kurze Zeit – vom 14. Oktober bis 20. November 1918 – Chef des Geheimen Zivilkabinetts.

[621] Am 15. Oktober 1917 war in Warschau ein dreiköpfiger Regentschaftsrat eingesetzt worden. Am 27. Oktober wurde er feierlich installiert. Vgl. Hutten-Czapski, Sechzig Jahre S. 419–423; Conze, Polnische Nation S. 313–316.

[622] Reichskanzler Michaelis, Bethmann Hollwegs Nachfolger, hatte am 26. Oktober 1917 dem Kaiser sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Am 1. November wurde Graf Hertling sein Nachfolger.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

824. Bethmann Hollweg an Hammann

PA Berlin, Nachlaß Hammann, N 2106/4, f. 66–67. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 29. Oktober 1917

Mein lieber Hammann!

Darf ich Sie bitten, mir mit Ihrem Rat für die Beantwortung des beigelegten Briefes von Avenarius[623] zu Hülfe zu kommen. Ich will freundlich antworten, einen Beitrag für den „Deutschen Willen“ aber ablehnen, da ich noch durchaus nicht in der Stimmung bin, mich öffentlich vernehmen zu lassen und auch objektiv nicht glaube, daß die Zeit dafür gekommen sei. Das subjektive Moment freilich überwiegt. Ich bin innerlich häufig verzweifelt über den gänzlichen Mangel an Produktivitätslesen. Übrigens kenne ich Avenarius leider noch nicht persönlich, war auch bisher nicht Leser seines Kunstwarts, so daß ich nicht beurteilen kann, wohin seine Leserwelt hinstrebt. Ein Beitrag zum Reformationsfest aus meiner Feder endlich würde für den allgemeinen evangelischen Geschmack nicht antikatholisch genug ausfallen.

In den bayrischen Bergen habe ich mein altes Jägerherz, das die Wilhelmstraße ganz ausgebrannt hatte, wieder entdeckt. Es waren prächtige Tage, die Natur zauberhaft schön, die Jagdbeute gut und die völlige Einsamkeit ein wahres Labsal. Aber ich werde noch viele und lange derartige Zeiten brauchen, um allmählich wieder auf den Damm zu kommen. In München war man sehr niedergeschlagen über die Berliner Vorgänge. Der Respekt vor dem Preußentum ist völlig in die Binsen gegangen, dafür aber anscheinend doch recht verbreitete Verstimmungen in der Armee. Die Stadt ist sehr still und leer. Ich bin wahrhaftig nicht eingebildet. Aber mir scheint, in den drei Monaten ist doch manches verwirtschaftet worden. Die Lösung der Krisis[624] steht wohl unmittelbar bevor. Ohne irgend etwas zu wissen, vermute ich, daß wir zunächst ein neues Provisorium bekommen werden, was gewiß ganz nach dem Geschmack von Theodor Wolf[625] sein wird, dem möglichst häufige Kabinettswechsel ein Schal des Parlamentarismus sind, was aber bei unserm gänzlichen Mangel an papabiles doch recht kritisch werden wird. Das Ende wird dann der principe[626] sein, von dessen Jongleurkunst man sich ja wieder die merkwürdigsten Sachen erzählt. – Ich hoffe, endlich in der nächsten Woche Sie um Ihren Brief bitten zu können, nach dem mich sehr verlangt. Bis dahin ist mein Haus ein Tauben-

623 Ferdinand Avenarius (1856–1923), Dichter und Gründer des „Kunstwart“, einer Zeitschrift für Dichtung, Theater, Musik und Bildende Kunst, 1902 gegründet, 1937 eingegangen. – Avenarius hatte Bethmann Hollweg um einen Beitrag für den „Kunstwart“ zum Reformationsjubiläum gebeten.

624 Vgl. die vorangehende Nr. und Anm. 622.

625 Theodor Wolff (1886–1943), Publizist und Kritiker; Chefredakteur des „Berliner Tageblatt“ 1906–1933. – Wichtig seine Tagebücher: Wolff, Tagebücher I.

626 Gemeint ist Fürst Bülow.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schlag. Zu meinem schmerzlichen Bedauern höre ich, daß die Gesundheit Ihrer Gemahlin Ihnen erneute Sorgen macht. Meiner besten Wünsche seien Sie gewiß.

Mit vielen Grüßen stets der Ihre

825. Bethmann Hollweg an Naumann

BA Berlin, Nachlaß Naumann, N 3001/146. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 13. November 1917

Verehrter Herr Dr. Naumann!

Sie waren so gütig, mir Ihre Schrift über den Kaiser im Volksstaat[627] mit freundlichen Widmungworten zu schicken. Haben Sie meinen verbindlichsten Dank dafür.

Wie immer so bin ich auch jetzt Ihren Gedanken mit der lebhaftesten Anteilnahme gefolgt, und die Spannung war um so größer, als ich Ihre Schrift in der großen Bewegung der jüngsten Geschehnisse[628] las. Gewiß war die Entwicklung seit dem 4. August 14 für jeden, der die Augen nicht schloß, klar vorgezeichnet, und auch wer die Widerstände so kannte, wie es mir beschieden gewesen ist, konnte keinen Augenblick zweifeln, mußte sich nur mit einer Geduld wappnen, die dem Fernerstehenden unverständlich und nur ein Zeichen angeblichen Zauderns war. Und doch ist jetzt, wo die Dinge äußere Gestalt anzunehmen beginnen, meine innere Erregung fast wieder so brenned wie in jenen ersten Monaten des Krieges, wo das Sehnen und Streben nach einem neuen Staat und einem neuen Volk das Blut kochen machte. Hätte ich eine Feder wie Sie, würde ich manches dazu sagen können. Aber vielleicht soll man auch den bloßen Versuch unterlassen, [sich] mit subjektiven Empfindungen an ein objektives Geschehen heranzutasten, dessen Größe, wenn die Dinge einen einigermaßen ungestörten Fortgang nehmen, unberechenbar ist. Sprechen darüber würde ich allerdings gern einmal, und wenn es nicht zu unbescheiden ist, komme ich zu Ihnen mit der Bitte, mir hier einmal die Ehre und Freude Ihres Besuches zu schenken. Trotz des Krieges sind die Bahnverbindungen nicht zu unbequem, und sobald ich weiß, daß Zeit und Umstände es

627 Friedrich Naumann, Der Kaiser im Volksstaat. Berlin-Schöneberg 1917. 56 S. = Der Deutsche Volksstaat. Schriften zur inneren Politik. – Wiederabdruck: Ders., Werke. Bd. 2. Schriften zur Verfassungspolitik. Köln/Opladen 1966, S. 461–537.

628 Mit der Regierung Hertling (seit 1. November 1917) war in Deutschland ein entscheidender Schritt zur Parlamentarisierung getan, da der neue Kanzler sein Regierungsprogramm mit den Mehrheitsparteien des Reichstags (dem „Interfraktionellen Ausschuß“ aus Nationalliberalen, Zentrum, Fortschrittlicher Volkspartei und SPD) abstimmen mußte und zum ersten Mal in der deutschen Parlamentsgeschichte einen Parteiführer in die Regierung aufnahm (Friedrich von Payer von der FVP als Vizekanzler).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ihnen möglich machen, meiner Bitte zu willfahren, darf ich mir bestimmte Vorschläge erlauben.

Zu einer Bemerkung in Ihrer Schrift möchte ich allerdings schon heute ein Wort sagen. Ich fühle mich dazu um so mehr getrieben, als Sie wiederholt in freundlichster Weise mit Ihrem Urteil der unisono vernichtenden Kritik entgegengetreten sind, mit der man mir in die Ohren gellt.

Sie sagen, hätte ich es nur gewollt, so hätte schon ich mir eine parlamentarische Mehrheitsgrundlage schaffen können[629]. Lagen die Dinge wirklich so? Ich glaube, nein. Ich will die einzelnen Phasen kurz in ihrer Zeitfolge rekapitulieren, was mir um so nötiger erscheint, als zwar nicht ich, wohl aber ausschlaggebende Parteien im Verlauf des Krieges ihren Standpunkt zu den großen Fragen der inneren und äußeren Politik gewechselt haben.

Ich gebe zu, etwa bis in den Herbst 1916 hinein hätte ich eine Reichstagsmehrheit haben können, wenn ich eine annexionistische, rücksichtslose Uboots- und alle inneren Fragen grundsätzlich ablehnende Politik geführt hätte. Für eine solche Politik wären außer der selbstverständlichen Rechten auch das Zentrum und die Nationalliberalen zu haben gewesen. Ich brauche nicht auszuführen, daß und weshalb diese Politik und diese Mehrheit für mich unmöglich waren. Nur eine flüchtige Episode in dieser Phase aber war die Konstellation bei Ablehnung des uneingeschränkten Ubootskrieges im Mai 16, auf die Sie wohl hindeuten. In seinem Herzen wollte das Zentrum schon damals den Ubootskrieg, war ich ihm auch wegen seiner eigenen annexionistischen und reaktionären Tendenz persönlich in höchstem Grade suspekt. Damals also hätte ich von vornherein auf Sand gebaut, wenn ich auch nur versucht hätte, mir aus Sozialdemokraten, Fortschritt und Zentrum eine parlamentarische Gefolgschaft zu bilden.

Dann kam unser von mir von langer Hand her vorbereitetes Friedensangebot vom 12. Dezember. Auch damals war das Zentrum jedenfalls in seiner Mehrheit mit dem Herzen nicht bei der Sache. Das zeigte sich deutlich, als unsere Feinde das Angebot ablehnten. Sofort – man vergißt das so leicht und gern – brach der Streit los, ob nun auch die grundlegende Voraussetzung des Angebotes, deutsch gesprochen, ob unsere Bereitschaft für einen Verständigungsfrieden hinfällig geworden sei. Sehr wenige behielten damals ruhig Blut, auch nicht die Gesamtheit Ihrer politischen Freunde[630], und jedenfalls das Zentrum fiel wieder sehr entschieden auf die scharfe Seite der Annexionisten. Durchaus unpolitisch und angesichts gewisser militärischer Kundgebun-

[629] F. Naumann, Der Kaiser S. 42: „Er hätte sich eine parlamentarische Mehrheitsgrundlage schaffen können, wenn er es wollte, wie sich während des Streites um den Unterseebootkrieg in einer wichtigen Geschäftsordnungsabstimmung der Haushaltskommission gezeigt hat. Was hinderte den Reichskanzler, seine parlamentarische Mehrheit sich offen feststellen zu lassen? […] Da v. Bethmann Hollweg sich nicht als Mehrheitskanzler vorher hatte anerkennen lassen, so stand er schutzlos, als ein wohlvorbereiteter Minderheitsanprall ihn traf."

[630] Die Fortschrittliche Volkspartei.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen direkt unmöglich wäre es gewesen, dem Streit damals einen irgendwie parlamentarischen Abschluß zu geben.

Bei Eröffnung des uneingeschränkten Ubootskrieges im Januar–Februar 17 hätte wiederum nur eine für mich sachlich unmögliche Majorität von Rechts bis zu den Nationalliberalen einschließlich in Frage kommen können.

Es folgte die Kriegszieldebatte im Plenum des Reichstages vom – si fallor – Mai 17[631]. Ich vertrat – so war meine letzte Plenarrede – den Standpunkt, daß angesichts der neuerlich proklamierten Annexionspläne der Westmächte[632] diesen gegenüber eine ausdrückliche Festlegung auf bestimmtere als die früher von mir umrissenen Kriegsziele oder auf die wörtliche Annahme der russischen Friedensplatform[633] unmöglich und unzeitgemäß sei. Eine Mehrheit von der Deutschen Partei[634] bis zu Ihren Freunden billigte sachlich diesen auch von den Sozialdemokraten nicht scharf bekämpften Standpunkt. Aber die Presse fast aller dieser Parteien beeilte sich, mich nach der persönlichen Seite hin wie auf Kommando ausdrücklich davor zu warnen, nur ja nicht in dieser Mehrheit eine Konstellation zu erblicken, die mich und meine Politik im großen und ganzen zu unterstützen gesonnen wäre. Bei den Nationalliberalen war das nur der folgerichtige Ausdruck ihrer gesamten gegen mich gerichteten Politik; der Linken war ich gleichgültig geworden, weil ich die in ihrer Macht wohl unbekannten Widerstände in der inneren Politik nicht schnell genug überwand, und im Zentrum warf die ja schon lange heraufziehende Krisis, die im Juli zum Ausdruck kam, ihre Schatten voraus[635].

Endlich bei dieser Julikrisis schloß sich eine Mehrheit zusammen, mit der ich sachlich hätte arbeiten können. Nicht weil ich aus einem Saulus ein Paulus geworden wäre, sondern weil sich das Zentrum entschloß, seine annexionistischen Velleitäten und seine doch tief gegründete Scheu vor freiheitlicher innerer Entwicklung fahren zu lassen. Die Nationalliberalen brachten es in beiden Beziehungen über den ihnen eigenen Pendelschritt nicht hinaus. Über die Friedensresolution, in der sich die Juliaktion des Reichstages krystallisierte[636], ihre sachliche und formale Opportunität will ich mich hier nicht

631 Lange Kriegszieldebatten fanden im Reichstag vom 4. bis 8. und vom 15. bis 16. Mai statt: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 473, 484–508, 556–589. – Die Rede Bethmann Hollwegs: ebenda S. 565–589.

632 Dazu vgl. die Rede Asquiths in Leeds über die Kriegsziele der Alliierten am 26. September und die Unterhausdebatte über die Friedensfrage am 5. November 1917: ebenda 58,2 (1917) S. 337–339, 349–352.

633 Die berühmte Formel lautete: Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

634 Gemeint ist die Deutschkonservative Partei.

635 Das Zentrum, das während des Krieges bislang den Reichskanzler im großen und ganzen gestützt hatte, stellte sich nun mit ihrem Wortführer Erzberger an die Spitze der Kanzlerfronde.

636 Text der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit vom 14. Juli 1917 u. a. in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 692. Kernsatz war: „Mit einem solchen Frieden [der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker] sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auslassen. Nur daß sie in der großen Linie durchaus kein novum gegenüber dem Dezemberangebot brachte, daß sie nur ein weiterer Schritt auf dem Wege war, den ich mit jenem Angebot eingeschlagen hatte, sollte doch festgehalten werden. Denn die Offerte eines Verständigungsfriedens, wie sie im Dezemberangebot klipp und klar enthalten war, schließt begrifflich Vergewaltigungen auch dann aus, wenn das nicht ausdrücklich ausgesprochen wird. Nebenbei bemerkt: Gegen ausdrücklichen Verzicht auf Annexionen und Entschädigungen würden im Dezember 16 nicht nur die Rechte und die Nationalliberalen, sondern auch das Zentrum und selbst ein Teil Ihrer Freunde geschäumt und getobt haben. So hatte sich, um auf die Sache zurückzukommen, endlich im Juli 17 eine Reichstagsmehrheit zu der Politik herangefunden, die in ihren Grundlagen immer die meinige gewesen war. Aber bekanntlich glaubte die Mehrheit dieser Mehrheit, daß es nun die höchste Zeit und daß es ihre vornehmste Aufgabe sei, mich zu beseitigen.

Ich glaube, ich habe keine Station des Weges vergessen, den ich gegangen bin. Mir ergibt sich daraus, daß nicht ich es gewesen bin, der die Etablierung einer Parlamentsmajorität abgelehnt hat, sondern umgekehrt, daß es die erste mögliche Parlamentsmajorität war, die mich ablehnte. Ich gebe damit eine häßliche persönliche Niederlage zu, doch ist hier nicht der Ort, über deren letzte Ursache zu sprechen. Hier lag mir nur daran, Ihnen persönlich ein Bild davon zu geben, welches meine Stellung zu dem großen Gang der Dinge gewesen ist. Öffentlich will ich nicht damit hervortreten. Das liegt mir nicht persönlich, paßt noch nicht in unsere allgemeinen politischen Zustände, würde auch sachlich in einem Augenblick schaden, wo eine gewisse Behutsamkeit in der Behandlung der erst werdenden Dinge geboten ist. So darf ich Sie bitten, diese Zeilen vertraulich zu behandeln.

Mit dem Ausdrucke aufrichtigster Wertschätzung und der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen bin ich

Ihr ergebenster

826. Bethmann Hollweg an Haußmann

HStA Stuttgart, Nachlaß Haußmann, Q 1/2 , Bü 114. Privatbrief (vertraulich). Maschinenschriftliche Ausfertigung. Fotokopie.

Hohenfinow, 28. November 1917

Verehrter Herr Haussmann!

Mit verbindlichstem Dank für Ihren Brief vom 22., der mir eine große Freude war! Aber dieser schriftliche Gruß darf nicht den Besuch ersetzen, den Sie mir im Sommer versprachen. Wenn Sie wieder in Berlin sind, werde ich mir erlauben, Sie bittend daran zu erinnern.

Daß Payer mit Kranksein anfängt, beklage ich persönlich und sachlich gleich schmerzlich. Sein ruhiges, staastsmännisches Urteil wird unentbehrlich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sein. Mir scheint, sehr starke Kräfte arbeiten schon wieder auf eine neue Krisis hin. Teils im Dienst einer bestimmten Person, teils in der Hoffnung, das Ruder ganz nach rechts herumzuwerfen. Auch die laurige [= launige?] Zurückhaltung, die nach den heutigen Morgenzeitungen Zentrum und Nationalliberale zur preußischen Wahlreform einnehmen, läßt mich in dieser Beziehung nichts Gutes ahnen. Um so mehr beklage ich den zum Teil doch recht scharfen, teilweise sogar gehässigen Ton, den namhafte freisinnige Blätter anschlagen. Der Vorwärts erscheint mir in seiner größeren Zurückhaltung klüger. Obwohl kein Sozialdemokrat in der Regierung sitzt, wohl aber Payer (daß er nicht preußischer Staatsminister ist, ist nicht entscheidend) und Friedberg[637]. Das schlechte Beispiel des Zentrums, das recht schnell zu vergessen scheint, daß Hertling und Spahn seine Führer waren, sollte doch nicht abfärben, mag auch die Erinnerung an die Zeiten ungezügelter Kritikfreiheit im alten Bürokratenstaat noch so schön sein. Geschickte Drahtzieher werden es schon verstehen, an maßgebender Stelle darauf hinzuweisen, daß die Berufung von Parlamantariern in die Regierung[638] wiederum ein Schlag ins Wasser war. Aber vielleicht und hoffentlich sind das nur Anfangserscheinungen, die bald einer größeren Geschlossenheit weichen. Schließlich ist die Entwickelung, die sich seit den ersten Tagen des Juli vollzogen hat, ja ziemlich sprunghaft und abrupt gewesen, wodurch sich auch das Zähe und Zögernde in den Entschließungen bei der letzten Kanzlerkrisis erklären mag[639].

Daß Stegemann die Situation und namentlich die Folgen unserer italienischen Operation[640] so günstig bewertet, interessiert mich lebhaft. Allerdings ohne jede besondere Kenntnis von den Dingen neigte [!] ich zu vorsichtiger Beurteilung. Enwickeln sich aber namentlich die russischen Verhältnisse gut, so können wir um so weniger innere Schwankungen ertragen, sondern müssen weiterhin die große Revolution, die dieser Krieg auch für uns bedeutet, anständig und besonnen durchmachen. Quod Deus bene vertat.

Mit nochmaligem Dank für Ihre freundlichen Worte und in der Hoffnung auf ein baldiges Wiedersehen

Ihr aufrichtig ergebener

[637] Friedberg war von November 1917 bis November 1918 Staatsminister und Vizepräsident des Staatsministeirums.

[638] Wie Payers und Friedbergs (was als ein Schritt in Richtung Parlamentarisierung angesehen wurde).

[639] Dazu vgl. Haußmanns Aufzeichnung über den Verlauf der Kanzlerkrise vom 9. Oktober bis 9. November 1917 in: Der Interfraktionelle Ausschuß I S. 584–596.

[640] Die zwölfte Isonzoschlacht zwischen dem 24. und 27. Oktober 1917 war einer der größten militärischen Erfolge der Mittelmächte während des Krieges; die italienischen Truppen wurden schließlich bis zur Piave zurückgedrängt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

827. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 23–24. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 30. November 1917

Lieber Freund!

Eben kommt Dein guter Brief und heute früh die beiden schönen Goethebändchen. Allen Dank für Deine Güte und Freundschaft. Aber dazu eine weitere Bitte. Ich wollte mich schon im November melden. Nun ist der letzte darüber. Du glaubst nicht, in welchem Saus und Braus ich gelebt habe. Ich war zwar nicht in der Schweiz, wie die Zeitungen sagten – sie können ja das Lügen nicht lassen –, sondern ruhig hier oder vielmehr unruhig, denn ich war buchstäblich wochenlang nicht ohne Gäste. Zumeist sehr nette, aber doch auch ermüdende. Nun tritt eine Ruhepause ein, und Du würdest aber mir wirklich eine große und echte Freude machen, wenn Du kommen wolltest. Aber ganz ruhig und verständig, so eine Woche lang. Wenn Du nämlich mit mir altem Kröpel vorlieb nehmen willst. Ich bin noch langweiliger als sonst, geistesfaul, manchmal auch innerlich böse, aber ein warmes Zimmer kriegst Du, auch genug zu essen. Als Ankunftstag schlage ich Freitag den 7. Dezember vor. Ab 5,33 vom Stettiner Bahnhof nach Niederfinow. Also sag bitte ja und telegraphire mir, daß Du kommst. Wir wollen dann alles ruhig bereden. Denn daß Du aus Weimar weg willst, bekümmert mich. So schön es auch ist, frei zu sein, was ich doch sehr empfinde. Übrigens bin ich auch Großmutter [!] geworden. Gestern, gerade zu meinem Geburtstag[641]. Für heute nichts weiteres. Ich spare meine Gedanken, bis Du hier bist.

Mit allen Grüßen und Wünschen.
Der Deinige

828. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 19. Dezember 1917

Lieber Herr von Eisendecher!

Darf ich mich auch jetzt noch an Ihre so oft bewiesene Güte mit einer Bitte wenden? Ich bin in Zweifel geraten, ob ein Geburtstagsbrief, den ich der Großherzogin Luise geschrieben habe, richtig an seine Bestimmung gelangt ist. Sonst pflegte die hohe Frau sofort einen telegraphischen Dank zu senden, dies

[641] Margarete Juliane Gräfin von Zech-Burkersorda (29. November 1917–1975) (später durch Heirat: Margarete Gräfin von Kirchbach), Tochter der Isa Gräfin von Zech-Burkersroda, geborene von Bethmann Hollweg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Jahr aber ist bisher nichts ähnliches geschehen, und so kommt mir der Gedanke, daß der Brief möglicher Weise verloren gegangen sein könnte, obwohl ich ihn eingeschrieben absandte. Sehr peinlich aber wäre es mir, wenn auf diese Weise die Großherzogin glauben könnte, ich hätte ihren Geburtstag vergessen[642]. Wäre es Ihnen möglich, irgendwie bei der Umgebung festzustellen, ob meine Besorgnis zutrifft? Ich wäre Ihnen zu lebhaftem Dank verpflichtet. Und, nicht wahr, dann höre ich zugleich ein Wort, wie es Ihnen und Ihrer Gattin geht. Ich muß mich ja in manches finden. Aber zu dem harten und schwarzen gehört doch auch dieses plötzliche Herausgerissensein aus allen alten Beziehungen. Und wenn ich an die freundschaftlichen Empfindungen zurückdenke, die mich in froher und trüber Zeit Ihnen verbanden, dann will es mir immer gar nicht in den Sinn, daß nun eine Kluft aufgemacht sein soll, über die man nicht hinaus kann. Ich zimmere mir langsam ein neues Leben zurecht. Zunächst sehr froh, meine Freiheit wieder zu haben und aus einer Lage erlöst zu sein, die von anderer Seite schon längst unhaltbar gemacht worden war. Und doch empfinde ich es gerade in diesen Tagen, wo sich so viel Großes und Neues anbahnt, schwer, nicht weiter mitarbeiten zu können. Aber ich beruhige mich damit, daß sowohl im Innern wie im Äußern die Dinge sich auf der Linie weiter fortbewegen, die die meinige war. Wird als Folge der russischen Geschehnisse[643] in England die Vernunft wieder erwachen? – Sehr habe ich mich über die Rede des Prinzen Max gefreut und ihm das auch geschrieben. Es ist gut, daß bei uns jetzt solche Worte von markanter Stelle ausgesprochen werden – und gesprochen werden können.

Wenn Sie einmal nach Berlin kommen, so wissen Sie, daß die Fahrt nach Hohenfinow nur 1½ Stunden kostet und daß ich meine Tür mit Blumen schmücke, wenn Sie durch sie eintreten wollen. Einstweilen alle meine Wünsche, für Sie und Ihre Gattin, zum Fest und in das Neue Jahr hinein, das uns und der Welt den Frieden wiedergeben möge. Meine Schwägerin[644] schickt beste Empfehlungen, und ich bin in

alter freundschaftlicher Verehrung
immer der Ihre

[PS] Soeben höre ich, daß in Karlsruhe gerade der Anfang Dezember mit Arbeiten des Roten Kreuzes <sehr> überbürdet war. Meine Besorgnis ist also doch vielleicht voreilig.

642 3. Dezember.

643 Der Waffenstillstand mit Rußland war am 15. Dezember 1917 in Brest-Litovsk unterzeichnet worden. Er sah die Aufnahme von Friedensverhandlungen vor. Zum folgenden: Die Rede des Prinzen Max von Baden in der Ersten Kammer in Baden vom 14. Dezember 1917 in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 1030–1035. – Bethmann Hollwegs Brief an ihn vom 17. Dezember unten Nr. 989*.

644 Klara von Pfuel (oben Band 1 Anm. 684).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

829. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 26–28. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 3. Januar 1918

Lieber Freund!

Wenn es Dir etwas bei mir gefiel, obwohl ich, glaube ich, recht unausstehlich war, dann war meine Einladung, der Du so freundlich folgtest, doch nicht der pure Egoismus. Mir war es, was ich hinterher besonders stark empfinde, so wohltuend auch im Wiederaufleben vergangener Tage, einen Stein für den Aufbau meines neuen Lebens zu finden. Wenn es Dir Recht ist, wiederholen wir das Experiment noch oft, und wenn die ersten Knospen kommen, frage ich wieder an. Bis dahin werde ich meinen Kunstsinn etwas zu läutern suchen, damit die Karambolagen weniger heftig ausfallen. Die Goethesachen sind richtig angekommen, auch richtig – nicht lediglich nach der Größe – placirt. Wenn Du nun die beiliegende 10 M an den Goetheverein abführen willst, machst Du das Maß Deiner Güte übervoll. – Unser Fest, von der Tante[645] mit souveräner Umsicht vorbereitet, war still, aber gut, da ich von den Kindern beste Nachrichten hatte. Und dazu Brest Litowsk! Wenigstens ließ es sich so schön an. Die zweite Antwort – die mit Kurland Lithauen pp – hätte ich allerdings nicht gegeben. Das ist ein furchtbar gefährliches Spiel, doppelzüngig, und der mögliche Gewinn ist den Einsatz, bei dem es sich für uns um Kopf und Kragen dreht, nicht wert. Aber wozu soll ich mich aufregen. Es ist ja doch in den Wind. Ich war neulich auf zwei Tage in Berlin, sah viel Menschen, auch offizielle, die alle – sie waren allerdings zu dem Zweck ausgesucht – sehr nett und zutunlich zu mir waren. Innerlich verständigen aber kann ich mich nur mit Wenigen. Seit ich nicht mehr im Amt bin, ist die Distanz eher noch größer geworden. Und zu meinem Unglück bilde ich mir ein, daß ich die Sachen jetzt schärfer sehe als früher. Übrigens, Du sagtest mir doch, man würfe mir in manchen Kreisen auch Amtskleberei vor. Weißt Du, daß es eine große Schwäche von mir war, daß ich an dieser Krankheit nicht litt? Leitende Staatsmänner müssen ihren Posten auf Tod und Leben verteidigen, sonst können sie sich keine Gefolgschaft sichern. Der Eindruck: dem Mann liegt ja gar nichts an seiner Herrschaft, macht verächtlich. Nur robuster Egoismus imponirt und zwingt die Menschen in seinen Bann. So ist es doch immer gewesen, in alter und in

[645] Wohl die in der vorangehenden Nr. genannte Schwägerin (sowohl von Bethmanns eigener Familie als auch von derjenigen seiner Frau Martha kommt keine Person als Tante in Frage). – Das im folgenden genannte Brest-Litovsk: Dort hatten Friedensverhandlungen zwischen dem neuen Rußland und den Vierbundmächten in einer ersten Phase (22.–28. Dezember 1917) begonnen. Der deutsche Verhandlungsführer Kühlmann hatte das vom russischen Verhandlungsführer vorgetragene Sechs-Punkte-Programm so interpretiert, daß mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die Abtrennung des von deutschen Truppen besetzten Litauen und Kurland zu verstehen sei. Darüber wurden die Verhandlungen zunächst unterbrochen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

neuer Zeit. Ich hab das auch immer gewußt, aber es lag mir nicht und war doch mittelbar auch ein Grund zu meinem Sturz. Doch all das ist einerlei. Wenn wir nur die Möglichkeit des russischen Friedens nicht verschütten. Wenn es auch ein fatum ist, daß wir mit den Bolschewiki handeln mußten, so ist es doch ein noch viel größeres Glück, daß wir mit ihnen verhandeln konnten. Denn ohnehin – letzten Endes wird der Frieden doch nur durch den Druck der Massen kommen, und die sehr weittragenden Folgen davon müssen wir unter allen Umständen tragen.

Aber bestell das nicht Deinem Serenissimo[646]. Ich habe schon sowieso die Besorgnis, daß Deine Freundschaft zu mir Dich stark verdächtigt.

Empfiehl mich schönstens Deiner Gattin[647] mit allen herzlichsten, wenn auch postfestalen Neujahrswünschen. Und nochmals Dank für Deinen Besuch und alle Freundschaft. Meine Schwägerin schließt sich Grüßen und Wünschen angelegentlichst an.

Getreulichst Dein

[PS]

In Reichenberg[648] besuch ich Dich einmal. Die Bilder davon sind mehr als verlockend.

830. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 18. Januar 1918

Lieber Herr von Eisendecher!

Ich komm schon wieder als ganz unbescheidener Bittsteller. Als Dank und Antwort auf einen langen politischen Brief hatte ich dem Prinzen Max zu schreiben[649], trage aber angesichts unserer Zensurzustände Bedenken, den Brief einfach der Post anzuvertrauen. Darf ich Sie darum bitten, die Anlage auf sicherem Wege in die Hände des Prinzen gelangen zu lassen? Sie erweisen mir damit eine ganz besondere Gefälligkeit.

Mit Ihrem Brief haben Sie mir eine große Freude gemacht, und leider recht nachträglich danke ich vielmals dafür. Ich hatte schon eine lange politische Erwiderung darauf entworfen, schickte sie aber nicht ab, weil bei uns in Deutschland ein abgetakelter und überflüssig gewordener Staatsmann am besten das Maul hält. Darum habe ich auch mit dem Brief an den Prinzen lange gezögert, will aber schließlich doch nicht unhöflich sein. Übrigens nimmt

646 Wilhelm Ernst (1876–1923), Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach 1901–1918.

647 Caroline (1858–1941), geb. Wilmanns.

648 Burg Reichenberg über dem Hasenbachtal (St. Goarshausen). Oettingen hatte sie 1880 erworben und durch einen historisierenden Wohnbau erweitert.

649 Unten Nr. 990*. Der Brief des Prinzen Max an Bethmann Hollweg, 28. Dezembre 1917, in: Max von Baden, Erinnerungen (G. Mann) S. 644–645.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

meine Unkenntnis <mancher> Dinge in arithmetischer Progression zu. Die bisher noch aufrecht erhaltenen Verbindungen flauen, natürlich langsam, ab, mich aufdrängen und ausschnüffeln mag ich nicht, und so entwickele ich mich ganz rapide zum völligen Ignoranten. Um so mehr muß ich mich hüten, kritisiren zu wollen. Und doch misfällt mir manches. Die Krisis der letzten Tage war doch sehr groß und leider ein neues Symptom dafür, daß der Kampf zwischen den beiden großen Gewalten[650] immer mehr das Kriterium für alles wird. Wilson muß sehr sehr gute Informationsquellen haben. Da die Vernichtungswut Kühlmann nicht fassen konnte – ob sie auch Hertling bedroht, weiß ich nicht –, ist Valentini gefallen[651]. Was ich sehr beklage. Er war doch in allen Fragen die Stütze ruhiger Überlegung. Nun wird reaktionärer Chauvinismus immer mehr Trumpf. Sieht man hinter die Kulissen, so ist sein Sturz der erste vielleicht entscheidende Sieg des Fürsten Bülow oder auch von Tirpitz. Das Wiener Fremdenblatt[652] hat Lunte gerochen und erscheint sehr schnell auf dem Plan – doch ich wollte ja schweigen. Also nochmals: entschuldigen Sie bitte die neue Belästigung und empfehlen mich der Gemahlin und Herrin, Dank, herzliche Grüße und Empfehlungen.

Stets in freundschaftlicher Verehrung
der Ihre

831. Bethmann Hollweg an Hertling

PA Berlin, R 1362. Behändigter Privatbrief. In Maschinenschrift. Praes. (durch Hertling): 28. Januar 1918; im AA: 8. Februar 1918.

Hohenfinow, 26. Januar 1918

Hochverehrter Herr Reichskanzler!

Euer Exzellenz bitte ich mir zu gestatten, in ganz vertraulicher Form zu einer Angelegenheit Stellung zu nehmen, die, nach der Presse zu urteilen, die Öffentlichkeit in besonderer Weise zu beschäftigen beginnt.

In einem Artikel des gestrigen „Tag“ findet sich folgende Stelle:

„Bei den Besprechungen über die zu erstrebenden Kriegsziele, die zwischen der Obersten Heeresleitung und den Reichskanzlern während des Krieges stattgefunden haben, ist der leitenden militärischen Zentrale wiederholt das allgemeine Programm der Regierung mitgeteilt worden. Danach mußten sich naturgemäß die militärischen Maßnahmen der Obersten Heeresleitung

650 Zwischen der Reichsleitung und der Obersten Heeresleitung über die in Brest-Litovsk zu befolgende Strategie. Vgl. Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges. Wien/München 1966, S. 18–21.

651 Er wurde auf Druck der OHL am 16. Januar 1918 entlassen. An seiner Stelle wurde als Chef des Zivilkabinetts Friedrich von Berg, ein Gefolgsmann Hindenburgs und Ludendorffs, berufen.

652 Erschienen zwischen 1847 und 1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

richten. Man kann z. B. einen vollständigen Verzichtfrieden mit erheblich geringeren Blutopfern erlangen als einen Sicherungsfrieden."

Ich möchte dem „Vorwärts", der heute diese Auslassung bespricht, darin zustimmen, daß sie nach Ton und Inhalt militärische Urheberschaft verrät. Trotzdem ist sie, soweit meine Amtszeit in Frage kommt, unzutreffend und ruft falsche Folgerungen hervor.

Niemals während des ganzen Krieges habe ich der Obersten Heeresleitung, weder der jetzigen noch der früheren, ein allgemeines Kriegszielprogramm vorgelegt, bis zu dessen Erreichung der Krieg fortgeführt werden müsse. Ich habe im Gegenteil stets die Notwendigkeit betont, jede sich bietende Möglichkeit zur Einleitung von Friedensverhandlungen zu ergreifen, um dann im Verlaufe solcher Verhandlungen das nach der militärisch politischen Lage Mögliche und für Deutschland als nützlich Erkannte zu erreichen. Details sind meinerseits hierbei niemals festgestellt worden, sondern als Umrisse nur angegeben. Wiedererwerb unserer Kolonien; im Westen: Verhütung, daß Belgien ein feindliches Einfalltor werde, wenn möglich Erwerb von Longwy-Briey, eventuell im Wege gegenseitiger Grenzberichtigung; im Osten: Königreich Polen und Verbesserung der strategischen Grenzen Preußens unter möglichst geringen Annektionen, eventuell Bildung von Randstaaten aus Kurland und Littauen. Einer Annektion irgend nennenswerter polnischer Landesteile habe ich mich stets widersetzt.

Meine allgemeine Politik in Bezug auf ehestmögliche Eröffnung von Friedensverhandlungen hat in unserem Friedensangebot vom 12. Dezember 16 offiziellen Ausdruck gefunden.

Nach Ablehnung dieses Angebots und nach Eröffnung des unbeschränkten Ubootskrieges war es die Oberste Heeresleitung, welche fortgesetzt auf eine Festlegung des Kriegszielprogramms im Einzelnen drängte. Niemals hat sie auch nur mit einem Worte angedeutet, daß sie diese Festlegung brauche, um danach ihre militärischen Maßnahmen einzurichten. Nach ihrem Gesamturteil über die militärische Lage hätte sie das auch gar nicht tun können. Für den unbeschränkten Ubootskrieg hatte sie votiert, weil sie durch militärische Schläge auf dem Lande den Krieg nicht beenden könne – das ist in dem vom Feldmarschall Hindenburg und General Ludendorff in Wien im letzten Frühjahr herausgegebenen Interview auch öffentlich als ihre Ansicht bezeugt[653] – und weil, was General Ludendorff besonders betonte, wir der feindlichen Westoffensive nicht gewachsen wären, wenn nicht die gegnerischen Munitionstransporte im Kanal gestört oder gar zum größten Teil unterbunden würden. Tatsächlich hat sich denn auch unsere Landkriegsführung im vorigen Jahr bis zu meinem Abgang ausschließlich auf die Defensive beschränkt.

[653] Bei einem Besuch Hindenburgs und Ludendorffs in Wien erklärte der Generalfeldmarschall laut Wolffschem Telegraphenbureau vom 2. Juli 1917 u. a.: „Der Krieg ist für uns gewonnen, wenn wir den feindlichen Angriffen standhalten, bis der Unterseebootkrieg sein Werk getan hat." Ansonsten ließ er sich nur allgemein über Kriegsziele aus. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,2 (1917) S. 150–151.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Da der Wunsch der Obersten Heeresleitung nach Festlegung eines Kriegszielprogramms von Seiner Majestät zum Befehl erhoben wurde, habe ich mich schließlich gefügt, wiewohl ich die praktische Bedeutung nicht anerkennen konnte. So ist es Ende April 1917 zu zweitägigen Verhandlungen in Kreuznach gekommen, in deren Abschluß das Protokoll vom 23. April vollzogen wurde[654]. Die darin enthaltenen Friedensforderungen sind nicht von mir als mein Kriegszielprogramm, sondern von der Obersten Heeresleitung als militärische Notwendigkeiten formuliert worden und gingen im Beginn der Verhandlungen sowohl im Westen wie im Osten sehr viel weiter als beim Abschluß festgelegt wurde. Eine praktische Möglichkeit zur Eröffnung von Friedensverhandlungen, in denen diese Kriegsziele zu behandeln wären, bestand damals nicht. In Übereinstimmung mit dem Staatssekretär Zimmermann, der an den Verhandlungen teilnahm, habe ich den Standpunkt vertreten, daß, wenn unsere Gesamtlage es möglich mache, dieses Programm in dem Augenblick durchzusetzen, wo Friedensverhandlungen eröffnet werden könnten, es mir im Interesse des Deutschen Reichs annehmbar erscheine. Das Programm war also weder Unterlage für die Entschließungen über die weitere Kriegsführung noch auch Unterlage für ein etwaiges erneutes Friedensangebot von uns, das damals nach der politischen Gesamtsituation ja überhaupt nicht in Frage kam.

Die Sachlage änderte sich, als im Mai zu der russischen Friedensplatform: „Ohne Annektionen und Kontributionen“ Stellung zu nehmen war. Meine Absicht, diese Formel Rußland gegenüber ausdrücklich und pure zu akzeptieren, scheiterte an dem von Seiner Majestät gebilligten Widerspruch der Obersten Heeresleitung. Ich erklärte jedoch im Reichstage, daß wir bereit seien, mit Rußland einen Verständigungsfrieden abzuschließen, der ein freundliches Nachbarverhältnis sichere, während ich es ablehnte, den Westmächten gegenüber irgendwelche Kriegsziele überhaupt zu proklamieren. (Ich habe leider meine Rede nicht zur Hand und kann nur ihren Sinn nach dem Gedächtnis referieren[655].) Damit war jedenfalls Rußland gegenüber eine neue von dem Protokoll vom 23. April völlig unabhängige Situation geschaffen. Sie wurde bestätigt, erweitert und auf die Gesamtheit unserer Feinde ausgedehnt durch die im ausdrücklichen Einverständnis mit der Obersten Heeresleitung erklärte Zustimmung des Reichskanzlers Michaelis zu der Reichstagsresolution vom 19. Juli; woran auch die Klausel „wie ich sie auffasse“[656] nichts zu ändern vermag.

Ich kann deshalb nicht zugeben, daß die Deutsche Politik bei den jetzt schwebenden oder den noch einzuleitenden Friedensverhandlungen durch ir-

654 Protokoll vom 24. April 1917 gedruckt in: Scherer/Grunewald II S. 149–151.

655 Seine Reichstagsrede vom 29. März 1917 über die außen- und innenpolitische Lage (auch zu den russischen Ereignissen). Unten Nr. 936*.

656 Die Reichstagsparteien hatten sich im Juli 1917 mehrheitlich für einen Frieden „ohne Annexionen und Kontributionen“ (das war eine Formel, die von der russischen Revolution übernommen worden war) ausgesprochen. Der neue Reichskanzler Michaelis erklärte in seiner ersten Reichstagsrede am 19. Juli 1917: Die künftigen Friedensziele „lassen sich im Rahmen Ihrer Resolution, wie ich sie auffasse, erreichen“. Text u. a. in: Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 58,1 (1917) S. 705.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gendwelche von mir getroffenen Amtshandlungen oder Abmachungen – abgesehen selbstverständlich vom polnischen Manifest – zwangsläufig gebunden sei. Das Kreuznacher Protokoll vom 23. April ist nichts als ein Internum zwischen der militärischen und politischen Leitung, das schon mich nicht band, wenn es zu tatsächlichen Friedensverhandlungen kam, geschweige denn daß sich daraus irgendwelche Verpflichtungen für meinen Nachfolger herleiten ließen. Tatsächlich haben ja auch Euer Excellenz in wiederholten Reden ihr völlig selbständiges Programm entwickelt und nur auf seiner Basis die Instruktion für die Verhandlungen in Brest-Litowsk erteilt. Was die Politik zu meiner Amtszeit anlangt, so darf ich bei dieser Gelegenheit wohl noch einmal festlegen, was ich Euer Excellenz unlängst bereits mündlich mitzuteilen die Ehre hatte. Zu immer wiederholten Malen habe ich in meinen Gesprächen mit Seiner Majestät den Gedanken scharf vertreten, daß, da nun einmal, wie der Verlauf des Krieges von Anfang an gezeigt habe, eine völlige militärische Niederwerfung unserer Gegner ausgeschlossen sei, die siegreiche Abwehr unserer Feinde und die unversehrte Selbstbehauptung Deutschlands für uns den Gewinn des Krieges bedeute. Ich habe Seine Majestät dabei inständigst gebeten, und zwar habe ich das auch insonderheit bei meiner Abschiedsaudienz getan, einen Friedensschluß auf solcher Grundlage nicht etwa an angeblichen militärischen Notwendigkeiten scheitern zu lassen, da niemand beurteilen könne, ob, was heute militärisch notwendig erscheine, es auch noch nach einem Menschenalter sein werde. Seine Majestät hat dem allemal aus innerer Überzeugung zugestimmt und mich speziell am 16. Juli mit den Worten entlassen, ich könne ganz unbesorgt sein, er denke über den Friedensschluß gerade so wie ich.

Nachdem Herr Staatssekretär von Kühlmann dem Sinne nach die Verhandlungen in Brest-Litowsk als durch die Vorgänge vor seinem Amtsantritt bestimmt bezeichnet hat und nachdem jetzt durch Zeitungsartikel, die unzweifelhaft auf die Oberste Heeresleitung zurückzuführen sind, deren Kriegsführung mit dem angeblich von mir aufgestellten Kriegszielprogramm begründet wird, ist vorauszusehen, daß der eventuell den Erwartungen nicht entsprechende Verlauf der Verhandlungen in Brest-Litowsk, wahrscheinlich auch die Vornahme der großen Westoffensive, von der man spricht, unmittelbar als notwendige Folge einer von mir betriebenen Kriegszielpolitk hingestellt wird, einer Politik, durch die ich zugleich meine Nachfolger unwiederbringlich zum Schaden des Reichs gebunden hätte. Der heutige Artikel des Vorwärts gibt einen Vorschmack [!] davon[657]. Die so entstehende Situation wird für mich mehr wie peinlich sein, weil sie persönlich unerträglich ist, jedes Hervortreten meinerseits aber, wie Euer Excellenz überzeugt sein werden, ausschließlich von dem Bestreben getragen sein wird, der Person und Politik Euer Excellenz keinerlei Schwierigkeiten zu bereiten, sondern beide zu unterstützen, soweit es

[657] In dem Artikel des „Vorwärts“ vom 26. Januar 1918, S. 1, heißt es u. a.: „Wir erfahren, daß es ein ‚allgemeines Programm der Regierung‘ gibt, nach dem die Oberste Heeresleitung ihre Kriegführung einrichtet.“

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

im Bereich der mir verbliebenen Kräfte nur möglich ist. Wenn Euer Excellenz, wie ich zu hoffen wage, meiner Ansicht zustimmen, daß Vereinbarungen zwischen dem jeweiligen Kanzler und der Obersten Heeresleitung ausschließlich die Bedeutung einer momentanen internen Verständigung rebus sic stantibus haben, denen keinerlei staats- oder völkerrechtliche Bindung beikommt, so darf ich auch der Hoffnung Ausdruck geben, daß auch Euer Excellenz es angezeigt finden werden, den hervorgerufenen gegenteiligen Eindruck wieder baldigst zu beseitigen.

Darf ich Euer Excellenz die Versicherung abgeben, wie unerwünscht es mir ist, in dieser Zeit äußerster Kräfte- und Nervenanspannung Ihre Zeit auch meinerseits in Anspruch zu nehmen und dabei den Ausdruck aufrichtigster und treuester Verehrung zu erneuern, in der ich verbleibe

Euer Excellenz
stets ergebenster

832. Hertling an Bethmann Hollweg

PA Berlin, R 1362. Privatbrief. Revidiertes Konzept. In Maschinenschrift.

Berlin, 6. Februar 1918

Hochverehrte und liebe Excellenz!

Ihr geneigtes Schreiben vom 26. v. M. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte, für die darin enthaltenen Darlegungen meinen ergebensten Dank entgegennehmen zu wollen.

Unmittelbar nach Veröffentlichung des von Euer Excellenz erwähnten Artikels habe ich Veranlassung genommen, Nachforschungen nach seiner Herkunft einleiten und hierbei besonders feststellen zu lassen, ob die O.H.L. mit ihm in Verbindung zu bringen wäre. Auf eine entsprechende direkte Anfrage wurde seitens der beteiligten militärischen Stellen die Urheberschaft oder auch nur eine Inspirierung des Artikels auf das entschiedenste in Abrede gestellt. Eine amtliche Abschüttelung von militärischer Seite wäre mir erwünscht gewesen, doch wurde – trotz prinzipieller Bereitwilligkeit für den vorliegenden Fall und Verurteilung des Artikels selber – von einer entsprechenden Veröffentlichung Abstand genommen, weil man hierdurch einen Präzedenzfall zu schaffen und sich in Zukunft unerwünschten Presseanzapfungen auszusetzen befürchtete. Immerhin hat der Lokalanzeiger[658] in der Abendausgabe vom 31. v. M. unter der Rubrik „Kriegsnachrichten“ eine Notiz gebracht, worin die Annahme, daß der in Frage stehende Artikel von militärischer Seite inspiriert worden sei, als nicht zutreffend bezeichnet wird.

Durch die Notiz des Lokalanzeigers ist weiteren Pressekommentaren der Boden entzogen worden. Trotzdem werde ich es mir angelegen sein lassen,

[658] „Berliner Lokalanzeiger“.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den Wünschen Euer Excellenz bei sich bietender Gelegenheit Rechnung zu tragen.

Mit der Versicherung meiner aufrichtigsten und freundschaftlichen Verehrung

verbleibe ich
Euer Exellenz
ganz ergebenster

833. Bethmann Hollweg an Heilbron

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. Schreiben. Eigenhändiges revidertes Konzept.

Hohenfinow, 16. Februar 1918

Einschreiben
(Nicht im Brief)

Lieber Herr Heilbron[659]!

Besten Dank für die beiden eingeschriebenen Briefe. Ich habe das Material an Thimme[660] geschickt, bin aber doch zweifelhaft, ob die Rede vom 9. Juli 17 veröffentlicht werden kann[661]. Selbst wenn man von ihrer stilistischen Mangelhaftigkeit absieht – ich habe das Stenogramm seiner Zeit gar nicht oder doch nur ganz oberflächlich korrigirt –, scheint mir das grundsätzliche Bedenken zu bestehen, in einer Privatpublikation Material zu verwerten, das der Hauptausschuß selbst nicht herausgelassen hat. Seine Verhandlungen sind vertraulich, und auch die Regierung hat immer wieder gegen Preßpublikationen Front gemacht, die über den offiziellen Bericht hinausgingen. Damit darf ich mich nicht in Widerspruch setzen, und die Publikation meiner Rede könnte zu Polemiken und weiteren Spezialpublikationen Anlaß geben, deren Konsequenzen nicht zu übersehen sind. Dagegen wird es zweckmäßig sein, meine in der Norddeutschen reproduzirten Ausschußreden, die Sie mir schickten, in die Sammlung aufzunehmen. Ich habe Thimme in diesem Sinne ge-

659 Friedrich Heilbron (1872–1954), Vortragender Rat; Leiter des Referats I/Inlandspresse im AA 1917–1918. – Heilbron arbeitete an den Memoiren Bethmann Hollwegs mit.

660 Friedrich Thimme (1868–1938), Historiker und Publizist; Leiter der Bibliothek des Preußischen Herrenhauses 1913–1918. – Er gab zusammen mit Johannes Lepsius und Albrecht Mendelssohn Bartholdy die 40 (= 54) Bände der „Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914“ heraus und plante eine Biographie Bethmann Hollwegs.

661 Gemeint ist die Rede Bethmann Hollwegs im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags am 9. Juli 1917, in der er sich vor allem gegenüber den Anklagen Stresemanns zu rechtfertigen suchte. Vgl. unten Nr. 974*. – Heilbrons Anfrage bezieht sich auf den Plan, Bethmann Hollwegs Reden aus dem Krieg zu veröffentlichen. Sie erschienen tatsächlich 1919, hrsg. v. Friedrich Thimme. Die Ausgabe endet mit dem Abdruck der Reichstagsrede Bethmann Hollwegs vom 15. Mai 1917.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schrieben und hoffe, ihn nächste Woche, wo ich in Berlin zu tun habe, auch noch persönlich zu sprechen.

Die Gewerkschaften haben bisher nichts von sich hören lassen, so daß Riezlers schöner Entwurf weiter im Tischkasten schläft[662].

Von Hans Leuss[663] hatte ich gestern den u.R. beigefügten Brief. Wissen Sie etwas von dem Delcassé-Angebot[664]?

Von den Ausschußreden fehlt übrigens wohl noch diejenige, in der ich gesagt habe, wir wollten Belgien nicht annektieren. Wann ich sie gehalten habe, erinnere ich mich nicht mehr[665]. Können Sie auch die noch beschaffen?

Mit besten Grüßen stets der Ihre

834. Bethmann Hollweg an Thimme

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1049/1. Privatbrief. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Hohenfinow, 16. Februar 1918

Einschreiben
(Nicht im Brief)

Verehrter Herr Dr. Thimme!

Anbei schicke ich die in meinem Brief vom 14. d.M. bereits angekündigte Rede im Hauptausschuß vom 9. Juli 17[666]. Bei ihrem Lesen wird es mir doch zweifelhaft, ob sie veröffentlicht werden könne. Im Drange jener Tage habe ich das Stenogramm gar nicht oder nur ganz unzulänglich korrigirt, und der jetzt vorliegende Wortlaut – es ist derjenige, der sich bei den Akten der Reichstags befindet – eignet sich doch wohl nicht zum Druck. Inhaltlich ist vielleicht einiges zu persönlich gefärbt, anderes (auf Seite 2 betreffend die Schweiz, Seite 6 mein Verhältnis zum Kaiser von Oesterreich, auch der Exkurs über die polnische Frage) in seiner momentanen politischen Zweckmäßigkeit zweifelhaft. Vor allem aber besteht grundsätzlich Bedenken, in einer Privatpublikation Material zu verwerten, das der Hauptausschuß selbst nicht hinausgelassen hat.

662 Darüber giebt das Riezler-Tagebuch keine Auskunft. – Zur Sache: Es handelt sich vermutlich um ein Gutachten Riezlers zu den Massenstreiks (vor allem in den Industriebetrieben) in Deutschland im Januar 1918.

663 Hans Leuss (1861–1920), Publizist und Schriftsteller.

664 Théophile Delcassé (1852–1923), französischer Außenminister 1898–1905, 1914–1915. – Um welches „Angebot“ es sich gehandelt hat, wurde nicht ermittelt.

665 In der von Thimme herausgegebenen Sammlung der Kriegsreden Bethmann Hollwegs sind an Reden im Hauptausschuß nur diejenigen vom 9. November 1916 und vom 31. Januar 1917 aufgenommen. In der Rede vom 31. Januar erklärte Bethmann Hollweg, daß „die Einverleibung Belgiens niemals in Deutschlands Absicht gelegen habe“ (Wortlaut in indirekter Rede wiedergegeben). Vgl. Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1097. Vgl. auch ebenda S. 1013 und 1484.

666 Die vorangehende Nr. mit Anm. 661.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nach meiner Erinnerung ist aber über die Sitzung vom 9. Juli nur ein ganz magerer Bericht veröffentlicht worden. An die Publikation meiner Rede könnten sich Polemiken und weitere Spezialpublikationen einzelner an der Debatte beteiligter Abgeordneter anschließen, welche mit dem Prinzip der Vertraulichkeit der Verhandlungen im Hauptausschuß nicht mehr vereinbar wäre. Mir scheint also, daß wenigstens zur Zeit von der Aufnahme dieser Rede abgesehen werden muß. Doch wäre es mir von großem Wert, Ihre Ansicht darüber zu hören.

Die Anlage ist der einzige mir zugängliche Abdruck meiner Rede.

In besonderer Wertschätzung
Euer Hochwohlgeb.
ergebenster

835. Aufzeichnung Haußmanns

HStA Stuttgart, Nachlaß Haußmann, Q1/2, Bü 114. Eigenhändig.

Hohenfinow, 24. Februar 1918

Der Hausherr war liebenswürdig, gastlich und über die Aussprache Möglichkeit erfreut oder erleichtert. Denn es liegt noch ein ungeheurer Druck auf ihm, einmal weil er einsam ist, zum zweiten weil [er] beschäftigungs- und berufslos geworden ist. Zum dritten weil er entlassen worden ist und zum vierten weil er die Schuld oder Mitschuld Deutschlands am Krieg in sich herumträgt. Das alles bei dem schweren Blut, das er hat und das im nahen Gespräch überraschend lebhaft hervortritt.

Er sprach auch aus: Ich trage schwer an dieser Untätigkeit u Einsamkeit.

Und ein ander mal:

Dieser Krieg wühlt in mir. Ich frage mich immer wieder, ob er sich hätte vermeiden lassen, was ich hätte anders machen können. Alle Völker haben eine Schuld, auch Deutschland hat eine große Mitschuld.

Und auf Mitteilung von Montgelas[']667 Ansicht über den Praeventivkrieg: Ja Gott, in gewissem Sinn war es ein Praeventivkrieg. Aber wenn der Krieg über uns hing, wenn er in zwei Jahren noch gefährlicher und unentrinnbarer gekommen wäre und wenn die Militärs sagen, jetzt ist es noch möglich, ohne zu unterliegen, in zwei Jahren nicht mehr. Ja die Militärs.

Er war nur zu vermeiden durch eine Verständigung mit England, das ist noch heute meine Überzeugung.

Wie konnte, nachdem man sich für die Politik mit Östreich entschieden hatte, [wie] konnte man Östreich in jener Lage nicht sich selber überlassen.

667 Max von Montgelas (1860–1938), General der Infanterie; z.D. 1915 (wegen seiner Kritik an der deutschen Kriegführung); gab mit Walter Schücking 1919 „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ heraus (vgl. unten im Literaturverzeichnis).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Man mußte aber auch wissen, daß der Krieg nur wegen Elsaß-Lothringen kam u fortdauert, nicht wegen Serbien.

Das bevorstehende Buch von Montgelas über Belgien u. das Unrecht an Belgien[668] interessiert ihn sehr – wie überhaupt alles, was ich ihm erzählte.

836. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 29–32. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 28. Februar 1918

Lieber Freund!

So kannst Du doch nicht aus Weimar abreisen! Gleich als Dein Klagebrief kam, setzte ich mich an eine Antwort, schloß sie aber nicht ab, weil ich wußte, daß ja gerade damals Entscheidungen bevorstanden, diese aber nicht kannte[669]. Nun ist wenigstens Dein Wunsch nach einem Vormarsch in die Ostseeprovinzen – und ich begreife ihn menschlich nur zu gut – in der Zwischenzeit erfüllt. Eine Kritik erlaube ich mir meinerseits nicht. Ich kenne ja nicht die wirklichen Vorgänge. Allein die Erreichung eines formalen Friedensschlusses würde ihn kaum rechtfertigen, wenigstens kann erst die Zukunft zeigen, ob der etwas wirkliches wert ist. Namentlich unter den Formen unseres Ultimatums, das der von Hertling nach Amerika eingeleiteten Aktion[670] manche Kraft nimmt. Den Schutz der Deutschen gegen den bolschewistischen Terror begrüße ich natürlich wärmstens. Aber entscheidend scheint mir zu sein, ob das Vorgehen der Ukraine wegen notwendig war. Und das kann ich nicht beurteilen. Sonst scheint mir, daß unsere Ostpolitik für die Zukunft sehr gewagt ist. – Deine Ungeduld wegen der Westoffensive kann ich nicht teilen. Einmal glaube ich nicht, daß die Vorbereitungen schon beendet sind. Und dann ist mir der Erfolg nicht so sicher wie Dir. Nicht taktisch oder strategisch, sondern politisch. Daß wir die Franzosen so schlagen könnten, daß sie militärisch erledigt sind und deshalb um Frieden bitten müssen, glaube ich nach allen bisherigen Kriegserfahrungen nicht. Eine starke Niederlage würde zunächst den Sturz Lloyd Georges herbeiführen, an seine Stelle aber nicht einen Mann von der Färbung Lansdownes, sondern Henderson[671] bringen und das französische Ka-

668 Es ist zu diesem Thema nicht erschienen.

669 Oettingen trat 1918 zunächst als Leiter des Goethe-Schiller-Archivs und als Mitglied des geschäftsführenden Aussschusses der Goethegesellschaft, bald danach auch als Direktor des Goethe-Nationalmuseums zurück. – Zum folgenden: Die deutschen Truppen besetzten im Februar/März 1918 ganz Estland bis nach Narva. – Oettingen war in Dorpat aufgewachsen, wo sein Vater Rektor der dortigen Universität war.

670 Hertling hatte in seiner Reichstagsrede vom 25. Februar 1918 sich zustimmend zu den Vierzehn Punkten Wilsons ausgesprochen, die dieser vor dem amerikanischen Kongreß am 11. Februar erläutert hatte. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 59 (1918) S. 86–88. Vgl. dazu auch Scherer/Grunewald III S. 438–442.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

binett entsprechend umbilden. Für eine Mittellinie bleibt nach der Offensive, die bisher ungeahnte Kriegs- und Menschengreuel mit sich bringt, kein Raum mehr. Das liegt nicht in unserem Interesse. Denn einmal duldete der britische Stolz keinen Frieden im Anschluß an eine große Niederlage. Reichen die Feinde doch und ganz unerwartet die Hand zum Frieden, dann wird ein Mann wie Henderson für Elsaß Lothringen ein Referendum fordern, dessen Annahme für uns kaum erträglich ist, dessen Ablehnung uns aber unsere Bundesgenossen kostet und damit unberechenbare innere Zustände bei uns heraufbeschwört. Endlich wird die Offensive Wilson, der nach meiner Überzeugung noch jetzt peacemaker sein will, ganz fest an die Entente schweißen. Mit einem Wort, der Bolschewikifriede wirkt [= winkt?] uns dann immer näher. Zum mindesten sehe ich in diesen Dingen notwendige Erwägungen, die den Entschluß zur Offensive zu einem ganz ungeheuren machen. Vielleicht muß er trotz allem gefaßt werden.

Der Streik war eine unerhörte Dummheit und ein Verbrechen[672]. Darüber ist kein Wort zu verlieren. Und die sozialdem. Parteileitung und auch die Gewerkschaften haben bös dabei versagt. Ob seit meinem Abgang die erforderliche Fühlung bestanden hat, wage ich nicht zu beurteilen.

Du siehst, alles was ich sage, muß ich mit der Klausel des Nichtwissens und Nichtbeurteilenkönnens versehen. Also schweige ich am besten ganz. Und ich schreibe auch nur, weil es mir eben unmöglich erscheint, daß Du in solcher Stimmung Deine Goethearbeit in Weimar abschließt. Wenigstens versuchen wollte ich, dagegen anzukämpfen, soweit es in meiner Macht steht.

Daß Du nun ganz in Burgeinsamkeit entfliehst, gefällt mir eigentlich gar nicht. Einmal ist Reichenberg noch weiter von hier als Weimar, und dann würden wir Alle Dir doch noch sehr viel verdanken können, wenn Du noch in Deinem Amte bliebest. Der Verlust wird sich schon nachträglich noch fühlbar machen. Aber Du weißt, meine herzlichsten Wünsche begleiten Dich, wo Du auch seiest. Und ich hoffe dringend, Deine Weimarer Quartalsarbeiten führen Dich doch auch wieder weiter nordwärts. Im Frühjahr oder Sommer mußt Du unbedingt wieder herkommen.

Ich gehe morgen bis etwa Ostern zu meiner Tochter nach München. Meine letzten Wochen hier waren einsam und innerlich nicht recht erfreulich. Doch ich will nichts von mir sagen. Jetzt bist Du dran. Und nun nimm diese konfusen Zeilen – kennst Du die abscheuliche Abreisestimmung? – gnädig auf, grüße die Deinen und halte den Kopf oben. Schreib mir auf ein Wort nach München (Prinzregentenstr. 22) und auch darüber, was Du von Deinen Anverwandten im Osten[673] weißt.

In alter Treue

---

671 Henry Charles Keith-Fitzmaurice, 5th Marquess of Lansdowne (1845–1927), englischer Außenminister 1900–1905 (er war im Weltkrieg Vertreter eines Verständigungsfriedens). – Arthur Henderson (1863–1935), Minister ohne Geschäftsbereich Dezember 1916–August 1917.

672 Die Streiks in den deutschen Industrie- und Munitionsbetrieben im Januar 1918.

673 In Estland (Dorpat).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

837. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Privatbrief. Maschinenschriftlicher Auszug.

[o. O.] 7. Mai 1918

. . . „Die erneuten Kriegszielerörterungen“, Artikel im Maiheft der Pr. Jahrbücher[674].

. . . „Es ist zweifellos das Beste, Klarste und Tapferste, was seit langer Zeit über die wichtigsten Fragen unserer auswärtigen Politik geschrieben worden ist. Ich stimme in allem zu, namentlich in der Beurteilung der unglücklichen Grenzberichtigungen gegen Polen.“

838. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

BA Koblenz, Nachlaß H. Delbrück, N 1017/77, S. 67–70. Privatbrief. Maschinenschriftliche Abschrift.

Hohenfinow, 11. Mai 1918

Aufrichtigen Dank für Ihre freundlichen Zeilen vom 6. Ihre Empfehlung des Dr. Hobohm[675] ist mir von größtem Wert, und sein Besuch wird mir deshalb eine besondere Freude sein, auch wenn ich irgendwelche endgültigen Entschlüsse für die Zukunft noch nicht fassen kann. Aber persönliche Bekanntschaft und mündlicher Gedankenaustausch werden mir umso erwünschter sein, als mich seine publizistischen Äußerungen, wo ich ihnen begegne, immer ganz besonders interessieren. Ich werde mich demnächst mit Dr. Hobohm direkt in Verbindung setzen.

Übrigens war ich neuerlich einmal Ihr Gegner. Das heißt, ich kann mich noch nicht zu Ihrem Optimismus bezüglich der Erledigung Rußlands aufschwingen[676]. Was denn meine Kritik unserer Ostpolitik bestimmt. Die physischen und die in Geschichte, Glauben und Volkscharakter wurzelnden morali-

[674] Hans von Delbrück, Die erneute Kriegsziel-Erörterung. – Die Denkschrift des Fürsten von Lichnowsky. – Der Brief des Kaisers Karl. In: Preußische Jahrbücher 172 (1918) S. 283–297 (in der Rubrik „Politische Korrespondenz“). Delbrück wendet sich (ebenda S. 287) gegen die im Herrenhaus erhobene Forderung des preußischen Landwirtschaftsministers Paul von Eisenhart-Rothe, aus dem neuen Polen einen breiten „Grenzstreifen“ Preußen zuzuschlagen. Er würde die Zahl der Polen in Preußen um 50 % erhöhen.

[675] Martin Hobohm (1883–1942), Historiker; Schüler H. Delbrücks; Archivrat im Reichsarchiv 1920; außerordentlicher Professor in Berlin 1923; Mitglied des Weimarer Untersuchungsausschusses.

[676] Hans Delbrück hatte in den „Preußischen Jahrbüchern“ 172 (1918) S. 133–147 eine Betrachtung zu Rußland geschrieben unter der Überschrift „Der definitive Friede mit Rußland und unser Verhältnis zu den Randvölkern“ (23. März 1918). Darin bezeichnete er Rußland, das durch die Ereignisse der Revolution und des Brester Friedens nur noch als Rumpfstaat übriggeblieben sei, als künftigen Mittelstaat. Die Welt werde Deutschland dankbar sein, wenn es die Wacht am Peipussee halte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Kräfte des russischen Kolosses erscheinen mir zu gewaltig, als daß sie durch eine vorübergehende bolschewistische Anarchie in ihrem Lebensnerv getroffen werden könnten.

Die preußischen Vorgänge haben mich doch überrascht[677]. Solche Kurzsichtigkeit hatte ich nicht erwartet.

Mit freundlichsten Empfehlungen
Ihr aufrichtigst ergebener

839. Notiz

PA Berlin, R 1363. Handschriftlich von unbekannter Hand.

[o. O.] 16. Mai 1918

Marg[inalie] S.M. zu einer Notiz der N[orddeutschen] Allg[emeinen] Z[ei]t[un]g v. 16/5 betr. Bereitwilligkeit Deutschlands im Frühjahr 1917, auf einen bedeutenden Teil Lothringens zu verzichten[678]:

Reichskanzler vBethmann war überzeugt, daß Deutschld. u. Oest.-Ung. nicht durchhalten könnten u. Frieden machen müßten. Er ist deshalb von FM. Hindenburg gestürzt worden.

840. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 35–36. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 27. Juli 1918

Verehrter Herr Professor!

Vorgestern hatte ich den Besuch des Herrn Dr. Hobohm[679], und da ich diese Freude Ihnen zu verdanken habe, darf ich Ihnen sagen, wie sehr ich von der Frische, Lebhaftigkeit und Überlegtheit Ihres ehemaligen Schülers beeindruckt bin. Einen festen Entschluß wegen Unterstützung persönlicher Arbeit kann ich aus mannigfachen Gründen augenblicklich noch nicht fassen, habe deshalb dieses Thema auch grundsätzlich mit Herrn Dr. Hobohm noch nicht angeschnitten. Ich denke gegen den Herbst klarer sehen zu können.

Soeben lese ich Ihr neuestes der Deutschen Korrespondenz beigegebenes Flugblatt „Englands Schuld am Krieg“[680]. Ich stimme in allem Wesentlichen

[677] Am 2. Mai 1918 hatte das Abgeordnetenhaus in der Wahlreformdebatte das gleiche Wahlrecht abgelehnt und es durch ein auf Besitzstimmen gründendes Pluralwahlrecht ersetzt. Darüber war es im Staatsministerium zu kontroversen Diskussionen gekommen.

[678] „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ Nr. 248, 16. Mai 1918 (Abendausgabe) S. 1.

[679] Vgl. oben Nr. 838.

[680] Hans Delbrück, Englands Schuld am Kriege. Berlin 1918. 8 Seiten = Flugblatt der „Deutschen Korrespondenz“. [Hrsg. v. Martin Hobohm.] – Die „Deutsche Korrespondenz“ war

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zu, obwohl ich meine, daß Sie England etwas zu glimpflich behandeln. Die Einkreisungspolitik König Eduards, die nach seinem Tode zwar in anderer Form, der Sache nach aber unverändert, wenn nicht noch verpflichtender, vom englischen Kabinett fortgesetzt wurde, war doch der fruchtbarste Nährboden für die französische Revanchelust und die Machinationen des panslawistischen Rußlands. In diesem Sinne habe ich schon am 2. Dezember im Reichstage gesprochen, habe aber Rußlands Schuld als Anstifter des Krieges sowohl in dieser Rede unter Bezugnahme auf meine Worte vom 4. August 1914, dann auch wieder am 19. August 15 wiederholt[681] und in nicht mißverständlichen Worten gebrandmarkt. Ich darf das hier hervorheben, weil mir der Vorwurf zu weit zu gehen scheint, die deutschen Staatsmänner hätten sich zum Bekenntnis der vollen Wahrheit nie aufschwingen können und in unsachlicher Schuldverteilung die öffentliche Leidenschaft wilden Englandhasses bestärkt. So unrichtig es ist, Sir Edward Grey der Kriegstreiberei zu beschuldigen, so wenig darf man doch darüber hinwegsehen, daß die englische Politik die Aufrechterhaltung und Vertiefung der Freundschaft mit Frankreich und Rußland höher einschätzte als die Bewahrung des Weltfriedens. Unsere Verständigungsversuche mit England (Haldane) scheiterten einmal wegen der Fehler unserer Marinepolitik, vor allem aber wegen der Furcht Englands, jene Freundschaft durch Annäherung an uns zu kompromittieren. Das war der immer wiederkehrende Refrain in mündlichen Gesprächen und in diplomatischen Verhandlungen. So bezeichnend das einerseits für die englische Gleichgewichtspolitik ist, so klar spricht sich darin Englands Kenntnis von den aggressiven Tendenzen der russisch-französischen Allianz aus. Und damit zugleich die Schuld der englischen Politik. Greys naive Vorstellung, daß England durch Teilnahme am Kriege wenig mehr leiden würde, als wenn es draußen bliebe, wirft ein bezeichnendes Licht auf die egoistische Leichtfertigkeit, mit der man in England die Probleme des Weltfriedens und Weltkrieges betrachtete.

Für Gegenwart und Zukunft zweifele ich, obwohl ganz uninformiert, nicht an der Absicht Ludendorffs, durch den von ihm ernannten und ihm gefügigen Herrn von Hintze[682] eine auf den Verständigungsfrieden gerichtete politische Friedensoffensive machen zu lassen. Lärmender alldeutscher und vaterlandsparteilicher Widerstand wird, die Richtigkeit meiner Annahme vorausgesetzt, dabei ausgeschaltet werden können, was erste Vorbedingung für eine Wirkung auf die pazifistischen Kreise bei den Feinden sein wird. Ob dies aber angesichts aller bisher und bei der letzten Krisis erneut angewandten Methoden genügt, um die ausländische Ungläubigkeit zu überwinden, erscheint mir fraglich. Man müßte Ludendorff – persönlicher Ehrgeiz spielt eine ausschlagge-

eine Broschürenfolge, die in den Kriegsjahren wöchentlich den Zeitungen (auf Verlangen) beigegeben wurde.

681 Vgl. unten Nr. 534*, 574* und 682*.

682 Paul von Hintze (1864–1941), Gesandter in Peking 1914–1917, in Christiania 1917–1918; Staatssekretär des Auswärtigen Juli – Oktober 1918. – Die Charakteristik Hintzes durch Bethmann Hollweg trifft nicht zu. Deshalb gehen auch die im folgenden angestellten Überlegungen ins Leere.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bende Rolle – suggerieren, daß nur eine von ihm inspirierte einheitliche Volksbewegung zu Gunsten des Verständigungsfriedens seinen militärischen Aktionen die notwendige Ergänzung geben kann. Ich werfe diesen Gedanken hin, weil, wenn Sie ihm zustimmen, Ihnen vielleicht die Möglichkeit offen steht, in dem bezeichneten Sinne zu wirken oder wirken zu lassen.

Wäre es nicht unbescheiden, so würde ich mir die Anfrage erlauben, ob Ihnen nicht wieder einmal ein Tag für einen Landaufenthalt frei ist. Sie wissen, welche Freude Sie mir machen würden. Auf alle Fälle verbindlichste Grüße und Wünsche für jetzt und die nach Semesterschluß kommende Erholungszeit.

In verehrungsvoller Ergebenheit
der Ihre

841. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 5. August 1918

Verehrter Herr Professor Delbrück!

Vielen Dank für die Mitteilung in Ihrem freundl. Br. v. 1. d. M. Dadurch in meinem Gedächtnis aufgefrischt, habe ich die Tatsachen an der Hand des Reichstagssitzungsberichtes vom 9. Dez. 1915[683] wieder feststellen können. Ich habe damals – ich beantwortete die sozialdemokratische Friedensinterpellation – zweimal das Wort „Faustpfand“ gebraucht. Da Sie in Ihrer Sommererholung wohl keine Materialien um sich haben, darf ich meine Worte hier mitteilen:

Das erste Mal sagte ich bei Bekämpfung des Lügenfeldzuges unserer Feinde ganz allgemein: Sie könnten es nicht mehr verbergen, daß wir weit in Feindesland stehen, im Osten u. im Westen, daß wir den Weg nach dem Südosten geöffnet haben, „und daß wir sehr wertvolle Faustpfänder in der Hand haben“.

Später sagte ich: „In dem vollen Bewußtsein der großen von uns erstrittenen und unerschütterlich dastehenden Waffenerfolge lehnen wir jede Verantwortung für die Fortsetzung des Elends ab, das Europa und die Welt erfüllt“ (Zuruf Liebknechts: Eroberungspläne). „Es soll nicht heißen, wir wollen den Krieg auch nur um einen Tag unnötig verlängern, weil wir noch dieses oder jenes Faustpfand erobern wollen.“

In meinen früheren Kriegsreden habe ich das allgemeine Kriegsziel umrissen. Ich kann auch heute nicht auf Einzelheiten eingehen. Ich kann nicht sagen, welche Garantien die Kaiserliche Regierung z. B. in der belgischen Frage

[683] Unten Nr. 705*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

fordern wird, welche Machtgrundlagen sie für diese Garantien für notwendig erachtet.

Wie ich schon am 19. August [1915] gesagt habe[684]: „Wir sind es nicht, die die kleinen Völker bedrohen. Nicht um fremde Völker zu unterjochen führen wir diesen uns aufgezwungenen Kampf, sondern zum Schutz unseres Lebens und unserer Freiheit usw."

Bei der Besprechung der Interpellation hat dann Landsberg nach Geißelung der Vernichtungs- und Eroberungspläne der feindlichen Staatsmänner gesagt[685]:

„Ich habe zu meiner Genugtuung von dem Herrn Reichskanzler Worte, wie Herr Briand und Asquith sie ausgesprochen haben[686], nicht gehört. . . . Der Herr Reichskanzler hat gesagt, er könne einzelne Friedensbedingungen nicht nennen. In dieser Beziehung sind meine Freunde anderer Meinung als er, . . . zumal da die Worte des Herrn Reichskanzlers erkennen ließen, daß seine Friedensbedingungen sich sehr wohl hören ließen.

. . . Über die Erklärungen, die wir von Herrn Spahn im Namen der sämtlichen bürgerlichen Parteien gehört haben, will ich hinweggehen. Ich will mich nicht auf eine Erörterung einlassen, ob namentlich ein gewisser Satz nicht außerordentlich aufpeitschend im Auslande wirken wird. (Spahn hatte im Namen aller bürgerlichen Parteien erklärt: Wir warten . . . die Stunde ab, die Friedensverhandlungen ermöglicht, bei denen für die Dauer die militärischen, wirtschaftlichen, finanziellen u. politischen Interessen Deutschlands im ganzen Umfange u. mit allen Mitteln, einschließlich der dazu erforderlichen Gebietserwerbungen gewahrt werden müssen.)

Wir haben unsere Interpellation an den Herrn Reichskanzler gerichtet, u. aus den Worten des Herrn Reichskanzlers haben wir den Inhalt der Erklärungen der bürgerlichen Parteien nicht herausgehört.

(Liebknecht: Doch! Doch!)

Aber ich bitte Sie, geben Sie doch nicht dem Ausland Waffen in die Hand. . . . Ich glaube, mit einer gewissen Absicht, denn sonst könnte ich mir die Wiederholung dieses Wortes nicht erklären, hat der Herr Reichskanzler wiederholt diejenigen Gebiete, die wir besetzt haben, als Faustpfänder bezeichnet. Meines Wissens werden Faustpfänder zurückgegeben. Der Herr Reichskanzler hat sich ferner grundsätzlich zum Friedensschluß bereit erklärt, u.s.w. . . . Ich habe mich gefreut, aus den Worten des Herrn Reichskanzlers zu entnehmen, daß die Absicht der Unterjochung eines Volkes – das sind ja die Worte, die er gebraucht hat – ihm nicht vorschwebt. Er hat eine solche Absicht abgelehnt, u. er hat dieses Bekenntnis noch unterstrichen durch die Bezugnahme auf seine Rede vom August, die den großen und kleinen Völkern ihre Freiheit garantiert hat."

Von Belgien speziell hat Landsberg in seiner Rede nicht gesprochen.

---

684 Unten Nr. 682*.

685 Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., II. Session, 22. Sitzung, 9. Dezembr 1915, Bd. 306, S. 443.

686 In Reden z. B. vom 12. März (Briand), vom 29. Juni und 28. Juli 1915 (Asquith): Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 784, 796–797, 899.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aus diesen Vorgängen ergibt sich klar: Mit den „Faustpfändern“ habe ich allgemein Eroberungen abgelehnt u. den Verteidigungs-Charakter des Krieges unterstrichen. Indem ich gleichzeitig für Belgien „Garantien“ forderte, ließ ich erkennen, daß ich für Belgien speziell die Faustpfandtheorie nicht aufstellte. Unsere Feinde hatten wiederholt erklärt, sie würden über Frieden erst dann sprechen, wenn wir Belgien (u. Nordfrankreich) geräumt haben würden. Das war natürlich unannehmbar. Aber ich hielt es für zwecklos und überflüssig und deshalb für politisch falsch, gerade in der heiklen belgischen Frage durch Aufstellung der Faustpfandtheorie erneut Öl ins Feuer zu gießen. Auch jetzt würde ich es vermieden haben.

Dafür, daß Sie bei Verbreitung der politischen Korrespondenz[687] als Flugblatt den betreffenden Passus streichen wollen, bin ich aufrichtig dankbar.

Bei der ungemeinen Bedeutung aber, die Ihre Preußischen Jahrbücher selbst für das historisch-politische Urteil der Mit- u. Nachwelt haben, wäre es mir doch lieb, wenn Sie demnächst einmal in ihnen selbst eine Retouche anbringen könnten.

Ich las soeben in der „Deutschen Politik“[688] vom 2. d. M. (Heft 31) den sehr bemerkenswerten Artikel Rohrbachs über die „Politik des Mutes“. Es würde zu manchen Betrachtungen Anlaß geben, die ich gern machte, wenn wir andere postalische Verhältnisse hätten.

Beste Wünsche für Ihren Bergaufenthalt. Hier gießt es täglich. Arme Ernte!

In verehrungsvoller Ergebenheit
der Ihre

842. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

BA Koblenz, Nachlaß H. Delbrück, N 1017/77, S. 91–94. Privatbrief. Maschinenschriftliche Abschrift.

Hohenfinow, 12. August 1918

Sehr verehrter Herr Professor!

Besten Dank für Ihren Brief vom 9. d. M. Sie sagen, daß, wie sich die Dinge entwickelt haben, es objektiv wohl das Richtigste gewesen wäre, von vornherein die unbedingte volle Wiederherstellung Belgiens ohne jede Klausel zu versprechen. Darf man in der Politik etwas als objektiv richtig bezeichnen, was unmöglich ist? Ich glaube nein. Tut man es doch, so bleibt an dem, der das

687 Das war in den „Preußischen Jahrbüchern“ jeweils am Schluß eines Heftes eine Rubrik mit dem Titel „Politische Korrespondenz“.

688 Deutsche Politik. Wochenschrift für Welt- und Kulturpolitik. Hrsg. v. Ernst Jäckh, Paul Rohrbach, Philipp Stein. – Sie erschien nur in sieben Jahrgangsbänden von 1916 bis 1922. – Der im folgenden genannte: Paul Rohrbach (1869–1956),Theologe und Publizist. – Er war während des Weltkriegs im Reichsmarineamt und im AA tätig, propagierte eine antirussische Politik und die Loslösung der baltischen und kaukasischen Staaten von Rußland.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Unmögliche unterließ, immer der Vorwurf unrichtiger Handlungsweise hängen. Was ungerecht wäre, da Politik doch die Kunst des Möglichen ist. Und volles Wiederherstellungs-Versprechen war damals auch nach Ihrer Ansicht unmöglich. Auf die Gründe warum – sie lagen nicht in meiner Person, sondern in den Sachen – gehe ich hier nicht ein. War es aber unmöglich, so war mein früher und jetzt wegen seiner Unbestimmtheit viel getadeltes Wort von den „realen Garantien“[689] auch nach meiner heutigen Ansicht die einzig mögliche und zugleich mildeste Art der Umschreibung, daß Belgien in Zukunft nicht feindliches Aufmarschgebiet gegen uns sein dürfe. Das Gerardsche Buch[690] habe ich nicht vor mir und in extenso nicht gelesen. Seine Behauptung über die ihm angeblich mitgeteilten Garantieforderungen habe ich vor etwa Jahresfrist – ich glaube noch vor meinem Rücktritt – dementiert. Soviel ich mich entsinne, in Form eines Interviews an einen Journalisten, das dieser nach Amerika kabelte, das aber auszugsweise auch in unserer Presse publiziert wurde. Da ich keine Akten habe, kann ich das Dementi hier inhaltlich nicht genau reproduzieren, doch auch jetzt soviel konstatieren, daß von einer Mitteilung substanziierter Garantieforderungen an Gerard keine Rede war und das, was er als angeblichen Inhalt angibt, eitel Phantasie ist. Übrigens war die Beschaffenheit gedachter Garantien ja selbstverständlich von der früher und jetzt noch nicht übersehbaren Gesamtlage bei Friedensschluß abhängig und konnte schon um deswillen niemals fixiert werden. Falls Sie auf diese Seite der Frage in den Preußischen Jahrbüchern näher eingehen wollen, hätten Sie wohl die Güte, zuvor nach jenem meinem Dementi recherchieren zu lassen[691]. Ich meinerseits habe momentan keinen Bekannten in Berlin, von dem ich es einfordern könnte. Aber, wie gesagt, sein wesentlicher Inhalt ist seiner Zeit auch in unseren Zeitungen abgedruckt worden.

Daß die wilden Forderungen unserer Annexionisten an der Verlängerung des Krieges mit Schuld haben, glaube auch ich, und zweifellos hätte eine frühzeitige nicht verklausulierte Wiederherstellungs-Erklärung für Belgien den feindlichen Kriegshetzern Wind aus den Segeln genommen. Ob genügend, um den Frieden herbeizuführen, ist ex post schwer zu sagen und mir zweifelhaft. Aus ausdrücklichen Erklärungen englischer Staatsmänner der neueren Zeit wissen wir, daß England ohne Rücksicht auf Belgien zur Waffenhilfe an Frankreich verpflichtet war[692] und daß ein Wiederherstellungsversprechen nur ei-

689 Vgl. z. B. oben Nr. 597.

690 James Watson Gerard, Meine vier Jahre in Deutschland. Memoiren des Botschafters Gerard. Lausanne 1919, S. 332. Vgl. auch Foreign Relations of the United States 86 (1917) S. 114. – Zum folgenden: Das Interview ist in Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) nicht abgedruckt.

691 Hans Delbrück hat zur belgischen Frage in den „Preußischen Jahrbüchern“ 174 (1918) S. 270–278 Stellung genommen, ohne indes das Dementi Bethmann Hollwegs explizit zu nennen; statt dessen rekurriert er auf den von Bethmann Hollweg häufig verwendeten Begriff „Faustpfand“.

692 Vgl. den Briefwechsel Grey-Cambon vom 22. und 23. November 1912, dessen Inhalt schon früh bekannt war. Druck u. a. in: Die Große Politik XXXI S. 543–545. Vgl. auch unten Anm. 795.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen Teil seiner Forderungen ausmacht. Und ebenso gewiß führt Frankreich den Krieg um eigener Interessen, nicht um Belgiens willen. Vollends durch Amerikas Eintritt in den Krieg ist Belgien noch weiter in den Hintergrund geschoben.

Ein linksstehendes Blatt[693], das ich eben las, sagt: Der Krieg tobt weiter, weil es auf beiden Seiten an letzter Aufrichtigkeit fehlt. Das stimmt. Und ich fürchte, die Unaufrichtigkeit ist auf der Gegenseite noch größer.

Mit besten Erholungswünschen
in aufrichtiger Verehrung
ergebenst

843. Bethmann Hollweg an Solf

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, f. 1. Privatbrief. Auszug (Auslassungen in der Vorlage). Maschinenschriftliche Abschrift.

Hohenfinow, 29. August 1918

Hochverehrte Exzellenz!

Verbindlichen Dank für Ihren Brief vom 27. und den Ausdruck besonderer Freude, daß Sie mich besuchen wollen. Jeden Tag sind Sie herzlich willkommen. (…)

Was Sie mir über die Vorzensur Ihrer Rede[694] und die Zusatzverträge schreiben, erschreckt mich, bestätigt allerdings die Besorgnisse, die ich schon vorher hatte. Auch daß die Alldeutschen nach anfänglicher Zustimmung schon wieder in zum Teil bösartige Kritik verfallen, zeigt, daß sie sich weiterhin mächtigen Rückhaltes[695] sicher fühlen, daß also die Uneinigkeit und Unaufrichtigkeit, die zur Katatstrophe führen muß, andauert. Der Reichstag wird keine geordnete Abhülfe schaffen. Dazu fehlt es ihm an Parteien und Männern. Die Wenigen, die das Richtige wollen, haben keinen Einfluß und keine Macht. Sollten sie sich trotzdem zur Aktion entschließen, kann der Zusammenbruch bevorstehen. Doch alles Weitere hoffentlich recht bald mündlich. (…)

693 Gemeint vermutlich: „Vorwärts“ Nr. 218, 10. August 1918, S. 1: „Ein kritischer Punkt“.

694 Vgl. unten Nr. 844 und Anm. 697. – Die im folgenden genannten Zusatzverträge: Am 27. August 1918 unterzeichneten Deutschland und Sowjetrußland in Berlin verschiedene Zusatzverträge zum Frieden von Brest-Litovsk vom 3. März 1918. Sie legten u. a. Goldlieferungen Moskaus an Deutschland fest und sahen in geheimen Zusätzen eine deutsch-russische militärische Zusammenarbeit zur Vertreibung der Ententetruppen aus Murmansk und englischer Truppen aus Baku vor.

695 Vor allem seitens der Obersten Heeresleitung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

844. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

BA Koblenz, Nachlaß H. Delbrück, N 1017/77, S. 105–106. Privatbrief. Maschinenschriftliche Abschrift.

Hohenfinow, 10. September 1918

Sehr verehrter Herr Professor!

Aufrichtigen Dank für Ihre Ausführungen in der letzten „Politischen Korrespondenz“[696]. Ich glaube, ich kann allem zustimmen, was Sie sagen. Auch was Sie über den Ubootskrieg schreiben, scheint mir vortrefflich. Und in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage bin ich ganz Ihrer Ansicht. Ich kenne nicht die Gründe, die Hertling und Hintze davon zurückhalten, die Reden von Solf und Prinz Max[697] autoritativ zu sanktionieren, will und kann sie deshalb nicht kritisieren. Nur wollte mir scheinen, als hätte der Kanzler an seinem Geburtstag[698] gute Gelegenheit zu Ausführungen gehabt, wie Sie sie auf S. 421[699] und dann wieder auf Seite 426ff. machen. Stresemann und den Kronprinzen reden zu lassen halte ich für den Gipfel der Unzweckmäßigkeit, und auch der langen Enunziation des Feldmarschalls gewinne ich keinen Geschmack ab[700]. So treibt man die Volksmassen dazu, sich selber zu rühren, um Kriegspolitik in Friedensbahnen zu drängen. Die Manieren, wie ein Teil der Presse bevorstehende Regierungskrisen zu behandeln beginnt, wirken in derselben Richtung. Nationalliberale Kreise mit persönlichen Ambitionen sind, wie mir scheint, leider nicht unbeteiligt daran. Und doch sollte in dem hoffentlich noch möglichen Augenblick, wo die feindliche Offensive zum Stehen gebracht wird, die Zwiespältigkeit und Unaufrichtigkeit aus unserer Politik verschwunden sein. Noch nie bot dafür die Haltung der „anderen Faktoren“[701] eine so günstige Gelegenheit. Schärfer gesagt: früher schloß sie jede Möglichkeit aus. Wenn jetzt noch Zeit verpaßt wird (nach der Haltung der alldeutschen Presse ist sie schon verpaßt), gehen wir radikalen Katastrophen entgegen. Aber wo sind die Männer einer Regierung, „denen man glaubt“?

---

696 „Preußische Jahrbücher“ 173 (1918) S. 410–422: „Ehrlicher Friedenswille“. – „Der Tauchbootkrieg und Amerika“ (in der Rubrik „Politische Korrespondenz“).

697 Solf hatte am 20. August 1918 in der „Deutschen Gesellschaft“ eine Rede gegen den englischen Minister Balfour gehalten; Prinz Max eine Rede über allgemeine Menschheitsideen bei der Zentenar-Feier der badischen Verfassung. Vgl. „Preußische Jahrbücher“ 173 (1918) S. 426–430.

698 Am 4. Juni 1918.

699 „Preußische Jahrbücher“ 173 (1918) S. 421: „Faßte sich die Regierung endlich ein Herz, erklärte den Alldeutschen offen den Krieg und sammelte alle Elemente um sich […], so wäre viel gewonnen.“

700 Am 2. September veröffentlichte Hindenburg eine „Kundgebung an das deutsche Volk“. Text: Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 59,1 (1918) S. 267–269.

701 Es ist nicht klar, was damit gemeint ist. Der Begriff (ebenso wie das folgende Zitat) stammen nicht aus den oben vermerkten Ausführungen Delbrücks; vermutlich aus dem nicht erhaltenen Gegenbrief Delbrücks.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Doch ich schließe. Linsingen[702] hat es ja bei Gefängnis verboten, zu denken und zu sprechen. Hoffentlich hatten und haben Sie gute Landtage.

Ihr ergebenster

845. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 38–39. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 7. Oktober 1918

Lieber Freund!

Eben kommt der Korb, aber nur tückisches Schicksal scheint gewaltet zu haben. Er bringt nicht die Pflaumen, die Du in Deinem freundlichen Brief vom 30. ankündigst, sondern ein wunderschönes großblätteriges Immergrün, das ich einstweilen eingeschlagen habe, bis Du weiter bestimmst und die Tante von einem Besuch bei Ihrer Schwester Mohl[703] zurückkehrt, was morgen oder übermorgen bevorsteht. Ich würde das Immergrün gern nehmen, da wir es bisher nicht haben. Übrigens – auch die Samenkapseln von Linaria cimbalaria[704] lagen Deinem Brief nicht bei. Trotz alledem tausend Dank.

Nun hat uns die Krisis gepackt. Lange, lange glaubte ich das Unheil kommen zu sehen[705]. Aber daß es s o bitter sein würde! … Und wir stehen erst am Anfang. Ob Wilson ehrlich ist? Und wenn ja, hat er die Energie, um den Widerstand von Clemenceau[706] und doch wohl auch von Lloyd-George zu brechen? Ich fürchte, nein. Dann kann die Niederlage zum Zusammenbruch werden. Kommt das Ende jetzt, dann können wir vielleicht noch auf nationale Fortexistenz hoffen. Ob später noch? Mein natürlicher Optimismus will an das Allerschlimmste noch nicht glauben, auch wenn nüchterne Rechnung ein anderes Fazit ergiebt. Die Umwälzung im Innern war unausbleiblich. Im Reich werden wir sie aushalten, denn da hat sie sich in diesen vier Kriegsjahren, ja schon früher, allmählich vorbereitet. In Preußen war dank dem Unverstand der Konservativen alles fossil geblieben. Nun kommt der radikale Wandel zu plötzlich. Parlament und Gesetzgebung werden schon marschieren, aber die Ver-

[702] Oberbefehlshaber in den Marken und Gouverneur von Berlin.

[703] Doris von Mohl (1894–1959), Künstlerin; verheiratet 1920 mit Johannes Karl Hermann (1893–1962), Bauhauskünstler.

[704] Zimbelkraut.

[705] Am 30. September 1918 hatte der Kaiser den Rücktritt des Reichskanzlers Hertling angenommen; an seine Stelle trat am 3. Oktober Prinz Max von Baden; in seine Regierung traten Vertreter der Mehrheitsparteien als Staatssekretäre ein, was einen weiteren Schritt zur parlamentarischen Regierungsform bedeutete. Am 1. Oktober hatte die deutsche Regierung an Präsident Wilson ein Waffenstillstands- und Friedensangebot abgesandt. Wilson antwortete am 8. Oktober und forderte in seiner ersten Note die Räumung der von den Mittelmächten besetzten Gebiete als Vorbedingung für weitere Verhandlungen.

[706] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident 1906–1909 und 1917–1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

waltung wird nicht nachfolgen. Und das wird furchtbare Zuckungen in dem militärischen Beamtenstaat geben. Sollen wir wirklich schon dem Untergang geweiht sein? Ich kann es nicht glauben. Nicht blos, weil ich mein Volk liebe, sondern weil es in seinem Kern noch zu tüchtig ist. Mich überkommen alle diese Gedanken ja nicht plötzlich. All die Jahre habe ich sie mit mir herumgetragen und um so schwerer unter ihnen gelitten, weil ich nichts durchsetzen konnte, sondern nur Haß und Verleumdung dafür erntete. Aequam memento …[707] !

Dein Abschied vom öffentlichen Leben betrübt mich doch recht sehr[708]. Trotz aller Befriedigung, frei zu sein, schmerzt der Schnitt. Aber Dein Inneres ist zu weich, um zu vereinsamen. Darum wirst Du noch froh werden. Möchte nur auch Deinen Söhnen der Himmel gnädig sein. Ich habe still hingelebt. Augenblicklich ist meine Tochter bei mir. Mit ihr sind vorübergehend einmal wieder ferne Erinnerungen an Familienleben in meine Einsamkeit eingezogen. Von Felix habe ich gute Nachrichten. Zwei Nächte hatten wir schon Frost, seit zwei Tagen sonniges warmes Herbstwetter, bei dem selbst der Wein im Freien reift.

Den Professor Kötz[709] werde ich gern hierher einladen. Ich schreibe ihm in Kurzem.

Nun laß es Dir gut gehen, alter Freund, und empfiehl mich allen Deinigen.

Getreulichst
der Deine

846. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 40–42. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 18. November 1918

Lieber Freund!

Die Post war sehr brav. Der Brahms[710] kam vorgestern, Dein Brief vom 14. gestern. Tausend Dank für Dein freundliches Gedenken[711]. Es weckt wieder menschliche Empfindungen, die mir in diesen Tagen abhanden gekommen waren. Die Zeichnung macht mir große Freude, nicht nur um Brahms, sondern um ihrer selbst willen. So hilfst Du mir über Schwerstes hinweg, wie ich es Dir schon oft zu danken hatte. – Daß der Friedensschluß von dem Satz diktirt sein wird, Germaniam esse delendam, bezweifle ich nicht. Wilsons große Worte

[707] „Aequam memento rebus in arduis servare mentem“ (Horaz, Carmen 2,3): „Bedenke, unter harten Umständen Gleichmut zu bewahren.“

[708] Vgl. oben Nr. 836 und Anm. 669.

[709] Vermutlich Arthur Koetz (1871–1944), Professor für Chemie an der Universität Göttingen.

[710] Johannes Brahms (1833–1897), Komponist.

[711] Zum Geburtstag am 29. November 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sind Humbug und nur bestimmt, roheste Gewaltpolitik hinter heuchlerischen Phrasen zu kachiren. Darum fürchte ich auch, daß unser Bolschewismus von der Entente unterstützt wird. Ansteckungsgefahr braucht sie, wenigstens zunächst, nicht zu fürchten. Aber ein von Kopf bis Fuß ruinirtes Deutschland kann sie – und wieder mit Humanitätsphrasen – restauriren und dann dauernd exploitiren. Ob wir auf den Bolschewismus hereinfallen[712]? Meine Besorgnisse sind jetzt größer als vor vierzehn Tagen. Die aktuelle Regierung[713] hat wohl leidlichen Willen, aber gar keine physische Macht hinter sich. Die steht allein hinter den Spartakusleuten. Das Bürgertum ist energielos und verliert sich in ideologischen Selbstanklagen, die gut und unschädlich wären, wenn Recht und Gerechtigkeit die internationalen Beziehungen regelten. Da unsere Feinde davon nichts wissen wollen, sondern nur auf Gewalt und Vernichtung aus sind, gesellen wir zu unserer Ohnmacht noch die Würdelosigkeit. Den Anschluß Deutsch-Oesterreichs wird die Entente zu hintertreiben wissen, das linke Rheinufer zwar nicht sofort annektiren, de facto aber von Deutschland loslösen. Was bleibt, wird verarmt und versklavt sein. Den Völkerbund wird man machen, uns auch darin aufnehmen, aber nicht als gleichberechtigten Herrn, sondern als Knecht. An baldigen Friedensschluß glaube ich nicht. Die Entente wird unter dem aufrichtigen oder unaufrichtigen Vorgeben, daß wir kein möglicher Paziszent seien, dilatiren, um uns – eventuell auch ohne Bolschewismus, falls sie den doch fürchten sollten – so zu zermürben, daß das Reich schon vor dem Friedensschluß auseinanderfällt. All das klingt ja vielleicht reichlich pessimistisch. Nach den Waffenstillstandsbedingungen[714] kann ich aber nicht mehr an einen Frieden von Anstandsgefühl glauben. Höchstens könnten die Feinde nur Interesse daran haben, uns jetzt noch nicht ganz zu vernichten, damit sie zunächst noch einiges Geld aus uns herauspressen können. Ihr Endziel bleibt aber unsere Ausrottung, damit sich im Westen und Südwesten die Franzosen, an der Wasserkante die Engländer und bis zur Elbe die Russen, Polen und Tschechoslowaken an unsere Stelle setzen können. Daß sich England solchen Plänen widersetzen sollte, um Rußland und Frankeich nicht zu stark werden zu lassen, glaube ich nicht. Mit Amerika, Japan und China zusammen behält es ein erdrückendes Übergewicht, hat auch an Franzosen und Russen niemals so gefährliche wirtschaftliche Konkurrenten wie an uns. Amerika vollends hat nur ein Interesse daran, seine Waaren überhaupt abzusetzen. An wen, ist ihm absolut gleichgültig. Gegenüber dieser Perspektive verliert unsere innere Entwicklung an Bedeutung. Trotz operettenhafter Züge könnte die Revolution manches Gute nach sich ziehen, und die Art, wie sich das Bürgertum in den letzten Tagen zu führen beginnt, ist ganz verhei-

[712] Inzwischen war die deutsche Novemberrevolution in vollem Gange; allenthalben bildeten sich nach russischem Vorbild Arbeiter- und Soldatenräte.

[713] Der Rat der Volksbeauftragten, bestehend aus drei Mitgliedern der Mehrheitsozialdemokraten und drei Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokraten. – Die im folgenden erwähnten Spartakusleute: Die sich im November 1918 als Spartakusbund (Vereinigung marxistischer Sozialisten) bildeten.

[714] Abgeschlossen am 11. November 1918 in Compiègne bei Paris.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ßungsvoll. Wir wären schon im Stande, unseren Platz in der Welt auszufüllen. Aber die Nation müßte doch eben ein lebensfähiger Staat bleiben. Bleibt die rohe Gewalt unserer Feinde obenauf, dann rettet uns nichts. Trotzdem müssen wir kämpfen, auch den Tod vor Augen. Ekelhaft ist die heuchlerische Frömmigkeit, mit der die Feinde den Räuber und Mörder spielen.

Auch hier hat die Grippe arg gewütet und viele Opfer gefordert. Von Felix, der zuletzt in Molsheim bei Strassburg war, habe ich seit Wochen keine Nachrichten. Dagegen befriedigende aus München[715]. Die Bevölkerung ist absolut ruhig. – Die Treibereien, von denen Du schreibst, daß wir [19]16 von Frankreich einen status quo Frieden hätten haben können, sind unerhört. Niemals hat überhaupt eine Friedensmöglichkeit bestanden.

Genug für heute; die Nacht ist der Winter mit Frost und Schnee eingezogen. Alle Zuckerrüben und viele Möhren stecken noch in der Erde. Die Tante grüßt. Nochmals tausend Dank.

Getreulichst Dein

847. Zeitungsartikel Bethmann Hollwegs

Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 660 vom 27. November 1918. Wegen der Wirren der Novemberrevolution kaum auffindbar und nicht digitalisiert abrufbar. Vorhanden in PA Berlin, R 1362. – Teildruck (mit kommentierenden Zwischenbemerkungen der Redaktion): Berliner Tageblatt Nr. 607 vom 27. November 1918, Abendausgabe. S. 1–2. – Weiterer Teildruck: Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch S. 53–54. – Das eigenhändige revidierte Konzept befindet sich in: BA Koblenz, N 1015/340, Nachlaß Schwertfeger[716].

26./27. November 1918

Herr v. Bethmann Hollweg über die bayerischen Dokumente

Der frühere Reichskanzler, Dr. v. Bethmann Hollweg, hat sich gestern einem Mitglied unserer Schriftleitung gegenüber zu der Veröffentlichung der bayerischen Regierung[717] etwa wie folgt geäußert.

Ich bin dankbar, daß sie mir Gelegenheit geben, mich zu den bayerischen Veröffentlichungen über den Ursprung des Krieges zu äußern. Ich habe mindestens ebenso großes Interesse daran, die Wahrheit festzustellen wie die bayerische Regierung. Mir scheint aber, daß, wenn man der Wahrheit dienen will,

[715] Wo die Tochter Isa wohnte.

[716] Die Tatsache, daß das Konzept sich im Nachlaß Schwertfeger findet, deutet darauf hin, daß Schwertfeger selbst den Artikel veranlaßte; er war bis 1920 Mitarbeiter bei der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung/Deutschen Allgemeinen Zeitung".

[717] Auf Initiative Kurt Eisners (des ersten Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern) erschienen am 24. November 1918 zuerst im „Berliner Tageblatt", dann sogleich in mehreren großen deutschen Tageszeitungen Dokumente aus den Akten der bayerischen Gesandtschaft in Berlin während der Julikrise 1914. Eisners Dokumente wurden stark verkürzt an die Presse gegeben.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

man nicht Bruchstücke herausgreifen und aus ihnen Gesamtfolgerungen ziehen darf, wie es, soweit ich sehe, ein Teil der Presse schon tut.

Die bisherigen Veröffentlichungen der bayerischen Regierung beziehen sich lediglich auf den österreichisch-serbischen Konflikt und auf unsere Stellung dazu, berücksichtigen also weder die Gesamtsituation noch die Vorgänge, welche sich an den Konflikt mit Serbien angeschlossen haben.

Lassen Sie mich die entscheidenden Linien bezeichnen, soweit das in einem kurzen Gespräch und ohne die Zuhilfenahme von Aktenmaterial möglich ist.

Es ist vollkommen richtig, daß wir Österreich beigestimmt haben, als es nach dem Attentat von Serajewo ein Vorgehen gegen Serbien für nötig erklärte, daß wir uns auch zur Erfüllung unserer Bündnispflichten ausdrücklich bereit erklärten, falls sich aus dem Vorgehen gegen Serbien weitere kriegerische Komplikationen ergeben sollten. Wir haben deshalb auch nie und in keiner Form, also auch nicht durch den Hinweis auf die Nordlandsreise des Kaisers und auf den Urlaub des Generalstabschefs und des Kriegsministers[718] behauptet, wir seien durch die Aktion Österreichs überrascht worden. Allerdings haben wir den Wortlaut des Ultimatums[719] vor seiner Absendung nicht gekannt. Die gegenteilige Behauptung ist jedenfalls, soweit meine Person in Betracht kommt, unrichtig. Ich habe das Ultimatum auch, nachdem es danach zu meiner Kenntnis gekommen war, für zu scharf gehalten, und unsere Politik hat dieser meiner Ansicht im Verlauf der Dinge vollkommen Rechnung getragen. Doch davon hernach. Zunächst über die Gründe unserer Stellung zu dem Vorgehen Österreichs gegen Serbien.

Wie lag die politische Gesamtsituation?

Heute wird wohl niemand mehr bestreiten wollen, daß die große Politik Frankreichs seit 1871 unverrückbar auf die Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens, diejenige Rußlands, mit besonderer Schärfe seit dem japanischen Kriege, auf die Beherrschung Konstantinopels gerichtet war. Rußland betrieb zugleich in Verfolgung dieser seiner Pläne durch Vermittlung Serbiens eine systematische Aushöhlung der Stellung Österreich-Ungarns auf dem Balkan. Beide Mächte verfolgten damit Ziele, die nur durch kriegerische Lösung verwirklicht werden konnten, und beide Mächte erfreuten sich in ihrer Gesampolitik der ausgesprochenen Unterstützung Englands. Daß diese Situation für Deutschland lebensgefährlich war und immer lebensgefährlicher wurde, je mehr die Stellung seines österreichischen Bundesgenossen durch die mit russischer Beihilfe erfolgenden serbischen Umtriebe geschwächt wurde, liegt auf der Hand. Man muß sich dabei daran erinnern, daß das große Programm des Präsidenten Wilson über den versöhnenden Völkerbund[720], das ja auch heut noch auf seine Verwirklichung wartet, jedenfalls damals noch keinerlei Geltung

[718] Helmuth von Moltke und Erich von Falkenhayn.

[719] Des Ultimatums der österreichisch-ungarischen Regierung an Serbien vom 23. Juli 1914. Es forderte eine gerichtliche Untersuchung der Attentäter vom 28. Juni unter Beteiligung von k.u.k. Organen.

[720] Er figuriert als Punkt 14 im „Vierzehn-Punkte-Programm“ Wilsons vom 8. Januar 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hatte, daß nationale Selbstbeschränkung im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens durchaus noch nicht als allgemeines Gebot internationaler Moral angesehen wurde, daß noch mehr vielen ungehemmter Machtwille als nationale Tugend und der Krieg als loyales [= legales] Mittel zu seiner Betätigung galt. Ich meine, der Russisch-Japanische Krieg, der Burenkrieg, der Italienisch-Tripolitanische Krieg sind dafür klassische Beweise. Mit diesem Zustand mußte Deutschland rechnen, wenn es die Bedeutung der serbischen Machenschaften gegen Österreich-Ungarn richtig einschätzen wollte. Und das war der Grund, der einzige Grund, weshalb Deutschland dem Vorgehen gegen Serbien zustimmte. Duldete Österreich-Ungarn tatenlos seine weitere Unterminierung, so mußte Deutschland einem Zustand entgegensehen, wo es, sozusagen bündnislos, der auf die russische Allianz und die englische Freundschaft gestützten Revanchepolitik Frankreichs allein gegenüberstand.

Wie wenig es in unserer Absicht lag, den allgemeinen Krieg zu entfesseln, ergibt sich aus unserer gesamten weiteren Haltung. Ich darf die entscheidenden Momente kurz rekapitulieren.

Unser Bestreben, den österreichisch-serbischen Konflikt zu lokalisieren, war durchaus kein abwegiger Gedanke. Niemand anders als Sir Edward Grey hatte ihn mit aller Energie zu dem seinigen gemacht und unterstützt. Gescheitert ist unsere Absicht lediglich an Rußland, das sich für berechtigt hielt, den Konflikt vor sein Forum zu ziehen. Nunmehr setzten unsere Vermittlungsversuche zwischen Wien und Petersburg ein. Sie erinnern sich, daß England zu diesem Zweck zuerst eine Konferenz vorschlug, sich dann aber ausdrücklich unserm Vorschlag eines direkten Meinungsaustausches zwischen Wien und Petersburg anschloß. Sie erinnern sich weiterhin, daß wir das Wiener Kabinett energisch aufforderten, die zwischen ihm und dem Petersburger Kabinett entstandenen Mißverständnisse zu beseitigen, und ihm in der denkbar schärfsten Form zu erkennen gaben, wie wir zwar bereit seien, unsere Bündnispflicht zu erfüllen, es aber ablehnen müßten, uns von Österreich-Ungarn durch Nichtbeachtung unserer Ratschläge in einen Weltbrand hineinziehen zu lassen[721]. Glauben Sie, daß man seinem Bundesgenossen, seinem einzigen Bundesgenossen, gegenüber eine solche Sprache führt, gleichzeitig aber den Krieg will, den man ohne diesen Bundesgenossen gar nicht ausfechten kann? Sie erinnern sich endlich, wie infolge unserer Bemühungen die Konversation zwischen Wien und Petersburg in Fluß kam, als Rußland plötzlich und entgegen den uns ausdrücklich gegebenen Versicherungen seine ganze Armee mobil machte. Daß diese Gesamtmobilmachung der Krieg war, der von einer allmächtigen Partei Rußlands gewollte Krieg – nun, ich meine, daran kann nach den Enthüllungen des Prozesses Suchomlinow[722] kein Mensch mehr einen Zweifel haben. Das

[721] Vgl. z. B. unten Nr. 484*.

[722] Vladimir Aleksandrovič Suchomlinov (1848–1926), russischer Kriegsminister 1909–1915. – Er wurde kurz nach seiner Amtsenthebung im Juli 1915 verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt, weil er für den Fehlschlag der russischen Frühjahrsoffensive verantwortlich gemacht wurde. Er blieb nach der Februarrevolution in Haft, wurde aber von den Bolschewiki am 1. Mai 1918 freigelassen. Inzwischen ist nachgewiesen, daß die Anklage,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sind Tatsachen, die durch nichts aus der Welt geschafft werden können. Uns die Schuld am Kriege aufbürden, heißt Gegner für sich schuldlos erklären, die jahrzehntelang vereint Pläne betrieben, die sie nur bei kriegerischer Explosion verwirklichen konnten, es uns aber verwehren, uns dagegen aufzulehnen. Das ist nicht Recht, das ist Unrecht.

Wie kam es nun, daß trotz dieser Tatsachen, über die ich ja schon im Reichstage wiederholt gesprochen habe, die Schuld Deutschlands zur Überzeugung fast der ganzen Welt geworden ist? Auch darüber will ich meine Ansicht ganz offen aussprechen. Ich sehne ja den Tag herbei, wo ich dazu beitragen kann, vor einem unparteiischen Staatsgerichtshof, dem allerdings von beiden Seiten alles Material zur Verfügung gestellt werden sollte, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Ob die bayerische Regierung den jetzigen Moment zu ihren Veröffentlichungen richtig gewählt hat, kann ich nicht beurteilen, weil mir ihre Motive unbekannt sind. Ich fürchte, aus einseitigen und fragmentarischen Publikationen kann nur Verwirrung entstehen, und zweifele, ob es richtig ist, in diesem Moment, wo wir dem Frieden entgegengehen sollen, die Leidenschaften neu aufzupeitschen. Darum will ich meinerseits jetzt nicht von der staunenswerten Propaganda sprechen, mit der unsere Gegner es verstanden haben, durch Mischung von Wahrem und Falschem uns bei der gesamten Menschheit in Mißkredit zu bringen, sich selbst aber die alleinigen und selbstlosen Verfechter aller großen und edlen Menschheitsgedanken hinzustellen. Ich will vielmehr ganz offen und nüchtern von dem Teil der Schuld sprechen, der uns selbst an diesem Weltenunheil trifft.

Zunächst ein kurzes Wort über Belgien.

Es ist bekannt, wie die unselige Not- und Zwangslage, welche unseren Einmarsch in Belgien herbeiführte, uns nicht nur den Ruf des Barbaren, sondern auch den Vorwurf des am Krieg Schuldigen eingetragen hat. Ich habe am 4. August offen und ehrlich über Belgien gesprochen. Sie wissen, wie mir meine damalige Politik später von einem großen Teil unserer öffentlichen Meinung als Verbrechen angerechnet worden ist. Ich bleibe noch heute bei jedem meiner damaligen Worte stehen und habe ihnen nichts hinzuzufügen.

Dann Elsaß-Lothringen.

Unsere Gegner machen es uns zum größten Vorwurf. Der Präsident Wilson fordert bekanntlich in seinen vierzehn Punkten die Wiedergutmachung des Unrechts, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt worden sei und das, wie der Präsident sich ausdrückt, den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren in Frage gestellt habe[723]. Eine

---

er habe Spionage zugunsten Deutschlands getrieben, fabriziert worden war. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58,2 (1917) S. 723–726, 738. Ferner: William C. Fuller, The Foe Within. Fantasies of Treason and the End of Imperial Russia. Ithaca/London 2006.

[723] So ist es in Punkt 8 der „Vierzehn Punkte" formuliert: „Das Unrecht, das Frankreich im Jahre 1871 in Beziehung auf Elsaß-Lothringen durch Preußen angetan worden ist und das den Weltfrieden während nahezu fünfzig Jahren erschüttert hat, muß wiedergutgemacht werden […]."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auseinandersetzung darüber, ob Deutschland mit seiner Annexion im Jahre 1871 ein Unrecht begangen hat oder ob jene Annexion von dem Standpunkte internationalen Rechts und Unrechts ähnlich wie die zahllosen Annexionen zu beurteilen ist, die unsere jetzigen Gegner im Laufe der Geschichte für sich vorgenommen haben – eine Auseinandersetzung hierüber würde jetzt wohl kaum zum Ziele führen. In den Worten des Präsidenten wird aber – ich darf das hervorheben – das Anerkenntnis klar ausgesprochen, daß es im praktischen Effekt die Aspirationen Frankreichs auf den Rückerwerb Elsaß-Lothringens waren, welche im letzten halben Jahrhundert die Welt nicht zur Ruhe kommen ließen[724]. Unsere Schuld aber erblicke ich darin, daß wir es nicht verstanden haben, Elsaß-Lothringen eine Behandlung angedeihen zu lassen, welche seine Bewohner den Wechsel ihrer staatlichen Zugehörigkeit allmählich vergessen ließ und welche es zugleich hätte verhindern können, daß in großen Teilen der Welt allmählich das Gefühl von einem gewaltigen von uns im Jahre 1871 begangenen Unrecht entstand, ein Gefühl, daß im Jahre 1871 speziell in England und Amerika durchaus nicht Gemeingut war. Englands Beispiel hat in der Weltgeschichte häufig gezeigt, in welcher Weise die Gewaltsamkeit von Eroberungen allmählicher Vergessenheit überliefert wird.

Vor allem aber müssen wir zugestehen, daß wir durch Mängel unseres Nationalcharakters und Sünden unseres allgemeinen Gebarens zu der kriegerischen Hochspannung beigetragen haben, welche die politische Atmosphäre nicht nur im letzten Jahrzehnt erfüllte. Worte, die als Provokation gedeutet werden konnten, sind wiederholt gefallen, alldeutsche Treibereien haben uns im Ausland und Inland größten Schaden zugefügt, und vor allem war es die sogenannte Flottenpolitik, die uns in verhängnisvollste Gegensätze geführt hat. Dazu mannigfache Mängel in unserer inneren Politik.

Erlassen Sie mir in dieser Stunde, wo wir nach 4¼jährigem heldenmütigen Kampfe unserer Truppen wehrlos dastehen und wo gewaltige innere Zukkungen den Volkskörper erbeben machen, noch weiter im eigenen Fleisch und Blut zu wühlen. Wie ich die Verantwortung, die unsere Gegner trifft, nur in ihren großen Momenten skizziert habe, so auch unsern Teil an der Schuld. Die Weltgeschichte mag richten.

Nur wer furchtlos und klar der Wahrheit ins Gesicht sieht und sehen kann, hat ein Recht auf Leben. Frei wollen wir dastehen gegenüber eigener Schuld, aber wenn uns das Schicksal auch noch so hart geschlagen hat, unwahre Bekenntnisse lassen wir uns von ihm nicht abringen. Wir sind keine Pharisäer, aber wir sind auch keine Sklaven. Gerade im tiefsten Unglück behalten wir den felsenfesten Willen, auch in schwerster Zukunft mitarbeiten zu wollen an den großen Aufgaben der Menschheit, die das Weltenunheil dieses Krieges mit blutigen Lettern an das Firmament geschrieben hat. Wir werden es nur können, wenn wir frei von den Schlacken der Vergangenheit aufrechte Männer sind und bleiben.

[724] D. h.: Hätte sich Frankreich mit dem Verlust Elsaß-Lothringens ohne weiteres abgefunden, wäre keine Unruhe in den Weltfrieden gekommen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

848. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 43. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 30. November 1918

Lieber Freund!

Ich kann doch nur schweigen, und schweigend danke ich für zwei sehr freundliche Briefe. Einen großen Umschlag sah ich immer voraus, aber nicht ein solches désastre. Was uns der Friede lassen wird, kann wohl niemand sagen. Wilson ist mir dauernd undurchsichtig, seine Stellung, auch wenn er verhältnismäßig guten Willens sein sollte, gegenüber den eigenen Republikanern und der chauvinistischen Entente sehr schwer. Man hofft in Berlin anscheinend noch auf große Uneinigkeit unter den Gegnern und interpretirt die Anwesenheit von House in Paris in einem uns günstigen Sinne. Aber mit Konjekturen kommt man nicht vorwärts. Den Glauben an die Kraft unseres Volkes gebe ich nicht auf, rechne darum damit, daß wir von umfangreicherem Bolschewismus verschont bleiben. Für den Moment jedenfalls bin ich mit den inneren Zuständen nicht unzufrieden. Das Alte war schon lange erledigt. Darum empfinde ich über seinen Zusammensturz keine ganz tiefe Trauer. Die neuen Kräfte verfolgen fast ausnahmslos reine und edle Ziele, jedenfalls der Tendenz nach, und halten sich einstweilen von Utopien frei. – Ich versuche, mich mit solchen nüchternen Betrachtungen aufrecht zu erhalten. Das Blut und der Tod, in dem die edelste Volkskraft dieser vier Jahre endete, zernagt die Seele.

Hoffentlich hast Du Nachricht und beruhigende Nachricht von Deinen Söhnen[725]. Der Himmel erhalte sie Dir heil und gesund.

In Treue
Dein alter Freund

849. Bethmann Hollweg an Kirchhoff

Schreiben. Druck: Berliner Tageblatt 50 Jg., 4. Januar 1921, Nr. 3, Morgenausgabe.

[o. O.] Ende November 1918

Bethmann Hollweg über den neuen demokratischen Staat
Ein bisher unveröffentlichtes Schreiben

Im Oktober 1918, also kurz vor der Revolution, veranstaltete der Leiter der Deutschen Gesellschaft für staatsbürgerliche Erziehung, Berlin-Halensee, Herr

[725] Felix von Oettingen (1888–1976) und Karljohann von Oettingen (1891–1953).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Arthur Kirchhoff[726], eine Rundfrage über die damalige Situation. Herr v. Bethmann Hollweg beantwortete die an ihn gerichtete Frage in den Tagen nach der Revolution. Sein bisher unveröffentlichtes Schreiben, das uns Herr Kirchhoff zur Verfügung stellt, lautet:

Seitdem die Rundfragen erlassen sind, ist die Revolution gekommen. Wir stehen neuen Forderungen gegenüber, die für unser Dasein entscheidend sind. Ohne die Bildung einer Regierung, die sich auf das Vertrauen der Mehrheit des ganzen Volkes stützt, bekommen wir kein Brot und keinen Frieden, treiben der Hungersnot, dem Bürgerkrieg und der Zertrümmerung des Reiches entgegen. Das gesamte Volk kennt die Lage. In seiner erdrückenden Majorität will es von Unruhen und Terror nichts wissen, verlangt es stürmisch nach der konstituierenden Nationalversammlung, und nur ein ganz geringer Teil ist es, der der Nation wider ihren Willen die einseitige Diktatur des Proletariats aufzwingen will. Wie wird die Entscheidung ausfallen?

Vier lange Jahre hat das Volk in seiner Masse fast der ganzen Welt standgehalten – im Schützengraben und daheim –, obwohl Nahrungsmangel an seiner physischen Kraft zehrte, obwohl unsinniger Streit über die Kriegsziele, unselige Verblendung über den U-Boot-Krieg und üppig wucherndes Intrigantentum die Gemüter verwirrte. Dieser Heldenmut wird der ewige Ruhm Deutschlands bleiben. Ihn wollen wir jetzt, wo das Schicksal gegen uns entschieden hat, erst recht hoch und heilig halten, aus ihm, nicht aus eigener Selbstzerfleischung, neue Kraft ziehen. Nicht weil deutscher Geist versagt hätte, haben wir die grausamen Waffenstillstandsbedingungen annehmen müssen, sondern weil nach dem Zusammenbruch unserer Bundesgenossen weiterer Widerstand gegen eine zermalmende Übermacht einfach aussichtslos war.

Jetzt aber ist Widerstand möglich. Widerstand gegen die, welche das Chaos wollen. Das ist nicht ein Streit, wie er vor dem Kriege unser Volk zerklüftete. Die alten Kategorien von nationalen und antinationalen, von vaterlandstreuen und vaterlandslosen Parteien sind Gott sei Dank und hoffentlich für immer überlebt. Die Sozialdemokratie ist in den freien Geisteskampf mit eingetreten. Mit ihr zusammen wollen wir lösen, was die bittere Not der Zeit verlangt. Unvoreingenommen, aber frei.

Man sagt, wir Deutschen seien ein unpolitisches Volk. Man mag Recht damit haben. Aber sehr unrecht haben die oberen Klassen, wenn sie meinen, gerade der einfache Mann des Volkes sei so unpolitisch. Man findet bei ihm im Durchschnitt nicht nur sehr ausgesprochenes politisches Interesse, sondern auch politisches Urteil, aufgebaut auf gesundem Menschenverstand, arbeitsamem Ordnungssinn und unvoreingenommener Duldsamkeit, wofern nur Gerechtigkeit geübt wird. Woran es fehlt, ist die politische Führung. Leicht war und ist es, dafür die Regierung allein verantwortlich zu machen. Aber weder in dem alten Obrigkeitsstaat, wo die Parteien in der Bekämpfung der Regierung ihre Mission sahen, noch in dem jetzigen Volksstaat konnte und kann die Regierung ohne die Grundlage großer und von politischem Leben erfüllter Par-

[726] Arthur Kirchhoff (1871–1921), Schriftsteller.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

teien etwas tun. Solche Parteien hatten wir nicht und haben [wir] auch jetzt nicht. Sie zu schaffen scheint mir die Hauptaufgabe. Jetzt für die konstituierende Nationalversammlung, danach für den Reichstag, der aus ihr hervorgehen soll.

Über den erschreckenden Niedergang, dem unser Parteiwesen verfallen war, herrscht wohl kein Streit mehr. Die konstitutionelle, nicht parlamentarische Regierungsform und die Eigenart unseres Wahlrechts mag manche beste Kraft dem politischen Leben ferngehalten haben. Dazu kam, insonderheit bei den bürgerlichen Parteien, die Leere, die Ideallosigkeit und die mit dem Alter unwahrhaftig gewordene Phraseologie der meisten Parteiprogramme, verbunden mit vielfach gehässiger Kampfesweise gegen den politischen Gegner. Jetzt in dem parlamentarischen System des neuen Volksstaates, mit der kommenden Einführung von Verhältniswahlen, kann keine Entschuldigung mehr gelten. An den praktischen Riesenaufgaben, die vor uns stehen, nicht an theoretischen Schablonen, sind neue Parteiprogramme aufzustellen, um die sich, befreit von allem Druck von oben und unten, alle, aber auch alle Kräfte der Nation zu sammeln haben.

Ähnlich wie bei den Parteien liegt es bei der Presse. Nicht von Sensation, Verhetzung der Nationen und der einzelnen Volkskreise untereinander, sondern Klärung und Lösung der politischen Probleme im Kampf der Geister muß ihre Aufgabe sein.

All das sind Gedanken, die sich von selbst aufdrängen. Sie werden nur ausgesprochen, weil sie zeigen, wo die Arbeit zu allererst einzusetzen hat. Nur lebendige Teilnahme aller geistigen Potenzen der Nation an der politischen Arbeit des Parteilebens, der Presse und Parlamente kann bewirken, daß in diesen Organen wieder geistige Arbeit geleistet wird. Und nur in der geistigen Arbeit dieser Mächte, welche nun einmal das politische Leben der Nation bestimmen, kann sich im Kampf der Meinungen der Geist herausbilden, an dem sich Wille und Einsicht des Volkes zu sittlichem Vaterlandsdienst entfalten.

*

Wer die Nachrufe liest, die in der Berliner Presse Herrn v. Bethmann Hollweg gewidmet werden, wird wenig Lobendes darin finden. Freundlich äußern sich die „Germania“ und der „Vorwärts“. Die alldeutschen, deutschnationalen und volksparteilichen Blätter, ebenso wie diejenigen, die früher Tirpitz, Ludendorff und den Annexionismus gegen Bethmann Hollweg unterstützten, erkennen dem Verstorben höchstens die Eigenschaften persönlicher Lauterkeit und Ehrenhaftigkeit und gute Absichten zu. Alle erklären einstimmig Bethmann Hollweg für den Hauptschuldigen am Zusammenbruch Deutschlands. Die unabhängige „Freiheit“ ihrerseits sagt: „Mit dem Namen Bethmann Hollweg wird vor der Geschichte der millionenfache Fluch dauernd verbunden sein, der sich an den Weltkrieg knüpft.“

*

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Der Reichspräsident Ebert und der Reichskanzler Fehrenbach[727] haben dem Sohne des verstorbenen Herrn v. Bethmann Hollweg in warmen Telegrammen ihr Beileid ausgesprochen.

850. Bethmann Hollweg an Valentini

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 37. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 2. Dezember 1918

Verehrter Herr von Valentini!

Freude kann ich nicht mehr fühlen, und doch war mir Ihr Brief vom 27. eine Freude, für die ich Ihnen von Herzen danke. Wie wäre das Leben noch zu ertragen, wenn nicht Fäden geistiger Verbindung und mitfühlender Anteilnahme fortliefen. Darum haben Sie nochmals treuen Dank. Ich habe ja einen schlechten Ausgang schon lange erwartet, aber die Wirklichkeit ist doch nicht zu fassen[728]. Diese Orgien des Imperialismus bei unseren Gegnern und diese Würdelosigkeit bei uns! Auch mir scheint in ganz schwarzen Stunden unser Volk unfähig, den elementaren Urgewalten standzuhalten, die wie in der Natur so auch im Leben der Völker erbarmungslos schalten und walten, aber immer wieder sträubt sich der Glaube und die Liebe zum Volk, sich mit einem solchen Ende abzufinden. Doch alle solche Reflexionen sind verfrüht. Wir haben ja nur einen Vorgeschmack dessen, was uns noch bevorsteht. Wie heute zu fürchten ist, werden die Friedensbedingungen so unmenschlich sein, daß die physische und moralische Kraft der Nation einfach zerbrochen wird und selbst ein Volk von ganz anderen Anlagen sich kaum wieder aufraffen könnte. Zu dem Glauben von Optimisten, daß es unmöglich sei, ein großes Volk in dieser Weise zu knebeln, vermag ich mich nicht mehr aufzuschwingen. Wille und Fähigkeit dazu sind bei unseren Feinden unzweifelhaft vorhanden. Gegenüber der weltgeschichtlichen Tragik eines solchen Volksuntergangs will mir die Tragik des Zusammenbruchs des ancien régime fast gering erscheinen. Darum empfinde ich diesen wohl nicht so tief und schmerzlich, wie er es verdiente.

Hier ist bisher alles ruhig geblieben. Daß mit der Zeit noch Andränge aus den Städten kommen werden, bezweifle ich nicht. Auf dem Lande aber nimmt doch auch die Arbeiterbevölkerung den Umsturz[729] im Allgmeinen ohne an sich verständliche Alternativen hin. Arbeitsamkeit und Ordnungssinn sind eben doch sehr fest begründet. Darum schätze ich die inneren Gefahren doch lange nicht so hoch ein wie die äußeren. Zu letzteren rechne ich allerdings

[727] Konstantin Fehrenbach (1852–1926), MdR (Zentrum) 1903–1926; Reichskanzler 1920–1921.

[728] Der Waffenstillstand von Compiègne vom 11. November 1918.

[729] Die deutsche Novemberrevolution.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auch den Separatismus[730], der einem das Bild eines allmählich verslawisierenden Ostens und einem auf den Süden und Westen zurückgedrängten, französischem Einfluß stark zugänglichen Deutschlands entgegenhält. Utopisten mögen darin den Untergrund zukünftiger vereinigter Staaten von Europa sehen. Doch wozu solche Gedanken? Die nächste Zukunft ist noch so dunkel, daß man noch nicht in die Ferne sehen kann. Namentlich wenn man innerlich doch mit dem Leben abgeschlossen hat.

Wären die Zugverbindungen wenigstens momentan nicht fast unmöglich, würde ich fragen, ob Sie nicht noch einmal herauskommen wollen, bevor Sie westwärts ziehen[731]. Sie wissen, welche Freude Sie mir machen würden. Den Grüßen und Empfehlungen meiner Schwägerin auch an Ihre Frau Gemahlin schließe ich mich aufrichtigst an. Und Ihnen selbst wünsche ich alles Gute, was der Himmel nur bescheren kann; mit nochmaligem herzlichen Dank für Ihre freundlichen Gesinnungen, die mir in diesen Zeiten unaussprechlichen Kummers und zermürbender Pein helfen und wohltun.

In treuester Verehrung
der Ihre

851. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 44. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 7. Dezember 1918

Hab Dank für Deine Worte, so stolz und mutig. Ich will mit Dir hoffen, auch wenn mir das Herz immer wieder brechen will. Eine Zeit lang hatte ich darauf vertraut, das Ergebnis dieser Weltkatastrophe würde die Beseitigung der internationalen Anarchie sein. Bei einer partie remise wäre das möglich gewesen. Nun wird sich auf imperialistischen Orgien ein Scheinvölkerbund aufbauen, und erkennbares Fazit wird sein, daß wir zunächst aus dem Kreis der weltbildenden Mächte gestrichen werden. Weitere Coalitionen werden folgen. Werden wir bei ihnen eine bestimmende Rolle spielen können? Unsere gegenwärtigen Zustände lassen mir doch nur schwache Hoffnung. Die politische Tatenlosigkeit ist enorm und das Herabgleiten in demokratische Halbbildung erschreckend. Aber noch ist der Schlamm zu dick, um auf den Boden sehen zu können.

Hier leben wir weiter in Gräue und Stille. Laß es Dir und den Deinen gut gehen.

Dankbarst der Deine

730 Hinweis auf die Volkstumskämpfe in Westpreußen, Posen und Oberschlesien.

731 Nach Hameln.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

852. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 7. Dezember 1918

Lieber Herr von Treutler!

Herzlichen Dank, daß Sie meiner so freundlich gedachten. Ihre guten Wünsche gebe ich Ihnen mit der Hoffnung wieder, daß alles Gute, was der Himmel dem Einzelnen geben kann, Ihnen das Ertragen dieser furchtbaren Zeit erleichtern möge. Betrachtungen stelle ich nicht an. Nur Fragen starren einem entgegen, und man wagt kaum, sich die Antworten klar zu machen. Eine Zeitlang hatte ich gehofft, daß Beseitigung der internationalen Anarchie durch einen Völkerbund das große Ergebnis dieser Weltkatastrophe sein werde. Eine partie remise hätte ihn ermöglicht. Jetzt wird sich auf imperialistischen Orgien ein Scheinvölkerbund aufbauen, und unsere Streichung aus den Reihen der weltbildenden Mächte wird das zunächst erkennbare Fazit sein. Aber dabei wird es nicht bleiben. Die überspannten Friedensbedingungen werden kein dauerhaftes Fundament abgeben, neue Evolutionen werden folgen, die sich zwar im Voraus nicht bestimmen lassen, deren Tendenzen aber sicherlich in einer Reaktion gegen das Völkermorden liegen werden. Dann werden auch wir neu erstehen, wenn auch in ganz anderen Formen als den altgewohnten, denn trotz aller politischen Unfähigkeit in der Gegenwart bleibt uns auch jetzt noch ein Kern, der noch nicht dem Untergang geweiht ist. Zukunftsgedanken sind das, aber ohne solche kommnt man über die trostlose Gegenwart nicht hinweg.

Empfehlen sie mich Ihrer Gemahlin[732] und Ihren Kindern. In freundschaftlichster Anteilnahme bleibe ich Ihnen in bösester Zeit doppelt verbunden. Meine Schwägerin[733] schließt sich allen meinen Wünschen und Grüßen angelegentlichst an.

In stets treuer und dankbarer Gesinnung
der Ihre

[732] Wera von Treutler (1865–1964), geb. Alberti.

[733] Klara von Pfuel.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

853. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 44–45. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 7. Dezember 1918

Sehr verehrter Herr Professor!

Nur aus Ihrer Büste konnte am 11. November auch mein Glückwunsch Sie ansprechen[734], denn zu einem Brief wollten sich in jenen Tagen die Gedanken nicht zusammenschließen, und ein allerdings lebloses Telegramm blieb in bedauerlichem Mißgeschick liegen. Und doch waren und sind gerade in dieser furchtbaren Zeit meine Gedanken und Wünsche Ihrem Ergehen und Wirken doppelt nahe verbunden. Aus Ihrer Danksagung in der Politischen Korrespondenz[735], die Sie mir freundlichst zuschickten, lese ich vor allem den Dank heraus, zu dem mit ungezählten Anderen, vor allem aber doch ganz persönlich ich Ihnen verpflichtet bin. Sie sind so oft und so viel der Wegweiser zum Rechten gewesen. Möge ein gutes Geschick Ihnen verleihen, es auch jetzt zu sein.

Mehr kann ich nicht sagen. Ihre Betrachtungen im Dezemberheft[736] formulieren klar und unerbittlich die Situation. Meine frühere Hoffnung, daß der Völkerbund das große Ergebnis dieser Weltkatastrophe sein würde, ist mit unserem Niederbruch hingesunken. Nur eine Partie remise hätte ihn gebären können. Jetzt wird ein auf imperialistischen Orgien aufgebauter Scheinbund die Folge sein, unsere Streichung aber aus dem Kreise der weltbildenden Mächte das zunächst erkennbare Fazit darstellen. Daß später weitere Evolutionen daraus hervorgehen werden, bezweifele ich nicht. Aber unsere gegenwärtigen Zustände lassen mich beinahe daran verzweifeln, daß wir bei ihnen eine bestimmende Rolle spielen könnten.

Ich bleibe in verehrungsvoller Gesinnung
der Ihre

[734] Hans Delbrück hatte am 11. November seinen 70. Geburtstag.

[735] Hans Delbrück, Danksagung. In: Preußische Jahrbücher 174 (1918) S. 442–445. – Es geht um die Danksagung Delbrücks an Zeitgenossen, die ihm zum 70. Geburtstag gratulierten. Des weiteren läßt er darin seine sieben Lebensjahrzehnte Revue passieren.

[736] Hans Delbrück, Waffenstillstand – Revolution – Unterwerfung – Republik. In: ebenda S. 426–442.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

854. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, S. 58–59. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 20. Dezember 1918

Verehrter Herr von Jagow!

Die bevorstehenden Aktenpublikationen in Wien und Berlin[737] werden mich wahrscheinlich schon bald nötigen, mich öffentlich zur Vorgeschichte des Krieges zu äußern. Entscheidenden Wert würde ich darauf legen, über das, was ich zu veröffentlichen beabsichtige, mit Ihnen zu sprechen, und wäre Ihnen außerdem dankbar, wenn Sie die Güte hätten, mir dazu die Möglichkeit zu gewähren. Vor der Hand ist, wie mir gesagt wird, das Treiben auf den Berliner Bahnhöfen, namentlich dem Stettiner Bahnhof, häufig so toll, daß ich noch davon zurückstehen muß, nach Berlin zu fahren. Sollten sich demnächst die Verhältnisse bessern, so würde ich um ein rendez-vous in Berlin bitten, eventuell meine zur Veröffentlichung bestimmte Niederschrift, die vielleicht im Neujahr herum genügend weit gefördert sein wird, auf sicherem Wege Ihnen mit der Bitte um Durchsicht und Begutachtung nach Potsdam zugänglich machen. Ich wäre Ihnen zu vorzüglichem Danke verbunden, wenn Sie mich Erfüllung solcher Bitte verhoffen ließen.

Mit angelegentlichen Empfehlungen
in verehrungsvoller Ergebenheit

855. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 46. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 1. Februar 1919

Sehr verehrter Herr Professor Delbrück!

Verbindlichsten Dank für die freundliche Zusendung der Korrekturfahnen ihres Artikels für das fällige Heft der Jahrbücher[738]. Hatte ich mich schon über Ihren Aufsatz im Januarhaft dankbar gefreut, so finde ich den jetzigen ganz

[737] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengest. Aktenstücke […]. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes […] hrsg. v. Graf Max Montgelas u. Walter Schücking. Bd. 1–4. Charlottenburg 1919. – Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum österreichisch-ungarischen Rotbuch. [Hrsg. v.d.] Republik Österreich. Staatsamt für Äußeres. Teil 1–3. Wien 1919.

[738] Hans Delbrück, Die deutsche Kriegserklärung 1914 und der Einmarsch in Belgien. In: Preußische Jahrbücher 175 (1919) S. 271–280. – Der im folgenden genannte Aufsatz: Ders., Der zu erwartende Frieden. In: ebenda S. 156–160.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vortrefflich und halte seine Veröffentlichung gerade im gegenwärtigen Augenblick für überaus wertvoll. Nur an dem Satze: „es war ein Fehler, daß wir uns im Winter 16/17 nicht von Wilson den Frieden vermitteln ließen“[739], stoße ich mich. Wenigstens in dieser lapidaren Fassung halte ich ihn nicht für richtig. Nach der Haltung der Entente gegenüber unserem Friedensangebot vom 12. Dezember 16 und gegenüber der eigenen Friedensnote Wilsons vom 21. Dezember 16 kann nicht wohl gesagt werden, daß ein Zustandekommen des Friedens durch Wilsons Vermittelung von unserm Willen abgehangen hätte. Vielmehr war der Kriegswille der Entente das primäre Hindernis. Daß, auch unsere völlige Zustimmung vorausgesetzt, Wilson dies Hindernis durch Überredung hätte brechen können, glaube ich nicht. Wohl aber wäre eine neue, und, wie ich glaube, dem Frieden günstige Situation entstanden, wenn zur Zeit des Ausbruches der russischen Revolution Wilson noch mit einer Friedensaktion hätte einsetzen können. Einige verwandte Gedanken habe ich am 23. Oktober vor.J. in einem Schreiben an den Prinzen Max zusammengestellt[740], von dem ich eine Abschrift beilege, für deren Rücksendung ich aber zu Dank verpflichtete wäre.

Sehr interessiert mich Ihre Kritik unseres Kriegsplanes[741]. Daß der ältere Moltke einen anderen hatte, wußte ich bisher nicht. Persönlich freilich zweifele ich daran, ob wir durch Verlegung der Offensive in den Osten eine Entscheidung hätten erzwingen können. War uns dies selbst 1915 nicht möglich, so wäre es 1914 sicherlich nicht geglückt. Dagegen hätte unser Kriegsplan bessere Ergebnisse haben können, wenn er konsequent durchgeführt worden wäre. Er rechnete mit Preisgabe des Elsaß sowohl wie Ostpreußens. Dann hätten wir den entscheidenden Nordflügel[742] nicht zu schwächen und aller Voraussicht nach an der Marne nicht zurückgehen brauchen, hätten Dünkirchen, Calais, Boulogne nehmen und Belgien völlig isolieren können, was übrigens auch schon vor der Marneschlacht möglich gewesen wäre, wenn wir, anstatt das XI. und das Garde-Reserve-Korps nach Ostpreußen zu schicken, dazu Truppen vom linken Flügel in Lothringen und Elsaß genommen hätten und etwa in der Linie Verdun, Reims, Somme-Mündung angehalten hätten. – –

---

[739] Delbrück hat offenbar diesen Satz aufgrund des Einspruchs Bethmann Hollwegs wieder getilgt. Auf S. 278–279 (vgl. die vorige Anm.) zählt er 16 Fehler der deutschen Politik vor und im Weltkrieg bis 1918 auf („Es war ein Fehler, daß …)“ , läßt aber den hier zitierten aus.

[740] Unten Nr. 994*.

[741] In dem ersten der in Anm. 736 genannten Aufsätze S. 275. – Der im folgenden genannte: Helmuth Graf von Moltke (1800–1891), Generalfeldmarschall; Chef des Generalstabs der Armee 1857–1888. – Im Unterschied zum Schlieffenplan von 1905 sah sein Plan die Entscheidungsschlacht im Osten gegen die Russen vor.

[742] Der für die Umfassung von Paris vorgesehen war. Statt ihn zu stärken, wurde der linke Flügel zum Schutz Elsaß-Lothringens gestärkt und überhaupt die Westfront durch Abgabe von Divisionen nach Osten zur Vertreibung der in Ostpreußen eingebrochenen Russen geschwächt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich schließe kurz und unvermittelt der Eilbedüftigkeit wegen. Mit besten Empfehlungen und Wünschen

Ihr stets aufrichtig ergebener

856. Bethmann Hollweg an Schwertfeger

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 2. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 9. Februar 1919

Sehr geehrter Herr Oberst[743]!

Ihre beiden Aufsätze[744], die Sie mir freundlichst schickten, habe ich mit großer Anteilnahme gelesen. Was Sie über den Kaiser sagen, finde ich würdig schön und zutreffend, und ebenso verdienstlich erscheinen mir Ihre Ausführungen über Belgien. Sie sind um so mehr am Platz, als neuerdings, wie ich höre, in militärischen Kreisen mehrfach die Ansicht vertreten wird, östliche Offensive bei westlicher Defensivstellung wäre auch rein militärisch genommen der richtigere Kriegsplan gewesen. Was ich meinerseits entschieden bezweifele, da auch nach meiner Überzeugung ein Offensivstoß gegen Rußland ein Luftstoß geblieben wäre. Eine andere Frage ist, ob die Westoffensive nicht zu andern Resultaten geführt hätte, wenn man unseren rechten Flügel durch Abtransport des Garde Reservekorps und des 2. Korps nicht unheilvoll geschwächt, sofern Ostpreußen in weiterem Umfange geschützt werden sollte, dazu Truppen aus der elsässsischen und lothringer Front herausgezogen hätte – selbst auf die Gefahr einer stärkeren Bedrohung des Elsaß, mit dessen Preisgabe übrigens ebenso wie mit derjenigen Ostpreußens ja wohl der ursprüngliche Kriegsplan rechnete. Doch das sind retrospektive Betrachtungen ohne aktuellen Wert.

Mit nochmaligem verbindlichen Dank für die Mitteilung in vorzüglicher Hochachtung
ergebenst

[743] Bernhard Schwertfeger (1868–1935), Oberst a. D.; Sachverständiger beim 4. Untersuchungsausschuß des Weimarer Untersuchungsausschusses; Dozent für Kriegsgeschichte an der Technischen Hochschule Hannover und der Universität Göttingen 1926–1937.

[744] Sie wurden nicht ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

857. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, S. 60. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 24. März 1919

Sehr verehrter Herr von Jagow!

Vielmals danke ich Ihnen für den Hinweis auf den Tirpitz Artikel der Vossischen[745]. Er wäre mir sonst entgangen, da ich die Tante nicht halte, überhaupt und namentlich in diesen Wochen sehr schlechter Zeitungsleser bin. Admiral von Müller, dessen Adresse ich erst feststellen mußte, telegrafiert mir soeben: Artikel unzutreffend, werde Sache brieflich beleuchten. Sobald ich seinen Brief habe, gebe ich Ihnen seinen Inhalt weiter. Aber werden uns nach den Vorgängen in Ungarn[746] alle diese Sachen nicht sehr bald Hekuba sein?

Mit besten Empfehlungen
stets aufrichtigst
der Ihre

858. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, S. 61–63. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 30. März 1919

Sehr verehrter Herr von Jagow!

Admiral Müller hat mir zu dem Tirpitz-Artikel der Vossischen geschrieben. Einen Auszug aus seinem Brief darf ich beifügen.

In den ersten Tagen der nächsten Woche hoffe ich Ihnen via Heilbron mein Manuscript[747] mit Ausnahme des letzten Kapitels, das ich erst beginne, zusenden zu können.

Einstweilen mit besten Empfehlungen
stets aufrichtig der Ihre

---

[745] „Vossische Zeitung“ vom 19. März 1919, Morgenausgabe, S. 3: „Tirpitz“. Von Carl Hollweg [Konteradmiral]. – Tirpitz habe sich sofort nach Kriegsbeginn erboten, die gesamte Flotte gegen die englische Flotte einzusetzen, da nur damals eine Chance zur Niederringung bestanden habe. Vgl. dazu Tirpitz, Dokumente II S. 42–46, 53–55. – Die im folgenden genannte Tante: Gemeint ist die „Vossische Zeitung“, die damals „Tante Voss“ genannt wurde.

[746] In Ungarn war, begünstigt durch die harten Friedensbedingungen, am 21. März 1919 eine kommunistische Räterepublik unter Bela Kun entstanden, die aufgrund ihrer Terrorherrschaft und des wirtschaftlichen Stillstands am 8. August 1919 durch konservative Kräfte wieder beseitigt wurde.

[747] Seiner Erinnerungen: „Betrachtungen zum Weltkriege“. Sie erschienen schon 1919 im Verlag Reimar Hobbing in Berlin. Vgl. zur Entstehung die weiteren Briefe unten sowie Jost Dülffer in der Neuausgabe der „Betrachtungen“ von 1989, S. 17–23.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anhang

In Verfolg meines gestrigen Telegramms: „Artikel Voss über Tirpitz unzutreffend, werde Sache brieflich beleuchten“, möchte ich heute nur das Nachstehende mitteilen, indem ich mir vorbehalte, nach Durchsicht meiner Aufzeichnungen etwas näher auf die Sache einzugehen.

Mir ist nichts darüber bekannt, daß Tirpitz „sofort bei Kriegsausbruch sich erboten hätte, mit dem Oberbefehl über alle Teile der Streitmacht zur See die Gesamtverantwortung zu übernehmen“. Noch weniger ist mir bekannt, daß ihm das abgeschlagen worden wäre, was ich doch sicher hätte erfahren müssen. Ich kann im Gegenteil feststellen, daß auf meine Initiative hin Tirpitz gleich bei Kriegsausbruch von Seiner Majestät eine beratende Stimme bei allen Kriegsmaßnahmen der Marine eingeräumt worden ist, sehr zum Kummer des damaligen Chefs des Admiralstabs, Adm. v. Pohl, der von vornherein ein starkes Mißtrauen gegen die loyale Mitarbeit des Staatssekretärs hatte. Das bekannte, meiner Ansicht nach im höchsten Maße deplacierte Wiegand’sche Interview[748] zeigte, daß Pohl mit seinem Mißtrauen Recht hatte, denn Tirpitz hat dieses Interview, welches durchaus in das Gebiet des Chefs des Admiralstabes fiel, unter völliger Übergehung von Pohl losgelassen. Damit war der so notwendige Konnex zwischen den beiden Stellen unwiederbringlich gestört. Trotzdem wurde Tirpitz bei den Immediatvorträgen des Chefs des Admiralstabes weiter zugezogen, so auch bei dem Vortrag über eine anderweitige Fassung der dem Flottenchef[749] zuzubilligenden Selbständigkeit bei dem Einsatz der Flotte, ein Vortrag, der in Charleville stattfand, also mindestens 8 Wochen nach Kriegsausbruch[750]. Mir ist nicht erinnerlich, daß Tirpitz dabei für weitgehendste Vollmacht an den Flottenchef eingetreten ist. Mir selbst blieb es vorbehalten, durch meine ressortmäßig eigentlich unbefugte Stellungnahme in dem betreffenden Vortrage dem Flottenchef wenigstens das Maß an selbständiger Entschließung zu retten, das er vorher gehabt hatte und das jetzt einzuschränken Seine Majestät gewillt war – es ist mir nicht mehr erinnerlich, auf wessen Rat hin.

Erst im weiteren Verlauf des Krieges ist zwischen Tirpitz und mir einmal in unverbindlichem Gespräche die Frage eines Oberkommandos der Marine durch Tirpitz erörtert worden, bei dem ich mich auf den Standpunkt stellte, daß das nur das notwendige persönliche Entschließungsrecht des Flottenchefs illusorisch machen würde.

Ich halte es für sehr bedauerlich, daß Kpt. z.S. Hollweg[751] die Sache in der Presse angeschnitten hat, und werde ihm selbst keinesfalls auf diesem Wege folgen. Ich werde aber meine Privatakten auf das Material in der höchst unerfreulichen Tirpitzfrage einer Durchsicht unterziehen.

---

[748] Vgl. unten Nr. 585*.

[749] Friedrich von Ingenohl (1857–1933), Admiral; Flottenchef Januar 1913–Februar 1915.

[750] Dazu vgl. Müller, Regierte der Kaiser? S. 63.

[751] Carl Hollweg (1867–1932), Kapitän zur See; Dienst im Reichsmarineamt 1915–1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

859. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, S. 63. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 5. April 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Aufrichtigen und herzlichen Dank für Ihre so schnelle Kritik. Ich werde Ihre merita sämtlich berücksichtigen. Die Nachrichten über Sasonows Vorschläge an den Zaren wegen der Meerengen habe ich wörtlich so aus dem A. A., lasse aber nochmals die Richtigkeit verifizieren[752]. Sehr dankbar werde ich sein, wenn ich Ihnen auch noch das Schlußkapitel schicken darf, das mir doch sehr viel Mühe macht[753]. Ich wäre daher sehr dankbar, wenn Sie mir, falls Sie jetzt wirklich Potsdam verlassen, Ihre neue Adresse mitteilen wollten. Sollte der Staatsgerichtshof tatsächlich bald zusammentreten, so würde sich die Abreise allerdings kaum mehr lohnen. Übrigens habe ich meinerseits den Staatsgerichtshof nicht verlangt. Soweit ich mich entsinne – ich kann momentan die betreffende Zeitungsnummer nicht finden –, habe ich in meinem Interview der Norddeutschen Ende November vor.J. den Wunsch ausgesprochen[754], vor einem neutralen Staatsgerichtshof, dem dann von beiden Seiten alles Material zu unterbreiten wäre, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen. Eine anderweite Äußerung als die in der Norddeutschen habe ich nicht abgegeben. Unser Staatsgerichtshof, darin stimme ich Ihnen ganz zu, wird schon ein nettes Ding werden[755]. Und ebenso wie Sie ärgere ich mich auch über das vaterlandslose Zeitungsgeseiere und die Feigheit der anständigen Menschen.

Nachträglich auch noch vielen Dank für Ihren letzten Tirpitzbrief. Müller hat mir noch nicht wieder geschrieben[756]. Ich erwarte, daß er gerade zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen wird.

Eine hundsgemeine Kritik über mein Buch erwarte ich mit Bestimmtheit, gebe mir aber Mühe, beim Schreiben gar nicht an die kommende Kritik zu denken. Recht machen kann ich es doch niemand.

Verzeihen Sie bitte die abscheuliche Flüchtigkeit dieser Zeilen. Ich bin ziemlich abgearbeitet.

Ihrer Gemahlin[757] bitte ich meine besten Empfehlungen sagen zu dürfen und bleibe

Ihr aufrichtigst ergebener

---

[752] Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 93–94 (dazu die Anmerkung zu S. 93 auf S. 296 unten).

[753] Das Schlußkapitel des ersten Bandes trägt die Überschrift „Abschluß“ (ebenda S. 139–144).

[754] Oben die Nr. 847.

[755] Dazu vgl. Heinemann, Die verdrängte Niederlage S. 22–29; Dreyer/Lembcke, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage; ferner Hankel, Die Leipziger Prozesse; Dickmann, Kriegsschuldfrage.

[756] Vgl. die vorangehende Nr.

[757] Luitgard von Jagow (1873–1954), geb. Gräfin zu Solms-Laubach.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

860. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, S. 65–66. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 28. April 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Haben Sie verbindlichen Dank für Ihren Brief vom 22. und daß Sie so freundlich waren, meinem Manuskript solche Aufmerksamkeit zu schenken. Ihre Bemerkungen waren mir wie immer besonders wertvoll und sind jetzt durchweg berücksichtigt worden. Inzwischen habe ich noch einen ganz kurzen resüméartigen Abschluß geschrieben, dessen endgültige Feststellung aber noch aussteht. Die Korrekturfahnen hoffe ich in acht Tagen zu bekommen, so daß dann in 4–5 Wochen publizirt werden könnte, falls Hobbing hinterher ist, was ich indessen glaube. Eine englische Übersetzung war übrigens schon mit ihm verabredet, und er ist auch [mit] einem englischen Verlage bereits in Verbindung getreten. Vielleicht auch eine französische Übersetzung in Genf[758]. Daß die Schrift in absehbarer Zeit etwas nutzen wird, glaube ich nicht; bei uns wohl keinesfalls, später vielleicht in Amerika. Ich stehe aber selbst noch den Sachen zu nahe, um etwas schreiben zu können, was auf bisher anders Denkende Eindruck machte, auch führe ich keine dazu geeignete Feder.

Hier werden die Verhältnisse immer unerfreulicher, d. h. die Erkenntnis dringt immer tiefer, daß wir keine obrigkeitliche Gewalt mehr haben. Um meiner Kinder in München lebe ich in großer Sorge. Die letzten indirekten, aber noch guten Nachrichten datieren auf den 22. zurück.

Hoffentlich können Sie sich in Münster eine erträglich Existenz schaffen. Angelegentlichen Wünschen dazu und besten Empfehlungen an Ihre Frau Gemahlin darf ich Ausdruck geben.

In aufrichtiger Gesinnung

[758] Eine englische Übersetzung erschien unter dem Titel: Reflections on the World War. Part 1. London 1919. – Eine französische Übersetzung erschien unter dem Titel: Considérations sur la guerre mondiale [*beide Teile*]. Paris 1924.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

861. Bethmann Hollweg an H. Müller

PA Berlin, Handakten Graf Bernstorff. Akten betr. Politik [1919]. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

Hohenfinow, 20. Mai 1919

Seiner Exzellenz dem Reichsminister des Äußern[759].

In Artikel 227 der Friedensbedingungen[760] stellen die alliierten und assoziierten [Mächte] Seine Majestät Kaiser Wilhelm II. von Hohenzollern wegen angeblicher schwerster Verletztung des internationalen Sittengesetzes und der geheiligten Macht der Verträge unter öffentliche Anklage.[a] Für die politischen Handlungen des Kaisers trage ich für die Dauer meiner Amtszeit als Kanzler die im deutschen Staatsrecht geregelte Verantwortung. Ich stelle hiermit anheim, daß die alliierten und assoziierten Mächte mich vor ihre Gerichte stellen, liefere mich hierdurch aus und bitte dieselben, mir Ort und Tag zu bezeichnen, wo ich mich ihnen zur Verfügung stellen kann.

Euer Exzellenz habe ich die Ehre zu bitten, von diesem meinem Ersuchen den alliierten und assoziierten Mächten alsbald Kenntnis geben zu wollen.

[a] *Folgt, gestrichen:* und beanspruchen in Artikel 228 das Recht, alle Personen vor ihre Militärgerichte zu ziehen, die angeklagt werden, Handlungen gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges begangen zu haben.

862. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 67–71. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 20. Mai 1919

Sie haben es hoffentlich entschuldigt, daß ich Ihnen nicht selbst zu dem sekreten Konzept[761] schrieb, sondern Heilbron damit beauftragte. Der Eile wegen hab ich es, da ich die Abschrift des Manuskripts nicht hier herstellen konnte, sondern Heilbron sie in Berlin besorgen mußte. Nun haben Sie vielen Dank für Ihre freundliche Antwort vom 17. Daß T[irpitz] von seinem unerhörten Vorhaben abgebracht werden könnte, glaube ich nicht. Von den Wegen, die Sie vorschlagen, schienen mir nur der über Müller gangbar, d. h. vielleicht könnte dieser eine geeignete Mittelsperson abgeben. Ich habe indes seinen ge-

[759] Hermann Müller (1876–1931), Reichsminister des Auswärtigen 1919–1920; Reichskanzler März–Juni 1920; Vorsitzender der SPD 1919–1928.

[760] Des Friedensvertrags von Versailles vom 28. Juni 1919.

[761] Es handelt sich, wie aus den folgenden Ausführungen indirekt hervorgeht, um eine Erwiderung Bethmann Hollwegs auf das 16. Kapitel von Tirpitz' Erinnerungen über die Ubootfrage, die er in der „Vossischen Zeitung" veröffentlichen wollte, es aber doch nicht tat, weil Tirpitz' Erinnerungen wider Erwarten später erschienen. Text in: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 313–330.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

genwärtigen Aufenthalt noch nicht ermitteln können, und ohne mündliche Verhandlung würde es nicht abgehen. Der Erfolg aber wäre mir überaus zweifelhaft. Höchstens würde T. einige Ausdrücke mildern, in der Sache selbst aber nicht nachgeben, und was für Giftzähne die übrigen Kapitel enthalten, wissen wir ja noch gar nicht. Ob das jetzt vorliegende Kapitel schon vor Erscheinen des Buches in der Presse besprochen werden wird, ist inzwischen zweifelhaft geworden. Geschieht es doch, so denke ich zunächst in einem kurzen Interview zu antworten. Außerdem bereite ich schon jetzt eine Erwiderung auf das Kapitel vor, die dann wenn möglich etwa acht Tage nach Erscheinen des Buches in Broschürenform publiziert werden soll. Heilbron bespricht die Sache an der Hand Ihrer freundlichen Notizen heute mit Stumm, der glücklicher Weise momentan in Berlin ist und den ich um seinen Besuch gebeten habe, da ich schlechterdings nicht gut selbst nach Berlin kann. Die Perfidie T., über die ich kein Wort verliere, ist um so perniziöser, als auch die Regierung anscheinend gewillt ist, die gesamte Schuld am Kriege auf unsere Schultern zu laden. Hans Delbrück[762], den Brockdorff nach Versailles zitiert hat[763], berichtete mir vorgestern mündlich darüber etwa Folgendes:

Namentlich David, früher von unserer Unschuld überzeugt, folgert jetzt unsere Schuld:

1. aus den Marginalien des Kaisers[764]

2. aus dem Telegramm Szögyenys[765] vom 27. Juli, das Sie auf Seite 218 Ihrer Schrift behandeln und dessen Wortlaut anscheinend Ludo Hartmann[766] zur Verfügung gestellt hat;

3. aus einer auf gleichem Wege bekanntgewordenen Wiener Aktennotiz über ein Telegramm von mir, in dem erneute Garantie der serbischen Integrität empfohlen wird, um eventuell das odium des Weltkrieges auf Petersburg abzulenken[767].

Auf Delbrücks Vorhalt, daß die Regierung zunächst doch wenigstens unser Telegramm ad 3 im Wortlaut einsehen, auch Sie u. mich zur Sache hören

[762] Delbrück ging energisch gegen die Dolchstoßlegende und die Behauptung von der Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg vor. Am 27. Mai 1919 unterzeichnete er zusammen mit Max Weber ein Memorandum, in dem erklärt wurde, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg gegen Rußland geführt habe.

[763] Hans Delbrück war zeitweise Mitglied der deutschen Friedensdelegation zur Bearbeitung der Kriegsschuldfrage.

[764] Wie sie an zahllosen Aktenstücken des AA angebracht wurden.

[765] Ladislaus Graf Szögyény-Marich (1841–1916), österreichisch-ungarischer Botschafter in Berlin 1892–1914. – Sein Telegramm ist gedruckt in: Österreich-Ungarns Außenpolitik VIII S. 778–779 (Nr. 10793). Inhalt: Jagow erklärt, daß wahrscheinlich demnächst ein englischer Vermittlungsvorschlag für Wien auf dem Weg über Berlin vorgelegt werde. Deutschland identifziere sich nicht mit den englischen Vorschlägen, würde sie nur weitergeben, aber gehe davon aus, daß sie nicht berücksichtigt würden.

[766] Ludo Moritz Hartmann (1865–1924), Botschafter der Republik Österreich in Berlin Dezember 1918–November 1920.

[767] So deutlich in Bethmann Hollwegs Telegramm an Tschirschky vom 28. Juli 1914 in: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch II S. 38–40.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

müsse, hat das Kabinet am 16. d.M. Delbrück ermächtigt bezw. beauftragt, mich zu hören (!), will auch nach dem Telegramm zu 3 recherchiren.

Ich habe Delbrück gesagt:

ad 1. Aus den Marginalien könne nichts gefolgert werden, denn wie die Akten ergäben, seien sie nicht Grundlage unseres Handelns gewesen.

ad 2. Da Szögyeny, der überdies schon damals sehr alt u. häufig nicht im Bilde gewesen sei, über ein Gespräch mit Ihnen berichte[t], müssen Sie unter allen Umständen selbst angehört werden.

ad 3. Ebenso verlangte ich eine amtliche Anhörung unter Konfrontation mit unserer Depesche, bevor sich die Regierung erlaube, aus der Numerirung einer Depesche weittragendste Schlüsse zu ziehen.

Delbrück hatte für alles dies volles Verständnis. Ich habe ihm außerdem die Druckbogen meiner Schrift mit der Bitte auf die Reise mitgegeben, sie zu lesen, damit er, wenn er in Versailles mit Brockdorff pp. verhandle, wenigstens meine Gesamtauffassung kenne. Ob er es tut, ist mir zweifelhaft, denn Gelehrte bleiben Gelehrte in der Geringschätzung alles nicht zunftlerischen Geschreibes. Überdies scheint es mir, als ob er doch von seinem bisher in den Preußischen Jahrbüchern sehr mutig verfochtenen Standpunkt langsam abrutsche. Die furchtbare Katastrophe wirkt suggerirend, und der Beweis, daß ihr gegenüber jede andere Politik richtig gewesen wäre, ist natürlich kinderleicht.

Meine Schrift wird nun in etwa 3 Wochen herauskommen. Bülow[768], der mir bei der Beschaffung von Material sehr freundlich geholfen hat, hatte von Versailles aus angeregt, einzelne der über Rußland handelnden Ausführungen schon vorher durch die Presse zu veröffentlichen. Ich bin darauf nicht eingegangen, da meine Schrift, wenn überhaupt, nur als Ganzes genommen irgend welche Überzeugungskraft haben kann. – Ihnen habe ich noch gar nicht für die freundliche Zusendung Ihres Buches[769] gedankt. Bitte seien Sie nachsichtig. Ich muß offen gestehen, daß ich seit dem Bekanntwerden der Friedensbedingungen das Gleichgewicht noch nicht wiedergefunden habe. – Übrigens habe ich heute Brockdorff telegrafisch um Mitteilung des Anheimstellens an die Entente gebeten, mich als den für die politischen Akte des Kaisers Verantwortlichen vor ihr Gericht zu stellen, mich der Entente ausdrücklich ausgeliefert und um Mitteilung von Ort und Tag gebeten, wo ich mich ihr zur Verfügung stellen kann[770]. Außenpolitisch wird es nichts helfen, denn die Antwort wird höhnisch lauten, und innerpolitisch kann es vielleicht die Nerven stärken. Vor allem komme ich damit unausbleiblichen Auslieferungsanträgen aus dem eigenen Volke zuvor. Allerdings liegt in diesem Schritt ein gewisses Anerkenntnis feindlicher Gerichtsbarkeit. Indessen von mir als Privatperson abgesehen, präjudizirt es der Regierung nicht. Jede Phrase aber, welche das Anerkenntnis ablehnte, würde der Geste ihren ganzen innerpolitischen Wert nehmen, und

[768] Bernhard Wilhelm von Bülow (1885–1936), Legationssekretär; in der Abteilung IA (Politik) des AA tätig 1916–23. Juni 1919; Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles (Sachgebiet Kriegsschuldfrage) Mai/Juni 1919.

[769] Gottieb von Jagow, Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges. Berlin 1919.

[770] Vgl. die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

das aber ist das einzige eventuell Erreichbare. Bekannt war mir endlich, daß Ludendorff der dringliche Rat erteilt worden ist, sich in amerikanische Gefangenschaft zu [be]geben. Ob er ihn befolgt, weiß ich nicht. Tut er es, so müßte ich folgen. Ihm nachhinken aber will ich nicht. – Ob Brockdorff mein Ersuchen erfüllt, wird bekannt sein, wenn Sie diese Zeilen erhalten. Sollte er wider Erwarten Bedenken haben, so bitte ich, diese Mitteilung streng vertraulich zu behandeln. – Von Zechs habe ich inzwischen mehrfache und gute Nachrichten. Ganz schlimmes scheint ihm nicht zugestoßen zu sein, und von verschiedenen Seiten höre ich zu meiner besonderen Freude, daß sich mein Schwiegersohn besonders gut gemacht habe.

Von Helfferichs Buch[771] hat die Presse bisher, soweit ich sehe, kaum Notiz genommen. Er hat mir jetzt einen Haufen von Druckbogen des zweiten und dritten Teils mit der Bitte um mein Gutachten geschickt. Es ist mir aber kaum möglich, sie Sache allein durchzuarbeiten, auch bin ich ohne Aktenmaterial zur Kontrolle eigentlich unfähig. Das alte Regime sollte eine Zentralstelle haben, wo eine gewisse gemeinschaftliche Arbeit geleistet werden kann. Sonst flattert alles auseinander. – Verzeihen Sie die schlechte Schrift – ich kriege gar keine passendere Stahlfeder mehr – und den plötzlichen Abbruch; aber der einzige Postbote am Tage wartet. – Mit aufrichtigen Empfehlungen und Grüßen stets der Ihre

863. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 72–74. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 30. Mai 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Meinen beiden Telegrammen, die Sie hoffentlich richtig empfangen haben, kann ich leider erst heute briefliche Ergänzung folgen lassen.

Die Reichsregierung hat die Weitergabe meines Telegramms an Brockdorff, in dem ich mich der Entente zur Verfügung stelle, refüsiert[772]. Sie beabsichtige, es grundsätzlich abzulehnen, einen Deutschen einem von den feindlichen Mächten eingesetzten Gerichtshof zu überliefern. Die amtliche Weitergabe meines Angebots aber würde dahin gedeutet werden, daß die Reichsregierung mindestens stillschweigend meiner Aburteilung durch einen feindlichen Gerichtshof zustimme. So der Beschluß des Berliner Kabinetts. Da mir bekannt war, daß die nach Versailles zitierten Männer, wie Hans Delbrück und Max

[771] Karl Helfferich, Der Weltkrieg. Bd. 1. Berlin 1919. – Bd. 2 und 3 sind ebenfalls 1919 erschienen.

[772] Der abschlägige Bescheid des Reichskabinetts an Bethmann Hollweg vom 20. Mai 1919 in: Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar – 20. Juni 1919. Bearb. v. Hagen Schulze. Boppard 1971, S. 357 u. Anm. 7. Vgl. auch ebenda S. 407.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Weber[773], von verschiedenen Standpunkten aus die Frage eines meinem Angebot entsprechenden Vorgehens ventilirt haben, habe ich dann noch durchgesetzt, daß die Angelegenheit zwischen Scheidemann und Brockdorff in Spa noch einmal erörtert wurde. Resultat war die übereinstimmende Ansicht, daß mein Angebot uns eher schaden als nützen würde. Ich habe darauf Scheidemann geschrieben, daß ich unter diesen Umständen zur Zeit von einer Weiterverfolgung meines Vorhabens, an dessen Inhalt ich jedoch grundsätzlich festhalte, absähe. Hinzuzufügen habe ich, daß mein Angebot kein Anerkenntnis weder der von der Entente beanspruchten Gerichtsbarkeit noch der von ihr behaupteten Schuld Deutschlands bedeutet. Als der für die politischen Handlungen des Kaisers Verantwortliche wolle ich vielmehr lediglich den gegnerischen Vorwurf schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes den aus dem menschlichen Sittengesetz folgenden Anspruch entgegenstellen, auch vor gegnerischem Tribunal mit meiner Person für die Ehre des deutschen Namens einzustehen. – Veröffentlichen tue ich einstweilen nichts. Ich sehe aber die Zeit kommen, wo sich mein Schritt, über dessen Folgen, wenn er verwirklicht worden wäre, man ja verschieden urteilen kann, sich als opportun herausstellen wird. – Daß ich Konsequenzen für Andere aus meiner Demarche für unrichtig gehalten haben würde, telegraphierte ich. Staatsrechtlich habe ich alles auf die eigene Kappe zu nehmen, und an dieser staatsrechtlichen Grundlage würde man auch den Feinden gegenüber um so unbedingter haben festhalten müssen, je extraordinärer meine Demarche gewesen wäre. Das hindert aber nicht, daß ich Ihnen persönlich für den Ausdruck Ihrer Bereitwilligkeit von Herzen dankbar bin.

Dem Admiral Müller habe ich endlich das bewußte Pamphlet vor wenigen Tagen durch Heilbron vorlegen lassen können. Er glaubt nicht, daß eine Einwirkung auf T[irpitz] irgend welchen Erfolg versprechen würde, sieht auch keinen Weg zu ihm[774]. Er glaubt eher, daß Einwirkungsversuche ihn in seinem Vorhaben bestärken würden. Auf meine neuerliche Bitte will Müller seine Papiere auf die angebliche Zurückhaltung der Flotte bei Kriegsausbruch jetzt endlich durchsuchen. – Die Entgegnung auf das Kapitel wird hoffentlich etwa Mitte nächster Woche präpariert sein, und wenn Sie gestatten, schicke ich es Ihnen zur Durchsicht[775].

Vielen Dank für die Anmerkungen zu den beiden inkriminirten Wiener Urkunden (Telegramm Szögyenys vom 27. und Wiener Aktennotiz[776]). Die Sache wird nun wohl so verlaufen, daß wir vor den demnächst zu konstituierenden Staatsgerichtshof zitiert werden. Momentan kann wohl auch meinerseits nichts geschehen. Vielleicht giebt das Elaborat der Versailler Schuldkommission Fingerzeige. Hoffentlich setzt sich dieses mit meinem Buch, das in etwa

[773] Max Weber (1864–1920), Soziologe und Nationalökonom.

[774] Vgl. oben Nr. 862 und Anm. 761.

[775] Hier sind vermutlich das erste Kapitel des zweiten Bandes gemeint, insbesondere die Passagen über Tirpitz' Behauptung, er habe gleich zu Kriegsbeginn auf den Einsatz der deutschen Flotte gedrängt. Vgl. Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) s. 157–158.

[776] Vgl. oben Nr. 862 und Anm. 765.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

10 Tagen erscheinen soll, nicht in unmittelbaren Widerspruch. Aber heute ist alles möglich.

Ich schließe für heute. Von den verschiedensten Seiten höre ich, daß Ihr Buch doch großen Eindruck macht. Nur daß in unserem jetzigen trostlosen Stadium öffentlich natürlich alles untergeht. Mit den Sensationen des T. Pamphlets wird es freilich anders sein. Sollten Sie vorkommenden Falls in die Lage kommen, mir Winke für notwendige Dinge zu geben, die mir in meiner hiesigen Abgeschiedenheit entgehen, so wäre ich Ihnen wie immer aufrichtig dankbar.

Mit vielen Empfehlungen und Grüßen
der Ihre

864. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 75–76. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 11. Juni 1919

Sehr verehrter Herr von Jagow!

Infolge einer kleinen Unpäßlichkeit kam ich dieser Tage nicht zum schreiben und bitte Sie, die Verspätung meines Dankes für Ihren Brief vom 3. freundlichst zu entschuldigen. Nun verbinde ich heute damit meinen besten Dank zugleich für Ihr gütiges Schreiben vom 8. und für Ihr Gutachten zu der von Heilbron entworfenen Antwort auf Tirpitz. Wann dessen Buch erscheinen soll, ist mir noch unbekannt. Die Presse hat es für den „Juni“ angekündigt. Änderungen darin würden die Antwort erschweren, doch möchte ich beinahe glauben, daß der Druck doch wohl schon zu weit vorgeschritten sein wird. Von meiner Demarche machte ich bei meiner Antwort gern Gebrauch, weiß aber noch nicht, wie es einzurichten.

Daß Sie mit meinem offenen Brief an Delbrück und Genossen einverstanden sind, freute mich besonders. Ich muß ihn sehr schnell absetzen, verwies deshalb materiell im wesentlichen auf mein Buch. Was Delbrück mir bei Besprechung meines Buches zu erwidern weiß (heutige Deutsche Allgemeine[777]), erscheint mir schwach und in dem überheblichen Ton des gestrengen Zensors unerfreulich. Auch die Rolle, die er überhaupt der Vierer-Kommission[778] dem

[777] Hans Delbrück, Bethmanns Buch. In: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 278, 11. Juni 1919, Morgenausgabe S. 1–2.

[778] Die „Vierer-Kommission“ innerhalb der deutschen Friedensdelegation. Sie sollte Material zur Kriegsschuldfrage zusammenstellen. Delbrück schreibt in seinem Zeitungsartikel (die vorangehende Anm.), daß die Auffassungen der Viererkommission und die Auslassungen Bethmann Hollwegs zur Schuldfrage in seinem Buch sich ergänzen, „ohne sich vollständig zu decken“. Zur deutschen Note des 28. Juli 1914 nach Wien schreibt er, daß es von „entscheidener Wichtigkeit“ gewesen wäre, wenn sie schon am 27. Juli hätte abgesandt werden können. „Die deutsche Note des 28. Juli nach Wien“ ist abgedruckt in: Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch II S. 38–39.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Auslande gegenüber anweist, will mir gar nicht gefallen. Sachlich wäre ich gern auf die irreführende Behauptung eingegangen, wir hätten Österreich zum Angriff auf ermutigt, was so klingt, als hätten wir darin die Initiative ergriffen. Und das ist absolut falsch. Leider habe ich nicht die Akten, und ohne die ist es kaum möglich, sich in einen Disput einzulassen. Wenn Sie mir einmal gelegentlich über diesen Punkt Ihre Ansicht schreiben wollten, wäre ich sehr dankbar.

Daß ich in meinem Buch den Bericht Sassonows aus Balmoral[779] nicht mehr habe verwerten können, ist jammerschade. Ich hätte dann auch meine Bemerkung, Grey habe persönlich den Krieg nicht gewollt, anders nüanciert. Bisher war meine Ansicht, die sich auf Stumms Äußerungen zur Persönlichkeit Grey's stützte, etwa die: Grey, an sich friedliebend, glaubte durch seine Politik der Balance of power sowohl die englische Weltmachtstellung behaupten zu können – was eine gewisse Niederhaltung Deutschlands in sich schloß – als auch den Frieden zu bewahren. Führte die Erfüllung des ersten Postulats, das ihm natürlich das wichtigste war, zum Kriege, so nahm er auch diesen in Kauf. Jetzt allerdings scheint es so, als habe er den Krieg, mindestens seit 1912, für unvermeidlich gehalten und absichtlich auf ihn hingearbeitet. Klar ist mir freilich nicht, was dabei sein persönliches Werk und was die Arbeit seiner Gehilfen war. Auch jetzt noch bin ich geneigt zu glauben, daß er mehr der Geschobene als der Schieber war. Die nötige Perfidie würde ich ihm wohl zutrauen, nicht aber die erforderliche Größe. – Ich erwäge, wie ich, etwa bei einer zweiten Auflage, Remedur schaffen kann. Immerhin erscheint es mir besser, daß ich zunächst nicht zuviel und nichts gesagt habe, was ich nicht strikte beweisen kann. Objektiv greift mein Buch die englische Politik doch wohl genügend an.

Bei Heilbron habe ich jetzt eine Art Zentralstelle eingerichtet. Er soll Literatur sammeln und durch einen engagierten Journalisten die gesamte Presse verfolgen lassen. Stumm, mit dem ich die Angelegenheit besprach, befürwortete sie lebhaft. Wenn Sie erlauben, gibt Ihnen Heilbron in eintretenden Fällen von allem Nachricht, was Sie besonders interessieren möchte.

Mit besten Empfehlungen und Wünschen
aufrichtigst der Ihre

[779] In dem schottischen Schloß hatten sich im September 1912 der Zar und sein Außenminister Sazonov mit dem englischen Außenminister Earl Grey und König Eduard VII. zu geheimen Besprechungen getroffen. Vgl. Russische Dokumente zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1911–1917 = Diplomatischer Schriftwechsel Iswolskis 1911–1914 … hrsg. v. Friedrich Stieve. Bd. 2. Berlin 1925, S. 289–302. Vgl. auch Grey, Twenty-Five Years I S. 297–299 (Greys eigener Bericht vom 24. September 1912); ferner Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 69–72.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

865. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 47–48. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 16. Juni 1919

Hochverehrter Herr Professor!

Für Ihren freundlichen Brief vom 12. d. M. danke ich verbindlichst; vor allem aber für die Worte, mit denen Sie das Erscheinen meiner Schrift öffentlich begleitet haben[780]. Da ich nicht für das Tagesurteil geschrieben habe, sind mir die Eindrücke, die Sie in weiter geschichtlicher Auffassung davon empfingen, ganz besonders bedeutungsvoll.

Was Sie mir über Versailles, über die Stellung Rantzaus und über das Zustandekommen der Denkschrift in der Schuldfrage[781] schreiben, beschäftigt mich in hohem Grade. Kann ich meinem Lande dienen, so nehme ich alles, und auch als unbillig Empfundenes, gern auf mich. Ein Mittel, mit dem ich – noch vor Abfassung der Denkschrift – einspringen zu können glaubte, ist leider von der Reichsregierung nicht gebilligt, ja sogar für schädlich gehalten worden[782] und mußte deshalb von mir fallen gelassen werden. Dabei ist mir die eigene Unkenntnis der Zusammenhänge ebenso störend gewesen, wie ich es natürlich abschließend auch nicht beurteilen kann, ob das Zurückführen der Schuld für unterbliebene Verständigung mit England und Frankreich auf Unzulänglichkeiten meiner Person, angesichts des in steigendem Maße dokumentarisch belegten Mangels an Verständigungsbereitschaft auf der Gegenseite, uns Vorteile nach außen bringen kann, die den inneren Schaden aufwiegen. Denn ich zweifele, ob die Belastung einer einzelnen Person mit dem Wetterunheil, das nicht nur durch die Kollektivschuld der Völker, sondern auch innerhalb der Völker durch Kollektivschuld von Menschen und Parteien heraufbeschworen worden ist, gerade bei dem Tiefstand moralischer Energie, in dem wir uns gegenwärtig befinden, die für die Erneuerung erforderliche aktivierende Wirkung ausüben wird.

Aber ich verstehe vollkommen, daß Sie bei der von Ihnen geschilderten Stimmung in den Kreisen der Kommission einen dornigen Stand hatten, und bin aufrichtig dankbar, daß es so sichtlich Ihrem Einfluß gelungen ist, wenigstens einer Fassung der Denkschrift vorzubeugen, die die geschichtlichen Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt hätte und damit zwar parteipolitischen

[780] Oben Nr. 864 und Anm. 777.

[781] Gemeint ist der Bericht der vier Sachverständigen des AA für die Kriegschuldfrage (H. Delbrück, M. von Montgelas, A. Mendelssohn Bartholdy und M. Weber), die von Brockdorff-Rantzau am 13. Mai 1919 nach Versailles zitiert worden waren, um eine bereits ausgearbeitete Denkschrift („Professoren-Denkschrift") zur Schuldfrage mit ihrem Namen zu decken. Vgl. u. a. Dickmann, Kriegsschuldfrage S. 86–91 (dort S. 89 Anm. 1 der Nachweis der Veröffentlichung); Dreyer-Lembcke, Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage S. 133–153.

[782] Oben Nr. 863 und Anm. 772.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Tagesinteressen vielleicht dienlich, als historisch unwahr, aber auf die Dauer verhängnisvoll gewesen wäre.

In der vorzüglichsten Hochachtung bin ich
Ihr
verehrungsvoll ergebener

866. Bethmann Hollweg an Clemenceau

Schreiben. Druck: WTB 27. Juni 1919.

Hohenfinow, 25. Juni 1919

Berlin, 28. Juni. Der ehemalige Reichskanzler von Bethmann hat, nachdem er bereits am 20. Mai d.Js. einen gleichen Schritt auf ausdrücklichen Wunsch der Reichsregierung hat fallen lassen müssen, am 25. Juni an den Ministerpräsidenten Clemenceau ein Schreiben gerichtet, in dem er diesen bittet, das nachstehende Schriftstück zur Kenntnis der gegen Deutschland alliierten und assoziierten Mächte zu bringen.

„In Artikel 227 der Friedensbedingungen haben die alliierten und assoziierten Mächte Seine Majestät Wilhelm II. von Hohenzollern, früheren Deutschen Kaiser, wegen schwerster Verletzung des internationalen Sittengesetzes und der geheiligten Macht der Verträge unter öffentliche Anklage gestellt. Sie haben gleichzeitig ihren Entschluß kundgetan, an die Regierung der Niederlande ein Ersuchen zu richten, worin sie bitten, den ehemaligen Kaiser zum Zwecke seiner Verurteilung auszuliefern. Mit Bezug hierauf erlaube ich mir, an die alliierten und assoziierten Mächte die Bitte zu richten, das gegen Seine Majestät den Kaiser beabsichtigte Verfahren gegen mich stattfinden zu lassen. Zu diesem Zwecke stelle ich mich hierdurch zur Verfügung der alliierten und assoziierten Mächte. Als ehemaliger Deutscher Reichskanzler trage ich für meine Amtszeit die im deutschen Staatsrecht geregelte alleinige Verantwortung für die politischen Handlungen des Kaisers. Ich glaube hieraus den Anspruch herleiten zu dürfen, daß die Rechenschaft, welche die alliierten und assoziierten Mächte für diese Handlungen fordern wollen, ausschließich von mir gefordert wird. In der Überzeugung, daß die alliierten und assoziierten Mächte einem durch öffentliches Staatsrecht normierten Rechtszustand auch internationale Beachtung nicht versagen wollen, darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß Sie meiner dringenden Bitte stattzugeben geneigt sein werden.

gez. Bethmann Hollweg“[783]

[783] Der Oberste Rat in Paris beschäftigte sich in seiner Sitzung vom 28. Juni 1919 mit Bethmann Hollwegs Brief und beschloß, darauf nicht zu reagieren. Vgl. Documents on British Foreign Policy 1919–1939. Ed. by E.L. Woodward and Rohan Butler. First Series. Vol. 1. 1919. London 1947, S. 290 Anm. 12.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

867. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 77–80. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 28. Juni 1919

Sehr verehrter Herr von Jagow!

Zunächst vielen, leider sehr verspäteten Dank für Ihren Brief vom 14. und 16. In diesen furchtbaren Tagen[784] fand ich keine Worte.

Wie ich Ihnen heute telegraphierte, habe ich nun doch meine Demarche ausgeführt, und zwar in der Form eines Briefes an Clemenceau[785], den Haniel beauftragt ist, in der üblichen Weise zu den Adressaten gelangen zu lassen. Abschrift des Briefes füge ich bei. Meine Beweggründe waren folgende. Wenngleich Holland, wie verlautet, nicht ausliefern will[786], so muß ich doch auch damit rechnen, daß es von der Entente eventuell unter der Konzession des Eintritts einiger Neutraler in den Gerichtshof gezwungen wird. Mich erst dann vor den Kaiser zu stellen wäre zu spät, wäre innerpolitisch nicht erträglich. Möglich ist es, in meiner Demarche ein Anerkenntnis feindlicher Gerichtsbarkeit zu sehen. Nichts aber hindert mich, bei der Verhandlung die Disqualifikation der Entente zum Gerichtshof zu urgieren, auch wenn ich sachlich Rede stehe. Juristische Erwägungen aber scheinen mir überhaupt nicht entscheidend zu sein. Höher steht das ethische Moment, die Verantwortlichkeit für den Kaiser ohne Rücksicht auf sonstige Konsequenzen zu verwirklichen. Praktischen Erfolg wird die Demarche für jetzt nicht haben, sondern eine höhnische Antwort erhalten. Sie kann aber

a) Holland den Rücken steifen,

b) die Gegner der Auslieferung in England, Amerika sowie in Neutralien unterstützen,

c) den moralischen Tiefstand bei uns heben,

d) in späterer Zukunft einer billigeren Beurteilung unserer Schuld die Wege bahnen.

All dies sind nur mögliche Wirkungen, durchaus nicht sichere. Unsere Lage ist aber so verzweifelt, daß man selbst unpraktische Schritte tun muß, wenn sie keinen großen Schaden mehr bringen, vielleicht aber dazu beitragen können, unser moralisches Ansehen in der Welt zu heben.

[784] Als die Bedingungen des Friedens von Versailles bekannt wurden. Der Friedensvertrag wurde am 28. Juni 1919 unterzeichnet.

[785] Die vorangehende Nr. – Der im folgenden genannte: Edgar Haniel von Haimhausen (1870–1935), Gesandter; Leiter der politischen Kommission der deutschen Friedensdelegation in Versailles 28. April–30. Juni 1919; danach Unterstaatssekretär im AA bis 1920; dort Staatssekretär bis 1922.

[786] Den dorthin geflohenen Kaiser Wilhem II.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konsequenzen für andere Persönlichkeiten hat die Demarche m.E. nicht. Da die Verletzung der Kriegsgesetze und Gebräuche in art. 228[787] separat behandelt ist, kann sich art. 227 nur auf politische – nicht auf militärische – Akte des Kaisers beziehen. Bei den politischen Akten des Kaisers kann aber nur die Verantwortung des Reichskanzlers persönlich in Frage kommen. Eine Aufteilung dieser Verantwortung auf Mitarbeiter des Kanzlers halte ich für unmöglich. Wird der Kaiser höchstpersönlich angegriffen, dann kann auch nur eine Person ihm substituiert werden.

Ich hoffe, verehrter Herr von Jagow, Sie pflichten mir bei. Übrigens wird die Frage unpraktisch bleiben. Die Entente wird mein Ersuchen ablehnen und mir sagen, ich solle nur Geduld haben, ich würde schon auf Grund des art. 228 noch rankommen. Und unter allen Umständen muß man ihre Antwort ja zunächst abwarten.

2. Interessieren wird Sie die anliegende Abschrift des Briefes von Admiral v. Müller vom 5. d.M[788]. Wie die „Zukunft" vom 21. Juni unzweifelhaft ergibt, hat übrigens Tirpitz sein Buch bereits Harden zur Verfügung gestellt. Wir müssen also wohl auf das demnächstige Erscheinen sicher rechnen. Den Heilbronschen Entwurf habe ich noch umgearbeitet und namentlich die persönlichen Spitzen entfernt.

3. In Sachen Falkenhayn[789] lege ich die Fortsetzung meiner Korrespondenz in Abschrift bei. In der Entgegnung auf Tirpitz könnte ich vielleicht in der anliegenden Form auf die Sache eingehen, dabei zugleich über Moltke einiges sagen. Waldersee[790] soll sich „erstaunt" über die Darstellung in meinen „Betrachtungen" geäußert haben. Ha[e]ften hat neulich auf einem Mittwochabend an Hans Delbrück erklärt, der Generalstab als solcher sei Gegner der Kriegserklärung an Rußland gewesen, habe sie nur gegenüber Frankreich als notwendig angesehen, und lediglich Moltke hätte im letzten Moment die entgegengesetzte Auffassung vertreten. – Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie sich zu meinem Entwurf freundlichst kurz äußern wollten.

Daß Falkenhayn mir die relevanten Stellen seines Buchs vorlegen will, finde ich sehr gut und anerkennenswert. Aber daß mein persönliches Gedächtnis für eine Begutachtung ausreichen sollte, bezweifele ich, aber vielmehr bin ich schon jetzt absolut sicher, daß es nicht ausreicht. Wie sollen wir das machen? Werden dazu nicht mündliche Besprechungen zwischen uns erforderlich sein? Sobald ich die Drucksachen bekomme, telegrafiere ich, ob ich eine mündliche Besprechung für indispensabel oder eine Erledigung auf schriftlichem Wege auch mit Rücksicht auf die von Falkenhayn zugebilligte Zeit für

---

787 Des Versailler Vertrags.

788 Liegt nicht bei, auch die im folgenden genannten Stücke liegen nicht bei. Die im folgenden genannte: „Die Zukunft". Wochenschrift, die von 1892 bis 1922 erschien. Herausgeber war der im folgenden genannte: Maximilian Harden (1861–1927), Publizist.

789 Falkenhayns Erinnerungen erschienen ebenfalls 1919 unter dem Titel: Die Oberste Heeresleitung 1914–1916 in ihren wichtigsten Entschließungen. Berlin.

790 Georg von Waldersee (1860–1932), Generalleutnant; zuletzt Gouverneur von Sevastopol' 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ausführbar halte. – Übrigens wird, wenn wir auf der Liste des art. 228[791] stehen, wohl unter Umständen mündliches Benehmen erforderlich werden.

4. Der Ihnen zweifellos bekannte Justizrat von Gordon[792], Verteidiger Lichnowskys im Herrenhaus, übrigens in Privatangelegenheiten wiederholt mein Anwalt, stellt in einem Brief, in dem er sich für Übersendung meiner „Betrachtungen" bedankt, folgende zweifellos auf Lichnowsky zurückzuführende Betrachtungen an:

„Sie legen S. 61–63[793] großen Wert auf die entspannende Wirkung von Einzelausgleichen mit England und erwähnen den Kolonialvertrag und das Bagdadabkommen. Herr von Jagow S. 91[794] meint, es sei mehr als wahrscheinlich, daß Frankreich und Rußland, durch die Anzeichen einer möglichen Annäherung zwischen Deutschland und England beunruhigt, das Eisen zu schmieden trachteten, ehe es kalt werden könnte. Wer die Zeitungspresse in Frankreich hierüber in den Jahren 1913 und 14 verfolgt, hält das nicht für unrichtig. Hier nun setzt der Angriff des Fürsten Lichnowsky unter Angabe von Einzelheiten und Daten ein, daß diese Abkommen von unserer Seite verschleppend behandelt wären. Vielleicht wäre das Eisen im Juli 14 nicht mehr so heiß gewesen, wenn man schon längere Monate vorher mit den Abkommen fertig war und an ihrer Ausführung gemeinsam arbeitete. Kann diesem Angriff nicht kurz und präzise entgegengetreten werden?"

Meo voto könnte gesagt werden:

Das englische Kabinett hatte seine Politik so fest auf Seiten der Entente orientiert, und die Ententestaatsmänner waren darüber, zum mindesten durch den Grey-Cambonschen Briefwechsel[795], durch Greys und des Königs Äußerungen zu Sassonow in Balmoral und durch die russisch-englischen Marineverhandlungen[796] so genau im Bilde, daß eine Publikation unserer Abkommen,

---

791 Des Versailler Friedensvertrags betreffend die Auslieferung von angeklagten Deutschen.

792 Vermutlich Franz Adolf von Gordon (1872–1942) Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1898–1918. – Zur folgenden Sache: Botschafter Lichnowsky, erbliches Mitglied im Preußischen Herrenhaus, verfaßte nach Kriegsbeginn mehrere Schriften, in denen er seine mahnende Rolle vor der Julikrise verteidigt. Sie wurden während des Krieges teilweise im Ausland veröffentlicht. Wegen der darin enthaltenen Angriffe gegen das AA und auch Bethmann Hollweg wurde er am 12. Juli 1918 aus dem Herrenhaus ausgeschlossen.

793 Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Erstausgabe seiner „Betrachtungen" von 1919. – Zum folgenden: Es gab bis ins Jahr 1914 hinein deutsch-englische Geheimverhandlungen über die Beerbung des portugiesischen Kolonialbesitzes in Afrika und über die Bagdadbahn. Sie gelangten aber nicht zu einer Vertragsunterzeichnung.

794 In seinem Buch von 1919 „Ursachen und Ausbruch des Weltkrieges".

795 Vom 22. und 23. November 1912 zwischen Außenminister Grey und dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon. Vgl. oben Anm. 692. Der Briefwechsel war als Ersatz für einen offiziellen Bündnisvertrag zwischen England und Frankreich gedacht, der dem Parlament hätte vorgelegt werden müssen und daher publik geworden wäre. Darin versichert die englische Regierung, daß Frankreich im Falle eines unprovozierten Angriffs England an seiner Seite finden werde. – Paul Cambon (1843–1924), französischer Botschafter in London.

796 Seit dem Herbst 1912 waren im geheimen russisch-englische Verhandlungen über eine Marinekonvention im Gange, welche die französisch-russische Marinekonvention vom 16. Juli 1912 ergänzen sollte, aber bis zur Julikrise 1914 nicht zum Abschluß kamen. Sie

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zumal auch dasjenige über die Kolonien, nur problematische Zukunftsmusik war und bei uns sicherlich bespöttelt worden wäre, unmöglich mehr eine kalmierende Wirkung auf Rußland und Frankreich hätte ausüben können.

Gordon schreibt weiter:

„Auf S. 37 sagen Sie, Poincaré habe seine antideutschen Tendenzen nicht verborgen. Ich habe einmal vertraulich gehört, daß gerade Poincaré, als er Präsident wurde, den Versuch gemacht hat, das auswärtige Amt davon zu überzeugen, daß er keineswegs der Revanchepräsident sei, für den man ihn ausgebe und daß er sich dann auch auf Grund einer Verständigung mit dem Staatssekretär zweimal öffentlich ähnlich geäußert habe. Sollte dies zutreffend ein, was ja Herr von Jagow wissen muß, so wäre es wünschenswert, daß nicht erst die Franzosen es brächten, und es müßte S. 37–39 etwas umredigiert werden."

Mir ist hiervon nichts bekannt.

Endlich hält auch Gordon das Telegramm Szögyenis vom 27. Juli für „ein sehr belastendes Moment" und meint, auch ich persönlich sollte mich dazu äußern.

Alles das teile ich so aufführlich mit, weil es wohl Fingerzeige für die zu erwartende Diskussionen gibt.

5. Kennen Sie jemand, den ich mir zum Verteidiger vor dem Ententegerichtshof nehmen könnte? In Deutschland sehe ich niemand. Am liebsten hätte ich einen Neutralen von Weltruf. Ich besprach die Frage gestern auch mit Romberg[797]. Dieser will akademisch bei einem Vertrauten in Bern anfragen. Er denkt evenutell an Professor Huber, der allerdings schon sehr alt sein soll.

Bitte entschuldigen Sie die Vielseitigkei meiner Bitten. Von den Anlagen brauche ich keine zurück.

Mit meinem Buch hat sich die Presse kaum beschäftigt. Heute T.W.[798] in wenig anständiger und wahrheitsliebender Weise. Thimme in der deutschen Politik finde ich schwach, ebenso Naumann in dem beiliegenden Heft der Hilfe. An Briefen bekam ich bisher kaum etwas Beachtenswertes; von Onken[799] einen sympathischen, auch sachlich zustimmenden Brief. Jetzt muß ja alles in der namenlosen Katastrophe untergehen. Informierte Kreise in Berlin sind der festen Überzeugung, daß wenigstens in den beiden Ehrenfragen[800]

---

wurden durch einen Spion in der russischen Botschaft in London der deutschen Seite in einem sehr kleinen Kreis bekannt. Ausführlich dazu in einer neueren quellengesättigten Studie: Schröder, Die englisch-russische Marinekonvention.

797 Gisbert Frhr. von Romberg. – Der im folgenden genannte: Eugen Huber (1849–1923), Schweizer Politiker und Jurist; Professor an der Universität Bern seit 1892.

798 Theodor Wolff. – Seine Rezension zu Bethmanns „Betrachtungen" in: „Berliner Tageblatt", Abendausgabe, Nr. 289, S. 1, unter dem Titel „Heute . . .". Zum Teil übernommen in: Wolff, Tagebücher S. 847–850. – Die im folgenden erwähnten Besprechungen: Friedrich Thimme in: „Deutsche Politik" 4 (1919) S. 811–817. – [Friedrich] Naumann: „Bethmanns Rechtfertigung". In: „Die Hilfe" 25 (1919) S. 324–327.

799 Hermann Oncken (1869–1945), Historiker.

800 Zuweisung für die alleinige Schuld am Kriegsausbruch 1914 (§ 231) und Auslieferung des Kaisers (§ 227) des Versailler Vertrags. – Der im folgenden erwähnte Matthias = Matthias

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Konzessionen erhältlich gewesen wären, wenn nicht Matthias alles verdorben hätte. Man weiß nichts anderes als Schweigen.

Mit herzlichen Grüßen und Empfehlungen
stets aufrichtigst
der Ihre

868. Bethmann Hollweg an Schwertfeger

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/176, f. 56. Privatschreiben. In Schreibmaschinenschrift. Behändigte Ausfertigung. Praes.: 7. Juli 1919.

Hohenfinow, 5. Juli 1919

Sehr verehrter Herr Oberst!

Herr Heilbron wird Ihnen meinen Dank für Ihre Zeilen vom 24. Juni und die gleichzeitige Übersendung der Aushängebogen Ihres Buches über die belgische Neutralität[801] übermittelt haben. Gestern ist nun Ihr Buch selbst gekommen mit den freundlichen Begleitzeilen vom 3. d. M. Haben sie verbindlichen Dank für beides. Ihre aufklärende Arbeit ist ungemein eindrucksvoll. Das Urteil des Tages wird sie vielleicht noch nicht umstoßen, aber für Zeiten, wo die Menschen ruhiger und gerechter denken werden, wird sie von großer Bedeutung sein.

Ihren Aufsatz in der Deutschen Allgemeinen zu meinem Briefe an Clémenceau[802] habe ich mit besonderer Freude und Dank gelesen.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung
ergebenst

Erzberger, der den Waffenstillstand von Compiègne am 11. November 1918 unterzeichnet hatte.

801 Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität. Berlin 1919, 191 S.

802 Oben Nr. 866. – In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, Nr. 310, vom 2. Juli 1919, Morgenausgabe, S. 3 (also kurz nach Unterzeichnung des Vertrages von Versailles) schrieb Schwertfeger unter der Überschrift „Bethmanns Brief an die Entente“, daß nach „deutschem Staatsrecht der Reichskanzler verfassungsgemäß die alleinige Verantwortung“ für die zwischenstaatlichen Beziehungen trage. Deshalb sei es richtig, daß Bethmann Hollweg sich wegen der Anschuldigung nach Art. 227 des Vertrages dem internationalen Gericht zur Verfügung stelle.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

869. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 81. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 13. Juli 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Falkenhayn schickt mir soeben den angekündigten Teil seines Manuskriptes[803]. Es macht einen zurückhaltenden und vorsichtigen Eindruck. Was er über den Ubootskrieg sagt[804], erscheint mir einwandfrei. Die Schilderung der Situation im Herbst 14 und Sommer 15 füge ich in Abschrift bei. Daß von uns wegen des Baltikums nie Einwände gemacht worden seien, ist so mir nicht erinnerlich. Der Tadel über die Art der Führung der Verhandlungen mit Rußland scheint mir unbegründet, auch wohl nicht Sache des Generalstabschefs. Bitte teilen Sie mir Ihre Bemerkungen wo möglich umgehend, sollten sie kurz sein, eventuell sogar telegraphisch, mit, da Falkenhayn um baldige Rückgabe bittet.

Ich kann, da der Postbote wartet, heute nur diese wenigen Zeilen schreiben, auch nur ganz kurz, aber bestens für Ihren Brief vom 30. dankend. In der Auslieferungsfrage weiß ich nichts über die Zeitungen hinaus.

Mit vielen Empfehlungen und Grüßen
der Ihre

870. Bethmann Hollweg an Eisendecher

PA Berlin, Nachlaß Eisendecher. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 12. August 1919

Lieber Herr von Eisendecher!

Ihre freundlichen Worte vom 20. haben mir lebhaft die Erinnerung an alte gute Zeiten geweckt. Haben Sie herzlichen Dank dafür. Wie tief ich es beklagte, daß Sie nach Marschalls Tode[805] nicht nach London gingen, wissen Sie. Freilich gewinne ich immer steigend den Eindruck, daß die Gegensätze[806] nicht mehr zu überbrücken waren. Als ich mein Buch schrieb, war mir leider der Bericht Sassonows an den Zaren aus Balmoral vom Herbst 1912[807] (Weißbuch

[803] Seines Buches, das noch 1919 erschien: Die Oberste Heeresleitung 1914–1916 in ihren wichtigsten Entschließungen.

[804] Ebenda S. 58–61, 184–187. Danach – Herbst 1914/Sommer 1915: S. 34–61. – Baltikum/Verhandlungen mit Rußland: S. 129–131.

[805] Am 24. September 1912. An seine Stelle als Botschafter in London trat Fürst Lichnowsky.

[806] Die deutsch-englischen Gegensätze vor allem wegen der Flottenfrage.

[807] Oben Nr. 864 und Anm. 779. – Das im folgenden genannte: Weißbuch betreffend die Verantwortlichkeit der Urheber am Kriege. [Hrsg. vom Auswärtigen Amt.] Berlin 1919, hier S. 149–150.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

vom Juni dieses Jahres) noch unbekannt. Daß Grey und der König in einem Augenblick, wo Rußland den Balkankrieg arrangiert, also eine europäische Konflagration wieder in die Nähe gerückt hatte, so unzweideutig an Sassonow sagen konnten, wie gern sie gegen Deutschland mitmachen konnten, scheint mir doch ganz unwiderleglich zu beweisen, daß die Situation unrettbar verloren war. England hatte sich eben selbst die französisch-russische Schlinge um den Hals gelegt, und Paris und Petersburg konnten nun frei über Krieg und Frieden disponieren. – Wir waren durch 70/71 und durch unsere geographische Mittellage aufs schwerste belastet. Seit dem Regierungsantritt des Kaisers haben wir oft das Gegenteil von dem getan, womit wir die Last hätten erträglich machen können. Freilich hätte sich der Weltimperialismus auch ohne unser Zutun durchgesetzt, und sehr fraglich bleibt, ob wir es selbst bei vernünftigem Auftreten verhindert hätten, daß sich die natürlichen französischen, russischen und englischen Gegensätze gegen uns zusammenschlossen. Schuld haben wir auf uns geladen, aber nur allseitige und gemeinsame Schuld hat die Weltkatastrophe entstehen lassen können. Auch daraus möchte ich schließen, daß wir nicht endgültig verloren sind. –

Von der Großherzogin Luise hatte ich wiederholt Briefe, in alter Güte und Herzlichkeit geschrieben. Eine wundervolle Frau!

Wie schön, daß Sie sich ein erfreuliches Heim haben schaffen können[808]. Darf ich Ihnen und Ihrer verehrten Gemahlin meine herzlichsten Grüße und Wünsche hineinsenden in steter und dankbarer Erinnerung an manche trauliche Stunde in der Karlsruher Gesandtschaft.

Immer und aufrichtigst
der Ihre

871. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 82–83. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung. – Teildruck: Weltherrschaft im Visier S. 78.

Hohenfinow, 15. August 1919

Verehrter Herr von Jagow,

Sie wollen freundlichst verzeihen, daß ich in den letzten Wochen so lässig in der Beantwortung und dem Dank für Ihre Briefe war. Wenn ich ihn heute nachzuholen versuche, kann ich freilich nichts Sonderliches mitteilen.

Wedding[809] hat mich neulich besucht, aber mir nur mitteilen können, daß die Ansichten der Auszuliefernden über ihr Verhalten fortgesetzt weit auseinandergehen. Was wohl auch kaum verwunderlich ist, da die meisten Fälle in-

[808] Eisendecher wurde im März 1919 zum 1. Juli in den Ruhestand versetzt und verbrachte ihn in Baden-Baden.

[809] Bruno Wedding (1869–1931), Vortragender Rat; Leiter der Hauptstelle zur Verteidigung Deutscher vor feindlichen Gerichten 1919–1920.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dividuell verschieden liegen. Mir hat Clemenceau nicht geantwortet[810]. Ich warte also ab, bin aber ziemlich entschlossen, mich, sofern ich nicht Gelegenheit haben sollte, über die Ursachen des Krieges zu sprechen, materiell nicht zu verteidigen.

Die Verzögerung in dem Erscheinen von Tirpitzens Buch soll wesentlich auf geschäftlichen Rücksichten beruhen. Die verschiedenen Übersetzungen in alle lebenden Sprachen sind noch nicht fertig, und die Neugierde des Publikums soll gereizt werden. Nach den von der Presse bereits veröffentlichten Stichproben ist das Niveau so niedrig, daß ich eigentlich keine Lust habe, mich überhaupt darauf einzulassen. Doch wird es wohl nicht zu umgehen sein. Die Polemiken und Enthüllungen in Bruchstücken sind widrig. So z. B. auch jetzt das Schreiben Hindenburgs an den Bademax in Sachen Ubootskrieg, das die Situation absolut falsch wiedergibt[811]. Ich will aber meine gleich im vorigen Herbst auf dieses Schreiben abgegebenen Gegenäußerungen momentan noch nicht veröffentlichen, sondern es erst in meinem zweiten Bande tun, weil mir dies Preßgezanke unwürdig erscheint.

Ha[e]ften und Waldersee sollen eine Publikation wegen der Kriegserklärung an Rußland planen[812]. Ich glaube, Heilbron schrieb Ihnen dieserhalb. Nach meinem Gedächtnis liegt die Sache doch so, daß Moltke unter allen Umständen zugleich mit unserer Mobilmachung die Kriegshandlungen (Einmarsch in Luxemburg und Belgien) beginnen wollte. Debattiert wurde in jener Nacht auf meinem Zimmer über die verschiedenen Formen der Erklärung des Kriegszustandes[813]. Kriege referierte über die zu beobachtenden Modalitäten, wenn der Kriegszustand nicht von Regierung zu Regierung, sondern von Truppe zu Truppe proklamiert werde. Uns erschien diese letztere Modalität, weil allen möglichen Zufällen preisgegeben, ungeeignet. Auch hätte sie keine Basis für unser Ultimatum an Belgien und unsere Erklärung an Frankreich abgegeben. Darum ist die Ultimatumsdepesche an Pourtalès beschlossen worden. Der Zank der Militärs, ob Moltke oder Falkenhayn für oder gegen die Kriegserklärung gewesen sei, ist ein Streit um Worte. Entscheidend ist, daß Moltke keine Mobilmachung wollte, bei der sich unsere Truppen auf den Aufmarsch an der Grenze beschränkten, sondern daß sie gleich angreifen sollten. Übrigens möchte ich jetzt das Geschrei hören, wenn wir damals nicht den Kriegszustand von Regierung zu Regierung erklärt, sondern die Weiterentwickelung der Dinge irgendeinem Obersten überlassen hätten, der Grenzverletzungen von Patrouillen oder sonstigen Unfug zum Anlaß tatsächlicher Kriegseröffnung genommen

[810] Oben Nr. 866.

[811] In dem veröffentlichten Buch wird ein eigener Brief Tirpitz' an Max von Baden vom 17. Oktober 1918 abgedruckt: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 616–618; ders., Erinnerungen S. 290–292. Der hier angesprochene Brief Hindenburgs an Max von Baden ist vermutlich in der Presse erschienen; er ist nicht in: Max von Baden, Erinnerungen.

[812] Sie ist nicht veröffentlicht.

[813] In der Nacht vom 1. zum 2. August 1914. Vgl. u. a.: Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 132–133. – Der im folgenden genannte: Johannes Kriege (1859–1937), Wirklicher Geheimer Legationsrat; Direktor der Abt. III (Recht) im AA 1911–1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hätte. Dann würde uns mit Recht der Vorwurf treffen, daß wir die Frage Krieg oder Frieden in die Hand untergeordneter Stellen gelegt hätten. Da wir nun einmal nur einen Kriegsplan[814] hatten, ist auch nach meinem heutigen Urteil unsere damalige Haltung richtig gewesen. Was jetzt produziert wird, ist Rathausweisheit. Aber auch das Festhalten der Militärs an dem Schlieffenschen Kriegsplan halte ich für richtig. Offensive im Osten und Defensive im Westen hätte das Eingeständnis bedeutet, daß wir allergünstigsten Falles eine partie remise erwarteten. Mit solcher Parole konnte keine Armee und kein Volk in den Existenzkampf geführt werden.

Mit verbindichen Empfehlungen und Grüßen
aufrichtigst der Ihre

872. Bethmann Hollweg an Treutler

PA Berlin, Nachlaß Treutler, Nr. 3. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 23. August 1919

Lieber Herr von Treutler!

Besten Dank für Ihren Brief vom 21. und Ihre Niederschrift, die mir von höchstem Werte ist. Ich telegraphierte noch, weil mir das Erscheinen des Tirpitzschen Buches für die letzten Tage als sicher angekündigt wurde und eine öffentliche Stellungnahme meinerseits notwendig werden konnte. Nun läßt der Vater der Lüge heute durch Wolff[815] verkünden, daß das Buch einstweilen nicht erscheinen soll. Ist das Reklame oder sonstige Teufelei? Jedenfalls echt Tirpitz. Ludendorff scheint mir in der Form würdig, aber politisch unklug und gottähnlich[816]. – Zech war zwei Tage hier, aber ganz im Unklaren über seine Zukunft[817]. Doch das teilt er mit uns allen.

Ihr Besuch lebt mir in dankbarster Erinnerung fort. Menschliche Mitteilung ist das Einzige, was noch notdürftig über diese Zeit hinweghilft.

Beste Empfehlungen an alle Ihrigen und herzliche Grüße
von Ihrem ergebenen

[814] Den Schlieffenplan von 1905, dessen Ziel die Vernichtung des französischen Heeres in wenigen Wochen (durch Umfassung des linken französischen Flügels durch den deutschen rechten) und erst dann die Schwerpunktverlagerung nach Osten war. – Alfred von Schlieffen (1833–1913), Generalfeldmarschall; Chef des Generalstabs 1891–1905.

[815] Wolffsches Telegraphenbureau.

[816] Gemeint ist die Publikation von: Erich Ludendorff, Meine Kriegserinnerungen 1914–1918. Berlin 1919. – Ludendorff war im Oktober 1918 nach Schweden geflohen und verfaßte dort seine Erinnerungen von über 600 Seiten – eine enorme Leistung. Bethmann Hollweg schaffte nur knapp 200 Seiten (in großer Schrift) in derselben Zeit.

[817] Bethmann Hollwegs Schwiegersohn. Er blieb aber noch bei der preußischen Gesandtschaft in München als Geschäftsträger bis 1921.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

873. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 84–85. Privatbrief. Maschinenschriftiche Ausfertigung.

Hohenfinow, 19. September 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Im Anschluß an mein heutiges Telegramm gestatte ich mir einige Bemerkungen zu dem im gestrigen Abendblatt der Kreuzzeitung besprochenen Artikel von Spickernagel[818] in den Hamburger Nachrichten, der wie mir scheint auf Falkenhayn zurückgeht und zu dem ich mich wohl schon jetzt öffentlich werde äußern müssen. Lieber täte ich es erst in meinem zweiten Bande, aber wie mir Heilbron telefonisch sagt, wirbelt die Sache auch sonst in der Presse Staub auf.

1. Unsere Fühlungen in Rußland sind älter als der Juli 15. Andersen war schon vorher in Petersburg[819]. Falkenhayn hat zwar dauernd auf russischen Sonderfrieden gedrängt, aber unsere Versuche sind durchaus nicht auf seine alleinige Anregung zurückzuführen.

2. Daß im Juli 15 die Österreicher bereit gewesen sein würden, Großgalizien zu opfern, ist mir nicht bekannt, das Ergebnis von Verhandlungen Wangenheims über die Dardanellen nicht erinnerlich.

3. Daß ich ungern an Verhandlungen mit Rußland herangegangen wäre, dafür aber in der Bekämpfung des Zarismus, der Befreiung der Randstaaten und der Errichtung eines selbständigen Polens mein Hauptziel gesehen hätte, um mich daraufhin mit England versöhnen zu können, ist einfach unwahr. Ich habe die Missionen Andersens nach Rußland mehr poussiert als die nach England.

4. Ob und mit welcher Rolle im Juli 15 Warburg[820] betraut worden ist, ist mir nicht mehr erinnerlich. Ich meine, wir haben noch vor dem Fall von Warschau Rußland über Schweden wissen lassen, die bevorstehende Okkupation ganz Polens werde uns, wenn sie länger dauere, nötigen, eine bestimmte Stellung zur polnischen Frage zu nehmen. Eine Verständigung mit Rußland, zu der wir, wie Petersburg wisse, jederzeit bereit seien, werde uns dessen entheben. Möglich ist es, daß Warburg hierbei beteiligt war. Sassonow gab uns brüsk ei-

[818] Wilhelm Spickernagel (1890–1928), Journalist und Schriftsteller; arbeitete bei den „Hamburger Nachrichten“. – Spickernagels Artikel über Bethmann Hollweg in den „Hamburger Nchrichten“ vom 17. September 1919. – Diese Zeitung erschien von 1849 bis 1939 als Morgenzeitung. – Der Inhalt des Zeitungsartikels geht aus dem folgenden und aus den Nr. 875 und 996* unten hervor.

[819] Zahlreiche seiner Berichte seit November 1914 sind abgedruckt in: Scherer/Grunewald I.

[820] Warburg war im Juli 1915 nach Stockholm geschickt worden, um dort Fäden für einen Sonderfrieden mit Rußland anzuknüpfen. Vgl. ebenda S. 137 und 141. Belege für die folgende Auslassung Bethmanns über Polen ebenda S. 146–150.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nen Korb[821], und erst danach habe ich am 19. August im Reichstag Folgendes gesagt[822]:

„Unsere Verwaltung Kongreßpolens.

Meine Herren, unsere und die österreichisch-ungarischen Truppen haben die Grenzen von Kongreßpolen gegen Osten erreicht, und beiden fällt die Aufgabe zu, das Land zu verwalten. Geographische und politische Schicksale haben seit langen Jahrhunderten Deutsche und Polen gegeneinander zu kämpfen gezwungen. Die Erinnerung an diese alten Gegensätze mindert nicht die Achtung vor der Leidenschaft, Vaterlandsliebe und Zähigkeit, mit der das polnische Volk seine alte westliche Kultur, seine Freiheitsliebe gegen das Russentum verteidigt und auch durch das Unglück dieses Krieges bewahrt hat. Die gleißnerischen Versprechungen unserer Feinde ahme ich nicht nach. Aber ich hoffe, daß die heutige Besetzung der polnischen Grenzen gegen Osten den Beginn einer Entwicklung darstellen wird, die die alten Gegensätze zwischen Deutschen und Polen aus der Welt schafft und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen wird, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln kann. Das von uns besetzte Land werden wir unter möglichster Heranziehung der eigenen Bevölkerung gerecht verwalten, die unvermeidlichen Schwierigkeiten, die der Krieg mit sich bringt, auszugleichen, und die Wunden, die Rußland dem Lande geschlagen hat, zu heilen suchen."

Daß ich dadurch „die Brücken mit Rußland abgebrochen hätte", ist, auch wenn dies Falkenhayn jetzt durch Vorwegnahme einer Stelle seines Buches von Spickernagel sagen läßt, unrichtig[823]. Weitergehende – vielleicht zu weitgehende – Äußerungen über die Randstaaten habe ich erst am 5. April 16 gemacht[824]. Aber auch nicht diese Äußerungen sind es gewesen, welche eine Verständigung mit Rußland gehindert haben, sondern der Widerstand Sassonows und seine Abhängigkeit von England.

5. Alldeutsch annexionistische Preßartikel habe ich niemals veranlaßt, auch nicht in jenem Juli in den demokratischen Zeitungen.

Daß dieselbe Kreuzzeitung, welche mit dem östlichen Annexionisten Ludendorff durch dick und dünn geht, dem östlichen Verzichtler Falkenhayn jetzt Lorbeerkränze windet, um ihren Haß gegen mich zu kühlen, ist für unsere politischen Zustände bezeichnend.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansichten zur Sache mitteilen wollten. Ich ziehe gleichzeitig soweit möglich durch Heilbron Aktenkenntnis ein.

Mit besten Grüßen und Empfehlungen
stets der Ihre

821 Ebenda S. 154–156.

822 Unten Nr. 682*. Das folgende Zitat in: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56,1 (1915) S. 355.

823 Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung S. 131.

824 Im Reichstag. Unten Nr. 745*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

874. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 45–46. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 22. September 1919

Lieber Freund!

Ob Dich die Postkarten, die ich Dir ab und an schrieb, erreicht haben? Jetzt scheinen wieder Briefe erlaubt zu sein. Da sollen diese Zeilen nur ein Lebenszeichen sein und nochmaliger Dank für den Brief, den Du mir aus Weimar schriebst. Er war mir unendlich viel in allem Mitverstehen und Mitfühlen, und Deine treue Freundschaft ist mir in dieser wachsenden inneren und äußeren Vereinsamung ein sehr großes Geschenk. – Deiner dachte ich viel und wie Du diese Zeile erwägst [!] [= erhältst?].

Von mir ist nichts zu sagen. Für meinen zweiten Band finde ich immer noch nicht die rechte Tonart. Da ich keine geschichtliche Kriegsdarstellung zu geben habe und geben kann, sondern nur Anmerkungen dazu, brauche ich zu der Arbeit ein Maß von innerer Freiheit, die ich noch nicht aufbringen kann. Ja sie hat sich in den letzten Monaten vermindert. Die Wucht dessen, was wir äußerlich erleben und was ich innerlich durchzumachen habe, macht sich in ihrer ganzen Schwere doch nur allmählich fühlbar. – Die äußeren Zustände hier waren erträglich. Eigentlich ist das Leben noch in alten Bahnen hingelaufen. Meinen Kindern geht es gut. Felix studirt in Berlin, Nationalökonomie und Landwirtschaft. Zechs haben die schweren Zustände in München gut überstanden. Was mir so noch an Lebensfreude geblieben ist, empfinde ich dankbar.

Ich schreibe heute nur diese kümmerlichen Zeilen. Gedanken und Worte wollen sich nicht zusammenfügen, und der Lauf der Post bleibt vielleicht doch unsicher. Aber es drängt mich zu einem äußeren, wenn auch nur schwachen Zeichen ganz fester innerer Verbindung.

Von meinen Schwägern die besten Grüße. Dir und allen Deinen nah und fern treueste Wünsche.

Stets der Deine

875. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 86–87. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 25. September 1919

Verehrter Herr von Jagow!

haben Sie verbindlichsten Dank für Ihre freundlichen Briefe vom 19. und 21. und die Zusendung des Berichtes von Lucius, den ich hier wieder an-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schließe[825]. Heilbron hat noch die Akten einsehen können, und auf Grund dieses gesamten Materials habe ich ein Dementi verfaßt, das ich in die Form eines Briefes an Hans Delbrück gekleidet habe und das dieser, wie ich hoffe, im Oktoberheft der Preußischen Jahrbücher veröffentlichen wird[826]. Abschrift meines Briefes gestatte ich mir beizufügen. An die Tagespresse konnte ich mich nicht wenden, da die Öffentlichkeit jetzt doch in erster Linie Äußerungen von mir zu dem österreichischen Rotbuch[827] erwarten würde. Solche aber zu geben halte ich aus Gründen, auf die ich gleich komme, jetzt für unmöglich.

Daß Spickernagel mit Falkenhayn in naher Verbindung steht, ist zweifellos. Ein Vergleich seines Artikels mit den Druckbogen, in die mir Falkenhayn vor einigen Wochen Einblick gestattete, ergibt dies zur Evidenz. Wie seine Bemerkung über Moltkes Zustimmung zur Kriegserklärung weiterhin zeigt, hat er übrigens auch mit sonstigen Generalstabskreisen engste Fühlung. Aus diesem Grunde schreibe ich nicht an Falkenhayn. Aber auch anderweite Erwägungen halten mich davon ab.

Daß Ludendorff in seinem ganzen Buch mit keinem Wort von seinen doch starken Differenzen mit Falkenhayn spricht, beruht ersichtlich auf vorheriger Vereinbarung beider Instanzen. Zweck kann nur die Bildung einer geschlossenen Phalanx gegen mich sein. Jede Schuld der Militärs soll einmütig geleugnet, alles auf mich abgeladen werden. Dieselbe Tendenz greift sogar noch weiter.

Hintze hat versucht, gegen Ludendorff Front zu machen. Aber recht verschwommen und unklar[828].

Ludendorff erwidert in gleichartigen nebelhaften Tönen, und Westarp beeilt sich zu konstatieren, daß eigentlich gar keine Differenz zwischen beiden besteht. Alles zu dem Zweck, die Gesamtheit des Unheils auf mich zu konzentrieren.

Nun die Wiener Veröffentlichungen. Die Art ihrer Ausschlachtung durch unsere Presse schließt aus, daß ich mich in ihr dazu äußere. Die demokratischen Blätter benutzen sie nur, um gegen das alte Regime Sturm zu laufen, und die konservativen bleiben doch bei aller sonstigen Sachlichkeit froh, auch diese Gelegenheit zu persönlichen Angriffen auf mich benutzen zu können. Beide würde ich in ihren Bestrebungen nur unterstützen, wenn ich das Wort ergriffe. Dagegen hat mich Wiegand versichern lassen, daß für Amerika ein Interview nützlich sein könnte. Ich gebe es ihm, und Heilbron wird Ihnen eine

[825] Für das Jahr 1915 handelt es sich in Sachen Separatfrieden mit Rußland um folgende Depesche Lucius' aus Stockholm: Scherer/Grunewald I S. 142; für das Jahr 1916 sind es: ebenda S. 269, 273, 391–394.

[826] Bethmann Hollweg, Das „Friedensangebot" von 1915. In: Preußische Jahrbücher 178 (1919) S. 114–116. Es handelt sich um den Abdruck des Briefes an H. Delbrück unten in Nr. 996*.

[827] Österreichisches Rotbuch. II. Diplomatische Aktenstücke zur Vorgeschichte des Weltkrieges 1914. Ergänzungen und Nachträge zum Österreichisch-Ungarischen Rotbuch. Wien 1919.

[828] Hintzes Äußerung gegen Ludendorff wurde nicht ermittelt (vermutlich steht sie in der Presse). So auch die im folgenden erwähnten Äußerungen Ludendorffs und Westarps.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Abschrift senden. Natürlich wird die Haltung unserer Presse das Ausland sehr ungünstig beeinflussen. Daß wir in Wien vielleicht zu freie Hand gelassen haben, weiß man zu tadeln. Daß England und Frankreich die russischen Kriegstreiber nicht wirksam zurückgehalten, sondern unterstützt haben, dafür findet man kein Wort der Kritik.

Ende Oktober werden die Veröffentlichungen aus unseren Archiven beginnen[829]. Wahrscheinlich zuerst die Vorgänge von Serajewo ab (durch Schücking bearbeitet), gleichzeitig die Periode der Mobilmachung durch Montgelas. Namentlich die erstere Publikation wird wohl sehr unfreundlich gefärbt sein. Schücking soll die Ansicht vertreten, wir hätten einen Präventivkrieg gewollt. Ich zweifele nicht, daß die daraus entstehende Preßkampagne vielfache Gegenäußerungen nötig machen wird. Werden diese Gegenäußerungen möglich sein ohne ein konstantes Zusammenarbeiten von Ihnen, Stumm und mir? Mir scheint, wir werden eine Form dafür finden müssen.

Worauf Helfferichs Bemerkung wegen des Ubootskrieges abzielt, ist auch mir unbekannt[830]. Über den Zeitpunkt der ersten Tirpitzkrisis[831] weiß ich momentan nichts Bestimmtes.

Mit verbindlichen Empfehlungen und Grüßen
aufrichtigst der Ihre

876. Bethmann Hollweg an Hammann

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. Privatbrief. Eigenhändiges revidiertes Konzept.

[o.O] 29. September 1919

Lieber Hammann!

Ihren dritten Band, den mir die Post gestern früh brachte, habe ich in einem Zug durchgelesen, zu schnell, aber ich kam nicht mehr los[832]. Erst bei nochmaligem Lesen werde ich ganz auskosten, was in und zwischen den Zei-

[829] Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch [vollständig unten im Literaturverzeichnis]. Der im folgenden genannte: Walther Schücking (1875–1835), Professor für Staatsrecht und Völkerrecht in Marburg seit 1902; MdR (Deutsche Demokratische Partei) 1919–1928; Mitglied (1924: Vorsitzender) des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

[830] Seine drei Bände „Der Weltkrieg“ erschienen 1919. Das Kapitel über den Ubootkrieg in Bd. 2 S. 283–430. Seine Bemerkungen zu Bethmann Hollwegs Kriegszielen S. 290–293 sind sachlich und durchaus im freundlichen Sinne ihm gegenüber.

[831] Die erste „Tirpitzkrise“ war im Juni 1915 nach dem „Lusitania“-Zwischenfall, als Tirpitz seinen Abschied einreichte; das nächste Abschiedsgesuch erging im August des Jahres; das dritte erfolgte im März 1916 und wurde von Kaiser angenommen. Bethmann Hollweg spielt also vermutlich auf die Gesuche vom Sommer 1915 an. Vgl. Tirpitz, Politische Dokumente II S. 350–351, 409–410, 415–416, 509–510.

[832] Otto Hammann, Um den Kaiser [1906–1909]. Berlin 1919. – Die beiden im folgenden erwähnten Bücher: Ders., Der neue Kurs. Erinnerungen [1890–1897]. Berlin 1918. – Ders., Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Erinnerungen aus den Jahren 1897–1906. Berlin 1918.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

len steht. Ob es meine nähere Kenntnis der geschilderten Zustände ist, die mich zu einem nicht ganz zutreffenden Urteile verleitet, weiß ich nicht. Aber ich finde, dieser dritte Band ist noch besser als die beiden ersten. Sie lösen das beinahe unlösbare Problem, vom Kaiser ein ganz wahres Bild zu malen, das doch nicht verletzend wirkt. Der Schlüssel liegt wohl darin, daß Ihre Kritik nicht „den eigenen Kitzel" sucht. (Wer ist „der stille gedankenreiche Mann" des Epilogs?) Wollen Sie mir nicht ermöglichen, Ihnen mündlich für Ihr Buch zu danken und Ihnen dabei viva voce zu sagen, wie sehr mich sein Inhalt und seine Sprache beeindrucken? Wenn sie 12,34 Stettiner Bahnhof[833] abfahren, sind Sie halb drei hier[834], und ich kann mich den Nachmittag und den ganzen nächsten Tag von Ihnen aufmuntern lassen, was ich absolut brauche. Die letzten Monate haben mich niedergeworfen. Sie sehen, ich bin immer noch der alte Egoist, der gern einen alten Freund wiedersieht. Meine Telefonnummer ist nach wie vor „Schloß Hohenfinow". Klingeln Sie mich bitte an oder schreiben Sie mir, ob und wann sie mich besuchen wollen.

In alter Gesinnung
der ihre

877. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 90–91. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 4. Oktober 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Haben Sie vielen Dank für die freundlichen Briefe vom 28. vor. und 2. ds.Mts. Ihr Interview an Wiegand finde ich, wenn Sie mir das auszusprechen erlauben, vortrefflich[835]. Freilich fürchte ich mit Ihnen, daß gegenwärtig mit Enthüllungen und Gegenäußerungen, die nicht auf Sensation eingestellt sind, wenig zu machen ist. Da wir aber die Hoffnung auf spätere Revision des Versailler Vertrages nicht ganz aufgeben dürfen, müssen wir auch diejenigen Schichten des Auslandes zu stärken suchen, die noch nicht völlig auf die Ententephrasen eingeschworen sind. Auch in Amerika scheinen doch solche Strömungen vorhanden zu sein. Ich habe neuerdings verschiedene Nummern der American Monthly[836] eines Dr. Viereck – an der auch Wiegand mitarbeitet – aus New York zugeschickt erhalten, die ganz progermanisch gehalten sind und Wilson sehr massiv angreifen. Vielleicht ist es doch bezeichnend, daß so

[833] In Berlin (1952 aufgelassen).

[834] In Hohenfinow (bzw. am Bahnhof Niederfinow).

[835] Nicht ermittelt.

[836] Monatszeitschrift, die zwischen 1892 und 2001 erschien. – Der im folgenden genannte: George Sylvester Viereck (1884–1962), deutsch-amerikanischer Schriftsteller und Publizist; Herausgeber des „American Monthly".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

etwas in Amerika überhaupt möglich ist. – Hans Delbrück hat im Oktoberheft der preußischen Jahrbücher sehr gut über das Rotbuch geschrieben[837]. Jammerschade, daß es nicht möglich zu sein scheint, derartiges in die Tagespresse zu bringen. Denn wer liest die Jahrbücher? Unsere Parteipolitik gibt sich alle Mühe, auch unsere Zukunft unmöglich zu machen. – Tirpitz ist ja völlig umgearbeitet[838]. Anscheinend hat eine in der auswärtigen Politik besonders versierte Persönlichkeit namentlich das Kapitel 16 durchgearbeitet [„Der Ausbruch des Krieges"]. Die vorbereitete Broschüre[839] lasse ich nicht ab. Ob ich einzelne besonders schwerwiegende Angriffe in einer Zeitschrift zurückweise resp. korrigiere, überlege ich noch. Ganz unverständlich ist mir die Bemerkung Seite 237 ganz unten, bezüglich deren sich Tirpitz auf den Kaiser beruft. Natürlich habe ich einen solchen Vorschlag nie gemacht. Aber ob es sich um Allerhöchste Illusionen oder um Alfred'sche Erfindungen handelt, weiß ich nicht. Gegen seine sofortige große Aktion der Flotte bin ich allerdings gewesen. Glückte der Schlieffen'sche Plan und verloren wir nicht die Marneschlacht[840], dann waren baldige Friedensverhandlungen wenigstens nicht ausgeschlossen, und bei denen war uns eine in der Hauptsache intakte Schlachtflotte sehr wertvoll. Ich habe diese Ansicht in den ersten Kriegsjahren dem Kaiser gegenüber ausgesprochen, der dieselbe Ansicht vertrat. Auch noch im Frühjahr 15 war ich gegen ein Riskieren unserer gesamten Flotte, weil ich an der Möglichkeit eines entscheidenden Schlages zweifelte, einen halben Erfolg aber für nutzlos hielt, nachdem der Verlust der Marneschlacht eine schnelle Kriegsbeendigung illusorisch gemacht hatte. Hielt Tirpitz – und das scheint mir das Entscheidende zu sein – die Aktion für so notwendig und aussichtsvoll, wie er es in seinem Buch darstellt, so hätte ihn gerade meine Haltung zwingen müssen, die Frage vor dem Kaiser zum Austrag zu bringen. Ein solcher Vortrag aber hat nie stattgefunden. Die Schlacht am Skagerak scheint mir übrigens zu bestätigen, daß Tirpitz zu rosig gesehen hat. Wie verträgt sich auch mit seinem Marineoptimismus die Bemerkung auf Seite 227, daß die Kriegsgefahr 1914 vom Standpunkt der Marine aus strategisch keinen günstigen Zeitpunkt fände. – Überall bringt Tirpitz, wie das auch sonst seine Art war, Sicherheitskonfizienten [= ~koeffizienten] an, die es ihm ermöglichen, sich herauszureden. So hier, so beim Ubootskrieg, so allerorten. – Über die Kriegsbriefe sage ich kein Wort[841]. Wie auch ein Blatt wie die Kreuzzeitung einen solchen

[837] Hans Delbrück, Die österreichische Enthüllung über den Weltkrieg. In: Preußiche Jahrbücher 178 (1919) S. 182–187.

[838] Alfred von Tirpitz, Erinnerungen. Leipzig 1919. – Die im folgenden genannte S. 237 (unten) des Buches: „Der Kaiser teilte mit [am 29. Juli abends im Potdsamer Palais], der Reichskanzler hätte vorgeschlagen, die deutsche Flotte durch ein Abkommen mit England zu opfern – was er, der Kaiser, abgelehnt hätte."

[839] Als Replik zu einigen Passagen von Tirpitz' Erinnerungsbuch. Seinerzeit nicht veröffentlicht. Vgl. Bethmann Hollweg, Betrachungen (Dülffer), S. 313–330.

[840] Niederringung Frankreichs durch Umfassung des französischen linken Flügels über die Marne hinweg und Einnahme von Paris.

[841] Tirpitz hat in seinen Erinnerungen S. 393–503 eigene Tagebuchaufzeichnungen (August 1914–August 1915), überschrieben „Aus meinen Kriegsbriefen", als Anhang abgedruckt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dithyrambus über den „großen Mann“ anstimmen kann, ist mir doch unbegreiflich. – Ich habe das Buch bisher nur in Bruchstücken gelesen, kann also noch nicht definitiv sagen, was ich zu tun gedenke. Heilbron, der das ganze opus durcharbeitet, will mir übermorgen darüber mündlich berichten. Danach werde ich mir erlauben, Ihnen weitere Mitteilung zu machen.

Daß Sie eventuell in der „Deutschen Politik“ anworten wollen, finde ich ganz besonders dankenswert. Auch Ihnen grollt ja Tirpitz. Aber doch lange nicht so wie bei mir, und so wird auch eine Antwort von Ihnen viel sachlicher aufgenommen werden als eine etwaige von mir, der ich schon so wie so im Rufe der Empfindlichkeit stehe.

In Eile, mit vielen Grüßen und Empfehlungen der Ihre

878. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 92. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 11. Oktober 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Daß ich mich jetzt zu Tirpitz äußere, erscheint mir immer inopportuner. Zur Vorgeschichte des Krieges bringt er neue sachliche Momente nicht, und Streiterei über subjektive Auffassung führt momentan nicht zum Ziele. Was er über das Zurückhalten der Flotte i m Kriege sagt, fällt in meinen zweiten Band. Bleiben die persönlichen Gehässigkeiten und Unwahrheiten. Über sie jetzt apart zu handeln, verbietet die allgemeine Animosität gegen mich. (Macht mich doch jetzt z. B. Hoesch[842] in der Kreuzzeitung auch für alle wirtschaftlichen Mißstände persönlich verantwortlich.) Übrigens müßte das Zurückhalten der Flotte vor allen Dingen auch marinetechnisch besprochen werden. Frau von Pohl[843] schreibt mir, die Tagebücher und Skripturen ihres Mannes seien voll von Klagen über die Mängel der Flotte (zum Teil ungenügende Armierung, zu schwache Panzerung, fehlende Ölfeuerung auf den Torpedobooten u.s.w.), die ihre Untätigkeit erzwungen hatten. Ich wünschte, daß seemännische Kreise darüber schrieben. Überhaupt wird nur Kritik von verschiedensten Seiten etwas ausrichten können. Deshalb würde ich, wie ich neulich schon schrieb, öffentliche Äußerungen, auch gerade zu Ihnen, für so sehr dankenswert halten.

Die Zeugenvernehmungen vor den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen werden nun wohl bald beginnen, wobei auch wir drankommen wer-

[842] Felix Hoesch (1866–1933), MdR (Deutschkonservativ) 1912–1914; Mitglied des Preußischen Landtags (Deutschnationale Volkspartei) 1924–1928; Gutsbesitzer. – Zu seiner Kritik an der Staatswirtschaft während des Weltkriegs vgl. Westarp, Konservative Politik II S. 419.

[843] Keine weiteren Daten ermittelt.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

den[844]. Auch Stumm, der mich neulich hier besuchte, hielt es für sehr erforderlich, daß wir vorher gegenseitig unser Gedächtnis auffrischten, um bei den Aussagen scheinbare Widersprüche auszuschließen. Wie er meinte, würden zwei zu den Akten geschriebene Berichte Tschirschkys dabei eine besondere Rolle spielen. Stumm wollte Ihnen schreiben, daß er für eine Zusammenkunft in Berlin seine Wohnung ganz zur Verfügung stellen könne. Das würde nach den verschiedensten Seiten die Sache erleichtern. – Soeben schreibt mir Heilbron, die parlamentarische Kommission beabsichtige, die Frage des Kriegsausbruchs noch zurückzuschieben, weil das Aktenmaterial nicht vor Ende dieses Monats gedruckt werden könne. Wahrscheinlich werde es bis Mitte November dauern, ehe diese Fragen erörtert würden. Vorher sollte der Ubootkrieg behandelt werden, und zwar bereits nächste Woche. Zunächst sollte Bernstorff vernommen werden.

Mit verbindlichsten Grüßen und Empfehlungen
aufrichtigst

879. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 93. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 15. Oktober 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Ihr freundlicher Brief vom 12. ds.Mts., für den ich vielmals danke, hat sich mit dem meinigen vom 11. gekreuzt. Mit ihrem Passus zu Seite 236[845] bin ich ganz einverstanden. Daß ich Tirpitz einmal zu schriftlicher Äußerung über Belgien aufgefordert habe, weiß ich, glaube mich auch bestimmt zu erinnern, daß er kurz und verschwommen geantwortet hat, sodaß man nicht wissen konnte, was er eigentlich wollte. Ich will versuchen, mir Abschrift dieser seiner Antwort zu verschaffen.

Im übrigen geht es mir beim Lesen seiner Erinnerungen genau wie Ihnen. Überall Widersprüche, Verlogenheiten und Selbstgefälligkeit. Frau von Pohl

[844] Die Weimarer Nationalversammlung hat 1918/19 einen Untersuchungsausschuß eingesetzt. Dieser stellte sich vier Hauptfragen, die von vier Untersuchungsausschüssen recherchiert wurden. Es ging 1. um die Schuld am Ausbruch des Krieges; 2. um die Friedensmöglichkeiten während des Krieges; 3. um die Vorwürfe der Kriegsgegner wegen Verletzungen des Völkerrechts; 4. schließlich um die Ursachen des inneren Zusammenbruchs, vor allem im Jahr 1918. Bethmann Hollweg wurde verschiedentlich vor den ersten Unterausschuß geladen, um Auskünfte über den Kriegsbeginn zu geben. Zu den Publikationen des Untersuchungsausschusses vgl. Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit II S. 316–321.

[845] Gemeint ist S. 286 von Tirpitz, Erinnerungen, wo dieser sich über Belgien ausläßt: Belgien müsse nach dem Krieg unter deutscher Herrschaft bleiben und dürfe nicht England zur Verfügung stehen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

habe ich noch um Einsicht in die Aufzeichungen ihres Mannes gebeten[846], will auch von Müller Aufschluß zu erhalten versuchen, was Tirpitz mit meinen angeblichen Eingriffen in die Seekriegsführung meint. Leider hat sich Müller bisher ziemlich schweigsam verhalten, wenn ich mich an ihn wendete.

In Eile mit vielen Empfehlungen
Ihr ergebener

880. Aufzeichnung Schwertfegers

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 14–17. Ausfertigung in Maschinenschrift (mit Unterschrift). Am Kopf handschriftlicher Vermerk Schwertfegers: „In dieser Form Herrn v. Bethmann am 14.11.19 übergeben." Vermutlich zur Verwendung Bethmanns im Weimarer Untersuchungsausschuß. Dazu ist es indes nicht mehr gekommen.

[o. O.] 14. November 1919

Die Anfänge des U-Bootkrieges

Von Bedeutung für die Verantwortlichkeit an der Entfesselung des U-Bootkrieges ist die Frage, ob und in welchem Maß sich der Reichskanzler dabei an das Urteil der Obersten Heeres- bzw. Marineleitung gebunden gefühlt hat. Im Untersuchungsausschuß ist jetzt immer von den Vorgängen im Herbst 1916 und im Jahr 1917 die Rede, für die bereits Hindenburg und Ludendorff seitens der Obersten Heeresleitung verantwortlich zeichneten. Die Entstehung des U-Bootkrieges fiel aber bereits in die Amtszeit des Generals v. Falkenhayn als Generalstabschef, reicht also bis in den Spätherbst 1914 zurück. Falkenhayn gibt darüber in seinem soeben erschienenen Buch Aufklärungen, die den Werdegang der Verantwortlichkeitsfrage deutlicher erkennen lassen[847].

Falkenhayn geht davon aus, daß die Oberste Heeres- und Marineleitung in der Person des Obersten Kriegsherrn verkörpert war und daß der Generalstabschef – wenn auch oft genötigt, sich mit der Politik zu beschäftigen – ganz außerstande gewesen sei, neben den Geschäften der Heeresleitung sich mit der Führung der Politik zu befassen. Den U-Bootkrieg erwähnt er zum ersten Male bei Abwägung der Lage im Spätsommer 1914. Damals sei die Zahl der Unterseeboote zu irgendeiner bedeutenderen Tätigkeit völlig unzureichend gewesen. Bei der Schilderung des „Wettlaufes nach dem Meere" im Oktober 1914 kennzeichnet er ihn als Antwort auf den englischen Aushungerungskrieg.

Anfang Februar 1915 erklärte nach Falkenhayns Darstellung der Chef des Admiralstabes, v. Pohl, die Marine glaube jetzt imstande zu sein, den U-Bootkrieg gegen England mit der Aussicht auf durchschlagenden Erfolg aufzunehmen, „wenn er in der einzig dem Wesen dieser Waffe entsprechenden Weise,

[846] Ein Nachlaß Hugo von Pohl ist in der Datenbank Nachlässe des Bundesarchivs nicht verzeichnet. Er hat vermutlich den Zweiten Weltkrieg nicht überstanden.

[847] Falkenhayn, Die Oberste Heeresleitung S. 58–61, 131–133, 181–182, 184–187.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

d.h. ohne Einschränkung in der Anwendung, geführt werden könne". Gewalttätigkeiten gegen erkennbare Neutrale sollten unterlassen werden, freilich waren dabei Verwicklungen, vor allem mit Amerika, nicht ausgeschlossen. Was Amerika anbetraf, so war für Falkenhayn maßgebend, „ob der Vorteil, den die Gesamtkriegführung aus dem unbeschränkten Unterseekrieg zu ziehen vermochte, durch die Haltung jener Vormacht der Neutralen wettgemacht werden konnte oder nicht". Traf es zu, daß, wie der Admiralstab behauptete, England in einer nach Monaten zu berechnenden Frist unfähig gemacht werden konnte, den Festlandkrieg in derselben Art fortzuführen wie bisher, so konnte nach Falkenhayns Ansicht selbst die Gefahr ernster Verwicklungen mit Amerika nicht zum Verzicht auf die Anwendung des Unterseekrieges berechtigen. Auch glaubte man damals noch, Amerika hege ernsthaft die Absicht, neutral zu bleiben. Der Beginn des Unterseekrieges wurde daher beschlossen (S. 61).

Die Wirkungen befriedigten den General nicht. Ein merklicher Einfluß auf die feindliche Kriegführung blieb aus, da immer noch zu wenig Boote vorhanden waren. Zur Abstellung dieses Mangels war viel Zeit und viel Kraftaufwand nötig. Die Marine glaubte ihn „trotz des ihr bekanntlich innewohnenden, manchmal auch zu weit gehenden Optimismus, erst für das Frühjahr 1916 schaffen zu können". Falkenhayn spricht in diesem Zusammenhange von dem folgenschweren Irrtum, daß man in Deutschland vor dem Kriege „anstatt den Ausbau der Unterseebootwaffe, als derjenigen des Schwächeren zur See, ausreichend zu fördern, ihm die Schaffung von Schlachtschiffen übergeordnet hatte, und entwickelt, daß man im Frühjahr 1915 auf die Fortsetzung des Unterseekrieges in der bisherigen Form bis auf weiteres verzichten mußte, um nicht das durch die Torpedierung der „Lusitania" gereizte Amerika in den Krieg hineinzustoßen. Nur in der Form des Kreuzerkrieges durfte er weitergeführt werden.

Die Weihnachten 1915 dem Kaiser vorgelegte Denkschrift Falkenhayns[848] zeigt, daß die „bestimmten Zusagen der Marine" eine anfängliche Skepsis über die Wirkung des U-Bootkrieges zum Teil besiegt hatten. Er stützte sich nunmehr darauf, daß England innerhalb des Jahres 1916 durch den U-Bootkrieg zum Einlenken gebracht werden würde, und erklärte nun auch die Annahme einer feindlichen Haltung Amerikas als erträglich. Zwar betonte er, die Voraussetzung sei, daß die Marine sich nicht irre, Erfahrungen in ausreichendem Maße gäbe es noch nicht: Aber die Lage habe sich doch zu unseren Gunsten verschoben, und es sei deshalb militärisch nicht gerechtfertigt, „wenn man weiterhin auf die Anwendung dieses voraussichtlich wirksamsten Kriegsmittels verzichten wolle". Der Verzicht auf den unbeschränkten Unterseekrieg sei in der Lage Deutschlands nicht zulässig.

Die vom Reichskanzler herbeigeführte Verzögerung im Beginn des U-Bootkrieges im Februar 1916 verurteilt Falkenhayn, obwohl auch der Admiralstabschef v. Holtzendorff mit einem kurzen Aufschub einverstanden war, und hielt

[848] Sie ist nicht veröffentlicht. Vgl. Afflerbach, Falkenhayn S. 378.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die bedingte Art des K-Krieges[849] für ganz unbrauchbar, da sie keine wirksamen Ergebnisse liefere, infolge der unvermeidlichen Irrtümer der U-Bootskommandanten aber dennoch zu Verwicklungen mit den Neutralen führen könne. Nach dem Sussexfall forderte Falkenhayn im April 1916 den sofortigen Beginn des unbeschränkten Unterseekrieges. Die politische Leitung schloß sich der Meinung des Generalstabschefs nicht an, teilte vielmehr dem amerikanischen Botschafter den Verzicht Deutschlands auf den unbeschränkten Unterseekrieg mit, ohne den Generalstabschef vorher in Kenntnis zu setzen. Falkenhayn fand sich damit ab und verblieb in seiner Stellung, um nicht durch seine persönliche Haltung die gefallene politische Entscheidung zu diskreditieren. Auch er hielt es jetzt für zweckmäßiger, Amerika vorläufig aus der Reihe unserer Feinde herauszuhalten, bis die Aussichten unserer Landoperationen sich geklärt hätten. „Nur bestimmte Zusicherungen der Marine hätten eine andere Stellungnahme rechtfertigen können. Sie waren damals jedoch nicht zu erlangen." Einen zwingenden Einfluß auf die Eröffnung des U-Krieges auszuüben hat Falkenhayn nach den Auseinandersetzungen mit der politischen Leitung im Frühjahr 1916 bis zu seinem Scheiden von der maßgebenden Stelle auf das Sorgfältigste vermieden. Für seine Wirksamkeit hielt er Überraschung und gleichzeitig aktives Handeln im Westen für erforderlich.

Bei der Beurteiltung der jetzigen Erörterungen im Untersuchungausschuß dürfen diese Vorgänge, die für die spätere Haltung der Reichsleitung mitbestimmend waren, nicht außer acht gelassen werden.

881. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

BA Koblenz, Nachlaßunterlagen Bethmann Hollweg, N 1549/1. Aufzeichnung. Maschinenschriftliche Reinschrift. Ohne Adressat, ohne Ort, ohne Datum. Vermutlich Zeitungsinterview oder -artikel.

[Hohenfinow, Mitte November 1919]

Sie wünschen, daß ich mich zum Buche des Herrn von Tirpitz äußere. Auf die persönlichen Angriffe des Großadmirals werde ich nicht antworten. Aus unserem vernichtenden Unheil können wir uns nur durch Zusammenfassen aller moralischen Widerstandskräfte herausarbeiten. Gesteigert aber wird das Solidaritätsgefühl nicht durch persönliche Fehden unter Männern, die in gemeinsamen Dienst des Landes gestellt waren. Darum folge ich Herrn Tirpitz nicht auf diesem Gebiet. Auf verschiedene sachliche Einzelheiten werde ich noch im 2. Band meiner Betrachtungen zum Weltkrieg zurückkommen. Gegenwärtig hebe ich nur folgende Momente hervor:

I. Die Kritik des Großadmirals an der deutschen Politik geht von der Annahme aus, England habe 1914 nahe davor gestanden, aus Respekt vor unserer Flotte unser Freund zu werden oder doch wenigstens an kriegerischen Unter-

[849] Nach den Regeln des Kreuzerkriegs.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nehmungen gegen uns nicht mehr teilzunehmen. In Wirklichkeit hat sich England – die Daten sind notorisch –, je stärker unsere Flotte wurde, um so fester politisch und militärisch an die französisch-russische Allianz angeschlossen und bekanntlich noch im Frühjahr 1914 Marineverhandlungen sogar mit Rußland eingeleitet. Trotz wiederholter formaler Ableugnungen durch Sir Edward Grey lagen die englischen Engagements, wie der Krieg gezeigt hat, nicht nur in der Linie des britischen Imperialismus, sondern waren auch gegenüber dem Zweibund[850] bindend. Daß England, selbst wenn es gewollt hätte, auch nur im Stande gewesen wäre, diese Politik und ihre Wirkungen auf die Gesamtorientierung der französischen und russischen Politik einfach rückgängig zu machen, ist haltlose Fiktion. Löste sich England aber nicht vom Zweibund, so war mit der Risikoflotte des Herrn von Tirpitz nur erreicht, daß die Gegensätze der beiden Koalitionen nicht nur in ihren Millionenheeren, sondern nunmehr auch in einer bis an die äußerste Grenze englischen Vermögens gehenden Seerüstung handgreiflich wurden. Der latente Kriegszustand, der nach einem treffenden Ausspruch des Grafen Schlieffen seit 1871 zwischen Frankreich und Deutschland geherrscht hat, war damit auf Dreibund und Tripelentente übertragen. Wie nach jetzt gemachten Erfahrungen an der Vorstellung festgehalten werden kann, daß ein solcher Zustand sich zu einer Friedensbürgschaft entwickelt haben würde, ist unerfindlich. Die Annahme abstrahiert nicht nur von dem unwiderlegbar gewordenen Satz, daß Exzesse der Rüstungs- und Koalitionspolitik, anstatt dem Frieden zu dienen, den Krieg heraufbeschwören, sondern verkennt auch die Macht der in dem französischen Revanchegedanken, dem russischen Expansionsdrang und der englischen Rivalität vereinigten permanenten kriegerischen Impulse.

Kritik an der deutschen Politik im Juli 14 drängt sich nach dem Ausgang, den der Krieg genommen hat, einem Jeden auf. Verurteilende Kritik, die sich auf solcher Verkennung der Lage aufbaut, ist undiskutierbar.

Über die damaligen Tendenzen der deutschen Politik habe ich mich in zwei Betrachtungen zum Weltkriege ausgesprochen. An unrichtigen Einzelheiten, mit denen der Großadmiral sein Räsonnement begründet, stelle ich hier nur Folgendes fest:

1. Wir haben, um in der Tirpitzschen Sprechweise zu bleiben, weder mit der österreichischen Faust auf den Tisch geschlagen noch Österreich zum Einmarsch in Serbien getrieben. Die inzwischen publizierte Korrespondenz zwischen dem Kaiser und dem Kaiser Franz Josef (Weißbuch vom Juni 19[851]) ergibt die Ungenauigkeit, ja Unrichtigkeit, mit der Herr von Tirpitz die allgemeinen Zusammenhänge und insonderheit die Vorgänge vom 5. Juli schildert. Ob Graf

[850] Die französisch-russische Militärkonvention von 1892, die 1893 und 1894 politisch ausgestaltet wurde (unter dem Terminus Zweibund versteht der Historiker herkömmlich den deutsch-österreichisch-ungarischen Zweibund von 1879).

[851] Handschreiben Wilhelms II. an Franz Joseph, Bornholm, 14. Juli 1914. In: Weißbuch über die Verantwortlichkeit der Urheber am Kriege. Hrsg. mit Genehmigung des Auswärtigen Amtes. Berlin 1919, S. 92–93.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Berchtold auf die Idee des Einmarsches verrannt war, weiß ich nicht. Ich war es nicht.

2. Nach Herrn von Tirpitz ist die deutsch-österreichische Politik um so unverständlicher gewesen, als nach einer Notiz in unseren Akten vom 11. Juli die Entente Serbien zum Nachgeben geraten und auch der Gesandte von Hartwig[852] in demselben Sinne gewirkt haben soll. Dazu wäre zu bemerken, daß Hartwig am 10. Juli gestorben war und daß am 11. Juli Österreich überhaupt noch keine Forderungen an Serbien gestellt hatte. Wie in Wirklichkeit Rußland seit der bosnischen Krise in Serbien nicht beruhigt, sondern gehetzt hat, ist aus Anklage VI des Weißbuches vom Juni 19 zur Genüge bekannt. Ebenso kann Jedermann wissen, daß die bewaffnete Unterstützung Serbiens schon am 25. Juli, also drei Tage vor der österreichischen Kriegserklärung, die der Großadmiral auffälliger Weise anstatt auf den 28. auf den 25. verlegt, grundsätzlich in Petersburg beschlossen worden ist.

3. Die vom Großadmiral aufgenommenen Behauptungen, wir hätten an dem österreichischen Ultimatum mitgearbeitet, es sogar überpfeffert, sind falsch.

4. Daß und weshalb ich mit der russischen Generalmobilmachung den Krieg für unvermeidlich gehalten und, um in diesem unvermeidlichen Kriege noch militärische Chancen zu haben, mich zur Erklärung des Kriegszustandes gegenüber Rußland entschlossen habe, ist in meinen „Betrachtungen“ ausgeführt[853]. Die Annahme des Großadmirals, ich hätte „meinen Krieg“ haben wollen, beweist nur, wie geringe Rechenschaft er sich von der Gesamtlage gegeben hat.

II. Worauf der Großadmiral mit seiner Behauptung zielt, die Flotte sei beim Kriegsausbruch und später vom Schlagen zurückgehalten worden[854], ist mir unbekannt. Die Bemerkung, ... *[so im Original]*, läßt darauf schließen, daß auch politische Widerstände gemeint sind. War Herr von Tirpitz der Ansicht, daß die Flotte aus zwingenden Kriegsgründen sofort oder zu einem späteren bestimmten Zeitpunkt einzusetzen sei, so hätten etwaige Meinungsverschiedenheiten vor dem Kaiser, als der entscheidenden Stelle, erörtert und ausgetragen werden müssen. Eine Beratung vor dem Kaiser hat unter meiner Zuziehung niemals stattgefunden.

III. Den U-Bootskrieg vom Februar 15, mit dessen Modalitäten der Großadmiral von Tirpitz nicht einverstanden war, hat der Admiral Pohl betrieben[855]. Dieser hat nach genereller Besprechung mit mir und den übrigen zuständigen Stellen den maßgeblichen kaiserlichen Befehl ohne meine Zustimmung extrahiert und in einer Weise in Vollzug gesetzt, die mir nachträgliches Eingreifen unmöglich machte. An der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootskrieges

[852] Nikolaj Genrichovič Hartwig (1857–1914), russischer Gesandter in Belgrad 1909–1914.

[853] Bethmann Hollweg, Betrachtungen I S. 148–156. – Zum folgenden: Das ist so deutlich in Tirpitz' Erinnerungen nicht ausgedrückt.

[854] Tirpitz, Erinnerungen S. 238, 264–270.

[855] Dazu Birnbaum, Peace Moves S. 24.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

von 1917 war der Großadmrial von Tirpitz zwar dienstlich unbeteiligt. Unbestreitbar aber ist, daß die Kräfte in Presse, Parlament und Volk, die seit 1915 stürmisch auf den unbeschränkten U-Bootkrieg drängten und deren Einfluß mitbestimmend gewesen ist, als im Januar 17 auf Verlangen der Obersten Heeresleitung der U-Bootkrieg in dieser Form beschlossen wurde, in starkem Umfange von der Autorität des Herrn von Tirpitz getragen gewesen sind. Durch sein Interview vom Dezember 14, dessen Geheimhaltung vor mir dem Interviewer ausdrücklich zur Pflicht gemacht war und dessen Vorlegung beim Auswärtigen Amt erst erfolgte, als es der Interviewer bereits über die deutsche Grenze gegeben hatte, hat sich der Großadmiral von Tirpitz selbst zum geistigen Inspirator des U-Bootkrieges gemacht[856]. Sollte er die weitere Entwicklung für verhängnisvoll und die Berufung weiter Kreise auf seine Autorität für unberechtigt gehalten haben, so hätte erwartet werden dürfen, daß er öffentlich dagegen Front machte. Das ist nicht geschehen. Nachträgliche Kritik ist kein Ersatz.

IV. Zu den Bemerkungen des Großadmirals über die Deroute, die er bei Ausbruch des Krieges bei der politischen Leitung beobachtet haben will, und über deren weitere Unfähigkeit im Laufe des Krieges[857] sage ich kein Wort. Diese Erzählungen sind dermaßen von Selbstgefälligkeit und persönlicher Animosität erfüllt, daß sie keinen objektiven Wert beanspruchen können. Wenn Herr von Tirpitz offen ausspricht, er sei zu der Art seiner Aufzeichnungen durch mein angebliches Nichteintreten für den Kaiser veranlaßt worden, so stempelt er damit selbst sein Buch zur Tendenzschrift. Wie diese Haltung mit seinen eigenen Schilderungen des Kaisers vereinbar ist, lasse ich unerörtert. In eine Diskussion mit Herrn von Tirpitz über meine Pflichten gegen den Kaiser einzutreten lehne ich ab. Auch ohne Worte zu verlieren, habe ich niemals Verantwortungen, die mich treffen, abgelehnt oder auf andere abgewälzt.

882. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, S. 94–95. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 26. November 1919

Verehrter Herr von Jagow!

Verbindlichst danke ich für den freundlichen Brief vom 20. ds.M., den ich soeben erhalte. Am 22. bin ich hierher zurückgekehrt, nachdem ich Ihnen in einem weiteren Telegramm noch mitgeteilt hatte, daß die Publikation[858] wahr-

[856] Zum Interview Wiegands vom 21. November 1914 mit Tirpitz vgl. Tirpitz, Politische Dokumente II S. 621–627.

[857] Ders., Erinnerungen S. 217–224.

[858] Die deutschen Dokumente zum Kriegausbruch (vollständiger Titel unten im Literaturverzeichnis).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scheinlich noch über den 30. hinausgeschoben würde. Wann sie nun wirklich erfolgt, steht auch heute noch dahin. Auch die Demokraten[859] sind für weitere Verschiebung tätig, doch wird, wie ich fürchte, die Angst der Mehrheitssozialisten vor den Unabhängigen obsiegen. Die Wirkung wird, wie die Eingeweihten in Berlin glauben, funest sein. Ob durch ein Interview oder in ähnlicher Weise etwas dagegen zu machen ist, wird sich erst aus dem Verhalten der Presse zeigen, dann aber nur in mündlicher Erörterung feststellen lassen. Sehr hoffe ich, daß Sie alsdann nach Berlin kommen können.

Was nun aus den Ausschüssen[860] werden soll, will der Hauptausschuß in nächster Woche feststellen. Auf einigen Seiten bestand die Absicht, zunächst überhaupt keine öffentlichen Verhandlungen mehr stattfinden zu lassen, sondern schriftliche Äußerungen von den Zeugen einzufordern und nur die dann etwa noch verbleibenden ganz konkreten Fragen mündlich und öffentlich zu behandeln. Aber auch hier herrscht noch völlige Unsicherheit über die definitiven Beschlüsse. Die bisherigen Verhandlungen waren, wie Sie aus der Presse gesehen haben, nur blamabel, wie denn meine Berliner Eindrücke überhaupt recht trostlos waren.

Ihre Erwiderung auf Tirpitz[861] fand ich vortrefflich und hörte überall das gleiche Urteil darüber.

Ich habe einige Zimmer der Hutten'schen Wohnung[862] gemietet – er selbst bleibt in Smogulec –, da ich fortan wohl häufig in Berlin zu tun haben werde. Sobald ich über die dortige Entwickelung Bestimmtes weiß, gebe ich neuerdings Nachricht.

Mit verbindlichen Grüßen und Empfehlungen
aufrichtigst der Ihre

PS. Besten Dank für Ihren Brief vom 24., der soeben kommt.

883. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 47–48. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 7. Dezember 1919

Lieber Freund!

Ich bin wieder auf dem Sprunge nach Berlin, um dort für die Untersuchungsausschüsse zu arbeiten und eventuelle Erklärungen zu der von der Re-

[859] Die „Deutsche Demokratische Partei".

[860] Den Unterausschüssen des Weimarer Untersuchungsausschusses (im folgenden „Hauptausschuß" genannt).

[861] Gottlieb von Jagow, Tirpitz und der Beginn des Krieges. In: Deutsche Politik 4 (1919) S. 515–527.

[862] In Berlin. – Das im folgenden genannte Smogulec ist eine kleine Ortschaft im Norden der Provinz Posen. Dort besaß Hutten-Czapski ein Gut.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gierung beliebten Aktenpublikation vorzubereiten. Darum nur einen kurzen herzlichen Dank für Dein treues Gedenken. Ich bin nun einmal so unglücklich veranlagt, daß ich mir den Weltenlauf ohne eine gewisse Dosis an Wahrhaftigkeit nicht vorstellen kann, und stehe deshalb den jetzigen Zuständen, die durchaus auf Lüge aufgebaut sind, ziemlich ratlos gegenüber. Spenglers[863] Untergang des Abendlandes, den ich eben las – trotz vieler Aufdringlichkeiten und Einseitigkeiten hat er große Gedanken – weist allerdings die Relativität auch der Moral sehr eindringlich nach. Trotzdem bleibt es mir unmöglich, mich mit der Brutalität der Entente und unserer eigenen Würdelosigkeit innerlich abzufinden. Meine Berliner Eindrücke waren so niederschmetternd, daß ich momentan alle Zukunft sehr hoffnunglos ansehe. Übrigens lege ich Dir den Wortlaut meiner ersten Rede vor dem Untersuchungsausschuß[864] bei. Ich glaube, meine Darstellung ist auch durch die späteren Zeugenaussagen nicht alterirt. Das Intermezzo mit den beiden Dioskuren[865] war nach allen Richtungen peinlich. Selbst wenn man von allem Politischen absieht, war Ludendorffs Undisziplinirtheit unerträglich. Je niedriger das Niveau des Ausschusses war, um so mehr mußte man selbst Ruhe und Würde bewahren.

Doch genug dazu. Ich habe mir Goethes Gespräche in der Biedermannschen Ausgabe zugelegt und lese zum ersten Male die Riemerschen Aufzeichnungen[866]. Ist er zuverlässig? Schließlich versuche ich immer wieder, mich an solchen Betrachtungen etwas aufzuranken. – Mein zweiter Band wird natürlich durch die Untersuchungsausschüsse aufgeschoben. Was in mancher Beziehung nichts schadet. Auch Helfferich hat für meinen Geschmack zu wenig Distanz. Aber er ist eine gute Materialsammlung.

In der häuslichen Umwelt nichts Neues. Das Leben haspelt sich so fort.

Dir und den Deinen alles Gute und Beste. Auch aus dem Munde der gnädigen Tante.

In alter Treue

---

[863] Oswald Spengler (1880–1936), Geschichtsphilosoph, Kulturhistoriker. – Sein aufsehenerregendes Buch „Der Untergang des Abendlandes“ erschien 1919 in mehreren Auflagen.

[864] In den Sitzungen des zweiten Unterausschusses am 31. Oktober , 4. und 17. November 1919 in: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Unterausschusses I S. 119–198, 219–236, 264–288, 601–606, 617–618, 622–624, 655–659, 686–688.

[865] Ebenda S. 695–705, 727–728, 749–757.

[866] Goethes Gespräche. Gesamtausgabe. Hrsg. v. Woldemar Frhr. von Biedermann. Neu hrsg. v. Flodoard von Biedermann […] 2. […] Aufl. Leipzig 1909–1914. – Flodoard Frhr. von Biedermann (1858–1934), Literaturhistoriker; Verleger und Herausgeber. – Der im folgenden genannte: Friedrich Wilhelm Riemer (1774–1845), Philologe, Schriftsteller und Bibliothekar in Weimar. – Sein hier gemeintes Werk: Mittheilungen über Goethe. Aus mündlichen und schriftlichen, gedruckten und ungedruckten Quellen. Bd. 1–2. Berlin 1841. – Eine Auswahl erschien 1913 in Berlin, die hier gemeint sein könnte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

884. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 88–89. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 9. Dezember 1919

Mein hochverehrter Schutzherr!

Gestern Abend zu mitternächtiger Stunde bin ich in Ihr Heim[867] eingedrungen und käme mir im Genuß Ihrer Häuslichkeit ganz sträflich vor, wenn Ihre freundlichen Zeilen vom 1. mich nicht darüber beruhigten, daß Sie die Eigenmächtigkeit, mit der ich auf den Rat unseres alten Freundes Hammann hinter Ihrem Rücken ein fait accompli geschaffen habe, nicht gar zu ungnädig aufgenommen haben. Also tausend Dank im voraus und für alle Zeit. Die Annehmlichkeit, die ich genieße, ist ungeheuer, und mit allen Mitteln werde ich bestrebt sein, mich ihrer nicht unwürdig zu erweisen. Momentan werde ich im Anschluß an die bevorstehenden Aktenpublikationen wohl für acht Tage hier zu tun haben, gehe über Weihnachten jedenfalls nach Hohenfinow zurück und denke nach Neujahr, wo die Untersuchungsausschüsse mich wahrscheinlich schriftlich und mündlich stark beanspruchen werden, für länger hier zu sein. Aber qui vivra verra gilt heute mehr denn je. Für heute lassen Sie mich nur noch sagen, daß Ihr vortreffliches Hauspersonal mich mit rührender Aufmerksamkeit empfangen hat und daß alles, was in Ihrer Umwelt atmet und lebt, mit Erinnerung an alte Zeiten sehr warm zu mir spricht. Ihr Brief läßt mich hoffen, Ihnen das bald viva voce wiederholen zu können.

Und so einstweilen in alter verehrungsvoller Ergebenheit
der Ihre

885. Schwertfeger an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 18. Privatbrief. Maschinenschriftliche Abschrift mit Paraphe am Schluß.

Berlin, 30. Dezember 1919

Euer Exzellenz

beehre ich mich, in der Anlage einen soeben erschienenen Artikel der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zu übersenden[868]. Ich hatte noch folgenden Schluß hinzugefügt, den aber die Chefredaktion hat wegfallen lassen.

„Konnte etwa Bethmann Belgien gegenüber, mit dem der Generalstab sich gütlich zu einigen wünschte, Beschuldigungen erheben, für die er keine Unterlagen besaß, oder durfte er etwa auf Grund veralteter Verträge Durchmarschfor-

[867] In Hutten-Czapskis Berliner Wohnung (vgl. oben Nr. 882).

[868] Vgl. unten Nr. 1004*.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

derungen geltend machen, die belgischerseits diplomatisch sofort abgelehnt worden wären, einen nicht ertragbaren Zeitverlust bewirkt hätten und außerdem mangels ausreichender Begründungsmöglichkeiten Deutschland nur lächerlich gemacht haben würden? Bethmann konnte nicht anders handeln, als er es getan, nachdem der Chef des Generalstabes in dieser Schicksalsangelegenheit die Führung übernommen hatte. Erwägt man die verheerende Wirkung, die sich innerpolitisch aus der skrupellosen Ausnutzung des Bethmannschen Wortes vom Unrecht gegen Belgien ergeben hat, so kann man der Zurückhaltung des Reichskanzlers die Anerkennung nicht versagen. Er hat es über sich genommen, seine bessere Kenntnis der Dinge aus Erwägungen höherer staatsmännischer Einsicht für sich zu behalten und die gegen ihn gerichteten, Maß und Ziel überschreitenden Angriffe schweigend zu ertragen."

Es würde mir eine besondere Freude sein, wenn Euer Exzellenz sich zu dem Inhalte dieses Aufsatzes mir gegenüber und nur für mich bestimmt mit einigen kurzen Zeilen äußern würden.

In der Hoffnung, daß Euer Exzellenz das neue Jahr in Gesundheit und Rüstigkeit antreten möchten,

stets Ihr aufrichtig ergebener

886. Bethmann Hollweg an Schwertfeger

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 15. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 5. Januar 1920

Sehr verehrter Herr Oberst!

Haben Sie verbindlichen Dank, daß Sie in der belgischen Frage wieder Ihre Stimme erhoben haben, wobei ich nur aufrichtig bedauere, daß Ihnen die Chefredaktion den letzten mir in Ihrem freundlichen Brief vom 30. v.Mts. mitgeteilten Satz gestrichen hat[869]. Völlig zutreffend weisen Sie darauf hin, daß meine Stellung zu Belgien vollkommen der Haltung des Generalstabs entsprach. Ist doch unsere zweite Aufforderung an Belgien zur Nachgiebigkeit[870] – meines Erinnerns geschah sie kurz nach der Einnahme Lüttichs – auf Moltkes Wunsch erfolgt. Ich bin Ihnen nur aufrichtig dankbar, daß Sie in diesem unseligen Streit, der nur deshalb die Öffentlichkeit vergiften konnte, weil ihn die Opposition als gehässiges Agitationsmittel brauchte, immer aufs Neue für Wahrheit und Gerechtigkeit eintreten.

In vorzüglicher Hochachtung
Ihr aufrichtig ergebener

[869] Vgl. die vorangehende Nr. und unten Nr. 1004*.

[870] Am 13. August 1914. Vgl. Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 390 und 760.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

887. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Stabi Berlin, Nachlaß H. Delbrück, 71, f. 53. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 5. Januar 1920

Verehrter Herr Geheimrat!

Empfangen Sie verbindlichsten Dank für die Korrekturbogen zu ihrem Aufsatz über die Kautsky-Papiere[871]. Sie bedeuten mir eine große Erleichterung für meine Arbeit, und nicht brauche ich es auszusprechen, wie tief ich aufs Neue von der kristallklaren Prägnanz Ihrer Darstellung beeindruckt werde. Was Sie über die Randbemerkungen[872] sagen, ist unübertrefflich und kann größter Wirkung auf alle Leser nicht verfehlen. Wäre es nur möglich, solche Worte an die breiteste Öffentlichkeit zu bringen. Aber einstweilen vollzieht sich die Politisierung unseres Volkes in den sumpfigsten Niederungen.

Mit nochmaligem herzlichen Dank
in alter Verehrung
Ihr ergebenster

888. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 96–97. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 9. Januar 1920

Verehrter Herr von Jagow!

Besten Dank für Ihren Brief vom 29.12.19. Rietzler, dem ich seinen Inhalt mitteilte, hat sofort mit einem der leitenden Regierungsmänner gesprochen, der sich nun seinerseits wegen der auch von ihm als notwendig anerkannten Eliminierung Kautskys mit dem Vorsitzenden des Ausschusses in Verbindung setzen will. Ob das indessen zum Ziele führt, ist fraglich, da, soweit bekannt, die Sachverständigen von den verschiedenen Parteien präsentiert werden. Rietzler meint, man solle überlegen, ob dann nicht eventuell das Fragerecht der Sachverständigen beschnitten werden soll, wobei indessen zu berücksichtigen bliebe, daß damit auch verständige Fragen verständiger Sachverständiger ausgeschaltet würden. Daß ein Protest unsererseits keinen Erfolg haben würde, glaube ich mit Ihnen. Die nun einmal gesetzlich statuierte Auskunftspflicht

[871] Hans Delbrück, Die Kautsky-Papiere [Rezension]. In: Preußische Jahrbücher 179 (1920) S. 71–100.

[872] Über die Randbemerkungen des Kaisers an Aktenstücken: ebenda S. 94–100. – Delbrück urteilt S. 94, daß „die Randbemerkungen […] zur deutschen Politik in dieser Epoche sachlich nichts hinzugetan und nichts davon weggenommen hat, wörtlich nicht das allergeringste."

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

konnte von Helfferich vielleicht gegenüber einem politisch nicht integren Ausschußmitglied wie Cohn[873] negiert werden. Hier könnte ihre Verneinung nur darauf gestützt werden, daß sich Kautsky bereits eine feste Ansicht gebildet hat. Ein solcher Einwand aber wäre nicht durchschlagend, so begründet der allgemeine Protest wäre, daß ein Ausschuß, der sich einen Kautsky als Sachverständigen beiordnet, kein „Untersuchungs"-Ausschuß mehr ist. Der Protest würde sich als im Grunde nicht gegen Kauksky, sondern gegen den Ausschuß als solchen wenden, womit sein Mißerfolg von vornherein gegeben wäre. Ich gehe in den nächsten Tagen wieder nach Berlin und denke, Näheres zu hören. Möglicherweise bleibt ein Protest nötig, obwohl er aussichtslos ist und der Diskreditierung Abbruch tut, die sich der Ausschuß selbst durch Kautsky bereitet. Vor endgültigen Beschlüssen gebe ich Ihnen natürlich Nachricht. – Auch meine Antwort auf den Fragebogen zieht sich hin. 10–14 Tage wird sie noch mindestens erfordern.

Hoffentlich haben Sie sich gesundheitlich inzwischen wieder erholt. Die Rückreise war gewiß fürchterlich.

Mit angelegentlichen Grüßen und Empfehlungen stets aufrichtigst der Ihre

889. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 98–99. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Berlin, 18. Januar 1920

Sehr geehrter Herr von Jagow!

In der Kautsky-Affäre glaube auch ich, daß wir aus dem in Ihrem freundlichen Schreiben vom 14. entwickelten Gründen eine Verwahrung einzulegen haben werden. Wie Sie aus den Zeitungen gesehen haben, ist der Versuch, Kautsky auszuschließen, mißglückt[874]. Die Bestrebungen werden, ganz vertraulich gesagt, fortgesetzt, bleiben aber in ihren Erfolgen natürlich problematisch. Weiterhin kann ich, gleichfalls vertraulich, mitteilen, daß der Ausschuß mindestens bis zum Wiederzusammentritt der Nationalversammlung Ende Februar mündlich nichts verhandeln, sondern durch Stellung weiterer Rückfragen die

[873] Oskar Cohn (1869–1934), MdR (SPD/USPD) 1912–1924; Rechtsberater der sowjetischen Botschaft in Berlin 1918; Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt 1918.

[874] Bis dato war Kautsky nicht im Unterausschuß tätig. Er hatte im Februar 1919 als Unterstaatssekretär im AA eine Denkschrift erstellt, in der er der Regierung Bethmann Hollweg einen großen Anteil am Kriegsausbruch 1914 zugeschrieben hatte. Reichskanzler Scheidemann verhinderte zunächst die Veröffentlichung der Denkschrift. Sie erschien jedoch Ende 1919 unter dem Titel: Wie der Weltkrieg entstand. Dargestellt nach dem Aktenmaterial des Deutschen Auswärtigen Amts von Karl Kautsky. Berlin 1919. Das Vorwort darin ist auf den 1. November 1919 datiert. Kautsky erhebt gegen die österreichische Politik vor dem Krieg und in der Julikrise schwerste Vorwürfe, brandmarkt die deutsche Politik aber ebenso scharf als „Scherbenhaufen".

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schriftliche Methode fortsetzen will. Im Hinblick hierauf schwanke ich, ob wir schon jetzt die Verwahrung einlegen sollen, womit wir, namentlich im unmittelbaren Anschluß an die soeben gefaßten Beschlüsse, den Widerspruch des Ausschusses herausfordern und seine Aktionslust steigern würden, oder ob wir besser bis zur Ansetzung mündlicher Verhandlungen warten. Die Entscheidung wird von der Chance abhängen, durch dilatorisches Verhalten die mündlichen Verhandlungen überhaupt ad calendas graecas zu verschieben. Da ein sicheres Urteil darüber ausgeschlossen ist, glaube ich, daß wir, um für alle Fälle parat zu sein, die Verwahrung schon jetzt vorbereiten sollten. Ich mache mich deshalb sofort an die Arbeit, finde aber als leitenden Gedanken für den Entwurf einstweilen nur folgendes heraus.

Die Anomalie eines Verfahrens, bei dem Auskunftspersonen zur zeugeneidlichen Feststellung desjenigen Tatbestandes gezwungen werden, auf Grund dessen sie gegebenen Falls in Anklagezustand versetzt werden sollen, ist nur dann und äußersten Falls verträglich, wenn unbefangene und tendenzlose Prozedur gerantiert ist. Solche Garantie ist aber ausgeschlossen, wenn sich das untersuchende Organ, noch dazu als „Sachverständigen", eine Person beiordnet, die vorweg ihr Urteil öffentlich festgelegt hat und dabei unhistorisch und tendenziös verfahren ist. Letztere Rüge wäre kurz zu begründen.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Ansicht hierzu berichtigend und ergänzend baldmöglichst freundlich mitteilen wollten.

Über meinen Aufenthalt am 22./23. Juli stelle ich noch Nachforschungen an, da mich mein Gedächtnis leider sehr im Stich läßt. Anscheinend ist meine bisherige Vorstellung, als wäre ich bereits am 22. Abends in Berlin gewesen, irrig[875].

Heilbron hat Ihnen meine Ausführungen zum Fragebogen inzwischen geschickt. Hoffentlich sind Sie mit ihnen ebenso einverstanden wie ich mit den Ihrigen.

Mit besten Grüßen und Empfehlungen
aufrichtigst der Ihre

890. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 100. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Berlin, 20. Januar 1920

Im Anschluß an meinen vorgestrigen Brief[876] übersende ich beifolgend den Entwurf zu einer „Verwahrung" mit der Bitte um freundliche Begutachtung. Ob

[875] Nach Auskunft der Kautsky-Akten war Bethmann Hollweg noch am 22. Juli 1914 in Hohenfinow. Für den 23. Juli liegt ein Beleg aus dem Riezler-Tagebuch vor: Danach war der Kanzler an diesem Tag immer noch in Hohenfinow (Riezler, Tagebücher S. 188).

[876] Die vorangehende Nr.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

es sich nicht doch empfiehlt, den Protest schon jetzt einzulegen, kann ich noch nicht übersehen. Er könnte den Vorsitzenden, dem ich ihn zustellen würde, mitbestimmen, zur Vermeidung von Komplikationen auch seinerseits die mündlichen Verhandlungen hinauszuschieben. In welcher Weise Ihr Anschluß an die Verwahrung zu erfolgen hätte, möchten natürlich Sie bestimmen.

Soeben kommt Ihr freundlicher Brief an, für den ich ganz besonders dankbar bin. Ihre Bemerkungen sind entschiedene Verbesserungen und werden durchgehend verwertet.

Mit besten Grüßen und Epfehlungen
aufrichtigst der Ihre

891. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 101–103. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Berlin, 3. Februar 1920

Sehr verehrter Herr von Jagow!

Mit verbindlichstem Dank bestätige ich den Empfang Ihres freundlichen Briefes vom 25. vor.Mts. Ich expediere nunmehr Verwahrung gegen Kautsky in der anliegenden Form. Ob Sie, um den einheitlichen Charakter der Aktion zu wahren, sich in einem Schreiben an den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses auf die Zustimmung zu meinem Protest beschränken oder aber Ihren Anschluß in Formen begründen, wie Sie mir freundlich mitgeteilt haben, darf ich selbstverständich ganz Ihrem Befinden überlassen. Mit jeder dieser Alternativen wäre ich einverstanden.

Sachlich Neues über die Dispositionen des Ausschusses habe ich in der Zwischenzeit nicht erfahren.

Mit besten Grüßen und Empfehlungen
stets der Ihre

Anlage

An
den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses I
des parlamentarischen Untersuchungsausschusses
Herrn Dr. Quarck[877]
Einschreiben
Persönlich

Der Untersuchungsausschuß ist, wie in der Presse mitgeteilt worden ist, zu der Ansicht gelangt, daß die durch Veröffentlichung der Schrift von Karl

[877] Hermann Quarck (1873–1932), MdR (Nationalliberal) 1912–1914; Staatsminister in Coburg November 1918–Juli 1919.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kautsky über die Entstehung des Weltkrieges geschaffene Lage der weiteren Betätigung des Herrn Kautsky als „Sachverständiger“ des Ausschusses nicht abträglich sei. Gegen die Beteiligung von Herrn Kautsky an den Verhandlungen des Ausschusses sehe ich mich als eine der von dem Verfahren in erster Linie betroffenen Auskunftspersonen genötigt, hierdurch Verwahrung einzulegen.

Bereits vor dem Unterausschuß 2 habe ich auf die rechtliche Unhaltbarkeit einer Konstruktion hingewiesen, welche Auskunftspersonen zu zeugeneidlicher Mitwirkung an der Feststellung von Tatbeständen zwingt, auf Grund deren sie selbst demnächst strafrechtliche oder moralische Verfolgung zu gewärtigen haben. Erträglich ist diese Situation nur, wenn den Auskunftspersonen volle Unvoreingenommenheit des Verfahrens gewährleistet wird. Solche Garantie ist ausgeschlossen, so lange Herr Kautsky dem Auschuß als „Sachverständiger“ oder in sonstiger Eigenschaft angehört.

Herr Kautsky ist, wie seine Schrift dartut[878], von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege überzeugt. Die apodiktische Sicherheit, mit der er in drastischen Ausdrücken und mit nicht verhüllter, allen historischen Untersuchungsmethoden offenkundig widersprechender Tendenz seine Überzeugungen der gesamten Welt kundgetan hat, macht jede Erwartung illusorisch, daß er auch nur im Stande sein werde, den Ausschußverhandlungen irgendwelchen Einfluß auf das Endurteil einzuräumen, mit dem er an seine Tätigkeit bei dem doch erst mit der Untersuchung der Kriegsschuld betrauten Ausschusse herantritt. Bezeichnend für die Stellung des Herrn Kautsky ist, daß er ohne Rücksicht auf seine Zugehörigkeit zum Ausschusse seine amtlich erworbene Aktenkenntnis dazu ausgenutzt hat, die breiteste Öffentlichkeit durch seine auf höchst mangelhafte Erfassung der historisch-politischen Zusammenhänge gestützte Schrift tendenziös zu beeinflussen, bevor die erst gleichzeitig erfolgende amtliche Aktenpublikation eine objektive historische Würdigung ermöglichte.

Die Auskunftspersonen haben nicht so sehr im eigenen Wohle als im Interesse ihres Landes die Pflicht, an der Aufdeckung der geschichtlichen Wahrheit mitzuwirken. Es kann ihnen nicht angesonnen werden, sich den öffentlichen Verhandlungen eines Verfahrens zu unterziehen, an dem eine derart vor aller Welt festgelegte Persönlichkeit irgendwie oder gar in der herausgehobenen, vom Ausschusse ihm zuerkannten Eigenschaft als „Sachverständiger“ beteiligt wird.

[878] Vgl. oben Nr. 889.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

892. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 106–107. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Berlin, 20. Februar 1920

Verehrter Herr von Jagow!

Mein Dank für ihren freundlichen Brief vom 3. verspätet sich, weil ich Lucius' erst in den letzten Tagen habhaft werden konnte. Wer „j" sei, könne er erst in den Stockholmer Akten festellen. Wahrscheinlich liege ein Schreibfehler vor, und mit „I" sei Wallenberg gemeint, der stets zur Mitteilung bereit gewesen sei und mit dem er, wie er bestimmt glaube, auch diese wichtige Sache besprochen habe. Daß das Manifest[879], so bemerkt Lucius weiter, etwaige russische Friedensneigungen stören werde, habe er deutlich gesagt und geraten, es zu verschieben[880]. Er habe, so erinnere er sich entschieden, gefunden, daß das Manifest zu früh erscheine, obgleich ihm die Gründe für das Erscheinen bekannt gewesen seien. Dieser Ansicht sei auch Warburg gewesen. Zu seinem Telegramm vom 3.11.16 (S. 298[881]) könne er nur sagen, daß daraus nicht notwendig hervorgehe, daß alle Separatfriedenshoffnungen verflogen waren. Nachdem er aber zu der Überzeugung gekommen, daß man das Manifest unbedingt erlassen werde und es bloß noch darauf ankam, den Zeitpunkt zu fixieren, habe er sich entsprechend dazu geäußert. Daß die Friedensfühler Protopopows ernst gemeint gewesen seien, sei sicher. Nur habe dieser bei seiner Rückkehr nach Petersburg die Situation so verändert gefunden und sei vom Zaren (der inzwischen von der Kriegspartei und Buchanan[882] stark bearbeitet worden sei) so ungnädig empfangen worden, daß er alles zurückgenommen hätte. Damit sei allerdings die Separatfriedenshoffnung zunächst vollständig verflogen gewesen.

Soweit Lucius wörtlich. Übrigens habe ich ihm die Aufzeichnung über die polnische Frage zu lesen gegeben[883]. Er hält die Darstellung sachlich für durchaus richtig.

Dafür, daß Sie die Güte hatten, diese Aufzeichnung einer so sorgfältigen Durchsicht zu unterziehen und mir das Ergebnis in Ihrem Brief vom 14. so ausführlich mitzuteilen, sage ich Ihnen meinen aufrichtigsten Dank. Ich finde darin überaus wertvolles Material für die weitere Bearbeitung und werde mich Ihren Anregungen fast durchweg und vollständig anschließen können.

---

879 Anläßlich der Gründung des polnischen States am 5. November 1916. Text: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 441.

880 Dazu ist kein einschlägiges Dokument aufgenommen in: Scherer/Grunewald I.

881 Eine einschlägige Publikation 1919/20 mit dieser Seitenzahl wurde nicht ermittelt.

882 George William Buchanan (1854–1924), englischer Botschafter in St. Petersburg 1910–1917.

883 Nicht ermittelt. Vgl. aber Conze, Polnische Nation S. 79 und 208.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Die Aktion gegen Kautsky scheint den Erfolg gehabt zu haben, daß Quarck anscheinend nachdenklich geworden ist.

Lucius reist noch einmal nach Stockholm zurück, hofft aber doch noch nach Rom zu kommen[884].

Mit besten Grüßen und Empfehlungen
aufrichtigst der Ihre

893. Bethmann Hollweg an Jagow

PA Berlin, Nachlaß Jagow, Bd. 7, f. 108–109. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Berlin, 5. März 1920

Verehrter Herr von Jagow!

Meinen besten Dank für den freundlichen Brief vom 29. v.Mts. mit der Rückfrage des Untersuchungsausschusses und Ihrem Antwortsentwurf. In stillschweigender Voraussetzung Ihres Einverständnisses habe ich auch Stumm um seine Ansicht gefragt. Dieser hält es für bedenklich, zu sehr in Details zu gehen, da die Gefahr vorläge, daß der Ausschuß unter Bezugnahme auf andere Schriftstücke, z. B. Telegramm N° 124 nach Wien (Kautsky-Akten N° 77[885]) weitere Widersprüche monierte. Insonderheit trägt er auch Bedenken gegen die Ausführungen am Schluß Ihres Entwurfes von dem Satze ab: „Daß wir über die österreichische Note nicht informiert waren“[886] u.s.w. Stumm meint, es wäre vielleicht besser, kurz darauf hinzuweisen, daß allerdings die Regierung den Wunsch gehabt habe, den wesentlichen Inhalt des Ultimatums kennen zu lernen und daß das scheinbar entgegenstehende Telegramm nach Rom lediglich bezweckt habe, die österreichische Regierung zu entlasten. Die Beziehungen zu Rom hätten sehr delikat behandelt werden müssen, da uns aus geheimen Quellen bekannt gewesen wäre, daß Rom von allen Demarchen der Mittelmächte in Balkanangelegenheiten allemal Petersburg sofort informierte.

Meinerseits möchte ich mich der Stummschen Ansicht anschließen. Gerade im Hinblick darauf, daß der Untersuchungsausschuß politischen Problemen mit philologischen Methoden näher kommen zu können glaubt, ist es vielleicht geraten, die von ihm erforderten Antworten möglichst allgemein zu fassen.

---

884 Lucius reiste noch einmal zur Abwicklung seiner Tätigkeit im Februar 1920 nach Stockholm, danach war er vorübergehend ohne Verwendung, wurde dann ein Jahr später zur persönlichen Verfügung des Außenministers abgestellt, aber dann schon im September 1921 Gesandter in Den Haag (bis 1927).

885 Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch I S. 104 (Jagow verlangt von Wien den Wortlaut der geplanten Note nach Belgrad).

886 Fast wörtlich entnommen dem Telegramm Jagows an Flotow in Rom vom 24. Juli 1914 (ebenda S. 160): „[…] San Giuliano zu sagen, daß auch wir über österreichische Note nicht näher informiert worden sind und dies auch nicht sein wollen […]“.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Petersen[887], mit dem ich gestern die Frage der Untersuchungsausschüsse überhaupt besprach, ist persönlich geneigt, dahin zu wirken, daß, wenn möglich, mündliche Verhandlungen überhaupt nicht stattfinden, äußersten Falles nur, wenn sich herausstellen sollte, daß bestimmte Punkte im schriftlichen Verfahren schlechterdings nicht aufgeklärt werden können. Hoffentlich dringt er mit dieser Ansicht durch. Mit unserer Verwahrung gegen Kautsky dagegen konnte er sich – merkwürdig verständnislos – nicht befreunden. Wir werden einen ablehnenden Bescheid bekommen, bei dem ich ihn aber warnte, einen Eklat zu provozieren.

Weiterhin vielen Dank für Ihren Brief vom 2. Die Darstellung Hanotaux[888] war auch mir aufgefallen. Ich werde versuchen, mir seine Kriegsgeschichte beim A. A. zu entleihen.

Gott sei Dank, daß der Erzberger-Prozeß[889] zu Ende geht. Haben aber Helfferich und die Staatsanwälte nicht doch über das Ziel hinausgeschossen?

Mit den verbindlichsten Grüßen und
Empfehlungen
aufrichtigst ergeben

894. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 91. Privatbrief. Eigenhändige behändigte Ausfertigung. Praes.: 31. März 1920.

Hohenfinow, 29. März 1920

Mein sehr verehrter Graf.

Hiesiger Besuch vereitelt mein geplantes Kommen nach Berlin. Deshalb nur einen schriftlichen Dank, einen wiederholten und sehr verbindlichen für Ihr so überaus gütiges hospitium. Der Aufenthalt in Berlin, sonst vielleicht zweifelhaft, wurde dadurch angenehm. Zu meiner Freude höre ich, daß Sie einen ärztlichen Eingriff gut überstanden haben. Meine besten Wünsche dazu und zugleich für alle Zukunft, in der Hoffnung regelmäßigen Wiedersehens, denn trotz Wohnungslosigkeit dürfen Sie Berlin nicht vergessen, und

[887] Carl Wilhelm Petersen (1868–1933), MdR und erster Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei 1920–1924; Mitglied der Verfassunggebenden Nationalversammlung 1919–1920; Vorsitzender des Gesamtausschusses des Weimarer Untersuchungsausschusses.

[888] Gabriel Hanotaux (1853–1944), französischer Historiker. – Er veröffentlichte: Histoire illustrée de la Guerre de 1914. Paris 1919.

[889] Erzberger, Reichsfinanzminister, hatte gegen Helfferich ein Beleidigungsverfahren angestrengt. Der Prozeß dauerte von Januar bis März 1920. Helfferich hatte in einer Broschüre Korruptionsvorwürfe gegen Erzberger erhoben. Das Gericht verurteilte Helfferich zwar zu einer geringen Geldstrafe, gab ihm aber inhaltlich recht. Erzberger trat nach dem Urteil als Minister zurück.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

in Hohenfinow werden Sie, wie Sie wissen, jederzeit besonders willkommen sein.

Also arrivederci.
Freundschaftlichst
Ihr

895. Bethmann Hollweg an Schwertfeger

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 26. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Hohenfinow, 27. April 1920

Sehr verehrter Herr Oberst!

Ich habe Ihnen meinen herzlichen Dank für die freundliche Übersendung Ihres Buches „Belgische Landesverteidigung und Bürgerwacht“ zu sagen[890]. Ihren bisherigen verdienstvollen Arbeiten schließt sich diese wohl erwogene und mit so reichem Material belegte Darstellung des verhängnisvollen Anteils, den unvollkommene belgische Einrichtungen[891] und falsch geleiteter Patriotismus an den Kriegsleiden der belgischen Bevölkerung gehabt haben, in der beachtenswertesten Weise an. Ich hoffe sehr, daß Ihr Buch dazu dienen wird, mit Vorwürfen gegen die deutsche Kriegführung aufzuräumen[892], die bei genauem Studium des von Ihnen beigebrachten Materials tatsächlich nicht zu halten sind.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
Ihr
sehr ergebener

[890] Belgische Landesverteidigung und Bürgerwacht (garde civique) 1914. In amtlichem Auftrag bearb. v. Bernhard Schwertfeger. Berlin 1920. – Zum folgenden: Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität. Berlin 1919. – Revanche-Idee und Panslawismus. Belgische Gesandtschaftsberichte zur Entstehungsgeschichte des Zweibundes. Berlin 1919. – Zur europäischen Politik 1897–1914. Unveröffentlichte Dokumente. Im amtlichen Auftrag hrsg. unter Leitung von Bernhard Schwertfeger. Bd. 1–5. Berlin 1919.

[891] Vermutlich gemeint sind: die belgische Armee, die nach drei unterschiedlichen Rekrutierungssystemen zusammengesetzt war, nicht über genügend Offiziere verfügte, im Befehlsapparat nur die französische Sprache zuließ und keine kohärente Militärdoktrin besaß.

[892] Etwa wegen der brutalen Ahndung von Franctireurs-Gruppen, die Zerstörung der Bibliothek von Löwen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

896. Bethmann Hollweg an Schwertfeger

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 21. Privatbrief. Behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes.: 10. Juni 1920.

Hohenfinow, 8. Juni 1920

Sehr verehrter Herr Oberst!

Gern beantworte ich die so freundlich begründeten Fragen Ihres Briefes vom 4.

1. Ein Mandat als Sachverständiger würde ich entschieden raten anzunehmen, da es dringend erwünscht ist, daß aufrechte Männer als solche fungieren[893]. Bei unqualifiziertem Benehmen des Ausschusses ließe sich das Mandat ja jederzeit niederlegen, sodaß der Sachverständige niemals kompromittiert werden könnte. Ein von einem etwa wesentlich unabhängig orientierten Reichstag[894] eingesetzter Ausschuß würde Ihnen wahrscheinlich überhaupt kein Mandat anbieten. Diese Eventualität, die dann allerdings vielleicht zu anderem Urteil führen würde, kann also einstweilen unberücksichtigt bleiben.

2. Akut möchte die Frage nur sein, falls der von Hugo Stinnes[895] der Zeitung diktierte Kurs Ihren persönlichen Überzeugenen zuwider sein sollte. Aber selbst in diesem Fall möchte ich nicht glauben, daß Ihrer weiteren Betätigung ein Hindernis entgegenstände, wofern nur die Schriftleitung Ihnen auch in Zukunft dieselbe Freiheit läßt wie bisher. Dem äußeren, tatsächlich aber unbegründeten Anschein, als ob Sie bald der Regierung, bald der Opposition dienten, würde ich irgend welchen Einfluß auf Ihre Entschließungen nicht einräumen. Die Zeiten sind sachlich und persönlich viel zu gespannt, als daß derlei irreale Spekulationen Rücksicht verdienten.

So meine Ansicht. Ich schließe ihr meine besten Wünsche für Ihr Wohlergeben und Ihre Erholung an und bin mit verbindlichem Empfehlungen und Grüßen

aufrichtigst ergeben
der Ihre

---

[893] Schwertfeger wurde in den Unterausschuß des Weimarer Untersuchungsausschusses berufen, der sich mit den „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918“ beschäftigte, und erstattete zusammen mit anderen Experten ein Gutachten zur Dolchstoß-Frage (erschienen 1928 in der vierten Reihe des Werkes des Untersuchungsausschusses).

[894] Am 8. Juni 1920 war das kurzlebige Kabinett Müller zurückgetreten. Das am 25. Juni gebildete Kabinett Fehrenbach bestand aus Mitgliedern des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und zwei Parteilosen. Es war ein Minderheitskabinett und zerfiel bereits nach einem Jahr.

[895] Der Industrielle Hugo Stinnes wurde 1920 Eigentümer der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“, die von den Erben des Verlegers Hobbing an ihn verkauft worden war. In der Redaktion kam es zu zahlreichen Umbesetzungen. Im August 1925 wurde die Zeitung schon wieder an ein Berliner Konsortium weiterverkauft. Schwertfeger hatte bis Mitte 1920 gelegentlich Artikel in der DAZ veröffentlicht.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

897. Bethmann Hollweg an Schwertfeger

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 23. Privatbrief. Behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes: 17. Juni 1920.

Hohenfinow, 15. Juni 1920

Verehrtester Herr Oberst!

Aufrichtig freue ich mich, aus Ihrem freundlichen Brief vom 11. d. M., für den ich bestens danke, zu ersehen, daß unsere Auffassungen über die behandelten Fragen übereinstimmen. Fast noch mehr darüber, daß Sie, und zwar, wie ich annehme, auch aus den Modalitäten, unter denen sich der Wechsel bei der Deutschen Allgemeinen vollzogen hat[896], Hoffnungen auf eine Entwickelung in nationaler, nicht chauvinistischer Richtung schöpfen. Die Verantwortung der Volkspartei[897] ist riesengroß.

Mit der geplanten neuerlichen Verwertung der belgischen Dokumente würden Sie sich ein unendliches Verdienst erwerben[898]. Ich stimme Rohrbach in seiner deutschen Politik ganz zu[899], daß wir vor allen Dingen das feindliche Lügengewebe zu zerreißen haben, um durch wiedergewonnene Weltachtung die Revision des Versailler Friedens zu erzwingen. Jede Arbeit, die dieses Ziel verfolgt, ist Goldes wert und namentlich, wenn sie von einem Manne kommt, der so überzeugend und klar zu schreiben weiß wie Sie. Wenn nur auch andere Männer, anstatt immer alle Schuld anderen zuzuschieben, in gleichem Sinne wirkten und wenn die Tagespresse einiges Interesse für diese Fragen zeigte! Unter dieses Kapitel müßte auch fallen, daß endlich Front gegen die gegnerischen Vorwürfe wegen brutaler Kriegführung gemacht würde[900]. Für autoritative militärische Feder böte sich hier ein gutes Feld der Tätigkeit.

Mit angelegentlichsten Empfehlungen und Grüßen
in größter Wertschätzung
Ihr ergebener

896 Vgl. die vorangehende Nr.

897 Der Deutschen Volkspartei, der Nachfolgerin der Nationalliberalen Partei aus der Kaiserzeit, jetzt mit Gustav Stresemann an der Spitze.

898 Schwertfeger plante die Neuausgabe seiner 1919 erschienenen Edition der belgischen Akten (vgl. oben Nr. 895) im französischen Original mit deutscher Parallelübersetzung, versehen mit eigenen Darstellungsbänden. Die neunbändige Edition erschien 1925 in Berlin. Vgl. Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit II S. 310–311.

899 Rohrbach, 1920–1926 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, bekämpfte publizistisch die „Kriegsschuldlüge“. Er gab zusammen mit Ernst Jäckh und Philipp Stein die „Deutsche Politik. Wochenschrift für Welt- und Kultur-Politk“ von 1916 bis 1922 heraus.

900 Der Weimarer Untersuchungsausschuß setzte einen dritten Unterausschuß ein, in dem Fragen des Völkerrechts im Weltkrieg behandelt wurden (Zwangsarbeiter, Gas-, Luft-, Uboot- und Wirtschaftskrieg u. a.). 1927 wurden dazu vier Bände veröffentlicht. Vgl. Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit II S. 317 und 320.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

898. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 49–50. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 26. Juni 1920

Lieber Freund!

Wolltest Du mir eine Freude machen, so tatest Du es. Daß wir geistig schon erledigt wären, glaube auch ich nicht. Politisch werden wir immer Narren bleiben. Darum wird die Entente ihr Ziel, uns endgültig als politischen Faktor auszuschalten, auch erreichen. Dann aber werden, selbst unter der Voraussetzung, daß unsere finanzielle Schuldknechtschaft[901] einmal ein Ende haben sollte, was ich aber bezweifele, auch größte geistige und wirtschaftliche Qualitäten uns doch nicht befähigen, im Weltgetriebe jemals eine nationale Rolle zu spielen. In den unausbleiblichen Weltkonflikten der Zukunft werden wir vielmehr wie schon so oft der allgemeine Prügeljunge sein und bleiben.

All das kaue ich mir seit Monaten vor, geistig ganz einsam und in der Arbeit an meinem 2. Band schier verzweifelt über meine Schreibunfähigkeit. Damit hast Du die Stimmung, in der mich Deine guten Worte vom 21. trafen und mir seelisch wohlgetan haben. Tausend Dank für dies Zeichen Deiner alten Freundschaft, das mir zugleich über Dein Befinden lange ersehnte Nachricht giebt.

Äußerlich hält die Welt hier noch zusammen. Ich baue einen großen Kornspeicher und ein Arbeiterhaus für märchenhaftes Geld, die Felder haben unter richtigen Wolkenbrüchen gelitten, stehen aber doch verhältnismäßig gut, die Arbeiter haben U[902] gewählt, arbeiten aber, und bei dem allen wird das Gemunkel vom kommenden Spartakistenumsturz immer intensiver und ernster. Wie wir ihm eigentlich entgehen sollen, weiß ich nicht. Die Kinder wohlauf, die Münchener sehr tätig, Felix in Berlin Nationalökonomie hörend. Meine Schwägerin, Eure Grüße bestens erwidernd, in Haus und Garten überaus tätig.

Mir liegt, wie ich schon sagte, meine Schreiberei wie ein Alp auf der Brust und macht mich zu allem unnütz. Sage mir doch öfter als in letzter Zeit einen Geistesgruß von Deinem alten Türmer[903] her. Er hilft dem Menschenschifflein. Dir und allen Deinigen danke ich mit treuesten Wünschen und Grüßen.

Dein alter

[901] Hinweis auf die hohen Reparationslasten, die Deutschland im Versailler Vertrag auferlegt wurden.

[902] USPD.

[903] Anspielung auf den „Türmer“ in Goethes „Faust“ („Zum Sehen geboren . . .“).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

899. Bethmann Hollweg an Rassow

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 20. Juli 1920

Sehr geehrter Herr Dr. Rasssow[904]!

Ihren freundlichen Brief vom 17. d.M. mit dem Bürstenabzug des Ausschußberichts[905] habe ich mit verbindlichem Dank erhalten. Einstweilen habe ich den Bericht nur durchgeflogen, dafür aber Ihren gestrigen Artikel in der Deutschen Allgemeinen[906] umso genauer gelesen und mich an ihm erfreut. Mit Ihrer gegen Bonn gerichteten Bemerkung treffen Sie den Nagel auf den Kopf. Ein Kampf gegen die Heeresleitung und Reichstag wäre aussichtslos gewesen, übrigens aber garnicht zu Stande gekommen, da sich der Kanzlerwechsel vorher vollzogen haben würde. Marine und Armee drängten auf sofortige und geheime Entscheidung, da sonst Vorkehrungen der Gegner den erwarteten Erfolg von vornherein vereiteln würden.

Soweit ich bisher sehe, werde ich zu dem Bericht erst in dem 2. Bande meiner „Betrachtungen“ Stellung nehmen[907].

Von den überwiesenen 3000 M. bitte ich Sie 1500 M. der getroffenen Abmachung gemäß auf den Juli zu verrechnen und den Rest als Vorschuß für die entstehenden Auslagen zu verbuchen.

Mit den besten Empfehlungen und Grüßen
der Ihre

---

[904] Peter Rassow (1889–1961), Historiker; nach dem Weltkrieg Bethmann Hollweg bei dessen „Betrachtungen“ behilflich; Dozent an der Hochschule für Politik in Berlin; außerordentlicher Professor in Breslau 1936–1941; Professor in Köln 1941–1958.

[905] Gemeint: Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. Bericht des zweiten Unterausschusses des Untersuchungsausschusses über die Friedensaktion Wilsons 1916/17. Berlin 1920 (84 S.) – Der Bericht ist beigebunden den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses. Bd. 2.

[906] Peter Rassow, Der Bericht des Unterschungsausschusses. Das Ergebnis. In: „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 59. Jg., 18. [nicht 19.] Juli 1920, Nr. 343, S. 5. – Zum folgenden: In seinem Artikel schreibt Rassow über das Gutachten Bonns: „Auch Bonn spricht in sympathischen Worten aus, wie leicht man es jetzt habe, am grünen Tisch derartige Ausführungen [über den Entschluß zum unbeschränkten Ubootkrieg] zu machen. Einen Punkt hat er aber […] auch am grünen Tisch nicht ‚ausgeführt‘, nämlich wie er sich den Kampf Bethmanns gegen Reichstag und Oberste Heeresleitung um den U-Bootkrieg vorstellte, nachdem die Ententeantwort auf unser Friedensangebot erfolgt war.“ – Moritz Julius Bonn (1873–1965), Nationalökonom; Mitglied der deutschen Delegation in Versailles 1919; Berater der Reichskanzler Fehrenbach und Wirth; führender Wirtschaftsfachmann der Weimarer Zeit.

[907] Das ist nicht geschehen. Im zweiten Band seiner „Betrachtungen“ druckt er im Anhang nur zwei seiner Denkschriften und den Telegrammwechsel mit Bernstorff, die er dem Weimarer Untersuchungsausschuß vorgelegt hat, ab: S. 241–276.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

900. Bethmann Hollweg an Rassow

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Privatbrief. Maschinenschriftliche Ausfertigung.

Hohenfinow, 30. Juli 1920

Sehr geehrter Herr Dr. Rassow!

Besten Dank für Ihren Brief vom 28. mit der Aufzeichnung über die militärpolitischen Zusammenhänge und dem Auszuge aus den Memoiren des Generals Kurloff[908].

Aus Anlaß einer Besprechung der „Kreuzzeitung“ über den 2. Band Ludendorff, worin behauptet wurde, nun sei auch die völlige Schuldlosigkeit Ludendorffs an der Regelung der polnischen Frage und den belgischen Arbeiterdeportationen klar erwiesen, habe ich in diese Partien der „Urkundensammlung“ näher hineingesehen[909]. Das gesamte polnische Material besteht aus Auszügen zweier Reichstagsreden von mir, einer Aufzeichnung über Verhandlungen mit Burian, von der ich nicht weiß, wie sie in L's Besitz gekommen ist, und aus der Wiedergabe einzelner Passagen aus einem Buch von Dietrich Schäfer. Und in der belgischen Sache wird e i n Briefwechsel Bissings mit Hindenburg publiziert[910]. In beiden Materien werden die e n t s c h e i d e n d e n Schritte der O.H.L. einfach totgeschwiegen[911]. Ich habe keine Worte für diese Art der Publizistik.

Herzliche Wünsche für eine gute Sommerfrische.
Ihr ergebener

[908] Pavel Grigorevič Kurlov (1860–1923), russischer General; Chef der russischen Geheimpolizei. – Er veröffentlichte: Das Ende des russischen Kaisertums. Persönliche Erinnerungen des Chefs der russischen Geheimpolizei, Generals der Kavallerie. Berlin 1920. – Eine russische Ausgabe erschien 1923 in Moskau.

[909] In der „Kreuzzeitung“ vom 27. Juli 1920, Nr. 357, heißt es in der Rezension von „v.Z.“ zu „Ludendorffs Urkundenbuch“ an entsprechender Stelle: „Wenn weiter die Meinung bestanden hat, […] daß in so unglücklichen, weil stark gegen uns ausgebeuteten Massenabschiebungen der Belgier nach Deutschland sowie für die versuchte Lösung der polnischen Frage Ludendorff die Schuld zur Last zu legen wäre, so trifft auch das nicht zu.“ – Zum folgenden: Ludendorff, Urkunden, S. 296–300, Kapitel XV. Zur Schaffung des Königreichs Polen.

[910] Ebenda S. 131–134.

[911] Daß es die OHL war, die auf dem Wege der Unabhängigkeit Polens polnische Divisionen für den Kriegseinsatz und belgische Arbeiter für die heimische Kriegsproduktion forderte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

901. Aufzeichnung Rassows

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Maschinenschriftlich ohne Unterschrift.

Hohenfinow, 9. September 1920

Besuch in Hohenfinow 9. September 1920

Zur Frage, ob im Frühjahr 1917 beim Herannahen von Friedensmöglichkeiten nicht durch eine große innerpolitische Aktion der Reichstag auf die Seite des Reichskanzlers hätte gezogen werden können, so daß er den Reichskanzler beim ausbrechenden Konflikt mit der OHL gestützt hätte, beanwortete B.: Die Osterbotschaft hatte der Kaiser auf meinen Rat mit voller Überzeugung in dem Sinn erlassen, die innerpolitische Lage zu entlasten. Kurz darauf setzte der Reichstag den Verfassungsausschuß nieder[912], der sogleich damit begann, Forderungen aufzustellen, die den Kaiser aufs schwerste verstimmten (Einwirkung des Reichstags auf das preußische Wahlrecht; Gegenzeichnung der Offiziersernennungen durch den Kriegsminister). Trotzdem hatte ich ein innerpolitisches Programm der Parlamentarisierung für das Reich ausgearbeitet, welches ich möglichst an die Stelle jener Forderungen zu schieben trachtete. Als ich mit diesem Programm[913] ins Große Hauptquartier fuhr, informierte mich Valentini, daß der Kaiser in solcher Empörung über den Reichstag sei, daß ich nichts derartiges im Augenblick vorbringen dürfe, ohne die schwersten Konsequenzen zu riskieren. Er sagte direkt: „Wenn Sie ihm damit kommen, werden Sie sofort entlassen."

Sehr erregt war B. über die Tendenz Ludendorffs, auch im 2. Bande es so darzustellen, als ob er an der Aufrichtung Polens keinerlei militärisches Interesse gehabt und keinen Einfluß in dieser Richtung geltend gemacht habe[914]. B. erinnerte sich der Szene in Pleß[915], wo Ludendorff, als Burian die Bedenken Österreich-Ungarns zur Geltung brachte, in höchster Erregung den Minister koramiert[916] habe: „Exzellenz, ich mache Sie auf Ihre Verantwortung als Minister aufmerksam! Ich weise Sie darauf hin, daß es sich hier um den Gewinn und Verlust des ganzen Krieges handelt!" Es sei eine höchst peinliche Situation gewesen. Burian habe sehr ruhig und gemessen geantwortet, er sei sich

912 Vgl. oben Anm. 506.

913 Gemeint ist seine Aufzeichung, die Jost Dülffer in der 2. Auflage der „Betrachtungen" Bethmann Hollwegs abgedruckt hat: S. 382–385. Sie ist im Nachlaß Thimme (Bundesarchiv Koblenz) erhalten.

914 Gemeint ist offenbar Ludendorffs zweites Werk „Urkunden der Obersten Heeresleitung", das 1920 erschien und noch weitere Auflagen erlebte. Dort S. 296–300 werden verschiedene Quellen zur polnischen Frage wiedergegeben, vermischt (ohne klare Abgrenzung) mit den Zwischenbemerkungen Ludendorffs. Dadurch wird suggeriert, daß die 3. OHL keinerlei aktives Interesse an der Schaffung einer polnischen Armee gehabt habe.

915 Vgl. oben Nr. 718 und 719. Die Szene zwischen Ludendorff und Burián ist in den Besprechungsprotokollen verständlicherweise nicht wiedergegeben.

916 koramieren = zur Rede stellen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Tragweite der Entschlüsse sehr wohl bewußt. Er müsse aber einen Hinweis auf seine Verantwortung als Minister zurückweisen.

902. Bethmann Hollweg an Schwertfeger

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/495, f. 26. Privatbrief. Behändigte Ausfertigung in Maschinenschrift. Praes.: 12. September 1920.

Hohenfinow, 10. September 1920

Verehrter Herr Oberst!

Über fatalen Zwischenfällen bin ich nicht zur Beantwortung Ihres Briefes vom 3. v.Mts. gekommen und habe nun nachträglich für ihn wie für Ihre Zeilen vom 2. zu danken. Ihre Besprechung des Admiralstabswerkes[917] hat mich besonders erfreut. Der Artikel von Waldeyer-Hartz[918] ist an sich nicht übel geschrieben, aber seine Räsonnements bleiben doch auf Problematik aufgebaut. Die Sucht, mich für die Unterlassung resp. das Fehlschlagen von Kriegsoperationen verantwortlich zu machen, ist jetzt epidemisch. Sie scheint zu übersehen, daß Vorwüfe nur dann gerechtfertigt wären, wenn die Marinestellen in kontradiktorischer Verhandlung ihr Äußerstes beim Kaiser eingesetzt hätten, aber an meinem Widerspruch gescheitert wäre[n]. Was nicht der Fall gewesen ist. Doch das sind Personalia, die nicht zur Sache gehören würden, wenn Sie Waldeyer publizistisch antworten wollen. Ob das zweckmäßig ist, wage ich nicht zu entscheiden. Daß unsere Flotte die englische hätte entscheidend schlagen können, ist eine Behauptung, die aber weder zu beweisen noch zu widerlegen ist.

Mit den verbindlichsten Empfehlungen und Grüßen
Ihr ergebenster

[917] Von dem schließlich (1966) 18bändigen „Admiralstabswerk“ war 1920 der erste Band erschienen: Der Krieg zur See 1914–1918. Hrsg. v. Marine-Archiv [Abt. I.] Der Krieg in der Nordsee. Bd. 1. Von Kriegsbeginn bis Anfang September 1914. Bearb. v. O. Groos. Berlin 1920. – Schwertfegers Rezension dieses Bandes wurde nicht ermittelt.

[918] Hugo von Waldeyer-Hartz (1876–1942), Kapitän zur See; Schriftsteller. – Von ihm erschien 1920 eine Broschüre, die möglicherweise hier gemeint ist: Deutsche Flottenträume. Eigene und fremde Erlebnisse und Gedanken. Leipzig/Berlin 1920, 43 S. – Ferner: Reichsmarine, Berlin [ca. 1920], 32 S.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

903. Aufzeichnung Rassows

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Maschinenschriftlich ohne Unterschrift. Am Kopf handschriftlicher Vermerk: „von Bethmann diktiert".

[Hohenfinow] 12. Oktober 1920

Erzbergers Behauptung in seinem Buch (Kapitel Juli-Krisis[919]), ich hätte ihm bei seinem Besuch am 6. Juli [1917] nachmittags 3 Uhr einen Teil der Rede vorgelesen, ist glatt gelogen. Erstens hatte ich damals noch keinen Entwurf für die Rede, zweitens habe ich niemals Abgeordneten vorher aus einer Reichstagsrede vorgelesen, drittens war er viel zu eilig dazu. Die Unterhaltung spielte sich im Stehen ab, da Erzberger sofort zu einer Sitzung wieder fort mußte.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Hindenburg behauptet in seinem Buch[920], um einer Legende vorzubeugen, müsse er sagen, auch ich (Bethmann) sei überrascht gewesen von der Ernennung Hindenburgs und Ludendorffs, als sie am 31. August[921] nach Pleß kamen. Das ist nicht schön von dem alten Herrn. Er muß wissen und weiß auch, daß ich es in erster Linie war, der schließlich den sehr starken Widerstand des Kaisers und hoher Generäle überwunden hat. Das spielte sich in der letzten Hälfte des August schließlich folgendermaßen ab: Es wurde immer eingeworfen, daß die Österreicher nicht einverstanden sein würden. Ich veranlaßte den Kaiser, den Erzherzog Friedrich zum Abendessen nach Pleß herüberzubitten[922] und ihm sagen zu lassen, er müsse schon eine Stunde vorher ohne sein Gefolge kommen. Das geschah. Erzherzog Friedrich war an sich nicht schwer zu überreden, zog sich aber noch hinter Conrad zurück. Zum Essen kamen dann auch Conrad und die anderen Herren der Umgebung des Erzherzogs. Für nach Tisch hatte ich mit Lyncker verabredet, daß ich noch einmal einen starken Angriff auf den Kaiser machen wolle. Es herrschte infolge des guten Rheinweines, den wir getrunken hatten, eine after-dinner-Stimmung, in der ich dem Kaiser unter 4 Augen energisch zureden konnte. Ich gipfelte in dem Satz: Wenn E.M. diesen Entschluß nicht fassen, verlieren Sie nicht nur den Krieg, sondern auch die Krone. Nun kam Lyncker hinzu und assistierte mir. Am Ende dieses Gesprächs gab der Kaiser zu: „Nun also, ich werde es tun!" Ich fuhr dann nach Berlin zurück. Welchen Anlaß und welche Form der Kaiser für den Wechsel im Generalstab wählen würde, wußte ich nicht. Es vollzog sich dann so: Der Kaiser

[919] Matthias Erzberger, Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart/Berlin 1920, S. 257–258. – Zum folgenden: Es geht nicht um eine Rede Bethmann Hollwegs im Reichstag, sondern im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags am 7. Juli 1917. Vgl. unten Nr. 974*.

[920] Paul von Hindenburg, Aus meinem Leben. Leipzig 1920, S. 147.

[921] Richtig: am 29. August 1916.

[922] Vom österreichisch-ungarischen Hauptquartier in Teschen (Österreichisch-Schlesien), das etwa 50 km (Luftlinie) von Pleß entfernt war. – Vgl. zum folgenden auch: Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr S. 418 und 873.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

berief auf Veranlassung von Lyncker nach der rumänischen Kriegserklärung[923] Hindenburg und Ludendorff zur Besprechung der allgemeinen Lage. Als der Befehl schon abgegangen war, wurde erst Falkenhayn davon unterrichtet. Falkenhayn stellte dem Kaiser vor, er könne nicht zugeben, daß S.M. mit einem anderen General die allgemeine Lage durchspreche, und nahm daraufhin seinen Abschied.

xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx

Für den Widerstreit der beiden Seelen in der Brust des Kaisers, der des Friedenskaisers und der des Soldatenkaisers und Obersten Kriegsherrn, erzählte mir Bethmann folgende Erlebnisse:

Nach der Beilegung der Marokkokrisis[924] besuchte ich den Kaiser in Kronberg. Wir fuhren ein Stück auf die Höhe des Taunus und gingen von da aus spazieren. Es war ein prachtvoller Sommertag. Wir hatten eine weite Aussicht auf die lachende Rheinebene. Der Kaiser blieb stehen, wies mit der Hand in die Ferne und sagte: „Und dieses Land soll ich wegen Marokko in den Krieg stürzen?“ Im Ton der Worte lag der innerste Abscheu gegen alles, was die gedeihliche Arbeit und den kulturellen Wohlstand des Landes hindern konnte, am allermeisten gegen den Krieg.

Dann einmal erinnere ich mich, bei einem Besuch in Korfu[925], daß der Kaiser mit mir vor der Achillesstatue stehen blieb, sich in die Höhe reckte, den Arm hob, als schwänge er drohend das Schwert wie Achill[926], und mit kriegerischer Miene ausrief: „So will ich Deutschland! So will ich es haben!!“ Von diesen beiden Seelen in seiner Brust wurde er immer hin- und hergezogen. Innerlich stärker und die entscheidende in ihm war die auf der Höhe des Taunus. Aber gerade während des Krieges glaubte er den Soldaten in sich immer wieder aufrufen zu müssen. Und ein Appell an diese Seite seines Wesens, namentlich wenn er von einem General an ihn gerichtet wurde, ließ häufig seine bessere politische Einsicht in ihm zurücktreten. Meine schwersten Kämpfe habe ich bei solchen Gelegenheiten ausfechten müssen.

904. Aufzeichnung Rassows

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Handschriftlich. Ohne Vermerke.

[o. O., Oktober 1920?]

Anfang Mai [19]17 Parlamentarisierung geplant. Aber der Kaiser war durch Verhalten des Vfgsausschusses so erbittert (durch Reichsges[etz] Wahlrechtsänderung in Preußen, Offiziersernennung mit Ggzeichung des KrMini-

923 An Österreich-Ungarn am 27. August 1916.

924 November 1911 (hier wohl gemeint: Sommer 1912).

925 April 1914.

926 Achilles: Hauptheld der Ilias des Homer.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sters), daß auf dringenden Rat Valentinis davon Abstand genommen. „Er entläßt Sie sofort.“[927]

Zu Ludendorffs Beschwerde, über den Sixtusfühler nicht genügend unterrichtet gewesen zu sein[928]. „Im März 17 bin ich gar nicht in Wien gewesen. Im Mai bat mich Czernin nach Wien, sagte mir, er habe ein Sonderfriedensangebot erhalten, bat, nicht nach d[er] Form zu fragen. Gespräch mit Wedel. Auf d[er] Rückfahrt Telegramm an d[en] Kaiser[929]. „Ich lege meinen Kopf auf d[en] Tisch, daß der K[aiser] davon H[indenburg] & L[udendorff] Kenntnis gegeben hat.“

905. Valentini an Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 47–50. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hameln, 24. November 1920

Hochverehrte Excellenz!

Ich hätte Ihre freundlichen Zeilen vom 12. Nov.[930] schon eher beantwortet, wenn ich nicht einige Tage durch eine heftige Erkältung ans Bett gefesselt gewesen wäre. So befinde ich mich heute in der glücklichen Lage, Ihnen mit meiner Antwort zugleich meine herzlichsten Glückwünsche zum bevorstehenden Antritt eines neuen Lebensjahres aussprechen zu können. Ich teile zwar vollkommen den trostlosen Pessimismus, von dem Sie schreiben; aber ich finde, daß er sich merkwürdig mit jenem antiken Stoizismus verträgt, der die Geister beim Untergang der alten Kultur beherrschte, einem Vorgang, der in so vielen Beziehungen unserem heutigen Zustande gleicht. Spengler hat mich in dieser Beziehung viel gelehrt, und ich erkenne oft mit Erstaunen, wie diese „Untergangsstimmung“[931] nicht nur bei mir, sondern wohl bei vielen bereits lange vorhanden war, bevor der Zusammenbruch uns den großen welthistorischen Zusammenhang offenbarte. Man wundert sich über nichts mehr und zieht sich nach Möglichkeit in sich selbst zurück, wo doch noch manche lange verschütteten Quellen sprudeln. Ich kann es wohl verstehen, wenn Sie sich

927 Dazu vgl. auch oben Nr. 901.

928 So schreibt es Ludendorff 1919 etwas undeutlich in: Meine Kriegserinnerungen S. 354. Deutlicher 1920 in: Urkunden der Obersten Heeresleitung S. 388. – Zum „Sixtusfühler“: Nach dem Scheitern des deutschen Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 stellte der österreichische Kaiser dem Prinzen Sixtus von Bourbon-Parma (1886–1934), Bruder der österreichischen Kaiserin Zita, in zwei Briefen seine Unterstützung der französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen in Aussicht. Die Aktion scheiterte. Aus Bethmann Hollwegs Erklärung gegenüber Rassow geht hervor, daß der Kanzler sehr früh von der Aktion Kenntnis hatte.

929 Vgl. unten Bethmann Hollwegs Immediatbericht vom 14. Mai 1917: Nr. 960*.

930 Unten Nr. 1010*.

931 Das kommt schon im Titel von Spenglers Buch „Der Untergang des Abendlandes“, dessen Bd. 1 1918 erschienen war, zum Ausdruck und das in den folgenden Jahren besonders in Deutschland nachhaltigen Einfluß ausübte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dieser Stimmung, die immerhin etwas Behagliches hat, nicht hingeben können, da Sie – zumal vor dem Abschluß Ihrer Arbeit – noch zu sehr im Kampfe stehen. Gewiß ist diese Arbeit furchtbar schwer, und die wenigen Ansätze, die ich selbst für mich gemacht habe, um meine Erinnerungen und Eindrücke zu Papier zu bingen[932], haben mich belehrt, wie zahlreich und gefährlich die Klippen sind, die sich dem Suchen nach Wahrheit bei der retrospektiven Darstellung eines solchen Zeitabschnittes, wie wir ihn erlebt haben, entgegenstellen. Aber Sie müssen diese Schwierigkeiten überwinden, da das Bild der Zusammenhänge ohne Ihre Darstellung zu verzerrten Zügen auf die Nachwelt kommen würde. Sie sind dieses Buch, das, wie ich überzeugt bin, sich durch seine Wahrhaftigkeit vor den Tendenzdichtungen der Modehelden auszeichnen wird, Ihrem eigenen Bilde in der Geschichte schuldig. Möchte Ihnen das neue Lebensjahr Kraft und Ausdauer geben, um es zu gutem Ende zu führen!

Der Abschnitt aus Ihren Betrachtungen, den Sie mir gütigst mitgeteilt haben[933], bestärkt mich in meinen Hoffnungen, die ich auf das Werk setze. Ich unterschreibe alles, was Sie darin über den Kaiser sagen. Andererseits freut es mich herzlich, daß Sie dabei säuberlich mit dem [a]Knaben Absolom[a],[934] umgegangen sind. Namentlich was Sie über den Vorwurf seiner Unorientiertheit und den oft verwirrenden Eindruck seiner persönlichen Einwirkung auf Außenstehende[935] sagen, ist durchaus zutreffend und richtig beobachtet. Seine komplizierte Natur gab oft den Eingeweihten unlösbare Rätsel auf, oft, wie ich glaube, absichtsvoll und bewußt! Wieviel mehr mußten seine Reden Fernstehenden ein falsches Bild von seinem inneren Denken geben! [b]Er posierte eben aus angeborenem Talent und innerer Neigung.[b] Das haben Sie sehr fein zum Ausdruck gebracht, ohne daß es ihn verletzen kann. Auch das Verhältnis zur Armee und die schwere Belastung derselben durch die beiden „Herren“[936] ist richtig und in guter Form herausgebracht. Für den Gedanken auf S. 6 möchte ich eine, wie mir scheint, etwas deutlichere Fassung vorschlagen und habe mir erlaubt, sie in der Anlage zu formulieren. Auf S. 9 oben bleibt der eingeklammerte Satz vielleicht besser fort, da er nicht recht in den Zusammenhang paßt[937].

Für die sehr freundlichen Worte, mit denen Sie meiner Tätigkeit beim Kaiser gedenken, danke ich Ihnen aufrichtig. Je lebhafter ich fühle und oft bitter erfahren mußte, wie abfällig alldeutsche und ultrakonservative Kritik meinen Einfluß beurteilte, um so willkommener muß mir aus berufenem Munde das Zeugnis der Unparteilichkeit und der konservativen Grundgesinnung sein.

---

[932] Valentinis Erinnerungen erschienen 1931, sechs Jahre nach seinem Tod von Bernhard Schwertfeger herausgegeben: Valentini, Kaiser und Kabinettschef.

[933] Unten Nr. 1010*.

[934] Absalom: einer der jüngeren Söhne König Davids.

[935] Diese Beobachtung ist bei Bethmann, Betrachtungen II S. 23–24, wesentlich zurückhaltender formuliert.

[936] Hindenburg und Ludendorff.

[937] Diese Änderungen sind nicht nachzuvollziehen, da nur die gedruckte Fassung von Bethmanns „Betrachtungen“ erhalten ist.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Nur in einem Punkte möchte ich hier um eine Abschwächung des Ausdruckes bitten: Ich glaube zwar selbst, daß mein Verhältnis während der Kriegszeit bis zu meiner Entlassung als des „weitgehenden persönlichen Vertrauens“ zutreffend bezeichnet wird. Aber seitdem haben offenbar bei dem Kaiser Einflüsse die Oberhand gewonnen, die diesen Ausdruck dem rückschauenden Urteil als antiquiert erscheinen lassen. Ich möchte daher vorschlagen, statt „weitgehenden“ zu sagen: dem „seine Stellung und das persönliche Vertrauen des Kaisers“[938].

Sehr dankbar bin ich auch für die Worte „auf Betreiben der Obersten Heeresleitung“[939] in diesem Zusammenhange. Bei dem Schweigen Ludendorffs und Hindenburgs in Ihren Denkwürdigkeiten über diese Ihnen vielleicht nachträglich nicht ganz angenehme Reminiszenz ist diese als Symptom unserer damaligen Zustände immerhin nicht ganz belanglose Konstatierung zweifellos von Wert und allgmeinem Interesse.

In Haus Doorn[940] bereitet sich scheinbar die Katastrophe der Kaiserin vor. Man wird dieser Frau das wärmste Mitgefühl nicht versagen können, [c]wenn sie auch an dem schweren Niedergange ihres Hauses viel Schuld trifft[c]. Aber was wird der Kaiser ohne diese immerhin starke Stütze anfangen? [d]Man hört schon jetzt manches Eigentümliche von dort. So erzählt mir der General v. Watter[941], mit dem ich im Herbst in Oeynhausen zusammen war, daß der Kaiser dem „National-Bolschewismus“ zuneige und überzeugt sei, mit dessen Hülfe den Thron wieder besteigen zu können. Ich habe nicht erfahren können, welcher „Rasputin“[942] hier am Werke ist. Aber der Boden war für solche mystischen Vorstellungen dort immer günstig.[d]

Über unsere Zustände und Aussichten schweigt man lieber. Wir sind, wenn nicht ein deus ex machina erscheint, durch die Schuld Frankreichs und Englands dem Untergange verfallen, und daran würde auch eine weitere Orientierung aus dem sozialistischen Sumpfe nach rechts nichts ändern. Und dieser seit Monaten lachende Himmel bei nächtlichen Frösten fängt an, selbst hier, wo die Saaten schön standen, die Hoffnungen auf die künftige Ernte zu zerstören. So bleibt wohl nicht viel übrig, als das „impavidum ferient ruinae“[943]!

---

[938] Dieser Änderungsvorschlag ist nicht in die Endfassung der „Betrachtungen“ (S. 21) eingegangen.

[939] Ebenda.

[940] In Holland (in der Provinz Utrecht). Dorthin war der Kaiser mit seiner Umgebung im November 1918 geflohen, und dort verbrachte er seine weiteren Lebensjahre bis 1941.

[941] Oskar von Watter (1861–1939), Generalleutnant. – Zum folgenden: Der Nationalbolschewismus ist eine politische Strömung während der Weimarer Republik („Linke Leute von Rechts“), die eine Zusammenarbeit mit Sowjetrußland und eine nationale Revolution anstrebte, aber die weltweite kommunistische Revolution ablehnte.

[942] Auguste Viktoria war schwer erkrankt und verstarb am 21. April 1921 in Doorn. – Grigorij Efimovič Rasputin (1864/65–1916), Mönch, Wanderprophet; übte auf das letzte russische Zarenpaar großen Einfluß aus.

[943] In den Oden des Horaz III, 3: „Si fractus illabatur orbis, impavidum ferient ruinae.“ („Wenn der Erdenkreis zusammenbrechend einstürzt, werden die Trümmer auf den Unerschrockenen niederfallen.“).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ich freue mich, daß ich damals bei Ihnen in Hohenfinow war und Sie mir jetzt an Ihrem Schreibtische in dem köstlichen Bibliothekszimmer vorstellen kann. Möchten Sie weiter Glück [e]und Trost in Ihrer Familie finden, und möchte Ihnen Gesundheit und Frische erhalten bleiben, um das gute Werk, das Sie schaffen, zum gedeihlichen Ende zu führen. Meine Frau dankt wärmstens für Ihren freundlichen Gruß und erwidert ihn auf das Herzlichste.

In alter Anhänglichkeit und Verehrung stets Ihr treu
ergebener

[a–a] *Dieser Passus ist in der Abschrift gestrichen (was auf eine mögliche zeitgenössische Veröffentlichung hindeutet).*
[b–b] *Auch dieser Passus ist in der Abschrift gestrichen.*
[c–c] *Ebenso.*
[d–d] *Ebenso.*
[e–e] *Ebenso.*

906. Bethmann Hollweg an Rassow

BA Koblenz, Nachlaß Rassow, N 1228/164. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 3. Dezember 1920

Haben Sie herzlichen Dank für alles Gute und Freundliche, was Sie mir zum Geburtstage gewünscht und gesagt haben. Alles Schwere und Schwerste, was ich gerade jetzt bei meiner Arbeit wieder durchzustehen habe, wird durch die Art und den Geist, mit dem Sie mir Hülfe leisten, gemildert, soweit es überhaupt gemildert werden kann. Dafür werden Sie meines steten Dankes sicher sein. – Für Ihre Briefe vom 25. und 29. habe ich noch nicht gedankt. Die letzten Tage waren reichlich besetzt. Der kalendermäßige Auszug aus der Kriegschronik der Frankfurter Zeitung[944] ist mir um so wertvoller, als die Druckbogen des Schultheßschen Geschichtskalenders, die mir Beck[945] heute schickt, relativ wenig Material für eine Kritik der russischen Politik vom Juli [19]16 an bis zu Stürmers Sturz[946] ergeben. Weitere Auszüge aus der Kriegschronik scheinen mir einstweilen nicht erforderlich. Gespannt bin ich auf das Ergebnis Ihrer Unterredung mit Nabokow[947]. – Dankbar wäre ich, wenn Sie mir auch für die Zurückweisung der feindlichen Angriffe wegen der Kriegsgreuel[948] ein Substrat liefern könnten.

944 Chronik des Deutschen Krieges. Nach amtlichen Berichten und zeitgenössischen Kundgebunen. Bd. 1–10 <1914–November 1915>. München 1914–1917.

945 Verlag Beck in München.

946 Im November 1916.

947 Vladimir Dmitrievič Nabokov (1869–1922), Mitglied der Ersten Duma 1906; ebenfalls der Provisorischen Regierung 1917; westlich orientiert; emigrierte über die Krim (1918) und England nach Deutschland; fiel 1922 einem Attentat zum Opfer.

948 Etwa bei der Besetzung Belgiens 1914, bei der Ubootkriegführung.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Ein – allerdings nicht politischer Freund wies mich wiederholt auf die Notwendigkeit hin, in meinem zweiten Band mit Tirpitz abzurechnen. Dessen „Erinnerungen“ wirkten doch als Pamphlet gegen mich. Ich bin zweifelhaft. Auf die Politik der Risikoflotte möchte ich nicht eingehen. Sie hat mit Betrachtungen „im“ Kriege nichts zu thun. Höchstens könnte ich das Thema im Kapitel Ubootkrieg streifen, indem ich die Vernachlässigung des Ubootbaues zu Gunsten der Schlachtseerisikoflotte rüge[949]. Aber etwa doch nur streifen, was auf die Tirpitzgläubigen keinen Eindruck machen würde. Mit seinen persönlichen Anrempelungen mag ich mich nicht befassen. Auf sie kann die Antwort nur mittelbar gegeben werden, indem ich die Motive meiner Politik darlege. Beim Erscheinen des Tirpitzbuches habe ich eine polemische Gegenschrift vorbereitet[950]. Bei ihrem Wiederdurchlesen habe ich den Eindruck, daß ihr Inhalt in meinen zweiten Band nicht hineinpassen würde. Aber überlegen Sie bitte den casus.

Viele Empfehlungen Ihrer Frau Gemahlin[951] und beste Grüße. – Mein Schwiegersohn[952] schreibt mir, daß eine Unterredung mit dem General Malcolm[953] ihn in der Ansicht bestärkt habe, ich müsse erneut über die Schuldfrage schreiben.

Stets aufrichtigst der Ihre

907. Bethmann Hollweg an Oettingen

BA Koblenz, Nachlaß Oettingen, N 1688/2, f. 51–53. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 16. Dezember 1920

Lieber Freund!

Deine Nachsicht mit mir ist groß. Mein Dank für Deine Kriegsgedichte[954], <ewiges> Schweigen, dann doch wieder Dein so freundlicher Geburtstagsbrief und vor wenigen Tagen die „Großen Männer“. Ich war daher diesen ganzen Sommer über schlecht, geistig und seelisch. Vielleicht wollte auch die körperliche Maschine nicht mehr recht. Trotz angestrengtester Schufterei kein Fortkommen mit meinem Buch[955] – Du kennst es nicht, wie einem ist, wenn Spiri-

949 Da er binnen vier Wochen starb, kam er nicht mehr dazu. Sein Kapitel „Der Ubootkrieg“ in Band 2 der „Betrachtungen“ S. 107–139.

950 Sie ist in der Neuausgabe der „Betrachtungen“ (Dülffer) abgedruckt: S. 313–330.

951 Victoria Luise Hildegard, geb. Wiggert (*1889).

952 Julius Graf von Zech-Burkersroda.

953 Sir Neill Malcolm (1869–1953), Generalleutnant; Chef der britischen Militärmission Berlin 1919–1920.

954 Als Publikation nicht ermittelt ebensowenig die im folgenden erwähnten „Großen Männer“ (ein Gedicht?).

955 Dem zweiten Band seiner „Betrachtungen zum Weltkriege“, der dann, fast vollendet, 1922 von seinem Sohn herausgegeben, erschien.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tus und Tinte versagen – und dazu Qual um Vergangenheit und Zukunft, um so heftiger, je weniger sie zu irgend etwas hilft. Aber basta. Ich hoffe, es wird allmählich besser. Mein Schwiegersohn sagte mir neulich, er sei „gefestigt hoffnungslos“. Vielleicht ist das die Stimmung, die man braucht. Und mein Buch muß ich wohl oder übel im Januar abschließen. Mit der Tirpitzschen „Risikoflotte“ kann ich mich darin nicht auseinandersetzen[956], wiewohl schon manches darüber zu sagen wäre. Aber das sollen Betrachtungen „im“ Kriege sein, und die Tirpitzgläubigen belehre ich doch nicht. Ich werde überhaupt nur darstellen, wie ich die Dinge gesehen habe und wie meine Handlungen eine notwendige Konsequenz dieser meiner Auffassungen gewesen sind. An dieser indirekten Polemik lasse ich es bewenden, auch gegen Ludendorff. – Am 28. November haben wir ein Denkmal für die gefallenen Krieger oben auf dem Liebenstein am Ende der langen Lindenallee geweiht. August Gaul hat es mir entworfen. Ein rechteckiger Würfel aus Muschelkalk, alle Flächen sich nach oben verjüngend, so daß keine vertikal steht, auf der Schauseite die Widmung und die Namen eingemeißelt, oben darauf der Stahlhelm. Das Ganze 3,25 m hoch. Schlicht und wuchtig, ganz in die Landschaft passend und, wie ich finde, auch künstlerisch sehr schön. Du mußt es Dir nächsten Sommer einmal ansehen. – Die äußeren Tage gehen ihren Gang. Es wird wieder besser und ruhiger gearbeitet, aber mit dem Schieben und Stehlen ist es beim Alten. Die Ernte war leidlich, aber für das nächste Jahr sehe ich schwarz. Der Roggen war zum größten Teil noch nicht aufgegangen, als der Frost kam, und das dauert nun ununterbrochen bald zwei Monate. Ich lebe einsam und fast nur am Schreibtisch. Die Kinder sind bei Wege, nur die Tante ist seit diesem Herbst viel anfällig.

Nimm diese spärlichen Notizen als Dank hin für alles Freundliche, was Du mir sagst und an mir läßt. An Deinen Gedichten freue ich mich fortgesetzt, sooft ich sie in die Hand nehme. Deinen Goethe[957] muß ich noch lesen. Wenn ich erst mit dem verdammten Buch fertig bin, will ich versuchen, wieder ein Mensch zu werden. Bis dahin bleibe nachsichtig und wohlmeinend. Deiner Frau meine besten Grüße. Ihr, Dir und Euren Kindern alles Gute.

In alter Freundschaft der Deine

[956] Dem Tirpitzschen Flottenbau lag die Theorie zugrunde, daß die deutsche Flotte so stark sein müsse, daß es die englische Flotte nicht wagen könne, den deutschen Gegner anzugreifen, ohne selbst nachhaltig geschwächt zu werden. Der im folgenden genannte: August Gaul (1869–1921), Bildhauer.

[957] Keine Monographie, sondern vermutlich der Aufsatz von Wolfgang von Oettingen, Ein vergessenes Skizzenbuch Goethes. In: Jahrbuch der Goethe-Gesellschaft 5 (1918) S. 187–191.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

908. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

BA Berlin, Nachlaß Hutten-Czapski, N 2126/17, f. 92–93. Privatbrief. Eigenhändige Ausfertigung.

Hohenfinow, 22. Dezember 1920

Meine sehr verehrte Exzellenz!

Fast einen Monat bin ich Ihnen den Dank für Ihr so freundliches Gedenken meines Geburtstages schuldig geblieben, und doch haben mich gerade Ihre Worte in der Erinnerung an alte Zeiten, an gemeinsame Erlebnisse und an alle Freundlichkeiten, mit denen Sie mir stets entgegengetreten sind, ganz besonders wohltuend berührt. In unserer schweren Zeit sind geistige Berührungen, in denen die Vergangenheit lebendig wird, ein kostbares Gut, das den Druck der Gegenwart erträglicher macht. Und für solche Gabe danke ich Ihnen in aufrichtigstem Empfinden.

Sehr betrübt war ich, als ich schon im Herbst hörte, daß ihr Befinden so wenig befriedigend sei. Um so mehr freue ich mich, aus Ihren Zeilen herauslesen zu dürfen, daß Sie jetzt Besserung finden. Möge sie sich mehr und mehr befestigen. Das ist mein herzlicher Wunsch.

Ich habe ein ziemlich arbeitsreiches Jahr hinter mir, und auch der Anfang des neuen wird mich noch stark beschäftigt finden. Das wirtschaftliche Landleben hier ist seinen Gang gegangen, bei sehr mäßiger Roggenernte, guten Kartoffelerträgen, aber sehr mangelhafter Herbstbestellung in Folge des vorzeitigen Winters. Die Bevölkerung erholt sich, wenn auch s e h r langsam von ihrem Revolutionsrausch. Im übrigen mag auch ich von den öffentlichen Dingen nicht sprechen. Meinen Kindern geht es Gottlob gut, und die Münchener werden sich sehr freuen, wenn Sie einmal bei ihnen vorsprechen können. An Berlin denke ich diesen Winter nicht. Ich habe keine Hohenzollernstraße mehr[958]. Und nun lassen Sie sich, mein lieber Graf, für Weihnachten und das neue Jahr die herzlichsten Wünsche sagen. Daß es Ihnen den gesunden Optimismus wiederbringe, der Sie stets ausgezeichnet hat.

Mit den besten Grüßen und in alter freundschaftlicher Ergebenheit
der Ihre

[958] Wo Bethmann Hollweg während seiner Berliner Aufenthalte logierte.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

909. Valentini an Felix von Bethmann Hollweg

BA Koblenz, Nachlaß Schwertfeger, N 1015/208, S. 52–54. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Hameln, 9. Januar 1921

Sehr geehrter Herr v. Bethmann Hollweg!

Zu meinem großen Leidwesen war ich durch Unpäßlichkeit verhindert, meinem innigen Wunsche, Ihrem Herrn Vater persönlich die letzte Ehre zu erweisen, Folge zu leisten. Wie gern hätte ich Ihnen auch die Hand gedrückt und von Mund zu Mund gesagt, wie tief ich mit Ihnen allen den viel zu frühen Heimgang dieses großen, edlen Mannes betrauere, mit dem mich lange Jahre gemeinsamen Ringens und vielfach gemeinsamen Schicksals in aufrichtigem Vertrauen und – ich darf wohl sagen – in warmer Freundschaft verbanden. Wie wohl wenige der Zeitgenossen bin ich in der Lage zu beurteilen, wie sein Leben, Denken und Handeln in der Sorge um Staat und Volk aufgingen, wie wahr und edel sein ganzes Streben und Arbeiten war und wie ungerecht und undankbar das Bild dieses Mannes von der Parteien Haß und Mißgunst verzerrt worden ist. Hätten die Führer unseres Heeres es verstanden, den schon fast sicheren Sieg an unsere Fahnen zu heften[959] und den Krieg vor der völligen Erschöpfung des Volkes zu Ende zu führen, so würde seine stets maßvolle, weise Politik zu einem wahren und dauerhaften Frieden geführt haben, und er stünde groß da in der Geschichte. Es ist anders gekommen, und so büßt er in wahrhaft tragischer Weise die Fehler und Sünden anderer, teils derer, die vor ihm regierten, teils derer, die gegen seinen Rat handelten und auf deren Entschlüsse er zu seinem schweren Kummer keinen Einfluß hatte. Es erregt Ekel, wenn man jetzt sieht, wie alle diese Männer ihre Hände in Unschuld waschen und bemüht sind, den Zorn des Volkes von sich auf ihn allein abzuwälzen. Und gerade in seiner vornehmen und gelassenen Haltung diesen Machenschaften gegenüber habe ich Ihren Herrn Vater am meisten bewundert. Als ich im Juni 1918 einige schönen Tage in Hohenfinow verleben durfte, drang ich in ihn, sich gegen diese Geschichtsfälschungen zu wehren und die Wahrheit in völliger Nacktheit ans Licht zu ziehen. Aber ich begegnete bei ihm der ruhigen Erwägung, man dürfe dem Volke nicht den Glauben an seine Heroen rauben und das Unglück des Vaterlandes nicht noch durch gegenseitige Anschuldigungen vermehren. Dies war wohl auch ein Grund, weshalb er so schwer und spät an die Abfassung des zweiten Teiles seiner „Betrachtungen zum Weltkriege“ heranging, die nun jetzt leider unvollendet zurückbleiben, nachdem der unerbittliche Tod ihm die Feder aus der Hand genommen hat. Und gerade die Sorge um diese Hinterlassenschaft ist es, über die ich mich gerne mit Ihnen, verehrter Herr v. Bethmann, näher ausgesprochen hätte. Durch meine

[959] Es ist nicht klar, welche Konstellation des Krieges Valentini damit meint: etwa Ende 1916 nach der Niederringung Rumäniens oder Frühjahr 1918 nach dem Frieden von Brest-Litovsk oder während der Marne-Schlacht im August 1914?

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Korrespondenz mit Ihrem Herrn Vater aus den letzten Monaten weiß ich, daß die Ausarbeitung schon weit vorgeschritten sein muß. Ich glaube mit Ihnen und Ihrer Familie in der Auffassung übereinzustimmen, daß diese Arbeit nicht vergeblich geleistet sein darf. Sollten noch Abschnitte fehlen, so werden doch zweifellos Vorarbeiten und Materialien vorhanden sein, die einer sachverständigen Hand die völlige Richtigstellung ermöglichen. Es wird sich nur darum handeln, die richtige Persönlichkeit für diese schwierige Aufgabe zu finden. Von bedeutenden Historikern standen Dr. Hans Delbrück und Dr. Friedrich Thimme Ihrem Herrn Vater auch politisch und persönlich nahe. Der letztere hat die musterhafte Herausgabe seiner Kriegsreden besorgt und ist überhaupt in die Details der Geschichte seiner Kanzlerschaft tief eingedrungen. Nächst dem vortrefflichen Delbrück, der aber kaum zur Übernahme der Arbeit geneigt sein wird, halte ich Thimme für den geeignetsten Interpreten und Vollender der schriftlichen Hinterlassenschaft Ihres Herrn Vaters. Jedenfalls würden beide wohl gern bereit sein, in jeder Richtung sachdienlichen Rat zu erteilen. Bei dem wirklich warmen Interesse, das ich der Angelegenheit entgegenbringe, würde ich für eine gelegentliche Mitteilung ihrer weiteren Entwicklung sehr dankbar sein.*

Mit der Bitte, mich Fräulein v. Pfuel, Ihrer Frau Schwester und dem Grafen Zech, falls diese noch dort sein sollten, angelegentlichst zu empfehlen, bin ich, verehrter Herr v. Bethmann, in herzlicher Anteilnahme an allem, was das Haus Hohenfinow betrifft,

Ihr ganz ergebener

* *Dazu maschinenschriftliche Anmerkung, wohl von Schwertfeger stammend*: Der Sohn des verstorbenen Reichskanzlers antwortete am 20. Januar 1921, der größte Teil des zweiten Bandes sei bis auf die allerletzte Durchsicht schon vor dem Tode seines Vaters von ihm selbst fertiggestellt worden und solle in dieser Form und ohne die geringsten Veränderungen im Text von ihm herausgegeben werden.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anhang

Die Bethmannsche Tafelrunde Gedenkreden und Briefwechsel von Freunden und Mitarbeitern

910. Gedenkrede Solfs

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 7–10. Privatdruck.

[Berlin] 29. November 1926

Gedenkspruch des Botschafters Dr. Solf
zum 70. Geburtstag des verstorbenen Reichskanzlers von Bethmann Hollweg
bei dem alljährlichen Zusammensein seiner Mitarbeiter und Freunde

Meine gnädigste Frau Gräfin, sehr geehrte Herren[960]!

Daß sich auch in diesem Jahre wieder eine stattliche Corona an diesem Tisch zusammengefunden hat, dürfen wir alle als ein Zeichen dafür empfinden, daß zwischen den Männern, die sich um die Person des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg gruppieren, mehr bestanden hat als nur ein äußerlicher Zusammenhang. Es sind an diesem Tische nie Fest- und Lobreden gehalten worden, die verweht sind, wenn der Wein getrunken ist. Es ist stets nur ein schlichtes Wort des Gedenkens gesprochen worden. Und eines weiteren bedurfte es auch nicht. Denn das geistige Bild des Mannes, zu dessen Gedächtnis wir uns hier versammelten, ist jedem von uns gegenwärtig. Darin gerade besteht das Geheimnis der ideellen Gemeinschaft dieser Tafelrunde. Vielleicht aber müssen wir noch tiefer schürfen, um auf den ureigentlichen Grund dieser Gemeinschaft zu kommen. Wir haben in dem Reichskanzler von Bethmann Hollweg nicht nur ein persönliches tragisches Schicksal sich vollenden sehen, sondern das tragische Schicksal unserer Generation, soweit sie dem alten Deutschen Reich in leitenden Stellungen gedient hat. Ohne Überhebung darf doch jeder von uns von sich sagen, daß er irgendwie das Verhängnis heraufziehen sah oder fühlte und daß er an seinem Platz sich bemüht hat, diesem Verhängnis zu wehren, jeder nach dem Maß seiner Kräfte und seiner Einsicht in

[960] Die Anwesenden bei dieser Tafelrunde waren laut beigefügter Liste: Ehepaar Zech von Burkersroda, Reischach, Solf, Müller, Zimmermann, Flotow, Lewald, Scheüch, v.d. Bussche, Stumm, Prinz zu Stolberg-Wernigerode, Wahnschaffe, v.d. Lancken-Wakenitz, Thimme, Hertzberg, Grünau, Bornstedt, Zitzewitz, Sell. – Die noch nicht kommentierten: Theodor Lewald (1860–1947), Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern 1917–1918; Staatssekretär ebenda 1919–1921. – Günther Hertzberg (1855–1937), Polizeipräsident in Berlin-Charlottenburg1907–1921; Hans Jürgen von Bornstedt (1881–1962), Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei 1916, als Regierungsrat 1918 ebendort, als Ministerrat ebendort 1921–1923; Mitbegründer der Deutschen Demokratischen Partei 1919. – Vermutlich Ernst von Zitzewitz (1873–1945), Landrat des Kreises Naugard 1905–1925; Landeshauptmann des Provinzialverbands Pommern 1925–1934.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Vorgänge in der Heimat und auf der Weltbühne. Die mit bestimmter Absicht genährte Anschauung, als wäre das alte Reich von Schädlingen aus bösem Willen oder aus Unfähigkeit verwaltet worden, wird vor der Geschichte nicht bestehen, und sie wird auch dadurch nicht historisches Fundament erhalten, daß einer aus der Schar der alten Diener des Reichs sich aus den Trümmerstücken ein Piedestal für die Erhöhung seiner eigenen Person zu bauen sucht. Klarer als wir anderen und früher als wir alle hat aber Herr von Bethmann Hollweg das Kommende empfunden und geschaut. Und er hat schwer darunter gelitten. Aber er hat nicht nur gelitten, sondern auch tapfer gekämpft. Und nie hat er sein persönliches Schicksal von dem Schicksal des deutschen Volkes getrennt. So hat sich denn unserer aller Tragik, ja die Tragik des ganzen deutschen Volkes in seiner Person vielleicht am schmerzlichsten vollzogen.

So sei denn auch heute nur ein Wort des Gedenkens von mir gestattet, heute, wo der Reichskanzler von Bethmann Hollweg seinen 70. Geburtstag begehen würde, wenn er noch unter uns weilte. Unsere Gedanken wenden sich in stiller Verehrung seiner edlen Gestalt zu, und sie schließen am heutigen Tage noch einen Mann ein, der in dem Jahre hinweggetreten ist zur Zahl der Abgeschiedenen: Herrn von Valentini[961], der dem Reichskanzler so vielfach verbunden war.

Ich bitte Sie, Ihre Gläser dem Gedächtnis der beiden verehrten Männer zu weihen.

911. Wahnschaffe an Solf

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 23–24. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Rottmannshagen, 20. Februar 1930

Lieber Solf!

Herzlichen Dank für Ihre freundlichen Zeilen. Auch ich bedauerte sehr, Sie neulich nicht zu sehen, und wäre noch einmal gekommen, wenn ich nicht durch meinen Zahnarzt ziemlich behindert gewesen wäre. Mir geht es ebenso wie Ihnen: Ich kann mich in unserer politischen Verwirrung auch nicht mehr durchfinden. Und das traurigste ist, daß ich nirgends einen Ansatz zu tatkräftigen Entschlüssen sehe. Ein tatkräftiger Finanzminister könnte jetzt alles erreichen. In seinem Ressort müßte vor allen Dingen erst einmal angesetzt werden[962]. Aber ich vermute, in unserer versumpften Parteiwirtschaft wird so weiter gewurstelt werden, bis dann schließlich doch irgend eine fürchterliche Dummheit explodiert und uns wieder neuen großen Schaden zufügt.

[961] Er war am 18. Dezember 1925 in Hameln verstorben.

[962] Das Reichsfinanzministerium hatte wenige Wochen zuvor – am 23. Dezember 1929 – Paul Moldenhauer (Deutsche Volkspartei) übernommen, der es durch die Weltwirtschaftskrise steuern mußte. Er behielt den Posten im neuen Kabinett Brüning vom 30. März 1930 bis 7. Oktober 1931.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Mich mit Ihnen einmal auszusprechen würde mir sehr lieb sein. Auch über den guten Hutten-Czapski.

Daß er ein anständiger Kerl ist, kann niemand bezweifeln, der ihn kennt. Ich habe meine Ansicht darüber in keiner Weise geändert. Aber in die Tafelrunde des 29. November gehört er nun einmal als Pole nicht hinein. Ich sende Ihnen anbei die beiden Briefe, die ich ihm vor einiger Zeit geschrieben habe[963]. Neues vermag ich dazu auch nicht mehr zu sagen. Ich hatte die Sache mit äußerster Zartheit und Freundlichkeit behandelt, und wenn er nur ein bißchen auf meine Andeutungen gehört hätte, dann wäre ihm eine Blamage erspart worden. Ich verstehe garnicht, wie jemand in seinem Alter, wenn ihm angedeutet wird, daß man aus Gründen seiner Nationalität trotz aller Hochachtung seiner Person seinen Eintritt in einen Kreis nicht wünscht, der überhaupt noch [= nicht] von sich aus auf die Aufnahme insistieren kann. Er veranstaltet jetzt geradezu von außen her eine Abstimmung, indem er jeden, den er erreichen kann, befragt, ob er ihn in unserer Tafelrunde sehen möchte. Natürlich sagt keiner nein, sondern schreibt dann an mich. Ich habe schon ein ganzes Aktenstück über die Sache. Ich werde selbstverständlich fortfahren, Hutten-Czapski direkt und indirekt mit größter Freundlichkeit zu behandeln, und schließlich wird es wohl darauf ankommen, wer von uns beiden zur großen Armee abgerufen wird. Solange ich noch eine gewisse Verantwortung für den Zusammenhalt der Tafelrunde trage, kann ich mich zur Erfüllung seines Wunsches unter keinen Umständen bereit erklären.

Der von ihm erwähnte hohe Beamte war Krätke[964]. Eisenhardt hatte ihn mißverstanden und mir gesagt, er wünschte eine Aufforderung zu haben. Selbstverständlich habe ich darauf an den alten Staatssekretär[965] geschrieben. Er sagte aber in sehr freundlicher Form ab. Das hat Hutten-Czapski natürlich erfahren, wie er ja alles erfährt. Es hat doch aber für seinen Fall nicht die geringste Bedeutung.

Nun, ich hoffe, wir können auch über diese Geschichte, die mich nicht mehr aufregt, bei meinem nächsten Besuch in Berlin einmal reden. Wir müssen uns vor allen Dingen mal wieder in der angestammten Ecke des Automobilclubs[966] zusammen setzen. Vorläufig herzliche Grüße und gehorsamste Empfehlungen an Ihre verehrte Gemahlin[967].

In alter treuer Verehrung

[PS] Ich füge auch noch einen Brief von mir an Felix Bethmann bei und erbitte das Material für meine Akten zurück.

963 Sie liegen nicht bei.

964 Reinhold Kraetke (1845–1934), Staatssekretär des Reichspostamtes 1901–1917; Mitglied des Preußischen Herrenhauses 1911–1934. Der im folgenden genannte Eisenhart ist vermutlich der oben Nr. 589 und Anm. 57 ermittelte Eisenhart.

965 Zimmermann.

966 In Berlin, Leipziger Straße 16.

967 Johanna Solf (1887–1954), geb. Dotti.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

912. Riezler an Solf

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 30. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Frankfurt a. M., 5. November 1930

Liebe Excellenz!

Herzlichen Dank für Ihren freundlichen Brief. Was das Bülow'sche Buch[968] betrifft und seine evtl. Erwähnung in der Ansprache, so bin ich persönlich der Ansicht, daß das Buch so minder im Niveau ist und in der allgemeinen Geistes- und Seelenhaltung, daß der ungeheure Gegensatz dieses Niveaus zu dem Bethmannschen direkt in die Augen springt und man Beide eigentlich anstandshalber gar nicht mehr auf einer gemeinsamen Ebene nennen kann. Das Buch macht überall einen geradezu niederschmetternden Eindruck. Man könnte höchstens sagen, was Bethmann war an innerer menschlicher Substanz und Gesinnung sei vielleicht Niemandem so deutlich geworden als denjenigen Lesern des Bülow'schen Buches, die Bethmann kannten; es sei ein wahres Glück, daß so jemand wie Bethmann existiert habe und das Niveau des offiziellen Deutschland vor dem Kriege doch nicht ohne weiteres durch das Bülow'sche repräsentiert würde. Aber ernsthaft auf Bülow eingehen kann man, glaube ich, nicht.

Ich freue mich sehr, Sie in Berlin wiederzusehen.
Mit den herzlichsten Grüßen
Ihr getreu ergebener

913. Solf an Wahnschaffe

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 38. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

Zittau, 22. November 1930

Lieber Freund!

Ich antworte Ihnen sofort auf Ihre Zeilen vom 19. d. M. Ich werde am 28. abends mich pünktlich um 8 Uhr im Auto-Club einfinden, um alles bezüglich der Fassung der Ansprache mit Ihnen und den anderen Herren zu besprechen. Mir ist bei der Überlegung über diese Ansprache folgender Gedanke eingefal-

[968] Bernhard Fürst von Bülow, Denkwürdigkeiten. Bd. 1–4. Hrsg. v. Franz X. von Stockhammern. Berlin 1930–1931. – Bd. 1–2 reichen von 1897 bis 1909, also bis zu Bülows Abschied als Reichskanzler. Der für das Bethmann-Bild wichtige Band 3 für die folgenden Jahre (1909–1919) erschien 1931, war aber möglichweise schon 1930 ausgeliefert. Binnen kurzem (1931) erschien ein „Anti-Bülow" mit Beiträgen von ehemaligen Diplomaten, Mitgliedern des AA und Historikern: Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. Friedrich Thimme. München 1931.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

len: Ich hatte einmal ein Gespräch mit Bethmann, kurz vor seinem Rücktritt. Er sagte mir, es würde ihm da wieder vorgeworfen, daß er sich von seinem Amte nicht trennen könnte. Er gab das zu, wenn auch mit einer anderen Begründung, als die Opposition ihm vorwarf. Er meinte, daß er mit Sicherheit voraussehe, daß, wenn er zurücktrete, die Folge eintreten würde, daß eine ganze Reihe von Kanzlern hintereinander kommen würden [!], und er sagte, daß er von keinem der Kandidaten die Überzeugung hätte, daß er das genügende Vertrauen bei unseren Gegnern besitzen würde und daß er deswegen fürchte, keiner von ihnen würde in der Lage sein, einen ersprießlichen Frieden abzuschließen. Kurz nach seinem Rücktritt besuchte mich der damalige holländische Gesandte Baron Gevers[969] und trug mir in größter Bekümmernis seine schweren Bedenken über die Folgen vor, die der Rücktritt des Kanzlers Bethmann von Hollweig [!] für Deutschland zeigen würde. Er meinte, der Kanzler sei der einzige, der in England und Frankreich Vertrauen genösse und komme seiner Meinung nach ganz allein in Betracht, die Friedensverhandlungen mit Aussicht auf Erfolg zu führen. Gevers ist ein Mensch, der mehr Deutscher als Holländer war und auf dessen Zeugnis Wert gelegt werden muß. Ich glaube wohl, daß man diese beiden Gespräche in der Ansprache erwähnen könnte. Man könnte weiter sagen, daß die Geschichte die Ansicht Gevers[’] indossieren[970] wird. Man kann dann vielleicht mit einem kurzen Wort auf die Memoiren Bülows kommen und ausführen, daß der Ruhm Bethmanns durch den Vergleich mit dem Verfasser dieser Memoiren wachsen würde.

Überlegen Sie sich bitte diese Ausführungen, die ich Ihnen lediglich als Material für die Besprechung mitteile. Vielleicht können wir auch so verfahren, daß Sie die Ansprache halten und daß ich aus persönlicher Erinnerung die Gespräche mit Bethmann und Gevers zitiere. Auf die humanistische Grundlage der Bethmannschen Weltanschauung einzugehen scheint auch mir etwas vage und zu wenig packend zu sein. Von dem gelehrten Philosophen und Tüftler in der Wilhelmstraße ist genug gesagt worden. Lieber Freund, überlegen Sie sich das alles. Vielleicht fällt mir inzwischen noch irgend ein anderer Gedankengang ein.

Einstweilen mit vielen herzlichen Grüßen

[969] Willem Gevers (1856–1927), holländischer Gesandter in Berlin 1906–1927.

[970] In der Kanzleisprache auch: indorsieren (englisch: to endorse), also: bestätigen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

914. Gedenkrede Mutius'

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 84–87. Abschrift in Maschinenschrift.

Berlin, 29. November 1933

Gedenkspruch
des Herrn Gesandten Gerhard von Mutius
zum 77. Geburtstag des verstorbenen Reichskanzlers von Bethmam Hollweg
am 29. November 1933

Liebe Marie-Louise[971], meine verehrten Herren!

Als wir vor einem Jahre hier versammelt waren, um des verehrten und geliebten Mannes zu gedenken, dessen Geburtstag heute zum 77. Male wiederkehrt, da hat uns Herr Botschafter Solf in zu Herzen gehender Weise von dem großen Glauben gesprochen, den der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg dem deutschen Volke entgegenbrachte[972]. Er hat uns Teilnehmern der letzten Erinnerungsfeier damals diesen Glauben vorgehalten, damit wir uns an ihm erheben und aufrichten sollten.

Ich glaube, auf diesen Grundton muß auch unser heutiges Gedenken gestimmt sein. Seit einem Jahr hat sich Vieles in Deutschland geändert[973]. Eine große Bewegung hat das ganze deutsche Volk erfaßt, und niemand kann wissen – auch ihre Führer können das nicht voraussehen –, wie sie sich weiter entwickeln und auswirken wird. Mancher von uns Älteren wird sich in den heutigen Verhältnissen nicht mehr so recht heimisch fühlen.

Aber lassen Sie uns einen Schritt von den Ereignissen und Stimmungen des Tages zurücktreten. – Wer ist denn das deutsche Volk?! Sind es etwa nur die jetzt Lebenden und Wirkenden ?! – Ist nicht vielmehr ein Volk eine Gemeinschaft der Vorangegangenen, der Lebenden und der Kommenden?! – Ist es nicht über alle bloßen Summierungen und Addierungen, ja über das Sichtbare und Wahrnehmbare hinaus ein großer einheitlicher Lebensprozeß natürlicher, geschichtlicher, geistig-seelischer Art, zu dessen Funktionen durchaus auch etwas wie ein beständiges sich vollziehendes Selbstgericht gehört?! Auch das Volk ist mehr noch aufgegeben als gegeben, mehr noch eine Aufgabe als ein Tatbestand und jedenfalls in keiner Weise eine Selbstverständlichkeit, jene allgemein zugängliche und bekannte Größe, als welche das Wort beständig durch die öffentliche Diskussion gleitet. Darum braucht, wer an sein Volk glaubt, sich zu seinem Volk bekennt, durchaus noch nicht allem zuzustimmen, was der Tag bringt oder was die öffentliche Meinung des Tages als deutsches Wesen anpreist. – Ja, ich gehe noch einen Schritt weiter: Der Glaube an das deutsche

971 Marie-Louise von Bethmann Hollweg (1904–1980), geb. Gräfin von Reventlow; verheiratet 1. September 1932 mit Felix von Bethmann Hollweg (Sohn des Reichskanzlers).

972 Der „Gedenkspruch" Solfs ist in: BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 68–73.

973 Durch die Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Volk ist umsomehr wert, je weniger er bloße Zustimmung zu der Meinung anderer, je mehr er aus der Einsamkeit des eigenen Gewissens geboren ist.

Gerade aus dieser Tiefe heraus – die für das Nationalgefühl und den Patriotismus des Kriegskanzlers charakteristisch waren – würde der Vollendete, um dessen Andenken wir uns sammeln, wenn er heute unter uns weilte, uns Mut, Zutrauen, Bejahung der lebendig vorwärts treibenden Kräfte zusprechen. Ich meine, er würde etwa zu uns sagen:

„Blickt nicht so sehr auf politische Programme und Methoden, auf die Schlagworte, die der Tag hervortreibt und die ebenso schnell auch wieder verschwunden sind! Haltet Euch an die dahinterstehenden Menschen und faßt Vertrauen zu ihnen! Verschließt Euch nicht den Kräften des Glaubens, die von der Jugend zu Euch hinüberströmen möchten. Der erwachte Lebenswille des deutschen Volkes muß Euch heilig sein, auch wenn Ihr als Politiker manches, was geschieht, nicht für nützlich und durchführbar halten könnt. Jede Politik läßt sich kritisieren. Die richtige Politik gibt es nicht. Stellt Euere Kräfte, soweit Ihr könnt, in den Dienst der neuen Zeit. Es ist immer sicherer und daher auch leichter, ‚Nein' zu sagen. Aber diese Weisheit bleibt unfruchtbar. Schöpferisch ist immer nur die Bindung, das ‚Ja'. Weniger durch Furcht als durch Vertrauen sind die Menschen zu führen. Das gilt im engsten wie im größten Kreis. Das Leben ist noch etwas Anderes als Berechnung und stärker als jede Berechnung."

Aber mißverstehen Sie mich nicht. Wenn ich den verewigten Reichskanzler so zu Ihnen sprechen lasse, so soll das keinerlei Kapitulation bedeuten. Im Gegenteil, ich meine, das Bild des letzten wirklichen Kanzlers, den das alte Reich gehabt hat (Michaelis, Hertling, Max von Baden haben die Reichsgeschäfte nicht mehr eigentlich geführt), sollte auch als ein Vorbild der heutigen Zeit gegenübertreten.

Es war ja unmittelbar nach dem Kriege nur zu natürlich, daß eine lebhafte Diskussion darüber erwachte, was etwa anders zu machen gewesen wäre, welche Fehler und Versäumnisse begangen worden seien. Aber täuschen wir uns nicht über das Problematische solcher Rückblicke, die aus den inzwischen eingetretenen Folgen heraus eine andere Politik als die allein Richtige hinstellen. Kein Mensch kann mit einiger Sicherheit sagen, wie sich eine solche andere Politik ausgewirkt haben würde. Und schließlich erlahmt mit der Zeit auch das Interesse an solchen Diskussionen. – Genau wie der Einzelmensch, namentlich wenn er rüstig vorwärts schreiten will, in einem bestimmten Moment seine eigene Vergangenheit auch mit ihren Fehlern und Rückschlägen anerkennen, wie er sozusagen mit ihr Frieden schließen muß, ebenso kann das geschichtliche Bewußtstein eines gesunden Volkes auch nicht immer in die Vergangenheit starren, Vorwürfe machen, irgendein menschliches Versagen konstatieren. Und diese veränderte Einstellung drückt sich dann darin aus, daß die Taten mehr zurück- und die Menschenbilder, die Träger geschichtlichen Geschehens, in den Vordergrund treten. Was weiß denn z. B. der Durchschnittsmensch heute von der Herkulesarbeit Bismarcks? – Aber sein Bild gehört sozusagen jedem Deutschen, ist allgegenwärtig. Und so kann ich die Hoff-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nung nicht aufgeben, daß das Gesamtbild Bethmann Hollwegs noch einmal als ein vorbildliches und zu bejahendes in den inneren Besitzstand des deutschen Volkes übergehen wird. Die Reinheit seines politischen Willens, die Lauterkeit seiner besonders friedlichen Gesinnung, die Tapferkeit, die ihn den Kampf gegen eine Welt aufnehmen ließ, deren böser Wille uns vielleicht erst nach Kriegsausgang so recht klar geworden ist, seine stoische Größe im Unglück werden allmählich zu Elementen des guten deutschen Gewissens werden, das eine wesentliche Bedingung für den Wiederaufstieg des deutschen Volkes darstellt. – Und vergessen wir nicht sein hohes Streben nach Gerechtigkeit! – Justitia fundamentum regnorum[974], das scheint mir die beste, die eigentlich praktische und politische Übersetzung des Grundsatzes: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Denn nicht nur müssen wir mit den besten Kräften danach streben, daß die Allgemeinheit nicht in Abhängigkeit von Einzelinteressen gerate. Gerade im wohlverstandenen Interesse des Ganzen muß eine unaufhebbare Rechtssphäre auch den Einzelmenschen umgeben.

Was aber innerhalb des einzelnen Staates gilt, muß auch für jedes Volk in dem Gesamthaushalt Anwendung finden, zu dem die fortschreitende Technik aller Länder der bewohnten Erde immer mehr zusammenschließt. – Beides hängt enger zusammen, als man sich in der Regel klar macht. Deutschland wird umso eher Gleichberechtigung in der Gesellschaft der Staaten erhalten, als es sich mehr und mehr wieder nach Innen – im Sinne des alten Reichs – als unantastbarer Rechtsstaat konstituiert.

In diesem Sinne lassen Sie mich mit einem Goethewort schließen, das mir 1932 in einer der vielen Gedenkschriften anläßlich der hundertjährigen Wiederkehr seines Todestages begegnete[975]:

„Ja, das ist der Vorzug edler Naturen, daß Ihr Hinscheiden in höhere Regionen segnend wirkt wie Ihr Verweilen auf der Erde, daß sie uns von dorther gleich Sternen entgegenleuchten, als Richtpunkte, wohin wir unseren Lauf bei seiner nur zu oft durch Stürme unterbrochenen Fahrt zu lenken haben."

Und noch ein Letztes! Das vergangene Jahr hat dem verewigten Kanzler einen Enkel seines Namens in Hohenfinow beschert[976]. Möchte er heranwachsen zur Freude seiner Eltern, zu unser aller Freude und die in seinem Namen liegende hohe Verpflichtung in einer Zeit einlösen, die dem deutschen Volke den ihm gebührenden Platz in der Welt wiedergegeben hat.

974 Gerechtigkeit ist die Grundlage der Reiche [der Herrschaft].

975 Worte, die Goethe am 19. April 1807 am Grabe der Herzogin Anna Amalia von Sachsen-Weimar-Eisenach gesprochen hat.

976 Cay Friedrich Theobald von Bethmann Hollweg, geb. am 14. Juni 1933, gest. am 7. Februar 1991 (Vater: Felix; Mutter: Marie-Louise).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

915. Heilbron an Solf

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 88–90. Privatbrief. Ausfertigung in Maschinenschrift.

Charlottenburg, 30. November 1933

Sehr verehrte Exzellenz!

Meinem Versprechen gemäß berichte ich Ihnen über den Verlauf des gestrigen Bethmann-Hollweg-Abends. Die Zahl der Anwesenden war nicht kleiner als in den früheren Jahren, und es waren auch eine [= einige] neue Erscheinungen da. Die junge Frau von Bethmann Hollweg[977] hatte sich wieder in die Höhle der „alten Löwen“ gewagt, wie Wahnschaffe sagte. Exzellenz von Müller führte sie zu Tisch, und auf ihrer linken Seite saß Graf Vitzthum, der frühere sächsische Bundesratsbevollmächtigte und Ministerpräsident, der zu den Neulingen gehörte, kein Wort sagte, aber sich offenbar wohl fühlte. Sonst waren noch da: die Exzellenzen Schmidt-Ott[978] (auch zum ersten Male), Drews, Flotow, Graf Wedel, Lewald; Gerhard von Mutius und sein Bruder der General[979] (der dritte hatte sich mit der Begründung entschuldigt, daß der alte Reichskanzler die drei Brüder niemals alle zusammen eingeladen habe), v.d. Lancken, der vor kurzem in Paris gewesen war, Caillaux und andere seiner alten Bekannten gesprochen hatte und ein ziemlich befriedigendes Bild von den dortigen Stimmungen gewonnen hatte, Prittwitz[980], der sich in Berlin niedergelassen hat, Graf Zech, ohne Frau, dessen 16jährige Tochter schon zwei Zoll länger ist als der lange Vater, Grünau, Bassewitz, Bernstorff aus London, der still sitzt, Zitzewitz, der frühere, angeblich „rote“, Polizeipräsident von Potsdam, der andere Polizeipräsident unseres Kreises, Herr von Hertzberg, der mit seinen 79 Jahren recht vergnügt seinen Rotspohn trank und alte Anekdoten erzählte. Bornstedt, der junge Bethmann[981], Zimmermann, der recht kümmer-

977 Gemeint wohl die unten in Anm. 980 genannte Frau.

978 Friedrich Schmidt(-Ott) (1860–1956), im preußischen Kultusministerium seit 1895; preußischer Kultusminister Augst 1917–November 1918.

979 Max(imilian) von Mutius (1865–1942), Generalmajor; Diensttuender Flügeladjutant Wilhelms II. 1910–1915; Kommandeur der 6. Division Dezember 1917–Februar 1919; Cousin Bethmann Hollwegs. – Der im folgenden genannte dritte Mutius: Albert von Mutius (1862–1937), Generalleutnant; im Weltkrieg Kommandeur mehrerer Divisionen, zuletzt (April 1917–Januar 1919) der 17. Reserve-Division.

980 Friedrich von Prittwitz und Gaffron (1884–1955), Zweiter Legationssekretär 1914; kommandiert zur Dienstleistung ins AA, zeitweilige Zuteilung zum GrHQ 1914–1917; zuletzt Botschafter in Washington 1927–April 1933. – Die im folgenden genannte Tochter: Margarethe Gräfin von Zech-Burkersroda (1917–1975). – Die im folgenden genannten: Rudolf Graf von Bassewitz (1881–1951), als Legationssekretär Ständiger Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei 1911–1912; zuletzt mit der Amtsbezeichnung Gesandter Leiter des Sonderreferats Protokoll im AA 1932–1935. – Sodann: Albrecht Graf von Bernstoff (1890–1945), seit 1914 im AA; zuletzt Botschaftsrat an der Botschaft London 1923–1933. – Vermutlich: Ernst von Zitzewitz (1889–1949) und Albert von Zitzewitz (1887–1964).

981 Felix von Bethmann Hollweg.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich an seinem Stocke hinkte; er hat im Sommer einen Auto-Unfall gehabt und ist vor ein paar Wochen bei einem Zusammenstoß der Straßenbahn und eines Wagens von der vorderen Plattform, auf der er stand, heruntergeschleudert worden. Winterfeldt-Menkin[982], der das Rote Kreuz neu organisiert hat und gleichzeitig die Leitung an den Herzog von Koburg abgegeben hat, Batocki, der aus Ostpreußen nicht viel Neues mitbrachte. Reischach hatte abgesagt, weil er abends nicht mehr ausgehe; der alte Staatssekretär Kühn hatte einen sehr melancholischen Brief geschrieben, er ist hart von einem Blasenleiden geplagt; Scheuch hat Galle und Leber und konnte deshalb auch nicht kommen; Riezler schrieb aus Frankfurt, daß er sich die Reise nicht leisten könne. Ihr Telegramm war rechtzeitig angekommen und wurde als erstes verlesen. Im Arrangement ergab sich dadurch eine Änderung, daß Wahnschaffe vom Begräbnis seines Gegenschwiegervaters Gaudecker[983] erst gegen neun Uhr zurücksein konnte, sodaß seine üblichen geschäftlichen Mitteilungen erst beim Kaffee gemacht wurden, während Mutius seine Ansprache[984] im gewohnten Moment hielt. Er hat sehr geschmackvoll gesprochen. Er knüpfte an die Ausführungen Ihrer vorjährigen Rede über das Vertrauen Bethmanns in das Deutsche Volk an und machte gute Ausführungen über das Bleibende und das Vorübergehende im Wesen „Volk“. Was er über seinen Vetter Bethmann persönlich sagte, blieb ungetrübt von der bei ihm ja sonst vorhandenen Neigung zur Verwandtenkritik.

Es ist natürlich allerlei besprochen worden, aber recht wenig Politisches. Der Abend ist so in aller Harmonie verlaufen, und alle waren damit einverstanden, daß wir im nächsten Jahre wieder zusammenkommen wollen[985].

Das wäre etwa, was zu erzählen wäre. Hoffentlich finden Sie meine Zeilen in guter und schnell fortschreitender Rekonvaleszenz vor. Hier fängt es heute an, kalt zu werden. Das Thermometer ist zum ersten Male entschieden unter Null gegangen. Aber leider scheint die Sonne nicht. Ich wünsche Ihnen, daß Sie es in dieser Beziehung dort besser finden.

Mit vielen Grüßen und Empfehlungen
stets
Ihr

[982] Joachim von Winterfeldt-Menkin (1865–1945), MdR (Deutschkonservativ); Präsident des Deutschen Roten Kreuzes 1921–1933 . – Der im folgenden genannte: Carl Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha (1884–1954), letzter regierender Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha 1915–1918; Präsident des Deutschen Roten Kreuzes 1. Dezember 1933–1945; Gruppenführer und (1935) Obergruppenführer der SA 1933–1945.

[983] Keine weiteren Daten ermittelt.

[984] Die vorangehende Nr.

[985] Das scheint nicht der Fall zu sein; zumindest gibt es im Nachlaß Solf davon keine Spur.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

916. Solf an Heilbron

BA Koblenz, Nachlaß Solf, N 1053/97, S. 91. Privatbrief. Abschrift in Maschinenschrift.

[o. O.] 5. Dezember 1933

Lieber Freund!

Herzlichen Dank für Ihren ausführlichen Brief[986] über den Verlauf der Bethmann-Feier. Es ist alles so genau, anschaulich und so charakteristisch geschildert, daß ich das Gefühl habe anwesend zu sein. Will Mutius seine Ansprache nach bewährtem Muster drucken lassen? Nachdem Sie sich so günstig darüber ausgesprochen haben, würde ich sie gerne lesen[987].

Es würde mich sehr interessiert haben zu beobachten, wie weit die einzelnen Teilnehmer in die neue Zeit abgeschwenkt sind. Von manchen halte ich es für möglich, bei anderen wieder kann ich es mir schlechterdings nicht denken, obwohl Wunder passieren. Lesen Sie bitte den Artikel von Jagow, dem ehemaligen Staatssekretär, jetzt in Potsdam wohnhaft, den er in der Klein'schen Wochenschrift „Die Zukunft", und zwar in der letzten Nummer, veröffentlicht hat[988]. Als ich ihn zum letztenmale sprach, war er voller Kritik, und in diesem Artikel jauchzt er beinahe auf ob der Erhebung und des neuen Geistes, der rettend über Deutschland gegangen sei.

Wie lange ich hier bleibe, steht noch nicht fest. Ich muß doch wohl kranker gewesen sein, als meine Umgebung zugegeben hat und als ich selbst gefühlt habe, denn die Erholung geht langsam und stellt mich auf eine Geduld[s] probe.

Hier ist es politisch gegenüber Berlin still und ruhig, und man hört durchschnittlich den alten süddeutschen Gruß „Grüß Gott" und weniger die moderne Form des deutschen Grußes.

Also Grüß Gott, lieber Freund, grüßen Sie Frau und Tochter[989] und seien Sie herzlichst bedankt für den reizenden Brief.

---

986 Die vorangehende Nr.

987 Sie ist im Nachlaß Solf nur in Form einer Abschrift (vgl. die vorangehende Nr.) überliefert, also vermutlich nicht gedruckt worden.

988 Fritz Klein (1895–1936), Journalist; Redakteur bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" 1922–1933; gründete zusammen mit Paul Fechter am 3. Oktober 1933 die Wochenzeitschrift „Deutsche Zukunft", deren erste Nr. am 15. Oktober 1933 erschien. Die letzte Nr. erschien 1940. – Der hier gemeinte Artikel: Gottlieb von Jagow, Zur Weltlage. In: Deutsche Zukunft. Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur. Nr. 7, Sonntag, 26. November 1933, S. 5. – Nach einem kurzen Rückblick auf die vorangegangenen 15 Jahre begrüßt Jagow in dem Artikel das Aufkommen des Faschismus in Italien und in Deutschland. „Voll Mut und im festen Glauben an die gesunde Seele des Volkes hat Hitler die Aufgabe, Deutschland zu regenerieren, ergriffen. Entschlossen hat er den Kampf gegen den Marxismus aufgenommen, […] das deutsche Volk unter seinem Banner geeint und den anderen Mächten gegenüber die Gleichberechtigung des diskriminierten Deutschland auf seine Fahnen geschrieben."

989 Katharina Heilbron, geb. Lux. – Brigitte Heilbron (*1904) (keine weiteren Daten ermittelt).

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Regesten bereits veröffentlichter Schriftstücke

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVII,1 S. 329–330.

Der italienische Botschafter wünscht, daß Deutschland einem eventuellen österreichisch-italienischen Balkanabkommen beitrete. Ich habe ihm nur eine unverbindliche Sympathie bekundet.

Berlin, 28. Juli 1909

2*. Szögyény an Aehrenthal

Bericht (streng vertraulich). Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik II S. 425–426.

Bethmann Hollweg hat ihm gegenüber geäußert, daß er „nur mit großen Bedenken" den Posten des Reichskanzlers übernommen habe; „er sei mit dem complicirten Räderwerk der auswärtigen Politik bisher wenig vertraut". Den „Pivot" seiner Politik bilde selbstverständlich das enge Bündnis mit Österreich-Ungarn. Das Verhältnis zu England lasse manches zu wünschen übrig. In den Beziehungen zu Rußland sei neuerdings eine günstige Wendung eingetreten.

Berlin, 3. August 1909

3*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Vertraulicher Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 197–198.

Brătianu hat sich bei seinem Besuch in Berlin weiterhin fest zum Dreibund bekannt. Er behauptet, Bulgarien werde sich jede Krise auf der Balkanhalbinsel zur Territorialvergrößerung auf Kosten der Türkei zunutze machen. Rumänien wünsche dann als Kompensation eine Gebietserweiterung auf der Linie Varna – Rustčuk. – Ich habe mich dazu im wesentlichen zuhörend verhalten. Bitte um Äußerung zu dieser Frage.

Berlin, 5. August 1909

4*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 83.

Er hat den Botschafter in Konstantinopel telegraphisch angewiesen, die Pforte vor einem kriegerischen Eingreifen gegen Griechenland zu warnen.

Berlin, 7. August 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

5*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVI,2 S. 849–850.

Wilhelm II. teilt mit, daß die Begegnung mit dem Zaren in Kiel gut verlaufen sei. Den Aufenthalt in Cherbourg und Cowes habe dem Zar weniger gefallen.

Berlin, 8. August 1909

6*. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 87–88.

Angesichts der Kretakrise hat er die griechische und die türkische Regierung dringend vor kriegerischen Konflikten gewarnt, aber diese auch wissen lassen, daß sich Deutschland an speziellen Demarchen nicht beteiligen werde. Aehrenthal soll verständigt werden, daß er auf volles Einvernehmen zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn in der Kretafrage Wert lege.

Berlin, 9. August 1909

7*. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau

Vertraulicher Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 201–202.

Brătianu hat sich bei seinem Besuch in Berlin fest zum Dreibund bekannt. Auf die Frage, wie ich mich zur Eventualität eines Krieges zwischen Bulgarien und der Türkei verhalten würde, habe ich ausweichend geantwortet. Intern sollte die Angelegenheit aber geprüft werden.

Berlin, 11. August 1909

8*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVIII S. 211–217.

Er hat dem Kaiser über folgendes Vortrag gehalten: Seit einigen Monaten sondiert Ballin mit Sir Ernest Cassel über ein deutsch-englisches Flottenabkommen. Die Anregung ging von deutscher Seite aus. Die Sondierungen sollten fortgesetzt werden, nicht zuletzt um den Ausbau des Kaiser-Wilhelm-Kanals und die Befestigung Helgolands voranzutreiben. Sie sollten jetzt aber in offiziellen Kanälen fortgesetzt werden. Entgegen der Meinung des Fürsten Bülow sollten die Verhandlungen nicht auf Kolonialfragen, die Bagdadbahn und andere streitige Fragen ausgedehnt werden. – Admiral Tirpitz ist mit dem Vorgehen einverstanden und hat in der Anlage Daten dafür zusammengestellt. Der Kaiser wünscht den sofortigen Beginn der Verhandlungen. – Botschafter Metternich soll folgendes mitgeteilt werden: Aufgrund der Äußerungen engli-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

scher Politiker (u.a. Asquiths) sei die deutsche Regierung bereit, in Verhandlungen über ein Flottenabkommen einzusteigen, obwohl der deutsche Flottenbau nur defensive Zwecke verfolge; England müsse sich im Laufe der Verhandlungen für eine friedliche Politik gegenüber Deutschland verbürgen; falls die Frage bejaht werde, könnten die Besprechungen aufgrund der Vorschläge beginnen; Admiral Tirpitz sollte persönlich daran teilnehmen. – In der Anlage ist ein Schlüssel für ältere und künftige deutsche und englische Schiffsbauten ermittelt.

Berlin, 13. August 1909

9*. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 91–92.

Die Erledigung der Kretafrage ist allein Aufgabe der Schutzmächte (England, Frankreich, Rußland). Sollte sich wider Erwarten die Situation ungünstig für den Frieden gestalten, so ist zu wünschen, daß Berlin und Wien gleichzeitig erforderlich werdende Schritte unternähmen und dabei den Schutzmächten zuvorkämen, um nicht an Kollektivdemarchen beteiligt zu sein. Es hat den Anschein, daß Baron Aehrenthal sich die Leitung des Dreibundes zulegen möchte; dem muß aber entgegengearbeitet werden.

Berlin, 13. August 1909

10*. Bethmann Hollweg an Schoen

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVIII S. 217–218.

Übersendet verschiedene Aufzeichnungen zur Flottenpolitik. Tirpitz ist bereit, mit England ein Flottenabkommen zu schließen. Ballin soll seine Unterhandlungen mit Sir Ernest Cassel nicht weiterführen. Am besten wäre der Abschluß eines Neutralitätsvertrags mit England, durch den England zusagt, im Falle eines französisch-russischen Angriffs neutral zu bleiben.

Berlin, 14. August 1909

11*. Bethmann Hollweg an Riepenhausen

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 95–96.

Nach diversen Nachrichten will es die Türkei wegen Kretas nicht zum Krieg ankommen lassen. Daher besteht kein Anlaß zu einer neuen Demarche in Konstantinopel.

Berlin, 14. August 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

12*. Bethmann Hollweg an Kühlmann

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 100–101.

Falls die Türkei zum Krieg gegen Griechenland entschlossen sein sollte, müßten die sechs europäischen Mächte der Pforte keinen Zweifel lassen, daß sie gegebenenfalls mit Waffengewalt intervenieren würden. Das könnte aber für den europäischen Frieden viel gefährlicher werden als ein türkisch-griechischer Krieg.

Berlin, 19. August 1909

13*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVIII S. 221–222.

Der englische Botschafter Goschen hat ein etwaiges Flottenabkommen nebst „Zusicherungen für freundschaftliche Orientierung der allgemeinen Politik" gutgeheißen. Es wurde strengstes Stillschweigen mindestens bis zum Beginn der offiziellen Verhandlungen vereinbart.

Berlin, 21. August 1909

14*. Goschen an Grey

Zwei Telegramme (geheim). Druck: British Documents VI S. 283–284.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Seit seinem Amtsantritt habe er sich mit den deutsch-englischen Beziehungen beschäftigt; die Flottenfrage sei gewiß das Haupthindernis für eine enge Freundschaft; er sei bereit, über ein Flottenabkommen ins Gespräch zu kommen; es müsse aber Teil einer allgemeinen Verständigung bilden. Er habe spezifiziert: Wenn bei einem russisch-österreichischen Krieg sich England an Rußlands Seite stelle, würde er das als Zeichen feindlicher Gesinnung werten; wenn aber Deutschland unprovoziert Frankreich angriffe und England diesem zu Hilfe käme, würde er das als gerechtfertigt ansehen.

Berlin, 21. August 1909

15*. Bethmann Hollweg an Ballin

Privatschreiben. Druck: Huldermann, Ballin S. 224.

Er soll seinem Freund (Sir E. Cassel) mitteilen, daß er – Bethmann – nun auf amtlichem Wege unter absoluter Geheimhaltung Verhandlungen mit der englischen Regierung aufnehme. Das soll Cassel beachten.

[o.O., 21. August 1909]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

16*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXVIII S. 223–224 (vgl. ebenda S. 224 ein entsprechendes Telegramm Bethmann Hollwegs an Metternich).

Botschafter Goschen übermittelt einen Brief, in dem sich die leitenden englischen Staatsmänner einige Zeit zur Überlegung hinsichtlich des Flottenabkommens ausbedingen. Es sind nunmehr weitere Eröffnungen einfach abzuwarten.

Hohenfinow, 25. August 1909

17*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm (geheim). Druck: Große Politik XXVIII S. 227.

Goschen ist erwidert worden, daß man deutscherseits einverstanden sei, die Verhandlungen über ein Marineabkommen erst Anfang Oktober zu beginnen.

Hohenfinow, 4. September 1909

18*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVI,2 S. 852–855.

Izvol'skij auf der Durchreise durch Berlin: Da Österreich-Ungarn in der Frage der mazedonischen Reformpläne von der russischen Position abgeschwenkt sei, habe er sich in Reval mit England abgestimmt, ohne daß irgendeine Spitze gegen Deutschland beabsichtigt sei. Durch die Annexion Bosniens und der Herzegowina sei der Faden mit Österreich-Ungarn zerrissen worden. Wenn sich Österreich-Ungarn auch noch Bulgarien annähere, könne sich Rußland das nicht gefallen lassen. Bei der russischen Presse habe er keine Möglichkeit, sie irgendwie zu zügeln. – Bethmann entgegnet, daß die Treibereien der russischen Presse auf Dauer verhängnisvoll sein würden. Izvol'skij kann angesichts seiner gefühlsbetonten Sichtweise keine nüchterne Politk treiben.

Berlin, 15. September 1909

19*. Bethmann Hollweg an Tirpitz

Privatdienstbrief (ganz geheim). Druck: Große Politik XXVIII S. 230–232.

Gegenüber der ersten Berechnung hat er – Tirpitz – eine neue Formel der von Deutschland und England zwischen 1905 und 1913 zu bauenden „capital ships" ausgerechnet. Das Stärkeverhältnis der beiden Flotten an Dreadnoughts (3:4) wird dadurch nicht geändert. Es muß nur darauf geachtet werden, daß

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Verhandlungen deswegen nicht von vornherein aussichtlos erscheinen. Was die in die Berechnung der einzubeziehenden „colonial Dreadnoughts“ anbelangt, so ist es angezeigt, auf sie, da sie für den Dienst in der Pazifischen Flotte bestimmt sind, von vornherein zu verzichten. Er möge noch erwägen, in welcher weiteren Hinsicht die deutsche Seite Konzessionen machen könne.

Berlin, 16. September 1909

20*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 25–26.

Wegen des spanisch-marokkanischen Konflikts sollte die deutsche Regierung mit Paris freundschaftliche Aussprache suchen.

Linderhof, 26. September 1909

21*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (immediat). Druck: Große Politik XXIV S. 207–209.

Neuerdings berichtet auch die „Kreuzzeitung“, daß das „Daily-Telegraph“-Interview von Bülow veranlaßt, genehmigt und dieser daraufhin zurückgetreten sei. Bülow will daher ein Dementi in den „Reichsanzeiger“ setzen. Er – Bethmann Hollweg – hält es für inopportun, mit einer amtlichen Erklärung hervorzutreten. Es muß zunächst abgewartet werden, ob die Erörterungen in der Presse fortgesetzt werden.

Linderhof, 28. September 1909

22*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXIV S. 209–210.

An Bülow schreiben: Er – Bethmann Hollweg – bedauere, daß eine amtliche Erklärung zu den neuerlichen Presseerörterungen über die „Daily-Telegraph“-Affäre untunlich sei, da dadurch der Kaiser zu sehr in Mitleidenschaft gezogen werde.

Linderhof, 29. September 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

23*. Bethmann Hollweg an Bülow

Privatdienstbrief. Druck: Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 55–56 (vgl. auch ebenda S. 56–57).

Er begrüßt es, daß Bülow von einer öffentlichen Beleidigungsklage (betreffend Behauptungen über sein Verhalten in der „Daily-Telegraph"-Affäre) absehen wolle. Er will ihm einen Empfang beim Kaiser vermitteln, versucht aber noch einen bestimmten Tag dafür zu erreichen.

[o. O., Anfang Oktober 1909]

24*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXVIII S. 235.

Wann wird das englische Parlament aufgelöst? Im Wahlkampf könnte die Flottenfrage eine für Deutschland unvorteilhafte Rolle spielen.

Berlin, 1. Oktober 1909

25*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXVIII S. 237.

Wegen der bevorstehenden Parlamentswahlen hat die englische Regierung offenbar keine Eile, mit den Flottenverhandlungen zu beginnen. Wenn Botschafter Goschen aus seinem Urlaub zurück ist, sollte ihm einfach die deutsche Bereitschaft zu einer Verständigung mit England erklärt werden.

Berlin, 5. Oktober 1909

26*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Reinschrift ohne Unterschrift und Datum (Auszug). Druck: Große Politik XXIX S. 27.

In der marokkanischen Frage scheint Spanien auf weitergehende Pläne zu verzichten. Die französische Regierung will keine Aufrollung der Marokkofrage.

[o. O., Praes.: 12. Oktober 1909]

27*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Reinschrift ohne Unterschrift und Datum. Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter II S. 59–64; Große Politik XXVIII S. 239–243.

Der Reichskanzler erklärt Botschafter Goschen: Aus den Äußerungen führender englischer Politiker werde der Wunsch zur Besserung der deutsch-eng-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lischen Beziehungen deutlich. Die deutsche Seite sei der Meinung, in dieser Hinsicht mit einem Flottenabkommen anzufangen. Es solle der Wiederherstellung der alten freundschaftlichen Beziehungen dienen. Deutschland werde im Flottenabkommen die Suprematie Englands zur See anerkennen. Das Abkommen werde von den Marineexperten auszuhandeln sein. Mit dem allgemeinen Gedankenaustausch sollten die Beziehungen Englands zu seinen Partnern nicht gelockert werden. Die Verhandlungen sollten streng geheim gehalten werden. – Der Botschafter bemerkt, daß dem allgemeinen Gedankenaustausch das Flottenabkommen vorweggehen sollte. Der Reichskanzler erwidert, daß beide Unterhandlungen gleichzeitig verlaufen müßten. Deutschland bietet für die Flottengespräche eine Verlangsamung des Schiffsbautempos an. Beide Seiten sind sich einig, daß für eine allgemeine Freundschaftserklärung bald eine Formel gefunden werden solle und die Verhandlungen demnächst beginnen könnten.

[o. O., Praes.: 15. Oktober 1909]

28*. Goschen an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents VI S. 293–296 (vgl. ebenda S. 296–302). Vgl. dazu Goschen, Diary S. 193.

Gespräch mit dem Reichskanzler: Dieser wünscht eine „Verständigung" mit England. Hinsichtlich des deutschen Flottengesetzes bemerkt er, dieses könne nicht geändert werden, da es ein vom Reichstag verabschiedetes Gesetz sei; was aber geändert werden könne, sei das Tempo der Schiffsbauten pro Jahr; die englische Regierung solle dazu die Initiative ergreifen.

Berlin, 15. Oktober 1909

29*. Cambon an Pichon

Bericht. Druck: Documents Diplomatiques Français II/12 S. 499–500.

Bethmann Hollweg wünscht die Verständigungspolitik mit Frankreich hinsichtlich Marokkos, wie sie im französisch-deutschen Abkommen vom 9. Februar 1909 zum Ausdruck gekommen sei, fortzuführen. Er möchte besonders die Entschädigung für deutsche Staatsbürger baldigst erledigt sehen, um damit die öffentliche Meinung in Deutschland zu beruhigen. Was die Kriegsentschädigung, die von Spanien wegen Marokkos verlangt wird, angeht, so habe ich ihm geantwortet, daß statt einer Geldentschädigung eher eine Territorialentschädigung Spanien anzubieten wäre.

Berlin, 17. Oktober 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

30*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 338.

Er möge sich bei Aehrenthal für die Mitteilungen über die österreichisch-italienischen Verhandlungen für ein Balkanabkommen bedanken.

Berlin, 21. Oktober 1909

31*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVIII S. 245–247.

In den Verhandlungen mit England ist das Flottenabkommen nur ein Mittel, um vertrauensvolle Beziehungen zu England wiederherzustellen. Beide Verhandlungsstränge sollen daher nebeneinanderlaufen. Der Gegensatz Englands zu Deutschland geht im tiefsten auf die englische Besorgnis vor einer Überflügelung zurück. Das Ziel der Verhandlungen sollte ein Neutralitätsabkommen als Ergänzung zum Flottenabkommen sein.

Berlin, 27. Oktober 1909

32*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 339–340.

Die österreichisch-italienischen Verhandlungen über ein Balkanabkommen streben an: 1. Unterlassen jedes einseitigen Vorgehens Italiens oder Österreichs auf dem Balkan; 2. ein Vorgehen Österreichs im Sandschak von Novipazar nur nach vorheriger Verständigung mit Italien. Deutschland sollte diese Verständigung begrüßen.

Berlin, 28. Oktober 1909

33*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVIII S. 247.

Übersendet ihm diverse Schriftstücke über die beginnenden deutsch-englischen Verhandlungen und bittet um seine Ansicht dazu.

Berlin, 28. Oktober 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

34*. Goschen an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents VI S. 304–307 (vgl. ebenda auch S. 307–312).

Erneutes Gespräch mit dem Reichskanzler: Deutschland – so Bethmann Hollweg – bringe mit dem Vorschlag eines Flottenabkommens ein großes Opfer; parallel zum Flottenabkommen müsse eine politische Verständigung erzielt werden; ersteres könne eine Verlangsamung des Schiffsbautempos zum Inhalt haben; über gegenseitige Kontrollen sollten sich die Fachleute austauschen; das politische Abkommen sollte darauf hinauslaufen, daß bei einem Angriff einer dritten Macht der nicht angegriffene Teil neutral bleibe; dieses Abkommen sei die natürliche Folge eines Flottenabkommens.

Berlin, 4. November 1909

35*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Ohne Unterschrift und ohne Datum. Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter II S. 69–74; Große Politik XXVIII S. 259–262.

Unterredung zwischen Bethmann Hollweg, Schoen und Goschen. Der Kanzler: England hat nur am Flottenabkommen Interesse, während Deutschland wieder durch ein politisches Abkommen in freundschaftliche Beziehungen zu England treten und dafür einen hohen Preis zahlen will. Es wäre vernünftig, über beide Probleme gleichzeitig zu verhandeln. Vom Flottengesetz kann Deutschland nicht abgehen, es kann aber den Bau von Schlachtschiffen hinausschieben; über die technischen Details verhandeln die Marinesachverständigen. Beim politischen Abkommen verlangt Deutschland im Kern folgendes: Wenn es durch die Provokation einer dritten Macht zum Krieg gezwungen werden sollte, müßte es die Sicherheit haben, England nicht an der Seite seiner Gegner zu finden. – Goschen bezweifelt, daß ein solches politisches Abkommen von England akzeptiert würde; beim Flottenabkommen könne England nicht zugeben, daß das deutsche Flottenprogramm als ganzes unberührt gelassen würde. – Der Kanzler erwidert, das Korrelat einer Verlangsamung des Rüstungstempos sei ein Freundschaftsverhältnis, festgelegt in einem politischen Abkommen.

[o. O., 5. November 1909]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

36*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Privatdienstbrief. Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter II S. 75.

Grey ist bereits auf den Gedanken eingegangen, neben dem Flottenabkommen ein politisches Abkommen auszuhandeln. Metternich ist angewiesen, auch andere Kabinettsmitglieder dafür zu erwärmen.

Berlin, 5. November 1909

37*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVIII S. 266.

Der Artikel der Kreuzzeitung (vom 5. November über die deutsch-englischen Verständigungsbemühungen) ist nicht allzu ärgerlich. Leider wird in England dauernd gegen Deutschland gehetzt. Um so dringender muß in den Verhandlungen mit England auf die Notwendigkeit eines politischen Abkommens hingewiesen werden.

Berlin, 6. November 1909

38*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 226.

Er pflichtet den beruhigenden Versicherungen bei, die er – Kiderlen – gegenüber Brătianu zu dessen Ausführungen zum Verhältnis Österreich-Ungarns zu Rumänien gegeben habe.

Berlin, 6. November 1909

39*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm (nur für den Botschafter). Druck: Große Politik XXVIII S. 268–269.

Das deutsche Flottengesetz ist bei den deutsch-englischen Verhandlungen über ein Flottenabkommen nicht verhandelbar. Es ist aber möglich, das Bautempo für Schiffsneubauten zu verlangsamen und für einen kürzeren Zeitraum den beiderseitigen Neubau von Schlachtschiffen zu normieren.

Berlin, 10. November 1909

40*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVIII S. 271–272.

Er hat aus einer ganz geheimen Quelle erfahren, daß Sir A. Nicolson in Petersburg Izvol'skij mitgeteilt habe, daß Deutschland mit England über eine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

eventuelle maritime Abrüstung verhandle. Woher kann Nicolson darüber etwas erfahren haben? Grey kann es nicht gewesen sein. Etwa ein anderes Kabinettsmitglied?

Berlin, 15. November 1909

41*. Bethmann Hollweg an Aehrenthal

Privatdienstbrief (persönlich und vertraulich). Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik II S. 541–542 (vgl. auch ebenda S. 561–563).

Bei der Begegnung mit Erzherzog Franz Ferdinand in Potsdam und auf der Letzlinger Heide hat er volle Übereinstimmung in allen Fragen der auswärtigen Politik festgestellt. Er hofft sehr, daß sich die Beziehungen zu England bessern; bei einem englisch-deutschen Konflikt würde der ganze Kontinent in Mitleidenschaft gezogen werden.

Berlin, 15. November 1909

42*. Louis an Pichon

Telegramm (vertraulich). Druck: Documents Diplomatiques Français II/13 S. 49–51 (vgl. auch ebenda S. 51–52, 100–101, 107–108, 111, 140–141, 142).

Gespräch mit Sazonov über dessen Unterredungen in Potsdam. Bethmann Hollweg hat von sich aus die beruhigenden Worte Kiderlen-Wächters hinsichtlich der österreichisch-ungarischen Balkanpolitik wiederholt: Wenn Österreich-Ungarn auf dem Balkan eine territoriale Expansionspolitik betreiben wollte, sei Deutschland „weder vertragsmäßig verpflichtet noch willig“ (so seine Worte auf Deutsch), es zu unterstützen. Damit hat Sazonov ein formelles Versprechen erhalten, daß Deutschland nicht wie 1908/09 die Donaumonarchie bei Ausdehnungsbetrebungen unterstützen werde.

St. Petersburg, 15. November 1909

43*. Bethmann Hollweg an Metternich

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 589–590 und XXVIII S. 277–278.

Er soll Grey bei Gelegenheit mitteilen, daß die deutsche Regierung zu einer Verständigung mit England in der Bagdadbahn-Frage bereit sei, aber zunächst einmal den Verhandlungen der interessierten Finanzkreise den Vortritt lassen wolle. – Er kann gegenüber Tyrrel (Privatsekretär Greys) erwähnen, daß Izvol'skij von der Tatsache der deutsch-englischen Verhandlungen Wind bekommen habe. Nicolsons Name sollte nicht erwähnt werden. Das Leck ist wohl im Foreign Office zu suchen.

Berlin, 23. November 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

44*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVII,2 S. 595–597.

Die englische Regierung will mit ihrer Zustimmung zur Erhöhung der türkischen Einfuhrzölle den Vertrag über die Bagdadbahn hintertreiben. Grey hat wissen lassen, daß Verhandlungen über eine allgemeine deutsch-englische Verständigung bis Ende Januar 1910 wegen der Neuwahlen für das Unterhaus ausgesetzt seien. Trotzdem befinden sich vor Ort in Konstantinopel Finanzkreise in einem Meinungsaustausch über die Bagdadbahn. Ein amtliches Eingreifen in diese Verhandlungen darf aber nicht stattfinden. Das soll Metternich in London Grey mitteilen.

Berlin, 24. November 1909

45*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXIX S. 34 (vgl. dazu S. 35).

Die freundlichen Äußerungen des französischen Außenministers Pichon in der Kammer über die deutsche Marokkopolitik sollten vom Kanzler im Reichstag (nicht vom Kaiser in der Thronrede) erwidert werden.

Berlin, 25. November 1909

46*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXIX S. 35–36.

Daß er nur eine kurze Formel in der Thronrede über die Marokkofrage vorschlägt (ebenda S. 35), hat folgende Gründe: Die Ausführung des deutsch-französischen Marokkoabkommens vom Frühjahr kann noch schwere Auseinandersetzungen bringen; zu den Vorgängen in Elsaß-Lothringen (Einweihung französischer Kriegerdenkmäler) muß er im Reichstag deutlich Stellung nehmen. Es ist daher besser, die freundlichen Worte Außenminister Pichons im Reichstag und nicht aus dem Munde des deutschen Kaisers zu erwidern.

Berlin, 26. November 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

47*. Bethmann Hollweg an Marschall

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 115–116.

Der türkischen Regierung kann er – wie es ähnlich auch schon die Wiener Regierung getan hat – das Desinteresse Deutschlands an der Kretafrage vertraulich erklären.

Berlin, 26. November 1909

48*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Bericht Lerchenfelds (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 260–261.

Der Kanzler gibt einen Überblick über die außenpolitische Lage: Die Stimmung in Rußland sei nicht deutschfreundlich; mit Frankreich unterhalte Deutschland gute Beziehungen; im Verhältnis zu England bestehe Entfremdung.

[Berlin, 27. November 1909]

49*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 7. Sitzung, Bd. 258, S. 166–168; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 50 (1909) S. 350–352.

Etatdebatte: Im neuen Haushaltsvoranschlag decken sich Ist und Soll. In der Thronrede sind bereits die wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten festgehalten. Es ist daher nicht richtig zu behaupten, daß Deutschland vor einer Periode der Stagnation stehe.

Berlin, 9. Dezember 1909

50*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 8. Sitzung, Bd. 258, S. 204–205; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 50 (1909) S. 366–368.

Zu Fragen der auswärtigen Politik: Im Marokkoabkommen mit Frankreich ist in wichtigen Punkten Übereinstimmung erzielt worden; die deutschen Interessen sind darin berücksichtigt. Durch den Besuch des Zaren in Racconigi ist der Wert des Dreibundes nicht beeinträchtigt worden. Störend sind allein die deutschfeindlichen Treibereien der russischen Presse.

Berlin, 10. Dezember 1909

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

51*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 10. Sitzung, Bd. 258, S. 270–271; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 50 (1909) S. 388–389.

In die Totengedenkfeier in Weißenburg sind chauvinistische Töne hineingetragen worden. Elsaß-Lothringen soll sich seiner Eigenart bewußt sein. Aber es muß der Weg freigemacht werden, „daß sich Elsaß-Lothringen […] als ein wertvolles Glied der deutschen Staatenfamilie betätigt".

Berlin, 13. Dezember 1909

52*. Bethmann Hollweg an Marschall

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 118.

Er möge der Pforte den Konferenzgedanken wegen der Kretafrage ausreden.

Berlin, 17. Dezember 1909

53*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXII S. 65–68.

Die USA und England haben sich verständigt, China den Kauf der Eisenbahn durch die Mandschurei zu ermöglichen, um die Mandschurei kommerziell zu neutralisieren. Die amerikanische Regierung hofft, daß Deutschland den Plan unterstütze. Das ist zu befürworten, damit sich Rußland und Japan dort nicht zu einer Entente zusammenfinden. Deutschland ist in dieser Region der Bundesgenossenschaft Amerikas sicher. Präsident Taft hat im übrigen den Plan, bei Behandlung der chinesischen Frage mit Deutschland zusammenzugehen. Bitte um Zustimmung zu diesem Vorgehen.

Berlin, 23. Dezember 1909

54*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVI,2 S. 859–863.

Der Kanzler überreicht dem Kaiser den vom Militärbevollmächtigten v. Hintze stammenden Entwurf eines Neujahrsschreibens an den Zaren mit folgenden Bemerkungen: Der Entwurf ist eine zu weitgehende Freundschafts- und Vertrauensbekundung. Seit zwei Jahrzehnten ist Rußland immer mehr von Deutschland abgerückt und hat sich Frankreich und England angenähert. Der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Entwurf Hintzes steigert nur die Zuversicht der russischen Politik in die Belastungsfähigkeit der deutsch-russischen Beziehungen. Es ist daher angebracht, dem Zaren nur ein kurzes eigenhändiges und englisch abgefaßtes Glückwunschtelegramm zum russischen Neujahrsfest zu senden, ohne das politische Gebiet zu berühren. Das dürfte in Petersburg zum Nachdenken anregen.

Berlin, 2. Januar 1910

55*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., III. Session 1910, Sp. 308–315; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 51–56 (dazu ebenda S. 61–62 Bethmanns kurze Erklärung vom 21. Januar).

Interpellation wegen der Maßregelung von Beamten und Lehrern in Kattowitz: Der entscheidende Gesichtspunkt dafür war, daß Beamte Kandidaten großpolnischer Richtung ihre Stimme gegeben haben; sie wurden in Ämter von gleichem Rang und Gehalt versetzt; es handelt sich also nicht um eine disziplinarische Maßnahme. Die Regierung kann nicht zulassen, wenn ihre eigenen Beamten bei der Durchführung ihrer Polenpolitik ihr in den Rücken fallen. Man kann der nationalen Bewegung des Polentums nicht eine Politik des Geschehenlassens und Abwartens entgegenstellen, sonst stärkt man das Polentum gegenüber dem Deutschtum. Dem Polentum muß eine innere deutsche Kolonisation entgegengestellt werden.

Berlin, 19. Januar 1910

56*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 228.

Es ist erfreulich, daß Aehrenthal Brătianu nach außen hin (in der Frage einer Kompensation Rumäniens im Fall einer Territorialvergrößerung Bulgariens nach einem siegreichen Krieg gegen die Türkei) entgegenkommen wolle, ohne den gemeinsam vereinbarten Standpunkt zu verlassen.

Berlin, 27. Januar 1910

57*. Szögyény an Aehrenthal

Telegramm. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik II S. 667.

Der Reichskanzler erfährt vertraulich und mit Genugtuung aus Petersburg, daß Izvol'skij die Beziehungen Rußlands zu Österreich-Ungarn verbessern

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wolle. Er meint, daß der Zar persönlich dazu den Anstoß gegeben habe, weil sich Rußlands Lage in Ostasien verschärfe.

Berlin, 27. Januar 1910

58*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVIII S. 282–284.

Da die Parlamentswahlen in England eine unsichere Mehrheit für das Liberale Kabinett erbracht haben, können die Verhandlungen über die Flottenfrage erst einmal ruhen. Es gibt Anzeichen, daß England die Bagdadbahnfrage selbständig lösen wolle. Die deutschen Rechte für die Strecke Bagdad – Persischer Golf können aber nicht ohne Kompensation aufgegeben werden. Wie steht er dazu?

Berlin, 1. Februar 1910

59*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 167.

Bethmann fesselt ihn. „Nach dem seelenlosen Bülow eine Erlösung."

Berlin, 2. Februar 1910

60*. Bethmann Hollweg an Marschall

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 620–622.

Die Verhandlungen mit England über ein Flottenabkommen und über eine allgemeine politische Verständigung sind nach dem Ergebnis der Unterhauswahlen erst einmal sistiert. Es ist möglich, daß England die Bagdadbahn-Frage unabhängig von der allgemeinen Verständigung lösen und dabei die Kontrolle über die Strecke Bagdad – Persischer Golf erreichen wolle. In diesem Fall sollte Deutschland Kompensationen verlangen. Welche kommen in der Türkei in Frage? Etwa eine deutsche Beteiligung bei der Schiffahrt auf dem Euphrat und Tigris?

Berlin, 6. Februar 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

61*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Rede. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., III. Session 1910, Bd. 2, Sp. 1405–1419; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 110–120.

Durch die Thronrede ist ein Wahlgesetz zur Reform des preußischen Wahlrechts angekündigt worden. Der Forderung des Zentrums und des Freisinns nach dem Reichstagswahlrecht in Preußen wird die Regierung nicht nachgeben. Die Wahlrechtsfrage ist offenbar „die Formel geworden, in der alles, was an politischer Unzufriedenheit […] besteht, […] zusammengefaßt ist". Man hat dem preußischen Wahlrecht vorgeworfen, daß es die Volksmassen entrechte, das Agrariertum und den Großgrundbesitz bevorzuge. Man schaue sich demgegenüber das vor kurzem verabschiedete Steuergesetz, die Sozialgesetze und den Ausbau der Selbstverwaltung an. Steckt dahinter der reaktionäre und rückständige Staat? Die preußische Regierung ist keine Parteienregierung; sie läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarimus zwingen, solange die Macht seines Königtums ungebrochen ist. Man hat Preußen vorgeworfen, daß es sich in einer Periode der kulturellen Stagnation befinde. Aber politische Kultur und Erziehung werden nicht gefördert, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet ist. Es ist doch so, daß Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, die politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen. Die Regierung hält schließlich am öffentlichen Wahlrecht fest, denn das geheime führt keineswegs zur Unabhängigkeit der Stimmabgabe, sondern zu mangelndem Verantwortungsgefühl. Mit Schlagworten wie „agrarisch", „reaktionär" bringt man Preußen nicht in Verruf.

Berlin, 10. Februar 1910

62*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Erlaß. Druck: Große Politik XXXII S. 95–96.

Falls die USA mit dem Gedanken eines deutsch-amerikanischen Integritätsabkommens betreffend China wieder hervortreten, soll er scheinbar freundlich darauf eingehen. Er soll durchblicken lassen, daß es erwünscht wäre, England für das Abkommen zu gewinnen. Dafür sollten die USA aber in London allein – ohne Deutschland – die Initiative ergreifen.

Berlin, 15. Februar 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

63*. Bethmann Hollweg vor dem deutschen Landwirtschaftsrat

Rede. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 136–137.

Man hat den Reichskanzler zum preußischen Partikularisten gestempelt und sagt ihm Mißachtung des süddeutschen Wesens nach. Aber er denkt deutsch und erblickt den Beruf Preußens darin, dessen Stärke in den Dienst des Reiches zu stellen.

Berlin, 16. Februar 1910

64*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 40. Sitzung, Bd. 259, S. 1409–1412; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 143–145.

An einer Diskussion über das preußische Wahlrecht im Reichstag kann er sich nicht beteiligen. Es ist ihm vorgeworfen worden, er habe im Abgeordnetenhaus das gleiche und geheime Wahlrecht im Reich herabgesetzt. Er ist doch nicht der erste, der von der zunehmenden demokratischen Entwicklung des Parlamentarismus eine Verflachung der politischen Sitten erwartet. Die Sozialdemokraten wollen doch das Wahlalter unter das Mündigkeitsalter drücken und den Frauen zum Wahlrecht verhelfen.

Berlin, 19. Februar 1910

65*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 625; XXVIII S. 297–298.

Die Weigerung Greys, Deutschland eine Kompensation für die Überlassung der Strecke von Bagdad bis zum Persischen Golf zu bieten, ist nicht so kategorisch aufzufassen. Metternich soll bei Gelegenheit Grey die Verdienste klarmachen, die eine allgemeine politische Verständigung bringen würde, um die englische Regierung zu einem Opfer in der Bagdadbahn-Frage zu veranlassen.– Da mit der Möglichkeit einer abermaligen Parlamentsauflösung zu rechnen ist, soll er in der Flottenfrage absolute Zurückhaltung üben.

Berlin, 21. Februar 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

66*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVII,2 S. 471–472 (vgl. auch ebenda S. 472 Anm. ***).

Aehrenthal hat bei seinem Besuch in Berlin mitgeteilt, daß er gegenüber Rußland freie Hand behalten wolle. Auch Balkanverhandlungen werde er nicht mit Rußland und Italien führen. Italien werde am Dreibund festhalten.

Berlin, 25. Februar 1910

67*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 475–476.

Aehrenthal hat ausdrücklich erklärt, daß er keine Vereinbarungen mit Rußland über Balkanfragen anstrebe. Das Nötige werde in einem Zeitungskommuniqué mitgeteilt.

Berlin, 27. Februar 1910

68*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 49. Sitzung, Bd. 260, S. 1794; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 162.

Deutschland baut seine Flotte nicht zu aggressiven Zwecken, sondern zum Schutz der deutschen Küsten und des Handels. Nichts vollzieht sich heimlich. Die deutsche Außenpolitik ist darauf gerichtet, die wirtschaftlichen und kulturellen Kräfte Deutschlands frei zu entfalten.

Berlin, 5. März 1910

69*. Aufzeichnung Aehrenthals

Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik II S. 724–729.

Aufzeichnung über seine Gespräche in Berlin mit Wilhelm II. und Bethmann Hollweg in der Zeit vom 22. bis 25. Februar 1910: Der deutsche Kaiser sieht in Ostasien einen neuen Konflikt zwischen Rußland und Japan heraufziehen; auch ein Zusammenprall zwischen Japan und Amerika werde stattfinden; das führe zu ernsten Verwicklungen mit England. – Bethmann Hollweg ist in diesen Fragen anderer Meinung: Rußland werde im Fernen Osten seine Position aufgeben; seine militärische Stellung sei minderwertig. Zu England will er auf ein freundschaftliches Verhältnis hinsteuern, nicht zuletzt aus Gründen der inneren Politik. Er will durch eine Annäherung an England seine zahlreichen inneren Widersacher lahmlegen und ein langsameres Tempo im Flottenbau erreichen. Gegenüber Frankreich gibt sich der Kanzler beruhigt. In der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Behandlung Polens will er das Programm zur Erhaltung des Deutschtums dort nicht fallen lassen.

Abbazia, 6. März 1910

70*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., III. Session 1910, Sp. 3143–3144; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 187.

Die preußische Regierung läßt keinen Zweifel darn, daß sie das Reichstagswahlrecht in Preußen nicht akzeptieren werde. Sie behält sich ihre Stellungnahme zu den Kommissionsbeschlüssen vor.

Berlin, 12. März 1910

71*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 57. Sitzung, Bd. 260, S. 2089–2090; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 191–193.

Die Erweiterung der politischen Selbständigkeit von Elsaß-Lothringen ist vorgezeichnet von der Gesetzgebung der 1870er Jahre. Der vorliegende Gesetzentwurf befaßt sich mit der Fortbildung der elsaß-lothringischen Verfassung. Der Kanzler wird darüber im einzelnen Mitteilungen machen, wenn der Entwurf den Bundesrat durchlaufen hat.

Berlin, 14. März 1910

72*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 59. Sitzung, Bd. 260, S. 2162–2164; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 201–203.

Am 20. August 1908 hat sich das diplomatische Korps in Tanger über die Bergbaukonzession in Marokko geeinigt. Davon wird sich die deutsche Regierung nicht lossagen. Das Engagement der Gebrüder Mannesmann in Marokko berührt kein Lebensinteresse Deutschlands. – Der Abgeordnete Stresemann hat der Reichsregierung vorgeworfen, sie betreibe in der Außenpolitik eine Politik der Schwäche. Dieser Vorwurf ist zurückzuweisen. – Für das Gesetz über die Staatsangehörigkeit von Deutschen im Ausland sind die nötigen Vorarbeiten noch nicht abgeschlossen. – Es ist nicht richtig, daß die Regierung sich in ihrer Außenpolitik von Fragen der Innenpolitik leiten lasse.

Berlin, 16. März 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

73*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 762.

In Berlin verlautet, daß Rußland und England an die persische Regierung Anleihebedingungen stellten, die den im Abkommen von 1907 verkündeten Grundsätzen (wirtschaftliche Gleichberechtigung für alle Nationen) zuwiderliefen. Er soll fragen, ob solche Bedingungen tatsächlich durchgesetzt werden sollen.

Berlin, 18. März 1910

74*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVIII S. 307–308.

Er hat dem Prinzen Heinrich gegenüber vor dessen Abreise nach England von den sistierten deutsch-englischen Flottenverhandlungen nichts erwähnt. Offenbar hat sein Aufenthalt in England in dortigen maßgeblichen Stellen die Anschauung hervorgebracht, daß die deutsche Regierung in der Flottenfrage einen neuen Standpunkt eingenommen habe. Das ist keineswegs der Fall. Er soll das noch vor seinem Urlaub klarstellen.

Berlin, 18. März 1910

75*. Szögyény an Aehrenthal

Privatdienstbrief. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik II S. 756–757.

Bethmann Hollweg bedauert, daß sein Vorgänger Bülow manche Gelegenheit versäumt habe, die Annäherung zwischen England und Deutschland wenigstens anzubahnen. Er betrachte es als seine vornehmste Arbeit, die Beziehungen zwischen beiden Ländern, vor allem auf dem Gebiet der öffentlichen Meinung, zu verbessern. Er werde sich die größte Mühe geben, „dieses große Werk, welches für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens von eminenter Bedeutung wäre", zustande zu bringen.

Berlin, 20. März 1910

76*. Aufzeichnung Guiccardinis

Druck: Documenti Diplomatici Italiani IV/5–6 S. 198–200 (vgl. auch ebenda S. 203–205 und 209–210).

Unterredung mit Bethmann Hollweg am 22. und 23. März: Dem Kanzler habe ich vorgetragen, daß Art. VII des Dreibundvertrages (der Kompensationen für Österreich-Ungarn und für Italien im Fall von Veränderungen auf dem Balkan vorsieht) präzisiert werden sollte. Die Kompensationen sollte man im vor-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hinein in ruhiger Atmosphäre festlegen statt bei kurzfristig durchzuführenden Okkupationen. Der Kanzler hat geantwortet, daß sich für einen solchen Plan Schwierigkeiten ergäben, die aber nicht unüberbrückbar seien. In einer zweiten Unterredung wurde das Kommuniqué über den Besuch diskutiert und festgelegt; darin wurde die neue Verfassung des Osmanischen Reiches begrüßt und wurden Sympathien für die Wohlfahrt der Staaten auf dem Balkan ausgedrückt.

Rom, 24. März 1910

77*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVII,1 S. 353–357; Österreich-Ungarns Außenpolitik II S. 795–798 (vgl. dazu ebenda S. 809–810, 819–820 und 882–883).

Der italienische Köng hat in seiner Audienz bekräftigt, daß Italien nach dem Rücktritt des Ministeriums Sonnino seine Beziehungen zu den Dreibundpartnern aufrechterhalten wolle. In einer Unterredung mit dem zurückgetretenen Außenminister Guicciardini habe ich betont, daß irgendwelche Kompensationen hinsichtlich des Artikels VII des Dreibundvertrages (gegenseitige Kompensationen im Fall einer Orientkrise) nicht präzisiert werden könnten. Die neue Regierung soll Giolitti leiten, der sich aber noch nicht zur Übernahme entschieden hat. Der neue Außenminister San Giuliano betont das Festhalten am Dreibund; auch die radikalen Parteien seien für den Dreibund gewonnen; die Aufrechterhaltung des Status quo auf dem Balkan sei eine Lebensfrage für Italien.

Berlin, 5. April 1910

78*. Bethmann Hollweg an Tirpitz

Schreiben (ganz geheim). Druck: Große Politik XXVIII S. 311–313.

Der englische Marineminister hat verschiedentlich zu erkennen gegeben, daß er an die Möglichkeit einer beschleunigten Durchführung des deutschen Flottengesetzes glaube. Falls dies unzutreffend ist, soll der Minister darüber aufgeklärt werden. Falls das doch zutrifft, könnte man die Sache auf sich beruhen lassen.

Berlin, 6. April 1910

79*. Goschen an Grey

Telegramm. Druck: British Documents VI S. 451.

Gespräch mit Bethmann Hollweg über die Bagdadbahn. Dieser sagt, daß eine englische Beteiligung am Hauptstück der Bahn für die deutsche öffentliche Meinung nur in Frage komme, wenn sie Teil einer allgemeinen politi-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

schen Verständigung wäre. Beim Eisenbahnbau in Persien sollte das Prinzip der Offenen Tür gelten.

Berlin, 10. April 1910

80*. Goschen an Grey

Bericht (sehr vertraulich). Druck: British Documents VI S. 454–457 (vgl. dazu auch S. 458–461 und S. 463–465).

Weiteres Gespräch mit Bethmann Hollweg über die Bagdadbahn: Die deutsche öffentliche Meinung würde es nicht akzeptieren, wenn der Südabschnitt der Bahn von England gebaut würde; man würde ihn auslachen und ihn beschuldigen, daß er in der Außenpolitik kein Rückgrat habe; ein Abkommen über den Bahnbau im Süden würde vom deutschen Volk nur goutiert werden, wenn es Teil eines allgemeinen politischen Abkommens wäre. Auch der Bahnbau in Persien müßte in ein politisches Abkommen inkorporiert werden; in Persien sollte das Prinzip der Offenen Tür gelten; Rußland sollte den Bahnbau zwischen Teheran und Chanikin durchführen; danach sollten besondere Zolltarife für den Verkehr von Bagdad nach Teheran gelten.

Berlin, 10. April 1910

81*. Bethmann Hollweg im Preußischen Herrenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1910, Berlin 1910, S. 67–68; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 216–218.

Bei der Reform des Wahlrechts hat die Regierung in ihrer Vorlage an der Öffentlichkeit des Wahlverfahrens festgehalten, die indirekte Wahl durch die direkte ersetzt und bei der Zuweisung der Wähler zu den drei Wahlabteilungen neben der Steuerleistung auch das Bildungsniveau berücksichtigt. Das Abgeordnetenhaus hat seinerseits auf der indirekten Wahl und auf dem geheimen Wahlverfahren bestanden. Die Regierung hat sich diesem Votum gefügt und bittet das Herrenhaus, das ebenso zu tun. Es ist nun noch eine Reihe von Lücken der Wahlrechtsvorlage auszufüllen. Die Regierung ist zuversichtlich, daß es ihr im Zusammenwirken mit dem Herrenhaus gelingen werde, die begonnene Arbeit weiterzuführen.

Berlin, 15. April 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

82*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Westarp, Konservative Politik I S. 106–107 (vgl. auch ebenda S. 108).

Er lehnt den Vorschlag „der äußersten Rechten des Herrenhauses" ab, daß Verfassungsveränderungen in Zukunft einer Zweidrittelmehrheit bedürfen sollten. Eine solche Initiative kann nur aus dem Schoß der Staatsregierung kommen. Ginge diese auf den Vorschlag ein, so würde sie ihre Abhängigkeit von einem parlamentarischen Gremium völlig besiegeln. Er hat eine entsprechende Erklärung bereits im Staatsministerium abgegeben. Das Wahlrechtsgesetz z.B. würde sonst „auf dem Diktat der Konservativen und des Zentrums" beruhen.

[o.O.] 19. April 1910

83*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 534.

Übermittelt einen Immediatbericht des Militärbevollmächtigten in Petersburg, v. Hintze. Die darin entwickelte Ansicht, daß durch die russisch-englische Verständigung über Zentralasien die Gefahr einer Beteiligung Englands an einem europäischen Krieg bestehe, hält genauer Prüfung nicht stand.

Berlin, 19. April 1910

84*. Bethmann Hollweg im Herrenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1910, Berlin 1910, S. 89–90; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 250–251.

Es ist der Regierung vorgeworfen worden, in der Wahlrechtsfrage die Parteien gegeneinander auszuspielen. Dieser Vorwurf ist nicht richtig. Die Regierung hält jedenfalls die vom Abgeordnetenhaus geänderte Vorlage für gangbar. Dem Antrag des Freiherrn von Schorlemer über die Neueinteilung der Gemeindedrittelung kann die Regierung nicht beitreten.

Berlin, 28. April 1910

85*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVIII S. 321.

Es ist erschütternd, wie schnell König Eduard VII. verstorben ist.

Berlin, 7. Mai 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

86*. Bethmann Hollweg an Kühlmann

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 785–786.

Deutschland ist bereit, die besonderen strategischen und politischen Interessen Englands und Rußlands in Persien anzuerkennen. Doch muß es vorderhand auf den vertragsmäßig verbrieften Rechten der Meistbegünstigung im Handel mit Persien bestehen.

Berlin, 8. Mai 1910

87*. Goschen an Grey

Bericht (vertraulich). Druck: British Documents IX,1 S. 165–166.

Bethmann Hollweg betont mit Nachdruck, daß Deutschland gemäß dem deutsch-persischen Vertrag auf der Meistbegünstigung in Persien bestehen müsse, da England und Rußland sich kommerzielle Vorteile in dem Land verschaffen wollten. Er hoffe, daß dadurch die deutsch-englischen Beziehungen nicht beeinträchtigt würden.

Berlin, 13. Mai 1910

88*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVIII S. 322–323.

Der frühere amerikanische Präsident Roosevelt hat sich bei seinem Aufenthalt in Berlin über die deutsch-englischen Beziehungen geäußert: Er werde bei seinem Aufenthalt in London den englischen Staatsmännern sagen, daß der deutsche Außenhandel allen Partnern nütze und selbst durch einen Krieg nicht gefährdet werden könne. Auch das Gedeihen des deutschen Kolonialbesitzes sollten die Engländer als Vorteil ansehen. Die beste Zukunftspolitik sei der Zusammenschluß Amerikas, Englands und Deutschlands.

Berlin, 14. Mai 1910

89*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 793–794.

Der Kaiser will bei seinem Besuch in England anläßlich der Beisetzung König Eduards VII. offenbar auch politische Fragen anschneiden. Das sollte unterbleiben. Wegen Persiens muß die deutsche Regierung darauf bestehen, daß in Handelsfragen das Meistbegünstigungsrecht nicht geschmälert werde.

Berlin, 17. Mai 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

90*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 56.

In den Pariser Beratungen über das marokkanische Berggesetz ist leider kein Entgegenkommen für Deutschland zu erkennen. Er möge Außenminister Pichon, den er in London sehen werde, darauf ansprechen.

Berlin, 18. Mai 1910

91*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit langer Randbemerkung des Kaisers). Druck: Große Politik XXVII,2 S. 798–799.

Er ist erfreut über des Kaisers gute Eindrücke bei den Beisetzungsfeierlichkeiten in London. Wegen Persiens besteht ein beständiger Meinungsaustausch mit London und Petersburg.

Berlin, 21. Mai 1910

92*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Vertraulicher Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 248–249.

Er pflichtet ihm bei, daß die Frage des Anschlusses der Türkei an die Zentralmächte reiflich erwogen werden müsse. Zur vertraulichen Orientierung: Österreich-Ungarn als Balkangroßmacht muß dabei in vorderster Linie stehen. Zunächst kommt es darauf an, die Türkei vom Anschluß an die Tripelentente abzuhalten.

Berlin, 21. Mai 1910

93*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 800 (vgl. dazu ebenda S. 801 Anm. *).

Die persische Frage kann bis auf weiteres ruhen, da laut Nachricht aus Petersburg England und Rußland keine Vorzugsstellung für Anleihen und Konzessionen verlangen.

Berlin, 22. Mai 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

94*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXVIII S. 333.

Es ist zu befürchten, daß England die ägyptische Frage hinter dem Rücken Deutschlands regle, ohne Kompensationen anzubieten. Bei Grey soll Metternich sich über die Absichten Rußlands und Englands in der persischen Frage erkundigen.

Berlin, 25. Mai 1910

95*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., III. Session 1910, Sp. 5986–5987, 5992–5993; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 283, 284–286.

Da die Mehrheit im Abgeordnetenhaus die Beschlüsse des Herrenhauses zur Wahlrechtsvorlage nicht anerkennt, sieht der Ministerpräsident keine Aussicht, mit der Vorlage voranzukommen, und zieht sie daher zurück. – In den letzten Beratungen hat für die Staatsregierung die Drittelungsfrage die erste Rolle gespielt. Hierüber ist keine Einigung erzielt worden.

Berlin, 27. Mai 1910

96*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 359–360.

Der neue italienische Außenminister San Giuliano hat bei seinem Besuch in Berlin die Beziehungen zu Österreich-Ungarn gelobt. Allerdings hat er die Universitätsfrage (österreichischen Untertanen italienischer Abstammung werde die Universitätsbildung vorenthalten) als wunden Punkt bezeichnet. In der Kretafrage sollten nach dessen Ansicht Muselmanen (türkische Bewohner Kretas) zum Athener Parlament zugelassen werden.

Berlin, 1. Juni 1910

97*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Vertraulicher Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 803–805.

Die persische Regierung hat in Beantwortung einer Note England und Rußland erklärt, daß sie keine politischen und strategischen Konzessionen an Dritte ohne vorherige Genehmigung der beiden Mächte vergeben werde. Da die beiden Mächte nur Wünsche formuliert haben, ist für Deutschland und dritte Mächte das Meistbegünstigungsrecht in Persien gewahrt. Deswegen ist nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

beabsichtigt, in der persischen Frage in London und Petersburg weitere Vorstellungen zu erheben. Die türkische Regierung ist an der persischen Frage nicht interessiert.

Berlin, 2. Juni 1910

98*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Privatdienstbrief. Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter S. 95.

Für seine weitere Verwendung kam der Posten in Madrid nicht in Frage. Auch Tokio, das demnächst frei wird, sollte nicht für ihn reserviert werden. Er hofft, daß seine Kräfte für den Dienst erhalten bleiben.

Berlin, 5. Juni 1910

99*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., III. Session 1910, Sp. 6816–6817; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 317–318.

Interpellationen über die Borromäus-Enzyklika des Papstes: Die Enzyklika mit ihren Urteilen über die Reformation hat die evangelische Bevölkerung schwer verletzt. Die Staatsregierung hat daher bei der Kurie Verwahrung eingelegt.

Berlin, 9. Juni 1910

100*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Privatdienstbrief. Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter S. 100.

Der Kaiser hat ihn zum Staatssekretär des Auswärtigen bestimmt. Er soll möglichst schon im August den Dienst antreten.

Berlin, 21. Juni 1910

101*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 303.

Tirpitz teilt mit, daß der Türkei ein noch nicht vom Stapel gelaufener Kreuzer verkauft werden könne.

Kiel, 26. Juni 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

102*. Bethmann Hollweg an Miquel

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 145–146.

Die Mitwirkung Deutschlands an der endgültigen Regelung der Kretafrage ist nur dann notwendig, wenn der derzeitige Status der Insel geändert werde.

Berlin, 1. Juli 1910

103*. Goschen an Grey

Bericht (vertraulich). Druck: British Documents S. VI 494–495.

Bethmann Hollweg über die Ernennung Kiderlen-Wächters zum Staatssekretär des Auswärtigen: Diesem gehe der Ruf voraus, brüsk und anmaßend zu sein; aber solange er – Bethmann Hollweg – Reichskanzler sei, führe er die Außenpolitik des Reiches, und Kiderlen müsse sich an die Direktiven des Kanzlers halten.

Berlin, 3. Juli 1910

104*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXVIII S. 339–340.

Er wird möglicherweise im Reichstag auf die Rede des englischen Premierministers Asquith (vom 14. Juli) über das deutsche Flottenbauprogramm eingehen müssen, um einiges richtigzustellen. Deutschland hat in den aufgegebenen Verhandlungen seine Bereitwilligkeit zur Verlangsamung seines Bautempos erklärt. Das sollte als Entgegenkommen gewertet werden. Metternich soll bei Gelegenheit darauf aufmerksam machen.

Hohenfinow, 17. Juli 1910

105*. Bethmann Hollweg an Metternich

Erlaß (ganz geheim). Druck: Große Politik XXVIII S. 347–351.

Leider sind durch verschiedene Verlautbarungen im englischen Unterhaus und im deutschen Reichstag die fehlgeschlagenen Flottenverhandlungen bekannt geworden. Auf englischer Seite sind dazu unrichtige Angaben gemacht worden. Über die Fertigstellung der deutschen Großkampfschiffe bekommt Metternich in der Anlage eine Aufstellung, die er Asquith mitteilen kann. Es ist klar, daß die englische Seite die Verhandlung über ein Flottenabkommen fallen gelassen hat, weil gleichzeitig damit von Deutschland auch ein politisches Abkommen gefordert worden war. Das beweist, daß die englische Seite kein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland wünschte und nur die Beschränkung der deutschen Machtstellung bezweckte. Er – der Kanzler – wird die Sa-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

che, vor allem auch als Entgegnung auf Asquiths Rede (vom 14. Juli), im Reichstag aufgreifen müssen, um dem Vorwurf entgegenzutreten, daß der unbefriedigende Stand der deutsch-englischen Beziehungen durch die deutsche Flottenpolitik verursacht worden sei.

Berlin, 8. August 1910

106*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 543–544.

Er soll im russischen Außenministerium vorstellig werden, daß die gedruckte russische Manöverdisposition, die an alle Militärattachés verteilt worden sei und in der von der Möglichkeit eines deutsch-russischen Krieges gesprochen werde, in keiner Weise internationalen Gepflogenheiten entspreche.

Wilhelmshöhe, 18. August 1910

107*. Goschen an Grey

Privatdienstbrief. Druck: British Documents VI S. 512–513; vgl. dazu Goschen, Diary S. 218–219.

Unterredung mit Bethmann Hollweg über das Flottenwettrüsten: Der Kanzler wollte wissen, warum England nicht wie Deutschland ein Flottenbauprogramm habe; die Antwort war, daß England sich nach dem Zwei-Mächte-Standard richte. Auf die Frage, was er – der Kanzler – mit einer Verlangsamung des Tempos beim Flottenbau genau meine, kam nur eine allgemeine Antwort, die alles andere als erhellend war.

Berlin, 19. August 1910

108*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXVIII S. 354.

Botschafter Goschen soll mitgeteilt werden, die deutsche Regierung entnehme dem vor kurzem eingereichten Memorandum mit großer Befriedigung, daß die englische Regierung bereit sei, die unterbrochenen Flottenverhandlungen wiederaufzunehmen.

Hohenfinow, 23. August 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

109*. Bethmann Hollweg an Wermuth

Privatdienstbrief. Druck: Wermuth, Ein Beamtenleben S. 287–288.

Er redet ihm Rüktrittsabsichten aus und appelliert an seine Diensttugenden.

[o. O.] Ende August 1910

110*. Bethmann Hollweg an Goschen

Privatdienstbrief (in englischer Sprache). Druck: Große Politik XXVIII S. 359.

Er teilt ihm mit, daß er ihm die deutsche Antwort auf das englische Memorandum zur Flottenfrage persönlich überreichen wolle.

Berlin, 14. September 1910

111*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit Randbemerkungen des Kaises). Druck: Große Politik XXVII,1 S. 269–271.

Bulgarien verhält sich gegenüber der Türkei ruhig. Die französisch-türkischen Anleiheverhandlungen werden wohl trotz englischer und russischer Quertreibereien zum Abschluß kommen. Er möge in Wien nicht über die Frage einer österreichisch-türkischen Militärkonvention sprechen; sonst würde nur Aehrenthals Mißtrauen erregt.

Hohenfinow, 17. September 1910

112*. Bethmann Hollweg an Aehrenthal

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXVII,1 S. 369; Österreich-Ungarns Außenpolitik III S. 4 (vgl. dazu ebenda S. 27–28).

Bedankt sich für die Aufzeichnung über dessen Zusammenkunft mit San Giuliano. Solche Treffen tragen zur Festigung des Bündnisses bei.

Berlin, 19. September 1910

113*. Bethmann Hollweg an Marschall

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 655–656.

Die Deutsche Bank glaubt, das folgende Arrangement bei der Bagdadbahn zustande bringen zu können: Die Bahngesellschaft tritt der türkischen Regierung den Bau der Strecke Bagdad – Golf unter Bedingungen ab; die türkische Regierung verpfändet die Einnahmeüberschüsse für den Weiterbau der Bahn

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bis Bagdad. – Es ist durchaus möglich, daß durch englische und französische Treibereien der Weiterbau der Bahn vereitelt werde. Die Bahn bis Bagdad allein dürfte aber ausreichen, um Englands Aspirationen in Mesopotamien in Schach zu halten.

Berlin, 21. September 1910

114*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXII S. 149–151.

Der Leiter des chinesischen Außenministeriums, Liang, ist in geheimer Mission in Berlin eingetroffen. Er verfolgt den Zweck, deutsche Offiziere bei der Heeresreform Chinas heranzuziehen. Sein Anliegen soll aus verschiedenen Gründen zunächst dilatorisch behandelt werden. Liang will nach Washington weiterreisen.

Hohenfinow, 28. September 1910

115*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 700–701.

Der türkischen Regierung ist für den Fall, daß die Anleiheverhandlungen in Paris scheitern, die Hilfe des deutschen Geldmarktes zugesichert worden.

Hohenfinow, 30. September 1910

116*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVIII S. 364–365.

Der Weiterbau der Bagdadbahn ist durch günstige Anleihebedingungen für die Türkei gewährleistet. In der Beantwortung des englischen Memorandums über ein deutsch-englisches Flottenabkommen wird sehr deutlich die Notwendigkeit einer politischen Verständigung betont.

Hohenfinow, 1. Oktober 1910

117*. Goschen an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents VI S. 521–524 (vgl. auch ebenda S. 520, 524–568).

Gespräch mit dem Reichskanzler: Dieser händigt die Antwort der deutschen Regierung auf das englische Memorandum über das beiderseitige Flot-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

tenbauprogramm aus. Die deutsche Seite ist mit dem Austausch von Informationen über die Flottenrüstung einverstanden und auch damit, daß den Marineattachés größere Befugnisse eingeräumt würden. Falls aber die deutsche Regierung das Recht aufgeben solle, das bestehende Flottengesetz auszuweiten, möchte sie die englischen Gegenkonzessionem erfahren. Der Kanzler betonte seine alte Forderung, daß ein Flottenabkommen ohne eine generelle politische Verständigung von der deutschen Seite nicht akzeptiert werden könne. Als Beispiele für politische Streitpunkte, die erledigt werden sollten, nannte er Algeciras, Persien, die Bagdadbahn in ihrem südlichen Abschnitt und neuerdings die türkische Anleihe. Hier habe England stets französische und russische Interessen berücksichtigt, deutsche aber mißachtet.

Berlin, 12. Oktober 1910

118*. Memorandum Bethmann Hollwegs

Reinkonzept ohne Unterschrift und Datum. Druck: Große Politik XXVIII S. 367–368.

Die deutsche Regierung ist befriedigt darüber, daß die englische Regierung die deutsch-englischen Flottenbesprechungen wiederaufnehmen möchte. Der englische Vorschlag, einen gegenseitigen Nachrichtenaustausch über den jeweiligen Stand der beiderseitigen Schiffsbauten einzuführen, wird akzeptiert. Ein deutsches Entgegenkommen liegt in der Bereitwilligkeit, das Tempo des Flottenbaus zu verlangsamen. Die deutsche Regierung ist nach wie vor davon überzeugt, daß jedes Flottenabkommen „gesicherte gegenseitige Beziehungen" zur Voraussetzung habe.

[o. O., 13. Oktober 1910]

119*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Reinschrift ohne Unterschrift und ohne Datum (Leitfaden für mündliche Ausführungen des Kanzlers gegenüber dem englischen Botschafter). Druck: Große Politik XXVIII S. 368–373.

Die Unterbrechung der deutsch-englischen Flottenbesprechungen hat wegen innenpolitischer Rücksichten auf englischen Wunsch stattgefunden. Nach deutscher Ansicht sollen die Besprechungen dem Zustandekommen des früheren Freundschafts- und Vertrauensverhältnisses dienen. Die deutsche Regierung ist mit dem vorgeschlagenen Nachrichtenaustausch einverstanden. Das Angebot, das deutsche Flottenbauprogramm zu verlangsamen, wird aufrechterhalten. Beispiele für das unfreundliche Verhalten der englischen Politik gegenüber deutschen Bestrebungen in der Weltpolitik liegen in Marokko und in Persien offen zutage. Auch in der Frage des Baus der letzten Strecke der Bagdadbahn und der ottomanischen Dette publique ist das unfreundliche Verhalten der englischen Politik auszumachen. Das gleiche gilt für Fragen in Fern-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ost. Schließlich steckt auch im englischen Vorschlag des Nachrichtenaustauschs in Marinefragen ein gewisses Mißtrauen. Die jetzt fortzuführenden Marinegespräche müssen streng geheimgehalten werden.

[o. O., 13. Oktober 1910]

120*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVII,2 S. 704–705.

Die türkische Anleihe in Paris scheint kurz vor dem Scheitern zu stehen. Daher sind die deutschen Banken bereit, der Türkei die nötige Summe (100 Mio. Mark) bereitzustellen.

Berlin, 21. Oktober 1910

121*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXII S. 151–154.

Der chinesische Sondergesandte Liang hat in einer Besprechung vorgeschlagen, die europäischen Mächte möchten sich über eine gemeinsame Erklärung einigen, in der sie für die Integrität und die Offene Tür Chinas einträten. Da er auch nach Washington reisen will, ist ihm erklärt worden, er solle seinen Wunsch auch dort vorbringen, ohne aber von seiner Reise in Berlin zu berichten. Das will er tun. Des weiteren wünscht Liang die Entsendung von deutschen Offizieren, die in einer bestimmten Garnison die dortigen Einheiten ausbilden sollen. Auch das ist ihm zugesagt worden.

Berlin, 21. Oktober 1910

122*. Bethmann Hollweg an Marschall

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 709–710.

Sollten bei den türkischen Anleiheverhandlungen die Franzosen doch in letzter Stunde einlenken, hat die Pforte den Erfolg dem günstigeren Angebot deutscher Banken zu verdanken.

Berlin, 30. Oktober 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

123*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVII,2 S. 835–838.

Der neue russische Außenminister Sazonov, der sich hier vorstellte, ist im Gegensatz zu seinem Vorgänger Izvol'skij ein nüchterner Mann, der wieder engere Fühlung mit Deutschland sucht. Sazonov verweist die Verstimmungen über die bosnisch-herzegowinische Angelegenheit in die Vergangenheit; Rußland kümmere sich jetzt um innere Konsolidierung; er werde demnächst Vorschläge hinsichtlich Persiens machen.

Berlin, 1. November 1910

124*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 838.

Er übersendet den Entwurf eines kaiserlichen Telegramms an Kaiser Franz Joseph über den Besuch des Zaren und bittet um Genehmigung.

Berlin, 6. November 1910

125*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief (Auszug). Druck: Winzen, Loebell S. 770.

Der Besuch des Zaren hat günstig gewirkt. Heydebrand hat keinerlei monarchische Gefühle; er führt seine Partei in verhängnisvolle Bahnen.

Berlin, 7. November 1910

126*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 840–842.

Ergebnisse der Besprechung mit Sazonov: Rußlands Verhältnis zu Österreich-Ungarn ist korrekt, wenn auch nicht herzlich. Sollte, so der Kanzler, Österreich-Ungarn auf dem Balkan expansive Pläne verfolgen, so ist Deutschland nicht gewillt, für sie einzutreten. Die Türkei soll bei ihrer inneren Konsolidierung unterstützt werden. In Persien will Deutschland nur kommerzielle Gleichberechtigung. Sazonov will dem Weiterbau der Bagdadbahn bis Bagdad keine Hindernisse in den Weg legen, möchte dafür aber freie Hand für den Bau einer Bahn von Džul'fa über Teheran nach Chanikin haben.

Berlin, 8. November 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

127*. O'Beirne an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents IX,2 S. 558–559.

Sazonov über die Potsdamer Besprechung mit Bethmann Hollweg: Dieser habe sich augenscheinlich damit abgefunden, daß England die Bahn von Bagdad bis zum Persischen Golf bauen und Rußland den Abschnitt von Sadije nach Chanikin beanspruchen werde.

St. Petersburg, 9. November 1910

128*. O'Beirne an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents IX,2 S. 560–561 (vgl. auch ebenda S. 609).

Gespräch mit Sazonov über die Potsdamer Entrevue: Bethmann Hollweg habe diesem versichert, daß Deutschland die Doppelmonarchie bei Balkanabenteuern weder materiell noch moralisch unterstützen werde; er habe sogar behauptet: „Wir sind nicht vertragsmäßig verpflichtet." Österreich-Ungarn wünsche auf dem Balkan nur wirtschaftliche Expansion durch den Erwerb neuer Märkte.

St. Petersburg, 9. November 1910

129*. Bethmann Hollweg an Aehrenthal

Privatdienstbrief. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik III S. 53–55 (vgl. dazu ebenda S. 89–92, 96–97 und 268).

Er ist befriedigt über seine – Aehrenthals – Unterredungen mit San Giuliano. Die neue türkische Regierung wird in ihren Provinzen – besonders in Albanien – Ruhe zu schaffen wissen. Einzelheiten über den Zarenbesuch in Potsdam: Er hat die Besorgnisse Sazonovs betreffend die österreichisch-ungarische Politik auf dem Balkan zerstreuen können; er hat ihm versichert, „daß Deutschland sich niemals verpflichtet hätte, expansive Pläne Österreich-Ungarns am Balkan zu unterstützen"; der russische Außenminister hat umgekehrt die Zusage gemacht, sich niemals mit England „in gegen Deutschland gerichtete feindselige Kombinationen"einzulassen; auf dem Balkan sollten etwa entstehende Konflikte lokalisiert werden; auch über Persien – besonders den Bahnbau dort – wurde einvernehmlich gesprochen.

Berlin, 14. November 1910

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

130*. Bethmann Hollweg an Metternich

Erlaß (geheim). Druck: Große Politik XXVIII S. 375–376.

Übermittelt den Entwurf einer im Reichstag abzugebenden Erklärung zur Frage eines deutsch-englischen Rüstungsabkommens mit der Bitte, ihn Grey vorzulegen. – Die Erklärung: Die englische Regierung hat wiederholt den Gedanken geäußert, zur Beruhigung der internationalen Beziehungen die Flottenstärke der einzelnen Mächte festzulegen. Die deutsche Regierung hat diesen Gedanken in verschiedenen Besprechungen aufgenommen in der Erwartung, daß man sich auch allgemein über die beiderseitigen wirtschaftlichen und politischen Interessen verständige.

Berlin, 15. November 1910

131*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 846–849.

Übersendet ihm das von Sazonov gewünschte Protokoll der Besprechungen mit dem Reichskanzler und den Entwurf einer Antwort, die Bethmann auf die erwartete Anfrage im Reichstag geben wolle. I. Deutschland erklärt, daß es einer expansiven Politik Österreich-Ungarns im Orient nicht folgen werde. Rußland erklärt, daß es eine deutschfeindliche Politik Englands nicht unterstützen werde. Falls auf dem Balkan ein Konflikt entstehen sollte, werden die beiden Regierungen diesen lokalisiert halten. Hinsichtlich Persiens werden beide Regierungen Eroberungsabsichten anderer Länder, besonders der Türkei, nicht unterstützen. Deutschland wird in Nordpersien keine Eisenbahnkonzession erwerben. Rußland wird den deutschen Handel in Persien nicht behindern. Rußland behindert nicht den Bau der Eisenbahn bis Bagdad, Deutschland nicht den Bau der Bahn in Persien. II. Das Monarchen- und Ministertreffen in Potsdam ist harmonisch verlaufen. Beide Regierungen haben ein gleiches Interesse an der Aufrechterhaltung des Status quo am Balkan und im Orient. Der Handel in Persien soll nicht gestört werden, Rußland hat als Grenznachbar aber besondere Interessen im Norden des Landes.

Berlin, 15. November 1910

132*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Bericht Lerchenfelds (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 261–263.

Der Kanzler bezeichnet allgemein die außenpolitische Lage als gut. Zu Rußland hätten sich die Beziehungen seit dem Amtsantritt Sazonovs gebessert, zu Frankreich seien sie korrekt. Zu England sei das Verhältnis durch die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Flottenrüstung belastet; Deutschland wünsche eine allgemeine politische Verständigung, wozu die englische Seite noch nicht bereit sei.

[Berlin] 21. November 1910

133*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 87. Sitzung, Bd. 262, S. 3173–3174; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 391–392.

Interpellation über die Kaiserreden: Es ist unerfindlich, wie der Abgeordnete Ledebour erklären kann, daß der König in einer Ansprache vor Rekruten (in Beuron) oder in Äußerungen über den Beruf der Frau (in Königsberg) die Grenzen seines konstitutionellen Herrscheramtes überschritten habe. Der preußische König ist kein Volkssouverän, sondern ein persönlich unverantwortlicher und selbständiger König.

Berlin, 26. November 1910

134*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 88. Sitzung, Bd. 262, S. 3208–3209; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 394–395.

Der vorliegende Entwurf eines Schiffahrtsabgabengesetzes beruht auf der Form des genossenschaftlichen Gedankens – durch die Gründung von zwischenstaatlichen Verbänden. Der Entwurf ist einstimmig durch den Bundesrat gegangen.

Berlin, 28. November 1910

135*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Reinkonzept ohne Unterschrift und Datum. Druck: Große Politik XXVIII S. 382–384.

Die Ausführungen Goschens zu des Kanzlers Darlegung zur Marinefrage sind z. T. mißverstanden worden. Daher übergibt ihm der Kanzler seine Aufzeichnung vom 13. Oktober (oben Nr. 119). – In der Marokkofrage hat sich Deutschland gegen die wirtschaftliche Monopolisierung Frankreichs, nicht gegen dessen politische Bestrebungen dort gestellt. In der Frage des Baus der letzten Strecke der Bagdadbahn ging es um die wirtschaftliche Seite. In der Frage des Bahnbaus in Persien handelt es sich nur um eine Konzessionsfrage, nicht um die erworbenen Rechte wie bei der Bagdadbahn.*

[o. O., Praes.: 10. Dezember 1910]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

136*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 98. Sitzung, Bd. 262, S. 3542–3547; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 422–430, 431–434.

Der neue Etat ermöglicht es, die Stärke des Heeres und der Flotte aufrechtzuerhalten. Das große sozialpolitische Gesetz, die Reichsversicherungsordnung, muß noch abschließend beraten werden. In der Wirtschaftspolitik hält die Regierung an den bewährten Grundlagen fest. In der beginnenden Wahlagitation wird sich der Kanzler von keiner Partei einspannen lassen. „Ich diene nicht dem Parlamente, auch nicht den Junkern, so wenig wie Ihnen, meine Herren, […] ich schlage Ihnen die Gesetze vor, die […] zum Wohle des Vaterlandes dienen." – Um die Staatsautorität besser gegen revolutionäre Umtriebe zu schützen, ist dem Reichstag vor einem Jahr eine Strafprozeßordnung vorgelegt worden. Aber der Kampf gegen die Sozialdemokratie kann eigentlich nur auf geistigem Boden geführt werden. Die Vorgänge in Moabit und Bremen, wo der Pöbel gegen den polizeilichen Schutz von Arbeitswilligen Front machte, zeigt, wie die Sozialdemokratie ihre Anhänger im Zaum hält.

Berlin, 10. Dezember 1910

137*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXVII,2 S. 866–868.

Der Kaiser hat den Passus der Reichstagsrede des Kanzlers (vom 10. Dezember) beanstandet, daß sich die deutsche und die russische Regierung in keinerlei Kombination einlassen würden, die eine aggressive Spitze gegen den anderen haben könnte. Dazu Stellungnahme: Sazonov hat beim Potsdamer Treffen erklärt, Rußland werde sich feindlichen Anschlägen Englands gegen Deutschland niemals anschließen. Er hat seinerseits erklärt, Deutschland werde aggressive Pläne Österreich-Ungarns im Balkan nicht unterstützen. Im übrigen hat Österreich-Ungarn wiederholt selbst erklärt, es hege keine aggressiven Pläne im Orient.

Berlin, 11. Dezember 1910

138*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 100. Sitzung, Bd. 262, S. 3647–3648; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 51 (1910) S. 443–444.

Der von den Sozialdemokraten geäußerte Verdacht, die Moabiter Krawalle seien überwiegend durch Polizeispitzel hervorgerufen worden, ist absurd. „Die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

moralische Mitschuld der Sozialdemokratie an den Moabiter Vorgängen steht fest.“

Berlin, 13. Dezember 1910

139*. Cambon an Pichon

Vier Telegramme. Druck: Documents Diplomatiques Français II/13 S. 148–149.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser stellt fest, daß die Sozialisten (in Deutschland) Fortschritte machten, was eine große Gefahr bedeuten könne. Während der Entrevue von Potsdam habe er sich mit Sazonov rasch einigen können; besonders habe er die russischen Interessen in Persien billigen können. Die Agadir-Frage habe er von Kiderlen-Wächter allein behandeln lassen. Weiterhin wurde die Zollfrage besprochen.

Berlin, 15. Dezember 1910

140*. Goschen an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents VI S. 568–570 (vgl. auch ebenda S. 570–576).

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Dieser möchte einige Mißverständnisse über die Oktoberbesprechung ausräumen. In bezug auf Algeciras und Marokko habe er nicht von „politischem Monopol“, sondern von „wirtschaftlichem Monopol“ gesprochen. In bezug auf die Bagdadbahn und den Bahnbau in Persien sagte er, daß er die Konzession für den Bau des Südabschnitts und einen Meistbegünstigungsvertrag mit Persien in der Tasche habe. Der Kanzler wies dann auf die deutschfeindliche Haltung der englischen Presse und die öffentliche Meinung wegen der deutschen Flottenrüstung hin. „Ein großes Volk wie das unsrige mit so vielen Interessen in Übersee muß eine Flotte besitzen.“

Berlin, 16. Dezember 1910

141*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 880–881, 915–917.

Das in Potsdam gegebene Versprechen Rußlands, eine deutschfeindliche Politik Englands nicht unterstützen zu wollen, ist ein vollwertiger Ersatz für den von Sazonov angeregten schriftlichen Notenaustausch. Leider wird in der russischen Presse Mißtrauen gegen Deutschlands Politik in der persischen Frage geäußert. Deutschland hat aber der türkischen Regierung wiederholt Zurückhaltung in Persien empfohlen. Auch ist befremdlich, daß Sazonov den Wert der deutschen Zusage, man werde eine expansive Balkanpolitik Österreich-Ungarns nicht unterstützen, herabsetzt. – Auf die russische Anregung,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Noten in der persischen Frage auszutauschen, wird gerne eingegangen. Der übersandte Entwurf enthält aber viel zu weitgehende deutsche Zusagen. Der in Potsdam erklärte Verzicht bezieht sich nur auf den Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Persien, nicht etwa auch auf Bergbaukonzessionen. Was den russischerseits vorgesehenen Bau der Anschlußbahn von Chanikin nach Teheran betrifft, so muß darauf bestanden werden, daß die Bahn innerhalb einer bestimmten Frist gebaut wird. – Bitte die Verhandlungen über den Notenaustausch fortführen.

Berlin, 19. Dezember 1910

142*. Bethmann Hollweg an Marschall

Vertraulicher Erlaß. Druck: Große Politik XXX,1 S. 11–12.

Der italienische Außenminister bedankt sich für die deutsche Unterstützung bei der Beilegung der italienisch-türkischen Differenz und fragt, ob das nicht in der Presse verlautbart werden sollte. Das kann geschehen, und Botschafter Jagow in Rom ist entsprechend verständigt worden.

Berlin, 22. Dezember 1910

143*. Bethmann Hollweg an Aehrenthal

Privatdienstbrief. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik III S. 120.

Bedankt sich für seine freundlichen Worte der Zustimmung zu seiner Reichstagsrede. Bedauerlich sind die unruhigen Regierungsverhältnisse in Italien. Die russische Politik scheint sich im Fernen Osten stärker engagieren zu wollen.

Berlin, 23. Dezember 1910

144*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 920–921.

Die deutsche Regierung muß darauf bestehen, daß Rußland den Bau der Bahn von Chanikin nach Teheran in Angriff nehme, so wie Deutschland verspreche, die von Sadijé von der Bagdadbahn abzweigende Bahn nach Chanikin zu bauen. Falls Rußland die Bahn nach Teheran nicht bauen kann, würde Deutschland den Bau übernehmen.

Berlin, 2. Januar 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

145*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 886–887.

Die russische Botschaft läßt wissen, daß deutschfeindliche Presseartikel nicht inspiriert seien. Sazonov stehe ganz auf dem Boden der im Reichstag (von Bethmann am 10. Dezember 1910) abgegebenen Erklärung.

Berlin, 5. Januar 1911

146*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVII,1 S. 315.

Der Kaiser ist mit dem Verkauf eines Uboots an die Türkei einverstanden. Dieser soll nahegelegt werden, weitere deutsche Schiffe zu kaufen; bei der Bedienung des Uboots soll sie englische Offiziere allmählich durch deutsche ersetzen.

Berlin, 14. Januar 1911

147*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 169.

Beim Kanzler: Über die Liberalen sagte er, sie seien jetzt besser als jemals; mit dem Zentrum könne man Geschäfte machen, mit Heydebrand kaum.

Berlin, 27. Januar 1911

148*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 116. Sitzung, Bd. 263, S. 4200–4204; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911), S. 13–18.

Fortsetzung der Debatte über die elsaß-lothringische Verfassung: Trotz der schwierigen inneren Zustände der Reichslande kommt eine Einverleibung in Preußen oder einen anderen Bundesstaat nicht in Frage. Elsaß-Lothringen hat in der politischen und kulturellen Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert seine Verbindung mit Deutschland verloren. Die Politik der letzten dreißig Jahre hat die deutschfeindlichen Tendenzen in den Reichslanden nicht ausschalten können. Trotzdem soll man die partikularistischen Strömungen nicht unterdrücken. Die jetzige Gesetzesvorlage wird das Eigenleben des Landes fördern. Das Gesetz sieht ein Zwei-Kammer-System vor, und davon wird die Regierung nicht abweichen.

Berlin, 28. Januar 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

149*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Große Politik XXVII,2 S. 668–669.

Der englische Bankier E. Speyer hat den Wunsch ausgedrückt, daß eine Verständigung über die Bagdadbahn herbeigeführt werde. Ihm wurde geantwortet, daß eine Verständigung gewünscht werde, aber klar sei, daß die Bauausführung bis Bagdad und die Konzession bis zum Golf für Deutschland gesichert seien. England müßte also Kompensationen vorschlagen.

Berlin, 3. Februar 1911

150*. Goschen an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents VI S. 585–586.

Unterredung mit dem Reichskanzler: Dieser ist einverstanden mit dem Vorhaben, Nachrichten über den Flottenbau der beiden Länder auszutauschen; es würde Früchte aber erst tragen, wenn die Beziehungen zwischen beiden Ländern gut und nicht wie jetzt schlecht seien. Die Flottenverständigung könnte in Form eines formalen Abkommens oder eines Notenaustausches erreicht werden.

Berlin, 11. Februar 1911

151*. Bethmann Hollweg vor dem Landwirtschaftsrat

Rede (Auszug). Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 39.

Um dem Ansteigen der Fleischpreise zu begegnen, muß die Viehhaltung in Deutschland ausgeweitet und verbessert werden. Dazu gehört ein nachhaltiger Seuchenschutz.

Berlin, 15. Februar 1911

152*. Bethmann Hollweg an Marschall

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 677.

Der Abschluß der Zusatzkonvention über die Bahn bis Bagdad ist unerläßlich, bevor Verhandlungen wegen der Golflinie begonnen werden können. Bei der Angelegenheit ist offenbar türkische Rücksichtnahme auf England zu spüren. Deutschland hat das Recht auf seiner Seite. Wenn der Bahnbau verzögert werden sollte, ist das hinzunehmen.

Berlin, 4. März 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

153*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., IV. Session 1911, S. 3459–3468; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 63–69.

Durch das päpstliche Dekret zum Antimodernisteneid (katholischer Geistlicher) ist in Deutschland eine starke Unruhe entstanden. Dadurch sind die konfessionellen Gegensätze neu belebt worden. Es hätte der Kurie gut angestanden, sich vorher mit dem Staat über die Wirkung des Dekrets zu verständigen. Zwist könnte entstehen bei den Bestimmungen über die Kommunion der Kinder und die Absetzung von Geistlichen. Wenn an staatliche Gegenmaßnahmen gedacht wird, kann es nicht darum gehen, die katholischen Fakultäten aufzugeben. Bei Geistlichen, die den Eid geleistet haben und an einer staatlichen Schule unterichten sollen, wird der Staat in Zukunft auf die Anstellung allerdings verzichten. Derzeit ist es schließlich nicht nötig, die preußische Gesandtschaft beim Vatikan aufzuheben, wie mancherorts gefordert werde.

Berlin, 7. März 1911

154*. Bethmann Hollweg an Tirpitz

Schreiben. Druck: Tirpitz, Aufbau S. 432; Jäckh, Kiderlen-Wächter S. 154 (leicht abweichender Wortlaut).

Seine Äußerungen gegenüber dem amerikanischen Botschafter in Berlin können auf den Besuch amerikanischer Kriegsschiffe in Deutschland zurückwirken. Er möge in Zukunft mit fremden Diplomaten keine Fragen der auswärtigen Politik berühren.

[o. O.] 9. März 1911

155*. Goschen an Grey

Bericht. Druck: British Documents X,2 S. 31.

Bethmann Hollweg ist mit Greys Unterhausrede (vom 8. März 1911) über die türkischen Zölle und die Bagdadbahn sehr zufrieden. Er stellt eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen fest.

Berlin, 10. März 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

156*. Aufzeichnung Tirpitz'

Wiedergabe einer Unterredung zwischen Bethmann Hollweg und Tirpitz (in direkter Rede). Druck: Tirpitz, Aufbau S. 434–436.

Der Kanzler habe von Admiral Müller gehört, das Schreiben vom 9. März 1911 (oben Nr. 154) habe ihn verletzt; er bedaure das. – Tirpitz: Die Entsendung der Schiffe sei vom amerikanischen Botschafter, nicht von ihm, angesprochen worden. – Der Kanzler bedauert ein weiteres Mal das Schreiben und fragt, ob die Sache erledigt sei, was Tirpitz bejaht.*

[o. O.] 16. März 1911

157*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., IV. Session 1911, Sp. 4809–4813; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 85–87.

Die Verleihung von Bundesratsstimmen an Elsaß-Lothringen dient dazu, die Reichslande zu verselbständigen und sie mit dem Reich stärker zu verschmelzen. Die drei neuen Stimmen werden den Einfluß Preußens im Bundesrat nicht untergraben.

Berlin, 23. März 1911

158*. Aide-mémoire Bethmann Hollwegs

Konzept ohne Unterschrift und Datum. Vom Reichskanzler dem englischen Botschafter Goschen übergeben. Druck: Große Politik XXVIII S. 402–403.

Der Nachrichtenaustausch über die beiderseitigen Flottenrüstungen erstreckt sich auf: die Dimension der geplanten Schiffsbauten, deren Bestückung und Maschinenstärke und die Daten der Fertigstellung. Der Austausch sollte alljährlich zwischen dem 1. Oktober und 15. November stattfinden.

[o. O., 24. März 1911]

159*. Goschen an Grey

Bericht (privat und geheim). Druck: British Documents VI S. 608–610.

Bethmann Hollweg bedankt sich für das englische Memorandum betreffend den Austausch von Nachrichten über den beiderseitigen Flottenbau. Die Nachrichten sollten immer gleichzeitig zwischen dem 1. Oktober und 16. November ausgetauscht werden. Den nunmehrigen englischen Vorschlag, eine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

politische Verständigung über die Bagdadbahn und die persischen Eisenbahnen zu suchen, hält er für zu eng begrenzt.

Berlin, 24. März 1911

160*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXVIII S. 403.

Der englische Botschafter hat ein Memorandum (ebenda S. 403–406) über den marinetechnischen Nachrichtenaustausch übergeben. Grey habe Rußland und Frankreich über die deutsch-englischen Verhandlungen verständigt.

Berlin, 24. März 1911

161*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 159. Sitzung, Bd. 266, S. 6001–6003; Protokollauszug: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 89–90.

Die internationale Abrüstung wird immer an der Frage der Kontrolle scheitern. Man denke nur an die preußische Armee unter Napoleon. Auch internationale Schiedsgerichtsverträge sind ebenso utopisch wie Abrüstung. Man kann aus dem Leben der Nationen die Ultima ratio nicht wegstreichen. „Wir Deutschen in unserer exponierten Lage sind vor allem darauf angewiesen, der rauhen Wirklichkeit unerschrocken ins Gesicht zu sehen."

Berlin, 30. März 1911

162*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Für Staatssekretär Kiderlen. Druck: Große Politik XXVIII S. 407–409.

Er übersendet Kiderlen das am 24. März erhaltene englische Memorandum zum marinetechnischen Nachrichtenaustausch. Es wird demnächst beantwortet. England verfolgt offenbar damit zwei Ziele: die eigenen Rüstungsausgaben zu beschränken und mit Deutschland ein Vertrauensverhältnis herzustellen. Die übertriebenen Ausgaben für die Flotte werden England durch seine öffentliche Meinung diktiert, die taub gegenüber amtlichen Versicherungen ist. Das könnte aber durch eine politische Verständigung beider Länder geändert werden. Wenn sich England und Deutschland gegenseitige Neutralität zusichern, würde der europäische Friede gesichert werden.

Berlin, 5. April 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

163*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 174.

Der Kanzler gegenüber dem Kaiser: Wenn das Volk physisch und psychisch gesund bleibe, überwinde es die Sozialdemokratie von selber.

Berlin, 8. April 1911

164*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 85–86.

Er hat Botschafter Cambon mitgeteilt, daß die Entsendung einer französischen Truppe nach Fes zum Schutz der dortigen Europäer die deutsche öffentliche Meinung sehr erregen würde. Sie würde eine neue Ära des gegenseitigen Mißtrauens einleiten.

Berlin, 19. April 1911

165*. Cambon an Cruppi

Fünf Telegramme. Druck: Documents Diplomatiques Français II/13 S. 462–464.

In Marokko geht es dem Kanzler in erster Linie um wirtschaftliche Ziele. Er muß dabei die öffentliche Meinung in Deutschland im Blick haben. Er meint, daß, wenn erst einmal französische Truppen nach Fes gegangen seien, sie nicht mehr herauskämen. Er drängt auf die Einhaltung der Algeciras-Akte.

Berlin, 19./20. April 1911

166*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 89–90.

Die Wolff-Meldung über die Niedermetzelung der marokkanischen Garnison in Fes muß stark bezweifelt werden.

Berlin, 22. April 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

167*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (Auszug). Druck: Große Politik XXIX S. 92–93.

Die Nachrichten über die Zustände in Fes sind widerspruchsvoll. Die französische Presse ruft zum Einmarsch französischer Truppen auf; die Regierung in Paris befürchtet dadurch aber internationale Verwicklungen.

Berlin, 25. April 1911

168*. Cambon an Cruppi

Zwei Telegramme (vertraulich). Druck: Documents Diplomatiques Français II/13 S. 482–483 (vgl. auch ebenda S. 485–487, 504–506).

Unterredung mit dem Reichskanzler über Marokko: Dieser bedauert die Aufgeregtheit der beiderseitigen Presse; nach seinen Nachrichten sei die Lage in Fes nicht beunruhigend; würden die französischen Truppen aus Fes wieder abrücken?

Berlin, 25. April 1911

169*. Goschen an Grey

Bericht (streng vertraulich). Druck: British Documents VII S. 207–208 (vgl. auch S. 211–212, 276–277).

Cambon berichtet über Unterredungen mit dem Reichskanzler wegen der französischen Expedition nach Fes. Dieser meint, daß nunmehr die Akte von Algeciras in Frage gestellt und die Marokkofrage von Grund auf wiedereröffnet sei. Alle Erfahrung zeige, daß die Expedition nicht so schnell wie zugesagt zurückkehren werde.

Berlin, 28. April 1911

170*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Erlaß. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 942–947.

Der Entwurf eines Notenaustausches über Persien und die Bagdadbahn ist für die deutsche Seite noch nicht befriedigend. In der Präambel sollte der entsprechende Passus des russisch-englischen Abkommens von 1907 übernommen werden. In Artikel II muß sich Rußland verpflichten, den Bau der Anschlußbahn Teheran – Chanikin sofort nach Fertigstellung der Bahn Sadijé – Chanikin (Abzweigung von der Bagdadbahn) zu beginnen. In Artikel III kann Deutschland nur zusagen, daß es sich hinsichtlich der Herstellung von Anschlußbahnen zwischen Bagdad und der russisch-persischen Grenze an Rußlands Zustimmung binde, nicht hinsichtlich von Bahnbauten in der Region

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

überhaupt. Darauf besteht auch die türkische Regierung. Auf Artikel III könnte am besten ganz verzichtet werden. Der anliegende deutsche Entwurf sollte den weiteren Besprechungen zugrunde gelegt werden. – In der Anlage folgt der russische Entwurf mit den diversen deutschen Änderungsvorschlägen.

Berlin, 29. April 1911

171*. Aide-mémoire Bethmann Hollwegs

Reinkonzept. Dem englischer Botschafter Goschen am 9. Mai 1911 übergeben. Druck: Große Politik XXVIII S. 409–411.

Ursprünglich – vor zwei Jahren – hat Deutschland England die Verlangsamung des Tempos an Schiffsbauten angeboten. Das ist jetzt leider wegen der Dynamik des Flottengesetzes nicht mehr möglich. Doch würde die deutsche Regierung gerne den Gedanken einer allgemeinen Beschränkung der Ausgaben für Rüstungszwecke mit England prüfen. Nach wie vor bleibt festzuhalten, daß nach deutscher Ansicht eine allgemeine politische Verständigung ein notwendiges Korrelat eines Flottenabkommens sei.

Berlin, 9. Mai 1911

172*. Bethmann Hollweg an Metternich

Erlaß. Druck: Große Politik XXVIII S. 411–415.

England hat im August 1909 einen Meinungsaustausch über die beiderseitigen Flottenrüstungen angeregt. Die Verhandlungen darüber waren ins Stokken geraten, bis im September/Oktober 1910 die englische Seite mit dem Vorschlag erneut hervortrat. Durch diese Verzögerung kann heute die anfangs angebotene Verlangsamung des Tempos der deutschen Schiffsbauten nicht mehr aufrechterhalten werden. Die englische Seite will nun auch Verhandlungen über die Bagdadbahn und die persische Frage einleiten. Hierzu besteht vom deutschen Standpunkt aber keine Veranlassung. Vielmehr ist deutlich geworden, daß England im Verein mit Frankreich und Rußland die deutschen wirtschaftlichen Unternehmungen „an allen Orten der Welt zu konterkarieren sucht“. Mit der Annahme des englischen Vorschlags über den marinetechnischen Nachrichtenaustausch ist aber doch ein Ansatz vorhanden, um dem Ziel besserer Beziehungen näherzukommen. Durch die Zusicherung gegenseitiger Neutralität beider Länder im Fall eines europäischen Konflikts könnte der Frieden in Europa zuverlässig gesichert werden.

Berlin, 9. Mai 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

173*. Goschen an Grey

Bericht (geheim). Druck: British Documents VI S. 625–626 (vgl. auch ebenda S. 621–623 und S. 626–629).

Bethmann Hollweg überreicht ihm das deutsche Aide-memoire als Antwort auf das englische Memorandum über den Austausch von Nachrichten über die beiderseitigen Flottenbauprogramme. Er sagte, daß nun die Zeit vorbei sei, in der sein Vorschlag zur Reduzierung des Schiffsbautempos hätte akzeptiert werden können. Er begrüßte die englische Ansicht, daß eine politische Verständigung erreicht werden solle, möchte aber, daß es vor einem Flottenabkommen oder wenigstens gleichzeitig mit diesem zustande komme.

Berlin, 10. Mai 1911

174*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (Auszug). Druck: Große Politik XXVIII S. 416–417.

Bei den deutsch-englischen Flottenverhandlungen darf Deutschland keine Eile zeigen. Es wird deutlich ausgesprochen, daß für die deutsche Seite die Durchführung des Flottengesetzes conditio sine qua non ist. Das zunehmende Vertrauen der englischen Regierung in die deutsche Politik hat zur Verbesserung der Beziehungen beigetragen.

Berlin, 15. Mai 1911

175*. Bethmann Hollweg vor dem Deutschen Handelstag

Rede in Heidelberg. Auszug gedruckt in: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 140–141.

Der Gegensatz zwischen Individualismus und Staat wird auch in der Kaufmannschaft empfunden. In Wirklichkeit laufen die Interessen von Privatbetrieben mit den Interessen des Staates ineinander. Landwirtschaft, Gewerbetreibende und Kaufleute erfüllen Pflichten gegenüber der Allgemeinheit.

Heidelberg, 16. Mai 1911

176*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 176.

Der Kanzler über die Altersplurals timmen (bei der Verfassungsreform für Elsaß-Lothringen): Sie seien sachlich fragwürdig; aber an ihnen dürfe das Gesetz nicht scheitern. Er behauptet, in den nächsten sechs Jahren könne nicht konservativ regiert werden.

Berlin, 19. Mai 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

177*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXIX S. 120–121.

Kaiser Wilhelm II. hat bei seinem Aufenthalt in London dem englischen König die deutsche Marokkopolitik erläutert: Wegen Marokko würde Deutschland niemals Krieg führen, aber die open door verlangen. Mit Sir E. Cassel hat der Kaiser die deutsch-englischen Beziehungen kritisch besprochen.

Berlin, 23. Mai 1911

178*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 182. Sitzung, Bd. 267, S. 7039–7041, 7056–7058; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 107–108, 110–111.

Die Fortbildung der Verfassung in Elsaß-Lothringen ist eine Notwendigkeit. Die Verleihung von Bundesratsstimmen wird die Reichslande enger an das Reich binden. Auch das Wahlrecht zur Zweiten Kammer gehört dazu, die Reichslande reifer zu machen, auch wenn das die Konservative Partei nicht einsieht.

Berlin, 23. Mai 1911

179*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXVII,2 S. 949–950.

Deutschland hält in dem verhandelten Persien-Abkommen an dem Zusatz über die Integrität und Unabhängigkeit Persiens fest.

Berlin, 23. Mai 1911

180*. Osten-Sacken an Neratov

Privatdienstbrief. Druck: Die Internationalen Beziehungen III/1,1 S. 34–35.

Bethmann Hollweg bestätigt, daß er darauf vertraue, Frankreich werde die Algeciras-Akte und das 1909 geschlossene deutsch-französische Sonderabkommen über Marokko achten. Doch französische Truppen könnten, ohne es eigentlich zu wollen, die marokkanische Grenze überschreiten; dann würden alle Signatare der Algeciras-Akte ihre Handlungsfreiheit wiedergewinnen; er werde sich trotzdem mit Frankreich zu verständigen wissen.

[Berlin] 23. Mai 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

181*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXIX S. 124.

Der französische Botschafter Cambon teilt mit, daß Frankreich seine Truppen aus Fes so bald wie möglich zurückziehen wolle.

Berlin, 11. Juni 1911

182*. Cambon an Cruppi

Bericht (geheim). Druck: Documents Diplomatiques Français II/13 S. 644–647 (vgl. auch ebenda S. 651–653).

Unterredung mit dem Reichskanzler über Marokko: Dieser bittet, Spanien in der Eisenbahnfrage Tanger – El Ksar entgegenzukommen; er befürchtet, daß der französische Einfluß in Marokko ständig wachsen und die deutschen Interessen dort beeinträchtigen werde; ein Teil der öffentlichen Meinung in Deutschland verlange seinen Anteil an der Aufteilung der Welt.

Berlin, 11. Juni 1911

183*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 151.

Botschafter Cambon hat geäußert, Marokko „würde schließlich wohl als reife Frucht Frankreich zufallen“. Deutschland könne Kompensationen auf kolonialem Gebiet suchen.

Berlin, 16. Juni 1911

184*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXXII S. 337–338.

Die deutsche Finanzgruppe innerhalb des Sechsmächtekonsortiums lehnt die chinesischen Bedingungen für eine Reorganisationsanleihe ab.

Berlin, 27. Juni 1911

185*. Bethmann Hollweg an Schwerin-Löwitz

Privatdienstbrief (Auszug). Druck: Westarp, Konservative Politik I S. 376.

In der Konservativen Partei behandelt man jetzt alles nach parteitaktischen Motiven. Dabei wird sie sich „parlamentarisieren“, und es fliegen die politischen Grundsätze über Bord. Das parlamentarische Regierungssystem

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

bekämpfe ich „aus allgemeinen politischen Gründen bis zum Letzten“. Fährt die Konservative Partei in ihrem Verhalten fort, schwächt sie die konservativen Grundsätze und beschleunigt die demokratische Entwicklung.

[o. O.] 1. Juli 1911

186*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 163–164.

Die bisherigen Antworten der Mächte auf die deutsche Marokkodemarche lauten befriedigend, desgleichen die Pressestimmen.

Berlin, 3. Juli 1911

187*. de Salis an Grey

Telegramm (vertraulich). Druck: British Documents VII S. 331–332.

Der spanische Botschafter erzählt, er habe gestern mit Bethmann Hollweg über die Entsendung des „Panther“ nach Agadir gesprochen. Der Kanzler erwarte keine Schwierigkeiten seitens Englands, das an Marokko nicht direkt interessiert sei; im übrigen seien Deutschlands Beziehungen zu England ausgezeichnet.

Berlin, 4. Juli 1911

188*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit langen Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXIX S. 177–178.

Der französische Botschafter Cambon hat gegenüber Staatssekretär Kiderlen gesagt, daß nach der französischen Expedition nach Fes der Status quo ante nicht wiederhergestellt werden könne. Bei der Frage nach Kompensationen für Deutschland seien die Worte „Kongo“ und „Togo“ ohne nähere Erläuterung gefallen.

Hohenfinow, 10. Juli 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

189*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXIX S. 182–183.

Spanien will zu den Besprechungen über Marokko dazugeladen werden. Kiderlen hat mit Botschafter Cambon eine ablehnende Antwort formuliert. Der englische Botschafter zeigte sich darüber beruhigt.

Hohenfinow, 12. Juli 1911

190*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (Auszug; mit langen Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXIX S. 184–186.

Kiderlen meldet folgendes über seine Besprechung mit Botschafter Cambon: Für das Gewährenlassen Frankreichs in Marokko habe Kiderlen den ganzen französischen Kongo verlangt. Laut Cambon wäre das im französischen Parlament nicht zu verteidigen. – Kiderlen und Lindequist werden noch detaillierte Vorschläge ausarbeiten.

Hohenhfinow, 15. Juli 1911

191*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Privatdienstbrief. Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter S. 131.

Wenn er wegen der Marokkopolitik seinen Abschied nähme, müßte er – Bethmann – auch gehen. Er möge morgen zur Besprechung nach Hohenfinow kommen.

Hohenfinow, 18. Juli 1911

192*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 191–193 (vgl. auch ebenda S. 189).

Als Frankreich seine Truppen auf Fes vorschob und bald merkte, daß es nicht mehr zurückkönne, hat Botschafter Cambon Mitte Juni zum erstenmal von kolonialen Konzessionen gesprochen. Kiderlen hatte erwidert, es müsse sich aber um erhebliche Konzessionen handeln, „Grenzregulierungen" kämen nicht in Frage. Da Frankreich mit Marokko einen hohen Gewinn einheimst, sollten die deutschen Forderungen mit Zähigkeit durchgesetzt werden.

Berlin, 20. Juli 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

193*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXXII S. 231–232.

Der von den USA vorgeschlagene allgemeine Schiedsvertrag ist unannehmbar. Auch gegen einen Schiedsvertrag mit Japan bestehen Bedenken.

Berlin, 24. Juli 1911

194*. Bethmann Hollweg im Gespräch mit Rathenau

Tagebuchaufzeichnung Rathenaus. Druck: Rathenau, Tagebuch S. 147.

Bethmann Hollweg: Er bedauere das elsässische Wahlrecht (das dem Reichstagswahlrecht entspricht).

Hohenfinow, 25. Juli 1911

195*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 220.

Der Kaiser möge sein Urlaubsprogramm fortsetzen. Die Konzentration der englischen Flotte ist ein Höflichkeitsbeweis für Paris und hat nichts mit Marokko zu tun.

Hohenfinow, 27. Juli 1911

196*. Aufzeichnung Hammanns

Druck: Hammann, Aufzeichnungen S. 547–548.

Unterredung mit Bethmann über Kiderlen: Dieser hat nach der Entsendung des „Panther“ von Frankreich aus Prestigegründen den ganzen französischen Kongo verlangt. Das hat Bethmann eine schlaflose Nacht bereitet, vor allem auch durch Kiderlens Bemerkung „wir müssen fechten“, wenn wir den Kongo nicht bekämen. In einer Besprechung mit Kiderlen hat sich der Kanzler dann vergewissert, daß dieser nur gemeint habe, man müsse auf das äußerste vorbereitet sein.

[o. O.] 30. Juli 1911

197*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 178–180.

Der Kanzler glaubt, Kiderlen lege es nach dem „Panthersprung“ nach Agadir auf Krieg mit Frankreich an. Nach einer Unterredung mit ihm ist er

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

aber überzeugt, daß Deutschland das Kriegsrisiko tragen und er – Bethmann – notfalls dem Kaiser seinen Rücktritt anbieten müsse.

Berlin, 30. Juli 1911

198*. Goschen an Grey

Bericht. Druck: British Documents VII S. 443–445.

Maximilian Harden hat in seiner Zeitschrift „Die Zukunft" (vom 5. August 1911) das lasche Verhalten des Kaisers und des Kanzlers bei der Entsendung des „Panther" nach Agadir scharf kritisiert, da sie sich vor der Weltöffentlichkeit lächerlich gemacht hätten. Bethmann Hollweg werde als unfähiger Reichskanzler bezeichnet, der die deutschfeindlichen Reden Lloyd Georges und Asquiths völlig verharmlost habe. Die Reden und die schwache Reaktion von deutscher Seite hätten Deutschland schwer gedemütigt.

Berlin, 8. August 1911

199*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 230.

Das Gespräch des Kaisers mit Botschafter Goschen (ebenda S. 228–230) zeigt die Befürchtung Englands, daß eine deutsch-französische Verständigung über Marokko Deutschlands Beziehungen zu Frankreich bessern würde.

Berlin, 14. August 1911

200*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief (Auszug). Druck: Winzen, Loebell S. 783–784.

„Wenn wir nicht ganz ausschließlich unter die Herrschayft des Zentrums kommen wollen, muß eine Brücke zwischen den Nationalliberalen und den Konservativen geschlossen werden." Die Chancen haben sich in der Zwischenzeit verschlechtert. Die Haltung der Nationalliberalen in der Marokkofrage zeugt von politischem Unverstand und parlamentarischer Großmannssucht. Aber in beiden Parteien wird man die Fehler der Führung allmählich erkennen.

Hohenfinow, 16. August 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

201*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 342 (vgl. ebenda ein zweites Telegramm Bethmanns vom 24. August 1911).

Bitte die französische Regierung wissen lassen, daß ein „Frisieren territorialer Abtretungen" in Französisch-Kamerun als Kompensation für die Verschiebung der Machtverhältnisse in Marokko für die deutsche öffentliche Meinung unerträglich sei.

Berlin, 25. August 1911

202*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 348–349.

Es ist noch nicht klar zu erkennen, ob die französische Regierung die deutschen Kompensationsforderungen (in Kamerun) erfüllen wolle.

Hohenfinow, 27. August 1911

203*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 237–238.

In der „Neuen Freien Presse" (Wien) ist ein Artikel mit scharfen Ausfällen gegen die deutsche Marokkopolitik erschienen; er soll vom englischen Botschafter in Wien herrühren. Bitte Grey darüber befragen.

Berlin, 27. August 1911

204*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 349–350.

Über die Grundlinien der deutschen Marokkopolitik sind mehrere Zeitungen und die Führer aller Parteien außer den Sozialdemokraten verständigt worden. Der Tenor ist: Sicherung der deutschen Rechte in Marokko (ohne Landansprüche) und Erwerbungen im Kongo. Die letzteren sind nicht präzisiert worden, da die Verhandlungen mit Frankreich darüber noch schweben.

Hohenfinow, 28. August 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

205*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 346.

Auf Befehl des Kaisers werden die Verhandlungen mit der französischen Regierung in die Länge gezogen, bis die (deutsche) Armee aus dem Manöver zurück in ihren Standorten sei.

Berlin, 29. August 1911

206*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 379.

Botschafter Cambon hat gestern die französischen Vorschläge Marokko betreffend übergeben: Die Beschränkung der Offenen Tür wird fallengelassen; die Konsulargerichtsbarkeit bleibt unangetastet. Es dürfte bald zu einem guten Ergebnis kommen.

Berlin, 16. September 1911

207*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (in claris). Druck: Große Politik XXX,1 S. 77–78.

Sultan Mehmed V. richtet ein Telegramm an Kaiser Wilhelm II., in dem er darum bittet, gegen die italienische Besetzung Tripolitaniens und der Cyrenaika vorzugehen. Bethmann übersendet eine Antwort, in der gesagt wird, daß die Bemühungen der deutschen Regierung in dem Konflikt bisher bedauerlicherweise erfolglos gewesen seien, diese aber fortgesetzt würden.

Berlin, 29. September 1911

208*. Bethmann Hollweg an Jenisch

Mitteilung (für Wilhelm II.). Druck: Große Politik XXIX S. 386–387.

Ein Weißbuch über Marokko ist nicht geplant, zumal das meiste mündlich verhandelt worden ist.

Berlin, 29. September 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

209*. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

Privatdienstbrief. Druck: A. Wahnschaffe, Gesamtveranwortung. In: Berliner Monatshefte 12 (1934) S. 661.

Die französische und die deutsche Regierung wollen sich über Marokko einigen. Nur die Presse ist unvernünftig. Während der Marokkoverhandlungen darf der Reichstag nicht einberufen werden.

[o. O.] September 1911

210*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck. Große Politik XXX,1 S. 87–88.

Laut einem Telegramm aus Rom hat dort Tschirschky mitgeteilt, daß Österreich italienische Flottenoperationen in der Adria und im Ionischen Meer gegen die Türkei nicht weiter dulden werde. Von hier – Berlin – ist nach Rom telegraphiert worden, daß Italien in Libyen durch Landungen möglichst rasch ein Fait accompli schaffen möge. – Für Tschirschky: Bitte mit solchen scharfen Worten nicht den Entschließungen in Berlin vorgreifen.

Berlin, 3. Oktober 1911

211*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Bericht Lerchenfelds (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 263–264 (vgl. dazu Große Politik XXX,1 S. 99–102).

Der Kanzler teilt mit, daß das Abkommen über Marokko paraphiert sei. Mit dem deutsch-russischen Abkommen über Persien sei wieder eine Verständigung mit Rußland gelungen. Schließlich erläutert er die Tripolis-Angelegenheit (den Libyenkrieg).

[Berlin, 11. Oktober 1911]

212*. Bethmann Hollweg an den Reichstagspräsidenten

Schreiben. Auszug: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 166 (vgl. auch ebenda S. 167).

Dem Wunsch verschiedener Parteien, eine Interpellation über Fragen der auswärtigen Politik – derzeit über den Libyenkrieg und die Marokkofrage – einzubringen, kann derzeit nicht willfahrt werden, da über beide Angelegenheiten noch ein Meinungsaustausch unter den europäischen Mächten andauert.

[o. O., 16. Oktober 1911]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

213*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 195. Sitzung, Bd. 268, S. 7511–7516; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 171–174.

Um der Teuerung der Nahrungs- und Futtermittel zu begegnen, ist weder die Aufhebung noch die Suspension der Zölle das geeignete Mittel. Das würde das gesamte Wirtschaftssystem auf den Kopf stellen. Was einzelne Futtermittel anbelangt (Hafer, Mais), so würde eine Zollsuspension kaum Wirkung haben. Auch die Änderung des Einfuhrscheinsystems wäre von minderer Bedeutung. Was die Einzelhandelspreise betrifft, so ist es die Presse, welche die Teuerung übertrieben dargestellt hat. „Für mich ist die entschlossene Festhaltung an der bisherigen Wirtschaftspolitik Pflicht gegen das Land."

Berlin, 23. Oktober 1911

214*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 17–18.

Metternich möge sich gutachterlich zum Bericht des Marineattachés Widenmann (ebenda S. 15–17) äußern.

Berlin, 31. Oktober 1911

215*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX (ebenda S. 413–422 der Text des Marokko- und des Kongoabkommens vom 4. November 1911).

Das Kongoabkommen und das Marokkoabkommen mit Frankreich sind heute paraphiert worden.

Berlin, 2. November 1911

216*. Goschen an Grey

Telegramm. Druck: British Documents VII S. 652 (vgl. ebenda S. 653–655 und S. 660; ferner Goschen, Diary S. 247–248.)

Der Kanzler bedauert, daß die deutsche Presse der Mißstimmung in den deutsch-englischen Beziehungen Ausdruck gebe. Er werde darüber demnächst im Reichstag sprechen.

Berlin, 2. November 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

217*. Goschen an Grey

Bericht (Auszug). Druck: British Documents VI S. 647.

Bethmann Hollweg bedauert zutiefst, daß die Besprechungen über den Austausch von Nachrichten über die beiderseitigen Flottenbauprogramme zweimal unterbrochen worden seien.

Berlin, 3. November 1911

218*. Cambon an de Selves

Bericht (vertraulich). Druck: Documents Diplomatiques Français III/1 S. 30–32.

Unterredung mit Bethmann Hollweg am Tag der Unterzeichnung des Marokko-Abkommens (4. November): Der Kanzler führt die Verzögerung der Unterzeichnung auf den Rücktritt des Kolonialstaatssekretärs von Lindequist zurück; er sagt zu, daß er das Kanonenboot „Berlin" so bald wie möglich aus den Gewässern vor Marokko zurückziehen werde. – Die französische Öffentlichkeit muß darüber aufgeklärt werden, daß es nicht richtig sei, daß das deutsche Volk friedlich und seine Regierung kriegerisch gesinnt sei; es sei genau umgekehrt.

Berlin, 5. November 1911

219*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 201. Sitzung, Bd. 268, S. 7708–7713; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 191–200. (Dazu vgl. Goschen, Diary S. 250.)

Nach der Besetzung von Fes durch französische Truppen hat Deutschland ein Kriegsschiff nach Agadir geschickt, um die deutschen Interessen zu wahren. Frankreich blieb in Marokko, um dort die Ruhe zu garantieren. Deutschland hat nur die Offene Tür für den Handel gefordert. – Zur Frage der Kompensation: Der Staatssekretär des Reichskolonialamts, Lindequist, ist zurückgetreten, weil ihm Erwerb eines großen Kolonialbesitzes und der Abtretung deutschen Koloniallandes widerstrebte und das mit Frankreich geschlossene Abkommen im Reichstag nicht vertreten wollte. Dem Kanzler kam es auf die Abrundung des Kongogebiets und auf den Zugang zum Kongo und zum Ubangi an. Allerdings ist die Schlafkrankheit „eine böse Zugabe". Doch das deutsche Programm ist erfüllt worden: erhöhte Rechte in Marokko, Erwerb neuen Koloniallandes und Verhandlungen nur mit Frankreich, nicht auf einem internationalen Kongreß. England hat sich aus dem Handel herausgehalten. In der Forderung nach dem Erwerb Südmarokkos hat die deutsche Regierung kein Lebensinteresse und auch nicht die Notwendigkeit eines Präventivkriegs gegen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Frankreich gesehen. Schließlich war die Forderung nach Wiederherstellung der Algecirasakte eine Chimäre.

Berlin, 9. November 1911

220*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 202. Sitzung, Bd. 268, S. 7754–7756; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 221–224.

Es ist nicht richtig, wie der Abgeordnete Bassermann behauptet, daß es einen Zusammenhang zwischen der italienischen Expedition nach Tripolis und dem französischen Zug nach Fes gegeben habe. Nur der französische Vorstoß dorthin hat Deutschland zum Handeln gezwungen. Die Vorwürfe, die deutsche Regierung habe etwas preisgegeben, sind hinfällig. Auch die Worte des Abgeordneten Heydebrand über England dienen Parteiinteressen und den kommenden Wahlen, das Deutsche Reich aber schädigen sie.

Berlin, 10. November 1911

221*. Berckheim an de Selves

Telegramm. Druck: Documents Diplomatiques Français III/1 S. 78.

Bethmann Hollweg hat in seiner Rede vor dem Reichstag das Marokko-Abkommen mit Frankreich verteidigt. Die Entschädigungen im Kongo würden in der Zukunft ihre Früchte tragen. Die Rede war durch häufiges Gelächter unterbrochen und ist kühl aufgenommen worden. Die Führer des Zentrums und der Konservativen, Hertling und Heydebrand, haben zwar die großen Linien der Regierungspolitik verteidigt, aber auch nicht mit Kritik gespart, besonders an den Neuerwerbungen im Kongo.

Berlin, 10. November 1911

222*. Berckheim an de Selves

Telegramm. Druck: Documents Diplomatiques Français III/1 S. 79–80.

Der Kanzler hat im Reichstag ein weiteres Mal das Wort ergriffen und die Einwände der Nationalliberalen und der Konservativen zurückgewiesen, besonders die antienglischen Äußerungen Heydebrands. Die Linke hat ihm applaudiert. Die Rede markiert einen unerwarteten Bruch des Kanzlers mit den Konservativen.

Berlin, 10. November 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

223*. Osten-Sacken an Neratov

Telegramm. Druck: Die Internationalen Beziehungen III,1,2 S. 971 (vgl. auch ebenda S. 988–990).

Der Reichskanzler hat im Reichstag über das Marokkoabkommen gesprochen. Während der Rede wurde verschiedentlich Mißbilligung geäußert. „Er schloß seine Rede unter allgemeinem Stillschweigen, das für ihn peinlicher war als heftige Szenen.“

[Berlin] 11. November 1911

224*. Tagebuch Oettingens

Tagebucheintragung. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 146.

Zu Gast bei Bethmann Hollweg: Dieser eröffnet, daß die Sendung des „Panther“ nach Agadir als Versuchsballon dienen sollte; es sollte getestet werden, ob Deutschland mit der Unterstützung Österreichs und Italiens hätte rechnen können.

Hohenfinow, 14. November 1911

225*. Goschen an Grey

Bericht (vertraulich). Druck: British Documents VII S. 693–695 (vgl. auch ebenda S. 762–763).

Die Rede Bethmann Hollwegs im Reichstag über das Marokkoabkommen war ein persönlicher Triumph des Kanzlers. Es war überraschend, wie der Mann, der als ruhiger und entrückter Philosoph gilt, so viel Energie und Mut gezeigt hat. Mit seinem scharfen Angriff auf die Konservativen hat er offenbar das Tischtuch zu ihnen zerschnitten. Es kann daher sein, daß er, da er sich bei den Parteien zwischen alle Stühle gesetzt hat, an Rücktritt denkt.

Berlin, 16. November 1911

226*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 253–254.

Er hat dem englischen Botschafter Goschen gesagt, er werde die (deutschfeindliche) Mansion-House-Rede Lloyd Georges (vom 21. Juli 1911) im Reichstag nicht kritisieren, sondern nur auf deren ungünstige Wirkung in der Öffentlichkeit hinweisen. Das ist Anfang November im Reichstag geschehen, wobei die chauvinistischen Töne des konservativen Abgeordneten Heydebrand scharf kritisiert worden und über England schonende Worte gefallen sind. Da neue

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Anfragen im Reichstag zu gewärtigen sind, soll er Grey fragen, was dieser im englischen Parlement zur Marokkofrage zu sagen gedenke.

Berlin, 17. November 1911

227*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief. Druck: Winzen, Loebell S. 803.

Er hat in der Reichstagssitzung vom 10. November auf die Schmähworte Heydebrands über die deutsche Englandpolitik scharf geantwortet und bleibt heute dabei, daß er richtig gehandelt hat. Eine konservative Grundrichtung in seiner Politik kann er nicht einhalten, „wenn die Führung der konservativen Partei sich nicht ändert".

Berlin, 20. November 1911

228*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 261–266 (mit ausführlichen Anmerkungen des Herausgebers), XXXI S. 31–33.

Nach den Enthüllungen Kapitän Fabers im englischen Parlament (daß während der Marokkokrise die englische Marine gegenüber einem Überfall durch die deutsche Flotte unvorbereitet gewesen sei) hat er durch Staatssekretär Kiderlen in der Budgetkommission des Reichstags erklären lassen, daß an einen Angriff auf die englische Flotte niemals gedacht gewesen sei. Dies ist zur Beruhigung der aufgeregten öffentlichen Meinung verlautet worden. – Der Kaiser will unbedingt die Einbringung einer Flottennovelle, die in den nächsten Jahren das Dreiertempo (18 neue Schiffe statt 12) einführen soll. Die öffentliche Stimmung in Deutschland ist sehr erbittert gegen England. Das ist nur zu ändern, wenn England sich zu dem von uns schon früher vorgeschlagenen politischen Abkommen herbeiläßt. Er soll darüber mit Grey sprechen.

Berlin, 22. November 1911

229*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXX,1 S. 209–211.

In Wien und Berlin ist ein vertraulicher russischer Antrag eingegangen, die Durchfahrt russischer Kriegsschiffe durch die türkischen Meerengen zu erlauben. Die deutsche Regierung will keine Schwierigkeiten bereiten, möchte aber wie Österreich zuvor einen genau formulierten russischen Antrag sehen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Aehrenthal ist gesagt worden, daß man durch eine ablehnende Antwort die Geschäfte der Westmächte besorgen würde.

Berlin, 24. November 1911

230*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXI S. 34.

Übermittelt ihm zwei Berichte des Marineattachés in London und die Stellungnahme Metternichs dazu.

Berlin, 24. November 1911

231*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXX,2 S. 520–521.

Der Kaiser ist wegen des Libyenkrieges sehr gereizt gegen Italien und stellt sich eher auf die Seite der italophoben österreichischen Militärs. Bitte auf seine Stimmung mäßigend einwirken.

Berlin, 24. November 1911

232*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXX,1 S. 521–522.

Die Erneuerung des Dreibundes ist durch den Libyenkrieg verzögert worden. Die österreichisch-italienischen Spannungen wegen des Vorgehens Italiens an der albanischen Küste sind ausgeräumt, so daß der Entwurf des neuen Dreibundvertrags nach Wien geschickt werden kann.

Berlin, 25. November 1911

233*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Erlaß. Druck: Große Politik XXX,2 S. 522–523.

Er übersendet ein Exemplar des Dreibundvertrags mit den technischen Veränderungen. Artikel VII (über die Aufrechterhaltung des Status quo im Orient) sollte beibehalten werden. Zu Artikel IX (Status an der nordafrikanischen Küste) könnte ein Zusatzprotokoll abgeschlossen werden.

Berlin, 26. November 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

234*. Berckheim an de Selves

Zwei Telegramme (vertraulich; geheim). Druck: Documents Diplomatiques Français III/1 S. 203–205.

Die Dokumentation Kiderlen-Wächters, die ohne Wissen des Reichskanzlers veröffentlicht worden ist, hat die englandfeindlichen Ressentiments in der deutschen öffentlichen Meinung gewaltig angestachelt. Der Kanzler hat in der „Kölnischen Zeitung" (vom 24. Mai 1911) einen Artikel veröffentlichen lassen („Wir und die andern"), um die antienglische Kampagne zu entschärfen. Das Zentrum, das normalerweise den Reichskanzler unterstützt, schlägt sich jetzt auf die Seite Kiderlens. Bethmann Hollweg wird zwar vom Kaiser unterstützt, seine Gegner werden aber immer zahlreicher. Die Konservativen und die Nationalliberalen schwimmen auf der nationalistischen Welle, um in den nächsten Wahlen die Sozialisten zu schwächen. Der Flottenverein und der Staatssekretär der Marine trommeln für ein neues Flottengesetz; sie sind ebenfalls Bethmann Hollwegs Gegner, zu denen sich noch die Schwerindustriellen gesellen. Der Kanzler findet sich also einer gewaltigen gegnerischen Koalition gegenüber.

Berlin, 26. November 1911

235*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 42–43.

Der Kaiser verlangt stets die sofortige Vorlegung der Berichte der Militär- und Marineattachés. Metternich soll darüber wachen, daß solche Berichte keine politischen Betrachtungen enthalten. Widenmann hat in dieser Beziehung seine Grenzen weit überschritten.

Berlin, 30. November 1911

236*. Bethmann Hollweg an Wermuth

Privatdienstschreiben. Druck: Wermuth, Ein Beamtenleben S. 305–306 (vgl. auch ebenda S. 307).

Er hat sich noch nicht entschieden, ob und wann eine Flottennovelle eingebracht werden soll. Sie muß nach allen Seiten hin sorgfältig geprüft werden.

[o. O.] Ende November 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

237*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 12. Leg.per., II. Session, 217. Sitzung, Bd. 268, S. 8347–8349; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 52 (1911) S. 269–274.

Es ist der Regierung vorgeworfen worden, sie hätte die öffentliche Meinung über die Marokkoangelegenheit mehr informieren sollen. Der Grund für die Zurückhaltung war die schwierige Natur der Verhandlungen mit Frankeich. Die englische Regierung hat sich beschwert, daß wir im Juli (nach der Entsendung des „Panther") uns gegenüber England in Schweigen gehüllt hätten. Darüber hat aber der deutsche Botschafter in London am 4. Juli Auskunft gegeben. Schließlich hat England amtlich seine Befriedigung über den Abschluß der Marokkoverhandlungen ausgesprochen.

Berlin, 5. Dezember 1911

238*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 280–281.

Die heutige Marokkodebatte im Reichstag ist ruhig und würdig verlaufen.

Berlin, 5. Dezember 1911

239*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXIX S. 281–283.

Seine gestrige Reichstagsrede ist in der Presse mit Beifall aufgenommen worden. Der Kaiser soll in Primkenau auf Prinz Albert von Schleswig-Holstein einwirken, daß keine falschen Stimmungsbilder in England verbreitet würden. Deutschland will mit England in Frieden und Freundschaft leben.

Berlin, 6. Dezember 1911

240*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXXI S. 71–72.

Wäre England bereit, mit Deutschland über die portugiesischen Kolonien zu verhandeln? Vielleicht bestände bei einem Einvernehmen hierüber die Aussicht, die deutsche Flottenvermehrung aufzuschieben. Der Gedanke an ein Neutralitätsabkommen mit England muß wohl endgültig aufgegeben werden.

Berlin, 6. Dezember 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

241*. Goschen an Grey

Bericht. Druck: British Documents VII S. 762–763.

Bethmann Hollwegs Reichstagsrede (vom 5. Dezember) ist von der gesamten Presse, mit Ausnahme der sozialdemokratischen, gut aufgenommen worden. Er hat nun das Vertrauen der Konservativen zurückgewonnen. Cambon hat er gesagt, daß er zwar die Beziehungen zu England verbessern, daß England aber überall in der Welt die deutschen Interessen schmälern wolle.

Berlin, 6. Dezember 1911

242*. Cambon an de Selves

Zwei Telegramme (vertraulich; geheim). Druck: Documents Diplomatiques Français III/1 S. 295–296.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Cambon fragt ihn, ob er in seiner gestrigen Reichstagsrede, als er über Beweise für den guten Willen der englischen Regierung gesprochen habe, konkrete Forderungen gemeint habe. Der Kanzler verneint dies; bisher hätten der Dreiverband und der Dreibund wie austarierte Gewichte gewirkt; aber die lautstarke Unterstützung Frankreichs durch England (während der Marokkokrise) verwandle „ein Gleichgewicht des Friedens in permanente Konfliktursachen". Er bemängelt, daß die englische Regierung zu wenig mit der deutschen Regierung rede. Goschen habe sich während der Marokkokrise nur einmal mit ihm unterhalten. Im übrigen dürfte Kiderlen bei der Abfassung der Reichstagsrede des Kanzlers Pate gestanden haben.

Berlin, 7. Dezember 1911

243*. Bethmann Hollweg an Jagow

Erlaß (geheim). Druck: Große Politik XXX,2 S. 528–529.

Übersendet den erneuerten Dreibundvertrag mit den geringfügigen technischen Veränderungen. Zu Artikel IX und X (Status in Nordafrika) wird ein Zusatzprotokoll vorgeschlagen, um die veränderte Sachlage in Nordafrika zu berücksichtigen.

Berlin, 9. Dezember 1911

244*. Bethmann Hollweg an Marschall

Telegramm. Druck: Große Politik XXX,1 S. 233 (vgl. auch ebenda S. 232).

Erst wenn die Türkei auf den russischen Antrag auf Durchfahrt von Kriegsschiffen durch die Meerengen geantwortet hat, werden die deutsche und auch

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die österreichisch-ungarische Regierung als Signatarmächte dazu Stellung nehmen.

Berlin, 10. Dezember 1911

245*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXX,1 S. 235–237.

In Konstantinopel liegt noch kein formeller russischer Antrag auf Durchfahrt von Schiffen durch die Meerengen vor. Erst wenn die Türkei darüber mit Rußland ein Abkommen geschlossen hat, ist die Stellungnahme Deutschlands gefragt.

Berlin, 11. Dezember 1911

246*. Bethmann Hollweg an Metternich

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXXI S. 48.

Die Abberufung Widenmanns ist aussichtslos. Metternich soll aber seine Autorität gegen dessen politische Berichterstattung einsetzen und gegebenenfalls in Begleitberichten tendenziösen Berichten Widenmanns scharf entgegentreten.

Berlin, 12. Dezember 1911

247*. Bethmann Hollweg an Marschall

Telegramm (geheim). Druck: Große Politik XXX,1 S. 239–240.

Marschalls Rücktrittsgesuch (wegen der weichen deutschen Haltung in der Meerengenfrage) kann er dem Kaiser nicht vorlegen. Zusammen mit Österreich-Ungarn hat die deutsche Regierung die Sache als russisch-türkische Angelegenheit aufgefaßt. Im übrigen hat der russische Außenminister Sazonov den vom russischen Botschafter in Konstantinopel gestellten Antrag (auf Durchfahrt russischer Schiffe durch die Meerengen) dementiert, so daß keinerlei Handlungsbedarf in der Angelegenheit besteht.

Berlin, 13. Dezember 1911

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

248*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 78.

Er soll bei Lord Grey sondieren, ob Aussichten bestünden über eine Abmachung wegen des Kongobeckens und der portugiesischen Kolonien. Dies könnte Entschließungen über die Einbringung einer Flottennovelle hier beeinflussen.

Berlin, 14. Dezember 1911

249*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 78–80 (vgl. dazu ebenda S. 81).

Bei seinen Besprechungen mit Lord Grey soll er darauf hinweisen, daß in einer Verständigung auf breiter Basis das einzige Mittel liege, um die derzeitigen deutsch-englischen Spannungen zu beseitigen. Neben der Frage eines deutschen Kolonialausbaus in Afrika gehört etwa die Bagdadbahn zu den delikaten Punkten, über die eine offene Aussprache gewünscht werde.

Berlin, 16. Dezember 1911

250*. Bethmann Hollweg an Jagow

Erlaß (geheim). Druck: Große Politik XXX,2 S. 532–533.

In Übereinstimmung mit Aehrenthal hält er die Erneuerung des Dreibundvertrags zum jetzigen Zeitpunkt für richtig und möchte sie nicht, wie der österreichische Botschafter in Rom angeregt hat, weiter verschieben.

Berlin, 17. Dezember 1911

251*. Goschen an Grey

Privatdienstbrief. Druck: British Documents VII S. 788–789.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser beklagt, daß Greys Rede (vom 27. November über Marokko) im Ton sehr kalt geklungen habe. Seit seinem Amtsantritt habe er – Bethmann – sich besonders um gute Beziehungen zu England bemüht; diese seien nun schlechter als vorher.

Berlin, 17. Dezember 1911

252*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Große Politik XXXIII S. 15–16.

Der türkische Außenminister fragt, ob Deutschland in Montenegro, das mit der Türkei in Grenzstreitigkeiten liege, zur Mäßigung raten könne. Die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutsche Regierung will das, zusammen mit der Wiener Regierung, in Cetinje tun.

Berlin, 21. Dezember 1911

253*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Privatdienstbrief. Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter S. 171–174.

Er ist zu chauvinistischer Wahlmache für die Wehrvorlagen gedrängt worden, hat sich darauf aber nicht eingelassen. – Botschafter Tschirschky steht mit Aehrenthal auf schlechtem Fuß. Wer würde zu seinem Nachfolger passen? – Für die Wehrvorlagen sind 105 Mio. neue Steuern notwendig. – Er möchte wegen der jetzigen Politk am liebsten aus dem Amt scheiden.

[o. O.] 2. Januar 1912

254*. Szögyény an Aehrenthal

Privatdienstbrief. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik III S. 741–742 (vgl. dazu ebenda S. 763–764, 780–781, 802 und 833).

Bethmann Hollweg will Tschirschky aus Wien abberufen, finde derzeit aber keinen Weg dazu, da dieser bei Kaiser Wilhelm II. persona grata sei.

Berlin, 3. Januar 1912

255*. Cambon an de Selves

Telegramm (vertraulich). Druck: Documents Diplomatiques Français III/1 S. 474 (vgl. dazu ebenda S. 480).

Der Reichskanzler bedauert, daß die Partner des Dreibunds und diejenigen des Dreiverbands sich in den Konflikt zwischen Rom und Konstantinopel nicht vermittelnd einschalteten. Frankreich und Deutschland seien doch diejenigen Vertreter der beiden Gruppen, die den Kriegführenden ihre Vermittlung am besten anbieten könnten.

Berlin, 12. Januar 1912

256*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXI S. 97–98 (dazu ebenda S. 99–100).

Sir E. Cassel hat im Auftrag von Lord Grey, Churchill und Lloyd George folgendes Memorandum überreicht: Das deutsche Flottenprogramm sollte nicht erhöht werden; England sei bereit, Deutschland in Afrika beim Ausbau seines Kolonialreichs behilflich zu sein. – Dazu die deutsche Antwort: Die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutsche Regierung nimmt die englischen Vorschläge gern an mit der Ausnahme, daß das deutsche Flottengesetz von 1912 aus jeder Vereinbarung ausgeklammert werden müsse.

Berlin, 29. Januar 1912

257*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXI S. 103–104.

Antwort auf die Initiative Cassels: Die deutsche Regierung ist zu einer Aussprache mit England bereit. Dabei ist ein Entgegenkommen in der Flottenfrage möglich, wenn England anbietet, an keinen Plänen teilzunehmen, die gegen Deutschland gerichtet sein könnten.

[o. O., Praes.: 4. Februar 1912]

258*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm (ganz geheim). Druck: Große Politik XXXI S. 105–106.

Cassel läßt wissen, daß England zu einem Meinungsaustausch bereit sei, wenn die deutsche Flottennovelle modifiziert würde. Darauf ist via Ballin geantwortet worden, daß Deutschland die englischen Wünsche erfüllen könne unter der Bedingung, daß England sich verbürgt, an keinen deutschfeindlichen Plänen teilzunehmen. – Bethmann: Es ist kaum anzunehmen, daß Grey zu Verhandlungen auf dieser Basis bereit ist.

Berlin, 4. Februar 1912

259*. Bethmann Hollweg an Ballin

Privatschreiben. Druck: Huldermann, Ballin S. 249–250.

Er bespricht noch im AA die englische Initiative und kann erst um die Mittagszeit das Ergebnis telefonisch durchgeben.

Berlin, 4. Februar 1912

260*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXI S. 108.

Auf Befehl des Kaisers soll an Metternich telegraphiert werden, daß der Kaiser keine Anregung zu einem Gedankenaustausch durch private Personen gegeben habe; er sei überrascht, daß Cassel Mitteilungen der englischen Regierung überbracht habe.

Berlin, 8. Februar 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

261*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 109–111 (dazu ebenda die ausführliche Anm.).

Er hat heute Haldane gesprochen. Bei den weiteren Besprechungen wird er – Bethmann – besonderen Wert auf die Herstellung vertrauensvoller Beziehungen legen.

Berlin, 8. Februar 1912

262*. Goschen an Grey

Privatdienstbrief. Druck: British Documents VI S. 672 (vgl. dazu auch S. 674–675).

Haldane wird heute mit Bethmann Hollweg sprechen. Dieser betont, daß Ballins Gespräche weder vom Kaiser noch von ihm autorisiert worden seien, und bedauert, daß die englische Seite für die Besprechung von hochpolitischen Punkten Cassel ausgesucht habe. Da nun die beiden Regierungen Besprechungen aufnähmen, könnten diese beiden Herren jetzt ausgeschaltet bleiben. – Der Kanzler war mit seinem Gedankenaustausch mit Haldane sehr zufrieden.

Berlin, 9. Februar 1912

263*. Goschen an Grey

Telegramm (geheim). Druck: British Documents VI S. 670–671 (vgl. dazu besonders S. 676–679 aus Haldanes Tagebuch).

Treffen zwischen Lord Haldane und Bethmann Hollweg in der englischen Botschaft. Sie sprachen über die Formel „unprovozierter Angriff", sodann über die neue deutsche Flottennovelle. Bethmann Hollweg sagt, daß davon keine Abstriche gemacht werden könnten; Haldane erwidert, daß für jedes deutsche Schiff zwei englische gebaut würden. Haldane lenkte dann auf Afrika hinüber, wo man über territoriale Fragen verhandeln könne.

Berlin, 9. Februar 1912

264*. Tagebuch Haldanes

Tagebucheintragung. Druck: British Documents VI S. 681–684 (vgl. Haldane, Autobiography S. 240–244).

Unterredung mit Bethmann Hollweg (am 9. Februar): Dieser sagte, daß, wenn sich England nicht mit der neuen deutschen Flottennovelle abfinde, jegliches Abkommen scheitern müsse. Er sah deprimiert aus. – Ein weiteres Ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

spräch mit dem Reichskanzler (am 10. Februar): Dieser sagte, die Hindernisse, mit denen er intern zu kämpfen habe, seien unüberwindlich. Die öffentliche Meinung erwarte ein neues Flottengesetz und das dritte Geschwader. Er könne höchstens ein langsameres Bautempo erreichen. Man besprach dann andere Materien und entwarf dazu einige Formeln und Vorschläge. – Diese betreffen: 1) eine Neutralitätserklärung im Kriegsfall; 2) die Bagdadbahn (England bekommt für den Südabschnitt eine Sonderstellung); 3) Territorialfragen: Deutschland möchte Sansibar und Pemba erhalten, dazu ein Stück Angola; als Kompensation soll England bekommen die Insel Timor und das Katanga-Dreieck im Kongogebiet; 4) ein weiterer Versuch einer Neutralitätserklärung im Kriegsfall, der aber aufgegeben wurde.

[Berlin] 10. Februar 1912

265*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXI S. 117–120 (vgl. ebenda S. 120–121).

Austausch von Vertragsformeln bei den Gesprächen mit Haldane. Die Hauptpunkte am Schluß sind: Keine von beiden Parteien wird einen unprovozierten Angriff auf die andere beginnen oder an aggressiven Plänen einer dritten Partei teilnehmen. Ein Hinausschieben des Bautempos der drei neuen Linienschiffe für 1913/16/19 wird von deutscher Seite als möglich erachtet. Auf kolonialer Ebene herrscht Einverständnis, daß Deutschland ganz Angola, England aber Timor zufallen solle. England überläßt Deutschland Sansibar und Pemba, wenn ihm in der Frage der Bagdadbahn entgegengekommen werde. Darüber wurde nichts Näheres abgemacht.

Berlin, 12. Februar 1912

266*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 123–124.

Haldane hat englischerseits schließlich beantragt, daß in der jetzigen deutschen Flottennovelle kein Dreadnought-Mehrbau vorgesehen werde. Das ist deutscherseits aber noch nicht entschieden. Die Formel über den „Angriff" des einen auf den anderen ist noch nicht geklärt.

Berlin, 13. Februar 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

267*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 6. Sitzung, Bd. 283, S. 47; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 34–35.

Der englische Kriegsminister Haldane hat bei seinem Besuch in Berlin in mehrfachen Unterhandlungen diverse Punkte durchgesprochen, „um eine Grundlage für vertrauensvolle Beziehungen herzustellen".

Berlin, 15. Februar 1912

268*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 7. Sitzung, Bd. 283, S. 64–67; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 36–38.

Es ist eine Legende, daß die Regierung nicht genug für die Steuergesetzgebung getan habe. Die Erbschaftssteuer ist weit über ihre wirkliche Bedeutung hinaus zu einer hochpolitischen Frage gemacht worden. – Bei den letzten Wahlen haben die Sozialdemokraten 110 Mandate gewonnen und damit die Konservativen und das Zentrum geschwächt. Der Liberalismus ist weiter nach links gerutscht. Der Zwiespalt zwischen den bürgerlichen Parteien hat die Sozialdemokratie stark gemacht. Die Mängel des deutschen Wahlrechts sind die Riesenwahlkreise, das Stichwahlsystem und die mangelnde Vertretung der Minoritäten. – Auf dem Gebiet der Sozialpolitik stehen dem Reich noch wichtige Aufgaben bevor.

Berlin, 16. Februar 1912

269*. Cambon an Poincaré

Bericht. Druck: Documents Diplomatiques Français III/2 S. 53–55; British Documents VI S. 699–700.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser ist beunruhigt über den Ton der Marokkodebatte im Pariser Senat. Cambon erwidert, daß die französische Seele durch die Entsendung des „Panther" gereizt war und noch mehr dadurch, daß er nicht zurückgezogen wurde, als man Verhandlungen begonnen hatte. Auf die Frage zur Haldane-Mission, ob eine Rüstungsbeschränkung besprochen werde, antwortet der Kanzler, daß so etwas nicht in Frage komme; man könne höchstens das Tempo verlangsamen, da die finanziellen Möglichkeiten ausgereizt seien.

Berlin, 18. Februar 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

270*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 9. Sitzung, Bd. 283, S. 146–147; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 50–52.

Gegen den Reichskanzler ist der Vorwurf erhoben worden, er mische sich in die Wahl des Präsidiums ein. Das ist nicht richtig. Es ist lediglich festgestellt worden, daß die beiden liberalen Parteien sich nach links entwickelt haben. – Sodann ist angesichts der bevorstehenden Wehrvorlage wieder einmal von der Erhöhung der Erbschaftssteuer gesprochen worden. Das sollte unterbleiben, bis die Wehrvorlage eingebracht sei. – Schließlich geht es noch einmal um die Feststellung, daß der Liberalismus sich nach links entwickelt habe. Man schaue sich sich nur die Äußerungen der Jungliberalen an, dann auch die Presse. Es wäre gut, wenn sich die Konservativen und die Liberalen nicht weiter auseinanderentwickelten, sondern sich in einer Politik der mittleren Linie wiederfänden.

Berlin, 19. Februar 1912

271*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXI S. 66–67.

Der Marineattaché Widenmann hat in einem Gespräch mit Admiral Jellicoe als erstrebenswertes deutsches Ziel das Stärkeverhältnis der beiderseitigen Flotten mit 2:3 angegeben. Bisher wurde deutscherseits amtlich nie von einem derartigen Stärkeverhältnis gesprochen. Bitte, Widenmann ermahnen zu dürfen, innerhalb der Grenzen seiner dienstlichen Befugnisse zu bleiben.

Berlin, 19. Februar 1912

272*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 123–125.

Bethmann Hollweg: Er habe auf die Äußerungen Asquiths sofort im Reichstag Stellung nehmen müssen. Es sei fraglich, ob man zu einem „richtigen Neutralitätsvertrag" gelangen werde. – Haldane hat in Berlin mitgeteilt, daß eine große Flottenverstärkung eine Verständigung hindern würde.

Berlin, 21. Februar 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

273*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 132.

Bitte dringend feststellen, ob England bei einer deutschen Flottennovelle ohne Dreadnoughts Grund zur Erhöhung seiner eigenen Rüstung sehen würde.

Berlin, 24. Februar 1912

274*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Tirpitz, Aufbau S. 308 (vgl. ebenda S. 315).

Der Gesetzentwurf über die Deckung der Wehrvorlagen wird morgen früh (29. Februar) fertig. Die Antwort nach London (betreffend die Flottenverhandlungen) geht morgen ab.

Berlin, 28. Februar 1912

275*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Ohne Unterschrift und ohne Datum. Druck: Große Politik XXXI S. 139–140 (dazu ebenda S. 140–141).

Die Grundlagen der Verhandlungen mit Haldane sind verschoben. Bisher wurde englischerseits angeboten: ein politisches Abkommen; Angola, Sansibar, Pemba; Unterstützung beim Erwerb des Belgischen Kongo. Haldane hatte gefordert: Verlangsamung des Tempos beim Bau der drei neuen deutschen Dreadnoughts; Timor; Berücksichtigung bei der Bagdadbahn. Jetzt wird von einem politischen Abkommen überhaupt nicht mehr gesprochen. Warum wird Haldane desavouiert?

[o. O., Praes.: 28. Februar 1912]

276*. Bethmann Hollweg an Ballin

Privatschreiben. Druck: Huldermann, Ballin S. 257–258.

Wegen der neuen deutschen Flottennovelle wird die öffentliche Meinung in England ein „political agreement“ kaum akzeptieren. Deswegen muß die Antwort nach London noch umgearbeitet werden.

Berlin, 2. März 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

277*. Bethmann Hollweg an Metternich

Erlaß. Druck: Große Politik XXXI S. 148–153.

Bitte die anliegende Denkschrift Lord Grey vorlesen. Metternich soll Bedauern darüber ausdrücken, daß die Basis des gegenseitigen Vertrauens neuerdings verlassen und das Ziel der deutschen Flottennovelle in Zweifel gezogen werde. Darin geht es nur um eine Vermehrung von drei Linienschiffen, drei Großen und drei Kleinen Kreuzern. Neue Torpedoboote und Mannschaftsvermehrungen sind nicht vorgesehen. Überraschend ist, daß nunmehr von einem Neutralitätsabkommen nicht mehr die Rede ist.

Die Denkschrift: Die englische Seite hatte ihre Bereitschaft signalisiert, daß bei Verlangsamung des deutschen Schiffsbautempos die Verhandlungen über die Möglichkeit der Begrenzung von Rüstungsausgaben zur See fortgesetzt werden könnten. Die deutsche Seite hatte das Angebot angenommen unter der Bedingung, daß eine politische Vereinbarung über die freundliche Orientierung der englischen Politik erreicht werde. Darauf hin ist Lord Haldane nach Berlin gekommen und hat angeboten: ein politisches Abkommen, ein Kolonialabkommen (über die portugiesischen Kolonien); er hat gefordert: Verlangsamung des Bautempos der drei neuen deutschen Linienschiffe; Verzicht auf Timor; Entgegenkommen bei der Bagdadbahn. Darüber wurde verhandelt und eine Abmachung erreicht. Sie ist von der englischen Regierung in verschiedenen Punkten zurückgenommen worden. Angesichts der deutschen Bereitschaft zur Verlangsamung des Marinebauprogramms hofft die deutsche Regierung, daß England mit einem Vorschlag über ein politisches Abkommen die Verhandlungen fortführen werde.

Berlin, 4. März 1912

278*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXI S. 154.

Übersendet die der englischen Regierung übermittelte Denkschrift (die vorangehende). Sie könnte zu gegebener Zeit veröffentlicht werden.

Berlin, 5. März 1912

279*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 156–157.

Er kündigt sein Entlassungsgesuch an.

Berlin, 6. März 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

280*. Abschiedsgesuch Bethmann Hollwegs

Druck: Jäckh, Kiderlen-Wächter S. 159–161; Tirpitz, Aufbau S. 318–320.

Aus mehreren Anordnungen des Kaisers der letzten Tage entnimmt er, daß er nicht mehr dessen Vertrauen besitze (es geht um die Forderung nach rascher Veröffentlichung der Wehrvorlagen). Die derzeitigen Verhandlungen mit England dürfen nicht abrupt abgebrochen werden; sonst würde das Verhältnis zu England verschärft und der französische Chauvinismus derart erhöht, daß es zum Krieg kommen könnte, an dem England und Rußland auf französischer Seite teilnehmen würden. Heute früh hat er – der Kaiser – ein Telegramm an Metternich mit einer Drohung an England geschickt, ohne den Reichskanzler zu fragen. Er bittet um seine Entlassung.

Berlin, 6. März 1912

281*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXI S. 159–160.

Er ist bereit, mit England weiterzuverhandeln. Ein Kolonialabkommen ist sehr erwünscht. Die Hauptsache ist aber eine politische Verständigung. Es ist schwer zu verstehen, warum bisher über eine Nichtangriffsformel keine Einigung erzielt worden ist.

Berlin, 8. März 1912

282*. Bethmann Hollweg an Ballin

Privatschreiben. Druck: Huldermann, Ballin S. 258.

Die englische Regierung kann hinsichtlich der Flottennovelle ein politisches und koloniales Abkommen mit Deutschland kaum verkaufen. Auch wenn das Abkommen nicht zustande kommt, wird das gegenseitige Vertrauen fortbestehen.

Berlin, 8. März 1912

283*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXI S. 164–165.

Metternich weist darauf hin, daß die englische Admiralität mehr die Vermehrung des Personalbestands der deutschen Marine betont als die geplanten Linienschiffe. Die Feststellung Kapitän Widenmanns, daß die englische Regierung das deutsche Flottengesetz von 1908 zu Fall bringen möchte, ist nicht zutreffend. Auch ist nicht einzusehen, wie Widenmann meint, daß die engli-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

sche Ankündigung, für jedes künftige deutsche Linienschiff zwei englische zu bauen, eine leere Drohung sein solle.

Berlin, 12. März 1912

284*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 166–167.

Er soll der englischen Regierung andeuten, möglichst rasch die Verhandlungen auf politischem Gebiet wiederanzuknüpfen, damit in der vorbereiteten deutschen Flottennovelle deutscherseits noch ein Entgegenkommen berücksichtigt werden könne. Falls Sir E. Cassel tatsächlich, wie verlautet, nach London zurückberufen werde, soll er andeuten, daß die deutsch-englischen Verhandlungen auf amtlichem, nicht auf privatem Weg fortgeführt werden sollten.

Berlin, 12. März 1912

285*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXI S. 173–174.

Leider sind vom Reichsmarineamt Einzelheiten der geplanten deutschen Flottennovelle in der deutschen Presse durchgesickert. Es ist nicht richtig, wie Kapitän Widenmann schreibt, daß dadurch in der englischen Presse ein Schreckgespenst („scare“) aufgebaut werde.

Berlin, 14. März 1912

286*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXI S. 178–179.

Metternich meldet, daß Lord Grey einen Vorschlag (Nichtangriffsversprechen) zu einem politischen Abkommen gemacht habe und dafür Entgegenkommen bezüglich der Flottennovelle erwarte. Metternich soll aber auf der früher vereinbarten Neutralitätsformel bestehen. Es ist ratsam, mit der Veröffentlichung der deutschen Flottennovelle zu warten. – Der Bundesrat wird der Heeres- und der Flottennovelle zustimmen.

Berlin, 15. März 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

287*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Bericht Lerchenfelds. Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 264–267.

Der englische Kriegsminister Haldane sei Anfang Februar in Berlin gewesen. Er habe eine Abmachung vorgeschlagen mit der Formel, „keinen Angriff [seitens Englands] auf Deutschland zu unternehmen". Angesichts des neuen deutschen Flottengesetzes sei der Abschluß eines Abkommens derzeit nicht leicht. – Der Kanzler bemerkt, daß für ihn eine allgemeine Verständigung mit England wichtig sei; darüber seien Verhandlungen im Gange; beim Flottengesetz könne man aber höchstens Modifikationen vornehmen.

[Berlin, 15. März 1912]

288*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit ausführlicher Schlußbemerkung des Kaisers). Druck: Große Politik XXXI S. 185–187.

Sowohl von Botschafter Metternich als auch von Ballin wird berichtet, daß England bei deutschem Entgegenkommen in der Rüstungsfrage ein politisches Abkommen schließen wolle. Falls jetzt schon die neue Flottenvorlage gegen alles Herkommen veröffentlicht werde, würde die Brücke zu einer Verständigung mit England abgebrochen und das Wettrüsten fortgesetzt.

Berlin, 17. März 1912

289*. Bethmann Hollweg an Ballin

Privatschreiben. Druck: Huldermann, Ballin S. 266.

Churchill ist ein Hitzkopf. In den deutsch-englischen Verhandlungen wird eine Pause eintreten müssen.

[o. O., 19. März 1912]

290*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 200–201.

Grey scheint sich noch nicht klar darüber zu sein, daß nur durch ein weitgehendes Neutralitätsabkommen ein deutsches Entgegenkommen in der Rüstungsfrage erreicht werden könne.

Berlin, 21. März 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

291*. Bethmann Hollweg an Metternich

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 202.

Es liegt ihm fern, ihm die Verantwortung für die deutsch-englischen Verhandlungen zu schmälern, wenn Botschaftsrat Kühlmann auf einzelne englische Kabinettsmitglieder einzuwirken versuchte.

Berlin, 22. März 1912

292*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit längeren Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXI S. 205.

Er überreicht ihm die Antwort der englischen Regierung (ebenda S. 205–208) auf die letzte deutsche Denkschrift betreffend die Verhandlungen mit Lord Lansdowne.

Berlin, 28. März 1912

293*. Goschen an Nicolson

Privatdienstbrief. Druck: British Documents VI S. 731–733.

Bei Bethmann Hollweg: Dieser war von den Worten Haldanes äußerst überrascht: „Wir sind bereit, Ihnen Sansibar und Pemba zu überlassen“. Auf den Hinweis, daß der Satz so nicht habe gefallen sein können, bestand er auf dem Wortlaut. Die deutsche Flottennovelle bezeichnete er als moderat und bezweifelte den Sinn der englischen Reaktion, daß für je ein deutsches Schiff zwei englische gebaut werden müßten. Für eine politische Verständigung brauche er eine Formel wie: „Beginnt keinen unprovozierten Angriff.“

Berlin, 29. März 1912

294*. Bethmann Hollweg an Metternich

Erlaß. Druck: Große Politik XXXI S. 264–267.

Er soll sich gegenüber Lord Grey äußern, daß der begonnene Meinungsaustausch über koloniale Fragen fortgesetzt werden könne. Deutschland könnte auf Timor verzichten, wenn es Kompensationen in Angola bekäme. Eine Abtretung von Sansibar und Pemba gegen Teile von Deutsch-Ostafrika käme nicht in Frage; dagegen sei Entgegenkommen in der Frage der Bagdadbahn oder die Abtretung des Caprivi-Zipfels möglich.

Berlin, 3. April 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

295*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (geheim; mit langen Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXI S. 231–232.

Marschall ist zur Übernahme des Londoner Botschafterpostens bereit. Über die weiteren Veränderungen in den Botschafterposten möchte er noch Vortrag halten.

Berlin, 16. April 1912

296*. Bethmann Hollweg an Kühlmann

Erlaß. Druck: Große Politik XXXI S. 273.

Bitte dem Kolonialsekretär Harcourt sagen, daß seine Vorschläge für ein Kolonialabkommen interessant seien. Ein mündlicher Gedankenaustausch darüber könnte demnächst stattfinden.

Berlin, 20. April 1912

297*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 43. Sitzung, Bd. 284, S. 1200–1302; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 107–111.

Einführung der Wehrvorlage: Die Rüstungen müssen auf einem den Mitteln und Kräften der Nation entsprechenden Stand gehalten werden. Eine augenblickliche Gefahr besteht nicht; der Konkurrenzkampf auf dem Erdball nimmt aber zu. Wegen seiner exponierten geographischen Lage muß Deutschland seine Wehrkraft stärken. Bei der Deckungsfrage ist darauf verzichtet worden, die Erbschaftssteuer auszudehnen. Das Nötige dazu wird der Reichsschatzsekretär sagen.

Berlin, 22. April 1912

298*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 47. Sitzung, Bd. 284, S. 1439–1440; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 127–128.

1872 ist die Gesellschaft Jesu aufgrund eines Bundesratsgesetzes aus dem Reich ausgewiesen worden. Am 11. März d.J. hat die bayerische Regierung angeordnet, daß unter das Verbot sogenannte Konferenzvorträge (auch in kirchlichen Räumen) nicht fallen. Da dies mit dem Reichsgesetz nicht vereinbar ist,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hat sich die bayerische Regierung bereit erklärt, nach dem Reichsgesetz zu verfahren. Somit ist wieder Rechtseinheit hergestellt.

Berlin, 26. April 1912

299*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVII,1 S. 161–163.

Für den Bau der Bahn von Bagdad nach Basra wünscht die englische Regierung nur die Aufnahme zweier Engländer in den Verwaltungsrat der Strecke. Die Deutsche Bank ist damit einverstanden, wünscht aber, daß eine englische Gruppe sich am Aktienkapital der Bagdadbahngesellschaft beteilige. Die Deutsche Bank ist ferner damit einverstanden, daß der Abschnitt Basra bis zum Persischen Golf nur mit englischer Beteiligung gebaut werde.

Berlin, 26. April 1912

300*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 64. Sitzung, Bd. 285, S. 2051, 2070–2072; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 160–164.

Bei der Beratung des Etatpostens „Reichskanzler" wird Bethmann Hollweg vom Abgeordneten Scheidemann (SPD) scharf angegriffen; da Scheidemann sich vom Präsidenten des Reichstags nicht zur Ordnung rufen läßt, geht der Reichskanzler mit den Regierungsvertretern und den süddeutschen Bundesratsvertretern vorübergehend aus dem Saal. Nach seiner Rückkehr äußert sich Bethmann Hollweg: Der Direktor der Lokomotivfabrik in Grafenstaden (Elsaß) hat sich wiederholt in deutschfeindlichem Sinne betätigt. Die Behörden haben der Fabrik mitgeteilt, daß sie keine weiteren Aufträge mehr bekommen, solange der Direktor auf seinem Posten bleibe. Bestellungen für die zweite Hälfte 1912 werden vorerst zurückgehalten. Vertrauliche Verhandlungen darüber wurden in der elsässischen Kammer an die Öffentlichkeit gebracht; damit hat diese offen für Grafenstaden Partei ergriffen. Der Kaiser hat in einem vertraulichen Gespräch mit dem Bürgermeister von Straßburg seinen Unwillen über die Sache geäußert. Auch hier ist die Vertraulichkeit – und zwar durch Veröffentlichung in einer französischen Zeitung – gebrochen worden. Dadurch sind Bundesrat und Reichstag in die Angelegenheit gezogen worden; diese werden gegebenenfalls die Verfassung des Reichslandes ändern müssen. „Elsaß-Lothringen ist ein Land, das zu uns gehört, wie jeder andere Teil des deutschen Vaterlandes."

Berlin, 17. Mai 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

301*. Bethmann Hollweg an Heeringen und die Staatssekretäre der Reichsämter

Metallogramm. Druck: Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Anlagen I S. 141–142.

Die Mehrausgaben für die Wehrvorlagen erhöhen den ordentlichen Etat für 1913 und 1914. Sie werden wegen der ermäßigten Zuckersteuer noch fühlbarer werden. Ein ausgeglichener Etat kann nur aufrechterhalten werden, wenn keine wirtschaftlichen Rückschläge kommen. Aus alledem ergibt sich die Notwendigkeit, daß bei den Anmeldungen für den Etat 1913 äußerste Zurückhaltung walten muß.

Berlin, 3. Juni 1912

302*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 165–168.

Wegen der Pressehetze gegen die bayerische Regierung betreffend den Erlaß zur Neuinterpretation des Jesuitengesetzes verlangt der Reichskanzler, die bayerische Regierung müsse eine Erklärung veröffentlichen, daß ihr Jesuitenerlaß suspendiert sei.

Berlin, 19. Juni 1912

303*. Szögyény an Berchtold

Bericht (streng vertraulich). Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik IV S. 244–246 (vgl. auch ebenda S. 258–259).

Unterredung mit dem Kanzler vor seiner Abreise nach Baltischport. Dieser werde mit dem russischen Ministerpräsidenten und mit dem Außenminister vor allem den italienisch-türkischen Krieg besprechen. Danach werde er sich auf eine private Reise nach St. Petersburg und Moskau begeben, „um das ihm völlig unbekannte große Nachbarreich mit eigenen Augen kennen zu lernen“.

Berlin, 2. Juli 1912

304*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck. Große Politik XXXI S. 436–437 (dazu ebenda S. 437–438).

Die Zusammenkunft in Baltischport zwischen dem Kaiser und dem Zaren sowie die Aussprachen zwischen den leitenden Ministern waren befriedigend und erfreulich.

An Bord der „Hohenzollern“, 5. Juli 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

305*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXI S. 439–444.

Ministerpräsident Kokovcov wünscht die baldige Beendigung des türkisch-italienischen Krieges. Die Finanzkraft Rußlands sei gut. Mit der Duma lasse sich leben. – Außenminister Sazonov äußert sich optimistisch über den Fortgang der türkisch-italienischen Frage. Die Mission Rußlands auf dem Balkan sei längst abgeschlossen. Er lobt die Entrevuen von Potsdam und Baltischport und hofft auf ihre Fortsetzung. Bethmann hat Sazonov gegenüber festgestellt, daß sich Deutschland nicht in das Verhältnis der Entente einmischen wolle. Hinsichtlich Österreichs ist Sazonov unbesorgt, solange Kaiser Franz Joseph lebe. – Mit dem Zaren sind zweimal politische Gespräche geführt worden, dabei ist auch über die beiderseits verhafteten Spione gesprochen worden.

Baltischport, 6. Juli 1912

306*. O'Beirne an Grey

Telegramm. Druck: British Documents IX,1 S. 417.

Sazonov über das Monarchentreffen in Baltischport (4.–6. Juli): Bethmann Hollweg habe dort sich nur vergewissern wollen, daß die in Potsdam gefestigten freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern fortbestünden. Er habe Sazonov bestätigt, daß Deutschland aggressive Pläne Österreich-Ungarns auf dem Balkan nicht unterstützen werde. Hinsichtlich des italienisch-türkischen Krieges habe er seine Hoffnung geäußert, daß er ohne eine europäische Konferenz beendet werden könne.

St. Petersburg, 7. Juli 1912

307*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 448.

Auf die Anfrage des türkischen Außenministers kann geantwortet werden, daß Rußland auf dem Balkan die Aufrechterhaltung des Status quo wünsche. Er wird sich darüber selbst in Petersburg vergewissern.

St. Petersburg, 8. Juli 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

308*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXI S. 449.

Die von Wolff veröffentlichte Mitteilung über die Entrevue von Baltischport ist zutreffend. Das Treffen ist herzlicher verlaufen als alle früheren.

St. Petersburg, 8. Juli 1912

309*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXIII S. 32.

Sazonov teilt mit, daß in der türkischen Armee eine „republikanische" Bewegung sich bemerkbar mache. Deswegen sollte in Sofia zur Ruhe gemahnt werden.

St. Petersburg, 8. Juli 1912

310*. Louis an Poincaré

Bericht (vertraulich). Druck: Documents Diplomatiques Français III/3 S. 239–240.

Bethmann Hollweg bei den Monarchentreffen von Potsdam und Baltischport: Er ist sowohl Kokovcov als auch Sazonov als aufrichtiger Staatsmann erschienen; sie beurteilen den Kanzler günstiger als jeden anderen deutschen Politiker. Zu den beiderseitigen Rüstungen habe Bethmann Hollweg gemeint: England könne seine Rüstungen nicht beschränken, nur um Deutschland zu gefallen; das gelte auch umgekehrt.

St. Petersburg, 10. Juli 1912

311*. Szögyény an Berchtold

Bericht. Druck: Österreich-Ungarns Außenpoitik IV S. 278–280.

Bethmann-Hollweg über die Kaiser-Zusammenkunft in Baltischport: Er sei zufrieden mit dem Verlauf; die russische Regierung wolle keine europäische Konferenz über den italienisch-türkischen Krieg; Ministerpräsident Kokovcov habe einen günstigen Eindruck auf ihn gemacht; zu England wolle er mit Geduld und Ausdauer ein befriedigendes Verhältnis herstellen.

Berlin, 17. Juli 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

312*. Aufzeichnung Sazonovs

Druck: Meždunarodnye otnošenija II/20,1 S. 269–271. (Vgl. auch ebenda S. 295.)

Über die Kaiserentrevue in Baltischport: Er hat aus den Unterredungen mit dem Kaiser und dem Reichskanzler sehr befriedigende Eindrücke mitgenommen. Bethmann Hollweg hat erklärt, er wolle die bestehende Mächtegruppierung keinesfalls aufbrechen; der Friede sei für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wichtig. Er wiederholte die Potsdamer Erklärung, Österreich-Ungarn bei etwaigen Balkanunternehmen nicht zu unterstüzen. Hinsichtlich des italienisch-türkischen Krieges will er eine Einigung der Kriegführenden ohne Einmischung der europäischen Mächte. Hinsichtlich Chinas drängte er auf die Gewährung einer Anleihe, damit das Land aus seinen Schwierigkeiten herauskomme. Über die Meerenengen und die Bagdadbahn wurde nicht gesprochen.

[o. O.] 25. Juli 1912

313*. Cambon an Poincaré

Bericht. Druck: Documents Diplomatiques Français III/3 S. 304–305.

Bethmann Hollweg in Hohenfinow: Dieser hofft, daß die deutsche und die französische Regierung angesichs der friedensgefährdenden Ereignisse in der Welt eine Politik der Entspannung führen würden. Er ist von der latenten Kraft Rußlands tief beeindruckt; es besitze ein gewaltiges politisches, industrielles und wirtschaftliches Potential; er hofft, daß sich Europa gegenüber den Konflikten im Fernen und Nahen Osten einig zeigen werde. Deutschland und Frankreich besäßen einen hohen geistigen Stand und hätten die Pflicht, jeglichen Konflikt untereinander zu vermeiden.

Berlin, 28. Juli 1912

314*. Szögyény an Berchtold

Bericht (streng vertraulich). Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik IV S. 303–305.

Unterredung mit Bethmann Hollweg in Hohenfinow: Er hoffe auf ein baldiges Ende des italienisch-türkischen Krieges; die europäische Presse entwerfe ein zu düsteres Bild von der Situation in der Türkei; seine Bemühungen zur Besserung der deutsch-englischen Beziehungen werde er fortsetzen; leider seien in der Vergangenheit in dieser Beziehung schwere Fehler begangen worden (Krüger-Telegramm, aufreizende Reden des Fürsten Bülow).

Berlin, 30. Juli 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

315*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXX,2 S. 448.

Der türkische Botschafter in Berlin hat vorgeschlagen, für Tripolis und die Cyrenaika je einen selbständigen Statthalter zu ernennen, der dann mit Italien den Frieden schließen könne; dann falle das Odium nicht auf Konstantinopel.

Hohenfinow, 5. August 1912

316*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXIII S. 43–44.

Zusammen mit Rußland und Österreich-Ungarn sollte auf die Balkanstaaten Druck im Sinne der Mäßigung ausgeübt werden.

Eisleben, 7. August 1912

317*. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

Privatdienstschreiben. Druck: Hutten-Czapski, Sechzig Jahre Politik II S. 89–90.

Es ist zu hoffen, daß die Türkei Tripolis und die Cyrenaika abstoßen und Italien sie in ihren Machtbereich übernehmen werde. Die Kaisertreffem von Potsdam und Baltischport bringen der deutschen Politik „mühselige Kleinarbeit ohne schimmernde Erfolge“.

[o. O.] 7. August 1912

318*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXXIII S. 85–86.

Er wird demnächst Berchtold in Buchlau einen Gegenbesuch abstatten. Kiderlen möge ihm sein Urteil über die Lage auf dem Balkan dorthin telegraphieren. Die Presse soll instruiert werden, daß es sich nur um einen längst geplanten Gegenbesuch handle.

Bad Gastein, 29. August 1912

319*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXIII S. 99.

Berchtold hat hinsichtlich seiner Demarche in Konstantinopel (nicht nur den Albanern, sondern auch den anderen Balkanstaaten Konzessionen zu ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

währen) nichts Neues mitgeteilt. Über das Treffen soll an Wolff eine Pressenotiz gegeben werden.

Buchlau, 8. September 1912

320*. Aufzeichnung Berchtolds

Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik IV S. 415–418.

Über seine Unterredung mit Bethmann Hollweg in Buchlau am 7. und 8. September 1912: Er begründet seine Initiative zur Besprechung der europäischen Mächte über die verschiedenen Konflikte auf dem Balkan. Der Reichskanzler berichtet, er habe bei der Entrevue in Baltischport den Eindruck gewonnen, daß Rußland auf Jahre hinaus friedliche Ziele verfolgen werde. Bezüglich Albaniens bemerkte der Reichskanzler, daß das Land wirtschaftlich kaum auf eigenen Füßen stehen könne. Über Serbien hat er sich noch keine Ansicht gebildet. Er – Berchtold – hat den Eindruck gewonnen, daß sich Bethmann Hollweg noch nicht „im bisherigen Verlauf seiner Kanzlerschaft in den diplomatischen Beruf eingearbeitet hätte". Bethmann Hollweg bedauert, seinerzeit dem Grafen Aehrenthal mit zu großer Offenheit über die Aussprache mit Sazonov während der Potsdamer Entrevue geschrieben zu haben.

[Wien, 12. September 1912]

321*. Cambon an Paléologue

Privatdienstbrief. Druck: Documents Diplomatiques Français III/3 S. 494–495.

Das Verhältnis zwischen Bethmann Hollweg und Kiderlen-Wächter ist alles andere als rosig. Wäre Bethmann Hollweg ein energischer Mensch, wären Kiderlens Tage gezählt; da er ihn aber dem Kaiser angedient hat, fühlt er sich verpflichtet, ihn zu halten. Die Empfindlichkeit und Eitelkeit Kiderlens sind mindestens so groß wie die eines spanischen Hidalgo.

Berlin, 15. September 1912

322*. Cambon an Paléologue

Bericht (geheim). Druck: Documents Diplomatiques Français III/3 S. 525–526.

Gespräch in Hohenfinow mit Bethmann Hollweg: Dieser beteuert, daß niemand in Europa einen Krieg wolle; wenn auf dem Balkan ein Konflikt ausbreche, hoffe er, daß man ihn lokalisieren könne; er wolle in diesem Sinne auf Wien einwirken. Über die Organisation Marokkos äußert er sich beruhigt.

Berlin, 19. September 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

323*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXIII S. 142–143.

Über die Mobilmachung in den Balkanstaaten ist amtlich nichts bekannt. Falls der Krieg ausbricht, muß er lokalisiert bleiben. Eine Beunruhigung für Deutschland liegt nicht vor.

Berlin, 1. Oktober 1912

324*. Granville an Grey

Privatdienstbrief. Druck: British Documents IX,2 S. 36–38.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser meint, die europäischen Mächte sollten nicht im Balkankrieg intervenieren, sich aber untereinander austauschen. – England müsse akzeptieren, daß Deutschland eine starke Flotte für seinen Großmachtstatus brauche; sie sei kein Aggressionsinstrument; er befürworte einen offenen und dauernden Gedankenaustausch zwischen beiden Ländern.

Berlin, 18. Oktober 1912

325*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Rede. Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., V. Session 1912/13, Sp. 7208–7219; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 219–225.

Angesichts der außergewöhnlichen Höhe der Fleischpreise muß die Regierung die heimische Fleischproduktion fördern. Deswegen haben die Regierungen Tarifermäßigungen zur Erleichterung der Einfuhr von frischem Fleisch und von Vieh bewilligt. Dadurch sind die Fleischpreise gesunken. Es müssen aber auch die Kredit- und Abhängigkeitsverhältnisse auf den großen Märkten beobachtet werden. Bei der Vergrößerung des Viehbestands spielen die Urbarmachung der Moore und überhaupt die innere Kolonisation eine wichtige Rolle. Das wird staatlicherseits gefördert werden müssen. Damit hatte schon Friedrich d.Gr. angefangen.

Berlin, 25. Oktober 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

326*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 75. Sitzung, Bd. 286, S. 2471–2472; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 243–244.

Der Ausbruch eines Konflikts auf dem Balkan war von den Großmächten nicht mehr zu verhindern. Es ist bisher gelungen, ihn zu lokalisieren. Unter den Großmächten besteht ein lebhafter Gedankenaustausch. Sollten die Bündnispartner Deutschlands bei der Geltendmachung ihrer Interessen von dritter Seite angegriffen werden, steht Deutschland an ihrer Seite. Alle Mächte wollen auf jeden Fall die Erhaltung einer wirtschaftlich gesunden Türkei.

Berlin, 2. Dezember 1912

327*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 77. Sitzung, Bd. 286, S. 2560–2561; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 53 (1912) S. 266–269.

Die Frage nach der Rückkehr des Jesuitenordens erhitzt derzeit die Gemüter in Deutschland. 1872 ist der Orden per Bundesratsgesetz ausgewiesen worden. In Bayern wurde seit kurzem eine gewisse Lockerung der Ordenstätigkeit zugelassen, die zur Wiederherstellung der Rechtseinheitlichkeit aber wieder rückgängig gemacht werden mußte. Das Zentrum darf sich darüber nicht erregen. Das bedeutet keineswegs die Wiedereröffnung des Kulturkampfs.

Berlin, 4. Dezember 1912

328*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 184–185.

Der Reichskanzler ist erregt über die Rede des bayerischen Zentrumsabgeordneten Malsen über das Jesuitengesetz. Er läßt Hertling bitten, in Bayern alles zu tun, um der Hetze wegen des Gesetzes Einhalt zu tun.

Berlin, 7. Dezember 1912

329*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 185–189.

Gespräch mit Bethmann Hollweg: An die Aufhebung des Jesuitengesetzes sei derzeit nicht zu denken; einen Kulturkampf werde er nicht führen.

Berlin, 8. Dezember 1912

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

330*. Bethmann Hollweg an Kiderlen-Wächter

Notiz. Druck: Große Politik XXXIX S. 7–9.

Der Kaiser hat nach Empfang eines Berichts Lichnowskys über seine Unterredung mit Haldane neben General v. Moltke zwei Herren von der Marine (Tirpitz und Heeringen) zu sich bestellt. Der genaue Auftrag ist nicht bekannt, aber den Herren von der Marine hat er gesagt, sie sollten nun „in die Presse gehen". Damit hängen die Eingaben der Alldeutschen zusammen, um Propaganda für eine Flottennovelle zu machen. Dazu muß er – der Kanzler – aber Stellung nehmen.

Berlin, 17. Dezember 1912

331*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit zahlreichen Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXIX S. 9–11.

Die Londoner Botschafterverhandlungen (über die Beendigung des Ersten Balkankriegs) lassen ein günstiges Resultat erwarten, es sei denn, Serbien läßt sich aufstacheln. – Ein deutsch-russischer Krieg bedeutet auch einen Krieg mit Frankreich. England würde erst eingreifen, wenn Frankreich niedergeworfen sein sollte. Auf jeden Fall muß sich Deutschland jeder Provokation enthalten. Daher dürfen keine deutschen Pläne über Heeres- und Flottenvermehrungen bekannt werden. Die jetzige Zeitungskampagne und die Versammlungen von Wehr- und Flottenverein sind inopportun.

Berlin, 18. Dezember 1912

332*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXIX S. 11–12.

Der Kaiser ist mit den Ausführungen des Telegramms vom 18. Dezember (die vorangehende Nr.) einverstanden. Er hat mit den Bundesfürsten nicht über die Wehrvorlage gesprochen.

Berlin, 20. Dezember 1912

333*. Tagebuch Rathenaus

Tagebuchaufzeichnung. Druck: Rathenau, Tagebuch S. 186–177.

Im Gespräch mit Bethmann Hollweg: Haldanes Vorschläge seien unannehmbar gewesen; England sei nicht zu einer Neutralitätserklärung bereit ge-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

wesen. – In der Innenpolitik: Der Reichstag werde die Aufhebung des Jesuitengesetzes beschließen; er müsse im Bundesrat dagegen stimmen.

Hohenfinow, 27. Dezember 1912

334*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 102–103.

Folgende Instruktion soll an Lichnowsky in London gehen: Trotz der Friedensverhandlungen in London zwischen den Balkanstaaten und der Türkei ist der Wiederausbruch des Krieges möglich. Die Türkei sollte in ihrem kleinasiatischen Besitz unangetastet bleiben. Deutschland und England sollten sich dafür in erster Linie einsetzen; das könnte auch der Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen dienen.

Berlin, 31. Dezember 1912

335*. Szögyény an Berchtold

Telegramm. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik V S. 313.

Der Reichskanzler gibt ihm freundschaftlich zu verstehen, daß die österreichischen Rüstungen „einen möglichen Keim von Konflagrationen in sich bergen“, denen im europäischen Interesse beizeiten vorgebeugt werden sollte.

Berlin, 3. Januar 1913

336*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 129–131.

Auf der heutigen Sitzung der Londoner Konferenz über den Balkankrieg ist folgender Text für die europäischen Regierungen vereinbart worden: Bei einem eventuellen Abbruch der Verhandlungen soll der Türkei mitgeteilt werden, daß die europäischen Mächte zugunsten ihrer finanziellen Interessen intervenieren würden; falls der Friede zustande komme, wird die Türkei finanzielle Hilfe zur Konsolidierung ihres kleinasiatischen Besitzes bekommen; die Stadt Adrianopel sollte den verbündeten Balkanstaaten übergeben werden. – Der französische Botschafter regte eine europäische Flottendemonstration an. – Vorschlag: Deutschland sollte sich an der Kollektivdemonstration in Konstantinopel beteiligen und auf die französische Anregung wegen der Flottendemonstration vorerst nicht eingehen.

Berlin, 5. Januar 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

337*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 149–150 (vgl. auch ebenda die Anmerkung S. 150*).

Der Chef des Generalstabs hat über die österreichischen Rüstungen mitgeteilt: Die Korps in Bosnien und der Herzegowina sind auf Kriegsstand; die Korps in Galizien sind nur verstärkt und sollen bei einem Konflikt mit Serbien dort verwendet werden.

Berlin, 8. Januar 1913

338*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 196–198 (vgl. dazu ebenda S. 199–201 und S. 209–212).

Der Reichskanzler hegt gegenüber der neugegründeten „Bayerischen Staatszeitung" Mißtrauen. Er läßt Hertling bitten, daß sie sich ihm gegenüber und in Reichssachen in Enthaltsamkeit üben möge.

Berlin, 10. Januar 1913

339*. Goschen an Grey

Bericht (streng vertraulich). Druck: British Documents IX,2 S. 385–386.

Gespräch mit dem Reichskanzler: Dieser ist auf Drängen des Kaisers damit einverstanden, auf die Türkei sanften Druck zur Beendigung des Krieges mit Italien auszüben, damit der Teufelskreis von Krisen und Kriegen in Europa endlich durchbrochen werde.

Berlin, 10. Januar 1913

340*. Goschen an Grey

Bericht (vertraulich). Druck: British Documents IX,2 S. 399–400.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Die auf der Botschafterkonferenz in London entworfene Note an die Kriegführenden auf dem Balkan sei etwas zu scharf formuliert; die europäischen Mächte sollten sich ihre Politik nicht von Sofia oder Konstantinopel diktieren lassen; der Besitz von Adrianopel solle allein von den Türken und Bulgaren ausgehandelt werden.

Berlin, 13. Januar 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

341*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 195–196.

An einer englischen Flottendemonstration vor der türkischen Küste wird sich Deutschland nicht beteiligen. Falls die Pforte und der Balkanbund den Krieg wieder beginnen, sollten die europäischen Mächte Neutralität wahren. Die Frage der asiatischen Türkei darf nicht aufgerollt werden.

Berlin, 15. Januar 1913

342*. Szögyény an Berchtold

Bericht. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik V S. 454.

Bethmann Hollweg ist vom plötzlichen Tod Kiderlen-Wächters tief ergriffen. Er hat durchgefühlt, „daß bei seiner […] eher unentschiedenen, zur philosophischen Spekulation neigenden Veranlagung gerade eine so energische Natur wie die Kiderlens den glücklichsten Ausgleich bildete". Die Reden des Reichskanzlers zur auswärtigen Politik waren – „wie alle Eingeweihten wußten" – stets von Kiderlen verfaßt. Die Botschafter hatten dienstlich nur mit ihm verkehrt, und er hat die Entscheidungen in Fragen der Außenpolitik stets selbständig getroffen. Insofern kann man von einer Politik Kiderlen-Wächters sprechen.

Berlin, 15. Januar 1913

343*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 227–228.

Die Darstellung des russischen Botschafters Benckendorff auf der Londoner Botschafterkonferenz bezweckt nur, die russischen Forderungen auf Abgrenzung Albaniens zu verstärken. Er soll Benckendorff klarmachen, daß für Österreich-Ungarn die Gestaltung der Verhältnisse auf dem Balkan ein großes reales Interesse sei. Rußland dagegen hat dort kein unmittelbares Interesse. Deutschland wird Österreich-Ungarn weiter unterstützen, die russische Politik will allerdings dessen Machtstellung beeinträchtigen.

Berlin, 20. Januar 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

344*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 240.

Nachdem die Jungtürken in Konstantinopel wieder ans Ruder gekommen sind, werden sie sich hinsichtlich Adrianopels nicht entgegenkommend verhalten.

Berlin, 24. Januar 1913

345*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 255–256.

England, Frankreich und Rußland wollen augenscheinlich die Liquidation der asiatischen Türkei vorbereiten, sie dann in Interessensphären aufteilen und danach die Teile okkupieren. Sollte sich auch Deutschland darauf einlassen und England eine Andeutung machen?

Berlin, 25. Januar 1913

346*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß (geheim). Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 266–267.

Falls die anderen europäischen Mächte zu einer Aufteilung der asiatischen Türkei schreiten sollten, müßte sich auch Deutschland einen Teil der Erbschaft sichern. Das gebietet nicht nur sein wirtschaftliches Interesse, sondern auch sein Prestige. Wenn sich England in Arabien, Rußland in Armenien und Frankreich in Syrien festsetzen, bliebe für Deutschland nur Anatolien übrig. Das würde allerdings den Einsatz erheblicher Machtmittel bedeuten.

Berlin, 27. Januar 1913

347*. Cambon an Jonnart

Vier Telegramme (streng geheim). Druck: Documents Diplomatiques Français III/5 S. 352–354.

Gespräch mit Bethmann Hollweg. Zur Lage im Orient sagte er: „Sollte der Krieg in Europa ausbrechen, wäre es ein schreckliches Unglück für die ganze Welt außer für Japan und die Vereinigten Staaten, und die Nachwelt würde uns alle für Narren halten, wenn es uns nicht gelänge, ihn zu vermeiden.“

Berlin, 29. Januar 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

348*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 281–283.

Er soll sich nicht zu sehr von Benckendorff beeinflussen lassen. Hoffentlich wird die kleinasiatische Frage noch nicht aufgeworfen. Die Skutarifrage muß im Verein mit England gelöst werden. Er – Lichnowsky – gilt in diplomatischen Kreisen als Gegner Österreichs; auch soll er sich nicht von Benckendorff für russische Wünsche einspannen lassen. Seine Instruktionen soll er peinlich genau ausführen.

Berlin, 30. Januar 1913

349*. Bethmann Hollweg an Berchtold

Schreiben. Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 346–348.

Durch die Sendung des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg sind die Gefahren, die aus der panslawischen Strömung fließen, noch nicht beseitigt. Falls Österreich gegen Serbien einmal vorgehen muß, wird Rußland nicht tatenlos zuschauen können. Das könnte zu einem kriegerischen Konflikt des Dreibundes mit der Tripelentente führen. Derzeit ist aber mit einer vermittelnden Haltung Englands zu rechnen; deshalb sollte Österreich-Ungarn keine gewaltsame Lösung der serbischen Frage ansteuern.

Berlin, 10. Februar 1913

350*. Bethmann Hollweg vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat

Rede. Druck: Wolff'sches Telegraphenbureau Jg. 64 Nr. 696.

Rede im Hotel Adlon am 12. Februar 1913 vor etwa 150 Personen: Vom Friedensbedürfnis sind alle Großmächte beseelt; das wird über die Balkankrise hinweghelfen. In diesem Jahr wird die deutsche Rüstung verstärkt, was große Opfer kosten wird.

Berlin, 13. Februar 1913

351*. Notiz Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXIV,1 S. 378.

Der türkische Botschafter in Berlin hat ohne Auftrag folgendes gesagt: Die Türkei kann mit den Balkanstaaten nur Frieden schließen, wenn u.a. die Grenze bei Adrianopel festgelegt und die Kapitulationsfrage nicht angeschnitten würde. Der Türkei müßte die von den europäischen Mächten versprochene Hilfe präzisiert werden (u.a. Zollsenkung).

Berlin, 15. Februar 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

352*. Bethmann Hollweg vor dem Deutschen Handelstag

Rede im Zoologischen Garten. Druck: Wolff'sches Telegraphenbureau Jg. 64 Nr. 816; längerer Auszug in Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 81.

Er betont den großen Nutzen der berufsständischen Vertretung, die wie alle anderen derartigen Institutionen ihren Platz neben den Parlamenten erobert und behauptet hat. Der deutsche Kaufmann leistet eine völkerverbindende Arbeit.

Berlin, 19. Februar 1913

353*. Bethmann Hollweg vor den Ministerpräsidenten und den Finanzministern der Bundesstaaten

Aufzeichung (eines unbekannten Autors). Druck: Westarp, Konservative Politik I S. 229–231.

Die Änderungen in der allgemeinen politischen und militärischen Lage (vor allem auf dem Balkan) erheischen eine Verstärkung des Heeres. Ein europäischer Krieg sei zwar nicht unvermeidbar, doch der Einfluß „kriegshetzender Kreise" werde immer größer. Die Beziehungen zu England und Rußland seien zwar leicht gebessert, doch „werde ein für die gesamte europäische Weltlage direkt fühlbarer Erfolg davon nicht zu erwarten sein". Deutschland dürfe seine militärischen Kräfte, die es in seiner Volkszahl besitze, nicht ungenützt lassen. Durch die Heeresvorlage werde die allgemeine Spannung in der Welt wachsen. Er habe sich trotzdem für die Verstärkung der Rüstung entschieden.

[o. O.] 10. März 1913

354*. Aufzeichung Lerchenfelds

Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 139–140.

Besprechung mit Bethmann Hollweg: Differenzen mit Wermuth über neue Steuern; der Kanzler will die Erbschaftssteuer durchdrücken, zumindest eine Reichsvermögenssteuer zur Deckung der Wehrvorlage. Der Kaiser ist ungeduldig über die Unschlüssigkeit des Kanzlers; sie „ist nur mehr pathologisch zu beurteilen".

[o. O.] 10. März 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

355*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXIX S. 177–178.

Anfang Dezember 1912 ordnete der Kriegsminister die Ausarbeitung einer Militärvorlage an. Sie wurde Ende Februar 1913 an das Reichsschatzamt weitergeleitet. Der Kanzler hat dem Kaiser am 5. Januar 1913 eine große Heeresverstärkung vorgeschlagen unter der Bedingung, daß keine Marinevorlage gemacht werde. Damit war der Kaiser einverstanden.

Berlin, 17. März 1913

356*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 133. Sitzung, Bd. 289, S. 4512–4515; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 128–134.

Die dem Reichstag unterbreitete Wehrvorlage fordert die Verstärkung der deutschen Wehrmacht. „Soweit menschliche Voraussicht reicht, wird kein europäischer Krieg entbrennen, in den nicht auch wir verwickelt sein werden." Der Krieg auf dem Balkan hat Rußland und Österreich-Ungarn zu außergewöhnlichen militärischen Maßregeln veranlaßt. Dem englischen Außenminister ist es gelungen, in den Londoner Botschafterbesprechungen die Gegensätze zu vermitteln. Das Ergebnis der Machtverschiebung auf dem Balkan ist die Stärkung des Südslawentums zum Nachteil des Germanentums. Mit der Regierung Rußlands bestehen zwar gute Beziehungen, doch die panslawische Strömung auf dem Balkan ist beunruhigend. Mit der französischen Regierung bestehen gleichfalls gute Beziehungen, aber die Macht der öffentlichen Meinung in Frankreich ist stark, und in chauvinistischen Kreisen dort sind das Vertrauen auf die eigene Armee, auf das Bündnis mit Rußland und die Hoffnung auf die Freundschaft Englands gewachsen. Die chauvinistische Literatur spricht unentwegt von der Überlegenheit Frankreichs über Deutschland. Frankreich und Rußland haben Deutschland in der Ausnutzung der Wehrfähigkeit längst überholt. Die Wehrvorlage ist daher absolut notwendig. Im politischen Leben schließen sich Geschäfte am besten zwischen starken Partnern ab. „Der Schwächling kommt unter die Räder." Deshalb muß die allgemeine Wehrpflicht, der Deutschland seine Wiedergeburt verdankt, unverkürzt erhalten bleiben.

Berlin, 7. April 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

357*. Bethmann Hollweg an Treutler

Schreiben (zum Vortrag). Druck: Große Politik XXXIV,2 S. 640–642.

Da England den Vorsitz der Botschafterkonferenz innehat und die Flottenaktion vor der Küste Montenegros führt, soll es die Wünsche Österreich-Ungarns berücksichtigen und die Verschleppungstaktik Rußlands parieren. Deutschland muß treu an der Seite seines österreichischen Verbündeten stehen. Mit Grey befürwortet Deutschland die Schaffung eines albanischen Staates. Österreich-Ungarn muß sich das zunutze machen; das ist auch im deutschen Interesse.

Berlin, 8. April 1913

358*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Große Politik XXXIX S. 185–186.

Der französische Ministerpräsident und der Außenminister bezeichnen den Chauvinismus in Frankreich als vorübergehende Erscheinung. Aber diese ist doch so bedenklicher Natur, daß sie nicht habe unbeachtet gelassen werden können.

Berlin, 10. April 1913

359*. Serret an Étienne

Bericht. Druck: Documents Diplomatiques Français III/6 S. 320–321.

Bethmann Hollweg hat anläßlich der Wehrvorlage im Reichstag eine Rede gehalten. Er hat mit großer Offenheit über die panslawische Bewegung gesprochen und gegenüber England eine große Liebenswürdigkeit an den Tag gelegt. Hinsichtlich Frankreichs hat er das Wiedererstarken des Nationalgefühls betont. Auch wenn es der Reichskanzler nicht ausspricht, so übt die Propaganda des Wehrvereins und des Flottenvereins doch einen großen Einfluß auf die Aufrüstungsdebatte aus.

Berlin, 10. April 1913

360*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 138. Sitzung, Bd. 289, S. 4709–4711; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 184–187.

Zur Deckung der Mehrausgaben für den Heeresetat schlägt die Regierung eine Besitzsteuer vor, die 1 Mrd. Mark erbringen soll. Wenn man eine Reichsvermögenssteuer erheben wollte, ginge sie zu Lasten der Einzelstaaten. Bei der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Besitzsteuer ist deren Regelung den Einzelstaaten überlassen. – In weiteren Äußerungen widerlegt der Kanzler die Kritik der Abgeordneten Südekum und Gothein an seiner Rede vom 7. April, als ob er dort, als er von der Verkommenheit von Völkern sprach, die sich dem Luxus und Wohlleben hingäben, an Deutschland gedacht hätte.

Berlin, 12. April 1913

361*. Cambon an Pichon

Bericht. Druck: Documents Diplomatiques Français III/6 S. 346–348.

In seiner Rede vor dem Reichstag aus Anlaß der Wehrvorlage hat Bethmann Hollweg, „der weder ein Diplomat noch ein guter Redner ist“, das ausgesprochen, was er auf seiner kürzlichen Reise in Rußland empfangen habe. Er glaubt, daß dieses Land die Anlage zu einer „ungeheuren Entwicklung“ habe. Er ist Deutscher und vom deutschen Gedanken tief durchdrungen („imbu de l'idée allemande“). Dabei sieht er keinen Widerspruch zwischen Macht und Recht. In seinen Augen ist die Macht die Manifestation und der praktische Ausdruck des Rechts.

Berlin, 13. April 1913

362*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 141. Sitzung, Bd. 289, S. 4822–4823; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 200–202.

In der Jesuitenfrage hat sich das Novum ergeben, daß der Reichstag einen Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes angenommen hat. – Daß in Braunschweig anwesende französische Sozialisten ausgewiesen worden seien, hängt damit zusammen, daß sie gegen die Wehrvorlage agitiert hätten. – Daß sich der Kaiser bei einer Tischrede vor kurzem gegen die „Mächte des Unglaubens und der Vaterlandslosigkeit“ geäußert habe, ist dadurch zu erklären, daß die sozialdemokratische Presse immer wieder den christlichen Glauben verunglimpfe. Dagegen zu sprechen ist das gute Recht des Kaisers.

Berlin, 16. April 1913

363*. Graevenitz an K. von Weizsäcker

Bericht. Druck: Quellen zur deutschen Innenpolitik S. 462–465.

Bethmann Hollweg: Der Dreibund müsse unbedingt aufrechterhalten werden. Zu England sei das Verhältnis gebessert; ein Bündnis mit ihm aber nicht zu haben. Die Beziehungen zu Rußland seien freundschaftlich. „Ein künftiger

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Krieg […] werde ein Weltkrieg sein.“ Wie England sich später verhalten werde, wisse England wohl selbst noch nicht. Ein künftiger Krieg werde ein Existenzkampf. In Frankreich werde systematische Antipathie gegen Deutschland gezüchtet. Auch in Rußland gebe es deutschfeindliche Strömungen.

Charlottenburg, 24. April 1913

364*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 249–250.

Der Reichskanzler teilt mit, daß der Herzog von Cumberland versprochen habe, „den derzeitigen Besitzstand Preußens [nicht] zu verändern“. Aufgrund dieser Erklärung könne Preußen den Herzog Ernst August zum Regierungsantritt in Braunschweig zulassen, wohl im Oktober d.J.

Berlin, 30. Mai 1913

365*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Winzen, Loebell S. 822–824.

Die wichtigste innenpolitische Frage ist, ob das Zentrum seine Drohung, die Wehrvorlage abzulehnen, wahrmacht. Es gibt viele Erwägungen dafür und dagegen. Lehnt es jetzt die Wehrvorlage ab und kommt es dann zur Reichstagsauflösung, wird es danach seine Zustimmung zur Vorlage an Bedingungen knüpfen. Entscheidend ist aber, wie sich die Nationalliberalen entschließen. Verständigen sie sich jetzt mit den Konservativen und dem Zentrum, so kämen die Wehr- und die Deckungsvorlage glatt zustande.

[o. O.] 1. Juni [1913]

366*. Goschen an Nicolson

Privatdienstbrief. Druck: British Documents X,2 S. 704–705.

Bethmann Hollweg ist bestürzt über Churchills Unterhausrede (vom 5. Juni 1913), daß das Scheitern des kanadischen Flottengesetzes England nötige, die dadurch entstandene Lücke durch den Bau dreier englischer Schlachtschiffe zu füllen. Das rufe einen schlechten Eindruck in der öffentlichen Meinung in Deutschland hervor.

Berlin, 7. Juni 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

367*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 159. Sitzung, Bd. 290, S. 5463–5464; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 247–248.

In der Reichstagskommission hat sich eine deutliche Mehrheit für die Wehrvorlage ausgesprochen. Allerdings gibt es Meinungsverschiedenheiten über die Anzahl der neuen Kavallerieregimenter. Des weiteren darf nicht nur an die Deckung der einmaligen, sondern auch der laufenden Kosten gedacht werden. Deshalb muß darüber eine Einigung erzielt werden. Denn ein Zurück gibt es bei der Wehrvorlage nicht mehr.

Berlin, 11. Juni 1913

368*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXV S. 93–96.

Der Gesandte Quadt meldet aus Athen: König Konstantin habe nach seinem Regierungsantritt (März 1913) ihm erklärt, er wolle dem Dreibund beitreten. Ministerpräsident Venizelos, der ententefreundlich ist, habe darauf seinen Rücktritt angeboten. Der König hat diesen Standpunkt wohlwollend quittiert. Er wünsche zunächst einmal die Entsendung einer deutschen Militärmission; ferner daß der Dreibund die jetzt von Griechenland besetzten Grenzen sichere. – Bethmann dazu: Der Augenblick für einen Beitritt Griechenlands ist noch nicht gekommen; die Garantie der griechischen Grenzen bedeutet, daß Deutschland in die kriegerischen Verwicklungen des Balkans hineingezogen werde. Griechenland sollte zunächst eine Verbindung zu Rumänien suchen.

Berlin, 23. Juni 1913

369*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 173. Sitzung, Bd. 290, S. 5923; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 277–279.

Der Kanzler spricht sich für die Milderung der Bestrafung einiger militärischer Delikte aus.

Berlin, 30. Juni 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

370*. Szögyény an Berchtold

Zwei Telegramme. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik VI S. 824–825.

Unterredung mit dem Reichskanzler: Dieser hat große Bedenken, auf Bukarest, wie es Österreich-Ungarn wünscht, mäßigend einzuwirken. Das würde dort als Drohung aufgefaßt. Er rät, daß sich Wien gegenüber den Balkanwirren ruhig und zuwartend verhalte. Die österreichischen Besorgnisse über das Zustandekommen eines Großserbien seien übertrieben. Er hoffe, daß Österreich-Ungarn in die Balkanwirren nicht eingreife, „was […]eine europäische Konflagration zur Folge haben würde".

Berlin, 6. Juli 1913

371*. Bethmann Hollweg an Hutten-Czapski

Privatdienstbrief. Druck: Hutten-Czapski, Sechzig Jahre Politik II S. 123.

Der Kampf um die Finanzierung der Heeresvorlage hat „sehr viel Blut gekostet". In puncto Erbschaftssteuer mußte die Regierung Abstriche hinnehmen.

Hohenfinow, 6. August 1913

372*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXV S. 360.

Der Kaiser ist damit einverstanden, daß den Wiener Absichten auf Revision des Bukarester Friedens entgegengearbeitet werde.

Swinemünde, 8. August 1913

373*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVII,2 S. 502.

Der Kaiser wünscht dringend Einzelheiten über die Verhandlungen der deutschen und französischen Finanzgruppen über die Bagdadbahn.

Breslau, 28. August 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

374*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVII,2 S. 504.

Der Kaiser billigt die beabsichtigte Verständigung mit Frankreich über die Bagdadbahn.

Breslau, 30. August 1913

375*. Bethmann Hollweg im Bundesrat

Antrag. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 338–339.

Der Bundesrat hat 1885 beschlossen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig angesichts der von ihm geltend gemachten Gebietsansprüche mit der Reichsverfassung nicht vereinbar sei. 1907 hat der Bundesrat diesen Beschluß von 1885 weiterhin für gültig erklärt. Durch die Thronbesteigung des Prinzen Ernst August als Herzog von Braunschweig 1912, seine Vermählung mit der preußischen Prinzessin Viktoria Luise und seine Anstellung als preußischer Offizier hat er dem Kaiser Treue geschworen. Der Bundesrat wird daher gebeten zu beschließen, daß nunmehr die Regierung des Prinzen Ernst August mit den Grundprinzipien der Reichsverfassung vereinbar sei.

Berlin 27. Oktober 1913

376*. Bethmann Holweg vor der Versammlung des Vereins zur Errichtung eines Bismarckdenkmals auf der Elisenhöhe bei Bingerbrück

Rede. Druck: Wolff'sches Telegraphenbureau 64. Jg. Nr. 3062.

Rede in Berlin am 1. November 1913: Das Werk der Befreiung Deutschlands 1813 wäre vergebens gewesen ohne das Einigungswerk Bismarcks. Diese Bismarcksche Leistung soll das Denkmal verkörpern.

Berlin, 1. November 1913

377*. Szögyény an Berchtold

Telegramm. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik VII S. 540 (vgl. auch ebenda S. 573–575).

Obwohl der Reichskanzler ein gutes Verhältnis der Dreibundmächte zu Bulgarien wünscht, weist er darauf hin, daß dabei das Verhältnis zu Rumänien sehr geschont werden müsse, weil dieses von Frankreich und Rußland umworben werde.

Berlin, 7. November 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

378*. Bethmann Hollweg an Kronprinz Wilhelm

Vertrauliches Schreiben (mit Anhang). Druck: Pogge-v.Strandmann, Staatsstreichpläne S. 32–36. Längerer Auszug: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 168–170.

Übersendet dem Kronprinzen seine Gedanken zu K. Frhr. v. Gebsattels Denkschrift zum Wahlrecht und zu dessen darin formulierten Staatsstreichplänen. – Die Denkschrift: Ein Staatsstreich, wie ihn General K. Frhr. v. Gebsattel in seiner Denkschrift in der Frage des Wahlrechts, der Judenfrage und der Frage des Pressewesens nahelegt, kann entweder eine Dummheit oder ein Verbrechen sein. Er würde zu einer Einmischung der äußeren Feinde Deutschlands beitragen. Gegen den Reichstag mit einem Staatsstreich vorzugehen ist unrealistisch. Das gilt auch hinsichtlich der Abschaffung des Reichstagswahlrechts. Schließlich geht die Denkschrift beim Vorschlag eines Pluralwahlrechts an den bisher gemachten Erfahrungen vorbei. Das Pluralwahlrecht ist in einem großen Staat wie Deutschland nicht durchführbar. Auch die radikale Bekämpfung der Juden, wie sie Gebsattel fordert, ist nicht praktikabel. Bei der Behandlung der Wehrvorlagen hat die Regierung nicht vor dem Reichstag kapituliert, sonden mit Kompromissen die Heeresvermehrung ermöglicht. Der Vorwurf, die Regierung habe sich in der Marokkofrage nicht durchgesetzt, ist haltlos. Auf Bismarck darf man sich bei solchen Vorwürfen nicht berufen. Mit den Schwertern zu rasseln ist verbrecherisch.

[o. O.] 15. November 1913

379*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXVIII S. 212–216.

Der russische Ministerpräsident Kokovcov hat (auf seiner Durchreise von Paris) die deutsche Militärmission in der Türkei zur Sprache gebracht. Bethmann Hollweg dazu: Die Türkei hat am Anfang dieses Sommers um die Entsendung einer Militärmission gebeten. Aus historischen, wirtschaftlichen und prestigepolitischen Gründen hat das nicht verweigert werden können, sonst wäre etwa eine französische Mission in die Türkei entsandt worden. Der Gedanke, daß Rußland an der deutschen Militärmission Anstoß nehmen könne, ist ihm nie gekommen. Überdies steht die türkische Flotte unter der Leitung eines englischen Admirals; die Gendarmerie wird von einem französischen General geleitet. – Kokovcov hat die Ausführungen als verständlich aufgenommen; einen aggressiven Akt der Türkei gegen Rußland besorge er nicht.

Berlin, 18. November 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

380*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Große Politik XXXVIII S. 216–217.

Kokovcov hat mit Kaiser Wilhelm eine Unterredung gehabt: Als der Kaiser im Sommer den Zaren und den englischen König getroffen habe, sei man sich einig gewesen, daß die asiatische Türkei erhalten bleiben müsse. Weder der Zar noch der König hätten Bedenken wegen der deutschen Militärmission geäußert. – Kokovcov hat nun vorgeschlagen, die Kommandogewalt zu modifizieren und den Sitz am besten nach Adrianopel zu verlegen.

Berlin, 19. November 1913

381*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Bericht Berckheims. Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 268–279.

Der Kanzler über die allgemeine politische Lage: Die akuten Balkanwirren seien überwunden. Über den Verbleib der der Türkei vorgelagerten Inseln müsse eine Botschafterkonferenz in London eine Lösung erarbeiten. Während Deutschland auf das Verhältnis zu Rumänien Wert lege, unterstütze Österreich-Ungarn stärker die Wünsche Bulgariens. Die deutsche Militärmission in der Türkei setze ihre Tätigkeit fort. In der Armenierfrage arbeiteten Deutschland und Rußland zusammen. Im Verlauf der Balkankrise hätten sich die Beziehungen Deutschlands zu England gebessert ebenso diejenigen zu Rußland. – In Albanien sei jetzt der Prinz zu Wied inthronisiert. Die Finanzierung und der Ausbau der Bagdadbahn seien im wesentlichen gesichert. – Als besonders vertraulich sind die Ausführungen des Kanzlers über die portugiesischen Kolonien in Afrika. Deutschland werfe ein Auge besonders auf Angola, weil es direkt an Deutsch-Südwestafrika grenze.

[Berlin, 24. November 1913]

382*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVIII S. 220–221.

Bitte Kokovcov mitteilen, daß die Kommandogewalt des deutschen Generals in der Türkei nicht mehr geändert werden könne und sein Sitz in Konstantinopel bleiben müsse, weil sich dort alle Militärbildungsanstalten befänden.

Berlin, 26. November 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

383*. Bethmann Hollweg an Kokovcov

Privatdienstbrief. Druck: Große Politik XXXVIII S. 221–224.

Leider sind die Änderung der Kommandogewalt des deutschen Generals in der Türkei und die Verlegung seines Sitzes aus Konstantinopel nicht möglich. Die Aufgaben würden sich außerhalb Konstantinopels kaum lösen lassen. Auch die Kommandogewalt des dafür vorgesehenen Generalleutnants Liman von Sanders kann nicht eingeengt werden.

Berlin, 27. November 1913

384*. Bethmann Hollweg an Lucius

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVIII S. 227.

Leider ist die Angelegenheit der deutschen Militärmission in Konstantinopel mit falschen Einzelheiten in die französische und die deutsche Presse gelangt, als ob Kokovcov in Berlin dagegen protestiert habe. Trotzdem soll an Ort und Stelle geprüft werden, ob eine Änderung tunlich sei.

Berlin, 29. November 1913

385*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 181. Sitzung, Bd. 291, S. 6155–6158; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 384–390.

Die Affäre von Zabern stellt sich so dar: Leutnant von Forstner hat bei einer Auseinandersetzung in der Stadt einen (elsässischen) Rekruten als „Wackes" bezeichnet. Dessen angebliche Beschimpfung der französischen Fahne ist nicht zutreffend, wird aber noch untersucht. Durch Artikel in der Lokalpresse ist die nicht gerade weltbewegende Sache aufgebläht worden. Das Wort Wackes wird im Elsässischen für einen nichtsnutzigen Menschen verwendet. Wenn ein Nichtelsässer das Wort gegenüber einem Elsässer gebraucht, fühlt sich dieser beleidigt. Im Vergleich dazu nennt der Elsässer einen Deutschen „Schwob" (Schwaben). In Zabern sind Offiziere und Soldaten öffentlich beleidigt worden. Am 9. November und in den Tagen danach wurden Offiziere mit Steinen beworfen und von Menschenansammlungen angepöbelt. Es kam zur Räumung des Schloßplatzes durch das Militär; bei Patrouillengängen wurden 30 Personen verhaftet. Sie hätten eigentlich sofort den Polizeibehörden übergeben werden müssen, was aber nicht geschah. Hier sind die gesetzlichen Grenzen nicht eingehalten worden. Es ist nicht richtig, aus diesen bedauerlichen örtlichen Vorgängen einen prinzipiellen Gegensatz zwischen Zivil- und Militärverwaltung herauszulesen. In Zukunft muß aber in Zabern ein dauern-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Kontakt zwischen den militärischen und den zivilen Behörden wieder einkehren.

Berlin, 3. Dezember 1913

386*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 182. Sitzung, Bd. 291, S. 6174–6175; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 394–397.

Es ist gestern kritisiert worden, daß die Darstellung der Vorgänge in Zabern nur auf den Berichten der Militärbehörden fuße; das ist unrichtig. Die Berichte der Zivilbehörden sind in die gestrige Darstellung genauso eingeflossen. Im übrigen muß die disziplinarische Ahndung noch abgewartet werden. Für die Zukunft ist es wichtig, Harmonie zwischen den Militär- und den Zivilbehörden herzustellen, damit das Reichsland enger mit dem Reich verschmolzen werden kann.

Berlin, 4. Dezember 1913

387*. Aufzeichnung Hammanns

Druck: Hammann, Aufzeichnungen S. 552–553.

Schon während der Reichstagsdebatte im November 1911 hielt Bethmann Hollweg seine Stellung für unhaltbar; ihn störte das eigentümliche und wenig mitteilsame Verhalten Kiderlens. Auch nach dem Gelingen der Rüstungsvorlagen (30. Juni 1913) quälte er sich mit Rücktrittsgedanken. Er fürchtete die Querelen, die mit der von ihm geplanten Debatte über die Einführung des geheimen Wahlrechts in Preußen auf ihn zukommen würden. Unterstaatssekretär Eisenhart hat ihn dann doch zum Bleiben ermutigt.

[o. O.] 7. Dezember 1913

388*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 185. Sitzung, Bd. 291, S. 6273–6275; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 404–407, 408–410.

Die Vorgänge auf dem Balkan haben während der letzten Monate die deutsche Außenpolitik stark beschäftigt. Dem ersten Balkankrieg folgte der zweite, der mit dem Frieden von Bukarest abgeschlossen worden ist. Die vermittelnde Tätigkeit aller Großmächte und der feste Zusammenhalt der Dreibundmächte haben sich während der ganzen Krise bewährt. Deutschland ist sich mit England darüber einig, daß das Gebiet der Türkei in Asien und der ihr in Europa verbliebene Besitz unversehrt erhalten bleiben müssen. Dieser Grundsatz wird

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auch von der russischen und von der französischen Regierung geteilt. Deutschland verhandelt mit England über das Unternehmen der Bagdadbahn und über die beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen in Afrika. Dadurch sollen die Beziehungen mit England auch allgemein verbessert werden.

Der Abgeordnete Scheidemann hat nach dem Mißbilligungsvotum gegen den Kanzler (am 4. Dezember) gemeint, dieser müsse zurücktreten. Das wäre, wenn der Kanzler tatsächlich zurückträte, eine Verschiebung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse in Deutschland. Der Kaiser allein, nicht der Reichstag, hat das Recht, den höchsten Reichsbeamten zu ernennen und zu entlassen. Die Sozialdemokraten werden mit solchen Vorstellungen nicht durchdringen. „Das deutsche Volk in seiner Mehrheit wird nicht wollen, daß die Kaiserliche Gewalt unter sozialdemokratischen Zwang gestellt wird."

Berlin, 9. Dezember 1913

389*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 1. Session, 186. Sitzung, Bd. 291, S. 6341–6345; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 54 (1913) S. 426–432.

Was den Schutz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts angeht, so darf dabei nicht mit Ausnahmegesetzen vorgegangen werden. Das wäre eine unzulässige Einschränkung des Koalitionsrechts. Was die Arbeitsstreitigkeiten in Deutschland anbelangt, so ist der Staatssekretär des Innern beauftragt, die Erfahrungen auf diesem Gebiet innerhalb und außerhalb Deutschlands einmal zusammenzustellen. Dann wird darüber zu diskutieren sein, ob die bestehenden Gesetze in dieser Hinsicht revidiert werden müssen.

Die Festellung eines Abgeordneten, daß bei der Regelung der braunschweigischen Thronfolge der Bundesrat umgefallen sei, ist nicht richtig. Der Bundesrat ist zu der Überzeugung gekommen, daß die hannoverisch-welfischen Aspirationen in Braunschweig unter der Regierung des Prinzen Ernst August keinerlei Unterstüzung fänden. Diese Überzeugung gründet sich auf die Vermählung des Prinzen mit einer Tochter des Kaisers und auf seinen Eintritt in die preußische Armee. Hannover ist eine preußische Provinz, und Preußen ist ein Glied des Deutschen Reiches mit Einschluß der Provinz Hannover. „Es gibt keinen Staat Hannover." Die Vertreter des Welfentums, die das anders sehen, tragen sich mit utopischen Forderungen.

Was die Interpellationsdebatte über Zabern schließlich betrifft, so stehen die Sozialdemokraten mit ihrem Angriff auf die verfassungsmäßigen Rechte des Kaisers allein im Reichstag da.

Berlin, 10. Dezember 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

390*. Bethmann Hollweg an Lamprecht

Brief. Druck: Badische Presse No. 579, 12. Dezember 1913.

Er ist von der Bedeutung einer deutschen auswärtigen Kulturpolitik (wie sie Lamprecht fordert) überzeugt. Wenn Deutschland Weltpolitik treiben will, muß es in dieser Beziehung bei Frankreich und England in die Schule gehen. Für diesen „Imperialismus der Idee“ ist die Regierung auf die Unterstützung der gebildeten Schichten angewiesen.

[o. O., 12. Dezember 1913]

391*. Bethmann Hollweg an Hertling

Schreiben. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 962.

In Sachen Jesuitengesetz wird hoffentlich im Zentrum eine ruhigere Auffassung einkehren.

Berlin, 13. Dezember 1913

392*. Bethmann Hollweg an Hertling

Ganz vertrauliches Schreiben. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 962–963.

Die Vermögenszuwachssteuer (Besitzsteuer) braucht das Reich demnächst, um gegenüber den Rüstungsanstrengungen Frankreichs und Rußlands nicht ins Hintertreffen zu geraten. Der bayerische Finanzminister möge sich in der Konferenz am 4. Januar 1914 in Berlin dafür aussprechen.

Berlin, 23. Dezember 1913

393*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXVIII S. 283–284.

Staatssekretär Jagow hat mit dem in Berlin weilenden Botschafter Wangenheim über die deutsche Militärmission in der Türkei gesprochen. Nach Wangenheim müßte Liman von Sanders einen höheren Rang bekommen; das würde das Prestige der Mission erhöhen; die Türkei könnte dann dem Druck fremder Mächte besser standhalten.

Berlin, 31. Dezember 1913

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

394*. Bethmann Hollweg im Preußischen Herrenhaus

Rede. Protokoll. Druck: Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1913 und in der Session 1914/15, Berlin 1915, S. 32–38; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 9–15.

In Erwiderung auf die Ausführungen des Grafen Heinrich Graf Yorck zu Wartenberg geht der Ministerpräsident zunächst auf das Verhältnis Preußens zum Reich ein: Die Befürchtung, daß der führende Staat im Reich seine Macht im unitarischen und zentralistischen Sinne ausgenutzt habe, ist grundlos. Aber der Dualismus Preußen – Deutschland besteht nun einmal. Indes darf die Reichsgewalt berechtigte Interessen des preußischen Staates nicht beeinträchtigen. Schon Bismarck hat scharfe Worte gegen den preußischen Partikularismus gebraucht. Die auf die breiten Volksmassen gestellte Entwicklung im Reich bedarf des preußischen Staates, „aufgebaut auf ein festes militärisches Fundament und auf die unauflösliche Zusammengehörigkeit des gesamten Volks mit der Dynastie". – Auf einzelne Vorwürfe des Grafen Yorck eingehend, behandelt Bethmann Hollweg die Steuergesetzgebung und die Wehrvorlage des Reiches im Jahr 1913, schließich die elsaß-lothringische Frage. Er gibt zu, daß durch die drei neuen elsaß-lothringischen Bundesratsstimmen sich tatsächlich eine Verschiebung zuungunsten Preußens ergeben habe. Diese drei Stimmen werden aber nur gezählt, wenn sie gegen Preußen abgegeben werden. Schließlich spricht der Ministerpräsident über das Institut der Interpellation im Reichstag: Es ist richtig, daß neuerdings Fragen an die Reichsregierung ohne Verbindung mit der Tagesordnung gestellt werden können. Das hat aber keine verfassungsrechtliche Bedeutung, sondern ist ein Akt der Geschäftsordnung des Reichstags.

Berlin, 10. Januar 1914

395*. Bethmann Hollwegs im Preußischen Abgeordnetenhaus

Rede. Wortprotokoll: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Leg.per., I. Session 1914, Sp. 73–78 und 118–123 ; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 15–23a.

Auf die Kritik des Abgeordneten Winckler an der Vermögenszuwachssteuer antwortet Bethmann Hollweg: Die Konservativen mit ihrem Führer Heydebrand haben 1911 für eine Besitzsteuer votiert. Mit der Wehrvorlage von 1913 ist ein enormer Geldbedarf entstanden. Daraus ist die Regierungsvorlage über eine Vermögenszuwachssteuer hervorgegangen. Dagegen haben fast alle Parteien die schwersten Bedenken erhoben. Aber auf anderem Wege war eine Deckung der erhöhten Ausgaben nicht möglich.

Auf die Kritik des Abgeordneten Röchling an der Handhabung der Zaberner Affäre antwortet der Ministerpräsident, daß sie nicht vor das Forum des Abgeordnetenhauses, sondern des Reichstags gehöre. Auf die weitere Kritik

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Röchlings, daß die Staatsregierung, nicht das Parlament, eine Wahlrechtsvorlage erarbeiten müsse, erwidert Bethmann Hollweg: Daß eine Wahlrechtsreform bisher nicht zustande gekommen sei, liegt daran, daß sich der Landtag darüber nicht habe einigen können. – Zur Kritik an seiner Haltung in der braunschweigischen Frage äußert der Ministerpräsident, daß Prinz Ernst August dazu Garantien gegeben habe, die von den Welfen, die ihren Kampf um die Wiederherstellung Hannovers fortsetzten, nicht in Frage gestellt werden könnten. Der Herzog hat ihn zu der Erklärung ermächtigt, daß jede Berufung der Deutsch-Hannoverschen Partei auf den Herzog dessen Willen nicht entspreche.

Berlin, 13. Januar 1914

396*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Rede. Wortprotokoll: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Leg.per., I. Session, Sp. 303–309; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 33–38.

Die Verantwortung für die Reichssteuergesetzgebung hat er nicht auf die Konservative Partei abwälzen wollen. Man soll überhaupt in diesem Haus nicht über Reichsangelegenheiten sprechen. Es war absolut richtig, daß bei der Deckungsvorlage für die Wehrforderungen die Besitzsteuer vorgeschlagen wurde.

Berlin, 15. Januar 1914

397*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVIII S. 302.

Der Kaiser hat Generalleutnant Liman von Sanders den Charakter eines Generals der Kavallerie verliehen. Die Pforte wird ihn nunmehr zum Marschall ernennen, womit das Kommando über ein Armeekorps von selbst wegfällt.

Berlin, 15. Januar 1914

398*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 198. Sitzung, Bd. 292, S. 6749–6752; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 50 (1914) S. 52a – 52e.

Bethmann Hollweg zur Interpellation betreffend die Vorgänge in Zabern: Das Militär darf in der Regel nur auf Requisition der Zivilbehörden einschreiten. Es ist unbestritten, daß es in Fällen von Notwehr berechtigt ist, zur Abwehr von Gefahren tätig zu werden. Das Militär kann z.B. eingreifen, wenn die Zivilbehörde überfordert ist. Für das Heer existiert die Vorschrift vom 23. März

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1899, die regelt, wann es zum Einschreiten berechtigt ist. Diese wiederum fußt auf der Kabinettsorder vom 17. Oktober 1820. Darüber hat der Kaiser derzeit eine Prüfung befohlen, ob und wieweit die alten Bestimmungen über das requisitionslose Einschreiten des Militärs gültig seien.

Es führt nicht weiter, wenn aus den Zaberner Vorgängen ein partikularistischer Gegensatz zwischen Nord- und Süddeutschen konstruiert wird. Die Linken haben sie so dargestellt, als ob sie ein Paradigma sein sollten für die Zusammenstöße zwischen Militär und Arbeiterklasse. Das deutsche Heer ist aber kein Instrument für Parteienkämpfe. Die sozialdemokratische Agitation gegen das Heer richtet sich gegen die reale Macht des Staates und den in der Armee verkörperten Geist. Diesen Geist wird sich die deutsche Nation nicht rauben lassen.

Berlin, 23. Januar 1914

399*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Randbemerkungen des Kaisers). Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 482–483.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos hat Staatssekretär Jagow den Wunsch ausgesprochen, die europäischen Mächte möchten Griechenland Garantien gegen einen türkischen Angriff auf die griechisch besetzten Inseln geben. Jagow hat Bedenken geäußert, da die Türkei wegen der deutschen Interessen dort geschont werden müsse. Später hat Venizelos erklärt, die Mächte sollten wenigstens Druck auf die Türkei ausüben, um sie von der Rückeroberung der Inseln abzuhalten.

Berlin, 26. Januar 1914

400*. Cambon an Doumergue

Geheimbericht. Druck: Documents Diplomatiques Français III/9 S. 209–211 (auch S. 236–237 und 272–273).

Unterredung mit Bethmann Hollweg über Kleinasien: Während Frankreich, so der Kanzler, seit 40 Jahren sein Weltreich aufbaue, sei Deutschland untätig geblieben; doch es brauche einen Platz an der Sonne. 1911 habe es Frankreich (in der Marokkofrage) nachgegeben, dafür aber ungenügende Kompensationen bekommen. Jetzt versuche es in Kleinasien Fuß zu fassen und darüber hinaus überall seinen Einfluß auszuweiten.

Berlin, 28. Januar 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

401*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXIX S. 77–78.

Tirpitz hat in der Budgetkommission des Reichstags erklärt, daß seitens Englands offizielle Vorschläge für Rüstungsbeschränkungen nicht mitgeteilt worden seien. Churchills Rede in Manchester wegen eines „naval holiday" sei kein solcher offizieller Vorschlag. In Deutschland handle es sich im nächsten Jahr nur um Ersatzbauten, die aus technischen Gründen nicht aufgeschoben werden könnten. Der Kaiser möge seine Entschließung durch Randvermerk mitteilen.

Berlin, 8. Februar 1914

402*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVIII S. 309.

Rußland will wegen des Divisionskommandos des deutschen Generals im asiatischen Skutari von der Pforte Aufklärung verlangen. Das würde von der öffentlichen Meinung in Deutschland als Provokation empfunden und die deutsch-russischen Beziehungen belasten.

Berlin, 10. Februar 1914

403*. Bethmann Hollweg vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat

Rede. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 70–72.

Die Schwierigkeiten in den inneren Zuständen Deutschlands sind jetzt dadurch gewachsen, daß eine Partei, die versucht, „die Fundamente des Reiches und unserer Monarchie zu unterhöhlen"(die SPD), große Wahlerfolge davongetragen hat. Dagegen gibt es nur Kampf, und dabei muß „die deutsche Nationalsünde des Partikularismus" unterdrückt werden.

Berlin, 11. Februar 1914

404*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVIII S. 311.

An der Spitze der türkischen Division in Skutari hat ein Wechsel des deutschen Kommandeurs stattgefunden. Das darf russischerseits nicht als Aufrollung der Frage der Militärmission aufgefaßt werden. Kokovcov hatte sich damit einverstanden erklärt, daß General Liman entweder seine Kommandobefugnisse verlöre, wenn er in Konstantinopel verbliebe, oder an einem anderen Ort stationiert würde, wenn er die Kommandobefugnisse behielte.

Berlin, 19. Februar 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

405*. Bethmann Hollweg vor dem Hamburger Senat

Ansprache. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 111.

Bei einem vom Senat gegebenen Festessen: „Hier atmet das Deutsche Reich, hier atmet das Reich durch Hamburgs Lungen die salzige, frische Luft der weiten Welt." Hamburg ist ein glänzender Mittelpunkt bürgerlicher Geisteskultur geworden.

Hamburg, 2. März 1914

406*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXIX S. 558–560.

Der „Times"-Artikel vom 10. März über die Stimmung in England angesichts der deutsch-russischen Pressefehde ist einseitig und voreingenommen. Die „Times" berichtet nur von der „lärmenden Kampagne" der deutschen Presse gegen Rußland, aber nicht von der vorangegangenen nationalistischen Pressefehde in Rußland gegen Deutschland. Die öffentliche Meinung in England mißt Deutschland und die Ententefreunde mit zweierlei Maß, wie das der „Times"-Artikel bewiesen hat. Lichnowsky soll diesen Anschauungen entgegentreten.

Berlin, 14. März 1914

407*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVII,1 S. 111–112.

Der Zeitpunkt für die Veröffentlichung des deutsch-englischen Vertrags über die portugiesischen Inseln (Windsor-Vertrag von 1899) ist noch nicht gekommen. Dagegen sollte der jetzt paraphierte Vertrag über die portugiesischen Kolonien unterzeichnet werden, sobald die Verhandlungen über die Bagdadbahn abgeschlossen sind.

Berlin, 22. März 1914

408*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 288–290.

Der Reichskanzler sagt, daß er den Brief Wilhelms II. an dessen Tante Anna, Landgräfin von Hessen, von 1901 wegen deren Übertrittes zur katholischen Kirche nicht dementieren könne. Er begrüßt es, wenn von München aus

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

darauf hingewirkt würde, die Sache in der Presse nicht weiter kommentieren zu lassen.

Berlin, 28. März 1914

409*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVI,2, S. 544–545.

Der Aufstand in Epirus ist bedenklich. Die Tripelentente erwartet dadurch eine Entfremdung zwischen Griechenland und dem Dreibund.

Berlin, 5. April 1914

410*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVIII S. 336–338.

Vom Kaiser (in Korfu) kommt folgendes Telegramm: Vom russischen Konsul Hartwig werde der Plan ventiliert, daß der König von Montenegro sein Land an Serbien heimlich verkaufe; Rußland solle die Summe vorschießen und dafür eine Kompensation an der Küste erhalten. Wenn Österreich das später erfahre und dagegen opponiere, würde Rußland Serbien beispringen, und der Weltkrieg sei da. – Ein weiteres Telegramm des Kaisers geht soeben ein, nach dem diese Nachricht an Wien weitergegeben werden solle; Tisza kenne das Projekt und wolle nicht dagegen vorgehen. Sollte Österreich nicht gedrängt werden, die Fusion zu akzeptieren und sich mit Serbien zu arrangieren? – Nach einer Äußerung des deutschen Gesandten in Cetinje ist die Fusionsidee eine böswillige Erfindung; trotzdem soll in Wien darauf hingewirkt werden, daß man sich nicht im entgegengesetzten (antiserbischen) Sinn festlege.

Berlin, 6. April 1914

411*. Bethmann Hollweg an Nadolny

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 549–550.

Der Kaiser dankt für die Zeilen des Fürsten zu Wied. Er hat festgestellt, daß der König von Griechenland sich gegenüber dem neuen Land (Albanien) loyal verhalte.

Berlin, 9. April 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

412*. Hertling an Lerchenfeld

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 292–293.

Bethmann Hollweg besprach auf der Durchreise nach Korfu in München folgende Punkte: 1) den Kaiserbrief von 1901 über den Übertritt der Tante Wilhelms II. zum Katholizismus; 2) die Bischofswahl in Breslau nach dem Ableben des Kardinals Kopp; 3) den Ausbau der strategischen Bahnen und dessen Finanzierung; 4) demnächst keine Änderung des preußischen Wahlrechts; 6) die neue Verfassung für Elsaß-Lothringen.

Berlin, 15. April 1914

413*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 562–563, 757.

Venizelos respektiert die von den Großmächten festgesetzten Grenzen in Epirus; er fürchtet die Intervention Italiens. – Wegen der Inselfrage (Chios usw.) hat er – Bethmann – Venizelos die Idee türkischer Suzeränität empfohlen; dieser hat den Gedanken lebhaft aufgenommen.

Korfu, 16. April 1914

414*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 758–759.

Venizelos gibt zu, daß die Türkei die nominelle Suzeränität über Chios und Mytilene unter diversen Bedingungen ausüben könne. Wangenheim schätzt die türkische Widerstandsfähigkeit hoch ein. Bethmann hat Venizelos vor Unruhestiftung griechischer Banden in Albanien gewarnt.

Achilleion, 17. April 1914

415*. Bethmann Hollweg an Wangenheim

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 760–761.

Venizelos bietet als Zugeständnis der Türkei die nominelle Suzeränität über Chios und Mytilene unter diversen Bedingungen an; die Türkei solle das als ihren Vorschlag den Mächten empfehlen. Wangenheim soll bei der Pforte sondieren, ob auf dieser Basis eine Verständigung möglich sei.

Achilleion, 18. April 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

416*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVIII S. 342.

Der Kaiser ist über die Möglichkeit einer Verschmelzung Serbiens und Montenegros derart erregt, daß er dringend wünscht, der Kanzler solle über Wien zurückreisen. Da ihm der Gedanke nicht ausgeredet werden kann, muß der Kanzler nachgeben und die Reise antreten.

Achilleion, 21. April 1914

,

417*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 568–569.

Venizelos hat wiederholt versichert, daß Griechenland Epirus in Bälde räumen werde. Er fürchtet die zukünftige Revanche der Türkei und die Expansionsbestrebungen Italiens in Albanien.

Achilleion, 21. April 1914

418*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 569.

Er hat ausführlich mit König Konstantin gesprochen: Nordepirus werde demnächst geräumt, und er werde sich bald mit Albanien verständigen.

Achilleion, 22. April 1914

419*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs für Jagow

Druck: Große Politik XXXVIII S. 349.

Wien emanzipiert sich stark von Deutschland und muß rechtzeitig am Zügel gehalten werden.

Berlin, 8. Mai 1914

420* Bethmann Hollweg an Tschirschky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVIII S. 350.

Aus einem Bericht aus Rom geht hervor, daß die Beziehungen zwischen der Donaumonarchie und Italien schwer gefährdet sind. Die deutsche Regierung muß darauf dringen, daß sich die beiden Bundesgenossen über die drohende montenegrinische Frage einigen. Wenn Montenegro nicht zu Österreich

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hinübergezogen werden kann, muß eine Einigung zwischen Wien und Rom über die Frage territorialer Veränderungen an der Adria erzielt werden. Es droht der Zusammenbruch des Dreibundes. Bitte mit Berchtold darüber sprechen.

Berlin, 8. Mai 1914

421*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVII,1 S. 120–121.

Er hat gegen die Instruktionen gehandelt, als er Harcourt über die Veröffentlichung des deutsch-englischen Kolonialabkommens (1899 über die portugiesischen Kolonien) gesprochen hat. Falls Grey die Sache anschneidet, soll er sagen, die Frage der Veröffentlichung sei erledigt.

Berlin, 29. Mai 1914

422*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch S. 111–113.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser äußerst sich pessimistisch über die allgemeine politische Lage. Trotz gewisser atmosphärischer Erfolge habe er die Grundrichtung der englischen und russischen Politik Deutschland gegenüber nicht zu ändern vermocht. Das habe zuletzt die Liman-von-Sanders-Affäre gezeigt. Was England betreffe, so sei dahingestellt, ob die englische Freundschaft früher durch Verzicht auf eine starke Kriegsflotte zu haben gewesen wäre. Er meint, daß der moderne Krieg die Bevölkerung in Kriegszeiten kaum ernähren könne. Ein Weltkrieg werde die Macht der Sozialdemokratie gewaltig steigern.

Berlin, 4. Juni 1914

423*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVII,1 S. 132–133.

Wenn er auf der Durchreise nach Schlesien ist, soll er ihn – den Kanzler – in Berlin oder Hohenfinow aufsuchen, um über die Frage der Veröffentlichung des Windsorvertrages (von 1899) zu sprechen.

Berlin, 9. Juni 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

424*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Große Politik XXXVI,2 S. 697.

Er bittet den Kaiser, er möge alsbald die Entsendung eines Kriegsschiffs nach Durazzo befehlen, da die anderen europäischen Mächte dies auch täten.

Berlin, 15. Juni 1914

425*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß (ganz vertraulich). Druck: Kautsky I S. 3–5; Große Politik XXXIX S. 628–630.

Ein Presseartikel des russischen Kriegsministers wirkt stark auf die öffentliche Meinung in Deutschland im Sinne erhöhten Rüstungsfiebers. Ein Zusammengehen Deutschlands und Englands kann eine europäische Konflagration verhüten. Dank für Greys Dementi, daß es eine englisch-russische Marinekonvention gebe.

Berlin, 16. Juni 1914

426*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 9–10.

Der Kaiser verzichtet auf seine Reise nach Wien. Den Verzicht hat er auch direkt Kaiser Franz Joseph mitgeteilt.

Berlin, 2. Juli 1914

427*. Aus den Erinnerungen Bethmann Hollwegs

Spätere Aufzeichnung zum 5. Juli 1914. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen I S. 134–136.

Wilhelm II. empfängt ein Handschreiben Kaiser Franz Josephs und eine Denkschrift seiner Regierung: Österreich-Ungarn müsse Entschlüsse selbst fassen; der Konflikt mit Serbien müsse lokalisiert bleiben; Deutschland könne Österreich-Ungarn aber nicht verlassen.

[o. O., 5. Juli 1914]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

428*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm (geheim). Druck: Kautsky I S. 32–33.

Der Kaiser hat Verständnis dafür, daß Kaiser Franz Joseph Bulgarien an den Dreibund heranholen wolle. Hinsichtlich Serbiens stehe Deutschland an der Seite Österreich–Ungarns.

Berlin, 6. Juli 1914

429*. Bethmann Hollweg an Waldburg

Telegramm (geheim). Druck: Kautsky I S. 33–34.

König Karl soll unterrichtet werden, daß Österreich-Ungarn im Einverständnis mit Deutschland Bulgarien an den Dreibund heranführen wolle. Er möge der Agitation in Rumänien gegen die Donaumonarchie entgegentreten.

Berlin, 6. Juli 1914

430*. Szögyény an Berchtold

Telegramm. Druck: Österreich-Ungarns Außenpolitik VIII S. 319–320.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser sieht ein, daß Österreich-Ungarn den formellen Anschluß Bulgariens an den Dreibund herbeiführen wolle; dabei müsse aber das Verhältnis zu Rumänien berücksichtigt werden. Hinsichtlich Serbiens meint er, daß er ein sofortiges Einschreiten gegen das Land „als radikalste und beste Lösung“ ansehe. „Vom internationalen Standpunkt hält er den jetzigen Augenblick für günstiger als einen späteren.“ Angesichts der großen Interessen Deutschlands in der Türkei sei der Anschluß dieses Landes an den Dreibund besonders erwünscht.

Berlin, 6. Juli 1914

431*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 181–184.

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Die russisch-englischen Marineverhandlungen. Rußland wächst und wächst. Die Aktion gegen Serbien kann zum Weltkrieg führen.

Hohenfinow, 7. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

432*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 184.

Es besteht jetzt keine Aussicht, die Entente auseinanderzumanövrieren.

Hohenfinow, 8. Juli 1914

433*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 185.

Für Bethmann Hollweg ist „die Aktion ein Sprung ins Dunkle“.

Hohenfinow, 14. Juli 1914

434*. Bethmann Hollweg an Roedern

Privatdienstbrief. Druck: Kautsky I S. 85.

In Deutschland soll keine Pressepolemik gegen Frankreich geführt werden. Auch in Petersburg soll zum Frieden gemahnt werden.

Hohenfinow, 16. Juli 1914

435*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 109–110.

Der Kronprinz betätigt sich in der Öffentlichkeit mit chauvinistischen Kundgebungen. Bittet, daß der Kaiser seinem Sohn jegliches öffentliche Hervortreten untersage.

Hohenfinow, 20. Juli 1914

436*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 186–188.

Der Kanzler: Rußlands „ungeheure Sprengkraft“; er „denkt mit einer gewissenhaften Selbstzermarterung über alle möglichen eigenen Fehler nach“.

Hohenfinow, 20. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

437*. Bethmann Hollweg an Pourtalès, Schoen und Lichnowsky

Erlaß. Druck: Kautsky I S. 124–125.

Das Zentrum der südslawischen Agitation ist Belgrad. Falls die Treibereien von dort fortgesetzt würden, muß Österreich-Ungarn notfalls darauf militärisch reagieren. Alle Mächte haben ein Interesse daran, daß der Konflikt lokalisiert bleibe.

Berlin, 21. Juli 1914

438*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 126.

Der Admiralstab soll über Flottenbewegungen befragt werden.

Hohenfinow, 21. Juli 1914

439*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 134.

Dem Kaiser ist vorzutragen, daß die vorzeitige Rückberufung der Flotte ein schwerer Fehler wäre.

Hohenfinow, 22. Juli 1914

440*. Bethmann Hollweg an Wedel

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 145–146.

Österreichs Ultimatum an Serbien läuft am 25. Juli ab. Die Flotte darf nicht vorzeitig zurückberufen werden, es sei denn bei einer englischen Kriegserklärung.

Berlin, 23. Juli 1914

441*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 189–190.

Der Kanzler will die Sozialdemokraten gewinnen; er ist empört über den Kronprinzen.

Hohenfinow, 23. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

442*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm (mit Marginalien des Kaisers). Druck: Kautsky I S. 193.

Nach einem Wolff-Telegramm soll die Flotte beschleunigt heimfahren; bitte keinen entsprechenden Befehl erteilen.

Berlin 25. Juli 1914

443*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 198–199.

Die serbische Antwortnote genügt nicht den österreichischen Forderungen.

Berlin 25. Juli 1914

444*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Der Weltkrieg, Kriegsrüstung und Kriegwirtschaft. Anlagen I S. 346–347.

Es hat sich als zweckmäßig herausgestellt, daß die im Mobilmachungsfall zu erlassenden Gesetze und Verordnungen schon jetzt dem Bundesrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden, damit sie bei Eintritt der Mobilmachung dem Reichstag zugehen können. (Je acht Gesetzentwürfe und Verordnungen werden aufgezählt.) Bitte um Vollziehung des entsprechenden Erlasses.

Berlin, 26. Juli 1914

445*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 202–203; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 100.

England will im russisch-österreichischen Konflikt vermitteln. Deutschschlands Haltung muß ruhig bleiben.

Berlin, 26. Juli 1914

446*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Zechlin, Krieg und Kriegsrisiko S. 93–94.

Rußland muß ins Unrecht gesetzt werden.

Berlin, 26. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

447*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 203; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 100.

Erhaltung des Friedens hängt allein von Rußland ab.

Berlin, 26. Juli 1914

448*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 203–204.

Rußland scheint Reservistenjahrgänge einzuberufen. Bestreben, Konflikt zu lokalisieren.

Berlin, 26. Juli 1914

449*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 205.

Italien muß streng im Dreibund gehalten werden.

Berlin 26. Juli 1914

450*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 220; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 108–109.

Militärische Maßnahmen Rußlands haben deutsche Gegenmaßnahmen zur Folge. Serbien soll territorial nicht geschmälert werden.

Berlin, 26. Juli 1914

451*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 221.

Die Hochseeflotte möge vorläufig in Norwegen bleiben, um englische Vermittlung zu erleichtern.

Berlin, 26. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

452*. Bethmann Hollweg an Schoen, Lichnowsky und Pourtalès

Telegramm (Entwurf; nicht abgesandt). Druck: Kautsky I S. 229–230; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 111–112.

Falls Rußland Serbien in dem lokalen österreichisch-serbischen Konflikt unterstützt, kann ein europäischer Krieg entstehen, für den Rußland die Schuld trägt.

Berlin, 26. Juli 1914

453*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 204.

Österreich erstrebt keinen Territorialgewinn in Serbien. Frankreich möge in Petersburg beruhigend wirken.

Berlin, 26. Juli 1914

454*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 240.

Alle Kabinette wurden unterrichtet, daß der österreichisch-serbische Konflikt lokalisiert sei. Rußland wurde auf die Folgen hingewiesen, falls es dennoch militärische Maßnahmen ergreife.

Berlin, 27. Juli 1914

455*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 241.

Da der österreichisch-serbische Konflikt lokalisiert ist, kann Deutschland nicht vermitteln.

Berlin, 27. Juli 1914

456*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 241–242.

Ein Konferenzvorschlag Greys ist nicht bekannt. Bitte auf Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts hinwirken. Eine direkte Verständigung zwischen Wien und Petersburg ist gangbar.

Berlin, 27. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

457*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 267–268.

Grey teilt über Lichnowsky mit: Die serbische Antwort auf das österreichische Ultimatum sei ungewöhnlich entgegenkommend; gehe Österreich trotzdem militärisch vor, entstehe ein europäischer Krieg; Deutschland solle in Wien im Sinne des Friedens wirken. – Das soll geschehen.

Berlin, 27. Juli 1914

458*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky I S. 268.

Deutschland vermittelt, wie Grey es wünscht, in Wien.

Berlin, 27. Juli 1914

459*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 191–193.

Der Kanzler ergibt sich dem Fatum. Er ist tief ergriffen von der Bewegung im Volk.

Berlin, 27. Juli 1914

460*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Erlaß. Druck: Große Politik XXXVII,1 S. 135–136.

In Angola befindet sich zurzeit ein deutsch-portugiesisches Studiensyndikat, um dort die erforderlichen Unterlagen für den Bau einer Eisenbahn zu gewinnen, die mit dem Eisenbahnnetz im Norden von Deutsch-Südwestafrika verbunden werden und am Atlantik enden soll. Die dann mit der portugiesischen Regierung aufzunehmenden Verhandlungen werden kaum vor Jahresende abzuschließen sein. Wenn nun das eben geschlossene deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien jetzt schon veröffentlicht würde, würden die Bahnbauverhandlungen mit Portugal wohl scheitern. Die englische Regierung soll daher die portugiesische Regierung zum Abschluß der Verhandlungen über die Eisenbahnkonzessionen drängen.

Berlin, 27. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

461*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Kautsky II S. 5–6.

Auf Bitten Londons soll Deutschland in Wien vermittelnd wirken.

Berlin, 27. (28.) Juli 1914

462*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 1–2.

Deutschland kann Wien nicht mitteilen, daß es die serbische Antwort als genügend ansehe, da es sie noch nicht kenne. Österreich verlangt von Serbien keine Territorialabtretung.

Berlin, 28. Juli 1914

463*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm (geheim). Druck: Kautsky II S. 22.

Militärische Nachrichten über Rußland sind noch nicht bestätigt. – Rumänien.

Berlin, 28. Juli 1914

464*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 22; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 128.

Er soll sich bei Sazonov bedanken, daß Rußland die territoriale Desinteresse-Erklärung Österreichs genüge.

Berlin, 28. Juli 1914

465*. Bethmann Hollweg an die preußischen Gesandten in Deutschland

Vertraulicher Erlaß. Druck: Kautsky II S. 27–29.

Die großserbischen Bestrebungen seit der Bosnienkrise. Wien sieht die serbische Antwort auf die österreichischen Forderungen noch nicht als genügend an. Wenn Rußland die serbischen Aspirationen unterstützt, kann ein europäischer Krieg entstehen. Deutschland müßte dann Österreich unterstützen.

Berlin, 28. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

466*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Kautsky II S. 29–30.

Bitte ein Telegramm an den Zaren richten, in dem „die Schuld Rußlands in das hellste Licht“ gerückt wird (Entwurf anbei).

Berlin, 28. Juli 1914

467*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 30.

Pourtalès ist angewiesen, Sazonov das territoriale Desinteresse Österreichs an Serbien mitzuteilen. Hoffentlich bleibt Europa dann der Krieg erspart.

Berlin, 28. Juli 1914

468*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 33.

Österreich kann die unerträglich gewordenen Provokationen Serbiens nicht hinnehmen. Deutschland setzt seine Vermittlung in Petersburg fort.

Berlin, 28. Juli 1914

469*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 34; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 128.

Wir wirken unablässig auf Wien ein, sich in Petersburg in befriedigender Weise auszusprechen.

Berlin, 28. Juli 1914

470*. Bethmann Hollweg an Wangenheim

Telegramm (geheim). Druck: Kautsky II S. 36–37.

Schlägt dem Großwesir fünf Punkte für einen deutsch-türkischen Vertrag für den Kriegsfall vor.

Berlin, 28. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

471*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 38–40.

Die österreichisch-ungarische Regierung soll sich gegenüber Serbien nicht völlig intransigent verhalten. Rußland nimmt einen vorübergehenden Einmarsch in Serbien hin; falls es dann nach Räumung die österreichischen Forderungen immer noch nicht akzeptiert, hat es die europäische öffentliche Meinung gegen sich.

Berlin, 28. Juli 1914

472*. Goschen an Grey

Telegramm. Druck: British Documents XI S. 164; Grey, Twenty-Five Years S. 320–321.

Gespräch mit dem Reichskanzler: Dieser könne den englischen Vorschlag für eine Großmächtekonferenz nicht akzeptieren; Wien und Petersburg sollten direkt miteinander reden; da Rußland, wie er höre, teilweise mobilmache, sei es schwierig für ihn, in Wien Mäßigung zu predigen. Österreichs Streit mit Serbien gehe Rußland nichts an.

Berlin, 28. Juli 1914

473*. Bethmann Hollweg an Jagow

Schreiben. Druck: Kautsky II S. 58.

Wien behandelt die Kompensationsfrage mit Rom ungenügend. Eine dauernde Besetzung Serbiens bringt Österreich ins Unrecht.

Berlin, 29. Juli 1914

474*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 59.

Die französische Regierung ist darauf aufmerksam zu machen, daß französische Kriegsvorbereitungen die Proklamierung der „Kriegsgefahr“ in Deutschland zur Folge haben würden.

Berlin, 29. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

475*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 59; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 137.

Weitere russische Mobilisierungsmaßnahmen zwingen Deutschland zur Mobilmachung.

Berlin, 29. Juli 1914

476*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 79–80.

Das ungleichartige Vorgehen Wiens bei den verschiedenen Regierungen ist befremdlich (so wird gegenüber Rußland territoriales Desinteresse an Serbien erklärt, Bulgarien dagegen werden Teile Serbiens angeboten).

Berlin, 29. Juli 1914

477*. Erklärung Bethmann Hollwegs gegenüber Goschen

Aufzeichnung über eine mündliche Erklärung. Druck: Kautsky II S. 95–96.

Bei einem Krieg mit Rußland wird Deutschland gegenüber Frankreich, Holland und Belgien keine territorialen Ansprüche erheben, vorausgesetzt England bleibe neutral.

Berlin 29. Juli 1914

478*. Goschen an Grey

Telegramm (dringend, geheim). Druck: British Dcouments XI S. 171–172.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Die Mitteilung Greys, daß die serbische Antwort eine Diskussionsgrundlage darstelle, wird von Wien als überholt bezeichnet. Der Kanzler habe Wien aufgefordert, es offen auszusprechen, daß es keine territorialen Ziele gegenüber Serbien verfolge.

Berlin, 29. Juli 1914

479*. Goschen an Grey

Telegramm (dringend, geheim). Druck: British Documents XI 185–186; vgl. Grey, Twenty-Five Years S. 325–326.

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Ein russischer Angriff auf Österreich-Ungarn – so der Kanzler – werde Deutschland leider verpflichten, seinem Partner beizustehen, und mache daher einen europäischen Krieg unvermeidlich.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Er hoffe, daß England neutral bleibe; Deutschland wolle Frankreich nicht zerschmettern und ihm bei siegreichem Kriegsende keine Territorien abnehmen. Deutschland werde Hollands Neutralität achten. Hinsichtlich Belgiens könne er nicht sagen, zu welchen militärischen Operationen Deutschland gegenüber Frankreich gezwungen sein könne. Er gibt wiederholt der Hoffnung Ausdruck, daß England neutral bleibe.

Berlin, 29. Juli 1914

480*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Drei Telegramme. Druck: Kautsky II S. 116–118.

1. Übermittelt den Telegrammwechsel zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II. – 2. Ein Telegramm Lichnowskys vom 29. Juli betreffend Serbien. – 3. Rußland hat die Teilmobilisierung mitgeteilt, weil Österreich mobilisiert; das bedeute noch nicht Krieg.

Berlin, 29. Juli 1914

481*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 119; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 145.

Übermittelt den Telegrammwechsel zwischen Wilhelm II. und Nikolaus II.

Berlin, 29. Juli 1914

482*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 122; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 146–147.

Deutschland vermittelt weiter; Rußland muß aber jegliche Feindseligkeit gegen Österreich unterlassen.

Berlin, 29. Juli 1914

483*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 124–125.

Aus London wird telegraphiert: Vermittlung im österreichisch-russischen Konflikt sei weiter dringlich; würden aber Deutschland und Frankreich hineingezogen, könnte England nicht abseits stehen. – Wien soll weiterhin Vermittlung annehmen.

Berlin, 30. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

484*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 125–126.

Wien darf sich dem Meinungsaustausch mit Petersburg nicht verweigern und Deutschland nicht leichtfertig in einen Weltbrand hineinziehen.

Berlin, 30. Juli 1914

485*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 126; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 147.

Über die letzte deutsche Demarche in Wien steht noch Meldung aus.

Berlin, 30. Juli 1914

486*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit langen Marginalien des Kaisers). Druck: Kautsky II S. 128.

Mitteilung aus Petersburg: Rußland mobilisiert gegen Österreich (nicht gegen Deutschland). – Weisung nach Petersburg, daß diese Mobilisierung Konsequenzen hat.

Berlin, 29. (30.) Juli 1914

487*. Bethmann Hollweg an Reichenau

Telegramm (ganz vertraulich). Druck: Kautsky II S. 136.

Schwedische Neutralitätserklärung ist für den Fall englischen Eingreifens dringend erforderlich.

Berlin, 30. Juli 1914

488*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Marginalien des Kaisers). Druck: Kautsky II S. 137–138.

Jede Erklärung Wiens in Petersburg über Eingreifen in Serbien soll Rußlands Schuld vergrößern.

Berlin, 30. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

489*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Kautsky II S. 138–139.

Schlägt ein Telegramm an den Zaren vor: Wenn Rußland jetzt mobilisiere, werde Deutschlands Vermittlerrolle schwer gefährdet.

Berlin, 30. Juli 1914

490*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 139.

Grey soll Frankreich auffordern, Kriegsvorbereitungen sofort einzustellen; er soll ferner russischen Aufmarsch gegen Österreich verhindern.

Berlin, 30. Juli 1914

491*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 142; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 153.

Ein Telegramm des Zaren ist eingetroffen. – Der Kaiser lobt sein (Bethmann Hollwegs) Geschick.

Berlin, 30. Juli 1914

492*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 164–165.

Wien soll Greys abwiegelnde Intervention in Paris und Petersburg nicht durch Intransigenz konterkarieren. Es geht nicht an, daß Wien einen Krieg beginnt, in den Deutschland hineingezogen wird.

Berlin, 30. Juli 1914

493*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm (Entwurf; nicht abgegangen). Druck: Kautsky II S. 172.

Generalstab wünscht dringend, über militärische Entscheidungen Wiens unterrichtet zu werden.

Berlin, 30. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

494*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (mit Marginalien des Kaisers). Druck: Kautsky II S. 186–187.

Schlägt folgendes Telegramm an König Konstantin vor: Jetzt sei für Griechenland Gelegenheit, sich auf die Seite des Dreibunds zu stellen; falls das nicht geschehe, sei Griechenland den Angriffen Italiens, Bulgariens und der Türkei ausgesetzt.

Berlin, 30. (31.) Juli 1914

495*. Bethmann Hollweg an Flotow

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 180.

Deutschland vermittelt fortgesetzt; Rußland trifft weitgehende militärische Maßnahmen.

Berlin, 31. Juli 1914

496*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky II S. 184.

Übermittelt ein Telegramm des englischen Königs an Prinz Heinrich zur Verwertung bei Franz Joseph.

Berlin, 31. Juli 1914

497*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 7.

Rußland hat die Gesamtmobilmachung verfügt; Deutschland muß mit der eigenen Mobilmachung binnen zwölf Stunden folgen.

Berlin, 31. Juli 1914

498*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 9; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 165–166.

Rußland hat die Gesamtmobilmachung verfügt, der die deutsche binnen zwölf Stunden folgen muß. Dies Sazonov mitteilen.

Berlin, 31. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

499*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 10.

Rußland hat die Gesamtmobilmachung verfügt, der die deutsche binnen zwölf Stunden folgen muß. Er soll die französische Regierung fragen, ob sie neutral bleiben wolle. Falls ja, wird als Faustpfand Überlassung von Toul und Verdun gefordert.

Berlin, 31. Juli 1914

500*. Bethmann Hollweg an Flotow

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 11.

Rußland hat die Gesamtmobilmachung verfügt, der die deutsche binnen zwölf Stunden folgen muß. Frankreich ist zur Neutralität aufgefordert worden. Wir rechnen, daß Italien seine Verpflichtungen erfüllt.

Berlin, 31. Juli 1914

501*. Bethmann Hollweg an Wangenheim

Telegramm (geheim). Druck: Kautsky III S. 23.

Dem Großwesir ist mitzuteilen, daß Deutschland zu sofortiger Vertragsunterzeichnung bereit sei; Voraussetzung ist aber, daß die Türkei willens sei, eine Aktion gegen Rußland zu unternehmen.

Berlin, 31. Juli 1914

502*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 25–26.

Die vom Zar erbetene Vermittlung des deutschen Kaisers ist in Wien im Sinne der englischen Vorschläge erfolgt, aber durch die russische Gesamtmobilmachung abgeschnitten worden. Deutschland muß nach zwölf Stunden selbst mobil machen. Frankreich ist gefragt worden, ob es neutral bleibe. Dies alles ist in der englischen Presse zu verwerten.

Berlin, 31. Juli 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

503*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 37–38.

Er soll Verständnis dafür erwecken, daß auf die provozierende Erklärung der russischen Gesamtmobilmachung die deutsche Mobilmachung zum Schutz der ostdeutschen Provinzen erfolgen müsse.

Berlin, 31. Juli 1914

504*. Goschen an Grey

Telegramm. Druck: British Documents XI S. 214.

Der Kanzler teilt ihm mit, daß verschiedene russische Maßnahmen an der deutschen Grenze auf Krieg hindeuteten. Diese Nachricht erreiche ihn, während der Zar den deutschen Kaiser zur Vermittlung in Wien aufrufe. Er befürchte, daß Deutschland wahrscheinlich noch heute ernste Schritte unternehmen müsse.

Berlin, 31. Juli 1914

505*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Kautsky III S. 49.

Der Kaiser hat dem Tenor der Kriegserklärungen zugestimmt.

[Berlin] 1. August 1914

506*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 52.

Er ist ermächtigt, der französischen Regierung zur Beantwortung der Frage, ob sie neutral bleibe, die Frist um zwei Stunden zu verlängern.

Berlin, 1. August 1914

507*. Bethmann Hollweg an Wangenheim

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 54.

Falls General Liman überzeugt sei, daß die Türkei aktiv gegen Rußland vorgehen könne, ist er zum Bündnisabschluß ermächtigt.

Berlin, 1. August 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

508*. Bethmann Hollweg im Bundesrat

Protokoll (Auszug). Druck: Kautsky III S. 57–61.

Die politische Lage: Auf die Freveltat vom 28. Juni mußte Österreich-Ungarn energisch antworten. Wir stehen auf seiner Seite. Der Versuch, den Konflikt zu lokalisieren, ist wegen Rußlands Verhalten gescheitert. Auf Bitten des Zaren hat Deutschland in Wien vermittelt, auch als Rußland gegen Österreich-Ungarn mobil machte. Die Vermittlung ist durch die russische Gesamtmobilmachung gescheitert. Daraufhin hat Deutschland am 31. Juli den Zustand der drohenden Kriegsgefahr erklärt und Rußland ultimativ zur Einstellung seiner Kriegsmaßnahmen binnen zwölf Stunden aufgefordert. Die Antwort aus Petersburg und eine ähnliche in Paris erbetene sind noch nicht da. „Wir haben den Krieg nicht gewollt, er wird uns aufgezwungen."

Berlin, 1. August 1914

509*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 76–77.

Deutschland geht auf die englische Neutralitätszusage ein, falls England sich bis zum 3. August 7 Uhr für die unbedingte Neutralität Frankreichs verbürge.

Berlin, 1. August 1914

510*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Kautsky III S. 92.

Übersendet den Entwurf zu einem Telegramm an den Zaren.

Berlin, 1. August 1914

511*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 96.

Frankreich mobilisiert. Deutsche Truppen überschreiten die Grenze nicht, falls sie auch französischerseits respektiert werde.

Berlin, 1. August 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

512*. Bethmann Hollweg an Tschirschky und Flotow

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 97.

Grey schlägt Englands Neutralität vor, wenn Frankreich nicht angegriffen werde. (Laut Telegramm Bethmann Hollwegs nach Wien und Rom vom 2. August ist diese Meldung ein Mißverständnis: ebenda S. 104; auch S. 114.)

Berlin, 1. August 1914

513*. Aufzeichnung Moltkes

Druck: Moltke, Erinnerungen S. 19–20. Vgl. dazu: Müller, Tagebuch S. 38–39; Tirpitz, Politische Dokumente II S. 16–18.

Besprechung bei Wilhelm II.: Bethmann Hollweg war freudig erregt über eine von Lichnowsky erhaltene Depesche, daß sich England verpflichte, Frankreich vom Krieg abzuhalten, wenn Deutschland nicht feindselig gegen Frankreich vorgehe. Darauf wurde nach London geantwortet, daß Deutschland das englische Angebot annehme.

[Berlin] 1. August 1914

514*. Bethmann Hollweg an Pourtalès

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 110; Pourtalès, Meine letzten Verhandlungen S. 179.

Bitte Pässe verlangen und Wahrnehmung deutscher Interessen der amerikanischen Botschaft übergeben.

Berlin, 2. August 1914

515*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 111.

Russische Truppen haben die deutsche Grenze überschritten. Österreich möge seinerseits tatkräftig gegen Rußland vorgehen.

Berlin, 2. August 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

516*. Bethmann Hollweg an Flotow

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 112.

Der Kriegszustand zwischen Rußland und Deutschland bedeutet auch Frankreichs Kriegseintritt. Von Italien wird Erfüllung seiner Bündnispflichten erwartet.

Berlin, 2. August 1914

517*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Kautsky III S. 112.

Mit Rußland herrscht Kriegszustand. An Frankreich soll der Krieg noch nicht erklärt werden „in Hoffnung, daß uns Frankreich angreift".

Berlin, 2. August 1914

518*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 114.

Er soll noch nicht die Kriegserklärung überreichen.

Berlin, 2. August 1914

519*. Bethmann Hollweg an Buch

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 118.

Die Maßnahmen in Luxemburg dienen nur zur Sicherung gegen einen französischen Überfall.

Berlin, 2. August 1914

520*. Bethmann Hollweg an Waldthausen

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 121.

Bitte um Mobilisierung der rumänischen Armee und ihren Aufmarsch gegen Rußland.

Berlin, 2. August 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

521*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 157.

An verschiedenen Stellen der französischen Grenze sind militärische Übergriffe festgestellt worden. Diese Vorfälle der englischen Regierung mitteilen.

Berlin, 2. August 1914

522*. Bethmann Hollweg an Flotow

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 158.

Wegen verschiedener französischer militärischer Übergriffe soll er dem italienischen Minister mitteilen, daß der Krieg Deutschland aufgenötigt sei.

Berlin, 2. August 1914

523*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 159.

Das russische Verhalten ist trotz der feierlichen Erklärungen des Zaren so provozierend, daß zur Wahrung der nationalen Ehre darauf entsprechend reagiert werden muß.

Berlin, 2. August 1914

524*. Bethmann Hollweg an Michahelles

Telegramm (geheim). Druck: Kautsky III S. 160.

Einverstanden mit den Vorschlägen zum Bündnisvertrag mit Bulgarien; gegen die Türkei darf darin nichts festgestellt werden.

Berlin, 2. August 1914

525*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 161.

Die Weisung betreffend den Bündnisvertrag mit Bulgarien in Wien mitteilen. Wien soll ähnlich lautenden Vertrag abschließen.

Berlin, 2. August 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

526*. Aufzeichnung Tirpitz'

Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 21–22. – Anwesend: Wilhelm II., Bethmann Hollweg, Moltke, Tirpitz, Plessen.

Besprechung bei Wilhelm II.: Bethmann Hollweg dringt auf offizielle Kriegserklärung an Frankreich, um Sommation an Belgien überreichen zu können. Er wird beauftragt, England zu benachrichtigen, daß der Durchmarsch durch Belgien erzwungenermaßen stattfinden müsse.

Berlin, 2. August 1914, 10 Uhr vorm.

527*. Aufzeichnung Tirpitz'

Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 20–21. – Anwesend: Bethmann Hollweg, sämtliche Herren des AA, Moltke, Tirpitz.

Beratung über die Kriegserklärungen an Rußland und Frankreich: Bethmann Hollweg verlangt eine völkerrechtliche Begründung für die Kriegserklärung an Rußland. Moltke bestätigt, daß von russischer Seite zuerst an der Grenze geschossen worden sei. Bethmann versucht, den Durchmarsch durch Belgien abzuwenden, was Moltke aus technischen Gründen ablehnt.

[Berlin] 2. August 1914, nachm.

528*. Bethmann Hollweg an Michahelles

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 181.

Er ist zu Verhandlungen mit der bulgarischen Regierung ermächtigt.

Berlin, 3. August 1914

529*. Bethmann Hollweg an Waldthausen

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 181.

Er soll König Karl die deutsch-bulgarischen Verhandlungen mitteilen und ihn fragen, ob Rumänien bei bulgarischem Verzicht auf die Dobrudža gegen Rußland vorgehe.

Berlin, 3. August 1914

530*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm. Druck: Kautsky III S. 185–186.

An verschiedenen Stellen haben französische Truppen und Flugzeuge die deutsche Grenze mißachtet. Damit herrscht Kriegszustand mit Frankreich. Er

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

soll die Pässe fordern und die Geschäfte der amerikanischen Botschaft übergeben.

Berlin, 3. August 1914

531*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky IV S. 5.

Er soll in der Presse hervorheben, daß französische Truppen in Elsaß-Lothringen eingedrungen, während Nachrichten über deutschen Einmarsch erfunden seien.

Berlin, 3. August 1914

532*. Bethmann Hollweg an Lichnowsky

Telegramm. Druck: Kautsky IV S. 37–38.

Er soll Grey mitteilen, daß die Verletzung der belgischen Neutralität ein Gebot der Selbsterhaltung sei. Er habe seine ganze Arbeit daran gesetzt, „in Gemeinschaft mit England […] einen Zustand herbeizuführen, der den Wahnsinn der Selbstzerfleischung der europäischen Kulturnationen unmöglich machte".

Berlin, 3. August 1914

533*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Kautsky IV S. 54.

Österreich soll offen bekunden, daß wegen russischer Mobilmachung Österreich und damit auch Deutschland zum Krieg gezwungen seien.

Berlin, 4. August 1914

534*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 1. Sitzung, Bd. 306, S. 5–7; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 382–385.

„Rußland hat die Brandfackel […] gelegt. Wir stehen in einem erzwungenen Kriege mit Rußland und Frankreich."Die deutsche Regierung hat von vornherein erklärt, daß der Streit zwischen Österreich-Ungarn und Serbien beschränkt bleibt. Trotz der russischen (Teil-)Mobilmachung am 28. Juli 1914 setzte Deutschland in Wien seine Vermittlerrolle fort. Dann machte Rußland am 31. Juli seine gesamte Wehrmacht mobil. Der Deutsche Kaiser erklärte dar-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

auf am 1. August die Gesamtmobilmachung. Frankreich hat trotz gegenteiliger Versicherung an der Grenze den Frieden mehrfach gebrochen. In Notwehr sind deutsche Truppen in Luxemburg und Belgien einmarschiert. Deutschland wird dieses Unrecht wiedergutmachen. Solange England neutral bleibt, wird die deutsche Flotte die nordfranzösische Küste nicht angreifen.

Berlin, 4. August 1914

535*. Goschen an Grey

Telegramm. Druck: British Documents XI S. 347.

Unterredung mit dem Kanzler: Dieser sagt, es sei unerträglich, daß angesichts der einzigen Möglichkeit für das Deutsche Reich, sich vor der Katastrophe zu retten, England es wegen der belgischen Neutralität anfalle; England sei für die kommenden Ereignisse voll verantwortlich. Auf die Bemerkung, daß es Englands Ehre gebiete, eine Neutralität, die es garantiert habe, zu schützen, antwortet er: „Aber zu welchem Preis!“

Berlin, 4. August 1914

536*. Bethmann Hollweg an Reichenau

Telegramm. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1961) S. 335–336.

Er soll mit der schwedischen Partei in Finnland Fühlung aufnehmen, um einen Aufstand gegen Rußland hervorzurufen und den Finnen bei günstigem Kriegsausgang eine autonome Republik in Aussicht zu stellen.

Berlin, 6. August 1914

537*. Goschen an Grey

Bericht. Druck: British Documents XI S. 351–352. (Vgl. dazu Goschen, Diary S. 50–51, 298–302.)

Letzte Unterredung mit dem Kanzler: Dieser war ungemein aufgeregt und redete zwanzig Minuten über die belgische Neutralität. „Nur für einen Fetzen Papier überzieht Großbritannien ein verwandtes Volk, das nichts mehr wünschte, als mit ihm in Freundschaft zu leben, mit Krieg.“ Die ganze Politik, für die er sich seit seinem Amtsantritt eingesetzt habe, sei wie ein Kartenhaus zusammengefallen.

Berlin, 6. August 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

538*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Fischer, Griff S. 117–118.

Die Kriegsziele im Osten: Insurgierung Polens und der Ukraine; bei glücklichem Kriegsausgang Bildung von Pufferstaaten zwischen Rußland und Deutschland bzw. Österreich-Ungarn; Wiedergewinnung Bessarabiens für Rumänien.

[Berlin] 11. August 1914

539*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 195.

Bethmann Hollweg hat mit den Führern der SPD verhandelt. Ungeheurer Eindruck der Reichstagssitzung (vom 4. August).

[Berlin] 14. August 1914

540*. Bethmann Hollweg gegenüber dem norwegischen Schriftsteller Björn Björnsen

Interview. Druck: Chronik des Deutschen Krieges I S. 111–112.

Bethmann Hollweg: Deutschland stütze die Neutralität der nordischen Länder und Hollands. Rußland habe den Weltbrand entfesselt. Das Schicksal der nordischen Länder sei mit demjenigen Deutschlands verknüpft. In Deutschland stünden die Sozialdemokraten für ihr Volk ein. Die deutsche Armee habe beträchtliche Erfolge erzielt.

[o. O.] 15. August 1914

541*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 201–202.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Der Kaiser und die Militärs wollten Belgien „verschwinden machen; es zu erhalten setze er nicht mehr durch“.

Koblenz, 22. August 1914

542*. Cambon an Doumergue

Sehr vertrauliche Aufzeichnung. Druck: Documents Diplomatiques Français III/11 S. 589.

Sir E. Goschen hat am 4. August bei der Übergabe des englischen Ultimatums eine (nach den Worten Greys) „brutale“ Unterredung mit dem Reichs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kanzler gehabt. Dieser habe gesagt, daß England der Verursacher der schlimmen Ereignisse sei, die sich abgespielt hätten; daß Deutschland beim Einfall in Belgien natürlichen militärischen Notwendigkeiten habe gehorchen müssen und England, da es dies nicht verstehe, die gesamte Verantwortung dafür auf sich lade. Goschen hat geantwortet, daß England den Krieg tatsächlich für ein „Blatt Papier" („feuille de papier") unternehme – für ein Blatt Papier, das seine Unterschrift trage. Die Unterredung ist in dieser Tonart fortgeführt worden und hat gleichsam mit einem Bruch zwischen Bethmann Hollweg und Goschen geendet.

Paris, 22. August 1914

543*. Aufzeichnung Tirpitz'

Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 63–65.

Bethmann Hollweg: Beim Friedensschluß müsse die Hartnäckigkeit Englands hoch bewertet werden. Er bitte Tirpitz, den Suezkanal durch Blockschiffe zu sperren, und befürchtet, daß die Dardanellen forciert werden könnten. Er strebe die Annexion Antwerpens mit dem Küstenstreifen an.

[o. O.] 27./28. August 1914

544*. Aufzeichnung Hertlings

Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 337–338 (Anm. 4).

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser zeigte sich bezüglich des Plans, die Reichslande aufzuteilen, „nicht grundsätzlich abgeneigt"; die Frage könne aber erst nach Friedensschluß aktuell werden.

Frankfurt a. M./München, 28. August 1914

545*. Aufzeichnung Pohls

Druck: Pohl, Aufzeichnungen S. 37–38.

Beim Abendessen meint Bethmann Hollweg, die Flotte müsse bis zum Friedensschluß erhalten bleiben, wohl um zu einer Verständigung mit England zu gelangen.

Luxemburg, 30. August 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

546*. Bethmann Hollweg an Oettingen

Privatbrief. Druck: Vietsch, Bethmann Hollweg S. 325.

Er hat fünf Jahre daran gearbeitet, „daß dieser wahnwitzige Krieg vermieden werden könne“.

Luxemburg, 30. August 1914

547*. Bethmann Hollweg an die Vertretungen der amerikanischen Presse in Berlin

Mitteilung. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 397–398.

Durch die Unterbindung des deutschen Nachrichtendienstes werden falsche Nachrichten über den deutschen Einmarsch in Belgien verbreitet. Wider alles Völkerrecht sind von belgischer Seite zahlreiche Grausamkeiten an deutschen Soldaten verübt worden. Die Lügen der Gegenseite werden die gerechte Sache Deutschlands nicht verdunkeln.

Berlin, 2. September 1914

548*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief. Druck: Winzen, Loebell S. 862.

Umbesetzungen in den Oberpräsidien Hannover und Ostpreußen. Ein Generalgouvernement in Nordfrankreich? An der Marne ist ein mörderisches Ringen im Gang.

[Luxemburg], 8. September 1914

549*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

„Vorläufige Aufzeichnung über die Richtlinien unserer Politik beim Friedensschluß“. Druck: Fischer, Griff S. 117–118; Basler, Annexionspolitik S. 381–383; Zechlin, Friedensbestrebungen (1963) S. 42–44. – Die Aufzeichnung ist teils in Maschinenschrift, teils in Riezlers Handschrift und von Bethmann Hollweg paraphiert. Vgl. u. a. Jarausch, The Enigmatic Chancellor S. 194–200.

Allgemein: Frankreich darf als Großmacht nicht wiedererstehen; Rußland muß von der deutschen Grenze abgedrängt werden. – Im einzelnen: Frankreich muß Briey abtreten, eine hohe Kriegsentschädigung zahlen und einen Handelsvertrag abschließen, der es von Deutschland abhängig macht. Belgien muß Lüttich und Vervins abtreten und „zu einem Vasallenstaat herabsinken“. Ein mitteleuropäischer Wirtschaftsverband sollte gegründet werden. In Übersee ist

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ein mittelafrikanisches Kolonialreich anzustreben. Holland muß in ein enges Verhältnis zu Deutschland gebracht werden.

Luxemburg, 9. September 1914

550*. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

Schreiben (ganz geheim). Druck: Basler, Deutschlands Annexionspolitik S. 381–383; Zechlin, Friedensbestrebungen (1963) S. 41–42.

Übersendet ihm die „Aufzeichnung über die Richtlinien [. . .] beim Friedensschluß" [die vorangehende Nr.]. Die einzelnen Punkte sollen im Einvernehmen mit dem AA vorbereitend geklärt werden; die interessierten Wirtschaftskreise sollten dazu nicht herangezogen werden. Der Kaiser will die zu annektierenden Teile Belgiens und Frankreichs evakuieren und mit deutschen Militärkolonien besiedeln.

Luxemburg, 9. September 1914

551*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 5.

Wenn Deutschland das amerikanische Vermittlungsangebot annähme, würde ihm das als Schwäche ausgelegt.

Luxemburg, 12. September 1914

552*. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

Schreiben. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 197.

Nach Beendigung des Krieges ist eine innenpolitische Neuorientierung nötig.

[Luxemburg] 12. September 1914

553*. Bethmann Hollweg an das Hauptnachrichtenbureau für die nordische Presse

Mitteilung. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 398e–f.

Deutschland wird Belgien für die vom deutschen Einmarsch verursachten Schäden Ersatz leisten. Der französische Kriegsplan hat ebenfalls einen Durchmarsch durch Belgien vorgesehen. England hat mit Gewalt sein riesiges Kolonialreich gegründet. Die Freiheit der kleinen Völker hat es in den Burenrepubliken, in Ägypten und jüngst in Malaysia mit Füßen getreten.

[o. O.] 13. September 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

554*. Bethmann Hollweg an Zimmermann

Schreiben. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 201–202.

Die deutschen Schwerindustriellen außer Thyssen sehen keine Notwendigkeit, die französischen Gruben auszubeuten. Beim Friedensschluß könnte der Bezirk von Briey an Deutschland fallen.

Luxemburg, 14. September 1914

555*. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

Schreiben. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1963) S. 47. Auch: Weltherrschaft im Visier S. 91–92.

Der vorgesehene mitteleuropäische Zollverband wird sich nur durch Druck erreichen lassen. Auch bei der deutsch-österreichisch-ungarischen Zollannäherung wird das deutsche Übergewicht maßgebend sein. Bitte die möglichen Formen prüfen.

Großes Hauptquartier, 16. September 1914

556*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 216.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Das belgische Problem ist kaum lösbar.

[o. O.] 11. Oktober 1914

557*. Bethmann Hollweg an Zimmermann

Ganz geheimes Schreiben. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 205. Auch: Weltherrschaft im Visier S. 94–95.

Er soll die verschiedenen Möglichkeiten zur Lösung der belgischen Frage ausarbeiten. Belgien soll der Form nach frei, faktisch aber in militärischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit von Deutschland sein.

Großes Hauptquartier, 18. Oktober 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

558*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Militär und Innenpolitik S. 80.

Der Kriegsminister hat Leitsätze betreffend die Handhabung der Zensur in Kriegszielfragen nach Berlin gesandt.

Großes Hauptquartier, 22. Oktober 1914

559*. Bethmann Hollweg an C. Delbrück

Ganz geheimes Schreiben. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 206–207.

Für die Friedensverhandlungen soll in Berlin Material zusammengestellt werden: 1) Von Frankreich, Rußland, England und Belgien ist Entschädigung zu verlangen. 2) Hinsichtlich Frankreichs ist die Einverleibung des Erzdistrikts von Briey vorzusehen. Mit Rußland ist ein langfristiger Handelsvertrag abzuschließen. 3) Im Nahen und Fernen Osten ist zu überlegen, wie Eisenbahn- und Minenkonzessionen der anderen Mächte in deutsche Hände überführt werden können. 4) In Rußland und Frankreich sollte freie wirtschaftliche Betätigung sichergestellt werden.

Großes Hauptquartier, 22. Oktober 1914

560*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 219.

Der Kanzler ist besorgt wegen der Angriffe der Konservativen gegen ihn. Nach dem Krieg will er auf keinen Fall konservative Politik machen; ferner will er das preußische Wahlrecht reformieren, selbst wenn er deswegen gehen müßte.

[o. O.] 22. Oktober 1914

561*. Bethmann Hollweg an Loebell

Schreiben. Druck: Winzen, Loebell S. 868–870.

Der deutsch-konservative Landrat H. v. Maltzahn ist dem Kronprinzen als politischer Berater beigegeben worden. Er hat sich nun in Fragen der Volksernährung in scharfem Gegensatz zu ihm und zu Staatsminister C. Delbrück in verleumderischer Weise betätigt. Der Kaiser hat daher seine Zuteilung zum Kronprinzen aufgehoben.

[o. O.] 24. Oktober 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

562*. Bethmann Hollweg an Pohl

Schreiben. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 151–152.

Die deutsche Flotte hat die englische Stadt Yarmouth bombardiert. Das ist ihm von der Marineleitung nicht mitgeteilt worden. Er bittet dringend, ihm derlei Nachrichten von politischer Relevanz unverzüglich zukommen zu lassen.

[o. O.] 5. November 1914

563*. Bethmann Hollweg an Loebell

Schreiben. Druck: Winzen, Loebell S. 886.

Bedankt sich für die Übersendung seiner Ausführungen über den Friedensschluß. Allerdings ist nicht vorauszusehen, welchen Gang die Ereignisse nehmen werden.

Großes Hauptquartier, 14. November 1914

564*. Bethmann Hollweg an Hertling

Schreiben. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 966–968.

Der Großherzog von Oldenburg hat utopische Kriegziele hinsichtlich Belgiens, Frankreichs und Italiens geäußert, mit denen er auf den bayerischen König einwirken wolle. Bitte, diesen davon in Kenntnis zu setzen.

Großes Hauptquartier, 15. November 1914

565*. Bethmann Hollweg an Zimmermann

Privatdienstbrief. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1961) S. 284–286; Scherer/Grunewald I S. 15–19.

Falkenhayn hält es für nützlich, nach Rußland Friedensfühler auszustrecken. Von Rußland sei eine Kriegsentschädigung zu verlangen. Auch von Frankreich seien gegebenenfalls Kriegsentschädigungen zu fordern, dagegen keine Territorialabtretungen. Die belgische Frage könne nur nach der Niederwerfung Englands erörtert werden. – Aus den Kreisen der Schwerindustrie kommen dagegen weitgehende Forderungen: Nordfrankreich, das Baltikum, ganz Belgien. Gelingt es nicht, Rußland aus dem Kreis der Gegner zu sprengen, käme nur ein Erschöpfungsfrieden zustande; beide Kriegsparteien hätten dann Faustpfänder in der Hand (Belgien/Nordfrankreich contra Galizien). Selbst wenn Rußland abgesprengt werden kann, ist ein Sieg über Frankreich und England nicht sicher. Soll jetzt auf einen Separatfrieden mit Rußland

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

hingearbeitet werden? Die Anzeichen dafür sind nicht günstig. Er bittet um sein Urteil.

Großes Hauptquartier, 19. November 1914

566*. Bethmann Hollweg vor SPD-Führern

Erinnerungen Scheidemanns. Druck: Scheidemann, Memoiren I S. 318–320.

Bethmann Hollweg in einer Besprechung mit Scheidemann, Haase und Molkenbuhr: Deutschlands Feinde seien unterschätzt worden; besonders überraschend sei die Leistung der Engländer. Werde die SPD im Reichstag für die Kriegskredite stimmen? Das sei noch nicht entschieden. Bethmann habe gebeten, jetzt ja nicht von Frieden zu reden; das werde zum Schaden Deutschlands gedeutet werden.

[o. O.] 21. November 1914

567*. Bethmann Hollweg an Berchtold

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 23–24.

Oberst House, der Vertraute Präsident Wilsons, hat privatim bei Unterstaatssekretär Zimmermann amerikanische Vermittlung angeboten. Sie sollte abgelehnt werden; die Antwort darauf müßte aber in schmeichelhafter Form abgefaßt werden. Er übersendet einen Vorschlag.

Großes Hauptquartier, 23. November 1914

568*. Bethmann Hollweg an AA

Erlaß. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1961) S. 286; Scherer/Grunewald I S. 25.

Der dänische König hat seinen Staatsrat Andersen mit einer privaten Vermittlung an Wilhelm II. beauftragt. Anders als es General Falkenhayn wünscht, sollte das Anerbieten auch Österreich mitgeteilt werden, aber zunächst nur in einem Privatbrief Wilhelms II. an Franz Joseph. – Falkenhayn wünscht Separatverständigung mit Rußland.

Großes Hauptquartier, 25. November 1914

569*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 230–231.

Bethmann Hollweg sieht schwarz im Krieg gegen Rußland, da Falkenhayn sich dazu pessimistisch äußere; er hat Kenntnis von einem Friedensfühler

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nach Rußland seitens des dänischen Staatsrates Andersen. Der Kanzler ist aufgebracht über „die Lügenmanier der Tirpitz und Falkenhayn“.

[o. O.] 26. November 1914

570*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1961) S. 285–286; Scherer/Grunewald I S. 29–30.

Der König von Dänemark fragt an, ob er beim englischen König und beim Zaren aus eigener Initiative Friedensvermittlung anbieten könne. Wien soll darüber informiert werden. Der Sache ist wohl kein wirklich ernster Charakter beizulegen.

Großes Hauptquartier, 27. November 1914

571*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 231–232.

Die dänische Friedensvermittlung will der Kanzler pro forma annehmen. Die Friedenswünsche Falkenhayns sollen auf einem Kronrat behandelt werden.

Berlin, 29. November 1914

572*. Bethmann Hollweg an Bülow

Privatdienstbrief. Druck: Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 194–195.

Bietet ihm den Botschafterposten in Rom an, da Flotow aus Gesundheitsrücksichten dort aufgeben müsse. – Falls in Rom eine allgemeine Friedenskonferenz ventiliert werden sollte, muß der Gedanke abgelehnt werden.

[o. O.] 30. November 1914

573*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 124.

Ballin sagt, Bethmann „gleiche einem gekränkten Schulmeister und komme nicht davon ab, daß England ihm Unrecht getan, ihn verraten habe. Er habe doch immer die Versöhnung gewollt.“

[Berlin] 1. Dezember 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

574*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 3. Sitzung, Bd. 306, S. 17–20; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 433–438.

Dem Deutschland aufgedrungenen Kampf hat sich als Bundesgenosse das Osmanische Reich angeschlossen. Deutschland muß den Verteidigungskrieg bis zum guten Ende führen. Die äußere Verantwortung für diesen Krieg trägt Rußland, die innere aber die englische Regierung, da sie sich auf die Seite Rußlands geschlagen hat. Der Schutz der belgischen Neutralität war für England nur ein Vorwand. Es wollte einfach zusammen mit zwei großen Militärmächten Deutschland niederringen. Der englische Anspruch auf unbestrittene Seeherrschaft hat einen friedlichen Ausgleich mit Deutschland unmöglich gemacht. England hat in den letzten Jahren insgeheim seine Beziehungen zu Rußland und Frankreich immer enger gestaltet. Aber Deutschland läßt sich nicht vernichten.

Berlin, 2. Dezember 1914

575*. Aufzeichnung Hertlings

Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 359–360 (vgl. auch ebenda S. 358–359).

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Er steht der Aufteilung der Reichslande zwischen Bayern und Preußen günstig gegenüber. Eine Annexion Belgiens sei nicht wünschenswert; er denkt an eine Zollunion, Übernahme der belgischen Eisenbahnen und die Verwaltung des Hafens von Antwerpen durch das Reich. Bayern könne sich an den künftigen Friedensverhandlungen beteiligen. Gegenüber Frankreich sprach er von einer Grenzregulierung und dem Erwerb von Briey; auch gegenüber Rußland denkt er an eine Grenzregulierung. Über die diplomatischen Beziehungen Deutschlands zum Hl. Stuhl zeigt er sich abgeneigt.

Berlin, 3. Dezember 1914

576*. Aufzeichnung Vitzthums von Eckstädt

Aufzeichung des sächsischen Gesandten in Berlin. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 212–214.

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Der Kanzler wisse noch nicht, wie man die belgische Frage regeln solle. Auf jeden Fall müsse man Belgien wirtschaftlich an Deutschland binden und es militärisch schwächen. Die Annexion der Nordseeküste bis Boulogne, wie sie die Marine und die Alldeutschen wünschten, sei nicht zu verwirklichen. Polen solle man, von Grenzberichtigungen ab-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gesehen, Österreich überlassen. In Afrika müsse Deutschland ein großes Kolonialreich besitzen. Luxemburg sollte annektiert werden. Hinsichtlich Elsaß-Lothringens komme eine Aufteilung zwischen Preußen und Bayern in Betracht. Hinsichtlich der militärischen Lage habe sich der Grabenkrieg im Westen festgefressen; im Osten könne die Entscheidung abgewartet werden.

Berlin, 3. Dezember 1914

577*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 232.

Der Kanzler sei sich im klaren, daß Falkenhayn gehen müsse. H. von Beseler sei ein möglicher Nachfolger.

Berlin, 5. Dezember 1914

578*. Bollati an Sonnino

Telegramm. Druck: Documenti Diplomatici Italiani V/2 S. 289–290.

Unterredung mit Bethmann Hollweg aus Anlaß der Ernennung Bülows zum Botschafter in Rom: Der Kanzler sagt zu, daß Deutschland die italienischen Interessen bei der Friedensregelung am Schluß des Krieges berücksichtigen werde; Italien könne im Mittelmeer durch Gebiets- und Einflußzuwachs die beherrschende Macht werden. In der Julikrise habe Deutschland den Krieg nicht gewollt; Rußland und England trügen dafür die Verantwortung. Jetzt müsse Deutschland den Krieg mit Entschlossenheit führen, da die Feinde keinerlei Friedensgeneigtheit zeigten.

Berlin, 7. Dezember 1914

579*. Aufzeichnung Stresemanns

Druck: Weltherrschaft im Visier S. 99–101.

Audienz bei Bethmann Hollweg: Nach Aufzählung der Kriesgziele durch den Vorsitzenden des Kriesgsausschusses der deutschen Industrie, Max Roetgers, führt der Kanzler aus, daß es „heute außerordentlich schwer wäre", zu den Kriegszielen Stellung zu nehmen. Die militärische Kraft Frankreichs und Englands sei noch ungebrochen; man sei vom Frieden noch weit entfernt; daher sei es verfrüht, sich programmatisch festzulegen. Eine mitteleuropäische Zollunion sei durchaus erstrebenswert. „Frankreich tue ihm geradezu leid." Er wünsche, „es nach Möglichkeit zu schonen. [. . .] Am liebsten möchte er überhaupt keinen Quadratmeter fremdsprachigen Gebietes haben." Auch über Belgien müsse noch eingehender gesprochen werden. Die Frage der Kriegsentschädigung sei auch noch nicht reif. Seine drei Ziele seien: 1. „die Koalition

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der drei Großmächte für die Zukunft unmöglich zu machen“; 2. einen Frieden zu schließen, der mindestens 50 Jahre Ruhe gebe; 3. endlich die jahrhundertealten Streitigkeiten mit Frankreich zu begraben.

[o. O.] 8. Dezember 1914

580*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 132.

Die Ernennung Falkenhayns zum Generalstabschef ist wohl hinter Bethmanns Rücken durchgesetzt. Er hätte mit der Faust auf den Tisch schlagen müssen, nehme aber alles hin, um seine Stellung zu erhalten.

[Berlin] 10. Dezember 1914

581*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 134–135.

Unterredung mit Bülow. Wenn Bethmann ein Mann mit diplomatischer Erfahrung gewesen wäre, wäre es nie zum Krieg gekommen. Das Wort vom „Fetzen Papier“ würde Deutschland nie wieder loswerden. „Es war, wie wenn zwei Züge auf einander losfahren. Niemand hat verstanden, sie auf zu halten.“

[Berlin] 11. Dezember 1914

582*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 233.

Hindenburg äußerte sich gegenüber Bethmann Hollweg, er solle ein von Rußland ausgehendes Friedensangebot annehmen. Der Kanzler will auf Entlassung Falkenhayns hinarbeiten.

[o. O.] 12. Dezember 1914

583*. Bethmann Hollweg gegenüber einem Korrespondenten der „New York Times“

Interview. Druck: Chronik des Deutschen Krieges II S. 458–459.

Der Reichskanzler bedauert, daß wegen der englischen und französischen Kontrolle über das Unterseekabel die deutschen Ansichten in Amerika nicht genügend zum Ausdruck kämen. Er verweist auf seine Rede im Reichstag über die belgische Neutralität. Trotz der englischen Konterbandeverfügung habe

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Deutschland genug Rohstoffe; die englische Regierung habe Rußland zum Krieg ermuntert.

[o. O.] 14. Dezember 1914

584*. Bethmann Hollweg an Bissing

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 35–36.

In Belgien soll er neben der Fühlungnahme mit den geistigen und religiösen Führern der Flamenbewegung die flämische Sprache fördern und die Universität Gent in eine flämische Anstalt umwandeln.

Großes Hauptquartier, 16. Dezember 1914

585*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 76.

Der Kanzler ist pessimistisch und voll Zorn über ein Interview Tirpitz' mit dem amerikanischen Journalisten Wiegand über den deutschen Ubootkrieg. (Vgl. auch Tirpitz, Politische Dokumente II S. 621–627; Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 120–122).

Charleville, 23. Dezember 1914

586*. Bethmann Hollweg an die deutschen Vertretungen im Ausland

Runderlaß. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 55 (1914) S. 445f–h.

Zur Richtigstellung der Behauptungen des französischen Ministerpräsidenten, Deutschland habe dem englischen Konferenzvorschlag vom 31. Juli nicht zugestimmt: Deutschland hat von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß der österreichisch-serbische Konflikt eine lokale Angelegenheit sei und nicht vor das Tribunal der Großmächte gehöre. Damit hat sich Rußland nicht abgefunden. Deutschland hat dann vorgeschlagen, daß Rußland und Österreich-Ungarn direkt verhandeln sollten. Daraufhin hat England auf seinen Konferenzvorschlag verzichtet; es hat als erste Macht Mobilisierungsmaßnahmen (für seine Flotte) angeordnet und in Petersburg wissen lassen, es werde sich an einem Krieg beteiligen. Daraufhin mobilisierte Rußland. Diese Maßnahmen waren es, die zum Krieg führten.

[o. O.] 24. Dezember 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

587*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 236.

Gespräch mit dem Kanzler: Was solle nach dem Krieg werden? Dann müsse doch eine neue Zeit kommen „ohne die alte dumpfe Atmosphäre“. – „Schwer und beladen wie immer, seltsamer Mann.“

Charleville, 24. Dezember 1914

588*. Bethmann Hollweg an Ballin

Privatdienstbrief. Druck: Scherer/Grunewald I S. 37.

Vom Staatsrat Andersen kommt keine Mitteilung über die Friedenssondierung in Petersburg. Kann er – Ballin – mit Graf Witte Verbindung aufnehmen?

Großes Hauptquartier, 25. Dezember 1914

589*. Bethmann Hollweg an Claß

Schreiben. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 216.

Es ist verfrüht, eine Diskussion über die deutschen Kriegsziele zu beginnen.

[o. O.] 27. Dezember 1914

590*. Bethmann Hollweg an Tirpitz

Schreiben. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 292–295.

Die beabsichtigte Uboot-Blockade träfe nicht nur England, sondern auch die Neutralen; deren Unwille würde sich verstärkt gegen Deutschland richten. Zudem würde Amerikas Handel getroffen werden. Das schwankende Italien und auch Rumänien könnten in den Krieg gezogen werden. Die Zufahrtswege nach Holland und Norwegen würden geschlossen werden. Die Uboot-Blockade könnte erst eingesetzt werden, wenn die militärische Lage auf dem Kontinent gesicherter sei.

Großes Hauptquartier, 27. Dezember 1914

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

591*. Bethmann Hollweg an Ballin

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 40–41.

Brockdorff-Rantzau in Kopenhagen meint, daß König Christian sich noch nicht wegen eines Friedensfühlers an den Zaren gewandt habe. Ballin möge Andersen aber um eine Mitteilung über dessen Aktion ersuchen.

Großes Hauptquartier, 31. Dezember 1914

592*. Bethmann Hollweg an Claß

Schreiben (nicht abgegangen). Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 215–216.

Bedankt sich für die Übersendung der Denkschrift über die Kriegsziele. Deren Erreichbarkeit hängt von den militärischen Erfolgen und vom geschlossenen Verhalten der Deutschen gegenüber den Feinden und den Neutralen ab. Er bittet, in diesem Sinne von öffentlichen Kundgebungen abzusehen.

[o. O.] [Ende Dezember 1914]

593*. Bethmann Hollweg an Wahnschaffe

Privatdienstbrief. Druck: Hammann, Bilder S. 75.

Sohn Friedrich hat als Soldat den schönsten Tod gefunden. „So toternst ich bin, so lebensfroh bleibe ich für mein Volk.“

[o. O., Anfang Januar 1915]

594*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief. Druck: Winzen, Loebell S. 884–885.

Klage über den Tod des Sohnes. – Die großen Kriegsziele, die sich das Volk vorstellt, sind ein Traum, „nicht einmal ein schöner“. Die siegreiche Abwehr der feindlichen Koalition wäre schon ein großer Erfolg. „Hierauf das Volk zur rechten Zeit vorzubereiten wird schwer sein.“

Großes Hauptquartier, 2. Januar 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

595*. Wild von Hohenborn an seine Frau

Privatbrief. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 49–50.

Bethmann Hollweg geht gegen die Ämterhäufung Falkenhayns vor, da er in ihm seinen Nachfolger fürchtet.

Mézières, 4. Januar 1915

596*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1963) S. 48.

Bitte ganz geheim nach Rom telegraphieren: Die Annexion des Trentino ist am besten zu erreichen, wenn Italien auf deutscher Seite in den Krieg einträte und damit Frankreich bedrohte. Frankreich soll nicht zertrümmert werden; allein seine Absprengung aus der Entente würde die slawische Gefahr bannen und England schwächen. Dadurch würde Italiens Mittelmeerstellung erstarken.

Großes Hauptquartier, 5. Januar 1915

597*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 45.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß der Friedensfühler über Andersen von Deutschland ausgehe. Die Absprengung Rußlands von der Koalition ist sehr erwünscht.

Großes Hauptquartier, 6. Januar 1915

598*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Aufzeichnung für Wahnschaffe. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1963) S. 49–50.

Er hat dem Kaiser die Bedenken wegen der Ämterkumulation Falkenhayns vorgetragen. Der Kaiser verteidigt Falkenhayn und will auf keinen Fall Ludendorff als Nachfolger haben. – Wild von Hohenborn als neuer Kriegsminister wäre von Falkenhayn abhängig. – Falkenhayn ist kein großer Mann, aber seine Absetzung ist nicht zu erzwingen.

[o. O.] 7. Januar 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

599*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 79.

Krise zwischen Bethmann Hollweg und Falkenhayn wegen dessen Doppelamtes (des Kriegsministers und des Generalstabschefs).

Charleville, 8. Januar 1915

600*. Bethmann Hollweg an Lyncker

Schreiben. Druck: Zechlin, Friedensbestrebungen (1963) S. 52.

Hindenburg verlangt vom Kaiser Falkenhayns Entlassung, andernfalls bittet er um seine Entlassung. Für eine Entlassung Hindenburgs kann er – Bethmann Hollweg – die Verantwortung nicht tragen.

[o. O.] 14. Januar 1915

601*. Bethmann Hollweg gegenüber einem Vertreter der „Associated Press“

Interview. Druck: Chronik des Deutschen Krieges III S. 26–28.

Bethmann Hollweg: Er sei dankbar für die amerikanische Hilfsaktion zugunsten Belgiens; die deutschen Soldaten empfänden keinen Haß gegenüber den Franzosen; er habe sich in den ersten fünf Jahren seiner Kanzlerschaft um ein gutes Einvernehmen mit England bemüht.

Berlin, 21. Januar 1915

602*. Bethmann Hollweg gegenüber einem Vertreter der „Associated Press“

Interview. Druck: Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 53.

Der Reichskanzler über seinen Ausdruck „Stück Papier“, den er in bezug auf die belgische Neutralität in seinem letzten Gespräch mit dem englischen Botschafter in Berlin gebraucht habe: Er habe am 4. August im Reichstag erklärt, daß der Einmarsch in Belgien aus „harter Notwendigkeit“ erfolgt sei, Belgien dafür aber Entschädigung bekommen werde. England sei in den Krieg aus Selbstinteresse eingetreten, für die belgische Neutralität hätte es nie das Schwert gezogen; der Vertrag über die Neutralität Belgiens sei für England nicht mehr als „ein Stück Papier“ gewesen. Das sei mit dem Ausdruck gemeint gewesen.

[o. O.] 27. Januar 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

603*. Aufzeichnung Tirpitz’

Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 300–303.

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Dieser erbittet Tirpitz’ Ansicht über die Ubootblockade. Er selbst würde sich an die völkerrechtlichen Bedenken nicht kehren, wenn er die Zusicherung erhielte, daß sie effektiv sei. Man müsse aber Rücksicht auf die Neutralen, besonders die USA und Italien, nehmen.

[Großes Hauptquartier] 27. Januar 1915

604*. Bethmann Hollweg an Claß

Schreiben. Druck: Claß, Wider den Strom S. 386 (vgl. auch ebenda S. 388–389). – Vgl. dazu: Militär und Innenpolitik S. 214–216.

Da seine (annexionistische) Denkschrift durch Versendung einem größeren Personenkreis zugänglich gemacht worden ist, kann er sich bei den Kommandobehörden für die Rücknahme des Verbreitungsverbots nicht einsetzen.

[Berlin] 6. Februar 1915

605*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 398–400 (vgl. auch ebenda S. 404–405).

Bethmann Hollweg hatte schon im Dezember 1914 geäußert, er wolle dem Kaiser vorstellen, daß Falkenhayn die beiden Ämter des Kriegsministers und des Generalstabschefs nicht behalten dürfe. Jetzt sprach er sich darüber zurückhaltender aus; wenn aber Hindenberg erst einmal im Osten einen vollen Erfolg erreicht habe, „werde wohl der Kaiser Hindenburg und Ludendorff nach dem Westen senden“.

Berlin, 7. Februar 1915

606*. Bethmann Hollweg im Gespräch mit dem Korrespondenten der „Aftenposten“

Interview. Druck: Schulthess’ Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 80; Chronik des Deutschen Krieges III S. 222–223 (dort der 6. Februar als Datum).

England führt gegen Deutschland einen Aushungerungskrieg. Churchill hat einem Korrespondenten des „Matin“ gesagt, Deutschland müsse auf Gnade und Ungnade geknebelt werden. Darauf die Antwort: Deutschland kann die Versorgung durch sein Organisationstalent sichern; Churchill kann ein Volk von 70 Millionen nicht auf barbarische Art aushungern.

[o. O.] 9. Februar 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

607*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 154–164.

Bei Bethmann Hollweg (Aufzeichnung in direkter Rede): Über die Greueltaten – ob deutsche, französische, russische – sollte in der Öffentlichkeit nicht berichtet werden. Die Stimmung gleich nach Ausbruch des Krieges war „eine Hybris – als müßten wir nun die ganze Welt erobern, als gebe es nur noch uns". Am Krieg hat auch Deutschland seinen Teil Schuld; Grey hat den Krieg nicht gewollt, er ist in ihn „hineingeschliddert". In Deutschland haben die Alldeutschen große Schuld; „ein schreierischer, überforscher […] Geist war durch diese Alldeutschen in unser Volk getragen worden." Es wäre furchtbar, wenn nach dem Krieg „diese Renommisterei" weiter herrschen würde. Die deutschen Professoren haben ganz versagt, die Großindustriellen sind fürchterlich, „die möchten ja auch die halbe Welt". Nach dem Krieg müßte die innere Politik Deutschlands auf eine neue Basis gestellt werden. „Wir müssen aus der Lüge heraus." Die Konservativen und die Nationalliberalen gehören zum alten Eisen. Am meisten Talent ist bei den Sozialdemokraten; allerdings ist mit Haase nichts anzufangen. Derzeit sind Friedensfühler mit Rußland illusorisch. Bei den Kriegszielen muß man am Erzgebiet von Briey festhalten. Das wichtigste ist, „daß die irrsinnigen übertriebenen Erwartungen zurückgesteckt werden".

[Berlin] 9. Februar 1915

608*. Bethmann Hollweg an Loebell

Schreiben. Druck: Winzen, Loebell S. 891.

Derzeit wird der Kaiser zur Frage der Wahlrechtsreform nicht Stellung nehmen wollen. Loebell soll aber, ohne Fühlungnahme mit den Parteien, die Vorarbeiten dazu vorantreiben.

Berlin, 12. Februar 1915

609*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck; Riezler, Tagebücher S. 248–250.

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Er sinniert über das zukünftige Deutschland; fragt, ob Falkenhayn als Generalstabschef das größere Übel sei oder als Reichskanzler. – Riezler über Bethmann: „Als politischer Kopf ersten Ranges, als Temperament beinahe unmöglich: Seltsames Gemisch." – Bülow und Falkenhayn. – Tirpitz.

Berlin, 17. Februar 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

610*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 168–169.

Ballin sagt, daß der Kaiser nicht daran denke, sich von Bethmann zu trennen. Er berichtet, daß Bethmann in der Kommissionssitzung des Abgeordnetenhauses, wo die Konservativen ihn wegen der Kriegszielerörterung zu Fall bringen wollten, aufgetrumpft habe.

[Berlin] 19. Februar 1915

611*. Bethmann Hollweg an Wild von Hohenborn

Schreiben. Druck: Militär und Innenpolitik S. 228–230.

Das Generalkommando des XVIII. Armeekorps hat zu Recht die Denkschrift des Rechtsanwalts Claß über die deutschen Kriegsziele beschlagnahmt.

[o. O.] 26. Februar 1915

612*. Bethmann Hollweg an Kahl

Schreiben. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 102.

Der Reichskanzler begrüßt die Gründung der „Freien Vaterländischen Vereinigung". Alle Schichten des Volkes haben in der Stunde der Not gelernt, einander zu verstehen. Möge nach dem Krieg, wenn der Parteienstreit wieder anhebt, dieser Geist des Verständnisses fortleben.

[o. O.] 28. Februar 1915

613*. Immediatvortrag bei Wilhelm II.

Aufzeichnung Tirpitz'. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 322–323, 324.

Der Reichskanzler verliest die amerikanische Note vom 22. Februar (ebenda S. 319–320 betr. Minenlegungen, Angriffe von Ubooten auf Handelsschiffe, heimliche Verwendung von neutralen Handelsschiffen) und weist darauf hin, daß man sie nicht einfach ablehnen dürfe. Die Verwendung deutscher beschlagnahmter Schiffe unter neutraler Flagge sei völkerrechtswidrig; er beabsichtige nicht, die Anwortnote zu veröffentlichen.

Berlin, Schloß Bellevue, 28. Februar 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

614*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 253–255.

Bethmann Hollweg schmeichelt den Sozialdemokraten. Hindenburg erklärt dem Kanzler, er wolle den Frieden, da ein Vordrücken der Front von Memel bis zur Bukowina nicht möglich sei. Der Kanzler drängt Burian, Österreich solle sich wegen der Kompensation an Italien schnell entscheiden.

Berlin, 4. März 1915

615*. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau

Geheimes Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 68–69.

Die Stimmung in Petersburg soll pessimistisch sein. Der Zar soll zum Frieden geneigt sein, fürchte aber schwere deutsche Bedingungen. Bitte Außenminister Scavenius andeuten, daß Deutschland nur geringe Forderungen stellen werde, keinesfalls die Abtretung Warschaus.

Berlin, 6. März 1915

616*. Tagebuch Kesslers

Tagebucheintragung. Druck: Kessler, Tagebuch V S. 251–252.

Gespräch mit Bethmann Hollweg: Dieser wolle Falkenhayn schreiben, um ihn vor dem Fall von Przemyśl zu warnen. – „Erschreckend die Zusammenstellung Bethmann, Jagow, Falkenhayn, ein Kranker, ein Esel und ein Abenteurer als Schirmer des Reiches.“

Berlin, 10. März 1915

617*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief. Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 226–227.

In Rußland herrschen Kriegsmüdigkeit, in Frankreich Zuversicht. Die deutschen Heeresberichte sollten wahrheitsgemäß redigiert werden. In Österreich ist Hindenburg populär; dieser beurteilt die Lage im Osten ohne Illusionen.

Berlin, 12. März 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

618*. Bethmann Hollweg an Treutler

Privatdienstbrief (ganz vertraulich). Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 225–226.

Laut Hindenburg geht es an der Ostfront nicht voran. In Frankreich herrscht Siegeszuversicht. Dort könnte die deutsche Front langsam zurückgedrängt werden. Jeden Monat dürfte sich die Lage Deutschlands verschlechtern.

Berlin, 14. März 1915

619*. Bethmann Hollweg an Bülow

Privatdienstbrief. Druck: Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 231–232.

Die italienischen Forderungen an Österreich-Ungarn sind unannehmbar. Immerhin hat es in der Trentino-Frage nachgegeben. Die Kritik des Militärattachés von Schweinitz in der Sache ist peinlich und unzulässig.

[o. O.] 16. März 1915

620*. Bollati an Sonnino

Telegramm. Druck: Documenti Diplomatici Italiani V/3 S. 101–102.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser erklärt, daß die deutsche Regierung alles in ihrer Macht Stehende getan habe, um die italienischen Wünsche zu erfüllen; ein österreichich-ungarisch-italienischer Vertrag würde mit deutscher Garantie abgeschlossen werden können; die Wiener Regierung könne aber nicht sofort Territorien abgeben, die nicht unter Artikel VII des Dreibundvertrages fielen; er hoffe, daß sich Italien nicht in einen Kampf um Leben und Tod einlasse, der nur in einer Katastrophe enden könne.

Berlin, 17. März 1915

621*. Bethmann Hollweg an Treutler

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 77.

Der Zar hat sich durch die Vermittlung des dänischen Königs zu Friedensanbahnungen bereit erklärt. In der morgen abzugebenden Antwort wird darauf verwiesen, daß es nicht an Deutschland ist, Friedensangebote zu machen. Deutschland braucht einen die Zukunft sichernden Frieden.

Berlin, 18. März 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

622*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 84.

Oberst House hat im Gespräch geäußert, daß der Krieg mit dem Prinzp der Freiheit der Meere enden müsse. Er reist über mehrere Länder nach London. Danach werde er seinem Präsidenten berichten.

Berlin, 28. März 1915

623*. Bethmann Hollweg vor SPD-Führern

Aufzeichnung Scheidemanns. Druck: Scheidemann, Memoiren I S. 350–351.

Bethmann Hollweg in einer Besprechung mit Scheidemann und Haase: Über Frieden dürfe nicht geredet werden, sonst würden die zarten Friedenskeime zertreten werden. Die Kriegsziele der Alldeutschen seien Unsinn. Hinsichtlich Belgiens seien nur gewisse wirtschaftliche und militärische Abmachungen realistisch. – Scheidemann: „Dabei stand für mich und meine engeren Freunde fest, daß Bethmann Hollweg wirklich überzeugt war, das Menschenmögliche getan zu haben, den Krieg zu verhüten, daß er auch ehrlich bestrebt war, ihn schnellstens zu beenden."

[o. O., März 1915]

624*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 971.

Begrüßt seine Anregung, den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einzuberufen, und schlägt dafür den 7. April als Termin vor.

Berlin, 1. April 1915

625*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 420–423.

Im Gespräch mit Bethmann Hollweg am 1. April: Der Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten könne demnächst einberufen werden. Die Reise des Großherzogs von Oldenburg in München. Die Lage auf beiden Kriegsschauplätzen sei gesichert. Falkenhayn habe jegliches Vertrauen verloren. Aber einen Ersatz gebe es nicht, da Hindenburg im Osten unentbehrlich sei. Zudem halte der Kaiser an Falkenhayn fest und fehle es dem Kanzler an Entschlußkraft.

Berlin, 3. April 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

626*. Bollati an Sonnino

Telegramm. Druck: Documenti Diplomatici Italiani V/3 S. 222–223 (vgl. auch ebenda S. 226–227).

Jagow und Bethmann Hollweg über den Stand der Verhandlungen zwischen Österreich-Ungarn und Italien: Das abzutretende Gebiet in Südtirol müsse erweitert werden; was Triest anbelange, das Österreich-Ungarn nicht hergeben wolle, müsse Italien präzisieren, welchen anderen Adria-Hafen es haben möchte; was die Absicht auf Albanien anbelange, so sei das eine ganz neue Forderung.

Berlin, 4. April 1915

627*. Bethmann Hollweg an Treutler

Privatdienstbrief (ganz vertraulich). Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 227–229.

Unerfreuliche Zustände im Innern. Am Stuhl Falkenhayns wird von allen Seiten gesägt. Doch der General ist sich seiner Stellung sicher. Die Intrigen zugunsten Tirpitz' dauern fort.

Berlin, 4. April 1915

628*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Rede. Bericht (Auszug) K. v. Weizsäckers. Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 279–282.

Der Kanzler erläutert zunächst die militärische, danach die politische Lage: In Frankreich herrsche keine Friedensneigung; in Rußland gebe es keine Anzeichen für eine revolutionäre Krise; einer Verständigung mit England stehe Belgien im Wege. Italien sei das Schmerzenskind des Dreibundes; in den USA fehle es an starken Männern. Als Kriegsziele nannte der Kanzler „eine verstärkte strategische Sicherung, Kriegsentschädigung und ein Kolonialreich in Afrika".

[Berlin] 7. April 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

629*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 93.

Andersen hat nichts Positives aus Rußland mitzuteilen. Er will nach London reisen. Ihm ist eingeschärft worden, daß jegliches Friedensangebot von den Gegnern ausgehen müsse.

[Berlin] 9. April 1915

630*. Bethmann Hollweg an Westarp

Schreiben. Druck: Westarp, Konservative Politik II S. 48–49.

Die Annexionsbestrebungen des nationalliberalen Abgeordneten Hirsch sind indiskutabel: Nordfrankreich, die Linie Verdun – Belfort, die Linie Czenstochau – Peipussee. – Belgien muß in militärische und wirtschaftliche Abhängigkeit Deutschlands kommen, damit es in Zukunft nicht von England und Frankreich gegen Deutschland eingesetzt werden kann.

[o. O.] 24. April 1915

631*. Aufzeichnung Hutten-Czapskis

Druck: Hutten-Czapski, Sechzig Jahre Politik II S. 196–197.

Bethmann Hollweg über Italien: Wenn Italien neutral bleibe, gewinne es große Gebietsteile; es könne freie Hand in Albanien, Tunis, Korsika und Malta haben. Trete es in den Krieg ein, riskiere es die dauernde Feindschaft Deutschlands; auf dem italienischen Kriegstheater könnten auch deutsche Soldaten erscheinen. Österreich-Ungarn könne Triest nicht abgeben, weil es dann ohne Hafen sein würde.

[Berlin] 24. April 1915

632*. Bethmann Hollweg an Pohl

Schreiben (Auszug). Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 333.

Er untersagt weitere Ubootangriffe auf neutrale Schiffe.

[o. O.] 6. Mai 1915

633*. Bethmann Hollweg an Claß

Schreiben. Druck: Claß, Wider den Strom S. 407–408.

Auf die Kriegsziele des Alldeutschen Verbands kann sachlich nicht eingegangen werden. Der Verband hat durch seinen Mangel an politischer Einsicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Regierungsgeschäfte schon vor dem Krieg erschwert. Jetzt wird vom Verband dieser Mangel gar ins Groteske gesteigert; er droht sogar mit Hinweisen auf Revolution. Damit versucht eine Minderheit, „die von der Krone berufenen Leiter der Reichsgeschäfte ihrem Willen zu unterwerfen“.

Berlin, 13. Mai 1915

634*. Aufzeichnung Westarps

Druck: Westarp, Konservative Politik II S. 51–52.

Unterredung Bethmann Hollwegs mit Parteiführern. Bethmann Hollweg: Belgien müsse Vasallenstaat Deutschlands werden. Es war nicht klar, ob er an Annexion oder an eine Art Bundesverhältnis dachte. Wirtschaftlich, so Bethmann, solle Belgien durch eine Zollunion mit Deutschland verbunden werden. Longwy-Briey solle Deutschland behalten, die Vogesengrenze verbessert werden. Im Osten müßten die militärischen Rücksichten maßgebend sein vor wirtschaftlichen Erwägungen.

[o. O., 13. Mai 1915]

635*. Notiz Bethmann Hollwegs für Zimmermann

Druck: Scherer/Grunewald I S. 103.

Es sollte mit Japan bald Frieden geschlossen und ihm Kiautschou abgetreten werden.

[o. O.] 14. Mai 1915

636*. Bethmann Hollweg vor Parteiführern

Erinnerungen Scheidemanns. Druck: Scheidemann, Memoiren I S. 344–345.

Bethmann Hollweg: In Italien habe die Kriegspartei Oberwasser; wegen der hochsensiblen Situation könne er nicht, wie geplant, am 18. Mai im Reichstag sprechen. Selbst wenn Italien in den Krieg eintrete, sei der Krieg für Deutschland nicht verloren.

[Berlin] 14. Mai 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

637*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 10. Sitzung, Bd. 306, S. 138; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 183–184.

Österreich-Ungarn hat angesichts der Spannungen mit Italien diesem eine Reihe von Konzessionen angeboten, darunter: italienischsprachige Teile von Tirol und des Isonzo-Gebiets, italienische Souveränität über Valona und Desinteresse an Albanien. Deutschland garantiert Rom die Ausführung dieser Konzessionen.

Berlin, 18. Mai 1915

638*. Falkenhayn an Bethmann Hollweg

Telegramm. Druck: Janßen, Der Kanzler und der General S. 273.

Er bereitet zwar die Operation gegen die Nordostecke Serbiens vor; es gibt aber zahlreiche Gründe dagegen: Österreich will nicht ohne Bulgarien mitmachen; das Gebiet ist von Flecktyphus durchseucht. Enver verzichtet darauf, wenn ganz Galizien befreit würde. Conrad will eher einen großen Schlag gegen Italien führen.

Pleß, 20. Mai 1915

639*. Aufzeichnung Helfferichs

Druck: Helfferich, Der Weltkrieg II S. 82–83.

Gespräch mit dem Kanzler: Dieser äußert große Sorge über den Kriegseintritt Italiens und dessen Rückwirkung auf den Balkan. Falkenhayn wolle, anstatt den Balkan für Deutschland zu gewinnen, zunächst in Galizien mit den Russen endgültig aufräumen. Bethmann Hollweg äußert dazu, er könne dem Feldherrn nicht in den Arm fallen.

[Berlin, 22. Mai 1915]

640*. Lerchenfeld an Lössl

Bericht. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 448–449.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser sagt, Bülow in Rom habe nichts geleistet; sein Einfluß auf die italienische Regierung sei null. Im Osten sei die Lage gut; ein Separatfrieden mit Serbien sei wegen Bulgariens schwierig; das Verhältnis zu Falkenhayn habe sich gebessert.

Berlin, 23. Mai 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

641*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 11. Sitzung, Bd. 306, S. 141–143; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 200–203.

Italien ist durch Treubruch auf seiten der Entente in den Krieg eingetreten, obwohl ihm Österreich eine lange Liste von Konzessionen angeboten habe. Deutschland ist nun mit seinem österreichischen Bundesgenossen enger zusammengewachsen. Die Hetze auf seiten der Gegner nimmt zu. Aber Deutschland wird siegen, „einer Welt von Feinden zum Trotz".

Berlin, 28. Mai 1915

642*. Bethmann Hollweg an Treutler

Telegramm (?). Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 344–345.

Wegen der Versenkung mehrerer Schiffe der Neutralen droht der Kriegseintritt der USA und Hollands. Er kann bei fortdauerndem Ubootkrieg die Gewähr für die Haltung der Neutralen nicht länger übernehmen.

Berlin, 30. Mai 1915

643*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 228–229.

Gespräch mit Stumm: Wolff ist empört, daß Bethmann unter dem Druck der Großindustriellen und der Alldeutschen umgefallen sei und jetzt für die Annexion Belgiens plädiere. „Bethmann sei ein trostloser Schwächling." Stumm verteidigt Bethmann; man habe keine Ahnung von den Intrigen, die gegen ihn gesponnen würden – „und dabei wisse niemand einen Nachfolger zu nennen."

[Berlin] 30. Mai 1915

644*. Bethmann Hollweg vor SPD-Führern

Aufzeichnung Scheidemanns. Druck: Scheidemann, Memoiren I S. 346–349.

Bethmann in einer Besprechung mit Scheidemann, Haase, Molkenbuhr und Ebert: Das Eingreifen Italiens in den Krieg sei für Deutschland militärisch direkt nicht gefährlich; Österreich habe zu spät Konzessionen gemacht. Auf dem Balkan mache die Tripel-Entente große Angebote: Rumänien seien Siebenbürgen und das Banat versprochen worden. Die Friedensaussichten seien jetzt hinausgeschoben; Friedensfühler würden aber trotzdem ausgestreckt. Zu den deutschen Kriegszielen: Im Osten müßten gewisse strategische Grenzsiche-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rungen erreicht werden; im Westen müsse verhütet werden, daß Belgien ein englischer Vasall werde.

[o.O., Ende Mai 1915]

645*. Bethmann Hollweg an Bülow

Privatdienstbrief. Druck: Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 241–243 (vgl. dazu ebenda S. 243–246).

Nach dem Kriegseintritt Italiens sucht die politische Diskussion den Schuldigen dafür in Berlin. An die Verwantwortlichkeit Wiens darf in der Öffentlichkeit derzeit nicht erinnert werden. Jetzt muß Berlin dazu schweigen. Bülow möge ebenfalls sich dazu nicht äußern, um die innere Geschlossenheit im Krieg nicht zu gefährden.

[o.O., Ende Mai/Anfang Juni 1915]

646*. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau

Telegramm (geheim). Druck: Scherer/Grunewald I S. 114–115.

Andersen soll in London keine versteckten Drohungen wegen eines Abfalls Rußlands aussprechen, da diese die Entente nur festigen würden. Für Deutschland ist das Absprengen Rußlands aber wichtig.

Berlin, 1. Juni 1915

647*. Bethmann Hollweg an Treutler

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 117–118 (vgl. dazu ebenda S. 116–117 und Der Weltkrieg VIII S. 604–605 und 607).

Der Zar hat jegliche Fühlungnahme mit Deutschland im Sinne eines Separatfriedens schroff abgelehnt. Anders könnte es sein, wenn militärische Fortschritte in Galizien eintreten und eine deutsche Marinedivision nach Riga entsandt würden. Auf jeden Fall soll auf den Zaren weiter eingewirkt werden.

Berlin, 3. Juni 1915

648*. Bethmann Hollweg an Bülow

Privatdienstbrief. Druck: Hammann, Bilder S. 122–123; Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 229 (Auszug).

Nach dem Kriegseintritt Italiens sucht man den Schuldigen in Berlin, obwohl auf Wien im Sinne von Konzessionen schärfster Druck ausgeübt worden ist. Die Schuld Österreich-Ungarns kann sogar bis in die Vorkriegsjahre zu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

rückverfolgt werden. Er bittet ihn, im Sinne der Einheit und Geschlossenheit der deutschen Politik sich an solchen Zuweisungen nicht zu beteiligen.

[o. O.] 10. Juni 1915

649*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 233–235.

Wolff im Gespräch mit Bülow. Bülow: Bethmann Hollweg habe sich für den Kriegsausbruch und -verlauf eine Theorie zurecht gemacht: Es sei das Verhängnis; der Krieg sei nicht zu vermeiden gewesen, weil das Verhängnis es so gewollt habe. Er – Bülow – könne sich nicht vorstellen, daß Bethmann den Krieg erstrebt habe. Es sei eigentümlich, daß ein Gremium von vier Männern die Entscheidung über das Schicksal Deutschlands und Europas in der Hand gehabt habe: Bethmann, der keine Ahnung von auswärtiger Politik habe, Jagow, Stumm und Zimmermann.

[Berlin] 12. Juni 1915

650*. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 124–125.

Eine Annexion Kurlands und Livlands ist aus politischen, wirtschaftlichen und ethnischen Gründen entschieden abzulehnen. In diesen Provinzen gibt es nur eine ganz dünne deutsche Oberschicht.

Berlin, 14. Juni 1915

651*. Bethmann Hollweg an Bülow

Privatdienstbrief. Druck: Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 254.

Bedankt sich für die Zusage (vom 12. Juni, ebenda S. 244–245), die Einmütigkeit aller öffentlichen Äußerungen in diesem Krieg zu unterstützen.

[o. O.; ca. 15. Juni]

652*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 108–109.

Der Kanzler ist im Großen Hauptquartier und gibt sich sehr pessimistisch. Er ist unsicher in der Behandlung Bulgariens. Ein Friede mit England sei ausgeschlossen, solange Deutschland am Besitz der belgischen Küste festhalte.

Großes Hauptquartier, 15. Juni 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

653*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 974.

Wünscht eine baldige Aussprache mit ihm, am besten in Berlin.

Berlin, 16. Juni 1915

654*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechel Hertling – Lerchenfeld S. 457–458.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Deutschland kämpfe noch immer um seine Existenz; bestimmte Kriegsziele könne man nicht ins Auge fassen. An einen Separatfrieden mit Rußland glaube er nicht. Die nach Tirol gesandten deutschen Truppen würden noch in Reserve gehalten, weil sonst Rumänien Italien vertragsgemäß Hilfe leisten würde. Im Osten sei die militärische Lage gut. Träger der Stimmungsmache gegen ihn – Bethmann – seien Tirpitz und Bülow.

Berlin, 17. Juni 1915

655*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 125–126.

Auf die Frage nach Kriegszielen hat Tisza geantwortet: gegenüber Rußland Erwerb des Kohlengebiets von Sosnowice im Austausch mit Nordostgalizien; von Serbien dessen Nordwestzipfel; an Bulgarien das serbische Mazedonien. Deutschland würde, so Bethmann Hollweg, von Rußland Grenzkorrekturen verlangen, ansonsten wirtschaftliche Forderungen stellen. – Gerüchte über Bülow.

Berlin, 18. Juni 1915

656*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 126–127.

Andersen ist aus England zurück, wo er u.a. Lord Grey gesprochen hat; dort habe man großen Respekt vor Deutschland; auf Rußland zähle man wenig; von Italien erwarte man nichts.

[Berlin] 19. Juni 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

657*. Aufzeichnung Bachmanns

Aufzeichnung über eine Besprechung bei Bethmann Hollweg. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 364–366.

Der Kanzler meint, in der deutschen Antwortnote auf die amerikanische Note wegen des Lusitania-Vorfalls müßten Konzessionen an die USA gemacht werden, da sonst der Krieg mit Amerika komme; es sei verbrecherisch, wie die öffentliche Meinung in Deutschland „hochgepeitscht" werde. Da der Admiralstabschef Konzessionen ablehne, müsse die Entscheidung des Kaisers angerufen werden.

[Berlin] 22. Juni 1915

658*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 110–111.

Müller verfaßt im Einverständnis mit dem Kanzler einen Entwurf für die Antwortnote an die USA. Bachmann bringt zum Vortrag beim Kaiser einen eigenen Entwurf mit. Der Kaiser entscheidet, daß die Marineherren in Berlin mit dem Reichskanzler einen Kompromiß suchen müßten.

[Pleß] 23./24. Juni 1915

659*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 128–129.

Andersen soll nach Petersburg reisen und dort die Bereitschaft für „einen billigen, unsere gegenseitige Zukunft sichernden Frieden" erklären.

Wien, 25. Juni 1915

660*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief (ganz vertraulich). Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 976–977.

Elsaß-Lothringen soll aufgeteilt werden. Rumänien verweigert die Durchfuhr von Munition an die Dardanellenfront. – Widersprüchliche Nachrichten über die inneren Zustände in Rußland. – Die Antwortnote an die USA. – Die italienische Front.

Berlin, 2. Juli 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

661*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 113.

Die Konzessionen in der Antwortnote an die USA, welche die Marineführung nicht mittragen will. Der Kanzler will Tirpitz und Bachmann deswegen nochmals kommen lassen.

[Berlin] 2. Juli 1915

662*. Aufzeichnung Hertlings

Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 472–474.

Unterredung mit Bethmann Hollweg in Berlin: Die Durchfuhr von Munition durch Bulgarien nach der Türkei gehe jetzt vorwärts; Falkenhayn wehre sich gegen ein Vorgehen gegen Serbien, um die Operationen gegen Rußland nicht zu gefährden; an einen Separatfrieden mit Rußland glaube Bethmann Hollweg nicht. Er wendet sich gegen die utopischen Kriegsziele, die man in weiten Volkskreisen hege; Deutschland sei nicht imstande, „unsere sämtlichen Feinde auf die Knie zu zwingen". Im Osten denke er nur an Landerwerb, soweit dieser zu strategischen Verbesserungen der Grenze notwendig sei; Österreich könne Gebiete in Galizien und der Bukowina gegen die Übernahme des Kohlengebiets von Sosnowice abgeben. Im Westen denke er auch nur an strategisch notwendige Grenzverbesserungen. Pläne, unsere westliche Grenze bis an die Somme zu verschieben, weist er mit aller Entschiedenheit zurück. Auch von einer Annexion Belgiens will er nichts wissen; Lüttich müsse Belgien abtreten; im übrigen solle Belgien eng an Deutschland (Zollunion) angeschlossen werden; auch der Hafen von Antwerpen müsse in deutscher Hand bleiben. Wegen Elsaß-Lothringens war er erschrocken zu hören, daß Bayern die Zuweisung des Oberelsaß an Preußen nicht für angängig halte.

[o. O.] 6. Juli 1915

663*. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 139.

Andersen soll folgende in Deutschland gewonnene Eindrücke in Petersburg wiedergeben: Es gibt keine Interessengegensätze zwischen Deutschland und Rußland; das deutsche Volk begreift und akzeptiert nicht, daß die englische und französische Presse die Zertrümmerung Deutschlands als ihr Kriegsziel hinstellt.

Berlin, 9. Juli 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

664*. Tagebuch Davids

Tagebucheintragung. Druck: David, Kriegstagebuch S. 137–138.

David mit weiteren SPD-Führern beim Kanzler. Dieser erklärt, er werde für Preußen eine Wahlreform bringen, aber nicht das Reichstagswahlrecht; er will kein Bildungswahlrecht. – Bei den Kriegszielen will er eine strategische Regulierung an der belgischen, französischen und russischen Grenze.

[o. O.] 13. Juli 1915

665*. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

Schreiben (Entwurf; nicht abgegangen). Druck: Janßen, Der Kanzler und der General S. 281–283.

Fortdauernde Sondierungen wegen eines Separatfriedens mit Rußland; eine Antwort des Zaren steht noch aus, die wohl ablehnend sein wird. Es müßte dann über ein Angebot allgemeiner Friedensverhandlungen nachgedacht werden. Der Schlüssel ist zunächst die Entscheidung an den Dardanellen.

Berlin, 25. Juli 1915

666*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 119.

Müller übergibt dem Kanzler den Entwurf einer Antwortnote an die USA. Mit dem Kaiser wird darüber nicht gesprochen.

Pleß, 27. Juli 1915

667*. Bethmann Hollweg an Motta

Telegramm. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 334.

Bedankt sich für die Mitwirkung der Schweizer Behörden am zweiten Austausch deutscher und französischer verwundeter Kriegsgefangener.

[o. O.] 30. Juli 1915

668*. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 146–147.

In Petersburg wird fortgesetzt wegen eines Separatfriedens sondiert, bisher vergeblich, da der Zar seine Verbündeten nicht im Stich lassen will. Erst wenn

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

klar ist, daß die Dardanellenfront standhält und Bulgarien von der Entente nicht gewonnen werden kann, sind die Aussichten günstiger.

Berlin, 30. Juli 1915

669*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 263–268.

Bethmann im Gespräch mit Wolff (in direkter Rede): Grey hat den Krieg nicht gewollt, „er [Grey] selbst ist hineingeschliddert." Er sieht noch keinen Weg, über England zum Frieden zu gelangen – wegen Belgiens. Aus Belgien kann man nicht herausgehen; eine vierte Teilung Polens hält er für das größte Unglück. Wenn die Dardanellen gehalten werden, kann der Krieg noch ganz gut enden.

[Berlin] 30. Juli 1915

670*. Bethmann Hollweg an Lucius

Erlaß. Druck: Scherer/Grunewald I S. 148–149 (vgl. Falkenhayns Antwort ebenda S. 150–151).

Die militärischen Operationen im Osten ermöglichen es, demnächst Kongreßpolen unter deutsche und österreichisch-ungarische Verwaltung zu nehmen; dort nehmen die russophilen Stimmungen ab. Er soll sich darüber vertraulich in Stockholm äußern.

Berlin, 31. Juli 1915

671*. Aufzeichnung Haußmanns

Druck: Haußmann, Schlaglichter S. 41–44.

Unterredung mit dem Reichskanzler. Über die Annexionen sagt er: „Nur so viel als absolut politisch und strategisch nötig ist an belgischem Gebiet. Wie das im einzelnen sich gestaltet, kann ich heute nicht bestimmt bezeichnen. Er räsoniert über das parlamentarsiche System"; das heutige Verfassungssystem lasse keine führenden Persönlichkeiten zu.

[Berlin] 2. August 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

672*. Bethmann Hollweg an Treutler

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 151–152.

Die Sondierungen für einen Separatfrieden mit Rußland müssen trotz mangelnder Aussicht fortgesetzt werden. Die bevorstehende Verständigung mit Bulgarien wird den Zaren vielleicht einlenken lassen.

Berlin, 4. August 1915

673*. Bethmann Hollweg an Tirpitz

Schreiben. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 384.

Übermittelt ihm ein Schreiben des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes Helfferich betreffend den Ubootkrieg und bittet um eine Besprechung darüber unter Hinzuziehung des Admirals Bachmann.

Pleß, 6. August 1915

674*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 121–122.

Besprechung mit dem Reichskanzler über die Verwaltung Polens. – Der Kanzler hat ein Schreiben Helfferichs über die Einschränkung des Ubootkrieges bekommen und will darüber mit Tirpitz und Bachmann konferieren. – Der Kanzler rechnet mit einer baldigen Friedensdemarche des Papstes. – Die Besprechung des Kanzlers mit Tirpitz hat stattgefunden.

Pleß, 6./7. August 1915

675*. Aufzeichnung Tirpitz'

Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 398–400.

Tirpitz teilt dem Kanzler Einzelheiten über die derzeit eingesetzten Uboote mit; wenn die Uboote nur Überwasserkrieg führen dürften, wären sie sehr verletzlich. – Tirpitz über die Möglichkeiten eines künftigen Bündnisses mit Japan und Rußland. – Der Kanzler fragt, ob der Besitz von Libau für die Marine wichtig sei. Tirpitz weist auf die eminente Bedeutung der flandrischen Küste für Deutschland hin.

Pleß, 8. August 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

676*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 154.

Tirpitz hat in Pleß den Verzicht auf Kiautschou ausgesprochen, wenn dafür ein Bündnis mit Japan (und Rußland) zustände käme.

Berlin, 9. August 1915

677*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 156.

Andersen hat vom Zaren erfahren, daß kurz vor dem Kriegsausbruch in einem Kronrat der Kriegsminister energisch für, Sazonov aber gegen den Krieg plädiert hätten.

Berlin, 9. August 1915

678*. Grey an House

Privatdienstbrief. Druck: Wilson, Papers Bd. 34 S. 370.

Mr. R. Swing, Berliner Korrespondent der Chicagoer „Daily News“, hat über ein Interview mit Bethmann Hollweg in Berlin berichtet: Die Friedensbedingungen, die Deutschland, so der Kanzler, im letzten Februar gegenüber England gestellt hätte, wären gewesen: Rückgabe aller Kolonien an Deutschland; Wiederherstellung Belgiens und die Zahlung einer Kriegsentschädigung Englands an Deutschland. Obwohl diese wohl als Ausgleich für die Evakuierung Belgiens gemeint war, ist dieser Vorschlag doch eine Beleidigung.

London, 10. August 1915

679*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 161–162; Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 236–237.

Burian über die Zukunft Polens: Kongreßpolen könnte zusammen mit Galizien als Königreich mit weitgehender Autonomie dem Kaisertum Österreich angegliedert werden. – Er, der Kanzler, hat sich deutlich gegen diese Lösung ausgesprochen.

Berlin, 13. August 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

680*. Bethmann Hollweg an Hertling

Schreiben (mit Beilage: Bethmann Hollweg an Bassermann). Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 980–982. Vgl. dazu: Von Bassermann zu Stresemann S. 195–203.

Die Nationalliberalen greifen ihn fortgesetzt wegen seiner Haltung zu den Annexionsforderungen an. Er hat mit den Führern der Partei am 2. August darüber eine Aussprache gehabt. Wegen eines unerträglichen Telegramms Bassermanns hat er diesen von der Besprechung ausgeladen. Bassermann hat sich in einem längeren Schreiben an ihn entschuldigt, aber den Kern der Sache nicht berührt. – Die Beilage: Der König von Bayern hat auf Veranlassung Bassermanns auf den Kaiser gegen die von ihm (Bethmann Hollweg) befolgte Politik einwirken sollen.

Berlin, 14. August 1915

681*. Bethmann Hollweg an Hertling

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 162.

Wenn mit König Albert über die Zukunft Belgiens verhandelt werden soll, darf das auf keinen Fall über offiziöse Organe erfolgen. Kann das vielleicht über einen „geistlichen Vermittler" bewerkstelligt werden?

Berlin, 17. August 1915

682*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 13. Sitzung, Bd. 306, S. 213–219; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 346–357.

Der Kriegsverlauf ist günstig. Dank an die Schweiz, die Niederlande und Schweden für deren Einsatz beim Kriegsgefangenenaustausch. Auf seiten der Gegner ist viel Heuchelei im Spiel. England schnürt den neutralen Handel ein; Rußland kämpft nach dem Prinzip der verbrannten Erde. Die Heuchelei Englands ist belegt durch mehrere Berichte der belgischen Gesandten in Berlin, London und Paris. Jahrelang hat sich der Reichskanzler um eine Verständigung mit England bemüht; die Beweise dafür sind zahlreich. England behielt sich freie Hand für den Fall vor, daß seine Freunde über Deutschland herfallen würden. Beleg dafür ist die Rede Asquiths vom 2. Oktober 1914. Der Krieg wäre vermieden worden, wenn es dennoch zur Verständigung zwischen England und Deutschland gekommen wäre. Weitere Belege für die Irreführung der englischen Politik sind der Grey-Cambon-Briefwechsel von 1912 und die englisch-russische Marinekonvention von 1914. Auch mit Rußland wurde der Weg der Verständigung gesucht, so im Potsdamer Abkommen von 1910; während der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Julikrise hat die deutsche Regierung in den letzen Julitagen immer wieder versucht, zwischen Rußland und Österreich-Ungarn zu vermitteln. Unausweichlich wurde dann der Krieg durch die russische Mobilmachung.

Das besetzte Polen soll von Deutschland gerecht verwaltet werden. Für die Zeit nach dem Krieg muß die englische Politik der Balance of power verschwinden. „Deutschland muß sich seine Stellung so ausbauen […], daß den anderen Mächten die Neigung vergeht, wieder Einkreisungspolitik zu treiben, […] bis die Bahn frei wird für eine neues, von französischen Ränken, von moskowitischer Eroberungssucht und englischer Vormundschaft befreites Europa".

Berlin, 19. August 1915

683*. Bethmann Hollweg an F. v. Schwerin

Vertrauliches Schreiben. Druck: Geiss, Der polnische Grenzstreifen S. 159–160.

Bittet um ein Gutachten betreffend die Besiedlung von bisher russischem Gebiet durch Deutsche. Das Gutachten soll verschiedene Punkte beleuchten, darunter: die in Frage kommenden Gebiete; deren Eignung für eine Besiedlung.

Berlin, 20. August 1915

684*. Gevers an Loudon

Bericht (vertraulich). Druck: Bescheiden betreffende de buitenlandse politiek van Nederland III/4 S. 426–427.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser erklärt, die holländische Regierung könne damit rechnen, daß bei der zukünftigen Regelung Belgiens die holländischen Belange berücksichtigt würden.

Berlin, 21. August 1915

685*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief. Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 228–229.

Bedankt sich für den Zuspruch zu seiner Reichstagsrede (vom 19. August). Im Volk herrschen falsche Vorstellungen über Falkenhayn und Hindenburg. Der Kaiser sollte darüber aufgeklärt werden.

Berlin, 22. August 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

686*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 529–530.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Die Nationalliberalen (Bassermann) wollen Bülow als Reichskanzler. Die Versenkung des Dampfers „Arabic" beunruhigt ihn sehr. In der Polenfrage läßt er jede Lösung offen, auch eine Rückgabe an Rußland. Die militärische Lage im Osten und Südosten. Die Lösung der elsaß-lothringischen Frage bereitet große Schwierigkeiten.

Berlin, 23. August 1915

687*. Tirpitz an seine Frau

Privatbrief. Druck: Tirpitz, Erinnerungen S. 501–502.

Bethmann Hollweg und weitere Herren in Pleß im Hauptquartier: Er will Wilson sagen lassen, die deutschen Uboote hätten Befehl, amerikanische Schiffe nicht anzugreifen. Der Kaiser fällt keine Entscheidung: „Bethmann wütend […], er gehe nicht früher aus Pleß, bis eine Entscheidung in seinem Sinne erfolgt sei." Er arbeitet nun eine Denkschrift aus. Er will, daß der Lusitania-Fall einem Schiedsgericht übergeben und die Freiheit der Meere angeboten würde.

Emanuelssegen, 26. August 1915

688*. Bethmann Hollweg an Brockdorff-Rantzau und an Treutler

Erlaß. Druck: Scherer/Grunewald I S. 166–167.

Andersen ist aus London zurückgekehrt: In England wachse die Kriegsstimmung; der Ubootkrieg stärke sie. Aus Petersburg hat Andersen erfahren, daß Deutschland noch durch andere Kanäle Rußland zu einem Sonderfrieden bewegen wolle. Das trifft nicht zu.

Berlin, 2. September 1915

689*. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 168–170 (vgl. dazu Falkenhayns Antwort ebenda S. 171–173).

Er beleuchtet Falkenhayns Anregung, einen mitteleuropäischen Staatenbund (Österreich-Ungarn, Bulgarien, die Türkei, möglichst auch Schweden, die Schweiz, Griechenland) zu bilden. Dem stehen große Schwierigkeiten entgegen: Die skandinavischen Reiche und Holland wären stärkstem englischem Druck ausgesetzt; langfristige Verträge, wie diejenigen mit Italien und Rumä-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nien zeigen, erzeugen keine langfristige Bindekraft. Fazit: Die Kriegslage kann durch erweiterte Bündnisse gegenwärtig nicht gefördert werden.

Berlin, 6. September 1915

690*. Tagebuch Kesslers

Tagebucheintragung. Druck: Kessler, Tagebuch V S. 399.

Kessler ist erfreut über die Rede des Reichskanzlers (vom 19. August 1915). „Es ist ein großes Glück, dass Deutschland in dieser Zeit mit einer so ernsten, zugleich volkstümlichen und philosophischen Stimme redet."

Gut Ottschisna (bei Kobryn) [Weißrußland], 8. September 1915

691*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 986.

Freut sich auf die persönliche Begegnung. Das Abschiedgesuch Tirpitz' hat der Kaiser abgelehnt.

Berlin, 10. September 1915

692*. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 173–174.

Die zukünftige Angliederung Polens an Österreich ist die „für uns noch am wenigsten ungünstige Lösung". Dafür muß die Bindung Österreich-Ungarns an Deutschland in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht enger gestaltet werden. Für Deutschland sind das Gouvernement Suwalki und möglichst geringe Grenzstreifen zu fordern.

Berlin, 11. September 1915

693*. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 180–181.

Die von ihm angeregte engere wirtschaftliche Verbindung mit anderen europäischen Staaten läßt sich während des Krieges nicht erreichen. Selbst die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit Österreich-Ungarn ist nicht förderlich, ja geradezu schädlich. Die Hoffnung auf polnische Freiwilligenverbände ist trügerisch.

Berlin, 16. September 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

694*. Bethmann Hollweg vor Parteiführern

Erinnerungen Scheidemanns. Druck: Scheidemann, Memoiren I S. 277–279.

Vertrauliche Mitteilungen Bethmann Hollwegs in einer Besprechung mit Scheidemann (SPD), Bassermann (Naionalliberal), Spahn (Zentrum) und v. Payer (Fortschrittliche Volkspartei): Bulgarien habe sich endlich nach vielem Hin und Her den Zentralmächten angeschlossen. In Griechenland seien die Verhältnisse undurchsichtig. In Rußland seien noch keine Anzeichen für Separatverhandlungen auszumachen. Man müsse sich auf einen zweiten Winterfeldzug gefaßt machen. Wichtig sei, daß Konstantinopel gehalten werde.

[o. O.] 29. September 1915

695*. Bethmann Hollweg an Jagow

Privatdienstbrief. Druck: Scherer/Grunewald I S. 188–189.

Falkenhayn verteidigt entschieden seinen Mitteleuropa-Plan. Mit Österreich-Ungarn will er aber keine engere militärische Verbindung. Der Kriegsminister will als Kompensation für die Angliederung Polens an Österreich umfangreiche Grenzberichtigungen sowie die Annexion von Litauen und Kurland.

Berlin, 13. Oktober 1915

696*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 300–301.

Die Chefredakteure der Zeitungen im Reichskanzlerpalais bei Bethmann: Dieser spricht über die Teuerung im Land, über das „Durchhalten“, da der Krieg noch lange dauern könne. – Danach im Zwiegespräch: Bethmann hält Léon Bourgeois für den Politiker, der in Frankreich den Frieden machen könnte; mit Poincaré ginge das nicht.

[Berlin] 27. Oktober 1915

697*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 92–96.

Unterredungen mit Bethmann Hollweg: Dieser ist hinsichtlich einer Angliederung Belgiens in irgendeiner Form nicht mehr abweisend; wegen Polens (Angliederung an Österreich) stimmt er mit Wild überein; im Staatsministerium hat er die schwierige Lage Elsaß-Lothringens geschildert.

Pleß, 1. November 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

698*. Aufzeichnung Friedjungs

Druck: Friedjung, Geschichte in Gesprächen II S. 406–413.

Bethmann Hollweg fragt, ob Österreich-Ungarn sich Kongreßpolen angliedern könne; Deutschland müsse auf jeden Fall wirtschaftlich „an dieser Eroberung" teilhaben. Laut Burián sollten die Österreich-Ungarn zu überlassenden Teile Polens mit Galizien vereinigt werden. Er fragt nach der verfassungsmäßigen Einbettung dieses polnischen Verbunds. Zur allgemeinen Lage Europas äußerte sich der Kanzler folgendermaßen: Ein Separatfrieden mit Rußland sei derzeit nicht zu erhoffen; Frankreich sei zur Fortsetzung des Krieges entschlossen; auch in Italien sei keine Kriegsmüdigkeit zu erkennen; ein verkleinertes Serbien müsse sich an Österreich-Ungarn anschließen; es sollte für seine Verluste durch das nördliche Albanien entschädigt werden; Albanien dürfe in Zukunft nicht weiterbestehen. Ein Friedensschluß mit Serbien müsse vor einem allgemeinen Frieden stehen. Er fragte noch, ob der künftige Wirtschaftsbund zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf ungarischen Widerstand stoßen würde und ob Kaiser Franz Joseph diesen Widerstand unterdrücken könne.

Berlin, 1. November 1915

699*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 105–106.

Bethmann Hollweg stimmt mit Wild wegen der Aufteilung Elsaß-Lothringens überein (Teile an Bayern, Baden und Preußen). Er will nach Beendigung des serbischen Feldzuges ein Friedensangebot machen. Er wundert sich, daß Falkenhayn so viel Zeit zum Briefeschreiben hat.

[Berlin] 10. November 1915

700*. Aufzeichnung Jagows

Aufzeichnung über Unterredungen Bethmann Hollwegs mit Burián. Druck: Scherer/Grunewald I S. 218–221.

Bethmann Hollweg erwartet eine Vertiefung der Beziehungen in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht; er beklagt das wachsende slawische Element in Österreich; beide Reiche sollten ein Präferenzialzollsystem schaffen. Er betont, daß bei einem Sonderfrieden mit Rußland Polen wieder restituiert werden müsse; ansonsten brauche Deutschland Grenzberichtigungen gegenüber Polen und das Gouvernement Suwalki.

Berlin, 14. November 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

701*. Bethmann Hollweg an Treutler

Privatdienstbrief. Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 232–234.

Falkenhayn will den Kaiser nach Wien begleiten, um zu dokumentieren, daß er die Politik dirigiere. Der Siegeswillen bei den Gegnern ist fest. Ein Separatfrieden ist derzeit nicht in Sicht. Deutschland muß an seinen Faustpfändern in Ost und West festhalten.

Berlin, 17. November 1915

702*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht (Auszug). Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 250–251.

Die besten Köpfe der Sozialdemokratie sollte man an der politischen Gestaltung mitwirken lassen. Die Partei hat ihren doktrinären Ballast abgeworfen. Das Zentrum hat sich nicht gewandelt. Die Nationalliberalen suchen ihr Heil in hohlem demagogischem Nationalismus.

[Berlin] 22. November 1915

703*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Rede. Bericht K. v. Weizsäckers (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 282–284. Vgl. auch oben Nr. 442.

Bethmann Hollweg über die militärische und politische Lage: Der Serbienfeldzug sei beendet, die militärische Lage im allgemeinen gut. Rußland habe wider Erwarten nicht aufgegeben; Frankreich stehe militärisch fest; England sei zur Fortsetzung des Krieges entschlossen. Er sei gegen die Annexion Belgiens; im Osten müsse man Rußland Polen und Kurland abnehmen.

[Berlin] 30. November 1915

704*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede (I). Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg,per., 2. Session, 22. Sitzung, Bd. 306, S. 426–430; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 581–587.

Zur Kriegslage: Bulgarien ist in den Krieg auf seiten Österreich-Ungarns und Deutschlands eingetreten, obwohl ihm von der Entente erhebliche Territorialgewinne angeboten worden waren. Dagegen ist Serbien auf der Gegenseite in den Krieg eingetreten, aber besiegt worden, so daß nun die Verbindung mit der Türkei hergestellt ist. Englische und französische Truppen sind unter Verletzung der griechischen Neutralität in Saloniki gelandet. Hinsichtlich Bel-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

giens ist nun aller Welt klar, daß das Land nicht der Kriegsgrund für England war; das zeigen Artikel der „Times“ und der „Westminster Gazette“.

Im Osten und Westen halten die Fronten. In Belgien ist das Wirtschaftsleben beinahe wiederhergestellt. Auch in Polen, Litauen und Kurland kehrt das normale Leben wieder ein.

Das Wirtschaftsleben innerhalb Deutschlands hat viele Entbehrungen zu meistern. Die Vorhersage August Bebels, daß bald nach Kriegsausbruch das Wirtschaftsleben stillstehen würde, ist nicht eingetroffen.

Berlin, 9. Dezember 1915

705*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede (II). Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 22. Sitzung, Bd. 306, S. 434–437; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 56 (1915) S. 590–594.

Auf die Interpellation des Abgeordneten Scheidemann, daß die Welt darauf warte, der Reichskanzler möge seine Bereitschaft zum Frieden öffentlich bekunden, antwortet Bethmann Hollweg: Muß nicht nach den Erfolgen Deutschlands und Österreich-Ungarns (Beitritt Bulgariens, Niederringung Serbiens) bei den Feinden die Erkenntnis sich einstellen, „daß das Spiel verloren ist“? Da soll Deutschland mit Friedensangeboten kommen angesichts der englischen Kriegsziele (Rückgabe Elsaß-Lothringens, Vernichtung des preußischen Militarismus, Wiederherstellung Belgiens, Vertreibung der Türken aus Europa, Aufrichtung eines Großserbien)? Englands Verbündete haben dieselben Ziele und jeder dazu noch besondere. Deutschland steht weit in Feindesland und hat wertvolle Faustpfänder in der Hand. Die Gegner hoffen jetzt auf den Erschöpfungskrieg. Deutschland verfügt über genug Lebensmittel, Rohstoffe und neue Kunststoffe. Auch die menschlichen Ressourcen sind längst nicht erschöpft. Angesichts der Rohheit der gegnerischen Kriegführung (Baralong-Fall) „wäre jedes Friedensangebot von unserer Seite eine Torheit, die nicht den Krieg verkürzt, sondern verlängert“. Je länger der Krieg dauert, um so mehr wachsen die Garantien, die Deutschland für die Zukunft braucht. „Weder im Osten noch im Westen dürfen unsere Feinde von heute über Einfallstore verfügen, die uns von morgen ab […] schärfer bedrohen als bisher“.

Berlin, 9. Dezember 1915

706*. Bethmann Hollweg an Valentini

Ganz vertrauliches Schreiben. Druck (u.a.): Militär und Innenpolitik S. 271–277.

Übersendet einen Bericht Loebells über die innenpolitische Entwicklung während des Krieges zur Vorlage beim Kaiser. Bemerkungen dazu: Es war nicht nationaler Ehrgeiz, wie der Bericht schreibt, der bei der Kriegserklärung das

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Volk zusammengeführt habe. Zur Zeit der Marneschlacht sind aus allen möglichen Kreisen Kriegsziele aufgestellt worden. Man darf dabei nicht von sozialdemokratischer Flaumacherei reden. Die Sozialdemokratie wünscht auch heute noch, dem Vaterland zu dienen. Würden die alten Parteikämpfe fortgeführt, kann es nach dem Krieg zu Unfrieden und Explosionen kommen. Von den Parteien haben sich nur die Sozialdemokraten und die Freisinnigen gewandelt. Nationalliberale und Konservative haben sich bisher nicht verjüngt. Der Weltkrieg bedeutet eine Katastrophe, die für die Welt und Menschheit neue Grundlagen schaffen muß.

[o. O.] 9. Dezember 1915

707*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 320–323.

Wolff im Zwiegespräch mit Bethmann Hollweg (in direkter Rede): Bei den drei Ententemächten besteht nicht die geringste Neigung zum Frieden. Er hat in seiner Reichstagsrede (am 9. Dezember) nicht von Annexionen gesprochen, wie vielfach behauptet wird. Er hat seine Rede mit Landsberg und Scheidemann zuvor durchgesprochen und dann von „Sicherungen“ und „Faustpfändern“, nicht von „Grenzberichtigungen“ geredet. Was Belgien betreffe, so hat er ausdrücklich gesagt, daß die Gegner nicht über das Land als Einfallstor verfügen dürften.

[Berlin] 9. Dezember 1915

708*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 144.

Bethmann Hollwegs Reichstagsrede (vom 9. Dezember 1915) fand nahezu ungeteilten Beifall.

[Thorn] 11. Dezember 1915

709*. Gerard an Lansing

Telegramm. Druck: Foreign Relations of the United States 83 (1915) S. 647 (vgl. auch ebenda S. 648).

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser möchte die „Ancona-“ und „Lusitania“-Fälle baldigst erledigen, könne derzeit an den Botschafter in Washington aber keine Zifferntelegramme senden. Gerard bietet seine Hilfe dazu über die amerikanische Botschaft in Berlin an.

Berlin, 18. Dezember 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

710*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 243–244.

Die belgische Frage kann nach dem Krieg nicht nach deutschem Gutdünken gelöst werden. Was aber jetzt getan werden kann, ist, das Flamentum zu fördern und ein Flamenkomitee zu gründen.

Berlin, 1. Januar 1916

711*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 137–138; Tirpitz, Politische Dokumente II S. 455–456.

Falkenhayn fordert den rücksichtslosen Ubootkrieg; der Bruch mit Amerika sei dann nicht nachteilig. England werde in zwei Monaten auf den Knien sein, Holland könne man schnell überrennen. – In einer Konferenz mit Holtzendorff hat Tirpitz ebenfalls den rücksichtslosen Ubootkrieg gefordert. Holtzendorff will damit aber bis zum 1. März warten und dann neu entscheiden.

Berlin, 4. Januar 1916

712*. Bethmann Hollweg an H. von Beseler

Schreiben (Auszug). Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 255–256.

Angesichts der längeren Dauer des Krieges sollte den Polen die Möglichkeit gegeben werden, durch Ausschüsse und Beiräte an der Verwaltung ihres Landes mitzuwirken.

[Berlin] 6. Januar 1916

713*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Janßen, Der Kanzler und der General S. 288–289.

Falkenhayn zur Situation: Rußland werde in absehbarer Zeit nicht zusammenbrechen; die französische Armee sei gut; England sei entschlossen, bis zum Sieg zu kämpfen. Die Saloniki-Expedition werde vorbereitet. Eine größere Offensive im Westen sei noch nicht beschlossen. Der rücksichtslose Ubootkrieg sei absolut notwendig; Amerika werde dann den Krieg nicht erklären.

[Berlin] 7. Januar 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

714*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Birnbaum, Peace Moves S. 345–347.

Falkenhayn und die Marine sind entschieden für den Ubootkrieg. Dieser bleibt aber ein Würfelspiel, dessen Einsatz die Existenz Deutschlands sei. Den Überlegungen Falkenhayns haftet ein abenteuernder Zug an. Es ist zu fragen, ob vor Aufnahme des Ubootkriegs nicht bei England über seine Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen sondiert werden sollte. Es würde aber ein sehr magerer Frieden herauskommen. Leider werden derzeit mancherlei Gerüchte über den Ubootkrieg ausgestreut.

[o. O.] 10. Januar 1916

715*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 321–322.

Der Reichskanzler sieht im Eingeständnis Falkenhayns, daß nur noch der verschärfte Ubootkrieg einen Durchbruch bringen könne, einen coup de désespoir; „wenn wir verlieren, würden wir wie ein toller Hund totgeschlagen."

[Berlin] 11. Januar 1916

716*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 146–147.

Der Reichskanzler: Der verschärfte Ubootkrieg werde „eine Verrufserklärung der ganzen zivilisierten Welt, eine Art Kreuzzug gegen Deutschland" zur Folge haben. Die neutralen Völker würden gegen Deutschland, „den tollen Hund unter den Völkern, aufstehen. Das sei dann Finis Germaniae."

[Berlin] 11./12. Januar 1916

717*. Bethmann Hollweg im Preußischen Landtag (Abgeordnetenhaus/Herrenhaus)

Rede. Wortprotokoll: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Leg.per., III. Session 1916/17, Sp. 1–4; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 10–13.

Eröffnet den Landtag im Namen des Kaisers. Dank an die Widerstandskraft der Bevölkerung. Für die Wiederherstellung Ostpreußens werden weiter staatliche Mittel verwendet. – Einzelheiten über den Staatshaushalt 1916.

Berlin, 13. Januar 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

718*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 567–569.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Den Besuch der (bayerischen) Herzogin Karl Theodor beim belgischen Königspaar lehnt der Reichskanzler ab, da er als Zeichen für die Kriegsmüdigkeit Deutschlands aufgefaßt werden könnte. Hinsichtlich Serbiens wolle sich Falkenhayn in Nisch von der Lage der Armee für einen Angriff selbst überzeugen; hinsichtlich Griechenlands sei dessen Neutralität das beste für Deutschland. Ein österreichisches Diktat gegenüber Montenegro, das um Frieden bittet, hält er für undenkbar.

Berlin, 21. Januar 1916

719*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S.126.

Bethmann Hollweg: „Dieser schwerblütige, charaktertiefe, immer mit Bedenken kämpfende und die Last der Verantwortung so unendlich schwer tragende Mann." – Die Kanzlerstürzerei wird lebhaft betrieben.

Großes Hauptquartier, 23. Januar 1916

720*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 286–287; Scherer/Grunewald I S. 264–265.

Gespräch mit Oberst House: Sein Präsident verfechte weiter die Freiheit der Meere; Lloyd George, so House, wünsche einen dauerhaften Frieden. Bethmann Hollweg: Er habe immer eine Verständigung mit England unter Hinzutritt Amerikas gewünscht.

[o. O.] 28. Januar 1916

721*. Tagebuch des Obersten House

Tagebucheintragung. Druck: House, The Intimate Papers II S. 140–142 (vgl. auch ebenda S. 147).

Unterredung mit Bethmann Hollweg. Dieser erklärte die Umstände der Verwendung des Ausdrucks „Fetzen Papier" (Verletzung der belgischen Neutralität durch den deutschen Einmarsch August 1914) folgendermaßen: Gegenüber der Größe des Verbrechens, das durch den Krieg der „weißen Rasse" (Deutschland und England) untereinander begangen würde, sei die Verletzung des Vertrags über die belgische Neutralität nur „ein Fetzen Papier". Nach der russischen Mobilmachung habe Deutschland keine andere Wahl gehabt, als

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Rußland den Krieg zu erklären. Über die Friedensmöglichkeiten sagte er, er sei der einzige unter den kriegführenden Staatsmännern, der für den Frieden gesprochen habe, und könne nicht verstehen, warum er auf kein Echo gestoßen sei. Er deutete an, daß Deutschland sowohl Frankreich als auch Belgien gegen eine Entschädigung evakuieren würde. Der Traum seines Lebens sei gewesen und sei es immer noch, daß sich England, Deutschland und Amerika zusammenschlössen.

[Berlin] 28. Januar 1916

722*. House an Wilson

Privatdienstbrief. Druck: Wilson, Papers Bd. 38 S. 122–123.

Er hatte in Berlin einen guten Empfang. Mit dem Kanzler hatte er eine Unterredung von 1½ Stunden. Dieser hat jetzt das Ohr des Kaisers. Dadurch sind Tirpitz und Falkenhayn enger zusammengerückt; doch der Kanzler wird das Ruder nicht lange in der Hand behalten. In Marinekreisen wird propagiert, daß ein unbeschränkter Ubootkrieg England isolieren werde. Der Kanzler kommt ständig auf seinen Ausspruch zurück, daß er der einzige unter den Machthabern gewesen sei, der für den Frieden gesprochen habe. Er gab auf Befragen zu, daß sein Einsaz für den Frieden einen Siegfrieden bedeuten würde. Bethmann ist ein liebenswürdiger Mensch, verfügt aber nur über begrenzte Fähigkeiten.

Paris, 3. Februar 1916

723*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 152.

Der Kaiser berichtet vom Vortrag des Reichskanzlers über den Besuch des Obersten House: Grey und Lloyd George seien nicht absolut ablehnend gegen einen Frieden. Bedingung: Belgien, Frankreich und Polen müßten geräumt werden; aber weitgehender Kolonialbesitz für Deutschland und freie Hand gegen Rußland. Der Reichskanzler habe geantwortet: Früher habe man mit der Rückgabe Belgiens und Polens rechnen können, jetzt gehe das aber nicht mehr.

Berlin, 4. Februar 1916

724*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 578–580.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Er hat auf Befragen von der OHL erfahren, das Gerücht stimme nicht, daß die Engländer drohten, keinerlei Nahrungsmittel durch die „Relief Commission“ mehr nach Belgien hereinzulassen. – In der Ubootsache steht der Kaiser fest zu Bethmann Hollweg. In der

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Angelegenheit der „Lusitania“ will der Reichskanzler Amerika keine weiteren Konzessionen mehr machen. Es ist nicht glaubhaft, daß Falkenhayn den Kanzler beseitigen wolle.

Berlin, 5. Februar 1916

725*. Bethmann Hollweg gegenüber dem Vertreter der „New York World“, Wiegand

Erklärung. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 38; Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 161–162.

Das Verlangen der USA, die Versenkung der „Lusitania“ als einen völkerrechtswidrigen Akt anzuerkennen, ist eine Demütigung. „Aber es gibt Dinge, die ich nicht zu tun vermag.“

[Berlin] 9. Februar 1916

726*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 154–155.

Der Reichskanzler äußert sehr ernste Bedenken gegen den verschärften Ubootkrieg; er werde unzweifelhaft in den Krieg mit Amerika führen; England werde am Ende nicht erschöpft sein. Er will gegen die von Tirpitz beeinflußte Presse vorgehen.

Pleß, 9. Februar 1916

727*. Bethmann Hollweg an Schwerin-Löwitz

Schreiben. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 39.

In der Haushaltskommission des Abgeordnetenhauses hat Staatssekretär Jagow dagegen Einspruch erhoben, daß die Kommission von ihrem Beschluß zum Ubootkrieg (der eine uneingeschränkte Führung des Ubootkrieges fordert) die Öffentlichkeit unterrichtet habe. Dieses Vorgehen erweckt den Eindruck, als habe die Kommission auf Fragen der auswärtigen Politik einwirken wollen. Dazu ist festzustellen, daß die Leitung der auswärtigen Politik und der Kriegführung „ausschließliches verfassungsgmäßiges Recht des Deutschen Kaisers“ ist. Solche Fragen gehören vor das Forum des Reichstags, nicht der Kommission. Dies werde ich den Fraktionführern in einer vertraulichen Besprechung noch darlegen.

Berlin, 12. Februar 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

728*. Bethmann Hollweg an Zimmermann

Schreiben. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 258–259.

Es muß der Weg offen gehalten werden, den Krieg mit Amerika zu vermeiden, indem amerikanische Schiffe geschont würden. – Die Schiffe der Neutralen sollten möglichst um Schottland herumfahren, nicht durch den Kanal. Im März wird also der verschärfte Ubootkrieg ohne Ankündigung, „aber mit den angegebenen Schonungsbefehlen, beginnen“.

[o. O.] 19. Februar 1916

729*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 158.

Der Kanzler macht einen verzweifelten Eindruck. Er fordert von Holtzendorff, beim Torpedieren bewaffneter Dampfer keinen neuen Lusitania-Fall zu schaffen.

Berlin, 22. Februar 1916

730*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 582–584.

Der Reichskanzler hat gegen die Behandlung der Ubootfrage im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten verfassungsrechtliche Bedenken. Auch gegenüber den Führern der bürgerlichen Parteien hält er sich in derselben Sache zurück: „Er könne nicht die äußere Politik unter die Kontrolle des Reichstags stellen.“

Berlin, 26. Februar 1916

731*. Denkschrift Bethmann Hollwegs

Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 149–157. – Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 260–271. – Spindler, Der Handelskrieg mit U-Booten III S. 94–101. – Vgl. dazu: Der Weltkrieg X S. 291–293.

Der rücksichtslose Ubootkrieg wird zum Kriegseintritt der USA führen. Die Schätzungen Holtzendorffs und Tirpitz' über die zu vernichtende Tonnage sind unterschiedlich. Unberücksichtigt dabei sind die Wirkung neuer Abwehrmittel, der Neubau von Schiffen und der Rückgriff auf die in neutralen Häfen liegenden deutschen Handelsschiffe. – England kann so viel Tonnage dazugewinnen, daß der Verlust durch die Uboote ausgeglichen wird. Man kann also England bis zum Herbst nicht zum Frieden zwingen. – Der Bruch mit Amerika

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ist unzweifelhaft. Er hat Folgen: 1) Die Entente bekommt eine ungeheuere moralische Unterstützung. 2) Die Neutralen werden sich ihr zuwenden. 3) Österreich wird gegen den Ubootkrieg Einspruch erheben. Die materiellen Konsequenzen des Bruchs mit Amerika sind folgende: a) Die Entente bekommt von den USA deren finanzielle Ressourcen. b) Belgien und Nordfrankreich bekommen kein amerikanisches Getreide mehr. c) Die Entente erhält amerikanische Waffenhilfe und einige Hunderttausend Soldaten. 4) Rumänien wird sich der Entente anschließen. – Die Frage, ob Deutschlands Lage so verzweifelt sei, daß es gezwungen sei, va banque zu spielen, muß verneint werden. Um also den Bruch mit Amerika zu vermeiden, muß der Ubootkrieg in den Grenzen des Völkerrechts geführt werden. D.h.: Kreuzerkrieg gegen feindliche und neutrale Handelsschiffe; Minenkrieg; rücksichtsloser Ubootkrieg gegen bewaffnete feindliche Schiffe und gegen unbewaffnete feindliche Schiffe (gegen diese aber nur im Gebiet um Großbritannien und Irland).

Berlin, 29. Februar 1916

732*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 159–163.

Die Denkschrift des Reichskanzlers über den verschärften Ubootkrieg: Darin wird der von der Marine behauptete Erfolg bezweifelt; der Krieg mit den Neutralen (Amerika, Holland, Dänemark und Rumänien) sei dann sicher. – Der Kanzler ist entschlossen, den Bruch mit Amerika zu vermeiden, andernfalls seinen Platz zu räumen. Am 3. März Besprechung zwischen Reichskanzler, Falkenhayn und Holtzendorff. Am 4. März Immediatvortrag beim Kaiser. Der Kanzler: Der Bruch mit Amerika bedeute die Vernichtung zum mindesen der Großmachtstellung Deutschlands. Fazit der Besprechung: Zunächst soll für einen Monat das Ergebnis des rücksichtslosen Ubootkrieges abgewartet werden. Der Kanzler ist entschlossen, Tirpitz zu beseitigen.

Charleville, 2.–5. März 1916

733*. Denkschrift Bethmann Hollwegs

Druck: Spindler, Der Handelskrieg mit U-Booten III S 135–137.

Die Denkschrift wurde am 8. März von Bernstorff dem State Department in Washington überreicht. – Deutschland hat zu Beginn des Krieges die Londoner Seerechtsdeklaration ratifiziert und damit die Freiheit der Meere und den legalen Handel der Neutralen im Krieg anerkannt. England dagegen hat die Seerechtserklärung nicht ratifiziert, sondern schärfere Konterbandebestimmungen erlassen und dadurch den neutralen Handel mit Deutschland unterbunden. Als Gegenmaßnahme begann Deutschland den Ubootkrieg. Auf amerikanischen Wunsch hin wurde der Ubooteinsatz den völkerrechtichen Bestimmun-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

gen (Kreuzerkrieg) angepaßt. England dagegen bewaffnete seine Handelsschiffe und ließ sie falsche Flagge führen. Dadurch wird die Blockade gegenüber Deutschland verschärft und Deutschland zunehmend ausgehungert. Die deutsche Regierung hofft, daß die USA den hier dargelegten Standpunkt würdigen.

[Berlin] 4. März 1916

734*. Bethmann Hollweg an Jagow

Privatdienstbrief. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 158–160; Tirpitz, Politische Dokumente II S. 499–502. –Vgl. oben in Nr. 505 den vollen Wortlaut.

Am 2. März ist dem Kaiser die Denkschrift über den verschärften Ubootkrieg übergeben worden. Dieser denke nicht daran, den Krieg mit Amerika zu provozieren. Schließlich am 4. März gemeinschaftlicher Immediatvortrag. Er – der Kanzler – hat betont, daß der Bruch mit Amerika kommen werde und er dafür die Verantwortung nicht übernehmen könne. Der Kaiser hat kein Schlußergebnis gezogen, aber gesagt, England könne nicht niedergezwungen werden. Er habe befohlen, die Beaufsichtigung der Presse in punkto Seekriegführung dem Admiralstab zu übergeben. Das wird Tirpitz' Abschiedsgesuch provozieren.

Charleville, 5. März 1916

735*. Bethmann Hollweg an Tirpitz

Schreiben (nach dem Reinkonzept in PA Berlin, R 21526 ist es ein Telegramm). Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 492–493. Vgl. dazu ebenda S. 493–496.

Im Bundesrat ist vom Vertreter des Reichsmarineamts mitgeteilt worden, daß die Zahl der frontbereiten und der im Bau befindlichen Uboote 203 betrage. Diese Zahl ist viel zu summarisch und müßte aufgeschlüsselt werden. Es muß die Vorstellung beseitigt werden, daß tatsächlich 203 Uboote unmittelbar einsatzbereit seien.

[Charleville], 5. März 1916

736*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 337–338.

Der Kanzler übergibt dem Kaiser seine Denkschrift über den unbeschränkten Ubootkrieg. Entscheidung des Kaisers nach Anhörung aller Beteiligten:

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verschiebung auf den 1. April. Er – Riezler – dankt dem Kanzler für dessen feste Haltung.

Charleville, 7. März 1916

737*. Bethmann Hollweg an Müller

Schreiben. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 505.

Die Entscheidung des Kaisers vom 4. März betreffend den Ubootkrieg kann folgendermaßen zusammengefaßt werden.: 1. Die sofortige Ankündigung ist abgelehnt. 2. Mit Amerika und den europäischen neutralen Staaten soll im März das Terrain abgeklärt werden, damit Anfang April unter Vermeidung des Bruches mit Amerika der unbeschränkte Ubootkrieg erklärt werden kann. 3. Die Entscheidung darüber hat sich der Kaiser aber immer noch vorbehalten.

Großes Hauptquartier, 9. März 1916

738*. Bethmann Hollweg vor der Presse

Mitteilung. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 163–164.

An der Westfront herrscht zuversichtliche Stimmung. Der rücksichtslose Ubootkrieg bedeutet den Krieg mit Amerika und den Sympathieverlust von seiten Dänemarks und Hollands. Eine völlige Absperrung Englands ist nicht möglich. Der Kriegseintritt Amerikas wäre von erheblicher moralischer und materieller Wirkung. Das Pro und Contra darf nicht öffentlich erörtert werden. Auch die Kriegsziele dürfen nicht öffentlich besprochen werden.

Berlin, 13. März 1916

739*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 355–359.

Bethmann Hollweg in der Konferenz der Chefredakteure: Bei Verdun gingen die Operationen vorwärts; in der Heimat dagegen sei gedrückte Stimmung; wenn morgen der rücksichtslose Ubootkrieg verkündet würde, bedeutete das den Krieg mit Amerika; die Zahl der Uboote sei gering, nur ein Drittel sei um England herum verfügbar; die Zufuhr nach Deutschland über die neutralen Länder würde wegfallen. Die Anwesenden möchten dahin wirken, die öffentliche Meinung realistisch zu informieren. Auch über die Kriegsziele solle nicht öffentlich diskutiert werden. Nach dem Krieg müsse Deutschland so stark sein, „daß die kleinen Staaten ringsherum das Bedürfniß haben müßten, sich an Deutschland anzulehnen“.

[Berlin] 13. März 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

740*. K. von Weizsäcker an König Wilhelm II.

Bericht. Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 284–287.

Der Kanzler wolle die Reform des preußischen Wahlrechts ankündigen. Er könne für die Erklärung des rücksichtslosen Ubootkrieges die Verantwortung nicht übernehmen; dieser wäre „ein Verbrechen am deutschen Volke“. In der Sitzung des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist dem Kanzler das Vertrauen ausgesprochen worden.

[Stuttgart] 17. März 1916

741*. Gerard an Lansing

Telegramm. Druck: Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 207–208.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser fragt nach dem Eindruck der Entlassung Tirpitz'; er wünscht die Vermittlung Präsident Wilsons zur Kriegsbeendigung; hinsichtlich der deutschen Kriegsziele sagt er, Deutschland müsse seine Kolonien zurückbekommen und eine Entschädigung für die Aufgabe von Nordfrankreich; Belgien könne man hergeben unter zeitweiliger Belassung von Stützpunkten („garrisons“); die Versenkung der „Lusitania“ sei ein großer Fehler gewesen.

Berlin, 18. März 1916

742*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 288–289.

Der amerikanische Gesandte beteuert Wilsons Friedensliebe: Wenn Deutschland Belgien und Nordfrankreich herausgäbe, könnte es eine Kriegsentschädigung bekommen und seine Kolonien zurückerhalten; gegenüber Rußland hätte es freie Hand.

[o. O.] 23. März 1916

743*. Bethmann Hollweg an Treutler

Privatdienstbrief. Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 240–243.

Schlechte Stimmung in Berlin. Der Ausgang des Stellungskriegs bei Verdun ist ungewiß. Im Osten greifen die Russen wieder an. Unterschiedliches Verhalten der Parteien zum Ubootkrieg. Von den Zeitungen stehen nur die wenigsten zu ihm. Viele Seeoffiziere denken nüchtern über den Ubootkrieg. Be-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

such bei der Kaiserin. Der Generalstab sollte die Presse wieder mit Kriegsbetrachtungen versehen.

Berlin, 24. März 1916

744*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Wortprotokoll. Druck: Der Hauptausschuß Reichstags S. 375–385, 402–406.

Auf die völkerrechtswidrige Behandlung des neutralen Handels durch England (u. a. Erklärung der Nordsee zum Kriegsgebiet) hat Deutschland mit der Erklärung vom 4. Februar 1915 geantwortet, daß deutsche Uboote in einem Sperrgebiet um England jedes feindliche Handelsschiff versenken würden. Die USA haben das als unfreundlichen Akt aufgenommen. Dann kamen die Versenkung der „Lusitania“ am 7. Mai und die Torpedierung der „Arabic“ am 19. August. Für die Menschenverluste auf der „Arabic“ hat Deutschland Entschädigung gezahlt. Durch die Verlegung der Uboot-Tätigkeit ins Mittelmeer kam es zur Versenkung der „Ancona“ am 7. November. Die Schärfe, mit der Präsident Wilson diese Fälle in der Öffentlichkeit behandelt, ist zu erklären mit seinem Bestreben, als Präsident gegen Roosevelt wiedergewählt zu werden.

Wenn von Deutschland der rücksichtslose Ubootkrieg verkündet wird (nach dem jedes, auch neutrale, Schiff, das sich England nähert, versenkt wird), so tritt Amerika auf der Seite der Entente in den Krieg ein. Es ist nicht anzunehmen, wie der Abgeordnete Bassermann glaubt, daß der rücksichtslose Ubootkrieg den Frieden mit England bringen werde. Die Erklärung eines verschärften Ubootkriegs ist eine politische Entscheidung, für die er als Reichskanzler die Verantwortung trägt. Wenn einmal genügend Uboote vorhanden sind und es möglich ist, sie gegen England einzusetzen, „ohne daß ich mir die übrige neutrale Welt auf den Hals ziehe, dann soll das geschehen, und diesen Tag sehne ich herbei […]. Aber er ist heute nicht da.“ Ist denn England überhaupt mit diesem Mittel niederzuzwingen? Es wird eine unbeschränkte Geldunterstützung von Amerika bekommen; bei Nacht kommen Schiffe doch nach England durch; die Handelsschiffe werden sich mit einem militärischen Konvoi schützen. Der Druck der Entente und Amerikas auf die anderen Neutralen (Dänemark etc.) wird wachsen. In moralischer Hinsicht wird der Vernichtungswille auf seiten der Entente gesteigert. Fazit: England wird durch den Ubootkrieg nicht kriegsunfähig gemacht, der Krieg aber verlängert. Das kann er nicht auf sein Gewissen nehmen.

(Zweite Rede am Nachmittag.) Er teilt nicht die Überzeugung, daß England, hinter dem Amerika und weitere neutrale Staaten stehen, in absehbarer Zeit – sechs bis acht Monaten – zum Frieden gezwungen werden könne, wie das die Abgeordneten Stresemann und Heydebrand sehen. Wenn Amerika auf die Seite Englands trete, wird der Druck auf die europäischen neutralen Staaten so groß sein, daß sie nicht widerstehen können.

[Berlin] 28. März 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

745*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 39. Sitzung, Bd. 307, S. 850–854; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 157–164.

Zuversichtliche Ausführungen zur Kriegslage. Die Absperrung und Aushungerung, welche die Feinde praktizieren, verfangen nicht. Die Ernteaussichten sind gut. Gegen die Neutralen gehen die Feinde mit Völkerrechtsverletzungen vor. An Portugal wurde der Krieg erklärt. Da Premierminister Asquith die Zerstörung der militärischen Macht Preußens will, gibt es keine Grundlage für Friedensverhandlungen. Für die polnische Frage gibt es keinen Status quo ante. Belgien wird künftig nicht mehr in dem Zustand wie vor dem Krieg sein. Litauer und Letten dürfen nicht mehr dem reaktionären Rußland ausgeliefert werden. „Der Friedensschluß, der diesen Krieg beendet, muß ein dauernder sein, er darf nicht den Keim zu neuen Kriegen […] in sich tragen." Den Kolonialbesitz muß Deutschland zurückbekommen. Gegenüber dem Jahr 1915 hat sich die Kriegslage für Deutschland gebessert. Der Kampf wird Deutschland „in eine starke und freie Zukunft" führen.

Berlin, 5. April 1916

746*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 367.

Bethmann spricht im Reichstag zum erstenmal deutlich über die Kriegsziele im Osten, unklarer in bezug auf Belgien. Im Osten sollten die besetzten Gebiete nicht an Rußland zurückgegeben werden.

[Berlin] 5. April 1916

747*. Bethmann Hollweg an Valentini

Telegramm. Druck: Dokumente und Materialien II/1 S. 355.

Gestern wurden im Reichstag zwei Abgeordnete gegen Liebknecht handgreiflich. Der Reichstagspräsident soll die Geschäftsordnung verschärfen. Offenbar ist Liebknecht geisteskrank.

[Berlin] 9. April 1916

748*. Bethmann Hollweg an Treutler

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 298–299.

Für die polnische Frage gibt es drei Lösungsmöglichkeiten: 1) Kongreßpolen an Österreich außer Suwalki und der Linie Narew – Warthe. 2) Teilung

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zwischen Deutschland und Österreich gemäß der aktuellen Okkupation. 3) Ganz Kongreßpolen autonom. – Lösung 2 und 3 wären vorzuziehen. Bei Lösung 3 käme Erzherzog Karl Stephan als Fürst in Frage.

Berlin, 10. April 1916

749*. Jagow an Treutler

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 306–307.

Besprechung des Reichskanzlers mit Burián über die Zukunft Polens: Der Kanzler will eine Angliederung weder an Deutschland noch an Österreich-Ungarn; er favorisiert einen autonomen Staat; Burián soll die österreichischen Forderungen namhaft machen, nachdem er seinem Kaiser Vortrag gehalten hat; er bleibt bei seinem Autonomieplan zunächst für Kongreßpolen (mit der Ausnahme von Suwalki).

Berlin, 16. April 1916

750*. Bethmann Hollweg an Kronprinz Wilhelm

Immediatbericht. Druck: Scherer/Grunewald I S. 309.

Für einen Separatfrieden gibt es russischerseits derzeit keinerlei Anzeichen. Auch bei Japan sieht er keine Möglichkeiten. Hinsichtlich Frankreichs torpedieren die Alldeutschen maßvolle Friedensaussichten.

Charleville, 22. April 1916

751*. Bethmann Hollweg an Holtzendorff

Schreiben. Druck: Der Weltkrieg X S. 307 (vgl. auch ebenda S. 307–309).

Fragen an den Admiralstabschef: 1. Ist ein rücksichtsloser Ubootkrieg erfolgreich? 2. In welcher Weise kann er geführt werden? 3. Können die englischen Häfen mit Minen verseucht werden?

[o. O.] 27. April 1916

752*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller: Regierte der Kaiser? S. 172–174.

Der Reichskanzler: Falkenhayn stellt ein Junktim zwischen der Operation gegen Verdun und dem verschärften Ubootkrieg her. Der Kaiser verlangt vom Kanzler eine Entscheidung. Dieser ist empört und will Falkenhayn Platz machen.

Charleville, 30. April/1. Mai 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

753*. Bethmann Hollweg an Falkenhayn

Schreiben. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 167–168; Tirpitz, Politische Dokumente II S. 540.

England ist durch den Ubootkrieg nicht zum Frieden zu zwingen. Amerika wird in den Krieg eingreifen, falls der Ubootkrieg nicht eingeschränkt wird.

Großes Hauptquartier, 3. Mai 1916

754*. Stenographische Aufzeichnung Wolfs

Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 605–609.

Der Reichskanzler vor den stimmführenden Bevollmächtigten zum Bundesrat: Die letzte amerikanische Note lautet am Schluß, „daß, wofern nicht die deutsche Regierung die bisherigen Methoden des U-Boot-Handelskriegs sofort ändere“, die amerikanische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abbrechen müsse. Der Kanzler vertritt den Standpunkt, „daß der Schaden eines Bruches mit Amerika den Vorteil bei weitem überwiegen würde, den wir bei Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges zu erwarten haben würden“. Ein Bruch mit Amerika würde auf jeden Fall eine wesentliche Verschärfung der wirtschaftlichen Situation Deutschlands herbeiführen. Das kann vermieden werden, wenn Deutschland als Konzession den Ubootkrieg künftig allein in den Formen des Kreuzerkriegs führt. Die deutsche Antwortnote verbindet mit dieser Konzession die „Erwartung“ (nicht die „Voraussetzung“), daß Amerika mit seinen Protesten gegen die englischen Verletzungen des Völkerrechts Ernst mache. Der Chef des Admiralstabs hat erklärt, daß Deutschland, falls Amerika aus dem Krieg herausgehalten werden könne, England schließlich „mürbe“ werde. Ein Beitritt Amerikas in den Krieg würde „eine entschiedene Verschärfung des Krieges“ bedeuten. Auf die Frage des bayerischen Gesandten über den möglichen Kriegseintritt Amerikas antwortet der Kanzler, daß Präsident Wilson die Rückkehr zum Kreuzerkrieg begrüßen werde, da er, anders als die Kandidaten bei der Präsidentschaftswahl, den Krieg nicht wolle.

Berlin, 4. Mai 1916

755*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Wortprotokoll. Druck: Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 544–550, 557–558.

Die deutsche Regierung befindet sich wegen des Untergangs des Passagierschiffs „Sussex“ in einem Notenwechsel mit der amerikanischen Regierung. Wilson wird von seinen Gegnern vorgeworfen, er sei ein unfruchtbarer Notenschreiber. Dieser fordert aber von Deutschland, die Methoden des Ubootkriegs

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

abzuändern, sonst würden die USA die diplomatischen Beziehungen abbrechen. Deutschland, so Bethmann, wird Konzessionen machen, um den Bruch zu vermeiden; d.h. in der Sperrzone um England wird künftig nach den Methoden des Kreuzerkriegs vorgegangen. – Von den feindlichen Regierungen sind keinerlei Friedensbekundungen eingegangen. – Die Beziehungen zu Holland sind derzeit gut. – Die Stimmung in den USA ist englandfreundlich. – Der Bruch mit Amerika wird Deutschlands wirtschaftliche Lage verschlechtern.

[Berlin] 5. Mai 1916

756*. Graevenitz an E. von Weizsäcker

Privatdienstbrief. Druck: Weizsäcker-Papiere I S. 191–193.

Der Kanzler ist mit dem Ergebnis des Immediatvortrags am 5. März zufrieden. Er spricht sich gegen den Einsatz der modernen Kriegsmittel (Gas, Flammenwerfer, Bombenabwürfe) aus. Hinsichtlich der Kriegsziele sagte er, es sei eine Herausforderung Gottes, im voraus den Siegespreis zu bezeichnen. Hinsichtlich des Elsasses sagte er, es sei falsch gewesen, die Mühlhausener Industrie in französischen Händen zu lassen.

[o.O.] 5./6. Mai 1916

757*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 6; Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 253; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 614.

Damit Wilson in Deutschland als Friedensanreger akzeptiert werde, muß er sich öffentlich gegenüber England äußern. Nur so kann England zu Friedensüberlegungen gedrängt werden.

Berlin, 6. Mai 1916

758*. Angabe Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 320 Anm. 2.

Japan soll alle von ihm besetzten deutschen Kolonien bekommen (möglichst ohne Kiautschou), wenn es Rußland zu ernsthaften Friedensverhandlungen veranlaßt. Darüber ist noch interne Absprache nötig.

[Berlin, 7. Mai 1916]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

759*. Bethmann Hollweg vor bulgarischen Abgeordneten

Ansprache. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 205–206.

Bulgarien ist hier in Berlin während des Friedenskongresses von 1878 entstanden. Beide Völker – das bulgarische und das deutsche – mußten sich aus kleinen Verhältnissen emporarbeiten; man kann die Verbindung beider Länder sogar bis ins Jahr 864 zurückverfolgen.

Berlin, 8. Mai 1916

760*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 617–618.

Der Reichskanzler freut sich auf den Besuch Hertlings in Berlin. Er hofft auf den guten Willen Wilsons beim Empfang der deutschen Note zum Ubootkrieg. Er bemerkt, daß er mehr denn je den Frieden im Auge behalte angesichts der drohenden Nahrungssorgen und der unsicheren militärischen Lage. Falkenhayn habe ihm stets gesagt, daß es ihm in Verdun viel weniger auf dessen Besitz ankomme als darauf, „daß die Franzosen sich dort verbluten".

Berlin, 8. Mai 1916

761*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief. Druck: Winzen, Loebell S. 937.

Wenn es nur an ihm läge, wäre ein Sonderfrieden mit Rußland längst geschlossen.

Berlin, 9. Mai 1916

762*. Gerard an Lansing

Telegramm. Druck: Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 267 (vgl. auch ebenda S. 294–295).

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Dieser fürchtet, daß, wenn in den nächsten Wochen nichts geschehe, um England zur Einhaltung des Völkerrechts zu zwingen, die Presse, die Mehrheit des Reichstags und die öffentliche Meinung die Rückkehr zum rücksichtslosen Ubootkrieg fordern würden und seine Stellung dann unhaltbar würde.

Berlin, 11. Mai 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

763*. Bethmann Hollweg vor türkischen Abgeordneten

Ansprache. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 237–238.

„Der Ruhm von Gallipoli, der Ruhm von Kut-el-Amara begleitet Sie." Der Kanzler gibt der Hoffnung Ausdruck, daß das deutsche Volk „nach vollendeter Waffenarbeit auch in Werken des Friedens" mit dem türkischen Verbündeten treu zusammenstehen werde.

Berlin, 23. Mai 1916

764*. Bethmann Hollweg im Gespräch mit Wiegand

Interview. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 238–241.

Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten Wiegand über die jüngsten Ausführungen Lord Greys über den preußischen Militarismus, der niedergeworfen werden müsse. Bethmann Hollweg: Hinsichtlich des Militarismus: Man denke doch an Ägypten, Faschoda, den Burenkrieg, die diversen Vorkriegskrisen, in denen Grey die Kriegsgefahr heraufbeschworen habe, dann an die Einkreisungspolitik. Zum englischen Konferenzvorschlag Ende Juli 1914: Die russische Regierung hatte da schon den Entschluß zur Mobilmachung gefaßt; besser gewesen wäre eine direkte Aussprache zwischen Wien und Petersburg gewesen; dafür hatte England nichts unternommen. England ist gar nicht zum Schutz der belgischen Neutralität, wie es das vorgegeben habe, in den Krieg eingetreten. Zur englischen Propaganda, man müsse Deutschland mit einer Veränderung seiner politischen Zustände beglücken: Grey soll lieber auf Irland schauen. Deutschland ist zum Frieden bereit, wenn es die Gewähr erhalte, gegen künftige Angriffe durch eine Koalition seiner jetzigen Feinde gesichert zu sein.

[o. O.] 24. Mai 1916

765*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 384–385.

Gespräch mit Riezler, „Bethmanns Liebling und Sekretär", über den Ursprung des Krieges: Bethmann habe das Risiko sehr wohl erwogen und die Frage des großen Krieges nach allen Seiten bedacht; seine menschliche Leistung während des Krieges sei enorm – „sein fortwährender Kampf gegen alle möglichen Einflüsse, gegen die Alldeutschen, Konservativen etc.".

[Berlin] 24. Mai 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

766*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Janßen, Der Kanzler und der General S. 289–290.

Falkenhayn: Es ist unzweifelhaft, daß bei rücksichtslosem Ubootkrieg alle Feinde bis zum Spätherbst Frieden schließen müßten. Er wird demnächst mit Conrad zusammentreffen. Die Operation gegen Verdun schreitet fort. – Von Frankreich verlangt er – Falkenhayn – neben Briey Gebiete um Verdun. – Die bisherigen Verluste vor Verdun.

[o. O.] 28. Mai 1916

767*. Lerchenfeld an Hertling

Bericht. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 623–624.

Unterredung mit dem Reichskanzler: Er hat Bedenken, den größten Teil Polens Österreich zu überlassen und dafür eine größere Grenzerweiterung zugunsten Deutschlands zu bekommen. Das Elsaß solle nicht ganz an Bayern fallen, vielmehr mit Preußen geteilt werden. Die letzte Rede Greys sei grob.

Berlin, 29. Mai 1916

768*. Wild von Hohenborn an seine Frau

Privatbrief. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 160.

Bethmann Hollweg will gegen den konservativen Abgeordneten Graefe wegen dessen Rede im Reichstag gegen die militärische Zensur ehrengerichtlich vorgehen.

[Berlin] Anfang Juni 1916

769*. Bekanntmachung Bethmann Hollwegs

Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 278.

Bekanntmachung zum Papierverbrauch im deutschen Zeitungsgewerbe. Der Kriegswirtschaftsstelle wird ein Beirat beigegeben, der über die näheren Bestimmungen zum Papierverbrauch zu hören sei (es folgen Bestimmungen darüber).

[o. O.] 3. Juni 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

770*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 158.

Bethmann Hollweg ist „an sich kein Feind der Anwendung der Uboot-Waffe, selbst auf Kosten des Bruchs mit Amerika". Auch über Belgien ist sein letztes Wort noch nicht gesprochen.

[Charleville] 4. Juni 1916

771*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 59. Sitzung, Bd. 307, S. 1509–1512; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 288–292.

Ausführungen in der dritten Lesung des Reichshaushalts für 1916: Angesichts der verbesserten Kriegslage (u.a. Kut-el-Amara, Isonzo, Skagerrak) macht es keinen Sinn, wenn Deutschland den Frieden anbahnt; man erntet nur Spott und Hohn. Eine Erörterung der Kriegsziele darf weiterhin in Deutschland aus guten Gründen nicht stattfinden.

Trotz der Pressezensur sind Treibereien mit offenen und geheimen Denkschriften entstanden. Besonders ein Pamphlet hat sich dabei hervorgetan und eine Menge von Unwahrheiten über die Julikrise verbreitet (vgl. die nächste Nummer). Darin wird dem Reichskanzler vorgeworfen, er habe in der Julikrise die Verständigung mit England gesucht und damit drei wertvolle Tage für die Mobilmachung verloren. Die beiden Dinge haben nichts miteinander zu tun. Das Pamphlet des Generallandschaftsdirektors Kapp wirft dem Reichskanzler vor, er habe ein Jena (wie 1806) verursacht dadurch, daß er mit den Sozialdemokraten liebäugele und die Flaumacher begünstige. Parteikämpfe werden nach dem Krieg wiederkommen, vielleicht schwerer als früher. Jetzt darf es nur heißen, in Einigkeit im Kampf zusammenzustehen.

Berlin, 5. Juni 1916

772*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 60. Sitzung, Bd. 307, S. 1536–1537; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 17 (1916) S. 299–301.

Er hat die anonyme Schrift „Junius alter" gestern angeführt, aus Sorge davor, daß dadurch die Stimmung im Innern und in den Schützengräben verwirrt werde. Auch die Schrift Kapps wimmelt von den allerschärfsten Angriffen gegen den Kanzler, der dagegen Verwahrung einlegen muß. An die SPD gewandt, ruft der Kanzler ihr zu: Sie soll doch die Schwerindustrie nicht beschuldigen, daß sie den Krieg nur fortsetze, um daraus Geld zu ziehen.

Berlin, 6. Juni 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

773*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief. Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 229–230; Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 263–264.

Die österreichische Katastrophe in Galizien. Hindenburg muß den Oberbefehl über die gesamte deutsche Ostfront erhalten. Bitte das dem Kaiser unterbreiten.

Berlin, 14. Juni 1916

774*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 358–359.

Mit dem Kanzler „das neue Deutschland" durchgesprochen. Er sprach von dem Albdruck der Revolution nach dem Krieg, der auf ihm laste, von der Unbrauchbarkeit der bürgerlichen Parteien und von der Unmöglichkeit, Ostelbien zu ändern.

Berlin, 14. Juni 1916

775*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 165.

Der Kanzler hat sich in einer Immediateingabe an den Kaiser über Falkenhayns Eingriffe in die Politik beschwert.

Charleville, 17. Juni 1916

776*. Bethmann Hollweg an Treutler

Telegramm. Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 242–243.

Er möge den Kaiser bewegen, Hindenburg den Oberbefehl an der gesamten Ostfront zu übertragen; das wird nun auch seitens Österreich-Ungarns gewünscht.

Berlin, 23. Juni 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

777*. Bethmann Hollweg im Gespräch mit Bredt

Druck: Bredt, Erinnerungen S. 110.

Unterredung mit dem Kanzler: Dieser sprach sich scharf gegen die Alldeutschen aus, „die jede Friedensmöglichkeit zu Schanden machten durch ihre maßlose Agiation für alle möglichen Eroberungen“.

[o. O.] 23. Juni 1916

778*. Bethmann Hollweg an Schoen

Telegramm (vertraulich). Druck: Der Friedensappell Papst Benedikts XV. S. 41–42.

Belgien ist für Deutschland ein Pfand England gegenüber. In der Fassung des Papstappells könnte stehen, daß der Papst hoffe, eine Lösung der belgischen Frage zu finden, „welche sowohl eine Verständigung zwischen den gegnerischen Mächten als eine Gewähr für die künftigen Interessen Belgiens bedeute“.

Berlin, 29. Juni 1916

779*. Aufzeichnung Scheers

Druck: Scheer, Erinnerungen S. 256–257. Über ein Gespräch mit Bethmann Hollweg (in eigener Wiedergabe).

Der Kanzler will verhindern, daß durch den verschärften Ubootkrieg weitere Länder in den Krieg gegen Deutschland eintreten. Er will England nicht weiter reizen, um es nicht zu einem „Kampf bis aufs Blut“ ankommen zu lassen.

[Wilhelmshaven, 30. Juni 1916]

780*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief. Druck: Winzen, Loebell S. 944.

Der Plan des Konsuls Marx für einen Sonderfrieden mit Rußland ist unrealistisch.

Berlin, 1. Juli 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

781*. Bethmann Hollweg an Treutler

Privatdienstbrief. Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 244–245.

Er hat vom Besuch der Hochseeflotte in Wilhelmshaven gute Eindrücke mitgebracht. Admiral Scheer meint, man müsse schließlich doch den rücksichtslosen Ubootkrieg beginnen; der Gegner entwickle Methoden zum Orten der Uboote. Falkenhayn läßt mitteilen, beim Besuch (des Kanzlers) in München sei die Unterhaltung mit König Ludwig III. abgehört worden; treffe das zu? Die Wühlarbeit der Konservativen geht weiter.

Berlin, 2. Juli 1916

782*. Müller an seinen Schwager Monbart

Privatbrief. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 199–200.

Er widerlegt die verbreitete Kritik am Reichskanzler: Dieser würde den scharfen Ubootkrieg führen, wenn dadurch der Krieg zu einem raschen Ende gebracht würde. Es gibt keinen Ersatz für Bethmann Hollweg als Kanzler. Die Behauptung, daß ihm der Seesieg am Skagerrak nicht gepaßt habe, ist Unsinn.

Charleville, 2. Juli 1916

783*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief (Auszug). Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 231–233.

Die Konservativen arbeiten an Bethmanns Sturz. Falkenhayn muß sich dazu durchringen, für Hindenburg den Oberbefehl für die gesamte Ostfront zu beantragen.

Berlin, 4. Juli 1916

784*. Bethmann Hollweg an Kessel

Schreiben. Druck: Westarp, Konservative Politik II S. 332–333.

Die Oppositionshaltung der Konservativen gegen die Regierung bedeutet eine ernste Schwächung des Landes. Die Meinungsverschiedenheiten über die Regierungspolitik sind von ihnen zur Leidenschaft gesteigert worden. Sie beeinflussen in schädlicher Weise auch die Armee. Die Konservative Partei sollte die Stellung und Autorität der Regierung nicht weiter gefährden.

[o. O.] 7. Juli 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

785*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief. Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 234–237.

Hindenburg muß endlich den Oberbefehl über die Ostfront bekommen. Kronprinz Rupprecht von Bayern fordert den Rücktritt Falkenhayns wegen dessen zahlreicher strategischer Fehlentscheidungen. So denken auch alle Armeeführer im Westen. Falkenhayns Umgebung muß ebenfalls gehen.

Berlin, 10. Juli 1916

786*. Bernstorff an Oberst House

Privatbrief. Druck: House, The Intimate Papers II S. 330.

Die deutsche Regierung wird von der Presse schwer angegriffen, daß sie den Ubootkrieg auf Bitten Amerikas aufgegeben habe. Die Gefahr scheint daher groß zu sein, daß der Kanzler gegenüber diesen Angriffen zurücktreten müsse. Das würde natürlich die Wiederaufnahme des Ubootkriegs und die Wiederkehr aller Schwierigkeiten bedeuten. Das Hauptargument gegen den Kanzler ist, daß er gegenüber den USA nachgegeben habe, obwohl er gewußt habe, daß sie nicht neutral seien und nur Druck auf Deutschland ausübten, während sie wissentlich die Verletzung des Völkerrechts durch England hinnähmen.

New York, 14. Juli 1916

787*. Tagebuch Kesslers

Tagebucheintragung. Druck: Kessler, Tagebuch V S. 567–568.

Gespräch mit Riezler: Seine Ansichten sind „fast immer die des Kanzlers“. Bethmann Hollweg glaube an ein Kriegsende „vor dem Winter“; man könne Frankreich gegenüber die deutschen Kriegsziele nicht genau festlegen; gegenüber England sei man noch weit entfernt davon, seine Seeherrschaft zu brechen; ob von Belgien die Eisenbahnen und Antwerpen gefordert werden könnten, sei zweifelhaft. Während der Marneschlacht sei Bethmann Hollweg skeptisch gewesen und habe für einen Miesmacher gegolten.

Berlin, 18. Juli 1916

788*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Janßen, Der Kanzler und der General S. 296–298.

Auf die Forderung, Hindenburg den Oberbefehl über die gesamte deutsche Ostfront zu geben, reagiert Falkenhayn erregt: Die österreichische Heeresleitung könne das nicht mitmachen. – Besuch General Cramons: Kaiser Franz

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Joseph teilt die Bedenken Conrads gegen den Oberbefehl Hindenburgs nicht; Conrads Bedenken seien inzwischen schwächer geworden.

Berlin, 19. Juli 1916

789*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 413.

Die Errichtung deutscher Polen-Legionen soll sofort in die Wege geleitet werden. Falls die polnische Frage bald gelöst wird, könnte sich die Aufsaugung der österreichen Polen-Legionen anschließen.

Berlin, 20. Juli 1916

790*. Bethmann Hollweg an Egidy

Schreiben. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 554.

Mit der Äußerung, Deutschland habe in der Seeschlacht am Skagerrak „Glück gehabt", hat er den „glänzenden Sieg" nicht verkleinern wollen.

Berlin, 20. Juli 1916

791*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 206.

Bethmann Hollweg will für eine Friedensaktion Wilsons unter Umständen die Wiederherstellung Belgiens anbieten.

Pleß, 27. Juli 1916

792*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 989.

Er bittet Hertling, die Mißstimmung der Bauern in Bayern gegen Norddeutschland zu bekämpfen.

Großes Hauptquartier, 28. Juli 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

793*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 421–422.

Burián fordert ein Kondominium Deutschlands und Österreich-Ungarns in dem zu bildenden polnischen Staat. Tschirschky soll feststellen, ob die Regierung in Wien diesen Plan billige.

Großes Hauptquartier, 30. Juli 1916

794*. Bethmann Hollweg an Jagow

Schreiben (ganz geheim). Druck: Scherer/Grunewald I S. 422.

Prinz Hohenlohe suggeriert, er – Bethmann Hollweg – solle selbst zu Verhandlungen nach Wien gehen und dort die Entlassung Buriáns verlangen. Hohenlohe selbst hält die Arbeit unter Burián für „ganz unerträglich“.

Berlin, 31. Juli 1916

795*. Lerchenfeld an Hertling

Bericht. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 654–656.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Er ist gegen die Berufung hochrangiger Militärs in den Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten. Er berichtet, daß Hindenburg im Osten sämtliche deutschen und österreichischen Armeen, außer zweien, unterstellt bekommen habe. Militärisch seien beide Fronten als gesichert zu betrachten. Er „gebe nicht die Hoffnung auf, daß der Herbst doch das Ende des Krieges bringen werde“. Wenn mit Frankreich und Rußland Frieden geschlossen werden könne, müsse gegen England der Ubootkrieg „schrankenlos“ geführt werden.

Berlin, 2. August 1916

796*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 410–411.

Gespräch mit Bethmann im Reichskanzlerpalais: Dieser sieht noch keine Friedensmöglichkeit; der Haß der Franzosen auf die Deutschen wird aber nicht ewig dauern. Er will darauf hinwirken, daß die Zeitungen von der Zensur nicht volle 14 Tage verboten bleiben.

[Berlin] 3. August 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

797*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Rede. Bericht Lerchenfelds (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 289–292.

Die militärische und wirtschaftliche Lage. Österreich-Ungarn halte einigermaßen durch. Ein Separatfrieden sei von Rußland stets abgewiesen worden. – Zum Ubootkrieg bleibe er bei seiner Einschätzung, daß damit England nicht zum Frieden gebracht werden könne.

[Berlin] 8./9. August 1916

798*. Bethmann Hollweg an die Generalkommission der Gewerkschaften

Schreiben. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 391–393.

Er bestätigt den Eingang der Eingabe der Gewerkschaft und der SPD zur Volksernährung. Durch die Errichtung des Kriegsernährungsamts ist Sorge getragen, die Lebensmittelversorgung zu verbessern, und zwar durch diverse Verordnungen. Leider können die Preise für Brot und Kartoffeln behördlich nicht herabgesetzt werden. Ein wichtiger Grund für die Versorgungsmängel sind die englischen Aushungerungspraktiken.

[o. O.] 10. August 1916

799*. Bethmann Hollweg in Verhandlung mit Burián

Geheime Aufzeichnung. Druck: Basler, Annexionspolitik S. 389–390.

Ergebnis der Verhandlungen in Wien: Man ist sich einig, ein selbständiges Königreich Polen zu errichten; die Konstituierung soll nach dem Krieg erfolgen. Der neue Staat besteht aus Kongreßpolen mit Ausnahme von Grenzberichtigungen und des Gouvernements Suwalki; er wird keine eigene Außenpolitik führen dürfen; militärisch wird er an Deutschland anzuschließen sein. In wirtschaftlicher Hinsicht bestehen noch Meinungsverschiedenheiten.

[o. O.] 11./12. August 1916

800*. Bethmann Hollweg an H. von Beseler

Schreiben (geheim). Druck: Scherer/Grunewald I S. 429–430.

Burián ist damit einverstanden, daß bald ein selbständiger polnischer Staat ausgerufen werden solle. Der Kanzler übersendet ihm – Beseler – eine

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

deutsche und eine österreichische Fassung einer Proklamation. Er möge eine ihm zweckmäßig erscheinende Version nach Berlin senden.

Berlin, 13. August 1916

801*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 433–435. Vgl. auch: Der Weltkrieg X S. 560 und 637.

Nach allen Nachrichten kann Rußland einen dritten Winterfeldzug nicht mehr durchstehen. In Wien hat die Übernahme des Oberbefehls an der Ostfront durch Hindenburg erlösend gewirkt. Über General Conrad wird bitter geklagt. Die Schwäche Österreichs kann nur durch Abgabe deutscher Truppen aus dem Westen an den Osten überwunden werden.

Berlin, 16. August 1916

802*. Gerard an Oberst House

Privatdienstbrief. Druck: House, The Intimate Papers II S. 330–331.

Die scharfen Angriffe auf den Kanzler gehen weiter. Auf einer kürzlichen Versammlung in Bayern wurden Resolutionen verabschiedet, daß es das erste Kriegsziel sei, den Kanzler loszuwerden, und das zweite, „das anglophile Auswärtige Amt auszumisten".

Berlin, 16. August 1916

803*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 193–194.

Der Kanzler schreibt, daß Österreich „mit einem selbständigen Polen unter deutschem Schutz" einverstanden sei.

Pleß, 17. August 1916

804*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 12–13; Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 279–280; Scherer/Grunewald I S. 438; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 616–617.

Er soll die Friedensvermittlung des amerikanischen Präsidenten ermutigen.

Berlin, 18. August 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

805*. Bethmann Hollweg an Lyncker

Telegramm. Druck: Der Weltkrieg X S. 637 (vgl. auch ebenda S. 561).

Wegen der ernsten Reibungen zwischen Hindenburg und Falkenhayn muß er dem Kaiser Vortrag halten.

[o. O.] 19. August 1916

806*. Bethmann Hollweg an Tirpitz

Schreiben. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 428–429 (vgl. auch ebenda S. 429–432).

Auf die Forderung Tirpitz', gegen Professor V. Valentin wegen dessen Behauptung vorzugehen, Tirpitz habe falsche Angaben über die verfügbaren Uboote gemacht, antwortet er, daß er der Sache nachgegangen sei: Die Äußerungen Valentins sind vor dessen Dienstantritt im AA in einer privaten Unterhaltung gefallen; deshalb stehen ihm (Bethmann Hollweg) keine Disziplinarbefugnisse zu.

Großes Hauptquartier, 22. August 1916

807*. Wild von Hohenborn an seine Frau

Privatbrief (Auszug). Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 195.

Der Kanzler in Pleß. Auf Wilds Einwurf, Falkenhayn sei kein Moltke, antwortet Bethmann Hollweg: „und ich kein Bismarck, man muß eben auskommen mit dem, was man hat."

[Pleß], 22. August 1916

808*. Bethmann Hollweg an AA

Telegramm (ganz geheim). Druck: Scherer/Grunewald I S. 456.

Es gibt allerhand Anzeichen dafür, daß Rußland zu einem Separatfrieden geneigt sei.

Pleß, 23. August 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

809*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 213–214.

Der Kanzler berichtet von Treibereien gegen ihn; der Kriegsminister habe erklärt, Falkenhayn genösse das Vertrauen des Generalstabs und der Armee.

[Pleß] 23. August 1916

810*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 196.

Bethmann Hollweg berichtet, daß Falkenhayn das Vertrauen der Armee nicht mehr besitze.

[Pleß] 24. August 1916

811*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 214–215.

Holtzendorff hat aus einer Unterredung mit dem Kanzler einen unerfreulichen Eindruck mitgenommen: „Nichts als Sorge, nichts als Friedenssehnsucht." – Bethmann Hollweg im Gespräch mit Müller: Deutschland müsse bald Frieden machen, selbst gegen Abtretung von Teilen Lothringens und des Oberelsaß; der Kanzler ist dem verschärften Ubootkrieg nicht mehr gänzlich abgeneigt.

Pleß, 24./25. August 1916

812*. Lerchenfeld an Hertling

Bericht. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 682–685.

Ausführungen des Reichskanzlers im Bundesrat: Italien hat gestern dem Deutschen Reich den Krieg erklärt, obwohl durch den Einsatz des deutschen Alpenkorps der faktische Kriegszustand schon seit dem Sommer 1915 bestanden hat. Ebenfalls gestern hat Rumänien an Österreich-Ungarn den Krieg erklärt. Es war klar, daß Rumänien in einem ihm als passend erscheinenden Moment eingreifen würde, „um ohne übermäßige Opfer ein gutes Geschäft zu machen". Deutschland wird fest an der Seite seines Bundesgenossen stehen. Auf Ersuchen des Kaisers wird der Bundesrat gebeten, gemäß Artikel 11 der Reichsverfassung seine Zustimmung zur Kriegserklärung Deutschlands an Rumänien zu geben.

Berlin, 28. August 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

813*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 217.

Im Gespräch mit Bethmann Hollweg: „Große Seligkeit“ über die Ernennung Hindenburgs zum Generalstabschef.

Pleß, 30. August 1916

814*. Aufzeichnung des Admiralstabs

Von unbekannter Hand. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 174–175, 177–178; Spindler, Der Handelskrieg mit U-Booten III S. 211–212.

Bethmann Hollweg in einer Konferenz mit der OHL und dem Admiralstabschef: Er sei für den Ubootkrieg zu haben, „wenn er überzeugt wäre, dadurch zu einem guten Ende des Krieges zu kommen“; ein völliges Absperren Englands sei nicht möglich. Die OHL müsse nach dem Kriegseintritt Rumäniens unbedingt darüber entscheiden.

[Pleß] 31. August 1916

815*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm (geheim). Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 14; Scherer/Grunewald I S. 465–466.

„Erscheint [. . .] Friedensvermittlung Wilsons möglich und erfolgreich, wenn wir Belgiens bedingte Wiederherstellung zusichern? Andernfalls müßte rücksichtsloser U-Boots-Krieg ernst erwogen werden.“

Berlin, 2. September 1916

816*. Tagebuch E. von Weizsäckers

Tagebucheintragung. Druck: Weizsäcker-Papiere I S. 212 und 213.

Auf der Konferenz in Pleß am 31. August 1916 „hat der Kanzler dem Feldmarschall ziemlich stark die Hand gegeben und ihm gesagt, von ihm hänge die Entscheidung [für den verschärften Ubootkrieg] ab“. – Der Kanzler hat sich dahin geäußert, einen Zeitpunkt für eine endgültige Entscheidung müsse der Generalstabschef geben.

[o. O.] 9. September 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

817*. Bethmann Hollweg an Scheer

Schreiben (Anlage zu einem Brief Bethmann Hollwegs an Hertling vom 7. Oktober 1916). Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 998.

Das Gerücht, er habe im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten ihn als Zeuge gegen den rücksichtslosen Ubootkrieg genannt, ist falsch.

Berlin, 12. September 1916

818*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 223.

Der Kanzler nimmt an, daß Präsident Wilson dafür empfänglich sei, eine Demarche für Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen zu unternehmen.

Pleß, 20. September 1916

819*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Ludendorff, Urkunden S. 305–306; Scherer/Grunewald I S. 469–470.

Bernstorff soll Oberst House mitteilen, daß England durch den rücksichtslosen Ubootkrieg zwar in wenigen Monaten zum Frieden gezwungen werden könne, ein anderer Weg aber auch durch eine rasche Friedensvermittlung Präsident Wilsons gangbar sei.

Berlin, 23. September 1916

820*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 15–16; Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 285–286; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 617–618.

Die Kriegslage ist derzeit für Deutschland günstig. Die Marine drängt zum rücksichtslosen Ubootkrieg. Eine Friedensaktion Wilsons ist erwünscht, müßte aber bald erfolgen und territoriale Vorschläge ausklammern.

Berlin, 25. September 1916

821*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 730–731.

Der Reichskanzler hat entgegen anderslautenden Meldungen den Marinestab wissen lassen, es bestünden keine politischen Bedenken dagegen, daß

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

feindliche Truppen-Transportdampfer im Kanal, bewaffnete wie unbewaffnete, „unaufgetaucht torpediert werden, wenn sie als Truppen-Transportdampfer erkannt worden sind“.

Berlin, 27. September 1916

822*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 476–477.

Botschafter Gerard wird heute über Kopenhagen nach Washington reisen; das Aide-Mémoire des Kaisers wird daher an Bernstorff telegraphiert.

Berlin, 28. September 1916

823*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 63. Sitzung, Bd. 308, S. 1691–1694; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 441–447.

Durch die Kriegserklärung Italiens an Österreich-Ungarn ist der Kriegszustand auch mit Deutschland eingetreten, da deutsche Truppen mit ihren österreichisch-ungarischen Kameraden zusammen kämpfen. Auch Rumänien hat sich nach langer schwankender Politik der Entente angeschlossen. Ministerpräsident Brătianu hat immer hinter dem Rücken seines Königs gehandelt. Aufgrund russischen Drucks auf Rumänien hat Deutschland dem Land schließlich den Krieg erklärt.

Zur Kriegslage: An der Somme ist den Gegnern der Durchbruch nicht gelungen. Im Osten ist die russische Offensive zusammengebrochen. In Saloniki hat die Entente ein großes Heer versammelt. Trotz des gewaltigen Ringens hat Deutschland seine Bereitschaft zu Friedensverhandlungen erklärt, zuletzt am 9. Dezember 1915. Wie lautet das deutsche Friedensziel? „Wir wollen Deutschland für alle Zeit gegen jeden Angriff schützen“. Und was will England? „Unser Leben als Nation soll zerstört werden.“ „England ist unter allen der selbstsüchtigste, der hartnäckigste und erbittertste Feind.“ Aber für Deutschland gibt es nur eine Parole: ausharren und siegen! Jeder Deutsche kann jetzt bei der Kriegsanleihe beweisen, daß er zu jedem Opfer bereit ist.

Berlin, 28. September 1916

824*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Wortprotokoll. Druck: Der Hauptausschuß des Reichstages S. 713–718.

Auf die Frage des Abgeordneten Bassermann wegen der Ostfront ist zu antworten, daß Vorstöße im Norden oder Süden der Ostfront der OHL nicht

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ratsam erscheinen. Die Angaben der Marineleitung zur Uboot-Frage hat er niemals bezweifelt. Jede Frage des Ubootkrieges kann nur pro tempore beantwortet werden. Die Versorgung in Deutschland ist wegen der einigermaßen guten Ernte gesichert. Nach wie vor ist davon auszugehen, daß der rücksichtslose Ubootkrieg den Bruch mit Amerika zur Folge haben werde. Die Kriegslage ist für Deutschland derzeit schwieriger geworden als zu Beginn des Krieges. Gemeint sind etwa die Munitionsfrage, die Arbeitskräftefrage in der Kriegsindustrie, die Lebensmittelfrage. Deshalb darf die Ubootfrage nur vom nüchternen Gesichtspunkt aus betrachtet werden: Bringt der Ubootkrieg Deutschland zum siegreichen Frieden oder behindert er ihn?

[Berlin] 29. September 1916

825*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 482–484.

Mit Österreich-Ungarn ist derzeit nur eine Militärkonvention möglich, nicht aber eine politische und wirtschaftliche Vereinbarung. In Österreich-Ungarn ist an eine innere Umgestaltung jetzt nicht zu denken; auf jeden Fall muß aber in Österreich das deutsche, in Ungarn das ungarische Element vorherrschend bleiben. Der Ablauf des Zweibundvertrages 1917 eröffnet die Möglichkeit, in diesem Sinne Druck auszuüben.

Berlin, 29. September 1916

826*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Wortprotokoll. Druck: Der Hauptausschuß des Reichstages S. 755–758.

Es ist in der öffentlichen Meinung immer wieder gesagt worden: Wenn Deutschland den rücksichtslosen Ubootkrieg anfange, werde England binnen kurzem niedergerungen sein. Es ist sogar polemisch ausgestreut worden: Der Reichskanzler wolle den Ubootkrieg nicht, weil er sich mit England verständigen möchte. Das ist eine vergiftende Legende. Die OHL hat erklärt, sie könne im gegenwärtigen Moment eine Entscheidung in der Ubootfrage nicht abgeben. Eben ist die Nachricht über die militärischen Erfolge bei Hermannstadt in Rumänien eingetroffen. Wenn der Reichskanzler in Übereinstimmung mit der OHL zu der Überzeugung kommt, „daß uns der rücksichtslose U-Boot-Krieg dem siegreichen Frieden nähert, dann wird der U-Boot-Krieg gemacht werden.“

[Berlin] 30. September 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

827*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Scherer/Grunewald I S. 484–485.

Rechtfertigt sich gegenüber dem Vorwurf, dem Botschafter Gerard das Aide-mémoire nicht ausgehändigt zu haben: Gerard hatte gesagt, daß er nicht nach Washington reise; daß er in Kopenhagen seinen Entschluß änderte, war nicht vorauszusehen.

Berlin, 30. September 1916

828*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Scherer/Grunewald I S. 486.

Die allgemeine Lage in Österreich-Ungarn kann nur durch einen Personalwechsel geändert werden. Graf Tisza kommt dafür nicht in Frage. Als Ministerpräsident für Österreich kämen Erzherzog Eugen, als Ersatz für Burián Graf Széczen in Betracht.

Berlin, 30. September 1916

829*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Ludendorff, Urkunden S. 70–76.

Zur Sicherung des Heeresersatzes ist folgendes zu sagen: Bereits jetzt sind alle männlichen Personen zwischen 17 und 45 Jahren zur Verfügung der Heeresverwaltung reklamiert, entweder für den Feld- oder für den Garnisonsdienst. Der Dienst der über 45jährigen wird ebenfalls für Kriegszwecke eingesetzt (Bergwerke, Landwirtschaft usw.). Jugendliche zwischen 14 und 16 Jahren könnten neben ihrem bisherigen Arbeitseinsatz nicht in den Militärdienst geschickt werden. Die Universitäten zu schließen macht keine zusätzlichen Militärkräfte frei. – Frauen sind bereits in kriegswichtigen Industrien in großem Umfang eingesetzt. Die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht für Frauen ist untunlich.

Berlin, 30. September 1916

830*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 183–184. Vgl. dazu: Der Weltkrieg XI S. 449–450.

Für Hindenburg. Holtzendorff teilt mit, daß der Ubootkrieg am 18. Oktober beginnen solle. Dazu folgendes: Den USA ist zugesagt worden, den Ubootkrieg nur nach Prisenordnung zu führen. Außerdem soll Wilson zur Abgabe eines Friedensappells veranlaßt werden. Diesen wird die Entente wahrschein-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

lich ablehnen, Deutschland aber annehmen; dann kann die Amerika erteilte Zusage zurückgezogen werden. Die Sache muß dem Kaiser gemeinschaftlich vorgetragen werden.

Berlin, 1. Oktober 1916

831*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Protokoll. Druck: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 761–765.

Seit Beginn des Krieges ist der Fehler gemacht worden, die Feinde zu unterschätzen sowohl im Westen wie im Osten. Das zeigt sich bei Verdun und in der Brusilov-Offensive. In Rumänien kommt allerdings die Offensive voran. Mit Österreich sind Verhandlungen über eine Militärkonvention im Gange.

[Berlin] 2. Oktober 1916

832*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 488.

Nach Ansicht Lucius' v. Stoedten in Stockholm würde das Polen-Manifest derzeit einen Separatfrieden mit Rußland gefährden.

Berlin, 2. Oktober 1916

833*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Scherer/Grunewald I S. 489–490.

Botschafter Gerard ist nun doch nach Washington berufen worden. Seine Abberufung vorzuschlagen wäre derzeit untunlich. Minister Wallenberg in Stockholm wird Friedensfäden nach Rußland spinnen. Die Ernennung Protopopovs zum Innenminister ist günstig. In Wien könnte es zum Personalwechsel kommen.

Berlin, 3. Oktober 1916

834*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Ludendorff, Urkunden S. 307–308. Vgl. dazu: Der Weltkrieg XI S. 451.

Der rücksichtslose Ubootkrieg ist, da er sich auch gegen die Neutralen richten wird, ein Akt auswärtiger Politik, für den er die verfassungsmäßige Ver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

antwortung trägt; er kann also nicht ohne Beteiligung des Reichskanzlers beschlossen werden.

Berlin, 6. Oktober 1916

835*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 193–194.

Für Hindenburg. Alle Gründe sprechen derzeit gegen den rücksichtslosen Ubootkrieg. Dagegen ist der Kreuzerkrieg, durch den die Zufuhren nach England erschwert werden, zu intensivieren. Bitte um Einverständnis.

Berlin, 8. Oktober 1916

836*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Wortprotokoll. Druck: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 864–865.

In der Diskussion über den rücksichtslosen Ubootkrieg erklärt der Kanzler aufs neue, „daß, wenn ich mit den übrigen maßgebenden Stellen zu der Überzeugung komme, daß uns der U-Boot-Krieg zu einem baldigen siegreichen Frieden verhilft, dann wird der U-Boot-Krieg gemacht werden".

Berlin, 9. Oktober 1916

837*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 17; Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 290; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 618–619.

Wenn Botschafter Gerard in Washington ankommt, soll ihm das hier mitgegebene Memoire des Kaisers ausgehändigt werden. Dieses bedeutet keine Drohung mit dem Ubootkrieg.

Berlin, 9. Oktober 1916

838*. Holtzendorff an Müller

Privatdienstbrief (Auszug). Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 227–228.

Mit der Forderung nach dem verschärften Ubootkrieg soll vor allem auch der Kanzler gestürzt werden. Die Anfang des Jahres vom Admiralstab verfertigte Denkschrift zum Ubootkrieg ist von der Regierung totgeschwiegen worden.

Berlin, 9. Oktober 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

839*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald S. 510–513. – Vgl. auch ebenda S. 515–516.

Generalgouverneur H. von Beseler hat den Fraktionsführern des Reichstags und des Abgeordnetenhauses über die Schaffung eines polnischen Staates Vortrag gehalten und ihre Bedenken zerstreuen können. Auf einer Konferenz in Pleß soll mit Burián und Conrad über den Erlaß eines Polen-Manifests entschieden werden. Mit Rußland müßte dann in Separatverhandlungen die geographische Abgrenzung vereinbart werden. Nach Mitteilungen aus Stockholm dürften die Chancen für solche Verhandlungen gegeben sein; Bedenken wegen des Polen-Manifests müssen aber ernstgenommen werden.

Berlin, 10. Oktober 1916

840*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 18–19; Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 266 u. 295.

Eine Fortsetzung des Ubootkrieges an der amerikanischen Küste ist nicht beabsichtigt.

Ein „spontaner" Friedensappell Wilsons ist willkommen; vielleicht kann dieser sich deswegen mit dem Papst und dem König von Spanien in Verbindung setzen.

Berlin, 14. Oktober 1916

841*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses II S. 192–193.

Die Eröffnung des rücksichtslosen Ubootkriegs stellt, da es um das Verhältnis zu den neutralen Staaten geht, einen Akt der auswärtigen Politik dar. Zudem müssen die Zusagen, die an die USA gegeben worden sind, zurückgezogen werden. Der Ubootkrieg darf also nicht ohne Beteiligung des Reichskanzlers beschlossen werden.

Berlin, 16. Oktober 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

842*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 79–82; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 476–477; Scherer/Grunewald I S. 517–519.

Burián trug in Pleß vor: Wegen des Erschöpfungszustands Österreich-Ungarns sollten die Neutralen gebeten werden, den Feinden ein Friedensangebot der Mittelmächte zu übermitteln; lehnten die Feinde ab, so dürfte das Angebot kaum als Schwäche gedeutet werden. Burián hat 17 konkrete Punkte aufgezählt, die im Friedensangebot genannt werden müßten. Er – Bethmann Hollweg – hat erwidert, daß er darauf antworten werde, da er sich ebenfalls mit denselben Gedanken trage.

Berlin, 18. Oktober 1916

843*. Lerchenfeld an Hertling

Bericht. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 760–762.

Der Reichskanzler über die polnische Frage: Die OHL rechne mit 60.000 bis 100.000 Mann polnischen Rekruten. Um die Werbung durchzuführen, wolle man mit einer Proklamation an das polnische Volk herantreten, in der die künftige Gestaltung des Landes skizziert werde. Das Ziel sei „Bildung eines autonomen Pufferstaates in festem Anschluß an Deutschland". Wenn man Polen Rußland überlasse, werde daraus ein antideutscher Pufferstaat entstehen. Die Polenproklamation kann jetzt erfolgen, da mit einem Separatfrieden mit Rußland überhaupt nicht zu rechnen sei. – Gegen den Grafen Reventlow und weitere Konservative will der Reichskanzler gerichtlich vorgehen.

Berlin, 22. Oktober 1916

844*. Bethmann Hollweg an König Ferdinand I.

Immediatschreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 521–524.

Mit König Albert zu einer Verständigung über Belgien zu gelangen ist nicht möglich. Auch gegenüber Frankreich fehlt es an Raum für Friedenserwägungen. In England gibt es keinen Mann, der an das Morgen oder Übermorgen denkt. Präsident Wilson wird wohl nach seiner Wiederwahl einen Friedensappell erlassen. In Rußland machen sich Anzeichen für eine Kriegsbeendigung bemerkbar; vielleicht könnte über seinen Gesandten Rizov (in Berlin) das Terrain sondiert werden.

Berlin, 23. Oktober 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

845*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegrammentwurf (geheim; mit Cessat-Vermerk). Druck: Scherer/Grunewald I S. 532–534.

Angesichts der Erfolge beim Rumänienfeldzug ist der psychologische Moment für ein Friedensangebot gekommen; Bedingungen sollten nicht konkretisiert werden. Einzelheiten zum Modus procedendi.

Berlin, 28. Oktober 1916

846*. Bethmann Hollweg an Tschirschky

Telegramm (für Gesandten v. Stumm; ganz geheim). Druck: Scherer/Grunewald I S. 534–535.

Entwurf einer Note an den Präsidenten der USA und der Schweiz mit der Bitte, das Friedensangebot den Ententemächten zu übergeben: Deutschland und seine Verbündeten bieten an, „alsbald in Verhandlungen einzutreten, um die Bedingungen festzustellen, unter denen der Welt der Frieden wiedergegeben werden kann“.

Berlin, 28. Oktober 1916

847*. Bethmann Hollweg vor einer polnischen Delegation

Ansprache. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 496 (vgl. auch dort S. 504).

Die beiden verbündeten Kaiserreiche sind gewillt, „einen polnischen Staat unter einem König mit einer polnischen Armee im festen Anschluß an die Kaisermächte erstehen zu lassen“. Die Grenzen können angesichts der Kriegslage derzeit noch nicht festgelegt werden.

Berlin, 28. Oktober 1916

848*. Tagebuch Wilds von Hohenborn

Tagebucheintragung. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 205.

In der letzten Staatsministerialsitzung hat der Kanzler seine Absicht kundgetan, mit Friedensvorschlägen an die Feinde heranzutreten. Er – Wild – hält den Augenblick dafür überhaupt nicht für geeignet.

[Berlin] 29. Oktober 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

849*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Rede. Bericht Lerchenfelds (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 292–293.

Die staatliche Neuordnung Polens sei – so Bethmann Hollweg – auf Drängen der OHL geplant; diese hoffe, dadurch 300.000 Kriegsfreiwillige zu gewinnen. – Der Kanzler halte den Zeitpunkt für gekommen, mittels einer Note an die Feindmächte ein Friedensangebot zu machen.

[Berlin] 30./31. Oktober 1916

850*. Bethmann Hollweg gegenüber A. N. Davis

Unterredung. Druck: Davis, The Kaiser as I Know Him S. 70–75.

Der Reichskanzler fragt, wer der nächste Präsident sein werde. Wilson könne sein Andenken unsterblich machen, wenn er der Welt den Frieden bringe. – Eindruck: Die deutsche Regierung ist über den Ausgang des amerikanischen Wahlkampfs sehr besorgt.

[Berlin, Ende Oktober 1916]

851*. Bethmann Hollweg an Wedel

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 82–83; Scherer/Grunewald I S. 536–538.

Er übersendet ein Handschreiben Wilhelms II. an Franz Joseph folgenden Inhalts: Bethmann Hollweg hat mit Burián über ein Friedensangebot konferiert. Zwei Dissenspunkte sind dabei herausgekommen: Burián möchte noch einige Wochen warten, während der Kanzler den Moment für unmittelbar gegeben halte, da der Balkanfeldzug der Entente gescheitert sei. Des weiteren möchte Burián im Angebot konkrete Friedensbedingungen nennen, während der Kanzler kein detailliertes Programm wünsche. In beiden Punkten steht der Kaiser auf der Seite des Kanzlers. Es sollte darüber noch mit Bulgarien und der Türkei Fühlung genommen werden.

Berlin, 1. November 1916

852*. Bethmann Hollweg an Wedel

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 538–539.

Burián bittet, mit dem Friedensangebot noch zu warten, bis eine kurze Frist nach der Proklamation des Polenmanifests verstrichen sei. In der zweiten

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Monatshälfte sollte aber der Schritt getan werden, nachdem zuvor mit der Türkei und Bulgarien darüber Fühlung genommen sei.

Berlin, 1. November 1916

853*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses II Beilage 1S. 84–85; Scherer/Grunewald I S. 542–543.

Burián will nun doch den Friedensschritt sofort tun. Bethmann Hollweg zählt fünf Bedingungen (Polen, Grenzregulierung im Osten, Belgien, Briey, Kolonien) auf, während Burián für Österreich-Ungarn sieben Bedingungen nennt (Grenzverbesserungen gegenüber Rußland, Rumänien, Italien, Serbien, Montengro, Albanien).

Berlin, 4. November 1916

854*. Bethmann Hollweg an Wedel

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 544.

Burián möge seine Vorschläge für den Entwurf der Friedensnote innerhalb von 2–3 Wochen machen, damit dann sofort mit Bulgarien und der Türkei Fühlung genommen werden kann. König Ferdinand soll sogleich von Wilhelm II. unterrichtet werden.

Berlin, 4. November 1916

855*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 545–546.

Übersendet ihm den Entwurf eines Telegramms an Ferdinand von Bulgarien: Der Moment für ein Friedensangebot ist nach dem militärischen Erfolg in Rumänien gekommen. Würde es abgelehnt, würde „das Odium der endlosen Verlängerung des Krieges […] den Feinden aufgeladen". Das Angebot sollte ohne konkrete Bedingungen an alle Neutralen und an den Papst gerichtet werden.

Berlin, 4. November 1916

856*. Grünau an Bethmann Hollweg

Telegramm (für Reichskanzler). Druck: Scherer/Grunewald I S. 549–550.

Ludendorff hält die schleunige Durchbringung des Hilfsdienstgesetzes für unabdingbar, da sonst wegen Munitionsmangels die Fronten nicht mehr gehal-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ten werden können. Die Einbringung des Gesetzes vor dem beabsichtigten Friedensangebot wäre vorteilhaft.

Pleß, 6. November 1916

857*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm (für Hindenburg). Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 87; Scherer/Grunewald I S. 550–551.

Für Hindenburg: Einverstanden mit den von ihm genannten deutschen Friedenszielen mit der Ausnahme von Belgien. Dieses sollte bedingt herausgegeben werden gegen Rückgabe der von England besetzten Kolonien, dazu der Kongostaat.

Berlin, 6. November 1916

858*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses II Beilage 1 S. 88–89; Scherer/Grunewald I S. 552.

Nach dem Einvernehmen mit Hindenburg sollen Burián die folgenden deutschen Kriegsziele mitgeteilt werden: Königreich Polen; Annexion kurländischer und litauischer Gebiete; Handelsvertrag mit Rußland; Garantien in Belgien; Rückgabe der Kolonien; Longwy und Briey; Entschädigung der Auslandsdeutschen; Annexion Luxemburgs.

Berlin, 7. November 1916

859*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Protokoll. Druck: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1011–1012, 1016–1017, 1019–1020. Wortprotokoll der Anfangsrede: Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 523–530.

Der Reichskanzler geht aufgrund einer Tischrede Lord Greys vom 23. Oktober 1916 auf die letzten Julitage 1914 ein: Die russische Mobilmachung (am 30./31. Juli) gehe nicht auf eine Falschmeldung des „Berliner Lokalanzeigers“ zurück; sie habe keineswegs defensiven Charakter getragen. – Durch die Westorientierung Polens werde das alte deutsch-russische Verhältnis nicht zerbrochen, das sei schon vorher geschehen. Durch die Gründung eines Königreichs Polen werde ein Separatfrieden mit Rußland nicht in Frage gestellt; die preußische Polenpolitik müsse aber gemildert werden.

[Berlin] 9. November 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

860*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 553–554 (vgl. ebenda S. 557–558).

Entwurf des Friedensangebots an die Gegner: Für die Vierbundmächte war der Krieg Notwehr und Verteidigung ihres nationalen Daseins; sie schlagen vor, „alsbald mit ihren Gegnern in Verhandlungen einzutreten, um die Bedingungen festzustellen, durch welche Ehre, Dasein und Enwickelungsfreiheit ihrer Völker gesichert und der Welt der Frieden zurückgegeben werden kann“. Die Note geht an Wilson zur Weiterleitung an die gegnerischen Mächte, ferner an die neutralen europäischen Mächte und an den Papst.

Berlin, 11. November 1916

861*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 557.

Entwurf eines Telegramms Wilhelms II. an Ferdinand I.: Der Kanzler wird sich morgen mit Burián über die Kriegsziele einigen und ihm (Ferdinand) darüber Mitteilung machen.

Berlin, 13. November 1916

862*. Bethmann Hollweg an das Preußische Staatsministerium

Schreiben. Druck: Militär und Innenpolitik S. 44–45.

Der Reichstag hat den Entwurf eines Gesetzes über den Kriegszustand angenommen. Bis zum Erlaß des Gesetzes soll eine militärische Beschwerdestelle gegenüber den Anordnungen der Militärbefehlshaber errichtet werden. Bitte um Mitteilung, ob Bedenken gegen die Annahme des Entwurfs bestehen.

[o. O.] 14. November 1916

863*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Burián als deutsche Friedensziele für Besprechungen am 15. November mitgeteilt. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 539.

Vierzehn deutsche Friedensziele, darunter: Anerkennung Polens; Abtrennung kurländischen und litauischen Gebiets; Gebietsaustausch im Elsaß; Wiederherstellung Belgiens unter Garantien für Deutschland; Herstellung eines deutschen Kolonialbesitzes; wirtschaftlicher und finanzieller Ausgleich.

[o. O.] 15. November 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

864*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm für Hindenburg. Druck: Militär und Innenpolitik S. 521–523.

Der Entwurf eines Hilfsdienstgesetzes wird so rasch wie möglich durch alle Instanzen gebracht werden. Hindernisse, welche die Parteien aufstellen, müssen vor Beginn der Reichstagsverhandlungen überwunden werden. Die Sache darf aber nicht übers Knie gebrochen werden.

[o. O.] 17. November 1916

865*. Bethmann Hollweg an Valentini

Telegramm. Druck: Militär und Innenpolitik S. 50–51.

Das Staatsministerium erbittet die kaiserliche Genehmigung der Gesetzesentwürfe über die Schutzhaft und über die Errichtung einer Beschwerdestelle für Angelegenheiten des Belagerungszustands.

[o. O.] 21. November 1916

866*. Grew an Lansing

Telegramm. Druck: Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 68–69.

Unterredung mit dem Kanzler über die belgischen Zwangsarbeiter: In Belgien seien 600.000 arbeitslose Männer, die nie nach Deutschland gebracht worden wären, wenn sein Friedensangebot vom Dezember 1915 angenommen worden wäre. „Was bedeuten diese Schwierigkeiten in Belgien gegenüber den Hekatomben von Toten an der Somme seit dem letzten Juli?“ An der Ubootskriegführung werde nichts geändert. In Karlsruhe und München seien Kinder und Frauen durch französische Bombardierung umgekommen.

Berlin, 22. November 1916

867*. Bethmann Hollweg an die Staatssekretäre und die preußischen Staatsminister

Schreiben. Druck: Militär und Innenpolitik S. 448–449.

Wenn demnächst die Kriegszielerörterungen freigegeben würden, darf es nicht zu Zerfahrenheit der öffentlichen Meinung und Verschärfung der inneren Gegensätze kommen. Jede Maßnahme zur Einwirkung auf die öffentliche Meinung muß vom Reichskanzler ausdrücklich gebilligt werden.

[o. O.] 23. November 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

868*. Bethmann Hollweg an Vitzthum

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald I S. 578.

Bitte an König Albert mitteilen: Die Wahl des Zeitpunkts der Friedensaktion ist wichtig; es muß abgewartet werden, bis auszuschließen ist, daß Deutschland gezwungen erscheint, um Frieden zu bitten.

Berlin, 23. November 1916

869*. Grew an Lansing

Telegramm. Druck: Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 867.

Der Kanzler hat mündlich zugesagt, daß aus Belgien nur Arbeitslose deportiert würden und die belgischen Behörden dazu Listen vorlegen müßten; spanische diplomatische Vertreter könnten sich über den Einsatz der Belgier vor Ort informieren.

Berlin, 24. November 1916

870*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses II Beilage 1 S. 92–94; Ludendorff, Urkunden S. 308–309; Scherer/Grunewald I S. 580–581; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,2 (1916) S. 621–622.

Nachdem Bulgarien und die Türkei dem Friedensplan zugestimmt haben, ist die Publikation von der militärischen Lage abhängig. Die Aussichten des Angebots bei den Ententemächten sind ungewiß. Wilson plant seinerseits einen Friedensappell.

Berlin, 27. November 1916

871*. Bethmann Hollweg im Gespräch mit Hale

Interview. Druck (Auszüge): Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 560–561. Vollständig (autorisiert vom Reichskanzler): Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 72–74; vgl. auch Wilson, Papers Bd. 40 S. 21–22.

Bethmann Hollweg gegenüber dem Vertreter des „New York American", W. B. Hale: Der Kanzler verweist auf seine Reichstagsrede vom 9. November, nach der er jeden Versuch, zu einer praktischen Friedenslösung zu kommen, prüfen werde. Deutschland sei bereit, einem Völkerbund beizutreten, so wie ihn Präsident Wilson in einer kürzlichen Rede skizziert habe. Das deutsche Hilfs-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dienstgesetz, nach dem alle Kräfte des Volkes mobilisiert würden, bedeute keine Rücknahme seiner Friedensbereitschaft.

[o. O.] 28. November 1916

872*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 76. Sitzung, Bd. 308, S. 2156; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 562–563.

Der Kanzler führt mit allgemeinen Worten das Hilfsdienstgesetz ein: „Industrie und Organisation werden mit jedem Tage, den der Krieg länger dauert, immer entscheidender für das Ende." Der Hauptausschuß hat das Gesetz vorbereitet. Die Eingriffe in das Wirtschaftsleben sind gewaltig, aber eherne Notwendigkeit verlangt sie.

Berlin, 29. November 1916

873*. Grew an House

Telegramm. Druck: Wilson, Papers Bd. 40 S. 160–161. Vgl auch ebenda S. 217 und 218.

Eindrücke aufgrund der Interviews des Kanzlers mit Hale und mit ihm (Grew): Der Kanzler ist offenbar aufrichtig für die Einleitung von Friedensschritten; der Krieg könne nur unentschieden enden; weitere Menschenopfer seien unsinnig. Ob der Kanzler angesichts seiner wiederholten Friedensandeutungen in Deutschland auf Widerstand stoßen wird, kann derzeit nicht gesagt werden.

Berlin, 1. Dezember 1916

874*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 238–239.

Der Reichskanzler betont, es müsse ein Konflikt mit Amerika vermieden werden (wegen des Ubootkriegs), bis seine Friedensdemarche und auch diejenige Wilsons publiziert seien.

[Berlin] 2. Dezember 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

875*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 592–593.

Die bulgarische Regierung hat eine Änderung im Entwurf der Friedensnote vorgeschlagen. Übersendet den derzeitigen Wortlaut, in dem es u. a. heißt: „Getragen von dem Bewußtsein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft, […] schlagen die verbündeten Mächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten.“

[Berlin], 4. Dezember 1916

876*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses II Beilage 1 S. 307–308.

Auf die Vorstellung der USA wegen der belgischen Arbeiter und der Versenkung der Schiffe „Marina“ und „Arabic“ wird der amerikanischen Botschaft geantwortet, daß ein Memorandum betreffend die belgischen Arbeiter vorbereitet werde. Der Zwischenfall wegen der Schiffsversenkungen soll freundschaftlich geregelt werden. Mit großer Befriedigung wird Akt genommen von der Bereitschaft der USA, sich für die Wiederherstellung des Friedens einzusetzen. Vorstehende Aufzeichnung ist dem amerikanischen Geschäftsträger vorgelesen worden.

Berlin, 5. Dezember 1916

877*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 600–601.

Nach erneuten Änderungen durch die OHL kann die Übergabe der Friedensnote erfolgen. Es sollten aber noch einige Tage nach dem Fall von Bukarest abgewartet werden.

Berlin, 5. Dezember 1916

878*. Bethmann Hollweg an Eisendecher

Erlaß (streng geheim). Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 272–273.

Mit der Ablehnung des deutschen Friedensangebots durch die Feinde ist zu rechnen. Sie böte einen neuen Ansporn „zu äußerster Kraftanstrengung“.

[Berlin] 5. Dezember 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

879*. Bethmann Hollweg an Wedel

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald I S. 602.

Er soll Burián sagen, daß in der Friedensnote auch Serbien und Portugal genannt werden.

Berlin, 6. Dezember 1916

880*. Grew an Lansing

Telegramm. Druck: Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 81–84.

Unterredung mit dem Kanzler: Dieser ist befriedigt über das Vorhaben des amerikanischen Präsidenten, die Eröffnung von Friedensgesprächen anzubieten.

Berlin, 7. Dezember 1916

881*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald I S. 610–611.

Nach Berücksichtigung der Einwände der OHL waren die Voraussetzungen für das Friedensangebot erfüllt. Die OHL erhebt nun neue Forderungen, darunter den Beginn des rücksichtslosen Ubootkriegs Ende Januar 1917. Dieser kann aber erst nach Rücknahme der den USA, Holland, Dänemark und Schweden gegebenen Zusagen erfolgen.

[o. O., o.D.: 9. Dezember 1916]

882*. Lerchenfeld an Hertling

Bericht. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 781–782.

Der Reichskanzler in einer Zusammenkunft mit den leitenden Ministern der Bundesstaaten: Die Friedensnote (vom folgenden Tag) stelle den Gegnern die Frage: „Wollt ihr oder nicht“?“ Der Augenblick sei günstig wegen des erfolgreich beendeten Rumänienfeldzugs. Der Schritt erfolge auch dem deutschen Volk gegenüber. „Geht der Krieg trotzdem weiter, so ist doch unser Gewissen rein.“ Auf eine Frage zum Ubootkrieg antwortet der Kanzler: Eine Ablehnung des deutschen Friedensangebots werde Deutschlands Stellung in der Ubootfrage Amerika und den anderen Neutralen gegenüber wesentlich verbessern.

Berlin, 11. Dezember 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

883*. Ansprache Bethmann Hollwegs an Geschäftsträger Grew

Aufzeichnung. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses II Beilage 1 S. 27–29. Vgl. auch Foreign Relations of the United States 85 (1916) S. 85–86.

Übergibt die Note, in der die USA um die Guten Dienste mit den gegnerischen Kriegführenden gebeten werden. Ein dauerhafter Frieden wird nicht durch weiteres Blutvergießen erreicht werden, sondern durch das Bemühen aller um gegenseitigen Respekt und Anerkennung ihrer Rechte. Das wird auch in der Botschaft des Präsidenten vom 5. Dezember 1916 ausgedrückt.

[Berlin] 12. Dezember 1916

884*. Bethmann Hollweg an den amerikanischen Geschäftsträger, den schweizerischen Gesandten und den spanischen Botschafter

Note. Druck (u. a.): Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 620 u. 624.

Im Bewußtstein ihrer militärischen und wirtschaftlichen Kraft schlagen die Vierbundmächte vor, alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten. Die Vorschläge, die sie mitbringen werden, sind darauf gerichtet, „Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker zu sichern". Bitte um Vermittlung.

Berlin, 12. Dezember 1916

885*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 80. Sitzung, Bd. 308, S. 2331–2332; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 618–624.

Der von der Entente erhoffte Durchbruch an der Somme ist nicht gelungen. Rumänien ist besiegt, dadurch ist die Versorgung für Deutschland besser geworden. Das neue Hilfsdienstgesetz schafft „eine neue Schutz- und Trutzwehr". Für eine freie und gesicherte Zukunft ist Deutschland immer bereit, die Hand zum Frieden zu bieten. Heute ist den Vertretern von Spanien, der USA und der Schweiz mit der Bitte um Übermittlung eine an die Gegner gerichtete Note übergeben worden. Darin schlagen die vier verbündeten Mächte vor, „alsbald in Friedensverhandlungen einzutreten". Die Vorschläge, die sie dann mitbringen werden, sollen „Dasein, Ehre und Entwicklungsfreiheit ihrer Völker" sichern. Wenn der Kampf aber fortdauern muß, so sind die vier verbündeten Mächte entschlossen, „ihn bis zum siegreichen Ende zu führen".

Berlin, 12. Dezember 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

886*. Bethmann Hollweg an Wedel

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses II Beilage 1 S. 98; Scherer/Grunewald I S. 617–618.

Es gibt Anzeichen dafür, daß die Entente nach Bekanntgabe der Friedensnote des Vierbunds die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens fordern werde. Darauf wäre zu antworten, daß diese Fragen erst nach Zusammentritt der Konferenz behandelt werden könnten.

Berlin, 15. Dezember 1916

887*. Bethmann Hollweg an Lersner

Telegramm (für Hindenburg). Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Unterschungsausschusses I S. 102–103; Scherer/Grunewald I S. 621.

Es ist denkbar, daß die Entente in Friedensverhandlungen eintreten würde unter dem Vorbehalt eines sofortigen Waffenstillstands. Ein Waffenstillstand wäre für die Vierbundmächte derzeit aber von Nachteil. Wie könnte diese Forderung entschärft werden?

Berlin, 19. Dezember 1916

888*. Grew an Lansing

Bericht. Druck: Wilson, Papers Bd. 40 S. 428–436.

Seine Demarchen in Berlin zwischen dem 7. Oktober und dem 21. Dezember 1916: 1. Telegramm vom 7. Oktober: Einigung zwischen dem Kanzler und seinen Gegnern, daß die Ubootfrage zugunsten von Wilsons geplanter Friedensaktion sistiert bleibe. 2. Mit Bezug auf die Deportation belgischer Arbeiter hat Bethmann Hollweg mehrmals wiederholt: „Was bedeuten diese Schwierigkeiten in Belgien im Vergleich zu den Hekatomben von Toten, die an der Somme seit dem letzten Juli zu beklagen sind?“ 3. Der Kanzler ist enttäuscht darüber, daß die Vereinigten Staaten keinen Schritt zum Frieden unternähmen. 4. Dem Kanzler wurde klargemacht, daß die geplante Friedensaktion des Präsidenten gestört werde durch die Deportation belgischer Arbeiter und durch die Versenkung der „Marina“ und der „Arabic“. 5. Unterredung mit dem Kanzler am 7. Dezember: Er sei dankbar für die Bereitwilligkeit des Präsidenten, den Frieden wiederherzustellen; er sei seinerseits bereit, für den Frieden zu wirken. 6. Leider ist am folgenden Tag durch den Vertreter der „Associated Press“ darüber etwas in die Öffentlichkeit geraten, obwohl die Unterredung am 7. Dezember vertraulich gewesen sei. Zum Glück ist das von der deutschen Zensur unterbunden worden. 7. Am 12. Dezember hat Bethmann Hollweg im Reichstag eine Rede gehalten. 8. Laut Zimmermann hat der Kanzler in seiner Friedensnote vom 12. Dezember von Friedensgrundlagen gesprochen, welche

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Entente annehmen könnte, ohne sie aber zu präzisieren. – Eigene Eindrücke: Die Friedenspropaganda rührt von der schlechten Lebensmittellage her; von gut informierten Deutschen hört er von folgenden Zugeständnissen bei Friedensverhandlungen: Verzicht auf Belgien und Nordfrankreich; Teile des Elsaß' und Lothringens an Frankreich; koloniale Zugeständnisse an England; die liberalen Ideen in Deutschland sind im Wachsen.

Berlin, 21. Dezember 1916

889*. Aufzeichnung Westarps

Druck: Westarp, Konservative Politik II S. 78–80.

Unterredung mit Bethmann Hollweg: Seine Fraktion befürchtet von der Friedensaktion die schädlichsten Wirkungen. Bethmann Hollweg gibt zu, daß in etwaigen Verhandlungen die größten Gefahren lägen; er bestreitet, daß der zukünftige Frieden nur unter Bedrohung und Furcht aufrechtzuerhalten sei; in den nächsten zwanzig bis dreißig Jahren würde doch niemand wieder Krieg führen können; England und Amerika würden sich höchstens zusammentun, wenn Deutschland mit Amerika in Krieg gerate.

[o. O.] 23. Dezember 1916

890*. Aufzeichnung Pages

Druck: Wilson, Papers Bd. 40 S. 356–357.

Unterredung mit Lloyd George: Dieser sprach philosophisch vom deutschen Kanzler, der, seiner Überzeugung nach, diesen Krieg nicht gewollt habe und der sich so gut er könne dem ungestümen Kriegswillen seines Volkes entgegenstemme. Er glaube auch nicht, daß der Kaiser diesen Krieg gewollt habe. Das Verbrechen liege an der riesigen und starken Militärkaste, die vernichtet werden müsse, damit man überhaupt zum Frieden gelange.

[London] 24. Dezember 1916

891*. Bethmann Hollweg an Lersner

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 216–217.

Für Hindenburg. Es ist nicht richtig, daß der Ubootkrieg gegen bewaffnete Handelsschiffe von Verhandlungen mit Amerika abhängig gemacht werden soll. Vielmehr werden die USA in einer Note benachrichtigt, daß nunmehr bewaffnete feindliche Handelsschiffe als kriegführende Schiffe ohne Warnung torpediert würden.

Berlin, 26. Dezember 1916

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

892*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief (ganz geheim; eigenhändig). Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 241–245. Vgl. auch Müller, Regierte der Kaiser? S. 245; Der Weltkrieg XI S. 461 mit Anm. 1.

Reise mit Helfferich und Zimmermann nach Pleß, um die dort herrschenden Mißverständnisse zu klären. Bei der Ankunft hat Hindenburg Helfferich zunächst von der formellen Zusammenkunft ausschließen wollen, ihn dann aber doch dazugebeten. In einem Vieraugengespräch hat er – Bethmann Hollweg – sich bei Hindenburg über dieses Verhalten beschwert. Zur Kompetenzfrage wegen des Ubootkrieges hat er erklärt, daß der Ubootkrieg ein politischer Akt sei, da die den USA erteilten Zusagen zurückgezogen werden müßten. Wegen der Gerüchte, man versuche in Berlin einen Keil zwischen Hindenburg und Ludendorff zu treiben, verlangt er, diesen Treibereien auf die Spur zu kommen. Hindenburg hat sich wegen der Gerüchte und ihrer Hintermänner nicht entschuldigt, wohl aber wegen seines Verhaltens gegenüber Helfferich. Die offizielle Besprechung verlief dann in sachlicher Atmosphäre. Hindenburgs Annexionsziele im Osten hat er – Bethmann Hollweg – als nicht aktuell nicht näher erörtert. Fazit: „Grundzug des ganzen bleibt diktatorische Herrschsucht und die konsequent verfolgte Absicht, das gesamte Staatsleben zu militarisieren."

Berlin, 31. Dezember 1916

893*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 112–113; Scherer/Grunewald I S. 654–655.

Die Antwortnote der Entente ist impertinent: Sie schiebt Deutschland die Fortsetzung des Krieges in die Schuhe. Man sollte aber den Friedensfaden über die Neutralen (USA, Schweiz, Skandinavien) nicht abreißen lassen.

Berlin, 2. Januar 1917

894*. Gerard an Lansing

Telegramm. Druck: Wilson, Papers Bd. 40 S. 383–384.

Unterredung mit Bethmann Hollweg am 1. Januar 1917: Dieser bedauert die Ablehnung des deutschen Friedensangebots. Auf Gerards Vorschlag, er solle dem Präsidenten im Vertrauen die deutschen Friedensbedingungen mitteilen, falls die Alliierten dasselbe tun würden, antwortete der Kanzler, daß er darüber nachdenken werde.

Berlin, 2. Januar 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

895*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 246.

Klagebrief des Kanzlers über „ungezogene Behandlung seitens der Firma Hindenburg – Ludendorff". Intrigen zum Sturz Bethmann Hollwegs.

Pleß, 3. Januar 1917

896*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 117–119; Scherer/Grunewald I S. 658–659.

Der Amerikaner Louis Lochner bei Jagow. – Was die Kriegsziele der OHL angeht, so läßt sich heute darüber nichts Endgültiges sagen. Bei Friedensverhandlungen muß Deutschland die gegnerische Koalition zu spalten suchen. Die Erwerbung von Longwy und Briey ist keine Conditio sine que non für den Friedensschluß.

Berlin, 4. Januar 1917

897*. Bethmann Hollweg in einer Konferenz mit Czernin

Protokoll I. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 119–121; Scherer/Grunewald I S. 662–663. – Protokoll II. Druck: Scherer/Grunewald I S. 663–667.

Erste Konferenz am Vormittag: Der Reichskanzler meint, es sollte jetzt eine Antwort an die Neutralen gegeben werden, da die Antwort der Entente (auf die deutsche Friedensnote) nicht ganz unerwidert gelassen werden sollte; die Antwort sollte gegen die Unterstellungen der Entente kurz und objektiv gefaßt sein. – Zweite Konferenz am Nachmittag. Der Reichskanzler kritisiert die unterschiedliche Verwaltung der von Deutschland und Österreich besetzten polnischen Landesteile. Mit Hilfe von Polen solle Rußland nach Osten gedrängt werden. Auch sollte vor Beginn der Friedensverhandlungen das wirtschaftliche Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland geregelt werden.

[Berlin, 6. Januar 1917]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

898*. Bethmann Hollweg in einer Besprechung mit Hindenburg und Ludendorff

Aufzeichnung Bartenwerffers. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 321–322; Ludendorff, Urkunden S. 322–324.

Der Kanzler will erreichen, daß beim verschärften Ubootkrieg Amerika nicht in den Krieg eingreife; Holland und Dänemark würden derzeit nicht in den Krieg eintreten. Der Ubootkrieg sei „die letzte Karte". „Wenn aber die militärischen Stellen den U-Boot-Krieg für notwendig halten, so bin ich nicht in der Lage zu widersprechen."

Pleß, 9. Januar 1917

899*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 248–249. Vgl. dazu: Helfferich, Der Weltkrieg II S. 408–412; Der Weltkrieg XI S. 467–471.

Müller bei Ankunft des Kanzlers in Pleß: Er – der Kanzler – möge doch den Ubootkrieg nicht von vornherein ablehnen. – Bethmann Hollweg in der Konferenz beim Kaiser, Hindenburg, Ludendorff und Holtzendorff: Er könne bei der ganzen Auffassung der Lage durch den Generalstabs- und Admiralstabschef dem rücksichtslosen Ubootkrieg nicht entgegenstehen. – Bethmann Hollweg nach der Konferenz zu Müller: „Der Kaiser habe das deutsche Volk in den letzten zwanzig Jahren von Grund aus [= auf] verdorben, und Eitelkeit und Chauvinismus großgezogen." Zur heutigen Entscheidung: Er habe sich den militärischen Erwägungen fügen müssen; am Schluß werde Deutschland gezwungen sein, „einen sehr sehr bescheidenen Frieden zu schließen".

Pleß, 9. Januar 1917

900*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 790–791 (dazu ebenda S. 791–792).

Der Reichskanzler: Am 12. Januar soll die Antwort der Entente auf die Note Wilsons veröffentlicht werden. Er vermutet, daß sie die Tür zu Verhandlungen wieder öffnen werde; solche Verhandlungen könne Deutschland nicht ablehnen. – Zur Gesamtlage: Kaiser Karl und Graf Czernin sprächen sich „sehr kriegsmüde" aus. – Die Rekrutierung in Polen sei ein Fehlschlag.

Berlin, 11. Januar 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

901*. Hohenlohe an Czernin

Bericht. Druck: Czernin, Im Weltkriege S. 152–154.

Aus den Erinnerungen Czernins: „Bethmann war ein absolut verläßlicher, ehrlicher, gescheiter Partner, aber seinem zur Konzilianz neigenden Naturell ist das maßlose Anwachsen der militärischen Autokratie vor allem zuzuschreiben. Gegen einen Ludendorff konnte er nicht aufkommen." – Aus dem Bericht Hohenlohes: Auf die Argumente der Militärs, daß angesichts der zu erwartenden Offensive der feindlichen Truppen im Westen die Marine mit ihren Mitteln an der Abwehr mitwirken müsse, argumentiere der Reichskanzler: „Wer bürge ihm denn dafür, daß die Marine recht habe?" Darauf habe die Admiralität erwidert, daß Deutschland ohne den Einsatz der Uboote bald vor Entkräftung um den Frieden bitten müsse.

[Berlin] 12. Januar 1917

902*. Bethmann Hollweg an Toerring

Privatdienstbrief. Druck: Scherer/Grunewald I S. 674–675.

Er bedankt sich dafür, daß er einen neuen Faden zu König Albert spinnen wolle.

Berlin, 13. Januar 1917

903*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Rede. Bericht Lerchenfelds (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 293–295.

Der Reichskanzler: Hindenburg und die Marineführer sagten, daß England durch den Ubootkrieg zum Frieden gezwungen werden könne. Dagegen habe er keinen Widerstand leisten können. Der schrankenlose Ubootkrieg, der ab 1. Februar einsetze, sei eine ernste Schicksalsfrage.

[Berlin] 16. Januar 1917

904*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm (ganz geheim). Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 45–47.

Wegen des absoluten Vernichtungswillens der Entente sieht sich Deutschland gezwungen, von der Uboot-Waffe vollen Gebrauch zu machen. Ab 1. Februar 1917 wird in einem Gebiet um Frankreich und England (genaue Angabe folgt) jedes, auch neutrale, Schiff versenkt. Der Präsident soll amerikanische

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Schiffe vor dem Einlaufen in das Sperrgebiet warnen. Diese Mitteilung ist erst am 1. Februar zu übergeben. Deutschland nimmt das Risiko eines Krieges mit Amerika auf sich.

Berlin, 16. Januar 1917

905*. Bethmann Hollweg an die Gewerkschaften Deutschlands

Schreiben. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1916) S. 31.

Bedankt sich für das Schreiben der verschiedenen Gewerkschaften zur deutschen Friedensnote vom 12. Dezember 1916 und rühmt den Kampf der Arbeiterschaft für die Freiheit des Vaterlandes.

Berlin, 18. Januar 1917

906*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief. Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 246–247.

In der Ubootfrage war die Stimmung im Bundesratsausschuß gedrückter als im Staatsministerium. K. v. Weizsäcker habe im Ausschuß gesagt, daß man sich nach den Fehlgriffen in der polnischen Frage und in der Frage der belgischen Arbeiter auf die OHL nicht mehr unbedingt verlassen könne. – Er hat auch die Parteiführer informiert.

Berlin, 22. Januar 1917

907*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 795–796.

Der Reichskanzler stellt die Frage, „ob er besser getan hätte zurückzutreten, als dem U-Boot-krieg zuzustimmen". Er sagte noch, daß auch Österreich beabsichtige, den schrankenlosen Ubootkrieg im Mittelmeer zu führen.

Berlin, 25. Januar 1917

908*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 401–402.

Der Kanzler über Deutschland nach dem Krieg: Die Politik lasse sich nur mit der Linken machen, nicht mehr mit den herrschenden Gewalten; in der preußischen Wahlrechtsfrage könne er kein Pluralwahlrecht einbringen, „und ein liberales sei nicht zu machen."

[Berlin] 25. Januar 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

909*. Bethmann Hollweg an Bernstorff

Telegramm. Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten des Untersuchungsausschusses I S. 74–76; Bernstorff, Deutschland und Amerika S. 375–378; Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 274–276; Ludendorff, Urkunden S. 342–344; Scherer/Grunewald I S. 685–687; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 57,1 (1916) S. 624–625.

Deutschland ist bereit, die angebotene Vermittlung zur Herbeiführung einer Konferenz der Kriegführenden anzunehmen. Die deutschen Kriegsziele wären bei Annahme des Friedensangebots vom 12. Dezember 1916 gewesen (u. a.): Wiederherstellung Belgiens „unter bestimmten Garantien"; Rückgabe der von Deutschland besetzen französischen Gebiete „unter Vorbehalt strategischer und wirtschaftlicher Grenzberichtigungen". – Wäre Wilsons Angebot früher gekommen, hätte der Beginn des neuen Ubootkrieges vertagt werden können; jetzt sei das aus technischen Gründen nicht mehr möglich.

Berlin, 29. Januar 1917

910*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 254.

Konferenz beim Kaiser (Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff). Der Kanzler verliest die Instruktion an Bernstorff [die vorangehende Nr.]; sie solle die Möglichkeit schaffen, „daß Amerika wenigstens nicht gleich in den Krieg einträte".

Pleß, 29. Januar 1917

911*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Protokoll. Druck (Regest): Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1095–1097; längere Auszüge: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 86–88. Der Bericht Lerchenfelds darüber in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 801–803.

Da die Entente mit ihrer schroffen Ablehnung des deutschen Friedensangebots den Kampf bis zum letzten fordere, sei die Entscheidung für den rücksichtslosen Ubootkrieg notwendig geworden. Dazu beigetragen hätten ferner: die gestiegene Zahl der Uboote, die großen Versorgungsschwierigkeiten der Entente und die gute militärische Lage für Deutschland. Hinsichtlich der USA werde alles getan, um sie aus dem Krieg herauszuhalten.

[Berlin] 31. Januar 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

912*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 257.

Die unsichere Stellung des auch von der OHL angefeindeten Kanzlers.

Pleß, 1. Februar 1917

913*. Bredt an Bossart

Privatbrief. Druck: Bredt, Erinnerungen S. 304–305.

Der Kanzler war im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags ernst und bedrückt. Er erklärte, den Krieg mit Amerika bestimmt zu erwarten.

[o. O.] 3. Februar 1917

914*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald II S. 4.

In Brüssel ist eine Abordnung von Flamenführern mit einem Programm zusammengetreten. Sie will den Reichskanzler aufsuchen.

Berlin, 8. Februar 1917

915*. Bredt an Bossart

Privatbrief. Druck: Bredt, Erinnerungen S. 305–306.

Die Machtfrage Bethmann – Ludendorff ist in der Ubootfrage zugunsten Ludendorffs entschieden worden.

[o. O.] 10. Februar 1917

916*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald II S. 7–11.

Übersendet eine von Mackensen übermittelte Denkschrift des rumänischen Unterstaatssekretärs Kostaki über die künftige Neuordnung der Beziehungen Rumäniens zu Deutschland. – Die Denkschrift: Erforderlich für Rumänien ist eine neue Verfassung mit einer starken Monarchie nach preußischem Muster (Ferdinand kommt dafür nicht in Frage). Die Zahl der Ministerien ist auf fünf zu begrenzen. Carp ist der einzige Mann, der ein neues Ministerium leiten kann. Zunächst muß eine provisorische Regierung gebildet und Rumänien territorial neu gestaltet werden. Der französische Einfluß in den Eliten muß beseitigt werden. – Bethmann Hollweg dazu: Carp soll die Regierungsgewalt bekommen; aus dem Verwaltungsapparat müssen die Russen entfernt

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

und die deutschfreundlichen Elemente zu positiver Mitarbeit herangezogen werden.

Berlin, 11. Februar 1917

917*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief. Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 247–249.

Der Kaiser hat einen Aufsatz von H. St. Chamberlain an die OHL und an das Kriegspresseamt zur weiteren Verbreitung übergeben. Der Aufsatz behandelt keine militärischen, sondern nur politische Fragen und ist ein durchsichtiges Manöver zur Demontierung des Kanzlers.

Berlin, 11. Februar 1917

918*. Bethmann Hollweg an die deutschen Bundesregierungen

Schreiben. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 111.

Bei der Erhebung der Bestände an Getreide, Kartoffeln und Vieh ist äußerste Sorgfalt vonnöten, damit die Widerstandskraft der Arbeiter in der Rüstungsindustrie und der Soldaten an der Front erhalten bleibt.

[o. O.] 14. Februar 1917

919*. Tagebuch Riezlers

Tagebucheintragung. Druck: Riezler, Tagebücher S. 405.

Der Kanzler zur Ubootfrage: Es sei unmöglich gewesen, den Beschluß für den rücksichtslosen Ubootkrieg zu verhindern, nachdem der Kaiser und die OHL sich dafür festgelegt hätten. Er hätte zurücktreten können, dann wäre aber die SPD zum Widerstand ermuntert worden.

Berlin, 14. Februar 1917

920*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 83. Sitzung, Bd. 309, S. 2374–2378; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 189–197.

Seit Freigabe der Kriegszielerörterungen ist viel in der Presse geschrieben worden. Er möchte sich darüber nicht in Einzelheiten auslassen. „Dem Kriege ein Ende zu machen durch einen dauerhaften Frieden, der uns Entschädigung gewährt für alle Unbill und der einem starken Deutschland Dasein und Zu-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

kunft sichert" – das ist sein Ziel. Nach dem Krieg stehen Deutschland gewaltige Aufgaben bevor. Die Feinde wollen Deutschland vom preußischen Militarismus befreien. Das deutsche Volk wird aber selbst entscheiden, von was es befreit werden will.

Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 ist von den Feinden grob und vermessen beantwortet worden. Die von Deutschland erklärte Sperrzone um England soll die „brutale Seetyrannei" Englands brechen und damit auch den Neutralen zugute kommen. Die USA haben die Beziehungen zu Deutschland durch eine mündliche Mitteilung ihres Botschafters abgebrochen. Sie haben seit Kriegsbeginn die Kriegführenden unterschiedlich behandelt. Deutschland hat die USA mehrfach wissen lassen, daß es den Ubootkrieg nach den Regeln des Kreuzerkriegs nur so lange führen könne, bis auch die Gegner die Anwendung völkerrechtswidriger Mittel unterließen. Die USA fördern mit ihrem unterschiedlichen Verhalten die Aushungerungspolitik Englands. Der deutsche Ubootkrieg ist eine Erwiderung auf diese Politik. Schon im Burenkrieg hat England mit der Errichtung von Konzentrationslagern eine solche Ausrottungspolitik betrieben. Derzeit übertreffen die bisherigen Erfolge beim Ubootkrieg die Voraussage der deutschen Marine. Der Wille des Volkes und der Soldaten wird Deutschland zum Sieg führen.

Berlin, 27. Februar 1917

921*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 262–263.

Der Kanzler berichtet, daß der Kronprinz die Hetzereien gegen ihn – den Kanzler – scharf verurteile. Der Kronprinz solle an das Wort Friedrichs d.Gr. denken, daß der König ein „roi des gueux" sein müsse.

Berlin, 1. März 1917

922*. Bethmann Hollweg beim Empfang einer Abordnung des „Rates für Flandern"

Ansprache. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 239–240.

Er begrüßt die Vertreter der Flamen und weist auf die gemeinsame Geschichte vergangener Jahrhunderte hin. Im Namen des Kaisers eröffnet er ihnen, daß noch während der Besetzung des Landes die völlige Verwaltungstrennung nach der Sprachengrenze durchgeführt werde.

Berlin, 3. März 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

923*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Scherer/Grunewald II S. 26–27; Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 1004–1005.

Es ist aussichtslos, sich jetzt an den König der Belgier zu wenden. – Der spanische Gesandte Villalobar hat den König heimlich gesehen – ohne Ergebnis. – Die belgischen Zwangsarbeiter.

Berlin, 5. März 1917

924*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief (ganz vertraulich). Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 1005.

Bedankt sich für die Übermittlung seines (Hertlings) Schriftwechsels mit Hindenburg (betreffend den Wechsel in der OHL sowie Polen und Belgien).

Berlin, 6. März 1917

925*. Bethmann Hollweg im Preußischen Abgeordnetenhaus

Rede. Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 22. Leg.per., III. Session 1917, Sp. 5254–5259; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 295–299.

Bethmann Hollweg nimmt die Diätenvorlage zum Anlaß, um seine Auffassung über die Gesamtrichtung der inneren Politik darzulegen: Das Erleben dieses Krieges muß zu einer Umgestaltung des innenpolitischen Lebens führen. Solange der Krieg dauert, kann das preußische Wahlrecht nicht geändert werden. Aber sicher ist, daß der Gesamtheit des Volkes, auch in seinen breiten Massen, in der Arbeiterschaft, die vollberechtigte Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglicht werden muß. „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt." Aber zunächst gilt nur der eine Gedanke: „Wie führen wir diesen Krieg zu einem siegreichen Ende?"

Berlin, 14. März 1917

926*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Telegramm. Druck: Militär und Innenpolitik S. 672–673. Dazu ebenda S. 677–680 die Anwort Hindenburgs vom 17. März 1917.

Auf die Anfrage des Berliner Vertreters des „Hamburger Fremdenblatts" an das Kriegspresseamt, welchen Anteil einerseits die OHL und andererseits die Reichsleitung an bestimmten Maßnahmen wie der Requirierung belgischer

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Arbeiter oder der polnischen Frage gehabt habe, ist klipp und klar zu antworten, daß die politische Verantwortung nur bei der Reichsleitung liege; sonst würden die staatsrechtlichen Verhältnisse verletzt und die Kommandogewalt des Kaisers in Frage gestellt.

[o.O.] 14. März 1917

927*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Militär und Innenpolitik S. 576–577.

Daß die Zusätze, die das Hilfsdienstgesetz im Reichstag erfahren habe, erschwerend seien, muß in Kauf genommen werden. Unzuträglichkeiten müssen im Einverständnis mit den Vertretern der Arbeiterinteressen gemildert werden.

[o.O.] 15. März 1917

928*. Bethmann Hollweg in einer Besprechung in Wien

Aufzeichnung. Druck: Scherer/Grunewald II S. 32–39.

Hinsichtlich des von Österreich und der Schweiz ausgestreckten Friedensfühlers könne er die Abtretung von Elsaß-Lothringen nicht befürworten. Auch müsse Deutschland seinen verlorengegangenen Kolonialbesitz wiedergewinnen. Es könne sein, daß die Entente durch den Ubootkrieg von selbst den Friedenspfad betreten werde. Ein Austausch der Erzlager von Longwy und Briey gegen Teile Lothringens oder des Elsasses sei möglich. Bethmann ist mit der Entsendung eines Vertrauensmannes in die Schweiz einverstanden, der sich aber rezeptiv verhalten müsse. Im Osten hänge die Gestaltung von der militärischen Situation bei Friedensschluß ab. Notfalls müßte Kongreßpolen zurückgegeben werden gegen Grenzberichtigungen an der schlesischen und ostpreußischen Grenze. Hinsichtlich Rumäniens strebe Deutschland nur wirtschaftliche Vorteile an.

[Wien] 16. März 1917

929*. Wild von Hohenborn an seine Frau

Privatbrief. Druck: Wild von Hohenborn, Briefe S. 226.

Die Rede des Kanzlers am 14. März im Abgeordnetenhaus zugunsten des allgemeinen und gleichen Wahlrechts in Preußen.

[o.O.] 16. März 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

930*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Militär und Innenpolitik S. 682–684.

Auf Hindenburgs Schreiben zum Verhältnis von Kommandogewalt und politischer Verantwortlichkeit (ebenda S. 677–680) antwortet der Kanzler: Es ist bedauerlich, daß die Gegner der Reichsleitung Hindenburg in den politischen Kampf ziehen und ihn gegen die Reichsleitung ausspielen wollen. Die Frage nach dem Anteil des Reichskanzlers und der OHL bei wichtigen Entscheidungen muß ein Internum der amtlichen Stellen bleiben.

Homburg, 21. März 1917

931*. Bethmann Hollweg in einer Besprechung mit Czernin

Aufzeichnung. Druck: Scherer/Grunewald II S. 50–60.

Der Kanzler ist mit dem Friedensfühler des Grafen Mensdorff in der Schweiz einverstanden. Belgien wolle man nicht annektieren, sondern nur wirtschaftich an Deutschland binden. Gegenüber Frankreich käme vielleicht eine Grenzberichtigung im Elsaß zugunsten Frankreichs gegen die Abtretung des Erzbeckens von Briey in Frage. Im Osten könne notfalls Kurland an Rußland zurückgegeben werden. Hinsichtlich Polens ist er mit der Schaffung einer polnischen Armee einverstanden.

[Berlin] 26. März 1917

932*. Erklärung Bethmann Hollwegs

Antwort auf die Frage eines Reichstagsabgeordneten über Vorgänge im Gefangenenlager Totzki. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 343.

Nach der schweren Typhusepidemie im russischen Kriegsgefangenenlager Totzki – der zwischen 10.000 und 17.000 Insassen, zumeist Angehörige aus Österreich-Ungarn, zum Opfer gefallen sind – konnten durch Vermittlung der amerikanischen Botschaft in Petersburg mit Hilfe eines dänischen Arztes Schutzimpfungen durchgeführt werden, die der Seuche Einhalt geboten haben.

Berlin, 27. März 1917

933*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief. Druck: Winzen, Loebell S. 998.

Die Pläne seines Bruders in bezug auf Rußland sind beachtenswert.

Berlin, 27. März 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

934*. Bethmann Hollweg und Czernin

Besprechungsprotokoll (sogenanntes „Wiener Dokument“). Druck: Ludendorff, Urkunden S. 373–374; Scherer/Grunewald II S. 60.

Als minimales Kriegszielprogramm wird von beiden in Aussicht genommen, die Räumung der besetzten Gebiete von der Wiederherstellung des Status quo ante der beiden Mächte im Osten und im Westen abhängig zu machen. Falls der Krieg günstig abgeschlossen würde, könnten darüber hinaus auch feindliche Gebiete annektiert werden.

[Berlin] 27. März 1917

935*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Militär und Innenpolitik S. 694.

Die Ausbreitung antimonarchischer Tendenzen ist – aufgrund der russischen Revolution – in Deutschland nicht zu befürchten. Aber eine reaktionär gesinnte Militärdiktatur würde Deutschland dem Untergang entgegenführen. Demokratische Forderungen müssen schon während des Krieges befriedigt werden.

Berlin, 28. März 1917

936*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 95. Sitzung, Bd. 309, S. 2865–2867; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 369–373.

In Rußland hat Zar Nikolaus dem Thron entsagen müssen. In die inneren Verhältnisse Rußlands wird Deutschland sich nicht einmischen. In den USA wird der Kongreß demnächst über Krieg und Frieden entscheiden. Wenn nach der Proklamation des unbeschränkten Ubootkrieges die USA den Krieg erklären werden, wird Deutschland auch das zu ertragen und zu überwinden wissen. China hat unter dem Druck der Gegner die Beziehungen zu Deutschland abgebrochen. Zur Reform des preußischen Wahlrechts ist der jetzige gewaltige Krieg nicht geeignet.

Berlin, 29. März 1917

937*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 272.

Der Reichskanzler telegraphiert, daß sich im Staatsministerium vier Minister energisch gegen das allgemeine Wahlrecht sträubten. Am Tag danach er-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

zählt der Kaiser, daß er zusammen mit dem Kanzler eine Kundgebung wegen des Wahlrechts aufgestellt habe; der Entwurf „sei glänzend geschrieben".

Homburg, 6./7. April 1917

938*. Bethmann Hollweg an Loebell

Privatdienstbrief. Druck: Winzen, Loebell S. 1006–1009.

Er nimmt zu der Beschwerde Loebells Stellung, daß er die Osterbotschaft ohne sein – Loebells – Vorwissen beim Kaiser eingeleitet habe: Er lehnt den Vorwurf ab, daß er eine Verhandlung mit ihm über die Botschaft verhindert habe. Wegen der neueren allgemeinen Entwicklung (russische Revolution, Kriegsmüdigkeit Österreichs usw.) durfte keine Zeit verloren werden. Er hat sich mit Helfferich, Roedern und seinem Stellvertreter Drews vertraulich darüber besprochen. Der Kaiser hat am 4. April seine Zustimmung gegeben, und die Sache wurde am 5. April im Staatsministerium besprochen. Er selbst hat vor einem Jahr noch das gleiche Wahlrecht für Preußen abgelehnt, aufgrund der „gewaltigen Weltvorgänge" aber aus „apodiktischer Staatsnotwendigkeit" heraus seine Überzeugung opfern müssen. Die Entente wird wohl bald öffentlich erklären, „sie sei jederzeit zum Friedensschluß mit dem deutschen Volke, nicht aber mit der Hohenzollerndynastie bereit".

Berlin, 11. April 1917

939*. Bethmann Hollweg an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 1016–1018.

Solange noch der Krieg dauert, soll die Wahlrechtsreform nicht durchgeführt werden. Zunächst ist durch die Osterbotschaft eine Beruhigung im Innern eingetreten. Nun kann der Verfassungsausschuß des Reichstags tätig werden. Wichtig ist die Aufteilung der Riesenwahlkreise. – Über die russischen Zustände kann man nur schwer urteilen.

Berlin, 11. April 1917

940*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald II S. 94–95.

Die russische Provisorische Regierung muß der radikalen Richtung nachgeben. Er schlägt die Absendung eines Telegramms an König Ferdinand vor: Die von der russsischen Regierung angedeutete Möglichkeit zur Friedensanbahnung sollte nicht ungenutzt gelassen werden. Daher sollte von den Regierungen des Vierbunds eine Kundgebung erlassen werden, in der in allgemeinen Worten das Signal zur Verständigung aufgenommen werde.

Berlin, 12. April 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

941*. Bethmann Hollweg an Wedel

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald II S. 99–100.

Die zweite Erklärung der Provisorischen Regierung vom 10. April läßt bezweifeln, daß augenblicklich eine Friedensanbahnung möglich ist. Daher sollte in beiderseitigen offiziösen Blättern ein Artikel plaziert werden, in dem erklärt wird, daß die Entwicklung in Rußland in Ruhe abgewartet werden solle.

Berlin, 13. April 1917

942*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 275.

Der Reichskanzler ist besonders beeindruckt von der Nachricht, daß Amerika scharfen Druck auf die Neutralen ausübe, die Beziehungen zu Deutschland abzubrechen.

Berlin, 15. April 1917

943*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Scherer/Grunewald II S. 114–115.

Da die Kriegszielforderungen von der militärischen und politischen Lage bei Beginn der Friedensverhandlungen abhängen, ist es nicht von Nutzen, jetzt schon ein Programm fest umschriebener Maximal- und Minimalforderungen aufzustellen. Derzeit muß das Bestreben sein, die jetzige Koalition der Gegner zu sprengen.

Berlin, 16. April 1917

944*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald II S. 125–126.

Kriegszielerörterungen in der Presse sind derzeit unerwünscht. Er will in diesem Sinne auf die sozialdemokratische und die bürgerlich-pazifistische Presse wirken und ihr deutlich machen, daß der eroberte Landbesitz als Faustpfand und Austauschobjekt zu werten sei. Der alldeutschen Presse muß klargemacht werden, daß Deutschland den Frieden nicht werde diktieren können.

Berlin, 18. April 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

945*. Bethmann Hollweg an sämtliche Bundesregierungen

Mitteilung. Druck: Stern, Auswirkungen IV/2 S. 473; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 455.

Der Reichskanzler fordert die Bundesregierungen auf, gegen streikende Arbeiter der Rüstungsindustrie mit schweren Strafen vorzugehen.

Berlin, 25. April 1917

946*. Bethmann Hollweg an Hertling

Mitteilung. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 1021.

Czernin drängt auf Friedensanbahnung. Hertling möge ihm klarmachen, daß dies nicht überstürzt geschehen dürfe.

[o. O., Ende April 1917]

947*. Angabe Bethmann Hollwegs

Druck: Scherer/Grunewald II S. 167.

Der internationale Sozialistenkongreß in Stockholm sollte von deutscher Seite nicht behindert werden. Die deutschen Sozialdemokraten können ruhig dorthin reisen; sie werden enttäuscht zurückkommen. Der Internationalismus ist eigentlich eine „Nervenfrage". Frankreich wünscht, daß der Kongreß in Stockholm erst im Juni stattfinde.

[o. O., ca. 1. Mai 1917]

948*. Aktennotiz Bethmann Hollwegs

Druck: Westarp, Konservative Politik II S. 85–86. – Vgl. auch Scherer/Grunewald II S. 149–151 (mit Anm. 6).

Zum „Kreuznacher Kriegszielprogramm" vom 23. April 1917: Ludendorff hat ständig gedrängt, Kriegsziele festzulegen. Wahrscheinlich hoffte er damit, ihn – Bethmann Hollweg – bei nächster Gelegenheit stürzen zu können. „Ich habe das Protokoll mitgezeichnet, weil mein Abgang über Phantastereien lächerlich wäre. Im übrigen lasse ich mich durch das Protokoll natürlich in keiner Weise binden."

[o. O.] 1. Mai 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

949*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 282.

Ballin möchte Bülow als Kanzler heranholen.

Kreuznach, 2. Mai 1917

950*. Bethmann Hollweg an Hertling

Schreiben. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 1023.

Er ist gegen öffentliche Kriegszielerörterungen in jeglicher Form.

[o. O.] 3. Mai 1917

951*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Ludendorff, Urkunden S. 380–383; Scherer/Grunewald II S. 169–172.

Die Front im Westen hält trotz der Offensive der Gegner. Die Ostfront wird durch die Umwälzung in Rußland entlastet. Der Ubootkrieg zeigt eine günstige Wirkung; England verzeichnet steigende Verluste. In Rußland machen sich immer mehr Zersetzungsprozesse und der Drang nach Frieden bemerkbar. Diesen muß Deutschland vorsichtig beobachten.

Berlin, 4. Mai 1917

952*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Westarp, Konservative Politik II S. 243.

Die konservative Presse sieht die Zurückhaltung der Reichsregierung (in der Frage der Offizierspatente) als Schwäche an. Es kommt aber darauf an, die Stellung der Bundesregierungen und -fürsten mit Ruhe zu wahren.

[o. O.] 5. Mai 1917

953*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 283.

Der Kanzler fragt, ob Lebensmitteltransporte zwischen Dänemark und Bergen (und von dort nach England) zugelassen werden sollen.

Berlin, 6. Mai 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

954*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald II S. 179; Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 276–277.

Er ist einverstanden mit Verhandlungen durch Oberst v. Winterfeldt in Mitau mit russischen Vertretern. Dort soll den Russen der Verzicht auf Kurland und Litauen „dadurch schmackhaft gemacht werden, daß man sie als selbständige Staaten zu frisieren sucht", die aber ansonsten an Deutschland angeschlossen würden.

Berlin, 7. Mai 1917

955*. Bethmann Hollweg an Lyncker

Telegramm. Druck: Westarp, Konservative Politik II S. 243–244.

Der Verfassungsausschuß behandelt die Frage der Gegenzeichnung der Offizierspatente mit Vorsicht, um der Regierung keinen Erfolg zu gönnen.

[o. O.] 8. Mai 1917

956*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 284–285.

Er hat folgenden Brief Erzbergers erhalten: Der Reichskanzlerwechsel stehe bevor; es werde der Name eines Generals als Nachfolger genannt; ein Wechsel sei innenpolitisch verfehlt und würde außenpolitisch den Friedensfaden zu Rußland sofort durchreißen.

Kreuznach, 8. Mai 1917

957*. Bethmann Hollweg im Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten

Rede. Bericht Lerchenfelds (Zusammenfassung Deuerleins). Druck: Deuerlein, Bundesratsausschuß S. 295–297.

Der Reichskanzler zeichnet ein günstiges Bild der Kriegslage im Westen und der Wirkungen des Ubootkrieges. An der Ostfront strebe die OHL zu umfangreiche Annexionen an. Wie erwartet, sei Amerika in den Krieg eingetreten, den man aber beenden könne, „bevor Amerika auf der Bildfläche erscheine". – Am folgenden Tag behandelt der Reichskanzler die Beratungen des Verfassungsausschusses.

[Berlin] 8./9. Mai 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

958*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Czernin, Im Weltkriege S. 204–210.

Antwort auf die Denkschrift Czernins vom 12. April 1917 (ebenda S. 198–204): Im Westen und Süden halten die Fronten. Durch die Entlastung im Osten (wegen der russischen Februarrevolution) können Truppen nach Westen und Süden verlegt werden. Die durch den Ubootkrieg erzielten Erfolge übertreffen die Erwartungen bei weitem. England muß die Lebensmittel rationieren und verliert an Schiffsraum für seine Versorgung. Frankreich befindet sich in einem Zustand der Erschöpfung. Trotzdem kann derzeit keine Friedensinitiative ergriffen werden; aber Rußland dürfte doch einen faktischen Friedenszustand mit den Mittelmächten herbeiführen.

[Berlin, 9. Mai 1917]

959*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 286.

Der Kaiser schickt einen Schmähartikel der „Deutschen Zeitung“ gegen den „Schädling Bethmann“.

Homburg, 11. Mai 1917

960*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Immediatbericht. Druck: Scherer/Grunewald II S. 199–200.

In Wien ist ein Friedensangebot der Entente an Österreich-Ungarn eingegangen. Das bedeutet, daß die Entente entweder allgemeine Friedensverhandlungen anbahnen oder Österreich-Ungarn absprengen wolle. Am 17. Mai soll in Kreuznach über die gemeinschaftlichen Kriegsziele gesprochen werden. Der Friedensfaden sollte nicht abgerissen werden.

Berlin, 14. Mai 1917

961*. Bethmann Hollweg im Reichstag

Rede. Wortprotokoll. Druck: Verhandlungen des Reichstags, 13. Leg.per., 2. Session, 109. Sitzung, Bd. 310, S. 3395–3398; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 565–568.

In Beantwortung zweier Interpellationen von seiten der Konservativen und der SPD weist der Kanzler darauf hin, daß er sich am Streit um die Kriegsziele nicht beteilige: Die Regierung hat sich bisher nur über allgemeine Grundlinien geäußert und bleibt dabei. Auf seiten Englands und Frankreichs ist nichts von Friedensbereitschaft zu hören. Er wird sich nicht auf eine Formel festlegen, die

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

einseitig die Erfolge preisgebe, die von den deutschen Soldaten errungen seien. Umgekehrt lehnt er auch die Aufstellung eines Eroberungsprogramms ab. Im Verhältnis zu Rußland wird sich eine „auf gegenseitige ehrliche Verständigung gegründete Einigung" finden lassen. Deutschland berücksichtigt weiterhin die Interessen der Neutralen, also Hollands, der skandinavischen Staaten und besonders Spaniens.

Berlin, 15. Mai 1917

962*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs und Czernins

Druck: Scherer/Grunewald II S. 204–206.

Czernin skizziert die österreichischen Wünsche auf dem Balkan. – Deutscherseits wird ein möglichst dauerhafter Zustand auf dem Balkan zugunsten Österreich-Ungarns und Bulgariens erstrebt; Italien muß aus Valona entfernt werden; Deutschland will freie Hand bei der Ausbeutung der Bodenschätze Neubulgariens und Rumäniens; das letztere – verkleinert – kann an Österreich-Ungarn fallen. Österreich-Ungarn soll sich am Königreich Polen desinteressieren. Über alle Punkte soll weiter verhandelt werden.

Kreuznach, 18. Mai 1917

963*. Bethmann Hollweg an K. von Weizsäcker

Schreiben. Druck: Janßen, Macht S. 306–307.

Es ist zu bedauern, daß die Frage Elsaß-Lothringen in der württembergischen Presse erörtert wird. Für diese Frage gibt es kaum eine andere Lösung als die der Aufteilung, auch wenn er – Weizsäcker – anderer Meinung ist. Bitte dem König den Dank aussprechen für dessen Einverständnis mit der von ihm – Bethmann Hollweg – geführten Politik.

Berlin, 30. Mai 1917

964*. Lerchenfeld an Hertling

Privatdienstbrief. Druck: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 850–851.

Der Reichskanzler hat von seiner jüngsten Reise an die Front den Eindruck mitgebracht, daß die Generale hinsichtlich des künftigen Friedens viel maßvoller seien als die Parlamentarier. Der neue Generalgouverneur von Belgien, Falkenhausen, fasse seine Aufgabe nicht militärisch, sondern politisch auf. Hinsichtlich Rußlands ist der Kanzler überzeugt, daß die russische Armee nicht mehr offensiv vorgehen könne. Dank dem Ausbruch der russischen Revolution würde man wahrscheinlich heute dem Frieden näher sein, wenn man

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

am 1. Februar nicht den rücksichtslosen Ubootkrieg begonnen hätte. Die polnische Frage sei immer noch ungeklärt.

Berlin, 9. Juni 1917

965*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 379–381.

In der gegenwärtigen Kriegslage muß die innere Geschlossenheit des Volkes aufrechterhalten werden. Die Berechnungen über die Wirkungen des Ubootkrieges haben sich als unzuverlässig erwiesen. Die Aussichten für einen deutschen Diktatfrieden sind in weite Ferne gerückt. Deutschland würde einem „Helotendasein" entgegengehen, wenn es jetzt gegenüber den Feinden nachgeben wollte. Durch die Osterbotschaft ist ein Weg in die Zukunft gewiesen. Es ist ausgeschlossen, daß England durch den Ubootkrieg zur Kapitulation gezwungen werden könnte. Solange Lloyd George am Ruder bleibt, sind die Hoffnungen auf einen Frieden mit England illusorisch. Der jüngste Luftangriff auf London hat verheerend gewirkt. Solche Angriffe sollten in Zukunft unterbleiben.

[o. O.] 19. Juni 1917

966*. Bethmann Hollweg an Grünau

Telegramm. Druck: Scherer/Grunewald II S. 238–239.

Staatsrat Andersen über seinen Aufenthalt in London: Die Versorgung sei ausreichend; der letzte deutsche Luftangriff mit den zahlreichen Opfern habe die Kriegsentschlossenheit erhöht. – Kommentar: Der Ubootkrieg wird England kaum zur Kapitulation zwingen.

Berlin, 24. Juni 1917

967*. Bethmann Hollweg an Hindenburg

Schreiben. Druck: Ludendorff, Urkunden S. 397–400; Militär und Innenpolitik S. 769–773 (mit zahlreichen Marginalien Hindenburgs). Dazu Müller: Regierte der Kaiser? S. 298.

Die Vorstellung von der durchschlagenden Wirkung des Ubootkrieges hat sich als übertrieben herausgestellt. Die Kriegszielfrage sollte ganz ruhen. Der Gedanke an einen Verständigungsfrieden darf nicht verurteilt werden. Österreich-Ungarn wird sich über den Herbst hinaus kaum halten lassen. Der letzte deutsche Luftangriff auf London hat verheerend gewirkt. Weitere Angriffe sollten wegen ihrer verderblichen politischen Folgen unterbleiben.

Berlin, 25. Juni 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

968*. Bethmann Hollweg an Czernin

Privatdienstbrief. Druck: Scherer/Grunewald II S. 241–242.

Das allgemeine Bild ist gar nicht so unfreundlich. Allerdings wirkt der Ubootkrieg nicht so schnell, wie die Marine angenommen habe. Die Ernteaussichten sind normal.

Berlin, 27. Juni 1917

969*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 382–385.

„Der Krieg hat das gesamte Leben und Denken der Nation [. . .] von Grund aus umgestaltet." Durch die Osterbotschaft sind die sozialdemokratischen Arbeiter dem Staat gewonnen worden. Die innere Politik muß jetzt und nach dem Krieg die Einheit von Volk und Staat erhalten. In zwei Richtungen muß gehandelt werden: bei der preußischen Wahlreform und bei der Parlamentarisierung der Staatsgeschäfte. Bei Kriegsende muß das preußische Wahlrecht beseitigt werden. Das Verlangen des Reichstags nach vermehrter Anteilnahme an den Staatsgeschäften ist berechtigt; gleichwohl darf es keine völlige Parlamentarisierung geben. Daher sollten einzelne Parlamentarier in hervorragende Stellungen berufen werden.

[Großes Hauptquartier] 29. Juni 1917

970*. Tagebuch Davids

Tagebucheintragung. Druck: David, Kriegstagebuch S. 239.

Konferenz der Parteiführer bei Bethmann Hollweg. Er appelliert an Einigkeit, lehnt die Petersburger Friedensformel ab. Im Großen Hauptquartier hat er sich nicht durchgesetzt. „Ein unentschiedner bürokratischer Kleber."

[o. O.] 2. Juli 1917

971*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatdienstbrief. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 389–390.

In der gestrigen Besprechung mit Parteiführern herrschte ein pessimistischer Ton. Sozialdemokraten, Freisinnige und sogar Stresemann fordern eine sofortige Reform des preußischen Wahlrechts. Der Verfassungsausschuß wird wahrscheinlich morgen auf Drängen von Sozialdemokraten und Freisinnigen einen Antrag auf reichsgesetzliche Einführung des gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten beraten. Das muß derzeit verhindert werden; aber praktische

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Maßnahmen zu beschleunigter Neugestaltung des innenpolitischen Lebens müssen ergriffen werden.

[Berlin] 3. Juli 1917

972*. Bethmann Hollweg an Wilhelm II.

Telegramm. Druck: Ludendorff, Urkunden S. 400; Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Düllfer) S. 393–394.

Die Juni-Erfolge der Uboote helfen der gedrückten Stimmung wieder auf.

Berlin, 5. Juli 1917

973*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatbrief. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 391–393.

Der Kaiser sollte nach Beendigung seiner Wienreise nach Berlin kommen und dort das Staatsministerium und die Führer der Parteien mit Einschluß der Sozialdemokraten empfangen. Ob diese am Empfang teilnehmen, muß durch Sondierungen noch festgestellt werden. Bitte auf telegraphischem Wege mitteilen, ob der Kaiser die Sozialdemokraten überhaupt sehen will. Hauptthema ist die Einführung des gleichen Wahlrechts. Darüber herrscht im Reichstag erregte Stimmung. Die Krone muß sich entscheiden, ob sie es bald gewähren will. Wenn der Kaiser den Ernst der Lage nicht erkennt, so kann er – Bethmann Hollweg – die Geschäfte nicht weiter führen.

[o. O.] 5. Juli 1917

974*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Druck: Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1565–1570; Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 401–407. Vgl. auch den Bericht Lerchenfelds vom 9. Juli 1917 in: Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld S. 866–870.

Die Regierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führe; es handelt sich in diesem Krieg „um die Verteidigung unseres Daseins und um die Sicherung unserer Zukunft“. Das ist auch im Friedensangebot vom Dezember ausgesprochen worden. Über Einzelheiten hätte sich die Entente erkundigen können, wenn sie sich mit Deutschland an einen Tisch gesetzt hätte. Das neue Rußland, das einen Weg zum Frieden öffnen will, ist von der Entente zur Fortsetzung des Krieges getrieben worden. Daher würde ein neues deutsches Friedensangebot mit Hohn zurückgewiesen werden. Durch energische Fortsetzung des Ubootkrieges soll England zum Einlenken gezwungen werden. Aber das geschieht nicht in absehbarer Zeit. Auf keinen Fall darf in Deutschland Mut- und Hoffnungslosigkeit herrschen. Zweck

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Kriegführung ist, mit dem Feind in – nichtöffentliche – Verhandlungen einzutreten.

[Berlin] 7. Juli 1917

975*. Bethmann Hollweg im Hauptausschuß des Deutschen Reichstags

Rede. Wortprotokoll. Druck: Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags S. 1583–1597.

Bethmann Hollweg antwortet Punkt für Punkt auf die Anklage Stresemanns, daß es mit dieser Reichsregierung so nicht weitergehen könne: Daß Griechenland nun mit der Entente geht, wäre nur mit militärischen Mitteln zu verhindern gewesen. – Mit Rußland ist derzeit kein Sonderfrieden zu machen. – Zur Polenfrage haben die Nationalliberalen keinen Vorschlag gemacht, sondern immer nur kritisiert. Zur Belgien-Politik ist von ihnen auch nichts Konstruktives beigetragen worden. – Das Verhältnis zu den Bundesgenossen, besonders zu Österreich, ist, anders als es Stresemann darstellt, gut. – Die Osterbotschaft hat Stresemann lediglich als ein Versprechen charakterisiert, nicht als eine Tat. Das ist unrichtig, die Sache ist durchaus im Fluß. – In der Ubootfrage ist keine schwankende Politik betrieben worden; sobald die Mittel dazu bereitgestellt wurden, ist der Ubootkrieg begonnen worden. – Wenn Stresemann beklagt, daß der Kaiser von der Außenwelt abgeschnitten worden sei, so stimmt das nicht. Zusammenkünfte mit den Parlamentariern werden gerne vermittelt. – Wenn nach der Beteiligung der OHL an der polnischen Angelegenheit gefragt werde, so hat die OHL auf die Veröffentlichung des Polenmanifests gedrängt, sobald die Aufstellung eines polnischen Heeres zu erwarten war. – Wenn Stresemann auf den Zusammenhang zwischen politischer und militärischer Leitung hingewiesen hat, so ist dieser im Krieg sehr eng. Natürlich entstehen daraus Differenzen. – Stresemann hat ferner deutlich zu erkennen gegeben, daß der Reichskanzler sich weder mit Wilson noch mit Kerenskij an einen Friedenstisch setzen könne. Wenn der Reichskanzler hinderlich sei, räumt er sofort seinen Platz. – Den Vorwurf mangelnder Regie in der Behandlung der Parteien gibt er zurück: Auch die Parteien stehen nicht im „weißen Unschuldskleid“ da. – Kriegsziele kann man, wie das geschehen ist, in großem Umfang aufstellen; aber dazu kann man ernsthaft erst Stellung nehmen, wenn man am Friedenstisch sitzt; sich jetzt mit Resolutionen zum Frieden festzulegen bedeutet, daß man seine Handlungsfreiheit einschränkt. Man darf bei Friedensverhandlungen nicht nur auf die Gegenwart, sondern muß auch in die Zukunft blicken. Man soll jetzt weder „mit großen wilden Kriegszielen“ hervortreten noch dem Ausland zurufen: Wir können nicht mehr. So wie Bismarck in den 1880er Jahren kann der jetzige Reichskanzler nur eine Politik der Diagonale führen; er kann sich weder auf die Linken noch auf die Rechten stützen. Auf Deutschland kann man nicht die parlamentarischen Zustände Englands oder Amerikas übertragen. Man braucht sich nur

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

die Handlungsmaximen eines Wilson oder eines Sir Edward Grey oder eines Poincaré anzuschauen.

[Berlin] 9. Juli 1917

976*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 301–302.

Heftiger Artikel im „Montag" gegen den Kanzler. Schuld an der ganze Krise ist die Oberste Heeresleitung, die – nach Valentini – sich vor die alldeutsche Hetze gespannt habe.

Berlin, 9. Juli 1917

977*. Mertz von Quirnheim über Bethmann Hollweg

Aufzeichnung „Der Kampf gegen den Reichskanzler". Auszüge. Druck: Militär und Innenpolitik S. 782–785.

Der Haß gegen Bethmann Hollweg ist grenzenlos. „Man betrachtet die Osterbotschaft […] als die Tat eines Schurken." Der wirkliche Grund, den Kanzler zu stürzen, liegt bei der OHL, besonders bei Oberst Bauer. Bethmann Hollweg ist ein „hoch bedeutender Mann von selten tiefem Blick in die Bewegungen der Zeit". Aber ihm fehlt das Zeug „zu einer Gewaltnatur, wie Ludendorff es ist".

[o. O.] 9. Juli 1917

978*. Bethmann Hollweg an Benedikt XV.

Schreiben. Druck: Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 (1917) S. 684.

Bedankt sich beim Papst für dessen Einsatz, daß deutsche kriegsgefangene Familienväter aus Frankreich in die gastfreundliche Schweiz überführt werden können.

[o. O.] 10. Juli 1917

979*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs

Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 395–397.

Er hat dem Kaiser nach dem Kronrat die Notwendigkeit betont, in Preußen das gleiche Wahlrecht einzuführen. Der Kaiser will darüber den Kronprinzen hören. Er – Bethmann Hollweg – hat über die Erschütterung seiner Position berichtet, besonders über die Opposition der OHL. Der Kaiser möge erwägen,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihn zu entlassen. Der Kaiser hat mit dem Kronprinzen konferiert; auch dieser ist überzeugt, daß er – Bethmann Hollweg – bleiben müsse. Der Kaiser will neuerdings das gleiche Wahlrecht konzedieren, um ihn im Amt zu halten.

[Berlin] 11. Juli 1917

980*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 513 (vgl. auch S. 518).

„Die Hetze gegen Bethmann, fast in der ganzen Presse, ist unglaublich. Alle Konservativen, Alldeutschen, nationalliberalen Blätter, […] die Voss. Ztg. greifen ihn mit tollster Heftigkeit an, fordern seinen Sturz."

[Berlin] 11. Juli 1917

981*. Tagebuch Müllers

Tagebucheintragung. Druck: Müller, Regierte der Kaiser? S. 303 (auch ebenda S. 304–305; Riezler, Tagebücher S. 448–450, 451–452; Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 I S. 73–83; Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 58 [1917] S. 692–696).

Der Kanzler ist „menschlich sehr erleichtert" über seinen Abgang.

Berlin, 13. Juli 1917

982*. Bethmann Hollweg an Treutler

Privatbrief. Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 249.

Er hat seinen Abgang schon vor Monaten vorausgesehen.

Berlin, 16. Juli 1917

983*. Tagebuch Wolffs

Tagebucheintragung. Druck: Wolff, Tagebücher S. 520–523.

Abschiedsbesuch bei Bethmann: Dieser hält die Einführung des parlamentarischen Systems nicht für möglich wegen der Bundesverfassung und wegen der Parteienverhältnisse. Über den Kriegsausbruch sagt er: Er habe seit dem Januar 1914 befürchtet, daß der Krieg unvermeidlich geworden sei. Als Poincaré ans Ruder gekommen sei (1912), sei keine Verständigung mehr möglich gewesen. Er hält es für möglich, daß es zum Spätherbst 1917 zum Frieden komme; danach sei allgemeine Abrüstung unabwendbar. In der inneren Politik glaubt er, über die Sozialdemokratie hinaus weite Kreise des Volkes herangezogen zu haben – „man werde das vielleicht später einsehen".

[Berlin] 19. Juli 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

984*. Bülow im Gespräch mit Bethmann Hollweg

Erinnerungen. Druck: Bülow, Denkwürdigkeiten III S. 260–261.

Bethmann Hollweg hat ihm gegenüber immer wieder Andeutungen über die „schwere politische Erbschaft“ gemacht, die er bei seiner Geschäftsübernahme angetreten habe.

[o. O., Ende Juli 1917?]

985*. Tirpitz an Trotha

Privatbrief. Druck: Tirpitz, Politische Dokumente II S. 609–610.

Er war erfreut, „als endlich der Mann aus dem Amte schied, der das Deutschtum an den Rand des Abgrunds gebracht hat“. Er – der Kanzler – habe den Kaiser „durch die Angst vor der Revolution eingewickelt“ und gehofft, sich durch die Osterbotschaft zu retten. Der Reichstag hat sich gegen den Ubootkrieg gestellt und als Lohn dafür das Reichstagswahlrecht für Preußen gefordert.

St. Blasien, 2. August 1917

986*. Stresemann in der Sitzung des Zentralvorstands der Nationalliberalen Partei

Protokoll. Druck: Von Bassermann zu Stresemann S. 337–339, 341–342.

Stresemann zur politischen Lage: Er hat sich stets zu der Auffassung bekannt, daß die Kanzlerschaft Bethmann Hollwegs „eine Unmöglichkeit“ sei. Das Wort vom Unrecht an Belgien war unglücklich, noch mehr der weitere Satz, daß Deutschland Milliarden zum Wiederaufbau Belgiens aufbringen müsse. Auch seine Politik gegenüber Amerika und gegenüber Polen war „der Niederbruch seiner staatsmännischen Begabung“. In der inneren Politik hat er ebenfalls versagt, so in der Frage des gleichen Wahlrechts, „das Bethmann noch hineinwarf […], um sich zu halten“, und in der Frage der Parlamentarisierung.

[o. O.] 23. September 1917

987*. Bethmann Hollweg an Naumann

Privatbrief. Druck: Gutsche, Herrschaftsmethoden S. 280–283.

Dank für die Übersendung der Schrift „Der Kaiser im Volksstaat“. Seine Aussage darin, der Kanzler hätte eine parlamentarische Mehrheitsgrundlage haben können, ist nicht richtig; das Zentrum hätte wegen seiner annexionistischen und reaktionären Tendenzen keine Stütze abgegeben: vergleiche dessen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verhalten bei der Debatte um den Ubootkrieg, beim Friedensangebot vom Dezember 1916 und bei der Julikrise 1917.

[Hohenfinow] 13. November 1917

988*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatbrief (Auszug). Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 249–253.

Er ist empört über die Hetze gegen ihn. Das Intermezzo Michaelis. Begrüßt die Ernennung Hertlings. Die neue Regierung muß die Wahlrechtsreform durchsetzen. Der Rattenfänger Bülow versucht sich wieder in den Vordergrund zu schieben. „Was an der Seele nagt, bleibt, daß man diese Weltkatastrophe nicht abzuwenden verstand. […] Schließlich wird es allerdings doch der Druck der Volksmassen sein, der diesem Völkermorden ein wirkliches Ende macht."

Hohenfinow, 3. Dezember 1917

989*. Bethmann Hollweg an Max von Baden

Privatschreiben. Druck: Max von Baden, Erinnerungen S. 202–203.

Er ist ergriffen von der Rede des Prinzen bei Eröffnung der Ersten Badischen Kammer. Noch vor einem halben Jahr wäre sie kaum möglich gewesen. Die russischen Verhältnisse bestätigen, daß der Krieg nur durch den Druck der Volksmassen beendet werden kann.

Hohenfinow, 17. Dezember 1917

990*. Bethmann Hollweg an Max von Baden

Privatschreiben. Druck: Zechlin, Deutschland S. 451–458; Vietsch, Bethmann Hollweg S. 327–332.

Der Krieg kann nicht zu Ende gehen, ohne daß die Menschheit sich nicht von den Zuständen abkehrt, die ihn heraufbeschworen haben und an ihrer Stelle etwas Neues schafft. Nur die Sozialdemokratie hat überzeugt gegen den Krieg gearbeitet. Alle anderen Parteien gerieten immer mehr in den Bann des Imperialismus. Der Entschluß zur preußischen Wahlrechtsreform war der einzig richtige. Das gleiche Wahlrecht ist ein sittliches Postulat. Die Parlamentarisierung kann auf Dauer nicht abgelehnt werden, und die sozialistischen Massen werden sich nach dem Krieg mit dem Schein politischer und wirtschaftlicher Freiheiten nicht begnügen. – Eine Kanzlerschaft des Prinzen ist nur möglich, wenn die äußere und innere Lage sich so zugespitzt hat, daß er sie im vaterländischen Interesse anzunehmen gezwungen ist, derzeit aber nicht.

Hohenfinow, 17. Januar 1918

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

991*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatbrief. Druck: Valentini, Kaiser und Kabinettschef S. 253–254.

Er ist entrüstet über seine – Valentinis – Entlassung. Das langsame Verhandeln mit Rußland in Brest-Litovsk ist unglücklich.

Hohenfinow, 17. Januar 1918

992*. Bethmann Hollweg an Treutler

Privatbrief. Druck: Treutler, Graue Exzellenz S. 253–254.

Er hält es für unmöglich, wie von ihm – Treutler – gewünscht, dem Kaiser und Reichskanzler Hertling jetzt mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Hohenfinow, 29. September 1918

993*. Bethmann Hollweg an Oettingen

Privatbrief (Auszug). Druck: Vietsch, Bethmann Hollweg S. 332–333.

Wilson dürfte nicht die Energie aufbringen, um den Widerstand eines Clemenceau oder eines Lloyd George zu brechen. Der Wandel im Innern Deutschlands wird „furchtbare Zerstörungen in dem militaristischen Beamtenstaat" anrichten.

Hohenfinow, 7. Oktober 1918

994*. Bethmann Hollweg an Max von Baden

Schreiben. Druck: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Unterausschusses II S. 733–743 (14. Sitzung des 2. Unterausschusses).

Kurz nach der Berufung Hindenburgs wurde in Pleß über den uneingeschränkten Ubootkrieg gesprochen. Der Kanzler hat gefragt, ob nicht nur gegen die USA, sondern auch gegen andere Neutrale erfolgreich vorgegangen werden könne. Hindenburg hat die Antwort aufgeschoben, bis die militärischen Voraussetzungen erfüllt seien. Von seiten der Parteien wurde die Entscheidung in die Hand der OHL gelegt. Nach der Niederwerfung Rumäniens und der Absendung des deutschen Friedensangebots hat die OHL gefordert, der Ubootkrieg müsse jetzt stattfinden, zu Lande sei der Krieg nicht zu gewinnen. Am 9. Januar 1917 fiel dann die bekannte Entscheidung. Ein Widerstand des Kanzlers hätte nichts genutzt. Nach allem, was damals bekannt gewesen sei, konnte ein festgegründetes Vertrauen in Wilsons Vermittlungstätigkeit nicht gesetzt werden. Die schroffe Ablehnung der Entente schloß ohnehin alle Verhandlungen aus. Als dann Wilson am 27. Januar 1917 doch eine vertrauliche Friedensver-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

mittlung habe einleiten wollen, erklärte die Marineleitung, die Boote seien mit den neuen Befehlen bereits ausgelaufen. Auf den Vorwurf Hindenburgs, der Kanzler habe gegenüber den USA ein Doppelspiel getrieben, antwortet er: Er sei niemals ein Annexionist gewesen, sondern habe stets die Möglichkeit eines Verständigungsfriedens verfolgt. Die Behauptung Hindenburgs, er hätte sich zum Ubootkrieg anders verhalten, wenn er über den Wunsch des Kanzlers nach einem Friedensappell Wilsons genau informiert gewesen wäre, läuft, wie die Akten zeigen können, ins Leere. Die jetzt von anderer Seite gemachte Andeutung, „mein Rücktritt würde den Krieg mit Amerika verhindert [. . .] haben, ist politisch so sinnlos, daß es sich nicht lohnt, auf sie einzugehen".

Hohenfinow, 23. Oktober 1918

995*. Interview Bethmann Hollwegs

Druck: Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 128, 17. März 1919, Morgenausgabe, S. 3: „Kaiser und Reichskanzler".

Bethmann Hollweg zu einem Artikel Schiemanns: Dem Kaiser seien niemals wesentliche Fakten der internationalen Lage vorenthalten worden; er sei zu keinem Zeitpunkt über die Gefahren der gegnerischen Koalition im Zweifel gelassen worden. Zu dem Vorwurf, die Zulassung der Nordlandreise des Kaisers im Juli 1914 sei unverantwortlich gewesen, sei zu antworten, daß auch Poincaré sich damals auf See befunden habe. Ein Versuch, die Entente zu sprengen, hätte nur zu ihrer Festigung geführt. Der Gedanke an einen Präventivkrieg, den Schiemann anklingen läßt, habe ihm ferngelegen.

Berlin, 15. März 1919

996*. Bethmann Hollweg an H. Delbrück

Offenes Schreiben. Druck: Preußische Jahrbücher 178 (1919) S. 114–116. Überschrift: „Das ‚Friedensangebot' von 1915".

Die Angaben des Journalisten Spickernagel in den „Hamburger Nachrichten" vom 17. September 1919 sind irrtümlich. Die Mission des dänischen Staatsrates Andersen in Petersburg geht bis zum Beginn des Jahres 1915 zurück. Sie war vergeblich. Die deutsche Regierung ließ aber in Petersburg wiederholt wissen, daß man bereit sei für einen Frieden „der [. . .] den Rechten und natürlichen Lebensbedingungen Rußlands volle Rechnung tragen würde". Doch Petersburg bekräftigte den früher gefaßten Beschluß, auf keinerlei Friedensvorschläge einzugehen, bevor nicht ein endgültiger Sieg errungen sei. Seine Augustrede 1915 und auch spätere Reden haben indes Brücken nicht abgebrochen.

Hohenfinow, 20. September 1919

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

997*. Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses I S. 119–148 (vgl. auch S. 148–184) (4. Sitzung des 2. Unterausschusses).

Zur Frage, warum das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 erfolgt sei, obwohl Präsident Wilson bis Ende Dezember eine eigene Friedensaktion in Aussicht gestellt habe, antwortet Bethmann Hollweg:

Wilson hatte seine Friedensaktion bereits Mitte November verfaßt und sie unverändert am 18. Dezember 1916 veröffentlicht. Klar ist, daß das deutsche Friedensangebot Wilson in seiner Aktion nicht beeinflußt hat. Welches sind die Motive, daß Deutschland ein eigenes Angebot gemacht und es der Wilsonschen Aktion vorausgeschickt hat? Zunächst ist festzustellen, daß Wilson ein Zauderer war und völkerrechtswidrige Aktionen Deutschlands schärfer behandelte als solche der Entente. Er hat nichts gegen die amerikanischen Waffen- und Munitionslieferungen an die Entente getan. Der Handel beider Teile war eng miteinander verflochten; dadurch war Wilson in seiner Handlungsfreiheit stark eingeschränkt. Das deutsche Friedensangebot konnte, um ernsthaft zu sein, nur auf einem Höhepunkt militärischer Erfolge hinausgehen, und das war der günstig verlaufene rumänische Feldzug. Zu berücksichtigen sind die schwierigen Bedingungen des brieflichen und telegraphischen Verkehrs zwischen Washington und Berlin.

Zu weiteren Motiven für das deutsche Friedensangebot vom 12. Dezember: Baron Burián hatte bereits im Sommer 1916 wegen der Zustände in der Donaumonarchie ein Friedensangebot angeregt. In Deutschland war die Kluft zwischen Annexionisten und Anhängern eines Verteidigungsfriedens immer größer geworden; dieser Spaltung sollte durch ein Friedensangebot abgeholfen werden. In den Reichstagsreden vor und nach dem Dezember 1916 hat der Kanzler auf die friedenswilligen Minoritäten in den feindlichen Ländern einwirken wollen. An außenpolitischen Gründen für das Friedensangebot ist zu verzeichnen: Im englischen Kabinett gab es verschiedene Strömungen, die in der Friedensfrage miteinander rangen. Auch im russischen Kabinett gab es friedensgeneigte Personen. Der Friedensschritt vom 12. Dezember sollte aber auch auf den Friedenswillen der unteren Massen wirken. „Das Friedensangebot war der Versuch, zu den feindlichen Völkern vorzudringen und durch die Völker zu den Regierungen." Trotz der Ablehnung des Friedensangebots ist auf dem Wege der Friedensanbahnung weiter geschritten worden. Die Friedensresolution vom Juli 1917 ist eine direkte Fortsetzung solcher Bemühungen.

Die schroffe Ablehnung des deutschen Angebots durch die Entente hat dann fatalerweise den Schritt vom 9. Januar 1917 zur Eröffnung des rücksichtslosen Ubootkriegs unausweichlich gemacht. Die Marine hat den 1. Februar 1917 als äußersten Termin des Ubootkriegs genannt, weil nur dann die in den Februar fallenden Getreidetransporte nach England hätten durchkreuzt werden können; die OHL forderte den Ubootkrieg, um endlich die englischen Munitionstransporte nach Frankreich ernsthaft behindern zu können. Der grö-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ßere Teil der öffentlichen Meinung und auch der Reichstag standen fest zum Ubootkrieg. Mit der Kollektivnote der Entente vom 30. Dezember 1916, die jeden Friedensfaden brutal zerriß, war für den Reichskanzler kein einziges Argument mehr gegen den Ubootkrieg übriggeblieben. In den letzten Tagen des Dezember waren schroffe Telegramme Hindenburgs in Berlin angekommen, die gebieterisch den Ubootkrieg forderten. Es bestand auf jeden Fall Klarheit darüber, daß der Ubootkrieg den Krieg mit Amerika bedeuten würde. Fatal war es, daß im Volk, von der Marine, von der OHL, von der Presse der Ubootkrieg als Wunderwaffe gepriesen wurde. Schließlich wurden durch den Kriegsverlauf die militärischen Zuständigkeiten immer mehr erweitert, so daß die Heeresleitung auch im nichtmilitärischen Bereich präponderant wurde. Die Mehrheit des deutschen Volkes hat das auch so gewollt.

Die Stellung Wilsons wird durch seine Kongreßbotschaft vom 22. Januar 1917 gekennzeichnet: Er erweiterte jetzt seine Friedensaktion zu einer Friedensvermittlung und erkannte in der Antwort der Entente einen Schritt zum Frieden an, während die deutsche Friedensnote als ungenügend qualifiziert wurde; so wurde etwa ein unabhängiges Polen mit Zugang zum Meer gefordert.

Auf die Frage des Ausschusses, ob Bethmann Hollweg dem amerikanischen Botschafter Gerard im September 1916, als dieser nach Amerika reiste, konkrete deutsche Friedensbedingungen mitgegeben habe, antwortet Bethmann, daß dies nicht geschehen sei.

Die Frage, ob Österreich über die Wilsonsche Friedensaktion auf dem laufenden gehalten worden sei, beantwortet er dahin, daß es „mit orientiert" worden sei. Baron Burián habe gewollt, daß dem Friedensangebot auch ein Katalog von Friedensbedingungen angeschlossen werden sollte. Das ist von deutscher Seite als unpraktisch erklärt worden.

[o. O.] 31. Oktober 1919

998*. Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses I S. 185–198, 217–236 (5. Sitzung des 2. Unterausschusses).

Auf die Frage, ob er Botschafter Gerard konkrete deutsche Friedensbedingungen nach Washington mitgegeben habe, antwortet Bethmann Hollweg, daß er das niemals getan habe. Aus den häufigen Unterredungen habe Gerard aber entnehmen können, daß die Friedensbedingungen, die ihm vorschwebten, maßvoll gewesen seien. – Die weitere Frage, ob Baron Burián über die deutsche Friedensdemarche in Washington orientiert worden sei, bejaht Bethmann. – Zur Frage nach den konkreten deutschen Friedensbedingungen: Die habe er Washington nicht genannt. Das Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 sollte nur die Grundlagen angeben, auf denen Friedensverhandlungen hätten begonnn werden können. Ein „Doppelspiel" zwischen der deutschen Friedensnote und dem Friedensappell Wilsons habe nicht bestanden; es seien aber für

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ihn zwei Eisen im Feuer gewesen, die einander nicht gestört hätten. Die amerikanische Regierung habe von den Kräften in Deutschland gewußt, die zum Ubootkrieg drängten. Die Antwort der Entente vom 10. Januar 1917 auf die Wilsonsche Friedensnote habe gezeigt, daß keine Aussicht auf eine Friedensanbahnung auf seiten der Entente bestanden habe. Dadurch habe Deutschland seine volle Aktionsfreiheit zurückgewonnen. – Auf die nochmalige Frage, ob der Reichskanzler mit Botschafter Gerard über die deutschen Kriegsziele gesprochen habe, antwortet Bethmann Hollweg: über die Ostziele nicht, die hätten diesen nicht interessiert; zu Belgien, zu Lüttich, zur flandrischen Küste habe er sich stets ausweichend äußern müssen; Gerard sei aber klar gewesen, daß Bethmann kein Annexionist gewesen sei; Gerard selbst sei vom Präsidenten uninformiert gelassen worden; er habe aber aus verschiedenen Gesprächen entnehmen können, daß der deutsche Kanzler eine Aktion von seiten Wilsons wünschte.

Zur Frage der Deportation belgischer Arbeiter nach Deutschland äußert sich Bethmann Hollweg: Sie sei ihm im höchsten Grade unerwünscht gewesen; sie sei vom Militär als notwendige Zwangsmaßregel begründet worden, um das Hindenburg-Programm durchzuführen; er habe sich fortgesetzt um eine Abstellung oder Milderung bemüht; bei der Sache hätten militärische Notwendigkeiten dem politischen Interesse entgegengestanden; die Deportations-Angelegenheit habe möglicherweise die Haßpropaganda der Entente gegen Deutschland gestärkt („Hunnen"), sie sei aber ohnehin seit Beginn des Krieges virulent gewesen. Er gibt zu, daß die Angelegenheit in der Ausführung eine „völkerrechtliche Anomalie" gewesen sei; er gibt aber zu bedenken, daß auf der Gegenseite bei der Blockade durch England ebenfalls von einer Anomalie zu sprechen sei.

Es wird im Ausschuß die Frage gestellt, ob die Veröffentlichung der Kaiserrede vom 13. Dezember 1916 in Mühlhausen mit Wissen Bethmann Hollwegs erfolgt sei. Dieser verneint dies und vermerkt allgemein dazu, daß der Vertreter des AA im Großen Hauptquartier Instruktion hatte, dafür zu sorgen, daß bei politischen Bedenken ihm solche Reden vor der Veröffentlichung vorzulegen waren.

Des weiteren wird die Frage gestellt, ob in den Wochen des deutschen Friedensangebots mit Österreich-Ungarn gemeinsame Kriegsziele fixiert worden seien. Bethmann Hollweg bejaht dies und bemerkt allgemein dazu, daß während der ganzen Dauer des Krieges die Festsetzung von Kriegszielen eine müßige Arbeit gewesen sei, solange nicht bestimmte Voraussetzungen vorlagen; die Erreichung von Kriegszielen sei immer von der Gesamtlage an den Fronten und in der Heimat abhängig gewesen; auch wenn in den Akten annexionistische Kriegsziele zu finden seien (Lüttich, Baltikum etc.), hätte er, der einen Verhandlungsfrieden angestrebt habe, Verhandlungen nicht abhängig gemacht von der Durchsetzung annexionistischer Forderungen. In bezug auf Belgien bemerkt er, daß er angesichts des Vernichtungs- und Zertrümmerungswillens

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

der Entente die in der belgischen Frage vorhandene eindeutige Mentalität des deutschen Volkes nicht habe außer acht lassen können.

Berlin, 4. November 1919

999*. Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß

Wortprotokoll. Druck: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses I S. 253–288 (6. Sitzung des Unterausschusses).

Der Unterausschuß befragt Bethmann Hollweg noch einmal zu seinem Verhalten in der Angelegenheit des unbeschränkten Ubootkriegs, insbesondere in den Wochen zwischen der deutschen Friedensnote vom 12. Dezember 1916 und dem Beschluß vom 9. Januar 1917. Bethmann verliest zunächst die einschlägigen Teile des Protokolls seiner Ausführungen vom 31. Oktober 1919. Zentrales Argument sei, daß eine Verhandlungsbereitschaft der Entente nach der deutschen Friedensnote nicht vorhanden gewesen sei. Allerdings habe sich nach heutiger Kenntnis die Lage Englands durch den Ubootkrieg im Sommer 1917 derart verschlechtert, daß zaghafte Friedenssignale von englischer Seite (Rede Lloyd Georges am 30. Juni in Glasgow) zu vernehmen gewesen seien. Dann habe aber die gewaltige Übermacht der USA die Lage der Entente wieder gebessert. Die erste Bekundung Wilsons, daß er an eine wirkliche Friedensarbeit habe gehen wollen, sei ein Telegramm Bernstorffs vom 28. Januar 1917 gewesen, in dem genaue deutsche Friedensbedingungen gefordert worden seien; aber das sei zu spät gewesen. Auf jeden Fall habe keine Hoffnung bestanden, den Kriegseintritt der USA zu verhindern. Bethmann betont, daß auch die Majorität des Reichstags der militärischen Leitung das ausschlaggebende Wort in der Frage des Ubootkriegs überlassen habe; er habe in den Monaten vor dem 9. Januar den Hauptausschuß des Reichstages nicht im unklaren gelassen, daß der unbeschränkte Ubootkrieg den Kriegseintritt Amerikas bedeuten würde. Bethmann betont wiederholt, daß die Zwangslage am 9. Januar darin bestand, daß es keine Friedensaussichten gegeben habe und nach militärischem Urteil nur noch das Mittel des Ubootkrieges vorhanden gewesen sei, um den Krieg nicht verloren zu geben, und dieses Kampfmittel immerhin gewisse Aussichten auf Erfolg geboten habe. In weiteren kurzen Bemerkungen erklärt Bethmann Hollweg, daß er vor dem Untersuchungsausschuß nur die großen Linien der Vorfälle 1916/17 geben solle und nicht auf ganz bestimmte kleine Fragen antworten müsse, die besser aus dem Studium der Akten ermittelt werden könnten. Der Ausschuß komme vollkommen zum Ziel, wenn er ihn frage: „Was haben Sie gewollt mit der Sache? Wohin haben Sie gestrebt?“

Berlin, 5. November 1919

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1000*. Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß

Aufzeichnung (Entwurf) zu einer Aussage vor dem Ausschuß über den Besuch Pacellis in Berlin und im Großen Hauptquartier Ende Juni 1917. Druck: Friedensappell Papst Benedikts XV. S. 640–642.

Am 26. Juni 1917 Empfang Pacellis in Berlin, der mit einem Brief des Papstes an den Kaiser ins Große Hauptquartier weiterfahren wollte. Pacelli gab ihm – Bethmann – den Inhalt des Briefes zur Kenntnis und überreichte eine Reihe bestimmer Fragen über die deutschen Kriegsziele. Die Antworten auf die Fragen lauteten: Deutschland rüstet ab, wenn das allseitig geschehe; hinsichtlich Belgiens sagt Deutschland die volle Unabhängigkeit zu, wenn das Land nicht unter die Herrschaft Englands und Frankreichs gerate; an der Rückgabe der französischsprachigen Teile Elsaß-Lothringens wird der Frieden nicht scheitern; über die östlichen Fragen läßt sich wegen der in Rußland herrschenden Zustände nichts sagen. – Der Nuntius hat geantwortet, daß die Erklärungen zur Förderung des Friedens geeignet seien.

[o. O.] 9. November 1919

1001*. Bethmann Hollweg vor dem Weimarer Untersuchungsausschuß

Wortprotokoll: Druck: Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses II S. 603–608, 617–618, 655–659, 683–688, 692 (13. Sitzung des 2. Unterausschusses).

Bethmann Hollweg fragt den Ausschuß, ob es nicht besser sei, auch die Parteiführer darüber zu hören, daß er bei seiner Haltung gegen den Ubootkrieg immer darauf hingewiesen habe, der Ubootkrieg werde Deutschland in den Krieg mit den USA verwickeln: Fest stehe, daß eine „kompakte Reichstagsmehrheit" aus Rechten, Zentrum und Nationalliberalen sich für den Ubootkrieg ausgesprochen habe. Die Bedeutung der parlamentarischen Verhältnisse sei in einem Obrigkeitsstaat wie Deutschland vielleicht noch größer als in einem parlamentarisch regierten Staat. Was den Bundesratsausschuß betreffe, so sei in diesem Gremium überhaupt nicht abgestimmt worden; in dessen Sitzung vom 16. Januar 1917 hätten die verschiedenen Ausschußmitglieder nur ihre Ansichten über die Zweckmäßigkeit des Beschlusses vom 9. Januar mitgeteilt.

Am 30. Januar ist Präsident Wilson in einem Telegramm ein „sehr mäßiges Friedensprogramm" mitgeteilt worden. Es war darauf gerichtet, trotz des Uboot-Beschlusses zu versuchen, Amerika aus dem Spiel zu halten. – Wilson hat in seinem Kreuzverhör im August 1919 im Senat darauf hingewiesen, daß die USA in den Krieg gegen Deutschland auch ohne den Ubootkrieg eingetreten wären, es sei denn, er hätte eine Friedensvermittlung zustande gebracht. Aber dann hätte, so Bethmann, Deutschland alle Friedensbedingungen der Entente annehmen müssen.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bethmann bestreitet, daß von der Marineleitung, von Holtzendorff, der Begriff verwendet worden sei, daß man durch den Ubootkrieg England habe „auf die Knie zwingen“ wollen. Er selbst habe niemals geglaubt, daß Deutschland einen Siegfrieden hätte diktieren können. Das höchste, was mit dem Ubootkrieg zu erwirken gewesen wäre, wäre, die Verhandlungsbereitschaft Englands zu erreichen. Die Festsetzung von Friedensbedingungen und Kriegszielen habe er immer für unpraktisch gehalten, solange eine Friedensbereitschaft der Gegner nicht in Aussicht stand.

Berlin, 17. November 1919

1002*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatbrief. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 457–458.

Die fünf Wochen Erfahrung in Berlin mit dem Untersuchungsausschuß waren übel. Das Agieren des Ausschusses war würdelos. Die Publikation der Akten zu Sarajevo 1914 steht bevor und wird „unendlich Stunk machen“. Spengler hat recht, daß das Abenland im Untergang begriffen sei. – Er bleibt weiterhin in Berlin, um das Aktenmaterial für den zweiten Band seiner Erinnerungen zu sammeln.

Hohenfinow, 6. Dezember 1919

1003*. Bethmann Hollweg an das Wolff’sche Telegraphenbureau

Schreiben. Druck: „Tägliche Rundschau“, 14. Dezember 1919, Morgenausgabe, Nr. 620, Jg. 39. Überschrift: „Bethmann Hollweg zu den Randbemerkungen des Kaisers“.

Die Veröffentlichung der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ (Kautksy) nötigt zu folgender Erklärung: Die Marginalien des Kaisers „sind zum größten Teil nichts anderes als der impulsive Niederschlag von Momenteindrücken des Kaisers beim ersten Lesen der Schriftstücke“. Sie bezweckten keinerlei politische Aktionen und bildeten „darum keinen Bestandteil der Politik“. Zudem ergeben die „Deutschen Dokumente“ ein unvollständiges Bild, da sie nur den Schlußakt einer länger zurückliegenden Politik widerspiegeln.

Berlin, 13. Dezember 1919

1004*. Zeitungsartikel Schwertfegers

Druck: „Deutsche Allgemeine Zeitung“, 59. Jg., Nr. 642, 30. Dezember 1919, Abendausgabe. Überschrift: „Bethmanns Wort vom Unrecht gegen Belgien“. Vgl. dazu oben Nr. 886.

Bethmanns Wort vom Unrecht gegen Belgien im Reichstag am 4. August 1914 ist vielfach verurteilt worden als Mißgriff der „schlaffen Diplomatie“. Mit

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

dem Erscheinen der „Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch" muß diese Auffassung grundlegend revidiert werden. Danach war es die OHL unter Moltke, von der die Nötigung der Reichsleitung zur Behandlung des belgischen Problems ausging. So war das am 2. August an Belgien gerichtete Ultimatum von Moltke eigenhändig entworfen. Der französische Mobilmachungsplan ging von einer Verletzung der belgischen Neutralität durch Frankreich aus. Die am 2. August ergangene deutsche Note an die belgische Regierung lehnte diese am 3. August ab. Es war dann Moltke am Nachmittag dieses Tages, der sich gegen eine formelle Kriegserklärung an Belgien wandte und am 4. August das AA auf Deutschlands strategische Notlage hinwies. Aus den neuen Dokumenten geht hervor, daß der deutsche Generalstab Veranlassung hatte, mit einer Gefährdung der belgischen Neutralität durch Frankreich zu rechnen, und in allen Zuschriften an das AA auf möglichst entgegenkommende Behandlung Belgiens hingewiesen hat. Fazit: Bethmanns Haltung gegenüber Belgien „war ihm vom Chef des Generalstabs auf Grund zwingender Notwendigkeien vorgeschrieben".

Berlin, 30. Dezember 1919

1005*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatbrief. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 458–460.

Er beantwortet einen Fragebogen des Reichstagsausschusses. – Er erinnert sich nicht daran, daß Tirpitz bei Kriegsbeginn den Einsatz der Flotte gegen England gefordert habe, wie dieser das in seinen Memoiren behauptet. Der Kaiser war ohnehin dagegen, ebenso wie der Reichskanzler selbst. Er bittet Valentini, seinem Gedächtnis darüber aufzuhelfen.

Berlin, 17. Januar 1920

1006*. Bethmann Hollweg über Friedensmöglichkeiten im Frühsommer 1917

Erinnerungen. Druck: Deutsche Allgemeine Zeitung Jg. 59, Nr. 110, S. 1–2, 29. Februar 1920 = veränderter Vorabdruck aus: Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 206–214; Neudruck: Friedensappell Papst Benedikts XV. S. 645–647.

Im Sommer und Herbst 1917 gab es aufgrund der für Deutschland günstigen Kriegslage zaghafte Friedenssondierungen. Trotzdem war deutlich, daß der Krieg nicht zu gewinnen war; die Zeit lief gegen Deutschland. Die deutsche Regierung wußte damals nichts von der österreichischen Friedensaktion des Prinzen Sixtus von Parma. Für deutsche Friedensbemühungen war ein klarer Verzicht in der belgischen Frage und auf die französischen Teile Elsaß-Lothringens die Voraussetzung. Am 26. Juni übermittelte Nuntius Pacelli in Berlin einen Brief des Papstes an den Kaiser. Außerdem überreichte er dem Kanzler bestimmte Fragen über die deutschen Kriegsziele. Die Antworten darauf wa-

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

ren: Hinsichtlich Belgiens werde die Wiederherstellung der Unabhängigkeit unter Garantien zugestanden; auch wegen Elsaß-Lothringens würden beiderseitige Grenzberichtigungen in Aussicht gestellt. Der Kaiser hat Pacelli geantwortet, der Papst solle sich in den Dienst der Friedensfindung stellen und die jetzige Gelegenheit dazu ergreifen.

[o. O.] 29. Februar 1920

1007*. Aufzeichnung Bethmann Hollwegs für den Weimarer Untersuchungsausschuß

Druck: Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. Beilage: Zur Vorgeschichte des Weltkriegs S. 12–23.

Anfang Juli 1914 galt für die deutsche Politik ein starkes Österreich als fester Grundsatz. Die Weltlage war starr geworden und hatte sich seit den beiden letzten Balkankriegen durch den Anschluß Englands an den russisch-französischen Zweibund noch weiter verfestigt. In den Jahren von 1902 bis 1908 war Rußland auf dem Balkan nur wenig aktiv. Während der Bosnienkrise trat England offen gegen Österreich auf; die Entente der drei Mächte festigte sich. Sie mischte sich in steigendem Maß in die Beziehungen Serbiens zu Österreich ein. Die südslawische Frage wurde ein Gegenstand aktiver Ententepolitik; Izvol'skij war ihr schärfster Antreiber.

Das Verhältnis zwischen Österreich und Serbien verschlechterte sich rapide seit dem Jahr 1903 durch die Besteigung der Karageorgević auf den serbischen Thron. Eine großangelegte Wühlarbeit gegen Österreichs Stellung auf dem Balkan brach an. Zentrale der großserbischen Propaganda war Belgrad, der politische Mord wurde offen propagiert. Höhepunkt war die Ermordung Franz Ferdinands am 28. Juni 1914. Die serbische Wühlarbeit wurde von der Entente unterstützt. Auch dem Balkanbund hat sie ihre Hilfe geliehen, um im großen Krieg eine Diversionsfront aufbauen zu können. Durch die Balkankriege sollte Österreichs Einfluß auf dem Balkan eliminiert werden. Der Friede von Bukarest (18. August 1913) wurde von keiner Seite als endgültige Regelung, sondern als vorübergehender Waffenstillstand angesehen. Nunmehr war das serbische Ziel, Bosnien und die Herzegowina von Österreich zu trennen. Durch die Mordtat von Sarajewo trat die serbische Absicht in grelles Licht. Ließ Österreich-Ungarn die Tat ungesühnt, war es um seine Balkanstellung geschehen. Setzte es sich zur Wehr, so rechneten die Serben mit der Entfachung des europäischen Krieges. Der serbische Gesandte in Petersburg hatte vom russischen Zaren noch im Februar 1914 das Versprechen bekommen: „Für Serbien werden wir alles tun."

Deutschland war mit dem 28. Juni 1914 vor unausweichliche Entscheidungen gestellt. Es hat sich zunächst für die Lokalisierung des österreichisch-serbischen Konflikts eingesetzt. Der europäische Krieg ist erst aus dem Kriegswillen Rußlands hervorgegangen, von Frankreich begünstigt und von England

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

nicht gezügelt. Die Rezepte des Pazifismus, wie sie jetzt (1920) vorgetragen werden, haben 1914 nicht gegolten. „1914 war der Krieg als legitimes Mittel staatlicher Selbstbehauptung noch nicht ausgeschaltet."

[o. O., ca. März 1920]

1008*. Bethmann Hollweg an Kuhl

Schreiben. Druck: Bach, August 1914. Ein aufschlußreicher Briefwechsel S. 665–668.

Er bejaht die Frage, ob zum sofortigen Einmarsch in Belgien die deutsche Kriegserklärung an Rußland notwendig war. Voraussetzung für den Einmarsch in Belgien war ein Ultimatum, um zu dokumentieren, daß sich Deutschland im Kriegszustand befand. Moltke hat auf der sofortigen Beantwortung der russischen Mobilmachung mit der deutschen bestanden (am 31. Juli).

Hohenfinow, 7. April 1920

1009.* Bethmann Hollweg an Kuhl

Schreiben. Druck: Bach, August 1914. Ein aufschlußreicher Briefwechsel S. 669–673.

Er besteht darauf – entgegen Kuhls Auffassung (ebenda S. 668–669) – , daß der Einmarsch nach Belgien nur angekündigt werden konnte, wenn Deutschland sich tatsächlich schon im Kriegszustand befand; die westlichen Operationen mußten in ursächlichem Zusammenhang mit der russischen Mobilmachung gebracht werden. Mit Grenzverletzungen Rußlands und Frankreichs allein hätte kein Kriegszustand konstatiert werden können. Zu dem neueren Streit um die Kriegserklärungen ist zu sagen, daß in den kritischen Augusttagen der Politik nicht Übereilung, sondern Verzögerung des Kriegsbeginns vorgeworfen worden ist. Klar war, daß die Kriegserklärung und die Sommation an Belgien Deutschland politisch geschadet haben. Dieser Schaden mußte akzeptiert werden.

Hohenfinow, 27. April 1920

1010*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatbrief. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 460–461.

Er bittet um Begutachtung des Kapitels in Band zwei seiner „Betrachtungen" über den Kaiser und die allgemeinen Kriegsprobleme. – Ernteertrag und Herbstbestellung sind gut.

Hohenfinow, 12. November 1920

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1011*. Bethmann Hollweg an Valentini

Privatbrief. Druck: Bethmann Hollweg, Betrachtungen (Dülffer) S. 461.

Dank für die Begutachtungen des Kapitels seiner „Betrachtungen“ über den Kaiser. Rückerinnerung an die gemeinsame Zeit im Hauptquartier von Charleville. Seine Stimmung ist „gefestigte Hoffnungslosigkeit“. – Einweihung eines Kriegerdenkmals in Hohenfinow.

Hohenfinow, 11. Dezember 1920

1012*. Bethmann Hollweg über den Kronrat vom 9. Juli 1917

Erinnerungen. Druck: 1 Uhr Abendblatt vom 31. Oktober 1921 = Vorabdruck von: Bethmann Hollweg, Betrachtungen II S. 219–223.

In der Julikrise 1917 haben viele Faktoren unentwirrbar zusammengewirkt. Der Hauptfaktor war indes das Bestreben der OHL, den Kanzler zu stürzen. Die preußische Wahlrechtsreform stieß im Reichstag auf keinen Widerstand. Zum Kronrat am 7. Juli waren nicht nur die preußischen Staatsminister, sondern auch die Reichsstaatssekretäre geladen. Mit leichter Mehrheit wurde die Wahlrechtsreform gutgeheißen; der Kaiser behielt sich die Entscheidung vor und rief zunächst noch den Kronprinzen zu sich. Der Kanzler bot seinen Rücktritt an, den der Kaiser aber ablehnte. Am 11. Juli sprach der Kronprinz den Kanzler und erklärte sich bereit, die Wahlrechtsreform mitzutragen. Dann wurde sofort die Kabinettsorder publiziert, die das preußische Staatsministerium anwies, die Wahlrechtsreform auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts zu entwerfen.

[o. O.] 31. Oktober 1921

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Verzeichnis der Quellen und der Literatur

1. Verzeichnis der Archivalien

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin [PA]

R 735 Deutschland 103. Akten betr. die finanzielle und wirtschaftliche Reform. Bd. 17. 1. Januar 1910–31. März 1912
R 736 desgleichen. Bd. 18. 1. April 1912–31. März 1913
R 737 desgleichen. Bd. 19. 1. April–30. Juni 1913
R 738 desgleichen. Bd. 20. 1. Juli 1913–30. Juni 1914
R 742 Deutschland 107. Akten betr. die Stellung des Reichskanzlers sowie die Stellung der Reichsämter zueinander, zu den preußischen Ministerien und zu den Militär- und Marinebehörden. Bd. 1. 1879–31. März 1918
R 852 Geheime Akten betr. die Angelegenheiten der deutschen Armee. Vorlagen an den Reichstag und die Reichstagsverhandlungen darüber. Bd. 1. April 1893–31. März 1912.
R 853 desgleichen. Bd. 2. 1. April 1912–31. März 1913
R 1354 Deutschland 122 Nr. 16. Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Bd. 1. 14. Juli–19. September 1909
R 1355 desgleichen. Bd. 2. 20. September–31. Dezember 1909
R 1356 desgleichen. Bd. 3. 1. Januar–30. April 1910
R 1357 desgleichen. Bd. 4. 1. Mai 1910–30. September 1912
R 1358 desgleichen. Bd. 5. 1. Oktober 1912–31. Dezember 1914
R 1359 desgleichen. Bd. 6. 1. Januar 1915–30. Juni 1916
R 1360 desgleichen. Bd. 7. 1. Juli–31. Dezember 1916
R 1362 desgleichen. Bd. 9. 1. Dezember 1917–Juli 1918
R 1363 Deutschland 122 Nr. 16 secr. Reichskanzler von Bethmann Hollweg. Bd. 1. November 1915–Oktober 1919
R 1812 Deutschland 128 Nr. 1 secr. Geheime Akten betreffend das Bündnis zwischen Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien (Dreibundmächte). Bd. 33. 1. Januar–16. August 1914
R 1813 desgleichen. Bd. 34. 17. August–19. September 1914
R 1815 desgleichen. Bd. 36. 7.–28. Oktober 1914
R 1816 desgleichen. Bd. 37. 29. Oktober–15. November 1914
R 1858 Deutschland 128 Nr. 2 secr. Beitritt Rumäniens zum Bündnisvertrag zwischen Deutschland und Österreich. Bd. 14. 27. August–21. September 1914
R 1863 desgleichen. Bd. 19. 1.–31. Dezember 1914
R 1868 desgleichen. Bd. 24. 1.–25. April 1915
R 1869 desgleichen. Bd. 25. 26. April–10. Mai 1915
R 1870 desgleichen. Bd. 26. 11.–21. Mai 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

R 1871 desgleichen. Bd. 27. 22.–28. Mai 1915
R 1872 desgleichen. Bd. 28. 29. Mai–2. Juni 1915
R 1873 desgleichen. Bd. 29. 3.–6. Juni 1915
R 1875 desgleichen. Bd. 31. 11.–15. Juni 1915
R 1877 desgleichen. Bd. 33. 21.–28. Juni 1915
R 1878 desgleichen. Bd. 34. 29. Juni–6. Juli 1915
R 1879 desgleichen. Bd. 35. 7.–25. Juli 1915
R 1881 desgleichen. Bd. 37. 18. August–2. September 1915
R 1896 desgleichen. Bd. 52. 17.–24. August 1916
R 1897 desgleichen. Bd. 53. 25. August–19. September 1916
R 1914 Deutschland 128 Nr. 5 secr. Versuch der Türkei, dem geheimen Bündnisvertrag zwischen Deutschland, Österreich und Italien beizutreten. Bd. 4. 1. September–31. Oktober 1914
R 1915 desgleichen. Bd. 5. 1. November 1914–31. Juli 1916
R 1923 Deutschland 128 Nr. 8 secr. Frage des Anschlusses Bulgariens an den Dreibund. Bd. 2. 11. August–14. September 1914
R 1928 desgleichen. Bd. 7. 1. April–5. Mai 1915
R 1929 desgleichen. Bd. 8. 6.–25. Mai 1915
R 1933 desgleichen. Bd. 12. 12.–30. Juni 1916
R 1934 desgleichen. Bd. 13. 1.–20. Juli 1915
R 1939 desgleichen. Bd. 18. 6. September–5. Oktober 1915
R 2526 Deutschland Nr. 163 secr. Geheime Akten betreffend allgemeine Angelegenheiten Deutschlands. Bd. 1. August 1891–31. Dezember 1913
R 2527 desgleichen. Bd. 2. 1 Januar 1914–31. Januar 1918
R 2592 Deutschland Nr. 180. Geheim. Akten betreffend: Engerer wirtschaftlicher, politischer und militärischer Anschluß Österreich-Ungarns und anderer europäischer Staaten an Deutschland (Europäischer Staatenbund). Bd. 1. August–31. Oktober 1915
R 2593 desgleichen. Bd. 2. 1. November 1915–29. Februar 1916
R 2596 desgleichen. Bd. 4. 1. August 1916–31. März 1917
R 3477 Preußen Nr. 1 Nr. 1d. Geheime Akten betr. Seine Majestät den Kaiser und König Wilhelm II. Bd. 4. 1. Mai 1907–30. September 1915
R 3501 Preußen Nr. 1 Nr. 1g. Akten betr. Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen Wilhelm. Bd. 13. 1. Januar 1915–August 1925
R 4259 Preußen Nr. 11. Geheim. Staatsministerial- und Kronrats-Protokolle. Bd. 16. 1. Mai 1890–30. Juni 1914
R 4260 desgleichen. Bd. 17. 1. Juli 1914–31. Oktober 1917
R 4462 Belgien Nr. 60. Geheim. Die Haltung Belgiens im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und Frankreich. Bd. 6. 1. Februar 1911–31. März 1912
R 4463 desgleichen. Bd. 7. 1. April 1912–30. September 1914
R 4852 Bulgarien Nr. 17 secr. Beziehungen Bulgariens zur Türkei. Bd. 1. 14. Dezember 1914–April 1918
R 5105 Bulgarien Nr. 24 secr. Die Beziehungen Bulgariens zu Deutschland. Bd. 1. Juni 1916–Oktober 1918
R 5239 Dänemark Nr. 27. Akten betr. die Beziehungen Dänemarks zu Deutschland. Bd. 42. 16. März–30. September 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

R 5262 Dänemark Nr. 27 secr. Akten betr. die Beziehungen Deutschlands zu Dänemark Bd. 2. 1. Januar 1911–30. April 1917
R 5338 Dänemark 37 secr. Geheime Akten betr. die Neutralität Dänemarks und der Schutz der Ostsee und der Nordsee. Bd. 19. 1. Mai 1910–31. Dezember 1913
R 5339 desgleichen. Bd. 20. 1. Januar 1914–31. Dezember 1915
R 5856 England Nr. 78 Nr. 3 secr. adh. 2. Geheime Akten betreffend Frage einer Verständigung Deutschlands mit England über Flottenbauten. Handakten des Herrn Reichskanzlers. Bd. 1. Juli–September 1909
R 7764 Italien Nr. 68 secr. Geheime Akten. Allgemeine Angelegenheiten Italiens. Bd. 2. 1. Januar 1910–21. Juni 1919
R 7946 Italien Nr. 82. Geheime Akten betr. Beziehungen Italiens zu Deutschland. Bd. 3. 1. März 1912–Dezember 1919
R 8118 Italien Nr. 90. Akten betr. die Beziehungen Italiens zur Türkei. Bd. 6. 1. Oktober 1910–30. April 1915
R 8341 Niederlande Nr. 60. Geheime Akten betreffend die Stellung der Niederlande im Falle eines Krieges zwischen Deutschland und einem anderen Staate. Bd. 1. Dezember 1908–Mai 1918
R 9017 Österreich 95 secr. Die Beziehungen Österreichs zu Deutschland. Bd. 4. 1. August 1914–28. Februar 1918
R 9123 Österreich. Nr. 102 secr. Geheime Akten betreffend die Beziehungen Österreichs zu Italien. Bd. 3. 1. Januar 1912–Januar 1915
R 9715 Rumänien Nr. 6. Akten betreffend Militär- und Marine-Angelegenheiten Rumäniens. Bd. 33. 1. April–31. Dezember 1915
R 11301 Schweden Nr. 56 Nr. 1. Geheimakten betr. eventuelles Eingreifen Schwedens in den Weltkrieg. Bd. 1. 16. Dezember 1914–31. August 1915
R 11303 desgleichen. Bd. 3. 1. November–31. Dezember 1915
R 13762 Türkei 158 adh. 1. Deutsch-türkische Handelsvertragsverhandlungen. Bd. 1. 1. November 1913–Juli 1914
R 13764 Türkei 158 secr. Das Verhältnis der Türkei zu Deutschland. Bd. 2. 1. Januar 1892–April 1919
R 20170 Der Weltkrieg 1914 geheim. Bd. 1. 14. Juli–24. September 1914
R 20171 desgleichen. Bd. 2. 25. September–31. Oktober 1914
R 20172 desgleichen. Bd. 3. 1.–20. November 1914
R 20173 desgleichen. Bd. 4. 21. November–3. Dezember 1914
R 20174 desgleichen. Bd. 5. 4.–31. Dezember 1914
R 20180 desgleichen. Bd. 11. 10.–20. März 1915
R 20181 desgleichen. Bd. 12. 21. März–6. April 1915
R 20182 desgleichen. Bd. 13. 7.–20. April 1915
R 20183 desgleichen. Bd. 14. 21.–30. April 1915
R 20184 desgleichen. Bd. 15. 1.–14. Mai 1915
R 20185 desgleichen. Bd. 16. 15.–24. Mai 1915
R 20186 desgleichen. Bd. 17. 25.–31. Mai 1915
R 20188 desgleichen. Bd. 19. 13. Juni–9. Juli 1915
R 20190 desgleichen. Bd. 21. 3.–25. August 1915
R 20191 desgleichen. Bd. 22. 26. August–21. September 1915
R 20192 desgleichen. Bd. 23. 22. September–8. Oktober 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

R 20193 desgleichen. Bd. 24. 9. Oktober–8. November 1915
R 20195 desgleichen. Bd. 26. 8.–31. Dezember 1915
R 20196 desgleichen. Bd. 27. 1. Januar–29. Februar 1916
R 20197 desgleichen. Bd. 28. 1.–11. März 1916
R 20199 desgleichen. Bd. 29. 16. April–31. Mai 1916
R 20200 desgleichen. Bd. 30. 1. Juni–14. Juli 1916
R 20201 desgleichen. Bd. 31. 15.–27. Juli 1916
R 20202 desgleichen. Bd. 32. 28. Juli–31. August 1916
R 20203 desgleichen. Bd. 33. 1. September–5. Oktober 1916
R 20204 desgleichen. Bd. 34. 6. Oktober–8. November 1916
R 20205 desgleichen. Bd. 35. 9. November–31. Dezember 1916
R 20206 desgleichen. Bd. 36. 1. Januar–21. Februar 1917
R 20208 desgleichen. Bd. 38. 1. Juni–15. August 1917
R 20472 Weltkrieg Nr. 2. Geheim. Vermittlungsaktionen. Bd. 26. 24. November–15. Dezember 1916
R 20864 Weltkrieg Nr. 8. Geheim. Presseangelegenheiten. Bd. 1. November 1914–August 1918
R 20980 Weltkrieg Nr. 11b adh. Die Polnische Legion. Bd. 2. 1. August–30. November 1916
R 20981 desgleichen. Bd. 3. 1. Dezember 1916–30. Juni 1917
R 20983 Weltkrieg Nr. 11c secr. Geheime Aken betr. den Krieg 1914. Unternehmungen und Aufwiegelungen in Finnland und den russischen Ostseeprovinzen. Bd. 1. August–30. September 1914
R 20986 desgleichen. Bd. 4. 11. Januar–10. Februar 1915
R 20990 desgleichen. Bd. 8. 11. Juli–10. September 1915
R 21454 Weltkrieg Nr. 18. Geheim. Unterseebootkrieg gegen England und andere feindliche Staaten. Bd. 1. Dezember 1914–31. März 1915
R 21455 desgleichen. Bd. 2. 1. April–18. Juli 1915
R 21456 desgleichen. Bd. 3. 19. Juli–10. September 1915
R 21457 desgleichen. Bd. 4. 11. September–18. Dezember 1915
R 21458 desgleichen. Bd. 5. 19. Dezember 1915–8. Februar 1916
R 21459 desgleichen. Bd. 6. 9.–25. Februar 1916
R 21460 desgleichen. Bd. 7. 26.–29. Februar 1916
R 21461 desgleichen. Bd. 8. 1.–10. März 1916
R 21463 desgleichen. Bd. 10. 25.–31. März 1916
R 21464 desgleichen. Bd. 11. 1.–10. April 1916
R 21465 desgleichen. Bd. 12. 11.–19. April 1916
R 21466 desgleichen. Bd. 13. 20.–23. April 1916
R 21467 desgleichen. Bd. 14. 24.–30. April 1916
R 21468 desgleichen. Bd. 15. 1.–5. Mai 1916
R 21469 desgleichen. Bd. 16. 6.–11. Mai 1916
R 21471 desgleichen. Bd. 18. 10. Juni–31. Juli 1916
R 21473 desgleichen. Bd. 20. 9. September–7. Oktober 1916
R 21474 desgleichen. Bd. 21. 8.–24. Oktober 1916
R 21475 desgleichen. Bd. 22. 25. Oktober–30. November 1916
R 21476 desgleichen. Bd. 23. 1.–31. Dezember 1916
R 21477 desgleichen. Bd. 24. 1.–20. Januar 1917
R 21480 desgleichen. Bd. 27. 3.–7. Februar 1917

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

R 21523 Weltkrieg Nr. 18 adh. 1. Geheime Verhandlungen mit den Militär- und Marinebehörden über die rücksichtslose Führung des Unterseebootkrieges. Bd. 1. 1. –31. Januar 1916
R 21524 desgleichen. Bd. 2. 1.–28. Februar 1916
R 21525 desgleichen. Bd. 3. 27.–29. Februar 1916
R 21526 desgleichen. Bd. 4. 1.–10. März 1916
R 21527 desgleichen. Bd. 5. 11. März–30. Juni 1916
R 21528 desgleichen. Bd. 6. 1. Juli 1916–Juni 1917
R 22146 Großes Hauptquartier. Akten des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier (Staatssekretär, Vertreter des Amts, Rat im Gefolge) und Akten des Rats im Gefolge S.M. Nr. 3. Amerika (Vereinigte Staaten). Bd. 1 und 2. Mai 1915–August 1917
R 22163 desgleichen. Nr. 5a. Bulgarien. Anschluß an die Mittelmächte. Bd. 1. August 1915–Oktober 1917
R 22230 desgleichen. Nr. 23. Österreich-Ungarn. Bd. 1. Juni 1915–Oktober 1916
R 22231 desgleichen. Bd. 2. November 1916–Mai 1917
R 22254 desgleichen. Nr. 29. Reichskanzler. Bd. 1. 1. August 1915–November 1917
R 22325 desgleichen. Nr. 35a. Secreta. Bd. 1. Juli 1916–August 1918
R 22344 desgleichen. Nr. 41. Türkei. Allgemeine Politik. Bd. 1 und 2. März 1916–März 1917
R 22351 desgleichen. Nr. 42. U-Bootkrieg. Bd. 1. Februar 1915–Juni 1916
R 22352 desgleichen. Bd. 2. Juni 1916–Februar 1917
R 22374 Großes Hauptquartier. Akten des Auswärtigen Amtes im Großen Hauptquartier 1914–1916 (Reichskanzler, Staatssekretär, Rat im Gefolge). Nr. 2. Italienische Haltung, Neutralität. Bd. 2. November 1914–Januar 1915.
R 22375 desgleichen. Bd. 3 und 4. Februar 1915–Juni 1916
R 22426 desgleichen. Nr. 31. Amerika. Bd. 1. Februar 1915–April 1916
R 22427 desgleichen. Bd. 2. April–Mai 1916
R 24981 Handakten Graf Bernstorff. Akten betr. Politik [1919]

Nachlaß Carl von Eisendecher
1/2. Briefe des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg an v. Eisendecher und Konzepte von Briefen des Gesandten an den Reichskanzler

Nachlaß Gottlieb von Jagow
Teil 1. Bd. 7 [= Paket 4/4]. Diverse Briefe [u. a. Bethmann Hollweg an Jagow 1918–1920]

Nachlaß Friedrich Graf von Pourtalès
1. Briefe Bethmann Hollwegs an den Grafen Pourtalès 1912–1920

Nachlaß Georg von Treutler
Nr. 3. Korrespondenzen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bundesarchiv Berlin

R 43/951a Reichskanzlei. Akten betr. Flottengesetz (1911/12). Kriegsmarine 2[1]. Bd. 3. 24. Juni 1911–30. Januar 1912

R 43/1073 Reichskanzlei. Landtag 2[1]. Abgeordnetenhaus. Akten betreffend Landtagswahlrecht. Bd. 5. 24. Februar–8. Juni 1917

R 43/1252 Reichskanzlei. Registratur 1900–1918. Militär 2. Akten betreffend Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres. Bd. 2. 4. März 1905–7. Februar 1911

R 43/1395i Reichskanzlei. Parteien. Die Sozialdemokratie. Bd. 9. 5. August 1914–25. März 1915

R 43/1395j desgleichen. Bd. 10. April–Oktober 1915

R 43/1395l desgleichen. Bd. 12. Juni 1916–August 1917

R 43/1418 Reichskanzlei. Registratur. 1900–1918. Akten betr. die Alldeutschen. Bd. 6. 30. August–14. Oktober 1916

R 43/2398a Reichskanzlei. Akten betr. den Krieg 1914. Allgemeines. Bd. 2. 2. November–4. Februar 1915

R 43/2398b desgleichen. Bd. 3. 13. Februar–28. April 1915

R 43/2398c desgleichen. Bd. 4. Mai–Juli 1915

R 43/2398d desgleichen. Bd. 5. 5. August–3. November 1915

R 43/2398e desgleichen. Bd. 6. 2. November 1915–1. Juni 1916

R 43/2398f desgleichen. Bd. 7. Juni–August 1916

R 43/2398g desgleichen. Bd. 8. 17. August–18. September 1916

R 43/2398h desgleichen. Bd. 9. September–Oktober 1916

R 43/2398i desgleichen. Bd. 10. 1. November 1916–16. Januar 1917

R 43/2404 Reichskanzlei. Kriegsakten 4. Krieg 1914 (Kurland). Bd. 1. 6. August 1916–30. Dezember 1917

R 43/2406f Reichskanzlei. Kriegsakten 5. Krieg 1914. Nördliche Kampfgebiete. (England). Führung des Seekrieges und die Verhandlungen mit Amerika. Bd. 1. August 1914–Juni 1915

R 43/2406h desgleichen. Bd. 3. Januar–Februar 1916

R 43/2406i desgleichen. Bd. 4. 16. Februar–22. März 1916

R 43/2408 desgleichen. Bd. 8. 24. Oktober 1916–15. Januar 1917

R 43/2409 desgleichen. Bd. 9. 10. Januar–29. März 1917

R 43/2415b Reichskanzlei. Akten betr. Krieg 1914. Geschäftsführung während des Krieges. Bd. 1. 8. August 1914–27. August 1918

R 43/2444d Reichskanzlei. Akten betr. Krieg 1914. Vorschläge zu den Friedensverhandlungen. Bd. 9. 4. Juni–28. Juli 1916

R 43/2444e desgleichen. Bd. 10. 31. Juli–28. September 1916

R 43/2447c Reichskanzlei. Akten betr. Krieg 1914. Intrigen des Nationalliberalen Bassermann und nationalliberale Kundgebungen gegen den Reichskanzler i. S. der Kriegsziele. Bd. 1. 5. Juli–12. Oktober 1915

R 43/2463 Reichskanzlei. Akten betr. Belgien. Bd. 1. 20. August–17. Oktober 1914

R 43/2463a desgleichen. Bd. 2. 19. Oktober–20. Dezember 1914

R 43/2464 desgleichen. Bd. 3. 23. Dezember 1914–1. Mai 1916

R 43/2465a Reichskanzlei. Akten betr. den Krieg 1914. Frankreich. 25. August 1914–August 1915

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

R 43/2465c Reichskanzlei. Großes Hauptquartier. Akten betr. den Weltkrieg 1914. Elsaß-Lothringen. Bd. 24. August 1914–24. Mai 1916
R 43/2465f Reichskanzlei. Akten betr. den Weltkrieg 1914. Allgmeine Reichsangelegenheiten. Bd. 1. 18. August 1914–8. März 1916
R 43/2466 Reichskanzlei. Akten betr. Lebensmittelversorgung Deutschlands. Bd. 1. 25. August 1914–16. Oktober 1915
R 43/2466a Reichskanzlei. Akten betr. Stickstoffabrikation. Bd. 1. 3. September 1914–27. Januar 1915
R 43/2466c Reichskanzlei. Akten betr. Preußische Angelegenheiten. August 1914–Oktober 1915
R 43/2466d Reichskanzlei. Akten betr. Presse. Bd. 1. 28. August 1914–8. Juni 1916
R 43/2466e Reichskanzlei. Akten betr. Militär- und Marineangelegenheiten. Bd. 1. 22. August 1914–24. Juli 1916
R 43/2474 Reichskanzlei. Personalsachen. 20. August 1914–20. Juni 1916
R 43/2475 Reichskanzlei. Akten betr. den Weltkrieg 1914. Vorbereitung des Friedensschlusses
R 43/2478 Reichskanzlei. Akten betr. den Weltkrieg 1914. Verschiedenes. 19. August 1914–15. Oktober 1919

Nachlaß Otto Hammann, N 2106/4. Briefwechsel mit Bethmann Hollweg 1914–1919

Nachlaß Bogdan von Hutten-Czapski, N 2126/17. [Briefwechsel mit Bethmann Hollweg 1899–1920]

Nachlaß Friedrich Naumann, N 3001/146. [Briefwechsel mit Bethmann Hollweg 1917]

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz [GStAPK], Berlin

I. Hauptabteilung
Rep. 89, Geheimes Zivilkabinett
Nr. 180. Akten betr. die Preußische Verfassung. Bd. 2. 1910–1917
Nr. 213. Akten betr. den Deutschen Reichstag. Bd. 4. 1907–1914
Nr. 3587. Akten betr. Ernennung und Verabschiedung der Staatssekretäre der Reichsämter 1915–1918
Nr. 24156. Akten betr. die Jesuiten 1905–1917
Nr. 27282. Akten betr. die Reichssteuergesetzgebung, das Reichsfinanzwesen 1912—1918
Nr. 32424. Akten betr. die Regelung der Ernährungs- und Wirtschaftsverhältnisse während des Krieges 1915–1918
Rep. 90a. Staatsministerium. Staatsministerialprotokolle. Juli 1909–Juli 1917 [*als Mikrofiche Nr. 945–997 benutzt*]

Staatsbibliothek [Stabi] zu Berlin Preußischer Kulturbesitz

Nachlaß Hans Delbrück, 71 [darin Briefe Bethmann Hollwegs an Delbrück 1910–1920]

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Bundesarchiv/Militärarchiv [BA/MA] Freiburg

PH 1/55 Militärkabinett. Schriftwechsel des Großen Hauptquartiers aus dem 1. Weltkrieg 1915–1918

Thüringische Universitäts- und Landesbiblitohek Jena

Nachlaß Clemens von Delbrück. Allgemeine Korrespondenz. Nr. 1 [sub Bethmann Hollweg]

Bundesarchiv [BA] Koblenz

N 1228 Nachlaß Peter Rassow
Nr. 164: Korrespondenz mit Bethmann Hollweg u. a. 1918–1920

N 1015 Nachlaß Bernhard Schwertfeger
Nr. 119: Gutachten über die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten im Verlaufe der Offensive von 1918. Materialien und Vorarbeiten. Heft 2
Nr. 176: Das Buch „Der geistige Kampf um die Verletzung der belgischen Neutralität“ (1919). Materialien und Schriftwechsel 1919–1937
Nr. 208: [u. a.] Korrespondenz mit Theobald v. Bethmann Hollweg und Wahnschaffe 1910–1921
Nr. 340: Mitarbeiter/Redakteur bei der „Norddeutschen Allgemeinen/Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und beim Reimar Hobbing Verlag. 1916–1918. Interview mit Bethmann Hollweg betr. Kriegsschuldfrage 1914
Nr. 495: Korrespondenz mit Theobald v. Bethmann Hollweg 1919–1920
Nr. 569: Friedrich Thimme (hierin: Auszüge aus den Briefen Theobald v. Bethmann wegs an Rudolf v. Valentini 1915–1917)

N 1016 Nachlaß Bernhard Fürst von Bülow
Nr. 39: Schriftwechsel (1916/26) betreffend die Römische Mission 1915
Nr. 64: Schriftwechsel mit Bethmann Hollweg 1906–1914

N 1017 Nachlaß Hans Delbrück
Nr. 77: Hans Delbrücks Leben, für seine Kinder aufgezeichnet von seiner Frau Lina Delbrück. Bd. 13: 1918

N 1053 Nachlaß Wilhelm Solf
Nr. 97: [Tafelrunde zum Gedenken an Bethmann Hollweg 1926–1933]

N 1058 Nachlaß Friedrich Thimme
Nr. 62: Aus dem Nachlaß Bethmann Hollweg
Nr. 63: Aus dem Nachlaß Otto Hammann

N 1549 Nachlaßunterlagen Theobald von Bethmann Hollweg
Nr. 1: Diverse Briefe

N 1688 Nachlaß Wolfgang von Oettingen
Nr. 2: Briefwechsel mit Theobald von Bethmann Hollweg

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hauptstaatsarchiv Stuttgart

E 74 Württembergische Gesandtschaft in Berlin
Bü 463: Projekte zur staatlichen Zukunft Elsaß-Lothringens 1917–1918, u. a. mit einem Schriftwechsel zwischen Ministerpräsident von Weizsäcker und Reichskanzler von Bethmann Hollweg

Q 1/2 Nachlaß Conrad Haußmann
Bü 114: Schriftwechsel Haußmanns mit Bethmann Hollweg 1910–1920

Q 1/18 Nachlaß Ministerpräsident Karl Freiherr von Weizsäcker
Bü 42: Korrespondenz Weizsäckers mit Theobald von Bethmann Hollweg 1907–1921
Bü 61: Elsaß-Lothringen-Frage 1914–1918

Yale University Library, Manuscripts and Archives

Ms. 312: Alfred von Kiderlen-Wächter Papers, Series III, Box 10
Folder: England 1909
Folder: Morocco 1908–1912

2. Verzeichnis der gedruckten Quellen und der Literatur

Afflerbach, Holger: Der Dreibund. Europäische Großmacht- und Allianzpolitik vor dem Ersten Weltkrieg. Wien 2002 = Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 92

Afflerbach, Holger: Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich. München 1994 = Beiträge zur Militärgeschichte 42

Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften v. Karl Dietrich Erdmann, für das

Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland, Die –. Hrsg v. Leo Stern. Berlin (O) 1959 = Archivalische Forschungen zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 4/II

Bach, August: August 1914. Ein aufschlußreicher Briefwechsel Reichskanzler Bethmann Hollwegs über die deutschen Kriegserklärungen. In: Berliner Monatshefte 17 (1939) S. 663–673

Basler, Werner: Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914–1918. Berlin (O) 1962 = Veröffentlichungen d. Instituts f. Geschichte der Völker der UdSSR an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Reihe B. Abhandlungen 3

Bauer, [Max]: Der große Krieg in Feld und Heimat. Erinnerungen und Betrachtungen. Tübingen 1921

Bayerische Dokumente zum Kriegsausbruch und zum Versailler Schuldspruch. Im Auftrage des Bayerischen Landtags hrsg. v. Pius Dirr. München/Berlin 1922

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 1. Unterausschuß. Beilage. Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner. Berlin 1920 = Die Deutsche Nationalversammlung im Jahr 1919/20

Beilagen zu den Stenographischen Berichten über die öffentlichen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 2. Unterausschuß. Beilagen 1. Aktenstücke zur Friedensaktion Wilsons 1916/17. Berlin 1919 = Stenographische Berichte über die Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung nebst Beilagen. Bd. 2. Berlin 1920

Bernstorff, Graf Johann Heinrich: Deutschland und Amerika. Erinnerungen aus dem fünfjährigen Kriege. Berlin 1920

Bescheiden betreffende de buitenlandse politiek van Nederland. Derde periode 1899–1919. Uitg. door C. Smit. Deel 4. 1914–1917. 's-Gravenhage 57 = Rijks geschiedkundige publicatiën. Grote serie 109

Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege. T. 1–2. Berlin, 1: Vor dem Kriege. 1919, 2: Während des Krieges. 1922

Bethmann Hollweg, Theobald von: Betrachtungen zum Weltkriege. Erster Teil. Vor dem Kriege. Zweiter Teil. Während des Krieges. Hrsg. v. Jost Dülffer. Essen 1989

Birnbaum, Karl E., Peace Moves and U-Boat Warfare. A Study of Imperial Germany's Policy towards the United States April 18, 1916–January 9, 1917. Stockholm 1958 = Acta Universitatis Stockholmiensis 2

Bonwetsch, Bernd: Rußland und der Separatfrieden im Ersten Weltkrieg. Zum Stand einer Kontroverse. In: Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft 3 (1977) S. 125–149

Bredt, Johann Viktor: Erinnerungen und Dokumente 1914–1933. Bearb. v. Martin Schumacher. Düsseldorf 1970 = Quellen z. Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien III/1

Briefwechsel Hertling – Lerchenfeld 1912–1917. Dienstliche Privatkorrespondenz zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten Georg Graf von Hertling und dem bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld. Hrsg. u. eingel. v. Ernst Deuerlein. Boppard a.Rh. 1973 = Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 50

Bringmann, Wilhelm: Die braunschweigische Thronfolgefrage. Eine verfassungsgeschichtliche Untersuchung der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses der jüngeren Linie des Welfenhauses von der Thronfolge in Braunschweig 1884–1913. Frankfurt a.M. [u.a.] 1988

British Documents on the Origins of the War 1898–1914. Ed. by George P. Gooch and Harold Temperley. London

6: Anglo-German Tension, Armaments and Negotiations, 1907–1912. 1930

7: The Agadir Crisis [1907–1911]. 1931

9,1–2: The Balkan Wars

1. The Prelude, the Tripoli War [1909 IV – 1912 X]. 1933

2. The League and Turkey [1912 X – 1913 X]. 1934

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

10,2: The Last Years of Peace [1910 – 1914 VII]. 1936

11: The Outbreak of the War. Foreign Office Documents [1914 VI 28–VIII 4].

Ed. by James W. Headlam-Morley. 1926

Bülow, Bernhard Fürst von: Denkwürdigkeiten. Bd. 3. Weltkrieg und Zusammenbruch. Hrsg. v. Franz von Stockhammern. Berlin 1931

Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen. [I.] Das Kabinett Scheidemann. [1919 II 13 – V 20]. Bearb. v. Hagen Schulze. Boppard a.Rh. 1971

Carlgren, Wilhelm M.: Neutralität oder Allianz. Deutschlands Beziehungen zu Schweden in den Anfangsjahren des ersten Weltkrieges. Stockholm [u. a.] 1962 = Acta Universitatis Stockholmiensis 6

Chronik des Deutschen Krieges. Nach amtlichen Berichten und zeitgenössischen Kundgebungen. Bd. 1–8. München

1: Bis Mitte November 1914. 1914

2: Von Mitte November 1914 bis Mitte Januar 1915. 1915

3: Von Mitte Januar bis Anfang März 1915. 1915

4: Von Anfang März bis Ende April 1915. 1915

5: Von Anfang Mai bis Mitte Juni 1915. 1915

6: Von Mitte Juni bis Mitte Juli 1915. 1915

7: Von Mitte Juli bis 20. August 1915. 1916

8: Vom 21. August bis 20. September 1915. 1916

Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013

Claß, Heinrich: Wider den Strom. Leipzig 1932

Consolidated Treaty Series, The –. Ed. and annotated by Clive Parry. Dobbs Ferry

49 (1783–1786). 1969

69 (1818). 1969

162 (1883). 1978

178 (1892/93). 1979

203 (1906/07). 1980

208 (1908/09). 1980

213 (1911). 1980

214 (1911). 1980

218 (1913). 1980

220 (1914/15). 1980

221 (1915/16). 1981

Conze, Werner: Polnische Nation und deutsche Politik im Ersten Weltkrieg. Köln 1958 = Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 4

Czernin, Ottokar: Im Weltkriege. Berlin/Wien 1919

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Davis, Arthur N.: The Kaiser as I Know Him. New York 1918. – *Deutsche Übers.*: Ein Günstling des Kaisers. Berlin 1918

Delbrück, Clemens von: Die wirtschaftliche Mobilmachung in Deutschland 1914. Hrsg. v. Joachim von Delbrück. München 1924

Deuerlein, Ernst: Der Bundesratsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten 1870–1918. Dargestellt vornehmlich auf Grund bisher unveröffentlichter Akten … Regensburg 1955

Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Die —. Vollständige Sammlung der v. Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke … Im Auftrage des Auswärtigen Amtes nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky hrsg. v. Max Montgelas u. Walter Schücking. Bd. 1–4. Charlottenburg 1919

1: Vom Attentat in Sarajevo bis zum Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin

2: Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung

3: Vom Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung bis zur Kriegserklärung an Frankreich

4: Von der Kriegserklärung an Frankreich bis zur Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Rußland

Dickmann, Fritz: Die Kriegsschuldfrage auf der Friedenskonferenz von Paris 1919. München 1964 = Beiträge zur europäischen Geschichte 3

Documenti Diplomatici Italiani. [Hrsg. v.] Ministero degli affari esteri. Commissione per la pubblicazione dei documenti diplomatici. Serie IV–V. Rom

Serie IV.

5/6: [1909 XII 11 – 1911 III 29]. 2001

Serie V.

2: [1914 X 17 – 1915 III 2]. 1984

3: [1915 III 3 – V 24]. 1985

Documents diplomatiques français (1871–1914). [Hrsg. v.] Ministère des Affaires étrangères. Commission de publication des documents relatifs aux origines de la guerre de 1914. Paris

Serie 2.

12: [1909 II 9 – 1910 X 26]. 1954

13: [1910 X 26 – 1911 VI 30]. 1955

Serie 3.

1: [1911 XI 4 – 1912 II 7] 1929

2: [1912 II 8 – V 10]. 1931

3: [1912 V 11 – IX 30]. 1931

5: [1912 XII 5 – 1913 III 14]. 1933

6: [1913 III 15 – V 30]. 1933

9: [1914 I 1 – III 16]. 1936

11: [1914 VII 24 – VIII 4]. 1936

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Documents Diplomatiques Français [1914–1918]. [Hrsg. v.] Ministère des Affaires étrangères. Commission de publication des Documents Diplomatiques Français. (1915,I). [1915 I 1 – V 25]. Bruxelles 2002

Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Reihe II. 1914–1945. Hrsg. v. Institut für Marxismus–Leninismus beim Zentralkomitee d. Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Bd. 1. Juli 1914–Oktober 1917. Berlin (Ost) 1958

Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Hrsg. v. Ernst Rudolf Huber. Bd. 1. Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850. – Bd. 2. Deutsche Verfassungsdokumente 1851–1918. Stuttgart 1961–63

Dreyer, Michael/Oliver Lembcke: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19. Berlin 1993 = Beiträge zur politischen Wissenschaft 70

Falkenhayn, Erich v.: Die Oberste Heeresleitung 1914–1916 in ihren wichtigsten Entschließungen. Berlin 1920

Feldman, Gerald D.: Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914 bis 1918. [*Übers.*] Berlin/Bonn 1985

Fischer, Fritz: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961

Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers. Washington

84: (1915). 1928

85: (1916). 1929

86: (1917). 1931

Forsbach, Ralf: Alfred von Kiderlen-Wächter (1852–1912). Ein Diplomatenleben im Kaiserreich. Göttingen 1997 = Schriftenreihe d. Histor. Komm. bei d. Bayer. Akad. d. Wiss. 59

Friedensappell Papst Benedikts XV. vom 1. August 1917 und die Mittelmächte, Der –. Diplomatische Aktenstücke … 1915–1922. Bearb. u. hrsg. v. Wolfgang Steglich. Wiesbaden 1970

Friedjung, Heinrich: Geschichte in Gesprächen. Aufzeichnungen 1898–1919. Hrsg. u. eingel. v. Franz Adlgasser u. Margret Friedrich. Bd. 2. 1904–1919. Wien 1997 = Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs 87

Geiss, Imanuel: Der polnische Grenzstreifen 1914–1918. Ein Beitrag zur Kriegszielpolitik im Ersten Weltkrieg. Lübeck 1960 = Historische Studien 378

[*Goschen*, Edward:] The Diary of Edward Goschen. Ed. by Christopher H. D. Howard. London 1980 = Camden Fourth Series 25

Grey, Edward: Twenty-Five Years 1892–1916. Vol. 1 [1892–1914]. London 1925

Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914, Die –. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes hrsg. v. Johannes Lepsius, Albrecht Medelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. Berlin 24: Deutschland und die Westmächte 1907–1908. 1925

26,2: Die Bosnische Krise 1908–1909. 1925

27,1: Zwischen den Balkankrisen 1909–1911. 1925

28: England und die Deutsche Flotte 1908–1911. 1925

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

29: Die Zweite Marokkokrise 1911. 1925

30,1–2: Der Italienisch-Türkische Krieg 1911–1912. 1926

31: Das Scheitern der Haldane-Mission und ihre Rückwirkung auf die Tripelentente 1912–1913. 1926

32: Die Mächte und Ostasien 1909–1914. 1926

33: Der Erste Balkankrieg 1912. 1926

34,1–2: Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg 1912–1913. 1926

35: Der Dritte Balkankrieg 1913. 1926

36,2: Die Liquidierung der Balkankriege 1913–1914. 1926

37,1–2: Entspannungen unter den Mächten 1912–1913. 1926

38: Neue Gefahrenzonen im Orient 1913–1914. 1926

39: Das Nahen des Weltkrieges 1912–1914. 1926

Gutsche, Willibald: Die Auseinandersetzungen zwischen Falkenhayn und Bethmann Hollweg um das Kriegsziel „Mitteleuropa" im Spätsommer 1915. In: Zeitschrift für Militärgeschichte 4 (1965) S. 672–691

Gutsche, Willibald: *vgl. unter* Herrschaftsmethoden

Hammann, Otto: Aufzeichnungen. In: Archiv für Politik und Geschichte 4 (1925) S. 541–553

Hammann, Otto: Bilder aus der letzten Kaiserzeit. Berlin 1922

Hankel, Gerd: Die Leipziger Prozesse. Deutsche Kriegsverbrechen und ihre strafrechtliche Verfolgung nach dem Ersten Weltkrieg. Hamburg 2003

Hartwieg, Wilhelm: Um Braunschweigs Thron 1912/13. Ein Beitrag zur Geschichte der Thronbesteigung des Herzogs Ernst August im Jahre 1913. Braunschweig 1964

Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918, Der —. Bd. 2–3. Eingel. v. Reinhard Schiffers. Bearb. v. Reinhard Schiffers u. Manfred Koch. Düsseldorf 1981 = Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien I/9,2–3

2: 46.–117. Sitzung 1916

3: 118.–190. Sitzung 1917

Haußmann, Conrad: Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hrsg. v. Ulrich Zeller. Frankfurt a. M. 1924

Heinemann, Ulrich: Die verdrängte Niederlage. Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983 = Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 59

Helfferich, Karl: Der Weltkrieg. Bd. 2. Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Bootkrieg. Berlin 1919

Herrschaftsmethoden des deutschen Imperialismus 1897/98 bis 1917. Dokumente zur innen- und außenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen des Deutschen Reiches. Hrsg. u. eingel. v. Willibald Gutsche. Berlin (O) 1977 = Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte 53

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

[*House*, Edward Mandell:] The Intimate Papers of Colonel House. Arranged as a Narrative by Charles Seymour. Vol. 2. From Neutrality to War – 1915–1917. Boston/New York 1926

Huber, Ernst Rudolf: Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Stuttgart

1: Reform und Restauration 1789 bis 1830. ^{2}1967

3: Bismarck und das Reich. 1963

4: Struktur und Krisen des Kaiserreichs. 1969

5: Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung 1914–1919. 1978

Huldermann, Bernhard: Albert Ballin. Oldenburg i. O./Berlin 1922

Hutten-Czapski, Bogdan Graf von: Sechzig Jahre Politik und Gesellschaft. Bd. 2. Berlin 1936

Interfraktionelle Ausschuß 1917/18, Der –. Erster Teil. Bearb. v. Erich Matthias. Düsseldorf 1959 = Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien I/1

Internationalen Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus, Die —. Dokumente aus den Archiven der Zarischen und der Provisorischen Regierung. Hrsg. v. der Kommission beim Zentralexekutivkomitee der Sowjetregierung unter dem Vorsitz von Michail N. Pokrovskij. Einzig berechtigte deutsche Ausgabe. Namens der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas hrsg. v. Otto Hoetzsch. Reihe III. Bd. 1,2 [1911 IX 14 – XI 1 13]. Berlin 1940

[*Jäckh*, Ernst:] Kiderlen-Wächter, der Staatsmann und der Mensch. Briefwechsel und Nachlaß. Hrsg. v. Ernst Jäckh. Bd. 2 [1908–1912]. Stuttgart 1924

Janßen, Karl-Heinz: Der Kanzler und der General. Die Führungskrise um Bethmann Hollweg und Falkenhayn (1914–1916). Göttingen 1967

Janßen, Karl-Heinz: Macht und Verblendung. Kriegszielpolitik der deutschen Bundesstaaten 1914/18. Göttingen 1963

Jarausch, Konrad H: The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hubris of Imperial Germany. New Haven/London 1973

Kaiser Wilhelm II. als Oberster Kriegsherr im Ersten Weltkrieg. Quellen aus der militärischen Umgebung des Kaisers 1914–1918. Bearb. u. eingel. v. Holger Afflerbach. München 2005 = Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 64

Kautksy, Karl: *vgl. unter* Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Kessler, Harry Graf: Das Tagebuch. Bd. 5. 1914–1916. Hrsg. v. Günter Riederer u. Ulrich Ott. Stuttgart 2008

Kiderlen-Wächter, Alfred von: *vgl. unter* Jäckh, Ernst

König, Marcus: Agitation – Zensur – Propaganda. Der U-Boot-Krieg und die deutsche Öffentlichkeit im Ersten Weltkrieg. Stuttgart 2014

Kroboth, Rudolf: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches während der Reichskanzlerschaft Bethmann Hollwegs und die Geld- und Kapitalmarktverhältnisse (1909–1913/14). Frankfurt a. M. 1986 = Europäische Hochschulschriften III/305

Lemke, Heinz: Allianz und Rivalität. Die Mittelmächte und Polen im ersten Weltkrieg. (Bis zur Februarrevolution.) Wien/Köln/Graz 1977 = Quellen und Studien zur Geschichte Osteuropas 18

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Lindenberger, Thomas: Straßenpolitk. Zur Sozialgeschichte der öffentlichen Ordnung in Berlin 1900 bis 1914. Bonn 1995 = Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung. Reihe: Politik und Gesellschaftsgeschichte 39

Ludendorff, Erich: *vgl. unter* Urkunden der Obersten Heeresleitung

Ludendorff, Erich: Meine Kriegserinnerungen 1914–1918. Berlin 1919

Max von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Berlin/Leipzig 1927. – Neu hrsg. v. Golo Mann. Stuttgart 1968

Meždunarodnye otnošenija v ėpochu imperializma. Dokumenty iz archivov carskogo i vremennogo pravitel'stv, 1878–1917gg. [Hrsg. v.] Central'nyj Ispolnitel'nyj Komitet Sovetov. Kommissija po izdaniju dokumentov ėpochi imperializma. Serija vtoraja 1904–1913. T. 20,1 [1912 V 14 – VIII 13]. Leningrad 1939

Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914–1918. Teil 1. Bearb. v. Wilhelm Deist. Düsseldorf 1970 = Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Zweite Reihe. Bd. 1/I

Moltke, Helmuth von: Erinnerungen, Briefe, Dokumente 1877–1916. Ein Bild vom Kriegsausbruch, erster Kriegsführung und Persönlichkeit des ersten militärischen Führers des Krieges. Hrsg. … v. Eliza von Moltke. Stuttgart 1922

Mühlmann, Carl: Oberste Heeresleitung und Balkan im Weltkrieg 1914–1918. Berlin 1942

Müller, Georg Alexander von: Regierte der Kaiser? Kriegstagebücher, Aufzeichnungen und Briefe des Chefs des Marine-Kabinetts 1914–1918. Hrsg. v. Walter Görlitz. Göttingen 1959

Österreich-Ungarns Außenpolitik von der Bosnienkrise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern. Ausgewählt v. Ludwig Bittner [u. a.]. Bearb. v. Ludwig Bittner u. Hans Uebersberger. Wien/Leipzig 1930 = Veröffentlichungen d. Kommission f. neuere Geschichte Österreichs

2: [1909 II 27 – 1910 VIII 31] = Veröffentlichungen 20

3: [1910 IX 5 – 1912 II 18] = Veröffentlichungen 21

4: [1912 II 19 – XI 30] = Veröffentlichungen 22

5: [1912 XII 1 – 1913 III 31] = Veröffentlichungen 23

6: [1913 IV 1 – VII 31] = Veröffentlichungen 24

7: [1913 VIII 1 – 1914 IV 30] = Veröffentlichungen 25

8. [1914 V 1 – VIII 1] = Veröffentlichungen 26

Patemann, Der Kampf um die preußische Wahlreform im Ersten Weltkrieg. Hrsg. v. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus u. der politischen Parteien. Düsseldorf 1964 = Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus u. der politischen Parteien 26

Pogge v. Strandmann, Hartmut: Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg. In: Hartmut Pogge v. Strandmann/Imanuel Geiss, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges. Frankfurt a. M., S. 5–45 = Hamburger Studien zur neueren Geschichte 2

Pohl, Hugo: Aus Aufzeichnungen und Briefen während des Krieges. Berlin 1920

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Pourtalès, Friedrich: Meine letzten Verhandlungen in St. Petersburg Ende Juli 1914. Tagesaufzeichnungen und Dokumente. Neue, um die Dokumente erweiterte Ausgabe. Berlin 1927

Protokolle des gemeinsamen Ministerrates der österreichisch-ungarischen Monarchie 1867–1918. [Bd. 7.] Die Protokolle des gemeinsamen Ministerrates … [1914–1918]. Hrsg. v. Miklós Komjathy. Budapest 1966 = Publikationen des Ungarischen Staatsarchivs II. Quellenpublikationen 10

Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38. Die –. Hrsg. v. der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung v. Jürgen Kocka u. Wolfgang Neugebauer. Bd. 10. 14. Juli 1909 bis 11. November 1918. Bearb. v. Reinhold Zilch. Hildesheim 1999

Quellen zur deutschen Innenpolitik 1890–1914. Hrsg. v. Hans Fenske. Darmstadt 1991 = Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte der Neuzeit. Freiherr vom Stein-Gedächtnisausgabe 25

Quellenkunde zur deutschen Geschichte der Neuzeit von 1500 bis zur Gegenwart. Hrsg. v. Winfried Baumgart. Bd. 2. 1815 bis 1918. Paderborn 2018

Rathenau, Walther: Tagebuch 1907–1922. Hrsg. u. kommentiert v. Hartmut Pogge-von Strandmann. Düsseldorf 1967

Rauchensteiner, Manfried: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburgermonarchie 1914–1918. Wien 2013

Reventlow, Ernst: Wir erinnern uns … Britenpolitik vor 27 Jahren und heute. Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1914–1918. Berlin 1939

Riezler, Kurt: Tagebücher, Aufsätze, Dokumente. Eingeleitet u. hrsg. v. Karl Dietrich Erdmann. Göttingen 1972 = Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 48

Ritter, Gerhard: Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland. Bd. 3. Die Tragödie der Staatskunst. Bethmann Hollweg als Staatskanzler (1914–1917). München 1964

Scheer, Reinhard: Deutschlands Hochseeflotte im Weltkrieg. Persönliche Erinnerungen. Berlin 1920

Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten (1865–1922). Bd. 1. Dresden 1928

Scherer, André/Jacques Grunewald [Hrsg.]: L'Allemagne et les problèmes de la paix pendant la première guerre mondiale. Paris

1: Des origines à la déclaration de la guerre sous-marine à outrance (août 1914–31 janvier 1917). 1962

2: De la guerre sous-marine à outrance à la révolution soviétique (1er février–7 novembre 1917). 1966

3: Da la révolution soviétique à la paix de Brest-Litovsk (9 novembre 1917–3 mars 1918). 1976

Schröder, Stephen: Die englisch-russische Marinekonvention. Das Deutsche Reich und die Flottenverhandlungen am Vorabend des Ersten Weltkriegs. Göttingen 2006 = Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 76

Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. München

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

27 (1886). 1887

43 (1902). 1903

48 (1908). 1908

50 (1909). 1910

51 (1910). 1911

52 (1911). 1912

53 (1912). 1913

54 (1913). 1915

55 (1914). 1917

56 (1915). 1919

57,1–2 (1916). 1921

58,1 (1917). 1920

59,1 (1918). 1921

Skalweit, August: Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft. Stuttgart 1927 = Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges. Deutsche Serie = Veröffentlichungen der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden. Abt. für Volkswirtschaft u. Geschichte

Spindler, Arno (Bearb.): Der Handelskrieg mit U-Booten. Bd. 2–3. Berlin = Der Krieg zur See 1914–1918. Hrsg. v. Marine-Archiv

2: Februar bis September 1915. 1933

3: Oktober 1915 bis Januar 1917. 1934

Steglich, Wolfgang: Bündnissicherung oder Verständigungsfrieden. Untersuchungen zum Friedensangebot der Mittelmächte vom 12. Dezember 1916. Göttingen 1958 = Göttinger Bausteine zur Geschichtswissenschaft 28

Stenographische Berichte über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung nebst Beilagen. Bd. 1–2. Berlin 1920

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten, 21. Leg.per., III Session 1910. Berlin 1910. – *…* IV. Session 1911, Berlin 1911. – *…* V. Session 1912/13. Berlin 1912–1913. – *…* 22. Leg. per., I. Session 1914. Berlin 1914. – *…* III. Session 1916/17. Berlin 1916–1917

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses in der Session 1910. Berlin 1910. *…* in der Session 1913 und in der Session 1914/15. Berlin 1915

Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstages. Bd. 258–310. Berlin

258–282: 12. Legislaturperiode 2. Session. 1909/11

283–305: 13. Legislaturperiode 1. Session. 1912/14

306–310: 13. Legislaturperiode 2. Session. 1914/17

Stern, Leo: *vgl. unter* Auswirkungen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Thimme, Friedrich: Bülow und Bethmann Hollweg. In: Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten. Hrsg. v. Friedrich Thimme. München 1931, S. 198–220

Tirpitz, Alfred von: Erinnerungen. Leipzig 1919

Tirpitz, Alfred von: Politische Dokumente. Bd. 1–2. Hamburg/Berlin

1: Der Aufbau der deutschen Weltmacht. 1924

2: Deutsche Ohnmachtspolitik im Weltkriege. 1926

Treutler, Georg von: Die graue Exzellenz. Zwischen Staatsräson und Vasallentreue. Aus den Papieren des kaiserlichen Gesandten. Hrsg. u. eingeleitet v. Karl-Heinz Janßen. Frankfurt a.M. 1971

Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18. Hrsg. v. Erich Ludendorff. Berlin ^{3}1922

Valentini, Rudolf: Kaiser und Kabinettschef. Nach eigenen Aufzeichnungen und dem Briefwechsel dargestellt von Bernhard Schwertfeger. Oldenburg i.O. 1931

Verhandlungen des Reichstags: *vgl. unter* Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstages

Vietsch, Eberhard v.: Bethmann Hollweg. Staatsmann zwischen Macht und Ethos. Boppard a.Rh. 1969 = Schriften des Bundesarchivs 18

Volkmann, Hans-Erich: Die Polenpolitik des Kaiserreichs. Prolog zum Zeitalter der Weltkriege. Paderborn 2016

Von Bassermann zu Stresemann. Die Sitzungen des nationalliberalen Zentralvorstandes 1912–1917. Bearb. v. Klaus-Peter Reiß. Düsseldorf 1967 = Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien I/5

Wahnschaffe, A[rnold]: Gesamtverantwortung. In: Berliner Monatshefte 12 (1934) S. 645–661

[*Weizsäcker, Ernst von*:] Die Weizsäcker-Papiere. Hrsg. v. Leonidas Hill. Bd. 1. 1900–1932. Berlin 1982

Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Hrsg. u. eingel. v. Wolfgang Schumann u. Ludwig Nestler. Berlin (O) 1975

Weltkrieg 1914–1918, Der –. Bearb. im Reichsarchiv. Berlin

2: Die Befreiung Ostpreußens. 1924

3: Der Marne-Feldzug. Die Schlacht. 1926

5: Der Herbst-Feldzug 1914. Im Westen bis zum Stellungskrieg. Im Osten bis zum Rückzug. 1929

6: Der Herbstfeldzug 1914. Abschluß der Operationen im Westen und Osten. 1929

7: Die Operationen des Jahres 1915. Die Ereignisse im Winter und Frühjahr. 1931

8: Die Operationen des Jahres 1915. Die Ereignisse im Westen im Frühjahr und Sommer, im Osten vom Frühjahr bis zum Jahresschluß. 1932

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

9: Die Operationen des Jahres 1915. Die Ereignisse im Westen und auf dem Balkan vom Sommer bis zum Jahresschluß. 1933

10: Die Operationen des Jahres 1916 bis zum Wechsel der Obersten Heeresleitung. 1936

11: Die Kriegführung im Herbst 1916 und im Winter 1916/17. Vom Wechsel in der Obersten Heeresleitung bis zum Entschluß zum Rückzug in die Siegfriedstellung. 1938

12: Die Kriegführung im Frühjahr 1917. 1939

Kriegsrüstung und Kriegswirtschaft. Bd. 1: Die militärische, wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands von der Reichsgründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. 1930. – Anlagen zum 1. Bd. 1930

Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1930, Das – . Verhandlungen, Gutachten, Urkunden. Im Auftrage des Reichstages unter Mitw. v. Eugen Fischer [u. a.] hrsg. v. Walter Schücking [u. a.]. Reihe 1. Die Vorgeschichte des Weltkrieges. Im Auftrage des Untersuchungsausschusses … hrsg. v. Georg Gradnauer u. Rudolf Breitscheid. [1:] Stenographische Berichte über die öffentlichungen Verhandlungen des Untersuchungsausschusses. 1. Unterausschuß. Beilage. Zur Vorgeschichte des Weltkrieges [Heft 1]. Schriftliche Auskünfte deutscher Staatsmänner. [Hrsg.:] Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919/20. – Beilagen … 1. Unterausschuß. Zur Vorgeschichte des Weltkrieges. Berlin 1920

Werk des Untersuchungsausschusses der Deutschen Verfassunggebenden Nationalvesammlung und des Deutschen Reichstags 1919–1926. Verhandlungen, Gutachten, Urkunden. Unter Mitwirkung v. Eugen Fischer, Walther Bloch u. Berthold Widmann. Im Auftrage des Reichstages hrsg. v.d. Abgeordneten Walter Schücking, Peter Spahn, Rudolf Breitscheid u. Albrecht Philipp als Vorsitzenden der Unterausschüsse. Vierte Reihe. Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Unter Mitwirkung v. Eugen Fischer [u. a.]. Bd. 2. Gutachten des Sachverständigen Oberst a. D. Bernhard Schwertfeger. Berlin 1925

Wermuth, Adolf: Ein Beamtenleben. Erinnerungen. Berlin 1922

Westarp, [Kuno] Graf: Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreiches. Bd. 1: Von 1908 bis 1914. – Bd. 2. Von 1914 bis 1918. Berlin 1935

Wild von Hohenborn, Adolf: Briefe und Tagebuchaufzeichnungen des preußischen Generals als Kriegsminister und Truppenführer im Ersten Weltkrieg. Hrsg. v. Helmut Reichold. Boppard a.Rh. 1986 = Schriften des Bundesarchivs 34

Wilson, Woodrow: The Papers. Ed.: Arthur S. Link. Princeton, N.J.

33: April 17–July 21, 1915. 1980

34: July 21–September 30, 1915. 1980

38: July 7–September 19, 1916. 1982

40: November 20, 1916–January, 23, 1917. 1982

Winzen, Peter [Hrsg.]: Friedrich Wilhelm von Loebell. Erinnerungen an die ausgehende Kaiserzeit und politischer Schriftwechsel. Düsseldorf 2016 = Schriften des Bundesarchivs

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Witt, Peter-Christian: Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913. Eine Studie zur Innenpolitik des Wilhelminischen Reiches. Lübeck/ Hamburg 1970 = Historische Studien 415

Wolff, Theodor: Tagebücher 1914–1919. Der Erste Weltkrieg und die Entstehung der Weimarer Rebublik in Tagebüchern, Leitartikeln und Briefen des Chefredakteurs am „Berliner Tageblatt“ und Mitbegründers der „Deutschen Demokratischen Partei“. Eingeleitet u. hrsg. v. Bernd Sösemann. Boppard a. Rh. 1984 = Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts 54

Zechlin, Egmont: Deutschland zwischen Kabinettskrieg und Wirtschaftskrieg. Politik und Kriegführung in den ersten Monaten des Weltkrieges 1914. In: Historische Zeitschrift 199 (1964) S. 347–458

Zechlin, Egmont: Friedensbestrebungen und Revolutionierungsversuche *[pro Kap. oft mehrere Untertitel]*. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, 17. Mai 1961. B 25/61, S. 269–288, 325–337, 341–367. – *…* 15. Mai 1963. B 20/63, S. 3–54

Zechlin, Egmont: Krieg und Kriegsrisiko. Düsseldorf 1979

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Register

Falls bei Personennamen biographische Daten in einer Anmerkung verzeichnet sind, finden sie sich in der Zahlenreihe an erster Stelle. – ä, ö, ü werden wie a, o, u eingereiht (ae, oe, ue jedoch nicht). – Obwohl der Name Theobald von Bethmann Hollweg passim vorkommt, wurde er dennoch mit einigen der wichtigsten Hauptschlagwörter aufgenommen.

Abd al-Hafiz, M. 211 *u. Anm.* 228, 212

Abgeordnetenhaus, Preußisches *siehe* Preußisches Abgeordnetenhaus

Abrüstung (internationale) 1229, 1461

Achilles 1159

Adalia 445

Adam (russ. Offizier) 240 *u. Anm.* 324

Aehrenthal, A. Graf Lexa v. 126 *u. Anm.* 34, 8, 127, 1185, 1202, 1214, 1219, 1224, 1253, 1273

Afflerbach, H. 33

Afghanistan 434

Agadir 215 *u. Anm.* 240

Ägypten 340, 374 *u. Anm.* 650, 380, 419, 1210

Ålands-Inseln 321, 510, 522 *u. Anm.* 953–954, 526, 528 *u. Anm.* 971, 530

Albanien 313–314, 442, 445, 452, 456, 458, 1284, 1301

Albert, König 261 *u. Anm.* 372, 1367, 1413, 1420, 1430

Albert, Prinz 1250

Albrecht, Herzog 367 *u. Anm.* 633, 798

Albrecht, Prinz 290 Anm. 446

Alexander II., Zar 552 *u. Anm.* 1016

Alexandra, Königin 216 *u. Anm.* 245, 280 *u. Anm.* 418

Alfons XIII., König 432 *u. Anm.* 774, 539 *u. Anm.* 989

Alfons von Bourbon, Prinz 538 *u. Anm.* 987

Alldeutsche 20, 194, 258, 799, 808–809, 810–811, 821–825, 840 *u. Anm.* 212, 1014, 1020, 1023, 1026, 1081, 1354–1355, 1388, 1396, 1451

Allen Baker, J. 221 *u. Anm.* 263, 285

Alpenkorps 490 *u. Anm.* 885

„American Monthly" 1128 *u. Anm.* 836

Anastasov, T. 843 *u. Anm.* 222

„Ancona" (Dampfer) 1386

Andersen, H. N. 414 *u. Anm.* 745, 425, 586 *u. Anm.* 1088, 597 *u. Anm.* 1117, 708, 1012, 1022, 1123 *u. Anm.* 819, 1337, 1338, 1343, 1345, 1354, 1358, 1360–1362, 1366, 1369, 1447, 1456

Andrássy, J. Graf (d. Ält.) 581 *u. Anm.* 1078, 588

Andrássy, J. Graf (d. Jüng.) 481 *u. Anm.* 864, 791–797, 872

Andres, C. 786 *u. Anm.* 105

Angola 1257, 1260, 1265, 1291

Anna, Landgräfin 1300, 1302

Ansiedlungskommission 121–122, 139, 193–194, 200, 962–963

Antimodernisteneid 184 *u. Anm.* 166, 1227

Antwerpen 329 *u. Anm.* 562, 374, 1331, 1339, 1362, 1398

Apponyi, A. v. 481 *u. Anm.* 864

„Arabia" (Dampfer) 953 *u. Anm.* 417, 954–955

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Arabic“ (Dampfer) 28, 532 *u. Anm.* 976, 533, 554, 568, 569, 690, 1369, 1386
Arbeiter/~bewegung 359
Arnim-Boitzenburg, D. Graf von 799 *u. Anm.* 130
Arnim-Criewen, B. von 148 *u. Anm.* 85
Arras 540 u. 991, 555 Anm. 1029
Asquith, H. 122 *u. Anm.* 20 u. 21, 124, 129, 596 *u. Anm.* 1116, 598, 629 Anm. 1180, 720 *u. Anm.* 1337, 949 *u. Anm.* 410, 1078 *u. Anm.* 696, 1212, 1213, 1239, 1359, 1367
Auguste Viktoria 235 *u. Anm.* 306, 908 *u. Anm.* 337, 964, 1162 *u. Anm.* 942
„Ausschuß für einen deutschen Frieden“ 903 *u. Anm.* 330
Avarna, G. Herzog von 401 *u. Anm.* 714, 449, 455
Avenarius, F. 1054 *u. Anm.* 623

Bachmann, G. 476, 480, 484, 538, 542, 544, 1361
Baden 275
– Elsaß-Lothringen 371–372, 438–439, 570, 571, 572, 573, 574
Bagdadbahn 381, 1195, 1201, 1205, 1206, 1214, 1215, 1218, 1219, 1220, 1221, 1223, 1224, 1226, 1229, 1231, 1232, 1253, 1261, 1267, 188–1289, 1294
Balkankrieg, Erster (1912) 254–255, 261 *u. Anm.* 371, 265, 1274, 1275, 1276–1277, 1278, 1279
Balkankrieg, Zweiter (1913) 280, 290–291, 1293
Ballin, A. 279 *u. Anm.* 411, 435, 453, 953, 1256, 1338, 1343, 1344, 1349, 1443
Balmoral 1111 *u. Anm.* 779, 1116, 1120
Baltischport, Kaisertreffen (Juli 1912) 9, 12, 240 *u. Anm.* 325, 243, 244 *u. Anm.* 335 u. 336, 245, 280, 1268, 1269–1271, 1272, 1273
Baltz, C. von 330 *u. Anm.* 566
Bank von England 800, 824
Bardolff, C. von 851 u. Anm. 236, 869
Bartenwerffer, P. von 781 *u. Anm.* 97, 910–916, 981
Bassermann, E. 203 *u. Anm.* 213, 171 *u. Anm.* 144, 222, 231, 236, 249, 277, 300, 607, 608, 694, 707, 772, 773, 779, 1245, 1367, 1386, 1407
– Bethmann Hollweg 520–521, 545, 850, 1051 *u. Anm.* 615
– Versetzung als Soldat 339, 356, 521
Bassermann, J. 356 *u. Anm.* 620
Bassewitz, R. Graf von 1177 *u. Anm.* 980
Batocki, A. von 743 *u. Anm.* 20, 801, 806, 904, 992, 1178, 1275
Bauer, M. H. 830 *u. Anm.* 190, 4, 1451
Bayern
– Elsaß-Lothringen 391–392, 570–571, 573, 604–605, 609–610 *siehe* Ludwig III.
– Jesuitengesetz 234 *u. Anm.* 299, 235 *u. Anm.* 305, 262 *u. Anm.* 374–375, 517–519, 1266–1267, 1268
Beamte
– Wahlverhalten 210–211
Bebel, A. 1374
Becker, W. von 144 *u. Anm.* 75
Behncke, P. 538 *u. Anm.* 985
Behr, C. Graf von 162 *u. Anm.* 126, 163, 799 *u. Anm.* 130, 802, 803
Belagerungszustand 180–181
Beldiman, A. 339 *u. Anm.* 582, 470, 501
Belgien 934, 1150 *u. Anm.* 890
– Bethmann Hollweg 3, 15, 19, 20, 22, 24–25, 217–218, 367, 374–375, 378, 392, 409–410, 429, 440, 518, 564, 690, 779, 933, 1026, 1049, 1065, 1070 *u. Anm.* 665, 1079–1081, 1089, 1131, 1140–1141, 1328, 1329, 1330–1331, 1332, 1333, 1334, 1339, 1346, 1354, 1364, 1367, 1371, 1376, 1378, 1396, 1406, 1461, 1459–1460, 1462–1464, 1465

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Ernährung 633, 646–647, 648, 663, 666, 701
– Falkenhayn 645, 1336
– Flamen 719 *u. Anm.* 1335 *siehe* Flamen
– Hindenburg 421
– Holland 720
– Kohle 15, 443–444, 446
– Rüstungen 262–263, 266
– Schlieffenplan 262 *u. Anm.* 374
– Schwertfeger 1118 *u. Anm.* 802
– Stresemann 1453
– Verwaltung 329–330
– Wilhelm II. 737
– Zwangsarbeiter 45, 1046 *u. Anm.* 604, 1155 *u. Anm.* 909, 1419, 1420, 1422, 1459
Below, F. von 781 *u. Anm.* 98
Below, O. von 928 *u. Anm.* 376
Benckendorff, A. Graf von 1281
Benedikt XV., Papst 343 *u. Anm.* 590, 402 *u. Anm.* 715, 518 *u. Anm.* 942, 736–737, 738, 741, 1451, 1461
Berchtold, L. Graf 244 *u. Anm.* 337, 312, 337, 339, 347, 350, 390, 423, 900, 1136, 1272–1273
Berckheim, Baron de 1245, 1249
Bergen, D. von 477 *u. Anm.* 858
Berggesetz 958 *u. Anm.* 425
Berlin
– Stadtentwicklung 186–187, 255–256
„Berliner Lokalanzeiger“ 375 *u. Anm.* 656, 1005, 1045, 1068
„Berliner Morgenpost“ 1005
„Berliner Tageblatt“ 241 *u. Anm.* 329, 721, 802, 1091–1093
„Berliner Zeitung am Mittag“ 271 *u. Anm.* 391
Bernhard III., Herzog 801 *u. Anm.* 137, 824
Bernhard, G. 385 *u. Anm.* 678, 1004 *u. Anm.* 530, 1005
Bernstorff, A. Graf von 1177 *u. Anm.* 980, 44
Bernstorff, J. H. Graf von 151 *u. Anm.* 96, 534, 537, 544, 568, 622, 667 *u. Anm.* 1238, 687, 719 *u. Anm.* 1332, 723, 724 *u. Anm.* 1344, 870, 877, 881, 882, 976 *u. Anm.* 458, 1040, 1131, 1398, 1460
Beseler, H. von 541 *u. Anm.* 994, 27, 891, 892, 1412,
– Polen 826, 842, 844, 852–853, 856, 911–915
– Rekruten 809–810, 817, 841, 920, 967
Beseler, M. von 154 *u. Anm.* 106, 176, 177, 180, 200, 297 *u. Anm.* 474, 305, 309, 593, 825, 856, 922, 934, 962
– Nachfolger Bethmann Hollwegs? 1052 Anm. 619
Bessarabien 336, 362, 515
Bethmann, S.M. von 120 *u. Anm.* 10
Bethmann Hollweg, A. von 332 *u. Anm.* 569
Bethmann Hollweg, C.-F. T. von 1176 *u. Anm.* 976
Bethmann Hollweg, Felix 332 *u. Anm.* 569, 545, 1084, 1086, 1125, 1153, 1167, 1168, 1177
Bethmann Hollweg, Friedrich 219 *u. Anm.* 252, 387 *u. Anm.* 681, 399 *u. Anm.* 706, 1344
– Grabstätte 414–415, 450, 541
Bethmann Hollweg, Isa 332 *u. Anm.* 569, 388, 545, 1084, 1086
Bethmann Hollweg, Isabella 243 *u. Anm.* 333
Bethmann Hollweg, M. 121 *u. Anm.* 14, 152, 159, 222, 276, 311
– Tod 314 *u. Anm.* 520
Bethmann Hollweg, M.-L. von 1174 *u. Anm.* 971
Bethmann Hollweg, T. von 119 *u. Anm.* 2
– Belgien 3, 15, 19, 20, 22, 24–25, 367, 374–375, 378, 392, 429, 440, 518, 564, 690, 1026, 1049, 1050, 1051, 1065, 1070 *u. Anm.* 665, 1079–1081, 1089, 1140–1141, 1328, 1329, 1330–1330, 1332, 1333, 1334, 1339, 1346, 1354, 1364, 1367, 1371, 1376, 1378, 1396, 1406, 1459–1460, 1461, 1462–1464, 1465

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Dreiklassenwahlrecht 40–44, 129–132, 134, 137–137, 140, 149, 152154, 157–159, 161–164, 202, 302–303, 358, 397–398, 624–628, 991–999, 1000–1004, 1006–1007, 1016–1021, 1027, 1042, 1075 *u. Anm.* 677, 1200, 1201, 1206, 1207, 1210, 1297, 1335, 1348, 1385, 1431, 1436, 1437, 1439, 1440, 1448, 1449, 1451, 1466
– Eisendecher 120, 125
– Elsaß-Lothringen 127–128, 179–180, 190–192, 195–197, 370–372, 437–439, 604–606, 609–610
– England 8–9, 184, 219, 228, 285, 306, 395, 419, 428–429, 498, 528, 545, 549, 575, 596–597, 708, 1071, 1072–1073, 1080, 1085, 1135, 1407
– „Erinnerungen“ 44–45, 1069 Anm. 659, 1101, 1103–1104, 1107, 1109, 116–1117, 1125, 1130, 1153, 1154 *u. Anm.* 907, 1161–1161, 1164 *u. Anm.* 949–950, 1165, 1167–1168, 1186, 1251, 1253, 1264, 1331, 1338, 1339, 1347, 1367, 1392, 1462, 1465–1466
– Ernennung (zum Kanzler) 119–120, 1183
– Falkenhayn 2, 7, 33–36, 47, 389 *u. Anm.* 689, 393, 397 u. Anm. 704, 544–545, 559–561, 564–566, 585–586, 592, 731, 748–750, 764, 837, 1340, 1345, 1346, 1347, 1348, 1398
– Frankreich 223, 305, 374,m 427–428, 528, 545, 549–550
– Franz Joseph 125–126
– Friedensangebot (Dez. 1916) 22–24, 31–32, 924, 928–936
– Friedenssondierungen 633
– Goschen 1329, 1330–1331
– Herrenhausmitglieder 799–803
– Hindenburg 36, 37, 752–753, 763 *u. Anm.* 55, 764, 765, 789, 790, 792–793, 828, 976, 985, 1427
– Italien 14–16, 365, 463
– Julikrise (1914) 13, 317–320, 1106–1107, 1111, 1127, 1135–1136, 1305–1328, 1342, 1392
– Katholische Kirche 184–185
– Kiderlen-Wächter 246–247, 1273
– Kriegsausbruch 11–14, 1052, 1071, 1086–1088, 1452
  – Aktenpublikationen 1098 *u. Anm.* 737
– Kriegsende 1083–1086, 1091, 1094–1097
– Kriegsschuld 332, 1071, 1089–1090, 1120, 1146, 1348
– Kriegsverlauf 345–346, 812–814, 818–821, 926–928, 1350, 1353, 1357, 1367, 1371, 1372, 1373, 1387, 1400, 1401, 1407, 1450
– Kriegsziele 18–22, 335 *u. Anm.* 574, 366–367, 374–375, 378–379, 387, 409–410, 520 *u. Anm.* 945, 529–530, 597–598, 601, 606–609, 690, 701–702, 770 Anm. 73, 772, 787, 802, 816, 827, 1026, 1048–1049, 1057 *u. Anm.* 631, 1064–1068, 1335, 1336, 1343, 1344, 1348, 1348, 1351, 1354, 1360, 1362, 1363, 1379, 1387, 1390, 1398, 1440, 1442, 1443, 1445–1445, 1450, 1459 *siehe* Septemberprogramm
– Loebell 6, 353–354
– Ludendorff 36, 984–985
– Österreich-Ungarn 12–13, 35, 312, 314, 350, 362, 366, 429–430, 563, 577–579, 581–584, 899–900, 1023, 1025
– Parteien 37–40, 197, 198, 202, 203, 277, 288, 379, 551, 594–599, 606–609, 644, 649, 654, 733, 769–779, 834–837, 840, 1023, 1024, 1028, 1030–1031, 10351036, 1055–1058, 1225, 1239, 1355, 1371, 1395
– Polen 26–27, 121–122, 139–140, 158, 193–194, 516, 690, 771 *u. Anm.* 71, 852–857, 879–881, 885–886, 896, 910–916, 936–937, 1339, 1387–1388, 1393, 1400, 1402, 1412
– Presse 20, 169, 170, 188, 189, 353–354, 385–386, 388, 640–642, 660, 669–671, 682, 688–690, 696, 698–702, 775, 827–828, 866–867,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

872–873, 1006–1007, 1093, 1371, 1384
– Rücktritt 10, 34, 17, 227–229, 640, 668, 973, 1036, 1037, 1038, 1040, 1041–1044, 1050, 1173, 1239, 1254, 1261–1262, 1293, 1382, 1388, 1431, 1434
– Rumänien 336–338, 464
– Rußland 239–240, 241–242, 243–244, 245, 306, 486, 527, 544, 545, 549, 575, 603–604, 935, 1197, 1213, 1268, 1271, 1285
– Rüstungen 258–260
– Solf 1169–1170
– SPD 38–40, 41, 158, 183, 196, 198, 219 *u. Anm.* 254, 238–239, 279 *u. Anm.* 412, 320, 338 *u. Anm.* 579, 347–349, 396, 498–499, 511–512, 598, 611–614, 628, 661, 709, 716, 717, 919, 1014¸ 1028, 1034, 1073, 1093, 1222–1223, 1230 1258, 1294, 1298, 1299, 1304, 1308, 1330, 1337, 1348, 1350, 1357, 1363, 1373, 1375, 1394, 1431, 1442, 1448, 1452, 1454
– Türkei 34, 363–364, 365–366, 430, 499–500, 525
– Ubootkrieg 6, 27–33, 406–407, 480, 533–534, 537, 543, 624, 631–634, 655–656, 664–713, 718–719, 720–728, 750–751, 766–767, 770, 781–784, 805–807, 833, 877–878, 890, 893–894, 897–898, 905, 906, 936, 970–974, 980, 994–995, 1006, 1009–1013, 1023, 1024, 1030, 1052, 1065, 1380, 1381–1387, 1408, 1409–1423, 1426, 1429, 1430, 1432, 1434, 1435, 1445, 1447, 1448, 1455, 1458, 1460, 1460, 1461–1462
– USA 4, 406–408, 433–434, 478–479, 532, 569, 649, 1085
– Verantwortung (staatsrechtliche) 5–7, 246–247, 326–327, 403–404, 559–561, 564–566, 650–654, 748–750, 887, 890, 950, 964, 985–991, 1105, 1107, 1108–1109, 1113–1115, 1118 *u. Anm.* 802, 1380, 1381, 1410–1411, 1436, 1438
– Vorfahren 120
– Wien 495–496, 807, 811, 813–814, 984 *u. Anm.* 482, 988
– Wilhelm II. 2, 125, 157–159, 227–229, 281, 555–556, 1050–1051, 1052, 1159, 1161, 1282
Biedermann, F. Frhr. von 1139 *u. Anm.* 866
Bismarck, O. Fürst von 134 *u. Anm.* 55, 2, 192, 210, 220 *u. Anm.* 256, 293, 294, 371, 387 u. Anm. 682, 400, 420 *u. Anm.* 754, 438, 587, 588, 607 *u. Anm.* 1140, 650–651, 855 *u. Anm.* 241, 891, 910, 968, 998, 1014, 1050, 1175, 1289, 1290, 1296, 1450
Bismarck, O. Fürst [Enkel] 420 *u. Anm.* 755
Bissing, M. von 564 *u. Anm.* 1043, 663, 666
Blumenthal, D. 196 *u. Anm.* 195, 437
Bodman, H. Frhr. von u. zu 137 *u. Anm.* 64, 241 *u. Anm.* 328–329
Böhm-Ermolli, E. von 798 *u. Anm.* 127
Böhme, K. 249 *u. Anm.* 344, 904 *u. Anm.* 331
Bohny, K. 412 An. 739
Bolfras, A. Frhr. von 345 *u. Anm.* 598
Bollati, R. 390 *u. Anm.* 690, 408, 426, 436, 441, 1340, 1351, 1353
Bongiovanni, L. 441 u. Anm. 790
Bonn, M. 1154 *u. Anm.* 906
Bornhardt, W. 446 *u. Anm.* 802
Bornstedt, H.J. von 1169 *u. Anm.* 960, 1177
Borromäus-Enzyklika 185 *u. Anm.* 169
Bosnien/Herzegowina 126 *u. Anm.* 33
Botkin, E.S. 850 *u. Anm.* 233
Bourgeois, L. 1371
Boyd Carpenter, W. 285 *u. Anm.* 430
Bozen 445, 446
Brahms, J. 1084 *u. Anm.* 710
Brandenburg, E. 815 *u. Anm.* 161
Brandenstein, J. Frhr. von 601 *u. Anm.* 1125

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Branting, K.H. 509 *u. Anm.* 923
Brătianu, I. 418 *u. Anm.* 752, 469, 470, 474, 475, 481–482, 493, 494, 495, 496, 501, 515, 535, 819–820, 831, 839, 850, 1183, 1184, 1193, 1198
Braun, F. Edler von 904 *u. Anm.* 333
Braunschweigische Frage 289–290, 291–296
Bredt, V. 1433
Breitenbach, P. von 194 *u. Anm.* 187, 206, 250, 296, 307, 320, 572, 982, 1006, 1037
„Breslau" (Kleiner Kreuzer) 313 u. 516, 381
Brest-Litovsk (Friedensverhandlungen 1917/18) 1061 *u. Anm.* 643, 1062 *u. Anm.* 645, 1067, 1072–1083, 1074–1075, 1455
– Zusatzvertrag (August 1918) 1081 *u. Anm.* 694
Breunig, G. Ritter von 605 *u. Anm.* 1132
Breysig, K. 213 *u. Anm.* 233 u. 232
Briand. A. 595 *u. Anm.* 1113, 820, 850, 860, 1078 *u. Anm.* 686
Briey 19, 21, 22, 375, 439, 746 *u. Anm.* 24, 933, 1026, 1065, 1332, 1334, 1335, 1339, 1348, 1355, 1428, 1437, 1438
Brockdorff-Rantzau, U. Graf von 454 *u. Anm.* 819, 584, 585, 620, 621, 658, 659, 664, 878, 1011, 1106, 1107, 1108, 1109
Bronsart von Schellendorff, G. 507 *u. Anm.* 919
Broqueville, C. de 218 *u. Anm.* 250
Brose, K. 760 *u. Anm.* 51
Brusilov-Offensive 833 *u. Anm.* 198
Bryan, W.J. 498 *u. Anm.* 903
Buch, L.v. 142 *u. Anm.* 73, 152, 153, 634, 635, 636, 799, 800, 802
Buchanan, G.W. 1147 *u. Anm.* 882
Buchlau 1272–1273
Büchsel, W. von 692 *u. Anm.* 1274
Buhl, F.E. von 521 *u. Anm.* 946
Bukarest
– Einnahme (Dez. 1916) 963 *u. Anm.* 437
Bukowina 335, 337, 341, 347, 464, 476, 487, 488, 492 *u. Anm.* 891, 495 *u. Anm.* 896, 496, 537, 768, 780, 785, 787, 788
Bulgarien 18, 1214
– Bethmann Hollweg 331, 418, 431–432, 463, 470, 474, 486, 499, 500, 502, 524, 525, 602–603, 842–843, 1289, 1306, 1326, 1327, 1359, 1391
– Bukowina 788
– Falkenhayn 416–417, 523, 524–525, 804
– Griechenland 566–567
– Kriegführung 629, 845–846
– Kriegseintritt 467, 525–526, 527–528, 549 *u. Anm.* 1007, 551–555, 558 *u. Anm.* 1035, 560–561, 566, 574 *u. Anm.* 1068, 595
– Serbien 455, 468
Bülow, A. von 301 *u. Anm.* 480
Bülow, B. Fürst von 119 *u. Anm.* 7, 3, 122, 125, 201, 213 *u. Anm.* 232, 225, 293, 300, 321 *u. Anm.* 538, 375 *u. Anm.* 655, 376, 415, 420, 426, 436, 458, 459, 460, 464, 473, 494, 504, 535, 651 *u. Anm.* 1213, 1036 *u. Anm.* 568, 1054, 1064, 1188–1189, 1204, 1271, 1338, 1340, 1356, 1359, 1360, 1369, 1443
– Erinnerungen 1172 *u. Anm.* 968, 1173
– Riezler 1172, 1199
Bülow, B.W. von 1107 *u. Anm.* 768
Bülow, M. Fürstin von 203 *u. Anm.* 215
Bundesrat 472–475, 678–679, 682, 692, 693, 733, 1289, 1323
Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten 427–435, 651 *u. Anm.* 1214, 804–805, 809 *u. Anm.* 148, 822, 844, 1196, 1220, 1242, 1264, 1291, 1352, 1353, 1373, 1415, 1430, 1431, 1444, 1461
Burián, S. Baron 401 *u. Anm.* 713, 36, 402, 410, 411, 425, 431, 435,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

445, 446, 447, 449, 452–453, 454–455, 456, 457, 458, 464, 472, 476, 480, 487, 492–49, 532, 578, 768, 785, 791, 792, 793, 807, 814, 882
– Andrássy 795, 796
– Bethmann Hollweg 508, 581–584, 587–590, 797, 868, 872, 876, 892–893, 937
– Entlassung 885–886, 887, 889, 940, 942, 1400, 1409
– Friedensangebot (Dez. 1916) 929–930, 935, 1413, 1415, 1457, 1458
– Polen 548, 816, 829, 844, 845, 857, 860, 862, 879–880, 901, 911, 913, 914, 915, 920, 945, 1156, 1366, 1388, 1401–1402
– Rumänien 535, 536, 780
– Ubootkrieg 724
Bussche, H. Frhr. von dem 339 *u. Anm.* 582, 347, 351, 362, 467, 495, 507, 515, 831
Buxton, C. 382 *u. Anm.* 669
Buxton, N. 382 *u. Anm.* 669

Cadorna, Graf L. 421 *u. Anm.* 758, 533, 540, 831
Caillaux, J. 695 *u. Anm.* 1284, 1177
Cambon, J. 1052 *u. Anm.* 617, 5, 10, 13, 246, 247, 1190, 1223, 1230, 1231, 1235, 1236, 1237, 1241, 1244, 1251, 1254, 1258, 1271, 1273, 1280, 1283, 1298, 1330
Cambon, P. 1116 *u. Anm.* 795
Capelle, E. v. 682 *u. Anm.* 1264, 683, 692, 707, 709, 711, 805, 871, 1030
Caprivi-Zipfel 1265
Carl Eduard, Herzog 1178 *u. Anm.* 982
Carlin, G. 953 *u. Anm.* 418
Carp, P. 476 *u. Anm.* 854, 1433
Caspar, F. E. 715 *u. Anm.* 1324
Cassel, Sir E. 1184, 1185, 1186, 1234, 1254–1255, 1256, 1263
Čcheidse, N.S. 999 *u. Anm.* 518, 1005
Cecilie, Kronprinzessin 710 *u. Anm.* 1310
Chamberlain, H. S. 411 *u. Anm.* 737, 412, 1434
Chamberlain, J. 1051 *u. Anm.* 616
Charleville 374 *u. Anm.* 649
Charlotte, Königin 789 *u. Anm.* 113
Chiesa, G. della 343 *u. Anm.* 590
China 1197, 1200, 1215, 1235, 1439
Christian IX., König 216 *u. Anm.* 243
Christian X., König 433 *u. Anm.* 777, 1011
Churchill, Sir W. 124 *u. Anm.* 28, 430 Anm. 769, 592 u. Anm. 1100, 1264, 1280, 1299, 1347
– Dardanellen 540 *u. Anm.* 992
Claß, H. 1347, 1349
Clemenceau, G. 1083 *u. Anm.* 706, 1121, 1455
Cohn, O. 1143 *u. Anm.* 873, 46
Colijn, H. 720 *u. Anm.* 1336
Colshorn, H. 295 *u. Anm.* 466, 296
Conger, S. B. 671 *u. Anm.* 1244
Conrad von Hötzendorf, F. Frhr. 322 *u. Anm.* 539, 323, 373, 419, 441, 443, 445, 446, 447, 449, 457, 459, 752, 766, 807, 813, 814, 1158
– Falkenhayn 424–425, 436, 746
– Heirat 792 *u. Anm.* 119
– Hindenburg 764, 787
– Kriegführung 768
– Polen 842, 844, 858, 889, 920
– Rumänien 514–515
– Serbien 448, 468
Costinescu, E. 470 *u. Anm.* 839
Costinescu, R. 485 *u. Anm.* 874
Cramon, J. von 787 *u. Anm.* 108
Cumberland, Ernst August von 292 *u. Anm.* 454, 293, 295, 1286, 1289
Cyrenaika 245 *u. Anm.* 339
Czernin, O. Graf 345 *u. Anm.* 599, 36, 351, 476, 481–482, 495, 496, 535, 968–969, 970, 1015, 1023, 1428, 1442, 1445, 1446
– Bethmann Hollweg 1430
Czernowitz 495 *u. Anm.* 896

„**D**aily Chronicle“ 281 *u. Anm.* 420

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dallwitz, H. von 186 *u. Anm.* 172, 193, 200, 226, 239, 251, 299, 307, 324 *u. Anm.* 547, 437, 438, 569
Dandl, O. Ritter von 759 *u. Anm.* 50, 760, 761
Dänemark 215–216, 307, 512–514, 584–585, 593, 620–621
– Bethmann Hollweg 530–531, 699, 700
– Deutschland 315, 433, 782, 784, 850
– Falkenhayn 454, 630
– Ubootkrieg 631, 633, 656, 658, 659, 666, 667, 684, 687, 833, 878, 890, 965, 971, 972, 1009–1013
Dardanellen 430 *u. Anm.* 769, 432 *u. Anm.* 773, 496, 497, 499, 500, 501, 502, 504, 527, 530, 540 *u. Anm.* 992, 544, 624 *u. Anm.* 1171, 630
David, E. 347 *u. Anm.* 602, 3, 348, 1038, 1106, 1363, 1448
Davignon, J. 217 *u. Anm.* 246, 218
Davis, A. N. 875 *u. Anm.* 278, 882
Deák, F. von 581 *u. Anm.* 1078
Dedeagatsch 523 *u. Anm.* 956
Deimling, B. von 324 *u. Anm.* 547
Delbrück, C. 139, 178, 179, 192, 196, 198, 200, 215, 248, 249, 254, 278, 338 Anm. 579, 353, 355, 393, 400, 403, 405 *u. Anm.* 721, 426, 483, 505, 517, 614, 616, 627, 661, 662, 1052
– Bethmann Hollweg 567–568
– Ubootkrieg 29, 632
– Verabschiedung 740 *u. Anm.* 13, 742 *u. Anm.* 15, 744–745
– Vizekanzler 5–6, 324, 326–327
Delbrück, H. 170 *u. Anm.* 141, 44, 215 *u. Anm.* 239, 220 *u. Anm.* 256, 262 *u. Anm.* 375, 287 *u. Anm.* 440, 352–353, 1028, 1048, 1074 *u. Anm.* 674 u. 676, 1075, 1077, 1079, 1082 *u. Anm.* 696 u. 699, 1097, 1106 *u. Anm.* 762–763, 1107, 1108, 1110 *u. Anm.* 777, 1112, 1126 *u. Anm.* 826, 1129 *u. Anm.* 837, 1142 *u. Anm.* 871, 1168 *siehe* „Preußische Jahrbücher“
Delbrück, M. von 389 u. Anm. 688
Delcassé, T. 1070 u. Anm. 664
Dernburg, B. 498 *u. Anm.* 903, 635
Deutelmoser, E. 388 *u. Anm.* 685, 6, 592, 985, 986, 987, 988, 989
„Deutsche Allgemeine Zeitung“ 1151 *u. Anm.* 895, 1152, 1154 *u. Anm.* 906, 1140, 1463
Deutsche Bank 1267
„Deutsche Gesellschaft von 1914“ 634
„Deutsche Politik“ 1079 *u. Anm.* 688, 1152 *u. Anm.* 899
„Deutsche Tageszeitung“ 208 *u. Anm.* 224, 424 Anm. 762, 546, 640, 660, 669, 670, 801, 802, 825, 828, 1026
„Deutsche Zeitung“ 1026 *u. Anm.* 567, 1445
„Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch, Die“ *siehe* Kautsky-Dokumente
„Deutscher Nationalausschuß für einen ehrenvollen Frieden“ 799 *u. Anm.* 132, 802 *u. Anm.* 141
„Deutscher Stahlwerksverband“ 956 u. Anm. 423
Deutschland
– Dänemark 315, 530, 620–621
– Österreich-Ungarn 581–583, 587–591, 851–852
– Türkei 622–623
„Deutschland“ (Linienschiff) 964 *u. Anm.* 438
Deutsch-Südwestafrika 433 *u. Anm.* 775
Dewitz, O. von 303 *u. Anm.* 483
Dickinson, W. 285 *u. Anm.* 430
Djavid Bey, M. 364 *u. Anm.* 625
Dobrovič, S. 843 *u. Anm.* 223
Dodekanes 15, 239 *u. Anm.* 321, 245 Anm. 339, 444
Douglas, L. Graf 509 *u. Anm.* 922
Dreibund 149–150, 176 *u. Anm.* 152, 1204–1205, 1248, 1251, 1253, 1285, 1304

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Dreiklassenwahlrecht 40–44, 129–132, 133–133, 137–139, 140–149, 151 Anm. 97, 152–156, 157–159, 161–164, 202, 302–303, 358, 397–398, 624–628, 991–999, 1000–1004, 1006–1007, 1016–1021, 1027, 1042, 1075 *u. Anm.* 677, 1200, 1201, 1206, 1207, 1210, 1297, 1335, 1348, 1385, 1431, 1436, 1437, 1439, 1440, 1448, 1449, 1451, 1453, 1454, 1466
– Osterbotschaft/Text 991 Anm. 498, 1003 Anm. 527, 1029
Drews, W. 404 *u. Anm.* 718, 981, 1177, 1440
Dryander, E. 875 *u. Anm.* 280
Dünaburg 558
Dusch, A. Frhr. von 275 *u. Anm.* 400, 285, 438, 570

Ebert, F. 715 *u. Anm.* 1324, 1051, 1094
Ebert, P. 824 *u. Anm.* 181
„Economist“ 615 *u. Anm.* 1154
Eduard VII., König 126 *u. Anm.* 32, 280 *u. Anm.* 414, 1076, 1207, 1208
Egan, M. F. 735 *u. Anm.* 8
Einem, K. von 165 *u. Anm.* 133
Eisenbahn 136 *u. Anm.* 62, 137, 307 *u. Anm.* 495 *siehe* Bagdadbahn
Eisendecher, C. von 120 *u. Anm.* 12, 125, 136, 183, 197, 211, 218, 221, 241, 252, 255, 274, 280, 284, 289, 305, 311, 399, 999, 1042, 1060, 1063, 1119, 1120 Anm. 808
Eisendecher, L. 121 *u. Anm.* 13
Eisenhart-Rothe, E. von 764 *u. Anm.* 57, 766, 1171 *u. Anm.* 974
Eisenhart-Rothe, H. von 324 *u. Anm.* 546
Eisenhart-Rothe, P. von 1293
Eisner, K. 1086 Anm. 717
Elsaß-Lothringen 21, 22, 384, 1089–1090, 1195, 1197, 1267
– Aufteilung 370–372, 569–574, 1021–1022, 1075, 1331, 1339, 1340, 1361, 1372
  – Baden 570, 571, 572, 573
  – Bayern 391, 437–439, 570–571, 604–605, 609–610, 1393
  – Sachsen 571, 572, 605
  – Württemberg 570, 571, 572, 573, 604–606, 1021
– Beamte 199
– Bethmann Hollweg 8–9, 184, 219, 228, 285, 306, 395, 419, 428–429, 498, 528, 549, 575, 596–597, 708, 752 Anm. 32, 978, 992–994, 1071, 1072–1073, 1075–1076, 1080, 1085, 1135, 1204, 1227, 1251, 1253, 1264, 1331, 1338, 1339, 1347, 1392, 1407
– Bevölkerung 330–331, 334
– Erbschaftssteuer 226
– Kriegsgefangene 349
– Verfassung 127–128, 179–180, 190–193, 195–197, 198 *u. Anm.* 199, 202 *u. Anm.* 210, 358, 1203, 1225, 1228, 1233, 1234, 1296, 1302
– Wahlrecht 1238
Eltzbacher, P. 405 *u. Anm.* 720
England
– Bethmann Hollweg 8–9, 184, 219, 228, 285, 306, 395, 419, 428–429, 498, 528, 549, 575, 596–597, 708, 752 Anm. 32, 978, 992–994, 1071, 1072–1073, 1075–1076, 1080, 1085, 1135, 1204, 1227, 1251, 1253, 1264, 1331, 1338, 1339, 1347, 1392, 1407
– Blockade 617–618, 672–674
– Falkenhayn 328, 454, 562, 629, 645, 727
– Flottengespräche mit Deutschland 122–124, 129, 221–222, 223, 1184–1187, 1189–1190, 1191–1193, 1199, 1202, 1204, 1212, 1213, 1215–1217, 1220, 1221, 1226, 1228, 1229, 1232, 1233, 1244
– Italien 831
– Julikrise (1914) 318, 319, 1309–1328
– Propaganda 847–848
– Scheidemann 777
– Ubootkrieg 29, 30, 633, 634, 636–637, 657, 665, 666, 667, 671, 676, 680, 681, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 691, 694, 695, 699,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

700, 712, 719, 723–724, 728, 734, 761–762, 783, 802, 805–806, 822, 878, 893, 1010, 1023, 1024, 1025, 1134, 1386, 1407, 1430, 1460, 1462
– USA 677
„Englishman“ (Dampfer) 712 *u. Anm.* 1317
Enos-Midia-Linie 500, 554 *u. Anm.* 1013
Enver Pascha 445 *u. Anm.* 800, 467, 468, 524, 621–622, 624, 804, 813, 832
Erbschaftssteuer 167, 168, 209, 221, 222–226, 230, 267–269, 273, 275, 276, 285, 1258, 1259, 1266, 1282, 1288 *siehe* Steuern
Ernährung 393, 401 *u. Anm.* 712, 404–406, 419–420, 482–483, 564, 574, 579–580, 586, 596, 599 *u. Anm.* 1123, 666, 742 *u. Anm.* 17, 773, 900–901, 906, 995, 1028, 1301, 1302, 1304¸ 1434
– Belgien 646, 648
Ernst August III., Herzog 280 *u. Anm.* 413, 290 *u. Anm.* 446, 291–296, 1286, 1289, 1294, 1297
Ernst Ludwig, Großherzog 572 *u. Anm.* 1060
Ernte (1911) 205–206
Erzberger, M. 181 *u. Anm.* 163, 300 *u. Anm.* 479, 335 *u. Anm.* 574, 694, 958 *u. Anm.* 426, 1038, 1041 Anm. 596, 1057 Anm. 635, 1117 Anm. 800, 1158 *u. Anm.* 919
– Bethmann Hollweg 1444
– Prozeß (1920) 1149 *u. Anm.* 889
Esch, H. von der 594 *u. Anm.* 1104
Eugen, Erzherzog 813 *u. Anm.* 159, 871
Eulenburg, A. Graf zu 142 *u. Anm.* 73, 143, 153, 171, 1036, 1039

Falkenhausen, F. Frhr. von 905 *u. Anm.* 333, 744 Anm. 22
Falkenhausen, L. Frhr. von 967 *u. Anm.* 442, 1446
Falkenhayn, E. von 291 *u. Anm.* 452, 326, 361, 373, 376, 415, 441, 442, 443, 445, 447, 454, 527, 1087, 1121, 1123, 1158–1159
– Bethmann Hollweg 2, 7, 33–36, 47, 389 *u. Anm.* 689, 393, 396, 397 *u. Anm.* 704, 559–563, 564–566, 585–586, 592, 731, 748–750
– Bulgarien 416–417, 523, 524–525
– Conrad von Hötzendorf 424–425
– Dänemark 593
– Entlassung 425–426, 751, 757, 829–830, 837 *u. Anm.* A. 208, 849, 859, 1340, 1345, 1346, 1347, 1348, 1353, 1395, 1404
– Enver Pascha 621–622
– „Erinnerungen“ 1115 Anm. 789, 1119 *u. Anm.* 803, 1124, 1126
– Frankreich 602
– Hindenburg 36, 752, 755 Anm. 42, 763 *u. Anm.* 55, 764, 765, 790, 1398, 1403
– Italien 436, 451–452, 457, 459, 465, 817–818
– Krieg(führung) 19, 550, 557–558, 629–630, 683, 727, 745–746, 747, 781, 785, 804, 807—808
– Kriegsminister 291, 308, 309
– Kriegsziele 600–601, 1336–1337
– London 466, 469
– Mitteleuropa 34–35, 539–541, 1369
– Österreich-Ungarn 550 *u. Anm.* 1011, 562–563, 575–576, 587, 779–780
– Polen 26, 563, 576, 637–638
– Presse 641–642, 682
– Rumänien 461–462, 476–477, 478, 831
– Rußland 494, 563
– Serbien 16–17, 415–417, 419, 468, 471, 491, 503, 738, 1363
– Türkei 624, 738
– Ubootkrieg 28, 29, 30, 31, 35, 479, 484, 629–630, 644–646, 656, 659, 668, 675, 677, 679, 680, 681, 684, 697, 722, 723–724, 725, 728, 734, 746, 804, 807, 1388, 1393
– Versorgungslage 616

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Faustpfand 19, 374, 376, 414, 589, 598, 932–933, 1077, 1078, 1079, 1373, 1374, 1375, 1396, 1441
Fehmarn-Proojekt 513, 514, 530, 531
Fehrenbach, K. 1094 *u. Anm.* 727
Fendrichs, A. 526 *u. Anm.* 964
Ferdinand, König von Bulgarien 280 *u. Anm.* 415, 331, 418, 501, 525, 552, 558, 580, 592, 602, 602, 603, 623 *u. Anm.* 1170, 739, 788
Ferdinand I., König von Rumänien 474 *u. Anm.* 851, 469, 475, 482, 555, 820, 831, 832, 835, 839, 843, 846, 850
Ferrer, F. 285 *u. Anm.* 433
Feuerbestattung 189–190
Fideikommisse 176–178, 297–300, 919
Filipescu, N. 470 *u. Anm.* 839, 595
Finnland 403, 511 *u. Anm.* 928, 522 *u. Anm.* 953–954, 526, 528–530, 1329
– Bethmann Hollweg 320–321
– finnische Legion 529 *u. Anm.* 972
– Wilhelm II. 530
Fischer-Loßainen, R. von 528 *u. Anm.* 971, 530, 1011
Fisher, Sir J. 124 *u. Anm.* 27
Flamen 719 *u. Anm.* 1335, 1342, 1376, 1433, 1435
Flandern 1365
Flandernschlacht 377 *u. Anm.* 661
Fleisch/preise, ~versorgung 248–251, 1274
Flieger
– amerikanische 872, 873, 874
– französische 952
Flotow, H. von 217 *u. Anm.* 246, 218, 328, 368–369, 422, 1177, 1338
Flottenbau (deutscher) 8–9, 11, 219, 223, 259–260, 274, 1051, 1076, 1090
Flottengespräche (deutsch-englische) 122–124, 221–222, 1184–1187, 1189–1190, 1191–1193, 1199, 1202, 1204¸ 1212, 1213, 1214, 1215–1217, 1220, 1221, 1226, 1228, 1229, 1232, 1233, 1244
Flottengesetz (1912) 1222, 1247, 1249, 1253, 1255–1256, 1260, 1261, 1262, 1263, 1264, 1265, 1276, 1283
Flottenverein 8, 10, 1249, 1276
Forgacs, J. Graf 280 *u. Anm.* 417, 792
Forstner, G. Frhr. von 1292
Frank, L. 198 *u. Anm.* 200
„Frankfurter Zeitung“ 609 *u. Anm.* 1143, 721, 775 *u. Anm.* 80, 802
Frankreich
– Besetzung 352
– Bethmann Hollweg, 223, 306, 374, 427–428, 528, 545, 549–550, 575, 591, 604, 1283, 1298, 1340, 1341
– Falkenhayn 602, 629
– Julikrise (1914) 319, 1315, 1321, 1322, 1323, 1326, 1327, 1328
– Rüstungen 265
Franz Ferdinand, Erzherzog 312 *u. Anm.* 515, 869, 871, 1194, 1464
Franz Joseph, Kaiser 121 *u. Anm.* 17, 125–127, 240, 312, 335, 344, 345, 351, 362, 390, 394, 481 *u. Anm.* 865, 487, 490, 535, 536, 537, 578, 592, 787, 795, 811, 819, 868–869, 935, 942, 1135
„Freie Vaterländische Vereinigung“ 1349
Freisinn 224
Frey, W. F. 137 *u. Anm.* 64
Friedberg, R. 144 *u. Anm.* 77, 147, 159, 160, 200, 652, 1059 *u. Anm.* 637–638
Friedensangebot (Dez. 1916) 22–24, 31–32, 924 *u. Anm.* 360, 926, 944, 954, 955, 961 *u. Anm.* 430, 970–971, 1048–1949, 1099, 1413, 1414–1418, 1420–1425, 1435, 1449, 1457–1458
– Ablehnung 965 *u. Anm.* 441, 1427, 1428, 1457
Friedensresolution (1917) 1039–1040, 1049, 1057
Friedenssondierungen
– England 633, 953–964 *siehe* Rußland/Sonderfrieden *siehe* Andersen

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Friedensvermittlung (Wilsons) 22, 24, 31, 734, 735–736, 759, 760, 866 *u. Anm.* 258, 870, 873 *u. Anm.* 269, 877, 884 *u. Anm.* 296, 965 *u. Anm.* 441, 1099, 1337, 1338, 1385, 1390, 1399, 1402, 1405, 1406, 1409, 1412, 1413, 1415, 123, 1425, 1432, 1457–1458, 1459, 1460, 1461
Friedjung, H. 545 *u. Anm.* 1001, 546, 547, 551, 1372
Friedrich, Erzherzog 344 *u. Anm.* 593, 869, 1158
Friedrich I., Großherzog 438 *u. Anm.* 788
Friedrich II., Großherzog 125 *u. Anm.* 29, 136, 241, 285, 290, 570
Friedrich VIII., König 216 *u. Anm.* 245
Friedrich August III., König 268 *u. Anm.* 382, 271, 276, 277, 605
Friedrich Ferdinand, Herzog 658 *u. Anm.* 1222
Fuhrmann, P. 704 *u. Anm.* 1296, 778 *u. Anm.* 93
Fürstenberg, E. Frhr. von 443 *u. Anm.* 795, 458
Fürstenberg, M. E. II. Fürst zu 796 *u. Anm.* 124

Galizien 26, 459 *u. Anm.* 829, 461, 474 *u. Anm.* 852, 490, 491, 579, 582, 590, 603 *u. Anm.* 1129, 1395
– Autonomie 939–940, 942, 945, 949
Gallipoli *siehe* Dardanellen
Gallwitz, M. von 781 *u. Anm.* 98, 1015, 1052 *u. Anm.* 619
Gambetta, L. 540 *u. Anm.* 990
Gamp, K. Frhr. von 231 *u. Anm.* 287, 236 *u. Anm.* 311, 778
Gančev, P. 523 *u. Anm.* 955, 524, 843, 844
Ganghofer, L. 557 Anm. 1030
Garibaldi, G. 457 *u. Anm.* 825
Gaul, A. 1165 *u. Anm.* 956
Gebsattel, K. Frhr. von 1290
Gerard, J. W. 622 *u. Anm.* 1164, 667, 698, 712, 727, 731–732, 739, 862–863, 870–871, 875, 881, 973, 1385, 1391, 1402, 1407, 1410, 1411, 1427, 1458, 1459
– „Erinnerungen“ 1080 *u. Anm.* 690
Gerard, M. A. 622 *u. Anm.* 1164
Gerlach, R. von 971 *u. Anm.* 450
Getreide 354–355, 360–361, 392, 393, 402–403, 406, 505–507, 906
– Belgien 646 *siehe* Ernährung
Gevers, W. 1173 u. Anm. 969, 878, 1368
Gewerbeordnung 958 *u. Anm.* 425
Gewerkschaften 39, 41, 611, 613, 614, 661–662, 714–718, 1034–1035, 1431
Gibraltar 593
Giers, M. N. 910 *u. Anm.* 344
Giesberts, J. 834 *u. Anm.* 199, 835, 836
Giolitti, G. 550 *u. Anm.* 1012, 850, 1205
Glückstadt, E. R. 1012 *u. Anm.* 544
Gmunden 292, 295
„Goeben“ (Kreuzer) 381 *u. Anm.* 667
Goethe, J. W. von 968 *u. Anm.* 444, 387, 1062, 1073, 1139 *u. Anm.* 866, 1165, 1176 *u. Anm.* 975
Goltz, C. Frhr. von der 329 *u. Anm.* 563
Gołuchowski, A. Graf von 455 *u. Anm.* 822, 456, 590
Gordon, F. A. von 1116 *u. Anm.* 792, 1117
Goremykin, I. L. 595 *u. Anm.* 1111
Gorlice-Tarnów (Schlacht 1915) 553 *u. Anm.* 1022
Görz 811 *u. Anm.* 156, 819
Goschen, Sir E. 122 *u. Anm.* 20, 123, 129, 1051, 1186, 1187, 1189, 1190, 1192, 1205, 1206, 1208, 1212, 1213, 1215, 1221, 1223, 1226, 1227, 1228, 1231, 1233, 1239, 1243, 1244, 1246, 1251, 1253, 1256, 1265, 1278, 1286, 1315, 1316, 1329, 1330–1331
Goßler, H. von 310 *u. Anm.* 508
Gothein, G. 1285
Graef, W. 904 *u. Anm.* 331

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Graevenitz, H.-J. von 1015
u. Anm. 550, 1285, 1390
Granville, 3rd Earl 1274
Graßhoff, K. 697 *u. Anm.* 1287
Greindl, J. Graf 217 *u. Anm.* 246
„Grenzboten, Die“ 288 *u. Anm.* 443
Grew, J.C. 952 *u. Anm.* 413 u. 414, 953, 1419, 1420, 1421, 1423, 1424, 1425
Grey, Sir E. 123 u. Anm. 23, 25, 124, 129, 219, 275, 428, 429, 596
u. Anm. 1114, 597, 598, 633, 932
u. Anm. 382, 1076, 1088, 1120, 1193, 1194, 1195, 1201, 1210, 1227, 1253, 1263, 1264, 1265, 1360, 1366 1451
– Julikrise (1914) 318, 420
u. Anm. 756, 1111 *u. Anm.* 779, 1311–1312, 1319, 1324, 1348, 1364, 1379, 1392
Griechenland 313–314, 432, 555
u. Anm. 1028, 595 *u. Anm.* 1109, 603, 615, 1287, 1298
– Bulgarien 523, 524, 525, 566–567
– Julikrise (1914) 1320
Groeber, A. 384 *u. Anm.* 674
Groener, W. 904 *u. Anm.* 333, 924
u. Anm. 364, 925, 943, 944, 948
Gronau, H. von 798 *u. Anm.* 126
Grotthuß, Baron O. von 810
u. Anm. 155
Grumme-Douglas, F. von 844
u. Anm. 225
Grünau, W. Frhr. von 640
u. Anm. 1193
Guiccardini, Conte F. 1204–1205
Gustav V., König 509 *u. Anm.* 924, 510, 521, 522, 528, 529
Gwinner, A. von 388 *u. Anm.* 686, 391

Haakon VII., König 433 *u. Anm.* 776
Haase, H. 233 *u. Anm.* 296
Haeften, H. von 872 *u. Anm.* 267, 985
u. Anm. 485, 986, 987, 1121
Hagia Sophia 500 *u. Anm.* 906
Hakatisten 165 *u. Anm.* 130, 194
Haldane, R. 129 *u. Anm.* 42, 9, 221
u. Anm. 263, 228, 260, 1051, 1076, 1256–1258, 1259, 1260, 1261, 1264, 1265, 1276
Hale, W. 882 *u. Anm.* 288
Halil Bey (Menteşe) 467 *u. Anm.* 836, 508
Halim Pascha, Prinz Said 364
u. Anm. 626, 365, 366, 586
u. Anm. 1087
„Hamburger Nachrichten“ 1123
u. Anm. 818, 1456
„Hamburgische Correspondenz“ 171
u. Anm. 144
Hammann, O. 239 *u. Anm.* 317, 348, 775, 799 Anm. 132, 967–968, 1054, 1293
– „Erinnerungen“ 1127 *u. Anm.* 832
Hammarskjöld, H. von 522
u. Anm. 952
Haniel, E. 1114 *u. Anm.* 785
Hanotaux, G. 1149 *u. Anm.* 888
„Hansa“ (Kreuzer) 240 u. Anm. 326
Hansabund 202 *u. Anm.* 209, 270
u. Anm. 386
Harcourt, L. 1266
Harden, M. 1115 *u. Anm.* 788, 1239
Harnack, A. von 1028 *u. Anm.* 572
Hartmann, F. 342 *u. Anm.* 589, 736–738, 739, 741
Hartmann, L. M. 1106 *u. Anm.* 766
Hartwig, N.G. 1136 *u. Anm.* 852, 1301
Hatzfeldt-Trachenberg, H. Fürst von 156 *u. Anm.* 112, 636
Hatzfeldt-Wildenburg, H. Fürst zu 248 *u. Anm.* 342, 252
Hauptausschuß des Reichstags 864–865, 956 *u. Anm.* 420, 957, 977, 1024, 1069 *u. Anm.* 661, 1070–1071, 1386, 1389–1390, 1407–1408, 1410, 1411, 1417, 1432–1433, 1449–1451
Hauptmann, G. 285 *u. Anm.* 432
Haushaltsausschuß (des Reichstags) *siehe* Hauptausschuß
Haußmann, C. 367 *u. Anm.* 632, 13, 45, 1058, 1071, 1364

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Hearst, W. R. 882 *u. Anm.* 288
Heeresvorlage *siehe* Wehrvorlage
Heeringen, J. von 150 *u. Anm.* 92, 45, 156, 165, 166, 168, 172, 181, 223, 226, 233 *u. Anm.* 295, 258, 267, 283, 284, 1270
Heilbron, B. 1179 *u. Anm.* 989
Heilbron, F. 1069 *u. Anm.* 659, 1105, 1106, 1110, 1111, 1118, 1121, 1123, 1126, 1130, 1131, 1144, 1177–1178, 1179
Heilbron, K. 1179 *u. Anm.* 989
Heine, W. 717 *u. Anm.* 1329
Heinrich, Prinz 241 *u. Anm.* 327, 1204
Heinrichs, A. 644 *u. Anm.* 1199, 649
Helfferich, K. 400 *u. Anm.* 709, 426, 437, 453, 550, 596 *u. Anm.* 1115, 616 *u. Anm.* 1156, 627, 628, 758, 790, 805, 822, 825, 835, 836, 837, 1007, 1009, 1027, 1030, 1356
– „Erinnerungen“ 1108 *u. Anm.* 771, 1127 *u. Anm.* 830
– Erzberger 1149 *u. Anm.* 889
– Hilfsdienstgesetz 942, 944, 957, 960, 961–962
– Hindenburg 1427
– Kriegsanleihe 776
– Osterbotschaft (1917) 992, 1440
– Staatssekretär 742 Anm. 15
– Ubootkireg 29, 543–544, 632, 660, 709, 806, 918–919, 1365
– Untersuchungsausschuß 1143
Hellingrath, P. von 1006 *u. Anm.* 536, 1041
Henderson, A. 1072 *u. Anm.* 671, 1073
Herberstein, H. Graf von 861 *u. Anm.* 249
Hermannstadt (Schlacht 1916) 875 *u. Anm.* 279, 883, 1408
Herrenhaus, Preußisches *siehe* Preußisches Herrenhaus
Hertling, G. Graf von 211 *u. Anm.* 227, 32, 37, 44, 234 *u. Anm.* 299, 235 *u. Anm.* 304, 252–253, 290, 370, 426, 604, 694, 761, 803, 823, 841 *u. Anm.* 214, 1014, 1015, 1040, 1064, 1175, 1245, 1436, 1455
– Bundesratsausschuß 804–806, 808
– Elsaß-Lothringen 437–438, 439, 609 *u. Anm.* 1144, 1302, 1331, 1339
– OHL 1064 *u. Anm.* 650, 1068
– Reichskanzler 1053 *u. Anm.* 622, 1055 Anm. 628, 1059, 1072 *u. Anm.* 670
Hertzberg, G. 1169 *u. Anm.* 960, 1177
Herzog, R. 234 *u. Anm.* 297
Heydebrand und der Lasa, E. von 134 *u. Anm.* 54, 37, 135, 138, 140, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 153, 162, 168, 183, 200, 202, 211, 222, 268, 642, 643 *u. Anm.* 1198, 650, 716, 850, 854, 885, 1218, 1245, 1246–1247, 1296
Heynitz, R. von 910 *u. Anm.* 343
Hildebrand, K. 1
Hilfsdienstgesetz (Dez. 1916) 924–925, 930–931, 935, 938–939
– Bethmann Hollweg 942, 944–945, 946–948, 950–951, 1409, 1419, 1420, 1437
– Hindenburg 943, 951–951, 1046
– Ludendorff 940–941, 981, 1416
– Reichstag 956 *u. Anm.* 421, 957–962
– Text 961 Anm. 431
– Wilhelm II. 941
Hilmi Pascha, H. 495 *u. Anm.* 497
Hindenburg, P. von 373 *u. Anm.* 647, 382, 414, 909, 976, 1020, 1082 *u. Anm.* 700, 1350
– Bethmann Hollweg 412, 527–528, 549, 701, 752–753, 763 *u. Anm.* 55, 828, 850, 985–991, 1030, 1039, 1040, 1041, 1044, 1045–1048, 1050, 1065, 1132, 1427, 1428
– Bulgarien 846
– „Erinnerungen“ 1158 *u. Anm.* 920
– Falkenhayn 396, 751, 1341, 1346, 1403
– Friedensangebot (Dez. 1916) 935, 961

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Generalstabschef (3. OHL) 33–34, 35, 36, 755 Anm. 42, 1158–1159, 1405
– Helfferich 1427
– Hilfsdienstgesetz 930–931
– Kriegslage 926, 927, 928
– Kriegsziel 1426
– Oberbefehlshaber Ost 757 *u. Anm.* 46, 764, 765, 766, 787–788, 789, 790, 795, 798, 801 *u. Anm.* 140, 813, 819, 1395, 1397–1398, 140l, 1402
– Osterbotschaft (1917) 44
– Österreich 939–940, 1350
– Polen 27, 844, 860, 861, 885, 886, 895, 911, 912, 914, 916, 920, 967
– Reichstag 865
– Treutler 556
– Ubootkrieg 31, 37, 887, 893–894, 1456, 1458
– Weimarer Untersuchungsausschuß 46, 1139 *u. Anm.* 865
– Wilhelm II. 876
Hintze, P. von 1076 *u. Anm.* 682, 1126, 1197–1198, 1207
Hirsch, W. 825 *u. Anm.* 183, 909 *u. Anm.* 340
Hitler, A. 1179 Anm. 988
Hobohm, M. 1074 *u. Anm.* 675, 44, 1075
Hoch, G. 284 *u. Anm.* 297
Hoensbrech, W. von 903 *u. Anm.* 331
Hoesch, F. 1130 *u. Anm.* 842
Hoetzsch, O. 849 *u. Anm.* 231, 859–860
Hoffmann, A. 954 *u. Anm.* 419
Hohenlohe-Langenfeld, G. Fürst zu 525 u. Anm. 961
Hohenlohe-Schillingsfürst, G. Prinz zu 344 *u. Anm.* 595, 4, 345, 347, 350, 351, 390, 455, 460, 768, 780, 785, 790, 883, 1036, 1038
Hohenzollernsche Lande 372 *u. Anm.* 645
Hoiningen, E. Frhr. von 324 *u. Anm.* 547
Holland 33, 433, 454, 478–479, 850, 1368, 1376
– Falkenhayn 630
– Ubootkrieg 631, 632
Holle, W. 160 *u. Anm.* 123
Hollweg, C. 1102 *u. Anm.* 751, 1101 *u. Anm.* 745
Holtzendorff, H. von 569 *u. Anm.* 1050, 7, 526
– Bethmann Hollweg 702, 1404, 1411
– Falkenhayn 764, 765
– Ubootkrieg 28, 30, 31, 630, 636, 642–643, 656, 657, 660, 664, 665, 671, 675, 677, 680, 681, 684, 685, 687, 691, 692, 693, 695, 697, 710, 711, 712, 720–721, 723–724, 725, 728, 734, 761–763, 806, 833, 877, 917–919, 972, 1015, 1023 *u. Anm.* 563, 1133
House, E. 647, 863, 881, 1091, 1337, 1352, 1378–1379
Howard, Sir E. W. 980 *u. Anm.* 467
Hoyos, A. 350 *u. Anm.* 608
Huber, E. 1117 *u. Anm.* 797
Hugenberg, A. 392 *u. Anm.* 696, 704
Hughes C. E. 747 *u. Anm.* 26, 770, 882
Hutten-Czapski, B. Graf von 155 *u. Anm.* 111, 46, 47, 156, 159, 168, 171, 244, 288, 414, 450, 541 *u. Anm.* 993, 1053, 1138, 1140, 1149, 1166, 1354
– Tafelrunde 1171

„**I**mperator“ (Dampfer) 279 *u. Anm.* 412
Imperiali, G. Marquis 197 *u. Anm.* 197
Indien 380, 419, 434
Interfraktioneller Ausschuß 995 Anm 506, 1041 Anm 596, 1049 *u. Anm.* 609, 1055 Anm. 628
Ionescu, T. 470 *u. Anm.* 839, 595
Isonzo/~front 425, 442, 445, 447, 452, 455, 456, 458, 811 *u. Anm.* 156, 813, 819, 1059 Anm. 640, 1356
Italien 14–16, 175–176
– Arbeiter 376

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Bethmann Hollweg 232, 365, 435, 440, 443, 490, 493–494, 504, 550, 591, 980, 995, 1309, 1351, 1354, 1356
– Falkenhayn 436, 451–452, 817–818
– Julikrise (1914) 319, 1315
– Kohle 443–444, 446
– Kriegführung 463, 811–812
– Kriegseintritt 410 *u. Anm.* 734, 421, 461 *u. Anm.* 832, 1357, 1358, 1404, 1407
– Kriegserklärung (an Deutschland) 830–831, 834 *u. Anm.* 200
– Österreich 197, 322–323, 328–329, 390, 394, 401–402, 410, 415, 422–423, 425, 429, 430–431, 436, 441–449, 454–460, 465, 1356
– Türkei 356, 532–533
– Ubootkrieg 408
Italienisch-türkischer Krieg (1912) *siehe* Libyenkrieg
Izvol'skij, A. P. 126 *u. Anm.* 34, 1187, 1193, 1194, 1198, 1218, 1464

Jäckh, E. 526 *u. Anm.* 964
Jagow, G. von 175 *u. Anm.* 150, 45, 46, 47, 236, 316, 317, 424, 426, 488, 536, 549, 649, 653, 694, 703 *u. Anm.* 1294, 712, 805, 855, 911, 985, 986, 1098, 1101, 1103, 1104, 1105, 1108, 1110, 1114, 1119, 1120, 1125, 1128, 1137, 1142, 1143, 1144, 1145, 1147, 1148, 1179 *u. Anm.* 988, 1224, 1349
– „Erinnerungen" 1107 *u. Anm.* 769
Jagow, T. von 151 *u. Anm.* 98, 152, 329 *u. Anm.* 563, 330, 483
Janßen, K.-H. 33
Japan 333 *u. Anm.* 573, 974, 1202, 1355, 1366, 1390
Jarausch, K.H. 1
Jenisch, M. Frhr. R. von 254 *u. Anm.* 355, 255 *u. Anm.* 358
Jenny, R. C. 548 *u. Anm.* 1005
Jesuitengesetz 234 *u. Anm.* 299, 235 *u. Anm.* 305, 252–254, 262 *u. Anm.* 375, 358, 517–519, 960 *u. Anm.* 428, 1266–1267, 1268, 1275, 1277, 1285, 1295
– Aufhebung 978–979
Johann Albrecht, Herzog 290 Anm. 446
Jugendfürsorge 172–175
Julikrise (1914) 13, 317–320, 1106–1107, 1111, 1127, 1135–1135, 1305–1328, 1394, 1417
Jungbluth, H. A. 262 *u. Anm.* 373
Junius Alter 825 *u. Anm.* 182, 840 Anm. 212, 1394

Kabinettsorder (von 1820) 304–306, 308–311
Kaempf, J. 237 *u. Anm.* 313, 497, 606, 834, 836
Kageneck, K. Graf von 322 *u. Anm.* 539
Kalau vom Hofe, E. 670 *u. Anm.* 1242
Kanarische Inseln 936
Kanitz, H. W. Graf von 268 *u. Anm.* 383
Kapitulationen (Türkei) 364 *u. Anm.* 627
Kapp, W. 825 *u. Anm.* 182, 1394
Karl, Erzherzog/Kaiser 818 *u. Anm.* 165, 868 *u. Anm.* 262, 871, 872, 893, 900, 969, 970, 994, 1015, 1023, 1026
Karl I., König 340 *u. Anm.* 584, 341, 342, 515, 552, 602, 839
Karlsruhe (Bombardierung) 952 *u. Anm.* 416
Károlyi, M. 794 *u. Anm.* 121
Kattowitz 132 *u. Anm.* 51, 135–136, 1198
Kautsky, K. 46, 1142–1146, 1148, 1149
Kautsky-Dokumente 829, 1098, 1142, 1148, 1462–1463
Keim, A. 275 *u. Anm.* 398
Kerckering, E. Frhr. von 904 *u. Anm.* 331
Kerenskij, A. F. 1005 *u. Anm.* 553
Kessel, G. von 353 *u. Anm.* 612, 403–404, 420, 548, 707 *u. Anm.* 1305, 825

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Kessler, H. Graf 3, 1350, 1370, 1398
Kiautschou 933
Kiderlen-Wächter, A. von 213 *u. Anm.* 234, 5, 10, 217, 228, 236 *u. Anm.* 308, 246–247, 1194, 1211, 1212, 1236, 1237, 1238–1239, 1251, 1272, 1273, 1279, 1293
Kirchhoff, A. 1092 *u. Anm.* 726
Kirchhoff, H. 808 *u. Anm.* 150
Kirdorf, A. 956 *u. Anm.* 423
Kirk-Kilisse 523 *u. Anm.* 957
Kirsch, T. 141 *u. Anm.* 71
Kirschner, M. 186 *u. Anm.* 171, 187, 207
Kitchener, H. 399 *u. Anm.* 707, 429, 540, 558
Kleist, G. von 634 *u. Anm.* 1186, 635, 636, 799, 801, 802
Koblenz (Großes Hauptquartier) 5, 323 Anm. 542
Koch, R. 661 *u. Anm.* 1226, 805
Koester, H. von 754 *u. Anm.* 38
Koetz, A. 1084 *u. Anm.* 709
Kokovcov, Graf V. 239 *u. Anm.* 318, 242, 243, 244, 282, 910, 1270, 1290–1291, 1299
„Kölnische Volkszeitung“ 640–641, 660, 670, 775 *u. Anm.* 82
„Kölnische Zeitung“ 312 *u. Anm.* 513, 327 *u. Anm.* 556, 1249
Kolonien 720 *u. Anm.* 1339, 933, 1333, 1339, 1366, 1437
Kongo 211, 212, 217 *u. Anm.* 247, 218 *u. Anm.* 251, 1236, 1238, 1240, 1244, 1245
– Abkommen (Nov. 1911) 1243
Königsberg
– Rede des Kaisers 169 *u. Anm.* 140, 170
Konservative 37–38, 130, 132, 138–139, 140–143, 145, 146, 147, 148, 149, 152–153, 154–155, 158, 161–163, 168, 183–184, 202, 209, 211, 221, 222, 224, 225, 231, 261, 264, 268, 269, 275, 288, 626, 634–636, 704–705, 708, 716, 717, 821, 850, 880 *u. Anm.* 266, 1014, 1083, 1235, 1245, 1246, 1335, 1397
Konstantin, König 313 *u. Anm.* 518, 314, 432, 555, 559, 560, 566, 876, 994, 1287, 1303, 1320
Kopenhagen 216 *u. Anm.* 244
Kopp, G. von 140 *u. Anm.* 68
Körber, E. von 942 *u. Anm.* 400
Korfanty, W. 982 *u. Anm.* 472
Korfu 235 Anm. 301, 1159
Körte, S. 904 *u. Anm.* 331
Kostewitsch (russ. Offizier) 240 *u. Anm.* 324
Kraetke, R. 1171 *u. Anm.* 964
Kretakrise (1909) 1184, 1185, 1186, 1196, 1197, 1210, 1212
Kreuznach (Kriegszielprogramm April 1917) 20, 1066, 1067
„Kreuzzeitung“ 546, 640, 650 *u. Anm.* 1211, 706 *u. Anm.* 1301, 776 *u. Anm.* 83, 828, 859, 1124, 1129, 1155 *u. Anm.* 909
Kriege, J. 1121 *u. Anm.* 813
Kriegsamt 924, 951
Kriegsanleihen 351 *u. Anm.* 609, 377 *u. Anm.* 660, 776 *u. Anm.* 84, 835 *u. Anm.* 203
Kriegsausbruch (1914)
– Bethmann Hollweg 11–14
Kriegsernährungsamt 742 *u. Anm.* 17, 743–744, 803 *u. Anm.* 143, 909 *u. Anm.* 339, 1401
Kriegsgefahr 211–212, 217, 223, 258–260, 265–266, 271, 274, 285, 1266, 1273, 1277, 1280, 1286, 1305
Kriegsgefangene 412 *u. Anm.* 739, 1438, 1451
„Kriegsrat“ (Dez. 1912) 11, 260 *u. Anm.* 368
Kriegsschuldfrage 1110 Anm. 778, 1112–1115, 1348
Kriegsziele 425, 799 Anm. 132
– Agitation 800–801, 822–825
– Bethmann Hollweg 18–22, 335 *u. Anm.* 574, 366–367, 374–375, 378–379, 387, 409–410, 434, 520 *u. Anm.* 945, 529–530, 597–598, 601, 606–609, 690, 701–702, 771 *u. Anm.* 73, 772, 787, 802, 816, 827, 884, 930, 933, 1026, 1048–1049,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

1057 *u. Anm.* 631, 1064–1068, 1332–1333, 1335, 1336, 1340–1341, 1343, 1344, 1348, 1351, 1354, 1360, 1362, 1363, 1364, 1379, 1390, 1398, 1416, 1417, 1418, 1432, 1437, 1438, 1440, 1442, 1443, 1445–146, 1450, 1459
– Chamberlain 411–412
– Erzberger 335 *u. Anm.* 574
– Falkenhayn 563, 600–601, 1393
– Konservative 635 *u. Anm.* 1188
– „Kriegszielprogramm“ (Sept. 1914) 18–19, 21, 374 *u. Anm.* 650, 1332–1333
Kries, W. von 826 *u. Anm.* 187
Krobatin, A. Frhr. von 373 *u. Anm.* 646
Kronberg 1159
Kronrat (9. Juli 1917) 1031–1035, 1451, 1466
Krüger, F. 905 *u. Anm.* 333
Krupp, Familie 242 *u. Anm.* 332
Krupp von Bohlen und Halbach, G. 180 *u. Anm.* 158, 696
Kuhl, H. von 1465
Kühlmann, R. 454 *u. Anm.* 819, 633, 646 *u. Anm.* 1201, 658, 659, 664, 878, 888 *u. Anm.* 302, 1041, 1062 Anm. 645, 1064, 1067, 1265
Kühn, H. 233 *u. Anm.* 295, 236, 250, 283, 286, 316, 317, 400, 1178
Kuk, C. 968 *u. Anm.* 446, 983
„Kunstwart“ 1054 *u. Anm.* 623
Kurland 21, 22, 810, 933, 1026, 1062 *u. Anm.* 645, 1065, 1359, 1438, 1444
Kut al Amara 737 *u. Anm.* 10, 738, 1392
Kuyper, A. 719 *u. Anm.* 1334, 720

Lahusen, F. 883 *u. Anm.* 294
Lamprecht, K. 1295
Lancken-Wakenitz, O. von 119 *u. Anm.* 1, 1177
Lánczy, L. 453 *u. Anm.* 816
Landsberg, O. 610 *u. Anm.* 1145, 612, 1078, 1375
Landtag, Preußischer (13. Januar 1916) 1377
Landwirtschaft 505–506
Langfeld, A. 808 *u. Anm.* 148
Lansdowne, Marquess of 1072 *u. Anm.* 671, 1265
Lansing, R. 568, 617, 641, 642, 647, 667
Ledebour, G. 709 *u. Anm.* 1309, 777, 1221
Legien, C. 662 *u. Anm.* 1231
Leipzig, E. von 448 *u. Anm.* 806
„Leipziger Volkszeitung“ 1005
Lemberg 336 *u. Anm.* 576, 491 *u. Anm.* 887
Lentze, A. 193 *u. Anm.* 183, 195, 200, 250, 254, 273, 307, 400, 574, 591, 627, 854, 856, 934, 935, 981, 982, 1029
Leopold, Prinz von Bayern 394 *u. Anm.* 699, 527 Anm. 968, 798
– Heeresgruppe 766 *u. Anm.* 61, 798
Lerchenfeld-Köfering, H. Graf von u. zu 164 *u. Anm.* 128, 234, 475, 1268, 1275, 1278, 1282, 1286, 1304, 1347, 1352, 1356, 1360, 1369, 1378, 1379–1380, 1381, 1391, 1393, 1404, 1429, 1431, 1446–1447
Lersner, K. Frhr. von 875 *u. Anm.* 280
Leuss, H. 1070 *u. Anm.* 663
Lewald, T. 1169 *u. Anm.* 960, 1177
„L’Humanité“ 777 *u. Anm.* 88
Libyen 356
Libyenkrieg (1911/12) 232 *u. Anm.* 291, 239–240, 244–245, 265, 266, 1242, 1245, 1248, 1254, 1270, 1271, 1272
Lichnowsky, K. Fürst 248 *u. Anm.* 342, 252, 260, 275, 306, 1116 *u. Anm.* 792
Lichnowsky, M. Fürstin 252 *u. Anm.* 350
Lieber, E. 651 *u. Anm.* 1212
Liebesgabe 230 *u. Anm.* 285, 231, 236
Liebknecht, K. 325 *u. Anm.* 551, 396, 404, 597, 1387
Likowski, E. 324 *u. Anm.* 545, 333

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Liman von Sanders, O. 311
u. Anm. 511, 340, 341, 552 Anm. 1017, 1292, 1295, 1297, 1299, 1304, 1322
Lindequist, F. von 210, 1237, 1244
Linsingen, A. von 765 *u. Anm.* 58, 752, 787, 769 *u. Anm.* 64, 798, 1083
Lisco, H. 150 *u. Anm.* 93
Lissa 445 *u. Anm.* 801
Liszt, F. von 309 *u. Anm.* 504
Litauen 933, 1026, 1062 *u. Anm.* 645, 1065, 1444
Livland 21, 1359
Lloyd George, D. 129 *u. Anm.* 42, 3, 24, 32, 219 Anm. 253, 777, 932
u. Anm. 383, 965 *u. Anm.* 441, 1022, 1026, 1038 *u. Anm.* 573, 1083, 1239, 1246, 1378, 1378, 1379, 1447, 1455, 1460
– Bethmann Hollweg 1426
Lockstedt 529 *u. Anm.* 972
Lodz 378, 382
Loebell, F. W. von 330 *u. Anm.* 565, 6, 41, 42, 43, 338 Anm. 579, 353–355, 403, 506, 573, 574, 612, 613, 614, 649, 653, 714, 716, 717, 854, 892 *u. Anm.* 307, 921, 963, 1025 *u. Anm.* 566
– Dreiklassenwahlrecht 625, 626, 627, 628, 991 *u. Anm.* 497, 992, 993, 997, 998, 1016—1021, 1027, 1029, 1030, 1032, 1036 *u. Anm.* 584, 1440
Löhlein, H. 385 *u. Anm.* 678, 6, 30, 386, 388, 548, 678 *u. Anm.* 1259, 682, 692, 693
London
– Bombardierung 466–467, 469, 1022 *u. Anm.* 560, 1447
– Botschafterkonferenz (1913) 275 *u. Anm.* 402, 1277, 1278, 1279, 1283
– Seerechtsdeklaration (1909) 534 *u. Anm.* 979, 674, 721, 722, 727, 751 Anm. 32, 1382
– Vertrag
– (Mai 1913) 554 *u. Anm.* 1024
– (Sept. 1914) 591 *u. Anm.* 1098
Loreburn, Earl 291 Anm. 451
Lossow, O. von 812 *u. Anm.* 157
Lothringen 21, 22 *siehe* Elsaß-Lothringen
Louis, G. 1270
Lucius von Stoedten, H. Frhr. 510 *u. Anm.* 926, 620, 820, 1125 *u. Anm.* 825, 1147, 1148 *u. Anm.* 884, 1410
Luck 789 *u. Anm.* 114
Luckwald, E. von 601 *u. Anm.* 1124, 757
Ludendorff, E. 4, 858, 872, 889, 1015, 1132
– Bethmann Hollweg 47, 764, 984–987, 1030, 1039, 1040, 1041, 1044, 1050, 1065, 1075–1076, 1108, 1124, 1433, 1451
– „Erinnerungen“ 45, 1122 *u. Anm.* 816, 1126, 1155, 1156 *u. Anm.* 914
– Erster Generalquartiermeister 36, 1158–1159
– Friedensangebot (Dez. 1916) 934
– Hilfsdienstgesetz 930–931, 935, 940–941
– Kriegslage 926 *u. Anm.* 370, 927, 928
– Osterbotschaft (1917) 43, 44, 992, 1002
– Polen 27, 45, 841–842, 914, 915, 920, 1155 *u. Anm.* 909
– Ubootkrieg 31, 850, 895, 971
– Weimarer Untersuchungsausschuß 46, 1139 *u. Anm.* 865
Ludwig III., König 370 *u. Anm.* 641, 426, 437, 439, 521, 570, 571, 605, 751, 776, 789, 798, 808
– Elsaß-Lothringen 391–392
– Falkenhayn 755 *u. Anm.* 43, 758–761
– Ubootagitation 822–825, 841
Luise, Großherzogin 219 *u. Anm.* 255, 222, 281–282, 1060–1061, 1120
Luitpold, Prinzregent 235 *u. Anm.* 302

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

„Lusitania“ (Dampfer) 27, 28, 479 Anm. 862, 484, 534, 618, 619, 622, 639, 640, 641, 647 *u. Anm.* 1204, 656, 685, 686, 1133, 1361, 1375, 1380, 1386
Luther, M. 968 *u. Anm.* 444
Lüttich 25, 374, 421, 439, 440, 933, 1362
Luxemburg 5, 374, 1325, 1329, 1340
Lyncker, M. Frhr. von 396 *u. Anm.* 701, 426, 521, 556, 676, 680, 765, 829, 830, 1039, 1040, 1158, 1159

Macchio, K. Frhr. von 329 *u. Anm.* 561, 369, 394, 455, 460, 473
Mackensen, A. von 450 *u. Anm.* 811, 558, 752
Malcolm, Sir N. 1164 *u. Anm.* 953
Malsen, K. von 1275
Maltzahn, H. J. Frhr. von 355 *u. Anm.* 615, 754, 1335
Manasse, G. 905 *u. Anm.* 333
Mandel, K. 127 *u. Anm.* 37
Mankiewicz, P. 453 *u. Anm.* 816
Mannesmann, M. und R. 211 *u. Anm.* 229, 10, 212, 1203
Manteuffell, O. Frhr. von 142 *u. Anm.* 73, 143–144
Margate 476, 477
Marija Fëdorovna 591 *u. Anm.* 1099
„Marina“ (Dampfer) 953 *u. Anm.* 417, 954, 955
Marine 363, 534, 546, 661, 664, 678, 686, 691, 692, 693, 694, 700, 703, 801, 833, 975, 1133 *siehe* Holtzendorff/Tirpitz/Ubootkrieg
Marne (Sept. 1914) 8, 21, 33, 345 Anm. 800, 367, 416, 428, 553, 557, 602, 604, 690, 1099, 1129 *u. Anm.* 840, 1332, 1375, 1398
Marokkoabkommen (Nov. 1911) 1243, 1244
Marokkokrise (1911) 9–10, 206 *u. Anm.* 221, 211–215, 218–219, 220 *u. Anm.* 256, 434, 539, 1189, 1190, 1196, 1203, 1209, 1221, 1223, 1230–1231, 1234, 1236, 1237–1241, 1242, 1243, 1245, 1246, 1247, 1250
Marschall, U. Frhr. von 426 *u. Anm.* 765, 755, 757, 1039
Marschall von Bieberstein, Adolf Frhr. (Minister) 137 *u. Anm.* 64
Marschall von Bieberstein, Adolf Frhr. (Diplomat) 175 *u. Anm.* 150, 242 *u. Anm.* 331, 248, 1119, 1252, 1266
Marterer, F. Ritter von 344 *u. Anm.* 593, 345, 350, 792
Massow, E. von 470 *u. Anm.* 840, 788 *u. Anm.* 112, 843
Massow, W. von 288 *u. Anm.* 443
Max von Baden, Prinz 411 *u. Anm.* 736, 501, 508, 1061 *u. Anm.* 643, 1063 *u. Anm.* 649, 1082 *u. Anm.* 697, 1175, 1454, 1455–1456
Mazedonien 381, 553, 603
McKenna, R. 122 *u. Anm.* 20 u. 21, 124, 129
Mecklenburg 132–133, 230, 272 *u. Anm.* 392
Mehmed V., Sultan 623 *u. Anm.* 1168 u. 1170, 630, 1241
Meinecke, F. 1028 *u. Anm.* 572
Mensdorff, A. Graf von 1438
Mérey, K. 329 *u. Anm.* 561
Mertin, E. 1038 *u. Anm.* 585
Mertz von Quirnheim, H. Ritter 4, 1451
„Messagero“ 369 *u. Anm.* 638
Metternich, P. Graf Wolff 124 *u. Anm.* 28, 228, 236 *u. Anm.* 309, 849 *u. Anm.* 232, 1265
Metzsch-Reichenbach, G. Graf von 808 *u. Anm.* 148
Mexiko 756 *u. Anm.* 45, 770, 994 *u. Anm.* 502, 1042 *u. Anm.* 598
Meyer-Gerhard, A. 498 *u. Anm.* 903
Michaelis, G. 984 *u. Anm.* 478, 37, 44, 1004, 1040, 1050, 1053 *u. Anm.* 622, 1066, 1175
Michahelles, G. 501 *u. Anm.* 909, 558
„Militärisch-politische Korrespondenz“ 271 *u. Anm.* 391

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Miljukov, P. N. 999 *u. Anm.* 518, 1005
Mirbach, E. Frhr. von 235 *u. Anm.* 306
Mittag-Leffler, M. G. 321 *u. Anm.* 536
Mitteleuropa 562–563, 583, 588, 690, 867, 1332, 1334, 1369, 1370, 1371
– Bethmann Hollweg 701, 1340
– Falkenhayn 34–35, 539–541, 645
– Friedjung 545–546
– Hindenburg 36–37
Moabit (Berlin) 179 *u. Anm.* 157, 1222–1223
Moeller, E. von 371 *u. Anm.* 644
Mohl, D. von 1083 *u. Anm.* 703
Moltke, C. Graf von 315 *u. Anm.* 521
Moltke, F. von 131 *u. Anm.* 48, 135, 138, 141, 146, 595 *u. Anm.* 1084, 620, 621
Moltke, H. Graf von (d. Ält.) 1099 *u. Anm.* 741
Moltke, H. von (d. Jüng.) 165 *u. Anm.* 131, 15, 33, 166, 168, 261, 262, 322, 329, 393–394, 1087, 1121, 1126, 1141, 1276, 1327, 1463, 1465
Montenegro 1253–1254, 1301, 1303
Montenuovo, A. Fürst von 536 *u. Anm.* 983, 537, 797
Montgelas, A. Graf von 528 *u. Anm.* 985
Montgelas, M. v. 1071 *u. Anm.* 667, 1072, 1127
Moselkanalisierung 194–195
Moulton, J. F. 290 *u. Anm.* 449
Mudra, B. von 324 *u. Anm.* 547
Mühlberg, O. 402 *u. Anm.* 715
Mühlhausen 1459
Muhtar Pascha, M. 381 *u. Anm.* 666, 467
Müller, A. 905 *u. Anm.* 333
Müller, G. A. von 388 *u. Anm.* 686, 25, 32, 426, 477, 484, 485, 534, 538, 548, 661, 676, 677, 680, 681, 697, 712, 883, 1101, 1102, 1109, 1115, 1132, 1177, 1346, 1359, 1361, 1362, 1363, 1365, 1375, 1377, 1379, 1380, 1381, 1382, 1388, 1397, 1404, 1405, 1406, 1421, 1428, 1429, 1433, 1435, 1439, 1441, 1443, 1445, 1451, 1452
Müller, H. 1105 *u. Anm.* 759
Müller(-Meiningen), E. 236 *u. Anm.* 311
Mumm von Schwarzenstein. A. Frhr. 385 *u. Anm.* 677, 386
„Münchner Neueste Nachrichten“ 120 *u. Anm.* 11
Murmanküste 936 *u. Anm.* 388
Mutius, A. von 1177 *u. Anm.* 979
Mutius, G. von 413 *u. Anm.* 742, 1174–1176, 1177, 1178, 1179
Mutius, M. von 1177 *u. Anm.* 979

Nabokov, V. D. 1163 *u. Anm.* 947
Naby Ney, M. 356 *u. Anm.* 621
Nagel, P. A. 571 *u. Anm.* 1059, 605
Nancy 334
„National Review“ 598 *u. Anm.* 1120
Nationalliberale 130, 132, 139, 141, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 155, 159–160, 162, 182, 202, 224, 225, 521, 704, 708, 716, 1367, 1369
„Nationalliberale Beiträge“ 670
„Nationalliberale Korrespondenz“ 169 *u. Anm.* 139
Naumann, F. 1055 *u. Anm.* 627, 1117 *u. Anm.* 798, 898, 903 *u. Anm.* 329, 1453–1454
Negotiner Kreis *siehe* Serbien/Nordostecke
Nekljudov, A. V. 882 *u. Anm.* 290
„Neue Zürcher Zeitung“ 547 *u. Anm.* 1004
Neurath, K. Frhr. von 873 *u. Anm.* 268
Neuve Chapelle 429 *u. Anm.* 767
Ney, A. 412 Anm. 739
Nicolai, W. 758 *u. Anm.* 48, 872
Nicolson, Sir A. 1193–1194
Nikola I., König 994 Anm. 503
Nikolaj Nikolaevič, Großfürst 545 u. Anm. 1000, 549 *u. Anm.* 1009, 813
Nikolaus II., Zar 240 *u. Anm.* 322, 280 *u. Anm.* 414, 282, 318, 367, 527, 595 *u. Anm.* 1112, 604, 994 Anm.

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

504, 1147, 1184, 1351, 1358, 1439, 1464
– Wilhelm II. 1317, 1319, 1321, 1323
Nikolaus, Prinz 558 *u. Anm.* 1034
„Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ 592 *u. Anm.* 1100, 626, 652, 653, 654, 775, 918 *u. Anm.* 350, 1003 *u. Anm.* 526, 1075 *u. Anm.* 678, 1086–1090
Norddeutscher Bund 576 *u. Anm.* 1073, 577
Nordostecke Serbiens *siehe* Serbien/Nordostecke
Nordschleswig 511, 512–514, 530, 531, 584
Normann, O. von 209 *u. Anm.* 225
Norwegen 433, 1042 *u. Anm.* 598
Novogeorgievsk 531 *u. Anm.* 974

O'Beirne, H. J. 1219, 1269
Oettingen, C. von 1063 An. Anm. 647
Oettingen, F. von 1091 *u. Anm.* 725
Oettingen, K. von 1091 *u. Anm.* 725
Oettingen, W. von 285 *u. Anm.* 431, 45, 300, 332, 902, 1044, 1060, 1062, 1072 *u. Anm.* 669, 1083, 1084, 1095, 1125, 1138, 1153, 1164, 1165 Anm. 957, 1455
Oldenbourg-Januschau, E. von 180 *u. Anm.* 159
Oldenburg 923
Olympiastadion (Berlin) 204 *u. Anm.* 218
Oncken, H. 1117 *u. Anm.* 799
Oppen, G. von 451 *u. Anm.* 812
„Orduna“ (Dampfer) 533
Osten-Sacken, N. D. Graf von der 1234, 1246
Osterbotschaft (1917) *siehe* Dreiklassenwahlrecht
Österreich-Ungarn
– Balkan 126, 1194, 1202, 1218, 1220, 1222, 1269, 1271, 1272, 1273, 1279, 1464
– Bethmann Hollweg 12–13, 135, 312, 314, 362, 366, 429–430, 563, 577–579, 587–588, 683, 811–812, 833, 867–870, 893, 907, 949–950, 1023, 1025, 1277, 1284, 1303, 1372, 1408, 1445
– Ernährungslage 899–900, 906, 908, 1004
– Falkenhayn 35, 550 u. Anm. 1011, 562–563, 575–576, 779–780, 867–868
– Friedjung 546
– Hindenburg 946
– Italien 197, 322–323, 328–329, 368–369, 390, 394, 401–402, 410–411, 422–423, 425, 429, 439–431, 436, 441–449, 454–460, 465, 472–475, 490, 1356
– Julikrise (1914) 317–319, 1088–1089
– Kriegführung 374, 768–769, 796, 819
– Kriegsziele 930, 1416, 1446
– Militärkonvention (mit Deutschland) 562–563, 851–852, 867–868
– Polen 594, 637–638, 845, 853, 857, 860–862, 879–881, 886, 910–916
– Rumänien 335 *u. Anm.* 575, 336–338, 339–340, 341–342, 343–345, 347, 350, 351, 362, 476, 480–482, 493, 494, 535–537, 780
– Rußland 424–425
– Scheidemann 777
– Serbien 1281, 1305–1315, 1342, 1464
– Tschirschky 791
Ostküstenbahn (in Schleswig) 307 *u. Anm.* 495

Paasche, H. 769 *u. Anm.* 66, 778
Pacelli, E. 22, 1461, 1463–1464
Pachnike, H. 1050 *u. Anm.* 612, 45
Pallavicini, J. Markgraf von 487 *u. Anm.* 876
Pallmann, H. 120 *u. Anm.* 9 u. 11
Palme, H. 321 *u. Anm.* 536
Palme, S. 321 *u. Anm.* 536
Pan Mallet, L. du 328 *u. Anm.* 557
„Panther-Sprung“ nach Agadir (1911) 215 *u. Anm.* 240, 1236, 1238, 1239, 1244, 1246, 1258

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Parteien
– Bethmann Hollweg 37–40, 197, 198, 202, 203, 277, 288, 379, 594–599, 606–609, 644, 649, 652, 733, 769–779, 834–837, 840, 1023, 1024, 1028, 1030–1031, 1035–1036, 1041–1042, 1055–1058, 1225, 1239, 1355, 1371, 1395, 1448
– Loebell 1016–1019
Parvus, A. 586 *u. Anm.* 1088
Passow, S. 450 *u. Anm.* 810
Payer, F. von 606 *u. Anm.* 1135, 43, 607, 608, 609, 772–773, 775, 777, 779, 1021, 1028, 1038, 1040, 1050, 1051, 1055 Anm. 628, 1058, 1059
Pemba 1257, 1260, 1265
Persien 434 *u. Anm.* 779, 1204, 1208, 1209, 1210, 1218, 1219, 1220, 1221, 1223–1124, 1231, 1232, 1234, 1242
Peter I. Karadjordjević, König 240 *u. Anm.* 323, 994 Anm. 503
Petersen, C. W. 1149 *u. Anm.* 887
Pfuel, A. A. von 201 *u. Anm.* 208
Pfuel, C. von 201 *u. Anm.* 208
Pfuel, K. von 388 *u. Anm.* 684, 1061, 1153
Pichon, S. 333 *u. Anm.* 573, 1195, 1209
Pius X., Papst 184 *u. Anm.* 166
Pleß, H. H. XV., 3. Fürst von 363 *u. Anm.* 623
Plessen, H. G. von 204 *u. Anm.* 216, 44, 205 Anm. a–a, 258, 680, 752, 830
Podbielski, V. von 204 *u. Anm.* 217, 575
Podewils, C. Graf von 252 *u. Anm.* 351, 253, 394
Pohl, H. von 341 *u. Anm.* 587, 6, 480 *u. Anm.* 863, 496, 1102, 1132, 1136, 1331
Pohl, Frau von 1130, 1131
Poincaré, R. 245 *u. Anm.* 340, 1052, 1117, 1371, 1452, 1456
Pola 442 u. Anm. 793
Poldhu 847 *u. Anm.* 229, 872
Polen
– Bassermann 772
– Bethmann Hollweg 26–27, 121–122, 139–140, 158, 193–194, 516, 529, 548, 579, 583–584, 591–591, 593, 608, 690, 771 *u. Anm.* 71, 826–827, 852–856, 879–881, 885–886, 891–892, 919–922, 981–983, 1065, 1124, 1198, 1203, 1330, 1339, 1364, 1365, 1368, 1372, 1376, 1387–1388, 1393, 1401, 1402, 1412, 1417, 1428
– Enteignung 200, 855 *u. Anm.* 241 *siehe* Ansiedlungskommission
– Falkenhayn 563, 575, 637–638
– Hindenburg 946, 967
– Ludendorff 27, 45
– Österreich-Ungarn 582, 589–590, 591–592, 594, 794, 795, 796, 829, 860–862, 901–902, 1366, 1400
– Rekruten 809–810, 816–817, 841, 857–858, 860–861, 876, 879–880, 886, 888–889, 896, 920, 920, 938, 945, 968, 983 *u. Anm.* 477, 1399, 1413, 1415, 1429
– Unabhängigkeit 26–27, 826–827, 921 *u. Anm.* 354, 1414
  – Manifest 817, 841–842, 844, 858, 910–916, 920–921, 936–937, 1147
– Westarp
Polnischer Grenzstreifen 26, 583–584, 589 *u. Anm.* 1095, 590–591, 771, 826, 1074, 1371, 1372
Porsch, F. 141 *u. Anm.* 71, 303
Portugal 432–433, 676 *u. Anm.* 1257
– Kolonien 1250, 1253, 1261, 1291, 1300, 1304, 1312
Posen 324
– Rede des Kaisers 165, 169
– Schloß 168 *u. Anm.* 138
„Post, Die“ 208 *u. Anm.* 224, 244 *u. Anm.* 336, 670
Potiorek, O. 416 *u. Anm.* 749, 431, 553, 602
Potsdam (Kaiserentrevue Nov. 1910) 9, 12, 243 *u. Anm.* 335, 245, 1219, 1220, 1222, 1223, 1224, 1269, 1270, 1272, 1273

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Pourtalès, F. Graf von 243
u. Anm. 333, 1121
Pourtalès, G. Gräfin von 243
u. Anm. 333
Pourtalès, S. Gräfin von 243
u. Anm. 333
Preiß, J. 196 *u. Anm.* 195
Presse
– Bethmann Hollweg 20, 30, 169, 170, 188, 189, 353–354, 385–386, 388, 640–642, 660, 669–671, 682, 688–690, 696, 698–702, 748, 775, 827–828, 866–867, 872–873, 1006–1007, 1093, 1371, 1384
– Dänemark 620–621
Preußen
– Reich 257–258
– Staatsgedanke 357–358
„Preußische Jahrbücher" 170
u. Anm. 141, 215 u. 239, 220
u. Anm. 256, 262 *u. Anm.* 374, 287
u. Anm. 440, 352 *u. Anm.* 611, 1048
u. Anm. 606, 1074 *u. Anm.* 674 u. 676, 1075 *u. Anm.* 680, 1079, 1082
u. Anm. 696 u. 699, 1097
u. Anm. 755 u. 736, 1098
u. Anm. 738, 1107, 1126 Anm. 826, 1129 *u. Anm.* 837, 1142 Anm. 871, 1456
Preußisches Abgeordnetenhaus
– Bethmann Hollweg
– (19. Januar 1910) 1198
– (10. Februar 1910) 1200
– (27. Mai 1910) 1210
– (9. Juni 1910) 1211
– (7. März 1911) 1227
– (23. März 1911) 1228
– (12. Oktober 1912) 1274
– (13. u. 15. Januar 1914) 1296, 1297
– (14. März 1917) 1436
Preußisches Herrenhaus 799–803, 996, 997, 1018
– Bethmann Hollweg
– (15. April 1910) 1206
– (28. April 1910) 1207
– (10. Januar 1914) 1296
Price Collier, H. 221 *u. Anm.* 261
Prittwitz und Gaffron, F. von 1177
u. Anm. 980
Protopopov, A. D. 882 *u. Anm.* 291, 886, 1147, 1410
Przemyśl 413, 416 *u. Anm.* 750, 417, 418, 420 *u. Anm.* 757, 429, 474 Anm. 852
Putlitz, W. Ganz zu 236 *u. Anm.* 311

Quarck, H. 1145 *u. Anm.* 877, 1148
Quast, F. 584 *u. Anm.* 1082

Rabe von Pappenheim, W. Frhr. von 333 *u. Anm.* 572
Radev, S. 508 *u. Anm.* 920
Radoslavov, V. 552 *u. Anm.* 1018, 470, 554, 788, 843, 845, 960
u. Anm. 429
Radziwill, F. Fürst 983 *u. Anm.* 475
Ramsgate 477
Rantzau, C. Graf zu 315 *u. Anm.* 521
Rasputin, G. E. 1162 *u. Anm.* 942
Rassow, P. 1154 *u. Anm.* 904 u. 906, 1155, 1156, 1158–1160, 1163
Rassow, V. 1164 *u. Anm.* 951
Rathenau, 1276
Ratibor, M. Prinz von 538
u. Anm. 986, 878
Ravenna 235
Reichenau, F. von 321 *u. Anm.* 537
Reichsmarineamt *siehe* Marine/Tirpitz
Reichstag 594 *u. Anm.* 1106, 863–864
– Bethmann Hollweg 236, 286–287, 300, 375 *u. Anm.* 654, 593, 597–599, 834–837, 838, 906–907, 922
– Reden
– (9. Dez. 1909) 1196
– (10. Dez. 1909) 1196
– (13. Dez. 1909) 1197
– (19. Februar 1910) 1201
– (5. März 1910) 1202
– (26. Nov. 1910) 1221
– (28. Nov. 1910) 1221
– (10. Dez. 1910) 1222
– (13. Dez. 1910) 1222–1223

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– (28. Januar 1911) 1225
– (30. März 1911) 1229
– (23. Okt. 1911) 1243
– (5. Nov. 1911) 1244
– (10. Nov. 1911) 1245
– (5. Dez. 1911) 1250, 1251
– (15. Februar 1912) 1258
– (16. Februar 1912) 1258
– (19. Februar 1912) 1259
– (22. April 1912) 1266
– (26. April 1912) 1266–1267
– (2. Dez. 1912) 1275
– (4. Dez. 1912) 1275
– (7. April 1913) 1283
– (12. April 1913) 1284–1285
– (16. April 1913) 1285
– (11. Juni 1913) 1287
– (30. Juni 1913) 1287
– (3. Dez. 1913) 1292–1293
– (4. Dez. 1913) 1293
– (9. Dez. 1913) 1293–1294
– (10. Dez. 1913) 1294
– (23. Dez. 1913) 1297–1298
– (4. April 1914) 1328–1329
– (2. Dez. 1914), 384 *u. Anm.* 675, 1339
– (18. Mai 1915) 1356
– (28. Mai 1915) 1357
– (9. August 1915) 1078
– (19. August 1915) 1367–1368, 1370
– (9. Dez. 1915) 606–609, 615, 1077, 1373–1374, 1375
– (5. April 1916) 1387
– (5. Juni 1916) 1394
– (6. Juni 1916) 1394
– (28. Sept. 1916) 1407
– (29. Sept. 1916) 876 *u. Anm.* 282
– (12. Dez. 1916) 1424
– (27. Februar 1917) 1434–1435
– (29. Mai 1917) 1439
– (15. Mai 1917) 1445–1446
– Friedensresolution 1039–1040, 1066
– Hilfsdienstgesetz 947, 956 *u. Anm.* 423, 957–962
– Interpellation (Dez. 1915) 598, 606–609, 610, 1077, 1078, 1374
– Rumänien 832 *u. Anm.* 196
– Verfassungsausschuß (1917) 995–996, 1007–1009, 1013, 1031, 1156, 1159, 1444
– Wahlen (1912) 219 *u. Anm.* 254, 224 *u. Anm.* 269
– Wilhelm II. 281
„ Reichsverband der Deutschen Presse“ 748–749
Reichsvereinsgesetz *siehe* Vereinsgesetz
Reichsversicherungsordnung 1222
Reischach, H. Frhr. von 752 *u. Anm.* 35, 1178
Reiser, A. 902 *u. Anm.* 327
Renaudel, P. N. 595 *u. Anm.* 1113
Renner, M. 878 *u. Anm.* 284
Reusch, P. 905 *u. Anm.* 333
Reventlow, E. Graf zu 385 *u. Anm.* 678, 423–424, 426 *u. Anm.* 766, 669 *u. Anm.* 1240, 679, 691, 778, 801 *u. Anm.* 138, 802, 823, 919, 1026, 1413
Rheinbaben, G. Frhr. von 134 *u. Anm.* 54, 330 *u. Anm.* 566
Rheinbund 576 *u. Anm.* 1073
„Rheinisch-Westfälische Zeitung“ 145 *u. Anm.* 79
Ribot, A. 1028 *u. Anm.* 573
Richthofen-Mertschütz, E. Frhr. von 180 *u. Anm.* 159
Ricklin, E. 438 *u. Anm.* 786
Riemer, F. W. 1139 *u. Anm.* 866
Riesser, J. 270 *u. Anm.* 387
Riezler, K. 3, 19, 24, 33, 39, 40, 357–359, 675, 799 Anm. 132, 1038, 1070, 1172, 1178, 1306–1307, 1330, 1334, 1335, 1337, 1338, 1340, 1343, 1348, 1350, 1377, 1383–1384, 1392, 1395, 1398, 1413, 1431, 1434
– Bethmann Hollweg 1199, 1230, 1233
Rizov, D. 567 *u. Anm.* 1048, 788, 1413

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Röchling, K. 1296
Roedern, S. Graf von 370
u. Anm. 639, 438, 1440
Rohrbach, P. 1079 *u. Anm.* 688, 799
u. Anm. 132, 1152 *u. Anm.* 899
Romberg, G. Frhr. von 847
u. Anm. 230, 1177
Rominten 254 *u. Anm.* 357
Roosevelt, T. 1208
Roselius, L. 341 *u. Anm.* 588
Rotbuch 1126 *u. Anm.* 827, 1129
u. Anm. 837
„Rote Tag, Der" 548 *u. Anm.* 1006
Rötger, M. 904 *u. Anm.* 331
Rubinstein (Informant) 814
Rumänien 336
– Besetzung 926–927
– Bethmann Hollweg 16–18, 335
u. Anm. 335, 418, 431, 435, 440, 464, 469, 474, 475, 481–482, 486–489, 492, 495, 498, 551–552, 555, 819, 1183, 1291, 1306, 1327, 1330, 1433–1434
– Falkenhayn 461–462, 476–477, 804
– Kriegseintritt 819 *u. Anm.* 167, 831
u. Anm. 192, 832, 838–839, 850
u. Anm. 233, 1404, 1407
– Österreich 335–338, 339–340, 341–342, 343–345, 347, 350, 351, 362, 480–482, 535–537, 768, 780
– Presse 346
– Ultimatum 507–508, 512, 514–515, 849, 859, 860
Rupprecht, Kronprinz 290 *u. Anm.* 448, 426, 798
Rußland
– Bethmann Hollweg 239–240, 241–242, 243–244, 245, 306, 383, 428, 498, 527, 544, 545, 549, 575, 603–604, 935, 1197, 1213, 1268, 1271, 1285, 1307, 1309, 1310, 1311
– Falkenhayn 494, 539–540, 563, 629
– Februarrevolution (1917) 984, 994, 999, 1005, 1007, 1439, 1440–1441, 1443
– Julikrise (1914) 318, 319, 1313–1328
– Rüstungen 265, 312 *u. Anm.* 513
– Sonderfrieden 504 *u. Anm.* 913, 527, 529, 584, 585, 591, 595, 603, 812, 814, 827, 833, 853–854, 880, 882, 885, 892, 910, 1066, 1123, 1147, 1336–1337, 1350, 1351, 1358, 1360, 1362, 1363, 1365, 1372, 1388, 1391, 1396, 1403, 1410, 1446
– Türkei 500

Saarkanalisierung 194–195
Sachsen 270–271, 275, 301
– Elsaß-Lothringen 439, 572, 573, 605
Saenger, Bürgermeister 905 u. Anm. 333
Salandra, A. 369 *u. Anm.* 637, 472
Salm-Horstmar, O. Fürst zu 823
u. Anm. 178
Salonikifront 558 *u. Anm.* 1036, 586, 603, 629, 790, 927 *u. Anm.* 375, 1373
Salza, E. Frhr. von 230 *u. Anm.* 283, 276, 682
San Giuliano, A. Marchese di 149
u. Anm. 89, 150, 175, 197, 1205, 1210, 1214, 1219
Sandt, M. von 330 *u. Anm.* 566, 329 Anm. 563, 352 *u. Anm.* 610
Sansibar 1257, 1260, 1265
Sarrail, M. 804 *u. Anm.* 144
Sazonov, S. D. 203 *u. Anm.* 214, 12, 240, 242, 243, 282, 595, 820
u. Anm. 172, 1103, 1111
u. Anm. 779, 1116, 1120, 1123, 1124, 1194, 1195, 1218, 1219, 1220, 1222, 1223, 1225, 1252, 1269, 1270, 1271, 1366
Scavenius, E. 433 *u. Anm.* 777, 513, 531, 585, 593, 620, 621, 736, 784, 850, 1012, 1350
Schäfer, D. 704 *u. Anm.* 1296, 903
u. Anm. 330, 907, 909
Scheer, R. 801 *u. Anm.* 137, 823
u. Anm. 179, 824, 843, 969, 972, 1015
– Ubootkrieg 1396–1397, 1406
Scheidemann, P. 237 *u. Anm.* 313, 39, 46, 300, 606 *u. Anm.* 1136, 607, 610 *u. Anm.* 1145, 612, 774

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Interpellation (Dez. 1915) 1374
– Kriegsziele 776–778, 779
Scheüch, H. 370 *u. Anm.* 640, 371, 1178
Schiedssprechung 618, 1238
Schiemann, T. 1456
Schiffahrt 136 *u. Anm.* 2, 137, 139 *u. Anm.* 67, 194–195
Schiffer, E. 144 *u. Anm.* 77, 160, 171, 303
Schiffer, C. M. 834 *u. Anm.* 199, 836, 998
Schlesien 177–178
„Schlesische Zeitung“ 202 *u. Anm.* 211
Schleswig 584, 708 *siehe* Nordschleswig
Schleswig-Holstein 307, 315, 620, 621, 658
Schlieffen, A. von 1222 *u. Anm.* 814, 1135
– Kriegsplan 262 *u. Anm.* 374, 1122 *u. Anm.* 814, 1129
Schlieper, G. 843 u. Anm. 221
Schlözer, K. von 120 *u. Anm.* 8
Schmeling, Journalist 189
Schmidt(-Ott), F. 1177 *u. Anm.* 978
Schneider, R. 568 *u. Anm.* 1049, 569
Schoen, W. Frhr. von 119 *u. Anm.* 1, 120, 122, 427, 751, 755, 760–761, 790
Schorlemer(-Lieser), C. von 160 *u. Anm.* 124, 162, 177, 178, 193, 200, 239, 250, 254, 264, 303, 355, 400, 405, 483, 505, 506, 548, 579, 580, 581, 627, 715, 717, 718, 743, 744, 984, 993, 997, 998, 1029, 1207
Schratt, K. 586 *u. Anm.* 1086
Schücking, W. 1127 *u. Anm.* 829
Schulenburg, R. W. von der 330 *u. Anm.* 566
Schulenburg-Grünthal, B. Graf von der 905 *u. Anm.* 333
Schulwesen 172–175
– Religionsunterricht 263–264
Schulz, G. 606 *u. Anm.* 1135, 607, 608
Schulz, P. 453 *u. Anm.* 818, 586 *u. Anm.* 1086, 592, 953
Schwarzes Meer 340–341
Schweden 433, 782, 835, 836, 898, 903 *u. Anm.* 329, 971, 1051, 1109, 1143 Anm. 874, 1267, 1294, 1375
– Falkenhayn 630
– Finnland 321
– Julikrise (1914) 1318
– Kriegseintritt? 501, 508–511, 521–522, 528–529, 530, 620
– Ubootkrieg 890
Schweine/~mord 404–405
Schweinitz, W. von 415 *u. Anm.* 748, 818, 1351
Schweiz 412, 847, 884 *u. Anm.* 296, 971, 972, 1363
Schwerin-Löwitz, H. Graf von 172 *u. Anm.* 145, 182, 653, 654, 705
Schwertfeger, B. 1100 *u. Anm.* 743, 1086 Anm. 716, 1118 *u. Anm.* 802, 1132, 1140, 1141, 1150 *u. Anm.* 890, 1151 *u. Anm.* 893 u. 895, 1152 *u. Anm.* 898, 1157, 1402
Schwyzer, F. 412 *u. Anm.* 739
Sechserverband 777, 903, 907, 909
Seidlitz-Sandreczki, E. J. Graf von 634 *u. Anm.* 1187, 636, 802
Sell, U. Frhr. von 373 *u. Anm.* 648
Senarclens-Grancy, A. Frhr. von 409 *u. Anm.* 730
Senfft von Pilsach, A. Frhr. von 904 *u. Anm.* 331
„Septemberprogramm“ (1914) 18–19, 21, 374 *u. Anm.* 650, 1332–1333 *siehe* Kriegsziele
Serbien 380–382, 1087–1088, 1136, 1273
– Besetzung 448, 453, 455, 463, 467, 468, 497, 500, 502, 503, 549 *u. Anm.* 1010, 550, 558 *u. Anm.* 1033, 575, 602
– Bethmann Hollweg 16–17, 34, 417–419, 559–560, 1301, 1303
– Falkenhayn 415–417, 425, 491, 559
– Julikrise (1914) 1305–1315, 1328

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Nordostecke 16, 18, 380, 381, 382, 417, 418, 424, 468, 470, 471, 491, 495, 500, 523, 524, 555, 574 *u. Anm.* 1068, 603, 1356
– Österreich 1281, 1305–1315, 1318, 1328, 1342, 1464
Sering, M. 392 *u. Anm.* 696
Serret, Oberst 1284
Seydewitz, E. von 230 *u. Anm.* 283, 301, 605 *u. Anm.* 1131
Sibirien 333
Siebenbürgen 335, 341, 342, 343, 345, 347, 351, 362, 495 Anm. 896, 496
Sieghart, R. 453 *u. Anm.* 817
Singapore 434 *u. Anm.* 778
Sixtus von Bourbon-Parma, Prinz 1160 *u. Anm.* 928, 1463
Skagerrak (Schlacht 1916) 751–752, 770–772, 776, 824, 1397, 1399
Soden-Fraunhofen, M. Graf von 605 *u. Anm.* 1132
Solf, J. 1171 *u. Anm.* 967
Solf, W. H. 326 *u. Anm.* 554, 47, 446, 635, 636 *u. Anm.* 1190, 799 Anm. 132, 1081, 1082 *u. Anm.* 697, 1169–1170, 1172, 1174, 1777, 1179
Somme 927
Sonnino, S. Baron 365 *u. Anm.* 629, 368, 394, 408, 442, 446, 447, 449, 455, 472, 971
Sontag, F. 825 *u. Anm.* 182
Sosnowice 411 u. Anm. 735, 488, 1360
Souchon, W. 340 *u. Anm.* 586, 341
Sozialdemokraten
– Bethmann Hollweg 38–40, 41, 158, 183, 196, 198, 219 *u. Anm.* 254, 238, 279 *u. Anm.* 412, 320, 338 *u. Anm.* 579, 347–349, 396, 498–499, 511–512, 598, 611–614, 628, 661, 709, 716, 717, 835–836, 919, 1014, 1028, 1034, 1073, 1093, 1222–1223, 1230, 1258, 1294, 1298, 1299, 1304, 1308, 1330, 1337, 1348, 1350, 1357, 1363, 1373, 1375, 1394, 1431, 1442, 1448, 1452, 1454 *siehe* Gewerkschaften/Kattowitz
– Konservative 635
– Kriegsausbruch 325 *u. Anm.* 551
– Kriegsziele 599 *u. Anm.* 1121, 606–609
– „Sozialistische Arbeitsgemeinschaft“ 835 *u. Anm.* 204, 996–997
– Spaltung 612
Spahn, P. 278 *u. Anm.* 409, 234, 497, 519, 545, 598, 607, 608, 609, 776, 779, 838, 1024, 1059, 1078
Spandau 187
Spanien 432, 538–539, 878
Speck, K. F. 220 *u. Anm.* 257
Spengler, O. 1139 u. Anm. 863, 1160 *u. Anm.* 931, 1462
Speyer, E. 1226
Spickernagel, W. 1123 *u. Anm.* 818, 1124, 1125, 1456
Staatsministerium 23
– Bethmann Hollweg (Reden)
– (23. Juli 1909) 121–122
– (11. Okt. 1909) 127–128
– (22. Nov. 1909) 129–132
– (14. Dez. 1909) 132–133
– (27. Dez. 1909) 133–134
– (22. Januar 1910) 135–136
– (26. Februar 1910) 137–140
– (7. März 1910) 140–142
– (9. März 1910) 143–148
– (15. März 1910) 148–149
– (24. Mai 1910) 161
– (26. Mai 1910) 161–164
– (19. Sept. 1910) 172–175
– (21. Okt. 1910) 176–179
– (15. Nov. 1910) 180–181
– (17. Nov. 1910) 182–183
– (2. Januar 1911) 184–185
– (6. Januar 1911) 185–188
– (9. Februar 1911) 188–190
– (17. Februar 1911) 190–193
– (20. März 1911) 193–194
– (20. Mai 1911) 194–197
– (30. Juni 1911) 199–201
– (2. Nov. 1911) 210–211
– (4. März 1912) 222–227

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– (21. März 1912) 229–231
– (1. April 1912) 232–233
– (14. Juni 1912) 238–239
– (24. Sept. 1912) 248–251
– (11. Nov. 1912) 255–256
– (22. Nov. 1912) 257–258
– (29. Januar 1913) 263–264
– (24. Februar 1913) 266–269
– (9. März 1913) 272–274
– (26. Mai 1913) 278–279
– (16. Okt. 1913) 291–297
– (21. Okt. 1913) 297–300
– (31. Dez. 1913) 302–304
– (30. Januar 1914) 304–305
– (11. März 1914) 307
– (18. März 1914) 308–311
– (19. Juni 1914) 315
– (1. Juli 1914) 315–316
– (30. Juli 1914) 317–320
– (15. August 1914) 323–326
– (28. Nov. 1914) 377–379
– (2. Februar 1915) 402–403
– (6. Februar 1915) 404–406
– (10. April 1915) 437–439
– (3. Juni 1915) 482–483
– (16. Juli 1915) 505–507
– (28. Juli 1915) 517–520
– (21. Sept. 1915) 548–550
– (29. Okt. 1915) 569–574
– (13. Nov. 1915) 579–581
– (18. Nov. 1915) 587–592
– (4. Dez. 1915) 609–610
– (11. Dez. 1915) 611–614
– (13. Dez. 1915) 614–617
– (3. Januar 1916) 41, 624–628
– (15. Februar 1916) 647–654
– (24. Februar 1916) 661–663
– (15. März 1916) 691–696
– (11. April 1916) 714–718
– (18. Mai 1916) 743–744
– (24. Mai 1916) 744–745
– (19. August 1916) 818–828
– (28. August 1916) 830–833
– (21. Sept. 1916) 852–856
– (8. Okt. 1916) 891–892
– (24./25. Okt. 1916) 919–936
– (10. Nov. 1916) 946–948
– (26. Nov. 1916) 956–959
– (1. Dez. 1916) 959–961
– (4. Dez. 1916) 962–963
– (15. Januar 1917) 970–974
– (13. März 1917) 981–983
– (5. April 1917) 992–998
– (6. April 1917) 1000–1002
– (1. Mai 1917) 1007–1009
– (23. Mai 1917) 43, 1017–1019
– (2. Juli 1917) 1023–1027
– (8. Juli 1917) 43, 1027–1030
– (11. Juli 1917) 1036–1038
siehe Kronrat
– Ernennungen 316–317
Stadthagen, A. 325 *u. Anm.* 552
„Stählerne Mauer“ 557 *u. Anm.* 1030
Stange, O. 843 *u. Anm.* 221
Stanislau 811, 819
Stauß, E. G. von 485 *u. Anm.* 873
Stegemann, H. 414 *u. Anm.* 744, 708, 777, 1059
Stegerwald, A. 905 *u. Anm.* 333
Stein, H. von 925 *u. Anm.* 368, 941 *u. Anm.* 397, 974 *u. Anm.* 455, 997, 998, 1001, 1024, 1029, 1030
Stein, H. K. Frhr. von 370 *u. Anm.* 639
Steiniger, K. 256 *u. Anm.* 361
Stemrich, W. 119 *u. Anm.* 6
Steuben, F. W. von 205 *u. Anm.* 219
Steuern 182, 220–221, 238, 267–269, 271, 273–274, 275, 283–284, 285, 286–287, 289, 301, 398, 628, 742, 1295, 1296 *siehe* Erbschaftssteuer
Stickstoff 388–389, 391, 400 *u. Anm.* 709–710
Stinnes, H. 375 *u. Anm.* 657, 446, 696, 1151 *u. Anm.* 895
Stolberg-Wernigerode, Prinz zu 423 *u. Anm.* 761
Stoltzenberg, M. Frhr. von 851 *u. Anm.* 236, 928
Stotten, P. 989 *u. Anm.* 493

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Stresemann, G. 825 *u. Anm.* 183, 21, 1038, 1041 Anm. 596, 1203, 1340, 1450
– Bethmann Hollweg 3, 1453
Stumm, W. von 842 *u. Anm.* 219, 1106, 1111, 1127, 1128, 1148, 1359
Stürgk, K. Graf 345 *u. Anm.* 596, 487, 494, 495, 535–536, 796, 871, 883, 893
Stürmer, B. V. 850 *u. Anm.* 233, 854, 886 *u. Anm.* 301, 1163
Suchomlinov, V. A. 1088 *u. Anm.* 722
Suczawa 343 *u. Anm.* 592, 344, 345, 347
Südekum, A. 320 *u. Anm.* 534, 38, 396, 397, 1285
Sus 211 *u. Anm.* 229, 212
„Sussex" (Dampfer) 712 *u. Anm.* 1315, 718 *u. Anm.* 1332, 721 *u. Anm.* 1342, 732, 770 Anm. 67, 1134, 1389
Suwalki 1401
Swinderen, R. de Marees van 633 *u. Anm.* 1185
Sydow, R. von 147 *u. Anm.* 83, 173, 174, 175, 200, 264, 317, 325, 355, 400, 405, 483, 505, 580, 934, 936, 997, 1030, 1034
Széczen, N. Graf 872 u. Anm. 266, 883, 1409
Szögyény, L. Graf 1106 *u. Anm.* 765, 1107, 1117, 1198, 1204, 1254, 1268, 1270, 1271, 1277, 1279, 1289

Tabak 334
„Tag, Der" 213 *u. Anm.* 232, 1064
„Tägliche Rundschau" 546, 670 *u. Anm.* 1241, 828, 1026
Talaat Pascha 487 *u. Anm.* 875, 508
Tardieu, A. 119 *u. Anm.* 3
Tarnow-Tarnowski, A. Graf von 455 u. Anm. 821
Taube, A. Graf von 321 *u. Anm.* 535, 509, 510, 511, 521– 522, 526, 528, 529, 619, 620
„Temps, Le" 119 *u. Anm.* 3
Tepper-Laski, K. von 776 *u. Anm.* 87
Teschen 792, 793, 784, 814
Theotokis, N. 567 *u. Anm.* 1048
Thimme, F. 1068 *u. Anm.* 659, 1070, 1117 *u. Anm.* 798, 1168
Thomsen, A. Frhr. von 808 *u. Anm.* 150, 823, 840–841, 894
Thronrede
– (1914) 302–303
– (1916) 624–628
Thurn, D. Graf 842 *u. Anm.* 218
Timor 1257, 1260, 1261, 1265
Tirpitz, A. von 123 *u. Anm.* 22, 233 *u. Anm.* 295, 259, 306, 320, 325, 326, 424, 426, 543, 773, 1101 *u. Anm.* 745, 1102, 1211, 1276, 1299, 1331, 1347, 1403, 1463
– Belgien 548
– Bethmann Hollweg 5–6, 7, 1064, 1342, 1453
– „Erinnerungen" 45, 1105–1106, 1110, 1115, 1121, 1122, 1129–1130, 1131–1132, 1134–1137, 1138 *u. Anm.* 871, 1164, 1165
– Flottengespräche (deutsch-engl.) 123, 124, 1184–1185
– Flottennovelle 259–260, 1249
– Rücktritt 7, 677, 682, 683, 688, 691, 692, 704, 706 *u. Anm.* 1303, 708, 710, 718 Anm. 1332, 1370, 1382, 1383, 1385
– Ubootkrieg 28, 29, 30, 484, 534, 537, 545, 547, 643, 665 *u. Anm.* 1236, 683, 684, 693, 694, 695, 822, 1365
Tisza, I. 340 *u. Anm.* 583, 351, 435, 443, 453, 460–461, 464, 487, 488, 489, 490–494, 495, 496, 504, 535–536, 764, 766, 791, 793, 795, 796, 797, 814, 871–872, 893, 1301, 1360
Tittoni, T. 126 *u. Anm.* 30
Toepffer, H. 1011 *u. Anm.* 542
Tončev, D. S. 843 *u. Anm.* 221
„Toter Mann" 696 *u. Anm.* 1286
Totscheff (Mazedonier) 381 *u. Anm.* 668
Trentino 15, 322–323, 329, 365, 368, 369, 390, 394, 401–402, 420, 415,

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

422–423, 425, 430, 442, 452, 456, 472, 1346, 1351, 1353, 1356
Treutler, G. von 380 *u. Anm.* 684, 419, 547, 556–557, 585, 696–697, 711–712, 713, 1096, 1455
Treutler, W. von 1096 *u. Anm.* 732
Trevelyan, Sir C. 708 *u. Anm.* 1308
Trier 372
Triest 442 *u. Anm.* 793, 445, 447, 452, 455, 456, 458, 1353, 1354
Tripolis 245 *u. Anm.* 339
siehe Libyen-Krieg
Trott zu Solz, A. von 185 *u. Anm.* 170, 193, 199, 252, 254, 263, 611, 626, 627, 695, 828, 934, 947, 963, 979, 982, 997, 998, 1029
Tschirschky, H. von 236 *u. Anm.* 307, 270 *u. Anm.* 368, 390, 443, 453, 455, 457, 460, 791, 793, 797, 871, 879, 880, 902, 942, 1131
– Abberufung? 1254
„Tubantia“ (Dampfer) 698 *u. Anm.* 1291, 721 *u. Anm.* 1341
Türkei 736
– Aufteilung? 1280
– Balkankrieg (Erster) 1277, 1280, 1281
– Bethmann Hollweg 34, 363–364, 365–366, 430, 499–500, 525, 1227–1228
– Bulgarien 554
– Dardanellen 550 *siehe* Dardanellen
– Deutschland 622–623, 1209, 1252, 1290, 1292, 1295, 1314, 1321
– Bündnisvertrag 376–378
– Falkenhayn 503–504, 738
– Griechenland 1183, 1302, 1303
– Italien 356, 532–533, 1225 *siehe* Libyenkrieg
– Kriegseintritt 340 *u. Anm.* 585, 1322, 1339
– Munitionsmangel 380–381, 418, 467, 485–488, 491–495, 496–497, 502, 507, 535–537
– Rumänien 383
– Rußland 500
Tyrrel, W. G. 1194

Ubootkrieg
– Agitation 808–809, 820–825, 866, 965
– „Arabic“ 532, 534
– Bachmann 542
– Bernstorff, 568, 569
– Bethmann Hollweg 4, 27–33, 406–408, 537–538, 543, 545, 546, 624, 631–633, 636–637, 640, 655–661, 664–713, 718–719, 720–728, 733, 750–751, 755–756, 766–767, 770, 781–784, 786, 805–807, 808–809, 820–825, 833, 848, 866, 877–878, 890, 898, 936, 952–953, 964–966, 1354, 1362, 1369, 1391, 1393, 1398, 1405
– rücksichtsloser 893–894, 897, 905, 1380, 1381–1387, 1408, 140, 1423, 1426, 1429, 1430, 1432, 1434, 1435, 1445, 1447, 1448, 1455, 1458, 1460, 1461–1462
– England 634, 636–637, 800, 809 *siehe* England/Ubootkrieg
– Falkenhayn 35, 629–630, 632–633, 634, 644–646, 722, 746, 807, 1132–1134, 1376 1377, 1388
– Haushaltskommission 7, 648–651
– Helfferich 632
– Hindenburg 37, 887
– Holland 638–639
– Holtzendorff 631, 632, 634, 636, 637, 642–643, 657, 720–721, 761–763
– Reichsregierung (Denkschrift) 649 *u. Anm.* 1209
– rücksichtsloser 22, 23, 24, 27–33, 893–894, 969 *u. Anm.* 447, 971–975, 980, 994–995, 1006, 1009–1013, 1023, 1024, 1030, 1052, 1065
– Scheer 843–844, 1396–1397
– Tirpitz 484, 632, 633, 1136–1137, 1343, 1403
– USA 406–407, 478–479, 497–498, 617–619, 631, 636, 637, 640, 672–675, 698, 720, 731–732, 734, 747, 966, 1133–1134, 1357, 1389 *siehe* USA/Ubootkrieg

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Wilhelm II. 480, 483–484, 496–497, 725, 727–728, 888
Untersuchungsausschuß (Weimarer ~ 1919/20) 1130 *u. Anm.* 844, 1138–1139, 1140, 1142–1146, 1148–1149, 1152 Anm. 900, 1154 Anm. 905–906, 1457–1462, 1464–1465
Urmia 239, 240
USA 433–434, 602
– Bethmann Hollweg 694, 698, 699, 700, 701, 703, 713, 747, 755–756, 767, 783, 786, 805, 1349
– Flieger 872, 873, 874
– Friedensvermittlung 23, 1333 *siehe* Wilson/Friedensvermittlung
– Kriegseintritt 32, 33, 733, 994 *u. Anm.* 502, 1439, 1460
– Ubootkrieg 4, 28–29, 31, 32, 406–408, 478–479, 497–498, 533–534, 537–538, 542–543, 568, 617–619, 631, 633, 636, 637, 639, 640, 647 *u. Anm.* 1204, 648, 655–656, 658, 664, 666, 667, 672–675, 677, 680, 681, 682, 684, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 695, 697, 712, 718–719, 720, 723–724, 725–726, 727–728, 731–732, 821, 833, 844, 877, 890, 952–953, 966, 971–975, 980, 1085, 1133–1134, 1357, 1363, 1381–1387, 1388, 1398, 1408, 1412, 1435, 1458, 1461

Valentini, M. 1021 *u. Anm.* 558
Valentini, R. von 130 *u. Anm.* 46, 146, 205 Anm. a–a, 235, 276, 283, 286, 287, 413, 426, 518, 706, 739, 753, 765, 1040, 1094, 1160, 1167, 1170 *u. Anm.* 961, 1403, 1431, 1434, 1448, 1449, 1454, 1462, 1463, 1466
– Entlassung 1064 *u. Anm.* 651, 1455
– „Erinnerungen“ 1161 *u. Anm.* 932
– Osterbotschaft (1917) 1002, 1005–1006, 1036 *u. Anm.* 584, 1156
Vanselow, E. von 697 *u. Anm.* 1287
Venizelos, E. 313 *u. Anm.* 519, 432, 555, 1287, 1298, 1302, 1303, 1391
Verdun 698, 705, 720 *u. Anm.* 1338, 728, 746, 758, 759, 760, 818, 859, 926, 1388
Vereinigte Staaten *siehe* USA
Vereinsgesetz 39, 151, 611–614, 661–663, 714–718
Versorgungslage 614–617 *siehe* Ernährung
Viereck, G. S. 1128 *u. Anm.* 836
Vietsch, E. von 1
Viktor Emanuel III., König 149 *u. Anm.* 90, 232 *u. Anm.* 290, 1205
Viktoria, Königin 522 *u. Anm.* 951, 619–620
Viktoria Luise, Prinzessin 280 *u. Anm.* 413, 1289
Vitzthum von Eckstädt, C. Graf 301 *u. Anm.* 481, 439, 572, 1177, 1339–1340
Vogel, P. 903 *u. Anm.* 331
Völkerrecht 639, 640, 672–673, 722, 731, 978
Volksfürsorge 238–239
„Vortland“ 620
„Vossische Zeitung“ 748, 1101 *u. Anm.* 745, 1102

Wach, A. 897 *u. Anm.* 314 u. 315 u. 318
Wacker, A. 985 Anm. 482, 988, 989 Anm. 494, 990
Wahlrechtsreform *siehe* Dreiklassenwahlrecht
Wahnschaffe, A. 333 *u. Anm.* 571, 348, 353, 584, 661, 769 *u. Anm.* 65, 799 Anm. 132, 1019–1031, 1170–1171, 1172, 1177
– Osterbotschaft (1917) 1002–1003
Waldersee, G. von 1115 *u. Anm.* 790, 1121
Waldeyer-Hartz, H. von 1157 *u. Anm.* 918
Waldow, W. von 743 *u. Anm.* 21
Waldthausen, J. 340 *u. Anm.* 584
Wallenberg, K. A. 504 *u. Anm.* 913, 505, 509, 510, 511, 529, 620, 882, 886, 888 *u. Anm.* 301, 980, 1147, 1410

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Wallroth, A. 584 *u. Anm.* 1083
Wandel, F. G. von 349 *u. Anm.* 607, 400, 403, 663
Wangenheim, C. Frhr. 392 *u. Anm.* 696, 694, 696, 704
Wangenheim, H. Frhr. von 328 *u. Anm.* 557, 356, 365, 386 Anm. 680, 444, 500, 508, 1123, 1295, 1302
Warburg, M. M. 504 *u. Anm.* 913, 505, 1123 *u. Anm.* 820
Warschau 594 *u. Anm.* 1103
– Einnahme 527 *u. Anm.* 966, 529
Watter, O. von 1162 *u. Anm.* 941
Weber, A. 349 *u. Anm.* 605
Weber, M. 1109 *u. Anm.* 773
Wedding, B. 1120 *u. Anm.* 809
Wedel, B. Graf 970 *u. Anm.* 448, 1160, 1177
Wedel, G. Graf (Fürst) von 127 *u. Anm.* 37, 128, 192, 199, 390, 394, 799 Anm. 132, 802
Wehrverein 259 *u. Anm.* 364
Wehrvorlage
– (1910) 150 *u. Anm.* 93, 156–157, 164, 165–166, 181, 1222
– (1912) 214, 221, 222–227, 229, 230, 236, 237–238
  – Bethmann Hollweg 1254, 1260, 1262, 1266, 1268
– (1913) 11, 12, 258–260, 265–259, 270–271, 273, 274–275, 283–284, 286–287, 288 *u. Anm.* 444, 1282–1283, 1284–1285, 1286–1287, 1288, 1296, 1297
Weill, G. 392 *u. Anm.* 694, 395, 437
Weimarer Untersuchungsausschuß *siehe* Untersuchungsausschuß
Weißbuch 655 *u. Anm.* 1219, 656, 667
Weizsäcker, C. V. von 367 *u. Anm.* 634
Weizsäcker, K. Frhr. von 212 *u. Anm.* 230, 332, 427, 439, 497, 570, 571, 474, 789, 849, 980, 1014, 1021, 1043, 1385, 1446
– Elsaß-Lothringen 604–606
Weizsäcker, P. von 212 *u. Anm.* 230
Welfenfonds 293 *u. Anm.* 458
Welfentum 292–296
Wense, A. von der 296 *u. Anm.* 468
Wermuth, A. 166 *u. Anm.* 134, 167 *u. Anm.* 136, 221 *u. Anm.* 259, 225, 226, 230 *u. Anm.* 284, 256, 1214, 1282
Westarp, K. Graf von 497 *u. Anm.* 900, 545, 607, 609, 643, 705, 774–775, 777, 779, 835, 836, 898, 1031, 1038, 1355, 1426
Wetterlé, E. 191 *u. Anm.* 181, 196 *u. Anm.* 195, 392 *u. Anm.* 694, 395, 437
Wetzell, G. 874 *u. Anm.* 271
Widenmann, W. 682 *u. Anm.* 1266, 1243, 1248, 1249, 1252, 1259, 1262, 1263
Wiedt-Knudsen, K. A. 620 *u. Anm.* 1162
Wiegand, K. von 703 *u. Anm.* 1294, 149 *u. Anm.* 1209, 649 *u. Anm.* 1209, 1102, 1126, 1128, 1342, 1380
Wiemer, O. 834 *u. Anm.* 199, 835, 836
„Wiener Fremdenblatt“ 1064 *u. Anm.* 652
Wild von Hohenborn, O. 397 *u. Anm.* 704, 33, 34, 404, 406 *u. Anm.* 724, 550, 573, 617, 753, 805, 819, 829, 830, 846, 925 *u. Anm.* 368, 934, 1371, 1372, 1394, 1402, 1403, 1404, 1414, 1437
– Bethmann Hollweg 2, 1378
Wilhelm I., Kaiser 910 *u. Anm.* 341, 2
Wilhelm II., Kaiser 119 *u. Anm.* 4, 171, 282, 517 *u. Anm.* 941, 1247
– Anklage (in Versailles) 1105, 1113, 115
– Audienzen 909–910
– Bagdadbahn 1288–1289
– Balkankrieg 255 Anm. 358
– Bank von England 800, 824
– Belgien 737, 1333
– Berlin 740 *u. Anm.* 13, 741–742

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

– Bethmann Hollweg 2, 125, 149, 157–159, 281, 555–556, 699, 870–871, 1015, 1037, 1038, 1039, 1050–1051, 1075, 1159, 1161, 1282, 1349, 1429
– – Abschiedsgesuch (1912) 227–229
– Dreiklassenwahlrecht 130 *u. Anm.* 45, 146, 163
– Elsaß-Lothringen 192
– England 248
– Exil 1162 *u. Anm.* 940
– Finnland 530
– Franz Joseph 481 *u. Anm.* 865
– Gerard 862–863
– Grey 214
– Hammann 1228
– Hartmann 736–738, 739, 741
– Hilfsdienstgesetz 941, 951
– Julikrise (1914) 318, 1135 *u. Anm.* 851, 1317, 1319, 1321, 1322, 1327
– Königsberg (Rede 1910) 169 *u. Anm.* 140, 170
– Kriegsausbruch 520 *u. Anm.* 945, 627
– Kronrat (7. Juli 1917) 1031
– Lloyd George 3, 1426
– Ludendorff 1345
– Moselkanalisierung 195
– Nikolaus II. 1184
– Nisch 623 *u. Anm.* 1170
– Osterbotschaft (1917) 42, 44, 991 Anm. 498, 1000–1003, 1031, 1035, 1036, 1440, 1451
– Österreich-Ungarn 127, 312
– Polen 920–921
– Posen (Rede 1910) 165, 169
– Randbemerkungen (an Akten) 1142 *u. Anm.* 872, 1462
– Reden 1221
– Regierungsjubiläum (1912) 203–205, 284 *u. Anm.* 426, 286
– Reichstag 281, 874–875
– Rüstungen 258, 1276
– Skagerrak 751–752
– Thronrede (1916) 624–628
– Tirpitz 692
– Ubootkrieg 28, 30, 31, 32, 480, 483–484, 497, 546, 658–659, 677, 679–681, 688, 691, 696, 697, 711–712, 713, 725, 727–728, 805, 888, 971, 1383
– Venedig 231, 232 *u. Anm.* 290
– Wien 585 *u. Anm.* 1085, 593
Wilhelm II., König (von Württemberg) 570 *u. Anm.* 1055, 212, 798, 1016, 1022, 1043
Wilhelm, Kronprinz (von Preußen) 44, 752, 909, 999 *u. Anm.* 517, 1035, 1036, 1037, 1038–1039, 1051, 1307, 1452, 1466
– Bethmann Hollweg 1435
Wilhelm, Prinz (von Preußen) 420 *u. Anm.* 753
Wilhelm, Prinz zu Wied 1301
Wilhelm, Prinz von Hohenzollern 838 *u. Anm.* 211
Wilhelm Ernst, Großherzog 1063 *u. Anm.* 646
Wilna (Schlacht 1915) 549 *u. Anm.* 1008
Wilson, W. 478 *u. Anm.* 860, 720
– Bethmann Hollweg 616, 637, 739, 756, 770, 821, 862, 881, 929, 1064, 1073, 1083, 1089, 1091, 1389, 1451, 1455
– Deutschland 42
– Friedensvermittlung 22, 24, 31, 734, 735–736, 759, 760, 866 *u. Anm.* 258, 870, 873 *u. Anm.* 269, 877, 884 *u. Anm.* 296, 965 *u. Anm.* 441, 1099, 1385, 1390, 1399, 1402, 1405, 1406, 1409, 1412, 1413, 1415, 1425, 1432, 1457–1458, 1459, 1460, 1461
– Kriegseintritt der USA 33, 833
– Kriegserklärung 994 *u. Anm.* 502, 998 *u. Anm.* 514
– Ubootkrieg 487–498, 647, 648, 671, 680, 712 Anm. 1332, 973, 977, 980, 1391
– Wiederwahl 882 *u. Anm.* 289, 952
Windischgraetz, A. Fürst zu 792 *u. Anm.* 120, 795, 796

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

Windthorst, L. 607 *u. Anm.* 1140
Winterfeldt-Menkin, J. von 1178 *u. Anm.* 982
Wirtschaftspolitik 205–208
Wirtschaftsverbände 598 *u. Anm.* 1120, 635 *u. Anm.* 1188, 690 *u. Anm.* 1270, 774 *u. Anm.* 79 *siehe* Sechserverband
Wolff, T. 1054 *u. Anm.* 625, 20, 1117 *u. Anm.* 798, 1338, 1348, 1349, 1359, 1364, 1371, 1375, 1384, 1387, 1392, 1452
– Bethmann Hollweg 1357
Wollstein, G. 1
Woyrsch, R. von 336 *u. Anm.* 577, 373, 763 Anm. 56
Württemberg 367
– Elsaß-Lothringen 372, 570, 571, 572, 573, 574, 604–606, 1021

Yarmouth 363, 1336
Yorck von Wartenberg, H. Graf 152 *u. Anm.* 99, 153, 799 *u. Anm.* 130, 802
Ypern 377, 604 *u. Anm.* 1130

Zabernaffäre 300 *u. Anm.* 479, 304–306, 308–311, 1292–1293, 1294, 1296, 1297
Zahle, C. T. 513 *u. Anm.* 935, 514, 531, 784
Zech-Burkersroda, I. Gräfin von 883 *u. Anm.* 294
Zech-Burkersroda, J. Graf von 545 *u. Anm.* 999, 883 Anm. 294, 1108, 1122, 1125, 1164 *u. Anm.* 952, 1168, 1169, 1177
Zech-Burkersroda, M. Gräfin von 1177 *u. Anm.* 980
Zech-Burkersroda, M. J. Gräfin von 1060 *u. Anm.* 641
Zech-Burkersroda, W. F. Graf von 883 *u. Anm.* 294
Zedlitz, O. Frhr. von 140 *u. Anm.* 70, 144, 200, 303, 777 *u. Anm.* 89
Zeki Pascha, H. 623 *u. Anm.* 1169
Zensur 6, 326, 412 Anm. 737, 434, 477, 478, 520, 526, 546, 635, 636, 640–642, 660, 669–671, 682, 687, 692, 748, 749, 840, 1081, 1335, 1393, 1419
Zentrum 38, 132, 139, 141, 142, 143, 144, 145, 147, 148, 149, 153, 155, 158, 161, 162–163, 168, 193, 211, 222, 223, 224, 225, 231, 235, 261 *u. Anm.* 370, 283 *u. Anm.* 422, 518, 519
– Religionsunterricht 263–264
Zeppelin, F. von 705 *u. Anm.* 1297
Zeppeline 776, 778, 800, 824
Zichy, A. Graf 481 *u. Anm.* 864
Zimmer, F. 349 *u. Anm.* 605
Zimmermann, A. 376 *u. Anm.* 658, 441, 443, 446, 647, 712, 976, 977, 1041, 1066, 1171, 1177–1178, 1359
– Mexiko 33, 994 *u. Anm.* 502, 1042 *u. Anm.* 598
– Ubootkrieg 1015
Zimmermann, E. 693 *u. Anm.* 1278
Zitzewitz, A. von 1177 *u. Anm.* 980
Zitzewitz, E. von 1169 *u. Anm.* 960, 1177 *u. Anm.* 890
„Zukunft, Die“ 1179 *u. Anm.* 988
Zunker, E. 235 *u. Anm.* 306
Zweibund 869 *u. Anm.* 263, 1135 *u. Anm.* 850, 1408

DOI https://doi.org/10.3790/978-3-428-58197-9 | Generated on 2025-09-08 13:36:52
OPEN ACCESS | Licensed under CC BY-NC-ND 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/